

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + Make non-commercial use of the files We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + Maintain attribution The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + Keep it legal Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden,
- + Keine automatisierten Abfragen Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com durchsuchen.

Professor Karl Heinrich Rau
of the University of Heidelberg

PRESENTED TO THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN

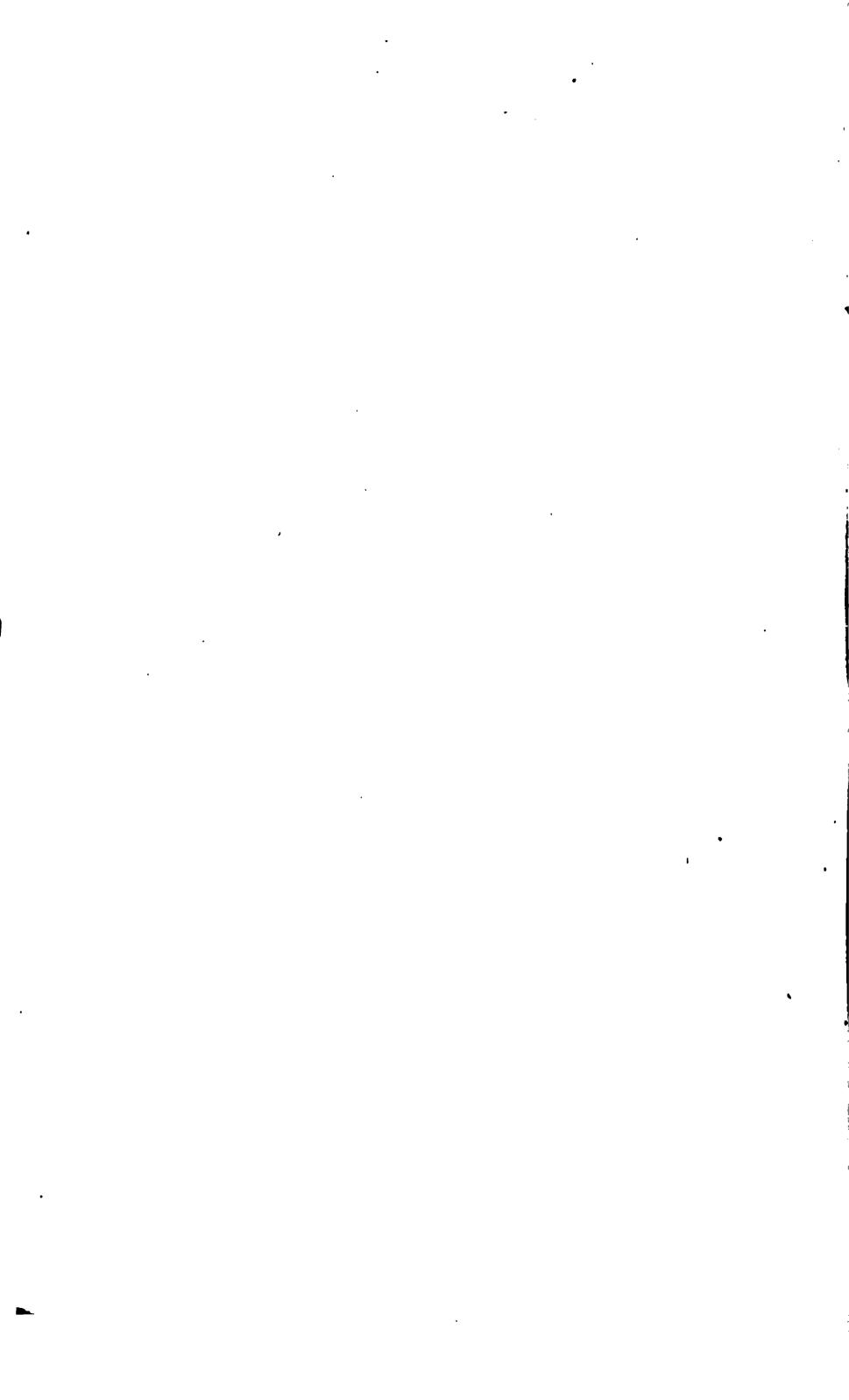
BY

Mr. Philo Parsons

OF DETROIT

[87]

HD 659 PYY LGE



•

Verfassung und Verwaltung

bes

Preußischen Staates;

eine

softematisch geordnete Sammlung aller auf dieselben Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetzsammlung für die Preußischen Staaten, in den von Kamptschen Annalen für die innere Staatsverwaltung, und in deren Fortsetzungen durch die Ministerial Blätter enthaltenen Verordnungen und Restripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der früheren Gesetzebung,

bargestellt

unter Benutung der Archive der Ministerien des Innern, der Finanzen, der Justiz, der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, des König- lichen Hauses, und der Hauptverwaltung der Staatsschulden,

nod

Ludwig von Ronne, Rammer: Gerichte: Rathe.

Siebenter Theil. Die Gewerbes Polizei.

Dritte Abtheilung. Die Landes=Kultur=Gesetzgebung. Zweiter Band, Abtheilung II.

Berlin,

bei Beit & Comp.

1854.

Landes-Kultur-Gesetzgebung

beb

Preußischen Staates niversity.

eine

spstematisch geordnete Sammlung aller auf dieselbe Bezug habenden gesetlichen Bestimmungen, insbesondere der in der Gesetssammlung für die Preußischen Staaten, in den von Kamptschen Annalen für die innere Staatsverwaltung, in den von Kamptschen Jahrbüchern für die Preußische Gesetzebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung, und in deren Fortsetzungen durch die Ministerial-Blätter, sowie in anderen Quellen-Sammlungen enthaltenen Verordnungen und Restripte, in ihrem organischen Zusammenhange mit der früheren Gesetzebung,

nebft

einem hiftorisch-kritischen und praktischen Rommentar über die betreffenden Gefete,

herausgegeben

pon

Aldolf Lette, Praftbenten bes Revistons: Kollegiums für Landes: Kultur: Sachen. und Ludwig von Roune, Rammer : Gerichte : Rathe.

Zweiter Band,

enthaltenb

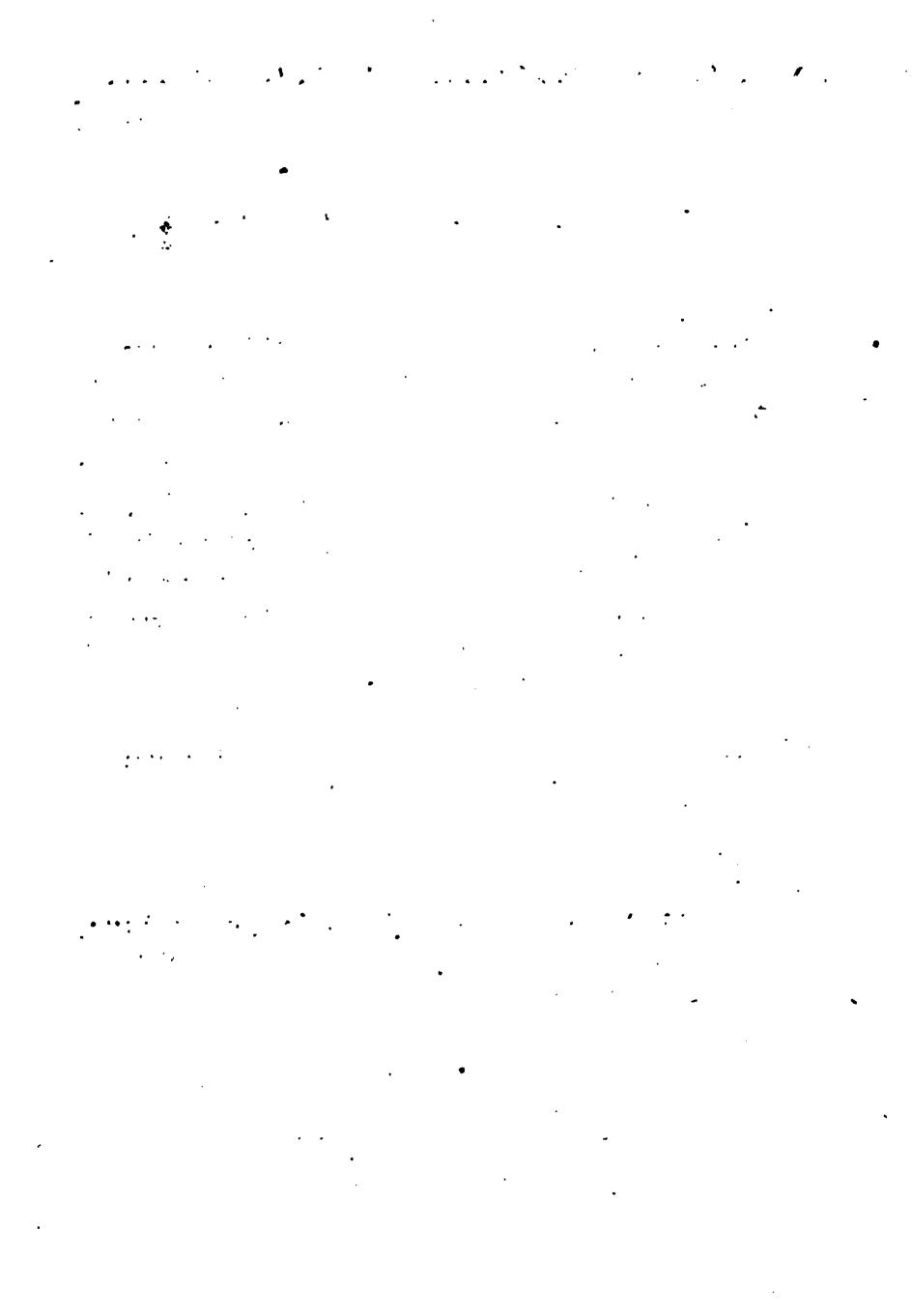
ben Rommentar.

(3meite Abtheilung.)

Berlin,

bei Beit & Comp.

1854.



.

•

•

.

Inhalts = Uebersicht

ber

zweiten Abtheilung des zweiten Bandes.

Dritter Theil.

•	Seite
3meite Abtheilung. Bon ben Gemeinheits-Theilungen.	
Rorbemerkung	1 - 10
Erfter Abschnitt. Die Gemeinheits : Theilungs : Drbnung v.	
7. Juni 1821, nebst bem Gefete v. 2. Marg 1850, betr.	
bie Erganzung und Abanberung berfelben und einiger	
anberen über Gemeinheits-Theilungen ergangenen Gefete	11 — 194
3 meiter Abschnitt. Die Gemeinheits Theilungs Drbnung	
v. 19. Mai 1851 für bie Rheinproving, mit Ausnahme	•
ber Kreise Rees und Duisburg, sowie für Reu-Borpoms	
mern und Rügen	195 - 233
Dritte Abtheilung. Die Gesetzebung, betreffend bie Organisas	•
tion ber Auseinanbersetungs : Behörden und bas Berfahren in	
Regulirungs =, Ablofungs. und Gemeinheite Eheilungs = Angeles	
genheiten.	
Erfter Abidnitt. Die Gefete, welche für ben gangen Um=	
fang ber Monarchie, mit Ausnahme ber auf bem linken	
Rheinufer belegenen ganbestheile zur Anwendung kommen.	
Borbemerfung	234 - 236
Erfter Unter=Abschnitt. Die Berordnung v. 20. Juni	
1817 wegen Organisation ber General = Kommissionen	
und ber Nevisions-Kollegien zur Regulirung ber guts-	
herrlichen und bauerlichen Berhaltniffe, imgleichen wes	
gen bes Gefcaftes Betriebes bei biefen Behörben	237 - 406
3weiter Unter=Abschnitt. Das Geset v. 7. Juni	
1821 über bie Ausführung ber Gemeinheits:Theilungs:	•
und Ablösungs-Ordnungen	406 - 410
Dritter Unter=Abschnitt. Die Berordnung v. 30.	_
Juni 1834, wegen bes Geschafte : Betriebes in ben	
Angelegenheiten ber Gemeinheits-Theilungen, Ablofuns	
gen und Regulirung ber gutsherrlichehauerlichen Ber-	
haltniffe, als Anhang zu ber Berordn. v. 20. Juni	
1817 und bem Gef. v. 7. Juni 1821	411 436
Lanbes-Aultur-Gefeig. Bb. II. Abth. II.	

· ·	Seite
Vierter Unter:Abschnitt. Die Verordnung v. 22. Nov. 1844, betr. den Geschäftsgang und Instanzens zug bei den Auseinandersetzungs:Behörden Fünfter Unter:Abschnitt. Von den Wirfungen der Auseinandersetzung hinsichtlich dritter Personen und der Sicherstellung ihrer Rechte bei gutsherrlichsbäuers lichen Regulirungen, Gemeinheits:Theilungen und Abslösungen.	436 — 441
Allgemeine Uebersicht der betress. Gesetzgebung Erstes Kapitel. Bon dem Rechte dritter Personen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und den darauf bezüglichen Berpslichtungen der Auseins	441 — 446
andersetzungs-Behörben im Allgemeinen Bweites Kapitel. Bon den Wirkungen der Aus- einandersetzungen in Beziehung auf die Nechte britter Personen. Erster Titel. Allgemeines Prinzip in Betreff der Wirkungen der Auseinan-	447 — 453
dersetzungen in Beziehung auf die Rechte britter Personen Iweiter Titel. Vorschriften in Betreff der Entschädigungen durch Mente cher Kapital insbesondere. Erstes Stück. Vorzugsrecht der Ents	453 — 455
schäbigungen in Rente ober Kapital und Erhaltung besselben Zweites Stück. Vorschriften zur Sicherstellung der Rechte britter	455 — 457
Personen bei Absindungen in Raspital Drittes Stück. Bon dem Rechte der Hypothekengläubiger und sonstigen Realberechtigten, sowie der Lehnssund Fideikommißsolger und Wiederskaufsberechtigten in Betreff der Bers	457 465
wendung der Kapitals-Absindungen Viertes Stück. Von der Verpstichs tung zur vorschriftsmäßigen Vers wendung der Absindungs-Kapitalien und pon den hierauf bezüglichen Verbindlichkeiten der Auseinanders	465 — 473
settunge:Behörden	473 — 476
Gesetzebung	477 — 484 484 — 491
Bierter Titel. Von den Wirkungen der Auseinandersetzungen in Beziehung auf Rießbraucher. Fünfter Titel. Von den Wirkungen der	491 — 492
Auseinandersetzungen hinsichtlich ber Pächter Bweiter Abschnitt. Das Gesetz v. 19. Mai 1851, betr. bas Verfahren in den nach der Gemeinheits = Theilungs =	492 — 499
Ordnung zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinusers	499 — 519

Seite

	•
Ablösung der Reallasten und der Auflösung des Rechtsperhälts nisses zwischen den bisherigen Berechtigten und Verpstichteten.	
Borbemertung Erster Abschnitt. Das Geses v. 2. Marz 1850 über bie	519 — 521
Errichtung von Rentenbanken	521 — 565
ber Ablösung ber Reallasten	565 — 567
Fünfte Abtheilung. Die Gesetzebung über bas Rostenwesen in ben zum Reffort ber Auseinandersetzungs-Behörden gehörigen	
Angelegenheiten. 'Erfter für diejenigen Landestheile,	
in welchen die Berordn. v. 20. Juni 1817 und die Ans	
hangs-Berordn. p. 30. Juni 1834 zur Anwendung koms men	568
- Bweiter Abschnitt. Borschriften für die Landestheile des	568 — 569
linken Rheinufers	000 - 003
Vierter Theil.	
Die Gesetzgebung zum Schutze und zur Beförderung ber Lan	desfultur.
Erfte Abtheilung. Die Gesetzgebung über bas Bafferrecht.	560 K76
Einleitung. Erfte Unter-Abtheilung. Die Gesetzebung über Ent-	569 — 575
wässerungen und Vorfluth	576 ff.
Gesetgebung im Bereiche bes Allgemeinen ganbrechts.	
(Das Gesetz v. 15. Nov. 1811 wegen des Wasser-	
staues bei Mühlen und Berschaffung von Vorstuth.) Erftes Kapitel Darstellung ber allgemeinen Prins	•
gipien	577 - 582
Zweites Kapitel. Berhältniß des Borfluth: Ges	
setzes v. 15. Nov. 1811 zum Allgem. Lands rechte und Wirkungekreis besselben	582 584
Drittes Kapitel. Erläuterung ber einzelnen Bes	~~~
stimmungen des Borfuth: Gesetzes v. 15. Nov.	
1811 und der späteren, dasselbe ergänzenden Gesetze v. 23. Jan. 1846 und 11. Mai 1853.	
Erfter Titel. Bon ber Feststellung ber	
Sohe bes Wasserkandes bei Stauungs-An-	
lagen burch Sehung des Merkpfahls. I. Antrag auf Sehung des Merkpfahls	584 — 586
II. Kommissarisches Verfahren	586 — 587
III. Rabere Bezeichnung des Wasser-	5 OP
iV. Definitive Festsehung der Sohe des	587
Wasserstandes, sowie des Merkpfahls,	
und Regulirung des Interimistifums	588 — 592
V. Vorschriften gegen Kontraventionen Zweiter Titel. Bon der rechtlichen Vers	592 — 593
bindlichteit zur Unterhaltung der Waffers	
abzüge und von der Kompetenz der Ges	
richts; und Polizei-Behörden in Betreff des	
ren Unterhaltung, sowie beren Raumung und Austrautung	593 — 603
Dritter Titel. Erweiterung der Borfluthe.	
rechte im Interesse der allgemeinen Landess kultur (ober Schifffahrt).	•
I. Allgemeine Bemerkungen	603 — 604
The second secon	

	Seite
II. Beseitigung ber kunstlichen Sinber- nisse bes Wasserabstusses III. Beseitigung ber natürlichen Sinber-	604 — 607
nisse des Abstusses; Ableitung ge- schlossener Gewässer Biexter Litel. Berfahren bei Borstuths-	607 — 608
Regulirungen und Kompetenz = Verhaltniffe ber verschiebenen Behörben.	
I. Allgemeine Bemerkungen über bas Provokations-Verfahren vor der Res	,
gierung, und über die Bildung von Genoffenschaften; Zusammenhang des öffentlichen und Privat-Interes=	
ses in Vorstuthssachen	608 — 610
gen	610 - 611
III. Verhandlung der Vorfluthssachen vor der Regierung und deren Koms missarien; verschiedene Geschäftss	,
Afte und Stadien des Verfahrens und Incidentpunkte bei demfelben .	611 — 614
IV. Das Gesetz v. 23. Jan. 1846, betr. das für Entwässerungs-Anlagen ein-	
zuführende Aufgebotes und Praklus sinnes Verfahren	614 — 616
V. Bestellung und Geschäfte ber Schiebs- richter . VI. Kosten bes Versahrens, ber Unter-	616 — 618
haltung und ber neuen Anlage ber	040 040
Entwässerunge-Anstalten	618 — 619
noffenschaften	620 - 621 $621 - 623$
Zweite Unter-Abtheilung. Die Gesetzgebung über Be- wässerungen	623 ff.
Erster Abschnitt. Die allgemeine Gesetzgehung über die Benutzung der Privatflüsse zur Bewässerung.	
Vorbemerkung . Erstes Kapitel. Frühere Rechtsgrundsätze; Ents	624 — 625
stehung und Charafteristif bes Geses v. 28. Febr. 1843; beffen Berhaltniß zu ben gelten-	
ben allgemeinen, sowie zu ben, andere Gegen= pande betreffenden Wassernutzungsrechten.	
des Gesets v. 28. Febr. 1843.	625 — 628
Bweiter Titel Grundsate bes Römischen,	020 - 020
gemeinen, wie des allgem. Landrechts in Betreff der Berfügung über Privatstüsse	
und beren Benutung. Exstes Stud. Die materiellen Rechts-	
bestimmungen betreffend	628 - 632
8 weites Stück. Die formellen Rechts. bestimmungen betreffend	632
Dritter Titel. Gegenstand und Charafteris still des Gesetzes v. 28. Febr. 1843 und	
deffen Werhalmiß zu den geltenden allges	
meinen und provinziellen, sowie zu ben, andere Gegenstände betreffenden Wasser-	
nusungerechten.	

•	Seite
Erftes Stück. Spstem und wesentlicher	
Inhalt des Gesetzes v. 28. Febr. 1843	633 — 634
Zweites Stück. Gegenstand, und Chas rakteristik des Gesehes v. 28. Febr.	
1843 als Kultur Berordnung und als	
Erganzung des Privatwasserrechts, so=	
wie Berhältniß besselben zu den allges meinen und provinziellen Rechten und	
zu den Gewerbs-Intereffen	635 - 640
3 weites Kapitel. Besondere Erläuterungen zu ben	
einzelnen Bestimmungen des Gesetzes v. 28. Febr. 1843 und zu dessen Ergänzungen	641 — 669
Zweiter Abschnitt. Die provinzielle und lokale Ge-	042 000
setgebung über die Benutung der Privatflusse zur	000 000
Dritte Unter=Abtheilung. Die Gesetzgebung über das	669 — 670
Deichmesen.	
Einleitung	670 — 673
Erster Abschnitt. Entstehungs-Geschichte bes Gesetzes	
v. 28. Jan. 1848 über das Deichwesen; Charakteris fif beffelben und Darstellung seiner Hauptgrundsätze.	
I. Entstehung bes Gefetes	673 - 674
II. Gegenstand und Zweck des Gesetzes	674 - 680
III. Organische Einrichtung, Berwaltung und Berstretung der Deichverbande	6 80 — 684
Zweiter Abschnitt. Befondere Erläuterungen zu bem	
Gesetz v. 28. Jan. 1848 über bas Deichwesen	684 — 704
Bweite Abtheilung. Die landwirthschaftliche Polizei=Gesetzes-	•
Einleitung	704 - 705
Erste Unter . Abtheilung. Die FeldsPolizei : Gesets	•
gebung. Einleitung	706 — 707
Erfter Abschnitt. Die Feld=Bolizei=Gefetgebung in	
ben sechs östlichen Provinzen, mit Ausschluß von Neus Borpommern nebst Rügen, und in ber Provinz West-	
phalen.	
Erstes Kapitel. Die frühere Gesetzgebung vor	
Grlaß der Feld-Polizei-Ordn. v. 1. Nov. 1847. Erster Titel. Aeltere feldpolizeiliche Ber-	
ordnungen	707 - 712
3 weiter Titel. Die feldpolizeilichen Bes	
stimmungen des Altgem. Landrechts, des Landes Rultur : Edifts v. 14. Sept. 1811	
und bes zweiten Abschnitts ber Gem. Th.	
D. v. 7. Juni 1821	712 - 714
Dritter Titel. Das frühere Berfahren und die Kompetenz-Berhältnisse vor Erlaß der	
Feld-Polizei-Ordn. v. 1. Nov. 1847	715
Zweites Kapitel. Die Feld-Polizei-Ordnung v.	
1. Nov. 1847. - Exftex Titel. Entstehungsgeschichte und alls	
gemeine Charakteristik derselben	715 - 718
Zweiter Titel. Erläuterungen ber einzelnen	740 742
Bestimmungen berselben	719 — 743
Nen-Borpommern nebst Rügen und in der Rheinpros	•
vinz.	742 744
I. Neu-Borpommern und Rügen betr	743 — 744 — 750
Lanbes-Kultux-Gesetz. Bb. 11. Abth. 11.	_

	Seite
3weite Unter=Abtheilung. Bon der Beförderung des Pflanzenbaues und der Baumkultur.	
L Sorge für Ausrottung schablicher Buchergewächse .	750 — 751
II. Sorge für Bertilgung schablicher Thiere	751 - 752
IIL Gorge für Beförderung der Obstbaumzucht und bes	
Gartenbaues	752 - 753
Dritte Unter=Abtheilung. Bon ber Erhaltung und Ber=	
befferung bee Biebstandes.	
Erfter Abschnitt. Bon ber Berbefferung ber Pferbe-	
≥ u o)t.	
I. Die Königlichen Landgeftüte	753 — 754
II. Die Köhr : Ordnungen zur Berbefferung ber	
Pferbezucht	754 - 757
III. Bereine für Pferbezucht mit Wettrennen, Thier-	
und Stutenschauen und Pramienvertheilungen	757 — 758
Zweiter Abschnitt. Bon ber Berbefferung ber Rinds	
viehzucht	75 8
Dritter Abschnitt. Bon der Berbefferung ber Schanfe	
Bierte Unter-Abtheilung. Von der Erhaltung und Ben-	758 — 760
Vierte Unter-Abtheilung. Von der Erhaltung und Ben-	
besterung der Kischeret	760 - 766
Finfte Unter=Abtheilung. Bon ber Beforderung des	
Seibenbaues	766 `
Dritte Abtheilung. Ban ben Ginrichtungen und Maagregeln	
jur Beforderung landwirthschaftlicher Bildung und Verbefferungen.	
I. Landwirthschaftliche technische Lehranstalten	767 - 768
Ik Landwirthschaftliche Bereine	768 - 769
III. Bersuches und Musterwirthschaften	769 — 770
IV. Fonds zur Beförderung landwirthschaftlicher Melioratios	
nen und zur Erreichung verwandter Zwecke	770 771
V. Förderung der kandwirthschaftlichen Einficht durch nütze,	The state of the s
liche Belehrung	771 — 773

Zweite Abtheilung.

Von den Gemeinheits=Theilungen.

Borbemerkungen.

I. Die Gemeinheiten oder der gemeinschaftliche Besty gewisser Grundstücke und Grundgerechtigkeiten, aus den altesten Zeiten herrührend, bildezen von jeher die Quelle großer Uneinigkeiten 1); ganz besonders aber trazen die Bande der Gemeinheiten und Servituten dem Gedeihen der Landesskultur hindernd entgegen. Indeß war ihre Lösung mit desto größeren Schwierigkeiten verknüpft, als sie mit der Verfassung der Städte und des Platten Landes, sowie mit dem Betriebe der Gewerbe zur Befriedigung der

erften Lebensbedürfniffe in enger Berbindung ftanden.

Bereits Friedrich der Große mandte auch diesem Gegenstande der Beforderung der Borenfultur seine eifrige Fürsorge zu. Schon in dem Saushaltungs- und Wirthschafts-Regl. für die Pommerschen Aemter v. 1. Mai 1752 (Mylii N. C. C. Tom. I. pag. 299. u. 332. Nr. 27.) wurde die Separation der im Gemenge mit den Aedern der Dorfschaften liegenden Ronigl Borwerts-Meder angeordnet. Demnachft erging Die Instruction d. d. Rolberg d. 23. Mai 1763, wonach "dahin gesehen werden foll, daß die Rommunhutungen hinführo ganglich cesstren und die Domainen-Rammern bei aller Gelegenheit bahin bedacht sein sollen, die Separation der Kom-munbutungen zu beforden." 2) Unterm 28. Juni 1765 befahl ein an fammtliche Regierungen und Juftig-Rollegien erlaffenes Cirk. (Mylius a. a. D. Tom. III. pag. 971. Rr. 69.), "baß mit möglichster Aufmerksamfeit babin zu trachten fei, die Gemeinheiten und die gemeinschaftlichen Butungen aufzuheben." Demnächst aber erging eine allgemeine Berordnung v. 21. Oft. 1769 (a. a. D. Tom. IV. a. pag. 6217-6228. Nr. 68.) für Preußen, die Marten, Bommern, Magbeburg und Galberftadt, wonach "zur Beforderung Des Aderbaues, sonderlich auch zur Berbefferung des Wiefemachses und

2) Bergl. das R. v. 29. Juli 1763 an die Pommersche Regierung und das Roslinsche Hofgericht, in Mylii N. C. C. Tom. III. pag. 253—256. Rr. 49.

¹⁾ Die alten Deutschen Sprüchwörter bezeichnen dies bereits: "Gemein ist selten ein" und: Gesammt Gut verdammt Gut." (Vergl. Eisenhardt's Grundsätze des Deutschen Rechts in Sprüchwörtern, Abth. IV. §§. 33. u. 35.).

Auch die Römischen Rechtsquellen drücken (wenn gleich nicht wörtlich) den Sas aus: "communio est mater rixarum." Vergl. z. B. L. 77. § 20. D. 31. de leg., wo es (in fine) heißt: "quum discordiis propinquorum sedandis prospexerit, quos materia communionis solet excitare." (Vergl. auch Puchta, Vorlesungen über das heutige Römische Recht, Bd. 2. §. 373. S. 223.).

Berstärfung des Viehstandes der Bauern, in Aushebung der gemeinschaftslichen und vermengten Hütungen, Vertheilung der dazu liegen gebliebenen Brücher, überstüssigen Hütungen, Anger zc. versahren werden sollte." Diese Verordnung legte das Versahren in die Hände sachverständiger Dekonomie-Rommissarien, und übertrug den Justizbehörden nur die Aussicht darüber, daß bei dem Geschäfte alles legal zugehe, sowie dem Rechtsspruch. — Das R. v. 19. Mai 1770 an die Kriegs- und Domainen-Kammer zu Verlin und das Kammergericht (a. a. D. Tom. IV. pag 6787. Nr. 38.) ordnete an, "daß die Behütung der Wiesen im Frühjahr und Herbst gegen ein angemessenes Aequivalent ausgehoben werden solle", und durch das R. v. 25. Dec. 1770 (a. a. D. Tom. IV. pag. 7437. Nr. 88.) wurde auch die gütliche Auseinandersetzung der Interessenten ohne Zuziehung der Kommissarien, jestoch mit Vorbehalt der gerichtlichen Bestätigung solcher Verträge, freisgestellt.

Für Schlesien erging hiernächst unterm 14. April 1771 das Regl. wegen Auseinandersehung und Aushebung der Gemeinheiten und Gemeinshütungen (Korns Schles. Ediste Samml. de 1771.). Danach sollten "die Gemeinweiden — Gemeingründe, res universitatum — ohne Zeitverlust von Amtswegen abgeschafft und unter die Interessenten, nach Verhältniß ihrer seitherigen Benutung, vertheilt, ein= und wechselseitige Servitute so viel als möglich auseinandergesetzt und die Vermischung der Grundstücke ausgehoben, jedoch dabei auf die Konservation und Verbesserung der Schässereien gesehen werden." Durch mehrere nachfolgende Anordnungen 1) wurs den die Gemeinheits-Theilungen befördert und Anleitungen zu einem zweits

mäßigen Verfahren dabei ertheilt. 2)

Den in den gedachten Verordnungen enthaltenen Grundsätzen ift das A. L. R. im Wefentlichen gefolgt. Daffelbe ftellt in den SS. 75. ff. Tit. 17. Th. I. den Grundsat an die Spite, daß " die Theilung tes gemeinschaftlichen Eigenthums in allen Fallen ftattfindet, wo nicht ausbruckliche Gefete, Bertrage ober rechtsgultige Berordnungen eines Dritten entgegenfteben", und daß "das Recht, auf eine folche Theilung anzutragen, durch Verjährung nicht verloren geben kann." Im Abschn. IV. Tit. 17. Th. I. werden sodann spezielle Borschriften über "Gemeinheitstheilungen" ertheilt, wobei als Grundpringip festgestellt wird, bag "die von mehreren Dorfs» Einwohnern oder benachbarten Gutsbesitzern bisher auf irgend eine Art gemeinschaftlich ausgeübte Benutung der Grundftude zum Beften der allgemeinen Landeskultur fo viel als möglich aufgehoben werden foll" (S. 311. a. a. D.) — "insoweit, als dadurch die Landeskultur im Ganzen befördert und verbessert wird" (§. 313. a. a. D.). — Auch die Aushebung und Einschränkung einseitiger und wechselfeitiger Dienstbarkeiterechte foll (nach \$\$. 350. a. a. D. und \$\$. 46. ff. 138. ff., 170. ff. A. L. R. I. 22.) gegen hinlängliche Vergütigung zulässig sein, wenn "ber 3weck ber befferen Rultur der Grundstucke mit unveränderter Beibehaltung der Servituten nicht erreichbar ift."

Ueber das Verfahren in Gemeinheitstheilungs-Sachen finden sich bereits in dem Corpus juris Fridericiani zweckmäßige Vorschriften, welche

in verbefferter Geftalt in die A. G. D. I. 43. übergingen.

¹⁾ Bergl. die R. v. 6. Febr. 1773 u. 5. Febr. 1774 (Mylii N. C. C. Tom. V. d. pag. 53-88. Nr. 8.).

²⁾ Das R. v. 27. Dec. 1774 (a. a. D. pag. 969 — 972, Nr. 67.) übertrug ben zur Theilung und Auseinandersetzung der Gemeinheiten angeordneten Kom=missarien auch die bessere Einrichtung der Dienstverhältnisse der banerlichen Wirthe. — Bergl. auch die allgem. Einl. in Bb. I. S. LXXX.

II. Bu der Reihe der großartigen Gesetze aus der Regierungs-Periode Friedrich Wilhelms III. gehört auch die Gemeinheitstheilungs-Ordnung v. 7. Juni 1821. Sie beruhet auf den Grundlagen und bem Bringip der neueren Agrargesetzgebung Preußens, - ber Befreiung bes Grundeigenthums, der Disposition barüber und des Gewerbes. Nach bem utfprünglichen Plane follte fle (wie das Ed. v. 14. Sept. 1811 gur Beforderung der Landeskultur 1) in seinem Eingange angedeutet hatte) gleichzeitig auch die Ablosung ber Dienste und fonftigen Leiftungen, ber Behnten und Laudemien von eigenthumlichen, zu Erbpacht oder Erbzinsrecht beseffenen Gutern, ingleichen die Borfchriften über bas Berfahren, mit umfaffen. Auch debnte sich ber Entwurf, welcher im Jahre 1817 dem Ronigl. Staatsrathe vorgelegt murbe, auf alle diese Gegenstände aus. Spater murbe indes beschloffen, die Ablosungs-Ordnung von der Gemeinheits-Theilungs - Ordnung und den Gesetzen über das Verfahren zu trennen, und es ergingen hiernachft gleichzeitig (unterm 7. Juni 1821) Die drei Gesetze: a) die Gem. Theil. Ordn., b) die Ablos. Ordn. und c) bas Gef. über bie Ausführung beiber. 2)

Diese Gesetze find mit Zuziehung der Provinzial-Rollegien und sachkundiger Manner aus jeder Provinz wiederholentlich berathen und im Königl. Staatsrathe vor ihrer Publikation erwogen worden. *) — Es find dabei

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 91.

²⁾ Bergl. bie allgem. Ginl. in Bb. I. S. CV u. CVI.

³⁾ Die historische Mittheilung ber Entstehungsgeschichte bes Gesetses burfte nicht ohne Interesse sein.

Die zum Retablissement des Laudes kombinirte Immediate Kommission (v. Rlewit, v. Altenstein, v. Schon, Stägemann und Riebuhr) ers ftattete bereits unterm 24. Dec. 1807 Bericht über bie ersten Grunblagen einer gu erlaffenden GemeinheitesTheil. Orbn. und die hierauf an ben Staats. min. Freiherrn v. Schrötter erlaffene R. D. v. 28. ej. m. ertheilte biefem ben Auftrag, nach ben von ber gebachten Immebiat . Kommission aufgestellten Grunb. faben eine vollständige Gem. Theil. Ordn. ausarbeiten zu laffen, babei auch auf die Luneburgische Gem. Theil. Ordn. v. 25. Juni 1802 und den bereits vorhandenen Entwurf einer Lingen-Tedlenburgischen Gem. Theil. Ordn. Ruds Der Staatsmin. Freiherr v. Schrötter erforberte unterm 12. ficht zu nehmen. Jan. 1808 barüber gutachtliche Berichte bee Geh. Ob. Fin. Rath v. Auerewalb in Ronigsberg, und ber Rammer : Prafibenien Broscovins in Gumbinnen und Gr. ju Dohna in Marienwerber; besgl. nnierm 13. Marg 1808 bes Ranglers Freiherrn v. Schrötter in Königsberg, wobei indeß bemerkt wurde, daß das bes absichtigte Geset gunachst nur für Dit: und Bestpreußen bestimmt sei. - Nach Eingang ber erforberten Gntachten wurde bem Geh. Db. Fin. Rath v. Aueres wald die weitere Leitung der Angelegenheit übertragen und ihm aufgegeben, fich für Ausarbeitung eines motivirten Gefes Entwurfs bes Rrieges und Domainens Rath Mebing zu Schmollehnen zu bedienen, welcher zu diesem Behufe nach Ronigeberg bernfen wurde. Die bemnachft von bem ac. Debing gelieferte Arbeit erschien indeg der Seftion bes Min. bes Innern für die Gewerbe-Boligei nicht befriedigend, welche beshalb unterm 14. April 1809 ben Staatsrath Thaer au Bogfin anfforderte, fein Gutachten über die Angelegenheit abzugeben und einen neuen Entwurf zu einer vollftandigen Gemeinheite Theil. Orbn. auszuarbeiten. 3m Dinifterium war bie Bearbeitung bes Gegenstandes ingwischen bem Reg. Rath Boffmann und bem Staaterathe Friefe anvertraut worben, welche fich in motivirten Gutachten über bie bemnachft eingegangene Arbeit bes ac. Thaer außerten. Der (von bem Reg. Rath hoffmann) in Folge beffen ausgearbeitete Entwurf einer "Berordnung über bas Berfahren bei landlichen Bes meinheite Theilungen und Ablofung von Gervituten, Dienften und Abaaben in fammil. Preng. Staaten" wurde Seitens des Min. des Inn. (Gr. ju Dohna) unterm 20, Sept. 1809 ben Seftionen bes Min. bes Inn. für

sowohl die oben erwähnten älteren Gemeinheitstheilungs-Verordnungen, als die betr. Bestimmungen des A. L. R. hinsichtlich des Provokationsrechtes, der Gegenstände der Gemeinheits-Theilung, nämlich der Aushebung der ge-

bie Gesetzgebung und bes Fin. Min. für bie Domainen und Forften, sowie bem Juftig-Min. zur Prufung mitgetheilt, und unter Berucfichtigung ber bagegen gezogenen Erinnerungen, sowie ber gutachtlichen Meußerungen mehrerer Provinzials behörben, umgearbeitet, bemnachst aber ein anderweitiges Gutachten bes Stautss rathe Thaer darüber erfordert, welches unterm 16. Juli 1810 erstattet wurde. Diesen revid. Entwurf überreichte bie Seftion des Min. des Inn. für Ges werbe unterm 2. Oft. 1850 dem Staats Rangler Freiherrn v. Garben berg jur Prufung unter bem Antrage, die Konigl. Bestätigung beffelben herbeizuführen. — Bon Seiten bes Staats-Ranglers wurde hierauf im Jan. 1813 eine Roms mission jur Bearbeitung ber Gemeinheits-Theil. Ordn., sowie ber damit in Bers bindung fiehenden Angelegenheiten organifirt, welche, unter bem Borfite bes Geb. Staatsrath Sad, aus ben Staatsrathen Scharnweber, Wlomer und Thaer, bem Brafidenten v. Golbbed, ben Regier. Rathen Bethe und haese, außers bem aber aus Mitgliedern ber interimistischen National=Reprasentation (Gr. v. Parbenberg, Gr. v. Gos, Gr. v. Schonaich, Syndifus Elsner, Stabts direktor Strume, Freischulz Muller, Landrath v. Dewis, Gr. zu Dohnas Laud, Amterath Rump, Geh. Staaterath v. Quaft) und praktischen Dekonos men (Dekonomie-Rommiffar Behfemener, Db. Amtmann Baath zu Sachsens borf, Db. Amtmann Reit zu Balteretorf, Landstallmeifter v. Balow auf Cummerow u. Lanbschafterath v. Baftrow) gebildet wurde. Spater übernahm ber Staatsrath Thaer ben Vorsit in ber Kommission, zu welcher bemnächst auch noch ber Landrath v. Dewis und ber Reg. Rath Bethe als Kommisarien zugezogen wurden. Die Redaktion bes Entwurfs nach ben gefaßten Beschluffen übernahm ber Reg. Rath Bethe. Im Dec. 1816 hatte die Kommission ihre Arbeiten beendiget. Das Resultat ihrer Arbeiten mar der "Entwurf zur Berordnung und Instruktion megen Einschränkung und Aufhebung bestehenber Gemeinheiten. Bunachft fur Die oftlichen Provinzen bes Ronigl. Breuß. Staates bestimmt. " ")

Die Min. bes Inn., ber I. und ber Fin. traten nunmehr zur weiteren Berathung darüber in Berbindung und ernannten hierzu eine Rommission, bestehend aus dem Staatsrathe Thaer, Geh. Rath Bethe, Geh. Just. Rath Muller und Staatsrathe Wilkens. Nachdem biese ben Entwurf anderweitig bearbeitet hatte, bestimmte eine an den Staatsrath erlassene Allerh. Kab. Ordre v. 13. Nov. 1817, daß der Entwurf "fofort dem Staate-Rathe zur Prufung und Berathung übergeben werden folle; damit indeß bei dieser Berathung die Meinungen der in der Sache interessirten Ministerien des Inn., der J. und der Fin. gehört und erwogen werden möchten, so sollten die betr. Abtheilungen bes Staatsrathes die bisherigen Rommiffarien jener Dinisterien (bie Geh. Rathe Bethe und Muller und ben Staatsrath Wilkens) zuziehen, übrigens aber ben Gegenstand bergestalt beschleunigen, bag berfelbe bei ber bevorstehenden Eroffnung bes Staatsrathes vor das Plenum deffelben gebracht und bemnachst zur Allerh. Enischeidung beförbert werben könne." — Der Entwurf wurde indeß, auf Veranlaffung ber betreff. Abtheilungen des Staatsraths, nunmehr zuvorderft noch Seitens des Min. bes Inn. den sammtlichen Ober-Prasidenten, Regierungen und General= Rommissionen, und Seitens des Justizmin. ben sammilichen Ober-Gerichten zur Begutachtung mitgetheilt, hierdurch aber eine neue erhebliche Bergogerung ber Angelegenheit herbeigeführt. Nachbem ber Gefes Entwurf burch bie bemnachft, mit Berudfichtigung ber erstatteten Gutachten, im Staaterathe erfolgte Umarbeitung beffelben eine völlig veranderte Geftalt erhalten hatte, erlangte berfelbe schließlich unterm 7. Juni 1821 die Allerh. Sanktion. — Die betreffenden Arbeiten haben somit einen Zeitaufwand von mehr als 13 Jahren erforbert.

^{*)} Diefer Entwurf nebft Erläuterungen ift im Druck erschienen in ber Dedere fchen Geb. Db. hofbuchbruckerei. Berlin 1818. Fol.

meinschaftlichen Benutzung des Gesammteigenthums oder anderen gemeinsschaftlichen Eigenthums, sowie der Grundgerechtigkeiten, dem Bedürsnisse der neueren Landeskultur entsprechend, erweitert, und laut der Einleitung zur Gem. Theil. Ordn. sowohl der Abschn. IV. Tit. 17. Th. I. des A. L. R., als auch das oben erwähnte Gemeinheitstheilung Regl. für Schlessen v. 14.

April 1771, ausdrücklich aufgehoben worden.

Die Gemeinheits = Theilungs = Ordn. v. 7. Juni 1821 ift, wie ihre Einleitung ausspricht, für alle Landestheile, in welchen das A. L. R. eingeführt ist, erlassen worden, mithin für die Provinzen Preußen, Posen, Pommern, mit Ausschluß von Neuvorpommern und Rügen, für die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen und Westphalen, sowie für die Kreise Rees und Duisburg in der Rhein= provinz.

Bierbei ift indeg zu bemerten:

1) In das Herzogihum Westphalen, das Fürstenthum Siegen, die vormals Naffauischen Aemter Burbach und Neuenkirschen, und in die Grafschaften Wittgenstein = Wittgenstein und Wittgenstein = Berleburg, sammtlich in der Provinz Westphalen, sind das A. L. R. und die A. G. D. nebst den dieselben abandernden, ergänzenden und erläuternden Bestimmungen, zu welchen die Gem. Theil. Ordn. v. 7. Juni 1821 gehört, erst durch das Publikat. Pat. v. 21. April 1825 (S. S. 1825 S. 153), und zwar unter Modistationen, eingesührt worden. Es sollen nämlich die in den genannten Landestheilen und den einzelnen Orten derselben bestehenden besonderen Rechte und Gewohnheiten, desgleichen diesenigen Landes-Ordnungen und Bestimmungen derselben, welche sich auf Provinzialrechtsverhältnisse beziehen, noch sernerhin ihre gesetzliche Kraft und Gültigkeit behalten, dergestalt, daß die vorkommenden Rechtsangelegens heiten hauptsächlich nach diesen und erst in deren Ermangelung nach den Borschristen des A. L. R. beurtheilt und entschieden werden sollen.

Nach S. 3. des allegirten Publik. Pat. hat zwar ein vollständiges Verzeichniß der aufrecht erhaltenen Landes-Ordnungen und Bestimmungen dersselben bekannt gemacht werden sollen; allein dies ist bis jest nicht publizirt, sondern davon Abstand genommen, indem die Beurtheilung, welche besondere Verordnungen und Bestimmungen aufrecht erhalten oder aufge-

hoben worden, bei Bearbeitung der Provinzialrechte erfolgen sollte.

In allen vorgedachten Landestheilen sind die alteren Gesetze, betr. die Rechtsverhaltnisse des Grundbesitzes, jedoch späterhin durch Preuß. Gesetze abgeandert oder naber bestimmt worden, 1) wodurch auch die Vorschriften

wegen der Gem. Theil. Ordn. berührt werden.

2) Was das vormals Großherzoglich Hessische Herzogihum Westphalen insbesondere betrifft, so sind durch das G. v. 18. Juni 1840 über die den Grundbesitz betr. Rechtsverhältnisse 2) (G. S. 1840. S. 153.) die Großherzoglich Hessischen Berordnungen in Beirest der Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes, soweit sie nicht abgeändert worden, jedoch mit Aufbedung des Abschn. VII. der Großherzoglich Hessischen Gem. Theil. D. v. 9. Juli 1808 (Stotti's Samml. Kurtölln. Gesetz Abschn. II. Th. I, S. 364.
K. und Dönniges Landes-Kult. Gesetzeb. Bb. 2. S. 391. st.) aufrecht erhalsten worden. Letztere Verordnung ist nur für das Herzogihum Westphalen ergangen, der Abschn. VII. derselben war aber bereits durch die Hessischen Berordn. v. 5. Nov. 1809 (Dönniges Landes-Kult. Gesetzeb. Bb. 2. S. 63—66.) modificirt worden.

¹⁾ Bergl. bas Rabere hierüber in Abih. I. Abschn. II. (f. in Bb. II. Abih. I. S. 848 ff.).

²⁾ Bergl. in Bb. L. S. 304-305.

Es sind nun Zweifel darüber entstanden: ob und inwiesern die Großherzoglich Hessische Gem. Theil. D. v. 9. Juli 1808 im Herzog-

ihume Weftphalen noch Anwendung findet?

a) Das Revis.-Rolleg. für L. R. S. hat (in Uebereinstimmung mit der Gen. Kom. zu Münster) angenommen (Datum des Erk. konstitt nicht), daß die Gem. Theil. D. v. 7. Juni 1821 auch im Herzogthume Westphalen dergestalt in gesetzliche Kraft getreten sei, daß dadurch die Großherzoglich Hessische Gem. Theil. D. v. 9. Juli 1808 im Wesentlichen ihre fortdauernde Gültigkeit dort verloren habe.

Denn nach §§. 1. u. 2. des Pat. v. 21, Juni 1825 habe das A. E. R. unter ben in ben §5. 4 — 13. baselbst ermähnten Beschränkungen, — und zwar nebft ben baffelbe abandernben, erganzenben und erlauternben Berorbs nungen, im Bergogihum Westphalen Gesetestraft erhalten und sei an die Stelle ber bis bahin geltenb gewesenen gemeinen Rechte und berjenigen Landesgesetze ober in ihnen enthaltenen Bestimmungen getreten, worin gemeines Recht aufgenommen, erganzt, erlautert ober abgeandert worden. Daffelbe fei im S. 24. hinfichtlich ber A. G. D. vorgeschrieben, die nebft bem Anh. und ben spateren Abanberungen ic. seitbem bort bie einzige Richtschnur für bas Bers fahren abgebe. — Mur für materielle provinziarechtliche Normen ents halte ber S. 3. des Pat. die salvirende Bestimmung, daß solche in Kraft bleiben und in Bezug auf bergl. Rechtsangelegenheiten bes A. E. R. nur subfibiarisch gels ten folle. Allein ber S. 3. erhalte, neben den besonderen Rechten und Obsers vanzen, nur solche Landesordnungen, oder barin enthaltene Borschriften, aufrecht, die fich auf besondere provinzielle Eigenthümlichkeiten und daburch entstandene Rechtsverhältnisse beziehen (vergl. S. 2. a. a. D.). Die Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821 sei, nach ihrem Gingange, an bie Stelle bes Abfchn. IV. Tit. 17. Th. I. A. L. R. getreten; ebenso bie B. v. 20. Juni 1817 nebst Ergang. (nach S. 10. bes Ausführungs : Gef. v. 7. Juni 1821) an bie Stelle bes Art. 43. Th. I. ber A. G. D. — hieraus folge (nach §g. 1. u. 24. des Patent. v. 21. Juni 1825), daß biefe Gesetze ganz ebenso wie das A. L. R. und die A. G. D. in das Berzogthum Weftphalen eingeführt worden find. 1)

Die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 gelte mithin bort jedenfalls als subfibias rifches Recht, wie bies auch aus SS. 29. u. 30. ber Ablof. D. fur bas Bergogs thum Befiphalen v. 18. Juni 1840 (G. S. 1840, S. 163) flar folge. — Es fonne fich beshalb nur fragen: ob bie Hessische Gem. Th. D. v. 9. Juli 1808 gang ober theilweise neben der Gem.=Th.=D.'v. 7. Juni 1821 als Provinzialrecht Gultigkeit behalten habe, bergestalt, bag ihre etwa abweichenden Bestimmungen benen ber Gem. : Th. : D. berogiren ? — Der Abschn. VII. sei burch bas G. v. 18. Juni 1840 über bie Berhaltniffe bes Grundbefiges im Berzogthume Befiphalen (3. C. 1840, S. 154) ausbrudlich aufgehoben; biefer Umstand lasse jedoch nicht a contrario ben Schluß auf die fortbauernbe Rraft ber feche erften Abschnitte als Provinzialrecht zu, benn ber Abschn. VII. betreffe bie Berhältniffe ber Bauerguter und sei baher burch bie Einführung bes A. L. R. nicht berührt worben, sondern bis bahin (nach S. 4. bes Pat. v. 21. Juni 1825 u. dem G. v. 25. Sept. 1820) in Geltung geblieben. Auch ber Umftand sei nicht entscheibend, baß bie Gem. Th. D. v. 9. Juli 1808 [peziell für bas Berzogihum Westphalen erlaffen worben. Die in ihrem Eingange entwickelten Motive ergaben vielmehr, daß burch biefelbe feinesweges eine nahere Bestimmung ober Begrundung rein provinzieller eigenthumlicher Rechtsverhaltniffe biefes Landestheils bezweckt worden, fondern ihre Bwede seien allgemeiner staatswirthschaftlicher und landespolizeilicher Ratur. Die B. v. 9. Juli 1808 sei also im Allgemeinen als eine gemeines Recht kommentirende Landesordnung nach S. 2. bes Bat. v. 21. Juni 1825 aufgehoben

¹⁾ In Bezug auf das Verfahren in Gem. Theil. Sachen hat auch das R. des Min. des I. v. 22. Mai 1832 (Acta Nr. 62. Vol. 3.) ausdrücklich anerkannt, daß sich solches dort lediglich nach der V. v. 20. Juni 1817 nebst deren Erzganz. richte. (Bergl. Donniges Landes=Rult. Gesetzeb. Bd. 2. S. 397—398 n. S. 457).

und durch die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 ersett. Rur einzelne Bestime mungen derselben, sofern sie im Sinne des S. 3. des Pat. für provinzialrechts liche erachtet werden konnten, konnten in Kraft geblieben sein.

Die Aussührung zeigt nun ferner unter spezieller Beleuchtung sammtlicher Bestimmungen der B. v. 9. Juli 1808, daß nur einige wenige (in den SS. 120. ff. u. 142. enthaltene) Vorschriften derselben als provinzialrechtliche Bestimmungen angesprochen werden könnten, welche indeß ebenfalls der allgemeinen Feldpolizei-Ordn. weichen müßten, und gelangt somit zu dem Resultate, daß dieselbe von gar keiner praktischen Bedeutung mehr sei. (Zeitsch. des Revis. Kolleg. Bb. 1. S. 51—64.)

· b) Das Db. Prafidium von Weftphalen hatte fich fcon früher in der Bekanntmachung v. 18. Aug. 1830, unter Bezugnahme auf ein R. ber Min. des J. u. der J. v. 28. Juni 1830, 1) über ben Gegenstand ausgesprochen. Daffelbe bemerkt zuvörderft, daß für das Berfahren unzweifelhaft nur die Gem. Th. D. und das Ausführungs-Gef. v. 7. Juni 1821 maaßgebend seien; ebenso konnten auch die Abschn. I., II., III. und ein großer Theil des Abschn. V. der B. v. 9. Juli 1808 nicht mehr zur Anwendung kommen, ba fie lediglich die Rompetenz ber Behörden und bas Berfahren vor denselben betreffen. Der Abschn. VII. fomme nur unter ben durch die Hessische B. v. 5. Nov. 1809 angeordneten Modifikationen zur Anwendung; 2) dagegen habe der Abschn. VI., als in Provinzial-Berhaltniffen beruhend, fernerhin gesetzliche Kraft. Ebenso bleibe der Abschn. IV. gultig, jedoch trete die Gen. Kom. an die Stelle ber in den §§. 53 - 55. bezeichneten Beborben; endlich aus dem Abichn. V. feien nur die SS. 87., 95 — 103. als materielle Bestimmungen enthaltend und deshalb ferner in Rraft bleibend anzusehen. 3) (v. R. Ann. Bb. 14. S. 543.)

Es wird den durchaus erschöpfenden Gründen des Revis.-Rolleg. beizustreten und mithin anzunehmen sein, daß die W. v. 9. Juli 1808 gegen-

wartig ohne alle praftische Bedeutung sei. *)

III. Die in Folge der Ereignisse des Jahres 1848 veranlaßte Revisson der gesammten Agrar-Gesetzebung hat sich auch mit auf die der Gem. Theil. O. v. 7. Juni 1821 erstreckt und die Königl. Staats-Regierung hat sich veranlaßt gesehen, zur Beseitigung verschiedener Mängel dieses Gessetzes, sowie zur Ausgleichung einiger in Bezug darauf in den verschiedenen Provinzen, sur welche dasselbe Geltung hat, bestehenden Ungleichheiten, den im Jahre 1849 einberusenen Kammern einen Gesetzeutwurf, betr. die Ergänzung und Abänderung der Gem. Theil. D. v. 7. Juni 1821 und einiger anderen über Gemeinheitstheilungen ergangenen Gesetze zur versassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen. 5) Aus der

2) Dieser Abschn. ift, wie schon bemerkt worben, jest burch bas G. v.

18. Juni 1840 aufgehoben.

¹⁾ Bergl. Donniges a. a. D. S. 398 u. S. 457.

³⁾ Das oben alleg. Erf. bes Revis. Rolleg. für L. R. S. zeigt bagegen, bas sämmtliche nach ber Ansicht bes Westphälischen Ob. Präsid. noch gültige Beskimmungen ber B. v. 8. Juli 1808 vollständiger in der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 enthalten und schon beshalb nicht mehr von praktischer Bedeustung seien.

⁴⁾ Der Abbruck berfelben ift beshalb nicht erforberlich gewesen.

⁵⁾ Der Entwurf wurde zunächst bei der II. K. durch den Min. des J. auf Grund der Allerh. Ermächtigung v. 2. Aug. 1849 (Drucks. der II. K. Nr. 15.) in der 5. Sis. v. 13. Aug. 1849 eingebracht. (Stenogr. Ber. der II. K. 1843. Bd. I. S., 28). Bergl. den Text des Entw. a. a. D. S. 38—44. — Die Agrar, Kom. der II. K. hat darüber unterm 20. Oft. 1849 Bericht erstattet. (Ornaks. der IL R. Nr. 261 u. stenogr. Ber. derselben Bd. III. S. 1588—1595).

Bereinbarung der Rammern und der Krone ist demnächst das Ges. v. 2. Marz 1850, betr. die Ergänzung und Abanderung der Gem. Theil. D. v. 7. Juni 1821 und einiger anderen über Gemeinsheitstheilungen ergangenen Gesetze (G. S. 1850 S. 139—144), hervorgegangen, welches für diejenigen Landestheile gilt, in welchen die Gem. Theil. D. v. 7. Juni 1821 Gesetzestraft hat.

IV. In Betreff derjenigen Landestheile, in welchen das A. L. R. und die Gem. Theil. D. v. 7. Juni 1821 nicht gelten, ift Folgendes zu

bemerfen:

Es find dies folgende Landestheile:

A. Das Berzogthum Reuvorpommern nebst bem Fürstenthume Ragen.

Für diese Landestheile find mahrend ber Schwedischen Berrschaft in Be-

jug auf Gemeinheitetheilungen ergangen:

1) das Patent v. 18. Nov. 1775 wegen Aufhebung von Gemeinheiten ländlicher Grundstücke und Auseinandersetzung vermischt liegender Grundsstücke (Dahnerts Samml. Pommerscher Landes: Urfunden, Suppl. Bb. 2. S. 524.);

2) das Patent v. 14. Dec. 1801 wegen der, jedoch nur von dem Besitzer des dienenden Grundstückes zu verlangenden, Aufhebung der Weideund Triftgerechtigkeiten auf fremdem Grund und Boden. (a. a. D. Suppl.

Bb. 4. S. 808.)

Das an das Ob. App. Ger. zu Greifswald erlassene R. des Justizmin. v. Kircheisen v. 12. Okt. 1818 (v. K. Jahrb. Bb. 12. S. 273.) bestimmte, daß es bis zur Organisation der Justizbehörden in der tortigen Provinz bei dem bisherigen durch die oben erwähnten Patente bestimmten Geschäfts-

gange und Inftanzenzuge verbleiben folle.

Nach diesen Patenten durfte jeder Theilnehmer die Aufhebung von Gemeinheiten, die von mehreren Eignern gemeinschaftlich benutt werden, und
die Auseinandersetzung vermischt unter einander liegender Grundstücke bei
der Regierung beantragen, welche dieselbe durch beständige Kommissarien
mittelst Vertheilung der gemeinschaftlichen oder vermischten Ländereien zu
bewirken, und in Entstehung von Vergleichen über die Art und Sohe der
Absindung, vorbehaltlich des Rechtsweges in Betreff erheblicher Einwendungen, zu entscheiden hatte. Auch war es dem Eigenthümer eines mit
einer Weidegerechtigkeit belasteten Grundstückes gestattet, auf demselben Wege
die Ablösung dieser Dienstbarkeit zu verlangen. Er mußte aber den Be-

Bergl. dies Ges. in Bb. I. S. 328 ff. Die betreff. Motive und Koms missions-Berichte find zu ben einzelnen Artikeln des Gesetzes mitgetheilt worden.

Die Berhanblungen barüber in ber II. K. haben in ber 70. u. 71. Sig. v. 7., 10. u. 14. Dec. 1849 stattgefunden. (Stenogr. Ber. a. a. D., S. 1595—1627 u. S. 1695—1697). — Nachdem hierauf der Entw. an die I. K. gelangt war, ers stattete beren Agrars Kom. ihren Bericht darüber unterm 1. Febr. 1850 (Drucks. der I. K. Nr. 468 u. stenogr. Ber. der I. K. 1838, Bd. V. S. 2650—2656), worauf die Berathungen darüber in der 114., 115. u. 116. Sig. v. 9., 11. u. 12. Febr. 1850 (stenogr. Ber. a. a. D. S. 2656—2686 u. 2688—2689) statts sanden, welche zu einigen Abänderungen der von der II. K. gefaßten Beschlüsse sührten. — Nachdem die Agrars Kom. der II. K. hierüber unterm 13. Febr. 1850 (Drucks. der II. K. Nr. 546. u. stenogr. Ber. derselb. Bd. V. S. 2891—2893) anderweitig berichtet hatte, sand die sernere Berathung in der II. K. in der 113. Sig. v. 19. Febr. 1850 (stenogr. Ber. a. a. D. S. 2893—2895) statt, welche zur vollständigen Uebereinstimmung beider Kammern sührte, worauf der Geses Entwurf unterm 2. März 1850 die Sanstion der Krone erlangte und in der G. E. pro 1850, S. 139—144, Nr. 3235. als Geses publiciet wurde.

rechtigien dafür durch Weideland absinden und die Rosten des Verfahrens allein tragen.

B. In der Rheinprovinz gilt die Gem. Theil. D. v. 7. Juni 1821 nur in den Kreisen Rees und Duisburg. Dagegen entbehrten die übrigen Theile jener Provinz, welche unter der Herrschaft des Französischen oder gemeinen Rechts stehen, ebenso wie Neuvorpommern und Rügen, dis das hin zweckmäßiger Vorschriften über die Aushebung der den Fortschritten der Landeskultur hinderlichen Gemeinschaft in der Benutzung ländlicher Grundsstücke, die aus dem Eigenthume mehrerer Besitzer oder aus den auf den Grundstücken ruhenden Dienstdarkeiten enispringt und unter der allgemeinen Bezeichnung einer Gemeinheit in dem G. v. 7. Juni 1821 zusammengesfaßt wird.

In denjenigen Landestheilen, in denen das Französische Recht Geltung hat, war man auf sehr unvollkommene Mittel zur Entlastung des Grundsbesitzes beschränkt.

Diefelben beftanden hauptfächlich:

- 1) in den Maaßregeln, welche der sogenannte Code rural v. 28. Sept. und 6. Oft. 1791 zur Beschränkung oder Ausbebung der Hitung auf Aeckern und Wiesen durch Einhegungen u. s. w. gestattete;
- 2) in den sogenannten Kantonnementsklagen, welche aus der alten Französischen Gesetzgebung übernommen, dem belasteten Eigenthümer, nasmentlich von Forsten, die Aufhebung der Servituten gegen Abtretung eines Theils des belasteten Grundstücks möglich machten;
- 3) in den Theilungen gemeinschaftlicher Grundstücke nach Analogie ber Vorschriften des Civil-Gesethuchs über die Erbschaftstheilungen.

In neuerer Zeit wurde jedoch die Kantonnementsklage von den Gerichsten für den bei Weitem größten Theil des linken Rheinufers und das ehes malige Großherzogthum Berg als unzulässig erklärt, weil das Französische Geset, auf dem sie beruht, daselbst nicht publirt ist.

Noch weniger ausreichend waren die Vorschriften über Gemeinheitstheilungen in den vormals Naffauischen Landestheilen. Denn dieselben bestanden lediglich in der gemeinrechtlichen Theilungsklage des Miteigenthüsmers und in den Bestimmungen der Naffauischen Kultur-Verordn. v. 7. u. 9. Nov. 1812, wonach Weideberechtigungen auf Brachfeldern, Wiesen und Waldungen der uneingeschränkten Benuzung dieser Grundstücke nicht in den Weg treten dürsen, für diese Beschränkung des Weiderechts, wenn es wohl hergebracht ist, aber eine Entschädigung nach dem Ermessen der Distrikts-Regierung gewährt werden soll; und wonach ferner alle aus Gesmeinde-Waldungen zu entrichtenden Holzabgaben durch Uebertragung eines verhältnismäßigen Antheils an dem Eigenthume der Waldungen durch die Regierungen abgelöst werden können. 1)

Dieser Zustand ber beir. Gesetzebung veranlaßte die Königl. Staats-Regierung bereits im Jahre 1849, den Kammern den Entwurf einer Gem. Theil. D. für die Rheinprovinz, mit Ausschluß der Kreise Duisburg und Rees, sowie für Neuvorpommern und Rügen,

¹⁾ Eine vollständige Uebersicht sammtlicher in den Landestheilen des linken und rechten Rheinufers der Rheinprovinz erlassenen Gemeinheits: Theil.: Gessetz giebt Donniges in der Landes: Rult. Gesetzeb. Bb. 2. im Anhang II. S. 75—126, worauf hiermit verwiesen wird.

vorzulegen, 1) welcher indeß wegen des Schlusses der Sitzungs-Periode

nicht zur Berathung gelangte. 2)

In der nachftfolgenden Sitzungs-Periode (1850-1851) wurden hierauf durch den Min. des J. den Kammern zwei anderweitige Gesetz-Entwürfe, namlich: a) der Entwurf einer Gem. Theil. Ordn. für die Rheinproving, mit Ausnahme der Kreise Duisburg und Rees, so wie für Neuvorpommern und Rügen, b) ber Entwurf eines Gesetzes, betreff. das Verfahren in den nach ber Gem. Theil. Ordn. zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinufers, zur verfaffungemäßigen Befolugnahme vorgelegt. *) Aus ber Bereinbarung ber Staats-Regierung mit den Rammern find demnachst die beiben Gefege v. 19. Dai 1851, namlich a) die Gem. Theil. Ordn. für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Areise Duisburg und Rees, so wie für Reuvorpommern und Rügen, und b) betr. das Verfahren in ben nach der Gem. Theil. Ordn. zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinufers (G. S. 1851, S. 371-382, Rr. 3404. u. S. 383-402, Rr. 3405) hervorgegangen. 1)

2) Die Kom. der II. R. hat darüber unterm 14. Febr. 1850 Bericht erftattet (Drucks. ber II. R. 1888, Dr. 540.). Im Plenum ber II. R. haben jedoch

Berhandlungen darüber nicht statigefunden.

4) Bergl. die betr. Motive und Kommiss. Berichte im Kommentar gu ben beiben gebachten Gefeten (f. unten).

¹⁾ Der Entwurf wurde burch ben Min. bes J. auf Grund ber Allerh. Ers machtigung v. 10. Dec. 1849 (Druckf. ber II. R. pro 1849, Nr. 417.) in ber 73. Sig. ber II. R. v. 13. Dec. 1849 (ftenogr. Ber. ber II. R. 1843, Bb. III. 6. 1688) eingebracht. (Bergl. ben Text biefes Entw. nebst Motiven in ben ftenogr. Ber. ber II. R. 1844, Bb. IV. S. 1868-1874).

³⁾ Die Borlegung erfolgte bei ber II. R. in ber 45. Gis. v. 20. Marg 1851, auf Grund ber Allerh. Ermächtigung v. 19. oj. m. (Stenogr. Ber. ber II. K. 1844, Bb. I. G. 631). - Bergl. Die Entwurfe nebft Motiven in ben ftenogr. Ber. ber II. R. 1834, Bb. IV. G. 875-894. - Die Agrar. Rom. ber II. R. hat barüber unterm 11. April 1851 Bericht erftattet (Druckf. ber II. R. 1884, Rr. 200. u. ftenogr. Ber. berfelb. 1844, Bb. IV. G. 895 - 914) und es haben bie Berhandlungen barüber in ber II. R. in ber 67. u. 69. Sig. v. 29. April u. 1. Mai 1851 (ftenogr. Ber. ber II. R. Bb. II. S. 1149—1150 u. S. 1181 bis 1192) stattgefunden. — Die Berichte ber Kom. ber I. R. find unterm 30. April u. 1. Mai 1851 erstattet (stenogr. Ber. ber I. R. 1834, Bd. II. S. 1339—1346 u. S. 1419-1423) und die Berathungen barüber in der I. R. haben in der 51. u. 53. Siz. v. 2. u. 5. Mai 1851 (a. a. D. S. 1337—1339. u. S. 1405 bis 1409) stattgefunden; dieselben haben dahin geführt, daß die I. R. den Beschlussen der II. R. ohne Ausnahme beigetreten ift.

Erster Abschnitt.

Die Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, nebst dem Gesetze vom 2. März 1850, betreffend die Ergänzung und Abänderung derselben und einiger anderen über Gemeinheits-Theilungen ergangenen Gesetze.

Bum Eingange.

Ueber den Umfang der Gültigkeit der Gem. Theil. Ordn. v. 7. Juni 1821, vergl. die Vorbemerk. ad II. (s. oben S. 3 ff.)

Zum §. 1.

1) Der S. 1. bestimmt im Allgemeinen als Gegenstand ber Gemeinheitstheilungen "die von mehreren Einwohnern einer Stadt
oder eines Dorfes, von Gemeinden und Grundbesitzern bisher
gemeinschaftlich ausgeübte Benutung ländlicher Grundstücke." Es ist somit anzunehmen, daß auch ländliche Grundstücke, welche großen
Städten oder mehreren Einwohnern derselben gehören, und gemeinschaftlich
benutt werden, den Bestimmungen der Gem. Theil. D. unterworfen sind.
(Donniges Landes-Rultur-Gesetzeb. Bb. 2 S. 399).

2) Die Schlußworte des S. 1. sprechen bereits aus, daß die Bestimmungen der Gemeinh. Theil. Ordn. in zwei Kathegorien zerfallen,

namlich:

a) diejenigen über die Aufhebung der Gemeinheiten, von welchen der Abschn. I., und

b) biejenigen über bie Einschränkung ber Gemeinheiten, von welchen

der Abschn. II. handelt.

3) Die nahere Begriffsbestimmung berjenigen Gemeinheiten, von deren Aufhebung die Gem. Theil. Ordn. handelt, ist in ten §§. 2. u. 3.

enthalten.

- a) Das Ob. Trib. hat sich (in dem Erk. v. 11. Dec. 1851) über den Begriff einer Gemeinheit im Sinne des S. 1. dahin ausgesprochen, daß wenn solcher in eine gemeinschaftliche, d. h. kondominielle Benutung land-licher Grundstücke gesetzt werde, der S. 1. der Gem. Theil. Ordn. dies gar nicht durch das Wort: "gemeinschaftlich" habe ausdrücken wollen; vielmehr sei darunter die Konkurrenz der Benutung ländlicher Grundstücke von Seiten mehrerer Berechtigten verstanden, es mögen nun diese Benutungsarten und Berechtigungen gleichartig oder verschiedenartig sein, so daß die Konkurrenz des Eigenthümers Krast seines Eigenthumszechtes mit einem Servitutberechtigten krast einer Grundgerechtigkeit eben sowohl eine gemeinschaftliche Benutung des Grundstückes im Sinne des Gesetzes begründe, als die Konkurrenz mehrerer Miteigenthümer bei der Benutung des ihnen gehörigen Grundstückes. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. für L. K. S., Bd. 5 S. 35.)
- b) Das Revisions-Kollegium für E. R. S. führt (in dem Erk. v. 29. Aug. 1850) aus, daß die Gem. Theil. Ordn. sich mit der Aufschung der gemeinschaftlichen Benutung ländlicher Grundstücke durch Weidesund Vorftnutung befasse, moge diese nun auf einem gemeinschaftlichen

12 Von b. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Eigenthume, einem Gesammteigenthume ober einseitigen ober wechselseitigen Dienstbarkeitsrechte beruhen. (Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 3 S. 274).

Bum Abschnitt I. (betreffend die Aufhebung ber Gemeinheiten.)

3n &6. 2. und 3.

(Mabere Bestimmungen bes Begriffs).

I. Der S. 2. der Gem. Theil. Ordn. giebt die Dienstbarbeitsrechte näher an, welche als Gegenstand der Gemeinheitstheilungen in Betracht kommen können, indem derselbe die Aushebung der Gemeinheiten nach den Grundsätzen der Gem. Theil. Ordn. auf folgende Gegenstände beschränkt:

1) die Aushebung der Weideberechtigungen,

2) die Aufhebung der Waldberechtigungen zur Mast, zur Hol-

3) die Aufhebung ber Berechtigungen jum Blaggen- (Rafen-),

Beibe- und Bultenbieb.

Dagegen ist der gemeinschaftlichen Benutzung ländlicher Grundstüde durch Jagd, Fischerei und Fossilien nicht gedacht, deren Ausbebung in der Regel für ausgeschlossen von den Bestimmungen der Gem. Th. Ordn. zu erachten. Auch der Torfmoor-Gemeinheiten und Berechtigungen, der reinen Triftgerechtigkeiten und der Wasserungungsrechte erwähnt die Gem. Th. Ordn. nicht, sondern nur der S. 142. derselben enthält die diesem Mangel einigermaaßen abhelsende Bestimmung, daß "wenn außer der nach S. 2. auszuhebenden gemeinschaftlichen Benutzung, noch andere Grundgerechtigkeiten hinderlich sind, auch diese gegen Entschädigung ausgehoben werden mussen, was auch von den s. g. städtischen Servituten, von den Grundgerechtigkeiten auf fremde Gebäude gilt (A. L. R. I. 22. SS. 55. ss.)

II. Die Bestimmungen der Gem. Theil. Ordn. haben indest eine wesfentliche Erweiterung erhalten durch das Ges. v. 2. Marz 1850, betr.

beren Ergang. 20., 1) welches in ben Art. 1. u. 2. bestimmt, daß:

1) die Berechtigung zur Graferei2) und zur Nugung von Schilf, Binfen oder Rohr auf Landereien und Privatgewäffern aller Art,

1) Bergl. in Bb. I. S. 328 ff.

²⁾ Bereits bas R. bes Min. Des J. v. 7. Febr. 1823 (Roch's Agrargefeggeb., 3. Aneg. S. 80 n. Donniges Landesfult. : Gefetgeb., Bb. 2. S. 399) hatte, auf Grund der SS. 84. u. 142. ber Gem. Th. D., angenommen, daß bie Ablosung einer Grafereis, Grasschnitts, Sichels Grafereis Berechtigung auf ben Antrag bes Berpflichteten zulässig sei. — Dasselbe sprach ber kandtages Abschied für die jum 3. Proving. Landtage versammelten Schlefischen Stande v. 30. Dec. 1831, Mr. 5. aus (f. a. a. D.). — Das R. des Min. bes 3., lands witthschaftl. Abth., v. 17. Rov. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 344, Nr. 557.) bemerkte indeg, daß Ablösungen von Sichelgrafereis Berechtigungen zwar in Gemäßheit ber SS. 84. u. 142. ber Gem. Th. D. bei Gelegenheit von Gemeinheitstheilungen als Nebenpunkte zur vollständigeren Auseinandersetzung bienlich fein könnten und alsbann, jedoch nur auf den Antrag des Belasteten, herbeigeführt werben dürften; dagegen seien bergl. Ablösungen als Sauptgegenstand ber Provokation unstatthaft und nur im Wege freier Vereinigung beider Theile zu ers reichen. — Das R. beffelb. Min. v. 13. Oft. 1841 (Din. Bl. b. i. B. 1841, 6. 293, Rr. 481.) bemerfte ebenfalls, bag bas Sichelgrafereirecht nicht zu ben Rechten gehore, beren Ablosung (nach S. 2. ber Gem.-Th.-D.) allgemein geforbert

2) die Berechtigung zum Pfluden des Grafes und Unfrauts in den bestellten Feldern (zum Krauten),

3) die Berechtigung zum Nachrechen auf abgeerndteten Feldern,1)

so wie zum Stoppelharken,

4) die Berechtigung zur Nugung fremder Aeder gegen Gerge-

5) die Berechtigung zum Fruchtgewinn von einzelnen Stücken

fremder Meder (zu Deputat-Beeten),

6) die Berechtigung zum Bargscharren,

7) die Berechtigung zur Fischerei in stehenden ober fließenden Privatgewässern,2)

8) die Berechtigung zur Torfnugung,

nach den Grundsätzen der Gem. Th. D. ablösbar sein sollen, sofern sie

auf einer Dienstbarkeit beruhen, 3) desgl.

9) daß die Vorschriften der Gem. Th. Ordn. auf die Theilung von Torfmooren ausgedehnt werden, welche sich bereits vor Einführung der Gem. Th. O. im gemeinschaftlichen Eigenthume befunden, und seitdem darin erhalten haben. *)

werden könne, sondern daß nur in Folge des S. 142. a. a. D. die Provokation auf Ablösung dieses Rechtes ausgedehnt werden könne, jedoch der Antrag hierauf nur dem Servitut=Belasketen gestattet sei, wie dies der Schlesische Landtagss Abschied v. 8. Jan. 1832 deklarirt habe.

1) Daß die Berechtigung zum Nachrechen unter die im §. 2. der Gem.= Th.=D. bezeichneten Arten der gemeinschaftlichen Nupung gehöre, und daher ab= lösbar sei, hatte das Min. des J. für Gew. Ang. bereits in dem R. v. 28. Nov. 1835 anerkannt. (Roch a. a. D. S. 81. n. Donniges a. a. D. S. 399—400).

2) In Bezng auf das Recht zur Fischerei vergl. die Vorschriften des A. 2. N. I. 9. SS. 170—192. und II. 15. SS. 73—78. und die Ergänz. u. Erläut,

ber Preuß. Rechtsbucher von Graff ic. baju. — Insbesonbere:

a) über die Kontroverse: ob die Fischerei in Privatsüssen und Gräben den Userbesissern, soweit ihre austoßenden Grundsüsse reichen, gebührt, wenn dergl. Gewässer auf denselben noch nicht ganz abgeschlossen sind? die (versneinende) Entsch. des D. L. G. zu Breslau v. 21. Sept. 1837 und die (bejahenden) Präj. des Db. Trib. v. 21. Juni 1835 n. 18. Oft. 1836 (Koch's Schles. Arch., Bd. 3. S. 86—106, Forni's Zeitschr., Bd. 1. S. 382 u. Centralbl. für Preuß. Jur. 1839, S. 781), sowie die Abhandl. in der Jur. Zeit. 1832, S. 803, desgl. Präj. des Db. Trib. v. 17. Aug. 1838, in dessen Präj. Samml., S. 212, Nr. 517.;

b) über die Frage: ob jedem Adjacenten als solchem das Recht zur Fischerei in Privatstüssen zusteht, dergestalt, daß der besonders zur Fischerei Berechstigte denselben nur insosern ausschließt, als er ein besonderes Recht dazu erworden hat und so die Ausschließlichkeit seines Rechtes speziell nachweist? die (bejahende) Entsch. des Ob. Trib. v. 23. Sept. 1845 (Sommer's Arnsb. Arch., Bd. 12. S. 61—73) und v. 31. Aug. 1846 (Entsch., Bd. 15. S. 361). — Bergl. dagegen Böle in Sommer's Arnsb. Arch., Bd. 10. S. 621 ff., — desgl. Roch's Landrecht, Bd. 1. S. 454, Ann. 32. zu

8. 180. A. E. St. I. 9.

3) Mit Necht bemerkte bereits das R. des Min. des J., landwirthsch. Abth., v. 4. Aug. 1841 (Nin. Bl. d. i. B. 1841, S. 237, s. in Bd. I. S. 386), daß solche Torsberechtigungen, die nur auf Zeit durch Vertrag (nicht als Srundgerechtigkeiten) konstituirt worden, auch der Regulirung nach § 142. der Gem. Th. O. nicht unterliegen.

4) Durch die Bestimmungen des Art. 2. Rr. 7. u. 8. und des Art. 3. des Erganz. : Ges. v. 2. Marz 1850 find folgende Minist. : Erlasse für antiquirt zu

erachten:

a) R. des Min. des J. v. 10. Nov. 1821, daß bezüglich der Theilung ge-

III. Entstehungsgeschichte bes Art. 1. u. 2. des Erganzungs-Ges. v. 2. Marz 1850.

Die Art. 1. und 2. des Erganz. - Gef. sind von beiden Kammern un - verändert nach der Fassung des Regier. Entw. angenommen worden. (Stenogr. Ber. der II. K. 1842, Bd. 3 S. 1598 und der 1. K. Bd. 5 S. 2657).

A. Die Motive des Regier. Entw. bemerken zu diesen Artikeln

folgendes:

Bu Art. 1.

Die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 beschränkt bas Becht, eine Auseinanbers setzung zu verlangen, auf gewiffe im S. 2. berfelben naber bezeichnete Arten von Gemeinheiten. Andere Arten ber gemeinschaftlichen Benutung bes Grundeigens thums konnen nach S. 142. a. a. D. nur gelegentlich beseitigt werben, sofern ihre Fortbauer bem 3wecke einer Auseinandersetzung hinderlich ift. 3war legen allers binge bie Beibe-, Raft-, Golg- und Steuerberechtigungen, sowie bie Berechtigungen jum Plaggen ., Beide : und Bultenhiebe, mit beren Aufhebung die Gem. Th. D. fich beschäftigt, ber Landesfultur bie schwerften Feffeln an, beren Lösung die Agrars gefete fich junachft gur Aufgabe zu ftellen hatten. Allein mit bem Fortichreiten der Lands und Forstwirthschaft hat sich das Bedürfniß geltend gemacht, auch noch andere, zwar minder wichtige, aber barum nicht weniger nachtheilige Laften und Berechtigungen bes Grundeigenthums auf ben einseitigen Antrag ber Belafteten ober Berechtigten felbststanbig gur Ablosung bringen gu tonnen, weil auch fie bie Dispositionsbefugniß bes Eigenthumers hemmen und häufig außer Berbindung mit ben erwähnten Beibes und Forfiberechtigungen ftebend, zu einer gelegentlichen Aufbebung nicht geeignet find.

Um bieser wohlbegründeten Forderung zu entsprechen, sollen die Grundsche ber Gem. Th. D. auf die im Art. 1. des vorliegenden Gesessentw. aufgezählten Gervituten ausgedehnt werden. Dabei ist man von der Ansicht ausgegangen, daß eine ganz allgemeine Gestattung der zwangsweisen Ablösung aller auf dem Grundseigenthume ruhenden Dienstdarkeiten weder zulässig noch erforderlich ist. Denn die Entziehung nothwendiger Servituten, ohne welche ein Grundstuck ganz oder theilweise unbrauchdar werden könnte, wie Wegegerechtigkeiten, Berschaffung der Borsluth, darf nicht gestattet werden. Eben so wenig ist auf die Beseitigung von Berechtigungen hinzuwirken, welche auf die Bestriedigung eines anderweitig nicht zu bestenden Bedürfnisses, oder auf die Gewährung des in der Gegend nicht zu erssetzenden Materials für die Errichtung von Gedäuden oder für einen Gewerbes betried berechnet sind, wie z. B. das Recht, auf fremden Grundstücken Seu zu trocknen, Flachs zu röthen, Sand, Lehm, Kalk, Wergel, Thon zu graben und Steine zu brechen. Dem Gigenthümer eines mit bergleichen Lasten beschwerten

meinschaftlicher Fischereien und Torsmoore die Borschriften des A. E. N. I. 17. §§. 75. F. maaßgebend seien, und daher, weil darauf die Gem. «Th. » D. nicht anwendbar, die Kempetenz der Gen. «Kom. zu dergl. Auseinandersehungen und zur Entscheidung der dabei entstehenden Streitigs keiten in der Regel nicht begründet sei. (Roch's Agrargesetzgeb., 3. Aug. S. 189 u. Kretschmer's Anleit. S. 530).

c) R. desselb. Min. v. 30. Oft. 1842, daß die Gen. Kommissionen nicht kompetent seien zur Entscheidung von Streitigkeiten über Fischerei-Ruzungen. (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 406, Nr. 564.).

Insofern die in obigen Min. Erlassen gedachten Berechtigungen unter die Bestimmungen des Art. 1. Rr. 7. n. 8. und des Art. 2. des Erg.-Ges. v. 2. März 1850 fallen, fann gegenwärtig die Kompetenz der Auseinandersepungsbehörden bezüglich beren Ablösung und Theilung nicht zweiselhaft sein.

b) R. des Min. des J., landwirthsch. Abth., v. 11. Jan. 1839, daß die Abslösung ober Firkung von Fischereis Berechtigungen nicht Gegenstand der Behandlung nach der Gem. Th. D. sein könne, die Frage aber, ob die Auseinandersehungsbehörden zur Regulirung von dergl. Berechtigungen kompetent, wenn solche bei Gelegenheit einer Gem. Theilung in Anregung gebracht wird, davon abhängig sei, ob die Bedingungen des S. 8. der B. v. 30. Juni 1834 zutressen. (v. R. Ann. Bd. 23. S. 96.)

Brundftude ift burch die §g. 166. und 174. ber Gem. Th. D., welche fich auf alle Arten landlicher Grundgerechtigkeiten beziehen, ein Mittel geboten, die Regulis rung und zulaffige Ginichrankung ber Rupung bes Berechtigten berbeignführen; eine weiter gebende Befugniß zur Befreiung feines Gigenthums fann ihm aber ohne Beeintrachtigung bes Berechtigten, wenn biefer fein Recht nicht aufzugeben freiwillig bereit ift, nicht eingeraumt werben. Andere Rebennuhungen fremben Gigenthums, g. B. bie Befugniß zum Sammeln von Pilzen, Beeren, Schwammen, hafelnuffen, Buchedern, jum Bachholberschlagen, Aufftellen von Bienenftoden, Aehrenlesen find, abs gefeben bavon, baß fie in ber Regel nicht auf einem wirklichen Rechte, fonbern auf bloger Bergunstigung beruhen, zu wenig werthvoll, als daß wegen ihrer ber Provotat ben Beläftigungen und Roften eines felbstftanbigen Auseinanderfetunges Berfahrens ausgesett werben burfte; auch find biefelben nicht so schablich fur ben Belafteten, daß in Betreff ihrer die burch S. 142. der Gem. Th. D. gegebene Bes sugniß zur gelegentlichen Aushebung nicht als genügend zu betrachten ware. Das gegen ftehen bie fo eben geltend gemachten Grunde ber unabhangigen Ablofung ber im Art. 1. des Entw. benannten Berechtigungen nicht nur nicht im Bege, sonbern die nothwendige Fortbauer biefer Dienstbarkeiten, für welche ben Berechtigten ein vollständiger Erfat gewährt werben fann, ift auch ale ein großes hindernig eines wirksamen Schutes bes Eigenthums und ber Rulturverbefferung von Grund und Boben anzusehen, mit welchem bie Unannehmlichkeiten bes Separationsgeschäfts nicht in Bergleich zu ftellen finb.

Die Gräsereiberechtigung, welche namentlich in Schlesten häusig vorstommt und gewöhnlich auf Grabenrändern, Wegen und Reinen in den Feldern ober in den Forsten ausgeübt wird, führt dieselben Nachtheile mit sich, wie die Weides gerechtigkeit, von welcher sie sich nur darin unterscheidet, daß die Werbung des Grases nicht unmittelbar durch das Vieh, zu desen Nahrung dasselbe bestimmt ift, sondern durch Wenschenhande erfolgt. Das Bedürfniß einer selbstständigen Ablössdarfeit dieses Rechts ist schon früher von den Schlesischen Provinzialständen geltend gemacht, und es ist in Folge bessen bereits in dem Landtagsabschiede für die Schlessischen Stände v. 30. Dec. 1831 der Antrag auf Ablösung der Gräsereiberechtisgung Seitens des Besitzers des verpsichteten Grundstücks für zulässig erklärt worsden. Allein diese Bestimmung ist theils ihrer dunklen Fassung halber, theils weil sie dem bei der Ablösung gleichsalls sehr betheiligten Berechtigten die Provosationss Besugnis nicht gewährt, theils endlich, weil sie sich nur auf eine einzelne Provinz beschalt, nicht für ausreichend zu betrachten, und muß deshalb allgemein ausges

behnt werden.

Das Recht zur Rusung von Schilf, Binsen ober Rohr auf frems ben Ländereien ober Privatgewässern ift dem Gigenthümer in der belies bigen Beränderung der Bewirthschaftungsart der belasteten Grundstücke hinderlich, nöthigt ihn, dem Berechtigten das Betreten seiner Ländereien zu gestatten, verrins gert den Ertrag der Fischerei in denjenigen Gewässern, auf denen die Servitut ausgeübt wird und macht eine psiegliche Behandlung des Rohrs, welches sehr lohs nend werden kann, unmöglich. Dem Berechtigten wird es auf der anderen Seite leicht, sich durch die ihm zu gewährende Absindung einen Ersat für den Verlust der Rusung zu verschaffen, da Schilf, Binsen und Rohr hauptsächlich zur Dünsgung, Feuerung oder zum Decken der Dächer verwendet werden, aber nur als schlechte Aushülfsmittel für diese Zwecke anzusehen sind, auch der Gebrauch des Mohre zum Dachdecken als seuergefährlich zu hintertreiben ist.

Die Befugniß zum Pflücken von Gras und Untraut in bestellten Gelbern, Krauten genannt, hat an sich für ben Berechtigten einen geringen und bei Beranschlagung der darauf zu verwendenden Arbeitstrast fast gar keinen Werth; bagegen ift das Recht für den Belasteten im höchsten Grade nachtheilig, weil bei deffen Ausübung, abgesehen von der dadurch gewährten Gelegenheit zu

Diebftablen, die Beschäbigung ber Feldfruchte beinahe unvermeiblich ift.

Die Berechtigung zum Nachrechen auf abgeerndteten Felbern, vers möge beren ber Eigenthumer ber Erndte einen Theil der Halmfrüchte für den Bes rechtigten, welcher dieselben mit dem Rechen sammelt, auf dem Felde liegen laffen muns, führt zu vielen unangenehmen Berwickelungen zwischen den Partheien, deren Beseitigung sehr wünschenswerth ift.

Das in einigen Gegenden übliche Stoppelharten, ober bas Ausreißen ber Stoppeln jum Berbrennen ift bem Felbfruchtbau febe schablich, weil badurch bem

Ader nicht allein ber in ben Stoppeln enthaltene Rahrungeftoff entzogen, fonbern gewöhnlich auch eine Menge bes auf bas Felb gebrachten Dungers herausgeriffen wird. Done bie Aushebung bieses Rechts ift eine erfolgreiche Berbefferung ber

Wirthschaft auf ben bamit belafteten Grundftuden nicht bentbar.

Nicht selten ift es ben kleinen Grundbesitzern gestattet, ben in ihren Wirth= schaften nicht zu verwendenden Dunger auf bas Land ber größeren Grundbefiger au bringen und davon die erste Frucht ober auch wohl die beiben ersten Früchte zu beziehen. Die Unlösbarkeit bieses Rechtes zur Rugung frember Aecker gegen Bergebung bes Düngers erscheint eben fo nachtheilig für ben Berechs tigten als für ben Belasteten, wenn ber Erstere Gelegenheit findet, fich die Bes nutung von Acter zu verschaffen, auf welchem er ben felbst gewonnenen Dunger pollständig verwerthen kann; oder wenn der Lettere seine Dungerproduktion derges ftalt zu vermehren im Stande ift, daß dieselbe zur Bestellung seiner sammtlichen Felber hinreicht.

Die dauernde Verpflichtung zur Gewährung von Deputatbeeten stört die Schlageintheilung des Belasteten, während der Berechtigte dadurch verhindert ift, bas Deputatland nach seinen Kräften zu fultiviren und bie barauf zu bauenben

Fruchte zu bestimmen.

Das Recht zum harzscharren gehört zu ben gefährlichsten Waldnebennugungen, weil es felbft bei ber größten Borficht, welche bie Berechtigten nicht ans zuwenden pflegen, burch die bei feiner Ausübung erfolgende Berlegung ber Baume deren Absterben nach fich zieht. Gine geregelte Forstwirthschaft erheischt unbedingt

die Ablösung dieser Servitut.

Die Fischereigerechtigkeit in Privatgewässern ist schon in dem Eb. wegen Verschaffung der Vorstuth v. 15. Oft. 1811 alsbann für ablosbar erklart, wenn die Ablaffung des Waffers burch einen offenbar überwiegenden Bortheil für die Bobenkultur ober Schifffahrt bedingt wird. Auch find die Fischerei-Berechtigten nach S. 18. des G. über die Benutung der Privatftuffe v. 28. Febr. 1843 zu einem Wiberspruche gegen Bewässerunge : Anlagen nicht befugt, sonbern burfen nur Ersatz des ihnen daraus entstandenen Schadens verlangen. Ebenso mussen sich dieselben, nach ben Fischerei Drbnungen für die Provinz Posen v. 7. Marz 1845 und für die Binnengewäffer der Provinz Preußen von demfelben Tage, gegen Ents schäbigung für die ihnen daraus entstehenden Nachtheile die Errichtung neuer Ans lagen gefallen lassen, von welchen ein überwiegender Bortheil für die Schifffahrt ober Bodenkultur oder für gewerbliche Unternehmungen zu erwarten ist. Diese Bors schriften find zwar an fich zweckmäßig, fie genügen aber ben Anforderungen ber Landeskultur nicht; vielmehr erscheint es im Interesse ber letteren nothwendig, die Fischereigerechtigkeit in Brivatgewaffern, sofern fie auf einer Dienstbarkeit beruht, gang allgemein, sowohl auf Antrag des Berechtigten, als des Berpflichteten, für ablösbar zu erklaren. Denn so lange bie Fischerei in Privatgewäffern ben Gigens thumern der letteren nicht ausschließlich zusteht, ift eine pflegliche Behandlung der Fischerei, welche aus national-okonomischen Gründen erftrebt werden muß, nicht zu Eben so wenig ift mahrend bes Bestehens einer fremben Fischereigereche tigfeit die Schilfs, Binfens und Rohrnugung in den Privatgewäffern auf benjenigen Ertrag zu bringen, beren biefelbe fabig ift. Desgleichen wird ber Eigenthumer bes Baffers durch die Fischereigerechtigkeit an folchen unter Umftanden sehr vortheils haften Dispositionen, welche die Fischerei beeintrachtigen, gehindert, 3. B. an der Einrichtung einer Schifffahrt auf bemfelben, bem Ginwerfen von Schutt und Erbe in einen See zc. Außerbem werben burch bie Fischereiberechtigten bie Besitzer ber an die Bewaffer grengenden Grundftude oft fehr belaftigt, indem fie den Bereche tigten ben Bugang über ihre ganbereien, bas Auswerfen ber Rete auf ben Ufern, bas Anlegen ber Rahne an benfelben und bergl. gestatten muffen. Der Bortheil, welchen die Berechtigten aus ber Fischerei in fremben Privatgewäffern beziehen, ift bagegen in ber Regel ein fehr untergeordneter, indem fich die Rupung meistens nur auf ben eigenen Bedarf ber Berechtigten erftrect ober, wenn auch ber Bertauf ber Fifche nicht unterfagt ift, boch aus Diesen nur ein geringfügiger Debenverbienft erwachft, so bag also für die Berechtigten mit hochft feltenen Ausnahmen burch bie Ablosung bes Fischereirechts eine beachtenswerthe Beranderung in ihren Lebensverhaltniffen nicht entsteht. Bum Beweise bafür, daß fich ein Bedürfniß gur Ablofung ber Fischereiberechtigung bereits fühlbar gemacht bat, moge übrigens nicht unerwahnt bleiben, daß die Stande ber Mark Brandenburg und Rieberlaufit icon

auf bem Landtage im Jahre 1845 um Borlegung eines darauf bezüglichen Gesetzes gebeten haben, und daß die achte Abtheilung der Kurie der drei Stande des ersten Bereinigten Landtages ebenfalls eine darauf gerichtete Petition zu befürworten be-

foloffen- hat.

Seitbem der Torf zu einem bedeutenden Handelsgegenstande geworden ist und die Torstiche nach wirthschaftlichen Grundsäßen eingerichtet werden, dürfen die Torsläger die nämliche Aufmerksamkeit der Landeskultur-Gesetzebung in Anspruch nehmen, wie die Forsten. Daraus ergiebt sich die Nothwendigkeit, die Ablösung der auf einer Dienstbarkeit beruhenden Berechtigung zur Torfnutung auf

einseitigen Antrag bes Berechtigten ober Berpflichteten nachzulaffen.

Uebrigens ist im Art. 1. des Entwurfs nur von der Ablösung solcher Rechte die Rede, welche gegen fremde Grundstücke ausgeübt werden. Die meisten derselben sind nur als Servituten denkbar. Das Gräsereirecht kann zwar auch als Ausstuß gemeinschaftlichen Eigenthums des Grundstücks den Gegenstand einer Auseinanders setzung bilden; wo dies der Fall ist, wird aber immer gleichzeitig eine Weides gemeinschaft Statt sinden, zufolge deren die Separation schon durch die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 für zulässig erklärt ist. Die Berechtigungen zur Nutzung von Schilf, Binsen, Rohr und zur Fischerei in Privatgewässern können ebenfalls auf gemeinschaftlichem Eigenthume dieser Gewässer beruhen; indeß ist die Gemeinheites Theilungs Drdnung auf die Theilung dieser Gemeinheiten nicht auszudehnen, weil die Gewässelien Auseinandersetzung mit Hilfe anderer Entschädigungsmittel noch kein Bedürfniß kund gegeben hat. Bon der Theilung gemeinschaftlicher Torsmoore wird im Art. 2. des Entwurfs gehandelt.

Bu Art. 2.

Die Separation ber im gemeinschaftlichen Eigenthum besindlichen Torfmoore muß aus benselben Gründen zugelassen werden, aus welchen die Theis lung gemeinschaftlicher Forsten durch die Gem. Th. D. gestattet worden ist; da dieses Geset aber die Anwendbarkeit der in ihm enthaltenen Grundsäte auf die Theilung dessenigen gemeinschaftlichen Eigenthums beschränkt hat, welches vor Einssührung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung entstanden ist (cf. §. 165. a. a. O.), so erscheint es zur Erhaltung der Gleichmäßigkeit des Prinzips, und weil eine Abweichung davon Schwierigkeiten in der Aussührung bereiten würde, nothwendig, der Gemeinsheitstheilung auch nur solche Torsmoore zu unterwersen, die sich schon vor Einführung der Ordn. v. 7. Juni 1821 im gemeinschaftlichen Eigenthume befunden und die sett darin erhalten haben.

B. Der Bericht der Agrar-Romm. der II. Rammer bemerkt hierüber Folgendes:

1) Zum Art. 1.

Ueber die Ablösbarieit diefer verschiebenen Arten von Servitutberechtigungen ftellten sich in ber Kom. zwei gerade entgegengesette Meinungen heraus, während

Einstimmigfeit barüber vorhanden war:

daß die sub 4., 5., 6. und 8. bezeichneten Rathegorien aus den in den Mostiven des Gesepentw. enthaltenen Gründen ganz unzweiselhaft selbstständig auf einseitigen Antrag des Berechtigten oder Verpsichteten zur Ablösung kommen müßten, wurde in Bezug auf die unter Nr. 1., 2., 3. und 7. aufsgeführten Servitut-Berechtigungen von einer Seite Folgendes gegen die Abslösbarkeit derselben eingewendet.

Techen und dem Stoppelharken in vielen Fällen nicht wohl ermitteln laffen, ob diese Rugungsarten auf einer Servitut, auf einem andern Rechtstitel, oder auf einer wefprünglich bittweisen Verstattung beruhen, und schon die Erledigung dieser Borsfrage werde Anlaß zu Prozessen geben. Sobann würde auch in den Fällen, wo diese Nutungen auf Grund einer Servitut ausgeübt werden, in der Regel weiter soaglich sein, ob die Servitut einzelnen berechtigten Grundstücken oder den Gemeinsden als solchen zustehe. Das Lettere dürste in der Regel der Fall sein, indem nicht angenommen werden könnte, daß diese unbedeutenden Gerechtigkeiten Judehös rungen eines anderen Grundstücks wären, vielmehr den Gemeinden als solchen zuständen, und von denselben durch den armeren Theil der Gemeindes Mitglieder vorzugsweise benutt würden.

In allen diesen Fällen würde aber anderweitig die Feststellung Schwierigkeiten haben, in welcher Art die Gemeinde als solche ober deren einzelne Witglieder, ober Klassen derselben an der Benutung der für die Ablösung gegebenen Entschädigung Theil hätten. —

Alle diese Fragen wurden aber bei ihrer Erörterung unter den Betheiligten und namentlich in den armeren Klassen der ländlichen Bevölkerung eine Aufregung

hervorrufen, beren Bermeibung jur Beit wohl rathlich erscheine. -

In der Sache selbst aber, so moge man doch wohl bedenken, daß jene Nugungsarten ihrem Wesen nach vorzüglich nur einen Gewinn für die armern und armsten Klassen der ländlichen Bevölkerung darboten und daß man sie diesen daher nicht entziehen solle, ohne sie zugleich in die Lage zu versetzen, daß sie dieselben auch entbehren könnten. —

Die Rutung der Gräserei, des Krautens, Nachrechens und Stoppelhartens sei darum für den armern Theil der landlichen Bevölkerung von so großer Bedeustung, weil derselbe dadurch in den Stand gesetzt werde, sich ein Stück Wilchvieh zu halten, dadurch der Familie ein gesundes Nahrungsmittel zu verschaffen, ferner den Dünger zu einigen Ackerbauten oder Gartenland zu bekommen, und durch alles dieses sich mehr in einer sittlichen Selbstständigkeit, nicht abhängig von dem Wits

leibe Anderer, zu erhalten. -

Auf ber anbern Seite gewinne ber mit solchen Servituten belastete Grundsstücksbesitzer durch deren Ablösung wenig oder gar nichts, er werde sich das an den Wegen, auf Rainen und Grenzen stehende Gras doch nicht aneignen können, da ihm die Werbung mehr koste, als der Werth des Grases betrage, das Krauten werde er auch fünstig, wenn er ein guter Landwirth sei, und zwar für Geld bes wirken lassen müssen und dabei an den Feldsrüchten denselben Schaden zu erleiden haben, als wenn dasselbe von dazu Berechtigten ausgeübt werde; ganz dasselbe gelte aber von dem Nachrechen und Stoppelharken. —

Ganz besondere Bedenken errege ferner die Gestattung der Ablösbarkeit der

Fischerei=Berechtigungen.

Abgesehen davon, daß auch bei diesen mehrentheils das oben Gesagte gelte, so sei auch zu erwägen, daß dieselben nicht nur zur Gewinnung der eigenen Les bensnahrung, sondern auch vielsach als Gewerbe betrieben würden, bei welchen die Berechtigten nicht bloß den relativen Werth der Fische, sondern auch ihre eigene Arbeitstraft, die wesentlich hier das Betriebskapital bilde, auf eine angemessene Weise verwertheten.

Nur wenn man bem Berechtigten bei Aufhebung seiner Berechtigung auch wies ber gewisse Aussicht auf Arbeit zu gewähren vermöchte, die eben so nachhaltig lohne, als sein früheres Gewerbe, würde er gerecht entschäbigt werden können. Dies sei aber besonders in den Gegenden, wo Fischerei hauptsachlich als Gewerbe betrieben werde, kaum möglich und die Ablösungs Dronung lege auch dem Verspslichteten nicht die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß der bisherige Berechtigte für verlornen Arbeitsverdienst hinreichend entschäbigt werde. —

Aus allen biefen Grunden erscheine es gerechtfertigt:

bie unter Nr. 1., 2., 3. und 7. des Art. 1. aufgeführten Rathegorien von Servituten von der Ablösbarkeit auf einseitigen Antrag auszuschließen.

Dem wurde jedoch von der überwiegenden Majorität der Kommission entges

engefekt:

Im Allgemeinen sei der Gesichtspnnkt festzuhalten, daß die gegenwartigen Vershältniffe, sowie der ganze Justand der Lands und Forswirthschaft es zum unabs weislichen Bedürsniß mache, jedes hemmniß der freien Dispositions Besugniß des Eigenthümers von Grundstücken zu beseitigen, um dadurch den größeren, wie den kleineren Grundbesitzer in den Stand zu sesen, nach freiem Willen über seinen Besitztand zu verfügen. — Dies könne aber nur dadurch erreicht werden, daß man auf die möglichst baldige Aushebung aller und jeder auf dem Grundbesitz haftenden Dienstdarkeiten, in so fern sie nicht eben in nothwendigen Servituten oder in solschen Berechtigungen beständen, für welche sich ein vollständiger Erfatz nicht seststellen lasse, hinwirke. —

Bu lettern waren die im Art. 1. benannten Berechtigungen nicht zu zählen; so lange sie als wirkliche Servituten auf dem Grundbesit hafteten, müßten sie mehr ober weniger störend auf die freie Dispositions-Besugniß des Eigenthümers einwir- ten und dadurch die polle Ausnuhung der Grundstücke hindern, zugleich sei wicht

ju bezweifeln, daß ben Servitutberechtigten bafür eine ausreichenbe Entschädigung bergeftalt gewährt werben konne, daß bieselbe ihrem bisherigen Rugungsertrage

entspräche.

Bon selbst verstehe es sich, daß überhaupt nur von einer Ablösung bieser Rugungen, namentlich der Grafereien, des Rrautens, Nachrechens und Stoppelhar: tens die Rebe sein konne, wenn fie als ein wirkliches Recht, als eine Servitut ausgeubt wurden; wo dies zweifelhaft sei ober bestritten werden follte, ba konne allers bings über bas Bestehen bes Rechts selbst und seines Umfanges nur im Wege richterlicher Entscheidung befunden werben; bies muffe aber auch bann geschehen, wenn gar feine Ablösung fattfande und schon jest habe es an Prozessen barüber, ob jene Augungen in Folge bloßer Bergunstigungen, ober in Folge eines wirflichen Rechts auszuüben wären, nicht gesehlt.

Noch mehrere maren beshalb entstanden, weil die Besitzer belasteter Grundstude in Folge der fortschreitenden größeren Kultur des Grund und Bodens vielfach versucht hatten, die Gervitut-Berechtigten auf die engsten Grenzen der Ausübung ihres Rechts einzuschränken und gerade hierin sei mit eine Quelle ber Spannung ju suchen, welche in neuefter Beit zwischen größeren und fleineren landlichen Grund: besitzern geherrscht habe, so daß auch in bieser Beziehung eine möglichst vollständige Sonderung ber fich einander entgegenstehenden Intereffen von belafteten und ver-

pflichteten Grundftuden bochft wunschenswerth erscheine.

hierzu fomme, bag in Folge bestehenber Servituten, welche zu ben im Art. 1. bezeichneten Rugungsarten gehörten, viele Flachen nicht zu bem Werth ausgenust werben fonnten, ben fie bei einer freien Benugung Seitens bes Gigenthumers uns bedenklich gewähren wurden, mithin burch ihre Ablösung die Landeskultur nur geförbert werbe, daß ferner ihr Bestehenbleiben bemoralifirend auf die Ausübenden wirke, ba fie nur allzuviel Gelegenheit barboten, bei ihrer Ausübung fich wiberrechtliche Uebergriffe zu erlauben; in den meisten Fällen aber gerade burch die Ablosung biefer Berechtigungen bas Mittel geboten werde, ben Berechtigten zu einem Landbefit zu verhelfen, bei beffen fünftiger Bewirthschaftung er feine Arbeitsfraft viel zwedmäßiger und hoher zu verwerthen vermöge, als bei ber zeitverschwenbenben Ausübung der Gervitute.

Bas insbesondere die Ablosbarkeit der Fischerei-Gerechtigkeit betrafe, so sei ju ermagen, daß fie zuvörderft nur in ftebenben und fliegenden Privatgemaffern pattfinden solle, hier aber zum größten Theil nur als eine nicht bedeutende Rebennutung ber an diesen Gewässern angrenzenden Grundstückefiter portomme, burch welche gleichwohl ber Eigenthumer bes Waffers fehr oft an portheilhaften Disposis tionen über daffelbe auf das Empfindlichste gehindert werde. Da, wo ganze Orts schaften die Fischerei als Gewerbe betrieben, geschehe dies in der Regel in großen fisfalischen Gewäffern in der See und in öffentlichen Strömen und beruhe dann auf festfiehenden Erb = und Beitpachte = Berhaltniffen, welche durch diese Ablösungen

gar nicht berührt würden.

Dies alles wohl erwogen, hat fich benn auch bie Rom. für bie Ablösbarkeit ber in Art. 1. Mr. 1., 2., 3. und 7. aufgeführten Berechtigungen entschieben.

Andererseits wurde der Antrag gestellt, dem Art. 1. noch eine weitere Ausbehnung ju geben und bemselben bingugufügen, baß folgende Berechtigungen felbstftandig ablösbar fein sollten:

Beutrodnen, Flacherothen, Sand =, Lehm =, Ralf =, Mergel =, Thongraben, teinebrechen, Bachholderschlagen und Aufstellung von Bienenstöcken,

endlich aber am Schluß zu sagen:

"Sowie überhaupt alle einem Dritten auf bem Grundeigenthum eines An-

dern zustehende Berechtigungen" find sofern fie tc.

Bur Begründung wurde angeführt, daß bie in ben Motiven zum Gesetzentwurf dagegen aufgeführten Grunde nicht haltbar erschienen; Wegegerechtigkeiten und Berfcaffung von Borfluth konnten wohl nicht als wahre Servituten betrachtet werben. vielmehr erschiene die Lettere mehr als eine zur Forberung ber Landeskultur erfols gende Erpropriation und Erstere als eine auf Grund von Berträgen erfolgte Eigenthumsabtretung; alle übrigen vorstehend bezeichneten Berechtigungen könnten aber als nothwendige Servituten nicht anerkannt werben, Wo ihr Werth für den Berechtigten so bedeutend sei, daß die zu ihrer Ablösung erforberlichen Mittel mit bem Geminn ber Berpflichteten in feinem Berhaltniffe fiebe, werbe ber Antrag auf Ablosung selbstrebend unterbleiben, wo ferner ber Bortheil bes Gangen die Beis behaltung solcher Servituten zu erheischen scheine, z. B. Sand : und Kiesgruben, Steinbrüche zu Wegebauten zc. trete die Befugniß ungemessener Forderungen Einzelner selbst durch Expropriationen zu begegnen, jedem Risbrauch zum Schaden des Ganzen entgegen, wo endlich eine Berechtigung nicht lästig und dabei gering an Werth sei, könne man es um so eher dem Willen der Betheiligten überlassen, ob sie eine Ablösung beantragen wollen oder nicht. Dagegen erscheine eine Besschränfung der Besugniß auf Ablösung anzutragen unter keinen Umständen gerechtsfertigt.

Gegen diese Aussührung wurde jedoch bemerkt, es sei wesentlich zu unterscheis den zwischen solchen Grundgerechtigkeiten und Realberechtigungen, die nur einen Antheil an den Nutungen des Grundstücks gewähren und solchen, die mit einer theilweisen Vernichtung der Substanz perbunden sind, also in einem Antheile am

vollen Eigenthum bestehen.

Erstere müßten unbedingt ablöslich gemacht werden, um die freie Disposition über den Grundbesit im Landeskultur Interesse herbeizusühren, dies bezwecke auch der vorliegende Gesehentwurf und wenn ganz unbedeutende Nebennuhungen frems den Eigenthums z. B. die Befugniß zum Sammeln von Pilzen, Beeren, Schwämsmen, Haselnüssen, zum Wachholderschlagen, Ausstellen von Bienenstöcken nicht auss drücklich im Art. 1. mit aufgenommen worden, so sinde dies seine Rechtsertigung darin, daß gerade diese Nuhungen in der Regel nicht auf einem wirklichen Rechte, sondern auf bloßen Bergünstigungen beruhten, und daß, wo das Erstere der Fall sein sollte, schon der S. 142. der Gem. Th. D. ausreichende Wittel darbiete, sie in Verbindung mit andern Auseinandersehungen zur gelegentlichen Aushebung zu bringen.

Dagegen scheine es im Interesse ber Landeskultur nicht erforderlich, auch bie Real = Berechtigungen ablöslich zu machen, welche ein theilweises Vernichten der Substanz mit sich führen, weil hier der Werth der zu gewinnenden Subterranca den landwirthschaftlichen Ertrag der Erdobersläche bei weitem überwiege und nachs dem Erstere entnommen sind, selten ein zur landwirthschaftlichen Benutzung noch

geeignetes Grunbftud jurudbleibt.

Es sei ferner zu erwägen, daß es nicht nur in den allermeisten Fällen sehr schwer, sondern völlig unmöglich sein würde, hierfür angemessene Ablösungsgrunds fäte aufzustellen, da die Ermittelung der vorhandenen Masse solcher Untergrundss Rutungen einerseits und des Werths der Benutung für den Berechtigten anderersseits unüberwindliche hindernisse entgegenstellten. Endlich aber boten die gesetzlichen Bestimmungen der §§. 166. und 174. der Gem. Th. D. vollsommen ausreichende Mittel dar, eine Regulirung und zulässige Einschränkung der Nutungen solcher Besrechtigungen herbeizusühren, mittelst deren jeder Nachtheil für die Landeskultur bei deren Ausübung beseitigt werden könne. — Es wurden daher die beantragten Zussähe zu Art. 1. von der Kom. verworfen, und dieselbe beantragt sonach die unversänderte Annahme des Art. 1.

h) 3um Art. 2.

Bu Art. 2. find folgende Bufape beantragt worden:

a) statt ber Worte "welche sich bereits" bis "erhalten haben", zu sehen: welche sich bei Publikation bieses Gesetzes im gemeinschaftlichen nicht burch Verträge bereits geregelten Eigenthum besinden;

b) ferner am Schluß bes Art. 2. hinzuzufügen:

Bei Ausführung ber Theilung find sofort die zu möglichster Abwassserung der Torfmoore erforderlichen Einrichtungen zu treffen und es hat jeder Miteigenthamer das Necht, die Ausführung dieser Einrichstungen auf gemeinschaftliche, nach Verhaltniß der Größe des Besitzes zu vertheilenden Kosten zu sordern.

Der erste Abanderungs-Vorschlag wurde aus den dem Gesehentwurf zu Art. 2. beigefügten Motiven für unzulässig erachtet, weil überhaupt eine Theilung von Torsmooren nur dann nach den Grundsähen der Gem. Th. D. erfolgen könne, wenn das gemeinschaftliche Eigenthum daran schon vor Einsuhrung der Gem. Th. D. bestand; ein erst nach deren Einssihrung entstandenes gemeinschaftliches Eigensthum aber nur nach den Bestimmungen des §. 165. der Gem. Th. D. aufzulösen sei.

Der zweite Zusat erschien nach ben hiernber bereits bestehenden Bestimmungen in ben \$5. 95 — 97. ber Gem. Th. D. überflussig, und die Kom. empstehlt baber

Die unperanberte Annahme bes Art. 2.

C. Die Agrar-Romm. ber I. Kammern hat sich babin geäußert:

a) In Bezug auf Art. 1. muß anerkannt werben, bag alle 8 in bemfelben aufgeführten Rupungen unter Umständen ber Kultur und ben Berhalmiffen ber Betheiligten fo lästig fein konnen, daß die Nothwendigkeit eintritt, fie zur Ablösung

zuzulaffen.

Es ift zwar nicht zu verkennen, bag einzelne berselben und namentlich bie zu 1., 2., 3. und 7. aufgeführten in ben meiften Fallen nur auf einem Brefarium beruhen und alsbann jederzeit zur Kündigung geeignet sein werden, indessen ift dies fem Umstande hinlanglich baburch vorgesehen, daß bie Ablösung nur für Berech. tigungen biefer Art zugelaffen ift, wonach in jedem einzelnen Falle vorweg zu prufen fein wird, ob fich die Rugung auch wirklich zur bauernben Berechtigung

gestaltet hat.

Nicht minder hat man fich vergegenwärtigt, daß bei mehreren ber zulest ers wähnten Nutungen die auf ihren Gewinn zu verwendende Arbeit hin und wieder in ihrem Werthe bem ber Nutung selbst ziemlich gleich komme und bem Eigen= thumer bes belasteten Grundstucks zuweilen (3. B. bei bem Krauten, welches bie Felber noch obendrein vom Unfraut reinigt) aus ber Aushebung bes Rechts ein faum zu veranschlagender Bortheil erwachsen wird, es hat jedoch zugegeben werden muffen, bag hieraus nur bei ber Ausführung Schwierigkeiten fur bie Schatung der Absindung, nicht aber Grunde gegen die Ablosbarkeit felbst, entnommen werben konnten.

Die Kom. erlaubt fich daher, im Einverständniß mit ber II. R., die unverans berte Annahme bes Art. 1. in Antrag zu bringen und halt es aus ben im Berichte v. 20. Dit. 1849 von der Mehrheit ber Agrar-Rom. II. R. angeführten Grunden weber für nothig, noch für rathsam, die Ablosbarkeit noch weiter auszubehnen. Insbesondere kam in Erwägung, ob nicht bie Berechtigungen auf Theerschwelerei, Sammlung von Waldfruchten aller Art und Beibelweibe, welche nach bem neuers binge ber Deffentlichkeit übergebenen Ausspruche einer forstwissenschaftlichen Autoritat haufig ale lastige Servituten vorkommen follen, hier nicht ebenfalls für abs lösbar erklart werben mußten. Da inbeffen nach ber Mittheilung bes Reg. : Rom: miffarius weber von ben Auseinanbersetzungs : Behorben, noch von ber R. Forfts Berwaltung, ober von irgend einer anderen Seite her ein erhebliches praktisches Bedürfniß in dieser Beziehung geltend gemacht worden ift, nach ber Wiffenschaft ber Kommissions-Mitglieder jene Berechtigungen auch als wirkliche Dienstbarkeit verhaltnismaßig felten portommen, die Theerschwelerei Berechtigung meift auf Aneigs nung ber Riehnstubben gerichtet ift, und bann als Servitut jur Mitbenugung bes Holzes zur Ablösung gelangt, bie anderen beiben Nupungen aber in ber Regel als Rebennutungen anderer Servituten erscheinen und in Verbindung mit biesen aufgehoben werben konnen, so beharrte man in ber Anficht, bag es ber Aufführung gebachter Grundgerechtigfeiten hier nicht bedürfe.

b) Bei Art. 2. wurde zur Sprache gebracht, daß nach beffen Faffung ber Antrag auf Theilung nicht blog ben Besitzern von Grunbstucken zustehe, welchen ein Antheil an bem betr. Torfmoore als ibeelles Pertinenz gebühre, sondern auch folden Miteigenthumern, welche ihren Antheil aus ber Gigenschaft als Mit-Erben, aus einem Societats=Berhaltniffe u. b. m. herleiten. Dies hinderte aber nicht, ben Beschluß zu faffen, ber R. zu empfehlen, auch bem Art. 2. ohne Abanberung bie

Buftimmung zu ertheilen.

IV. Spezielle Erläuterungen zu SS. 2. und 3. der Gem. Th. Ordn. und Art. 1. und 2. des Ergang. Gef.

1) Bum S. 2. ber Gem. Ih. D.

a) Das Workommen von Weideberechtigungen und den übrigen im S. 2. ber Gem. Th. Ordn. bezeichneten Rechten bei Medern, Wiefen u.f.w. begründet den Antrag auf Aufhebung der Gemeinheit eben sowohl dann, welche solche Gerechtsame auf einem Dienstbarkeiterechte beruhen, wie bann, wenn sie aus einem gemeinschaftlichen Gigenthume hervorgehen.

(Beitschr. bes Erkannt von dem Db. Trib. unterm 11. Dec. 1851.

Revis. Kolleg. Bb. 5 S. 36.)

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß dieser Grundsat keine Anwendung findet auf die im Art. 1. des Ergänz. Ges. v 2. März 1850 ausgeführten Berechtigungen, welche vielmehr nur alsdann nach ten Vorschriften der Gem. Theil. Ordn. selbstständig ablösbar sind, wenn sie auf einer Dienstbarkeit beruhen. Ist dies nicht der Fall, so sinden darauf nur die Vorschriften der Gem. Theil. Ordn. SS. 142. u. 165. und der V. v. 30. Juni 1834 S. 8. Anwendung.

b) Die durch Vertrag eingeräumte Befugniß, sich zur Erlangung tes nothigen Brennholzes in die Königlichen Forsten einzumiethen, ist nach der Holz-, Mast- und Jagd-Ordn. für die Mittel-, Alt-, Neu- und Udermark v. 20. Wai 1720 (C. C. March. Tom. IV. p. 683) und der Dekl. wegen der Einmiethe zum Raff= und Leseholzholen aus den König- lichen Forsten in der Kur- und Neumark v. 18. Aug. 1806 (Rabe's Samml. Bd.'s. S. 652) für eine Grundgerechtigkeit nicht anzu- sehen und unterliegt daher auch nicht der Ablösung nach Maaßgabe der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821.

Erkannt von dem Ob. Trib. per sent. v. 25. Sept. 1851, da ein solches Recht für ein bloßes Miethsverhältniß, nicht aber für eine Dienstbarkeit, wie sie der S. 2. der Gem. Th. O. bezeichne, zu erachten sei. 1) (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 5 S. 390—392 und Entscheit. des

Ob. Trib. Bb. 21. S 288).

c) Das Recht bäuerlicher Wirthe, Brenn- und Bauholz aus dem gutsherrlichen Walde zu einem billigeren Preise vor Fremden zu kausen, ist eine ablösbare Grundgerechtigkeit und kein bloßes Vorkaufsrecht.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. K. S. per sent. v. 16. Mai 1846 (und später mehrfach) und von dem Ob. Trib. per sent. v. 3. März 1847, weil dies Recht für eine Forstberechtigung zum Mitgenusse des Holzes und daher dem S. 2. der Gem. Th. D. unterworfen sei. 2) (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 2 S. 209—211, vergl. Praj. Samml. besselb. S. 26. Nr. 13).

d) In einem bei dem Revif. Rolleg. für L. R. S. entschiedenen (nicht veröffentlichten) Valle, war der Ablösung des auf einem Waldstücke eines Rittergutes lastenden, dem Rittergute allein, mit Ausschlußselbst des Eigenthümers desselben zustehenden Holznutzungsrechtes nebst der Bestugniß zur Holzkultur und Schonung, deshalb widersprochen, weil nur solche Vorstberechtigungen, welche in einem Mitgenusse zum Holze bestehen, im Wege des Gemeinheits-Theilungs-Versahrens nach S. 2. der Gem. Th. O.

Bergl. auch bie Abhandlung über bie Brennholz-Gerechtsame ber sogen. Amteunterthanen (Domainen-Bauern) in ben fiskal. Forften, in der Zeitschr. des Revis.

Rolleg. Bd. 5. S. 469-481.

¹⁾ Das Revis. Kolleg. für L. K. S. hatte in bem (burch bies Urtel absgeänderten) Erf. v. 18. Oft. 1850 das Gegentheil angenommen und ausgesführt, daß nach S. 5. der alleg. Forsts. D. und nach dem Eingange und S. 1. der alleg. Dekl. anzunehmen sei, daß dergl. heidemiethern eine, auf ihre Besignachfolger übergehende, Forstberechtigung zum Mitgenusse des holzes in der Königl. heide, und somit eine ablösliche Grundgerechtigkeit (A. L. R. I. 22. S. 12.) zustehe. (Beitschr. a. a. D. S. 387—389). — In dem Erk. v. 30. Oft. 1846 hat das Revis. Kolleg. ausgeführt, daß, wenn eine holzgerechtigkeit urkundlich gegen eine bestimmte Geldabgabe verliehen worden, dies Berhältniß keine bloße Pacht sei, und die Borschriften wegen der sogen. heibemiethe darauf nicht anzuwenden seien. (Beitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 3. S. 188—196).

²⁾ Die allegirten Prajud. behandeln zugleich die Grundsate über die Modas litäten der Ausübung jenes Rechtes und über dessen Ablösung. — Bergl. auch die Erlaut. zum S. 168. der Gem. Th. D.

zur Ausbebung gelangen könnten. Das Holznuhungsrecht war vermöge einer Urkunde vom Eigenthume getrennt und als ein selbstständiges Recht einem Dritten eingeräumt worden. Das Revis. Kolleg. erachtete durch seine Entscheidung v. 18. Nov. 1853 die Ablösung dieses ausschließlichen Holzungsrechtes für zulässig, indem daffelbe unter den Begriff der Grundsgerechtigkeiten (Servitute) falle und die Worte im J. 2. a. a. D. "Witsgenuß zum Holze" ihrem Sinne nach auf jede gemeinschaftliche Besnuhung hinsichtlich der Gegenstände der Gem. Th. D. bezogen werden müßten. (Acta des Revis. Kolleg., Sachsen, G. Rr. 42)

e) Die in den vormals Sächsischen Landestheilen vorkommende konstraktliche Verpslichtung des Fiskus: "das zum Vergbau' nöthige Holz, so viel auf unsern eigenen Hölzern zu erlangen, denen Bestigern derer Vergwerks und ihren Mitgewerken vor Fremden um billigen Preis zukommen lassen zu wollen," — ist für eine den letzteren zustehende Grundgerechtigkeit, auf deren Ablösung die Verechtigten anzutragen berechtiget seien, nicht zu

achten.

(

So erkannt von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 22. Okt. 1850. (Entsch. Bb. 20 S. 476—486, Praf. Nr. 2252.)

2) Bum S. 3. ber Gem. Ih. D.

Durch die Bestimmung des S. 3. ist jeder Zwang zur Zusammenlegung servitutfreier, in keiner Gemeinheit besindlichen, wenn gleich vermengt mit fremden Besithümern liegenden Grundstücke ausgeschlossen, falls der Eigensthümer der freien Grundstücke solche nicht selbst zum Umtausche anbietet und solche in den Auseinandersetzungsplan der in der Gemeinheit besindslichen Interessenten passen. (Dönniges Landes Rultur. Gesetzebung Bd. 2. S. 401).

3) Bum Art. 1. des Erganz. Gef. v. 2. Marg 1850.

a) Bu Mr. 1. des Art. 1. (Berechtigung zur Gräserei und zur Nutzung von Schilf, Rohr ober Binsen betr.)

Bergl. Art. 3. des Erganz. Gef. (f. die Erlaut. zum S. 31. der Gem.

Th. D., Bus. 3.)

b) Bu Mr. 2. des Art. 1. (Berechtigung zum Krauten betr.)

Bergl. Art. 3. des Erganz. Gef. (f. die Erläut. zum S. 31. der Gem. Sh. D., Zus. 3.)

c) Zu Mr. 3. des Art. 1. (Berechtigung zum Nachrechen und Stop-

pelharken betr.) Reral. Art.

Bergl. Art. 3. und 4. des Erganz. Gef. (s. die Erlaut. zum S. 31. der Sem. Ah. D., Zus. 3.)

d) Bu Mr. 6. des Art. 1. (Berechtigung zum Harzscharren betr.) α) Ueber die Grundsätze, nach welchen die Absindung für die Berechtigung zum Harzscharren zu bemessen, disponirt der Art. 5.

Berechtigung zum Harzscharren zu bemessen, disponirt der Art. 5. des Ergänz. Ges. v. 2. Marz 1850, 1) dessen Entstehungsgeschichte daher hier mitzutheilen ist.

Derselbe ift von ben Kammern unverändert nach dem Vorschlage bes

Regier. Entw. angenommen worden.

A. Die Motive des letteren lauten dahin:

Bei der Ausübung des Rechts zum Harzscharren werden häusig die Greuzen der Polizeigesetze überschritten. Um zu verhüten, daß die unerlaubte Ausbehnung der Nutzung einen Einstuß auf die Werthschätzung des Rechts äußere, erscheint es nothwendig, eine dem S. 140. der Gem. Th. D. entsprechende Vorschrift in den Entwarf aufzunehmen.

Da die Befugniß jum Bargscharren außer aller Beziehung zur Landwirthschaft

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 329.

steht, so barf es weber bem Berechtigten zugemuthet werden, sich für dieselbe burch Land abfinden zu laffen, noch kann man von bem belafteten Balbbefiger verlans gen, bag er fur bie Befreiung von biefer Dienftbarfeit einen Theil feines Grunds eigenthums abtrete. Daher lagt fich bie 3wangsentschädigung nur in Rente ober Rapital normiren.

Die Kommission der II. Kammer empfahl die unveränderte Annahme ohne weitere Bemerkungen 1), welche auch von der II. Rammer beschloffen wurde. (Stenogr. Ber. ber II. R. 1848, Br. 3. S. 1591 u. 1601).

Die Kommission ter I. Kammer trug gleichfalls auf unver-

anderte Annahme des Art. 5. an, indem fie bemerkte:

Bei Art. 5. fiel es zwar auf, daß hier ber Werth ber Berechtigung nur nach bemjenigen Rugen bemeffen werben foll, welchen bie Ausübung berfelben bei Beobachtung der Forst-Polizeigelete zu gewähren vermag, währenb

bieselbe Boraussehung anch bei allen anberen Forstberechtigungen eintritt.

In Betracht inbessen, daß bei biefer Berechtigung vorzugeweise eine Bes schränkung auf bie von ben Forst-Polizeigesehen angeordneten Grenzen unerläßlich ift und nur für die in diesen Grenzen mögliche Nuhung Entschädigung gewährt werben kann, glaubt die Rom. die besondere hinweisung auf die Forst=Bolizeigesete nicht als unzulässig bezeichnen zu muffen und trägt auf Annahme bes Art. 5. an.

Die I. Rammer ift diesem Antrage beigetreten. (Stenogr. Ber. ber

1. R. 1848, Bb. 5 S. 2652 u. 2657).

β) Ueber das Verbot des unbefugten Harzscharrens, vergl. v. Ronne's Domdinen-, Forst- und Jagdwesen (Thl. IX. Abth. 1. dieses Werkes) S. 786 ff., 812, 816, 817.

e) Bu Mr. 7. des Art. 1. (Berechtigung zur Vischerei in ftebenben

ober fliegenden Privatwäffern betr.)

a) Ueber die Grundsage, nach welchen die Aufhebung ber Fifche= rei=Gerechtigkeiten ftatthaft sein foll, disponirt ber Art. 6. bes Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850,2) beffen Entstehungegeschichte hier mitzutheilen ift.

Derselbe ift wortlich in der Fassung des Regier. Entw. von den Rammern angenommen worden. (Stenogr. Ber. ber II. R. 1813, Bb. 3.

S. 1601 u. ber I. R. Bb. 5. S. 2657).

2) Bergl. in Bb. I. S. 329.

Die Motive des Regier. Entw. zum Art. 6. lauten dahin:

Das Borfluths = Ch. v. 15. Nov. 1811, bas G. v. 28. Febr. 1843 und die Fischerei Drbn. für die Provinzen Posen und Preußen v. 7. Marz 1845 enthals ten Bestimmungen über bie Ermittelung ber Entschädigung bee Fischereiberechtigten für die Aufhebung ober Beeintrachtigung feines Rechts durch Entwäfferungen ober Bemafferunge= und andere Anlagen. Gine Abanderung biefer Borfchriften für biejenigen Falle, auf welche sie berechnet find, kann nicht in Vorschlag gebracht werben, weil fie an fich ihren 3weck erfüllen und weil fie in Berbindung mit ans beren Erörferungen zur Anwendung fommen, ein herausreißen berfelben beshalb bas übrige bamit im Zusammenhange ftehenbe Berfahren ftoren wurde.

Dagegen tritt überall, wo bie Ablösung ber Fischereiberechtigung felbfiftanbig vorgenommen wird, das gewöhnliche Berfahren vor ben Auseinanderfegungs= Beborben ein, und fur biefes bedarf es ber Ertheilung einer Borfdrift über bie Art ber Feststellung ber bem Berechtigten zukommenden Abfindung. Bei ber außerorbentlichen Berschiebenartigkeit ber Erträge ber Fischereien läßt sich jedoch keine andere allgemeine Vorschrift geben, als daß ber Reinertrag ber Berechtigung in jedem einzelnen Falle burch Sachverständige zu schäßen ift, welche barauf hinzuweisen find, daß fie für ihr Gutachten in der Gohe des Rugens, den das Recht

¹⁾ Bergl. ben Bericht ber Rom. ber II. R. zu ben Art. 4. und 5. bes Ers gang. Ges. v. 2. Marg 1850 gum S. 31. ber Gem. Th. D., Bus. II. sub B. (f. unten).

burchschnittlich in ben letten 10 Jahren wirklich gewährt hat, einen Anhalt sinden werben.

Aus ber Natur bes Rechts und aus ben zum Art. 5. angeführten Grünben ergiebt sich von selbst, bag bie gesetliche Entschäbigung für eine Fischereiberechtis

gung nur in Rente ober Rapital bestehen fann.

Es ift aber bei ber Ablbsung ber Fischereiberechtigung noch bie Eigenthumlichkeit ju berudfichtigen, daß bie Ausubung bes Rechtes bie Anschaffung vieler jum Theil werthvoller Gerathschaften erforbert, welche mit bem Wegfalle bes Rechts nicht allein für ben Befiger unbrauchbar werben, sondern auch oft schwer und nur mit Berluft verfauft werben fonnen. Gollte ber Berechtigte, beffen Recht auf ben Antrag bee Belafteten aufgehoben wirb, für diefen Ausfall feinen Erfat erhalten, fo wurde ihm mittelbar ein Theil ber ihm zufommenben Abfindung wieber entzogen werben, und er also nicht vollständig entschädigt sein. Um diesem Uebelstande vorzubeugen, ift in dem Entwurfe bem Berechtigten, falls er Provotat ift, bie Befugniß beigelegt worben, bie Uebernahme feiner Fischerei = Gerathe, soweit fie noch brauchbar find, gegen Erfat ihres Werthes von bem Belafteten zu forbern. Wenn jedoch ber Berechtigte fich ben erwähnten Nachtheil baburch, daß er auf Ablösung provozirt, selbst zuzieht, so kann ihm eine folche Begunstigung nicht zu Theil werben, vielmehr ift bann anzunehmen, bag ber Bortheil, welchen er aus ber Ablösung erwartet, ben Berluft am Berthe ber Fischerei : Berathschaften aus: gleicht.

B. Der Bericht der Kommission der II. Kammer spricht sich in folgender Art aus:

Bei bem Art. 6. wurden jum zweiten Sat beffelben folgende Bufate bes antragt:

Bei Ermittelung des Rupens ift insbesondere in Rücksicht zu nehmen: a) der Konsumtionswerth, welchen die Nuyung der Fischerei dem Berechstigten selbst gewährt hat,

b) ber aus tem gewerblichen Betreiben berfelben enistandene Bortheil.

Die auf ben Betrieb ber Fischerei verwendete Arbeit ift nur dann in Abzug zu bringen, wenn ber Berechtigte ben lokalen Verhaltniffen nach Gelegenheit hat,

fich andern Arbeiteverdienst zu verschaffen. —

Bur Unterstühung derselben wurde angeführt, daß in vielen Fällen die Fischereis Berechtigung zugleich die Mittel darbiete, dem Berechtigten und seiner Familie die zu ihrer Ernährung erforderlichen Mahlzeiten zu gewähren, und dabei gerade diejenigen Sorten von Fischen verwendet würden, deren Verkaufspreise mit ihrem Konsumtionswerth in gar keinem Verhältniß ständen, der Lettere musse her bei Feststellung des jährlichen Reinerträges besonders berücksichtigt werden. Dasselbe gelte hinsichtlich der Vortheile, welche dem Verechtigten daraus erswücksen, daß er seine Verechtigung gewerdsmäßig betreiben könne und dadurch die Aussicht habe:

a) burch Geschicklichkeit und Bleiß ben Rugen ber Berechtigung gu erhöhen;

b) burch angemessene Behandlung seiner Berechtigung, namentlich burch tems poraire Schonung ber Fischerei, seinen Gewinn um viele Prozente zu vers mehren.

Gerade ber lettere Vortheil wurde fünftig ben Belasteten allein zu Gute kommen, und könne sonach bei Begutachtung bes jährlichen Reinertrages einer Fischereiberechtigung nicht außer Acht gelassen werben.

Die Kom. war jedoch in ihrer Majorität der Ansicht:
baß, da das Alin. 2. des Art. 6. ansbrücklich festsehe, es solle der sährliche Reinertrag der Fischereiberechtigungen in Privatgewässern lediglich durch das Gutachten Sachverständiger sessgehellt werden; es auch in jedem bes sondern Falle Sache dieser Sachverständigen sein werde und müsse, auf die jedesmal vorliegenden besonderen lokalen Verhältnisse gedührende Rücksicht zu nehmen, und danach ihren Ausspruch über den wahren Reinertrag der Verechtigung zu normiren. — Vestimmte für alle Fälle passende Regeln ließen sich hier gar nicht ausstellen, und da überall der wirklich aus der Fischerei gezogene Nußen berücksichtigt werden müsse, so werde auch bei jedem

einzelnen Spezialfall zu beurtheilen sein, worin dieser Rußen überhaupt bestanden habe; es wurden hiernach die beantragten Zusätze verworfen. — Gegen den ersten und dritten Sat des Art. wurde von keiner Seite etwas erinnert, und die Kom. empsiehlt hiernach die unveränderte Annahme des Art. 6.

C. Die Kommission ber I. Kammer hat sich über ben Art. 6. folgendermaaßen geäußert:

Im Art. 6. hielt man das leste Alin. für eine Abweichung von den sonstigen Prinzipien der Gemeinheitstheilungs Gesetze, welche jedoch mit Rückicht darauf gerechtsertigt gefunden ward, daß der oft zu den dürftigsten Klassen gehörige Besrechtigte nach Aushebung seines Nechtes häusig von dem Fischereis Geräthe keinen Gebrauch mehr wird machen können, während dasselbe dem Belasteten nach der Ablösung in der Regel zu Statten kommt.

Deshalb schlägt auch hier bie Rom. unveranderte Annahme bes Art. 6. vor.

8) Bergl. in Betreff ber Aufhebung der Fischerei-Berechtigung bei Geslegenheit der Ents oder Bewässerung das Vorfluths-Ed. v. 15. Nov. 1811 SS. 31. u. 32. (G. S. 1811, S. 352) und das Ges. v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatslüffe, SS. 1., 12., 18., 45—48. (cf. S. 1843 S. 41) und die Erläut. dazu (s. unten in Th. IV. Abth I. u. II.)

Vergl. die (im Art. 6. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850 in Bezug genommen) Fischerei-Ordn. v. 7. Marz 1845 a) für die Provinz Posen in der G. S. 1845, S. 107 und b) für die Binnengewässer der Provinz

Preußen, a. a. D. S. 114.

y) Der Rechtsgrund und der Regalitäts-Charakter einer Fischerei-Servitut stehen der Ablosbarkeit derfelben nicht entgegen.

Erkannt von dem Revisions-Kolleg. für L. R. S. unterm 2. Sept.

1851.

3war zähle bas Erg. - Gef. v. 2. März 1850 nur bie Fischereirechte in stehenden und fließenden Privat-Gewässern, und auch diese nur, sofern sie auf einer Dienstbarkeit beruhen, zu ben nach ben Grundsagen ber Gem. Th. D. selbständig ablösbaren Berechtigungen; allein ber Begriff eines öffentlichen Flusses im Gegensaße zu einem Privatgewässer bestimme sich nicht durch das Subjekt und die perfonliche Eigenschaft des Eigenthumers, sondern durch die gegenständliche Ratur und Beschaffenheit des Gewässers. Eine ausbruckliche Definis tion enthalte das A. L. R. nicht, hingegen an mehreren Stellen, sowohl im Abschn. 6. Tit. 9. Th. I., als im Abschn. 2. Tit. 15. Th. II. bie Bezeichnung von öffentlichen und Privatstuffen und es ergebe sich aus ben an S. 38. Tit. 15. Th. II. sich anreihenden Bestimmungen über die verschiedenen Rechtes und Rubunge : Verhaltniffe ber einen ober ber anberen, daß bas Gefet nur folche Strome, beren Rugungen es ju den Regalien bes Staates zählt, als öffents liche betrachte. Das seien aber nach S. 38. a. a. D. zuvörderst solche Fluffe, welche von Ratur schiffbar find. Sodann konne freilich der Staat durch Schiff= barmachung von Privatstuffen auch biefe Gewässer in öffentliche verwandeln; ends lich unterliege es keinem Zweifel, daß ein vom Staate neu angelegter, zur Schiff= fahrt bestimmter Ranal bie Natur eines öffentlichen Gewässers annimmt. Es sei jedoch allein die im S. 38. a. a. D. bezeichnete objektive Eigenschaft, welche bem Gewässer biese öffentliche Ratur verleiht, nicht ber an fich zufällige Umstand, ob fich letteres im Besit und Eigenthum bes Fistus ober eines Privatmannes befinbet. Als öffentlich bezeichne bas Geset einen solchen Strom beshalb, weil biejenige Banpinugung, burch welche bas Regalitäterecht bes Staates laut S. 37. a. a. D. begrundet ift, zufolge S. 47. a. a. D. jedem freisteht. In bemfelben Sinne rechne auch bas gemeine — Romische — Recht die größeren Fluffe ju ben res publicae, indem der Gebrauch berfelben jedem Bürger gestattet war. (Cfr. Thibaut, Spstem des Pandeft. Rechts, 5. Ausg. Th. I. S. 332.) Davon seien biejenigen Bermögens. Dbjefte bes Staates, beren Gebrauch und Benutung nicht jedem Gemeinbegliebe ober Unterthanen freifteht, beren Ginfunfte vielmehr nur zur Staatstaffe fließen und zur Berwendung für allgemeine Staatszwecke bestimmt find, — bas patrimonium civitatis — (Thibaut a. a. D., Makelben's Rom. Recht,

S. 157.), welche bas A. L. R. unter bem: "Fissus" und insbesondere unter "den Domainen" begreift (S. 1. und S. 11. Tit. 14. Th. II.), wohl zu unterscheiden. Darunter könnten auch Bäche und andere kleine Gewässer begriffen sein, welche in dem obigen Sinne nicht res publicae sind und die daher im Gegensatz zu diessen unter der im Art. 1. des Ergänz. Ses. zur Gem. Th. D. v. 2. März 1850 gedachten Privatgewässern mitverstauden werden, auf welche die Gem. Th. D. eben so gut, wie auf andere mit ablösbaren Servituten besastete Grundstücke Anwens dung sinde.

Wie übrigens der Staat das Recht habe, Privatstusse in öffentliche zu verswandeln, so stehe ihm auch umgekehrt die Befugniß zu, einen so geschaffenen öffentlichen Strom, dessen Schissbarkeit dem gemeinen Beken nicht mehr entspricht, wieder aufzugeben. Ueber die Frage der Ablösung von Dienstbarkeiten, wie über Beschaffenheit und Werth der Ablösungsgegenstände entscheide im Allgemeinen der gegenwärtige Zustand zur Zeit der Auseinandersehung. (Zeitschr. des Revis.-Rolleg.

28b. 4. S. 344 ff. u. Praj. Samml. beffelb. S. 22, Nr. 5.)

Bergl. auch unten sub g.

d) Auf Fischereien in gemeinschaftlich besessenen Seen finden die Bestimmungen des Erganz. Ges. v. 2. März 1850 keine Anwendung. (Wulken, die neuen Agrargesete, S. 255 Anm.)

f) Bu Rr. 8. des Art. 1. (Berechtigung zur Torfnützung betr.)

Bergl. Art. 4. des Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850.

g) Bum Schluffage des Art. 1. '(ad verba: "auf einer Dienft-

barkeit beruben)."

Das Erg. Gef. v. 2. März 1850 findet auch auf die den Mediatistrten burch Staatsverträge überwiesenen und garantirten Gerechtigkeiten An-wendung.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für &. R. S. per

sent. v. 2. Sept. 1851.

Die Grunde biefer Entscheidung bemerten:

Der Art. XIV. ber Bunbes-Afte v. 8. Juni 1815 bestimmt hierher gehörig nur: bag ben im 3. 1806 und feitbem mittelbar gewordenen ehemaligen Reiches Randen in Rucksicht ihrer Besitzungen alle die Rechte und Vorzüge zugesichert wers ben ober bleiben, welche aus ihrem Eigenihum und beffen ungeftorten Genuß herrühren und nicht zur Staatsgewalt und ben boberen Regierungerechten gehoren (G. S. 1815, S. 105) und S. 3. ber B. v. 21. Juni ej. a., baß sie nicht nur bei bem Befit ihrer fammilichen Domainen und bavon herrührenben Ginkunfte geschütt, sondern daß auch die direkten Steuern ihnen belaffen werben sollen (S. 107 a. a. D.). Sobann besagt die Instrukt. wegen Aussührung des Eb. v. 21. Juni 1815, v. 30. Mai 1820 (G. S. 1820, S. 81), übereinstimment mit S. 5. jenes Eb. in ihrem S. 23.: "ben Stanbesherren bleibt in ihren ftanbesherrlichen Bezirken die Benutung jeder Art der Jagds und Fischereigerechtigkeit, der Bergwerke ic., vorbehaltlich des Berkaufs (der Metalle) ic."; endlich Art. LXIII. ber unterm 24. Juni 1820 (G. S. 1820, S. 113, 127) publigirten Biener Schluß = Afte: "wie der Bundesversammlung obliege, auf die genaue und vollstänbige Erfüllung ber Bestimmungen bes Art. 14. ju achten."

Dadurch wird aber die rechtliche Natur der den vormals Reichsunmittelbaren und zur Reichsstandschaft Berechtigten für ihre standesherrlichen Gebiete beigelegsten Berechtigungen (zur Fischerei, Jagd, Bergwerken 1c.) nicht verändert; sie sind kein Regal im eminenten Sinne, kein Theil der Regierungsgewalt und der Staates gewalt, sondern ein sogen. niederes Regal, welches den Domainen gleichsteht und das vom Staate abgetreten, auch von Kommunen und Privatpersonen erworden und besessen werden kann (z. 73. Tit. 15. zz. 24—26. A. L. R. II. 14.). Das mit stimmte das gemeine Deutsche Recht überein, dessen Grundsähen zusolge, ders gleichen niedere und zufällige Hoheitsrechte in allen Fällen der Gesetzgebung des Staates unterworfen blieden. (Eichhorn, Einl. in das Deutsche Privatrecht, zz. 268. und 266.). Die Preuß. Landeskultur-Gesetzgebung hat aber hinsichtlich der Ablöharkeit, wie der Ablösungsgrundsähe niemals zwischen denjenigen Eigensthumsbelastungen und Beschräufungen unterschieden, welche von Privatpersonen

und Staatsunterthanen und anderseits benjenigen, welche vom Fistus ausgeübt worden und welche ben Dominialrechten des Staates entsprachen. Unter die Gem. Th. D. fallt so gut bie Schafereis und Butungs Berechtigkeit eines Staatsgutes, wie die einer Brivatbesitzung. Der Beisat im Art. 1. des Ergang. - Gef. v. 2. Marg pr., burch den die Ablosbarkeit der baselbst genannten Berechtigungen dahin beschränft wird, "daß fie auf einer Dienstbarkeit beruhen" schließt gegen= sählich und im hinblick auf §. 2. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 nur folche im Art. 1. genannte Berechtigungen vom Theilungs: und AblösungsBerfahren aus, welche auf einem gemeinschaftlichen ober Gesammt-Gigenthum beruhen, während es für bie Anwendung ber Gem. Th. D. vollkommen gleichgultig ift, welchem Rechte: fubjekt die Nugungsbefugnisse zustehen und aus welchem Rechtsverhaltniß, ob aus einem Soheites ober aus einem Privatbesigrecht bieselben erwachsen finb. wird ber Begriff der Dienstbarkeit, als einer Einschränkung der Disposition und Benutung fremben Gigenthums (Thibaut, Panbett. Shftem, S. 603.) nicht bes rührt ober gar aufgehoben; es ift allein die Existenz einer Dienstbarkeit, nicht ihr Rechts = und Entstehungsgrund, wovon S. 2. Gem. Th. D. r. 7. Juni 1821 und

Art. 1. tes Ges. v. 2. März 1850 bie Ablösbarkeit abhängig machen.

Die Frage: ob die ben Debiatisirten zustehenden Rechte ber im Art. 1. bes G. v. 2. Marz 1850 gebachten Art von der Einwirkung der Breuß. Landeskulturs Befetgebung ausgenommen und derfelben überhaupt nicht unterworfen feien? muß aber verneint werden. Denn felbst eine ansbruckliche Staatsgarantie gegen eine kunftige Ablos. Gesetzebung wurde bieser nicht entgegenstehen, wenn fie zum gemeinen Besten bes ganzen Lanbes, im Fortgange ber gesellschaftlichen Entwickes lung, nothwendig geworden, fondern allenfalls nur eine besondere Guischabigungs= forberung gegen ben Staat aus einem speziellen Titel zur Folge haben konnen. Jedoch ergeben auch nicht einmal bie betreff. Gesete ober Berträge irgend etwas von einer folden Gewährleistung gegen eine kunftig burch Ablösungsgesetze etwa eintretenbe Beranberung in ben Rechten. Ueberbies involvirt bie Ablofung nicht eine Entziehung bes moblerworbenen Eigenthums ber Berechtigungen, sonbern nur eine im Kultur-Interesse gebotene Umwandlung von Rechten gegen andere, nas mentlich gegen eine Entschäbigung, welche nach SS. 147 — 149. Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 an beren Stelle tritt. Daß Rupungsbefugniffe ber vorliegenden Art, selbst wenn sie als niebere Regalien anzusehen gewesen wären, nach bem fruher geltenben gemeinen Recht ber Lanbesgesetzgebung unterworfen blieben, ift sthon erwähnt. Run find fedoch im Art. XIV. unter c. der Bundes Afte v. 8. Juni 1815, die zur Staatsgewalt und zu ben hoheren Regierungerechten gehörigen Rechte gegenüber ben Eigenthums = und Befitrechten der Metiatifirten ausbrücklich vorbehalten und zu jenen Dajestätsrechten bes Staats gehörte nach S. 6. bes A. 2. R. II. 13. auch bie Gefeggebung. Ueberdies wird im S. 5. ber B. v. 21. Juni 1815 (G. C. 1815, S. 107) in Betreff bes Borbehalts wegen Benutung der Jagden aller Art ic. bestimmt, daß fie fich den Anordnungen des Staats fügen muffen und verweißt auch S. 23. ber Instr. v. 30. Mai 1820 (G. S. 1820, S. 88) bei ber ihnen zustehenden Jagbe und Fischerei-Gerechtigkeit ic., auf die Landesgesetze und bie für beren Ausführung ergehenden höheren Anordnungen. Endlich bestimmt die Berfaffung des Preuß. Staates v. 31. Jan. 1850 Art 3., bag Standesvorrechte nicht flatisinden und alle Preußen vor dem Gesetze gleich find, wobei Art. 42. die Ablosbarfeit ber Grundlasten nach naherer Ausführung in besonderen Gesegen gemahrleiftete und bie Art. 62. mit Art. 83. und 106. fefts seten, was zu allgemein verpflichtenben Gesetzen erforberlich, wie in bieser Bes ziehung bie ganze Nation, also einschließlich ber Mediatifirten vertreten werbe und in welcher Beise Geset verbindlich werben. (Beitschr. bes Revis.-Rolleg., 29b. 4. 6. 344 ff. u. Praj. Cammi. beffelb. G. 22, Rr. 5.)

V. Ueber die Frage: ob und in wiesern die Uebertragung der Grundsgerechtigkeiten von einem berechtigten Grundstücke auf das andere zuslässig sei? vergl. Bd. II. Abth. I. S. 143—144, wobei noch zu bemerken, daß das Justizmin. in dem R. v. 30. Aug. 1824 (v. R. Jahrh. Bd. 24 S. 254) die Ansicht ausgesprochen hat, daß eine lebertragung dieser Art nur mit Einwilligung des Eigenthümers- des verpslichteten Gutes zulässig sei. — Das Revisions-Kollegium für L. R. S. hat in dieser Beziehung (in dem Erk. v. 29. Dec. 1852) angenommen, daß Grundgerechtigkeiten, welche

nach der Gem. Th. Ordn. v. 7. Juni 1821 und dem Ergänz. Gef. v. 2. Mirz 1850 abgelöst oder fixirt werden dürfen, theilbar oder übertragsbar seien, sosern die Verpflichtung und Belastung des Eigenthümers dadurch nicht vergrößert oder erschwert wird. (Praj. Samml. des Revis. Kolleg S. 5 Rr. 11. u. S. 28, Rr. 19.).

Bu SS. 4. bis 19.

(Bom Provofationerechte).

Bum \$. 4.

I. Der S. 4. beseitiget eines Theils den Bwang zur Aushebung der Gemeinheit, indem solche nur auf Antrag eines ober mehrerer Interessenten stattsinden soll; 1) anderen Theils giebt derselbe auch einzelnen Interessenten die Befugniß, auf Gemeinheitstheilung anzntragen.

II. Die Befugniß ber einzelnen Intereffenten zur Provokation auf Ge-

meinheitstheilung ift bemnachst erheblich beschränkt worden.

1) Die R. D. v. 14. Juni 1828 ermächtigte ben Minister bes Innern provisorisch:

bei dem Widerspruche der Provokaten einstweilen und bis zur anderweiten gesetzelichen Bestimmung, der Einleitung der Separation Anskand zu geben, wenn nicht der vierte Theil der Interessenten (nach den gesetzlichen Theilnehmungszeichten angeschlagen) darauf anträgt oder seine Zustimmung dazu ertheilt; es wäre denn, daß die von einer geringern Jahl von Theilnehmern extrahirten oder dewilligten Separationen, ohne besondern Nachtheil für die übrigen Interessenten mit überwiegenden Kultur Wortheilen für die Ausscheibenden ausgeführt werden könnten.

Bugleich ordnete biefe R. D. an:

daß biese Bestimmungen anch auf die bereits anhängigen Gemeinheitstheilungen Anwendung sinden sollten, wenn nicht schon Widerspruch gegen die vorzunehmende Auseinandersehung erhoben, aber rechtsträftig verworfen ist, oder wenn die Instressenten nicht schon Uebereinfunste über das Wesentliche des Geschäfts, über Theilnehmungsrechte, Ausgleichungsgrundsäte, und Planlagen geschlossen haben, oder wenn nicht in Folge des gemachten Antrages, die Vermessung bereits wessentlich sortgeschritten ist. 2) (A. XII. 364. u. Jahrb. XXXI. 271.)

1) Bon biefer Regel find indeß einige Ausnahmen festgeset worben:

b) Rach 55. 65. u. 56. des Regulir. Gefler. 8. April 1823 für Pofen ic. sollte die Gemeinheitstheilung bei Regulirung der gütsherrlich shäudrlichen Berhältnisse von Amtowegen erfolgen. — Diese Booschrift ist indes durch die im S. 1. Ar. 10. des Ablos. Ges. v. 2. Mary 1850 ausgesprochene Aushedung des gedachten Ges. v. 8. April 1823 für beseitigt zu erachten.

2) Bu dieser R. D. find folgende Erlaut. ergangen:

Die B. v. 27. Juli 1808 wegen Berleihung des Eigenshums von den Grundstücken der Immediats Einsassen in den Domainen von Oftpreußen, Litthauen und Westpreußen (s. in Bd. I. S. 243) bestimmt im S. 11., daß die Dorsschafsten, welche durch die vorangegangenen Kriegsdrangsale verödet waren, aus der Gemeinheit zu sehen, und daß wenn dies nicht nach dem eigenen Entschlusse der Grundbesitzer binnen 10 Jahren geschähe, die Landes Polizeis Behörden berechtigt sein sollten, die Separation auf Kosten der Interessenten zu bewirken. Diese Borsschrift zur Besorderung der Landeskultur ist durch die Gem. Th. D. nicht aufgehosben, und mithin, soweit sie nicht bereits ausgesührt worden, auch ungeachter der durch die B. v. 28. Juli 1888 ersolgten Beschränkung des Provokationsrechts einszelner Gemeindemitglieder auf Gemeinheitstheilung, zu beachten. (s. Dönniges Landes-Kult. Ges. 2002. 402 ad VII.).

- Diese R. D. wurde indeg nicht publicirt, sondern nur ben Auseinandersetzungs- und den Justig-Behörden (durch die R. des Min. des Innern v. 23. Juni 1828 und ber 3. v. 10. Juli 1828) bekannt gemacht. 1)
- 2) Unterm 28. Juli 1838 erging hiernachft die (in der R. D. v. 14. Juni 1828 vorbehaltene) definitive B. über die Beschränkung des Provokationsrechts auf Gemeinheitstheilungen. 2) (G. S. 1838, S. 429).

Diese B. macht die Zulässigkeit ber Gemeinheitstheilungen von der Zustimmung eines Viertheils, beziehungsweise der Majorität der Intereffenten, nach den Theilnahmerechten berechnet, abhängig. 1)

a) Rach bem R. bes Min. bes 3. v. 1. Aug. 1829 (an bie Gen. Komm. zu Berlin) u. v. 10. Marz u. 4. Sept. 1835 (an die Reg. zu Gumbinnen) sollte bie Gem. Theilung zufolge ber R. D. v. 14. Juni 1828 nur geitweise gurucke gewiesen und ausgeset werben. (Donniges Landes-Rult. Gef. Bb. 2. 6 402).

b) Das R. Des Min. des J. v. 7. Inni 1830 erklarte, bag bie R. D. v. 14. Juni 1828 nur auf die Provokation ber Mitglieder von Dorfs und Stadtges meinden Anwendung finde, feinesweges aber bas Provokationerecht ber Dominien baburch beschränkt sei. (a. a. D. S. 402. n. Roch's Agrargesetzeb. 1. Ausg. **6**.84).

c) Nach bem R. bes Din. bes J. v. 18. Marg 1837 (an bie Gen. Komm. zu Soldin) sollte die erwähnte R. D. auch auf die Brovokation der Pfarren Ans

wendung finden. (Dönniges a. a D.).

d) Das R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 8. Juli 1837 criauterte, baß bie R. D. feine Anwendung finde, wenn die Interessenten sich bei ber früheren Separation und nach bem Erscheinen ber R. D. ausbrücklich barüber geeiniget haben, baß jedem Einzelnen ber bamale in Gemeinschaft verbliebenen Intereffens ten freistehen solle, auf Aufhebung bieser Gemeinschaft anzutragen, und dies Abkommen in den bestätigten Rezeß aufgenommen worden ist (v. K. Ann. Bd. 21. S. 656).

e) Ueber die Berpflichtung zur Tragung ber Koften ber auf Grund ber R. D. v. 14. Juni 1828 abgelehnten Provokationen disponirt das R. beffelb.

Min. v. 25. Juli 1837 (a. a. D. S. 657).

- 1) Die R. D. v. 26. April 1831 bestimmte, daß bie Orbre v. 14. Juni 1828 außer Anwendung auf die Westphälischen Markentheilungen bleiben und - daß es für solche überall bei ben Borschriften ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 bewenden folle (Ann. Bb. 15. S. 309.).
 - 2) Vergl. in Bd. I. S. 332.

Durch diese B. ist die R. D. v. 14. Juni 1828 für beseitiget zu erachten. (R. bes Min. bes J. v. 22. Oft. 1838 an die Gen. Rom. zu Pofen u. v. 28. Nov. 1838 an bie Reg. ju Marienwerber, f. in Donniges ganbes = Rult. Ges. 25 2. S. 402.)

3) a) Die B. v. 28. Juli 1838 ift, nach Einholung ber Gutachten ber Db. Prafibenten, Regierungen, Gen. Rommiffionen u. D. E. Gerichte, und hiernachft ber Provingialftande, mit Ausnahme ber Rheinischen, sowie nach wieberholter Bes rathung im Staatsministerium und Staatsrathe, erlaffen worben. (Acta gen. bes Min, bes J., Regul. Abl. Gem. Theilungen, Gen. Rr. 52). - Die gum 8ten Prov. Landtage versammelten Preuß. Stanbe petitionirten unterm 10. April 1843 um Bieberaufhebung berfelben, welcher Antrag indeß mittelft ganbtage-Abschiebes v. 30, Dec. 1843 abgelehnt, jedoch die Erweiterung der Provokationsbefugniß in Aussicht gestellt murbe, wo fich ein besonderes bringendes Bedürfnig nach ben bess halb veranlagten Ermittelungen ergeben werbe. (Donniges Lanbes-Ruft, Gef. Bb. 2. S. 418).

b) Ueber tie Berpflichtung ber Auseinandersegungs . Behörben, auf die Beförderung und Durchführung von Spezial = Separationen muglichft hinzuwirfen, vergl. bas M. bes Din. bes J. v. d. B. v. 28. Febr. 1841

(Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 32, Nr. 47., f. in Bb. I. S. 333).

III. Erläuterungen zu der B. v. 28. Juli 1838 über die Befchränkung des Provokationsrechtes auf Gemeinheitstheilungen.

1) Bu SS. 1. und 2. ber B. v. 28. Juli 1838.

- a) Es ist die Frage entstanden: ob auch die zur Gemeinde nicht gehörigen Dienstbarkeits-Berechtigten und Belasteten, z. B. Pfarrer und Kirchen, von der durch die V. v. 28. Juli 1838 angeordneten Beschränfung des Provokationsrechtes betroffen werden?
- a) Das Min. d. 3. hat sich in dem (an die Gen. Komm. zu Berlin erlaffenen) R. v. 19. Aug. 1839 bahin ausgesprochen,

baß man bei ben §§. 1. u. 2. ber B. v. 28. Juli 1838 nicht sowohl eine sogenannte politische Gemeinde vor Augen gehabt, als vielmehr nur bezweckt habe, bie Provokation einzelner Individuen zu beschränken, welche hinsichtlich einer bestimmten Ruhung sich mit mehreren anderen in einem socialen Verhältnisse, in einer Genossenschaft besinden, woraus folge, daß Pfarren, Schnlen 10., welche sich mit den Mitgliedern der eigentlichen Dorfgemeinde in einer Hütungsgemeinheit besinden, sich auch der den Genossen dieser Gesellschaft auferlegten Beschränkung unterwerfen müßten und sich derselben nicht aus dem Grunde entziehen könnten, weil sie nicht gleichzeitig der Dorfgemeinde angehören (Dönniges Landes-Kult. Ges. 20. 2. S. 419).

β) Donniges halt diese Ansicht für unbegrundet.

Bunachst ergaben die Borverhandlungen zur B. v. 28. Juli 1838, daß zwar in den früheren Entwürfen und Berhandlungen von den Theilnehmern an einer Weibegenoffenschaft die Rede sei, daß aber bei der letten Berathung des dem Staatsministerium vorgelegten Geset; Entwurfs nach Anleitung der K. D. v. 14. Juni 1828 die Beschränfung des Provosationsrechtes ausdrücklich auf "einzelne Mitglieder einer Stadt- oder Dorfgemeinde", mit Unterscheidung von anderen Genoffenschaften, gerichtet worden sei. Im Staatsrathe aber sei über den vorgeschlagenen Wegsall jener Worte besonders verhandelt, von diesem Borsschlage aber unter näherer Bestimmung des S. 2. der B. Abstand genommen worsden, indem nur die Mitglieder einer Gemeinde, nicht aber andere Genoffenschafsten, von der Beschränfung des Provosationsrechtes betroffen werden sollten.

Abgesehen hiervon ergebe die Einleit. der B. und die darin enthaltene hins weisung auf die §§. 24. u. 25. der Gem. Th. D., daß die angeordnete Beschränstung des Provokationsrechtes sich lediglich auf Gemeindemitglieder erstrecke und nicht weiter ausgedehnt werden durse, wofür überdieß auch der §. 2. Nr. 3.

der B. spreche (a. a. D. S. 418-419).

p) Die Gen. Komm. zu Berlin hat dagegen (Datum des Erk. konstitt nicht) angenommen, daß die gelftlichen Institute, Pfarren, Rirchen 2c., nicht zu den fremden Berechtigten gehören, auf deren Antrag eine Spezials Separation, abgesehen davon, ob die Provokanten & der Theilnahmerechte bestigen, nach §. 2. der V. v. 28. Juli 1838 zur Ausführung kommen muß.

Denn die geistlichen Institute seien nicht zu den im §. 2. Mr. 3. der B. gebachten Berechtigten zu rechnen, und da die geistlichen Institute der Regel nach Theilnehmer einex jeden Dorfgemeinde seien, gleichwohl aber (im §. 2.) nicht ausdrücklich als solche benannt worden, die den Beschränkungen des §. 1. nicht unterliegen, so musse angenommen werden, daß es nicht in der Absicht des Gesegebers gelegen habe, daß sie unbedingt, und ohne den vierten Theil des Ganzen zu besthen, die Aushebung der Gemeinheit zu verlangen berechtiget sein sollen. (Centralbl. für Preuß. Jur. 1841, S. 1236—1237.)

b) Das Erganz. Geset v. 2. März 1850 bestimmt im Alin. 2. des Art. 13. 1), daß das im S. 2. Mr. 3. der V. v. 28. Juli 1838 den Rit= terguisbesitzern und der Domainen= nud Vorstvermaltung hin=

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 331.

sichtlich der Beantragung von Separationen eingeräumte Vorrecht auf= gehoben sein soll 1), daß jedoch bereits eingeleitete Auseinandersetzungen

aus diesem Grunde nicht rudgangig gemacht werden konnen 2).

Das Alin. 1. desselben Artifels erklärt die B. v. 28. Juli 1838 auch für die zur Rheinprovinz gehörigen Kreise Duisburg und Rees, so-wie für das Großberzogthum Posen und die mit Westpreußen wies der vereinigten Distrikte, ben Rulms und Michelauischen Kreis und das Landgebiet der Stadt Thorn, anwendbar.

A. Der Art. 13. bes Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850 lautete im Re-

gierunge=Entw. folgendermaagen:

1) Alinea 1. wie in bem fesigen Gefete.

2) Alinea 2.

Die im §. 2. Nr. 3. der gedachten Berordn. den Rittergutsbesitzern und der Domainens und ForstsBerwaltung eingeräumte Besugniß, eine Gemeinheitstheilung, die nicht anders als mit Umtausch von Ackerlandereien ausgesührt werden kann, selbst dann zu verlangen, wenn auch die Besitzer des vierten Theils der Ackerlans dereien der OrtssFeldmark, welche durch den Umtausch betroffen werden, damit nicht einverstanden sind, wird hiermit ausgehoben. — Bereits eingeleitete Auseinanderssehungen können jedoch aus diesem Grunde nicht rückgängig gemacht werden.

Die Motive bemerten bagu:

Nachdem die B. v. 28. Juli 1838 durch das G. v. 9. Oft. 1848 auf Westsphalen ausgedehnt worden, liegt kein Grund mehr vor, dieselbe nicht in allen Lansbestheilen, in denen die Gemeinheitstheilungs Dronung gilt, zur Anwendung zu bringen. Die ausdrückliche Bezugnahme auf das G. v. 9. Oft. 1848 empsiehlt sich um deswillen, weil die hier einschlagende Bestimmung in diesem übrigens transsitorischen Gesetze künftig leicht übersehen werden könnte.

Unter Nr. 3. §. 2. der B. v. 28. Juli 1838 ift aber dem Domainen-Fiskus und den Rittergutsbesitzern ein Borzug eingeräumt worden, welcher mit der in der Berfassungs : Urkunde garantirten Gleichheit vor dem Gesetze nicht im Einklange

steht. Diese Vorschrift muß beshalb aufgehoben werden.

B. Die Kommission der II. Kammer beantragte die unveran= derte Annahme dieses Art., indem sie sich in ihrem Berichte folgendermaa= gen außerte:

Bahrend die Kom. mit den Bestimmungen des Art. 13. im Allgemeinen sich einverstanden erklärte, wurde doch noch von einer Seite gewünscht, dem Schlußsatztes Alin. 2. dieses Art. eine andere Fassung zu geben und danach eine Beseitigung bereits eingeleiteter Auseinandersetzung unter gewissen Umständen möglich zu machen.

Bu biesem Zwede wurde porgeschlagen, statt bieses Schluffapes Folgendes bem

Art. hinzugufügen:

1) Hierburch ist auch die Entscheidung des Revis. Rolleg. für L. R. S. (Datum konstirt nicht) für antiquirt zu erachten, welche ausgeführt hatte, "daß aus der unbedingten Provokations befugniß der Domainen und Rittergüter noch nicht deren Berpflichtung folge, sich auf solche Provokationen einzulassen, bei denen die Provokanten nur den vierten Theil des den Gemeindegliedern geshörigen Ackers besitzen." (Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 2. S. 165 ff.).

²⁾ In Bezug auf die in dem Art. 13. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 (im letten Sate des Alin. 2.) enthaltene Bestimmung, "daß bereits einges leitete Auseinandersetungen aus diesem Grunde nicht abhängig gemacht werden können", ist behauptet worden, daß diese Borschrift in dens jenigen Fällen nicht Platz greise, wenn die Gemeinheitstheilung noch streitig gewesen sei. — Das Nevis. Rolleg. sür L. K. S. hat indest in dem (nicht veröffentlichten) Erf. v. 30. Nov. 1853 (Acta Westphalen, L. Nr. 32.) augenomimen, daß es genüge, wenn nur die Einkeitung der Provosation vor Publikation des die B. v. 28. Inli 1838 auf Westphalen ausbehnenden Sistirungs Geses v. 9. Ott. 1848 (beziehungsweise des Ergänz. Gesess v. 2. März 1850) erz folgt sei.

"Bereits eingeleitete Auseinandersetzungen können auf Antrag der Besitzer von mehr als & der durch den Umtausch betroffenen Ländereien rückgängig gemacht werden, in sofern nicht bereits die Uebergabe und Besitzergreifung der dem Umtausch unterworfenen Grundstücke erfolgt und dadurch eine Ber-

änderung der wirthschaftlichen Berhaltniffe herbeigeführt ift."

Begründet wurde dieser Antrag burch die Entwickelung ber Ansicht, bag nicht in allen Provinzen bes Staats bie Beforderung ber Gemeinheitstheilungen, beson= ders wenn damit ein Umtausch der im Gemenge befindlichen Grundstücke verbunden werbe, wunschenswerth erscheine und biejenigen segensreichen Folgen habe, bie wohl sonst von ihnen erwartet würden, namentlich sei dies in einzelnen Theilen der westlichen Provinzen und vorzugsweise bei Separationen flabtischer Feldmarken ber Fall. Dier, wo ber Grundbefit einem bestandigen Bechfel burch Berauferungen und Erbschaften unterliege, gewährten die Separationen, verbunden mit dem Um: taufch und ber Bufammenlegung ber Grunbftude, nur bem größeren Grunbbefiger, welchem baburch bie Möglichkeit gegeben sei, seinen Besitstand zu arrondiren, Bortheile, dem fleineren Grundbesitzer nur Nachtheile. Bei ihm ftanden in der Regel bie fehr großen Roften folder Auseinandersetzungen in gar feinem Berhaltniß mit dem Rupen, welcher ihm baraus erwachsen konne; ja es mußte behauptet werden, baß ein folder für ihn gar nicht entstehe, indem abgesehen davon, baß er in ber Regel als Folge einer Separation genothigt werde, seine ganze Wirthschaftsweise zu andern, für ihn die bamit verbundene Umtauschung und Busammenlegung bes Besitstandes von gar keiner Wirkung sei, da eben durch die häufigen Abverkaufe und Beräußerung von Grundstuden biefer Busammenhang balb wieder befeitigt und somit der ursprüngliche 3weck boch nicht erreicht werbe.

Diese Uebelstände hatten sich in einzelnen Theilen der westlichen Provinzen bei bereits eingeleiteten Auseinandersetzungen sehr fühlbar herausgestellt und es sei daher wünschenswerth, ihre gänzliche Beseitigung auch jetzt noch möglich zu machen und dieser Zweck solle durch den zu Art. 13. in Antrag gebrachten Zusatz erreicht

werben.

Die Majorität ber Rom. vermochte fich jedoch nicht von ber Zweckmäßigkeit und Nütlichkeit eines solchen Zusates zu überzeugen, war vielmehr ber Anficht, daß es viel größere Uebelstände herbeiführen würde, wenn einmal eingeleitete Aus= einandersetzungen durch die Ausbehnung der B. v. 28. Juli 1838 auf alle Landes theile, wo sie bisher noch nicht Gesetstraft gehabt, ruckgangig gemacht werden follten, infofern mehr als & ber Theilnehmer bies verlangten. Schon im Allges meinen waren von vielen Seiten Bebenken über bie Zweckmaßigkeit ber B. v. 28. Juli 1838 überhaupt zur Sprache gebracht worden, denn es könne nicht bestritten. werben, bag nichts mehr im allgemeinen Durchschnitt gur Bebung ber Bobenfultur, jur Forberung eines verbefferten Birthichaftsbetriebes aller landlichen Grundftuce mit Ginfolus ber zu ftabtischen Feldmarken gehörigen, und baburch zur Gebung des Wohlstandes der ländlichen Grundstücks-Besitzer aller Art beigetragen habe, als gerade die in Folge der Gemeinheitstheilungs-Ordnung dargebotene Gelegenheit für jeben Grundbefiger feinen Befitftand von allen barauf ruhenben ihn in ber freien Disposition beschrantenben Gerechtsamen Anberer zu befreien und nebenbei sich wirthschaftlich zu arrondiren.

Ge sei unberechenbar, was der National-Bohlstand durch die in Folge der Gemeinheitstheilungen möglich gewordene Erzeugung einer bedeutenden größeren Rasse von Feldfrüchten, des vermehrten Andaues von Futterkräutern, der Vermehrtung und Verbesserung des Nutviehstandes, der Ersparung von Zeit und Arbeitstätzeiten gewonnen, und wenn in einzelnen Fällen sich nicht durchweg so günstige Resultate herausgestellt haben sollten, wenn namentlich nicht zu verkennen sei, daß mitunter der Kostenpunkt wohl bei einer richtigern Behandlung einzelner Sachen weniger drückend für die Interessenten hätte sein können und sollen, so sei doch auch zu erwägen, daß gerade in letzterer Beziehung die Betheiligten, meist durch falsche Rathgeber verleitet, sehr oft die Schuld der großen Kostspieligkeit solcher Auseinsandersetung dadurch trügen, daß dieselben nicht ohne die weitläuftigsten durch alle

Inftangen fortgeführten Prozeffe ju Enbe gebracht werben tonnten.

Alle bisher gemachten Erfahrungen stimmten aber barin überein, baß bie Ges meinheits-Theilungen vom richtigen national-ökonomischen Gesichtspunkt aus betrachstet, eher auf alle mögliche Weise beförbert, als verhindert werden sollten, und am wenigsten scheine es angemessen, jest schon bereits eingeleitete Auseinandersesungen,

bei welchen in ber Regel schon bebeutende Rosten entstanden, Einzelne sogar schon in Folge der Einleitung Rechte erworben, und bereits mehr ober weniger eine Stös rung in dem bisherigen Wirthschaftsbetriebe stattgefunden, wieder ruckgangig zu

maden.

Wenn daher auch bei ber einmal bestehenden gesetzlichen Kraft der B. v. 28. Juli 1838 in den meisten Provinzen des Staats und deren Ausdehnung auf die Provinz Westphalen durch das G. v. 9. Ott. 1848 kein Grund mehr vorwalte, sie nicht überhaupt in allen Landestheilen, in denen die Gem. Th. D. gilt, zur Anwendung zu bringen, und ebenso die Aushebung der Nr. 3. S. 2. in jener B. nur die Gleichheit vor dem Gesetze herstelle, so musse doch ganz abgesehen davon, ob nicht die Beseitigung jener Verordnung vorzuziehen sein durste, die Rückgängigs machung bereits eingeleiteter Auseinandersetzungen wegen der Bestimmung des Art. 13. für nicht gerechtsertigt erachtet werden.

. Die Kom. hat baher beantragten Busatz abgelehnt und empfiehlt die unver-

änberte Annahme des Art. 13.

Die II. Kammer trat bem Antrage ber Kommission bei 1). (Steuogr. Ber. ber II. K. 1833 Bb. 3. S. 1626.)

"anstatt des Schlußsaßes im Art. 13. Folgendes zu setzen: "1. Antrag: "Bereits eingeleitete Auseinandersetzungen können auf Antrag der "Besitzer von mehr als & der durch den Umtausch betrossenen Ländereien "rückgängig gemacht werden, insofern nicht bereits die Uebergabe und Bes""sitzergreifung, der dem Umtausch unterworfenen Grundstücke erfolgt und "dadurch eine Beränderung der wirthschaftlichen Berhältnisse herbeiges "führt ist."

"2. event. Antrag: Sollte das obige Amendoment verworfen werden, so beans "trage ich, daffelbe mit der Modififation zur Abstimmung zu bringen, daß

Motive.

"nach "infofern nicht bereite" Folgendes gefett werde:

"ber Auseinandersetzungs : Plan von ben Intereffenten anerkannt, ober "über beffen Richtigkeit rechtskräftig erkannt ift."

"Begründet find diese Anträge bereits durch das im Rommissionsberichte Gesagte "namentlich in Bezug auf die westlichen Provinzen und in Bezug auf die Sepas "ration städtischer Feldmarken; in letterer Beziehung kann ich nur noch hinzus "sügen, daß von den Besitern städtischer Feldmarken oft die Hälfte zwei Drittheile "und mehr ihren kleinen Besits schon vor der Separation in einem zusammens "hängenden Grundstücke hatten und für diese mithin die Auseinandersetung mit "gar keinen Bortheilen sondern nur mit Nachtheilen — wenigstens wird das sich "bekannt machen mit einem andern Grundstücke immer als ein Nachtheil des "zeichnet werden müssen — und Rosten verbunden ist, so daß mithin nur die "wenigen und in der Regel wohlhabenden Eigenthümer mehrerer und größerer "Parzellen Bortheile von dem kostspieligen Geschäft haben, welches wegen der "in städtischen Feldmarken sast immer vorkommenden beständigen Wechsel (durch "Beräußerungen und Erbschaften) den eigentlichen Iweck doch niemals vollstäns "dig erreichen kann.

"Nicht blos in ben westlichen, sonbern auch in ben östlichen Provinzen bes "Staats, namentlich in ber Provinz Posen erscheint es in manchen Fällen "wünschenswerth, wenn ben Interessenten, auch auf bem Lande, die Wöglichs "Feit eingeräumt wird, von einer nach ber früheren Gesetzgebung durch Wenige "beantragten Separation zurücktreten zu können, wenn die große Mehrheit der "Interessenten der Ansicht ist, daß die Auseinandersetzung nur Nachtheile und "keine Bortheile für sie im Gesolge hat; solche Fälle kommen namentlich im "Obra Bruche häusig vor und bort haben, nach der von mir personlich gewons "nenen Ueberzeugung, die Interessenten recht, wenn sie sich nach den lokalen "Berhältnissen die sonst und im Allgemeinen unbestreitbar anzus "erkennenden und unberechen baren günstigen Erfolge der Aus»

"einanderfegungen nicht versprechen fonnen.

¹⁾ In der II. R. war zum Art. 13. von dem Abgeordn. v. Schlotheim folgender Berbess. Antrag (Drucks. Nr. 358. ad II.) gestellt worden:

C. Die Kommission der I. Kammer trug dahin an, insofern eine Abanderung des Art. 13. eintreten zu lassen, als sie für den ersten Satz des Alin. 2. dessen jetige Fassung in Vorschlag brachte und dies in folgender Art motivirte:

Bu Art. 13. ist von einem Mitgliede ber Kom. barauf angetragen worden, rucksichtlich ber Provinz Westphalen und ber Kreise Duisburg und Nees die Ansordnung zu tressen:

daß dort die Provokation auf eine mit Acker-Umtausch verbundene Gemeinheitstheilung auch in dem im G. v. 28. Juli 1838 bezeichneten Falle nur dann Folge gegeben werden dürfe, wenn der vierte Theil der Grund-

Besitzer ber zur Separation gelangenben Feldmark barauf anträgt.

Der Antrag wurde auf die Mißliebigkeit gegründet, in welche bas Separationss Berfahren in jener Gegend früherhin wegen seiner langen Dauer und Kostspieligsteit gekommen sei und ward nicht zurückgezogen, obwohl anerkannt wurde, daß in neuerer Zeit auf einen besteren Fortgang gewirkt sei und die Reg. Kommissarien die Versicherung gegeben hatten, daß Alles angewendet werden sollte, um diese günsstigere Entwickelung weiterhin zu fördern.

Derfelbe fand indeffen feine Unterftupung in ber Rommiffion.

Bon anderer Seite wurde barauf aufmerksam gemacht, daß ber erfte Sas bes Alin. 2. zu Disverständnissen führen konne.

Das aufgehobene Borrecht ber Rittergutebefiger, Domainen= und Forft : Ber=

waltung ist nämlich bezeichnet, als die Befugniß:

eine Gemeinheitstheilung, die nicht anders als mit Umtausch der Ackerlans bereien ausgeführt werden kann, selbst dann zu verlangen, wenn auch die Besitzer des vierten Theiles der Ackerlandereien der Ortsseldmark, welche durch den Umtausch betroffen werden, damit einverstanden sind.

Hört eine folche Befugniß auf, so hat es ben Anschein, daß kunftig die Rittergntebesitzer ze. nicht mehr auf Separation antragen dürften, wenn ber vierte Thei ber übrigen Interessenten nicht damit einverstanden sei, ober, mit anderen

Worten, widerspräche.

Dies ist weder die Absicht des Gesetzes, noch mare ein solches Uebergewicht

ber Minoritat gulaffig.

Um solcher Mißbeutung, welche sich freilich bei einem naheren Eingehen auf bas modifizirte G. v. 28. Juli 1838 erledigt, vorzubeugen, trägt die Kom. barauf an: ben Art. 13. zwar anzunehmen, ihm aber in dem ersten Sate des Alin. 2. folgende Fassung zu geben:

"Das im S. 2. Mr. 3. ber gebachten B. ben Rittergutsbesitzern und ber

Diese Antrage wurden indeß abgelehnt. (Stenogr. Ber. der II. K. Bb. 3.

6. 1626).

[&]quot;Die Gegengründe, welche die Majorität der Kom. geltend gemacht hat, "lassen sich, wie ich glaube, einsach damit widerlegen, daß wenn nicht die Bes "siber von & der durch den Umtausch betrossenen Ländereien — es handelt sich "also nicht um die Zahl der Bestzer, wie in dem Bericht unrichtig angedeutet, "sondern um die Fläche, von welcher & sehr füglich im Besit eines oder doch "weniger Interessenten sein kann — von den Bortheisen der Separation zu "überzeugen sind, diese doch in der That, wenigstens so unbedeutender Natur "sein müssen, daß es nicht rathsam sein möchte, dieselben gegen die Ansicht der "Interessenten anszudrängen. Gierdurch erledigen sich auch die in Bezug auf "ben Kostenpunkt gemachten Einwände.

[&]quot;Alle Bebenken ber Mehrheit ber Kommission bürften aber burch bas event.
"gestellte Amendement beseitigt werden, indem nach diesem die eingeleiteten Aus"einandersepungen nur noch zu einer Zeit sollen rückgängig gemacht werden
"können, zu welcher die entstandenen Kosten nicht sehr unbedeutend sein dürsten,
"Einzelne in Folge ber Einleitung noch keine Rechte erworben und noch keine
"Störungen in dem bisherigen Wirthschaftsbetriebe stattgefunden haben."

"Domainen: und Forst Derwaltung hinsichtlich der Beantragung von Ses "parationen eingeräumte Borrecht, wird hiermit aufgehoben."

Die I. Rammer trat diesem Antrage bei. (Stenogr. Ber. ber I. R. 1838 Bb. 5. S. 2683.)

D. Die II. Rammer hat, auf den Antrag ihrer Kommission, schließlich die von der I. Rammer beschloffene Abanderung des Art. 13. geneh=

migt. (Stenogr. Ber. ber II. R. 1843 Bb. 5. S. 2893 ff.)

c) Ueber die Zulässigkeit partieller Separationen (d. h. der servitutfreien Ausscheidung eines einzelnen Theilnehmers - belafteten [fleinen] Grundbesitzers ober Servitutberechtigten — aus der Feldgemeinschaft) resp. über die Bermittelung des S. 20. ber Gem. Th. D. mit ben SS. 177. u. 183. Abschn. II. berfelben, unter Berücksichtigung bes S. 1. ber B. v. 28. Juli 1838, ift zu bemerken:

aa) Das Min. d. 3. hat in dieser Beziehung die Ansicht entwickelt, daß auch Antrage auf partielle Gemeinheitstheilung — besonderer Biesen -, Dus tungs und Forstgrundstücke, — sowie eine Aenberung ber einmal bestehenden Ginrichtung wegen Benutung ber Beibeanger ober Golgreviere nur bann zuläsfig

feien, wenn:

a) ein Viertheil der als Miteigenthumer dazu Berechtigten fie verlangt, und β) bieselbe nach Untersuchung der obwaltenden Verhältnisse für zweckmäßig erachtet wird;

daß mithin nicht allein die Möglichkeit, sondern auch die Zweckmäßigkeit einer

Separation ohne Aderumtaufch, die Bulaffigfeit berfelben bedinge;

daß eine hutbefreiung ber Wiesen und anderen, ber gemeinschaftlichen Beibe unterworfenen Grundstücke aber nicht anders bewilliget werden burfe, als wenn bargethan worben, bag burch bergleichen Anszüge bie ordnungemäßige Benutung ber übrigen Grundstücke weber gestört, noch für ben Fall einer kunftig allgemein erfolgenden Auseinandersetzung die Anordnung schicklicher Planlagen gehindert wird.

Wergl. das R. des Min. des J. v. 28. Nov. 1838 an die Reg. zu Marienwerder (Donniges Landes Rult. Gef. Bb. 2. S. 420), bas R. des Min. d. J. für landwirthsch. Ang. v. 10. Aug. 1840 1) (Min. Bl. b. i. B. 1840 S. 398 Mr. 694.), ten Refursbescheid deffelb. Min. v. 27. Aug. 1840 2) (a. a. D. S. 399 Mr. 695), desgl. v. 26. Nov. 1840 3) (Min. Bl. b. i. B. 1841 S. 34. Mr. 48) und die C. R. desselben Min. v. 7. April 1841 und 13. Juni 1842 +) (Min. Bl. b. i. B. 1842 S. 221 u. S. 220 Mr. 297.).

bb) Ueber diese Ansichten bes Min. außert sich Donniges abweichend in folgender Art:

Bu a. Insofern diese Anweisung die Beschränfung ber Provokation im S. 1. ber B. v. 28. Juli 1838 auf alle partielle Gemeinheitstheilungen, welche einen Umsaß von Ackerlandereien nicht erforderlich machen, ausbehnt, scheint dieselbe den Gesehen nicht zu entsprechen. — Sie ist hauptsächlich barauf gestützt, daß die nach §§. 20, 21. der Gem. Th. D. zulässigen partiellen Separationen — die Theilung besonderer Biesen=, Gutunge= ober Forfigrunbftude - bem Wesen nach mit ber nach \$5. 171., 172. bes Abichn. II. ber Gem. Th. D. julaffigen Ginichrantung ber Gemeinheiten zusammenfalle, welche burch ben Antrag eines Biertheils ber Intereffenten bebingt sei. Es sei baber biese Bedingung auch auf die partiellen Gemeinheitstheilungen anwendbar. (R. v. 10. Aug. 1840 uub 7. April 1841.)

Diese Bedingung ift jedoch in ber Gem. Th. D. ben Antragen auf Gemeins heite Ginschränkungen feinesweges gestellt, noch weniger find bie gesetlichen Be-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 335-336.

²⁾ Bergl. ebenbaf. S. 336-337.

³⁾ Bergl. ebenbaf. 6. 337--338.

⁴⁾ Bergl. ebenbaf. S. 338-343.

ftimmungen über Gemeinheite. Ginschranfungen und Theilungen gleichmäßig. Die 55. 177., 181., 182., 183. in bem Abichn. von Gemeinheites Ginschränfungen bes ftimmen, daß einzelne ober mehrere Intereffenten ihre ganbereien nach einem ges meinschaftlichen Plane ber Gemeinschaft, ober ben britten Theil ihrer Aders landereien der gemeinschaftlichen Behütung, mit der Wirkung der Gemeinheitss theilung ober auch mit Borbehalt fünftiger Umlegung, entziehen konnen, wenn bargethan wirb, bag burch bergleichen Auszuge bie ordnungemäßige Benugung ber übrigen Grunbflude weber geftort, noch fur ben Fall einer funftig allgemein erfolgenden Auseinandersetung bie Anordnung schicklicher Planlagen gehindert wirb nnd daß bei ber hutfreilegung ein erheblicher Acerumtausch nicht erforberlich ift. -Benn aber ein Biertel ber Intereffenten auf bie Ginführung einer zweckmäßigeren Benutung ber Gemeinheiten anträgt, so muffen fich alle Intereffenten einer folchen zwedmäßig befundenen Abanderung unterwerfen, wobei fie in Gemeinheit verbleis ben. (§S. 171., 172. ber Gem. Th. D.) — Eben fo muß, wenn ber vierte Theil ber Theilnehmer ober beren mehrere bie hutfreiheit verlangen, das hutfreie Drittel allgemein, b. h. für sammtliche Theilnehmer ber gemeinschaftlichen Blur ausgewiesen werben, welche alle hinsichtlich ihrer übrigen Grundftude in ber Gemeins schaft verbleiben. (S. 182. ber Gem. Th. D.) — Tragen bagegen einzelne ober ein Biertel ber Intereffenten auf Gemeinheitstheilung an, so werben ben Provos kanten ihre Abfindungen gur privativen Benugung und freien Disposition mit Ausschließung einer fünftigen Umlegung berselben überwiesen, mahrend bie Brovos faten hinsichtlich der auf sie treffenden Absindungen die Gemeinschaft fortseten fonnen. (§S. 4., 20., 21., 141. Gem. Th. D.)

Es ergiebt fich hiernach, daß partielle Gemeinheitstheilungen ober Einschränstungen keinesweges durch den Antrag eines Viertels der Interessenten bedingt sind, daß aber die Wirkungen der Gemeinheitstheilung von densenigen der Gemeinheitsschieftung went bei Bestimmungen über Gesmeinheitstheilungen und Gemeinheitsselinsten gar nicht auf einander hinübergezogen werden können. (Bergl. das R. des Min. des J. v. 13. Juni

1842. Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 220.)

- Bu \(\beta \). Was hiernachst die hier gedachte Bedingung der Bulässigkeit der Gesmeinheitstheilungen und Einschränkungen anbetrifft, nämlich: das beide, wenn auch fein Ackerumsat erforderlich ist, nach Untersuchung der obwaltenden Umstände den Zweden der Auseinandersetung, dem Interesse sowohl der Provosanten als der Provosaten soweit möglich, vor allem aber der Beförderung der Laudkultur und der freien Disposition über die Grundstüde entsprechen müssen, so trifft die Besdingung der Zwedmäßigkeit der Auseinandersetung weniger den Antrag als den Auseinandersetungsplan. In wie weit hierbei den Anträgen des einen oder ans deren Theils nachgegeben werden kann, ist in dem S. 9. des Aussühr. Ses. v. 7. Juni 1821 den Auseinandersetungs Behörden vorgeschrieben. (Donniges Landes Kult. Ges. 2d. 2. S. 420 421.)
- ce) Das Revisions-Kollegium für L. K. S. hat in Betreff dieser Materie folgende Ansichten entwickelt:
- a) Das (nicht veröffentlichte) Erk. v. 21. Mai 1852 führt aus, daß nach §§. 4., 16. und 20. der Gem. Th. D. unzweiselhaft jeder einzelne Theilnehmer einer Gemeinschaft im Sinne des §. 2. der Gem. Th. D. auf gänzliche oder theilweise Aushebung der zwischen ihm und den übrigen Theilnehmern bestandenen Gemeinschaft anzutragen besugt war, welcher Grundsat jedoch da eine Ausnahme erlitten habe, wo eine Gemeinheitstheilung nicht anders, als mit Umtausch der zur Ortsfeldmark gehörigen Acerländereien ausgeführt werden kann, in welchem Valle der Antrag auf Gemeinheitstheilung nach §. 1. der B. v. 28. Juli 1838 nur dann statischnen solle, wenn die Besitzer des vierten Theils der Acerländereien, welche durch den Umtausch betroffen werden, mit der beantragten Separation einverstanden sind. Dieser Ausnahmefall liege indes dann nicht vor, wenn die beantragte Gemeinheitsaushebung einen Acerumtausch nicht bedingt, sondern es sich nur um die hutsreie Zusammenlegung von Wiesenländereien und die hutsreie Ausschweizung des speziellen Antheils

eines Intereffenten an ben gemeinschaftlichen Wiesen-Gutungsgrundftuden banbelt. Für berartige Auseinandersetzungen sei bie Ausnahmevorschrift bes S. 1. der B. v. 28. Juli 1838 nicht maafgebend und konne bies auch aus dem ihre Entstehung bedingenden Grunde, daß nämlich bie in einer Gemeinschaft befindlichen Grundbesitzer nicht burch eine zu kleine Minoritat wider ihren Willen zu einer ihren Wirthschaftsbetrieb möglicher Weise gang verändernden Maaßregel gezwungen werden sollen, nicht sein, indem burch eine Austauschung des blogen Wiesen besitzes eine ftorende Wirthschaftsveränderung nicht hervorgebracht werden konne. Es muffe daher angenom= men werben, daß für berartige Auseinandersetzungen das ursprüngliche unbeschränkte Provokationsrecht für jeden einzelnen Theilnehmer bestehen geblieben fei, und bag mithin ein Antrag ber in Rebe ftebenben Art an fich schon nach ten Bestimmungen tes Abschn. I. ter Gem. Th. D. unbedenklich zulässig sei, wobei es sich jedoch von selbst verstehe, daß tadurch dem weiteren Ermeffen der Auseinanderfetungsbehörde bei ber Ausführung eines folden Antrages bezüglich ber ihr nach nach S. 9. tee Ausführungsgefetes v. 7. Juni 1821 obliegenden Pflicht zur Wahrung des landespolizeilichen Intereffes in keiner Weise prajudicirt werden konne. — Uebrigens unterfalle nur ber Antrag auf butfreie Busammenlegung ber Biefen eines Theilnehmers ausschließlich dem Abschn. I. ter Gem. Th. D.; denn ohne Umtausch konne bie hutfreie Zusammenlegung ber Wiesen nicht bewirkt werden, und gerade teshalb konne biefer Antrag nach ben Worschriften des Abschn. II. ber Gem. Th. D., insbesondere tes §. 177., nicht beurtheilt werden. Dagegen konne die Bulaffigkeit bes Antrages auf hutfreie Ausscheidung bes Antheils eines Intereffenten an ben gemeinschaftlichen Sutungsgrundflucken auch nach ben Borfchriften bes §. 177 a. a. D. beurtheilt und muffe auch nach diesen für zulässig erachtet werben. In letterer Beziehung führt bas Urtel aus:

Nach S. 177. fonnen unter ben Bedingungen ber vorhergehenden SS. fowehl einzelne Eigenthümer, als auch mehrere berselben nach gemeinschaftlichem Plane, ihre Landereien, und zwar sowohl mit der Wirkung ber Gemeinheites theilung, daß fie nämlich Behufs einer ferneren Auseinandersegung zu beren Umtausch nicht mehr genöthigt werben können, als auch so, daß der Umtausch für einen folden Fall vorbehalten bleibt, der bisherigen Gemeinschaft entziehen, wenn bargethan wirb, bag burch bergleichen Auszuge bie ordnungemäßige Benuhung ber übrigen Grunbstude weber gestort, noch für ben Fall einer fünftig erfolgenden allgemeinen Auseinandersetzung bie Anordnung schicklicher Planlagen gehindert wird. — Diese Bestimmung enthalt im Wefentlichen baffelbe, was in ben §S. 4., 16. u. 20. ber Gem. Th. D. bezüglich ber Bulaffigfeit eigentlicher Gemeinheitsaufhebungen vorgeschrieben ift, und unterscheibet fich von jenen nur badurch, daß zufolge berselben ein Auszug durch Umtausch von Grundstücken nicht gulässig ift und bag ber Umtausch ber aus ber Gemeinschaft gezogenen Lanbereien für ben Fall einer kunftig eintretenben allgemeinen Auseinanbersepung vorbehalten werben fann. Die Bebingungen, unter benen ber Antrag auf Berbeiführung eines folden Auszuges zuläffig ift, find im Befentlichen biefelben, welche bei einer befinitiven Auseinandersetzung von ber Auseinandersetzungsbehörde nach ben Borschriften bes Ausführ: Ges. v. 7. Juni 1821, S. 9. zu beobachten. (Acta: Brandens burg, F. Mr. 35.)

d) Die Beschränkung des Provokationsrechtes sindet lediglich bei den

β) Das Erk. des Revisions-Kollegiums v. 29. Okt. 1852 spricht aus, daß jeder Theilnehmer einer Gemeinschaft befugt ist, auch auf theils weise Ausscheidung in Betreff eines besonderen Gegenstandes der Gemeinheit anzutragen, sobald nicht ein Umtausch von Ackerländereien das durch herbeigeführt wird, in welchem Falle die Zulässigkeit der Proposation den Bestimmungen der V. v. 28. Juli 1838 unterliegt. (Praj. Samml. des Revis. Rolleg. S. 24. Nr. 9.)

eigentlichen Orts-Feldmarken, nicht aber bei ben f. g. wusten Marken

oder Außen-Ländereien fatt.

Erkannt von dem Revisions-Kollegium für L. R. S. (Datum der Entsch. konstirt nicht), in llebereinstimmung mit tem Min. des I., aus folgenden Gründen:

Die B. v. 28. Juli 1838 enthält nur eine Ausnahme von der in der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 ausgesprochenen unbedingten und unbeschränkten Provostations Befugniß; es kann daher dieses seiner ganzen Stellung und Tendenz nach nicht ausdehnend interpretirt, und darf namentlich in keinem anderen Sinne ausges saßt werden, als welcher aus den Worten desselben und dem nächsten unzweiselz hasten Grunde desselben erhellet (§. 46. der Einl. zum A. L. R.). Wenn nun der §. 1. der B. ausdrücklich nur von denen mit Ackerumtausch verbundenen Spezialz Separationen der Orts Feldmarken spricht, so leuchtet schon hiernach ein, daß die Ausnahme auch nur bei diesen eintreten kann, aus andere und namentlich solche Gemeinheiten aber nicht bezogen werden darf, welche außer densenigen auf der Orts Feldmark noch bestehen. Wollte man dies annehmen, so würde das so sehr bezeichnende und ganz absichtlich im Gesehe ausgenommene Wörtchen "Orts" völlig müßig dastehen, und wenn man den Nachdruck auf dasselbe legt, so ergiebt sich der, im Geseh allerdings nicht ausdrücklich ausgesprochene Gegensatz einsach von selbst.

Der Zweck bes Gesetzes erhellt aber auf's unzweideutigste aus den Motiven, mit welchen der Entwurf zu demselben, Behufs fernerer Berathung, beim Staatsrathe vorgelegt ward. Hier heißt es namlich nach Auseinandersetzung der Grunde, welche eine Beschränkung des Provokationsrechts zunächst für die, mit Ackerumtausch

verbundenen Separationen rechtfertigen, weiter:

"Die zweite Restriktion, bag nämlich bie jum Umfat kommenden Ackerlans "bereien zur Feldmark bes Orts gehoren, beffen Gemeindeglieber bie "Separation nachsuchen, hat barin ihren Grund, weil bergleichen Gemein-"schaften sehr häufig und zwar bei ben Dorfsgemeinden in ber Regel mit "den Rommunal-Einrichtungen enge verbunden find und eben ber Organis-"mus des Kommune Berbandes die Handhabung guter Ordnung in den "fortbestehenden Gemeinheiten erleichtert. Burbe man die Beschränkung ber "Propokations-Befugniß — wie es im früheren Entwurfe geschehen war — "barüber hinaus ausbehnen, so wurbe man baburch bie Theilung gerabe "berjenigen Gemeinheiten beschränken, beren Auflösung vor allem Erleichtes "rung forbert zc. Insbesondere finden dergleichen, von dem Gemeindever-"bande unabhängigen Sozietäten in den Propinzen jenseits (links) der Elbe "häusig schon von Alters her statt. Dahin gehören unter anderen "bie "Theilnehmungerechte an ben wüsten Feldmarken", ingleichen an "ben f. g. vierjahrigen Felbern und Bohben in Bestphalen. Es fehlt babet "auch gar nicht an Fallen, daß bergleichen besondere Weibegenoffenschaften, "3. B. folde, die rudfictlich ber Aderweiben in verschiedenem Berbanbe "pehen, noch andere Beibeberechtigungen als auf Gemeingrunden ober in "benachbarten Forsten einer mit bem andern gemeinschaftlich ausüben. Die "Auflösung folcher Sozietaten, bie ben Umtausch anderer, als zur Gemeinbes "Feldmart gehörigen Landereien zur Folge hat, geschieht nach bem Borftes "henden im wesentlichen Interesse ber Betheiligten."

hiernach haben also die sogenannten wusten Feldmarken zc. von der Beschränstung bes Provokationsrechtes ganz ausbrücklich ausgeschlossen werden sollen, man hat vielmehr bei ihnen die Regel der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und eine uns bedingte Provokationsbefugniß vollständig beibehalten wollen. (Zeitschr. des Revis.

Rolleg. Bb. 2. S. 172-174.)

e) Die Einleitung einer Spezial-Separation kann nur dann erfolgen, wenn die Provokanten den vierten Theil sammtlicher zur Theilungsmasse zu ziehenden Aecker besitzen und sind von letzteren auch diesenigen dabei in Rechnung zu stellen, welche muthmaaßlich oder voraussichtlich nicht zum Umtausch kommen.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. R. S. (Datum des Erk. konstirt nicht); denn in dieser wörtlichen Auslegung musse der

S. 1. der B. v. 28. Juli 1838, mit Rucksicht auf S. 46. der Einl. zum A. L. R. aufgefaßt worden, indem der Passus: "welcher durch den Umstausch betroffen worden," nur den Gegensatzu servitutfreien |Grundstücken darstelle. Dies folge auch aus S. 5. der B. (Zeitschr. des Revis.

Rolleg. Bb. 2. S. 165, 170—171).

f) Wenn eine Gemeinheitstheilung nicht anders, als mit dem Umtausche der zur Ortsfeldmark gehörigen Ackerländereien ausgeführt werden kann, so kommt es, um dieselbe vorzunehmen, nur darauf an, daß die Bestiger des vierten Theils der je nigen Ackerländereien, welche durch den Umstausch betroffen werden, mit der nachgesuchten Separation einverstans den sind, nicht auf den Gesammtbesitzstand der einzelnen Interessenten an Ackerländereien, noch auf die Zustimmung der Bestiger des vierten Theiles derjenigen Ackerländereien, welche der Gemeinheit unterliegen oder in der Ortsseldmark belegen sind.

So erkannt von bem Revisions-Rollegium für L. R. S. unterm

10. Sept. 1852.

Die Grunde führen aus:

Rach SS. 1. u. 4. ber B. v. 28. Juli 1838 sowohl, als nach bem Eingange biefer B. fommt es nicht auf ben Gefammtbefitftanb ber einzelnen Intereffenten an Acterlanbereien, sondern nur allein auf ben Befitftand an folchen Neckern an, welche zum Umtausch gelangen sollen, und zwar um beshalb, weil der Grund für die Beschränkung der Provokationsbefugniß nur der gewesen ift, wirthschaftliche Störungen nicht auf alleinigen Antrag einzelner ganbbefiger, beren Befitthum ju ben umzulegenden Ackerlandereien in einem zu geringen Berhaltniffe fteht, eintreten zu laffen, sondern erft bann porzunehmen, wenn die Befiter des vierten Theils ber umzulegenden Acerlandereien darauf antragen, weil dann bie Anges meffenheit ber Ausführung im Landeskultur : Intereffe nicht mehr zu bezweifeln ift. Es muß hiernach, wie S. 4. ausbrudlich vorschreibt, bie Berechnung bes bie Bros vokation begründenden Besitsstandes lediglich nach dem Flächeninhalte ber von bem Umtaufche betroffenen Ackerlandereien angelegt werden, und kommt es nicht barauf an, welchen Ackerbesititand einzelne Intereffenten noch außer bem vom Umtausch betroffenen haben mögen. (Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 6. S. 66 -70 und Praj. Samml. beffelb. S. 24 Mr. 8.)

2) Bum S. 3. ber B. v. 28. Juli 1838.

a) Der S. 3. der B. sett keinesweges voraus, daß das ganze Separationsgeschäft auch durch Bollziehung und Bestätigung des Rezesses vollständig und formell beendigt sei; die Aussührung muß vielmehr von dem Zeitpunkte an gerechnet werden, wo die Absindungsstücke einem jeden Betheiligten, überwiesen und unter Aushebung des bisherigen Zustandes neue in
der Auseinandersetzung selbst bedingte Verhältnisse eingetreten sind.

Angenommen von dem Min. des I., landwirthschaftl. Abth. in dem Refursbescheide v. 6. Juni 1842.2) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 224

Mr. 298.)

b) Bergl. das R. des Min. des J. v. 23. Dec. 1846. (Min. Bl. b. i. B. 1847 S. 14 Nr. 20.), zum S. 9. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821.

3) Bu SS. 6. und 7. ber B. v. 28. Juli 1838.

a) Ueber die Frage: in wiefern die Zurücknahme der Provokation auf Gemeinheits=Theilung zulässig sei? vergl. a) die R. des Min. des J. v. 15. Juli 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 424 Rr. 597.) und v. 28. Febr. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843, S. 84 Nr. 112.). 3)

¹⁾ Dies Prajubik. verhalt sich zu dem (oben unter o. gegebenen) Prajubik. wie eine nahere und speziellere Erlauterung und Modiskation für den in demselben behandelten Fall.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 343.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 344-346.

b) Die Gen. Komm. für Schlesien hat (in bem Erk. v. 21. Febr. 1834) angenommen, baß die Zurücknahme der Provokation auf Gemeinsheitstheilung auch nach Einlaffung von Seiten des Provokaten gegen Uebersnahme der Kosten des bisherigen Verfahrens zulässig sei.

Die Gründe führen aus:

Der Provokat erlange burch bie Provokation bes Gegners und resp. burch bie Ginlaffung auf biefelbe fein Recht auf die Bortheile aus §g. 86. und 94. Die Gem. Th. D. bestimme bies nicht und ein folches Recht fonne baber nur vertragemäßig entftehen. Dazu wurbe es einer bestimmten Erflarung bes Provofanten jur Uebertragung biefes Rechtes und ber Annahme von Seiten bes Provokaten bedürfen. Außerbem wolle auch offenbar bas Geset ben Belafteten burch bas in den cit. §S. gewährte Bablrecht nur vor Rachtheileu schützen, die ihm aus ber Provokation des Berechtigten erwachsen könnten; Bors theile befonderer Art, b. h. folche, die nicht aus der Befreiung des belafteten Grundfluctes von ber Dienfibarfeit an fich folgen, follten ihm bagegen nicht verschafft werben. Jene Rachtheile hörten aber auf, sobalb ber Berechtigte bie Provofation gurudnehme, und es laffe fich nicht rechtfertigen, ben Belafteten, wenn er nunmehr die Ablösung verlange, Bortheile zuzusprechen, die bas Geset ihm, als Brovokanten außerdem nicht einraume. Auch tie Ablos. D. v. 13. Juli 1829 für Weftphalen gestatte ausbrudlich ben Rudtritt von der Provokation und bess halb sei vorauszuseten, daß bies auch bei ben früheren Agrargeseten ber Wille bes Gesetzgebers gewesen sei. Dagegen muffe (nach S. 20, A. G. D. I. 23.) ber Propofant bie Roften tragen. (Forni's Beitschr., Bb. 1. G. 600 - 602.)

c) Das Revisions-Kollegium für L. R. S. hat (in nicht veröffentlichten Entscheidungen) in Betreff der Bulaffigfeit der Burudnahme einer Brovotation auf Gemeinheitstheilung gang Diefelben Grundfate angenommen, wie bezüglich ber Burudnahme von Provokationen auf Ablofungen, indem "auch in ersterem Falle auf die Analogie des §. 130. des Ablof. Gef. v. 13. Juli 1829 zurudgegangen und bie Entscheidung bavon abhangig gemacht worden ift, ob Uebereinfünfte getroffen, ober Entscheidungen ergangen find über so erhebliche Gegenstände und Theilstude bes Auseinandersetzungsverfahrens, bag berjenige Theil, welcher ber Burudnahme ber Provokation und ber Reposition ber Aften widerspricht, und bie Fortfetung des Berfahrens verlangt, der aus den getroffenen Uebereinkunften ober ergangenen Entscheidungen bereits entstandenen Rechte wieder verluftig geben murbe, wenn das eingeleitete Berfahren nicht zum Austrag gebracht wird, ob mithin die burch Bergleiche ober rechtsfraftige Entscheidungen im bisherigen Bange des Auseinandersetzungs = Berfahrens begrundeten Anfpruche nur bei teffen vollständiger Durchführung, und nicht auch außerhalb eines solchen, geltend zu machen und zu verwirklichen sind."

Dahin werden vorzugsweise solche Uebereinkunfte und Entscheidungen zu rechnen sein, welche die kunftige Absindung, deren Art, Maaß und Umsfang, die Lage einer Landentschädigung u. s. w. zum Gegenstande haben und

bedingen.

d) Ueber die Unzulässigkeit der Zurücknahme der Provokation auf Ablösung oder auf Regulirung nach gegenwärtiger Lage der Gessehung, vergl. S. 95. (Alin. 4.) des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 1) und die Erläut. dazu in Bd. II. Abth. I. S. 718—721.

b) Ueber die dem Provokaten bei der Vorladung nach §§. 6. u. 7. der V. zu stellende Verwarnung, vergl. das R. des Min. des J., lands

wirthsch. Abth. v. 9. April 1839. 2) (Anm. Bb. 23. S. 367.)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 185.

²⁾ Bergl. ebenbas. S. 344.

42 Bon b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

4) Bum S. 8. ber B. v. 28. Juli 1838.

a) Der S. 8. der B. nimmt von dem Gebiete der Anwendbarkeit ders selben aus:

a) die Proving Westphalen,

β) bie zur Rheinprovinz gehörigen Rreife Duisburg und Rees,

y) diejenigen Landestheile, für welche tas G. v. 8. April 1823 wegen Regulirung der gutsherrl. bauerl. Berhältnisse erlassen worden, mithin das Großberzogthum Posen und die mit Westpreußen wieder vereinigsten Kulm- und Michelauer Kreise, ingleichen bas Landgebiet der Stadt Thorn.

Die V. v. 3. Febr. 1845. 1) (G. S. 1845. S. 94.) hat bemnächst noch bestimmt, raß bie V. v. 28. Juli 1838 auch in dem Kreise Allenstein

(in Oftpreußen) feine Anwendung finden folle.

b) In Bezug auf bie ad a. ermähnte Ausschließung ter Anwendbarkeit

ber gebachten B. find indeß folgende Beranterungen vorgegangen:

a) Das G. v. 9. Oft. 1848, betr. die Sistirung der Verhandlungen über die Regulirung der gutsherrl. und bäuerl. Verhältnisse zc. bestimmt im §. 8.,2) daß die V. v. 28. Juli 1838 auch in der Provinz West-phalen Anwendung sinden solle. (G. E. 1848. S. 278.)

β) Der Art. 13. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850*) bestimmt im Alin. 1., daß die gedachte B. auch in den Kreisen Duisburg und Rees, den mit Westpreußen wieder vereinigten Districten, dem Kulm= und Michelauischen Kreise, und dem Landgebiete der Stadt Thorn Anwendung sinden solle.

Bergl. Die Entftehungsgeschichte bes alleg. Art. 13. oben G. 32 ff.

IV. Bu SS. 4., 18., 20. u. 25. der Gem. Th. D.

Bei ber Ablösung von Grundgerechtigkeiten ift es nicht erforderlich, daß die Provokation gleichzeitig auf die Aufhebung sammtlicher einem Grundstücke gegen ein anderes zustehenden Berechtigungen gerichtet werde.

So erkannt von dem Revisions Kollegium für L. R. S. per sent.

v. 29. Aug. 1850.

Die Grunde führen aus:

Die Richtigkeit ber Annahme, daß die Provokation Eines Servitut-Berechtig= ten bie Auseinandersetzung mit den Uebrigen nicht zur nothwendigen Folge haben muffe, ergiebt fich aus ber Natur ber Sache und ben \$5. 4., 18., 25. ter Gem. Th. D., ohne bag es ber Bervorhebung bes Unterschiebes zwischen Gemeinheiten, welche auf einem gemeinschaftlichen ober Gesammteigenthume und folchen, Die auf Dienstbarkeiten beruhen, bedarf, welcher überbies in dieser Schlußfolgerung nicht richtig ift, ba auch bei Gegenständen bes gemeinschaftlichen und Gefammteigenthums jeder Miteigenthumer und jedes zur Benutung berechtigte Mitglied ber Gemeinbe auf Auseinandersetzung anzutragen berechtigt ift und bie Beschränkung ber B. v. 28. Juli 1838 fich nur auf ben Fall bezieht, wenn bie Gemeinheitetheilung nicht andere als mit Umtausch ber zur Ortsfeldmark gehörigen Ackerlandereien ausgeführt werben fann. Was aber bie Ablosung einzelner Nutungsrechte betrifft, so befaßt fich bie Gem. Th. D. mit ber Aufhebung ber gemeinschafelichen Benutung landlicher Grundstude burch Beibe = und Forfinugung, moge biefe nun auf einem ges meinschaftlichen Eigenthume, einem Gesammteigenthume ober einem einseitigen ober wechselseitigen Dienstbarkeiterechte beruhen. Daß in bem Falle, wenn zwischen bens felben Betheiligten auf Ginem Grundftude mehrere verschiebenartige Gervituten befteben, baburch ein besonderes in fich abgeschloffenes und bezüglich ber einzelnen Nutungen untheilbares Rechtsverhaltniß gebilbet werbe, ift weber in bem A. E. R., noch in ber Gem. Th. D. ausgesprochen, in letterer icon beshalb nicht, weil bies

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 346.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 346.

³⁾ Bergl. ebenbas. S. 331.

selbe lediglich die Auflösung der bestehenden Gemeinheiten, nicht aber die Erschwes rung biefer Auflosung oder bie Bilbung neuer für bie Aufhebung schwieriger Rechtes Dag bie gemeinschaftliche Benutung eines Grundftude perhältnisse beabsichtigt. burch verschiedenartige Nugungen nicht ein in fich untheilbares und baber auch nur gleichzeitig aufzuhebendes Rechtsverhaltniß barftellt, ergiebt fich am beutlichsten aus ber Gem. Th. D. felbst, ba biefelbe fich nur auf die Aufhebung ber Beide und Forftberechtigungen und ber Berechtigungen jum Plaggen=, Beibe= unb Bultenhieb bezieht, während bie Aufhebung anberer Grundgerechtigkeiten nach S. 142. nur in bem Falle verlangt werben fann, wenn fie bem 3med ber Auseinandersetzung bin-Nach S. 1. ber Gem. Th. D. ift beren 3weck bie möglichste Aufhes derlich find. bung ober Unicablichmachung ber gemeinschaftlichen Benugung landlicher Grunds ftude jum Besten ber allgemeinen Lanbeskultur. Durch bie Forberung einer fofors tigen und gleichzeitigen Aufhebung sammtlicher auf einem Grundstücke haftenber Gervituten wird die Erreichung biefes 3wedes in ben meiften Fallen nicht erleich: tert, sondern erschwert und hinausgeschoben. Diefes Berlangen murbe nur bann gegrundet erscheinen, wenn die Aufhebung eines Theils ber Servituten in gar feis ner Beise zur Berbesserung und zum Vortheile ber Candesfultur gereichte, fofern nicht gleichzeitig fammtliche Servituten aufgehoben werben, wiewohl auch in biesem Falle ein sutcessives Borschreiten boch immer zur allmäligen Aufhebung aller ful: turicablicen Berechtigungen führen fann, und wenigstens burch feine gefesliche Borfdrift ausgeschloffen ift. Es fann aber keinem Bebenken unterliegen, bag bie Aufhebung einer Bauholzberechtigung für fich allein, auch ohne gleichzeitige Ablosung bes Brennholzrechts und ber Besugniß zur Laub : und Nabelstreu sowohl dem Berechtigten als dem Belasteten Bortheile gewährt und baher in staatswirth= schaftlicher Beziehung unbedingt gefördert werden muß. Abgesehen bavon, daß bas burch auf die Berringerung von Feuerschaben, sowie auf die zum Theil weniger toftspielige Errichtung massiver Gebaube, auf Holzersparung und bequemere und zweckmäßigere Einrichtung ber Wohnungen hingewirkt wird, so wird auch bem Gi= genthumer bes belafteten Balbes baburch bie Möglichfeit einer angemeffeneren Bewirthicaftung beffelben in allen benjenigen Fallen verschafft, in welchen berfelbe seiner Bobenbeschaffenheit halber fich vortheilhafter zur Erziehung von bloßen Brennholzbeständen eignet, ober es wird ihm boch, wenn bies nicht zutrifft, bie freie, unbefdrantte Disposition über bie Bauholzbestanbe zuruckgegeben. 20. ber Gem. Th. D., nach welcher ber Antrag nicht nur in Rucksicht aller einer Gemeinheit unterliegenden Gegenstände, sondern auch in Rucksicht einzelner gemeinschaftlich benutter Grundstude gemacht werden kann, enthalt nicht sowohl eine Beschränfung, als vielmehr eine Erweiterung, ba bie nach §§. 4. und 18. unbeschränkt zulaffige Provokation auf Gemeinheite-Aufhebung barnach felbst in Betreff einzelner Theile des Grundstucks erfolgen fann und baber um fo mehr zuläsfig sein muß, wenn es fich nur um die Trennung in mehrere in keinem rechtlichen Busammenhange pehende Servituten handelt. Anders stellt es sich, wenn ein abzulösendes Diensts barkeiterecht nicht als ein für sich bestehendes, selbstständiges Recht, sondern nur als der Theil und die Modalität eines anderen umfaffenderen Rechtes aufgefaßt werben muß, in welchem Falle allerbings bie Ablösung eines solchen Theile nicht verlangt werben kann, sondern auf Absindung für das Ganze provozirt werden So wird man nicht wohl die halbe Weideberechtigung deffelben Gutes, die Berechtigung zum Brennbebarf für einen einzelnen Stubenofen, ober felbst eine eigene besondere Berechtigung in bem Falle, wenn dieselbe nebst anderen gleichwohl ungleichartigen Befugniffen, mit bestimmten Gegenleiftungen im Gangen in einem Raufalzusammenhange fleht, für fich selbft zur Ablösung ftellen burfen, sofern ber Berpflichtete nicht einwilligt. Die abzulofenbe Nugung muß fur fich genommen ber besondere und felbstftandige Gegenstand eines Rechts, eine substanzielle Sache im Sinne bes S. 4. sein. Mit der Freiholzberechtigung zum ganzen Gehöfte ift dies unftreitig ber Fall. Bie bie Gem. Th. D. felbft bei ben Forstberechtigungen Dast, Holz 2c. unterscheidet und wiederum bei dem letteren Bau- und Brennholz, ferner Berechtigungen auf eine gewiffe Golzart und auf von felbft aufwachsenbe Baume, fo wurde es auch nicht bebenklich erscheinen, felbft bergleichen vereinzelte Berechtis gungen unter gewiffen Berhaltniffen fur fich allein zur Ablöfung zu ftellen. Diesen Grundsätzen übereinstimmend hat auch bas Ober-Tribunal (Entsch. 26. 17. 6. 283) ausgeführt, bag die burch einen Bertrag fonstituirten Grundgerechtigkeiten auf Bauholz, Brennholz, Zannholz nicht Theile einer und berselben Golzungeges

rechtigkeit, sondern selbstständige Befugnisse find und daß daher die Ausübung der einen Gerechtigkeit die andere nicht erhält, daß vielmehr die eine durch Richtgebrauch erlöschen kann, während die andere durch den sortgesetzten Gebrauch erhalten wird. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 3. S. 270—277. u. Praj. Samml. desselb. S. 21. Nr. 3.)

Bum 5. 5.

1) Bergl. §§. 4., 17., 18. und 90. der B. v. 20. Juli 1817 und §.

11. ber B. v. 30. Juni 1834, nebft ben Erlaut. dazu.

2) Wo dem Fiskus durch Provokation nach den gesetzlichen Bestimsmungen die Wahl der Entschädigungsart verloren geht, dürsen dergleichen Provokationen nicht ohne höhere Genehmigung angebracht werden. (Geschäftss Inftr. für die Reg. 1. 31. Dec. 1825, Litt. D. sub. d., Jahrb. Bb. 27 S. 256).

- Bergl. SS. 86 u. 94. der Gem. Th. D.

Dagegen bedarf es einer solchen Genehmigung nicht, wenn der Fiskus Belasteter einer einseitigen Servitut ist, und die Regierung auf deren Abslösung provocirt; wohl aber muß die höhere Genehmigung eingeholt wersden, sobald der Fiskus als Dienstbarkeits berechtigter auf Ablösung anträgt. (C. R. des Min. des J. und der F. v. 8. März 1831 und des Justiz-Min. v. 18 ej. m. ') Anm. Bd. 15. S. 35. u. Jahrb. Bd. 37. S. 67).

Bu §§. 6., 7. und 8.

Diese SS. sind gegenstandslos geworden in Bezug auf Erbpächter") und alle diesenigen, ben Erbpächtern gleichzustellenden, mit beständigem, unwiderruflichem Nutungsrechte an ihren Grundstücken versehenen Besitzer (Emphyteuten, Supersiciarien — so weit diese beiden letzteren nicht unter den S. 75. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 fallen und erst im Wege der Regulirung Eigenthum erwerben müssen) —, welche nach S. 2. Nr. 2. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 mit der Publikation dieses Ablös. Ges. Eigenthümer geworden sind.

Dagegen haben die gedachten SS. ihre Geltung behalten hinsichtlich der Laß= und Kulturwirthe (SS. 626. ff. A. L. R. I. 21), welche nach SS. 74. ff. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 für regulirungsfähig erklärt sind, und welche erst mit dem Aussührungstermine der Regulirung das Eigenthum an den Stellen erwerben, indem nach SS. 87. und 90. des Abslös. Ges. v. 2. März 1850 die bisherigen Rechtsverhältnisse bis zum Auss

führungstermine fortbauern. 3)

Diese fortwirkende Gultigkeit der SS. 6. und 8. der Gem. Th. O. bezüglich der noch nicht regulirten Laßwirthe kann sich in zweifacher Beziehung äußern:

(in f. Land-Rechte Bb. 2. S. 566. Rote 9.) lehrt:

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 346-347.

²⁾ Deshalb ist auch das Praj. des Ob. Trib. v. 21. Oft. 1845 antiquirt, welches ausspricht: "Anch Erbpächter können bei Gemeinheitsseparationen aufstreten, und, sofern sie Gemeindeglieder sind, ohne Zustimmung der Erbverpächter, Ruhweiden, sowie eine Absindung dafür in Anspruch nehmen. Es ist diese Bestugnis nicht auf den Eigenthümer oder Obers Eigenthümer beschränkt." (Entsch. des Ob. Trib. Bd. 12. S. 278 u. Praj. Samml. desselb. S. 178, Nr. 1626.).

³⁾ Hiernach ist die Ansicht Roch's (Kreisger. Dir.) zu berichtigen, welcher

[&]quot;Die hier (in §§. 6—8. ber Gem. Th. D.) erwähnten unwiderrustichen "Nutungsberechtigten und die erblichen Bester ber nur in Kultur ausges "thanenen Güter (A. L. A. I. 21. Abschn. 4.) haben burch das G. v. "2. März 1850 Eigenthumsansprüche erhalten; und auch die unwiderruss "lichen Nutungsrechte sind in Eigenthum verwandelt, so daß die §§. 6. "bis 8. der Gem. Th. D. gegenstandslos geworden sind."

1) Erstlich, wenn ste auf Ablösung von Grundgerechtigkeiten provociren, die ihren Göfen auf anderen Grundstücken, als denen ihres bisherigen Gutöherrn, z. B. auf siskalischen Forsten, zustehen (vergl. die Entsch. des Revis. Kolleg. in der Zeitschr. Bd. 5 S. 202) oder wenn sie auf Gesmeinheitstheilung (Separation) mit anderen Besitzern der Dorfsseldmark antragen, nachdem nämlich der Gutöherr mit den Laßbauern schon früher separatio hatte, und derselbe deshalb bei der Separation gar nicht mehr interessitrt.

In beiden Fällen muß der bisherige Gutsherr, welchem noch die Proprietät der Laßbesitzungen zusteht, zufolge des S. 7. der Gem. Th. O., bei

der Ablosung und Separation noch zugezogen worden.

2) Sodann aber in anderer Richtung äußert sich die Wirksamkeit des S. 6., wenn sich die Lassiten mit dem Gutsherrn selbst noch in Feldsgemeinschaft befänden, wenn ihre Grundstücke noch im Gemenge mit den seinigen liegen und eins oder gegenseitige Hütungs und andere Dienstbarskeiten zwischen ihnen und dem Gutsherrn bestehen und sie auf deren Aufslung antragen.

In diesem Falle muß mit einem solchen Antrage der Antrag auf Regulirung verbunden werden (S. 8. a. a. D.), gegenwärtig nach tem Ab-

fcn. III. des Ablos. Gef. v. 2. Marz 1850.

Auch in dem zu 2. gedachten Falle knupfen sich an die bedingt forts dauernde Geltung der SS. 6. und 8. jest nur andere Wirkungen, nasmentlich:

a) darf gegenwärtig die Ausführung der Regulirung nach der Separastion und Servitutablösung nicht mehr aufgehalten werden; lettere nimmt vielmehr ihren getrennten Fortgang, weshalb nöthigen Falls dieserhalb nur ein Interimistikum zu reguliren ist (§. 36. der B. v. 30. Juni 1834), wähstend andererseits die gutsherlich-bäuerliche Regulirung definitiv abgeschlossen werden soll.

Ferner

- b) foll in Folge eines solchen Antrages nicht bloß tie (auch im §. 9. ter Aussühr. Gef. v. 7. Juni 1821 und im §. 61. der Gem. Th. O. allgemein vorgeschriebene) zweckmäßige Zusammenlegung der im Gemeinschaft befindlichen servitutbelasteten gutsherrlichen und bäuerlichen Grundstücke stattsinden, sondern es dürsen nach der ben §§. 64. und 65. der Gem. Th. O. derogirenden Vorschrift des §. 86. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850, auch servitutsreie Grundstücke aus der vermengten Lage herausgenommen und, wenn sie zweckmäßig in den Seperationsplan passen, wider den Willen des Besitzers der Um-legung unterworfen werden;
- endlich
 c) wird jest für ein- und gegenseitige Grundberechtigungen des Gutsherrn einerseits und der bäuerlichen Lasswirthe andererseits, die Absindung
 nicht mehr nach den Vorschriften der Gem. Th. D. in Verbindung mit
 denjenigen Modistationen, welche die Regulirungsgesetze v. 14. Sept. 1811
 und 8. April 1823 nebst deren Deklarationen ertheilten, sondern nach SS.
 83. und 84. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 ermittelt und gewährt, also
 resp. kompensitt oder durch Rente ausgeglichen.

3nm S. 9.

Dieser S. ist in Betreff der bisherigen nutbaren Eigenthümer von Erbzinsgütern dadurch gegenstandslos geworden, daß durch den S. 2. Nr. 2. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 dem Erbzinsmanne das volle Eigenthum an dem Erbzinsgute beigelegt worden ist.

In §§. 10., 11. und 12.

1) Der S. 24. der W. v. 30. Juni 1834 schreibt dagegen vor, daß der Lehnsherr, Obereigenthumer und Wiederkaufsberechtigte von der Auseinanstersetzung benachrichtiget werden sollen, desgl. die im Sppothekenbuche einzgetragenen Lehnsfolger, Anwarter und Familienglieder.

2) Bergl. die Erlaut. zu SS. 23.—27. der B. v. 30. Juni 1834 und SS. 11., 12., 14. u. 15. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821, desgl. S. 109.

des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850.

3um §. 13.

Bergl. die Erlaut. zu SS. 21. und 23. der B. v. 30. Juni 1834.

Zum S. 15.

1) Die Pfarrer haben in ihrer Eigenschaft als Nugnießer nicht die Befugniß, einseitig auf Gemeinheitstheilung anzutragen, sondern bedürfen dazu
der Zustimmung der Kirchenvorsteher und des Patrons. (R. des Min. des
I. v. 28. Nov. 1822, ') in Koch's Agrargesetzeb., 4. Aufl. S. 140).

2) Die unmittelbaren Vorsteher und Patrone der geistl. Institute können nicht von Aufsichtswegen angehalten werden, auf Separation anzutragen. (R. des Min. der geistl. Ang. und des J. v. 10. Oft. 1829, 2) ebendas. S. 140

—141).

3) Bergl. die Eilaut. zu SS. 17. u. 44. der B. v. 20. Juni 1817.

3n \$5. 16-19.

In den §§. 16. und 17. ift von dem Provokationsrechte der Miteigenthumer bei gemeinschaftlichem Eigenthume, in den §§. 18. und 19. aber von dem Provokationsrechte der Belasteten und Berechtigten bei wechselsseitigen und einseitigen Dienstbarkeitsrechten, unter verschiedenen Einschränstungen die Rede, welche theils den Gegenstand der Auseinandersetung (§§. 1., 2.) betreffen, theils Bedingungen und Wirkungen der Theilung enthalten. In dieser Beziehung sind die Nutzungsrechte, welche aus einem gemeinschaftlichen Eigenthume, Gesammteigenthume, entspringen — (§§. 14., 15., 17. Tit. 8. §§. 1. sf. A. L. R. N. I. 17) von den Grundgerechtigkeiten, Dienstbarkeitsrechten, welche einem Grundstücke auf ein fremdes Grundstäck zustehen, — (§§. 11., 12. A. L. R. N. I. 22.) — zu unterscheiden. — Die Gem. Th. D. hat, wie die nachfolgenden Erläut. ergeben, an diesen Untersschied wichtige Folgen, sowohl wegen des Bechts auf Auseinandersetung anzutragen, als hinsichtlich der Absindung des Berechtigten, geknüpft.

3n \$5. 16. und 17.

I. Der S. 16. ertheilt bei Gegenständen des gemeinschaftlichen Eigensthums jedem Miteigenthümer, der S. 17. bei Grundstücken, deren Eigenthum einer Stadt- und Dorfgemeine zusteht, deren Nutungen aber den einzelnen angesessenen Mitgliedern derselben gebühren, jedem zur Benutzung berechtigten Mitgliede der Gemeinde für die seinem Grundsbesitze anhängenden Nutungsrechte das Recht der Provokation auf Auseinandersetzung.

Diese Bestimmungen haben in Verbindung mit anderen Borschriften ber

¹⁾ Bergl. in Bb. 1. S. 347.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 347-348.

Gem. Th. D. und des A. L. R. eine verschiedene Auslegung und Anwendung erlitten, welche zum Erlaß der Dekl. v. 26. Juli 1847 (G. S. 1847. S. 327) geführt haben.

II. Zum §. 16.

1) Nach dem A. L. R. I. 8. §§. 14. u. 17. und I. 17. §. 1. ist ein gemeinschaftliches Eigenthum vorhanden, wenn daffelbe Eigenthumsrecht über eine Sache oder ein Recht mehreren Personen ungetheilt zukömmt. Die Personen, welche ein solches gemeinschaftliches Eigenthum haben, sind Witeigenthümer der Sache (A. L. R. I. 8. §. 15.); es wird die gleiche Theilnehmung an der gemeinschaftlichen Sache für seden Witeigenthümer vermuthet; die ungleiche Theilnehmung an der Sache ändert noch nichts in der Beschaffenheit des Rechts der verschiedenen Witeigenthümer (A. L. R. I. 17. §§. 2—4).

Unter ben landrechtlichen Begriff des gemeinschaftlichen Eigenthums fällt das Gesammt-Eigenthum, dessen der S. 2. der Gem. Th. D. erwähnt, das Gesellschafts-, Korporations- und Gemeinde-Bermögen. (A. L. R. I. 17. Abschn. III., A. L. R. II. 6. SS. 25. ff., 41. ff., 72. ff., 81. ff., A. L. R.

II. 7. SS. 18. u. 19. ff. u. II. 8. SS. 108., 160.).

Insbesondere sind die Allmanden, Marken, Erbenwaldungen, welche in ben westlichen Provinzen vorkommen, als gemeinschaftliches Eigenthum zu

betrachten. 1)

2) Die Theilung bes gemeinschaftlichen Eigenthums ift in allen Fallen ftatthaft, wo nicht ausbrudliche Gefete, Vertrage ober rechtsgultige Verordnungen eines Dritten entgegen fteben (A. L. M. II. 17. SS. 75. ff.). Der S. 16. ber Gem. Th. D. aber giebt jedem Miteigenthumer das Recht ber Propokation auf Gemeinheitstheilung, und deshalb ift bies Recht auf jede Battung bes gemeinschaftlichen Eigenthums bezogen worden. Das A. &. R. II. 6. S. 71. bestimmt indeg hinsichtlich des Korporations = und Gemeinde-Bermogens, daß die Berwendung deffelben gur Beforderung bes gemeinschaftlichen Beften ber Gesellschaft und zur Erreichung ihres End-Nach S. 83. ebendas. und SS. 151. 162. ff. A. &. zweds geschehen foll. R. II. 8. barf bas unbewegliche Vermögen ber Gefellschaft ohne besondere Einwilligung ber vorgesetzten Behörde weder veräußert noch verpfändet werden. Rach S. 93. 21. L. R. II. 6. haftet für die von der Korporation geborig übernommenen Schulden das gemeinschaftliche Bermogen berfelben, und nach S. 177. ebend. dauern Rorporationen und Kommunen fort, wenn auch nur noch Ein Mitglied vorhanden ift. — Laut SS. 180. ff. fann auch mit Einwilligung fammtlicher Mitglieder eine offentliche Gefellschaft nicht anders, als unter Genehmigung tes Staats aufgehoben werben. Rach \$\$. 189. ff. ift ber Staat berechtigt, die Rorporation aufzuheben, wenn ber Bwed berfelben nicht ferner erreicht werden fann, ober ganglich binwegfallt, oder dem gemeinen Wohle offenbar schädlich wird. Für den Fall der Aufhebung fällt, wenn nicht besondere Bestimmungen darüber vorhanden, das Korporations-Vermogen bem Staate zur anderweitigen Verwendung für bas gemeine Wohl anheim. 2)

2) Bergl. §§. 1. 189. St. D. v. 19. Nov. 1808 (G. S. S. 324). Rev. St. D. v. 17. März 1831, §§. 114., 117., 118. (G. S. S. 9). Landgemeindes Ord. für die Provinz Westphalen v. 31. Oft. 1841, §§. 1., 91., 93. (G. S.

¹⁾ Bergl. Eichhorn's Einleit. in das Deutsche Privatrecht 4. Ausg. \$5. 168. 372. Mittermaier Deutsches Privatrecht 5. Ausl. \$5. 120. 122. 128. 155. — Desgl. \$5. 63—66., \$5. 44—47. u. \$5. 42—45. der drei Ges. v. 21. April 1825. (Rr. 938., 939. u. 940.) für die westlichen Landestheile, und die Erläuterungen dazu (s. in Bb. II. Abth. I. S. 1010 ff.).

Aus diesen Vorschriften haben die Verwaltungsbehörden theilweise die Untheilbarkeit bes Korporations - und Gemeinde - Bermögens gefolgert. -Dagegen find von den meiften Auseinandersetzungsbehörden jene Beschranfungen ber Disposition über das Rorporations-Bermogen nicht als hindernisse der Gemeinheitstheilungen betrachtet, sondern zufolge der SS. 1. 2. 16. der Gem. Th. D., allein auf das Rammerei-Bermogen in Stadten angewendet worden, welches zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Laften und Ausgaben bestimmt, nicht ben einzelnen Mitgliedern der Gemeinde zur gemeinschaftlichen Benutung überlaffen ift 1). - Demzufolge find die Antrage auf Theilung bes Rammerei-Bermogens in ber Regel zurudgewiesen, und nur in fo fern zugelaffen worden, als ein folches Rammerei-Bermogen, wie z. B. die Stadtforsten, zugleich mit Rugungerechten ber einzelnen Ditglieder oder der Schutverwandten der Gemeinde, an Weide, Streu und Holz beschwert ift; welche Nugungerechte in diesem Falle als Burger-Bermögen behandelt worden sind. 2)

Was die Gemeingrunde in Landgemeinden betrifft, so find folde,

wenn sie nicht der gemeinschaftlichen Benutzung durch die Gemeindeglieder ober Einwohner gewidmet, sondern zur Bestreitung der gemeinsamen Laften und Ausgaben bestimmt sind, als gemeinschaftliche ober als Gesammt-Eigenthum, wie bas Rammerei-Vermögen in Stadten, ale untheilbar angefeben worden. 3) Es ift indeg mehrfach bestritten worden, bag Dorfgemeinden ein besonderes von dem Privat-Vermögen ihrer Mitglieder rechtlich verschiedenes Rorporations-Vermogen besitzen konnen. Denn im A. L. R. II. 7. sei ein Rammerei = Vermögen auf Dörfern nicht anerkannt. Es existire in tenfelben nur ein Gemeinde-Bermogen, welches fich bem Burger-Bermogen der Stadte nahere, worüber die Gemeindeglieder nach SS. 28. a. a. D. Die Disposition hatten und beffen Theilung nach S. 32. ebend. und S. 16. der Gem. Th. D. zuläffig fei. 4) In anderen Fallen, wo nur partielle Gemeinheitstheilung stattfand, die Gemeinde fortdauerte, ift dagegen die Abfindung für dergleichen zur Unterhaltung oder als Emolumente ber Gemeindevorsteher, Beamten und Diener bestimmte Grundftude und Rugungen, ber Gemeinde überwiesen worben.

III. Zum S. 17.

Die meiften Auseinandersetzungsbehörden haben im S. 17. Bestimmungen über bas fogenannte Burger = Bermögen in Stabten, und über bas gleichartige Gemeinglieder-Vermögen in Dorfsgemeinden gefunden, von welchem

31. Oft. 1841, §g. 17., 22., 23., 24., Rheinische Gem. D. v. 23. Juli 1845, **§§.** 12., 15., 17.

^{6. 297).} Gemeindes Orbn. für die Rheinproving v. 23. Juli 1845, \$5. 95., 114. ff. **(6. 6. 6. 523)**.

¹⁾ Bergl. §S. 139., 140. A. E. R. II. 8., S. 52. St. D. v. 19. Nov. 1808, S. 31. rev. St. D. v. 17. Marg 183f.

²⁾ Bergl. A. E. R. I. 17. SS. 3., 4., A. E. R. II. 6. S. 72., u. II. 8. §§. 159., 160., §. 53. St. D. v. 19. Nov. 1808, §. 32. St. D. v. 17. Marz 1831.
3) Bergl. A. E. R. II. 7. §§. 18., 19., Landgem. D. für Westphalen v.

⁴⁾ Dies ist in mehreren Erf. bes Ober=Trib. aus ben 3. 1834 ausgeführt und die Theilung von Grundftuden, welche zur Befoldung von Dorfschulgen bes ftimmt und im Sppothefenbuche auf ben Namen ber Gemeinbe eingetragen waren, für zulässig erachtet worden. (Bergl. Acta bes Min. d. Inn. Regul. u. Abl. Gon. Mr. 35. Vol. 9. — Motive zum Entw. eines Gef. über bas Bermögen ber Lands und Stadtgemeinden S. 10, Donniges Landes-Rult. Ges. 29b. 2. 6. 405). — Derfelbe Grundfat ift in Landgemeinden auf folche Grundftude angewandt worben, welche Gemeindehirten, jur Benutung, jur Unterhaltung von Buchtflieren, anges wiesen waren, im Falle die Gemeinschaft aufgehoben wurde.

gemeinschaftlichen Gigenthume die Rugungen ben einzelnen Mitgliebern, auch

Schupverwandten und Ginwohnern gufteben. 1)

Die Theilung dieses gemeinschaftlichen Eigenthums ift auf Grund des A. L. R. I. 17. S. 75. II. 6. S. 72., II. 8. S. 160., II. 7. S. 32. und der Gem. Th. D. SS. 1. u. 2. für statthaft erachtet worden. — Einige Auseinandersetzungsbehörden haben mit Rücksicht auf den S. 16. der Gem. Th. D. auf den Antrag sedes Miteigenthümers an dem gemeinschaftlichen Bürgervermögen und gleichartigen Dorfsgemeindevermögen die Auseinandersetzung zugelassen, in früherer Zeit auch die Absindung für die Rusungszechte sedem Miteigenthümer zur freien Disposition zugetheilt (S. 4. Tit. 17. Th. I. A. E. R. SS. 141. 147. Gem. Th. D.)

Spater find indeß diese Ansichten verlaffen worden und viele Auseinandersetzungbehörden haben angenommen, daß in dem S. 17. der Gem. Th. D. eine Beschrantung bes Provofationerechte enthalten fei. Nur ben angefeffenen Mitgliedern und Rugungsberechtigten fei ber Antrag auf Auseinandersetzung für die ihrem Grundbesite anbangenden Theilnehmungsrechte an dem Bürger- und gleichartigen Dorfsgemeindevermögen gestattet. Die Buftandigkeit und Beschaffenbeit ber Theilnehmungerechte fei nach ben allgemeinen Rechtsnormen, worauf der S. 31. der Gem. Th. D. verweise fo wie insbesondere nach SS. 41. 42. derfelben, welche subsidiarisch über die Theilnehmungsrechte, deren Beschaffenheit und über das Theilnahme-Berhaltniß an der gemeinen Beide in Ermangelung besonderer Orteverfaffung bestimmen, zu beurtheilen. - Die Abfindung fur die, dem Grundbesitze anhängenden Theilnehmungsrechte ift den angeseffenen Theilnehmern, zur Ausschließlichen Benutung und freien Verfügung als Privateizenthum, möglichst im wirthschaftlichen Busammenhange mit ihrem sonstigen Grundbestige, zugetheilt worden (§§. 66. 69. 141. 147. Gem. Th. D.). Den unangefessenen Theilnehmern ift die Absindung für die ihnen blos perfonlich zustehenden, der Gemeinde = Mitgliedschaft anhängenden, oder aus bem Berbande mit der Gemeinde fliegenden Theilnehmungsrechte, zur gemeinschaftlichen oder auch zur befonderen Benutung jedoch mit Borbehalte bes Eigenthums der Gemeinde daran, zugewiesen worden. 2)

Abweichend hiervon ift mit Ruchscht auf die landrechtlichen Bestimsmungen über bas Korporations-Vermögen, und mit Unterscheidung desselben von dem Vermögen einzelner Klassen oder Interessenten, daß derselbe nicht vom Burgervermögen, sondern von den zum Privatvermögen der Gemeindeglieder gehörigen Grundgerechtigkeiten an Semeindegrundstücken handele. Er spreche aus, daß die Theilnehmungsrechte der Mitglieder, welche in dinglicher Art ihren Grundstücken anhängen, — welche ihnen nicht vermöge eines anderen Repartitionsgrundes, vermöge der Gemeindemitgliedschaft zustehen, — nicht zum untheilbaren Bürgervermögen gerechnet werden dürsen, daß vielmehr

¹⁾ Bergl. A. L. R. I. 8. S. 159., S. 53. ber St. D. v. 19. Nov. 1808, revid. St. D. v. 17. Marz 1831, S. 32., Land Gemeinde Drb. für die Provinz West: phalen v. 31. Oft. 1841, SS. 17. u. 24., Gemeinde Drb. v. 23. Juli 1845 für die Rheindrovinz, SS. 12., 15. u. 17., Gem. Th. D. SS. 31., 41., 42.

²⁾ Bergl. den Plenarbeschluß des Ob. Trib. v. 4. Sept. 1843 im Just. Min. Bl. 1844. S. 48 u. Enisch. Bd. 9. S. 50, wonach unangesessene Bürger, welchen nach S. 41. Gem. Th. Ord. ein Theilnahme-Recht an der Gemeinde zusgestanden werden muß, die dafür zu gewährende Absindung nicht eigenihümlich erwerben.

³⁾ Bergl. A. L. R. II. 6. §§. 68., -69., 73., II. 7. §§. 23. ff., St. D. v. 19. Nov. 1808, §§. 54., 55., revid. St. D. §. 33., Westphal. Landgem. D. v. 31. Oft. 1841, §. 26, Rheinische Gem. D. v. 23. Juli 1845, §. 20.

die Gemeindeglieder für ihre auf den eigenthümlichen Grundstücken der Rorporation haftenden Servitutrechte, gleich jedem anderen Servitutbereche tigten, auf Auseinandersetzung antragen und Absindung verlangen können.')

IV. Bu SS. 16. und 17.

Die auf Grund der SS. 16. und 17. der Gem. Th. D. Seitens der Auseinandersetzungs = Behörden für zulässig erklärte und theilweise zur Ausführung gebrachte Bertheilung von Korporations = und Gemeindeversmögen, gab den oberen Verwaltungs-Behörden Veranlassung, den Gegenstand in legislative Berathung zu ziehen. Die darüber erforderten Berichte konstatirten die Verschiedenheit der oben (ad II. u. III.) erörterten Anssichten der Gerichte, wie der Auseinandersetzungsbehörden.

1) Dies gab zunächst Beranlaffung bazu, in die revid. St. D. v. 31.

Marg 1831 S. 118. die Bestimmung aufzunehmen,

daß zu Gemeinheitstheilungen städtischer Grundstücke und Realberechtigungen die Erflärung beiber Stadthehörden (bes Magistrats und der Stadtverordneten) und die Genehmigung der Regierung erforderlich sein solle, welche zu prüfen habe, ob nicht wirkliches Gemeindes Bermögen (Kämmereis und Bürgervermögen, § 31. n. 32.) dadurch in Privatvermögen übergehe, welches zu verhindern sei.

- 2) Mit Bezug hierauf erging demnächst Seitens des Min. des J. für H. u. Gew. unterm 11. Aug. 1831 eine Instrukt. an die Gen. Komm. zu Soldin (v. K. Ann. Bb. 16. S. 393 397) und unterm 14. Juni 1832 an sammtl. Auseinandersetzungs Behörden und Regierungen, mit Ausschluß der Rheinisschen, eine Instrukt. des Min. des J. sür H. u. Gew. und des J. u. d. P., wegen des von den Gen. Kommissionen bei den Gem. Theilungen, rücksichtlich der zum Gemeindevermögen zu rechnenden Grundstücke, zu beobsachtenden Versahrens?) (v. K. Ann. Bb. 16. S. 385—393).
- 3) Die materiellen Vorschriften der ad 2. gedachten Instrukt. fanden indeß Widerspruch. Die Spruchbehörden wichen großentheils davon ab. Die Gen. Kommissionen und Regierungen, welche zum Berichte über die Anwendung der Instruktion aufgefordert wurden, trugen dagegen Bedenken insbesondere dahin vor, daß bei Anwendung jener Grundsätze den Gemeinsbeitstheilungen unübersteigliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt, und der Zweck derselben zum Theil versehlt werde. Es wurde hierauf das Min. des 3. durch die A. R. O. v. 1. Febr. 1834 beauftragt,

bie materiellen Grundsäte der Instrukt., da dieselben nicht administrativer, sondern legislativer Natur seien, zur Berathung des Staatsmin. zu bestrehern, die Gen.s Kommissionen aber anzuweisen, daß sie in jedem Falle, in welchem von einem Interessenten der Gemeinheitstheilung der Anwendung dieser materiellen Grundssätze widersprochen werde, die definitive Verhandlung die zur Bekanntmachung einer gesetlichen Vorschrift suspendiren.

Diesem ist durch das Cirk. R. ter Min. des J. für H. und G. und des J. und der P. v. 24. Febr. 1834 (v. K. Ann. Bb. 18. S. 71) genügt worden.

Die in diesem C. R. nachgelassene Ausnahme von der Suspension des Rechtsversahrens über die darin angeregten Präzudizialfragen, nach erstatztetem Berichte der Auseinandersetzungsbehörde ist in Folge einer R. D. v. 22. April 1839 durch das Cirk. R. des Min. des J. u. d. P. v. 31. Mai 1839 (v. K. Ann. Bd. 23. S. 366) auf alle Fälle erweitert worden, in welchen der

¹⁾ Bergl. gegen biefe Anfichien Donniges Landes Rult. Gef. Bb. 2. S. 406-407.

²⁾ Insoweit diese Instrukt. die Kompetenz und das Werfahren der Ausseinandersehungsbehörden betrifft, vergl. darüber die Erläut. zum S. 11. (Sat 5. n. 6.) der B. v. 30. Juni 1834.

Min. des 3. nach vorgangigem Gutachten ber betr. Regierung und Berichte ber General-Rom. die Ueberzeugung gewinnen wurde, daß durch die Bulaffung bes weiteren Verfahrens das Intereffe ber Rommunen nicht gefährdet werbe. 1) Insbesondere werde die Zulaffung diefer Fortsetzung auch da munschenswerth fein, wo sich abgesehen laffe, daß mittelft folcher noch ein angemeffener Bergleich zu erzielen fein mochte.

Nachdem bas Min. des Inn. in Folge der R. D. v. 1. Febr. 1834 die Lage dieser Angelegenheit Allerhochsten Orts vorgetragen und angezeigt hatte, bag zur Vermeibung ber bas Gemeinde-Bermogen gefährbenden Erkenntniffe der Gerichtshofe schon legislative Maagregeln vorbereitet murben, wurde bies durch die R. D. v. 26. Marg 1834 genehmigt und barauf bin-

gewiesen:

daß befonders auf die Feststellung eines bestimmten und klaren Unterschiedes zwis ichen bem Bürger-Bermögen und bemjenigen, welches ausschließend einzelnen Rlaffen der Einwohner angehört, zu wirfen sei, daß aber bie Annahme wegen ber Theilnehmungsrechte in dem Cirf. R. v. 14. Juni 1832 bem S. 33. ber revid. St. D. nicht gemäß zu sein scheine.

4) Die in bem S. 118. der revid. St. D. hinsichtlich ber Ronservation bes Gemeinde-Bermogens gegebene Anweisung ber Oberaufsichtsbehörden, ift hiernachft im S. 11. der B. v. 30. Juni 1834, wodurch ben Regierungen neben den Auseinandersetzungsbehörden die Konkurrenz wegen Beauffichtigung ber Stadt= und Dorfsgemeinden wieder eingeraumt murde, erweitert und babin ausgedrückt worben:

bag fie bei vortommenben Bemeinheitstheilungen in Stabten und Dorfern bahin ju feben haben, bag bas Gemeinbevermogen, basjenige namlich, welches nicht Gegenstand bes Privat-Eigenthums ber Rorporation ift, nicht veriurat werde.

5) Bei ber Schwierigkeit ter Unterscheidung bes Rommunalvermögens von demjenigen, welches Gegenstand bes Privat-Eigenthums ift, zum Privatvermögen der Mitglieder der Gemeinde gehört, bei den darüber erwachfenen vielen Streitigkeiten und ben aus ber Cuspension ber Entscheidung berfelben und ber Gemeinheitstheilungen felbft bervorgegangenen Uebelftanden, wurde durch mehrfache Erlaffe der Ministerien 2) auf gutliche Ausgleidung ber Intereffenten bingewirft.

Bur Befeitigung ber vorgedachten Zweifel ift demnachft auf den Antrag des Staatsmin., und nach Anhörung der Provinzial-Stande und vernommenem Gutachten bes Staatsraths, für alle Landestheile, in welchen das A. 2. R. Gefegestraft hat, unterm 26. Juli 1847 die Detl. einiger Borfchriften bes A. L. R. und ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, betr. das nugbare Gemeindevermogen 3) (G. S. 1847, S. 327)

ergangen. 4)

1) Bergl. auch bas C. R. ber Min. ber J. u. bes J. u. b. P. v. 12. Juli

1839 (v. K. Ann. Bd. 23. S. 605).

²⁾ hierauf beziehen fich folgende R. des Min. des J.: a) v. 20. Mai 1837 (v. R. Ann. Bd. 21. S. 382), b) v. 12. Aug. 1839 (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 397), c) v. 14. Nov. 1839 (Min. Bl. b. i. V. 1843, S. 166), d) v. 22. Aug. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 396), e) v. 4. Juli 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842, 6. 282), beren Grunbfate bemnachst jusammengestellt find in bem C. R. deffelb. Min. v. 15. Mai 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843, S. 164).

³⁾ Bergl. in Bd. I. S. 348. 4) Durch die Dekl. v. 26. Juli 1847 erledigen fich die in ber Inftr. v. 14. Juni 1832 nur interimistisch aufgestellten materiellen Grundfabe bezüglich auf das Interesse der Gemeinden. Auch ist durch das C. R. des Min. des I. r

Dazu ift folgendes zu bemerten:

1) Die Dekl. betrifft lediglich das Stadt- und Land-Gemeinde-Vermögen, in Beziehung auf Gemeinheitstheilungen, insbes. aber das sogenannte Gemeindeglieder-Vermögen, mit Unterscheidung der zum Privatvermögen gebörigen Nutungsrechte der Mitglieder und Einwohner der Stadt- und Dorfsgemeinden auf das Gemeindeglieder-Vermögen, also den Gegenstand des S. 17. der Gem. Th. D. und der damit in Verbindung stehenden Vorsschriften des A. L. R. II. 6. S. 72., II. 8. S. 160. u. II. 7. SS. 28. u. 30., sowie der SS. 41. u. 42. der Gem. Th. D.

Ueber die Erklärung dieser Gesetztellen hinaus, namentlich auf die ansterweitigen Bestimmungen des A. L. R. über gemeinschaftliches Eigenthum und des S. 16. der Gem. Th. D. über die Gemeinheitstheilung deffelben, erstreckt sich die Dekl. nicht. (Vergl. Acta des Min. d. Inn., Regul. und Abl. Gen. Ar. 35. Vol. 9. und Dönniges Landes-Kultur-Ges. Bd. 2. S. 413).

2) Bum S. 1. ber Defl.

a) Das Alin. 1. des S. 1., in welchem von dem Patrimonium der Gemeinden (Kämmerei-Bermögen) die Rede ist, beseitigt die insbesondere hinssichtlich des Vermögens der Landgemeinden in Erkenntnissen ausgesprochene Ansicht, daß Grundstücke, welche zur Unterhaltung von Beamten, Dienern und Anstalten der Gemeinden bestimmt sind, unter die Witglieder und Einswhner vertheilt werden können. (Acta des Min. d. Inn. Regul. u. Gen. Ar. 35. Vol. 9. Korrelation S. 121 st., Dönniges a, a. D.).

b) Die Bestimmung des Alin. 2. des S. 1. findet auch dann Anwenstung, "wenn die den Mitgliedern oder Einwohnern als solchen zustehenden Ruyungsrechte noch außerdem, durch den Besitz eines Grundstucks oder

durch besondere perfonliche Berhaltniffe bedingt find."

In diesen Bestimmungen ift zufolge ber oben ermähnten R. D. v. 26. Marg 1834. der Begriff des im Wege der Gemeinheitstheilung unveraußerlichen Gemeindeglieder=Vermögens (Bürgervermögens) aufgestellt worden, im Gegensate zu dem im S. 2. der Defl. angegebenen Begriffe des Privatvermögens einzelner Rlaffen oder Intereffenten, auf welches allein sich der S. 17. Gem. Th. D. beziehen foll. Letterer handelt von den Theilnehmungerechten einzelner angeseffener Mitglieder von Stadt = und Dorfegemeinden an dem Gemeinde-Eigenthum, welche ihrem Grundbesitze anhängen. — Auf den Grund dieses S. 17. der Gem. Th. D. ift vor Publikation der Dekl. ziemlich allgemein bei Gemeinheitstheilungen die Abfindung für dergleichen subjektiv-dingliche Nugungerechte in das Privateigenthum der Theilnehmer übergegangen; dagegen find Theilnehmungerechte an dem Gemeinde-Eigenthum, welche aus der blogen Mitgliedschaft fließen, als subjektiv-perfonliche Rechte angeseben und die Abfindung dafür der Gemeinde als Eigenthum vorbehalten worden. — Auf diefen Unterschied der subjektiv=dinglichen und perfonlichen Rechte ift bei den Vorver= handlungen zur Defl. Die Erörterung gerichtet worden. Auf den Grund ber in mehreren Landestheilen, namentlich ber Proving Sachsen, noch jest obwaltenden altsächsischen Gemeinde-Verfaffung ift bemerkt worden, daß oft Grundftude, insbesondere die Baufer in Stadten, als die Gemeindemitglieber gedacht und angesehen werben, bag bas Gemeinberecht und bie baraus

^{24.} Sept. 1847 (Min. Bl. b. i. B. 1847, S. 293, Mr. 355, s. in Bb. I. S. 349) ausgesprochen, daß nunmehr die durch die R. D. v. 1. Febr. 1834 angeordnete Suspension der Streitigkeiten über die Qualität von Grundstüden oder Besrechtigungen als Gemeindes Vermögen oder Privats Vermögen der einzelnen Intersessenten aushöre und den betr. Prozessen Fortgang zu geben, jedoch möglichst auf Vergleiche hinzuwirken sei.

fließenden Ruyungsrechte auf Gemeindegründe und Gemeindeglieder-Bermögen, durch den Best von Grundstücken bedingt seien, daß mithin das Gemeinderecht in solchen Fällen nicht rein perfönlich sei, sondern den Charatter des subjektiv-dinglichen Rechts an sich trage. In ähnlicher Weise
verhalte es sich, wenn, wie ebenfalls vorkomme, das Gemeinderecht durch
besondere persönliche Verhältnisse, z. B. durch die Genossenschaft an einem
Gewerke, durch ein Amt, Kirchen-, Pfarr-, Schulamt, oder auch durch das
Domizil an einem Orte bedingt sei. Durch diese Bedingung werde die
Natur des Gemeinderechts und seiner Ausstüsse, als Gemeindeglieder-Vermögen, nicht geändert und müsse als solches bei Gemeinheitstheilungen der
Gemeinde konservirt werden.

Obgleich nun biefer Deduktion ber Einwand entgegen fteht, daß in allen vorgedachten Fallen nicht die Gemeinde, sondern bas Grundftud, bas Gewerk, das Amt, die Wohnung als Subjekt des Gemeinderechts und seiner Ausfluffe erscheine, bag mithin die fraglichen Nugungerechte auf einem anderen Titel als der Gemeindemitgliedschaft beruhen, ganz eigentlich zum Privat-Bermogen einzelner Rlaffen, Mitglieder oder Ginwohner der Gemeinde gehörig fich darftellen, fo ift jener Unsicht doch in der oben bezeichneten Bestimmung des Alin. 2. des S. 1. der Defl. Folge gegeben worden. — Es ift jeboch barin nur von Rugungerechten bie Rebe, melde ben Gemeinte-Mitgliedern und Einwohnern als folchen zustehen, und noch außertem anderweitig bedingt find. Dadurch ift das hauptfachlichfte Merkmal des Gemeindeglieder-Vermögens im Gegensate bes Rlaffen- oder Intereffenten . Wermogens (S. 2.) wieder hervorgehoben worden. - Demgemäß ift in jedem einzelnen Falle zu untersuchen: ob die Theilnehmungsrechte aus ber Gemeinde-Mitgliedschaft und Ginwohnerschaft entspringen, ober nicht auf bieser Eigenschaft, sondern auf einem anderen Titel beruhen, eine Frage, die wie bisher, so auch fünftig großen Schwierigkeiten unterliegt, beren Losung jeboch durch die im S. 41. Gem. Th. D. aufgestellten Prafumtionen erleichtert wird. (Bergl. Acta bes Min. bes Inn. Regul. und Abl. Gen. Rr. 35. Vol. 9. Motive S. 24. 28. Relation, S. 47. 54. 121. 139, Dönniges a. a. D. 6. 414).

c) Nach Alin. 3. des S. 1. fällt die Absindung für Nutungsrechte auf das Gemeindeglieder-Vermögen, welche den einzelnen Gemeindegliedern oder Einwohnern vermöge dieser ihrer Eigenschaft zukommen, der Gemeinde als Korporation zu, während die berechtigten Gemeindeglieder oder Einwohner die Benutung dieser Absindung für die Dauer ihrer Nutungsrechte ershalten.

Diese Bestimmung scheint die Mitglieder der Gemeinden in den ihnen als Miteigenthümern des gemeinschaftlichen Vermögens zustehenden Rechten zu beschränken, indem die Absindung für ihre Nutzungsrechte der Gemeinde als Korporation zufallen soll, sie selbst und die Einwohner der Gemeinden aber nur die Benutzung der Absindung erhalten sollen. Die gedachte Bessstimmung ist nach den Vorverhandlungen zur Dekl. aus der Ansicht hergesleitet, daß das Gemeindegliedervermögen der Gemeinde als moralischer Persson zustehe, den Gemeindegliedern nur Nutzungsrechte auf das Gemeindessenten.

Eigenthum gebühren.

Dönniges ist der Ansicht, daß dies weder den Bestimmungen des A. L. R., 1) noch den SS. 56., 57., 141., 147. der Gem. Th. D., wonach jedem Interessenten bei Gemeinheitstheilungen die Absindung zur freien Disposition mit denselben Berechtigungen überlassen werden muß, welche er früher hatte, entspreche. (Bergl. Acta des Min. d. Inn. Regul. und Abl. Gen. Nr. 35. Vol. 9. Relat. 6. 126 ff., Dönniges a. a. D. S. 415).

¹⁾ Bergi. oben Bus. II. (zum S. 16.) ad 1.

β) Die gedachte Bestimmung legt einer zweckmäßigen Auseinandersfetzung hindernisse in den Weg. Soll nämlich die Absindung für die Gesmeingliederrechte der Korporation abgesondert von der Absindung für die Privat-Theilnehmungsrechte an der Gemeinheit gegeben, kann jene mit dieser nicht vereinigt, nicht zur freien Verfügung über die Substanz gestellt wersden, so geht nicht allein der Reiz zu Anträgen auf Gemeinheitstheilung, sondern auch die Wöglichkeit einer zweckmäßigen Wirthschaftseinrichtung und Anwendung mit den daraus zu erwartenden Kulturvortheilen großenstheils verloren.

Die Bedenken ad a u. ß haben sich auch ersahrungsmäßig seit Aufstellung des Prinzips der Unveräußerlichkeit der Gemeindegründstücke im Wege der Gemeinheitstheilung im Jahre 1831 und neben der im Jahre 1838 erfolgten Beschränkung der Provokationsbefugniß als so gewichtig herausgestellt, daß man, um den Gemeinheitstheilungen Fortgang zu versschaffen, einestheils Vergleiche über die Beschaffenheit der Theilnehmungs-rechte an den Gemeindegrundstücken anempfahl, anderntheils eine zwecksmäßige Vertheilung der zum Bürger-Vermögen gehörigen Antheile an den Gemeingründen und deren Vereinigung mit den Privat-Grundstücken im Wege des Vergleichs beförderte und gestattete. (Vergl. die oben S. 51 Note 2. erwähnten Nin. Erlasse).

Auch in den Vorverhandlungen zur Dekl. ist die Zulässigkeit und Nützlichkeit solcher Vergleiche anerkannt, in der Dekl. selbst aber nichts über diesen Gegenstand bestimmt worden. (Vergl. Acta des Min. des Inn. Regul. Abl. Gen. 35. Vol. 9. Motive S. 51 ff. Relation S. 107 ff. 141 ff., Douniges a. a. D.)

Bergl. jedoch bas Cirk. R. des Min. des 3. v. 24. Sept. 1847 (Min.=

Bl. b. i. B. 1847 S. 293, f. in Bb. I. S. 349).

In bem lettermahnten C. R. ift zwar die Zwedmäßigkeit der Busammenlegung der Abfindung für die Antheile an dem Gemeindegliedervermogen mit ben Abfindungen für Privatvermögen angedeutet worden, hinsichtlich der Gemahrung freier Disposition turch leberlaffung der erstgedachten Abfindungen zum Gigenthum aber werden nur Auskunftsmittel an die Sand gegeben, welche theils ben Intereffenten nicht genügen, theils ben Gefegen über Die Theilbarkeit der Grundftude nicht entsprechen. — Denn wenn auch die Uebernahme eines unablöslichen Binfes auf die gedachten Abfindungen gegen Ueberlaffung des uneingeschränften Eigenthums derfelben nicht unguläffig ift (G.v. 31. Jan. 1845, G. S. 1845 S. 93), so kann solche doch nicht erzwungen werden, und ift in mehreren Fallen als eine neue Beläftigung früherhin verweigert worden. Gben so hat die Untrennbarkeit der Abfindungen von den Grundstücken, welchen sie beigelegt worden, auf den Grund des Landkultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 S. 1. mannigfaltigen Widerspruch gefunden. Deshalb sind die Worschriften der SS. 56., 57., 141., 147. der Gem. Th. D. mit Berudsichtigung bes S. 1. der Defl. dabin zu beachten,

daß auch die Absindungen der Mitglieder von Gemeinden für ihre Miteigenthums = und Nutungsrechte an dem Gemeindeglieder=Versmögen in wirthschaftlich = zweckmäßiger Lage zur freien Disposition, jedoch nicht zum ausschließlichen Privat = Eigenthum zu überweisen

stud.

Hierauf bezieht sich auch der S. 6. der Dekl., indem derselbe eine anderweitige Regulirung der Ausübung der Nutungsrechte zuläßt, welche in Folge der Gemeinheitstheilung etwa nothig werden möchte. Es kann jedoch eine solche Regulirung der Nutungsrechte auf Gemeindeglieder-Vermögen, nach S. 11. der B. v. 30. Juni 1834 nur nach Kommunikation mit der Regierung Seitens der Auseinandersetzungsbehörde erfolgen. (Vergl. Donniges a. a. D. S. 416.)

3) Bum S. 2. ber Detl.

Donniges fpricht hieruber folgende Unfichten aus:

a) Im Alin. 1. des S. 2. ift keinesweges ber Begriff des fogenannten Rlaffen-Bermögens angegeben oder erschöpft worden, wie zur Bebung ber früheren Differenzien über Burger- und Bermögen einzelner Rlaffen unter ben Gemeindegliedern beabsichtigt war. Es ift vielmehr das Privatvermögen ber zu Rutungen an bem Gemeindeglieder-Vermögen berechtigten Mitglieder ober Einwohner einer Gemeinde, von dem Gemeindeglieder-Vermögen unterschieden und naber bezeichnet worden. — Das Rlaffenvermögen beschränkt fich nicht auf Rugungerechte an dem Gemeinde-Eigenthume, sondern besteht in dem gemeinschaftlichen Eigenthume einzelner Rlaffen oder Rorporationen, woran die Mitglieder der Gemeinde als folche keinen Antheil haben. (§. 53. St. D. v. 19. Rov. 1808, §. 33. Rev. St. D. v. 17. Marz 1831). Es enthalt größere als Rugungsrechte, namentlich bie Proprietatsrechte an dem gemeinschaftlichen Eigenthume, kann aber auch, wie häufig ber Ball, Nutungerechte auf fremtes Eigenthum von Privatpersonen, ober auch auf Gemeinde-Eigenthum begreifen, welche bann jum Privatvermogen ber befonderen Gemeindeklaffe oder Korporation gehören. In der letten Beziebung fallt das Rlaffenvermögen unter die Bestimmung des S. 2. 3m Uebrigen ift es bei Gemeinheitstheilungen als gemeinschaftliches Eigenthum ju behandeln. (S. 16. der Gem. Th. D.).

b) Die Lösung der Frage: ob Nutungsrechte der Gemeindemitglieder oder Einwohner am Gemeindeglieder-Vermögen, denfelben nicht vermöge dieser ihrer Eigenschaft, sondern aus einem anderen Rechtstitel gebühren? ist im S. 2. der Dekl. durch Angabe näherer Merkmale nicht erleichtert, sondern der Erörterung und dem Besinden der Auseinandersetungs- und entscheisdenden Behörden überlassen worden. Es wird daher auf die gesetzlichen Erwerbungstitel, Willens-Erklärungen und Verträge, Judikate, Gewohnsteiln, Statuten, Provinzial-Gesetze und erst in deren Ermangelung auf die Borschriften des A. L. R. und der Gem. Th. D. in jedem einzelnen Falle bei der Beurtheilung zurückzugehen sein. (Vergl. SS. III. VII. des Publik. Pat. v. 5. Febr. 1794 zum A. L. R., S. 31. A. L. R. II. 7., revid. St. D. v. 17. März 1831 S. 32., Westiphäl. Land-Gem.-D. v. 31. Okt. 1841 S. 24., Gem. Th. D. SS. 31. 41., in welchen letzteren, wie in SS. 197—

199. Die bezüglichen Prafumtionen aufgestellt sind.

c) Im Alin. 2. des S. 2. ist der sonst nicht abgeänderte S. 17. der Gem. Theil. D. ausschließlich auf die zum Privatvermögen gehörenden Ruyungsrechte bezogen und dadurch ausgedrückt worden, daß für die den angesessenen Mitgliedern einer Stadt und Dorfsgemeinde auf Gemeindes Grundstücke zustehenden ihrem Grundbesitze anhängenden Theilnehmungszechte die Absindung in ihr Privatvermögen übergeht. (Vergl. Acta des Min. d. Inn. Regul. u. Abl. Gen. Nr. 35. Relation S. 126 ff. 129 ff., Donniges a. a. D. S. 416—417).

4) Bum S. 3. ber Detl.

Die Zulässigkeit der Vertheilung des Bürger- und gleichartigen Dorfsgemeinde-Vermögens zum Privateigenthum ist insbesondere aus den Vorsschriften des A. L. R. II. 6. S. 72. und II. 8. S. 160. hergeleitet worden. In Bezug auf die Bestimmung des S. 1. der Dekl. ist durch den S. 8. derselben diese Ansicht beseitigt, jedoch dadurch die Vertheilung jenes Versmögens zur Benutzung nicht ausgeschlossen worden. (Donniges a. a. D.).

5) Bum S. 4. ber Detl.

Die §§. 28. und 80. A. L. R. II. 7. handeln von den Nutzungsrechten der Mitglieder und Einwohner der Dorfsgemeinden auf Gemeingrunde und Gemeinweiden, also vom Gemeindeglieder-Vermögen, nicht von der gemeinschaftlichen Hutung auf Grundstücken, welche sich im Privateigenthum

befinden, welche hier und da gleichfalls "gemeine Weibe" benannt worden ift. Diese Austehnung des Ausdrucks "Gemeingrunde und Gemeinweite" ift durch den vorgedachten §. 4. ausgeschlossen worden. (a. a. D.).

6) Bum S. 5. ber Defl.

Auch die §§. 41. u. 42. der Gem. Th. D. handeln von der Theilsnahme an der gemeinen Weide, in Folge der §§. 31. 32. derselben, wo überhaupt von dem Gegenstande der Gemeinheit und insbesondere von den Theilnehmungsrechten bei gemeinschaftlichen Hütungen die Rede ist. Demsgemäß erklärt der §. 5. der Dekl., daß die §§. 41. 42. der Gem. Th. D. sowohl auf die zum Privats, als auf die zum GemeindegliedersVermögen gehörigen Hütungsnutzungen Anwendung sinden.

7) Bum S. 7. ber Defl.

Als Deflaration findet die B. auch auf frübere, durch die R. O. v. 1. Febr. 1834 suspendirte Gemeinheitstheilungs = Verhandlungen, jedoch nicht auf bereits durch Vergleich oder rechtskräftiges Urtheil erledigte Streitsfälle, Anwendung (S. 15. Einl. zum A. L. R.).

Bergl. auch die Erläut. zu den SS. 41. u. 42. der Gem. Th. D.

Zum §. 18.

Bergl. das Praj. des Revis.-Rolleg. für L. R. S. v. 29. Aug. 1850. (S. Bus. IV. jum S. 4. der Gem. Th. D., oben S. 42 ff.)

Bum §. 19.

Die Einschränkungen ber §§. 86. und 94. der Gem. Th. D. sind durch ben Art. 9. des Erganz. Gef. v. 2. März 1850 aufgehoben worden. (Bergl. die Erlaut. zum §. 86).

Bu §§. 20. und 21.

(Verschiedene Arten ber Auseinandersetung).

1) Die Bestimmung des S. 20. setzt voraus, daß die Theilung ohne Umtausch von Ackerlandereien geschehen kann; sonst muß nach den Vorschriften des Abschn. II. der Gem. Th. D. verfahren werden.

Bergl. die R. v. 10. Aug. 1840, 7. April 1841 und 13. Juni 1842 1)

(Min. Bl. b. i. B. 1840, S. 389 und 1842, S. 220—223).

2) Ueber die Zulässigkeit partieller Separationen, resp. über die Vermittelung des S. 20. der Gem. Th. O. mit den SS. 177. und 183. im Absch. II. derselben und den Vorschriften des S. 1. der B. v. 28. Juli 1838, vergl. die Erläut. zu SS. 1. und 2. der letztgedachten B. (insbesond. die Erk. des Revis.-Rolleg. für L.R. S. v. 21. Mai und 29. Okt. 1852) (s. 3us. III. zum S. 4. der Gem. Th. O., sub I ad c, oben S. 31 ff.)

3) Das R. des Min. des J. v. 23. Dec. 1846 (Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 14) ordnet an, daß bei Anwendung der SS. 20. und 21. stets für eine zweckmäßige Planlage Sorge zu tragen. (Bergl. die Erlänt. zum S. 9. des

Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821).

4) Kann bei dem Antrage auf partielle Ausscheidung eines besonderen, zu den Aeckern nicht gehörigen Gegenstandes der Gemeinheit, ein zwed-mäßiger Separationsplan ohne die hineinziehung des Ackers gar nicht angelegt, auch das hütungsverhältniß wirthschaftlich nicht geordnet werden, so muß die Provokation zur Zeit als unbegründet abgewiesen und deren Erneuerung durch den vierten Theil der Interessenten abgewartet werden.

¹⁾ Bergl. in Bb. L. S. 335, 338 u. 342.

So erkannt von dem Revis.-Kolleg. für L. K. S. unterm 3. Nov. 1848 (Acta Brandenburg F. 20).

5) Bergl. das Praj. des Revis.-Rolleg. für L. R. S. v. 29. Aug. 1850 (s. Bus. IV. zum S. 4. der Gem. Th. D., oben S. 42 ff.)

3n §§. 22.—25.

(Begrundung bes Antrages).

Ueber die neuere Beschränkung des Provokationsrechtes, vergl. die Erlaut. zum S. 4. Bus. II. und III. (f. oben S. 29 ff.)

3um §. 23.

Ueber ben Begriff ber "gemeinschaftlichen Gefahr" im Sinne bes §. 23. bemerkt das Revis.-Rolleg. für L. R. S. in einem Erk. (Datum konstirt nicht) Folgendes:

Die Materialien bes Gesetzes ergeben barüber nichts Raberes, weshalb auf ben gewöhnlichen Wortfinn zurudzugehen, nach welchem Gefahr im Allgemeinen Die Möglichkeit eines Uebels ift, welches einer Person ober Sache Nachtheil brins gen und beren außeren ober inneren Berth verringern fann. Eine Gefahr ift aber eine gemeinschaftliche, wenn die Möglichkeit eines bestimmten Uebels für mehrere Personen ober Sachen vorhanden ift, und kann ale solche wieder in doppelter Beziehung gedacht werden, nämlich fo, daß das eintretende Uebel die mehreren Personen ober Sachen nothwendig alle und zugleich trifft, baß fie fammtlich und in gleichem Maage von ben schablichen und nachtheiligen Wirkungen bestelben berührt werben, ober in der Weise, daß es ungewiß ist, welche ber mehreren Personen ober Sachen bavon betroffen werben mochten und in wels chem Grabe bies zugleich ber Fall sein burfte. In bem S. 23. ift unbebenklich nur eine solche Gefahr gemeint, bei welcher bas zufünftige mögliche Uebel alle Intereffenten zu gleicher Beit bergestalt bedroht, daß jeder Einzelne einen unmittels baren Schaben ober Nachtheil baburch erleibet und keiner von den Folgen bes Greigniffes verschont bleiben kann. Bas in biefer Beise gemeinschaftlich getras gen werben mußte, foll nicht einem Einzelnen aufgeburbet werben, und beshalb bie Theilung der so gefährbeten Grundftude unterbleiben, wenn fie nicht anbers gefchehen kounte, als daß ber Einzelne dem von seinen Genoffen bisher mitgetras genen Schaben allein ausgesett murbe. — Ein folches Berhaltniß tritt bei ber gemeinschaftlichen Gefahr, beren oben im Gegensate gebacht worben, nicht ein; hier beruht die Gemeinschaftlichkeit nicht in bem positiven Schaben, ben die Ges noffenschaft bort unmittelbar erleidet, sondern nur in ber ungewissen und unbes stimmten Möglichkeit, bag bas befürchtete Uebel Ginen ober ben Andern, ober auch vielleicht Mehrere ober Alle treffen kann. Daffelbe ift aber an keine bestimmte Stelle gebunden, noch zu fixiren; die Gefahr bleibt vielmehr über allen Interese fenten schweben und keiner kann behaupten, daß eine gemeinschaftliche Gefahr bies fer Art nach ber Theilung von Ginzelnen übernommen werben muffe. — Darauf kommt es aber nach bem S. 23. a. a. D allein an und man kann beshalb eine Spezial-Separation aus bem Grunbe nicht ausschließen, weil fich nach Busammenlegung ber Grunbflude, bie Möglichkeit eines größeren Schabens für ben ein= gelnen Intereffenten barbietet. Dies ift eine Ructficht, auf welche bas Gefet felbft Keinen Berth gelegt hat und bie sonach von bem Richter um so weniger beachtet werben fann, ale jene Rachtheile feine unmittelbaren und vorherzusehenben Folgen ber Anseinanberfegung finb, vielmehr bem Gebiete ber Bufalligfeiten angehören, welche nach wie vor bestehen bleiben.

Wollte man dem §. 23. eine andere Auslegung geben, so würde die Aufs hebung der der Landeskultur schädlichen Gemeinheiten gerade bei den werthvollsten, an Strömen belegenen und eingedeichten Niederungsgrundstüden, sowie die zweils mäßige und wirthschaftliche Arrondirung solcher Grundstüde gar nicht erreicht wers den können. Dies kann indes nicht die Absicht des Gesehes sein. (Beitschr. des

Mevis.. Rolleg., Bb. 1. S. 102—108.)

58 Bon b. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

3um S. 25.

Vergl. das Praj. des Revis.-Kolleg. für L. K. S. v. 29. Aug. 1850. (S. Jus. IV. zum S. 4. der Gem. Th. D., oben S. 42 ff.)

3n §§. 26-29.

(Beschränfung bes Provofationerechtes).

Vergl. die Erlaut. zum S. 4. der Gem. Th. D., Zus. II. und III. (S. oben S. 29 ff.).

Zum §. 27.

Bergl. die Erlaut. zum S. 164. ber Gem. Ih. D.

3n §§. 30. –35.

(Bon Theilnehmungerechten).

Bum S. 30.

In Betreff der Wahrnehmung der Rechte des Militair-Fiskus hinsichtlich der Exerzier= und Schießplätze, vergl. die Erläut. zum §. 89. Nr. 1. der B. v. 20. Juni 1817.

3um §. 31.

1) Der S. 31. der Gem. Th. D. erwähnt zwar nicht ausdrücklich der Verjährung als eines Rechtstitels für die Theilnehmungsrechte und des Umfanges derselben; allein die Anerkennung auch dieses Rechtstitels folgt schon tarans, daß die Vorschriften tes A. L. R., welches die Versjährung als einen Titel zur Erwerbung auch von Grundgerechtigsteiten anerkennt (A. L. R. I. 22. SS. 13. sf.), im S. 31. der Gem. Th. D. ganz allgemein in Bezug genommen worden sind.

Der S. 31. ergiebt indeß klar, daß das Theilnehmungsrecht selbst strenge bewiesen werden muß, und die folgenden SS. bestimmen nur über den Umfang desselben, wenn das Recht selbst seststeht, der Umsfang (d. h. Bahl und Art des Biehes und Weideperiode) aber nicht durch die gewöhnliche Verjährung, nicht durch rechtsbeständige Willenserklärungen und rechtskräftige Judikate, noch durch ein statutarisches Recht sestige=

steut ist. 1)

In dieser Beziehung ist darauf hinzuweisen, daß das A. L. R. I. 22. SS. 27. u. 28. den Grundsatz ausspricht, daß bei Grundgerechtigkeiten, die aus Willenserklärungen entspringen, der Inhalt dieser letteren ben Gegenstand und die Grenzen des Rechtes bestimmt, wogegen bezüglich ber durch Verjährung erworbenen Grundgerechtigkeiten die Regel gilt, daß solche sich nur so weit erstrecken, als der Besitz während des Lauses der Verjährung gegangen ist. 2)

Wird nun die Berjahrung als Rechtstitel bes Theilnehmungsrechtes an einer gemeinschaftlichen Weide geltend gemacht, und für ben gesetzlich bazu erforderlichen Zeitraum an sich nachgewiesen, ba-

2) Quantum possessum tantum praescriptum. (Bergi. A. 2. St. L 9. S. 666.)

¹⁾ Der Ort, das Weibeterrain, auf welchem die hütung stattfindet, muß stets durch die ordentliche Verjährung nachgewiesen werden. Das hütungsbelastete Terrain bedingt einen Theil des Rechtes selbst.

gegen nicht für den vollen (30=, 40= oder 44 jährigen) Zeitraum dersienige Umfang (Bahl, Art des Viehes und Zeit der Ausübung in jedem Jahre) des durch Verjährung erworbenen Mitweiderechtes dargethan, in welchem solches in den letzten zehn Jahren vor Andringung der Prosvokation als ausgeübt nachgewiesen werden kann, so entsteht der Zweisel: ob alsbann der Umfang (Bahl und Art des Viehes und Zeit der Aussübung in jedem Jahre) eines solchen Theilnehmungsrechtes nur nach dem seit rechtsverjährter Zeit als erwiesen zu erachtenden Maaße (Bahl, Art und Zeit) oder — mit Rücksicht auf S. 32. Sem. Th. O. — nach dem innerhalb der letzten zehn Jahre erweislich ausgeübten (grösperen) Beste — zu normiren sei?

Die lettere Alternative scheint die richtige zu sein. Denn ber §. 31. a. a. D. verordnet, daß die Theilnehmung brechte und beren Umfang nur in fo weit nach ben barin gedachten Rechtsquellen, insbesondere auch nach ben Borschriften bes A. L. R. beurtheilt werden sollen, als nicht die SS. 32. ff. a. a. D. Abweichendes festsehen. Der S. 32. a. a. D. aber bestimmt, daß wenn zwar die Theilnehmungerechte felbst feststeben. dagegen Daag und Verhaltniß der Theilnahme der einzelnen Intereffenten nicht durch Urkunden, Judikate ober Statuten bestimmt sind, bierfür in der Regel ber Befitftand ber letten gebn Jahre die Rorm abgeben foll. Dadurch ift - wie angenommen werden muß - in fo fern eine Mobififation bes im S. 28. A. E. R. I. 22. ausgesprochenen Grundfates über den Erwerb der Grundgerechtigfeiten burch Berjahrung angeordnet, als für den Nachweis bes Umfanges einer an fich feftpehenden Weide-Servitut (der Zahl und Art des Biehes und der Beit ber Beibeperiode), wenn diefer Umfang nicht anderweitig bargethan werben fann, der nachweis des neueften zehnjährigen Besitftandes genügen foll. Es ift anzunehmen, daß die Gem. Th. D. beabsichtiget hat, Diefen Grundfat allgemein (auch filr ben Fall, wo das Theilnehmungerecht felbft auf Berjahrung gestütt wird) eintreten zu laffen, um allzu schwierige und weitläuftige Beweisführungen zu vermeiben.

- 2) Ueber die Erwerbung der Grundgerechtigkeiten durch Berjahrung vergl. A. L. R. I. 22. §§. 13., 14., 26.—19. und I. 19., §. 10., so wie die Erganz. und Erlaut. der Preuß. Rechtsbücher von Gräff zc. bazu.
- 3) Ueber die Theilnehmungsrechte bei Gemeinheiten im Allgemeinen, vergl. die Abhandlungen von Ruh (Reg. Rath) in ber Kameralistischen Zeitung 1841, S. 1090 ff.
- 4) Der Art. 1. des Ergänz. Gef. v. 2. Marz 1850 hat unter Andern auch für ablösbar nach ben Grundsägen der Gem. Theil. D. erklärt:
- a) die Berechtigung zur Gräserei 1) und zur Nutung von Schilf, Binsen ober Rohr auf Ländereien und Privatgewässern aller Art;
- b) zum Pflücken des Grases und Unfrauts in den bestellten Feldern (zum Krauten);
- c) zum Rachrechen auf abgeerndteten Felbern, sowie zum Stoppelharken;

¹⁾ Ueber die Ermittelung des Werthes der SichelgräsereisBerechstigung vergl. die techn. Instrukt. der sandwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, §. 135, S. 300—301, der Gen. Kom. zu Stensdal v. 29. Sept. 1845, §. 104., S. 193—194, u. der Gen. Kom. zu Bresslan v. 11. Nov. 1845, §. 73., S. 96—97., Pfeil, Ablösung der Waldservitut., §§. 16. u. 67.

1

ŀ

d) zur Torfnutung. 1)

Ueber das Maag und Verhaltnig ber Theilnahme ber Intereffenten an diesen Berechtigungen (ad a-d.) disponiren die Art. 3. u. 4. bes Erganz. Ges. v. 2. Marg 1850, 2) beren Entftehungsgeschichte daber hier, mit den fich daran anreihenden Bemerkungen, mitzutheilen ift.

I. Betreffend ben Art. 3.

A. Der Art. 3. enthielt in bem Regier. Entw. nur beffen jesiges Alin. 1., wogegen bas Alin. 2. von den Rammern hinzugefügt worden ift.

Die Motive des Regier. Entw. dazu lauten dahin: AA.

Obwohl bie Grasschnittberechtigung als ein Surrogat der Weidegerechtigkeit zu betrachten ift, und es beshalb nahe liegt, bas nicht burch Urfunden, Jubikate ober Statuten bestimmte Maaß und Berhaltniß ber Theilnahme anehrerer Intes reffenten in gleicher Weise, wie in den §S. 32. sqq. ber Gem. Th. D. fur Die Bus tung geschehen ift, nach bem Biehstande festzustellen, so ift boch zu erwägen, baß gerabe ber Grasschnitt allgemein von ben Befigern ber fleinen, mit geringem ganbs befite versehenen Rahrungen am meisten benutt wird, und biese bei Anwendung ber Analogie ber Weiberechte bie geringste Abfindung erhalten wurden. Aus bies fem Grunde rechtfertigt fich eine Bertheilung ber Gesammt : Entschäbigung für ben Grasschnitt, in Ermangelung anderer schriftlicher Normen bafür, nach ber Bahl ber berechtigten Wirthschaften; ein Maafstab, welcher fich um so mehr empfiehlt, als er ein Mittel zur Berbefferung ber Lage ber armeren landlichen Bevolkerung an bie Hand giebt. Eben biese Theilungegrundsate erscheinen auch auf bas Recht jum Rrauten ober Nachrechen anwendbar.

Die Kommission der II. Kammer empfahl die Annahme des Art. 3. mit folgendem Bufat:

In Niederungsortschaften, wo ber Futterbebarf ber berechtigten Stellen übers wiegend durch Grasschnitt beschafft wird, bleibt es ben Befigern der größeren Stels len gestattet, zu beweisen, baß sie in ben letten 10 Jahren vor Einleitung ber Theilung in einem größeren bem Biebstande ober ber Flache ihrer Stellen entspres chenben Maage ben Grasschnitt benutt haben und erfolgt alebann bie Theilung ber Graferei nach biefem Augunge Berhaltniffe.

Der Kommissions-Bericht motivirt dies in folgender Art:

Bei Art. 3. wurden folgende Berbeff.:Antrage bevorwortet: a) hinter ben Worten: "berechtigte Befitungen" einzuschalten:

und zwar in Betreff ber Graferei nach bem auf Grund informatorischer Ermittelungen burch Schieberichter festzustellenden Nutunge-Berhaltniffe in den letten zehn Jahren abgemeffen, in Betreff des Krautens und Nachrechens aber 1c.;

b) am Schlusse des Art. hinzuzufügen: In NieberungesDrtschaften, wo ber Futterbebarf ber berechtigten Stellen überwiegend durch Grasschnitt beschafft wird, bleibt es ben Befigern ber größeren Stellen gestattet, zu beweisen, daß sie in ben letten zehn Jahren vor Einleitung der Theilung in einem größeren bem Bieh: fande oder ber Flace ihrer Stellen entsprechenden Maage ben Gras: schnitt benutt haben und erfolgt alebann die Theilung der Graferei nach biefem Rugunge-Berhaltniffe.

Die Kom. erkannte zwar im Allgemeinen bie für ben Art. 3. aufgestellten Motive als zutreffend an, und erachtet sonach die Fassung dieses Art. als zur Bermeibung von Prozessen über bie Theilnehmungerechte bei biefen Rugungen zweds entsprechenb, zugleich aber auch ale eine besondere Rucffichtnahme auf bie Berbefferung ber Lage ber armeren lanblichen Bevolkerung; indeffen konnte boch auch

2) Bergl. in Bb. I. S. 328-329.

¹⁾ Bergl. die Erlaut. zu SS. 2. u. 3. ber Gem. Th. D., sub II., III. u. IV., oben S. 12 ff.).

der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß in einzelnen Landestheilen, sehr ausgedehnte Grasschnitts-Berechtigungen für ganze aus größeren und kleineren Grundsstücksbesthern bestehenden Gemeinden bestehen, wo nach der bisherigen Observanz die Benuhung dieser Berechtigung sich wesentlich nach dem gesammten Futterbes dürfniß der einzelnen Wirthschaften gerichtet hat, somit in diesen Fällen eine wessentliche Verlehung einzelner Verechtigten eintreten würde, wenn auch hier in Ersmangelung von Urkunden, Judikaten oder Statuten, das Theilnahmerecht an der Gräsereinuhung als ein Gleiches für alle berechtigten Besitzungen angesehen wer den sollte.

Für biese Ausnahmefalle hielt baber bie Rom. ben zu b. ermahnten Busat

vollständig für gerechtfertigt, und beantragt:

zwar die Annahme des Art. 3., jedoch mit dem porftehend zu b. aufges führten Busat.

Die II. Kammer trat tem Antrage der Kommission mit der Modistkation bei, daß beschlossen wurde, statt: "Niederungs-Ortschaften" zu setzen "Ortschaften." 1) (Stenogr. Ber. der II. K. 1848. Bd. 3. S. 1598 bis 1599.)

CC. Die Kommission der I. Kammer schloß sich dem Beschlusse der II. Kammer mit der Maaßgabe an, daß sie beantragte, im Alin. 2. statt der Worte: "größere Stellen" zu setzen: "einzelne Stellen."

Der Rommissions-Bericht außert fich folgendermaaßen:

Der Art. 3. mit bem im Allgemeinen entsprechend befundenen Busate, welschen bie II. R. hinzugefügt hat, genügt einem öftere hervorgetretenen praktischen

Beburfniffe.

Wenn die hier erwähnten Berechtigungen zur Gräserei, zum Krauten ober Rachrechen bei einer Auseinandersetzung seststanden, so war es gewöhnlich nicht schwierig, den Werth zu ermitteln, welchen die Nutung im Ganzen gehabt, aber es sehlte, wo das Maaß der Theilnahme jedes einzelnen Berechtigten nicht durch Urfunden, Judisate oder Statuten bestimmt war, häusig an einem sicheren Maaßestabe für diese Theilnahme, weil nur selten der Nachweis zu führen war, in welchem Umfange ein Jeder während eines längeren Beitraumes von seinem Rechte Gebrauch gemacht hatte.

Dies mußte barauf führen, die berechtigten Stellen nach ihrem wirthschaftlichen Bedürfnisse participiren zu lassen, was jedoch der oft bewährten Erfahrung widers sprach, wonach die Besitzer der kleineren Stellen von solchen Rutungen viel mehr

Gebrauch gemacht hatten, ale bie ber größeren Stellen.

Um biefen Uebelstand zu beseitigen, soll jest als Regel gelten, daß die berechs tigten Besitzungen ein gleiches Theilnahme-Recht haben, dagegen ausnahmsweise ber Nachweis zugelassen werden, daß eine größere Theilnahme stattgefunden, welche

bann maaggebend fein foll.

So zweckmäßig dies an fich ist, so hat die Kom. sich doch nicht überzeugen können, daß es entsprechend ist, diesen Nachweis nur den Besitzern der größeren Stellen einzuräumen, wie es in dem von der II. R. beschlossenen Busate geschehen ist, vielmehr ist sie einstimmig der Meinung gewesen, daß — abgesehen von den Zweiseln, welche darüber entstehen können, was im einzelnen Falle unter größeren Stellen zu verstehen sei — die erwähnte Ausnahme von der Regel jedem zu Stats

¹⁾ Dies geschah auf ben Berbess. Antrag bes Abgeordn. Ambronn (Drucks. Mr. 357.). — Die Grunbe, welche ber Antragsteller hiersur anführte, waren, daß wenn man den Ansbruck: "Niederungs Drischaften" wörtlich nehme, darunter Ortschaften zu verstehen seien, die in der Niederung selbst liegen; es sei dagegen nur gemeint, daß die Gegend solche Riederungen habe, in welchen der Grasschnitt ausgeübt wird, wenn auch die Berechtigten auf der Sohe wohnen. — Der Berichtserstatter (Abgeordn. Bauer-Stargard) erklärte sich hiermit einverstanden, worauf die Kammer die Umwandlung des Wortes: "Niederungss Ortschaften" in: "Ortschaften" beschloß. (Stenogr. Ber. der U. K. Bd. 3. G. 1598 n. 1599).

62

ten fommen muffe, ber ben Nachweis einer wahrenb 10 Jahren vor Ginleitung ber Auseinandersetzung ausgeübten größeren Theilnahme führen fann.

Sie trägt daher darauf an:

im Alin. 2. bes Art. 3. ftatt ber Borte: "größeren Stellen" zu fegen: "einzelnen Stellen", und mit biefer Berbefferung ben Art. anzunehmen.

Gin Mitglied ber Rom., welches im Befentlichen von bemfelben Gefichtspunfte ausging, wollte in fo fern noch weiter geben, als es meinte, bag bei Bulaffung einer Erhöhung ber Biril-Bortion auch eine Berabsetzung berfelben bei benen mußte erfolgen konnen, welche erweislich, weil fie auf eigenen Grundftuden hinreichenben Futterbedarf erzielten, und weber felbst zur Theilnahme an Ausübung ber Berech= tigung Duge hatten, noch es in ihrem Intereffe hielten, burch Lohnleute in Diefer Weise Futter werben zu laffen, weniger Nuten von ber Berechtigung gezogen has ben, als die Uebrigen.

Es verlangte baher, bem Alin. 2. folgende Faffung zu geben: In Ortschaften, wo der Futterbedarf überwiegend durch Grasschnitt bes schafft wird, bleibt es ben Berechtigten gestattet, zu beweisen, daß fie in den letten 10 Jahren vor Ginleitung ber Theilung in einem größeren Daaße ben Grasschnitt benutt haben, und erfolgt alsbany die Theilung ber Gras ferei nach Berhaltniß bes Rechts und ber ftattgehabten Rugung.

Dieser Antrag ist seboch mit 16 gegen 1 Stimme verworfen worden.

Die I. Rammer trat bem Antrage ber Kommission bei. (Stenogr. Ber. ber I. R. 1838. Bb. 5. S. 2657.)

DD. Die Kommission ber II. Rammer trug nunmehr dabin an, die von der I. Rammer beschloffene Abanderung des Alin. 2. anzunehmen, indem sie bemerkte:

Das dem Alin. 2. des Art. 3. jum Grunde liegende und von der II. R. ans genommene Pringip wird burch biese Abanderung nicht verandert, vielmehr ber damit beabsichtigte Zweck nur um so sicherer erreicht und jeder etwanige Zweifel, was im einzelnen Falle unter größern Stellen zu verstehen sei, beseitigt, zumal es allerdings auch vorkommen kann, daß Besitzer von Stellen, die nicht zu den gro-Beren zu gahlen find, im Stande maren, den in diefem Alinea geforberten Rache weis einer ausnahmsweise größeren Theilnahme an der Grafereinugung ju führen.

Die II. Rammer ift bem beigetreten. (Stenogr. Ber. ber II. R. 1838. **285.** 5. **6**. 2893—2895.)

Der Art. 3. des Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850, beffen Alin. 1. "das Maaß und Verhaltniß bei gemeinschaftlich ausgeübten Berechtigungen zur Graferei oder zum Krauten oder Nachrechen, infomeit allen oder einzelnen Interessenten nicht Urkunden, Judikate oder Statuten zur Seite stehen, als ein gleiches (gleich großes) behandelt wissen will", giebt zu fol-

genden Bemerfungen Beranlaffung.

a) Es bestätiget bas Alin. 1. bes Art. 3. die Auslegung ber SS. 31. ff.1), insbesondere des S. 34. der Gem. Theil. D. dahin, bag das Theilnahmeverhaltniß berjenigen einzelnen Intereffenten an der Weibe, deren Biehzahl durch Urfunden, Judifate ac. feststeht, nach Inhalt derfelben festzustellen ift und daß der fubsidiaire Daafftab des zehnjährigen Besitstandes, eventuell des Durchwinterungsfußes alsdann nur bei allen denjenigen übrigen Intereffenten zur Anwendung kommt, welche feine Urfunden über das Maag und Berhaltnig ihrer Beidetheilnahmerechte aufzuweisen haben.

b) Es beruhet jene Bestimmung des Alin. 1. auf der Annahme, daß die Berechtigung zur Graferei, zum Rrauten und zum Nachrechen eine im Augemeinen unbedeutende sei, welche auf die wirthschaftlichen Berhaltniffe ber Berechtigten feinen besonders merklichen Ginflug übe, mas allerdings meist zutrifft, da Graserei und Rrautsuchen zur Sommerstallfütterung, wie

¹⁾ Bergl. Buf. III. zu §§. 31-40. (f. unten S. 66 ff.).

in Schlesien und ber Lausig, am häufigsten von kleinen Leuten, Saus-

lern, Gartnern nebenher ausgeübt wird.

c) Wenn es aber einige andere Gegenden giebt, z. B. die des Spreeswaldes in der Lausis, wo der Grasschnitt die ganze Sommerstallsütterung des Viehes liefert und die Erhaltung des Viehstandes wesentlich auf eine solche Berechtigung gegründet ist, so daß dieselbe den landwirthschaftlichen Umfang der Viehhaltung bedingt und andererseits deren Maaß durch den wirthschaftlich gehaltenen Viehstand bestimmt wird, so mußte, um diesen

Berhaltniffen gerecht zu werben, bas Alin. 2. binzugefügt werben.

Bei der Anwendung des Alin. 2. tritt demnächst aber in Bezug auf das Recht zum Grasschnitt, und nur für dieses Nutzungsrecht, eine verschiedene Behandlung der einzelnen Interessenten, welche mit anderen gemeinschaftlich dergleichen Rechte ausgeübt haben, und somit eine Abweichung von dem für die Weidetheilnahme nach den SS. 31. u. 34. der Gem. Theil. D. geltenden Prinzip dahin ein, daß für einzelne Stellen die Ausübung in den letzten zehn Jahren bei Feststellung des Maaßes ihres Rechtes entscheidet, während alle anderen Theilnehmer mit gleichen Antheilen zum Ansage kommen.

d) Tritt dieser zulett gedachte Fall des Alin. 2. ein, oder steht die Mitbenutzung des Eigenthümers der zum Grasschnitte benutzten Reviere dem gleichen Rutzungsrechte von Servitutberechtigungen gegenüber, so muß, Behufs Feststellung des Theilnahmeverhältnisses aller Mitberechtigten und bei einer etwa nöthigen Kürzung der Rechte, der wirthschaftliche Bedarf aller übrigen Interessenten veranschlagt und als Verhältnißzahl Behufs Verthei-

lung des vorhandenen Grasvorrathes zum Grunde gelegt werden.

II. Betreffend ben Art. 4.

Der Art. 4. ist von beiden Kammern in der Fassung des Regier. Entw. angenommen worden. 1) (Stenogr. Ber. der II. K. 1833. Bb. 3. S. 1600. u. der I. K. Bb. 5. S. 2657.)

A. Die Motive bes Regier. Entw. zum Art. 4. lauten dabin:

Um ben Beitläusigkeiten vorzubeugen, welche die Ermittelung des Umfangs der Dienstdarkeitsrechte zur Rusung von Schilf, Binsen oder Rohr, zum Stoppels harken und zur Torfnusung verursachen möchte, wenn dieser Umfang nicht durch einen schriftlichen Titel keststeht, ist es nothwendig, darüber eine ausdrückliche Borsschrift zu ertheilen, und da die gedachten Servituten zu demselben Zwecke dienen, wie das Recht zum Plaggens, Geides oder Bültenhieb, so erscheint es am Angesmessensten, auch auf sie die für das oben genannte Recht ertheilten Borschriften der SS. 52—55. der Gem. Th. D. für anwendbar zu erklären. Dabei wird es jedoch erforderlich, der Reinung entgegenzutreten, als müßte sich der Berechtigte auf seis nen Bedarf den Borrath an Torf, welcher sich etwa in unaufgedeckt en Lägern auf seinem Grundstücke vorsinden möchte, abrechnen lassen. Denn eine solche Ansnahme würde nicht nur mit der wirklich stattgehabten Rusung des Rechts unvers

"ben 2. Abs. des Art. 4. fortzulaffen und ftatt beffelben folgende Bestimmung "aufzunehmen:

wurde abgelehnt. (Stenogr. Ber. ber II. R. Bb. 3. S. 1600). Bergl. die Erlaut. 2um S. 54. der Gem. Th. D.

¹⁾ Der in der II. K. von den Abgeordn. Welzer und Langer gestellte Berbess.-Antrag (nicht gedruckt):

[&]quot;Besitt ein Streus ober Brennholzs Berechtigter selbst Grundstücke, welche "ihm Streus ober Brennholz gewähren, so wird sein Theilnahmerecht an "ben ihm auf fremden Grundstücken zustehenden Streus und Brennholzs "Berechtigungen, wenn nicht urfundlich etwas Anderes sessseht, unter Bes "rückschigung der in den letzten 10 Jahren stattgefundenen Nutung durch "Schiederichter stestgestellt,"

einbar sein, sondern auch zu einer reichhaltigen Quelle von Chifanen gemacht werben.

Unter den Spruchbehörden hat sich eine abweichende Ansicht barüber geltend gemacht, ob ber S. 54. ber Gem. Th. D. auf bie Berechtigung jum Blaggens, Beides und Bultenhieb zu beschränken ift, ober ob derfelbe einen allgemeinen Grunds fat ausspricht, ber auch auf unbestimmte Brennholzberechtigungen zum Bebarf ausgebehnt werden muß, wenn nicht im einzelnen Falle etwas Anderes ausbrucklich bestimmt ift. Das Ober-Trib. hat sich in mehreren Prozessen für das Lettere entschieden und bemgemäß festgesett, daß der Brennholzberechtigte nur fo viel Golz aus dem belasteten Forste zu entnehmen befugt sei, als er in seiner Birthschaft nach Abrechnung ber eigenen Feuerungsmittel gebraucht. Dieses Prinzip fieht mit ber Borschrift des S. 15. Tit. 19. Thl. I. A. E. R., daß im 3weifel für biejenige Art der Einschränkung, welche dem Eigenthümer am wenigsten lästig ist, die Bermuthung eintritt, im Ginklange, und muß daher als das richtige angesehen werden. Bur Bermeibung entgegengesetter Ertenntniffe ift es munichenswerth, ben Grunbs fat in ben Art. 4. bes Gefetes aufzunehmen. Da fich aber baffelbe Bebenken auch in Betreff ber Anwendbarkeit bes S. 52. ber Gem. Th. D. auf Streuberechtigungen erheben konnte, so wird dieses gleichzeitig in dem nämlichen Sinne zu erletigen fein.

B. Der Bericht der Kommission der II. Kammer (zu Art. 4. u. 5.) bemerkt:

Die Bestimmungen ber Art. 4. und 5. sind nach ber einstimmigen Ansicht der Kom. burch die Motive bes Geset; Entwurfs genügend gerechtfertigt, und werden daher dieselben zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bon einer Seite wurde verlangt, hinter Art. 5. eine besondere Bestimmung

bes Inhalts einzuschalten:

Reine ber in ben Art. 3. und 4. bezeichneten Rupungen kann zu einem boheren Werthe geschäpt werben, als ihre Ausübung bei Berücksichtigung ber

forst: und feldpolizeilichen Vorschriften zu gewähren vermag.

Die Majorität der Kom. konnte sich jedoch nicht von der Nothwendigkeit einer solchen Bestimmung, die eben nur bei der Abschätzung des Werths sür die Berechtigung des Harzscharrens der Natur der Sache nach erforderlich erscheint, überszeugen, da es bei der Feststellung des Werths der Berechtigungen zur Gräserei, des Krautens, zum Nachrechen, der Nutzung von Schilf, Rohr, Binsen, Stoppels harken und der Torfnutzung, überall nur auf eine Schätzung der auf einer des stimmten Fläche vorkommenden Masse dieser Nutzungen und ihres Geldwerthes anskommt, und dabei selbstredend auf etwaige vorgekommenen Uebergriffe dei ihrer dies herigen Ausübung keine Rücksicht genommen werden kann, es ist daher die Aufsnahme eines solchen Zusatzt. von der Kom. abgelehnt worden.

C. Die Rommiffion der I. Rammer hat fich dahin geaußert:

Der Art. 4. ist durch die Motive der Regierungsvorlage ausreichend begründet und keine Veranlassung gefunden worden, den Berechtigten im Sinne des von dem Abgeordneten Welzer in der II. K. eingebrachten, aber verworfenen Amendements (pag. 1599 stenogr. Bericht der II. K. 1) dafür sicher zu stellen, daß er wegen hinzreichend vorhandenen Brennmaterials auf eigenem Grund und Boden gar keine Entschädigung für seine Grundgerechtigkeit erhalte.

Bon einer Seite wurde hervorgehoben, daß der am Schluß des Alin. 1. dies ses Art. gebrauchte Ausdruck "aufgedeckt" unbestimmt und zweideutig sei, indem darunter eben so gut das bloße Aufstechen, als das ganzliche Entblößen des Torfslagers verstanden werden könne, während es allein darauf ankomme, ob der Torfs

stich bereits in Betrieb genommen worden fei, ober nicht?

Außerdem war man von dieser Seite der Meinung, daß es in der Gerechtigs keit beruhe, dem Berechtigten auch dasjenige Brennmaterial anzurechnen, welches er auf seinem eigenen Boden ohne außergewöhnliche Kosten und erhebliche Störung seines Wirthschaftsbetriebes gewinnen konne.

¹⁾ Bergl. die Rote 1. oben S. 63.

Dies sei eigentlich schon im §. 54. der Gem. Th. D. angeordnet gewesen, ins dem dort dem Berechtigten die Anzechnung aller eigenen Feuerungsmittel an holz, Torf, auferlegt worden, ohne zwischen aufgedeckten und nicht aufgedeckten Torflagern zu unterscheiden. Von diesem Prinzip der Gemeinheitstheilungs Drbnung zum Rachtheile des Belasteten abzuweichen, liege keine hinreichende Veranlassung vor.

Aus diesem Grunde ichlug man vor, bem letten Sage bes Alin. 1. folgenbe

Faffung zu geben:

Dabei kommen aber solche ben Berechtigten gehörige Torflager, welche zur Beit der Andringung des Ablösungs-Antrages noch nicht in Betrieb genoms men find, nicht in Betracht, wenn sie zur Golzs, Ackers ober Wiesenskultur dauernd benutt werden, ober doch außergewöhnliche TorfsBetriebs-Einrichstungskosten erfordern, die durch den Torfbetrieb nicht gedeckt werden.

Die Majorität der Kom. hat jedoch diesem Borschlage ihre Billigung versagt, theils weil sie den auch anderwärts in den Gesehen (z. B. im §. 25. des Ges. v. 8. April 1823) gebrauchten Ausdruck: "aufgedecktes Torflager" nicht unflar, sondern ganz geeignet sindet, eine zum Gewinn von Torf erössnete Anlage zu bezeichnen, anderntheils aber, weil es ein auch den §. 54. bedingendes Prinzip der Sem. Th. D. ist, die Nutungen so zu entschädigen, wie sie vor, resp. bei der Einsleitung des Versahrens stattgefunden (cs. §. 87., 131. 2c. der Gem. Th. D.). Sie sindet deshalb in dem Art 4. des vorgelegten Gesehzentw. lediglich eine neue Konzsequenz aus einem bewährten und unadweislichen Grundsase der früheren Gesehzgebung, welche um so mehr aufrecht erhalten werden muß, als man sonst, namentzlich bei Annahme des gestellten Amendements, öfters in der That auf das Resulztat kommen könnte, daß dem Berechtigten, weil er selbst Vrennmaterial auf seinem Grund und Boden zu sinden vermag, keine Entschädigung für eine wohlerwordene Servitut gewährt würde.

Die Rom. empfiehlt baber bie unveranberte Annahme bes Art. 4.

Bergl. die Erlaut. zu SS. 52-55., 119. u. 140. der Gem. Theil. D.

3n \$4. 31 - 40. 1)

I. Bei der Anwendung dieser Vorschriften ist von dem Grundsate auszugehen, daß die Gem. Th. D. keine neuen Rechte verleihet, sondern daß der Rechtsgrund der Theilnahmerechte an dem Gegenstande der Auseinandersetzung außerhalb derselben liegt. Die Gem.
Th. D. regelt nur die zur Auseinandersetzung anderweit erworbenen
und mitgebrachten Theilnahmerechte. Die verschiedenen Rechtstitel dieser
Theilnahmerechte beruhen theils auf den allgemeinen oder Provinzial-Gesetzen, theils auf statutarischen Bestimmungen, oder auf Judikaten und
Willenserklärungen (Verträgen) (S. 31.).

Dagegen regelt die Gem. Th. D. das Theilnahmeverhältniß der gleichartigen Rechte, und zwar zunächst in den SS. 32. ff. der Rechte auf die zur Theilungsmasse gehörige Weide, d. h. an dem in der Regel nach Ruhweiden (nach dem Quantum an Weidegras, welches zur Ersnährung einer Ruh des örtlichen Schlages während der Weideperiode erssorberlich ist) sachverständig ermittelten Gesammtwerthe der unter die Beschwertich ist.

rechtigten zur Bertheilung gelangenden Butung.

Nur zum Zwede der Theilung, oder aber der nach Abschn. II. nur

¹⁾ Bergl. über die historischen Grundlagen dieser Borschriften das Schreis ben des Gen. Direktoriums v. 23. Nov. 1790 an das Justiz-Depart., das Ants wortschreiben des letteren v. 6. Dec. oj. s., das Schreiben des ersteren v. 14. Rai 1791 nebst Gutachten der Kurmärkischen Kammer, und das R. des Justiz-Depart. an das Kammergericht v. 30. Mai 1791 und das Gutachten des letteren v. 19. April 1792. (Stengel's Beitr. Bd. 3. S. 1 st.), desgl. die Mittheilungen in Kresschmer's Konkordanz der Preuß. Agrar-Geses, zum S. 32. der Gem. Th. D.

auf Provokation des Eigenthümers oder Miteigenthümers der belasteten Grundstücke gestatteten Fixation oder Einschränkung von Servitusten, stellt die Gem. Th. D. bestimmte, die allgemeinen, namentlich die im A. L. R. hierüber gegebenen, Vorschriften ergänzende und mos dificirende Regeln und Normen auf.

Insoweit wird zu dem gedachten Zwecke durch die Gem. Th. D.

auch das Daag und ber Umfang ber Theilnahmerechte getroffen.

Für das nach Maaß und Umfang der Rechte sich bestimmende Theils nahme-Verhältniß der Interessenten an der gemeinschaftlichen, zur Vertheis lung gelangenden Weidemasse stellt die Gem. Th. O. (§§. 31—34.) drei verschiedene Maaßstäbe in folgender Reihenfolge auf:

1) Urkunden, Judikate oder Statuten, als den principaliter

entscheidenden Maafstab, sodann

2) den zehnfährigen Besitsftand, endlich

3) in subsidium, wenn der zehnjährige Besttsstand nicht zuverlässig auszumitteln ift, oder die anderweite Boraussetzung des S. 34. eintritt, — den Durchwinterungsfuß.

II. Was zuvörderst den zehnjährigen Besitzstand (SS. 32. und 33.) betrifft, so ist zuvörderst zu bemerken, daß darunter nicht die Biehhal-tung, sondern der Bortrieb (die wirkliche Ausübung der Hütung)

zu verfteben ift.

Ist die Weide mit verschiedenen Wiehsorten ausgeübt, so sind diese in der Regel auf Kühe zu reduciren, und zwar nach Maaßgabe des für die verschiedenen Wieharten in der Weideperiode erforderlichen und zu konsumirenden Weidegrases, so daß z. B. 8—10 Schaafe, oder 8 Schweine, oder 16—24 Gänse u. s. w. einer Kuh gleich gerechnet werden. Es mußaber bei der Anwendung des Maaßstades des zehnjährigen Besitzstandes (SS. 32. u. 33.) nicht bloß die in jedem Jahre der zehnjährigen Periode vor Anmeldung der Provokation wirklich aufgetriebene Art und Bahl des Viehes, sondern außerdem auch nachgewiesen werden, wie lange in jedem dieser zehn Jahre die Hütung mit der resp. Bahl und Art des

Blebes wirklich stattgefunden hat.

Da ein folder Beweis, so wie ihn das Gesetz erfordert, erfahrungsmäßig nur felten geführt werben kann, in diefer Beziehung mithin ber Woraussetzung bes Gefetes, bag burch Anwendung bes Maagftabes bes zehnjährigen Besitsftandes das Beweisverfahren über den Umfang des bei dem Separationsplane zu berücksichtigenden Hutungsrechtes werte vereinfacht und erleichtert werden, in der Braris felten entsprochen wird, zumal für den Fall des S. 33. ad b. noch weiter als auf die letten gebn Sabre bor ber Provokation gurudgegangen werden muß, - fo fommt in der überwiegenden Mehrzahl der Falle der Maagstab des Durchwinte = rungefußes zur Unwendung, obwohl biefer Behufe Ermittelung bes Suttergewinnes zur Erhaltung des Biebes in der Beriode der Stallfütterung eine Bermeffung, Bonitirung und Ertragsermittelung ber Aeder und Biefen, resp. an Strob und Wiesenheu, voraussett und nothig macht, - Operationen, welche meift aber ohnehin für ben 3med ber Um- und Bufammenlegung in der Gemeinheitstheilung begriffenen Grundflude gefchehen mußten.

III. Nach den Borschriften der SS. 31—34. der Gem. Ih. D. besteht kein Zweisel darüber, daß wenn alle Interessenten ihren zehnjähstigen Besitzstand dargethan haben, lediglich dieser entscheidet, und daß wenn alle ihn nicht dargethan haben, das Durchwinterugsprinzip unter den in den SS. 35. ff. der Gem. Th. D. vorgeschriebenen Massgaben eintritt. Dagegen hat die Borschrift des S. 34. zu dem Zweisel ge

fibrt, welcher Massstab in denjenigen Fällen anzuwenden sei, wenn ein zeine Theilnehmer von ihrem (übrigens feststehenden) Rechte in den letten zehn Jahren gar keinen oder doch einen minderen Gebrauch gemacht haben, als wozu sie erweislich durch Urkunden, Judikate oder Statuten befugt waren, — sowie wenn von einigen Interessenten der zehnjährige Besthestand erwiesen worden ist, von anderen dagegen nicht?

1) Das Db. Trib. hat in Betreff biefer Fragen folgende Grundfate

angenommen.

a) Der II. Sen. des Db. Trib. hat (in dem Erk. v. 23. Marz 1889) ausgesprochen, daß wenn sich bei Ermittelung des Umfanges der Theilenehmungsrechte nach S. 32. sindet, daß ein Theilnehmer in einem der letzten zehn Jahre von seinem Rechte keinen Gebrauch gemacht hat und dersselbe sich dieses Jahr bei der Durchschnittsberechnung von zehn Jahren mit Rull in Anschlag bringen lassen will, den übrigen Interessenten hiergegen ein Widerspruchsrecht nicht zusteht, und daß sie nicht berechtigt sind, zu verlangen, daß das eventuell vorgeschriebene Durchwinterungsprinzip zur Anwendung gebracht werde. 1) (Praj. Samml. des Ob. Trib. S. 339. Rr. 638).

b) Spaterhin ift bei dem Db. Trib. die Frage kontrovers ge-

worden:

ob nach § 3. 32—34. ter Gem. Th. O. die Theilnehmungsrechte sammtlicher Gemeinheits-Interessenten entweder nach dem Besitstande in den letten, der Einleitung der Theilung vorhergegangen zehn Jaheren oder nach dem Durchwinterungsfuße zu ermitteln sind, beide Bestechnungsgrundsätze aber nicht neben einander zur Anwendung kommen können,

pder

ob es zulässig ift, die Theilnehmungsrechte Einzelner nach dem zehnstährigen Besthstande, anderer Interessenten aber nach dem Durchwinsterungssuß festzustellen, und baher bei de Berechnungssähe einer Theislung zum Grunde zu legen?

Das Plenum des Ob. Trib. hat (mittelst Beschlusses v. 23. Nov. 1840) die letztere Meinung für die richtige erachtet und demgemäß folgen-

ben Rechtsfas ausgesprochen:

Diese Borschriften bedingen nicht die Indentität eines Maaßstades, das Theilnehmungsrecht kann vielmehr bei einigen Interessenten nach dem zehns jährigen Besitzftande, bei andern nach dem Durchwinterungssuße sestgestellt, und beide Berechnungsgrundsätze können daher neben einander der Gemeinheitstheilung zum Grunde gelegt werden. 2) (3. Min. Bl. 1841, S. 128, Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 65.)

Die Grunde Diefes Plenarbeschluffes find im Wefentlichen folgende:

Die Ansbrude "jedem Betheiligten" im S. 31., "jeden einzelnen Intereffenten" im S. 32., "jeder Theilnehmer" im S. 33. und "einzelnen Theilnehmern" im S. 34. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 führen auf die Bermuthung, der Gesetzeber

¹⁾ Die Richtigkeit bieses Grundsates muß unbedenklich anerkannt werden.
2) In der Praj. Samml. des Ob. Trib. (Praj. Nr. 936. S. 339) und in den Entscheid. Bd. 6. S. 375 ist der angenommene Rechtssat in folgender Art formulirt worden:

[&]quot;Bei der Anseinandersehung gemeinschaftlicher Gutungs-Interessenten ift es "zulässig, die Theilnehmungsrechte Einiger nach den letten der Theilung "vorhergegangenen 10 Jahren, die Theilnehmungsrechte Anderer dahingegen "nach der Durchwinterung festzußellen, und mithin beide Berechnungen "nebeneinander zum Grunde zu legen."

sei von der Boraussehung ausgegangen, daß der zehnjährige Beststand als Regel von jedem Einzelnen werde ohne Schwierigkeiten dargelegt werden können, oder, salls hierbei wider Verhoffen Schwierigkeiten vorwalten sollten, diese sich bei der Gesammtheit der Interessenten sinden werden, daß mithin schon der Fall einer allzgemeinen Möglichkeit, oder allgemeinen Unmöglichkeit der Beweissührung von Ansfang an auf die Anwendung eines einzigen Theilungsmaaßstades hinsühre, und des halb die Frage: ob die Berbindung der beiden, in den vorgedachten Gesetstellen näher bezeichneten Maaßstäde statthaft sei, bei gleich gutem Willen und gleichen Bemühungen der Interessenten gar nicht vorkommen könne. Dies ist indes, wie die Erfahrung lehrt, allerdings der Fall, und da der Gesetzeber sich die Anwensdung beider Ermittelungsarten der Theilnehmungsrechte neben einander wenigstens nicht als unmöglich gedacht hat, so wird jene Frage, in Ermangelung einer bestimmten Vorschrift, aus dem Geist und Sinne der Gem. Th. D. zu beantworsten sein.

Das A. E. R. Th. I. Tit. 17. S. 338. stellt den Grundsatz auf, daß bei einer seben Gemeinheitstheilung kein Theil gegen den andern verkürzt oder in feinen Ruhungen geschmalert werben durfe. Die Gem. Th. D. S. 23. dagegen fest als theoretisch und praktisch erwiesen voraus, bag eine febe Gemeinheitsauseinander: settung zum Besten ber Lanbeskultur gereiche und ausführbar fei. Wenn aber bie gebachte Ordnung einmal, bergleichen Theilungen im landwirthschaftlichen Intereffe möglichft befördern wollte, so muß fie tonsequenter Beise zur Ersparung von Beit und Roften auch ben Weg abzufürzen bemuht fein, auf welchem bie einzelnen Theile nehmer den Umfang ihres Rechts darzulegen haben. Hierauf hat nun auch die Gem. Th. D. in ber That Bedacht genommen, indem sie in den \$5. 31-31. ein breifaches Beweisverfahren julagt. An ber Spige biefer brei Rlaffen fteht nach S. 31. der Beweis aus Urfunden (rechtsbeständigen Willenserklarungen und rechtsfraftigen Erfenntniffen) ober unmittelbar aus fatutarifchen ober Provinzial : Ges feten; die zweite Rlaffe bildet nach S. 32. ber zehnfahrige Befitftand und bie britte und lette nach S. 34. bas Durchwinterungs : Pringip. Die erfte Rlaffe hat por der zweiten und diese wiederum vor der britten ben Borzug, wie der §. 32. durch die Worte "in der Regel" unzweideutig ergiebt; die Berechnung nach ber Durchwinterung ift mithin abweichenb vom A. E. R. biejenige, welche gulest gur

Anwendung gebracht werden barf.

Seit dem Ed. zur Verbesserung der Landeskultur v. 14. Sept. 1811 wußte jeder Grundbesiter, daß er seinen Fruchtbau erweitern, seinen Biehstand mithin ers hohen konnte. Behn Jahre spater erschien die in der Zwischenzeit burch mehrere Gesete, z. B. die Defl. v. 29. Mai 1816 Art. 24. und die B. v. 20. Juni 1817 \$\$. 10., 102., verheißene neue Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821. Bis zu ben nach biefer Ordnung zu bewirkenden Auseinandersehungen hatte jeder Grundbefiger gehn und mehr Jahre Beit gehabt, seinen Biebstand möglichft zu fixiren, und über bas wirklich gehaltene Bieh schriftliche Notizen zu führen. Die Grundbefiger maren mithin fehr wohl im Stande, ben Separationsfommiffionen ohne erhebliche Dube mit dem leichteren Erfahrungsbeweise des zehnjährigen Besitstandes entgegen zu kommen, und es ist ihre eigene Schuld, wenn sie fich in die schwierige Lage verfest haben, ftatt bes Erfahrungsbeweises auf ben Schatungsbeweis - bie Berechnung nach ber Durchwinterung - zurudgeben zu muffen. - Die Regel, welche ber 8. 32. der Gem. Th. D. aufstellt, hat hiernach einen hiftorischen Grund. Jeber einzelne Interessent hat ben Umfang eines Theilnahmerechtes barzuthun, sobald aber dies geschehen ift, muß er auch beffen, was er wirklich erwiesen hat, theilhaftig werben, und hat fich feinerseits barum nicht gu fummern, auf welche Art fein vielleicht minder vorsichtiger Gegner ben Beweis seines Rechtes führen werbe. -Offenbar aber wurde bie Regel bes S. 32. gang illusorisch werben, wenn man erft bas Theilnahmerecht bes einen Intereffenten nach bem Befitftanbe feststellen und hinterher wiederum als gang unermittelt betrachten wollte, wenn und weil ber Gegner nicht ebenfalls ben Beweis eines zehnjährigen Befitftanbes zu führen vermag. - Dag bas Gefet folche Beit und Koften verurfachenbe Ermittelungen gleich= fam nur zur Probe habe gestatten wollen, läßt fich nicht annehmen, und zwar um fo weniger, ale bies gegen ben Grundfat ber Gleichheit ber Rechte bei Gemeins ichaften verstoßen wurde. — In der That läßt sich aber auch gar feine Inkonves nienz barin finben, wenn ber Ermittelung ber Theilnehmungerechte bei einer Bemeinheitsauseinanderfesung theilweife ber Befitftand, theilweife bie Durchwinterung

ju Grunde gelegt wird. Der eine wie der andere Maafstad bürfte meist zu einem gleichen Resultate führen, und eine Differenz wenigstens nicht von großer Bebeutung fein tonnen, weil in beiben Fallen ber wirthschaftliche Bebarf und ber Grunds ertrag nothwendig berudfichtigt werben muß. (Bergl. S. 33. Lit. a., §§. 34., 35. a. a. D., S. 90. bes A. E. R. I. 22.). Anbers mare es, wenn berjenige, welcher ben Beweis bes zehnjahrigen Befitftanbes mahlt, auch basjenige Bieh gur Berechs nung bringen burfte, welches er nur mahrend ber Butungszeit gehalten, ober wels des er im Winter mit erkauftem Futter ober mit Früchten von folden Grunds ftuden ernahrt hat, welche außer ber zu theilenben Felbmark liegen. Dies ift jebod teinesweges ber Fall, vielmehr barf auf bergleichen Ueberschreitungen bei Fefts ftellung ber Theilnahmerechte feine Rucksicht genommen werben. — Wenn übrigens bas zu theilende Objekt nicht für alle Theilnehmungs : Berechtigte ausreicht, fo ift nur demjenigen Theilnehmer, beffen Berechtigung auf einem Dienstbarfeiterechte beruhet, bas erwiesene Daag bis zur Bulanglichkeit bes Beburfniffes zu gemahren, bie fibrigen Theilnehmer, welche ihre Berechtigung aus bem Miteigenthume ableiten, muffen fich bagegen eine verhaltnismäßige Berminberung ihres Biehftanbes gefallen laffen, ohne Unterschied, ob fie einen zehnsährigen Befitftanb erwiesen haben ober ihr Theilnehmungerecht nach bem Durchwinterungepringip berechnet ift (§. 51. ber Auch hieraus folgt, daß eine Ginheit des Maafstabes bei Festftellung ber Theilnehmungerechte nicht nothwendig ift. — Als Resultat ber vor-Rebenden Ausführung ftellt fich beraus, bag Befitftand und Durchwinterungsprinzip mit einander gar nicht in Rollifton tommen, vielmehr beibe neben einander als Maakstab ber Theilnehmungerechte sehr wohl bestehen können und im Wesentlichen zu bemfelben 3wede führen. (Entid. Bb. 6. S. 375 ff.)

- 2) Donniges hat fich mit dem Plenarbeschl. des Ob. Trib. einverftanden erklärt, indem er seine Ansichten in folgender Art entwickelt:
- a) Der bei Auslegung bes S. 32. aufgekommene 3weifel: ob ber Umfang bes Theilnehmungerechtes an gemeinschaftlichen Beiben anch folcher Intereffenten nach bem zehnjährigen Befigstanbe festzusegen sei, beren Theilnahme Maag unb Berhältniß burch Urkunden, Jubikate und Statuten bestimmt ift? erledigt fich burch die Faffung bes §. 32. in ben Worten: wenn bas Maag und Berhaltnig ber Theilnahme eines jeben einzelnen Theilnehmers, (b. h. aller Intereffenten) nicht burch Urkunden, Judikate ober Statuten bestimmt ist, so soll bieses Maaß und Berhaltniß (also aller Intereffenten) in der Regel nach dem letten gehnjährigen Befigftande festgestellt werben. - Dag ties ber Ginn bes S. 32. fei, ergiebt fich auch aus ber Bestimmung bes §. 34. Ausnahmsweise, wenn entweber ber zehn= jährige Befisstand nicht zuverlässig auszumitteln ift, ober aber von einzelnen Theils nehmern erwiesen wird, daß fie von ihrem (übrigens feststehendem) Rechte in ben letten gehn Jahren gar feinen, ober boch einen minderen Gebrauch gemacht haben, als wozu fle erweislich burch Urfunden, Indifate ober Statute befugt waren, foll bas Theilnahme = Berhaltniß nach ben Borfchriften bes A. E. R. I. 22. S. 90. ff. berechnet werben. Dieser Ansnahme hatte es gar nicht bedurft; die Borschrift bes S. 34. batte gar nicht gegeben werben konnen, wenn biefenigen Intereffenten, beren Thellnahme = Maag und Berhaltniß burch Urfunden, Judikate ober Statuten fests fteht, ber Regel bes 10jahrigen Besitstanbes nicht unterworfen waren. — Der S. 32. giebt also nicht blos einen hülfsmaaßstab zur Feststellung bes Theilnahmes Berhaltniffes solcher Intereffenten ab, beren Theilnehmungerechte bem Umfange nach nicht anderweitig schon feststehen, sondern brudt eine allgemeine Res gel für fammtliche Intereffenten aus.

b) Bu §. 34. ist zweiselhaft geworden: ob in ben hierin angegebenen Fällen die Durchwinterung als ein allgemeiner ober nur als ein hülfsmaaßstab zur Ersmittelung des Umfanges der Theilnehmungsrechte derjenigen Interessenten, deren Theilnahme-Maaß und Berhältniß nicht anderweitig nach dem zehnjährigen Beskstande ober nach Urkunden, Judikaten und Statuten schon feststeht, Auwendung kuden solle?

Das Marginal bes §. 34. "Berechnung nach ber Durchwinterung" und bie Worte: "es soll das Theilnahme-Verhältniß nach ben Vorschriften des A. E. R. I. 22. §. 90. ff. berechnet werden", lassen sich zwar in Uebereinstimmung mit der Auslegung des in ähnlicher Art gefaßten §. 32. auf alle Interessenten beziehen; der Anwendung des Durchwinterungsmaaßstades auf alle Interessenten widerspricht

jeboch ber Anfang bes als Norm vorgeschriebenen S. 90. a. a. D. wo es heißt:

"Ift bie Bahl bes vorzutreibenben Biehes nicht bestimmt, so mag ber Berechtigte so viel Stude, als er mit bem von ben berechtigten Grunbfluden gewonnenen Futter burchwintern fann, auf die Sutung

bringen."

hieraus geht beutlich hervor, daß wenn der Umfang der Theilnehmungsrechte anderweitig feststeht, ber Durchwinterungsmaaffab nicht in Unwendung zu bringen ift. — Dies ergeben auch bie gleichfalls in Bezug genommenen SS. 93., 96. a. a. D., welche einen anbern Maafftab, ale ben bee Winterfuttere, für biejenigen Intereffenten, welche nicht Ackerban treiben und nicht angeseffen find, zulaffen, nicht minder ber laut S. 44. in Beziehung auf S. 34. ftebenbe S. 47. Gem. Th. O., welcher, wenn die Gutung für eine bestimmte Anzahl Wieh und zugleich mit Bestimmung ber Beit ber julaffigen Ausübung verliehen ift, wo also bas Theilnahmes Maaß genau bestimmt ift, die Feststellung nach dieser Bestimmung anordnet. hieraus und aus ben Borverhandlungen zur Gem. Th. D. und beren Berathung im Staatsrathe ergiebt fich:

daß die Durchwinterung nur als ein Gulfsmaafftab auf diejenigen Interefe fenten in Anwendung zu bringen ift, beren Theilnahme Berhalfnig nicht

anders festgeftellt werben fann.

Der S. 34. Gem. Th. D. schränft ben allgemeinen Grundsat bes S. 32. bas hin ein:

a) das der zehnjährige Besitstand nicht zur Anwendung kommt, sondern bas Durchwinterungsmaaß, wenn ber zehnjährige Besitsftand nach ben Borschrife

ten ber §S. 32., 33. nicht zuverlässig auszumitteln ist;

B) ober aber von einzelnen Theilnehmern erwiesen wird, bag fie von ihrem (übrigens festkehenden) Rechte in ben letten 10 Jahren gar keinen ober boch einen minberen Gebrauch gemacht haben, als wozu fie erweislich burch Urkunden, Judikate ober Statuten befugt waren. In tiesem Falle wird nach biefen Bestimmungen verfahren.

y) Dagegen behalt ber S. 32. seine Anwenbung, wenn biejenigen Intereffens ten, deren Rechte nach dem Maage feststehen, von ihrem Rechte vollen

ober über daffelbe hinausgehenden Gebrauch gemacht haben.

c) Aus den vorstehenden Erlaut. (ad a. u. b.) ergiebt fich, daß ber zehnsihrige Befitstand und der Durchwinterungsmaakstab (wie auch der Plenarbeschl. des Ob.s Trib. v. 23. Nov. 1840 angenommen hat) neben einander auf einzelne Intereffenien Anwendung finden fonnen.

d) Nach SS. 32 - 34. der Gem. Th. D. ift mithin bas Berfahren ber Aus-

einandersetzungsbehörden bahin zu richten:

daß die Berechnung des Maages und Berhaltniffes der Theilnehmungsrechte an gemeinschaftlichen Gutungen zuvörderft nach Willenserklarungen, Indikaten und Statuten versucht, wenn diese, wie häufig der Fall, nicht hinreichende Ausfunft bieten, allgemein auf die Ermittelung bes Befitftanbes in ben letten 10 Jahren vor ber Auseinanbersetzung eingegangen wirb, und hinfichtlich berjenigen Intereffenten, beren Besithand zuverlässig ermittelt ift, barnach festgestellt wird, hinsichtlich berjenigen, welche nach Bertragen, Judikaten und Statuten ein höheres Theilnehmungerecht als nach dem Bes fibliande erweisen können, auf jene Beweismittel zurückgegangen wird und nur hinfichtlich berjenigen Intereffenten, beren Theilnahmemaaß weber auf speziellen Rechtstiteln beruht, noch burch zehnjährigen Befigstand zuverlässig ermittelt ift, auf ben Durchwinterungsfuß eingegangen wirb.

In diesem Berfahren sind die Schwierigkeiten und Beitlaufigkeiten ber Ers mittelung des Theilnahmemaaßes nach ber Durchwinterung großentheils beseitigt worden, welche erftere haupifachlich in ber Beranderung des Wirthschaftespftemes in ber neueren Beit beruhen. (Donnige's Lanbes Rult. . Bef., Bb. 2. G.

424 — 425.)

3) Dagegen hat das Min. des I. in dem C. R. v. 16. Jan. 1843 1) (Roch's Agrargesetzgeb., 4. Aufl. S. 148.) die in dem Plenarbeschl. des Ob.

¹⁾ Bergl. in Bb. L S. 349—350.

Trib. ausgesprochenen Ansichten für unrichtig erklärt und mit Bezug barauf die Auseinandersetzungs - Behörden mit besonderer Instruktion versehen.

4) Die natürlichste und sachgemäßeste Auslegung tes §. 34., welche zusleich in vollem Einklange steht mit den Vorschriften der §§. 31. u. 32., wonach "bei Bestimmung des Theilnahmeverhältnisses für jeden einzelsnen Theilnehmer principaliter Urkunden (Verträge), Judikate oder Statuten entscheiden und die beiden anderen Maaßstäbe (zehnjähriger Vortrieb und Durchwinterungssuß) nur in subsidium eintreten", dürste folgende sein.

Derjenige Intereffent, beffen Theilnahmemaaß, - Art und Bahl bes Biebes, nebft der Beideperiode - burch Urfunden, Judifate und Bertrage (welche alle Theilnehmer verpflichten) feststeht, (und ber seinen Anspruch auf ein solchergestalt feststehendes Maag auch nicht etwa mittelft Verjährung durch Nichtgebrauch verloren hatte) kommt im Theilungsplane mit der vollen Bahl des berechtigten Biebstandes jum Anfage, felbft bann, wenn er innerhalb ber letten gebn Jahre vor Anbringung der Provokation einen geringeren, als den urkunden-, judikatoder flatutenmäßigen Gebrauch ober gar keinen Gebrauch von diesem seinen Rechte gemacht hat. Ware dies nun ber Fall gewesen, so haben andererfeits die übrigen Beibetheilnehmer prafumtiv einen um fo viel größeren Gebrauch von ihrem unfirirten Weiderechte gemacht, indem ihr Bieh diejenige Beidenahrung verzehrt hat, welche ber Biehstand bes judikat =, urfunden - ober statutenmäßig Berechtigten verzehrt haben wurde, wenn er denfelben in derjenigen unverminderten Anzahl aufgetrieben batte, zu welder ihn seine Urfunde, sein Judifat ober bas Statut jederzeit berechtigten. Deshalb muffen die übrigen Theilnehmer, benen tein burch bergleichen Litel dem Umfange nach fixirtes Recht zur Seite steht, insoweit, als der judifat-, urfunden- und ftatutenmäßig firirte Weide-Biehftand des einen Intereffenten zum Ansate fommt, diesem weichen und nachsteben. genüber können sie sich mithin auf ihre zehnjährige Ausübung im Theilungsverfahren felhft nicht mehr berufen, da die Ausübung von ihnen nur Desmegen weiter ausgedehnt und ein verhaltnismäßig größerer Biebftand seit zehn Jahren aufgetrieben worden ift, weil der nach Urkunden, Judikaten ober Statuten berechtigte Biebstand bes einen Intereffenten gang ober theilweise von der Weide jurudblieb, ohne daß fle ihrerfeits aus diesem Richtgebrauche ein Recht erworben haben. Die zehnjährige Weidenutzung in ber im S. 33. bezeichneten Art foll nur einen substdiaren Maafftab für alle übrigen Theilnehmer, benen Judifate, Urfunden und Statuten mangeln, insoweit bilden, als keinem von ihnen bergleichen spezielle Rechtstitel jum Erweife bes Daages jur Seite fteben. Bum Erwerbe bes Weidetheilnahmerechtes felbft mittelft Afquisitiv - Berjahrung genügt ber gehnjabrige Bortrieb niemals; bas Recht felbft muß vielmehr, gang abgefeben von den SS. 33. u. 34., auf die im S. 31. bestimmte Art durch allgemeine, poobinzielle, flatutarische Bestimmungen ober spezielle Rechtstitel, zu benen allerdings auch die Berjährung gehört, erworben fein und nachgewiesen werden. Dabei ift dann für den Ball des Erwerbes durch Beriabrung mittelft 30-, 40-, 44jahrigen Befiges vor Ginleitung des Gemeinheitstheilungs - Berfahrens, für ben Erwerb bes Rechtes an sich die Ausübung während jener langeren Friften, für den Umfang aber - Die Ausübung . (Bahl und Art des vorgetriebenen Biehes und Beidezeit) mabrend der leteten zehn Jahre jener Usukapionsfrift entscheidend.

Abgesehen von denjenigen Theilnehmern, welchen Jubikate, Urkunden sber Statuten rückschtlich der Biehzahl und Art, — des hiernach zu bestimmenden Maaßes und Umfanges ihres Rechtes, — zur Seite fteben,

muffen alle übrigen Theilnehmer, deren Weiderecht solchergestalt nicht fixixt ist, dagegen einen und denselben substdiaren Maakstab, entweder nemlich den zehnjährigen Vortrieb oder aber den Durchwinterungssuß, gemeinschaftslich und gleichzeitig zur Anwendung bringen lassen, resp. sich alle zugleich dem einen oder anderen unterwerfen.

Obgleich das Ob. Trib. tiefen von dem Min. des J. und in der Praris der Auseinanderseung-Behörden allgemein anerkannten Grundsanicht angenommen hat, so beruht derselbe doch, selbst ganz abgesehen von den Bestimmungen der §§. 32. u. 84., auf der Natur und inneren Nothewendigkeit der Verhältnisse. Es würde sonst eine nur von zufälligen Umsständen, nicht von Rechtsgründen abhängige, vorübergehende Benutzung der Hünden, nicht von Rechtsgründen abhängige, vorübergehende Benutzung der Hütung Seitens des einen Interessenten über das Maaß des Rechtes des and eren entscheiden. Unter der, in ter Praxis gewöhnlich vorkommenden Boraussetzung, daß die Weide für alle ausgetriebenen Viehstände nicht ausereichte, vielmehr kümmerlich gewesen ist oder Nebensutter nöthig gemacht hat, würde die verschiedenartige, theils auf den Beweis des zehnsährigen Vorstriebes, theils auf das Wintersutter gegründete Vertheilung der Weide wesder dem Rechte der einzelnen Theilnehmer, noch dem wirklichen Besunde und Zustande der Theilungsmasse entsprechen.

IV. In Betreff der Ausmittelung des Maaßes und Umfanges der Weideantheile der einzelnen Interessenten, mit Berücksichtigung der oben entwickelten Grundsätze, ist hier noch Folgendes zu bemerken.

Die ber gemeinschaftlichen Benutung unterliegenden Grundftude, von benen in hinsicht auf Ermittelung der Theilnahmerechte hier nur die Rede ift, find in Betreff des Eigenthums an Grund und Boden feltener Gegenfand eines Streites; vielmehr kommt es meistens nur auf die Theilnahme an den gemeinschaftlich ausgeübten Nutungen an, und es find daher in ber Regel die aus der Gemeinbeit zu setenden Flachen in zwiefacher Beziehung zu betrachten: a) ihrer Sauptbestimmung nach, namlich insoweit fle (Acterbau, Beu, Bolg) bem Eigenthumer unbeftritten gebuhren, und b) ihrer Nebenbestimmung nach, soweit die Nutungen denjenigen zusteben, welche, außer dem Eigenthumer, zum Genuß derfelben berechtigt find. Unter die zu b. gedachte Rathegorie gehört die Weide, somobl auf Aeckern, Hutungen, als Forften, fast immer, und es wird sich baher im Allgemeinen jeder aus der Gemeinheit zu setzende Gegenstand in zwei Massen bringen laffen, beren erfte aus den Antheilen der Grundeigenthumer, beren zweite aber aus den Antheilen der zu Nebennutzungen (gewöhnlich der Beibe) Berechtigten besteht. — Die Bertheilung ber erften Daffe, resp. die Bildung bes Gollhabens jedes einzelnen Eigenthumers an berfeiben, ergiebt sich von felbst, wenn durch rechtsbeständige Willenserklarungen ober rechtsfraftige Erkenntniffe bekannt ift, welche Flachen und welche ber von benselben zu ziehenden Nupungen dem Eigenthumer zukommen, beren Werth dann nach ber Bonitirung in Bahlen (Roggen- ober Geldwerth) auszusprechen und bei der Vertheilung der Maffe zu berücksichtigen ift. Wo dergleichen pofitive Bestimmungen fehlen, sind die Antheile der Eigenthumer im historischen Wege zu ermitteln, wobei zu beachten, daß es binfichts des bei ber Bertheilung der Maffe dem Eigenthumer gebührenden Antheils und Souhabens den zu einzelnen Rugungen, insbesondere der Weide, Berechtigten gegenüber, hauptfächlich auf die ortsüblich hergebrachte Bestellungsweise ber Meder, Fruchtfolge, Bestimmung für die Schonzeit der Wiefen ic. ankommt, welche Voraussehungen daher zu erörtern und festzustellen find. -Die Vertheilung der zweiten Maffe dagegen, nämlich der Rebennutzungen ober der vielleicht auch im gemeinschaftlichen Eigenthume nach dem Berbaltniffe der Nebennutungen befindlichen Beidereviere, hat oft Schwierig-

- keiten. 1) Das Gesetz hat für die Feststellung des Maaßes und Werhältnisses der Theilnahme an dergleichen Objekten (gemeinschaftlichen Hütungen), wie bereits erwähnt, in Ermangelung der Urkunden, Judikate ober Statuten, zwei Wege vorgezeichnet:
- a) den Besitsstand in den letten der Einleitung der Theilung vorhergegangenen zehn Jahren (§S. 32., 33.),
- b) für den Fall, daß solcher nicht zuverlässig zu ermitteln, die Durchwinterung mit Berücksichtigung der besonderen eigenen privativen, oder mit anderen in Gemeinschaft zu benutzenden Weiden (§§. 34. ff., §§. 44., 48., 50. unter näherer Raaßgabe der §§. 45., 46., 47., 51.).

Aritt der Fall ad a. ein, und können die bei ihm vorgeschriebenen Ersfordernisse beschafft werden, so ist die Bildung des Sollhabens, oder die Bestimmung des Antheils, welchen jeder Interessent an der gemeinschaftslichen Masse hat, einsach, indem durch die Bonitirung ermittelt ist, wie viel Beide überhaupt und in den besonderen Zeiträumen vorhanden. Diese ist in dem durch die Aheilnahmerechte gegebenen Verhältnisse auf die einzelnen Berechtigten zu repartiren, und nach Maaßgabe dieser Repartition seiner Zeit die ganze Weidemasse zu vertheilen.

Ift aber die Feststellung des Theilungsfußes nach dem zehnjährigen Bessisstande (§§. 32., 33.) weder durch förmlichen Beweis, noch durch Versgleich zu erreichen, so muß das Prinzip ad b. (des Durchwinterungssmaaßstabes) zur Anwendung gebracht werden. — Sierbei ist zunächst der durchzuwinternde Biehstand zu ermitteln. *)

Wenn nun der überhaupt zu haltende Viehstand feststeht, so kommt et ferner darauf an, das Maaß und Verhältniß der Theilnahme desselben an der Theilungsmasse zu ermitteln, wobei die ganze aus dem Theilungs-Objekte hervorgehende Weidemenge, rest, dessen Weidewerth, — diesselben entstehen von Aeckern, Wiesen, Hatungen oder Forsten, — das die Weidetheilungs-Wasse bildende Objekt ist. — Hierbei kommt es gewöhnlich vor, daß die Verechtigten:

- a) mit gleichen Biehftanden in gleichen Beitraumen, oder mit verschiebenen Biehftanten in gleichen Zeitraumen,
- b) mit gleichen ober verschiedenen Biehftanden und in verschiedenen Beitraumen,
- c) mit einzelnen Biehgattungen ausschließlich ganz, oder in bestimmten Beitraumen,

(ad a., b. u. c. unter Voraussetzung des Mangels aller privativen Weiden, oder der Besugniß, sich solche nicht anrechnen lassen zu dürsen),

d) mit gleichen ober verschiedenen Biehftanden in gleichen Beitraumen, beim Beste überfluffiger besonderer Nebenweiden,

¹⁾ Es ift wiederholt darauf hinzuweisen, daß das Recht der Theilnahme selbst an sich feststehen muß, und hier nur die Rede ist von dem Maaß und Berhältnisse derselben.

²⁾ Die technischen Anleitungen bazu werben ertheilt in der Instrukt. der lands wirthschaftl. Abth. der Reg. zu Frankfurt v. 1842, S. 98. S. 265 ff., der Gen. Kom. zu Berlin v. 1838, S. 34. S. 41, zu Stargard v. 1842, SS. 74. ff., S. 75 ff., zu Stendal v. 1845, S. 94. S. 158, zu Posen v. 1841, S. 27. S. 152 ff., nebst Nachtrag v. 1847, S. 25 ff., zu Münster v. 1844, SS. 90. ff., S. 59 ff., der Reg. zu Gumbinnen v. 1844, SS. 31. ff., S. 85 ff.

e) mit gleichen ober verschiedenen Biebstanden in verschiedenen Beitraumen, beim Besitze überflussiger besonderer Rebenweiden,

f) mit gleichen oder verschiedenen Biehftanden oder Zeitraumen, bei

gleichmäßig beschränkten Rebenweiben,

g) in bestimmten Zeiträumen mit Ausschluß aller übrigen Theilnehmer, h) mit gleichen oder verschiedenen Viehständen und Zeiträumen, mit theils beschränkten, theils überstüssigen Nebenweiden, die gemeinschaftliche Hütung zu betreiben befugt sind. Das gesetzliche Prinzip für die Theilung überhaupt besteht darin, daß jeder Berechtigte nach Verhältniß der Nutzungen, welche er vom Theilungs-Objekte gesetzmäßig wirklich gezogen, oder rechtlich hat ziehen dürsen und können, abzusinden ist.

Ueber die technischen Grundsate, welche in den verschiedenen oben gedachten Fällen maaßgebend sind, vergl. die technische Instrukt. der land-wirthsch. Abth. der Regier. zu Franksurt v. 24. März 1842 SS. 101.—109. S. 272 sf. — Vergl. auch die Instrukt. der Gen. Kom. zu Ber-lin v. 1838, SS. 35. sf. S. 42 sf., zu Stargard v. 1842, SS. 80. sf. S. 85 sf., zu Stendal v. 1845, SS. 92—93. S. 156 sf., zu Vosen v. 1841, SS. 25., 26. S. 148 sf., zu Münster v. 1844, SS. 81. sf. S. 55. sf., zu Breslau v. 1846, SS. 70. sf. S. 93 sf., und der Regier. zu Gum-binnen v. 1844, SS. 29. u. 30. S. 83 sf.

Bum &. 35.

1) Ift bei der Berechnung des Maaßes und Umfanges der Theilnehmungsrechte das Futter von solchen Ländereien, die nicht Bubehor
des berechtigten Gutes sind, insbesondere von Pachtlandereien, welche
seit rechtsverjährter Zeit dabei benutt worden, zu berückschtigen?

Das Revisions-Kollegium für L. K. S. und das Db. Trib. haben (in den Erk. v. 17. April u. 10. Aug. 1848 in der Sache Schlessen

G. Nr. 7.) verneint und ausgesprochen:

a) Bei der Anwendung des zehnjährigen Vortriebes entscheidet nicht der faktisch, sondern der rechtlich gehaltene und vorgetriebene Viehstand; es kann daher das von Pachtlandereien durchwinterte und vorgetriebene Vieh bei Ermittelung des zehnjährigen Vortriebes nicht in

Unrechnung gebracht werden.

b) Der J. 35. der Gem. Theil. D. ist nur von solchen außerhalb der Feldmark des berechtigten Gutes gelegenen Grundstücken zu verstehen, welche dem Besitzer des letteren eigenthümlich gehört haben; es können daher bloße Pachtgrundstücke, selbst wenn sie bei dem berechtigten Gute rechtse verjährte Zeit hindurch benutt worden sind, bei den Durchwinterungsekräften nicht berücksichtiget werden. (Vergl. Zeitschr. des Revis.-Rolleg. Bb. 2. S. 334. in der Note.)

Diese Grundsate führt auch das in der Zeitschrift tes Revis.-Rolleg. für L. R. S. Bd. 2. S. 328—334 veröffentlichte Erkenntniß (Datum kon-

flirt nicht) aus, und zwar aus folgenten Grunben:

Nach \$5. 26., 90., 91., 93., 96., 97., 203., 205., 208., 222., 237. A. E. R. I. 22. ift jede Grund gerechtigkeit auf das Bedürfnis des herrschenden Grundstückes obes das perfonliche Bedürfnis des Besitzers und seiner Fasmilie beschränft. Die landrechtlichen Borschriften sollen (nach §. 31. der Gem. Th. D.) bei der Theilung der Gemeinheiten für die Ermittelung der Theilnehmungszrechte gelten, sosern sie nicht durch die Gem. Th. D. selbst modiscirt sind. Wenn mithin die Berechnung nach der Durchwinterung erfolgt, müssen jene Bestimsmungen Anwendung sinden; der S. 35. der Gem. Th. D. aber ift nur eine Westissischen des S. 91. A. E. R. I. 22. in Bezug auf die anteren eigenthümlichen Grundstücke der hütungsberechtigten und bezieht sich auf Bachtlandereien in

keiner Art, wie fich aus dem Gegensate in jener Borschrift: "Bubehör zur Zeit der Berleihung ober Benutung dabei durch rechtsverjährte Zeit" ergiebt, da somit nur die Benutung des Zubehörs gemeint sein kann, Pachts ländereien aber niemals Zubehör eines eigenthümlichen Grundstücks des Pachsters sein können. Außerdem spricht der § 35. nur von kändereien, welche außers halb der Feldmark des berechtigten Gutes belegen sind, ist mithin auf solche ins nerhalb dieser Feldmark nicht zu beziehen.

Für die Feststellung der Theilnehmungsrechte nach dem Besitztande wird zwar allgemein als Regel der Durchschnitt der vorgetriebenen Biehzahl in den letten 10 Jahren vorgeschrieben, ohne zu unterscheiden, woher das Wintersutter für dasselbe entnommen worden ist; das aber eben so auch hierbei auf das wirthschaftliche oder persönliche Bedürfnis des Berechtigten Rückscht genommen wird,

ergiebt fich aus §. 33. litt. a. und b.

Benn hier insbesondere gesagt ift, baß die Biehzahl Derjenigen, welche ihren Biehstand über die Mittelzahl, die Andere seiner Alasse gewöhnlich gehalten, erhöhet haben, bis zu eben

dieser Zahl erniedrigt werden soll, fo leuchtet ein, dag Bieh, welches aber bas Beburfnig bes berechtigten Gutes ober bes Befihers gehalten, resp. von fremben ganbereien ober mit gefauftem Futter, überwintert worden ist, nicht berücksichtigt werben barf. — Außerdem geht aus der Borschrift ber Gem. Th. D. über die Folge Drbnung ber Ermittelung ber Theilnehmungsrechte und bem, was über bie Entstehung bes gebnjährigen Bortriebes bekannt ift (cf. Kretschmer's Konkorbanz, 1830, S. 423 bis 425), hervor, das diefer als Erleichterung für jene Ermittelung eingeführt worden ift. Es muß baber angenommen werben, das man burch diesen daffelbe Biel, wie mittelft der Durchwinterunges-Berechnung, zu erreichen beabfichtigte, mithin gleiche Grunds lagen für beibe Ermittelunge surten vorausseste, namlich bas Bebürfniß bes Berechtigten. - Bollte man aber bei ber Berechnung nach bem gehnjahris gen Besitstande Bieb veranschlagen, welches von Pachtlandereien burchs wintert worden ift, mabrend foldes bei ber Berechnung nach ber Durchwintes rung ausgeschloffen bleiben murbe, fo mußte bas Resultat beiber Ermittelungen pringipienmaßig ein gang verschiebenes fein. Dagu tommt, bag ber Bachter eines Grundftudes, insoweit er mit Rudficht barauf Bieh gehalten und auf frembe Beide gebracht hat, nur als Reprasentant des gepachteten Grundstucks aufges treten ift, und dadurch keine Rechte für seine eigenen Grundstücke erwerben konnte, mithin auch feine Abfindung für solche im eigenen Ramen forbern barf.

Schließlich nimmt die Ausstührung noch Bezug auf die derselben zur Seite stehenden Vorschriften der Großherzoglich Hessischen Gem. Th. O. v. 9. Juli 1808 SS. 114-119., welche der Preuß. Gem. Th. O. zur Grundlage gedient haben. 1)

Roch (Areisger. Dir.) erflärt bies mit Recht für unrichtig. Er bemerkt, daß Futtergewinn von erhachteten Grundstüden in einer fremden Feldmark, in der hier in Betracht kommenden Beziehung, mit angekauftem Futter auf gleicher Linie flehe, und nimmt als Argument den S. 38. der Gem. Th. D. in Bezug. (Roch's Land-Recht, Bb. 2. S. 872, Rote 19). — Wenn nun auch diese

¹⁾ In einem alteren Falle ift entgegengesetzt erfannt, und durch bie konsormen Urtel der Gen. Rom. zu Berliu, des Revis. Rolleg. für die Proping Brandenburg und des Ob. Trib. (v. 3. Juli 1830, 6. Aug. 1831 u. 7. Nov. 1832) angenommen worden, daß bei Berechnung der Durchwintes rungsfräfte das Futter von Ländereien außerhalb der Feldmark, welche seit rechtsversährter Zeit pachtweise oder sonst widerrusslich bei dem hütungss berechtigten Gute benutt worden sind, berücksichtiget werden müsse; denn der S. 35. der Gem. Th. D. mache keinen Unterschied zwischen eigenthümlichen und gepachteten Ländereien; hiernach aber sei die Borschrift des A. E. R. I. 22. S. 91. für abgeändert zu erachten, und es komme daher nur darauf an, das das Futter von den außerhald der belasteten Feldmark belegenen Ländereien seit rechtsverzährter Zeit dei dem berechtigten Sute benutt worden. (Centrald. für Breuß. Jur. 1839, S. 917—920).

/

2) Unter Ländereien, welche außerhalb der Feldmark eines hütungsberechtigten Gutes belegen sind, und deren Futterertrag, wenn sie seit rechtsverjährter Zeit dabei benutt worden, bei der Durchwinterungsberechnung
(nach §. 35.) berücksichtiget werden soll", sind nicht selbstständige Vorwerke, sondern nur einzelne Necker und Wiesen zu verstehen. 1)

Erfannt von dem II. Sen. des Db. Trib. unterm 3. Juni 1844.

(Praj. Nr. 1449, in ber Praj. Samml. bes Db. Trib. S. 330.)

3um §. 36.

Die auf S. 36. der Gem. Theil. D. gegründete Befugniß des Hütungsberechtigten, bei der Ablösung seines Hütungsrechtes zu verlangen, daß bei der Durchwinterungsberechnung das Futter von Zehnten berückschiget werde, wird dadurch allein nicht verändert und resp. aufgehoben, daß der Naturalzehnt bereits vor Einleitung des Ablösungsverfahrens in eine Rente umgewandelt worden ist.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 11. Aug. 1847. (Praj. Rr. 1904, in der Praj. Samml. S. 340. und in den Entsch. Bd. 15.

6. 489.)

Zum \$. 39.

1) Die Bestimmung des S. 39. hat zu dem Zweisel Beranlassung gegeben, ob dadurch das Theilnehmungsrecht eines mit einer Schäferei-Gerechtigkeit versehenen Gutsherrn im Ganzen verändert werden könne, weil alsbann dasselbe in Rücksicht seines übrigen Viehes an Pferden, Ochsen, Kühen und Jungvieh nur so hoch bestimmt werden darf, daß es überhaupt die Durch-

winterung nicht überschreitet.

Die Gen. Kom. zu Stargard bemerkt hierüber in ihrer technischen Instrukt. v. 28. Dec. 1841 §. 75. S. 77, daß dieser Zweisel seine Erlesdigung darin sinde, daß die Schaase in der Regel längere Zeit im Jahre auf die Weide getrieben werden konnen, als das übrige Vieh, und daß solche auch häusig Winterabtristen haben, so daß ste mithin verhältnismäßig weniger Wintersutter bedürsen, als das Rindvieh. Wenn daher der Schäserei-Berechtigte in den letten zehn Jahren einen größeren Schaasstand gehalten habe, als solcher nach der Durchwinterung angenommen werden könne, dann werde dennoch sein Theilnehmungsrecht im Ganzen erhöhet werden, wenn auch letteres in Rücksicht des übrigen Viehes nur nach Abzug dessenigen Kuters bestimmt werde, welches für den in den letten zehn Jahren gehaltenen Schaasstand erforderlich ist. Ebenso könne er bei der Abssindung für einen größeren Schaasstand auch dann Vortheil haben, wenn sich bei der Bonitirung ein Uebersluß an Schaasweiden, ein Mangel aber an Weide, welche für das Kindvieh geeignet ist, ergeben habe.

2) Ueber die Grundsate, welche bei ber Wertheermittelung ber Schaaf-

1) Die Richtigkeit dieses Prajud. ift anzuerkennen; indes versteht es sich von selbst, tas, wenn der Besitzer eines außerhalb der Feltmark belegenen selbststäns digen Borwerks als solcher Inhaber einer selbstständigen Weides Gervitut auf der der Gemeinheits-Theilung unterliegenden Feldmark sein sollte, derselbe in

Dieser Eigenschaft zur Theilnahme berechtiget ift.

Bezugnahme nicht zutreffend ift, da ber S. 38. a. a. D. von einem ganz ander ren Falle handelt, nämlich der Regel nach verdietet, das Futter aus Abgängen einer zum berechtigten Gute gehörigen Brauerei und Brennerei, ober einer anderen Fabrikationsanstalt, zu berücksichtigen, so muß doch die (im Terte vorgetragene) Ansicht, aus den von dem Revis. Rolleg. für L. R. S. dafür entwickelten Gründen, für die unzweiselhaft richtige angesehen werden.

weiden im Verhältniß zu den anderen Vieharten anzunehmen, vergl. das R. des Min. des J. für Gewerbe-Ang. v. 15. Febr. 1837. 1) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 77.)

Bum S. 40.

1) Es ift im S. 40. nur von solchen Interessenten die Rede, welche mit Grundstücken angesessen sind, die Wintersutter gewähren, nicht aber von Interessenten, die mit dergleichen Grundstücken nicht angesessen sind. Wegen

der letteren vergl. SS. 41. 42.

2) Der S. 40. sett serner, da er dem S. 34. und dieser dem S. 31.—
namlich wegen Berechnung des Viehstandes zufolge der Vorschriften des A. L. R. nach dem Wintersutter — unterstellt ist, voraus, daß das Theilsnehmungsrecht des Berechtigten mit Vieh, welches mit Stroh und hen nicht erhalten wird, nicht anderweitig (S. 31.) feststeht. In diesem Falle soll das Theilnehmungsrecht nach dem nachzuweisenden 10 jährigen Besitzstande ermittelt werden. Ist auch solcher nicht nachzuweisen, so fällt eine Absindung dafür weg. (Alta des Staatsfanzler-Amis. Regul. Rr. 1. a. Vol. 5. Bl. 161. sf., u. Dönniges Landes-Kult. Gesetzeb. Bd. 2. S. 425.)

Dagegen ift Kretschmer der Ansicht, daß, wenn der zehnjährige Bestaffand nicht nachgewiesen werden könne, auf das in der Gegend. und besonders bei der Klasse der abzusindenden Ackerwirthe, übliche Verhältniß der
nicht strohfressenden Thiere zu dem übrigen Biehstande zurückgegangen wer-

ben muffe. (Ronfordang, jum S. 40. ber Gem. Th. D.)

Die Gen. Komm. zu Stargard bemerkt in ihrer technischen Instruktion v. 28. Dec. 1841 §. 76. S. 77, daß, wenn für Wieh der im §. 40. gedachten Gattung besondere Absindung gewährt werden muß, im Falle der Bestsftand der letten zehn Jahre in der im §. 33. der Gem. Th. D. bestimmten Art nicht nachgewiesen werden kann, auf dieses Wieh bei Bauersgütern wis die bis wird und bei Borwerken is die von der durchzuwinternden Sampterzahl an Großvieh angeschlagen werden könne.

3n §§. 41. und 42.

-1) Der S. 5. der Dekl. v. 26. Juli 1847 *) (G. S. 1847 S. 327) bat die SS. 41. und 42. der Gem. Th. D. dahin erläutert, daß dieselben sowohl auf die zum Privatvermögen, als auch auf die zum Gemeindeglie- der-Vermögen gehörigen Hutungsnutzungen Anwendung sinden *).

Bergl. die Erlaut. jum S. 5. der Defl. p. 26. Juli 1847 (f. ju SS. 16.

und 17. ber Gem. Th. D., Buf. V. ad 6., oben S. 56).

2) Bergl. in Bb. I. S. 348.

a) Durch die Bestimmung des §. 5. der Desl. v. 26. Juli 1847 sinden inssbesond. der Pienarbeschl. des Ob. Trib. v. 22. März 1841 (J. M. Bl. 1841, S. 212, Min. Bl. d. i. V. 1841, S. 167, Entsch. Bd. 7. S. 24) und die darauf bezüglichen C. R. des Min. des J. v. 12. Aug. 1841 (Min. Bl. d. i. V. 1841. S. 211, Nr. 328.) und des J. u. der J. v. 12. Febr. 1845 (J. M. Bl. 1845,

6. 38) ihre nabere Erlauterung.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 350-351.

³⁾ Die in dem §. 42. der Gem. Th. D. in Bezug genommenen Borschriften des A. E. R. II. 7. §§. 30. ff., sowie die Borschriften der §§. 28. u. 29. ebendas., sinden nach Erlaß der Dekl. v. 26. Juli 1847 in den Bestimmungen der letzteren ihre nähere Erläuterung. Es ist daher, nachdem seit Erlaß der Dekl. v. 26. Juli 1847 die früheren hierauf bezüglichen Bedenken für erlediget zu erachten sind, nur noch von untergeordnetem Interesse, auf die früheren betreffenden Ansichten, inse besondere des höchsten Gerichtshofes, hinzuweisen.

2) Bum §. 41. Litt. b. und c.

In Bezug auf diese Bestimmungen ift darauf hinzuweisen, daß auf die

Der ermahnte Plenarbeschluß stellt jum A. 2. R. II. 7. S. 28.) folgenben Rechtsgrundsat auf:

"Neue Andauer in einer Dorfgemeinde haben auf die Mitbenutung der "Gemeingrunde in allen Fällen ein Recht, in denen die der Errichtung ihrer "Stellen vorhergehenden Verträge keine ausdrückliche entgegengesetzte Bes "stimmungen enthalten. Aus der bloßen Nichterwähnung dieses Rechtes in

"ben Bertragen fann beffen Entziehung nicht gefolgert werben."

Mit Bezug hierauf weist das oben alleg. E. A. des Min. des J. v. 12. Aug. 1841 die Reg. an, durch die Landrathe dahin zu wirken, daß die Frage über die den Neuandauern etwa zuzugestehenden Hütungs und sonstigen Rupungsrechte an dem Gemeinde Bermögen gleich bei den Berhandlungen über deren Ansiedelung und deren Aufnahme in die Gemeinde geordnet und in solcher Art fünftigen Streistigkeiten vorgebeugt werde.

Das C. R. v. 12. Febr. 1845 macht barauf aufmerksam, daß bei Anwendung des Plenarbeschl. v. 22. März 1841, hinsichts der Auslegung der SS. 28 — 30. A. E. R. II. 7., zwischen dem Vermögen und den Rupungsrechten der Gemeinden, als solche, und dem Vermögen und den Rupungsrechten einzelner Societäten oder Rlassen innerhalb der Gemeinden, zu unterscheiden, und dieser Unterschied zwischen

beiben Bermögensarten zu beachten fei.

Späterhin (nach Erlaß bes Ges. v. 3. Jan. 1845) hat bas Ob. Trib. sich veransaßt gesehen, ben Plenarbeschl. v. 22. März 1841 burch ben (nachstehensben) Plenarbeschl. v. 17. Oft. 1845 zu ergänzen und näher zu bestimmen:

Che bas Ges. v. 3. Jan. 1845 über bie Bertheilung von Grundftuden

und die Gründung neuer Ansiedelungen erschienen war, mar:

1) ber bloge Anban innerhalb ber Gemeinbe nicht gureichenb, um allein

schon bas Recht ber Mitgliedschaft zu gewähren.

Ueber die Weise, wie Jemand zum Gemeinde-Mitglied aufgenommen wird, entscheiben vielmehr vorzugsweise die Partikular-Rechte. Bo es an Bartikular-Rechten ermangelte, bedurfte es jedoch zur Aufnahme als Gemeinde-Mitsglied nicht einer ausdrücklichen Erklärung von Seiten der Gemeinde. Es machte zwar:

a) beim Anbaue feinen Unterschieb, wenn er auf ber Parzelle eines schon vorhandenen Privatgrundftuces eines Gemeinde Ditgliedes erfolgte. Das

gegen war

b) die bisherige Zahlung eines veränderlichen Weitegeldes eine erhebliche

Thatfache gegen das Bestehen ber Ditgliedschaft in ber Gemeinde.

Das Gewicht biefer Thatsache zur Ausschließung dieser Mitgliedschaft und ber in ihr begründeten Theilnehmungs Rechte an der Rusung des Gemeindes Bermögens war jedoch in jedem einzelnen Falle von der Beschaffenheit der übrisgen ermittelten Umftände abhängig.

2) Bur Ausschließung vom Theilnahme=Rechte an ben Gemeingrunden genügte es, wenn der Anbauer von seinem Verkäufer, oder von der Kreisbehörde belehrt war, daß er dieses Theilnahme=Recht erft durch Vereinigung mit der

Gemeinbe erwerben muffe.

3) Das Theilnahme=Recht eines Renandauers bei der Hutung in Folge seiner Gemeinde=Mitgliedschaft erstreckte sich bloß auf die Gemeingrunde als Korporations=Bermögen (3. M. Bl. 1845, S. 230 u. Enischeid. Bb. 11.,

6. 74 ff.).

Bergl. Roch's Beurtheil. der Entsch. des Ob. Trib. S. 472, besgl. zur Würdigung der in dem Plenarbeschl. v. 17. Oft. 1845 ausgesprochenen (nur sehr bedingt anzuerkennenden) Prinzipien, die Erläut. zu dem Ges. v. 3. Jan. 1845 über die deuselben zum Grunde liegenden Tendenzen, in dem Kommentar dazu. (S. in Bd. II. Abth. I. S. 122 ff.).

b) In Bezug auf die Bestimmungen der §§. 18., 21., 28. ff. A. L. R. II. 7., und mit Racksicht auf die Vorschriften der §§. 41. u. 42. der Gem. Th. O. hat das Ob. Trib. (vor Erlaß der Dekl. v. 26. Juli 1847) folgende Rechtse

erft nach dem Zeitpunkte ber Anbringung der Provokation in die Gemeinde eingezogenen Burger und Schupverwandten bei Vertheilung der Weide

grunbsate über bas Recht ber Theilnahme an den Rupungen ber Gemeins grunde") ausgesprochen:

an) Benn bei Gelegenheit ber Regulirung ber gutdherrlich = bauerlichen Ber-

*) Das Praj. des Ob. Trib. v. 17. Sept. 1844 (Praj. Samml., S. 179, Rr. 1482) spricht aus, daß unter "Gemein-Gründen" (A. E. R. II. 7. §§. 28., 30.) nicht bloß Grundstäcke zu verstehen, die sich im Eigenthume der Gesmeinden als solcher besinden, sondern auch die, welche privatives Eigenthum der einzelnen Mitglieder (Interessentens Privatvermögen) sind, aber zu Weiden sie gesammten Mitglieder der Gemeinden bienen, und deshalb als Gemeins weiden zu betrachten sind.

Dies Braj. ift indeg, - insbefondere nach S. 4. ber feitbem ergangenen authentischen Dekl. ber \$5. 28. u. 30. A. L. N. II. 7. v. 26. Juli 1847 — ale richtig nicht anzuerfennen. Privatbefit (ber einzelnen angefeffenen Birthe, welche als folche in der Regel auch zugleich Mitglieder ber Gemeinde find), und Rors porations Bermögen (ber Gemeinde als solcher) find Begriffe, die fich gegenseitig anefchließen. Die ber hutung unterworfenen, im Conbereigenthume einzelner Gemeinbeglieder befindlichen Aeder, Biefen, Balds und Weibegrundflude werden das burch nicht Gemeinweiben (Beibegrunbflude, beren Substanz ber Korporation ber gangen Gemeinde angehört und auf die Jeber Bieb auftreiben barf), weil fle von ben Mitgliedern ber Gemeinbe, wenn schon von allen und sogar von den nicht angeleffenen Dorfeeinwohnern in Gemeinschaft zur Beibe benutt werben. Gelbft biefe gemeinschaftlich ausgeübte Weibenutung, als ein besonderes, von ben Medern, Wiesen sc. und beren Benutung getrenntes Rechtsobjekt, ift barum, weil fie von allen Migliebern und Dorfebewohnern gemeinsam ausgeübt wird, noch nicht ale ein Bermögensobjett ber Korporation (als Gemeinbeglieber:Bermögen, -Gemeindeweide) zu betrachten. In den bstlichen Provinzen ift faum ein Fall nachweisbar, in welchem bie Theilnahme an einer folden gemeinschaftlichen Weibe auf Medern, Wiesen, Grunbhutungen und Forftfluden in ben landlichen Ortschafs ten, ein Ausfluß ber Gemeinbemitgliebschaft (S. 1. der Defl. v. 26. Jul. 1847) und nicht vielmehr Inbehor der Besitzungen und Grundftucke ber angeseffenen Wirthe, also ein subjektivobingliches (Privats) Recht, daher als eine gegenkeitige Orundgerechtigkeit angufeben mare; mabrend g. B. in ber Rheinproving Die Stops pelweide und der obe Weibgang (vaine pature) in der Regel als ein den sammtlichen Mitgliedern ber Gemeinde, vermöge diefer ihrer Eigenschaft zustehendes, aus Diefer Rechtsquelle abgeleitetes Recht betrachtet wird. (S. 5. ber Gem. Th. D. für bie Rheinproving 2c. v. 19. Mai 1851.) Die Beibetheilnahme ber unangefeffenen Dorfsbewohner ift in ber Regel auf ihre Bermiether und hauswirthe, ober auf ein procarium guruckzuführen. (S. 41. c. n. S. 42.) Bare aber auch bies nicht ber Fall und ware ferner in bem einen ober anbern Falle nachweisbar, baß auch die in Gemeinschaft mit allen Ginwohnern von ben angefessenen Birthen ausgeübte Weibebenntung fich nicht in einer ben Grundftuden antlebenben Grundgerechtigfeit, fondern in ber Gemeindemitgliebschaft grundete, fo wurde bann boch nur bas Rechtsobjeft ber gemeinschaftlichen Beibe (bie Beibes maffe, theilweise ober gang) forporatives Bermögen sein, entweder nach Berhalts nis bes Antheils, ben tie unangeseffenen Bewohner burch ihre Theilnahme an ber Beibe bavon bezogen haben ober für ben ganzen Betrag bes Beibewerthe, für welchen bann, antheilig oder gang, die Gemeinde Rorporation abzufinden ift. Auch hierdurch aber wurde ber privatrechtliche Charafter ber gemeinsam bes weibeten Ader=, Biefen= ober Gutungegrundftude nicht veräubert und fonnten diese deshalb immer noch nicht als Gemeindes Gründe oder Gemeindes Gatungen beurtheils werben. - Uebrigens aber ift es für bas Theilnahme Bers haltnis an der gemeinschaftlichen Weide gleichgültig, ob diese Rupung für fich betrachtet condominium ber Rugenben ober Gemeindeglieber Bermogen ift. (§. 5. der Dekl. v. 26. Juli 1847.)

nicht gerücksichtigt werden kann. Auch in Beziehung auf die Theilnahmes rechte ter hausbesiger, sowie ber unangefeffenen Burger und ber Schutverwandten unter sich und anderen Rlaffen gegenüber, soweit das Theilnahmeverhaltniß von der Angabl der Mitglieder jeder Klaffe abhangt, ift daffelbe mit Eröffnung des Theilungsverfahrens als fixirt und abgeschlossen anzunehmen.

3) Zum S. 41. Litt. c.

Unangeseffene Bürger, denen ein Theilnahmerecht an der Gemeinweide zusteht, erwerben die dafür zu gewährende Absindung nicht eigenthumlich 1).

Angenommen von dem Db. Trib. durch ben Plenarbefchl. v. 4. Sept.

1843 (Min. Bl. b. i. B. 1844 S. 53 n. Entscheib. Bb. 9. S. 50 ff.)

haltniffe mehrere Bubner eines Dorfes verlangen, daß ihnen ein Antheil an ber Gemeinweibe zugesprochen werbe, so fann folches nur in Betreff berjenigen Bubner geschehen, welche fich auf eine barüber in ihren Grundbriefen ausbrücklich enthals tene Bestimmung zu begrunden vermögen, nicht aber in Beireff ber Uebrigen; benn der S. 42. der Gem. Th. D. und bie SS. 18. u. 21. A. E. R. II. 7. fiehen ihnen nicht zur Seite, und bie SS. 28-30. a. a. D. finden barauf feine Anwendung.-(Erf. bes Db. Trib. v. 8. Sept. 1823, im Centralbi. für Preug. Jur. 1839, **6.** 753).

bb) Unter ben Befigern ber in einem Dorfe ober in beffen Felbmart geleges nen bauerlichen Grunbftude (A. E. R. II. 7. S. 18.) und ben angefeffenen Birthen (SS. 20., 22., 31. a. a. D.) find nicht blog die Befiger ber im Dorfe vorhandenen bauerlichen Wirthschaften, sondern auch bie auswarte wohnenden Befiger ber in der Feldmarf gelegenen bauerlichen Grunbftude zu verfteben, und biefen letteren gebührt ebenfalls die im S. 28. ff. a. a. D. bezeichnete Theilnahme an ben Rugungen ber Gemeingrunde durch Gutung, Golgung ic. Die Borfcbriften ber SS. 42. u. 34. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 fteben bem nicht enigegen, und namentlich ift im S. 34. für ben Fall, wo von bem Rechte in ben lesten 10 Jahren gar kein Gebrauch gemacht worben, bas Theilnahme-Recht nicht bavon abhängig gemacht, daß es durch Urfunden, Judifate und Statuten feftkebe. (Erf. bes II. Sen. bes Db. Trib. v. 26. Oft. 1838, Praj. Rr. 658. in Der Praj. Sammi. S. 177).

cc) Auch der Befiher eines im Dorfe ober beffen Feldmark gelegenen Wohns hauses kann Mitglied der Gemeinde sein; ber Besit von Aeckern ift baju nicht erforberlich. (Erf. tes II. Sen. bes Db. Trib. v. 10. Juni 1844, Praj. Rr. 1463,

in ber Braj. Samml. S. 178.)

dd) Auch die Pfarreien, beren Necker und Wiesen auf der Dorffeldmark mit ben bauerlichen Grundftuden im Gemenge liegen, find ale Miteigenthumer ber Gemeingrunde zu betrachten, und namentlich zu beren Rugung burch Gutung bes rechtiget, ohne Unterschied, ob die Pfarrgrundftude von einem im Dorfe belegenen Wirthschaftshofe aus genutt werben, ober nicht. (Erf. des II. Sen. des Db. Trib. v. 27. Oft. 1843, in ben Entscheib. Bb. 9. G. 312 u. Praj. Rr. 1355. in ber Praj. Samml. S. 178.)

Roch erklart bies für unrichtig; benn bie Pfarrwiedemuth gehore nicht zu ben bauerlichen Grundftuden und nicht gur Bauernfeldmart, und beshalb tonne die Entscheibung nicht aus ben Bestimmungen über die Mitgliedschaft bei ber Bauerngemeinde hergenommen worden. (Beurtheilung der Entsch. bes D. Trib.,

6. 642.)

ee) An Orten, wo die Magdeburgische Kirchen Drbn. v. 9. Mai 1739 als Provinzialrecht gilt, fann einem mit Acker in einer Feldmark botirten Pfarrer ein Theilnahmerecht an ber Weibe nicht versagt werben, auch wenn er nicht in bem Dorfe wohnt, noch in demselben eine Wirthschaft unterhalt. (Erf. bes IL Sen. bes Ob. Trib. v. 11. Aug. 1837, Praj. Nr. 316., in ber Praj. Samml. G. 178.)

1) Bergl. Die Erlaut. jur Defl. v. 26. Inli 1847, S. I. (f. gn \$5. 16. n.

17. ber Bem. Th. D., Bus. V. ad 2. sub b. und c., oben 6. 52-53).

4) Bu S. 41. Litt. d. und S. 42. am Schluffe.

Wenn die Bahl der auf den Weideflachen vorhandenen abgeschätten Rubweiden, - der Weidevorrath in den betreffenden Weideperioden, - für die dazu berechtigte Anzahl von Beidevieh nicht ausreichend ift, fo muffen sich (nach S. 41. Litt. d. und S. 42. am Schluffe) fammtliche Theilnehmer, sofern nicht bem einen ober dem anderen ein Borrecht auf volle Befriedigung gegen alle Mitintereffenten zufteht, eine verhältnismäßige Rurjung (Berminderung des Werthes ihrer Abfindung) gefallen laffen. Bare ber Werth ober Reinertrag einer Ruhweide g. B. 4 Scheffel Roggen gleich, bas gange Weiderevier enthielte 100 Ruhweiden, es partizipirten baran aber 200 Rube, fo wurde jeder Theilnehmer auf eine Ruh ftatt 4 Scheffel nur 2 Scheffel Roggenwerth in jahrlicher Rente ober in Land gum Reinertrage von 2 Scheffeln erhalten. Diefe Rurgung trifft, abgefeben von bem Falle des S. 51. der Gem. Th. D., auch diejenigen Intereffenten, deren Biebstand durch Judikate ac. fixirt ift. Dieselbe trifft ferner auch die mit Baufern angeseffenen ober unangeseffenen Burger, fofern namlich ben letteren eigene Butungerechte zusteben, für die jedem gebührenden 14 Rubweiben; wie die Dorfbewohner ohne Ader, beren Daag der S. 42. ebenso bestimmt. — Dabei ift noch zu bemerken, daß der Theilungsfuß des S. 41. Litt. d. in der Praris schwerlich jemals zur Anwendung gekommen sein dürfte.

5) Zum §. 42.

a) Der S. 42. der Gem. Th. O. und der S. 30. A. E. R. II. 7. geben den Dorfeinwohnern fein Theilnabmerecht an den Gemeinenutzungen, son- dern bestimmen nur den Umfang des anderweit nachzuweisenden Rechtes.

Erfannt von ber Ben. Romm. zu Berlin unterm 28. Sept. 1841.

(Centralbl. für Breuß. Jur. 1843 S. 436.)

b) Die ohne Acker angesessenen Wirthe konnen die Absindung für ihre Theilnehmungsrechte an ter Gemeinweide auch in dem Valle fordern, wenn sie für ihre Person derselben nicht bedürfen, und als Besitzer anderer Grundstücke schon eine Absindung erhalten haben.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 9. Mai 1840.

(Praj. Rr. 875. in beffeu Praj. Samml. S. 340.)

3u S. 44-51.

(Anrechnung der besonderen Beiben.)

1) Diese Vorschriften wegen Anrechnung der besonderen Weiden bezies ben sich nicht bloß auf die Feststellung der Theilnehmungsrechte nach dem Wintersutter, sondern überhaupt auf die Fälle, daß der allgemeine Maaßsstab des 10 jährigen Besitzstandes nicht in Anwendung gebracht werden kann (Fälle des S. 34.). (Dönniges Landes Kult. Ges. 2d. 2. S. 428.)

2) Diese Bestimmungen beruhen auf bem Prinzip, baß ber Umfang ber Grundgerechtigkeiten, ihrer Natur und ihrem Zwede nach, auf ben Bebarf bes berechtigten Grundstückes eingeschränkt ift. (Bergl. A. L. R. I.

22. §§. 90. 91. 93. 96. 203. 205. 208. 222. 237.)

Finden die in den SS. 45—47. der Gem. Th. O. bestimmten Ausnahmen nicht statt, so muß ein verhältnißmäßiger Theil des Biehstandes,
mit welchem der Berechtigte, er sei Miteigenthumer, oder Dienstbarkeitsberechtigter, die Hütung auszuüben befugt ist, auf seine besonderen Weiden
zurückgerechnet, und nur nach dem dann verbleibenden Ueberschusse seines
berechtigten Biehstandes sein Theilnehmungsrecht bestimmt werden. Dies
Berhältniß ist nach dem Biehstande und nach der Zeit, in welcher nach
einem Durchschnitte von zehn Jahren die Berechtigten die zu theilende

Weide behütet haben, zu bestimmen (§§. 48. u. 49. a. a. D.). Die letetere Borschrift ist von dem Falle zu verstehen, wo aus den im §. 34. a. a. D. angegebenen Gründen zwar die Zahl und Art des berechtigten Biehsstandes nach der Durchwinterung hat sestgestellt werden müssen, wo aber wegen der Zeiträume, während welcher die Hütung auf den gemeinschaftlischen und besonderen Weiden stattgesunden hat, hinlängliche Nachrichten vorhanden sind. In diesem Falle bestimmen der durch die Durchwinterungssberechnung ermittelte Viehstand der Berechtigten nach Art und Zahl des Biehes, sowie die Zeiträume, während welcher sie die gemeinschaftliche Weide behütet haben, das Theilnehmungsrecht derselben an der letzteren so vollsständig, daß es einer weiteren Verücksichtigung der Nebenweiden zunächst nicht bedarf.

Dagegen wird eine solche Berucksichtigung nach S. 50. a. a. D. nothe wendig, wenn über die Zeit, in welcher die Berechtigten die zu theilende Weide behütet haben, keine hinlanglichen Nachrichten zu beschaffen find. 1)

Ueber die Auslegung und Anwendung des S. 50. insbefondere vergl.

die speziellen Erlaut. zum S. 50. der Gem. Th. D.

3) Ueber die Befugniß der Partheien, auf schiedsrichterliche Entscheidung Betreffs der Feststellung tes Umfanges und der Ergiesbigkeit der Nebenweiden anzutragen, vergl. Art. 14. des Erganz. Ges. v. 2. März 1850 2) und die Erläuterungen dazu (s. unten zu §§. 31 — 34. der B. v. 30. Juni 1834).

3um 6. 44.

1) Nach S. 44. der Gem. Th. D. mussen auch die Dorsbewohner ohne Acker, deren Bedürfniß nach S. 42. auf 1½ Ruhweiden angeschlagen ist, sich, weil dies ein Surrogat des Durchwinterungsvermögens ist, die Anrechnung der Nebenweiden gefallen lassen.

Erkannt von dem Revisions-Rollegium für L. R. S. unterm

22. Dft. 1847. (Beitschr. beffelb. Bb. 2. G. 449. ad Rr. 6. sub 1.).

2) Bergl. das Prajud. des Db. Trib. v. 23. Sept. 1842 (Praj. Samml. S. 340. Nr. 1192, s. 3uf. 1. jum S. 108. der G. Th. O.).

Jum §. 50.

Die Faffung des S. 50. hat zu vielfältigen Zweifeln Veranlaffung gegeben. Es bemerken hierüber:

a) die technische Instrukt. der Gen. Komm. zu Stargard v. 28. Dec. 1841 S. 78. S. 79:

Man hat die Nebenweiden größtentheils so angeschlagen, daß man darauf denjenigen Biehstand des Berechtigten, welcher auf seinen Nebenweiden vollständige Rahrung sindet, abgerechnet, und erst nach dem Ueberrest seines Biehstandes sein Theilnehmungsrecht an der zu theilenden gemeinschaftlichen Weide bestimmt hat. Daß diese Auslegung aber nicht richtig sein kann, geht darans hervor, daß ein Berechtigter, welcher, wie der Fall disweilen wirklich eintritt, mit so vielen Rebensweiden versehen ist, daß sie seinen ganzen Bedarf erreichen, von der zu theilenden gemeinschaftlichen Weide gar nichts erhalten würde, während er doch diese Weide wirklich zu bennzen befugt war. Sie gewährte ihm vielleicht in dem Beitpunkte eine Aushülse, wo er auf seinen besonderen Weiden, obgleich diese, nach ihrer auf

¹⁾ Ueber die Art der Ermittelung des Werthes der Nebenweiben im Wege des summarischen Bersahrens (ohne Vermessung und Bonitirung) vergl. die Instrukt. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §. 78. S. 78 ff.
2) Vergl. in Bb. I. S. 331.

die ganze Beibezeit berechneten Ergiebigkeit, für seinen Bedarf anereichen würbe, bennoch momentan keine hinlangliche Beibe vorfand, weil z. B. die Felder bestellt und die Biesen in Schonung gelegt waren.

Hatte er die Beitraume, in welchen er die gemeinschaftliche Weide mit seinem Biebstande betrieben hat, nachweisen können, dann wurde berselbe nach Berhältnis seines Biehstandes und ber Zeit, in welcher er die gemeinschaftliche Weide behütet bat, gemäß §. 49. der Gem. Th. D. wirklich Weide Abstindung erhalten haben.

Andere haben die Aufgabe so losen wollen, daß sie den Biehstand des Berechstigten und den der mitberechtigten Weidetheilnehmer abdirten, und nach dem Bershältnisse des gesammten Biehstandes zu der Ergiebigkeit sammtlicher von ihnen betriebenen gemeinschaftlichen und besonderen Weiden, das Theilnahmes Verhältnis jedes Einzelnen an der gemeinschaftlichen Weide zu sinden suchten. Aber auch dies Berfahren suhrt in dem vorbemerkten Falle zu keinem anderen Resultate. 1)

Die Instruction bemerkt sodann, daß es dem Sinne des Gesetes am entsprechendsten sei, zu ermitteln, wieviel an Weideergiebigkeit (d. h. an Ruhweiden) auf jeden einzelnen Theilnehmer fallt, wenn den §§. 44. 45. und 50. gemäß die besonderen Weiden nach dem Verhältnisse des Viehsstandes des Berechtigten sowohl, als der mitberechtigten Weidetheilnehmer zur Ergiebigkeit aller von ihnen betriebenen besonderen und gemeinschaftlischen Weiden berücksichtigt werden. Dies und die Art und Weise der Anslegung der Berechnung nach diesem Grundsase wird sodann (S. 80—85) in praktischen Beispielen näher erläutert.

b) Die technische Instrukt. der Gen. Komm. zu Stendal v. 29. Sept. 1845. S. 95. S. 161 — 166:

Die Borschrift bes §. 50. ber Gem. Th. D. ift diters dahin verstanden wors ben, daß man bei ihrer Anwendung weiter nichts, als auf der einen Seite den Biehstand jedes Weidetheilnehmers und auf der andern Seite das auf der zu theis lenden Weide und das auf jeder Nebenweide im ganzen Jahre wachsende Weidegras (die Anzahl der auf jeder dieser Weiden im ganzen Jahre vorhandenen Auhweiden) zu berücksichtigen habe. Es sindet jedoch diese Auslegung, welche nicht selten zu ganz unangemessenen, den übrigen Borschriften der Landkultur-Gesetz widerstreistenden Ergebnissen sühren würde, in den Worten des §. 50. keine hinreichende Stüße. Allerdings ist darin angeordnet, daß in Fällen, wo die Nachrichten über die in den lesten 10 Jahren gehüteten Biehstände und Hütungszeiträume unzus länglich, und wo deshalb die auf die Nebenweiden zu rechnenden Anzahlen von Bieh durch Sachverständige näher zu ermitteln sind, diese zunächst und vorzuges weise:

1) bie auf ber gemeinschaftlichen Beibe und auf ben Nebenweiben vorhandene Menge von Beibegras, und

2) die Biehftande, welche auf jede dieser Beiben aufgetrieben werden durfen,

gum Anhalte gu nehmen habe.

Diese Borschrift befreit aber die Sachverständigen keinesweges von der in den §5. 91 — 93. a. a. D. ihnen auferlegten Verpslichtung, bei der Veranschlagung des Weiderechtes auch auf die landübliche, örtlich anwendbare Art, dasselbe zu benuten, die nothige Rücksicht zu nehmen.

Die Instruktion erörtert sodann speziell, worauf die diessällige Untersuchung zu richten sei, und stellt in praktischen Beispielen die Rechnungs-wethode dar, welche anzuwenden, um die Viehstände der Theilnehmer auf die zu theilende Weide und auf die Nebenweiden nach Maaßgabe der darauf vorhandenen Weidemasse und der Viehzahl zu vertheilen.

c) Die technische Instrukt. der Gen. Komm. zu Bosen v. 8. Dec.

1840 **§**. 27. **⑤**. 159 **f**.:

Der Natur ber Sache nach fann es nicht in ber Absicht bes Gesetzgebers ges legen haben, burch ben §. 50. ber Gem. Th. D. eine bestimmte Formel aufzus

¹⁾ Dies wird in speziellen Beispielen erläutert.

stellen, da zum Behuf einer solchen die zahllose Verschiedenheit der Fälle sich unmöglich generalistren läßt. Die Rechnungs-Manipulation, welche auf den Grundssäpen des S. 50. beruhen soll, muß daher den jedesmaligen Verhältnissen angepaßt werden und besteht allein in Lösung der Aufgabe, die privativen Weiden nicht zu übergehen, sondern auf eine dem Rechtszustande und dessen Ausübung entsprechende Weise in Auschlag zu bringen.

Wie hierbei zu verfahren, wird sobann in einer Reihe praftischer Bei-

spiele erläutert.

d) Vergl. auch die Beispiele über die Berechnungsweise nach §. 50. in den technischen Instrukt. der Gen. Komm. zu Berlin (herausgegeb. vom Freih. v. Monteton), §. 43. S. 50—53, der Gen. Komm. zu Münster v. 1844, §§. 97—105., S. 64 ff., und der landwirthsch. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. Marz 1842, §§. 104—109., S. 273 bis 276).

3um §. 51.

1) Aus den Bestimmungen des S. 51. der Gem. Th. O., sowie der §§. 15-18. A. L. R. I. 19. und der §§. 29. 80. 81. A. L. R. I. 20., folgen zugleich die allgemeinen Grundfage, daß bei jeder Theilung von Gemeinweiden, es mogen die Theilnehmungsrechte nach dem zehnjährigen Besitsftande oder nach der Durchwinterung festgestellt sein, der Dienstbarkeitsberechtigte nie mehr, als Weideabfindung für seinen berechtigten Biehftand fordern fann, und ein etwaniger Ueberschuß an Weide immer bem Eigenthumer zu Gute fommt, daß dagegen bei einer Unzulanglichkeit der Beide für den gesammten berechtigten Biebstand, fich jeder Theilnehmer eine verhältnismäßige Berminderung feines Biehftandes, oder feiner Abfindung nach Berhaltnig des Biebstandes gefallen laffen muß. Dabei fann aber der Fall eintreten, daß die Weide für eine Biehgattung ausreichend ift, mabrend eine andere darbt, und in dieser Beziehung ift der bei der Rlassifitation ber Weiden zwischen Ruh- und Schaafweiden zu machende Unterschied befonders erheblich. Denn wenngleich zur Bereinfachung der Berechnung die verschiedenen Biehgattungen hinsichts ihres Nahrungsbedarfs auf eine Biebgattung reduzirt werben konnen, so muffen doch bei ber Ermittelung der den Theilnehmern zufallenden Weideabfindung die verschiede= nen Biehgattungen besonders alsbann genau gesondert werden, wenn ein= zelne Intereffenten nur mit diefer ober jener Biehgattung gur Weide berechtigt sind 1).

2) Es ist in Betreff des S. 51. kontrovers geworden: ob die Bezugnahme des S. 105. A. L. R. I. 22. auf die Worte dieses S., ohne dessen Zusammenhang mit S. 103. a. a. D., zu beschränken, und somit dem Dienstbarkeitsberechtigten — mit Zurücksetzung des Eigenthümers — volle Absindung zuzuerkennen sei, sobald nur die Zahl des aufzutreibenden Viehes bestimmt war, — oder ob bei Unzulänglichkeit der Weide für den Servitutberechtigten und den Eigenthümer dem Ersteren nur dann volle Absindung gebühre, wenn der im S. 105. a. a. D. vorausgesetzte Fall des

§. 103. a. a. D. vorliegt?

a) Das Revisions-Kollegium für L. K. S. und das Ob. Trib. haben (in den Erk. v. 7. Juli 1846 und 10. Febr. 1847) der ersteren Ansicht den Vorzug gegeben und angenommen,

¹⁾ Die (von den obigen Grundsähen ausgehende) technische Inftrukt. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841 (§. 80. S. 85 ff.) erläutert dieselben in praktischen Beispielen. — Bergl. hierüber auch den §. 37. der techn. Instrukt. für die Kurmark Brandenburg, S. 44—45.

daß bei Theilung der Viehweiden der Eigenthümer, wenn dem Sersvitutberechtigten eine bestimmte Viehzahl zugesichert ist, diesem nachssehen und ihm Absindung für volle Weide gewähren muß 1).

Das Revisions-Rollegium ftust seine Ansicht im Wesentlichen auf

folgende Grunde:

Der S. 51. der Gem. Th. D. nehme in seinem zweiten Sate ausbrücklich wieder auf den S. 105. A. L. R. I. 22. Bezug und verordne, daß eben daffelbe, was im ersten Sate bestimmt worden (also Erhöhung des Theilnahmerechtes für den hütungsberechtigten) unter den im S. 105. A. E. R. I. 22. gegebenen Borsaussetzungen (also Fixation der Viehzahl des Berechtigten, Unzulänglichkeit der Weidemasse für dieselbe und das Vieh des belasteten Grundeigenthümers und das durch gebotene Verminderung der auf die Weide zu bringenden Viehstände) selbst dann Anwendung sinden solle, wenn die Weide künstig für den Eigenthümer unzuslänglich werden möchte. — Da überdies der S. 51. auf den S. 103. A. E. R. I. 22. nicht zurück verweise, so ergebe sich, daß die Anwendung seiner gedachten Besstimmungen ganz allgemein sein solle, sobald für die seststehen de Viehzahl des Servitutsberechtigten und des Grundeigenthümers keine hinlängliche Weide vorshanden.

Das Db. Trib. bemerkt im Wefentlichen:

Als Ausnahme von der Regel der SS. 103. u. 104. A. E. R. I. 22. ver: ordnet ber §. 105. a. a. D., daß, "wenn bie Anzahl bes Viehes von Seiten bes Berechtigten bestimmt ift, eine nothwendig gewordene Berminderung des Biehstandes zuerst dem Eigenthumer des belasteten Grundstückes treffen foll." Gem. Th. D. hat ben Grundsatz bes S. 105. a. a. D. feinesweges aufgehoben. Bunachft kommt es bei Gemeinweiben auf bie Berechnung nach bem Besitzstanbe (S. 32. ff.) nicht an, wenn bas Maag und Berhaltniß ber Theilnahme eines Intereffenten anderweit feststeht; eben so wenig kommt die Berechnung nach ber Durch= winterung in Frage (S. 34. ff.). Bon ber Anrechnung ber besonderen Beiben (S. 44. ff.) für den Fall, daß die Berechtigung des abgefundenen Theilnehmers auf einem Dienstbarkeiterecht beruht, ift im S. 51. Die Rebe. — Es ift barin an= erkannt, bag in ben Fallen ber §§. 105. und 106. A. 2. R. I. 22. ber Gervituts berechtigte Erhöhung seines Theilnehmungerechts bis jur Bulanglichkeit seines Beburfniffes zu forbern hat, wenn baffelbe mit Inbegriff ber besonberen Beibe nicht zulänglich gebeckt wird. Auf das Bedürfniß des Berpflichteten kommt es hier= Der Berechtigte barf sich eine Berminderung bes Biehstandes nach eben bem Berhaltniffe, wie ber Eigenthumer, nicht gefallen laffen. — Der erfte Sas des S. 51. spricht allgemein von dem Servitut Berechtigten; der zweite bes zieht fich auf die Ausnahmsfälle der §S. 105. und 106. des A. E. R.; in bem ersten Sate ift von ber Unzulänglichkeit ber Weibe für ben Eigenthumer nicht bie Rebe; in bem zweiten ift bie Unzulänglichkeit für ben Servitut-Berechtigten und ben Eigenthümer berücksichtigt. (Bergl. auch bas R. bes Min. bes Inn. v. 18. Mai 1822. 2) (Zeitschr. bes Revis. Kolleg. für L. K. S. Bb. 1. S. 188—215, und Entsch. Bd. 14. S. 290—298.)

b) Die entgegengesetzte Ansicht (die lettere oben erwähnte Alter-

native) halten für die richtige:

a) Die Gen. Komm. für die Kurmark (in dem Erk. v. 10. Okt. 1843), da der S. 51. nur von dem Falle handle, wenn durch Zufall oder höhere Gewalt die Weide unzureichend geworden (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 1. 6. 191 u. Entscheid. Bb. 14. S. 291) .).

¹⁾ Das Ob. Trib. hat ben S. 51. auch bereits in früheren Fällen ebenso ansgelegt. Die Motive der Gem. Th. O. geben über die Frage keine Auskunst, und in dem gedruckten Gutachten des Staatsraths v. 8. Aug. 1820 ift nur im Allgemeinen bemerkt, daß sich diese Bestimmungen aus allgemeinen Rechtsgrundssassen rechtsertigten. (Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bd. 1. S. 215).

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 351.
3) Der Auffat in ber Zeitschrift bes Revisions-Kollegiums Bb. 1. S. 215—

8) Die Abhandlung in der Zeitschr. des Revis.-Rolleg. Bd. 3. S. 419 ff., welche ausführt:

Die beiben in ben \$5. 103-106. A. 2. R. I. 22. bezeichneten Falle, in wels chen bie Berminberung bes Biebstandes nothwendig wird, segen eine Beranbes rung bes bisherigen Buftanbes, ber erfte (S. 103.) in dem belafteten Grundftucke, ber zweite in ber Wirthschaftseinrichtung bes Eigenthumers voraus; hat keine Beranderung bes ursprünglichen, t. h. bes Buftanbes gur Beit ber Gutungs: Berleihung, ftatigefunden, so ift nicht abzusehen, woburch eine Berminberung bes Biebstandes von der einen ober der anderen Seite hervorgebracht, resp. noth= wendig werben foll? Fragt es fich aber, wie viel ein Jeder vorzutreiben berechtigt ift? fo muß auf bie allgemeinen Borfchriften A. E. R. I. 22. SS. 89. ff. jurud's gegangen werben. - 3ft ber Biebstand bes Gutungeberechtigten bestimmt, fo bebarf es banach ber Ermittelung beffelben nach ber Durchwinterung nicht; auf bie Theilnahme bes Gigenthumers an ber Weibe hat bies aber feinen Ginfing, und es muß bem S. 89. gemäß immer angenommen werben, bag biefe ben gangen wirthschaftlichen Biehstand des Eigenthumers umfaßt. — Die Gem. Theil. D. hat im materiellen Rechte nichts geandert; sie hat nur Vorschriften zur Ermittes lung ber urfundlich nicht festgestellten Theilnehmungerechte und zur Berechnung ber Abfindung gegeben, als Theilungsgrundfat aber im S. 56. Die Bestimmung obenan gefest, bag ben fich auseinanderfegenben Theilnehmern ber Gemeinheit an die Stelle ihrer bisherigen Berechtigung eine angemeffene Entschäbigung überwiesen wird. Insbesondere finden fich feine Abanderungen der eben gedachs ten lanbrechtlichen Bestimmungen in den SS. 44-51 der Gem. Theil. D., welche nur von der Anrechnung ber besonderen Weiben handeln. Bon einem besondes ren Rechte bes Servitut-Berechtigten, bessen Biebstand bestimmt ift, spricht zwar ber S. 47., aber unter ber ausbrucklichen Borausseyung, bag bie Berleihung auch mit Bestimmung ber Zeit ber zulässigen Ausübung erfolgt ift. Der S. 51. sest in seinem ersten Sage die Bulanglichkeit ber Weibe für alle Theilnehmer voraus. — Wenn er ferner fagt: "Diefes (b. h. bie Erhöhung bes Theilnehmungerechtes bis zur Bulanglichfeit bes Bedurfniffes) findet unter ben \$5. 105. n. 106. Tit. 22. Th. I. A. L. R. bestimmten Voraussehungen auch bann Ans wendung, wenn bie Beibe für ben Eigenthumer unzulänglich sein sollte: " - so können hier nur die oben gedachten beiben Fälle gemeint fein, in welchen nach den landrechtlichen Borschriften der Eigenthumer, bei einer Beranderung bes bisherigen Buftanbes, sich eine Berminberung feines Biebstanbes gefallen laffen muß, obgleich ber S. 103. A. E. R. I. 22. nicht ausbrücklich mit bezogen ist, ba der S. 105. nur eine von dem S. 103. abhängige Bestimmung enthält, und außerbem gar keinen Sinn haben wurbe, die babei vorausgesette Beranlaffung zur Verminderung der bisher hütungsberechtigten Viehzahl vielmehr die ganze Worschrift bes §. 105. bebingt. — Die Annahme, daß ber §. 51. die Fest suns gen bes S. 103. A. E. R. I. 22. nicht habe wiederholen wollen, obgleich er mit

²¹⁶ bemerkt (in Bezug auf die obigen Braj.), daß in dem daburch entschiedenen Falle ber Butungebelaftete bie Auseinandersetzung verlangt habe, und baß es unter biesen Umständen nicht zweifelhaft sein könne, daß dem hutungs berechtigs ten Provokaten eine, bem Nugungsertrage bes Rechtes entsprechende volle Beibe-Abfindung und zwar in Band zu gewähren sei. Dagegen sei es bebents lich, wie es zu halten, wenn berjenige, welchem bas Sutungsrecht mit einer bes Rimmten Biehgahl verliehen worben, seinerseits ale Brovokant auftrete, bie Rolle ber Partheien fich also umgekehrt stelle, ba nach S. 94. ber Gem. Th. D. in solchem Falle ber Belaftete (Provofat) bie Babl haben solle, "ob er ben Berechtigten (Provofanten) nach dem Rugungsertrage ber Dienstbarkeit ober nach bem Bortheile, welcher ihm - bem Belafteten - aus ber Aufhebung ermachft, abfinden will." Es scheine ein Biberfpruch swischen bem S. 51. unb S. 94. obzuwalten, ben bie Praxis noch nicht geloft habe. — Dagegen sei in einem ale teren Falle (aus ben 3. 1832 - 1833) bereits entschieben, bag ber nach S. 51. mit einer vollen Weibe-Abfindung zu befriedigende (provocirende) Gervitute-Berechtigte auf Grund bes S. 86. eine Rente. Entschäbigung nach ber Babl bes belaketen Brovotaten annehmen muffe.

S. 105. von ben Boraussehungen beffelben ausgeht, wiberspricht ben gesetze lichen Auslegungeregeln (g. 6. Ginl. jum A. E. R.), welche auch für ben Gefes geber maafgebend gewesen sein muffen, wenn er in einem neueren Gefete auf ein alteres Bezug nimmt, ohne biefes abzuanbern. — Benn ber Gefetgeber im S. 51. ber Gem. Theil. D. nur ben S. 105. Tit. 22. bezog, fo fonnte bies nicht geschehen, ohne zugleich ben S. 103. a. a. D. in Gebanken zu haben, weil ber S. 105. nur eine Ausnahme von ber im S. 103. aufgestellten Regel festgestellt, mit demfelben baher untrennbar zusammenhing und ohne biefen feine Bedeutung hatte. Da außerdem keine Ausnahme ohne Regel benkbar ift, fo kann fich felbft. rebend Riemand auf die Ausnahme beziehen, ohne die Regel zugleich anguerkennen. Die Annahme, bag im S. 51. ber Gem. Theil. D. ber S. 105. Tit. 22. ohne Ruckficht auf den S. 103. bezogen sei, ift angerbem nicht möglich, ohne ben S. 105. zu verftummeln, b. h. ohne bas Wort "aber" fortzulaffen, weil burch biefe Auslassung allein ber Jusammenhang mit S. 103. aufgehoben werben fann. - Es ift überdieß fein Grund bagu vorhanden, bei ber Auseinanberfegung ein anderes Theilnehmungsverhältniß gelten zu lassen, als bis dahin stattgefunden hatte, und widerspricht bies dem allgemeinen Grundsate, daß jeder Theilnehmer für seine bisherigen Berechtigungen abgefunden werden soll. Muß nach den landrechtlich en Bestimmungen ber Eigenihumer dem Servitutberechtigten, beffen vorzutreibende Biehzahl bestimmt ift, bei einer Unzulänglichkeit ber Beibe für Beibe nur bann nachstehen, wenn ber Fall bes S. 103. Tit. 22. vorliegt, und soll er bei ber Ablösung bagegen auch ohne Rücksicht auf S. 103. eine Berminderung feines Biebstanbes fich gefallen laffen, fo muß er ben Berechtigten für eine größere Berechtigung entschäbigen, als bemfelben bisher zustand, und er selbst kommt in eine Lage, als ob er mit theilweiser Berzichtleistung auf die eigene Hutung die Servitut verliehen hätte, was nach 5. 89. Tit. 22. nicht zu vermus then ift.

Bu bemerken ift noch, daß das Revisions-Rollegium für L. R. S. in neueren (nicht veröffentlichten) Entscheidungen den früher von ihm angenommenen Grundsatz verlassen und sich den in der obengedachten Abhandlung entwickelten Ansichten angeschlossen hat.

3) Der II. Sen. des Ob. Trib. hat ferner (in dem Erf. v. 13. Juli 1852) angenommen, daß bei Theilung der Viehweiden der Eigenthümer auch in dem Falle, wenn dem Servitutberechtigten eine bestimmte Viehzahl auf Grund der Verjährung zusteht, diesem nachstehen und ihm Abstudig für volle Weide gewähren muß.

Die Grunde führen aus:

Das Borzugerecht bes Beibeberechtigten auf eine bestimmte Biehzahl, bei einer für den gesammten Biehstand unzureichenden Beibe, vor dem Eigenthümer ift nach ben §§. 51. ff. ber Gem. Th. D. und A. E. R. I. 22. 105. begründet, sobalb bei einer Separation ein berartiger Konflift entsteht. Der etwaige Zweifel, bag ber S. 105. a. a. D., wie die vorhergehenden SS. 103. und 104. ergeben, sich eigents tich auf ben Fall bezieht, wenn burch Bufall ober höhere Gewalt bie Beschaffenheit bes mit ber Butung belasteten Grundstucks bergestalt verandert wird, daß die bisherige Anzahl bes Wiehes nicht mehr barauf erhalten werden fann, erlebigt sich bas burch, daß der S. 51. der Gem. Th. D. die im S. 105. und 106. A. 2. R. I. 22. enthaltenen Bestimmungen bann für anwendbar erflart, wenn die Beibe für ben Gigenthumer unzulänglich sein follte (Erf. bes Db. Trib. v. 7. Juli 1846 1). Dies fer Grundfat muß auch auf verjährungsmäßig erworbene Beibeberechtigungen bezogen werben, benn ber S. 105. a. a. D. spricht ganz allgemein; auch ift nach allgemeinen Grundsagen teine Beranlaffung, einen Unterschied anzunehmen, ba burch Berjährung erworbene Rechte einen gleichen obligatorischen Ursprung haben, als bie konventionellen (A. L. R. I. 9. SS. 579., 625., 628.). Der Unterfchieb, welchen S. 35. A. 2. R. I. 22. macht, ift nicht hierher gehörig. Der Umfand, bag biefer Ausnahmefall ausbrucklich im Gesetze bestimmt ift, ergiebt, bag übrigens ein Unterschieb zwischen ber burch laftigen Bertrag ober auf andere Art erworbenen

¹⁾ Bergl. oben ad 1. S. 85.

Dienstbarkeit nicht gemacht wirb. (Entscheib. Bb. 23. S. 321 ff. und Striethorst's Arch. Bb. 7. S. 64.)

4) Ist der S. 51. dah in auszulegen, daß nur alsdann der Eigenihüsmer allein den Ausfall zu tragen habe, wenn die Weide durch sein Busthun, und nicht durch Zufall unzureichend geworden; oder dah in, daß die im Eingange enthaltene Bestimmung, nach welcher dem Servitutberechtigten der Bedarf gewährt werden soll, nur von dem Falle zu verstehen, wenn der Eigenthümer den vollen Bedarf behält, daß aber im entgegengesetzen Falle der Servitutberechtigte sich den verhältnismäßigen Abzug gefallen lassen müsse, und davon nur in den Fällen der SS. 105. und 106. A. L. R. I. 22. eine Ausnahme stattsinde, wenn nämlich der Eigenthümer seinen Biehstand vermehrt hat, oder der des Servitutberechtigten bestimmt ist?

Für die erstere Auslegung erklärt sich das Revisions-Rolleg, für die Provinz Brandenburg. (Erk. deff. v. 28. März 1835. Centralbi. für

Preuß. Jur. 1837 Sp. 140.)

- Roch halt diese Auslegung des S. 51. für unrichtig und ist der Anssicht, daß durch denselben an den Grundsätzen der SS. 103 — 106. A. L. R. I. 22. nichts geandert sei.

5) Der S. 51. bezieht sich nur auf das Verhältniß des vermöge einer Dienstbarkeit zur Hutung Berechtigten zum Eigenthümer der Weide, nicht aber auf das Verhältniß mehrerer Servitutberechtigten unter einander.

Erkannt von dem Revisions-Rollegium für &. R. S. unterm

22. Oft. 1847. (Beitschr. beffelb. Bb. 2. S. 449. ad 6. sub II.)

6) Der Schluffat bes S. 51.:

"außerbem aber muß ber Berechtigte eine Berminberung seines Biebftanbes nach "eben bem Berhaltniffe, wie ber Eigenthumer, fich gefallen laffen",

hat zu Zweiseln Veranlassung gegeben. (Bergl. barüber Kresschmer's Konstordanz ber agrarischen Sesets zum S. 51. der Gem. Th. O.) Das R. v. 18. Mai 1822') (Koch's Agrargesetzeb., 4. Aust. S. 153 u. Dönniges Landesskult. Ges. Bb. 2. S. 428) sucht dieselben zu lösen, indem es hervorhebt, daß der erste Theil des S. 51. eine zulängliche Weide für alle Theilsnehmer voraussetz, während der zweite Theil davon handle, wenn die Weide unzureichend seit, und somit ein Widerspruch im Gesetze sich nicht sinde.

Mit Bezug hierauf bemerken:

- a) der Verfasser der Abhandl. in der Zeitschr. des Revisions-Kolleg. Bd. 3. S. 425, daß dies zwar richtig sei; indeß beziehe sich das Wort: "außerdem" auf den unmittelbar vorhergegangenen Sat, in welchem die Välle angegeben sind, die eine Verminderung des Viehstandes von Seiten des Eigenthümers zur Folge haben, so daß demgemäß die Verminderung des beiderseitigen Viehstandes bei Unzulänglichkeit der Weide für den vollen Bedarf der Theilnehmer (nach Anrechnung der besonderen Weiden) immer dann eintrete, wenn nicht:
- a) die Beschaffenheit des belasteten Grundstückes durch Zufall odere höhere Gewalt dergestalt verändert worden ist, daß die bisherige Anzahl des Viehes nicht mehr darauf erhalten werden kann, und die Anzahl des Viehes von Seisten des Berechtigten bestimmt ist (A. L. R. I. 22. §§. 103. u. 105.);

β) ber Eigenthumer seinen Viehstand durch neue Wirthschaftseinrichtungen ders gestalt vermehrt hat, daß die Hütung für die bisherige Anzahl des Viehes nicht

mehr hinreicht (§. 106. a. a. O).

b) Roch (im A. L. R. Bd. 2. S. 576. Anm. 26. u. 28.):

Der erfte Sat des S. 51. sest voraus, daß die Weibe noch für ben Eigen-

¹⁾ Bergl, in Bb. I. S. 351.

thumer zulänglich bleibt; sonst kommt ber zweite Sat bes S. zur Anwendung. Dieser lettere unterscheibet drei Fälle, wenn die Weide unzulänglich ist: 1) der Sers vituiberechtigte hat nach Maaßgade des Bedürfnises für sein Gut (S. 44.) Weide zu sordern auf die Anzahl Bieh, welche nach Berücksichtigung seiner besonderen Weide übrig bleibt (S. 45.), und die Weide ist für dieses Bedürfnis und für den Eigenthümer zugleich unzulänglich; dann müssen Beide sich eine verhältnismäßige Berminderung des Viehstandes gefallen sassen. 2) Die Unzulänglichseit liegt in diesem Falle darin, daß der Eigenthümer seinen Viehstand durch neue Wirthschasissanstalten und Einrichtungen vermehrt hat; dann muß der Eigenthümer den Aussfall allein tragen. 3) Der Servitutberechtigte ist zur Anstreibung einer bestimmten Viehzahl berechtiget; dann muß der Eigenthümer gleichfalls nachstehen. — Die in dem R. des Min. des J. v. 18. Mai 1822 gegebene Erläut. des S. 51. ist unsverständlich.

3n §§. 52 — 55. 1)

(Blaggen-, Beibe- und Bultenhieb.)

- 1) Bergl. den S. 20. des Landes-Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 2) und die Erläut. dazu (s. in Bd. II. Abih. I. S. 99).
- 2) Das Recht des Plaggen=, Heide= und Bültenhiebes kommt besonders in den Provinzen Pommern und Westphalen vor 3). Es kann stattsinden zum Zwecke der Düngergewinnung, sei es durch Berwendung zur Streu oder zur Vermengung mit Ruhmist (Kompost-Bereitung), oder aber zur Feuerung.

3) Die Gesetzevisoren bemerken zum S. 55. der Gem. Th. D.:

Im S. 55. ist zwar die Befugniß zum Berkauf erwähnt, allein es liegt am Tage, daß eine solche Ausbehnung des Rechts iu dem einzelnen vorkommenden Falle wird nachgewiesen werden muffen; das Necht selbst tritt alsdann aus der Granze der Grundgerechtigkeiten hinaus, und die Regel bleibt die, daß das Recht zum Plaggens, Seides und Bultenhieb auf das Bedürfniß des berechtigten Guts festzustellen. (Gef. Revis. Pens. XIII. XIV. S. 222.)

4) Es ift hier tarauf hinzuweisen, daß nach Art. 4. des Erganz. Ges.

v. 2. Marz 1850 4):

a) die in den §§. 52—55. der Gem. Th. O. enthaltenen Vorschriften auch bei der Bestimmung des Umfanges der auf einer Dienstbarkeit beruhenden (nach Art. 1. des gedachten Ergänz. Ges. selbstständig ablös-baren) Berechtigungen zur Nutung von Schilf, Binsen oder Rohr, zum Stoppelharken, sowie zur Torfnutung, je nachdem diese Berechtigungen die Düngung oder Feuerung bezwecken, maaßgebend sind, sosern nicht dieser Umfang der betressenden Berechtigungen durch lirkunden, Judistate oder Statuten in anderer Weise seise sestgestellt ist, und

b) die Vorschriften der SS. 52. u. 54. der Gem. Th. D. auch auf Streu= und Brennholz-Berechtigungen in fremden Forsten Anwendung sinden, wenn sich dieselben auf das Bedürfniß des Berechtigten beschränsten und die Abrechnung der eigenen Düngerbereitungs- und Feuerungsmitztel nicht ausdrücklich durch Urkunden, Judikate oder Statuten ausgeschlossen

worden ist.

¹⁾ Bergl. do Gulich, Disp. do jure scindendi cospites, Plaggen, in kundis communibus. Götting. 1774. — Pfeil, Anleit. zur Ablös. der Waldservitusten, §. 20.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 94.
3) Bergl. die technischen Instrukt. ber Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §. 84, S. 92 sf. und der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, §§. 114—121, S. 74—78, welche insbesond. auch die für die Werthsermittelung und Abskudung wegen dieser Berechtigungen zu berücksichtigenden technischen Prinzipien erdrtern. — Vergl. auch Pfeil a. a. D., §. 73.
4) Bergl. in Bd. I. S. 329.

In beiden Fallen (ad a. und b.) sollen jedoch, nach Art. 4. des Erganzunge - Gef., folche ben Berechtigten gehörige Torflager nicht in Betracht fommen, welche zur Beit der Anbringung des Ablosungs = Antrages noch nicht aufgebeckt find.

Bergl. die Entstehungsgeschichte des Art. 4. des Erganz. Gef. zum

S. 31. der Gem. Th. D. Zus. 4. ad II. (s. oben S. 63 ff.)

Bieran fnupfen fich folgende Bemerkungen und Erlauterungen:

a) Was das Theilnahmerecht (die Berechtigung an sich selbst) betrifft, so versteht es sich von selbst, daß daffelbe auch bei den in den SS. 52-55. ber Gem. Th. D. und in ben Art. 1-4. bee Ergang. Gef. dazu gedachten Berechtigungen anderweitig bereits feftfteben muß, und daß in diefer Beziehung auch dabei alles dasjenige Anwendung findet, was Betreffs der Weide berechtigungen zu den SS. 31-40. ber Gem. Th. D. (f. Buf. I. dazu, oben S. 65ff.) bemerkt worden ift. Die SS. 52 bis 55. a. a. D. und die Art. 3. und 4. bes Erganz. Gef. disponiren also lediglich über den Umfang des (bereits anderweitig festgestellten) Theilnahmerechtes an den betreffenden Berechtigungen, d. h. über das Daag und Verhältniß der Theilnahme baran.

b) Die SS. 52. und 54. ber Gem. Th. D. und ber Art. 4. bes Ergang. Bef. beftimmen insbesondere auch, daß und inwiefern den Berechtigten bei der Ermittelung und Seststellung des Umfanges (Maaß und Berhaltnig) ihres Theilnahmerechtes bierauf bie eigenen Mittel gur Dungerbereitung, beziehungsweise an Feuerungsmaterial, in Abrechnung gebracht

werben follen.

In diefer letigebachten Beziehung ift zu bemerken:

a) Im Art. 4. des Erganz. Gef. v. 2. Marg 1850 wird nur der Fall befonders berudstätigt und ausgenommen, daß "bei Beschränfung ber barin gedachten Berechtigungen auf das Bedürfniß, die Abrechnung der eigenen Düngerbereitungs - und Feuerungsmittel ausbrucklich durch Urkunden, Judikate ober Statuten ausgeschloffen fei." Es kommen aber auch Falle vor, in denen a) entweder das Recht felbst zum vollen Bedarfe fruherhin urtunben =, juditat = ober flatutenmäßig, öfters fogar gegen Entschädigung, eingeräumt und zugestanden war, hingegen diejenigen eigenen Reviere, aus welchen der Bedarf, und felbst ber volle Bedarf, entnommen werden kann, erft fpater zum berechtigten Gute erworben und mit demselben vereinigt find, ober b) erwiesenermaaßen der volle Bedarf mahrend rechtsverjahrter Beit allein aus dem der Servitut unterworfenen fremden Reviere befriedigt und dagegen die gleichartigen Erzeugniffe aus eigenen Revieren verkauft sind; endlich c) die eigenen Düngerbereitungs - und Feuerungsmittel ben wirthschaftlichen Bedarf des berechtigten Gutes vollftandig beden, das lettere mithin (wenn sein Dienstbarkeitsrecht nicht auf Urfunden, Judikaten ober Statuten beruht) bei Abrechnung der auf eigenen Grundflucken zu gewinnenben Dünger = und Feuerungsmittel, gar feine Abfindung für fein gleichwohl ausgeübtes, burch Berjahrung erworbenes ober sonft zweifellos feststebendes Dienstbarkeiterecht vom belafteten Grundbesiger zu fordern baben wurde, sobald der Art. 4. keine extensive Auslegung zuläßt. Diese Falle scheint nun der Art. 4. nicht vor Augen gehabt, taber beim Vorkommen derselben dem richterlichen Urtheil nicht vorgegriffen zu haben. Dies durfte sich in dem Falle zu c. für eine verhältnismäßige Abfindung von dem fremten Revier, und zwar (unter Bugruntelegung bes ganzen Bedarfs) nach bem Maag und Verhaltnig ber Productionsfrafte und Materialienporrathe auf den eigenen und ben fremben, dem Dienstbarkeitsrechte unterworfenen Grundstücken, in den Fällen zu a. und b. zumal dann, wenn fogar Seitens bes berechtigten Gutes für Einraumung bes Dienftbarkeiterechtes eine Entschädigung gewährt worden ist oder fortbauernd eine Abgabe entrichtet wird (§§. 40. 41. Tit. 22. Th. I. A. L. R.) für die volle Ab-

findung vom belafteten Grundftude, zu entscheiben haben.

B) Die Abrechnung der eigenen Düngerbereitungs - und Feuerungsmittel findet, unter den in den SS. 52—55. der Gem. Th. O. und in
dem Art. 4. des Ergänz. Ges. gedachten Voraussetzungen, bei der Ermittelung des Umfanges aller darin aufgeführten Berechtigungen, also bei den
Berechtigungen zum Plaggen-, Heide- und Bülten hiebe, zur Nutung
von Schilf, Binsen und Rohr, zum Stoppelharken, sowie zur Torfnutung, und bei den Berechtigungen auf Streu und Brennholz, statt.

p) Duecken, Kartoffelkraut und Laub einzeln stehender Baume auf Feltern, Wiesen, an Grabenrandern zc. gehören, insoweit sie nicht zu anderen Zwecken wirthschaftlich angemessen zu verwenden sind, ebenfalls zu ben eigenen Düngungsmitteln der zur Waldstreu berechtigten Stelle und mussen insoweit bei der Berechnung der Absindung für die Streuberechtigung

bem Berechtigten in Anrechnung gebracht werben.

Erkannt von dem Revisions-Rollegium für L. R. S. unterm 22. Mai 1846 und bestätigt von dem Ob. Trib. unterm 29. Juni 1848, desgl. von dem erstgenannten Gerichtshofe unterm 18. Juli 1846 und 11. Prätz 1853, weil dergleichen Materialien erfahrungsmäßig und wirthschaftslich als Einstreumittel verbraucht werden, resp. zu verbrauchen sind, inso-weit sie nicht grün zur Viehfutterung verbraucht werden. (Acta Schlesien G. Rr. 18., Rr. 13. n. Rr. 89.)

c) Bergl. auch in Betreff der Streuberechtigungen die Erläut. zum S. 140. der Gem. Ab. O., und in Betreff der Brennholzberechtigungen die Erläut. zu den SS. 118. und 119. (Bus. 1.) und zum S. 119. der

Gem. Th. D. (f. unten.).

3u §§. 56 — 107.

(Theilungs-Grundfage.1)

Bu 66. 56. n. 57.

- 1) Aus den SS. 56. und 57. folgt, daß kein Theil verbunden ift, ein mit einer Hatungs- oder Holzungsgerechtigkeit oder einer Reallast beshaftetes Grundstück als Entschädigung anzunehmen, und überall kein Grundstück, auf dem eine Beschränkung haftet, welche dem Zwecke der Gemeinsheitstheilung, sowie der freien Benutzung des Grundeigenthums zuwisderfäuft.
- 2) Das Mevisions-Rollegium für Schlesien hat (in dem Erk. v. 6. Juli 1839) aus den SS. 56. und 57. hergeleitet, daß der Gutsherr befugt sei, die bei der Auseinandersetzung erhaltenen Absindungs-Ländereien dem Dreschgärtner-Verbande zu entziehen, und daß die Dreschgärtner nicht berechtiget sind, von dem darauf erbauten Getreide Mandel und Gebe zu verlangen. (Forni's Zeitschr. Bb. 1. S. 595—599.)
- 3) Ein Auszügler, dem im Auszugs = Vertrage ein Hatungsrecht für eine bestimmte Anzahl Vieh (auf der ganzen Feldmark in der gemeinschaft=

¹⁾ Bergl. D. Poblasly (Ober-Kommiff. u. Landes-Dekonomie-Rath), Beisträge zur Berbesserung ber Gemeinheitstheilungs-Methoden. Danzig 1829. 8. — Die in dieser Schrift empfohlene und speziell entwickelte sogen. Versteigerungs-Wethode ist nicht weiter befolgt worden und hat sich nicht als zweckmäßig bewährt.

92

lichen Dorfsheerde) eingeräumt ist, braucht sich nach der Separation nicht damit zu begnügen, daß ihm fein Gofwirth auf den gefammten Landereien des Hofes das Auszugs-Bieh (allein oder in gemeinschaftlicher Geerde) zu huten gestatten will, fondern kann statt bessen verlangen, daß ihm aus ben Landereien des Hofes ein befonderer Weideplan ausgewiesen werde.

So erkannt von dem Revisions-Kollegium für L. R. S. unterm

7. Oft. 1851. (Praj. Samml. beffelb. S. 27. Nr. 17.)

In §§. 56. n. 82.

Es ift öfters streitig geworden: ob ein von den Hutungsberechtigten zu entrichtendes Weidegeld (S. 41. Tit. 22. Th. I. A. 2. R., SS. 30-32. Tit. 19. ibid.) entweder mit der Ablösung der Servitut erlischt, oder auf den Werth der Servitut, besonders dann, wenn die Absindung in Land erfolgt, an- und abzurechnen, oder gegen und nach Ueberweisung der Landentschädigung, vorbehaltlich ber separaten Ablosung burch Rente, resp. Rapital, fortzuentrichten sei? Letteres steht mit dem S. 7. Alin. 1. der B. v. 30. Juni 1834, die erstere Alternative hingegen mit dem S. 56. der G. Th. D. in Widerspruch, wogegen die An- und Abrechnung auf den, gleichviel ob in Rente (Rapital) oder Land, zu entschädigenden Weibewerth ber Ratur bes Rechtsverhaltniffes um beswillen zu entsprechen scheint, weil der Weideberechtigte im bisherigen Verhaltniß einen um fo viel geringeren Rugungsertrag von seinem Rechte bezogen hat, als er bafur seinerseits wiederum, (fei es an Geld oder Naturalien) abzugeben hatte. hingegen fallt bas (in ber Regel zur Gemeindetaffe von Bauslern zc. ober fonft) gezahlte Birtenlohn mit der Aufhebung der Butungsgemeinheit fort, da insbesondere der durch Land abgefundene Theilnehmer künftig sein Bieh allein und auf feine Roften zu warten hat.

Zu 55. 58. u. 59.

Ueber den Begriff einer "Beränderung der Art des Wirthfcaftsbetriebes" vergl. die technische Inftruft. der Regier. zu Gum= binnen v. 1844, S. 41. S. 130 ff., welche bemerkt, daß die Absicht des Gefetgebers dahin zu deuten sei, daß z. B. dem getreidebauenden Acterwirthe gegen seinen Willen und gegen sein Interesse nicht eine bloße Wiesenwirthschaft und umgekehrt aufgedrungen werden barf.

Bn & 61 -- 65.

1) Ueber die Ausführung zweckmäßiger Planlagen bei Gem. Theilungen, vergl. SS. 136. ff. ber B. v. 20. Juni 1817 und S. 9. des Aus-

führ. Gef. v. 7. Juni 1821 und die Erläut. dazu. (f. unten.)

2) Aus dem S. 61. folgt in Anwendung auf die Absindung eines Schäfereiberechtigten: a) daß den Schäfereiberechtigten ihre Abfindungen für die Servitut eines ober bes anderen Belafteten nicht bloß aus den Landereien des Ablösenden, sondern auch aus denjenigen noch in Gemeinheit befangenen Grundstuden anderer Intereffenten, welche fur die Abfindung und Auseinandersetzung am paffendsten gelegen sind, gegeben werden konnen, wobei es sich von selbst versteht, daß jeder für das, mas er abtritt, anderweitig wieder entschädigt werden muß; b) daß auch dem Ausscheidenden, namlich temjenigen, welcher die Servitut abloft, feine Grundftude fo umgetauscht und wieder zugetheilt werden muffen, daß damit die ungehinderte Benutung der Schäfereigerechtigkeit auf den ihr noch unterworfenen Befisthumern befteben fann. 1)

¹⁾ Die Schäfereigerechtigkeit ist kein burch ben Art. 42. Rr. 1. der

Angenommen von dem Min. des J. in dem R. v. 19. Juni 1827. 1) (Koch's Agrargesete, 4. Auf. S. 155 — 156 n. Dönniges Landes-Kult. Ges. 28b. 2. S. 429.).

3) Zum §. 64.

Ein hutfreies Stud Land kann zur Verbreiterung eines öffentlichen Weges einem Separations-Interessenten auch wider seinen Willen absgenommen werben.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. K. S. unterm

26. Aug. 1851. (Praj. Samml. beffelb. S. 27. Nr. 16.)

4) Es ist hier auf ben S. 86. des Ablos. Gef. v. 2. Marz 1850 hin- zuweisen, welcher vorschreibt,

daß wenn die zu den bauerlichen Stellen gehörigen Grundstücke im Gesmenge mit den gutsherrlichen Grundstücken liegen, eine zweckmäßige Zusammenskellung von Amtswegen nach den Vorschriften der Gem. Theil. D. erfolgen muß, und daß bei einer solchen Gemeinheitstheilung auch die keiner Gemeinsheit unterliegenden Grundstücke einer nach den Vorschriften des Abschn. III. des Ablds. Ges. v. 2. März 1850 zu regulirenden Stelle wider den Willen des Bessische derselben in den Auseinandersehungsplan gezogen und der Umlegung uns terworfen werden können. 2)

Bergl. die Erlaut. zum S. 86. des Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850.

Bum 4. 66.

Die Auseinandersetzungs-Behörden sind befugt, aus landespolizeilichen Rücksichten die Entschädigung in Rente festzusetzen, sobald eine solche in Land auf zweckmäßige Weise nicht gewährt werden kann, wenn auch der Belastete Land geben und der Berechtigte solches annehmen will.

So erkannt von dem Revisions - Kollegium für L. R. S. (Dastum des Erk. konstirt nicht), unter Bestätigung des Urtels der Gen. Kom.

zu Breslau v. 3. April 1846.

Die Gründe führen aus, daß, mit Rücksicht auf S. 9. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821, und SS. 11. u. 38. der W. v. 30. Juni 1834, so- wie S. 11. der W. v. 22. Nov. 1844, die Auseinandersetzungs-Behörden das Recht haben, aus Rücksichten der allgemeinen Landes-Kultur und Po- lizei gegen die Verabredungen der Partheien die Art der Entschädigung festzusetzen, und bemerken ferner:

Der S. 66. sowohl, als der S. 86. *) der Gem. Theil. D. sesen voraus, das dem Berechtigten eine Landentschädigung gewährt werden solle und könne, die ihm nachhaltig einen Ersat für die verlorene Nutung gewährt. — Dies ergiebt sich aus den SS. 77. n. 88. a a. D., indem nach dem ersteren der Bestecktigte eine Rente annehmen muß, wenn ihm eine Entschädigung in Land ders gestalt nicht gegeben werden kann, daß er es zu dem abgeschätzten Werthe zu nuten vermag, und nach dem letzteren die Abschätzung des Landes nach dem Ruten und Ertrage, welchen es jedem Bester gewähren kann, ersolgen soll.

— Rann nun den Berechtigten ein nachhaltiger Ersat für die Golz und

3) Der S. 86. der Gem. Th. D. ist durch Art. 9. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850 beseitiget.

Berf. Urfunde v. 31. Jan. 1850 aufgehobenes Privilegium. (Erf. des Revis.s Rolleg. für E. K. S. v. 4. Mai 1852, in bessen Praj. Samml. S. 8. Nr. 20.)
Bergl. übrigens Jus. IV. sub 5. zum S. 6. des Ablös. Ges. v. 2. Marz 1850 (s. in Bd. II. Abih. I. S. 332—333).

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 352, 2) In Betreff des älteren Rechtes vergl. Art. 20—21. der Dekl. v. 29. Mai 1816, S. 21. der Ablös. D. v. 7. Juni 1821 und das R. des Min. des J. v. 19. Mai 1837. (v. K. Ann. Bb. 21. S. 396).

Streuberechtigung burch Land nicht gewährt werben, fo unterliegt es keinem 3weis fel, daß gesetlich ber Berpflichtete Rente als Abfindung gewähren und ber Berechtigte annehmen muß, gleichviel wer provozirt hat. Gine, bem wibers sprechende Einigung ber Partheien, wenn fie ben allgemeinen landespolizeilichen Intereffen entgegen ift, barf aber von Seiten ber Auseinandersepungs : Behörben nicht aufrecht erhalten werben. Wenn aber eine vollständige Einigung über die Art der Absindung nicht einmal vorliegt, sondern die Pariheien nur darüber einig find, daß sie Rente nicht geben und resp. annehmen wollen, so kann es um so weniger Bebenfen haben, nach ben Borschriften bes Geses bie Art ber Entschädigung zu bestimmen, wenn dieselbe auch ben Bunschen keiner Parthei entspricht. Es mussen sich diese aber insbesondere die bauerlichen Wirthe gefallen laffen, ba ihr Verlangen ber Abfindung burch raumen Forstboben gesetz lich nicht gerechtfertigt ift, sofern fich berfelbe zu Acer ober Biefe nicht eignet, ihre eventuelle Willensäußerung, bas (raume) Abfindungsland gemeinschafts lich und ungetheilt behalten zu wollen, mithin nicht zu berücksichtigen ift. (Beite schr. des Revis. Kolleg. Bb. 1. S. 331-338.)

Bu \$\$. 69.—72.

1) Das R. des Min. des J. v. 6. Juli 1831 1) (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 157) erläutert den S. 69., unter Bezugnahme auf den S. 71., dahin, daß der auf den Abbau angelegte Plan von den darauf angewiesenen Interessenten nicht schlechterdings angenommen zu werden brauche, sondern daß der Regel nach die Planlagen so gelegt werden müßten, daß der herauszuweisende Interessent die Wahl habe zwischen einer vollkommenen Planlage für den Fall des Abbaues und einer minder vollkommenen für den Fall, wenn er nicht abbauen wolle.

2) Bergl. die §§. 49. — 53. der B. v. 20. Juli 1817, desgl. §. 134. der technischen Instrukt. der Gen. Kom. zu Breslau v. 1846, S.

169—171.

3) Ueber die Vortheile eines Abbaues, vergl. die Abhandlung von Krepschmer in Sprengel's landwirthschaftl. Monatsschrift Bd. 12. S. 182. ff.

Bu §§. 73. und 74.

I. Der S. 73. der Gem. Th. O. verordnet, daß diejenigen Entschädigungen, welche bei Aushebung von Gemeinheiten in Rente gewährt
werden, in Roggen bestimmt und in Gelde abgeführt werden sollen. Zugleich bestimmt dieser S., in Verbindung mit dem S. 74., in welcher Art

die Berechnung bes Roggens in Geld angelegt werden foll.

Diese Borschriften sind durch den Art. 7. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850²) dahin abgeändert worden, daß bei den jenigen Gemeinheits-theilungen, in welchen erst nach Aublikation des Erganz. Ges. v. 2. März 1850 die Art der Entschädigung festgesetzt wird, statt der in den S. 73. und 74. der Gem. Th. D. gedachten, mit den Roggenpreisen steigenden und fallenden Rente eine seste Geldrente bestimmt werden, und daß auch die Bereinigung der Partheien über ans dere, als seste Geldrenten unzulässig sein soll.

II. Der Art. 7. des Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850 ift wortlich aus

dem Regier. Entw. in das Gefet aufgenommen worden.

Die Motive des Entw. zum Art. 7. lauten dahin:

Die Aenberungen, welche bie Rente bei einer in Gemagheit ber \$8. 73. u.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 353.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 329.

74. ber Gem. Th. D. angelegten Berechnung nach ben Roggenpreisen erleibet, find erfahrungsmäßig so unbedeutend, daß sie in keinem Verhältnisse zu der sich alljähr:

lich erneuernben Unbequemlichkeit ber Betrageermittelung fieben.

Dieser praktische Gesichtspunkt hat bereits bei der Absassung der Ablos. Ordn. v. 13. Juli 1829, v. 18. Juni und 4. Juli 1840 dahin geführt, die wandelbaren Geldrenten nicht unter die gesetzlichen Absindungsmittel aufzunehmen; ebenso sind dieselben dem Entwurse der neuen Ablos. D. fremd geblieben. Der erwähnte Grund und die Erwägung der Vortheile, welche eine Uebereinstimmung der gesetzlichen Entsschäugungsmittel für Auseinandersetzungen aller Art mit sich bringt, würde allein hinreichen, um die sesten Geldrenten auch dei Gemeinheitstheilungen zur Regel zu erheben. Es tritt aber noch eine andere Rücksicht hervor, welche es unerläßlich macht, daß die Regulirung der Gemeinheitstheilungs Nenten fünstig nur auf seste Geldrenten ersolgen muß und es den Parteien nicht einmal mehr gestattet werden kann, sich über andere Renten zu einigen. Der Art. 40. der Verf. Art. v. 5. Dec. 1848 hat nämlich verordnet:

"Bei erheblicher Ueberlassung eines Grundstücks ist nur die Uebertragung bes vollen Eigenthums zulässig, jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer

Bine vorbehalten werben."

Behufs einer konsequenten Durchführung des hierin ausgesprochenen allgemeinen Prinzips ist in den S. 91. des Entw. der neuen Ablös. D. die Borschrift aufges nommen worden:

"Mit Ausnahme fester Gelbrenten burfen Lasten, welche nach bem gegens wartigen Gesete ablosbar find, einem Grundstude von jest ab nicht auf-

erlegt werben."

Wenn man mit diesem Grundsate nicht in Widerspruch gerathen will, so muß der Poglichkeit, daß Grundstücke bei Gelegenheit von Gemeinheitstheilungen mit ans deren Reallasten als sesten Geldrenten belegt werden, ebenfalls entgegengetreten werden. Selbstredend kann jedoch diese Vorschrift keine rückwirkende Kraft haben und sich also nicht auf bereits regulirte Renten beziehen.

Die Agrar-Romissionen beider Kammern haben sich zu Bemerkungen darüber nicht veranlaßt gefunden und die Kammern haben den Artikel ohne Erinnerungen dagegen angenommen. (Stenogr. Ber. ber II. K. 1844 Bb. 3. S. 1601 u. ber I. K. Bb. 5. S. 2657.)

III. Ueber das Verhältniß der SS. 73. und 74. der Gem. Th. O. zu dem Art. 7. des Erganz. Gef. v. 2. März 1850 ift Folgendes zu bes merken:

Der Werth nach der Gem. Th. D. abzuldsender Rechte (z. B. eines hütungs - Rechtes) wird in der Regel auf Roggen veranschlagt, z. B. es beißt:

Die Weide für eine Kuh ist (je nachdem sie Forst - oder Wiesen-Weide) werth 2 Scheffel oder 4 Scheffel Roggen jährlicher Rein-

Damit wird sie im Auseinandersetzungsplane Behufs der Entschädi-

gung und Ausgleichung jum Anfage geftellt.

Andere Auseinandersetzungs = Behörden und Kommissarien stellen aber auch die Werths- und Ausgleichungssätze gleich von vorn herein auf Geld

(so und so viel Silbergroschen) fest.

Aritt nun keine Absindung in Land und Natural-Objekten, sondern in Rente ein, — (wie z. B. häusig bei einseitigen Dienstbarkeitsrechten, S. 77., voer bei nachträglichen Entschädigungen, vergl. S. 134. der B. v. 28. Juni 1817), so muß der auf Roggen veranschlagte Werth der Berechtigungen zc. in Geldrente verwandelt werden, wobei zwei Operationen zu untersseiden sind, nämlich:

a) die Verwandlung (die Berechnung) des Roggens in Geld, und

b) die Abführung der so gefundenen Geldrente.

In Bezug auf die ad b. gedachte Operation ist nun durch den Art. 7. des Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850 bestimmt, daß es bei der (nach ad a.

verwandelten) Geldreute, welche nach §. 73. der Gem. Th. D. für den nachften Bahlungstermin zu entrichten ift, auch für die Bufunft fein Bewenden behalt, und daß die Bestimmung des §. 73., wonach der Betrag der Geldrente mit den wechselnden Roggenpreisen in ihrem Geldbetrage steigt und fällt, bei den nach Publikation des Erganz. Gef. v. 2. März 1850 in den schwebenden und erft einzuleitenden Gemeinheitstheilungen festzu= stellenden Renten aufgehoben sein foll. Die, (wenn auch auf Roggen veranschlagten, aber in Geld verwandelten und auf Geld für den erften Bah= lungstermin) festgesetten Geldrenten bleiben bis zur Ablosung nach S. 75. der Gem. Th. D. in diesem gleichmäßigen Geldbetrage abzuführen.

Dagegen kann es, die ad a. gedachte Operation betreffend, wenn die Entschädigung (der Werthsat) auf Roggen angegeben wird, noch auf die Anwendung ber in den SS. 74. und 75. der Gem. Th. D. naber bezeichneten 14 jahrigen Martini = Durchschnitts = Marktpreise ankommen, und es bleiben für diese Operation auch fernerhin die Vorschriften der beiden erften Gate des S. 73. und daher auch die Bestimmungen des S. 74.

der Gem. Th. D. gultig und maafgebend.

Sieran knupfen sich folgende Bemerkungen:

1) Ueber die Frage: welche 14 Jahre bei der Ermittelung der Martini-Durchschnittspreise zum Grunde zu legen, ob namlich die ber Anbringung der Provokation, oder die ber Bulegung des Auseinanbersetungsplanes zunächst vorausgegangenen 14 Jahre? — hat sich ras R. des Min. des J. für Gewerbe = Ang. v. 30. Juli 1837 1) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 663.) ausgesprochen, indem es sich für die erstere Al=

ternative entscheibet.

Das Revisions-Rollegium für L. R. S. bat (in dem Erf. v. 9. Sept. 1853) ben Grundfat entwickelt, bag, wenn Entschädigungerenten im Gem. Th. Verfahren nicht in Rapital oder in festen Geldrenten, sondern (in den vor Aublikation bes Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850 anhangig gewesenen Fällen) in einer mit den Roggenpreisen steigenden und fallenden Rente gewährt werden follen, alebann die bei Ginleitung der Auseinandersetzung geltend gewesenen 14 jahrigen Durchschnittspreise ermittelt merden muffen und Behufs Bestimmung derjenigen jahrlichen Betrage, welche feit Ausführung der Separation zu entrichten find, von den gedachten Martini=Durchschnittspreisen auszugehen ift, bergeftalt, daß die Berechnung bis zur neusten Zeit (ober Ausführung) fortgesetzt und so die in Gelde nach ben wechselnden Roggenpreisen abzuführende Rente fortschreitend im Anschluß an die bei ber Einleitung des Verfahrens ermittelten 14 jährigen Durchschnittspreise von Jahr zu Sahr weiter burchgerechnet werden muß. (Acta: Brandenburg S. Mr. 21., Praj. Samml. bes Revis. Rolleg. S. 28. Nr. 18.)

2) Unter Martini = Marktpreis wird, nach S. 20. des Ablof. Gef. v. 2. Marz 1850, ber Durchschnittspreis berjenigen funfzehn Tage verftan-

ben, in deren Mitte der Martinitag fallt.

Dieselbe Ansicht hatten bereits die R. des Min. des J. v. 14. Mai 1825 2) (v. R. Ann. Bb. 9. S. 462.) und v. 18. Nov. 1830 3) (Donniges

Landes Rult. Gef. Bb. 2. S. 431) ausgesprochen.

Diefe Bestimmung ift auch in Gemeinheitstheilungsfachen fernerhin maaggebend, fofern der Werth im Auseinandersepungsplane auf Roggen bestimmt und ber so ausgedrudte Werth ber Berechtigungen in Geld zu verwandeln ift. 1)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 353.

²⁾ Vergl. in Bb. I. S. 355. 3) a. a. D.

⁴⁾ Der S. 73. ber Gem. Th. D. hatte ben Fall vorausgesest, bag bie Be-

3) Einige Auseinandersetzungs-Behörden waren ber Ansicht, daß man - um die erfte normative Roggenrente zu finden - die Martini Durchschnittspreise ber letten 14 Jahre in ihren reinen Betragen nicht zur Rechnung ftellen konne, vielmehr barauf noch einen, ben Lokalverhaltniffen angemeffenen und daher in jedem einzelnen Falle gutachtlich zu bestimmenden Rudichlag zunächft wegen der Marktfuhrkoften gestatten muffe. Diese Anficht ninemt an, bag ber Marktpreis fich aus bem jedesmaligen lokalen oder durch besondere Konjunkturen hervorgerufenen Werthe des Getreides an sich, unter Hinzurechnung der Roften deffen Transportes zur Der Berechtigte habe nun aber nur das Getreide oder Marktstadt bilde. deffen Werth an fich zu forbern, er bereichere fich also mit bem Schaben bes Pflichtigen, wenn ihm diefer auch noch ben in bem Marktpreise ftedenden Werth des Transportes gewähren muffe, und daraus folge, daß letterer bei Beststellung bes erften normativen Rentenbetrages zu Gunften bes Pflichtigen nach mittleren wirthschaftlichen Gagen in Abrechnung gebracht werden muffe, um fo mehr, als die Pflichtigen - wenn fie bas bem Berechtigten künftig zu gewährende baare Aequivalent der bisherigen Natural-Leiftung sich verschaffen wollten — immer erft zur Stadt fahren, also noch besondere Aufwendungen machen mußten, wofür fie feine Bergutigung empfingen. Der Abzug an Marktfuhrkoften fei gesetlich nicht verboten und baraus die Bulaffigkeit beffelben um fo mehr zu folgern, als bies Berfahren zu benjenigen technischen Ermittelungen zu rechnen sei, wodurch der zu vergütende Reinertrag einer in Rente verwandelten Naturalnugung festgestellt werden soll. Im Uebrigen wollte man hier allenfalls noch ben Unterschied machen, ob bas bem Berechtigten zustehende Getreibe ibm bisher gebracht oder feiner Seits beim Pflichtigen abgeholt werden mußte, und hielt im letteren Valle die Theorie vorzugsweise gerechtfertiget, im erfteren Falle jedoch eine Modififation des Grundsages zulässig, je nachdem ber Produktionsort von dem bisherigen Lieferungsorte mehr ober weniger weit entfernt ift, ale die Markistadt. Der nachgelaffene Abzug follte end= lich von dem Natural-Ertrage der Rente, und nicht von dem jedesjährigen Breise bewirft werben, um solchergestalt die größeren Weiterungen und Schwierigkeiten bei ber alliahrlich wiederkehrenden Bahlung zn vermeiben. (Bergl. bie Busammenstellung ber Pringipien in ber Rameraliftischen Beitung 1843 Rr. 40. und die Ermittelungen über bie ben Pflichtigen in einem und bem ans bern Falle treffenben Nachtheile a. a. D. Nr. 29.)

Ienen Behörden standen, mit dem Min. des I., alle übrigen Gen.-Kommissionen und Revisions-Kollegien gegenüber. Sie verwarfen die Zu-

zahlung ber Roggenrente gleich in bem Jahre ber Ermittelung, nach Maakgabe Deffelben entrichtet werbe. Es fam aber ber Fall häufig vor, bag zwischen bem Antrage auf Auseinandersetung und der Feststellung der Roggenrente, und wiederum zwischen diesem Zeithunkte und der Ausführung des Geschäftes niehrere Sabre verfloffen. Man war nun verschiebener Anficht barüber, wie die Breise, welche zwischen ber Feststellung und ber erften Bezahlung ber Rente inneliegen, fortschreitend abe und angerechnet werben follten, bis man gulest gu bem Jahre gelangte, wo nun endlich bie Geldzahlung zum erften Male wirklich eintreten follte. (Bergl. hieruber bie fich wibersprechenben R. bes Min. bes 3., für G. u. G. v. 27. 3an. 1833, v. 5. Oft. 1836, v. 30. Juni 1837, v. 28. Febr. 1838 u. v. 5. Marg 1838, in Forni's Beitschr. Bb. 1. S. 603-606, und v. 12. Dai 1837 in v. R. Ann. Bb. 21. S. 381., besgl. bie Erf. ber Gen. Rom. und bes Revif.-Rolleg. ju Breslan v. 7. Juni u. 15. Dec. 1838, in Forni's Beitschr. 28b. 1. S. 606—617). — Die Frage ift für antiquirt zu erachten; benn fie fann nur bei Feststellung ber Renten in Betracht fommen, und Renten, bie nicht fcon por Bublifation bes Ergang. Gef. p. 2. Marg 1850 festgestellt find, werben nach Art. 7. bes letteren berechnet.

Lässigkeit eines solchen Abzuges und machten für ihre Weinung besonders geltend, daß das Gesetz, da es die Abzüge wegen der Marktfuhrkosten nicht anordne, überhaupt auf die obenerwähnten Distinktionen sonst nirgends zustomme, somit auch dem Richter gar keinen Anhalt für die entgegengesetzt Annahme darbiete, die — wenn sie vielleicht einige Billigkeit in Anspruch nehmen möchte — vor dem Gesetze nicht gerechtsertiget erscheine, welches sich in den betreff. Stellen ganz unzweideutig ausgesprochen habe.

Diese lettere Ansicht ist des Näheren entwickelt in den Restr. des Min. des J. v. 16. Nov. 1836 1) (Centralbl. für Preuß. Jur. 1837 S. 726 und Koch's Agrargesetzeb., 3 Aust. S. 143) und v. 1. Febr. 1838 2) (r. K.

Ann. Bb. 22. S. 76.)

Das Revision's=Rollegium für L. R. S. hat sich demnächst gegen die sogen. Abzugstheorie erklärt und in Folge deffen als Grundsatz angenommen:

a) daß bei Berechnung der Roggenrente für Marktfuhrkoften kein Ab-

zug von den Martini-Durchschnittspreisen gemacht werden konne, und

β) daß ein solcher Abzug auch weder wegen angeblich schlechterer Dualität des Getreides am Produktionsorte, noch da stattstude, wo der Hebungsberechtigte die Kornpachte von den Censten habe abholen laffen

muffen. 3) (Zeitschr. bes Revis. Rolleg. Bb 1. S. 67-86.)

IV. Ueber die (zu verneinende) Frage: ob der §. 28. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 auf solche Getreiderenten Anwendung sindet, welche bei Gemeinheitstheilungen (§. 73. der Gem. Th. O.) zur Ausgleischung gegeben werden? vergl. Zus. III. zum §. 28. des Ablos. Ges. p. 2. März 1850. (s. oben S. 379.)

Bum §. 75.

I. Der S. 75. erklärt die aus Gemeinheitstheilungen) entsprungenen Renten sur ablöslich, und zwar mit dem 25 fachen des für die lausende Periode (SS. 73. u. 74.) ermittelten Betrages. Zugleich bestimmt der S. 75., daß sechs Monate vorher gekündiget werden muß, daß jedoch der Berechtigte, welcher die Ablösung verlangt, sich auf den Antrag des Verpslichteten eine Zahlung in mehreren Terminen, die die auf 5 Jahre vertheilt werden können, gefallen lassen muß.

Diese Bestimmungen find indeß durch die neueste Agrar - Gesetzebung

modificirt worden. Es verordnet nämlich:

1) das Ablös. Ges. v. 2. März 1850 im S. 54., daß die aus Gesmeinheitstheilungen entsprungenen Renten der Ablösung (nach den Vorschriften des gedachten Ablös. Gesetzes) nur dann unterliegen sollen, wenn der Berechtigte sich des in Ansehung solcher Renten gesetzlich ihm zustehenden Kündigungsrechtes begeben hat.

Nach S. 56. a. a. D. foll übrigens in diesem Falle bem Berechtigten freistehen, auf Abfindung in Rentenbriefen nach Maaßgabe des Rentenbant-

2) a. a. D. S. 355.

Bergl. auch §§. 26. u. 27. bes Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850 und bie Erlaut.

baju. (f. oben S. 374 ff.).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 354.

³⁾ Zugleich hat das Revisions-Kollegium angenommen, daß der Werth des sogen. Mischgetreibes, Mühlenmeskorns und dergl. nur nach Lokalpreisen und gutachtlichem Ermessen zu bestimmen sei.

⁴⁾ Nur von solchen Renten ift im S. 75. die Rebe. In Betreff ber altes ren Gesetzgebung über bie bauerlichen Renten vergl. SS. 16. ff. ber Ablos. D. v. 7. Juni 1821.

Bef. anzutragen, wenn der Verpflichtete nicht die Ablosung nach feinmungen des Vertrages vorzieht.

Bergl. die Erlaut. zu SS. 52.-56. des Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850.

(f. oben S. 483-504.)

Nach den Borschriften des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 aber (§§. 52. u. 91.) erfolgt die Ablosung nur zum 20fachen Betrage, ausgenom-men wenn der oben erwähnte Fall des §. 54. vorliegt, d. h. wenn der Berechtigte sich des ihm in Ansehung solcher (Gemeinheits-Theilungs-) Renten gesetzlich zustehenden Kündigungsrechtes nicht begeben hat.

2) Der Art. 8. des Ergänz. Gef. v. 2. März 1850 1) disponirt, daß die erst nach dem Eintritte der Rechtsfraft des ges dachten Ergänz. Gef. festgesetzten Renten auf den Antrag sowohl des Berechtigten, als des Verpflichteten nach vorhergegangener sechsmonatlicher Kündigung durch Baarzahlung des 20 fachen

Jahresbetrages derfelben ablösbar fein follen.

Zustehen soll, das Rapital in vier aufeinander folgenden einjährigen Terminen, von dem Ablaufe der Kündigungöfrist an gerechnet, zu gleichen Theilen abzutragen, wobei indeß ber Berechtigte nur solche Theilzahlungen anzunehmen verpslichtet ist, welche mindestens 100 Thir. betragen, und daß
der sedesmalige Rückstand mit 5 Prozent verzinst werden niuß.

Endlich soll es, nach dem Schlußsatze des Art. 8., den Partheien freisstehen, sich über andere Zahlungstermine und einen anderen Ablösungssatz wereinigen, welcher lettere indeß niemals den 25fachen Betrag der Jahrestente übersteigen darf, und es sollen Berabredungen, welche dem zuwiderlaufen, die Wirkung haben, daß der Berechtigte auf Grund derselben nur den

25 fachen Betrag ber Jahresrente zu fordern befugt ift.

A. Entstehungsgeschichte des Art. 8. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850.

Dieser Art. ift von den Kammern in der Faffung des Regier. Entw. unverändert angenommen worden.

AA. Die Motive bes Regier. Entw. jum Art. 8. lauten babin:

Da ber Zinssuß im Verkehr jest 5 Prozent beträgt und ein Fallen deffelben nach den gegenwärtigen Verkehrsverhaltnissen in der nächsten Zukunft nicht zu ers warten ist; da ferner der Entwurf zur Ablös. D. den 20sachen Rentebetrag als den höchsten gesehlichen Ablösungssatz für Reallasten aufgestellt hat und eine Gleichs mäßigkeit in der Ablösung von Renten sur Gemeinheiten und Reallasten nothwens dig ist, um die Kompensation der verschiedenen Renten möglich zu machen, so ersscheint es zweckmäßig, bei der Abstoßung der Gemeinheitstheilungs Menten durch Kapital an die Stelle des bisherigen 25fachen Betrages der Jahresrente den 20sfachen treten zu lassen. Von diesem Grundsatze kann jedoch bei bereits konstituirten Gemeinheitstheilungs Menten kein Gebrauch gemacht werden; in Betreff ihrer ist auch schon in den §§. 53., 54. des Entw. zur Ablös. D. Bestimmung getrossen worden, bei welcher es bewenden muß.

Der Willführ der Parteien, den Ablösungssatz abweichend von der gesetztichen Vorschrift zu bestimmen, ist in soweit eine Grenze zu setzen, als daburch indirest unablösbare Renten eingeführt werden könnten. In dieser Beziehung muß eine mit §. 91. des Entw. zur Ablös. D. übereinstimmende Vorschrift gegeben

werben.

Nach S. 75. ber Gem. Th. D. ist zwar jeder Theil zur Ablösung der Rente durch Kapitalzahlung nach smonatlicher Kündigung befugt; der Belastete aber, wenn die Kündigung von ihm ausgeht, ist verpstichtet, das Kapital in ungetrennster Summe zu entrichten, während ihm Rückzahlungen nur dann, wenn der Besrechtigte die Ablösung verlangt, und zwar in Terminen, die die auf 5 Jahre vers

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 329.

theilt werden dürsen, gestattet sind. Soweit aus dieser Vorschrift durch Anwendung auf einzelne Fälle bereits Rechte erworben worden sind, muß es bei denselben nastürlich sein Bewenden behalten. In Betress der erst fünftig sestzustellenden Renten ist es dagegen wünschenswerth, dem Verpslichteten unter allen Umständen die Absstoßung der Renten durch Bewilligung von Terminalzahlungen zu erleichtern, so wie wegen der Fristen und Höhe der Abschlagszahlungen die Normen des S. 65. des Entw. der neuen Ablos. Drdn. auch auf die Gemeinheitstheilungen zu überstragen.

BB. Die Kommission der II. Kammer empfahl die unveran-

berte Annahme des Art. 8., indem fie bemerkte:

Der erste Sat des Alin. 1. des Art. 8. wurde ohne weitere Diskusston von der Kom. einstimmig angenommen, indem allseitig anerkannt wurde, daß nach dem in dem Entw. der Ablös. D. für Reallasten zur Geltung gekommenen Grundsat:

"bei Rapitalifirung ber Renten ben 20fachen Betrag berfelben als bochften

gefetlichen Ablofungefat anzunehmen",

es vollkommen gerechtfertigt erscheine, diesen Sat auch bei jett erst festzusesenden Renten, welche bei Gemeinheitstheilungen als Entschädigung gegeben werden, festzuhalten, und danach den S. 75. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 zu modistziren, während dem die schon jett beiden Theilen zustehende Befugniß zur Kunsdigung der Renten unter den beizubehaltenden Beschränkungen aufrecht zu erhalten sei. —

Bu bem zweiten und britten Sape bieses Alin. wurde von einer Seite her-

vorgehoben:

daß es sehr oft für den Berechtigten wünschenswerth sein dürste, das ganze Ablösungs-Rapital mit einem Mal in ungetrennter Summe und nicht in vier einjährigen Terminen zu erhalten; ein Mittel dies zu erreichen würde, ohne daß der Verpslichtete dadurch in Verlegenheit kame, in der Abzahlung solcher Ablösungs-Rapitalien, mittelst Rentenbriese, der in Aussicht gestellten Landrentendanken, sich darbieten, wonach vorgeschlagen wurde, hinter den Worten des dritten Saßes:

"Der jedesmalige Rucktand ist mit 5 Prozent jährlich zu verzinsen"

folgenden Bufat einzuschalten:

"Erklart sich aber ber Berechtigte bereit, die Ablösungesumme im zwans zigfachen Betrage der Rente, in Landrentenbriefen nach dem Nennwerth derselben anzunehmen, so ist der Berpslichtete zur derartigen Zahlung

bes Gangen nach sechsmonatlicher Runbigung verpflichtet." -

Dem wurde jedoch entgegen gesetzt, daß gerade eine solche Bestimmung ben Berpflichteten bann in die größte Berlegenheit fegen und zu Opfern nöthigen wurde, wenn der Berechtigte hiernach die Ablosung in ungetrennter Summe burch Lands rentenbriefe verlange, und ber Berpflichtete fich nicht im Befit folder befanbe, sondern genothigt werde, sich solche zum Kourswerth anzuschaffen. Boraussichtlich wurde ein solches Berlangen Seitens bes Berechtigten nur immer bann eintreten, wenn der Rours der Landrentenbriefe über pari ftunde, niemals aber wenn fie uns ter ihrem Nennwerth auf bem Gelbmarkt zu haben waren; bag in ersterem Falle ber Verpflichtete gezwungen werben folle, bennoch die Zahlung des Kapitalwerthes der Entschäbigung in ungetrennter Summe burch Landrentenbriefe nach ihrem Renns werth zu leisten, dazu sei durchaus ein rechtlicher oder sonst durchgreifender Grund nicht vorhanden, wenn nun noch überdies nach Alin. 2. des Art. 8. es den Pars theien stets freistehe, sich über andere Bahlungsmodalitäten zu einigen, sofern nur nicht ein höherer als ber fünfundzwanzigfache Betrag ber Jahresrente bei ber Rapitalifirung angenommen, hierdurch aber eine Ginigung bie Bahlung mittelft ber kunftig zu schaffenben gandrentenbriefe zu leisten, nicht ausgeschloffen werbe; fo erscheine der beantragte Busat zwar wohl im Intereffe bes Berpflichteten gefährlich, fonft aber gur befferen Lofung ber Berhaltniffe nicht geeignet.

Die Rom. hat baber biefen Busas mit überwiegender Majoritat abgelebnt und

beantragt bie unveränderte Annahme des ganzen Art. 8. —

Die II. Kammer trat dem Antrage der Kommission bei. 1) (Stesnogr. Ber. der II. K. 1834 Bb. 3. S. 1602.)

¹⁾ Der Berbeff. Antrag bee Abgeordn. Gr. zu Stolberg (nicht gebruckt):

CC. Die Kommission der I. Kammer bemerkte nur, daß der Art. 8. eine nothwendige Konsequenz aus den in dem Ablös. Ges. rücksichtlich des Multiplikators enthaltenen Bestimmungen sei und deshalb zur Annahme empsohlen werde.

Die I. Rammer ift bem auch ohne Diskuffion beigetreten. (Stenogr.

Ber. ber I. R. 1844 Bb. 5. G. 2657.)

B. Jur Erläuterung des Ari. 8. des Ergänz. Gef. v. 2. März 1850. Die Bestimmung in einem vor der Rechtstraft des Ergänz. Gef. v. 2.- März 1850 errichteten Gemeinheitstheilungs-Rezesse, daß die darin sestigesstellte Rente nach den zur Zeit deren Ablösung in Kapital, resp. zur Zeit der Kündigung bestehenden Gesehen ablöslich sein solle, berechtiget den Berpslichteten noch nicht, die Rente mit dem 20 sachen Betrage in Kapital

abzuldsen.

So erkannt von dem Revisions = Kollegium für L. R. S. unterm 27. Jan. 1852; denn der Art. 8. spreche nicht ohne Unterscheidung aus, daß die Ablösung nach dem 20 fachen Betrage der Rente erfolgen solle, sondern beschränke dies vielmehr auf die nach Emanation des Geses v. 2. März 1850 sestgeseten Renten; das Geses, wie es zur Zeit der Kündigung (vor dem 2. März 1850) bestand, resp. noch jest besteht, enthalte mithin eine hier nicht eingetretene Bedingung und sei das her auf den Fall nicht anwendbar, wo der Rezes die obengedachte Bestimsmung enthalte. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 5. S. 419 — 424, u. Präs. Samml. desselb. S. 23. Nr. 7.)

Wulsten stimmt hiermit überein, indem er bemerkt, daß aus Art. 8. folge, daß mit Ausnahme des Falles des S. 54. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 auch die Gemeinheitstheilungs - Renten aus früherer Zeit dem Ablos.- und Rentenbank - Ges. nicht unterliegen. (Bulsten die neuen

Agrar. Gef. S. 266.)

II. Nachdem der Art. 7. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 bestimmt hat, "daß in Zukunft statt der nach Worschrift der §§. 73. und 74. der G. Th. D. mit den Roggenpreisen fallenden und steigenden Kente eine seste Geldrente eingesetzt werden soll," ist die Ansicht geäußert worden, 1) daß "es der Errichtung (Vollziehung und Bestätigung) eines Rezesses über Abslösung dieser sesten Geldrenten durch Kapital nicht bedürse", während von derselben Seite her doch angenommen wird, daß vorher ein solcher Rezessüber Ablösung der mit den Roggenpreisen steigenden und fallenden Renten durch Kapital nöthig war, und diese letztere Annahme nicht sowohl nach §. 3. Nr. 3. sud b. der B. v. 20. Juni 1817 (denn diese Gesesstelle erweist dies nicht), sondern vielmehr nach §. 158. ss. a. a. D. in Verdindung mit §. 29. der Absos. D. v. 7. Juni 1821 auch begründet erscheint. Was in dieser Beziehung vor dem Erlaß des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 Rechtens war, ist es aber unbedenklich noch sett. Aus Art. 8.

[&]quot;bem Art. 8. folgenden Busas beizufügen:
"Will der Berpstichtete eine solche Ablösung durch Kapitalzahlung nicht ans "nehmen, so erfolgt die Ablösung nach den Bestimmungen des Geseses "über die Errichtung der Rentendanken", wurde abgelehnt. (Stenogr. Ber. der II. K. 1844, Bd. 3. S. 1602).

Ueber die jedenfalls mangelhafte Faffung dieses Amendements vergl. die Bes merk. des Berichtserstatters der II. R. (Abgeordn. Bauers Stargard), a. a. D.

¹⁾ Roch (Kr. Ger. Dir.) stellt biese Meinung auf, indem er beshalb ledigs lich auf ben Art. 8. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850 Bezug nimmt. (Roch's Land-Mecht, Bb. 2. S. 581). — Entgegengesetzer Ansicht ist (ohne weitere Motivirung) Roch (Geh. Reg. Rath). Bergl. dessen Agrarges., 4. Aust. S. 158, Rote 2.

a. a. D. ift die Meinung, daß jest kein Ablosungsrezes mehr erforderlich fei, gar nicht herzuleiten. Denn beffen Bestimmungen unterscheiben fich pon benjenigen bes S. 75. der Gem. Th. D. nur in Bezug auf den Ablöfungefas, die Bahl der Termine, die ausdruckliche Bestimmung wegen bes geringften Betrages einer Theilzahlung bes Rapitals und die Berginfung des Rapitalrudstandes, also nur in Bezug auf Modalitäten des Ablofungsplans, indem ber Art. 8. des Ergang.=Gef. an= fatt des früheren 25 fachen Sages, ben 20 fachen, anftatt der früheren Bertheilung ber Rapitalabschlagszahlungen auf fünf, eine solche auf vier Jahre anordnet, und verfügt, daß jede Theil= und Abschlagszahlung minteftens 100 Thaler betragen, auch ber Rudftand mit 5 Prozent verzinft werben folle, was früher in der Gem. Th. D. nicht ausdrücklich bestimmt war. Diese Modalitaten find einleuchtend aber für die Nothwendigfeit oder Entbehrlichkeit eines befonderen Rezeffes über die Ablöfung durch Rapital gang gleichgültig. Gben baffelbe gilt jedoch von der Bestimmung, daß anstatt ber jahrlich, nach Maaggabe ber fleigenden und fallenden Getreidepreise, wechselnden Geldrente, fünftig eine feste, ein für allemal gleich= mäßige Gelbrente eintreten foll. Denn auch die erstere war durch die im Gefete aufgestellten, in den Umwandlungs - Rezeg übernommenen Regeln zur jedesmaligen Zeit der Ablösung, für das laufende Jahr, in Gelde fixirt und es trat gang ebenfo, wie bei ber Rapitalsablofung einer von vorn berein und für alle folgenden Jahre firirten Geldrente, bei ber im Ablefungsjahre berechneten, aber auf Geld bestimmten, refp. in Gelb abzuführenden Rente, das, fet es nach dem 25 oder 20 fachen Jahresbetrage gu berechnende Ablosungefapital erft neu an die Stelle jener Rente. Der Rezest hat in der Hauptsache jett, wie früher nur die Umwandlung der Rente in Rapital zum Gegenstande, dabei aber auch dieselben Rebenbestimmungen. Auch diese find dem Wesen nach dieselben geblieben; denn über den verfchiebenen oder Minimal-Betrag der Theilzahlungen und über ben Binsfaß konnten auch früher, abweichend von den nur subsidiairen Regeln des Gefebes, unter den Partheien besondere Rezesbestimmungen getroffen werden, wie dies benn auch gegenwärtig laut Alin. 2. des Art. 8. des Ergang.-Gef. v. 2. Marg 1850 ausbrücklich nachgegeben ift.

Die Errichtung des Rezesses hat jedoch noch eine andere Aufgabe und Wirkung und in ihnen liegt hauptfächlich das jest, wie früher, auf gleiche Weise anzuerkennende Bedürfniß eines besonderen Ablos. - Rezesses. Awect ift insbesondere auch die Beststellung des Legitimationspunktes, ferner eine Grundlage für bie Benachrichtigung ber beim Ablosungsverfahren durch die Auseinandersetzungsbehörde von Amtswegen zu vertretenden Hypothetenglaubiger und mittelbaren Intereffenten, wie fur die Berichtigung ves Spoothekenbuchs, ferner eine vollstrechbare Urkunde (hinsichtlich bes neu flipulirten Kapitale) herzustellen und allen Nachforderungen zu begeg-Indem die Bestätigung bazu bient, foll ste zugleich bafur Garantie leiften, daß darin keine, dem öffentlichen und landespolizeilichen Interesse zuwiderlaufende Berabredungen, z. B. feine mit den SS. 91. und 92. Des Ablof. = Gef. v. 2. Marg 1850 ober mit bem Schluffage im Alin. 2. des Art. 8. bes Ergang.-Gef. v. 2. Marg 1850 unvereinbare Bertragsbeftimmungen getroffen werden. (§§. 4., 15., 43., 162. Rr. 1.—4., 169., 170. der B. v. 20. Juni 1817, § 57., 58., 61. der B. v. 30. Juni 1834.)

Diese Bemerkungen behalten, mit Rucksicht auf S. 6. des Rentenbank-Gef. u. 2. Marz 1850, auch für die Zukunft ihre Bebeutung.

Bum §. 76.

1) Die Vorschrift des S. 76., daß der Berechtigte verpflichtet sein

foll, binnen Jahresfrift vom Tage der Bestätigung des Rezesses die Einstragung des hier gedachten Borzugsrechtes der Rente in das Hypothekens buch des verpstichteten Grundstückes nachzusuchen, ist abgeandert durch S. 3. des Ges. v. 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen zc. (G. S. 1835 S. 136), wonach jest die General-Rommissionen von Amtswegen verpstichtet sind, die Eintragung zu beantragen.

2) Bergl. die Erlaut. jum S. 3. bes G. v. 29. Juni 1835, insbef. auch über die Frage: ob die rucktändig bleibenden Ablosungs = Rapitalien bas Borzugsrecht gegen die bereits eingetragenen Spoothekenglaubiger auch alsbann behalten, wenn dieselben binnen der vorgeschriebenen Jahresfrist in das Spoothekenbuch des verpflichteten Grundstückes nicht eingetragen wor-

den find?

3nm S. 77.

1) Das Min. des J. hat in dem R. v. 17. Dec. 1839 1) (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 159) ausgeführt, daß der S. 77. nicht dahin auszuslegen sei, daß der Dienstbarkeits serechtigte zur Anahme einer Entschädisung in Gelde nur in dem Falle verpstichtet werden könne, wenn eine Unsmöglichkeit vorhanden, die Entschädigung dergestalt in Land zu geben, daß er es zu dem abgeschätzten Werthe benutzen kann; sondern es könne eine Entschädigung in Land auch in dem Falle nicht gegeben werden, wenn das durch für die mit der Dienstbarkeit belasteten Provokanten so erhebliche wirthschaftliche Nachtheile hervorgerusen werden, daß die, welche den Berechtigten dadurch treffen, daß er mit Geld abgesunden wird, als untergeordnet erscheinen.

Bergl. jedoch das (nachstehende) Praj. des Revisions = Rollegiums für

L. R. S. v. 15. Juli 1853.

2) Die Boraussehungen für die Renteentschädigung der Dienstbarkeits-Berechtigten im g. 77. a. und b. sind nicht disjunktiv, sondern kumulativ aufzufassen.

Angenommen von dem Revisions = Rollegium für L. K. S. un-

term 15. Juli 1853. (Beitschr. beffelb. Bb. 6. S. 439 ff.)

Bergl. die Grunde dieses Prajudit. unten jum Art. 10. des Ergang.

Gef. v. 2. Marz 1850, zum S. 127. der Gem. Th. D., Buf. III.

3) In Betreff der Forst = Servituten insbesond. vergl. die Art. 9. u. 10. des Ergänz.=Ges. v. 2. März 1850 und die Ersäut. dazu. (S. unten zu \$5. 86. und 127. der Gem. Th. D.)

3n §5. 82. und 83.

1) Nur Dienstbarkeitsrechte gleicher Art können durch Kompensation ausgehoben, es können also Dienste nicht auf Forstberechtigungen angerechnet werden.

So erkannt von der Gen. Kom. zu Breslau unterm 21. Febr. 1834.

(Forni's Beitschr. Bb. 1. G. 599-602.)

2) Die technische Instrukt. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841 bemerkt zu den §§. 82. und 83. der Gem. Th. D. (im §. 82. S. 89 ff.):

Bei der endlichen Theilung der Weide verfahren die Kommiffarien in der Res gel so, daß sie die mit besonderen Hütungsberechtigungen versehenen Interessenten vorweg absinden, hiernächst aber rücksichtlich der mit Aeckern und Wiesen angesesssenen Grundbesitzer die Ackers und Wiesen Weide dergestalt kompensiren, daß sie

¹⁾ Bergl, in Bb. I, G. 356.

jedem derselben den, mit Einschluß der Aders und Wiesens-Beide berechneten Werth seiner Grundstücke in eben der Art wieder anweisen, und nur die beständige Weide nach dem Verhältnisse des berechtigten Viehstandes, oder auch des Werthes der

Ader = und Wiesen = Grundftude vertheilen.

Dieses Berfahren fann aber haufig zu bedeutenden Berletungen führen. Denn bas Theilnahme : Verhaltniß ber Grundbefiger an ber hutung auf ben vermengten Aeckern und Wiesen ift fast niemals so gleich, bag es nach S. 82. ber Gem. Th. D. burch Rompensation aufgehoben werden konnte. Die mit befferen Grundstuden ans geseffenen Wirthe bennten vermoge ihres größeren Biehftanbes, und weil ihre auch zum Theil in ber Brache bestellten Aecker nur wenig Weibe gewähren, immer einen verhaltnigmäßig größern Antheil von der Acter: und Wiesen : Weide, als die mit schlechteren Grundstücken versehenen. Denn diese konnen nur einen verhällnigmäßig fleinen Biehstand halten, wogegen aber ihre, zur jährlichen Bestellung nicht geeigs neten Grundstude in den Brach : und Dresch : Jahren gang zur gemeinschaftlichen Weibe liegen bleiben, welche baber erstere mit zu nuten befugt find. Werden nun bie Acters und Wiesens-Besitzer für den ganzen, einschließlich der Acters und Wiesens Beibe berechneten, Berth ihrer Grundstude in eben ber Art im Ader und in ben Wiesen abgefunden, bann erhalten die mit schlechteren Gruudstuden versehenen Wirthe von ber Acer = und Wiesen = Weibe einen weit größeren Antheil, als fie früher bavon benutt haben, und die Befiger der befferen Grundstude werben verlett, wenn hiernachst noch die beständige Weide nach dem berechtigten Viehstande, ober wohl gar nach dem Werthe des Acers und Wiesen : Besitzes vertheilt wird. Es wird also in der Regel der S. 83. der Gem. Th. D. zur Anwendung gebracht und die Theilung fo angelegt werben muffen, daß das Sollhaben eines jeden Grunds besitzers an Acker und Wiesen, ausschließlich bes Weiderechts, und außerdem bas gange Sollhaben jedes Einzelnen an der Acter :, Wiefen : und beständigen Beibe besonders berechnet, hiernachst die Aecker und Wiesen bloß nach dem Ackers und Wiesen-Werthe angewiesen werben, und jedem Intereffenten auf sein Sollhaben an Beibe querft bie Ader = und Biefen = Beibe auf feinen neuen Grunbstuden anges rechnet und ihm zulett nur fur ben, nach Abzug ber Acter : und Wiesen : Weibe, noch gebührenden Antheil Absindung aus der beständigen Weide gegeben wird.

Nur in ben Fallen, wo alle Wirthe verhaltnismäßig gleich guten Acker und Wiesen besigen und ihre Absindungen im Ganzen größtentheils in Grundstücken berselben Gattung und in benselben Klassen angewiesen werden können, wird man zur Vereinfachung ber Berechnung das oben erwähnte gewöhnliche Verfahren beis

behalten dürfen.

- 3) Die technische Instrukt. der Gen. Kom. zu Munster v. 1844 (S. 82. S. 55) empsiehlt das Versahren, wonach wechselseitige hütungs-Rechte auf Nedern und Wiesen in Fällen, wo Grundeigenthumer und hütungs-Interessenten dieselben sind, dadurch auseinandergesetzt werden, daß jedem Interessenten soviel davon zugestanden wird, als er nach Verhältniß mit Acker und Wiesengründen betheiligt ist, d. h. daß man unter Aushebung der wechselseitigen Weiderechte einem Jeden die Weide auf seinen eigenen Gründen überweist.
- 3) Ueber ben Wegfall bes Weibegelbes und Hirtenlohnes, vergl. die Erläut. zu SS. 56. und 82. der Gem. Th. O. (s. oben S. 92.)

Bum §. 86.

1) Die Bestimmung bes S. 86. ist durch ben Art. 9. des Erganz. Ges. 2. Marz 1850 1) aufgehoben.

Der gedachte Art. 9. enthielt in bem Regier. Entw. nur deffen jesisges Alin. 1., wogegen das Alin. 2. von den Kammern hinzugefügt worden ift.

A. Die Potive des Regier. Entw. zum Art. 9. lauten dabin: Rach ber Gem. Th. D. ift im Allgemeinen jeder Berechtigte nach dem Angungs-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 330.

extrage seiner auszuhebenden Berechtigung, und zwar der Regel nach in Land, wenn letteres aber in zweckmäßiger Weise nicht gewährt werden kann, in ablös barer Rente abzusinden. Der Antrag auf Gemeinheitstheilung darf sowohl von dem Berechtigten, als von dem Belasteten ausgehen. Bei einseitigen Dienstdars keiterechten tritt jedoch eine Ausnahme von diesen Grundsätzen ein, sobald der Bes rechtigte auf Auseinandersetzung provozirt. In diesem Falle hat nämlich der Bes lastete die Wahl, ob er nach dem ihm aus der Aushebung der Dienstdarkeit ers wachsenden Bortheile oder nach dem Autungsertrage des Rechts und durch welches Absindungsmittel er den Berechtigten entschähigen will. Der Borschrift liegt die Absicht zu Grunde, den Besister des belasteten Grundstäck auf indirektem Wege vor unzeitigen Ablösungs-Antragen zu schähen; sie sührt aber eine Berletzung des Berechtigten herbei, welcher sich durch seine Wirthschafts- Einrichtungen zu dem Ablösungs-Antrage gedrängt sieht, indem er keinen vollen Ersat für den Werthseines Rechts und die unzulängliche Absindung nicht einmal in einer den Berhälts nissen entsprechenden Weise erhält.

Für einseitige Dienstbarkeiten, welche auf anderen als Forfigrundstücken haften, ift ber Gegenstand von feiner besonderen Erheblichkeit, einmal weil bergleichen Gervituten gewöhnlich nicht isolirt basteben, sondern auf Landereien haften, bie noch anderen Gemeinheiten unterworfen find, und baber bei Gelegenheit von vollftanbigen Separationen zur Ablösung kommen; sobann weil bei ihnen praktisch kein Unterschied in dem Berthe ihres Nugungsertrages und bes Bortheils, welcher aus ihrer Aufhebung für ben Belafteten entfteht, hervortritt. Bon großer Wichtigkeit ift die Sache aber für Forstservituten, welche ber Regel nach die alleinigen Ges meinheiten in ben bem Fistus ober ben Befigern größerer Guter gehörigen Balbern bilben. Die Ausübung folcher Dienstbarkeiten, namentlich ber Beibe, ober ber Raffs und Leseholzberechtigung, ift, wenn fie in ben gefetlichen Schranten gehalten werden kann, der hergebrachten Wirthschaftsart des Waldes häufig nicht nachtheilig; zur Verwerthung ber Waldweibe und bes Raff: und Leseholzes fehlt es oft nach erfolgter Ablösung der Berechtigung an hinreichenber Gelegenheit, und der Rußen einer durch die Ablösung der Servituten bedingten Berbefferung der Forstfultur springt nicht sofort in die Angen, sondern macht sich erft nach vielen Jahren bemerkbar. Deshalb find die Sachverständigen leicht geneigt, eine für die Berechtigten sehr fühlbare Differenz zwischen bem Werthe bes bem Walbeigenthüs mer aus der Beseitigung der Servitut erwachsenden Vertheils und dem Werthe des Rubungsertrages ber Gervitnt herauszurechnen, ohne daß es gelingen will, ihren Annahmen mit Erfolg zu begegnen, weil es fast unausführbar ift, ben auf veranderte Buftande gegrundeten, aus bem fervitutfreien Forfte funftig zu ziehenben Gewinn mit Sicherheit in Bahlen auszuhrücken. Andererseits entschließen fich bie Balbbefiper aus Borliebe zu ihren Forften nur ungern zu einer Landentschäbigung, ober verweigern biefelbe in ber Boraussetzung, daß die Berechtigten unter biefen Umftanben von bem Ablosunge-Antrage gurucktreten, weil es in ber Regel im Intereffe ber letten, namentlich ber Befiger fleiner Stellen, liegt, burch Land abgefunden zu werden.

Wenngleich es nicht verkannt werden darf, daß der Forsteigenthumer durch bie Ablösung der Dienstbarkeiten zu Opfern genöthigt wird, die ihm erft nach lans ger Beit und nur bei einer forgfamen Rultur vergutet werden, und daß es fur ihn baber nicht gleichgultig ift, in welchem Momente er biefe Opfer zu bringen hat, so muß doch auch eingeräumt werben, daß durch biese Umstände das Prinzip, wos nach bie Sohe und bie Art ber bem Berechtigten ju gemahrenben Entschädigung von beffen Stellung als Provokont ober Provokat abhängig gemacht wirb, fich nicht rechtfertigen läßt. Sobald einmal bie Ablösung eines Rechts erfolgt, muß für basfelbe eine vollständige und angemeffene Abfindung gegeben werben, ohne Rudficht barauf, wer die Auseinandersetzung veranlaßt hat. Bei weitem fonsequenter wurde es sein, nur bem Baldbefiger und nicht bem Dienstbarkeiteberechtigten bie Brovofationebefugniß zu gestatten, indem es baburch bem Ersten allein überlaffen wirb, feinen Fork erft bann von fulturwidrigen Laften zu befreien, wenn er es feinem fonftigen Intereffe entsprechend findet, Berbefferungen in ber Waldwirthschaft vorgunehmen. Bu biefem Grundfate ift bie neuere grangofische Gefetgebung gurud. gefehrt, indem ber Code forestier v. 21. Mai 1827 in Betreff ber Golgnupungerechte in Staatswaldungen nur bem Fistus, nicht aber bem Rupungsberechtigten bie früher beiben Theilen zustebenbe Rantonnementetlage eingeraumt hat. Allein bie

Konfervirung der Forstferdituten verdient vom Standpunkte der allgemeinen Lans beskultur aus so wenig als vom sittlichen Standpunkte eine Begünstigung. Die Waldbesiger feldst überzengen sich täglich mehr von den Vortheilen der Befreiung des Grundeigenthums, und halten jest zum Theil mit ihren Ablösungs-Anträgen nur darum zurück, weil sie auf Provokationen von Seiten der Berechtigten und das durch auf billigere Auseinandersetungs-Bedingungen hossen. Die Berechtigten werden bei Ausübung der Dienstdarkeiten leicht zu Kontraventionen verleitet, wosdurch sich ihr Rechtsgefühl in bedauernswerther Weise abstumpst. Abgesehen das von werden sie aber durch das Fortbestehen der Servituten an einer zweckmäßigen Beränderung ihrer Wirthschafts-Einrichtungen und an einer zewinnreichen Berswendung ihrer Arbeitskräfte gehindert. Aus diesen Gründen ist es nicht rathsam, den Dienstdarkeitsberechtigten die Befugniß zu entziehen, auf Ablösung anzutragen, und es bleibt demnach nichts übrig, als die Ausnahmebestimmungen der §§. 86., 94. u. 114. der Sem. Th. D. für den Fall der Provokation des Dienstdarkeitss berechtigten auf Auseinandersesung auszuheben.

Endlich spricht für diese Aushebung auch noch die Thatsache, daß die neueren Grundsäte der Forstwirthschaft und deren sorgfältige Aussührung eine Ausdehnung der Schonungen und des Holzbestandes in dem Maaße zur Folge haben, daß dadurch die Hütungsnutzung sehr geschmälert wird. Den Berechtigten muß hiers gegen ein Schut durch Aushebung der Beschrünfung ihres Provokationsrechts ges

währt werben.

B. Die Kommission der II. Kammer empfahl die unveränderte Unnahme des Art. 9., indem sie bemerkte:

Bei Berathung bes Art. 9. wurde von einer Seite auf die Gefahren hingewiesen, welche ben größern, besonders ben Staatsforsten aus ber Aufgebung bes in ben §5. 19., 86., 94. und 114. ber Gem. Th. D. hinfichtlich ber Abfindung ber einseitig Dienstbarkeites-Berechtigten ausgesprochenen Prinzips, erwachsen konnen. - Es wurde hervorgehoben, tag bei den ausgedehnten und zahlreichen Servituten, mit welchen insbesondere fistalische Forsten mehrentheils belastet maren, burch eine Entschäbigung nach bem Rugen und Ertrage, welchen bie Gervitut jedem Befiger gewähren kann, und welche bedingungsweise in Land gewährt werden muffe, die Forsten leicht bevastirt, ja wohl ber Fall vorkommen könne, dag ber Eigenthümer genöthigt sei, wenn nicht ben ganzen, so boch ben größten Theil seines Walbes zur Absindung des Servitute: Berechtigten zu verwenden und herzugeben, eine Gefahr, die selbst durch den im Art. 10. des Entwurfs vorgesehenen Entschädigungsmodus nicht genügend abgewendet werde. Es erscheine daher im Interesse einer Konsers pation ber Forsten, bei einer Abanderung ber §g. 19., 86., 94. und 114. ber Gem. Th. D., angemeffen: Die Provokations-Befngniß, sowie bies in ber neuern Frangöfischen Gesetzgebung ebenfalls geschehen sei, mindestens in Betreff ber hob gungerechte nur bem belasteten Forsteigenthümer zu gestatten.

Die Majorität der Kommission hat sich jedoch unter vollständiger Anerkennung der dem Gesetzentwurf beigefügten Motive für die Beibehaltung der unveränderten Fassung des Art. 9., weil dieser dem Prinzip der Gerechtigkeit entspricht, ausges

sprochen und empfiehlt ber R. Die unveranderte Unnahme beffelben.

Die II. Kammer trat bem Antrage ber Kommission bei. 1) (Stesnogr. Ber. ber II. K. 1857 Bb. 3. S. 1609.)

¹⁾ In ber II. R. waren zum Art. 9. folgenbe (nicht gebruckte) Berbeff.= Antrage gestellt worben:

a) Bon bem Abgeordn. Oppermann (zu Art. 9. n. 10.): "Die Art. 9. n. 10. folgendermaaßen zu faffen:

[&]quot;Art. 9. Wenn ber Walbeigenthumer ale Provokat auf Grund "bes S. 94. ber Gem. Th. D. die Entschäbigung nach dem Bortheile "gewähren will, welcher ihm aus der Aushebung der Servitut erwächk, "so ist der Werth dieser Vortheile in Ermangelung gutlicher Einigung "durch forstechnische Sachverständige, als welche nur solche Personen "anerkannt zu werden branchen, welche die forstliche Staatsprusung bes "standen haben, im Wege des schiederichterlichen Berkahrens zu ermits

C. Die Kommiffion der I. Rammer beantragte, den Art. 9. mit folgendem Busate anzunehmen:

Bei den auf Forsten haftenden und nach der Gem. Th. D., so wie nach dem vorliegenden Gesetze ablösdaren Dienstdarkeiten verbleibt jedoch dem Besitzer des belasteten Waldes, wenn er Provokat ist, die Wahl, ob er den Dienstdarkeitsberechtigten nach dem Nutzungsertrage der Dienstdarkeit, oder nach dem Bortheile, welcher dem Belasteten aus deren Aushebung erwächst, entschädigen will. Im letzteren Falle ist der Werth der Bortheile des Belasteten, in Ermangelung gütlicher Einigung, im Wege des schiedsrichterlichen Versahrens (§§. 31. bis 34. der B. v. 30. Juni

"teln. Bon ben Sachverftanbigen wählt jebe Parthei einen; find biefe "verschiebener Meinung, so bestellt bie Kommission ben Obmann.

"Art. 10. Die bem Befiser eines mit Dienstbarkeiten belasteten "Grundstückes nach S. 86. ber Gem. Th, O. für den Fall, daß der "Berechtigte auf Auseinandersetzung anträgt, eingeräumte Befugnis, die "Art der zu gewährenden Entschädigung zu bestimmen, wird aufges "hoben.

"Art. 11. Für bie auf Forsten haftenben Dienstbarkeiterechte zur "Weibe, jur Graferei, jum Mitgenuß bes holges, gum Streuholen, "jum Plaggen=, Geibe= und Bultenhieb ift, vorbehaltlich einer anber= "weiten Einigung ber Betheiligten, eine Entschädigung in Land nur "dann zu geben und anzunehmen, wenn baffelbe zur Benugung als "Ader ober Biefe geeignet ift. Es bleibt jeboch bem Belafteten, wenn "er Provokat ift, überlaffen, zu bestimmen, für welche Benugungeweife "er die Absendung sich anrechnen laffen will. Im Fall die Absendung als "Ader ober Wiese gewährt wirb, ift fie nach bem Werthe bes Bobens "für biefe Benutungeweise unter Berücksichtigung ber Ueberwachunges "toften angurechnen. Die taranf befindlichen holzbestände verbleiben "bann bem Forsteigenthumer, welcher biefelben vor der Uebergabe bes "Landes abraumen muß. Im Falle die Abfindung ale Baldboden ges "wahrt wird, ift fie nach bem Werthe bee Bobens für forstwirthschaft-"liche Benutung, unter Anrechnung ber barauf vorhandenen holze "bestände, nach den Grundfagen einer mit einfacher fünfprozentiger "Binfenrechnung anzulegenden Balbwerthschätzung anzurechnen.

"Für eine Brennholzberechtigung ist jedoch auch eine Absindung in "Corfgrund und für eine Streuberechtigung eine Absindung in zum "Streuersaße geeignetem Grund und Boden, nach dem bei Benutzung "zum Torfstich ober zu Streu sich ergebenden Werthe anzunehmen, wenn

"ber Berechtigte solche als Provotat offerirt.

"In allen anderen Fällen, namentlich auch in benen, welche S. 77. "ber Gem. Th. D. bezeichnet, ift für die genannten Berechtigten eine "Entschädigung burch Kapital ober Rente zu leisten und anzunehmen. "Die SS. 127. und 138. der Gem. Th. D. werben aufgehoben."

b) Bon bem Abgeordn. v. Fock (qu Art. 9, u. 10.):

"a) im Art. 9. die Worte: "die Art der zu gewährenden Entschäbigung zu bes "stimmen", und ferner die in diesem Art. allegirten §s. der Gem. Th. O., "die sich auf diesen Sat beziehen, fortzulassen;

"B) im Art. 10. nach ben Worten: "zu gewähren vermag" einzuschalten: "unb "wenn diese Entschädigung entweder in Anschluß der Grundstücke des Bes "rechtigten, oder doch an der Grenze der Grundstücke des Verpflichteten ges "geben werden kann."

c) Bon bem Abgeordn. Gr. v. Kanis:

"Bum Art. 9. folgenden Busat hinzuzufügen:
"Der Besiter eines jeden belasteten Forstes ist zu fordern berechtigt,
"daß ihm bei Feststellung der für die abzulösenden Reallasten zu leis "kenden Absindung ein Drittel des Reinertrages seiner Forst vershleibe."

Diese Berbefs.-Antrage wurden sammtlich abgelehnt. (Stenogr. Ber, der II. R., Bb. 3: S. 1609.)

108 Bon b. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

1834), jedoch niemals höher als ber Rugungswerth ber Berechtigung festzus ftellen.

Der Rommiffionsbericht motivirt bies in folgender Weise:

Bei Art. 9. haben fich bie meiften 3weifel erhoben.

Die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 ertheilte im S. 19. und 114. auch ben einseitig Servituts-Berechtigten das Recht auf Ablösung anzutragen, bestimmte jes doch für ben Fall einer von diesen ausgehenden Provokation im S. 86.:

baß er fich jebe bem Belafteten beliebige Entschädigungeart, fie fei Lanb,

Rente ober Kapital, gefallen laffen muffe,

und im S. 94.:

daß es von der Wahl des Belasteten abhänge, ob er den Berechtigten nach dem Rupungs=Ertrage der Dienstbarkeit, oder nach dem Bortheile, welcher

bem Belasteten aus der Aufhebung erwächft, entschäbigen wolle.

Dieses dem Belasteten als Provokaten bisher in Bezug auf Art und Absschähungsweise der Absindung ertheilte Wahlrecht hat in der Aussührung manche Schwierigkeiten verursacht, und namentlich oft das Resultat herbeigeführt, daß die Berechtigten gegen ihren Bunsch von Ablösungs-Anträgen ganz abgestanden oder dieselben, wenn der Provokat eine ihren Interessen nachtheilige Wahl traf, zurucksgenommen haben, in welchem Falle nicht selten Prozesse über die Julässigkeit der Jurucknahme der Provokation entstanden sind.

Wenn es nun gegenwärtig nach bem Vorschlage der Regierung aufgehoben werden soll, so hat die Kom. im Einverständniß mit der II. K. einstimmig kein Bes denken gehabt, diese Aushebung hinsichtlich der im S. 86. zur Wahl gestellten Art der Entschädigung durch die Wotive der Regierungsvorlage für durchgreifend ges

rechtfertigt zu erachten.

Anders dagegen verhalt es sich mit der erwähnten Aufhebung, so weit sie ben §. 94. (resp. dessen Allegat im §. 19. und 114.) betrifft.

Dierbei traten fich in ber Rom. verschiebene Anfichten entgegen.

Rach ber Anficht eines großen Theiles ber Mitglieber ber Kom. Rellt fich bie

Sache folgenbergestalt bar.

Es drangt hier nicht, wie bei den Reallasten, eine politische Nothwendigkeit zur Austösung des alten Berhältnisses, im Gegentheil sind weit eher politische Grunde nachzuweisen, welche eine Fortbauer der Servituten, besonders der Waldenebennutzungen, zum Bortheil des dadurch so wesentlich unterstützten Proletariats, wünschenswerth machen.

Aus national sokonomischem Gesichtspunkte hat die Gemeinheitstheilungs Drbsnung zwar ben Grundsatz aufgestellt, daß die Zweckmäßigkeit der Aufhebung der

Servituten zu prasumiren sei.

Bei den Dienstdarkeiten auf Feldern, Wiesen und Hutungen, in Bezug auf welche überhaupt jenes Wahlrecht keine erhebliche praktische Wichtigkeit hat, ist diese Prasumtion in der Regel richtig, sie muß aber für die meisten Falle bestritten wers

ben, so weit es sich um bie Balbfervituten handelt.

Die hohe Wichtigkeit der Erhaltung der Walder, welche ohnehin schon in Folge der neueren Gesetzgebung der rückschlosen Abholzung von Seiten der Prisvateigenthümer Preis gegeben und über das richtige Waaß reduzirt sind, wird nicht allein im Interesse der nächst liegenden Brenns und Baubedürfnisse des ganzen Bolks, sondern auch im hindlick auf Schifffahrt, Handel und Gewerbe täglich mehr erkannt.

Selbst in Bezug auf bas Klima, Schut ber Thaler und Ruften, Deckung losen Bobens und ahnliche Dinge find fichtbare Rachtheile ber Rieberschlagung ber

Forften bervorgetreten.

Es ist daher nicht zulässig, noch mehr zu ihrer Verkleinerung beizutragen. Wenn man aber die Berechtigten unbedingt zur Ablösung nach dem Nutungs- Werthe ihrer Servitut zuläßt, so werden sie so günstig gestellt, daß sie mit wenis gen Ausnahmen auf Auseinandersetzung provoziren und die Ablösung der Forstsservituten für den Belasteten gewissermaaßen zum Zwange machen werden. Rach einem solchen Waaßstade wird mancher Wald kaum zur Absindung für die darauf haftenden Dienstdarkeiten ausreichen, sedenfalls aber im Ganzen und Großen für die Berechtigten ein Orittheil aller Walder hergegeben werden mussen.

Grabe bie armften Rlaffen werben, ba bann bie Golzungen zu ben ihnen

früher gewährten Rusungen nicht mehr ausreichen dürften, dieser verlustig gehen und am Ende, wenn ihnen nicht mehr Gelegenheit zur rechtmäßigen Beschaffung ihres unabweislichsten Bedürfnisses gegeben wird, dasselbe entwenden, ober offene Gewalt gegen die noch übrigen Forsten gebrauchen, worüber in einigen Landes, theilen schon die entschiedensten Besorgnisse laut werden.

Der Balbbesitzer wird zur Ablösung der Servituten, welche ihm oft nur wenig lästig gewesen, gedrängt und muß doch, gleich nach deren Aushebung, dens selben Leuten — wenn auch unter veränderten Berhältnissen und gegen Bezahstung — den Bald zu gleichem Zweck wieder eröffnen, oder gar manche Nebensnutzungen in Ermangelung einer Gelegenheit zur Berwerthung, ganz ungebraucht

laffen, wodurch bas National Bermögen Abbruch erleidet.

Ift daher die beabsichtigte gesetliche Bestimmung schon aus Gründen des Gesmeinwohls nicht wünschenswerth, so erscheint sie auch noch ungerecht. Ueberhaupt sollten Servituten nur da aufgehoben werden, wo dies der Bodenskultur entschies den günstig ist. Ob dies in Bezug auf den Wald der Fall ist, kann vollständig nur dessen Besier übersehen.

Die Juftiz-Behörden erklarten fich daher schon vor Emanation der Gem. Th. D. dafür, daß die Propokation auf Ablösung nur dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes zustehen dürfe. Die Berwaltungs-Behörden gingen zwar weiter, aber fie beanspruchten für den Fall des Antrages von Seiten des Berechtigten zum Schut

Des Belafteten bas ihm bamale ertheilte Bahlrecht.

Dieser Weg war ber naturgemäße und allein richtige, benn es ift nichts bils liger, als daß derjenige, welcher seine Theilnahme an einer bestehenden Gemeinschaft kündigt, nicht nach dem Rußen, den er bisher gehabt, sondern nach dem Bortheil abgefunden wird, welcher den übrigen Theilnehmern der Gemeinschaft aus seinem Ausscheiden entsteht, und die Gervituten, welche großentheils in Folge mildherziger Zugeständnisse durch Berjährung entstanden sind, werden in den meisten Fällen ihrer rechtlichen Entstehung und jezigen Bedeutung entsprechend entschädigt werden, wenn für dieselben so viel gewährt wird, als der aus der Aushebung der Berechtigungen für den Waldbesitzer entstehende Vortheil werth ist.

Die Waldbesitzer beschränken nicht — wie oft behauptet wird — durch die jetige sorgfältigere Forst Aultur die Servitut Berechtigten mehr als sonst. Im Gegentheil führt die Wiederkultur mittelst Besaamung aus der Hand und Pstans jung jett schneller zum Ziel, wodurch die Schonungs Zeit der einzelnen Flächen

abgefürzt wird.

Eben so wenig kann zugegeben werden, daß anderweit die Forstbesitzer durch druckende Einrichtungen die Servitut-Berechtigten in der Benutung ihrer Rechte hart bedrängten und sie dadurch zu dem Bunsche der Ablösung trieben. Einzelnen Unbilden, welche in allen Verhältnissen vorkommen, mag durch den Richter gesteuert werden, dagegen liegt keine Beeinträchtigung des Berechtigten darin, wenn man ihn auf dassenige zurückührt, was ihm rechtlich nur zusteht.

Trifft der Servitut-Berechtigte selbst Einrichtungen in seiner Wirthschaft (3. B. Einführung von Stallfütterung 2c.), welche ihm die fernere Benutung seiner Balds berechtigungen unnöthig oder unbequem machen, so liegt es in der Natur der Sache, daß er bei ber von ihm verlangten Ablösung auch die Nachtheile tragen muß, welche

aus feinen Sandlungen hervorgeben.

Ob bei ber Ermittelung des dem Belasteten entspringenden Bortheils einige Schwierigkeiten entstehen, darauf kann es weniger ankommen, als auf ein gerechtes Prinzip. Um indessen solche Schwierigkeiten zu umgehen und auf eine Praxis zu kommen, welche nach ihrer ganzen Richtung zu billiger Ausgleichung führen muß, wird es am zweckmäßigsten sein, den Grundsatz des S. 94. beizubehalten, aber die

Ausführung Schieberichtern zu übertragen.

Dieser Auffassung stand in der Kom. eine andere gegenüber, deren Vertheibiger die Aushebung der meisten Servituten für eine politische Nothwendigkeit halten, weil nicht allein die Richtung der Zeit die Beseitigung des gutsherrlichs bauerlichen Berhaltnisses, aus welchen sie herrührten, verlangte, sondern auch der immer leda haster werdende Bunsch des kleineren Grundbesitzers, möglichste Unabhängigkeit zu erreichen, nirzends mehr Besriedigung sinde, als in der freiesten Bewegung seiner Araste in der eigenen Wirthschaft, endlich aber die Beseitigung aller Verhältnisse, welche zwischen dem kleineren und größeren Grundbesitzer Iwiespalt hervorrusen könnten, im politischen Interesse des Letteren läge.

Nach biefer mit den Motiven der Reg. Worlage und ber Majorität der II. K. im Einflang stehenden Meinung ift die Aufhebung der Grund Gerechtigkeiten nicht minder aus nationalsökonomischen Rücksichten sehr wünschenswerth.

Die Rultur des Bodens fann nur dann ihre vollfommenfte Stufe erreichen, wenn der perfonlichen Industrie des Besitzers nicht durch fremde Berechtigungen Schranken gesetzt find, welche ihn an beliebigen neuen Einrichtungen hindern.

Die Freiheit muß anch hier die Regel, die Befdranfung derfelben die felten

eintretenbe Ausnahme fein.

Der Gefichtspunkt ber Gem. Th. D. ift baber in biefer Beziehung vollig

treffenb.

Was die Erhaltung der Wälder anbelangt, so hat man von langer Zeit her das bevorstehende Eintreten eines bedenklichen Holzmangels bei uns beforgt, ohne

daß diese Besorgniß sich wirklich realisitt hat.

Die Aufgabe ift, den Boden, welcher sich vorzugeweise zur Golz-Kultur eige net, dieser zu widmen und den übrigen, so weit er nicht für gewisse unabweisliche, namentlich gewerbliche Golz-Bedürfnisse, bestimmt werden muß, dem Landbau zu

übergeben.

Dieser Zweck kann nur erreicht werben, wenn man die freie Disposition walten läßt und der Staat, die Korporationen, so wie vermögende Privat Personen den Waldboden in größeren Flächen möglichst an sich bringen, wie es schon gesschieht und noch mehr geschehen wird, wenn die bäuerlichen Prastationen aushören werden, Gegenstand der Kapitals Anlegung zu sein.

Im Prenß. Staate wechselt guter und schlechter Boben in bem Maaße, bas ein Golz-Mangel nie zu besorgen ift, wenn nur der größte Theil des sogenannten

unbedingten holz : Bobens als Bald benutt wird.

Rlimatische und andere dem gemeinen Wohl gefährliche Nachtheile haben sich in unserm burchschnittlich ebenen Lande nur selten als Folgen ber Entwaldung gezeigt.

Wo sie sich aber herausstellen, wird ihnen durch Ausnahmemaapregeln vorzus beugen, nie aber wegen solcher vereinzelter Fälle im Allgemeinen die freie Disposis

tion zu hemmen fein.

Biele Walber sind allerdings unpfleglich abgeholzt worden und werden noch jest in gleicher Weise niedergehauen, auf der andern Seite erstehen aber auch viele neue Kulturen, welche sorgfaltiger behandelt werden, als zuvor. Man spart mehr als sonst mit dem Golze und es wird vieles Brennmaterial unter der Erde gesucht und gefunden.

Daburch gleicht sich bie Flache, welche ben Holzungen entzogen worden ist,

in der Regel aus.

Die Entschädigung nach dem Nutungs: Ertrage der Servitut ift bei richtiger Beranschlagung aller gebührenden Abzüge keinesweges so vortheilhaft für die Berrechtigten, daß dieselben, wenn sie nur nach diesem Maaßstade Absindung exhalten, nur mit wenigen Ausnahmen auf Absindung antragen und dadurch dem Belasteten eine Art von Zwang zufügen werden.

Schon jest hat man — wiewohl oft nach langen Prozessen und nach Einhohs lung der abweichendsten Gutachten Forstverständiger, den Vortheil, welcher dem Eigenthümer des belasteten Grundstückes aus der Ausbebung der Servituten entssteht, in judikando meistens so hoch angeschlagen, als den Werth, zu welchem die

Grundgerechtigkeiten genutt worden finb.

Aber auch die Eigenthümer der Forsten haben sich bisher, wo der Belastete als Provokant auch nach dem Nutungs-Werthe der Servitut abgefunden ward, das durch, in Betracht der Steigerung der Golz-Preise, nicht abhalten lassen, die Abs lösung zu verlangen.

In der Provinz Posen ift die Mehrzahl der Forsten bereits auf Antrag ihrer Besitzer von Servituten befreit, ohne daß ein Drittheil, oder auch nur ein annahern=

der Bruchtheil berfelben aufgeopfert werden mußte.

In Schlefien haben in neuerer Beit auf Ablösung von Forstberechtigungen angetragen:

1) Belaftete:

a) Fistus bei . . . 251,824 Morgen Bald,

so daß das Berhaltniß, in welchem die Belasteten in den letten Jahren provozirt haben, dasjenige, in welchem von den Berechtigten in derselben Periode provozirt ward, fast um das Sechssache übersteigt.

Der Fall, daß ein ganzer Wald für die Servituten zur Abfindung hergegeben werden mußte, fann bei einer richtigen Anwendung der Gesete nur bann vorkom,

men, wenn beffen Eigenthumer foldes felbft verschuldet bat.

Büsteneien und Sandschellen sinden sich leider öfters da vor, wo früher Bals der standen, aber dies hat seinen Grund in der Regel in dem Leichtsinn und der Rachlässigkeit einzelner Waldbestser, mitunter auch in unvorsichtiger Theilung von Gemeindes Waldungen, während es gewiß selten eine Folge von Forst Ablösungen ist. Im Gegentheil sind viele Fälle nachzuweisen wo auf den von Servituten des freiten Flächen Sandschellen und Blößen gedeckt und sorgsältig kultivirt worden.

Die Waldnebennutzungen gehen nach Ablösung der Servituten keinesweges verloren, vielmehr findet sich meist Gelegenheit, dieselben nach der Ablösung gegen Dienste und haides Einmiethe auszuthun, in welchem Falle sie der Forst Eigenthüs mer, der sie jeden Augenblick, wo sie ihn hindern, einziehen kann, nirgends in der freien Disposition hemmen und nicht mehr, wie disher, zu fortwährenden Ausschreistungen von Seiten der Berechtigten, so wie zu dem gegenüberstehenden Streben des Belasteten nach Beschränfung des Rechts Raum geben.

Auf ben Ursprung ber Servituten faun, wenn einmal bas Recht feststeht, nichts

anfommen.

Größtentheils sind dieselben zwar nicht aus mildthätiger Nachsicht, sondern aus einem ursprünglich gemeinschaftlichen Besitze, oder daraus hervorgegangen, daß der Eigenthümer des Waldes zu einer Zeit, wo dieser wenig Werth für ihn hatte, in seinem wohlverstandenen Interesse Wald Berechtigungen gegen Prästationen einräumte, um — wie es z. B. in vielen Lokations Urfunden Deutscher Dorsfer in der Provinz Posen ausdrücklich erwähnt wird — seine Einkunste zu versmehren.

Bare dem aber auch anders, so hat der Verkehr mit den Grundstücken bie

Sache langft ausgeglichen.

Die Gemeinschaft wird einmal als eine rechtlich bestehende vorgefunden. Sie ist in Folge der veränderten Verhältnisse für schädlich gehalten und deshalb beiden Theilen das Recht eingeräumt worden, ihre Ausbedung zu verlangen. Bei dieser mussen konsequenterweise auch die Interessenten gleichgestellt werden, was aber nicht geschieht, wenn der Belastete, sobald er Provosat ist, hinsichtlich der Wahl der Entsschieht, wenn der Belastete, sobald er Provosat ist, hinsichtlich der Wahl der Entsschieht, welche im umgekehrten falle nicht stattundet.

Die Grenzen, welche die Forstpolizeis Gesetze mit Recht der Ansübung der Baldberechtigungen setzen, werden bei der steigenden Ordnung und Aussicht strens ger gehandhabt. So wenig dies den Belasteten zu verargen ist, so ist es doch auch begreistich, daß die Berechtigten ihre Rupungen dadurch ungern geschmastert und die Blosen, welche sie früher beweiden konnten, ungern mit Holz bedecken

seben.

Daraus gehen oft die erbittertsten Prozesse über Umfang und Ausübung der

Balbfervituten hervor.

Rommt nun noch dazu, daß die Feldseparationen, denen sich die Berechtigten oft wider ihren Willen haben fügen muffen, die Berhältnisse so verändern, daß die Waldberechtigungen oft nicht mehr zu dem dadurch nothwendig gewordenen Wirths schafts. Spstem passen, oder, nach Auflösung der gemeinschaftlichen Geerden, nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten ausgeübt werden können, so gebietet die Gerechtigkeit die Wegräumung jedes der Servituts Ablösung dieher entgegen ges fandenen hindernisses.

Dies ist um so mehr ber Fall, als in 4 Provinzen, in benen ganz ober theils weise das Franzos. Gesethuch gegolten hat, mit Rückicht auf bessen Art. 691. ers werbende Berjährungen nur durch den fast unmöglichen Beweis begründet werden könne, daß die Servitut während der zur Usukapion erforderlichen Zeit vor dem Jahre 1808 ausgeübt worden, wodurch zahllose, seit undenklicher Zeit genutte Baldberechtigungen verloren gehen und selbstredend die Betheiligten in eine sehr bittere Stimmung gerathen.

Die einfachste Art, den Werth einer abzulosenden Servitut zu ermitteln, bleibt immer die Zugrundelegung des Rupens, welchen fie bei ihrer Ausübung in ben

gefeslichen Grenzen und nach Abzug bes Werthe ber barauf verwendeten Arbeit

bem Berechtigten gewährt hat.

Sie wird auch, als die für den Berechtigten entsprechendste darum allgemein beizubehalten sein, weil der Belastete nicht zu entschäbigen ist, sondern zu entschäsdigen hat und weil der Bortheil, welcher ihm aus der Aushebung erwächst, in der Regel auf dasselbe hinaussommt, jedenfalls aber auch so sehr von Industrie, Konstuntturen und andern individuellen, resp. in die Zukunft hinübergreifenden Berhältenissen abhängt, das eine genaue und tressende Abschähung desselben überhaupt vorzüglich aber im schiederichterlichen Berfahren praktisch kaum aussührbar ist.

Die Vertheibiger ber vorstehend entwickelten Ansicht halten die von der II. K. angenommenen Bestimmung im Art. 9. des Gesetz-Entw. für völlig entsprechend

und beantragen ihre Annahme.

Eine britte, vermittelnde Meinung, welche in eventum bei vielen Mitgliedern der Kom. Anerkennung fand, ging dahin, daß der Staat fireng an dem Gesichtse punkte festhalten muffe, die Berhältnisse aus der Gemeinschaft, in welche sie jest verstrickt seien, in einer die Interessenten des Berechtigten und Belasteten gleiche maßig befriedigenden Weise zu lösen.

Dies, meinte man, wurde in bem Falle, wo ein einseitiger Servitut : Bereche tigter auf Ablösung antruge und der Belastete von derselben nur einen, den Werth der Nutung nicht erreichenden Bortheil habe, am Besten baburch erreicht werden,

daß eine zwischen dem Nutungewerth und dem Aufhebunge : Bortheile mit-

ten inne liegende Entschäbigung festgefest werbe.

Die Kom. hat sich in ihrer Mehrheit ber zuerst vorgetragenen Ansicht, zu welscher sich auch ber von ihr als Forstverständiger berathend zugezogene Abgeordnete

von Rathen befannte, angeschloffen.

Sie geht dabei namentlich auch bavon aus, daß der Forstbesitzer, welcher biss her verpstichtet gewesen ist, den Wald in einem, die Dienstdarkeiten sichernden Zusstande zu erhalten, ohnehin schon in eine üble Lage kommt, wenn die Servitut-Besrechtigten — vielleicht gar einer nach dem andern — auf Ablösung antragen und ihn dadurch im Fall der Landabsindung nöthigen, immer aufs Neue eine wohlgesordnete Schlageintheilung aufzugeben und mit Rühe, Kosten und schweren Opsern eine neue Ordnung in der Forst einzusühren.

Will man nun auch, wie es andere Gesetzgebungen fast nirgends gethan has ben, dem Berechtigten die Besugniß einraumen, einseitig die Auslösung des bisherisgen Verhältnisses zu verlangen und als Regel dessen Absindung nach dem Werth seiner bisherigen Nutungen gelten lassen, so muß dies doch dadurch bedingt bleiben, daß der Belastete in dem aus der Ablösung für ihn entspringenden Vortheile hins

reichenben Erfat für bie Abfindung erhalt.

Es kann fein, daß oft dieser Vortheil dem Nutungswerthe der Berechtigung gleichkommt, aber oft wird dies, besonders bei Gebirgs-Forsten und in volksarmen Gegenden, auch nicht der Fall sein und dann giebt es kein anderes Mittel, den Belasteten vor sicherer Aufopferung zu schützen als daß ihm freigestellt wird, die Absindung die auf den Werth des ihm durch die Ablösung erwachsenden Bortheils zu ermäßigen.

Diesen naturgemäß von der Gem. Th. D. bewilligten Schut des Belasteten aufzugeben, dazu liegt gerade jest um so weniger Grund vor, als schon das korrespondirende Schutmittel des S. 86. aus Rücksichten für den Berechtigten aufs

gegeben wirb.

Die Schwierigkeiten in der Aussührung können um so weniger bestimmend sein, ein an sich gerechtes Prinzip zu verlassen, als die Praxis diese Schwierigskeiten gewiß eben so leicht, wie viele andere überwinden wird, wenn sie sich erkt mehr damit beschäftigt. Ueberdies werden die Belasteten selbst den umständlicheren Weg der Entschädigung nach ihrem Vortheil in der Regel erst dann einschlagen, wenn, wie es unläugdar zuweilen geschehen ist, der Rupungswerth für den Bestechtigten in unverhaltnismäßiger Höhe veranschlagt wird.

So bleibt ber S. 94., selbst wenn er selten zur Anwendung kommt, ein Mittel, bie Anspruche bes Berechtigten bem Belasteten gegenüber in ben Grenzen ber Bil-

ligfeit zu halten.

In Erwägung biefer Grunde hat die Kom. mit 11 gegen 8 Stimmen bes ichloffen, der Kammer zu empfehlen:

bem Art. 9. ben oben beantragten Bufat beigufügen.

Ein eventueller Borschlag, welcher aus ber oben ermähnten vermittelnden Ans ficht entsprang und dahin ging:

gum Art. 9. hingugufügen:

In biefem Falle bilbet ber Werth ber Rugungen bes Berechtigten, que sammengerechnet mit bem Werthe bes bem Belafteten entftehenben Bortheiles die Basis ber Entschäbigung, welche in der Salfte des so gefundenen Gesammt=Betrages besteht,

tam nach ber Annahme bes erften Amendements nicht zur Abstimmung.

Die I. Rammer beschloß ten Art. 9. in seiner gegenwärtigen Sasfung anzunehmen. 1) (Stenogr. Ber. ber I. R. 1848 Bb. 5. S. 2665-2666.)

D. Die Rommifsion der II. Rammer trug nunmehr dahin an, den von der I. Rammer beschloffenen Busat jum Art. 9. abzulehnen, indem fie bemerfte:

Durch die Annahme bes von ber I. R. beschloffenen Busages ift die Beftims mung bes S. 94. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, welche nach bem von ber II. R. angenommenen Art. 9. des revidirten Gesetzentw. ohne allen Unterschied, wie bie in ben \$5. 19., 86. u. 114. ber Gem. Th. D. bem Brovokaten eingeraumten Befugniffe, aufgehoben werben foll, in Bezug auf bie einseltigen auf Forften haftenten Dienstbarkeiterechte wieder hergestellt; bergestalt:

daß für ben Fall, wo die Ablösung solcher einseitigen Dienstbarkeiterechte in Forsten von den Berechtigten beantragt wird, der belastete Provokat nach wie vor die Wahl haben foll, ob er ben Berechtigten nach bem Rugungeertrage ber Dienstbarfeit, ober nach bem Bortheil entschäbigen will, welcher ihm, bem Belasteten, aus ber Aufhebung ber Dienstbarkeit

ermächft.

Die Majorität der Kom. war nun, sowie bei ihren früheren Berathungen über biefen Gefet. Entwurf, entschieben ber Anficht, daß fich die langere Aufrechthaltung ber Bestimmung bes S. 94. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 auch nur in Beaug auf einseitige Dienstbarkeiterechte in den Forsten nicht rechtfertigen lasse, fie

"in Ermangelung gutlicher Einigung, im Wege bes schieberichterlichen "Berfahrens (§S. 31. bis 34. ber B. v. 30. Juni 1834)."

b) Bum Art. 9. waren in ber 1. R. außerdem folgende Berbeff. Antrage

gestellt worden:

ŧ

a) Bon bem Abgeordn. v. Below (Drucks. Mr. 560. ad I.):

"Im Art. 9. hinter: "Werth ber Bortheile des Belafteten" "folgende Worte einschalten:

"nach Abzug des Werths der darauf zu verwendenden "Arbeit".

Gründe.

"Es wird nur bezweckt, die von ber Rom. in ihrem Berichte ange-"gebene einfache Art ben Werth eines abzulofenden Servitute praftisch "ins Leben zu rufen."

Dieser Antrag wurde gurudgezogen und gelangte beshalb nicht zur Abs stimmung. (Stenogr. Ber. a. a. D. S. 2665.)

β) Bon bem Abgeordn. Trieft (nicht gebruckt) (zu bem von ber Rom. vorges. geschlagenen Bufate):

"hinter die Worte: "wenn er Provokat ift" einzuschalten: "bie

"Bahl ber Entschäbigungsart unb."

Dieser Antrag wurde abgelehnt (a. a. D.).

¹⁾ a) Die Aenberung, welche bie I. R. bezüglich bes Antrages ber Rommiffion hiernach beschloffen hat, besteht in der Beglassung der Borte bes letten Sapes bes Rom. = Borschlages:

Dies wurde auf den Berbeff.-Antrag des Abgeordn. v. Zander (nicht gebrucki), unter Theilung ber Fragestellung, beschloffen und bei ber Schluß. Rebaktion (durch bie Rom. ber I. R.) die gegenwärtige (verbefferte) Fafs fung bes letten Sates bes Art. 9. vorgeschlagen und von der I. R. angenoms men. (Stenogr. Ber. ber I. R. 1848, Bb. 5. G. 2665 u. 2688-2689.)

hielt es nicht für nöthig, auf alle die Grunde, welche fich für und gegen die Aufhebung ber Bestimmung biefes Paragraphen anführen laffen, noch einmal zuruckzukommen, die übrigens nach beiben Richtungen bin in ben Motiven ber Regies rung zum Gesethentwurf, sehr ausführlich aber außerbem fol. 6-10 bes Berichts ber Agrar : Rom. ber I. R. ausgeführt find; vielmehr war man in ber Kom. ber Anficht: daß fich in diefer Beziehung nichts Reues anführen laffe, die Dehrzahl ber Mitglieber berfelben hielt auch ebenso wie früher bie Gründe, welche für die Aufhebung bes S. 94. sprechen, für bei weitem burchgreifenber als die entgegengesesten, und es wurde baber nur noch ber Umftand zur näheren Erdrierung gezogen, ob, wenn vielleicht durch bie Richtannahme bes von der I. R. zu Art. 9. beschloffenen Bus sapes bas gange Geset für jest nicht ins Leben treten sollte, bann bie Rache theile, welche burch bie vollständige Beibehaltung ber unveranderten Bestimmungen ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und ber B. v. 20. Juli 1830 wegen bet Bes schränkung bes Provokationsrechts auf Gemeinheitstheilungen in den Provinzen, wo biese B. noch nicht Geltung hat, verbunden mit ber Fortbauer ber Siftirung von Prozessen in Gemeinheitstheilungssachen, nach S. 2. u. 4. bes Gef. v. 9. Oft. 1848 boch zu überwiegend erschienen, um beshalb ben von der I. R. zu S. 9. des Gesehentwurfes beschloffenen Zusat bennoch auch der II. R. zur Aunahme zu ems pfehlen? .

Die Minorität ber Mitglieder ber Rom. glaubte biefe Frage bejahen zu musfen. Es wurde bafur angeführt, daß zum Nachtheil ber allgemeinen gandeskultur und gewiß auch nicht im Interesse sehr vieler Servitutberechtigten die nach Art. 1. u. 2. bezeichneten Gemeinheiten und Berechtigungen, wenn ber Entwurf nicht zum Geset erhoben werden sollte, auch fernerhin fortbestehen bleiben müßten, daß ebenso die für die Servitutberechtigten in vielen Fällen erfahrungsmäßig sehr läftige Bestimmung des S. 86. der Gem. Th. D., nach welcher bei Ablösung einseitiger Dienstbarkeitsberechtigungen bem Propokaten bie Babl frei flehe, ob er bie Ents schädigung in Land = Rente ober Rapital gewähren wolle, fortbauern, in den Provinzen, wo die B. v. 28. Juli 1838 nicht gelte, jeder einzelne Jutereffent einer Gemeinheit die Separation auch fernerhin gur großen Beläftigung aller Uebrigen ju verlangen befugt sei und bie Bevorzugung ber Rittergutebefiger, sowie ber Dos mainen= und Forstverwaltung, welche ber S. 2. Nr. 3. der gedachten B. ausspreche, bestehen bleibe, endlich aber, was vorzüglich bedauerlich erscheine, ber Menge von Aftirten Prozessen in Gemeinheitstheilungssachen, auch füre Erfte fein Fortgang verschafft werden konne, bevor nicht erft durch ein besonderes Gesetz die im S. 2. Mr. 4. des Ges. v. 9. Oft. 1848 angeordnete Sistirung dieser Prozesse wieder aufgehoben worden, hierdurch aber bie jest in biefen Sachen herrschende Rechtsunficherheit, jum großen Rachtheil aller Betheiligten, auf gang unbestimmte Beit hin verlängert werbe. --

Die Majorität der Rom. war jedoch der Ansicht, daß alle diese Gründe nicht durchgreisend genug erscheinen, um eine Bevorwortung des von der I. R. zu Art. 9. gemachten Zusates zu rechtsertigen, die Gründe, welche für die Beseitigung des S. 94. der Gem. Th. D. sprechen und welche in dem Bericht der Agrar-Rom. der I. R. so vollständig entwickelt wären, daß nichts hinzuzusügen sei, erschienen so schlagend, daß man sich ihnen nur vollständig anschließen könne. Dies habe auch die II. R. durch ihr früheres Votum, nach welchem sie lediglich der ursprünglichen Regierungsvorlage sich angeschlossen und den Art. 9. pure angenommen habe, besteits als das richtige erkannt, und es könne sonach die Ueberzeugung der Majoristät selbst durch die Betrachtung nicht verändert werden, daß möglich erweise bei Zustückweisung des von der I. R. beschlossenen Zusates das ganze Geset sür jest noch nicht ins Leben treten könne.

Ein überwiegendes Gewicht legte die Majorität der Kom. auf den Umstand, daß, nachdem bereits die Agrar. Rom. die unveränderte Annahme des Art. 9. des Reg. Entwurfs zu bevorworten beschlossen hatte, dieselbe es für angemessen erache tet habe, gegen den Gesehentwurf der Regierung wegen Ablösung der Reallasten bei Berathung des Lesteren in Antrag zu bringen, unter Abanderung des S. 81. sog. die Aushebung der Forstberechtigungen der lasstischen Wirthe mit den Eigensthumsverleihungen zu verbinden und dadurch die gänzliche Edsung des zwischen den Lesteren und den Sutöherrschaften bestehenden Abhängigkeitsverhältnisses zu erleichstern. Diesem Antrage habe mitst anderm auch die Voraus sehung zum Grunde gelegen, daß der gedachte Art. 9. des Gesentwurfs angen ommen werden würde,

weil enigegengesetzen Falls die ablösbaren Reallasten jederzeit nach dem Rupungsertrage abzuzahlen seien, die Forstberechtigungen aber, wenn solche einseitig seien und die Regulirung von dem bäuerlichen Wirthe provozirt werde, nur nach dem

Bortheile ber belasteten Forstbesiger entschäbigt wurden.

Wenn jest die Bestimmungen der Ablös. D. wegen der Dienstregulirungen angenommen worden, so sei es nicht zu rechtsertigen, wenn man die den Ersteren zum Grunde liegende Voraussesung nicht erfülle, vielmehr beseitige, und es ers fcheine baher um so mehr unter allen Umständen wünschenswerth, diesen Gesichtsspunkt zur anderweitigen Erwägung der I. R. zu stellen, als derselbe im Berichte der Agrar-Rom. der I. R. nicht berührt sei.

Die Rom, hat hiernach mit 11 gegen 5 Stimmen die Berwerfung biefes Busabes beschloffen; ein Mitglied enthält sich der Abstimmung, und es wird hiers

nach ber Antrag gestellt:

die Rammer wolle beschließen, ben von der I. R. zu Art. 9. des Gesesentwurfes beschloffenen Zusatz nicht anzunehmen.

Die II. Kammer beschloß indeß nunmehr, den Zusatzum Art. 9. in der von der I. Kammer vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. (Stenogr.

Ber. ber II. R. 1848 Bb. 5. G. 2895.)

2) Das Revisions = Rollegium für L. R. S. hat (in dem Erk. v. 21. Okt. 1851), mit Rücksicht auf Art. 9. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 und § S. 86., 94. und 114. der Gem. Th. O., folgende Grundsätze angenommen:

a) Ein früher bestehend gewesenes, im Wege ber Separation abgelostes Sutungs-Recht ift für noch bestehend anzusehen, wenn es sich um die Frage handelt,

ob ein wechselseitiges Dienstbarkeite Berhaltniß vorliegt.

- b) Wenn die bauerlichen Wirthe eines Dorfes die Grundstücke der Gutsherrs schaft behüten und ihre Grundstücke von der Gutsherrschaft behütet werden, so sind, trot der unter sammtlichen bauerlichen Wirthen bestehenden Hütungs-Genoffenschaft, doch nur diesenigen bauerlichen Wirthe als wech selseitige hütungsberechtigte anzusehen, welche von der Gutsherrschaft behütete Grundstücke, nicht aber dies jenigen, welche gar keine Grundstücke ober andere von der Gutsherrschaft nicht behütete Grundstücke besitzen. (Praj. Samml. des Revis. Rolleg. S. 27, Nr. 15.)
 - 3) Bergl. die Erlaut. zum S. 66. der Gem. Th. D. (s. oben S. 93-94.)

Zu §§. 87. und 88.

1) Unter dem Ausdrucke: "Zustand" im §. 87. ist die Beschaffensheit des Grundes und Bodens zur Zeit der Auseinandersetzung, nicht das Rechtsverhältniß, in welchem er bisher benutt worden, — der Rechtszustand, — zu verstehen. Wenn mithin ein Ackerland, eine Wiese, ein Torsmoor in dem bisherigen Rechtsverhältnisse bloß behütet worden ist und einen geringeren Nutzen oder Ertrag gewährt hat, als das Grundstück nach seiner Beschaffenheit zur Zeit der Auseinandersetzung jedem Besitzer (§. 88.) gewähren fann, so muß es nach diesem höheren Werthe dem Eigenthümer in Anschlag gebracht und dem künstigen Annehmer in Anrechnung gebracht werden. Der Werth der Hütungsberechtigung wird dem Berechtigten in das Soll haben (Kredit) und dem Eigenthümer in das Soll geben (Desbet) gesetzt. (Bergl. Acta der Geh. Registr. des Staatsfanzleramtes, Regul. Rr. 1. n. Vol. 5., u. Dönniges Landes-Kult. Ses. Wd. 2. S. 433).

Bergl. die Bestimmung des Art. 10. (Alin. 1.) des Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850, wonach dem Forst-Servitutberechtigten, unter den Boraus-fesungen des Art. 10. a. a. D., die Absindung als Acker oder Wiese, un-

ter Berudfichtigung ber erforberlichen Kulturkoften anzurechnen ift.

2) In Betreff der Nichtberücksichtigung unaufgedeckter Kohlenlager (in der Provinz Sachsen) bei der Separation einer Feldmark, vergl. das Erkdes Revis.-Kolleg. für L. K. S. v. 17. Mai 1850. (Zeitschr. besselb. Bb. 3. S. 86., s. unten zum S. 142. der Gem. Th. D.)

116 Bon d. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

3) Bergl. das Praj. des Revisions-Rollegiums für L. R. S. v.

9. Sept. 1853 zu SS. 91 u. 93. der Gem. Th. D.

4) Ueber die Zulässigfeit von Abweichungen von dem Grundsate des §. 87. vergl. §. 10. der technischen Instrukt. der Regier. zu Gum=binnen v. 1844. S. 25.

Zum §. 89.

1) Vergl. das Erf. des Revis.-Rolleg. für L. K. S. v. 30. Sept. 1851. (Zeitschr. besselb. Bb. 4. S. 401 ff., s. unten zu \$5. 82. u. 171. der V.

v. 20. Juni 1817.)

.. ••<u>•</u>

2) Ueber die Ermittelung etwaniger Düngungs - Bergütungen vergl. die technischen Instructionen der landwirthschaftl. Abtheil. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, S. 137. S. 301, desgl. der Gen. Kom. sur die Kurmark, S. 49. S. 59., der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, S. 129. S. 134, der Regier. zu Gumbinnen v. 1844, S. 45. S. 137 u. der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, SS. 106.—110. S. 70 ff.

Bum §. 90.

Ueber die Art der Veranschlagung der Entfernungskoften bei Umlegung von Grundstücken, vergl.:

a) ben Entwurf einer Instruktion, nach welcher bie Abschähungsprinzipien be-

ftimmt werben follen. Berlin 1815, S. 22. S. 45.

b) die technischen Instruktionen ber landwirth. Abth. der Regier. zu Franksfurt v. 24. März 1842, S. 42. S. 88, der Gen. Kom. zu Breslau v. 1846, S. 171, S. 135., der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, S. 73., S. 71.

Bu §§. 91. und 93.

Durch den Masstvumbau eines, zur Zeit der Verleihung der Bauholzgerechtsame, in Fachwerk errichtet gewesenen Sebäudes geht der Verechtigte
zwar des Rechtes auf freie Verabreichung des zum Fachwerksbau erforderlichen Bau- und Reparaturholzes ohne Weiteres nicht verlustig; bei der Ablösung der Bauholzgerechtsame aber ist der Werth derselben nur nach
dem Holzbedürfnisse für den zur Zeit der Auseinandersehung noch bestehenden Masstvbau zu ermitteln.

Angenommen von dem Revisions-Rollegium für &. R. S. in dem

(noch nicht veröffentlichten) Erf. v. 9. Sept. 1853.

Die Gründe gehen davon aus, daß eine zur Nothdurft eingeräumte Bauholzgerechtsame auf das Bedürfniß des begünstigten Grundstückes einsgeschränft sei (A. L. R. I. 22. S. 203.) und daß daher, so lange die ursprünglich in Kachbau errichteten Gebäude, zu denen das benötbigte Holz unentgeldlich verabreicht werden muß, masse erbaut sind, der Waldeigensthümer nur zur Sewährung des bei dieser Bauart erforderlichen Holzes verbunden sei. Hieraus folge, daß bei der Aushebung der Bauholzgerechtsame nicht ein Justand singirt werden dürse, bei dessen Voraussehung der Umfang der Verpstichtung des Waldeigenthümers gegen den zen igen Umsfang erhöht werden würde, in welchem er seit einer Reihe von Jahren die Servitut nur zu dulden gehabt habe und voraussichtlich auch in Zusunst nur zu ertragen haben würde. Die Veranschlagung nach dem früher bestandenen weiteren Umsange der Servitut würde gegen das Prinzip verskößen, daß die für die Aushebung eines Dienstbarkeitsrechts zu gewährende Entschäbigung nicht höher, als der Nuzungsertrag der Servitut sein dürse.

(Gem. Th. O. SS. 56., 77. b., 83., 94., 116., 120., 142. u. Ergänz. Gef. Art. 6. u. 9. in fine). Ueberdieß ergebe sich die Richtigkeit der Entscheisdung aus den positiven Bestimmungen der SS. 91. u. 93. der Gem. Th. O., in Verbindung mit S. 87. a. a. O., welche lettere Vorschrift auch auf Dienstdarkeitsberechtigungen analoge Anwendung sinde, wogegen die Vorsschrift des S. 132. a. a. O. ausdrücklich als eine Ausnahme von jener Regel bezeichnet werde.

Bum §. 94.

Der S. 94. ist durch den Art. 9. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850 1)

aufgehoben.

Bergl. die Entstehungsgeschichte des Art. 9. a. a. D. und die Erlaut. der §§. 86. u. 94. der Gem. Th. D. zum §. 86. (s. oben S. 104. ff.) 2) Bergl. die Erlaut. zum §. 114. der Gem. Th. D. (s. unten.)

3n §§. 95., 96., 98. — 100.

1) Bergl.:

a) in Betreff der Uebernahme der Wege- und Brückenbaulast von Seiten der vom Domainen-Fiskus mit Land abzusindenden Servitutberechtigten, das C. R. des Win. des R. Hauses v. 9. April 1838 2) (Forni's Zeitschr. Bb. 1. S. 428);

b) in Betreff des Verfahrens bei Verlegung und Verbreiterung der Wege bei landlichen Auseinandersetzungen, das R. der Min. d. F. u. des J. v. 19. März 1843. (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 128. Nr. 165.);

c) in Betreff der Aufbringung der Ausgaben für Gränzsteine, neue Wege, Triften, Entwässerungs- und Gränzgräben bei Gemeinheitstheilungen im Allgemeinen, besonders auch Seitens der dabei betheiligten Kirchen, Pfarren und Schulen, die C. R. der Min. des J. u. der geistl. 2c. Ang. v. 8. Juni 1842 *) u. 31. Aug. 1842. 5) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 226 u. S. 346.)

2) Ueber die in der Praris, so wie in judicando bezüglich dieser Materie angenommenen und vielfach zur Geltung gekommenen Grundsage ift.

Folgendes zu bemerten.

Im S. 95. ist nur von solchen Wegen (Fußsteigen und Triften) die Rede, welche als Jugange zu den neuen Absindungsplanen nothig sind, und deren Nutharkeit bedingen; von Planwegen, — im Segensate zu den Kommunikationswegen (durch welche die Berbindung zwischen verschiesdenen Ortschaften hergestellt wird), resp. Landstraßen. Obwohl die Komsmunikationswege und Landstraßen an sich nicht Gegenskand des Separationsplanes sind, so bietet die eingeleitete Gemeinheitstheilung doch häusig die Gelegenheit dar, oder sie ist die Ursache und Veranlassung zur Umsund Geradelegung oder Verbreiterung, überhaupt zur besseren Einrichtung der Kommunikationswege und Landstraßen, welche die Feldmark, welche Gegenstand einer Separation ist, durchschneiden, weshalb in dieser Beziehung die Landespolizeibehörde, und zwar durch den Landrath, als commissarius perpetuus der Regierung, Mittheilung erhalten und zugezogen werden muß, wenn schon die Gen.-Kommissionen, beziehungsweise die landwirthschaftlischen Spruch-Kollegien, und in zweiter und letzter Instanz das Revisions-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 330. 2) Bergl. in Bb. I. S. 357.

³⁾ a. a. D. E. 357-358.

⁴⁾ a. a. D. E. 358-359,

⁵⁾ a, a, D. E. 359-360.

116 Bon d. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungent.

3) Bergl. das Praj. des Revisions-Kollegiums für L. K. S. v.

9. Sept. 1853 ju SS. 91 u. 93. der Gem. Th. D.

4) Ueber die Bulafstgfeit von Abweichungen von dem Grundsate des §. 87. vergl. §. 10. der technischen Inftrukt. der Regier. zu Gumbinnen v. 1844. S. 25.

Bum 4. 89.

1) Vergl. das Erk. des Revis.-Rolleg. für L. R. S. v. 30. Sept. 1851. (Zeitschr. besselb. Bb. 4. S. 401 ff., s. unten zu \$5. 82. u. 171. der B.

v. 20. Juni 1817.)

2) Ueber die Ermittelung etwaniger Düngungs = Bergütungen vergl. die technischen Instructionen der landwirthschaftl. Abtheil. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, S. 137. S. 301, desgl. der Gen. Kom. für die Kurmark, S. 49. S. 59., der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, S. 129. S. 134, der Regier. zu Gumbinnen v. 1844, S. 45. S. 137 u. der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, SS. 106.—110. S. 70 ff.

3um §. 90.

Ueber die Art der Beranschlagung der Entfernungskoften bei Umlegung von Grundftuden, vergl.:

a) den Entwurf einer Instruktion, nach welcher bie Abschähungsprinzipien bes

stimmt werden sollen. Berlin 1815, S. 22. S. 45.

b) die technischen Instruktionen ber landwirth. Abth. ber Regier. zu Franksfurt v. 24. März 1842, S. 42. S. 88, der Gen. Kom. zu Breslau v. 1846, S. 171, S. 135., der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, S. 73., S. 71.

Bu §§. 91. und 93.

Durch den Massibumbau eines, zur Zeit der Verleihung der Bauholzsgerechtsame, in Fachwerk errichtet gewesenen Gebäudes geht der Berechtigte zwar des Rechtes auf freie Verabreichung des zum Fachwerksbau erforderslichen Baus und Reparaturholzes ohne Weiteres nicht verlustig; bei der Ablösung der Bauholzgerechtsame aber ist der Werth derselben nur nach dem Holzbedürsnisse für den zur Zeit der Auseinandersetzung noch bestehensden Massibau zu ermitteln.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für &. R. S. in dem

(noch nicht veröffentlichten) Erk. v. 9. Sept. 1853.

Die Gründe gehen bavon aus, daß eine zur Nothdurft eingeräumte Bauholzgerechtsame auf das Bedürsniß des begünstigten Grundstückes einsgeschränft sei (A. L. R. I. 22. S. 203.) und daß daher, so lange die ursprünglich in Fachbau errichteten Gebäude, zu denen das benötbigte Holz unentgeldlich verabreicht werden muß, masse erbaut sind, der Waldeigensthümer nur zur Gewährung des bei dieser Bauart ersorderlichen Holzes verbunden sei. Hieraus folge, daß bei der Aushebung der Bauholzgerechtsame nicht ein Zustand singirt werden dürse, bei dessen Voraussehung der Umfang der Berpstichtung des Waldeigenthümers gegen den zen ig en Umssang erhöht werden würde, in welchem er seit einer Reihe von Jahren die Servitut nur zu dulden gehabt habe und voraussichtlich auch in Zusunst nur zu ertragen haben würde. Die Veranschlagung nach dem früher bestandenen weiteren Umfange der Servitut würde gegen das Prinzip versstoßen, daß die für die Aushebung eines Dienstbarkeitsrechts zu gewährende Entschängung nicht höher, als der Nuzungsertrag der Servitut sein dürse.

(Gem. Th. O. SS. 56., 77. b., 83., 94., 116., 120., 142. u. Ergänz. Gef. Art. 6. u. 9. in fine). Ueberdieß ergebe sich die Richtigkeit der Entscheidung aus den positiven Bestimmungen der SS. 91. u. 93. der Gem. Th. O., in Berbindung mit S. 87. a. a. O., welche lettere Vorschrift auch auf Dienstdarkeitsberechtigungen analoge Anwendung sinde, wogegen die Borschrift des S. 132. a. a. O. ausdrücklich als eine Ausnahme von jener Regel bezeichnet werde.

Bum §. 94.

Der §. 94. ift durch den Art. 9. des Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850 1)

aufgehoben.

Bergl. die Entstehungsgeschichte des Art. 9. a. a. D. und die Erlaut. der §S. 86. u. 94. der Gem. Th. D. zum S. 86. (s. oben S. 104. s.) 2) Bergl. die Erlaut. zum S. 114. der Gem. Th. D. (s. unten.)

3m §§. 95., 96., 98. — 100.

1) Bergl.:

a) in Betreff der Uebernahme der Wege- und Brückenbaulast von Seiten der vom Domainen-Fiskus mit Land abzusindenden Servitutberechtigten, das C. R. des Din. des K. Hauses v. 9. April 1838 2) (Forni's Zeitschr. Bb. 1. S. 428);

b) in Betreff des Verfahrens bei Verlegung und Verbreiterung der Wege bei ländlichen Auseinandersetzungen, das R. der Min. d. F. u. des J. v. 19. März 1843. (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 128. Nr. 165.);

c) in Betreff der Aufbringung der Ausgaben für Gränzsteine, neue Wege, Triften, Entwässerungs- und Gränzgräben bei Gemeinheitstheilungen im Allgemeinen, besonders auch Seitens der dabei betheiligten Kirchen, Pfarren und Schulen, die C. R. der Min. des J. u. der geistl. 2c. Ang. v. 8. Juni 1842 *) u. 31. Aug. 1842. *) (Min. Bl. d. i. B. 1842, G. 228 u. S. 346.)

2) Ueber die in der Praris, so wie in judicando bezüglich dieser Daterie angenommenen und vielfach zur Geltung gekommenen Grundsate ift.

Folgendes zu bemerten.

Im S. 95. ist nur von solchen Wegen (Fußsteigen und Triften) die Rebe, welche als Zugänge zu den neuen Absindungsplänen nöthig sind, und deren Nußbarkeit bedingen; von Planwegen, — im Segensaße zu den Kommunikationswegen (durch welche die Verbindung zwischen verschiesdenen Ortschaften hergestellt wird), resp. Landstraßen. Obwohl die Komsmunikationswege und Landstraßen an sich nicht Gegenstand des Separastionsplanes sind, so bietet die eingeleitete Gemeinheitstheilung doch häusig die Gelegenheit dar, oder sie ist die Ursache und Veranlassung zur Umsund Geradelegung oder Verbreiterung, überhaupt zur besseren Einrichtung der Kommunikationswege und Landstraßen, welche die Feldmark, welche Gesgenstand einer Separation ist, durchschneiden, weshalb in dieser Beziehung die Landespolizeibehörde, und zwar durch den Landrath, als commissarius perpetuas der Regierung, Mittheilung erhalten und zugezogen werden muß, wenn schon die Gen.-Kommissionen, beziehungsweise die landwirthschaftlischen Spruch-Kollegien, und in zweiter und letzer Instanz das Revisions-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. C. 330.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 357. 3) a. a. D. S. 357-358.

⁴⁾ a. a. D. S. 358-359,

⁵⁾ a, a, D. 6. 359-360.

Rollegium für Landes-Rultur-Sachen, auch über die bei Gelegenheit ober in Beranlassung einer Separation nothwendige ober munschenswerthe Ber-legung und bessere Einrichtung von dergleichen öffentlichen Wegen, im Falle eines Widerspruches der Interessenten oder eines Streites derselben unter einander, resp. mit benachbarten Gemeinden und Gutsbesitzern, zu befinden und zu entscheiden haben. (Bergl. hierüber §. 4. Nr. 2., §. 15., §. 164. der B. v. 20. Juni 1817, §§. 7., 11., 38. der B. v. 30. Juni 1834,

S. 12. ber B. v. 22. Rov. 1844.)

Erfolgt die Um- oder Geradelegung, wie die Berbreiterung eines offentlichen Weges im Interesse der besseren Ginrichtung des Separations= plans, sei es Behufs bequemerer Buganglichkeit oder wirthschaftlicheren Unlage ber Abfindungsplane zur gleichzeitigen Benutung als Biehtrift u. f. w., fo ift die erfte Inftandsetzung bes umgelegten öffentlichen Weges von sammtlichen Separations-Intereffenten nach Berhaltniß ihrer Theilnehmungsrechte (nach dem Sollhaben) zu bewirken, mahrend nur bie fünftige Unterhaltung benjenigen (Gemeinden, Adjacenten ober bem Staate) obliegt, welche den bisherigen Weg zu unterhalten hatten. Entgegengesetztenfalls, wenn Um- und Gradelegung ober Berbreiterung lediglich im öffentlichen Intereffe des allgemeinen Berkehrs und nur beshalb in Berbindung mit einer Geparation erfolgt, weil diese dazu eine paffende Gelegenheit barbietet, so liegt auch die erfte Inftandsetzung nicht ben Separatione - Intereffenten, sondern den bisher dazu Verpflichteten ob. Bei ber Konkurrenz Mehrerer, - verschiedener Ortschaften oder Gutsbesiter — ift wegen des Beitragsverhaltniffes auf die Analogie des S. 16. Tit. 15. Th. II. A. L. R. zurudzugehen.

Ift neben dem diffentlichen, zugleich das Privat-Interesse der Theilnehmer an der Separation die Veranlassung zur anderweiten Einrichtung des öffentlichen Weges, so haben neben den bisher Verpstichteten auch die Separations-Interessenten zur ersten Instandsetzung einen nach sachverständigem Arbitrium zu ermessenden Beitrag zu leisten. In dem Falle, wenn die ansderweite Einrichtung des öffentlichen Weges im Interesse des Separationsplanes erfolgt, haben die Theilnehmer an demselben auch nach Waaßgabe des im S. 96. bestimmten Beitragsverhältnisses das Terrain allein herzugesben, wogegen das Terrain der eingezogenen und fortfallenden Wegestrecken zur Theilungsmasse berechnet und, soweit es als nutbar abzuschäßen ist, auf ersteres verabzugt wird. — Was in Betress der Instandsetzung und der künstigen Unterhaltung der Wege gilt, sindet auch auf die nöthig gewors

benen neuen Bruden Anwendung.

Wenn jeder Interessent verlangen kann, daß ihm zu seinen neuen Planen die nothigen Bugange und Triften im Separations = Plane und aus
der Separations-Wasse ausgewiesen werden, so muß er dagegen innerhalb
seines Plans die daselbst wegen der Feldereintheilung und sonst erforderli=
den Verbindungen unter den Plantheilen in der Regel selbst herstellen,
auch die Brücken über Entwässerungsgräben selbst anlegen und erhalten,
soweit dergleichen Gräben nicht zugleich die Nusbarkeit anderer Plane zum
Iwecke haben und die Herstellung erheblichere Kosten veranlaßt, welche
den bei Ueberweisung des Absindungsplans ihm angerechneten Werth und
Ertrag des letzteren erheblich vermindern.

3) Zu Wegen, Triften und Tranken mussen die Küstereien und die Schulstellen, wenn ste Separations-Interessenten sind, und nicht bloß gesetzlich botirt werden, zur Anlage pro rata ihrer Theilnehmungs-Rechte beitragen, und die Unterhaltung die Nutnießer übernehmen.

Angenommen von dem Min. des I. in dem Rekursbescheide v. 2. Okt. 1889. (Centralbl. für Preuß. Jur. 1843 S. 627—629.)

- 4) Wergl. die Erläut. zum S. 9. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821, zum S. 171. der B. v. 20. Juni 1817 und zum S. 12. d. B. v. 30. Juni 1834. (f. unten.)
- 5) Ueber die Unterhaltungsverbindlichkeit der öffentlichen Wege und insbesond. der Kommunikations-Wege im Augemeinen, vergl. v. Ronne's Wege-Polizei (Breslau bei Aderholz. 1842), insbes. S. 507. ff. 1)

3n §s. 97. und 98.

1) Bergl.:

- a) das Eb. v. 15. Nov. 1811 wegen Berschaffung der Borfluth, § 10 bis 15. und
- b) das G. v. 28. Febr. 1843 über die Benugung der Privatfluffe, nebft den Erlaut. bazu.

(f. unten in Th. IV. Abih. I. u. IL)

2) Obgleich die Anlage derjenigen Entwässerungsgräben, welche eine wesentliche Melioration und Steigerung des Werthes des Absindungsplanes über den abgeschätzen und beim Zutheilungsplane berechneten Ertragswerth hinaus zur Folge haben, nach dem Wortlaute des Gesetzes (s. 97.), auf Kosten der übrigen Separations-Interessenten nicht gefordert werden kann, so gehört es doch zu den Obliegenheiten des Kommissarius und der Beschörde, vor der Zutheilung auch für dergleichen Gräbenanlagen von Amtswegen zu sorgen und auch späterhin, so lange die Kompetenz der Auseinsandersetzungsbehörden dauert (s. 171. der B. v. 20. Juni 1817), Anträge auf Borsluth und Entwässerung in dem sur duseinandersetzung vorgesschriebenen Verfahren zu erledigen.

3) Bezüglich ber Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörben in Betreff der Regulirung der bei Gemeinheitstheilungen vorkommenben Ent- oder Bewäfferungsanlagen, vergl. die Erläut. zum S. 171. der B.
v. 20. Juni 1817, zum S. 8. der B. v. 30. Juni 1834 und zu dem G.

v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatfluffe (f. unten.).

4) Hinsichtlich der Fischerei, vergl. die Erläut. zum S. 1. der Gem. Th. D. (s. oben S. 24-28.)

3um S. 99.

Bergl. den S. 88. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 und die Erläut. dazu.

1) Es ift hier noch auf folgende Prajubit. des Revisiones Kolleginms far E. R. S. zu verweisen:

a) Die Rittergüter in der Kurmark find zur Unterhaltung der öffentlichen und gemeinen Wege gleich anderen Grundbesitzern in jeder Beziehung beizutragen verpsichtet, insofern nicht nachgewiesen wird, daß ein abweichendes Herkommen sich gebildet habe.

Bur Instandsetzung und Unterhaltung ber bei ber Gemeinheitstheilung angelegten neuen Privatwege haben sie nach ben Bestimmungen ber §§. 95., 96., 98. ber Gem. Th. O. verhältnismäßig beizutragen. (Erf. v. 23. März 1852, in der Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bd. 5. S. 208 ff. u. in der Praj. Samml. S. 83, Wr. 1.)

b) Ueber die Berbindlichkeit der früheren lasstischen Wirthe im Großhers zogthume Posen zur Unterhaltung der die Dorffeldmark durchschneibenden Komsmunikationswege nach erfolgter Regulirung der gutsherrlichsbäuerlichen Berhältnisse, vergl. das Erk. des Revis. Kolleg. für L. R. S. v. 27. Nov. 1846, bestätiget von dem Ob. Trib. per sent. v. 29. Nov. 1847. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 2. S. 3 ff.)

Bum &. 100.

1) Das R. des Min. des J. v. 10. Oft. 1834 an die Gen. Romm. zu Berlin bemerkt, daß weder die Separations-Interessenten als solche, noch der Schullehrer als Nießbraucher, sondern die Schulsocietät die Verpstichtung habe, das Gartenland des Schullehrers einzuhegen, vorausgesest, daß das Gehege nöthig sei; der Schullehrer musse dagegen für die Unterpaltung der Einhegung sorgen. (Acta des Min. des J. Regul. Gen. Nr. 46. Vol. 3. u. Dönniges kandes-Kult. Ges. Bd. 2. S. 436.)

2) Die Gen. Kom. zu Berlin führt (in dem Bescheite v. 1. März 1839) aus, daß Einhegungen der Landesabsindungen der Küstereien und Schulstellen, wenn diese Separations-Interessenten sind, auf Kosten sämmt-licher Separations-Interessenten, also einschließlich der Küstereien und Schulstellen selbst, nur verlangt werden können, wenn über die Absin-dungen weg, oder dabei vorbei, schmale Tristen vorbehalten werden müssen, auf welchen die Hirten das Vieh nicht zusammenhalten können. (Centralbl. für Preuß. Jur. 1843 S. 613 s.)

3) Bergl. Landes-Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811. S. 18., Gem. Th. D.

S. 187. und Feld = Pol. Drdn. v. 1. Nov. 1847 SS. 23 ff.

Bu §§. 101. und 102.

I. Die Bestimmungen der SS. 101. und 102. der Gem. Th. D. über die Dotation der Landschullehrerstellen gründen sich auf die R. D. v. 28. Sept. 1810 1) und 5. Nov. 1812 2) (G. S. 1812 S. 194), wo-nach die Landschullehrer bei vorkommenden Gemeinheitstheilungen das zur Erzeugung ihres Gemüsebedarst und zur Ernährung einer Ruh nöthige Land in der Rur- und Neumark, sowie in Pommern und Schlessen, mit einem bis zwei Magdeburgischen Morgen, in West- und Ostpreußen und Litthauen mit einem Kulmischen Morgen guten Landes, in schlechtem Bo-

ben aber verhaltnigmäßig mehr angewiesen erhalten follen.

In dem Ed. zur Beförderung der Landfultur v. 14. Sept. 1811 *) (G. S. 1814 S. 300) S. 44. sind die Auseinandersetungsbehörden und deren Abgeordnete, Schiedsrichter und Rreisverordnete angewiesen, besonders an Orten, wo die Schullehrer schlecht dotirt sind, die Gemeinden bei Gemeinheitstheilungen oder Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse zu ermahnen, daß sie selbigen ein bequem gelegenes Stück Ackerland zu einem Garten abtreten. In Beziehung auf diese letztere Bestimmung, welche von einigen Seiten her so ausgelegt worden, als hänge die Anweisung gewissermaaßen von der Willführ der Rommunen ab, ist in der R. O. v. 5. Nov. 1812 der Staatskanzler angewiesen worden, dasür zu sorgen, daß in die künstige Gem. Th. O die durch diese R. O. angeordnete, auf die Berbesserung der Verhältnisse des Landschullehrerstandes abzweckende Bestimmung ausgenommen werde.

Es findet somit die Bestimmung bes S. 44. des Landes-Rultur-Ed. hinsichtlich der Gemeinheitstheilungen keine weitere Anwendung.

II. Ueber die Auslegung ber §S. 101, und 102. find mehrfache Bebenken und Kontroversen entstanden, deren hier speziell zu gedenken ift.

1) Muß in dem Falle, wenn in einem Orte zwei Schulen vorhanden stind, die bei Gelegenheit einer Gemeinheitstheilung auszuweisende Dotation beiben gewährt werden?

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 360.

²⁾ a. a. D. S. 360.

³⁾ Bergl. in Bb. I. G. 98,

Es verneint das Spruch-Kollegium für die landwirthschaftl. Ang. im Reg. Bez. Danzig in dem Erk. v. 29. Juli 1846, weil: dem zweiten (fatholischen) Schullehrer nach seiner Bosation keine Grundstücks nutung, noch eine Beides oder andere Grundgerechtigkeit auf der Feldmark, desgl. auch kein Rauchsutter von der Dorsschaft zustehe, mitbin das Reale sehle, in desten Stelle eine Absindung gefordert werden könnte; es sich hier auch um keine Schulsstelle im Sinne des S. 101. der Gem. Th. D. handle, indem die in Rede stehende mit der katholischen Organistenstelle verdunden sei und diese die Haupteinnahme gewähre, durch deren Betrag, in Berbindung mit den Intraden des Schulamtes, die Stelle gehörig dotirt erscheine; endlich aber die evangelische Schulstelle von dem Gemeinheitstheilungs: Interessenten, deren Mehrzahl zur evangelischen Schulssocietät gehöre, eine nach S. 101. a. a. D. bemessene Dotation bereits empfangen habe. (Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 2. S. 175—176.)

Dagegen bejahen:

a) Die Ministerien des J. und der geistl., U. u. Med. Ang. in den (nicht veröffentlichten) Restr. v. 16. Juli 1830 an die Reg. zu Mastienwerder und v. 24. Dec. 1831 an die Gen. Kom. zu Stendal, wieswohl in dem letzteren Falle das eigenthümliche Verhältniß vorlag, daß der Unterricht der katholischen Kinder des Ortes und mehrerer umliegenden Dorfschaften ehedem von den jüngsten Konventualen eines säkularistrten Klosters beforgt werden mußte, Fiskus späterhin die Verpslichtung zur Unsterhaltung des katholischen Schullehrers bei der Domainen-Verwaltung übernommen und dis auf die neueste Zeit erfüllt hatte, dem Lehrer aber weder Land, noch eine Weidegerechtsame auf der Feldmark ausgesetzt war 1). (Zeitsche des Revis. Kolleg. Bd. 2. S. 176—177 u. Dönniges Landes-Kult. Ges. 28b. 2. S. 438.)

Denselben Grundsatz hat das Min. des J. in dem (nicht veröffentlichten) R. v. 4. Oft. 1837 an die Gen. Kom. zu Soldin angenommen.

(Donniges a. a. D.) 2)

b) Die Gen. Kom. zu Breslau (Datum der Entscheidung konstirt nicht), weil der S. 101. der Gem. Th. D. nicht den Schulsocietäts-Mitsgliedern, sondern, ganz unabhängig von diesem Societäts-Verhältnisse, den Gemeinheitstheilungs-Interessenten die Verpflichtung zur Dotirung der Ortssschule auflege, wobei es auf ein Konsessionsverbältniß gar nicht weiter anskommen könne. (Forni's Zeitschr. Bd. 1. S. 654—655.)

c) Das Revisions-Kollegium für L. R. S., welches (in den Erk. v. 18. Juni 1846 und v. 17. Jan. 1851) den Grundsatz ausgesprochen bat, daß, wenn in einem Orte zwei Schulen bestehen, bei de die gesetzliche Dotation des S. 101 der Gem. Th. D. erhalten muffen, und zwar von allen Separations-Interessenten ohne Rücksicht darauf, zu welcher von beis den Schulen sie gewiesen sind.

Die Grunde führen aus:

Der S. 101. der Gem. Th. D. mache es nicht zur unerläßlichen Bebingung ber Dotation, daß ber Schullehrerstelle eine Beideberechtigung auf der Dorfsfelds

1) Das R. nahm sogar an, daß kein Grund vorliege, bem Fiskus die Dos

tation jur Laft ju legen.

²⁾ Dagegen haben die Min. des J. u. der geistl. U. u. Med. Ang. in dem (nicht veröffentlichten) R. v. 16. Juli 1830 an die Gen. Kom. zu Breslau von der Dotirung der, neben einer evangelischen bestehenden, katholischen Schule ledigslich des halb Abstand genommen, weil diese letztere nicht sowohl für die vorhaus denen wenigen, zum Theil nicht einmal ansäßigen katholischen Einwohner, sondern für zwei Nachbardörfer, welche solche auch allein unterhalten hatten, bestimmt, mithin gar keine Orts-Schullehrerstelle war. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 2. E. 177.)

mark zustehe; die Dotation solle auch keineswegs als Absindung für eine vorhans dene Berechtigung gelten, und überall nur dann (nach §. 102.) nicht eintreten, wenn mit der Stelle eine Weiteberechtigung von größerem Umfange verbunden ist, als der §. 101. bestimmt. Die R. D. v. 28. Sept. 1810 und v. 3. Nov. 1811, sowie der §. 44. des Landes-Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 ergäben den Zweck der Anordnung des §. 101. a. a. D. und daß es mithin keines Reale bedürfe, an dessen Stelle die Dotation treten soll; auch könne nicht angenommen werden, daß eine katholische Schule anderer Art sei, als der §. 101. voraussehe. Ebenso wenig komme es darauf an, ob die betr. Schule bereits auf andere Weise ein ausseichendes Einkommen gewähre. (Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bd. 2. S. 177 bis 182 u. Präj. Samml. desselb. S. 26, Nr. 12.)

d) Das Ob. Trib. (in bem Erk. v. 22. Nov. 1848), indem es bemerkt:

Das Geset erfordere keinesweges, daß die zu botirende Schulkelle zugleich Mitinteressent bei der Gemeinheitstheilung sei, also bereits Grundbesit und Weides recht habe. Der Zweck des S. 101. der Gem. Th. D. sei lediglich die aussomms liche Dotirung der Schullehrer-Stellen, welcher die gut dotirten einschließe. Wenn gleich der S. 101. voraussehe, daß nur eine Schullehrer-Stelle vorhanden sei, so musse er doch, seinem Zwecke nach, auf sammtliche vorhandene Schullehrer-Stellen Anwendung sinden, zumal die mehrerer Schulen gleichberechtiget seien und durch Theilung der Absindung eine hinlängliche Dotirung nicht erreicht werden würde. Endlich sei die Konsession der Bester, der Ländereien, welche die Dotirung hergeben sollen, unerheblich, da das Geset die Dotirung der Schulen nicht von dem Glaubensbesenntnisse der Interessenten abhängig mache; auch die Dotirung nicht von der Schul-Societät gegeben werde. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 2.

3.315—317.)

2) Inwiefern sind solche Schullehrerstellen zu berücksichtigen, welche

noch nicht errichtet worden find?

Das Min. des 3. hat in den R. v. 3. u. 11. Febr. 1823 1) Roch's Agrarges. 4. Aust. S. 165) und v. 17. Juli 1822 2) (a. a. D. S. 164) ans genommen, daß, so lange nicht feststeht, daß an einem bestimmten Orte eine besondere Schulstelle errichtet werden soll, die Gemeinde nicht ges zwungen werden kann, für deren Dotation bei Gemeinheitstheilungen im Boraus zu sorgen, was indes nicht ausschließt, die Zurückehaltung eines angemessenen Stückes Land dazu gütlich zu vermitteln, worauf die Kommissarien hinwirken sollen.

Von gleicher Ansicht geht das (nicht veröffentlichte) R. der Min. der geiftl., U. u. Med. Ang. u. des J. v. 16. Juli 1830 an die Reg. zu Ma-

rienwerder (Donniges a. a. D. G. 438) aus.

3) In Betreff ber Frage: von wem bie Dotation zu gewähren fei?

find gleichfalls Bebenken enistanden.

a) Das Min. des I. hat in dem R. v. 17. Juli 1822 *) (Koch's Agrarsgel., 4. Aust. S. 164) und v. 12. Nov. 1824 *) (a. a. D. S. 167) die Anssicht ausgesprochen, daß die Dotation lediglich eine Last der Dorfsgemeinden und daß insbesondere die Gutsherrschaft Beiträge dazu zu leisten nicht verbunden sei. Dies Prinzip erhielten auch die (nicht verössentlichten) R. v. 25. Jan. 1834 und 27. Juli 1831 (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 2. S. 183) aufrecht, in deren

a) ersterem die anfragende Behörde beschieden ist, baß "die Absindung des Schullehrers der Dorfgemeinde als eine, die bestehende Gemeinheit be-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 361-362.

²⁾ a. a. D. S. 360-361.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 360-361.

⁴⁾ a. a. D. S. 361.

treffende Societätslast auferlegt sei und demgemäß alle Gemeindeglieder, insbesondere auch die s. g. kleinen Leute nach Verhältniß ihrer, in der Gemeinheit befindlichen Grundstücke dazu beitragen müßten, wobei es sich insdeß von selbst verstehe, daß die bisher schon privativ besessenen Gärten nicht mit in Anschlag gebracht werden könnten;" während

s) in dem zweiten bemerklich gemacht wird: daß "die Dotation lediglich von tenen aufzubringen sei, welchen die Verpflichtung zum Unterhalt des Schullehrers obliege; dies könne aber nach S. 24. A. L. R. II. 12. und nachdem die Bestimmung des S. 33. a. a. D. mit Aushebung der Erbunterthänigkeit weggefallen, von der Gutsherrschaft nicht behauptet werden."

Dagegen ist späterhin in judicando, von diesen Ansichten abweichend, angenommen worden, daß die Dotation nicht von den zur Schule geschlagenen Wirthen und Gemeinden, sondern von densenigen Versonen auszustingen sei, welche Antheil an der Feldmark des Ortes haben, wo sich die zu dotirende Schule befindet, und daß die Separations-Interessenten dazu nach Verhältniß dieses Antheils beizutragen verpflichtet seien 1).

Es hat insbesondere:

a) Die Gen. Kom. zu Breslau in dem von dem Min. des J. unterm 7. Juli 1837 bestätigten Bescheide v. 21. März 1837 diese Ansicht ausgesprochen; denn die Ortsgemeinte, von der die Dotation zu leisten sei, werde, nach S. 18. A. E. R. II. 7., von den Besitzern der in einem Dorse oder dessen Feldmark gelegenen bäuerlichen Grundstücke gebildet. (Koch's Schles. Arch. Bb. 2. G. 209—210.)

β) Das in der Refurs-Instanz unterm 25. Jan. 1841 bestätigte Erk. (die betr. Gen. Kom. konstirt nicht) führt aus, daß sämmtliche Instereffenten des Separationsgeschäftes, einschließlich des Domaisnen-Fiskus als Gutsherrschaft, zur Hergabe der Dotation verpflichtet

feien. Denn:

Die Gem. Th. D. spreche nicht geradezu ans, wer die Dotation zu leisten babe, sondern nur, daß solche bei der ersten auf einer Dorfsseldmark eintretenden Gemeinheitstheilung gewährt werden solle; allein eben hieraus, sowie daraus, daß im Falle der Dotation die der Schulstelle disher zuständig gewesene Weideberechstigung auf den Grundstücken der Dorfgemeinde aufhören und mithin der darauf fallende Theil der gesammten zu theilenden Weidemasse zuwachsen solle, sowie anch aus S. 102., solge, daß die betressende Verbindlichkeit nicht einer einzelnen Rlasse, sondern der Gesammtheit der Gemeinheitstheilungs Interessen ten dergestalt habe auferlegt werden sollen, daß die Dotation vorweg aus der zu theilenden Masse gewährt und eben deshalb nach Verhältniß der Theilnehmungs rechte von den Gemeinheitstheilungs Interessenten aufgebracht werden müsse.

Sodann wird ausgeführt, daß die gesetzlichen Borschriften wegen Unterhaltung der Schulen und Schullehrer dem nicht entgegenstehen, und daß insbesondere die Verpflichtung des Domainen-Fiskus aus der R. O. v. 28. Sept. 1810 erhelle. (Beitschr. des Revis. Rolleg. Vd. 2. S. 184—190.)

b) Die Frage: ob die benachbarten, zur Schule gewiesenen Gemeinden verpflichtet sind, zu der Dotation beizutragen? ist verneint worden:

a) von dem Min. des J. in dem R. v. 5. Juni 1823 2) (Roch's

Agrarges., 4. Aufl. S. 165) und

2) Bergl. in Bb. I. S. 362.

β) von der Gen. Kom. zu Breslau in dem, in der Rekurs-Instanz von dem Min. d. 3. unterm 7. Juli 1837 bestätigten, Bescheide v. 21. Marz 1837; denn das Gesetz lege die Verpslichtung lediglich der Dorfgemeinde

¹⁾ Das R. des Min. der geistl. zc. Ang. v. 25. Juni 1831 (f. in Bb. I. S. 363-364) disponirt über die Repartitions-Grundfäße, nach welchen die Dotation von den betreff. Interessenten zu gewähren.

auf, auf beren Feldmark die Gemeinheitstheilung statisindet, nicht aber dem Schul=Spsteme oder den zu einer Schule geschlagenen Gemeinden, und es ergebe sich die Richtigkeit der ausgesprochenen Ansicht auch aus SS. 12 ff. des katholischen Schul-Reglements für Schlessen v. 18. Mai 1801, welches nach dem Landtags Mbschiede für Schlessen v. 22. Febr. 1829 auch bei evangelischen Schulen möglichst zur Anwendung kommen solle. (Koch's Schlessen. Bd. 2. S. 207—21(1).)

4) Ueber ben Zeitpunkt, wann die Dotation auszuweisen, bestimmt ber S. 101., bag bies bei ber ersten auf einer Dorffeldmark ein=

tretenden Gemeinheitstheilung geschehen foll."

In Bezug hierauf hat

a) Das Min. des J. in dem R. v. 31. Juli 1823 1) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 165) ausgesprochen, daß die Dotation auch bei einer nur theilweisen Umlegung der Ländereien erfolgen musse, und daß es auch irrelevant sei, ob es dem Schullehrer einstweilen an der Gelegenheit sehle, das Land ganz nach den Absichten des Gesetzes zu benutzen, da die Kürsorge in dieser Beziehung lediglich dem Schulvorstande und dessen gesetzen Behörden zu überlassen sei.

Bergl. auch bas R. reffelben Din. v. 17. Juli 1822 ad 3.2) (Roch's

Agrarges., 4. Aufl. S. 164.)

b) Das (in der Refurs-Instanz bestätigte) Erk. v. 25. Jan. 1841 (die betr. Gen. Kom. konstirt nicht) führt aus, daß die Auseinanderssehung zwischen Gutsberrschaft und Gemeinde bezüglich einer wechselseitigen Hungsberechtigung sowohl, als eine einfache Hutungsablösung für eine Gemeinheitstheilung anzusehen sei, bei der die Dotation nach S. 101. erfolgen muffe, sowie es in dieser Beziehung auch auf den Umstand nicht ankomme, ob die bestehende Gemeinschaft hinsichts aller darin befangenen Theilnehmer, oder nur hinsichts einzelner Interessenten ausgehoben, und solles von den übrigen auch ferner sortgesetzt werde. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 2. S. 185 – 187.)

c) Die Gen. Kom. zu Breslau nimmt (in dem von dem Min. des I. bestätigten Bescheide v. 21. März 1837) gleichfalls an, daß die Dotation nach S. 101. bei der ersten in der Dorsseldmark eintretenden Gemeinsheitstheilung erfolgen musse, möge nun die letztere die Auslösung einer eigenthümlichen Gemeinheit betreffen, oder die Aushebung und Ablösung einer einseitigen oder wechselseitigen Servitut. (Koch's Schles. Arch. Bd. 2.

6. 205-207).

d) In dem (nicht veröffentlichten) R. v. 15. Oft. 1823 hat das Min. des J. ausgesprochen, daß unter der im S. 101. getachten "ersten" Ge-meinheitstheilung die nach Publikation der Gem. Th. D. zuerst einge-leitete zu verstehen sei, ohne Rücksicht darauf, ob früher bereits eine theil-weise oder völlige Aushebung der Gemeinheit mit einem oder mehreren Interessenten stattgefunden hat. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 2. S. 192).

e) Es ist übrigens angenommen worden, daß tie Dotation nicht gestordert werden könne, wenn die Auseinandersetzung sich auf die Absindung der Servituts-Berechtigten durch Rente oder Kapital beschränkt, welche demgemäß weder einen Landumtausch, noch überhaupt eine Veränderung des bisherigen Besitzstandes innerhalb der Feldmark zur Folge hatte.

· Dies hat das Min. des J. in dem C. R. v. 29. April 1837 *) (Ann. Bb.21. S. 387) ausgeführt, und das darauf bezügliche C. R. des Min.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 362-363.

²⁾ a. a. D. **E**. 361.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 364.

des I. u. der geistl. 2c. Ang. v. 4. u. 24. Juli 1839 1) (Ann. Bb. 23. S. 606) ertheilt nähere Instruktion für das von den Kommissarien in solchen Fällen im Interesse der Dotation der Schulen zu beobachtende Verfahren.

Die Gen. Kom. zu Breslau hat in dem unterm 15. Sept. 1837 von dem Min. des 3. bestätigten Bescheide v. 19. Juni 1837 denselben

Grundsatz ausgesprochen (Roch's Schles. Arch. Bb. 2. S. 202).

5) Ueber ben 3med, die Art und den Umfang der zu gewährenden

Dotation sind folgende Grundfage aufgestellt worden: 2)

a) Das Min. des J. spricht in dem R. v. 17. Juli 18223) (Koch's Agrarges., 4. Aufl. S'54) aus, daß die zu gewährende Fläche sich nach dem für den persönlichen Haushalt des Schullehrers erforderlichen Bedarf an Gartenfrüchten und an Futter für sein Vieh, mit Rücksicht auf die örtliche Süte des Bodens und deffen sorgfältige Kultur, bestimme.

b) Das R. des Min. des J. v. 8. Oft. 1841 *) (Min. Bl. d. i. B. 1841 S. 292) spricht aus, daß wenn die bisherige Dotation der Stelle, einsschließlich der Mitweide, bereits den Ertragswerth der im §. 101. normirten

Dotation erreicht, es dabei lediglich fein Bewenden behalten foul.

c) Bei den Berathungen über die Landdotation, welche den Schullehrern der, Seitens des Fistus angelegten neuen Rolonien zu verwilligen sei, bat sich das Staats-Min. dahin geeinigt, daß den Schullehrern überhaupt nur so viel Land angewiesen werden könne, als sie neben ihrer hauptbestimmung und ohne eine vollständige Ackerwirthschaft zu treiben, bestellen
und bewirthschaften könnten. — Nach diesem Prinzip ist im Allgemeinen
eine Fläche von drei Worgen sur angemessen erachtet, dabei jedoch vorbebalten, den Schullehrern vorläusig noch eine mäßige Geld-Unterstüzung aus
Staatsmitteln bis dahin zu gewähren, wo die neuen Gemeinden jene Geldrente selbst würden bestreiten können. — Den betr. Regierungen ist demgemäß durch das (nicht veröffentlichte) R. des Min. der geistl. zc. Ang.
v. 8. Oft. 1841 das Nöthige eröffnet, späterhin aber Seitens des Min.
des Innern durch das R. v. 28. Jan. 18425) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 30)
erläutert worden,

baß jener Erlaß für Gemeinheitstheilungen zwar nicht maaßgebend sein solle, jedoch wegen des darin ausgesprochenen allgemeinen Grundsases in sofern Beachstung verdiene, als solcher auf berselben Ansicht beruhe, aus welchem der §. 101. der Gem. Th. D. hervorgegangen sei. Den Landschullehrern solle keine Gelegenheit zu einer sormlichen Feldwirthschaft gegeben, sondern nur Gartenland und einige Biehhaltung gewährt werden. Zu dem Ende musse die Dotation in möglichster Rahe der Schule liegen und aus solchem Lande bestehen, welches sich zur Gartenstultur eignet. Auch werde unter solchen Boraussepungen eine Fläche von 3—5 Morgen genügen. Indeß gehe die Absicht nicht dahin, die Absindung der besreits bester ausgestatteten Lehrerstellen auf jenes Minimum zu beschränken, oder ihnen statt der Landentschädigung eine Rente zu geben, vielmehr bewende es in Fällen dieser Art bei §. 102. der Gem. Th. D. und möge auch dann nur dahin

1) a. a. D. S. 364-365.

²⁾ Ueber die technischen Grundsätze für die Ermittelung der Absindung für die Schullehrer-Stellen vergl. die technischen Instrust. der landwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, S. 134., S. 299, zu Gums binnen v. 1844, S. 29., S. 83, der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, SS. 152 bis 154., S. 97 ff. u. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, S. 83., S. 90 ff. — Die Absindung ist möglichst in der Nähe der Schule zu geben und es dürsen bei deren Beranschlagung Abzüge für Wirthschaftssosten, allein mit Ausnahme der in größerer Nenge erforderlichen Saaten, nicht gemacht werden.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 360-361.

⁴⁾ a. a. D. S. 367-368.

⁵⁾ Beral. in Bb. I. S. 368.

gewirft werben, die Abfindung möglichst nabe und in befferem Lande zu gewähren, foweit solches ohne Beeinträchtigung anderer Intereffenten angänglich bleibe.

Das R. tes Min. des R. Haufes v. 24. April 1843 1) (Min. Bl. b. i. B. 1843, S. 179), stellt gleiche Grundsate für den Fall auf, wo ber Fistus fich in feiner Eigenschaft als Gutsherr bewogen findet, armere Gemeinden bei Gelegenheit von Separationen Behufs besserer Dotirung ihres Schullehrers zu unterftüten.

d) Das R. des Min. des J. v. 17. Juli 1822 2) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 164) gestattet, einen Theil der Dotation, nicht aber die Entschädigung für das etwanige Weiderecht oder für die Stroblieferung

in Wiefen zu gewähren.

Indeß giebt das (nicht veröffentlichte) R. deffelben Min. v. 26. Dai 1833 (Donniges Landes-Rult. Gef. Bb. 2. S. 437) nach, mit einzuholender Bustimmung des Min. der geistl. Ang., eine andere Absindungsart als die Land-Dotation festzustellen, im Falle Die Schullehrer-Stelle bereits mit angemessenem Landbesitze verseben ift. 2)

e) Die Dotirung fann, mit Bewilligung ber Ministerien, ausnahmsweise auch in Rente geschehen, wenn die Ausstattung in Land theils mit besonderen Schwierigkeiten in Betreff ber Lokalität verknüpft, theils für das Beste der Schule weniger vortheilhaft, als eine Rente-Dotation, sein

murbe. 4)

Angenommen von der Gen. Kom. zu Breslau in dem (von dem Min. des 3. unterm 7. Juli 1837 bestätigten) Bescheide v. 21. Marg 1837. (Roch's Schles. Arch., Bb. 2. S. 207 ff.)

6) Die Verbindlichkeit zur Gewährung der Dotation ift nicht dadurch bedingt, daß ter Schullehrer bisher ichon Hutungs-Berechtigter war.

Angenommen von dem Min. des J. in dem R. v. 31. Juli 1823 5) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 165), desgl. von dem Revisions Kollegium für L. R. S. in tem Ert. v. 18. Juni 1847 (Beitschr. beffelt. Bb. 2. **E**. 177 –178).

7) Die Dotation muß ohne Rücksicht auf die fonstige Sobe des

Diensteinkommens der Schullehrer-Stelle gewährt werben.

Angenommen von dem Min. der geiftl. zc. Ang. in dem R. v. 25. Juni 1831 6) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 167), desgl. von dem Revisions-Kollegium für L. R. S. in bem Erf. v. 18. Juni 1837 (Beitschr. beffelb. Bb. 2. G. 176 -180), und von der Gen. Rom. zu Breslau in dem (von dem Min. des 3. unterm 7. Juli 1837 bestätigten) Bescheite v. 21. Mark 1837 (Roch's Schles. Arch. Bb. 2. S. 206 ff.)

Die (nicht veröffentlichten) Schreiben der Min. des 3. und ber geiftl. 2c. Ang. v. 7., 21. u. 28. März 1831 nehmen an, daß zwar dem Min. ber geiftl. 2c. Ang. zustehe, in einzelnen Ballen von ber Dotation abzustehen; es durfe aber eine Bergichtleiftung ohne Autorisation des Min. der geiftl. ic. Ang., von den Gen. - Rommissionen nicht angenommen werden. (A. L. R. II. 12. SS. 1., 9., 19. u. II. 11. SS. 648., 663.) (Donniges

2. A. **3. 3b. 2. 6.** 440).

2) Bergl. in Bb. I. S. 360-361.

4) Ueber die Repartionsgrundsäte hierbei vergl. das R. bes Min. ber

geifil. 2c. Ang. v. 25. Juni 1831 (f. in Bb. I. S. 363-364).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 369.

³⁾ Bergl. übrigens bas R. bes Min. bes J. v. 8. Oft. 1841 (f. in Bb. I. S. 367), wonach die Dotation überhaupt nicht geforbert werben fann, wenn Die Schullehrerstelle bereits in ber im S. 101. normirten Sohe botirt ift.

⁵⁾ Bergl. in Bb. I. S. 362-363. 6) Bergl. in Bb. I. S. 363—364.

8) Sogenannte Ratecheten (Kinderlehrer) — in den vormals Königk.

Sacfischen Landestheilen - haben die Dotation nicht zu fordern.

Angenommen von dem Din. des 3. in dem (nicht veröffentlichten) R. v. 21. Sept. 1838 an die Reg. zu Merfeburg. (Beitschr. bes Revis. Kolleg. **25.** 2. **6.** 190—192).

9) Den Separations-Intereffenten, welche nach S. 101. Die Dotation zu gewähren haben, liegt in dieser Eigenschaft nicht ob, die — etwa durchaus erforderlichen — Behege um den neuen Schulgarten berzustellen und zu unterhalten. Gbensowenig fann bies von bem früheren Besther bes Schullandes, von bem Schullehrer felbst aber wenigstens die Errichtung des Bauns nicht verlangt werden; sondern es ift dies eine von allen zur Schule gewiesenen Einwohnern zu erfüllende gemeine Laft, wogegen der Lehrer die Unterhaltung der Bergaunung aus eigenen Mitteln zu beforgen hat. Daß bie Separations-Intereffenten zugleich bie Schulgemeinde bilden, fann nicht ohne befondere Erorterung angenommen werden.

Angenommen, von dem Min. des 3. in den (nicht veröffentlichten) R. v. 23. Febr. 1823 und 10. Oft. 1837 (Beitschr. bes Revif. Rolleg. Bb. 2

6. 194 – 195).

10) Ueber die Beschaffung des nach Anweisung der Totation der Schulftellen etwa erforberlichen Scheunen- ober Stallraumes, 1) vergl. bas C. R. der Reg. zu Frankfurt v. 20. Dec. 1842 und die darauf bezüglichen R. bes Min. des J. v. 8. Febr. u. 17. Oft. 1843. 2) (Min. Bl. b. i. B. 1843, **6**. 40 u. 54).

11) Ueber die Frage der Grundsteuerpflichtigkeit der Schuldota-

tione-Landereien find folgende Bestimmungen ergangen:

a) Das R. bes Min. bes 3. v. 31. Juli 1823 3) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 165) fpricht aus, daß die Nichtverpflichtung zur Entrichtung ber Grundsteuer von bergl. Landereien aus den SS. 147. u. 156. der Gem. Th. D. folge.

- b) Dagegen antert bas R. beffelben Min. v. 10. Sept. 1824 *) (a. a. D. S. 166) dies bahin ab, daß wenn der Schullehrer bas Land nach SS. 101. u. 102. der Gem. Th. D. titulo gratuito erhalt, die Grundsteuer von ihm getragen werden muß; wenn er aber die Landausstattung auf Grund früherer nicht fteuerpflichtiger Berechnungen, und gegen beren Aufhebung, bekommt, die Verpflichtung zur Bahlung der Grundsteuer bei der Gemeinde verbleibt.
- c) Das C. R. des Min. des R. Haufes, der Finanzen zc. u. d. geiftl. sc. Ang v 28. Aug. 1841 (Min. Bl. b. i. B. 1841 S. 248) spricht aus, daß Domainen-Grundftude, welche zur Dotation von Schulen hergegeben werden (R. D. v. 17. Juni 1826 Art. IV., G. S. 1826 S. 57) badurch nicht aus bem Eigenthume ber Domainen herausgehen, sondern ber Schulverwaltung nur gur Benutung überlaffen bleiben und beshalb mit feiner Grundftener gu belegen find.

d) Daffelbe ist für die zur Dotation von vereinigten Küster- und Schulstellen in den westlichen Provinzen bestimmten Ländereien mittelft R. D. b. 28. April 1843 und C. R. der Min. der geiftl. 2c. Ang. u. der F. v. 7. Oft. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843, S. 294) genehmiget worden.

¹⁾ Bergl. auch Buf. 2. jum S. 163. ber Gem. Th. D.

²⁾ Bergl. in Bb. J. G. 366-367. 3) Bergl. in Bb. I. G. 362-363.

⁴⁾ a. a. D. S. 363. — Bergl. auch bas (hiermit übereinstimmenbe) R. beffelb. Min. von gleichem Datum (am Schluß) in Roch's Agrarges., 4. Aufl., **E**. 187.

128 Bon den Ablos. der Reallasten, d. Regultrungen u. Gem. Theilungen.

e) Bergl. das (noch nicht zur Aussührung gelangte), G. v. 24. Febr. 1850, betr. die Aushebung der Grundsteuerbefreiungen. (G. S. 1850, S. 62-63.).

Bu §§. 103 bis 105.

Ueber die Frage: ob zu den Streitigkeiten, welche durch Uebereinkunft der Partheien im Wege des schiedsrichterlichen Verfahrens erlediget werden können, auch diejenigen über die Planlage gehören? vergl. die Erläut. zu SS. 31—35. der B. v. 30. Juni 1834 (s. unten).

3um S. 107.

Bereits tas (nicht veröffentlichte) R. des Min. des J. v. 26. April 1825 an die Gen. Kom. zu Stendal (Donniges E. R. G. Bb. 2. S. 443) hat anerkannt, taß die Subhastationen, welche bei Gelegenheit von Gemeinspeitstheilungen und Auseinandersetzungen vorkommen, vor den ordentslichen Richter gehören. Das R. des Min. des J. v. 24. Juli 1840 1) (Min. Bl. b. i. B. 1840, S. 319) spricht dies wiederholt aus, und ertheilt nähere Instruction über den Gegenstand.

Bu \$5. 108. bis 140.

(Bon Forfttheilungen).

Die SS. 108.—113. handeln von der Naturaltheilung gemein= schaftlicher Wälder, die SS. 114.—140. dagegen von der Ablösung der auf Forsten haftenden Grundgerechtigkeiten.

3um §. 108.

1) Wenn bei Ablösung von Holzungsgerechtigkeiten auf Grund des S. 108. der Grundsatz des S. 44. zur Anwendung kommen soll, so ist erstorderlich, daß der Berechtigte seinen Holzbedarf mahrend rechtsversährter Zeit aus der eigenen Forst, und nur das am Bedarf Fehlende aus dem mit der Servitut belasteten Walde erweislich entnommen hat.

Angenommen von dem II. Sen. bes Db. Trib. unterm 23. Sept.

1842 (Praj. Nr. 1192, in ber Praj. S. S. 340).

Bergl. jedoch die Art. 9. u. 10. das Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850

und die Erlaut. bazu. (f. zu SS. 86. u. 127. ber Gem. Th. D.).

2) Ueber die Naturaltheilung der Forsten und die dabei zur Anwensung zu bringenden Grundsätze, vergl. die Abhandl. in der kameralistischen Zeit. 1839 S. 659 ff., desgl. Pfeil, Anleit. zur Ablös. der Waldservitueten, SS. 74—79.

3um §. 109.

1) Außer den im S. 109. aufgestellten befonderen Beschränkungen der Theilung eines gemeinschaftlichen Waldes kommen auch hier die Vorschriften der Dekl. v. 26. Juli 1847. 2) (G. S. 1847 S. 327) zur Anwendung.

Bergl. die Erlaut. zu SS. 16. u. 17. und SS. 41. u. 42. der Gem.

Th. D.

2) Vergl.:

a) über ten Begriff ber "forstmäßigen Benugung" im Sinne bes

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 369-370.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 348.

S. 109., das R. des Min. des J. v. 5. Jan. 1841 1) (Min. Bl. b. i. B. 1841, S. 429) und das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 26. März 1842 2) (ad II. u. V.) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 83);

b) über ben Begriff ber "vortheilhaften Benutung als Acker ober Wiese" im Sinne bes S. 109 bas R. des Min. des J. v. 30. Jan.

1841 •) (Min. Bl. d. t. B. 1841, G. 36);

c) über die Nichtanwendbarkeit des S. 109. auf das f. g. Stückenholz, das R. des Min. des J. v. 26. März 1842 (ad I.) (Min. Bl. b. i. B. 1842, S. 83);

d) über die Berücksichtigung der Wirthschaftsverhältniffe ber Abbauenden bei Waldtheilungen, daffelbe R. des Min. des 3. (ad III.);

e) über die Abfindung durch andere Bodengattungen als Bald-

finde, ebendas. (ad IV.);

f) über die Aufbringung der Kosten der Theilung gemeinschaftlicher Forstgrundstücke, das C. R. des Min. des J. v. 10. Sept. 1847. (Din. Bl. d. B. 1847, S. 260, s. zum §. 26. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821).

3) Ueber die technischen Grundsätze und Ermittelungen bezüglich der Waldtheilungen vergl. die technischen Instrukt. der Gen. Kom. zu Breslau v. 1846, §§. 120—124. S. 155 ff., zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §§. 96—99. S. 109 ff., zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 96.. S. 167 und zu Münster v. 1844 §§. 128. u. 129. S. 84 u. 85.

Bum S. 110.

1) Der Verkauf muß in den Fällen des S. 110. im Ganzen bewirkt werden, damit die forstmäßige Verwaltung möglich bleibt. (Vergl. das R. des Min. des J. v. 26. März 1842 ad III.)) (Nin. Bl. d. i. V. 1842, S. 83).

2) Bergl. Die Erlaut. zum S. 107.

Zu 55. 112 u. 113.

Ueber die Nichtanwendbarkeit der Worschriften der SS. 150. ff. der Gem. Th. D. auf diesenigen Dispositionen, welche der Eigenthümer über das von ihm nach S. 113. weggenommene oder ihm gelieferte, oder von ihm wegzunehmende oder ihm noch zu liefernde Holz trifft, sowie über die Geldentschädigung, welche er dafür erhält, daß er dasselbe dem künstigen Eigenthümer überläßt, vergl. die R. des Min. des J. v. 22. Nov. 1835 u. 4. Juni 1837. (Koch's Agrarges., 4. Auss. S. 174 u. v. R. Ann. Bd. 21. S. 385).

Bergl. S. 45. der B. v. 20. Juni 1817 und der SS. 37. ff. der B. v.

30. Juni 1834.

2) Ueber die Anwendbarkeit der Vorschriften der SS. 112. u. 113. der Gem. Th. D. bei der Aussührung von Spezial = Separationen, auch hin-statlich der einzelnen Auseinandersetzungs-Interessenten gehörigen, mit Holz bestandenen Grundstücke, vergl. das R. des Min. des J. v. 21. Juni 1837?). (v. R. Ann. Bd. 21. S. 386).

¹⁾ Bergl. in 8b. I. G. 370-371.

²⁾ a. a. D. E. 372-374.

³⁾ a. a. D. €. 371-372.

⁴⁾ a. a. D. E. 372,

⁵⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 372-374.

⁶⁾ Bergl. in Bb. 1. S. 374—375. 7) Bergl. in Bb. I. S. 375—376.

Bu \$§. 114—140.

(Forst-Dienstbarkeits-Berechtigungen). 1) Vorbemerkungen.

I. In Hinsicht der auf Forsten haftenden Grundgerechtigkeiten, von deren Ablösung die S. 114.—140. der Gem. Th. D. handeln, kommen vorzugsweise die Grundsätze in Betracht, welche die Feststellung des Theilnehmungsrechtes an sich und dessen Umfang betreffen. In dieser Beziehung ist daher hier zunächst der darüber in dem A. L. A. I. 22. SS. 201. ff. enthaltenen Vorschriften, unter Verücksichtigung der darauf bezüglichen Erläuterungen und Kontroversen und mit hinweisung auf die entsprechenden, demnächst unten speziell zu beleuchtenden Vorschriften der Gem. Th. D. zu gedenken.

A. Die Holzungsgerechtigkeit²) besteht in der Besugniß, Holz aus dem Walde eines Andern zu empfangen, und ist entweder eine pers fönliche Servitut, oder eine Grundgerechtigkeit. Auf erstere sinden die Regeln vom Nutungsrechte (A. L. R. I. 21) Anwendung. (A. L. R. I. 22. J. 207.) Nur die Grundgerechtigkeiten kommen hier in Betracht.²) Hinsichtlich ihres Umfanges und Gegenstandes kann

die Holzungsgerechtigkeit febr verschiedener Art fein.

1) Die gang unbestimmte Holzungsgerechtigkeit. In Bezug darauf

ftellt das A. L. R. folgende Grundfage auf:

a) Die ohne weitere Einschränfung oder Bestimmung zukommende Holzungsgerechtigkeit ') umfaßt nicht nur bas Recht auf Brenn-, sondern auch auf Bauholz aus dem belasteten Waldes). (A. L. R. I. 22. S. 201.)

2) Bergl. Malblank, de jure lignandi. Tubing. 1811, Sagemann Erster. Bb. 5. S. 101, 111.

b) Bur erwerbenden Berjährung der Forstnutzungs-Servitute gegen den Fiskus ist nach Sächsischem Rechte ein Zeitraum von 40 Jahren erforderlich. (Erk. des Db. Trib. v. 14. März 1848, Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 3. S. 208.)

Das Revisions = Kolleg. hatte die Frist von 31 Jahren 6 Wochen und 3 Tagen für ausreichend erklart. (a. a. D. Bd. 2. S. 451 Nr. 13.)

4) Das Recht, Rohr und Schilf zu hauen, gehört in der Regel nicht zur

Holzungegerechtigkeit. (A. E. R. I. 22. S. 202.)

5) a) Es ist zweiselhaft gefunden: ob der Berechtigte auch Schirr: und Nutholz fordern könne, wenn er das "benöthigte" Holz (S. 201. a. a. D.) zu entnehmen berechtiget ist? (Vergl. Merkel's Kom. zum A. E. R. I. 22. S. 201.) Eine all gemeine Entscheidung darüber sindet sich nicht. Roch nimmt an, daß wenn das berechtigte Grundstück eine Mühle ist, auch das s. Schirrholz*)

¹⁾ Bergl. Dr. W. Pfeil, Anleitung zur Ablös. ber Wald-Servituten zc. Berlin, bei Beit u. Komp. 1844.

³⁾ a) Das A. E. R. bestimmt in Th. I. Tit. 22. §§. 197—200, daß "bers jenige, welcher das Holz in einem Walbe ohne Einschränfung genutt hat, im zweis felhaften Falle für den Eigenthümer des Waldes, dersenige aber, dem nur eine eingeschränfte Mutung zusteht, für den bloßen Besitzer einer Grundgerechstigkeit zu halten ist "; desgl. "daß wenn sie insgesammt das Holz mit gleicher Freiheit oder Einschränfung genutt haben, vermuthet wird, daß sie sich alle im Witeigenthume des Waldes besinden", und "daß, wenn erhellet, wem die Bäume eines Waldes gehören, und nur das Eigenthum über Grund und Boden streitig ist, die Vermuthung für den Eigenthümer der Bäume gilt". Der Eigenthümer der Bäume aber darf sich außer ber Holzs und Mastung weiter keine Rechte auf Grund und Boden anmaaßen.

^{*)} Es wird darunter im Allgemeinen das zur Erhaltung und Ausbesserung des Mühlenwerkes erforderliche Golz verstanden. (Bergl. das Gutachten des Ob. Baudepartements v. 7. Nov. 1802 [Rabe Bd. 13. S. 577], die Instr. für die

b) Die unbestimmte Holzungsgerechtigkeit schränkt sich nur auf bas Bedürsnif des begünstigten Grundstückes ein, und der Berechtigte kann sich dieselbe weder zum Verkaufe, 1) noch zur Versorgung anderer unberechtigten Besthungen2) zu Nute machen. (§. 203. a. a. D.)

Er kann sein Bedürfniß nicht auf mehrere Jahre vorausnehmen, sondern dasselbe nur für jedes Wirthschaftsjahr besonders fordern²). (S. 204.

a. a. D.).

gefordert werden könne und daß solches eine Spezies von Rusholz sei. (Roch's A. L. R. Bb. 1. S. 1070. Anm. 8.)

b) Die durch einen Bertrag konstituirten Grundgerechtigkeiten auf Bauholz, Brennholz und Zaunstrauch sind nicht Theile einer Golzungsgerechtigkeit, sondern selbstständige Besugnisse. Die Ausübung der einen Gerechtigkeit erhält daher nicht die anderen; vielmehr kann die eine durch Nichtgebrauch erlöschen, während die ans

bere burch ben fortgesetten Gebrauch erhalten wirb.

Die Berjährung durch Richtgebrauch wird auch dadurch nicht gehindert, daß der Berechtigte seine Verbindlichkeiten aus dem Vertrage erfüllt hat, wenn die ersfüllte Berbindlichkeit mit dem nicht ausgeübten Rechte nicht in einer solchen Bezziehung steht, daß sie als Gegenleistung für das nicht ausgeübte Recht flar hers vortritt. (Erk. des Ob. Trib. [Datum konstirt nicht] in den Entsch. Bb. 17. S. 283—288.)

1) 2) Das einer Landwirthschaft gebührende Servitutholz ist nicht zu ges werblichen Zwecken oder einer dem ähnlichen Anlage zu verwenden. (Erk. des Ob. Trib. v. 12. Marz 1847, Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 3. S. 225—228.)

b) Einem brennholzberechtigten Kretscham gebührt das Servitut Dolz weder zum Betriebe seiner Branntweinbrennerei, noch seiner Back, Schank u. Schlachtsgerechtsame. (Erk. des Ob. Trib. v. 14. Marz 1848, Zeitschr. des Revis. Kolleg.

Bb. 2. S. 451, Ar. 14. u. Bb. 3. S. 228.)

Dagegen gebührt bem Besiher einer Stelle, mit welcher Backs und Brannts weinbrennereis Gerechtsame, imgleichen eine Gastwirthschaft portinontialitor verbunden sind, das für diese Gewerbe erforderliche Holz. (Erk. des Revis. Koll., bestätiget von dem Ob. Trib. unterm 9. Febr. 1849, Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 3. S. 229 Note.)

2) Wenn der Eigenthümer eines Waldes verpstichtet ist, den Besitzern von bauerlichen Grundstücken ihren Brennbedarf zu gewähren, so ist er auch verbuns den, das Brennmaterial für die besonderen Haushaltungen der Ausgedinger verabssolgen zu lassen. (Praj. des Ob. Trib. v. 15. Sept. 1847, Entsch. Bd. 15. S.

491. Práj. Rr. 1914.)

3) Es liegt in der Natur einer auf das Bedürfniß eingeschränkten Servitut, daß auch keine Nachforderungen stattsinden, wenn der Berechtigte den Bedarf zu nehmen versäumt hat, so wenig wie das Bedürfniß auf mehrere Jahre voraus gesnommen werden darf. (Gesetz-Revis. Pens. XIII. XIV. S. 217.) — Derselben Anssicht ist Roch (A. L. R. Bd. 2. S. 1070 Note 10.)

Bornemann erwähnt ein Judikat des Instr. Sen. des Kammerger., in welchem diese Ansicht dann für begründet angesehen wird, wenn der Berechtigte nicht zum Verkause, sondern zu einem bestimmten Zwecke das Bauholz zu fordern hat, wo er es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn gegenwärtig die Ausübung seis ner Befugniß unmöglich sei. Nur wenn der Berechtigte das Polz aus dem vers

Landbaumeister in der Neumark v. 3. Juni 1804. Art. VIII. [a. a. D.], und in Betreff des Umfangs einer Ruß: und Bauholz: Berechtigung überhaupt die Pommersche Forst. D. v. 24. Dec. 1777. Tit. 6. §. 13., übereinstimmend mit der Forst. D. für Ostpreußen u. Litthauen v. 3. Dec. 1775. Tit. 6. §. 14. [N. C. C. Tom. VI. S. 1057, Rabe Bd. I. Abth. 6. S. 271], desgl. die Forst. D. für West. preußen u. dem Nethistrikt v. 8. Oft. 1805. Tit. II. §§. 28—34. [N. C. C. Tom. XI. S. 3152 des Nachtr. 2. de 1805 u. Tom. XII. S. 783, Nr. 6. des Rachtr. de 1806, Rabe Bd. 8. S. 354].)

Das unbestimmt beigelegte Holzungsrecht begreift die perfonlichen Bedürfnisse des Besitzers und seiner Familie nur alsdann, wenn er auf bem Bute wohnt, nicht aber, wenn er fich anderswo aufhalt, unter fich. (S. 205. a. a. D.)

Die perfonlichen Bedürfniffe des auf dem Gute wohnenden Rachters ober Wirthschaftsbeamten find darunter allemal mit begriffen 1). (g. 206. a. a. D.).

Vergl. SS. 118. und 119. der Gem. Th. D. und die speziellen Er-

laut. dazu.

2) Die Befugniß, Baubolg. aus einem Balbe zu nehmen erftrect

pflichteten Walde angekauft, oder die Lieferung verweigert worden ware, wurde der Berpflichtete bas Raufgelb erstatten und bem Berechtigten bie gehabten Auslagen ersegen muffen. (Spftem Bb. 4. S. 590.)

1) Desgl. ber Deputanten, z. B. Schullehrer, Geiftliche u. f. w. (f. Roch's

A. E. M. Bb. 2. S. 1071.)

2) a) Bum Bauholg im rechtlichen Sinne wird nicht blog bas Bolg ge= rechnet, welches ber Bimmermann braucht, um ein Gerippe herzustellen, sonbern nach S. 208. A. E. R. I. 22. auch alles basjenige Bolg, welches gum Bau, gur Unterhaltung und Wiederherstellung eines Gebaubes, sowohl in seinen Sauptbestandtheilen, ale zum innern, seiner Bestimmung entsprechenden Auss bau erforderlich ift. (Erf. des Db. Trib. v. 17. Juli 1840, Roch's Schles. Arch. **28b.** 4. S. 15().)

b) Die Bauholzberechtigung einer bauerlichen Stelle erftrecht fich auf ben gangen Inbegriff bes bauerlichen Gehöftes; zum Bauholze gehört auch bas zum inneren, der Bestimmung bes Gebaudes entsprechenden, Ausbau, sowie bas ju Brunnen, Thoren, hofzaunen, zu ben Bruden in und an ber hoflage, Eranfetrogen, Dache und Feuerleitern, sowie Feuerhaten, erforderliche Solz. (Ert. bes Revisions. Rolleg. für 2. R. G. v. 31. Mai 1850 und in mehreren anderen Fallen, Beitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 3. S. 235 ff. u. Praj. Samml. beffelb. S. 4. Nr. 7.)

c) Die §S. 30. u. 31. Tit. II. ber Forst : Orbn. v. 8. Oft. 1805 für Best : preugen und bem Netbistrift befreien ben Belafteten von ber Bergabe bes Baus holzes zu Bobentreppen, Unterzügen in ben Ställen, zu Krippen, zur Bebielung ber Dachboben und Ausbohlen ber Pferbeställe nicht, wenn baffelbe nach fachvers fandigem Gutachten wirthschaftlich erforderlich, resp. in den Berleihungs = Urfun= ben zc. jugefichert ift. (Erf. bes Revis. Rolleg, für L. R. S. v. 16. Dec. 1853, in beffen Beitschr. Bb. 7.)

d) Kann das Bauholz auch zu solchen Theilen des Gebaubes gefordert wer-

ben, beren Konstruftion aus Golg verboten ift?

Es bejahet Pfeil (in Gans Beitr. zur Gesetzevis. S. 321), weil bas Polizeigeset nicht ben Belafteten habe befreien, sonbern nur Schaben verhuten wollen.

Dagegen verneint Roch; benn ber Belaftete sei nur verpflichtet, bas her= zugeben, was der Berechtigte in Natur zum Bedürfniß seines Grundstuckes verbrauchen konne. Durfe ber Lettere bas Golz nicht mehr verwenden, fo brauche er feine und konne mithin jum Berbrauche nichts nehmen wollen. (Roch's Landr. Bb. 2. S. 1071 Anm. 12.)

e) Ueber die Frage: ob bei Ablösung einer Bauholzgerechtsame eines urfprunglich in Fachwert errichtet gewesenen, spaterhin aber maffin erbauten Gebaudes die Entschädigung nach bem zur Beit der Auseinandersetzung bestehenden Massirbau, ober nach bem Fachwerksbau zu ermitteln, vergl. das Praj. bes Res vis. Kollegiums v. 9. Sept. 1853 zu SS. 91. u. 93. ber Gem. Th. D. (f. oben **S.** 116.)

1) In bem Kolonats : Berhältniffe ift an und für fich die Berpflichtung bes Gutsherrn nicht enthalten, Baus und Schirrholz aus seinen Forften zu gewähren; ein berartiges Recht fann aber von bem Rolonatebefiger burch Berjahrung ermorben werben. (Erf. bes Db. Trib. v. 2. Aug. 1848 in einem Weftphalischen Falle,

Beitschr. bes Repis. Kolleg. Bb. 3. S. 230 ff.)

sich, in so weit sie eine Grundgerechtigkeit ist, nur auf dassenige, was zur Unterhaltung oder Wiederherstellung der zur Zeit der Verleihung 1) des Rechts vorhanden gewesenen Wohn = und Wirthschaftsgebäude erforderlich ist. (§. 208. a. a. D.)

Es darf also der belastete Wald das Bauholz zu neuen Anlagen nicht

bergeben. (§. 209. a. a. D.).

Wenn aber auch die veränderten Umstände oder vermehrten Bedürfnisse des berechtigten Suts eine Verlegung oder Erweiterung der anfänglich vorshanden gewesenen. Gebäude nothwendig. machen; so kann auch dazu

g) Rach ber Westpreuß. Forst. D. v. 8. Ott. 1805 sind die zu freiem Baus und Rutholz aus sistalischen Forsten Berechtigten zur Erlegung von Stamms gelb auch dann verpstichtet, wenn sich die Berechtigung auf einem vor Erlaß jes. ner Ordnung verliehenen Privilegium gründet, insofern sie keine ausdrückliche Bes freiung vom Stammgelbe nachzuweisen vermögen. (Erk. des Revis. Rolleg. für E. R. S. v. 27. Sept. 1850, Beitschr. desselb. Bb. 3. S. 277. sf.)

h) Der Berbindlichkeit zur Entrichtung bes Stammgelbes, welches nach §. 3. Tit. 12. ber Schlesischen Holze, Maste u. Jagde D. v. 19. April 1756 von allem Freiholze zu bezahlen ist, sind auch die Servitut Berechtigten unterworfen. (Erf. des Ob. Trib. v. 13. Jan. 1852, Entsch. Bd. 25. S. 77. Praj. Rr. 2431.)

i) Jur Entrichtung des Stammgeldes sind in der Mittelmart (S. 1. Tit. 10. der revid. Holz-, Mast u. Jagd-D. für die Mittels 2c. Mark v. 10. Mai 1720) auch diejenigen Berechtigten verpstichtet, welche Holz ganz frei aus Königl. Haiben zu empfangen haben. (Erf. des Revis. Kolleg. für L. K. S. v. 9. Sept. 1853.)

k) Der Banholz = Berechtigte ist verbunden, dem belasteten Waldeigenthumer bas Schlägerlohn für das zu erhaltende Banholz zu erstatten. (Erkannt von dem Revis. Kolleg. für L. K. S. unterm 9. Sept. 1853, mit Bezug auf §. 30.

A. E. R. I. 22.)

1) a) Bei Ausübung einer Banholzgerechtigkeit wird nicht auf das Besbürfniß des Berechtigten zur Zeit der Einraumung der Gerechtsame gessehen, sondern es ist in Betreff der ursprünglich vorhanden gewesenen Gebäude das Bedürfniß des Berechtigten nach dem gegenwärtigen Zustande maaßgebend. (Erk. des Ob. Trib. v. 17. Juli 1840, Koch's Schles. Arch. Bb. 4. S. 150 u. Prajs

Samml. des Ob. Trib. S. 133 Praj. Nr. 902.)

b) Der S. 28. Tit. II. ber Forst-Ordn. für Westpreußen und ben Resdistrikt v. 8. Oft. 1805 verpstichtet ben Bauholzberechtigten zwar, sich die Beranschlagung des Werthes der Berechtigung nach der örtlich zweckmäßigsten und holzersparendsten Bauart gefallen zu lassen, gestattet aber, wenn der Werth der bisherigen Aussübung des Rechtes ein höherer ist, die auf Hohe dieses Wehrwerthes, die Ansrechnung der Wehrkosten, welche der Berechtigte zur Aussührung der veranschlagsten Bauart anwenden muß. (Erf. des Revis. Kolleg. für L. K. S. v. 16. Dec. 1853, in dessen Zeitschr. Bd. 7.)

2) a) Bu den Baulichkeiten, welche zur Bewirthschaftung der bei Regulirung der gutsherrlichsbäuerlichen Berhaltnisse zu dem bauholzberechtigten Gute abgetrestenen Bauerlandereien nothwendig werden, darf der belastete Wald das Bauholz nicht hergeben. (Erk. des Ob. Trib. v. 18. Sept. 1848, Entsch. Bd. 16. S. 219.

Praj. Nr. 1915. u. Rechtef. bes Db. Trib. Bb. 2. S. 242.)

b) Die einem Gute zustehende Bauholzgerechtigkeit kann für die Anlegung neuer Gebäude niemals und für die Erweiterung ober Berlegung schon vorhandes ner Gebäude nur in so weit in Anspruch genommen werden, als veränderte Ums stände oder vermehrtes Bedürfniß des berechtigten Guts dieselben nothwendig maschen. Insbesondere kann diese Gerechtigkeit für die, wegen des größeren, dem Gute bei einer Separation zugefallenen Areals zu errichtenden neuen Gebäude nicht auszgeübt werden. (Erk. des Ob. Trib. v. 11. März 1851 unter Bezugnahme des Praj. 1915. v. 18. Sept. 1847, Striethorst's Arch. Bb. 1. S. 307. Nr. 68.)

3) Die Grundgerechtigkeit, Bauholz aus einem Balde zu entnehmen, erftreckt fich nicht auf Gebäude, die nach der Beit der Berleihung bloß der besseren Bewirthschaftung halber errichtet worden find, oder errichtet werden sollen;

134 Bon d. Ablds. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

das erforderliche Bauholz aus dem belasteten Walde genommen werden. (S. 210. a. a. D.)

Bergl. die Erlaut. ju SS. 118. u 119. ber Gem. Th. D. (sub 2 u. 3)

(f. unten.)

3) Wenn einer ganzen Dorfichaft ober Gemeinde bas Golgungerecht verliehen worden, so kommt folches in der Regel nur ben angeseffenen Birthen, nicht aber ben Einliegern ober Sauslingen gu. 1) (g. 211. a. a. D.).

Die Bahl ber angeseffenen Grundbesitzer, im Ganzen genommen, kann, jum Nachtheile des belafteten Walbeigenthumers, über die zur Beit der Berleihung vorhanden gewesene Anzahl nicht vermehrt werden 2). (§. 212.

a. a. D.).

benn ber §. 210. A. E. R. I. 22. beschränft bie betreff. Berpflichtung auf bie nothwendig werbenben Gebaube. Diefer Grundfat gilt auch fur Weftpreugen und ben Resbistrift. (Erf. bes Db. Trib. v. 9. Marg 1852, Striethorft's Ard. Bd. 6. S. 65. Nr. 18.)

1) a) Wenn ber Gutsherr bas Bolg gur Instanbehaltung ber Gebaube bers geben muß, fo ift felbft bann, wenn eine aus Lagbauern beftehenbe Gemeinde eine eigene Saibe hat, fie bas Bauholz gur Biederherstellung ber Unterthanen: Gebaube baraus zu liefern nicht schuldig, sonbern ber Gutsherr hat solches herzus

(Erf. v. 3. 1780 in Stengel's Beitr. Bb. 1. S. 83.)

b) Die Ueberlaffung ber sogen. Waldnebennutzungen an die Forstbebienten in ben ehemaligen Sachfischen Landestheilen, ist nicht als auf allgemeiner, bis zum 3. 1813 bestandener Landesverfassung beruhend anzusehen; sie muß vielmehr in jes bem einzelnen Falle bewiesen werben. *) (Erf. bes Db. Trib. v. 17. Juni 1842, Braj. Samml. G. 133. Nr. 1164.)

2) a) Nach gemeinem und Gachfischem Rechte erftredt fich ein auf Berleihung beruhenbes Holzungsrecht einer Gemeinbe nur auf so viel Stellen, als zur Beit ber Berleihung vorhanden maren, nicht aber auf Stellen, welche erft spater gegrundet find. (Erf. bee Db. Trib. v. 11. Oft. 1849, Entic. 20 18. 6. 274.

Praj. Nr. 2147.)

Denselben Grundsat hat bas Revis. Rolleg. für &. R. S. in bem Erf. v.

11. Dec. 1846 ausgesprochen. (Praj. Camml. beffelb. C. 4. Rr. 6.)

b) Die SS. 211. u. 212. A. E. R. I. 22. beschränfen fich auf ben Fall ber Berleihung, welcher zufolge seiner privilegienartigen Natur Die ftriftefte Ausles gung erfordert, und auch vermöge der Analogie feine Anwendung auf den Fall gestattet, wenn burch Berjahrung einer ganzen Gemeinde bas Golzungerecht ober eine ahnliche Gerechtsame erworben ift. (Angenommen von bem Db. Trib. laut Plenarbeschl. v. 31. Jan. 1848, Entich. Bb. 16. G. 30.)

Bergl. in Betreff ber Butungsgerechtsame: Centralbl. für Preuß. Jur. 1843,

S. 151 u. 166.

c) Unter "allen Ginwohnern und Leuten" eines Gutsherrn, benen Baus und Brennholz : Gerechtsame verliehen worden, ift die Dorfegemeinde zu verstehen. (Erk. bes Db. Trib. v. 5. Jan. 1848, Rechtef. Bb. 3. S. 261. Rr. 129.)

*).Das Praj. des Ob. Trib. v. 28. Oft. 1845 fbricht aus:

[&]quot;Das Königl. Sächfische Manbat v. 30. Juli 1813, Die Balbnebenuguns "gen und die in den Balbungen auszuübenden Befugniffe betr. (Cod. Aug. "Cont. III. Tom. II. p. 161 u. Reumann's Prov. R. ber Rieberlaufit G. "486) ift in Betreff ber Balbnebennugungen als ein allgemeines Sachfisches Ges "set, nicht als Provinzialgeset anzusehen, nnb hat in ben mit Preugen vereis "nigten, ehemals Konigl. Sachfischen Lanbestheilen mit ber Ginführung bes "A. 2. R. feine Gultigkeit perloren. Die Bestimmungen biefes Manbats im "S. 6. wegen Unzulaffigfeit ber Berjahrung bes Rechtes auf die bort bezeichnes "ten Balbnebennugungen ift auf bie bafelbft nicht genannten Bolgungebefugniffe "nicht zu beziehen." (Praj. Samml. bes Db. Trib. G. 325. Nr. 1635.)

4) Auch die zum Bau-, Brenn-, 1) Rut- und Leseholz-Berechtigten muffen sich nach der vorgeschriebenen Forstordnung richten. 2) (§. 213. a. a. D.).

1) Bei bem Db. Trib. wurde die Frage streitig: ob dersenige, welchem als Grundgerechtigkeit der Anspruch auf Brennholz ohne nähere Modistation zussteht, verbunden sei, sich seinen Bedarf vorzugsweise auf Raffs und Leseholz anweisen zu lassen?

Der Plenarbefchl. v. 22. Jan. 1844 hat die Frage verneint. *) (Entich.

28b. 9. S. 36 ff., J. M. Bl. 1844 S. 109.)

Diesen Plenarbeschl. hat das Min. des K. Hauses in dem C. R. v. 12. Oft. 1844 (Min. Bl. d. i. B. 1844 S. 316, v. Könne Domainens, Forsts und Jagdwesen S. 728) dahin ausgelegt, daß berselbe sich nicht auf Brennholz-Servistuten im Allgemeinen, sondern nur auf die durch Vertrag konstituirten beziehe, weshalb bei den durch Verjährung erwordenen, nach dem Rechtssate: "quantum possessum tantum praesciptum", in jedem Falle zu entscheiden sei, ob der Verechtigte sich vorzugsweise auf Rass und Leseholz anweisen lassen müsse. In allen übrigen Fällen aber sei er dazu auf Grund der SS. 15. st. A. L. R. I. 19. verpstichtet, und erst wenn Rass und Leseholz nicht mehr ausreichend vorhanden, könne er auf bessere Sorten Anspruch machen.

2) a) Ueber die Art und Weise ber Ausübung ber Holzgerechtigkeiten auf Königl. Forsten, vergl. bas Eb. v. 11. Marz 1772 (N. C. C. Tom. V. d. S. 119. Nr. 17. de 1772, Rabe Bb. I. Abth. 4. S. 248, v. Rönne Domais

nens, Forst: u. Jagdwesen, G. 727.)

Bergl. auch die betr. neueren Minift. Erlaffe bei v. Ronne a. a. D. S.

726 ff.

b) Wenn einem Holzberechtigten sein Bedarf an Holz nicht ohne Nachtheil für die Forstfultur gewährt werden kann, so muß er sich die Einschränkung seines Rechts in soweit gefallen lassen, als dessen Ausübung mit der Forstkultur unverseinbar ist. (Erk. des Ob. Trib. v. 10. Febr. 1847, Entsch. Bd. 13. S. 531. Praj. Nr. 1836. u. Bd. 15. S. 283.)

Bergl. Landes=Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 S. 27. (f. in Bb. I. S. 95 und

bie Erlaut. bazu in Bb. II. Abth. I. S. 102.)

c) Der Grundsat, daß jeder Forstservitutberechtigte sich ben forst polizeis lichen Beschränkungen und Anordnungen unterwerfen muß, ist mehrfach ausges sprochen und naher entwickelt worden.

So in folgenden Entscheidungen des Db. Trib.:

a) Auch der zur Waldstreu Berechtigte muß sich den sorstpolizeilichen Ansordnungen ohne Einschränkung unterwerfen. (Erk. des Ob. Trib. v. 5. Juni 1847, Rechtsf. Bb. 1. S. 222.)

B) Der Forstservitutberechtigte muß sich eine burch Forstpolizeigesetze gebotene Beschränkung seiner Rechte gefallen lassen, wenn auch bas Forstpolizeigesetz erst nach Erwerb seines Rechtes, resp. nach vollendeter Verjährung erlass

*) Dies hatte auch bas Praj. bes II. Sen. bes Db. Trib. v. 17. Sept. 1841 (Praj. Samml. S. 302-303. Nr. 1048) angenommen, welches bahin lautet:

"Der Eigenthümer bes Walbes ist nicht befugt, solche Personen, benen eine "ausgebehntere Holzungsgerechtigkeit, als das Recht zum Raffs und Leseholz, zus "steht, auf das Sammeln von Raffs und Leseholz zu beschränken, auch wenn

"solches in hinlanglicher Quantitat im Walde vorhanden ift."

Das gedachte E. A. weist die Regierungen an, hiernach in allen Konigl. Forsten zu versahren. Die Unterscheidung des Ministeriums ist indes dem Plenarbeschl. des Ob. Trib. geradezu widersprechend und kann mithin, als eine durch den letteren für grundlos erstärte Partheiansicht, keine Rechtsberandberung bewirken. (Bergl. darüber die Erganz. u. Erlaut. der Preuß. Rechtsb. von Gräff u. v. Rönne, 3. Ausg. Bd. 2. S. 695. Note 1., v. Rönne Dosmainens, Forsts u. Jagdwesen, S. 729 Note 1. u. Koch's Landrecht Bd. 2. S. 1073 Note zum S. 213. A. L. R. I. 22.) — Bergl. jedoch die Note 1. a. unten S. 139.

136 Bon d. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Ohne Vorwissen des Waldaussehers sind sie nicht befugt, Holz zu fällen und abzusühren. 1) (S. 214. a. a. D.).

5) Die Raff- und Leseholzgerechtigkeit*) inebef. betr. *)

sen ift. (Erk. des Ob. Trib. v. v. 10. Febr. 1847, Entsch. Bb. 15. S. 283.)

y) Bei der Waldstreuberechtigung bleibt, der rechtsversährten Ausübungsart ungeachtet, die Bestimmung der Jahreszeiten, der Reviere und der Gestalt der Harken, den forstpolizeilichen Anordnungen unterworfen. (Erk. des Ob. Trib. v. 24. Febr. 1848, Entsch. Bd. 16. S. 208 u. Rechtsf. Bd. 3. S. 378 Nr. 185.)

d) Bergl. auch bas Ert. bes Db. Trib. v. 9. Dft, 1847 (Rechtef. Bb. 3. S.

33 Nr. 17.)

d) Die Borschriften ber Pommerschen Forst D. v. 24. Dec. 1777. Tit. V. S. 17. und Tit. VI. S. 17., nach welchen ben Einmiethern und ben nur zu Lagers, Rass und Leseholz privilegirten Personen untersagt ist, außer ben geordneten Holzstagen und außer der sestgeseten Beit vom 1. Oft. bis zum 1. Marz zum Holzssammeln in die Heibe zu kommen, sinden auf solche Personen, denen eine ausgesdehntere Holzungsgerechtigkeit zusteht, keine Anwendung. (Pras. des Ob. Trib. v. 17. Sept. 1841., Pras. Samml. S. 302. Nr. 1048.)

o) Der Forstnutungs:Berechtigte ist nicht befugt, das zusammengebrachte Das terial an Rass: und Leseholz, Streu zc. über Nacht im Balde liegen zu lassen und am Tage darauf ober später erst abzufahren. (Erf. des Ob. Trib. v. 15. Sept.

1847, Beitschr. bes Revis. Rolleg. Bb. 3. G. 219.)

f) Wenn Brennholzberechtigten die Besugniß zusteht, trockene Stamme bis zu 6 Boll Starke zu entnehmen, so darf der Forsteigenthümer die jungeren Golzbesstände nicht durchforsten oder er muß wenigstens den Brennholzberechtigten das Durchforstungsholz überlassen. (Ert. des Revis. Kolleg. für L. R. S. v. 5. Aug.

1852, Praj. Camml. beffelb. S. 8. Nr. 21.)

1) Auch das Stockholz darf ohne Genehmigung des Waldaussehers in den Schonungen nicht gerodet werden. (Vergl. Roch's Landr. Bb. 2. S. 1073. Anm. 20. u. Bornemann's Spst. Bb. 4. S. 593). Pfeil allegirt ein Erk. eines nicht bezeichneten Gerichtshofes, welches angenommen, daß der Berechtigte zwar das Stockholz (aus der Schonung) roben, aber kein Instrument anwenden durse, es zu gewinnen. (s. in Gans Beitr. zur Gesehrevis. S. 323).

2) Die Berechtigung zum Rafsholz ist die nämliche, wie die zum Leseholz. (Erk. des Ob. Trib. v. 12. Nov. 1834, Simon's Rechtsspr. Bd. 4. S. 359.)

3) a) Grundfate betr. bie Erwerbung ober Erweiterung bes Rechtes

durch Berjahrung.

Der S. 14. des Schlessschen Forstregul. v. 26. Marz 1788, nach welchem die zum Rasse und Leseholz Berechtigten nur solches Golz sich zueignen durs sen, welches entweder in trockenen Stammen vor Alter umgefallen und als Lagerholz liegen geblieben, oder in trockenen Aesten abgefallen, oder in den verlassenen Schlägen als Abraum zurückgeblieben und, ohne eine Art zu gebrauchen, genommen werden kann, enthält ein Verdotsgeses in Vetress des Gebrauchs der Art und des Einsammelns des nach dem Geseh nicht zum Rasse und Leseholz gehörigen Holzes. Die Rasse und Leseholz-Berechtigten können daher seit der Publikation des Forst Regulativs durch Verzährung ein Recht auf den Gebrauch der Art und auf das nicht zum Rasse und Leseholz gehörige Holz nicht erwerben. (Präj. des Ob. Trib. v. 10. März 1845, Nr. 1555., Präj. Samml. S. 304 u. Koch's Schles. Arch. Bb. 6.

Benn (vormalige) Schlesische Amtsunterthanen in den Forsten des Fistus eine Brennholzberechtigung von größerem Umfange verlangen, als §. 14. a. a. D. gestattet, so mussen sie nachweisen, daß sie solche vor Publikation des Forst-Regul. erworben, oder nachher durch ein ausdrückliches Abkommen mit dem Fistus erlangt haben. (Erk. des Db. Trib. v. 3. Dkt. 1850,

Braj. Rr. 2276. in ben Entsch. Bb. 20. S. 465.)

y) Die im S. 215. A. E. R. I. 22. gegebene Definition des Raffs und Leses

a) Es wird dazu nur dasjenige Holz gerechnet, welches in trockenen

holzes enthalt nur die Regel; eine Ausnahme bavon, d. h. ein größes rer Umfang des Rechtes, kann durch Berjährung begründet werden, und zwar ohne daß es dazu der 50 jährigen Frist (§. 660. A. L. R. I. 9.) bes darf. (Erk. des Revis. Rolleg. für L. R. S. v. 30. Okt. 1846 u. 23. Juli 1850, Praj. Samml. desselb. S. 3. Nr. 4. u. des Ob. Trib. v. 20. Nov. 1847, Zeitschr. des Revis. Rolleg. Bd. 2. S. 450 Nr. 8. u. Bd. 3. S. 211—216.)

d) Die Bestimmung eines Schlesischen Urbariums, daß der Berechtigte nur Raff: und Leseholz aus dem gutsherrlichen Forste entnehmen dürse, steht der Berjährung in Betreff der Zahl der Tage, an welchen das Recht ausgeübt werden darf, und der Art der Transportmittel nicht entgegen. (Erk. des Ob. Trib. v. 2. Juni 1853, Striethorst's Arch. Bb. 9. S. 241.)

b) Das Berhaltnig ber fogen. Seibemiether betreffend.

sa) Sammtliche altere Provinzial-Forst-Ordn., namentlich für die Mark, Schlessien, Dits und Westpreußen und Pommern, unterscheiden drei besondere Kathegosrien von Bersonen, welche ihr Brennmaterial aus den sissalischen Forsten entnehsmen: 1) Die, welchen eine solche Nutung aus Lehnbriesen, Privilegien, Judikaten, Berträgen oder aus einer sonst rechtlichen Weise entweder unentgeldlich oder gegen Abgaben in Körnern und Geld, oder gegen Dienste gedührt; 2) die sogenannten Amtsunterthanen, welche nicht durch ihre Hosbriese ein besonderes Recht erlangt haben; 3) alle übrige Personen, welche ihren jährlichen Brennholzbedarf durch Rass, Lese und Lagerholz aus Königk. Wäldern zu decken pstegen und zu dem Ende auf Grund besonderer, mit der Forstbehörde von Jahr zu Jahr getrossenen Bereinigungen über den Betrag einer zu entrichtenden Bergütigung in die Forst geslassen werden können.

Rach der Terminologie der gedachten Forsts Ordn. heißen alle jene Holzinteressenten " heide miether" und dem entsprechend verstehen sie unter " heides miethe" ein in seiner außeren Erscheinung und materiellen Bedeutung zwar gleichartiges, dem Rechtsgrunde nach aber sehr wesentlich verschiedes wes Berhältniß; denn wie es rückschilich der Kurs und Neumark in den §§. 2., 4. der Dell. v. 18. Aug. 1806 ausdrücklich ausgesprochen, daß den heidemiethern der dritten Klasse kein, im prozessualischen Wege versolgbares, dauerndes Recht auf Gewährung des Brennmaterials, also keine Grundgerechtigkeit zustehe, eben so uns bedenklich erscheint die Zuständigkeit einer Servitut für die zur ersten Kathegorie gehörigen Bersonen.

Den ad 2. gebachten Amtsunterthanen endlich, welche burch ihre Hofsbriefe ober sonft nicht ein befferes Recht erworben, ist in allen jenen Forsts Ordn. nicht allein Baus und Meparaturs Holz, sondern auch theilweise Ruts und Schirrs Holz für die wirthschaftlichen Bedürsniffe und Raffs, Leses und Lasgerholz zum Bedarf als Fenerungs-Material zugesichert; nach der Rommerschen Forsts. v. 24. Dec. 1777. Tit. 5. S. 14. sind die, welche freies Bauholz ershalten, sogar verpflichtet, ihren Brennholzbedarf in Raffs, Leses und Lagerholz gesen einen gewissen Brennzins aus der Königl. Forst zu entnehmen, falls sie nicht eigenes Brennholz haben sollten.

Das Rechtsverhaltniß nun biefer bauerlichen Wirthe, welche zum Fistus ober einem bemfelben gehörigen Domainenamte im gutsherrlichen Verhaltniffe ftehen ober gestanden haben, in Betreff bes Brennholz-Bezuges aus ben Königlichen Forsten, ift in mehreren, nach ber Rartischen Forsten, ift in mehreren, nach ber Rartischen Forsten,

rectlich verschieden aufgefaßt worben.

Es werben brei verschiebene Anfichten aufgestellt.

Ang der ersten Ansicht steht den bauerlichen Wirthen, welche sich im gutes herrlichsbäuerlichen Berhältnisse zum Fissus besinden oder besunden haben, den sogenannten Amtsunterthanen oder Domainenbauern, aus den resp. Forsts ordnungen eine wirkliche Grundgerechtigkeit dergestalt zu, daß Fissus nicht allein die Rupung selbst, unter den ausgesprochenen Bedingungen und ges gen Entrichtung der üblichen baaren oder Natural-Gegenleistung fernerweit zu gestatten, sondern auch nach den Grundsähen der Gem. Th. D. v. 7. Juni

138 Von b. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Reften abgefallen ift, ober in abgeholzten Schlägen als Abraum zuruckge-

1821 und bes Ablof. G. v. 2. Marg 1850 Absindung für solche gewähsten muß.

Eine Erweiterung ber Gerechtsame über bas eigentliche Raff:, Leses und Lagerholz hinaus burch rechtsverjährten Besit ift nicht zu:

láffig.

Versett man sich in die Beit der Entstehung der provinziellen Forsts Ordn. zuruck, so wird man die Worte derselben nur als Verleihungen von wirklichen Rechten an die, zu den Königl. Aemtern gehörigen Bauern deus ten dürfen, wie dies insbesondere auch in der Instrukt. v. 1. Juni 1770 ausdrücklich ausgesprochen wird, wo die Holznutzung der Unterthanen, so Lafgüter besitzen "als in der Natur der Sache beruhende und der Obsers

vang gemäße" bezeichnet finb.

Reuerdings und namentlich durch die Regulirungsgesetze ist die, früher nur zu folgernde Ratur der banerlichen Holznutzungen als eine ihnen wirklich zuständige Grundgerechtigkeit gesetzlich sanktionirt und anerkannt, ins dem sie zu den Gegenständen gerechnet werden, welche bei der Eigenthums verleihung und Dienstregulirung de regula zur Ausgleichung kommen sollen und den Anspruch auf eine Absindung dasur begründen. (S. 2. 3. der B. v. 27. Juli 1808 wegen Berleihung des Eigenthums an die Immediat-Einssassen von Ostpreußen, Littthauen und Westpreußen, SS. 6., 15., 21. des Ed. v. 14. Sept. 1811, 31., 96. der Dest. v. 29. Mai 1816 und S. 80. ad d. Nr. 5. des G. v. 2. März 1850.)

Der Rechtstitel für die holznugungen und namentlich des Brennmates rials ber Domainenbauern ober sogenannten Amtsunterthanen ift hierauf falls fie nicht etwa besondere Urkunden besitzen — das gutsherrlich : bauerliche Berhaltniß berfelben jum Fistus. Dag die foges nannten Amtsunterthanen, wie bie Fremben, verpflichtet, fich alljährlich zur Benutung bes Raff=, Lese: und Lagerholzes zu melben, prajudicirt ber Na= tur bes Berhaltniffes an fich nicht. Die Golzzettel find einfache Legitimas tionsscheine, nicht die Quelle des Rechts, seten vielmehr letteres, als anderweit bereits begründet, voraus. Daraus, bag bie Amtsunterthanen " Deidemiether" genannt, ihre Gegenleiftungen als " Beibemiethe" bezeichnet und von einer Ginmiethe berfelben "in die Beide" gefpro= den wirb, fann ein bloges Diethe: ober Pachtverhaltnig nicht gefolgert werben, benn es steht einer folden Annahme bie Unauffundbarkeit ber Rupung Seitens bes Forsteigenthumers entgegen, und es fehlt somit gerabe eines ber wichtigsten Kennzeichen bes Pachts ober Miethevertrages. "Deis bemiethe" ift ein allgemeiner technischer Ausbruck, ber mit "Holzzins, Holzgeld, Brennzins" und bergleichen gleichbebeutend, fo auch in ben provinziellen Forst-Ordn. vorkommt.

Den sogenannten Amtsunterthanen in der Kurs und Reumark kann auch der S. 2. der Dekl. v. 18. Aug. 1806, nicht entgegen gesetzt werden, "nach welchem in der Berjährung allein sich der nicht gründen kann, welcher bisher auch durch die längste Zeit gleichförmig keine andere als die, in der Forsts Ordn. v. 20. Mai 1720 vorgeschriebene Heibemiethe entrichtet hat"; — denn sie bedurften eines solchen Erwerdstitels wegen des obwaltenden gutsherrlichsbäuerlichen Berhältnisses und wegen der ihnen durch S. 3. l. c. gesicherten Rutungen nicht. Diese Bestimmung kann ihnen nur insofern entgegen gestellt werden, als sie ein Mehreres als Rass, Lese und Lagerholz prätendiren wollten. (Zeitschr. des Rev. Rolleg. Bb. 5. S. 469 ff.)

β) Nach einer zweiten Ansicht find die betr. bauerlichen Wirthe wie die, nur temporell und nur von Jahr zu Jahr, auf Grund bestandener Bertrage mit der Forstbehörde zugelassenen Fremden zu behandeln.

y) Nach der dritten Ansicht wird durch die in Erbzinsbriefen von Seiten des Forststates ertheilte Bewilligung des Einmiethens in die Heide zur Erlansgung des nöthigen Brennholzes keine Grundgerechtigkeit begründet. (Erk. des II. Sen. des Db. Trib. v. 25. Sept. 1851 gegen das Urtel des Rev. Kolleg. für L. K. S., welches die ad a. gedachte Ansicht vertheibigt. Die

Gründe des lestgedachten Gerichtshofes sind in der Zeitschr. des Rev. Kolsleg. Bb. 5. S. 385 ff. mitgetheilt.) Das Db. Trib. nimmt ein bloß perssonliches Kontrakts: Verhältniß an, mit der Nebereinstimmung, daß der Versmiether, Fiskus, nicht berechtigt, dem Miether das sernere Entnehmen des Raff: und Leseholzes willführlich zu verweigern. Von Absindung einer Dienstdarkeit, wie sie S. 2. der Gem. Th. D. bezeichnet, könne daher nicht die Rede sein. (Entsch. Bd. 21. S. 288, Zeitschr. des Rev. Kolleg. Bd. 5. S. 385 ff.)

bb) Das Erk. des Revis. Kolleg. v. 30. Okt. 1846 führt aus, daß wenn eine Holzgerechtigkeit urkundlich gegen eine bestimmte Geldabgabe verliehen worden, das Berhältniß keine bloße Pacht sei, und die Vorschriften wegen der sos gen. Seibemiethe darauf nicht anwendbar seien. (Zeitschr. Bd. 3. S. 188-195.)

- c) Unter bem "gewöhnlichen holzgelbe", gegen beffen Entrichtung ber Fistus ben angesetzten Kolonisten bas Recht auf Raffs, Lagers und Leseholz versliehen hatte, ift bas zur Zeit ber ursprünglichen Verleihung gewöhnliche Solzgelb zu verstehen. (Erf. bes Ob. Trib. v. 16. Dec. 1845, Jur. Wochenschr. 1847, S. 260—261.)
- 1) a) Die im S. 215. A. E. R. I. 22. gegebene Definition von Raffs und Leseholz findet in den verschiedenen Landestheilen unbedingte Anwens dung nur auf die seit der Publikation des A. L. R. verliehenen oder erft unter bessen Gerrschaft erworbenen Bass- und Leseholz-Berechtigungen, mahrend unter biefer Benennung in früherer Beit oft weit ausgebehntere, auch anbere GolgsSors timente mitumfaffenbe Berechtigungen begriffen wurden. Als Entscheibungequelle über ben Umfang ber in Anspruch genommenen Berechtigungen auf geringere Bolg-Sortimente (im Gegensaße zum jus lignandi, welches ben Gebrauch ber Art in ber Regel voraussest), kann baber nicht ber § 215. a. a. D., sonbern muß ber Inhalt ber Urfunden ober bie Regel des S. 666. A. E. R. I. 9. "tantum praescriptum, quantum possessum" gelten, soweit ber Usufapione-Befit mabrend ber Berjahrungsfrift nicht ben bereils im Laufe berfelben ergangenen Berboisgefegen, 3. B. in den Laufigen und anderen ehemals Sachfischen Landestheilen den Bestimmungen bes Mandais wegen Waldnebennugungen v. 26. Juli 1813 entgegen war. (Bergl. hieruber anch unter anderen Dr. Pfeil, Anleitung gur Ablosung ber Balb : Sers vituten 1828, §. 8. S. 18.) Ift bas Recht ein ausgebehnteres, ift baffelbe 3. B. auch auf trocken ftehende Baume, auf Lagerholz, auf Abraum über drei bis sechs Boll Starte im Durchmeffer, gerichtet, so fann auf die Ausübung folder Rechte die Bestimmung bes S. 219. A. E. R. I. 22. wegen Untersagung ber Mitnahme von Mexten, Beilen ober anberen schneibenben und trennenben Inftrumenten, nicht angewendet werden; vielmehr greift bieserhalb ber §. 89. ber Einl. zum A. L. R. Plas, und ber Forfteigenthumer fann fich babei nur durch bie forftpolizeilichen Ans ordnungen, Anweisung von Schlägen und bestimmten Revieren zur Ausübung folder Servitutrechte, Anordnung von Golgtagen u. f. w., gegen Digbrauche und Uebergriffe schüten.

Streitigkeiten über den Gebranch von Instrumenten der einen oder anderen Art haben für das Endresultat der Ablösung nur soweit Bedeutung, als dadurch

ber Gegenstand und Umfang bee Rechts mitbebingt wirb.

Die Borschrift bes S. 215. A. E. R. I. 22., wonach zum Abraum, außer absgefallenen trockenen Aeften, nur ber in ben abgeholzten Schlägen zurückgelassen Abraum gerechnet wird, fann nicht, wie mitunter behauptet worden, so verstanden werden, daß es morae sacultatis des Forstbesitzers sei, viel oder wenig oder gar keinen Abraum von der Einsehung in Klastern, resp. dem Berkanse und der eigesnen Erholung auszuschließen. So wenig der Eigenthümer andererseits für sich und besonders sur seine Tagelbhner vom Mitgebrauche des Rass und Lescholzes ganz ausgeschlossen werden kann, so wenig ist es doch auch gestattet, den Servitutbes rechtigten durch Einrichtungen und Maaßregeln der oden bezeichneten Art den ansgemessenen Gebrauch ihres Rechts zu vereiteln. (S. 225. a. a. D.) Die eigene Theilnahme des Forstbesigen psiegt, so wie dessen Brennholzbedarf zunächst aus dem Alasterbolze zu befriedigen psiegt, so wie dessen Pflicht, den Abraum (worunter in der Regel Zweige unter drei Boll Durchmesser verstanden werden) für die Rass

140 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

b) Stämme, die vor Alter um gefallen sind, werden zum Lagerholze') gerechnet. (§. 216. a. a. D.).

c) Wer nur zum Raff- und Leseholz berechtiget ift, kann weder auf Lagerholz, noch auf Windbruche Anspruch machen 2). (§. 217. a. a. D.)

d) Der Waldeigenthumer ist berechtigt, für diejenigen, welche nur zu Raff- und Leseholz befugt sind, gewisse Holztage zu bestimmen, und außer

und Leseholz-Berechtigten zuruckzulaffen, werben burch bie billige Berucksichtigung ber Beburfniffe ber Servitutarien und bie bisherige Observanz bestimmt und bedingt.

b) Die Bestimmungen der Forstordnungen in Betrest des Umfanges und der Ausübung der Raffs und Leseholzgerechtigkeit (auf welche der §. 213. A. L. R. I. 22. verweist) sind zu vergl. in der verbest. Holzs, Masts u. Jagds. D. sür die Mittels, Alts, Neus u. Uckermark, auch für das Wendische u. zugehörigen Areise, v. 20. Mai 1720, Tit. IV. §. 5. (C. C. M. Tom. IV. Abth. 1. Kap. 2., S. 683, Rabe Bd. I. Abth. 1. S. 81), der Forsts. D. sür Ostpreußen u. Litthauen v. 3. Dec. 1775, Tit. V. §§. 15—23., Tit. VI. u. Tit. XIV., §§. 17—22. (N. C. C. Tom. V. o. S. 369, Nr. 58., Rabe Bd. I. Abth. 6. S. 81), dem Ostpreuß. Prov. R. Zus. 87., der Forsts. D. sür Vommern v. 24. Dec. 1777, Tit. V. §§. 16 bis 21., Tit. VI. §. 17., Tit. XIV. §§. 17—22. (N. C. C. Tom. VI. S. 1057, Nr. 55., Rabe Bd. I. Abth. 1. S. 271), der Forsts. D. sür Westpreußen u. den Resbistrist. v. 8. Ost. 1805, Tit. II. §. 35., Tit. IV. §§. 33., 34. (N. C. C. Tom. XI. S. 3152 des Rachtr. 2. de 1806 u. Tom. XII. S. 783 des Nachtr. de 1806, Rabe Bd. 8. S. 354), der Forsts. D. sür Schlessen v. 19. April 1756, Tit. IX. (Suarez Schles. Brov. R. Th. II. S. 713 st.).

c) Ad verb.: "Abraum."

- a) Ueber ben Begriff von "Abraum" und "Afterschlag" vergl. Pfeil in Gans Beitr. zur Gesehrevis. S. 322 und Anleit. zur Ablös. ber WaldsServit., S. 6. S., besgl. v. Rönne Domainens, Forsts u. Jagdwesen, S. 736 in der Note sub c.
- B) Die Raffs und Leseholzberechtigten find nicht befugt, von dem Forsteigensthümer zu verlangen, daß er Aeste und Wipsel als Abraum zurücklasse, welche sich noch zum Einklastern eignen, insofern sie diese Besugniß nicht durch ein Unterssagungsrecht erworden haben. (Erk. des Ob. Trib. v. 9. März u. 10. Aug. 1848 u. des Revis. Kolleg. für L. K. S. v. 18. Juli 1846 u. 29. Sept. 1848, Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 3. S. 216—219 u. Präj. Samml. desselb. S. 3, Nr. 5.)
- 1) a) Zum "Lagerholze" sind "Windbrüche" weder nach dem A. E. R., noch nach Märkischem, insbesond. auch Neumärkischem Provinzial-Rechte zu rechnen. (Erk. des Ob. Trib. v. 30. April 1850, Entsch. Bd. 19. S. 484, Praj. Nr. 2211. u. Bd. 20. S. 442, desgl. v. 17. Juli 1851, Entsch. Bd. 21. S. 122).
- b) Das Erk. des Revis.-Rolleg. für L. R. S. v. 30. Okt. 1846 nimmt an, daß Windbruch nach Märkischem Prov. Rechte nur insofern zum Lagerholze zu rechnen, als die umgeworfenen Bäume sowohl zum Bauholze untanglich, als auch schon vorher abständig gewesen sind. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 3. S. 188.)

Bergl. Pfeil a. a. D., G. 9. u. G. 90.

- 2) a) Das urbarienmäßig feststehende Recht zu Windbruchholz schließt nicht das Recht zu Schneebruchholz in sich. (Erf. des Revis. Kolleg. für L. K. S. v. 10. Febr. 1852, Präj. Samml. desselb. S. 8, Nr. 19.)
- b) Rach Schlesischen Provinzial-Gesehen kann berjenige, welcher zu liegens bem ober Klaubholz konzessionirt ist, auf Windbruch keinen Anspruch machen; es stehen ihm sene Gesehe auch bei der Verjährung als Verbotsgesehe entgegen. (Schles. Holzed. v. 19. April 1756, ForsteRegul. v. 26. März 1788, A. E. R. I. 9. §§. 660., 664.). (Erk. des Ob. Trib. v. 16. Jan. 1850, Entsch. Bd. 17. S. 410—417.)
- c) Rach der Forst. D. für Westpreußen n. den Nethistrikt v. 8. Okt. 1805, Tit. II. S. 35. haben diejenigen, welche zum Lagerholz berechtiget sind, bei bessen Mangel keinen Anspruch auf stehendes Holz ober Surrogate. (Erk. des D. L. S. zu Bromberg v. 7. Febr. 1838, Centralbl. für Preuß. Jur. 1838, S. 1022 u. 1069.)

denselben ihnen den freien Eingang in den Wald zu untersagen 1). (S. 218.

a. a. D.).

e) Wer nur zum Raff- und Leseholze berechtiget ist, darf keine Aerte, Beile oder andere Instrumente, wodurch stehende Bäume oder Aeste herunter gebracht werden können, mit in den Wald nehmen 2) (§. 219. a. a. O.). Wird er mit solchen Instrumenten betroffen, so hat er deren Verlust und außerdem die in den Provinzial-Forstordnungen bestimmten Strasen verwirkt. (§. 220. a. a. O.)

f) Unter der Raff- und Leseholz-Gerechtigkeit ist die Befugniß, Streu zu rechen 3) oder Riehn zu holen, 4) nicht mit begriffen (§. 221. a. a. D.).

g) Wer aus Gewinnsucht mehr Raff = und Leseholz einsammelt, als seine personlichen und Wirthschaftsbedürfnisse erfordern und einen solchen Ueberschuß verkauft, soll das Erstemal um den doppelten Betrag des zu viel eingesammelten und verkauften Holzes bestraft werden, im Wiedersbolungsfalle aber seines Rechtes für seine Besitzeit verluftig sein. (§§. 222. 223. a. a. D.).

h) Die nur zum Raff- und Leseholz Berechtigten können, in Ermangelung besselben, stehendes, selbst abgestandenes Holz, nicht fordern 5).

(S. 224. a. a. D.).

Hat aber der Waldbesitzer in der Benutzung des Waldes folche Anstalten und Vorkehrungen gemacht, daß dadurch den Raff- und Leseholz-Be-

1) Bergl. S. 26. des Landes Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 (f. in Bb. I.

6. 54) und die Erläut. dazu in Bb. II. Abth. 1. S. 102).

3) Bergl. bie Erläut. jum S. 140. ter Gem. Th. D.

4) Auch diejenigen, welche Raffs und Leseholz aus einer Forst als Einmiether zu entnehmen hatten, können das Necht auf Leuchtekiehn durch Berjährung ers werben. (Erk. des Revis. Kolleg. für L. K. S. v. 26. April 1853, Zeitschr. desselb. Bd. 6. S. 464.)

Dieser Grundsat findet jest auch auf die in Eigenthümer verwandelten vors maligen Erbyächter Anwendung. (Bergl. Roch's Landrecht Bd. 2. S. 1079.

Mote 35.)

d) Wenn Jemanden das Recht auf Lagerholz bewilliget ist, so rnhet dieses Recht so lange kein Lagerholz vorhanden ist. (Erk. des Ob. Trib. v. 12. Nov. 1834, Simon's Rechtsspr. Bd. 4. S. 359.)

²⁾ Die Borschrift des §. 219. gründet sich auf die Propinzial=Forsts Ordnungen und enthält ein sorstpolizeiliches Verdotsgeset in Betress der Answendung der gedachten Instrumente. Die Rass und Leseholz-Berechtigten können daher seit der Publisation des A. L. R. durch Verjährung ein Recht auf den Gebranch solcher Instrumente nicht erwerben. (A. L. R. I. 9. §. 664.) Dies hat das Ob. Trib. in Bezug auf Schlesien anersannt in dem Präj. v. 10. März 1845 in der Präj. Samml. S. 304, Mr. 1555. u. Roch's Schles. Arch. Bd. 6. S. 306, desgl. v. 3. Ost. 1850 in den Entsch. Bd. 20. S. 465, serner in Bezug auf Westpreußen in dem Erf. v. 10. April 1847 in den Rechtes. des Ob. Trib. Bd. 1. S. 39, in Bezug auf Pommern in dem Erf. v. 29. Dec. 1847, in den Rechtes. Bd. 3. S. 259. — Das Revis. Rolleg. sür L. R. S. hat (in dem Erf. v. 31. Juli 1849 u. v. 21. Juni 1850, Schlessen betr.) dieselbe Ausschlandsgesprochen. (Zeitschr. desselb. Bd. 3. S. 196—198.)

⁵⁾ Wenn in einem Erbyachtfontrakte bem Erbyächter freies Raffs und Leses holz verstattet wird, so wird ihm badurch nicht unbedingt hinlängliches Rass und Leseholz zugesichert, vielmehr kann der Erbyächter bloß in dem einzigen Falle, wenn der Waldeigenthümer in der Benutzung des Waldes solche Anstalten und Vorkehs rungen gemacht hat, daß badurch dem Rass und Leseholz-Berechtigten die Ausübung seines Rechts vereitelt worden, eine Entschädigung fordern, und zwar in stehendem Holze zu seiner Rothdurst so lange, die der Mangel an Rass und Leseholz ausbört. (Erk. des Ob. Trib. v. 12. Nov. 1834 in Simons Rechtsspr. Bd. 4.

rechtigten die Ausübung ihres Rechtes vereitelt worden, 1) so muß er ihnen stehendes Holz zu ihrer Nothdurft so lange anweisen, bis der Mangel an Raff- und Leseholz aufhört (§. 225. a. a. O.).

Wergl. die SS. 118. u. 119., 124.—127. der Gem. Th. D. und die

Erläut. dazu.

6) Borfchriften für ben Fall ber Ungulanglichkeit bes Balbes.

a) Der Holzungsberechtigte kann den Eigenthumer des Waldes von ressen Gebrauch, unter dem Vorwande der Unzulänglichkeit desselben für ihre beiderseitigen Bedürfnisse, nicht ausschließen 2). (§. 226. a. a. O.)

Bergl. S. 123. ber Gein. Th. D.

Ist dergleichen Unzulänglichkeit wirklich vorhanden, so muß ein jeder von beiderlei Interessenten sich eine nach dem Bedarfe der beiderseitigen Wirthschaften verhältnismäßig zu bestimmende Einschränkung gefallen lassen³). (S. 227. a. a. D.)

Es ruhet indeß in einem solchen Falle die Befugniß des Eigenthumers, Holz aus dem Walde zu verkaufen, so lange, bis der Mangel gehoben ift.

(S. 228. a. a. D.)

b) Hat der Eigenthumer des Waldes die Unzulänglichkeit durch üble Wirthschaft und ') übertriebenen Berkauf felbst verursacht, so muß er dem Holzungsberechtigten nachstehen. (§. 229. a. a. D.)

Bergl. bas Grf. bes Db. Erib. v. 29. Dec. 1845 in Commer's Arneberg.

Arch. Bb. 13. S. 17. ff.

b) Bei Auseinandersetzung des Waldeigenthumers mit Forfinutungs-Berechstigten ist das Deputat der Forstbeamten von dem Ertrage des Waldes vorweg abs zuziehen und dem Ersteren zu Gute zu rechnen. (Erk. des Ob. Trib. v. 10. Aug.

1848, Beitschr. bes Revis. Kolleg. Bb. 3. S. 233.)

c) Der zur Deckung des Bedarfes mehrerer Berechtigten nicht zureichende Gessammtertrag eines Waldes an Raffs und Leseholz ist nach Berhältniß des wirthsschaftlichen Bedürfnisses der bezüglichen Stellen zu vertheilen. (Erf. des Revis.s. Kolleg. für L. K. S. v. 16. Jan. 1846, Beitschr. desselb. Bd. 3. S. 186—188.

u. Praj. Samml. beffelb. S. 2. Nr. 3.)

¹⁾ Bu ben im S. 225. gebachten Anstalten und Borkehrungen ist die Zulassung temporärer Heibemiether nicht zu zählen. (Erf. des Ob. Trib. v. 12. Nov. 1834, Simon's Nechtsspr. Bb. 4. S. 359.) — Hiergegen bemerkt Roch, daß der Grund zur Entschädigung die willkührliche Beranlassung des Mangels, und daß das Mittel gleichgültig sei. (Koch's Landrecht Bd. 2. S. 1079. Anm. 35.)

²⁾ Der Waldeigenthümer ist zur Theilnahme an den Forstnutzungen, ingleis chen besugt, dritte Personen daran partizipiren zu lassen, beides jedoch nicht weister, als dies ohne Benachtheiligung der bereits bestehenden Rechte der Servitutasrien geschehen kann. (Erk. des Ob. Trib. v. 20. Nov. 1847 u. des Revis.-Rolleg. für L. R. S. v. 16. Jan. 1846, Beitschr. des Revis.-Rolleg. Bd. 3. S. 211 bis 216. u. Präj. Samml. desselb. S. 3. Nr. 4.)

³⁾ a) Die §§. 226. u. 227. A. L. R. I. 22. sepen eine unbestimmte, sich nach dem Bedürfnisse des Berechtigten richtende Holzberechtigung voraus und fins den nicht auf solche Rechte Anwendung, vermöge deren der Berechtigte eine bestimmte Quantität Holz aus dem besasteten Walde zu fordern hat. (Erk. des Ob. Trib. v. 24. Sept. 1844, Praj. Samml. S. 133. Praj. Rr. 1499.)

⁴⁾ Wenn das Geset als Ursachen der Unzulänglichkeit eines Waldes für die beiderseitigen Bedürsnisse des Waldeigenthümers und holzungsberechtigten "übele Wirthschaft und übertriebenen Verkauf" ausstellt, so erfordert es nicht, daß, wo die erste Ursache vorliegt, auch noch die zweite (welche vielmehr nur eine besondere Art der übelen Wirthschaft ist) hinzutreten müsse, um den Vorzug des holzungssberechtigten vor dem Waldeigenthümer zu begründen; und unter "übeler Wirthschaft" ist nicht bloß eine positive Veschädigung des Waldbestandes" sondern auch eine schuldbare Vernachlässigung der Waldritur zu verstehen. (Erk. des Ob. Trib. v. 13. Juni 1850, Entsch. Bd. 19. S. 489. Praj. Nr. 2229. u. Bd. 20. S. 229.)

Auch ist letzterer befugt, um einem folden Mangel vorzubeugen, darauf anzutragen, daß der Eigenthümer des Waldes angehalten werde, den Wald in ordentliche Schläge einzutheilen. (§. 230. a. a. D.)

7) Aufhören bes Rechtes bes Berechtigten. 1)

Wenn der Holzungsberechtigte nur auf eine gewiffe Holzart eingeschränkt ist, so hört sein Recht auf, wenn die bestimmte Holzart in dem Walde nicht mehr anzutreffen ist. (§. 231. a. a. D.)

Er fann jedoch den Eigenthumer zur Wiederanpflanzung diefer Golzart

anhalten. (§. 232. a. a. D.)

Hat der Eigenthumer den Mangel durch seine Schuld verursacht, so muß er den Berechtigten auf so lange, bis der Bedarf desselben von der bestimmten Art im Walde wieder vorhanden ist, entschädigen. (§. 233. a. a. D.).

Diese Entschädigung muß der Regel nach durch Holz von anderer Art, nach einem durch Forstverständige zu bestimmenden Verhältnisse, wenn aber auch dergleichen nicht vorhanden ist, in baarem Gelde geleistet werden. (§. 234. a. a. D.).

8) Holz-Firation.2)

Bei einer unbestimmten Holzungsgerechtigkeit kann der Eigenthumer des Waldes verlangen, daß dieselbe in Ansehung des Brennholzes auf ein mit der rechtmäßigen Benutzung im Verhältniß stehendes bestimmtes Holzdeputat festgesetzt werde. (§. 235. a. a. D.)

In Ansehung des Baubolzes aber kann dergleichen Festsetzung nicht anders, als durch gutliches Einverständniß ber Partheien erfolgen. (§. 236.

a. a. D.)

Bergl. die §§. 166.—169. der Gem. Th. O. und die Erläuterungen bazu.

9) Befugniffe bes Berechtigten in Betreff bes ihm angewiesenen Solzes.

a) Der Holzungsberechtigte darf das ihm zu seinem Bedürfniß angewiesene Holz in der Regel nicht verkausen, sondern muß, wenn er dies gethan hat, dem Eigenthümer des Waldes an Werth des Holzes vergüten. (§. 237. a. a. D.).

b) Wird ihm jedoch sein Bedarf in einer so entlegenen Gegend angewiesen, daß die Herbeiholung desselben mehr als eine Tagereise erfordert, so muß der Eigenthümer des Waldes, auf geschehene Anzeige, sich gefallen lassen, daß der Holzberechtigte sich seine Bedürfnisse mehr in der Nähe auschasse, und dazu den Werth des angewiesenen entlegenen Holzes mit verwende. (S. 238. a. a. D.)

Will der Eigenthümer des Waldes dies nicht geschehen laffen, so muß er dem Berechtigten, statt des Holzes in Natur, den Werth nach der Forst-

tare entrichten. (S. 239. a. a. D.)

in ber Zeitschr. bes Revis. Kolleg. Bb. 3. S. 224. sub 14.)

¹⁾ Zu §§. 231 — 234. Der Forsteigenthumer ist nicht verpslichtet, biejenigen Holzsortimente, welche sich zur Zeit eines vorzunehmenden Baues im belasteten Walde ohne seine Schuld nicht vorsinden, anderweit zu beschaffen, oder dem Besrechtigten zu bezahlen; — es hat auch der Singular. Sukcessor im Besite eines solchen Waldes nur die Folgen der Reallast, nicht aber die auf einem personlich obligatorischen Rechtsgrunde beruhenden Verpslichtungen seines Vorgängers zu verstreten. (Erk. des Ob. Trib. v. 9. Jan. 1847, Zeitschr. des Revis.-Rolleg. Bd. 3.

5. 182. sf.)

²⁾ Der Eigenthümer bes Walbes ist befugt (vergl. Landes-Kult. Eb. v. 14. Sept. 1811 S. 32.), den Rupungsberechtigten einzelne Theile zu entziehen, sofern nur deren Bedarf nicht geschmälert wird. (Erf. des Ob. Trib. v. 5. Oft. 1846,

B. Das Recht, Rohr und Schilf zu hauen.

Daffelbe gehört in ber Regel nicht mit zur Bolzungegerechtigkeit, fonbern muß besonders erworben werden. (A. L. R. I. 22. S. 202.)

Bergl. Art. 1. Nr. 1. u. Art. 4. bes Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850

zur Gem. Th. D. (s. in Bb. I. S. 328. u. 329.)

C. Das Maftungerecht d. i. die Befugniß, Schweine in ben Balb eines Andern zu treiben, um sich von den barin vorfindlichen Maftruchten (Gicheln, Bucheln, Nuffen) zu nahren.

In Betreff beffelben gelten folgende Grundfage:

1) Daffelbe ift unter einer felbft unbestimmten Butungsgerechtigkeit nicht mitbegriffen, weshalb ber hutungsberechtigte bas Revier ber Maftholzer von Bartholomai an bis Weihnachten ichonen muß, wenn auch nur Sprengmast ist. (A. L. R. I. 22. SS. 195. 188—192.).

2) Der Eigenthumer wird durch diese Servitut von feinem Nugungsrechte burch Theilnahme an der Mast und durch forstmäßigen Abtrieb der Maftholzer nicht ausgeschloffen, wenn ber Berechtigte nicht ein Ausschlie-

Bungerecht besonders erworben hat. (§. 196. a. a. D.)

3) Ein unbestimmtes Mastungsrecht beschränkt sich auf ben Bedarf im Saushalte des Berechtigten, daber berfelbe keine fremde ober gum Ber-

kaufe bestimmte Schweine einführen barf.

4) Die Ausübung ift vom Ertrage abhängig, weshalb zwischen voller, halber und viertel Maft, desgleichen Sprengmaft, unterschieden wird. Das A. L. R. kennt nur volle und Sprengmaft; nur bei voller Maft kann der Berechtigte sich berfelben bedienen; bei geringerer Maft ift ihm aber die Eichellese gestattet. (§S. 191-194 a. a. D.)

Bergl. Gem. Th. D. SS. 116. 117. u. 130. und die Erlaut. dazu.

D. Die Waldweide.

Bergl. bgrüber A. L. R. I. 22. SS. 170 — 186. und Landes - Rultur -Eb. v. 14. Sept. 1811 SS. 27-33. und die Erläut. bazu in Bd. II. Abih. 1. S. 102-106, desgl. SS. 131-139. der Gem. Th. D. und die Erläut. dazu.

E. Das Harzscharren.

Bergl. Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850 Art. 1. Nr. 6. u. Art. 5. zur

Gem. Th. D. (f. iu Bb. I. S. 328 u. 329.)

II. Ueber die Forderung der Forstfervitut = Ablosungen, resp. die ver = gleich sweise Regulirung der Servitute-Berhältniffe in den Konigl Forften hat das Finanzministerium eine ausführliche Instruction an die Regierungen in dem C. R. v. 16. Aug. 1852 i) (Min. Bl. d. i. B. 1852 S. 337. Mr. 331.) erlaffen.

Zum S. 114.

1) Die Beschränkungen der SS. 86. und 94. der Gem. Th. D. sind durch den Art. 9. des Erganz. Gef. v. 2. Marg 1850 2) aufgehoben. Bergl. die Entstehungs-Geschichte bes Art. 9. a. a. D. und Die Erlaut. ber SS. 86. u. 94. der Gem. Th. D. zum S. 86. (f. oben S. 104 ff.).

2) Der Art. 9. bes Ergang. Ges. v. 2. Marg 1850 hebt zwar (im Alin. 1.) Die Beschranfung auf, welche bisher nach S. 114. ber Gem. Th. D. auch bezüglich der Ablösung der Forftservituten dabin bestand, daß der Besiger bes belafteten Grundftude, im Falle ber Dienstbarteite - Berech -

tigte auf Ablösung provocirt, das Recht hatte, die Art ber zu gewähren-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 376 ff.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 330.

ben Entschädigung zu bestimmen; dagegen soll es (nach Alin. 2. des Art. 9.) bezüglich der auf Forsten haftenden Dienstbarkeiten bei der durch §. 94. der Gem. Th. D. vorgeschriebenen (in Betreff anderer ablösbarer Serstituten aufgehobenen) Beschränkung das Bewenden behalten, daß der Besitzer des belasteten Waldes, wenn er Provokat ist, die Bessugniß hat, zu wählen, ob er den Berechtigten nach dem Nutungsstrage der Dienstdarkeit, oder nach dem Vortheile, welcher dem Beslasten aus der Aushebung der Servitut erwächst, entschädigen will. Wählt indes der provokatische Besitzer des Waldes das Letztere, so darf die Höhe der Entschädigung den Nutungswerth der Berechtigung nicht übersteigen.

In Bezug hierauf hat tas Revisions-Kollegium für L. K. S. (in tem Erk. v. 24. Sept. 1852) angenommen, daß, wenn in einem Separationsversahren sestgestellt ist, daß aus der Aushebung einer Hütungs-Servitut in einem Walde dem Waldbesitzer kein Vortheil erwächst, die Provokation des Berechtigten nicht ganz und für immer (so daß sein Recht aushört), sondern nur zur Zeit abzuweisen ist, weil es zur Zeit an einem Objekte der Auseinandersetzung sehlt, eine solche daher nicht statt-

finden fann. (Praj. Camml. bes Revis. Rolleg. S. 25. Mr. 11.)

3) Bei Ablösung (§§. 114. und 119. der Gem. Th. D.) einer Berechtigung auf Raff- und Leseholz oder geringere Holzsortimente werden Erfteres und Lettere haufig auf Rlafter = Rlobenholz, nach Golzmaffe und Brenngute, reduzirt, insbesondere bann, wenn Erfteres und Lettere in der belafteten Forft nicht unmittelbar Gegenstand bes Berkaufs find, und mithin keinen gemeinen Preis haben. Bei einer Reduktion auf Klafterholz und bei ber Bugrundelegung bes Klafterholzpreifes im Auseinanderfepungsplane ift alsbann die Differenz zwischen ben größeren Roften bes Sammelns und ber Anfuhr (ben Werbekoften) einer in Bezug auf die Golzmaffe und Brenngute verhaltnismäßig gleichen Quantitat Raff- und Leseholz (Lager-Stubben - Bolg), gegenüber ben geringeren Unfuhr = und Burichtungefoften des Alobenholzes, den Dienstbarkeitsberechtigten, welche kunftig diese Differenz ersparen, mit in Unrechnung zu ftellen, dabei jedoch zu berücksichtigen, daß für die Servitutarien die Arbeit des Sammelns, besonders in den Wintertagen, geringeren Werth hat, diefelbe auch durch halbermachsene Rinder verrichtet werden fann 1).

Dagegen ist bei einer bloßen Fixation (SS. 166, und 168. der Gem. Th. O.) die Differenz der Kosten der Anfuhr und des Einsammelns nicht zu berücksichtigen. (Vergl. in letzterer Beziehung die Erläut. zu den

\$\$. 166. 168-170. der Gem. Th. D., Bus. 4, s. unten.)

Zum §. 115.

1) Bei der Theilnahme Mehrerer an Dienstbarkeitsrechten ist es, auch abgesehen von der Bestimmung des S. 115 der Gem. Th. O., ohne Einsstuß auf das Verhältniß ihrer Theilnahmerechte, wenn der Eigenthümer des belasteten Grundstücks Einzelne von ihnen ohne Zuziehung der Uebrisgen abgefunden hat.

Die bloße Fixirung einer unbestimmten Brennholzberechtigung auf eine bestimmte Quantität Holz ist an sich keine Umwandlung der Grundgerech= tigkeit in eine bestimmte Abgabe. Bei dem Eintritte einer Unzulänglichkeit der belasteten Forst muß sich der Berechtigte mithin eine Kürzung der be-

¹⁾ Bergl. hierüber auch die technische Instrukt. ber landwirthschaftl. Abth. ber Regier. zu Frankfurt v. 24. Marz 1842, S. 125. S. 286.

stimmten Holzquantität ebenso gefallen lassen, als ob die Fixation nicht erfolgt ware.

So erfannt von dem Db. Trib. unterm 11. Dec. 1849 (Beitschr. des

Revis. Kolleg. Bb. 3. S. 73-83).

Bergl. die Erläut. zu SS. 114—140. sub I. A. ad 8. und die Note

bagu (f. oben G. 143).

2) Der Holzberechtigte muß sich bei einer Ablösung seiner Gerechtsams ben Werth berjenigen Nugungen anrechnen lassen, welche anderen Personen zur Zeit ber Verleihung seines Rechtes zustanden.

Erfannt von tem Revisions-Rollegium für &. R. S. unterm 17.

Juli 1846 (Beitschr. beffelb. Bb. 3. S. 209-211).

3) Die Vorschrift des §. 115. der Gem. Th. O. kommt nur dann zur Anwendung, wenn einzelne Dienstbarkeitsberechtigte von dem belasteten Eigenthümer wirklich abgefunden worden sind, nicht aber dann, wenn Dienstbarkeitsberechtigungen durch Konfusion erloschen sind 1).

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. R. S. in einem (bis jest nicht veröffentlichten) Erk. vom Jahre 1853, weil der S. 115. a. a. D. ausdrücklich die stattgefundene Absindung Diensteberechtigter voraussese, und deshalb nicht angewendet werden könne, wenn Dienstbarkeitsberechtigungen durch Konfusion ohne Weiteres erloschen sind, und eine Absindung von Dienstbarkeitsberechtigten gar nicht stattgefuns den hat.

4) Ueber die Kompetenz und Befugnisse der Auseinandersetzungsbehörsten in Ansehung der von Amtswegen zu regulirenden Waldweide-Verhältnisse einzelner, bei Gelegenheit der Gemeinheitstheilung in einer Feldmark
separirten Wirthe einer Gemeinde auf Forsten, wenn der Forsteigenthümer
nicht Theilnehmer an der Gemeinheitstheilung auf der Feldmark, an dem Hauptgeschäfte, ist, vergl. die Erläut. zum §. 3. Nr. 3. der V. v. 20. Juni

1817 und S. 7. ber B. v. 30. Juni 1834 (f. unten).

In §§. 116. und 117.

(Maftungegerechtigkeiten) 2).

1) Bergl.:

a) A. E. R. I. 22. §§. 187—196., betr. das Mastungsrecht, und §. 130 der Gem. Th. D.;

b) die Erläut. zu SS. 114-140. der Gem. Th. D. sub I. ad C.

(f. oben G. 144).

2) Die technische Instrukt. der landwirthsch. Abth. der Reg. zu Frankfurt v. 24. Marz 1842 bemerkt zur Erlaut. der §§. 116. und 117. (im §. 24. S. 37ff.):

2) Die Waldmastung wird eingetheilt in Eichelmast und Buchenmast. Die sogen. Untermast, welche in dem Genuß der Waden, Schwämme und Wurzzeln besteht, und der Regel nach nur neben den beiden anderen Mastarten eine Rusung gewährt, kommt hier nicht weiter in Betracht. — Vergl. auch Pfeil,

Ablos. ber Wald: Servit., S. 11.

¹⁾ Das Prajubik, stellt zugleich ben Rechtsgrundsatz auf, "baß Grundgerechtigs keiten burch Ronfusion ipso jurd schon bann erlöschen, wenn der Verpstichtete bas Eigenthum ber berechtigten Sache ober der Berechtigte bas Eigenthum ber verpstichteten Sache aus einem unwiderruflichen Rechtsgrunde überkommt, und daß nur dann, wenn der Eigenthumer der berechtigten und verpstichteten Sache die auf lettere eingetragene Grundgerechtigkeit nicht hat löschen lassen, oder die das Dasein derselben bezeichnende Anlage nicht fortgeschafft hat, die vorige Grundgerechtigkeit, wenn die verpstichtete Sache demnächst wieder an einen besondern Bester gelangt, wieder in ihre Wirkung tritt.

Die Schätzung bes Werths ber Mastberechtigung kann in zweisacher Beziehung nothwendig werden; einmal wegen bes Werthszuwachses für den Wald an sich, und dann wegen des damit verbundenen Ausschließens der Weideberechtigten für die Dauer der Mastzeit, was von erheblichem Einflusse auf den Werth der den Weideberechtigten zu gehenden Ausschlichen Gein kann

Beibeberechtigten zu gebenben Abfinbung fein fann.

In ersterer Beziehung giebt der g. 116. der Gem. Th. D. die Normen der Schähung an. Es muß danach ausgemittelt werden: wie oft volle ober Sprangsmast in den letten dreißig Jahren vorgekommen; wonach der Durchschnitt bestimmt wird. Sollte dies im historischen Wege nicht ermittelt werden können, so würde anzunehmen sein, daß in sieben Jahren einmal volle, einmal halbe, und einmal viertel oder Sprangmast vorkomme, vier Jahre aber ohne Nußen sur den Masteberechtigten verstreichen.

Unter voller Mast wird verstanden, daß alle masttragenden Bäume vollständig mit Früchten beladen sind; unter halber Mast, daß dies pr. propter die Gälfte der Bäume, oder daß alle Bäume mit der Gälste der Früchte — in Vergleich zu guten Jahren — seien, und unter Sprangmast, daß nur ein Viertel der Bäume voll, resp. daß alle Bäume mit ungefähr dem vierten Theile der Früchte, welche

fie tragen fonnen, befest finb.

Die Frage: wie viel Bieh bei voller ober Sprangmast geseistet werden könne, soll nach der Durchschnittszahl des in den drei letten Fällen, beziehungsweise der vollen und Sprangmast wirkich eingetriebenen Biehes, also ganz im historischen Bege, beantwortet werden. Ebenso muß auch der Antheil, welchen der Eigenthüsmer des Waldes an der ermittelten Viehzahl hat, und welcher den etwanigen Berechstigten zusteht, nach den sedesmal obwaltenden Rechtsverhältnissen sestgestellt werden.

In Betreff ber Beibeberechtigten wurde ebenso bie historische Ermittelung, resp. die vorgezeichnete Annahme in Ansehung ber Frage maaggebend sein: in wels chen Jahren ihnen die Weibe verschrankt worden. Für diese Berechtigten ift es gleich, ob volle, halbe ober viertel Maft gewesen, weil fie, wenn überhaupt gur Maft eingeschont werden durfte, bas betreffende Revier gang meiben mußten. Die Dauer ber Ausschließung richtet fich nach ber örtlichen Gewohnheit; juweilen mabrt fie vom 25. Aug. bis jum Frost; zuweilen vom 29. Sept. bis jum Frost (S. 190. Tit. 22. Th. I. bes A. E. R.). Denn wenn auch die Mastzeit selbst bis Beihnachten, und einschließlich ber Nachmast mitunter noch langer bauert, so hat bieser langere Beitraum für die blos Weideberechtigten feine Bichtigkeit, insofern fie nicht etwa bie Winterweibe ausüben durfen. Bon der Dauer ber Mastzeit werben 3 ober circa 12 Bochen, auf bie eigentliche Dastzeit, und & ober 6 Wochen auf bie Racmaft gerechnet. Je nach ber Dauer ber Mastzeit wurde baher in bem betreffenden Rastjahre dem Walbeigenthümer ein Antheil an der Weide von 6 bis 14 Prozent ber vollen Weibe bes Reviers zu Gute kommen, und bieser auf eine Bahrlichkeit gebracht, seinem Sollhaben zugesett werben muffen, wenn die Abs findung Weideberechtigter zu bewirfen ift.

3) Ueber die technischen Grundsäte, welche bezüglich der Ablösung eines Rechtes auf Waldmast zum Grunde zu legen, vergl. die technischen Instrukt. der landwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Franksurt v. 24. März 1842, §. 112. S. 277, der Gen. Kom. für die Kurmark v. 1838, §. 44. S. 53, der Gen. Kom. zu Breslau v. 11. Nov. 1845, §§. 84—87. S. 128. ff, der Gen. Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §. 29. S. 181 ff., der Gen. Kom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 102. S. 181 ff., der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, §§. 144. u. 145. S. 93 ff., und der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §. 60. S. 56. —

Bergl. auch Pfeil, Ablos. ber Bald-Servit., S. 52.

Zn \$5. 118. und 119.

(Solzberechtigungen.)

Bergl. im Allgemeinen die Erläut. zu SS. 114—140. der Gem. Th. O. sub I. A. (s. oben S. 130 ff.)

Die Holzberechtigungen, welche zur Ablösung kommen, sind nach §§. 118 und 119. der Gem. Th. D. unterschieden in:

10 *

148 Bon d. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

a) unbestimmte Bolggerechtigkeiten zum Berkaufe,

b) unbestimmte Golzberechtigungen, welche sich auf das Bedürfniß

erftrecken.

Die ad a. gedachten Berechtigungen muffen nach S. 118. nach dem in den letten, der Einleitung der Auseinandersetzung unmittelbar vorhergehens den, zehn Jahren im Durchschnitte verkauften Betrage firirt und es muß die danach ermittelte Jahrebrente vergütiget werden. Technische Grundsätze kommen mithin dabei nicht weiter zur Anwendung.

Die zu b. gedachten Holzberechtigungen sollen durch Sachverständige auf ihren Jahresbetrag gebracht 1) und es soll danach die Ablösung bewirkt werden. Hierher gehören die Brenn-, Bau- und Nutholz-Berech-

tigungen.

Was nun:

1) die Brennholz-Berechtigungen betrifft, so entsteht babei die Frage: ob ter Berechtigte durch die Ausübung seines Rechtes seinen vollen Berarf erlangt hat, oder zu erlangen befugt war, oder ob er ihn nur theil-weise hat befriedigen können und dürsen? Im ersteren Kalle muß der wirkliche Bedarf, im anderen Falle die ermittelte Quote desselben entschädiget werden, insosern der Anspruch hierauf nach dem Zustande des Waldes, in Ermangelung besonderer Rechtsgründe (A. L. R. I. 22. SS. 227. 229.), zu befriedigen ist. (S. 123. der Gem. Th. O.). Doch muß jedenfalls, um zu berechnen, in welchem Verhältnisse sich der ablösende Berechtigte eine Einschränkung gefallen lassen musse, der Bedarf aller aus einem Eigenthums- oder Servitutrechte theilnehmenden Interessenten in der Regel mit veranschlagt werden.

Der Bedarf an Brennholz aber umfaßt: a) das Holz zur Heizung, b) zum Rochen, c) zum Backen, d) zum Waschen, Schlachten, Bleichen, Flachs- und Obst-Darren für den häuslichen Bedarf, e) zum Rochen und Brühen des Viehfutters, sowie zur Wolkerei, f) zum Malzdarren, Brauen und Branntweinbrennen zum häus-

lichen Bedarf, g) zur Erleuchtung. 2)

¹⁾ a) Die technische Instrukt. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841 (§. 89. S. 103) spricht aus, daß es in der Regel genügen werde, zu ermitteln, wie viel an Fudern der Berechtigte in einem Durchschnitte von zehn Jahren aus der belasteten Forst bezogen, und nach der Größe der Fuder und der Holzart, worauf er Anspruch hat, die ihm jährlich gedührende Quantität zu bestimmen, weil anzunehmen sei, daß der Berechtigte nicht mehr, noch weniger, als sein jährsliches Bedürfniß, aus der Forst entnommen habe, und daß die Forst dieses auch ferner zu gewähren im Stande sein werde. Finde diese Ermittelungsart nicht statt, dann musse allerdings der wirthschaftiche Bedarf des Berechtigten ermittelt werden.

⁻b) Die in einem Polifications-Berfahren entstandene Frage: ob die "billige Tare", gegen welche dem Berechtigten das Holz zu überlassen, dem Prinzipe nach festzuseten, oder die Preisbestimmung in jedem fünftigen einzelnen Falle der richters lichen Entscheidung zu überlassen sei? ist von dem Revis. Kolleg. für L. K. S. (in dem Erk. v. 21. Mai 1848) in der ersteren Alternative beantwortet, und darauf die Entscheidung nach dem für Fälle dieser Art in den Domainen geltens den Beispiele getrossen, wo es neben der Verkaufs-Tare für Fälle der Billigkeit eine sogen. Gnaden-Tare giebt, die 25 Prozent unter der sonstigen Tare ist. (Zeitschr. des Revis-Kolleg. Bd. 2. S. 451. Nr. 18.)

²⁾ Ueber die bei der Ermittelung tes Bedarfs zu diesen verschiedenen Zwecken der Benutzung des Brennholzes (nach den dasür zur Anwendung zu kringenden Pauschsätzen) desgl. des Holzbedarfs bäuerlicher Wirthschaften im Ganzen, vergl. die technische Instrukt. der landwirthschaftl. Abih. der Reg. zu Franksurt v. 24. März 1842, §§. 115—122. S. 279—281. — Vergl. auch die technische Instrukt. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §§. 89. u. 90. S. 103 bis 106, der Gen. Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §. 31. S. 189 sf., der Gen.

Wenn der Bedarf ermittelt worden, so kommt es ferner auf die Unstersuchung an, auf welche Art und mit welchen Holzgattungen terselbe besfriedigt werden muß. Gewöhnlich sind dies: a) Raff= und Leseholz, 1) b) Lagerholz, 2) c) Windfälle, Windbrüche, Schneebrüche, d) Bopf= oder Gipfelholz, e) Erdstäcke, Stubben, Stücken, die bei Fällung der Bäume theils über der Erde, theils in der Erde zurückbleibenden Stammenden, f) trockene Bäume und Stan=gen, zopftrockene, im Absterben begriffene Stämme jeden Alzters, g) gesundes Holz in stehenden Bäumen, h) Weichholz (Pappeln, Weiden, Linden und Hafeln, auch Erlen, zuweilen selbst Birken, Tannen, Fichten und Riefern), i) Hartholz (Eichen, Buchen und Ulmen, hin und wieder auch Birken), k) unfruchtbares Holz (Strauchhölzer, baumartige Weiden; in einigen Gegenden alles Holz im Gegensage der Mast tragenden Bäume).

Gs muß zuvörderst nach den obwaltenden Rechtsverhaltnissen sestgestellt werden, ob die auf den Bedarf Berechtigten nicht verpslichtet sind, sich das Feuerungsmaterial, welches sie aus eigenen Feuerungsmitteln an Holz, Torf zc. beziehen können, auf ihren Bedarf anrechnen zu lassen. Sierüber ertheilt der Art. 4. des Ergänz. Ges. v. 2 März 1850, in Verbindung mit den SS. 52. und 54. der Gem. Th. O., die näheren, hier in Betracht kommenden Vorschriften. (Vergl. Zus. 4. zu SS. 52—55. der Gem. Th. O., s. oben S. 89 ff.) Das demnächst aus den belasteten Forsten zu geswährende Holzquantum wird sodann nach den zur Zeit der Ablösung gelztenden, sachverständig zu bestimmenden gemeinen Preisen des Orts, resp. der Gegend (vergl. das R. des Win. des J. v. 30. März 1841, d.) Win.-Bl. d. i. V. 1841, S. 130) zu Gelde berechnet, wobei sedoch die vom Bezechtigten auszuwendenden Kosten (des Fällens, Ansahrens, Sammelns 2c.), insoweit solche nach der Ablösung der Servitut erspart werden, in Abzug kommen. Der hiernach sich ergebende Geldbetrag bildet die sährliche Rente, resp. das Sulhaben des Berechtigten.

Ueber die Abfindungsart vergl. die an die Stelle des S. 127. der Bem. Th. D. getretenen Bestimmungen des Art. 10. des Erganz. Gef. v.

2. Marg 1850. (f. bie Erlaut. jum S. 127. ber Gem. Th. D.)

2) Die Baubolg = Berechtigungen betreffend, so fehlt es an ausreichens ben gesetzlichen Borschriften barüber, was zum Bauholze gehort. 5) Es muß

5) Bergl. die Erlaut. zu \$5. 114—140, ber Gem. Th. D. Bus. I. A. ad 2,

(f. oben C. 132 ff. und bie Roten).

Kom. zn Breslau v. 11. Nov. 1845, §§. 92—97. S. 131—137, ber Gen. Kom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §§. 98—100. S. 171—180, ber Gen. Kom. zu Münster v. 1844, §§. 134—136. S. 87—90, und ber Regier. zu Gumbinnen v. 1844, §§. 33—34. S. 89—98. — Bergl. Pfeil a. a. D. §. 41.

¹⁾ Bergl. über ben Begriff und Umfang biefer Berechtigung bie Erlaut. 32 \$6. 114-140. ad I. A. sub 5. und bie Roten bazu oben S. 136 ff.

²⁾ Bergl. ebenbas. S. 140.
3) Bergl. in Bb. I. S. 383.

⁴⁾ Ueber die technischen Prinzipien für die Abschätzung Behufe Feststellung des Sollhabens der Brennholz-Berechtigten vergl. die technische Instrust. der laudwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, §§. 124. n. 125. S. 282 st., desgl. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §. 92. S. 106—107, der Gen. Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §§. 32. n. 33. S. 200 st., der Gen. Kom. zu Breslau v. 11. Nov. 1845, §§. 104—106. S. 137—141, der Gen. Kom. zu Breslau v. 11. Nov. 1845, §§. 98—100. S. 171 st., der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, §§. 137. 138. S. 90—91, und der Regier. zu Gumbinnen v. 1844, §§. 35—38. S. 98—118. — Bergl. Pseil a. a. D. §§. 44—48.

daher, wo möglich, die Ermittelung auf Grund vorhandener Urkunden ober rechtsbegrundeter Observanz erfolgen.

Der Bebarf an Bauholz zum Neubau und zu ben Reparaturen muß

in jedem Falle durch Bauverständige ermittelt werden. 1)

Bergl. auch die besonderen Erläut. zu SS. 120—122. der Gem. Th. O. (s. unten.)

3) Die Rug- und Schirrholz-Berechtigungen betreffend. 2)

Bur ersteren gehören die Brett-, Latten- und Bohlenklöße, Pfahlhölzer und die Spließbäume für die Windmüller, sowie die Rahlwellen. Das Schirrholz dagegen unterscheidet man in dasjenige, was: a) zum landwirthsschaftlichen Gebrauche, b) zum Bedarf der Rühlen erforderlich ist. Zu dem erstgenannten (ad a.) rechnet man alles zur Unterhaltung der Wagen, Schlitten, Psüge, Eggen, Schleisen zc. erforderliche; zu dem zweiten (ad b.) alles, was zum Mechanismus der Rühle gebraucht wird, nachdem der Zimmermann das Gebäude hergestellt hat; also die Räder in der Rühle, Drillinge, Getriebe, Beutelkasten, Rumpse zc.

Es gehört hierher auch die Berechtigung auf Holz zur Gartenwirth-

schaft 2c. 3)

Der durchschnittliche Bedarf an den erforderlichen Gegenständen für die berechtigte Wirthschaft ist informatorisch nach Forst- und Wirthschafts-Resgistern und sonst, event. durch Sachverständige zu ermitteln, der Geldbetrag nach den gemeinen Preisen zur Zeit der Ablösung zu bestimmen und danach die Rente sestzustellen. In Betreff der Absindungsart gelten dieselben Grundsähe, wie bezüglich der Brennholz-Berechtigungen.

Bum &. 118.

Wenn in den letten zehn Jahren vor Einleitung der Auseinandersetzung kein Verkauf von Holz stattgefunden hat, so folgt taraus noch nicht der Verlust des Rechtes, sondern nur, daß ein anderer Maabstab zur Bestimmung des Umfanges desselben gesucht werden muß.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 29. Jan. 1841.

(Braj. Samml. beffelb. S. 340. Nr. 977.)

3um 5. 119.

1) Der Art. 4. bes Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850 gur Gem. Ih. D.

2) Bergl. bie Griaut. ju §§. 114 - 140. ber Bem. Th. D., Buf. I. A. ad

1. a. u. Rote 5. baju (f. oben G. 130 ff.).

¹⁾ Ueber die in Ansehung der Dauer und der Reparatur gewöhnlich zur Answendung kommenden Durchschnittssähe und die sonst zu beachtenden technischen Prinzipien vergl. die technische Instrukt. der landwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Franksurt v. 24. März 1842, §§. 126—129. S. 287—293, der Gen. Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §§. 34—39. S. 208—235, der Gen. Kom. zu Breslan v. 11. Nov. 1845, §§. 107—118. S. 142—154, der Gen. Kom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 97. S. 169 st., der Gen. Kom. zu Rünster v. 1844, §§. 139. u. 140. S. 91—92, und der Regier. zu Gumbinnen v. 1844, §§. 39. S. 118 st. — Bergl. Pfeil a. a. D. §. 39.

³⁾ Bergl. über die technischen Prinzipien in Betreff der Frage, was dazu und zu den landwirthschaftlichen Geschirrhölzern gehört, die technische Instrukt. der landwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, §. 130. S. 293—294, desgl. der Gen. Kom. zu Breslan v. 11. Nov. 1845, §. 119. S. 154—155, der Gen. Rom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §. 34. S. 208 ff., der Gen. Rom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 97. S. 169 ff., der Gen. Rom. zu Münster v. 1844, §. 141. S. 92. — Bergl. auch Pfeil a. a. D. §. 40. — Bergl. auch die Erläut. zu §§. 114—140. der Gem. Th. D., sub I. A. ad 1. Rote 5. oben S. 130 ff.

bestimmt, daß der Brennholz-Berechtigte, 1) dessen Berechtigung auf sein Bedürfniß beschränft ist, verpstichtet sein soll, sich dassenige Holz anrechnen zu lassen, welches er aus einem eigenen Walde oder sonst eigenen Grundstücken beziehen kann, 2) wenn dies nicht ausdrücklich durch Urkunden, Judikate oder Statuten ausgeschlossen worden ist. Es sollen indes
hierbei die dem Berechtigten gehörigen, zur Zeit der Anbringung der Provokation noch nicht ausgebeckten Torsläger nicht in Betracht kommen.

Bergl. die Entstehungsgeschichte des Art. 4. a. a. D. zum S. 31.

ber Gem. Th. D. (f. oben G. 63 ff.)

Bergl. die Erlaut. zu SS. 52. - 55. der Gem. Th. D., Buf. 4.

(f. oben 6. 89 f.)

2) Das Revisions-Kollegium für L. K. S. hat (in dem Erk. v. 26. April 1853) angenommen, daß die Bestimmung des Art. 4. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850, wonach der Brennholz Berechtigte sich das eigene Feuerungsmaterial anrechnen lassen soll, sich nicht auf Leuchte-tiehn bezieht.) (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 6. S. 464.)

3n §§. 120—122.

1) Ueber die Grundsätze bei Ablösung der Bauholz-Berechtigungen vergl. das R. des Fin. Min., Gen. Verw. für Domainen u. Forsten
v. 4. Mai 1834, die C. R. des Min. des Königl. Hauses v. 24. März 1887
u. v. 28. Jan. 1838 und der Publik der Gen. Komm. zu Soldin v. 8.
Aug. 1837 *).

Bergl. auch die Allegate in der Note 1. in Bd. II. Abth. I. G. 868.

2) Bergl. die Erläut. zu §§. 114—140. der Gem. Th. D. sub. L. A. Buf. 2. (s. oben S. 132 ff.) desgl. die Erläut. zu §§. 118. u. 119. der Gem. Th. D., sub 2. (s. oben S. 149 ff).

Bum 4. 123.

Bergl. die Erläut. zu SS. 114-140. der Gem. Ab. D. ad I. A. sub 6. a. (s. oben S. 142).

3um 4. 124.

1) Ueber die Frage: ob derjenige, welchem als Grundgerechtigkeit der

1) Daffelbe Prinzip gilt (nach Art. 4. a. a. D.) von ber Balbftreus Be-

3) Dies Urtel spricht zugleich aus, daß auch die zu Raffs und Leseholz bes rechtigten Einmiether das Recht auf Leuchtekiehn burch Berjährung erwerben konnen.

4) Bergl. biefe Erlaffe in Bb. I. S. 380-383.

rechtigung.

2) Es war früher ftreitig, ob der S. 54. der Gem. Th. D. auf die Bestechtigung zum Plaggens, Seides und Bültenhied zu beschränken sei, oder ob berseibe einen allgemeinen Grundsatz ausspreche, der auch auf undes kimmte Brennholz Berechtigungen zum Bedarf ausgedehnt werden müsse, wenn nicht etwas Anderes ausdrücklich bestimmt ist. Das Ob. Trib. hatte sich sür die letztere Alternative entschieden. (Bergl. das Erk. desselb. v. 12. März 1847, in der Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 3. S. 225—228 und die dort alles girten anderweitigen Praj. des Ob. Trib.) Das Revis. Kolleg. für E. K. S. hatte (in dem Erk. v. 11. Dec. 1846) das Segentheil angenommen. (a. a. D. S. 225 Note.) Der Art. 4. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 hat nuns mehr (im Alin. 2.) das von dem Ob. Trib. angenommene Prinzip gesehlich sanktionirt. (Bergl. die Motive des Regier. Entw. zum Art. 4. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850, s. oben S. 63 ss., desgl. das Erk. des Ob. Trib. v. 9. Okt. 1849, Entsch. Bd. 18. S. 279 Präj. Rr. 2151, s. zum S. 140. der Gem. Tb. O.)

Anspruch auf Brennholz ohne nähere Modifikation zusteht, verbunden ist, sich seinen Betarf vorzugsweise auf Raff- und Leseholz anweisen zu lassen? vergl. ten (verneinenden) Plenarbeschl. tes Ob. Trib. v. 22. Jan. 1844 und tas (tenselben unrichtig anwentente) C. R. des Min. des Königl. Hauses v. 12. Ott. 1844 (s. zu SS. 114—140. der Gem. Th. D., Jus. I. A. 4. in ter Note 1, oben S. 135).

2) Bei Abschätzung einer Polzungsgerechtsame wird nicht — (wie bei ber Beibenutzung) — ein mittelmäßiger, sondern ber gegenwärtige Zustand

bes Waltes angenommen.

So erkannt von dem Revisions-Kollegium für L. K. S. unterm 6. Nov. 1846, mit Rücksicht auf die Bestimmungen der §§. 87. 108. und 124. der Gem. Th. D. (Beitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 3. S. 223—224).

3um §. 127.

I. Der S. 127., welcher vorschreibt, daß die Entschädigung für eine Holzberechtigung, wenn der Belastete auf die Ablösung anträgt, der Regel nach in Land, mit Anrechnung der darauf besindlichen Holzbestände zu leissten ist, wenn solches zu einer forstmäßigen Holznutzung, oder zur vortheils haften Benutzung als Acker oder Wiesen geeignet ist, ist aufgehoben durch den Art. 10. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 1), welcher zugleich den S. 138. der Gem. Th. D. aufhebt, und dessen betreff. Bestimmungen jetzt in dieser Beziehung maaßgebend sind.

II. Entstehungsgeschichte des Art. 10. bes Erganz. Gef. v. 2.

Mark 1850.

A. In dem Regier. Entw. lautete der Art. 10. dahin:

Für die auf Forsten haftenden Dienstdarkeitsrechte zur Weide, zur Gräserei, zum Mitgenuß des Holzes, zum Streuholen und zum Plaggens, heide und Bültens hiebe ist, vorbehaltlich einer anderweiten Einigung der Betheiligten, eine Entschädigung in Land nur dann zu geben und anzunehmen, wenn dasselbe zur Benutzung als Acker oder Wiese geeignet ist, und in dieser Eigenschaft nachhaltig einen höheren Ertrag, als durch die Benutzung zur Holzzucht zu gewähren vermag. Die Absins dung ist alsdann dem Berechtigten als Acker oder Wiese, unter Berücksichtigung der erforderlichen Kulturkosten anzurechnen. Die darauf besindlichen Holzbestände verbleiben dem Forsteigenthümer, welcher bieselben vor der Uebergabe des Landes abräumen muß.

In allen anderen Fällen, namentlich auch in benen, welche ber §. 77. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 bezeichnet, ist für die genannten Berechtigungen

eine Entschädigung burch Rapital ober Rente zu leiften und unzunehmen.

Die §§. 127. und 138. ber gebachten Gem, Th. D. werden hierdurch aufges hoben.

Die Motive hierzu bemerken:

Der §. 127. ber Gem. Th. D. schreibt vor, daß die Entschäbigung für eine Golzberechtigung, wenn ber Belastete auf die Ablösung anträgt, der Regel nach in Land, mit Anrechnung der darauf befindlichen Golzbestände zu leisten ist, wenn solzches zu einer forstmäßigen Holzbenutzung, oder zur vortheilhaften Benutzung als

Ader ober Wiesen geeignet ift.

Dieselbe Regel müßte in Folge ber Bestimmung des Art. 9. des Entw. fünfstig auch dann maaßgebend sein, wenn der Berechtigte auf die Ablösung anträgt. Eine unbedingte Festhaltung derselben würde aber bei der voraussichtlichen großen Vermehrung der Provokationen auf Aushebung von Forstservituten nicht minder den Berechtigten als dem allgemeinen Wohle gesahrbringend sein, weshalb eine Pobisikation der Bestimmung unerläßlich ist. Die Ansichten der Sachverständigen darüber, unter welchen Verhältnissen und bei welcher Ausbehnung ein Stück Land

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 330.

zur forstmäßigen Golzbenutung geschickt sei, find nämlich fehr schwankenb, ba bie Möglichkeit einer solchen Benutung auch bei außerordentlich kleinen Flächen absos Inten Balbbobens nicht geleugnet werben fann. Deshalb wurde bem Berechtigten, welcher für eine Gervitut von auch nur geringem Werthe eine Abfindung in Forfts land beansprucht, dieselbe schwer zu verweigern sein, und eben so wenig konnte er fich ber Manahme einer folden Entschäbigung entziehen, wenn fie ihm vom Bes lafteten geboten wird. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß die Holzzucht mit Erfolg nur in größeren Balbungen betrieben werben fann, weil bie Befiger fleinerer Forfts parzellen außer Stand find, bieselben burch genügende Aufsicht vor Diebstahl und Beschädigung zu schützen, wenn auch ber ernfte Wille zu einer wirthschaftlichen Rultur vorhanden fein follte. Aus biefem Grunde find die Abfindungen durch Forftland nicht geeignet, ben Berechtigten auf die Dauer benjenigen Ertrag zu gewähren, zu welchem fie ihnen angerechnet werden; vielmehr verwandeln fie fich ges wöhnlich nach dem Abtriebe ber darauf befindlichen Golzbestände binnen furzer Beit in unnugbare Sandsteppen. Während aber die Berechtigten burch den Waldboben auf diese Weise keine nachhaltige Entschädigung empfangen, wird der Holzkultur im Ganzen ein großes Areal entzogen und ber an fich schon fühlbare Mangel an Brennmaterial vermehrt. Auch werben baburch ausgebehnte Streden ganbes uns wirthbar gemacht und die daran stoßenden fruchttragenden Grundstücke der Bersans bung ausgesett. Deshalb entfpricht es bem Intereffe ber Berechtigten ebensowohl, als bem ber Landesfultur, daß eine Abfindung burch Land für Golzberechtigungen nur für den Fall als gesetzliches Entschädigungsmittel bestimmt wird, wenn bas Land als Acter oder Wiese brauchbar ist und in dieser Eigenschaft nachhaltig einen hoheren Ertrag, als bei ber Benutung jur Golgzucht zu gewähren vermag.

Daß ber Berechtigte auf die Beranschlagung einer solchen Absindung als Forst: land keinen Anspruch hat, sondern daß er fich das Land zu seinem mahren Werthe als Ader ober Wiese nach Abzug ber barauf zu verwendenden Kulturkosten ans rechnen laffen muß, liegt in ber Natur ber Sache und folgt aus ber Borfdrift bes S. 88. ber Gem. Th. D. von felbft. Anbererfeits fann bem Berechtigten aber auch die Uebernahme bes auf bem Entschäbigungslande stehenden Golzes überhaupt nicht und am wenigsten zugemuthet werden, daß er sich bieses Holz zu dem wirths schaftlichen Werthe, welchen baffelbe mit Rudficht auf seine erft kunftig eintretenbe haubarkeit hat, anrechnen laffe. Denn ba ber Berechtigte, um bald zu bem Ge= nuffe ber Landnugung zu gelangen, genöthigt ift, bas Golz sofort abzuräumen und ju verfilbern, so murbe er auf biefe Beife nicht allein einen Theil feiner Ents schäbigung in Rapital statt in Land erhalten, sondern auch, sofern der Berfaufspreis des Holzes ben wirthschaftlichen Tarwerth beffelben nicht erreicht, eine unzulängliche Abfindung empfangen. Zwar trifft auch ben Belafteten, welcher in bie Nothwendigkeit versetzt wird, noch nicht haubares Holz einzuschlagen, ein Bers luft, für welchem ihm bei ber Abschatzung bes Entschäbigungelandes teine Bergutis gung zu Theil wird; allein ber Ersat fur diesen Berluft ift barin zu suchen, bag bas Forftland als Acter ober Wiese zu einem höheren Werthe angenommen wird,

wie der Belastete es bisher als Theil seines Waldes genutt hat.

Die Praxis hat die Borschrift des S. 127. der Gem. Th. D. stets auf die Abfindung für Streuberechtigungen ausgebehnt und da bei biefer biefelben Rud= fichten fur den Berechtigten und die Landeskultur maafgebend find, wie bei ber Entschäbigung für Bolgberechtigungen, so ift es unbebenklich, die Streurechte in ben

Art. 10. mit einzuschließen. Rach einer richtigen Interpretation bes §. 138. der Gem. Th. D. barf bie Landabfindung für eine Baldweibeberechtigung in Acer, Wiese, Forst ober Beibes land bestehen und bas Weibeland bem Berechtigten nur fur ben Fall als solches angerechnet werben, wenn es in biefer Gigenschaft einen hoheren Ertrag, als bei ber Benutung gur Solzzucht, gewährt. Die namlichen Grunde, welche es rathfam machen, fur Golzberechtigungen teine ganbentschäbigung eintreten zu laffen, bie wirthichaftlich am vortheilhaftesten zur Golgzucht zu verwenden ift, finden aber auch auf die Abfindung für Baldweibeberechtigungen Anwendung. Forftland, welches als Weibe hoher zu verwerthen ift, wie zum holzbau, ift im Allgemeinen fehr felten; wo es aber auch vorkommen follte, da wird beffen Abtretung an ben Berechtigten bei ber immer größeren Ausbreitung ber Stallfutterung fur ben Lets= teren feine bauernbe Wirthichafte Berbefferung erzeugen. Unter biefen Umftanben ericeint bie Ginfdrantung ber Lanbabfinbung fur Forftweiheberechtigungen auf solche Grundflude, welche fich als Ader ober Wiese hoher wie zur holzzucht nuten laffen, ebenfalls getechtsertigt. Daffelbe muß aber auch in Betreff ber Berechtisgungen zur Waldgraferei und zum Plaggens, heibes und Bultenhiebe in Forsten gelten, ba zwischen diesen Servituten und der Waldweide fein Unterschied obwaltet, welcher auf die Beurtheilung der Angemeffenheit der Absindungsmittel von Einfluß sein könnte.

Außerdem können nach der Gem. Th. D. und dem gegenwärtigen Geset; Ents wurse als Forstservituten nur noch die Mastgerechtigkeit und die Berechtigung zum harzscharren Gegenstände einer selbstständigen Auseinandersetzung bilden; bei dies sen Servituten bedarf es jedoch keiner Bestimmung über die Beschaffenheit der Landentschädigung, da für dieselben nach S. 117. der Gem. Th. D. und nach Art 5. des vorliegenden Entw. überhaupt keine Landabsindung zu gewähren ist.

Einer Bereinigung ber Partheien, welche ber Bestimmung bes Art. 10. zus widerlauft, foll übrigens kein hinderniß in den Weg gelegt werden, weil das Landes Kultur Interese, aus welchem die Vorschrift wesentlich hervorgegangen ist, bennoch nicht vollständig geschützt, sondern durch nicht zu verhindernde freiwillige

Dismembrationen von Forften vereitelt werben fann.

B. Die Kommission ber II. Kammer beantragte die unveranberte Annahme des Art. 10., indem sie sich in ihrem Berichte folgendermaaßen außerte:

Bu bem Art. 10. wurden mehrere Verbefferungsvorschläge gemacht und zwar wurde beantragt:

1) Im Alin. 1. bes Entw. hinter ben Worten "wenn baffelbe" einzuschalsten: "zur forstmäßigen Benutung ober",

2) die Worte:

"und in dieser Eigenschaft nachhaltig einen höhern Ertrag, als burch bie Benutung zur holzzucht zu gewähren vermag" zu ftreichen.

3) hinter dem Worte "verbleiben" die Worte einzuschalten: "in diesem lettern Falle."

4) 3m Alin. 3. bie Allegation bes S. 127. ftreichen.

Ferner im Alin. 1. statt ber Worte "wenn baffelbe" bis "vermag" zu seben;

"Wenn baffelbe entweder zur Benutung als Acker ober Biese geeignet ift, ober die ben einzelnen Berechtigten zu gewährende Entschädigung einen so erheblichen Umfang hat, daß eine forstmäßige Benutung des abgetretenen Landes erfolgen kann."

Enblich wurde unter allgemeiner Aufrechthaltung bes im S. 127. ber Gem.

Th. D. enthaltenen Grundsates ein Busat in folgender Art verlangt:

"Die Absindungen in Forstgrundstücken sind jedoch auf diejenigen Fälle zu beschränken, wo sich die Berechtigten verpstichten, dieselben forstmäßig zu benuten und wo eine derartige nachhaltige Benupungsart den lokalen Berhältnissen entsprechend, nach dem Gutachten Sachverständiger mögslich ist."

Sammtliche Antragsteller gingen bei ihren Borschlägen von der Ansicht aus: daß bei sehr bedeutenden und umfangreichen Holzberechtigungen Land das angemeffenste Absindungsmittel sei, wenn sich dasselbe auch nicht zu Acker ober Wiese, sondern nur zur forstlichen Benuhung eigne, und daher nicht ausreichende Gründe vorlägen, die dieser Ansicht entsprechenden Bestimsmungen des S. 127. der Gem. Th. D. auszuheben. —

Es könne zwar nicht in Abrede gestellt werben, daß die Ansichten der Sachs verständigen darüber, unter welchen Berhältnissen und bei welcher Ausbehnung ein Stück Land zur sorstmäßigen Holznutzung geschickt sei, der Natur der Sache nach sehr schwankend wären, ja daß darüber eigentlich gar keine gleichmäßigen Grundssätze zu erlangen sind, und daher auch die disherige dessallsige gesetliche Bestimmung bei Aussührung der Absindungen für Forstberechtizungen in der Regel uns berücksichtigt geblieben wären. —

Eben so wenig sei zu leugnen, daß auf Grund ber bisherigen Abfindungsart für Forftberechtigungen viele Falle porgetommen, in welchen die überwiesenen Ab-

•

findungeflachen ohne Rudficht auf ihre weitere forftmäßige Kultur abgeholzt und gum großen Rachtheil ber Lanbesfultur in Sandfteppen umgewandelt werben. —

Indeffen werde hierdurch noch nicht die gangliche Aushebung der betreffenden Bestimmung des S. 127. der Gem. Th. D. gerechtfertigt. Gerade in den bedeustendsten Holgablosungssachen werde häusig bald der Waldeigenthümer bald der Servitutenderechtigte nur eine Landentschädigung geben oder annehmen können. Bei sehr umfangsreichen Absindungen werde der Waldeigenthümer, wenn er Rente geben solle, da diese auch von dem Empfanger gekündigt werden durse, in die größte Berlegenheit wegen Beschaffung des Ablösungskapitals gerathen und in eine micht minder üble Lage komme der Servitutsberechtigte, dem es öster unmöglich werden durste sich den Ausfall an Holz nachhaltig anderweitig für die ihm übers wiesene Kente zu verschaffen. Schon deshalb erscheine es dringend wünschensswerth, daß bei Ablösung der Holzberechtigungen die Möglichkeit der Landabsindung auch für den Fall nicht ausgeschlossen bleibe, wenn sich diese nicht zu Acker ober Wiese eignet.

Dies werbe durch die Annahme der gemachten Berbesserungsvorschlage erreicht, und wenn bei denselben allerdings der Begriff der forstmäßigen Benutung der Abfindungsstächen festgehalten werde, so werde doch auch dieser Begriff in jedem

gegebenen Falle fich wohl naber bestimmen laffen. -

Bei der Beurtheilung der forstmäßigen Benutzung könne es nämlich nicht gerade auf die Möglichkeit des Holzertrages an sich, sondern besonders werde es auch darauf ankommmen, ob der Besitzer der Absindungsparzelle nach den in der Gegend obwaltenden Verhältnissen geeignet und geneigt sein würde, die Parzelle nachhaltig forstmäßig zu benutzen, und ob er mit Rücksicht auf den nothwendigen Forstschutz nachhaltig denselben Ertrag aus der Holznutzung der Absindungsparzelle zu hossen habe, den sie in ihrem frühern Zusammenhange mit dem ganzen Walde gewährte. —

Wenn biese Gesichtspunkte festgehalten wurden, so burfte es in ben einzelnen Fallen Sachverständigen nicht so schwierig werben, ein bestimmtes Urtheil barüber abzugeben, ob eine Abstudung in Land zur forstmäßigen Benutzung geeig-

net fei. -

Endlich könnten aber auch ben vorgekommenen Beispielen von unwirthschafts lichen und kulturwidrigen Behandlungen der aus Forstgrund bestehenden Absins dungsstächen, eben so viele und noch mehrere Fälle, in welchen die frühern Servistutsberechtigten ihre erhaltenen Forstgrundstücke tüchtig und wirthschaftlich kultivirten, entgegen gesetzt werden. —

Aus allen diesen Gründen empfehle sich ein Zusatz zu dem Art. 10., mittelst welches eine Absindung durch Forstboden, wenn sich derselbe auch nicht zu Acker ober Wiese eigne, für zulässig erachtet und sonach die dahin einschlagende Bestim-

mung bes S. 127. ber Gem. Th. D. nicht aufgehoben werbe. -

Auf der andern Seite wurde jedoch diesen Gründen gegenüber ausgeführt: daß nach allen bisher darüber gemachten Ersahrungen mit wenigen Ausenahmen es dem Interesse der allgemeinen Landes-Kultur, der Erhaltung der Forsten und in den allermeisten Fällen auch dem der Forstservitutberechstigten wesentlich entspräche, wenn eine Landentschädigung für Forstservituten nur dann gegeben und angenommen werden dürfe, wenn dieselbe sich zur Benutung als Acker oder Wiese eignet, und in dieser Eigenschaft nachhaltig einen höhern Ertrag, als durch die Benutung zur Holzzucht gewährt. —

Wodurch, wie auch der Art. 10. bestimme, für besondere Ausnahmefälle eine anders weitige Einigung der Betheiligten nicht ausgeschlossen werde, die dann auch immer vorausgesetzt werden dürse, wo die Gesammtabsindung so bedeutend sei, daß sie nur durch ein großes Kapital oder einen dem entsprechenden Theil des belasteten

Forftes mit ben barauf befindlichen Golzbeständen gewährt werben tonne.

In der überwiegendsten Bahl der Fälle würden aber da, wo eine Absindung durch tand, welches sich nicht zu Acer oder Wiese eignet, auch wie disher dann noch angenommen werden müßte, wenn durch sachverkandiges Gutachten sestigestellt worden, es eigne sich zu forstmäßiger Benutung, alle die Nachtheile für den Berrechtigten sortbauern, welche die Motive des Gesehentwurss zu diesem Artikel übers zeugend hervorheben, und eben dassenige, was von der entgegengesetzte Seite zur

Feststellung bes Begriffe: "einer forftmäßigen Benutung" für nothwenbig erachtet worben, zeige recht beutlich, wie febr gefahrlich es fur bie Berechtigten fein wurde, bie Bestimmung ber Abfindungsart von fo allgemeinen und ichwantens ben Ansichten abhängig zu machen. Es konne keinem Bebenken unterliegen, baß bei einer richtigen Feststellung bes Werthe ber Forstfervitutberechtigungen, welche nach den Bestimmungen des Art. 9. nunmehr keinem 3weifel mehr unterliegen könnten, die Berechtigten durch eine jahrliche feste Gelbentschädigung in den Stand geset murben, fich ben Ersat für diese Berechtigungen nachhaltig und ficherer zu verschaffen, als wenn fie bafur ein Stud Forftland, welches fich nach ber Meinung von Sachverständigen gur forstmäßigen Benugung eigne, bennoch aber nicht in bie übrigen wirthschaftlichen Berhaltniffe ber Empfanger paffe, erhielten, und fich burch beffen forstmäßige Bewirthschaftung bie ihnen sonst ganz sichere jahrliche Gelbrente erft burch einen für sie immer unfichern forstmäßigen Wirthschaftsbetrieb verschaffen sollten.

Ganz anders stelle sich bas Berhaltnis ba heraus, wo eine Absindung durch Land, welches fich zu einer vortheilhaften Benutung als Acer ober Biefe eigene, gewährt werden könne, diese sei unter allen Umftanden einer Absindung durch Rapis tal ober Rente vorzuziehen, durch sie werde wirklich bas Interesse der Boden-Rultur ohne Nachtheil auf andern Seiten, befördert, die Bestimmungen des Art. 10. waren sonach als ein wirkliches Beforderungsmittel ber allgemeinen Landes-Rultur zu betrachten und mahrten im Großen und Ganzen bas Intereffe aller Betheiligten. Es wurden sonach alle gestellten Bufape zu biesem Art. abgelehnt und bie Kom. entschied fich für die unveranderte Beibehaltung beffelben.

Die II. Rammer trat zwar dem Antrage auf Annahme bes Art. 10. bei, beschloß jedoch die Annahme zweier Bufage, nämlich:

a) am Schluffe des Alin. 1. hinzuzufügen:

Für Dienstbarkeiterechte zum Mitgenuß bes Holzes und zum Streuholen ift jeboch ber belaftete Grundbefiger befugt, die Entschädigung ber Berechtigten in auch nur zur Golzzucht geeignetem gande mit Anrechnung ber barauf befinds lichen Golzbestände zu gewähren. In diesem Falle muß aber die Abfindung minbestens einen Umfang von 30 Morgen haben. 1)

- b) das jezige Alin. 4. einzuschalten 2). (Stenogr. Ber. ber II. R. 1848. Bb. 3. S. 1609-1610.)
- Die Rommission ber I. Rammer beantragte, den Art. 10. mit folgenden Abweichungen von den Beschluffen der II. Kammer anzunehmen:
 - a) den letten Sat des Alin. 1. folgendergestalt zu fassen:

Die darauf befindlichen Holzbestände verbleiben dem Forsteigenthumer. muß dieselben vor der Uebergabe des Landes, im Mangel einer Ginigung, nach ber Bestimmung ber Auseindersehungs-Behörde auf einmal, ober binnen einer Frift, welche brei Jahre nicht übersteigen barf, abraumen.

Bis zur vollständigen Abräumung und Uebergabe des Entschädigungs-Landes hat der Forsteigenihümer eine dem Ertragswerth der noch nicht abgetretenen Fläche

entsprechende Geldrente bem Berechtigten zu gahlen.

b) Das Alin. 2. in folgender Faffung anzunehmen:

Für Dienftbarkeitsrechte zum Mitgenuffe bes Holges und zum Streuholen ift jeboch ber belaftete Grundbefiger befugt, bie Entschäbigung bes Berechtigten in auch nur zur holzzucht geeignetem bestandenem Forstlande mit Anrechnung ber

1) Diefer Busat wurde auf ben Berbess. Antrag ber Abgeordn. Am : bronn und Gen. (Drucks. Nr. 355.) beschloffen.

²⁾ Dies wurde auf den Berbess. Antrag bes Abgeordn. Gr. v. Arnim (Drucks. Rr. 358. ad I.) beschloffen. Ueber bie abgelehnten Berbeff.=Antrage der Abgeordn. Oppermann und v. Foct jum Art. 10. vergl. bie Rote 1. oben **5.** 106—107.

barauf befindlichen Golzbestände zu gewähren, wenn lettere zu einer nachhaltisgen forstmäßigen Benutzung geeignet find. In diesem Falle muß aber die Absinsdungs-Fläche, wenn sie einen nur zur Sochwaldwirthschaft geeignesten Golzbestand enthält, mindestens einen Umfang von 30 Morgen haben.

Der Bericht der Kommission motivirt dies in folgender Art:

Im Art. 10. ist nach ber Ansicht ber Kom. im Allgemeinen einem fühlbaren praktischen Bedürfnisse genügt, indem in demselben als Hauptgrundsat angenommen ist, daß eine Enischäbigung durch Land nur dann zu geben und anzunehmen sei, wenn dasselbe zur Benutung als Acer ober Wiese geeignet ist, während das lette in der II. R. zugefügte Alin. eine durch sich selbst gerechtsertigte Ausnahme von dieser Regel enthält. Nur sehlt in dem Alin. 1. eine vorsorgliche Bestimmung sür den zweckmäßigen Uebergang und in dem Alin. 2. eine Fassung, welche den eigentslichen Zweck der Ausnahme, nämlich die Bewahrung von eigentlichen Waldbestäns den und die Beschränkung auf solche Grundstücke, die sich nachhaltig zur Forstskaltur eignen, sichert.

Um diesem Uebelstande abzuhelfen, trägt die Kom. barauf an, die von ihr

vorgeschlagenen (obigen) Abanderungen zu genehmigen.

Die I. Kammer beschloß bie Genehmigung der Antrage der Kommission, jedoch mit der Modifikation, daß im Alin. 1. die Worte: "auf einmal oder" wegzulaffen 1) (Steuogr. Ber. der I. R. 1848 Bb. 5. S. 2682).

D. Die Kommission der II. Kammer empfahl nunmehr, den von der I. Kammer beschlossenen Abanderungen beizutreten, indem sie sich dahin aussprach, daß diese Aenderungen für wirkliche Verbesserungen der Fassung zu erachten seien.

Die II Rammer ift bem beigetreten (Stenogr. Ber. ber II. R. 1838

33b. 5. **6.** 2892 — 2894).

III. Die Borschriften des Art. 10. werden von Wulften in folgender Art aufgefaßt:

A. In Betreff ber Beibes, Grafereis, Plaggens, Beibes und Buls

tenhiebs=Berechtigungen ist:

1) die Absindung nur alsdann in Land zu gewähren, wenn solches zur Benutzung als Acker ober Wiese geeignet ist und in dieser Eigenschaft nachs haltig einen höheren Ertrag, als durch Benutzung zur Holzzucht zu geswähren vermag, und wenn es in wirthschaftlicher Lage (vergl. S. 61. der Gem. Th. D.) überwiesen werden kann; wogegen

2) die Absindung in allen anderen Fällen, also

a) wenn das gand nicht zu Acker ober Biese geeignet ift,

b) wenn es nachhaltig keinen hoheren Ertrag; als burch Benutung zur Holzung gewährt,

c) wenn der Berechtigte bas Land nicht zu bem abgeschätzten Werthe ber

nugen fann,

- d) wenn er die Landentschädigung nicht in wirthschaftlicher Lage erhalten fann,
- e) wenn der Berechtigte durch Rente in den Stand gesetzt wird, sich die abgeloste Rupung zu beschaffen,

burch Rente gewährt werden foll.

B. In Betreff ber Golg= und Streu=Berechtigungen ift:

1) die Abfindung nur alsbann in gand zu gewähren,

a) wenn solches zur Benutung als Acker und Biese geeignet ift, einen

¹⁾ a) Die Streichung dieser Worle wurde auf den Antrag des Abgeordn. v. Rathen beschlossen. (Stenogr. Ber. der I. R. Bb. 5. S. 2681—2683.)

b) Der Berbess. Antrag des Abgeordn. Gr. v. Nork (nicht gedruckt): "im Alin. 1. statt der Worte: "auf einmal oder" die "übersteigen "barf" zu sezen: "binnen einer zur Berwerthung des Holzes "erforderlichen Frist".

wurde abgelehnt. (Stenogr. Ber. a. a. D.)

höhern Ertrag gewährt, und in wirthschaftlicher Lage überwiesen wers ben fann.

b) wenn das vom Belasteten offerirte Forstland mit seinen Bestanden zu einer nachhaltigen forkmäßigen Benutzung geeignet ift und bei hochwaldwirthschaft mindestens einen Umfang von 30 Morgen hat; wogegen

2) bie Abfindung in allen anberen Fallen in Renten zu gewähren

ift, also

a) wenn die Bedingungen sub B. 1. a. und b. nicht vorhanden, und

b) wenn ber Berechtigte burch bie Rente in ben Stand gesett wird, fich bie abgelofte holz- und Streunupung zu verschaffen.

Dabei bemertt Bulften ferner:

hiernach, sowie mit Rudficht auf die Bestimmungen bes Art. 9., ist also nicht nur

a) die dem Belasteten nach S. 86. der Gem. Th. O zuständige Bahl der Ab-

findungsart (Land, Rente ober Rapital) aufgehoben, sondern auch

b) die im S. 127. a. a. D. und im S. 138. ebendas. aufgestellte Regel bei Absindung von Holzberechtigten, resp. bei Absindung von Beideberechtigten wesentlich modisizirt worden. (Bulften, die neuen Agrargesete, S. 294.)

IV. Das Revisions=Kollegium für L. K. S. hatte früher (in dem Erk. v. 18. Okt. 1850) angenommen, daß die Entschädigung für die auf Forsten haftenden Dienstbarkeitsrechte zur Weide, Gräserei, zum Mitzgenuß des Holzes, zum Plaggen=, Heide= und Bültenhieb, von dem Bezrechtigten, auch unter den Voraussetzungen im Art. 10. Abs. 1. und 2. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850, dann nicht in Lande gefordert werden könne, vielmehr in Rente angenommen werden müsse, wenn ihm solche in Land dergestalt nicht gegeben werden kann, daß er es zu dem abgeschätzen Werthe zu nutzen vermag, oder wenn er durch die Rente in den Stand gesetzt wird, sich die Nutzung, welche abgelöst wird, zu verschaffen. (Beitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 3. S. 283 ss.)

Dagegen ift der genannte Gerichtshof späterhin von diesem Grundsate abgewichen und bereits das Prajud. deffelben v. 3. Sept. 1852 spricht fol-

gende Rechissage aus:

Unter Voraussehung ber Bebingungen bes Art. 10. bes Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850 ist für die Aushebung auch von Forstservituten zur Weide, Graserei, Witbenutung des Polzes, zum Streuholen und zum Plaggen und Bultenhiebe,

Land ale Abfindung zu geben und anzunehmen.

Der S. 77. ber Gem. Th. D. begründet nur bann eine Ausnahme von dieser Regel, wenn die Bedingungen des Art. 10. des Ergänz. Ses. v. 2. März 1850 nicht vorhanden sind und die im S. 77. der Gem. Th. D. sub a. und b. aufges führten Bedingungen gleichzeitig zutreffen. (Pras. Samml. des Revis. Kolleg. S. 25. Nr. 10.)

Diese letteren Prinzipien hat der genannte Gerichtshof seitdem sestgehalten und insbesondere in dem Exf. v. 15. Juli 1833 näher entwickelt 1),
welches dieselben dahin präcisirt:

1) Auch für die auf Forften haftenben Dienstbarkeiterechte zum Mitgenuffe

¹⁾ Das alleg. Erk. führt auch aus, daß, mit Rückscht auf Art. 17. des Ergänz. Ses. v. 2. März 1850, die Bestimmungen des Art. 10. desselben, und nicht des S. 127. der Gem. Th. D., auch für die jenigen Auseinandersetzungen zur Anwendung kommen müssen, wo die Provokation bereits vor Publikation des Ges. v. 2. März 1850 angebracht worden, sofern nicht bereits vor diesem Zeitpunkte rechtsbeständige Festsetzungen über die Art der Entschädigung getroffen worden.

bes Golzes muß die Absindung in Land gegeben werden, wenn dergleichen vorshanden, welches als Acker ober Wiese geeignet ist und in dieser Eigenschaft nachs haltig einen höheren Ertrag als durch die Benutung zur Golzzucht zu gewähren vermag.

2) Unter dieser Boraussetzung ist der Servitut-Berechtigte nicht verpstichtet, seine Absindung in Kapital oder Rente anzunehmen, auch wenn er dadurch in den Stand gesetzt wurde, sich die Gegenstände des abzulösenden Rupungsrechts (des

Bolzes) ju verschaffen.

3) Die Boraussehungen für die Rentenentschäbigung der Dienstbarkeits-Berechetigten im §. 77. a. und b. sind nicht disjunktiv, sandern kumulativ aufzusaffen.

Die Grunde dieser Entscheidung führen im Wesentlichen Volgendes aus:

Der Art. 10. des Erganz. Gef. v. 2. Marg 1850 bestimmt, bag in ben Fals len, welche ber S. 77. ber Gem. Th. D. bezeichnet, für bie genannten Bes rechtigungen — b. i. für bie Berechtigung zum Mitgenuffe bes holzes und zum Streuholen — eine Entschäbigung durch Kapital oder Rente zu leis ften und anzunehmen ift. --- Er beläßt es also im Allgemeinen und jedenfalls bezüglich der beiden speziell genannten Forstberechtigungen auf Golz und Streu, für bestimmte, im §. 77. bezeichnete, baber aus ihm zu entnehmende Borausfeguns gen, bei biesen früheren Vorschriften (des §. 77. der Gem. Th. D.) Daher ift festzustellen, was der §. 77. über die Entschädigungsart vorschreibt, und es wird wiederum nur vom §. 77. auf ben Art. 10. aledann hinüberzugehen und babei auf die Motive und Rammerverhandlungen zu diesem neueren Geset insofern naber eins zugehen sein, als die Borschriften des S. 77. der Gem. Th. D. zu 3weifeln über ihre Auslegung Beranluffung geben und jene Motive und Kammerverhandlungen über beffen Berftandniß ein helleres Licht verbreiten möchten, ober als etwa nach Inhalt und Faffung bes Art. 10. in seinen übrigen Bestimmungen, bennoch ber S. 77. durch ihn eine Abanderung oder Modifikation erlitten haben könnte. — Für alle einzelnen Bestimmungen in der Gem. Th. D. ist davon auszugehen, daß es bei beren Erlag barauf abgesehen mar, bem Bedürfniß der erweiterten ganbkuls tur in größerem Maage, ale es burch bie fruheren Gefete gefchehen, zu genügen. (Bergl. die Ginl. jur Gem. Th. D.). - Der unter ben Theilungsgrundfagen vorfommenbe §. 77. ber Gem. Th. D. bestimmt nun:

"Eine Entschäbigung in Rente muß bann angenommen werben, wenn

a) einem Dienstbarkeits:Berechtigten eine Entschäbigung in Land bergestalt nicht gegeben werden kann, daß er es zu dem abs geschätzten Werthe zu nuten vermag;

b) wenn er baburch in ben Stand gefest wirb, sich bie

Rutung, die dadurch abgelöst wird, zu verschaffen."

In einer früheren Entscheidung bes Revis. Rolleg. (v. 18. Oft. 1850) ift ans genommen, daß die logische wie die grammatische Interpretation bahin führe, "baß beide Boraussehungen unter a. und b. als zwei völlig getrennte, burchans gesons berte Falle aufzufaffen", also mit ber Wirkung anzuwenden seien, daß Dienstbars keits=Berechtigte jeder Art eine Renteentschäbigung in allen Fällen schon dann annehmen müßten, wenn fie fich nur bas burch bie Ablösung ber Servitut entzos gene Naturalobjekt ihres bisherigen Rugungsrechts für Geld kaufen konnten, wels ches Raufgeld ihnen durch die jahrliche Rente gewährt werde. Es ift damals für Diefe Anslegung angeführt, "baß S. 77. in besonderer Beziehung auf Gervitut-Berechtigte um beswillen eine Ausnahme von ber im S. 66. gegebenen Regel ber Landabfindung aufgestellt habe, damit der belastete Gigenthumer in allen Fallen por ben möglichen Rachtheilen ber Ablösung geschützt werbe"; ferner: bag auch ber S. 127. ber Gem. Th. D., welcher unter ben Theilungs : und Abfindungs : Grund : fapen bei Forstheilungen vorkommt, und (gleich wie bies Art. 10. des Gef. v. 2. Marg 1850 ebenfalls thut) auf den §. 77. zurudweift, dabei von den Fallen bes S. 77., also von mehreren, mithin für die bisjunktive Auffaffung ber beiben Boraussetzungen unter a. und b. fprache, beren beibe überdies in getrennten Gagen behandelt, auch burch teine Ronjunktion verbunden seien"; endlich: "bag die Als ternative ber Bestimmung zu b. ichon von selbst eintrate, wenn, wie a. voraussest, Land nicht gegeben werden konne." — Bei einer wiederholten Prufung find jedoch Diese Motive für Die Auslegung bes S. 77. nicht flichhaltig erschienen. - Die Ruck-

sicht auf mögliche Nachtheile, welche, sei es bem einen ober andern Belasteten ober Berechtigten, aus ber Befreiung bes Grund und Bobens an fich kulturschabe licher Dienstbarkeiten entstehen konnten, hat nach ber Natur und Tenbeng ber Gem. Th. D., als eines auf höheren staatswirthschaftlichen Maximen beruhenden, burchs aus allgemeinen gandes-Kultur-Gesetes, in demselben nirgends Geltung gefunden, darin auch, als legislativ entscheibendes Moment, keine Stelle finden können. Eis nem berartigen Erwägungegrunde ftehen zwei leitende und ganz allgemein hinges ftellte Bestimmungen ber Gem. Th. D. felbst unmittelbar entgegen: 1) ber §. 23: "wonach ohne Beweisführung anzunehmen ift, daß jede Gemeinheits-Auseinandersetzung zum Besten ber Landkultur gereiche und ausführbar fei"; 2) ber §. 56.: "wonach jedem Theilnehmer an die Stelle seiner Berechtigung eine angemess fene Entschäbigung gewährt werben muß", wobei so wenig, wie bei Beststellung des Begriffs der Gemeinheits-Aufhebung im S. 2., irgend ein Unterschied bezüglich des Grundes und Rechtsverhaltniffes, auf welchem die Theilnahme beruht, ob nams lich auf einem Eigenthums:, Miteigenthums: ober Dienstbarkeitsrechte, gemacht wors ben ift. — Dem Mangel eines konjunktiven Berbindungswortes zwischen ben beis ben Sagen a. und b. im S. 77. und ber auf diese Faffung gegründeten Folgerung für die alternative Auffassung beider Boraussehungen, steht der gleicherweise bes merkbare Mangel eines bissunktiven Verbindungswortes und die deswegen vielmehr ben Vorzug verdienende Ansicht gegenüber, daß beide Voraussehungen, weil es an ihrer Disjunktion fehlt, daher nur kumulativ aufzufaffen find. Ebensowenig kann der Redaktion des S. 127. der Gem. Th. D., wie der des Art. 10. des Erg. Gef., wo bei ber Jurudweisung auf §. 77. von "ben Fallen" beffelben bie Rebe ift, eine entscheidende Bedeutung beigelegt werden, da hierunter ebensowohl die vers schiebenen, nach ben Boraussepungen bes §. 77. zu entscheibenden, einzelnen ftreis tigen Falle verstanden werden konnen. — Wenn endlich für die bisjunktive Auffaffung ber Sate zu a. und b. im S. 77. bemerkt worben, daß beim Borhandenfein der Boraussehung zu a. die zweite Boraussehung zu b. von selbst eintrete, mithin die getrennte Anwendung der letteren, ohne kumulative Verbindung mit der ersteren, schon burch bie Natur ber Sache gegeben sei, - so wurde eine solche Debuktion viel zu weit und von ihrem eigenen Ziele abführen. Denn fie läßt bie Frage unbeantwortet: welche Entschädigungsart denn alsbann eintreten folle, wenn der Dienstbarkeits : Berechtigte zwar bie Landentschädigung nicht zum abgeschätten Werthe benuten konnte, dabei aber nach ben Lokalverhaltniffen auch ferner nicht im Stande ist, das ihm durch die Ablösung entgehende Natural=Objekt seiner bis= herigen Rutungsbefugniß sich anderweit für Geld zu beschaffen. Die Deduktion ftellt fich auch nicht, wie fie es will, auf ben Standpunkt ber Berucksichtigung bes Intereffes bes Belafteten, fondern vertritt infofern bas Intereffe bes Berechtigten, als ste seiner eigenen Entscheidung vorgreift, ob er bie Landentschäbigung gum abgeschätten Werthe benuten konne. — hieraus ergiebt fich, bag ber S. 77. einen ganz andern Sinn und Zusammenhang hat, als ben, Falle aufzustellen, in denen ber Berechtigte im Interesse bes Belasteten Rente annehmen muß. Er ents halt Borschriften für die Anlegung des Auseinandersetzungs-Plans; diese aber wird an sich und im Allgemeinen von Amtswegen bewirft und es gehört bessen Aufstels lung zu den offiziellen Obliegenheiten ber Behörden und Theilungs : Rommiffarien. Offenbar ift nun ber S, 77. auf folde besonders schwierigen Falle berechnet, in bes nen die Mittel zur Absindung der Dienstbarkeits = Berechtigten nach den obwaltens ben Umftanden besonders beschranft find, die Gemeinheitsaufhebung aber boch jum Austrag gebracht und beshalb ein Plan aufgestellt werben muß. Bon biefer Seite betrachtet, entspricht §. 77. nur ben vorausgegangenen allgemeinen Abfinbungs= Pringipien, welche, um bas im S. 56. vorgestedte Biel "einer angemeffenen, ber ausschließlichen und freien Berfügung anheimfallenben Entschäbigung jebes einzelnen Theilnehmers" zu erreichen, im S. 60. Die verschiedenartigen Abs findungsmittel von Land, Rente, Naturalleistungen und Kapital neben einander stellen und bemnachst in ben folgenden Baragraphen, mit benen S. 77. gusammen= hangt, ju benen aber auch noch die §§. 78-82. mitgehoren, über beren Bermens bung nahere Anweisung geben. - Greift somit weber bie grammatische, noch eine folde logische Auslegung bes S. 77., welche fich lediglich an biejenigen einzelnen \$5., in benen §. 77. fpeziell allegirt ift, und einseitig in bas Berhaltnig ber Boraussetzung b. zu ber unter a. anschließt, für bie Behauptung Plat, "bag ber Dienfibarfeite Berechtigte fich in bem Falle gu b. ftete feine Entichabigung burch

Rente gefallen laffen muffe", so führt obige Betrachtung bes §. 77. im Busams menhange mit ben vorausgebenben und hinterher folgenben Bestimmungen über bie verschiedenen, dem Auseinandersetzungs-Plane fich darbietenden und dazu verwendbaren Mittel und Arten einer angemeffenen Abfindung für bie zur Theilungsmaffe eingeworfenen Rechte, zu ber Anficht : "baß auch in Betreff ber Dienstbarkeits-Berechtigten, die allgemeine Regel des S. 66.: ""wonach jeder Theilnehmer burch Land abgefunden werden muß"", burch ben S. 77. nicht aufgehoben ift, daß viels mehr auch ber Servitut Berechtigte eine Landentschädigung zu erhalten hat, wenn ihm eine folche, die er selbst zum abgeschätzten Werthe zu nuten vermag, zufolge ber örtlichen Berhaltniffe, aus ber Theilungsmaffe überhaupt gewährt werben fann. Dazu fommt, bag S. 108., ber nur fur Forfitheilungen gegeben ift, bei benen in ben folgenden SS. hauptfächlich gerade von Dienstbarkeits = Rechten auf Holz, Weibe, Mast, Streu und Plaggenhieb die Rede ist, ausbrücklich vorschreibt: "daß bie vorstehenden allgemeinen (Absindungs-) Grundsäte ber Regel nach auch bei ber Aufhebung ber Gemeinheit in Forsten Anwenbung finden". Dag aber unter biefer Regel auch bie Borfchrift bes §. 66. in Ans wendung auf Forst-Servituten begriffen ift, ergiebt sich ferner unzweideutig baraus, bağ in ben, bem §. 108. folgenden §. nur zwei Ausnahmen hiervon, nam= lich im §. 117. und in §§. 128. und 129. gemacht find, bort wegen ber Daftungse Berechtigten (die nur eine Entschädigung in Rente verlangen können), hier wegen bes auf Medern, Wiesen und Weiberevieren aufschlagenben Gols ges, (wofür ein Procent des abzuschätzenden Werths zu erlegen ift); und daß biefe beiden Ausnahmefalle, beren es bei ber entgegengesesten Auslegung bes S. 77. gerade am wenigsten bedurft hatte, bennoch aber ausbrucklich und speziell bestimmt wurden, während andererseits ber §. 127. (worin §. 77. allegirt ift) bes züglich ber Holzberechtigungen und ebenso ber S. 138. bezüglich ber Weibeberech= tigten — sonach in Betreff ber überwiegend wichtigsten und häufigsten Servituten, - die Regel wegen ber Absindung in Land wiederholen und in beiden hauptsache lich nur über bie Art und Weise ber Anrechnung besondere Borschriften gegeben wurden. Dabei bestimmte nur §. 127. (ber jest, gleich dem §. 138., burch Art. 10. des Gef. v. 2. Marg 1850 aufgehoben ift) im Allgemeinen über diejenige Qualifitation einer Landabfindung, von welcher bie Gewährung einer folchen übers haupt abhängig sein, indem entgegengesetten Falls Rente angenommen werben follte.

Zwar ist nun im S. 127. beigefügt: "Außer biesen Fällen und überhaupt in ben Fallen bes §. 77. ift ber Berechtigte bie Entschäbigung in Rente anzunehmen verpflichtet." Sollte jedoch hierunter eine Bestimmung bes Inhalts zu verftehen fein: "bag ber Berechtigte ftets Rente und ichon alsbann nehmen muffe, wenn er sich nur für Gelb bie Nutung, worauf sein Servitutrecht gerichtet gewesen und welche durch Rente abgeloft wurde, verschaffen konnte," so mußten biefe Bestimmungen ber §§. 108. ff., welche gerabe von Forsttheilungen refp. ber Ablösung von Walbservituten handeln, in fich felbft burdaus widerspres denb erscheinen, indem fie auf ber einen Seite die Berbindlichkeit Rente anzunehmen speziell und ausdrücklich nur auf ben §. 117. und ben §. 128., — auf zwei meist fehr untergeordnete Dienstbarkeiterechte - beschränken, bagegen auf ber ans bern Seite bei ben übrigen ungleich häusigeren und wichtigeren Forftservituten bie Gemährung einer Landentschäbigung als Regel vorausseten und vorschreiben. wurde sich die legislativ und im Speziellen als Ausnahme behandelte Renteabsins bung in ber Praxis zur Regel gestalten und es mare biefer in die Augen springende Wiberspruch zwischen ber Theorie des Gesetzes und seinen praktischen Erfolgen fogar in einem und bemfelben S. 127. enthalten. Denn nicht bloß bie Daft kann durch ben Ankauf anderen Futters, sondern es kann ebensowohl Brenn= und Bauholz burch Beschaffung anderen Feuerungs: und Bau-Materials, ebenso Streu burch andere Dungmittel, fammtlich zulett boch für Gelb beschafft und fo anderweit erfest werben. Bon biesem Wiberspruch ift jedoch bas Gefet frei, sobalb man ben S. 77. fo, wie bies oben erörtert worben, versteht und anwendet.

Allerdings hat sich an den S. 77. die gedachte Kontroverse angeschlossen; wie sich benn auch an den S. 138. die Kontroverse über die Anrechnung der Landabs sindung für Weide: Berechtigungen anknüpfte: ob Grund und Boden stets nur als hütung, ober bei ihrer Qualisitation als Acker und Wiesen, nach diesem in der Regel viel höheren Ruhungsertrage zu veranschlagen sei? so daß hiernach, bei

Bergleichung des §. 138. mit §. 127. — sobald man sich in wörtlicher Anwens bung des §. 138. für die erste Alternative erklärte, während nach §. 127. bei der Landabsindung für eine Holzberechtigung, darauf, daß sie zur vortheilhaften Besnutzung als Acker oder Wiese geeigenschaftet sei, gerückschtiget wurde, — auch eine wesentliche Differenz im Absindungsprinzip hervortreten mußte.

Die Beseitigung dieser Kontroversen ist nun Aufgabe und Gegenstand des Art. 10. des Ges. v. 2. Marz 1850, indem durch ihn die §§. 127. u. 138. aufsgehoben und andere Bestimmungen an deren Stelle gesetzt werden. Demnächst aber verbreitet der Art. 10. nebst den Motiven und Kammerverhandlungen über bensselben, zugleich ein helleres Licht über die Auslegung des §. 77. der Gem. Th. D.

Bon ber Bebeutung bes funften Absațes, ber mit ben Worten beginnt: "In allen anderen Fällen zc." wie fie in ahnlicher Faffung im S. 127. ber Gem. Th. D. vorkamen, gilt zunächst alles bas, was hierüber und über ben §. 77. selbst bemerkt ift, ba bas Gef. v. 2. Marz 1850 in dieser Beziehung feine ausbrudliche 206: anderung ber Gem. Th. D. enthalt und fich im Allgemeinen, zufolge seiner Uebers schrift, nur als eine Erganzung ber Gem. Th. D. ankundigt. Nun geht jeboch aus bem Art. 10. und namentlich aus beffen erftem und brittem Abfat flar hervor, daß bei biefer neuesten Erganzung der Gem. Th. D. einestheils als Regel die Landabsindung auch für bloße Dienstbarkeiterechte betrachtet und festgehalten und anderentheils für die Bestimmung und Anrechnung ber Landabsindung nur die Rücksicht auf das allgemeine Interesse ber Beförderung der Landeskultur leitend gewesen ift. Pauptsachlich vermöge bieses in bem neuen Gesetz noch viel scharfer ausgeprägten Gestchtspunktes, worauf besonders bezüglich ber Entschädigungsart in Land ober Rente das allein entscheibende Motiv beruht, tragt biefes neuere Gefes als eine beklaratorische Bestimmung wegen der Absindungsprinzipien ber Gem. Th. D. und unter biefen auch bes §. 77., wefentlich zum richtigen Berftanbniß auch bes letteren bei. — Jeder anderweiten, von den Anweisungen des Art. 10. über bie Entschäbigungeart abweichenden Einigung ber Betheiligten will Art. 10. nicht vorgreifen. Abgesehen indeg von einer solchen Einigung, ftellt ber erfte Sat bes Art. 10., gang vom Standpunfte des Landesfultur : Intereffes ausgehend, für alle Forstberechtigungen (mit Ausnahme ber Daft, cfr. §. 117. Gem. Th. D. und ber S. 128. das. gedachten Rutung einzeln aufgewachsener Ackerhölzer, welche lettere eigentlich keine Balbservitut ift, und etwa bes Barzscharrens,) ", für bie auf ben Forften haftenben Dienstbarkeiterechte gur Beibe, gur Graferei, gum Ditgenuß des Holzes, zum Streuholen und zum Plaggen :, Beibe : und Bultenhieb;"" das allgemeine Prinzip an die Spipe: "daß eine Entschädigung in Land zu geben und anzunehmen ift, wenn baffelbe als Ader ober Biefe ges eignet ift, und in biefer Eigenschaft nachhaltig einen höheren Ertrag als burch die Benuhung zur Golzzucht zu gewähren vermag", wobei ber sich hieran schließende folgende Sat die Zweifel wegen der Beranschlagung des Grund und Bobens beim haterhalten, (als Abfindung), mitentscheibet, was im §. 127. ber Gem. Th. D. nicht beutlich geschehen und nach S. 138. bas., besondere wegen ber Bestimmung im S. 87., kontrovers war.

Nach Alin. 1. des Art. 10. soll somit landwirthschaftlich kultursähiges Forstsland dem Aders und Wiesendau überwiesen, hingegen der absolute Waldboden für die Holzzucht konservirt, auch verhindert werden, daß zum Nachtheil der Zersplitzterung größerer Forsten und der Holzerzeugung im Ganzen, zu kleine Forst parzellen entständen, welche oft abgeholzt wurden, zwedmäßig nicht wieder zu bewalden wären und sich dann in unnuthare, den angrenzenden Fruchtseldern gesahrbrins gende Sandsteppen verwandelten. Rur solch en kleinen Landabsindungen sollte entgegengetreten werden, welche sich an wirthschaftlich vortheilhafter zur Holzzucht, als zum Aders und Wiesendau zu verwenden sind, die gewöhnlich aber als Forst nicht konservirt werden können, keinesweges aber den Landabsindungen überhaupt, wosern sie sonst nur geeignet sind, durch anderweite landwirthschaftliche und als solche in der Regel weit höhere und vortheilhaftere Benutung, die Kultur und Produktion des Landes im Ganzen zu erweitern und zu erhöhen. (Vergl. die Mostive der Regierung, den Bericht der AgrarsKommission und den Bortrag ihres Resserenten in den Kammerschristen und bei Wulsten: "die neuen Agrars Gesehe S.

287, 290, 291, 292.) Andererseits hat freilich bas erste Alin. bes Art. 10. durch die Bestimmung wegen ber Qualiststation der Landabsindung "als Acker ober Wiese", die Befugnis bes Berechtigten, seine Absindung in Grund und Boden zu verlangen, mehr besichränkt und folgerecht daher die Fälle, in denen sich derselbe mit Rente begnügen muß, vermehrt, dies aber lediglich aus dem Gesichtspunkte des allgemeinen Kultursinteresses, nicht etwa von dem des einseitigen Interesses des Belasteten abhängig gemacht.

Der Kern dieser Vorschrift und der Wendepunkt aller Motive und Debatten barüber, lag lediglich in der Tendenz, es zu verhindern, daß zum Nachtheil der allgemeinen Landeskultur, Grundstücke, die nur zur Holzzucht geeignet, durch die Abtretung an den Verechtigten, ihrer natürlichen und deshalb vortheilhaften Bestimmung entzogen, ganz und gar vom Holzwuchs entblößt und dadurch entwers

thet murben.

Das 3. Alin. giebt nur bem Belasteten bie Befugniß — wider Wils len der Berechtigten und im Mangel der Einigung — solchen Waldboden abzustreten, welcher nur zur Holzzucht geeignet ist; diese Besugniß indeß auch nur für Berechtigungen zum Ritgenusse des Holzes und zum Streuholen, nicht für andere Servitutrechte, überdies noch mit der Beschränfung, daß die Absindung eine nachhaltige forstmäßige Benutung gestattet und bei Hochwaldwirthschaft einen

Umfang von wenigstens 30 Morgen haben muffe.

So ergiebt sich benn auch aus ber Betrachtung bes Art. 10. und seiner Mostive, in benen nirgend eine Spur bavon zu sinden ist, daß Servitutberechtigte uns bedingt Rente schon dann annehmen müßten, wenn sie sich dafür die Nutzung kaus sen könnten, wie es keinesweges in der Absicht der Gesetzebung gelegen hat, die Landabsindung schon dann auszuschließen, wenn eine solche Voraussetzung für sich allein vorliegt, hingegen diese Absindungsart blos alsdann zu gestatten, wenn der Berechtigte zu einem Ersatz seiner Nutzung durch die ihm gewährten Geldmittel nicht im Stande wäre. Ueberall ist vielmehr auch bei der neueren Ergänzung der Gem. Th. D. von der Boraussetzung ausgegangen, daß auch für Servitutarien, namentlich auch für solche in Forsten, Landabsindung die prinzipale Entschädigungssart sei und bleibe, sobald sie nur dem Zweck der Gem. Th. D. als Landeskulturs Gesetz entspricht, d. h. zur Erweiterung und Erhöhung der Produktionen im Ganzen geeignet ist und beiträgt. (Zeischr. des Revis. Kolleg. Bd. 6. S. 439—455.)

V. Da nach Art. 10. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 der Belastete befugt ist, die Entschädigung des Holzberechtigten in auch nur zur Holzzucht geeignetem bestandenem Forstlande, mit Anrechnung der darauf besindlichen Holzbestände, zu gewähren, wenn letztere zu einer nachhaltigen forstmäßigen Benutzung geeignet sind, und außerdem bestimmt ist, daß die Absindungssläche, wenn sie einen nur zur Hochwaldwirthschaft geeigneten Holzbestand enthält, mindestens einen Umfang von 30 Morgen haben müsse, so entsteht die Frage:

welchen Umfang die Entschädigung in Forftland haben muß, welsches einen nur zur Niederwaldwirthschaft geeigneten Golzsbestand enthält?

Bulften bemerkt hierüber:

Meistentheils wird zuvor, da die zur Niederwaldwirthschaft geeigneten Golzer, als Eichen, Buchen, Birfen, Linden, Elsen zc. theils auf lehmigen, theils Bruch: boben gedeihen, und diese Bobenarten sich fast immer zur Benutung als Acer oder Wiese eignen werden, der Belastete nicht darauf versallen, diese Bodenarten nur als zur Golzzucht geeignetes Forstland anzurechnen, thut er es aber dennoch und es kommen Falle vor, in welchen Brücher, die den Hochwasser: und Stauwasser: Ueberschwermungen ausgesetzt oder die nicht zu entwassern und meistens nur nach Frostweiter zugänglich sind, nur als zur Golzzucht geeignetes Forstland anzusprechen und nur zur Niederwaldwirthschaft tauglich sind, so kann es keinem Bedenken untersliegen, anzunehmen, daß der Belastete, der gesehlich ganz allgemein befugt erachtet ist, in Forstland die Absindung zu gewähren, auch in solchen Fällen berechtigt sein muß, dergleichen Forstland zu offeriren.

Es bleibt aledann, ba bas Gefet hiernber keine Bestimmung enthält, nichts

übrig, als burch einen Forftverftanbigen feststellen zu laffen,

a) von welchem Umfange die zur Absindung des Berechtigten nöthige Flache sein muffe und

164 Bon d. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

b) ob solche zur nachhaltigen forstmäßigen Benutzung, mit Rückscht auf bie Holzbestände und die Art ihrer Bewirthschaftung geeignet sei, und banach den Forstland-Absindungsplan event. aber die Entschädigung nach §. 77. der Gem. Th. D. in Rente festzustellen. (Wulsten, die neuen Agrar Gesetze, S. 295.)

VI. Ueber den in Auseinandersetzungen bei Abschätzung des Servitutrechts zum Grunde zu legenden Holzpreis, vergl. das R. des Min. des I., landwirthschaftl. Abth., v. 30. März 1841 1) (Min. Bl. d. i. B. 1841

S. 130 Mr. 194.).

Der in diesem R. ausgesprochene Grundsat kommt noch jetzt zur Answendung, und wenn gleich die Ablös. D. v. 7. Juni 1821, auf welche darin analogisch verwiesen wird, aufgehoben worden, so kann ein solches gleichzeitig erlassenes Gesetz doch noch jetzt zur Interpretation eines andern sortsbestehenden Gesetzs angezogen werden. Zu bemerken ist nur, daß in Königl. Forsten nicht die Holztare, sondern der wirkliche gemeine Preis, also auch unter Rücksicht auf den Lizitationspreis, wenn darauf nicht besondere Umstände augenblicklich eingewirft haben, zum Anhalt dient.

Jum §. 128.

1) Der S. 128. der Gem. Th. D. bestimmt nicht über die Besugniß zur Provokation auf Ablösung des Nutungsrechts wild aufwachsenden Holzes; diese Besugniß ist vielmehr auf die SS. 4—19. a. a. D. zurückzuführen.

So erkannt von dem Revisions-Rollegium für L. R. S. (Datum

der Entscheid. konstirt nicht) (Beitschr. beffelb. Bb. 2. S. 196 - 200).

2) Ueber die Abschähungsgrundsätze für die Fälle bes S. 128., vergl. das R. tes Min. d. J. v. 9. April 1824 2) (Roch's Agrarges., 4.

Aufl. S. 179).

١,

3) In den Motiven zur Gem. Th. D. (Gutachten der Staatsraths-Abtheilungen v. 8. Aug. 1820) ist bevorwortet, daß die Entschädigung für das in Rede stehende Recht nur sehr geringe sein darf, weil der Belastete

den Aufschlag folchen Golzes verhindern konne.

Hegul. Gen. Nr. 1. a. Fol. 5. Bl. 35. ff.) (Dönniges Landes Rult. Gef. Bb. 2. S. 452—453.)

3n §§. 131—139.

(Waldweide-Berechtigungen.)

1) Unter "Waldweide" wird diejenige Weide verstanden, welche auf bestandenem oder unbestandenem Holzgrunde ausgeübt wird.").

2) Die Bestimmungen der SS. 131—137. und des S, 139. der Gem. Th. O. über die Waldweide-Berechtigungen sind durch den Art. 11. des

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 383—384. 2) Bergl. in Bb. I. S. 384—385.

³⁾ Der Werth der Waldweide ist im Allgemeinen geringer, als der der raumen Weide, weil erstere, wegen des nachtheiligen Einstusses der Beschattung durch das Holz auf die darunter wachsenden Gräser, dem Vieh nur eine spärliche, schlechte Nahrung gewährt. Die Menge des Waldweidegrases wird sehr durch die Holzart, unter welcher es wächst, durch das Alter des Holzes, die Bewirthschafztungsweise des Waldes 2c. bedingt. (Vergl. S. 73. der technischen Instrukt. der

Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850 1) auch auf die Berechtigung zur Grafe = rei in Forften für anwendbar erklart worden.

Der Art. 11. des Erganz. Gef. v. 2. März 1850 ist von ben Ram = mern unverändert in der Fassung bes Regier. Entw. angenommen wor=

den, deffen Motive dazu Volgendes bemerken:

Die Ermittelung ber Masse bes mit der Sichel in Forsten zu gewinnenden Grases muß bei der Gleichartigkeit der Verhältnisse nach den nämlichen Regeln bewirkt werden, welche für die Ermittelung der Weidemasse bei der Ablösung von Waldweiderechten in der Gem. Th. D. aufgestellt worden sind.

Die Kommissionen ber Kammern haben sich zu Bemerkungen über den Art. 11. nicht veranlaßt gefunden. (Stenogr. Ber. der II. K. 1843 Bb. 3. S. 1624 und der I. K. Bb. 5. S. 2683)

3) Der S. 138. der Gem. Th. D. ift aufgehoben durch ben Art. 10.

bes Erganz. Gef. v. 2. Marz 1850 2).

Bergl. die Erläut. zum Art. 10. a. a. D. (s. zum S. 127. der Gem. Th. D., oben S. 152.).

4) Bu § §. 131 — 133. und §. 139.

Aus diesen Vorschriften über die Abschätzung der Waldweide (welche nach Art. 11. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 auch auf die Abschätzung der Gräserei=Berechtigungen in Forsten zur Anwendung zu bringen sind) ergiebt sich:

a) daß bei einem mittelmäßigen oder noch besseren Holzbestande die Weide (resp. die Gräserei) so abgeschätzt werden muß, wie sie zur Zeit

der Auseinandersetzung in der Forst befindlich ift. (§. 131.)

b) Ist dagegen die Forst schlecht bestanden, so kann in der Regel nur diejenige Weide = (resp. Graserei=) Nutung abgeschätzt werden, weche bei einem mittelmäßigen Bestande der Forst stattgefunden haben wurde. (§. 132.).

Eben daffelbe findet rucksichtlich des ganz unbestandenen Forstgrundes

Anwendung. (§. 139.)

c) Die ad b. gedachte Regel erleitet indeß bann eine Ausnahme, und die Ablösung muß, wie in dem Falle zu a., nach dem Zustande zur Zeit der Theilung geschehen, wenn der Eigenthümer ber Vorst die Befugniß, die Vorstultur bis zu dem Maaße bes mittelmäßigen Holzbestandes zu treisben, durch Verträge, Verjährung oder Judikate verloren hat. (§. 133.)

Sind die Interessenten in den Fällen zu a. und c. tarüber einig, taß die Forst mittelmäßig oder noch besser bestanden sei, oder sindet der zu c. gedachte Fall statt, bann wird die Weide lediglich so angesprochen, wie sie den Boniteuren nach der Beschaffenheit des Bodens und den vorhandenen Holzarten unter den zu präsumirenden verschiedenen Alterestlassen der Bäume bis zur Haubarkeit derselben nach der Umtriebszeit erscheint. Findet darsüber, ob der Wald mittelmäßig, oder besser als mittelmäßig, oder schlecht bestanden sei, eine Einigung nicht statt, so kann diese Frage nur durch das Gutachten eines Forstverständigen sestzellt werden.

Dagegen bieten sich Schwierigkeiten in dem zu b. gedachten Falle bar, wenn nämlich die Bonitirung der Weide auf dem schlecht oder ganz unsbestandenen Forstgrunde nach einem mittelmäßigen Forstbestande erfolsen muß. Denn der Begriff des mittelmäßigen Bestandes einer Forst ist nach Maaßgabe der Beschaffenheit des Bodens sehr relativ, auch sind die

Gen. : Rom. zu Münster v. 1844, S. 48.) — Bergl. Pfeil, Ablos. ber Balb: Servitut., §§. 14., 15., 54—66.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 330. 2) Bergl. in Bb. I. S. 330.

Boniteurs genöthigt, fich einen nicht vorhandenen Weide= (resp. Gräferei=) Buftand zu benken, mithin eine Sache zu schäßen, welche sie nicht vor Augen haben.

Die Frage, was unter bem mittelmäßigen Holzbestande einer Forst zu verstehen, ist nun zwar vielfach erörtert, jedoch bis jett nicht zu einer

genugenden Entscheidung gebracht.

Die technischen Instruktionen der Auseinandersetzungs-Behörden haben das in ihren resp. Geschäftsbezirken in dieser Beziehung bisher beobachtete Verfahren bargestellt und daran nähere Belehrungen über das in solchen

Fallen zu beobachtende Verfahren gefnupft.

Bergl. hierüber die technischen Instrukt. der landwirthschaftl. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. Marz 1842, §. 21. S. 31 — 34, der Gen. Kom. zu Berlin v. 1838, §. 40. S. 47 — 49, der Gen. Kom. zu Breslau v. 11. Nov. 1845, §. 79. S. 103 — 120, der Gen. Kom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 90. S. 143 — 151, der Gen. Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §. 29. S. 173 sf., der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §. 58. S. 49 — 52 und der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, §§. 74 — 76. S. 48 sf. — Vergl. auch Pfeil, Ablds. der Wald-Servit., §. 62.

5) Zum S. 134.

Ueber die technischen Grundsate bezüglich der Feststellung des nach §. 134. von der nach den §§. 131. sf. ausgemittelten Weide für den Holz-berechtigten resp. den Mastberechtigten abzurechnenden Theile, vergl. die technischen Instrukt. der Gen. Kom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841, §§. 59—61. S. 52—56, der Gen. Kom. zu Münster v. 1844, §. 29. S. 180 sf., der Gen. Kom. zu Breslau v. 11. Nov. 1845, §§. 80. u. 82. S. 120 u. 123, der Gen. Kom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 90. S. 151—153, der Gen. Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840, §. 29. S. 180—182, und der Gen. Kom. zu Berlin v. 1838, §. 40. S. 48.

Bum §. 40.

(Walbstreu-Berechtigung.) 1).

1) Der S. 140., welcher über die Ermittelung des Werthes einer Streuberechtigung disponirt, spricht den Grundsatz aus, daß dieser Werth niemals hober berechnet werden darf, als die Berechtigung bei Beobach-

tung der Forstpolizei-Geset hat benugt werden konnen.

Die betreffenden forstpolizeilichen Vorschriften enthält (für die sechs dstlichen Provinzen) die vorläusige V. v. 5. März 1843 über die Ausübung der Waldstreu-Berechtigung 2) (G. S. 1843 S. 105). Nach dieser (S. 1.) besteht die Waldstreu-Berechtigung in der Besugniß, abgefallenes Laub und Nadeln, sowie dürres Woos zum Unterstreuen unter das Vieh, Be-

2) Bergl. in Bb. I. S. 105.

¹⁾ a) Bergl. S. 25. des Landes-Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 (f. in Bd. I. S. 95) und die Erläut. bazu in Bd. II. Abth. I. S. 102.

b) Das A. E. R. bestimmt barüber nur in Th. I. Tit. 22. S. 221., "baß die Befugniß, Streu zu rechen, unter bem Rechte zum Raff- und Leseholze nicht mitbegriffen sei." Sie muß also besonders erworben worden sein ober burch Provinzialgesetze feststeben.

c) Das Db. Trib. hat (in bem Erk. v. 6. Sept. 1848) angenommen, daß die ehemaligen Domainen-Bauern in der Mark Forstgerechtsame auf Kiehnnadeln und Waldstreu gegen den Fiskus (durch Berjährung) erwerben konnten. (Rechtsk. des Ob. Trib., Bd. 4. S. 331, Nr. 164.)

d) Bergl. Pfeil, Ablds. ber Balb-Servit., §S. 18. u. 19.

hufs ber Bereitung bes Düngers, in dem Walde eines Andern einzusammeln. Nach S. 6. a. a. D. kann zwar die Waldstreu vorübergehend auch zu anderen, ale ben im S. 1. a. a. D. gedachten, wirthschaftlichen Zwecken, z. B. zur Versetzung der Wande der Wohngebaude, zur Bededung der Kartoffelgruben ac., benutt, fie darf aber in ihrer Endbestimmung nur zum Unterftreuen unter bas Bieb verbraucht, auch weder vertauft, noch fonft an Andere überlaffen werden.

Indeß bestimmt der S. 2. a. a. D., daß es da, wo der Umfang und die Art der Ausübung dieser Berechtigung durch Verleihung, Vertrag, richterliche Enticheidung ober bereits vollendete Berjabrung beftimmt feftgestellt worden, hierbei sein Bewenden behalt, so daß also die beschränkenden Borschriften der B. v. 5. Marz 1843 nur da in Anwendung kommen, wo dergleichen besondere Rechtstitel über den Umfang und die Art der

Ausübung ber Berechtigung nicht vorhanden find 1).

Durch solche spezielle Rechtstitel kann mithin eine Streuberechtigung auch zu anderen Zwecken, als zum Unterstreuen unter bas

Bieh begründet fein.

2) Diese bisherigen gesethlichen Borfchriften Betreffs der Streuberechtigungen find bemnachst noch naber bestimmt, beziehungsweise modificirt worden durch den Art. 4. (Min. 2.) des Erganz. Ges. v. 2. März 1850

gur Gem. Th. D. 2), welcher vorschreibt,

daß die SS. 52. u. 54. der Gem. Th. D. auch auf Streuberechtigungen in fremden Forften Anwendung finden follen, wenn fich diefelben auf das Bedürfnig ber Berechtigten beschränken und die Abrechnung der eigenen Düngerbereitungs - und Feuerungsmittel nicht ausdrücklich durch Urkunden, Judikate oder Statuten ausge= schloffen worden ift *), wobei indeß die dem Berechtigten gehörigen Torfläger, welche zur Beit der Anbringung ber Provokation noch nicht aufgebedt find, niemals in Betracht fommen follen.

Rechtsf. Bb. 3. S. 378, Nr. 185.)

Bergl. auch bas Erf. bes Ob. Trib. v. 5. Juni 1847 (Rechtsf. Bb. 1.

6. 222, Nr. 104.).

2) Bergl. in Bb. I. S. 329.

¹⁾ In Bezug hierauf hat bas Db. Trib. folgende Rechtsfaße ausgesprochen: a) Die B. v. 5. Marg 1843 ift als ein Regulativ über ben einstweiligen Befitftand nicht anzusehen, und baher bersenige, welcher ben jungften Befit einer um fangreicheren Ausübung, als die B. in den SS. 3. ff. zuläßt, nachzuweisen vermag, in bemfelben auf sein Berlangen poffefforisch zu schüten.

Ob. Trib. v. J. 1844, Praj. Samml. S. 430, Praj. Nr. 1505.)
b) Bei ber Walbstreuberechtigung bleibt, ber rechtsverjährten Ausübungsart ungeachtet, die Bestimmungen ber Jahreszeiten, ber Reviere und ber Gestalt ber Barten, ben forstpolizeilichen Anordnungen unterworfen. (Erf. bes Db. Trib. v. 24. Febr. 1848, Enisch. Bb. 16. S. 208 u. Praj. Samml. S. 430, Praj. Nr. 2015,

In Betreff ber Anwendung ber Barten hat bas Revisions Rollegium für 2. R. S. in bem (nicht veröffentlichten) Erf. v. 11. Marg 1853 angenommen, baf bie Anwendung eiferner Barten beim Streurechen ale forfts kulturschäblich jeberzeit von dem Walbeigenthumer untersagt werden kann, und bie Erwerbung eines bem entgegenftebenben Rechtes burch Berjahrung nicht flatts findet. (Acta Schleffen G., Ar. 89.)

³⁾ Das hiernach burch ben Art. 4. bes Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850 ges feslich fanttionirte Pringip, bag ber Balbftreu-Berechtigte, beffen Berechtigung auf ben eigenen Bebarf beschränft ift, verpflichtet fein foll, fich barauf, fofern nicht das Gegentheil burch Urfunden, Indifate ober Statuten festgestellt ift, dasjenige Material in Anrechnung bringen zu laffen, welches in bem berechtigten Grunds ftude felbst gewonnen wirb, war bis bahin fireitig. (Bergl. bie Rote 2. jum

Bergl. die Entstehungsgeschichte des Art. 4. des Erganz. Gef. v.

2. Marg 1850 gum S. 31. ber Gem. Th. D. (f. oben S. 63 ff.)

Die (von der Berechtigung zum Plaggen-, Beide- und Baltenhieb hanbelnden) § 5. 52. und 54. der Gem. Th. D., welche somit jest auch auf diejenigen Streuberechtigungen anzuwenden sind, welche sich auf das Bedürfniß des Berechtigten beschränken, bestimmen:

a) taß der Umfang der Berechtigung, in so fern sie zum Zwecke der Düngung statt sindet, bei den mit Aeckern, Wiesen und Garten angessessen Berechtigten nach dem Bedürfnisse der Düngung, in der jeden Orts hergebrachten Bestellungsart, zu bestimmen, wobei jedoch die eigenen Wittel der Düngerzubereitung abzurechnen;

b) daß das Recht, wenn daffelbe die Feuerung bezweckt, seine Bestimmung durch das Bedürfniß an Feuerung erhält, wovon jedoch die

eigenen Feuerungsmittel abzurechnen.

Die hiernach vorgeschriebene Abrechnung der eigenen Düngerbereistungs- und Feuerungsmittel findet indeß bei Streuberechtigungen (nach Art. 4. Alin. 2. des Erganz. Ges.) nicht statt, wenn dieselbe durch Urstunden, Judikate oder Statuten ausgeschlossen ist. 1)

3) Das Revisions-Rollegium für L. K. S. hat in Betreff der Waldstreu-Berechtigungen (in nicht veröffentlichten Entscheidungen) folgende

Grundfate angenommen:

a) Bei einer auf das Bedürfniß zur Düngung seststehenden Streusberechtigung bedarf es nicht des Nachweises, daß für jedes einzelne Pertinenzstück des berechtigten Gutes auch Streu zur Düngung verwandt worsden ist; es ist vielmehr bei der Ermittelung des Bedarssquantums ledigelich auf die wirthschaftlichen Verhältnisse des berechtigten Grundstückes Rücksicht zu nehmen (Erf. v. 11. März 1853, in den Aften Schlessen Ges. Rr. 89.).

b) Der zur Waldstreu Behufs Düngung Berechtigte ist nicht verbunden, die Waldstreu Behufs der Düngerbereitung ausschließlich zur Unterstreu für das Bieh zu benutzen, vielmehr auch befugt, dieselbe durch Bersetzung mit Wist oder Erde in sogen. Brennhausen (Komposthausen) Behufs

ber Düngerbereitung zu verwenden. 2)

Erkannt von dem Revisions = Kollegium für L. K. S. unterm 6. Nov. 1846, da (mit Rücksicht auf S. 52. der Gem. Th. D.) der Streu-bedarf einer Nahrung sich nicht nach derjenigen Quantität richte, welche zum Unterstreuen unter das Bieh, sondern nach derjenigen Wasse, welche zur Düngerbereitung für die Wirthschaft nach der ortsüblichen Bestellungsart

1) Bergl. übrigens die Erlaut. zu \$5. 52 — 55. ber Gem. Th. O., Bus. 4.

sub b. a., oben S. 90.

^{§. 119.} der Gem. Th. D., s. oben S. 151.) Das Ob. Trib. hatte schon früher die jest geseslich festgestellte Verpslichtung des Waldstreu=Verechtigten anerkannt, indem dasselbe (in dem Praj. v. 9. Oft. 1849) ben Rechtssaß ausgesprochen hatte:

[&]quot;Bum Wesen ber Walbstreuberechtigung gehört beren Einschränkung auf "ben Bedarf des berechtigten Grundstückes. Bei Bestimmung des Umfans "ges der Ausübung im verpstichteten Grundstücke muß daher diesenige Streu "in Abzug fommen, welche im berechtigten Grundstücke selbst gewonnen "wird." (Praj. Nr. 2151, Entscheid. Bd. 18. S. 279.)

²⁾ Dies Prajub. betraf einen Fall, wo bereits burch rechtsfraftiges Indisat feststand, das die Strenberechtigten die Berechtigung so weit auszuüben befugt seien, als es ihr Bedarf erfordere. Die Entscheidungsgrunde des Urtels bemerken, daß aus diesem Grunde die beschränkenden Borschriften der B. v. 5. März 1843 über die Ausübung der Waldstreuberechtigung (s. in Bb. I. S. 105), nach dem S. 2. derselben, hier nicht zur Anwendung kommen könnten.

erforderlich ift, und es gleichgültig sei, in welcher Weise diese Bereitung erfolgt, ob durch Einstreuen in die Ställe oder durch Aussehen in Brenn- haufen (Acta Schlessen G., Nr. 30.).

4) Bergl. auch die Erlaut. zu SS. 52 .- 55. ber Gem. Ih. D. (f. oben

6. 89 ff.)

5) Ueber die technischen Grundsätze für die Abschätzung der StreusBerechtigungen, vergl. die technischen Institutt. der landwirthschaftl. Abthl. der Regier. zu Franksurt v. 24. März 1842, SS. 25. S. 38—39 und S. 131. S. 294—297, und der Gen. Kom. zu Berlin v. 1838, S. 45. S. 53, zu Stargard v. 28. Dec. 1841, S. 85. S. 95—97, zu Bresslau v. 11. Nov. 1845, SS. 80.—90. S. 126—131, zu Posen v. 8. Dec. 1840, S. 235—237 und Nachtrag v. 6. Nov. 1847 S. 29—32, zu Stendal v. 29. Sept. 1845, S. 103. S. 183—192, und zu Münster v. 1844, SS. 146. u. 147. S. 94—95. — Vergl. Pseil, Ablös. der Wald-Servit., SS. 69—72.

3n S. 141-163.

(Wirkungen ber Auseinandersetzungen).

Zum §. 141.

In Betreff des Schutzes in der freien Disposition und Benutung bezüglich solcher Grundstücke, die bei einer Gemeinheitstheilung interessitt sind, vergl. das R. des Min. des I., landwirthschaftl. Abth. v. 1. Juni 1841 1) (Nin. Bl. d. i. B. 1841, S. 184 Nr. 281).

3um §. 142.

1) Das Revisions-Kollegium für L. R. S. führt (in dem Erk. v. 12. März 1847) aus, daß der S. 142. der Gem. Th. D. sich auf andere, als die im S. 2. a. a. D. 2) genannten Grundgerechtigkeiten beziehe. Denn der S. 142. würde zurück- und gegenstandslos sein, wenn er nur von solschen Berechtigungen spräche, deren Aushebung schon an sich, ohne diese

Vorschrift, zulässig ift.

Dagegen könne allerdings nicht ohne Weiteres die gleichzeitige Aufhebung aller sonstigen, in §. 2. nicht genannten Grundgerechtigkeiten verlangt werden, sofern nur wegen der im §. 2. gedachten Berechtigungen auf Auseinandersetzung provocirt und das Versahren eingeleitet worden; vielmehr sei dies nur dann statthaft, wenn ohne deren Aushebung der im §. 1.
ausgedrückte Zweck der Auseinandersetzung unerreichbar wäre. Unter dieser Voraussetzung sei der §. 142. insbesondere anwendbar auf die als Grundgerechtigkeit bestehende Besugniß, in gewissen Forstrevieren Seidelbeeren zu sammeln, desgl. Steine, Sand und Lehm nach Belieben oder Bedürsniß überall zu graben, da diese Besugnisse an sich
einer ordentlichen Bewirthschaftung des Waldes, wie des Feldes hinderlich

2) Dazu treten gegenwärtig auch die im Art. 1. bes Ergang. Gef. v.

2. Marg 1850 aufgeführten, für abloebar erflarten, Grundgerechtigkeiten.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 385.

³⁾ In Betreff der Berechtigung zum Sammeln von Beeren und Pilzen hat das Ob. Trib. (in dem nicht veröffentlichten Erk. v. 29. Juni 1848) anges nommen, daß das Sammeln solcher Erzeugnisse in einem fremden Walde, mit Rückscht darauf, daß der Forsteigenthümer in der Regel dergl. Früchte nicht benutzt, im zweifelhaften Falle nur für ein precarium (A. L. R. I. 7. S. 106.) zu erachten sei, und daß daher die Ablösung eines solchen Rechtes nicht beanstragt werden könne. (Acta des Revis. Rolleg. für L. R. S., Schlessen G. Nr. 18.)

seien, wobei indeß allemal in concreto festgestellt werden musse, ob dies

anzunehmen, wobei auch ber §. 99. a. a. D. zu berücksichtigen.

Auch sinde die Berechtigung aus dem S. 142. nur alsdann Anwensdung, wenn es sich unter den obwaltenden örtlichen Verhältnissen als unsthunlich ergebe, die in Rede stehenden Berechtigungen gemäß S. 174. (cfr. A. L. R. I. 22. SS. 29., 80., 81.) auf genau begränzte Theile des belastesten Grundstückes einzuschränken. (Zeitschr. des Revisions-Kollegiums Bd. 2. S. 201—208).

2) Unausgebeckte Kohlenlager können auch in den ehemals zum Königreiche Sachsen gehörigen Landestheilen der Provinz Sachsen, wo die Braunund Steinkohlen nach dem Regulativ v. 29. Nov. 1843 akcessorisches Eigenthum des Grund und Bodens sind, bei der Separation einer Feldmark
nicht berückstiget werden; insosern das Kohlengewinnungsrecht jedoch von
dem bisherigen Eigenthümer des Grundstückes an einen Dritten veräußert
worden ist, bleibt der Anspruch darauf demselben gegen den neuen Besiger
des Grundstückes unverkürzt, diesem dagegen das Recht vorbehalten, von
dem früheren Besiger Entschädigung zu verlangen, in so weit ihm bei der
Ausübung des Kohlengewinnungsrechtes durch den Dritten ein Theil der
Absindung nach dem angerechneten Ertragswerthe der Bodenstäche verloren geht.

Erkannt von dem Revisions-Kollegium für L. K. S. unterm 17. Mai 1850 (Praj. Samml. besselb. S. 21 Nr. 2. und Beitschr. Bd. 3.

S. 86—92).

3) Torfberechtigungen, welche keine Grundgerechtigkeiten, sondern durch Vertrag nur als ein Kontraktsverhältniß auf eine ge-wisse Zeit begründet worden sind, unterliegen nicht der Regulirung nach §. 142. der Gem. Th. O.

Angenommen von dem Min. des I., landwirthschaftl. Abth. in dem R.

v. 4. Aug. 1841 1) (Min. Bl. b. i. B. 1841, S. 237 Mr. 380).

Dieser Grundsat ist unzweiselhaft richtig und nur darauf hinzuweisen, daß die auf wirklichen Dienstbarkeiten beruhenden Torfberechtigungen jest nach Art. 1. Rr. 8. des Erganz. Ges. v. 2. März 1850 selbstständig ablösbar sind.

4) Die Verpstichtung zur Haltung von Saamenvieh (Zuchtbullen, Zuchteber, Schaasbode) war nach §. 37. Nr. 11. A.L. M. II. 7. in der Regel als eine Kommunalverpflichtung zu betrachten, welche daher als solche nach §. 5. der Ablos. D. v. 7. Juni 1821 (vergl. Art. 36. der Dekl. v. 29. Mai 1816, §. 95. der B. v. 20. Juni 1817, §. 63. des Regul. Ges. für Posen v. 8. April 1823) nicht ablösbar war und es auch nach §. 6. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 nicht sein würde. Indeß ist schon vor Erslaß des letzteren Gesetzes, auf Grund des §. 142. der Gem. Th. D., sur die Aushebung des Saamenviehes nur bei Ausübung der gemeinschaftlichen Hünngen erfolgte. 2) Die Ablösung der gedachten Verpslichtung erfolgte nur bei Gelegenheit der Aushebung gemeinschaftlicher Hütungen zwischen den berechtigten (bäuerlichen) Wirthen und dem Verpslichteten (Gutsberrn, Erbschulzen z.), oder bei Gelegenheit der Ablösung von Zehntberechtigungen

1) Bergl. in Bb. I. S. 386.

²⁾ Ueber die in Bezug hierauf zur Anwendung zu bringenden technischen Ablösungs Prinzipien, enthielten die techn. Instr. der landwirthschaftl. Abih. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842, §. 139., S. 803—804, und der Gen. Kom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845, §. 109., S. 201—206 spezielle Anleitungen.

(auf welchen, namentlich im Bergischen, hänfig diese Verpflichtung ruhete). Gegenwärtig hat indeß der §. 57. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 die Verpflichtung zur Erhaltung von Saamenvieh als eine ablösbare Reallast aufgesaßt und die Feststellung von Normalpreisen für deren Ablösung angeordnet. (Vergl. die Erläut. zum §. 57. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 in Bd. II. Abth. I. S. 504—505).

5) Die früher kontroverse Frage: ob die zwangsweise Aushebung der Jagdgerechtigkeit zulässig und der S. 142. der Gem. Th. D. darauf anwendbar sei? 1) ist dadurch antiquirt, daß das G. v. 31. Oft. 1848 2) (G. S. 1848, S. 343) das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ohne

Entschädigung aufgehoben hat.

3um S. 143.

An die Stelle ber im S. 143. in Bezug genommenen Gesetze ift bas Ablosungs-Ges. v. 2. Marz 1850 getreten.

3u §§. 144. und 145.

1) Die SS. 144. und 145. handeln von den Grundsäten ber Ablösung bes horbenschlages oder Pferchrechtes.

Bur Erlauterung Diefer Borfchriften ift folgendes ju bemerten:

Bei ausgebehnten und entfernten Weiden pflegen die Schaafheerden auf dem Felde zu übernachten, theils um den Weg zu ersparen, theils um den Acker zu düngen. Daß jeder Eigenthümer einer Schaafheerde in Bestreff seines eigenen Grund und Bodens beliebige Anordnungen in dieser Beziehung zu treffen berechtigt ist, folgt aus der Besugniß des Eigenthümers, in so weit nicht Verbotsgesese entgegenstehen. Denn aber das Lager auf frem dem Grund und Boden gehalten werden soll, so setzt dies ein Recht oder eine Verbindlichkeit. dazu voraus, welches Hordenschlag (Hördelager) oder Pferchrecht. genannt wird. Rimmt der Eigenthümer der Schaasheerde dies Recht auf fremdem Grund

¹⁾ Das R. des Min. des J. u. d. P. v. 8. Juli 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 318, Nr. 573.) hatte die Frage verneint.

²⁾ Vergl. das Rähere in dieser Beziehung in v. Rönne's Domainens, Forstsund Jagdwesen (Thl. IX. Abih. 1. des Werkes, S. 905 — 908), und in histosrischer Beziehung ebendas. S. 891—905.

³⁾ Ein solches enthielt ber §. 21. Kap. 35. ber Magbeburger Polizei-D. v. 3. Jan. 1688, welcher ben Bauern untersagte, auf ihren eigenen Neckern Horbensschlag zu halten und mit ihrer Schaasheerbe zu lagern, welches Verbot indeß durch bas G. v. 22. Juni 1830 (G. S. 1830, G. 109) aufgehoben worden ist. (Bergl. 3ms. 2. sub s. zum §. 1. des Land. Kult. Ed. v. 14. Sept. 1811, s. in Bd. II. Abth. I. S. 85.)

⁴⁾ Das Recht und bie Berbinblichfeit fiehen hier in einer Ranfals Berbinbung; es ift ein wesentliches Recht bes belafteten Grundeigenthumers.

⁵⁾ Bergl. Stryck, do juro cratium. Halao 1770., Hagemann's Landswirthschaftsrecht, §§. 316. st. v. Benefendorf, oeconom. sor. Bb. 8. Haupist. 12., Klingner's Samml. Th. 2. S. 107 st., Westphal, Dentsch. Priv. R. Th. 1. S. 318. — Cichhorp, (Dentsch. Briv. R. §. 180.), bemerkt: "Dem (zur Schäsereigerechtigkeit) Berechtigten steht in allen Fällen das Pferchrecht (ber Horbenschlag), als Folge des Eigenthums an den Schaasen, in Rückscht seiner Grundstücke zu. Es kann aber auch als Servitut vorkommen, wo dann das Grundsstück, welches mit dem Hordenschlag belegt werden muß, das herrschende ist." — Bergl. auch Koch's Lehrb. des Preuß. Privatrechts, Bb. 1. S. 553, §. 347. und LandsRecht, Bb. 2. S. 1063, Anm. 89.

und Boden in Anspruch, so ift ber lettere bas praedium serviens, und es besteht alsdann der Vortheil darin, daß die Schaafe den Weg sparen und langere Beit auf der Weide bleiben konnen. Dies Recht ift fein Ausfluß ber Schäfereigerechtigfeit, sondern muß besonders erworben merden. 1) - In der Regel kommt jedoch bas Pferchrecht, wegen des damit für ben Eigenthumer bes mit ber Schaafhutung belafteten Feldes verbundenen Nugens (ber Dungung), als eine Berbindlichkeit bes Eigenthumers ber Schaafheerde vor, insbesondere wird es aus diesem Gesichtspunkte im A. L. R. I. 22. S. 157. aufgefaßt, welcher bestimmt, daß da, wo der Gordenschlag üblich ift, in der Regel den zur Schaafhutung berechtigten Unterthanen der Bortheil davon, nach Berhältniß ihrer Schanfe, nicht verfagt werben fann. Die Berechtigung hierzu haben häufig diejenigen Grundbesitzer, welche die Schaafhutung auf ihren Velbern bulben muffen. 2) Berschieden hiervon ift aber der Fall, mo die Dorfbewohner ihre Schaafe in die Heerde bes Schäfereiherrn aufnehmen laffen muffen; hat Diefer nicht ein ausschließliches Recht auf den Sordenschlag besonders erworben, so nuffen die Aeder der Bauern verhältnismäßig bepfercht werden. 3) — Auch fommt es vor, daß bei gemeinschaftlichen Beerden unter ben Eigenthumern gelooft, ober daß bem Schafer ber Burdenschlag als ein Theil des Lohnes angewiefen, ober bag ein gewiffer Umlauf mit dem Pferch beobachtet wird. 4)

Bei Gemeinheitstheilungen foll diese gemeinschaftliche Benutung des Pferchs nicht berücksichtiget, sondern mit Aushebung der gemeinschaftlichen Hütung und Trennung der Heerde für kompensirt erachtet werden (S. 144. der Gem. Th. O.); dagegen soll das eigentliche Pferchrecht (welches einem oder einigen Theilnehmern einer gemeinschaftlichen Hutung zusteht) durch Entschädigung in Rente abgelöst werden.
(S. 145. a. a. O.). 5)

- 2) Das Pferchrecht, welches in dem Rechte auf Pferch fremder Schaafe besteht, wird häusig auch dadurch benutt, daß der Pferchberechtigte fremde Aecker für Geld bepferchen läßt. (Vergl. die techn. Instr. ber Gen. Kom. zu Münster v. 1844, S. 73 S. 111).
- 3) Ueber die technischen Grundsätze, nach welchen die im §. 145. der Gem. Th. D. gedachte Entschädigung des Pferchberechtigten zu ermitteln, vergl. die technischen Instruktionen a) der landwirthsch. Abth. der Reg. zu Frankfurt, §. 136. S. 301, b) der Gen. Kom. zu Berlin, §. 48. S. 58, c) der Gen. Kom. zu Stargard, §. 36. S. 97, d) der Gen. Kom. zu Stendal, §. 107. S. 197, e) der Gen. Komm. zu Münster, §§. 111—113. S. 73 sf.

3um §. 146.

Vergl. die § 95.—98. der Gem. Th. D. und S. 9. des Ausführ.- Gef. v. 7. Juni 1821, nebst ben Erlaut. dazu.

¹⁾ Bergl. Stryck a. a. D., S. 47., Lyncker, decision. Jenens. Cent. II. dec. 98.

²⁾ Vergl. z. B. Ostpreuß. Prov. R., Zus. 86.
3) Vergl. S. 157. A. L. R. I. 22. — Auch spricht bereits die Entscheid. der Geses-Kom. v. 25. Oft. 1794 (Rabe's Samml. Bb. 2. S. 719) aus, "daß der Gutsherr nicht das Recht habe, sich das Hürdelager allein zuzueignen.

⁴⁾ Bergl. Hagemann a. a. D., S. 316., Münter's Weiberecht, S. 172.
5) Ueber die Ablösung des Pferchrechtes der Rittergutsbesitzer nach dem Tils gungs-Kassen-Regl. v. 9. April 1845 für die Kreise Mühlhausen, Heiligensstadt u. Wordis, vergl. SS. 1. u. 6. desselben. (G. S. 1845, S. 410.)

3u SS. 147. und 148.

1) Es gilt in diesen Fällen ausnahmsweise die Regel: pretium succedit in locum rei. (Bergl. das Erf. des Ob. Trib. v. 19. Sept. 1846, Entsscheid. Bb. 13. S. 255).

2) Bergl. die §§. 196. ff. der B. v. 20. Juni 1817 und die §§. 1.

und 3. der B. v. 29. Juni 1835, nebst den Erlaut. dazu.

3um S. 149.

Die Bestimmung bes S. 149. der Gem. Th. D. ist durch den S. 3. des G. v. 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen 2c. (G. S. 1835, S. 136) auch auf die Entschädigungen in Kapital ausgebehnt worden.

Bergl. Die Erlaut. zum S. 3. bes G. v. 29. Juni 1835, und jum S. 76.

der Gent. Th. D.

3u §§. 150. und 151.

In Betreff der Bekanntmachungen an die eingetragenen Gläubiger und Realberechtigten wegen der Kapitalentschädigungen und Kapitalabsindungen vergl. die §§. 58.—60. der V. v. 30. Inni 1834, §§ 8. u. 9. des G. v. 29. Inni 1835 wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen 2c., nebst §§. 110. u. 111. des Ablös. Gef. v. 2. März 1850 und §. 49. des RenstenbanksGes. und die Erläut. zu diesen Gesetzesstellen.

Zum J. 151.

Der S. 152. der Gem. Th. D. ist durch den S. 110. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 18501) aufgehoben worden.

Bergl. auch die Erlaut. zum S. 2. bes G. v. 29. Juni 1835 megen Sicherstellung ber Rechte britter Personen zc.

3n §§. 153.—155.

Vergl. S. 1. des G. v. 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen zc. und die Erläut. dazu.

3um §. 156.

I. Es ist bereits in den Erläut. zum S. 66. des Ablös. Gef. v. 2. März 1850 (vergl. Zus. II. dazu in Bd. II. Abth. I. S. 576—579) nachgewiesen, daß und weshalb die bis zum Jahre 1850 ergangenen gesetzlichen Bestimmungen wegen der Umschreibung der Grundsteuern, so wie der Kommunal=Abgaben und Leistungen bei Auseinandersetzungs-Gesschäften, mit Rücksicht auf die Vorschriften der SS. 66. und 96. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 und des S. 51. des Rentenbank-Ges. de eod., nur noch in Beziehung auf die Auseinandersetzungen nach dem Ablös. Ges. v. 2. März 1850 — (bei Ablösungen nach dem Ablös. Ges. v. 2. März 1850 — (bei Ablösungen von Reals lasten und bei gutsherrlich=bäuerlichen Regulirungen) — sortan weder einer Grundsteuersumschreibung, noch einer neuen Vertheilung der Kommunal-Abgaben und Leistungen bedars. 2)

1) Bergl. in Bb. I. S. 187,

²⁾ Vergl. auch die Erläut, in dem Abschn. von der Bertheilung der Grundsstücke, in Bb. II. Abth. I. S. 130—133.

Dagegen behalten, wie erwähnt, die gedachten gesetlichen Bestimmungen fernerhin ihre Gültigkeit, in so weit sie sich auf die nach der Sem. Th. O. zu bewirkenden Auseinandersetzungen beziehen; denn auf lettere sinden die Vorschriften des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 SS. 66. und 96. keine Anwendung.

II. Die Gem. Th. D. bestimmt nun im S. 156., unter Bezugnahme auf den S. 148. ebendas., in Rücksicht der öffentlichen Reallasten nichts

weiter, als

daß die durch die Theilung erhaltenen Grundstücke in die Stelle der abgetretenen Grundstücke treten,

und

daß, wenn Grundstude gegen Rente oder Rapital abgetreten werden, die öffentlichen Lasten auf den Grundstuden verbleiben und also bei deren Bestimmung (d. h. bei der Berechnung der Ent-

fchabigung) hierauf Rudficht zu nehmen ift.

Diese Bestimmungen sind zwar mangel- und ludenhaft; deffenungeachtet laffen sich aus benselben, mit Rucksicht auf die Natur der Grundsteuern und anderer ihnen gleichgestellten öffentlichen Reallasten, die Prinzipien zur Beseitigung der über die Vertheilung der gedachten Reallasten entstandenen Zweisel herleiten. 1)

1) Es ist in bieser Beziehung auf die betreffenden Bestimmungen anderer

Gefete hinzuweisen, welche biese Materie berühren.

c) Die Ablds. Orbn. v. 7. Juni 1821 für die öftlichen Provinzen verweißt

(im S. 20.) nur auf die Grunbfate ber Gem. Th. D. de eod.

In Beireff ber Bergütungs-Ansprüche ber Berpflichteten vergl. §. 66. bes Ablds. Ges. v. 2. März 1850 u. die Erläut. dazu (s. in Bb. II. Abth. I. S. 571 ff.) u. zu ben brei Ges. v. 21. April 1825, Tit. IV.

Alle obengebachte Bestimmungen der Gesetze weisen, ebenso wie der S. 156. der Gem. Th. D., der Natur der Grundsteuer entsprechend, darauf hin, daß Grund und Boden den diffentlichen Reallasten als Sicherheits-Objekt dienen soll, woraus folgt, daß bei den Auseinandersetzungen (jett nur noch bei denjenigen nach der Gem. Th. D.) da wo dies Sicherheits-Objekt durch die Absindung eine Berminsderung erleibet, eine Uebertragung der Grundlasten auf Grundstücke erforderlich, in allen übrigen Källen dagegen entbehrlich ist.

a) Das Landes-Kultur-Eb. v. 14. Sept. 1811 schreibt im §. 3. bei der Berseinzelung von Grundstücken allgemein vor, daß die Grundsteuer verhältnismäßig auf die abzutrennenden Theile repartirt werden soll. (Bergl. die Erläut. dazu in Bd. II. S. 89—90.)

b) In Regulirungs « Sachen richtete sich (bis zum Erlaß bes Ges. v. 2. März 1850) die Vertheilung der öffentlichen Reallasten nach der Landvertheis lung, mochte die Absindung durch Land, Rente oder Kapital geschehen; die öffents lichen Reallasten folgten den Grundstücken. (Vergl. Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811, §. 13. Nr. 4., Litt. d. u. §. 20., desgl. §§. 37., 12., 41., 47., 48., Dess. dazu v. 29. Mai 1816, Art. 15. u. 16., desgl. Art. 45., 92., 93., 95., serner Regulir. Ges. v. 8. April 1823, §. 38. Nr. 3., §§. 55—64. u. Dess. v. 10. Juli 1836, §. 8.)

d) Die Ablos. Ordn. für die westlichen Landestheile v. 13. Juli 1829 (§. 26.) und v. 18. Juni 1840 (§. 28.) deuten nur in den Bestimmungen über tie Landsabsindung an, daß die Grundsteuer und aubere Reallasten auf dem Grund und Boden haften bleiben und auf dessen Erwerber übergehen, indem sie den Betrag derselben von dem Werthe des Absindungslandes zu Gunsten des Uebernehmers abrechnen.

Die Grundsteuer-Berfassung ber westl. Provinzen (Grundsteuer-Ges. v. 21. Jan. 1839, §5. 6., 16—24., 40., G. S. 1839, S. 30) ergiebt aber, daß die Grundsteuer bei allen Auseinandersetungen stets auf Grundstücken verbleiben muß; ber Eigenthumer des Grundstücks ist ferner zur Entrichtung der Grundsteuer versbunden.

Die in Bezug auf Auseinandersetzungen nach ber Gem. Th. D. in biefer hinsicht zur Anwendung kommenden Grundsate find folgende:

A. Abtretung von Land gegen Land und Kompensation von

Berechtigungen gegen Berechtigungen.

1) Wenn nur Grundstücke gegen Grundstücke abgetreten (ausgetauscht) werden, so tritt die Abfindung in die Stelle dessen, wofür sie gegeben wird (§§. 156. in Verbindung mit §§. 147. und 148. der Gem. Th. D.); insofern tritt mithin eine Verminderung des Sicherheits-Dbjektes der Grundsteuern, des Grundes und Bodens — der dafür vershafteten Bodenrente — nicht ein; die durch die Theilung erhaltenen Grundsstücke treten auch hinsichtlich der öffentlichen Reallasten in die Stelle der abgetretenen 1) und es bedarf keiner Steuer 216 und Busschreibung. 2)

In Bezug hierauf ift noch Folgendes zu bemerten:

a) Die Bedenken, welche hinsichtlich der Steuervertheilung aus der Berschiedenheit des sogenannten Steuerdivisors in mehreren Landestheilen erwachsen sind, erledigen sich aus dem obigen Grundsate. Wenn nämlich adliche, geistliche, Bauer-Güter nach verschiedenen Prozentsäten des Ertrages derselben besteuert, und nun theilweise mit einander vertauscht werden, so treten die eingetauschten Grundstücke in die Besugnisse, Lasten und Rechts-verhältnisse der abgetretenen Grundstücke ein. Die vertauschten Grundstücke nehmen hiernach die Qualität des Gutes an, zu welchem sie gelegt werden. (Bergl. das C. R. des Win. des J., des Königl. Hauses und der F. v. 5. Juli

1837, ju Enbe, 1) in v. Ramps Ann. Bb. 21. S. 357).

b) Rach ber Steuerverfaffung verschiedener Provinzen und ber Katafter-Einrichtung werben einzelne Grundftude, Parzellen, nach ihrer individuellen Ertragefähigkeit, verschiebenartig besteuert. Die Grundsteuer ift barauf bergestalt radicirt, daß bei einem Wechfel bes Besthers ober bei einer Theilung des Grundstude, die Grundsteuer mit demselben auf den neuen Erwerber übergeht. 1) Bei einer folchen Steuerverfaffung murbe die Anwendung der oben zu 1. angegebenen Regel, daß nämlich die neu erworbenen Grundftude die Steuern ber abgetretenen übernehmen, sowohl bem öffentlichen Intereffe einer gehörigen Sicherstellung der Grundsteuer in ihrem Objekte, als dem Intereffe der Auseinandersetzungspartheien, in dem erworbenen Grundftude einen zutreffenden Erfat für das abgetretene zu erhalten, que widerlaufen. Abgesehen von der Berschiedenheit der Targrundfate bei Auseinandersehungen und Steueranschlägen, murbe in Beziehung auf bas öffentliche Intereffe eine Ungleichmäßigkeit ber Besteuerung gleichartiger Grundftude erwachsen, indem z. B. die Steuer bes abgetretenen Biefengrundftuds auf die eingetauschte Holzung überginge. Diese Abnormität wird durch die

Bergl. auch das Publik. der Regier. zu Breslau v. 24. April 1824 (sub

1.) v. R. Ann. Bb. 8. S. 404), s. in Bb. 1. S. 390-391.

3) Bergl. in Bb. 1. S. 389.

¹⁾ Wenn Ueberschüsse in dem Ertragswerthe des einen ober anderen Grundftückes auf andere Weise (durch Rapital oder Rente) ausgeglichen werden, so find fie nicht Gegenstand des Tausches; auf sie findet daher der obige Grundssatz feine Anwendung.

²⁾ Bergl. hierüber auch das Aublik. der Regier. zu Oppeln v. 15. Aug. 1826 (sub II. 1.), mit welchem sich die Gen. Kom. zu Breslan in dem Publik. do cod. einverstanden erklärt hat (s. in Bb. I. S. 391—393.), welches übrigens, sofern es die Grundsteuer-Umschreibung bei Regulirungen und Ablösungen betrifft, aus den im Texte (Zus. I. S. 173) erörterten Gründen antiquirt ist.

⁴⁾ Bergl. insbesondere das Grundsteuer-Ges. v. 21. Jan. 1839 für die westlichen Provinzen, §§. 6—24. 26—35. (G. S. 1839, S. 30).

Gleichheit des Ertragsquantums der vertauschten Rachen nicht gehoben und würde zu einer Rektisisation, sowie bei einer Steuer-Revision zur Auferlegung anderweitiger Steuersate Beranlassung geben, dadurch aber die Ausgleichung der betheiligten Besitzer gefährden. Diesen Uebelständen wird am sichersten dadurch begegnet werden, wenn in solchen Fällen bei Vertauschung von Grundstücken die Grundsteuern den letzteren solgen und die Ausgleichung der Interessenten hierauf begründet wird. Eine solche Grundssteuer-Vertheilung entspricht nämlich sowohl den allgemeinen Vorschriften darüber, als den bestehenden Steuergrundsähen, worauf nach §. 43. Nr. 4. der B. v. 20. Juni 1817 und §. 11. der B. v. 30. Juni 1834 Rücksicht genommen werden soll.

2) Wenn Grundgerechtigkeiten ober andere dingliche Berechtigungen gegen einander aufgehoben werden, so tritt gleichfalls (wie zu 1.) die Abfindung in die Stelle des Abgetretenen, und deshalb bedarf es auch in diesen Fällen keiner Ab- und Zuschreibung

brr öffentlichen Reallaften. 1)

Es ist in dieser Beziehung auch unerheblich, ob dergleichen Gerechtsame besonders besteuert sind oder nicht (ob die Kompensation einer steuersfreien Berechtigung mit einer steuerpflichtigen stattsindet); denn der steuerpslichtige Berechtigte erhält seine Entschädigung für die aufgehobene Gerechtigkeit dadurch, daß er den Gegenstand derselben in seinen eigenen, durch Kompensation von der fremden Berechtigung befreiten Grundstücken empfängt.²)

B. Theilung gemeinschaftlicher Grundftude und Abtretung

von Grundftuden gegen Rapital ober Rente.

In diesen Fällen muffen die öffentlichen Reallasten stets auf den Grundstücken verbleiben d. h. nach Maaßgabe der Landabtretung auf solche repartirt werden. 3)

C. Abtretung von Grundftuden gegen Bergichtleiftung auf

Brundgerechtigfeiten.

Wenn Land für die Aufhebung von Grundgerechtigkeiten*) gegeben wird, so muß — nach ter richtigen Ansicht — auf die abgetreienen Entschädigungs-Grundstücke ein angemeffener Theil der öffentlichen Realslasten übertragen werden; denn dieser Fall ist dem ad B. erwähnten ganz gleichartig, da in beiden Fällen Land als Aequivalent für Leistungen abgestreten, in dem Grunde und Boden aber ein Theil des Sicherheits-Objektes der öffentlichen Reallasten weggegeben wird, eben deshalb aber auch ein verhältnismäßiger Theil der darauf haftenden öffentlichen Reallasten auf

2) Bergl. das R. bes Min. des J. v. 10. Sept. 1824 (zu II. B. 5.) (f. in

4) Dies galt die zum Erlaß des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 (vergl. SS. 66. u. 96. deffelben) auch für die Fälle, wo Grundstücke gegen Verzichtleistung auf andere dingliche Rechte, als Grundgerechtigkeiten, nämlich auf Dienste und

Leiftungen abgetreten wurden.

¹⁾ Bergl. das alleg. Publik. der Regier. zu Oppeln v. 25. Aug. 1826 (sub II. 6. u. 7. (s. in Bd. I. S. 391), desgl. das Publik. der Regier. zu Breslau v. 24. April 1824 (sub 4. u. 5.) (s. in Bd. I. S. 390).

Bb. I. S. 388).

3) Bergl. S. 3. des Landes-Kultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 und S. 156. der Gem. Th. D., desgl. Publif. der Regier. zu Oppeln v. 15. Aug. 1826 (sub II. 2.) (s. in Bd. I. S. 391), Publif. der Regier. zu Breslau v. 24. April 1824 (sub 6.) v. K. Ann. Bd. 8. S. 404, s. in Bd. I. S. 390), ferner R. des Min. des J., des Königl. Hauses und der Fin. v. 27. Dec. 1836 (vergl. K. Ann. Bd. 20. S. 905, s. in Bd. I. S. 388), desgl. C. R. derselb. Min. v. 5. Juli 1837 am Schluffe (v. K. Ann. Bd. 21. S. 357, s. in Bd. I. S. 389).

ben neuen Erwerber übergeben muß. Dabei ift es auch gleichgültig, ob Die Steuer unmittelbar auf die mit ber Gerechtigkeit belafteten Grundfluce, ober auf die Grundgerechtigkeit gelegt ift; denn in beiden Fallen nimmt die Steuer einen Theil bes Ertrages bes belafteten Bobens hinweg, welcher durch die Landabtretung, als Sicherheits-Objekt der Steuer, erfest wird.

Diefe Ansicht ift indeß feineswegs unbestritten.

In tiefer Beziehung ift Folgendes zu bemerken:

a) In den früheren R. des Min. des J. v. 8. Aug. 1822 und v. 11. Dec. 1823 1) (Koch's Agrarges. 4. Aufl. S. 184 u. 185) wird ausgefprochen, daß sowohl bei Ablosung von Servituten als von Diensten, nach der Ordn. v. 7. Juni 1821, die dafür gegebene Landabfindung auch binfichtlich der Steuern in die Stelle des abgelöften Gegenstandes trete, und daß der Erwerber der Grundstude einen Theil der darauf haftenden Steuern (zufolge S. 148. ber Gem. Th. D.) nicht zu übernehmen habe. Darauf ift die Bekanntmachung ber Regier. zu Oppeln v. 15. Aug. 1826 (sub II. 3. u. 4.) 2] gegrundet, wonach, wenn Grundstude für aufgehobene Berechtigungen gegeben werden, bas Steuerverhaltniß unverandert bleibt und der neue Erwerber bes Grundstucks keinen Theil ber barauf haftenden Steuer übernimmt.

Abgesehen indeg bavon, daß jene R. sich auf die Schlestsche Steuerverfaffung beziehen, fo widersprechen sie sowohl der allgemeinen gesetlichen Worfchrift bes S. 3. bes Landfultur-Ed., als ben Gefegen über die Regulirung gutsherrlich-bauerlicher Berhaliniffe, wonach die Steuerübernahme fich immer nach ber Landabtretung richtet. Auch in bem, in Bezug genommenen S. 148. ber Gem. Th. D. find folde nicht begründet. - Sinsichtlich ber öffentlichen Laften ift im S. 156. durch Bezugnahme auf den S. 148. der Gem. Th. D. nur vorgeschrieben, tag die durch bie Theilung erhaltenen in die Stelle der abgetretenen Grundftude treten. Sind Grundftude gegen Rente oder Rapital abgetreten, so verbleiben die öffentlichen Laften auf Den Grundstücken, — Die lettere Borschrift befagt also im Gegentheil, daß die bffentlichen Laften ben Grundftuden folgen, entsprechend ben allgemeineren gefetlichen Bestimmungen und ber Natur der Grundsteuern.

Dabin geben auch die fpateren Ministerial-Erlaffe.

b) In bem R. des Min. des I., des Königl. Saufes u. d. F. v. 27. Dec. 1836 3) (v. R. Ann. Bb. 20. S. 905) ift die Weifung ertheilt, "nicht bloß bei Abtretung von Grundstücken gegen Rapital und Rente, fondern auch bei einer Abtretung gegen Bergichtleiftung Renten, Prastationen, Servituten und andere Gerechtigkeiten, nach S. 156. der Gem. Th. O., zu verfahren. Es foll bei allen Regulirungen der gutsherrlich-bauerlichen Berhaltniffe, Gemeinheitstheilungen und Ablofungen, in fofern nicht bie gesetlichen Borfchriften, wie z. B. S. 26. ber Abl. Ord. v. 13. Juli 1829, einen Anhalt geben, mo möglich, eine gutliche Ginigung babin vermittelt werben, daß diejenigen Intereffenten, welche fteuerpflichtige Grundftude gegen Bergichtleiftung auf Renten, Prastationen, Servituten und andere Berechtigfeiten erwerben, die auf Diefen Grundftuden haftende Grundfteuer mit übernehmen und dafür burch Bermehrung des Entschädigungslandes ober auf andere Beise entschädigt werben. Die Ronigl. Domainen und Forftgrundstücke follen in diefer Beziehung anderen fleuerpflichtigen Grundfluden gleichgeachtet und bie von bem Erwerber berfelben zu übernehmende Steuer foll fo berechnet werden,

Lanbes-Kultur-Gesetg. Bb. 11. Abth. II.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 387-388.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 391 ff.

.178 Von d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

wie dies nach S. 5. des Abgabeges. v. 30. Mai 1820 (G. S. 1820, S. 134) beim Verkaufe geschehen würde, — das heißt überall nach der landüblichen Grundsteuer, jedoch in keinem Falle niedriger, als mit dem sechsten Theile

des Rein-Ertrages.

c) Das C. R. ber Min. des J., des Königl. Hauses u. der F. v. 5. Juli 1837 1) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 357) bemerkt, daß wenn bei Gemeinheitstheilungen ein Theil einer Bestsung oder eines Grundstückes abgetreten wird, um die übrigen Theile von Hütungs- und Holzungsgerechtsamen oder anderen Servituten zu befreien, zwar in der Regel eine Steuerumschreibung nicht erforderlich sei, weil anzunehmen, daß die bisher belastete
Bestsung, des verminderten Flächeninhalts ungeachtet, und die der bisherigen
Bestyung, des vermehrten Flächeninhalts ungeachtet, nach Aushebung der
Servitut, noch immer denselben Ertrag, mithin auch dieselbe Sicherheit für
die Steuer gewährt, wie bisher. Sollte sich jedoch das Resultat in einzelnen Fällen anders gestalten, so sei auf eine angemessene Steuer-Repartion im Wege gütlicher Vereinigung möglichst hinzuwirken, insbesondere
dann, wenn Interessenten, die bisher gar keine Grundsteuer entrichteten,
wegen ihrer Gerechtsame durch Grundstücke abgesunden werden,
weil sonst in diesem Falle steuerfreie Besitzungen entstehen würden.

D. Ablösung fteuerpflichtiger Berechtigungen durch Rapital

ober Rente.

In diesem Falle muß der Grundbesitzer, welcher die Grundgerechtigkeit mit Rapital oder Rente ablöst, (der mit der abgelösten Berechtigung bisher Belastete), nach tem im §. 156. der Gem. Th. D.
unzweideutig ausgedrückten Grundsate, die auf jene Gerechtigkeit angeschlagene Steuer übernehmen²). Es tritt also die Absindung nicht in die Stelle der Grundgerechtigkeit, sondern es soll die Steuer auf die Grundstücke des zur Absindung Verpflichteten übertragen werden.

E. In Betreff ber Schuldotations-Landereien, vergl. Buf. II.

ad 11. ju § . 101. u. 102. ber Gem. Th. D. (f. oben G. 127 ff.)

III. Die Kommunal- und Societäts-Lasten erleiden durch die Gemeinheitstheilung in der Regel keine Abanderung. Dies hindert aber die Verwaltungs-Behörden nicht, eine anderweitige Regulirung jener Lasten auf dem geordneten Wege vorzunehmen, im Falle sich in Folge einer Gemeinheitstheilung ein Misverhältniß der bisherigen Beträge her- ausstellt.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. R. S. per sent. v. 3. Juni 1851, indem in den Gründen der Entscheidung aus-

geführt wird:

Nach §. 147. der Gem. Th. D. ift die Entschädigung jedes Theilnehmers der Gemeinheitstheilung bas Surrogat der dafür abgetretenen Grundstücke oder der dadurch abgelösten Bercchtigungen, und erhält daher in Ansehung ihrer Besugnisse, Lasten und sonstigen Verhältnisse die Eigenschaften berjenigen Grundstücke, für welche sie gegeben worden. Hiernach wird in der Regel bie Gemeinheitstheilung keinen Einstuß auf den Beitrag der Interessenten zu den Kommunal= und Soscietätslasten ausüben, und eine anderweitige Regelung derselben nicht veranslassen. Auch erwähnt derselben die Gem. Th. D. gar nicht, und bestimmt nur im §. 156. bezüglich der öffentlichen Lasten, daß diese bei Abtretung von Grunds

1) Bergl. in Bb. I. S. 389.

²⁾ Bergl. R. des Min. des J. v. 10. Sept. 1824 (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 186, s. in Bd. I. S. 388), desgl. Publik. der Regier. zu Oppeln v. 15. Aug. 1826 (zu II. 5.) (s. in Bd. I. S. 391 ff.) und Publik. der Regier. zu Breslau v. 24. April 1824 (ad 6.) (v. R. Ann. Bd. 8. S. 404, s. in Bd, I. S. 390—391).

- füden gegen Rente ober Rapital auf ben Grundflüden verbleiben. Eine Abans berung in dem seitherigen Beitrageverhältniß zu den Kommunals und Societates laften fann burch bie Gemeinheitstheilung nur bann hervorgerufen werben, wenn biefe nach ben Theilnahmerechten ber Intereffenten an ber bisherigen Gemeinheit festgestellt maren, b. b. wenn ein rechtlicher Busammenhang zwischen beiben bes ftant und bei ber Theilung, sei es in Folge einer Ginigung ber Intereffenten ober richterlicher Entscheidung, das bisher als rechtlich erachtete Maas ber Theilnahme abgeandert worden ift, somit aber die Absindung der Intereffenten ben bisherigen Theilnahmerechten nicht entspricht; ober wenn durch Absindungen mits telft Rapital oder Rente eine Stelle außer Stand gefest wird, ihre bisherigen Rommunals und Societatelaften ferner ju leiften, wenn g. B. eine bisher mit Ges spann versehene Stelle in Folge ber Theilung so verkleinert ift, bag foldes für bie Bufunft nicht mehr gehalten werden fann. Wenn nun gleich hiernach eine Abanderung bes bisherigen Beitragsverhaltniffes zu ben Rommunal = und Socies tatslaften durch die Gemeinheitstheilung in der Regel auch bann nicht ges rechtfertigt ift, wenn sich bei berselben auch ein großes Diffverhaltniß zwischen ber Große ber Beitrage und ber Besitzungen einzelner Intereffenten herausgestellt hat; fo hindert dies doch nicht, daß im Bermaltungswege eine folche Abanderung ftatifindet, fei es, daß die Gultigfeit der bisherigen Observang nicht anerkannt, ober die Rothwendigfeit einer Abanderung festgestellt und angenommen wirb. R. bes Min. bes Min. bes 3. v. 20. Juli 1839, in Roch's Agrarges., 4. Aufl., S. 265). Beitschr. bes Revis. Rolleg. Bb. 4. S. 188-195. und Praj. Samml. beffelb. G. 22. Rr. 4.)

IV. Die Kompetenz und bas Verfahren bezüglich der Regulirung der öffentlichen Lasten und Abgaben betreff., vergl. §. 43. Nr. 4. der V. v. 20. Juni 1817 und §. 11. der V. v. 30. Juni 1834 nebst den Erstäut. dazu.

3u SS. 158.—162.

Bergl. die Erläut. zu §§. 90. und 91. der B. v. 20. Juni 1817 und §. 23. der B. v. 30. Juni 1834.

3um S. 161.

Ueber die Ermittelung etwaniger Düngungs- und Bestellungskosten-Vergütungen, vergl. die technischen Instrukt. der landwirthsch. Abth. der Regier. zu Frankfurt v. 24. März 1842 S. 137. S. 301, der Gen. Komm. für die Kurmark, S. 49. S. 59, zu Stargard v. 28. Dec. 1841 S. 129. S. 134, zu Münster v. 1844 SS. 106.—110. S. 70 ff. u. der Regier. zu Gumbinnen v. 1844 S. 45. S. 137.

3um §. 163.

1) Nach ten Vorverhandlungen zur Gem. Th. D. über die Rechtsvers haltnisse der Nießbraucher und Pachter begründen rechtsbeständige besondere Bestimmungen und Abreden eine Ausnahme von der im §. 163. gegebenen Regel. (Acta des Min. des J., Regul., Gem. Th. u. Abl. Gen. Nr. 8., Erster Entw. zur Gem. Th. D. Tit. 9. §. 48, s. Donniges Landes-Rultur-Gesetzeb. Bd. 3. S. 145).

2) Ueber die Frage: ob den Pfarrern, Schullehrern und anderen Kirchenbedienten ein Anspruch auf Vergrößerung ihrer Wirthschafts-Gebäude zustehe, wenn sie bei Ablösung von Hütungsgerechtsamen durch Landabtretung entschädigt werden? vergl. die zu SS. 101. u. 102. der Gem. Th. O. sub II. ad 10. allegirten Restripte. (s. oben S 127).

Donniges theilt hierüber auf Grund der Ministerial=Aften Folgen=

des mit:

a) Rach dem Anschreiben des Min. des J. v. 13. April 1832 an das Min.

ber geistl. Ang. (in den Aften Regul. Abl. Gem. Th. Gen. Nr. 46. Vol. III.) ist aus den ergangenen vorbereitenden Berhandlungen des Staatmin. und Staats raths über die Gem. Th. n. Dienstablös. Ordn. kein Anspruch der Pfarrer, Schullehrer und anderer Rirchenbedienten auf Bergrößerung ihrer Wirthschafts. Gebäude herzuleiten; vielmehr steht ihnen der §. 163. der Gem. Th. O. unzweis deutig entgegen. Auch der §. 69. der Gem. Th. D. gebe dazu keinen Anhalt, indem ein Abbau nach der Natur der Sache dergleichen Anstalten nicht treffen könne. Eine andere Frage sei die: ob dem Schullehrer nicht Stallung für so viel Bieh, als er zu seinem ordentlichen Hausbalt nothwendig braucht, geschafft werden musse? Der verpstichtende Grund dazu liege aber nicht in der Dotation, als sols cher, sondern in der Verpstichtung der Schulsocietät zur Gewährung seiner Haus-haltsbetürsnisse überhaupt.

b) In bem R. des Min. der geistl. Ang. r. 15. Mai 1832 an die Reg. zu Breslau ist derfelben eröffnet worden, daß Bedenken getragen werde, den angeregeten Zweisel: ob die Pfarrer, welche bei Ablösung von hütungsgerechtigkeiten durch Landabtretung entschähigt werden, die Beschaffung des größeren Stalls und Schensnenraums von den Patronen und Eingepfarrien verlangen dürsen? im Wege der

Gefetgebung gur Entscheibung ju bringen.

Es sei die Vermittelung durch den Landrath ober Superintendenten zu verssuchen; event. musse das Rechtsverhältnis durch den Richter sestellt werden. Ebenso sei wegen der Schullehrer zu verfahren. (Dönniges Landes-Rult. Ges. 28b. 2. S. 441.)

Zu SS. 164. und 165.

(Bon Ginführung neuer Gemeinheiten).

3um S. 164.

I. Der S. 26. der Gem. Th. D. erneuert nicht nur den (im S. 76. A. L. R. I. 17. ausgedrückten) Grundsat, daß die Befugniß, auf Gemeinsheitstheilung anzutragen, durch keine "Verjährung" erlöschen kann, sondern dehnt benselben zugleich auf Willenserklärungen aus, in welcher Beziehung der S. 27. hinzusügt,

daß Verträge und Willenserklärungen, wodurch Gemeinheitstheilungen ausgeschlossen werden, in Rücksicht der Aecker und der damit in Verbindung stehenden Rupungen nur auf so lange Zeit verbindlich sind, als nach der bestehenden Fruchts folge und Schlageintheilung ter gemeinschaftlich benutten Grundstücke zur zweis maligen Abnuhung aller Schläge erforderlich ist; wogegen in Rücksicht anderer Ges genstände ihre Verbindlichkeit nur zehn Jahre dauert und mit Ablauf dieser Zeit es jedem freisteht, seine Befugniß auf Gemeinheitstheilung geltend zu machen.

Der S. 164. bestimmt sodann (unter ter Rubrik: "von Einführung neuer

Gemeinheiten"),

daß neue Gemeinheiten, beren Aufhebung die Gem. Th. D. (§. 2.) bezweckt, nur unter ber Beschränkung des §. 27. und nur durch schriftlichen Vertrag errichs tet werden konnen.

Bei der im Jahre 1835 veranlaßten Revision der Geschäftssührung einer General-Kommission kam nun zur Sprache, wie aus mehreren Entscheidungen der Spruchbehörden über Weide-, Forst- und ähnliche Servitute, deren einziges Fundament die Verjährung gewesen, hervorgehe, daß dem S. 164. nicht die Deutung und Anwendung zu Theil werde, nach welcher die Verjährung als Mittel zur Erwerbung solcher Servituten schlechthin ausgeschlossen sei und eine fernere Berufung auf dieselbe nur in so weit, als erweislich der verjährungsmäßige Bestt schon zur Zeit der Publikation der Gem. Th. D. vollendet gewesen, noch statisinde.

Die Min. des I. und ber I., davon ausgehend, daß der S. 164., inbem er die Errichtung neuer Gemeinheiten (also auch Servituten) nur auf Beit und nur durch Vertrag gestatte, von selbst jede andere Art der Entstehung, mithin auch die Verjährung, ausschließe, forderten daher die Obersgerichte und Revisions-Rollegien zur Anzeige barüber auf, ob die Anwenstung des S. in den zu ihrer Entscheidung gelangten Vällen zu Zweiseln Anlaß gegeben habe, und welche Grundsätze insbesondere in dem Falle angenommen worden, wenn die Verjährung vor der Publikation der Gem. Th. D. zwar angefangen, aber nicht auch bereits vollendet gewesen. — Die erstatteten Berichte ergeben, daß die dahin bei keiner der Behörden aus den seit dem J. 1821 zur Entscheidung gelangten Prozessen über Grundgerechstigkeiten eine Berufung auf den S. 164. oder einer Auslegung resp. Ans

wendung beffelben zu ermitteln mar. 1)

Die Ansichten der berichtenden Behörden über die Bedeutung und den Umfang des §. 164. wichen von einander ab. Während von einigen Seiten her bestritten wurde, daß der §. 164. überhaupt auf die Verjährung zu beziehen sei, wurde dies von anderen für unbedenklich erklärt, und dem §. 164. die von den Ministerien ausgesprochene Deutung beigelegt. Noch Andere wollten dagegen die, allerdings auch nach ihrer Meinung von dem Gesetze bezweckte Ausschließung der Verjährung erst mit dem Zeitpunkte einer wirklich erfolgten, oder einer doch in Antrag gebrachten Semeinheitsstheilung, in Beziehung auf die hierdurch sirirten Justande eintreten lassen. Wiederum Andere nahmen an, daß die Absicht des Gesetzes nur dahin gehe, die Entstehung neuer Semeinheiten unter den theilnehmenden Mitgliedern selbst in Beziehung auf ihre eigenen Grundstücke zu hindern, nicht aber in Beziehung auf die Grundstücke dritter Personen.

Unter diesen Umftanden wurde eine authentische Deklaration bes

S. 164. der Gem. Th. D. für erforderlich erachtet.

Bevor dieselbe erging, war die Frage bereits bei dem Ob. Trib. kontrovers geworden²) und deshalb zur Plenarberathung gestellt. Der Plenarbeschl. des Ob. Trib. v. 9. Dec. 1839 ging dahin,

daß nach Borschrift des S. 164. der Gem. Th. D. die Fortsetzung einer vor Publikation des Gesetzes angefangenen Verjährung der im S. 2. desselben bezeichneten Berechtigungen unzulässig sei. 3)

(3. M. Bl. 1839, G. 432 u. Entscheib. Bb. 5. G. 153-166.)

3) Das Prajud. des Db. Trib. v. 31. Juli 1840 (Praj. Samml. S. 340 Pr. 894.) spricht aus:

¹⁾ In Betreff ber westlich en Departements war bice baburch erklärlich, bag ba, wo ber Code Napoleon feit 1808 resp. 1810 eine Beit lang gegolten hatte, nach beffen Art. 691. die Erwerbung ber Servituten ber in Rede stehenden Art burch Vers jährung ausgeschlossen find und eben damit auch, nach der herrschenden Unficht, eine jede schon angefangene Berjährung für immer unterbrochen worden. Erft mit bem I. 1815 fonnte, unter tem Schute ber Brenft. Gefete eine neue Berjährung beginnen, beren Frift indeß noch nicht abgelaufen, weshalb eine Berufung auf den §. 164. ber Gem. Th. D. nicht erforderlich war. — Dasselbe gilt von dem Depart. Posen für die Periode von 1808 bis zum 1. März 1817, und auch in den der Zwischenherrs schaft nicht unterworfen gemesenen Landestheilen bes Raumburger Depart. hatte es in der Regel der heranziehung des S. 164. nicht bedurft, weil schon das Man= bat wegen ber Baldnebennupungen v. 30. Juli 1813 bestimmt hatte, daß die darin bezeichneten Gerechtsame, von Beit ber Publikation bes Manbats an, burch Berjahrung nicht erworben werben fonnten, und bie Berfahrung nur bann ju bernde fichtigen blieb, wenn fie zur Beit der Bublikation des Mandats bereits vollenbet gewefen.

²⁾ Bergl. die Entsch. v. 5. April 1839 im Centralbl. für Preuß. Jur. 1840 S. 629—631 und die in den Entsch. Bd. 5. S. 154—155 allegirten Präjud. v. 13. Oft. 1838 (Präj. Samml. S. 340 Nr. 548.) u. 9. Oft. 1839.

[&]quot;Der S. 164. ber Sem. Th. D. sinbet in ber Anslegung, welche berselbe burch "ben Plenarbeschl. v. 9. Dec. 1839 erhalten hat, auch unter ben Voraussehuns "gen bes S. 660. N. L. N. I. 9. Anwendung."

182 Von d. Ablös. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Bei ben Berathungen im Staatsmin. und Staatsrathe gelangte man gleichfalls zu bem Resultate,

baß burch ben S. 164. die Versährung als bisher zulässiges Mittel zur Erswerbung und Geltendmachung von Servituten und Semeinheiten ber im S. 2. bez zeichneten Art habe ausgeschlossen werden sollen, und

baß die bemerkte, für die Inkunft beabsichtigte Ausschließung der Berjährung schon mit dem Tage der Publikation der Gem. Th. D. habe eintreten und diese Ausschließung zugleich rückwirkend jede damals bereits laufende, aber noch nicht vollendete Berjährung habe unterbrechen und entkräften sollen.

Diesen Grundsähen entsprechend, erging bemnäch die Deklaration v. 31. März 1841 1) (G. S. 1841, S. 75), welche in den §§. 1.—3. die

obigen Prinzipien fanktionirt hat.

Es kam dabei indeß noch in Betracht, daß vielen in früherer Zeit auf andere Weise, als durch Verjährung, zur Befriedigung des Bedürsnisses erworbenen Grundgerechtigkeiten, welche bei der Verleihung von Grundbesitz unter Gegenleistungen, bei der Ausbildung der Rommunen und Korporationen eingeräumt, und in der damals gebräuchlichen Antheilsbenuzung der Grundstücke begründet waren, nur der Urkunden-Beweis abgehe. Diese Berechtigten wurden durch die Ausschließung der Verjährung mit dem Zeitpunkte der Publikation der Gem. Th. O. offenbar gefährdet, und deshalb hat die Deklaration zugleich (im §. 4.) bestimmt,

daß, wenn ein schon vor Publikation der Gem. Th. D. angefangener, aber noch nicht dis zur Vollendung der Verjährung fortgesetter Bests auch nach Publiskation der Gem. Th. D. noch so lange ununterbrochen fortgedauert hat, daß die gesetliche Verjährungsfrist, von dem erweislichen Anfange des Besitzes an gerechs net, vor Publikation der Deklaration abgelaufen ist, unter Vorbebalt des Gegens beweises die gesetliche Vermuthung eintreten soll, daß die Verjährung schon bei Publikation der Gem. Th. D. vollendet gewesen sei.

Hierbei entsteht die Frage: worauf sich der im S. 4. der Dekl. vorbe-

haltene Gegenbeweis erstreden muß?

Donniges führt aus, daß, wenn gleich die Dekl. den Ablauf der gesfehlichen Verjährungsfrist im Auge habe, der Gegenbeweis doch nicht auf den Mangel des Ablauss der Frist vor der Aublikation der Gem. Th. D. bezogen werden könne, da dieser Mangel schon vorausgesetzt und bestimmt sei, daß die ruhige Bestzeit seit der Aublikation der Gem. Th. D. dis zur Aublikation der Dekl. der angefangenen Verjährung hinzugerechnet und hiernach die Erfüllung der Verjährungsfrist beurtheilt werden solle. Der Gegenbeweis musse sich daher auf eine anderweitig ersfolgte Unterbrechung der Verjährung, auf andere Mängel an Erfordernissen der Vollendung der Verjährung in dem Zeitraume vom Anfange des Bessitzes bis zum Ablause der Verjährungsfrist, auf andere Fehler der Besitze verjährung, beschränken und beziehen. (Dönniges a. a. D. Bb. 1. S. 159.)

11. Der Art. 12. des Erganz. Ges. v. 2. März 1850 2) hat den S. 164. der Sem. Th. O. auch auf die nach Art. 1. des Erganz. Ges. aufzuhebensten Gemeinheiten ausgedehnt und bestimmt, daß in Ansehung derselben der Lauf der erwerbenden Verjährung, wenn eine solche noch stattsinden könnte,

2) Vergl. in Bb. I. S. 330.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 393.

Ueber die Entstehungsgeschichte ber Dekl. v. 31. März 1841 und die bei beren Erlaß berücksichtigten abweichenden Ansichten der Behörden vergl. Dr. Löwenberg's Beiträge zur Kenntniß der Preuß. Gesetzgebung, Berlin 1843. Bb. 1. S. 166—202, und Dönniges Landes-Kult. Ges. Bb. 1. S. 156—159.

mit bem Tage unterbrochen werbe, an welchem bas Erganz. Gefet in Kraft

getreten ift.

Dieser Art. ist unverändert nach der Fassung des Regier. Entw. von den Kammern angenommen worden. (Stenegr. Ber. der II. R. 1833 Bb. 3. S. 1624 u. der I. R. Bb. 5. S. 2683).

Die Motive des Regier. Entw. bemerten biergu:

Da eine neue Bildung der nach §. 1. des Eniw. für ablösdar erklärten Gemeins heiten für ebenso kulturwirig zu erachten ift, als eine solche Bildung der im §. 2. der Gem. Th. D. genaunten Gemeinheiten, so erscheint es unbedenklich, dieselbe an die Beschränkungen des §. 164. der Gem. Th. D. zu knüpfen. Diese Besschränkungen dürfen aber ihre Wirksamkeit erst von dem Zeitpunkte ab äußern, in welchem der Eutw. Gesepeskraft erhält.

Die Kommissionen beider Kammern haben sich zu Bemerkungen über den Art. 12. nicht veranlaßt gefunden.

III. In Betreff der Anwendung und Auslegung des S. 164. ter Gem.

Th. D. ift noch folgender Streitfragen zu gedenken:

1) Das Ob. Trib. hat (in einem Erk. aus dem J. 1845) ausgeführt, daß der S. 164. nicht bloß auf ganz neue, sondern auch auf die Er-weiterung schon bestandener Gemeinheiten Anwendung sinde, und daß mithin auch Erweiterungen der Grundgerechtigkeiten der in Rede stehenden Art durch Verjährung seit der Publikation der Gem. Th. O. (also auch resp. des Ergänz. Ges.) nicht mehr erworben werden können. Eine solche Erweiterung sei es nicht bloß, wenn z. B. ein Hütungsberechtigter, der klazen Bestimmung der Gränzen seines Rechts zuwider, mehr Vieh derselsben Art, sondern auch, wenn er Vieh anderer, als der bei Konstituirung der Servitut bestimmten Art austreibt. (Koch's Schles. Arch. Bb. 6. S. 299 bis 305).

2) Findet der S. 164. der Gem. Ih. D. im Berzogthume Beft-

phalen Anwendung?

Es verneint das Ob. Trib. in dem Erk. v. 29. Dec. 1845, lediglich unter Bezugnahme auf die gleiche Ansicht Rintelens in dessen Prov. Recht des Herzogthums Westphalen S. 39., welche annimmt, daß die materiellen Bestimmungen der Gem. Th. O. in diesem Landestheile überall nicht gelten. (Commer's Arnsberg. Arch. Bd. 13. S. 28).

Dagegen bejahet das Revisions-Kollegium für L. R. S. (Bergl. die Borbemerk. zur Gem. Th. D. sub II. ad 2., oben S. 5 ff., besgl. Zeitschr.

bes Revis. Kolleg. Bb. 2. S. 440).

3) Erlöschen Gemeinheiten, welche erst nach Emanation ber Gem. Th. D. durch Vertrag errichtet worden sind, nach Ablauf bestimmter Zeitfristen von selbst (ipso jure), oder unterliegen dieselben vielmehr einem beson- ders zu beantragenden Auseinandersetzungsversahren?

Es verneinen die erstere Alternative, unter Bejahung ber zweiten:

a) Das Min. r. J. in dem R. v. 21. Febr. 1843 1) (Min. Bl. d. i. B. 1843 S. 39. Nr. 66.).

b) Das Revisions-Kollegium für L. R. S. (Datum der Entsch. konstirt nicht), unter Abanderung des die entgegengesette Ansicht annehmenden Erk. der Gen. Romm. zu Posen v. 16. Juli 1846, auf Grund des S. 164., der auf den S. 27. im Ganzen verweise, mithin den Schlußsatz des letzteren nicht ausnehme. (Beitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 2.

6. 424—440).

c) Das Ob. Trib. in dem Erk. v. 30. Jan. 1849 (Praj. Nr. 2105),

welches ausspricht,

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 394.

baß bie durch schriftlichen Bertrag errichteten neuen Gemeinheiten nach Abs lauf ber im S. 27. der Gem. Th. D. bestimmten Zeitfristen ablöslich und theilbar sind, und daß der ohne Bestimmung der Zeitdauer geschlossene Bertrag seine rechts verbindliche Kraft behält und den Kontrahenten nur freisteht, auf Gemeinheitst theilung anzutragen. (Entsch. Bb. 17. S. 249—253.)

4) Das Revisions-Kollegium für L. K. S. hat in verschiedenen (nicht veröffentlichten) Entscheidungen (unter andern auch unterm 13. Jan. 1854 in der Preußischen Sache R. C. Nr. 2220.) angenommen, daß die im S. 4. der Dekl. v. 31. März 1841 aufgestellte Rechtsvermuthung und der Beweis der ununterbrochenen Fortsetzung des Besitzes der Servitut nach Publikation der Gem. Th. D. die auf Einräumung einer Servitut klagenden Neuhäusler nicht von dem Erweise entbinden, daß die Grundsstüde selbst, für welche die Servitut als subjektiv-dingliches Necht beansprucht wird, bereits während rechtsversährter Zeit vor Publikation der Gem. Th. D. bestanden haben, indem eine solche Thatsache zur Substanstürung der Klage gehöre.

IV. Der S. 5. der Dekl. v. 31. März 1841 bestimmt die Gränzen der Wirksamkeit der Verordnung sowohl in Beziehung auf die Gesetze, wodurch schon früher der Erwerb einzelner Arten von Servituten durch Verjährung ausgeschlossen worden, als in Beziehung auf die provinziellen und statuta-

rischen Bestimmungen über Berjahrung.

Mit Rudficht hierauf find folgende Bestimmungen zu berücksichtigen:

a) Bezüglich der von dem Königreiche Sachsen an Preußen abgestretenen Landestheile kommt der S. 6. des Königl. Sächsischen Mandats v. 30. Juli 1813, betr. die Waldnebennutzungen und die in den Waldungen auszuübenden Befugnisse) in Betracht, welcher vorschreibt:

Die Gerechtsame ber Walbhütung und Trift, des Streurechens, Laubstreifens, Grasens und harzens in den Waldungen sollen von der Zeit der Publikation dies Mandats an weder durch Verjährung, noch durch solche Verträge erlangt werden, welche ohne Vorwissen und Senehmigung der Behörde geschlossen worden sind 1c.

Die Verjährung kann nur berücksichtiget werden, wenn solche zur Zeit ber Publikation dieses Mandats bereits vollendet war ic. (Codex Augusteus Cont. III. Abth. 2. S. 161.)

b) In den Landestheilen, in welchen vormals eine Zeit lang der Code Napoléon gegolten hat, später aber das A. L. R. eingeführt oder wieder eingeführt ist, sind die Vorschriften des Art. 691. des Code hinsichtlich der Erwerbung von Dienstbarkeiten durch Verjährung zu berücksichtigen. Der erwähnte Artikel lautet dabin:

Les servitudes continues non apparentes et les servitudes discontinues, apparentes ou non apparentes, ne peuvent s'établir que par titres.

La possession même immémoriale ne suffit pas pour les établir; sans cependant qu'on puisse attaquer aujourd'hui les servitudes de cette nature déjà

¹⁾ Das Ob. Trib. hat (in dem Prajnd. v. 28. Oft. 1845) angenommen: "Dies Mandat in Beireff der Waldnebennutzungen ist als ein allgemeines "Sächsisches Geset, nicht als Provinzialgeset anzusehen, und hat in den mit "Preußen vereinigten ehemals Königl. Sächsischen Landestheilen mit Einführung "des A. L. R. seine Gültigkeit verloren.

[&]quot;Die Bestimmung des S. 6. desselben wegen Unzulässigkeit der Berjährung "des Rechtes auf die dort bezeichneten Waldnebennutungen ist auf die daselbst "nicht genannten Holzungsbefugnisse nicht zu beziehen."

⁽Praj. Samml. des Ob. Trib. S. 325. Praj. Nr. 1635.)

Es versteht sich indes von selbst, daß durch den Erlas des Mandais die Unsterbrechung der Berjährung bezüglich der im S. 6. bezeichneten Servitute einsgetreten ist.

acquises par la possession, dans les pays où elles pouvaient s'acquérir de cette manière.

In Bezug hierauf ift die Streitfrage entstanden:

ob durch ten alleg. Art. eine Unterbrechung der Berjährung ber barin bezeichneten Servituten bewirkt worden ift, bergestalt, daß, wenn die Berjährung nicht etwaschon vor Einführung des Französischen Sesesbuchs vollendet gewesen war, der Lauf berselben nur von der Wiedereinführung des A. L. R. an gerechnet werden kann; oder ob während der Gültigkeit des Französischen Sesesbuchs die Berjähzung nur geruht hat, so daß die Zeit vor und nach der Gültigkeit des Französischen Sesesbuchs zusammengerechnet werden darf?

Das Ob. Trib., welchem im Jahre 1826 alle Rechtssachen', in benen es auf die Wirkung bes Art. 691. ankam, zur Entscheidung in letter Instanz überwiesen wurden, nahm indeß die Ansicht an, daß die Verjährung burch das Französische Gesetz für förmlich unterbrochen anzusehen, dergestalt, daß eine neue Verjährung nur von dem Wiedereintritte der Gelztung des A. L. R. an berechnet werden könne. (Präjudik. v. 13. Dec. 1839, in der Präj. Samml. des Ob. Trib. S. 282 Nr. 769.). 1)

Diese Ansicht ist in der, durch das R. des Justizmin. v. 29. April 1841 mitgetheilten R. D. v. 1. April 1841, auf Grund eines Staatsraths-Gutsachtens, gebilligt und eine authentische Deklaration hierüber für unnöthig erachtet worden 2) (Just. Min. Bl. 1841, S. 160).

¹⁾ Das Db. Trib. hat in Bezug auf ben Art. 691. bes Code Napoléon auch noch folgende Grundsate ausgesprochen:

a) Der Art. 691. hat die Berjährung bei Fischereien in Flussen nicht unters brochen. (Praj. v. 9. Oft. 1840, in der Praj. Samml. S. 282. Nr. 927.)

b) Auch bei Polzberechtigungen ist ber Lauf der Berjährung durch Art. 691. unterbrochen worden, und stehen dem in den Ländern, welche vormals zum Kösnigreiche Westphalen gehört haben, die Art. 96. u. 183. des Defrets v. 29. März 1808 nicht entgegen. (Praj. v. 13. Mai 1842, in der Praj. Samml. S. 282. Rr. 1139.)

c) Der Art. 691. ist zunächst nur als zu Gunsten des Grundeigenthümers ers gangen zu betrachten, und berjenige, welcher sehst nur eine Servitut auf fremdem Grund und Voben auszuüben hat, kann einem anderen Servitutberechtigten den Einwand nicht entgegensesen, daß der bloße Besitz zur Erwerbung der Servitut nicht hinreiche. (Präs. v. 10. Nov. 1838, in der Präs. Samml. S. 282. Nr. 575.)

²⁾ Bergl. über biese Frage auch: a) Scheller (App. Ger. Prässt.) in ber Abhandl.: ist die Verjährung der servitutum discontinuarum et non apparentium durch den Art. 691. des Codo Napoléon unterbrochen, oder hat sie während der Herrschaft des Codo Napoléon nur geruht? (Jahrb. Bd. 27. S. 151). Der Versfasser entscheidet sich für die erstere Alternative. — b) Das Ers. des Revisions. Rollegiums zu Posen v. 8. Dec. 1830, welches derselben Ansicht ist. (Centralbl. für Prenß. Jur. 1837. S. 462.)

Dagegen sucht Ulrich (Db. Trib. Raih) in der Abhandl. in Dr. Somsmer's Arnsberg. Arch. Bd. 1. S. 616 auszuführen, daß sich der Einstuß der Französ. Gesetzgebung wenigstens nicht die auf die praescriptio immemorialis erstrecken könne, weil die ImmemorialsPrästription nicht aus dem Gesichtspunkte der Erwerbungsarten zu betrachten sei, sondern als eine, die zum Beweise des Gegenstheils der Entscheidung zum Grunde zu legende Vermuthung aufgesaßt werden musse, und in dieser Weise, als prozessualische Vermuthung gedacht, durch die gesseslichen Bestimmungen über den Erwerb durch Verjährung nicht berührt werde.

Bergl. über die Materie auch Dr. Lowenberg's Beitrage zur Kenninis ber Motive ber Preus. Gesetzgebung, Bb. 1, S. 197 ff., Rote.

3um S. 165.

1) Der S. 165. spricht nicht von neuen Gemeinheiten, welche nach Verkündigung derselben entstehen, sondern von einem gemeinschaftlichen Eigenthume (A. L. R. I. 17. S. 1.), welches, nach Verkündigung der Gem. Th. O. entstanden, und mit andern Besitzthümern in Verbindung 'gesetzt, nur nach den Grundsätzen von Theilung des gemeinschaftlichen Eigenthums abgelöst, aufgehoben werden kann (SS. 75. sf. A. L. R I. 17.).

Der Entstehung und Verabredung neuer Gemeinheiten ist durch die Vorsschriften der SS. 164. und 27., 28. Gem. Th. D. und durch das Gesetz v. 31. März 1841 entgegentreten. (Vergl. die Erläut. zum S. 164. der

Gem. Th. O.).

2) Das Min. des I. führt in dem R. v. 18. Aug. 1842 1) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 323 Nr. 434) aus, daß wenn nach Aufhebung eines gemeinschaftlichen Hütungsrechts, mehrere Interessenten oder Klassen derselben in gemeinschaftlichem Besitze und Benutzung des als Absindung erworbenen gemeinschaftlichen Eigenthums verbleiben, dies eine Fortsetzung der früheren Gemeinheit involvire, diese nur auf einen Gegenstand übertragen sei, mitshin nach den Vorschriften der Gem. Th. D. ausgelöst werden könne, und daß der S. 165. darauf keine Anwendung sinde.

Roch (Rreisger. Dir.) halt diese Ansicht fur unrichtig, indem er be-

merft:

Wenn die bisherigen Mitberechtigten eines Hutungsrechtes durch ein Stud Land abgefunden werden und dasselbe fortan als Acker gemeinschaftlich benuten, später aber dasselbe unter sich theilen wollen, so ist das kein Fall, in welchem ein Versahren nach den Vorschriften der Gem. Th. D. vor einer Auseinandersetzungs, behörde statisinden müßte. Der S. 2. der Gem. Th. D. umfaßt ihn nicht. Der Fall ist eine ganz einsache Theilung einer privativen gemeinschaftlichen Sache, an welcher den Miteigenthumern ganz gleiche Rechte zustehen. Der Grund, daß die Gemeinschaft eine alte sei, die bloß ihren Gegenstand gewechselt habe, ist nicht einzuräumen. Das gemeinschaftliche Eigenthum an dem Absindungsacker ist eine ganz andere Gemeinschaft, als die frühere Mitberechtigung zur Mitbeweidung von Gemeingründen zu. Nur die Gemeinschaft von dieser Art sällt unter die Bestimsmung des §. 2. der Gem. Th. D. (Koch's Landrecht Bb. 1. S. 600. Anm. 64.)

Der Ansicht Roch's steht indeß offenbar das Prinzip des §. 147. der Gem. Th. D. entgegen, und die Ansicht des Min. des I. erscheint als die richtige.

Bum Abschn. II. (betr. die Einschränfung ber Gemeinheiten).

Borbemerfung.

I. Vor der Aublikation der Gem. Th. D. wurden Antrage auf Besschränkung von Gemeinheiten und Servituten, wohin auch die Antrage auf Einführung einer besseren Ordnung in Benutung gemeinschaftlicher und mit Servituten belasteter Grundstücke gehören, verschiedenartig behandelt. Bei manchen Behörden wurden sie nach Art der früher bestehenden Vorschriften über Gemeinheitstheilungen geleitet, und nur die dabei entstandenen Streitspunkte zum Prozesse verwiesen; andere Gerichte brachten solche Antrage sos fort in die Form eines Prozesses, wodurch erhebliche Weiterungen entstanden. Deshalb wurde es bei Entwerfung der Gem. Th. D. für zweckmäßig ersachtet, nicht nur diese Angelegenheiten vor die Gemeinheitstheilungs-Besachtet, nicht nur diese Angelegenheiten vor die Gemeinheitstheilungs-Besachtet, nicht nur diese Angelegenheiten vor die Gemeinheitstheilungs-Besachtet,

¹⁾ Bergl. in Bb. L. S. 394.

borden zu verweisen, sondern auch die Operation selbst zu erleichtern. In der letteren Beziehung wurde hinsichtlich solcher Gegenstände, die eine besondere Beschleunigung erfordern oder weniger bedeutend erscheinen, ein absgefürztes Berfahren durch die Orts- und Kreisbehörden für zweckmäßig erachtet, ohne die Leitung solcher Angelegenheiten dem Reffort der Auseinandersetzungs-Behörden entziehen zu wollen.

- a) Hierauf gehen die Vorschriften der §§. 178. und 191. der Gem. Ih. D., indem sie auf den Antrag der Interessenten wegen Einsührung einer zweckmäßigeren Benutzung gemeinschaftlicher oder mit gegenseitigen Servituten belasteter Grundstücke (§§. 171. bis 173. der Gem. Ih. D.) und wegen Befreiung einzelner Grundstücke von Dienstbarkeiten (§§. 174. bis 177. a. a. D.), ferner wegen Hutfreilegung von Ackerländereien ohne Ackerumsatzu
- b) Andere in die Rathegorie der Beschränkung von Gemeinheiten geshörige Segenstände von größerer Bedeutung, die Feststellung und Fixation von unbestimmten Dienstbarkeits und Miteigenthumsrechten auf ein bestimmtes Maaß (§§. 166. bis 168. der Sem. Th. D.), serner die Hutsfreilegung von Ackerländereien mit der Wirkung der Semeinheitstheilung, daß solche nämlich einem weiteren Umtausche nicht unterliegen (§§. 181. sf. a. a. D.), wurden nach §§. 169., 170., 191. a. a. D. dem summarischen Bersahren vor den Lokal-Verwaltungs-Vehörden nicht, sondern dem ordentlichen Versahren der Auseinandersetzungs-Vehörden unterworfen.

(Bergl. die Motive ber Gem. Th. D. in den Aften des Staats: Ranzler-Amis: Regulirung der gutsherrl. bauerl. Berhältniffe, Gen. Nr. 1. a. Vol. V. S. 124

f., f. Donniges Landes:Rult. Gef. Bb. 3. 6. 289-290.)

II. Aus der Fassung der §g. 178., 179. und 191. der Gem. Th. D. dahin,

daß auf den Antrag des Theilnehmers in den oben zu I. a. bezeichneten Angelegenheiten die Ortsbehörden sich der Untersuchung zu unterziehen haben und darin verfügen, daß aber in den zu I. b. gedachten Angelegenheiten die Theilnehmer sich mit ihren Anträgen an die Gen. Kommission zu wenden und von dieser die weitere Verfügung wegen Einleitung der Sache zu erwarten haben,

ift bas Bebenfen entftanben,

ob mit ganzlicher Uebergehung der Auseinandersetzungs=Behörden in den zu I. a. erwähnten Regulirungen die Antrage bei den Orts-behörden anzubringen, und wenn sie auf dem Wege der Festsetzung der Ortsbehörden zu Stande kommen, deren oberaufsichtliche Prüsfung und Bestätigung von Seiten der Auseinandersetzungs=Behörden wegfalle,

oder

ob der W. v. 20. Juni 1817 §§. 68. ff., wonach alle Antrage auf die zum Ressort der Gen. Kommissionen gehörigen Auseinandersseyungen unmittelbar bei diesen Behörden anzubringen sind, mit Berücksichtigung des §. 1. des Ausführungs-Ges. v. 7. Juni 1821, Volge zu geben sei?

Es kam dabei in Betracht, daß mit den zu I. a. gedachten Regulirungen — mit der Einführung einer besseren Benutzung von Gemeingründen und durch Servituten belasteten Grundstücken gewöhnlich die Feststellung unbestimmter Grundgerechtigkeiten durch Wieh-, Hutungs- und Holzungs-Ordnungen (ad I. b.) — verbunden, für beiderlei Gegenstände aber ein

verschiedenartiges Berfahren vorgeschrieben ift.

Diese und andere diese Materie betreff. Bendenken sind durch die U. v. 30. Juni 1834 S. 1. und 7. erlediget, wodurch nicht nur die Kompetenz der Auseinandersehungs-Behörden zu den im Abschn. II. der Gem. Th. D. absgehandelten Gegenständen — Beschränkung der Gemeinheiten — sondern auch das Versahren nach der V. v. 20. Juni 1817, namentlich wegen Entscheidung von Streitigkeiten und wegen Prüfung und Bestätigung der gesschlossenen Verträge durch die Auseinandersehungs-Behörden außer Zweiselgestellt ist. Insbesondere ist ihnen überlassen worden, die nach dem Abschn. II. der Gem. Th. D. an die Lokals und Kreisbehörden verwiesenen Begensstände gleich unmittelbar vor sich zu ziehen, welches eine Kenntniß der Ansträge voraussest und die Einleitung eines beschleunigten Versahrens vor den Ortsbehörden oder vor den Kommissarien der Auseinandersehungsschen Ortsbehörden oder vor den Kommissarien der Auseinandersehungsschen Regulirungen dem Erwessen der letzteren anheim giebt.

Vergl. das R. bes Min. bes 3. für Gewerbe-Ang. v. 24. Aug. 1837 1)

(Ann. Bd. 21. S. 648).

Dadurch ist jedoch die Befugniß und Verpflichtung der Ortsbehörden nicht aufgehoben, sich einstweilen oder auf weitere Verfügung der Ausein- andersetzungs-Behörde der Einleitung und Erörterung der zu I. a. erwähnten Angelegenheiten zu unterziehen.

Bergl. bas R. bes Min. res J. u. b. P. v. 25. Mai 1840 2) (Min.

B[. b. i. 3. 1840, 6. 317).

Bergl. Feld-Polizei-Ordn. v. 1. Nov. 1847 §§. 23.—25., 35.—38. und die Erläut. dazu (f. unten in Th. IV.), desgl. die §§. 10.—34. des Landes-Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 und die Erläut. dazu in Bd. II. Abth. I. S. 97—107.

Abgesehen von den häufiger vorkommenden Antragen auf Geftftellung des Umfanges und ter Art der Ausübung von Servituten, befonbers Gutungs- und Holzungsrechten, vorzugemeise in Vorsten (§§. 166. ff.), ift bisher von ben §§. 171.—173., ferner von ben §§. 177—180., beir. die Befugniß, einzelne Grundstude und Feldtheile ber Butung zu entziehen, sowie von den SS. 181. ff. betr. die Ausweisung des hutfreien Drittels, wenig Gebrauch gemacht worden, es ware benn, daß bergleichen Antrage benutt worden find, um bei Berhandlung über dieselben, wie es in der Regel geschah, den 3med zu erreichen, eine totale Separation herbeizuführen. Nur in einigen bald nach Publifation bes Regulir.-Ed. v. 14. Sept. 1811 beantragten Regulirungen, bei denen damals die bauerlichen Wirthe noch in Gemeinschaft wiederum zurückzutreten pflegten, murbe ein fog. hutfreies Drittel Anfangs öfters ausgewiesen, burch welches bann die Wirthe mit ben Bortheilen einer vollständigen Separation allmählig vertraut wurden, die späterhin solchen partiellen Auszügen aus der Feldgemeinschaft stets vorgezogen wurden, schon um die doppelten Roften und Beranderungen im Wirthschafts-Syfteme zu vermeiben, wenn, was in ber Regel bald geschah, eine vollständige Separation nachfolgte.

Die §§. 171.—173. werden vielleicht späterhin, nachdem durch die Total-Separationen dem dringenden wirthschaftl. Bedürfnisse der Freiheit in der Benutung genügt ift, in einzelnen Gegenden, wo schon von Altersher eine große Zerstückelung stattsindet, dem durch die letztere gehemmten Be-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 395-396.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 396-397.

durfniffe größerer, baber nur in Gemeinschaft auszuführender Meliorationen, zwedmäßige Abhülfe ichaffen.

3u SS. 166—180.

(Einführung einer den Rechten angemeffenen und zwedmäßigen Benutung.)

3nm S. 166.

Eine vorläufige Regulirung nach bem Abschn. II. ber Gem. Th. D. ift auch dann zulässig, wenn schon auf eine allgemeine Auseinandersetzung der Gemeinheit angetragen worden ift.

Angenommen von dem Min. bes 3. in bem R. v. 28. Marz 1844. 1)

(Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 86. Mr. 114.)

3n SS. 166-169.

Nur der Eigenthumer oder Miteigenthumer, nicht auch der Dienstbarkeitsberechtigte, ift befugt, auf Firation resp. Regulirung des Maages und der Art der Ausübung nach den SS. 166-169. anzutragen, wobei jedoch die Amispflicht der Beborte nach S. 169. unberührt bleibt, und diese sowohl fur die Berhaltniffe der Eigenthumer, als der Dienftbarteitsberechtigten eintritt. Jener Grundfat, wonach die Provokation aus den SS. 166. ff. nur dem Eigenthumer oder Miteigenthumer zusteht, praju-Dizirt hingegen nicht ben Provokationen und Klagen ber Hutungs = ober Bolzberechtigten wegen übertriebener und baber auf bas rechte Daaß zurudzuführender Einschonungen (SS. 173. ff. Tit. 22. Th. I. A. L. R., S. 29. des Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811), wegen Gewährung ftehenden Golzes ftatt Raff- und Lefeholz im Falle bes Sf. 225. A. L. R. I. 22., wegen Eintheilung res Waldes in ordentliche Schläge nach § 230. a. a. D. oder Wiederanpflanzung ausgegangener, dem Servitutrechte unterliegender Holzarten aus § 232. a. a. D. In Volge folder Antrage tritt alebann aber eine Fixation des Servitutrechtes, mithin auch in allen diefen Fallen die Rompetenz der Auseinandersetzungsbehörde von felbst ein.

3u SS. 166., 168—170.

Das nach diesen § zulässige sogen. Holzfixations-Verfahren (die Besugniß auf Fixation einer unbestimmten Holzungsgerechtigkeit anzutragen) ist dem Waldeigenthümer nicht erst durch die neuere agrarische Gesetzgebung, sondern bereits durch das A. L. R. I. 22. §. 235. gegeben. 2)

In Bezug darauf ift Folgendes zu bemerken:

1) Die bloße Fixitung einer unbestimmten Brennholzberechtigung auf eine bestimmte Quantität Holz ist an sich keine Umwandlung der Grundsgerechtigkeit in eine bestimmte Abgabe. Bei dem Eintritte einer Unzulängslichkeit der belasteten Forst muß sich der Berechtigte mithin eine Kürzung der bestimmten Holz-Quantität ebenso gefallen lassen, als ob die Fixation nicht ersolgt wäre.

So erkonnt von dem Revis.-Rolleg, für L. K. S. unterm 20. April 1849. (Zeitscher desselb. Bd. 3. S. 73—83. und Praj. Samml. desselb. S. 2.

Mr. 2. u. S. 20. Nr 1.)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 395.

²⁾ Bergl. Bus. I. A. ad 8. ju \$5. 114-140. ber Gem. Th. D. (f. oben &, 143).

2) Eine bisher unbestimmte Holzservitut verliert dadurch, daß sie auf ein gewisses Quantum sirirt wird, die Natur der Grundgerechtigkeit nicht; es bedarf deshalb keiner Eintragung des Deputats (cf. §. 58. Anh. zum A. L. R.). Pfarren sind in dieser Beziehung als berechtigte Grundstücke (praedia domin.) zu betrachten.

Erkannt von dem Db. Trib. unterm 8. Mai 1849 (Zeitschr. bes Revis.

Rolleg. Bb. 3. S. 224-225).

3) Bei der Ermittelung des Deputats, wenn folche zum Zwecke einer Holzfiration erfolgt, muß zwar auf bas Bedürfniß des berechtigten Gutes Rücksicht genommen werden, indem auf dieses bas Recht felbst seiner Natur nach beschränkt war (vergl. A. L. R. I. 22. S. 204.); allein nicht der faktische Bedarf, wie er gerade zu bem Zeitpunkte der Anbringung der Provokation obgewaltet hat, ift allein entscheidend, sondern zu berücksichtigen, wie sich der Bedarf überhaupt bei Benutung des Rechtes in seinem ganzen Umfange, wie es dem berechtigten Gute felbst zusteht, berausstellt. Denn dies liegt in der Natur der Sache, indem das Fixation-Quantum den Bebarf bes gangen Rechtes reprafentiren foll, und folgt auch aus S. 235. A. 2. R. I. 22., wonach das Deputat auf ein, nicht mit dem temporair ftattfindenden, fondern mit der rechtmäßigen Benugung im Berhaltniß ftebenbes Quantum festgesett werden foll. Man murde fonft ben Berechtigten verlegen, wenn er zufällig gerade zur Zeit der Viration einen Theil bes Rechtes ober bas ganze Recht nicht ausgeübt haben follte, indem er, obschon er durch eine folche temporar unterlaffene Ausübung bes Rechtes felbft bei nicht eintretender Fixation keinen Falls verluftig gegangen sein wurde, dennoch nunmehr, weil der Waldeigenthumer auf Fixation angetragen, tasfelbe in der That für alle Bufunft einbugen mußte. Für die Richtigkeit dieser Ansicht spricht auch die Analogie des S. 34. der Gem. Th. D.

So erkannt von dem II. Sen. des Db. Trib. unterm 25. Mai 1853

(Acta bes Revis.-Rolleg., Brandenburg &. Nr. 50.).

4) Daß die zu Raff- und Leseholz oder geringeren Holzsortimenten Berechtigten sich bei der Ablösung dieser Berechtigungen (§ 114. u. 119. der Gem. Th. D.) gefallen lassen mussen, daß ihnen bei ter Reducirung auf Klaster-Klobenholz, und bei der Zugrundelegung des Klasterholzpreises im Auseinandersehungsplane, die Differenz zwischen den größeren Kosten des Sammelns und der Ansuhr einer in Bezug auf Holzmasse und Brennsgüte verhältnismäßig gleichen Quantität Raff = und Leseholz (Lagers, Stubben-Holz) gegenüber den geringeren Ansuhr und Zurichtungs (Werbes) Kosten des Klobenholzes, in Anrechnung gebracht werde, ist bereits in den Erläut. zum §. 114. der Gem. Th. D. erörtert worden (Bergl. Zus. 3. zu §. 114., s. oben S. 145).

Dagegen ist es streitig geworden; ob die zu Brennholz Berechtigten sich auch bei der bloßen Fixation desselben auf Klastern (§§. 166. und 168. der Gem. Th. O.) einen Abzug für Werbekosten gefallen lassen

muffen?

1

Das Revisions-Rollegium für &. R. S. hat (in den Sachen Preußen Z. 15. und Brandenburg G. 1454., in letterer unterm 13. Jan. 1854) angenommen, daß bei einer solchen Viration die Werbekosten ganz außer Berücksichtigung zu lassen seien, und daß der zu Brennholz Berechtigte sich nur den Abzug des von dem Verpflichteten zu veraus-lagenden Schlägerlohns, nicht aber auch Abzüge sur sonstige Neben-kosten gefallen lassen musse.

Die Gründe dieser Ansicht sind im Wesentlichen folgende:

Rach S. 235. A. E. R. I. 22. fann nur bie Festsehung eines mit ber rechts mäßigen Benutung im Berhältniß stehenden bestimmten Golzbeputates verlaugt

Wenn hiervon die Werbekosten abgezogen werden sollten, so wurde ber Bebarf, welcher burch bas Deputat gewährt werden soll, nicht mehr vorhanden sein. Bei einer Ablösung bes Brennholzrechtes find allerdings die Roften ber Berbung, soweit sie wirklich erspart werden, zur Rechnung zu ziehen; benn in biesem Falle handelt es sich um eine gangliche Umwandlung ber Wirthschaftsweise, in Folge beren ber Berechtigte bann seine Einrichtungen zu treffen und fie ben nenen Berhältniffen anzupaffen hat; bei einer bloßen Firation bagegen bleibt das Berhaltnig im Befentlichen das frubere. Benn ber Berechtigte etwas an ben Berbungekoften erspart, so ift bice ein zufälliger Bortheil, ber ihm aus bem Ans trage des Belasteten ermachst, wogegen biefer ben Bortheil hat, daß er nun bie Holzmenge fennt, welche sein Wald herzugeben hat, und daß er bas etwa fruber von bem Berechtigten mehr Berbrauchte gewinnt. Da ber Belaftete allein ben Antrag auf Fixation formiren barf, so ist es auch allein seine Sache, zu erwägen, ob biefer durch Feststellung bes bestimmten, bem Rechte entsprechenden Golzbepus tate feiner eigentlichen Absicht genügen, ober dazu ber Antrag auf vollständige Ablösung erforderlich sein werbe. Dacht er aber ben Antrag auf Firation, fo fann er nur dafür Erfat verlangen, mas er zu Gunften bes Berechtigten wirts lich aufwenden muß, und bies ift das Schlägerlohn, wogegen er eiwanige Ersparniffe bes Berechtigten an sonftigen Berbekoften nicht in Anspruch nehmen barf, ba bas Gefet bie Bestimmung eines mit bem Rechte im Berhaltnig flehenden Deputats vorschreibt. (Acta des Revis. Rolleg. Brandenburg G. Nr. 1454, und Zeitschr. besselb. Bb. 3. S. 280-283.)

3nm S. 167.

1) Der II. Sen. des Ob. Trib. hat (in dem Erf. v. 30. Dec. 1843) angenommen, daß wenn der Besiger von Grundstücken, welche mit dem Hütungsrechte eines Dritten belastet sind, in Gemäßheit des S. 167. der Gem. Th. O. darauf angetragen hat, daß die Art und Jahl des Viehes, womit die Hütung darauf ausgeübt werden kann, und die Zeit, wann die Ausübung stattsindet, ausgemittelt und festgesetzt werde, dei Leitung und Aussührung dieser Regulirung die Vorschriften der SS. 31. sf. der Sem. Th. O. maaßgebend sind, dergestalt, daß das Maaß und das Verhältniß der Theilnahme des Verechtigten nicht bloß gemäß S. 90. A. L. R. I. 22. nach dem Durchwinterungssuß, sondern zunächst als Regel nach dem Verschren, zehn Jahre, und nur eventuell unter den Voraussetzungen des S. 34. der Gem. Th. O. nach dem Durchwinterungssuß zu bestimmen sei. (Praj. Samml. des Ob. Trib. S. 338 Nr 1389).

Die Richtigkeit tiefer Ansicht ift unbedenklich anzuerkennen.

2) Bergl. die Feldpolizei-Ordn. v. 1. Nov. 1847 §§. 23. ff. und die Erläut. dazu (s. unten in Th. IV.).

Bu §§. 169. und 170.

Die Frage über die Einschränkung der Waldweide ist auch in den weststichen Provinzen nach dem Landes-Kultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 zu besurtheilen und gehört (nach §§. 169. und 170. der Gem. Th. O.), mit Ausschluß der Gerichte, vor die General-Kommission.

Erkannt von dem Db. Trib. unterm 14. Mai 1850 (Sommer's Arns:

berg Arch. Bb. 14. S. 601 ff.).

3u SS. 171.—180.

1) Ueber die Rompetenz der Auseinanderfestungs-Behörden au ben in ben SS. 171. ff. der Gem. Ih. D. gedachten Regulirungen, vergl.

S. 7. der B. v. 30. Juni 1834 und die R. des Min. des J. für Gewerbe-

Ang. v. 24. Aug. 1837 1) (Ann. Bb. 21. S. 648).

2) Die Aussührung der nach Vorschrift der §§. 171. ff. der Gem. Th. D. errichteten und bestätigten Regulative sällt den Lokal-Polizeibehörs den anheim; die Untersuchung und Rüge etwaniger Kontraventionen das gegen gehört vor die ordentliche Polizei-Strafgerichtsbarkeit. (Vergl. R. des Min. des J. u. d. P. v. 25. Mai 1840, *) Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 317 Nr. 572.).

3) Bergl. die Aufsate von: a) Dr. Pfeil, über die Hinderniffe einer zwecknäßigen Benutung der den kleinen Grundbesitzern gehörenden Forstsgründe in den öftlichen Provinzen Preußens, in der Zeitschr. des Revis.schleg. Bd. 1. S. 373 ff. b) Lette, über die zur Beförderung des Forstskultur-Interesses und zur Erhaltung der Holzbestände in den Gemeinheitstheilungs-Gesehen gegebenen Bestimmungen und deren Anwendung, a. a. D. S. 398 ff. (zum Theil gegen den ad a. gedachten Aufsatz gerichtet), c) Hansmann, über die Theilung der Ackerhölzer in der Mark Branden-burg. Gegenbemerkungen zu dem ad a. gedachten Aufsatz. (Zeitschr. des Revis.-Kolleg Bb. 2. S. 23 ff.).

4) Ueber die sog. Haubergs-Ordnungen in einzelnen westlichen

Landestheilen, 8) vergl. die allgem. Ginleit. in Bd. I. S. XCIV.

Zu SS. 172. nud 173.

Bur Richtschnur über das bei diesen Regulirungen zu beobachtende Versfahren ertheilt das R. des Min. des I., landwirthschaftl. Abth., v. 11. Mai 1842 *) (Min. Bl d. i. V. 1842, S. 135 Nr. 188.) sachverständige Anleistungen.

3u §§. 174. unb 177.

1) Das nach S. 174. ter Gem. Th. O. und S. 29. A. 2. R. I. 22. bem Verpflichteten zustehende Recht, eine Grundgerechtigkeit, welche ohne

2) a. a. D. S. 396.

Ueber die Frage: in wiesern die Hubeberechtigten (im Herzogthume Westsphalen) ein Widerspruchsrecht gegen die sukcessive Verwandlung eines Laubholzswaldes in einen Nadelholzwald haben, vergl. die Erf. des Hosgerichts zu Arnes berg v. 1. Aug. 1828 und des D. L. G. zu Münster v. 4. Juli 1834 in Dr.

Sommer's Arnsberg. Arch. Bb. 3. S. 483-491.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 395-396.

³⁾ Diefelben bezwecken bie Beforberung ber Forst Rultur in ben fleineren gu gemeinschaftlichem Gigenthume befeffenen Forftwirthschaften. Die wichtigften berfelben find folgende: a) die mittelft R. D. v. 9. Nov. 1836 bestätigte Polizeis Ordn. über die Bewirthschaftung ber hauberge für die Aemter Freusberg und Friedewald im Rreise Altenkirchen auf bem rechten Rheinufer (unterm 29. Nov. 1836, publicirt im Amtebl. ber Reg. ju Robleng). (Bergl. Donniges gand. Rult. Ges. 28b. 2. Anh. S. 76 u. 81), b) die mittelft R. D. v. 29. Sept. 1834 genehmigte und unterm 6. Dec. 1834 von den Min. des J., ber J. u. b. g. pubs licirte hauberge Drbn. für ben Kreis Siegen; c) bie unterm 24. Mai 1821 republicirte hauberge Drbn. v. 6. Jan. 1810 für das Amt Olpe (einen Theil bes landrathl. Rreifes Dlye. (Bergl. Beitschr. des Revis. = Rolleg. Bb. 1. S. 422, beegl. bas Erf. bes Revis.-Rolleg. für 2. R. S. v. 30. Dec. 1847 über bie Rechtsverhaltniffe nach ber Großberzoglich Deffischen Sauberge Drbn. für bas Amt Olpe v. 6. Jan. 1810 nebst Erlaut. v. 24. Diarg 1821, und über bie Bes hufs Regulirung biefer Berhaltniffe jest eintretenbe Rompeteng ber Auseinanders fegunge-Behörde, in ber Beitschr. bes Revis. Rolleg. 20b. 2. S. 221 ff.)

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 397—398.

gerechtigkeit, welche ohne Nachtheil des Berechtigten auf einem bestimmten Theile des belasteten Grundstückes ausgeübt werden kann, auf diesen Theil einzuschränken, bezieht sich lediglich auf einseitige Dienstbarkeits-Rechte; die unter den Eigenthümern vermischter, mit gegenseitigen Dienstbarkeiten beslasteter Ländereien stattsinde Gemeinschaft, aus welcher nur nach Vorschrift des S. 177. der Gem. Th. D. einzelne Auszüge stattsinden können, untersliegt einer solchen Beschränkung nicht. 1)

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. K. S. unterm

5. Dec. 1845. (Beitschr. beffelb. 2b. 1. S. 99)

2) Gilt der S. 174. der Gem. Th. D. auch für Holzungsge-

rechtigfeiten?

Die Gen. Kom. für die Kurmark hat verneint (Datum des Erk. konstirt nicht), weil rücksichtlich der Holzungsgerechtigkeiten besondere Borschriften ertheilt seien, indem der S. 168. der Gem. Th. O. dieserhalb auf die hier lediglich zur Anwendung kommenden SS. 235. und 236. A. L. R. I. 22. verweise (Centralbl. für Preuß. Jur. 1841, S. 1233—1234).

Dagegen bejahet das Min. des J. in dem hierauf erlassenen Rekursbescheide (Datum konstirt nicht), indem es ausführt:

Nach ben Bestimmungen bes S. 115. ber Gem. Th. D. ift ber Eigenthumer eines mit Servituten belasteten Walbes, wenn er einzelne Dienstbarkeitsberechtigte abfindet, befugt, nach Verhaltnig ber Theilnehmunge : Rechte dieser Abgefundenen einen Theil bes benutten Gegenstandes der Mitbenutung der übrigen, noch nicht abgefundenen Theilnehmer zu entziehen und barüber frei zu verfügen; - er kann sogar ohne biese Voraussetzung eine Beschränkung ber Servituteberechtigten auf einen bestimmten Theil bes belasteten Grundstude verlangen, wenn dies feine Bes nachtheiligung des Berechtigten zur Folge hat; (S. 174. der Gem. Th. D. und S. 29. A. E. R. I. 22.) —, endlich aber auch die Firirirung unbestimmter Gols jungs : Gerechtsame auf ein bestimmtes Golzbeputat forbern. (S. 168. ber Gem. Th. D. u. S. 235. A. E. R. I. 22.) — Bon welchem biefer verschiebenen Rechte ber Forsteigenthumer Gebrauch machen will, ift seinem Ermeffen anheimgestellt, und beshalb fein Grund vorhanden, eine auf die §g. 115. und 174. ber Gem. Th. D. gestütte Provofation gur Beschranfung unbestimmter Golgunges Gerechtsame . auf einzelne Theile bes belafteten Walbes in ber Absicht zuruckzumeisen, daß nur eine Feststellung berselben in Quanto, die Berwandlung ber bisherigen unbestimmten Rusung in ein festes Holz-Deputat zulässig sei. (a. a. D. S. 1235.)

3um §. 176.

Durch diese Vorschrift wird der S. 144. A. L. R. I. 22. modificirt.

3u S. 177.

1) Das (nicht veröffentlichte) R. des Min. des J. v. 18. Febr. 1837 an die Gen. Rom. zu Soldin spricht aus, daß der S. 177. nur von den Fällen handelt, wo Eigenthümer auf die Gemeinheitsaushebung auf ihren Ländereien, welche nicht ex jure condominii besessen werden, antragen. (Donniges Land. Rult. Ges. Bd. 2. S. 455).

2) Üeber die Zulässigkeit partieller Separationen resp. über die Bermittelung der §§. 177. und 183. der Gem. Th. D. mit tem §. 20. derselben und dem §. 1. der B. v. 28. Juli 1838, vergl. die Erläut. zum

¹⁾ Das Revisions-Rollegium nimmt in dem gedachten Praj. an, daß bei bestehender Gemeinschaft der Feldhütung die gleichzeitige Berechtigung des einen Theils auf die Sutung in dem Walde des anderen Theils nicht als eine bes sonders bestehende einseitige Grundgerechtigkeit, sondern als eine wechselseitige ans zusehen, bei Feldseharationen mit aufgehoben und in Land zu entschädigen sei.

194 Bon b. Ablds. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

S. 1. der letigedachten B. (s. Bus. III. zum S. 4. der Gem. Th. D. sub 1. ad c., oben S. 36 ff.).

3u §§. 178.—180.

Wergl. bas R. des Min. des J. und t. P. v. 25. Mai 1840 1) (Min. **29**[. b. i. B. 1840, S. 317).

3u §§. 181.—191.

(Ausweisung bes hutfreien Drittels).

1) Bergl. die Erlaut. zu ben SS. 11:-19. des Landes-Rultur-Eb. v.

14. Sept. 1811 (s. in Bb. II. Abth. I. S. 97-99).

2) Ueber die Bulaffigkeit partieller Separationen, resp. über die Bermittelung ber SS. 177. und 183. ber Gem. Th. D. mit bem S. 20. derfelben und tem S. 1. ber 23. v. 28. Juli 1838, vergl. die Erlaut. jum S. 1. der lettgedachten B. (f. Buf. Ill. jum S. 4. ber Gem. Th. D. sub 1. ad c., oben S. 36 ff.)

Zum S. 187.

Bergl. S. 27. der Feld-PolizeisOrdn. v. 1. Mov. 1847 und die Erlaut. dazu (f. unten in Th. IV.)

Zum J. 188.

Der S. 188. sett, wie aus ter Verbindung besselben mit bem S. 187. und aus den Worten des S. 188 : "anderer Theilnehmer" hervorgeht, voraus, daß Jemandes Grundstude zum Theil noch in Gemeinheit liegen und nur zum Theil hutfrei sind. In dieser Berbindung fann es vortheilhaft fein, die Weide auf den hutfreien Grundstuden gleichfalls gemeinschaftlich au benuten. Damit jedoch eine beffere wirthichaftliche Einrichtung auf Diesen hutfreien Studen nicht auf lange Beit verhindert werde, bamit diese butfreien Stude burch neue Belaftung berfelben hinfichtlich ber Aufhebung ber Gemeinheit nicht in ein nachtheiligeres Berhaltniß gerathen, ale bie in Gemeinheit befindlichen Grundftude, bamit ber allgemeinen Gemeinheitstheilung bei etwaniger Um- und Zusammenlegung der Grundftucke nicht Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, ift im S. 188. Die Disposition ber Grundbesitzer hinsichtlich ber Belastung ber hutfreien Stude noch mehr als im SS. 164. und 27. beschränft worden. (Bergl. bie Motive Rr. 14. gu \$5. 180. ff. bes anderweitigen Entw. jur Gem. Th. D. in ben Aften bes Staates Rangler:Amte, Regulir. Rr. 1. a. Vol. 5. S. 124 c., Donniges Land. Rult. Gef. **26. 1. 6.** 161).

¹⁾ Bergi. in Bt. I. S. 396-397.

Zweiter Abschnitt.

Die Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 19. Mai 1851 für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Areise Rees und Duisburg, sowie für Neu-Vorpommern und Rügen. 1)

I. Bur Entstehungsgeschichte bes Gesetzes.

Bergl.:

1) Die Vorbemerkungen zur Abth. II. sub IV. (s. oben S. 8 bis

10);

2) den allgemeinen Theil a) der Motive zum Regierungs-Entwurf b) des Berichts der Agrar-Kommission der II. K. v. 11. April 1851 und e) des Berichts der Kommission der I. K. v. 30. April 1851 (s. unten sud II.)

Der lettere spricht sich über die früher in der Rheinprovinz linken Ufers in Betreff des Gegenstandes geltend gewesenen Gesetze, so wie über die Bedürfniffrage am vollständigsten aus, so daß es dieserhalb keiner weiteren

Erläuterungen bedarf.

II. Die Motive des Gesetzes im Allgemeinen, so wie die leitenden Hauptgesichtspunkte desselben sind in dem allgemeinen Theile der Motive der Staats-Regierung und der Kommisstons-Berichte beider Kammern aussührlich entwickelt, welche deshalb hier mitgetheilt werden. 2)

A. Die allgemeinen Motive des Entwurfs: 1)

Das Bedürfniß nach einer burchgreifenden Gesetzebung, welche die geeigneten Mittel zur Entfesselung des Grundeigenthums von den auf demselben lastenden kulturschällichen Servituten und zur herstellung einer freien Disposition des Besters über sein Grundstück gewährt, hat sich in der Rheinprovinz schon seit langer Beit geltend gemacht. Die Befriedigung desselben ist mehrsach zugesagt. Im §. 4. der Ablös. Ordn. v. 4. Juli 1840 wurde der Erlaß einer Gem. Th. O. für den Ostschnischen Theil des Roblenzer Regierungsbezirks ausdrücklich vorbehalten, in dem Allerh. Landtags-Abschiede v. 7. Nov. 1841 ist dem Antrage der Rheinischen Prosvinzialkände auf Borlegung eines Gesetzes wegen Aushebung der Weidegangsrechte Erfüllung verheißen und die Allerh. R. D. v. 7. Aug. 1846 (G. S. 1846, S. 431), welche die Raturaltheilung gemeinschaftlich benutzter in ungetheiltem Besitze besindslicher Waldungen von der Justimmung der Regierungen abhängig machte, verweist wiederholt auf das Erscheinen eines Gesetzes über Gemeinheitstheilungen.

2) Die Abweichungen bes früheren Entwurfs find in den Motiven und Rems miff. Berichten zu dem neueren Entw. erwähnt, weshalb es der Mittheilung jenes früheren Entwurfs u. der darauf bezüglichen Kom.=Berichte nicht bedurft hat.

¹⁾ Die Gem. Th. D. v. 19. Mai 1851 hat zur Zeit noch wenig Wurzel geschlagen. Was den Reg. Bezirk Roblenz betrifft, so schweben die meiken Sachen in dem oberen Theile des Kreises Altenkirchen, wo fast sammtliche Hauberge in den Aemtern Freusburg und Friedewald mit den lästigsten Koppelhuden beschwert sind. Dort sind jest 5 Sachen beendigt, nur in einer ikt Landentschädigung gegeben worden. — Auf dem linksrheinischen Theile des Reg. Bezirks schweben auch nur wenige Sachen, von denen einige sehr bedeutend sind. Sie betressen die Ablösung von Holze, Streue und Hutgerechtigkeiten auf mehreren tausend Morgen Wald, theils Hoche, theils Niederwald (s. g. Lohschlag) im Kreise Kreuznach, zum Soonwald gehörig.

³⁾ Der Entwurf sindet sich in den Drucksachen der II. K. 1834, Mr. 200. u. in dem stenogr. Ber. der II. K. 1834, Bd. 4. (Anlagen) Mr. 112. G. 875 ff. und die Motive in den Drucks. Nr. 200. u. den stenogr. Ber. Bd. 4. S. 878 ff.

Die Verzögerung erklärte sich aus der Unmöglichkeit einer unveränderten Einsführung der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 in der Rheinprovinz und aus den Bedenken, welche gegen die Anwendbarkeit des Theilungss Versahrens nach der Rheinischen Civils Prozeszesgesetzgebung auf umsangreiche Auseinandersetzungen rege

werben mußten.

3mei Hauptrücksichten stehen nämlich ber vollständigen Uebertragung ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 auf die Rheinprovinz entgegen. Die eine berselben besteht barin, daß das A. E. R. die Grundlage dieses Gesetze bildet, und daß das lettere eine Menge Bestimmungen über Theilnahmerechte enthalt, welche als Abs änderungen ober Erganzungen der landrechtlichen Borschriften zu betrachten find; daß diese Normen aber in der Rheinprovinz ohne tiefe Eingriffe in das Französis sche ober gemeine Recht nicht zur Geltung gebracht werden konnen. Rücksicht liegt in ber auf die landwirthschaftlichen Berhaltniffe ber öftlichen Pros vingen berechneten, segensreichen Tendenz der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821; bei Gelegenheit der Auseinandersetzungen auf eine Busammenlegung ber in vermischter Lage befindlichen Grundstude hinzuwirfen. Dann eine zwangsweise Bertaufchung ber einzelnen Besitztande Behufe ber Berftellung einer wirthschaftlichen Lage wurde nicht allein mit den Anfichten der Rheinlander schwer zu vereinen sein, sondern fie würde auch in der Rheinprovinz bei der großen Zersplitterung des bortigen Grundbefiges, bei ber Reigung ber Bewohner zur weiteren Spaltung ber ganbereien und bei dem im allgemeinen geringen Umfange der dortigen Landgüter keinen erheblichen und schenfalls keinen mit ben Rosten ber Umlegung im Berhaltniffe ftehenden Rugen erzeugen.

Unter diesen Umständen wird es erforderlich, für die Rheinprovinz ein besons deres Gesetz über Gemeinheitstheilungen aufzustellen, welches die Vorschriften über Theilnahmerechte unberührt läßt und einen allgemeinen Zwang zur Umlegung vers

mengter Grunbftude nicht in Anspruch nimmt.

Indeß muffen die materiellen Regeln über die Aufhebungen von Gemeinheiten so lange unfruchtbar bleiben, ale es an angemeffenen formellen Bestimmungen für bie Durchführung der Auseinandersetzungen fehlt. Daß bas Theilungsverfahren ber Rheinischen Civilprozeß : Gesetzebung in seiner jetigen Gestalt als ein zwecks entsprechendes Mittel zu einer schnellen und leichten Bofung verwickelter Gemeinheiten nicht betrachtet werden fann, darüber hat die bisherige Praxis jeden Zweifel beseitigt. Dennoch wurde die Borliebe ber Bewohner des linken Rheinufers für ihre Gerichtsinstitutionen der Ausdehnung des in den östlichen Provinzen geltenden und bemahrten Gem. Th. Berfahrens auf jenen Landestheil widerstreben; eine bes fondere General-Rommission möchte in der Rheinproving auch nicht genug zu thun finden; die Uebertragung der Gemeinheitstheilungen an die Regierungen unter Bils dung besonderer Spruch = Rollegien für die Prozesse wird jest nicht mehr auf Bezirke wo eine solche Einrichtung noch nicht besteht, auszudehnen sein, da die Re= gierungen fich funftig ber Prafektur : Berfaffung nabern burften. Es wird baber porgefchlagen, bie Gemeinheitstheilungsfachen auf bem linken Rheinufer ben orbents lichen Gerichten zu belaffen. Dabei ift die Absicht, durch ein besonderes ichon in ber Borbereitung begriffenes Gefet bie Mangel bes Rheinischen Theilungsverfahrens möglichst für alle Theilungssachen zu beseitigen. 1)

Anders steht es auf dem rechten Rheinufer. Dort ist in dem ehemaligen Großs herzogthum Berg für die Ablösung der Reallasten schon seit dem Jahre 1829 das altländische AuseinandersetzungssVersahren eingeführt und die Generalskom. zu Münster zur leitenden Behörde bestellt worden. Dasselbe ist im Jahre 1840 in den zur Rheinprovinz gehörigen ehemals Nassauischen Landestheilen und der Stadt Wetzlar nebst Gebiet mit dem Unterschiede geschehen, daß die Ablösungsgeschäfte daselbst der Regierung und dem Spruchskollegium zu Koblenz übertragen worden find. Für diese Gegenden kann es deshalb kein Bedenken haben, das nämliche Berssahren auf die Aussührung der Gemeinheitstheilungen für anwendbar zu erklären und die nämlichen Behörden mit dessen handhabung zu besassen, indem der Einswand, daß eine solche Einrichtung mit der Gerichtsorganisation und der Brozessgesesteng unverträglich sei, daselbst durch eine langjährige Ærsahrung widerlegt

¹⁾ Statt beffen ift jest ein befonderes Gemeinheitstheilungs Berfahren für das linke Rheinufer entworfen.

wird; die Bereinigung ber Ablösungs: und Gemeinheitstheilungs : Sachen in bems

felben Rollegium aber vielfache unverfennbare Bortheile gewährt.

In Neus Borpommern und Rügen find die Klagen über die Unzulänglichkeit ber materiellen und formellen Gesetzgebung in Betreff der Gemeinheitstheilungen wegen der dort stattsindenden einfachen landlichen Verhältnisse und weil ein großer Theil der dasigen Gemeinheiten bereits durch freiwilliges Uebereinkommen gelöst worden ist, zwar noch nicht sehr laut geworden; allein ein Blick auf die oben ans geführten bezüglichen Vorschriften begründet die Ueberzeugung, daß dieselben ebens salls eine wesentliche Erweiterung erheischen, um den gerechten Anforderungen der Bester noch in Gemeinschaft befangener Grundstücke zu entsprechen.

Das im Bereiche ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 geltende Verfahren auch auf Neu-Borpommern und Rügen zu übertragen, kann man keinen Anstand nehmen, einmal, weil dasselbe im ostrheinischen Theile des Roblenzer Regierungs-Bezirks eingeführt werden soll, woselbst, wie hier, der gemeine Prozes zur Anwendung geslangt und sodann, weil dieses Verfahren nach dem Entwurfe der neuen Ablösungs-Drdnung wegen der Aushebung von Reallasten auf die beregten Landestheile auszudehnen beabsichtigt wird. Zur Leitung der Theilungsgeschäfte bietet sich die auch mit den Ablösungen zu beauftragende Gen. Kom. zu Stargard als die geeignetste

Behörbe bar. 1)

Aus den vorstehenden Erwägungen ist der Entwurf der Gem. Th. D. für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Duisburg und Rees, so wie für Neus Borpommern und Rügen hervorgegangen, welcher sich im Wesentlichen auf die Festsstellung der Gegenstände der Gemeinheitstheilung des Rechts, auf Auseinandersehung zu dringen, und der Art und Weise der Entschädigung beschränkt. Derselbe schließt sich in diesen Punkten möglichst genan an die Vorschriften der Gem. Th. D. v. 7. Jan. 1821 und des Ges. Entw. zu deren Abänderung und Ergänzung an, weil in dieser Beziehung die Verhältnisse der Landestheile, auf welche das Ges. berechnet ist, die Herbeiführung einer wünschenswerthen Gleichförmigkeit der Auseinanderssehungsgrundsähe gestatten. Daher wird es für die Rechtsertigung der einzelnen Bestimmungen des Entw. vielsach genügen, auf die Parallelstellen der Gem. Th. D. v. 7. Jan. 1821 und des Ges. Entw. zu deren Abänderung und Ergänz., so wie auf die Motive zu dem letzteren hinzuweisen. 2)

B. Der Bericht der Agrar-Rommiffion der II. Rammer: 3)

Die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 hat nur in benjenigen Landestheilen bes Preuß. Staats Gesetsestraft, in welchen das A. E. R. eingeführt ift. Dessen uns geachtet ist auch schon seit geraumer Zeit in den Theilen der Rheinprovinz, in welschen das Französ, oder gemeine Recht Geltung haben, sowie in NeusVorpommern und Rügen anerkannt worden, daß die in diesen Landestheilen geltenden Gesets nicht ausreichend sind, um nach denselben die Ablösung von kulturschädlichen, die Bewirthschaftung der Grundstücke beeinträchtigenden Dienstbarkeiten, sowie die Aufstedung der Gemeinheiten (Marken, Erbenwaldungen und dergl.) in zweckmäßiger Weise bewirken zu können. Für NeusVorpommern und Rügen sind in der Schwesdischen Verordn. v. 18. Nov. 1775 und in dem Patente v. 14. Dec. 1801 bereits umfassende Vorschriften über Gemeinheitstheilungen gegeben und mit gutem Erfolge zur Anwendung gebracht worden. Dieselben sind jedoch in Betress des Versahrens in den Fällen, in welchen Vergleiche der Betheiligten nicht zu Stande kommen, so

3) Bergl. Drudf. b. II. R. 1844, Dr. 264., beegl. ftenogr. Ber. b. II. R.

20. 4. G. 895 ff. (Berichterftatter Abgeord. Ambronn).

¹⁾ Inzwischen ift nach S. 114. bes Ablos. Ges. v. 2. März 1850 (G. S. 5. 111) bas Ablos. Berfahren in Neu-Borpommern und Rügen ber Gen. Kom. in Stargard übertragen, nach ben in bem übrigen Geschäftsbezirke dieser Behörde geltenden Borschriften.

²⁾ Das G. betr. die Erg. u. Aband. der Gem. Th. D. v. 7. Jan. 1821 u. einiger anderer über Gemeinheitstheilungen ergangener Gesetze v. 2. Marz 1850 (G. S. 1850, S. 139) ist inzwischen publicirt. Dasselbe hat in den Kammern einige Abanderungen gegen den früheren Entwurf erlitten. Diese Abanderungen sieht berücksichtigt worden.

wie für bie Ablosung von Servituten erschwerend und bedürfen baber einer Ers Beit weniger genügen für solche agrarische Auseinandersetzungen bie betreff. Gesetze für bie Rheinproving, mit Ausschluß ber Kreise Duisburg und Rees, in welchen letteren die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 bereits Geltung hat. Denn in den vormals Nassauischen Landestheilen sind Markentheilungen nur unter Ans stellung ber gemeinrechtlichen Theilungeflage zu erreichen und Ablösungen von Beibeberechtigungen und Golzabgaben aus Gemeindewaldungen burch bie Rulturs Berordn. v. 7. u. 9. Nov. 1812 nur in einer höchst mangelhaften, nicht befriedis In ben Diftriften, in welchen bas Frangof. Recht genben Weise burchzuführen. gilt, fonnen Theilungen gemeinschaftlicher Grundftude nur unter ben erschwerenden Formen ber analogisch anzuwenbenben Erbschaftstheilungeflage verlangt werben, mogegen für Servitutsablösungen bie Bestimmungen bes Code rural v. 28. Sept. und 6. Oft. 1791 und in einem beschränften Theile bas Rantonnementerecht ein ganz ungenügendes Mittel darbieten. Das lettere, das Kantonnementsrecht, wo= nach ber Gigenthumer fich burch Landabfindung von Servituten befreien tann, welche einer Gemeinde ober auch Privatpersonen namentlich auf Waldungen, Wiesen, Poos ren und Ordnungen zustehen, gilt wenigstens unbestritten nur in ben vormals Lothringischen Landestheilen. Das Ruralgeset läßt bagegen Roppels und Stoppels meibe (vaine pature et parcours) burch bloße Einhegungen beseitigen, wenn jene fich nicht auf einen speziellen Titel grunden. Daß solche Ginhegungen sehr koftbar find, wenn die Requisite des Art. 6. Tit. I. 4. des gedachten Gesetzes (die Motive zur Regierungsvorlage) beachtet werben, ift hinreichend befannt; bieselben werben aber auch in vielen Fallen nicht auszuführen sein, wenn man erwägt, wie bedeus tend die Zersplitterung des Grundbesitzes ift. Nach ben Berhandlungen des sechsten Rheinischen Provinzial-Landtages (1841) zerfällt das Areal der Rheinprovinz von 10,243,790 Morgen in 11,215,527 Ratafter : Bargellen; Die burchschnittliche Größe eines Grundstude ift also unter einem Morgen. Am ftarkften ift bie Bersplitterung im Kreise Wetlar; die kleinste Ackerparzelle in ihm enthält 55 Quadratfuß, die kleinste Wiesenparzelle 20 Quadratfuß; die Parzellen find sos weit getheilt, daß eine solche zuweilen nur wenige Furchen beträgt, und daß zwei Rachbarn ben Saefaamen zusammenschießen und nur Giner faet, bamit bie Korner, die überfallen, nicht verloren gehen.

Der jest von der Regierung vorgelegte Gefes Entw. bezweckt, diese Mangel der Gesetzebung in den vorbezeichneten Landestheilen zu beheben. Derselbe schließt fic, soweit nicht lokale Berhaltniffe und die materiellen Gesetze der Rheinprovinz eine Abweichung bedingen, ben Bestimmungen ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und bem erganzenden Ges. v. 2. Marz 1850 an und hat gleichzeitig biejenigen Borschlage berücksichtigt, welche bie Agrar-Romm. ber II. R. zu bem in ber vorjährigen Session von der Regierung eingebrachten, jedoch damals nicht mehr zur Berathung gekommenen Entwurfe ber Rheinischen Gem. Th. D. gemacht hat. Es gilt bies namentlich in Betreff ber Grundsate über bie Ausbehnung ber zwangs= weisen Servitut-Ablosungen und Theilungen von Gemeindegrunden (in letter hin= ficht jedoch mit Ausschluß einer im S. 1. sub II. enthaltenen Beschränkung), ferner in Betreff ber Befugniß ber Betheiligten zu Propokationen auf solche Auseins andersepungen, sowie hinfictlich ber subfibiaren Bestimmungen über ben Umfang der Beidetheilnehmungsrechte und der Feststellung des Werthe der Nugungsrechte, sowie der Art der Entschäbigung und endlich auch hinsichtlich ber Wirkungen sols der Auseinandersetzungen. Gine wesentliche Abweichung von ben Bestimmungen ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 enthalt ber Gefet. Entw. bagegen (S. 18.) in ber Bestimmung, daß fein Besiter von Grundstuden in den betreff. Theilen ber Pheinproving genothigt werben fann, fich einer Berlegung berjenigen feiner Grunds ftude, welche er nicht jur Abfindung fur aufzuhebende Berechtigungen abtreten muß, Behufs Erlangung einer wirthschaftlichen Lage zu unterwerfen, daß daher eine zwangeweise Busammenlegung ber in vermengter Lage befindlichen Grunbftucke, welche in ben oftlichen Provinzen nach ben bafigen wirthschaftlichen Berhaltniffen Die fegensreichsten Erfolge gehabt und zur Grundung bes Mohlstandes ber land. lichen Bevolferung wesentlich beigetragen hat, in Berudfichtigung ber bortigen abs weichenben Bedürfniffe und wirthschaftlichen Berhaltniffe ausgeschloffen bleiben soll.

Mit Ausführung ber Gemeinheitstheilungen will ber Geses-Entw. in benjenis gen Landestheilen, in welchen bereits für die Ablösung von Reallasten besondere Behörben bestehen, die lettern beauftragen, wogegen für die Landestheile bes linken Rheinufers nach einer besondern Gesetzes-Borlage, die ordentlichen Gerichte die Gemeinheitstheilungen zu leiten haben, dem Einschreiten ber Gerichte aber ein aus-

gebehntes Bergleichsverfahren vor einem Reg. Kommiffar vorangeben foll.

Die Agrar : Komm., welche zum Behufe ber Borprufung bieses Geset Entw., wie in ber vorjährigen Session bei ber Berathung bes ersten Entwurfs ber Rheis nischen Gem. Th. D., wiederum den Geh. Nevis. Rath hiltrop als Sachverstäns digen zugezogen hat, hat sich nicht nur im Allgemeinen mit diesen materiellen und formellen Bestimmungen einverstanden erklaren, sondern auch den Geset, Entwurf selbst nur als durchaus vollständig und befriedigend anerkennen können. Dieselbe erachtet das Bedürfniß einer Gem. Th. D. für die Landestheile, für welche die Gesetsvorlage bestimmt ift, als unbestreitbar und erkennt die proponirten Rittel zur Befriedigung jenes Bedürfnisses als geeignet und hinreichend an.

Die Kommissien hat sich baher auf wenige Borschläge zur Abanberung und

Erganzung bes GefetsEntwurfs beschranten fonnen.

C. Der Bericht ber Rommiffion ber I. Rammer: 1)

I. Ginleitenbe Bemerfungen.

Die Gem. Th. D. gehört in ben Kreis der Gesete, welche bezwecken, durch Freimachung einestheils der Personen von den Fesseln des Unterthänigkeits Werbans des und Frohndienstzwanges, anderntheils des Grundbesites von den dessen bessere Benutung und Kultur hemmenden Einschränkungen, Reallasten uund Prädial: Sers vituten, — einer sortschreitenden Entwickelung der moralischen, wie der produstiven Krafte der Nation die freie Bahn zu öffnen.

Der I. R. ist ber "Entwurf zur Gem. Th. D. für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreife Duisburg und Rees, sowie für Neus Borspommern und Rügen", welcher in der Agrar: Komm. der II. R. schon früher berathen wurde, jest zum erstenmal vorgelegt. Bur überzeugenden Beurtheilung der Bedürfnißfrage scheint es nothig, in den Hauptumriffen darzustellen:

1) den Gang jener Gesetzebung, einerseits in den oftlichen und mittleren, andererseits in den westlichen Provinzen des Staats und besonders in den Landestheilen des linken Rheinufers;

2) bie in diesen geltenben materiellen Bestimmungen, namentlich über Gemein-

heitstheilungen und Servitut-Ablösungen, sowie

3) bie Buftanbe in ber Rheinproving, mit benen es ber Gesetschniwurf zu thun bat. --

1) Ueber ben geschichtlichen Gang ber Lanbeskultur-Gesetzgebung in Preußen, wie in ber Rheinprovinz, und über die Borarbeiten zu einer Gemeinheitstheilungs-Orbnung für lettere.

Jene Gesetzgebung zerfällt überall in brei Rathegorien:

a) die gutsherrlich sbauerlichen Regulirungen,

b) die Ablösungen und

c) die Gemeinheitstheilungen; sie stehen nach ihren Wirkungen in einem sich gegenseistig bedingenden, inneren Zusammenhange.

Bezüglich biefer Gesethgebung find im ganzen Staat vier Lanbergruppen, resp.

Landestheile zu unterscheiben:

A. In ben altlandischen Provinzen, ferner ben Lausipen, wie ben vormals sächsischen und polnischen Landestheilen find es folgende Gestete, welche die brei Kathegorien schärfer hervortreten laffen und eine jede abgesons bert behandeln.

I. Das Eb. v. 14 Sept. 1811, wegen Losung ber personalen und realen Berhältniffe und ihren — (nicht eigenthümlichen, — lasstischen, — theils erblichen, theils nicht erblichen) — bauerlichen hintersaffen; bemselben ging bas Eb. v. A. Oft. 1807 voran und folgten die Regulirungsgesetze für die Lausigen und die vormals Polnischen Landestheile von 1821 und 1823, insbesondere aber auch die Orbn. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation besonderer Behörden und wegen des

¹⁾ Bergi. Druck. ber I. R. 1844, Mr. 239., beegl. ftenogr. Ber. ber I. R. 200. 2. 2. 1339-1346 (Werichterftatter Abgeord. Lette).

Geschafts-Berfahrens für Auseinandersetzungs:Sachen, nebft beren fpateren Ergan-

II. Die Ordnung wegen Ablösung von Diensten, Zehnten, Laubemien und anderen Natural und Gelbleistungen von eigenthümlich, erbzins : und erbpachtweise

befeffenen Grundstuden, v. 7. Juni 1821.

III. Die Gem. Th. D. do eodem, beren Abschn. I. die Aushebung kulturschablicher Gemeinheiten — b. h. der gemeinschaftlichen Benutzung von Grundstucken mittelst Weide, Mitgenuß des Holzes, der Streu und Plaggen, — gleichzwiel, ob die Rommunion auf Mit: und Gesammt: Eigenthum oder auf ein: oder wechselseitigem Servitutrechte beruht, — deren zweiter Abschnitt, auch ohne Aushes bung, eine kulturgemäße Einschränkung jener ländlichen Prädial: Servituten, wie die Einschrung einer bessern Rutzungs: Ordnung für derartige Gemeinheiten, zum Gegenstande hat. Die Regulirungs: und Ablösungs: Gesetzebung wurde schließlich in dem Ges. v. 2. März 1850 zusams mengesaßt und erweitert, die Gem. Th. Gesetzgebung in dem Ges. de eodem eben:

falls ergangt.

B. In der Provinz Westphalen und in demsenigen Theile der Provinz Sachsen, welcher während einer Zeit von etwa fünf Jahren (1808 bis 1813), sowie ein Theil jener zum vormaligen Konigreich Westphalen, ein anderer Theil zu Berg und Franfreich gehört hatte (wo, wie in ben alten Provinzen, bas Allgemeine gandrecht gilt), ferner in dem rechtseitigen Theile ber Rheinproving, nas mentlich in dem vormaligen Großherzogthum Berg, wo — mit Ausnahme zweier Kreise — Französisches Recht und Gerichtsverfahren, und in den vormals Naffauischen (bem Reg. Bezirk Koblenz einverleibten) Landestheilen nebst Wetlar mit Gebiet, wo noch das gemeine Recht gilt, — nahm jene Gesetzgebung, unter dem Einfluffe ber Frangofischen, einen anderen Gang. Daselbst wurden spas terhin die Rechtsverhaltniffe des Grundbesites, wie die Ablosungs Bestimmungen wegen der Reallasten (die in die oben gedachten Kathegorien zu I. und II. fallenden Berhaltniffe), unter Aufhebung ber frembherrlichen, beziehungsweise Naffauischen Gefete, boch unter Berudfichtigung ber burch biefelben begrundeten Rechtszustande, zufolge ber in ben meisten und wesentlichsten Beziehungen übereinstimmenden brei Gef. v. 21. April 1825, nebst Ablof. D. v. 13. Juli 1829, ferner ber Gef. v. 18. Juni und 4. Juli 1840, anderweit geordnet.

Das neueste Geset v. 2. März 1850 umsaßt nunmehr aber auch diese Lans bestheile zu B. auf gleiche Weise, wie die zu A. Dagegen hat die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, welche an die Stelle des 4. Abschn. Tit. 17. Th. I. des A. E. R. trat, wie deren Ergänz. v. 2. März 1850, in der unter B. gedachten Ländergruppe nur soweit Geltung, als daselbst das A. E. R. eingeführt ist; deshalb in der Rheinsprovinz, auch für die rechte Seite, allein in den Kreisen Duisdurg und Rees, wo

bas A. L. R. gilt.

C. Reus Borpommern und Rügen, — wo ebenso, wie in ben vormals Nassauischen Landestheilen, noch gemeines Recht gilt, — hat seine Regulirungss und Ablösungs Gesetzgebung erst mit dem G. v. 2. März 1850 erhalten, deren Aussührung der Gen. Kom. zu Stargard überwiesen ist; — andererseits hins gegen, aus der Beit der Schwedischen herrschaft, für Gemeinheitstheilungen eine besondere B. v. 18. Nov. 1775 und das Patent v. 14. Dec. 1801, — ungenügend indes in Betress des Versahrens und der Servitut Ablösungen, woran dieher noch

nichts geandert worden.

Abgesehen von den Gemeinheitstheilungen in Neu-Borpommern und Rügen, wie davon, daß, wie zu B. bemerkt, nur in zwei Kreisen der Rheinprovinz die Gem. Th. D. gilt, besteht dagegen, wie für die zu A. und C., so auch für die zu B. gedachten Theile des Staates, hinsichtlich aller Angelegenheiten, welche Gegenstand der Regulirungs, Ablösungs und Gem. Th. Gesetzebung sind, eine im Wesents lichen gleichartige Organisation und Kompetenz der dafür bestellten Behörden und ein ganz gleichmäßiges, auf die Ordn. v. 20. Juni 1817 und deren spätere Erzganzungen gegründetes Geschäftsversahren. Der Wirkungskreis der Gen. Kom. zu Rünster erstreckt sich auch über die zur Rheinprovinz gehörigen Landestheile, in denen die Ablös. Ges. von 1825, 1829 und 1840 gelten, mit Ausschluß allein der vormals Nassauischen Landestheile nebst Wetlar und Gebiet, in denen die Ablössungen von der Regierung zu Roblenz und dem dortigen Spruch Rollegium sur landwirthschaftliche Angelegenheiten ressortiren; der Wirkungskreis des Repisionss

Rolleg. für E. R. S., welcher bie Entscheibungen von Gegenständen seiner Romp petenz betrifft, erstreckt sich über alle genannten Theile bes Staats.

Bon der Preuß. Landeskultur= (Regulirange=, Ablosunge= und Gem. Th.)

Gesetzebung unberührt bleiben hiernach nur

D. die Landestheile auf dem linken Rheinufer (wo durchweg der Code civil und der Code de procedure civile gilt); sofern man dahin nicht die B. v. 17. April 1830 wegen Ausübung der Jagd, serner die R. D. v. 29. Oft. 1835 (G. S. S. 231), welche die Vermuthung für den feudalen oder gutsherrslichen Ursprung der die 1834 oder später entrichteten Renten aushebt, endlich das G. v. 5. Juli 1844 über die Beschränfung der Nachtweide und das Einzelnhüten des Viehes, rechnet.

Diese, ursprünglich Deutschen, aus zahlreichen kleinen Territorien, unter wechs felnber geiftlicher und weltlicher Sobeit, zusammengesetzten Landestheile, in benen mehr ober weniger von altereher ichon Freiheit ber Person, volles, nur mit verschiedenen Reallasten behaftetes Eigenthum und Theilbarkeit des Grundbesitzes vorfommt, theilten, — in Folge ihrer Bereinigung mit Frankreich, zum kleinen Theile bereits por, zum größeren balb nach der Revolution, — die Französischen Gesetze und Berwaltungs: Erlaffe ber Jahre 1789 ff. Abgefehen bavon, bag biefe Gefete und Erlaffe mahrend eines Zeitraums von etwa zwei Dezennien unbestimmt, balb zu weit, dann wieder zuruck griffen und nicht fammtlich in allen Theilen ber Pros ving auf gleiche Weise publizirt find, ist im Wesentlichen ber Rechtszustand ber, daß banach die aus ber Lehnes, Gutes und Gerichtsherrlichkeit entsprungenen personalen und realen Abhangigkeits = und Belastungsverhaltniffe ohne Entschädigung aufgehos ben, hingegen Grundrenten, Laudemien und andere Realleiftungen aus onerofen privatrectlichen Titeln, auf Antrag des Berpflichteten, durch Rapital ablöslich find, und zwar im Allgemeinen gegen Erlegung bes 25 = , resp. 20 = , bei Domainen bis 1821 des 15 fachen Betrages, bei Laudemien eines noch geringeren Sates. Auch erhielten bergleichen Renten und Leistungen bie Natur von Mobiliarforderungen.

Ein Bedürfniß zur Ergänzung die ser Regulirungs: und Ablösungs: Gefetgebung für die linke Rheinseite, ift, zusolge der im 3. 1845 erforderten, überseinstimmenden Berichte der fünf Rheinischen Regierungen nicht mehr vorhanden, da Dienste und Laudemien fast gar nicht, andere ablösliche Reallasten immer seltes ner noch vorkommen, auch meist, auf dem Wege von Privatverträgen, allmälig pers

schwinden.

(Acta gen. des landwirthschaftl. Min., betr. Gem. Th. und Servitut-Abl. in der Rheinprovinz Vol. 5. Rr. 63.)

Dagegen ift bas Bedürfniß zu einer vollständigen Gemeinheitstheilungs, beziehungsweise Servitutablöfungs Drbnung, und zwar sowohl

a) für die linke Seite ter Rheinproving, als

b) für die rechte Seite, wo nur in den Kreisen Rees und Duisburg, zugleich mit dem A. E. R., die Gem. Th. D. v. 7. Juui 1821 gilt,

bereits zu der Zeit anerkannt, als die eben erwähnte Gem. Th. D. für die übrisgen 7 Provinzen vorbereitet und publizirt wurde, seitdem auch wiederholt zur Sprache gebracht; — obwohl in den westlichen Theilen des Staats, besonders in der Rheinprovinz, — wo sich die Gemeinden schon früher aus den Markengenosssenschaften, als ihrer historischen Grundlage, herausbildeten, im Gegensatz zu den östlichen, wo der Gemeinde Werband in der Mehrzahl und wesentlich auf dem Unsterthänigkeitsverhältniß der Laswirthe zum Gutsherrn beruhte, — das condominium der Narkgenossen und Nitbeerbten zum großen Theil in Gemeindevermögen übersgegangen und letzteres, namentlich in der Rheinprovinz, weit überwiegend war.

Die für das vormalige Großherzogthum Berg mitgeltende Ablös. D. v. 13. Juli 1829 wies im S. 5. und im S. 27. auf die Gem. Th. D. hin, und das Abstos. S. v. 4. Juli 1840 für die vormals Nassauischen Landestheile behielt S. 4. eine weitere B. über Gemeinheitstheilungen ausdrücklich vor. Die Provinzial-Beshörden trugen mehrfach darauf an; in den J. 1835 — 37 reichten die Rheinischen Regierungen ihre gutachtlichen Vorschläge und — obwohl ungenügende — Geseß-

Entwürfe ein.

Eine Wiederaufnahme ber legislativen Arbeiten wurde durch die Petition der Rheis nischen Provinzialstände v. 25. Juli 1841: "wegen Borlegung eines Gesetzentwurfs zur Ablösung der Weidegangsservitute" hervorgerufen und sie begann mit der dem Provinzzial-Landtage porgelegten Denkschrift v. 11. Jan. 1845. Als unausweislich und drans

gend aber stellte sich bas Bedürsniß heraus, als ein Antheilserwerber bes Flamers, heimer Erbenwaldes auf bessen Theilung klagte, indem der, in seinem Ausgange zweisellose Prozeß blos über eine Borfrage, über die Intervention und den Widersspruch der weideberechtigten Gemeinden, in einer einzigen — der ersten — Instanz mehr als 20,000 Thir. Kosten verursacht, hiernacht die AdministrativsBehörde, wie die Staatsanwaltschaft veranlaßt hatte, die Stistung des Theilungsversahrens auf das Dringendste zu befürworten, weil es ohne die größten Nachtheile, ja ohne Ruin vieler Theilnehmer, selbst in einem sehr langen Zeitraum unmöglich erscheine, das vorliegende, wie jedes andere einigermaßen umfangreiche und verwickelte Theilungss versahren, mit den dasur unzureichenden Rheinischen Theilungsgesehen, besonders mit den für die ordentlichen Gerichte maßgebenden Prozedurs Vorschriften durchzus führen 1).

Es erging hierauf die R. D. v. 7. Aug. 1846 (G. S. S. 431.), durch welche: "zur Borbeugung der der Landeskultur nachtheiligen Naturaltheilungen gemeinschafts lich benutter, im ungetheilten Besitz besindlicher Waldungen in der Rheinprosunz, wo es zur Zeit an angemessenen Borschriften über die Theis lungsgrundsähe und das Theilungsverfahren sehlt", mit Ausdehnung auf die schon schwebenden Theilungsprozesse, bestimmt wurde: "daß bis zum Erslaß des von den dortigen Provinzialständen gewünschten und besreits in der Bearbeitung begriffenen Gesetzes über Gemeinheitsstheilungen und über die Ablösung von Servituten die Bestimmungen bes Art. 114. des Forstorganisationss Dekrets für das vormalige Großherzogthum Berg, so wie der für alle Markenwaldungen im ehemaligen Gerzogthum Berg ers gangenen Ordre v. 13. April 1842 im ganzen Umfange der Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Rees und Duisburg, Anwendung sinden", wonach in den vorausgesetzen Fällen Einleitung und Fortsetzung des Theilungsversahrens

einstweilen von der Bustimmung der Regierung abhängig sein solle.

Die Schwierigkeit ber Einführung ber Gem. Th. D. in ber Rheinprovinz lag von seher weniger darin, daß dieselbe gewissermaaßen einen Abschnitt bes A. L. R. bildete und fich theilweise an beffen Borschriften anschloß, — benn beren wesent lichfte Bestimmungen beruhen auf einer für ben sachlichen 3weck als allgemein guls tig anguerkennenden inneren Nothwendigkeit bes Rechts, - als vielmehr in ber Uns zulänglickeit und Unpaßlickeit der Rheinischen Civilprozeg-Ordnung und bes Theis lungsverfahrens vor den orbentlichen Gerichten für bieses eigenthumliche Rechts: gebiet; hauptsächlich darin, daß, auch abgesehen von gewissen, den Geschäftsbetrieb erschwerenden Formlichkeiten, ber Rheinische Theilungsprozes vom Betriebe ber Rechtsanwalte abhangt, beffen Enbresultat burch Interlokute mehrfach aufgehalten werben fann, mahrend ber ordnungegemaße Geschaftebetrieb in jedem Gemeinheites theilungsverfahren durch die einheitliche Zusammenhaltung der Berhandlungen und Streitigkeiten, wie durch beren feste, bem Endzweck bes Berfahrens entsprechenbe Leitung von Amtswegen Seitens bes (gleichzeitig juriftisch und technisch gebils beten) Kommiffarius und der Behörde bedingt ift. Wenn nunmehr diesem letteren, unerläßlichen Erforderniß durch ben gleichzeitig vorgelegten Entwurf über bas Berfahren, jum wenigsten für bas erfte Stadium, für bas bes Ginigungeversuche vor ber Regierung und beren Rommiffarien genügt, auch fonft manche zweckgemäße Be-Rimmung für bas zweite Stadium, für bas bes gerichtlichen Prozesverfahrens, vorgeschlagen und dadurch größere Aussicht und Geschwindigkeit wegen einer erfolgs reichen Ausführung bes materiellen Gesetzes, - ber porliegenden Gem. Th. D. felbst - gewonnen wirb, gewonnen wirb, so barf man fich jest für ben Erlas bieser Ordnung entscheiben; wahrend bieselbe anderenfalls illusorische hoffnungen erweden und eher zur Verwirrung ber betroffenen Real=Rechtsverhaltniffe führen wurde. Dabei muß bie weitere Berbefferung und Bervollständigung des Berfahrens, namentlich burch Organisation einer befonderen, gleichzeitig leitenben unb richterlichen Rultur : Beborbe auch für bie Rheinproving, vorerft ber fünftigen Erfahrung und bem fortichreitenden Beburfnig überlaffen werben.

¹⁾ Bergl. zur Erläuterung bes Berfahrens bei Theilung gemeinschaftlicher Wälber in ber Beinprovinz ben Aussatz bes Oberforstmeister v. Steffens zu Nachen in der Zeitschr, des Revis. Kolleg. für L. K. S. Bb. 1. S. 432 ff.

2) Ueber bie in Betreff bes vorliegenden Gegenstandes in der Rheinproving geltenden materiellen Gesetze.

Bur Beurtheilung ber Bedürfniffrage gehört ferner eine kurze Betrachtung ber in ber Rheinproving zur Beit geltenben materiellen Bestimmungen über ben Gegenstand 1).

Die Befugnif zur Provokation auf Gemeinheitstheilung gründet sich baselbst lediglich in der allgemeinen Bestimmung des Art. 815. Code civil, und so weit das

gemeine Recht gilt, in der actio communi dividundo.

Außerdem existiren einige Vorschriften, welche die Einschränkung von Real-Servituten, zufolge bessen die freiere und höhere Nugung der solchers gestalt belasteten Grundstücke begünstigen und hierdurch in der einen oder ans deren Beziehung das Bedürfniß eines Gesetzes zur ganzlichen Ablosung der Ser-

vitute weniger fühlbar machen konnten. Dahin gehören:

1) in den vormals Raffauischen Landestheilen die §§. 1. und 2. der Kulturs Berordn. v. 7. und 9. Nov. 1812 (Scotti, Sammlung Bd. 4. S. 1879), wonach jedem Gutsbesitzer die unumschränkte Benutzung seines Ackerlandes ohne Rücksicht auf bestehende Huts und WeidesBerechtigungen freigestellt ist und wonach die Benutzung der Wiesen, selbst des Grummets, keine Einsschränkung leiden, deren Behütung auch nur die Rärz oder April stattsins den soll;

2) in den Landestheilen links des Rheins, wo. der sogenannte Codo rural v. 28. Sept. und 6. Oft. 1791 (Daniel's Handbuch Bb. 2. S. 157) nur gilt, die Art. 2. Sekt. I., Art. 9. und 10. Sekt. IV. Tit. I., wonach jeder Grundbesitzer sein Feld in freier Fruchtfolge bestellen und das Recht der Roppel= und Stoppelweide (parcours und vaine pature) auf künstlich gestauten Wiesen, eingesäeten oder mit Früchten versehenen Ländereien vor der Erndte, wie auf natürlichen Wiesen vor Abbringung des ersten Schnittes,

nicht ausgeübt werden barf;

3) in allen Theilen ber Rheinprovinz, wo der Code civil gilt, die Art. 647. und 648. desselben, wonach jeder Grundeigenthümer seine Aecker und selbst Wiesen auf die Art. 6. Sett. IV. Tit. I. des Code rural näher beschriebene Weise, durch Mauern, Gräben, Hecken oder Zäune mit der Wirfung einsschließen darf, daß, so lange die Einfriedigung besteht, die Koppels und Stoppelweide anderer Grundeigenthümer aufgehoben bleibt, ohne anderweite Entschädigung, als gegen Aufgabe des eigenen Rechts an der gemeinen Weide auf ungebauten Feldern, nach Verhältniß des Terrains, das

er ber gemeinen Beibe burch bie Ginfriedigung entzieht.

Dabei bestehen verschiebene polizeiliche Bestimmungen aus früherer, zum Theil älterer Zeit hinsichtlich der Weides, Holz und Streunuhung in den Wäldern für das eine oder andere Territorium, aus dem die Provinz zusammengesett ist. Nun sind jedoch auf rechtmäßigen Titeln begründete Rechte von Privatpersonen auch in den obigen Fällen in der Regel besonders zu berücksichtigen, dazu die richterliche Praxis bei jenen Bestimmungen nicht unzweiselhaft und die Kosten einer Einschlies sung kleinerer, in vermengter Lage besindlicher Parzellen unverhältnismäßig. Alles das vermindert erheblich den praktischen Werth jener Besugnisse; in gleicher Art, wie dies erfahrungsmäßig bei den ganz ähnlichen Bestimmungen der §S. 119. seq. Tit. 22. Th. I. des A. E. R., §S. 11., 22., 23., 27. und 28. des Kultur Ed. v. 14. Sept. 1811 so lange der Fall war, als diesen Bestimmungen des Preuß. Rechts noch nicht die Gem. Th. und Servitut Ablös. D. v. 7. Juni 1821 nebst angemessenen Prozedur-Borschriften zur Seite stand.

Für die Anshebung von Prädial. Servituten sinden sich nur zwei Bestimmungen im Rheinischen Rechte, wenn man von den lediglich auf Artikel 815. Codo civil zu gründenden Theilungsklagen wegen gemeinschaftlichen Eigenthums

(Marten, Erbwaldungen u. f. w.), absieht, namentlich:

1) (laut Art. 8. Sett. IV. Tit. I. bes Code rural — und somit nur für bas

¹⁾ Bergl. den Anssatz über Aushebung der Gemeinheiten und Servituten in der Reimprovinz v. Lette in der Zeitschr. des Revis. Kolleg. für L. K. S. Bb. 1. S. 450 ff.

linke Rheinuser gultig) — die Ablöslichkeit ber auf einem Titel gegründeten Besugniß Privatberechtigter zur vaine pature auf Feldern, Wiesen ober Waldungen nach der Schähung Sachverständiger; eine Bestimmung, der ins deß ein erheblicher praktischer Erfolg zur Zeit nicht beizuwohnen scheint, da z. B. bei der Theilungsslage des Flamersheimer Erbenwaldes die auszgedehnten Weideberechtigungen zahlreicher Gemeinden auch nach Theis lung des Waldes unter den Ritbeerbten auf den einzelnen Separationsplänen und geringen Parzellen sortbestehen sollten, wodurch entweder deren künstige Waldfultur, oder andererseits die Ausübung der Hütung unmöglich, jedensalls gefährdet wird;

2) die aus dem alteren Franzos. Recht entnommene Kantonnements: (Abtheis lungs:) Klage, welche dem belasteten Eigenthümer, namentlich von Waldunsgen, Wiesen und Heiben, sei er eine Gemeinde oder eine Privatperson, die Befugniß beilegt, sich durch Abtretung eines Theils des belasteten Grundsstücks von den darauf haftenden Nupungsrechten Dritter zu befreien; sie ist jedoch in neuerer Zeit von den Gerichten für den bei weitem größten Theil des linken Rheinusers, wie für das rechte, wegen nicht erfolgter Publika:

tion des betreffenden Gesetzes, für unanwendbar erflart.

Rur solche Holzabgaben, welche nicht auf Servitnten beruhen, sind in ben vormals Rassauischen Landestheilen schon nach der Kultur-Berordn. von 1812 und in den anderen Theilen bes rechten Rheinusers, zufolge der oben gedachsten Ablös. Ordn. von 1829 und 1840, und der neuesten v. 2. März 1850, ab-

löslich.

Das Mangelhafte und Ungenügende der in der Rheinprovinz geltenden Lan= deskultur:Gesetzebung in Bezug auf Gemeinheitstheilungen und Servitut-Ablösun= gen erklart fich eben baraus, daß biefelbe ber Entwickelung biefer Gefetgebung in Breußen fremd blieb, welche pielmehr ben Separationen (Gemeinheitstheilungen und Servitut-Ablösungen) viel früher, als den Ablösungen von Diensten und Reallaften, fenen sogar schon seit Friedrichs bes Großen Beit, eine besondere Fürsorge widmete, während bagegen dieses Gebiet der Gefengebung bes Rheinlandes bis ju seiner Bereinigung mit bem Staate ausschließlich burch die Entwickelung ber Frans göfischen Legislation bestimmt wurde, welche einerseits in Bezug auf die Lösung der Borigfeites, Frohns und Reallasten-Berhaltniffe allerdinge durchgreifender und ruds fichtelofer, auch um einige Dezennien früher vorgegangen mar, welche bagegen andererseits, geleitet von den Prinzipien der Centralisation, wie von anderen Agris fultur-Intereffen, mit Beiseitsetung inbivibneller Rechte, bas gemeinschaftliche Gigenthum mehr ober weniger als Korporations-Bermögen behandelte, auch den Gemeinheitstheilungen und Servitut = Ablosungen feine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Denn selbst der neuere Code sorestier von 1827 (Art. 63. und 118.) gesteht die Rantonnements-Rlage nur dem Walb-Eigenthumer zu und es soll in Frankreich erft neuerlichst eine generelle Gem. Th. und Servitut-AblösungesDrdn., und zwar bloß für bie Bretagne, erlassen werben.

3. Ueber die Rulturzustände in der Rheinproving, welche von Gemeinheite : Thei-

lungen betroffen werben konnen.

Endlich kommt es bei ber Entscheidung der Bedürsnisstrage, abgesehen von dem Ungenügenden des Gesetzes, insbesondere darauf an: ob fich dem vorliegenden Gessetzentwurf ein hinreichendes Feld der Wirksamkeit noch darbietet? In der That ist der deshalb mehrseitig gehörte Zweisel früherhin wohl nicht ohne Einsluß auf die Verzögerung des Gesetzes gewesen. Derselbe ist meist nur einer sberstächlichen Betrachtung der Rheinischen Agrarzustände entsprungen, die sich auf die hohe Kulztur der fruchtbaren Fluren des Rheins und seiner Nebenthaler beschränkte, welche hier freilich die kulturschädlichen Weides und ahnlichen Servitute verdrängt hat. Daneben enthält die Provinz (nach dem Kataster pro 1840) in deren 10,449,000 M. Morgen Grundstäche, dei 4,334,606 Morgen Acker und Gartenland, auch 1,026,997 M. Morgen Wiesen, Weiden und hütung; außerdem a) an Walsdung 3,203,662 M. Morgen, und namentlich d) an heiben, Wilds und Schisselland noch 1,480,296 Morgen.

Die vom Ober-Prasidenten bem landwirthschaftl. Min. im vorigen Jahre eins gereichte Nachweisung ber in der Provinz vorhandenen heiden, Deben und Brücher ergiebt deren 781,013 M. Morgen; es fallen von diesen wüßen gan-

bereien:

```
177,697 Morgen 15 Ruthen,
     1) auf ben Regierunge-Bezirk Koblenz
    2)
                                   Aachen .
                                                254,132
                                                                 116
                                                                          5
    3)
                                   Trier
                                                162,100
                                                                 140
        3
              5
                     5
                                                                          5
    4)
                                                78,472
                                   Röln
                                                                   40
                                                            5
     5)
                                   Duffelborf |
                                                108,611
                                                                   13
         7
und find hiervon im Befig:
```

1. von Gemeinden. 2. von Privaten.
1) im Reg. Bez. Koblenz 114,053 M. 89 M. — 63,643 M. 106 M.
2) : Aachen 128,266 - 113 : — 125,866 : 3 :

3) = 70.483 = Trier 91,617 = 78 = **62** *\$* 27 Roln 15,806 = **62,666** *** 4) : \$ 13 Duffelborf 31,812 = 3 5) = **76,799** *s* **10** 5

Befinden sich darunter auch manche, jeder Kultur unzugängliche Flächen, so

ift doch unbedenklich deren Wehrzahl einer höheren, sedenfalls der Niederwalds Rultur fahig, babei aber mit gemeinschaftlich ausgeübten, auf Miteigenthum ober wechselseitigen Dienstbarkeits-Rechten beruhenden Weib-, Plaggen-, Streu- und abnlichen Rusunge-Befugnissen behaftet und hauptsächlich durch diese an der Umschafs fung der bisherigen, öfter fast werthlosen Rultur und Nugung in eine werthvollere und beffere verhindert. Namentlich find es die Schaafaufhutunge Rechte ber Befiger größerer Bofe, wie fie beispieleweise von ben burch die Sitte zusammengehaltenen Stockgütern ber Gifel, in ben zum vormaligen Berzogthum Luremburg und jum Stifte Brum gehörigen Landestheilen bes Reg. Dezirks Trier, noch häufig porkommen, welche sich, beim Mangel einer Gem. Th. und Servitut = Ablos. D., ber Umwandlung der Beidestächen in Acker, Wiesen ober Niederwald entgegenstemmen und dadurch in einer so bevolkerten, einer fortschreitenden Produktion eben so fas higen, als bedürftigen Provinz, die höhere Kultur und Nusbarmachung solcher, jest fast werthloser Flächen aufhalten. In einzelnen Theilen der Provinz, wie im ehemaligen Kreise St. Bith, jest zum Kreise Malmeby, Reg. Bezirke Aachen, gehörig, bestehen — zufolge bes Luxemburger Land-Rechts v. 3. Juli 1709 — selbst auf ben Biesen noch lästige Beiberechte, die burch versuchte administrative Reglements nicht beseitigt werben fonnen. 1) Die Einrichtung fünftlicher Ents ober Bemafferungen von fervitutbelafteten Wiesen, zur Erhöhung ihres Werthe und Rubunges-Ertrages und damit zur Berbefferung bes Biehstandes, ift ohne vorauss gegangene Aufhebung vorkommender Weide = Servituten meift unausführbar. Bers handlungen und Berichte der landwirthschaftlichen Bereine der Provinz haben dies neuerlich öfter zur Sprache gebracht. Desgleichen unterliegen die außerordentlich bebeutenben Balbungen der Aheinprovinz großentheils noch ben, ihre Umschaffung in eine nutbarere Kulturart ober selbst ihr befferes Gebeihen und ihre erhöhtere Pplege gefährbenden Servituten der mannigfaltigsten Art. Darf auch eine Gem. Th. D. Feinesweges jum 3med haben, bas Rorporations: Bermogen ber Gemeinden oder bas Gemeindeglieder= und Burger=Bermögen zu zerschlagen und mit Umwandlung in Privat » Vermögen in bas Eigenthum der Einzelnen übergehen zu lassen, und mußte daher auch in den vorliegenden Entwurf eine, die Erhaltung bes Gemeindes Bermögens fichernbe, baffelbe anerkennende Bestimmung aufgenommen werden, fo ift dagegen boch in vielen Fallen und verschiedenen Gegenden der Provinz die Austheilung der GemeindesGrunds

In vorstehenden Betrachtungen sowohl über die vorhandenen Gesete, als über die bestehenden Besitz, Kultur: und Nutungs:Justande der Provinz sindet demnach das Bedürfniß einer allgemeinen Gem. Th. und Servitut: Ablos. D. für dieselbe

stude zum Rießbrauch an die Gemeindeglieder gegen billige Entschädigung der Gesmeindes Kasse, oder deren anderweite Ausnuhung durch Verpachtung, nach vorgans giger Umschaffung des Areals in Acker oder Wiese, zu dem Ende aber die vorauss gehende Befreiung von den, die bestere Benuhung hemmenden Fesseln unbedingt

seine vollkommene Begrundung und Rechtfertigung.

¹⁾ Bergl. hierüber ben Auffat in der Zeitschr. des Revis.-Rolleg. für &. R. S. Bb. 2. S. 36.

II. Bemerkungen über ben vorliegenben Gesetzentwurf.
1. Allgemeine.

Der Geset : Entwurf zur Gem. Th. D. ift von ber Regierung ichon in ber porjährigen Session ber II. R. bieser letteren vorgelegt, von beren Agrar = Rom. geprüft, damals jedoch im Plenum ber II. R. nicht zur Berathung gekommen. Ders selbe ist seitbem von der Regierung einer nochmaligen Prüfung und Ueberarbeitung unter Buziehung Rheinischer Juriften unterzogen. Insbesondere aber ift hervorzuheben, daß die Regierung feitbem einen eigenen Befes-Entwurf, betr. bas Berfahren in den nach ber Gem. Th. D. zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in ben Landestheilen bes linken Rheinufers, gleichfalls unter Beirath Rheinischer Juriften, bearbeitet und nunmehr gleichzeitig mit bem Gefet über die Gem. Th. D. für die Rheinproving und Neu-Borpommern vorgelegt hat; geleitet burch bie, ben Sachverständigen und mit biefer Gefetgebung, wie mit ihrer Aussuhrung Bertrauten unzweifelhafte Ueberzeugung, bag bie Rheinischen Prozes Gefețe für die Auseinandersetungs-Angelegenheiten ber vorliegenden Art felbst bann nicht paffen und ausgereicht haben wurden, wenn auch das allgemeine Theilungsverfahren wesentlich modifizirt worden ware. Bufolge dieses Geseh-Entwurfs über das Verfahren, deffen Motive die eben gedachte Ansicht naber darthun, foll in der Rheinproving links bes Rheins bem Ginschreiten bes orbentlichen Gerichts bie Provokation bei ber Regierung und unter beren Leitung ein ausgebehntes Bergleichsverfahren vor einem Reg. Kommiffarius verangehen. Singegen follen in denjenis gen Landestheilen, in welchen für die daselbst vorkommenden Regulirungen und Abs lösungen besonders organisirte Behörben, - auf bem rechten Rheinufer beziehungs: weise die Gen. Kom. zu Munster und die Reg. zu Robleng, in Neuvorpommern und Rügen die Gen. Rom. zu Stargard, — bereits bestehen, eben diese Behörben auch mit der Ausführung ber Gemeinheitstheilungen, und zwar nach bemselben für thren Geschäfts= und Wirkungstreis bisher geltenden, durch langjahrige Praxis bes währten Berfahren, beauftragt fein.

Ueber den "das Verfahren in den Gemeinheitstheilungen auf der linken Rheinseite betreffenden Geset Entwurf" wird der Kammer besonders berichtet: Der gegenwärtige Rommifsiones Bericht betrifft allein ben Gefet Entwurf zur Gem. Th. D. für die Rheinpropinz ausschließlich ber Kreise Duisburg und Rees, sowie für Neus Borpommern und Rus gen. Diefer Entwurf hat jum Bwed, einerfeits bie angebeuteten Mangel ber Gem. Th. Gesetzgebung in ben bezeichneten Landestheilen zu heben, andererseits ben eben ermahnten Rultur = Bedürfniffen berfelben entgegen zu tommen. Inhalt schließt er sich, soweit nicht örtliche Berhältnisse und verschiedene materielle Gesetze Abweichungen bedingen, ben Bestimmungen ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und bes dieselbe erganzenden Gef. v. 2. Marg 1850 an. Die Motive bes von der Reg. vorgelegten Entw. weisen dies nach, unter Allegation ber korrespons birenben §§. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821. Bei ber nochmaligen Ueberars beitung find die in der vorjährigen Sipung von der Agrar : Rom. der II. R. vorgeschlagenen Aenderungen und Berbesserungen berücksichtigt, deshalb bei der diesjahrigen Berathung auch nur wenige Faffungs = Berichtigungen und einzelne Erganzungen beantragt, beren, fo weit nothig, bei ben betr. § G. Erwahnung gefches

hen soll.

2. Ueber einige pringipielle Bebenken.

Die Brüfung ber einzelnen Bestimmungen bes Gesetz-Entwurfs giebt haupte sächlich nur in Bezug auf brei Gegenstände zu prinzipiellen Bebenken Berans

laffung.

Die Rom. will zwar keine Abanderungs-Antrage hieran knupfen. Deren Ersorterung scheint jedoch für die Beurtheilung der vorgeschlagenen Maaßregeln, inspesondere ihres Iwecks und ihrer Bollständigkeit, namentlich für die Rheinprovinz, nothig. Deshalb ist diese Erörterung paffend den anderweiten Bemerkungen über einzelne §5. vorauszuschicken.

Die Bebenten betreffen:

a) ben ersten Sat des S. 15., wonach die Landabsindung in der Regel — im Gegensatzur Rentes und Kapitals Entschädigung — durch Abtretung von verhaltnismäßigen Theilen des belasteten Grundstücks erfolgt; es möchte sich aber, zumal mit Rücksicht auf die Besitzustände in der Rheinsprovinz, vielmehr dieselbe Bestimmung, welche die SS. 64. und 65. der Gem.

Th. D. v. 7. Juni 1821 enthalten, empfehlen: "baß Grundstüde, welche keiner Gemeinheit (gemeinschaftlichen Benutung ober eins ober gegenseitigen Gervituten) unterliegen, bem Eigenthumerzwar nicht abgebrungen werben können, dagegen zur Theilungsmasse angenommen werden müssen, wenn der Eigenthumer selber sie anbietet und dieselben in den Auseinandersetungs-Plan passen; daß dies selbst von auf fremden Feldmarken gelegenen Erundstücken gilt, die zu der Gemeinheit, von deren Aushes bung die Rede ist, nicht gehören.

b) ben ersten Absatz bes S. 18., wonach in bem Gesetz Entwurf ausbrücklich bie Bestimmung aufgenommen ist, daß kein Besitzer genöthigt werden könne, sich einer Umlegung berjenigen seiner Grundstücke, welche er nicht zur Absindung aufzuhebender Berechtigungen abtreten muß, behus Erlangung einer wirthschaftlichen Lage zu unterwersen. Bliebe diese Regative aus dem Gesetz fort, so würde die Folge davon die sein, daß auf dem linken Mheins user — beim Mangel einer ausdrücklichen Anordnung wegen der Ums und Zusammenlegung im Gemeinheitstheilungs Seesetz und in dem Gesetz über das Versahren, — eine solche Kulturmaaßregel allerdings ebenfalls nicht Blatz griffe, dagegen auf dem rechten Rheinuser und in Neuvorpommern nehkt Rügen — zusolge S. 9. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 (G. S. S. 85.) und S. 17. der B. v. 30. Juni 1834 (G. S. S. 105) — eine solche für die Landeskultur als höchst nützlich bewährte Naaßregel in Ans

wendung fame; außerbem

c) daß im Gefet : Entwurf eine ben SS. 171 - 173. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 nachzubilbende Bestimmung vermißt wird, welche babin ginge: "baß bie unter ben Gigenthumern vermischter, mit gegenseitigen Dienftbarkeiten belafteter, wie unter ten Miteigenthumern gemeins fcaftlich beseffener Grundstude hinfichtlich berfelben bestehenden Einrichtungen wegen beren gemeinsamer Benutung, auf Antrag des 4ten Theils ber Berechtigten (nach bem Berthe der Theilnehmungerechte berechnet), ber Untersuchung auf ihre 3wedmäßigkeit unterworfen und daß, beim Mangel einer Einigung ber Theilnehmer über eine zwedmäßigire und bessere Rugungseinrichtung, bie bies serhalb einzuführenden Abanderungen und neuen Ordnungen von der Regierung festgesett werben muffen; was insbesondere zu gelten habe bezüglich ber Benutung . von Schiffels und Wild = Landereien, b. von Belben, c. von Weiben, d. von Torf- und anderen Brüchern, e. von Forften, f. von Wiesen, z. B. über die Frage: ob dergleichen Grundftucke zu a-e. in Ader ober Wiesen umzuschaffen, ober in welcher zwedmäßigeren Beife biefelben auch fernerhin zur Beibe, zur Golzzucht, zu Plaggen und bergleiden ju benugen, ob und welcher Gestalt barauf Rieberwaldwirthichaft eins gurichten, ob und wie gemeinsame Forften und Torfbrucher in regelmäßige Schläge zu theilen, ob und wie auf Wiesen Ents oder Bewäfferungsanstals ten zu treffen.

Es wurde in Beziehung auf die oben zu a., b., c. hervorgehobenen Buntte

Folgendes erwogen:

Bunach ft nd c., daß die große Zerfückelung des Grundbestiges in der Rheins provinz sich keinesweges auf Weinberge, Aecker oder Wiesen beschränke, vielmehr nicht selten auch auf Wild=, heides und sogenannte Schissel = Lantereien ausdehne, auf denen gemeinschaftlicher Weidgang oder andere gegenseitige Servituten bestän= den, welche einerseits zwar den Uebergang solchen heide=, Wild= und Schissel= Landes in eine andere und bestere Aulturart hinderten, andererseits zedoch auch das Band und Mittel bildeten, das dergleichen in ihrem gegenwärtigen Zustande sonst werthlose und selbst bei völlig privativer Benuhung Seitens der Sonder-Gigenthü= mer, wegen des geringfügigen Umfangs, nicht wesentlich zu verbesternde Parzellen zusammenhalte und ihre Nuhbarkeit bedinge. Unter solchen Berhältnissen erscheine der Bortheil einer gänzlichen Aushe bung der darauf statisindenden gemeinschaftzlichen Benuhungs= oder Dienstdarkeits=Rechte östers sehr zweiselhaft und nicht selzten werde ein reeller Bortheil für die Kultur=Berbesserung und Erhöhung der Prosduktion grade umgekehrt davon zu erwarten sein, daß, — zwar mit Beseitigung oder Einschränkung unzwecknäßiger, der Kultur schädlicher und ihren Gortschie

hemmender Benuhungs:Arten, --- andererseits aber ein gemeiuschaftliches und nur mehr geregeltes System ber Benutung (z. B. ale Niederwald und Hauberg, ale Biefe ober Beide : Revier), unter ben verschiebenen Eigenthumern und Diteigens thumern der vermengten Privat: resp. der gemeinschaftlichen Grundflucke, beibehals ten werde. Dazu bedürfe es ber Ginführung und Festsetzung gemeinsamer Rutungs: Orbnungen im Interesse ber allgemeinen Wohlfahrt gegen bie Selbstsucht und Indolenz, den Eigensinn und Mangel an Einsicht einzelner widersprechender Theilnehmer, an welchen es erfahrungsmäßig nirgends fehle, so wie ber Kompetenz sache kundiger Behörden, wozu fich in der Rheinprovinz vorerst die Reigerungen anbö: ten, mit Rudficht auf bas Reffort-Reglement von 1818, bas benfelben hinfichtlich anderer Kultur-Maagregeln, ale Deiche, Borfluther, Ent= und Bewässerunge = Res gulative, Austrocknung von Sumpfen, schon jest eine solche ausgebehnte Kompes tenz zugestehe. Der Bemerkung, daß von den Besugnissen ber §§. 171. bis 173. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 in ben übrigen Provinzen bisher ein verhalt: nismäßig geringer Gebrauch gemacht sei, wurde entgegengesett, das nach ben Agrars Bustanden biefer Provingen bas Interesse und Bedürfniß einer ganglichen Aufhes bung ber Gemeinheiten und Servitute das der Regelung derselben weit überwogen, übrigens aber solbst jenes Interesse ber Aushebung in ben ersten Jahren nach Emas nation ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, bei ben fleineren (bauerlichen) Besitzern und Gemeinden nur allmälig und weit später erst Anerkennung und Eingang ges funden habe. Dabei mache freilich die Uebernahme einer den §g. 171-173. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 nachzubilbenben Bestimmung in bas gegenwärtige Gefet anderweite gesetliche Daagregeln für die Wiesen : Rultur, nach bem Borgange ber Siegenschen WiesensOrdnung v. 28. Oft. 1846, und für die Urbarmas dung ber Beiben und Bilblandereien, nach bem Borgange Belgischer Gefete, nicht entbehrlich.

Dieser Erwägungen ungeachtet wurde jedoch von einem Verbefferungs : Vorsschlage im Sinne der obigen Proposition zu c. auf die Bemerkung des Reg. Koms missarius Abstand genommen, daß ein solcher nach den der Regierung vorliegenden Waterialien nicht genügend vorbereitet ware und dadurch der Erlaß des an sich für wohlthätig und nöthig erkannten Gesetzes verzögert werden würde. Die Kom. bes schränkt sich deshalb darauf, obige Erwägungen in den Bericht niederzulegen.

Bu a. und b. In Betreff ber obigen Propositionen zu ben §§. 15. und 18. wurde zuvörderst nicht anerkannt, daß die Befugniß der Interessenten zum Einwerssen servitutsreier Grundstücke in die Theilungsmasse (§§. 64. und 65. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821) im nothwendigen Jusammenhange mit einer Bestimmung stehe, wonach sich die Interessenten der Um= und Jusammenlegung zerstreuter Stücke aus Rücksichten des Landeskultur-Interesses zu unterwerfen hätten. Es könne vielsmehr die Besugniß zur Einwerfung servitutsreier Grundstücke sehr wohl ohne die

Um= und Zusammenlegung angeordnet werden. Jene hange mit biefer nur bann zusammen, wenn es nicht blos auf Abfins bung von Dienstbarkeits: ober Miteigenthums:Rechten, fonbern auch auf einen Ausund Eintausch von Grundtheilen der Maffe zwischen verschiedenen Besthern abges sehen sei. Wie es gerade in ber Rheinproving, mit Rucksicht auf die zerftückelte Lage ber Besithumer sogar ber größeren Sose, wie mit Rucksicht auf die Schwies rigkeit und Rostbarkeit bes für eine rationellere Bewirthschaftung nothigen Arrondiffements im Wege sukcessiven Ankaufs aus freier hand, im hohen Grabe ers wünscht sein muffe, ben freiwilligen Austausch zu begunftigen, (was bas G. v. 13. April 1841 für die Landestheile thue, in denen das A. E. R. gilt), so dürfe um so weniger bei Gelegenheit bes Erlaffes ber Gem. Th. D. ein mit biefer in nut= licher Berbindung ftehendes Mittel für jenen 3med verfaumt werden, welches ebens fowohl bem Intereffe bes verpflichteten Gigenthumers, als bem bes abzufindenden Berechtigten entspreche und für letteren unnachtheilig sei; beim Wiberspruche beffelben gegen bie Annahme ber von erfterem eingeworfenen Grundftude habe auch hier über die wirthschaftliche Bulaffigfeit und 3wedmaßigfeit bas Urtheil von Sachverständigen zu entscheiben.

Was sodann insbesondere die Proposition zum S. 18. betreffe, so muffe zur Vermeidung von Mißverständnissen vorausgeschickt werden: Die zwangsweise Umsund Zusammenlegung sindet auch nach der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 nur Statt, wenn die davon berührten Grundstücke noch einer Gemeinheit, resp. eins oder wechselseitigen Servituten unterliegen. Sie wird also von selbst keine Ans

wendung sinden auf Weinberge, Garten, in der Regel selbst auf Aecker und eine Mehrzahl von Wiesen, die nur noch der vaine pature unterliegen, welche fast ims mer ein Aussuß der Mitgliedschaft zur Korporation ist, und durch Ausübung des Einschließungsrechts Seitens der Grundeigenthümer beseitigt werden kann. Im Allgemeinen blieben mithin für Anwendung der Maaßregel nur übrig: Heiden, Deben, Schiffels und Wildskändereien, Aenger und Brücher, bei denen eine Ausstauschung nach Qualität und Quantität behuss des wirthschaftlichen Arrondisses ments unbedenklich und allen Theilen nur vortheilhaft sei. Ueberdies werde auch in den anderen Brovinzen dabei mit Vorsicht und Rückschahme auf den Wirthsschaftskand der Interessenten versahren, so daß öfter nur die Grundstücke ein und derselben Kulturart unter sich ausgetauscht, mitunter selbst dabei noch, ze nach der abweichenden Qualität mehrere Stücke derselben Kulturart wieder zugetheilt würden.

Run fei es aber sehr wichtig, daß in dem vorliegenden Kultur-Gefet — ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung -- bie Regative nicht ausbrucklich bestimmt uub baburch bie Wiederaufhebung des Grundsages bei spatern Rultur : Gefegen, z. B. beim Wiesenkultur : Geset, erschwert werde, indem dabei ein Aus : und Umtausch von Wiesenstücken nach Qualität und Quantität zur Durchführung zweckmäßiger Ents und Bewässerungs : Plane oft unvermeidlich sei. Die revidirte Wiesen : Ord; nung für den Areis Siegen (Proving Westphalen) v. 28. Oft. 1846, in welchem Rreife die Besitzustände ben Rheinischen sehr ahnlich find, deren Ginführung in die Rheinprovinz von verschiedenen landwirthschaftlichen Vereinen mehrfach beans tragt ift, enthalte in den SS. 49. und 50. ebenfalls die Bestimmung wegen Ums und Busammenlegung ber Wiesenftude zur herstellung zwedmaßiger Bewafferunges Anlagen, auch fogar für ben Fall, bag bie Biesen fervitutfrei beseffen werben, fos bald in diesem Falle zwei Drittel ber Intereffenten, nach Personenzahl und Flache berechnet, sie verlangen. Schneide man die mehrerwähnte Maagregel durch ben S. 18. unbedingt und für die Zukunst ab und nahme man in die Gem. Th. D. auch nicht die oben erwähnten Bestimmungen nach §§. 171—173. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 auf, so könne mitunter die ganzliche Aufhebung der Gemeinheis ten und Servituten unter Berhaltniffen, wie fie oben in Bezug auf Beiben, Beis ben, Wild = und Schiffel = Landereien, Brucher und bergleichen erwähnt find, ber Rultur eher Nachtheil als Vortheil bringen. Einleuchtend sei z. B. behufs einer zweckmäßigeren Waldkultur die Zusammenlegung der von Servituten befreiten kleis nen Parzellen beffelben Besithers nothig. Grade auf ber Kombination ber Gervis tut-Befreiung und der Zusammenlegung beruhe der allgemein erkannte Segen und gludliche Erfolg, welchen die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 in den übrigen Provinzen bem Landbau gebracht habe und fortgesett bringe. Daß die Busammenles gung bei Besitzuständen, wie sie in der Rheinprovinz porkommen, weniger nütlich ober gar unausführbar ware, werde durch die Ausführung der Maagregel in verschiedenen Theilen der Provinzen Sachsen und Westphalen, wo ahnliche Kulturzus stände und Besitverhaltnisse stattfinden, widerlegt. Sogar die frühere Ablos. D. v. 13. Juli 1829 für das Großherzogthum Berg habe im §. 27. unter den dort bemerkten Boraussehungen eine Ums und Zusammenlegung der Grundstücke vorges schrieben. Endlich scheine auch die Rheinische Spothefen-Berfaffung ben Proposts tionen a. und b. nicht im Wege zu stehen, ba die im §. 20. des Entwurfs ents haltenen Grundfate diefelben feien, welche auch die §g. 147. und 156. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 für Gemeinheitstheilungen und Servitut-Ablosungen aufftellten, namentlich, bag bie Abfindung, welche jeder Theilnehmer aus der Theilungs= maffe erhalt, an die Stelle der dafür aufgehobenen Theilnehmungerechte ober ber baburch abgeloften Berechtigungen trete, auch in rechtlicher Beziehung alle Gigen= Schaften berfelben überkomme; - ferner - in weiterer Ronfequenz Diefes Grunds fates, - bag bas jur Ablöfung eines Rugungerechtes abgetretene ganb von allen auf bem belafteten Grundftud laftenben Sybothefen frei und bagegen ben auf bem Rugungerechte haftenben Spotheken unterworfen werde; sodann wolle ber Gefes= Entwurf felbft die im Appellationegerichte Begirte von Koln gesetlich geltenbe Birfung und bas burch bieselbe begrundete Privilegium auch auf die Ablosung und Siderftellung ber abgefundenen Rugungeberechtigten Anwendung finden laffen; endlich faßt bas Rheinische Gesethuch Art. 683. bezüglich ber Miterben und Theis lungs-Intereffenten, wie ber Pfandglaubiger, bei ftattgefundener Theilung einer bis dabin im Mitzigenthum beseffenen Gutermaffe, Die Sache so auf, als habe ber Miterbe und Theilungs : Intereffent Alles, was in seinem Loose begriffen, oder bei ber Bersteigerung, resp. Theilung ihm zugefallen ist, allein und unmittelbar geerbt und überkommen und an den übrigen Erbschaftssachen, resp. gemeinschaftlichen Besthimern Memals ein Eigenthum gehabt.

Bon anderen Seiten, namentlich auch von ber bes Reg. Kommiffarius, wurde

jedoch den Propositionen zu a. und b. hauptsächlich entgegengesett:

1) bag baburch vermöge ber zur Beit noch bestehenben Rheinischen Sypothetens Berfaffung, mit ftillschweigenden und generellen Pfandrechten, wie ber bas nach ben Gläubigern selbst überlaffenen Sorge für die Erneuerung und die Uebertragung ihrer Sppotheken auf die peranderten Befithumer des Soulds ners, — der Realfredit der Grundbefiger in einer bedenklichen Weise erschüttert werden würde, mahrend in den Landestheilen, in denen das A. L. R. und die Hpp. D. p. 1783 gilt, eine Fürsorge für die Rechte ber Sppothes ten-Glaubiger bei Gemeinheitstheilungen von Amtewegen zulässig, Dieselbe auch durch die bestehenden Auseinandersetzungs = Behörden ausführbar fei und geführt werbe. Dazu fomme, daß nach ber Rheinischen Oppotheten= Berfaffung und bem Civilgesetbuch, ber Befititel, wie bas Gigenthums: recht bezüglich ber Grundstude, nicht ebenso, wie nach ber Preuß. Spp. D. v. 1783 mit völliger Sicherheit festgestellt, mithin die Bindifation ber eins geworfenen Grundftucke und damit eine Zerruttung des Plans auch nach beffen Ausführung, ftete noch möglich sei, Die öffentliche Befanntmachung endlich nur auf das Objekt der Theilung und Ablosung fich beziehe, nicht auf die im Laufe des Berfahrens jur Theilungsmaffe eingeworfenen, ber: felben fremben Grunbstude. Eine Reform ber Rheinischen Sphotheten: Bers fassung set aber erft in Auskat genommen.

2) werde baburch die Rheinische Bevölkerung, welche berartigen, in gewissem Sinne als Expropriationen zu betrachtenden Maagregeln durchaus abgeneigt ift, von vornherein gegen das Gesets mit Widerwillen und Besorgniß ers füllt, lesteres von vornherein diskreditirt und deffen gunstige Wirkung und

Ausführung gefährbet werben.

Deshalb habe man es auch vorgezogen, im S. 18. gerabezu die Unzulassigs

feit einer 3wangeumlegung auszusprechen.

Daß hieraus ein hinderniß hervorgehen könne für Aenderung dieses Grunds sates bei später zu erlassenden Gesetzen über einzelne Rultur : Gegenstände, z. B. über die Wiesenkultur, über die Urbarmachung von Wildlandereien, sei um so wes niger zu besorgen, als in Bezug auf solche Kultur : Gegenstände schon jest von einzelnen landwirthschaftlichen Bereinen der Rheinprovinz die Nothwendigkeit einer, der Proposition zu b. entsprechenden Bestimmung anerkannt werde.

3) trete die Erwägung hinzu, daß eine Amendirung des Gesets-Entwurfs im Sinne ber obigen Propositionen zu einer wesentlichen Umarbeitung und so erheblichen Ergänzungen führen mußte, daß davon eine abermalige Berzös

gerung bes Erlaffes die Folge fein wurde.

Diesen Gründen gab die Rommission nach und es wurde beshalb von Amens dements im Sinne obiger Bemerkungen bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfs Abstand genommen.

Indem 3. zu den einzelnen § 5. im Wesentlichen auf die Motive des Reg. Entw. und der Amendements der II. R. Bezug genommen wird, mit denen die Kom. übereinstimmte, darf sich der Kom. Bericht bei den einzelnen § 5. auf einige kurze Erläuterungen beschränken, diesenigen § 5. aber unerörtert lassen, bei denen dergleichen nicht erforderlich schienen.

III. Die Motive zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes.

es ist vorauszuschicken, daß in der Agrar-Kom. der II. R. nur wesnige Zusätze und Abanderungen zu einzelnen SS. des Regier.-Entw. vorgeschlagen und angenommen sind, welchen das Plenum der II. Kammer und hierauf die betr. Komm. der I. Kammer, so wie auch das Plenum der I. L. beitraten, ohne daß im Plenum der I. Kammer, sowie ter II. Kammer eine Diskussion über die Bestimmungen des Ges. und die Amendements nach erstattetem Vortrage der Reserenten (resp. der Abg. Ambron und Lette)

weiter stattgefunden hat. 1) Im Uebrigen sind einzelne in den Rommissionen gestellte Amendements schon in den Kommissionen abgelehnt und daselbst nur zu einigen SS. Erläuterungen hinzugefügt; die Mehrzahl der SS. ist dagegen ohne Erinnerungen genehmigt und rücksichtlich dieser war nachestehend nichts zu erwähnen.

3u S. 1. und 4.

1) Bum S. 1. Mr. II. sollte im Regier. - Entwurfe das Gebiet der auf einseitigen Antrag im Wege des gesetzlichen Zwanges zulässigen Gemein- heitstheilungen, durch einen Zusatz bei Mr. II.: "von Alters her" ("die Theilung von Grundstücken, welche von Alters her von mehreren Mitseigenthümern ungetheilt besessen" ic.) näher begränzt und desinirt werden. Gegen diesen Zusatz eisenthümern ungetheilt besessen" ic.) näher begränzt und desinirt werden. Gegen diesen Zusatz erklärte sich jedoch sowohl die Agrar-Rom. der II. R., als die Kom. der I. R. Erstere verwarf auch das in ihr gestellte Amendement, wonach im Bezirke des Appell.=Ger. zu Köln die Gemeinheitsaushebung nach Maaßgabe des Ges., auf die Fälle beschränkt werden sollte, in denen die Gemeinschaft bereits vor Einsührung der Französ. Gesetzgebung bestanden hatte," und die Rom. der I. R. lehnte die von einem Mitgliede der Konzwieder ausgenommene Kassung: "seit alter Zeit her," ebenfalls ab.

2) Bum S. 4.

a) Bu dem in der Sizungsperiode von 1849 und 1850 von der Reg. vorgelegten Entwurfe (§. 3.) war, laut Bericht der Agrar-Kom. der II. R. v. 14. Febr. 1850 (Druckf. Nr. 540.), der vorgeschlagene Zusat: "das Recht des Fiskus auf den dritten Fuß, dritten Pfennig (tertia marcalis) im Herzogthume Berg ist ohne Entschädigung aufgehoben" einstimmig angenommen. Diesem Zusate und den dieserhalb vom Geh. Revis. Nath Hiltrop, als zugezogenen Sachverständigen, laut Kom. Bericht v. 14. Febr. 1850 entwickelten Motiven hatte sich die Regiezung im Entwurfe (Druckf. Nr. 200. pro 1851) angeschlossen.

b) Zum S. 4. war in der Kom. der I. R. beantragt, hinter den Worten: "hinderlich sind" hinzuzufügen: ", und die Aufhebung der Dienste barkeit für das berechtigte Grundstück nicht von wesentlichem

Rachtheil ift;"" welcher Zusatz jedoch abgelehnt wurde.

Die Motive zu S. 1. und S. 4. in Betreff obiger Punkte zu 1. 2a. und b. sind folgende:

A. Motive des Regierungs-Entwurfs.

In § 1. find die Gegenstände aufgezählt, wegen beren eine felbstständige Auseinandersehung nach den Vorschriften der Gem. Th. D. gefordert werden kann. Sein Inhalt entspricht dem des §. 2. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und der Art. 1. und 2. des G. v. 2. März 1850 zur Ergänz, derselben. Bei Verathung des letteren Gesets sind die Gründe erwogen, welche es zweckmäßig erscheinen lassen, das Gediet der zwangsweisen Gemeinheitstheilungen auf einseitigen Antrag nur auf die im §. 1. des vorliegenden Gesetstwurfs spezistzirten Gegenstände, nicht aber auf alle Nutungsgerechtigkeiten auszudehnen. Daß die Gesetzgebung in dieser Materie für den ganzen Staat möglichst gleichmäßig sei, ist gewiß wünsschenswerth, es liegt auch keine Beranlassung vor, in den Grundsähen über die Inlässigkeit der Gemeinheitstheilungen für die Rheindrovinz und Neu-Borpommern etwas zu ändern. Es ist zwar wahrscheinlich, daß einige der im §. 1. erwähnten Servituten in diesen Landestheilen nur selten oder gar nicht vorsommen, indeß fann dies mit Sicherheit nicht verdürgt werden und deshalb ist eine Ausschließung eins

¹⁾ Die Annahme des Ges. : Entw. hat stattgefanden in der II. K. in der 67. Sip. v. 29. April 1851, stenogr. Ber. S. 1149, 1150 u. in der I. K. in der 51. Sip. v. 2. Mai 1851, stenogr. Ber. Bd. 2. 1337—1339.

zelner in ben übrigen Landestheilen statthafter Arten ber Gemeinheitstheilung nicht

gu empfehlen.

In der Fassung weicht der S. 1. des jetigen Entw. von dem S. 1. des im Dec. 1849 vorgelegten Entw. etwas ab. Der erste Sat des letteren Entw. laustete nämlich:

Im Bege ber Gemeinheitstheilungen fonnen aufgehoben werben:

1) Beibe : Berechtigungen aller Art;

2) Forftberechtigungen zur Daft, zum Mitgenuffe bes Holzes und zur Entnahme von Streu;

3) Berechtigungen jum Blaggen =, Saibe = und Bultenhieb;

4) Berechtigungen jur Torfnutung;

es moge eine folche Berechtigung auf einem gemeinschaftlichen Eigenthume, einem Gesammt-Eigenthume, ober einem einseitigen ober wechselseitigen Dienfts barkeitsverhaltniffe beruhen.

Dieser Sas, welcher sast wortlich ben §. 2. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 wiedergiebt, soll die Borschrift enthalten, daß nach der Gem. Th. D. zu be-

handeln ift:

a) die Theilung von gemeinschaftlichem Eigenthum, welches der gemeinsamen Natural=Nugung der Miteigenthumer, durch Weide, Mast, Holz, oder Streunugung, Plaggen=, Saide= und Bültenhieb oder Torf=nugung unterliegt.

b) Die Ablösung der Servitute auf Weide, Mast, Holz= ober Streus nutung, Plaggen=, Haide= und Bültenhieb, Torfnutung.

Rheinische Buriften haben indeg die Ausbrucksweise bes fruheren Entw. bes denNich gefunden. Sie nahmen Anstoß an dem Begriffe einer Nugungs : Berechtis gung, welche auf dem Eigenthum beruhe, ober in Folge bes Eigenthums auf Grunds ftuden lafte, und waren ber Ansicht, daß bieser Begriff für bie Rheinischen Gerichte unklar und unhaltbar sei, indem dieselben von der ftreng juriftischen Auffaffung nicht wurden absehen konnen, nach welcher das Eigenthum nicht als mit einer Servitut ju Gunften bes Gigenthumers belaftet ju benten sei. Sie beforgten fogar, daß die Gerichte nach der Faffung des S. 1. des frühern Entwurfs eine Theilung von gemeinschaftlichem Eigenthum, z. B. von Marken und Erbenwalbungen unter bas Gefet gar nicht begreifen, sondern nur eine Ablösung von Servituten in dem erften Sat bes früheren S. 1. verordnet finden wurden. Gie maren auch ber Meinung, daß ber in der Rheinprovinz ganglich unbefannte Begriff ber Gemeinheit, nach welchem basjenige wie eine Gemeinschaft behandelt werbe, was in der Rheinproving, theils als Eigenthum, theils als Servitut aufgefaßt werbe, zu er= heblichen, bas bestehenbe Recht anbernben Konsequenzen in Bezug auf bie Beweis= last und auf andere materielle Punfte führen könne. Deshalb wünschten sie, daß man beutlich in dem Entwurfe bie Theilung des gemeinschaftlichen Gigenthums, welches nach dem Gem. : Th. : Berfahren behandelt werden foll, und ebenso die Ablösung der Servituten angeben möge.

Diesem Bunsche ift nachgegeben, ba das Rechtsverhältniß allerdings klarcr baburch hervortritt, materiell aber gegen die übrigen Landestheile nichts geandert wird, indem auch dort erfahrungsmäßig alle Gemeinheitstheilungen bestehen in der Theilung von gemeinsam benuttem Miteigenthum und in der Ablösung von Servistuten, welche Operationen sehr häusig in demselben Geschäfte zusammentreffen.

Obwohl hiernach ber Ausbruck "Gemeinheitstheilung" im S. 1. des Entw. durch die Ausbrucke Ablösung und Theilung ersetzt und diese Terminoslogie auch in dem weiteren Text des Gesetzes beibehalten wird, so ist doch in dem Titel das Gesetz GemeinheitstheilungssDrdnung genannt, weil dieser Aussdruck seine technische, für die meisten der hier in Rede stehenden Landestheile nicht unerhebliche Bedeutung hat.

Cfr. Ablos. Drbn. v. 13. Juli 1829 S. 5., G. S. S. 66; Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840 S. 4., G. S. S. 196; A. R. D. v. 7. Aug. 1846, G. S. S. 431; Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 S. 54., G. S. S. 93.

Einer ferneren Bemerkung berselben Rheinischen Rechtsgelehrten ist ebenfalls Folge gegeben worden, welche dahin ging, daß es nicht thunlich sein werde, die Theilung eines jeden Miteigenthums, auf welchem eine gemeinschaftliche Ausübung der Weide, der Holze ober Streunusung zc. statisinde, im Versahren der Gemeins heitstheilung porzunehmen.

Wenn zwei ober mehrere Personen ein Grundstück durch Erbschaft, eheliche Gütergemeinschaft, Gesellschaftsvertrag ober durch einen sonstigen besondern, das Witeigenthum erzeugenden Titel erweislich in neuerer Zeit erworben haben, und seitdem unter Ausübung der im §. 1. gedachten Nutungen ungetheilt besten, so wurde nur die gewöhnliche Theilung, nicht die Gemeinheitstheilung an der Stelle sein können.

Der Gemeinheitstheilung wurde bie Rucksicht auf ben besonberen Titel und das aus demfelben herzuleitende Recht, die Erbschaftstheilung und Liquidation, bie Auseinandersetzung bes gangen Gesellschaftsvermögens überhaupt fremb sein, und bie Bedürfniffe ber über folche spezielle Rechtsverhaltniffe fich verbreitenben Pros gebur murben fich mit ben Beburfniffen ber Gemeinheitstheilung nicht vereinigen Bo es sich nicht von Auseinanbersetzung einer Erbschaft, Gütergemeins schaft, Gesellichaft und bergleichen und von ber Theilung bes erweislich auf biefen speziellen Rechtsverhaltniffen bernhenben Miteigenthums hanbelt, wo nicht sowohl bas flar vorliegenbe, aus einem speziellen Rechtsgrunde erkennbare Diteigenthum an einem gemeinschaftlich benutten Grundfluck ber Theilung zum Grunde liegt, vielmehr das Miteigenthum nur vermöge ber Ausübung einer ber im S. 1. gebachs ten Rutungen, gleichwie eine bloge Rutungeberechtigung, in die Erscheinung tritt, da findet fich auf der einen Seite wegen der meist großen Jahl der Betheiligten und wegen ber Intereffen ber Lanbeskultur bas Bedürfnig und auf ber anberen Seite wegen bes Richtvorhandenseins besonderer, burch ben Titel, aus welchem bas Miteigenthum entspringt, begründeter Rechtsverhaltniffe, die Möglichkeit, eine eigene fingulaire Prozedur der Gemeinheitstheilung einzuführen. Diefer Fall ift ba vorhanden, wo bas Miteigenthum an ben im Gefet : Entwurfe jur Berbeutlichung beispielsweise angeführten Marken, Erbenwaldungen und anderen in ahnlichen Rechtsverhaltniffen befindlichen Grundftuden besteht, bas ift, wo eine Gemeinheit aus bunfler Vergangenheit herrührt, und bas Miteigenthum nur aus feinem Auss fing (ber Ausübung ber Rugung) zu erkennen und herzuleiten ift. Das erweislich in neuerer Beit burch speziellen Rechtsgrund entstandene Miteigenthum mehrerer Personen wurde, namentlich für die Rheinproving, sich nicht wie eine Nugungsberechtigung auf gemeinschaftlichem Eigenthum und wie Gemeinheit von Nugunge= berechtigungen auffaffen laffen, und die Theilung beffelben ben besonderen Formen ber Gemeinheitstheilung nicht zu überweisen sein, ohne Berwirrung im Rechte und eine fehr unzwedmäßige Prozedur zu veranlaffen. Aus diefem Grunde war es nothwendig, bas Miteigenthum, welches nach ben Borfdriften ber Gem. Th. D. getheilt werben folle, als ein von Altersher rührendes zu carafterifiren. Die Unbestimmtheit, welche in bem Ausbrucke von Altersher gefunden werden mag, ift einestheils für unvermeiblich und ben wirklichen Berhaltniffen entsprechenb, anderntheils für unbebentlich gehalten worben, indem zu erwarten ift, bag biefe faktische Definition in ber Anwendung keine Schwierigkeiten bieten, vielmehr gro-Bere Sicherheit gewähren werbe, als eine fehr schwierige juriftische Begriffsbestims mung. Ein bestimmtes Jahr zu bezeichnen, seit welchem bie Gemeinschaft bestans ben haben muffe, ift weber thunlich, noch mit ben obigen Grunden vereinbar ers idienen.

Daß dem Gem.: Th.: Verfahren nur dasjenige Miteigenthum unterliegt, welches in den bedeutenderen Rutungen (Weide, Mast, Holz, Streu, Plaggen:, Heides, Bultenhieb, Tors), gemeinschaftlich genutt wird, wogegen die Miteigenthumer, welche 3. B. nur den Grasschnitt, das Krauten, die Fischerei gemeinsam ausüben, eine Theilung nach dem Gemeinheitstheilungs: Versahren nicht verlangen konen, entspricht den Bestimmungen der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, verglichen

mit Art. 1. und 2. bes G. v. 2. Marg 1850.

Servituten, welche schon früher gesetzlich abgeschafft sind — wie z. B. das Recht der Frühjahrsweide auf Wiesen in den Landestheilen, wo das Ruralgesetz v. 28. Sept., 6. Okt. 1791, Tit. I. Abschn. IV. Art. 10. gilt — unterliegen selbst:

rebend nicht mehr ber Ablösung, weil sie nicht mehr existiren.

Für die in §. 1. des Entw. nicht genannten Rusungsberechtigungen versagt die bisherige Gesetzgebung aus verschiedenen Gründen die selbstständige Ablösbarzteit auf einseitigen Antrag, aus dem §. 142. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, nach welchem alle Grundgerechtigkeiten bei Gelegenheit einer Gemeinheitstheilung gegen Entschädigung aufgehoben werden können, ist indes zu folgern, daß es im Geiste der Gesetzung liegt, wo eine Zusammenlegung der Grundstücke nicht

burchgeführt werben foll, jedenfalls bie Ablösbarkeit aller auch in §. 1. nicht ges bachten Rugungsberechtigungen auf einseitigen Antrag zuzulaffen, wenn folscher bei Gelegenheit einer anderen Auseinandersehung gestellt wird, beren 3weck bei ber Fortbauer solcher Rugungsberechtigungen nicht zu erreichen sein wurde.

Diese Borschrift, welche für die ungehemmte Durchführung der Gemeinheitsztheilungen unentbehrlich ift, und zur Beseitigung weniger werthvollen Belastungen bes Grundeigenthums ohne unverhaltnismäßige Weiterungen und Kosten beitragen wird, ist in den S. 4. des Entw. aufgenommen.

Den Zusat, daß das Recht des Fiskus auf die tertin marcalis im Herzogthum Berg ohne. Entschädigung aufgeboben werden soll, hat die Agrar: Kom. der II. K.

vorgeschlagen, unter Anführung folgender Motive:

Im (vormals turphalzischen) Herzogthum Berg bezog bie Hoffammer (ber Fistus) von allen zu veräußernben Gemeinheitsgrunden ben britten Fuß ober

Pfennig.

Bei ben Theilungen, welche jebe fernere Ausübung bieses Rechts ausschloss fen, verlangte sie bessen Absindung. Eine Kurfürstliche B. v. 20. Rov. 1772 erließ solche benjenigen Gemeinden, die vor Ende des solgenden Jahres (1773) ihren gemeinschaftlichen Besitz zur Beförderung seiner Kultur unter sich getheilt

haben murben.

Der Art. 35. bes Großherzoglich Bergischen Defrets v. 13. Sept. 1811 behielt bas unter der Benennung dritter Fuß, dritter Pfennig, tertia marcalis, oder jedes andere von gleicher Natur bekannte Recht, welches auch bessen Betrag sein mag, als Souveranetaterecht in benjenigen Gegenden bei, wo solches zum Besten der Domaine über öbe und wüste haiben, Sümpse und ans dere unfultivirte Gründe ausgeübt wurde, mit Borbehalt der dem Fissus zusstehenden Klage auf Abtheilung (action en cantonnement) um das Drittel oder den sonstigen Theil, welcher dem Fissus an besagten ungetheilten Gründen ges bührt, als ein besonderes Gut absondern und begrenzen zu lassen, und ebenso mit Borbehalt der nämlichen Klage, welche die Gemeinden gegen den Fissus ers heben können, um ihnen ihre zwei Drittel oder ihren sonstigen Antheil an bes

fagten Grunden abgesondert anweisen zu laffen.

Der S. 44. bes G. v. 21. April 1825, Rr. 939., welches (S. 1.) bas Detret v. 13. Sept. 1811 gänzlich außer Kraft geseth hat, zählt zu ben sorzteuernden Rechten die in einigen Landestheilen den Markenherren, als Borzstehern und Theilnehmern der Markengenossenscheile und Einkunfte. Dieses gilt — sett der S. 45. hinzu — namentlich von denjenigen Antheilen, welche ihnen in der Eigenschaft als Markenherren (Waldherren), als Inhabern der sozgenannten Markalgerichtsbarkeit (Narkenrichtern, Holzgrafen), als Vorstehern der Markengenossenschaft, oder Behufs Besoldung der sogenannten Iustitiarien und der Aussichtes und anderen Verwaltungsbeamten, zuständig waren; desgleichen von den dem Markenherrn bei Zuschlägen (Ausweisung eines privativen Eigensthums aus der Mark an die Markgenossen) oder bei Veräußerungen von Markengründen, zuständigen Absindungen (tortia marcalis) und von seinen sonstigen Rechten der Theilnahme an den Nutzungen der Mark.

Das von den beibehaltenen Rechten der Markenherren Bestimmte sindet nach §. 47. auch auf die Stutisation ober Weideherren, wo dergleichen Vorsteher: Aemter hergebracht sind, Anwendung; desgleichen auf die Markenrichter ober Holzgrafen, deren Aemter etwa nicht ohnehin schon mit dem der Markenherren

vereinigt fein möchten. 1)

Dasjenige Recht auf ben britten Fuß, welches ber Fistus außerhalb ber Marken, benen er als Markenherr, Markenrichter, Skutisations, herr ober Weideherr vorsteht, in anderen Gemeinweiden des Herzogthums Berg als Recht des Kameral-Aerars — wie die Kurfürstliche Verordn. v. 20. Nov. 1772 es nennt — ober als Souveranetatsrecht — wie das Dekret v. 13. Sept. 1811 es bezeichnet — in Anspruch nahm, ist im G. v. 21. April 1825 weder unter den ausgehobenen, noch unter den fortbauernden ausgeführt.

¹⁾ Bergl. in Bb. II. Abth. I. ben Kommentar zum Ges. v. 21. April 1825, Rr. 939. SS. 44. ff.

Ce wird nach §. 48., wenn es in einzelnen Fällen zweifelhaft bleibt, ob eine auf einem Grundstück hastende Leistung zu einer der Klassen der wegfallens den gehöre, in der Regel für die Fortdauer derselben vermuthet, bis der Berspsichtete den Beweis des Gegentheils führt. Der §. 5. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829 verwies die Auflösung der markenherrlichen Rechte zur Gemeinheitstheis lungs Drbnung.

Es erscheint wünschenswerth, daß das Gesetz jene Frage nunmehr entscheibe, die bei allen Theilungen von Gemeingrunden im herzogthume Berg zunächst sich aufdrangt. Die Besorgniß vor dem Anspruche des Fistus auf den britten Fuß, muß von Antragen auf die, im Interesse der Landeskultur sehr wunschenswerthe

Theilung solcher Gemeinheiten zurückalten.

Bei ben Theilungen ber Westphälischen Marken sorberten bie Markenrichter ein Drittheil berselben. Sie wurden mit diesem Anspruche durch gleichsormige Entscheidungen aller drei Instanzen abgewiesen, weil ihr Recht auf eine tertia marcalis vor der Theilung der Mark nur in den Fällen zur Ausübung kam, wo die Markengenossen eine Veräußerung von Markengrunden beschlossen, sein Erstrag also ein zufälliger und nur insoweit zu erwarten war, als der Bedarf der Markengenossen einen Ueberschuß von Markengrunden zu Verkäusen oder Verspachtungen übrig ließ. Die Praxis sirirte sich dahin, daß dem Markenrichter als Absindung seines Rechtes auf tertia marcalis ein Drittel desjenigen Markensgrundes zugesprochen wurde, der nach Vefriedigung aller Nuhnngsrechte der Markengenossen und Servitutberechtigten übrig blieb.

Ein solcher Ueberschuß fand sich aber nur bei sehr wenigen Marken. Im bichter bevölkerten Berzogthume Berg dürste der Fiskus von den Marken, von benen er Markenrichter oder Holzgraf sein möchte, ebenso wie von den Gemeindeweiden, deren Nupungsrecht nicht auf einzelne "Beerbte" aus den Gemeinden sich beschränkt, von seinem Rechte oder Anspruche auf den dritten Fuß noch weniger bei den Theilungen zu erwarten haben, wenn er bessen Fortbestehen er-

ftritte, indeffen jener Abfindunge : Grundfat Entscheidunge : Norm bliebe.

Weit mehr gewinnt der Staat durch die Ausbehnung und die Fortschritte der Landeskultur, welche die Gemeinheitstheilungen zur Folge haben, und durch die hierans entspringende Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes und der Steuerkräfte.

Auch ift ber vorgeschlagene Bufat im Geifte bes von beiben Rammern ans

nommenen S. 2. und ff. der neuen Ablof. D.

Die Regierung trägt fein Bebenken, ben Borschlag ber Agrar : Kom. anzus nehmen.

B. Bericht ber Agrar-Rom. ber Il. Kammer.

Die einzelnen Bestimmungen bes Gef. Entw. anlang., so entspricht junachst ber Inhalt bes §. 1. ben Bestimmungen ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 unb bes bie lettern abandernben und resp. erganzenben Gef. v. 2. Marg 1850, unb hat baber in Betreff bes Gebiets ber zwangsweisen Gemeinheitstheilungen keinen Anlaß zu Erinnerungen gegeben. Dagegen erregte es bei mehren Mitgliebern ber Rom. Bebenken, die Theilung von gemeinschaftlich beseffenen und in der naher bezeichneten Art gemeinschaftlich benutten Grunbftuden nur in bem Falle ben Borfdriften bes gegenwärtigen Gefețes zu unterwerfen, wenn ein solches Berhalts nis bereits "von Alters her" bestanden hat. Wie bie Motive ber Regierung jum Gefet. Entw. ergeben, fo ift jene Beschränfung burch bie Anficht von Rheinis ichen Rechtsgelehrten hervorgerufen worben, bag es nicht thunlich fein werbe, bie Theilung eines jeben Miteigenthums, auf welchem eine gemeinschaftliche Ausabung ber Beibe — ber Golgs ober Streus Rugung ic. ftattfinde, im Berfahren ber Gemeinheitstheilung vorzunehmen. Wenn zwei ober mehre Berfonen ein Grunds ftuck burch Erbschaft, eheliche Gutergemeinschaft, Besellschaftevertrag ober burch einen sonstigen besonderen, bas Miteigenthum erganzenden Titel erweislich in neuerer Beit erworben haben und feitbem ungetheilt befigen und benuben, fo fonne nur die gewöhnliche Theilung an der Stelle fein, weil man sonft auch die Erbs schaftstheilungen, bie Auseinanbersetzungen wegen ber Gutergemeinschaft, wegen eines Gefellschaftsvertrages u. bergl. in bas Gebiet ber agrarischen Auseinanbersetningen hinüber lette. Um einer folchen gewiß nicht beabsichtigten Ausbehnung

bes Gefetes rorzubeugen, habe man bas zu theilenbe Miteigenihum ale ein von

Alters ber rührendes bezeichnet.

Diese Gesichtspunkte wurden auch in der Kommission vertheidigt; es mußte jedoch von allen Seiten anerkannt werden, daß der Ausdruck von Alters her wegen seiner Unbestimmtheit nicht geeignet sei, die so eben bezeichnete Absicht der Regierung zu erreichen, wenigstens in seiner Anwendung mit großen Schwierige keiten verbunden sein werde. Selbst die Vertheidiger jener Ansicht erachteten es daher sur nöthig, ein bestimmtes Jahr zu bezeichnen, seit welchem die Gemeinschaft bestanden haben musse, wenn deren Auslösung nach den Vorschriften des gegenswärtigen Gesetzes erfolgen solle und machten daher den Vorschlag, die Worte "von Alters her" zu streichen und dagegen am Schlusse des S. 1. hinzuzusügen:

Diese Bestimmung gilt für ben Bezirk des Appellations. Gerichts zu Köln nur in den Fällen, wo die Gemeinschaft bereits vor Einführung der fran-

zöfischen Gesetzgebung bestanden bat.

Bon der andern Seite wurde bagegen auch der Annahme eines solchen Bus Man machte geltend, daß wenn sonft die Requisite ber fages widersprochen. zwangsweisen Gemeinheitstheilung vorhanden seien, und es fich daher um folche Gemeinheiten handele, deren baldige Auflösung im Intereffe ber gandesfultur liege, es nur zweckentsprechend sein könne, bie gegenwärtigen erleichternben Bestimmungen ohne Rucksicht auf bie Beit ber Entstehung jener kulturschablichen Berhaltniffe zur Anwendung zu bringen und die gewöhnlichen Theilunge-Rlagen, wie es auch im S. 28. bes Gesetzentw. geschehen, auf bie erft nach Bublikation ber neuen Gem. Th. D. entftanbenen Berhaltniffe ju beschranken. Gine Berwirrung im Rechte, wie fie nach ben Motiven zum Geset Entw. befürchtet worden, tonne baburch nicht herbeigeführt werden. Außerdem scheine aber auch dem angeführten Motive, wie es in der Reg. Vorlage angegeben, eine unrichtige Auffaffung ber Verhältniffe jum Grunde zu liegen. Wenn mehrere Personen burch Erbschaft, Gutergemeins schaft, Gesellschaftsverträge in den Besitz eines Antheils am Miteigenthume ober eines Grundstude gelangten, so erschienen biefelben zusammen als eine Person und würden in dieser Weise auch im S. 2. bezeichnet. Nach ben Vorschriften bes gegenwärtigen Gesets könne baher niemals eine Auseinandersetzung wegen einer Erbschaft, Gutergemeinschaft ic. beantragt werben.

Nachdem der oben bezeichnete Zusatzum S. 1. von der Kom. abgelehnt worden, beantragt die lettere daher, die Worte: von Alters her, in S. 1. sub

II. zu ftreichen.

C. Bericht ber Rom. ber I. Rammer.

Bum S. 1. Die unter I. und II. geschiedene Aufführung der beiben Kathes gorien von Gemeinschaften, mit benen es das Gesetz zu ihun hat, sund die dem entsprechende Redaktion, ist im Vergleich zur abweichenden Fassung des S. 2. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 als eine erhebliche Verbesserung anzuerkennen. Denn, wenn einerseits in Uebereinstimmung mit dem bisher eingebürgerten Sprachsgebrauch in den übrigen Provinzen die Bezeichnung und der Titel des Gesetzes zweckmäßig beibehalten worden, so begegnet andererseits die Fassung des S. 1. dem nicht seltenen Misverständnis, als sei unter der Gemeinheitstheilung nicht die Aufshebung von Servituten, hingegen die Theilung von (korporativen) Gemeindes Bers mögen begriffen.

Ein Mitglied beantragte zwar zu größerer Präzision ein Amendement bahin: "Die Theilung von Marken, Erbenwaldungen und dergleichen Grundstücken, welche seit alter Zeit her von mehreren Miteigenthümern ungetheilt besessen und durch gemeinsame Ausübung einer ober mehrerer der nachbenannten

Nugungen, Weibe u. f. w. benutt worden."

Die Kom. hielt jedoch die Streichung der Worte im Gesetzentwurf: "von Alters her" angemessen, verwarf mithin auch das darauf abzielende Amendement, weil jene Worte, im Widerspruch mit S. 28. und der übereinstimmenden Vorschrift des S. 165. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, eine zweckwidrige, überdies zweizselhafte Zeitgrenze für die Wirksamkeit des Gesetzes bestimmen; weil die Aushebung der auch in späterer Zeit, z. B. durch gemeinschaftliche Ankause von Domainen, in der Rheinprovinz zur Zeit der Franzos. Herrschaft und in Neu-Vorpommern noch in viel neuerer Zeit, entstandenen Gemeinschaften vielmehr eben so wünschenszwerth, serner eine über den Gegenstand des Gesetzes hinausgreisende Anwendung

besselben auf eheliche Güters und Miterbens Berhältnisse nach den Erfahrungen in den anderen Provinzen, nicht wohl zu besorgen, und weil überdies die Beszeichnung von Marken u. s. w., welche das Amendement in den Vorgrund stellt, nicht, wie der Entwurf, als Beispiele nennt, in Neus Vorpommern ganz unbeskannt sei.

3nm S. 4. wurde beantragt, hinter ben Worten: "hinderlich find" hins juzufügen:

"und die Aufhebung der Dienstbarkeit für das berechtigte Grundstück nicht

"von wesentlichem Nachtheil ift."

Die Majorität berief sich bagegen auf die gleichlautende, seit 30 Jahren ohne Beschwerde und ohne Beeinträchtigung von Rechten der Besitzer anderer Ausungssgerechtsame in Anwendung gewesene Vorschrift des S. 142. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821, ingleichen auf die, die Weges und Wasserleitungss Gerechtigkeiten speziell behandelnde Bestimmung des S. 17. des vorliegenden Entwurfs.

3u §§. 2. u. 3.

Zu diesen SS., welchen Seitens der Kammern, resp. der Kommissionen berselben keine Bemerkungen hinzugefügt worden, giebt der Reg. Entw. folgende Motive:

Die Befugniß eines jeben Miteigenthumers, auf Theilung bes gemeinschafts

lichen Gigenthums anzutragen, ift ftets und überall außer 3meifel gemefen.

Dagegen weichen die Agrargesetzgebungen der verschiedenen Staaten darüber ab, wie weit dem Servitut-Berechtigten das Recht der Provokation auf Ablösung eingeranmt werden kann. Die Prenß. Gesetzgebung ist für die anderen Provinzen in diesem Punkte jetzt durch Artisel 9. des G. v. 2. März 1850 (G. S. S. 141) dahin abgeschlossen, daß bei den einseitigen Waldservituten noch eine Beschränkung der Provokation des Servitut-Berechtigten besteht, während die nach §§. 19., 86., 94., 114. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 früher bei andern einseitigen Servituten bestehenden Beschränkungen ausgehoben sind. Demgemäß macht es bei andern Servituten in der Werthsberechnung, der Absündung keinen Unterschied, ob der belastete Grundeigenthümer oder der Servitut-Berechtigte auf Ablösung anträgt.

Bei einseitigen Waldberechtigungen muß aber der Dienstdarkeitsberechtigte als Provokant sich gefallen lassen, daß der Waldeigenthümer die Ablösungsberechnung anlegen läßt, nach dem Vortheil, welcher dem Walde aus dem Aufhören der Sers vitut erwächst. — Wenn z. B. der Berechtigte zehn Rühe im Walde hüten darf, und die Waldsuhweide in der Gegend einen Nuhungswerth von 3 Athlr. pro Auh hat, so würde der Berechtigte nach diesem Nuhungswerth eine Ablösungsrente von 30 Athlr. jährlich zu fordern haben. Berlangt aber der Waldeigenthümer als Provokat die Ablösung nach dem Vortheil, welcher ihm daraus erwächst, daß die Weide-Servitut aufhört, die zehn Kühe nicht mehr in den Wald kommen, so können die Sachverständigen unter Umständen diesen Vortheil weit niedriger veranschlagen.

Die Gründe für und wider die Aufstellung eines solchen Unterschiedes bei den Provokationen hier zu entwickeln, erscheint überflüssig. Das Prinzip, was so eben für die anderen Landestheile sanktionirt ift, wird auch in der Rheinprovinz und Reu-Vorpommern anzuwenden sein. Demgemäß ist im S. 10. des Entw. der letzte

Sat eingeschaltet.

Der zweite Sat bes jetigen S. 2 entspricht bem zweiten Sat im S. 2. bes frühern Entw., ist aber in der Fassung etwas geandert, und durch die Beifügung des S. 3. erganzt worden, weil Zweifel über den Sinn dieses Sates erhoben wurden.

Der zweite Absat im S. 2. des früheren Entw. lautete nämlich: außer dem Eigenthümer eines berechtigten ober verpflichteten Grundstücks fieht das Recht zum Antrage auf Gemeinheitstheilung nur demjenigen zu, der das Grundstück vermöge eines beständigen unwiderruslichen Titels als Nutungsberechtigter besitzt.

Die Zweifel, welche gegen diese Faffung erhoben wurden, find:

a) daß banach anscheinend für ein Servitutrecht, welches nicht Pertinenz eines bestimmten Grundstücks ift, z. B. das Holzungs- ober Hutungsrecht einer

Gemeinde als Korporation — bas Provokationsrecht bes Berechtigten ausgeschlossen ift;

b) daß nicht beutlich genug hervortrete, was unter einem beständigen, unwiders rustichen Titel verstanden wird, (3. B. Lehns-Fideikommiß-Majorats-Best).

Beide Zweifel find burch die jest gewählte Fassung zu vermeiden gesucht, insbesondere durch die Zusäte, daß der personliche Nießbraucher oder der antischretische Pfandbesiter kein Provokationerecht haben, und daß für Nupungeberechstigungen, welche den Gemeindegliedern wegen dieser ihrer Eigenschaft zustehen, die Gemeinde als Korporation das Provokationerecht hat und die Abstindung erhält.

Der eingeschaltete S. 3. entspricht ber Dekl. v. 26. Juli 1847, SS. 1. und 2. — S. S. S. 327. —; seine Aufnahme in den Entw. ist nütlich, wenn auch Berstöße gegen diesen Sat weniger zu besorgen sind, seit die Begriffe über Ges meinde Bermögen und Vermögen der einzelnen Gemeindeglieder schärfer ausges bildet sind, namentlich in der Rheinprovinz, wo die Unterscheidung dieser Bermösgens-Objekte schon länger praktische Geltung hatte.

3um S. 5.

- 1) Nur in Betreff der Fassung des S. 5, ist, nach dem Antrage der Agrar-Rommiss. der II. Kam., um den beabsichtigten Sinn präciser zu treffen, das Wort: "welches" hinter den Worten: "einer Ge-meinde", in: "sofern es" verwandelt, ein Weiteres aber von der II. Kam. und deren Kommiss. nicht bemerkt worden.
 - 2) Die Motive jum S. 5. bes Reg. Entw. lauten babin:

Das Recht ber Stoppelweibe innerhalb einer Gemeinbestur (compascuum), soweit es nicht auf besonderen Titel, sondern nur auf Ortsgebrauch beruht, ist disher in den Theilen der Rheinprovinz, wo das Franzos. Recht gilt, zwar aufzrecht erhalten, unterliegt aber so wesentlichen Beschränfungen, daß der gegen den frühern Entw. erhodene Einwand, es musse dieses Recht von der Ablösung auszgeschlossen bleiben, und dagegen der unentgeldlichen Abschaffung nach Beschluß des Gemeideraths unterworfen werden, begründet erscheint. Jenes allgemeine Stoppelweiderecht wird nach den Begriffen des Franz. Rechts ausgeübt, vermöge des unter den Einwohnern einer Gemeinde bestehenden gesellschaftlichen Verbandes, vermöge der Nachbarschaft und Grenzgemeinschaft (ox samiliaritate et vicinitate) und wegen der Zweckmäßigseit, die Stoppels und Brachselder vermischt (promiscue) ober mit einer gemeinschaftlichen Heerde zu beweiden.

Daffelbe gilt als ein Recht ber Gemeinbe als Rorporation, an welchem fammts

liche Einwohner ale Mitglieber ber Gemeinde Theil nehmen.

- Die freie Bewirthschaftung ber Felber wird badurch nicht beschränkt. Jeber Eigenthümer kann endlich sein Grundstück einschließen und dadurch unentgeltlich für die Dauer der Einschließung von der Stoppelweide befreien. (cf. Code civil Art. 647. 648., Ruralgesetz v. 28. Sept. — 6. Okt. 1791, Tit. I. 4. Art. 1. die 17. Tit. II. Art. 24.)

Das Auralgeset v. 28. Sept. — 6. Oft. 1794 welches nur auf bem linken Rheinufer Besetkraft hat, bestimmt bas Theilnahmerecht an der Stoppelweibe folgendermaßen näher.

Tit. I. 4. Art. 13.

Die Bahl des Biehes wird nach Berhältniß der Austehnung der Ländereien auf so und so viel Stuck auf den Morgen nach den drilichen Reglements und Gesbräuchen in jedem Kirchspiel festgesett; in Ermangelung bestimmter Dokumente in dieser hinsicht hat der Gemeinderath barüber Anordnungen zu treffen.
Art. 14.

Gleichwohl kann jedes seshafte Familienhaupt, welches weber Eigenthumer noch Rächter irgend einer ber ber Koppelweide ober Stoppelweide unterworfenen Ländereien ist, und der Eigenthumer ober Rächter, welchem die Geringfügigkeit bessen, was er bedaut, den gleich zu bestimmenden Bortheil nicht gewährt, auf gedachte Ländereien in einer besondern Heerde oder in der gemeinschaftlichen Heerde dis zu sechs Stuck Wollvieh und eine Ruh mit ihrem Kalbe treiben, unbeschadet der Rechte jener Personen auf die Gemeindelandereien, wenn deren im Kirchspiele vorhanden sind, und ohne daß hierdurch an den Gesehen, Gewohnheiten und uns

vorbenklichen Orisgebrauchen eiwas geanbert wird, die ihm etwa einen größeren

Bortheil zusichern.

Auf dem rechten Rheinufer, in dem ehemaligen Großherzogihume Berg, regelt sich die Theilnahme lediglich nach dem Herkommen, ein Unterschied in der Theils nahme an der Nuhung der Stoppelweide und anderen Gemeindenuhungen ist dort

gesetlich nicht begründet.

Aus dem Borstehenden ergiebt sich, daß dem einzelnen Gemeindes Einwohner, welcher an der Stoppelweide-Nutung Theil nimmt, das Recht der Provokation auf Ablösung nicht eingeräumt werden kann; denn das Recht selbst gehört der Gesmeinde. Wollte die Gemeinde als Korporation auf Ablösung antragen, so würde die Folge sein, daß alle Grundbesitzer der Gemeinde gezwungen würden, eine Abslösungs-Rente an die Gemeinde-Kasse zu zahlen, welche Kasse doch wieder hauptssächlich zum Besten der Grundbesitzer dient. Die großen Weiterungen der vielen Ablösungsprozeduren und die bedeutenden Kosten berselben waren hierbei ziemlich unnüt aufgewendet.

Es erscheint baher angemeffen, die Stoppelweide wie eine andere Kommunals nuhung zu behandeln, welche der Gemeinderath mit Genehmigung des Bezirfssrathes (ober in Gemeinden unter 1500 Seelen mit Genehmigung des Kreisaus:

(chuffes) 1) aufheben kann.

Bugleich wurde als Modisstation bieser Bestimmung der Zusat für angemessen erachtet, daß der Gemeinderath zum Beschlusse der Ausschedung genöthigt werden könne, wenn die Mehrheit der Grundbesiter in der Gemeinde nach Morgenzahl die Ausschlung verlange. Nach dem Ruralgesetze kann jeder Grundbesiter durch Einschließung seines Grundstückes dasselbe von der Stoppelweide bestreien. Die Einschließung ist im Gesetze nicht etwa als eine Beschränfung des Rechts, sich auszuschließen, sondern nur als eine Maaßregel gedacht, welche als sicheres und erkennbares Beichen der ernstlichen Ausschließung für Jedermann dienen solle. Indes wird die Einschließung in der Regel weit theurer zu stehen kommen, als die Ablösung der bei freier Bestellungs-Bestugniß wenig werthvollen Stoppelweide. Denn zur Einschließung gehört nach Art. 6. Tit. I. 4. des Auralgesetzes eine Mauer von 4 Fuß Höhe mit Schlagbaum oder Thür, Pallisaden, Gitterwert oder Gede, oder endlich ein Graben mit 4 Fuß oberer Breite und 2 Fuß Tiese. Eine solche Einschließung wird meistens mehrere Thaler pro Morgen kosten, während die einschließung wird meistens mehrere Thaler pro Morgen kosten, während die einschlessing wird meistens mehrere Thaler pro Morgen kosten, während die einschlessing wird meistens mehrere Thaler pro Morgen kosten, während die einschlessing wird meistens mehrere Thaler pro Morgen kosten.

Bei diesem Uebelstande und bei der Unmöglichkeit, an die Stelle der oben ges dachten Einschließung in durchführbarer Weise ein anderes sicheres Zeichen der Ausschließung eines Grundstücks von der Stoppelweide gesetlich zu bestimmen, stellt es sich als wünschenswerth dar, daß die Grundbesißer der Gemeinde, wenn durch ihre Majorität das Fortbestehen der Sloppelweide als schädlich erkannt wird, die Befugniß erlangen, auf die Aushebung derselben zu dringen. Ein Unrecht gegen die übrigen Mitglieder der Gemeinde dürste darin um so weniger gefunden werden, da offendar in der Rheinprovinz die Stoppelweide saktisch aushören und unausstührbar sein würde, sobald die Mehrzahl der Grundbesißer sich des ihnen zustehens

ben Rechte ber Ginschliegung bediente.

Die Stoppelweibe, welche von Gemeinde zu Gemeinde geübt wird, heißt Roppelweibe. Dieselbe ist durch das Ruralgeset (Abschn. 4., Art. 2.) nur prospisorisch beibehalten worden. Sie fann ebenfalls durch Einschließung der Grundsstücke aufgehoben werden; auch wird nach Art. 17. l. c., dadurch, daß noch so viele Grundstücke in der einen Gemeinde von der Stoppelweide ausgeschlossen werden, die andere Gemeinde nicht zur Enischädigung, sondern nur zum Verzicht auf die gegenseitige Roppelweide berechtigt. Bei einer so geringen Intensivität des Rechts und bei der Schwierigkeit, eine grundsählich richtige und gerechte und zugleich angemessene Bestimmung darüber zu tressen, wer eine etwaige Entschädisgung wegen der Ablösung zu gewähren und wer solche zu empfangen habe, ob

¹⁾ Rachbem die GemeindesD. und die Kreiss, Bezirks u. ProvinzialsD. v. 11. März 1850 burch das Ges. v. 24. Mai 1853 (G. S. S. 238) aufgehoben, wird erft die kunftige Gesetzebung diejenigen Behörden bestimmen mussen, welche an die Stelle des im §. 5. gedachten Bezirksraths, resp. Kreisausschusses treten sollen.

bie Grundbesiter ober die Semeinde als Korporation, ift es unbedenklich erschienen, gegenwärtig die Aushebung dieses überhaupt nur selten vorkommenden Rechtsvers haltnisses ohne Entschädigung zur Aussuhrung zu bringen.

Ablosbar auf Antrag jeden Theils bleibt hiernach auch im Bezirk bes Appell.

Gerichtshofes zu Köln:

1) bas Stohpelweiberecht, welches einer Gemeinde zusteht:

a) einseitig auf einer anderen Gemeinbeflur;

b) auf einzelnen Privatgrundstucken, Balbern, Wiesen außerhalb ber Felbmart;

c) auf Privatgrunbftuden innerhalb ber Felbmark fraft befonderen Titele;

2) das Stoppelweiberecht, welches Privatpersonen zusteht, auf Privats ober Gemeindes Grundftuden.

3) das Recht ber Fettweibe (pature grasse ou vivo), mag baffelbe Privaten ober Gemeinden zustehen.

Bas zur Stoppelweibe und was zur Feitweibe zu rechnen ift, haben bie Ge-

richtsbofe in ben einzelnen Fällen zu entscheiben.

Die Definition, welche Merlin in seinem Répertoire universel giebt lautet: Les pâtures grasses ou vives sont les landes marais, patis et bruyères, qui appartiennent à des communautés d'habitans, ou sont asservis envers elles à un droit d'usage, de manière, qu'elles toutes peuvent y faire paître leurs bestiaux.

Les vaines pâtures sont les grands chemins, les prés après la fauchaison, les querêts et terres en friche, les bois de haute futaie, les bois taillis après la quatrième ou cinquième bourgeon et généralement tous les héritages, où il n'y a ni sémence ni fruits et qui par la loi ou

l'usage du pays no sont pas en défends.

Les parcours est un droit réciproque de deux ou plusieures communes voisines, qui consiste à envoyer pattre le bétail sur leurs terri-

toires respectives en temps de vaine pâture.

Die Weibe auf Haiben, Mooren, Angern, Brüchern wird hiernach zur Fetizweibe gerechnet. Dergleichen Haiben, Deben und Brücher giebt es in der Rheinsprovinz nach einer amtlichen Nachweisung v. 5. Sept. 1850 noch 791,754 Morgen, wovon 382,398 Morgen den Gemeinden und 409,355 Morgen Privaten gehören sollen.

Die unter §. 1. dieses Ges. fallenden gemeinschaftlich benutten Privat-Seiden zc. unterliegen dem Gem. Th. Verfahren theils auf Antrag der Miteigenthumer, theils auf Antrag der Weideberechtigten. Die Heiden, Deden und Brücher, welche Eigenthum von Gemeinden als Korporationen sind, werden von der etwa darauf lastenden Weideservitut fremder Gemeinden oder Privaten ebenfalls nach den Vorsschriften der Gem. Th. D. befreit. Eine Vertheilung der Fläche unter die Ges meindemitglieder kann aber nach diesem Geses nicht stattsinden.

Auf ben oftrheinischen Theil des Reg. Bezirks Roblenz und in Neuvorpoms mern und Rügen ist die Vorschrift des S. 5. des Entw. nicht auszudehnen, weil dort der Begriff ber Stoppelweide als Gemeinderecht nicht ausgebildet ift, auch

bas Ginschließungerecht ber Grundstude nicht besteht.

3) Der Rom. = Bericht ber I. Rammer bemerkte zum §. 5.:

Das Reckt ber Stoppelweibe, bes öben Weibgangs (vaine pature) — sofern es auf keinem speziellen Rechtstitel beruht und in diesem Falle, zusolge des Codo rural, desseu Gültigkeit sich übrigens auf das linke Rheinuser beschänkt, nach freiem Belieben der Grundbesitzer durch Einschließung beseitigt werben kann — ist beshalb zu den, gegen besondere (Lands, Rapitalss oder Rentes) Entschäbigung abs zuldsenden Besugnissen mit Recht nicht zu zählen. Es ist einerseits keine subziektivsdingliche Besugniss, sondern ein Ausstuß der Eigenschaft als Mitglied der Korporation, kann objektiv aber, vermöge des Einschließungsrechtes der belasteten Grundbesitzer, jederzeit beseitigt werden, und entspringt, nach dem Sprachgebrauch der Rheinischen Jurisprudenz, ex juro vicinitatis et kamiliaritatis. Wenn die Grundbesitzer, lediglich schon durch oft kostbare Anlagen von Gräben, Geden, Zäusnen, ohne anderes Acquivalent als eine verhältnismäßige Einschränkung ihrer Mitzweide auf den Nachbargrundstücken, das Weiderecht der Gemeindegenossen beseitigen dürsen, so erscheint es nur ebensowohl staatswirthschaftlich, als gerecht, ihnen ders

gleichen koftbare und beim gänzlichen Erlöschen bes Rechts unnühe Anstalten zu ersparen, baher bem Majoritätsbeschlusse berselben bie gleiche Wirkung beizulegen, wie der Einschließung. Das Recht ist naturgemäß von geringem Werth. Alles dies gilt um so mehr von dem wechselseitigen oden Weidgangs oder Stoppels weide Rechte mehrerer Gemeinden auf ihren Gebieten (Roppelweide — parcours —), da die andere Gemeinde mit ihrem Viehe meist später kommt und wenig Naherung für dasselbe mehr sindet, überdies die Vertheilung der von den Korporationen auszubringenden Entschädigung in rechtlicher und thatsächlicher Beziehung man, cherlei Schwierigkeiten haben würde.

Bum §. 6.

Von ben Kammern ift zum S. 6. nichts bemerkt. Die Motive bes Regier. Entw. bemerken dazu:

Statt ber SS. 4. und 5. bee erften Entwurfe 1), welche lauteten:

§ 4. Das Recht, eine Gemeinheitstheilung zu verlangen, kann weber burch Berjährung noch burch Judikate, noch durch Verträge oder Willenserklas rungen, welche vor Verkündung des gegenwärtigen Gesetses errichtet worden sind, ausgeschlossen werden.

5. Die nach Berkundung des gegenwärtigen Gesetes errichteten Bersträge und Willenserklärungen, durch welche Gemeinheitstheilungen ausgeschlossen werden, sind auf keine längere Zeit, als auf zehn Jahre verbindlich. Nach dem Ablaufe dieser Periode steht es jedem der Betheiligten frei, sein Recht auf Gesmeinheitstheilung geltend zu machen,

hat die Agrar=Rom. der II. R. folgende Fassung vorgeschlagen 2):

S. 4. Frühere Jubikate können ben Antrag auf Gemeinheitstheilung nicht hindern; auch kann die Befugniß, auf Gemeinheitstheilung anzutragen, wes der durch Willenserklarungen, noch durch Vertäge, noch durch Verjährung erslöschen.

5. 5. Berträge und Willenserflärungen, durch welche Gemeinheitstheiluns gen ausgeschlossen werden, sind auf keine längere Zeit, als zehn Jahre verbindslich. Nach dem Ablauf dieser Periode steht es jedem Betheiligten frei, sein Recht auf Gemeinheitstheilung geltend zu machen,

weil man ausdrücklich wollte, daß Verträge über Ausschließung von Gemeinheitsz theilungen auch in dem Falle, wenn sie vor Emanation tes neuen Gesetzes abgesschlossen sind, auf den Zeitraum von zehn Jahren verbindlich bleiben mussen.

Gegen die Fassung des S. 4. der Agrar-Rom. ist nun aber erinnert, daß sie, statt den wesentlichen und prinzipiellen Sat an die Spite zu stellen, mit einer Singularität beginne, deren Anführung im Gesetze es kaum bedürfe, ferner, daß die Fassung zu weit gehe, weil ein Urtheil, welches den Kläger mit seiner Theis lungsklage abgewiesen hat, weil ihm ein Miteigenthum gar nicht zustehe, ebenfalls unter den Worten "Frühere Judikate" mitbegriffen sei, und daß der Ausdruck "erslösche" auf Verträge und Willenserklärungen nicht passe.

Deshalb ift die Fassung des S. 6. des jetigen Entw. gewählt, welche dieses Bedenken beseitigt. Im Wesentlichen wird dadurch die Vorschrift des S. 27. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 wiederholt. Für die Aecker ist in dieser Gesetztelle zwar gesagt, daß der Vertrag oder die Willenserklärung wegen Ausschließung der Gemeinheitstheilung bei Aeckern nur so lange Zeit verbindlich sein soll, als nach der bestehenden Fruchtfolge und Schlageintheilung der gemeinschaftlich bes nutten Grundstücke zur zweimaligen Abnutzung aller Schläge ersorderlich ist.

Die ausnahmsweise Borschrift für Aecker ift nicht aufgenommen, weil bei ber völlig freien Wirthschaft, welche in der Rheinprovinz üblich ift, eine bestimmte Fruchtfolge oder Schlageintheilung sich meistens nicht angeben läßt und weil der zehnjährige Zeitraum für alle Fälle als ausreichend zu betrachten ist. Aus dem letten Grunde ist auch der Inhalt des S. 28. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 übergangen. Andererseits liegt kein Grund vor, die Freiheit der Verträge in dem

¹⁾ Ramlich bes Enimurfs v. 10. Dec. 1849 (Druckf. 1848, Dr. 417.).

²⁾ Ramlich im Berichte ber Agrar-Kom. b. II. R. v. 14. Febr. 1850 (Drucks. Rr. 540.).

Bezirk des vorligenden Gesehentwurfs mehr zu beschränken, als in den anderen Landestheilen; es kann vielmehr für die wirthschaftlichen Einrichtungen von Intersesse sein, die durch Bertrag erworbene Servitut nicht nach wenigen Jahren wieder aufgehoben zu sehen.

Deshalb ist die fünfjährige Periode des Art. 815. des Code civil nicht ans

genommen.

3um §. 7.

1) Die Agrar = Kom. der II. Kammer v. 1849 u. 1850 hatte zu der damaligen Vorlage der Reg. (Nr. 417. §. 6.), welche lautete:

Ueber bas Borhandensein, die Beschaffenheit und den Umfang der bei einer Gemeinheitstheilung zur Ausgleichung zu bringenden Theilnehmungsrechte ift les diglich nach den bestehenden Gesetzen zu entscheiden,

in ihrem Bericht v. 14. Febr. 1850 folgender Bufat angenommen:

Die zur Weibetheilnahme berechtigte Biehzahl ift in Ermangelung rechtebes ftandiger Willenserflarungen und rechtskräftiger Erkenntniffe, ftatutarischer Rechte ober Provinzialrechte

1) bei ben Intereffenten, welche jur Erzeugung von Binterfutter geeignete

Grundftude befigen, nach bem Futterertrage biefer Grundftude,

2) bei anderen Intereffenten und sofern die nach Rr. 1. festzustellende Biehs zahl eine geringere ift,

a) soweit der Code rural v. 28. Sept. u. 6. Oft. 1791 I. 4. Art. 14.

gilt, auf 2 Rühe (eine Ruh, ein Kalb und 6 Schafe)

b) in ben übrigen Theilen ber Rheinproving und in Neuvorpommern unb Rügen auf 1 gabe festzuseßen;

und bemerft:

Das Motiv für diese Bestimmung ift, weil eine subsidiäre Rorm für die Ersmittelung der hütungsberechtigten Biehstände gegeben werden muß, und naments lich für die kleinen hausbesitzer unentbehrlich erscheint.

Bei ter Berathung des neuen Entwurfs erachtete jedoch die AgrarKom. der II. Kammer auch noch eine weitere ergänzende Bestimmung für die Ermittelung der Viehstände der Grundstücksbesther nach Anleitung des S. 36.
der Gem. Th. O. v. 7. Jan. 1821 für den Fall nöthig, wenn bei dem
Grundstücke seit rechtsverjährter Zeit eine Zehntberechtigung ausgeübt worden und auf Vermehrung der vorgeschriebenen Viehzahl eingewirft hätte.
Die Kommissarien der Staatsregierung erklärten sich mit einer solchen Erweiterung einverstanden. Demgemäß wurde einstimmig ein Zusat hinter
den Worten bei Nr. 1. "nach dem Futterertrage dieser Grundstücke," dahin
beschlossen: "und dem Strohertrage der bei denselben seit rechtsverjährter Zeit benutzten Zehnten."

2) Dem Regier. Entw. sind zum S. 7. folgende Motive beigefügt: Die bestehenden Gesetze über die Theilnehmungerechte sollen nicht geandert

Die Agrar-Rom. der II. R. hat indeß eine subsidiäre Norm für die Ermittes lungen der hütungsberechtigten Viehstände in Borschlag gebracht, weil eine solche fast überall fehlt und namentlich für die kleinen Hausbesitzer unentbehrlich erscheint. Für die letzteren enthält z. B. auch die B. v. 14. Dec. 1801 für Neuvorpommern

und Rugen feinen Daagftab ber Beibetheilnahme.

Die Regierung schließt sich bem Borschlage ber Agrars Rom. an. Rur insosfern ist eine Modistation besselben eingetreten, als er für die Landestheile des lins ken Rheinusers eine Besonderheit enthält. Während für die übrigen Landestheile der Rheinprovinz und für Neuvorpommern und Rügen die subsidiäre Bahl auf 1½ Rühe bestimmt wird, ging der Vorschlag der Agrars Rom. dahin, die Bahl, soweit das Ruralgesetz gilt, auf 2 Rühe (1 Ruh, 1 Ralb und 6 Schafe) sestzusetzen. Indessen bezieht sich die Bestimmung des Ruralgesetzs, welche dem Vorschlage zu Grunde liegt, lediglich auf die Stoppelweibe, und es kann nicht behauptet werden,

baß bie Fetiweibe, namentlich auf Privatgrundstücken, von einer nach ber Berechstigung zur Stoppelweibe gebildeten heerde wirklich ausgeübt worden sei oder aus geübt werde, und noch weniger, daß eine solche Ausübung der Fettweide eine rechtsliche Grundlage habe. Die Uebertragung dessen, was gesetzlich für die Koppelsweide gilt, auf die sonstige Weideberechtigung würde sich namentlich bei den vielen durch Berjährung oder Konzessionen entstandenen Weidegerechtigkeiten nicht rechtsfertigen lassen und ein Grund zur Verschiedenheit in der subsidieren Norm für die Anzahl des Viehe schwerlich vorhanden sein.

3) Der Bericht der Kommission der 1. Rammer bemerkt:

Aufgabe einer Gem. Th. D. ift so wenig die Festsetzung ber Eristenz von Theilnahmerechten, welche jeder Intereffent jum Theilungsverfahren mitbringt, als die Reftsegung ber Art, Beschaffenheit und Große bieser Rechte. Beibes geht ber Theilung voraus und richtet fich im Allgemeinen nach ben bestehenden materiellen Gefeten und befonberen Rechtstiteln. Das Ungureichende berfelben zeigt fich indes besonders häufig bei Feststellung des Maaßes zur Theilnahme an der Beide; überdies sest beren gerechte Bertheilung voraus, daß das Theilnahmes Berhälts niß für Alle möglich nach einem und bemselben Pringip bestimmt werbe. Deshalb bebarf es für die Falle, in benen Willenserklarungen, Judikate, Statuten oder Pros vinzialrechte nicht vorhanden, ober beren Festsehungen nicht genügend find, ber Beptimmung eines subsidiarischen Maaßstabes, wonach das Verhältniß und ber Ums fang ber Beibetheilnahme zu regeln ift. Die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 enthalt in dieser Beziehung einen boppelten Maagstab: a) einen prinzipalen, ben wirklichen Bortrieb bes Biebes im zehnjährigen Durchschnitt nach §g. 32. u. 33.; b) einen eventuellen, die Ausmittelung des Biehstandes nach dem ebensowohl gemeinschaftlichen als lanbrechtlichen Durchwinterungefuß (§S. 34. sqq., S. 41. b., §. 42. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821.; §§. 90. sqq. Tit. 22. Thl. I. A. E. R.; Eichhorn, Deutsches Brivatrecht S. 180. et alleg.), wobei zugleich bas burchs schnittliche Bedürfniß einer haushaltung berjenigen Berechtigten, welche feine zur Gewinnung von Winterfutter geeignete Grundftude befigen, in Betracht kommt. Der prinzipale, überdies nur ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 eigens thumliche Maagstab ad a. hat fich in feiner Anwendung nicht bewährt. Dit Recht Rutt fich baber ter Geseheniwurf allein auf ben Maafftab zu b., wobei es vermieben ift, wegen Anrechnung von Rebenweiben, wie wegen bes Berhaltniffes ber Theilnahme ber Dienstbarkeitsberechtigten neben bem Gigenthumer, weitere, in ber Anwendung oft ungenügende und zweifelhafte Detailbestimmungen zu treffen, ins bem angemeffener bie Entscheibung barüber theils bem Richter nach ben geltenben Wefegen, theils ben Sachverständigen nach ben obwaltenben besonderen örtlichen Berhaltniffen überlaffen bleibt. Die Vorschrift bes Code rural wegen ber Theil= nahme jedes seshaften Familienvaters an der vaine pature nach dem Maaße von einer Ruh, einem Kalbe und 6 Saupt Wollenvieh betrifft eben nur die Stoppelweide, beren oben geschilberte Ratur es nicht julagt, jene Bestimmung bes Code rural als Maakstab für die Theilnahmerechte der kleinen Grunds oder der bloken hausbefiger an ber Beibe gum Grunbe ju legen. — Der Bufat ber II. Kammer "wegen Berudfichtigung bes Strobertrages ber bei ben berechtigten Grundftuden feit rechtsverfährter Beit benutten Behnten" ift besonders für bas rechte Rheinufer, wo bergl. Behnten hanfiger vorkommen, von praktischer Bebeutung.

Bum §. 8.

Die Motive zum S. 8. des Regier. Entw. lauten babin:

Diefer S. lantete in bem fruberen Entw. wie folgt:

Die Bestimmung der Art und Größe ber Entschädigung, welche einem jeden Theilnehmer gebührt, bleibt zunächst dem freien Uebereinkommen der Partheien überlassen. Doch haben dieselben babei die Borschriften des S. 18. zu beachten

Kommt eine Einigung nicht zu Stande, so finden folgende Regeln Ans

Gegen diese Fassung ist bei ber weiteren Berathung ber Zweifel erhoben, ob die Partheien befugt find, auch die Ausführung der Theilung oder Servitut-Ablösung ohne Dazwischenkunft der Behörden zu bewirken und ob sie jedenfalls den Theilunges ober Servitute:Ablösunge:Bertrag ben Auseinandersepungebehörden gur Prufung und Bestätigung vorlegen muffen.

Um biefen 3weifel zu befeitigen, ift bie jegige Faffung bee S. gewählt.

Die Frage, inwieweit eine Brusung und Bestätigung der Verträge durch die Auseinandersetzungs Behörden vorzuschreiben sei, ist eine Frage des Versahrens. Da nun in den Landestheilen des rechten Rheinusers und in Neus Vorpommern und Rügen, wo besondere Ablösungs Behörden bestehen, die Gemeinheitstheilungen nach §§. '24., 25., 26. des Entwurfs nach dem für die Ablösung der Reallasten dort gesetzlichen Versahren behandelt werden sollen und dort die Ablösungs Verträge der Reallasten der Bestätigung durch die Auseinandersetzungs Behörde unterliegen (cfr. §. 13. des Ablös. Ges. v. 4. Juli 1840, G. S. 1840, S. 198; §. 25. des Aussührungs Ges. v. 7. Juni 1821, G. S. 1821, S. 88), so war in den genannsten Landestheilen das Gleiche für die Gemeinheitstheilungs Berträge anzuordnen. Auf dem linken Rheinuser bestehen keine besonderen Ablösungs Behörden. Inwies weit dort ein Theilungs oder Ablösungs Vertrag der gerichtlichen Bestätigung bes darf, ist nach den allgemeinen Gesetzen und den in dem vorgelegten Entwurse des besonderen Gesetzes über das Versahren darüber enthaltenen Vorschriften zu bes urtheilen.

Zum §. 9.

Die Motive des Regier. Entw. zum S. 9.1)) bemerken:

Jum S. 9. ift nur zu bemerken, daß der Ausdruck des früheren Entwurse: "zur ausschließlichen und freien Verfügung" um beswillen vermieden ift, weil dasjenige, was er zu sagen bezweckt, schon in tem Worte: "überwiesen wird", genugsam enthalten ift, und bei der früheren Fassung das Nisverstandnis entstehen könnte, als würde in allen Fallen volles freies Eigenthum erworden, während doch beispielsweise der Fideikommißbesitzer die Absindung nur als Fideiskommißgut erlangt, ferner anderweitige Grundgerechtigkeiten, als Wege oder Wassersfervituten, auch auf dem zur Absindung dienenden Grundstücke in der Regel haften bleiben.

Bum §. 10.

1) Die Motive bes Regier. Entw. bemerken:

Bei ben im §. 10. aufgestellten Regeln für die Schätzung eines Grundstückes ober einer Servitut haben die §§. 87., 88., 91., 92. der Gem. Th. D. v. 7. Juni

1821 im Allgemeinen zum Anhalt gebient.

Obwohl es sich von selbst versteht, daß das außerste Maaß für den Rugen einer Servitut den gesammten gemeinen Werth dieser Art von Rugung des bes lasteten Grundstücks nicht übersteigen kann, so wird diese Wahrheit bei der Werthsschäpung der Berechtigung eines Einzelnen, deren nominell erheblicher Umfang durch die Theilnahme Anderer an dem Rechte thatsächlich Schmälerung erleidet, doch leicht zum Schaden des Verpslichteten verkannt. Deshalb ist in dem dritten Saze des S. die Berücksichtigung der Theilnahme Mitberechtigter ausdrücklich in Erinnerung gebracht worden.

Die Antrage ber Agrar-Rom. ber II. R. wegen Abanberung ber fruheren

Faffung biefes S. find berücksichtigt.

Der frühere Entwurf lautete in bem zweiten Sape S. 9. (jest S. 10.): babei wird ber Grund und Boben nach seinem gemeinen Werthe zur Beit

ber Auseinanbersetung veranschlagt.

Die unterstrichenen Worte sollen nach bem Borschlage ber Agrar Rom. wegsbleiben, weil sie sich von selbst verstehen und andererseits die ausdrückliche Aufsnahme dieser Worte das Wißverständniß erregen könnte, als ob nur die momenstane Kulturart und Beschaffenheit des Bodens der Abschähung zu Grunde gelegt werden darf.

Ferner lautet ber dritte Sat in bem fruheren Entwurse:

Die Schatung ber aufzuhebenben Berechtigungen erfolgt nach ber lanb:

^{1) 3}m Entwurf v. 10. Dec. 1849 (Rr. 417.) S. 8.

ablichen örtlich anwenbbaren Art ihrer Benugung und bem Ertrage berselben in den letten zehn Jahren vor Anbringung ber Provokation mit Rudficht auf bie Theilnahme anderer Ditberechtigter.

Auch hier hat die Agrar-Rom. die Weglaffung ber unterftrichenen Worte vorgefclagen, weil biefelben bem Arbitrium ber Sachverftanbigen zu enge Grengen ziehen und auf manche Gerechtsame, bie nur in langeren Berioben ausgeübt wer: ben, 3. B. Bauholgrecht, Daftrecht, nicht genau paffen würden.

Die unterfrichenen Borte in beiden Gapen find jest weggelaffen; bagegen erscheint es nöthig, in bem zulest angeführten Sate wenigstens allgemein auf ben burdichnittlichen Ertrag binguweisen, weil fonft ber momentane Ertrag bes

letten Jahres bei ber Abschähung zum Grunde gelegt werben konnte.

Der lette Sat wegen Ablosung ber Bald Servituten nach bem Bortheil bes Belasteten, wenn ber Berechtigte provozirt, ift aus Art. 9. bes Ergang. : Gef. v. 2. Marg 1850 bingugefügt.

2) Die Agrar=Rommission der Il. R. bemerkte (insbesondere in Beaug auf §. 10.):

Die SS. 8 - 15. haben ber Rom. bei Bergleichung berfelben mit ben Bestime mungen der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und bes Ergang. Bes. v. 2. Marg 1850 und in Rudficht auf bie von ber Regierung in ben Motiven gegebenen Erlantes rungen teinen Anlaß zu Abanberungs-Antragen gegeben. Es wurde nur für nothig erachtet, jur Bermeibung von Digverftandniffen hier hervorzuheben, bag bas (bet S. 2. u. 3.) in ben Motiven ber Regierung gegebene Beifpiel ber Berechnung ber Bobe ber Abfindung bas Borhandensein bes vollen Weibebebarfs für sammtliche weideberechtigten Biehftanbe auf ben belafteten ober zu theilenden Grundftuden voraussest, und baher für ben gewöhnlichen Fall, bag die vorhandene Beide-Maffe jur Befriedigung bes vollen Bebarfs nicht ausreicht, nach Borfdrift bes g. 10. Alinea 3. erganzt werden muß. Wenn baber ber Berechtigte z. B. auf einem bes stimmten Grundstude gehn Ruhe zu weiben und die orteubliche Ruhweide für ben vollen Bedarf den Nugungswerth von 3 Rthlr. hat, so erhalt berfelbe in dem Falle, daß bas belaftete Grunbftud nur 5 volle Ruhweiben gewährt, nur eine Entschädigung in Sohe bes jahrlichen Ertrages von 15 Rthlr. und muß bieselbe, wenn noch andere Mitberechtigte vorhanden find, mit lettern nach Berhaltnis der mitberechtigten Biehftanbe theilen. hat ein Berechtigter außer ber zu theilenben Beibe noch besondere Beiben (Nebenweiben), so muffen solche gleichfalls berucks Kotigt werden und das Maaß, in welchem solche besondere Weiden anzuschlagen find, ift dann nach bem Berhaltniffe sowohl seines, als bes Biehftandes ber mitberechtigten Beidetheilnehmer zu der Ergiebigkeit fammtlicher von ihnen betriebenen gemeinschaftlichen und besondern Beiben zu veranschlagen. Diese Berhaltniffe ges borig zu wurdigen und zu berücksichtigen, gehort zu den Obliegenheiten ber Cache verständigen und es erschien nicht nothwendig, noch weitere Andeutungen über bas Schagungs Derfahren in bas Gefet ju übernehmen.

Zum 5. 11.

Die Motive bes Regier. Entw. bemerken zum S. 11.:

Die hier gegebene Regel für die Abschatzung ber Beibe und Graferei in ben Forsten entspricht ben §§. 131—133. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und bem

Art. 11. bes Gef. v. 2. Darg b. 3. (G. S. 1821, S. 142).

Sie findet ihre Begrundung barin, daß ber Forsteigenthumer gewöhnlich burch ben Beibe : und Graferei : Berechtigten nicht gehindert werden tann, die Bolgfultur Dis zu einem mittelmäßigen Bestande zu treiben, und bag es nur als ein vorübers gebender und burch die Schatung nicht zu firirender Buftand zu betrachten ift, wenn ber Bald augenblicklich einen geringeren Solzbestand hat.

Zum \$. 12.

Die Motive des Regier. Entw. bemerken:

Die Rompensation muß als bas einfachfte Mittel zur Ausgleichung wechsels feitiger Berechtigungen, soweit bies möglich ift, zunachft zur Anwendung gebracht Lanbes-Anling-Gefebg. Bb. II. Abih. II. 15

werden, wie dies auch in ben §5. 82. 83. der Gem. Th. D. v. 7. Inni 1821 ans erkannt ift.

Der S. 11. bes früheren Entw. enthalt nur ben zweiten Sat bes jetigen

S. 12., welcher von wechselseitigen Dienstbarkeiten handelt.

Es ist dagegen erinnert, daß auch Gegenleistungen anderer Art abzurechnen sind, z. B. Weidegeld, Beitrag zum Hirtenlohn, Schlägerlohn und Stammgeld sür das Polz und bergleichen Gegenleistungen, wie sie für Servituten oft vorkommen. Es versteht sich das zwar eigentlich von selbst, der Deutlichkeit halber ist indeß der erste allgemeine Sah des jehigen §. 12. noch ausgenommen.

3um 5. 13.

1) Die Motive bes Regier. Entw. lauten:

Die Theilung gemeinschaftlich besessener Grundstüde ist in der Regel in Ratur zu bewirken. Bei Aedern, Wiesen, Hütungs-Aengern ist die Naturaltheilung auch stets möglich, da selbst sehr kleine Stücke in kleiner Kultur nutbar sind. Der Naturaltheilung gemeinschaftlicher Wälder muß jedoch insoweit im Landes Kulturs Interesse entgegengewirkt werden, als dieselbe eine Holzdevastation und die Erzeus gung von unnutbaren Wüsten nach sich ziehen würde. Deswegen hat der Inhalt des S. 109. der Sem. Th. D. v. 7. Juni 1821 Aufnahme in dem Entwurse gessunden. Eine Beschränkung der Waldtheilungen hat überdies in dem Ehemaligen Großherzogthume Berg schon längst gesehlich bestanden und in dem übrigen Theile der Rheinprovinz seit der R. D. v. 7. Aug. 1846 interimistische Geltung. gehabt. Daß die Partheien sich in Semaßheit des S. 8. in sedem Falle über die Naturals theilung des Waldes einigen können, ist zur Beseitigung eines erhobenen Iweisels durch Einschaltung der Worte:

sofern die Betheiligten sich nicht über dieselben einigen, ausdrücklich bemerkt. cfr. Erganz.:Ges. v. 2. Marz 1850, Art. 10.

Der erfte Sat biefes S. lautete im S. 12. bes fruheren Entw.:

Grundstücke, auf benen die im S. 1. Nr. 1. bis 4. bezeichneten Berechtisgungen in Folge eines gemeinschaftlichen Eigenthums ober Gesammt-Eigensthums lasten, find unter die Miteigenthumer der Regel nach in Natur zu vertheilen.

In Folge der veranderten Faffung des S. 1. ift auch diesem erften Sate bes S. 13. jest eine einfachere Faffung gegeben, welche materiell daffelbe bedeutet.

In dem zweiten Sate sind auf den Borschlag der Agrar-Kom. der II. K. die Worte: "oder als Acker oder Wiese vortheilhafter" verwandelt in die Worte: "oder in anderer Kultur-Art mit größerem Bortheil", weil es in der Rheinprovinz und namentlich im nördlichen Theile derselben vorkommt, daß die Baldabsindungen auch als Gartenland oder Fettweide vortheilhafter, wie durch Holzzucht benutt werden können.

2) Der Bericht der Kommission der I. Kammer bemerkt zum S. 13. nur, daß für Gemeindewaldungen die Bestimmungen der V. v. 24. Dec. 1816 (G. S. 1817, S. 57) nach wie vor maaßgebend und gültig bleiben.

Zum 8. 14.

Die Motive zum S. 14. lauten babin:

Daß für Servitute zur Mast, zum Harzscharren und zur Fischerei im Mangel anberer Einigung die Ablösung durch Geldrente erfolgt, entspricht den für die ans deren Provinzen geltenden Gesetzen. (cfr. Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, §. 117.) Erganz. = Ges. v. 2. Marz 1850, Art. 5. und 6.).

Ebenso entspricht der lette Sat des S. 14. wegen des Ersates von Fischereis

gerathen dem letten Sate im Art. 6. des Ergang. : Ges. v. 2. Marg 1850.

3um S. 15.

Die Motive zum S. 15. bemerken:

Der S. 15. handelt von der Absindungsart der übrigen Servituten. Die Regel ist — wie im S. 66. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 — Landahsindung.

Die Landentschäbigung tann, da ein Zwang zur Bertauschung von Grundstüden in die hier in Rede stehenden Landestheile nicht eingeführt werden son, nur in einem Theile des servitutbelasteten Grundstüds bestehen. Bon der in dem früheren Entwurfe dem Berpstichteten beigelegten Besugniß, die Absindung auch von einem anderen ihm gehörigen Grundstüde zu geben, ist im Zusammenhange mit der unten bei §. 18. berührten Abanderung des Entw. aus den dort angeführsten Eründen abgesehen worden.

Daß die Landabsindung in ihrem Kapitalwerth dem 20fachen Betrage der jährlichen Servitut : Ruhung resp. des jährlichen Bortheils des Waldbesihers gleich sein soll, ift in Folge einer Erinnerung hinzugesett, und rechtfertigt sich daburch, daß auch bei der Rentrablösung der Zinsfuß von 5 Brozent angewendet wird.

Ausnahmen von ber Regel ber Landabfindung treten nur ein:

a) wenn diese Absindung unwirthschaftlich ware für einen ober den ans dern Theil, z. B. wenn der Berechtigte für ein auf vielen kleinen Parzellen haftendes hutungsrecht von jeder einzelnen Parzelle wenige Duß ober Offenthen Absindung in getrennter Lage erhalten müßte, oder wenn die Landabsindung mitten in einem geschlossenen Walde gegeben werden müßte, deffen Randtheile sich nicht zur Absindung eignen und dergleichen;

b) wenn bie Landabsindung zu einer kulturwidrigen Baldverwüstung führen würde, was eintritt, wenn die Absindungestäche nicht zur nachhaltigen forste mäßigen Benugung geeignet ober nicht vortheilhafter anderweit zu kultis

viren ift.

In diesen Ausnahmefällen tritt Rente = Entschäbigung ein.

Die naheren Bestimmungen bes g. 15. entsprechen ben gesetzlichen Borschriften ber anderen Provinzen über diesen Gegenstand, insbesondere dem Art. 10. bes Erganz.-Gef. v. 2. Marz 1850.

Die von ber Agrar : Kom. ber II. R. vorgeschlagenen Faffunge : Nenberungen,

entsprechend ihren Borfclagen ju \$5. 1. und 13., find berudfichtigt.

3nm 4. 16.

1) Die Motive des Regier. Entw. zum S. 16. lauten:

Sowohl das effentliche, als das Privatinteresse der Betheiligten verlangt, daß auf die Sewinnung möglichst angemessener Landtheilungspläne hingewirkt und für die Beschaffung der Anlagen und Anstalten geforgt werde, ohne welche die zugestheilten Grundstücke gar nicht oder nur zu einem geringeren als dem veranschlage ten Extrage nurhar sein würden. Aus diesem Grunde ist der Inhalt der Sh. 61., 62., 95. die 98. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 mit Berücksichtigung des Umspandes, daß ein Zwang zur Umlegung der Grundstücke nicht neu einzusühren ist, im L. 16. des Entw. wiedergegeben worden.

Da die Berloosung bei der Theilung nach den Aheinischen Gesehen die Regel billet (Code einis Art. 466. 831, Code do procedure Art. 975.), durch die Bersloofung aber oft die Jutheilung der Plane in wirthschaftlicher Lage an die einzels nen Outschaften und Grundbesitzer ausgeschlossen werden würde, so erscheint der Zusah notbig, das die Berloofung nur in so weit stattsindet, als die wirthschaftliche

Lage ber Abfindungen badurch nicht beeintrachtigt wird.

- 2) Die Agrar-Kommission der II. Kammer erachtete im landwirthschaftl. Interesse für zweckmäßig und ersorderlich, die Vorschrift des S. 99.
 der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 wegen der gemeinschaftlichen Sand-,
 Lehm-, Mergel x. Gruben auch in dies Gesetz zu übernehmen und beschloß
 deshalb das Alin. 3. des S. 16., welches früher sehlte, einzuschalten. Das
 gegen wurde der Bemerkung einiger Mitglieder der Kommission: "daß nach
 dem mit der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 übereinstimmenden Inhalte des S. 16.,
 bei Landabsindungen von kultivirten Ackerstücken, dessen Aussilhrung in der
 Rheinprovinz auf vielsache Schwierigkeiten stoßen werde", keine Volge gegeben.
 - 3) Die Kommission der L. A. bemerfte hierzu nur:

Ce ift ber mit 5. 99. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 übereinstimmenbe gusah ber M. A. zweckuckig, doch zu erwähnen, daß die Angabe der danach vorsbehaltenen Gemeinschaft von Anlagen der daselbft gedachten Art, auf Bollständigkeit

228 Bon & Ablos. ber Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

nicht Anspruch machen fann, vielmehr wenn es hierauf ankame, auch Flacherothen und ahnliche Dinge mit anzuführen waren.

3um §. 17.

1) Die Motive bes Regier. Entw. bemerken gum S. 17 .:

Nicht selten hangt die Herstellung eines zwedmäßigen Theilungsplanes von der Verlegung beizubehaltender oder der Einziehung überstüssiger Bege ab. Es erscheint deshalb nothwendig, die Vornahme einer solchen Beranderung in so weit, als den bei dem Gebrauch der Bege Betheiligten daraus kein erheblicher Nachtheil erwächst, ausdrücklich zu gestatten. Das Namliche findet in Rücksicht auf Fliese, Graben und Brücken Statt.

2) Die Rommiffion der I. Rammer bemerft:

Bum S. 17. waltet barüber kein Bebenken ob, daß die Einwirkung der betr. Polizeibehörden auf Anlegung oder Beränderung öffentlicher Kommunikationswege auch bei Gemeinheitstheilungen, zu dem Ende in so weit die Pflicht einer Kommus nikation Seitens der Theilungs = Rommissarien mit jenen Behörden vor Anlegung des Plans, durch die Bestimmung des S. 17. nicht beeinträchtigt wird; man hielt deshalb einen hierauf gerichteten Borbehalt nicht für nothig.

3nm §. 18.

1) Die Motive des Regier. Entw. lauten dahin:

Das im S. 17. des früheren Entwurfs jedem Betheiligten zugedachte Recht, Grundstücke in die Theilungsmasse einzuwerfen, hat zu Einwendungen Beranlassung gegeben, welche als begründet anerkannt worden sind. Insbesondere würde eine Sicherung der Spoothekargläubiger, Ruthnießer und sonstigen Realgläubiger vor den Folgen des Einwerfens derjenigen ganzen Grundstücke, zu welchen sie berechtigt sind, bei der Rheinischen Spoothekens und Gerichtsversassung nicht möglich sein.

Der Nachtheil, welcher hieraus für ben Realfredit entstehen würde, wiegt bei weitem den Bortheil auf, der aus der Befugniß des Einwerfens entspringt. Auf der letteren war um so weniger zu bestehen, als sie mit der Umlegung der Grundsstücke in innerem Zusammenhange steht und bei der großen Verschiedenheit des Bosdenwerthes in der Rheinprovinz aus dem Einwerfen häusig Streitigseiten und Schwierigkeiten entstehen könnten.

Die Aenderung des S. 17. zieht zugleich den Ausfall des im S. 14. des früs heren Entwurfs dem Berpflichteten zugedachten Rechts, die Absindung von anderen ihm gehörigen Grundstücken zu gewähren, nach sich, da dies nur eine besondere Art des Einwerfens darstellt und auch in diesem Falle die Rechte der Realberechtigten

des Schutzes entbehren würden. In Reu-Borpommern und Rügen besteht nach der B. v. 18. Nov. 1775 bas Recht, auf Umlegung vermischt liegender Grundstücke antragen zu dürfen; es liegt keine Beranlassung vor, diese der Landeskultur förderliche gesetliche Bestimmung abzuändern, und ist daher deren Beibehaltung ausdrücklich erwähnt.

2) Der Rommiff.-Bericht ber II. Rammer bemerkt jum S. 18 .:

Der S. 18. und zwar beffen erstes Alinea, welches jeden Zwang der Umlegung ausschließt, erregte bei mehreren Ritgliedern der Kom. Bedenken und bestimmte die letteren zu dem Antrage, das erste Alin. zu streichen und dagegen am Schlusse des S. 18. eine Bestimmung, welche wenigstens die Röglichkeit der Jusammenlegung wahre, dabin anzunehmen:

In der Aheinprovinz, mit Ausschluß ber Kreise Duisdurg und Rees, sindet die Umlegung der dem Gemeinheitstheilungs-Verfahren unterliegenden Grundstücke nur in dem Falle Statt, wenn zwei Drittel der betheiligten Grundstücksbesißer nach der Fläche berechnet eine solche beantragen. Bei diesen Umlegungen muß seder Theilnehmer für einen Ausfall in der Güte einen Zusah in der Fläche annehmen, auch eine Austauschung von Grundstücken der einen gegen Grundstücke von einer anderen Gattung sich gefallen lassen, in sosern daburch nicht eine Beränderung der ganzen dieherigen Art des Wirthschaftsbetriebes des Hauptgutes nothig wird.

Eine solche Abanderung wurde jedoch vorzugsweise von den Kommissione-Mitgliebern, welche ber Rheinproving angehören und ben Kommiffarien ber Staateregies rung entschieden befampft. Es wurde von benfelben geltenb gemacht, bag einer folden Umlegung ber Grundflucke bie Rheinische Spotheken : Berfaffung und bie Ratafter : Einrichtung entgegenstehe, und daß in der Rheinproving nicht allein kein Beburfniß für einen folden 3wang gur Umlegung ber Grunbftude, fonbern auch ein eutschiebener Biberwille gegen einen solchen Zwang vorhanden sei. burfnis fei nicht anzuerkennen, weil bie ausgebehnten gemeinschaftlichen Butungsrechte, wie fie in ben oftlichen Provinzen vorhanden und bie Busammenlegung rechts lich bedingten, sich in der Rheinprovinz nicht vorfanden, vielmehr vorzugsweise nur noch die vaine pature als ein bloges Nachbarrecht vorkomme, welche nach §. 5. bes Gefes : Entw. burch Gemeinbe : Befchluß aufgehoben werben tonne, außerbem aber auch in ber zeitigen Bewirthschaftungeart ber Grunbftude eben fo wenig, wie in ben weitern Theilungen ber lettern in Folge einer Umlegung ber Grundftude eine Aenderung herbeigeführt werben wurde. Jener Bufat werbe hiernach feinen prats tischen Werth haben und berechtige kaum' zu der Aussicht, daß jemals eine Busams menlegung von zwei Dritteln der Theilnehmer beschloffen werde, wenn man erwäge, wie fower es icon oft in ben öftlichen Provinzen halte, auch nur ein Biertel berselben zum Umlegungs-Antrage zu vereinigen. Gine folche Bestimmung werbe bas gange Gefet unlieb machen und baber bie fo wunschenswerthe allgemeine Ausfuhrung deffelben gefährben.

Bon der andern Seite wurde dagegen behauptet, daß bei Aufrechihaltung ber Bestimmungen bes S. 20. bes Gefet.Entw. Die Rheinische Sppotheten : Verfaffung der Annahme des obigen Antrages nicht entgegen flehen könne und die aus der Ratafter - Ginrichtung entlehnten Bebenken burch bie Aussichrung ber Gemeinheits: theilungen in Westphalen, wo gleichfalls diefelbe Ratafter-Ginrichtung bestehe, binreichend widerlegt seien. Die jest in ber Rheinproving vorhandene Abneigung ges gen folde Umlegungen werbe ficherlich verschwinden, wenn man fich von ber Moglichkeit berfelben überzeugt und die Bortheile berfelben vollständig erkannt habe; um bies aber zu erlangen, muffe man wenigstens bie Möglichkeit ichon im Gefete gewähren und Maagregeln treffen, die es verhinderten, daß ein Einzelner ober einige wenige Intereffenten aus Borurtheil ober auch aus Chikane ober sonstigen unlautern Absichten ber von allen übrigen Betheiligten in ben einzelnen Fallen und nach ben lotalen Berhaltniffen als bringenbes Bedürfniß erfannten Zusammenlegung ber Grunbftude mit Erfolg wibersprechen fonnten. Borgugeweise biese gulest bes zeichnete Rucksicht bezwecke ber obige Antrag zu wahren und berfelbe werbe auch juverfictlich in mehren Fallen, namentlich in ber Gifel, die Befriedigung ber land:

wirthicaftlichen Bedürfniffe erleichtern.

Der Antrag selbst wurde jedoch nach sorgfältiger Berathung und Erwägung

der für und gegen benselben sprechenden Grunde abgelehnt.

3) Vergl. über S. 18. den Bericht der Kom. der I. Kammer oben in seinem allgemeinen Theil.

3um §. 19.

Die Motive des Regier. Entw. bemerken:

Dieser S. entspricht ben Art. 7. und 8. des Ergang. : Gef. v. 2. Marg 1850.

In §9. 20. und 21.

1) Die Motive des Regier. Entw. zu den §§. 20. und 21. lauten dabin:

Diese Borschriften, welche ben §§. 147. und 156. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 im Wesentlichen entsprechen, ergeben sich aus ber rechtlichen Ratur ber Gesmeinheitstheilungsgeschäfte und ber bestehenben Steuerverfassung.

In bem ersten Sate bes 3. 20 ift gegen die Fassung des früheren Entw. noch ein Jusat gemacht, um das Rechtsverhältnis der Hypotheten für den gewöhns

lichen Fall ber Gervituts-Ablosung burch Landabfindung zu erlautern.

Sobann ift es für nothwendig erachtet worden, bem im Bezirk bes Appell.. Gerichtshofes zu Roln geltenben Civilrecht mehr, als im §. 19. bes früheren Entw.

geschen, Rechnung zu tragen. Der frühere Inhalt bes zweiten Absates bes §. 19. 1) erscheint nicht allein ber Fassung nach dem Abeinischen Rechte fremb, sondern wurde auch die Unsicherheit des dortigen Eigenthums, und Spocketenrechts auf eine bedenkliche Weise vermehren. Die stillschweigende gesetliche Spockhel würde zum Betrug der kunftigen Ankauser und Gläubiger führen können und mit dem Spothekenreinigungs-Bersahren nicht in Einklang zu bringen sein. Um Berswirrung im Rheinischen Rechte zu vermeiden, erschien es am angemessensten, grundssählich sestzustellen, daß die hier in Rede stehende Auseinandersetzung eine Theilung sei und die sonstigen gesetzlichen Wirkungen der Abeilung habe, diesen Grundsah auch auf die Ablösung der Servituten zu erstrecken, welche füglich als Absonderung der Ruhungsberechtigung von dem Eigenthum und als Zutheilung des Aequivalents derselben aus der Gesammtmasse betrachtet werden kann.

Solche Gleichstellung ber Wirfung ber Gemeinheitstheilung mit ben Wirfungen ber gewöhnlichen Theilung ift um so unbebenklicher, ba vermöge bes Art. 883. bes codo eivil bereits die Wirfungen ber gewöhnlichen Theilung nach Rheinischem Rechte ben Wirfungen, welche in den anderen Provinzen der Gemeinheitstheilung eigensthümlich sind, ziemlich gleich kommen. Diernach gehen namentlich die gegen einzelne Betheiligte auf deren Antheil bestehenden Hypotheken unter, sofern dieselben nicht Grundstücke als Absindung zugetheilt erhalten, und die Sicherung der durch Geld-Entschädigung Abgefundenen hat, wie bei jeder sonstigen Theilung, nach Art. 2109. I. c. vermittelst Eintragung des Privilegiums in der geseslichen Frist Statt. Es würde dadurch eine Uebereinstimmung mit dem sonstigen Civilrechte der

Rheinproving erreicht fein.

Die im letten Sat enthaltene Ermächtigung für die betheiligten Minister, nabere Anweisungen an die Behörden in Betreff der Anwendung der gegebenen Grundsate auf die verschiedenen Spotheken-Bersassungen der einzelnen Landestheile zu erlassen, findet eine Analogie im §. 93. des Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840.

(6. 6. 1840, **6.** 216.)

Der §. 20. des früheren Entw. ist auf Erinnerung der Rheinischen Juriften jest ausgelassen, weil die dort vorausgesette Berwendung der Kapitals: Entschäbis gung durch eine von Amtewegen zu Gunsten der Glaubiger Fürsorge treffende Behörde bei der Rheinischen Gerichts: und Hypotheken: Bersassung unaussührbar ist, auch das G. v. 8. März 1810, welches die Expropriation ganzer Grundstücke im Auge hat, auf welchen die Hypotheken dis zur Tilgung beruhen bleiben und konservirt werden, auf die nach §. 19. des früheren Entw. durch die Theilung ents stehenden Rechtsverhältnisse sich nicht wohl anwenden ließe.

2) Die Agrar-Rom. ber II. R. bemerkt:

In Betreff des S. 21., welcher dahin lautet: "Die Grundsteuern und öffents lichen Lasten verbleiben auf den Grundstücken, auf welchen sie vor der Auseins andersehung gehaftetet haben", ist die Kom. einstimmig der Ansicht gewesen, wie der Sinn dieser Borschrift nur der sei, daß durch die Ausführung des gegenwärstigen Gesehes eine Aenderung in den Grundsteuern und öffentlichen Lasten, welche auf den Grundstücken haften, überhaupt nicht stattsinden solle. Dieselbe erachtete diese Absicht durch die Worte der Regier. Borlage auch vollständig gewöhnt und und lehnte deshalb eine dieser Auslegung sich wörtlich anschließende abandernde Fassung ebenso, wie eine besondere Bezugnahme auf das Grundsteuer Ges. v. 31. Jan. 1839 ab.

Zum 4. 22.

Die Motive des Regier. Entw. bemerten zum §. 22.: Die hier getroffenen Bestimmungen wegen der Nießbraucher und Bachter ents

¹⁾ Derfelbe lauteie: "Renten und Kapitalien, welche zur Abfindung im Gesmeinheitstheilungs-Verfahren übernommen werden, haben ein gesetzliches Spothells Recht gegen diejenigen Grundflucke der Schuldner, welche der aufgehobenen Gesmeinhet unterworfen waren, und genießen vor allen hypothekarischen Forderungen dasselbe Vorzugerecht, welches dem abgelößen Rechte zustand."

forechen im Wesentlichen ben \$5. 158-163. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821

und ben Art. 116. ff. ber Defl. v. 29. Mai 1816.

Die in dem zweiten Sat des §. 21. des früheren Entw. enthaltene Borfcrift, daß der Nießbraucher von Kapitalsabsindungen fünf Prozent Jinsen vom Eigensthümer erhalten soll, ist auf die begründete Erinnerung weggelassen, daß sich der Rießbraucher auch mit einem niedrigeren Jinssuß begnügen muß, wenn das Kapital sich nicht zu fünf Prozent anlegen lassen sollte, zu welchem Ende dem Nutnießer das Kapital für die Dauer des Nießbrauchs gegen Kaution belassen oder auch eine Anlage des Kapitals nach Art. 602. des bürgerlichen Gesethuchs bewirft wers dem kann.

Bas aus dem im zweiten Sape des S. über den Nießbrauch aufgestellten Grundsatz folgt, richtet sich nach den allgemeinen Regeln über den Nießbrauch, Art. 600 — 605. des bürgerl. Gesethuchs. Der Vorschlag der Agrar : Rom. der II. K., in der ersten Zeile des zweiten Sates auch die Servituten zu erwähnen,

ift berudfichtigt worden.

Die in dem vorliegenden Entw. in §. 22. hinzugefügte Beschränkung des Kimbigungsrechts des Bächters, im Falle das abgelöste Recht unbedeutend ist, ersscheint nach den Berhältnissen der betreffenden Landestheile billig und bringt das Geseh mit der für die Meallasten geltenden Bestimmung des §. 121. der B. v. 13. Juli 1829 (G. S. 1829, S. 88) in Einflang.

3n §§. 23, bis 26.

- 1) Die Motive bes Regier. Entw. bemerken zu biefen SS .:

Die Rechtfertigung biefer \$5. ist in den allgemeinen Theilen der Motive ents halten und die von der Agrar-Kom. der II. K. vorgeschlagene Fassungs-Aenderung

des früheren Entw. in ben SS. 24. und 25. berückschiget worben.

Die Kreise Wees und Duisburg des rechten Rheinufers gehörten früher zum Großherzogthume Berg, sollen aber von diesem Gesetze nicht betroffen werden, weil in ihnen schon die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 gilt. Deshalb muß es im Eingang des §. 24. nach dem Vorschlage der Agrar : Kom. heißen:

In ben zum ehemaligen Großherzogthume Berg gehörig gewesenen Landes:

theilen bes Rheinisch en Appellationes Berichtehofes.

Die Herrschaft Wilbenburg, Kreis Altenkirchen, im Regierungs-Bezirk Koblenz, gehörte früher zum Großherzogthume Berg, bildet jest einen Theil des Rheinischen Appellationsgerichts-Bezirks und es galt dort bisher die Ablös. D. v. 13. Juli 1829, deren Aussührung der Gen. Kom. zu Münster zusteht.

Deshalb mußte in S. 25. hinter ben Worten:

In dem oftrheinischen Theile des Regierungs : Bezirks Koblenz hinzugesest werden:

mit Ausschluß ber Berrschaft Wilbenburg, Kreis Altenfirchen.

2) Ein in der Agrar-Rom. der II. R. zum S. 24. gestellter Antrag, "für die zum vormaligen Großherzogthume Berg gehörigen Landestheile des Bezirks des Rheinischen Appellat. Ger. Hoses dasselbe Berfahren anzunehmen, wels des für den Landestheil am linken Rheinufer maaßgebend sein soll", wurde in der Kom. abgelehnt. 1)

¹⁾ Dagegen war im Plenum ber II. R. von bem Abgeordn. Bulffing und' Gen. beantragt, ben S. 23. zu streichen, und S. 24. in folgender Faffung anzus nehmen:

[&]quot;Innerhalb bes ganzen Bezirks bes Rheinischen Appellationsgerichts"hofes sinden bei den Theilungen und Servitut-Ablösungen in Ansehung
"der Rechte und Berbindlichkeiten dritter Personen und in Ansehung des
"ganzen Auseinandersehungs-Bersahrens, so wie der Kosten-Ansähe, diesels
"den Borschriften Anwendung, welche für die Ablösung der Reallasten in
"den zum ehemaligen Großherzogthume Berg gehörig gewesenen Landes"theilen des Bezirks des Abeinischen Appellationsgerichtshoses gelten. - Die

3) Auch in der Kommission ber I. Kammer beantragte (laut Kom-miss.-Bericht) ein Mitglied die völlige Streichung des §. 24. und bessen Bereinigung mit dem §. 23. dahin:

"daß in der Rheinprovinz das Verfahren bei den Theilungen und Servitut-Ablösungen nach den Vorschriften des darüber ergehenden besonderen Gesetzes erfolgt,"

und zwar zur Erhaltung gleichmäßiger Rechtsprinzipien und einer übereinsstimmenden Jurisprudenz auf den bei Gemeinheitstheilungen häufig berührsten wichtigsten Gebieten bes Civilrechts, in der Lehre vom Besitz und Eigensthum, von Dienstbarkeitsrechten, Verjährung u. s. w.

Die Kommission entschied sich indeß für Die Beibehaltung des S. 24.,

indem ste annahm:

das Interesse ber Besorberung ber kanbeskultur überwiege, die Berordnung über das Bersahren am linken Rheinuser sei neu und ein Versuch, beren Erfolg mithin noch unerwiesen sei; dagegen sei das seit langen Jahren auf dem rechten Rheinuser bei den Ablösungen durch die Gen. Rom. zu Münster gehandhabte Berssahren bewährt, überdies dort anerkannt, endlich aber sei es von entscheidendem Gewichte, daß Ablösungen, z. B. der am rechten Rheinuser umfangreichen Zehnten häusig mit Gemeinheitstheilungen und Servitut-Ablösungen durch Kompensation des Werths der Zehnten und Servituten und sonst in Verbindung treten würden. Auch stehe die Vereinigung der beiden höchsten Gerichtshöse und damit der volle Einfluß der Rheinischen Jurisprudenz auch auf jene bei den Gemeinheitstheilungen allerdings oft berührten Rechtslehren der gedachten Art bevor.

3um §. 27.

Die Motive des Regier. Entw. bemerken zum S. 27.:

Durch ben Art. 691. des Rheinischen Civil Gesetbuchs ist in benjenigen Gegenden, in welchen derselbe Geltung hat, der Entstehung neuer schallicher und beshalb für ablösbar erklärter Dienstbarkeiten durch Verjährung bereits vorgebeugt worden. Der nämliche Grundsat ist in den §. 164. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 übergegangen. Es kann daher nicht bedenklich sein, denselben auf diejenigen Landestheile auszudehnen, auf welche sich der Gesetzentw. außerdem erstreckt. Daß die erwerbende Verjährung solcher Servituten mit dem Erscheinen des Gesetze unterbrochen wird, versteht sich zwar von selbst, ist aber ausdrücklich gesagt, weil das G. v. 31. März 1841 (G. S. 1841, S. 75) beweist, daß diese Folge des §. 164, der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 lange Zeit übersehen worden ist.

Der erfte Sat bes S. lautete in bem frühern Entwurfe:

Reue Grundgerechtigkeiten solcher Art, beren Aushebung das gegenwärtige Gesetz bezweckt, durfen nur durch schriftlichen Vertrag errichtet, mithin durch Verjährung, sofern eine solche bisher stattsinden konnte, nicht ferner erwors ben merben

Die jetige Fassung entspricht genauer der neuen Fassung des S. 1. und bes seitigt den Einwand, daß kein Grund vorliege, die Erwerbung durch andere schrifts liche Litel, außer Vertrag, nämlich durch einseitige Willenserklärungen, Testamente, Schenkung auszuschließen. Zugleich wird durch die jetige Fassung klarer anges beutet, daß nur diejenige Verjährung, welche sich auf den bloßen Vesitz und die fortgesetze Ausübung desselben stützt, ausgeschlossen sei, dagegen wohl eine von dem Nichteigenthümer eines Grundstücks durch Titel bewilligte Servitute durch hinzutretende Verjährung rechtlich erworben werden kann.

3nm 5. 28.

Die Motive des Regier. Entw. bemerken zum S. 28.: Diese Borschrift entspricht bem S. 165. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821

[&]quot;Ausführung ber Geschäfte wird in ben gebachten Landestheilen ben betreff. "Regierungen hierdurch übertragen." Der Antrag wurde indes nicht hinreichend unterflützt.

und beruht auf ber Ansicht, daß sich gegenwärtig verwickelte Kommunionen, zu beren Lösung es eines Spezialgesetzes und besonderen Berfahrens bedarf, nicht mehr bilben werben, sowie daß die Thätigkeit besonderer für das Theilungsverfahren besrufener Behörden nicht verewigt werben solle.

Bum §. 29.

Die Motive bes Regier. Entw. zum S. 29. lauten babin:

Das Beitragsverhältniß der einzelnen Betheiligten zu den Kosten der Ausein: andersehung ist in derselben Weise zu ordnen gewesen, wie es für die anderen Provinzen durch den S. 26. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 und den Art. 16. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1851) geschehen ist. Der Borschlag der Agrar-Rom. der II. R., in der letten Zeile das Wort "schuldigen" des früheren Entwurses zu ersehen durch "unterliegenden" ist berückschigt. Der vorgeschlagene Jusah wegen der Freiheit von Stempel-, Sekretariats-Gebühren und Succumbenz-Geldern für das linke Rheinuser sindet seine Erledigung in dem Entwurse des Gesehes über das Berfahren.

Bum \$. 30.

- 1) Die Motive des Regier. Entw. bemerken: Dieser S. entspricht bem Art. 17. des Ergang. Ges. v. 2. Marg 1850.
- 2) Dabei erachtete die Agrar-Rommission der II. Kammer nur für zweckmäßig, im S. 30. statt der Worte: "im S. 71. des Gesetzes" — über das Versahren (Alin. 3.) zu setzen: "im Gesetze", weil sich nicht voraussehen lasse, ob die Reihenfolge der SS. im Ges. wegen des Versahrens beibehalten werden wird.

Zum 5. 31.

Die Mofive bes Regier. Entw. bemerten zum S. 31 .:

Die, vielen einzelnen Besthern gehörigen hauberge in ben Aemtern Freusberg nub Friedewald werben seit langer Zeit nach einem gemeinschaftlichen Plane bes wirthschaftet, um tie für die bortige Gegend in gewerblicher und landwirthschafts licher Beziehung unentbehrliche Polizucht zu erhalten. Damit dieser gemeinnützige Zweck für die Dauer gesichert werde, ist auf den Antrag der Kreisstände von Alstenkirchen v. 21. Nov. 1836 mit Genehmigung seiner Maj. des Königs von den Win. des I., der I. und der Domainen-Berw. eine neue Hauberges Ordnung für jene Aemter erlassen worden, deren S. 1. festset:

daß bie vorhandenen Dauberge ein ungetheiltes und untheilbares Gefammi-

eigenthum ihrer Befiger fein und bleiben follen.

Die Gem. Th. D. wurde den Saubergs Genoffen die Auflösung ihres Bersbandes gestatten; diese darf aber im diffentlichen Interesse nicht geduldet werden, und deshalb ist der Borbehalt erforderlich, daß die Gem. Th. D. auf die forts danernde Gultigkeit der Saubergs-Ordnung ohne Einstuß bleiben soll.

Dagegen wird beispielsweise bie R. D. v. 7. Aug. 1846 (G. S. S. 431) nebft ben in berselben angeführten, im Großherzogihume Berg geltenben Bestims

mungen über bie Theilung von Balbern burch biefen S. aufgehoben.

Dritte Abtheilung.

Die Gesetzgebung, betreffend die Organisation der Auseinandersetzungs=Behörden und das Verfahren in Regulirungs=, Ablösungs= und Gemeinheits= theilungs=Angelegenheiten.

Erster Abschnitt.

Die Gesete, welche für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheile, zur Anwendung kommen.

Worbemerfung.

Die Darstellung der Organisation der Auseinandersetzungs-Behörden ist bereits im Ersten Theile (Bd. II. Abth. I. S. 1—26) gegeben worden,

worauf hiermit verwiesen wird.

Die Anordnungen über das Verfahren dieser Behörden und ihrer Kommissarien waren in der Allerhöchsten Instruktion v. 17. Okt. 1811 für die General-Rommissarien (§C. 20. sf.) der Bestimmung der Letteren überlassen worden. Die Verordnung v. 20. Juni 1817, wegen Organisation der General-Rommissionen und der Revisions-Kollegien zur Regulirung der gutöherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, ingleichen wegen des Geschäftsbetriebes bei diesen Behörden (G. S. 1817, S. 161 Nr. 430), hat demnächst diesen

Gegenstand in umfaffender Weise gesetlich geregelt. Die Vorschriften dieser Verordn. betreffen zwar ursprünglich nur die Regulirung der guteberrlich-bauerlichen Berhaltniffe und Die damit verbundenen Gemeinheitstheilungen, find aber späterhin durch das Geset v. 7. Juni 1821 über die Ausführung der Gemeinheitstheilungs- und Ablofunge-Dronungen (G. G. 1821, 6. 83 Rr. 652.) auf die Ablösungs-Angelegenheiten und alle Gemeinheitstheilungen ausgedehnt worden, und die zu der Berordn. v. 20. Juni 1817 und bem Ausführungs - Gefetze v. 7. Juni 1821 erlaffene Anhange-Berordn. v. 30. Juni 1834, wegen des Geschäftsbetriebes in den Angelegenheiten der Gemeinheitstheilungen, Ablosungen und Regulirung ber gutsherrlich-bauerlichen Berhaltniffe (G. S. 1834, S. 96 Mr. 1542.), hat endlich bestimmt, daß fowohl die Berordn. v. 20. Juni 1817 und das Ausführ.-Gefet v. 7. Juni 1821, als auch die dieselben erläuternden, erganzenden und abandernden Befimmungen ber Berordn. v. 30. Juni 1834, bei allen gum Reffort ber Auseinanderfetungs-Beborden verwiesenen Auseinanderfetungen gur Anwendung kommen follen, welche die Regulirung der gutsherrlich-bauerlichen Berhaltniffe und die Ausführung der (noch jett gultigen) Gefete v. 21. April 1825 wegen der den Grundbesit betreff. Rechtsverhaltniffe, ingleichen

die Gemeinheitstheilungs- und Ablösungs-Angelegenheiten zum Gegenstande haben.

Somit bilden jest die Berordn. v. 20. Juni 1817 und das Ausführ. – Gesetz v. 7. Juni 1821 nebst der Ergänzungs – Berordn. dazu v. 30. Juni 1834 die Grundlage der Gesetzebung über das Bersahren in sämmt – lichen dem Ressort der Auseinandersetzungs – Behörden überwiesenen Angeslegenheiten, und es erstreckt sich deren Gültigkeit auf den ganzen Umfang der Monarchie, 1) mit Ausnahme der auf dem linken Rheinuser belegenen Landestheile. 2)

Beite erwähnte Verordnungen haben demnächst durch neuere Bestimsmungen, insbesondere aber durch die Verordn. v. 22. Nov. 1844, betr. den Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinanderssehungs-Behörden (G. S. 1845, S. 19 Mr. 2533.) mehrsache Ergänsteren.

jungen, Erläuterungen und Abanderungen erfahren. 3)

Durch die Berordn. v. 30. Juni 1834, und hiernachst durch die Berordn. v. 22. Nov. 1844, *) insbesondere wurde die Organisation, die Kom-

In Beireff des Reg. Bezirie Stralfund vergl. S. 114. bes Ablof. Gef. v.

2. Marz 1850.

2) a) Für biese gilt bas Ges. v. 19. Mai 1851, beir. bas Versahren in ben nach ber Gem. Th. O. do cod. zu behandelnten Theilungen und Ablösungen

(G. S. 1851 S. 383). Bergl. unten in Abschn. II.

b) Die Gem. Th. D. v. 19. Mai 1851 für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Areise Duisdurg und Rees, sowie für Renvorpommern und Rügen (G. S. 1851 S. 371, s. in Bd. I. S. 398 ff.) verweißt bezüglich des Verfahrens und der Rechte und Verbindlichkeiten dritter Personen bei Gem. Theilungen und Sers vitut=Ablösungen:

2) für die zum ehemaligen Großherzogihnme Berg gehörig gewesenen Landestheile des Rheinischen Appell. Ger. hofes auf diejenigen Ges sehe, welche bort für die Ablösung der Reallasten gelten (S. 24. a. a. D.);

sin Betreff bes Ofiheinischen Theils bes Reg. Bez. Roblenz, mit Aussschluß ber Herrschaft Bilbenburg, Kreis Altenkirchen, auf die Borschriften bes Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840 für die vormals Naffauischen Landestheile zc. nebst bessen Ergänzungen (S. 25. a. a. D.);

y) in Betreff Neuvorpommerns nebft Rügen auf die betr. für die übris gen Theile ber Proving Pommern zur Anwendung kommenden Borschriften

(§. 26. a. a. D.).

3) Im praktischen Interesse erschien es angemessen, ber kommentatos rischen Erläuterung ber gedachten Verordnungen die V. v. 20. Juni 1817 in ihrer Legalfolgeordnung zum Grunde zu legen und hierbei den Zusammens hang der einzelnen Bestimmungen derselben mit demjenigen der späteren Gessehe zu erdriern, bei der Erläuterung der letteren aber hierauf zurückzuweisen.

4) Die B. v. 22. Nov. 1844 hat besonders die Bereinfachung bes Rechtsganges, und vorzugsweise bes Infanzenzuges, in Auseinans

berfebungs-Streitigfeiten jum Bwede,

¹⁾ Bergl. §. 1. ber B. v. 30. Juni 1834. — Die B. v. 30. Juni 1834 wird auch in folgenden späteren Gesehen ausdrücklich als maaßgebend sür das Bersahren der Auseinandersehungsbehörden bezeichnet: a) G. v. 22. Dec. 1839, betr. die Rechtsverhältnisse der Grundbesther und die Ablösung der Reallasten in den beiden Grafschaften Wittgenstein, Ş. 36. (G. S. 1840 S. 6, s. in Bd. I. S. 310); d) G. v. 18. Juni 1840 über die Rechtsverhältnisse des Grundbesthese und die Ablös. der Realberechtigungen in dem Fürstenthume Siegen, Ş. 4. (G. S. 1840 S. 151, s. in Bd. I. S. 303); c) G. v. 18. Juni 1840 über die den Grundbesth betr. Rechtsverhältnisse im Herzogthum Westphalen, Ş. 4. (G. S. 1840 S. 153, s. in Bd. I. S. 304); d) Ablös. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Bestphalen, Ş. 15. (G. S. 1840 S. 159); e) Ablös. D. v. 4. Juli 1840 für die vormals Rassausschen Laubestheile und die Stadt Behlar nebst Gebiet, Ş. 12. (G. S. 1840 S. 198).

petenz und das Verfahren der Auseinandersehungs Behörden, welche sich nach und nach in den einzelnen Landestheilen sehr verschiedenartig gestaltet hatten, mit Zugrundelegung der Verordn. v. 20. Juni 1817 und des Ausssührungs-Gesetzs v. 7. Juni 1821, unter mehreren solche abandernden und ergänzenden Bestimmungen, und mit Aushebung der darüber in den Gessehen v. 25. Sept. 1820 (G. S. 1820, S. 185 Ar. 624) und v. 21. April 1825 (G. S. 1825, Ar. 938., 939. und 940.) für die westlichen Provinzen und Landestheile enthaltenen Vorschriften, ausgeglichen.

Außer den oben gedachten Verordnungen über das Verfahren in Auseinandersetzungs-Sachen sind ferner mehrere gesetzliche Bestimmungen über die Wirkungen der Auseinandersetzungen hinsichtlich dritter Perfonen und der Sicherstellung ihrer Rechte, ergangen, wohin insbessondere das Gesetz. 29. Juni 1835, wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulizungen, Gemeinheitstheilungen, Ablösungen u. s. w. (G. S. 1835,

6. 135 Mr. 1623.) gehört.

Während die V. v. 30. Juni 1834 in der Gestalt von Anhängen zu der V. v. 20. Juni 1817 und dem Aussuhr.-Ges. v. 7. Juni 1821 im Wesentlichen nur die Verbesserung des formellen Versahrens bezweckte, ist die V. v. 29. Juni 1835, gleichfalls in der Form eines Anhanges zu bereits erlassenen Gesehen, ein auch das Materielle der Gesehgebung

mehrfach modifizirendes Gefet. 1)

Bu erwähnen ist noch, daß sich nicht bloß in der GemeinheitsTheilungs-Ordnung, sondern auch in den Gesetzen über die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Berhältnisse und die Ablösungen mehrere Vorschriften bezüglich des Verfahrens und der
Sicherstellung der Rechte dritter Personen vorsinden, welche neben
den Vorschriften der oben gedachten über diese Gegenstände speziell erlassenen Gesetze wirksam sind, und daß das Ablös. und RegulirungsGesetz v. 2. März 1850, obwohl dasselbe im S. 1. die Mehrzahl der älteren
Ablösungs- und Regulirungs-Gesetze ausgehoben, dennoch im S. 112. vorgeschrieben hat, daß die Bestimmungen derselben über das Versahren, sowie
über die Rechte dritter Personen und über das Kostenwesen in
Kraft bleiben, insoweit sie nicht durch das Ablös.-Ges. v. 2. März 1850
und das Rentenbans-Gesetz de eod. ausbrücklich abgeändert sind.

Die Tendenz der Gesetzgebung über die Normen für das Berfahren ist übrigens seit ihrem Beginne hauptsächlich dahin gerichtet gewesen, auf eine gütliche Vermittelung der Auseinandersetzungen und auf Beföre derung der Ausführung derselben durch Verhandlungen an Ort und Stelle, unter persönlicher Zuziehung der Interessenten oder ihrer Deputirten, durch sach und rechtsverständige Leitung, Erörterung, Beuretheilung und Entscheidung, mit Beseitigung unnöthiger Weiterungen, hinzu-wirken, wohin auch die Einführung der Areisvermittelungs = Behörden, der Districts-Rommissionen zur Feststellung der Normalpreise und Normal-

Marktorte, und bes Inftituts ber Schiederichter abzielt.

Was insbesondere die bei Gelegenheit der Auseinandersetzungen entstehenden Streitigkeiten betrifft, so bilden für deren Behandlung die Vorschriften der allgem. Prozeß-Ordn. die wesentliche Grundlage, wogegen die V. v. 1. Juni 1833 über das Mandats- und summarische Versahren, so wie die V. v. 21. Juli 1846 über das Versahren in Civil-Prozessen, auf dergleichen Streitigkeiten keine Anwendung sinden. 2)

1) Bergl. die Borbemerfung jum Unter-Abschn. V. (f. unten).

²⁾ Die Berhandlungen über ben S. 2. bes Reg. Entw. jum Dablenabibf.

Erster Unter:Abschnitt.

Die Verordnung vom 20. Juni 1817 wegen Organisation der General - Kommissionen und der Revisions - Kollegien zur Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, imgleichen wegen des Geschäfts = Betriebes bei diesen Be-hörden. ')

Bum Gingange ber Berordn.

Das im Eingange der Verordn. in Bezug genommene Ed. v. 14. Sept. 1811 über die Regulirung der gutsherrlichen und bauerlichen Verhaltniffe bestimmte im §. 59.,

daß um eine schnelle und sachverständige Aussührung der dadurch verordneten Maaßegeln zu besördern und zu sichern, für jede Provinz eine General. Koms mission aufgestellt werden, die sich ausschließlich mit diesen Gegenständen beschäfstigen und vorzüglich bahin wirten solle, daß die Auseinandersepung durch gütliche Einigung der Interessenten, und in deren Ermangelung durch Kommissionen erssolge, und alle Weitläuftigkeit vermieden werde.

Die gleichfalls in Bezug genommene Deklaration v. 29. Mai 1816 ertheilte, unter Bezug auf den S. 59. des Edikts, in den Art. 103.—110. Vorschriften über die Zuziehung sachverständiger Kommissarien und Instizsbeamten über die Entscheidung der entstehenden Streitigkeiten und den Instanzenzug, welche indeß durch die betreffenden neueren Gesetze erslediget sind.

Zum Abschnitt I. der B. v. 20. Juni 1817.

(Bon der Organisation der Behörden.)

I. Die General-Kommissionen.

Zum S. 1.

Ueber die Errichtung der General-Kommissionen und die gegenwärtig bestehenden General-Kommissionen und in einzelnen Provinzen an deren Stelle getretenen landwirthschaftlichen Regierung & Abtheilungen, vergl. die Darstellung in Bd. II. Abth. I. S. 12—19.2)

Ges. v. 11. März 1850 (vergl. ben Bericht ber Kom. ber I. K. bazu, in ben stes nogr. Ber. ber I. K. 1848, Bb. 5. S. 2773) ergeben zwar, baß die Königl. Staats: Reg. die Rothwendigkeit anerkannt hat, anch bei den Auseinsandersehungssachen das öffentliche und mündliche Prozesversahsren einzusühren, und der Reg. Kommissarius hat (in der 119. Sis. der I K. v. 15. Febr. 1850, s. stenogr. Ber. a. a. D. S. 2776) ansdrücklich Ramens der Regierung das Bersprechen abgegeben, in der nächsten Situngsperiode den Kammern einen Gesesentwurf hierüber vorzulegen; dies Versprechen ist sedoch bis jest unersüllt geblieben.

1) Bergl. in Bb. I. S. 405 ff.

²⁾ Bu erwähnen ift hier noch, daß durch ben zwischen Breußen und ber perzoglich Anhalt-Bernburgischen Regierung abgeschloffenen, unterm 21-19,

3um g. 2.

[Bergl. Ansführ. Ges. v. 7. Juni 1821 S. 3., B. v. 22. Rov. 1844 S. 1.]
(Personal der General-Kommissionen).

I. Die Bestimmung des S. 2. der V. v. 20. Inni 1817, daß die General-Rommissionen nur aus drei Personen, nämlich: 1) einem General-Rommissarius, 2) einem Ober-Rommissarius, und 3) einem Justitiarius bestehen sollen, 1) ist abgeändert worden.

Bereits das G. v. 7. Juni 1821 über die Ausführung der Gem. Th. und Ablös. Ordnungen (G. S. 1821, S. 83, s. in Bb. I. S. 434) hatte im S. 3. angeordnet, daß bei jeder General-Kommission in Zukunft zwei zum Richteramte geeignete und dazu verpflichtete Beamte angestellt sein follten. 2)

Die B. v. 22. Nov. 1844. betr. den Geschäftsgang ze. bei den Aus-

Sept. 1850 ratisszirten Staatsvertrag v. 11. Sept. 1850 (G. S. 1850 S. 413 — 416) die Leitung der Gemeinheitstheilungen und Ablösungen in dem Gerzogsthum Anhalt-Bernburg, sowie die Entscheidung der dabei vorsommenden Streitigkeiten, den sür die Provinz Sachsen dazu bernsenen Preuß. Behörden (nach Art. 1. des Vertrages der Gen. Kom. zu Stendal*) und dem Revis. Rolleg. sür L. R. S. zu Berlin) übertragen worden ist. Ueber das Versahren und die in Bezug auf die Anhalt-Vernburgischen Sachen zur Anwendung kommenden Geseße enthält der gedachte Vertrag die näheren Bestimmungen.

1) Das G. v. 25. Sept. 1820 wegen ber in Magdeburg und Münster zu errichtenden General-Kommissionen (G. S. 1820 S. 185, s. in Bb. I. S. 19) hatte im S. 2. verordnet, daß eine jede dieser Behörden aus einem General-Koms-missarius, als Direktor, und weuigstens zwei Beisthern in kollegialischem Bershältniß bestehen solle, und daß eines der Mitglieder ein zum Richteraute geeignester und zur Justiz verpslichteter Beamter, und die übrigen Mitglieder der Dekonosmie kundig sein müssen.

Dies G. ist indes beseitiget burch ben S. 1. der B. v. 30. Juni 1834 wes

gen bes Geschäftsbetriebes zc. (f. in Bb. I. S. 437).

2) In Betreff berjenigen General-Rommiffionen, welche bemnachft aufgehos ben und mit ben Regierungen ber betr. Landestheile vereiniget wurden, ift in

ber fraglichen Beziehung Folgendes verordnet:

a) Die General-Kommissionen zu Konigsberg und Marienwerber sind durch die B. v. 30. Juni 1834 (G. S. 1834 S. 93, s. in Bb. I. S. 24—26) mit den betr. Regierungen (zu Königsberg und Gumbinnen sur Oftpreußen und zu Marienwerder und Danzig für Westpreußen) vereiniget worden, and und es hat die gedachte Verordn. zugleich (in den §§. 2. n. 3.) Vorschriften über die Organisation und die Jusammensehung der betr. Regierungs: Abtheilungen und der zugleich errichteten Justiz-Deputationen (als Spruchfollegien) getroffen. und die Stelle der gedachten Justiz-Deputationen sind indes demnächst, in Folge des §. 3. der B. v. 22. Nov. 1844 (G. S. 1845 S. 19) besondere Spruchstollegien (erster Instanz) für landwirthschaftl. Angelegenheiten getresten, deren Zusammensehung der §. 3. a. a. D. anordnet.

b) Die General-Rommission zu Soldin ist durch die B. v. 27. Juni 1840 (G. S. 1840 S. 132, s. in Bd. I. S. 27) mit der Regierung zu Franksurt vereinigt worden, ***) und die gedachte Berordu. ertheilt zugleich (in den §§. 3. n. 4.) die näheren Anordnungen über die Organisation und Ausammenssehung der beir. Regierungs-Abth. und des damit in Berbindung stehenden lands-

wirthschaftl. Spruchfollegiums (erfter Jufana).

[&]quot;) Jest zu Merseburg.
"") Bergl. in Bb. II. Abth. I. S. 17.
""") Bergl. in Bb. IL. Abth. L. S. 18.

einandersetzungs = Behörden (G. S. 1845, S. 19, s. in Bb. I. S. 453) besteinmte indeß allgemein (im S. 1.),

daß jede General-Rommission und jedes Speuchkollegium für landwirthschaftliche Angelegenheiten, einschließlich des Dirigenten, aus mindestens fünf Mitgliedern bestehen solle, deren Dehrzahl zum Richteramte qualifizirt sein muß. 1)

. (Bleibende Anstellung der ordentlichen Mitglieder der

Ben. Rommiffionen).

Schon vor Erlaß der B. v. 20. Juni 1817 sind die Dixektoren und ordentlichen Mitglieder der Gen. Kommissionen bleisbend angestellt worden. Nach der Instrukt. für die Gen. Kommissarien v. 17. Okt. 1811 (§§. 8., 9., 11., 14.) follten die Mitglieder der Gen. Kommissionen durch sixirte Diaten remunerirt werden, die sie — bei der damals beabsichtigten — Verbindung der Gen. Kommissionen mit den Landes-Dekonomie-Kollegien, — nach dem Abgange oder der Verseung der Domainenräthe etatsmäßige Befoldungen erhalten könnten. Dies ist, nach erfolgter Aushebung der Landes-Dekonomie-Kollegien.) und nach Vollendung der Organisation der Gen. Kommissionen durch die B. v. 20. Juni 1817, anderweitig realisit worden. Die K. D. v. 7. Juni 1834. (ad 2) hat demnächst die bleibende Anstellung der ordentlichen Mitglieder der Gen. Kommissionen bestätiget.

III. (Qualifitation und Prüfung der Mitglieder der Gen.

Rommissionen).

1) Die Mitglieder der Landes - Oekonomiekollegien und der mit ihnen verbundenen Gen. Kommissionen waren nach der Instrukt. v. 17. Okt. 1811 (§§. 8—18. 23.) dem großen Eramen nicht unterworfen. Bei dieser Bestimmung blieb es auch bei weiterer Organisation der Gen. Kom. zufolge der B. v. 20. Juli 1817 §. 2. und der B. v. 25. Sept. 1820 §. 2. (G. S. 1820, Mr. 624.). Durch die K. O. v. 7. Juni 1834 5) ist indeß über die Prüfung und Qualissiation der in der Folge anzustellenden Mitglieder der Gen. Kom. and erweitig bestimmt worden. Diese Bestimmung hat jedoch in Betress der anzustellenden Justitiarien in sofern eine Abanderung erlitten, als nach der B. v. 22. Nov. 1844 (§. 1.) im Allgemeinen nur das zweite juristische Eramen als Erfordernis der Besähigung bei der richterlich qualiszirien Mehrzahl der Mitglieder der Gen. Kom. vorgeschrieben ist. *)

¹⁾ a) Die hiernach angeordnete und bewirfte Berstärfung des Personals der Gen. Kommissionen schließt jedoch dessen Bergrößerung nicht aus, sondern es hat der Min. des 3. die Besugniß, die Zahl der Mitglieder jedes einzelnen Kollegiums nach dem Bedürfniß zu vermehren.

b) Durch die R. D. v. 27. April und 23. Oft. 1839 ist genehmiget worden, daß sämmtliche Direktoren und Räthe der landwirthschaftl. Verwaltung für die ganze Monarchie, sowohl der Gen. Rommissionen, als der Reg. Abtheilungen, in einen gemeinschaftlichen Generaletat zusammengefaßt werden und die Räthe unter sich nach der Anziennetät und Verdienstlichkeit rangiren und ascendiren sollen.

Bergl. Donniges Lanbesfult. Gef. Bb. 3. E. 261.

²⁾ Bergl. in Bo. II. Abih. I. S. 12.

³⁾ Bergl. den Immediather. der Min. der J. u. des J. v. 21. Oft. 1821 und die K. O. v. 17. Dec. 1821, besgl. R. des Min. des J. v. 30. Dec. 1821 in den Aften: Landwirthschaftl. Behörden No. 1. Vol. 2. (s. Dönniges Landesstut. Ges. Bd. 3. S. 261.)

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 460. 5) Bergl. in Bb. I. S. 461.

⁶⁾ Es find Zweisel darüber enistanden, ob diejenige Mehrzahl der Mitglieder der Gen. Rommissionen und Spruchkollegien erster Instanz, welche richterliche Quaslistation besten sollen, aus den zu Oberrichtern befähigten Beamten zu wah-, len ober ob die Unterrichter-Qualität für ausreichend zu erachten?

249 Bon b. Ablof. ber Reallaften, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

2) In Volge der R. D. v. 7. Juni 1834 Nr. 1. 1) sind Berhandlungen über die Einrichtung der Prüfungen der Oekonomiekommissarien zu Oberkommissarien eingeleitet worden. — Inzwischen ist, um dem Bedürfnisse praktisch ausgebildeter Mitglieder der Gen. Kommissionen und Reg.Abtheil. abzuhelsen, in einzelnen Fällen Allerh. Orts Dispensation von der vorgeschriebenen höheren Prüsung nachgesucht und eitheilt worden (Acta des Min. des 3.: Landwirthsch. Behörden. Nr. 18. Vol. 3., Ohnniges a. a. D. Bb. 3. S. 262).

3) In dem Regul. v. 14. Febr. 1846 über die Befähigung zu den höheren Aemtern der Verwaltung, bestätigt durch die K. O. v. 27. Febr. 1846 (G. S. 1846, S. 199), ist demnächst, unter Aushebung aller früheren diessälligen Verordnungen, Instructionen und Vorschriften, bestimmt worden:

S. 19. Die Ober Craminationskommission ift zur letten und hochsten Prüsfung berer bestimmt, welche ihre Qualisitation bewähren wollen, um zu Mitglies bern ber Regierungen, — — und zu Oberkommissarien bei ben Gen. Kommissios

nen beforbert werben gu fonnen ac.

S. 22. Wollen Manner, welche die ber Prüfung vor der Oberskraminationsstom, nach den Bestimmungen dieses Regulativ — S. 1. — vorangehende Laufsbahn nicht gemacht oder dech nicht vollendet, dagegen aber schon in anderen Diensts verhältnissen, z. B. als Auditeurs, Militair-Intendanturbeamte, Oesonomiesommissarien, Universitätslehrer u. dergl. m. fungirt haben, zu dieser Prüfung zugelassen werden, so soll ihnen solches zwar nicht unbedingt abgeschnitten, aber doch nur unter den Bedingungen zulässig sein, welche die jedesmaligen besonderen Umständengihmendig machen.

Die Feststellung dieser Bedingungen ist von den Disziplinarministern gemeine schaftlich in jedem einzelnen Falle zu berathen und darüber zu beschließen, auch die Beschlufinahme jedesmal besonders, sowohl darauf, ob ein Randidat der bezeichnes ten Art und in welchen Geschäftszweigen derselbe bei den verschiedenen Abtheilungen einer Regierung in dem Verhältnisse eines Referendarius annoch so lauge zu beschäftigen sei, die ihm der Präsident mit Ueberzeugung das vorschriftsmäßige Beugnis der Reise eriheilen kann, als darauf mit zu richten, wiesern außer den im S. 24. vorgeschriebenen Prodearbeiten auch eine juristische Proderelation aus

Prozegatien zu erforbern.

Dhne einen ansbrucklichen Beschluß ber vorgedachten Min. barf die Ob. Eras minationskom. bergl. Randidaten nicht zulassen. Bei der Prüsung der Dekones miekommissarien zu der Stelle eines Oberkommissaries mussen sich die Randis daten nicht nur über die Gediegenheit bersenigen besonderen Renninisse, welche von den Dekonomiekommissarien gesordert werden, sondern namentlich auch über ihre

Douniges bemerkt, daß bie Bebenken fich aus bem S. 1. ber B. v. 22. Nov. 1844 und aus den Motiven zu der erwähnten B. erledigen, welche fich dahin auslaffen, bag, wenngleich in ber Regel die richterliche Mehrzahl der Mitglieber ber Spruchbehörden erfter Inftang aus den zu Oberrichtern befähigten Beamten gewählt werden wurde, wie dies auch bie B. v. 27. Juni 1840 für bas bei ber Reg. zu Frankfurt bestehende Sprucktollegium bestimmt habe, es doch angemeffen erscheine, im Algemeinen nur bas zweite juriftifche Gramen ale Erforberniß ber Befähigung bei ber richterlich qualifizirten Dehrzahl ber Spruchkollegien erster Instanz vorzus schreiben. Der S. 115. der B. v. 4. Juli 1840 verlange für die Mitglieder des mit ber Reg. zu Roblenz verbundenen Spruchfollegit nur bie Qualififation jum Richteramte überhaupt, und bei ber Berftellung einer gleichmäßigen Berfaffung und Kompeteng für bie Spruchbehorden erfter Inftang in der Proving Preußen laffe fich in Danzig und Gumbinnen, wo feine Obergerichte refibiren und wo bei ber geringen Anjahl ber Beamten, welche die landwirthschaftl. Ang. bearbeiten, eine Erganzung ber Spruchfollegien burch andere Mitglieber ber Regierung ober bes am Orte befindlichen Gerichts erfter Inftang nothig wirb, hinfichtlich ber aus ben lesteren zu wählenden Mitglieder die Qualififation zu Oberrichtern nicht immer verburgen. (Donniges Landestult. Gef. Bb, 3. C. 260-261). 1) Bergl. in Bd. I. S. 460.

wissenschaftlichen Renntuisse im Fache ber Landwirthschaft und ber mit solcher zus sammenhangenben Raturwissenschaften ausweisen.

Ueber die Prufung felbst vergl. SS. 23. ff. des Regulativs.

IV. (Anstellung, Disziplin, Beforderung, Entlassung und Pensionirung ber Beamten ber Gen.-Rommissionen). 1)

1) Ueber die Besetzung der Stellen bei den Gen. Kommissionen,

vergl. S. 38. ber B. v. 20. Juni 1817 und die Erlaut. bagu.

2) Im Allgemeinen, beziehungsweise auf die Anstellung und Entlassung von Beamten der Gen.-Rommissionen ist zu bemerken, daß, insoweit über die Organisation, die Einrichtung und das Versahren der Gen. Kom. nicht besondere Bestimmungen ergangen sind, diese Behörden in allen Fällen, wo sie als administrative Behörden handeln, die Reg. Instrukt. v. 23. Okt. 1817 (G. S. 1817, S. 248), die K. O v. 31. Dec. 1825, betr. eine Abänderung in der bisherigen Organisation der Provinzial-Verwaltungsbehörden (G. S. 1826, S. 5) und die Geschäftsanweisung v. 31. Dec. 1825 für die Regierungen als Normen zu beobachten haben. Dies ist zwar nicht ausdrücklich bestimmt; allein einzelne Bestimmungen, unter Andern der S. 4. Nr. 2. und die SS. 17. 18. der B. v. 20. Juni 1817, weissen darauf hin. — Auch sind die Gen.-Kommissionen auf die Anwendung der Instr. v. 23. Okt. 1817, in der oben näher bezeichneten Beschränkung, durch das Min. des J. hingewiesen worden. *)

Die Anwendung der K. D. v. 31. Dec. 1825 nebst Geschäftsanweissung, welche jene Instruktion abandert und näher bestimmt, ergiebt sich von selbst, und es ist auch die Geschäftsanweisung v. 31. Dec. 1825 den Gen.

Rommissionen amtlich mitgetheilt worden.

Demgemäß fleht

a) der Vorschlag zur Anstellung, Beförderung, Entlassung und Pensstonirung von Mitgliedern des Kollegiums den Direktoren der Gen.-Kom. allein zu. (Bergl. §§. 12. 15. der B. v. 23. Okt. 1827, Geschäftsanweisung v. 31. Dec. 1825, Cirk. R. der Min. des J. u. der F. v. 23. Nov. 1826, in v. K. Ann. Bd. 11, S. 25 zu 2.)

b) Zur Beschäftigung von Obergerichts- und Reg. Affessoren als Hülfsarbeiter der Kollegien ist stets die Genehmigung des Min. des J. einzuholen. (Bergl. S. 12. Nr. 5. der B. v. 23. Oft. 1817 n. Cirf. R. des

Min. bes 3. v. 20. Febr. 1832, Donniges a. a. D.)

- c) In Betreff der Zuziehung von Dekonomiekommissarien zu den Gesschäften der Gen. Kommissionen war in der Instr. v. 17. Okt 1811 bestimmt worden, daß diese Behörden außer dem Generalkommissar, dem Oberkommissar und dem rechtsverständigen Beister, aus mehreren tüchtisgen Dekonomiekommissarien bestehen sollten, und es war der formale Gesschäftsgang bei den Gen. Kommissionen der Anordnung des Generalkomsmissars überlassen worden (§S. 8. 11. 20. der Instr.). Die K. O. v. 10. April 1817 (sub No. 8—10) bestimmte hiernächst:
 - 8) Damit fähige Manner aus ber Rlaffe praftischer und wiffenschaftlich gebils

¹⁾ Die etatsmäßig angestellten Rathe bei den Auseinandersehungsbehörden sollen nicht in die aufzustellenden Geschworenenlisten aufgenommen werden. Das gegen sind die Dekonomie-Rommissarien nicht von den Funktionen der Geschworenen ausgeschlossen (R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 30. Dec. 1849 u. v. 8. April 1850, Min. Bl. d. i. B. 1849, S. 265 u. 1850, S. 106).

²⁾ Bergl. A. des Min. des J. v. 30. Dec. 1821 an die Gen. Kom. zu Breslau in den Aften: Landw. Behörden Nr. 1. Vol. 2., desgl. v. 30. Juni 1821 an die Gen. Kom. zu Stendal in den Aften, betr. die dortige Gen. Kom. Nr. 1., desgl. v. 11. Juli n. 8. Aug. 1822 an die Gen. Kom. zu Stargard in den Aften: Landwirthschaftliche Behörden Nr. 2. Vol. 1., s. Donniges a. a. O. G. 263.

beter Dekonomen ermuntert und ihnen bie Gelegenheit eröffnet werbe, fich ben öffentlichen Geschäften zu widmen und mehr und mehr zu denselben geschickt zu machen, sollen die von den Reg. gepüsten und bestätigten Dekos nomtekommissarien bei dergleichen Geschäften nicht bloß mit ihrem Gutachsten gehört, sondern nach Maaßgabe ihrer Fähigkeiten, wie es schon wegen Regulirung der gutsherrlichsbäuerlichen Verhältnisse verordnet ist, auch zu anderen von den administrativen Behörden ressortienden kommissarischen Geschäften gebraucht werden.

9) Soll benjenigen, welche fich für gewisse Beit bem kollegialischen Geschäftes betriebe bei ben Regierungen widmen wollen, gleich ben Regierunge-Refes

renbarien, Butritt und Beschäftigung gewährt, auch follen

10) ausgezeichnete Subjette in Fällen bes Beburfniffes für gewisse Beit als Bulfsarbeiter beschäftigt und remunerirt werben.

(Bergl. Acta bes Din. bes 3.: Landwirthsch. Beborben Rr. 18. Vol. 1., Donniges a. a. D.)

Auf den Grund diefer Bestimmungen sind im Falle des Bedürfnisses Dekonomiekommissarien zu den kollegialischen Arbeiten der Gen. Kommissionen als Hülfbarbeiter, in der Regel nach eingeholter Genehmigung des

Min., herangezogen worden.

d) In Betreff der Zulassung ber Dekonomiekommissions-Gehülfen, welche an den Vorträgen und Arbeiten des Kollegiums Theil nehmen wollen, lediglich um ben Bestimmungen in der Instr. v. 11. April 1836 mes gen Ausbildung der Dekonomiekommissarien g. 7. Nr. 3. (s. unten) zu genügen, ist es den Dirigenten der Auseinanandersetzungsbehörden überlassen,

ohne vorherige Anfrage zu verfügen.

e) Daffelbe (d) sindet statt, wenn Referendarien, sowohl der Obergerichte, als der Regierungen, an den Geschäften der Gen.-Rom. Theil zu nehmen wünschen, um ihre Vorbildung zu Dekonomiekommissarien auf dem in der vorgedachten Instrukt. S. 10. vorgeschriebenen Wege zu erreischen. Sollen indeß Reserendarien herangezogen werden, um die dem Kollegium etwa notbige Arbeitshülse zu leisten, oder wollen sie sonst aus anderen Beweggründen zu den Gen.-Rommissionen übertreten, so ist dazu die Genehmigung des Min. erforderlich. (Vergl. R. des Min. des J. v. 27. Febr. 1840, s. in Koch's Agrarges., 3. Aust. S. 214.)

s) Referendarien und Dekonomiekommissions = Gehülfen muffen sich während der lediglich zu ihrer Ausbildung bestimmten Beschäftigung bei dem Kollegium aus eigenen Ritteln unterhalten. Die nach dem R. v. 4. Mai 1821 (v. A. Jahrb. Bd. 17. S. 271) zugelassene Bewilligung von Dicten an Referendarien ist durch das C. R. des Min. des J. v. 20. Febr. 1832 aufgehoben. Die den Referendarien und Dekonomiekommissions-Gehülsen während ihrer Ausbildung bei dem Kollegium nach dem C. R. v. 11. April 1836 zu Statten kommende Bewilligung von 1 Thir. Dicten fällt nach dem C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 24. Sept. 1838 weg. (s. in Bd. I. S. 491.)

3) In Betreff ber Dienstvergeben, der Versetzung auf eine andere Stelle oder in den Rubestand, vergl. Abschn. IV. des G. v. 7. Mai 1851 (G. S. 1851, S. 218 ff.), desgl. das G. v. 21. Juli 1852

(4). **6**. 1852, **6**. 465).

4) Ueber die Pensionirung vergl. das Pensions-Regl. für die Ci-

vil-Staatsdiener v. 30. April 1825 (v. R. Ann. Bb. 16. S. 843).

Bergl. die ad 3. u. 4. erwähnten Gesetze nebst deren Erganz. und Erlaut. in den Erganz. der Preuß. Rechtsb. von Graff zc. zum A. L. R. II. 10. §§. 94—103.

V. (Rangverhaltniß und Uniform ber Beamten ber Ben.=

Rommiffionen.)

1) Die Direktoren, Mitglieder und Subalternen der Gen. Kommissia-

nen stehen mit denjenigen gleicher Eigenschaft bei den Regierungen in gleichem Range und sind zur Tragung der für dieselben bestimmten Uni-

formen berechtigt.

Den mit dem Charakter von Ober = Kommissarien und Dekonomie= Kommissionsräthen begnadigten Mitgliedern der Gen.=Kommissionen ist die Befugniß zur Tragung der Uniform der Regierungsräthe mit der Maaß=gabe ertheilt, daß sie nach den Regierungsräthen, jedoch vor den Regierungs-Affessoren rangiren; die Landes-Dekonomierathe stehen den Regierungsräthen gleich.

Bergl. die R. D. v. 7. Juni 1834 ad 3. u. 4. und C. R. bes Min.

des J. v. 15. April 1822 (f. in Bd. I. S. 461 u. 462).

2) Nach der durch die K. D. v. 12. Nov. 1831 genehmigten Unisorm-Rlassissation für die Civilbeamten tragen die General-Kommissischen die Uniform der Ministerialrathe dritter Klasse, nach der Uniform-Klasse Nr. 4.

Die Ober-Regierungerathe gehören nach bem C. R. bes Min.

des J. und der F. v. 21. April 1832 zur 5. Uniform-Rlaffe.

Die Mitglieder der Gen.-Rommissionen tragen die Unisorm der wirklichen Regierungsräthe Nr. 5., insofern sie jedoch nur in der Eigensschaft von Affessoren angestellt sind, die Unisorm der Regierungs-Affessoren Nr. 6.

VI. (Subaltern=Beamte der Gen. Kommissionen).

1) Die R. D. v. 7. Juni 1834 1) (ad 2.) hat die bleibende Anstellung des etatsmäßigen Subalternen-Personals angeordnet.

Durch die R. des Min. des J. v. 29. Nov. 1839 und v. 12. Dec.

1839 ist bestimmt worden, daß:

- wegen ber Subalternen ber Gen.-Rommisstonen die bei den Regierungen bestehende Einrichtung (vgl. R. D. v. 31. Dec. 1825 S. 9., G. G. 1826 S. 5.) getroffen werden soll, wonach die etatsmäßigen Subalternen in zwei Klassen, Sefretarien und Assistenten, zerfallen, neben welchen die etatsmässigen Kassenbeamten, Boten u. s. w. und die nicht etatsmäßigen Hülfsarsbeiter oder Supernumerarien bestehen, zu deren Remuneration den Behörsden Normalsonds angewiesen sind.
- b) In Betreff der Kanzlei soll unter den Subalternbeamten 1. ober 2. Klasse nur ein Kanzleivorsteher angestellt, der übrige Kanzleiauswand aber lediglich aus den Kapitalien bestritten und es sollen fernerhin besondere Kanzlisten nicht angenommen, die jest vorhandenen aber, die sie etwa in andere Stellen einrucken ober sonst abgehen, zum Aussterbe-Etat gestellt werden.

(Bergl. Donniges Landes-Rult : Gef. Bb. 3. S. 261 - 262.)

2) Die Gen.-Kommissionen sind nur zur Anstellung der etatsmäßigen Subalternen ohne Rückfrage bei dem Din. befugt. Sie haben sich dabei nach den Vorschriften, welche den Regierungen wegen der Anstellung ihrer Subalternen ertheilt sind, insbesondere aber wegen Versorgung der Invaliden und der versorgungsberechtigten Unterossiziere zu achten, auch dasjenige zur Norm zu nehmen, was ihnen selbst wegen der vorzugsweisen Verücksichtigung der zur anderweitigen Anstellung geeigneten Dekonomies kommissarien vorgeschrieben worden ist.

Bur Bestellung von Hulfbarbeitern muß die Genehmigung des Min. eingeholt werden, was jedoch auf die gegen Kopialien angenommenen Hulfsschreiber nicht zu beziehen ist. (Vergl. Instr. v. 23. Oft. 1817, §. 5. Nr. 7. §. 12. Nr. 1., 2., 5., Geschäftsanweisung v. 31. Dec. 1825 zum Abschn. II. A. S. 1, 2, R. des Min. des J. v. 21. März 1835 *) in v. K. Ann. Bb. 20.

6. 92.)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 461.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 462-463,

Es sollen übrigens neue Hulfsarbeiter in den Bureaus der Gen.=Rom. mit Remuneration nicht angestellt, sondern statt derselben Supernumerarien angenommen werden. (R. des Din. des 3. für Gewerbe = Ang. v.

25. Juni 1837 1), v. R. Ann. Bb. 21. S. 372.)

In Beziehung auf die Anstellung von Invaliden und ausgedienten Unterofsizieren ist zur näheren Bestimmung der K. D. v. 31. Okt. 1827 (v. K. Ann. Bd. 16. S. 869 u. Bd. 17. S. 949), wegen Anstellung der nach 9jähriger (jest 12jähriger) Dienstzeit entlassenen Unterofsiziere, mittelst K. D. v. 15. Jan. 1835 verordnet worden, daß auch bei der Annahme von Hülfsschreibern keineswegs bloß auf solche versorgungsberechtigte Wilitairs personen, die sich darum beworden haben, Rückscht zu nehmen sei, die Behörden vielmehr verpslichtet sein sollen, wenn ihnen selbst keine zu Hülfsschreibern qualissiste versorgungsberechtigte Unterossiziere näher bekannt sind, sich wegen Ueberweisung derselben an das Generalkommando der Brovinz zu wenden. Diese Bestimmung ist durch das K. des Min. des 3. sür Gewerbe-Ang. v. 29. Jan. 1835 den Gen.-Kom. zur Nachachtung mitgetheilt worden.

Nach dem C. R. der Min. des J. u. d. P., u. der Fin. v. 2. März 1835 hindert dies indeß nicht, in einzelnen Fällen Aushülfe bei Kanzleisarbeiten gegen Kopialien durch Individuen, welche nicht zu den ausgediensten Unteroffizieren gehören, leisten zu lassen, wenn am Orte selbst qualist=

zirte Unteroffiziere nicht vorhanden sein sollten.

3) In Betreff der Civil-Supernumerarien bestimmt das unterm 17. Nov. 1835 durch das Min. des I. für Gewerbe den Gen.-Rom. mitgetheilte C. R. der Min. d. I. u. d. P. und der F. v. 17. Oft. 1835, zufolge Allerh. Anweisung:

baß über Gesuche um ausnahmsweise zu bewilligende Anstellungsbefähigung an gesehlich nicht Beanspruchte nur in seltenen Fallen und unter solchen Umständen berichtet werden dars, wo für dergleichen Gesuche ganz besonders wichtige Gründe auszustellen sind, wobei stets vorausgesett wird, daß der Staat von der Anstellung solcher Bewerder im öffentlichen Dienste ihrer vorzüglichen Qualistation wegen Bortheile zu erwarten habe. Bur naheren Erforschung dieser Qualistation wird in allen Fallen, wo der Nachweis derselben auf anderem Wege, namentlich aus den disherigen Leistungen, nicht völlig genügend zu bewirken sein möchte, von einem förmlichen Eramen sur diesenige Dienstsathegorie, welcher die Bewerder sich zu widmen Willens sind, Gebrauch gemacht werden müssen. Etzwanigen Anträgen zu Gunsten solcher Bewerder, welche der Rilitairverpsichtung unterworsen sind, ist so lange Anstand zu geben, die entweder die Erfüllung diesser Berpsichtung oder die der Erfüllung entgegenstehenden hindernisse zuvor ges hörig nachgewiesen worden 2). (Dönniges a. a. D., S. 266.)

4) Bei Besetzung der etatsmäßigen Subalternstellen bei den Gen.-Rom. durch den Direktor derselben ist ein Unterschied zu machen zwischen solchen Subalternen, die ascendiren sollen, und solchen, von deren ersten Anstellung die Rede ist. In Rücksicht der ersteren ist dem Direktor, der sie zu kennen hinreichende Gelegenheit hat, völlig freie Hand gelassen; wegen letzterer ist aber Rücksprache mit dem Kollegium erforderlich, damit alles, was gegen die Qualisitation der Individuen, deren Anstellung der Direktor beabsichtigt, etwa angezeigt werden könne, zur Sprache komme.

1) Bal. in Bb. I. S. 463.

²⁾ Das C. R. ber Min. d. J. u. d. B. und ber F. v. 6. April 1839 bes stimmt, daß dergleichen Antrage auf Berleihung der Anstellungsfähigkeit für den Civil : Subalterndienst an Nichtbeanspruchte, zufolge Allerh. Befehls, kunftig auf Falle der bringenosten Art beschränkt werden sollen.

Es ift Pflicht des Direktors, Thatsachen, die bei dieser Gelegenheit an-

geführt werben, zu beachten.

Bei solchen Subalternstellen, teren Besetzung tem Direktor zussteht, kann derselbe auch ten Abschied ertheilen, wenn solcher ohne Penston nachgesucht wird. (Bergl. §§. 12., 15., der Inftr. v. 23. Okt. 1817, — §. VI. der K. D. v. 31. Dec. 1825, G. S. 1826, S. 5, Geschäftsanweisung v. 31. Dec. 1825.)

5) Die niederen Subalternbeamten der Auseinandersetzungs-Behörden sollen nur mit Vorbehalt der Kündigung und ohne Penstonsberechtisgung angestellt werden. (C. R. des Din. des J. für Gewerbe-Ang. v. 12. Oft.

1836 '), Ann. Bb. 20. S. 890.)

6) Die Subalternbeamten ter Auseinandersetzungs-Behörden sollen sich nicht mit unmittelbaren Eingaben um Unterflützung, Gehaltsverbefferung und dergl. an das Min. wenden. (C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 25. Aug.

1839 ²), Ann. **3**b. 23. **6**. 596.)

7) Pensionsantrage für Subaltern = 2c. Beamte des Rollegiums und für Beamte bei den, dem letteren untergebenen Behörden sind jedesmal im Kollegium zu berathen und der desfallsige genügend zu motivirende Beschluß ist aussührlich in die dieserhalb an das Min. zu erstattenden Berichte aufzunehmen. (Vergl. S. 12. Nr. 3. der Instr. v. 23. Ost. 1817, C. R. der Min. des J. n. der F. v. 23. Nov. 1826, v. R. Ann. Bd. 11. S. 25.)

Zum 5. 3.

(Bergl. B. v. 30. Juni 1834 § 6. - 8.)

(Bestimmung ber General-Rommiffionen im Allgemeinen) 1).

- I. Der S. 3. der B. v. 20. Juni 1817 normirt im Allgemeinen den Geschäftstreis der General-Rommissionen (beziehungsweise der an deren Stelle getretenen Regier. Abtheilungen), und zwar dahin, daß ihre Komspetenz sich erstrecken soll:
 - 1) auf die Auseinandersetzung der Gutsherrn mit ihren Bauern wegen der gutsherrlichebauerlichen Berhaltnisse, nach Maaßgabe des Ed. v. 14. Sept. 1811 und dessen Defl. v. 29. Mai 1816 (jest des an deren Stelle getrestene Ablös. Ges. v. 2. Marz 1850 4),

2) auf die bei biefer Gelegenheit in Antrag gebrachten Gemeinheitstheilungen

und Grangregulirungen,

3) auf die Regulirung aller anderweitigen Rechtsverhältnisse, welche bei vorsschriftsmäßiger Ausführung jener Auseinandersetzungen (ad 1. und 2.) in in ihrer bisherigen Lage nicht verbleiben können.

3) Das R. bes R. Min. des J. v. 10. Sept. 1818 spricht aus, daß die Gen.s Rommissionen auch verpstichtet seien, auf Ersuchen einer anderen Oberbehörde ofos nomische Gutachten abzugeben, und daß in solchen Fällen die Untersuchung bem Ober-Rommissarius, oder in dessen Ermangelung einem tüchtigen Dekonomies Rommissarius zu übertragen, dessen Bericht von der Gen.-Rommission genau zu prüfen, wonachst das Resultat der ersuchenden Behörde mitzutheilen sei. (Roch's Agrarges., 4. Aust. S. 247.)

4) Bergl. bas R. des Just. Min. v. 8. Oft. 1830, wonach es der Genehmisgung der Gen. Kom. nicht bedarf, wenn Lagnahrungen von dem Gutsbesitzer eins gezogen und ein Theil der dazu gehörigen Grundstücke gegen Verzichtleistung auf einen Theil der den Nahrungen die dahin zugestandenen Gerechtsame und Benessien den Lassiten als freies Eigenthum abgetreten worden. (v. K. Ann. Bd. 14. S. 755., s. in Bd. I. S. 70—71.) Vergl. die Erläut. zu §§. 6. u. 7. des Ed.

v. 9. Oft. 1807, in Bd, II. Abth. I. S. 43 — 47.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 463. 2) Bergl. in Bb. I. S. 463.

Diese allgemeinen Bestimmungen des S. 3., welche ihre speziellere-Entwickelung in den SS. 5 — 23. a. a. D. sinden, sind indeß durch die spätere Gesetzgebung extendirt worden.

Es ist nämlich.

1) durch das G. v. 7. Juni 1821 über die Aussührung der Gemeinsheitstheilungs- und Ablösungs-Ordnungen (G. S 1821, S. 83) ben Gen.- Kommissionen, unter Mitwirkung der (damaligen) Revisions-Rollegien wegen der Entscheidung in zweiter Instanz, die Aussührung der gedachten beiden Ordnungen, und zwar mit allen Besugnissen, welche ihnen nach der B. v. 20. Juni 1817 in Beziehung auf die Regulirungen der gutsherrl. Vershältnisse der Bauern, welche nicht Eigenthümer sind, zustehen, übertragen worden. (§§. 1. und 5. des Ges. v. 7. Juni 1821).

2) Die V. v. 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes in den Angelegenheiten der Gemeinheitstheilungen zc. (G. S. 1834, S. 96) hat

demnächst, im Anschluß an den S. 3. der B. v. 20. Juni 1817

a) im S. 1. bestimmt,

daß die B. v. 20. Juni 1817 und das Ausführungs-Ges. v. 7. Juni 1821, nebst den dieselben erläuternden, ergänzenden und abandernden Bestimmungen der B. v. 30. Juni 1834, auch bei allen zum Ressort der Gen.- Kommissionen verwiesenen Auseinandersetzungen zur Anwendung kommen sollen, welche die Regulirung der guteherrlich-bäuerlichen Verhältnisse und die Aussührung der drei für die westlichen Landestheile erlassenen Ges. v. 21. April 1825, imgleichen die Gemeinheitstheilungs- und Ablösungs-Angelegenheiten) zum Gegenstande haben.

Bezüglich der Aussührung der drei erwähnten Ges. v. 21. April 1825 enthält indeß der S. 6. der V. v. 30. Juni 1834 besondere Bestim-mungen hinsichtlich des Ressorts der Gen. Kommissionen, resp. der ordent-lichen Gerichte.

b) Ferner bestimmt ber §. 7. ber gedachten B.,

baß die Gen. Rommissionen in den bei ihnen anhängigen Angelegenheiten nicht bloß den haupt gegenstand der Auseinandersetzung, sondern auch alle and ers weitigen Rechtsverhältnisse, welche bei vorschriftsmäßiger Aussührung der Ausseinandersetzung in ihrer bisherigen Lage nicht verbleiben können, zu reguliren, die hierbei vorkommenden Streitigkeiten zu entscheiden und überhaupt alle obrigkeitlichen Festsetzungen zu erlassen haben, deren es bedarf, um die Auseinandersetzung zu Stande zu bringen und die Interessenten zu einem völlig geordneten Zusstande zurückzuführen. (§. 7. Alin. 1. a. a. D.)

Es sind insbesondere die Grenzstreitigkeiten, nicht bloß unter den Interessenten der Auseinandersetzung, sondern auch derselben mit den Nachbarn, insoweit dies zur Feststellung des Gegenstandes der Auseinanderssetzung erforderlich ist; der Kompetenz der Gen.-Kommissionen überwiesen.

(§. 7. Alin. 3. ber B. v. 30. Juni 1834.)

Ihre Kompetenz tritt ferner nicht bloß dann ein, wenn die Interefsenten auf ihre Vermittelung der Auseinandersetzung antragen, sondern es sind alle in Angelegenheiten ihres Ressorts geschlossenen Verträge zu ihrer Prüfung und Vestätigung einzureichen, die zur Verichtigung und Vervollsständigung derselben erforderlichen Verhandlungen von ihnen zu veranlassen, und die wegen derselben entstehenden Streitigkeiten von ihnen zu entscheisden, wovon nur bezüglich der in den §§. 39. und 44. der V. v. 30. Juni 1834 gedachten Fälle eine Ausnahme stattsindet. (§. 7. Alin. 4. a. a. D.)

¹⁾ In Betreff ber Kompetenz ber Auseinanbersehungs-Behörden in MühlensAblösungs-Angelegenheiten vergl. S. 3. des Mühlen-Ablös.-Ges. v. 11. März 1850 (s. in Bb. I. S. 240) und die Ersaut. dazu in Bb. II. Abth. I. S. 812 bis 815.

Endlich ist es den Gen.=Rommissionen gestattet, die nach dem Abschu. II. der Gem. Th. O. an die Lokal= und Areisbehörden verwiesenen Gegenstände gleich unmittelbar vor sich zu ziehen. (§. 7. Alin. 5. a. a. O.)

c) Der S. 8. der gedachten B. bestimmt ferner — in Erweiterung ber

Rompeteng ber Gen.-Rommissionen, - baß fie befugt fein follen,

ihre Bermittelung auch auf solche Geschäfte, sowohl unter ben Hauptparstheien, als unter ihnen und andern bei dem Gegenstande der Auseinandersetzung selbst nicht betheiligten Personen auszudehnen, deren Regulirung zwar in keinem nothwendigen Zusammenhange mit dem Hauptgegenstande der bei ihnen anshängigen Auseinandersetzung steht, welche aber zur besseren Regulirung des Hauptgeschäfts gereichen.

Bergl. das Nähere über die Voraussetzungen ber Anwendung biefer

Vorschrift in ben Erlaut. zum S. 8. a. a. D.

II. An die vorstehend mitgetheilten all gemeinen Vorschriften über die Kompetenz der Gen.-Rommissionen, beziehungsweise der landwirthsichaftl. Regierungs-Abtheilungen, knüpfen sich folgende Bemerkungen zur näheren Erläut. der betreff. Vorschriften tes S. 3. der V. v. 20. Juni 1817 und der sich taran anschließenden Bestimmungen der SS 7. und 8. der V. v. 30. Juni 1834.

1) Zum S. 3. Mr. 2. ber B. v. 20. Juni 1817 und zum Alin. 3.

bes §. 7. der B. v. 30. Juni 1834.

Die Bestimmung des S. 3. Nr. 2. der V. v. 20. Juni 1817, wonach die bei Gelegenheit der gutsherrlich shauerlichen Regulirungen in Antrag gebrachten Grenzregulirungen zur Kompetenz der Gen.-Kommissionen gehören, ist durch die V. v. 30. Juni 1834 (S. 1.) auch auf Gemeinheits-Theilungen extendirt, und im S. 7. Alin. 4. a. a. D. dahin erweitert worden, daß nicht bloß die Grenzstreitigkeiten zwischen den Interessenten der Auseinandersetzung, sondern auch derselben mit den Nachbarn, insoweit dies zur Feststellung des Gegenstandes der Auseinandersetzung erforderlich ist, zum Ressort der Gen.-Kom. gehören. 1)

Bergl. auch S. 14. u. S. 89. Mr. 7. und S. 96. Litt. d. ber B. v.

20. Juni 1817 und die Erläut. dazu.

2) Zum S. 3. Mr. 3. der B. v. 20. Juni 1817 und zum Alin. 1.

bes S. 7. der B. v. 30. Juni 1834.

a) Gegen die Anwendbarkeit dieser Bestimmungen sind Bedenken entstanden über die Kompetenz und die Befugnisse der Auseinandersetzungs-Behörden in Ansehung der von Amtswegen zu regulirenden WaldweidesBerhältnisse einzelner, bei Gelegenheit der Gemeinheitstheilung in einer Veldmark separirten Wirthe einer Gemeinde auf Forsten, wenn der Forste eigenthümer nicht Theilnehmer an dem Hauptgeschäfte, nämlich der Gemeinheitstheilung auf der Feldmark, ist.

a) Das Min. des R. Hauses hat (in dem C. R. v. 5. Jan. 18382) (v. K. Ann. Bb. 22. S. 50) die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zur Regulirung solcher Waldweide-Verhältnisse in Abrede gestellt.

β) Das Staatsmin. ift in bem Beschlusse v. 29. Aug. 1837 1)

nach Stimmenmehrheit dieser Ansicht beigetreten.

y) Mit Rücksicht hierauf sind die C. R. des Min. des J. v. 7. April 1838 4) und v. 10. Aug. 1838 5) (Forni's Zeitschr., Bb. 1. S. 197—204)

¹⁾ Bergl. bas hierauf gestütte Erf. bes Kompetenz-Gerichts hofes v. 5. Marz 1853 (Just. Min. Bl. 1853. S. 194).

²⁾ Vergl. in Bb. I. S. 109—110. 3) Vergl. in Bb. I. S. 465—466.

⁴⁾ Chenbas. S. 464. 5) Chenbas. S. 465.

wegen der Befugnisse der Auseinandersetzungs-Behörden zur anderweitigen Regulirung der Waldweide-Verhältnisse einzelner Wirthe einer zur Wald-weide berechtigten Gemeine und der Art und Weise der Regulirung solcher Weideverhältnisse erlassen.

d) Donniges führt aus, daß die erwähnten Min.-Erlaffe nicht im

Einklange unter fich und mit ben Gesetzen fteben. Er bemerkt:

Der Staatsmin. Beschluß v. 29. August 1837 halt in ben angegebenen Fällen die Regulirung von Nebenweiben auf Forsten nur im Wege der Vermittelung zus lassig, obwohl der S. 8. der B. v. 30. Juni 1834 die Julassung solcher Rebens puntte von der relativen Stimmenmehrheit der Interessenten abhängig macht und die Entscheidung der Streitigkeiten der Auseinandersetzungs Behörde ausdrücklich überträgt.

Das C. R. v. 7. April 1838 erkennt Letteres unter Umständen an, giebt Answeisung über die Grundsätz, welche der Auseinandersetzung zum Grunde zu legen, behält aber, gleichwie das C. R. v. 10. Aug. 1838, dem Min. des J. die Berfüsgung darüber vor: ob die Regulirung von Nebenweiden auf Forsten mit dem Haupts

gefdafte zu verbinden und barin zu entscheiben fei.

Es tommt hierbei in Betracht:

a) daß die gedachten Din. Berfügungen als gesetliche Deklaration ober authenstische Interpretation nicht gelten können, mithin in der Kompetenz der Ausseinandersetzungsbehörden zur Regulirung und Entscheidung der in Rede stes henden und ahnlicher Beiderechte eben so wenig, als in dem gesetlichen Instanzenzuge, in den Besugnissen der Auseinandersetzungsinteressenten dies serhalb etwas andern.

B) Ueberdies faffen die erwähnten Din. Erlasse die Regulirung der Weiberechte auf Forsten nur aus einem beschränkten Gesichtspunkte, in Beziehung auf die mögliche fortbauernde Ausübung berselben, auf die Absindung der Ge-

meinheitstheilungs-Intereffenten, auf.

Die Kompetenz ber Auseinandersetzungsbehörden zur Regulirung folcher Nes benweiben ift jedoch ausgebehnter in den Gesetzen besonders begründet. Nach \$5. 166. 167. 169. 170. ber Gem. Th. D. gehört die Feststellung der Theilnehs mungerechte an mit Dienstbarkeiten belafteten Grundstüden und Gemeingrunden, sowie die Ordnung und Benutung berfelben, vor die Gemeinheitetheilungebehörbe, muffen bei allen neuen Feldeintheilungen von Amtswegen geschehen und dabei ents ftebenbe Streitigkeiten von ihr entschieden werden. Ebenso muffen bei Gemeinheits: theilungen, bei Feststellung ber Theilnehmungerechte und beren Umfang, bie Rebens weiben beruckfichtigt werben. (§S. 44. ff. ber Gem. Th. D.) Es unterliegt feis nem Bebenken, daß die Eigenthumer solcher Nebenweiden, mögen fie an ber Bes nugung berfelben und an einer Gemeinheit mit anderen Intereffenten Theil nehmen ober nicht, jur Feststellung folder Wechte zugezogen werben, fich barauf einlaffen, fic ber Entscheidung ber Gemeinheitstheilungsbehörde barüber unterwerfen muffen. (S. 10. A. 2. R. I. 19., S. 6. bes Ausführungegef. v. 7. Juni 1821, S. 7. ber B. v. 30. Juni 1834.) Die Ermittelung ber Theilungsmaffe, die Bertheilung ber belafteten Grundftude, beren anderweitige Benutung, ber Theilungsplan, ift hiers von abhängig. An ber Nothwendigfeit einer Berbindung ber Feststellung ber Theilnehmungerechte und ber Abfindung barauf, hinfichtlich aller Beibeverhaltniffe und besonders hinfictlich ber Debenweiben auf Aeckern, Wiesen, hutungen, Forften, mit bem Sauptgeschäfte ift bei bem innigen Busammenhange ber wirthschaftlichen Ginrichtungen gar nicht zu zweifeln. Die Kompetenz ber Auseinanderfepungebes horben zur Regulirung folder Rebenweiben, zu beren anderweitigen Bertheilung und zur Bestimmung über beren anderweitige Benutzung, sowie zur Entscheibung von Streitigkeiten hierüber, unterliegt mithin nach ber Natur und bem 3mede ber Gemeinheitstheilungen und nach ben vorangeführten Geseten teinem Bebenten. Es ift fein gefehlicher Grund vorhanden, hinfictlich ber Forften hiervon eine Ausnahme ju machen. Es wird baber immer nur auf bie Beurtheilung antommen : ob eine burch ben 3wed ber Auseinandersetzung bebingte Nothwendigkeit ber Berbinbung ber Regulirung ber Rebenweiben mit bem Sauptgegenstanbe bes Geschafts nach Maaggabe ber Umftanbe vorliege, welche Beurtheilung ber Auseinandersehungs: behorbe in erfter Inftang zusteht und obliegt. Ift eine folche Rothwendigkeit nicht, fondern nur eine Ruslichkeit ber Berbindung ber Regulirung ber Rebenweiben mit dem hauptgeschäfte vorhanden, so treten die Borschriften des §. 8. der B. v. 30. Juni 1834 ein. Die Theilungsgrundsähe find auf die Kompetenzfrage ohne Einssuß (§§. 56—107. der Gem. Th. D.). Ihre Erörterung gehört nicht hierher, obgleich die Anwendbarkeit namentlich der §§. 86. 94. der Gem. Th. D. zu der gedachten Meinungsverschiedenheit Beranlassung gegeben hat. Bei Regulirung und Bertheilung von Nebenweiden wird es vornamlich auf die Frage ankommen, ob einsseitige oder wechselseitige Dienstdarkeiten, Gemeinheiten, auszuheben sind, wer als Provosant dieser Aushebung anzusehen ist (§. 82. Gem. Th. D.), für welche Fälle die Gesehe verschiedene Theilungs: und Absindungsgrundsähe ausgestellt haben 1). (Dönniges Landeskult. Ges. Bb. 3. S. 296—297.)

Bergl. auch bas hierauf bezügliche Erk. ber Gen.-Rom. zu Berlin v. 19. Mai 1840 und den daffelbe abandernden Refursbescheid des Min. des 3. (Datum konstirt nicht) im Centralbl. für Preuß. Jur. 1841,

6. 1211—1215.

b) Sind die Auseinandersetzungs-Behörden auch befugt, bei Gelegenheit eines Ablösungs-Verfahrens über den gegen das Fortbestehen einer Abgabe erhobenen Einwand, daß dieselbe durch die Gewerbe-Gesetzung unentgeldlich aufgehoben worden, zu entscheiden?

Das Revisions-Kollegium für L. R. S. hat (in bem Erk. v. 26. Nov. 1852), mit Rücksicht auf die Bestimmung des S. 7. (Alin. 1.) der B. v. 30. Juni 1834, bejahet. (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 6.

6. 207-211 n. Praj. Samml. beffelb. G. 19, Nr. 8.)

c) Auch streitige Rückstände solcher Real-Abgaben, welche ben Gegenstand eines bei einer Auseinandersetzungs-Behörde anhängigen Ablös.Berfahrens bilden, gehören zu benjenigen mit dem Hauptverfahren konnexen Gegenständen, über welche die Auseinandersetzungs-Behörde mit zu entscheiden hat. Die gerichtliche Kognition sindet darüber nicht statt.

So erkannt von dem Gerichtshofe zur Entscheidung der Komspeienz-Konflikte unterm 22. Nov. 1851, auf Grund des J. 7. Alin. 1. der V. v. 30. Juni 1834, und ebenso unterm 11. Juli 1853. (Beitschr. des Reris. Rolleg. Bd. 5. S. 6, Min. Bl. d. i. V. 1851, S. 301, Nr. 324.,

J. Min. Bl. 1852, S. 5, Nr. 4. u. 1853, S. 253)

Bergl. die nähere Entwickelung der Gründe in der Note 1. ad b. in Bd. II. Abth. I. S. 806, desgl. v. Könne's Komment. zum Mühlen-Ablös. Ges. S. 39, wo in Bezug auf Rückftände von Mühlen-Abgaben bereits dieselbe Ansicht entwickelt worden. 2)

1) Bergl. jedoch Art. 9. u. 10. bes Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850 zur Gem. Th. D.

Dagegen hat neuerbings das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 20. Febr. 1854 die Auseinandersetzungsbehörden angewiesen, sich nach der Entsscheidung des Kompetenz-Gerichtshofes v. 22. Nov. 1851 zu achten und demgemäß ihre Kompetenz in solchen Streitigkeiten anzuerkennen, welche während des Schwesbens einer Ablösungs-Regulirung über die vor der Provosation aufgelaufenen Rückschade der abzulösenden Leistungen vorkommen. (Staatsanzeiger pro 1854 Nr. 58. S. 429 — 430.)

Bergl. auch bas Erk. bes Kompetenz-Gerichtshofes v. 17. Dec. 1853

(Just. Min. Bl. 1854, S. 121).

²⁾ Die Min. des J. für Gew. Ang. u. der J. haben sich über die Frage in dem R. v. 18. Nov. 1836 (v. R. Ann. Bd. 20. S. 906, s. in Bd. I. S. 624) dahin geäußert, daß Streitigkeiten über Abgabenrückstände, wenn die Berspflichtung zur Entrichtung dieser Abgaben sestscheht, an sich nicht zum Ressort der Auseinandersetungsbehörden gehören, daß diesen letzteren jedoch, auf Grund des S. 8. der B. v. 30. Juni 1834, freistehe, ihre Vermittelung auch auf Geschäfte dieser Art auszudehnen, sofern nur der vierte Theil der Interessenten hierüber einverstanden ist, und dies zugleich zur besseren Regulirung des Sauptsgeschäftes gereicht.

d) Die Frage: ob die Auseinandersetzungs-Behörden bei angetragener Ablösung kompetent sind zur Entscheidung darüber, ob der gegen wärtige Bester eines Grundstückes noch zur Zahlung von Besteveränderungs-Abgaben verpslichtet sei? ist von den Just. Min. (in dem R. v. 20. Nov. 1841 ¹), Min. Bl. d. i. V. 1844, S. 87) bejahet; dagegen von den Min. der J. u. des J. (in dem R. v. 20. Febr. 1844 ²), a. a. O.) angenommen worden, daß das Ressort der Auseinandersetzungs-Behörden nicht eintrete in Bezug auf Rückforderungsklagen eines früheren Besters wegen gezahlter Laudemien, sowie in Bezug auf dergleichen Klagen eines früheren Eigenthümers des berechtigten gegen den zeitigen Bessitzer des verpslichteten Grundstückes. — In neuerer Zeit hat indes die Ansicht gewechselt und durch R. v. 20. Mai 1847 sind die Auseinandersetzungs-Behörden angewiesen worden, sich der Entscheidung über solche Kondiktionen, auch unter den Ablösungs-Interessenten, zu enthalten und solche den ordentlichen Gerichten zu überlassen.

Bergl. die Erlaut. zum Ablof. Gef. v. 2. Marz 1850, S. 47. Zuf. VI. (s. in Bb. II. Abih. I. S. 480—481), desgl. die Erlaut. zum S. 170. der B.

v. 20. Juni 1817, Buf. 7. (f. unten).

In Betreff der Ruckforderungs = Klagen in Bezug auf Mühlen = Abgaben vergl. Zuf. VI. zum S. 1. des Mühlen-Ablös. Ges. v. 11. März 1850 (s. in Bb. II. Abth. I. S. 802—803).

3) Auch die Ablösungen der schon früher durch Rezesse sestellten Relutionsrenten durch Rapitalzahlungen gehören zur Kompetenz der Gen.Kommissionen.

Vergl. bas R. bes Min. des J. v. 19. April 1828, nebst bem baffelbe mittheilenden Publik. der R. Gen. Kom. zu Breslau v. 4. Juni 1833. 8)

(v. R. Ann. Bd. 17. S. 354. und v. R. Jahrb. Bd. 42. S. 138.)

4) Bergl. die Erläut., welche sich speziell auf die oben im Allgemeinen erwähnten, die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörten betr. erweiternden Vorschriften der SS. 7. u. 8. der B. v. 30. Juni 1834 beziehen, zu den alleg. SS. der letzteren (f. unten).

III. Der S. 3. ber B. v. 20. Juni 1817 bestimmt in seinem zweiten

Sattheile,

taß den Gen.-Rommisstonen (beziehungsweise den landwirthschaftlichen Regier.-Abtheilungen) in den (nach dem ersten Sattheile, beziehungsweise nach den bereits erwähnten erweiternden Bestimmungen der V. v. 30. Juni 1834) ihrem Ressort überwiesenen Angelegenbeiten die allgemeine Leitung und Belehrung der mit den Auseinandersetzungen beauftragten Kommissarien, außerdem aber:

a) die Entscheidung der vorkommenden Streitigkeiten und überhaupt alle vorkommenden obrigkeitlichen Festsetzungen, soweit sie nicht durch besondere Vorschriften den Spezialkommissarien *)

überlaffen sind;

b) die Bestätigung ber Auseinandersetzungs-Rezesse;

c) die Veranlaffung der Exekutionen gebührt.

Dazu:

1) Die Beaufsichtigung und Leitung ber Spezialkommiffarien ift

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 468.

²⁾ Bergl. ebenbas. S. 467.
3) Bergl. in Bb. I. S. 464.

⁴⁾ In Betreff ber schieberichterlichen Entscheibungen, vergl. §§. 31—35 ber B. p. 30. Juni 1834 und bie Erlaut. bazu.

den Gen. = Kommissionen schon durch die Instrukt. v. 17. Okt. 1811 S. 10. und durch den Art. 103. der Dekl. v. 29. Mai 1816 übertragen worden.

Die V. v. 30. Juni 1834 ertheilt barüber nähere Anordnungen in ben SS. 15. u. 16. — Bergl. die Erläut. dazu (f. unten).

Bergl. S. 5. bes Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 und S. 1. ber B.

v. 30. Juni 1834.

2) Bu Litt. a. (Entscheidungen in erster Instanz).

a) Die Entscheidungen in den Gemeinheitstheilungs- und Ab-1dfungs-Angelegenheiten sind den Gen.- Kommissionen speziell übertragen

durch den S. 6. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821.

b) In Betreff derjenigen Landestheile, bezüglich welcher die Gen.-Kommisstonen aufgehoben und mit den beir. Regierungen vereinigt worden sind, steht die Entscheidung in erster Instanz den dafür gebildeten landwirthschaftlichen Spruchkollegien zu, nämlich: a) zu Frankfurt zusolge S. 4. der V. v. 27. Juni 1840 (bestehend aus allen Witgliedern der landwirthschaftl. Abth. der dortigen Regierung ohne Ergänzung), b) bei den vier Preuß. Regierungen zusolge S. 3. der V. v. 22. Nov. 1844 (mit Ergänzung durch Mitglieder der Justizbehörden), c) bei der Regierung zu Koblenz zusolge S. 115. des G. v. 4. Juli 1840 (mit Ergänzung durch richterliche Beamte).

Bergl. die Erläut. in Bd. II. Abth. I. S. 17 ff. sub IV. und die allegirten Gesetze nebst deren ministeriellen Ergänz. in Bd. I. S. 24—30.

c) Eine Ausnahme bezüglich der Kompetenz der Gen.-Kommissionen (beziehungsweise der landwirthschaftl. Spruchkollegien) zur Absassung der Entscheidungen erster Instanz sindet in Betreff der Mühlen - Ablosungssachen statt, hinsichtlich welcher das Revisions-Kollegium für L. K. S. zum Gerichtshose erster und beziehungsweise letzter Instanz bestellt worden ist. (Vergl. S. 3. des Mühlen-Ablos. Ges. v. 11. März 1850, s.
in Bd. I. S. 240, und die Erläut. dazu in Bd. II. Abth. I S. 812—815.)

d) Den Auseinandersetzungsbehörden kompetirt auch die Instruktion und Entscheidung von Possesseinen-Streitigkeiten, welche in den ihnen überwiesenen Auseinandersetzungen, insbesond. auch bei Gemeinheits-theilungen, vorkommen oder bereits bei den ordentlichen Gerichten anhäusig sind.

Dies hat das R., bes Min. bes J. v. 15. Juli 1834 1) (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 375), im Einverständniß mit bem Justizmin., ange-nommen. da

die Regulirung der Bestsstreitigkeiten, die Bestimmung über die derzeitige Ausübung eines Rechts, zur Feststellung eines streitigen Rechts in seinem vollen Umfange geshöre, welche den Auseinandersetzungs=Behörden zusteht (Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821 S. 6.), und weil die Leitung des possessorii und petitorii nicht ohne große Nebelstände von einander getrennt werden könne, wie schon aus S. 18. A. G. D. I. 31. hervorgehe.

Die Richtigkeit dieser Ansicht ergiebt sich übrigens auch aus ben Bestimmungen des S. 36. der B. v. 30, Juni 1834 und des S. 5. der B. v. 22. Nov. 1844 über die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden zur Regultrung eines Interimistifums in Ansehung der bei Auseinanderssetzungen vorkommenden Besitz-, Nutungs- und Verwaltungsverhältnisse.

Bergl. Die Erlaut. zum S. 36. der B. v. 30. Juni 1834 und zum S.

154. ber B. v. 20. Juni 1817.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 468.

3) Bu Litt. b. (Bestätigung der Auseinandersetzungs-

Rezesse).

a) Diese Bestimmung ist erweitert worden durch die Vorschrift des §. 7. Alin. 4. der V. v. 30. Juni 1834, wonach

bie Kompetenz der Auseinandersetzungs Behörden nicht bloß dann eintritt, wenn die Intereffenten auf ihre Vermittelung der Auseinandersetzung antragen, sondern alle in Angelegenheiten ihres Ressorts geschlossenen Verträge zu ihrer Prüfung und Bestätigung und Vervollständigung derselben erfors berlichen Verhandlungen von ihnen zu veranlassen, und die wegen derselben entstes henden Streitigkeiten von ihnen zu entscheiden sind.

Gine Ausnahme findet nur statt in Betreff der in ten §§. 39. u. 44. der B. v. 30. Juni 1834 und in dem G. v. 21. April 1852 (G. S. 1852. S. 258) gedachten, beziehungsweise durch die Regierungen oder Provinzial-Schulkollegien und durch die ordentlichen Gerichte zu prüfenden und zu bestätigenden Rezesse.

b) In Betreff der Bestätigung der Rezesse über Ablösungen von Reluitions-Renten durch Rapitalzahlungen, vergl. oben Bus. II. ad

3. ©. 250.

4) Bu Litt. c. (Beranlassung der Exekutionen).

a) Bergl. die Erläut. zum S. 205. der B. v. 20. Juni 1817.

b) Das R. des Min. des J. u. d. P. v. 24. Febr. 1842 1) (Min.

Bl. d. i. B. 1842. S. 85) führt aus,

daß die exekutivische Einziehung solcher Abgaben und Leiftungen für geistl. Institute, zu welchen die Verdindlichkeit in allgemein gesetlicher ober in notorisscher Ortss ober Bezirks. Verfassung beruhet (K. O. v. 19. Juni 1836. Nr. 1., S. S. 1836. S. 198.), — obgleich diese Abgaben bereits Gegenstand eines Abslösungsversahrens sind, — dennoch den Regierungen auch während des Ablös. Verfahrens verbleibe, und nicht, — vermöge des S. 7. der V. v. 30. Juni 1834, welchem als lox specialis keine ausbehnende Anwendung zu geben, — den Ausseinandersehungs Wehörden zustehn. — Wenn jedoch Fälle eintreten, wo die urssprünglichen Rechtsverhältnisse durch das Ablösungsversahren auch vor dem Absschlusse des Rezesses schon wesentlich verändert sind (z. V. durch Vergleich, richsterliche Festsehung eines früheren Aussührungstermins oder Interimistikum), so soll, auf Einwendungen des Erequendus, die Reg. deshalb mit der Auseinandersehungssbehörde konferiren und die Eresution zurücknehmen, wenn die Auseinandersehungssbehörde dieselbe nicht mehr für zulässig hält.

IV. Ueber die Ressortverhältnisse der Auseinandersetzungs-Behörden in Bezug auf die Zertheilung von Grundstücken vergl. Th. II. sub V. Abschn. I. Kap. 3. Tit. 2. (s. in Bb. II. Abth. I. S. 122—125, 129—136, 144—150), desgl. die Erläut. zu dem G. v. 3. Jan. 1845, betr. die Zertheilung von Grundstücken 2c., S. 7. u. 8. (s. in Bb. II. Abth. I. S. 173 bie 176), S. 19. (ebendas. S. 182—184) und S. 20. (ebendas. S. 184—186).

Insbesondere die Rompeten, der Auseinandersetungs=Bebor-

ben betreffend gur Genehmigung:

a) des Austausches einzelner Parzellen von nicht bepfandstieften Grundstücken, vergl. das G. v. 13. April 1841, S. 1. (G. S. 1841, S. 79, s. in Bb. I. S. 156) und die Erläut. dazu (f. Bb. II. Abth. I. S. 195 ff.);

b) bes Abverkaufs kleiner Grundstücke von nicht bepfants brieften Gütern, vergl. bas G. v. 3. März 1850, S. 1. (G. S. 1850, E. 145, s. in Bb. I. S. 161) und die Erläut. dazu (s. in Bb. II. Abth. I.

6. 198 ff.).

V. Die ben Gen.-Rommiffionen (beziehungsweise den in ihre Stelle

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 654.

getretenen Regierungs = Abtheilungen) gesetzlich kompetirenden Auseinandersetzungen gehören in der Regel vor diejenige dieser Behörden, in beren Ge-

schäftsbezirfe bas belaftete Grundftud belegen ift.

Wenn die Auseinandersetzung eines Berechtigten mit mehreren Verspflichteten verschiedenen Auseinandersetzungs Wehörden kompetiren würde, und zu ihrer zweckmäßigen Ausführung die Verbindung der Auseinandersetzungen nothwendig oder nützlich ist, so wird in der Regel diejenige Auseinandersetzungs Behörde, bei welcher bas Hauptgeschäft anshängig ist, auch zur Verhandlung der Nebensache befugt, und erforderlichen Falls hierüber von dem Min. für landwirthschaftliche Ang. zu entscheisen sein.

Diese Grundsätze sind zwar in den Gesetzen über die Kompetenz und das Verfahren der Auseinandersetzungs-Behörden nicht aus drücklich ausgesprochen 1), allein in der Regel in der Praris angenommen worden

und ben allgemeinen Rechtsgrundfägen entsprechend.

Den Auseinandersetzungs - Behörden ift nämlich die Ausführung ber Regulirungen, Ablosungen und Gemeinheitstheilungen in gewiffen geographisch abgegranzten Geschäfts-Bezirken übertragen (S. 1. ber B. v. 20. Juni 1817) und ste bilten für tiese fora specialia causae, so daß der besondere Gerichtsftand ber ihnen übertragenen Angelegenheiten ben sonftigen Berichtsftand der Auseinandersetzungeintereffenten ausschließt (§S. 6. 130. A. G. D. 1. 2.). Den Auseinandersetzungen liegen bingliche Rechte auf Die Sache jum Grunde (g. 127. M. L. R. I. 2.) und die ihnen entsprechenden Berpflichtungen der Bester der belafteten Grundftude, bilden ben Gegenftand ber Auseinandersetzungen. Da nun die Ausführung der agrarifchen Befete den Auseinandersetzungsbeborden in besonderen Geschäftsbezirken, ohne Unterscheidung der Berechtigten und Belafteten, übertragen ift, fo tonnen Zweifel über die Rompetenz ber einzelnen Behorden nur, nach Analogie ber Gesete über ben binglichen Gerichtsftand, aus bem Gegenftande der umzugestaltenden Rechte auf die Sache, aus der Bubehörigkeit der verpflichteten Sache zu bem einen ober andern Geschäftsbezirfe ber Auseinandersetzungebehörden erlediget werben. (Bergl. A. G. D. I. 2. SS. 4. 107. 111.

Was insbesondere solche Auseinandersetzungsfälle betrifft, in welchen mehrere Berpstichtete betheiligt sind, die zu verschiedenen Geschäftsbezirken der Auseinandersetzungs Behörden gehören, so macht die Ermittelung des Umfanges und Werthes dieser Gerechtsame und Verpstichtungen, die Juslegung eines den Verhältnissen entsprechenden Absindungsplans, die Verstindung der vor verschiedene Behörden gehörigen Auseinandersetzungen nicht bloß nütlich, sondern oft sogar nothwendig. Die Gesetze über das Auseinandersetzungsversahren enthalten hierüber keine direkt anwendbare Borschriften. Denn die SS. 3. und 102. der B. v. 20. Juni 1817 und der S. 7. der B. v. 30. Juni 1834 handeln von der Regulirung anderweitiger Rechtsverhältnisse, die mit dem Hauptgegenstande der Auseinandersetzung in nothwendigem Zusammenhange stehen, oder damit nützlich zu verbinden sind aber von der Vereinigung mehrerer Auseinandersetzungen in verschiedenen Jurisdiktionsbezirken in eine Hand. Allein nach dem Zwecke dieser Vorschriften wird diesenige Gen.-Rommission, bei welcher das Hauptsbieser Vorschriften wird diesenige Gen.-Rommission, bei welcher das Haupts

¹⁾ Der §. 44. Mr. 2. ber B. v. 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes zc. überweiset zwar die Bestätigung eines ohne Dazwischenkunst der Auseinandersehungs-Behörden geschlossenen Ablösungs-Vertrages dem Gerichte, unter welchen
bas berechtigte Gut steht; in anderen Fällen jedoch, wenn das Recht nicht subjektiv-dinglich ist, dem Gerichte des belasteten Gutes. Diese Vorschrift ist indes
nicht für die Aussinandersehungs-Behörden gegeben worden.

geschäft anhängig ist, zur Verhandlung der Neben-Auseinandersetzung kompetent sein, in sofern deren Verbindung zweckdienlich ist. (Vergl. das R. des Min. des J. v. 3. März 1822 '), s. in Koch's Agrarges., 4. Aust., S. 243.) Wenn es zweiselhaft ist, welche der verschiedenen zweckmäßig zu verbindenden Auseinandersetzungen als Haupt= oder Nebengeschäft anzusehen sei, so wird nach der Analogie der S. 7. und 138. A. S. D. I. 2. das Min. für land=-wirthschaftl. Ang. zu bestimmen haben, bei welcher Behörde die Ausein= andersetzung verhandelt werden soll.

VI. Die vorstehend ad V. gedachten Grundsätze sinden, mit Rückstauf die gesetzlichen Vorschriften wegen Unterwerfung der Ausländer unter die Gesetze tes sori rei sitae, auch Anwendung, wenn Ausländern ein Eigenthum oder dingliche Rechte auf die Sache, welche der Regulirung, Verwandlung oder Aushebung unterliegen, an Grundstücken im Inlande zustehen. (A. L. R. Einl. §§. 32. 34., A. G. D. I. 2., §§. 4., 107., 111. ff.

und Anh. §. 34., B. v. 7. Juli 1819, G. E. 1819, G. 212.)

Es sind indeß durch besondere Staatsvertrage Modifikationen dieser Regel festgesetzt.

A. Bwifchen Breugen und tem Konigreiche Sachfen.

1) Die Haupt-Konvention v. 28. Aug. 1819 (G. S. 1819, Anh. S. 1) bestimmt im Art. II. §§. 13. 14. 17. 19. 20.:

a) daß Weide:, Trift: und andere ähnliche Gerechtigkeiten, Dienste, Frohnben und andere Leistungen der Unterthanen des einen Gebietes zu Gütern oder Grundstücken, welche im anderen Gebiete liegen, auf Antrag des pflichtigen oder berechtigten Theils in Rücksicht beiderseitiger Unterthanen ablöslich sein sollen.

b) Die Entschäbigung ber Berechtigten soll burch gemeinschaftliche sachkundige

Rommiffarien ausgemittelt werben.

c) Dienstleistungen ober Frohnen, welche Unterthanen an Domainen ober Kamsmergüter bes anderen Gebietes zu leisten haben, hören zwar mit dem 1. Okt. 1818 auf; die Vergütigung dafür erhält jedoch diejenige Regierung, unter deren Bereich der Verpflichtete sich besindet oder seinen wesentlichen Wohnsitz hat.

d) Im Allgemeinen sind alle Realanspruche bem foro rei sitze unterworsen. Den Gerichten des Wohnortes der Betheiligten liegt die Verpflichtung zur

Infinuation ber Verfügungen bes fori rei sitae ob.

Bergl. Art. III. S. 5. ebend. und Konvention v. 20. Febr. 1816,

55. 3. 9. 35. (**5**. **6**. 1819, Anh. **6**. 39.)

- 2) In Beziehung auf diese Vertragsbestimmungen und hinsichtlich der Lehnsverbindungen ist zwischen beiden Regierungen zu Ende des Jahres 1833 eine weitere Uebereinkunft zu Stande gekommen. Nach dem zwischen Sachsen und Preußen abgeschlossenen Friedenstraktat b. 18. Mai 1815 (G. S. S. Art. 2. 6.) und ter obgedachten Haupt-Ronvention (Art. II. §§. 1. 12.) sind mit den Souveranetätsrechten die Landes-lehnsherrlichen Rechte²) beiden Theilen verblieben und auf sie übergegangen; die Privat-lehns-Verbindungen sind aufrecht erhalten worden. Demzufolge sind
 - a) die zu Lehngütern im Königreiche Sachsen als Pertinenzien gehörigen Barzellen ober Beigüter, welche im Preuß. Gebiete liegen, als Preuß. Lehen, und gegenseitig die zu Preuß. Lehnsgütern gehörigen Parzellen, welche in Sachsen liegen, als Sachsische Lehen angesehen worden, welche Parzellen oder Beigüter auf den Fall der Apertur von dem betr. Landesherrn eingezogen werden können.

1) Bergl. in Bb. I. G. 469.

²⁾ Bergl. indeß Art. 42. der Berf. : Urkunde v. 31. Jan. 1850 und S. 2. des Ablos. G. v. 2. März 1850 wegen Anshebung des lehnsherrlichen Obers Eigenthums in Betreff der Preuß. Lehne, mit Ausnahme der Thronlehne.

b) Was dagegen die Zinsen und Dienste betrifft, die als Pertinenzien. zu einem Lehne im Sächkschen oder Preuß. Gebiete gehören (zu leisten sind), sollen wechselseitig diese nicht mehr als selbstständige Lehen in den Ländern des Wohnstes der Verpstichteten angesehen werden (nicht als der Lehnsherrslichkeit dessenigen Landesherrn unterworfen werden, unter welche die Grundsstücke oder Personen gehören, von welchen jene Zinsen oder Dienste zu leisten sind.

c) Der eben gedachte Grundsat (b.) soll auch ausgebehnt werben:

aa) nicht nur auf die in der Haupt-Ronvention v. 28. Aug. 1819 Art. II. §§. 13—19. speziell erwähnten, sondern auf alle und jede Gerechtsame, welche als Pertinenzien zu einem dies oder jenseitigen Gute gehören und in dem andern Gebiete ausgeübt werden, sosern sie nicht in Grund und Boden bestehen (a.), oder jene Konvention nichts Abweichendes enthält, z. B. in Ansehung der Gerichtsbarkeit Art. II. §. 11.; jedoch mit der Beschränkung: daß

a. Prozesse über jene Rechte nur bei ben Gerichten bes Gebietes ber Pflichtigen geführt werben und auch nur von biesen Gerichten

bie Exekution gegen bie Pflichtigen geschehen barf;

β. bei der Subhastation eines Gutes, wozu Rechte der fraglichen Art gehören, die etwa nöthige Taxation solcher Rechte von den unter a.

erwähnten Gerichten geschieht;

y. es nicht von dem freien Willen des Besitzers abhängen foll, Gerechts same, welche zu einem Gute als Pertinenzien gehören und in einem andern Staate, als in welchem das Hauptgut belegen ist, ausgeübt werden, besonders eintragen zu lassen und dadurch die Wirksamkeit der getroffenen Uebereinkunft (b.) aufzuheben;

hh) auch bei Allobialgutern foll in Bezug auf die zu ihnen gehörigen Rechte alles das Anwendung finden, was in Ansehung ber Lehnguter

nach Obigem festgestellt worden ist;

cc) endlich sollen diese Grundsate auf frühere Valle, soweit sie nicht schon

erledigt find, rudwirkende Kraft haben.

d) Dagegen sindet die Bestimmung (b.) keine Anwendung auf selbstständige, nicht zu einem Gute gehörige Rechte, welche in beiden Gebieten ausgeübt werden, z. B. auf das einer Familie oder Korporation, ohne Rücksicht auf ein Gut, zustehende Recht, Zinsen in mehreren Dörfern, von welchen einige Preußisch geworden, andere Sachsich verblieben sind, zu erheben.

(Bergl. Acta des Min. des J.: Regulirungen. Gen. Nr. 47. Vol. 1., R. des Justizmin. an das Kammergericht und die Oberlandesger. zu Frankfurt, Glosgau und Naumburg v. 4. Nov 1833 und 5. Jan. 1835, C. R. des Min. des J. v. 17. Jan. 1835 an die Gen. Kom. zu Berlin, Soldin, Stendal und Bresslau, in v. K. Jahrb. Bd. 42. S. 288. — v. K. Ann. Bd. 19. S. 85., Bekanntsmachung v. 12. Mai 1834, in der K. Sächsischen G. S. 1834. S. 122.)

3) In Betreff der Fideikommisse, der hypothekarischen Gläubiger und der Wahrnehmung der Rechte anderer entfernteren Interessenten bei ten zum Ressort der Gen.-Rommissionen gehörigen Auseinandersetzungen, wobei Unterthanen von Preußen und Sachsen betheiligt sind, kommen die Bestimmungen der Haupt-Konvention v. 28. Aug. 1819, Art. III. in Betracht.

B. Zwischen Preußen und dem Großherzogthume Sachsen-

Weimar-Gifenach.

1) Durch die Konvention v. 1. Mai 1826 (Anh. zur G. S. S. 1. ff.) über die Gegenstände der vorhin erwähnten Haupt-Konvention zwischen Preußen und Sachsen v. 28. Aug. 1819 sind in Betreff der von Preußen an Sachsen-Weimar-Eisenach abgetretenen vormaligen Königl. Sächstschen Gebietstheile die in der Haupt-Konvention festgesetzten Grundsätze im Allsgemeinen für anwendbar erklärt worden, insbesondere sinden die Bestimsmungen des Art. II. derselben volle Anwendung.

2) In Bezug darauf ist zwischen beiden Staaten eine, im Beseutlichen mit der zu A. 2. gedachten übereinstimmende Uebereinkunft v. 6. Dec. 1834 getroffen worden, (Acta: Regulirungen, Gon. No. 47. Vol. 1.) c) Nach dem Abkommen zur Beförderung der Rechtspflege zwischen den Königl. Preuß. Staaten und dem Großherzogthume Sachsen-Weimars-Eisenach v. §. Juni 1824 (G. S. 1824, S. 149) Art. 22. 23. ff. werden dingliche Rechte nach den Gesetzen des Orts der belegenen Sache beurtheilt und geordnet; alle Realklagen mussen, dasern sie eine unbewegliche Sache betreffen, vor dem Gericht, in dessen Bezirk sich die Sache besindet, erhoben werden.

Nach diesen (zu A. und B. mitgetheilten) Grundsätzen ist die Kompetenz der dies- und jenseitigen Behörden in den Auseinandersetzungen, wobei einerseits Preußische und andererseits Königl. Sächsische oder Sach-

fen-Beimar-Gifenachiche Unterthanen betheiligt find, zu beurtheilen.

Aus denselben ist das Verfahren der beiderseitigen Behörden bei der vertragsmäßigen gemeinschaftlichen Leitung der Auseinandersetzungen abzustiten. Solches ist in dem unten zu C. gedachten Uebereinkommen zwischen der Preuß. und Sächsisch-Altenburgischen Regierung durch nähere Vorsschriften geregelt, welche bei gleichen Grundlagen analogische Anwendung sinden.

(Bergl. R. bes Min bes J. v, 29. Mai 1827 und 24. Jan. 1829 an bie Gen. Kom. zu Stendal, in den vorgedachten Aften, Publik. der Gen. Kom. zu Stendal v. 6. Juni 1834, im Erfurter Amtebl. S. 24., Danz Agr. Ges. III. S. 344., R. des Min. des J. v. 17. Oft. 1838 an die Gen. Kom. zu Stendal, in den Akten: Regulirungen. Gen. Nr. 45.)

- C. Zwischen Preußen und dem Herzogthume Sachfen-Alten-
- 1) In dem Uebereinkommen der Preuß. und Sachsen-Altenburgischen Regierung v. 30. Jan. 1840 (vergl. die Bekanntmachung des Min. des J. u. d. P. und der ausw. Ang. v. 29. Febr. 1840 und R. des ersteren an die Reg. zu Erfurt und Merseburg v. 25. März 1840 im Min. Bl. d. i. V. 1840, S. 117) sind hinsichtlich der Kompetenz der Behörden solgende Bestimmungen ertheilt:
- Art. 1. Wenn fünftighin an der Grenze zwischen Altenburg und der Preuß. Provinz Sachsen die Ablösung von Frohndiensten, Reallasten oder Servituten, welche auf Grundstüden des einen Gebiets zu Gunsten von Gütern oder Grundstüden des andern Gebiets haften, beantragt wird, so soll dieselbe in der Regel durch Kommissarien beider Staaten gemeinschaftlich regulirt werden.

Art. 2. Ablosungen bieser Art werben auch auf einseitigen Antrag ber Bes

rechtigten oder Berpflichteten eingeleitet werben.

Ablösungsanträge sind bei der General-Rommission des Staats, welchem der Antragkeller angehört, anzubringen, jedoch ift von dieser, wenn der Antragsteller der Berechtigte ist, die Entschließung auf die Provosation zunächst der Gen. Roms mission des Landes zu überlassen, in welchem der Berpflichtete sich besindet. Auch bleibt es dem Ermessen der Gen. Rommission des Staats, welchem der berechtigte Theil angehört, vordehalten, ob sie Rommissarien bestellen oder bei gestingsügigen Auseinandersesungen von deren Beiordnung absehen will.

Art. 3. Alle Berhandlungen unter ben unmittelbar Beiheiligten, welche zum Zwecke haben, die abzulösenden Rechte und Berbindlichkeiten, deren Umfang, die Entschädigung dafür, die Bedingungen und Modalitäten der Ausführung der Abslösungsgeschäfte im Wege des gegenseitigen Anerkenntnisses oder der gütlichen Eisnigung festzustellen, werden von den Kommissarien beider Staaten gemeinschaftlich

in ben an Ort und Stelle anzusepenben Terminen geleitet.

Art. 4. Das Directorium actorum hat die Kommission dessenigen Staates, welchem die pflichtigen Grundstücke angehören. Dieselbe entwirft auch die Aussandersetzungspläne ober Werthsberechnungen und Rezesse, theilt sie jedoch vor der Borlegung an die Interessenten der Kommission des anderen Staates zur Aeuses rung ihrer etwanigen Bemerkungen mit.

Art. 5. Die Borladung der Intereffenten, die Berichtigung der Legitimation, Die Berbeischaffung der etwa nothigen Autorisationen, Approbationen ober Defrete,

bie Bahrnehmung der Rechte der entfernten Interessenten, (der dritten Personen) als der Lehns oder Fideisommiß Interessenten, Obereigenthümer, Erbverpächter, Nuhnießer, Bächter u. s. w., endlich die Annotationen in den Hypothesen resp. in den Handels und Konsensbüchern, besorgt und vermittelt sede Spezialkommission hinsichtlich der ihrem Staate angehörigen Grundstücke und nach dessen sessen.

- Art. 6. Alle bei den Ablösungen unter den unmittelbaren Theilnehmern vorstommende gütlich nicht zu beseitigenden Streitigkeiten, sie mögen die angeblichen Rechte, Berbindlichkeiten und deren Umfang oder die Zulässigfeit der Provokation und Ablösung, oder die Ablösungsmittel, oder den Betrag der Entschäbigung, oder den Realisationstermin oder andere Gegenstände betreffen, werden ausschließlich von den Behörden desjenigen Staates, in welchem die pflichtigen Grundstücke liegen und nach dessen Gesehen instruirt und entschieden, wobei die Spezialkommission des anderen Staates nur dann mitzuwirken hat, wenn die instruirende Behörde wegen nöthiger Lokalbesichtigungen oder aus anderen Gründen sie dazu auffordert.
- Art. 7. Alle Rezesse über die unter Art. 1. bezeichneten Ablösungen, auch wenn diese ohne Mitwirkung eines Kommissarit zu Stande gekommen, sind von ber Sen. Kommission beiber Staaten zu bestätigen.
- Art. 8. Werben bei ben Ablösungen Kapitalzahlungen stipulirt, so haben die Ablösungs-Behörden desjenigen Staats, welchem die Grundstücke der Empfansger angehören, nach Maaßgabe der Gesetze dieses Staates, die zur Jahlung Verspsichteten des anderen Staates darüber zu belehren, was sie bei Leistung der Jahlung zu beobachten haben, wenn sie durch die Jahlung, sie geschehe an die Empfansger oder ad depositum, von ihrer Verbindlichkeit völlig befreit werden und nicht den Realgläubigern oder sonstigen Vetheiligten verantwortlich bleiben wollen. Wird die Deposition von Ablösungs-Kapitalien erforderlich, so erfolgt dieselbe bei berjes nigen Behörde, welche die Gen. Kommissien des oder der Empfangsberechtigten dem oder den Zahlungspslichtigen bekannt machen wird.
- Art. 9. Die Kosten liquidirt jede Spezialkommission nach den in ihrem Staate gegebenen Regulativen bei ihrer vorgesetzten Gen. Kommission. Die sestzgesetzten Kosten der beiderseitigen Rommissarien werden von den Partheien im Mangel einer besonderen Einigung nach den Vorschriften aufgebracht, welche über die Kostenrepartition der Staat der psiichtigen Grundstücke ertheilt hat.
- Art. 10. Die Bestimmungen der Uebereinkunft wegen Beförderung der Rechtspsiege zwischen den K. Preußischen Staaten und dem Herzogthume Sachsensultenburg v. 18. Febr. 1832 (G. S. 1832 S. 105.) sollen, in so weit es die Natur der Sache gestattet, auch auf das Versahren in Ablösungssachen angewendet werden 2c.
- 2) Unterm 27. März 1841 ist ferner zwischen den beiden vorgedachten Regierungen ein Uebereinkommen getroffen worden über die Behandlung der Zinsen und Dienste, welche von den gegenseitigen Unterthanen an ein im andern Territorio gelegenes Hauptgut zu leisten sind, so wie anderer in ähnlichen Gerechtsamen bestehender Pertinenzien. (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 184.)

Dies Uebereinkommen ift ber oben zu B. 2. erwähnten Uebereinkunft in ben Sauptgrundsätzen gleich.

D. Zwischen Preußen und bem Herzogihume Anhalt-Bernburg.

Zwischen der Preuß. und Anhalt-Bernburgischen Regierung ist eine der oben unter C. 1. gedachten gleiche Bereinbarung unterm 26. Jan. 1841 zu Stande gekommen und durch das R. des Min. des J. u. d. P. v. 5. Febr. 1841 zur Achtung und Befolgung bekannt gemacht worden. (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 88.)

Vergl. auch bas Uebereinkommen wegen ber gegenseitigen Gerichtss barkeits-Verhältniffe v. 15. Sept. 1840. (G. S. 1840. S. 250). 258 Von d. Ablds. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

E. Zwischen Preußen und dem Berzogthume Braun-

Ueber die Ablösung von Frohnden und Dienstbarkeitsrechten ist zwisschen der Preuß. und Herzoglich Braunschweigischen Regierung unterm 31. Mai 1841 ein ähnliches Uebereinkommen wie das zu C. 1. gedachte, geschlossen und durch das R. des Min. d. J. u. d. P. v. 18. Juni 1841 veröffentlicht worden. (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 185.)

F. Zwischen Preußen und der Fürstlich Reuß-Plauenschen Regierung jüngerer Linie ist unterm 11. März 1845 ein gleiches Abkom-wen, wie zu C. 1. wegen Ablösung gegenseitiger Frohnden, geschlossen und durch das R. des Min. des J. v. 11. April 1845 bekannt gemacht worden. (Min. Bl. d. i. B. 1845, S. 133.)

Vergl. auch die Uebereinkunft v. 5. Juli 1834 wegen gegenseitiger Beförderung der Rechtspflege (G. S. 1834. S. 124.)

- G. Zwischen Preußen und Außland ist in dem Vertrage in Betreff des Herzogthums Warschau v. 3. Mai 1815 (G. S. 1845, S. 128) bestimmt:
 - Art. 18. "Die Eigenthumer, beren Besitzungen die Grenze durchschneibet, wers ben hinsichtlich dieser Besitzungen nach ben liberalften Grundsaten bes handelt." 2c.
 - Art. 20. "Das Gericht bes Wohnorts entscheibet, zwischen Privatpersonen, auch über bie solcher Ländereien wegen entstehenden Streitigkeiten. Aber das Gericht des Bezirks, worin das streitige Eigenthum liegt, läßt das Erstenntnig vollstrecken.

Diese Berfügung soll zehn Jahre lang bestehen, nach beren Ablauf die beiben hohen Gofe erforderlichen Falls wegen einer anderen Borschrift zu

einigen fich vorbehalten."

In Bezug auf die Auseinandersetzungen des Ressorts der Gen.-Kommissionen und auf die wegen der Kompetenz der Behörden entstandenen Bedenken ist mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Gränzvertrages zwischen Preußen und Rußland v. $\frac{11. \text{Nov.}}{30. \text{Oft.}}$ 1817, (G. S. 1818, S. 9, Art. 2.
bis 10.), eine anderweitige Unterhandlung ertrahirt, deren Resultat bis jetzt aber nicht bekannt geworden.

Die Gen.-Kom. zu Posen hat wegen ber Anwendung des Ed. v. 8. April 1823 auf die herrschaftlichen und Bauer-Güter, die theilweise im Auslande liegen, folgende Grundsätze angenommen:

a) in bem Falle, wenn Gutsherren und Bauern im hiefigen Lande wohnen, und nur einzelne Grundftude jenseits besitzen, die agrarischen Gefete auf die ganze Besitzung auszudehnen;

b) in dem Falle, wenn Gutsherrn und Bauern jenseits wohnen und nur einige Parzellen im Inlande besitzen, sind die Preußischen Gesetze auszu-

ichließen;

c) wenn der Gutsherr auf der Hauptbesitzung jenseits, der auf Auseinanders setzung Anspruch machende Lasbauer aber diesseits wohnt, ift die Regulirung für zulässig zu erachten;

d) wenn der Gutsbesitzer auf der Pauptbesitzung diesseits, der auf Regulirung Anspruch machende Bauer jenseits wohnt, ift die Auseinandersetzung für unstatthaft zu halten.

Municipale fie dattete.

Durch das R. des Min. des J. v. 23. Sept. 1837 ist der Gen.-Kom. zu Posen überlassen worden, nach diesen Grundsätzen weiter zu versahren. (Acta: Regulirungen. Gen. No. 47.)

Bergl. Dönniges kandes-Kult. Gef. Bd. 3. S. 280 - 284.

Bum 5. 4.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 § . 10. u. 11.]

(Pflichten ber Auseinandersetungs-Behörden im All-gemeinen).

Der S. 4. der B. v. 20. Juni 1817 spricht den allgemeinen Grund- fat aus,

daß die Verpflichtung der Auseinandersetungs-Behörden sich keinesweges auf die gesetymäßige und unpartheilsche Regulirung und Ausführung des Geschäftes unter den dabei zuzuziehenden (unmittelbaren) Interessenten beschränken soll, sondern daß ihnen außerdem auch obliegt, von Amiswegen:

A. das Interesse der entfernten Theilnehmer, die nach den Gesehen nicht zugezogen werden (insbesondere der eingetragenen Gläubiger, der Lehn- und Videikommiß-Folger und Anwarter),

B. das Intereffe des Staates hinfichtlich:

1) der landespolizeilichen Gegenstände der Auseinanderfesungen,

2) der Oberaufsicht über bas Bermögen der Korpora-

tionen,

3) der Vertheilung der dffentlichen und Realabgaben an den Staat, an Kirchen und Pfarren, wahrzunehmen. 1)

Die im S. 4. ausgesprochenen allgemeinen Grundfage finden ihre

mabere Ausführung in fpateren Sf. ber Berordn., und gwar:

A. der Grundsat bezüglich der Verpflichtung der Auseinandersehungs-Behörden zur Wahrnehmung des Interesses der entfernten Theile mehmer (§. 4. ad 1.) in dem §. 16. a. a. D. und in den in diesem in Bezug genommenen §§. 45—53., sowie im §. 90. a. a. D.,

B. der Grundsat bezüglich der Verpflichtung der Auseinandersetzungs-

und zwar:

1) hinsichtlich der landespolizeilichen Gegenstände der Auseinandersehung, in dem J. 15. a. a. D. und in dem in diesem in Bezug genommenen J. 48. (ad 1., 2. und 3.) a. a. D,

2) hinsichtlich der Oberaufsicht über das Vermögen ber Korporationen (Wahrnehmung der Rechte moralischer Personen) in den

55. 17. und 18. a. a. D. und im 5. 44. a. a. D.,

3) hinsichtlich der Vertheilung der öffentlichen und Real-Abgaben an den Staat, an Kirchen, Pfarren zc. in dem S. 15. a. a. D. und in dem in diesem in Bezug genommenen S. 43. (ad 4.) a. a. D.

Was nun:

A. die Wahrnehmung des Interesses der entfernten Theilnehmer anbelangt, so sind die darauf bezüglichen Vorschriften der A. v. 20. Juni 1817 zunächst durch die Bestimmungen der SS. 8. und 11—15. des Aussschr. Ges. v. 7. Juni 1821, der SS. 10—12. u. 147—164. der Gem.

¹⁾ Es ift hier wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Borschriften ber B. v. 20. Juni 1817 und des Ausführ. Ges. v. 7. Inni 1821 nach S. 1. der B. v. 30. Juni 1834 jest bei allen zum Ressort der Auseinandersetzungs-Behörben gestellten geschäften zur Anwendung kommen.

Th. O. und der §§. 38—41. der Ablös. O. v. 7. Juni 1821, serner durch einzelne Bestimmungen der späteren für einzelne Landestheile erlassenen Ablösungs- und Regulirungs-Gesetze, demnächst aber durch die Bestimmungen der §§. 10., 23 — 27., und 58 — 61. der V. v. 30. Juni 1834, ganz besonders aber durch das G. v. 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung der Rechte dritter Personen, endlich durch die §§. 110—112. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 (vergl. Art. 15. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. O.) mehrsach abgeändert, ergänzt und erweitert worden.

Diese Vorschriften, welche in genauer Verbindung mit einander stehen und sich gegenseitig in Bezug nehmen, konnen nur im Zusammenhange zur klaren Anschauung gelangen, weshalb in Betreff dieser Materie auf die Darstellung derselben unten im Unterabschn. V. dieses Abschnitts ver-

wiesen wird.

B. Die Grundsätze bezüglich der Wahrnehmung der Rechte des Staates (vergl. S. 4. ad 2. der B. v. 20. Juni 1817) betreffend, vergl. die Erläut. zu den SS. 15., 17 — 18. und 43., 44. und 50. der B. v. 20. Juni 1817.

3u §§. 5—18.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 §S. 7., 8. u. 11.]

(Nähere Bestimmung des Ressorts der Auseinandersetzungs-Behörden.) 1)

Bu \$\$. 5-8.

Der S. 7. der B. v. 30. Juni 1834 ertendirt die Vorschriften der SS. 5-8. der B. v. 20. Juni 1817 ausdrücklich auf alle Angelegenheiten, welche bei den Auseinandersetzungsbehörden anhängig sind.

Zum §. 5.

Prozesse der Gutsherrschaften gegen die bäuerlichen Besitzer auf Räusmung der Höse und Ermission wegen der für mehrere Termine rückständigen Pacht oder Dienste, wegen schlechter Wirthschaftsführung, wegen erfolgter oder angeblich zulässiger Kündigung gehören, sobald auf gutsherrslichsbäuerliche Regulirung angetragen worden ist oder wird, zur Fortsetzung und Entscheidung vor die Auseinandersetzungsbehörde.

Dies hat das Justizmin. in den R. v. 2. Marz 1818 2) (v. K. Jahrb. Bb. 11. S. 9.) und v. 18. Febr. 1852 3) (3. M. Bl. 1852. S. 66.) aners

fannt. 4)

3nm §. 7.

Vergl. die Erläut. zum S. 43. Nr. 4. der B. v. 20. Juli 1817 (s. unten).

¹⁾ Es ist hier wiederholt darauf hinzuweisen, daß diese, früher lediglich auf die Regulirungen der gutsherrl. bäuerlichen Verhältnisse, und die damit in Verbins dung stehenden Gemeinheitstheilungen sich beziehenden Vorschriften, jest auf alle Angelegenheiten des Ressorts der Auseinandersetzungs Behörden Anwendung sinden. (Vergl. §§. 5. u. 6. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 u. §§. 1. u. 7. der V. v. 30. Juni 1834.)

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 470. 3) Ebenbas. S. 470-471.

⁴⁾ Desgl. in dem Schreiben p. 20. Sept, 1817 an das Min, Des J. (f. in

3um §. 8.

Vergl. unten Unter-Abschn. V. (von den Wirkungen der Auseinandersetzungen hinsichtlich der Rechte britter Personen) im Kap. II. Tit. 5.

3um \$. 9.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 §. 9.]

(Ressortverhaltnisse in Betreff der bereits anhängigen Streitigkeiten.)

Der S. 9. der B. v. 20. Juni 1817 handelte von der Ueberweifung der bei den ordentlichen Gerichten anhängigen Streitigkeiten an die Auseinanderseinandersehungsbehörden in den zu ihrem Ressort gelegten Auseinanderssehungen, erhielt bereits rechtskräftig ergangene Entscheidungen auserecht und bestimmte in noch schwebenden Streitigkeiten den anderweitisgen Instanzenzug, und zwar in noch schwebenden Streitigkeiten über Theilsnehmungsrechte nie Art und Weise der Absindung für Theilnehmungsrechte mit Beseitigung der schon abgesaßten Erkenntnisse.

Der S. 23. ber B. v. 20. Juni 1817 handelte dagegen von Ref-

fortstreitigkeiten und von dem darauf bezüglichen Berfahren.

Nachdem durch die K. D. v. 30. Juni 1828'1) (G. S. 1828. S. 86.) Vorschriften über das Versahren bei Kompetenzkonstiften zwischen den Gezichten und Verwaltungsbehörden ertheilt worden waren, bestimmte die B. v. 30. Juni 1834 im S. 9. (zu SS. 9. u. 23. der V. v. 20. Juni 1817), daß die Vorschriften der K. D. v. 30. Juni 1828 auch auf Ressort=zweisel in Betreff der vor die ordentlichen Gerichte oder die Auseinander=fetungsbehörden gehörigen Angelegenheiten Anwendung sinden sollten. Zuzgleich ertheilte der S. 9. der B. v. 30. Juni 1834 vollständigere Bestimmungen über die Rechtsbeständigkeit oder Beseitigung der Bereits ergangenen Entscheidungen, sowie über das weitere Berssahren vor den Auseinandersetzungsbehörden.

Bergl. bas Rähere in den Erläut. zum S. 23. ber B. v. 20. Juni

1817 und zum S. 9. der B. v. 30. Juni 1834 (f. unten).

3n §§. 10-14.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 §S. 7. u. 8.]

1) Die Vorschriften der §§. 10—14. der V. v. 20. Juni 1817 haben, wie der §. 7. der V. v. 30. Juni 1834 ausdrücklich bemerkt, durch die Erweiterung des Ressorts der Auseinandersetzungsbehörden — (wie solche durch die §§. 5. u. 6. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 und durch die §§. 1. u. 7. der V. v. 30. Juni 1834 angeordnet worden ist) — ihre Erledigung gefunden. 2)

2) Insbesondere die Bestimmung bes S. 14. der B. v. 20. Juni 1817

2) Die Aufhebung bes §. 11. ber B. v. 20. Juni 1817 ift auch im §. 6.

bes Ausf. Ges. v. 7. Juni 1821 ausbrudlich ausgesprochen worben.

Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 249. und in Donniges Landes-Rult. Ges. 3b. 3. S. 301.)

¹⁾ An beren Stelle ist bemnachst bas G. v. 8. April 1847 (G. S. 1847 S. 170.) getreten. — Bergl. die Erlaut. zum S. 23. ber B. v. 20. Juni 1817 und zum S. 9. ber B. v. 30. Juni 1834.

262 Bon d. Ables. ber Reallasten, den Regultrungen u. Gem. Theilungen.

bezüglich der Grenzregulirungen beireffend, vergl. S. 7. Alin. 3. der B. v. 30. Juni 1834.

Bergl. die Erläut. zum S. 3. Nr. 2. der B. v. 20. Juni 1817 und zum Alin. 3. der B. v. 30. Juni 1834 (s. oben S. 247).

Bum &. 15.

1) Bergl. die Erläut. zum S. 4. und zum S. 43. der B. v. 20. Juni 1817.

2) Bergl. die SS. 11. u. 12. der B. v. 22. Nov. 1844 bezüglich der betreffenden Besugniffe und Verpflichtungen des Revisions-Kolleg. für L. A. S.

Zum 5. 16.

Bergl. die Erläut. zum S. 4. der B. v. 20. Juni 1817 und im Unter-Abschn. V. dieses Abschnitts (s. unten).

3n §§. 17. u. 18.

Bergl. die Erlaut. zum S. 4. u. zum S. 44. der B. v. 20. Juni 1817.

3n §§. 20 -- 22.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 § . 12. u. 13.]

(Dauer bes außerorbentlichen Berichtsftanbes.)

l. Die Gesetze über ben Geschäftsbeirieb vor ben Auseinandersetzungs-Behörden seten zwar an verschiedenen Orten verschiedene Termine für die Dauer der Wirksamkeit (Kompetenz) der Auseinandersetzungs-Behörden sest, allein das Grundprinzip, welches dieselben entwickeln, geht dahin, daß die von den Auseinandersetzungs-Behörden eingeleiteten Auseinanderssetzungen unter ihrer Leitung bis zur vollständigen Berichtigung verbleiben sollen, dergestalt, daß die Interessenten durch sie rückschlich aller durch die Auseinandersetzung veränderten oder sonst damit in Berbindung stehenden Berhältnisse zu einem völlig geordneten Zustande zurückgeführt werden müssen. (Bergl. S. 3. Rr. 3. n. S. 20. der B. v. 20. Juni 1817 und S. 7. Alin. 1. n. S. 57. der B. v. 30. Juni 1834.)

Deshalb endiget die Wirksamkeit (Kompetenz) der Auseinandersehungs-Behörden nicht mit der Bestätigung des Rezesses oder mit dem Eintritte des Realisations- (Aussührungs-) Termins der Hauptsache, sondern erst mit der Aufnahme und Aussertigung des Aussührungsprotosolls über alle zur Sache gehörige, gesehlich oder in dem Rezesse, in den Nachträgen und in den Aussührungsprotosollen selbst zur Regulirung vorbehaltene Gegenstände und Nebenpunkte, dergestalt, daß die Hauptsache bereits beendigt sein kann, und wegen der damit abgemachten Punkte keine weitere Rognition Seitens der Auseinandersehungs-Behörden stattsudet, daß aber die zur nachträglichen Regulirung gehörigen Punkte in dem Betriebe derselben verbleiben und, ebenso wie die Hauptsache, von ihnen zu Ende geführt werden müssen. (Bergl. §§. 20., 22. n. 201. der B. v. 20. Juni 1817 und §§. 12., 13. und 56. der B. v. 30. Juni 1834.)

Vergl. die nähere Aussührung in dieser Beziehung in dem C. R. des Min. des J. v. 1. Aug. 1837. 1) (v. K. Ann. Bd. 21. S. 658 ff.)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 473. ff.

II. Mit Berücksichtigung dieser allgemeinen Grundsähe ist im Einzelnen zu den §§. 20—22. der W. v. 20. Juni 1817 und deren Modisstation und Erläut. durch die §§. 12. und 13. der W. v. 30. Juni 1834 noch Folgendes zu bemerken:

1) Bum S. 20. ber B. v. 20. Juni 1817 und zum S. 12. ber

V. v. 30. Juni 1834.

a) Der J. 20. der B. v. 20. Juni 1817 bestimmt, daß das Reffort der ordentlichen Gerichte und Verwaltungs Behörden wieder eintreten solle, sodald die Auseinandersetzungs Rezesse und die Nachträge wegen der im Saupt-Auseinandersetzungsplane zu besonderer Regulirung vors behaltenen Gegenstände von der Auseinandersetzungs-Behörde bestätiget und jedem Theile die ihm hiernach zukommenden Absindungen überwiesen sind.

Diese Bestimmung erklart indeß der g. 12. der B. v. 30. Juni 1834 dahin,

das die Kompetenz der Auseinandersetungs-Behörden nach bestätigtem Rezeste sich nicht allein auf die in den SS. 196—200. der B. v. 20. Juni 1817 genannten, zur Aussührung gerechneten und zur nachträglichen Berichtigung verwiesenen Gesgenstände, sondern auch auf alle in den Auseinandersetungs-Rezessen. der Aussührung der Ausseinandersetung der Ausseinandersetung der Ausseinandersetung einandersetung aufgenommenen Protosollen zur besonderen Berichtigung vorbehaltenen Gegenstände erstrecke. Jedoch sinde eine nachträgliche Regulirung anderer, — als dieser zur Berichtigung vorbehaltenen, — Gesgenstände durch die Auseinandersetungs-Behörde nach Bestätigung des Restselsen nicht weiter statt.

b) Die Frage: ob in den Fällen, wo ein bestätigter Rezes mit der Rullitätsklage (aus Tit. 16. Th. I. der A. G. D.) angegriffen wird, die Auseinandersetzungs=Behörden oder die ordentlichen Gezichte zur Verhandlung und Entscheidung hierüber kompetent seien? ist kontrovers.

a) Die Min. des I. u. der I. haben sich in dem R. v. 26. Ott. 1838 1) (Roch's Agrarges., 4. Aust., S. 328), auf Grund des S. 3. A. G. D. I. 16., für die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden

entschieden.

Dagegen führt bas R. bes Min. des J. v. 21. Nov. 1842 2) (a. a. D. S. 253) aus, daß der S. 20. der B. v. 20. Juni 1817 gegen diese Ansicht spreche, und behält dem Min. nur das Recht vor, aus-nahmsweise aus Zweckmäßigkeitsgründen dergl. Klagen vor die Auseinandersetzungs-Behörden zu verweisen.

8) Der Gerichtshof zur Entscheidung ber Kompetenz-Konflifte hat (in dem Ert. v. 22. Nov. 1851) ausgeführt, daß in den gedachten Fällen nur die ordentlichen Gerichtsbehörden kompetent

seien.

Bunachst wird bemerkt, daß der S. 62. der B. v. 30. Juni 1834 die Frage nicht entscheibe, indem derselbe nur bestimme, daß der Hypotheken= Richter nicht befugt sein solle, die Rechtsbeständigkeit ber Rezesse zu prüfen. Sobann wird ausgeführt:

Der §. 205. ber B. v. 20. Juni 1817 und ber §. 12. ber B. v. 30. Juni 1834 beschränken die Kompetenz ber Auseinandersetzungs-Behörden nach erfolgster Bestätigung des Rezesses auf bessen Aussührung und auf gewisse, spezziell bestimmte Fälle, und der §. 20. der B. v. 20. Juni 1817 bestimmt, daß mit Ausnahme jener Fälle, zu benen die Frage, ob der Rezes selbst in rechtsgültiger

¹⁾ Bergl in Bb. I. S. 471-472. 2) Chenbas. S. 472-473.

Beise zu Stande gekommen sei, nicht gehört, "bas Reffort ber orbentlichen Ges richte und Verwaltungs: Behörden wieder eintrete, sobald die Auseinandersetzungs: Rezesse und die Nachtrage bestätigt und jedem Theile die ihm hiernach zukommenben Absindungen überwiesen seien." Insbesondere verweist ber §. 205. a. a. D. Die Antrage auf Wollstreckung bes Rezesses, wenn barauf nicht binnen Jahresfrist nach eingetretenem Realisations = Termine angetragen worben, an die ordentl. Ges richte. Geben bergl. Antrage bei ben orbentlichen Gerichten ein, so haben biese nach S. 169. a. a. D. basjenige, was in SS. 3. u. 4. A. G. D. I. 24. angeordnet ift, (Bergl. bas R. v. 5. Juni 1839, Just. Din. Bl. gur Richtschnur zu nehmen. 1839. S. 222.) Aus einem Jubifate ober einem gerichtlich geschloffenen Bergleiche fann aber nach §g. 3. und 4. a. a. D. nach Jahresfrift nicht mehr Exefution verfügt, sondern es muß baraus besonders geklagt werden. - Die Antrage auf Bolls ftredung bes Auseinandersetungs : Rezesses konnen mithin nur im Wege ber Rlage angebracht werben. Ist aber in Bezug auf eine solche Klage bie Kompetenz bes orbentl. Gerichts nach S. 205. a. a. D. begrundet, so schließt bies auch bie Bes rechtigung und Berpflichtung bes Gerichts in fich, über bie Ginwenbungen zu ers kennen, mittelft beren von bem Gegentheil bas Rlagefundament bestritten und bie Rechtsgültigkeit der zu Grunde gelegten Urfunde angefochten wird, es sei benn, daß das Gesetz die Entscheidung darüber ausbrücklich an eine andere Instanz verweise. Da eine solche Aufnahme Bestimmung hier nicht vorliegt, so ift bas orbentl. Gericht für kompetent zu erachten, über bergl. Einwendungen zu entscheiben. Auch wird burch bie richterliche Entscheidung über die Rechtsverbindlichkeit bes Auseinandersetzunge = Rezesses in die Auseinandersetzung felbst, in die Regulirung der gegenseitigen Verhaltniffe unter ben Intereffenten, nicht eingegriffen. bestätigte Rezes für ungültig erklart, so wird baburch nur festgestellt, daß die Urs kunde, welche das Gesammt : Resultat der Berhandlungen über die Auseinanders setzungen zusammenfaßt, nicht in rechtsgültiger Form und Weise zu Stande gekoms men, die Auseinandersetzung also noch nicht rechtsgültig zu Ende gebracht, mithin anderweit jum Abschluffe zu bringen sei. In letterer Beziehung tritt bann bie Rompetenz ber Auseinandersetzungs:Behörde in vollem Umfange ein. Die Erkennts niffe und Entscheidungen, auf welche ber für ungultig erklarte Rezes fich grundet, werden burch das richterliche Urtheil nicht berührt, und die Wirksamkeir der Auseinandersetzunge = Behörde bei der Regulirung der Sache selbst nicht beeinträchtigt. Die Auseinandersetzungs : Behörde fann bei ber Aufstellung und Bestätigung bes neuen Rezesses materiell vielleicht gang baffelbe reguliren, was der frühere Rezes enthalt; es kommt nur barauf an, bag bies in rechtsgultiger Form und Beise geschehe.

Aber auch aus ben allgemeinen Vorschriften über bas Forum für Rullistätsklagen gegen rechtskräftige Urtheile läßt sich die Kompetenz ber ordentlichen Gestichtsbehörden nicht herleiten. Nach S. 3. A. G. D. I. 16. ift die Rullitätsklage gegen ein rechtskräftiges Urtheil bei demjenigen Gerichte anzubringen, vor welches

die Instruktion der Hauptsache im Vorprozesse gehört hat.

Der §. 169. ber B. v. 20. Juni 1817, auf welchen Bezug genommen wirb, bestimmt feinesweges, daß der bestätigte Rezes in allen Beziehungen als ein rechts: fraftiges Erkenntniß gelten folle, sondern es wird bemselben nur die Wirkung einer gerichtlich bestätigten Urfunde und bie exekutorische Rraft beigelegt. Hieraus folgt indeß nicht, daß der Prozeß durchweg mit dem Judifate oder der gerichtlich bestäs tigten Urkunde auf gleicher Linie stehe. Die Wirkung, daß fofort, wie aus einem rechtsfraftigen Urtel, die Erekution nachgesucht und verfügt werden kann, kommt nach S. 13. Tit. 11. und S. 4. Tit. 24. A. G. D. Th. I. auch einem gerichtlich geschloffenen Bergleiche zu, welcher mithin in biefer Beziehung auch bem rechtsfraftigen Erkenntniffe gleichgestellt wird. So wenig fich aber behaupten läßt, daß bieses Umstandes wegen in Folge bes S. 3. a. a. D. das Gericht, bei welchem auf Grund eines bei einem anderen Gerichte geschloffenen Bergleiche Rlage erheben wirb, mit ber Erörterung und Entscheidung ber gegen beffen Rechtsgultigkeit erhos benen Einwendungen fich nicht befaffen burfe, sondern folche an basjenige Gericht verweisen muffe, vor welchem ber Vergleich geschloffen worden, eben so wenig folgt baraus, bag ber von ber Auseinandersegungs : Behorde bestätigte Rezes hinsichtlich ber Exefutionsvollstrecknug gleiche Wirfung wie ein richterliches Urtheil hat, baß beffen Anfechtung nicht anders als bei ber Auseinandersetzungs : Behörde ftatthaft Der S. 3. enthalt eine singulare Borschrift in Bezug auf Die rechtstraftigen

richterlichen Urtheile, welche ohne ausbruckliche gesetliche Bestimmung eine ausbehs nende Anwendung nicht gestattet. Die in dem R. v. 26. Okt. 1833 aufgestellte Ansicht kann nicht prajudizirlich sein. Wenn endlich die Anwendbarkeit des S. 3. a. a. D. daraus hergeleitet wird, daß die Konstrmation, mittelst deren der Rezess nachtrag "unter Ergänzung der ohne zureichenden Grund verweigerten Unterschrift" bestätigt worden, den Charakter einer kem richtlichen Erkenntnisse gleichstehenden Desinitiv: Entscheidung habe, gegen welche ein Rechtsmittel nicht eingewendet sei, so ist zu demerken, daß die Konstrmation den Charakter einer solchen Desinitiv Entsschwigen über die Frage, ob die verweigerte Unterschrift richterlich zu ergänzen sei, nicht an sich trägt. Die Konstrmation hat nach S. 168. nicht den Zweck, stretztige Punkte zu entscheiden, sondern soll erst nach deren Erledigung erfolgen, und bloß konstatiren, daß sich bei dem Rezesse nichts zu erinnern sinde, oder die gemachten Erinnerungen erledigt seien. (Just. Min. Bl. 1852. S. 98—103.)

2) Bum S. 21. ber B. v. 20. Juni 1817.

a) Der S. 21. verordnet eine Ausnahme von der Regel des S. 20. hinsichtlich der im S. 171. a. a. D. gedachten Gegenstände 1), nämlich dahin, daß, wenn darüber im Auseinandersetzungs=Rezesse nichts bestimmt worden, innerhalb Jahresfrist nach der Ausführung noch eine Nach= verhandlung (vor der Auseinandersetzungs=Behörde) mit eben der Wirkung zulässig sein soll, als ob sich die Sache noch in derselben Lage befände, worin sie zur Zeit der Auseinandersetzung war.

Die in Bezug genommene Vorschrift des S. 171. bezieht sich auf den S. 170. und bildet eine Ausnahme von der Regel desselben, daß durch die Vollziehung des Rezesses das Auseinandersetzungs-Versahren dergestalt absgeschlossen werde, daß die zur Sache gezogenen Interessenten nicht nur mit keinen Einwendungen, sondern auch mit keinen Nachforderungen auf Rechte, welche ihnen hinsichtlich der Regulirung zuständig gewesen waren, und

babei übergangen find, weiter gehört werden konnen.

Hieraus folgt, daß nicht die Dauer der Nachverhandlung besichränkt, sondern nur bestimmt ist, daß solche innerhalb Jahresfrist nach der Ausführung bei der Auseinandersetzungs-Behörde anhängig gemacht werden muß, wie dies auch der Schluß des S. 13. der B. v. 30. Juni 1834

ergiebt.

b) Es ist zweifelhaft gefunden worden, ob die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörde zur nachträglichen Regulirung ber in bem §. 21. ber B. v. 20. Juni 1817 in Bezug genommenen Gegenstände aufhore, wenn lettere bei ber Auseinanderfetzung übergangen find und von ben Intereffenten nicht innerhalb Jahresfrist nach ber Ausführung zur Sprache gebracht worten. Der S. 12. der B. v. 30. Juni 1834 bezieht sich namlich laut des Marginals nicht auf den S. 21. der B. v. 20. Juni 1817, umfaßt aber burch Bezugnahme auf ten §. 200. auch die im §. 171. berfelben ermahnten Gegenstande und verweiset sie zur Ausführung und nachträglichen Regulirung. Die hierin, wie im S. 21. berfelben, naber beftimmte Frift ift aber nirgend aufgehoben. Die Auseinandersetzungsbehörden sind jedoch nach S. 3. ter B. v. 20. Juni 1817, in Berbindung mit §§. 7. u. 57. der B. v. 30. Juni 1834, berechtigt und verpflichtet, alles zur Sache Gehörige definitiv zu erledigen. Sie haben es keineswegs dabei bewenden zu laffen, daß die Intereffenten folches zur Sprache bringen, fondern barauf zu halten, bag bie zu foldem Behuf erforderlichen Ertla-

¹⁾ Nämlich wegen a) der nach ber Auseinandersetzung von den Nachbarn einsander zu verstattenden Wege und Triften, b) der Ent: und Bewässerungsgraben, c) der Benutzung der Gewässer zu Biehtranten, d) der Lehm, Sand: und Mersgelgruben, e) der Einhegungen, f) der Vergütung des Düngungszustandes, g) des Kostenpunktes.

rungen und Anträge gemacht werben. Nach S. 200. der B. v. 20. Juni 1817 muß die Auseinandersetzungsbehörde die etwa bei der Hauptregulirung außer Acht gelassenen Nebenpunkte bei der Aussührung reguliren. Hieraus folgt, daß die Behörde den Vorbehalt solcher Nebenpunkte zu veranlassen hat, wodurch ihre Kompetenz zur nachträglichen Regulirung ohne Beschränstung auf eine Frist, zusolge S. 12. der V. v. 30. Juni 1834, aufrecht ershalten wird. Ist dies nicht geschehen, so hört die Kompetenz der Behörde zur nachträglichen Regulirung der gedachten Gegenstände nach der Bestimsmung des S. 21. der V. v. 20. Juni 1817 auf.

Mit Rücksicht hierauf hat das R. der Min. der J. u. des J. u. d. P. v. 20. März 1840 1) (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 115 u. Just. Min. Bl. 1840, S. 134) ausgesprochen, daß die Auseinandersehungs-Behörde zur nachträglichen Ersärterung eines Rechtsstreites über die Unterhaltung eines Weges inkom-petent sei, wenn darüber in dem Rezesse nichts enthalten, eine nachträgliche

Regulirung auch nicht vorbehalten worden ift.

3) Zum S. 22. ber B. v. 20. Juni 1817 und zum Alin. 2. bes

S. 12. der B. v. 30. Juni 1834.

a) Der S. 22. der V. v. 20. Juni 1817 handelt von den Ansprüchen nicht zugezogener Interessenten hinsichtlich der Auseinandersetzung, wogegen der zweite Satz des S. 12. der V. v. 30. Juni 1834 von Ansprüchen der zur Auseinandersetzung zugezogenen Interessenten spricht.

In dieser Beziehung ist darauf hinzuweisen, daß ber im ersten Sate tes S. 12. der B. v. 30. Juni 1834 in Bezug genommene S. 198. der B. v. 20. Juni 1817 die Festsehung der neuen Einrichtungskosten und die Berwendung der Absindungen zu solchen, bereits zur nachträglichen Bershandlung vorbehalten hat. Die SS. 5—7. des Ges. v. 29. Juni 1835 aber stellen den Grundbestzern und Realberechtigten verschiedene Fristen, um ihre Ansprüche dieserhalb geltend zu machen, letzteren, auch wenn ste bei der Auseinandersehung nicht zugezogen worden sind. Die Ansprüche müssen bei der Auseinandersehungs-Behörde angebracht werden, welche in dieser Beziehung wieder in Wirtsamkeit tritt, wenn auch die Hauptsache bereits beendiget ist.

b) Das R. des Min. des J. v. 16. Sept. 1942 2) (Miu. Bl. d. i. B. 1842, S. 335—338) erläutert den S. 22. der B. v. 20. Juli 1817 dahin,

baß die Auseinandersetungsbehörden auf Grund beffelben nur solche neuen Ansprüche auch nach Konfirmation des Rezesses zu versolgen und zu erles digen haben, welche entweder sammtliche oder doch eine Wehrzahl der beim Gesschäfte betheiligt Gewesenen angehen, gleichzeitig aber eine wesentliche Verändes rung der Unterlagen und Resultate der Auseinandersetung als solch er bedingen, die Sache mithin in die Lage bringen, wo eine neue Regulirung der Verhältnisse im Ganzen nothwendig wird. Dagegen seien den gewöhnlichen Gerichten alle Klagen zu überweisen, durch welche eine bestimmte Absindung vom jetigen Besiter aus besonderen Rechtsgrunden vindicitt werden soll.

Donniges bemerkt in Bezug auf bies R .:

daffelbe schließe Nachforderungen nicht zugezogener Intereffenten keinesweges aus, sondern bezwecke nur, hinfictlich solcher, der Rompetenz der Auseinanders sezungsbehörden gewisse, im §. 22. der B. v. 20. Juni 1817 weit ausgedehnte Gränzen zu seten. Dies sei jedoch ungerechtsertigt, da weder nach §. 22. a. a. D. noch nach §. 27. der B. v. 30. Juni 1834 die Kompetenz der Auseinandersehungss behörden zur Erörterung und Erledigung nachgebrachter Ansprüche nicht zugezoges ner Interessenten davon abhängig sei, daß solche eine Mehrzahl bei der Auseinans

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 472.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 476. ff.

bersehung beiheiligt gewesener Interessenten beiressen, beren Grunblagen ober Aessustate wesentlich verandern, sondern alle Ansprüche, welche bei der Auseinanders setzung zu berückstigen gewesen sein würden, selbst wenn sie einzelne Absindungen beirossen, zur Erörterung der gedachten Behörden verwiesen sind. Auch lasse sich bei Andringung neuer Ansprüche deren Umsang und Einwirfung auf die Auseinans derschung nicht immer überstehen, mithin die Rompetenz der Auseinandersehungss behörden darnach nicht deurtheilen; sondern die Prüsung derselben sei nur darauf zu richten, ob der Anspruch nicht zugezogener Interessenten im Jusammenhange mit der bereits beendigten Auseinandersehung stehe und von Einstuß auf dieselbe sei, in welchem Falle derselbe vor der Auseinandersehungsbehörde zu verhandeln sei. (Donniges Land. Rult. Ges. Bb. 3. G. 459.)

Diefen Ansichten ift unbebenklich beigupflichten.

c) Auch nach bewirkter Auseinandersetzung und Rezes-Bestätigung sind die Auseinandersetzungs-Behörden kompetent, die Antheile früher nicht zugezogener Interessenten an einer gemeinschaftlichen Absindung auszusondern und die dabei entstehenden Streitigkeiten zu erörtern und zu entscheiden.

So erkannt von dem Gerichtshofe zur Entscheidung der Komvetenz-Konflikte unterm 11. Juni 1853, auf Grund des S. 22. der B. v. 20. Juni 1817 und des S. 7. der B. v. 30. Juni 1834 (Jupt. Min. Bl. 1853, S. 331—332, u. Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 6. S. 474).

4) Bum S. 13. ber B. v. 30. Juni 1834.

Der S. 13. der B. v. 30. Juni 1834 erweitert mit Rücksicht darauf, daß bei Auseinandersetzungen, welche nicht unter spezieller Aussicht der eigent-lichen Auseinandersetzungs Behörden ermittelt werden, Nebenpunkte, deren Regulirung erforderlich ist, leichter übersehen werden können, die Frist zu deren nachträglichen Erörterung und Feststellung, berechnet indeß diese Frist von dem Zeitpunkte des bestätigten Rezesses, weil die Auseinanderssetzungs-Behörde nur bei diesem auf die Vervollständigung der Auseinandersseung einwirken kann.

5) Ueber die Frist, innerhalb welcher Exekutionsanträge bei der Auseinandersetzungs-Behörde zulässig sind, vergl. das C. R. des Min. des J. n. d. P. v. 5. Juni 1839 (s. zum S. 205. der B. v. 20. Juni 1817).

Bum &. 23.

1

[B. v. 30. Juni 1834. S. 9.]

(Bon Reffort-Streitigfeiten).

1) Die Bestimmungen des S. 23. der B. v. 20. Inni 1817 über das Berfahren bei Ressortzweiseln sind durch die im Alin. 1. des S. 9. der B. v. 30. Inni 1834 enthaltene Hinweisung auf die K. O. v. 30. Inni 1828 wegen des bei Kompetenz-Konslisten zu beobachtenden Berfahrens (G. G. 1828, S. 86) das geändert worden.

2) Die R. D. v. 30. Juni 1828 betrifft indeß nur die eigentlichen Kompetenz-Konflikte zwischen ben Gerichten und den Verwaltungs-Behörden, nämlich diejenigen Fälle, wo von den letteren behauptet wird,

¹⁾ Ueber das Berfahren bei Kompetenz : Konstitten nach Maaßgabe ber K. D. v. 30. Juni 1828 find ergangen:

a) Instrukt. des Staatsmin. v. 1. Juli 1835 für die Behörden in den kandestheisen, wo das A. L. R. und das gemeine Recht gelten (v. A. Jahrb. Bd. 46. S. 106 u. Gräff's Samml. Bd. 8. S. 411).

b) Instrukt. des Staatsmin. v. 30. Marz 1836 für die Behörden in der Rheinsproving, soweit daselbst das Franzos. Becht gilt (v. K. Ann. Sd. 20, S. 5).

Rechtswege gar nicht geeignet, sondern als eine solche anzusehen sei, welche von den Verwaltungs-Behörden zu entscheiden ist. Dagegen spricht der S. 23. der V. v. 20. Juli 1817 nur von Zweiseln über das Ressort der Gerichts und Auseinandersetzungs-Behörden. Der S. 9. (Alin. 1.) der V. v. 30. Juni 1834 hat nun die Vorschriften der K. D. v. 30. Juni 1828 auch auf solche Ressort zum die K. D. v. 30. Juni 1828 nur für den Fall eines Streites zwischen den betr. Oberbehörden, und nur alsdann, wenn diese sich nicht vereinigen, die Bestichtserstattung an die vorgesetzen Ministerien, und wenn auch unter letzteren keine Vereinigung stattsindet, die höhere Entscheldung vorgeschrieben.

Bergl. hierüber tas R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth. v.

24. Mai 1841 1) (Min. Bl. t. i. B. 1841, S. 182, Nr. 277.).

Die Bestimmung des Alin. 1. des S. 9. der B. v. 30. Juni 1834 sindet übrigens auch auf die bei den Revisions-Kollegium, als Auseinandersetzungs- und richterliche Behörden zweiter Instanz (jetzt den Resvisions-Kollegium für L. R. S.) bei Zweiseln, ob deren Kompetenz zur Entscheidung einer in die zweite Instanz gediehene Streitigkeit begründet, oder solche dem gewöhnlichen Gerichte zu überlassen sei, Anwendung.

Bergl. C. R. der Min. des 3. u. der 3. v. 2. Febr. 18372) (v. R. Ann.

21. S. 66).

Das Revisions-Kollegium für L. R. S. bewirkt die Erledigung in folden Fällen durch Vermittelung ber betreff. Auseinandersetzungs-Behörde.

3) Das Verfahren bei Rompetenz = Ronflikten zwischen ten Gerichten und Verwaltungs = Behörden ift bemnächst anderweitig ge =

ordnet burch das G. v. 8. April 1847 3) (G. S. 1847. S. 170).

Durch dies Geset ist ein besonderer Kompetenz-Gerichtshof zur Entscheidung über solche Konflikte *) errichtet, und insbesondere bestimmt worden:

a) daß der Rompeteng : Ronflift in rechtstraftig von den Gerichten entschies

denen Sachen nicht mehr erhoben werden kann;

b) daß zur Erhebung des Konstifts nur die Central: und Provinzial-Verwal= tungs-Behörden befugt sein sollen;

c) bag bie Auseinanderse pungs : Behörben in biefer Beziehung ben-

Berwaltunge-Behörden gleich zu achten;

d) daß der Kompetenz-Gerichtshof auch über solche Streitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungs-Behörden entscheiden soll, bei welchem eine jede dieser beiden Behörden sich in der Sache für inkompetent, und dagegen die andere für kompetent hält.

Hiernach sind mithin gegenwärtig alle (sowohl die eigentlichen, als die negativen) Rompetenz-Konstitte zwischen den Verwaltungs- (beziehungsweise den Auseinandersetzungs-) Behörden einerseits, und den Gerichten andererseits, der Entscheidung des Kompetenz-Gerichts- hoses überwiesen und in Betreff des Versahrens nach denjenigen Vorsschriften zu erledigen, welche hierüber durch das G. v. 8. April 1847 ertheilt worden sind. 5)

4) Bergl. die Erlaut. zum S. 9. (Alin. 1.) der B. v. 30. Juni 1834.

2) Bergl. in Bb. I. S. 632. 3) Bergl. in Bb. I. S. 629 ff.

¹⁾ Bergl. jum §. 9. ber B. v. 30. Juni 1834, in Bb. I. S. 632.

⁴⁾ Bergl. auch Art 96. ber Berfass. Urkunde v. 31. Jan. 1850. 5) Bu bem Gef. v. 8. April 1847 ist folgender Erlaut. zu gebenken:

3n 66. 24-26.

[Bergl. B. v. 22. Nov. 1844. S. 2.]

(Innere Einrichtung der General-Rommiffionen).

I. Nach S. 2. der B. v. 20. Juni 1817 follten die General-Rommisstonen aus einem General-Kommissarius, einem Ober-Kommissarius und einem Justitiarius zusammengesetzt sein. Obgleich

a) 3 um §. 2.

Die Vorschrift, daß in rechtsfräftig entschiedenen Sachen der KompetenzKonstift nicht mehr erhoben werden könne, erstreckt sich in seiner Answendbarkeit auf ältere vor der Verkündung des G. v. 8. April 1847 bereits ergangene und auf neuere Erkenntnisse. Es kommt bei Beurstheilung der Frage, in wiesern ein einzelner, die Julässigkeit des Rechtssweges betr. Fall unter jene Vorschrift zu stellen ist, nur auf die Festsstellung der Thatsache an, zu welcher Zeit, in welcher Lage des Rechtssversahrens die Erhebung des Kompetenzkonslikts kattgesunden hat. Der Zeitpunkt des Eintritts der Rechtskraft des Urtheils entscheidet. Hat das Erkenntnis noch nicht die Rechtskraft erlangt, so ist der Kompetenzskonslikt zulässig; hat das Urtheil die Rechtskraft beschritten, so ist der Kompetenzkonslikt unstatthaft.

So erfannt von dem Kompeteng = Gerichtshofe unterm 12.

Jan. 1848.

(Just. Min. Bl. 1848. S. 158.)

β) Das Anerkenntniß ber gerichtlichen Kompetenz von Seiten ber Regierung fteht ber Erhebung bes Kompetenzkonstifts nicht entgegen.

So erkannt von bem Rompeteng : Gerichtshofe unterm 11.

Marz 1848.

(Just. Min. Bl. 1848. S. 199.)

y) Wenn in einem Prozesse der Kläger durch das Urtel erster Instanz abs gewiesen worden, die Aussertigungen des Erkenntnisses aber noch nicht infinuirt sind, und deshalb eine Berufung dagegen zur Zeit nicht einges legt ist, so ist das Urtel für rechtsträftig nicht zu erachten und mithin die Erhebung des Kompetenzkonslifts auch in diesem Stadium der Sache zulässig.

Angenommen von dem Kompetenz-Gerichtshofe per sent. v.

10. Jan. 1852.

(Just. Min. Bl. 1852. S. 92.)

b) Zu § §. 6. und 13.

a) E. R. v. 15. Nov. 1847. Nach S. 13. ist die Entscheidung bes Kompetenzs Gerichtshoses in formeller Beziehung durch den Ablauf einer dem betheiligten Verwaltungschef vorgeschriebenen präklusischen Frist von acht Wochen bedingt. Diese Frist läuft von dem Tage, an welchem der Verwaltungsbehörde die zulett eingangene Erklärung der Partheien, oder das Benachrichtigungsschreiben des Gerichts, daß keine solche Ersstärungen eingegangen sind, zugestellt worden ist. Daraus folgt, daß nicht nur der Ablauf der Frist, welche der Parthei zur Erklärung über den Kompetenzkonslikt bestimmt worden ist, zu den Akten angezeigt, sons dern auch in beiden Fällen, wenn eine Erklärung eingegangen, und wenn keine eingegangen, der Tag der im S. 6. vorgeschriebenen Mittheis lung der Erklärung an die betr. Verwaltungsbehörde, oder in deren Ersmangelung der vorgeschriebenen Benachrichtigung zu den Akten bescheisniget sein muß, welches die Gerichte zu beachten haben.

(Just. Min. Bl. 1847. S. 344.)

B) Das C. R. v. 24. Febr. 1851 weist die Gerichte zur Beschleunigung ber Kompetenz-Streitigkeiten an und verfügt, mit Bezug auf bas C. R. v. 15. Nov. 1847, daß über Zustellung bes Schreibens, burch welches ber Bermaltungsbehörde bie Erklarung ber Partheien über ben Beschluß

270 Bon b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

nach S. 26. a. a. D. der Ober-Konumiffarius den General-Kommissarius vertreten sollte, so hatte er doch, nach S. 24. a. a. D., bei dessen Anwesen-

wegen Erhebung des Kompetenzkonslifts, ober die Benachrichtigung, daß von der einen, beziehungsweise von beiden Partheien eine Erklarung über jenen Beschluß nicht eingegangen sei, zugefertigt wird, eine Instinuationsbescheinigung zu den Atten zu bringen.

(Just. Min. Bl. 1851. S. 58.)

c) 3um \$. 20.

a) C. R. v. 18. Aug. 1848. Im S. 20. des G. ist keine nähere Bors schrift über bas Verfahren in dergl. Fällen gegeben. Der Kompes

teng-Gerichtshof nimmt indeß an:

aa) daß die Entscheidung bes Gerichtshofes über ben sogenannten negastiven Rompetenzkonstift erft bann eintreten kann, wenn die Erledigung bes obwaltenden Streites durch die höheren Berwaltunges und Gerichtsbehörden nicht zu bewirken ist;

ββ) daß der §. 2. des &. auf die negativen Kompetenzkonflikte nicht an-

wendbar ift.

Daraus folgt von selbst, in welcher Lage der Sache die Einsendung an den Just. Win. zur Einholung der Entscheidung über den Kompestenzsonstilt erfolgen kann, — und es folgt serner, daß es wünschensswerth ist, bei seder zurückweisenden Entscheidung durch Urtheil und Recht, wegen Mangels der Kompetenz, den Anspruch in tenoro sontentino als: nicht zum Rechtswege geeignet zu bezeichnen. Auf diessem Wege wird das Ziel erreicht, daß man Gewisheit darüber erlangt, der Richter habe, — wie der Gerichtshof für Kompetenzkonslifte sich ausdrückt, — in der Sache nicht entscheen, sondern eine solche Entsscheidung vielmehr wegen mangelnder Kompetenz von sich abgelehnt.

In dem Schreiben v. 10. Marz 1848 hat sich ferner auch der Gerrichtshof für Rompetenzsonstifte über die Frage ausgelassen, in wiesern es bei dem sogenamten Kompetenzsonstifte einer Zuziehung der Parztheien bedürse. Es wird angenommen, daß sich darüber wegen der grossen Berschiedenheit der Fälle keine allgemeine Regel ausstellen lasse, die Parthei aber in den meisten Fällen schon vorher werde Gelegenheit ges habt haben, die Gründe für oder gegen die Zulässissische Rechtswesges geltend zu machen. Dies ist allerdings für den zurückgewiesenen Theil, weniger sedoch für den Gegentheil, der möglicherweise von der Sache noch nichts vernommen haben kann, der Fall. Die Umstände werden indes in sedem vorkommenden Falle von selbst darauf hinweisen, welche vorbereitenden Erklärungen für die Entscheidung des Gerichtshosses zur Erledigung des Kompetenzsonstitts noch erforderlich sind.

Unerörtert ist die Frage geblieben, wie die Entscheidung der höheren Berwaltungsbehörde herbeizusühren; der Just. Din., welcher auch bei den eigentlichen Kompetenzkonslisten nach g. 10. des G. v. 8. April 1847 mit dem betheiligten Berwaltungschef zu kommuniziren hat, behält sich vor, dieserhald in jedem einzelnen Falle das Erforderliche zu veranlassen, und beschränkt sich darauf, die Gerichte anzuweisen, wenn, nachdem sich die Verwaltung für inkompetent erstärt hat, eine ahnliche Entscheisdung bie Verwaltung für inkompetent erstärt hat, eine ahnliche Entscheisdung bung Geitens der Erichtsbehörden in den geordneten Instanzen erfolgt ist, oder wenn, nachdem die letztere Entscheidung vorangegangen, die InkompetenzsErstärung der Verwaltung durch wiederholtes Anrusen der Barthei zu ihrer Kenntniß kommt, die Angelegenheit an den Just. Din. zu befördern, da der Gerichtshof für Kompetenzkonsliste nur die ihm durch Vermittelung des Ink. W. zugehenden Sachen annehmen kann.

(Juft. Min. Bl. 1858. G. 272. Min. Bl. b. i. Berm. 1848,

6. 254.)

β) Der S. 2. des G. ist nur auf positive Lompetenzkonskilte zu deuten, und findet auf negative Koncetenzkonskilte (S. 20.) selbst dam keine Anwendung, wenn das Erk., durch welches die richterliche Inkompetenz ausges

heit nur ein berathendes Botum; dem Justitiarius aber stand, nach §. 25. a. a. D., nur alsbann eine entscheidende Stimme zu, wenn es sich um Rechtsfragen handelte. Bei Verschiedenheit der Reinungen zwischen ihm und dem General-Kommissarius über dergleichen Rechtsfragen sollte ein Justitiarius der Regierung oder ein Witglied des Obergerichts zugezogen und die Sache nach ber Stimmenmehrheit dieser drei Beamten entschieden werden.

Das Ansführ. Ges. v. 7. Juni 1821 (S. 4.) führte zwar, mit Rūdssicht auf die dadurch erweiterte Rompetenz der Gen.-Rommissionen und die Bestellung zweier zum Richteramte geeigneten und dazu verpstichteten Beamten bei jeder Gen.-Rom., die kollegialische Berfassung nehst dem entscheidenden Stimmrechte der Mitglieder ein, schloß hiervon aber noch den Oberkommissarius, so weit es auf Rechtsstragen ankam, aus. Streitsragen anderer Art, die im Allgemeinen, nach ihrem Gegenstande und abgesehen von dem Betrage desselben, nicht das Rechtsmittel der Revisson, sondern nur die Appellation oder den Rekurs zuließen, waren das gegen von der Theilnahme des Ober-Rommissarius an der Entscheidung

nicht ausgeschloffen.

Die Absicht bei bieser Beschränkung bes Stimmrechts ber technischen Mitglieder ging bei der Busammensetzung ber Gen.-Kommissionen aus 2 technischen und 2 rechtsverftandigen Mitgliedern babin, der Ueberftimmung letterer durch erstere in eigentlichen Rechtsfragen zu begegnen. - Diefe Beschränkung ward auch durch die Bestimmung des S. 2. der R. D. v. 15. Marz 1834 (G. S. 1834, S. 41) nicht aufgehoben, weil dieselbe fich lediglich auf die B. v. 14. Dec. 1833 über das Rechtsmittel ber Reviston und der Richtigfeitsbeschwerde (S. 5. Dir. 4-7.) bezieht, wornach diese Beschwerde gegen ein Erkenntniß flattfindet, an beffen Abfaffung in erfter Instang nicht wenigstens drei und in zweiter Inftang nicht wenigstens fünf Richter Theil genommen haben. - Dur in diefer Beziehung ftellte die R. D. v. 15. Marg 1834 tie den Gen.- Rommiffionen und Revistons-Rollegien beigegebenen Mitglieder aus der Rlaffe ter Verwaltungsbeamten und die stonomischen Technifer, welche an der Entscheidung Theil genommen hatten, ben richterlichen Beamten gleich und begegnete bierburch einer aus ber verfaffungsmäßigen Busammenfegung biefer Beborben nach allgemeinen Gefegen etwa herzuleitenden Richtigkeitsbeschwerte, ohne über bie Berfaffung felbft, über die Befugniß der Mitglieder jener Beborben ober ber etwa zugezogenen Technifer, an ber Abstimmung über Rechtsfragen Theil zu nehmen, etwas zu bestimmen 1). Diefe-Befdrankung

(Just. Win. Bl. 1852. S. 98.)

sprochen wurde, kein Urtheil letter Instanz war, sondern die Parthei es nur unterlassen hatte, sich der dagegen offen stehenden Rechtswittel zu bedienen.

Sobt. 1848.

⁽Juft. Min. Bl. 1848. S. 419.)

d) Inm §. 21. Die landwirthschaftlichen Spruch Rollegien haben in Bezug auf Rompetenzkonstitte gleiche Rechte, wie die Auseinandersetzungs-Behörden. Erkannt von dem Rompetenz : Gerichtshofe unterm 22. Nov. 1851.

¹⁾ Bergl. R. des Min. des J. v. 6. Juni 1834 (Koch's Agraeges. 3. Aust. S. 162.), R. desselben Min. v. 12. Juni 1834 und v. 15. Juli 1834 in den Atten: Justizsachen. Nr. 2. Vol. 3. und R. desselben Win. v. 12. Juni 1837 (v. R. Ann. Bd., 21. S. 396.).,

der B. v. 20. Juni 1817, wonach die bei den Revisionskollegien bestellten, obschon nur der landwirthschaftlichen Gewerbslehre kundigen Regierungs-rathe gleiches Stimmrecht mit den Obergerichtsrathen haben sollten, ohne daß dabei zwischen Rechts- und dkonomischen Fragen unterschieden wird. — Später sührten aber auch die Praris und die Ersahrung zu der Ueberzeugung, daß bei den Auseinandersetzungs- Angelegenheiten wenige Fälle vorkommen, in welchen die Entscheidung nicht eben sowohl von rechtlichen, als von ökonomischen Grundsähen abhängig ist, und diese Ueberzeugung wurde daher auch bei denjenigen neueren Gesetzen benutzt, durch welche die Verfassung der Auseinandersetzungs-Behörden in einigen Landestheilen umgestaltet worden ist.

Nach S. 5. der V. wegen Vereinigung der Sen.-Kom. zu Königsberg und Marienwerder mit den Reg. der Provinz Preußen v. 30. Juni 1834 1) bestand die für alle zur Appellation an das Revisions-Rollegium geeigneten Streitigkeiten eingerichtete Justizdeputation zugleich aus den bei der land-wirthschaftlichen Regierungsabtheilung sungirenden ökonomischen Technikern, und der S. 9. der V. wegen Vereinigung der Gen.-Rom. zu Soldin mit der Reg. zu Frankfurt v. 27. Juni 1840 2) verleiht allen Mitgliedern des Spruch-Kollegii, welches in der Regel aus allen Mitgliedern der land-wirthschaftlichen Regierungsabtheilung, also einschließlich der Techniker, gebildet wird — ohne Unterschied des Streitgegenstandes, eine entscheidende

Stimme.

Aus gleichen Gründen ist die Beschränkung des Stimmrechts der Ober-Rommissarien und technischen Mitglieder, welche nach S. 4. des Aus-führ.-Ges. v. 7. Juni 1821 bei den in der ursprünglichen Verfassung ge-bliebenen Gen.-Kommissionen fortbestand, nach S. 2. der B. v. 22. Nov.

1844 3) auch bei diesen Behörden aufgehoben worden.

Ueber das Stimmrecht ter ben Gen.-Rommissionen zugeordneten Reg.und Oberlandesger.-Assessoren und sonstigen Hulfsarbeiter sehlte
es früher an besonderen Vorschriften und man legte daher diesen Beamten
bald ein volles, bald ein beschränktes Votum bei. — Die V. v. 22. Nov.
1844 *) hat indeß demnächst (im S. 2.) bestimmt, daß den Hülfsarbeitern nur in den von ihnen bearbeiteten Sachen ein Stimmrecht zustehe,
jedoch das Min. befugt sei, ihnen ein volles Stimmrecht beizulegen.

II. Obwohl, nach §§. 1. und 2. der Instr. v. 31. Dec. 1825 (G. S. 1826, S. L), die Gen.=Rommissionen ten Ober=Prasidenten untergeordnet sind b), und obgleich dieselben im Allgemeinen auf die Regie=rung s=Instruktionen verwiesen worden sind b), so folgt doch hieraus keinesweges eine Befugniß des Direktors der Gen.=Rom., der Aussührung der Beschlüsse derselben Anstand zu geben und die Entscheidung des Oberprasidenten einzuholen, im Falle die Meinung des Direktors von dem Beschlusse des Kollegiums abweicht, (vergl. §. 39. Nr. 3. der Reg. Instr. v. 23. Oft. 1817); denn es ist in der Oberpräsidial-Instr. v. 31. Dec. 1825, wodurch die Unterordnung der Gen.=Rommissionen unter die Oberpräsidenten begründet worden, eine solche Besugniß des Direktors der Gen.=

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 24-26.

²⁾ Ebendas. S. 27-28.
3) Ebendas. S. 453.

⁴⁾ Chenbas. S. 453.

⁵⁾ Bergl. in Bb. II. Abth. I. S. 10-11.

⁶⁾ Bergl. Die Erlaut. jum S. 2. ber B. p. 20. Juni 1817 (f. oben G. 241).

Rom. nicht ausgebrudt, vielmehr beftimmt worden, daß es nicht die Absicht sei, den Oberpräsidenten an der Detailverwaltung Theil nehmen zu laffen. Ebensowenig ift eine solche Befugniß in ber durch Ministeral-Erlaffe erfolgten Binweisung der Gen .- Kommisstonen auf die Reg. - Instruktionen begrundet. Diefe hinweisung erftrect fich vielmehr nur auf diejenigen Falle, in welchen für bie Gen.-Rommissionen nicht besondere Borschriften ertheilt find. Berfaffung ber Gen .- Rommissionen, insbefondere hinsichtlich der Beschlußnahme über die Gegenstände ihres Refforts, ift aber gesetlich und ausbrudlich anders als diejenige ber Regierungen bestimmt; die Beschluffe find unbedingt von der Stimmenmehrheit abhängig gemacht, und diefe Bestimmung ift daselbft ba aufrecht erhalten worden, wo die Gen.-Rommifftonen mit den Regierungen vereinigt worden find, bergestalt, daß auch bei ben gedachten Regierungen über die Gegenstände des Refforts der aufgehobenen Gen.=Kommissionen eine Propokation von bem Beschluffe des Rollegiums auf die Entscheidung des Oberprafidenten nicht ftattfindet. (Bergl. S. 4. der B. v. 30. Juni 1834, f. in Bb. I. S. 25, S. 5. ber B. v. 27. Juni 1840, f. in Bb. I. S. 28, und S. 114. bes G. v. 4. Juli 1840, s. in Bb. I. S. 28.)

Die Bertretung bes Direkturs in Berhinderungsfällen erfolgt jest durch den altesten Rath des Rollegiums, ohne Rucksicht darauf, ob derfelbe Rechtskundiger oder Techniker ift, anstatt des Oberkommiffarius, mit ber im S. 26. der B. v. 20. Juni 1817 begründeten Maafgabe anderweitiger Verfügung der vorgesetten Behörde. Es ift dies eine Folge der durch S. 4. des Ausführ. G. v. 7. Juni 1821 bei den Gen.-Rommissionen eingeführten kollegialischen Berfassung und entspricht sowohl der analogen Bestimmung bes S. 40. ber Reg.-Inftr. v. 23. Oft. 1817, als bes

S. 40. Tit. 2. Th. 3. der A. G. D.

Die Anordnungen bezüglich des formellen Geschäftsganges bei den Gen.-Rommissionen war mach S. 20. der Inftr. für die Gen.-Rommiffarien v. 17. Oft. 1811 ber Anordnung der Letteren überlaffen. -Durch die B. v. 20. Juni 1817 und v. 25. Sept. 1820 1) (G. S. 1825, S. 185), das Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 und die W. v. 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes ic., ift das Verfahren derfelben, sowohl als verwaltender und oberaufsehender, wie auch als richterlicher Behörden, weiter normirt worden. - Insoweit sich hieraus ber Geschäftsgang und Betrieb nicht ergiebt, und es insbesondere in der ersten Beziehung an naberen Borschriften mangelt, hat sich berselbe bei ben einzelnen Gen .- Rommissionen theils in Volge der früheren Anordnungen der Generalkommiffarien, theils deshalb verschiedenartig gestaltet, weil einige diefer Behörden die den Landes-Juftizkollegien ertheilten Vorschriften, in Betracht ber abnlichen kollegialischen Berfaffung berfelben und des engen Busammenhanges ber Rechtsangelegenbeiten mit ben Gegenstanden ber Bermaltung, andere bagegen die Regierunge-Inftruktionen zum Sauptanhalte genommen haben. — Obgleich indeß die Gen.-Rommissionen auch mit ber Jurisdiftion in den ihnen übertragenen Angelegenheiten verfeben, mithin in diefer Beziehung als richterliche Beborben anzusehen find, so ift die Ausführung von Gegenständen der Berwaltung doch ihre Sauptbestimmung, welche nicht nach ben ben Iuftig - Beborden ertheilten Borfchriften zu regeln, sondern, in Ermangelung besonderer Bestimmungen, nach denjenigen zu treffen, welche den Bermaltungs-Behörden ertheilt find, beren Stelle die Auseinanderfegunge-Behörden in mehrfachen Beziehungen vertreten 2).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 19-22.

²⁾ Bergl. bas Rabere hierüber in Donniges ganbes Rult. Gef. Bb. 3. **6.** 270—273.

Insbesondere den Geschäftsgang bei den landwirthschaftlichen Regierungs-Abtheilungen und Spruch-Rollegien in der Provinz Preußen und zu Frankfurt, sowie zu Koblenz, betreffend, vergl. die betr. V. v. 30. Juni 1834, 27. Juni 1840 und 4. Juli 1840, (s. in Bb. I. S. 24—30, und die Erläut. in Bb. II. Abth. I. S. 17—18).

3n §§. 27. und 28.

- (Uebertragung örtlicher Auseinandersetzungen an die Mitglieder der Auseinandersetzungs-Behörden).
- 1) Die Organe der Auseinandersetzungs-Behörden betreff., vergl. die Erläut. in Bd. II. Abth. I. S. 24 26, desgl. die Erläut. zu S. 40. ff. der B. v. 20. Juni 1817.
- 2) Auch den Justitiarien der Auseinandersetzungs-Behörden dürfen technisch schwierige Auseinandersetzungen und Erstattung von Gutachten darin übertragen werden. (Vergl. das R. des Min. des J. v. 3. Oft. 1844 an den Dir. der Gen. Kom. zu Stendal 1), in Donniges Landes-Kult. Ges. Bb. 3. S. 325—226).
 - II. Von der Organisation der Revisions=Kollegien.

3n §§. 29—35.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. S. 14. und SS. 29 — 34., B. v. 22. Nov. 1844. SS. 7., 10. u. 13.]

(Organisation der Revisione-Rollegien).

1) Die durch die R. D. v. 10. April 1817 eingesetzten, und durch den S. 29. der B. v. 20. Juni 1817 bestätigten, Revisions-Rollegien, sowie die denselben späterhin noch hinzugetretenen Revisions-Rollegien zu Pünster, Posen und Magdeburg, sind durch den S. 7. der B. v. 22. Nov. 1844 (G. S. 1845, S. 19) aufgelöst, und es ist dadurch an deren Stelle das für die ganze Monarchie eingesetzte Revisions-Rollegium für Landes-Rultur-Sachen in Berlin angeordnet worden.

Bergl. die Erläut. in Bd. II. Abth. I. S. 21—24.

Hiernach sind die §§. 29. und 30. der. B. v. 20. Juni 1817 anstiquirt.

2) Der S. 31. der W. v. 20. Juni 1817 und der auf deren SS. 31. und 33. bezügliche S. 14. der W. v. 30. Juni 1834 sind ausdrücklich für aufgehoben erklärt durch den S. 10. der B. v. 22. Nov. 1844.

3) In Betreff der Aussertigung und Publikation der Erkennt-

niffe vergl. die Erläut. zum S. 157. der B. v. 20. Juni 1817.

Zu §§. 36-39.

(Berhaltniß ber Auseinandersetunge-Beborben).

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §§. 15. und 16.]

1) Zu § 5. 36., 38. und 39. der B. v. 20. Juni 1817.

a) Der S. 36. koordinirte die General-Kommissionen (beziehungsweise die landwirthschaftl. Regier.-Abtheilungen und Spruch-Kollegien) und

¹⁾ Bergl. in Bb, I. S. 480.

die Revistons-Kollegien, und unterordnete jene dem Ministerium 1); der S. 39. a. a. D. aber stellte die Revisions-Kollegien unter die

gemeinschaftliche Leitung der Min. ber 3. und des 3. 2)

Diese Bestimmungen hat die B. v. 22. Nov. 1844 nicht aufgehoben; benn wenn gleich dadurch die sammtlichen ehemaligen Revisions = Kollegien in dem Revisions = Kollegium für L. K. S. zu einer Central = Behörde vereiniget worden sind, so ist letztere toch nicht als Aufsichts = Behörde der Gen.=Rommissionen, beziehungsweise Regierungs = Abtheilungen, bestellt, viel= mehr hat der J. 14. der B. v. 22. Nov. 1844 dem Min. des J. 3) alle bisherigen Rechte, aus dem Aufsichtsrechte über die Auseinandersetzungs = Behörden vorbehalten.

Das Revisions-Kollegium für L. R. S. selbst aber, welches nur Gerichtshof ist, ist den Min. für landwirthschaftl. Angelegenheiten und der J. untergeordnet (vergl. S. 8. der V. v. 22. Nov. 1844 u. S. 39. der V. v. 20. Juni 1817), — selbstverständ-lich unbeschadet seiner Unabhängigkeit als Spruch-Kollegium.

b) Durch die Instr. sür die Ober-Präsidenten v. 31. Dec. 1825, §§. 4. —7. (G. S. 1826. S. 1) sind die General = Kommissionen (beziehungsweise die landwirthschaftl. Regier.=Abtheilungen) auch den Ober-Präsidenten untergeordnet worden. In dieser Beziehung schreibt die gedachte Instr. vor:

a) Die Obers Prasidenten nehmen zwar an der Detailverwaltung nicht Theil, ihre Bestimmung geht vielmehr nur dahin, die Abministration im Ganzen zu besobachten, für die Uebereinstimmung der Berwaltungsgrundsaße zu wirken, Mängel und Unregelmäßigkeiten abzustellen. (§. 4. der Justr.)

b) Beschwerben über Verfügungen ber Provinzial-Verwaltungsbehörben haben bie Ober = Brafibenten zu prufen und auf ihre Erlebigung burch bie Behörben zu

wirken. (S. 7. ber Inftr.)

- c) Berichte der Provinzial-Verwaltungsbehörden, welche Generalien der Verswaltung, Abanderung der bestehenden Einrichtungen, oder Anstellung, Entlassung und Pensionirung der Beamten zum Gegenstande haben, ingleichen die an die Misnisterien einzusendenden Konduitenlisten, sowie alle Verichte, welche der ObersPrassibent in dieser Art besonders bezeichnet, werden an ihn kouvertirt und von ihm weiter befördert; die Bescheide der Ministerien darauf gelangen in gleicher Art durch die ObersPrassibenten zurück. (§§. 5., 13. der Instr.)
- c) Die Gen.=Rommissionen stehen, nach §§. 30. und 31. der Allerh. Instrukt. v. 17. Okt. 1811 für die General=Rommissarien, im Verhältnisse der Provinzial=Behörden, deren Rechte ihnen beigelegt sind. (Vergl. Donsniges Landes=Rultur Gesetzeb. Bd. 3. S. 260, und die K. O. v. 7. Juni 1834, s. in Bd. I. S. 460 ff., sowie das C. R. des Min. des J. v. 15. April 1822, a. a. D. S. 462.)

2) Bu § §. 36. und 37. der B. v. 20. Juni 1817.

Ueber die Konkurrenz der Regierungen, beziehungsweise der Kreis-Landrathe, in Betreff der Beaufsichtigung der Spezial-Kommisfarien und Feldmesser, vergl. die §§. 15. und 16. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu (s. unten).

3) Bum S. 37. ber B. v. 20. Juni 1817.

a) Die B. v. 2. Jan. 1849 über die anderweitige Organisation ber Gerichte (G. S. 1849, S. 1) bestimmt im §. 38.:

2) Bergl. die vorige Note. 3) Bergl. die vorige Note.

¹⁾ Gegenwärtig bem Min. für landwirthschaftl. Angelegenheis ten. (Bergl. Bb. II. Abth. I. S. 6.)

⁴⁾ Bergl. Bb. II. Abth. I. S. 22. — Es beruht auf einem Drucksehler, baß a. a. D. bemerkt worden, das Revis. Rolleg. für E. K. S. sei den Min. des J. u. der F. untergeordnet.

In dem Berhältnisse ber Gerichte zu den Berwaltungs Behörden wird durch das gegenwärtige Geset nichts geändert. Sie sollen sich gegenseitig bei Erledigung der ihnen obliegenden Geschäfte innerhalb ihres Resorts Unterstützung leisten; die Berwaltungs Behörden sind jedoch nicht ferner befugt, in Angelegenheiten ihres Resorts den Justiz-Unterbehörden Anweisungen zu ertheilen und sie zu deren Bessolgung anzuhalten.) Die entgegenstehende Bestimmung der Ordre v. 31. Dec. 1825 unter D. Nr. XII. (G. S. 1826. S. 11.) wird aufgehoben.

b) Der S. 108. bes Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850 schreibt vor,

daß die Auseinandersetzungs : Behörden befugt find, mit der Besorgung einzels ner, zum Auseinandersetzungs : Verfahren gehöriger Geschäfte, und selbst mit der Bearbeitung einfacher Auseinandersetzungen, jedem Staats: und Gemeindes Beamten zu beauftragen, und daß diese verpflichtet find, sich innerhalb ihres Amtsbezirks soll Auftragen zu unterziehen.

Bergl. :

a) die Erläut. zum S. 108. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 (f. in Bb. II. Abih. I. S. 757—758).

8) S. 62. ber B. v. 20. Juni 1817 und die Erlaut. bagu.

c) Das R. des Just. Min. v. 16. Dec. 1831 2) (v. K. Jahrb. Bb. 38 S. 298 n. Ann. Bb. 15. S. 753) verpflichtet die Untergerichte,

auf Berlangen ber Auseinandersetzungs-Behörden die zur Aussüllung der Gesschäftstabellen erforderlichen Nachrichten einzuziehen, in sofern dies ohne große Beisterungen geschehen kann; es durfen indes die Auseinandersetzungs Behörden den Gerichten nur solche Punkte zur nahern Aufklarung überweisen, welche in der Resgel namhaft zu machen, die aus dem Rezesse und den vorliegenden Verhandlungen gar nicht ober doch nicht übersichtlich genug hervorgehen.

4) Bum S. 38. der B. v. 20. Juni 1817.

a) Betreffend die Besetzung der Stellen bei den Gen.-Kommis-

fionen (beziehungsweise den landwirthschaftl. Regier.=Abtheilungen).

a) Nach S. 38. der B. v. 20. Juni 1817 sollte die Besetzung der Stellen bei den Gen. Kommissionen durch den Min. des J. *) erfolgen. Diese Borschrift ist indeß modificirt, indem:

αα) durch ben §. 2. tes G. v. 25. Sept. 1820 *) und den §. 3. bes Ausführ.=Ges. v. 7. Juni 1821 vorgeschrieben ift, daß die Anstellung

1) hiernach mobificiren fich folgende Bestimmungen:

a) Das R. des Justizmin, v. 4. Febr. 1820, wonach die Gen. Rom. für bes fugt erklärt sind, den Untergerichten in Gegenständen ihres Ressorts Aufsträge zu ertheilen, ohne sich dabei des Requisitionsstyls zu bes dienen. (v. R. Jahrb. Bd. 15. S. 11, Gräff Bd. 3. S. 99.)

b) Das R. des Min. des J. v. 26. Sept. 1834, daß die Borschrift des §. 37. der B. v. 20. Juni 1817 nur von solchen Geschäften zu verstehen sei, welche die Gen. Kom. selbst zu verrichten befugt sind, nicht aber von Handlungen der aus übenden Justizverwaltung, z. B. Eintragungen in die Hyp. Bücher, um welche die Gen. Kom. die Gerichte zwar zu requiriren, ihnen aber keine Besehle zu ertheilen haben. (Koch's Agrarges., 3. Aust. S. 197.)

c) Das R. des Min. bes J. v. 20. Dec. 1836, daß die Gen.-Kom. befugt find, die Gerichte burch Strafen zur Befolgung ihrer Befehle anzuhalten.

(Cbendas.)

d) Bergl. auch die R. v. 11. Sept. 1818, 23. Jan. u. 12. April 1819 und 12. Nov. 1821 (v. K. Jahrb. Bb. 12. S. 268, Bb. 13. S. 24 u. 278 u. Bb. 18. S. 294, Gräff Bb. 3. S. 98, 99 u. 101), betr. das Bershältniß ber Untergerichte zu ben Regierungen.

2) Bergl. in Bb. I. S. 480-481.

3) Gegenwärtig burch bas Min. für landwirthschaftl. Ang. (Bergl. Bb. II. Abth. I. S. 6.)

4) Bergl. in Bb. I. S. 19.

ber zum Richteramte qualificirten Mitglieder durch die Min.

des 3. und der 3. 1) gemeinschaftlich bewirkt werden soll, und

ββ) die Wiederbesetzung erledigter Direktor - Stellen durch den König ebenso, wie hinsichtlich der Präsidenten der übrigen Provinzial-Kollegien, auf den Vorschlag des Staatsministeriums, erfolgen soll. (Vergl. R. D. v. 10. Febr. 1835, in Dönniges Landes Rult. Ges. Bd. 3. S. 163 u. 262.)

β) Bergl. die Erläut. zum S. 2. der B. v. 20. Juni 1817 ad II.

(f. oben S. 239).

y) In Betreff der an die Stelle der aufgelösten Gen = Kommissionen getretenen landwirthschaftl. Regierungs = Abtheilungen vergl. S. 9. der B. v. 30. Juni 1834²), S. 3. der B. v. 27. Juni 1840³) und S. 118. des G. v. 4. Juli 1840⁴).

b) Ueber die von den Auseinandersetzungs-Behörden an das Min. für landwirthschaftl. Ang. zu erstattenden Verwaltungs - Berichte und die (durch tas E. R. des Min. des J. v. 3. Febr. 1836, v. R. Ann. Bt. 20. S. 594), angeordnete jährliche Veröffentlichung der Resultate der Auseinandersetzungsgeschäfte, vergl. Donniges Landes-Rult. Ges. Bd. 3. S. 375—383.

III. Von Spezial-Kommissionen.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §§. 17. u. 18.]

3um §. 40.

(3hre Bestimmung.)

Die Bestimmung des S. 40. findet sich auch im Art. 103. der Defl. v. 29. Mai 1816.

3um §. 41.

(Pflichten der Spezial-Rommiffionen.)

Die im §. 41. aufgestellten allgemeinen Grundsätze über die Pflichten ber Spezial-Kommiffarien finden ihre nähere Bestimmung in den §§. 17. und 18. der V. v. 30. Juni 1834.

3um §. 42.

(Allgemeine Norm des Benehmens der Spezial - Kommisfarien.)

1) In Bezug auf die bei der Auseinandersetzung zuzuziehenten Bri-

a) Bei den Verhandlungeu der Auseinandersetzungs = Behörden tritt

¹⁾ Die Konkurrenz des Justizmin. bei Ernennung der zum Richteramte qualifizirten Mitglieder der Gen.=Rom. ist antiquirt, seitdem sammtliche Mitz glieder der Gen.=Kommissionen zu Regierungs=Rathen ernannt worden.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 26.

³⁾ Ebenbas. S. 27. 4) Ebenbas. S. 29.

⁵⁾ Die neueste Zusammenstellung ber Resultate ber von den sammtlichen Auseinandersetzungs Behörden im Jahre 1852 ausgeführten Regulirungen, Ablösuns gen und Gemeinheitstheilungen, mit hinzurechnung der Resultate aus den Vorjahs ren die Ende 1851 ist mitgetheilt in dem Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 238-241.

278 Von d. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

der S. 42. der B. v. 20. Juni 1817 an die Stelle der Worschrift des S. 65. A. G. D. I. 25.

Angenommen von dem Revisions-Rollegium filr &. R. S. un=

term 26. Nov. 1852.

Das Urtel führt zugleich aus, es musse vermuthet werden, daß der Spezial-Rommissarius den ihm durch ben §. 42. zur Pslicht gemachten Obsliegenheiten genügt habe, weil die Präsumtion für die Legalität amtlicher Verhandlungen streite, und es sei nicht erforderlich, die jedesmaligen einszelnen Vorhaltungen und Bedeutungen im Protokolle niederzuschreiben, da der §. 42. dies nicht verordne. (Beitschr. des Revis. Rolleg. Bd. 6. S. 120, und Präs. Samml. desselb. S. 19, Nr. 7.)

b) Die Anerkenntnisse in Bezug auf Besitveranderungs-Abgaben betr., vergl. die Erlaut. zum S. 40. bes Ablos. Ges. v. 2. März

1850, Bus. III. sub 4. ad b. (s. in Bd. II. Abth. I. S. 450-451.)

2) In Bezug auf das konkurrirende Interesse bes Staats, der moralischen Personen und der entfernteren Interessenten, vergl. die Erläut. zu den §§. 43., 44. und 45. ff. der B. v. 20. Juni 1817. (s. unten.)

Zum §. 43.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 11. und B. v. 22. Nov. 1844 SS. 11. u. 12.] (Wahrnehmung des landespolizeilichen und fiskalischen Interesse.)

Die B. v. 20. Juni 1817 spricht im §. 4. (ad 2.) ben allgemei= nen Grundsatz aus,

baß die Auseinandersetzungs-Behörden verpflichtet sein sollen, das Interesse des Staates hinsichtlich der landespolizeilichen Gegenstände der Auseinanderssetzung, ingleichen bezüglich der Bertheilung der öffentlichen und Realsabgaben an den Staat, an Kirchen und Pfarren, von Amtswegen wahrzunehmen.)

Der S. 15. a. a. D. bestimmt diese Verpflichtung naber dahin, daß sie nach Vorschrift des S. 43. a. a. D. für reine Besitzverhältnisse, für die gehörige Vertheilung der öffentlichen Lasten und Real-abgaben, zu sorgen haben und daß tie in dieser Rücksicht vorkommen- ben Streitigkeiten zu ihrem Ressort gehoren.

Die spezielleren Bestimmungen bierüber ertheilen fobann:

a) ber §. 43. ber B. v. 20. Juni 1817,

b) ber §. 9. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821,

c) ber §. 11. ber B. v. 30. Juni 1834.

Die Verpflichtungen, welche nach diesen gesetzlichen Bestimmungen ben Auseinandersetzungs-Behörden obliegen, zerfallen in zwei Kathegorien, nämlich:

1) die Berpflichtung zur Wahrnehmung des landespolizeilichen

Intereffe im eigentlichen Sinne, und

2) die Verpflichtung zur Berückstigung des siskalischen Interesse und der gehörigen Vertheilung der öffentlichen und Realabgaben.

Von beiden Kathegorien ist daher abgesondert zu handeln.

¹⁾ Auch ber §. 162. Mr. 4. ber B. v. 20. Juni 1817 schreibt vor, bag bie Auseinanbersesungs = Behörde bei Prüfung bes Rezesses bas landespoli= zeiliche Interesse berücksichtigen soll.

I. Das landes polizeiliche (auch flaatswirthschaftliche) Intereffe betreffend.

Hierauf beziehen sich die Vorschriften des S. 4. ad 1., 2. und 3. der B. v. 20. Juni 1817, des S. 9. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821 und theilweise des S. 11. der B. v. 30. Juni 1834.

An diese Borschriften knupfen sich folgende erläuternde Bemerkungen: A. Zum S. 43. (Nr. 1., 2 u. 3.) der B. v. 20. Juni 1817.

1) Die Bestimmungen des S. 43. der W. v. 20. Juni 1817 verfolgen das Grundprinzip der Landes-Rulturgesetzgebung, von dem das Ed. v. 9. Okt. 1807, das Landes-Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 S. 7. und das Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811 ausgehen, nämlich das Prinzip, die Freisteit der Person und des Gewerbes, ein volles, reines und theilsbares Eigenthum, hervorzurusen.

Nach der im S. 1. der B. v. 30. Juni 1834 und in den späteren Landes-Rultur-Gesetzen ausgesprochenen Ausdehnung der B. v. 20. Juni 1817 und der B. v. 30. Juni 1834 auf alle zum Reffort der Ausein-andersetzungs-Behörden gewiesenen Angelegenheiten, gilt jenes Prinzip jest

allgemein.

Rollegium für L. R. S. in Ansehung der Wahrnehmung der landes= polizeilichen (und staatswirthschaftlichen) Interessen gleiche Besugnisse

und Berpflichtungen, wie ben Gen.-Rommissionen beigelegt.

2) Nach ben speziellen Bestimmungen des S. 43. liegt den Auseinandersetzungs = Behörden und deren Kommissarien (vergl. S. 15. der B. v. 20. Juni 1817) ob, bei allen Auseinandersetzungsgeschäften dafür zu sorgen, daß:

a) die Rustikalstellen stets zum vollen und reinen Eigenthume überlassen und mit keinen Einschränkungen und Lasten belegt werden, wodurch beren Natur verändert oder deren Kultur und Nusbarkeit beeinträchtis

get wird;

b) in Betreff ber bem Gutsberrn vorbehaltenen Renten feine beren Theilbar-

feit beschränfenben Abreben getroffen werben;

c) keine mehrere als nach ben Gesetzen zulässige Dienste, keine unfixirte Laubes mien 2) und Zehnten und keine bie personliche Freiheit beschränkenbe Belasstungen festgesetzt werben.

Die Tendenz dieser Borschriften, welchen bereits der S. 7. des Landess-Kultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 zur Basis dient, ist dahin gerichtet, die Bilsdung neuer kulturschädlicher Berhältnisse zu verhüten, deren Aufslösung, sofern dergleichen Berhältnisse bestehen, die Gesetzgebung zum Endziele hat. 3)

Ganz dieselbe Tendenz haben die erweiternden Borschriften der SS. 91. und 92. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850, welchen die Bestimmungen des Art. 42. (Alin. 5.) der Verfass.-Urkunde v. 31. Jan. 1850 zur Grundlage

dienen, 4) und welche rabin geben:

2) Bergl. S. 37. bes Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850 und bie Erlaut. bagu

in Bd. II. Abth. I. S. 421 ff.

¹⁾ Bergl. Ges. v. 22. Dec. 1839 für die Grafschaften Wittgenstein §. 36. (s. in Bb. I. S. 305. ff.), G. v. 18. Juni 1840 für Siegen, §. 4. (s. in Bb. I. S. 303.), G. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westphalen, §. 4. (s. in Bb. I. S. 304.), Ablös. D. v. 18. Juni 1840 §. 138. (G. S. 1840 S. 156.), Ablös. D. v. 4. Juli 1840 (G. S. 1840 S. 195.).

³⁾ Bergl. die Erlaut. zum S. 7. des Landes:Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 in Bb. II. Abth. I. S. 95 ff.

⁴⁾ Bergl. die Erlaut. zu den §§. 91. u. 92. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850, Zuf. II., s. in Bd. II. Abth. I. S. 705 ff.

a) daß Erbpacht=, Erbzins= und andere bergleichen Berträge, welche auf der Annahme eines getheilten Eigenthums beruhen, nicht ferner geschloffen wer= ben durfen '); die erbliche Ueberlassung von Grundeigenthum muß stets zum

vollen Eigenthume geschehen;

b) daß bei Beräußerung von Grundstücken niemals Lasten vorbedungen und bem veräußerten Grundstücke auferlegt werden dürsen, welche das Ablös Ges. für ablösbar erklärt, — und alle Reallasten (mit Ausnahme ber Besschränkung des S. 6.) sind ablösbar; — nur in Betreff fester Geldrensten wird die im S. 91. Alin. 2. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 statuirte Ausnahme gemacht;

c) daß bei Auferlegung von Kapitalien auf Grundstücke ober Gerechtigkeiten niemals eine langere, als höchstens 30 jahrige Unfundbarkeit vorbedungen

werden darf.

- 3) Mit Rücksicht auf die oben sub 2. gedachten einzelnen Bestimmungen des § 43. der B. v. 20. Juni 1817 (ad 1., 2. und 3.) ist noch zu bemerken:
- a) Das C. R. des Min. des J. v. 27. Febr. 1835 (v. R. Ann. Bb. 19. S. 80, Ar. 66. u. S. 82, Ar. 67.) verbietet den Auseinandersetzungs=Behörden (unter Bezugnahme auf die Vorschriften der §§. 4., 15., 42., 43. u. 162. der V. v. 20. Juni 1817, der §§. 5. u. 9. des Ausführ.=Ges. v. 7. Juni 1821 und der §§. 1. u. 38. der V. v. 30. Juni 1834) die Bestätigung solcher Rezesse, in welchen die Verabredung enthalten, daß seder Einzelne der (bis dahin nicht solidarisch für Dienste und Natural=Abgaben verhafteten) Verpflichteten für den Gesammtbetrag der an die Stelle der aufgehobenen Lasten tretenden Renten solidarisch haften solle.
- b) Ueber die Unzulässigkeit der Begründung neuer vertragsmäßi= ger Vorkaufs=Rechte (insbesondere bei Regulirungen) vergl. die Erläut. zum §. 2. Nr. 6. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 (s. in Bd. II. Abth. I. S. 249–250).
- 4) Das Schluß-Alin. des S. 43. der B. v. 20. Juni 1817 bestimmt übrigens,

daß Abreden, welche den Bestimmungen des S. 43. entgegenlaufen, nicht bestätiget werden, sondern die Auseinandersetzungs-Behörden die Interessenten darüber bedeusten, und ein anderes den Gesetzen gemäßes Abkommen vermitteln, oder in dessen Ermangelung an die Gen.-Kom. berichten sollen.

Der S. 91. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 bestimmt (im letten Alin.),

daß vertragsmäßige, den Vorschriften des S. 91. zuwiderlaufende Bestimmungen wirkungslos sein sollen, unbeschadet der Rechtsverbindlichkeit des sonstigen Inhalts eines solchen Vertrages. 2)

Ueber das Verfahren der Auseinandersetzungs=Behörden in folchen Fällen vergl. die §§. 163—165. der B. v. 20. Juni 1817.

Nach S. 15. (Alin. 2.) a. a. D. gehören übrigens Streitigkeiten,

¹⁾ Bereits die Reffr. des Min. des J. v. 3. März 1819 und v. 7. Dec. 1820 (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 262.) verboten den Gen. Rommissionen die Bestätigung solcher Rezesse, in welchen Verabredungen enthalten, wonach bei Regulirungen das Eigenthum der bäuerlichen Stellen nicht unbeschränft, sondern zu Erbpachtsrechten auf die Rustifalbesitzer übergehen sollte. In Betress des Berfahrens für Fälle, wo dergl. unstatthafte Verabredungen getroffen worden, verweisen die alleg. Restr. auf die Vorschriften der §§. 163—165. der B. v. 20. Juni 1817.

²⁾ In Betreff ber Wirkungslosigkeit ber Stipulation unfixirter Besitveranderungs: Abgaben vergl. S. 37. des Ablos. Ges. p. 2. März 1850.

welche in dieser Rücksicht vorkommen, lediglich zum Reffort ber Auseinandersetzungs - Behörden.

Bergl. S. 38. ber B. v. 30. Juni 1834.

B. Bum S. 9. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821.

Dieser S. dehnt die im S. 4. Mr. 2. der B. v. 20. Juni 1817 den Auseinandersetungs = Behörden nur bezüglich der Regulirungen und damit etwa verbundenen Gem. = Theilungen auferlegte Verpflichtung der Wahr= nehmung des landespolizeilichen Interesses auf alle Gem. = Theislungs = und Ablösungs = Geschäfte aus, und erweitert zugleich die betreff. Verpflichtung dahin,

daß die Spezial : Kommissarien die im §. 43. der B. v. 20. Juni 1817 gedachten Obliegenheiten in Beziehung auf alles Grundeigenthum, dessen Berhältnisse durch ihre Bermittelung verändert, und auf alle Geschäfte, welche ihnen nach Inhalt der gedachten B. übertragen worden, in Erfüllung zu bringen haben.

Insbesondere sollen die Spezial-Rommiffarien darauf halten,

daß bei der neuen Vertheilung der Ländereien, und zwar ohne Unterschied der Kalle, ob dieselben gleich völlig auseinandergesetzt werden, oder die Besitzer die bisher bestandene Gemeinschaft fortsetzen wollen, die auseinandergesetzen Grundstücke den Zwecken der Auseinandersetzung gemaß, sogleich benutt, und letztere auch bei den noch in Gemeinheit verbleibenden Grundstücken dereinst, wenn sich die Theilnehmer zu deren Aushebung entschließen, ohne große Schwierigkeit, und mögslicht ohne Umtausch der Ländereien, erreicht werden können.

Bu diesem Zwecke werden sodann spezielle Anweisungen Behufs Versmittelung zweckmäßiger Planlagen und deren schicklicher Verbindung durch Wege und Triften ertheilt.

Bergl. hierüber die besonderen Erläut. zum S. 9. bes Ausführ.= Ges. v. 7. Juni 1821 und zu den SS. 136—139. ber P. v. 20. Juni 1817.

Der S. 9. des Ausführ. = Gef. v. 7. Juni 1821 enthält schließlich, ebenso wie der Schlußsatz des S. 43. der B. v. 20. Juni 1817, die Ansordnungen über das Verfahren der Kommissarien Behuss Gerbeisührung eines den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Abkommens, in welcher Beziehung auf das oben S. 280, ad A sub 4. Bemerkte Bezug zu nehmen ist.

C. Bum S. 11. ber B. v. 30. Juni 1834.

Der S. 11. der B. v. 30. Juni 1834 unterscheidet deutlicher, als dies in den SS. 4., 15. und 43. der B. v. 20. Juni 1817 geschehen ift, zwisschen den landes polizeilichen und den fiskalischen Interessen.

Die fistalischen Rechte beziehen sich auf alle Arten der Staatseinkunfte, welche aus dem Besteuerungsrechte — als einem Hoheitsrechte des Staates, — aus dem besonderen Staatseigenthume, den nugbaren Re-

galien und anderen Staatsabgaben fließen. 1)

Nur die Wahrnehmung des fiskalischen Interesses durch die Auseinandersetzungs-Behörden ist im S. 11. der V. v. 30. Juni 1834 beschränkt, dagegen die Wahrnehmung der landespolizeilichen Interessen ihnen vollständig belassen worden.

II. Das fiskalische Interesse und die Vertheilung der öffent-

lichen und Realabgaben betreffend.

A. Zunächst das fiskalische Interesse anlangend, so macht der S. 4. ad 2. der B. v. 20. Juni 1817 den Auseinandersetzungs - Behörden zur Pflicht,

¹⁾ Bergl. A. L. R. II. 13. §§. 6. 15., II. 14. §§. 1. ¶., R. D. v. 4. Dec. 1831 (G. S. 1831. S. 255.).

bas Interesse bes Staates bezüglich der Vertheilung der dffentlichen und Realabgaben an den Staat wahrzunehmen, welche Bestimmung der §. 15. a. a. D. wiederholt.

Mähere Bestimmungen hierüber find weder in der 23. v. 20. Juni

1817, noch in dem Ausführ.=Gef. v. 7. Juni 1821 enthalten.

Dagegen hat der g. 11. der B. v. Juni 1834 die gedachte Berpstich= tung der Auseinandersetzungs = Beborden eingeschränkt, indem derselbe anordnet:

a) daß die Auseinandersetzungs Behörden verpflichtet sein sollen, vor Bestätisgung ber Rezesse die Grundsteuer-Repartitionen der betr. Depart. Resgierung zur Genehmigung mitzutheilen, auch dafür zu sorgen, daß in den Rezessen oder Bestätigungs urfunden ausgedrückt werde, daß die Steuervertheilung nach den bestehenden Steuer-Grundsäten und mit

Genehmigung ber Regierung, wie geschehen, regulirt sei;

b) daß dagegen die Regierungen und Brovinzial=Schul=Rollegien dem Fistus und die von ihnen ressortirenden Anstalten wegen aller zu ihrer (unmittelbaren) Verwaltung gehörigen Güter und guteherrs lichen Verechtigungen resp. selbst zu vertreten, und die unmittelbaren Verzwalter, sistalischen Bedienten oder sonstigen Bevollmächtigten mit den erfors Autorisationen und Instruktionen zu versehen haben, und daß ihnen in diesser Beziehung alles dassenige obliegt, was nach den Geschäftse Instruktionen den Auseinandersehungs = Behörden von Privatpersonen und deren Bevoll=mächtigten beigebracht und geleistet werden muß.

In Bezug hierauf ift Folgendes zu bemerten:

1) Die Grundsätze bezüglich der Vertheilung der Staatsabsgaben und insbesondere der Grundsteuer, resp. deren Umschreibung in Volge von Auseinandersetzungsgeschäften betreffend, so wird auf die Ersläut. zu den SS. 66. und 96. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 (s. in Bd. II. Abth. I. S. 576—589 u. S. 725—726), sowie zum S. 156. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 (s. oben S. 173—179) perwiesen.

· Uebrigens ist noch zu bemerken:

a) baß es nach S. 43. ad 4. ber B. v. 20. Juni 1817 bezüglich ber Staatslaften unzulässig ift, baß ein Interessent für ben anbern folche

übernehme;

b) daß nach dem E. R. des Min. des J. u. d. P. v. 31. Jan. 1842¹) (Din. Bl. d. i. V. 1842, S. 29, Mr. 42.), auch in Fällen, wo Versanlassung zu einer Tveränderten Steuervertheilung nicht vorhanden zu sein scheint, dennoch die Zustimmung der Reg. eingeholt werden muß, und daß es nur bei solchen Rezessen der Kommunisation nicht bedarf, welche gar keine Gegenstände berühren, die nach der Provinzialversassung der Steuerentrichtung unterliegen.

Es ergiebt sich übrigens aus den oben in Bezug genommenen Erläut. zu den Borschriften des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 §§. 66. u. 96. und ber Gem. Th. D. §. 156., daß und weshalb dieser Gegenstand einer an=

derweitigen gesetlichen Regulirung bringent bedarf.

2) Die den Auseinandersetzungs-Behörden bis dahin obgelegene Berpflichtung zur Wahrnehmung der landes-lehnsherrlichen Rechte des Fistus findet in sofern nicht weiter statt, als durch den S. 2. Nr. 1. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 das Obereigenthum des Lehnsherrn

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 642. Dies C. R. ist den Reg. der Provinzen Possen, Pommern, Schlessen, Sachsen, Westphalen und zu Potsdam mittelst C. R. der Gen. Steuerdir. v. 16. März 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 150 und Centralbl. des Fin. Min. 1842. S. 246) zur Kenntnisnahme mitgetheilt worden.

und die lediglich aus demfelben entspringenden, in dem S. 5. a. a. D nicht als fortbestehend bezeichneten Rechte bei allen innerhalb des Staates belesgenen Lehnen, mit alleiniger Ausnahme der Thronlehen, für aufgehoben erklärt worden sind.

In sofern indeß der §. 5. a. a. D. die Rechte der bisherigen Lehns= herren auf die dort gedachten Berechtigungen auf Abgaben und Leistun= gen vorbehalten hat, muß die Wahrnehmung der betr. jura sisci mit Rucksicht auf §. 11. der V. v. 30. Juni 1834, durch die betr. fiskalische

Behörde erfolgen. 1)

B. Die Vertheilung der nicht fiskalischen öffentlichen Abgaben und Reallasten an Kirchen, Schulen und andere öffentliche Anstalten, auch der Kommunallasten, anlangend, so bestimmt die B. v. 20. Juni 1817 S. 4. Nr. 2., S. 15. und S. 43. Nr. 4.:

a) daß folche ben Auseinandersetzungs = Behörden resp. deren Abgeordneten obliegt;

b) daß dabei gestattet werden fann, daß ein Interessent für I en andern bergleis den Abgaben gegen angemessene Sicherheit übernehme;

c) daß Streitigkeiten barüber lebiglich jum Reffort ber Auseinandersepungs:

Behörben gehören, beegl.

d) in welcher Art die Auseinandersetzungs-Behörden zu verfahren haben, um in dieser Beziehung ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechendes Abkomsmen zu vermitteln. (Vergl. §§. 162—165. a. a. D. und §. 38. der V. v. 30. Juni 1834.)

Die nähere Darstellung der Ressort-Verhältnisse und des Verfahrens in dieser Beziehung ist in Th. II. sub V. Abschn. I. Kap. 3. Tit. 2. u. Kap. 4. (s. in Bd. II. Abth. I. S. 129 ff. u. S. 150—167), sowie in den Erläut. zu dem G. v. 3. Jan. 1845 (ebendas. S. 177 ff.) gegeben, worauf hiermit verwiesen wird.

Die Regulirung jener öffentlichen Abgaben = Verhältnisse durch die Auseinandersetzungs = Behörden ist, wie a. a. D. S. 131 gezeigt worden, immer nur als ein Theilstück einer Haupt = Auseinander = setzung oder als Nebengeschäft bei einer Regulirung, Ablösung oder Gemeinheitstheilung zulässig.

Bergl. bierüber auch:

a) C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 20. Juli 1839 1) (v. R. Ann. Bt. 23. S. 264.);

b) R. bes Min. des J., landwirthschaftl. Abth., v. 22. Sept. 1840 3) (Min.

Bl. d. i. B. 1841. S. 37. Nr. 51.);

c) die Erläut. zum Ablös. Ges. v. 2. März 1850 §S. 66. und 96. (s. in Bd. II. Abth. I. S. 576. ff. u. S. 725. ff.), desgl. zum §. 156. der Gem. Th. D. (s. oben S. 173. ff.).

2) Bergl. in Bb. I. S. 481.

¹⁾ Hiernach sind die Reftr. des Just. Min. v. 7. Mai 1832 und des Min. des J. v. 15. oj. m. (v. K. Ann. Bd. 16. S. 401. u. Jahrb. Bd. 39. S. 379.) und des Min. des J., landwirthschaftl. Abthl., v. 29. Juli 1839 (v. K. Ann. Bd. 23. S. 603.) nicht mehr von praktischem Interesse. Dieselben hatten ausgesproschem, daß die landes lehnsherrlichen Rechte des Fissus lediglich von den Auseins and erse ungs Behörden wahrzunehmen seien und die Obergerichte, als Lehns Kurien, dabei in keiner Weise zu konfurriren haben; indes sollten die Auseinandersetzungs Behörden den Lehns Kurien nach beendigter Auseinandersetzung von der hierdurch entstandenen Veränderung und von der Art, wie hierbei die Rechte des Fissus, als Lehnsherrn, wahrgenommen worden, Kenntniß geben, entsweder durch Wittheilung eines Rezess-Cremplars, oder eines Auszugs aus demselz ben, oder durch ein amtliches Schreiben.

³⁾ Chendas. S. 482.

Bum S. 44.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 11., B. v. 22. Rov. 1844 S. 11.]

(Wahrnehmung ber Rechte moralischer Personen.)

I. Der S. 4. (ad 2.) ter B. v. 20. Juni 1817 spricht bas Prin-

baß die Auseinandersetzungs "Behörden verpflichtet find, von Amtswegen bas Interesse bes Staates hinsichtlich der Oberaufsicht über das Bermögen der Korporationen wahrzunehmen,

und die SS. 17. und 18. a. a. D. bestimmen dies naber dabin, daß die Auseinandersetungs-Beborbe:

a) in hinsicht der moralischen Bersonen, als des Fiskus, der geistlichen und öffentlichen Institute, deren Bermögensverwaltung mittelbar oder unwittels bar unter einer Staatsbehörde steht, die Stelle dieser Behörde mit ihren Rechten und Pslichten dergestalt vertritt, daß es einer Kommunikation mit derselben nicht weiter bedarf, als insofern sie es zu ihrer eigenen Insormastion nothig sindet; so daß also die Genehmigung der Auseinandersetzungss Behörde in diesen Angelegenheiten eben die Wirkung hat, die denen der ordentlichen Staatsbehörde zukommt;

b) wenn jedoch nach dem Gegenstande des Bertrages und der Qualität der betreff. Korporation verfassungmäßig die Immediatgenehmigung oder die Approbation des Min. erforderlich ist, so soll folche von der Auseinander=

fepunges-Behörbe bei bem betreff. Min. nachgefucht werben.

Im Anschluß an diese Bestimmungen verfügt endlich noch der §. 44. a. a. D.,

baß bie Kommissarien ber Auseinandersetungs-Behörden bafür sorgen sollen, daß die gedachten moralischen Personen für ihre Berechtigungen den Gesetzen gemäß abgefunden werden, und daß sie, im Falle die Vertreter dieser Personen sich in Erfüllung ihrer Pflicht in Beziehung auf die Auseinandersetung nachlässig zeigen, dieselben zurechtweisen, allenfalls auch der zur unmittelbaren Verwaltung berufenen Station davon Kenntniß geben und sich durch unmittelbare Korrespondenz mit berselben die nöthigen Aufflärungen verschaffen sollen.

Der S. 162. Mr. 2. a. a. D. endlich schreibt ben Auseinandersetzungs= Behörden vor, dies bei Prüfung des Rezeffes speziell zu übermachen.

Die B. v. 30. Juni 1834 hat diese Borschriften der B. v. 20. Juni 1817 theils bestätiget, theils modificirt, indem sie in §. 11. bestimmt,

a) daß den Auseinandersetzungs-Behörden in Beziehung auf die bei ihnen ans hängigen Auseinandersetzungen zwar die Ausübung des den Provinzials Behörden zuständigen Oberaufsichtsrechtes über das Vermögen der Korpos rationen und öffentlichen Anstalten; desgleichen die Wahrnehmung der Pastronatrechte in Vetreff der von dem Patronate der Regierungen resortirenden geistlichen Güter verbleiben soll;

b) bagegen die Regierungen und Provinzial=Schul=Kollegien den Fiskus und die von ihnen ressortirenden Anstalten wegen aller zu ihrer Berwaltung ge= hörigen Güter und gutsherrlichen Berechtigungen resp. selbst zu vertreten

haben;

c) daß den Regierungen die Konkurrenz wegen Beaufsichtigung der Stadts und Dorfgemeinden allgemein in soweit vorbehalten und übertragen werde, daß sie bei vorkommenden Gemeinheitstheilungen in Städten und Dörfern dahin zu sehen haben, daß das Gemeindevermögen nicht verkürzt werde, zu welchem Zwecke die AuseinandersehungssBehörden den Regierungen von jes der Gemeinheitstheilung oder beantragten Theilung solcher Gegenstände, hinssichtich deren ein Zweisel obwaltet, ob solche zum Privatvermögen der einzelnen Gemeindemitglieder oder nicht vielmehr zum Gemeindevermögen ges hören, Nachricht geben sollen.

Es ist endlich noch barauf hingewiesen, daß nach S. 11. der B. v.

22. Nov. 1844 tas Revisions = Rollegium für &. R. S. nicht verpflichtet ift, die auf bas Bermogen der Korporationen und öffentlichen Anftalten fich beziehenden Rechte, besgleichen die tem Staate guftebenden Batronaterechte von Oberauffichtswegen mabrzunehmen, fondern dies ben betr. Berwaltungsbehörden zu überlaffen und Letteren nur, wo es auf die Babrnehmung folder Rechte ankommt, Nachricht zu geben hat.

II. Erläuterungen zu den SS. 17., 18. u. 44. ter B. v. 20. Juni 1817 und zum S. 11. der B. v. 30. Juni 1834.

1) Wenn bie SS. 17. u. 44. ber B. v. 20. Juni 1817 ben Auseinandersehungsbeborben in Beziehung auf die bei ihnen anhangigen Angele= genheiten die Vertretung der ordentlichen Staatsbehörden mit ihren Rechten und Pflichten biufichtlich ber moralischen Verfonen 1) übertragen hatte, so umfaßte diese Uebertragung sowohl die Oberaufsicht, als die Berwal= tungerechte und Obliegenheiten der ordentlichen Staatsbehörden über das Bermögen der moralischen Personen, und darunter über die in der Auseinandersetzung begriffenen, im Eigenthum (oder Obereigenthum) bes Staates befindlichen Guter. — Die Vertretung ber ordentlichen Staatsbehörden durch die Auseinandersetzungsbehörden hinsichtlich der unter unmittelbarer Bermaltung der Regierungen und Provinzial-Schulkollegien stehenden Domainen und Institute wurde jedoch bereits durch die R. D. v. 31. Dec. 1825 S. XI. (G. S. 1826. S. 5) wieder aufgehoben, bemnächst aber durch den S. 3. der Allerh. genehmigten Instrukt. v. 30. Juni 1828 (v. R. Ann. Bb. 12. S. 676, Bb. 14. S. 66. u. r. R. Jahrt. Bb. 32. 6. 81) und schließlich burch ben §. 11. der B. v. 30. Juni 1834 diese ben Regierungen und Provinzial - Schulfollegien wieder übertragene Bertretung des Fistus und ber von ihnen reffortirenden Anstalten, wegen aller gu ihrer Berwaltung gehörigen Guter und gutsherrlichen Berechtigungen, fo bestimmt, wie bies im vierten Sage bes S. 11. ber B. v. 30. Juni 1834 festgefest worden ift. Nach denselben gefetlichen Borschriften verbleibt aber ten Auseinanderfepungsbehörden bie Ausübung des ben Provinzialbehörden zustehenden Oberaufsichtsrechts über das Bermogen ber Rorporationen und offentlichen Anftalten mit der im fünften und fechsten Sage bes S. 11. ber B. v. 30. Juni 1834 ausgedrückten Beschränfung hinsichtlich ber Beaufsichtigung ber Stadt= und Dorfgemeinden bei Gemeinheitstheilungen.

Bergl. das R. der Min. ber geiftl., U. u. Med. Ang. und bes 3. v.

17. Nov. 1831 2) (Roch's Agrargef., 4 Aufl. S. 252).

2) Bergl, in Bb. I. S. 471.

2) Die nach den vorftebend ermabnten Borfchriften angeordnete refp. noch bestebende Wahrnehmung der Rechte der Korporationen und öffentlichen Anstalten durch die Auseinandersetzungsbehörden und deren Kommiffarien schließt die verfaffungemäßige Wirksamkeit ber Berwalter und Borfteber, sowie ber Oberen ber gedachten Korporationen und öffentlichen

1) Ueber ben Begriff von "moralischen Bersonen" vergl. Roch's Lehrbuch bes Preug. Privatrechte, Bb. I. SS. 55. und 56. S. 155 ff. -

Die SS. 17. und 44. ber B. v. 20. Juni 1817 fprechen nur von folden moralischen Personen, beren Bermögensverwaltung mittelbar ober un= mittelbar unter einer Staatsbehorbe fteht, also von biefer beauffichtiget ober bewirft wird. Blos erlaubte Privatgesellschaften (A. E. R. II. 6. \$\$. 1. u. 2.), von beren Bermögensverwaltung ber Staat feine beauffichtigenbe Renntniß nimmt, werben alfo von ben Auseinanbersetzungs:Behörben niemals vertreten. Dahin gehören namentlich gebulbete Rirchengesellschaften, Privatschulen and Erziehungsanstalten, Sanblungs-Gefellichaften zc. (Bergl. R. bes Juft. Min. v. 8. Jan. 1836, v. K. Jahrb. Bd. 47. S. 368.)

Anstalten, und beren Buziehung zu ben Auseinandersetzungsverhandlungen keinesweges aus. Dies ergiebt sich aus bem zweiten Sate bes S. 44. ber V. v. 20. Juni 1817 und baraus, daß im S. 11. ber B. v. 30. Juni 1834 ben Auseinandersetzungsbehörben nur die Ausübung bes ben Provinzialsbehörben zuständigen Oberaufsichtsrechts übertragen worden ift.

Mit Ruckschierauf bestimmt das R. des Min. des J. v. 1. Oft. 1821 1) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 268), daß den moralischen Personen besondere Vertheidiger ihrer Gerechtsame nicht bestellt werden

sollen.

Dies gilt namentlich von der Vertretung der zur Verwaltung der Resgierungen und Provinzial Schulkollegien gehörigen Güter und gutsberrlischen Berechtigungen nach dem vierten Sate des S. 11. der V. 30. Juni 1834, und des Gemeindevermögens durch die Regierungen nach tem fünften und sechsten Sate des S. 11. a. a. D., so daß die Spezialkommissarien neben den gedachten Behörden und Beamten das Interesse der gesdachten Güter und Gemeinden, nach näherer Vorschrift der angeführten Gesetz, wahrzunehmen haben. Dies ergiebt sich aus der ganz allgemeinen Bestimmung des zweiten Sates des S. 44. der V. v. 20. Juni 1817, welcher durch S. 11. der V. v. 30. Juni 1834 nicht abgeändert worden ist.

Bei dem oftmals kollidirenden Interesse der verschiedenen moralischen Personen, welches die Spezialkommissarien wahrzunehmen haben, namentslich in Prozessen und bei Würdigung und Abschätzung der Grundstücke und Gerechtigkeiten, haben die unmittelbaren Verwalter und Vertreter jener mostalischen Personen deren Gerechtsame allein oder mit Zuziehung selbststänsdiger Assischung selbststänsdiger Assischung wahrzunehmen, oder auf Bestellung besonderer Vertheidisger ihrer Rechte bei den Behörden anzutragen, welchen die Oberaussicht über deren Vermögensverwaltung zusteht.

Dies sind in Beziehung auf die Auseinandersetzungen in der Regel die Auseinandersetzungsbehörden, und nur in den Fällen des vierten, fünfeten und sechten Satzes des §. 11. der B. v. 30. Juni 1834 die Regierun=

gen und refp. Provinzial-Schulfollegien.

In diefer Beziehung ift zu bemerken:

a) Die Zuordnung und Bestellung eines Assistenten oder Mandatars ist möglichst zu vermeiden. Die Auseinandersetzungsbehörde hat daher mit der ordentlichen Berwaltungsbehörde darüber zu konferiren, damit die moralischen Personen und Institute durch die mit dieser Maaßregel verbundenen Kosten nicht etwa der zu ihrem Hauptendzwecke erforderlichen Geldmittel beraubt, oder gar die Gemeinden — z. B. Kirchen =, Pfarr = und Schulgemeinden — mit deren Uebertragung beschwert werden.

Bergl. die R. des Min. des J. v. 1. Oft. 1821 ²) und v. 26. Mai 1832 ³) (Koch's Agrarges., 4. Aufl. S. 268), R. des Min. der geistl. Ang. u. des J. v. 16. Aug. 1833 ⁴) (a. a. O.) u. R. des Min. der geistl. Ang.

u. bes J. v. 25. Juli 1842 5) (a. a. D. S. 269).

b) Die Festsetzung der gedachten Kosten kompetirt dersenigen Behörde, welche darüber entscheidet, ob die Nothwendigkeit ter Zuziehung von Beisständen oder Bestellung besonderer Mantatarien obwaltet, mithin in der Regel der Auseinandersetzungsbehörde.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 482.

²⁾ Chendas. S. 482.

³⁾ Ebendas. S. 483. 4) Ebendas. S. 483.

⁵⁾ Ebendas. S. 483-484.

Bergl. R. der Min. der geistl. Ang. u. des J. v. 14. April 1834 1) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 268).

3) Es ist den Auseinandersetzungsbehörden insbesondere, nach S. 11. der B. v. 30. Juni 1834, in Uebereinstimung mit der Instrukt. v. Juni 1828 S. 3., die Wahrnehmung der Patronatsrechte in Betreff der von dem Patronate der Regierungen ressortirens den geistlichen Güter verblieben. 2)

a) Unter dem im S. 17. der B. v. 20. Juni 1817 und S. 11. der B. v. 30. Juni 1834 gebrauchten Ausdrucke: geistliche Institute, Güter, werden sowohl diejenigen der Kirchen, Pfarren, als anderer geistlicher Gessellschaften, ber Klöster, Stifter, Orden verstanden. (Vergl. A. L. R. II.

Ait. 11. §. 1. ff., 10 — 12., 160. ff., 772. ff., 939. ff. — Dienstinstruft. für bie Reg. v. 23. Oft. 1817 §. 2. Mr. 6. G. S. 1817. S. 248.)

Es gebührt daher die Wahrnehmung ber Patronatsrechte auf den Ronigl. Domainen bei Auseinandersetzungen, Ablösungen ic, welche von ben Auseinandersetzungsbehörden geleitet werden, den letteren.

Bergl. bas R. bes Min. tes 3. v. 14. Mai 1839 3) (v. K. Ann. Bb.

23. **S**. 358).

b) Den Auseinandersetzungsbehörden steht übrigens die Ausübung des Oberaufsichtsrechts ohne ausdrückliche Zustimmung der Vertreter der Korporationen und öffentlichen Anstalten und der geistlichen Oberen nur in den gesetzlich zulässigen Auseinandersetzungsbehörden sompetent sind, treten sie ganz in die Stelle der ordentlichen Staatsbehörden und haben alle Erklärungen selbstständig mit rechtlicher Wirksamseit abzugeben. Sie sind nicht an die Ansichten der ordentlichen Staatsbehörden gebunden, sollen aber in der Regel mit diesen kommuniciren und wo mögelich in Uebereinstimmung mit ihnen handeln.

Bergl. bas C. R. der Min. ber geiftl., 11. u. M. Ang. u. tes I. v.

8. April 1843 4) (Min. Bl. b. i. B. 1843. S. 129, Mr. 164).

c) Insbesondere ist noch darauf hinzuweisen, daß die Auseinandersseungsbehörden bei Ausübung des ihnen in Vertretung der Provinzialsbehörden übertragenen Oberaussichtsrechtes die Rechte zu berücksichtigen has ben, welche den geistlichen Oberen, namentlich dem Bischofe in Betreff der Vermögensangelegenheiten der katholischen Kirche verfassungsmäßig zustehen, und daß sie darüber in zweiselhaften Fällen Instruktion von den Oberprässidenten einholen müssen. (Vergl. S. 18. der Reg. Instrukt. v. 23. Okt. 1817, R. D. v. 31. Dec. 1825 D. II. 2., Instrukt. v. 24. Dec. 1825 für die Oberprssid. S. 4. (G. S. 1826. S. 1.)

Wegen Benachrichtigung tes Bisthums-Vikariatamtes in Auseinandersetzungsangelegenheiten, wobei die katholische Kirche interessirt, vergl. das an die Gen. Kom. zu Breslau ergangene R. des Min. tes J. v. 13. März

1823 5) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 252.)

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 484-485.

²⁾ Ueber das Verfahren der Kommissarien und der Kirchen: und Schulsbeamten in Regulirungs, Ablösungs: und Gemeinheitstheilungs: Sachen, wobei Kirchen, Pfarren oder Schulen interessiren, vergl. das Publif. der Gen. Kom. zu Stargard v. 16. Juli 1821 (v. K. Ann. Bb. 5. S. 627.), das Publif. der Reg. zu Merseburg v. 30. Nov. 1824 (a. a. D. Bb. 8. S. 1040.) und das E. R. der Reg. zu Potsbam v. 6. Juni 1835 (a. a. D. Bb. 19. S. 382.).

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 642-643. 4) Bergl. in Bb. I. S. 643-644.

⁵⁾ Bergl. in Bd. I. S. 471. — In gleichem Sinne ift an die Gen.-Kom. zu Posen unterm 22. März 1826, an die Gen.-Kom. und den Ob. Praf. ber Pro-

288 Bon b. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

d) Ueber das Verfahren in denjenigen Fällen, wo in Gefolge von Gemeinheitstheilungen und Auseinandersetzungen eine anderweitige Resgulirung der Parochialverhältnisse erforderlich wird, vergl. das R. der Min. der geiftl. 2c. Ang. u. des J. v. 20. Dec. 1842 1) (Min. Bl. d. i. V. 1842. S. 415. Nr. 583.).

4) Der S. 18. der B. v. 20. Juni 1817 legt den Auseinandersetzungsbehörden die Verpflichtung auf, die höhere Genehmigung bei solchen Gegenständen, wo solche verfassungsmäßig erforderlich ift, selbst einzuholen.

Nur in den im vierten Sate des §. 11. der W. v. 30. Juni 1834 angegebenen Fällen (wo nämlich die Regierungen und Provinzial=Schulstollegien den Fistus und die von ihnen ressortirenden Anstalten selbst zu vertreten verpstichtet sind) sind die Auseinandersetzungsbehörden von der Einholung der etwa erforderlichen höheren Genehmigung entbunden, und es liegt dies den Provinzialbehörden ob.

Allemal aber haben die Auseinandersetzungsbehörden bei der Prüstung ber Rezesse die Legalität des Verfahrens zu prüfen, den Legitimationspunkt gehörig zu berücksichtigen (§. 162. der V. v. 20. Juni 1817) und folglich darauf zu halten, daß die höhere Genemigung, wo solche ers

forderlich ift, beigebracht werde.

5) Bum Alin. 2. u. 3. des S. 11. der B. v. 30. Juni 1834.

a) Ueber die Entstehungsgeschichte dieser Borschriften vergl. das Rähere in den Erläut. zu den §§. 16. u. 17. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 Jus. IV. (s. oben S. 50-51).

b) Der S. 11. der B. v. 30. Juni 1834 hat den Regierungen die Konkurrenz wegen Beaufsichtigung der Stadt= und Dorfgemein=

den, und zwar mit der Verpflichtung übertragen,

bei Gemeinheitstheilungen in Stadten und Dorfern dahin zu sehen, bag bas Gemeinbevermögen nicht verfürzt werbe.

aa) Bur Beseitigung der Zweisel, welche in dieser Beziehung darüber entstanden waren, welche Gegenstände zum Privatvermögen der einzelnen Gemeindeglieder und zum Eigenthum der Korporation gehören, ist demnächst die Dekl. v. 26. Juli 1847²) (G. S. 1847 S. 327) ergangen, welche zugleich (im S. 6.), unter Bezugnahme auf den S. 11. der V. 30. Juni 1834, bestimmt,

baß wenn in Folge einer Gemeinheitstheilung eine anderweite Regulirung für die Ausübung ber den Gemeindegliedern und Einwohnern an der Absindung (§. 1. der Dekl.) zustehenden Nugungsrechte nöthig wird, solche durch die Ausseinandersehungsschörde, und zwar nach Kommunikation mit der Regierung erfolgen soll.

bb) Das R. bes Min. bes J. v. 8. Nov. 1835 3) (r. R. Ann. Bb.

1) Bergl. in Bb. I. S. 469-470.

vinz Westphalen unterm 20. Sept. 1823, an die Gen. Kom. zu Marienwers ber unterm 13. Jan. 1824, an die Reg. zu Marienwerder und Danzig unsterm 11. Jan. und 6. Mai 1836 und an den Ob. Prasid. der Provinz Preußen unterm 19. Jan. 1837 restribirt worden. (Dönniges Land. Kult. Ges., Bd. 3. S. 308.)

Das R. des Min. des J. v. 7. Sept. 1820 (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 252.) bemerkt, daß die Gebühren ber bischöflichen Kommissarien nicht zu den Regulirungskoften gerechnet werden durfen, sondern von dem bischöflichen Bikariat übernommen werden muffen.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 348 und die Erläut. zu der Dekl. v. 26. Juli 1847 oben S. 51-56, desgl. in Betreff der durch die Dekl. erfolgten Beseitigung der über den Gegenstand ergangenen älteren Ministerial: Erlasse, a. a. D. S. 50-51: Zus. IV.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 644.

19. S. 986) erläutert, daß ben Regierungen nach S. 11. ber B. 30. Juni 1817 nur obliegt, darüber zu machen, daß das Gemeindevermögen nicht verfürzt werde; feinesmeges aber find bie Regierungen befugt, die Gultigfeit der Erklärungen der Stellvertreter einer Stadt über die Art der Ent-

schädigung von ihrer Einwilligung abhängig zu machen.

cc) Für diejenigen Fälle, wo es zweifelhaft ift, ob das Auseinanberfegunge - Dbjeft für Rammerei - ober Burgervermogen zu halten, und insbesondere über die Verpflichtung ber Regierungen resp. der Auseinandersetzunge-Behörden, wo möglich Vergleiche in solchen Fällen zu vermitteln, und die Nichtberechtigung der Auseinandersetzungs-Behörden, folche Abkommen auch ihrer besonderen Prufung zu unterwerfen, vergl. folgende Minist.-Erlaffe: 1)

a) R. bes Min. bes J. u. b. P. v. 22. Aug. 1840 und die (baburch mitgetheilten) R. des Min. des J. für D. u. G. und des J. u. d. B. v. 24. Febr. 1834 und bes J. u. b. B. v. 12. Aug. 1839 (Min. Bl. b. i. B. 1840. S. 396. Nr. 693.);

8) R. bes Min. des J., landwirthschaftl. Abth., v. 4. Juli 1842 (a. a. D.

1842. S. 282. Nr. 388.);

- y) C. R. bes Min. bes 3. v. 15. Mai 1843 und bas (baburch mitgetheilte) R. bes Min. bes J. u. b. P. v. 14. Nov. 1839 (a. a. D. 1833. S. 164. Mr. 207.).
- dd) In Betreff bes Verfahrens bei Rollision ber perfonlichen Intereffen der Mitglieder ber Gemeindebehorden, welchen die Bertretung des Korporationsvermögens obliegt, bezüglich ber Auseinandersetzung, vergl. S. 20. der B. v. 30. Juni 1834.

Bu §§. 45 — 53.

(Wahrnehmung der Rechte nicht zugezogener Interessenten.) [Bergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 10.]

1) Bu SS. 45. u. 46.

a) Bergl. die Erläut, unten im Unter-Abschn. V. Rap. I. (von bem Rechte britter Personen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und den darauf bezüglichen Verpflichtungen ber Auseinandersetzungs-Behörden.)

b) Bergl.:

a) in Betreff ber Buziehung bes Sequefters ober bes Rurators der Realglaubiger zu Auseinandersetzungen bei fequestrirten Gutern den S. 21. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erlaut. dazu;

B) in Betreff ber Bertretung der Chefrauen durch ihre Chemanner bei Auseinandersetzungs-Geschäften ben S. 22. a. a. D. und die Er-

läut. dazu.

(In Beziehung auf die neuen Einrichtungs-2) Bum S. 47. fosten.)

Bergl. die Erläut. unten im Unter-Abschn. V. Rap. II. Tit. 3. (von

der Verwendung der Absindungen zu neuen Ginrichtungen).

3) Bum S. 48. (In Rudficht ber Abfindungen in Rapital.) Vergl. die Erlaut. unten im Unter = Abschn. V. Rap. II. Tit. (Borichriften in Betreff ber Entschädigungen in Rente ober Rapital).

4) Bu SS. 49 - 53. (Im Falle einer Translokation.) Bergl. die Erläut. unten im Unter-Abschn. V. Rap. II. Tit. 1. sub 4.

¹⁾ Diese Minift. - Erlaffe find in ihren materiellen Bestimmungen burch bie Deft. p. 26. Juli 1847 obfolet geworden, weshalb es des Abbrucks ber= felben nicht bedurft hat.

3u SS. 54. und 55.

(Befugnisse ber Spezial=Rommissionen.)

I. Zum §. 54.

1) Der S. 54. stellt als Regel auf, baß die Spezial - Kommissarien alles dasjenige, ohne Rückfrage bei der Auseinandersetzungs = Behörde, zu verfügen berechtiget sind, mas die ordentlichen Gerichte ohne Erkennt = niß zu verfügen befugt sind.

Es finden indeg Ausnahmen hiervon flatt:

a) Nach S. 154. der B. v. 20. Juni 1817 waren die Spezial-Kommissionen befugt,

auch über vorübergehende Gegenstände, die bloß die Vorbereitung eines schicks lichen Ueberganges aus der bisherigen in die kunftige Verfassung betressen, insbessondere über die in den Art. 39. und 50. der Defl. v. 29. Mai 1816 gedachten Gegenstände, im Mangel einer Einigung definitiv, unter Vorbehalt des Rekurses an die Auseinandersetzungssehörde, zu verfügen.

Diese Vorschrift modificirte bereits ber §. 36. der V. v. 30. Juni 1834, welcher ben Auseinandersetzungs=Behörden gestattete, dergleichen Insterimistien auch unmittelbar selbst zu treffen. (Vergl. die Erläut. zum §. 36. a. a. O.)

Der S. 5. der V. v. 22. Nov. 1844 hat indeß diese Bestimmungen

dahin abgeändert,

daß die Spezial-Rommissarien nur noch befugt sein sollen, interimistische Entscheidungen über die bei Auseinandersetzungen vorkommenden Streitigkeiten über Besitz, Rutungs und Verwaltungs Werhältnisse zu erlassen; wogegen ihnen die Entscheidung über Streitigkeiten wegen Gegenstände anderer Art nicht mehr (wie es der §. 154. der V. v. 20. Juni 1817 gestattete) zustehen soll. (Wgl. die Erläut. zum §. 154. der V. v. 20. Juni 1817.)

b) Die Entscheidungen in Beziehung auf die Sicherstellung dritter Personen sind den Auseinandersetzungs-Behörden in der Regel unmittelbar übertragen.

Wergl. das Nähere in den Erlaut. zum S. 154. der B. v. 20. Juni 1817.

2) Aus der Regel des ersten Sates des S. 54. ist die Bestimmung im zweiten Sate desselben abgeleitet worden, daß die Spezial-Rommissarien berechtiget sind, von den Partheien und jedem Dritten alles dasjenige zu fordern, was den Gerichten Behufs der ordnungsmäßigen Instruktion der Prozesse gesetlich zusteht.

In Bezug hierauf ift zu bemerten:

a) Auß der gedachten Bestimmung, in Verbindung mit der tes §. 37. a. a. D., wonach die Außeinandersetzungs=Behörden den Justiz=Unterbehörden Aufträge ertheilen durfen 1), hat man folgern wollen, daß die Spezial-Rommissionen nicht befugt seien, die Gerichte um Vernehmung von Zeugen in den zum Ressort der Auseinandersetzungs=Behörden gehörizgen Prozessen zu requiriren, da sie als bloße Abgeordnete der Auseinanderssetzungs=Behörden und Instruenten, nach §. 217. A. G. D. I. 10., die Requisition nur durch Vermittelung der Auseinandersetzungs=Behörden beswirken könnten.

Das Juftizmin.-R. v. 11. Sept. 1820 hat indeß entschieden,

daß die Gerichte verpstichtet find, solchen Requisitionen ber Spezial=Rommissa= rien zu genügen, weil sie nach S. 54. ber B. v. 20. Juni 1817 berechtigt find,

¹⁾ Bergl. indeß die Erläut. jum §. 37. ber B. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 275.)

selbstständig alle Verfügungen zu erlassen, welche ben Gerichten Behufs ber ordnungsmäßigen Instruktion eingeräumt sind, so daß ihnen auch nach §. 217. A. G. D. I. 10. die Befugniß der Gerichte zusteht, mittelst Requisition anderer Gerichte die Vernehmung auswärtiger Zeugen zu veranlassen. (v. K. Jahrb. Bb. 17. S. 260 u. Gräff Bb. 2. S. 101.)

b) Dagegen haben die Auseinandersetzungs-Behörden selbst diesenigen Verfügungen zu erlassen, welche nach Vorschrift der A. S. D. nicht den Instruenten, sondern dem erkennenden Richter zustehen 1), wie schon aus der in den SS. 104. und 109. der V. v. 20. Juni 1817 enthaltenen Verweisung auf die Vorschriften der Prozes-Ordn. folgt.

II. Bum S. 55.

1) Nach S. 108. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 sind jest die Auseinandersetzungs-Behörden befugt, mit der Besorgung einzelner, zum Auseinandersetzungs-Verfahren gehöriger Geschäfte und selbst mit der vollständigen Bearbeitung einsacher Auseinandersetzungen jeden, ihnen dazu geeignet scheinenden Staats- und Gemeindebeamten zu beauftragen. Die von diesen innerhalb der Gränzen solchen Austrages ausgenommenen Verhandlungen sollen diesenige Kraft haben, welche der S. 55. der B. v. 20. Juni 1817 den Protokollen der Spezial-Kommissarien beilegt. 2)

Bergl. die Erläut. zum S. 108. des Ablös. Ges. v. 2. Marz 1850

(s. in Bb. II. Abth. I. S. 757—758).

2) Aus dem ersten Sate des S. 55. ist gefolgert worden, daß Spezialvollmachten, welche von Dekonomie-Rommissarien nicht zu Prozesangelegenheiten, sondern zu Geschäften ihres Ressorts aufgenommen worden, zu denen es nach den allgemeinen Gesetzen (A. L. R. I. 13. SS. 99. ff., 115., 116.) einer gerichtlichen oder notariellen Vollmacht bestürfen würde, ungenügend seien.

Diese Ansicht hat indeß das R. des Justizmin. v. 20. Dec. 1833 *) (Koch's Agrarges., 4. Aufl., S. 273), in Bezug auf Wollmachten zur gericht= lichen Vollziehung von Auseinandersetzungs=Rezessen, auf Grund des letten

Sates des S. 55., verworfen.

3) Die Frage: ob die Spezial = Rommissionen und Regierungs = Rom = missarien Kauf - und Abtretungs = Verträge über Grundstücke, auf welche sich die ihnen aufgetragene Regulirung erstreckt, mit rechtlicher Wirkung auf nehmen können, wenn dergleichen Verträge auch nicht nothwendig zur Erfüllung ihres Auftrages und der damit zusammenhängenden Geschäfte gehören, sondern nur bei Gelegenheit der Ausführung des Regulirungs geschäftes vorkommen, und von Regulirungsinteressenten beantragt werden? ist bei dem Ob. Trib. kontrovers geworden.

Der Plenarbeschluß deffelben v. 6. März 1848 hat in dieser Beziehung

folgenden Grundsat ausgesprochen:

3) Bergl. in Bb. I. S. 486.

¹⁾ Dahin gehören namentlich die Verfügungen über die Zulässigkeit oder Zurückweisung von Rechtsmitteln. (A. G. D. I. 14. S. 4. u. Anh. S. 111., I. 15. S. 5. u. K. D. v. 25. Juni 1837 in v. K. Jahrb. Bb. 49. S. 451). Vergl. S. 1. der V. v. 21. Juli 1843 (G. S. 1843. S. 294), wonach die Rechtsmittel stets bei der leitenden Auseinandersetzungs Behörde angebracht werden müssen, da auf die Auseinandersetzungs Behörden die V. v. 21. Juli 1846 (nach S. 38. dersfelben) keine Anwendung findet.

²⁾ Ueber die Frage: ob auch ben nach §. 65. ber V. v. 20. Juni 1817 von Kommissarien der Regierungen, in Fällen, wo diese nach §. 39. der V. v. 30. Juni 1834 berechtigt sind, die Auseinandersetzung selbst zu bewirken, die im §. 55. der V. v. 20. Juni 1817 gedachte rechtliche Wirkung beizumessen? vergl. das R. des Min. des J. v. 21. Nov. 1842 (Min. Vl. d. i. V. 1842 S. 404) zum §. 65. der V. v. 20. Juni 1817.

292 Von d. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Rauf=, Abtretungs= und Pachtverträge sind nicht schon als solche und unbes bingt zu benjenigen Verhandlungen zu zählen, zu beren Aufnahme die Spezials und Regierungs=Kommissarien in Theilungs=, Ablösungs= und Regulirungssachen nicht kompetent sind, vielmehr kommt es auch bei solchen Verträgen auf die Bezies hung an, in welcher sie zu dem einzelnen Geschäfte stehen, und ob sie als mit demselben zusammenhängend (§. 55. der B. v. 20. Juni 1817) angesehen werden können.

Die Grunde führen aus:

Nach S. 55. ber B. v. 20. Juni 1817 sind die Spezial = Rommissarien mit voller rechtlicher Wirkung zur Aufnahme selbst folcher Vertrage befugt, welche nach ben allgemeinen Gesetzen bie gerichtliche Errichtung erfordern, "in so weit dieselben bie Erfullung ihres Auftrage und bie hiermit gufammenhangenben Geschäfte jum Gegenstanbe haben." hiernach ift zuvörderst flar, daß ber lette Sat bes §. 55. nicht schon beshalb anwendbar sein kann, weil ein Bertrag bei Gelegen : heit einer Auseinandersetzung vorgekommen ift, und ein Intereffent beffen Aufnahme von bem Rommiffar beantragt hat, daß vielmehr ein wirklicher Busammenhang bes Bertrages mit bem zu regulirenben Geschäfte erforberlich ift. Bon welcher Art biefer Zusammenhang sein muffe, barüber giebt ber S. 8. ber B. v. 30. Juni 1834 Danach findet ber S. 55. ber B. v. 20. Juni 1817 auch auf die gur befferen Regulirung bes Sauptgeschafts gereichenbe Nebengeschafte und bie babei porkommenden Bertrage Anwendung. Die Frage aber: ob die in bem früheren Prajubig aufgeführten Rauf= und Pachtvertrage unbebingt und unter allen Ums ftanden von der Wirkung des S. 55. ausgeschlossen seien? ift zu verneinen, weil auch Rauf : und Pachtvertrage mit bem Gegenstande ber Auseinandersetzung und den dazu gezogenen Nebengeschäften in folder Beziehung stehen konnen, wie die erwähnten Borichriften voraussetzen. — hieraus geht aber nur hervor, daß es Falle giebt, in benen bie Spezial-Rommiffion zur Aufnahme von Rauf- und abnlichen Berträgen mit voller rechtlicher Wirkung befugt find. Allgemein läßt fich weber ihre Befugniß, noch ihre Nichtbefugniß hierzu aussprechen; es kommt vielmehr in jedem einzelnen Falle auf die Beziehung an, in welcher ber Bertrag mit bem Bauptgeschäfte fteht, beffen Regulirung ber Spezial-Rommiffion übertragen (Entsch. Bb. 16. S. 91 — 98, Praj. Nr. 1986., Min. Bl. b. i. B 1848. **E**. 101, Just. Min. Bl. 1848. S. 139.)

Das Revisions-Kollegium für L. R. S. hat in Betreff dieser Frage (in dem Erk. v. 14. Nov. 1848) folgende Grundsätze angenommen:

- a) Die bei Gelegenheit einer gutsherrlichsbäuerlichen Regulirung von dem Speszial-Rommiffarius der Gen.- Kom. aufgenommenen Verträge wegen Uebers lassung bäuerlicher Stellen behalten selbst wenn die Behörde deren Besstätigung späterhin von sich ablehnt dennoch wenigstens die Wirkung von Punktationen.
- b) Auch Altentheile (Leibgebinge) konnen auf diese Beise ftipulirt werben.
- c) Die Befugniß zur Aufnahme berartiger Bertrage ist an und für sich nicht auf ben Zeitpunkt ber Ausführung bes Hauptgeschäfts beschränkt, danert vielmehr bis zur Bollziehung bes Rezesses fort.

Die Grunde bemerken im Wefentlichen:

Aus den ganz allgemein gehaltenen Borschriften des S. 55. der B. v. 20. Juni 1817 und der Erläut. desselben in den SS. 8., 37. u. 38. der B. v. 30. Juni 1834 ergiedt sich, daß die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden und deren Spezial-Kommissarien zur Aufnahme sogenannter Nebengeschäfte auf ein geswisses Stadium der gesammten Regulirungs-Verhandlung keinesweges abgegrenzt ist; eine solche beschränkte Disposition sindet sich auch sonst in den Gesetzen nirs gends und wenn man daher die Aufnahme von Ueberlassungs= resp. Veräuse= rungs=Verträgen Seitens der Gen. Kom. und deren Abgeordneten überhaupt gestatten will, so ist an und für sich kein Grund vorhanden, diese Besugnis mit der Ausführung des Hauptgeschäfts abzuschneiden. — Zwar müssen Verträge wegen Ueberlassung von Grundstücken der Regel nach, und namentlich dann gerichtlich oder notariell aufgenommen werden, wenn die Kontrahenten nicht schreiben können, und dergleichen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehören also weder unmittels

bar, noch ausschließlich zur Kognition ber Auseinandersetzungs-Behörden und beren Spezial - Kommissarien; indessen ist, wie enge oder weite Grenzen man für diese Kompetenz auch steden will, der Spezial-Kommissarius, wenn gleich nicht verpstichtet, so doch berechtigt, einen solchen Akt auf Grund der §§. 8., 37. und 38. der B. v. 30. Juni 1834 zum Regulirungsversahren heranzuziehen, und keine Borsschrift verdietet ihm, dergleichen Geschäfte mit der Hauptsache in Verbindung zu bringen; auch sind die Verhandlungen darüber, obgleich, oder weil sie vor den Spezial-Kommissarien gepstogen worden, nicht mit der Strafe der Nichtigkeit

und rechtlichen Wirkungslosigkeit bedrohet. Rach ben §5. 8., 37. und 38. ber B. v. 30. Juni 1834 gehört eigentlich Alles und Jedes jum Reffort ber Gen .= Rom., mas diefelbe ju einem Nebenges schafte flempeln und unter biefer Firma por fich ziehen will; benn ber Begriff eines folden ift bort keinesweges genau festgestellt und die im S. 8. wenigstens noch einigermaaßen erkennbaren Merkmale beffelben werden burch S. 37. vollig wieber beseitigt. Man hat hier gewiffermaaßen ber Distretion der Behorde vertraut, bag fie nicht ohne gerechten und gesetzlichen Grund über ihre Befugniß hinausgreifen werbe, und barum erscheint — wie in dem Plenarbeschlusse bes Ob. Trib. v. 6. Mary 1848 ausgeführt wirb — Die fattische Lage jeder einzelnen Sache als ber alleinige Maagstab für bas Berfahren ber Behörde, bie aber wiederum in nicht zu enge Grengen verwiesen werben fann. - hiernach lagt fich alfo nicht nachweisen, bağ Geschäfte, welche bie Spezial : Rommiffarien — wenn auch irrthumlich — ju ihrem Reffort gehörig erachten, ohne alle rechtliche Wirkung seien ober es würben, Lobald die Gen. Rom. fich spaterhin barauf nicht einlassen will und fie von fich ablehnt; benn alebann hinge bas Schickfal folder Geschäfte von bem willführlichen Belieben der Behörde ab, und das ist kein gesetzlicher Grund fur die Beständigkeit der einmal eingegangenen Verpflichtungen und der ihnen korrespondirenden Rechte, vielmehr muß biefe, sobald die Gen. Rom. von der, ihr im §. 37. der B. v. 30. Juni 1834 gegebenen Befugniß zur Ablehnung bes Nebengeschäftes Gebrauch macht, lediglich nach allgemeinen formellen und materiellen Borfdriften gepruft werben und biefe ergeben, daß bergleichen Bertrage icon beshalb fur rechtebestans bige zu erachten find, weil ber Spezial-Rommiffarius bei Aufnahme berfelben nicht als Privatperson, sondern in amtlicher Eigenschaft gehandelt hat. — Sollte er hierin geirrt haben, so nimmt bieser Brrthum bem Geschäfte felbst boch nicht ben amtlichen Charafter. — Gin Bertrag, ber unter berartigen Boraussehungen aufges nommen wurde, ift baher nach §. 55. ber B. v. 20. Juni 1817, verbunden mit S. 129. A. G. D. I. 10. ale eine öffentliche Urkunde zu betrachten, auf Grund welcher, wenn die Gen. Rom. die Bestätigung beffelben nach §. 37. der B. v. 30. Juni 1834 verfagen möchte, wenigstens Die Abschließung eines gerichtlichen ober notariellen Bertrages laut S. 17. bes A. E. R. I. 10. wurde erzwungen werben

4) In Betreff der Vollziehung der Rezesse vergl. §. 166. der V. 20. Juni 1817 und die Erläut. dazu (s. unten).

(Beitschr. bes Revif. Rolleg. Bb. 2. S. 353-371.)

5) Ist die Exekution aus den von Spezial-Kommissarien in Auseinandersetzungs-Sachen aufgenommenen Verträgen und Abreden der Partheien ohne vorgängiges Erkenntniß, im Laufe der Sache vor Bestätigung

bes Rezeffes zulaffig?

fönnen.

Die Frage ist verneint worden, weil nach §. 55. der B. v. 20. Juni 1817 den Berhandlungen der Spezial-Dekonomiekommissarien nur hinsichtslich der von ihnen instruirten Streitigkeiten die Wirkung gerichtlicher Prostokle beigelegt und die Exekution nur aus gerichtlichen Bergleichen zulässig sei, andere von den Spezial-Rommissionen aufgenommene Berträge erst durch Vollziehung und Bestätigung des Rezesses volle Beweiskraft erhielten und nach §§. 169. 205. der B. v. 20. Juni 1817 nur aus dem als gerichtliche Urkunde geltenden, bestätigten Rezesse und aus Erkenntnissen die Exekution gestattet sei.

Dagegen ift für die Bejahung angeführt worden:

Das ganze Auseinanbersetzungsversahren salle in die Kathegorie des Prozeß: versahrens. Nach der Bestimmung des §. 10. des Ausführ.: Ges. v. 7. Juni 1821 trete ber 2. Abschn. ber B. v. 20. Juni 1817 in die Stelle bes 43. Tit. des 1. Th. der A. G. D., welcher in ber Prozefordnung begriffen fei. Die Berhandluns gen in Auseinandersetzungsfachen seien baber ale Prozegverhandlungen anzuseben. — Insofern nun durch eine solche Berhandlung streitig oder zweiselhaft gewesene Rechte ber Partheien vertrageweise bergestalt bestimmt werben, daß wechselfeitig etwas gegeben ober nachgelaffen wirb, sei ihr die Wirkung gerichtlich abgeschloffes ner Bergleiche beizulegen, auf beren Grund bie Exekution verfügt werben konne. (S. 205. Tit. 16. Th. I. des A. E. R., Art. 2044. des Code civil. — S. 4. Tit. 24. Th. I. ber A. G. D., Art. 2052. bes Code civil.) — Die Bestimmungen ber SS. 169. und 205. ber B. v. 20. Juni 1817 über bie Exefution bestätigter Re= zeffe schlöffen bie Bollftredung ber von ber Spezial = Kommiffion aufgenommenen Bertrage im Laufe ber Berhandlungen nicht aus. Nach S. 203. sei bie Ausführung bes Auseinanbersethungsplans vor ber Rezesteftätigung auf ben Grund eines Bertrages ber Partheien gestattet. Einer vorgängigen Legalistrung ber Berhands lungen burch einen richterlichen Beamten bedürfe es nach dem letten Sate bes S. 55. ber B. v. 20. Juni 1817 nicht und fei folche felbst hinfictlich ber Bollzies hung des Resultats aller Berhandlungen, des Rezesses, nach SS. 41. bis 43. ber B. v. 30. Juni 1834 nicht erforderlich. — Hiernach und nach S. 6. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 falle der in den erften Capen bes §. 55. ber B. v. 20. Juni 1817 hinfichtlich ber Wirkungen ber Berhandlungen ber Dekonomie-Rommifs farien und richterlichen Beamten gemachte Unterschied weg.

Dieser letteren Ausführung ist bas Min. des 3. in ben R. y. 18. Juli u. 6. Sept. 1840 (Acta: Justigsachen, No. 4. Vol. IV.) bahin bel-getreten,

bag bie Exekution aus Vergleichen, welche im Laufe bes Auseinandersetzungs: Verfahrens geschloffen find, verfügt werben könne, sofern die Ausführung derselben nicht ausdrücklich bis zur Bestätigung des Rezesses ausgesetzt worden ift.

(Donniges Landes-Rult. Gef., Bb. 3. S. 368-369.)

3n §§. 56. und 57.

[B. v. 30. Juni 1834 §. 19.]

(Bon Dekonomie-Rommiffarien).

I. Befugniß zur Anstellung berfelben.

Ueber die Anstellung von Dekonomie-Kommissarien 1) sind

folgende Vorschriften ergangen:

- 1) Das Ed. v. 7. Sept. 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe (G. S. 1811, S. 263 ff.) bestimmt im S. 119., daß solche von den Regierungen anzustellen, welche ihnen das Qualifikations-Attest ertheisten sollen.
- 2) Das Landes-Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 schrieb im S. 43. 2) vor, daß sie von dem Landes-Dekonomie-Rollegium 3) angesetzt und autorisitt werden sollen. Zugleich ertheilte dieser S. Worschriften bezäglich der Qualifikation der als Dekonomie-Rommissarien anzustellens den Personen.

3) Das Ausführungs-Ges. v. 7. Juni 1821 hat im S. 7. den General-Rommissionen die Befugniß ertheilt, Dekonomie-Kommissarien zu prüfen und anzustellen.

In Bezug auf biefe Bestimmungen (ad 1-3.) ift zu bemerten:

2) Bergl. in Bb. I. S. 97.

¹⁾ Bergl. auch Bb. II. 206th. I. S. 24.

³⁾ Ueber die Wiederaufhebung ber Landes: Dekonomie: Rollegien und bie theilweise Uebertragung ihrer Geschäfte an die Gen. Kommissionen, vergl. Bb. II. Abth. I. S. 12.

a) Die nach den früheren Gesetzen den Regierungen ertheilte Bestugniß zur Anstellung von Dekonomie-Rommissarien ist durch den S. 7. des Ausführ. - Ges. v. 7. Juni 1821 nicht ausgeschlossen worden, sondern besteht daneben fort. (C. R. des Min. des J. v. 10. Sept. 1821 1), in Roch's Agrarges., 4. Aust. S. 211.)

b) Da nach S. 7. des Ausführ. - Gef. v. 7. Juni 1821 die Gen. - Rommissionen (beziehungsweise die landwirthschaftl. Reg. - Abtheilungen) zur Anstellung der Dekonomie-Rommissarien berechtiget sind, so folgt hier aus, daß es deshalb einer Anfrage bei dem vorgesesten Min. nicht bedarf.

Es ift indeg vorgeschrieben:

a) Von jeder Anstellung und Entlassung eines selbstständig beschästigten Dekonomie-Rommissarius, nicht aber der Dekonomie-RommisstonsSehülsen, ist dem Min. Anzeige zu erstatten. (C. R. des Min. des J. v.
9. Mai 1842 2), Min. Bl. d. i. B. 1842, E. 133.)

β) Desgl. von jeder Verfetzung eines Spezial-Dekonomie-Kommisfarius. (C. R. des Min. des 3. v. 25. Juni 1846 *), Min. Bl. d. i. B. 1846,

S. 142.)

- y) Das Anerkenntniß der Qualisikation der Reg.- und Gerichts-Assessonen als Dekonomie-Rommissarien ist, in Rücksicht auf die von den Ministerien ausgehente Anstellung dieser höheren Beamten, von der Genehmigung des Min. abhängig gemacht worden. (C. R. des Min. des J. v. 12. April 1836 ⁴), r. K. Ann., Bd. 21. S. 65 und r. 3. Febr. 1841 ⁵), Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 81.)
- II. Befähigung zur Anstellung als Dekonomie-Kommisfarius. 6)
- 1) Der S. 43. des Landes-Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 7) hatte die Anstellung als landwirthschaftlich erfahren und intelligent bereits bestannter Männer zu Oekonomie-Kommissarien ohne sormelle Prüfung nachsgelassen, wogegen sich diejenigen Versonen einer folchen unterwersen sollten, die noch nicht erprobt waren und den Ruf erfahrener Männer nicht notos

risch für sich hatten.

Hierbei beließ es auch der S. 57. der V. v. 20. Juni 1817. Die in dem Landes-Rultur-Ed. vorbehaltenen befonderen Vorschriften über die Prüfung der Oekonomie-Rommissarien waren in dem C. R. des Min. des J. v. 19. März 1817 (Acta: Landwirthsch. Beh. No. 16. Vol. I.) inzwischen ergangen und auf diese Bestimmungen wurden auch die Gen.-Rommissionen, nachdem ihnen durch den S. 7. des Aussühr.-Ges. v. 7. Juni 1821 die Prüfung und Anstellung der Oekonomie-Rommissarien übertragen worden war, verwiesen.

Die R. D. v. 7. Juni 1834 8) bestimmte spaterbin:

a) daß diejenigen Personen, welche als Dekonomie-Rommissarien angestellt werden sollen, als gute praktische Landwirthe bekannt sein, ober sich boch barüber ausweisen muffen, daß sie zureichende Gelegenheit gehabt haben, den Betrieb der praktischen Landwirthschaft kennen zu lernen, sowie, daß

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 486.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 486-487.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 487.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 492-493.

⁵⁾ Chendas. S. 491-492.

⁶⁾ Ueber die Nichtzulaffung von Auslandern chne Genehmigung des Min. vergl. das R. v. 14. Febr. 1844. (Min. Bl. b. i. B. 1844. S. 170.)

⁷⁾ Bergl. in Bb. I. S. 97. 8) Bergl. in Bb. I. S. 460-462.

wegen beren Prüfung nabere Anweisung von dem Min. zu eriheilen set

(§. 8. ber alleg. R. D.);

b) daß ausgezeichneten Dekonomie-Rommissarien, gleich den Reg.-Referendarien, Zutritt und Beschäftigung sowohl bei den Regierungen, als bei ben Gen.-Kommissionen zu gewähren (S. 9. a. a. D.).

Die vorbehaltene Instruktion wegen der Ausbildung und Prüfung der Oekonomie-Kommissarien ist demnächst von dem Min. des J. für Gewerbe-Ang. unterm 11. April 1836 1) (v. K. Ann. Bb. 20. S. 93 ff.) erlassen, späterhin jedoch in einigen Punkten modisicirt worden durch die C. R. des Min. des J. v. 24. Sept. 1838 2) (Kam. Zeit. 1838, S. 963 n. Koch's Agrarges., 4. Aust, S. 361) und v. 3. Febr. 1841 2) (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 81).

2) Um dem Bedürfnisse der Auseinandersetzungs Behörden an juristisch vorgebildeten Beamten und dem Bedürsnisse anderer Behörden
durch Ausbildung ihrer jüngeren Beamten und künstigen Mitglieder in
solchen Geschäften, zu denen es landwirthschaftlicher Kenntnisse und Erfahrungen bedarf, abzuhelsen, wurde auch den Regierungs und Justiz-Asseisoren die Gelegenheit zur Erwerbung derselben und zu ihrer Ausbildung als Dekonomie-Kommissarien durch ihre Beschäftigung bei den Auseinandersetzungs-Behörden eröffnet.

Ueber die Beschäftigung, Stellung und Ausbildung der Regierungs- und Justiz-Assessoren zu ökonomischen Sachverständigen

sind ergangen +):

2) a. a. D. S. 491.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 487 ff.

³⁾ a. a. D. S. 491—492.

⁴⁾ a) Rach bem C. R. v. 29. April 1842 (f. in Bb. I. S. 498) konnen biejenigen Oberger.= Affeff., welche wenigstens bie in bem C. R. v. 3. Febr. 1841 unter II. 3. (f. in Bb. I. S. 497) bezeichnete technische Qualisifation erlangt haben, jur Bermaltungsparthie übernommen und zu Reg Affefforen ernannt wer-Durch bas Regul. v. 14. Febr. 1846 über bie Befähigung zu ben höbern Aemtern ber Verwaltung (G. S. 1846 S. 199) find indeg über bie Borbilbung, welche von ben Kandibaten für den höheren Berwaltungsbienst zu fordern ift, und über die Prufungen und vorbereitenden Beschäftigungen, welchen bieselben fich zu unterwerfen haben, mit Aufhebung aller diesfälligen Berordnungen, Inftruktionen und Borschriften, anderweitige Bestimmungen ertheilt worden. (Bergl. die Ginl. gum Regulativ.) - In den SS. 1--17. Des Regul. ift von ber Borbereitung berjenigen zum höheren Berwaltungsbienste bie Rebe, welche als Referenbarien bei einer Regierung eintreten wollen, Rach S. 19. ift die im S. 18. eingesetzte Obers Graminationskommission zur letten und höchsten Prufung berer bestimmt, welche ihre Qualififation bewähren wollen, und zu Mitgliedern ber Reg. und zu Obers fommiffarien bei ben Gen .: Rom. beforbert werben ju fonnen. Bu ben hier ges nannten Regierungsmitgliedern find jedoch diejenigen, welche nicht für die allges meine Berwaltung überhaupt, sonbern junachft fur ein befonberes Fach bestimmt find, wenn fie gleich ben Regierungerathe-Titel führen, nicht mit zu zählen; namentlich follen zu Juftitiarien fur bie obgebachten Beborben nur folche Manner beftellt werben, welche bie bochfte Brufung vor ber Ober-Eraminationskom. für bie Juftizbeamten bestanden haben. Nach S. 21. a. a. D. hat fich bie Ober-Examinationskom. für ben boheren Berwaltungebienft aus ben Dienstaften bes Ranbis baten zu vergewissern, ob ben Borschriften bieses Regul. genügt worben, und wenn bies nicht geschehen, bie Nachholung bes Fehlenben zu veranlaffen, auch bei 3meis feln, ob ber Randibat überhaupt jur Brufung jugulaffen fei, bie Bestimmung ber Disziplinar = Minifterien barüber einzuholen. Rach S. 22 follen Danner, welche bie ber Brufung vor ber Ober Graminationstom. nach ben Bestimmungen biefes Regul. vorangehende Laufbahn nicht gemacht, ober boch nicht vollendet, bagegen schon in anderen Dienftverhaltniffen fungirt haben, 3. B. ale Defonomiefommiffa-

1) C. R. bee Min. bee 3. für Gew. Ang. v. 12. April 1836. (v. R. Ann. **翌b. 20. €.** 65.):

2) C. R. beffelb. Min. v. 1. Febr. 1837. (a. a. D. Bb. 21. S. 63.);

- 3) C. R. bee Min. tee J. u. b. P. v. 23. Mai 1838. (Roch's Agrarges. **S**. 278);
- 4) C. R. beffelb. Min. v. 25. Febr. 1839. (v. R. Ann. Bb. 23. S. 82);
- 5) C. R. beffelb. Min. v. 8. April 1839. (Donniges Land. Rult. Gef. **25.** 3. **6**. 337);
- 6) C. R. deffelb. Min. v. 3. Febr. 1841. (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 81);
- 7) C. R. der R. Min. des J. u. d. B. u. d. F. v. 10. Febr. 1841. (Dons niges Land. Rult. Gef. 2b. 3. G. 339);
- 8) C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 29. April 1842. (Min. Bl. d. i. B. 1842. **6**. 131);
- 9) C. R. des Min. des J. r. 7. Sept. 1843. (a. a. D. 1843. S. 240);
- 10) R. beffelb. Din. v. 28. Dec. 1843. (Donniges Land. Rult. Gef. 28b. 3. **©**. 338);
- 11) C. R. beffelb. Min. v. 3. Nov. 1844. (Min. Bl. b. i. B. 1844. S. 291);
- 12) E. R. beffelb. Min. v. 27. Sept. 1845. (a. a. D. 1845. S. 303);
- 13) R. beffelb. Min. v. 18. Juni 1846. (Donniges Land. Rult. Gef. Bb. 3. **S**. 337);
- 14) R. beffelb. Din. v. 22. Febr. 1847. (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 53.) Vergl. diese R. in Bd. I. S. 492-506).
- 3) In Betreff der Benutung der landwirthschaftl. Lehranftalten zur Ausbildung von Berfonen, die fich der Laufbahn der Defonomie-Rommiffarien widmen wollen, find die R. bes Min. bes 3. v. 1. Febr. 1837 u. 31. Jan 1841 1) (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 83 — 84) er= gangen.

Rechtliche Verhältniffe ber Dekonomie - Rommif-III.

farien.

In Bezug auf ihr Amt.

1) Die Dekonomiekommiffarien gehoren zu den Civilbeamten (A. L. R. II. 10. SS. 1-3.) und ihren Amtshandlungen ift ber öffentliche Glaube beigelegt. 2) Die R. D. v. 19. Jan. 1833 (G. S. 1833, S. 4) erkennt fo-

rien ic., zu jener Prufung nur unter ben von den Disziplinar-Ministern jedesmal zu beschließenden Bedingungen zugelaffen werben. Im S. 33. ift endlich bestimmt worben, nur biejenigen Referendarien, welche die Brufung bestanden haben, konnen ohne Beiteres zu Reg. Affefforen befordert werden.

Benngleich hiernach die Erwerbung der Qualifikation als Dekonomiekommis farius zur Uebernahme ber Oberger.=Affessoren in die Verwaltungsparthie im Alls gemeinen und zur Ernennung berfelben als Dberfommiffarien bei ben Auseinans bersegungsbehörden nicht weiter ausreicht, so ift boch zu ihrer Ernennung zu Reg. Affessoren und Rathen für ein besonderes Fach, namentlich zu Justitiarien ber Reg., ber landwirthschaftl. Reg. . Abth. und Ben. Rom., eine lette Brufung vor ber Obers Examinations fom. für ben höheren Berwaltungsbienst nicht erforberlich. (Bergl. Donniges Land. Rult. Gef. Bb. 3. S. 344.)

b) hinficilich ber Beforberung ber Oberger.-Affefforen, welche von ben Auseinandersegungebehörden in den Juftigbienft gurudtreten wollen, ift ben Prafidien und Direktoren ber Gen.s Rom. und ber Reg. ju Frankfurt, Danzig, Gumbinnen, Königsberg und Marienwerber in bem R. des Min. des 3. vom 6. Marg 1846 und bem baturch mitgetheilten Schreiben bes Juft. Min. v. 20. Jan. 1846 Rache richt und, Anweisung ertheilt worten. (Bergl. Donniges a. a. D. S. 345.) Bergl. auch bas C. R. v. 29. April 1842, s. in Bb. I. S. 498 ff.)

1) Bergl, in Bb. I. S. 506-508. - Nachrichten über bie landwirthsch. Afas bemie zu Elbena finden sich in v. R. Ann. Bb. 19. S. 404 und im Min. Bl.

b. i. B. 1840. S. 359.

2) a) Die Vereibigung ber Dek. Kommissarien betreff., so sind dafür die allgemein. Borschriften b. K. D. v. 5. Nov. 1833 (G. S. 1833. S. 291), des

wohl die mit fixirten als mit temporairen Didten remunerirten Dekonomies kommissarien als Beamte au. (Bergl. A. E. R. II. 10. §§. 68. sf. u. 85., §. 161. des Anh. zur A. G. D., §§. 43. u. 44. des Landkulturs Ed. v. 14. Sept. 1811, §§. 54. u. 55. der B. v. 20. Juni 1817, R. des Min. des J. v. 12. Juni 1825 in v. R. Ann. Bd. 7. S. 312, R. des Justizmin. v. 13. Juni 1813, in v. R. Jahrb. Bd. 2. S 3, R. des Min. des J. u. d. P. v. 11. Mai 1835, in v. R. Jahrb. Bd. 45. S. 420.)

2) Sie haben jedoch keinen Anspruch auf bauernde Beschäftigung und Besoldung oder Gehalt, sondern werden burch fixirte Diaten, oder auf die Zeit und Dauer ihrer Beschäftigung, remunerirt.

Die Instr. v. 17. Oft. 1811 hat im S. 15. bestimmt:

Um gewiß zu fein, daß fich solibe und sehr geschickte Dekonomen um ben Posten ber Dekonomiekommissarien bewerben, sollen folche in 3 Klassen getheilt und so gestellt werden, daß

bie 1fte Rlaffe 3 Thir. firirte Diaten,

die 2te Klasse 2 = =

bie 3te Rlaffe 24 = unfirirte Diaten,

mit dem Bersprechen erhält, daß nicht nur Aszension von den unteren in die oberen Rlassen, sondern auch aus diesen Beförderung zu Rathsstellen in den Defos nomiekollegien stattsuben foll.

Bergl die Erlaut. zur Roften-Inftr. v. 16. Juni 1836 (f. unten).

- 3) Bezüglich der Disciplin und insbef. der unfreiwilligen Dienstentlassung, resp. Pensionirung der Dekonomie-Rommissarien vergl. das G. v. 21. Juli 1852 (G. S. 1852, S. 465 st.), dessen J. 83. auf alle Dekonomie-Rommissarien (und Feldmesser) Anwendung sindet, welche die Pensions-Berechtigung noch nicht bestigen. (Vergl. R. des Min. für sande wirthsch. Ang. v. 26. Nov. 1852, 2) Min. Bl. d. i. V. 1852, S. 326.)
- 4) In Betreff des Anspruchs der Dekonomie-Rommissarien auf Bergütung der Umzugskosten bei Versetzungen, vergl. das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 31. Jan. 1840. *) (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 23.)
- 5) Wegen tes Pensions-Anspruchs terselben vergl. die K. D. v. 7. Juni 1834 ad 10. und 11. *) (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 240 u. 241.)
 - 6) Ueber die Bewilligung des Gnadenmonats für die hinter-

Art. 108. der Berf. Urf. v. 31. Jan. 1850 und des Staatsmin. Beschl. v. 12. Febr. 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 122) maaßgebend.

3) Bergl. in Bb. I. S. 508-509.

b) Bei Abgabe sach verständiger Gutachten muffen auch bestallte Def. Kommissarien besonders vereidet werden, wenn sie nicht den SachverständigensEidschon generaliter geleistet haben. (R. des Just. Min. v. 5. Sept. 1823 in v. K. Jahrb. Bd. 22. S. 80.)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 460 ff. 2) Bergl. in Bb. I. S. 508.

⁴⁾ Ebendas. S. 461. — Bergl. das hierauf bezügliche E. A. des Min. des J. u. d. F. v. 8. Sept. 1835 (v. R. Ann. Bd. 19. S. 672), welches nur ein transitorisches Interesse hatte.

bliebenen verstorbener Dekonomie-Rommissarien, vergl. das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 31. Okt. 1840. 1) (Min Bl. d. i. B. 1840, S. 477.)

B. In Bezug auf ihre Brivatangelegenheiten.

1) Heirathstonsens und Beitritt zur Wittwenverpflegungs= Anstalt.

a) Vereidigte Dekonomie-Kommissarien (auch Feldmesser) mussen, wenn sie sich verheirathen wollen, den Heirathskonsens bei der ihnen vorgesetzen Behörde nachsuchen, welchen der Prästdent der Reg. oder Direktor der Gen.Kom. ertheilt. Diese haben Sorge zu tragen, daß die Beamten ihre Ehefrauen in die R. Wittwenkasse oder aber in die v. d. Schulenburg'sche Wittwen-Verpstegungsanstalt zu Berlin mit einer Pension einkaufen. 2)

b) Die Verpflichtung der Beamten zum Beitritt zur allgemeinen Wittwenkasse setzt die Rezeptionsfähigkeit derselben voraus, welche auf die im unmittelbaren Staatsdienste stehenden, ein fixirtes Diensteinkommen von mehr als 250 Thirn. aus Staatskassen beziehenden Beamten im Allgemei-

nen beschränft ift. 3)

c) Sowohl die Dekonomie-Rommissarien, als die sonstigen bei ben Gen.-Rom. und im Ressort berselben angestellten Beamten, welche für ihre Person die Pensionsberechtigung erlangen, werden dadurch zugleich rezeptionssähig bei der allgemeinen Wittwen-Verpstegungsanstalt und kommt es

nur barauf an, bie Benfionsberechtigung zu bescheinigen. *)

d) Die bei ben Auseinandersetzungs = Behörden dauernd beschäftigten Dekonomie-Rommissarien sollen, noch ehe sie in ten Genuß eines pensions berechtigten Diensteinkommens treten, zum Einkaufe ihrer Ehefrauen in die K. Wittwen-Verpstegungsanstalt mit einer Pension von höchstens Einhunbert Thalern, vorbehaltlich einer künftigen Erhöhung derselben, zugelassen werden. — Den Dekonomiekommissions-Gehülsen ist die Verpslichtung aufzuerlegen, ihre Ehefrauen in die Wittwenkasse einzukaufen, sohald sie zum Genusse einer Pensionsberechtigung gelangen. 5)

2) Grefution wegen Schulden.

a) Nach der K. D. v. 19. Jan. 1833 (G. S. 1833, S. 4) kann gesgen die in Eid und Pflicht genommenen Dekonomie-Rommissarien (auch Feldmesser) während der Dauer ihrer Anstellung auf sixirte Diaten bei öffentlichen Behörden, desgl. während der Dauer der von öffentlichen Be-hörden ihnen übertragenen Beschäftigung, der Personalarrest Schulden halber überhaupt nicht vollstreckt und in Ermangelung anderer Vermögensobjekte die Erekution in ihr Einkommen nur nach Maaßgabe des S. 160. des Anh. zur A. S. D. zugelassen werden.

6) a) Nach bem, im Einverständnisse mit bem Min. bes 3. erlassenen, R. bes

¹⁾ Bergl. in Bd. I. S. 509.

²⁾ Bergl. K. D. v. 18. Oft. 1800 und v. 17. Juli 1816. (G. S. 1816. S. 214), §. 40. ber Reg. Instr. v. 23. Oft. 1817 (G. S. S. 258), Geschäftes anweisung v. 25. Dec. 1825 zum Abschn. IV. S. 15, R. des Min. des J. v. 21. Juli 1828 (v. K. Ann. Bd. 12. S. 277), E. R. des Min. des J. v. 21. Juni 1842. — (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 219, s. in Bd. I. S. 509.)

³⁾ Bergl. K. D. v. 17. Juli 1816 (G. S. 1816. S. 214), Defl. v. 3. Sept. 1817 (G. S. 1817. S. 301), K. D. v. 27. Febr. 1831 (G. S. 1831. S. 3), E. R. des Min. des J. für H. u. G. u. der F. v. 7. Juni 1832, in den Aften des Min. des J.: Allg. Wittwenkasse. No. 93. Vol. 3., R. v. 25. Juni 1832. (v. K. Jahrb. Bb. 39. S. 418.)

⁴⁾ Bergl. R. bes Min. bes J. für Gew. v. 16. Juni 1836, in den Aften: Alg. Bittwenkasse. No. 93. Vol. 4.

⁵⁾ Bergl. E. R. bes Min. bes J. v. 21. Juni 1842. (Min. Bl. t. i. B. 1842. S. 219, s. in Bb. I. S. 509.)

300 Bon d. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

b) Das Dienstfuhrwerk der Dekonomie-Kommissarien ist kein von der Erekutionsvollstreckung ausgenommener Gegenstand. (R. des Min. des J. v. 9. Juni 1842, 1) Min. Bl. d. i. V. 1842, S. 220.)

3) Rommunal = Steuerpflichtigkeit.

Die mit fixirten Diaten angestellten Dekonomie-Kommissarien genießen bezüglich der Kommunalsteuer-Verpflichtung die Rechte der Beamten in Gemäßheit des Ges. v. 11. Juli 1822. (R. des Min. des J. n. d. P. v. 12. Juni 1823, 2) v. K. Ann. Bd. 7. S. 312.)

4) Ueber die Belassung der Diäten an zur Landwehrübung oder Kriegsreserve einberusene Dekonomie-Kommissarien, vergl. das C. R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 7. Dec. 1848. 3) (Min. Bl. d. i. B. 1848, S. 366.) Vergl. auch die K. O. v. 24. Juli 1837. (v. K.

Jahrb. Bb. 50. S. 136.)

IV. Nach bem Schlußsate des S. 56. der B. v. 20. Juni 1817 durfen die Spezial-Rommissarien (auch wenn sie für bestimmte Distrifte bestellt
worden sind) keine Auseinandersetzung ohne besondern Auftrag derjenigen Auseinandersetzungs-Behörde, bei welcher nach SS. 68. und 69. a. a. D.
die Provokation anzubringen ist, vornehmen.

Ueber die Privat = Vermittelungen von Gemeinheitstheilungen, Ablösungen und gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen, vergl. das R. nebst Regul. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 18. Juli 1834 *) (v. R. Ann. Bb. 18. S. 984) und das R. des Min. des J., landwirthsch. Abth. v.

12. Oft. 1840 5) (Min. Bl. b. i. V. 1840. S. 478).

V. Vergl. S. 19. der V. v. 30. Juni 1834 wegen Ertheilung von Aufträgen in Auseinandersetzungs = Sachen an Landrathe und Kreisverordnete.

3u. §§. 58-60.

(Bon öfonomifchen Gulfsarbeitern.)

1) Die Vorschriften der §§. 58—60. sinden namentlich auf die zu ben Geschäften der Auseinandersetzung-Behörden sich ausbildenden Affessoren, Referendarien und Gehülfen Anwendung, und es sind darauf die megen Beschäftigung der Regierungs- und Justiz-Assesson als Spe-

c) Gegen die Protokollführer der Dek. Kommiffarien ist die Personals Erekution wegen Schulden znlässig (R. des Min. des J. für landwirthschaftl. Ang.

v. 28. Juni 1841, Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 236).

1) Bergl. in Bb. I. S. 510.

2) Chendas. S. 510.

Just. Min. v. 6. u. 28. Mai 1833 (v. A. Jahrb. Bb. 41. S. 468 u. 471) und bem E. R. des Min. des J. v. 16. Mai 1833, ist in Beziehung auf den S. 160. des Anh. zur A. G. O., bestimmt worden, daß von den strirten oder unstrirten (temporairen) Diaten der Oef. Kommissarien, täglich 1 Thir. von der Berechnung des abzugesähigen Theils ihres Einkommens auszuschließen ist, als eine Vergütung der mit den Dienstreisen verbundenen Mehrausgaben.

b) Die Justizbehörden sollen vor der wirklichen Beschlagnahme der von Dek. Kommissarien (auch Feldmessern) im Auftrage öffentlicher Behörden reservirten Gesbühren mit den Behörden, bei welchen die betr. Beamten beschäftigt worden sind, über die Beendigung dieser Beschäftigung und über die Zulässigseit der Gebührens beschlagnahme nach Maaßgabe der R. D. v. 19. Jan. 1833 kommuniciren. (R. des Just. Min. v. 26. März 1836, v. R. Jahrb. Bb. 47. S. 326.)

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 511. 4) Bergl. in Bb. I. S. 511. ff.

⁵⁾ Cbenbas. S. 513-514.

zial-Rommiffarien erlaffenen Min. Reffripte (vergl. Buf. II. ad 2. zu \$5. 56.

u. 57. ber B. v. 20. Juni 1817, f. oben G. 296-297) gegrundet.

2) In wiesern solche Hulfsarbeiter von der Oberaussicht und Buziehung wirklicher Dekonomie-Kommissarien entbunden werden können, ergeben
die R. v. 12. April 1836, 23. Mai 1838, 25. Febr. 1839, 3. Febr. 1841,
29. April 1842, 3. Nov. 1844 und 27. Sept. 1845. 1) Darnach stehen
ihnen die Rechte und Besugnisse der Dekonomie-Kommissarien mit voller
Wirkung erst dann zu, wenn ihnen die Qualisisation als dkonomische Sach-

perftandige, ale Dekonomie-Rommiffarien, beigelegt ift.

3) Das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 10. Aug. 1850²) (Min. Bl. d. i. B. 1850, S. 253, Ar. 340) gestattet, den Dekonomie-Rommissions-Gehülsen einzelne Aufträge der im S. 108. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 gedachten Art zu ertheilen, nicht aber diesselben von der Aussicht der ordentlichen Dekonomie-Rommissarien gänzlich zu entbinden, indem der S. 59. der B. v. 20. Juni 1817 durch den S. 108. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 keinesweges ausgehoben worden sei.

Wergl. die Erläut. zum S. 108. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850

(s. in Bd. II. Abth. I. S. 757—758).

4) Das R. desselben Min. v. 7. Jan. 1853 3) (Min. Bl. b. i. B. 1853. S. 30) bestimmt, daß Vermessungs-Revisoren nicht in derselben Sache gleichzeitig als Dekonomie-Kommissions-Se-hülfen fungiren sollen, und das R. desselben Min. v. 21. Okt. 1853 3) (a. a. D. S. 266) erklärt es für unstatthaft, Veldmesser in der nämlichen Sache gleichzeitig mit den kommissarischen und Vermessungsarbeiten zu beauftragen.

5) Ueber die Vereidung der Defonomie - Rommisstons - Gehülfen, insbes. ber Affessoren und Referendarien, vergl. bas C. R. des

Min. des 3. v. 19. Mai 1837 5) (v. R. Ann. Bt. 21. S. 373).

Bergl. auch die Rote 2. zum Zus. III. A. ad 1. zu §§. 56 u. 57. der B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 297—298).

3n \$\$. 61.- 64.

(Von der Theilnahme richterlicher Personen bei dem Reguli= runge-Geschäfte.)

1) Der S. 61. der B. v. 20. Juni 1817 hat die Anstellung von Kreis-Justizkommissarien aus der Zahl der Justizkedienten für je einen oder mehrere Kreise zusammengenommen, in der Art angeordnet, daß solchen Beamten ein beständiger, jedoch widerruslicher Auftrag zu ertheilen, und zwar zu dem Zwecke, um:

1) diejenigen, bei Gelegenheit ber Auseinandersehungen vorkommenden, Rechts: ftreitigkeiten zu instruiren, beren Entscheibung ben ordentlichen

Berichten vorbehalten ift;

2) auf Requisition ber Dekonomie Rommissarien ober Anweisung ber Auseins andersetzungs Behörbe auch die zur Entscheidung ber letteren gehörigen Streitigkeiten zu instruiren;

3) die Auseinandersetungs-Rezesse aufzunehmen und von den Partheien volls

ziehen zu laffen;

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 492 ff.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 234 - 235.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 514.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 514-515.

⁵⁾ Bergl. in Bb. I. G. 515.

4) die Dekonomie-Rommissarien, auf deren Verlangen, mit rechtlichem Gutsachten oder auch bei Vollziehung einzelner Akte ihres Geschäftes zu untersstützen, und, sofern es nicht auf Anwendung ökonomisch-technischer Kenntsnisse ankommt, zu vertreten.

Dazu ift Volgendes zu bemerken:

- a) Die im S. 61. Nr. 1. und, unter Bezugnahme tarauf, im S. 108. ter V. v. 20. Juni 1817 enthaltene Bestimmung, daß die Kreis = Justizstommissarien alle bei Gelegenheit der zum Ressort der Auseinandersetzungs=Behörden vorkommenden Streitigkeiten, deren Entscheidung den ors dentlichen Gerichten vorbehalten war, instruiren sollen, ist erles diget, da der S. 6. des Aussühr.=Ges. v. 7. Juni 1821 den gedachten Vorbehalt aufgehoben und alle Streitigkeiten im Ressort der Ausseinandersetzungs=Behörden die sen Behörden zur Kognition und Entscheidung übertragen hat, mithin diesenigen Streitpunkte, zu deren Instrustion die Kreis=Justizkommissarien nach S. 108. der V. v. 20. Juni 1817 bestimmt waren, nicht mehr an die Obergerichte abgegeben werden.
- b) Der §. 16. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 hat indes vorgesschrieben, daß die Inftruktion der Streitigkeiten, deren Entscheidung von Rechtsgrundsätzen hauptsächlich abhängig ist, von dem Kreis = Justizkoms missarius oder einem richterlichen Beamten bewirkt werden solle, wodurch zugleich der §. 106. der B. v. 20. Juni 1817 näher bestimmt worden ist, in welchem ausgesprochen war, daß die zum Ressort der Gen.-Kom. gehörigen Streitigkeiten von dem mit der Regulirung beauftragten Dekonomies Kommissarius bewirkt werden solle.

In ter Praris ist indeß jene im §. 16. des Aussühr.-Ges. getroffene Anordnung mehrentheils nur bei verwickelten Rechtsstreitigkeiten zur Answendung gekommen. Die Anstellung besonderer Kreis-Justizkommissarien ist serner durch die Ausbildung vieler Justizbeamten zu Dekonomie-Kommissarien und deren Anstellung als Distrikts-Spezialkommissarien in neuerer Beit immer mehr beseitigt und nach Aushebung des §. 185. der B. v. 20. Juni 1817 durch §. 18. der B. v. 22. Nov. 1844, wonach auch die Instruktion der zweiten Instanz einem Spezial-Kommissarius, der nicht Justizbedienter ist, ausgetragen werden kann, fast entbehrlich geworden. 1)

Das Min. des J. hat sich denn auch in diesem Sinne in den R. v. 30. Nov. 1842 und v. 22. Mai 1843²) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S.

425 u. 1843 S. 167) ausgesprochen und angeordnet,

Rommissarien zu bewirken, in einzelnen Fällen aber, wo ausnahmsweise die Buziehung eines Justizbeamten zu Prozesinstruktionen ober Rezesvollziehung nöthig sei, in der Regel dergleichen Geschäfte dem Richter, unter besten Sprengel der Ort der Regulirung liegt, ober einem sonst in der Nahe wohnenden Richter, zu übertragen.

c) In Betreff ter Rezeß=Vollziehungen vergl. §. 166. ber V. v. 20. Juni 1817 und die abanternden Bestimmungen in §. 41. ber V. v. 30. Juni 1834 und §. 108. Alin. 2. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850, und die Erläut. zu diesen §§.

2) Die Ernennung ber Kreis-Justizkommissarien, wo solche nach tem oben Bemerkten noch stattsindet, erfolgt durch die Auseinandersetzungs-Behörde, welche indeß darüber mit dem den betr. Justizbeamten vorge-

festen Obergerichte fich in Ginverftandniß zu feten bat.

¹⁾ Bergl. auch Bb. II. Abih. I. S. 24 — 25.
2) Bergl. in Bb. I. S. 515 u. 516.

Berordn. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation 2c. (§ 65. u. 66.) 303

Das R. des Juft. Min. v. 3. Febr. 1823 (Roch's Agrarges., 3. Aufl., S. 211) bestimmt in dieser Hinsicht,

daß die einmal bestellten Kreis-Justizkommissarien von den Obergerichten nicht chne Zustimmung der Auseinandersetzungs Behörde wieder entlassen werden durfen.

3) Nach S. 62. der B. v. 20. Juni 1817 sind die Auseinandersfehungs-Behörden auch in solchen Sprengeln, wo Kreis-Justizkommissarien bestellt worden, berechtiget, innerhalb ihres Sprengels auch anderen Justizbedienten Aufträge zu ertheilen. 1)

Sierzu ift zu bemerten:

a) Das R. bes Justizmin. v. 23. Jan. 1832 (v. K. Jahrb. Bb. 39. S. 143, Gräff Bb. 6. S. 584) hat diese Bestimmung dahin ausgelegt,

daß die Auseinandersetzungs-Behörde in ihrer Auswahl nicht auf die Richter des Bezirfs, in welchem die Auseinandersetzung vorkommt, beschränkt sei, auch ter Zustimmung des beir. Obergerichts zur Ertheilung einzelner Aufträge nicht bestürfe, welche vielmehr nur für den Fall der Ernennung beständiger Kommissarien (S. 61.) vorgeschrieben sei; dagegen müsse die Auseinandersetzungs-Behörde in allen Fällen, wo sie mit einem Geschäfte einen anderen, als den ordentlicken Richter des Orts beauftragt, dem Obergerichte hiervon Nachricht geben, wosdurch letzteres Gelegenheit erhalte, die Zurücknahme des Austrages zu bewirken, wenn der Richter dadurch an der gehörigen Besorgung seiner anderweitigen Bestußesschäfte verhindert werden sollte.

b) Der S. 17. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 erweitert die den Auseinandersetungs Behörden im S. 62. der B. v. 20. Juni 1817 beige-legte Besugniß debin, daß sie berechtiget sein sollen, auch solchen Beamten Aufträge aus ihrem Ressort zu ertheilen, die ehemals ein Richteramt besteidet haben, aber ehrenvoll entlassen sind.

c) Nach S. 108. des Ablos.=Gef. v. 2. März 1850 endlich dürfen die Auseinandersetzungs = Behörden jedem Staats = und Gemeinde = Beamten, ten sie hierzu für geeignet halten, Aufträge aus ihrem Resort ertheilen, und diese Beamten sind verpflichtet, sich innerhalb ihres

Amts bezirks folchen Auftragen zu unterziehen.

Bergl. die Erläut. zum S. 108. des Ablos.= Ges. v. 2. März 1850 (f. in Bd. II. Abth. I. S. 757-758).

4) Bu §§. 63. und 64.

Vergl. die R. v. 12. April 1836, 23. Mai 1838, 25. Febr. 1839, 3. Febr. 1841 und 29. April 1842, 2) wonach den richterlichen Beamten erst dann, wenn sie die technische Qualifikation erlangt haben, die Rechte der Oekonomie-Kommissarien zustehen.

Bu SS. 65. und 66.

(B. v. 30. Juni 1834. §. 39.)

(Bon Auseinandersetzungen durch Kommissarien der Regierungen.)

I. Die Bestimmungen ber §§. 65. und 66. ber 2. v. 20. Juni 1817 geben babin, bag die Regierungen berechtiget sein sollen,

bie banerlichen Regulirungen und bamit verbundenen Gemeinheitstheilungen in ben Domainen und Gutern ber von ihnen reffortirenden milben Stiftungen und

¹⁾ Das R. des Just. Min. v. 24. April 1818 (v. R. Jahrb. Bb. 11. S. 237, Gräff Bb. 5. S. 39) schreibt vor, daß die Kommissarien verpflichtet sein sollen, der kommittirenden Behörde die aufgenommenen Verhandlungen im Original vorzulegen.

2) Bergl. in Bb. I. S. 492 sf.

anberen öffentlichen Anstalten burch ihre Rathe ober anbere Kommissarien, welchen in solchen Fällen alle Rechte und Pflichten ber von den Gen. Kom. ernannten Kommissarien zukommen, vornehmen, auch die Streitigkeiten durch biese instruiren zu lassen;

dagegen sollte die Entscheidung der Streitigkeiten und die Bestä= tigung des Rezesses den Sen.=Kommissionen vorbehalten bleiben, welche demgemäß nur auf Antrag der betreff. Regierung die Lei= tung der Auseinandersetzung selbst zu übernehmen befugt sein sollten. (§. 65.)

Diese Borfdriften follten indeß nur alstann Anwendung finden,

wenn bei ber Regulirung und ber bamit verbundenen Gemeinheitstheilung anßer ber Beiftlichkeit nur hintersaffen ber genannten Guter ein Interseffe haben;

wogegen die Regierungen tann, wenn dabei andere Gutsbesitzer ober Feldnachbaren konkurriren, nur befugt sein sollten, die Auseinandersetzung im Wege gütlicher Vereinbarung zu bewirken, und die Verpflichtung hatten, solche an die Gen.-Rom. zu verweisen, sobald nicht beizulegende Streitigkeiten entstehen. (§. 66.)

Diefe Bestimmungen find mehrfach abgeanbert worden.

1) Bei Publikation ber A. v. 20. Juni 1817 gehörten nur die bauerlichen Regulirungen und die damit verbundenen Gesmeinheitstheilungen zum Ressort der Gen.-Rommissionen. Des halb sprach die gedachte B. (§. 65.) auch nur von der Kompetenz der Regierungen zur Leitung dieser Auseinandersetzungen in den Domainen zc. Durch das Aussühr.-Ges. v. 7. Juni 1821 (§§. 1., 5. u. 6.) und die B. v. 80. Juni 1834 (§. 1.) wurden indeß ten Auseinandersetzungs-Behörden auch die Feststellung anderer Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer, die Abslösungen und Gemeinheitstheilungen und Beschränkungen übertragen und auf diese die Bestimmungen der B. v. 20. Juni 1817 über die Auseinsandersetzungs-Behörden und deren Versahren ausgedehnt, mithin die Kompetenzverhältnisse der Regierungen und der Gen.-Kommissionen hinsichtlich der Ablösungen und Gemeinheitstheilungen in gleicher Weise, wie hinsichtlich der Regulirungen geordnet. 1)

١.

¹⁾ a) Die Befugniß der Regierungen, alle Auseinandersetungen auf Domaisnen und von ihr ressortirenden Gütern zur eigenen Leitung im Wege des Bergleichs zu übernehmen, solgt auch daraus, daß der S. 65. der B. v. 20. Inni 1817 die Beförderung derselben im Wege des Vergleichs bezweckt und auf tiese besschränkt ist. Den Interessenten ist aber im Allgemeinen freigestellt, sich ohne Daszwischenkunft der Gen. Kom. im Wege der Güte über alle Gegenstände des Ressorts derselben auseinanderzusehen (S. 25. des Auss. Ges. v. 7. Juni 1821); auch ist den Regierungen schon durch die B. v. 16. März 1811 (G. S. 1811. S. 157) die Aussehung und Ablösung von Servituten, Zwangs und Bannrechten, Gelds und Raturalprästationen in den Domainen im Wege gütlicher Bereinigung nachzgelassen. (Vergl. die R. des Min. des J. v. 6. Mai 1825 [Danz Agrarges. Bd. 3. S. 125], des J. u. der F. v. 15. Juni 1830 [a. a. D. S. 128], und des J. u. d. P. v. 22. Juni 1839 [Dönniges Land. Kult. Ges. Bd. 3.

b) Dbschon ber §. 65. ber B. v. 20. Juni 1817, in ber Beschränfung bieser B. auf die bauerl. Regulirungen und damit verbundenen Gemeinheitstheilungen, nnter dem gebrauchten Austrucke: "hintersassen" hauptsächlich nur diejenigen bauerlichen Wirthe verstanden hat, deren Grundstücke der Gutsherrschast eigenthums lich zustehen (erbliche, nicht erbliche Wirthe, Beitemphyteuten, Laßbesiger), so ist nach erfolgter Ausbehnung der Besugniß der Regierungen und Prov. Schul-Rolslegien zur eigenen Leitung von Auseinandersetzungen, der Ausdruck "hinterssassen zu verstehen, die hinsichtlich ihrer Grundstücke in einem Abhängigkeits: Berhältnisse von verstehen, die hinsichtlich ihrer Grundstücke in einem Abhängigkeits: Berhältnisse von

2) Die K. O. v. 31. Dec. 1825, betreff. eine Abanderung in der bisherigen Organisation der Provinzial = Verwaltungs = Behörden 1) (G. S. 1826, S. 5) hat demnächst sub D. Nr. XI. bestimmt.

daß es in den von den Regierungen und Prov. Schul-Kollegien durch eigene Berhandlungen vergleichsweise bewirkten Regulirungen und Separationen keiner Bestätigung der Gen.=Kom. bedürfe;

besgleichen,

Daß Berträge und Urkunden über Gegenstände, beren Regulirung auf dem Wege der Provokation bei der Gen. Kom. und durch deren Entscheidung bewirkt worden, der Bestätigung der Gen. Rom. unterliegen sollen; wenn aber keine Entsscheidung Seitens der Gen. Rom. erfolgt sei, so sollten dergl. Urkunden, und selbst die von der Gen. Rom. geschlossenen Vergleiche, wenn sie nur den Fiskus und dessen hinterkassen, oder die unter Verwaltung der Regierungen oder Prov. Schuls Rollegien stehenden Institute betressen, nur der Genehmigung dieser lestigedachten bedürfen, welche Genehmigung die Wirkungen und Folgen einer von der Gen. Kom. ertheilten Bestätigung haben solle.

3) Die lettgebachte Anordnung erwies sich indeß bald insofern als unzweckmäßig, als dadurch die Regierungen und Provinzial-Schul-Kollegien auch mit der Bestätigung solcher Rezesse befaßt wurden, welche ledig-lich auf Verhandlungen der Gen.-Kommissionen beruhten, wodurch eine Verdoppelung des Geschäftes der Prüfung der Legalität der Rezesse und ein unnöthiger Arbeitsauswand bei den Verwaltungs-Behörden entstand.

Dies veranlaßte eine neue Modifikation der K. D. v. 31. Dec. 1825, welche durch die (mittelft K. D. v. 7. Juni 1828 genehmigte) Instruft. der Min. der geiftl., U. u. M. Ang., des J. u. d. F. v. 30. Juni 1828 2) (v. K. Ann. Bb. 12. S. 676—679) eingeführt, demnächst aber in den S. 39. der V. v. 30. Juni 1834 ausgenommen worden ist. Hiernach wurde den Regierungen und Provinzial Schul Kollegien die Bestätigung der Rezesse nur bei denjenigen Auseinandersehungen beigelegt, welche auf eigene Verhandlungen jener Behörden im Wege des Vergleichs zu Stande kommen und bei den Gen.-Kommissionen noch nicht anhängig geworden sind. Die dagegen Letteres der Fall, sollten die Gen.-Kommissio-nen das

für ben ermähnten Reg. Beg. feine Anwendung finden fonne.

dem Eigenthümer stehen, ihr Besitrecht von diesem herleiten (also auch von den früheren Erbzinsleuten, Erbpächtern und Basallen, von Nießbrauchern und Zinspssichtigen [A. E. R. I. 18. §S. 813 ff.]). Bergl. S. 39. sub d. der B. v. 30. Juni 1834. — Nach S. 66. der B. v. 20. Juni 1817. ist selbst die heranziehung anderer Gutsbesitzer und auswärtiger Feldnachbarn, die nicht im Berhältnisse der hintersaffen stehen, zur Berhandlung gestattet. Bergl. das C. R. des Min. des J. n. d. B. v. 22. Juni 1839 in Donniges a. a. D. Bd. 3. S. 286.)

1) Vergl. in Bd. I. S. 516—517.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 517 ff. — Das C. R. des Min. der geistl. 1c. Ang., des J. n. der F. v. 15. Mai 1829 (v. R. Ann. Bd. 14. S. 66) wies die sammtl. Regier., mit Ausnahme von derjenigen zu Roblenz, Trier, Aachen und Franksfurt, an, die Instrukt. v. 30. Juni 1828 durch die Amtsblätter zu publiziren. Das C. R. derselben Min. v. 26. Juli 1829 (a. a. D. S. 66) entband temnächst auch die Reg. zu Stralsund von dieser Publikation, weil die gedachte Instrukt.

³⁾ Das R. der Min. der geistl., U. u. M. Ang., des J. u. der F. v. 15. Mai 1829 (v. K. Ann. Bd. 14. S. 671., s. in Bd. I. S. 518) verneint die Frage, ob der S. 2. der Instr. v. 30. Juni 1828 den Reg. und Prov. Schuls Kollegien das Recht beilege, die ihnen nach SS. 65. u. 66. der B. v. 20. Juni 1817 zustehenden Regulirungen noch vor sich zu ziehen, wenn sie bereits von der Gen. Rom. eingeleitet worden sind.

306 Bon b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Geschäft burch Vermittelung ber Verwaltunge-Behörden vergleicheweise er-

ledigt worden ift.

- 4) Das G. v. 21. April 1853 1) (G. S. 1853, S. 258) hat indeß hiernachst die (im S. 39. der B. v. 30. Juni 1834) den Regierungen und Prov. = Schul = Rollegien beigelegte Besugniß zur Bestätigung von Rezessen in Auseinandersetungs Angelegenheiten auf alle diesenigen Fälle ausge-dehnt in welchen diese Angelegenheiten zwar bei den ordentlichen Auseinandersetungs = Behörden anhängig geworden sind, aber ohne Dazwisch enkunst von Entschen anhängig geworden sind, aber ohne Dazwisch enkunst von Entscheidungen der letteren Behörden auf eigene Berhandlungen der Regierungen und Prov. = Schul = Rollegien, lediglich im Wege des Vergleichs vollständig zu Stande gebracht werden.
 - II. Erläuterungen zu ben'ad I. gedachten Bestimmungen.

1) Bum S. 65. ber B. v. 20. Juni 1817.

a) Die Frage: ob (mit Ausnahme der Rezesvollziehungs = Verhandslungen) den übrigen Verhandlungen der von den Regierungen, Provinzial-Schul-Rollegien zc. (in Auseinandersetzungs = Sachen, zu deren selbstständiger Bearbeitung diese befugt sind) ernannten, nicht zur Kathegorie der Mitglieder jener Behörden, der Dekonomie-Kommissarien und der Justizbedienten gehörigen Kommissarien, insbesondere auch der Domainen-

1) Bergl. in Bb. I. S. 656. Die Motive ber Königl. Staats=Reg. zu biefem (von ben Kammern unverändert angenommenen) Gesetze bemerken:

"Die Beschränfung bes S. 39. ber B. v. 30. Juni 1834 greift ju weit "und entbehrt eines ausreichenden Grundes, ba allein ber Umftand, baß "bie Berwaltungs : Behörben eine vergleicheweise Abmachung ber Sache "obne porgangige Entscheibung von Streitigfeiten herbeigeführt haben, "für ihre Befugniß gur Rezeß-Bestätigung maakgebend sein fann; ber Ums' "fand aber, ob die Sache bei ber gewöhnlichen Auseinanderschungs-Behörde "abhangig geworben ift ober nicht, gleichgultig erscheint. Fur bie Rucae-"wahr des Bestätigungerechts an die Regierungen und Provinzial = Schul= "follegien in bem eben erwähnten Umfange, burch welche einerfeits bie Ges "schäfte ber Auseinandersetzunge-Behörden auf erwünschte Beise vermindert "werben und anbererfeite eine Beschleunigung der befinitiven Beendigung "ber von ber Maagregel betroffenen Angelegenheiten, fowie eine Bermins "berung ber Auseinandersegungs-Roften herbeigeführt wirb, ift übrigens ein "bringenbes Bedürfniß vorhanden. Denn ber Domainen : Fistus hat im "Jahre 1848 auf Ablösung aller ihm zustehenben Laubemialberechtigungen "bei ben ordentlichen Auseinandersetzungs Behörden provozirt und ift nach "SS. 95. und 101. bes G. v. 2. Marg 1850 gur Ausbehnung biefer Pro-"vokationen in bem bort angegebenen Umfange verpflichtet. Es fiehen bas "ber eine große Menge von Fallen in Ausficht, in welchen bie Regierun-"gen die Ablofungen vergleichsweise beenben werben und die Rezegbeftati-"gung nach S. 39. ber B. v. 30. Juni 1834 ben Gen. Rommissionen "überlaffen muffen. - Um biefem Uebelftanbe vorzubengen, wird eine Aens "berung ber bestehenben Gefetgebung nach Inhalt bes Gefetsentwurfs in "Borfchlag gebracht. Bu bem Entwurfe ift nur noch ju bemerfen, baß "burch beffen S. 2. bas Bestätigungerecht in Betreff solcher Rezesse, burch "welche Renten auf tie Rentenbank überwiesen werben, ohne alle Aus-"nahme ben ordentlichen Anseinandersetungs Dehörden gewahrt werben "muß, weil die Rechte ber Rentenbanken nur von biefen Behörben vertres ...ten werben."

(Drucks. ber II. R., 3. Session, Nr. 46.) Die Rommissionen beiber Rammern haben sich in ihren Berichten v. 29. Jan. 1852 (Drucks. ber II. R., 3. Session, Nr. 79.) und v. 17. März 1852 (Drucks. der I. R., 2te Sip. Periode, No. 186.) mit diesen Grundsäpen einverskanden erklärt, und die Rammern sind dem beigetreten. Bentmeister, die im S. 55. der V. v. 20. Juni 1817 bezeichnete rechtliche Wirkung beizulegen, und ob namentlich auf Grund solcher Verhandlungen Entscheidungen abgefast werden können? ist von dem Min. des J. in dem R. v. 21. Nov. 1842 1) (Min. Bl. d. i. V. 1842, S. 464, Nr. 562.) ver= neint worden. 2)

b) In Källen, wo nicht von Seiten ber fiskalischen Behörden, sondern von den Verpstichteten provocirt ift, oder wo in Volge theilweiser Provostation das Verfahren auf siskalische Prästationen ausgedehnt werden muß, haben die Auseinandersetzungs Behörden den betreff. Regierungen unter Mittheilung der Provokation zu überlassen, ihrerseits das Verfahren einzusleiten und um Benachrichtigung, wie dies geschehen, zu ersuchen. In den von den Auseinandersetzungs Behörden auszustellenden Rezessen über die übrigen Prästationen ist alsbann ausdrücklich zu bemerken, daß wegen der noch auf den Grundstücken haftenden siskalischen Prästationen bei der betr. Regierung des Ablösungsversahren schwebe.

Dies hat die Gen.= Kom. zu Stendal in einem G. R. v. 10. Aug.

1850 angeordnet.

c) Üeber die Frage: in welchen Fallen die Regierungen in den Auseinandersetzungs = Angelegenheiten zur Berichtserstattung an das Ministerium verpstichtet sind, vergl. das C. R. des Win. des Königl. Hauses v. 7. März 1836. *) (v. K. Ann. Bd. 20. S. 46.)

2) Zum S. 65. ber B. v. 20. Juni 1817 und zum S. 39. (Alin. 1. und 2.) ber B. v. 30. Juni 1834, desgl. zu bem G. v.

21. April 1853.

a) Nach den Vorschriften des §. 39. der V. v. 30. Juni 1834 und deren Modification durch das Ges. v. 21. April 1853 steht den Regierungen und Provinz.-Schul-Rollegien die eigene Bestätigung der Rezesse (ohne Konkurrenz der Auseinandersetzungs-Behörden), rüdsichtlich der von ihnen ressortirenden Güterverwaltung, sowie in den Fällen, wo sie sonst auf Grund des §. 39. a. a. D. die Auseinandersetzung unter eigene Leitung genommen haben, zu, wenn die Auseinandersetzungen auf eigene Berhandlungen jener Behörden lediglich im Wege des Bergleichs (ohne Dazwischenkunst von Entscheidungen) zu Stande gekommen ist, und zwar ohne Unterschied, ob die Auseinandersetzung bei den ordentlichen Auseinandersetzungs Behörden anhängig geworden ist oder nicht.

1) Bergl. in Bb. I. S. 519-520.

²⁾ Diese Ansicht durfte auch durch ben S. 108. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 keine Aenderung erlitten haben, da der cit. S. nur den Gen.-Rommissios nen und landwirthschaftl. Reg.-Abtheilungen die Besugniß beigelegt hat, jeden Staats oder Gemeindebeamten mit Geschäften in Auseinandersehungs. Sachen, einschließlich der Bewirfung der Rezesvollziehung, zu beauftragen, mithin keine Ausbehnung erleidet auf diejenigen Fälle, wo die Regierungen oder Prosping. Schul : Kollegien sich selbst der Bearbeitung der Auseinandersehung unterziehen.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 518-519.

⁴⁾ Das R. des Min. des J. v. 5. Rov. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. 6. 292. Rr. 384) hatte bereits dem S. 39. der B. v. 30. Juni 1834 die Ausles gung gegeben, "daß in den Fällen, wenn die Partheien die Provokation auf Ausseinandersesung bei den Gen.. Rommissionen, in Fällen, wo ihnen solches zussteht, zurücknehmen, und sich hiernächst über den Gegenstand derselben mit der Regierung in Güte vereinigen, die lettere zur Bestätigung der darüber ohne Vermittelung der Gen.. Kom. geschlossenen Rezesse befugt sei." — Dies ist jest durch das G. v. 21. April 1853 für gesehlich sessgestellt zu erachten.

Die Bedingung der Kompetenz der Regierungen und Provinzial-Schul-Rollegien zur Rezesbestätigung ist also lediglich,

daß die Auseinandersetzung im Wege des Bergleichs, ohne Dazwischenkunft von Entscheidungen, 1) und zwar auf eigene Berhandlungen jener Behörden zu Stande gestommen.

Dagegen verbleibt ten ordentlichen Auseinandersetungs-Behörden auch in den Fällen, wo die Regierungen und Provinzial-Schul-Rollegien die Auseinandersetung unter eigene Leitung genommen haben, die Rezeß-Bestätigung, sobald in der Sache irgend ein Streit entstanden und darüber von den Auseinandersetungs-Behörden erkannt worden ist.

Außerdem hat das G. v. 21. April 1853 (im S. 2.) die Vorschrift - des S. 14. des Rentenbank-Ges. v. 2. März 1850 aufrecht erhalten, wonach die über das Verhältniß der Betheiligten zur Rentenbank abgeschlossenen Rezesse stets von der Auseinandersetzungs-

Behörde bestätiget werden muffen.

b) Das R. des Fin. Min. v. 1. Juni 1853 2) (Min. Bl. d. i. B. 1853, S. 155, R. 131.) spricht, im Einverständniß mit dem Min. für land-wirthschaftl. Ang., aus, daß die Regierungen kompetent sind, die im Wege des Vergleichs zu Stande gebrachten Rezesse über Ablösung von Passivrenten, welche auf Domainen- der siekalischen Forstgrundstücken hafeten, zu bestätigen.

c) Ueber die Kompetenz der Regierungs-Abtheilungen resp. für Domainen- und Forst-Verwaltung und für Kirchen- und Schulwesen zur Ertheilung der Genehmigung des Austausches einzelner Parzellen von Grundstücken (nach S. 1. des Ges. v. 13. April 1841.3)), vergl. die Erläut. zum

S. 1. des gebachten Gesetes (f. in Bb. II. Abth. I. G. 195 - 196).

3) Bum Alin. 3. bes §. 39. ber B. v. 30. Juni 1834.

Das R. der Min. des J. für Gew. Ang. und des Königl. Hauses v. 9. Sept. 1837*) (v. K. Ann. Bd. 21. S. 652) weist die Regierungen, unter Bezugnahme auf die Vorschrift des letten Alin. des S. 39. der B. v. 30. Juni 1834, an, den von ihr selbst abgeschlossenen Rezessenstets auch ihrerseits eine besondere Bestätigungsformel hinzuzusüßen.

Zum 5. 67.

(Von Regulirungen durch Magisträte und landschaftliche Rreditdirektionen.)

1) Bergl. S. 25. des Ausführ.-Gef. v. 7. Juni 1821.

2) Der Art. 104. der Dekl. v. 29. Mai 1816, auf welchen der S. 67. der V. v. 20. Juni 1817 verweift, schreibt die gerichtliche Vollziehung des Rezesses vor, was auch der S. 166. der V. v. 20. Juni 1817 erfordert. Vergl. indeß die SS. 41—43. der V. v. 30. Juni 1834.

¹⁾ Bu bemerken ist hierbei, daß schon das R. des Min. des J., landwirthsch. Abth. v. 30. April 1839 (v. R. Ann. Bd. 23. S. 357) den (jest durch das S. v. 21. April 1853 modisicirten) S. 39. der V. v. 30. Inni 1834 dahin ausges legt hatte, "daß bei allen Auseinandersetzungen, die zwar von den Reg. und Prov.s Schul-Rollegien eingeleitet worden, in denen aber irgend ein Streit entstans den, und die Entscheidung der Gen.- Rom. verlangt und ergangen ist, die Bestätigung des Rezesses lediglich der Gen.- Rom. zustehe.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 656-657.

³⁾ Bergl. in Bd. I. S. 156. 4) Bergl. in Bd. I. S. 657.

Zum Abschnitt II. der B. v. 20. Juni 1817.

(Vorschriften über bas Verfahren bei bauerlichen Regulirungen und bamit verbundenen Gemeinheitstheilungen.)

1) Bergl. wegen der Anwendbarkeit dieser Borschriften auf alle Aus-

einandersepungen die Borbemert. oben G. 234 ff.

2) Im Allgemeinen ist darauf hinzuweisen, daß auf die zum Ressort der Gen.-Rommissionen oder der ihre Stelle vertretenden Regier.-Abtheislungen gehörenden Auseinandersetzungssachen die Vorschriften der V. v. 21. Juli 1846 über das Verfahren in Civilprozessen (G. S. 1846. S. 291), nach S. 38. derselben, keine Anwendung sinden.

Ebensowenig kommen die Bestimmungen der B. v. 1. Juni 1833 über den Mandats -, summarischen und Bagatellprozeß (G. S. 1833. S. 37) bei den zum Ressort der Auseinandersetzungsbehörden gehörigen Geschäften zur Anwendung. Vergl. das R. des Min. des J. v. 14. Sept. 1833 1)

(Roch's Agrargef., 4. Auft. &. 210).

3) Das Revisions = Rollegium für L. R. S. hat (in den Erk. v. 20. Sept. 1846 und 15. Sept. 1848) angenommen, daß die Verhandslungen der Auseinandersetzungsbehörden als prozessualische im weiteren Sinne zu betrachten seien, und daß deshalb auch die Vorschriften des J. 74. des Anh. zur A. G. D. I. 10. (betr. das Verfahren bei Verweisgerung der Unterschriften der Protokolle) darauf volle Anwendung sinden (Zeitschr. desselb. Bd. 2. S. 253—255).

Auch in dem Erk. v. 29. Dec. 1849 führt bas Revis.-Rolleg. aus, daß die Verhandlungen im Auseinandersetzungsverfahren zum Bereiche der Prozesverhandlungen gehören, ohne Rücksicht darauf, ob ein streitiger Gegenstand darin zur Erörterung kommt. (Zeitschr. besselb. Bb. 5. S. 367 ff.

u Praj. Samml. S. 17. Nr. 3.).

Das Min. des J. führt in den R. v. 29. Nov. 1842 2) Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 423) und v. 17. März 1843 2) (a. a. D. 1843. S. 162) aus, daß Auseinandersetzungen und Ablösungen nicht lediglich als Prozesse zu betrachten seien, und daß namentlich der Rezes nicht einem Vergleiche im Prozesse gleich zu achten sei.

Bergl. die Erk. v. 22. Sept. 1837 und 27. Nov. 1838 (Centralbl. für Preuß. Jur. 1839. S. 345—355), welche annehmen, daß Auseinandersetzungs-fachen in Bezug auf Vollmachten als Prozesse anzusehen seien.

Desgl. Kameralift. Beit. 1842. S. 1203.)

I. Allgemeine Vorschriften.

Zum §. 68.

(Wo die Provokation anzubringen.)

1) In Betreff der Anbringung der Anträge auf Einschränkungen von Gemeinheiten (nach Abschn. II. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821) vergl. §§. 178. ff. u. §. 191. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 und die Erläut. dazu.

2) Wenn eine Provokation bei einer Spezialkommission angebracht wird, so hat diese dieselbe an die vorgesetzte Auseinandersetzungs-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 520-521.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 523-524.
3) Ebenbas. S. 524-525.

behörde zur weiteren Verfügung einzureichen, jedoch im Falle der Unvollsständigkeit der Provokation zunächst den Provokanten zu vernehmen.

3) Ueber den Umfang jeder Provokation auf Ablosung vergl. die Erläut. zum §. 95. des Ablos. Gef. v. 2. März 1850 (f. in Bb. II. Abth.

I. S. 718 sub 2.)

4) Ueber die Unzulässigkeit einer Provokation, bei der die rechtliche Existenz des Gegenstandes der Auseinandersetzung von dem Provokanten selbst bestritten wird, vergl. die Praj. des Revisions-Kolleg. für L. K. S. v. 25. Nov. 1851 und v. 10. Sept. u. 5. Nov. 1852 1) (s. in. Bd. II. Abth. I. S. 721 ad 7.).

3um §. 71.

(Borlabungen.)

1) In Betreff der Insinuation der Vorladungen sind die Borschriften der A. S. D. I. 7. maaßgebend, und insbesondere bezüglich der Insinuationen im Auslande die Bestimmungen der K. D. v. 4. Juni 1828 (G. S. 1828. S. 85) und v. 21. Juni 1836 (G. S. 1836. S. 202), sowie das C. R. v. 16. Sept. 1844 (J. N. Bl. 1844. S. 207).

Vergl. diese Erlasse nebst ben dazu ergangenen Erganz. u. Erlaut. in Graff's zc. Erganz. u. Erlaut. der Preuß. Rechtsb., 3. Ausg. zur A. G. D. Th. L Tit. 7. SS. 4—11., Bd. 8. S. 311—324, nebst Nachtrags-

Banden dazu (Bb. 11., 12. u. 13.).

2) Ueber die Instnuation durch die Post vergl. die (gegenwärtig gultige) Instrukt. des Min. für H., G., G. u. dff. Arb. v. 30. Nov. 1852 (3. N. Bl. 1852. S. 398).

3) Ueber die Vorladungen und Infinuationen an Gemeinden insbef. vergl. A. G. D. I. 7. §§. 29. u. 30. 2)

Zum g. 72.

(Ununterbrochener Betrieb.)

Die Regier. zu Potsdam (Abth. für die Verw. der dir. Steuern, Dom. u. Forsten) hat mittelst E. R. v. 6. Juni 1835 (v. K. Ann. Bb. 19. S. 382—383) die Dom.- und Rentämter ihres Ressorts angewiesen, in solschen Fällen, wo das Auseinandersetzungsverfahren bei dem der Fiskus bestheiligt ist, durch Vergleichsunterhandlungen dergestalt unterbrochen wird, daß längere Zeit hindurch sede Einwirkung von Seiten des Spezialkommissarius überstüssig und sogar störend erscheint, förmlich auf Sistirung des kommissarischen Versahrens anzutragen.

¹⁾ Auch das R. des Min. des J. v. 31. Juli 1844 (Roch's Agrarges., 4ie Aust. S. 219) erläutert, daß die Rompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zur Einseitung einer Provokation auf Ablösung nicht anzunehmen sei, wenn der Provokant selbst seine Berpflichtung zur Entrichtung der Abgabe bestreitet, indem in solchen Fällen die Instruktion und Entscheidung des Streites über die Berpslichtung zur Entrichtung der Abgabe vor die ordentlichen Gerichte gehöre.

²⁾ Das Publik. ber Reg. zu Königsberg v. 6. April 1837 (v. K. Ann. Bb. 21. S. 380) ertheilt die Anweisung, die Kurrenden an Mitglieder großer Dorfgemeinden (in Auseinandersehungs-Ang.) in der Weise instnuiren zu lassen, daß der Bote die Vorzuladenden durch den Ortsschulzen zusammenberusen läßt, ihnen die Vorladung bekannt macht, und daß solches geschehen sich durch Untersschrift bescheinigen läßt. Den hierbei ausbleibenden Interessenten soll der Bote zwar die Vorladung in ihrer Wohnung infinuiren; sie sollen alsbann aber 1 Sgr. 3 Bf. Infinuationsgebühren hierfür entrichten.

Mit Rückschi auf S. 6. A. G. D. I. 11. wird indeß einem solchen Antrage nur dann stattgegeben werden dürfen, wenn alle Interessenten dar-über einverstanden sind. (Vergl. S. 5. des Regul. Ed. v. 14. Sept. 1811, Art. 9. der Dekl. v. 29. Mai 1816 und R. des Min. des J. v. 21. Juli 1819 in Roch's Agrarges., 3. Aust. S. 46., und v. 9. Juni 1838, s. Dönniges Land. Rult. Ges. Bb. 3. S. 395 u. Bb. 1. S. 266—267.)

3nm §. 75.

(Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §S. 20. — 22.)

(Wann Bevollmächtigte zu ernennen find.)

1) Ueber das Verfahren in den Fällen, wo eine Gemeinde die Bestellung von Bevollmächtigten verweigert, spricht sich das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 14. März 1839 1) (v. K. Ann. Bd. 23. S. 87) dahin aus, daß alstann das Kontumazialversahren nach §§. 145. sf. der V. v. 20. Juni 1817 eintreten musse.

2) lleber das Verfahren, wenn die Vertreter von Korporationsvermdgen bei ber Auseinandersetzung perfonlich betheiligt find, vergl. S.

20. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu.

3) Form und Ausstellung der Bollmachten. 2)

a) Die Vollmachten der Stadt und Dorfgemeinden betreffend. Die A. G. D. bestimmt in Th. I. Tit. 3. §§. 40 — 43. u. Anh. §. 47. über das bei Aufnahme der Vollmachten der Stadt- und Dorfgemeinden zu beobachtende Verfahren.

Bas insbesondere:

a) die Vollmachten der Stadtgemeinden betrifft, so ist zu bemerken, daß nach Alin. 1. des S. 47. des Anh. zur A. G. D. die Stadtgemeins den durch die Wagisträte vertreten werden, und von diesen die Vollmacht, unter Beobachtung der im S. 44. A. G. D. I. 3. ertheilten Vorsschriften, *) ausgestellt werden soll. *)

1) Bergl. in Bb. I. S. 521-522.

2) Bergl. auch bas Praj. bes Ob. Trib. p. 9. Dec. 1843. (Pr. Nr. 1427.)

ju \$5. 82-85. ber B. v. 20. Juni 1817. Bus. 3. (f. unten.)

4) Diese Bestimmung des Alin. 1. des S. 47. des Anh. ist den SS. 140., 174., 183. n 189. der St. D. v. 19. Nov. 1808 und dem R. des Inst. Min. v. 10. Juli 1812 (v. K. Jahrb. Bd. 1. S. 232., Gräff Bd. 2. S. 16) ents nommen. —

Dbwohl bie sur ben ganzen Umfang ber Monarchie erlassene Gemeins bes Ordn. v. 11. März 1850 durch bas G. v. 24. Mai 1853 (Art. 1.) aufs gehoben worden, so sind bennoch beren Bestimmungen über diesen Gegenstand noch von praktischem Interesse, erstlich weil der Art. 4. des Ges. v. 24. Mai 1853 bestimmt hat, daß in den Städten der sechs östlichen Provinzen, und in den Stadts und Landgemeinden der Provinz Westphalen, sowie in sämmtslichen Gemeinden der Rheinprovinz, die Gem. D. v. 11. März 1850 in denjenigen Gemeinden, wo solche bereits eingeführt ist, die dahin in Kraft bleiben soll, wo die in den Art. 4. u. 5. des Ges. v. 24. Mai 1853 bezeichneten Gesese (nämlich die St. D. für die sechs östlichen Provinzen, mit Ausschluß von Neuvorpommern und Rügen, die St. D. und Landgemeindes D. für die Provinz Westphalen, und bie Gem. D. für tie Rheinprovinz) ergangen sein werden); zweitens aber zur

³⁾ Der S. 44. a. a. D. bestimmt, daß die Wollmacht von dem Dirigenten bes Magistrats, oder dem den Borsit habenden Mitgliede, nebst einem oder zwei anderen Mitgliedern unterschrieben und mit dem Siegel' des Magistrats bedruckt werden soll.

^{*)} Bis jest ift von biesen Gesetzen nur die St. D. v. 30. Mai 1853 für

312 Bon b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Da nach S. 56. Mr. 8. der St. D. v. 30. Mai 1853 für die sechs bftl. Provinzen, excl. Neuvorpommern und Rügen, der Magistrat berechtigt ift, die Stadtgemeinde nach Außen zu vertreten und Namens derfelben mit Behorden und Privatpersonen zu verhandeln, so er-

Beurtheilung ber Rechtsgültigkeit ber unter ber Berrschaft ber Gem. D. v. 11.

Marg 1850 ausgestellten Vollmachten ber Gemeinben.

Der S. 53. Nr. 5. und ber S. 114. Nr. 5. der Gem. D. v. 11. Marz 1850 Schreiben vor, daß ber Gemeindevorftanb die Gemeinbe in Prozeffen zu ver= treten hat. Obwohl nun die Anstellung eines Prozesses ober die Einlasfung auf eine Rlage jebesmal einen Beschluß bes Gemeinberaths vorausgesest, fo folgt boch aus ben allegirten Bestimmungen, bag bie Führung ber Prozesse lediglich bem Gemeinbevorstande, ale ber exekutiven Behörde, gebührt. Die Gerichte haben nicht bie Befugniß, ben Nachweis bes Beschluffes bes Gemeinder athes zu verlangen, sondern ihnen gegenüber ift ber Gemeinde vor = fand ohne weiteren Nachweis legitimirt*). — Die Ausstellung von Prozes vollmachten ist baher nach ber Gem. D. v. 11. Marz 1850 lediglich Sache bes Gemeindevorstandes, und die SS. 53. Mr. 9. u. 114. No. 9. berfelben ergeben, baß die Bollmacht nur von dem Bürgermeister (Gemeindevorsteher) ober beffen Stellvertreter, unterzeichnet zu werden braucht **). (Bergl. v. Ronne's Romment. gur Gem. D. v. 11. Marg 1850. S. 191 - 192.) Die Richtigfeit ber obigen Grundsate hat auch das Min. des J. in dem R. v. 15. Febr. 1852 (Min. Bl. b. i. B. 1852. S. 27) anerkannt, welches — namentlich für Auseinanders fegungs=Sachen - annimmt, bag nach S. 53. ber Gem. D. v. 11. Marg 1850 die Urschrift ber Bollmacht von bem Gemeindevorstande, die Aussertigung von dem Bürgermeister zu unterzeichnen sei, was indeg nicht ausschließe, bag ber Gemeindevorstand vor Ertheilung ber Bollmacht nach S. 33. a. a. D. die Bustimmung des Gemeinderathes einzuholen verbunden sei und ber Aufsichtsbehörde dafür, daß dies geschehen, verantwortlich bleibe. Die §S. 40-44. M. G. D. I. 3. u. ber S. 47. des Anh. bazu seien burch die gedachten Bestims mungen ber Gem. D. aufgehoben.

**) Dies bestimmten auch schon ber §. 127. ber rev. St. D. und bas oben allegirte R. v. 17. Oft. 1835. — Bergl. auch bie Landgemeindes D. für Weftphas len v. 31. Oft. 1841. S. 91. Rr. 5., nebst bem R. bes Juft. Min. v. 5. Rov. 1845 (Juft. Min. Bl. 1845. S. 14., beegl. hinfichtlich ber gum Großherzog: thum Berg gehörig gewesenen Landestheile bie (nunmehr für beseitigt zu erache

tenbe) R. D. v. 30. Rov. 1840. (G. S. 1841. S. 13.)

bie seche oftl. Provinzen, mit Ausschluß von Neuvorpommern und Rügen, ergans gen. — Durch ben Art. 2. des Gef. v. 24. Mai 1853 find übrigens die frühes ren Gef. und Berordn. über bie Landgemeinde Berfaffungen in ben feche bal. Provinzen, und über die Stabte : Berfaffungen in Reuvorpommern und Rugen wieber in Rraft gefest.

^{*)} Der S. 183. Litt. c. der St. D. v. 19. Rov. 1808 verlangte ganz allges mein, daß über anzustellenbe Prozesse zuvor die Stadtverordneten zu horen; ber §. 114. Mr. 5. ber rev. St. D. v. 17. Marz 1831 bestimmte bagegen, baß bie Beschlußnahme ber Stabtverorbneten von bem Magistrate veranlaßt werben muffe bei Anstellung von Prozessen über Gerechtsame ber Stabt und über bie Subftang bes Gemeinbevermogens. Nach biefer letteren Borfchrift war also ber Magistrat befugt, Prozesse, welche nur bie laufende Berwaltung ans geben, ohne Bingutritt ber Stadtverordneten anzustellen. Dies ift auch nach ben Grundsähen ber Gem. D. v. 11. März 1850 anzunehmen und folgt aus S. 53. Rr. 4, 5, 6 u. 9. berselben. — (Bergl. auch bas R. des Min. des J. v. 8. März 1844, Min. Bl. b. i. B. 1844. G. 58.) — Daß aber ben Gerichten gegens über bie Bertretung burch ben Magiftrat (Gemeindevorstand) allein genuge, war schon in dem Alin. 1. des S. 47. des Anh. zur A. G. D. I. 3. ausgesprochen und ift in bem R. bee Juft. Min. v. 17. Oft. 1835 (v. R. Jahrb. Bb. 46. S. 501, v. Ronne's St. D. S. 514) ausbrudlich anerfannt.

giebt sich, daß auch nach der St. D. v. 30. Mai 1853 eine von dem Magistrat allein ausgestellte Vollmacht den bestellten Bevollmächtigte vollsständig legitimirt, ') und es ist nur noch darauf hinzuweisen, daß nach der allegirten Vorschrift die Aussertigung der Vollmacht nur von dem Bürsgermeister oder seinem Stellvertreter unterzeichnet zu werden braucht ') wosnach sich mithin die — (abweichende) Vorschrift des S. 44. A. G. D. I. 3. *) modisizirt.

Die obigen Grundsche gelten nach S. 56. Nr. 8. ter St. D. v. 30. Mai 1853 folgerecht auch für solche Erklärungen, zu denen der Bevollmächtigte einer Spezialvollmacht bedarf, wie zu Vergleichen zc. (A. L. N. I. 13. SS. 91—102.); denn der allegirte S ertheilt dem Magistrat ohne Beschränkung das Recht der Vertretung der Stadtgemeinde nach Außen und zur Verhandlung mit Behörden und Privatpersonen, sowie zur

Bollziehung der Gemeinte-Urfunden. 4)

2) Wenn jedoch in der Bollmachts-Urkunde Verpflichtungen Seitens der Stadtgemeinde übernommen werden, so ift, nach §. 56. Nr. 8. der St. D. v. 30. Mai 1853 außer der Unterschrift des Burgermeisters oder seines Stellvertreters

Die Mitunterschrift eines Magistrate-Mitgliedes erforberlich.

In Stadten ohne kollegialischen Gemeindevorstand, welche nicht 2500 Einw. haben (§. 72. der St. D. v. 30. Mai 1853), bedarf es der Unterschrift des Bursgermeisters oder des stellvertretenden Schöffen, und wenn in der Vollmachts: Urskunde Berpflichtungen Seitens der Stadtgemeinde übernommen werden, muß noch die Mitunterschrift eines Schöffen hinzutreten. In dieser Weise hat auch die Gen. Rom. zu Berlin ihre Rommissarien mittelst E. R. v. 4. Aug. 1853 instruirt.

3) Bergl. oben S. 311 die Note 3.

Hiernach sind die R. des Min. des J. v. 23. März 1841 (Koch's Agrarges. 4te Aufl. S. 294) und v. 27. Mai 1843 (Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 199. Nr. 253) für beseitigt zu erachten, welche — auf Grund des S. 189. der St. D. v. 19. Nov. 1808 und des S. 127. der rev. St. D. v. 17. März 1831 — .

¹⁾ Die Bestimmung des S. 53. Nr. 5. der Gem. O. v. 11. Marz 1850 ist in der St. O. v. 30. Mai 1853 als überstüssig weggelassen, weil die Frage, wer die Bollmacht auszustellen hat, in materieller Beziehung nach der Stellung, welche dem Magistrate als Borsteher der Gemeinde und ihren Repräsentanten nach außen gegeben ist (S. 56. Nr. 8.) nicht zweiselhaft sein könne, in formels ler Beziehung aber in die Proz. O. gehöre, in welcher sie durch den S. 47. des Anh. zur A. G. O. sestgestellt sei. (Bergl. Gräff, die St. O. für die sechs östl. Prop. Breslau 1853., S. 69. Erläut. 10.)

⁴⁾ Bergl. Graff, die St. D. für die seche bftl. Provinzen, S. 69. Erlaut. 10. -- Die (aus ben §g. 123., 133. ber St. D. v. 19. Nov. 1808 entnommene) Bestimmung bes S. 46. bes Anh. zur A. G. D. I. 3. S. 36., wonach in allen Fällen, wo bie Bevollmächtigten ber Stadtverordneten nach ben Gesetzen einer Spezialvollmacht von der Stadtverordneten = Versammlung bedürfen, ein von bem Borfteber und feche Mitgliebern (ber Stadtverordeten : Versammlung) vollzos genes und von dem Magistrate bestätigtes Attest, "daß durch einen gesetlich abgefaßten Beschluß der St. 28. Versammlung die Bevollmächtigten bevollmächtigt seien", die Stelle der Bollmacht vertreten soll, — ist in die St. D. v. 30. Mai 1853 nicht aufgenommen worden "), und es fann nach ber baburch dem Mas giftrate, ale alleinigem Bertreter ber Stabtgemeinbe nach Außen, beigelegten Stellung nicht zweifelhaft fein, baß jene Bestimmung ale aufgehoben zu erache ten ift; wegegen es fich von felbft verfteht, bag ber Magiftrat bie Genehmigung ber St. B. Versammlung in solchen Fallen einzuholen verbunden ift und fich, fofern bies nicht geschieht, ber Stadtgemeinde, wie ber Aufsichtebehörde verantworts lich macht.

[&]quot;) Ebenso wenig in bie Gem. D. v. 11. Marg 1850.

Es genügt mithin hiernach auch bei Auseinandersetung sgeschäften und auch zur Bollziehung von Rezessen die Ausstellung der Bollmacht Seitens des Magistrats allein zur Legitimation des Bevollmächtigten, ohne daß es des Nachweises der Genehmigung der Bollmacht durch die Stadtverordneten bedars. 1)

β) Die Vollmachten der Dorf- (Land-) Gemeinden 2) betreffend, so schreibt der S. 40. A. G. D. I. 3. (vergl. S. 15. A. G. D. II. 3.) vor, daß solche stets gerichtlich 2) ausgestellt werden müssen, 4) und es werden in den SS. 40—42. und im Alin. 2. des S. 47. des Anh. dazu diesenigen Vorschriften ertheilt welche bei der Aufnahme der Vollmacht und bei der Ausstellung des unter der Vollmacht zu verzeichnenden gerichtlichen Attestes zu beobachten sind. 5)

ausführten, daß es zur Gültigkeit der Bollmacht einer Stadtgemeinde in Auseinandersehungssachen, und zur Rezesvollziehung insbesondere, tes (im §. 46. des Anh. zur A. G. D. und im §§. 123., 133. der St. D. v. 19. Nov. 1808 vorgeschriebenen) Nachweises der Genehmigung der St. B. Berssammlung bedürfe.

1) Dasselbe gilt nach ber Gem. D. v. 11. Marg 1850. (Bergl. Die

vorige Rote.)

2) Für tie Gemeinben in ber Proving Weftphalen und in ber Rheinproving bleibt (nach Art 6. bee Gef. v. 24. Mai 1853) bie Gem. D. v. 11. Marg 1850 bis gum Erlag ber (in Art. 4. und 5. bes Gef. v. 24. Dai 1853) vorbehaltenen besonderen Stabtes, resp. Gemeinde Dronungen für die gedachten Provinzen in Kraft, — insoweit folche bort bereits eingeführt ift. ift - bis jum Erlag ber gebachten vorbehaltenen Gefete - in ben genannten Provinzen bie Form und Gultigfeit ber Bollmachten berjenigen Gemeinben, in welchen bie Gem. D. v. 11. Marg 1850 eingeführt worden ift, lediglich nach ben Grundsagen ber Gem. D. v. 11. Marg 1850 zu beurtheilen. Es ift aber in ber Rote 4 oben S 311. erörtert, bag es nach ber gebachten Gem. D. genugenb ift, wenn bie Wollmacht von bem Gemeinde vorstande ausgestellt und von bem Bemeinde vorfte ber ober beffen Stellvertreter unterschrieben ift. - Da, wo bie Gem. D. v. 11. März 1850 nicht zur Einfährung gelangt ift, find (nach S. 156. berfelben) die bisherigen Gefete über die Gemeinde-Berfaffung einstweilen in Rraft geblieben, mithin für bie betreffenden Landgemeinden in der Proving Beftphalen bie Borfcbriften ber Land. Gem. D. v. 31. Oft. 1841. S. 105., und für die betreff. Gemeinden in ber Rheinproving die Borschriften ber Gem. D. v. 23. Juli 1845. S. 102. maafgebend. Dagegen ift Betreffe ber gandgemeinden in ben feche bftlichen Provinzen (nach Art. 2. bes Gef. v. 24. Mai 1853) auf bie für biefelben por Bublifation, beziehungeweise Ginführung ber Gem. D. v. 11. Marz 1850 bestandenen Landgemeinde-Berfaffungen guruckzugeben, und mas ins: besondere die Form und Ausstellung von Vollmachten der Dorfgemeinden dieser Landestheile betrifft, fo find bafur die Borfcbriften der A. G. D. I. 3. §§. 40-42. und der Anh. S. 47. jest wieder maakgebend, welche durch die Gem. D. v. 11. 1850 (va wo solche eingeführt worden) für aufgehoben *) zu erachten waren.

3) Es versteht sich von selbst, bag bergl. Bollmachten in Auseinanbers sehunges Sachen mit gleicher Wirfung, wie vor den Gerichten, auch von den Spezial-Kommissarien aufgenommen werden können. (Bergl. §. 55. der B. v. 20. Juni 1817 u. Zus. II. ad 2. dazu, s. oben S. 291.)

4) Das R. bes Just. Min. v. 26. Febr. 1836 (Ergänz. ber Pr. Nechtsb., 3te Ausg. Bb. 7. S. 299) erläutert (mit Recht), daß der S. 40. A. G. O. I. 3. auch auf nicht prozessualische Angelegenheiten anwendbar sei, und daß das her auch die Bollmachten der Dorfgemeinden in gerichtlichen nicht prozessualischen Angelegenheiten gerichtlich aufgenommen werden müssen.

5) Die gefehlichen Bestimmungen barüber, nach welchen Grunbfagen ber

^{*)} Dies hatte auch das R. des Min. des J. v. 15. Febr, 1852 (Min. Bl. d. 1852, S. 27) anerkanut.

b) In Betreff der Vollmachten der Kollegien, der Domkapitel und Kollegiatstifter, der Kirchen ') und Schulen, der pia corpora, der Gilden und Gewerke, ') vergl. die Borschriften der A. S. D. I. 3. §§. 44—49.

c) Die Seitens der Regierungen (insbef. auch in Auseinandersetzungssachen) auszustellenden Bollmachten betr., so mussen solche nach der R. D. v. 31. 1825 Litt. D. ad VIII. (G. S. 1826. S. 5), gleich anderen Urfunden, neben der Unterschrift des Abtheilungsdirigenten auch diejenige des Präsidenten und des Justitiarius enthalten.

Vergl. das R. des Min. des J. u. d. P. v. 11. Mai 1838 3) (v. K.

Ann. Bb. 22. S. 335).

Wenn indeß der Präsident abwesend oder verhindert ist, so genügt es, wenn die Urkunde von dem Abtheilungsdirigenten und dem Justitiarius vollzogen ist, sofern nur von ersterem zugleich vermerkt wird, daß er für den abwesenden Präsidenten und als Abtheilungsdirigent vollziehe.

Bergl. C. R. bes hausmin. v. 16. Juli 1838 *) (Forni's Zeitsch.

Bb. 1. S. 438).

4) Ift im Auseinandersetzungsverfahren zur Legitimation der dabei auftretenden Bevollmächtigten eine Prozesvollmacht ausreichend oder bedarf es in den Fällen, wo es nicht bloß auf die Instruktion bestimmter Streitpunkte ankommt, einer Spezialvollmacht?

Das Min. bes 3. hat in bem R. v. 29. Nov. 1842 8) (Min. Bl. b.

1) Bergl, auch A. E. R. II. 11. \$5. 156. ff., 658. ff.

3) Vergl. in Bb. I. S. 522. — Bergl. auch R. bes Min. bes J. u. d. P.

v. 14. n. 23. Mai 1840 (Min. Bl. b. i, B. 1840. S. 140 – 141.)

4) Vergl. in Bb. I. S. 522—523. 5) Beral. in Bb. I. S. 523—524.

Beschluß einer Gemeinde zur Ausstellung einer Bollmacht gefaßt werben muß, find im A. L. R. ertheilt. Rach S. 136. A. L. R. 11. 6. gehört bie Ausftellung einer Bollmacht zu benjenigen Angelegenheiten, welche in außerorbentlicher Berfammlung nach vorhergegangener Ginlabung fammtlicher Mitglieber verhanbelt und nach der Mehrheit der Stimmen berichtigt werben muffen. Sobald die Cins labung sammtlicher Mitglieber erfolgt ift und dabei zugleich der Gegenstand ber Berathschlagung befannt gemacht worben, fann nach g. 54. a. a. D. und g. 41. A. G. D. I. 3. die Bollmacht nach ber Mehrheit ber Stimmen ber Erschienenen abgefaßt werben, ohne baß es auf eine Erklarung ber Ausbleibenben weiter ans fommt. Wenn aber bei ber Ginlabung ber Gemeindeglieber ber Gegenstanb ber Berathschlagung nicht zugleich bekannt gemacht worben, so muffen nach S. 55. A. E. R. II. 6. wenigstens zwei Drittheile ber Mitglieber ber Gemeinde anwesend sein, nm einen Beschluß über bie zu ertheilende Bollmacht abzufaffen. Wenn es an diefer Bahl fehlt, muß die Ginladung ber ausgebliebenen Mitglieder unter Bes fanntmachung bes Gegenstanbes ber Berhandlung wieberholt werden. (Bergl. bas [bem Alin. 2. bes S. 47. bes Ant. gur A. G. D. jum Grunde liegenbe] R. v. 29. Juni 1901. [Reues Archiv Bb. 2. S. 131., Stengel's Beitr. 29b. 14. S. 226., Rabe's Samml. Bb. 6. S. 538.] Bergl. auch über biesen Gegenstand: a) Dr. Lowenberg's Beitrage jur Renntnif ber Motive ber Breug. Gefetgeb. Bb. 2 S. 227. 662, 663., b) Dragbo, Abhandl. in ber Jur. Beit. 1834. S. 1014., und bagegen v. Dantele in beffen handbuch ber Preuß. Gerichtspflege 98 t. 1. S. 528.

²⁾ Die Zunftältesten (Altmeister) eines Gewerks sind auch in Betress der Verschandlungen mit Dritten als Repräsentanten des Gewerks anzuschen, und deshalb besugt, ohne speziellen Auftrag der Korporation eine für dieselbe verdindliche Erstärung im Prozesse abzugeden. (Erf. des Revis. Kolleg. für L. K. S. v. 29. Dec. 1849 u. des Ob. Trib. v. 11. März 1852, auf Grund der Borschriften des A. R. M. II. 8. §§. 213., 191., II. 6., §§. 117., 118. und der A. G. D. I. 3. §. 49., Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bd. 5. S. 367-374. und Präj. Samml. desselben S. 12. Nr. 2.)

i. B. 1842. S. 423) und v. 17. März 1843 1) (a. a. 1843. S. 162) die letztere Alternative angenommen, weil Auseinandersetzungen und Ablösunsen nicht lediglich als Prozesse zu betrachten seien, 2) und namentlich der Rezest nicht einem Vergleiche im Prozesse gleich zu achten sei.

Donniges ift gleichfalls ber Ansicht, daß die Bollmacht zur Auseinandersetzung auf diejenigen Gegenstände, wozu es einer Spezialvollmacht bedarf, gerichtet werden muffe und nur in dieser Ausdehnung und Vorm

als ausreichend zu erachten fei;

benn wenn man auch annehmen wolle, daß Auseinandersetzungen und Ablös sungen als Prozesverhundlungen anzusehen seien, so begriffen sie doch Berhands lungen und Afte, wozu gesetlich eine Spezialvollmacht erforderlich sei (A. E. A. I. 13. §§. 98. ff.) und der Rezest und bessen Vollziehung umfasten alle tiese Gesgenstände. (Donniges Land. Rult. Ges. Bd. 3. S. 399.)

Die Richtigkeit biefer Unficht burfte unzweifelhaft anzuerkennen fein.

5) Ueber die Stempelfreiheit der Vollmachten in Auseinandersezungsangelegenheiten vergl. S. 9. Mr. 5. des Kostenregul. v. 25. April
1836 und das dazu gegebene R. des Min. des J. v. 16. Juni 1841
(s. unten).

3um S. 76.

(Qualität ber Bevollmächtigten.)

1) Die (mittelft R. des Min. des J. v. 9. Jan. 1832 *) mitgetheilte) R. D. v. 17. Aug. 1831 (Koch's Agrarges., 4. Aufl. S. 292) erläutert bereits,

baß die Berschrift bes S. 76., wonach nur praktische Landwirthe als Bevollmächtigte in Auseinandersetzungs-Sachen zuzulaffen, fich nur auf Bershandlungen erster Instanz beziehe, wogegen in zweiter Instanz auch die zur Brazis verstatteten Rechtsanwalte auftreten könnten.

Das R. des Min. des J. v. 6. Jan 1841 *) (Min. Bl. b. i. B. 1841. 6. 127) giebt dem Ausbrucke: "praktische Landwirthe" eine noch weistere Austehnung und gestattet insbesondere auch die Zulassung der als Spezials oder Dekonomiekommissarien beschäftigt gewesenen Beamten, sowie der in landwirthschaftl. Angelegenheiten erfahrenen Rechtsanwalte.

2) Das R. bes Din. bes 3. v. 5. Dec. 1842 (Roch's Agrargef., 4.

Aufl. C. 292) nimmt mit Recht an,

daß ein Rechtsanwalt, welcher General Bevollmächtigter des Gutsbesitzers wegen aller Gutsangelegenheiten ift, die Gutsherrschaft in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten zu vertreten berechtigt sei, mithin aus seiner Qualität als Rechtsanwalt fein Grund entnommen werden könne, ihn von der Wahrnehmung der Gerechtsame ber Gutsherrschaft auszuschließen.

3) Das R. des Min. des J. v. 31. Oft. 1842 (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 293) führt aus,

bag, ba bie Behorbe, bei welcher Prozeffe in Auseinanderfepungefachen ans

1) Bergl. in Bb. I. S. 524-525.

²⁾ Die Erk. v. 22. Sept. 1837 u. v. 27. Nov. 1838 im Centralbl. für Preuß. Jur. 1839. S. 345—355 führen bagegen aus, daß Auseinandersetzungen in Bezug auf Wollmachten als Prozesse anzusehen seien. Bergl. auch Kameralist. Beit. 1842. S. 1203. — Das Revis-Koll. für L. K. S. hat in mehreren Entsscheidungen (v. 20. Sept. 1846 u. 15. Sept. 1848) angenommen, daß die Berstandlungen der Auseinandersetzungs. Behörden als prozessualische im weiteren Sinne zu erachten seien (Zeitschr. desselb. Bd. 2. S. 253—255.)

³⁾ Bergl. in Bb. I. G. 525-526.

⁴⁾ Chendas. 6. 526-527.

hangig seien, die Gen. Rom., deren Wirkungskreis sich über die ganze Proving erstrecke, keineswegs aber der von der gedachten Behörde mit der Instruktion besanftragte Rommissarius sei, es auf den Wohnort des lettern, sowie darauf, welche Rechtsanwalte dort zur Praxis befugt seien, nicht ankomme, vielmehr in densenigen Fällen, in welchen überhaupt Rechtsanwalte als Bevollmächtigte auftreten könnsten, jeder bei irgend einem Gerichte ber Provinz angestellte Rechtsanwalt zugelassen werden musse.

Bum §. 79.

(Folgen ber unterlassenen Informatione-Ertheilung.)

Durch den S. 79. ist ter S. 521. A. E. R. II. 18., wonach kein Bormund ohne Genehmigung tes Bormundschaftsgerichts gultige Bergleiche schließen, noch auf Kompromisse sich einlassen kann, für ausgeschlossen nicht zu erachten.

Bergl. das R. des Min. des J. v. 28. Sept. 1820 1) (Koch's Agrarsges., 4. Aufl. S. 294—295), welches das in dieser Beziehung zu beobachstende Verfahren anordnet.

Zum §. 81.

(Freie Bahl ber Beiftanbe.)

1) Die durch das C. R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 12. April 1835 mitgetheilte R. O. v. 9. ej. m. 2) (v. R. Ann. Bd. 19. S. 380) verbietet:

Personen, tie wegen Betrugs, Verfälschung, Diebereien und anderer bergl. in ber öffentlichen Dieinung entehrender Verbrechen bestraft ober in Untersuchung sind, ober sonst durch niederträchtige Sandlungen die Verachtung ihrer Mitburger auf sich gezogen haben, desgleichen welche aus der Winkelschriftstellerei ein Gewerbe machen, als Assistenten in Auseinandersetzungssachen zuzulassen.

2) Die R. des Just. Min. v. 18. Mai 1821 u. v. 27. März 1823 (v. K. Jahrb. Bb, 17. S. 277 u. Bb. 21. S. 33) untersagen den richterlichen Beamten, als Rechtsbeistände ihrer Gerichtseingesessen in Aus-einandersetzungssachen aufzutreten.

3) Das R. des Min. des J. v. 8. Oft. 1838 *) (v. K. Ann. Bb.

22. S. 912) spricht aus,

daß auch Rechtsanwälte aus andern Obergerichts Bezirken, als demjenigen, in welchem die Auseinandersetzung anhängig ist, als Affistenten zugelassen wers den mussen.

4) Das R. des Min. des J. v. 5. Febr. 1846 *) (Min. Bl. d. i. B. 1846. S. 65) führt aus, daß der zweite Sat des J. 81. auch auf Bevollmächtigte anzuwenden, wenn sie nicht selbst Interessenten sind.

3u \$5. 82 — 85.

(Bon Beschlüffen über Gegenstände gemeinschaftlichen Inter=
effes.)

1) Der S. 17. der B. v. 22. Nov. 1844, betr. den Geschäftsgang zc. bei den Auseinandersetzungsbehörden, erklärt die SS. 82-85. der B. v. 20. Juni 1817 auch für die zweite Instanz maaßgebend.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 527.

²⁾ Chenbas. 6. 527-528.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 528.

⁴⁾ Chenbas. S. 528-529.

318 Bon b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

2) Zum S. 82. Begriff bes: "gemeinsamen Interesse" im Sinne bes S. 82.

a) Das Min. des J. erläutert in dem R. v. 24. April 1842 1)

(Min. Bl. d. i. V. 1842 S. 136),

baß ein gemeinsames Interesse noch nicht vorhanden sei, wenn mehrere einzelne Individuen von gewissen Rechten und Berpstichtungen überhaupt gleich zeitig und in einersei Weise berührt werden, sondern es setze der S. 82. außerdem voraus, daß die mehreren Individuen auch als ein Indegriff von Personen (als Einheit im gesetzlichen Sinne oder Gesellschaft) erscheinen und solchergestalt einen bestimmten Iweck versolgen oder zu dessen Erreichung wenigs stens mitwirken wollen; denn nur alsbann sei das gleichzeitige und gleichzartige Interesse auch ein gemeinsames.

Hiernach soll also die Vorschrift des S. 82. auf die Willenserklarungen der moralischen Personen und der Gefellschaften mit gemeinschaftlichen Endzwecken, Rechten und Verpflichtungen beschränkt sein. Alsein das Gesetz distinguirt keinesweges, ob der Gegenstand der Erklärung der Interessenten in einem gemeinschaftlichen Rechte besteht, oder nur mehrere Interessenten zugleich und auf einerlei Weise betrifft; es erfordert vielsmehr nicht das Vorhandensein einer Gesellschaft unter ihnen. Der S. 86. ergiebt im Gegentheil deutlich, daß die SS. 82—85. nicht allein auf die moralischen Personen Anwendung sinden sollen, sondern auch auf die Bestimmung der Willenserklärung solcher mehrerer Interessenten, welche der Gegenstand nur zugleich und auf einerlei Weise betrifft, daß mithin dadurch eben eine Erweiterung der Vorschriften des A. L. R. I. 17. SS. 12. sf. bezweckt worden ist. 2)

b) Das Revisions-Kollegium für L. K. S. führt (in dem Erk.

v. 21. Mai 1847) aus,

daß zur Anwendung bes S. 82. keineswegs bas Requisit eines gemeinsamen Rechtes gehöre, sondern daß gegen diese Auffassung schon ber im erften Sape bes S. 82. gebrauchte Ausbruck: "eines gemeinfamen Intereffe" fpreche, und daß dieselbe entschieden durch den zweiten Sat des S. 82. widerlegt werde, wels cher klar ergebe, daß der Umftand, ob die den Gegenstand ber Auseinandersetzung bildende Gerechtsame der Ausfluß einer zwischen ben Intereffenten bestehenden rechtlichen Gemeinschaft ift (bas Borhandensein bes Gemeinsamen im Rechte), ober ob die Gerechtsame einem jeben ber Intereffenten felbftftanbig guftebt, ohne Ginfluß auf tie Anwentbarfeit bes S. 82. sei. Es genuge hierzn vielmehr, wenn nur ber Gegenstand ber Regulirunge Berhandlung mehrere Intereffenten "zugleich ober auf einerlei Beise" betreffe. Dies ergebe fich auch aus bem am Schluffe bes S. 82. aufgestellten Beispiele, in beffen Falle jeder bauerliche Birth an und für fich mit selbstständigem, nicht aus einer rechtlichen Gemeins schaft fliegenden Rechte ber Guteherrschaft gegenüberstehe, und nur bie Gleiche artigfeit ber Intereffen für erforberlich erachtet fei, um bem Beschluffe ber Debrs heit Gultigfeit für alle Intereffenten zu verleihen. (Beitschr. bes Revis. Rolleg. **Bb. 2. S. 151—155.)**

c) Der Anspruch auf Vergütigung des Düngungszustandes bei einer Ackerseparation ist ein rein perfonlicher, und kann daher auch von einem Interessenten geltend gemacht werden, welcher bas Grundstück, mit dem er an der Separation Theil nahm, nach deren Aussührung veräußert hat.

Dieser Anspruch ift aber kein Segenstand, bei welchem sich nach S.

1) Bergl. in Bb. I. S. 529.

²⁾ Die meisten Auseinandersetzungs Behörben haben beshalb die Ansicht des R. v. 24. April 1842 nicht angenommen. (Bergl. Dönniges Land. Kult. Ges. Bd. 3. S. 403.) — Bergl. auch die (sub b. gegebene) Entsch. des Rev. Kolleg. v. 21. Mai 1847.

Werordn. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation 2c. (§S. 82-89.) 319

82. der B. v. 20. Juni 1817 die einzelnen Intereffenten bes Geschäftes

bem Beschluffe ber Dehrheit unterwerfen muffen.

Erkannt von dem Revisions - Rollegium für L. R. S. unterm 30. Sept. 1851 (Zeitschr. besselb. Bb. 4. S. 401 ff. u. Praj. Samml. S. 23. Rr. 6.).

3) Bu SS. 82. u. 85.

Bur Gültigkeit des Beschluffes der Theilhaber eines gemeinschaftlichen Interesse, namentlich auch des Beschluffes zur Ausstellung einer Vollmacht, ist es erforderlich:

a) daß sammtliche Intereffenten zu ber Versammlung, in welcher ber Beschluß zu faffen ift, gehörig eingelaben find;

β) daß der Beschluß durch die Mehrheit der Erscheinenden gefaßt wird;

y) daß, wenn der Gegenstand der Berathung bei der Einladung nicht im Alls gemeinen bekannt gemacht worden, die Versammlung wenigstens aus zwei Drittel der Interessenten bestanden hat. Es gelten in dieser Beziehung die Vorschriften der §§. 53. ff. und 136. A. E. R. II. 6. Ein der einen oder der andern derselben zuwider abgefaßter Beschluß ist nichtig.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 9. Dec. 1843 (Praj. Samml. S. 332. Nr. 1427.).

II. Ordnung des Verfahrens bis zur Vermessung.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 § . 17. und 18.]

Bergl. den zweiten Theil der Instrukt. der Gen.-Kom. zu Stendal v. 12. März 1851, betr. die Leitung des Verfahrens in den nach den Gessehen v. 2. u. 11. März 1850 zu bearbeitenden Auseinandersetzungssachen (s. in Sprengel's Ablos. Ges. S. 49—61).

3um §. 87.

(Ausmittelung der Absicht der Interessenten.)

1) Bergl. S. 17. Alin. 1. der B. v. 30. Juni 1834 über die Bflich-

ten ber Spezialkommiffarien.

2) In Betreff des Verfahrens mit Partheien, die nur der Polnischen Sprache mächtig sind, vergl. §§. 145—150. der V. v. 9. Febr. 1817, betr. die Justizverwaltung im Großherzogthum Posen (G. S. 1817. S. 37), die K. O. v. 5. Mai 1839 (Just. Min. Bl. 1839. S. 178) und das R. des Just. Min. v. 16. April 1840 (a. a. O. 1840. S. 153).

In Betreff der Verhandlungen mit Wenden vergl. S. 422. des Anh.

zur A. G. D. und das G. v. 11. Mai 1843 (G. S. 1843. S. 183).

Bergl. auch in Betreff der Berhandlung mit Partheien, welche der Deutschen Sprache nicht kundig sind, den §. 75. des Anh. zur A. G. D.

Bum &. 88.

Bergl. Alin. 2., 8. u. 4. bes S. 17. ber B. v. 30. Juni 1834.

Zum 5. 89.

(Ausmittelung bes Sach- und Rechtsverhaltniffes.)

- 1) Bergl. Alin. 5. des S. 17. ber B. p. 30. Juni 1834.
- 2) Bu Mr. 1. bes §. 89.

a) Bergl. S. 90. ber B. v. 20. Juni 1817.

b) Ueber die Berücksichtigung der Ansprüche des Militair-Fiskus in Betreff ter Exerzier- und Schießplate, desgl. auf die Bemitung 320 Bon d. Abldf. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungent.

unbestimmten Terrains zu Feldbienstübungen, vergl. die R. des Min. des 3. v. 18. Sept. 1824 1) (Roch's Agrarges., 4. Aust. S. 297) und v. 28. Febr. 1841 2) (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 236).

3) Bu Mr. 2. bes §. 89.

Bergl. S. 91. ber B. v. 20. Juni 1817 und die Erlaut. dazu.

4) Bu Mr. 3. bes §. 89.

Bergl. S. 92. ber B. v. 20. Juni 1817 und die Erlaut, dazu.

5) Bu Mr. 4. bes §. 89.

Bergl. S. 93. ber B. v. 20. Juni 1817 und die Erlaut. dazu.

6) Bu Mr. 5. bes §. 89.

Bergl. SS. 94. u. 95. der B. v. 20. Juni 1817 und die Erläut. dazu.

7) Bu Mr. 7. bes §. 89.

Bergl. S. 96. der B. v. 20. Juni 1817 und die Erläut. dazu, desgl. S. 196. a. a. D. und insbes. die Erläut. zu den SS. 196—200. a. a. D. sub A. (s. unten).

8) Bu Mr. 8. bes §. 89.

Bergl. S. 97. der B. v. 20. Juni 1817.

Zum §. 90.

(Bon ben Intereffenten.)

[Vergl. Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821 § 5. 11—15. und B. v. 30. Juni 1834 § §. 23—27.]

1) Vergl. über das Recht dritter Versonen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und von den darauf bezüglichen Verpflichtungen der Auseinandersetzungsbehörden unten Unter-Abschn. V. Kap. I.

2) Insbesondere bas Berhältniß der Nießbraucher und Pachter

betr., vergl. ebendas. Rap. II. Tit. 4. u. 5.

Bum §. 91.

(Bon der Legitimation.)

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 §S. 23-27].

1) Die dem Zweck der Auseinandersetzung nicht entsprechende Art und Weise, in welcher von einzelnen Auseinandersetzungsbehörden und deren Kommissarien bei Berichtigung des Legitimationspunkts verfahren wurde, hatte das Min. des J. veranlaßt, gestützt auf die Vorschriften der SS. 24. sp. u. 62. der V. v. 30. Juni 1834, bereits in dem R. v. 3. Dec. 1834 (Koch's Agrarges., 3. Aust. S. 227) darauf hinzuweisen,

daß hiernach in der Regel für die Rommiffarien teine Beranlaffung vorliege, auf die Einsicht der Erwerbungsbotumente einzugehen) ober gar volumindse Absichriften ober Extrafte aus denselben nehmen zu lassen und solche zu den Auseinsandersetzungsaften zu bringen, daß es vielmehr genüge, wenn sie entweder ein Berzeichnis der Interessenten zusammenstellten und sich die Richtigkeit desselben nach den Sprothekenbüchern von dem Richter attestiren ließen oder sich davon durch eigene Einsicht des Sprothekensolii überzeugten oder endlich von den Gerichten die erforderlichen Nachrichten aus den Sprothekenbüchern extrahirten und auf Grund

2) Chendas. S. 531-532.

¹⁾ Bergl. in Bb. 1. S. 530-531.

³⁾ Das R. des Din. des J. v. 14. Oft. 1823 (Roch's Agrarges., 4. Ausl. S. 298.) hatte dagegen die Gen. Kom. ansbrücklich angewiesen, sich bei Prüfung des Legitimationspunktes die betr. Dokumente selbst porlegen zu lassen.

derselben eine Bernehmung der Interessenten über ihre Wissenschaft von den etwa eingetretenen Bestsveränderungen veranlaßten; — daß, insofern diese Nachrichten nicht ausreichten und vielmehr, um zur Gewisheit zu gelangen, es weitläuftiger Ermittelungen bedürfen würde, die Kommissarien die öffentliche Besanntmachung der Auseinandersehung zu bewirken und die Verhandlungen mit denjenigen zu pflez gen hätten, welche von den übrigen Interessenten für das bei dem Verfahren beztheiligte Besithum ober sonst als Theilnehmer anerkannt würden.

Das R. des Min. des J. u. d. P. v. 23. März 1841 (Min. Bl. d. i. V. 1841. S. 131) bemerkte auch,

daß die Auseinandersetzungssachen durch eine zu peinliche und ftarre Rücksicht auf die bloß formelle Bescheinigung des Eigenthums beim Hypothekenbuche nicht aufgehalten werden dürften, daß vielmehr die materielle Gültigkeit der Berhandlung bei angemessener Beachtung sowohl jenes, als der sonst obwaltenden Verhältnisse schon dann gesichert erscheine, wenn die als Eigenthümer der betr. Grundstücke aufetretenden Personen sich durch, mit dem titulirten Bester abgeschlossene, rechtsgültige Kauskontrakte, Absudikationsbescheide, Testamente u. s. w. über ihre Rechte ausweisen, im Naturalbesitze sind oder von den übrigen Betheiligten in jener Eizgenschaft anerkannt werden und diesem allem eine öffentliche Bekanntmachung des Geschäfts hinzutritt.

- 2) Das Ablös. Ges. v. 2. März 1850 hat nunmehr in dieser Beziehung wesentliche Erleichterungen eingeführt, indem daffelbe im S. 109. bestimmt,
 - 1) bag bie Legitimation jedes bei einem Auseinandersetzungs-Geschäft sich melbenden Interessenten, bessen Besitztitel im Spothekenbuche noch nicht berichtigt worden, als geführt zu erachten:
 - a) wenn bemfelben von der betr. Gemeindebehörde bescheinigt wird, daß er das Grundstuck, um welches es sich handelt, eigenthümlich besitze, ober wenn er eine auf die Erwerbung des Eigenthums davon lautende öffente liche Urkunde vorzulegen im Stande ift;
 - b) wenn dabei die übrigen Theilnehmer bes Geschäfts die Legitimation nicht bestreiten, und
 - c) nach geschehener öffentlicher Bekanntmachung ber Auseinandersetzung (Aussuhr. Gef. v. 7. Juni 1821 §. 12., B. v. 30. Juni 1834 §. 25.) und Benachrichtigung ber aus bem Sphothekenbuche etwa ersichtlichen Eigenthumsprätenbenten bis zur Rezespvollziehung kein Anderer bei bem Spezialkommissarius ober bei der Auseinandersetzungs Behörde Bestsansprüche erhoben hat;
 - 2) daß dersenige, welcher sich nach Ablauf des in der öffentlichen Bekanntmaschung angegebenen Termins dis zur Rezesvollziehung als Besitzen meldet und legitimirt, Alles gegen sich gelten lassen muß, was die zu dem Zeitzpunkte seiner Meldung mit dem nach den obigen Litt. n. und b. vorläusig legitimirten Inhaber des Grundstücks sestgestellt worden ist;
 - 3) daß der Hypothekenrichter die Eintragung des von den Auseinandersetzungss Behörden bestätigten Rezesses in das Hypothekenbuch nicht versagen darf, auch wenn der Rezes mit einem andern als dem eingetragenen Besitzer abs geschlossen, bei der Bestätigung aber von der AuseinandersetzungssBehörde bescheinigt ist, daß die Legitimation der noch nicht titulirten Besitzer in obis ger Weise ergänzt sei. 1)

Diese Vorschriften hat der Art. 15. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. O. (s. in Bb. 1. Ahth. I. S. 331) auch auf das Verfahren in Gemeinheitstheilungsachen für anwendbar erklärt.

Bergl. die Erlaut. zum S. 109. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 in Bd. II. Abth. I. S. 756—758.

¹⁾ Hierburch sind die abweichenden Bestimmungen des R. des Min. des J. v. 1. April 1832 (Koch's Agrarges., 4. Aufl. S. 298.), v. 14. Dec. 1840 (Censtralbl. für Preuß. Jur. 1841. S. 201.) und v. 23. März 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 131. Nr. 195. u. S. 133. Nr. 196.) für antiquirt zu erachten.

3) Mit Rucksicht auf die ad 2. erwähnten Borschriften gestaltet sich nunsmehr das Verfahren zur Berichtigung der Legitimation der Interessenten in folgender Art:

a) Die Kommissarien mussen ben Interessenten sogleich bei der ersten Vorladung zum Einleitungstermine aufgeben, die auf ihre Grundstücke bezäuglichen Besitz- und Legitimations-Dokumente zur Stelle zu bringen. 1)

Es steht den Kommissarien auch frei, die Legitimation der Interessenten durch Extrahirung der Hypothekenscheine oder durch Einsicht des Cypsthekenbuchs, resp. durch Requisition des Hypothekenrichters festzustellen.

b) Wenn sich im ersten Termine bei Prüfung des Legitimationspuntstes Mängel herausstellen, deren Befeitigung weitaussehend ist, so muß sos fort nach §. 109. Litt. a. u. b. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 verfaheren werden.

Gleichzeitig sind aber auch an die betr. Gerichte die erforderlichen Requisitionen wegen Beseitigung der Legitimationsmängel zu erlassen. 2)

c) Können auf diese Weise (ad b.) die vorhandenen Legitimationsmängel nicht ihre baldige Erledigung finden, sondern ist vorauszusehen, daß dies mit erheblichem Zeitauswande verbunden sein werde, so muß in Gemäßheit des S. 109. Litt. c. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 die dort gedachte öffentliche Bekanntmachung erlassen werden, welche die in Alin. 2. u. 3. a. a. D. sestgesetzen Wirkungen hat. 3)

4) Mehrere Auseinandersetzungsbehörden haben über das Versahren der Kommissarien bezüglich der Berichtigung des Legitimationspunktes und über die Ausstellung der von denselben anzusertigenden Legitimations= Tabellen spezielle (nicht veröffentlichte) Instruktionen erlassen. (Vergl. insbes. das C. R. nebst Instr. der Gen Kom. zu Münster v. 30. April 1850 und C. R. derselben v. 9. Sept. 1851, das C. R. nebst Instr. der Gen.-Kom. zu Stargard v. 15. Aug. 1851 und die Anweisung der Gen.-Kom. zu Stargard v. 15. Aug. 1851 und die Anweisung der Gen.-Kom. zu Breslau v. 21. April 1850 (zum S. 109. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850) nebst Vormularen.

Diese Instruktionen weisen die Spezialkommissarien zugleich dahin an, den Erlaß der nach §. 109. Litt. c. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 erforderlichen öffentlichen Bekanntmachungen bei der Auseinanders setzungsbehörde zu beantragen, von welcher solche (zur Kostenersparung) durch Verbindung mehrerer Sachen bewirkt werden sollen.

1) Dabei wird ihnen die Verwarnung zu stellen sein, daß fie die aus dem Unterlassen dieser Aufgabe erwachsenden Mehrkoften allein tragen mußten.

Ueber das Verfahren hierbei Seitens der Gerichte vergl. das R. des Just.= Min. v. 27. Aug. 1840 (Just. Min. Bl. 1840. S. 303.), welches zugleich aus= spricht, daß die Spezial=Rommissarien der Auseinandersesungs=Behörden zu dergl. Anträgen bei den Gerichten ermächtigt seien, und daß die Anträge in Kollektin= Requisitionen gestellt werden können.

In letterer Beziehung vergl. auch die R. des Just. Min. v. 5. Juni und 5. Oft. 1839 (Just. Min. Bl. 1839. S. 335-336.).

3) Bergl. §. 26. ber B. v. 30. Juni 1834.

²⁾ In dieser Beziehung ist darauf hinzuweisen, daß zwar durch die K. D. v. 31. Okt. 1831 (G. S. 1831. S. 251.) die Verpflichtung der Eigenthümer zur Berichtigung ihres Besittiels und des ofstziellen Einwirkens der Gerichte dabei suspendirt, indes durch die K. D. v. 6. Okt. 1833 (G. S. 1833. S. 124.) anges ordnet worden ist, daß die Auseinandersetzungs Behörden berechtiget sein sollen, wenn es bei einer Regulirung, Auseinandersetzung, Gemeinheitstheilung 2c. darauf ankommt, die Verichtigung des Besittitels zu verlangen. — In diesem Falle tritt alsbann, nach der K. D. v. 31. Okt. 1831 die Verpflichtung der Gerichte ein, zu dem gedachten Zwecke ex ofsicio einzuschreiten.

5) Ueber bas Berfahren, wenn bas berechtigte Gut Lebn ober Fi= deikommiß ift, vergl. die Erlaut. unten in dem Unter-Abschn. V. Rap, I. (von dem Rechte dritter Personen auf Bugiehung gur Auseinandersetzung und den darauf bezüglichen Verpflichtungen der Auseinandersetzungsbehorden) sub B.

Zum S. 92.

(Bon ben Pertinenzien und ber Sofwehr.)

In Betreff ber ju ben Stellen geborigen ganbereien und ber hofwehr vergl. die SS. 80-82. des Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850 und die Erläut. dazu (s. in Bb. II. Abth. I. S. 651 ff.).

Rach S. 82. Litt. a. a. a. D. verbleibt jest die pofmehr dem Stellenbesitzer, ohne Entschädigung dafür zu leiften.

Zum §. 93.

(Bon den gutsherrlichen und bauerlichen Leiftungen.)

Der S. 93. ift durch die Borfchriften des Ablos. - Ges. v. 2. Marg 1850 Sf. 80-85. u. 103. für modificirt zu erachten.

Zu §§. 94. n. 95.

(Bon den öffentlichen und Realabgaben und von den Kommunallaften.)

Beral.:

a) die Erläut. zum S. 156. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 (f. oben S. 173-179);

b) die Erlaut. jum S. 43. ber B. v. 20. Juni 1817 sub II. (f. oben **6**. 281—283).

Zum §. 96.

(Bon dem wegen der Gemeinheiten und Grenzen bestehenden Rechtsverhaltniffe auf ber Belbmart).

1) Ueber bas Berfahren in Betreff ber Grenzberichtigung bei Regulirungen ac. vergl. das Publit. ber Gen.=Rom. zu Konigsberg v. 1. Febr. 1819 1) (v. R. Ann. Bd. 3. S. 65).

Bergl. auch S. 196. ber B. v. 20. Juni 1817 und das dort gegebene

R. des Min. des J. v. 6. Jan. 1847. 2) (Min. Bl. d. i. B. 1847, S. 15).
2) Bezüglich der Verpflichtung der Intereffenten zur Edition ber betr. Urfunden, Karten sc. *), vergl. die Borschriften der A. G. D. I. 10. 55. 89. ff., und insbef. bezüglich der Ediktions-Berbindlichkeit Seitens der Bermaltunge-Beborben bas C. R. bes Min. bes Ronigl. Saufes v. 10. Juni 1839 (v. R. Ann. 28b. 23. S. 285) und bas Gutachten bes Ob. Trib. v. 18. Jan. 1841, welches burch bie C. R. bes Juft. Min. v.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 533. 2) Chenbas. S. 587-588.

³⁾ Ueber die forgfältige Behandlung, Aufbewahrung und Rudlieferung der bei Separationen und anderen Auseinandersetzungen ebirten fistalischen Aften und Karten vergl. das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 10. Juni 1839 (v. K. Ann. Bb. 23. G. 335, s. in Bb. I. S. 532-533.).

324 Bon d. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

28. April 1843 und ber Min. ber geistl. 2c. Ang., des I., ber F. und des Königl. Hauses v. 31. Mai 1843 den Gerichten und Verwaltungs-Behörden zur Nachachtung mitgetheilt worden ist. (Just. Min. Bl. 1843, S. 113
u. Min. Bl. d. i. V. 1843, S. 118 n. 185).

3um \$. 99.

(Benehmen nach aufgenommener General-Berhandlung).

Bergl. Alin. 6. des S. 17. der B. v. 30. Juni 1834.

3n §§. 101—103.

(Bon Separationen).

Diese SS. beziehen sich auf die nach ber B. v. 20. Juni 1817 mit Regulirung der gutsherrlich bauerlichen Verhältnisse zu verbindenden Gemeinheitstheilungen und deren Zulässigkeit. Gegenwärtig richtet sich die Zulässigkeit der letzteren nach den Vorschristen der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und des Ergänz. Ges. dazu v. 2. März 1850, und das Versahren nach dem Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 und der V. v. 30. Juni 1834 nebst der durch S. 1. der letzteren auch auf Gemeinheitstheilungen für anwendbar erklärten V. v. 20. Juni 1817.

Die SS. 101—103. sind somit für antiquirt zu erachten.

Bn §§. 104. und 103.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1824 §. 17.]

(Instruktion der Streitpunkte, und in wiefern folche ausgesetzt werden konne).

1) Die Auseinandersetzungs-Behörden haben bisweilen bei Leitung ber Auseinandersetzungen die Erörterung und Entscheidung ber babei vortommenden Streitigkeiten von der Anstellung einer formlichen Rlage bes einen oder bes andern Theils abhängig gemacht und sich dieferhalb auf Die für ben gewöhnlichen Prozeß geltenbe Borfchrift bezogen, wornach bas gange Berfahren von dem Rlageantrage, bem Bundament ber Rlage, und ben Einwendungen des Berklagten abhängig und die Augabe ber hierauf fich beziehenden Thatsachen und Beweismittel lediglich den Partheien überlaffen ift, der instruirende Richter nur für die Erforschung der Wahrheit rudfichtlich des Thatbestandes bei dem Rlagegrunde und den Ginwendungen zu forgen, der erkennende Richter dagegen fich bei der Entscheidung ledig= lich auf ben Rlageantrag, deffen Fundament und bie erhobenen Einwendungen zu beschränken hat. Daß indeß ein folches, ben Vorfdriften der A. G. D. nachgebildetes Verfahren bei Auseinandersetzungen nicht anwendbar ift, ergiebt sich aus Allin. 2. u. 6. S. 17. ber B. v. 30. Juni 1834 und SS. 99., 100., 104., 105., 130. n. 142. ter B. v. 20. Juni 1817, wornach die Provokation und überhaupt die Antrage ber Partheien nur im Allgemeinen die Richtung des Verfahrens, ben babei vorliegenden Endzweck andeuten, der Auseinandersetzungs = Beborde und beren Kommisfarien dagegen die Erreichung dieses Zwecks, die Anordnung der erforderlichen Erörterungen und die Bestimmung obliegt, welche der babei fich ergebenden Streitigkeiten zur Instruktion und Entscheidung zu ftellen, welche Intereffen dritter Personen babei zu berudsichtigen und wie überhaupt Die Umgestaltung der bestehenden Berhaltniffe am zwedmäßigsten burchzuführen sei. — Das Min. des I. hat demzufolge in dem Rt. p. 12. Dec. 1832

(Roch's Agr. Ges. 3. Aust. S. 162) ausgeführt, daß es nicht darauf anstomme, ob ein oder der andere Theil Klägers Stelle zu übernehmen bereit sei, daß vielmehr die Veranlassung der Instruktion und Entscheidung vorstommender Streitigkeiten ihre Begründung lediglich darin sinde, daß die Erledigung derselben zum Zwecke der Auseinandersetzung nothig sei. — Diesen Grundsatz hat der S. 17. (Alin. 2.) der V. v. 30. Juni 1834 ausdrücklich bestätiget.

2) Die Regulirung der gutsherrl. und bauerl. Berhaltniffe wird haufig durch Streitigkeiten über ben Eigenthumsanspruch einzelner bauerlichen Interessenten oder über die Pertinenzien eines oder einiger Höse aufgehalten. Ueber das in solchen Fällen zu beobachtende Berfahren zur Vermeidung der hierdurch für die anderen Betheiligten hervorgerufenen Nachtheile hat die Gen.-Kom. zu Stargard in dem Publik. v. 15. Juli 1819. 1)

(v. R Ann. Bb. 3. C. 668.) Instruktion ertheilt.

3) Das R. des Min. des J. v. 25. Juli 18312) (Koch's Agrar-G., 3. Aufl. S. 229) erläutert ben S. 104. (in Verbindung mit S. 105. und S. 3. Nr. 3.) ber V. v. 20. Juni 1817 dahin, daß:

a) nur solche Streitigkeiten in ben formlichen Rechtsweg einzuleiten, welche Theilnehmungsrechte betreffen, die auf die Auseinandersetzung wesentlichen Einfluß haben; daß dagegen andere, den einstweiligen Zustand und die einstweiligen Leistungen betreffenden Streitigkeiten in der Form eines einstweilisgen Regulativs und mit Befeitigung der in dem gewöhnlichen Rechtsgange

ftattfindenden Form ber Poffefforien=Prozeffe zu erledigen find;

b) daß diese Regulative immer mit Rūcksicht auf den Ausgang der Auseinans bersetungen und den hierbei unterzulegenden Blan getroffen werden muffen, namentlich so, daß den Interessenten nichts zugemuthet werde, was dadurch überflüssig wird, was also entweder eine nutlose Verwendung sein oder doch mit der Nutbarkeit der einstweilen noch fortdauernten Rechtsverhältnisse in keinem angemessenn Verhältnisse stehen wurde;

c) baß wegen ber Beschwerben gegen bie Entscheibungen über bergl. proviso-

rische Regulative nur bas Refursverfahren *) zulässig ift; enblich

d) die Partheien, wenngleich benfelben wegen vermeinter Berkurgung in dem Genuffe ihrer Rechte der Rechtsweg nicht zu versagen ist, dieser doch nur auf Entschädigung gerichtet werden kann und das Berkahren darüber nach S. 105. der B. v. 20. Juni 1817 jedenfalls dis zum Verkahren über den Auseinandersetzungsplan ausgesetzt bleiben muß.

4) Ein Fall, in welchem die Frage: ob bei der Ablösung der Hütungsbefugnisse der Werth einer Ruhweide auf 3 oder 4 Schessel Roggen angenommen werden solle? für sich allein zum Gegenstande einer DefinitivEntscheidung gemacht worden war, hat dem Min. des 3. Veranlassung
gegeben, sich in den R. v. 7. Oft. 1833 *) und v. 27. April 1834 *)
(v. R. Ann. Bb. 19. S. 74 ff., dahin auszusprechen,

daß die Definitiv. Entscheidungen über die Ausgleichung der Interessenten (im Gegensat von den wegen der Theilnehmungsrechte und deren Umfang entstehenden Streitigkeiten) niemals auf bloße Ausgleichungssätze, z. B. zu welchem Werthe die Weide für eine gewisse Zeit anzuschlagen? wie die Arbeit eines Dienstpstichtigen im Berhältniß gegen freie Arbeiter oder gegen herrschaftliches Gespann? wie groß die Kosten der eigenen Gespannhaltung anzunehmen? ob und welche der Erinnerungen gegen die Bonitirung und Klassisstation für gegründet zu achten? u. s. w. gerichtet

2) Bergl. in Bb. I. S. 539-540.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 534.

³⁾ Jest die Appellation ober Rekurs an das Revis.= Rolleg. beziehungsweise Gen.= Kommission. Bergl. die Erlaut. jum S. 154. der B. v. 20. Juni 1817.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 534-535.

⁵⁾ Chenbaf. S. 535-537.

werden, sondern daß die deshalb vorkommenden Pratenstonen und Ausstellungen bei der Definitive Entscheidung über die Ausgleichung selbst, d. i. über die Festsehung der in Land, Rente oder Kapital zu gewährenden Absindung, nebst allen übrigen gegen den Absindungsplan von den Interessenten zu erhebenden Erinnerungen, ihre Erledigung erhalten sollen.

Das R. v. 27. April 1834 bemerkt hierzu,

daß, sofern die Auseinandersetzungs-Behörde der Ansicht ware, daß die Definistiventschung gewisser, die Ausgleichung betressender Prajudizialpunkte vor ganzslicher Feststellung des Absindungsplans dem Geschäfte, sei es der gutlichen Einigung der Interessenten, oder der Anlegung des Auseinandersetzungsplans, sörderlich sein durfte, dies nur dann zugelassen werden könne, wenn dadurch wirklich ein Theilpuck des Auseinandersetzungsplans, sei es die Absindungsart oder eine, wenn auch nur partielle Absindung mittelst eines individuell bestimmten Naturalobjekts oder durch Geld oder Rente sestgesetzt würde.

Gleiche Grundfate stellt das R. des Min. des J. v. 9. Juni 1842. 1) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 225) auf.

In ähnlicher Weise hat sich das Min. des I. in dem R. v. 19. April 1839 2) (Koch's Agr. Ges., 4. Aufl. S. 305) ausgesprochen.

Vergl. auch das R. des Min. des J. v. 31. Jan. 1835 3) (Roch's

Agr. Gef. 4. Aufl. G. 304).

Ueber die Unzulässigkeit der Prajudizial-Instruktionen und Entscheisdungen über die Ausführung der Planberechnungs-Arbeiten vergl. das R. des Min. des J. v. 14. Sept. 1840.) (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 128).

3n §§. 106. und 107.

[B. v. 30. Juni 1830 §§. 28-35.]

(Bon dem Instruenten der zur Entscheidung der General-Rommissionen geeigneten Bunkte).

1) Der S. 106. der B. v. 20. Juni 1817 bestimmt, daß die zum Ressort der Gen.-Rommissionen gehörigen Streitigkeiten von dem mit der Regulirung beauftragten Dekonomie-Kommissarius instruirt werden sollen. Der S. 6. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 ermächtiget indeß die Ausseinandersetzungs-Behörden, alle bei Aussührung der Gem. Th. und Abslös. D. vorkommenden Streitigkeiten durch ihre Spezial Rommissarien instruiren zu lassen.

Die Instruktion der bei gutsherrl. bäuerl. Regulirungen vorkommenden Streitigkeiten über Theilnehmungsrechte und deren Umfang, sowie aller Streitigkeiten über die Absindung stand den Dekonomie-Rommissarien bereits nach §§. 5., 11., 104., 106., 107. der B. v. 20. Juni 1817 zu. Der §. 16. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821 bestimmte indeß, daß

"die Instruktion der Streitigkeiten, deren Entscheidung von Rechtsgrunds sahen hauptsächlich abhängig ist, von dem Kreis. Instizkommissarius oder einem zum Richteramt geeigneten und verpflichteten Beamten bewirkt werden solle".

Bei der Einleitung der Instruktion läßt sich jedoch in der Regel nicht vorausbestimmen, ob der Fall der S. 16. a. a. D. vorliegt, auch bestimmt

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 539.

²⁾ Chenbas. S. 538.

³⁾ Ebenbas. S. 537-538.

⁴⁾ Ebenbaf. S. 538-539.

ber §. 28. der B. v. 30. Juni 1834, in Uebereinstimmung mit dem §. 105. der B. v. 20. Juni 1817, daß die zweckwidrige Arennung zusammengehöriger Streitpunkte vermieden werden solle; hiernach aber kann es nicht
zweiselhaft sein, daß auch der mit der Auseinandersetzung beauftragte
Spezial - Kommissarius zur Instruktion aller Streitigkeiten besugt ist,
und daß eine Nothwendigkeit, solche von Justizbeamten sühren zu
lassen, nicht obwaltet. Die Bestimmung des §. 185. der B. v. 20. Juni
1817 aber, wonach die Instruktion in zweiter Instanz zwar von dem
Spezial - Kommissarius, im Falle dieser aber nicht selbst ein Justizbedienter
ist, durch einen solchen ersolgen solle, ist durch den §. 18. der B. v.
22. Nov. 1844 ausgehoben, nach welchem jest die Instruktion in appellatorio auch solchen Spezial - Kommissarien, die nicht Justizbediente sind,
ausgetragen werden kann.

2) Bum S. 107. der B. v. 20. Juni 1817.

a) Bergl. die Erlaut. des ersten Sates des §. 107. durch den §. 28. der B. v. 30. Juni 1834.

b) Nach tem zweiten Sate tes S. 107. betarf es, außer bem Gutachten tes mit der Auseinandersetzung beauftragten Dekonomie-Kommissarius, über landwirthschaftliche Gegenstände feines Gut-

achtens eines anderen Sachverftanbigen. 1)

Ueber die Nothwendigseit der Vorlegung der Gutachten an die Partheien und das in dieser Beziehung zu beobachtende Verfahren vergl. die R. des Min. des J. v. 27. Aug. 1839 2) (v. K. Ann. Bb. 23. S. 604) und v. 10. Jan. 1842 3) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 28).

c) Ueber die Vereidigung ter Dekonomie-Kommissarien als Sachverständige, vergl. die Erlant. zu den SS. 56. u. 57. der V. v. 20. Juni

1817, Buf. III. ad A. sub 1. Note 2. (f. oben @ 297).

d) Ueber die Befugniß der Bevollmächtigten oder Stellvertreter des Fiskus, den Zeugenverhören beizuwohnen, vergl. das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 24. Oft. 1853 *) (Min. Bl. d. i. V. 1853, S. 266).

e) In Betreff ber Revision der sachverständigen Gutachten, vergl.

S. 29. ber B. v. 30. Juni 1834.

In §§. 108. und 109.

Diese SS. sind dadurch antiquirt, daß durch den S. 6. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821 die Bestimmung des S. 11. der B. v. 20. Juni
1817, wodurch einige Streitigkeiten an die gewöhnlichen Gerichte gewiesen waren, für wegfallend erklärt worden ist.

Bu & 111. und 112.

[B. v. 30. Juni 1834 §. 30.]

(Feststellung ter Theilungsarten und Wirkung ter desfalfigen Entscheidung).

1) Nach S. 18. bes Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 finden die Be-fimmungen der SS. 111. und 112. ber B. v. 20. Juni 1817 nur bei

¹⁾ Bergl. die Erlaut. zum S. 38. des Landes Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 (f. in Bb. II. Abth. I. S. 108-110).

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 541.
3) Ebendas. S. 541—542.

⁴⁾ Chendas. S. 542.

Regulirungen gutsherrlicher und bauerlicher Verhältnisse Anwendung; es ist daher deren Anwendbarkeit auf Gemeinheits= Theilungen und Ablösungen von Grundgerechtigkeiten ausge=

foloffen.

Da nun nach S. 84. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 bei gutes herrlich-bäuerlichen Regulirungen eine Absindung in Land (absgesehen von dem Ausnahmefalle des S. 62. a. a. D.) nicht mehr stattstudet, sondern der auf der Seite der Gutsherrschaft sich ergebende Ueberschuß des Jahreswerthes der Verpstichtungen des Stellenbesitzers nach Vorschrift des S. 64. a. a. D. abgelost wird, so sind die Vorschriften der S. 111. u. 112. der B. v. 20. Juni 1817 und des darauf bezüglichen S. 30. der B. v. 30. Juni 1834 gegenstandslos geworden. 1)

2) In Betreff des Verfahrens hinsichtlich der Bermessungen und Bonitirungen bei Gemeinheitstheilungen, und in Betreff der daburch entstehenden Kosten, vergl. die SS. 18. und 26. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821, und Art. 16. des Erg. Ges. v. 2. März 1850, desgl. das C. R. des Min. des I. u. d. P. v. 27. April 1842 (s. d. Erläut. zu

\$\$. 18. u. 26. bes Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821).

III. Von der Vermessung und Bonitirung.

Borbemertung.

Da nach den Vorschriften des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 eine Absindung durch Land, abgesehen von dem Ausnahmefalle des §. 62. a. a. D. und von etwaniger gütlicher Vereinbarung der Interessenten, in Regulirungs- und Ablösungs-Sachen nicht mehr stattsindet, sondern die Absindung stets in Kapital oder durch Vermittelung der Ken-tenbank erfolgen muß (§§. 64. u. 84. a. a. D.), so sind die Vorschriften der §§. 114—130. der V. v. 20 Juni 1817 (von der Vermessung und Bonitirung) nur noch in Bezug auf die nach der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 zu bewirkenden Auseinandersetzungen und in Bezug auf diesenigen Fälle, wo (nach §. 86. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850) mit der gutsherrlich-bäuerl. Regulirung eine Zusammenlegung der mit den gutsherrlichen im Gemenge liegenden bäuerlichen Grundstücke von Amtswegen verbunden werden muß, von praktischem Interesse.

Zum S. 114.

(Anftellung bee Feldmeffere).

- 1) Ueber die Anstellung und Vereidigung, die rechtlichen Verhältnisse und insbesondere die Rechte und Pflichten der Feld=messer vergl. die betreff. Bestimmungen in v. Könne's Bau-Polizei des Preuß. Staates (Thl. VI. Bd. 4. Abth. I. dieses Werkes) S. 143—173 u. Suppl. Heft dazu S. 45—46.
 - 2) Insbesondere ift hier auf folgende Bestimmungen hinzuweisen:
- a) Die Ernennung der Feldmesser zu Vermessungs-Revisoren erfolgt durch die Regierungen nach Verständigung mit den Auseinandersetzungs-Behörden. (R. der Min. des J. u. der P. u. der F.

¹⁾ Auch bei ber Ermittelung ber Prästationsfähigkeit ber Stelle — nach S. 85. des Ablös. Ges. — sindet eine Vermessung und Bonitirung nicht statt; sondern die schiedsrichterliche Feststellung des gemeinen Kauswerthes der Stelle in Pausch und Bogen.

v. 10 Juni 1842 u. C. R. terfelb. Min. v. 18, Aug. 1846). (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 218 u. 1846, S. 143, s. in v. Rönne's Banpolizei, S. 152

u. Suppl. Deft S. 46).

b) Die Feldmesser mussen von den Spezial-Kommissarien zwar Aufsträge annehmen und deren Anweisungen nachkommen; sie stehen jedoch zu benselben in keinem Disziplinar - Verhältnisse und können von ihnen nicht durch Ordnungsstrafen zur Erledigung der Aufträge angehalten werden, sondern die Androhung und Vollstreckung solcher Ordnungsstrafen gebührt der vorgesetzten Aufsichtsbehörde, an welche die Spezial - Kommissarien sich mit ihren betr. Anträgen zu wenden haben. (R. des Win. des 3., land-wirthschaftl. Abth. v. 2. April 1841). (Min. Bl. d. i. B. 1811, S. 127,

f. in v. Ronne's Banpolizei G. 143-144).

c) Die Veldmesser dürfen den von ihnen benutten Gehülfen Geschäfte nicht selbststäudig überlassen, sich derselben vielmehr nur so bedienen, daß sie unmittelbar selbst daran Theil nehmen. Im Falle einer Kontravention hiergegen soll auf ihre Kosten eine Nevislon ihrer Vermessung bewirkt und die Uebertretung ihrer Amtspslichten überdieß je nach dem Grade ihrer Verschuldung mit Kassation und Geld- oder Gesängnißstrase geahndet werden. Bu diesem Behuse sollen die Kommissarien die unter ihrer Direktion beschäftigten Veldmesser in Absicht auf die Ersüllung jener Vorschrift auß sorgfältigste kontrolliren und, daß dies geschehen, bei Attestirung der Liquidationen bemerken.

Bergl. bas C. R. bes Min. bes J. fur Gew. Ang. v. 2. Nov. 1834.

(v. R. Ann. Bb. 18. G. 983, f. in v. Ronne's Baupolizei G. 167).

d) Die Eigenthumer sind in der Auswahl des Feldmessers, welcher ihre Grundstücke vermessen soll, keiner Beschränkung unterworfen und die Einwirkung des Romnissarius durch Ernennung desselben tritt erst ein, wenn die Partheien sich über die Person des Feldmessers nicht bestimmt haben oder deshalb nicht einig geworden sind. 1) (A. d. Min. des J. v. 14. Dec. 1825). (Dönniges Land. Kult. Ges. Bd. 3. S. 415).

e) Ueber die Unzulässigkeit der gleichzeitigen Beschäftigung ter Bermessungs-Revisoren, sowie auch der Feldmesser in der nämlichen Sache
als Dekonomie-Kommissions-Gehülfen, vergl. die R. des Min.
für landwirthschaftl. Ang. v. 7. Jan. und 21. Oft. 1853. 2) (Min. Bl.

b. i B. 1853, S. 30 u. 266).

3um §. 115.

(Zuziehung der Feldnachbarn).

Bergl. S. 96. ad d. der W. v. 20. Juni 1817 und das Publik. der Gen. Kom. zu Königsberg v. 1. Febr. 1819. 3) (v. K. Ann., Bb. 3. S. 65).

3n §§. 117. und 118.

(Instruktion des Feldmessers).

Bergl.: a) bas Feldmeffer = Regl. v. 29. April 1813 (v. K. Ann. Br. 11.

¹⁾ Die Auswahl bes Feldmessers durch die Parthrien wird indes von mehrezen Auseinandersehungs Behörden (im Interesse des Dienstes) nur auf Vorschlag unter Kontrolle und Zustimmung des Kommissarius zugelassen, was auch dem 5. 21. A. G. D. I. 43. und dem Interesse der Partheien entspricht (s. Donnisges a. a. D. S. 415.).

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 514-515.

³⁾ Bergl. in Bb. I. G. 533-534.

S. 783) mit beffen Erganz. und Erlaut. in v. Ronne's Bau - Polizei (Th. VI. Bd. 4. Abth. dieses Werkes) S. 152—170;

b) bas Publik. ber Gen. Rom. zu Ronigeberg v. 1. Febr 1819. 1)

(v. A. Ann. Bb. 3. S. 65);

c) über die Verbindung der geometrischen Arbeiten bei den Gemeins beits-Theilungen mit denjenigen bei Aufnahme des Grundsteuer-Katasters in der Provinz Westphalen, das Regulativ der Gen.- Direkt. des Katasters und der Gen.- Kom. zu Münster v. 30. Mai 1824. (v. K. Ann. Bd. 8. S. 401—404).

3n §§. 120—126.

(Bonitirung landlicher Grunbftude).

1) Das Geschäft der Boniteurs besteht nur darin, daß ste die vorgefundenen Ländereien den verschiedenen Klaffen, welche nach §. 126. der

Rommiffarius festfest, einfchagen. 2)

2) In Betreff der Zulässigkeit des schiederichterlichen Verfahrens bei Streitigkeiten über Bonitirung vergl. S. 31. der V. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu, desgl. Art. 14. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D.

3n §§. 121—122.

(Qualifitation und Ernennung der Boniteurs).

Da, wo gewisse Personen als Kreis- oder Distrikts-Boniteurs bestellt sind, haben die Partheien oder der Kommissarius (nach §§. 121. und 122.) die Auswahl unter diesen zu tressen; es darf indes die Wahl auch auf Kreis- Verordnete gerichtet werden, da diese nach §§. 29., 31. u. 32. der V. 30. Juni 1834 zur Revisson der Sutachten der Dekonomie-Kommissarien und zur schiedsrichterlichen Entscheidung der Streitigkeiten über die Bonitirung berusen werden können. Die letzteren sind jedoch nicht verpflichtet, einer solchen Wahl nachzukommen. (§. 4. der V. v. 30. Juni 1834).

1) Bergl. in Bb. I. S. 533-534.

²⁾ Ueber das Verfahren bei Bonitirungen vergl. Kretschmers Anleitung S. 131 ff. v. Flotow, Bersuch einer Anleitung zur Abschähung der Grundstücke nach Klassen. Schmalz, Versuch einer Anleitung zum Bonitiren und Klassisciren des Bodens. Leipzig 1824. Thaer, über Werthschähung des Bodens. Berlin 1811. Linke, Versuch einer Zusammenstellung der Grundsätze bei Abschähungen ober Ermittelung des Reinertrages von Grund und Boden. Halle. 1832. Krause, landwirthschaftl. Taxationslehre. Gotha 1836. Block, Beiträge zur Landgüters Schähungskunde. Breslau 1840; desgl. den Aussah über Bonitirung, in den Mögliner Annalen, Bd. 9. H. S. 158.

Die Auseinandersetungs Behörden haben über den Gegenstand aussührliche Anweisungen ertheilt in ihren (auf Grund des S. 18. der B. v. 30. Juni 1834 erlassenen) technischen Instruktionen. Vergl. diese Instruktionen: a) der landwirths schaftl. Abth. der Reg. zu Franksurt v. 24. März 1842 S. 3 ff., b) der Gen. Rom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841 S. 2 ff., c) der Gen. Rom. zu Vres lau v. 11. Nov. 1845 S. 2 ff., d) der Gen. Rom. zu Stendal v. 29. Sept. 1845 S. 1 ff., e) der Gen. Rom. zu Bosen v. 8. Dec. 1840 S. 2 ff., s) der Gen. Rom. zu Münster v. 1844 S. 3 ff., g) der Reg. zu Gumbinnen v. 1844 S. 10 ff., h) Anleitung zu den landwirthschaftl. Veranschlagungen bei den Auseinandersetungen im Ressort der Gen. Rommissionen mit besond. Rücksicht auf die Kurmark Brandenburg. Von Fr. Freih. v. Monteton. Verlin 1838.

3um S. 125.

(Theilname res Dekonomie = Rommiffarius an der Boni=
tirung).

1) In Betreff der Mitwirkung der zur Ausbildung als Dekonomie-Kommissarien beschäftigten Assesson bei dem Bonitirungs - Geschäfte, vergl. das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 3. Febr. 1841 ad II. sub 2. und 3. 1) (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 81.)

2) Das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 6. Jan. 1849 2) (Min. Bl. d. i. B. 1849, S. 20) untersagt die Zuziehung von

Protofollführern bei Bonitirungen.

Jum 5. 126.

(Rlaffifitation).

Die Auseinandersetzungs-Behörden haben in den (nach Vorschrift des S. 18. der V. v. 30. Juni 1834 von ihnen erlassenen) technischen Instruktionen der verschiedene Anweisungen über die Darstellung des Reinsertrages und des Verhältnisses der Bobenklassen ertheilt, auf welche hiersmit verwiesen wird.

Donniges (Landes-Rult. Gef. Bb. 3. S. 420-422) giebt barüber eine

Ueberficht, nebft baran gefnüpften Bemerfungen.

3nm §. 127.

(Abichatung anberer Gegenftante).

1) Das R. des Min. des J. v. 25. Sept. 1824 *) (Koch's Agrarges. 4. Aust. S. 311) ordnet an, daß die Auseinandersetzungs Behörden, wenn sie eines technischen Beirathes bei Bauten zc. bedürfen, den Sachverständigen selbst mahlen oder sich deshalb an die betr. Regierung wenden sollen.

Diese Bestimmung ift indeg modisicirt worden.

a) Das R. des Min. des J. v. 19. Aug. 1835 5) (a. a. D.) schreibt vor, daß wenn die Auseinandersetzungs = Behörden bas Gutachten eines Königl. Baubeamten für erforderlich erachten, stets die betr. Reg. deshalb zu requiriren ist.

b) Das (nicht veröffentlichte) R. desselben Min. v. 27. Dec. 1845 an die Gen.-Rom. zu Berlin spricht aus, daß bei Zuziehung etatsmäßig angestellster Beamten als Sachverständige in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten stets der dem betr. Beamten vorgesetzten Reg. davon Anzeige zu machen. (Donniges Land. Kult. Ges. Bb. 3. S. 423.)

c) Das R. des Min. des J. u. d. P. v. 30. April 1840 •) (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 179) erklärt, daß ein öffentlicher Beamter überhaupt nur dann angehalten werden kann, in Auseinandersetzungs - Sachen Auf-

2) Cbenbas. S. 542.

¹⁾ Bergl. in Bb. 1. S. 497.

³⁾ Dieselben find oben G. 330 in ber Rote 2 aufgeführt.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 542. 5) Ebendas. S. 542—543.

⁶⁾ **E**bendas. S. 543.

trage und Geschäfte zu übernehmen, wenn die mit seinem Amte verbun-

benen Dienstpflichten ihm folches ohne Verfaumniß gestatten. 1)

Daffelbe schreibt das C. R. des Min. des Königl. Hauses v. 14. Juni 1840 (Min. Bl. b. i. V. 1840, S. 213) in Bezug auf Domainen- und Forstbeamte vor.

2) Ueber tie Festsetzung der Gebühren von Bauverständigen in Auseinandersetzungs-Sachen vergl. die R. des Min. des J. v. 31. März 1843 und der Min. der F. u. des J. v. 22. April 1843 (Min. Bl. d. i. V. 1843, S. 198, Nr. 251.), des Min. des J. v. 27. April 1843 (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 430) und der Min. des J. u. der F. v. 9. Mai 1845. (Min. Bl. d. i. V. 1845, S. 170, Nr. 197).

Bergl. S. 3. des Roften = Regul. v. 25. April 1836 und die Erlaut.

dazu (f. unten).

3) Bergl. S. 38. des Landes-Rultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 2) und die Erläut. dazu. (s. in Bb. II. Abth. I. S. 108 ff.)

3u §§. 128—130.

(Vorlegung ber Karte und des Vermessungs-Registers, Erinnerungen dagegen und Instruktion derfelben).

I. Zum S. 128.

1) Nach S. 88. des Feldmeffer = Regl. v. 29. April 1818 3) hat der Veldmeffer das Brouillon und zwei Reinkarten nebst dem Bermeffungs-Register in zwei Exemplaren abzuliefern.

2) Das C. R. bes Min. tes I. v. 2. Jan. 1833 bestimmt:

Der Feldmeffer hat die zwei Reinkarten erft nach befinitiver Feststellung der neuen — durch die Auseinandersepung zu bewirkenden — Feldmarkseintheilung abs zuliefern. Dies wird durch die Erhaltung der Brouillon = oder Originalkarte in größester Genauigkeit und in unversehrtem Zustande bedingt, indem die Reinkarten gewöhnlich mittelst Durchstechung der Brouillonkarte kepirt und gefertigt werden,

woburch biefe aber an Buverläffigfeit verliert.

Bur Konservation der Karten dient die Aufziehung des dazu bestimmten Paspiers auf Leinwand und eine gehörige Austrocknung derfelben vor der Auftragung. (Bergl. S. 117. des Feldmesser:Regl.) Die Brouillonfarte ift möglichst zu schonen durch Vermeidung ihres Gebrauchs auf freiem Felde, durch Abnahme von Kouspons auf durchsichtigem Papier behufs der Bonitirung, welche hiernachst auch zu Planprojesten gebraucht werden können. Bei Vorlegung und fernerem Gebrauch, so wie bei dem Transporte der Karte ist sie vor Brüchen, Verunreinigung und Beschäbigung zu bewahren Der Auseinandersetzungsplan kann mit Zuverlässigkeit nur auf der unversehrten Brouillonkarte berechnet werden. Erst nach dessen Fests

1) Dies R. erklart überhaupt ben S. 64. bes Anh. zur A. G. D. I. 9. S. 38.

auch fur bie Auseinanderfegunge-Sachen maaggebenb.

In Betreff ber Zuziehung ber bem Fin. Min. unmittelbar untergeordneten Baubeamten und ber technischen Dep. für Gewerbe, und bes Fin. Min. resp. beren Dirigenten und Mitglieder, als Sachverständige in Rechtskreitigkeiten, vergl. die R. des Just. Min. v. 6. März 1826 (Ergänz. der Preuß. Rechtsb. von Gräff zc., 3. Ausg. Bd. 7. S. 351.) und v. 26. Juni 1840 (Just. Min. Bl. 1840. S. 236, und in den Ergänz. a. a. D.), wonach die dem Fin. Min. unmittelbar untergeordneten Baubehörden und Baubeamten nur mit dessen drücklicher Genehmigung, und die technischen Deputationen, resp. deren Mitglieder, überhaupt gar nicht als Sachverständige in Streitsachen, wo es sich lediglich um Privatinteressen, ohne Betheiligung des siefal. Interesses handelt, vernommen wers den dürsen.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 96.

³⁾ Bergl. in v. Ronne's Baupolizei G. 152 ff.

stellung kann die Fertigung richtiger Reinkarten mittelst vorsichtiger Durchstechung der abzunehmenden Punkte der Brouillonkarte geschehen. — Hiernach erscheint es unsicher und unzweckmäßig, die Reinkarten vor der Borlegung der Brouillonkarte und vor der Feststellung des Auseinandersetzungsplans anzusertigen und die eine der Reinkarten, mit der bisherigen Feldmarkseintheilung und den Bonitirungsabsschnitten bezeichnet, zur Vorlegung der Karte und zur Planderechnung zu benuten, hiernächst aber bloß die sestgestellte neue Feldmarkseintheilung auf die zweite Reinskarte einzutragen. Nach Feststellung der neuen Eintheilung kann dagegen die eine Reinkarte süglich mit der alteren und neuen Eintheilung, die andere Reinkarte aber zur besteren Uebersicht bloß mit der neuen Eintheilung bezeichnet werden.

In dieser Beziehung ist von den Auseinandersetungs = Behörden ein verschiedenartiges Versahren beobachtet und es sind in Folge dessen die dieserhalb von dem Min. des I. (bei Revision der Gen.= Kom. zu Sol= din) aufgestellten Revisionsbemerkungen (sub Nr. XIII. ad 7 — 11.) den Auseinandersetungs-Behörden zur Begutachtung mitgetheilt worden. hier= wichst sind, mit Kücksicht auf die gedachten Revisionsbemerkungen und Gut= achten, nähere Anweisungen beshalb erlassen in den C. R. des Win. des I. für Gew. Ang. v. 14. Sept. 1836 1) (v. K. Ann. Bd. 20. S. 898) und v. 27. Mai 1837 2) (a. a. D. Bd. 21. S. 377).

Diese Instruktionen, welche sich in der Praxis nicht als zweckmäßig bewährt haben, werden indeß von den Auseinandersetzungs Behörden meisstens nicht in ihrem vollem Umfange berücksichtiget.

2) Ueber die schied brichterliche Revision der Bonitirung, vergl. das R. des Min. des I., landwirthschaftl. Abth. v. 17. Oft. 1842. 3)

(Min. Bl. b. i. B. 1842, S. 379.)

3) Ueber die Berücksichtigung ber während einer längeren Dauer ber Gem. Theilung in dem Werthe der Grundstücke vorgegangenen Veränderungen bei der Bonitirung, vergl. bas R. des Min. des J. v. 13. Sept. 1843. *) (Din. Bl. d. i. V. 1843, S. 264.)

II. Zum §. 130.

1) Nach S. 67. des Feldmesser - Regl. v. 29. April 1813 5) kann jeder, welcher bei der Richtigkeit einer Vermessung oder eines Nivellements erweislich interessirt ist, eine Revision dieser Feldmesserarbeiten verlangen; der Antrag darauf ist bei der Prov.-Reg. anzubringen, bei welcher beson- ders dazu vereidete Feldmesser als Revisoren angestellt sind.

In den vor einer Auseinandersetzungs-Behörde schwebenden Angelegenheiten hat diese nach S. 130. der B. v. 20. Juni 1817 über die Statthaftigkeit einer Revision zu bestimmen und folche nöthigenfalls zu ver-

anlaffen.

2) Das R. des Min. des J. v. 27. Aug. 1824 weist die Auseinandersetzungs-Behörden an, in Zukunst bei jeder Revision einer Vermessung den Feldmesser, dessen Arbeit revidirt wird, zuziehen zu lassen.

Durch bas R. deffelben Min. v. 29. Juli 1833 ift ferner bestimmt

worden, daß

a) nach §. 67. des Feldmeffer : Regl. v. 29. April 1813 *) die Unrichtigkeit einer Vermeffung nur durch eine ordnungemäßige Revision festgestellt und

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 543-544.

²⁾ Ebendas. S. 544—546.

³⁾ Ebenbaf. S. 546—547. 4) Ebenbaf. S. 547—548.

⁵⁾ Bergl. in v. Ronne's Bau-Bolizei G. 152 ff.

⁶⁾ Der S. 76. des Feldmeffer-Regl. lautet: Ift der gesundene Unterschied zwischen der Angabe des Feldmeffers und Revisors größer, als SS. 71—74. für zulassig erklart ift, so muß der Feld:

334 Bon d. Ablof. der Reallasten, ben Regultrungen u. Gem. Theilungent.

daß biese nur einem besonders dazu vereibeten Revisor übertragen wers

ben fann;

b) daß der Feldmeffer, dessen Arbeiten revidirt werden, bei der Vermessung jestesmal zugezogen werden muß, um ihm Gelegenheit zu geben, den Grund der vorgefundenen Disserenzen und das, was dabei zu seiner Rechtsertigung und Entschuldigung gereicht, anzubringen;

c) daß dem Feldmesser in der Regel und in allen Fällen, wo nicht etwa durch besondere Umstände dies unausführbar gemacht wird, nach §. 76. des Feldmesser:Regl. selbst die Berichtigung der vorgefundenen Unrichtigkeit überlassen werden muß. (Dönniges Landes:Rult. Ges. Bd. 3. S. 428.).

- 3) Das R. des Min. des J. v. 14. März 1844 1) (Min. Bl. d. i. B. 1844, S. 209) reprodirt die Ansicht, daß bei einer Bonitirung eben so, wie bei einer Bermessung, der Sachverständige, in dessen Angaben ein Fehler gefunden wird, die Kosten der Revision tragen musse, und führt aus, daß, da die Boniteure nur bei gröberen Versehen für die Kosten ihrer dann überhaupt unbrauchbaren Arbeiten verantwortlich gemacht werden könnten, ein Irrihum über die Ertragssähigkeit des Bodens aber, welche selbst der Besitzer mit Sicherheit nicht anzugeben vermöge, zu derartigen Versehen nicht zu rechnen sei, die Separationsinteressenten daher im Allgemeinen von Tragung der Kosten des schiedsrichterlichen Versahrens nicht entbunden werden könnten.
- 4) Ueber das schiedsrichterliche Verfahren bei Streitigkeiten über Bonitirungen vergl. §. 81. ff. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu.

IV. Planberechnung und Verfahren barüber.

Die in diesem Abschn. nur für Regulirungen ertheilten Anweissungen sind durch die Bestimmungen des S. 5. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 und des S. 1. der B. v. 30. Juni 1834, auf alle Arten von Auseinandersetzungen ausgedehnt worden. Aus den in den Erläut. zu den SS. 111. u. 112. und zu III. der B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 327 u. 328) entwickelten Gründen kann indeß nach gegen=wärtiger Lage der Gesetztelbeng nur in den nach der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 zu bearbeitenden Sachen und in solchen Regulirungs=Angelegenheiten, wo mit der Regulirung eine Jusammenlegung der mit den gutsherrlichen im Gemenge liegenden Grundstücke (nach S. 86. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850) verbunden wird, von einer Planberechnung die Rede sein.

3um S. 185.

Der im S. 135. gebrauchte Ausbruck: "Refurs" ist ungenau und demselben bas Wort: "Beschwerde" zu substituiren, ba es sich nicht von einem Rechtsmittel gegen ein Erkenntniß handelt.

3n §§. 136—139.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 17., lestes Alinea.]
(Wie ber Plan zu berechnen sei).

I. Ueber die Erforderniffe und die Anlegung der Auseinandersetzungs-

meffer die Revisionskosten bezahlen und die fehlerhafte Arbeit unentgelblich verbeffern.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 548.

plane find ausführliche Instructionen in folgenden Minist. Erlassen 1) ertheilt worden:

1) R. des Min. des. J. v. 6. Nov. 1827 2) (Roch's Agrarges., 4. Aufl.,

6. 317).

2) C. R. des Min. des J. für H. u. G. v. 6. Febr. 1833 nebst Erläut. v. 3. ej. m. 2) (Roch a. a. D. S. 363 ff. u. Dönniges Land. Kult. Ges. Bd. 3. S. 429 ff.).

3) Außer den ad 1. und 2. gedachten allgemeinen Anweisungen zur Ansertigung des Auseinandersetzungsplanes sind mit Rücksicht auf die bei Gelegenheit der Revision der Gen.-Rom. zu Soldin im Jahre 1835 aufsgestellten Erinnerungen (unter No. XIV. u. XV. der Revisions-Bemerstungen) in dem R. des Min. des J. v. 21. Nov. 1835 4) (Donniges a. a. D. S. 433 ff.) Erläut. über die Aufstellung von Planprojekten Seitens des Rommissarius (vergl. das letzte Alin. des S. 17. der V. v. 30. Juni 1834) ergangen.

4) Bergl. die C. R. des Min. des J. v. 14. Sept. 1836 ad 3. *) (v. K. Ann. Bb. 20. S. 898) und v. 27. Mai 1837 ad 3. *) (a. a. D. Bb. 21.

S. 377), wonach:

a) über ben bloß auf Grund vorläufiger Neberschläge entworfenen Theilungsplan bindende Erklärungen nicht gefordert werden können, das so gefertigte Protofoll vielmehr nur dazu dienen kann, um

b) porläufig die Meinung der Intereffenten darüber zu vernehmen, und

- c) sie Behufs ber besinitiven Erklarung über bie Bonitirung auf bie Folgen berfelben aufmerksam zu machen und sie zur genaueren Erwägung berfelben in ihrer ganzen Ausbehnung zu veranlassen.
- 5) Bergl. auch die Erläut. zum S. 9. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821, und insbes. das dazu mitgetheilte R. des Win. des J. v. 25. Nov. 1843, (Min. Bl. d. i. V. 1843, S. 313), welches empsiehlt, der Ausein-andersetzungs-Behörde sämmtliche oder doch wenigstens die umfassenderen Planprojekte vor deren Mittheilung an die Partheien einzureichen, um solche von Landespolizeiwegen und in wirthschaftlicher Beziehung zu prüfen.

II. Zum S. 136.

Bergl. Alin. 7. des S. 17. der W. v. 30. Juni 1834 und die Er- laut. bazu.

III. Bu SS. 137. und 138.

Die Hauptrucksichten — um jedem zu vertheilenden Grundstucke an sich die möglichst höchste Nutbarkeit zu sichern und den einzelnen betheilige ten Gütern durch ihre veränderte Zusammensetzung die beabsichtigte Wertheerhohung zu vermitteln, — find zu nehmen:

a) auf die Rahe und wirthschaftlich bequeme Lage ber Grundstude zu bem bazu gehörigen Wirthschaftsgehöfte,

b) auf ben möglichst vollständigen Busammenhang ber zu einem Gute gehöris gen Grundstücke,

¹⁾ Die technischen Instruktionen der Auseinandersetzungs Behörden enthalten theilweise gleichfalls Anweisungen über die Anlegung der Separationsplane. Bergl. a) Instr. der Gen. Rom. zu Stargard v. 28. Dec. 1841 §§. 100—106., S. 110—119, b) der Gen. Rom. zu Münster v. 1844 §§. 176—190., S. 112 bis 132, c) der Gen. Rom. zu Breslau v. 11. Nov. 1845, §§. 125—136., S. 161—173, d) der Reg. zu Gumbinnen v. 1844, §§. 41—43., S. 130—136.

²⁾ Bergl. in Bb. 1. S. 548.

³⁾ Ebendas. S. 549-554. 4) Ebendas. S. 554-557.

⁵⁾ Chendaf. S. 543-544.

⁶⁾ Ebendas. S. 544-546.

⁷⁾ Beral, in Bb. I. S. 611-612.

336 Bon b. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

c) auf wirthschaftlich zweckmäßige und bequeme Zugange zu benfelben vom Wirthschaftspunkte her und auch für die einzelnen Theilftucke bes Besithtums unter einander,

d) auf Hinwegraumung physischer Kulturhinberniffe und Benutung vorhandener physischer Bortheile und Gelegenheiten zu nüplichen Kulturanlagen, 3. B.

Bache, abzulaffende Seen u. f. w.,

e) auf eine wirthschaftlich zwedmäßige geometrische Gestalt ber Plane.

Vergl. in allen diesen Beziehungen die speziellen Erläut. in Dönnisges Lant. Kult. Ges., Bd. 3. S. 435—438, desgl. die §§. 7.: u. 8. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu.

IV. Zum §. 139.

1) In Betreff des Auseinanderbauens der Gehöfte 1) sind die Auseinandersetzungs-Behörden durch das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 19. Mai 1839 (v. K. Ann. Bd. 23. S. 365, v. Ronne's Baupolizei, S. 410) angewiesen worden, die Spezial-Kommissarien dahin zu instruiren, daß die-

1) Ueber ben Auseinanberbau und bie Entfernung der Gebaube

auf bem platten ganbe find folgende Bestimmungen ergangen:

a) Für die Kurmarf Brandenburg das Ed. v. 15. Juni 1795. (N. C. C. Tom. IX. pag. 2525. u. Rabe Bd. 3. S. 77.), nebst der B. v. 28. Aug. 1796 (Rabe Bd. 3. S. 502.) und dem Nachtrage v. 19. April 1804 zu dem Ed. v. 15. Juni 1795 (N. C. C. Tom. XI. No. 12. de 1804 und Rabe Bd. 8. S. 34.). Vergl. auch das Publif. der Reg. zu Potsdam v. 5. Juli 1826 (v. K. Ann. Bd. 10. S. 824.).

b) Ueber die Anwendbarkeit der zu a. gedachten B. auf andere Landestheile, vergl. die R. des Min. des J. v. 19. Aug. 1826 und v. 1. Marz 1833

(v. R. Ann. Bd. 10. S. 802. und Bb. 17. S. 207.).

c) In Betreff ber Reumark, vergl. bas R. bes Min. bes J. u. b. P. v. 9. Jan. 1835 (v. R. Ann. Bb. 19. S. 281.).

d) In Betreff ber Provinz Brandenburg und ber Kreise Dramburg und Schievelbein vergl. die Bau-Polizei-Ordn. v. 11. Oft. 1847, Ab-

schnitt III. (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 7.).

e) Hinsichts ber Provinz Preußen, vergl. das R. des Min. des J. v. 15. April 1847 nebst Publ. der Reg. zu Marienwerder v. 1. Mai 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 131.), das Publ. der Reg. zu Gumbinnen v. 25. Mai 1823 (v. K. Ann. Bd. 7. S. 395.) und das gleichlautende Publ. der Reg. zu Danzig (Datum konstirt nicht) a. a. D. S. 697, desgl. das Publ. der Reg. zu Marienwerder v. 25. Aug. 1823 (a. a. D. S. 599.), ferner die R. des Min. des J. v. 22. Oft. 1824 (a. a. D. Bd. 8. S. 1176.) und des J. u. d. P. v. 21. Sept. 1838 (a. a. D. Bd. 22. S. 788.) u. v. 4. Nov. 1838 (a. a. D. S. 789.).

1) In Betreff ber Provinz Pommern, vergl. bas R. bes Min. bes J. u. b. B. v. 10. Sept. 1836 nebst Bubl. ber Reg. zu Stettin und Köslin v. 7.

Dec. 1836 (v. R. Ann. Bb. 20. S. 722.).

g) In Betreff ber Provinz Schlesien, vergl. bas Bubl. ber Reg. zu Liegs nit v. 27. Jan. 1817 (v. R. Ann. Bb. 1. S. 252.) und ber Reg. zu Reichenbach v. 22. Dec. 1817 (a. a. D. S. 246.), besgl. bas Regl. ber Reg. zu Oppeln v. 9. Dec. 1822 Kap. I. Tit. 13. (a. a. D. Bb. 6. S. 965.).

b) Bezüglich der Provinz Posen, vergl. das Publ. der Reg. zu Bromberg v. 8. April 1819 (v. K. Ann. Bd. 3. S. 544.) und die Feuerpol. D. der Reg. zu Posen v. 19. März 1821 Abschn. I. Nr. 20. (a. a. D. Bd. 5.

S. 151.).

i) Hinsichtlich ber Provinz Westphalen, vergl. für bas Berzogthum Westphalen bie B. v. 3. Mai 1803 und bas R. bes Min. bes J. v. 9. Febr. 1827 (v. R. Ann. Bb. 11. S. 228.).

Die oben allegirten Erlaffe finden fich abgedruckt in v. Ronne's Baupo-

lizei, S. 410-427 u. Suppl. heft bazu S. 85-86.

selben bei Anordnung der Separationsplane für eng und feuergefährlich gebaute Ortschaften auf einen möglichen Auseinanderbau Bedacht zu nehmen, und mit Rücksicht darauf die nahe am Dorfe belegenen, zu Bauplätzen geeigneten Ländereien zu vertheilen haben.

2) Ueber die Verpflichtung der Auseinandersetzungs-Behörden und ihrer Kommiffarien bezüglich ber Erhaltung historischer Denkmäler bei Geslegenheit der Separationen, vergl. das C. R. des Min. des J. v. 24. Dec.

1844 1) (Min. Bl. d. i. B. 1845, S. 23).

Zum §. 140.

(Borlegung bes Plans).

Wergl. die C. R. des Min. des J. v. 14. Sept. 1836 und v. 27. Mai 1837 2), desgl. das R. desselben v. 25. Nov. 1843. 3)

Bu §§. 142. unb 148.

(Berfahren bei Streitigkeiten über bie Blanlage).

1) In Betreff der Instruktion der Widersprüche, welche gegen das den Intereffenten vorgelegte Planprojekt erhoben worden, vergl. das C. R. des

Min. des J. v. 9. Febr. 1839 4) (v. K. Ann. Bb. 23. S. 89).

2) Der S. 35. der B. v. 30. Juni 1834 (zum S. 143. der B. v. 20. Juni 1817) gestattet den Partheien und jedem Theile derfelben, bei Planstreitigkeiten darauf anzutragen, taß die Reis-Bermittelungs=behörde darüber gehört werde, und bestimmt, daß wegen der hierbei zwischen deren Ansichten und denjenigen des Kommissarius stattsindenden Differenzen das im S. 187. der B. v. 20. Juni 1817 vorgeschriebene Verssahren stattsinden soll.

3) Ueber die Nichtanwendbarkeit des schiedsrichterlichen Verfahrens (vergl. Art. 14. des Erganz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D.) auf Streitigkeiten über die Planlage, vergl. die Erlaut.

zum Art. 14. a. a. D. (f. zu \$5. 31-34. der B. v. 30. Juni 1834).

V. Kontumazial-Verfahren.

3n SS. 145—153.

1) Ueber Kontumazialverfahren, Kontumazialerkenntnisse und das gegen lettere zustehende Rechtsmittel der Restitution in Auseinandersetzungs = Sachen vergl. die gediegene Abhandl. von Schellwitz in der Jur. 28. 1843, S. 445 ff., 461 ff.

Der Verfaffer biefer Abhandlung gelangt zu folgenden Resultaten:

I. Im eigentlichen Auseinandersetzungsversahren (b. h. wenn bas bei eine Instruktion von Streitpunkten nicht vorkommt) wird das Koutumas zialerkenntniß nicht nach dem ersten Termine, in der Regel vielmehr erst nach Borlegung des Planes abgefaßt.

II. Gegen ein folches Kontumazialerkenntniß findet bas Rechtsmittel ber Restis

2) Bergl. in Bb. I. S. 543 u. 544.

3) Chenbaf. 6. 611.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 557. Bergl. die anderweitigen über biesen Gesgenstand erlassenen Bestimmungen in v. Rönne's Baupolizei, S. 353—358.

⁴⁾ Ebenbas. S. 557-558.

tution bann flatt, wenn bie Beschwerbe bagegen gerichtet ift, baß bas ber Entscheidung zu Grunde gelegte Sache und Rechtsverhaltniß in contumaciam für zugestanden erachtet worden.

III. Handelt es sich um die Instruktion von Streitpunkten 1), so treten rucksichtlich bes Kontumazialverfahrens und der Zulässigkeit der Restitution

überall die Vorschriften ber A. G. D. ein:

Hieraus folgt: 1) Dem Kontumazialverfahren muß eine vollständige durch Thatsachen und Beweismittel unterftütte Begründung des Anspruches vorangehen.

2) Bleibt berjenige, welcher Beklagtens Stelle vertritt, nach erfolgter Besgründung des Anspruches, aber vor erfolgter Einlaffung darauf, in dem Termine zur Instruktion aus, so wird sofort ein Kontumazialbescheib im Sinne ber A. G. D. abgefaßt, gegen welchen die Restitution zus lässig ift.

3) Bleibt ber, welcher Beklagtens Stelle vertritt, in dem nach erfolgter Einlassung zur ferneren Instruktion angesetzten Termine aus, so wird in contumaciam instruirt und gegen bas hiernachst in contumaciam ers

gangene Erfenntniß finbet bie Restitution nicht statt.

Die Abhandlung zeigt und stütt sich darauf, daß die §§. 146—149. und der §. 153. der B. v. 20. Juni 1817 nur von tem Kontumazialversahren in dem eigentlichen Außeinandersetzungsversahren, wo
ein Streit noch gar nicht eristirt oder doch der Termin nicht zur Instrustion desselben ansteht, handeln und daß dabei ein Kontumazialerkenntniß
oder Kontumazialbescheid im Sinne der A. G. D. nicht vorkommen kann.
Die §§. 191—195. a. a. D. setzen, in Uebereinstimmung mit den §§. 146.
ss. a. a. D., voraus, daß tas Kontumazialerkenntniß nicht nach dem ersten
Termine abgesaßt werde und daß es auch bis nach Vorlegung des Planes
ausgesetzt bleiben könne (§. 194. a. a. D.); auch gegen die nicht nach dem
ersten Termine abgesaßten Kontumazialerkenntnisse im eigentlichen Auseinandersetzungsversahren sei aber (wie der §. 193. ergebe) die Restitution
zulässt.

Dagegen handle der S. 150. a. a. D. von dem Falle, wenn wähstend des Auseinandersetzungsversahrens ein Streitpunkt hervortritt und nun über diesen instruirt werden soll; denn nur die in den bisherigen Terminen des Auseinandersetzungsversahrens hervorgetretene Streitpunkte könnten unter "den früher angebrachten Streitpunkten" gemeint sein. Daher kämen alsdann nicht die Vorschriften der V. v. 20. Juni 1817,

sondern lediglich die der A. G. D. zur Anwendung.

2) Bergl. die Erlaut. zu ben §§. 191—195. der B. v. 20. Juni 1817.

3um §. 145.

1) In Betreff der Insinuation der Worladungen vergl. die Er-

laut. zum S. 71. der B. v. 20. Juni 1817.

2) In Betreff bes Kontumazialverfahrens bei Litiskonforten bemerkt bas R. des Just. Min. v. 7. Juli 1837 (v. R. Jahrb. Bd. 50. S. 101), daß zu unterscheiden sei, ob:

a) von mehreren Theilnehmern die Rede ift, auf welche die Borschriften des §. 36. Tit. 3., §. 4. Nr. 8. Tit. 5., §. 14 a. Tit. 14. Th. I. A. G. O. Anwendung finden, oder

b) von solchen, bei welchen eine Klagekumulation zwar wegen Gleichheit bes Rechtsverhaltnisses zulässig, aber kein wahres Litiskonfortium vorhan=

den ift.

¹⁾ Namlich von solchen Streitpunkten, welche (wie die über Theilnehmungsrechte und beren Umfang) vorweg festzustellen, und nicht (wie die über Bonitirung und Berthschätzung) zum Verfahren über den Plan gehörig find.

In den Källen ad a. kann das Erkenntnis nicht getrennt, sondern muß, wenn auch einer der Beklagten nicht erschienen ist, ausgesetzt bleiben bis die Sache gegen die übrigen Litiskonsorten spruchreif geworden ist; wosgegen in den Fällen ad b. gegen einen ausgebliebenen Litiskonsorten nach S. 10. A. S. D. I. 8. sofort in contumaciam erkannt werden kann.

3um S. 147.

Bergl. S. 72. ber B. v. 20. Juni 1817 und bie Erlaut. bagu.

3n SS. 148. und 149.

1) Das Revisions-Rollegium für L. R. S. führt (in dem Erk. v. 20. Sept. 1846 und 15. Sept. 1848) aus,

daß bei den Berhandlungen der Auseinandersetungs Behörden überhaupt, da sie prozessualische im weiteren Sinne seien, und insbes. bei den Berhands lungen über den Plan, die Borschriften des S. 74. des Anh. zur A. G. O. I. 10. (betr. das Verfahren bei verweigerter Unterschrift der Verhandlungen) Answendung sinden, was schon daraus folge, daß nach S. 149. der B. v. 20. Juni 1817 auch hierbei ein Kontumazialverfahren stattsinde. Die Genehmigung des Plans sei danach mehr als die Annahme eines Vergleiches; sie enthalte ein im Prozesversahren abgegebenes Zugeständniß der gegentheiligen Forderung, und eben deshalb, weil sie kein Kontraktsverhältniß unterkelle, bedürse es einer Untersschrift der darüber abgegebenen protofollarischen Erklärung nicht, vielmehr genüge die Beobachtung der Prozesvorschrift des S. 74. des Anh. zur A. G. D. Ein danach ausgenommenes Protofoll habe nach S. 55. der B. v. 20. Juni 1817 die Glandwürdigkeit eines gerichtlichen und stelle das abgegebene Anerkenntniß des Plans ebenso seit, als wenn es unterschrieben sei. (Zeitschr. des Nev. Kolleg. Bb. 2. G. 253—255.).

2) Ueber die Anwendbarkeit des S. 149. auf das Verfahren bei Feststellung des Abgaben- und Rentenvertheilungsplanes für ländliche Dissmembrationen, vergl. das C. R. des Min. des J. v. 12. Juli 1847 1) (Min. Bl. d. i. V. 1847, S. 169).

3n SS. 151. und 152.

1) Ueber das Verfahren, wenn eine Gemeinde sich weigert, Bevollmächtigte zu bestellen, vergl. Zus. 1. zum §. 75. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 311).

2) Vergl. bezüglich der Gegenstände gemeinschaftlichen Interesses die Erläut. zu §§. 82 — 85. der W. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 317 ff.).

VI. Definitiv = Entscheibungen.

3um S. 154.

[Vergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 36. und B. v. 22. Nov. 1844 S. 5.]
(Inwiefern Spezial-Kommissionen befinitiv verfügen können).

1. Der S. 154. der W. v. 20. Juni 1817 ist abgeändert worden durch den S. 36. der W. v. 30. Juni 1834 und demnächst auch dieser lettere wiederum durch den S. 5. der W. v. 22. Nov. 1844.

Der S. 154. der B. v. 20. Juni 1817 hat den Gen.-Rommissio-

¹⁾ Bergl. in Bb. 1. G, 558.

nen die Entscheidung über bleibende Gegenstände und über die nach Art. 38. der Dekl. v. 29. Mai 1816 auf längere Zeit zu leistenden Hülfsdienste, dagegen den Spezial-Rommissionen die besinitive Verfügung über porübergehende Gegenstände, welche bloß die Vorbereitung eines schicklichen Ueberganges aus der bisherigen in die künftige Versassung betreffen, über-wiesen.

Als zu den letteren gehörig find im g. 154. a. a. D. besonders be-

zeichnet:

a) die Art und Weise der Feld- und Saatbestellung, so wie der Düngung der Ländereien während des Uebergangs von dem bisherigen zu dem
neuen Verhältnisse, sowohl auf Seiten der regulirenden und ablösenden Dienstverpslichteten, als der Landtheilungs-Interessenten. (Art. 50. der Dekl.
v. 29. Mai 1816);

b) die Regulirung der Frist und bes Beitragsverhaltnisses der auseinandergesetzen Diensteinsaffen zu ben, in Folge der Regulirung von den

Gutsherren auszuführenden Bauten (Art. 39. a. a. D.).

Hierüber (a. und b.) sollte den Spezial-Kommissionen die befinitive Verfügung, vorbehaltlich bes Rekurses gegen ihre Entscheidung an

bie Ben .= Rom., zufteben.

Dagegen war im §. 70. des Regulir. Gef. v. 8. April 1823 für Posen ac. die Feststellung und Vertheilung der von den bisherigen dienst-psiichtigen bäuerlichen Wirthen zu Bauten, Abbauen und Translokationen in Folge der Regulirung unentgeldlich zu leistenden Fuhren ausdrücklich der Gen.- Kom. vorbehalten.

c) Ferner waren zur Entscheidung der Spezial-Rommission, mit Vorbehalt des Refurses an die Gen.-Rom., verwiesen: Streitigkeiten zwischen Verpächtern und Pächtern wegen der durch die Auseinandersetzung nothe wendigen Vermehrung des Inventarii an Gebäuden, Vieh, und wegen des Kostenbetrages zur Vermehrung des beweglichen Inventarii, so wie überspaupt wegen des Betrages der den Bächtern zu gewährenden oder von ihnen zu übernehmenden Entschädigung in Folge der Auseinandersetzung. (Art. 116. bis 118. 120. der Dekl. v. 29. Mai 1816.)

Die Feststellung der in Folge der Regulirungen und Ablösungen ersforderlichen Einrichtungskosten des Gutsberrn, Dienst- und Abgabeberechstigten an Gebäuden, Inventarium, zur Rodung, Entwässerung und Beswässerung von Grundstücken, war dagegen, obwohl sie mit den zu b. und c. gedachten Gegenständen häusig zusammensiel, der Gen.-Rom. überwiesen.

d) In den SS. 78. bis 81. und 89. der Gem. Th. D. wurden auch tährliche Maturalabgaben und Arbeitshülfen zum Erfatz von einstweiligen Ausfällen, und die Ausgleichung des neuesten Düngungszustandes bei Gemeinheitstheilungen als vorübergehende Gegenstände angedeutet, deren Festellung durch die Spezial-Rommission jedoch nicht ausgesprochen, auf den Grund des S. 154. der B. v. 20. Juni 1817 aber verschiedentlich als zu deren Kompetenz gehörig angesehen.

e) Der allgemein geltende S. 36. der V. v. 30. Juni 1834 bestimmte

ferner:

1) Entstehen Streitigkeiten barüber: wie es in den bei den Auseinandersehungs-Behörden anhängigen Angelegenheiten bis zur endlichen Ausführung dersels ben mit dem Besitze, der Verwaltung und Rutung der zur Auseinanders setzung gehörigen Gegenstände zu halten ist, so foll die Auseinandersehungs-Behörde entweder selbst oder durch ihre Abgeordneten diessalls ein Interismistium sestsen. 1)

¹⁾ Bergl. über bie Rompeten z ber Auseinandersepungs:Behorben in Pos:

2) Dies gilt sowohl von den Beränderungen in dem bisherigen Besitsstande und der bisherigen Verwaltungs: und Benutungsart, welche aus Rucksicht auf die bevorstehende Auseinandersetzung und zur Vorbereitung eines schicks lichen Ueberganges aus der bisherigen in die künftige Einrichtung nothig werden, als von den sonst über den bisherigen Besitzstand und über die bischerigen Rutungen entstandenen Streitigkeiten.

3) Auch können die provisorischen Regulirungen im Laufe der Auseinanders setzung, je nachdem die Streitigkeiten über die Theilnehmungsrechte definitiv entschieden worden ober die Auseinandersetzung verrückt, wiederum abgeans

bert und modificirt werben.

4) Wiewohl es die Regel ist, daß bergleichen Interimistisen von den Spezial-Kommissarien, vorbehaltlich des Rekurses an die Gen. Kom., sestgesetzt werden, so bleibt doch den letzteren überlassen, die Festschung gleich unmittelbar zu treffen.

5) Auch wegen dieser provisorischen Entscheibungen ber Gen. Kom. finbet ber

Refure an bas betr. Min. des 3. ftatt.

- f) Es ergiebt sich aus vorstehender Uebersicht des Ganges der betr. Gesetzebung, daß in derselben ein durchgreifendes Prinzip über die Entsscheidung vorübergehender Gegenstände der Auseinandersetzungen durch die Spezial- oder Gen.- Kommissionen nicht aufgestellt ist. Den ersteren sind vornämlich
 - a) interimistische, possessorische und die Auseinandersetzung vorbereitende, provissorische Bestimmungen überlassen worden, welche aber auch von den Gen. = Rommissionen unmittelbar getrossen werden können (vergl. a. und e.), —

sodann aber auch bie Feststellung und Bestimmung über Gegenstände der Auseinandersetzung, welche zwar ein vorübergehendes Recht und Interesse, jedoch ein folches bestressen, über welches während der Auseinandersetzung zur Erleichterung und Aussührung derselben oder zur vollständigen Ausgleichung und Absindung der Interessenten nur ein für allemal zu besinden ist. (Vergl. b. c. d.)

Die Streitigkeiten letterer Art, worüber in erfter Inftanz von den Spezialkommiffarien, mit Borbehalt bes Refurfes an die Gen.-Kom., entschieden werden foll, konnen jedoch erhebliche und werthvolle Bermogensobjekte zum Begenstande haben; ihre Entscheidung hangt von einer forgfältigen Erbeterung mannigfacher wirthschaftlicher und rechtlicher Boraussehungen ab, ale von Daag und Art der bisher geleifteten Dienfte, von ben Bedürfniffen und ber Einrichtung ber gutsherrlichen und bauerlichen Wirthschaften, von ben Bestimmungen bes Kontrafts zwischen bem Bachter und Berpachter, von Bananschlägen, Bonitirungen und Werthschäpungen. Deshalb ift in den amtlichen Motiven zu ter B. v. 22. Nov. 1844 hervorgehoben, daß fich biefe Streitigkeiten in feinerlei Art von anderen Prozessen unterscheiben, bet benen, wenn sie im Reffort der ordentlichen Gerichte anhängig sind, die gewöhnlichen Rechtsmittel ftattfinden; daß mithin tein Grund vorhanden fei, im Reffort der Auseinandersetzungsbehörden die Bulaffigfeit der Rechtsmittel bei tiefen Streitigkeiten auszuschließen und bag ebenfo wenig eine genügende Beranlaffung vorliege, deren Entscheidung in erfter Inftang von

sab 2. Litt, d. (f. oben &. 251).

¹⁾ Bergl. hierüber auch bas A. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth., v. 28. März 1842 (Din. Bl. d. i. B. 1842. S. 82, s. in Bb. I. S. 654—655.), welches auf den badurch begründeten Unterschied der interimistischen Regulative von den nach den Vorschriften der A. G. D. zu behandelnden Possessorien hinweist.

ter allgemeinen Kompetenz der Gen. Kommissionen und Spruchkollegien auszunehmen. Was dagegen die interimistischen possessorischen und provissorischen Bestimmungen betrifft (unter a.), so eignen sich diese zwar in Hinsicht auf teren Förderung und Zweckmäßigkeit zur Entscheidung der mit den örtlichen und zeitigen Verhältnissen und Bedürfnissen der Interessenten vertrauten Spezialkommissarien; sie können aber auch erhebliche Streitgegensstände betressen, von Rechtsfragen abhängig und verwickelter Beschaffenheit sein, in welchen Fällen sie zweckmäßiger unmittelbar von den Auseinandersseyungsbehörden zu treffen sind.

Auf diese Ermägungen grunden sich die Bestimmungen des S. 5. der

B. v. 22. Nov. 1844:

aa) "In Ansehung der bei Auseinandersetzungen vorkommenden Streistigkeiten über Besitz, Nutungs- und Verwaltungsverhältnisse verbleibt es bei der Vorschrift des S. 36. der V. v. 30. Juni 1834, nach welcher insterimistische Entscheidungen dieser Art auch von den Spezialkommissarien getroffen werden können."

Dieser erste Sat des S. 5. der W. v. 22. Nov. 1844 entspricht dem oben zu e. angeführten ersten Sate des S. 36. der W. v. 30. Juni 1834, wornach entweder die Gen.= Kommissionen selbst oder durch ihre Abgeord-

neten bas Interimistitum festfegen follen.

Die näheren Bestimmungen des 2 ten, 3 ten und 4 ten Sates des S. 36. der B. v. 30. Juni 1834 sind im S. 5. der B. v. 22. Nov. 1844 gleichsfalls nicht abgeändert.

bb) "Dagegen soll über Streitigkeiten anderer Art nicht mehr, wie es ber §. 154. der B. v. 20 Juni 1817 gestattete, durch die Spezialkommis-

farien entschieben werben."

Hierdurch ist die Befugniß der Spezialkommissarien zur Entscheidung über vorübergehende Gegenstände, die bloß die Vorbereitung eines schick-lichen Ueberganges aus der bisherigen in die künstige Verfassung betressen, außer den im §. 36. der V. v. 30. Juni 1834 gedachten Interimistisen über Besit, Nutungs- und Verwaltungsverhältnisse, — vergl. oben e. Nr. 1. 2. — und die weit gefaste Bestimmung des §. 154. der V. v. 20. Juni 1817 aufgehoben worden.

Es sollen jedoch die in diesem S. 154. besonders bezeichneten Gegenstände des Art. 50. der Dekl. v. 29. Mai 1816, (vergl. oben zu a.) in sosern sie unter die Bestimmungen des S. 36. der B. v. 30. Juni 1834 fallen, ferner von den Spezialkommissarien interimistisch bestimmt werden.

Dagegen sollen die im S. 154 der V. v. 20. Juni 1817 gleichfalls befonders bezeichneten Gegenstände des Art. 39. der Dekl. v. 29. Mai 1816- (vergl. oben d. Regulirung der Bauhülfsdienste), so wie die im S. 154. a. a. D. nicht bezeichneten Streitigkeiten über die Verhältnisse und Entschädigungen der Pächter und Verpächter (c.) und über Leistungen zum Ersat vorübergehender Nachtheile in Volge der Auseinandersetzungen (d.) nicht weiter zur Entscheidung der Spezial - Kommissionen gehören, da sie, wenngleich zu den vorübergehenden Gegenständen gerechnet, doch nicht der Veststellung der Spezial-Kommission durch S. 36. der V. v. 30. Juni 1834 vorbehalten sind.

cc) "Gegen die von den Letteren (den Spezialkommissarien) nach S. 36. der B. v. 30. Juni 1834 getroffenen interimistischen Entscheidungen ist der Rekurs an die Gen.- Kommissionen oder Spruchkollegien, außerdem

aber fein ferneres Rechtsmittel zuläffig. 1)

¹⁾ Das R. bes Din. bes J., landwirthschaftl. Abth., v. 28. Marg 1842

Bu biefer letteren Bestimmung ift gu bemerten:

Rach S. 154. der B. v. 20. Juni 1817, so wie nach dem 4ten Sate des C. 36. der B. v. 30. Juni 1834 (vergl. oben e.) findet gegen die interimistischen Entscheidungen ber Spezialkommissarien der Refurs an Die Gen. Rom. fatt. Letterer bleibt jeroch überlaffen, bie Bestfetung gleich felbft zu treffen. - Auch wegen biefer provisorischen Entscheidungen ber Sen.-Rommiffionen findet ber Refurs an bas betr. Min. bes 3. ftatt. (5ter Sat des S. 36. ber B. v. 30. Juni 1834, vergl. oben e. 5.) Laut Beschlusses des Staatmin. v. 28. Jan. 1837, welcher die Allerhochfte Billigung gefunden hat, ift jedoch in ben R. bes Min. bes 3. u. ber P. v. 6. Sept. und 26. Oft. 1838 (Acta bes Min. bes 3 : Juftigsachen. No. 2. Vol. II, p. R. Ann Bb. 22. S. 913) ausgesprochen, bag gegen die Entfcheidungen, welche die Gen = Rom. in der Refurdinftang über die Beftatigung ober Abanderung ber von ben Spezial - Rommiffionen getroffenen Regulative erlaffen, auch noch eine britte Inftang, namlich ber Refurs an bas Min. bes 3., stattfinte. — In ben Borverhandlungen zur B. v. 22. Nov. 1844 ift hiernachft bevorwortet, bag eine Bervielfaltigung ber Rechtsmittel gegen interimistische Entscheidungen weder den allgemeinen gesetlichen Bestimmungen über Boffefforien und Interimistifen, noch bem 3mede berfelben entspreche, um so meniger, als nach S. 36. ber B. v. 30. Juni 1834 die provisorischen Regulirungen im Laufe der Auseinandersepungen, nach Maaggabe der befinitiven Entscheidung über die Theilnehmungerechte und bes Vorrudens ber Auseinandersetzung, wiederum abgeandert und modifizirt werden konnten, daß vielmehr gegen possessorische und proviforifche Entscheidungen ber Auseinanderfegungs - Beborben und refp. Spruchkollegien fein Rechtsmittel irgend einer Art, auch fein außerordentliches Rechtsmittel zuzulaffen fei. - Dies ift indeg im Schlugfate bes S. 5. ber B. v. 22. Nov. 1844 nicht ausgedrückt, indem darin nur von den interimistischen Entscheidungen der Spezialfommiffarien Die Rede ift, gegen welche ber Refurs an die Gen.-Kommissionen oder Spruchtollegien, außerdem aber fein ferneres Rechtsmittel gulaffig ift. - Aus diefer letteren Bestimmung, burch melde der obgedachte Befchluß des Staatsmin. v. 28. Jan. 1837 und die allegirten Reffr. v. 6. Sept. und 26. Oft. 1838 wegen Bulaffigfeit einer britten Instang befeitigt worden find, läßt fich nicht folgern, bag, weil gegen interimiftische Enischeidungen ber Ben.-Rommissionen und Spruchfollegien in ber Refure. inftang, auch gegen ihre provisorischen Entscheidungen in erfter Inftang fein weiteres Rechtsmittel zuläffig fei. Der zufolge bes §. 36. ber B. v. 30. Juni 1834 (vergl. oben e. Dr. 5.) auch wegen diefer provisorischen Entscheidungen ber Gen.= Rommissionen flattfindende Returs an das Din. des 3., deffen im S. 5. ber B. v. 22. Nov. 1844 feine Ermahnung gefchieht, fallt vielmehr unter die allgemeine Bestimmung bes S. 14. ber lettgebachten B., wornach bas gegen Erfenniniffe ber Gen.= Rommiffionen und Spruchkollegien bisher zulässig gewesene Rechtsmittel bes Refurfes an das Min. bes 3. nicht ferner stattfinden foll, jedoch auch Diejenigen Beschwerten der Partheien, über welche bisher von dem gedachten Min. im Refursverfahren zu entscheiden war, nach Maaggabe ihres Gegenstandes im Wege entweder der Appellation ober des Refurses an ben Oberrichter, stets durch Entscheidung des Revisions-Rollegiums zu erledigen find. -

⁽Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 83., s. in Bb. I. S. 654—655) bemerkt, daß gegen die provisorischen Regulirungen der Auseinandersetzungs Behörden nicht die Apellastion, sondern der Rekurs stattsinde.

II. Der Refurs gegen befinitive Verfügungen der Spezial-Kommissarien über vorübergehende Gegenstände (§. 154. der V. v. 20. Juni 1817) und gegen deren interimistische Festsetzungen über Besitz-, Verwaltungs- und Nutzungs-Gegenstände an die Gen.-Kom. (§. 36. der V. v. 30. Juni 1834) wurde früher als eine Beschwerte bei der oberen Verwaltungs- Behörde, gleich dem Refurse gegen Entscheidungen der Auseinandersetzungs- Behörden an das Min. des J. (§. 173. der V. v. 20. Juni 1817 und §. 19. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821) behandelt, weil besondere Vorschriften über die Formen und Fristen jenes Resurses nicht bestanden.

Durch den S. 5. der V. v. 22. Nov. 1844 ist jedoch der Refurs gegen interimistische Entscheidungen der Spezial-Rommissarien an die Gen.- Kommissionen und Spruch-Rollegien, sowie durch den S. 14. a. a. D. der Refurs gegen Entscheidungen erster Instanz der Gen.-Rommissionen und Spruch = Rollegien an das Revisions = Rollegium für L. R. S. gewiesen, somit also in den Refurs an den Ober-Richter umgestaltet worden.

Anderweitige Bestimmungen sind auch bis jest hinsichtlich des Resturses gegen interimistische Entscheidungen der Spezial - Kommissarien nicht ergangen; derselbe muß daher zwar nach den für den Returs gegen Entsscheidungen dieser Auseinandersetzungs-Behörden ertheilten Vorschriften beshandelt werden, jedoch ohne jenen durch die für tiesen allein ertheilten Waaßgaben und Bedingungen des Art. 1. Nr. 2. und 3. der Dest. v. 6. April 1839 zu beschränken, welche auf jenen gar nicht passen, da er in der Regel nicht Bagatellsachen betrifft.

III. Hinsichts ber interimistischen Festsetzungen in DienstablösungsSachen insbesondere bemerkt das R. des Min. des J. v. 14. Nov. 1842 1)
(Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 426), daß die Bedingung derselben ein über den Besitz, die Verwaltung und Nutung der zur Auseinandersetzung gehörigen Gegenstände unter den Partheien obwaltender Streit ist, und daß hierbei besondere Rücksicht auf die Lage der Hauptverhandlung zu nehmen, auch zu erwägen sei, daß die Interimistisen einen schicklichen Uebergang

aus dem bisherigen in bas neue Berhaltnig vorbereiten follen.

IV. Bergl.:

1) in Betreff der Regulirung eines Interimistifums Behufs Konservation der Holzbestände während des Laufes der Separation das C. R. der Reg. zu Frankfurt v. 9. Aug. 1842. 2) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 284);

2) in Betreff der Festsetzung eines Interimistisums hinsichts der Ausübung der Hütung auf den in gemischter Lage befindslichen Grundstücken der Gutsherrschaft und der bauerlichen Stellen bis zur Aussührung der Zusammenlegung, §. 87. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 *);

3) in Betreff der interimistischen Festsetzungen hinsichts der laufenden Leistungen bei Ablösungen, insbes. der Mühlen = Abgaben, S. 9. Alin. 2. des Mühlen = Ablös. Ges. v. 11. März 1850 *) und S. 2. Nr. 1. des Sistir. Ges. v. 9. Oft. 1848. (s. in Bb. II. Abth. I. S. 843.)

V. Eine spezielle Instruktion für die Kommissarien in Betress der Bestimmungen über die Regulirung von Interimistiken und den Umfang der kommissarischen Besugnisse in dieser Beziehung hat die Gen.-Kom. zu Stendal in ihrer C. Verf. v. 6. Aug. 1847 ertheilt.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 655.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 559.

³⁾ Ebendas. S. 183. 4) Ebendas. S. 241.

3um §. 155.

(Sorgfältige Prüfung tommiffarischen Berfahrens).

Die im S. 155. ter B. v. 20. Juni 1817 erwähnte Beschränkung ber Revisions-Rollegien war in ten SS. 181. sf. a. a. D. begründet, wonach die Erkenntnisse der Revisions-Rollegien niemals auf die Abanderung des Landentschädigungs-Plans und anderer in Naturalobjekten bestimmten Ausgleichungspunkte gerichtet sein konnten. Da indeß der S. 14. der B. v. 22. Nov. 1844 die Kompetenz des Revis.-Kollegiums für L. R. S. hierauf ausgedehnt hat, so beschränkt sich die im S. 155. der B. v. 20. Juni 1817 gedachte Einschränkung nunmehr nur noch darauf, daß das Revisions-Rollegium lediglich eine Spruch behörde und als solche nur zur Entscheidung der in die Appellations oder Rekurs-Instanz gediehenen Fragen kompetent, nicht aber besugt ist, das anderweitig beobachtete Versahren einer Brüsung und Remedur zu unterwersen, welche vielmehr nach S. 14. der V. v. 22. Nov. 1844 dem Min. des 3. (jest für landwirthschaftl. Ang.) zusteht.

3um §. 156.

(Form ber Entscheidungen der General-Rommiffionen).

[B. v. 22. Nov. 1814 §. 4.]

1) Die Bestimmung des §. 156., wonach Desinitiv - Entscheidungen der Gen. = Rommissionen in der Form von Resolution en erfolgen sollen, beruht auf der Tendenz der Gesetzgebung ein mehr summarisches Bersahren bei den Gen. = Rommissionen einzusühren. Deren Entscheidungen haben in deß die wichtigsten Interessen und die werthvollsten Privatrechte des land-wirthschaftl. Publikums zum Gegenstande; auch ist die Bestimmung des §. 156. nicht ohne nachtheiligen Einsluß auf die Vollständigseit und Gründ-lichseit der Erkenntnisse geblieben. Deshelb hatten die meisten Auseinander-setzungs = Behörden, im Anerkenntniß des ihnen beiwohnenden Charafters als Gerichtsbof, insbesondere mit Rückscht auf die V. v. 14. Dec. 1833 und deren Dest. v. 6. April 1839, die Vorschrift des §. 156. in der Braris beseitiget und ihre Entscheidunger in der Form der Erkenntnisse erlassen.

Dies ist demnächst gesetzlich angwrdnet durch den S. 4. der B. v. 22. Nov. 1844, welcher vorschreibt, daß die Definitiv-Entscheidungen der Gen.-Rommissionen und Spruch-Lollegien in der für richterliche Erkenntnisse vorgeschriebenen Form obzusassen sind, und daß zur Gültigsteit derselben die Theilnahme von werigstens drei stimmberechtigten Mit-

gliebern erforderlich fein foll.

Dazu ift zu bemerken:

a) Die P. v. 14. Dec. 1833 (G. S. 1833, S. 302) schreibt im S. 24. vor, daß aus ben Ausfertigungen ber von kollegialischen Gerichten in erster oder zweiter Instanz abgefaßten Erkennnisse die Namen ber Richter ersichtelich sein muffen.

Die Instr. v. 7. April 1839 (G S. 1839, S. 133) bestimmt hierzu sub Nr. 45., taß bei Abfassung der Erkenntnisse der Gerichte, welche ein

Rollegium bilden, folgende Baffung ju mahlen fei:

In Sachen zc. hat bas zc. (Bezeichning bes Gerichts ober ber betr. Abth.) in seiner Sitzung vom . . . ten und an welcher Theil genommen haben:

NN., Prafident, Dirigent, NN., Rathe, Affessoren,

und (in Fallen bes §. 23. ber B. v. 14. Dec. 1833) auf ben schriftlichen Bortrag zweier Referenten, ben Aften gemäß erkannt 2c.

b) Die oftropirte Berfaffungs - Urfunte v. 5. Dec. 1848 (G. S. 1848, C. 375) Art. 85., und die revid. Berfaffunge-Urfunde v. 31. 3an. 1850 (G. S. 1850, S. 17) Art. 86., bestimmen gleichlautend:

Die Urtheile werben im Namen bes Königs ausgefertigt und vollstreckt.

Diese Bestimmung ber Verfaffungs - Urf. liegt bem S. 33. der B. v. 2. 3an. 1849, betr. die Organisation der Gerichtsbeborben ac. (G. S. 1849, S. 1) zum Grunde, welcher vorschreibt:

Die Urtheile find in der Art auszufertigen, daß sie in der Ueberschrift die Borte: "Im Namen bes Konigs", sobann bie Aufführung ber Partheien und bie Bezeichnung bes erfennenben Gerichts enthalten. Ift bas erfennenbe Gericht ein tollegialisches, so muffen aus ben Ausfertigungen ber Erkenntniffe auch die Namen der Richter ersichtlich sein.

Das R. des Min. landwirthschaftl. Ang. v. 25. Mai 1849 1) (Min. Bl. t. i. B. 1849, S. 99) hat auch die Auseinandersetungs-Behör-

ben zur Beobachtung diefer Form angewiesen.

2) leber die Nothwendigkeit der Unterzeichnung des Original= Erkenntniffes von allen beim Vortrage der Sache anwesend gewesenen, im Tenor ber Ausfertigung namhaft gemachten Botanten, vergl. die R. bes Min. des J. v. 14. Dec. 1842 2) (Min. Bl. b. i. B. 1842, S. 425) und v. 13. Febr 1843 3) (a. a. D. 1843, S. 39).

3) Ueber die Wirfung eines bei Streitigfeiten in Auseinanderfegungs-Sachen ben Rlager (Provofanter) abweisenden Urtele vergl. Die Abhandl. in der Zeitschr. tes Revij. Rolleg. für L. R. G. Br. 2. G. 31 -85, desgl. die Abhandl. nebst Ext. des Revis. Rolleg. für L. R. S. a. a.

D. Br. 6. S. 291 ff.

Zum §. 157.

(Bublifation ber Entscheidungen).

Die im S. 157. ber B. v. 20. Juni 1817 in Bezug genommenen Bestimmungen ter A. G. D. über bie Publikation (besgl. bie Ausfertigung und Insinuation) ber Erkennmiffe find burch bie B. v. 5. Mai 1838 wegen Einführung eines gleichmißigen Berfahrens bei ber Infinuation richterlicher Erfenntniffe und bei Gielegung der Rechtsmittel .) (G. S. 1838, S. 273) theils aufgehoben, theils modificirt worden.

Die Borfchriften diefer 2. über die Bublifation und Infinuation ber Erfenntniffe find fortan such für Die Auseinandersetungs-

Behörden maafgebend.

In Bezug darauf ift hier zu bemerken: 1) Zum S. 2. ber B. v. 5. Mai 1838.

a) Der S. 2. ber B. v. 5. Mai 1838 hebt bie Belehrung ber Partheien durch den Richter 5) über die ihnen zuständigen Rechtsmittel auf;

4) Bergl. in Bb. I. S. 561. ff. - Bergl. Diefe B. nebft fammtl. Ergang. und Erlaut. berfelben in Graff ac. Ergan, bes Preug. Rechteb. (gur A. G. D. I. 13. §. 44.).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 561.

²⁾ Ebendaf. S. 560. 3) Ebenbas. S. 560.

⁵⁾ Das R. bes Just. Min. v. 11. Mai 1839 (Just. Min. BL 1839. S. 188.) erlautert, baf hierburch in ber Berpflichtung ber Rechtsanwalte zu ber gebachten Belehrung nichts geanbert worben.

indeß hat das C. R. des Min. des J. u. der P. v. 7. Nov. 1838 1) (v. R. Ann. Bd. 22. S. 914) bemerkt, daß es in Auseinandersetzungs-Sachen zweckmäßig sei, die Rommissarien dahin anzuweisen, den Partheien, welche sich in Betreff der Zulässigkeit der Rechtsmittel ihres Rathes

bedienen wollen, solchen nicht zu verfagen.

b) Die Instrukt. v. 7. April 1839 zur B. v. 14. Dec. 1833 (G. S. 1839, S 133) bestimmt sub Mr. 42., daß die Anberaumung besonderer Publikations = Termine (mit Ausnahme der Fälle, in welchen die Entscheidung auf mündliche Verhandlung vor dem erkennenden Richter ersfolgt, der Abjudikations-Urtel und der Klassissischen Scrkenntnisse im Konsturs und erbschaftl. Liquidations-Prozesse), überstüssig, vielmehr die sosortige Instruation der Aussertigungen und Abschriften vorzuziehen ist, und daß daher die Juordnung von Assistenten zum Zwecke der Publikation nicht mehr stattsindet.

Das C. R. des Min. des J. u. der P. v. 3. Sept. 1838 2) (v. R. Ann. Bb. 22. S. 613) bemerkt indeß, daß ben Auseinandersetzungs=Behörden bas Recht zustehe, ausnahmsweise die Anberaumung eines besonderen Publikations=Termins anzuordnen, wenn es in sehr komplizirten Sachen zur Belehrung der Partheien über ben Inhalt des Urtels zweck=mäßig erscheine, in welchen Fällen indeß danach die Insinuation ber

Ausfertigungen vorschriftemäßig erfolgen muffe.

2) Bum S. 3. ber B. v. 5. Mai 1838.

a) Die Instr. v. 7. April 1839 zur V. v. 14. Dec. 1833 (G. S. 1839, S. 133) bestimmt sub Nr. 47.:

Sendet ein Gericht ein abgefaßtes Erkenntniß an eine andere Gerichtsbehörde zur Publikation, so sind außer dem zu den Akten dieser Gerichtsbehörde etwa bestimmten Exemplare die erforderlichen Aussertigungen und Abschriften des Erkennts nisses für die Partheien und deren Mandatarien sammtlich versiegelt dem Uebersens dungsschreiben beizufügen, damit der mit nachträglichen Aussertigungen verbundene Zeitauswand vermieden wird und die Infinuation sofort bei der Prasentation versfügt werden kann.

Das E. R. des Min. des J. u. der P. v. 9. Sept. 1840 2) (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 395) weist die Revisions = Kollegien an, diese Borschrift gleichfalls zu beobachten, welche mithin jetzt auch für bas Respis. Kollegium für L. K. S. maaßgebend ist.

b) Die für Analphabeten vorgeschriebenen Förmlichkeiten des §. 68. zur A. S. D. sind nur bei prozessualischen Verhandlungen mit denselben, nicht auch bei Instnuation von Erkenntnissen und Vorladungen, zu beobachten. (Erk. des Ob. Trib. v. 10 Mai 1852, Striethorst's Arch. Bd. 5. S. 251).

c) Zum S. 3. Litt. a.

a) In Auseinandersetzungs-Sachen, in welchen mehrere Litiskonsorten aus ihrer Mitte Deputirte bestellt haben, genügt zur Feststellung des Fatale die Insinuation der Urtelsaussertigungen an diese Deputirte, wenn sie auch zur Empfangnahme des Urtels nicht ausdrücklich autorisitt worden sind. (Blenarbeschl. des Ob. Trib. v. 13. Dec. 1841, J. Min. Bl. 1842. S. 83 u. Entsch. Bd. 7. S. 228).

β) Das C. R. des Min. der J. u. des J. u. der P. v. 9. Sept. 1840 *) (Min. Bl. d. i. V. 1840, S. 395, u. Just. Min. Bl. 1840, S. 315) spricht aus, daß es in Auseinandersetzungs = Sachen genüge, wenn Litis-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 563.

²⁾ Chenbas. G. 564.

³⁾ Ebendas. S. 564-565.

⁴⁾ Cbenbaf. S. 564-565.

konsorten Deputirte bestellt haben, Einem dieser letteren die Aus-

fertigung, ben Anderen Abschrift des Tenors zu behandigen.

Das E R. derselben Min. v. 25. Jan. 1841 1) (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 85, u. Just. Min. Bl. 1841, S. 67) modificirt dies indeß dahin, daß wenn mehrere Litiskonsorten oder deren Deputirte von der an einen unter ihnen erfolgten Aushändigung eines Erkenntnisses, in Gemäßheit tes S. 3. Litt. a. der B. v. 5. Mai 1838 mittelst einer Kurrende benachrichtiget werden, dieser letzteren nur eine Abschrift der Urtelsformel beigefügt zu wers den braucht.

y) In Prozessen, bei denen solche Litiskonsorten konkurriren, die in einem Solidar = Verhältnisse stehn, fängt die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels erst von der letzten Instnuation oder Zusertigung des tenor sententiae an die Litiskonsorten an. (Erk. des Ob. Trib. v. 14. Dec. 1839

u. 5. Marz 1841, Praj. Nr. 775. u. Nr. 985).

d) Wenn die Instruction eines angesochtenen Erkenntnisses an einen oder einige von mehreren Klägern oder Verklagten nicht vorschriftsmäßig erfolgt ist, und dieselben kein Rechtsmittel eingewandt haben, oder dem, von den übrigen Klägern oder Verklagten eingelegten Rechtsmittel nicht beigetreten sind, so muß die Instruction vervollständigt werden, bevor auf das eingelegte Rechtsmittel zu erkennen ist. (Erk. des Ob. Trib. v. 3. April 1840).

E) Wenn die Mittheilung einer Abschrift des Tenors an die übrigen Litiskonsorten unterblieben ist, so kann die Instinuation an sie nicht für geshörig geschehen erachtet werden, selbst dann nicht, wenn sämmtliche Litisskonsorten zugegen waren, als einem derselben die Aussertigung des Erk. behändigt wurde. (Erk. des Db. Trib. v. 3. Jan. 1840 u. 1. Dec. 1843,

Praj. Nr. 1066.)

d) Zum S. 3. Litt. d.

a) Das R. des Min. des J. für landwirthschaftl. Ang. v. 9. Jan. 1841 2) (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 31) bemerkt, taß durch den S. 3. Litt. d. der B. v. 5. Mai 1838 die Instnuation durch vereidete Boten der Spezial-Kommissarien keinesweges ausgeschlossen set.

β) Ueber das Verfahren bei Insinuationen durch die Postanstalten, vergl. die Instrukt. ber Min. für H., G., G. u. dff. A. v. 30. Nov. 1852.

(Just. Min. Bl. 1852, S. 398).

y) Ueber "rekommandirte Zusendungen" (S. 3. Litt. d. und S. 4. Litt. c.) vergl. das R. des Just. Min. v. 19. Jan. 1840. (Just. Min. Bl. 1840, S. 57).

3) Zum S. 4. der W. v. 5. Mai 1838.

Ueber die Art der Instnuation der Erkenntniffe an fiskalische Be-

a) Schreiben des Just. Win. v. 1. März 1839, daß die Urtelsaus= fertigung dem Prassdenten der Reg. zu instnuiren, gleichzeitig aber der betr. Reg. eine Abschrift besselben mitzutheilen. (Just. Min. 1839, S. 104).

b) R. res Just. Min. v. 29. Mai 1841, raß bas Erfenntniß nebst dem Insinuations = Dokumente unter Kouvert an den Reg. Prasidenten zu adresstren, welcher das Ins. Dok. sogleich unter Beidrückung des Amtsstegels vollzieht und zurücksendet, und daß es alstann eines Ins. Attestes des Postboten nicht bedarf, wodurch aber nicht ausgeschlossen ist, daß der Nachweis der Insinuation auch auf andere Art geführt werden kann. (Just. Min. Bl. 1841, S. 194).

¹⁾ Bergl. in Bb I. S. 565.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 565-566.

Dies gilt auch bei Infinuationen an die Prov. - Steuer - Direkt tionen. (R. des Just. Min. v. 23. Oft. 1841, a. a. D. 339). 1)

c) Das Ob. - Trib. hat (in dem Praj. v. 4. Juni 1845) ausgesprochen, daß das zu behändigende Erkenntniß:

w) unter ber Abresse ber Behörde ergeben kann und nicht nothwendig an die Berson bes vorstehenden Beamten abressirt zu fein braucht;

B) wenn die Behorde ein eigenes Geschäftslofal hat, so fann auch in biesem

mit rechtlichem Effekte infinuirt werden, und zwar

y) wenn der vorstehende Beamte nicht angetroffen wird, an jeden demselben unterstehenden Beamten dieser Behörde, der im Geschäftslokale angestroffen wird. (Praj. Samml. S. 232. Rr. 1580.).

VII. Errichtung bes Rezesses.

Bum §. 158.

(Wann ber Rezeß abzufaffen fei.)

In Betreff des Anspruchs auf eine höhere oder geringere, als die Rorsmaleutschädigung vergl. S. 103. des Ablos. Gef. v. 2. Marz 1850 und bie Erlant. bazu (s. in B. II. Abth. I. S. 749--752).

3nm S. 159.

(Wie der Rezeß abzufassen sei.)

- 1) Ueber die Abfaffung der Rezesse können allgemeine, für alle Fälle passende Anleitungen nicht gegeben werden. Nach S. 159. der B. muß der Rezesse eine deutliche und bestimmte Beschreibung des Resultats ter Auseinandersesung in Absicht des Hauptgegenstandes und der Nebenpunkte enthalten. Er ist daher unvollständig und unrichtig, wenn er dies nicht enthält, unzwecknäßig, wenn er mehr enthält. Er muß daher:
 - a) das aufgehobene Verhaltniß, soweit es znm Verständniß ber Resultate bes Verfahrens nothwendig ift, beschreiben,

b) biefe Refultate genau und bestimmt angeben.

Ueberflussig und deshalb verwerflich ist es hierbei, aus dem Gange der Ermittelungen mehr aufzunehmen, als es das Verständniß der Darsstellung des Verfahrens erfordert. Alle Extraste aus den vermittelnden Berechnungen, wie Werthssähe, Durchwinterungs- und Sollhaben-Berechnungen, mussen daher fortbleiben.

Die Form des Rezesses betreffend, so muß derselbe außer einer allgemeinen die Mamen des Orts und die Kontrabenten angebenden Ginleitung

enthalten:

a) eine generelle Beschreibung bes Buftanbes vor ber Auseinandersetung,

b) eine ganz allgemeine, zum Berständniß des Nachfolgenden, erforderliche Darstellung der Operationen, durch welche die Aufhebung erfolgt ist,

c) eine genaue Angabe bessen, was das Verfahren nen geschaffen hat und was bestehen bleiben soll, also des Haupt-Resultats und der Nebenpunkte.

Ueber die Abfaffung des Rezesses in denjenigen Fällen, wo die Auseinandersetzung burch Vermittelung der Rentenbank erfolgt, vergl. die Vorschriften des Rentenbank-Gef. v. 2. März 1850 SS. 11. ff. und die Erläut. dazu.

¹⁾ Das R. des Just. Min. v. 23. Mai 1842 weist die Gerichte wiederholt an, nach den Vorschriften der R. v. 29. Mai u. 23. Oft. 1841 zu verfahren. (Just. Min. Bl. 1842. S. 199.)

350 Bon d. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

2) Die meisten Auseinandersetzunge-Behörden haben den Kommiffarien spezielle und ausführliche Inftruftionen (mit ben erforderlichen Formularen 1)) zur Aufstellung und Bollziehung der Rezesse ertheilt, auf welche deshalb verwiesen wird. 2)

3) In Betreff ter Faffung der Rezesse in Beziehung auf die Benutung ber Forstweide und bes Raff- und Lefeholzes vergl. bas C. R. des Min. des Konigl. Haufes v. 19. Jan. 1837. 3) (v. K. Ann.

Bb. 21. S. 35.)

3u §§. 162 — 165.

(Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §S. 37. u. 38.)

(Prufung bes Rezesses.)

1) Der S. 162. der B. v. 20. Juni 1817 hat in ten späteren (nach S. 112. des Ablos. Gef. v. 2. Marz 1850 bezüglich des Berfahrens noch in Gültigkeit verbliebenen) Gefeten, nämlich S. 15. der Ablof. D. v. 13. Juli 1829 (G. S. 1829, S. 68), S. 17. der Abldf. D. v. 18. Juni 1840 für bas Berzogthum Weftphalen (G. S. 1840, S. 159) und S. 14. der Ablös. D. v. 4. Juli 1840 für die vormals Raffauischen Landestheile zc. . (G. S. 1840, S. 198) in Bezug auf die, ben Gen.-Rommisstonen übertragene, Prufung ber auf Grund freier Bereinbarung der Intereffenten zu Stande gekommenen Auseinandersetzungs = Rezesse eine modificirte Faffung erhalten. Die allegirten SS. Diefer neueren Gefete bestimmen namlich gleichlautend:

Die Brufung foll fich nur erftreden:

1) auf die Bestimmtheit, Bollständigkeit und Unzweideutigkeit ber Faffung,

2) Dergleichen Instruktionen find namentlich von folgenden Auseinandersesungss

Beborben erlaffen worden:

b) von ber Gen. Rom. für Schlesien zu Brestau unterm 21. April 1850, c) von ber Gen. : Rom. für Pommern zu Stargard unterm 30. Juli und

24. Nov. 1850,

d) von ber Ben. Rom. für Sachsen zu Stenbal unterm 10. Aug. 1850, 12. Mary 1851, nebst Machtragen in ben C. R. v. 18. Juni, 31. Juli und 15. Nov. 1851 *),

e) bie Gen. Rom. zu Munfter unterm 10. Aug. u. 8. Nov. 1850, 9. Sept.

1851. und 1. Juli 1852.

- Anch bereits vor Erlaß der neuen Ablöf. Gesetze v. J. 1850 find bergl. Ins struftionen ergangen, in welcher Beziehung besonders zu ermahnen find:

a) Anweisung ber Gen. Rom. ju Bosen v. 15. Febr. 1838 gur Entwerfung, Bollziehung und Ausführung ber Auseinandersepungs-Rezesse (Centralbl. für Breug. Jur. 1839. S. 293 ff., 318 ff.),

b) Inftr. ber Reg. ju Frankfurt v. 15. Oft. 1846 über bie Anfertigung und

Bolliehung ber Rezeste,

c) Inftr. ber Gen. Rom. zu Stenbal v. 2. Sept. 1840 zur Aufstellung und Bollziehung ber Rezeffe.

3) Bergl. in Bb. I. S. 566.

¹⁾ Die betr. Inftruftionen nehmen barauf Bezug, bag bie baburch mitgethetls ten Formulare für bie in Folge des Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850 aufzunehmen= ben Rezesse von dem Min. für landwirthschaftl. Ang. durch R. v. 10. Juli 1850 vorgeschrieben werden.

a) von ber Ben. : Rom. für bie Rurmart Branbenburg zu Berlin unterm 10. Aug. 1850 und 13. März u. 10. Mai 1853,

^{*)} Bergl. diese Erlasse in Sprengel's Ablos. Geseten. Magbeburg. 1852,

2) auf bie Legitimation ber fontrabirenben Bartheien,

3) auf die Beachtung des Interesses derjenigen moralischen Person, wofür zu wachen der Behörde obliegt, als des Fiskus und bersenigen geistlichen und öffentlichen Institute, deren Vermögensverwaltung unmittelbar oder mittelbar unter einer Staatsbehörde steht,

4) auf die Beachtung des Interesses der nicht zugezogenen Realglanbiger, Lehnss oder Fideikommißfolger, Nupnießers, Wiederkausss oder anderer Reals berechtigten oder jedes Dritten, der sonst noch in der Sache betheiligt sein

möchte, und enblich

5) barauf, baß bas lanbespolizeiliche Intereffe nicht verlest, b. h. baß nichts

bedungen werbe, mas die Gesege überhaupt nicht gestatten.

Diese Bunkte abgerechnet, steht der Behörde über die Bedingungen und Mitstel der Ablösung kein Urtheil zu. Findet sich aber in den vorstehend unter 1 bis 5. gedachten Beziehungen Anlaß zu Erinnerungen, so muß die Behörde zunächst dahin wirken, daß solche von den Partheien selbst erledigt werden. Können sich dieselben darüber nicht einigen, so steht ihr über die Art und Weise, wie sie zu erledigen, die Entscheidung zu.

2) Ueber die kalkulatorische Prüfung der Rezeß = Entwürfe und Planberechnungen vergl. das R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth.

v. 17. Aug. 1840. 1) (Min. Bl. t. i. B. 1840, S. 393, Nr. 690.)

3) Ueber die Berechtigung ter Auseinandersetungs = Behörden, die Prüsung des Rezesses in Betreff solcher Nebengeschäfte, welche mit der Hauptsache weber in nothwendiger Berbindung stehen, noch zur besseren Regulirung des Hauptgeschäftes gereichten, von sich abzuweisen und ihre Bestätigung auf die übrigen Bestimmungen des Rezesses zu beschränken, vergl. §. 37. der B. v. 30. Juni 1834.

4) Ueber tas Verfahren der Auseinandersetzungs-Behörden in Fallen, wo die von den Interessenten getroffenen Abreden bei einem oder dem anderen Punkte unstatthaft sind, vergl. §. 38. der B. v. 30. Juni 1834.

Vergl. tazu tas zum S. 66. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 gegebene Erf. des Revis. Kolleg. für L. R. S. (s. oben S. 93-94).

Bam \$. 166.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §S. 40-43.]

(Bollziehung des Rezeffes.)

1) Der Art. 104. der Dekl. v. 29. Mai 1816 (G. S. 1816, S. 177) schrieb vor,

baß die Vollziehung bes Auseinandersetzungs=Rezesses durch Unterschrift steis unter Mitwirfung eines Justizbedienten ober des Richters erfolgen solle, weil dies selbe gerichtlich bewirft werden musse.

Diese Bestimmung hat der S. 166. der B. v. 20. Juni 1817 aufrecht erhalten. Dieselbe ist indeß modificirt worden durch die SS. 41.
und 43. der B. v. 30. Juni 1834, wonach die Bollziehung der Rezesse
mit gleicher Wirkung auch vor Notaren und vor den mit Bearbeitung
der Sache beauftragten Dekonomie = Kommissarien erfolgen kann. 2)
Der S. 43. a. a. D. fügt indeß die Beschränkung hinzu,

bag wenn nach bem Ermeffen ber Beborbe noch anderweitige protofollarische

1) Bergl. in Bb. 1. S. 566 ff.

²⁾ Daß auch die Justitiarien der Gen. Kommissionen zu den Beamsten gehören, vor welchen die Rezesvollziehung mit rechtlicher Wirksamkeit erfolgen kann, hat das Justizmin. in dem R. v. 7. Febr. 1820 (v. K. Jahrb. Bd. 15. S. 10, Gräff Bd. 2. S. 384) ausdrücklich erläutert.

Berhandlungen zur Erledigung vorgekommener Bebeuten nothig gefunden werben, bamit ein richterlicher Beamter zu beauftragen fei.

Der §. 108. (Alin. 2.) des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 hat dem= nächst diese Vorschriften der V. v. 30. Juni 1834 erweitert, indem er gestattet,

daß die Vollziehung der Rezesse mit der nämlichen Wirkung, wie vor einem als Richter befähigten Justizbeamten ober vor einem Rotar, auch vor jedem von der Gen.= Rom. oder der landwirthschaftl. Reg.= Abth. mit diesem Geschäfte beauftragten Staats= ober Gemeindebeamten erfolgen kann,

und die beschränkende Vorschrift des §. 43. der V. v. 30. Juni 1834 für aufgehoben erklärt. 1)

Vergl. die Erläut. zum S. 108. des Ablof. Gef. v. 2. März 1850.

(s. in Bd. II. Abth. I. S. 755 ff.)

In Bezug auf diese Vorschriften ift noch Folgendes zu bemerken:

a) Den Dekonomie-Kommissionsgehülsen stehen nach dem R. des Min. des J. v. 12. Juni 18382) (v. K. Ann. Bb. 22. S. 332) die nach J. 43. der B. v. 30. Juni 1834 bezüglich der Rezespollziehung den Dekonomie-Kommissarien beigelegten Besugnisse nur alsbann zu, wenn ste völlig selbstständig beschäftigt werden und diese selbstständige Beschäftigung Seitens des Min. genehmigt worden ist.

b) Das C. R. tes Min. tes J. v. 14. Marz 18393) (v. R. Ann.

Bb. 23. S. 90) spricht aus,

daß aus dem S. 43. der B. v. 30. Juni 1834 nicht folge, daß ein mit dem Hauptgeschäfte nicht beauftragter Dekonomies Kommissarius die Rezesvollzies hung auf Requisition des commissarii causae bewirken lassen durfe, sons dern daß in solchen Fällen die Vertretung zweckmäßiger durch einen Richter erfolsgen könne.

c) Das R. tes Just. Min. v. 18. Mai 1840 4) (I. Min. Vl. 1840, S. 191 u. Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 254) führt aus,

daß Dekonomie-Kommissarien, welche mit Leitung der Auseinandersetzung besauftragt sind, die diesfallsigen Rezesse auch mit Schreibens unkundigen Personen aufnehmen und vollziehen lassen konnen, ohne daß es einer gerichtlichen Auerkensnung bedarf.

2) Die Vollziehung der von den Theilnehmern ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behörde abgeschlossenen Rezesse betreffend.

a) Nach S. 25. des Aussühr.=Ges. v. 7. Juni 1821 steht den Intereffenten frei, im Wege freier Vereinbarung (ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behörde) Auseinandersetzungs-Verträge über Gemeinheits-theilungen oder Ablösungen zu errichten; der gedachte S. enthält jedoch keine ausdrückliche Vorschriften über die Formalitäten bei der Aufnahme und Vollziehung solcher Verträge.

Das R. des Min. des J. v. 23. Juli 1842 5) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 285) führt in dieser Beziehung aus, taß die bloße Beglaubigung

¹⁾ Durch die Bestimmung des §. 108. (Alin. 2.) des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 erledigt sich das Schreiben des Min. des J. an das Min. des Königl. Hauses v. 3. Sept. 1844 (Min. Bl. d. i. V. 1844. S. 280. Ar. 323.), welches aussührt, daß Reg. Assesson, die als Spezial-Kommissarien beschäftigt sind, mit Vollziehung der Rezesse in den ihrer Leitung übertragenen Auseinandersehuns gen beauftragt werden können.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 659. 3) Ebenbas. S. 659-660.

^{4) @}benbaf. 6. 660.

⁵⁾ Bergl. in Bb. I. S. 658.

der Unterschriften (A. G. D. III. 7. SS. 55. ff.) vor einem inländis

fchen Gerichte oder Motar ausreichend fei.

Donniges ist dagegen der Ansicht, daß eine solche nicht genüge, da der die Bollziehung bewirkende Richter oder Notar verpflichtet sei, den Bertrag nach seinem Inhalte in Absicht der Bestimmtheit und Deutsichkeit zu prüfen, sowie denselben den Interessenten zu erläutern. (Dons

niges Land. Rult. Gef. Bb. 3. S. 453.)

b) Diejenigen Auseinanderfetzungs-Bertrage betreff., welche nach Borschrift des S. 13. der Ablos. D. v. 13. Juli 1829 für die vormals zum Ronigreiche Weftphalen, jum Großherzogihume Berg oder zu den Frangofifchen Depart. gehörig gewesenen Landestheilen (G. S. 1829. S. 65), bes S. 14. der Ablos. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westphalen (G. S. 1840. S. 156), oder des S. 11. des Ablos. Gef. v. 4. Juli 1840 für die vormals Nassauischen Landestheile und die Stadt Beglar mit Gebiet (G. S. 1840. S. 197), ohne Dazwischenkunft der Auseinandersetzungs-Behörden, im Wege freier Bereinbarung beider Theile, zu Stande gekommen sind, fo follen dieselben (nach S. 14. resp. S. 15. und S. 12. a. a. D.) vor einem als Richter befähigten Juftizbeamten oder vor einem Notar vollzogen werden, nach S. 15. der gedachten Ablof. D. v. 18. Juni 1840 und S. 12. der alleg. Ablof. D. v. 4. Juli 1840 jedoch auch in dieser Beziehung die Borschriften der B. v. 30. Juni 1834 (§S. 41-43.) zur Anwendung kommen, 1) wobei nur noch zu bemerken, daß der S. 12. der Ablos. D. v. 4. Juli 1840 für die vormals Naffauischen Landestheile und die Stadt Weblar mit Gebiet hinzufügt,

baß in den zum Reg. Bezirke Koblenz gehörigen Landestheilen die Maaßgabe eintreten soll, daß die Bollziehung der Auseinandersetzungs-Verträge vor denjenigen Behörden zu bewirken ist, welche daselbst die freiwillige Gerichtsbarkeit ausüben '). (G. S. 1840. S. 198.)

3) In Betreff ber Vollziehung ber von den Kreis-Vermittelungs-Behörden (§. 2—5. der V. v. 30. Juni 1834) zu Stande gebrachten Auseinandersetzungs-Rezesse führt das C. R. des Min. des J. v. 6. Nov. 1836³) (v. K. Ann. Bd. 20. S. 900) aus, daß dafür lediglich die Vorschriften des Ş. 166. der V. v. 20. Juni 1817 und der ŞŞ. 41. und 43. der V. v. 30. Juni 1834 maaßgebend und daher die Kreis-Landräthe nicht autoristrt seien, die Vollziehung vor sich vornehmen zu lassen.

Vergl. auch das R. deffelben Min. v. 28. Dec. 1843 4) ad 2. (Min.

21. d. i. B. 1844, S. 16, Mr. 19.)

4) Ueber die Vollziehung der Ablösungs = Urkunden und der Rezesse durch die Regierungen und durch öffentliche Behörden vergl. die §§. 40. und 42. der V. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu.

5) Ueber die Bollziehung der von den Regierungen und Pro-

¹⁾ In Betreff ber fortbanernben Gultigkeit ber gebachten — bas Berschren betr. — Borschriften ber, im Uebrigen aufgehobenen, Ablös. Geset, vergl. 5. 112. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 (f. in Bb. I. S. 187).

²⁾ Das diese lettere Borschrift lediglich auf Verträge bezüglich, welche im Wege freier Vereinigung zu Stande gekommen, ergiebt der S. 11. a. a. D. in Berbindung mit dem S. 16. ebendas, indem der lettere bestimmt, daß, sofern ein güiliches Abkommen nach Maaßgabe des S. 11. nicht geschlossen wird, die Regustrung der Verhältnisse zwischen Berechtigten und Verpstichteten nach den weiter folgenden Vorschriften stattsinden soll.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 568.

⁴⁾ Chenbas. S. 622.

vinzial = Schul = Rollegien auf Grund ihrer eigenen Berbandlungen, lediglich im Wege des Vergleichs (ohne Konkurrenz der ordentlichen Auseinandersetzungs = Behörden) vermittelten Rezesse, vergl. den S. 43. der V. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu, insbes. das C. R. des Win. des J. v. 21. Nov. 1842 1) (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 404. Nr. 562.), welsches aussührt, daß dergleichen Rezesse nicht vor Kommissarien vollzogen werden dürsen, die weder Mitglieder der Regierungen oder Provinzial-Schul-Kollegien, noch Dekonomie-Kommissarien oder Justizbedienten sind.

Zum §. 167.

(Aflicht bes Bollziehungs = Rommiffarius.)

1) Die Vollziehung des Rezesses ist dergestalt zu bewirken, daß nicht bloß die Anerkennungs-Verhandlung, sondern auch das Rezes-Eremplar selbst durch die Unterschrift der Interessenten vollzogen wird.

Vergl. das R. des Min. des J. v. 8. Dec. 1836 2) (v. K. Ann. Bb. 20. S. 902).

Nach der analogisch anzuwendenden Vorschrift des S. 56. A. G. O. III. 7. muß die geschehene Vollziehung in einer Registratur hinter ten Unterschriften von dem Vollziehungs-Kommissarius bescheinigt werden.

- 2) Berfahren in Bezug auf minorenne Intereffenten.
- a) Nach dem durch das R. des Min. des J. v. 24. Dec. 1836 mitgetheilten R. des Just. Min. v. 13. Dec. 1836 *) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 390) follen die obervormundschaftlichen Gerichte bei gutsherrlichen Regulirungen und bei Auseinandersetzungen, wobei Minorenne konkurriren, sich schon dann, wenn die Verhandlungen zum Rezeß = Entwurf reif sind, über die Genehmigung der Erklärungen der Vormünder äußern und im Falle der Genehmigung die Autorisation zur Vollziehung des hiernach auszunehmens den Rezesses ertheilen.

Das hierbei zu beobachtende, von dem Min. der J. genehmigte Berfahren, mitgetheilt durch das R. des Min. des J. v. 20. Juli 1837 *)
(v. K. Ann. Bd. 21. S. 654), ist folgendes:

- a) Sobald die Verhandlungen rezestreif find, theilt die Spezial = Rommission dem betr. obervormundschaftl. Gerichte eine Zusammenstellung des alten und neuen Besitzftandes, der alten und neuen Leistungen der betr. Stelle, sowie die übrigen zur Vorbereitung der Aussührung des Geschäfts im speziellen Interesse des Kuranden getroffenen Abreden in beglaubigter Abschrift mit, worauf
- b) die obervormunbschaftl. Gerichte nach vorgängiger Bernehmung des Borsmundes über diese Busammenstellung, wenn sie gegen die Bestimmungen des aufzunehmenden Bertrages nichts zu erinnern finden, der Speziale Romsmission Autorisation für den Bormund zufertigen, welche diesen ermächtigt,

2) Chendas. S. 568.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 519.

³⁾ Das R. des Min. des J. v. 25. Dec. 1823 (Roch's Agrarges., 4te Aust. S. 328—329. s. in Bd. I. S. 575—576) weist zur genauen Beachtung der Borschrift ten der §§. 167. und 170. der B. v. 20. Juni 1817 an, insbesondere: a) daß das Bollziehungsprotofoll dem Rezesse anzusügen, und b) die Partheien nach §. 170. zu belehren. — Auch das Publik. der Gen. Kom. zu Berlin v. 28. Febr. 1824 (v. R. Ann. Bd. 8. S. 122) macht hierauf speziell ausmerksam.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 570. 5) Chenbaf. S. 570-571.

ben nach ben bisherigen Berhandlungen aufzunehmenben Auseinanders setzungsrezes zu vollzichen ')

Bergl. über denselben Gegenstand das R. des Just. Min. v. 28. März 1837, mitgetheilt durch das R. des Min. des J. v. 11. April dess. J. 2) (v. K. Ann. Bd. 21. S. 390) und das R. des Just. Min. v. 7. Juli 1837 3) (v. K. Jahrb. Bd. 50. S. 93), in welchen gleichfalls ausgeführt wird, daß die obervormundschaftliche Genehmigung unbedingt vor Ausarbeitung des Markets beiselber des Bereinselber Bereitung des

Rezeffes beigebracht werben muß.

b) Wenn bei Auseinandersetzungen minorenne Interessenten konkurrieren, welche noch unter der natürlichen Vormundschaft ihrer Väter stehen, so bedarf es, außer der Genehmigung des Vaters als Nießbrauchers und Verwalters des Vermögens der Kinder, auch noch der Einwilligung der obervormundschaftlichen Behörde, ohne Unterschied, ob die Ausgleichung und Absindung in Land, oder in Rente, oder in Naturalleistungen, oder in Kapital erfolgt.

Bergl. R. bes Juft. Min. v. 25. Juli 1838.4) (Forni's Beitschr.

28b. 1. S. 440.)

- c) Nach dem R. des Min. der J. v. 5. Oft. 1839 (Justigmin. Bl. S. 335) und dem C. R. des Min. des J. v. 23. Oft. 1839 5) (v. K. Ann. Bd. 23. S. 826) können die Anträge der Auseinandersezungs = Behörden und deren Kommissarien wegen Ertheilung der obervormundschaftlichen Austorisation für die in einer Auseinandersezungssache betheiligten mehreren Vormünder in einem Kollektivschreiben angebracht werden.
- 3) Ueber die Vertretung der Chefrauen durch ihre Ehemanner vergl. S. 22. der B. v. 30. Juni 1834.
- 4) In Betreff ber Rezesvollziehung Seitens ber Stadt- und Dorf-Gemeinden vergl. die Erläut. zum S. 75. der B. v. 20. Juni 1817, Zus. 3. ad a. (s. oben S. 311 ff.)
- 5) Das Verfahren in solchen Fällen, wo die Partheien die Bollzieshung des Rezesses, ohne Gründe dafür anzusühren, verweigern, ist vorsgeschrieben in dem R. des Min. des J. v. 17. März 1819°) (Koch's Agrarges., 4. Aust., S. 414), dem Schreiben des Just. Win. an dem Min. des J. v. 26. Jan. 1824?) (v. K. Jahrb. Bd. 23. S. 58) und dem C. R. des Min. des J. v. 13. März 18248) (v. K. Jahrb. Bd. 22. S. 219).

Eine besondere Alage auf Ergänzung der Unterschrift ift nach §. 17. der B. v. 30. Juni 1834 nicht erforderlich; die Vorschrift des §. 47. a. a. D., wonach gegen Entscheidungen der Auseinandersetungs = Behörden auf richterliche Ergänzung der Unterschrift der Interessenten entweder der Refurs an das Min. oder die Appellation an das Revisionskollegium stattsand, je nachdem diejenigen Bestimmungen des Rezesses, rücksichtlich welcher die Parthei die Vollziehung verweigerte, zu einem oder dem andern Versahren geeignet waren, ist durch den §. 14. der V. v. 22. Nov. 1844, welcher das Rechtsmittel des Rekurses an das Min. aufgehoben hat, abgeändert worden.

¹⁾ Diese Grundsate hat auch bas C. R. ber Gen. Rom. zu Posen v. 2. Juni 1837 (v. R. Ann. Bd. 21. S. 392) veröffentlicht.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 569-570.

³⁾ Chendas. S. 572. 4) Chendas. S. 573.

⁵⁾ Cbenbaf. 6. 572-573.

⁶⁾ Ebenbaf. S. 573.

⁷⁾ Chendas. S. 573-574.

⁸⁾ Chendas. S. 574-575.

356 Von d. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Bum §. 168.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. S. 39.]

(Bon ber Bestätigung bes Rezeffes.)

1) In Betreff der Form der zu ertheilenden Bestätigung sind folgende Anordnungen ergangen:

a) Das C. R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 29. Dec. 1834 1) (v. R. Ann. Bd. 19. S. 84) weist die Auseinandersetzungs-Behörden an,

in ben Fällen, wo eine und dieselbe Person als Eigenihumer mehreter füt sich bestehender, verschiedenen Realverbindlichkeiten unterliegender Grundstücke zur Sache interessirt, im Rezesse ober in der Bestätigungs-Ursunde ausdrücklich zu bes merken, daß die zwischen solchen Grundstücken vorkommenden Austauschungen und sonstigen Ausgleichungen von der Auseinandersetzungs Behörde besonders genehemigt werden.

b) Das R. des Min. des J. v. 4. Febr. 18302) (Roch's Agrarges., 4. Aufl., S. 327) verbietet die Aufnahme eines Worbehalts der Rechte Dritter in die Ausfertigungsformel der Rezesse.

Bergl. Buf. 4. jum S. 170. der B. v. 20. Juni 1817.

c) Ueber die Form der Bestätigung der Ablösungs = Rezesse in den Domainen vergl. das R. des Min. des J. u. d. F. v. 6. Mai 1824 *).

(Roch's Agrarges., 3. Aufl., S. 250—251 u. 4. Aufl. S. 327).

2) Ueber die Bestätigung solcher Rezesse, welche auf Grund eigener Verhandlungen der Regierungen und der Provinzial - Schul - Kol-legien (ohne Konfurrenz der ordentlichen Auseinandersetungs-Behörden), lediglich im Wege des Vergleichs, zu Stande gekommen sind, vergl. die §§. 65 und 66. der V. v. 20. Juni 1817 und den §. 39. der V. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu. (s. oben S. 303 ff.)

3u SS. 169 — 171.

(Wirkung des bestätigten Rezesses.)

I. Bum S. 169.

1) Die Ablös. Ord. v. 13. Juli 1829 für die vormals zum Königreiche Westphalen, zum Großherzogthume Berg und den Französ. Depart.
gehörig gewesenen Landestheile, S. 16. (G. S. 1829. S. 68), die Ablös.
Ord. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westphalen, S. 18. (G. S.
1840. S. 160) und das G. v. 4. Juli 1840 wegen Ablösung der Reallasten in den vormals Nassauischen Landestheilen und der Stadt Weslar
mit Gebiet, S. 15. (G. S. 1840. S. 198) enthalten gleichlautend (in Bezug auf die ohne Vermittelung der Auseinanderseyungs-Behörde zu Stande
gekommenen Auseinanderseyungs-Rezesse) die Bestimmung,

daß ein solcher von der Gen.=Rom. bestätigter Bertrag die Wirkung einer ges richtlich bestätigten Urkunde hat, und die Sphothekenbehörden darauf die nothigen Eintragungen und Löschungen zu bewirken haben 4).

3) Ebendas. S. 577. In der 4ten Aufl. von Koch's Agrarges. ist dies R. vom 5. Mai 1824 datirt, in der 3ten Aufl. dagegen vom 6. Mai 1824.

4) Das Ob. Erib. hat (in ben Erk. v. 18. Nov. 1852 u. v. 22. Febr. 1853) ausgesprochen, daß schriftliche Ablös. Berträge, auf welche die Abl. O. v. 13. Juli 1829 Anwendung erlitten haben wurde, vhne hinzutritt ber Konstrmastion ber Gen. Kom. ober bes kompetenten Gerichts keine Rlage auf Erfüllung ges

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 576. 2) Bergl. in Bb. I. S. 576.

2) Die Kontroverse: ob der neue Erwerber eines Grundstückes die Rezesse, welche sein im Hypothekenbuche eingetragen gewesener Vorbestzer noch während seiner Besitzeit vollzogen hat, anderweit anzuerkennen habe, oder ob die Eintragung der durch die Auseinandersetzung nothwendig ge-wordenen Vermerke auch ohne seine besondere Zustimmung erfolgen könne und müsse? ist durch die K. D. v. 18. Dec. 1841 (G. S. 1842. S. 17) für die letztere Alternative entschieden worden. 2)

Mit Bezug hierauf hat ber II. Sen. des Db. Trib. (in dem Erk.

v. 23. Aug. 1849 angenommen:

Der Singular=Sukcessor eines Ritterguisbesitzers kann keinem Interessenten einer mittelst gehörig bestätigten Rezesses abgeschlossenen Separation ober Diensts ablösung, welcher die rezesmäßig übernommenen fortwährenden Leistungen von ihm fordert, den Einwand entgegensetzen, daß er beim Erwerde des Rittergutes den Inhalt des Rezesses nicht gekannt habe; er ist vielmehr, wenn auch diese Leistuns gen nicht im Spothekenbuche eingetragen worden, zu deren Entrichtung verpflichtet. (Entsch. Bb. 18. S. 406. Präj. Nr. 2133.)

3) Ueber die Wirkungen und Folgen der von den Regierungen und Provinzial = Schul = Kollegien in den lediglich im Wege des Vergleichs von diesen Behörden auf Grund ihrer eigenen Verhandlungen (ohne Konkurrenz der ordentlichen Auseinandersehungs = Behörden) vermit= telten und bestätigten Rezesse, vergl. das Alin. 3. des §. 39. der V. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu. (s. oben S. 308 ad 3.)

4) Die auf Grund des S. 40. der B. v. 30. Juni 1834 von den Regierungen einseitig ausgestellten Ablösungs-Urkunden haben nicht die in den SS. 169. und 170. der W. v. 20. Juni 1817 vorgeschriebene Kraft

und Wirfung ber vollzogenen und bestätigten Rezesse.

Erfannt von dem II. Sen. des Db. Trib. unterm 28. Jan. 1851.

Die Grunde bemerfen:

Nach §§. 169. und 170. ber W. v. 20. Juni 1817. soll ein vollzogener und bestätigter Rezes erstlich die Wirkung einer gerichtlich bestätigten Urkunde, zweitens aber und außerdem auch noch das Eigenthümliche haben, daß alle Einreden wegen der darin bestimmten Gegenstände ausgeschlossen werden. Ans dem Ersten würde man an und für sich und ohne positive Borschrift noch nicht das Zweite solgen. Bei einer einseitig von der Reg. ertheilten Ablös. Urkunde, ist die Frage nicht die, ob sie die Krast einer gerichtl. bestätigten Urkunde im Sinne der §§. 21. sf. A. G. D. II. 3. u. der §§. 200. sf. A. E. R. I. 5. habe, sondern die, ob sie auch, wie ein vollzogener und bestätigter Rezes, Einwendungen, welche den Gegenstand des Geschäfts betressen, ausschließt. Die Bedenken hiergegen entstehen daraus, daß der §. 170. a. a. D. diese Wirkung nur an die beiderseitige Vollziehung und die dazu kommende Bestätigung, nach vorheriger Certioration der Kontrahenten, geknüpst hat. Die Ausgabe einer Ablösungs urfunde besteht hauptsächlich in der Beurkundung des Thatumstandes, daß von dem Verpstichteten die für eine von ihm dieher zu leissende Reallast berechnete Ablös. Summe eingezahlt sei, also in der Quittung über

Ueber das Berfahren in Fällen, wo der Besitztitel beim Abschluß des Rezesses noch nicht berichtigt ist, vergl. die Erläut. zum S. 91. ben B. v. 20. Juni 1817.

statten, sonbern bag biese Form als zur Gultigkeit bes Geschäftes erforderlich zu erachten sei. Ein berartiger Aufsat habe baber nicht einmal die Wirkung einer Punktation, aus welcher auf Bollziehung bes Rezesses geklagt werden könnte. (Zeitschr. bes Revis. Rolleg. Bb. 6. S. 467.)

¹⁾ Bergs. Bb. I. S. 577.
2) Die R. bes Min. bes J. u. d. P. v. 23. März 1841 (ad 1.) (Min. Bl. b. i. V. 1841. S. 131. Nr. 185) und bes Just. Min. v. 20. April 1841 (a. a. O. S. 135. Nr. 197 u. Just. Min. Bl. 1841. S. 153. Nr. 116) hatten dies bereits, auf Grund bes §S. 169., 205., 196., 197. dex V. v. 20. Juni 1816 in Verbindung mit §. 22. der V. v. 4. März 1834 über die Exekution und §. 9. A. O. I. 24., angenommen.

diese Zahlung und in der Erklärung, daß die Realverpflichtung selbst für die Zustunft aufgehoben sei. Das Rächste was sie also beurkundet, ist nicht sowohl ein Rechtsverhältniß, als die Aushebung eines solchen durch Zahlung. Allerdings bezieht und gründet sich eine solche Ablösungs Summe auch auf ein wechselseitiges Abkommen über die Ablösung, also einen Vertrag, und insosern wird mithin auch dieses Abkommen seinem Resultat nach durch das Dokument beurkundet. Aber auch nur dem Resultat, seiner Perfektion und Ersüllung nach. Der Vertrag selbst liegt außerhalb der Urkunde und ihr nur zum Grunde. Sie ist das reserens, jener das relatum.

Muß nun gleich eine nach §. 40. ber B. v. 20. Juni 1834 ausgestellte Abs los. Urfunde in Beziehung auf die brei Thatsachen, daß eine Ablösung flattgefuns ben bat, nach welchem Mobus fie ftattgefunden hat, und daß das Ablösungefapis tal gezahlt ift, als ein mit öffentlichen Glauben ausgestattetes, als ein einer ges richtlichen Urkunde gleich zu achtendes Dokument angesehen werden, so folgt baraus doch nicht, daß hinsichtlich des Abkommens über die Ablösung selbst die Urkunde jene, alle Einreben beseitigende Eigenschaft eines wirklichen, d. h. von beiden Theis Ten vollzogenen Rezesses hatte. Dazu kommt, daß der S. 170. der B. v. 20. Juni nur von Gegenständen spricht, die in bem Rezes bestimmt find und nur insofern fernere Ginwendungen ausschließt. Dahin konnen aber Ginwendungen, welche ben Rezes felbst, in Beziehung auf seine innere Rechtsbeständigkeit und auf die Rechtsgultigfeit ber Erklarungen ber Rontrabenten, betreffen, nicht gezählt werben. Salt man die Bahlung des Ablösekapitals und die Bereinbarung über dieselbe aus eins ander, also fest, daß jene Zahlung nicht sowohl unmittelbar eine Solution ber Reallast barftellt, als vielmehr in vermittelter Beziehung auf biese zunächst bie Erfüllung eines vermittelnden Uebereinkommens, nämlich über Ablösung ber Reallaft, gilt, so läßt sich bieses Uebereinkommen nur als Novation auffassen (A. L. R. I. 16. S. 454.). Was aber die Zahlung des Rapitals betrifft, so hat diese die Til: gung der neuen, an die Stelle der früheren gesetzten Berbindlichkeit zum 3weck. (Beitschr. bes Revis. Kolleg. Bb. 5. S. 11-17.)

5) Der Auseinandersetzungs-Rezest ist ein Vertrag; alle in Folge der Ausführung desselben entstandenen Beschädigungen sind mithin als solche anzusehen, die aus einem Vertrage entstanden sind, und die Verjährungs-frist des S. 54. A. L. R. I. 6. sindet mithin auf sie keine Anwendung.

Erkannt von dem Revis.=Rollegium für L. R. S. unterm 30. Sept. 1851. (Zeitschr. besselb. Bb. 4. S. 401 ff. u. Praj. Samml. S. 17, Nr. 2.)

6) Ueber die Frage: ob in den Fällen, wo ein bestätigter Rezes mit der Nullitätsklage (aus Tit. 16. Th. I. der A. G. D.) angegriffen wird, die Kompetenz der Auseinandersetzungs=Behörden oder der ordent= lichen Gerichte begründet sei? vergl. die Erläut. zu SS. 20—22. der R. v. 20. Juni 1817, Zus. II. ad 1. sub b. (s. oben S. 263 ff.)

7) Ueber die Vollstreckung der Exekution aus Rezessen vergl.

S. 205. der B. v. 20. Juni 1817 und die Erläut. dazu. (s. unten.)

II. Bum §. 170.

1) Mit Rucksicht auf die Erläut. zum S. 166. der B. v. 20. Juni 1817 ift darauf hinzuweisen, daß dem im S. 170. gebrauchten Ausdrucke: "Justizbeamte" bas Wort: "Kommissarius" zu substituiren ist.

2) Nach S. 5. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821 und S. 1. der B. v. 30. Juni 1834 finden die Bestimmungen des S. 170. der B. v. 20. Juni 1817 nicht bloß auf "Regulirungen", wie es darin heißt, sondern auf alle Arten von Auseinandersetzungen, mithin auch auf Ablosungen und Semeinheitstheilungen Anwendung.

3) Kann die im ersten Sate des g. 170. der B. v. 20. Juni 1817 ausgedrückte Wirkung des Rezesses auch ohne die bort vorgeschrie-

bene Belehrung eintreten?

a) Das R. des Min. des J. v. 25. Dec. 1823 1) (Roch's Agrarges.,

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 575—576.

4. Aufl. S. 328) halt dies für nicht unzweifelhaft, und daher für erforderlich, jene Belehrung Behufs Sicherstellung der Interessenten, insbesondere

aus der Rlaffe des Bauernstandes, eintreten zu laffen.

b) Das (nicht veröffentlichte) R. des Min. des J. v. 12. Juni 1828 (an die Gen.- Kom. zu Stendal) spricht dagegen aus, daß die vorgeschrie- bene Eröffnung nur in dem Falle einer gänzlichen Umschaffung der beste- benden Rechtsverhältnisse, wie sie bei Regulirungen stattsinde, anzuwenden, keinesweges aber bei der Auseinandersetzung wegen Ablösung einzelner Prässtationen passend sei.

Donniges bemerkt in Bezug hierauf:

Benn auch die B. v. 20. Juni 1817 hauptsächlich die Regulirung der gutsherrlich-däuerl. Berhältnisse und die damit verbundenen Gemeinheitstheilungen
umfaßte, so soll dieselbe doch nach S. 1. der B. v. 30. Juni 1834 auf alle zum
Ressort der Gen.- Kom. gewiesenen Auseinandersehungen, namentlich auf die Ablösungsangelegenheiten, Unwendung sinden. Es wird daher auch bei diesem von
der Vorschrift des S. 170. der B. v. 20. Juni 1817 nicht abgesehen werden können. — Indeß gehören die im 2ten und 3ten Sate desselben aufgestellten Folges
rungen nicht mehr zu der im ersten Sate vorgeschriebenen Vorhaltung und werden
daher in solche überhaupt nicht aufzunehmen sein, wodurch unpassende Angaben
und Misverständnisse über die Wirkungen des Rezesses beseitiget werden. — Die
Belehrung wird vielmehr auf den ersten Sat des S. 170. der B. v. 20. Juni
1817 zu beschränken sein. (Odnniges Land. Kult. Ges. Bd. 3. S. 458.)

4) Aus tem zweiten u. britten Sate bes §. 170. ist gefolgert worden, daß die Auseinandersetzungs Interessenten dadurch auch gegen Nachforderungen und Ansprüche jedes dritten, bei der Auseinandersetzung etwa nicht zugezogenen Interessenten gedeckt und geschützt würden. — Dieser Ansicht haben einige Auseinandersetzungsbehörden bei Bestätigung des Rezesses durch die Klausel: "unbeschadet der Rechte jedes Dritten" zu begegnen gesucht; dieser Vorbehalt ist jedoch durch das R. des Min. des I. v. 4. Vebr. 1830¹) (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 327—328) gemisbilliget worden, weil derselbe zu der Meinung verleite, daß der Rezes die Grundbesitzer nicht gegen die Ansprüche der nicht speziell zugezogenen Realberechtigten sichere.

a) Dit Bezug bierauf bemertt Donniges:

Jene Ansicht widerspricht auch ohne solchen Borbehalt der rechtlichen Natur des Rezesses als Vertrag, durch welchen nur die Rechte der Kontrahenten bestimmt, nicht aber die Rechte dritter Personen geändert werden können. Ueberdies spricht der erke Sat des S. 170. ausdrücklich von den Wirkungen des Rezesses auf die zur Sache zugezogenen Interessenten. Demgemäß sind im zweiten und dritten Sate die Folgen angegeben, können also uur unter den zur Sache zugezogenen Interessenten gelten. Dies folgt auch aus den SS. 25. u. 26. der V. v. 30. Juni 1834. (Dönniges Land. Kult. Ges. Wd. 3. S. 459.)

b) Der II. Sen. des Db. Trib. hat (in dem Erk. v. 2. Sept. 1852) gleichfalls angenommen:

Ein von der Auseinandersetzungs : Behörde bestätigter Theilungs : und Ablös. Rezes hat lediglich Wirkung auf die Rechtsverhältnisse der dabei zugezogenen Theis lungs : und Ablös. Interessenten, nicht aber auf die Rechte und Verbindlichkeiten dritter Personen.

Es ergebe sich dies aus der Fassung des zweiten Sates des §. 170. und aus dessen Werbindung mit dem Vordersatze durch das Wort: "demegemäß", woraus hervorgehe, daß die Vorschrift eine Folgerung aus dem Vordersatze, ein Beispiel der in diesem gegebenen Regel, bilde, nach welcher die zugezogenen Interessenten mit Einwendungen gegen die Gegenstände der Separation und mit Nachforderungen aus Rechten, welche ihnen hinsichte

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 576.

lich ihrer Regulirungen zuständig gewesen und dabei übertragen find, nicht weiter gehört werden dürfen (Striethorst's Arch. Bb. 7. S. 228—233).

5) Bezieht sich die Vorschrift des ersten Sates des S. 170. auch auf Gegenstände, welche bei der Auseinandersetzung nicht zur Sprache gekommen und nicht Vorwurf des Auseinandersetzungsverfah-

rens gewesen sind?

Verneint von der Sen.-Kom. und dem Revis.-Kollegium zu Breslau in den Erk. v. 28. Juli 1838 und 31. Aug. 1839, wogegen das Ob. Trib. (unter Vernichtung des letztgedachten Urtels) per sent. v. 4. Jan. 1841 bejahet hat, weil die Fassung des S. 170. klar ergebe, daß darin gerade von Segenständen die Rede sei, welche bei der Ausein-andersetzung nicht zur Sprache gekommen und nicht Vorwurf des Ausein-andersetzungsversahrens gewesen sind. (Jur. 28. 1841. S. 707 ff. v. 717 ff.).

6) Bu den Nachforderungen, welche nach dem abgeschlossenen und vollzogenen Auseinandersetzungsrezesse im §. 170. für unstatthaft erklärt werden, gehören solche Ansprüche nicht, welche aus dem Rezesse selbst
hergeleitet werden, auch wenn dieser von der Auseinandersetzungsbehörde

schon vollstreckt ift.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 13. Mai 1838

(Praj. Samml. beffelb. S. 332. Nr. 466.).

7) Die Ausschließung der Interessenten mit ihren Nachforderungen gegen einen Auseinandersetzungsrezeß ist auch auf die bloße Dienstablösung zu beziehen, worüber das Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 handelt. Hat der Unterthan in der Mark sonst aus der B. v. 12. Aug. 1721 Ansprüche gegen den Gutsherrn auf Diensterlaß wegen Unglücksfälle 1) gehabt, und siese Ansprüche im Ablös.-Rezess nicht ausdrücklich vorbehalten, so werden sie in Volge des Ablös.-Rezesses als erloschen betrachtet.

Angenommen von dem II. Sen. des Db. Trib. unterm 8. Dec. 1838

(Praj. Samml. beffelb. S. 290. Rr. 593.).

8) Bestsveränderungsabgaben, welche vor Anbringung der Brovokation auf Ablösung der einem Grundstücke obliegenden dessausigen Verpstichtung fällig geworden sind, liegen außerhalb des Ablösungsversahrens, bilden daher keinen Gegenstand des eigentlichen Auseinandersetzungsgeschäftes, und die Einklagung einer derartigen älteren Laudemialschuld ist daher nicht als Nachforderung auf ein Recht, welches dem Gutsbesitzer hinsichtlich der Regulirung zuständig gewesen (§. 170. der V. v. 20. Juni 1817), zu bestrachten. Solche Laudemialrückstände gehören daher auch nicht zu denienigen Forderungen, welche im Rezesse ausdrücklich vorbehalten werden müssen, um späterhin noch geltend gemacht werden zu können.

So erkannt von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 8. Juli 1852 (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 6. S. 462. u. Striethorst's Arch. Bb. 6. S.

246—249).

9) Ift gegen einen ordnungsmäßig vollzogenen und von der Auseinandersetzungsbehörde bestätigten Rezeß, wie gegen einen Vergleich und gegen ein richterlich aufgenommenes Dokument, der Einwand zulässig, daß bei Aufnahme desselben ein Irrthum vorgefallen sei?

Es bejahet das Revis.-Kolleg. für L. K. S. (in dem Erk. v.

29. Oft. 1852) indem es ausführt:

¹⁾ Bergl. auch die Erläut. zum S. 84. des Ablds. Gef. v. 2. März 1850, in Bb. II. Abth. I. S. 672 ff.

²⁾ Bergl. auch die Erläut. jum S. 47. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850, Bus. V. n. VI., in Bb. II. Abth. I. S. 480—481, desgl. die Erläut. zum S. 3. der B. v. 20. Juni 1817, Jus. II. sub 2. ad d. (s. oben S. 250).

Rach S. 169. b. B. v. 20. Juni 1817 hat ber bestätigte Rezes bie Wirfung einer gerichtlich bestätigten Urfunde, aus welcher Erefution nachgesucht werben Fann. Er gebort somit in bie Rathegorie gerichtlicher Bergleiche (S. 13. A. G. D. I. 11.), und sowie nach S. 417. A. G. D. I. 16. auch ein Bergleich megen Irrihums angefochten werben fann, und nach §. 126. A. G. D. I. 10. gegen eine gerichtliche Urfunde im Allgemeinen ber Ginwand eines bei ihrer Aufnahme pors gefallenen Irrihums zulaffig ift, fo muß er auch gegen einen bestätigten Rezes für ftatthaft erachtet werben, ba bie Bestätigung nach S. 25. A. G. D. II. 3. nur den Zweck hat, ben Willenserflarungen einen hoheren Grab ber Restigfeit und Unverletbarkeit zu gewähren, nicht aber bie allgemeinen Ginwendungen gegen bie Bahrheit und Richtigkeit ber Willenserklarungen ausschließt. — Wenn nach S. 26. A. G. D. I. 15. sogar gegen rechtefraftige Erfenninife ber Ginwand bes Irrihums geltend gemacht werden kann, so ift nicht anzunehmen, daß ein Rezes deshalb unangreifdar sei. Auch steht dem der S. 170. der B. v. 20. Juni 1817 nicht entgegen, vielmehr beziehet fich berfelbe nur auf bie Gegenstände, welche wirklich jur Ablosung gelangt find, und fann auf folche Berpflichtungen nicht ausgebehnt werben, welche in dies Berfahren gar nicht gezogen waren, ober gar, nach bem Billen ber Partheien, bavon ausgeschloffen bleiben sollten.

(Beitschr. des Rev. Kolleg. Bb. 6. S. 75 ff. und Praj. Samml. beffelben

S. 18. Mr. 5.)

Dieselbe Ansicht hat das (vormalige) Revis.-Kolleg. zu Breslau unterm 27. April 1839 in einem Falle, wo ein offenbares Versehen eines Feldmessers zum Grunde lag, unter Aushebung der entgegengesetzten Entscheidung der Gen.-Kom. zu Breslau v. 18. Juli 1838, angenommen (Jur. Wochenschr. 1840. 6. 537—542).

Auch das Ob. Trib. ist dem (in der Sache: Brandenburg O. 1.) beigetreten 1) (Datum des Erk. konstirt nicht). (Praj. Samml. des Revis. Kols

leg. S. 18. Nr. 5.).

10) Unter: "nothwendige Servituten", welche nach §. 170. der B. v. 20. Juni 1817 fortdauern, wenngleich sie in den von den Ausein-andersezungsbehörden bestätigten Rezessen nicht ausdrücklich erwähnt oder vorbehalten worden, sind nur solche zu verstehen, die auf dem in §§. 3. ff. A. L. A. I. 22. vorgezeichneten Wege erworben sind.

So erkannt von dem II. Sen. des Db. Trib. unterm 8. Juni 1852

(Entsch. 35. 23. S. 167-172).

11) Ueber die Kompetenz der Auseinandersetzungs-, beziehungsweise der ordentlichen Gerichtsbehörden in Betreff der Nachforderungen und Ansprüche nicht zugezogener Interessenten vergl. die Erläut. zum S. 22. der B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 266 ff.).

III. Zum S. 171.

1) Vergl. die Erläut. zu den §§. 20—22. der B. v. 20. Juni 1817 und zu den dieselben modisizirenden §§. 12. u. 13. der B. v. 30. Juni 1834 (s. oben S. 262 ff.).

2) Bu ben einzelnen Bestimmungen bes S. 171.

a) Bu Mr. 1. (Wege und Triften betr.).

Vergl.:

aa) die Erläut. zu ben §§. 95., 96., 98—100. der Gem. Ah. D. v. 7. Juni 1821 (s. oben S. 117—119);

bb) die Erläut. zum S. 21. der V. v. 20. Juni 1817 und insbes. die R. v. 1. Aug. 1837 2) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 658) u. v. 20. März 1840 3) (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 11);

cc) die Erläut. zum S. 8. der B. v. 30. Juni 1834 (s. unten).

2) Bergl. in Bb. I. S. 473 ff.

¹⁾ Bergl. auch ben Buf. 5., oben S. 360.

³⁾ Chenbas. S. 472.

362 Von b. Ablof. der Reallasten, den Regultrungen u. Gem. Theilungen.

b) Bu Mr. 2. (Graben gur Ent= und Bemafferung beir.). Bergl.:

aa) die Erläut. zu §§. 97. u. 98. der Gem. Ah. O. v. 7. Juni 1821

(f. oben 6. 119);

bb) die Erlaut. zum S. 8. der W. v. 30. 1834 (f. unten);

cc) bas C. R. tes Min. tes J. v. 1. Aug. 1837 1) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 658).

c) Bu Mr. 6. (Bergutung bes Düngungezustandes beir.).

Der Verlust des Anspruches aus Vergütigung des Düngungszustandes innerhalb Jahresfrist nach Ausführung der Separation, in Gemäßheit des S. 171. der B. v. 20. Juni 1817, sest voraus, daß die Ausführung nicht

vor der Vollziehung des Rezesses erfolgt ift.

Angenommen von dem Revisions-Kollegium für L. K. S. unsterm 27. Jan. 1852, indem sich dies aus der Verbindung des S. 171. mit dem S. 170. und dem Beisate im S. 171.: "wenn darüber im Auseinans dersetzungsrezesse nichts bestimmt worden", klar ergebe (Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 4. S. 401—408. u. Praj. Samml. S. 23. Nr. 6.).

Bum S. 172.

(Aushandigung bes Rezeffes.)

Die protofollarische Publikation des Rezesses, wenn sie keinen ansbern Zweck hat, als die Partheien von der erfolgten Bestätis gung des Rezesses zu unterrichten, kann unterdieiben, und sind die Aussertigungen des Rezesses, wenn keine Vermerke im Spothekenbuche nösthig sind, anstatt der Publikation den Interessenten zuzusertigen und zu inssnuiren. Müssen die Rezesseremplare aber zuvor noch an die Hypothekensbehörde gelangen, so muß die Behörde, welche sie zuletzt erhält, requirirt werden, dieselben, sobald sie mit den erforderlichen Abs und Zuschreibungsvermerken versehen sind, an die Partheien zu ertradiren. Die Auseinanderssetzungsbehörde hat dies gleichzeitig mit dem an die Gerichte erlassenen Requisitionsschreiben den Interessenten mit dem Beisügen bekannt zu machen, daß der Rezes, so wie sie ihn vollzogen haben, bestätiget und an die Spepothekenbehörde abgesandt worden sei, und daß sie diese Mittheilung als Bublikation des Rezesses zu betrachten haben.

Bergl. hierüber das (in Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 330 allegirte) R. des Min. des J. v. 30. Juni 1834 und die beiden R. desselb. Min. v. 23. Juli 1843 2) (Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 242. Nr. 321 u. S. 243.

Mr. 322.).

VIII. Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der General=Kommis= sionen (und landwirthschaftlichen Reg.=Abtheilungen).

Siftorischer Ueberblick ber betreffenden Gesetzgebung.

Die Gesetzebung in Betreff der Verfassung der Spruchbehörden zweister Instanz und in Betreff der Rechtsmittel in Auseinandersetzungs-Sachen hat mehrfach gewechselt. Sie ist zuletzt definitiv sestgestellt wurden durch die V. v. 22. Nov. 1844.

Es find in tiefer Beziehung vor dem Eriaß ber B. v. 22. Nov. 1844 drei Sauptperioden zu unterscheiten:

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 473 ff.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 578-579.

I. Bei Emanation der B. v. 20. Juni 1817 beschränkte sich die Rompetenz der Gen.-Rommissionen auf die Regulirung der gutsherrlich-bäuer-lichen Berhältnisse nach dem Ed. v. 14. Sept. 1811 und dessen Dekl. v. 29. Mai 1816. Die Entscheidung über streitige Theilnehmungsrechte stand ihnen nach S. 5. der B. v. 20. Juni 1817 nur insoweit zu, als dieselben die Auseinandersehung der Gutsherren mit den Bauern und die damit versbundenen Separationen betrafen. Die bei anderen damit zusammenhängenden oder nüglich zu verbindenden Gemeinheitstheilungen vorkommenden Streitigkeiten über Theilnehmungsrechte dursten die Gen.-Rommissionen, — nach S. 11. u. S. 61. Nr. 1. a. a. D., — nur instruiren lassen, während deren Entscheidung den gewöhnlichen Gerichten verblieb.

Nach S. 61. Nr. 2. und S. 54. a. a. D. stand übrigens in der Regel die Instruktion der Prozesse, deren Entscheidung der Kompetenz der Gen.=Rommissionen anheimstel, also auch selbst über streitige Theilnehmungs=rechte bei der Regulirung, den Dekonomie=Kommissarien zu. Mit Ausschluß der Rechtsfragen hatte nach S. 24. a. a. D. der Gen.=Kommissarius die als

lein entscheibende Stimme.

Bum Verständniß der damals gegen Entscheidungen der Gen.= Kom= missionen zugelaffenen Rechtsmittel ist der Berufskreis dieser Behörden und die ihnen gestellte doppelte Aufgabe ins Auge zu fassen.

Diese mar:

1) die gesetmäßige und unpartheiische Regulirung, Ausgleichung und Entscheidung aller Privatrechte ber bei der Sache betheiligten und unsmittelbar zugezogenen Interessenten;

2) die amtliche Wahrnehmung anderweiter Interessen,

namlich:

a) des Interesses der entfernten Theilnehmer, der eingetragenen Glänbiger, Lehn= und Fideikommißfolger und Anwarter (S. 4. Nr. 1., S. 16., SS. 45—53. a. a. D.), welche letteren damals (1811—1821) gar nicht vorgeladen oder benachrichtiget wurden;

b) des öffentlichen Interesses, und zwar:

aa) des staatsrechtlichen in Beziehung auf richtige Vertheilung der Staatslasten und Abgaben, ingleichen der Vertheilung oder Sicherstellung der Lasten und Realabgaben an Kirchen, Pfarren, Schulen und andere dfentliche Anstalten (§. 4. Nr. 2., §. 15., §. 43. Nr. 4. a. a. D.);

bb) des landespolizeilichen oder vielmehr staatswirthschaft=

lichen und Landeskultur-Interesses, wohin gehört die Sorge

a) daß die bauerlichen Sofe zum vollen und reinem Eigenthume überlaffen, mit keinen Einschränkungen und Lasten, wodurch deffen Natur verändert, ober die Kultur und Nugbarkeit deffelben beeinträchtigt wird, belegt werden,

β) daß in Rudficht ber bem Guteherrn vorbehaltenen Rechte, welche bie Rastur einer bei vorkommenden Vereinzelungen theilbaren Realabgabe hat, keine

die Theilbarkeit beschränkende Berabredungen getroffen,

y) daß keine mehrere, als nach ben Geseten zulässige Dienste, keine unstrirte Laudemien und Behnten und keine, die personliche Freiheit beschränkende Belastungen festgeset werden. (§§. 15. u. 43. Nr. 1. 2. 3. a. a. D.);

cc) des Interesses der moralischen Personen, als des Fiskus, der Kirschen, Pfarren, Schulen und milden Stiftungen, wie anderer öffentlicher Institute (§§. 17., 42. u. 44. a. a. D.), rücksichtlich deren Vermögensverwalstung, so weit sie bei der Auseinandersetzung betheiligt ist, die Gen.-Kom. an die Stelle der ordentlichen Aussichts- und Verwaltungsbehörde tritt.

Die B. v. 20. Juni 1817 hatte übrigens die Fälle, in denen es sich um definitive Entscheidungen im kontradiktorischen Versahren oder um bloße Verfügungen und vorbereitende Anordnungen handelte, noch nicht klar unschieden (of 66 444 442 420 472 a. c. D.)

terschieden. (cf. SS. 111., 112., 130., 173. a. a. D.).

Ein Refurs an bas Min. bes 3. fand ftatt:

a) gegen Entscheibungen über landespolizeiliche Gegenstände, wohin die oben ad b. sub aa und bb aufgeführten, namentlich auch über bas Daaß perpetuirlicher Gulfebienfte, gerechnet murben;

b) gegen Entscheidungen über solche Gegenstande, die bas Jutereffe ber nicht jugezogenen eingetragenen Gläubiger, Lehnes und Fideikommißfolger bes

treffen (S. 173. a. a. D.);

c) gegen Enischeibungen über ben Ausführungstermin ber Auseinanberschung. (§§. 202. und 203. a. a. D.)

Die Appellation dagegen fand gegen alle übrigen, das Interesse ber Partheien allein betreffenden Definitiventscheidungen der Gen.- Rom., ein schließlich berjenigen ftatt (f. oben ad b. sub cc.), welche zum Beften der moralischen Personen, bes Vielus, ber Rirche u. f. w., beren Intereffe fle von Amtswegen mabrzunehmen verpflichtet ift, ergangen maren, und zwar:

A. mit voller Wirfung:

1) wegen ftreitiger Theilnehmungerechte, wegen aller Rechteverhaltniffe, welche auf bie Auseinandersetzung Ginfluß haben, in fofern fie ohne Dazwischens funft bes Edifte, ber in Folge beffelben vorzunehmenden Regulirungen, mit benfelben zu verbindenben Gemeinheitstheilungen und fonstigen Auseinandersetzungen, hatten jur Frage fommen und jum Streit gezogen werben fonnen, und bann jum Weg Rechtens gehört hatten (§. 178. a. a. D.);

2) über bie Frage, ob bie Entschädigung in Land ober Kornrente anwendbar sei (S. 179. a. a. D.);

3) wegen ber Berpflichtung, wie wegen ber Sohe ber in Rapital ober Rente festgesetten Entschäbigungen (g. 180. a. a. D.);

B. nur mit ber Wirkung, daß, ber Appellation ungeachtet, mit Ausführung ber Entscheidung ber Gen .- Rom. verfahren werden muß, und bas Erkenntnig bes Revis.- Rollegii nur auf eine anderweitige, bem Appellanten in Rapital oder Rente zu gewährende Entschädigung gerichtet werben barf (§§. 181., 184. a. a. D.):

1) wegen Abanberung bes Auseinanbersepungs : Plans rudfichtlich ber gands

Entschädigung;

2) wegen anderer, in Natural . Objekten bestimmter Ausgleichungspunkte unb Borbehalte bes Auseinandersegungs : Plans, Beschränkung ber Baldweide= Distrifte, bes Brennmaterials, Der Fossilien, Wege, Triften, Trankftatten, Entwässerungs.Anlagen, ber erforberlichen Gebaube, ber Bermehrung bes Inventarii und bergl. (§. 183. a. a. D.)

Nur in Bezug auf Theilnehmungerechte, welche auch ohne Da= zwischenkunft ber Auseinandersetzungen vorgekommen fein murben und bann zum Wege Rechtens zu verweisen gewesen waren (S. 178. a. a. D.), führte die B. v. 29. Nov. 1819 die dritte Instanz an das Ober-Trib. ein.

Der nach SS. 202. u. 203. ber B. v. 20. Juni 1817 gestattete Rekurs an das Min. des 3. wegen des Ansführungstermins bes Auseinandersetzungsplans führte ichon früher auf ein gleiches Rechtsmittel gegen ben Plan felbft und gegen einzelne Theilftucke beffelben, als Wege, Grabenanlagen ic., naturgemäß, im Wege ber Beschwerben - Inftang, burch bie Praxis von felbst bin.

II. Das Gefet über bie Ausführung ber Bem. Th. und Ablof. Ordn. v. 7. Juni 1821, welches diese Geschäfte ben Gen.-Rom-

miffionen übertrug, erweiterte nun:

1) die Pflicht der Letteren zur Wahrnehmung des landespolizeilichen Interesses auch bei diesen neuen Geschäften insbesondere dahin, daß darauf zu feben fei, wie vermöge ber neuen Eintheilung die auseinandergesetten Grundftude, ben Zweden ber Auseinandersetung gemäß, fogleich benutt und gleich ben in Gemeinheit verbleibenden, in den möglichst vollkommensten Planlagen und in schicklicher Verbindung durch Wege u. f. w. ausgewiesen, auch alle zur Vereitelung oder Erschwerung der Zwecke der Auseinandersetzung gereichenden Abreden der Partheien zu verwerfen seien;

2) den im S. 173. ber B. v. 20. Juni 1817 nachgelaffenen Rekurs an das Min. des J., welcher in folgenden Fällen für zulässig erklärt

wurde:

a) wenn die Beschwerde solche Gegenstände betrifft, die nach allgemeinen Vorsschriften zum Wirkungskreise der verwaltenden Behörden gehören, wohin insbesondere die im §. 43. Nr. 1. dis 4. benannten Gegenstände zu rechnen find;

b) wenn die Beschwerde die Zulassung oder Zurückweisung nachgesuchter Abslösungen, Gemeinheitstheilungen, der Ausweisung des hutfreien Drittels, einzelner Auszüge aus der Gemeinheit und anderer, auf die nähere Bestimmung und Einschränkung der bestehenden Gemeinheiten abzweckenden Einrichtungen und die Statthaftigkeik der Subhastation des zu theilenden Gegenstandes betrifft;

c) wenn barüber gestritten wirb, ob bei Forften bie Entschäbigung ber Dienft=

barfeite Berechtigten in Land zu geben fei;

d) wenn über die Unvollständigkeit und Unzweckmäßigkeit der Auseinanders setzungen und Regulirungen in wirthschaftlichen Beziehungen, insbesondere bezüglich auf einen Abbau, auf ganze Planlagen und beren Unter-Abtheis lung, vorzubehaltende Wege und Trifteu, Viehtränken, Lehms, Sands und Mergelgruben, Kalks und andere Steinbrüche, Bewässerungss und Eniwässerungssanstalten Beschwerde geführt wird;

e) wegen ber Unzwedmäßigkeit ber neuen Grenzzuge.

Dabei wurde dem Min. des J. im S. 20. nur die Befugniß zur Delegation der Rekursentscheidungen an die Revis.-Rollegien gestattet.

Unter Abanderung des S. 24. der B. v. 20. Juni 1817 wurde jedoch in den SS. 3. u. 4. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 auch über wirths schaftliche Fragen kollegialische Berathung und Entscheidung angeordnet; im S. 16. die Instruktion der Streitigkeiten, deren Entscheidung hauptsächlich von Rechtsgrundsäßen abhängig ist, an einen zum Richteramte verpflichteten Beamten gewiesen, endlich in den SS. 11. seq. die öffentliche Bekanntsmachung des Geschäfts für den Fall, daß ein betheiligtes Gut Lehn oder Videikommiß sei, zu Erbzinss oder Wiederverkauserechten besessen, daß die sich neldenden entfernten Theilnehmer zu hören seien.

Abgesehen von ber Infonsequenz, bag nunmehr nach §. 178. der B. v. 20. Juni 1817 in Verbindung mit der B. v. 29. Nov. 1819 über die Regulirungsbefähigung, Appellation und Revision, dagegen nach S. 19. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 über die Bulaffigkeit von Ablosungen, Gemeinheitstheilungen u. f. w. nur ber Refurs an das Ministerium, — daß ferner nach S. 179. der B. v. 20. Juni 1817 im Allgemeinen über bie Frage, ob die Entschädigung in Land ober Kornrente anwendbar fei, Die Appellation mit voller Wirkung, dagegen nach S. 19. Mr. 3. bes Ablof. Gef. v. 7. Juni 1821 über Die befondere Frage, ob bei Forften die Entschädigung ber Dienftbarkeitsberechtigten in Land zu geben fei nur ber Refurs ftatthaft mar, - ließ es fich im Prinzip offenbar nicht billigen, bag, mabrend nunmehr in erfter Inftang ein formirtes Rollegium über alle Gegenstände der Auseinander= setzung entschied, in zweiter Inftanz die Entscheidung darüber größtentheils allein bem Min. des 3. anheimfiel. Endlich wurde fest mit Rudficht auf SS. 11. seg. ein kontrabiktorisches Berfahren mit Lehns = und Bibeitommiffolgern ac. möglich, worüber bann in zweiter Inftang (S.

173. der B. v. 20. Juni 1817) ebenfalls das Min. entschied, obwohl das bei, gleich wie bei einem Streite über die Provokations-Befugniß, oft gerade sehr schwierige Rechtsfragen zur Sprache kommen.

III. Die dritte Epoche in Beziehung auf die Rechtsmittel bezeich-

net die B. v. 30. Juni 1834. Durch dieselbe murde

1) gegen die im S. 36. den Spezialkommissarien überwiesenen Entscheidungen der Streitigkeiten über Besitz, interimistische Verwaltung und Nutung und über die mit der Vorbereitung des Uebergangs aus der bissherigen in die künftige Einrichtung zusammenhängenden Fragen der Rekurs an die Sen. Kom. und das Min. eingeführt.

2) Wurden ferner, unter Beschränkung der Kompetenz der Revisions-Kollegien zur Entscheidung zweiter Instanz, zum Rekurse an das Din.

verwiesen die Entscheidungen

a) über die Frage: ob dem Berechtigten die Entschädigungen in Land ober in Kapital, oder in einer Natural-Rente zu gewähren sei (§. 46. Nr. 3.), so daß also auch über die Berpstichtung und Höhe einer Nente nur dann vom Revisionskollegio zu besinden blieb, wenn der Antrag des Beschwers beführers auf Rapital oder Geldrente gerichtet war;

b) über Beschwerben und Antrage, welche Natural - Absindung ober andere Leiftungen, als Rapital und baare Geldrenten, und dabei nicht Theils nehmungsrechte und beren Umfang zum Gegenstande hatten (§§. 45.

und 46.).

Ob die zum Grunde liegenden Fragen und Verhältnisse dkonomischer und rechtlicher Natur, auf welche Art der Beweismittel zurückzugehen, imsgleichen das Stadium und der Zweck der Entscheidung, war dabei ganz gleichgültig. Es kam dabei allein auf den Gegenstand des Urtheils und des Antrages der Partheien an, so daß das frühere Kriterium (§§. 24., 25. der V. v. 20. Juni 1817), ob eine Rechtss oder landwirthschaftliche Frage vorlag, ganz verlassen war.

Außerdem wurde (§ 48. u. 49.) nach rechtsfräftiger Entscheidung über den Land-Absindungsplan oder über andere zu demselben und resp. in die Rekursinstanz gehörige Gegenstände und Beschwerden, sei es in erster oder in der Rekursinstanz — ein Separatverfahren in erster Instanz binnen sechs Wochen auch alsdann nachgelassen, wenn dasselbe früher auch

nicht angemelbet ober vorbehalten gewesen mar.

In Beziehung auf die Wahrnehmung der öffentlichen Intereffen hat dagegen die V. v. 30. Juni 1834 den Berufsfreis der Auseinandersetzungs-Behörden wiederum dahin beschränft, daß

1) Grundsteuer=Repartitionen vor Bestätigung der Rezesse ber betr. Depart.=

Regierung mitzutheilen und von biefer erft zu genehmigen finb;

2) ben Regierungen und Provinzial = Schulfollegien (ber Abth. für die Berw. der Domainen und Forsten und ber Abth. für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen), die Vertretung des Fiskus und der von ihnen ressortirens den Anstalten wegen aller zu ihrer unmittelbaren Verwaltung gehörigen Güter zurückgegeben ist;

3) ben Regierungen (Abth. bes Innern) eine Konkurrenz und Mitaufficht in allen Fallen eingeraumt wurde, wo es fich in Stabten und Dörfern um

Theilung bes Gemeinbevermögens hanbelte.

(§. 11. ber B. v. 30. Juni 1834.)

Während die B. v. 20. Juni 1817 den Rekurs an das Min. auf staatsrechtliche und staatswirthschaftliche, ingleichen auf die Interessen entsernter, nach den damaligen Vorschriften nicht besonders zu hörender Theilenehmer, namentlich der Sutsgläubiger, Lehns- und Videikommiß-Interessenten z. beschränkte, und gegen die im Interesse moralischer Personen, als des Viskus, der Kirchen u. s. w. getroffenen Entscheidungen die Uppellation zuließ, während ferner das Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 den Rekurs auf

alle Fragen der Landes-Polizei und des Landeskultur-Interesses erweiterte, dehnte die V. v. 30. Juni 1834 die richterliche Kompetenz des Min. noch auf eine Menge anderer Gegenstände aus, die mit den öffentlichen Intersessen und solchen Rechten, deren Wahrnehmung den Behörden von Amts-

wegen oblag, feine Verwandtschaft haben.

Die B. v. 14. Dec. 1833 über bas Rechtsmittel der Reviston und der Nichtigkeitsbeschwerde ist laut R. D. v. 15. März 1834 auf die Auseeinandersetzungs-Angelegenheiten nur in so weit für anwendbar erklärt, als die Entscheidungen in Streitigkeiten über Theilnehmungsrechte oder deren Umfang überhaupt wegen solcher Rechtsverhältnisse erfolgen, welche ohne Rücksicht auf die Regulirungs-, Semeinheitstheilungs- und Ablösungs-Seseses und auf die hiernach zu bewirkenden Auseinandersetzungen Segenstand eines Prozesses hätten werden können und alsdann zum ordentlichen Rechts- wege gehört hätten.

Endlich ift noch zu erwähnen, daß die Rekursfrist durch den S. 7. der V. v. 5. Mai 1838 auf sechs, resp. zwölf Wochen erweitert, und die civil-prozessualischen Vorschriften über Bagatellsachen und deren Behandlung nach Art. 1. der Dekl. v. 6. April 1839 und der Dekl. v. 23. Nov. 1839 auch auf Auseinandersetzungs-Angelegenheiten anwendbar erklärt worden sind.

Die vorstehende Uebersicht zeigt, welche komplicirte Vorschriften vor der Publikation der B. v. 22. Nov. 1844 über die Bedingungen, unter welchen ber Refurs an bas Min. des 3. und die Appellation an die (bamaligen) Revisions-Rollegien statthaft war, bestanden. Die Folge davon war, daß die Anwendung jener Borfchriften felbft im Schoofe ber Beborben und im Ministerium ben mannigfachften Zweifeln Raum gab, woburch Bergogerungen, Irrthumer in ber Bahl ber Rechtsmittel und Anhaufung der Roften entstanden. Ueberdieß trug die Ausdehnung der richterlichen Rompeteng bes Min. bes 3., verbunden mit der Zweifelhaftigfeit der Falle, in benen das Rechtsmittel bes Refurfes ober der Appellation ftattfinde, gur Begunftigung bes Beschwerdemesens bei und verwirrte bas Bewußtsein ber landlichen Bevolferung-über die Bedeutung richterlicher Behorden und Erkenntniffe. Die verschiedenartig abgegranzte Kompetenz resp. der Revistons-Rollegien und des Min. des I. führte zu einer fachwidrigen und nachtheiligen Auseinanderreißung der zusammengehörigen Beurtheilung beffelben Sach = und Rechtsverhaltniffes. Endlich ftand die dem Din. des I., als einer bloßen Verwaltungsbehörde, beigelegte richterliche Entscheidung über Privat = Bermögenerechte nicht im Einklange mit den sonftigen bei Organi= fation ber Richterbehörden befolgten Grundfagen.

Diese Gründe führten zu denjenigen Abanderungen Betreffs ter Drsganisation der zur Entscheidung in zweiter Instanz in Auseinandersetzungs-Sachen bezusenen Behörden und Betreffs ter Rechtsmittel gegen die Entscheidungen erster Instanz in jenen Angelegenheiten, welche durch die B. v.

22. Nov. 1844 getroffen worden und gegenwärtig gültig sind.

Diese B. hat (im S. 7.) die Auslösung sammtlicher bis dahin zur Entscheidung in zweiter Instanz bestandenen Revisions = Kollegien, und die Uebertragung sammtlicher Geschäfte derselben auf das für die ganze Monarchie errichtete Revisions = Kollegium für Landes = Kultur = Sa = chen 1) angeordnet, über bessen Einrichtung, Besugnisse und Verpslichtungen in den SS. 8. ss. die näheren Bestimmungen getrossen worden sind.

¹⁾ Bergl. auch die Bekanntmach. bes Min. bes J. v. 31. Juli 1845 (f. in Bb. I. S. 31-32).

368 Von d. Ablös. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Die SS. 14. u. 15. a. a. D. aber ertheilen die neuen Borschriften in Betreff des Rechtsmittels zweiter Instanz, und beseitigen die abweischenen, bereits durch die B. v. 30. Juni 1834 theils modificirten, theils aufgehobenen Bestimmungen ber B. v. 20. Juni 1817. SS. 173., 174. u.

178—184., sowie ber B. v. 30. Juni 1834 SS. 45—50.

Es ift dadurch das Rechtsmittel bes Refurses an das Minifterium des Innern völlig aufgehoben und lediglich auf das Revifione-Rollegium für g. R. G. übertragen, bem Min. bes 3. aber nur das Auffichterecht über Die Auseinandersetzungs-Behörden belaffen morben 1) (6. 14.); übrigens aber findet gegen Erkenntniffe erfter Inftang in gutsberrlich-bauerlichen Regulirungs-, Gemeinheitstheilungs- und Ablofungs-Sachen fiets die Berufung an bas Revisions-Rollegium für &. R. S. fatt, - ohne Ausnahme, es moge fich dabei um Theilnehmungsrechte und beren Maaß, um den Abfindungsplan ober um die Art und ben Betrag ber Entschädigung handeln, — und zwar die Appellation, wenn ber Begenstand ber Beschwerbe funfzig Thaler übersteigt; bagegen der Rekurs (nach Art. 1. Mr. 2. u. 3. der Dekl. v. 6. April 1839), wenn ber Gegenstand ber Beschwerde nur funfzig Thaler ober weniger beträgt. 2)

Bergl. auch die Erläut. zu SS. 14. u. 15. der B. v. 22. Nov. 1844.

Zu §§. 173. und 174.

Diese SS. find für antiquirt zu erachten. (Bergl. bie historische Ueber= sicht oben S. 362 ff.)

Zum §. 175.

(Summa appellabilis.)

1) Die Frage: ob gegen eine Entscheidung erfter Inftang in Auseinandersetzungs = Sachen bas Rechtsmittel ber Appellation ober des Refurfes zulässig ift? hangt lediglich von dem Gegenstande der Beschwerde, nicht von dem Gegenstande bes Erfenntniffes, gegen welches die Beschwerde gerichtet ift, ab.

Wergl. S. 175. der B. v. 20. Juni 1817, R. D. v. 23. Nov. 1839 (G. S. 1839. S. 336) und S. 2. der W. v. 21. Juli 1843 (G. S. 1843.

E. 297).

2) In Betreff der Berechnung des Gegenstandes der Appellation (der Beschwerde) verweist der S. 175. der B. v. 20. Juni 1817 auf den S. 3. A. G. D. I. 14.

1) hiernach find alfo Beschwerben über Berfügungen ber Auseinanbets setungs-Behörden bei bem Din. (jest bem Din. für landwirthsch. Ang.) anzubringen.

b) Eine Ausnahme in Betreff bes Inftangenzuges bilben bie Streitige keiten über die rechtliche Natur der auf Duhlengrundftucken haftenben Abgaben, in welchen das Revis.-Rolleg. für E. R. S. allein als erfte und einzige Inftang zu entscheiben hat. (Bergl. S. 3. bes Dablen-Ablof. Gef. v. 11. Marg 1850, f. in Bb. I. S. 240 u. die Erlaut. bagu in Bb. II. Abth. I.

6. 808—814.)

²⁾ a) Hiernach ist bas C. R. bes Min. bes J. für Gew. Ang. v. 15. Sept. 1836 (v. R. Ann. 28b. 20. S. 597) antiquirt, welches aussprach, baß gegen Die Entscheidungen erfter Inft. bei Streitigkeiten über bie Berpflichtung gur Dos tation einer Schule nicht die Appellation, sondern der Refurs an bas Min. stattsinde. — Es sindet jest auch in biefer Beziehung die Appellation ober ber Refurs an bas Revis.=Rolleg. für L. R. S. statt, jenachtem ber Gegenstand ber Beschwerbe über 50 Thir. ober weniger beträgt.

Dazu ift zu bemerten:

a) Der S. 3. a. a. D. schließt nur die Bagatellsachen von der

Appellation aus.

Unter "Bagatellfachen" sind nach gegenwärtiger Lage der Gesetzgebung alle diejenigen Rechtsstreitigkeiten und Streitpunkte, beziehungsweise Beschwerden zu verstehen, deren Gegenstand nach Gelbe abzuschäßen ist und ben Werth von 50 Athlr. nicht übersteigt.

Bergl. Art. 1. Nr. 2. der Defl. v. 6. April 1839 (G. S. 1839. S.

126) und R. D. v. 23. Nov. 1839 (a. a. D. S. 339).

b) In Betreff der Berechnung des Werthes des Streitgegenstandes und der Zulässigkeit der Rechtsmittel kommen die Worschriften der W. v. 21. Juli 1843 1) (G. S. 1843. S. 297) zur Anwendung. 2)

Bierbei ift indeß Folgendes zu bemerken:

a) Es bestimmen gleichlautend:

aa) die B. v. 21. Juli 1843 S. 4. und das G. v. 10. Mai 1851 S. 11. Nr. 3.:

Bei wiederkehrenden immerwährenden Nupungen wird ber 25fache, bei Nupungen, beren kunftiger Wegfall gewiß, beren Dauer aber unbestimmt ist, ber 124fache Betrag einer Jahresleistung als beren Kapitalwerth angenommen.

bb) die W. v. 21. Juli 1843 J. 7. Mr. 1. und das G. v. 10. Mai 1851 J. 12. Mr. 3. Litt. a.:

Leiftungen, beren Werth sich nur nach jährlichen Durchschnitten bestimmen läßt, sind nach ben Grundsäten der für die betreffenden Landestheile geltenden Ablös. Ordnungen zu veranschlagen, und sollsieserhalb, wenn eine Parthei es verlangt, ein Gutachten der useinanders sehungsbehörde eingeholt werden.

In Bezug hierauf hat das Ob. Trib. (in dem Erk. v. 13. Sept. 1853) folgenden Grundsatz ausgesprochen:

Wenn Leistungen, deren Werth sich nur nach jährlichen Durchschnitten bestims men läßt, den Gegenstand des Prozesses ausmachen, so ist nur der Jahresbestrag nach den Grundsäßen der für den betressenden Landestheil geltenden Ablös. Ordn. zu veranschlagen, nicht aber die Kapitalistrung zu bewirken, vielmehr nach den S. 11. Nr. 3. des Ges. v. 10. Nai 1851 gegebenen Prinzipien der Kapitalwerth zu berechnen *). (Präj. 2470., Entsch. des Ob. Trib. Bd. 26. 5. 359.)

8) Das Revis.-Rolleg. für L. R. S. hat (unterm 17. Sept. u. 16. Oft. 1852) angenommen, daß bei einem Streite über die Zulässigkeit

1) Bergl. in Bb. I. S. 580 ff.

²⁾ Das G. v. 10. Mai 1851, betr. ben Ansah und die Erhebung ber Gestichtsfosten (G. S. 1851. S. 622 ff.), betrifft nur den Ansah und die Erhebung ber Gerichtsfosten, und die W. v. 21. Juli 1843 ist dane ben in Gültigfeit geblieben, soweit es nicht auf den Kostenansah ankommt. (Vergl. die Instr. des Just. Min. v. 10. Sept. 1851 zum S. 11. des G. v. 10. Mai 1851, Just. Min. Bl. 1851. S. 121.)

³⁾ Diese Ansicht des Ob. Trib. muß zwar für richtig erachtet werden, da der S. 4. der B. v. 21. Juli 1843 die Rorm für die Kapitalistrung wieders tehrender immerwährender Rußungen bestimmt, der S. 7. No. 1. a. a. D. aber nur die Bestimmungen über die Abschähung des Jahresbetrages solcher Leis flungen betrifft, welche nach jährlichen Durchschnitten abzuschäßen find; nicht ges rechtsertigt dagegen erscheint, nach dem in der vorigen Rote Bemerkten, die Bezugsnahme des Ob. Trib. auf die Borschriften des Ges. v. 10. Mai 1851, worsauf indes nichts weiter ankommt, da dessen betressende Bestimmungen wörtlich mit densenigen der B. v. 21. Juli 1843 übereinstimmen.

der Ablösung einer Abgabe die Zulässigkeit des Rechtsmittels nach dem Kapitalswerthe der Abgabe zu beurtheilen set. (Praj. Samml. des Revis. Kolleg. S. 13. Nr. 3.).

c) Die weiteren Vorschriften bes S. 3. A. G. D. I. 14. sind burch

neuere Bestimmungen abgeandert worden.

Es verordnen nämlich die Defl. v. 26. Aug. 1825 1) (G. S. 1825. S. 223) und die R. D. v. 9. April 1836 2) (G. S. 1836. S. 172), daß in allen Auseinandersetzungs-Sachen die Berechnung nach dem Gesammts betrage aller Leistungen der mehreren Theilnehmer, welche den Gegenstand der Appellations- oder Revisions-Beschwerden ausmachen, zusgelegt werden soll. 3)

Demnächst hat auch die B. v. 21. Juli 1843 4) (G. S. 1843, S. 297) im S. 10. bestimmt, daß die Zulässigkeit der Rechtsmittel in allen Prozessen nach dem Gesammtbetrage der Vorderungen oder Leistungen der meh-

reren Streitgenoffen zu beurtheilen fei. 5)

3) Der Rekurs (an das Revisions - Rollegium für L. R. S.) fin-

det ftatt:

a) gegen Erkenntnisse erster Instanz in Bagatellsachen, desgl. gegen Agnitions = und Purisikations = Resolutionen, wenn zwar das Erkenntnist oder die Agnitions = Resolution eine höhere Summe als 50 Thlr. betrisst, die dagegen erhobene Beschwerde aber nur 50 Thlr. oder weniger zum Gesgenstande hat. In diesen Fällen ist weder die Appellation, noch die Nichtigseitsbeschwerde zulässig.

Bergl. Art. 1. Mr. 2. der Dekl. v. 6. April 1839 (G. S. 1839. S. 126), K. D. v. 23. Nov. 1839 (G. S. 1839. S. 336) und K. D. v. 22. Dec.

1841 (G. S. 1842. S. 16);

b) wegen unrichtiger Entscheidung des Rostenpunktes, wennt in der Hauptsache kein Rechtsmittel zulässig ift ober eingelegt wird, gegen Erkenntnisse erster, nicht aber gegen Erkenntnisse zweiter Instanz.

Vergl. Art. 1. Nr. 3. der Dekl. v. 6. April 1839 (G. S. 1839. S. 126); Bergl. übrigens das Nähere in Betreff ter Rechtsmittel bezüglich des Kostenpunktes in S. 13. des Kosten-Regul. v. 25. April 1836 und in den Erlaut. dazu, insbes. das R. des Min. des J. v. 22. April 1840 (s. unten).

c) Der Rekurs sindet übrigens nicht nur flatt, wenn wesentliche Mangel bei der Instruktion vorgefallen, oder offenbar erhebliche Thatsachen übergangen sind, oder gegen klare Rechte gesprochen ist, (S. 18. A. S. D. I.
26), sondern auch in allen Fällen, wenn das Urtheil einen Rechtsgrundsatz verlett, er möge auf einer ausdrücklichen Vorschrift des Gesetzes beruhen,

2) Cbenbas. S 580.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 579.

³⁾ Die in der R. D. v. 9. April 1836 enthaltene hinweisung auf die 9bes gierungen in der Provinz Preußen sindet sest auch auf die übrigen, an die Stelle ver Gen.- Rommissionem getretenen, Regierungen Anwendung. (Bergl. B. v. 27. Juni 1840 (G. S. 1840. S. 132, f. in Bd. I. S. 27) und Ablds. Ges. 4. Juli 1840. (G. S. 1840. S. 220, s. in Bd. I. S. 28.)

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 580 ff.
5) Bereits der Plenarbeschluß des Ob. Trib. v. 10. Inti 1837 hatte die Dest. v. 26. Aug. 1825 und die R. O. v. 9. April 1836. dahin ansgelegt, "daß bei der Prüsung, ob die Höhe des Gegenstandes das Rechtsmittel (ber Revision) gestatte, in allen, den Gen. Rom. und Reg. übertragenen Auseinandersetzungen, die Interesen der mehreren Betheiligten, welche das Rechtsmittel ergreisen, zussammen zu rechnen seien, ohne Unterschied, ob es sich von Leistungen im engeren Sinne (bänerlichen Leistungen) handelt ober nicht. (Entsch. 286. 2. S. 352 ff.)

oder aus dem Sinne und Zusammenhange des Gesetzes hervorgehen, oder wenn dasseibe einen solchen Grundsatz in Fällen, wofür er nicht bestimmt ist, in Anwendung bringt. (Art. 1. Nr. 2. u. 3. der Detl. v. 6. April 1839, G. 6. 1839. S. 126).

Für das Verfahren in den, von dem Revistons-Kolleg. für L. K. S. zu erledigenden, Rekurs = Sachen sind die Vorschriften der K. O. v. 8. Aug. 1832 (G. S. 1832. S. 199), der SS. 5. und 7. der V. v. 5. Mai 1838 (G. S. 1838. S. 273) und des S. 3. der V. v. 21. Juni 1843 (G. S. 1843. S. 294) maaßgebend. 1)

d) Das Revisions-Kolleg. für L. K. S. hat (in dem Erk. v. 28. Jan. 1853) bezüglich des Rekurses in Bagatellsachen folgende Grundsfäße entwickelt:

gen Erkenninisse erster Inst. gestattete Refurs hat durch die R. D. v. 8. Aug. 1832, die B. v. 5. Mai 1838. §§. 7. n. 10. und die Dekl. v. 6. April 1839. Art. 1. Nr. 2. die Natur eines wirklichen, der Nichtigkeitsbeschwerde ähnlichen Rechtsmittels angenommen.

Bochen bei bem Obergerichte augebracht werben, bei welchem bas Refursges fuch unter ben Memorialien vorgetragen, und wenn es offenbar unzulässig ober unbegründet erschien, durch ein Defret zurückgewiesen, anderenfalls aber von dem extennenden Gerichte Bericht mit Einforderung der Akten gefordert werden.

Diese Bestimmungen setten indes voraus, das nicht bloß eine Anmeldung tieses Rechismittels ohne gleichzeitige Substantiirung der Beschwerden, sondern ein wirklich substantiirtes Rekursgesuch innerhalb der gesetlichen Nothfrist angebracht werden muß.

y) Diese Vorschriften find auch jest noch maaßgebend, wenn gleich die Nothe feift für ben Refurs allgemein auf 6 Wochen verlängert und nach S. 1. ber B. b. 21. Juli 1843 bestimmt worden ift, daß febes zuläffige Rechtsmittel, also auch ber Returs, bei bem Richter erfter Inft., in Anseinanderfegungsfachen aber bei ben die Auseinandersehung leitenden Gen.= Rommissionen ober landwirths schaftl. Reg.=Abtheilungen angebracht werben soll. Sierburch ift die Rr. 1. ber R. D. v. 8. Aug. 1832 nur insoweit abgeanbert, daß die Anbringung des Rechtsmittels bei bem Richter erfter Inft., ober in Auseinandersegungs-Sachen bei ben bezeichneten Behörden zu erfolgen hat und biese nur in Betreff bes Gegenftandes und ber vorgeschriebenen Frift bie Bulaffigfeit des Refurses zu beurtheilen, in allen übrigen Beziehungen aber bie weitere Behandlung bem hoheren Richter m überlaffen haben. (Bergl. auch bie analogen Bekimmungen bes S. 34. ber B. v. 2. Jan. 1849 und der SS. 65. u. 66. bee G. v. 21. Juli 1849, G. S. 1849. 6. 1. n. 307). Dieser aber ift nur befugt, bas Refursgesuch in ber Faffung, wie folches innerhalb ber gesetlichen Rothfrist eingereicht worben, einer Beuriheilung an unterwerfen, nicht aber ift er berechtigt, auf die erft nach Ablauf ber Roths frift angebrachten Rechtfertigungegrunde einzugehen. (Bergl. die angloge Bow schrift des Art. 8. der Defl. v. 6. April 1839.)

d) hiernach ist anzunehmen, das das in Bagatell-Sachen gegen Erkennts nise erster Instanz zulässige Rechtsmittel des Rekurses burch eine blose Anmels dung innerhalb der Nothfrist nicht erhalten wird, sondern nur dann gewahrt ist,

¹⁾ Das G. v. 20. März 1854 betr. einige Abanberungen ber Borschriften über bas Civilprozesversahren (G. S. 1854. S. 000) hat in den §§. 5—12. das Berfahren in der Retursinstanz, sowie die Borschriften über die Begründung und ind die Wirkungen des Kekurses (unter Aushebung der früheren darüber ergansgenen Bestimmungen) neu geordnet, hierbei indeß im Wesentlichen die disherigen Bestimmungen beibehalten. Der §. 20. a. a. D. bestimmt indeß, daß die gebachten Bestimmungen auf die zur Kompetenz der Auseinanderssenungs-Behörden gehörigen Sachen nicht angewendet werden sollen. Für den Returs an das Revis.-Kolleg. für L. K. S. bewendet es mithin bei den im Texte geduchten bisherigen Borschriften.

wenn baffelbe innerhalb ber Rothfrift bei ber Gen. Kom. ober Reg. Abth. gerechtfertigt wirb. Es genügt beshalb auch nicht die Anbringung und Rechtfer-

tigung des Refurses bei der Spezial=Rommission.

E) Der Kostenpunkt in Rekurs-Sachen ist nach ben Borschriften für Richtigkeitsbeschwerben (§. 18. ber B. v. 14. Dec. 1833, R. des Just. Min. v. 29. Juni 1836, v. K. Jahrb. Bb. 47. S. 556) zu entscheiben '). (Beitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 6. G. 150—154 und Praj. Samml. S. 13. Nr. 5.)

4) Busammentreffen ber Rechtsmittel ber Appellation und bes

Refurfes.

a) Nach der R. D. v. 23. Nov. 1839 (G. S. 1839. S. 336) sollen, wenn in einem Prozesse über mehrere, aus einem und demselben Geschäfte hervorgegangene Streitpunkte die beiden Rechtsmittel der Appellation und des Rekurses zusammentressen, die im Art. 4. der Dekl. v 9. April 1836 ertheilten Vorschriften zur Anwendung kommen, so daß die Appellation den

Refurs nach fich zieht.

- b) Das R. des Just. Min. v. 10. Nov. 1840 (Just. Min. 281. 1840, S. 385) führt unter Bezugnahme auf den Inhalt jener R. D. aus, baß auch für den Vall, daß bei einem und bemfelben Streitpunkte die beiden Rechtsmittel der Appellation und des Refurfes zusammentreffen, die erstere den letteren nach fich zieht, daß demnach der Refurs in einem folden Falle wie eine Appellation zu behandeln und mit berfelben burch ein Erkenntniß zu erledigen ist; wogegen in bem Falle, wenn in einem Prozeffe über mehrere, aus verschiedenen Geschäften hervorgegangene Streitpunkte ber Rekurs und die Appellation zusammentreffen, die in ber B. v. 14. Dec. 1833, S. 9. (G. S. 1833, S. 305) gegebenen Worfchriften analog anzuwenden find, und zwar dergeftalt, daß der Refurs fo behandelt wird, wie es dort hinsichtlich der Nichtigkeitsbeschwerde für den Fall ihres Busammentreffens mit der Appellation angeordnet ift, und bemgemäß, je nachdem der Fall unter Mr. 1. oder Mr. 2. des S. 9. a. a. D. vorhanden ift, die Entscheidung über das Refursgesuch bis nach Erledigung ber Appellation ausgesetzt oder der Refurs wie eine eigentliche Appellation bebandelt werden muß.
- 5) In Betreff der Wahrung der Rechtsmittel und des weiteren Verschrens ist es ohne Einstuß, welche Bezeichnung die Parthei dafür bei der Anmeldung gewählt hat; es kommt vielmehr nur auf den Zweck der Beschwerde und den dabei formirten Antrag an. Deshalb ist, wenn die irrthümliche Anmeldung der Appellation in Fällen, wo nur der Rekursstatischen, und umgekehrt des letzteren, wo erstere eintritt, erfolgt ist, das eigentliche Rechtsmittel gewahrt.

Dies haben die Min. des J. u. der J. in dem C. R. v. 24. Oft.

1840 (Min. Bl. b. i. B. 1840, S. 480) anerkannt.

Vergl. auch die R. des Just. Min. v. 22. Sept. 1831 und 16. Jan. 1832. (v. K. Jahrb., Bb. 38. S. 109, n. Bb. 39. S. 144, Gräf, Bb. 6. S. 417—418).)

1) Das Praj. bes Revis. Rolleg. für E. R. S. v. 14. Oft. 1851 nimmt an, daß für Refursbescheibe in Sachen mit Objekten über 20 Thle. Kapitalwerth Urtelsgebühren anzusehen, bei Gegenständen unter 20 Thle. dagegen bloß Kopias lien. (Praj. Samml. besselb. S. 15. Nr. 10.)

²⁾ Diese Restr. beziehen sich zwar nur auf den früher bestandenen Refurs an das Nin. des I., und nicht eigentlich auf den Refurs in Bagatellsaschen; allein der darin in der gedachten Beziehung augenommene Grundsat muß aus gleichen Gründen auch für den jest nur noch bestehenden Unterschied der Rechtsmittel der Appellation und des Bagatell-Refurses maaßgebend sein. Das Just. Min. hat übrigens denselben Grundsat auch in dieser Beziehung in dem R. v. 10. Juni 1841 (Just. Min. Bl. 1841. S. 218) ausgesprochen.

Auch das Revis. - Kolleg. sur L. K. S. hat (unterm 18. Jan. 1850) angenommen, daß eine Appellations-Anmeldung bei nicht appellabler Summe, welche zugleich die Rechtsertigung der Beschwerden enthält, als Refurs anzusehen sei, auch wenn darum in derselben nicht ausdrücklich gestoten ist. (Praj. Samml. desselb. S. 14, Nr. 6.)

3nm §. 176.

(Appellations - Brift).

1) Der S. 176. ist abgeändert worden, und zwar zunächst durch den S. 22. der B. v. 14. Dec. 1833, wodurch die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels der Appellation auf 6 Wochen bestimmt wurde. 1) Der S. 7. der B. v. 5. Mai 1838 2) ordnete hierauf unter Aushebung des S. 2. der K. D. v. 8. Aug. 1832 (G. S. 1832. S. 199.) für das Rechtssmittel des Refurses dieselbe Frist an und dieser Zeitraum, welcher durch den S. 21. der B. v. 14. Dec. 1833 bereits für den Fistus auf 12 Wochen ausgedehnt worden war, ist in Folge des Art. 13. der Detl. v. 6. April 1839 auch für die Lands und Stadtgemeinden, privilegirten Korporationen und unter Vormundschaft stehenden Personen verdoppelt worden.

2) Die Frage betreffend, bei welcher Behörde die gegen die Entscheisdungen zu ergreisenden Rechtsmittel anzubringen? so ist der S. 10. der B. v. 5. Mai 1838, so wie die K. D. v. 19. März 1839 (G. S. 1839. S. 107), welche die Einlegung der Rechtsmittel auch bei den Kommissarien der Auseinandersetungs = Behörden gestatteten, durch die B. v. 21. Juli 1843 3) (G. S. 1843. S. 294) S. 1. dahin abgeändert worden, daß in Auseinandersetungssachen das Rechtsmittel stets bei den die Auseinandersetung leitenden Gen.-Kommissionen oder den ihre Stelle verstretenden Regierungsabtheilungen anzumelden ist. *).

2) Bergl. in Bb. I. S. 561 ff. 3) Ebendas. S. 582. — Durch biese B. ist mithin die R. D. v. 19. Marz

b) Das Revis.-Rolleg. für L. R. S. hat angenommen, daß die Anmelbung ber Appellation bei einer Königl. Tilgungs-Raffe (Paderborner, Geiligenstädter, Wittgensteiner) das Rechtsmittel nicht wahrt; sondern daß die Anmeldung steis bei dem erkennenden Richter erster Instanz erfolgen muß. (Praj. Samml. des Revis. Koll. S. 13. Nr. 4.)

c) Das Revis. Rolleg. für L. K. S. und bas Db. Trib. haben (in ben Erf. v. 10. Dec. 1852 und v. 15. Dec. 1853) auf Grund des S. 1. der B. v. 21. Jusi 1843 ausgesprochen, daß in Auseinandersetungs Sachen die Rechtsmittel nicht durch Anmeldung bei der in der Sache beauftragten Spezial-Rommission gewahrt werden, sondern das hierzu die Einlegung bei der die Auseinanders. sehung leiten den Behörde erforderlich sei. (Entsch. des Ob. Trib. Bd. 26. S. 355-358.)

¹⁾ Das C. R. bes Min. bes J. für Gew. Ang. v. 10. Dec. 1834 und bas baburch mitgetheilte Schreiben des Just. Min. v. 22. Nov. 1834 (v. R. Ann. Bb. 19. S. 71. Nr. 63.) erläutern — was sich ganz von selbst versteht — baß die Bestimmung des S. 22. der B. v. 14. Dec. 1833 auf alle Fälle alls gemein anwendbar sei, in welchen der Rechtsweg und die Appellation in den zum Ressort der Auseinandersetungs-Behörden gehörigen Sachen zulässig ist.

¹⁸³⁹ antiquirt.
4) a) Das Just. Min. hat in den R. v. 28. Sept. 1843 und v. 23. Rov. 1844 (Just. Min. Bl. 1843. S. 240 und 1844. S. 254) ausgesprochen, daß wenn die Anmeldung des Rechtmittels bei einer in dieser Beziehung inkompetenten Behörde erfolge, diese letztere verbunden sei, die Anmeldung sofort an die kompetente Bestorbe abzugeben.

3um §. 177.

(Reftitution).

Der S. 22. der W. v. 14. Dec. 1833 hat die in den SS. 34. u. 35. A. G. D. I. 14. gegen Versäumung der Frist zur Einlegung der Rechts-mittel nachgelassene Restitution aufgehoben, und der Art. 13. der Dekl. v. 6. April 1839 dasselbe rücksichtlich des landesherrlichen Fiskus, der privilegirten Korporationen, Land- und Stadtgemeinden, unter Vormundschaft stehenden Personen, und derjenigen, welchen die Rechte der Minorennen zustehen, angeordnet.

3u SS. 178—184.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §S. 45—60., 63., B. v. 22. Mov. 1844. §S. 6. u. 15., Ansführ. Gef. v. 7. Juni 1821. §S. 19., 22., 23.]

(Bolle Wirkung ber Appellation).

Bur Erläuterung der §§. 178 — 184. der W. v. 20. Juni 1817 und der damit in Werbindung stehenden §§. 45—60. u. 63. der W. v. 30. Juni 1834, sowie die der §§. 6. u. 15. der W. v. 22. Nov. 1844, und das gegenwärtig über die Wirkungen der Rechtsmittel bestehenden Rechts-

guftanbes, ift Bolgenbes zu bemerten:

1) Nach S. 178. der B. v. 20. Juni 1817 fand wegen streitiger Theilnehmungsrechte, — welche dort näher bezeichnet sind, — die Appelslation der Regel nach mit voller (suspensiver) Wirkung statt; (vergl. A. G. D. I. 14. SS. 5., 6.); ferner die Appellation mit gleicher Wirskung darüber: ob die Entschädigung in Land oder Kornrente amwendbar ist; (S. 179. der B. v. 20. Juni 1817); des gleichen in allen Fällen, wenn über die von der Auseinandersetzungs-Behörde in Kapital oder Rente festgesetzen Entschädigungen gestritten wird, sowohl wegen der Verpslichtung,

wie wegen ber Sohe berfelben. (S. 180. a. a. D.)

2) Anger diesen Fällen hatte die wegen der Ausgleichung der Theilnehmungerechte von der Gen.-Rom. getroffene Entscheidung die im Art. 109. der Dekl. v. 29. Mai 1816 bestimmte Volge, daß namlich der Appellation ungeachtet mit ber Ausführung verfahren werden muß, und bas Erkenninis bes Revisions-Kollegii nur auf anderweitige Entschädigung bes Appellanten gerichtet werben kann. (S. 181. ber B. v. 20. Juni 1817). — Demgemäß konnten die Appellationsbeschwerten gegen Entschei-Dungen über den Auseinandersetzungsplan und über andere in Maturalobjekten bestimmte Ausgleichungspunkte und Vorbehalte bes Plans nach SS. 132., 182. ff. a. a. D. niemals auf Abanderung des Plans, sondern nur auf anderweite Entschädigung in Rapital ober Rente gerichtet werden. Es war jedoch ben Partheien nach SS. 134. 204. a. a. D. auch nach Feststellung bes Plans ber Rachweis gestattet, bag und wie wegen vorbehaltener, unerledigter Punfte, anstatt Rente ober Rapital, noch eine Diatural = Abfindung, ohne Berruttung bes Plans und ohne überwiegenden Nachtheil für die ausgeführten Berhaltniffe, zu gewähren sei. war nach S. 189. a. a. D. ber Appellationsrichter verpflichtet, über gang neue, mit anderen bisher schon ftreltigen in Verbindung ftebende oder bon folden abhangige Puntte, besgleichen über ben Schabensbetrag, wenn barüber in erster Instanz auch nicht eventuell entschieden war, in appellatorio gleich mit zu erkennen. (§§. 53., 54. A. G. D. I. 41.).

a) Die zu 1. erwähnten Bestimmungen ber B. v. 20. Juni 1817

Aub nur in fo weit abgeanbert worden, ale burch ben §. 46. Dr. 3. ber B. v. 30. Juni 1834 die Entscheldung über bie Alternative:

ob bem Berechtigten ble Entschädigung in Land ober ob ibm folde

in Kapital ober in Naturalreute zu gewähren sei? in ben Weg des Refurses an bas Min., mit Ausbebung bes §. 179. ber B. v. 20. Juni 1817, verwiesen wurde. — Nur ter Inftanzenzug, nicht aber die Suspensivfrast bes Rechtsmittels, ist abzeändert worden. (Bergl. §§. 45., 63. ber B. v. 30. Juni 1834). — Nach §§. 14. und 15. der B. v. 22. Nov. 1844 ist aber wiederum in die Stelle bes nicht mehr stattsindenden Resurses an das Min., nach Maaßgabe des Gegenstandes der Beschwerte, die Appellation oder der Rekurs an das Mevistons-Rollegium allgemein eingesetzt worden. Nach den zu I. angeführten bessouderen und allgemeinen Gesehen halt jedoch die Appellation hinsichtlich der dort erwähnten Gegenstände die Bollstredung des ergangenen Utstels auf.

b) Was bagegen die oben unter 2. gebachten Borschriften anbetrifft, so erweiterte ber §. 19. bes Ausschhr. Ges. v. 7. Juni 182t den im §. 173. der B. v. 20. Juni 1817 nachgelassenen Refurs an das Min., namentlich unter Mr. 4. gegen Entscheidungen über den Ausseinandersehungsplan in wirthschaftlichen Beziehungen, ohne jedoch über die Wirfung der Ainlegung des Rechtsmittels zu bestimmen ober die Worschist des §. 181. der B. v. 20. Juni 1817 wegen Ausschwerung der Ersten Entscheidung erster Instanz auszuheben, weungleich die Abanderung der ersten Entscheidung verlangt und durch das Min. in der Restucknistanz getroffen werden konnte. — In diesem Kalle sollte ersorderslichenfalls über die Ausgleichung der Partheien anderweitig verhandelt und wiederum in erster Instanz durch die Gen. Kom. entschieden werden. — Die Borschriften der §§. 178. bis 184. der B. v. 20. Juni 1817 wegen der Wirtung der Appellationen sollten auch auf Streitigkeiten Anwendung finden, die dei Gemeinheitsthellungen und Ablösungen entstehen. (§§. 22., 23. des Ges. v. 7. Juni 1821).

Spaterbin wurben in ben \$5. 45. bis 47. ber B. v. 80. Juni 1884 nabere Bestimmungen aber bie Bulaffigfelt ber Appellation und bee Refurfes an bas Min., unter Abanterung ber §§. 173., 174., 178. - 183, ber B. v. 20. Juni 1817 getroffen, woburch bie Befchwerben gegen Enifcheibungen über bie febem Intereffenten far feine Theilnehmungerechte guftanbige Abfindung jur Retureinftang verwiefen wurden, mit Ausnahme berjenigen über eine Abfindung in Rapis tal ober Belbrente, welche fich ferner jur Appellation eigneten. - Dach 55. 48. bis 50, ber B. v. 80. Juni 1884 fonnten bie Befdmerten wegen ungulanglicher Abfindung bebufs anberweltiger Entschärigung in Rapital ober Rente weiter verfolgt werben, fowohl wenn bie Bartheien von bem an bas Din. ju richtenben Refurfe megen bes Landtheilungsplans ober anterer Befdwertepunfte nicht Gebrauch machen wollten, wenn im Returewege über bie Lantabfindung ober andere ju 1 geborige Begenftanbe rechtefraftig entschieden mar. - Die Berfol Entichadigungeanfprache in Rapital ober Mente fonnte nach ber & Befcmerbeführers im Wege ber Appellation ober in einem gur ei Bang gurudgebenben Separatverfahren gefcheben. Burbe bas Re ber Appellation gewählt, fo blieb boch bem Ermeffen bes Reviftor glums bie Burudmelfung in bie erfte Inftang porbehalten.

Die enigegenstebenden Borfchriften ber §. 173., 181., 184., D. v. 20. Juni 1817 murten zwar im S. 48. ber B. v. 30. 31 aufgehoben, über bie fuspenfive ober blog devolutive Birtung

legung der nach §§. 45. bis 50. der B. v. 30. Juni 1834 zugelassenen Rechtsmittel ist hierin jedoch nicht bestimmt worden. — Nur zu dem §. 203. der B. v. 20. Juni 1817, — welcher von der Realistrung der Auseinandersetzung vor der Bestätigung des Rezesses handelt und gegen die, bei obwaltender Meinungsverschiedenheit der Interessenten darüber erzgehende Entscheidung der Gen. – Kom. nur den Refurs an das Minzuläst, — erging im §. 63. der B. v. 30. Juni 1834 die Bestimmung, daß in dringenden Fällen die Gen. Kom. mit der Ueberweisung und Aussührung des Auseinandersetzungsplans, ungeachtet des gegen ihre Entscheidung noch stattsindenden Refurses vorgehen könne.

Diese, die oben zu 2. erwähnten Bestimmungen ber §§. 181. ff. der B. v. 20. Juni 1817. wegen Aussührung der ersten Entscheidung über die Ausgleichung der Theilnehmungsrechte beschränkende und eine Suspensto-kraft des Rechtsmittels des Refurses voraussezende Vorschrift (§. 63. der B. v. 30. Juni 1834), ist indeß durch den §. 6. der B. v. 22. Nov. 1844 wieder aufgehoben worden. Wit Abanderung der Bestimmungen des §. 203. der B. v. 20. Juni 1817 sind die Gen.-Kom. und Spruchkollegien unter näher bestimmten Waaßgaben für befugt erklärt worden, indem sie auf die Aussührung eines Gegenstandes der Auseinandersezung erkennen, dabei zugleich sestzusesen, daß diese Aussührung, ungeachtet des gegen das Erkenntniß etwa einzuwendenden Rechtsmittels, stattsinde.

Der S. 6. der B. v. 22. Nov. 1844 bestimmt jedoch nicht eigentlich über die Rechtsmittel und deren Wirfung, vielmehr über einen andern Gegenstand (S. 203. der B. v. 20. Juni 1817 und S. 63. der B. v. 30. Juni 1834), nämlich über den Zeitpunkt der Ausssührung der früher zur Rekursinstanz verwiesenen Gegenstände der Aussleichung der Interessenten. Nach S. 14. der B. v. 22. Nov. 1844 würde auch gegen die Vestsehung erster Instanz: daß die Ausssührung, ungeachtet des gegen das Erkenntniß etwa einzuwendenden Rechtsmittels, statissinden solle, die Appellation, und zwar in der Regel mit suspendirender Krast, Platz greisen. (Bergl. SS. 5., 6. A. G. D. I. 14.). Es muß indeß nach dem Inhalte des S. 6. der B. v. 22. Nov. 1844 und nach den Vorverhandlungen zu dieser B. angenommen werden, daß eben die Suspenstvärast dieses Rechts-mittels bei Gesahr im Verzuge hat ausgeschlossen werden sollen.

In den Vorverhandlungen zur V. v. 22. Nov. 1844 sind diese Bestimmungen des S. 6. derselben, mit Bezugnahme auf S. 203. der V. v. 20. Juni 1817, S. 63. der V. v. 30. Juni 1834 und S. 6. Nr. 2. und S. 8. A. G. O. I. 14., dahin beantwortet worden:

einerseits ben Spruchbehörden erster Instanz umfassendere Besugnisse in Beziehung auf die Aussührung des erken Ersenninisses während der Dauer des Appellationsversahrens anzuvertrauen, wenn aus der Berzögerung für die Appellaten ein erheblicher und überwiegender Nachtheil hervorgehen würde und den Appellanten Entschäbigung gewährt werden kann; andererseits, daß die rechtliche Möglichs seit einer schnellen, mitunter augenblicklichen Aussührung der Bestimmungen der ersten Entscheidung zur Vorbereitung des Ueberganges in das neue Verhältnis ganz nothwendig, zur Abwendung eines Ruins der Wirthschaft oft ganz unentsdehrlich, die ganze oder theilweise Ueberweisung und Anssührung des Auseinanderssehlans, zumal dei weitsäusiger und verzögerter Instruktion und Entscheidung des Appellatorii, ohne die überwiegendsten wirthschaftlichen Nachtheile der einen oder der andern Parthei häusig nicht verschoben werden darf.

Hieraus ergiebt sich, daß die Bestimmung des g. 181. der B. v. 20. Juni 1817, wornach in der Regel die wegen der Ausgleichung der Theilnehmungsrechte getroffene Entscheidung die Folge hat, daß, der Appellation ungeachtet, mit der Aussührung versahren wer-

ben muß, — zwar nicht durchaus aufrecht erhalten, jedoch durch den S. 6. der B. v. 22. Nov. 1844 unter den darin aufgestellten Maaßgaben dergestalt erneuert worden ist, daß mit der Aussührung der Entscheidungen über Gegenstände der Ausgleichung der Interessenten, der etwa zulässigen

Appellation ungeachtet, vorgegangen werden fann.

c) Die Vorschriften des S. 15. der B. v. 22. Nov. 1844 schließen sich denjenigen über die Wirkungen der Rechtsmittel an, worüber sie weiter mit Aufhebung ber oben unter 2. gedachten SS. 48. bis 50. ber B. v. 30. Juni 1834, ben Inftangenzug und bas Verfahren vereinfachend bestimmt haben. Die nach jenen aufgehobenen Borfdriften bestandene Bervielfältigung ber Rechtsmittel ift beseitigt worden. — Wenn nun in dem Stadium der Auseinandersetzung, in welchem es fich um Ausgleichung ber Intereffen und um Beststellung bes Auseinandersetzungsplans handelt, die geborige Auffaffung aller wirthschaftlichen und rechtlichen Umftande in ihrem Bufammenhange und in ihrem Berbaltniffe zum letten 3med bes Berfahrens, die grundliche Untersuchung der Beschwerden und die vollständige und angemeffene Entschädigung aller Theilnehmer bie Bauptaufgabe in allen Inftangen ift, es mag die Entschädigung in einem Naturalobiefte ober in Rapital oder Rente verlangt worden fein, wenn dabei nach der jedesmaligen Lage des Geschäfts zu beurtheilen ift, in welcher Art die Enischadigung für nachgewiesene Berlegungen gewährt werden fann, bies fich indeß öfters erft bei und während der neuen kommiffarischen Untersuchung in zweiter Inftang ergiebt, so war es nothwendig, ben Partheien auch noch während ber Inftruftion bes Appellatorii ober resp. bes Refurses bei Bagatellobieften gu geftatten, alternativ ober eventuell ihre Beschwerben und Antrage entweder auf Abanderung ber Landtheilungsplane und anderer Festfetungen von Naturalobjekten oder auf Entschädigung in Rapital oder in Rente zu richten, desgleichen biefe verschiedenen Antrage Behufs zwedmäßiger Abfindung ju verbinden und während der Instruction bes Rechtsmittels nachzubringen. — Die im S. 15. der B. v. 22. Nov. 1844 enthaltenen Borschriften haben daber neben ber Bereinfachung des Berfahrens die Befugniffe ber Partheien in Stellung und Anbringung ihrer Antrage erweitert.

Aus denselben Gründen und Behufs der Erreichung des letten Endswecks der Auseinandersetzungen, nämlich der Beförderung der Landkultur, ist aber auch dem, gleichfalls mit Wahrnehmung der landespolizeilichen und staatswirthschaftlichen Interessen beauftragten Revisions-Rollegium die Besugniß ertheilt worden (§§. 11. n. 15. a. a. D.), gleich den Spruch-behörden erster Instanz, Verabredungen, die jenen Interessen zuwiderlausen, selbst gegen die Anträge der Partheien und durch Entscheidung zu verwersen, dagegen auf anderweite Ausgleichung und zwar nach seinem Ermessen, dagegen auf anderweite Ausgleichung und zwar nach seinem Ermessen, dagegen auf anderweite Ausgleichung und zwar nach seinem Ermessen, dagegen ist. Nicht minder ist endlich die in den V. v. 20. Juni 1817, und 30. Juni 1834 begründete Besugniß des Richters, Nebenpunkte, sei es, daß dieselben Theilnehmungsrechte, oder Entschädigungs-ansprüche beiressen, ausnahmsweise ad separatum zu verweisen, ausdrücks

lich dem Revisions = Rollegio übertragen worden.

d) Der Refurs an das Revis. - Kollegium halt die Vollstreckung des ergangenen ersten Erkenntnisses in der Regel nicht auf. — Vergl. die R. D. v. 8. Aug. 1832, Nr. 3. b. (G. S. 1832. S. 199), auf welche in der Dekl. v. 6. April 1839, Art. 1. Nr. 2. (G. S. 1839. S. 126) und in den SS. 14., 15. der B. v. 22. Nov. 1844 mittelbar hinge-wiesen ist.

Zum S. 185.

[Bergl. B. v. 22. Pov. 1844. S. 18.]

(Instruktion der Appellation).

1) Der S. 185. ist durch ben S. 18. ber B. v. 22. Nov. 1844 abgeandert, wonach bie Instruktion zweiter Inftanz auch einem Spezial-Rom=

miffarius, ber nicht Justizbedienter ift, aufgetragen werden kann.

2) Die Ernennung eines anderen Spezial = Rommiffarius, als welcher die Instruktion erster Inftang geführt bat, gur Instruktion zweiter Inftang ift nicht nothwendig, da ber S. 185. ber B. v. 20. Juni 1817 einen folden Wechsel in der Person nicht vorgeschrieben hat. Sie ift jedoch nicht unzulässig, wenn sie nach ben Umftanben zweckmäßig erscheint. 1)

Jum §. 186.

(Berfahren in Appellatorio).

1) Der S. 186. ist modificirt worden. Es bestimmt nämlich ter S. 11. ter 2. v. 5. Mai 1838 2), daß wenn mit ber Anmeldung bes Rechtsmittels ber Appellation nicht zugleich bie Rechtfertigung beffelben erfolgt, der Appellant ohne Unterschied ber Falle, ob er neue Thatsachen oder Beweismittel anzuführen hat oder nicht, zu einem Termine vorgeladen werden foll, um bie Rechtfertigung ter Appellation zu erklären, ober bie Rechtfertigungeschrift (Appellationsbericht) zu überreichen. Die Vorladung erfolgt unter ber Bermarnung, bag wenn ber Appellant nicht erscheinen follte, angenommen werden wurde, er wolle sich lediglich auf die Verhandlungen erfter Inftang berufen. 2)

2) Bergl. in Bb. I. S. 561 ff.

Die Berwarnung muß jest nach Borschrift bes S. 11. ber B. v. 5. Mai 1838 gefaßt werben; bagegen muß bie Beauftragung eines Rommiffarins gur Bers nehmung ber Parthei auch jest in ber Regel erfolgen, ba biefelbe felten am Orte bes Siges ber Auseinandersegunge-Behörde anwesend ober burch einen Rechtsanwalt vertreten ift. (Bergl. auch bie Erlaut. jum S. 185. ber B. v. 20. Juni 1617.)

Bu bemerken ift noch, bag bas oben erwähnte R. v. 10. Juni 1834 anch ausgesprochen hat, bag bie von einem Litisfonsorten angemelbete Appellation ben übrigen Litiefonforten befannt ju machen fei, damit ihnen baburch nicht nur Gelegens heit zu ber Erflarung, ob fie ihrerfeits ber Appellation beitreten wollen, fonbern auch Renntnig bavon gegeben werbe, bag wenigstene theilweise bie Rechtefraft bes

¹⁾ Dies Lettere hatte bas Min. bes J. in bem R. v. 4. Febr. 1836 (Roch's Agrarges. 3te Aufl. S. 258) in Bezug auf bie Instrnktion ber fruher zur Res furein fang gewiesenen Beschwerben ausgesprochen.

³⁾ Das R. der Min. des J. und der F. v. 10. Juni 1884 (Koch's Agraes ges., 3te Anfl. S. 257) hatte in bieser Beziehung Anweisung eriheilt, welche bas hin ging, bag wenn eine Barthei ihre Ungufriedenheit mit bem Erf. erfter Juft. gu erfennen giebt, ohne ihre Beschwerben bestimmt anzugeben, ober fich zu erflaren, ob fie neue Thatsachen ober neue Beweismittel anführen wolle, die Gen. Rom. in Gemagheit bee S. 28. A. G. D. I. 14. einem in ber Rahe ber Bar= theien wohnenben Spezial = Rommiffarius ober richterlichen Beamten bie nabere Bernehmung ber Beschwerbe führenben Barthei über bas Urtel erfter Inft., ob fie wirklich appelliren wolle, ober ob fie neue Thatsachen ober Beweismittel anzufahren habe, auftragen muffe, und bag biefer Kommiffartus verbunden fet, die Beschwerbe führende Parthei unter ber Bermarnung vorzuladen, bag bei ihrem Aus bleiben angenommen werben folle, fie wolle zwar gegen ben gangen fie beschwes renden Inhalt bes erften Erf. appelliren, habe aber feine Thatsachen ober Beweismittel anzuführen.

Die Borladung des Appellaten zur Beantwortung der Appellations-Rechtfertigung und dessen Bernehmung darüber betressend, so ist das
Win. für landwirthsch. Ang. in dem R. v. 18. Mai 1850 der in der
Berfügung des Revis. Rolleg. für L. R. S. v. 1. März 1850 1)
(Beitschr. des Revis. Rolleg. Bb. 3. S. 31 — 34) entwickelten Ansicht beigetresten, daß die bloße Aufforderung des Appellaten zur Einreichung einer schristlichen Gegenerklärung nicht genüge, sondern der mit keinem Rechtsbeistande versehene Appellat zur Beantwortung der Appellationsrechtsertigung stets, auch wenn dieselbe keine Nova enthält, vor einen Kommissarius vorsgeladen werden muß.

2) Bergl. in Beireff ber Vorlegung einer Darlegung bes Sachverhalt-

niffes in zweiter Instanz, ben S. 20. der B. v. 22. Rov. 1844.

Bu §f. 187. und 188.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1884. §S. 54. u. 55., B. v. 22. Nov. 1844. S. 19.].

(Buziehung eines andern Dekonomie=Rommissarius und neuer Taxanten).

1) Der S. 19. der B. v. 22. Nov. 1844 überläßt es lediglich der Beurtheilung der Auseinandersetzungs Behörde und des Revisions Rollegiums, ob die im S. 187. der B. v. 20. Juni 1817 vorgeschriebene Konfrontation der beiden Dekonomie - Kommissarien nothwendig sei oder nicht.

2) Ueber die Ernennung eines anderen Kommissarius zur Instruktion zweiten Instanz, veral. Aus. 2. zum C. 185, der W. v. 20. Juni 1817.

- ber zweiten Instanz, vergl. Zus. 2. zum S. 185. der W. v. 20. Juni 1817.
 3) Die W. v. 30. Juni 1834 bestimmt in den SS. 54. und 55. zu den SS. 187. und 188. der W. v. 20. Juni 1817:
 - a) daß wegen der bereits in erster Instanz durch schiedsrichterliche Entsscheidung festgestellten Punkte eine weitere Erörterung durch andere Sachsverständige in der Appellations:Instanz nicht zulässig sein foll (§. 54.), und
 - b) daß wenn in zweiter Instanz eine nachträgliche Instruktion über ökonos mische Punkte veranlaßt wird, die Auseinandersehungs Behörden die an das Revis. Rollegium einzusendenden Berhandlungen mit ihrem Intachten darüber zu begleiten haben, und daß es dem Revis. Rolleg. freisteht, über technische Fragen die nähere Erläuterung der Auseinandersehungsbehörde einzuholen. (§. 55.)

3u S. 189.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 48. u. B. v. 22. Rov. 1844 SS. 15. 16. n. 20.]

(Bon neuen in zweiter Inftang vorfommenben Buntten.)

1) Die Vorschriften des S. 189. sind abgeandert worden durch die SS. 48 — 50. der V. v. 30. Juni 1834, und demnächst mit diesen durch die SS. 15. und 16. der V. v. 22. Nov. 1844.

2) Ueber das Erforderniß der Anfertigung und Vorlegung einer Dar-

Ert. noch suspendirt bleibe. Dagegen seien diejenigen Litiskonforten, welche nach jener Bekanntmachung ber Appellation nicht ausdrücklich beigetreten find, auch bei der ferneren Instruktion der Sache nicht zuzuziehen.

Indes scheint diese Ansicht der Min. mehr auf Rühlschkeitsgründen, als auf den gesetzlichen Vorschriften zu beruhen, da eine solche Benachrichtigung der Litiskonsorten nirgends vorgeschrieben ist, sondern lediglich die Insinuation des Urtels an dieselben. (Vergl. S. 3. Litt. a. der B. r. 3. Mai 1836.)

1) Bergl. in Bd. I. S. 582—584.

380 Won den Ablos. der Reallasten, d. Regulirungen u. Gem. Theilungen.

stellung des Sachverhältnisses Seitens des Kommissarius zweiter Instanz, vergl. S. 20. der W. v. 22. Nov. 1844.

3am S. 190.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834 S. 51. u. B. v. 22. Nov. 1844 S. 21.]

(Dritte Inftang.)

I. Der Art. 110. ber Dekl. v. 29. Mai 1816 und ber S. 190. ber B. v. 20. Juni 1817 gestatteten gegen die Erkenntnisse der Revistons-Kol-legien keine weitere Berufung. Dies wurde aufgehoben durch die B. v. 29. Nov. 1819¹) (G. S. 1819. S. 251), wonach gegen die Erkenntnisse der Revisions = Kollegien in allen im S. 178. der B. v. 20. Juni 1817 aufgeführten Fällen die Berufung auf eine dritte Instanz zulässig sein sollte, wenn der Gegenstand der Beschwerde 200 Ahlr. oder mehr betrug. In den Fällen der SS. 179. und 180. der B. v. 20. Juni 1817, — nämlich: a) darüber, ob die Entschädigung in Land oder Kornrente anwendbar, und b) wenn über die von der Gen.-Kom. in Kapital oder Rente sestigesetzten Entschädigungen gestritten wird, sowohl wegen der Verpstichtung dazu, als wegen der Höhe derselben, — sand also zwar die Appellation, aber nicht die Revision statt. (Bergl. S. 24. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821.)

Die B. v. 29. Nov. 1819 übertrug die dritte Instanz für sammtliche Landestheile, auf welche bas Et. 14. v. Sept. 1811 und bessen Dekl. v. 29. Mai 1816 Anwendung fanden, dem Ob.=Tribunal. Dies geschah demnächst auch für diesenigen Landestheile, für welche die drei Gesetz v. 21. April 1825 erlassen worden, laut SS. 122., 98. und 95. derselben, dund durch die K. O. v. 22. Juni 1829 (G. S. 1829. S. 51), indem durch dieselbe die Entscheidung aller Prozesse über die Rechtsverhältnisse des ländlichen Grundbestzes, welche nach jenen Gesetzen zu entscheiden sind, sie mögen bei den Gen.-Kommissionen oder vor den Gerichten anhängig

fein, in dritter Inftang bem Ober-Trib. übertragen wurde.

Die B. v. 14. Dec. 1833 (G. S. 1833. S. 302) gewährte bemnächst zweierlei Rechtsmittel, namlich: a) die bisherige Revision für die Fälle, in welchen die beiden ersten Urtel verschiedenen Inhalts waren, und wenn zugleich der dieser Berschiedenheit unterliegende Gegenstand der Beschwerde über 500 Thaler beträgt oder in Gelde nicht abzuschäßen ist; b) die Nichtigkeitsbeschwerde wegen Verlezung eines klaren Gesetzes oder einer wesentlichen Prozestvorschrift durch Erkenntnisse erster oder zweister Instanz, gegen welche die Gesetze kein ordentliches Rechtsmittel zulassen.

Diese B. ist auf die gutsherrlich = bauerlichen Regulirungen, Gemeinsheitstheilungen und Ablösungen turch die R. D. v. 15. Marz 1834 *) (G. S. 1834. S. 61) §. 1. in sofern für anwendbar erklärt worden, als die Entscheidungen in Streitigkeiten über Theilnehmungs rechte und deren Umfang oder überhaupt wegen solcher Rechts-verhältnisse erfolgen, welche ohne Rücksicht auf die Geset wegen Regulirung der gutsherrlich bänerlichen Verhältnisse, auf die Gem. Th. und Ablös. D. und auf die hiernach zu bewirkenden Auseinandersetzungen Gegenstand eines Prozesses hätten werden können und alsbann zum ordentlichen Rechts-weg gehört hätten. *)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 584.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 294-296.

³⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 585.

⁴⁾ In Betreff ber Ausschließung ber britten Infanz in Streitigkeiten über

Es find dahin, insbesondere in Beziehung auf die Megulirung der gutsherrlich-bauerl. Berhaltniffe, die im §. 178. der B. v. 20. Juni 1817 unter Rr. 1. bis 3., 5. bis 9. einschließlich bezeichneten Gegenstände, so wie die Entscheidungen über die Pertinenzien der Höfe, über die Granzen derselben und über den Umfang der zuvor bestandenen gegenseistigen Leistungen der Gutsherren und bäuerlichen Wirthe gestechnet.

Hierburch sind die im S. 1. der B. v. 29. Nov. 1819 hinsichtlich der Bulässigkeit des Rechtsmittels der Revision in Bezug genommenen Bestimmungen des S. 178., insbesondere Nr. 4. und 10., der B. v. 20. Juni

1817 beschränft worden.

In den §§. 2. u. 3. der K. D. v. 15. März 1834 wurden mehrere Vorschriften der B. v. 14. Dec. 1833 §. 5. Nr. 10. litt. d. Nr. 4., 5., 6., 7. und 8. in Beziehung auf die Entscheidungen und Festspungen ber

Auseinandersetungs-Behörden befeitigt und naber beftimmt.

Die W. v. 30. Juni 1834 SS. 1. und 51. 1) (G. S. 1834. S. 96) bestimmte hiernächst, daß es in allen vor den Auseinandersetzungs Behörben anhängigen Angelegenheiten bei den Borschriften der R. D. v. 15. März 1884 darüber, in welchen Fällen und mit welchen Maaßgaben die W. v. 15. Dec. 1833 Anwendung sindet, sein Bewenden behalte.

Ferner soll es zufolge des S. 21. der B. v. 22. Nov. 18442) (S. S. 1845. S. 16) bei den Bestimmungen der B. v. 15. März 1834 hin-sichtlich des Umfanges, in welchem die Vorschriften über die Rechtsmittel der Revision und der Nichtigkeitsbeschwerde auf Auseinandersetzungssachen

Anwendung finden, verbleiben.

Dit Bezug bierauf ift zu bemerten .

1) Beschwerden gegen Entscheidungen über landespolizeiliche und solche Gegenstände, die nach allgemeinen Vorschriften zum Wirkungskreise der verwaltenden Behörden gehören, oder gegen Erkenntnisse wegen der Ausgleischung ber Theilnehmungsrechte, sind weder zum Rechtsmittel der Reviston, noch der Nichtigkeitsbeschwerde geeignet. Dahin gehören insbesondere:

a) die im S. 43. der B. v. 20. Juni 1817 benannten Gegenstände;

b) wenn die Beschwerde die Zulassung oder Zurückweisung nachgesuchter Ablösungen, Gemeinheitstheilungen, der Ausweisung des hutfreien Drittels, einzelner Auszüge aus der Gemeinheit und anderer, auf die nahere Bestimmung und Einschränkung der bestehenden Gemeinheiten abzweckenden Einrichtungen und die Statthaftigkeit der Subhastation des zu
theilenden Gegenstandes betrifft;

c) wenn barüber gestritten wird, ob bei Forsten die Entschädigung

ber Dienstbarkeitsberechtigten in Land zu geben fei;

d) wenn über die Unvollständigkeit und Unzweckmäßigkeit der Auseinandersetzungen und Regulirungen in wirthschaftlichen Beziehungen, insbesondere bezüglich auf einen Abbau, auf ganze Planlagen und deren Unterabtheilung, vorzubehaltende Wege und Triften, Viehtränken, Lehm-,
Sand- und Mergelgruben, Kalk- und andere Steinbrüche, Bewässerungsund Entwässerungs-Anstalten, Beschwerde geführt wird; so wie

e) wegen der Unzweckmäßigkeit der neuen Granzzüge;

die Natur der Mühlenabgaben, vergl. g. 3. des Mühlen-Ablöf. Gef. v. 11. Marz 1850 (f. in Bb. I. S. 240 u. die Erläut. dazu in Bb. II. Abthl. I. S. 812 ff.).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 437 ff.

²⁾ Chendas. S. 456.

f) über Maturalabsindungen, insbesondere auch über die Aternative: vb die Entschädigung in Land ober Kornrente anwendbar ift; desgleichen

g) alle Fälle, in welchen über die in Kapital ober Rente festgesetzen Entschädigungen gestritten wird, sowohl wegen der Berpsichtung dazu, als wegen der Höhe derselben. (Bergl. §\$. 173., 179. bis 181. der B. v. 20. Juni 1817, §\$. 19., 21. des Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821, §\$. 45. F. der B. v. 30. Juni 1834 mit §. 1. der B. v. 29. Nov. 1819 und §. 1. der R. D. v. 15. März 1834.)

2) Es ist zweiselhaft gefunden: ob in Streitigkeiten über die Regulirungsfähigkeit bauerlicher Stellen die Rechtsmittel der Revision, be-

ziehungsweise der Nichtigkeitsbeschwerde zulässig find?

Donniges hat dies verneint, indem er ausführt:

Die Frage hatte ohne Rucksicht auf die Gesetze wegen Regulirung der guteherrlich : bauerlichen Berhaltniffe nicht Gegenstand eines Prozesses werden konnen and gehört daher nach S. 1. ber R. D. v. 15. Marg 1834 nicht zu ben Gegens ftanben, wegen welcher bas Rechtsmittel ber Revision resp. ber Nichtigkeitebes schwerbe zugelaffen ift. Der im S. 1. a. a. D. beispieleweise in Bezug genoms menen Bestimmung bes §. 178. Rr. 1. ber B. v. 20. Juni 1817 barf, zufolge ber im §. 1. ber R. D. v. 15. Marz 1834 aufgestellten allgemeinen Regel teine ausbehnende Erklarung gegeben werben. Danach aber fallen Beschwerben barüber: ob Provofationen auf Regulirung ber gutsherrlichsbauerlichen Berhaltniffe und auf die damit verbundenen Gemeinheitstheilungen gulaffig find, nicht in die Rathegorie solcher Streitigkeiten, welche ohne Berücksichtigung (Dazwischenkunft) ber gedachten Gesete Gegenftand eines Prozesses hatten werden fonnen und bann jum ordentlichen Rechtswege gehört hatten; mithin ift darüber die Renisson und Richtigkeitebeschwerbe nicht julassig. Dergl. Streitigkeiten unterliegen vielmehr ber Bestimmung bes S. 19. Nr. 2., S. 21. bes Ausfahr. Gef. v. 7. Juni 1821 und bes S. 45. ber B. v. 30. Juni 1834, wonach gegen bie erfte Entscheibung nur ber Refurs an das Min. des I., aber kein weiteres Rechtsmittel julaffig war, fest aber nur die Appellation ober der Refurs an das Revis. Kolleg. zuläsfig ift.

Diesen Ansichten kann indeß nicht beigetreten, vielmehr muß die Frage bejahet werden. Der S. 1. der R. O. v. 15. März 1834 gestattet unsbedingt die Rechtsmittel der Revision resp. der Nichtigkeitsbeschwerde wegen aller Streitigkeiten über Theilnehmungrechte und deren Umfang und verweist noch speziell auf den S. 178. Nr. 1. der B. v. 20. Juni 1817 (betr. die Streitigkeiten über die Regulirungsfähigkeit); die Brage der Regulirungsfähigkeit ist aber recht eigentlich eine Frage über das Theilnehmungsrecht (an der Regulirung).

Auch hat bas Db. Trib. seine Kompetenz in dieser Beziehung nie-

mals in Bweifel gezogen.

3) In Streitigkeiten über die Sobe der Rente findet keine britte

Inftanz flatt.

Angenommen von dem Ob. Trib. in tem (nicht veröffentlichten) Erk. v. 12. Dec. 1832, mit Rückscht auf S. 1. der W. v. 29. Nov. 1819, verglichen mit SS. 178. u. 180. der V. v. 20. Juni 1817, und zwar auch für den Fall, wenn die Festsetzung der Rente von der Gültigkeit eines Anerkenntnisses abhängig ist, welches angesochten wird. (Donniges Land. Kult. Ges. 28. 3. S. 485.)

Derselben Ansicht ist das Min. des J. in dem R. v. 10. Marz 1837 1) (v. K. Unn. Bb. 21. S. 68) und es ist dieselbe um so mehr für richtig zu erachten, als in der K. O. v. 15. Marz 1834 die Bestimmung der Nr. 4. des S. 178. der W. v. 20. Juni 1817 wegelassen worden ist.

4) Das Db. Trib. hat (in nicht veröffentlichten Entscheidungen) in folgenden Ballen Die britte Inftanz für unzuläfsig erklart:

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 585-586.

n) aber die Streitfrage: ob' die Ablofungs-Rapitalien von den durch frühere Mezesse festgestellten und an sich unstreitigen Renten jest nach den Grundfagen bes Ablof. Gef. v. 2. Dag 1850 ober nach ben Bestimmungen der alteren Ablof. Gef., mit bem 18 fachen ober 25 fachen Betrage, abzulofen? (Erf. v. 6. Dec. 1853, Acta bee Revif. Rolleg. : Cachfen, H. Dr. 39.);

b) über die Frage: ob eine Laft für ablosbar zu erachten ober nicht?

(Erf. v. 5. Jan. 1854. Acta bes Revis. Rolleg.; Sachsen, B. Rr. 67.);

c) über die Sohe ber bem Berechtigien für die Berechtigung gebührenden Abfindung. (Ert. v. 6. Dec. 1853, Acta des Revis. Rolleg.: Sache fen, M. Mr. 30.);

d) über ten Umfang und tie Art ter Landabfindung. (Erf. v.

1. Nov. 1853, Acia bes Revis. Rolleg.: Preußen, M. Mr. 41.)

5) Dagegen hat bas Ob. Trib. (in tem nicht veröffentlichten Erk. v. 28. Mai 1853) die Bulaffigkeit der britten Instanz in Beireff ber Frage: ob der Eigenthumer eines Baldes berechtiget fei, auf Golgfira= tion anzutragen, angenommen, da diese Besugniß nicht erft burch die agrarische Gesetzgebung, sondern schon durch ben S. 235. A. L. R. I. 22. geneben worden fei. (Acta bes Revis. Rolleg.: Brantenburg, G. Rr. 50.)

6) Das (nicht veröffentlichte) R. bes Min. bes 3. v. 24. Dec. 1831 (Donniges Land. Rult. Gef. Bb. 3. S 485) hat unter hinweisung auf den Eingang tes S. 178. ber B. v. 20. Juni bestimmt, bag Streitigkeiten Aber die Bonitirung, sei es, daß biefelben einzelne dagegen erhobene Erinnerungen ober bie Borfrage betreffen, ob darauf rudfichtlich des Anerkenntnisses derselben noch eingegangen werden konne, zur Reviston nicht geeignet sind.

Das Juftigmin. hat fich, im Einverftandnig mit dem Min. bes 3., laut R. v. 16. Jan. 1832 1) (v. R. Jahrb. Bd. 39. S. 144 u. Ann. Bb. 16, S. 86) mit der Ansicht des Ob. Trib. einverstanden erklart, wornach bei Streitigkeiten über Bonitirung und Planlage auch tann, wenn hierüber Anerkenntniffe ober Vergleiche unter den Interessenten erfolgt find, niemals das Rechtsmittel ber Reviston, sondern nur ber Refurs an bas Min., resp. die Appellation (an das Revistonskollegium) stattsindet.

Diese in den Bestimmungen des S. 178. der W. v. 20. Juni 1817 und bes darauf hinweisenten S. 1. der B. v. 29. Nov. 1819 begründete Ansicht hat in ter R. D. v. 15. Marg 1834 in soweit Bestätigung gefunben, als gegen Entscheidungen über Rechtsverhaltniffe, welche die Große der Absindungen in Land, Rapital oder Rente bestimmen, das Rechtsmittel der Revision und Richtigkeitsbeschwerte nicht zulässig ift. (Bergl. auch S. 45. Mr. 1. der B. v. 30. Juni 1834.).

Der Plenarbeschluß des Db.-Trib. v. 16. Dec. 1839 (Juft. Min. AC 1840, G. 32, Enisch. Bb. 5. G. 130) hat bemnachst allgemein ausgesprochen:

Benu in einer jum Reffort ber Geu.-Rom. gehötigen Sache über bie Exifteng und Gultigfeit eines Bergleiche wegen folcher Gegenstande gestritten wird, welche nach den Borschriften des R. D. v. 15. März 1834 zur Revision, resp. Richtig= teitebefcwerbe, an fich nicht geeignet finb, ift auch in diesem Balle bas Rechtes mittel der Revisson, resp. Nichtigkeitsbeschwerbe, ausgeschloffen.

7) Es fragt sich: ob gegen ben schiederichterlichen Ausspruch in allen gesehlich dazu gehörigen Fällen die Richtigkeitsbeschwerde ausgeschlossen obet zue

1) Bergl. in Bb. L. S. 586—587.

lama ift? 2)

²⁾ Bergl. in Botreff ber Frage, ob gegen schieberichterliche Eutscheibungenbie Appellation resp. ber Reture gulaffig fei? bie Erlant. jum S. 31. b. B. p. 30. Juni 1834 ad III. sub B. zu 3. (f. unten).

ba gegen folden kein ordentliches Rechtsmittel stattsindet (§. 84. der B. v. 30. Juni 1834, §. 16. der Instr. v. 12. Okt. 1885), in dem letteren auch Nichtigkeitsgründe angegeben sind.

Donniges nimmt Erfteres an, indem er bemerft:

In Erwägung, daß alle jum ichieberichterlichen Berfahren verwiesenen Wes genftande nicht die Beuriheilung von Rechtsverhaltnissen beireffen, welche ohne Rudficht auf die Landfulturgesetze und die dadurch veranlaßten Auseinanders setzungen in den ordentlichen Prozesweg gehört hatten, daß vielmehr nur solche Streitigkeiten, welche in den Regulirunges, Ablosunges und Gemeinheitetheilunges Gefeten ihre Beranlaffung haben und einer fachverftandigen Benriheilung beburfen, burch schiederichterlichen Ausspruch erledigt werden sollen, muß die Richtigkeitebeschwerbe nach S. 1. ter R. D. v. 15. Marg 1834 in allen folden Fallen für unzulässig erachtet werben. — Dagu fommt, bag ber schieberichterliche Ausspruch nicht als ein Erkenntniß erster ober zweiter Instanz zu betrachten ist, gegen welche allein nach bem wörtlichen, nicht auszubehnenben Inhalte bes S. 4. ber B. v. 14. Dec. 1833 die Richtigkeitsbeschwerbe zugelaffen ift, ba ber schiederichterliche Auss spruch nach \$5. 14. 16. 18. und 19. ber Inftr. v. 12. Oft. 1835 gum Protofolle erklart und bekannt gemacht, hiernachft aber in bem Erkenniniffe ber kompetenten richterlichen Behörde in Anwendung gebracht wird; - ferner, das ben Bartheien war Erinnerungen gegen bas schiederichterliche Uribeil, wegen Berletung eines Rechtsgrundsages, wegen nicht vollständiger Erledigung ober Ueberschreitung bes Auftrage, wegen Uebergehung erheblicher Thatsachen und gegen perfonliche Gigens schaften ber Schiederichter gufteben, bag biefe, so wie Erinnerungen ber Auseinandersetzungsbehörden, aber burch biefelbe ober eine anderweit jusammengefeste schieberichterliche Rommission nach §S. 16. ff. ber Inftr. v. 12. Oft. 1835 erledigt werben follen; wodurch offenbar auch die Richtigkeitebeschwerbe und bas barin zu beobachtenbe Berfahren ausgeschloffen ift. —

Diesen Ansichten ist zwar an sich beizupflichten, indeß darauf hinzuweisen, daß der schiedsrichterliche Ausspruch nach §§. 6. u. 31. der B. v.
30. Juni 1834 keine selbstständige Entscheidung, sondern nur ein Beweismittel ist. In allen Sachen, in welchen Schiedsrichter (über bkonomische Gegenstände) vernommen werden, ist stets ein richterliches Desinitiv-Erkenntniß zu erlassen, bei welchem der schiedsrichterliche Ausspruch
nur zur Brundlage dient, soweit derselbe nicht etwa nach §. 16. der
Instr. v. 12. Okt. 1835 angesochten, und entweder auszuheben oder zu
ergänzen ist. Es können dann, nach Besinden der erkennenden Behörde
und nach Bewandniß der Sache, entweder neue oder dieselben Schiedsrichter vernommen, oder aber Sachverständige resp. der Kommissarius mit ihrem
Gutachten gehört werden.

8) Die Streitfrage: ob wegen der Provokation auf Supersoder Minus-Normalentschädigung (nach dem Ed. v. 14. Sept. 1811 und dessen Dekl. v. 29. Mai 1816) die britte Instanz zulässig seist ist nicht mehr von praktischem Interesse, da durch den §. 103. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 der Anspruch auf eine solche Entschäbigung, wo sie nicht bereits rechtsverbindlich feststeht, nicht mehr zulässig ist. 1)

nicht bereits rechtsverbindlich feststeht, nicht mehr zulässig ift. 1)
9) Das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 14. Nov. 18502)

2) Bergl. in Bb. I, S. 586.

¹⁾ Die Frage ist bejahet von dem Db. Trib. in dem Gutachten v. 12. Juli 1826, welches der Gen.: Kom. zu Soldin mittelst R. des Min. des J. v. 29. Aug. 1826 zur Nachachtung mitgetheilt worden (Dönniges Land. Kult. Ges. Bd. 3. S. 484); dagegen verneint in dem Praj. des II. Sen. des Db. Trib. v. 10. Mai 1839 (Praj. No. 672.), desgl. von dem Min. des J. in dem (nicht versöffentlichten) R. v. 2. Jan. 1835 (Dönniges a. a. D.), im Einverständnis mit dem Just. Min., und in dem R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth. v. 24. Aug. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840 S. 389. Ar. 685).

Berordn. v. 20. Junt 1817 wegen Organisation zc. (S. 190-195.) 385

(Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 390. Nr. 487.) spricht aus, daß es bei Beurstheilung der Frage über die Zulässigkeit der dritten Instanz nicht auf den Tenor des angegriffenen Erkenntnisses, sondern vielmehr darauf ankomme, worüber materiell erkannt worden.

II. Das Rechtsmittel ber Nichtigkeitsbeschwerde gegen Entscheisdungen in Auseinandersetzungs-Sachen, gegen welche kein ordentliches Rechtsmittel statthaft, insbesondere betreffend, so ist, wie bereits bemerkt, auch für dessen Zulässigkeit und Behandlung die V. v. 14. Dec. 1833 (G. S. 1833. S. 302) nebst deren Dekl. v. 6. April 1839 und den übrisgen dazu ergangenenen Erläut., und mit den durch die R. O. v. 15. März 1834 (G. S. 1834. S. 61) angeordneten Beschränkungen und Modistätonen maaßgebend. 2)

III. Die Einreichung der Akten zur Entscheidung über die Revisson ober Nichtigkeitsbeschwerde an das Ob. Trib. soll, nach §. 22. der B. v. 22. Nov. 1844, nicht mehr durch Vermittelung des Win., sondern un=

mittelbar Seitens ber Auseinandersetzungs-Behörden erfolgen. 2)

Vergl. den hierdurch abgeanderten S. 53. der V. v. 30. Juni 1834. IV. Ueber die Verpflichtung der Auseinandersetzungs = Behörden, bei Einsendung der Aften an das Ob. Trib. in Nichtigkeitsbeschwerdes Sachen eine Gebühren = Liquidation beizusügen, vergl. die R. des Min. des J. v. 13. April 1834*) (Roch's Agrarges., 4. Ausl. S. 416), und v. 27. Juli 1840 s) (Nin. Bl. d. i. B. 1840, S, 320, Nr. 575).

3n §§. 191—195.

(Rechtsmittel gegen Kontumazialperfahren.)

1) Bergl. die Erlaut. zu ben SS. 145-153. ber B. v. 20. Juni 1817

(f. oben 6. 337 ff.).

2) Die Restitution findet, nach S. 191. a. a. D., nur in dem Falle des S. 73. A. G. D. I. 14. (beim Nachweise unabwendbarer Begebensteiten und Zufälle, welche den Extrahenten an der Abwartung des verssäumten Termins verhindert haben) statt.

Außerdem ift mithin nicht die Restitution, sondern nur die Ap-

pellation zulässig.

Auch in dem Falle des S. 151 der V. v. 20. Juni 1817 (wenn eine Parthei ihren Bevollmächtigten mit gar keiner oder nicht zureichender Inspormation versehen hat) findet, nach S. 192. a. a. D., nicht die Restitution, sondern nur die Appellation statt.

3) Der S. 195. a. a. D. gestattete in vorkommenden Fällen die Ein-

1) Cbenbas. S. 585.

3) hierburch ist auch das R. des Min. des J. v. 4. Dec. 1836 (v. K Ann. Bb. 20. S. 903) antiquirt, wonach die Afteneinsendung an das Ob. Trib. auch

in Nichtigkeites Sachen burch Bermittelung bes Min. erfolgen follte.

²⁾ Das R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 12. Inni 1837 (v. K. Ann. Bb. 21. S. 396), welches aussprach, "daß durch die R. D. v. 15. März 1834 in den Bestimmungen des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 (§. 4.) nichts geäns dert, sondern die Borschrift des S. 2. der R. D. v. 15. März 1834 lediglich auf die Fälle zu beziehen sei, wo die zur Klasse der Verwaltungsbeamten und denos mischen Techniser gehörigen Nitglieder der Gen. Rom., Justizdeputationen und Revis. Kollegien an den Entscheidungen Theil zu nehmen haben", ist antiquirt; denn durch den S. 2. des Ges. v. 22. Nov. 1844 ist allen Mitgliedern der Gen. Kom. und Spruch-Kollegien eine entscheiden de Stimme beigelegt worden.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 587.

⁵⁾ **E**bendas. **S.** 587.

legung der im Tit. 16. Th. I. der A. G. D. bestimmten Rechtsmittel auch wegen der in den SS. 171. ff. jener B. gedachten Definitiv-Entscheidungen der Auseinandersetzungs-Behörden und des Revisions-Rollegii. Diese Rechts-mittel sind:

A. Die Rullitätsklage, welche nach S. 2. ber A. G. D. I. 16. stattfindet:

1) wenn ex falsa causa, b. h. auf ben Grund eines falschen Dofuments ober bestochenen Zeugen;

2) gegen ein flares Gefet erfannt worben;

3) wenn ber Richter als solcher nicht qualifizirt ober mit keiner Imisdiktion versehen gewesen;

4) wenn Jemand, der ohne Bormund, Kurator ober Beistand zu verhandeln unfähig ist, ohne deren Zuziehung in einem Prozesse zugelassen worden;

5) wenn der Vertreter einer Parthei in einem Prozesse keine oder eine falsche ober nichtige und unkräftige Bollmacht beigebracht hat;

6) wenn gegen Jemand, dem die Vorladung nicht infinuirt worden, in der

Sauptsache in contumaciam erkannt worden.

Dieselbe konnte nach den SS. 10. 11. a. a. D. zu jeder Beit angebracht wers den; jedoch fanden, sobald das Erkenntniß noch nicht rechtsfraftig war, nur die gewöhnlichen Rechtsmittel flatt.

B. Die Biebereinsepung in den vorigen Stand (restitutio in inte-

grum) welche nach S. 12. a. a. D. gesucht werden fann,

a) wenn Jemand in einem während seiner Minderjährigkeit durch seinen Bormund ober Aurator ober unter beren Beistand geführten Prozesse verfürzt zu sein behauptet;

β) wenn eine Parthei angiebt, daß sie nach ergangenem Indikate neue Dokus mente gefunden habe, deren sie in dem vorigen Prozesse sich zu bedienen

shne ihre Schuld verhindert worden.

Mach ben §S. 18. 19. a. a. D. ift bieses Rechtsmittel jedoch nur zulässig

zu a) innerhalb 4 Jahre nach erreichter Bolljährigfeit;

bieser Beitpunkt innerhalb 10 Jahre nach ergangenem Judikate trifft; nach Ablauf von 10 Jahren sindet das Rechtsmittel nicht mehr flatt.

Die V. v. 29. Nov. 1819 S. 4. 1) (G. S. 1819. S. 251) hat in der Bulaffung dieser Rechtsmittel eine Abanderung dahin getroffen, daß Nullitatsklagen, sobald dieselben auf die Entscheidung gegen ein klares Gefet gegrundet werden (S. 2. Mr.2. A. G. D. I. 16.), in den damals bei den Auseinandersetzungs-Behörden noch schwebenden Sachen, sobald diese rechtsfraftig entschieden sind, desgl. in benen, welche kunftig erft anhangig werden, nicht weiter zugelassen werden sollten, in den bereits rechtsfraftig entschiedenen aber eine viermonatliche Frift, vom Tage ber Bekanntmachung jener B. ab gerechnet, zur Anmelbung bieses außerorbentlichen Rechtsmittels gestattet werde. — Nach S. 27. der B. v. 14. Dec. 1833 wurden die Worschriften der Tit. 15., 16. u. 35. der Proz. D., so weit sie dieser B. entgegenstanden, aufgehoben. Jedoch follte gegen die vor dem 1. Marz 1834 rechtskräftig gewordenen Erkenntnisse bie im S. 2. Mr. 2. u. Mr. 6. Tit. 16. der Proz. D. nachgelaffene Nullitätsklage noch bis zum 1. Marz 1835 fattfinden. In diesen Fällen war nämlich laut SS. 4. u. 5. Nr. 1. dieser B. die Nichtigkeitsbeschwerde zugelassen worden. — Nach S. 28. berfelben B. follte jedoch in den Fallen des S. 2. Mr. 1., 3., 4. u. 5. Tit. 16. der Proz. D. nicht die Nichtigkeitsbeschwerde stattfinden, sondern es follte bei den daselbst (in der Proz. D.) gegebenen Borschriften sein Bewenden behalten. Nach S. 29. der B. v. 14. Dec. 1838 foute diese mit bem 1. Marg 1834 in Wirksamkeit treten.

Die Anwendbarkeit diefer B. auf die bei ben Auseinandersetzungs-Be-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 584.

hörden anhängigen, für den Rechtsweg geeigneten Sachen wurde im S. 4. der R. D. v. 15. März 1834 mit der Maaßgabe ausgesprochen, daß es für die bis zum 1. März 1834 rechtsträftig gewordenen Erkenntnisse bei dem S. 4. der B. v. 29. Nov. 1819 sein Bewenden behält. Vom 1. März 1834 sindet dessen Anwendung nicht weiter statt.

Es ergiebt sich hieraus, daß in den erstgedachten Fallen, Mr. 2. u. 6., jett nur die Nichtigkeitsbeschwerde, in den lettgedachten Fallen, Mr. 1., 3., 4., 5. aber nicht die Nichtigkeitsbeschwerde, sondern die Nullitätsklage

zulässig ift. 1)

BB. Die Biedereinsetung in den vorigen Stand be-

treffenb.

a) Rach S. 12. Nr. 1. und SS. 13—16. A. G. D. I. 16. steht ben Minderjährigen die restitutio ex capite minorennitatis gegen Extennts nisse und Versügungen zu, wenn ihnen daraus während ihrer Minorennistät durch die Schuld ihres Vormunds oder Aurators eine Lässon entstanden ist. Der S. 22. der V. v. 14. Dec. 1833 hat nun die im S. 34. A. G. D. I. 14. angeordnete (vierwöchentliche) Restitution gegen Versäumung der Appellationsfrist ausgehoben, und hieraus ist das Bedenken entstanden: ob dadurch auch die restitutio ex cap. min. ausgehoben sei?

Das Just. Min. hat in dem R. v. 8. Dec. 1834 (v. K. Jahrt. Bb. 44. S. 373, Gräff Bb. 8. S. 160) verneint. *) Dieselbe Ansicht führt das Ob. Trib. in dem Plenarbeschl. v. 21. Nov. 1836 (Entsch. Bb. 1. S.

342, v. A. Jahrb. Bb. 48. S. 465, Gräff Bb. 10. S. 108) aus.

Der Art. 13. der Dekl. v. 6. April 1839 (G. S. 1839. S. 126.), welscher die Frist zur Einlegung der Rechtsmittel nicht allein für den Fistus, sondern auch für Land- und Stadtgemeinden, privilegirte Korporationen und unter Vormundschaft stehende Personen, und für diejenigen, welchen die Rechte der Mindersährigen zustehen, verdoppelt, bestimmt zugleich, daß die Berufung auf die Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen verabsäumte Frist (S. 16. A. G. D. I. 16. und S. 174. A. R. R. I. 14.) sortan weder dem Fistus, noch den genannten Personen gesstattet sein solle.

In dieser Beziehung hat das Db. Trib. 2) folgende Grundsate an-

genommen:

2) Die A. des Juft. Min. v. 4. u. 6. März 1836 (Erg. der Preuß. Rechieb. 1ste Ausg. Thl. III. Abth. 1. S. 307 u. 3te Ausg. Bd. 7. S. 575) nehmen auch an, daß den bevormundeten Personen und den ihnen gleichgestellten Korporationnen die Restitution auch gegen den Ablanf der zur Einlegung der Nichtigkeitse

beschwerbe bestimmten sechswöchentlichen Brift zustehe.

¹⁾ Das R. des Just. Min. v. 28. Oft. 1835 (v. R. Jahrb. Bb. 46. S. 508) bemerkt jedoch, daß bei dem Zusammentreffen der Richtigkeitsbeschwerde und der Rullitätsklage ox kalsa causa in einer und derselben Sache der Barthei die Bahl überlaffen bleibe, auf welchem von beiden Wegen sie glaubt, am sichersten zu ihrem Rechte zu gelangen. Werde aber das Rechtsmittel ter Nichtigkeitsbeschwerde eine gewandt und verworfen, so konne der in dem dieskallsigen Prozesse rechtsklästig verworfene Rlagegrund nicht mehr zum Gegenstande einer Rullitätstlage gemacht werden. Werde dagegen das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde versäumt oder aus anderen Gründen zurückgewiesen, so konne in dem vorausgesesten Falle immer noch die Rullitätsklage angestellt werden.

³⁾ Bornemann (System des Civ. R. [2ie Ausg.] Bb. 1. S. 211) und Koch (Recht der Ford. Bd. 2. S. 744 und Beurtheil. der Entsch des Ob. Trib. S. 68) sind der Ansicht, daß der Art. 13. der Dekl. v. 6. April 1839 auch den ganzen Rest der noch in geringem Umfange bestandenen prätorischen Restitution ausgehoben habe. — Dagegen hat das L. u. St. Ger. zu Tilsit (in dem Ers. 5. Juli 1844 (Jur. B. 1844. S. 797) ausgesührt, daß der Art. 13. a. a

a) Das Erk. des II. Sen. desselben v. 28. Aug. 1849 führt aus, es sei durch den Art. 13. der Dekl. v. 6. April 1839 nur die Restitution gegen Verabsaumung des Fatale zur Einlegung der Rechtsmittel aufgehoben, das gegen hinsichtlich der Restitutionsklage wegen anderer gesetmäßiger oder vom Richter bestimmter Fristen bei Prozessen auch jest in den Vorschriften des S. 174. A. L. R. l. 14. und der SS. 12—16. A. G. D. I. 16. über die restitutio in int. ex cap. min. nichts geändert. (Entsch. Bb. 18. S. 464, Präj. Nr. 2138).

β) Das Erk. des IV. Sen. desselben v. 19. Juli 1850 nimmt an, daß die im Art. 13. der Dekl. v. 6. April 1839 ausgesprochene Aushebung der Restitution ex cap. min. sich nicht bloß auf die durch Verabsaumung der Einlegungsfrist der Rechtsmittel erlittene Lässon beschränke, sondern sich auch auf die durch versäumte Einsührung und Rechtsertigung der Rechtsmittel erwachsenen Rechtsnachtheile erstrecke. (Entsch. Bd. 19. S. 488, Präs.

Mr. 2224.).

γ) Der Plenarbeschl. desselben v. 19. Mai 1851 hat (unter Aufrechtserhaltung des in dem ad α. gedachten Praj. v. 28. Aug. 1849 aufgestelleten Grundsases) angenommen, daß durch den Art. 13. a. a. D. die Restistutionsklage ex cap. min. gegen einen durch Verabsaumung des in den SS. 69. sf. A. G. D. I. 14. gewährten Restitutionsgesuchs rechtskräftig geworsdenen Kontumazialbescheid, nicht aufgehoben sei. (Entsch. Bd. 21. S. 407, Praj. Nr. 2290, Inst. Min. Bl. 1851. S. 242).

d) Das Erk. des I. Sen. desselben v. 21. Jan. 1852 führt aus, daß die Restitution ex cap. win. gegen den Ablauf der sechszehnwöchentlichen Frist zur Einführung und Rechtsertigung der Appellation nicht statisinde.

(Striethorft's Arch. Bb. 6. S. 7. Mr. 3.).

b) In Betreff der Restitutionsklagen ex instrumentis noviter repertis vergl. die §§. 17—25. A. G. D. I. 16. und die Ergänz. und Erläut. der Preuß. Rechtsb. dazu (3. Ausg. Bd. 7. S. 491—494).

XI. Ausführung der Auseinandersetzung.

3n §§. 196—204.

[Vergl. B. v. 30. Juni 1834. § 5. 56.—63.]

I. Die §§. 196—204. der B. v. 20. Juni 1817 über die Ausführung der Auseinandersetzungen sind durch die §§. 56—62. der B. v. 30. Juni 1834 mehrfach ergänzt und abgeändert worden. 1)

nur die Restitution gegen Berabsaumung der Fristen bei Einlegung von Rechtsmitteln aufgehoben habe.

Die, mit den späterhin von dem Ob. Trib. ausgesprochenen Ansichien übers einstimmende Ansicht der Herausgeber der Ergänzungen der Preußisch. Rechtsb. vergl. in der 2 ten Ausgabe der Erg. Bd. 8. S. 446, Note 2. u.

3te Ausg. Bb. 7. S. 576.

1) Die Borschriften der §§. 58., 59. und 60. der B. v. 20. Juni 1834 bes treffen die Bekanntmachung von Kapitalsentschädigungen an die eingetragenen Gläubiger, und die vorläufige Eintragung eines Bermerks deshalb in das Spposthekenbuch, hangen aber mit vielen anderen Borschriften über die Zuziehung und

Bergl. insbes. über die Frage: ob der Art. 13. a. a. D. auch die Restitustion aus §. 174. A. L. R. I. 14. gegen Bersaumung der zehntägigen Restitutionssfrist gegen Kontumazial-Bescheibe aufgehoben habe? das (bejahende) Erf. des I. Sen. des D. L. G. zu Ratibor v. 19. Dec. 1844 (Koch's Schles. Arch. Bb. 6. S. 295) und das (verneinende) R. des II. Sen. desselb. Gerichtshofes v. 16. Febr. 1844 (a. a. D. S. 291).

Die Bestimmungen der §§. 56. u. 57. a. a. (betr. die Pstichten der Kommissarien und Auseinandersetzungs Behörden bei der Aussührung der Auseinandersetzungen und bei Aufnahme der Verhandlung darüber) und der §§. 61. u. 62. a. a. D. (betr. die Berichtigung des Beststitels, Eintragung und Löschung von Rechten und Lasten im Sppothekenbuche, desgl. die Rechte der Interessenten und Pstichten der Auseinandersetzungs-Behörden, sowie die Obliegenheiten der Hoppotheken-Behörden) schließen sich den Vorschriften der §§. 196—202. der V. v. 20. Juni 1817 unmittelbar an.

II. Die Ausführung ber Auseinandersetzungen gehört nach §§. 196. u. 205. der B. v. 20. Juni 1817 zur Kompetenz der Auseinanderssetzungs-Behörden und ihrer Kommissarien. (Bergl. §§. 6., 12., u. 13. der B. v. 30. Juni 1834 und §. 41. Nr. 4. der B. v. 20. Juni 1817.)

Nach S. 56. der B. v. 30. Juni 1834 steht den Partheien auch in densenigen Fällen, wo die Auseinandersetzung ohne Dazwischenkunft der Auseinandersetzungs Behörde zu Stande gekommen ist, innerhalb Jahres-frist nach Bestätigung des Rezesses die Besugniß zu, die Aussührung durch die Auseinandersetzungs Behörde nachzusuchen.

3n §§. 196 – 200.

(Was zur Ausführung der Auseinandersetzung gehört.)

Bu den von den Auseinandersetzungs-Behörden auch nach Bestätigung des Rezesses noch zu regulirenden Gegenständen, über deren Regulirung das Ausführungs - Protokoll (§. 201. der B. v. 20. Juni 1817) Ausstunft geben soll, gehören:

1) die Uebergabe der jedem Theile gebuhrenden Grundaniheile und die befini-

tive Lotalbestimmung ber Grengen berfelben;

2) die Beraulaffung ber Berichtigung und Einrichtung ber Spothekenbucher;

3) die Regulirung und Feststellung der neuen Wirthschaftseinrichtungen und Kosten zwischen den Interessenten, den Päcktern und Verpäcktern;

4) die Ausmittelung und Feststellung bes Werthes ber bauerlichen Sofe;

5) die Regulirung der bei der Hauptregulirung eiwa außer Acht gelaffenen Rebenpunkte in Rucksicht der Wege, Triften, Wässerungen zc.

Die Entscheidung der hierbei (ad 1-5.) entstehenden Streitigkei-

ten gehört gleichfalls zu ihrer Kompetenz.

Dagegen sindet solche nicht weiter statt wegen anderer Gegenstände, welche die zur Sache gezogenen Interessenten angehen, und weder in den Rezessen und den Nachträgen dazu, noch in den über die Aussührung aufgenommenen Protokollen zur besonderen Berichtigung vorbehalten sind.

(Bergl. SS. 196 — 200. der B. v. 20. Juni 1917 und SS. 12., 13.,

57—62. der V. v. 30. Juni 1834.)

Hiervon sinden jedoch die in den §§. 20—22. und §. 171. der B. v. 7. 20. Juni 1817 und §§. 12. u. 13. der B. v. 30. Juni 1834 gedachten Ausnahmen (bezüglich der zur nachträglichen Regulirung innerhalb Jahereffeist nach der Ausführung geeigneten Gegenstände, sowie der Ansprüche nicht zugezogener Intereffenten) statt.

a) in Betreff des §. 58. a. a. D. die Erläut: in Unter-Abschn. V. Kap. II. Lit. 1. 2. Stud 2. sub E.;

über die Wahrnehmung der Gerechtsame und Sicherstellung der entfernteren Insteressenten während des Laufs der Auseinandersehungen zusammen, und können daher nur im Zusammenhange mit diesen (in dem dafür bestimmten besonderen Unter-Abschn. V., s. unten) erörtert werden. — Vergl.

b) in Betreff bes §. 59. a. a. D. bie Erlaut. ebenbaf. sub F.;

c) in Beireff bes §. 60. a. a. D. die Erlant. ebendas. sub C. u. D.

Die einzelnen Gegenstände ber Ausführung betreffend ift Fol-

gendes zu bemerten:

A. Uebergabe der einzelnen Grundantheile und befinitive Lokalbestimmung der Grenzen derfelben (B. v. 20. Juni 1817 S. 196.).

1) In Betreff ber Frage, ob und in wiefern die Absindungen bei Separationen mit Grenzsteinen zu verstehen, vergl. das R. des Min. des

J. v. 6. Jan. 1847 ¹) (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 15. Nr. 21.).

2) Ueber die Grenzberichtigung während des Auseinanderfesungs-Berfahrens vergl. S. 14., S. 89. Nr. 7., S. 96. ad d. und S. 118. der B. v. 20. Juni 1817 und die Erläut. dazu.

3) Ueber die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden in Grenzftreitigkeiten vergl. S. 3. Nr. 2. der B. v. Juni 1817 und S. 7. Alin. 3. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erläut. dazu (s. oben S. 247).

B. Beranlassung ber Berichtigung und Einrichtung ber

Spothetenbacher (B. v. 20. Juni 1817 §g. 196. u. 197.).

1) Nach S. 197. der B. v. 20. Juni 1817 soll die Kommission (also entweder die Gen. - oder die Spezial-Kommission) die erforderlichen Eintragungen und die Errichtung neuer Hypothekenbücher, — welche lettere durch Verleihung des Eigenthums bei Regulirung gutsherrlich-bäuer-licher Verhältnisse hervorgerusen wird, — unter Ueberreichung der Aussertigungen der Rezesse der Hypothekenbehörde veranlassen. In der Regelist dies den Spezial-Kommissarien überlassen worden.

Der S. 62. der B. v. 30. Juni 1834 hat nun die Gerichte von der ihnen nach Tit. 2. SS. 12. u. 13. der Sppoth.= D. obliegenden Verpflich=tung entbunden, 2) und diese den mit der Bestätigung der Auseinanderssehungs-Rezesse beauftragten Behörden übertragen, 2) welchen daher nunmehr die Prüsung der Anträge auf Berichtigung der Sppothekenbücher ausschließ=

lich obliegt.

Diese Antrage muffen in den Rezest aufgenommen oder von den Interessenten im Rezestvollziehungs - Protokoll gestellt, demnächst aber bei der Rezestbestätigung geprüft werden. Wenn dies geschehen ist und die Rezesse nochmals an den Spezial-Kommissarius zurückgelangen muffen, so können von diesem die Antrage bei der Hypothekenbehörde angebracht werden. Sind dagegen solche Antrage noch nicht gemacht und werden sie vielmehr erst nach Vollziehung und Bestätigung des Rezesses angebracht, oder Eintragungen von der Auseinandersehungs-Behörde selbst nöthig befunden, so muß der Spezial-Rommissarius die Rezessaussertigung der Auseinandersehungs-Behörde zurückreichen, welche alsdann selbst die Antrage bei der Spothekenbehörde zu stellen hat.

Bergl. über dies Berfahren die beiden R. des Min. des J. v. 23.

Juli 1843 •) (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 242 u. 243).

2) Aus dem J. 197. der B. v. 20. Juni 1817 ergiebt sich, daß die Auseinandersetzungs Behörde verpflichtet ist, die erforderlichen Eintra-

1) Bergl. in Bb. I. S. 587-588.

2) Bergl. auch bie \$5. 6. unb 7. bes Gef. v. 24. Mai 1853, betr. bie Abs

änberung ber hpp. D. (G. S. 1853. S. 521, f. in Bb. I. G. 590).

³⁾ Anch hat der S. 109. (Alin. 3.) des Ablös. Gef. v. 2. März 1850 (s. in Bb. I. S. 187.) den Sppotheken-Richter angewiesen, die Eintragung des bekästigten Rezesses in das Sppothekenbuch nicht zu versagen, wenn gleich der Rezess mit einem Andern, als dem eingetragenen Besther abgeschlossen worden ift, sosern nur die Auseinandersehungs-Behörde bescheiniget, daß die Legitimation der noch nicht titulirten Besther nach Vorschrift des S. 109. a. a. D. ergänzt sei.

4) Vergl. in Bd. I. S. 578—579.

gungen und die Errichtung neuer Sphothekenbücher von Amtswegen zu veranlassen, in welcher Beziehung die §§. 57. u. 61. der V. v. 30. Juni 1834 1) und der §. 3. des G. v. 29. Juni 1835 die näheren Vorschriften

ertheilen.

Anseinandersetzungs-Behörden auch die Kontrolle der Gerichte in der Hinsicht obliege, daß diese den betreffenden Requisitionen gehörig genügen. Allein diese Ansticht hat das C. R. des Win. des J. v. 31. Mai 1839 2) (v. A. Ann. Bd. 23. S. 360) reprodirt, sich indeß zugleich dahin ausgesprochen, daß die Auseinandersetzungs Behörden sich nicht auf die bloße Bestörderung der Rezesse an die Hypothekenbehörde, ohne weitere Mittheilung, beschänken dürsen, sondern die einzutragenden Gegenkände bestimmt bezeichnen, ondern die einzutragenden Gegenkände bestimmt bezeichnen, auch sich darüber, daß die Rezesse mit den Resquistionen wirklich an die Hypothekenbehörde gelangt sind, vergewissern müssen.

Ueber die Befugniß der Auseinandersetzungs-Behörden, Auskunft Seitens der Gerichte über die Berichtigung der Hppothekenbücher nach den abgeschlossenen Rezessen zu verlangen, und über die Fälle, in welchen solche nothwendig ist, vergl. das R. des Min. des J. v. 18. Dec. 1840 4)

(Min. Bl. b. i. B. 1840. S. 479. Nr. 823.).

3) Die bisherigen gesetzlichen Vorschriften über die Eintragungen des Inhalts der Auseinandersetzungs-Rezesse in das Hypothekenbuch und über das Verfahren in dieser Beziehung sind abgeändert worden durch das G. v. 24. Mai 1853, betr. einige Abanderungen der Hypoth. D. (G. S. 1853, S. 521) und die dazu erlassene Instrukt. des Just. Win. v. 3. Aug. 1853. (Just. Win. Bl. 1853. S. 275.)

Bergl. die hier in Betracht tommenden Bestimmungen:

a) bes Ges. v. 24. Mai 1853. §§. 1., 3., 5., 6. unb 7., unb

b) ber Instrukt. v. 3. Aug. 1853. Art. I. und Art. II. Nr. 1. u. 2. in Bd. I. S. 589 ff., *) zu beren sorgkältigen Geobachtung die Auseinan-

2) Bergl. in Bb. I. S. 588.

Diese Anordnungen find jest gesetlich sanktionirt durch die Borschriften ber \$5. 6. und 7. des Ges. v. 24. Mai 1853, betr. die Abanderung der Spp.

Orbn. (G. S, 1853. S. 521, s. in Bb. I. S. 589-590.)

4) Bergl. in Bb. I. G. 589.
5) Durch biese Vorschriften find insbesondere folgende altere Bestimmungen obsolet geworden:

a) das R. bes Juft. Min. v. 28. Jan. 1833. Rr. 1. u. 2. (v. K. Jahrb. Bb. 41. S. 272, Graff Bb. 7. S. 176) über bas Berfahren bei Ein-

tragungen von Gemeinheitetheil.s und Ablof. Rezeffen.

¹⁾ Bergl. bie Erlaut. jum S. 61. a. a. D.

³⁾ Das C. M. des Min. des J. v. 3. Marz 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843 S. 41. Rr. 69.), welches mittelft C. R. des Juk. Min. v. 14. ej. m. (Juk. Min. Bl. 1843. S. 83—84) auch den Gerichten mitgetheilt worden, bringt die Befolsgung des C. R. v. 31. Mai 1839. in Erinnerung und schreibt zugleich vor, daß die Requisitionen der Anseinandersetzungs-Behörden an die Sphothetenbehörden sich nicht auf die bloße Bezeichnung der betr. SS. des Rezesses beschränfen dürsen, sondern, mit Allegation der letztern, bestimmt die Fassung der Eintragungsvers merke angeben sollen.

b) Das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 10. Dec. 1839 (v. K. Ann. Bb. 23. S. 827. Nr. 52.), welches bestimmt, daß a. in Fällen, wo eine nicht eingetragene Reallast abgelöst wird, die zur Kathegorie des J. 49. Tit. I. der Spp. D. gehört, die Gen. » Rom. nicht von Amtswegen auf Vermerstung der Ablös. im Spp. Buche antragen soll; wogegen d. wenn eine Last der im J. 48. a. a. D. gedachten Kathegorie abgelöst wird, ox ossicio auf

bersezungs-Behörben noch speziell durch das E. A. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 23. Aug. 1853 1) (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 194. Nr. 166.) mit Instruction versehen worden sind.

Dazu ift zu bemerken:

- a) Durch das Ges. v. 24. Mai 1853 sind, abgesehen von dessen Bestimmungen in den §§. 4. u. 7., die bisherigen Vorschriften über den Berstehr zwischen den Auseinandersehungs und Hypothekenbehörden, insbes. die §§. 196. u. 197 der B. v. 20. Juni 1817, der §§. 58., 59., 62. der B. v. 80. Juni 1834, des §. 3. des G. v. 29. Juni 1835, der Dekl. v. 30. Juli 1842 zu den §§. 10. u. 60. der B. v. 30. Juni 1834, und der §§. 109. u. 18. des Ges. v. 2. März 1850, nicht geändert worden.
- Bergl. Art. I. Nr. 4. der Instr. v. 8. Aug. 1853.

 b) Ebensowenig sind durch das G. v. 24. Mai 1853 die bisherigen Vorschriften Betreffs der Anlegung der in Folge der Rezesse, insbesondere bei Eigenthumsverleihungen im Wege der Regulirung der gutsherr-lich-bauerlichen Verhältnisse, erst nothwendig werdenden neuen Sppothesten-Folien alterirt worden. 2)

Bergl. Art. I. Nr. 5. der Inftr. v. 3. Aug. 1853.

c) Ueber die in den Rezessen zu stellenden Antrage auf Berichti-

Bermerkung ber Ablos. im Sph. Buche angetragen werden soll, auch wenn bie Last nicht aus letterem hervorgeht.

c) Die R. des Just. Min v. 13. Juli 1830 und 19. Juni 1837 (v. R. Jahrb. Bd. 36. S. 185 u. Bd. 49. S. 520), betr. die Anfertigung bes glaubigter Abschriften der Rezesse zu ben Grundakten, deren Bestimmungen durch die Borschrift im Art. 1. Nr. 3. der Instr. v. 3. Aug. 1853 ersest werden.

Bergl. hierüber auch die R. v. 13. Juni u. 24. Mai 1831 (v. K. Jahrb. Sd. 37. S. 380 u. 387), v. 2. Mai 1837 (Centralbl. für Preuß. Jur. 1837 (S. 645) u. v. 20. Mai 1838 (Forni's Zeitschr. Bd. I. S. 430).

1) Bergl. in Bb. I. S. 592-593.

2) In Betreff ber Einrichtung ber Sppothekenbucher nach erfolgter Auseinanbersehung ber gutsherrlich-bauerlichen Berhaltnisse und bes Berfahrens ber Sppothekenbehörben hierbei ift auf folgende Bestimmungen zu verweisen:

a) Die R. des Just. Min. v. 21. Aug. 1816 und 8. Sept. 1820 (v. R. Jahrb. Bd. 8. S. 48 und Bd. 16. S. 70, Gräff Bd. 4. S. 185 und 250) bemerken:

a) daß es dabei keiner vorgängigen Ediktalcitation (§§. 14. n. 15. Tit. IV. ber Opp. D.) bedarf, vielmehr das daselbst Tit. I. §§. 36—40. n. Tit.

II. S. 91. vorgeschriebene Berfahren gu beobachten ift;

β) daß bei der Eintragung in kein großes Detail einzugehen, vielmehr ges nügend ist, wenn im hpp. Buche bemerkt wird, daß durch die Auseins andersezung des Gutsherrn mit den Untersaffen diesen das Eigenthum der ihnen überwiesenen Grundstücke übertragen werden und diese von dem Gute selbst nunmehr abgeschrieben würden. Bergl. auch R. des Just. Min. v. 11. Jan. 1842 (Just. Min. Bl. 1842. S. 18).

b) Das R. des Juft. Min. v. 23. Febr. 1824 (v. R. Jahrb. Bb. 23 S. 88, Graff Bd. 4. S. 205) bestimmt, daß es bei Regulirung der gutsberrlichs bauerl. Berh. zur Berichtigung des Besitztiels und zur Eintragung der Renten 2c. eines besonderen Konsenses der gegenseitigen Interessenten nicht

bebarf.

c) Das R. bes Just. Min. v. 22. Ott. 1827 (v. K. Jahrb. Bd. 30. S. 384) bestimmt, daß bei der Ausfertigung des Besitztiels der zum Eigenthume gelangten Bauerhofe nicht jedem Besitzer eines Bauerhofes der ganze Rezzes ausgesertiget werden soll, sondern die Ertheilung eines Sphoth. Scheisnes genügt.

gung des Sphothekenbuchs in Gemeinheitstheilungs- und Ablöfungsfachen hat die Gen.-Rom. zu Stendal ihre Kommiffarien unterm 9. Dec. 1853 mit einer ausführlichen Instruktion versehen, welche im Wesentlichen folgende Grundsätze aufstellt:

A. In Gemeinheitstheilungs-Sachen ift zu unterscheiben:

1) es tritt eine Landabfindung ein, und

a) es interessiren geschlossene Besitzungen (Rittergüter, hofe, hauser), auf beren Titelblatte im hpp. Buche bie das geschlossene Gnt bils benden oder dazu gehörigen Grundstüde, resp. Gerechtsame, nicht speziell verzeichnet sind.

In diesem Falle bedarf es eines Bermerts über die Resultate einer ausges führten Auseinandersetzung, bei welcher die Absindung lediglich durch Land erfolgte,

im hop. Buche gar nicht. Dice ift indeß im Rezesse zu vermerken.

b) Wenn dagegen geschlossene Güter beiheiligt find, deren Bestands theile oder Zubehörungen auf dem Titelblatte des Sphothekenbuchs sämmtlich oder zum Theil verzeichnet stehen, so muß die eingetretene Aenderung im Sphothekenbuche vermerkt werden.

c) Interesfiren malgende Grunbftude ') fo fommt es barauf au:

ob dieselben bei der Separation unverändert bleiben,

ober

ob dieselben ganz resp. theilweise zum Umtausch kommen.

Wenn das Erstere der Fall ist, so bedarf es keines Vermerks im Sphothekens buche. Im letigedachten Falle ist — vorausgesetzt, daß keine Sonderung eintrat — der Antrag auf Berichtigung des Sphothekenbuches so zu formuliren:

baß im Sphothefenbuche ber im Rezesse aufgeführten walzenden Grundflude vermerkt werde, daß an die Stelle berselben, in Folge der stattgefundenen Separation, die ebendaselbst aufgeführten Grundstücke getreten find.

d) Sind die, zu den geschlossenen Gütern gehörigen, im Spothekenbuche unter besonderen Nummern oder sonft speciell aufgeführten Grundstüde mit Reals lasten verschiedenartig beschwert, oder ist ein Interessent mit verschiedenen, auf einem Folio des Spothekenbuchs, resp. in der Landungs-Tabelle verzeichneten wals zenden Grundstüden bei der Separation betheiligt, so muß eine idelle Sonderung der Gesammt-Absindung für die verschiedenartig belasteten Grundstüde einer Besstung, resp. für die walzenden Grundstüde dewirft werden.

In solchem Falle ift bie Berichtigung ber Sppothekenbucher burch ben Antrag

zu veranlaffen:

daß in die telle der, in dem Rezesse erwähnten Grundstücke die ebendaselbst aufgeführten, nach der dort angegebenen Beschreibung und Näche zu besschreibenden Gesammt-Absindungen getreten sind, und daß die ebendaselbst gedachten Theile, mit denen jedes einzelne Grundstück an der betress. Gessammt-Absindung participirt, nach Maaßgabe des Restripts v. 11. und 25. Nov. 1837 (Jahrb. Bd. 52. S. 599, Gräff Bd. 13. S. 49) im Opposthesenbuche vermerkt werden.

o. Handelt es fich nur um die Befreiung einer einzelnen Befitung von einer barauf ruhenden Hutungslaft oder einer sonstigen, nach den Gemeinheitstheilungs: Gefeten aufzuhebenden Last — gegen Landentschäbigung — so ift zu unterscheiben:

a) ob im Sphothekenbuche des berechtigten Gutes die aufgehobene Berechtis gung ausbrücklich vermerkt ift, oder

8) ob im Spothekenbuche bes belasteten Grundstude bie aufgehobene Berpflichs

tung ausbrudlich eingetragen fteht, und

y) ob im Spothekenbuche der berechtigten resp. der belasteten Besitzung die dazu gehörigen Grundstücke, — benen die Landabsindung zutritt ober abs genommen wird — speziell verzeichnet sind?

¹⁾ Ueber die Regulirung der Sphothekenbucher in Gefolge von Gemeinheits, theilungen in der Provinz Sachsen, besonders in Beziehung auf den Grunds besitz von sogen. Wandeläckern, vergl. die Instrukt. des Min. des J. n. d. P. v. 16. März 1842 nebst dadurch mitgetheiltem C. R. der Gen. Kom. zu Stens dal v. 4. April 1840. (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 137. Ar. 190.)

Im erften Falle ift bahin anzutragen:

im Oppothekenbuche bes berechtigten Gutes bie Berechtigung abzuschreiben.

Im zweiten Falle ift zu beantragen:

im Spothekenbuche bes belasteten Gutes bie zu bezeichnende Berpflichtung zu loschen.

Im britten Falle endlich ift — event. in Berbindung mit den vorstehenden

Antragen — ber Antrag zu ftellen:

im Spothekenbuche bes berechtigten Gutes die im Rezesse gedachte, nach ihrer bortigen Beschreibung und Fläche zu bezeichnenbe Landabsindung zus zuschreiben;

resp.

im Sphothekenbuche ber belasteten im Rezesse bezeichneten Grundstäcke bie ebenbaselbst gebachten, nach ihrer bortigen Beschreibung und Fläche zu be-

zeichnenden Candabsindungen abzuschreiben.

f) Wird bei Gemeinheitstheilungen eine LandsAbsindung gewährt für Grundsstücke, die noch gar nicht im Hypothekenbuche eingetragen sind, oder für Berechtisgungen, die nicht einem Grundstücke anhängen, sondern einer Person eigensthümlich zustehen, so muß Sorge getragen werden, daß auf Grund des Rezesses der Besitztiel für den Empfänger der Landabsindung im Spydickekenbuche berichstigt wird. (Hyp. D. Tit. I. S. 6. und Inkrukt. Art. 1. Rr. 5.)

g) Im Art. 2. der Instruction ist rorgeschrieben, daß die Bereinigung sammts licher Grundstücke eines und besselben Besitzers unter derselben Gerichtsbarkeit, auf einem Folium möglichst begünstigt werden soll. Die sich hierzu bei Gemeinheitstheilungen, insonderheit bei Spezial-Separationen, bardietende Gelegenheit ist zu benutzen und diesenigen Interessenten, welche auf verschiedenen Foliis des Spposthesenbuches eingetragene, bei der Separation betheiligte Grundstücke besitzen, sind zu veransassen, eine solche Bereinigung der Letteren in Antrag zu bringen.

2) Es tritt eine Entschädigung burch Rente ein.

a) Im Sphothetenbuche bes berechtigten Gutes bedarf es nur bann eines Bermertes, wenn

a) die Berechtigung, für welche die Rente gegeben wirb, ausbrudlich eingelras

gen steht,

β) das berechtigte Gut, Behufs ber Ausgleichung, ein ober mehre speziell im

Sypothefenbuch verzeichnete Grunbftude abtritt,

- y) die Landabsindung, welche das berechtigte Gut zu fordern hatte, ganz oder zum Theil durch Rente ersest wird, vorausgesest, daß die Landabsindung selbst im Hypothekenbuche zu vermerken ist, resp. zu vermerken gewesen sein würde.
- b) Im Spothekenbuche ber belasteten Grundstude ift bie Rente steis zu instabuliren. (Bergl. S. 3. bes Gef. v. 29. Juni 1835.)

3) Es tritt eine Entschäbigung burch Rapital ein.

Wenn bei einer Separation eine Absindung durch Rapital erfolgt, so muß dies

a) bei bem berechtigten Gute in allen Fällen notirt werben. b) Bei bem belasteten Grundstücke ist bagegen zu unterscheiben:

a) das Kapital ist bezahlt, die Verwendung nicht nöthig, oder nachgewiesen und die Verpflichtung eingetragen.

Dann ift nur ber Antrag zu ftellen, bie Berpflichtung zu lofchen.

β) Das Kapital ist bezahlt, die Berwendung nicht nöthig ober nachgewiesen, und die Berpslichtung nicht eingetragen.

Dann bebarf es gar feines Bermerks im Sypothetenbuche bes belafteten

Grunbfluce.

y) Das Rapital ift noch nicht bezahlt, die Berwendung aber nicht nothig, ober schon nachgewiesen, und der Berechtigte verlangt eine hypothekarische Sicherstellung.

Dann ift zu beantragen:

(bie eingetragene Berpflichtung zu löschen, zugleich aber) bas im Resgeffe als Absindung für die Berpflichtung bedungene Rapital (sammt Binsen) für den Bester des berechtigten Gutes, mit dem bisherigen Borzugsrechte der ausgehobenen Berechtigung einzutragen.

d) Das Rapital ift noch nicht bezahlt, die Berwendung nothig, aber noch nicht

nachgewiesen.

Dann ift gu beantragen:

(die eingetragene Verpflichtung zu löschen, zugleich aber) das im Restesse als Absindung für die Berpflichtung bedungene Kapital (sammt Zinsen) für den Besitzer des berechtigten Gutes, mit dem disherigen Vorzugsrechte der aufgehobenen Berechtigung und mit dem Bemerken einzutragen, daß die Besugnist des Letteren, über das Kapital zu verssügen, nach dem Inhalte des Sphothekenbuchs des berechtigten Gutes beurtheilt werden muß.

Wenn die Verpflichtung im Sphoth.-Buche des belasteten Grundstäcks nicht eingetragen ift, resp. Zinsen von dem Absindungs-Kapitale nicht

bedungen find, so fallen die hierauf bezüglichen Antrage fort.

4) Es tritt eine Kompensation ber zur Aufhebung kommenben Berechtisgungen ein.

In diesem Falle bedarf es eines Vermerks in den Hphothekenbuchern in der Regel nicht, sondern flur dann, wenn die Berechtigung oder tie dieser korrespondirende Berpflichtung eingetragen steht und ift dann zu beanstragen:

im Sphothekenbuche bes berechtigten Gutes bie aufgehobene Berechtis

gung abzuschreiben;

refp.

im Spothekenbuche bes belafteten Gutes bie aufgehobene Berpflichtung zu lofchen.

B. In Ablofunge Cachen.

1) Es ift zunächst zu prufen, ob im Sppothekenbuche bes berechtigten und bes belasteten Gutes die abgeloste Berechtigung, resp. die abgeloste Reallast eingetrasgen steht. Wenn dieses der Fall ift, so muß beantragt werden:

a) beim berechtigten Bute bie abgelofte Berechtigung abzuschreiben,

unb

b) beim belasteten Gute die sammtlichen, für das berechtigte Gut eingestragenen Reallasten zu löschen, sofern nicht gewisse Leistungenzin diesem Reszesse ausbrücklich von der Ablösung ausgeschlossen find.

2) Sobann ift zu unterscheiben: es erfolgt bie Ablöfung

a) vergleicheweise burch Land,

b) burch Rapitalzahlung unmittelbar an ben Berechtigten,

c) unter Bermittelung ber Rentenbant,

a) burch Rapitalzahlung an die Regierunge-Baupt-Raffe,

B) burch Uebernahme einer Rente.

3m erften Falle (ad a.) bedarf es eines Bermerte in ben Sppothetens

buchern in ber Regel nicht, sonbern nur bann,

wenn die Landabsindung für eine personliche, nicht einem Grundstücke ans hangende Berechtigung gegeben wird, denn in diesem Falle ist die Besipstitelberichtigung für den Empfänger der Landabsindung nöthig, und dieselbe — event. in Berbindung mit dem sub B. Nr. 1 b. gestellten Antrage — burch die sub lit. A. Nr. 1 f. gedachten Antrage herbeizusühren;

ben Hypothekenbuchern speziell bezeichnet ist und diese Bezeichnung nach erfolgter Landablösung nicht mehr richtig sein würde, wenn also z. B. auf dem Titelblatte des Hypothekenbuches eine bestimmte Morgenzahl Acker ansgegeben ist, und eine Landabsindung gegeben wird, resp. hinzutritt, oder wenn das Titelblatt des belasteten Grundsücks lautet: "der Hof Nr. 18. mit einer Wiese im Winkel," und diese Wiese ganz oder theilweise als Abssindung gegeben wird, so ist — in Verbindung mit den sud B. 1. gedachsten Anträgen, oder besonders — der Antrag zu stellen:

bas im Rezesse bezeichnete Absindungsland, nach ber ebendaselbst anges gebenen Bezeichnung und Fläche, im Sphothekenbuche bes berechtigten Gutes zuzuschreiben, resp. im Sphothekenbuche des belasteten Gutes

(Grundftucte) abzuschreiben.

Im zweiten Falle (ad 2. b.) ist die erfolgte Rapital-Abldsung im Opposthekenbuche des berechtigten Gutes immer zu vermerken und der Antrag zu stellen: im Oppothekenbuche des berechtigten Gutes einzutragen, daß die für dasselbe

auf ben im Rezesse bezeichneten Grundstüden haftenben Reallasten burch Rapital abgeloset find,

wogegen in Betreff der belasteten Grundstücke die vorstehend sub lit. A. Rr. 3b. augegebenen Falle zu unterscheiben, und banach die ebendaselbst formulirten Ans

trage ju machen finb.

Im britten Falle endlich (ad c.) ist die Ablösung im Sphothekenbuche des berechtigten Gutes, es mag vom belasteten ein Rapital au die Regierungs-Haupt-Rasse bezahlt, oder eine Rente übernommen werden, immer zu vermerken und darauf auzutragen:

im Sphothekenbuche bes berechtigten Gutes einzutragen, daß bie für daffelbe auf den im Rezesse bezeichneten Grundfluden haftenden Reallaften

unter Bermittelung ber Rentenbank abgeloft finb.

Bezüglich auf die belafteten Grunbftude ift bagegen nur bann, wenn

bie Berpflichtung bypothefarisch eingetragen ift, ber Antrag zu formiren:

im Spothekenbuche des im Rezesse bezeickneten Grundkucks die sammtlichen für das berechtigte Gut eingetragenen Reallasten zu löschen, sofern nicht gewisse Leistungen in diesem Rezesse ausdrücklich von der Ablösung ausgesschlossen find,

und zwar wenn eine Rente übernommen ift, mit bem Bufate:

auch zugleich für ben Fall, daß die Rentenpflichtigkeit nicht schon früher eingetragen ift, diese lettere einzutragen und dabei die Rr. der Stammlifte mit zu vermerken.

Ift die Berpflichtung nicht eingetragen, so bedarf es gar keines Bermerks im Sppothekenbuche bes belasteten Grundstude, selbst bann nicht, wenn eine Rente

übernommen ift, es erscheint jeboch zweckmäßig, daß alsbann bemerkt wird:

im Spothekenbuche bes belasteten Grundftuds bebarf es keines Bermerkes, weil die abgelofte Reallast nicht eingetragen steht.

d) Ueber das Versahren bei Anlegung des neuen Hopotheken-Foliums und die Sicherstellung der verschiedenen Realrechte in den Fällen, wenn bei Spezial-Separationen einem und demselben Besitzer an der Stelle mehrerer einzelner, mit verschiedenartigen Reallasten und Schulden beschwerten Grundstücke ein Gesammtplan ohne reale Subrepartition überwiesen worden ist, vergl. das C. R. des Min. des J. v. 25. Nov. 1837 1) (v. K. Ann. Bd. 21. S. 949), welches den Gerichten mittelst C. R. des Just. Win. v. 11. Nov. 1838 (v. K. Jahrb. Bd. 52. S. 599, Gräff Bd. 13. S. 49) zur Rachachtung mitgetheilt ist.

Bergl. auch Art. I. Mr. 1. ber Inftr. v. 8. Aug. 1858. 2)

- e) Ueber das Versahren bei Eintragung der Separat-Rezesse, wenn die Ländereien sich unter verschiedenen Jurisdiktionen besinden, vergl. das R. des Just. Win. v. 21. Okt. 1831 3) (Roch's Agrarges., 4. Aust. S. 340—341).
- f) In Betreff der auch von den Auseinandersetzungs-Behörden zu berücksichtigenden Grundsate bezüglich des Sphothekenwesens der Domainen vergl. v. Rönne's Domainen-, Forst- und Jagdwesen des Preuß. Staates, S. 200—229 (Th. IX. Abth. I. dieses Werkes).
- C. Regulirung und Feststellung ber neuen Wirthschaftseinrichtungen und Rosten zwischen ben Interessenten, ben Bächtern und Verpächtern (B. v. 20. Juni 1817 S. 198.).

Bergl. unten ben Unter-Abschn. V. (von den Wirkungen ber Ausein-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 593-595.

²⁾ Chendas. S. 590.

³⁾ Ebenbas. S. 595-596.

Berordn. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation sc. (\$5. 201-204.) 397

andersetungen hinsichtlich britter Personen und ber Sicherstellung ihrer Bechte), und zwar:

a) in Betreff ber Ginrichtungsfoften, Rap. II. Tit. 3.;

b) in Betreff der Verhältniffe der Pachter und Verpächter, Kap. II. Tit. 5.

D. Ausmittelung und Beststellung bes Werthes ber bauer-

lichen Sofe (B. v. 20. Juni 1817 S. 199.).

Diese Ermittelung sindet in Folge der durch die V. v. 29. Dec. 1843 (G. S. 1844, S. 17) ausgesprochenen Aushebung der SS. 29. u. 54. des Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811 und des Art. 65. der Dekl. v. 29. Mai 1816 wegen der Verschuldungsbeschränkung der Bauergüter nicht mehr statt. 1)

E. Rebenpunkte beireffend (B. v. 20. Juni 1817 S. 200.).

Bergl. die Erläut. zu ben SS. 20—22. u. S. 171. der V. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 262 ff. n. S. 361), insbes. auch das C. R. v. 1. Aug. 1837 ²) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 658).

Jum 4. 201.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §. 57.)

(Ausführungs-Protofolle.)

- 1) Ueber den Inhalt des Ausführungs-Prototolls und deffen Wirksamkeit vergl. das C. R. des Min. des J. v. 1. Aug. 18372). (v. K. Ann. Bb. 21. S. 658.)
- 2) Ueber die Verbindung der Ausführungs-Berhandlungen mit der Rezespollziehung, vergl. die R. des Min. des J. v. 23. Jul. 1843.). (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 242 u. 243. Nr. 321 u. 322.)
- 3) Ueber die Verpflichtung der Kommissarien, dafür zu sorgen, daß bei der Aussührungsverhandlung alle bis dahin noch nicht ersledigten Punkte abgemacht werden, insbesondere auch die Interessenten auf die bei den Hpothekenbuchern zu bewirkenden Eintragungen aufmerksam zu machen, vergl. S. 57. der V. v. 30. Juni 1834.

Bergl. S. 7. des G. v. 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung der

Rechte britter Personen.

Bu §§. 202—204.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. §. 63. u. B. v. 22. Nov. 1844. §. 6.]

(Beit ber Ausführung.)

1) Die Bestimmung des ersten Sates des S. 202. ist bei den meisten mit Landumsatz verbundenen Auseinandersetzungen nicht beobachtet, sondern

¹⁾ Das C. A. des Min. des K. Hauses, Abih. II., v. 14. Juni 1846 (Rin. Bl. d. i. B. 1846. S. 151) hat die Domainen-Behörden angewiesen, auch in Fällen, wo in den Berleihungskontrakten, und mithin vertragsmäßig, den Bessihern von Domanial-Bauerhöfen die Verpflichtung auferlegt worden, "ihre Göse nicht über ein Viertel, zwei Drittel oder irgend eine andere Quote des durch eine Grundtare sestgestellten Werthes derselben mit Hopothekenschulden zu belasten", Ramens des Domainen-Fiskus auf dergleichen vertragsmäßige Verschuldungs-Vessschränkungen Verzicht zu leisten und deren Löschung zu bewilligen.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 473. 3) Bergl. in Bb. I. S. 473.

⁴⁾ Chenhas. G. 578-579.

mit der Ausfährung des Auseinandersetzungsplans bald nach der Anerkennung ober richterlichen Feststellung beffelben, größtentheils vor ber Bestätigung des Rezesses, vorgegangen worden. Die Interessenten haben in ber Regel auf schleunige Ausführung gedrungen, indem fie fich auf die Bortheilhaftigteit dieser Maagregel, und auf deren Bulaffigkeit nach S. 203. a. a. D. bei Uebereinstimmung der Interessenten und auf die SS. 181 ff. a. a. D. ftugen, wonach mit ber Ausführung ber erften Entscheidung ber Gen.-Rom. über die Ausgleichung der Theilnehmungsrechte verfahren werden mußte und in der folgenden Instanz von dem Revisionskollegium nicht auf Abanderung des Auseinandersetzungsplans rudfichtlich der Landenischädigung und anderer in Naturalobjekten bestimmten Ausgleichungspunkte und Vorbehalte des Auseinandersetzungsplans, vielmehr nur auf anderweitige Entschädigung in Rente oder Rapital erkannt werden konnte. — Die hierin begründete Ausführung bes Auseinandersetzungsplans hinsichtlich des Landumfates jedenfalls nach ergangenem erften Erkenntniß bewirfte aber auch eine Ausführung der Auseinandersetzung in anderen damit verbundenen Saupt- und Nebenpunkten vor der Bestätigung des Rezesses, deren Regulirung und Ausführung mit der Ausführung des Landvertheilungsplans verbunden werden oder derselben in kurzer Frist vor der Bearbeitung und Bestätigung des Auseinandersetzungsrezeffes folgen mußte. Dieser beschleunigten Ausführung ftellten fich jedoch Bedenken entgegen, theils wegen ber Unmoglichkeit auf Seiten der Berechtigten, den Erfat der bisher ihnen zuständis gen wirthschaftlichen Leiftungen in turgen Friften zu beschaffen, theils in ber Erfahrung, daß die Partheien nach Erreichung der hauptsachlichsten Endzwecke der Auseinandersetzung bei der ausgesetzten Regulirung von Rebenpunkten besto schwieriger wurden. Dazu traten Bedenken, aus der veranderten Gesetzebung über die Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Auseinandersetzungsbehörden entspringend. In Volge beffen bildete fich die Praris mehrerer Auseinandersetungs - Behörden dahin aus, bag bem (bamaligen) Rechtsmittel des Refurses in der Regel Suspensiowirkung beigulegen, jedoch in dringenden Fällen, ungeachtet der Einlegung diefes Mechemittele, mit der Ausführung des Auseinandersehungsplanes vorzugehen sei. Diese Praxis sanktionirte der S. 63. der B. v. 30. Juni 1834, deren SS. 45. ff. zugleich nähere (abandernde) Borfchriften über den Inftanzenzug und über das Berfahren in Betreff des Entschädigungspunktes ertheilten. In Gemäßheit des S. 63. der B. v. 30. Juni 1834 und des S. 203. der B. v. 20. Juni 1817 wurde von den Auseinandersetzungs-Beborden, — jedesmal ausbrücklich und in der Urtelsformel, sowohl über den Zeitpunkt der Ausführung überhaupt, als darüber erkannt: ob, wann und unter welchen Maaggaben ausnahmsweise vor rechtsfraftiger Entscheidung, mit Ueberweisung des neuen Planes und mit Ausführung der in Solge beffelben eintretenden neuen Berhaltniffe zwischen ben Intereffenten, vorgegangen werden solle, sei dies entweder fofort bei Publikation des erften Urtels, oder zu einem anderen naben Beitpunkte.

Diese den Spruchbehörden erster Instanz zustehenden Besugnisse hat nun der g. 6. der B. v. 22. Nov. 1844 erweitert, indem er zugleich den g. 63. der B. v. 30. Juni 1834 aufgehoben und den g. 203. der Berord-nung v. 20. Juni 1817 abgeändert hat. Es sind durch den g. 6. der B. v. 22. Nov. 1844, deren g. 14. den Refurs an das Min. des J. beseitigt, die Spruchbebörden ausschließlich berusen worden, darscher zu erkennen, ob die Aussührung, ungeachtet des gegen ein Erstenntniß eiwa einzuwendenden Rechtsmittels, stattzusunden habe. Diese Bestuniß der Spruchbehörden aber ist, anstatt dieselbe etwa auf bestimmte Streitgegenstände zu beschränken, vielmehr von bestimmten allgemein geletenden Bedingungen (§§. 6a. und b. a. a. D.) abhängig gemacht worden.

Der S. 203. der B. v. 20. Juni 1817 stellte für die Bulassigfeit einer Realisirung des Planes vor Bestätigung des Rezesses, jedoch nicht vor erfolgter Rekursentscheidung, das blos relative Kriterium auf:

ob auf der Seite derjenigen, welche die Realistrung wünschen, ober

auf der andern Seite der größte Nachtheil bevorftebe?

Der S. 63. der B. v. 30. Juni 1834 gestattete die Ueberweisung und Aussuhrung des Plans, des gegen die erste Entscheidung noch stattsindenden Refurses ungeachtet "in dringenden Fällen", welche unbestimmte Fassung eine sehr verschiedene Auslegung und Anwendung veranlaste. Der S. 6. der B. v. 22. Nov. 1844 beabsichtigt nicht, die Bedingungen, unter denen die an sich erzeptionelle Besugnis einer Aussuhrung der ersten Entscheidung vor ihrer Rechtsfrast stattsindet, über das Bedürsnis und über die von der Eeschäftspraxis!) sestgehaltene Grenze hinaus zu erweitern. An die Stelle des im S. 63. der B. v. 30. Juni 1834 angestellten Requisits treten die Erfordernisse des S. 6 a. und b. der B. v. 22. Nov. 1844, während auch in Zusunft die Regel des S. 203. der B. v. 20. Juni 1817 in soweit stehen bleibt,

daß eine Realistrung der Auseinandersetzung vor der Bestätigung des Rezesses nur mit Genehmigung aller Interessenten, event. nach

richterlicher Entscheidung geschehen barf.

Damit der zweite Richter beurtheilen kann, in wieweit eine Gerstellung des frühern Zustandes, rest. ohne Zerrüttung des Auseinandersetzungsplans oder ohne andern überwiegenden Nachtheil für die auf die Aussührung der ersten Entscheidung gegründeten wirthschaftlichen Einrichtungen, noch zulässig erscheine (S. 134 der V. v. 20. Juni 1817), oder ob nur auf anderweite Entschädigung in Kapital oder Rente zu erkennen ist, sollen die zur Bestimmung des Urtheils des zweiten Richters erforderlichen Thatsachen und Gntachten zu den Akten gebracht werden, wenn die Aussührung des ersten Erkenntnisses vor Erlaß der zweiten Entscheidung stattgefunden hat.

Bergl. das R. des Min. des J. v. 14. Marz 18462). (Roch's Agrar-

gef., 4. Aufl. S. 421.)

2) Ueber die Beschleunigung der Rezesse und die Benachrichtigung der Gerichte*) in den Fällen, wo eine vorläufige Aussührung

b) Das R. des Juftigmin. v. 22. Oft. 1838. (Forni's Zeitschrift Bb. 1. S. 669, Koch's Agrarges. 4. Aufl. S. 346.) hat jedoch dem Ermeffen der Unterges

¹⁾ Das C. R. des Min. d. J. u. d. B. v. 13. Oft. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 288. Nr. 475.) hatte diese Praris dahin festgestellt, daß zur Answendung des S. 63. der B. v. 30. Juni 1834 außer den in S. 203. der B. v. 20. Juni 1817 vorausgesetzten noch besondere Umstände obwalten müssen, welche dem betreffenden Falle die Natur eines dringlichen geben. — Dieser Anslegung entspricht die Bestimmung im S. 6. ad a. der B. v. 22. Nov. 1844, wogegen sich die Bestimmung ad d. durch Rücksichten der Billigkeit und durch die Analogie des S. 8. A. G. D. I. 14. rechtsertigt.

²⁾ Bergl, in Bb. I. S. 664.

³⁾ Ueber die Eintragung vorläufiger Vermerke in die Spoihek. Bucher noch vor der Errichtung eines formlichen Rezesses auf die Anzeige der Auseinans dersehungs-Behörde über die bereits vorläufig erfolgte Ausführung, bes Limmen:

a) das R. des Just. Min. v. 17. Mai 1838 (v. R. Jahrb. Bb. 51. S. 409), daß, wenn bei dem Sppothekenrichter noch vor Errichtung eines sormlichen Rezels ses über eine gutsherrliche Regulirung, Ablösung oder Gemeinheitstheilung, die Anzeige der bereits vorläusig erfolgten Anssührung auf amtlichem Wege eingeht, ein kurzer Bermerk darüber in das Sppothekenduch der betr. Ernudstäcke als eine Beschränkung der Disposition in der zweiten Rubrik aufgenommen und derselbe nach Eingang des bestätigten Rezesses wiederum geloscht werden soll.

angeordnet wird, vergl. das C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 8. Marg 1838 ¿). (v. A. Ann. Bb. 22. S. 75.)

3) Der S. 104. des Ablos.-Gef. v. 2. Marg 18502) verordnet,

bag, wenn bie Intereffenten fich nicht über ben Termin gur Ausführung ber Auseinandersehung vereinigen, solcher burch tie Auseinandersehungs . Behörde befimmt werben soll.

4) Für Verschlechterungen ber Grundftude, welche nach Ausführung der Gemeinheitstheilung durch Naturereigniffe hervorgebracht werden, haben die Afquirenten keine Entschädigung von der Theilungsmaffe zu verlangen, wenn auch der Rezest noch nicht vollzogen, die Realisation der Ausführung vielmehr früher (durch Genehmigung der Interessenten oder richterliche Entscheidung) erfolgt ift.

Angenommen von dem Revisione-Rollegium für L. R. S. (Datum ber Entscheidung konftirt nicht), desgl. von dem Min. des 3. (in dem R. v. 25. Nov. 1843 und dem Refursbescheibe vom 30. Mai 1845,

(Beitschr. bes Revis. Rolleg. Bb. 2. S. 156-164.)

Zum 4. 205.

(Zwangsmittel zur Ausführung.)

- 1) Ueber die Fragen, nach welchen Grundsagen die Erekution aus ben von ber Auseinanderfegungs-Beborde bestätigten Rezessen zu verfügen, wie lange in dieser Beziehung die Rompeteng der Auseinandersetzungs-Beborben dauert, und unter welchen Voraussetzungen demnächst die Kompetenz ber Berichte zur Erefutionsvollftredung wieder eintritt? vergl.:
 - a) R. bes Min. bes J. v. 1. Aug. 1837 1) (v. R. Ann. Bb. 21. S. 658);

b) R. besselb. Min. v. 30. Marz 1839 4) (a. a. D. Bb. 23. S. 91); c) C. R. besselb. Min. v. 5. Juni 1839 8) (a. a. D. S. 361);

- d) R. beffeld. Min. v. 6. Sept. 1840) (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 390. Nr. 686).
- 2) Die Kompetenz der Gen.-Rom. rücksichtlich der Ausführung der von ihr geleiteten Auseinandersetzungen beschränkt sich keineswegs auf die Ueberweisung der Landabsindungen, sondern gebührt denselben auch in Beziehung auf die Erekutionsverfügungen, auf Unterlassung wegen Befitftorungen?).

c) Bergl. Art. I. Rr. 4. ber Inftr. v. 3. Aug. 1853. (f. in Bb. I. 6. 591.)

1) Bergl. in Bb. I. S. 596.

2) Ebenbas. S. 186.

3) Bergl. in Bb. I. S. 473 ff.

4) Chenbas. 6. 596-597.

5) Chenbas. S. 597-598. 6) Cbenbas. S. 598-599.

7) Durch bas R. bes Min. bes 3. v. 21. Dec. 1832. (Roch Mgr. Gef. 4. Anfl. S. 347) ift in Betreff bes Berfahrens bei Grefntionen auf Unterlaffungen im Gefolge eines Beschluffes bes R. Staatsmin. auf Anlag von 3weifeln über

richte überlaffen, in welchen Fällen fie nach erhaltener Rachricht über bie vorläus fige Ausführung einer Gemeinheitstheilung vor Errichtung eines formlichen Rezeffes die Eintragung eines Bermerks unter ber Rubrif II. des Sppothekenbuchs veranlaffen wollen, indem es hauptfachlich nur barauf ankomme, daß ber Sppothekenrichter bei portommenden Dispositionen über Grunbftude, bie einem Auseinandersegungs. verfahren unterlegen haben, tie inzwischen etwa erfolgten Menderungen in der Lage, Große n. f. w. nicht überfebe, vielmehr bie von ber Anseinanberfepungse behorbe barüber mitgetheilten Rachrichten gehorig beachte, weshalb ein Bermert im Oppothekenbuche nicht immer nothwendig, vielmehr oft überfüsfig fei.

Angenommen von dem Staatsministerium unterm 25. Jan. 1835 (mitgetheilt durch das C. R. des M. des J. v. 21. Febr. ej. a.) ¹) (v. R. Ann. Bb. 19. S. 64.)

3) Ueber die Ausführung erekutivischer Maaßregeln bei Dienstverweigerungen vergl. das R. des Min. des J. v. 18. April 1834 *).

(v. K. Ann. Bb. 18. S. 993).

4) In Betreff der Bollstreckung der Erekution gegen gange Gemeinden vergl. die Borschriften des S. 153. des Anh. zur A. G. O. I.
24., deren Beobachtung das R. des Min. des J. v. 16. Aug. 1836 an die Gen.-Rom. zu Soldin (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 348.), den Auseinandersetzungs-Behörden speziell zur Pflicht macht.

5) Ueber bas Verfahren bei Erekutionsvollstreckungen in Auseinandersetzungs-Sachen mit militairischer Hulfe, vergl. das R. des Min. bes

3. v. 3. April 18224). (Roch's Agrarges., 4. Aust. 6. 247.)

Vergl. Abschn. II. A. der Geschäftsanweisung für die Reg. v. 31. Dec. 1825. (v. K. Ann. Bd. 19. S. 821.)

3n §§. 206—208.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834. S. 64.]

(Affervation des Rezesses und der Kommissions-Atten.)

1) Der S. 64. der B. v. 30. Juni 1834 gestattet, die für das Landrathsamt bestimmte Karte gleichfalls ben Interessenten auszuhändigen.

2) Das R. des Min. des J. v. 4. Aug. 1837 5) (v. K. Ann. Bb. 21.

die Art ber Anwendung des §. 54. T. 24. der A. G. D. wesentlich dassenige ans geordnet worden, was hiernächst der §. 10. der B. v. 4. März 1834 über die Exestation in Civilsachen (G. S. S. 31) vorgeschrieben hat, welcher bestimmt:

"Bei Crekutionen auf Unterlassung sindet tie Festsehung der auf die Uebers, "tretung angedrohten Strafe, wenn die Uebertretung selbst sestscht, durch "ein Defret, wenn es zur Feststellung aber noch einer Beweisaufnahme "bedarf, durch Erkenntniß statt, gegen welches nur der Rekurs zulässusig ist.

"Bei diesem Refurse soll dasselbe Berfahren eintreten, welches Unsere

"Ordre v. 8. Aug. 1832 (G. S. S. 199) §§. 2 ff. vorschreibt." Mit Bezug hierauf bemerkt das R. des Min. des J. v. 21. Febr. 1842*).

Mit Bezug hierauf bemertt das R. des Min. des J. v. 21. Febr. 1842*). (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 85. Nr. 125), daß der in S. 10. der B. v. 4. März 1834 gedachte Refurs nicht an die vorgesette Aufsichtsbehörde, sondern an die höhere Spruch-Instanz geht.

1) Bergl. in Bb. I. S. 599. 2) Ebenbas. S. 599—600.

3) Bergl. auch bas R. v. 23. Febr. 1811, wonach bergl. Erefutionen fiets Mannern von gesetzten Jahren und wo möglich von außerer Burbe und Ansehen

zu übertragen. (Rabe Bb. 10. S. 198.)

4) Bergl. in Bb. I. S. 600. — Bergl. auch A. G. D. I. 24. §. 150. und Anh. §. 179., besgl. R. bes Just. Min. v. 30. Juni 1834 (v. K. Jahrb. Bb. 43. S. 490, Gräff Bb. 8. S. 231), R. v. 20. Jan. 1810 (Rabe Bb. 10. S. 261), R. v. 15. Jan. 1810 (a. a. D. S. 254) und G. v. 20. März 1837 über ben Waffengebrauch des Militairs, §. 8 (G. S. 1837 S. 61.)

Ueber die Gebühren für militairische Erefutions-Kommandos vergl. die R. v. 8. Nov. 1804 (Rabe Bd. 8. S. 211.), v. 3. Nov. 1810 (a. a. D. Bd. 10.

S. 469.) n. v. 17. Febr. 1823 (v. R. Ann. Bb. 7. S. 100.)

5) Bergl. in Bb. I. S. 600-601.

^{*)} Bergl. in Bb. I. S. 600.

402 Von b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

S. 647.) bestimmt, daß auch die bei den Landrathsämtern aufbewahrten Reinstarten von den bereits ausgeführten und beendigten Gemeinheitstheilungen und sonstigen Auseinandersetzungen zur eigenen Aufbewahrung an die Partheien verabfolgt werden können.

3) Ueber die Art und Weise der Versendung von Karten-Kasten vergl. das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 9. Mai 1853 1).

(Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 266. Mr. 230.)

X. Kostenpunkt.

[Bergl. Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821. § \$. 26 — 28., B. v. 30. Juni 1834. § \$. 65. und 66., Ablös. Ges. v. 2. März 1850. § \$. 106. und 107., Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D., Art. 16.]

3u \$\$. 209-212.

I. Die Vorschriften der V. v. 20. Juni 1817. §§. 209 — 212. über die Verpstichtung der Interessenten zur Tragung der Kosten, resp. über deren Wertheilung unter die Interessenten, beziehen sich nur auf gutsherr=lich-bäuerliche Regulirungen und damit (nach §. 3. Nr. 2. a. a. D.) verbundene Gemeinheitstheilungen, resp. Incidentpunkte.

Diefelben geben dabin:

a) Die Rosten bloger gute herrlich bauerlicher Regulirungen sollen zur Salfte von ber Guteherrschaft, zur andern Salfte von den bauerlichen Wirthen getragen und die auf die Letteren fallende Salfte nach Bershältniß der Größe ihrer Besithumer vertheilt werden. (§. 209.)

b) Ift mit der Regulirung eine Gemeinheitstheilung anderer (b. h. bei ber Regulirung nicht interessirter) Grundstücke verbunden, so sollen die Intersessen der Gemeinheitstheilung zu den diesfälligen Kosten nach den Grundsfägen der Gem. Th. D. beitragen. (S. 210.)

c) Die Theilnahme Dritter an den Kosten der Regulirung findet nur insofern statt, als dem Dritten daraus besondere Bortheile erwachsen, und dann im

Berhaltniffe biefer letteren. (S. 211.)

d) Die Rosten aller Beiterungen, welche von ber einen ober andern Seite erhoben werden (Prozeskosten) trägt ber unterliegende Theil nach ben Grundsäsen wegen der Prozeskosten. (S. 212.)

Diese Vorschriften bedurften, nach Erlaß der Gem.=Th.=D. u. der Abl.=D. v. 7. Juni 1821, einer Ergänzung in Betreff der bei den nach diesen Gesegen zu behandelnden Auseinandersetzungs = Sachen. Deshalb hat das zu jenen Gesegen erlassene Ausführungsges. v. 7. Juni 1821 (in den §§. 26. und 27.) folgende Bestimmungen getroffen 2):

1) Chenbas. S. 601-602.

Diese Borschriften sind enthalten in: a) §§. 123. und 124., §§. 99. und 100. und §§. 96. und 97. der drei Ges. v. 21. April 1825 (s. in Bd. I. S. 296—297);

b) S. 138. ber Ablof. D. v. 13. Juli 1829 (G. C. 1829. C. 65);

²⁾ Da das Ablös. Ges. v. 2. März 1850 im §. 112. (f. in Bb. I. S. 187) die Bestimmungen der frühern (und selbst der durch §. 1. desselben aufgehobenen) Gesetze über das Kostenwesen und Verfahren ausdrücklich aufrecht ershält, insoweit sie nicht durch das Ablös. Ges. selbst abgeändert sind, so ist hier auch auf die den Kostenpunkt beir. Vorschriften der neben dem Gesetze v. 2. März 1850 noch zur Anwendung kommenden, beziehungsweise durch dasselbe (im §. 1.) aufgehobenen Gesetze hinzuweisen.

c) §. 5. bes Ges. v. 18. Juni 1840 für Siègen (s. in Bb. I. S. 303); d) §. 140. ber Ablös. D. v. 18. Juni 1840 für bas Herzogthum Wests phalen (G. S. 1840. S. 186);

Werordn. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation 1c. (\$5. 209-212.) 403

- 3) In Gem. Theil. Sachen sollen: a) die Kosten der Bermessung und Bonitirung von allen Theilnehmern nach Berhältniß der Theilnehs mung erechte; die übrigen Rosten dagegen nach Berhältniß des den Theilnehmern ans der Auseinandersetzung erwachsenden Bortheils getrasgen werden, Prozessosten aber wie in Regulirungs-Sachen dem unsterliegenden Theile nach den Grundsähen der A. G. D. zur Last fallen (§. 26.).
- b) Betreffs ber Roften in Ablds. Sachen sollen bie Grundsäte ber \$5. 209 ff. ber B. v. 20. Juni 1817 zur Anwendung kommen. (S. 27.)

Vergl. die Erläut. zum S. 26. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821. Die oben gedachten Vorschriften der V. v. 20. Juni 1817 und des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 sind demnächst modificirt, resp. näher bestimmt worden durch den S. 106. des Ablös.-Ges. v. 2. März 1850 1) und durch den Art. 16. des Ergänz.-Ges. v. 2. März 1850 zur Gem.- Th.-O. 2).

Es bestimmen namlich:

- a) Der S. 106. bes Ablos.-Ges. v. 2. Marg 1850, bag:
- a) die Roften ber Regulirungen und Ablöfungen, ausschließlich ber Pros zestoften, zur einen Galfte von bem Berechtigten, zur anbern Galfte von bem Berpflichteten zu tragen;

β) mehrere Berechtigte ober Berpflichtete zu ben fie beireffenden Roften nach Berhältniß des Werthes der abgeloken Reallaften und Ges genleiftungen beizutragen haben.

Bergl. die Erlaut. hierzu zu Bd. II. Abth. I. S. 754-755.

- b) Hinsichts ber Rosten in Gemeinheitstheilungs-Sachen hat ber Art. 16. des Erg.-Ges. v. 2. Marz 1850 den S. 26. des Aussühr.Des. v. 7. Juni 1821 dahin abgeandert:
 - Bei der Ablösung einseitiger Forstservituten werden die Kosten der Vermessung und Bonitirung des belasteten Waldes, sofern dieselben unvermeidlich sind, von allen Theilnehmern nach Verhältniß der Theils nehmungsrechte; die übrigen Auseinandersehungskosten dagegen nach Verhältniß des Vortheils der Auseinandersehung von den Theilsnehmern getragen.

Bonitirung, gleich ben übrigen Auseinandersetzungskoften, unter alle Theilnehmer nach Berhältniß bes jedem Einzelnen aus ber Auseinanders setzung erwachsenden Vortheils vertheilt.

Es ift hier der Entstehungsgeschichte des Art. 16. a. a. D. zu gedenken.

A. In dem Reg.-Entw. bildete berfelbe den Art. 14. in folgender Fassung:

Alin. 1.

Die Roften der Ablösung einseitiger Forftservituten werden gur einen Galfte vom Besitzer des belasteten Waldes, zur andern Galfte von dem Berechtigten auf-

g) §. 32. bes Ges. v. 22. Dec. 1839 für bie Grafschaften Bittgenstein (s. in Bb. I. S. 309).

2) Bergl. in Bb. I. S. 186 und 331.

e) §. 120. der Ablös. D. v. 4. Juli 1840 für die vormals Rassauischen Landestheile und Westar (G. S. 1840. S. 223);

f) §5. 96—98. bes Ges. v. 8. April 1823 für Posen ic. (G. C. 1823. C. 49) und Defl. v. 10. Juli 1836 (G. C. 1836. C. 204);

¹⁾ Der S. 107. a. a. D. verordnet die Niederschlagung der Kosten in Auseinandersehungesachen und Prozessen über Berechtigungen, Abgaben und Leistungen, welche in Folge des Abl. Ges. unentgeltlich wegsallen (s. in Bb. I. S. 186 und die Erläut. dazu in Bd. II. Abschn. I. S. 755).

gebracht; mehrere Berechtigte haben unter einander zu dieser Salfte nach Verhaltsniß ihrer Theilnehmungerechte beigetragen.

Alin. 2. u. 3. gleichlantend mit Alin. 2. u. 3. bes jesigen Art. 16.

Die Motive bemerken bazu:

Die meiften Rlagen über bie Ausführung ber Gemeinheitsiheilungen beziehen fich auf ihre Roftspieligkeit. Für bie Berringerung ber Sohe ber Roften wird burch ein besonderes Geset Fürsorge getroffen werden. hier handelt es fich darum, ben Maakstab der Rostenvertheilung unter die Interessenten in einer angemessenen Bei ber Ablosung einseitiger Forftservituten ift die Bestim: Weise abzuändern. mung bes §. 26. bes Ausführungsgef. v. 21. Juni 1821 ohne erhebliche Bers lezung des Waldeigenthümers nicht anwendbar, indem ihn bei Festhaltung des Werhalinisses der Theilnahmrechte ein zu überwiegender Theil der Bermeffunges und Bonitirungekeften trifft. Desmegen erscheint es zwedmäßiger und gerecht, die sammtlichen Roften der Forstservitut-Ablösungen zwischen dem Belasteten nud ben Berechtigten zu gleichen Beiträgen zu theilen und bie Berechtigten nach Bers haltniß ihrer Theilnahmrechte zu ber fie treffenden Salfte beitragen zu laffen. Bei allen andern Separationen kann ein Unterschied zwischen Vermeffunges und Bos nitirungskoften einerseits, und sonstigen Auseinandersetzungskoften andererseits nicht anerkannt werden, da fie alle zu dem nämlichen Zwecke aufzuwenden find. Wenn fammtliche Roften nach Berhaltnis bes Bortheils, welcher ben Intereffenten aus ber Auseinandersetung erwächst, vertheilt werden, so hat fich Riemand barüber zu beschweren, daß er für ben ihm burch bas Geset ju verschaffenden Rugen unverhältnismäßige Aufwendungen machen muffe.

B. Die Kommission der II. Kammer beantragte die jetige Faffung bes Alin. 1. bes Art. 16. und im Uebrigen die unveränderte An-

nahme, indem fich bies in folgender Art rechtfertigte:

Gegen bas Alin. 1. murben mehrere Bebenten aufgestellt. Es wurbe ausgeführt, daß nach dieser Bestimmung ber einseitig Forftservitut . Berechtigte auch die Balfe aller Vermeffunges und Bonitirungskoften eines Forstes, er möge so groß fein, wie er wolle, wenn ihm auch in bemselben eine verhältnismäßig nur unbedeutende Servitut zustände, mitzutragen haben wurde, sobald der Werth feis ner Berechtigung nicht anders als im Wege einer speziellen Vermessung und Bos nitirung festgestellt werben konnte. Sierburch wurde aber nicht nur ber Walbeis genthumer gang ungewöhnlich und ohne allen rechtlichen Grund begunftigt erscheis nen, sondern bei unbedeutenden Servituten konne auch der Rostenbeitrag zur Bermeffung und Bonitirung bes Forftes, welcher hiernach von dem einseitigen Dienste barkeitsberechtigten beansprucht werbe, ben Werth ber ganzen Absindung, ben er erhalt, konsumiren ober wohl gar noch überfteigen. — Jebe Bermeffung und Bos nitirung, sei es von Felde ober Borftbefigungen, sei bei bem vorgeschrittenen Bus fande der Lands und Forstwirthschaft für die ordnungemäßige Bewirthschaftung, so wie für Kulturverbefferungen jedem Befiger fast unentbehrlich geworden, und fie bringe baher, wodurch sie auch veranlaßt werbe, ftete und unter allen Umftans ben bem Forsteigenihumer einen sehr wesentlichen mit bem 3weck ber Servitut= ablösungen in gar keiner Verbindung stehenden Vortheil. — Sonach wurde es völlig ungerechtfertigt erscheinen, bag biefer überwiegenbe Bortheil, welchen ber Befiper eines Forstes aus einer neuen Bermeffung und Bonitirung befielben uns widerlegbar habe, bei Aufbringung ber Bermeffunges und Bonitirungefosten nicht berücksichtigt werben follte, wobei noch außerbem zu erwägen sei, daß durch diese neue Bestimmung die Provokationsbefugniß der Berechtigten, zumal der kleineren Seute ganglich vereitelt wurde.

Es wurde daher die jesige Fassung beantragt.

Die II. Rammer ift diesem Antrage beigetreten. (Stenogr. Ber. ber

11. R. 1844. Bb. 3. S. 1627.)

C. Die Kommission der I. Kammer empfahl, ohne nähere Moztivirung, die Annahme des Beschlusses der II. Kammer, womit sich das Plenum der I. Kammer einverstanden erklärte. (Stenogr. Ber. ber I. K. 1848. Bd. S. 2684.)

II. An die ad I. gedachten Vorschriften über den Kostenpunkt reihen sich noch folgende diesen Gegenstand betreffende Bestimmungen; a) die des §. 23. der B. v. 22. Nov. 1844, wonach alle bisherige den Kostenpunkt in der Appellationsinstanz betreff. Vorschriften auch auf diesenigen Sachen Anwendung sinden sollen, in denen die Appellation erst in Folge der gedachten Verordnung zulässig geworden ist;

b) die Vorschriften der SS. 65. und 66. der B. v. 30. Juni 1834,

betreffend:

a) die Verpflichtung des Besitzers eines Gutes zur Entrichtung ber

Auseinandersetzungskoften und die Ausnahmen hiervon (S. 65.);

B) die Berichtigung der Auseinandersetzungskoften in Fällen des Konkurses oder erbschaftlichen Liquidationsprozesses, und die nothwendige Subhastation der betheiligten Güter. (§. 66.)

Bergl. die Erlaut. jum S. 23. der B. v. 22. Mov. 1844 und ju SS.

65. und 66. ber B. v. 30. Juni 1834.

III. Bur Erläuterung der Borschriften bezüglich des Kostenpunktes

ift hier noch folgender Bestimmungen zu gebenken:

1) Ueber die Bertheilung ber Wermessungskosten in Regulistung sie den in Fällen, wo die Regulirung mit einer Gemeinheitstheilung verbunden wird, vergl. das (durch den Art. 16. des Ergänz.-Ges. v. 2. März 1850 nur für modificirt zu erachtende) R. des Min. des 3. v. 25. Okt. 1821 1). (Roch's Agrarges. 4. Aust. G. 350.)

Bergl. auch die Erlaut. zu den SS. 18. und 26. des Ausführ.-Gef.

v. 7. Juni 1821.

2). Ueber die Aufbringung der Kosten für Bekanntmachung der Kapitalsentschädigungen, vergl. das R. des Min. des J. v. 18. Febr. 1848.). (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 52.)

3) Ueber die Verpflichtung der Auseinandersetzungs - Behörden, auch ohne Anträge der Partheien, die endliche Ausgleichung derselben wes gen der im Laufe der Auseinandersetzung eingezogenen Kosten herbeizufühsen, vergl. das R. des Min. des J. v. 7. Juli 1834 °). (Roch's Agrarges. 4. Aust. S. 350.)

Bergl. SS. 7. und 57. der B. v. 30. Juni 1834.

4) In Betreff der für Rechnung der Kirchen, Pfarreien, Schulen und Küstereien entstandenen Auseinandersetzungskosten disponiren, die C. R. des Min. des J. v. 26. Aug. und 1. Dec. 1847*). (Min. Bl. b. i. B. 1848. S. 22 und 23) und v. 14. Mai 1848 5). (Roch's Agrarges., 4. Aust. S. 353.), so wie das R. der Oberrechnungs-Rammer v. 28. Dec. 1847 6) (a. a. D.) 7).

5) Bezüglich des auf den Fiskus fallenden Antheils der Auseinan-

Das R. des Min. des J., sandwirthschaftl. Abih., v. 16. Juni 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 259. Rr. 455.) bemerkte übrigens, daß die Autorisation zur Verfolgung un begründeter Antrage der Pfarren, Schulen zc. zu versagen sei ober die Bertreter jener Institute für die entstehenden Beiterungskoften person-

lich verantwortlich zu machen seien.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 602-603.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 603-604.

³⁾ Ebenbaf. S. 604.

⁴⁾ Ebenbas. S. 604-605.

⁵⁾ Chenbaf. 606.

⁶⁾ Ebendas. 605-606.

⁷⁾ Durch diese Erlasse ist der Gegenstand befinitiv anderweitig regulirt worden und sind daher die älteren darüber ergangenen Restripte, insbesondete das C. R. des Min. der geistl. 2c. Ang. u. d. J. v. 25. Juni 1832 (v. K. Ann. Bd. 16. S. 397) und v. 18. März 1834 (a. a. D. Bd. 18. S. 72) und das C. R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 15. Aug. 1837 (a. a. D. Bd. 21. S. 394) für beseitigt zu erachten.

bersetzungskosten hat das (nicht veröffentlichte) R. des Min. des J. v. 18. Febr. 1830, in Uebereinstimmung des Fin.-Min., angeordnet, daß solche Seitens der Reg.-Hauptkassen an die Rasse der Auseinandersetzungs-Behörde nicht vorschußweise, sondern sosort definitiv zu verausgaben; damit jedoch dem Fistus in dieser Hinsicht nichts verloren gehe, sollen die Auseinandersetzungs-Behörden das siskalische Interesse bei Vestellung des Kostenpunktes ordnungsmäßig wahrnehmen. (Dönniges Land.Kult.-Ges., Bd. 3. S. 512.)

Ueber die Verrechnung dieser Kosten bei den Reg.-Hauptkaffen vergl. auch das R. der Gen.-Verwaltung für Dom. und Forsten v. 21. April

1830 (v. R. Ann. Bb. 14. G. 315.)

6) Das R. bes Min. des J. v. 26. Nov. 1834. (Roch's Agrarges. 4. Aufl. S. 352.) spricht aus, daß die Armenanstalten und andere Institute, welchen siskalische Rechte zustehen, gleich den siskalischen Kassen, die Regulirungskosten, als zu den baaren Auslagen gehörig, entrichten muffen.

- 7) Die während der Sequestration eines Gutes entstandenen, ausgeschriebenen Regulirungskosten sollen vorweg aus den Revenüen bestritten werden, und zwar ohne Berücksichtigung des Zeitpunktes, wo die Arbeiten gefertigt worden. (Bergl. die R. des Just. Min. v. 14. Sept. 1827 n. 2. April 1832, v. R. Jahrb. Bd. 30. S. 135 und Bd. 39. S. 401, Gräff Bd. 2. S. 419 n. Bb. 6. S. 427.)

Bergl. übrigens S. 66. der B. v. 30. Juni 1834 und die Erläute-

rungen dazu.

3um S. 213.

Bergl. S. 4. und SS. 9—11. des Kosten-Regul. v. 25. April 1836 und S. 16. der Kosten-Instr. v. 16. Juli 1836.

3nm §. 214.

Das der B. v. 20. Juni 1917 beigefügte Kosten-Regl. ist beseitigt durch das an dessen Stelle getretene Kosten-Regul. v. 25. April 1836 nebst Instr. v. 16. Juli 1836. (G. S. 1836. S. 181 sf.)

Zweiter Unter:Abschnitt.

Das Gesetz v. 7. Juni 1821 über die Aussührung der Gememheitstheilungs- und Ablösungs-Ordnungen. 1)

3n §§. 1. und 2.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834, §S. 2-5.]

Bergl. die Erläut. zum S. 8. der W. v. 20. Inni 1817, Zus. I. (s. oben S. 245 ff.) und die Darstellung der Organisation der gegenwärstig bestehenden Auseinandersetzungs-Behörden in Bd. II. Abth. I. S. 12—19.

Zum **5.** 3.

Bergl. die Erläut. zum S. 2. der W. v. 20. Juni 1817, Zus. I. (s. oben S. 238—239.)

¹⁾ Bergl, in Bb. I. S. 434 ff.

Bum S. 4.

Bergl. über die Abanderung des S. 4., insbes. durch den S. 2. der B. v. 22. Nov. 1844, die Erläut. zu den SS. 24 — 26. der B. v. 20. Juni 1817, Jus. I. und III. (s. oben S. 269. ff.)

3um §. 5.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834, §§. 7. u. 8.]

Vergl. die Erläut. zum S. 3. der B. v. 20. Juni 1817, Jus. I. (s. oben S. 245. ff.)

3um §. 6.

Bergl. die Erlaut. zum S. 3. der B. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 245. ff.)

Zum §. 7.

Bergl. die Erläut. zu den §§. 56. und 57. der W. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 294. ff.)

Zum 5. 8.

[Bergi. B. v. 30. Juni 1834, § 10., 58-60.]

Vergl. die Erläut. zu den §§. 4., 16. und 45. der B. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 259. ff., S. 262. ff. u. S. 289. ff.)

3um S. 9.

I. Ueber die Erfordnisse und die Anlegung zweckmäßiger Planlagen im Allgemeinen vergl. die Erläut. zu den J. 186—139. der B. v. 20. Juni 1817, Zus. I. (s. oben S. 334. ff.)

II. Spezielle Erläuterungen des S. 9. des Aussuhr. Gef. v. 7. Juni 1821, insbesondere auch bezüglich der Institution der sogen. Berkoppe-lung, 1) ertheilen folgende Ministerial-Erlasse:

¹⁾ Die Borschriften bes S. 9. bes Ausführ. . B., welche ju ben Bestimmun. gen ber Landfulturgesetze gehören, auf beren Befolgung von Seiten ber Auseins anderfepunge-Behörden in Wahrnehmung bee landespolizeilichen Intereffe zu hals ten ift, bezweden, ohne ben Intereffenten einen Zwang zur Aufhebung von Gemeinheiten und Servituten, zur anderweitigen Ginrichtung ihres Wirthschaftsspstems aufzuerlegen, ihnen sofort bei feber erforberlichen nenen Gintheilung von Grunds ftuden ober Feldmarken, die Freiheit der Knitur und Bewirthschaftung nach ihrer Einficht und ihren Kraften zu gewähren, fle aber auch gegen fernerweitige Ums legung von Grundftuden, gegen bie bamit verbundenen Gefahren und Rachtheile ficher zu ftellen, die Gigenthumer vor wiederholter Expropriation, die nur im Rothfalle bes allgemeinen Bestens halber zugelaffen wirb, zu schüten. (S. 44. Einl. §g. 1., 3., 8-11. Tit. 22. I. A. E. R.) - Diesem entsprechen bie Be-Aimmungen ber §§. 56. ff., 61. ff., 69. ff., 177., 183. der Gem. Th. Ordn. v. 7. Juni 1821. — So große Bortheile auch bie Busammenlegung vereinzelter Befisthamer eines und beffelben Intereffenten (Arrondirung, Separation in einem Stude) in Beziehung auf Bewirthschaftung und Ersparung von Birthschaftetoften darbietet, so unterliegt fie bennoch in Rucksicht auf den Betrieb ftabtischer und lanblicher Gewerbe, auf ben Kommunals, Rirchens und Schulverband, mithin bins Achtlich ber wichtigften gesellschaftlichen Intereffen, großen Schwierigkeiten und Bebenfen. — Diefe treten ferner auch in ben Mangeln ber Abschahungefunft,

408 Bon d. Ablof. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

1) R. bes Min. bes J. v. 26. Juni 1821, betr. bie Berkoppelungen und zweckmäßigen Planlagen (Koch's Agrarges., 4. Aufl. S. 212);

2) R. beffelb. Min. v. 4. Rov. 1822, betr. tie Planlagen (a. a. D., C. 213

n. 214);

3) R. besselb. Min. v. 1. Mai 1823 (a. a. D. S. 214);

4) R. beffelb. Min. v. 2. Juni 1830 (Donniges Land. Rult. Gef. Bb. 3. S. 363);

5) R. besselb. Min. v. 25. Nov. 1843 (Min. Bl. b. i. B. 1843, S. 313, Nr. 420);

6) R. besselb. Min. v. 23. Dec. 1846 (a. a. D. 1847, S. 16, Nr. 20). Vergl, diese Restr. in Bd. I. S. 608—613.

theoretisch und prattisch, bei bem Umtausche von Grunbftuden verschiebener Gats tung und Rlaffen hervor. Die Ausführung entspricht oftmals weber ber Ginficht, noch ben Rraften und vorhandenen Mitteln ber Theilnehmer ber Auseinanders febung. Die Ginführung eines veranberten Birthichafteihfteme mit gutem Erfolge bangt nicht bloß von ber Busammensetzung bes Grundftucks nach Art und Bes schaffenheit ber einzelnen Theile besselben ab, sondern muß häusig Jahre hindurch porbereitet, burch eine zweckmäßige Uebergangswirthschaft begründet werden, wozu es nicht felten an den erforderlichen Mitteln in Beurbarung, Bestellung, Duns gung, Beibe und Futter für einen hinreichenben Biebftanb, vor ber Banb auf dem überwiesenen Abfindungegrundstücke mangelt. — Um diesen Schwierigkeiten und Uebelständen zu begegnen, ift schon vor Emanation der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 Seitens des Min. des J. in dem Entwurfe zu solcher, die soges nannte Berkoppelung ber Grundflude, als ein zwechtienliches Mittel anempfohlen und in ber Druckschrift: "Andeutungen zur Erleichterung ber Gemeinheitstheiluns gen auf bauerlichen und ftabtischen Feldmarken. Berlin, 1819," weiter ausgeführt worden. — Das Wesen dieser Theilungsmethode besteht:

A) in einer Zusammenlegung ber mehreren in ber Feldmark umherliegenden Feldstüde an Aecker, Wiesen, Hutung ber einzelnen Theilnehmer, in einige wohlarrondirte, burch Wege und Triften zugängliche Breiten (Koppeln);

B) in der Freiheit jedes Theilnehmers, mit seinem Beststhume vor der hand in der disherigen Veldordnung und in der hütungsgemeinschaft zu versbleiben, oder auch nach seinem Bohlgefallen mit einzelnen, mehreren oder allen Roppeln aus der gemeinschaftlichen Feldordnung und hütungsgemeinsschaft zu einem schicklichen Zeitpunkte auszuscheiden, gegen verhältnismäßige Berringerung des auf die Gemeinweide aufzutreibenden Viehstandes; oder mit einzelnen oder mehreren Roppeln in die Gemeinschaft zur schicklichen Zeit wieder zurückzutreten; unter verhältnismäßiger Bergrößerung des auf die Gemeindeweide aufzutreibenden Viehstandes; ohne Beschränfung der Freiheit, aus der Gemeinschaft ganz oder theilweise wieder auszutreten;

C) in der einer solchen Berkoppelung beizulegenden Wirkung der Separation, daß nämlich der Umtausch der Roppeln nicht weiter erzwungen werden fann. Die Berkoppelung kann auf die gesammte Feldmark, oder auch auf Theile berfelben, mit Trennung ber Gemeinbeglieber in besondere Gutungesozietaten, ausgebehnt, neben ber totalen Separation einzelner Theilnehmer ausgeführt werben. Rothwendig ift jedoch die Bertheilung der Grundstücke der Mitglieder in so große Roppeln, bof jebe einzelne Roppel ber Beerbe ber Butungesozietat auf einige Beit hinreichenbe Nahrung gewähre. Nothwendig ift ferner babei die Regulirung ber Beitrage ber Sozietatsmitglieber zu ben gemeinschaftlichen vorübergehenben ober bauernben Laften bet Sozietat, 3. B. zur Unterhaltung gemeinschaftlicher hirten und Anftalten, nach Maaggabe bes Auszugs ber einen ober andern Roppel aus ber Gutungsgemeinschaft; so wie die Festkellung bes Beilpunktes in jedem Jahre, mit welchem ber Austritt ober Wiebereintritt aus ber ober in die Gutungsgemeins schaft anzukundigen und anzuführen ift. — Der Anseinandersetungsmethode burch Berkoppelung ift unter biesem Ramen in ber Gem. Th. D. zwar nicht Erwähnung geschehen, wesentlich ift fie aber in ben Borschriften berselben und bes S. 9. bes Ansführ. Gef. gestattet und bezweckt worben. (Bergl. bas im Texte alleg. R. bes Min. bes 3. v. 26. Juni 1821.)

III. In Betreff ter Regulirung ber Planwege vergl. die Erläut. zu den §§. 95., 96., 98 — 100. der Gem. Ah. D. v. 7. Juni 1821. (s. obeu S. 117—119.)

3n §§. 11—15.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834, §§. 23-27.]

1) In Betreff der Zuziehung der Lehn- und Fideikommißfolsger und Anwarter vergl. die Erläut. unten im Unter-Abschn. V. Kap I. (von dem Rechte dritter Personen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und den darauf bezüglichen Berpstichtungen der Auseinandersetzungs-Beshörden) sub B.

2) Bezüglich der Rechte der Nießbraucher und Pächter vergl.

im Unter-Abschn. V. Rap. II. Tit. 4. und 5.

3u §§. 16. und 17.

Bergl, die Erläut. zu SS. 61-64. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 301 ff.).

Zum S. 18.

1) Vergl. die Erläut. zu den §§. 111. und 112. der B. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 327 ff.)

2) Die Bestimmung des S. 18. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821, wonach die Vorschriften ber §§. 111., 112. ber B. v. 20. Juni 1817 auf gutsberrlich - bauerliche Regulirungen beschränkt, mithin deren Anwendung auf Gemeinheitstheilungen und Ablosungen von Grundgerechtigkeiten ausgeschloffen worden find, bat einzelne Auseinandersetzungs-Behörden veranlaßt, in allen gallen der lettgedachten Art die Vermeffung und Bonitirung fammtlicher betheiligten Grundftude zu bewirken, sobald nur einer ber Intereffenten folche beantragte. Dies und die Beschwerden der Eigenthumer der belafteten Grundftude wegen der in Gemäßheit des S. 26. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 nach Berhältniß ter Theilnehmungerechte vorgenommenen Bertheilung ber Bermeffunge = und Bonitirungefoften batten bei bem Din. des 3. den Antrag auf Modifikation des S. 26. ober aber des S. 18. des Ausführ. Gef. hervorgerufen, welche indeß durch das C. R. reffelben v. 27. April 1842 1) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 123, Ar. 187.) abgelehnt murben. 2) Dies C. R. empfiehlt in bergl. Fallen die Anwenbung des schiederichterlichen Berfahrens, welches nunmehr auch nach naberer Borfcbrift bes Art. 14. bes Ergang. Gef. v. 2. Marg 1850 zur Gem. Th. D. ftattfindet.

Bergl. die Erlaut. zu SS. 31-35. ber B. v. 30. Juni 1834.

3u §§. 19—22.

1) Diese Vorschriften über ten Rekurs an bas Min. des 3. sind antiquirt, ba dieser Rekurs durch den S. 14. der B. v. 22. Nov. 1844 aufgehoben ift.

2) Ueber das gegenwärtig in allen Auseinandersetzungs-Sachen zuftändige Rechtsmittel der Appellation, beziehungsweise des Rekurses

1) Bergl. in Bb. I. S. 615-616.

²⁾ In Betreff ber Mobistation bes §. 26. des Anssühr. Ges. v. 7. Juni 1821 vergl. die Erlaut. baju.

410 Von d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

an das Revisions-Kollegium für L. R. S., vergl. die Vorbemertung zum Abschn. II. Nr. VIII. der V. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 362 ff.) und zu den SS. 173—184. a. a. D. (s. oben S. 368.)

Jum J. 23.

Bergl. die Erläut. zu den §§. 178—184. der B. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 374 ff.)

3um S. 24.

In Betreff ber Zulässigkeit ber Revision resp. Nichtigkeitsbeschwerde in Gemeinheitstheilungen und Ablösungs-Sachen, vergl. die Erläut. zum S. 190. der W. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 380 ff.)

Zum §. 25.

Ueber die Privatvermittelungen von Gemeinheitstheilungen und Ablösungen durch die Oekonomie-Rommissarien vergl. die R. des Min. des J. v. 18. Juli 1834 (v. K. Ann. Bb. 18. S. 984) und v. 12. Okt. 1840 (Nin. Bl. d. i. B. 1840, S. 478). 1)

Zu §§. 26. nub 27.

[Bergl. B. v. 30. Juni 1834, §§. 65. n. 66. und Art. 16. des Erganz. Ges. v. 2. Marz 1850 zur Gem. Th. O.]

1) Bergl. die Erläut. zu den S. 209-212. der B. v. 20. Juni 1817

(f. oben S. 402 ff.).

2) Insbes. die Kosten der Vermessung und Bonitirung in Gesmeinheitstheilungssachen betreff., vergl. den Art. 16. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D., 2) welcher den S. 26. des Ausssühr. Ges. v. 7. Juni 1821 modificirt hat. (Bergl. den Jus. I. zu den SS. 209—212. der V. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 402 sf.).

Bergl. in dieser Beziehung auch folgende Ministerial-Erlasse zur Er-

laut. des S. 26. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821:

a) R. des Min. des J. v. 25. Oft. 1821 3) (Roch's Agrarges., 4. Aufl., S. 350);

b) R. deffelb. Min. v. 30. Dft. 1835 4) (a. a. D. S. 221);

- c) C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 27. April 1842 *) (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 123, Nr. 187.);
- d) C. R. des Min. des J. v. 10. Sept. 1847 •) (a. a. D. 1847, S. 260, Rr. 310).

Zum 5. 29.

Bergl. S. 1. der B. v. 30. Juni 1834 megen bes Geschäftsbetriebes zc.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 511-514.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 331. 3) Chenbas. S. 602-603.

⁴⁾ Chenbas. S. 617.

⁵⁾ Ebenbaf. S. 615-617.

⁶⁾ Ebenbaf. S. 618-619.

Dritter Unter-Abschnitt.

Die Verordnung vom 30. Juni 1834, wegen des Geschäftsbetriebes in den Angelegenheiten der Gemeinheitstheilungen, Ablösungen und Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, als Anhang zu der Verordnung vom 20. Juni 1817 und dem Gesetze vom 7. Juni 1821.)

3n SS. 2-5.

(Inftitut ber Rreis-Bermittelungs-Behörben.)

- 1) Vergl. über die Entstehung und Ausbildung dieses Instituts die Erläut. in Th. I. Abth. 4. (s. in Bd. II. Abth. I. S. 25—26.)
- 2) Das C. R. des Min. des J v. 27. Aug. 1834²) (v. K. Ann. Bb. 19. S. 65) bestimmt, daß die Gen. = Rommissionen (resp. die in ihre Stelle getretenen Reg. = Abtheilungen) verpslichtet sein sollen, die Landräthe ihres Departements zur Veranlassung der Areistags = Beschlüsse über die für jeden Areis zu ernennende Zahl von Areisverordneten und deren Wahl aufzusordern; auch nachdem die vorgeschlagenen Personen in gedachter Eisgenschaft von ihnen (den Gen. = Rommissionen 20.) bestätiget worden, eine Nachweisung des Personals derselben einzureichen und für die Zutunst derauf zu sehen, daß dieselben stets vollzählig erhalten werden.

Bugleich ordnet bas gedachte C. R. an, daß

bie Anseinandersetungs-Behörden die Geschäftsthätigkeit der Areisverordneten auf alle Weise zu ermuntern haben, insbesondere dadurch, daß sie dieselben je nach deren Fähigkeit zur Uebernahme ihrer Austräge, nach näherer Bestimmung der SS. 19. u. 29. der B. v. 30. Juni 1834 einladen und sie nachdrücklich darin unsterführen, daß ihre Dekonomies und Areisjustizsommissarien denselben, sowohl in den Fällen, wenn sie in ihrer Eigenschaft als Areisvermittelungs-Behörde, als in besonderem Auftrage der Gen. Kom. sungiren, den ihnen obliegenden Beistand pünktlich und zuvorsommend leisten. — Bon der Wirksamseit der Areisverordneten in allen Beziehungen, sowohl in dem Verhältnisse der Areisvermittelungsbehörde, als ihrer besonderen Kommissarien und als Schiederichter, sollen die Gen. Komsmissionen in ihren Jahresberichten Anzeige machen und sich dabei zugleich über die schon genommenen und noch zu nehmenden Maaßregeln zur mehreren Beles dung ihrer Birksamseit und der von ihnen erwarteten Besorderung der Auseins andersehungen ängern.

3) Eine wesentliche Abanderung der Vorschriften bezüglich der Wahl der Mitglieder der Kreisvermittelungs-Behörden ersolgte durch den Art. 68. der Kreis-, Bezirks- und Provinzial - Ordn. v. 11. März 1850 (G. S. 1850. S. 264), welcher (in Alin. 2. und 3.) bestimmte:

Die nach §§. 2. und 32. ber B. v. 30. Juni 1834 aus ben von ben Kreissständen ernannten Kreisverordneten zu mählenden Schiederichter find bis auf Weisteres von ben Partheien, wenn sie sich über andere Bersonen nicht einigen, aus ben sachkundigen Kreiss Eingesessen zu mählen.

Die Wahl unterliegt ber Prufung und Bestätigung ber Auseinanbersetzungs. Behörbe, welche zugleich im Mangel ber Bereinigung ber Pariheien ben Obmann

zu ernennen hat.

Das Revisions - Kolleg. für L. K. S. (Datum ber Verfügung

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 437 ff. 2) Ebenbas. S. 619—620.

fonstirt nicht) legte diese Bestimmungen mit Recht dahin aus, daß sich diesselben keinesweges nur auf die Wahl der als Schiedsrichter zuzuzies benden Versonen beschränken, sondern, daß alle Mitglieder der Kreissperndittelungs = Behörden, welche bisher von den Kreisskänden gewählt worden, fortan, ebenso wie die zu Schiedsrichtern berussenen Personen, von den Partheien selbst aus den sachkundigen Kreiseingesessen, wenn sie über andere Personen sich nicht vereinigen, gewählt werden sollten, und daß insoweit auch die Bestimmungen der S. 2. st. der B. v. 30. Juni 1834 durch den Art. 68. der Kreiss 2c. Ordn. v. 11. März 1850 abgeändert seien; wogegen das Bestätigungsrecht der Auseinandersetungs-Behörden und die im S. 3. der B. v. 30. Juni 1834 dem Landrathe und der Auseinandersetungs-Behörde übertrasgenen Funktionen bei der Leitung und Ausssührung der Kreisvermittelungs-Behörden unverändert geblieben seien. (Zeitschrift des Revis.-Rolleg. Bd. 5. 6. 100—102.)

Nachdem indeß die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordn. v. 11. März 1850 durch das G. v. 24. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 238) wieder auf- gehoben worden, hat das Min. für landwirthschaftl. Ang. mittelst G. N. v. 12. Juli 1853 (Min. Bl. d. i. B. 1853, S. 169, Nr. 149.) die Auseinandersetzungs-Behörden instruirt, daß hierdurch auch der Art. 68. der Kreis- 1c. Ordn. v. 11. März 1850 beseitiget sei und dadurch die Borschriften der §§. 2., 32. und 33. der B. v. 30. Juni 1834 rückschich der Wahl und Ernennung der Schiederichter und Obmänner von selbst wieder in Krast getreten seien und fortan nach diesen bei Einsleitung des schiederichterlichen Versahrens und bei Ergänzung der erledigeten Stellen der Kreisverordneten zu versahren sei.

4) Ueber die Wirksamkeit der Kreisvermittelungs - Behörden im Allgemeinen, deren Befugnisse und Anspruch auf Diaten und Reisekosten,

vergl.:

a) Bekanntmachung der Gen. Kom. zu Stendal v. 12. Sept. 1835. (v. K. Ann. Bb. 12. S. 674);

b) R. bes Min. des J. v. 28. Dec. 1843 1) (Min. Bl. d. i. B. 1844,

S. 16, Nt. 19.);

c) Roften-Regul. v. 25. April 1836 SS. 2. und 3.

5) Ueber die Frage: ob und in wiesern es einer Bereidigung der Kreisverordneten für Auseinandersetzungs-Angelegenheiten bedarf, vergl. das R. des Min. des J. v. 8. Oft. 1839 8) (v. R. Ann. Bb. 23. S. 824).

Zum S. 5.

In Betreff der Bestätigung der Rezesse, welche durch die Kreisvermittelungs-Behörden zu Stande gebracht werden, vergl. die Erläut. zum §. 166. der B. v. 20. Juni 1817, Jus. 3. (s. oben S. 351 ff.)

3um S. 7.

Vergl.:

a) die Erläut. zu den SS. 3., 5-8., 10-14. der B. v. 20. Juni 1817;

1) Bergl. in Bb. I. S. 623-624.

²⁾ Bergl. über die Bebenken gegen die Richtigkeit biefer Ansicht die Rote 2. in Bd. II. Abth. I. S. 831.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 620-621. 4) Bergl. in Bb. I. S. 622-623.

⁵⁾ Chenbas. S. 621-622.

b) In Betreff der Bestimmung im Alin. 5. des S. 7. die Erläut. zu den SS. 171—180. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 (f. oben S. 191—192).

3um S. 8...

Die Bestimmungen des S. 8. der B. v. 30. Juni 1834 erweitern, im Interesse der Beförderung der Landkultur, die Kompetenz der Auseeinandersetzungs - Behörden auf solche Geschäfte, deren Regulirung zwar in keinem nothwendigen Zusammenhange mit dem Hauptzgegenstande der bei ihnen anhängigen Auseinandersetzungen stehen, aber zur besseren Regulirung des Hauptgeschäftes gereichen, und zwar soll es in dieser Beziehung gleichgültig sein, ob dergleichen Nebenzgeschäfte unter den bei dem Gegenstande der Auseinandersetzung betheizligten Personen allein (den Hauptpartheien), oder unter diesen und anderen bei dem Gegenstande der Auseinandersetzung selbst nicht betheiligten Personen vorkommen.

Bu ben einzelnen Bestimmungen bes S. 8. ift folgendes zu bemerken:

1) Geschäfte, welche als Grundlagen, Theilstücke oder Folgen in nothwendigem Zusammenhange mit dem Hauptgeschäfte stehen, geshören unbedingt zur Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörde. (Vergl. B. v. 20. Juni 1817 SS. 138. n. 171., Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 SS. 171. ff., G. v. 3. Jan. 1845, betr. die Zertheilung von Grundstücken 1c., S. 5., Nr. 6., S. 7. und S. 8. letter Sat.) ')

Dagegen gehören solche Geschäfte, die nicht nothwendig mit der Hauptauseinandersetzung zusammenhängen, jedoch zur besseren Regulirung derselben gereichen, nur bedingungsweise zur Kompetenz der Aus-

einanderfegunge-Beborben. 1)

- 2) Insbesondere die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zur (selbst nachträglichen) Regulirung von Ent= und Bewässerungen und das Verfahren dabei betreffend, vergl. die nachstehenden Ministezial-Erlasse:
 - a) R. des Min. des J. v. 26. Febr. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 403, Nr. 700);
 - b) R. deffelb. Min. v. 16. Jan. 1842 (a. a. D. 1842, S. 29, Nr. 41); c) R. deffelb. Min. v. 24. Juli 1844 (a. a. D. 1844, S. 251, Nr. 293);
 - d) R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 25. Juni 1852 (a. a. O. 1852, S. 172, Rr. 171).

Vergl. diese Rest. in Bb. 1. S. 624-626.

Das Revisions-Rollegium für L. R. S. hat in dieser Beziehung (in dem Bescheide v. 12. Nov. 1852) folgende Grundsätze ausgesprochen:

2) Bei Gelegenheit von Gemeinheitstheilungen find die AuseinandersetzungsBehörden befugt, auch umfassendere Vorstuths. Regulirungen als Rebenges schäft vor sich zu ziehen, sobald der vierte Theil der Interessenten des Saupigeschäfts und der vierte Theil der Interessenten des Nebengeschäfts der Vorstuth. Regulister Vorstuth. Regulistung zur besseren Regulirung der Gemeinheitstheilung gereicht.

1) Bergl. die alleg. Bestimmungen in Bb. I. S. 424, 428, 326, 122—123, tesgl. die Erläut. dazu in Bb. II. Abth. II.

²⁾ Die Ansicht des R. des Min. des J. v. 13. Dec. 1824 (Roch's Agrarsges., 4. Aufl. S. 376), welches ausspricht, "daß die bei Gemeinheitstheilungen vorkommenden Antäuse einzelner Pertinenzien des einen oder andern hoses Bestufs der Bewirkung besserer Planlagen, also gegen Geldabsindung, zum Ressort der Gen. Kom. gehören und lettere sich demgemäß der Kognition und Bestätigung solcher Geschäfte nicht entziehen können," — ist mindestens sur zweiselhaft zu erachten.

414 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

b) Bei bem Berfahren wegen eines solchen Rebengeschäfts finden nicht bloß die formellen Borschriften der das prozessualische Berfahren der Auseinans bersehnngs Behörden bestimmenden Sesete, sondern auch die materiellen Bestimmungen dieser Gesete, insbesondere wegen des Beitrages der Intersessenten zu den Kosten des Berfahrens, sowie zu denen der Errichtung und Unterhaltung der neuen Anlagen Anwendung.

(Beitschr. bes Revis. Rolleg. Bb. 6. S. 16 ff. und Praj. Samml. beffelb.

S. 17, Nr. 4.)

3) Ueber die Bedingungen und den Umfang der Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zu den nicht in nothwendigem Zusammenhange
mit dem Hauptgegenstande der Auseinandersetzung stehenden Nebengeschäften sind Zweifel entstanden.

a) Es fragt sich: ob den Auseinandersetzungs-Behörden nur die gut-

liche Bermittelung folder Geschäfte gebühre?

Donniges führt die Regative aus, indem er bemerkt:

Die bejahende Meinung erledigt fich aus der Erörterung sammtlicher Borsschriften des S. 8. der W. v. 30. Juni 1834 in ihrem Zusammenhange. Es ift in beffen erstem Sate zwar von der Bermittelung solcher Rebengeschäfte die Rede; es heißt serner im zweiten Sate, daß unmittelbaren Theilnehmern an dem hauptsgeschäfte die Einlassung auf solche Punkte, welche nicht nothwendig zur Verhandlung gehören, wider ihren Willen nicht aufgedrungen werden kann. Daffelbe gilt von dritten Personen, die als unmittelbare Theilnehmer des Rebengeschäfts zur Sache zu ziehen sind; im dritten Sate wird aber verordnet, daß auch gegen den Willen der Masorität der Interessenten das Nebengeschäft nach der Willenserkläsrung einer bestimmten Minorität derselben zur Verhandlung gezogen werden soll, lettere mithin von einer gütlichen Vermittelung der Interessenten keineswegs abs hängig gemacht.

Im vierten Saße ist endlich klar ausgesprochen:

baß bei bergleichen zur Verhandlung gezogenen Nebengeschäften bie nams lichen Borschriften in Bezug auf die Amtsbesugnisse der Auseinandersehungs: Behörden und das gesammte Versahren, sowohl unter den unmittelbaren Theilnehmern, als wegen Zuziehung der entfernteren Interessenten, Entscheidung der Streitigkeiten u. sw. gelten, welche wegen Regulierung der zu ihrem Ressort gehörigen Hauptgeschäfte ertheilt sind.

Die Ansicht, daß bergleichen Nebengeschäfte nur im Wege gutlicher Bereinisgung ber Interessenten mit dem Hauptgeschäfte zu verbinden und zu erledigen seien, erscheint hiernach gesetzlich unbegründet. (Donniges Land. Kult. Ges.

Bb. 3. S. 298.)

b) Ueber die Art und Weise der Berechnung des Viertels der Interessenten nach Vorschrift des Alin. 3. des S. 8. der V. v. 30. Juni 1834 (insbes. bei Regulirung von Ent- und Bewässerungs-Anlagen) vergl. die R. des Min. des J. v. 25. Jan. 1843 1) (Min. Bl. d. i. V. 1843, S. 40, Mr. 67.) und v. 15. März 1845 2) (a. a. D. 1845, S. 131, Mr. 159.); desgl. die hiermit übereinstimmende Entscheidung des Revis.-Kolleg. für L. K. S. v. 12. Nov. 1852 (Zeitschr. desselb. Bd. 6. S. 16 ff., s. oben S. 413 ff.).

Die von Donniges (Land. Kuli. Ges. Bb. 3. S. 299 ff.) gegen das R. des Min. des J. v. 15. Marz 1845 aufgestellten Bedenken erscheinen

nicht begründet.

4) Die Rompetenz der Auseinandersetzungs = Behörden ist, — auf Grund des S. 8. der B. v. 30. Juni 1834, — auch begründet, wenn, bei Gelegenheit einer obschwebenden Ablösung von Forst = Servituten, beide Theile auf die Entscheidung der Auseinandersetzungs-Behörde über Streitig-feiten über nicht zur Ablösung gekommene auf dieser Forst haftende Servituten kompromittiren.

2) Ebendas. S. 627-628.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 626-627.

Angenommen von dem Min. des J. in dem R. v. 31. Marg 1843. 1)

(Min. Bl. b. i. B. 1843, S. 129, Nr. 166.).

5) Ueber die Nichtkompetenz der Auseinandersetzungs = Behörden in Bezug auf Subhastationen von Grundstücken, welche bei Gelegenheit von Gemeinheitstheilungen und Auseinandersetzungen vorkommen, vergl. die Erläut. zum §. 107. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821. (s. oben S. 128).

3um §. 9. 1)

1) Bergl. die Erläut. zu den SS. 9. und 23. der B. v. 20. Juni 1817.

(f. oben S. 261 ff. und S. 267 ff.),

2) Nach der V. v. 20. Juni 1817 waren die Gen.-Kommissionen und Revisions-Kollegien als sora specialia in Auseinandersetzungs-Sachen zur Entscheidung streitiger Theilnehmungsrechte nur insoweit berufen, als solche die Regulirung der gutsherrlich - bauerlichen Verhältnisse und damit verbundenen Gemeinheitstheilungen berührten. Dagegen dursten sie Streitigkeiten über Theilnehmungsrechte bei solchen Gemeinheitstheilungen, die mit den Regulirungsgeschäften nur gelegentlich in Verbindung kamen, oder bles zwecknäßig oder nützlich dazu herangezogen wurden, zwar instruiren lassen; die Entscheidung verblieb indeß den ordentlichen Gerichten. (§§. 5. sf. 11. 61. zu 1. und 108. a. a. D.).

Diese Beschränkung des Ressorts wurde demnächst durch den S. 6. des Aussühr. - Ges. v. 7. Juni 1821 aufgehoben und die Rompetenz der Ausseinandersetzungs - Behörden auf alle bei Aussührung der Gem. Th. und Ablös. D. v. 7. Juni 1821 vorkommenden Streitigkeiten erweitert, so daß nunmehr die den ordentlichen Gerichten noch vorbehalten gewesenen Prozesse gleichfalls und in derselben Art an die Gen.-Rommissionen übergingen, wie solches wegen der ihnen schon nach der B. v. 20. Juni 1817 über-

wiefenen im S. 9. a. a. D. vorgeschrieben worden mar.

Indeß traten auch jest noch Zweisel über die Ressort = Grenzen der beiderseitigen Behörden hervor, und diese außerten sich namentlich durch Weigerungen, sowohl der gewöhnlichen Gerichte, Prozesse an die Gen.= Rommissionen abzugeben, von denen diese behaupteten, daß sie auf ein bei ihnen anhängiges Auseinandersesungsgeschäst von Einstuß seien, als auch umgekehrt der Gen.=Rommissionen, Prozesse zu übernehmen, welche die Ge=richte als zu dergleichen Angelegenheiten gehörig betrachten, und endlich wiederum der letzteren zur Fortsetzung und Entscheidung der, bei den Gen.=Rommissionen eingeleiteten und von diesen an sie abgegebenen Streitig=keiten.

Abgesehen hiervon waren aber bei den gewöhnlichen Gerichten, und zwar in allen Instanzen, auch Mißgriffe im Ressort vorgekommen, und Entscheidungen über Streitigkeiten ergangen, die sich nach der bestehenden Verfassung gar nicht zur gerichtlichen Kognition eigneten.

Bur Beseitigung biefer Difftande find die Borfchriften ber SS. 9.

52. und 53. der B. v. 30. Juni 1834 erlassen worden.

Auf die letteren beiden SS. kommt es hier vorläufig nicht weiter an, da der S. 52. nur eine Konsequenz der am Schlusse des S. 9. ausgesprochenen Borschrift, der S. 53. aber wesentlich darauf berechnet ist, das Ansehen des höchsten Gerichtshofes möglichst aufrecht zu erhalten. 3)

1) Bergl. in Bb. I. S. 628-629.

3) Bei diesem hat fich seit Publikation ber B. v. 30. Juni 1834 die Ansicht

²⁾ Bergl. die Abhandlung in der Inr. Wochenschr. 1847, S. 289 ff. und S. 297 ff.

416 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regultrungen u. Gem. Thellungen.

Ueber die Bedeutung und Aussührung des S. 9. dagegen find sowohl bei den gewöhnlichen Gerichten, als bei den Auseinandersetzungs-Behörden abweichenden Ansichten geltend gemacht worden, welche sich:

a) einerseits auf Differenzen bezüglich des nach der K. D. v. 30. Juni 1828 zur Feststellung der Kompetenz einzuschlagenden Verfahrens

bezogen;

b) andererseits die weitere Behandlung dersenigen Sachen betrafen, welche nach Erledigung von Ressortzweiseln von den Gerichten an
die Auseinandersetzungs-Behörden, oder umgekehrt von letzteren an jene
zur Fortsetzung und Entscheidung abgegeben worden.

Was:

a) die in Bezug auf das Kompetenz = Verfahren entstandenen Zweisel anbelangt, so sind solche nunmehr durch die Vorschriften des an die Stelle der im §. 9. der V. v. 30. Juni 1834 allegirten K. O. v. 30. Juni 1828 getretenen Gesetzes v. 8. April 1847. 1) (G. S. 1847, S. 170). für erledigt zu erachten.

Bergl. das Nähere hierüber in ben Erläut. zum S. 23. der B. v.

20. Juni 1817. (f. oben S. 267 ff.).

b) Die weitere Behandlung dagegen der von den gewöhnlichen Gerichten au die Auseinandersetzungs-Behörden abgegebenen, oder von letzteren an erstere gelangenden Prozesse betreffend, so enthält der S. 9. der V. 30. Juni 1834, ebenso wie der S. 9. der V. v. 20. Juni 1817, eigentlich nur Vorschriften für den erstgedachten Fall, die, mit einer Ausnahme, an sich klar sind.

Zweifelhaft ist nur die Vorschrift in dem Schlußsatze der beiden allegirten SS. gefunden worden; denn während der der W. v. 20. Juni 1817 offenbar die Auseinandersetzungs-Behörden ermächtiget, inkompetente Entscheidungen der ordentlichen Gerichte ohne Weiteres selbst zu beseitigen und dann anderweit in erster Instanz zu erkennen, so ist es bei der Fas-

fung bes S. 9. ber B. v. 30. Juni 1834 zweifelhaft,

ob es dabei nicht beabsichtiget worden, die Beseitigung der schon abgesfaßten Erkenntnisse von den betressenden Ministerien, als den zur Bestimmung über den Ressortzweisel berusenen Behörden, aussprechen zu lassen, und dann erst die Sache an die Auseinandersetzungs-Behörde zur anderweiten Entscheidung abzugeben?

Für die Bejahung der Frage spricht der S. 52. der B. v. 30. Juni 1834,

nach welchem

"mit Beseitigung des Erkenntnisses der inkompetenten Behörde, die Sache zur anderweiten Entscheidung an die geeignete Instanz abgegeben wer-"den soll",

und dies ift auch in der Praris Seitens ber Ministerien angenom-

men worden.

Erheblichere Differenzen sind dagegen in denjenigen Fällen entstanden, wenn eine bei den Auseinandersetzungs = Behörden in erster Instanz entschiedene Sache zur Fortsetzung des Verfahrens und ferneren Entscheidung in zweiter Instanz von den gewöhnlichen Gerichten übernommen werden sollte, — sei es nun, daß jene wirklich inkompetenter Weise erkannt hatten, nämlich ohne daß ein Zusammenhang des betreffenden Prozesses mit dem

über die Grenzen seiner Kompetenz vollständig im Sinne der gesetlichen Borsschriften sestgestellt, so daß die im §. 53. a. a. D. vorgeschriebene nothwendige Borprüsung der Aften bei dem Min. des J. durch den §. 22. der B. v. 22. Rov. 1844 erlassen werden konnte.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 629-631.

Spezialgeschäfte stattfand, zu welchem derfelbe herangezogen war; — ober daß die Kompetenz der Auseinandersetzungs = Behörde burch Zurücknahme der Provokation für das Hauptgeschäft, und also auch für den Incident=

Streitpunft aufgebort hatte.

Die gewöhnlichen Appellationsgerichte weigerten sich in der Regel, dergleichen Sachen von den Auseinandersetzungs-Behörden zu übernehmen,
indem sie entweder einwendeten, daß die SS 9. der B. v. 20. Juni
1817 und 30. Juni 1834 einen folchen Fall gar nicht vorausgesehen hätten und deshalb auf denselben nicht bezogen werden könnten, oder aber
verlangten, daß, weil die Revisions-Kollegien zur Entscheidung über die Erkenntnisse der Gen.-Kommissionen in appellatorio bestimmt seien, auch
nur diese, sclost unter den gestellten Voraussetzungen, zu erkennen oder
wenigstens zu bestimmen hätten, daß die Vor-Urtel aufzuheben seien, und
anderweit in erster Instanz erkannt werden solle.

Bur Erledigung dieser Differenzen ist die K. O. v. 12. April 1844 1) (G. S. 1844. S. 119) ergangen, welche (als Dekl. des S. 9. der W. v.

30. Juni 1834) bestimmt bat,

daß wenn von einer Auseinandersehungs Behörde in einem vor die ordents lichen Gerichte gehörigen Rechtsstreite in erster Instanz erkannt, und die Inkoms petenz der Auseinandersehungs Behörden in diesem Rechtsstreite auf dem im ersten Sape des S. 9. a. a. D. vorgeschriebenen Wege sestgestellt worden, ein solcher Prozes in den höheren Instanzen von den Gerichten sortzusepen und zu entscheis den ist, ohne daß es einer nochmaligen Entscheidung in erster Instanz durch das kompetente Gericht bedarf.

Da indeß diese Deklaration nur den Fall vor Augen hatte, wo die Gen.=Rom., die Grenzen ihres Ressorts überschreitend, inkompetenter Weise erkannt hatte, nicht aber den Kall berührt, wo eine solche Komspetenz noch wirklich vorgewaltet hatte und der betress. Prozeß nur wegen Aushörens derselben an das gewöhnliche Gericht abgegeben war, so ist hierauf demnächst von einem Appellations = Gerichte die Weigerung zur Uebernahme des Prozesses in der erwähnten Lage gestützt worden, ins dem, — weil die Gen.=Rom. kompetenterweise entschieden habe, — nunsmehr das Revisions-Rollegium das Appellations-Uttel abzusassen habe.

Durch eine (nicht publizirte) R. D. v. 15. Sept. 1846 ift indeß angeordnet, daß auch in solchen Falle der gewöhnliche Appellationsrichter

materiell in zweiter Inftanz zu erkennen habe. 1)

3) Im Alin. 2. des §. 9. der V. v. 30. Juni 1834 wird (zu §§. 9. und 23. der V. v. 20. Juni 1817) hinsichtlich der Rechtsbeständigkeit oder Beseitigung von Erkenntnissen, welche durch die ordenzlichen Gerichte in den zum Ressort der Auseinandersetzungs = Behörden gehörigen Angelegen= heiten etwa abgesaßt werden möchten, ohne dazu kompetent zu sein, — so wie hinsichtlich des weiteren Versahrens bei den Auseinandersetzungs= Behörden, unterschieden: ob das Erkenntniß einen Gegenstand betrifft, weshalb nach den weiterhin folgenden Bestimmungen (§§. 45. ff.) im vorsschilb nach den weiterhin folgenden Bestimmungen (§§. 45. ff.) im vorsschilbsmäßigen Gange der Sache

a) die Appellation an das Revisions = Rollegium ftatthaft sein murde,

ober aber

b) nur ber Refurs an bas Min. bes 3. geftattet ift.

In den Fällen der ersten Art sollen die bei den Gerichten ergangenen Erkenntnisse in Kraft bleiben, mit Worbehalt der weiteren Entscheidung in

1) Bergl. in Bb. I. S. 629.

²⁾ Vergl. die bieser R. O. zum Grunde liegenden Motive in der Jur. W. 1847. S. 301-302.

zweiter und dritter Instanz durch das Revisions-Rollegium oder Ob. Trib., wenn die Sache noch nicht rechtsträftig entschieden ist, sondern noch schwebt. — In den Fällen der zweiten Art sollen die schon abgesaßten Erkenntnisse gänzlich beseitigt und es soll in erster Instanz von der Gen.- Kom. entschieden werden.

Die hier in Bezug genommenen SS. 45. ff. der B. v. 30. Juni 1834 geben die Fälle und Gegenstände näher an, in welchen resp. das Rechts-mittel der Appellation an das Revisions-Rollegium oder des Rekurses an das Win. des J. in den Angelegenheiten des Ressorts der Auseinander-

setzungs - Beborben in zweiter Inftang bisher zulässig mar.

Diese Bestimmungen (§§. 45. ff. a. a. D.) fallen indeß jest weg, da nach §§. 14. ff. der V. v. 22. Nov. 1844, das Rechtsmittel des Rekurses an das Min. des I. nicht ferner stattsindet, vielmehr nach Maaßgabe des Gegenstandes nur noch die Appellation oder der Rekurs zusolge Art. I. Nr. 2. u. 3. der Dekl. v. 6 April 1839. (S. S. 1839. S. 126) an das Revisions-Kollegium, zulässig ist.

Es ist nun zweiselhaft gefunden: ob durch diese Abanderung der Gesieze über die Rechtsmittel und den Instanzenzug auch die Vorschriften des S. 9. der V. v. 30. Juni 1834 über die Rechtsbeständigkeit oder Vernichstung eines, von den ordentlichen Gerichten in den zu dem Ressort der Auseinandersetzungs-Behörden gehörigen Angelegenheiten, abgesaßten Er-

Lenntniffes für aufgehoben zu erachten feien?

Die Verneinung ist unbebenflich; benn die B. v. 22. Nov. 1844 hebt nur das Rechtsmittel des Refurses an das Min. des J. auf, und andert solches in die Appellation oder ben Rekurs an das Revisions-Rollegium. Sie erstreckt sich aber nicht auf die Wirkungen eines von einem inkompetenten Gerichte abgefaßten Erkentnisses, und hat die Volgen der Inkompetenz nicht geändert, auch die im S. 9. der B. v. 30. Juni 1834, mit hinweisung auf SS. 45. ff. derselben, darüber ertheileten Vorschriften keineswegs aufgehoben, welche daher in dieser Beziehung für sortbestehend zu erachten sind. (S. 59. der Einl. zum A. 2. R.). Hieraus folgt:

- a) Erkenntnisse eines inkompetenten Gerichts über Rechtsverhältnisse, welche sich zum ordentlichen Rechtswege eignen, aber zum Ressort der Auseinandersetzungs-Behörden gehören, sollen in Kraft bleiben, und es soll nur in den etwa noch zulässigen Instanzen von dem kompetenten Richter erkannt werden.
- b) Erkenntnisse eines ungehörigen Gerichts über Streitigkeiten, welche sich nicht zum ordentlichen Rechtswege eignen, zum Ressort der Auseinsandersetzungs = Behörden gehören und welche eben deshalb in zweiter Instanz zum Rekurs an das Min. des I. verwiesen waren, jetzt aber an das Revisions = Rollegium gewiesen sind, sollen dagegen ganzlich beseitigt, und es soll von der Auseinandersetzungs = Behörde in erster Instanz erkannt werden.

Bei Beurtheilung der Gultigkeit tes Versahrens und der Entscheidungen der Gerichts- und Auseinandersetzungs-Behörden sind somit mehrere Zeiträume zu unterscheiden. Bis zur Aublikation der V. v. 30. Juni
1834 galten die Vorschriften der SS. 9. und 23. der V. v. 20. Juni
1817; eigentliche Kompetenzkonstifte zwischen den gedachten Behörden waren aber seit der K. D. v. 30. Juni 1828 nach deren Vorschriften, und
seit Erlaß des Ges. v. 8. April 1847 nach diesem, zu ordnen. Seit
Publikation der V. v. 30. Juni 1834 sind sowohl eigentliche Konstitte als
Ressortzweisel nach Vorschrift des S. 9. derselben zum Austrag zu bringen,
wornach sich auch die Volgen der Inkompetenz und das weitere Versahren

bestimmen. Seit dem Eintritte der Wirksamkeit der B. v. 22. Nov. 1844 (seit dem 1. Okt. 1845) ist nur das weitere Verfahren der Auseinandersseungs-Behörden abgeändert worden.

4) Ueber das Verfahren in den rechtsfräftig nicht entschiedenen Un= möglichkeits-Prozessen in Schlesien, vergl. die R. O. v. 22. Marz 1831.

(v. K. Jahrb. Bd. 37. S. 365, Graff, Bd. 6. S. 415).

3um §. 10.

1) Vergl. die Erläut. unten im Unter-Abschn. V. (von den Wirkungen der Auseinandersetzungen hinsichtlich dritter Personen und der Sicherstellung

ihrer Rechte).

2) Zum letten Alin. des S. 10. der B. v. 30. Juni 1834, betr. die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden bezüglich der Streitigkeiten zwischen den zur Sache gezogenen entfernten Theilenehmern und dem Besitzer, insbesondere über die gerichtliche Niederlegung der Absindungs-Kapitalien und die Berwendung und Anlegung derselben.

a) Nach S. 10. der B. v. 30. Juni 1834 kann es keinem Zweisel unterliegen, daß lediglich die Auseinandersetzungs-Behörde darüber zu entscheiden hat, ob die gerichtliche Niederlegung eines Absindungs-Kapitals zulässig sei und bei welchem Gerichte (ob bei dem des belasteten

ober des verpflichteten Gutes) die Deposition erfolgen foll.

a) Dies erkennt auch das R. der Min. des J. u. der J. v. 14. Dec. 1831 1) (v. K. Ann. Bb. 16. S. 89 u. Jahrb. Bb. 39. S. 130) an und weist die Auseinandersetzungs-Behörden an,

sobald ein Interessent ihr anzeigt, daß er zur Bahlung des Rapitals bereit sei und von der gesetlichen Besugniß Gebrauch machen wolle, sich durch dessen Deposition von aller Bertretung zu besreien, ohne Beiteres das betress. Gesricht um Annahme des Rapitals zu requiriren, letterem aber zugleich befannt zu machen, daß sie die Ansprüche der verschiedenen Interessenten an das Absindungss Rapital erörtern und erledigen, und dem Gerichte seiner Beit mittheilen werte, an wen die Auszahlung zu versügen sei.

β) Das R. des Min. des J. v. 18. Dec. 1846 2) (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 16. Nr. 22.) erläutert indeß den S. 10. der V. v. 30. Juni 1834 dahin, daß wenn ein Gericht nicht das Gericht für sämmtliche belastete Süter ist, die Auseinandersetzungs Behörde nicht berechtiget sei, zu verslangen, daß dasselbe sich der Annahme sämmtlicher zu deponirenden Absindungs Rapitalien unterziehe, sondern daß alsdann die Kapitalien bei der verschiedenen Gerichten niederzulegen.

b) Der Schlußsatz bes S. 10. der B. v. 30. Juni 1834 hatte zu Zweifeln bezüglich der Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörben resp. der Gerichte Veranlassung gegeben, in Folge deren sich die

Min. des I. u. der I. dahin vereiniget hatten,

baß zwar die Entscheidung über die Art der Berwendung der Entsschädigungs und Ablösungskapitalien und die Festkellung dessen, was den Gläus bigern zusömmt, in jedem Falle den Auseinandersexungs Behörden zustehe; daß jedoch die Streitigkeiten unter und mit den einzelnen Gläubigern über die Berität und Priorität ihrer Forderungen und die hiervon abs hängige Vertheilung des zur Befriedigung der Gläubiger zu verswendenden Theils der Ablösungskapitalien zum Resort der gewöhns lichen Gerichte gehören, und daß, wenn diese Streitigkeiten eher zur Sprache

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 634-635.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 639.

kommen, bis die Art der Berwendung feststeht, über lettere zuvörderst präs judiziell von den Auseinandersetungs-Behörden zu entscheiden, die Erörterung und Entscheidung der gedachten Streitigkeiten unter und mit den einzelnen Gläubigern aber bemnächst ben Justizbehörden zu überlassen sei.

Vergl. das C. R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 20. Mai 1835. 1) (v. R. Ann. Bt. 19. S. 381).

Gegen die hiernach ben Behörden ertheilte Anweisung erhoben sich jedoch Bedenken, welche demnächst durch die Dekl. v. 30. Juli 1842 2) (G. S. 1842. S. 245) dahin erlediget worden sind,

daß zwar die Bestimmung barüber: welche Spothefengläubiger ans ter Rapitalabsindung zu befriedigen sind, den Auseinandersetungs Behörden zustehe; daß aber, wenn hierbei Streitigkeiten mit und unter den Spothekengläubigern entstehen und die Berität oder Priorität der Forderung an sich betreffen, die Entsscheidung (hierüber und welche Spothekengläubiger aus der Kapitalabsindung zu befriedigen sind) den ordentlichen Gerichten zu überlassen sei, welchen alsdann auch die Vertheilung der deponirten Absindungskapitalien unter die Sposthekengläubiger zusteht.

Dazu:

aa) Unter den "Hpothekengläubigern" sind auch die mit Renten, Abgaben und ähnlichen fortwährenden Leistungen im Hppothekenbuche eingetragenen Realberechtigten begriffen. (Vergl. §. 8. des Ges. v. 29. Juni 1835).

bb) Unbedenkich verbleibt den Auseinandersetzungs-Behörden die Entscheidung über die Art der Verwendung der Absindungskapitalien, darüber: vb das Absindungskapital ganz oder theilweise zur Befriedigung von Sposthekengläubigern, oder in das Gut, zu dessen dauernder Verbesserung zu verwenden oder anderweitig sicher zu stellen sei. (Vergl. das C. R. des Min. des J. v. 20. Mai 1835. *) (v. K. Aun. Bd. 19. S. 381).

Ift also die Frage: in welcher Art die Kapitalabsindung zu verwenden sei, von der Berität oder Briorität einer Hypotheksorderung abstängig, (wird z. B. darüber gestritten: ob eine Forderung für den Lehnsberrn, Erbzinsberrn u. s. w. verpslichtend sei, ihren Ansprüchen vorgehe und der Gutsbesitzer solche aus der Kapitalabsindung mit Hintenansehung der Realberechtigten, abzutragen berechtigt sei?) so ist die Entscheidung über die Berität oder Priorität der Ansorderung allerdings dem ordentlichen Gerichte zu überlassen; die Frage: ob die Kapitalabsindung oder ein Theil derselben zur Abstosung von Hypotheksorderungen oder anderweitig zu verwenden sei? ist aber sedenfalls vor oder nach sener Entscheidung, von der Auseinandersehungs-Behörde zu entscheiden. Die Dekl. v. 30. Juli 1842 hat in dieser Beziehung die Borschrift des S. 10. der B. v. 30. Juni 1834 nicht geändert; sie setzt mit dem C. R. v. 20. Mai 1835 nur voraus, daß die Kapitalabsindung oder ein bestimmter Theil derselben zur Bestiedisgung von Hypotheksläubigern verwandt werden soll.

cc) Die Auseinandersetzungs = Behörde ist insbesondere kompetent zur Berfügung darüber, wie die Ablösungsgelder bis zur Berwendung derselben anzulegen sind, namentlich also über die Anlegung derselben in Staatspapieren zu beschließen.

Bergl. das C. R. des Min. des J. v. 26. März 1844 und das R. des Just. Min. v. 7. März 1844. d) (Min. Bl. d. i. B. 1844, S. 75, Kr. 90.).

¹⁾ Bergl in Bb. I. S. 635.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 633.

³⁾ Bergl. ebenbas. S. 635.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 633-634.

B. v. 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebes ac. (SS. 11-18.) 421

dd) Das R. des Just. Min. v. 26. April 1833 (v. K. Jahrb. Bb. 41. S. 421), wonach den Gerichtsbehörden die Bestimmung über deposnirte Ablösungs-Rapitalien und deren Vertheilung unter die Hyposthekengläubiger und die Aussührung der Verwendung solcher niedergelegten Kapitalien zustehen sollte, ist durch die Vorschriften des S. 10. der V. v. 30. Juni 1834 und der Dekl. v. 30. Juli 1842 beseitiget.

3um §. 11.

Bergl. die Erläut. zu den §§. 4., 43. und 44. der W. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 259 ff., 278 ff. u. 284 ff.).

Bu §§. 12. und 13.

Vergl. die Erlaut. zu den §§. 20 — 22. der V. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 262 ff.).

3um S. 14.

Der S. 14. der B. v. 30. Juni 1834 ist, nebst dem S. 31. der B. v. 20. Juni 1817, für aufgehoben erklärt durch den S. 10. der B. v. 22. Nov. 1844. 1) (Bergl. die Erläut. zu letterem).

Bu §§. 15. und 16.

Vergl.:

a) R. des Min. des J. v. 27. Aug. 1834 (sub 2. u. 3.) 2) an die Gen.=Rommissionen, und de eod. an die Reg. Prasidenten 3), betr. die Beaufsichtigung der Geschäftsführung der Oek. Kommissarien. (v. K. Ann. Bb. 19. S. 65. Nr. 59. u. S. 68. Nr. 60.).

b) C. R. des Min. des J. u. ber P. v. 6. März 1839, betr. die Mitwirfung der Kreislandrathe bei Kontrollirung der Spezial-Kommiffarien.

(v. R. Ann. Bb. 23. S. 86).

Zum §. 17.

- 1) Bergl. die Erläut. zu den §§. 40., 41. und 87. ff. der B. v. 20. Juni 1817.
- 2) Statt des im § 17. Alin. 7. gedachten Rekurses findet in diesem Falle jett nur der Weg der Beschwerde an das Min. statt.

3nm §. 18.

1) Das C. R. bes Min. bes J. v. 27. Aug. 1834 5) (ad 4.) (v. K. Ann. Bb. 19. S. 65) weist die Gen.-Rommissionen zur Befolgung der Vorsschriften des S. 18. an.

2) In Volge deffen sind folgende technische Instruktionen erschienen

und durch den Druck veröffentlicht worden:

2) Bergl. in Bb. I. S. 619 ff.

3) Bergl. ebentas. S. 645. 4) Ebenbas. S. 645.

¹⁾ hierburch ist auch bas R. des Min. des J. v. 11. Nov. 1836, betr. die Gebühren = Sape für die bei Abfassung von Appellations - Erkenntnissen zus gezogenen Dekonomie = Rommissarien (v. K. Ann. Bd, 20. S. 895) autiquirt.

⁵⁾ Bergl. in Bb. I. S. 619 ff. . .

a) Instr. ber Gen. = Kom. zu Posen v. 8. Dec. 1840 1) zur Bilbung und Anwendung technischer Grundsätze. (Posen, 1841, bei Scherk. 8.)

b) Technische Instrukt. der landwirthschaftl. Abth. der Reg. zu Frankfurt v. 24. März 1842 für die Auseinandersetzungs-Angelegenheiten im Frank-

furter Reg. Bez. 2) (Frankf. a. D. bei Trowissch u. Sohn. 8.).

c) Technische Instrukt. ber Gen. Rom. zu Stargarb v. 28. Dec. 1841 für bie von ber Gen. Rom. von Pommern beauftragten Dekonomie Rommissfarien, und die als solche beschäftigten Beamten. (Stargard. 1842. bei Hendeß. 4.)

d) Inftrukt. ber R. Reg., Abth. bes J. zu Gumbinnen, vom Mai 1844 zur Anwendung technischer Grundsate bei Auseinandersetzungs-Angelegenheiten in dem Reg. Bezirke Gumbinnen. (Gumbinnen. 1844. bei Krauseneck. 8.).

e) Technische Grundsase ber R. Gen. Rom. zur Regulirung ber guteberrlichs bauerlichen Berhältniffe ic. ju Munfter von 1844. (Munfter. 1844. bei Regensberg. 8.).

1) Technische Instrukt. ber Gen. Rom. zu Stenbal v. 29. Sept. 1845 für bie von ber R. Gen. Rom. ber Provinz Sachsen beschäftigten Spezials

kommiffarien. (Stendal. 1845. bei Franzen u. Große. 8.).

g) Technische Instrukt. ber Gen. & Kom. zu Breslan v. 11. Nov. 1845 in Auseinandersexungs : Angelegenheiten für den Bezirk der Gen. & Kom. zu Breslan. (Zweite vervollständigte Ausgabe vom Jahre 1846, Breslau, bei Schuhmann. 8.).

h) Technische Instrukt. für die Kommissarien im Konigsbergschen Reg. Depart.

(Ohne Jahreszahl).

Bon diesen Instruktionen sind namentlich die ad b., c. und f. ge-

dachten mit besonderer Sorgfalt und Rlarheit bearbeitet.

Außer diesen amtlichen Instruktionen sind mehrere schätzbare Ansleitungen zu landwirthschaftlichen Beranschlagungen von Privatpersonen erschienen.), welche zwar nicht den amtlichen Charakter an sich tragen, in der Praxis jedoch häusig benutt werden und bei der Aufstellung der vorgedachten amtlichen Anweisungen, neben der eigenen Erfahrung der Be-

horden und ihrer Organe, benutt worden sind.

Aus der Verschiedenheit der darin niedergelegten Ansichten, aus den Fortschritten der Wissenschaft und Erfahrung ergiebt sich die Nothwendigsteit einer fortwährenden Prüfung, Berichtigung und Ergänzung der gesammelten Grundste von selbst, worauf die gesesliche Anweisung gerichtet ist, dergestalt, daß die aufgestellten amtlichen Grundste in den betreff. Provinzen und Landestheilen keineswegs als unabänderliche Norm gelten, sondern nur zur Grundlage bei abzugebenden Gutachten und bei Absichänungen dienen sollen, ohne das jedesmal zu begründende abweichende-Urtheil der aussührenden Beamten, Sachverständigen und Auseinanderssehungs Behörden zu beschänken.

3um §. 19.

Vergl.:

a) die Erläut. zu den SS. 56. und 57. der V. v. 20. Juni 1817, Zus. IV. und V. (s. oben S. 300);

2) Empfohlen durch das C. R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth. v. 5. Juli 1842. (Min. Bl. b. i. B. 1842, S. 406).

3) Empfohlen burch bas C. R. bes Dlin. bes J., Abth. II. v. 12. Dec. 1842. (Min. Bl. d. i. B. 1842, S. 422).

¹⁾ Das C. R. bes Min. bes J. u. b. P. v. 24. Aug. 1841 (Min. Bl. b. i. B. 1841, S. 236) empfiehlt beren Anschaffung.

⁴⁾ Hierher gehört auch die Anleitung zu ben landwirthschaftlichen Beranschlas gungen bei ben Anseinandersetzungen im Reffort ber R. Preuß. Gen. - Roms

b) die R. des Min. des J. u. der P. v. 8. Oft. 1839 1) (v. K. Ann. Bd. 23. S. 824) und des J. v. 28. Dec. 1843. 2) (Min. Bl. d. i. B. 1844, S. 16. Nr. 19.).

3um §. 20.

Bergl. S. 44. der Städte-D. v. 30. Mai 1853 für die sechs öftlichen Provinzen, mit Ausschluß von Neuvorpommern und Rügen (G. S. 1853. S. 261 st.), und in Betreff der Frage, was im Sinne des gedachten S. unter "kollidirendem Interesse" zu verstehen? die Bearbeitung der St. D. v. 30. Mai 1853 von H. Gräff, Breslau 1853, Anh. S. 38—39.

Vergl. auch S. 79. der revid. St. D. v. 31. März 1831 und die

R. D. v. 18. Juli 1833. (G. S. 1833. S. 84).

Zum §. 21.

1) Durch die Bestimmungen des S. 21. der V. v. 30. Juni 1834 sind die Bedenken beseitiget worden, welche bis dahin über das Erfordernis der Juziehung der hypothekarischen Gläubiger zu den Auseinanderssehungen im Falle der Sequestration eines mit Hypothekenschulden belasteten Grundstückes, und über die Art der Zuziehung derselben, bestans den hatten, ob nämlich in einem solchen Valle die sämmtlichen Realgläusbiger, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben immittirt worden oder nicht, bei der Auseinandersehung zuzuziehen seien? *)

Nach dem J. 21. soll im Falle der Sequestration eines Gutes der bestellte Sequester oder ein Seitens der sequestrirenden Behörde von Amts-wegen zu bestellender Kurator zur Auseinandersetzung zugezogen werden, welcher ohne weitere Rückfragen bei den interessirenden Glau-

bigern die Rechte derfelben mabrzunehmen bat.

Der zweite Sat bes §. 21. disponirt über das Verfahren in solchen Fällen, wenn der Sequester oder Aurator seinen Obliegenheiten nicht nache kommen sollte, wobei zu bemerken, daß das hier gebrauchte Wort: "ihm" auf die dem Sequester oder Aurator, nicht aber auf die dem Spezzial=Rommissarius vorgesetzte Behörde, zu beziehen ist, da letztere den Sequester oder Aurator nicht zu dirigiren hat.

1) Bergl. in Bo. I. S. 621-622.

3) Das R. des Min. des J. v. 31. März 1819 (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 270) hatte ausgesprochen, daß den in das Gut inmittirten Gläubigern die

Buziehung nicht versagt werben konne.

missionen, mit besonderer Rucksicht auf die Aurmark Brandenburg. Bon Fr. Freih. v. Monteton. Berlin, bei Nauck. 1838. Fol.

²⁾ **Ebendas**. S. 622—623.

Das Just. Min. hatte in dem R. v. 2. Sept. 1831 (v. K. Jahrb. Bb. 38. S. 104, Gräff, Bd. 6. S. 418), im Einverständniß mit dem Min. des J., beskimmt, daß, nach Anleitung des S. 133. A. G. D. I. 24., die Zuziehung der Gläubiger eines sequestrirten Gutes durch einen von ihnen zu bestellenden Komsmun. Mandatar erfolgen solle, welchem zu überlassen, den Beschluß der Gläubiger und die Genehmigung desselben von Seiten der sequestrirenden Behörde einzusholen.

Dasselbe hatte das C. R. des Min. des J. für H. u. G. v. 30. Juli 1831 (Donniges Land. Kult. Gef Bd. 3. S. 35) angeordnet und das R. desselben Min. v. 4. Juni 1832 ad 1. (Roch's Agrarges. 4. Aust. S. 394) hat diese Anweisung wiederholt, dagegen sub 2. ausgesprochen, daß es bei einer nur durch die Landschaft (Areditdirektion) wegen rückkandiger landschaftlicher Zinsen einsgeleiteten Sequestration der Zuziehung der sammtlichen Gläubiger nicht bedürse.

- 2) Der S. 21., auf welchen der S. 23. a. a. D. wegen der immittirten Gläubiger verweift, spricht nur von der Immission hypothekarischer Gläubiger durch Einleitung einer Sequestration, nicht aber von der Immission einzelner Gläubiger, welche auf Grund eines Vertrages zwischen dem Schuldner und Gläubiger ausnahmsweise (A. G. D. I. 24. SS. 116. sf., A. L. R. I. 20. SS. 226 242.) gestattet ist. Die Bestimmungen des S. 21. sind daher nicht auf diejenigen Fälle auszudehnen, wo der Schuldner dem Gläubiger die Benutzung und Verwaltung des Grundstücks ohne dessen Sequestration einräumt. Ein solcher Psandgläubiger hat auf Zuziehung zur Auseinandersetzung, gleich dem antichretischen Psandgläubiger, keinen Anspruch. (Vergl. A. G. D. I. 50. S. 250., Anh. S. 350.).
- 3) Wenn zwar vor Abschlusse eines Auseinandersetzungs = Rezesses, aber erft nach bereits abgeschlossenem Vergleiche die Sequestration eines Gutes eingeleitet worden, so ist doch der Sequester oder Aurator des Gutes beim Abschlusse des Rezesses zuzuziehen.

Bergl. das R. des Min. des 3. v. 4. Juni 1832 sub 3. 1) (Koch's

Agrargef., 4. Aufl. G. 394).

4) Durch die Bestimmung des S. 21. wird die Zuziehung des Eigen = thümers eines sequestrirten Sutes zur Auseinandersetzung nicht ausgesschlossen; denn die SS. 21. und 23. verordnen die Zuziehung des Sesquesters oder des Kurators nur zur Bertretung des Interesse der immittirten, bei der Sequestration interessirenden Gläubiger. Durch die Sequestration wird dem Eigenthümer nur die Benutzung und resp. Berwaltung, nicht aber die Disposition über die Substanz des Gutes entzogen, so weit diese unbeschadet der Rechte der Kreditoren ersolgen kann; ihm steht die Bertretung der Rechte des Gutes zu. Bei obwaltender Meinungsverschiedens heit bei gemeinsamen Angelegenheiten zwischen dem Eigenthümer und Sequester ist nach Borschrift der SS. 82. ss. der B. v. 20. Juni 1817 zu versahren.

Dies hat auch das Min. des 3. in dem Refursbescheide (Datum konstirt nicht) in Forni's Zeitschr. Bd. I. S. 593 — 594 angenommen.

5) Die Zuziehung des Sequesters oder Kurators ist übrigens sowohl bei landschaftlicher, als bei gerichtlicher Sequestration ersorderlich; denn der S. 21. der V. v. 30. Juni 1834 schreibt dessen Zuziehung ohne Unterschied der Fälle vor.

Jum §. 22.

1) Der S. 22. der B. v. 30. Juni 1834 schreibt als Regel vor, daß bei allen zum Ressort der Auseinandersetzungs = Behörden gehörigen Geschäften der Chemann seine Chefrau vertritt, und zwar sowohl bei bessehender Gütergemeinschaft, als außer diesem Falle wegen der zum gemeinsschaftlichen Vermögen oder zum Eingebrachten der Frau gehörigen Grundstücke und Gerechtigkeiten. 2)

Ausgeschlossen von der ausschließlichen Bertretung durch den Ehemann ist mithin bas vorbehaltene Bermögen der Ehefrau (vergl. A. L. K. 11. 1. S. 206—209, 221 ff.), in Betreff dessen die Vorschriften der A. G. D. I. 1. S. 19. und des A. L. R. II. 1. SS. 225. ff. und II. 18. SS. 738—741 zu berücksichtigen bleiben, weshalb hierauf bei Berichtigung

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 646.

²⁾ Ueber die Motive dieser Bestimmung vergl. die Abhandl. in der Zeitschr. des Revis.-Rolleg. Bd. 2. S. 261 ff.

bes Legitimationspunktes (S. 90. ber B. v. 20. Juni 1817) Rückscht zu nehmen ift.

2) In Betreff ber Vorschrift bes §. 22. sind solgende Rontroversen

entstanden:

a) Ob dieselbe auch auf Chefrauen anzuwenden, welche unter Vormundschaft stehen und ob dadurch in solchen Fällen die Konkurrenz ber Bormunder und Vormundschafts-Gerichte ausgeschlossen sei?

Die Min. des J. u. der J. haben in dem R. v. 7. April 1835 nebst Schreiben des Just. Min. v. 26. Febr. ej. a. 1) (Koch's Agrarges., 4. Aust.

S. 395) die Negative angenommen.

Donniges (Land. Kult. Ges. Bb. 3. S. 38—39) ist derselben Ansicht, welche auch für die richtige erachtet werden muß, ba der §. 22. als

Ausnahmegefet ftrickter Interpretation unterliegt.

b) Insbesondere ist auch zur Sprache gekommen: ob — wenn die Chefrau noch minorenn — dieselbe von ihrem Vormunde allein vertreten werden solle, und ob dessen Erklärungen allein bindend seien, wenn auch der Chemann denselben widerspricht?

Das Revisions=Kolleg. für L. K. S. hat per sent. v. 16. April 1847 (in der Gem. Theil. Sache von Pfalzheim) die erstere Alternative

angenommen. (Beitschr. beffelb., Bb. 2. S. 263, Note).

Dazu bemerkt indeß die Redaktion der Zeitschr. (a. a. D.), daß die Rechte des Chemannes als Nießbrauchers des Vermögens seiner Chefrau durch eine solche pravalirende Befugniß des Vormundes jedenfalls verletzt erscheinen.

Der Ansicht bes Revis. - Kolleg. dürften jedoch die Bestimmungen

bes A. L. R. II. 18. S. 736., 743., 746., 748. gur Seite fteben.

c) Es ist in Zweisel gezogen worden: ob die Bestimmung des §§. 22. nur auf das Hauptgeschäft und bis zum Abschlusse des Rezesses anwendbar, oder auch für die späteren bei den Auseinandersehungs-Behörden vorkommenden Verhandlungen, namentlich über die zur Aus-führung gehörenden Gegenstände, maaßgebend sei?

Das Min. des 3. hat Letteres, das Justig-Min. dagegen Er-

fteres angenommen. (Beitschr. bes Revis. Rolleg. Bb. 2. S. 264-265).

d) Ift die Bestimmung des S. 22. als ein ganz neues Geset oder nur als eine Deklaration anzusehen, welche auch auf die vor Publikation der B. v. 30. Juni 1884 stattgehabten Berhandlungen Anwendung sindet?

Das Ob. Trib., welches unterm 20. Oft. 1837 die erstere Alternative angenommen hatte, hat sich späterhin (in den Erk. v. 11. Jan. 1839, 5. Febr. 1844, 5. März 1846 und 14. März 1848) konstant sür die letztere Alternative entschieden. (Praj. Samml. des Ob. Trib. S. 401, Nr. 602., u. Beitschr. des Revis.-Rolleg. Bd. 2. S. 265—272).

Dagegen hat das Justizmin. unterm 26. Febr. 1835 die erstere Alternative für die richtige erklärt. (Donniges gand. Kult. Ges. Bb. 3.

6. 38).

3n §§. 23—27.

Vergl. die Erläut. unten im Unter-Abschn. V. (von den Wirkungen der Auseinandersetzungen hinsichtlich dritter Personen und der Sicherstellung ihrer Rechte), Rap. I. (von dem Rechte dritter Personen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und den darauf bezüglichen Verpflichtungen der Auseinandersetzungs-Behörden im Allgemeinen).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 646-647.

3nm S. 28.

Bergl. die Erlaut. jum S. 107. ber B. v. 20. Juni 1817.

Zum 5. 29.

Die nach S. 29. von den Kreisverordneten erforderten Gutachten konnen entweder schriftlich abgegeben oder von dem Spezial-Kommissarius zu Protofoll genommen werden (R. des Min. des J. v. 18. Oft. 1841. 1) (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 290. Nr. 476.)

Aum S. 30.

Bergl. die Erläut. zu den SS. 111. u. 112. der V. v. 20. Juni 1817, wonach diese SS. nebst dem S. 30. der V. v. 30. Juni 1834 gegen=standslos geworden.

3u SS. 31-34.

(Schiederichterliches Berfahren.)

Zum §. 31.

I. Die B. v. 30. Juni 1834 hat im S. 31. in Betreff einiger Gegenstände auf ein schied brichterliches Berfahren verwiesen, während sie der Auseinandersetzungs - Behörde ein solches auch in anderen Fällen anzuordnen überläßt, wenn nach ihrem Ermessen über die Gegenstände von verständisgen, der Dekonomie kundigen Männern an Ort und Stelle nach eingenommenem Augenscheine besser als von entsernt wohnenden Behörden entschieden werden könnte.

An die Bestimmungen des S. 31. der B. v. 30. 1834 fnupfen sich

junachft folgenbe Bemertungen:

1) Die Bestimmung ad b. des S. 31. (bezüglich des schiederichterlichen Berfahrens bei der Provokation auf bobere ober niedrigere als die Normalschtschädigung bei Regulirungen) ift gegenstandsloß geworben.

Bergl. S. 103. bes Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850 2) und die Erlaut.

dazu in Bd. II. Abth. I. S. 749—752.

2) Nachdem durch ben S. 14. der W. v. 22. Mov. 1844 die Entscheidung der Retursinstanz bem Min. des 3. entzogen und auf das Revis.-Rolleg. für L. K. S. übertragen worden ist, kann es nicht zweiselhaft sein, daß auch nur dieser letteren Beborde die Bestimmung darüber gebührt, ob in den im S. 31. der W. v. 30. Juni 1834 (zu a. bis c.) bezeichneten und in die weitere Instanz gediehenen Fällen das schiedsrichter-liche Versahren einzuleiten sei?

Bu erwähnen ist hierbei noch, daß aus der Fassung des S. 31. der B. v. 30. Juni 1834, in Berbindung mit S. 2. der Instr. v. 12. Okt. 1835 (s. in Bd. I. S. 647 ff.), Zweisel darüber erhoben waren: ob die Gen.- Kommissionen resp. deren Kommissarien bei der Instruktion wegen der Reskurs = und Appellationsbeschwerden in Fällen des S. 31. ad a. u. b. die schiedsrichterliche Entscheidung ohne Anweisung des Min. und resp. des

Rivisions-Rolleg. zu veranlaffen befugt seien?

Diese Zweisel beseitiget das C. R. des Min. des J. v. 22. Marz 1838 *) (v. K. Ann. Bb. 22. S. 80), welches aussührt, daß auch in den

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 647.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 186.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 653.

gedachten Fällen, sobald bergleichen Streitigkeiten in die zweite Instanz gediehen sind, nur dem Richter zweiter Instanz die Entscheidung über die Zulässigkeit des schiedsrichterlichen Verfahrens kompetire.

II. Durch das Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 ist dem schiedsrichters lichen Verfahren eine größere Ausdehnung gegeben worden. Dasselbe ist tadurch auch für folgende Fälle vorgeschrieben worden: 1)

1) zur Feststellung bes Werthes von Diensten, welche nach bem Umfange ber zu leistenden Arbeit bestimmt ober ungemessen find (S. 11.);

2) zur Feststellung des Werthes ber Baubienste, welche nicht nach Tagen be-

stimmt sind (S. 14.);

3) zur Feststellung bes Bedürfnisses ber zu einer Wirthschaft nothwendigen

Dienfte (§. 17.);

4) zur Feststellung bes Werthes von Natural-Abgaben, für welche, weil ihre Lieferung in einer besseren als gewöhnlichen Beschaffenheit erfolgen muß, ober weil für einen Distrikt sie festzustellen nicht nöthig war, Nermalpreise nicht haben festgestellt werden können ober bürfen (§§. 30. n. 72.);

5) jur Feststellung bes Werthes von Abgaben in Wein (S. 31.);

6) jur Abschähung bes gemeinen Kaufwerthes ber Grundstücke, wenn er ber Berechnung ber Ablösung von Besitzveranderungs:Abgaben zum Grunde zu legen (S. 44.);

7) zur Ermittelung bes gemeinen Kaufwerthes ber Grundstücke, welcher ber Berechnung bes Reinertrages jum Grunde gelegt werden soll (§§. 63. n.

85. u. §. 6. des Mühlen-Ablös. Ges. v. 11. Marz 1850);

8) zur Abschähung des Werthes der Verpstichtungen des ehemaligen Gutsherrn zum Neuban und zur Reparatur der Gebäude auf regulirungsfähigen Stellen, sowie des Werthes der ablösbaren gegenseitigen Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen (§. 83.);

9) zur Feststellung berjenigen Entschädigung, welche ber Besiter einer regulisrungsfähigen Stelle bafür zu beanspruchen hat, daß die auf seinem ihm zu Eigenthum zu verleihenden Gebiete schon eroffneten Fossilienlager und

Gruben bem ehemaligen Guisherrn verbleiben (§. 88.).

Nach S. 105. a. a. D. sollen für das in allen diesen Fällen angeordnete schiederliche Verfahren die Vorschriften der SS. 32. ff. der V. v. 30. Juni 1834 gelten.

III. Eine fernere Erweiterung des durch die SS. 31—34. der B. v. 30. Juni 1834 angeordneten schiedsrichterlichen Versahrens hat der Art. 14. des Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D. sestgesetzt, welscher bestimmt:

Bei Gegenständen, wobei es auf Einnehmung des Augenscheins oder auf Schähung ankommt, welche die sachverständige Ermittelung, Auffassung und Würsdigung der Lokalverhältnisse und deren sachverkändige Kombination und Anwensdung erforderi, insbesondere auch zur Feststellung des Umsanges und der Ergiebigskeit der Nebenweiden, ist jede Parthei, und wenn zu einer solchen mehrere Perssonen gehören, die Mehrzahl derselben, nach den Theilnehmungsrechten gerechnet, befugt, die Entscheidung der desfallsigen Fragen im Wege des schiederichterlichen Berfahrens (§§. 31—34. der B. v. 30. Juni 1834) zu verlangen; widerspricht jedoch die Gegenparthei der Anwendung des schiederichterlichen Versahrens auf den vorliegenden Fall, so entscheidet die die Auseinandersetung leitende Behörde über die Statthaftigkeit desselben. Gegen diese Entscheidung sindet keine Berussung statt.

A. Entstehungs = Geschichte bes Art. 14. des Erganz. = Ges. v. 2. Marz 1850.

Diefer Art. war in dem von der Staatsregierung vorgelegten

¹⁾ Bergl. die Anffahe in Robe's Lehrzeitung für Entlastung bes bauerlichen Grundbestes, 1850, S. 73 ff. n. 77. ff.

Entwurfe bes Erganz.-Gef. nicht enthalten, fonbern es ift berfelbe von ben Rammern neu hinzugefügt worten.

AA. Die Agrar-Rom. der II. Rammer beantragte, folgenden Art.

(als neuen Bufat) in das Gefet aufzunehmen:

Bei Gegenständen, wobei es auf Einnehmung des Augenscheins oder auf Schätungsgegenstände ') ankommt, welche die sachverständige Ermittelung, Auffassung und Würdigung der Lokalverhältnisse und deren sachverständige Kombination und Anwendung erfordert, insbesondere auch zur Feststellung des Umsanges und der Ergiebigkeit der Nebenweiden, ist sede Parthei, und wenn zu einer solchen mehrere Personen gehören, die Mehrzahl derselben, nach den Theilnehmungsrechten gerechenet, befugt, die Entscheidung der bessallsigen Fragen im schiederichterlichen Bersfahren (§§. 31—34. der B. v. 30. Juni 1834) zu verlangen.

Bur Motivirung bemertte die Rommiffion:

Mehrfach war bei ber Berathung des Geseseniwurfs der Umstand zur Sprache gebracht, das es höchst wünschenswerth erscheine, zur Bermeidung weitläuftiger Prozesse und fünstlicher technischer Beranschlagungen bei allen fünstig zur Bears beitung kommenden Semeinheitstheilungen, besonders aber auch mit Bezug auf die Festsehungen in den §§. 44—51. der Gem. Th. D. v. 7. Juli 1821 so weit als irgend möglich das in den §§. 31—34. der B. v. 30. Juni 1834 angeordnete schiedsrichterliche Bersahren zur Anwendung zu bringen, und die Kommission hat in Folge dessen einstimmig beschlossen, den vorgeschlagenen neuen Artikel hinter Art. 13. des Gesehentwurfs zur Annahme zu empsehlen.

Die II. Rammer trat dem Antrage der Kommission bei, beschloß indeß, dem Art. noch den jest in bessen letten Sattheile enthaltenen Busat beizufügen. 2) (Stenogr. Ber. der II. R. 1848. Bb. 3. S. 1626.)

BB. Die Kommission der I. Kammer ist dem Beschlusse ber II. Kammer ohne Erinnerungen beigetreten, womit sich bas Plenum ber I.

Rammer einverstanden erflart hat.

B. Erläut. zum Art. 14. des Erganz.-Ges. v. 2. Marz 1850.

1) Wenn eine Sache bereits zum Spruche in zweiter Instanz vorliegt, so ist das Revisions-Kollegium die "die Auseinandersetzung leitende Behörde", welche über die Zulässigkeit eines schiedsrichterlichen Verfahrens zu bestimmen hat.

Angenommen von dem Revis.-Rolleg. far &. R. S. unterm 19.

April 1850. (Praj. Samml. beffelb. S. 26. Nr. 14.)

2) Bu ben Gegenständen, welche durch Uebereinkunft der Partheien im Wege des schiederichterlichen Verfahrens erledigt werden können, gehören nicht Streitigkeiten über die Planlage, da diese allein von der Auseinandersetzungs-Behörde zu bestimmen sind.

Angenommen von dem Revis.-Kolleg. für L. R. S. unterm 19. April 1850. (Praj. Samml. besselb. S. 29. Nr. 20. und Zeitschr. Bb. 3. S.

412-413.)

Dieselbe Ansicht hat die Gen.-Kom. zu Stendal in ihrem C. R. v. 16. Sept. 1850 entwickelt. (Zeitschr. des Revis.-Kolleg. Bb. 3. S. 410 bis 412.)

2) Dies geschah auf ben Berbeff. Antrag bes Abgeordn. Rette (Drucks. Rr.

358. ad III.), beffen Motive bahin lauten:

¹⁾ Bei ber Schluß:Rebaktion in ber II. R. ift statt beffen bas Wort: "Schähnng" gesett worben.

[&]quot;Die zulässigen Grenzen ber Anwendbarkeit des schiederichterlichen Bers "fahrens bleiben auch nach der von der Kommission vorgeschlagenen Fals "sung noch schwankend und können überhaupt nicht allgemein und scharf "gezogen werden. Es muß daher ein Mittel geben, um ganz ungeeigneten "Anträgen auf Anwendung dieses Berfahrens entgegentreten zu können."

- 3) Das Revis. Kolleg. für L. R. S. hat (in bem Ert. v. 3. März 1854 in einer Schlesischen Sache) folgende Grundsätze angenommen:
 - a) Das schiederichterliche Berfahren ist zur Ermittelung des Jahreswerthes von Reallasten ober Gegenleistungen Behufs ber Ablösung nur in ben Fällen zulässig, in welchen baffelbe als Beweismittel für die Schähung aus drücklich in ben Gesehen angeordnet ist (§S. 11., 14., 17., 30., 31., 44, 63., 72., 83., 85. u. 88. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850).
 - b) In Auseinandersegungs: Sachen ist es weder den Partheien, noch den erstennenden Behörden gestattet, in der für die Gegenstände der Ausgleichung gesetzlich vorgeschriebenen Art der Abschähung (durch Sachverständige, Schiederichter, Normalpreise) beliebig eine Aenderung eintreten zu lassen (V. v. 20. Juni 1717 §§. 120., 127., V. v. 30. Juni 1834 §. 31. c., Ablös. Ges. v. 2. März 1850 §. 8., Ergänz. Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D. Art. 14.).
 - c) Nur gegen die nach gehöriger Einleitung ber Sache ergangenen schiedss richterlichen Aussprüche ist weber Appellation, noch Refurs zulässig; ein schiedsrichterliches Verfahren ist aber nur bann als ein gehörig eingeleites tes zu erachten, wenn bei bessen Abhaltung die in der Minist. Instr. v. 12. Oft. 1835 bafür ertheisten Vorschriften beobachtet worden. (B. v. 30. Juni 1834 §. 34.).

Zum 9. 32.

1) Ueber die Abanderung des §. 32. der B. v. 30. Juni 1834 durch den Art. 68. der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordn. v. 11. März 1850 und die durch Ministerial-Erlaß v. 12. Juli 1853 1) ausgesprochene Wiederherstellung der zum Theil gesetzlich aufgehobenen Bestim-mungen der §§. 32. u. 33. der B. v. 30. Juni 1834 vergl. Jus. 3. zu §§. 2—5. der B. v. 30. Juni 1834 (s. oben S. 411) und die Erläut. zum §. 6. des Mühlen-Ablös.-Ses. v. 11. März 1850, Jus. II. ad C. AA. 1. bis 4. (s. in Bd. II Abih. I. S. 829—831).

2) Sind die Kreisverordneten berechtigt, sich der Abgabe eines schieds= richterlichen Ausspruches zu entziehen und die auf sie gefallene Wahl abzulehnen?

Die Verneinung ergiebt sich daraus, daß die Minist.-Instr. v. 12. Oft. 1835 jener Besugniß keine Erwähnung thut und der §. 4. der V. v. 30. Juni 1834 nur in zwei Fällen den Kreisverordneten die Ablehnung der auf sie gefallenen Wahl zugesteht, nämlich: sobald die Partheien eines benachbarten Kreises auf ihre Vermittelung provozirt haben und siberhaupt wenn eine Gemeinheitstheilung Gegenstand des Geschäfts ist oder es sonst auf eine Landtheilung dabei ankommt.

3) Die Auseinandersetzungs-Behörden sind bei der Verschiedenheit der den Kreisverordneten anzuvertrauenden Verrichtungen zweiselhaft gewesen, ob lettere überhaupt zu vereidigen und welcher Eid von ihnen verlangt werden könne?

Da die Funktionen der Areisverordneten lediglich sachverständiger Nastur sind, und da sie als Sachverständige das Amt der Schiedsrichter übernehmen, da ihnen ferner nur als solch en nach §. 29. der B. v. 30. Juni 1834 die Revision der von den Spezial-Rommissarien erstatteten Gutachten übertragen werden kann, zur Glaubwürdigkeit der Sachverständigen in Bestress ihrer Gutachten aber ihre Eigenschaft als öffentliche Beamte nach §. 84. des Anh. zur A. S. D. nicht genügt, so ist es unbedenklich, daß sie mit dem Eide der Sachverständigen zu belegen sind.

Das R. bes Min. bes 3. v. 8. Oft. 1839 2) (v. R. Ann. Bb. 23. G.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 623-624.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 621-622.

430 Bon d. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

824), welches diese Ansicht theilt, erklärt es zugleich für angemeffen, — das mit die eidliche Bestärfung jedes einzelnen, von den Kreisverordneten absgegebenenen Gutachtens vermieden werde, — dieselben generell als Sachsverständige unter allgemeiner hindeutung auf die mit ihrer Stellung verständsten Psilichten zu vereidigen.

Zum §. 23.

Ueber die Stellvertretung des Landraths als Obmann in Vershinderungsfällen vergl. das R. des Min. des J. u. d. P. v. 23. Jan. 1838. 1) (v. K. Ann. Bd. 22. S. 79.)

3nm S. 34.

Die im S. 34. ber W. v. 30. Juni 1834 vorbehaltene Ministerial-Instruction wegen des schiedsrichterlichen Verfahrens ist (unter Aushebung der alteren Instr. für die westlichen Landestheile v. 31. Oft. 1825 *) unterm 12. Oft. 1835 *) (v. K. Ann. Bb. 19. S. 975 ff.) ersgangen.

Zum §. 35.

Vergl. die Erläut. zu den SS. 142. u. 143. der B. v. 20. Juni 1817 und insbef. den Bus. 3. dazu (s. oben S. 337.).

Zum S. 36.

Bergl. S. 5. der B. v. 22. Nov. 1844 und die Erläut. jum S. 154. ber B. 20. Juni 1817 (s. oben S. 339 ff.).

3u 55. 37. und 38.

Bergl. die Erläut. zu den §§. 162 — 165. der B. v. 20. Juni 1817, Bus. 3. u. 4. (f. oben S. 351).

Zum S. 39.

Bergl. die Erläut. zu den §§. 65. u. 66. der W. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 303 ff.).

Bum S. 40.

1) Einseitige Ablösungs-Urkunden bedürfen, unter der Boraussehung bes §. 40. der B. v. 30. Juni 1834, keiner Bestätigung.

Bergl. R. bes Min. bes J. v. 26. Juli 1843. 4) (Min. Bl. t. i. B.

1843. S. 227. Nr. 297.).

2) Die auf Grund des S. 40. der B. v. 30. Juni 1834 von den Regierungen einseitig ausgestellten Ablösungs-Urkunden haben nicht die in den SS. 169. u. 170. der B. v. 20. Juni 1817 vorgeschriebene Araft und Wirkung der vollzogenen und bestätigten Rezesse.

1) Bergl. in Bb. I. S. 653.

²⁾ Bergl. dieselbe in v. K. Ann. Bb. 10. S. 619—631. — Mur in Betreff einiger Bunfte ift diese altere Inftr. (nach S. 12. ber Inftr. v. 12. Oft. 1835) noch maaggebend.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 647 ff. 4) Bergl. in Bb. I. S. 657—658.

23. v. 30. Juni 1884 wegen bes Geschäftsbetriebes sc. (§§. 33-58.) 431

Erkannt von dem II. Sen. des Ob.-Trib. unterm 28. Jan. 1851. (Zeitschr. des Revis.-Kolleg. Bb. 5. S. 11-17.)

Bergl. Bus. 4. zum S. 169. ber B. v. 20. Juni 1817 (f. oben G. 357).

Bum §. 41.

Vergl. die Erlaut. zum S. 166. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 351 ff.).

3um S. 42.

1) Bergl. A. G. D. I. 10. S. 127. und II. 2. S. 3. und S. 145. des

Anh. dazu.

2) In Betreff der Vollziehung der Rezesse durch Fürstbischöfe und Domkapitel vergl. das R. des Min. des J. v. 29. Febr. 1844. 1) (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 407.)

3um §. 43.

1) Bergl.:

a) den S. 108. des Ablös.-Ges. v. 2. März 1850, wodurch der S. 43. der B. v. 30. Juni 1834 modifizirt worden ist;

b) die Erlaut. zum S. 166. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S.

351 ff.).

2) In Betreff der Vollziehung der von den Regierungen und Provinzial-Schulkollegien auf Grund ihrer eigenen Berhandlungen, lediglich im Wege des Vergleichs (ohne Konkurrenz der ordentlichen Auseinandersetzungs-Behörden), vermittelten Rezesse vergl. die Erläut. zu den §§. 65. u. 66. der V. v. 20. Juni 1817 und zum §. 166. a. a. D., Zus. 5. (s. oben S. 303 ff. u. S. 353 ff).

Vergl. insbes. das C. R. des Min. des J. v. 21. Nov. 1842. 2)

(Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 404. Nr. 562.)

3u SS. 45-50.

Diese Vorschriften sind umgestaltet worden durch die Bestimmungen der §§. 14. und 15. der B. v. 22. Nov. 1844, wodurch die §§. 48—50.

der B. v. 30. Juni 1834 außer Kraft gesetzt worden sind.

VIII. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 362 ff.); desgl. die Erläut. zu den §§. 178—184. a. a. D. (f. oben S. 374 ff.)

Zum S. 51.

Bergl. die Erläuter. zum S. 190. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 380 ff.).

Zum S. 52.

Bergl. die Erlaut. zu den 9. und 23. der B. v. 20. Juni 1817 und zum S. 9. der B. v. 30. Juni 1834 (f. oben S. 261, 267 ff. n. 415 ff.).

Zum S. 53.

Das Alin. 2. bes S. 59. ift durch den S. 22. ber B. v. 22. Nov.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 659.

²⁾ Ebenbas. S. 519-520.

432 Bon d. Ablds. der Reallasten, den Regultrungen u. Gem. Theilungen.

1844 aufgehoben 1) und angeordnet worden, daß die Aften zur Entscheis dung über die Revision oder die Nichtigkeitsbeschwerde dem Ob.-Trib. uns mittelbar durch die Auseinandersetzungs-Behörden einzureichen.

Bergl. die Erlaut. zum S. 22. d. B. v. 22. Nov. 1844 (f. unten).

3n §§. 54. und 55.

Vergl. die Erläut. zu ben §§. 187. und 188. der B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 379) und §. 19. der B. v. 22. Nov. 1844.

3u §§. 56. und 57.

Bergl. die Erläut. zu den §§. 196 — 204. und insbef. auch zu den §§. 196—200. und §. 201. der B. v. 20. Juni 1817.

Jum S. 58.

Bergl. die Erläut, unten im Unter-Abschn. V. (von den Wirkungen der Auseinandersetzungen hinsichtlich dritter Personen und der Sicherstel-lung ihrer Rechte bei Regulirungen zc.) in Kap. II. Tit. 2. Stuck 2. sub E.

3um S. 59.

Bergl. ebendas. sub F.

3um \$. 60.

Bergl. ebendas. sub C. und D.

Zum §. 61.

1) Bergl. die Erläut. zu ben §§. 196 — 200. der W. v. 20. Juni 1817 sub B. (s oben S. 389 ff.) und die Erläut. unten im Unter-Abschn. V. (von den Wirkungen der Auseinandersetzungen hinsichtlich dritter Personen und der Sicherstellung ihrer Rechte 2c.) Rap. II. Tit. 2. Stück 1.

2) Spezielle Erläut. zum S. 61. der B. v. 30. Juni 1834. Die Bestimmungen tes S. 61. beruhen auf dem gesetlichen Grundsate, daß die Entschädigung, welche jeder Theilnehmer an der Auseinandersetzung erhält, in die Stelle der dagegen abgetretenen Grundstücke ober dadurch abgelöseten Berechtigungen tritt und in Ansehung ihrer Besugnisse, Lasten und sonstigen Rechtsverhältnisse die Eigenschaften derzenigen Grundsstücke und Gerechtsame erhält, für welche sie gegeben wird, was insbesondere in Hinsicht der Lehns- und Videikommisverbindungen und der hyposthesarischen Schulden und Lasten gilt. (Bergl. Gem. Th. D. §S. 147—149. u. G. v. 29. Juni 1835. §. 1.)

Bei Rapitalsabsindungen sind die dazu Berpflichteten den Realberech= tigten und Sppothekengläubigern des dazu berechtigten Gutsbesitzers in der

¹⁾ Hierburch sind auch das C. R. des Min. des J. v. 27. Aug. 1834 (ad 7.) (v. R. Ann. Bd. 19. S. 68) und das darauf bezügliche C. R. desselben Min. v. 19. Jan. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 32. Ar. 46.) beseitiget, welche vors geschrieben hatten, daß die Auseinandersehungs Behörden in den Einreichungss Berichten an das Min. jedesmal den Gegenstand der Entscheidung dentlich ausseinandersehen und darihun sollten, daß sich die Sache wirklich zur Entscheidung des Ob. Trib. eigne.

Regel wegen vorschriftsmäßiger Verwendung des Kapitals mit dem dazu berechtigten Gutsbesitzer verhaftet, welcher lettere sich darüber ausweisen muß. (Vergl. die Erläut. unten im Unter "Abschn. V. Kap. II. Tit. 2. Stuck 3 und 4.)

a) Zum ersten Saze bes Alinea 1. des S. 61. der V. v. 30, Juni 1834.

In den am Schlusse dieses Sazes gedachten Ausnahmsfällen wird die Ab- und Zuschreibung ter abgetrennten Pertinenzien, die Abschreibung und Löschung der abgelöseten Leistungen, der Verabredung der Intersessenten gemäß oder bis zur Erledigung des Widerspruchs des zur Kapitalsabsindung Verechtigten, ausgesetzt und es haben die Interessenten nach Ersledigung der Anstände die erforderlichen Eintragungen in das Hopothekens buch zu beantragen.

b) Zum dritten Sate des Alinea 1. des S. 61. der B. p. 30.

Juni 1834.

Diese Bestimmung bezieht sich auf diejenigen Fälle, wo über das (jest ausgehobene) Obereigenthum kein besonderes Hopothekenbuch angelegt ist und die Beschränkung des nugbaren Eigenthums durch die Rechte des Obereigenthumers, bei Verleihung des vollen Eigenthums von Grundstücken, z. B. von Lehngütern oder Lehnsstücken, an den bisherigen nugbaren Eigenthümer, oder bei Ablösung von Leistungen gegen Absindung von Kapistal oder Rente die Rechte der Realberechtigten zum Obereigenthume auf die stipulirte Absindung zu ihrer Sicherstellung nur in dem Hopothekens buche des zur Kapitals oder Renteabsindung Verpflichteten vermerkt werden können und sollen.

c) Zum Alinea 2. bes §. 61. ber B. v. 80. Juni 1834.

a) Der Bestimmung dieses Alinea:

Diese Eintragungen muffen auch erfolgen, selbst wenn bie Berpflichteten bie Rapitalsabsindung bereits gezahlt haben sollten;

entsprechen die Borschriften des S. 149. der Gem. Th. D., des S. 38. der Abl.-D. v. 7. Juni 1821, der SS. 91. 93. der Abl.-D. v. 13. Juli 1829, der SS. 88. 90. der Abl.-D. v. 18. Juni 1840, der SS. 62. 64. des Abl.-G. v. 4. Juli 1840 und des S. 3. des Ges. v. 29. Juni 1835 nur in sofern, als sie die Eintragung in der vorerwähnten Weise sowohl wegen der zur Absindung bestimmten Jahrebrenten, als wegen der zur Absindung hergegebenen, nicht sofort bezahlten, dem Berechtigten aber durch Eintragung bei dem verpflichteten Gute gesicherten Kapitalien, mithin nur wegen der Rücksähnde anordnen. (S. 93. der Abl.-D. v. 13. Juli 1829, S. 90. der Abl.-D. v. 18. Juli 1840, S. 64. des Abl.-Ges. v. 4. Juli 1840.) Diese Borschriften sind daher durch den S. 61. der B. v. 30. Juni 1834 auch auf die bereits gezahlten Kapitalien ausgedehnt worden, auf dessen nähere Bestimmungen in dem S. 107. der Abl.-D. v. 18. Juni 1840 und in dem S. 81. des Abl.-Ges. v. 4. Juli 1840 wegen Abschreibung der abgelösten Leistungen in dem Supothesenbuche des berechtigten Gutes und deren Löschung bei dem verpstichteten Gute hingewiesen wird.

8) Zu dem übrigen Theile des Alinea 2. des §. 61. der B. v.

30. Juni 1834.

aa) Die Eintragung einer Protestation pro conservando loco ober gegen prajudizirliche Eintragungen hinsichtlich tes von den Verpstichteten zu zahlenden oder etwa bereits gezahlten Ablösungskapitals, wie solche vor Emanation der V. v. 30. Juni 1834 von dem berechtigten Gutsbesitzer oder dessen Healberechtigten in Antrag gebracht oder von der Auseinandersetzungs-Behörde zu deren Sicherstellung bei der Oppothekenbehörde veranlaßt worden ist, genügt nach den Worten des Ges

sepes aus dem Grunde nicht, weil die Zahlung, so lange die gesetliche Verwendung des Gezahlten nicht nachgewiesen worden, den Rechten der Gläubiger und sonstigen Realberechtigten unnachtheilig ist. Diesen steht vielmehr ein hypothekarisches Pfandrecht auf die abgetretenen oder abgelosten Pertinenzien des zur Kapitalsabsindung berechtigten Gutes zu, in deren Stelle die Kapitalsabsindung tritt, für deren gesetzliche Verwendung in der Regel die verpflichteten Gutsbesitzer mit den abgelosten Pertinenzien verhaftet sind.

Hieraus folgt:

bb) daß in allen Fallen, wo den Hypothekengläubigern und Realberechtigten des berechtigten Grundbesthers ein Pfandrecht auf das abgelöste
Pertinenzstück oder auf die Geldentschädigung gegen den Schuldner derselben gesetlich versagt ist, die Eintragung der Kapitalsabsindung auf das damit belastete Gut zur Sicherstellung der Gläubiger und Realberechtigten
des Besitzers des berechtigten Guts nicht verlangt werden kann, wohl aber
zur Sicherstellung des letzteren selbst, in so weit dieselbe wegen gehörig erfolgter Zahlung noch zulässig ist (§§. 11. 415. 416. A. L. R. I. 20.).

cc) Dem verpflichteten Gutsbesitzer ift eine Protestation gegen die prajudicirliche Eintragung einer bereits gezahlten Kapitalsabsindung offen gelassen. Die Eintragung einer solchen Protestation ist mithin nicht von Amtswegen von der Auseinandersetzungs-Behörde zu veranlassen, sondern von dem belasteten Gutsbesitzer in Antrag zu bringen, worauf er indes

aufmertfam gemacht werben fann.

dd) Weist ber zur gesehmäßigen Verwendung des Absindungskapitals berechtigte und verpflichtete Gutsbesitzer (Rapitalsempfänger) späterhin solche nach, so erfolgt die Löschung der gedachten Vorbehalte, — nämlich der eingetragenen, zur Verwendung bestimmten Kapitalien und der Protestation wegen bereits erfolgter Zahlung, — auf die von der Auseinandersetzungs=Behörde deshalb zu ertheilende Bescheinigung, mithin entweder auf den unmittelbaren Antrag des belasteten Gutbesitzers bei der Hopothekenbehörde, oder auf Requisition der Auseinandersetzungs=Behörde, wenn bei Aufnahme der Aussührungsverhandlung ein solcher Antrag veranlaßt und angesbracht ist.

d) Der S. 61. der B. v. 30. Juni 1834 spricht im letten Sate nur von der Erledigung der Verhaftung des zur Kapitalsabsindung verpflichteten Gutsbesters durch geführten Nachweis der Verwendung des Kapitals, auf Grund dessen die Löschung der erfolgten Eintragung geschehen soll.

Nach Art. 70. ter Defl. v. 29. Mai 1816, §§ 151. 155. der Gem. Th. O. §§. 39. 40: der Abl.-O. v. 7. Juni 1821, §. 94. des Regul.-Gef. v. 8. April 1823, §§. 102. 108. der Abl.-O. v. 13. Juli 1829, §§. 1. 2. des Gef. v. 29. Juni 1835, §§. 99. 108. der Abl.-O. v. 18 Juli 1840, §§. 73. 80. v. 4. Juli 1840 kann sich jedoch der zur Kapitalszahlung Verpflichtete von seiner Vertretungsverbindlichkeit auch durch gerichtliche

Niederlegung des Geldes frei machen.

Auch fann der mit Kapital Abzusindende verlangen, daß ihm die von dem Verpslichteten deponirten oder die fälligen, noch nicht eingezahlten Abstösungskapitalien auf Sohe des Bedarfs zur Verwendung überwiesen wersden. Die Auseinandersehungs-Behörde hat nach vorgängiger Erörterung der Sache mit den Interessenten über die zu tressenden Sicherheitsmaaßregeln die erforderlichen Verfügungen und die Anweisung zur Zahlung erstassen und demnächst die Aussicht über die wirkliche Verwendung zu führen. Die Verpslichteten werden durch die auf den Grund der Anweisungen gen geleisteten Zahlungen von aller weitern Vertretung rücksichtlich der Verwendung frei. Sie können, sobald sie ihren Verbindlichkeiten durch Verwendung des Ablösungskapitals zum gerichtlichen Depositorium oder

fonst nach dem Atteste der Auseinandersetzungs - Beborde Genüge geleistet haben, die Abschreidung ihrer damit abgelöseten Leistungen von dem Hauptsgute und die Löschung der abgelöseten Leistungen, so wie der auf dem verspslichteten Grundstücke eingetragenen Abidsungskapitalien, auf den Grund des bestätigten Rezesses fordern, ohne daß sie die Verwendung der Absin-dungskapitalien abzuwarten haben. (Vergl. S. 30. des Regulir.:Ges. v. 8. Aptil 1823, S. 109. der Abl.:D. v. 13. Juli 1829, S. 5. des Ges. v. 29. Juni 1835, S. 107. der Abl.:D. v. 18. Juni 1840 und S. 81. des Abl.:Ges. v. 4. Juli 1840.)

Bum \$. 62.

Bergl.:

a) die Dekl. v. 30. Juli 1842 zu den SS. 10. und 62. der W. v. 80 Juni 1834 1) (G. S. 1842. S. 245);

b) die Erläut. zu ben §§. 196 — 200. ber B. v. 20. Juni 1817 sub B. ad 1. (s. oben S. 390 ff.)

Zum §. 63.

1) Der S. 63. der B. v. 30. Juni 1834 ift aufgehoben durch den 'S. 6. der B. v. 22. Nov. 1844.

2) Bergl. die Erläut. zu den §§. 202—204. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 397 ff.).

3um S. 64.

Bergl. die Erläut. zu den SS. 206-208. der B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 401).

Zum §. 65.

Ueber die Maaßregeln zur Sicherstellung der Kosten vergl. das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 9. April 1853. 2) (Rin. Bl. d. 4. 28. 1853. 6. 81.)

Bum \$. 66.

1) Die R. des Just. Min. v. 14. Sept. 1827 und v. 2. April 1832 (v. K. Jahrd. Bd. 30. S. 135 und Bd. 39. S. 401) hatten bestimmt, daß bei sequestrirten Gütern die Kosten, welche während der Sequestration ausgesschrieben werden, ohne Rücksicht auf die Zeit der Entstehung aus der kurrenten Revenstenmasse gezahlt werden sollen.

Hieraus ift der S. 66. der W. v. 30. Juni 1834 hervorgegangen.

2) Die Vorschrift des S. 66. der B. v. 30. Juni 1834 kann für eine Deklaration des S. 269. A. G. D. I. 50. nicht erachtet werden, sondern enthält eine neue Festsetzung, welcher eine rückwirkende Kraft nicht beigelegt werden kann.

Erfannt von dem III. Sen. des Db. Trib. unterm 17. Marz 1838,

(Praj. Nr. 446. in ber Praj. Samml. des Db. Trib. G. 401.)

3) Das durch die B. v. 4. März 1834 eingeführte Raufgelderbeles gungs-Verfahren schließt, bei Unzulänglichkeit der Raufgeldermasse, die Answendbarkeit der älteren Vorschriften nicht aus, wonach die in Auseinanderssehungs und Ablösungs-Sachen eines später subhastirten Grundstücks entstandenen Rosten auf Befriedigung aus dem Raufgelde Anspruch machen

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 633.

²⁾ Bergi. in Bb. I. G. 663.

436 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

konnten; es tritt aber jest als entscheidende Zeitbestimmung an die Stelle der Eröffnung des Raufgelder-Liquidations-Brozesses die Verhängung der Sequestration über das demnächst subhastirte Grundstück, oder, salls keine Sequestration vorhergegangen, der Tag der verfügten Subhastation.

So erkannt von dem IV. Sen. des Db. Trib. unterm 18. Dec. 1851.

(Entscheid. Bb. 22. S. 91.)

Vierter Unter:Abschnitt.

Die Verordnung vom 22. Nov. 1844, betr. den Geschäftsgang und Instanzenzug bei den Auseinandersetzungs-Behörden.

Bum §. 1.

Bergl. Bus. I. jum S. 2. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 238.ff.).

Bum §. 2.

Bergl. Zus. I. zu ben §§. 24—26. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 269 ff.).

3am §. 3.

1) Vergl. die Erläut. in Th. I. Abth. II. sub IV. (s. in Bb. 11. Abth. I. S. 17—18).

2) Die in Gemäßheit des S. 3, der B. v. 22. Nov. 1844 neu errichteten Spruchkollegien sind laut Ministerial-Bekanntmach. v. 31. Juli
1845 1) (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 241. Nr. 245.) mit dem 1. Oft. 1845 in Wirksamkeit getreten.

Bum S. 4.

Bergl. die Erlaut. zum S. 156. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 345 ff.).

3um §. 5.

Vergl. die Erlaut. zum S. 154. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 339 ff.).

Bum 4. 6.

Beral.:

a) die Erläut. zu den §§. 202 — 204, der B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 397 ff.);

b) die Erläut. zu den SS. 178—184 a. a. D. (s. oben S. 374 ff.).

3n §§. 7—9.

1) Bergl. Th. I. Abth. III. (s. in Bd. II. Abth. I. S. 21—24).

2) Das Revisions = Rollegium für L. R. S. ift laut Minift.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 27.

Bekanntmach. v. 13. Juli 1845 1) (Min. Bl. d. i. B. 1845. G. 241. Mr. 244.) mit bem 1. Oft. 1845 in Wirksamfeit getreten.

Bum §. 10.

Vergl.:

a) die Erläut. zu den SS. 29-35. der W. v. 20. Juni 1817 (s. oben

6. 274.);

b) in Betreff ter ausschließlichen Kompetenz des Revisions-Kollegiums für L. K. S. zur Entscheidung von Prozessen über die Natur der Mühlenabgaben die Erläut. zum S. 3. des Mühlen-Ablös.-Ges. v. 11. März 1850 (s. in Bd. II. Abth. I. S. 812-814).

Za \$5. 11. und 12.

1) Bergl. die Erläut. zu den §§. 43. u. 44. der B. v. 20. Juni 1817 (f. oben S. 278 ff. u. S. 284 ff.).

2) Die §§. 11. u. 12. der V. v. 22. Nov. 1844 finden ihre nähere Erläut. in den aus den Vorverhandlungen dazu erhellenden Motiven, welche im Wesentlichen bemerken:

1) Bum S. 11.

Die Erweiterung des außeren Bernfekteises des Appellationsgerichts bedingt. von selbst die Ausdehnung seiner inneren Kompetenz auf die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen des Staats, hinsichtlich der landespolizeilichen Gegenstände (nach §. 43. der B. v. 20. Juni 1817), sowie des staatswirthschaftlichen, bezies. haugsweise Landeskultur-Interesses (nach §. 9. des Aussühr.:Ges. v. 7. Juni 1821), bei seinen Berathungen und Entscheidungen. Diese Interessen kommen vorzugss-weise dei denjenigen Gegenständen zur Sprache, welche disher in den Rekursweg an das Min. des J. gewiesen waren.

Es gehört zu den Eigenthümlichkeiten des Verwaltungsresorts der Landesskultur-Behörden, daß tiese einerseits, gleich den ordentlichen Justizdehörden, in als len Stadien der Auseinandersetzungs-Geschäfte, dem Wesen nach richterliche Funktionen, — streitige und freiwillige Gerichtsbarkeit, — ansüben, andererseits aber viel häusiger als die ordentlichen Justizdehörden auf Wahrnehmung und Beachtung der Grundsäte des öffentlichen Rechts, sowie gewisser, gleich wichtiger, der Autosnomie der Privatpartheien entzogener Maximen der Staatswirthschaft und Landesskultur verpsichtet sind. So weit dergleichen bei gewöhnlichen Prozessen vor dem ordentlichen Richter zur Sprache kommen, darf sich allerdings auch dieser, wie jede

andere Staatsbehörbe, einer gleichen Berpflichtung nicht entziehen.

Wahrend jedoch die Gen.-Rommisstonen mit der felbstständigen Wahnehmung jener öffentlichen Interessen beauftragt sind (§. 4. Rr. 2., §§. 15. u. 43. der B. v. 20. Juni 1817, ingleichen §. 9. des Anssühr.-Ges. v. 7. Juni 1821), ihnen ein eigenes Arbitrium darüber und bei Kollisson derseiben mit der Willführ und den Interessen der Privaten (nach §§. 164., 173. der B. v. 20. Juni 1817 und §. 38. der B. v. 30. Juni 1834) eine vermittelnde Entscheidung nach eigenem Urtheil zugestanden ist, seht dagegen der §. 102. des Anh. zur A. G. D. in Bezug auf die ordentlichen Justizbehörden sest: "daß wenn in Prozessen zwischen Privaipersonen Gegenstände und Rechtsfragen zur Sprache kommen, welche auf Privzipien der Landesverfassung, Staatswirthschaft, Polizeis und Gewerbsunde Einstuß haben und durch klare Gesetze nicht kestimmt sind, die Gerichte über dergleichen Gegenstände oder Rechtsfragen vor Absassung des Ersenntnisses ein Gutachten von der Regierung einholen und sich danach als nach einem konsultativen Botum achten müssen."

Uebereinstimmend mit der Kompeienz und den obigen Obliegenheiten der Spruchbehörde erster Instanz und des Refursrichters — des Min. des J. — muß dem allgemeinen Revisions-Kollegio für L. A. S. auch bei seinen Berathungen

und Entscheibungen bie Sorge bafür gur Bflicht gemacht werben:

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 31-32,

1) bag dffentliche Laften und Abgaben gehörig vertheilt und fichergeftellt,

2) die bauerlichen Sofe zum vollen und freien Eigenthum mit keinen beffen Matur und Rutharkeit, ingleichen beren Theilbarkeit beeinträchtigenden Einsschränfungen und Lasten übergeben, keine unzulässige Dienste und unstrirte Laubemien und Zehnten und keine die personliche Freiheit beschränkenden Lasten festgeset,

3) baß bie Planlagen in landwirthschaftlicher Beziehung möglichft zwedmäßig

und vollfommen ausgewiesen werben,

4) bag bas Gemeinbevermögen nicht in Gigenthum ber Privaten übergebe.

Es erscheint ferner vollsommen zulässig, daß bei vorkommenden gesetwidrigen Beradredungen der Partheien mittelst Resoluts ein anderweites Abkommen vermitztelt, event. in Gemäßheit des S. 9. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821, S. 164. der B. v. 20. Juni 1817 und S. 38. der B. v. 3(). Juni 1834 darüber durch Erkenntniß des Revisions Kollegii bestimmt werde. Ist ferner wegen der öffentzlichen Befanntmachung oder der Borladung entfernter Theilnehmer nach SS. 11. sog. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 und SS. 23. u. 24. der B. v. 3(). Juni 1834 etwas übersehen, wovon die Entscheidung über den vorliegenden Streitpunkt abhängig wäre, so versicht sich die Nachholung des Mangels mittels Resoluts Seiztens des Revisions-Kollegii von selbst.

Ebenso hat die Spruchbehörde zweiter Instanz, wie schon bisher von den Resvistons Rollegien beachtet ift, auch instunftige darüber zu wachen, daß das einer Stadt: und Dorfgemeinde, also einer dritten (moralischen) Person zugehörige Bersmögen, nicht zum Gegenstande der Theilung und Disposition unter ganz andere Interestenten gemacht werde und nicht in das Eigenthum von Privaten übersgebe, was lediglich schon die Legitimation der Partheien zum Theilnehmungsvers

fahren betrifft.

Rach der Natur der Sache waltet dagegen durchaus keine Beranlaffung ob, die Berpflichtungen des Revisions-Kollegii auf anderweite spezielle Bertretung von fiskalischen und von Korporations-Interessen, der Kirchen, Schulen, milden Stif-

tungen ic. mitauszubehnen.

Soweit S. 11. der B. v. 30. Juni 1834 der Domainens und geistlichen Abstheilung, resv. den ProvinzialsSchulfollegien, wegen aller zu ihrer Verwaltung geshörigen Güter und gutsherrlichen Berechtigungen die unmittelbare Vertretung zusrückgegeben hat, ist ohnehin auch die AuseinandersehungssBehörde von der Wahrs

nehmung ber fiefalischen Intereffen entbunben.

Die Wahrnehmung der Patronatrechte in Betreff der von dem Patronate der Regierungen ressortienten geistlichen Güter und Stiftungen, sowie das den Propinzialbehörden zuständige Oberaufsichtsrecht über das Bermögen von Korporatios nen und disentlichen Austalten (S. 11. der B. v. 3t). Juni 1834, S. 4. Rr. 2., S. 17., S. 44. der B. v. 20. Juni 1817) wird zunächst und hauptsächlich von den unmittelbaren Bertretern, den Pfarrern, Kirchens und Schulvorstehern, Privats patronen und den sonstigen verfassungsmäßigen unmittelbaren Berwaltern und

Borftehern der Korporationen und Anstalten ausgeübt.

In dem praftischen Geschäftsgange beschränft sich die Obliegenheit der Auseinanderfehungs-Beborde in der Regel auf Ertheilung von Autorisationen gur Berhandlung und zur Rezesvollziehung, allenfalls zur Anstellung einer Rlage, soweit diese nicht auf eigene Gefahr und Roflen der Nießbraucher oder unmittelbaren Borfteber geführt werben foll, auf Brufung und Apprabation von Bergleichen, bese gleichen der Beriheilung und Sicherftellung ber Abgaben in den Fallen, wo jene überhaupt eintritt, sodann barauf, ob eine Schuldotation ausgewiesen und die ausgewiesene nach §. 101. ber Gem. Th. D. d. 7. Juni 1821 genugend sei, ferner 2. B. ob eine Rapitaleabfindung ber Pfarre und Schule bei Forfitheilungen Dem zeitigen Rießbraucher als Aequivalent gewöhnlicher periodischer Golznugung ober zur Subftang bes Pfart, und Schulvermogens gehore. hierüber fommunigirt bann in ameifethaften gallen bie Auseinanberfegunge-Beborbe mit ber geiftlichen Abtheilung, besonders da, wo Erstere mit den Regierungen schon vereinigt ift. Die Rießbrancher und unmittelbaren Bertreter wenden fich in Beschwerbefällen wegen boberer Bahrnehmung bes Intereffes ber Inftitute auch wohl unmittelbar an bie orbentliche Auffichte: und Berwaltungebeborbe.

Wo es fich um Bertheilung von Gemeindevermögen handelt, tritt ohnehin die Konkurrenz der Abth. des 3. ein, welche zufolge A. R. D. v. 14. Juli 1833 für

bie Ernennung bes Bertreters ber Korporations-Intereffen zu forgen und fich über

eine etwaige Berletung berfelben princip. zu außern hat.

Die oben bezeichnete Aussichts:Afte übt die Auseinandersetungs-Behörde ohnes hin nicht eigentlich in ihrer Eigenschaft als Schnlkollegieum; es wäre denn, daß ein oder der andere Gegenstand eines öffentlichen, — landespolizeilichen oder Landeskultur — Interesses unmittelbar Vorwurf des Prozesses geworden, in welschem Falle die Spruchbehörde die landespolizeilichen und paaiswirthschaftlichen Vorschriften, — die Grundsäte des öffentlichen Rechts, gleich anderen gesetzlichen Bestimmungen, nur als Entscheidungsnormen auf die vorliegenden streitigen Verschältnisse anwendet.

Rommt es hingegen, z. B. in Folge der Einwendungen eines Pfarrers ober Schullehrers Königl. Patronats, zur Instruktion und Entscheidung über einen streitigen Auseinandersetungsplan, so liegt es im Gegentheil schon in der Natur der Sache, daß die Ansprüche der geistlichen Institute in Bezug auf Planlage und Julänglickkeit der Absindung, — nach denselben, durch die konkreten rechtlichen und wirthschaftlichen Berhältnisse nur näher bestimmten, objektiven und individuels len Gesichtspunkten, gerade ebenso, in demselben Sinne, geprüft und beurtheilt werden, wie die Ansprüche und Einwendungen jeder andern Privatparthei.

Die Wahrnehmung ber speziellen siefalischen, geistlichen und Korporationes Interessen fällt nicht in das richterliche Gebiet der Definitive Entscheidung, daher eine damit zusammenhängende Beschwerde über Verfügungen der Auseinanders sehnngs-Behörde auch nicht an das Nevisiones-Kollegium, sondern an das Min. des

3., als die höhere Disziplinare und Aufsichtse Inftanz, gehört.

Es hat hiernach also keine praktische Schwierigkeit, dem Revisions Rollegio die Wahrnehmung der landespolizeilichen und Landeskultur-Interessen zu übertrasgen, ohne dasselbe andererseits zur Wahrnehmung und Oberaufsicht der speziellen stekalischen und der streitigen Privatinteressen geistlicher und anderer Korporationen zu verpflichten.

Dies ift im S. 11. ausgesprochen, um die richterliche Unpartheilichkeit des Spruckfollegii zweiter Instanz aufrecht zu erhalten; dasselbe soll den ordentlichen Berwaltungsbehörden erforderlichenfalls nur Nachricht geben, wenn dergleichen Insteressen nicht vertreten sind, was nach Besinden mittelst eines die Berhandlungen ergänzenden Resoluts geschehen würde.

2) Zum §. 12.

Es können aber Falle vorkommen, wo das Revisions-Rollegium bei obwaltenben erheblichen Bebenken über Berabredungen ber Intereffenten und Festsegungen des Spruchkollegii erster Inftang in Betreff flaaterechtlicher und landespolizeilicher Gegenstände, - auf die ordentliche Berwaltungebehörde gurudgehen und das Gens timent der Regierungen oder des betreffenden Ministeril einzuholen Beranlaffung Dahin gehören vorzugsweise solche Falle, bei welchen es fich um die Bes obachtung der Landes-hoheiterechte, nach Inhalt ber R. D. v. 4. Dec. 1831 nebft Bericht des Staatsministerii v. 16. Nov. ej. an., handelt, bei denen ohnehin verfaffungemäßig neben ber Auseinandersegunges eine andere Provinzial-Berwaltunges beborde fonfurrirt, ale: Bertheilung und Sicherstellung der Grundsteuern und ans berer Laften und Abgaben von öffentlichem Charafter, Dispositionen und Fests fepungen über Beranberungen in ber Richtung und in ber Unterhaltungeverbinds lichkeit von heers und Landstragen, desgleichen öffentlicher Strome und Bluffe, wenn über beren Benutung qu Bemafferunge-Anlagen, über Gindeichung berfelben, Uferbauten und bergl., im Intereffe ber Rusbarfeit und 3wedmaßigfeit ber Separationsplane, unter ben Theilnehmern ber Auseinanbersetung paciszirt fein follte; endlich wenn bei unzweifelhaft festgestellter Gigenschaft bee Theilungsobjette, als Gemeinbevermögens, ober bei abgeschloffenen Bergleichen über beffen Theils barteit bie Art und Beife ber Entschädigung ober Sicherstellung ber Korporation ans bem Gefichtspunkte bes Gemeinde Daushalts zweifelhaft erscheint; mogegen Streitigfeiten zwischen ben Bertretern ber Rorporation und ben burgerlichen Grunds befigern und anderen Privaten über die Ratur des Theilungsobjefts, ob daffelbe Gemeinde - ober Privatvermögen fei? unbedingt jur felbstfandigen Enischeidung bes Revisions-Rollegii gehören.

Für die oben gedachten Fälle bietet sich als analoge Rechtsnorm der §. 102. des Anh. zur A. G. D. an. So wenig es die Unpartheilichkeit und Unabhängigs keit der ordentlichen Gerichte beeinträchtigt, daß sie sich nach dem Gutachten der

440 Bon b. Ablof. ber Reallasten, ben Regulirungen u. Gem. Theilungen.

Berwaltungs-Inftanz zu richten haben, so wenig gilt dies bezüglich des RevisionsKollegii. Dies hat vielmehr in den bestimmten Borschriften der §§. 164. u. 165. der B. v. 20. Juni 1817 und des §. 38. der B. v. 30. Juni 1834 ein gesehliches Aussunftsmittel, um die Berträge der Partheien mit den Anforderungen des diffentlichen und landespolizeilichen Interesses, nämlich dadurch zu vermitteln, daß demjenigen, welcher z. B. veradredetermaaßen weniger Steuern als gesehlich zulässig übernommen hätte, für die von Amtswegen, nach dem Sentiment der hös heren und höchsten Verwaltungs-Justanz, versügte Mehrübernahme eine Rücksentschädigung in Kapital oder Rente Seitens der andern Parthei gewährt und zuerkannt wird.

Bum §. 13.

Bergl. S. 34. der V. v. 30. Juni 1834 und Juf. 3. zu den SS. 29. bis 85. der W. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 274).

Bu §§. 14. und 15.

Bergl:

a) die historische Vorbemerkung zu Abschn. II. Nr. VIII. der V. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 362 ff.);

b) die Erläut. zu den SS. 178 — 184. ber B. v. 20. Juni 1817 (s. oben S. 374 ff.).

3nm §. 16.

Bergl. die Erlaut. jum S. 189. der B. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 379 ff.).

Zum §. 18.

Bergl. die Erläut. zum S. 185. ber W. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 378).

3um §. 19.

Vergl. die Erläut. zu den SS. 187. und 188. der W. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 379).

3um §. 21.

Bergl. die Erläut. zum S. 190. der B. v. 20. Juni 1817. (f. oben S. 380-ff.).

Jum §. 22.

1) Vergl.:

- a) Bus. III. zum S. 190. der B. v. 20. Juni 1817. (s. oben S. 385);
- b) die Erlaut. zum S. 53. der B. v. 30. Juni 1834. (f. oben S. 431-432).
- 2) Das C. R. des Min. des J. v. 28. März 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 79, Nr. 98.) hat die Gen.-Rom. und landwirthschaftl. Reg. Abstheil. zur Beobachtung des J. 22. der V. v. 22. Nov. 1844 besonders angewiesen.
- 3) Das C. R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth. v. 19. Jan. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 31, Nr. 46.) weist die Auseinandersseyungs = Behörden zur Beobachtung der Vorschrift sub Nr. 34. der Instrukt. v. 7. April 1839 zur Aussührung der B. v. 14. Dec. 1833 an, zufolge welcher bei Einreichung der Akten an das Ob. Trib. steis

der Streitgegenstand, das Folium der Alten, wo sich das angefochtene Erstenninis und die Vollmachten der Mandatarien jeder Parthei besinden, anzugeben und zu erwähnen ist, was etwa wegen Vollstreckung des Erkenninisses bereits gesschehen sei.

Fünfter Unter:Abschnitt.

Von den Wirkungen der Auseinandersetzung hinsichtlich dritter Personen und der Sicherstellung ihrer Nechte bei gutsherrlichbäuerlichen Regulirungen, Gemeinheitstheilungen und Abldsungen. 1)

Allgemeine Uebersicht ber betreffenden Gesetzgebung.

Die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen und anderer Rechtsverhältnisse der Grundbestger, die Ablösung von Reallasten und die Gemeinheitstheilungen gestalten nicht bloß die Verhältnisse der dabei un mittelbar
betheiligten Berechtigten und Verpslichteten (der Grundbestger) um, sondern
diese Auseinandersetzungen sind auch von Einstuß auf die Rechte dersenigen
Personen, welche an dem Eigenthume oder der Benutzung der berechtigten
oder der belasteten Grundstücke Theil nehmen, und welchen Realrechte daran
zustehen.

Bu diesen entfernteren ober mittelbaren Theilnehmern (Interes-

senten) gehören 2):

1) die Lehns- und Videikommiß-Folger und Anwarter,

2) die Biederfaufsberechtigten,

3) die Realgläubiger,

4) die Riegbraucher, 5) die Zeitpachter.

Die agrarische Gesetzebung hatte nicht bloß die Aufgabe, die gesetzemäßige Regulirung und Aussührung ber in ihr Gebiet sallenden Auseinandersetzungs - Geschäfte unter den dabei unmittelbar betheiligten, und allemal zuziehenden, Interessenten zu sichern, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß das Interesse der gedachten entfernteren Theilnehmer nicht verletzt werde.

. Das Ed. v. 14. Sept. 1811 wegen Regulirung ber gutsherrlich-

2) Nachdem durch den S. 2. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 das Oberseigenthum des Lehnsherrn und des Erbzinsherrn, sowie das Eigensthumsrecht des Erbverpächters aufgehoben worden, scheiben diese als entsferntere Interessenten gänzlich aus und es find alle auf deren Zuziehung bei Auseinandersehungen bezügliche Bestimmungen der Gesetze für obsolet zu

erachten.

¹⁾ Die auf diese Materie bezüglichen zur Zeit in Gultigkeit stehenden Borschrifsten sind, wie die diesem Abschn. vorangestellte-allgemeine Uebersicht der darauf bezügs lichen Gesetzehung ergiebt, theils in den Gesetzen über die Gegenstände der Ausseinandersetzungen, theils in den Gesetzen über die Auseinandersetzungs Behörden und deren Berfahren, theils endlich in besonderen ergänzenden und erläuternden Gesetzen, unter gegenseitiger hinweisung, enthalten, und es haben daher Behuss der übersichtlichen Darstellung dieses Theils der agrarischen Gesetzebung die bestress, zerstreut in verschiedenen Gesetzen sich vorsindenden Bestimmungen hier im Zusammenhange, und in systematischer Anordnung des Stoffes exdrert werden mussen.

bauerlichen Berhältniffe (G. S. 1811. S. 281) enthält noch keine Bestimmungen darüber, inwiesern und in welcher Art bei den desfallsigen Berhandlungen und Geschäften die Wahrnehmung und Sicherstellung der Rechte und Interessen der dabei betheiligten dritten Personen stattsinden soll; sondern es ist darin (S. 56.) nur ausgesprochen, daß es zur Ausübung der in den SS. 24., 55. und 56. den Besthern verschuldeter Güter allgemein beigelegten Besugnisse, nämlich:

a) auf ben bei ber Auseinandersetzung afquirirten Grunbftucken Borwerke unb

neue-bauerliche Etabliffemente anzulegen;

b) zur Beschaffung des desfallsigen Geldbedarfs einen Theil der Absindungs-Ländereien zu veräußern, oder zu Kapitalanleihen die neuen Etablissements dergestalt zu verpfänden, daß den desfallsigen Gläubigern die erste Sphothet versichert werde; und endlich

c) die Rauf = oder angeliehenen Gelber zur Verstärfung des Bieh = Invenstartums, zu Bauten oder anderen Wirthschaftsbedürfnissen zc. zu vers

wenden,

bei Lehnen, Fideikommiß- und Majoratsgutern des Konfenses der Agnaten

und überhaupt auch ber Sppothekenglaubiger nicht bedurfe.

Die unterm 29. Mai 1816 ergangene Dekl. des Regulirungs - Edikts (G. S. 1816. S. 154) bestätigte zwar (im Art. 52.), daß hinsichtlich der oben erwähnten, zugleich auf die Abfindung in Kapital und durch Seld = oder Naturalrente ausgedehnten Dispositionen der Gutsherrn es weder der Zuziehung und des Konsenses der Hypothekengläubiger, noch bei Lehnen und Fideikommißgütern der Zuziehung und Zustimmung der Anwarter bedürfe; sie verordnete dabei indeß (Art. 53 — 59.) verschiedene Maaßregeln zu dem Zwecke, um diese Kathegorie von Betheiligten bei den vorgedachten Dispositionen der Gutsherrn gegen eine Verletzung ihrer Insteressen zu schützen.

Bu diesen Anordnungen gehört insbesondere, daß hinschtlich der, wegen Ersates der abgelöften Dienste oder zu fonstigen Einrichtungskoften Seitens des Gutsherrn prioritätisch verpfändeten oder theilweise verkausten Absindungsobjekte, resp. der Gläubiger des dargeliehenen Kapitals nicht eher die Priorität vor den eingetragenen Gläubigern des Guts erlangen und der Ankauser nicht eher die Zahlung der Kausgelder mit voller Sicherheit leisten könne, dis Seitens des Gutsherrn durch Zeugniß der Gen. - Kom. der Nachweis geführt sei, daß das, zu den von ihr festgesetzten Einrichtungs-kosten aufgeliehene oder durch Verkauf von Absindungsgrundstücken erzielte Kapital auch wirklich und bestimmungsmäßig zum Besten des Gutes ver-

wendet sei.

Die Defl. v. 29. Mai 1816 bestimmte ferner (im Art. 70.):

daß Rapitalabsindungen einer Gutsherrschaft, deren Gut, Lehn oder Fibeis kommiß, mit Schulden belastet ist, insoweit als es deren zu den Einrichtungskoften nicht bedarf, wieder zu Lehn= oder Fibeikommiß angelegt oder zur Befriedigung der ersten Spoothekengläubiger verwendet werden musse;

besgleichen (im Art. 111):

daß zur Regulirung der gutsherrlichsbäuerlichen Berhaltniffe bei verschuldeten Gutern fo wenig die Zuziehung der Spothekengläubiger, als die der Agnaten und Fibeikommißfolger bei Lehns und Fibeikommißgutern erforderlich sei.

Die demnächst ergangene B. v. 20. Juni 1817 wegen Organisation der Gen.-Rommissionen 2c. (G. S. 1817. S. 161), welche ursprünglich nur für gutöherrlich-bäuerliche Regulirungen und damit verbundene Gemeinheits=theilungen Anwendung fand, demnächst aber auf alle Arten von Ausein=andersezungen ausgedehnt worden ist (S. 1. der B. v. 30. Juni 1834), legt (im S. 4. Nr. 1.) den Auseinandersezungs = Behörden allgemein die Berpsichtung auf, bei den durch sie zu bewirkenden, oder sonst von ihnem

beren Zuziehung bei den Regulirungen es nach der früheren gesetlichen Bestimmung nicht bedarf, als: der eingetragenen Gläubiger, der Lehn= und Videikommiß=Folger und Anwarter, von Amtswegen wahrzunehmen, und indem sie im S. 16. diese Verpslichtung auf die von den Auseinanderssetzungs=Behörden für einzelne Auseinandersetzungen zu delegirenden Spezial-Rommissionen ausrehnt, deutet sie für das Versahren der letzteren im S. 45. es als zulässig an, bei solcher Vertretung allgemein von dem Grundssatz auszugehen, daß der Sutsbesitzer, indem er seine eigenen Rechte bei der Sache wahrnimmt, zugleich für das Interesse der entsernten Betheiligten sorge.

Sie beschränkt bemnach im Algemeinen die unmittelbare Einwirkung der Spezial-Rommissionen in dieser Beziehung auf diesenigen Fälle, wo entweder die gegenseitigen Rechte in Rolliston treten, oder gegründeter Berbacht einer beabsichtigten Berletung der nicht zugezogenen entsernten Insteressenten sich herausstellt, z. B. beim Berdachte einer Simulation bei den Absindungsverträgen, wo dann in solchen Fällen die wahre Bewantinist der Sache durch die Auseinandersetungs-Behörde und deren Kommissarien möglichst ermittelt und im Interesse der entsernten Theilnehmer dabei ver-

fabren werden foll.

Die gedachte Berordn. verpflichtet auch die Spezial - Kommissionen be-

a) bie von dem Gutsherrn beizubringenden Anschläge der Einrichtungskoften genau und sorgfältig, nöthigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen, zu revidiren, sie nach dem wahren Bedürfnisse festzuseten, von der geshörigen Ausführung der zugestandenen Einrichtungen Kenntniß zu nehmen und sie durch Zeugniß zu bewahrheiten (§. 47.);

b) bei Absindung des Gutsherrn durch Rapital Seitens der Diensteinfassen solche Bestimmungen zu vermitteln, wodurch die Rechte aller Interessenten

gefichert werben (§. 48.);

c) bei julassigen Translofationen von Diensteinsaffen die Sicherstellung ber Oppothetenglaubiger und ber sonstigen Intereffenten zu bewirken (§. 49.).

Die Auseinandersetzungs-Behörden aber sowohl, als die Regierungen und Provinzial - Schul - Rollegien, wo diese letteren die Auseinandersetzung ohne Konkurrenz der ordentlichen Auseinandersetzungs-Behörden zu Stande bringen, sind (nach S. 162. der B. v. 20. Juni 1817 und S. 39. der B. v. 30. Juni 1834) verpflichtet, bei Prüfung der zu bestätigenden Rezesse das Interesse der nicht zugezogenen Realzläubiger, Lehns- und Fideikommiss-Folger gehörig wahrzunehmen und Remedur etwaniger Verletzungen hersbeizusühren.

Durch die temnächst ergangene V. v. 9. Mai 1818 (G. S. 1818. S. 43) ist rücksichtlich des S. 56. des Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811, welcher die Gutsherren zu den oben erwähnten Dispositionen über die ihnen zugefallenen Absindungsobjekte ermächtiget, sowie hinsichtlich der bezäuglichen Art. 56—59. der Dekl. v. 29. Mai 1816, welche die unbedingte und volle Gültigkeit solcher Veräußerungen und Verpfändungen von dem nachfolgenden Beweise wirklicher Verwendung des Geldes abhängig machen,

babin nabere Bestimmung getroffen,

daß bei Lehn und Fibeikommißgütern zur Entfernung der Schwierigkeiten, welche aus dieser letteren gesetzlichen Anordnung für die Besiter hervorgeben, und darin bestehen, daß Gläubiger und Käuser in ein solches Geschäft von ungewisser Gültigkeit einzugehen Bedenken tragen, künftig auf die, Seitens der Auseins andersehungs Behörden erfolgte und bescheinigte Festsehung des Geldbedarss zu den Einrichtungskosten, die Sphothekenbehörde verpflichtet sein soll, jede innerhalb der kestgesetzen Summe vorgenommene Verpfändung oder Veräußerung dieser Art unbedingt in das Sphothekenduch einzutragen, dergestalt, das die Sichers

heit des eingetragenen Gläubigers ober Käufers von dem Nachweise der wirklichen Verwendung des Geldes in das Gut völlig unabhängig gemacht werde. — Die Auseinandersetungs:Behörden sollten dagegen berechtiget und verpflichtet sein, die betreff. Gutsbesitzer zu der bestimmungs: und anschlagsmäßigen Verwendung des Geldes anzuhalten, lettere zu untersuchen und auf Richtigkeitsbesund darüber zu attestiren, und den Agnaten und Anwartern, welchem ein Suscessionsrecht in das Lehn oder Fibeikommiß zusteht, soll es gebühren, sich die gehörig erfolgte Beobachstung dieser Bestimmung nachweisen zu lassen, um dadurch Gelegenheit zur Wahrsnehmung ihres desfallsigen Interesse zu' sinden.

Durch diese Disposition sind in Ansehung ber Lehn = und Fibeikommigguter die Bestimmungen ber Art. 56 — 59. der Dekl. v.

29. Mai 1816 außer Rraft gesett.

Weitere gesetzliche Anordnungen bezüglich der Sicherstellung der Rechte Dritter bei Auseinandersetzungs-Geschäften sind sodann in der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und in der Ablös. D. de eod., sowie in dem gleichzeitig erlassenen Aussührungs-Gesetz zur Gem. Th. und Ablös. D. ergangen.

Die Hauptbestimmungen, nebst ben sonst speziell auf den Gegenstand bezüglichen, aber minder wesentlichen, sinden sich in den §§. 10—12. und 147 — 155. der Gem. Th. D., §§. 89. u. 40. der Abl. D. und §§. 11.,

12. u. 14. bes Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821.

Der mesentliche Inhalt dieser Bestimmungen ift folgender:

a) Die Auseinandersexungs Behörden, welchen der Betrieb der Gem. Theis lungen und Ablösungen mit übertragen worden, sind von der, hinsichtlich der Regulirungen durch die B. v. 20. Juni 1817 ihnen auserlegten Berspsichtung, das Interesse der eingetragenen Gläubiger, der Lehns und Fideis kommißsolger und anderer entfernten Theilnehmer von Amtewegen wahrzus nehmen, sowohl für die Regulirungs, als Gemeinheitstheilungs, und Abslösungs Angelegenheiten entbunden worden.

b) Die Hyvothekengläubiger können ben Ablösungen nicht widersprechen, es bedarf beren Zuziehung dabei nicht und rücksichtlich der Rapital-Absindungen sollen die Dispositionen des A. L. R. Th. I. Tit. 20. §S. 460 — 465. für

die Zukunft maaßgebend sein.

c) Bei Auseinandersettings-Antragen bedarf es ebenfalls der Zuziehung der Oberseigenthümer, Lehnsherrn, Lehns und Fideisommißsolger und der Wieders faufsberechtigten von Amtswegen nicht, und es steht den Theilnehmern dieser Art nur zu, auf die öffentliche Bekanntmachung der bevorstehenden Theilung sich zu melden und bei den desfallsigen Verhandlungen ihre Ges

rechtsame mahrzunehmen.

d) wenn sich bei einer gutsherrlich-bauerlichen Regulirung oder bei einer Gesmeinheitstheilung ober Ablösung ergiebt, daß das berechtigte oder belastete Gut Lehn oder Fideikommiß ist, oder wiederkäuslich besessen wird, und daß der Lehnsbesitzer lehnsfähige Abkömmlinge hat, so muß die bevorstehende Regulirung, Theilung oder Ablösung öffentlich bekannt gemacht werden und es ist allen, welche ein Interesse dabei zu haben vermeinen, zu überlassen, sich in der geseslichen Frist darüber zu erklären, ob sie bei der Borlegung des Plans zugezogen werden wollen.

e) Bon ben fich melbenben entfernten Theilnehmern find nur biejenigen zu bem Termine ber Borlegung bes Planes vorzulaben, welche bis babin ein

Recht auf Buziehung gehabt haben, und zwar:

- a) bei Lehnen der Lehnsherr und der nächste, oder bei dem Borhandens sein mehrerer gleich nahen Lehnsfolger, die nächsten, und falls diese außerhalb Landes wohnend, anch darin nicht angesessen sind und sich nicht gemeldet haben, der nächste nach diesen, welcher sich innerhalb Landes besindet;
- β) bei Fibeikommißgutern ber nachste Anwarter,
 γ) bei Erbzinegutern ber Obereigenthumer, und

6) bei wiederkauflichen Gutern — ber Wiederkaufsberechtigte.

Speziell zu Gunsten der Besther von Lehn = und Fideikommißgütern sind hiernächst die Kab. Ordres v. 30. Juni 1827 (G. S. 1827, S. 78),

v. 13. Mai 1829 (G. S. 1829. S. 44) und v. 2. Juli 1831 (G. S. 1831. S. 155) ergangen, welche die Zulässigkeit einer Verpfändung der Substanz des Hauptgutes zu den darin angegebenen Zwecken zum Gegenstande haben.

Die beiden ersteren Kab. Ordres gestatten in den Landestheilen, für welche das Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811 ergangen, den Besitzern schulsdenfreier oder nur bepfandbriefter Lehns und Fideikommißgüter, Behufs Beschaffung der Einrichtungskosten, unter den Rechten, Verpstichtungen und Bedingungen, wie die Art. 51—55. der Dekl. v. 29. Mai 1816 und die V. v. 9. Mai 1818 solche enthalten, bis zum Betrage des halben Werthes der den Besitzern solcher Güter bei der Auseinandersetung zugefallenen Absindung ein Kapital auf die Substanz des Haubtgutes aufzunehmen, und die K. O. v. 2. Juli 1831 gestattet Letteres ferner für sammtliche Propinzen der Monarchie den Lehns und Fideikommißgutsbesitzern, jedoch ohne Beeinträchtigung der Rechte früher eingetragener Gläubiger, zum Iweck und auf den von den Auseinandersetungs Behörden festgesetzten und attestirten Betrag derzenigen Kosten, welche

a) wegen Bermeffung und Bonitirung, sowie wegen ber kommiffarischen Bers handlungen in allen Auseinandersetzungs-Angelegenheiten, und

b) wegen des bei Gemeinheitstheilungen und Ablösungen zum Besten der Guter zu verwendenden Absindungs = Rapitals den Gutebesitzer übers kommen.

Für alle diese Fälle, wo die Verpfändung der Substanz der Lehnsund Fideikommißgüter nachgelassen ist, soll es der Zustimmung der Lehnsuherrn und der Lehn und Fideikommißfolger nicht bedürfen, dagegen in ihrem Interesse die Beobachtung derzenigen Sicherheitsmaaßregeln statt haben, welche nach den oben erwähnten Vorschriften bei Lehn- und Videiskommißgütern für Fälle der Verwendung der Absindungen zu den Einsrichtungskosten angeordnet sind.

Außer diesen gesetzlichen Anordnungen im besonderen Interesse der Lehn= und Fideikommißbesitzer, sind seit dem Erlasse der drei Gesetze v. 7. Juni 1821 bei der generellen Gesetzgebung, — soweit solche sich auf die Landestheile bezieht, wo das Ed. v. 14. Sept. 1811 Anwendung fand, — in Betress der Materie von der Sicherstellung der Rechte dritter Personen einige Modisikationen durch die Anhangs-Berordn. v. 30. Juni 1834 zu der V. v. 20. Juni 1817 und dem Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 getrossen worden.

Dahin gehört insbesondere:

a) daß die durch die B. v. 20. Juni 1817 den Auseinandersehungs-Behörden bei Regulirungs-Angelegenheiten auferlegte Vertretung der entfernten Theils nehmer in der Art beschränkt worden ist, wie dieses Vertretungsverhältniß sich schon durch die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 seitdem für Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten gestaltet hat (§. 10. der V. v. 30. Juni 1834);

b) daß wenn der Lehnsherr, der Obereigenihumer von Erbzinsgütern, der Wiederkaufsberechtigte, der Lehnsfolger — falls der Lehnsbesiter keine lehnsfähige Descendenz hat — und der nächste Anwarter bei Fideikommißs gütern, insoweit die beiden letteren Kathegorien zur Sache zugezogen wers den müssen, bekannt sind, es der sonst erforderlichen öffentlichen Bekannts machung der Auseinandersetzung nicht bedarf, vielmehr eine besondere Besnachrichtigung durch die Behörde an jene Interessenten ausreichend ist; in Ansehung der hiernach zuzulassenden Lehnss und Fideikommissolger es aber weder des Einen noch des Andern bedarf, wenn sie im Spoothekenduche nicht eingetragen stehen (S. 24. a. a. D.);

c) daß bei Bekanntmachungen an die eingetragenen Gläubiger und Reals berechtigten wegen der Kapitalabsindungen in der Regel gleich nach der

Bestätigung bes Auseinanbersepungs=Rezesses erfolgen muffen. (§§. 58—61. a. a. D.).

Für das Großherzogthum Posen und die mit Westpreußen wiedervereinigten Distrifte, den Kulm= und Michelauischen Kreis und das Landgebiet der Stadt Thorn, sowie für das Landgebiet der Stadt Danzig sind zwar die besonderen Regulirungs-Gesetz v. 8. April 1823 (G. S. 1823. S. 49 u. 73) ergangen; es gründen sich diese indeß auf das Ed. v. 14. Sept. 1811 und auf die daraus hervorgegangenen späteren Verordnungen, und sie weichen von den für die dstlichen Provinzen allgemein bestehenden bezüglichen Vorschriften wegen Sicherstellung der Rechte Dritter nur in soweit ab, daß

in Ansehung der Zuziehung der Fideikommiß = und anderer Realberechstigten bei der Auseinandersetzung Behufs der Vertheilung des Eigensthums, ingleichen wegen der Folgen derselben für diese Interessenten, in jene besonderen Gesetze einige Bestimmungen der Gem. Th. D. und des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 übernommen, und dadurch auch für jene

Landestheile anwendbar geworden sind. (S. 94.).

Um die in den bis dahin erlaffenen verschiedenen Gefegen enthaltenen materiellen Borschriften über die Wirkungen der Auseinandersetzungen bin-Achtlich dritter Personen und der Sicherstellung ihrer Rechte bei allen zum Reffort der Auseinandersetzungs-Behörden gehörigen Angelegenheiten ebenso auszugleichen und zu erganzen, wie dies hinsichtlich der reglementarischen Borschriften durch die Anhange-Verordn. v. 30. Juni 1834 geschehen mar, ift das G. v. 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung der Rechte dritter Perfonen bei Regulirungen, Gemeinheitstheilungen, Ablosungen u. f. w. (G. S. 1835. S. 135) ergangen, welches zum gro-Beren Theile nur Erklarungen ober weitere Entwickelungen ber bereits bestehenden Vorschriften zum Gegenstande hat, zum Theil aber in bloßen Wiederholungen besteht, welche des Zusammenhanges wegen erforderlich waren. Dehrere Bestimmungen Diefes Gefetes enthalten bloge Uebertragungen aus einer in die andere der über die nämlichen Angelegenheiten für verschiedene Landestheile und zu verschiedenen Beiten erlaffenen Berordnungen, ihre gegenseitige Erganzung und die Aufhebung folcher Abweichungen, welche nicht lokaler Verschiedenheit ber Verhaltniffe, sondern allein bem Umftande beigumeffen find, daß bei ben fpateren Gefeten Die bezüglich der früheren gemachten Erfahrungen benutt worden find.

Diese Ausgleichung und Erganzung der in Rede stehenden Vor-schriften ist im Eingange des Ges. v. 29. Juni 1835 angedeutet worden.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß das Ablos. Ges. v. 2. März 1850 in den S. 110. und 111. erleichternde Bestimmungen bezüglich der Bekanntmachungen wegen Rapitals-Absindungen und der Kontrolle der Verwendung dabei getroffen, und im S. 112. bestimmt hat, daß im Uebrigen die bisherigen gesetzlichen Vorschriften über die Sicherstellung der Rechte dritter Personen (auch diesenigen der im S. 1. a. a. D. für aufgehoben erklärten Gesetz) in Kraft bleiben, in soweit sie nicht durch das Ablos. Ges. resp. Rentenbank-Ges. v. 2. März 1850 abgeändert sind.

Das Erganz. Gef. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D. dehnt übrigens (im Art. 15.) die in dem Ablos. Gef. v. 2. März 1850 ertheilten Vor-schriften wegen Wahrnehmung der Rechte dritter Personen und des Rechtes, Ablosungs = Rapitalien zu verwenden, auch auf das Verfahren bei

Gemeinheitstheilungen aus.

Erstes Kapitel.

Von dem Rechte dritter Personen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und den darauf bezüglichen Verpflichtungen der Auseinandersetzungs-Behörden im Allgemeinen.

[B. v. 20. Juni 1817. §. 4. Rr. 1., §§. 16., 45., 46. u. 90., Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821. §§. 10—12. und 157, Ausführ. Ges. v. 7. Juni 1821. §§. 8, 11—15., B. v. 30. Juni 1834. §§. 10., 23—27.]

Der S. 90. der W. v. 20. Juni 1817 spricht den allgemeinen Grundsatz aus,

daß als Interessenten der Auseinandersetzung nicht bloß diesenigen, welche die lettere zunächst angeht (unmittelbare Interessenten), sondern auch alle diesenigen, in deren Rechten durch die Auseinandersetzung eine Aenderung bewirkt wird (mittelbare oder entferntere Interessenten) anzuse- hen sind.

Bugleich bestimmt der §. 90. a. a. D., daß diese entfernteren Interessenten bei solchen Gegenständen, die ihr Interesse betressen, zugezogen werden sollen; jedoch sollte es, nach §. 90. in Berbindung mit §. 4. Nr. 1. §. 16. und §. 45. a. a. D., der Buziehung der Lehnsund Fideikommißsolger und Anwarter, so wie der eingetragenen Gläubiger nicht bedürfen 1), sondern den Auseinandersexungs-Behörden und deren Kommissarien obliegen, die Rechte dieser Interessenten von Amtswegen wahrzunehmen, wobei von dem Grundsate auszugehen, daß der Gutsbesitzer, indem er seine Rechte wahrnimmt zugleich für die ihrigen sorgt, weshalb die Einwirkung der Auseinanderssexungs-Behörden in dieser Beziehung nur alsdann einzutreten habe, wenn entweder die gegenseitigen Rechte in Kolliston kommen, oder gegründeter Berdacht einer absichtlichen Berkürzung der Rechte der entsernteren Intersessenten vorhanden ist.

Der S. 46. a. a. D. fügt in dieser letteren Beziehung hinzu, baß die Kommission, wenn sie aus der Unverhältnismäßigkeit der Absindung oder sonst gegründeten Verdacht schöpft, daß eine Simulation obwalte, und heimlich geschlossen Rebenverträgs eristiren, verpstichtet sein sollte, die wahre Bewandnis der Sache möglichst zu erforschen, die Interessenten über ein anderweitiges, den wirklichen Verhältnissen angemessenes Abkommen zu vereinigen, in dessen Ermansgelung aber an die vorgesetzte Auseinandersetzungs-Behörde zu berichten.

In Uebereinstimmung mit diesen Vorschriften der B. v. 20. Juni 1817 bestimmte demnächst auch der S. 10. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, daß es der Zuziehung der Obereigenthümer, der Lehnsherren, der Lehns und Fideikommißfolger und der Wiederkaufsberechtigten von Amtswegen nicht bedürfe, sondern diesen Interessenten nur zustehe, sich auf die öffentliche Bekanntmachung der bevorstehenden Theilung zu melden und ihre Gerechtsame wahrzunehmen.

Der S. 8. des Ausführ-Ges. v. 7. Juni 1821 zur Gem.-Th. und Ablos.-D. bestimmte gleichzeitig, daß die Auseinandersetzungs-Behörden von der im S. 4. Nr. 1. der B. v. 20. Juni 1817 ihnen auferlegten Psiicht, das Interesse der eingetragenen Gläubiger, der Lehns- und Fideikommissol-

¹⁾ Dies bestimmte auch ber Art. 111. ber Dekl. v. 29. Mai 1816. (G. S. 1816. S. 178.)

ger und anderer entsernten Theilnehmer von Amtswegen wahrzunehmen, entbunden sein sollten, und daß ihnen in dieser Rücksicht nur daszenige obliegen sollte, was über diesen Gegenstand in der Gem. = Th. und Abslös. D. v. 7. Juni 1821 festgesetzt worden.

Diese Bestimmungen Betresse der Zuziehung der entfernteren Interessenten und über deren Bertretung durch die Auseinandersetzungs-Behörden, sind indeß in den späteren Gesetzen, wie unten des Näheren entwickelt wird,

mannigfaltig modificirt worden.

A. Der S. 10. der B. v. 30. Juni 1834, welcher im Allgemeinen auf die Vorschriften der V. v. 20. Juni 1817 über die Zuziehung der entfernteren Interessenten und über die Pflichten der Auseinandersetzungsschöften wegen deren Vertretung Bezug nimmt, bestimmt nämlich demnächst weiter,

daß wegen aller Geschäfte, weshalb die Zuziehung entsernter Theilnehmer nicht ausbrücklich verordnet worden, den unmittelbaren Theilnehmern die Wahrnehsmung ihres mit dem der entsernten Interesseuten verbundenen Interesse allein überlassen bleiben und dasselbe nicht von den Auseinandersehungsschörden vertreten werden soll.

Hierdurch sind mithin nicht allein die Borschriften der SS. 4., 16. u. 45. der V. v. 20. Juni 1817 und des S. 8. des Aussühr.-Ges. v. 7. Juni 1821, wegen der Vertretung der entfernteren Interessenten durch die Auseinandersekungs-Behörden, sondern es ist dadurch auch der S. 90. der V. v. 20. Juni 1817 über die Zuziehung aller derjenigen, in deren Rechten durch die Auseinandersekung eine Aenderung bewirft worden, abgeändert worden, und der gegenwärtige Stand der Gessehung in dieser Beziehung folgender:

a) Mit Ausnahme derjenigen Fälle, für welche die Gesetze ben Ausseinandersetzungs-Behörden und deren Abgeordneten die Vertretung der entfernteren Interessenten ausdrücklich zur Pflicht machen, liegt jenen Behörden eine solche Vertretung jener Interessenten nicht ob; vielmehr has ben sie wegen aller Geschäfte, weshalb die Zuziehung entfernterer Interessenten nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, den unmittelbaren Theilnehmern die Wahrnehmung ihres mit dem der entfernteren verbundenen Interesses

allein zu überlaffen.

Die Buziehung ber entfernteren Interessenten gu folden Ge-

schäften ift nicht erforderlich. (S. 10. der B. v. 30. Juni 1834.)

b) Die Einwirkung der Auseinandersetzungs-Behörden und deren Absgeordneten tritt hinsichtlich der hiernach nicht zuzuziehenden entfernteren Insteressenten nur in denjenigen Fällen ein, wenn entweder die gegenseitigen Rechte der unmittelbaren und entfernteren Interessenten in Kolliston komsmen, oder gegründeter Verdacht einer absichtlichen Verkürzung der entfernsteren Interessenten vorhanden ist.). (§. 45. der V. v. 20. Juni 1817 und §. 10. der V. v. 30. Juni 1834.)

¹⁾ Der S. 10. ber B. v. 30. Juni 1834 erwähnt in seinem ersten Sate nur des Falles der Simulation von Verträgen, nicht der Kollisson der Rechte, hebt jedoch die Bestimmungen des S. 45. der B. v. 20. Juni 1817 nicht auf, und schließt daher die Vertretung der entsernteren Interessenten durch die Behörden in Kollissonsfällen nicht aus. (Vergl. SS. 95 sig. Einl. zum A. E. R.) — Vergl. auch das C. R. des Min. des J. v. 29. Dec. 1834. (v. K. Ann. Bd. 19. S. 84., s. in Bd. 1. S. 576), wornach, wenn eine und dieselbe Person als Eigenthümer mehrerer für sich bestehenden, verschiedenen Realverdindlichseiten unsterliegender Grundstücke zur Sache interessirt, zur Bermeidung etwaniger Bedens densen der Hopothesenbehörden im Rezesse ober in der Bestätigungssürfunde auss drücklich zu bemerken ist, daß die zwischen solchen Grundstücken vorsommenden

Insbesondere die Falle muthmaglicher Simulation und der Eris ftenz heimlich geschloffener Nebenverträge betreffend, fo find bafür die Bestimmungen des S. 46. der B. v. 20. Juni 1817 maaß= gebend.

In Beziehung auf die SS. 45. und 46. der W. v. 20. Juni 1817 bat übrigens das R. des Min. des 3. v. 28. Dec. 1846 1). (Min. Bl. b. i. B. 1847. G. 13. Rr. 19.) ausgeführt, daß aus jenen SS. keinesweges die Berpflichtung der Auseinandersehungs-Beborden bergeleitet werden konne, bei Auseinandersetzungen in Paufch und Bogen durch besondere Untersuchungen festzustellen, daß die Ausnahmefalle der SS. 45. und 46. nicht

vorliegen.

Die Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821 bestimmte im S. 10, daß es В. (bei Gemeinheitstheilungen) der Buziehung der Obereigenthumer, der Lehnsherrn, der Lehns- und Videikommiffolger, und der Wiederverkaufsberechtigten von Amtswegen nicht bedürfe, sondern den Theilnehmern dieser Art nur freistehe, sich auf die öffentliche Bekanntmachung der bevorstehenden Theilung zu melden und ihre Gerechtsame wahrzunehmen.

Die SS. 11. und 12. a. a. D. fügten hinzu:

a) daß fie, wenn fie fich nicht melben, die ohne ihre Buziehung bewirfte Theie lung gegen fich gelten laffen muffen und folche unter keinem Borwande

anfecten fonnen;

b) baß fie, wenn fie fich nicht melben, mit ihren Einwendungen, insofern fie eine angebliche Ungulanglichkeit ber Entschädigung für bie Subftang und die Sicherftellung in Rapital ober Rente betreffen, gehört werden muffen; wogegen ihnen andere Einwendungen nicht zustehen sollen.

Das Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 verordnete gleichzeitig in dieser Beziehung (im S. 11), daß

wenn fich bei einer gnisherrlich sbauerlichen Regulirung, ober bei einer Gemeins beitstheilung ober bei einem Ablösungsgeschäfte ergebe, daß das berechtigte ober belaftete Gut Lehen ober Fibeikommiß sei, ober wiederkauflich beseffen werde, und daß der Lehnsbefiger keine lehnsfähige Descendenz hat, die bevorftehende Regulis rung, Gemeinheitstheilung ober Ablösung öffentlich bekannt gemacht, und es allen benjenigen, welche babei ein Intereffe zu haben vermeinen, überlaffen werben folle, fich bis zu einem bestimmten Termine zu melben und zu erklaren, ob fie bet der Borlegung des Plans zugezogen sein wollen.

Die SS. 12. und 13. a. a. D. disponiren über die Art und Weise der öffentlichen Bekanntmachung in diesen gallen, und der S. 14. a. a. D. bestimmt darüber, welcher ber sich meldenden Theilnehmer dem= nachft zum Termine zur Borlegung bes Planes vorgelaben werden follen.

Der S. 15. a. a. Orte endlich fügt hinzu, daß es auch außer den im S. 11. gebachten Vallen den Theilnehmern freifteht, auf öffentliche Bekanntmachung der Auseinandersetzung zum Zweck der Ausmittelung unbekannter unmittelbarer Theilnehmer, mit der im S. 157. der Gem.=Ah.=D. gedach=

ten Wirkung anzutragen.

Die oben gedachten Vorschriften ber Gem.-Th.-D. und des Ausführ.-Gef. v. 7. Juni 1821 hat bemnachst der S. 28. der W. v. 30. Juni 1834 auf fammtliche zum Reffort ber Auseinandersepungs-Behörden gehörigen Auseinanderfetungen für anwendbar erflart.

Banbes-Aultur-Gefebg. 20b. II. Abth. II.

Austauschungen und sonftigen Ausgleichungen von ber Gen.-Kom. besonders genehmigt worden.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 485.

Diese Bestimmungen haben integ wesentliche Abanderungen er-

1) Buvörderst ist tarauf hinzuweisen, taß jene Bestimmungen, in sofern sie sich auf tie Berhältnisse ter Obereigenthümer und Lehnsherren beziehen, in soweit beseitiget worden sind, als der S. 2. Nr. 1. u.
2. des Ablös.-Ges. v. 2. Marz 1850 tas Obereigenthum tes Lehnsherrn
(mit alleiniger Ausnahme ter Thronlehne) und tas Obereigenthum des Erbzinsherrn, so wie das Eigenthumsrecht des Erbverpächters, ausgehoben,
auch der S. 91. a. a. D. bestimmt hat, daß sortan bei erblicher Ueberlassung eines Grundstäds nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig sein solle. Somit kommen hier nur noch die Lehns- und Fideikommißfolger und die Wiederkauss- Berechtigten in Betracht.

2) Die Bestimmungen bes S. 11. des Ausführ.- Gef. v. 7. Juni 1821,

find burch den S. 24. der B. v. 30. Juni abgeandert worden.

Dieser S. bestimmt namlich (in Alin. 2):

a) Wenn der Lehnsfolger, ingleichen der nachste Anwarter bei Fidelstommißgütern und Familienstiftungen '), in sofern solche nach S. 14. des Aussühr. B. v. 7. Juni 1821 im Falle ihrer Meldung zur Sache zugezogen werden muffen, — bekannt sind, so bedarf es niemals einer öffentslichen Bekanntmachung der Auseinandersetzung; dagegen muß denselsen durch die Behörde besondere Benachrichtigung davon zugehen ').

b) Es bedarf aber weder der öffentlichen, noch der besonderen Bekanntmachung, wenn die hiernach zuzulaffenden Lehnsfolger, Anwarter oder Familienglieder im Spothekenbuche nicht eingetragen sind 2).

Hiernach ist also die öffentliche Bekanntmachung der Auseinanderssetzung nur noch in wenigen Fällen nothwendig. Die Theilnehmer sind aber nach §. 15. des Aussühr.-Ges. v. 7. Juni 1821 (vergl. §. 23. der V. v. 30. Juni 1834), und die Auseinandersetzungs-Behörden nach §. 25. der V. v. 30. Juni 1834, auch ohne Antrag der Theilnehmer, berechtiget, die öffentliche Bekanntmachung der Auseinandersetzung

Bergl. auch das R. des Min. des J. v. 4. Juni 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 256, s. in Bd. I. S. 683).

¹⁾ Die R. des Min. des J. v. 19. Marz 1830 u. 12. Marz 1832 (Roc's Agrarges., 4. Aust. S. 216—217, f. in Bb. I. S. 613 ff.) erläutern, daß es bei fiveifommissarischen Substitutionen stets ber Zuziehung des substituirsten Erben (Fibeifommissarius) bedürfe.

²⁾ In Betreff der Schweidnis-Jauerschen Lehne in Schlesten vergl. bas R. des Min. des J. v. 24. Marz 1837 (v. R. Ann. Bb. 21. S. 76) und ben Bericht der Gen.-Kom. zu Breslau v. 6. Dec. 1836 in Roch's Schles. Arch. Bb. 1. S. 489 ff.

³⁾ Mit Rückschi auf biese Bestimmungen bemerkt auch bas A. des Just.-Min. v. 22. April 1840 (Just. Min. Bl. 1840 S. 148, in Bd. I. S. 614), daß bei einer Dienstablösung unterschieden werden musse, ob die Fideisommissolger bekannt ober ob sie unbekannt sind. Im erst eren Falle sei ihnen tie Ablösung besonders bekannt zu machen, und die sich melbenden Interessenten mußten zu dem Termine Behufs Vorlegung des Ablösungsplans vorgeladen werden. Im letteren Falle seine öffentliche Bekanntmachung nothwendig, und hinsichtlich der sich darauf melbenden Theilnehmer wie im ersteren Falle zu versahren. Es bedürse aber nach dem Schlußsaße des S. 24. der B. v. 30. Juni 1834 weder einer dess n. dern, noch einer öffentlichen Bekanntmachung, wenn die Anwarter und Familienglieder im Hypothekenbuche nicht eingetragen sind. — Da übrigens die Fideisommissolger in keinem Falle einer an sich zulässigen Ablösung widersprechen können, so könne, wenn eine Nente stipulirt wird, ihre Erklärung immer nur über die Söhe und über die Sicherstellung derselben ersordert werden.

Von d. Rechte dritter Personen auf Zuziehung z. Auseinanderset. 2c. 451

zu den a. a. D. gebachten Zwecken resp. zu beantragen und zu er-

3) In Betreff ber nach den oben erwähnten Vorschriften noch zu erlaffenden öffentlichen Befanntmachungen der bevorstehenden Auseinan-

berfegungen ift noch Folgendes zu bemerfen:

a) Nur die Auseinandersetzungs-Behörden (oder diesenigen Behörden, welche mit deren Rechten und Pflichten an ihre Stelle treten), resp. teren Kommissarien sind zur Erlassung der öffentlichen Bekannt-machung kompetent, nicht aber die Gerichte, vor denen sich die Interessenten etwa freiwillig auseinandersetzen. (R. des Din. des I. v. 6. April 1839 1), Koch's Agrarges. 4. Ausl. S. 217.)

Es ist indeß darauf hinzuweisen, daß zu den Auseinandersetzungs-Behörden nach S. 44. der V v. 30. Juni 1834 die Gerichte in denjenigen Landestheilen gehören, wo ihnen die Bestätigung der Rezesse über-

tragen ift.

b) Die Art und Weise der öffentlichen Bekanntmachung der bevorstehenden Auseinandersetzung betreffend, so ist zur Erläuterung ter hierauf bezüglichen SS. 12. und 13. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 Folgendes zu bemerken:

an) Durch das Gesetz v. 21. Dec. 1849 (G. S. 1849. S. 441.) ist ber Intelligenz-Insertionszwang aufgehoben und im S. 3. desselben vorge-

schrieben:

In allen Fällen, in welchen die Gesetze eine Bekanntmachung durch das Ine telligenzblatt vorschreiben, tritt mit dem 1. Jan. 1850 an deren Stelle eine Beskanntmachung durch den öffentlichen Anzeiger des Amtsblattes.

Bo die Publikation solcher Bekanntmachungen sowohl durch das Intelligenze blatt, wie durch den Anzeiger vorgeschrieben ift, genügt die Publikation durch den

legteren 2).

bb) Die öffentliche Bekanntmachung durch eine Zeitung, und zwar durch die, beren Erscheinungsart dem betr. Gute am nächsten liegt, genügt; die Eindruckung in die Amtsblätter ist aber stets erforderlich.

Bergl. bas R. res Min. des J. und ter P. v. 5. Nov. 1821 *).

(v. R. Jahrb. Bb. 18. S. 293, Graff Bb. 2. S. 382.)

- cc) Ueber das Verfahren, wenn in Betreff der Innehaltung der Frist des S. 12. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 Fehler vorgefallen, vergl. das R. des Min. des J. v. 25. Sept. 1824 *) (Roch's Agrarges. 4. Aufl. S. 217).
- 4) In Betreff der den entfernteren Interessenten bei deren Vorladung zu stellenden Verwarnung und der Folgen ihrer Nichtmeldung ist zu bemerken:
- a) Somohl den nach den oben erwähnten gesetzlichen Vorschriften zu erlaffenden öffentlichen Befanntmachungen ter bevorstehenden Auseinanstersetzung, als auch den nach §. 24. der V. v. 30. Juni 1834 zu erlaffenden (an die Stelle ber öffentlichen Befanntmachung tretenden) besonderen Benachrichtigungen, bezüglich deren dieselbe Brift zu beobachten, muß

1) Bergl. in Bb. 1. 6. 614.

²⁾ hiernach ist das R. des Min. des J. v. 18. Mai 1835 (v. K. Ann. Bb. 19. S. 383) antiquirt, welches vorschrieb, daß wenn in einer Provinz mehr als ein Intelligenzblatt erscheint, die Einrückung der nach S. 12. des Aussühr. Ges. v. 7. Juli 1821 zu erlassenden öffentlichen Bekanntmachungen in Eins ders seiben, und zwar in das des betr. Reg. Bezirts, genügend.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 614. 4) Ebenbas. S. 615.

die gesetliche Verwarnung hinzugefügt werden. Diese Warnung normirt der S. 12. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 dahin, daß die Richterscheinenden die Auseinandersetzung gegen sich gelten laffen muffen, und mit keinen Einwendungen bagegen gehört werden können.

Es gehen mithin den sich nicht Meldenden keinesweges die Rechte auf die ihnen durch die Auseinandersetzung erwachsende Abfindung verloren 1), sondern die Folge ihres Nichterscheinens ist nur die, daß sie die ohne ihre Zuziehung bewirkte Auseinandersetzung gegen sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen gegen dieselbe gehört werden, wie dies deutlicher in dem S. 11. der Gem.=Xh.=D. v. 7. Juni 1821 ausge= drückt ist, welchem durch den S. 23. der B. v. 30. Juni 1834 allgemeine Geltung beigelegt worden.

Bergl. auch S. 157. ber Gem.-Th.-D. und S. 26. der B. v. 30.

Juni 1834.

b) Nach S. 13. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821 soll die ad a. gedachte Verwarnung hinsichtlich der bis zur Vorlegung des Planes Aussbleibenden vollzogen werden. Die Absassung und Publikation eines Präskussossescheides ist nicht vorgeschrieben; es soll jedoch in dem Auseinanderstungs-Rezesse bemerkt werden, daß, welchergeskalt und mit welchem Ersolge die öffentliche Aussorderung geschehen sei. — Hieraus ergiebt sich, daß der nach SS. 11. und 12. a. a. D. anzusezende Termin zur Anmelsdung der Ansprüche auf Zuziehung von Interessenten zur Auseinanderssezung, nur die Wirkung hat, daß diesenigen, welche, sich in demselben nicht melden, nicht zugezogen werden. Welden sie sich indeß bis zur Vorlegung des Auseinandersetzungsplans, und haben sie nach S. 14. a. a. D. ein Recht auf Zuziehung, so sind sie zwar zuzulassen, müssen indes die Auseinandersetzung in der Lage, wie sie inzwischen vorgerückt ist, gegen sich gelten lassen.

Dies ist nicht allein in dem S. 12. a. a. D. und im S. 26. der V. v. 30. Juni 1834 hinsichtlich der entfernteren Interessenten, sondern auch in den SS. 26 und 27. der V. v. 30. Juni 1834 ausgedrückt. Selbst unmittels bare Interessenten, welche nicht bloß zur Vorlegung des Auseinandersetzungssplans, sondern zu den Verhandlungen überhaupt zuzuziehen sind, müssen, wenn sie sich auf die öffentliche Bekanntmachung in dem anderaumten Termine nicht gemeldet haben, bei etwaniger späterer Meldung die Auseinansdersetzung in der Lage, annehmen, wie sie durch frühere Verhandlungen

festgestellt ift. (Bergl. auch SS. 145 ff. ber B. v. 20. Juni 1817.)

5) Der S. 14. des Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821 disponirt darüber, welche von den auf die Benachrichtigung von der Auseinandersetzung sich meldenden Interessenten zu dem Termine der Vorlegung des Plans zuzuziehen sind.

Es knupfen sich baran folgende Bemerkungen:

a) Zufolge des S. 23. der W. v. 30. Juni 1834 sinden die Bestim-

¹⁾ Der §. 27. der B. v. 30. Juni 1834 gestattet ben praklubirten unsmittelbaren Theilnehmern ausdrücklich, die Abfindung für ihr Theils nehmungsrecht von denjenigen, welchen sie zugetheilt ist, zurückzufordern, und knüpft dieses Recht nur an die a. a. D. festgesesten Modalitäten.

Ueber die Wirfungen der nach der großherzogl. Sessischen B. v. 9. Juli 1808 (vergl. oben S. 5 — 7) zu erlassenden Ediktalladung und Praklusion und über deren Berschiedenheit von dem Zwecke und den Folgen der Ediktalladung nach der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, vergl. das Erk. des Revis. Rolleg. für L. R. G. v. 13. Aug. 1837, in dessen Beitschr. Bd. 2. S. 335—343.

mungen des S. 14. des Ausführ.=Gef. auf alle Arten ber Auseinander-

sepungen Anwendung.

b) Die Bestimmungen des S. 14. a. a. D., welche sich auf die Lehnsherrn und auf die Obereigenthumer bei Erbzinsgütern beziehen, sind durch den S. 2. Nr. 1. und 2. des Ablos.-Ges. v. 2. März 1850 obsolet geworden.

Zweites Kapitel.

Von den Wirkungen der Auseinandersetzungen in Beziehung auf die Rechte dritter Personen.

Erfer Titel.

Augemeines Prinzip in Betreff ber Wirkungen ber Auseinandersetzungen in Beziehung auf die Rechte britter Personen.

[Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821. §S. 147 — 149., G. v. 29. Juni 1835. §. 1.]

Bereits das A. L. A. Th. I. Tit. 17. §§. 356 und 357. und Th. I. Tit. 20. §§. 458. und 459 ¹) spricht den Grundsatz aus, daß durch die Auseinandersetzung gemeinschaftlich benutter Grundstücke in den Verhält-nissen der darauf haftenden öffentlichen Lasten und Privatansprüche, insbesondere der Hypothetengläubiger, keine Veränderung vorgeht, sondern daß, wenn dabei ein Austausch von Grundstücken stattsindet, die neuen Pertinenzsstücke an die Stelle der ausgetauschten treten.

Auf dies Prinzip hat die agrarische Gesetzebung fortgebaut.

Es bestimmt nämlich:

1) die Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821 (SS. 147-149.):

a) daß die Entschädigung, welche jeder Theilnehmer durch die Anseinanders setzung erhält, ein Surrogat der dafür abgetretenen Grundstücke oder das durch abgelösten Berechtigungen ist, und daher in Ansehung ihrer Besugs nisse, Lasten und sonstigen Rechtsverhältnisse die Eigenschaft derzenigen Brundstücke erhält, für welche sie gegeben worden (§. 147.);

b) daß die durch die Theilung erhaltenen Grundflude in Rucficht der Lehnsund Fibeikommigverbindungen und hypothekarischen Schulden an die

Stelle ber abgetretenen treten (§. 148.);

c) daß wenn Grundstücke ober Gerechtsame gegen Rente abgetreten werden, auch diese an deren Stelle tritt; jedoch im Sppothekenbuche des belasteten Grundstückes vermerkt werden soll, daß die Rente ein Zubehör des berechtigten Gutes sei, so wie daß aus dem Sppothekenbuche des letzteren die Fäschigkeit des Besitzers über die Rente zu verfügen, ersichtlich sein muß (§. 149.).

2) Der S. 1. bes G. v. 29 Juni 1835 wegen der Sicherstellung der Rechte dritter Personen 2) hat diese Prinzipien (und die Bestimmungen der SS. 150—155. der Gem.-Th.-O.) auch auf gutsherrlich-bauer-liche Regulirungen für anwendbar erklärt; zugleich auch bestimmt, das diese Borschriften ebenfalls auf die im S. 8. der V. v. 80. Juni 1834 be-

2) Bergl. in Bb. I. G. 456 ff.

¹⁾ Bergl. auch A. L. R. I. 18. § 5. 507 ff. und II. 4. § 8. 207—209.

zeichneten Nebengeschäfte, ingleichen auf solche Auseinandersetzungen, bei welchen feine bauerlichen Besitzer Theil nehmen, Anwendung fin-

ben follen 1).

3) Insbesondere die Entschädigung betreffend, welche ein landesherrliches Lebn bei Regulirungen, Ablösungen oder Gemeinheitstheislungen für aufgehobene Gerechtsame empfängt, so hatte die R. D. v. 16.
Dec. 1834 (G. S. 1835. S. 1) speziell verordnet, daß diese Entschädigung
unmittelbar in die Stelle des dadurch verminderten Lehnswerthes tritt und
ohne Weiteres dem Lehngute als Pertinenzstück im Sphothekenbuche zuzuschreiben ist. Diese Bestimmung ist indeß für antiquirt zu erachten, da
durch S. 2. Nr. 1. des Ablös.-Ges. v. 2. März 1850 das lehnsherrliche
Obereigenthum bei allen innerhalb des Staates belegenen Lehnen (mit alleiniger Ausnahme der Thronlehne) für aufgehoben erklärt worden ist.

4) In spezieller Anwendung des erdrierten Prinzips auf die bei gutsherrlich-bäuerlichen Regulirungen im Falle der Art. 21. und 94. der Dekl. v. 29. Mai 1816 2) (G. S. 1816. S. 159 n. 175) vorkommenden Translokationen der Diensteinsassen, ertheilt die B. v. 20. Juni 1817 in den

SS. 49-53. nähere Anordnungen.

Es ift in Bezug hierauf Folgendes zu bemerken:

a) Da nach ben Grundsagen bes Ablof.- und Regul.-Gef. v. 2. Marg

Ift es nach der Beschaffenheit und Größe der Feldmark, um eine zwecks mäßige Lage jedem Theile zu verschaffen, erforderlich, daß einige oder alle Diensteinsassen translocirt werden; so mussen sie sich die Versetzung sowohl auf derselben Feldmark, als auch auf ein zum Sandtgute gehöriges benachs bartes Vorwerk, gefallen lassen. Es mussen jedoch, wenn der Justand des Sypothekenbuchs, des Saudtguts und des Borwerks, verschieden sind, solche Wodalitäten getrossen werden, daß die Rechte der hypothekarischen Gländisger und anderer Interessenten dadurch nicht gefährtet werden. In jedem Falle sindet die Translokation nur unter den Bedingungen statt, daß der Gutsberr die Kosten derselben trägt, und die dauerlichen Einsassen des ihnen Gebührenden vollständig entschädigt werden.

b) Der Art. 94. bezieht fich speziell auf ben S. 45. bes Regulir. Eb. v. 14.

Sept. 1811, welcher bestimmt:

Macht die Lage der Größe der Feldmarken und höfe eine generelle und partielle Translokation der höfe oder der bisherigen Besther selbst auf aus dere Borwerks.Felder rathsam und der besteren Kultur angemessen: so ik sie zulässig, wenn der Gutsherr im Fall ein Umbau dadurch nothig wird, solchen auf eigene Kosten übernimmt.

Mit Bezug hierauf disponirt der Art. 94. ber Dekl. v. 29. Mai 1816: "Diese Berfügung fest voraus, daß die bauerlichen Besiger wegen bes

"ihnen Gebührenden vollständig entschäbigt werben."

¹⁾ Es ift barauf hinzuweisen, baß das Regulir. Ges. v. 8. April 1823 für das Großherzogthum Posen ic. (§. 94.) ansbrücklich auf die Borschriften der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821. § §. 147 ff., als für die nach jenem Gesetze zu bearbeitenden Angelegenheiten anwendbar, verweist (§. S. 1823. S. 68); desgl. daß die Abl. D. v. 13. Juli 1829 für die westlich en Provinzen (§ §. 91 ff.) im Wesentlichen gleichlantende Borschriften in dieser Materie enthält (§. S. 1829. S. 83 ff.); ebenso die Ablös. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogisum Westyhalen (§ § 88 ff.) (§. S. 1840. S. 175 ff.), desgl. des Ablös. Ges. v. Juli 1840. für die vormals Massauischen Landestheile nehst Westlar (§ § 62 ff.) (§ S. 1840. S. 210 ff.), und das G. v. 22. Dec. 1839 für die Grafschaften Wittgenstein (§ § 20 ff.) (§ S. 1840. S. 10 ff.) Das Ablös. Ges. v. 18. Juni 1840 für Siegen (§ 1.) erklärt für jenen Landestheil die Abl. D. v. 18. Juli 1829 und das G. v. 29. Juni 1835 für anwendbar. (§ S. 1840. S. 151).

²⁾ Die alleg. Art. ber Defl. v. 29. Mai 1816 bestimmen:

1850 die Gutshertschaft bei Regulirungen und Ablösungen in der Regel nicht mehr durch Land, sondern durch Kapital oder durch Vermittelung der Rentenbank abgefunden wird, so können Translokationen nur noch in den Fällen vorkommen, für welche der §. 86. a. a. D. Anwendung sindet.

b) Die Bestimmung des S. 53. der W. v. 23. Juni 1817 ist dadurch abgeandert, daß — wie oben S. 450 ff. erörtert worden — nach S. 24. der W. v. 30. Juni 1834 die bekannten Interessenten durch besondere Benacherichtigungen, die unbekannten durch öffentliche Bekanntmachung benache

richtiget, und wenn fle fich melden, zugezogen werben muffen.

Zweiter Titel.

Vorschriften in Betreff ber Entschäbigungen durch Rente ober Kapital insbesondere.

Erstes Stück.

Vorzugsrecht der Entschädigungen in Rente ober Kapital und Erhaltung besselben.

[Gem.-Th.-O. v. 7. Juni 1821. §S. 76. und 149., Ablds.-O. v. 7. Juni 1821. §. 38., Ablds.-O. v. 13. Juli 1829. §S. 91. 93., B. v. 30. Juni 1834. §. 59., G. v. 29. Juni 1835. §. 8]

A. Ueber das Borzugsrecht, welches den Entschädigungen in Rente oder Rapital vor den hypothekarischen Forderungen gebuhrt, enthalten die Gesete folgende Bestimmungen:

1) Die Gem.-Th.-O. v. 7. Juni 1821 disponirt:

a) Im §. 76.

Die Nente (aus Gemeinheitstheilungen) genießt vor allen hypothekarischen Forberungen dasselbe Borzugsrecht, welches dem abgelösten Rechte selbst zustand; zur Erhaltung desselben muß jedoch der Berechtigte bei Bermeidung der in den Gesehen bestimmten Nachtheile binnen Jahresfrist vom Tage der Bestätigung des Rezesses gerechnet, die Eintragung in das Sypothekenbuch des verpflichteten Grundsstäcks nachsuchen.

b) 3m §. 149.

Sind Grundstäde ober Gerechtsame gegen Rente abgetreten, so tritt diese an die Stelle berfelben. Es muß jedoch in das Spoothekenbuch des belasteten Grunds stads vermerkt werden, daß die Rente ein Zubehör des berechtigten Gutes sei, und die Fähigkeit des Besisers über dieselbe zu verfügen, aus dem Spoothekens buche über das lesigedachte Gut zu ersehen sei.

2) Hiermit stimmt der S. 38. der Ablös.-O. v. 7. Juni 1821 hinsichtlich des zu konservirenden Vorzugsrechtes von Absindungs - Renten völlig überein, und es ist hier die dessallstge Bestimmung zugleich auf Ablösungs-Kapitalien ausgedehnt.

Der gedachte S. lautet:

Die für die abgelbsten Abgaben, Behnten und Dienste sestgebeten Renten wer Kupitalien genießen basselbe Verzugsrecht vor allen hypothekarischen Forder rungen, welches ben Abgaben und Leistungen selbst zukand; zur Erhaltung dessels ben muffen jedoch die Verechtigten, bei Vermeidung der in den Gesehen bestimmsten Rachtheile, binnen Jahresfrist nach bestätigtem Rezesse, die Eintragung in das Spothekenbuch der verpflichteten Grundstütte nachsuchen.

3) Die Ablds.-D. v. 13. Juli 1829 für die weftlichen Landestheile

enthält im S. 91. dieselbe Bestimmung, wie der erste Sattheil des S. 38. der Ablös.-D. v. 7. Juni 1821.

Der § 93. berfelben fügt hingu:

Es muß jedoch wegen der zur Absindung hergegebenen, nicht sofort bezahls ten, dem Berechtigten aber durch Eintragung bei dem verpslichteten Gute gesichersten Kapitalien, imgleichen wegen der zu gleichem Behuf sestgesesten Jahresrenten, in dem Hypothekenbuche bei dem belasteten Gute vermerkt werden, daß das Raspital und beziehungsweise die Jahresrente ein Zubehör des berechtigten Gutes, und die Fähigkeit des Besisters, darüber-zu versügen, aus dem Sypothekenbuche bei dem lehtgedachten Gute zu ersehen sei.

- 4) Diese Bestimmungen sind wörtlich in die §§. 88. und 90. der Ablös. D. v. 18. Juli 1840 für das Herzogthum Westphalen (G. S. 1840. S. 175) und in die §§. 62. und 64. der Ablös. D. v. 4. Juli 1840 für die vormals Nassauischen Landestheile und Westlar (G. S. 1840. S. 210) übernommen worden.
- 5) Der S. 3. des Ges. v. 29. Juni 1835 hat hiernächst die Worschriften bes S. 76. der Gem.-Th.-O. und des S. 38. der Ablös.-O. v. 7. Juni 1821, unter Anschluß an das Prinzip des S. 93. der Ablös.-O. v. 13. Juli 1829, abgeändert, indem er:

a) die Bestimmung des S. 149. der Gem.-Th.-O. wegen Eintragung der Rente-Entschädigung in das Hypothekenbuch auf Entschädi-gungen in Kapital ausdehnt und diese Vorschrift auch auf Ablösun-

gen und Regulirungen für anwendbar erklärt;

b) die Berechtigten von der Verpflichtung entbindet, zur Erhaltung ihres Vorzugsrechtes wegen der Renten und Kapitalien binnen Jahresfrist die Eintragung selbst nachzusuchen, und den Auseinandersetzungs-Behörden die Verpflichtung auferlegt, diese Eintragung von Amts-wegen zu besorgen.).

6) Vergl. auch die Erläut. zum S. 61. der B. v. 30. Juni 1834.

(f. oben S. 432 ff.)

B. Es ist streitig geworden; ob die rückständig bleibenden Ablösungs-Kapitalien für abgelöste bäuerliche Dienste und Gutslasten das den Diensten und Lasten zustehende Vorzugsrecht gegen die bereits eingetrasgenen Hppothekengläubiger auch alsdann behalten, wenn dieselben binnen der in der Gem.-Th.-O. S. 76. (cf. S. 149.) und in der Ablös.-Ordn. v. 7. Juni 1821. S. 38. vorgeschriebenen Jahresfrist in das Hppothekenbuch des verpslichteten Grundstücks nicht eingetragen worden sind?

Das vormalige D. L. G. zu Breslau hat (in dem Erk. v. 25. Jan. 1838) be jahet, weil in Ermangelung eines besonderen Rechtstitels die Dienste und Gutslasten der Bauern in die Rathegorie der im S. 48. Tit. I. der hypoth. D. erwähnten gehören und nach S. 38. des Ablös. Ges. v. 7. Juni 1821 die für die abgelösten Abgaben und Dienste sestgeseten Kapitalien dasselbe Borrecht vor allen hypothekarischen Forderungen genießen, welches den Abgaben und Diensten selbst zustand. Die Beschränkung der Eintragung auf die Frist eines Jahres, wie solche in den allegirten SS. ausgesprochen worden, sei nur zu Gunsten des Verpflichteten angeordnet, keineswegs aber im Interesse der schon eingetragenen Gläubiger. Nur gegen den Berechtigten und die später eingetragenen Gläubiger träten die angedrohten Nachtheile der Nichteinhaltung der Präsklustorist ein. (Roch's Schles. Arch. Bb. 5. S. 100 — 108. und Forni's Beitschr. Bb. 1. S. 99—107.)

¹⁾ Bergl. übrigens S. 1. bes G. v. 24. Mai 1853, betr. einige Abanberunsgen ber Spoth. D. und Art. I. ber Instrukt. bazu v. 3. Aug. 1853 (s. in Bb. I. S. 589 und 590).

Die Redaktion der Forni'schen Zeitschr. (a. a. D. S. 107—112) tritt biefer Ansicht bei und macht noch barauf aufmerksam, bag icon die alteren Worschriften der Anweisung v. 16. Marz 1811 über das Verfahren bei Ablosung der auf Domainengrundstücken haftenden gaften SS. 5. und 6. (G. S. 1811, S. 157) und bes G. v. 25. Sept. 1820 über die gutsherrl.bauerlichen Berh. in ben vormals Konigl. Weftphal. sc. Landestheilen, S. 58. (G. S. 1820. S. 169) zwar die Eintragung der Ablds.-Renten und Ravitalien bei den verpflichteten Grundftuden jur Erhaltung bes Borzugsrechts angeordnet, indeg eine Praffusivfrift binfur nicht festgeset haben, welche vielmehr zuerft in dem S. 76. der Gem.-Th.-D. und in dem S. 38. der Ablds.-D. v. 7. Juni 1821 vorgeschrieben sei. Schon die Abl.-D. v. 13. Juli 1829. g. 91. fei hiervon wieder abgegangen, und ber S. 3. des G. v. 29. Juni 1835 habe jene Beschränkung unzweifelhaft befeitiget, indem banach nicht einmal mehr der Antrag bes Berechtigten erfordert werde, sondern die Verpflichtung der Auseinandersetzungs-Behorde eintrete, die Eintragung von Amtewegen zu vergnlaffen.

3weites Stück.

Vorschriften zur Sicherstellung der Rechte dritter Personen bei Absins dungen in Kapital.

[Dekl. v. 29. Mai 1816 Art. 70., Sem. Th. O. § 150—155, Ablöf. O. v. 7. Juni 1821 §. 39., Ablöf. O. v. 13. Juli 1829 § 9. 94—101., Ablöf. O. v. 18. Juni 1840 § 91—99., Regul. Gef. v. 28. April 1823 § 94., Sef. v. 29. Juni 1835 § 1., 8—10., Ablöf. Gef. v. 2. März 1850 § 110. u. 111., Rentenbank-Gef. v. 2. März 1850 § 49.]

I.

Ueberfict ber betreffenben gefetlichen Borichriften.

1) Die Dekl. v. 29. Mai 1816 zum Regulir. Eb. v. 14. Sept. 1811 verordnet im Art. 70.:

Rapital-Absindungen einer Gutsherrschaft, deren Gut, Lehn, oder Zideisommiß mit Schulden belastet ist, mussen in soweit, als es deren zu den in Gesolge der Auseinandersehung nöthig werdenden Einrichtungen nicht bedarf, nach den wegen der Einkaussgelder bei Erbverpachtung der Lehn, Fideisommiß und versschuldeten Guter, ertheilten Vorschriften, wieder zu Lehn und Fideisommiß anges legt, oder zur Befriedigung der ersten Oppothekgläubiger verwendet werden. Die bäuerlichen Wirthe bleiben wegen der gesehmäßigen Verwendung den Interessens ten verhaftet, können sich von ihrer Vertretungsverbindlichkeit jedoch durch gerichts liche Deposition des Geldes frei machen.

- 2) Die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 bestimmt in den §§. 150. bis 155.:
 - 2) daß wenn Pertinenzstäcke gegen eine baare, ein für allemal zu entrichtende Bergütigung abgetreten werben, in Rücksicht der Spothekengläubiger die Borfcbriften des A. L. R. I. 20. §§. 460 465. 1) Anwendung sinden, (§. 150.);

¹⁾ Die allegirten §5. lauten bahin: 5. 460. Sind bei Gemeinheitstheilungen Pertinenzstücke eines Guts gegen eine baare ein für allemal zu entrichtende Vergütigung abgetreten worden; so müssen die Gerichte, welche das Geschäft dirigiren, ein solches Abkommen den Hypothekengläubigern zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame bekannt machen.

458 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

b) baß indeß im Falle des S. 464. a. a. D. die Sphothekenglaubiger fich nur wegen der von dem neuen Besitzer zu entrichtenden Geldsumme an dens selben und das abgetretene Pertinenzstück halten können; auch kann sich dieser in jedem Falle durch gerichtliche Niederlegung des Kapitals von aller Verhaftung befreien (S. 151.);

c) daß die Spothekengläubiger in Rucksicht ber Gelbenischädigungen für ben neuesten Düngungszustand und für Berbesserungen nur die Berwendung berfelben in das Gut und zu besten Aultur verlangen und beshalb nur

ben Schuldner in Anspruch nehmen konnen 1) (§. 152.);

d) daß bei Lehns und Fideikommißgutern der Lehnsherr, die Lehuss und Fis deikommißfolger einer Abtretung von Pertinenzstücken gegen Geld oder der Ablösung von Renten, sofern beides nach der Gem. Th. D. zuläsig ift, nicht widersprechen, sondern nur verlangen können, daß das Kapital zu Lehn oder Fideikommiß angelegt oder zur Befriedigung der ersten Opposthekengläubiger verwendet werde (§. 153.);

o) daß dies auch bezüglich der Obereigenthumer bei Erbzinsgutern und Bies berfaufsberechtigten Anwendung finde und diese nur Sicherstellung des Raspitals ober beffen Berwendung zu bleibenden Verbessezungen des Guts,

ober jum Ankauf neuer Pertinengflude forbern konne (§. 154);

f) daß der Berpflichtete für die Erfüllung dieser Berbindlichkeiten (§g. 153. n. 154.) haftet, fich jedoch von der Bertretungsverbindlichkeit durch gerichts liche Niederlegung des Geldes frei machen kann (§. 155.).

3) Die Ablos. D. v. 7. Juni 1821 bestimmt im S. 39.:

Die hypothekarischen Gläubiger können ber Ablösung nicht wibersprechen; auch bedarf es ihrer Buziehung bei dem Ablösungsgeschäfte nicht; vielmehr finden die im A. E. R. Th. I. Tit. 20. §§. 460 – 465. gegebenen Vorschriften auch hier

S. 462. Kann oder will der Schuldner weder eines noch das andere beswerkkelligen, so find die Hypothekenglanbiger befugt, ihre Kapitalien auch noch

por ber Berfallzeit aufzufündigen.

S. 463. Sie muffen aber von Diesem Rechte binnen sechs Wochen nach ber ihnen zugekommenen Mobistation Gebrauch machen.

S. 464. Thun sie bas, so bleibt ihnen ihr hppothekarisches Recht auf bas

abgetretene Pertinenzstuck bis zum Austrage der Sache vorbehalten. S. 465. Verabsaumen sie aber die gesetzliche Frist, so erlöscht ihr Sppos

thetenrecht auf bas abgetrennte Bertinengftud.

a) C. N. bes R. Min. bes J. für Gew. Ang. v. 30. März 1837, betr. bie Berwendung ber Gelbentschädigungen für ben neuesten Düngungszustand und für Berbesterungsarbeiten, sowie ber Hofwehrgelber (A. XXI. 69.);

b) R. des R. Min. des J., landwirthschaftl. Abth., v. 20. Aug. 1839, betr. die Eintragung eines vorläufigen hypothekarischen Vermerks bei Gofwehrsgelbern (A. XXIII. 611.);

c) C. R. besselb. Min. v. 18. Febr. 1842, betr. die Disposition über die von bauerlichen Wirthen an die Gutsherrschaft zurückgelieferten hofwehrstücke und die Verwendung der daraus gelosten Gelber (Pin. Bl. d. i. B. 1842, S. 26, Nr. 38).

Chenso find der §. 103. der Ablos. D. v. 13. Juni 1829 und der §. 180. der Ablos. D. far das Gerzogthum Westphalen v. 18. Juni 1840 (G. S. 1829, S. 84 und G. S. 1840, S. 176) für obsolet zu erachten.

^{5. 461.} Diesen steht alsbann frei, zu verlangen, daß der Schuldner die ihm ausgesetzte baare Vergütigung entweder zur Wiederherstellung ihrer burch die Abtretung geschmälerten Sicherheit, oder zur Abstoßung der zuerst eingetrasgenen Kapitalsposten, soweit sie dazu hinreicht, verwende.

¹⁾ Der S. 152. ber Gem. Th. D. ist durch den S. 110. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 aufgehoben, wodurch sich auch der darauf bezügliche S. 2. des Ges. v. 29. Juni 1835 (welcher den S. 152. der Gem. Th. D. auf die von den bauerl. Wirthen an die Gutsherrschaften zu zahlenden Hoswehrgelder ausdehnt) beseitiget. — Deshalb sind auch folgende darauf Bezug habende Min. Erlasse für obsolet zu erachten:

Anwendung, und kann fich bei entstehenden hinderniffen der Berpflichtete seiners seits in jedem Falle durch gerichtliche Niederlegung des Ablösungs-Rapitals von aller Berhaftung befreien.

4) Die Ablös. O. v. 13. Juli 1829 für die westlichen Landestheile (G. S. 1829, S. 83 ff.) verordnet in den §§. 94. u. 95. gleichfalls, daß die hypothekarischen Gläubiger der Berechtigten der Ablösung nicht widersprechen können, und daß es ihrer Zuziehung bei dem Ablösungsgeschäfte nicht bedarf.

In den §§. 96—101. a. a. D. werden sodann die Borschriften des A. L. R. I. 20. §§. 460—465. wörtlich wiedergegeben, und der §. 102. fügt hinzu, daß der Verpflichtete sich durch gerichtliche Niederlegung des

Ablefunge-Rapitale von aller Berhaftung befreien fann.

Die § 105—109. endlich disponiren in Betreff der Berechtigungen bes Lehnsberrn, der Lehns- und Fideikommißfolger, der Obereigenthumer bei Erbzinsgütern, der Wiederkaufs- und anderen Realberechtigten in ahn- licher Weise, wie die betreffenden Bestimmungen der § 153—155. der Gem. Th. O.

5) Wörtlich gleichlautende Bestimmungen ertheilen die §§. 91—99., 102—107. der Ablös. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westsphalen (G. S. 1840, S. 175—176) und die §§. 65—73. der Ablös. D. v. 4. Juli 1840 für die vormals Nassauischen Landestheile und Wesslar (a. a. D. S. 210—211).

6) Das Regulir. Ed. v. 8. April 1823 für Posen 2c. (G. S. 1823, S. 68) erklärt im S. 94. auf die danach zu bearbeitenden Regulirungen

die oben gedachten Borschriften ber Bem. Th. D. für anwendbar.

7) Endlich hat das G. v. 29. Juni 1835 im S. 1. die erwähnten Bestimmungen der Gem. Th. O. auf alle gutsherrlich bauerliche Regulirungen ertendirt, und vorgeschrieben, daß dieselben auch auf die im S. 8. der B. v. 30 Juni 1834 bezeichneten Nebengeschäfte, ingleichen auf solche Auseinandersetzungen, bei welchen keine bäuerlichen Besitzer Theil nehmen, Anwendung sinden sollen.

Der S. 8. des Gef. v. 29. Juni 1835 aber hat die Worschriften des S. 150. der Gem. Th. D. und des S. 39. des Ablds. Gef. v. 7. Juni

1821 noch erweitert und erganzt, indem er bestimmt:

a) daß die besondere Bekannimachung, welche bei Regulirungen, Semeinheites theilungen und Ablösungen an die Spothekenglandiger zu erlassen ift, nicht nur hinsichtlich der Gläubiger stattsinden muß, welche Rapital zu fordern haben, sondern auch hinsichtlich berjenigen, welche mit Renten, Abgaben oder ähnlichen fortwährenden Leistungen im Spothekens buche eingetragen stehen;

b) daß solche Realberechtigten befugt sein sollen, zu verlangen, daß die Raspitalabsindung entweder zur Wiederherstellung ihrer geschmälerten Sichersheit ober zur Befriedigung ber ersten Spothekengläubiger, insofern beren Forderungen für sie, die Realberechtigten, verpflichtend sind, verwendet

werbe: unb

,

c) daß mit dieser Erganzung ber S. 150. ber Gem. Th. D. und der S. 39. ber Ablos. D. v. 7. Juni 1821 nicht nur auf Gemeinheitstheilungen und Ablosungen, sondern anch auf Regulirungen Anwendung finden.

Schließlich bestimmt der S. 8. a. a. D. noch,

daß es bei Kapitalabsindungen feiner besonderen Befanntmachung an die Tehnsherren, Obereigenthumer, Lehns - oder Fideisommissolger und Wiedertaufs- berechtigten bedarf, dieselben mogen von dem Theilungsplane Kenntniß erhalten haben oder nicht.

8) Das G. v. 30. Juni 1834 SS. 58-60. und bas G. v. 29. Juni 1835 S. 9. haben hiernachst Borschriften resp. über ben Zeitpunkt ber

zu erlaffenden Bekanntmachnng an die Realberechtigten und über diejenigen Fälle, wo es einer Benachrichtigung derfelben nicht bedürfen soll, ertheilt.

9) Der S. 10. des Ges. v. 29. Juni 1835 erklärt die Borschriften über die Rechte der Lehn= und Fideikommißfolger, hypothekarischen Gläusbiger und anderen Realberechtigten bezüglich der Ablösungs-Kapita-lien auch auf die Ueberschüsse für anwendbar, welche sich bei Bersäußerung der Absindungsländereien über den Bedarf der

Einrichtungstoften binaus ergeben.

10) Das Rentenbank-Ges. v. 2. März 1850 bestimmt im S. 49., daß dasjenige, was die Gesetze bei Ablösung der Reallasten in Beziehung auf dritte Versonen vorschreiben, auch bei Ablösung durch die Renstenbank Anwendung sindet, und daß hierbei die Absindung durch Rentenbriese einer Kapital-Absindung gleich geachtet werden soll, in welcher Beziehung indeß a. a. D. verschiedene nähere Waaßgaben ansgeordnet werden. 1)

11) Das Ablös. Ges. v. 2. März 1850 endlich hat im S. 110. die besondere Benachrichtigung der eingetragenen Gläubiger und sonstigen Real-berechtigten von Kapitals-Absindungen in den dort bezeichneten Fällen für

unnothig erklart und zugleich bestimmt:

a) daß insoweit diese Absindungen zu den Einrichtungskosten erforsberlich, oder in die Substanz des Gutes anderweitig, oder zur Abstosung prioritätisch eingetragener Kapitalsposten verwendet werden, nur die Ausseinandersetzungs-Behörde nach ihrem Ermessen zu prüsen habe, ob und wie weit die Verwendung in einer, die Gläubiger und Realberechtigsten des berechtigten Guts sicherstellenden Weise erfolgt ist;

b) daß in den übrigen (ad c., d., e.) Fällen des S. 110. a. a. D.

die Berwendung gar nicht kontrollirt werden solle.

Bergl. S. 111. a. a. D. in Betreff ber Bekanntmachung an die nicht eingetragenen Cessionarien und Rechtsnachfolger.

II.

Erläuterungen in Betreff der in der vorstehenden Ueberficht zusammengestellten Vorschriften.

I. Zuvörderst ist darauf hinzuweisen, daß die gedachten Borschriften die Sicherstellung des Interesses theils der eigentlichen Hypothekengläubiger, theils der anderweitigen Realberechtigten, theils endlich der Lehns- und Fideikommissolger und Anwarter, sowie der

Bieberkaufsberechtigten zum Biele haben. 2)

II. Was die letterwähnte Kathegorie der entfernteren Interessenten, nämlich die Lehns- und Fideikommißfolger und die Wiederkaufs- berechtigten, betrifft, so hat der S. 8. (Alin. 3.) des Ges. v. 29. Juni 1835 ausdrücklich bestimmt, daß es einer besonderen Benachrichtisgung bei Kapitalabsindungen nicht bedarf, dieselben mögen von dem Theilungsplane Kenntniß erhalten haben oder nicht.

Es ist bereits oben S. 450 ff. erortert, daß und in welchen Fällen die se Intereffenten (zufolge S. 24. der W. v. 30. Juni 1834) entweder durch

1) Bergl. hierüber bas Rabere im S. 49. bes Rentenbant. Gef. und in ben Erlaut. bagu.

²⁾ Daß die auf Sicherstellung des Interesses der (früheren) Lehnsherren und Obereigenthumer bei Erbzinsgütern bezüglichen Bestimmungen, mit Räcksicht auf S. 2. Nr. 1. und 2. des Ablös. Ges. v. 2. Marz 1850, völlig antisquirt sind, ist bereits wiederholt bemerkt worden.

befondere ober öffentliche Bekanntmachung von der bevorstehen = ben Auseinandersetung überhaupt zu benachrichtigen und auf ersfolgte Meldung zur Vorlegung des Auseinandersetungsplanes zuzuziehen find. Nur der Deutlichkeit halber, und um diese Interessenten von ansderen Realberechtigten resp. Hypothekengläubigern zu unterscheiden, ist im letzen Sate des S. 8. des Gef. v. 29. Juni 1835 ausdrücklich bemerkt worden, daß es einer besonderen Benachrichtigung dieser Interessenten von einer Kapitalabfindung nicht bedürfe.

Bergl. das C. R. des Min. des J. v. 4. Juni 1840 1) (Min. Bl. b.

i. B. 1840, S. 256).

III. Insbesondere die hiernach von der Rapitalsabsindung zu benachrichtigenden 2) Hypothekengläubiger und anderen Realberechtig-

ten *) betreffend, so ift zu bemerken:

A. Nur die Hypothekengläubiger und Realberechtigten des zum Empfange der Kapitalsentschädigung Berechtigten sind zu benachrichtigen; denn den Gläubigern des mit der Kapitals-Absindung be-lasteten Grundstückes wächst dagegen das erworbene Pertinenzstück zu; der Werth des mit ihrem Pfandrechte beschwerten Grundstückes gewinnt dauernd durch die Ablösung einer anderen Belastung desselben, wodurch ihre Sicherheit für ausgeglichen erachtet wird.

B. Fälle, in welchen es der Bekanntmachung der Rapi= talabfindungen an die eingetragenen Gläubiger und an die

sonftigen Realberechtigten nicht bedarf.

[G. v. 29. Juni 1835 S. 9. und Abldf. Gef. v. 2. Marz 1850

\$§. 110. u. 111.]

Der S. 110. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850, welcher die früheren Vorschriften über diesen Gegenstand, insbes. den S. 9. des Ges. v. 29. Juni 1835, für aufgehoben erklärt, im Wesentlichen aber auch diese Vorschrifzten in sich aufgenommen hat, stellt die Fälle vollständig zusammen, in welchen es gegenwärtig einer Benachrichtigung der Gläubiger von der Kapitalsabsindung nicht bedarf.

Dazu ist Folgendes zu bemerken:

a) Ueber die Modistationen, welche der aufgehobene S. 9. des Ges. v. 29. Juni 1835 durch die jezige Fassung des S. 110. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850 erfahren hat, und zur Erläut. desselben vergl. die Zus. zum S. 110. a. a. D. (s. in Bd. II. Abth. I. S. 758—759).

b) Bu Litt. a. des S. 110. des Ablds. Ges. v. 2. Marz 1850. Unter den "Einrichtungskoften" sind die im S. 4. des Ges. v.

29. Juni 1835 gedachten zu verfteben.

c) Zu Litt, c. a. a. D.

Der hier (gleichmäßig wie im S. 9. Litt. c. des Ges. v. 29. Juni 1835) gebrauchte Ausdruck: "Rapitalsabfindung" hat zu dem Bedenken Anlaß gegeben: ob der angegebene Absindungsbetrag nur auf den
dazu Berechtigten oder auch auf den Verpflichteten, auf die einzelnen Summen zu beziehen sei, womit mehrere einzelne Personen den Berechtigten für

1) Bergl. in Bb. I. 6. 683 ff.

3) Bergl. §. 8. Alin. 1. n. 2. des Gesetzes v. 29. Juni 1835 über ben Un-

terschied ber Sppothekengläubiger und anberer Realberechtigten.

²⁾ Das R. des Min. des J. v. 19. Nov. 1832 (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 182, s. in Bb. I. S. 682) bestimmt, daß die an die Gläubiger zu erlassenden Befanntmachungen durch die Spezial-Rommissarien bewirft werden sollen; indes bleibt den Auseinandersesungs-Behörden unbenommen, die betr. Korresponsbenz selbst zu übernehmen.

einer Aapitalsabsindung in Betracht des etwanigen Nachtheils vorgeschrieben ift, welchen die Realgläubiger durch die Ablösung eines ihnen verhafteten Bertinenzstückes mittelst Rapitalabsindung erleiden möchten, so ist unzweiselhaft, daß die Bekanntmachung erfolgen muß, wenn der Werth des abgelösten Pertinenzstückes oder die Rapitalsentschädigung des Berechtigten von Seiten aller Verpslichteten zusammengenommen mehr als 20 Thir. beträgt. (Vergl. Dönniges Land. Kult. Ges., Bb. 3. 6 80-81.)

d) Zu Litt. d. a. a. D.

Durch diese Bestimmung ist der S. 152. der Gem. Th. O. und der darauf bezügliche S. 1. des G. v. 29. Juni 1835 beseitiget worden.

e) Bu Litt. e. a. a. D.

Bergl. S. 49. des Rentenbank-Gef. v. 2. Marg 1850.

C. Was den Fall betrifft, wenn bei einer an die Realberechtigten zu erlassenden Bekanntmachung wegen der Rapitalabsindung ein eingetrasgener Gläubiger, dessen Erben oder Cessonarien ihrem Aufenthalte nach oder sonst nicht zu ermitteln sind, so sind darüber folgende Borschriften ertheilt:

a) Der S. 60. der V. v. 30. Juni 1834 bestimmt, daß alsdann die öffentliche Bekanntmachung an dergleichen Personen nach Vorschrift des

S. 12. des Ausführ. Gef. v. 7. Juni 1821 erfolgen folle.

β) Der S. 111. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850 schreibt vor, daß die Bekanntmachung nur an die im Sphothekenbuche des berechetigten Gutes eingetragenen Gläubiger und Realberechtigten zu richeten, und eine Ermittelung und Benachrichtigung ihrer nicht eingetragenen Erben, Cessonarien oder Rechtsnachsolger nicht erforderlich sei, sondern durch die össentliche Bekanntmachung ersett werde, welche eintreten muß, wenn der eingetragene Areditor todt oder seinem Aufenthalte nach unbekannt oder nicht mehr Besitzer der Forderung ist.

Indes steht es der Auseinandersetzungs-Behörde frei, statt der dffentlichen Bekanntmachung die Ermittelung des zeitigen Besitzers der Forderung und die besondere Benachrichtigung desselben zu veranlassen, 1) wenn

Dies ohne Schwierigkeit zu bewirken ift. 2)

D. Berwarnung, welche mit ber Befanntmachung an bie

Gläubiger und Realberechtigten zu verbinden.

a) Die Gesetze haben nicht ausdrücklich vorgeschrieben, daß den Bestanntmachungen dieser Art eine Verwarnung hinzuzusügen, und die Praxis der Auseinandersetzungs = Behörden ist hierüber verschieden. Die Min. des J. und der J. haben sich indeß dahin ausgesprochen, daß die Bekanntmachung mit der Warnung zu verbinden sei, "daß wenn die Gläusbiger sich nicht innerhalb sechswöchentlicher Frist nach der ihnen zugegansgenen Benachrichtigung mit den ihnen gesetzlich zustehenden Ansprüchen bei der Auseinandersetzungs-Behörde melden, sie mit keinen Einwendungen gesen die Auseinandersetzung gehört werden würden und ihre Rechte auf die

1) Es versteht sich von selbst, daß in diesem Falle der Nachweis der

Legitimation des Inhabers ber Forberung geführt werben muß.

²⁾ Durch biese Vorschriften des S. 111. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 erledigen sich die At. des Min. des. J. v. 28. Oft. 1830 (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 183), daß wenn die Gläubiger ihrem Ausenthalte nach unbefannt sind, auch eine disentliche Befanntmachung an dieselben zulässig ist, und v. 11. Nach 1832 u. 18. Juni 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 400), daß auch die Erben und Rechtsnach solger der eingetragenen Gländiger, sofern solche der Ausseinanderse ungsschäftigen.

abgelofte Realität, auf das Ablosungskapital und beffen Verwendung ver-

Bergl. C. R. bes Min. bes J. u. ber J. v. 10. Rov. 1831. 1) (v. R.

Ann. Bb. 15. S. 749 und Jahrb. Bb. 38. S. 294.)

β) Bezüglich der öffentlichen Bekanntmachungen ergiebt sich die Rothwendigkeit der Berwarnung aus §. 60. der B. v. 30. Juni 1884, welcher ausdrücklich auf den §. 12. des Ausführ. - Ges. v. 7. Juni 1821 verweist.

E. Betreffend den Beitpunkt der zu erlassenden Bekannt-

madung.

[B. v. 30. Juni 1834 S. 58.]

Der S. 58. der B. v. 30. Juni 1834 schreibt als Regel vor, daß die in Rete stehende Befanntmachung gleich nach Bestätigung bes Auseinandersetzungs-Rezesses erfolgen soll, jedoch auch schon früher erfolgen darf, wenn von den Hauptinteressenten darauf angetragen wird (S. 203. der B. v. 20. Juni 1817).

Bugleich wird indeß angeordnet, daß die Bekanntmachung auf Antrag

der Intereffenten ausgesett werden darf, wenn:

a) die Absindungsfapitalien nicht sofort bezahlt, sondern durch Eintragung bei

bem verpflichteten Gute verfichert werben;

b) wenn ber Verpflichtete bereit ift, ber Bahlung ungeachtet, ben eingetrages nen Gläubigern und Realberechtigten für ben Betrag berfelben verhaftet zu bleiben;

c) wenn bas Gelb gerichtlich niebergelegt wirb.

In den Fällen zu a. u. b. muß indeß die Auseinandersetungs-Behörde veranlassen, daß die Eintragung gehörigen Orts erfolge, und in allen Bällen soll sie bestimmte Fristen festsetzen, nach deren frucht-losem Verlause die Bekanntmachung zu veranlassen.

An diese Borschriften des S. 58. der B. v. 30. Juni 1834 knupfen

fich folgende Bemerkungen:

aa) Die im S. 58. a. a. D. ausgesprochene Regel ift, daß die Benachrichtigung gleich nach Bestätigung des Rezesses erfolgen soll. Die Benachrichtigung kann jedoch früher geschehen, oder sie kann, nach den Anträgen
der Interessenten und unter den im Gesetze angegebenen Bedingungen, ausgesetzt bleiben.

Vergl. das R. des Min. des I. v. 18. Juli 1839. 3) (Roch's Agrars

ges., 4. Aufl. G. 418.)

bb) In dem Schlußsate des §. 58. a. a. D. ist ausgedrückt, daß in den Fällen, wo die Bekanntmachung an die Gläubiger, selbst nach erfolgeter Bestätigung des Rezesses ausgesetzt worden ist, sie keinesweges ganz fortfällt. Die Interessenten sollen vielmehr innerhalb bestimmter Frist nachmeisen, ob und daß sie entbehrlich sei. Geschieht dies nicht, so muß die Bekanntmachung veranlaßt werden. — Der §. 9. des Ges. v. 29. Juni 1835 und gegenwärtig der §. 110. des Ablös.=Ges. v. 2. März 1850 giebt indeß die Fälle an, in welchen dieselbe ganz wegfällt.

a) Darunter ist die gerichtliche Deposition des Absindungskapitals nicht aufgeführt. Diese entbindet also die Auseinandersetzungs-Behörden nicht von der sonst ersorderlichen Bekanntmachung. Durch die Deposition wird allein der Zahlungspstichtige von seiner Verbindlichkeit frei (§. 213. A. L. R. I. 16.), insbesondere von der Vertretungspsticht für die gehörige Verwendung des Absindungskapitals, dem zum Empfange des Kapitals Berech-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 606 ff.

²⁾ Bergl. in Bb. I. G. 662.

tigten, beffen Sppothekgläubigern und sonstigen Realberechtigten gegenüber (Gem. Th. D. §§. 151. u. 155., G. v. 29. Juni 1835 §. 1.). Die Rechte der Letteren auf Verwendung des Kapitals zur Wiederherstellung ihrer durch die Rapitalabfindung geschmälerten Sicherheit, das den Sppothekengläubigern zustehende Recht, ihre Kapitalien zu fündigen, ihrem Schuldner (bem zur Absindung Berechtigten) gegenüber, werden durch die Deposition der Geldabfindung nicht aufgehoben, sondern nur vorläufig, bei Aussepung der Bekanntmachung, sichergestellt. Die Rechte der Oppothekgläubiger geben erst verloren, wenn sie sich auf die erfolgte Bekanntmachung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht melden. (Gem. Th. O. S. 150., G. v. 29. Juni 1835 S. 1., A. E. R. I. 20. S. 465.). Melden sie sich, so bleiben ihnen ihre Rechte gegen die Sppothekschuldner bis zum Austrage der Sache vorbehalten, aber nur auf das deponirte Rapital; die Berhaftungsverbindlichfeit bes Bablungspflichtigen mit bem ihm abgetretenen Pertinengfinde auf Höhe des Kapitals ift durch deffen Deposition gelöft. (Gem. Th. D. S. 151., G. v. 29. Juni 1835 S. 1., A. E. R. I. 20. S. 464.).

Hieraus ergiebt sich, daß durch die gerichtliche Niederlegung des Ablos.-Rapitals die Bekanntmachung an die Gläubiger zur Wahrnehmung

ihrer Rechte feinesweges entbehrlich gemacht wird.

Wergl. das R. des Min. des J. u. der J. v. 31. Oft. 1837 1) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 943), worin allein die im S. 9. des G. v. 29. Juni 1835 (an deffen Stelle der S. 110. des Ablds.-G. v. 2. März 1850 getreten ist) bezeichneten Fälle als diesenigen aufgeführt werden, in welchen die Bekannt-

machung nicht erforderlich ift.

β) Dieser in dem (zu α. gedachten) R. v. 31. Oft. 1837 ausgesprochenen Ansicht scheint das R. des Min. des J. v. 14. März 1839 2) (v. K. Ann. Bd. 23. S. 94) zu widersprechen, welches aussührt, daß die gerichtliche Deposition der Absindungskapitalien in jedem Falle die Gen.-Kom. der sonst angeordneten Bekanntmachungen an die eingetragenen Gläubiger überhebe, wie dies auch der §. 58. der V. v. 30. Juni 1834, welcher durch das G. v. 29. Juni 1835 eine Abanderung nicht erlitten habe, ausspreche. — Dies Restript unterstellt der gesetzlich erforderlichen Bekanntmachung die Boraussesung:

daß das Ablösungskapital von dem Berechtigten selbst in Empfang genommen werden und er dadurch in die Lage kommen soll, über einen Theil der dem Spepothekennexus unterworfen gewesenen Substanz selbstständig und ohne weitere Radssicht auf die Realberechtigten disponiren zu können.

Nur unter dieser Boraussetzung fordere das Gesetz jene Bekanntmaschung und wolle dem Realberechtigten dadurch die Gelegenheit geben, durch ganze oder theilweise Auskündigung seines Realrechts die geschmälerte Sischerheit wieder herzustellen (A. L. R. SS. 400. sf. Tit. 20. Th. I., vergl. mit S. 150. der Gem. Th. D. u. S. 39. der Abl. D. v. 7. Juni 1821). In dem Falle aber, wo mit einer Kapitalabsindung eine Gesährdung der Sicherheit der Realberechtigten in keiner Art in Verbindung zu bringen ist, also in dem Falle der Deposition, tresse die Voraussetzung der gesetzlichen Bestimmung nicht zu und es könne dieser keine Anwendung gegeben werden.

Das später ergangene R. des Min. des J. v. 18. Juli 1839 *) (Koch's Agrarges., 4. Aufl. S. 418) bemerkt indeß, daß die Bekanntmachung sowohl in dem Interesse der Hypothekgläubiger als des Kapitalempfängers erfolge und überhaupt als eine die vollständige Erledigung des ganzen Aus-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 636 ff.

²⁾ Chenbas. S. 661.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 662.

einandersetungs-Geschäfts vorbereitende Maaßregel zu betrachten sei. Demsgemäß erläutert das R. v. 18. Juli 1839 das darin in Bezug genommene C. R. v. 31. Oft. 1837 dahin, daß in dem letztgedachten Restr. nur die Fälle bezeichnet sind, wo eine Bekanntmachung überhaupt ersorderlich ist, nicht aber über den Zeitpunkt bestimmt ist, wann dieselbe zweckmäßig zu versügen sei; das R. v. 14. Mai 1839 habe dagegen über die Wahl diesses Zeitpunkts näher bestimmt. Die in diesem Restr. angeordnete ein steweilige Aussetzung der Benachrichtigung der Gläubiger sei auch dem Zwecke des S. 58. der V. v. 30. Juni 1834 und den obwaltensden Verhältnissen völlig entsprechend, damit aber ein gänzlicher Wegsfall derselben noch nicht ausgesprochen, vielmehr werde sie dermalseinst immer noch erfolgen müssen, wenn der Berechtigte seine Absicht, über die deponirten Kapitalien zu versügen, verlautbart und dann nicht etwa einer der Ausnahmssälle eintritt, welche der S. 9. des Ges v. 29. Juni 1835 (jett S. 110. des Ablösseses. v. 2. März 1850) bezeichnet.

Somit ift anzunehmen, daß die Deposition des Absindungskapitals die Bekanntmachung an die Gläubiger keinesweges

ausschließt.

F. Verpflichtung der Auseinandersetzungs-Behörden zur Bewirkung der Eintragung eines vorläufigen Vermerks im Hypothekenbuche im Falle einer Abfindung durch Kapital.
[V. v. 30. Juni 1834 S. 59.]

Der S. 59. der B. v. 80. Juni 1834 legt den Auseinandersetzungs-Behörden die Verpflichtung auf, sobald es feststeht, daß eine Absindung in Kapital stattsinden wird, die Hypothekenbehörde davon zu benachrichtigen und zur Eintragung eines vorläusigen Vermerks im Hypothekenbuche zu veranlassen, welcher die Wirkung hat, daß die durch Kapital abgelösten Pertinenzien den später eingetragenen Gläubigern nicht mehr mit verpfändet werden.

Drittes Stück.

Von dem Rechte der Hypothekengläubiger und sonstigen Real-Berechtigten, sowie der Lehns = und Fideikommißsolger und Wiederkauss. Berechtigten in Betreff der Verwendung der Kapitals - Absindungen.

[G. v. 29. Juni 1835 S. 8., Gem. Th. O. SS. 150—154., Ablds.-O. v. 7. Juni 1821 SS. 39., 40., Regulir.-G. v. 28. April 1823 S 94, Ablds.-O. v. 13. Juli 1829 SS. 98—107, Ablds.-O. v. 18. Juni 1840 SS. 95. bis 105., Ablds.-G. v. 4. Juli 1840 SS. 69—79.]

I.

Die Hppothekengläubiger und die ihnen gleichgestellten Realberechtigsten betreffend.

I. Das G. v. 29. Juni 1835 bestimmt im S. 8. (Alin. 1. u. 2.), daß die Realberechtigten (nämlich die eigentlichen Sprothengläubiger, welche Rapital zu fordern haben, und diesenigen Gläubiger, welche mit Renten, Abgaben oder ähnlichen fortwährenden Leistungen im Sprothesens buche eingetragen stehen) nach erhaltener Benachrichtigung bei seder Gesmeinheitstheilung, Ablösung oder Regulirung verlangen können, daß die Kapitalabsindung:

a) entweder zur Wiederherstellung ihrer geschmälerten Sicherheit,

b) ober zur Befriedigung der ersten Hppothekengläubiger, insofern deren Vorderungen für sie, die Realberechtigten, verpflichtend sind, verwendet werde. 1)

Bu diefen Bestimmungen ift Folgendes zu bemerken:

A. Betreffend die Zulässigkeit der Mittel zur Wiederherstellung der Sicherheit der Realberechtigten bei Berwendung der Ablösungskapitalien.

Die Dekl. v. 29. Mai 1816 bestimmt — in Beziehung auf die im S. 31. des Regulir.-Ed. v. 14. Sept. 1811 nicht weiter angedeuteten Rechte dritter Personen, welche aus Fideikommissen, Majoraten, Lehnsverband, Schuldverpslichtungen und dergleichen herrühren — im Art. 70.,

daß Rapitalsabsindungen einer Guisherrschaft, beren Gut, Lehn oder Fibeis kommiß mit Schulden belastet ift, in soweit als es deren (der Rapitalsabsindungen) zu den in Gefolge der Auseinandersetzung nöthig werdenden Einrichtungen nicht bedarf, nach den wegen der Einkaussgelder bei Erbverpachtung der Lehns, Fibeis kommiß und verschuldeten Güter ertheilten Borschriften (S. 9. des Ed. v. 9. Oft. 1807) wieder zu Lehn und Fideisommiß angelegt oder zur Befriedigung der ersten Sppothekgläubiger verwendet werden müssen.

Hieraus ist gefolgert worden, daß mit Ausnahme der Verwendung zu den Einrichtungskosten die Rapitalsabsindungen in Regulirungs - Angelegenheiten nur in Lehn- und Fideikommißgüter durch Ankauf neuer Pertinenzstücke, oder durch Anlegung tes Rapitals zu einem Geldlehn, Geld-Fideikommiß, außerderm aber, sowie bei anderen verschuldeten Gütern, ausschließlich zur Abstoßung der ersten eingetragenen Hopothekschulden zu verwenden seien.

Der Art. 70. der Dekl. hat indeß (obgleich dazu nur die §§. 31. u. 38. des Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811 allegirt sind) durch den §. 1. des Ges. v. 29. Juni 1835 seine Erledigung gefunden, da der §. 1. a. a. D. die in den §§. 147—155. der Gem. Th. D. aufgestellten Grundsätze über die Wirkungen der Auseinandersetzungen in Beziehung auf die Rechte dritzter Personen auch auf die nach jenem Ed. vorzunehmenden Regulirungen ausgedehnt hat.

Nach S. 150. der Gem. Th. O. und dem darin in Bezug genommenen S. 461. A. L. R. I. 20. können Sphothekengläubiger verlangen,

daß der Schuldner die ibm ausgesette baare Bergütigung entweder a) zur Wiederherstellung ihrer durch die Abtretung geschmälerten Sicherheit, oder b) zur Abstofung der zuerft eingetragenen Kapitalsposten, so weit fie dazu hinreicht, verwende.

Durch den S. 39. der Ablos. D. v. 7. Juni 1821 ist diese Borschrift auch auf die Ablosungen nach jener Ordn. und durch den S. 94. des Resgulir. Ges. v. 8. April 1823 auch auf die hiernach vorzunehmenden Regulirungen der gutsberrlich-bäuerl. Verhältnisse in Posen z. ausgedehnt worden. — Der S. 97. der Ablos. D. v. 13. Juli 1829, der S. 8. des Ges. v. 29. Juni 1835, der S. 94. der Ablos. D. v. 18. Juni 1840 und der S. 67. des Ablos. G. v. 4. Juli 1840 enthalten dieselbe Vorschrift, welche mithin sowohl für Regulir., Ablos., als Gemeinheitstheilungsgeschäfte gilt.

1) In der ersten Alternative derfelben ist keine Beschränkung hinsichtlich der Mittel zur Wiederherstellung der, durch die Abtretung von Bertinenzstücken und durch Ablösung von Gerechtsamen gegen Kapitalsabsindung
geschmälerten Sicherheit, ausgedrückt. — Diese Wiederherstellung der Sicherheit

¹⁾ Derselbe Grundsatz sindet sich ausgesprochen im §. 461. A. L. R. I. 20. (1. oben S. 457, Note 1), im §. 150. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 (s. in Bd. I. S. 324), im §. 97. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829 (G. S. 1829, S. 83 st.), im §. 94. der Ablös. D. v. 18. Juni 1840 (G. S. 1840, S. 175. st.) und im §. 68. des Ablös. Ges. v. 4. Juli 1840 (G. S. 1840, S. 210 st.). — Bergs. auch §. 94. des Regul. Ed. v. 8. April 1823 für Posen v. (G. S. 1823, S. 68).

kann mithin auch durch Verwendung der Kapitalsabfindung in bas verpfandete Gut, durch Antauf von Pertinengftuden ober durch bleibende Berbefferungen deffelben, oder durch anderweitige Sicherstellung bes Rapitals, bewerkstelligt merden.

2) Die zweite Alternative des S. 461. A. L. R. I. 20.,

daß nämlich Rapitalabsindungen auch zur Abstogung der zuerft ein-

getragenen Rapitalsposten verwendet werden durfen,

unterliegt gleichfalls ber Boraussetzung und Bedingung, bag badurch bie Sicherheit aller Realberechtigten wieder hergestellt werde. Dies ift zwar im S. 461. a. a. D. und in den ihm nachgebildeten Gesetstellen nicht ausgebrudt, folgt indeß aus dem in den SS. 147-149. der Gem. Th. D. (vergl. S. 1. des Gef. v. 29. Juni 1835) aufgestellten Grundfate. Rapitaleabfindung ift allen Realberechtigten verhaftet; bei Berwendung derfelben kann jeder Realberechtigte verlangen, daß feine frühere Sicherheit dadurch wieder hergestellt werde. — Daher bestimmte der S. 48. der B. v. 20. Juni 1817, daß die Auseinandersetzungs = Beborde hinsichtlich der Ravitalabsindung folche Bestimmungen zu vermitteln habe, wodurch die Rechte aller Intereffenten gesichert werben. Wenn nun auch diese Borfchrift fbater babin modificirt ift, daß den gur Auseinanderfetung guzugiebenden Intereffenten die Wahrnehmung ihrer Gerechtsame allein überlaffen werden foll, fo ift doch dadurch der vorgedachte Grundfat über die Berbaltniffe der Entschädigungen und die daraus entspringende Befugniß der Realberechtigten wegen der Berwendung derfelben zur Wiederherstellung ihrer Sicherheit nicht abgeandert. (S. 10. der B. v. 30. Juni 1834.)

a) Diesem Grundsate entsprechend, ist durch S. 107. der Ablos. D. v. 13. Juli 1829, S. 105. der Ablos. D. v. 18. Juni 1840 und S. 79. bes Ablof. Gef. v. 4. Juli 1840 die Verwendung von Kapitalsabsindungen jur Befriedigung ber erften Sphothekglaubiger nur in fo weit nachgelaffen worden, als deren Forderungen für die Realberechtigten — Lebnsund Fibeikommißfolger, Wiederkaufsberechtigte und andere Realberechtigte - verpflichtend find. — Daffelbe ift im S. 8. des Gef. v. 29. Juni ,1835 binfictlich der Spoothekglaubiger, einschließlich der mit Renten, Abgaben, ober abnlichen fortdauernden Leiftungen eingetragenen Glaubiger in Regulirungs-, Ablosungs- und Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten ausgesproden. Denn die Sicherheit berjenigen Realberechtigten, welche fur die erfteingetragenen Sphothefschulden nicht verhaftet find, wird durch Bermendung

der Rapitalsabsindung zu deren Tilgung nicht wiederhergestellt.

b) In Hinsicht der Lehns - und Videikommißfolger und Wiederkaufsberechtigten in Gemeinheitstheilungsfachen nach SS. 153., 154. ber Bem. Th. D., in Ablosungesachen nach S. 40. ber Ablos. D. v. 7. Juni 1821 und in Regulir. Ang. nach S. 1. des Gef. v. 29. Juni 1835 (vergl. S. 94. des Regulir. Gef. v. 8. April 1823) ift eine gleiche Daaßgabe, wie zu a. ermähnt, nicht ausgesprochen worden. Indeg finden auch bei Lehnen und Fideikommiffen gleiche Werhaltniffe ftatt, und wenn daher im S. 153. der Gem. Th. D. die Berwendung der Rapitalsabfindung bei Lehnund Sideikommiggarern zur Befriedigung ber erften Sppothekenglaubiger nachgelaffen ift, fo muß dabei bas gemeine Rechtsverhältniß vorausgefest werben, wonach die Theilnehmer an der Proprietat nur für konsentirte oder fonft gefeglich fie verpflichtende Sppothefschulden verhaftet find, durch beren Tilgung mittelft Bermendung der Rapitalsabfindung ihre Sicherheit wieder bergestellt wird, gemäß dem oben ju 2. erorterten Grundfage über Die Enta fcabigungen bei Auseinanderfegungen. 1)

¹⁾ Bergl, die übrigens antiquirten R. des Min. des J. v. 18. Aug. 1838

3) Die Frage:
ob die mit Renten, Abgaben ober ähnlichen fortdauernden Leistungen eingetragenen Gläubiger verlangen können und ob der Realverpflichtete (der die Kapitalkabsindung empfangende Guts-bester) befugt sei

das Absindungskapital zur Befriedigung der eben gedachten Realberechtigten, mittelft Kapitalistrung der ihnen zustehenden Renten, Abgaben und Leistungen und Abtragung dieses Kapitals zu ver-

wenden?

ift im Allgemeinen zu verneinen. Denn obgleich ber S. 8. bes Gef. v. 29. Juni 1835 die Gläubiger, welche mit Renten, Abgaben und abnlichen fortwährenden Leiftungen im Sphothekenbuche eingetragen fleben, den Sppothekengläubigern, welche Rapital zu fordern haben, in so weit gleichstellt, daß ihnen allen eine Bekanntmachung der ftattfindenden Kapitalsentschädis gung jugeben foll, und daß die Wiederherstellung ihrer geschmalerten Sicherheit auch durch Befriedigung der ersten Spothekengläubiger, in fofern beren Forderungen für sie, die Realberechtigten, verpflichtend find, erfolgen kann, fo beschränkt fich die Forderung der mit Renten zc. eingetragenen Blaubiger boch auf die fortbauernte Leiftung und Abtragung ber Renten, Abgaben ac. Sie tonnen nur die Wiederherstellung ber Sicherheit verlangen; die Bermandlung ter forilaufenden Renten, Abgaben und Leiftungen in ein Rapital und beffen Abtragung überschreitet indeß diese Granzen; ste ist eine Umschaffung der Obligation und involvirt eine Ablösung durch Rapital, auf welche besonders provocirt werden muß. Daher fann ber Bestimmung des Art. 70. der Dekl. v. 29. Mai 1816, des S. 107. der Ablds. D. v. 13. Juli 1829, des S. 8. des Gef. v. 29. Juni 1835, des S. 105. ber Ablof. D. v. 18. Juni 1840 und bes Ablof. Gef. v. 4. Juli 1840, "daß die Rapital-Abfindung gur Befriedigung der erften Sppothefgläubiger verwendet werden konne", - nicht der Sinn beigelegt werden, daß auch die Ablösung der mit Renten, Abgaben ober ähnlichen fortdauernden Leistungen eingetragenen Gläubiger und deren Abfindung mit Rapital einscitig von dem Glaubiger oder dem Schuldner verlangt oder aufgedrungen werden konne; vielmehr kann nur die Abstoßung der zuerft eingetragenen Rapitalspoften darunter verftanden werden.

Dahin gehen auch die Vorschriften des im §. 150. der Gem. Th. O. und im §. 39. der Ablös. O. v. 7. Juni 1821 in Bezug genommene §. 461. A. L. R. I. 20., res §. 97. der Ablös. O. v. 13. Juli 1829, des §. 94. der Ablös. O. v. 18. Juni 1840 und des §. 68. des Ablös. Ges. v. 4. Juli 1840. Alle diese Gesetztellen sprechen nur von der Abstohung der zuerst eingetragenen Kapitalsposten und verleihen den eingetragenen Gläubigern nur das Recht, ihre Kapitalien zu kündigen, wenn

nicht auf andere Weise ihre Sicherheit hergestellt wird.

Es versteht sich indes von selbst, daß hierdurch nicht für ausgeschlossen zu erachten, daß die mit Renten, Abgaben und Leistungen eingetragenen Realberechtigten im Wege der Vereinigung der Gläubiger und Schuldner auf Ablösung der Renten, Abgaben und Leistungen mit Kapital, in soweit solche für die übrigen Realberechtigten verpstichtend sind, befriedigt werden. Der Verwendung einer Kapitalsabsindung hierzu, steht unter solchen Umständen kein Hinderniß entgegen; denn die Ablösung der Renten, Abgaben und Lasten stellt die Sicherheit der sämmtlichen Real=

⁽v. R. Ann. Bb. 22. S. 614) und v. 30. Sept. 1841 (Min. Bl. d. i. B. 1841, S. 291).

berechtigten eben so wieder her, als solches durch Abstohung von Rapitalsforderungen geschieht, und entspricht der allgemeinen Bestimmung, daß der Schuldner die ihm ausgesetzte baare Vergütung zur Wiederherstellung der durch die Abtretung eines Pertinenzstücks, durch die Ablösung von Gerechtigkeiten geschmälerten Sicherheit der Realberechtigten auf ihr Verlangen verwenden kann.

B. Mit den zu A. gedachten Fragen über die Zulässigkeit der Mittel zur Wiederherstellung ter Sicherheit der Realberechtigten, hängt die weitere Frage zusammen:

ob dem Realberechtigten oder dem belasteten Gutsbesitzer die Befugniß zustehe, zwischen den zulässigen Verwendungsarten der Kapitalabsindung

zu wählen?

Aus den Worten des S. 461. A. L. R. I. 20., des S. 97. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829, des S. 94. der Ablös. D. v. 18. Juni 1840 und des S. 68. des Ablös. Ges. v. 4. Juli 1840, womit der S. 8. des Ges. v. 29. Juni 1835 wesentlich übereinstimmt:

"Diesen (ben Sphothekgläubigern) fteht alsbann (nach erfolgter Benachriche tigung von der Kapitalsabsindung) frei, zu verlangen, daß die Kapitalsabsindung zur Wiederherstellung ihrer geschmälerten Sicherheit ober zur Befriedigung der

ersten Spoothekgläubiger, verwendet werbe;"

Dies widerlegt sich jedoch aus dem auf die vorallegirten Gesetzstellen unmittelbar folgenden §. 462. A. L. 'R. I. 20., dem §. 98. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829, dem §. 95. der Ablös. D. v. 18. Juni und dem §. 69.

des Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840:

"kann ober will ber Schuldner weber eine noch bas andere bes werkstelligen, so find die Spothekengläubiger befugt, ihre Kapitalien noch vor der Berfallzeit anfzukundigen."

Es ergiebt sich hieraus, daß der Hypothekengläubiger nur verlangen kann, daß der Schuldner eins oder das andere der zulässigen Wittel zur Wiederherstellung seiner Sicherheit in Ausführung bringe, ohne daß dem ersteren die Bestimmung desselben zusteht. Der Schuldner kann vielmehr

eins oder das andere mablen.

Die Worte: "ben Sppothekengläubigern steht alsbann frei zu verlangen" fteben in Beziehung barauf, daß fle einer Abtretung von Pertinengftuden, einer Ablosung von Gerechtigkeiten gegen Rapitalsabsindung nicht widersprechen, sondern nur die Wiederherstellung ihrer Sicherheit verlangen können. Dies geht auch aus der ähnlichen Faffung der SS. 153., 154. der Gem. Th. D., der SS. 105., 6., 7. der Ablös. D. v. 43. Juli 1829, der SS. 103., 4., 5. der Ablof. D. v. 18. Juni 1840 und ber SS. 77., 78., 79. des Ablof. Gef. v. 4. Juli 1840 hervor, wonach der Lehn- und Bibeitommißfolger, Wiederkaufsberechtigte und andere Realberechtigte der Abtretung von Pertinenzstuden oder einer Ablösung durch Kapital nicht widersprechen, sondern nur verlangen konnen, daß ber Berpflichtete Die Rapitalabfindung in das Gut verwende, oder fonft ficher ftelle, und wonach endlich bas gezahlte Rapital auch zur Befriedigung ber erften Sppothetgläubiger verwendet werden fann. Alle diese Borschriften ftellen verschiedene Mittel zur Wiederherstellung der Sicherheit der Realberechtigten einschließlich ber Sphothekenglaubiger, auf. Bei dem Busammentreffen mehrerer Intereffenten muß aber die Bahl unter den zulässigen Mitteln bem Berpflichteten überlaffen bleiben, weil es ihm entgegengesetenfalls, wenn den einzelnen Berechtigten die Wahl dieses oder jenes Mittels zustände, unmöglich fein wurde, fle mit der einfach gezahlten Rapitalsabfindung, fammilich zufrieden, Die Sicherheit aller Realberechtigten wieder berzuftellen, welches ihm obliegt.

C. Aus den Bemerkungen zu A. und B. ergiebt fich, daß der Berwendung der Kapitalsabsindung

a) bie Boraussetzung und Bedingung ber Bieberherftellung ber Si-

derheit aller Realberechtigten zum Grunde liegt;

b) daß in Beziehung auf sammtliche Realberechtigte dem Verpflichteten gleiche Mittel zur Wiederherstellung ibrer Sicherheit gewährt sind;

c) daß die Wahl unter den zulässigen Mitteln dem Verpflichteten

offen fteht.

II. Wenn der Schuldner die Kapitals-Absindung weder zur Wiederherstellung der geschmälerten Sicherheit, noch zur Befriedigung der prioritätischen Hypothekenglandiger verwenden will, so sind die Hypothekengläubiger befugt, ihre Kapitalien noch vor der Verfallzeit aufzukündigen.

(Vergl. A. L. R. I. 20. S. 462., Gem. Th. D. S. 150., Ges. v. 29. Juni 1835, S. 1., Regulir. Ges. v. 8. April 1823, S. 94., Ablos. D. v. 7. Juni 1821, S. 39., Ablos. D. v. 13. Juli 1829, S. 98., Ablos. D. v. 18. Juni 1840, S. 95.,

Ablof. Gef. v. 4. Juli 1840, §. 69.)

In Betreff dieses Rechtes der Sphothekenglaubiger ift ferner zu be-

1) Sie muffen von bemfelben binnen feche Bochen nach ber

ihnen zugefommenen Anzeige Bebrauch machen.

(Bergl. A. L. R. I. 20. S. 463., Gem. Th. D. S. 150., Gef. v. 29. Juni 1835, S. 1., Regulir. Gef. v. 8. April 1823, S. 94., Ablof. D. v. 7. Juni 1821, S. 39., Ablof. D. v. 13. Juli 1839, S. 99., Ablof. D. v. 18. Juni 1840, S. 96., Ablof. Gef. v. 4. Juli 1840, S. 70.)

a) Diese Borschrift ift nicht babin zu verstehen, daß die Sphothekengläubiger binnen ber gedachten Brift bie Rundigung ihrer Rapitalforderungen vorzunehmen haben, wenn fle beren Sicherheit durch die Abtretung von Pertinenzien gegen Kapitalabsindung für geschmalert erachten; sondern ste bezieht sich auf bas Recht der Gläubiger, die Biederherftellung der Sicherheit zu fordern, und auf das Rundigungsrecht. (A. L. R. I. 20. SS. 461. u. 462.). Das Kundigungerecht vor ber Berfallzeit - ift den Sphothekenglaubigern indeß nur für den Vall gegeben, daß ibre Sicherheit nicht (auf die im S. 8. des Gef. v. 29. Juni 1835 zugelaffene Beise) wiederhergestellt wird; auch steht ihnen (wie oben sub I. ad B. erdriert) nicht das Recht zu, unter den zulässigen Mitteln zur Wiederherftellung ihrer Sicherheit durch Berwendung ber Rapitaleabfindung zu mahlen; se können baber nach empfangener Benachrichtigung bavon, daß eine Rapitalsabsindung stattsinde, weder über die Art der Berwendung derfelben bestimmen, noch sind sie in der Lage, zu beurtheilen, ob der Fall, in weldem ihnen eine Rundigung vor der Berfallzeit zusteht, eingetreten sei ober eintreten werde. Deshalb konnen fle fich nur babin erklaren,

daß fie von ihren betreffenden Rechien Gebrauch machen wollen, das thuen etwa zustehende unbedingte Kundigungsrecht ausüben, das bedingte aber für den Fall ausüben wollen, daß ihre Sicherheit nicht wiederhergestellt wird.

Hierdurch behalten sie sich das Recht vor, ihre Kapitalforderung vor der Verfallzeit zu kündigen; die Kündigung aber kann erst dann geschehen, wenn die Bedingungen eintreten, unter welchen ihnen das Recht dazu beisgelegt ist.

Bergl. bas R. ber Min. bes 3. u. ber 3. v. 10. Nov. 1837 1) ad

2. 11. 4. (v. R. Ann. Bb. 15. S. 749).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 606 ff.

b) Die ad a. gedachte Erklarung ift bei der Auseinandersepungs-Behorde abzugeben, welche die dabei betheiligten Intereffenten davon zu benachrichtigen hat.

Bergl. S. 10. der W. v. 30. Juni 1834, desgl. das oben alleg. R. v. 10. Mov. 1837 ad 2., 4. u. 9. und das R. des Min. des J. v. 19.

Nov. 1832. 1) (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 182—183.)

2) Wenn die Realberechtigten die vorgeschriebene Erklärung innerhalb der sechswöchentlichen Frist abgeben, so bleibt ihnen ihr hypothekarisches Recht auf das abgetretene Pertinenzstück resp. die abgelöste Leistung bis zum Austrage der Sache zwar vorbehalten; sie können sich jedoch nur wegen der von dem neuen Besitzer zu entrichtenden Geldsumme an denselben und das abgetretene Pertinenzstück, resp. die abgetretene Leistung halten.
(Bergl. A. L. R. I. 20. S. 464., Gem. Th. D. S, 151., Ges. v. 29. Inni

(Vergl. A. L. R. I. 20. S. 464., Gem. Th. D. S, 151., Ges. v. 29. Juni 1835, S. 1., Regulir. Ges. v. 8. April 1823, S. 94., Ablös. D. v. 7. Juni 1821, S. 39., Ablös. D. v. 13. Juli 1829, S. 100., Ablös. D. v. 18. Juni 1840, S. 97.,

Ablof. Ges. v. 4. Juli 1840, §. 71.)

3) Verabsaumen sie dagegen die gesetzliche Frist, so erlöschen ihre Hppothekenrechte auf das abgetretene Pertinenzstück, resp. die abgelöste Leisstung, und ihre Rechte auf die Kapitalabfindung und deren Verwendung.

(Bergl. A. L. R. I. 20. S. 465., Gem. Th. D. S. 150., Gef. v. 29. Juni 1835, S. 1., Regulir. Gef. v. 8. April 1823, S. 94., Ablds. D. v. 7. Juni 1821, S. 39., Ablds. D. v. 13. Juli 1829, S. 101., Ablds. D. v. 18. Juni 1840, S. 98.,

Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840, S. 72.)

a) Aus den Worten des S. 465. A. L. W. L. 20. und den mit ihm gleichlautenden oben allegirten Gesetztellen:

"Berabsaumen fie (bie Sphothekenglaubiger) aber bie gesetliche Frift, so er-

lbscht ihr Sypothekenrecht auf bas abgetretene Pertinengfück;"

ift gefolgert worden:

daß bet Berabsaumung der gesetlichen Frist zwar das Sphoihekenrecht der Gläubiger auf die veräußerten Pertinenzstücke selbst, nicht aber auf das in deren Stelle tretende Absindungskapital verloren gehe, daß dieses vielmehr auch von den Hypothekgläubigern, welche sich nicht gemeldet haben, zur Wiederherstellung ihrer Sicherheit, event. zu ihrer Befriedigung, in Anspruch genommen werden könne und verwendet werden musse.

Diese Ansicht ift nicht begründet.

Die den Hypothekengläubigern hinsichtlich der Kapitalabsindungen einsgeräumten Rechte beruhen in ihrem Pfandrechte auf dem abgetretenen Perstinenzstück und sind darin begriffen. Sie sind zur Aufrechthaltung des Hypothekenrechts, zur Konservation der bestellten Sicherheit des Gläubigers, jedoch unter der ausidsenden Bedingung gegeben, daß das Hypothekenrecht auf das Pfandstück (auf das veräußerte Pertinenzstück) verloren geht, wenn iene Rechte nicht binnen der gesetzlichen Frist ausgeübt werden. — Die Kaspitalsabsindung tritt in alle Rechtsverhältnisse des Pfandstücks ein. Wit dem Verluste des Pfandstücks, auf die Kapitalsabsindung und resp. deren Berswendung verloren.

Die entgegengesetzte Meinung läßt die erwähnte auflösende Bedingung, woran die Erhaltung des Pfandrechts gesetzlich geknüpft ist, unberücksichtigt. Auch ergiebt sich aus den Vorverhandlungen zu dem G. v. 29. Juni 1835, daß rücksichtlich derjenigen Hypothekengläubiger, welche auf die erfolgte Bekanntmachung innerhalb der bestimmten Frist von den ihnen zustehenden

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 682.

472 Bon b. Ablos. ber Reallasten, ben Regulirungen n. Gem. Theilungen.

Rechten zur Wiederherstellung ihrer Sicherheit nicht Gebrauch gemacht has ben, dem Hppothekenschuldner die unbeschränkte Disposition über die Kapitalsabsindung zustehen soll.

(Bergl. Acta bes Staatsraths, Sektion für das Innere. Rr. 64. zu Rr. 50. Bl. 7. S. 19., Bl. 177. zu S. 19., und R. des Min. des J. u. d. J. v. 10. Rov. 1831 1) unter Rr. 2., 7. (v. R. Ann. Bd. 15. S. 749.)

b) Von diesen Rechten der Hypothekglaubiger ift das Recht der verhafteten Butsbesitzet (ber Rapitalsempfanger) und resp. ihre Obliegenbeit ju unterscheiden, die Rapitalabsindung jur Wiederherstellung der Sicherheit aller Realberechtigten, resp. durch Abstofung ber ersteingetragenen Rapitalsforderungen, insoweit folche für bie Realberechtigten verpflichtend find, zu verwenden. Die Sphothekenglaubiger, welche sich mit ihren Ansprüchen auf Wiederherstellung ihrer Sicherheit nicht gemeldet haben, konnen zwar, wenn sie die ersteingetragenen Glaubiger find, nicht verlangen, das die Rapitalabfindung zu ihrer Befriedigung verwendet, daß ihnen folche bei ber Berwendung der Entschädigung angeboten werde; sie find aber, dem Rechte des Gutsbesthers gemäß, verpflichtet, die Rapitalabfindung auf ihre Rapitalforderungen gur Wiederherstellung ber Sicherheit ter übrigen Realberechtigten anzunehmen. Dem Gutebesitzer, und ben Auseinandersetzungs-Beborden hinsichtlich der nicht zuzuziehenden Intereffenten, liegt ob und fteht frei, die Maagregeln zur vorschriftsmäßigen Berwendung ber Rapitalsabsindung zur Sicherstellung der übrigen Realberechtigten zu treffen (S. 10. der B. v. 30. Juni 1834). Bu tiefem Behufe tann es erforderlich werden, die Rapitalabsindung zur Befriedigung der ersteingetragenen Sppothekglaubiger, wenn sie sich auch zur Wiederherstellung ihrer Sicherheit nicht gemeldet haben, zu verwenden. Dergleichen Falle treten insbesondere bei verschuldeten Lehn - und Fideifommiß - Gutern ein, wenn Sphothetenglaubiger, beren konsentirte Vorderungen für die Realberechtigten verpflichtend find, sich mit Ansprüchen auf Wiederherstellung ihrer Sicherheit nicht gemeldet haben, mogegen andere nicht konfentirte Glaubiger, in Rudfict auf ihre geringere Sicherheit, bergleichen Anspruche erhoben. tann, wenn fich teine anderen Mittel gur Wiederherftellung ber Sicherheit der Realberechtigten und Gläubiger darbieten oder erwählt werden, auf die Abstogung der ersteingetragenen fonfentirten Rapitalforderungen, obgleich die Gläubiger sich nicht gemeldet haben, eingegangen werden, weil nur baburch die Realberechtigten in ihrer Sicherheit wieder hergestellt werden. Die gedachten Sppothekengläubiger konnen sich ber Annahme des Rapitals nicht weigern, die übrigen Gläubiger und Realberechtigten diefer Berwendung nicht widersprechen.

Bergl. das R. bes Min. des J. v. 26. Febr. 1838. 2) (v. R. Ann.

35. 22. **6.** 84.)

II.

Die Lehns= und Fibeikommißfolger, besgleichen die Wieberkaufs= Berechtigten betreffend.

Diese entfernteren Interessenten sind zwar, wie oben (in Kap. I. ad B. S. 449 ff) des Näheren erörtert worden, von der Auseinandersetzung, Behufs ihrer Zuziehung zur Vorlegung des Absindungs- oder Theilungs-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 606 ff. 2) Bergl. in Bb. I. S. 682 ff.

planes, zu benachrichtigen, jedoch nicht sammtlich zuzuziehen, im Gegensate zu den Sphothekengläubigern und den diesen gleichgestellten Realberechtigten (§. 8. Alin. 1. des Ges. v. 26. Juni 1835), welche nach den sud I. dieses Stücks (s. oben S. 465 ff.) erörterten Bestimmungen von der Kapitalsabsindung benachrichtiget werden sollen.

Der § 8. (Alin. 3.) des Gef. v. 29. Juni 1835 bestimmt vielmehr

ausbrudlich,

daß es bei Rapitalabsindungen keiner besonderen Bekanntmachung an die Lehnes ober Fideikommißfolger und Wiederkaufsberechtigten bedarf.

Uebrigens aber sind ihnen dieselben Rechte zu ihrer Sicherstellung beigelegt, wie den eigentlichen Realberechtigten. Sie können zwar der Abstretung von Pertinenzstücken oder Ablösung von Renten und Leistungen gegen Kapital, insofern solche an sich gesetzlich zulässig ist, nicht widersprechen; wohl aber können sie verlangen, daß das Kapital wieder zu Lehn oder Fideikommiß in das Sut durch Ankauf von Pertinenzstücken oder zu bleibenden Verbesserungen angelegt, oder sonst sicher gestellt, oder durch Bestriedigung eingetragener Gläubiger zu ihrem Nuten verwendet werde.

(Vergl. Art. 70. der Dess. v. 29 Mai 1816, S. 153. 154. der Gem. Th. D.

(Bergl. Art. 70. der Dekl. v. 29 Mai 1816, S. 153. 154. der Gem. Th. D. S. 1. des G. v. 29. Juni 1835, S. 40. der Abl. D. v. 7. Juni 1821, S. 94. des Regul. Gef. v. 8. April-1823, SS. 105 — 107. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829, SS. 103—105. der Ablös. D. v. 18. Juni 1840, SS. 77—79. des Ablös. Gef. v.

4. Juli 1840.)

Viertes Stück.

Von der Verpflichtung zur vorschriftsmäßigen Verwendung der Abfindungs-Rapitalien und von den hierauf bezüglichen Verbindlichkeiten der Auseinandersetzungs-Behörden.

- I. Das Rechtsverhältniß bes zum Empfange ber Kapitalsabfinbung Berechtigten betreffend.
- [B. v. 20. Juni 1817. § 4., 16., 45 ff., Ausführ.-Ges. v. 7. Juni 1821. §. 8., V. v. 30. Juni 1834. §. 10.]
- 1) Aus dem in den bereits oben erörterten gesetzlichen Vorschristen der Gem.=Th.=O. v. 7. Juni 1821. §§. 147 149. (vergl. §. 1. des S. v. 29. Juni 1835) 1) aufgestellten Prinzip, wonach die Kapitalsabsindung den Mealberechtigten verhaftet bleibt, und diese berechtigt sind, deren Verwensdung zu verlangen, ergiebt sich, daß der die Kapitalsabsindung empfangende Gutsbesitzer verpslichtet ist, solche im Interesse der Realberechtigten und sonstigen entfernteren Theilnehmer auf eine der, nach §. 150. der Gem.=Th.=O. zulässigen Arten zu verwenden.

2) In Betreff der Frage: inwiefern diese Verwendung durch die Auseinandersetzungs-Behörden zu kontrolliren ift, und hinsichts des in dieser Beziehung zu beobachtenden Verfahrens, vergl.:

a) das R. des Min. des 3. und der 3. v. 10. November 1831 2). (v. R. Ann. Bb. 15. S. 749);

2) Bergl. in Bb. I. S. 606 ff.

¹⁾ Bergl. Ablös. D. v. 7. Juni 1821, §. 38. Ablös. D. v. 13. Juli 1829. §§. 91—93., Ablös. D. v. 18. Juni 1840. §§. 88—90., Ablös. Gef. v. 4. Juli 1840. §§. 62—64., Gef. v. 22. Dec. 1839. §. 20.

474 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

b) bas R. des Min. des J. v. 7. Marz 1837 1) (v. A. Ann. 3b. 21. S. 74);

c) das C. R. der Min. des J. und der J. v. 31. Oftbr. 1837 2)

(a. a. D. 6. 943);

d) das R. des Min. des J. und der P. v. 30. Septbr. 1839 *)
(a. a. D. Bb. 23. S. 613);

e) bas R. des Min. des J. v. 29. Sept. 1847 *) (Roch's Agrarges.

4. Aufl. S. 383);

f) das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 31. Juli 1852 *)

(Min. Bl. b. i. B. 1852. S. 171. Nr. 170.).

Es ist hierbei indeß darauf hinzuweisen, daß der S. 110. des Ablos.Ges. v. 2. März 1850, indem er die besondere Bekanntmachung der Kapitalabfindung an die eingetragenen Gläubiger und an die sonstizgen Realberechtigten in den a. a. D. sub a. b. c. und d. ausgeführten

Vallen aufgehoben, zugleich vorgeschrieben hat:

a) daß insoweit die Rapitalabsindungen zu den Einrichtung & fosten erforderlich sind, oder anderweitig in die Substanz des berechtigeten Guts, oder zur Abstoßung prioritätisch eingetragener Kapisalposten verwendet werden, allein die Auseinandersetzung sehörde nach ihrem Ermessen zu prüsen habe, ob und wie weit die Berwendung iu einer für die Gläubiger und Realberechtigten des berechetigten Guts sicherstellenden Weise erfolgt ist;

b) daß in den sub c. d. und e. a. a. D. gedachten Fällen die Werwendung in das Lehn, Fideikommiß zc. gar nicht zu kontrolliren sei.

II. Das Rechtsverhältniß des zur Kapitalszahlung Verpflichteten betreffend.

[Gem.-Ah.-D. §§. 151 — 155., Ges. v. 29. Juni 1835. §§. 1. und 2., Ablds.-D. v. 7. Juni 1821. §§. 39. und 40, Ablds.-D. v. 13. Juli 1829. §§. 102., 108., Ablds.-D. v. 18. Juni 1840. §§. 99. u. 108. Abl.-Ges. v. 4. Juli 1840. §§. 73. u. 80., Regul.-G. v. 28. April 1823. §. 94.]

1) Der zur Kapitalzahlung Verpflichtete haftet sowohl ben Hypothekengläubigern, als ben sonstigen Realberechtigten für die vorschriftsmäßige Verwendung der Kapitalsabsindung.

Dieser bereits in Art. 70, der Dekl. v. 29. Mai 1816 (f. oben S.

457) ausgesprochene Grundsat ift:

a) hinsichtlich der Sphothekengläubiger im S. 151. der Gem.-Th.-D., unter Bezugnahme auf den S. 464. A. L. R. I. 20, ausgedrückt, und nach S. 1. des G. v. 29. Juni 1835 gilt diese Bestimmung für alle Arten der Auseinandersetzungen);

b) hinsichtlich der sonstigen Realberechtigten ergiebt sich diese Berpstichtung aus dem S. 155., mit Hinweisung auf die SS. 153. u. 154. der Gem.-Th.-D., in Verbindung mit S. 1. des G. v. 29. Juni 1835?).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 635 ff.

²⁾ Ebenbas. S. 636 ff.

³⁾ Cbendas. S. 638 ff. 4) Cbendas. S. 639 ff.

⁵⁾ Cbendas. S. 640 ff.

⁶⁾ Bergl. auch §. 94. des Regul. Gef. für Posten z. v. 8. April 1823, §. 39. der Abl. D. v. 7. Juni 1821, §§. 100., 102. der Abl. D. v. 13. Juli 1829, §§. 97., 99. der Abl. D. v. 18. Juni 1840 und §§. 71. 73. des Ablds. Gef. v. 4. Juli 1840.

⁷⁾ Bergl. auch S. 94. des Regul. Ges. v. 8. April 1823, g. 40. der Adl.s. D. v. 7. Juni 1821. — Aehnliches ift in dem S. 108. der Ables. D. v. 13. Juli

Die Hpothekengläubiger des berechtigten Gutes betreffend, hinssichts welcher nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Bekanntmachung der Kapitalsabsindung vorgeschrieben ist, so können sich diese in denjenigen Fälsten, wo die Bekanntmachung verabsäumt worden, wegen des bei der Subshastation des berechtigten Gutes und im Konkurse ihres Schuldners erlitetenen Ausfalls an die bäuerlichen Bester, welche die von ihnen dem Gute zu leistenden Dienste und Abgaben in baarem Gelde abgelöst haben, auf Hohe der gezahlten Ablösungs-Kapitalien halten, insofern letztere weder zur Wiederherstellung der durch Ablösung geschmälerten Sicherheit der Gläusbiger, noch zur Abstosung der zuerst eingetragenen Kapitalsposten verswandt sind.

So erkannt von dem Ob. = Trib. unterm 16. Jebr. 1835, auf Grund des J. 39. des Abl.=Gef. v. 7. Juni 1821 und der SS. 460—465. A. L.

R. I. 20. (Entscheib. Bb. 2. S. 268 ff.)

2) Dagegen ift der zur Kapitalzahlung Verpflichtete weder den Spepothekengläubigern, noch den sonstigen Realberechtigten verhaftet:

a) in Betreff ber Bermenbung ber Gelbentschädigung für Bofwehr,

Berbefferungsarbeiten und ben Dungungs zuftanb.

Dies bestimmten bereits der S. 152. der Gem.-Th.-D. und der S. 2. des Ges. v. 29. Juni 1835. Diese Borschriften sind durch den S. 110. des Ablds.-Ges. v. 2. März 1850 beseitiget; der letztere verordnet aber ausdrücklich:

baß es in den gebachten Fällen nicht einmal einer Bekanntmachung an die eins getragenen Gläubiger und an die sonstigen Realberechtigten bedürfen foll, und

daß ber Berechtigte bergleichen Absindungsgelber, wenn er zugleich im Sphothekenbuche eingetragener, Besitzer ift, zur freien Disposition erhält, und daß insbesondere auch beren Berwendung in das Lehn, Fideikoms miß!) 1c. nicht zu kontrolliren sei.

b) Ganz daffelbe gilt nach f. 110. des Ablds.=G. v. 2. Marz 1850: aa) in Betreff derjenigen Kapitalsabsindungen, welche nur 20 Ahlr. ober weniger betragen;

bb) in Betreff berjenigen Rapitalsabfindungen, welche nach dem Ren-

tenbant-Bef. an ben Berechtigten:

a) von den Verpflichteten für Renten ober Renten - Antheile unter einem Silbergroschen,

1) Das in S. 110. a. a. D. auch enthaltene Wort: "Erbzinsgut" burfte auf einer Antinomie beruhen, ba ber S. 2. Nr. 2. a. a. D. bas Oberseigenthum bes Erbzinsherrn am Erbzinsgute für aufgehoben erklärt und bem Erbzinsmann bas volle Eigenthum am Erbzinsgute beigelegt hat.

^{1829,} in dem §. 106. der Ablos.D. v. 18. Juni 1840 und in dem §. 80. des Abl. Ges. v. 4. Juli 1840, unter Berweisung auf die §§. 105, 106., 103., 104. §§. 77. 78. dieser Gesetze verordnet. Zwar ist in den lettern Gesetstellen nur von der Berwendung des Kapitals in das Gut oder von sonstiger Sichers kellung, nicht von der Verwendung zur Abstoßung eingetragener Kapitalsposten, wovon die nicht in Bezug genommenen §§. 107., 105., 79. der drei angeführten Gesetze handeln, die Rede; — da indes diese Berwendungsart unter die sonstige Sicherstellung des Kapitals subsumirt werden kann, da sie in dem §. 153. der Gem. Th.D. und in den übrigen oben alleg. Gesetzen unter den Berwendungsarten ausgesührt worden ist, für welche der zur Kapitalszahlung Verpssichtete verhaftet ist, und da endlich eine gleiche Verhaftung desselben den Hopothesengläubigern gesgenüber vorgeschrieden ist, so kann nicht in Zweisel gezogen werden, daß der zur Kapitalzahlung Verpssichtete auch für die Verwendung derselben zur Abstoßung eingetragener Kapitalsposten, soweit solche überhaupt zulässig, nach den Ablos. D. v. 1829 und 1840 verhaftet ist.

476 Bon d. Ablds. der Reallasten, den Regultrungen u. Gem. Theilungen.

β) von der Rentenbank für die über den Nennwerth der ausgehandigten Rentenbriefe überschießenden Beträge (Kapitalsspißen) gezahlt werden muffen.

3) Der zur Kapitalszahlung Berpflichtete kann sich übrigens von jeder Vertretungsverbindlichkeit durch die gerichtliche Riederle-

gung des Abfindungstapitals frei machen.

(Bergl. Art. 70. der Defl. v. 29. Mai 1816, s. oben S. 457, §§. 151. u. 155. der Gem. Th. D., §. 1. des Ges. v. 29. Juni 1835, §§. 39. und 40. der Ablös. D. v. 7. Juni 1821, §. 94. des Regulir. Ges. v. 8. April 1823, §§. 102. und 108. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829, §§. 99. und 108. der Ablös. D. v. 18. Juni 1840, §§. 73. und 80. des Abl. G. v. 4. Juli 1840.)

a) In den oben allegirten gesetzlichen Bestimmungen ist nur von der Erledigung der Obliegenheiten der zur Kapitalsabsindung Verpflichteten den Sppothekengläubigern und Realberechtigten gegenüber, vor der Befreiung ihrer Vertretungsverbindlichkeit gegen diese durch Deposition des Kapitals, die Rede.

In den Fällen also, wo eine Verhaftung der zur Kapitalsabsindung Verpflichteten überhaupt nicht stattsindet (s. oben sub 2) kann auch von einer Erledigung derselben durch Deposition nicht die Rede sein und in solchen Fällen steht daher den Verpflichteten eine Besugniß zur Deposition

aus biefem Grunde nicht zu.

b) Dagegen versteht es sich von selbst, daß dem Zahlungspflichtigen gegenüber dem zur Kapitalabsindung Berechtigten die Besugniß zusteht, sich bei eintretenden Hindernissen von seiner Zahlungsverbindlichkeit durch Deposition des Kapitals, insofern ihm solche nach den allgemeinen Gesen (A. L. R. I. 18. SS. 213.) zusteht, zu befreien.

c) Die Depositions - Befugniß steht dem zur Kapitalsabsindung Berpflichteten nur bei eintretenden hindernissen der Zahlung oder Verwendung des Kapitals zu; insbesondere nicht vor der Ver-

fallzeit beffelben.

Dies folgt aus den allgemeinen Gesetzen über die Zulässisseit der Deposition einer schuldigen Summe, welche durch die oben allegirten besondern Vorschriften der agrarischen Gesetze hierin keinesweges abgeändert sind. Dies besagen auch der S. 39. der Abl.=D. v. 7. Juni 1821, die SS. 102., 108. der Abl.=D. v. 13. Juli 1829, SS. 99., 106. der Abl.=D. v. 18. Juni 1840 und SS. 73., 80. des Ablos.-Ges. v. 4. Juli 1840 ausdrücklich, indem sie bestimmen, "daß bei entstehenden Hindernissen serbsindlichteite (Schuldner) seinerseits sich durch gerichtliche Vliederslegung des Ablosungskapitals von aller Verhaftung, von der Vertretungs-verbindlichkeit befreien kann," und wenn gleich diese Bedingung der Depossition in dem Art. 70. der Dekl. v. 29. Mai 1816 und in den SS. 151., 155. der Gem:=Th.=D. nicht speziell ausgesprochen worden ist, so muß ste doch als ein allgemein gesetzliches Erfordernis der gerichtlichen Niederlegung der schuldigen Summe vorausgesetzt werden.

III. Ueber die Kompetenz der Auseinandersetungs-Behörden resp. der Gerichte in Bezug auf die Entscheidung von Streitigkeiten über die Absindungen, insbesondere bezüglich der gerichtlichen Deposition und Verwendung der gerichtlich niedergelegten Absindungskapitalien, vergl. S. 10. der V. v. 30. Juni 1834 und die Erläuterun-

gen bazu.

Dritter Titel.

Von der Verwendung der Abfindungen zu neuen Einrichtungen.

[Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811. §§. 24., 55., 56., Dekl. v. 29. Mai 1816. Art. 51—59., W. v. 9. Mai 1818, Ablds. D. v. 7. Juni 1821. §. 23., Ablds. D. v. 13. Juli 1829. §§. 110—112., K. D. v. 13. Mai 1829 u. 2. Juli 1831, Ges. v. 29. Juni 1835. §§. 4—7.]

Erstes Stück.

llebersicht der betreffenden Gesetzgebung.

1) Bei Emanation des Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811 ergab sich das Bedürfniß, im Interesse der Sutsherrschaften solche gesetzliche Anord-nungen zu tressen, wodurch Letztere in den Stand gesetzt wurden, sich den zur Nutbarmachung der Absindungen erforderlichen Kredit zu eröffnen.

Deshalb ertheilte bas erwähnte Ed. in den SS. 24., 55. und 56.

folgende Bestimmungen:

S. 24. Sind auch tie berechtigten Guter verschuldet; so sollen beren Eigensthümer doch befugt sein, von dem Lande, welches sie zur Entschädigung erhalten, so viel zu verkaufen, daß von dem Raufgelde der eben erwähnte Borschuß ersett, oder da, wo solcher nicht gemacht ist, jener Auswand damit bestritten werden kann, ohne daß den Gläubigern ein Widerspruch dagegen zustehen soll.

Erhalten die Gutsherren die Hofwehr nach der Taxe vergütet, ober bekommen fie einen Theil ihrer Entschäbigung in Kapital (§. 12.), so konnen fie beide Obs

jette, so weit es erforberlich ift, ebenfalls zu jenem Behufe verwenden.

S. 55. Im S. 24. ist verordnet worden, daß die Besitzer verschuldeter Gater berechtigt sein sollen, einen Theil der einzuziehenden Grundstücke zu verkaufen, um den Auswand, den der Ersat der Dienste fordert, damit zu bestreiten.

Bir wollen biefe Berfügung hiermit auf die in diesem Abschnitt berührten Guter ohne Ausnahme ausbehnen, und die Befiger berechtigen, Behufs ber beffern

Benutung biefer Grunbftude:

a) neue Vorwerke ober baurische Etabliffements barauf anzulegen;

b) die Kapitale bazu entweder burch Berkauf eines Theils dieser Grundflucke,

ober burch Anlehn barauf anzuschaffen;

c) die letteren in diese Borwerke und Etablissements bergestalt hypothekarisch versichern zu lassen, daß sie die erste Sppothek erhalten, und nur der übersschießende Werth auf die Schulden des Hauptgutes gerechnet wird, und sur solche mit haftet.

Die Berlegenheit, worin viele Gutsbesitzer gerathen können, wenn sie keine Gelegenheit haben, jene eingezogenen Ländereien angemessen zu verkaufen, oder zu

verpachten, macht bie eben erwähnte Befugniß nothwenbig.

S. 56. Um aber außerbem noch die Kultur der verschuldeten Güter, die bei dem Mangel an Kredit bei diesen Ausgleichungen leiden konnte, zu sichern, und den Werth derselben, zum Besten der Schuldner und Gläubiger zu erhalten und zu erhöhen; so soll serner nachgegeben werden, daß auch zu nöthigen Bauten und anderen Wirthschafts "Nothdürften ein Theil jener Laufgelder verwendet werden dürse, wenn durch das Zeugniß zweier Kreis "Verordneten nachgewiesen wird, daß die Verwendung wirklich nöthig sei. In diesem Falle ist auch dei Lehsnen, Fideisommissen und Majoraten der Konsens der Agnaten und Interessenten nicht erforderlich.

Diese Grundsätze des Regulir. Ed. sind in der nachfolgenden Gesetzgebung über den Gegenstand aufrecht erhalten, zum Besten der Gutsbester erweitert und im Interesse der Realberechtigten näher bestimmt worden.

a) Die Dekl. v. 29. Mai 1816 verordnet in den Art. 51-59.:

Bum S. 24. bes Cb. v. 14. Sept. 1811.

- Art. 51. Mit diesem S. 24. sind die SS. 55. und 56. des Eb. zu verseinigen, indem diese Berfügungen allgemein sind und also auch für die Auseinsandersetzungen wegen der erblichen Sofe gelten. Was in diesen Gesetzten dem Gutsbesitzer in Rücksicht ter Absindung in Land nachgelassen worden; sindet auch in Absicht der Absindung durch Rente, sie sei Korn oder Geld, und durch Rapistal, stat.
- Art. 52. Es bedarf wegen solcher Dispositionen, weder der Zuziehung und bes Konsenses der Spposhekgläubiger, noch bei Lehnen oder Floeikommissen der Anwarter. Um sedoch Verkürzungen dieser Interessenten abzuwenden, wird Folgendes festgeset:
- Art. 53. Der Gutsbesitzer fann von jenen Entschädigungen nur so viel verstaufen, ober prioritätisch verpfanden und resp. verwenden, als zu der im Gefolge ber Regulirung erforderlichen neuen Einrichtung nothwendig ift.
- Art. 54. Er legt zu bem Ende der zur Regulirung angeordneten Kommission den Anschlag der erforderlichen Kosten, in welchem Materialien und Dienste, die aus dem Gute genommen werden können, nicht in Berechnung kommen, vor. Diese untersucht ihn und reicht ihn mit ihrem Gutachten ber Gen. : Kom. ein, welche den Betrag festsett.

Art. 55. Der Gutsbefiger muß ber Gen. Rom. die Berwendung jenes Bestrages nachweisen, und diese ertheilt ihm, nach geführtem Beweise, oder nach besfundener Richtigkeit der Angabe, bei angestellter Revision ein Attest über die Berwendung.

Art. 56. Die das Sphothekenbuch führende Behörde trägt auf das zu Art. 55. gedachte Atteft oder Festsehungsverfügung dis zum Betrage der badurch als nothwendig bewahrheiteten Summe die Sphothekverschreibung oder Beräusesrung mit der Bemerkung ein:

"daß die Verwendung des Anlehns ober des Kaufgeldes noch nachgewiesen

"werden muffe," und die Erledigung dieser Bemerkung wird auf das zu Art. 55. gedachte Atteft in das Spoothekenbuch eingetragen.

Art. 57. So lange der im Art. 56. gedachte Borbehalt nicht geloscht ift, haben die Darleiher nur ein bedingtes Borzugsrecht vor den bereits eingetragenen altern Gläubigern. Berzögert sich der Nachweis der ordnungsmäßigen Berwensdung über eine Frist von zwei Monaten nach der Aussührung der Auseinanderssehung; so sind die altern Gläubiger auf richterliche Bestimmung der Frist, innershalb welcher derselbe beigebracht werden muß, anzutragen besugt. Bei dieser Bestimmung müssen die in der Sache liegenden hindernisse der gesesmäßigen Berwendung und die obwaltenden Anstände der Beweissührung billig erwogen werden. Wird der Nachweis in der von dem Nichter bestimmten Frist nicht beisgebracht; so erlischt das dem Darleiher eingeräumte Borzugsrecht und dasselbe muß auf den Antrag der älteren Gläubiger im Spoothefenbuche geloscht werden.

Art. 58. Auf gleiche Beise bleibt ber Käufer ber veräußerten Grundstücke ben eingetragenen Gläubigern wegen ber Kaufgelber verhaftet, bergestalt, baß berselbe sich, wenn die vorschriftsmäßige Berwendung berselben in der vom Richter bestimmten Frist, nicht nachgewiesen wird, gegen die Ausprüche berselben weiters hin mit dem Nachweise der Zahlung und gesehmäßigen Berwendung nicht schüßen kann.

- Art. 59. Bei Lehnen und Fibeikommissen sind die Agnaten und Anwarter nach dem Anfall des Lehns oder Fibeikommisses in den nach Art. 57. zu bestims menden Fristen den Nachweis der gesehmäßigen Verwendung zu fordern befugt. Die Versäumung derselben hat für den Gläubiger den Verlust des Spyothekens rechts, für den Käuser aber die Verpstichtung zur nochmaligen Jahlung des bestressenden Theils der wiederum zum Lehn oder Fideikommiß anzulegenden Kaussgelder zur Folge.
- b) Die ad a. gedachten Bestimmungen zur Sicherheit des Glaubigers und Käufers erschwerten nicht allein die Abschließung von Veräußerungsund Verpfändungsverträgen, sondern auch die wirkliche Verwendung der dadurch beschafften Gelder. Deshalb wurde durch die B. v. 9. Mai

1818 ¹) (G. S. 1818. S. 43) hinfichtlich ber Lehn= und Kibeikom= mißgüter die Sicherheit des eingetragenen Gläubigers oder Käusers von dem Nachweise der wirklichen Berwendung des Geldes völlig unabhängig gemacht und die unbedingte Eintragung der Veräußerung und Verpfän= dung auf den Grund des Festsezungsattestes der Behörde, vorgeschrieben, der Auseinandersezungs = Behörde aber das Recht und die Pflicht über= tragen, den Gutsbesißer zur Verwendung der beschafften Gelder anzuhalten und ihm nach geführtem Beweise darüber, ein Attest zu ertheilen. Die Lehns = und Videikommißsolger sollen berechtigt sein, sich die Beobachtung dieser Obliegenheit nachweisen zu lassen. Die Bestimmungen der Art. 56—59. der Dekl. v. 29. Mai 1816 wurden, in sosern darin von Lehn= und Videikommißgütern die Rede ist, außer Kraft gesett.

c) Durch den S. 23. der Abl. D. v. 7. Juni 1821 für die öftlichen Provinzen, wurden die durch das Ed. v. 14. Sept. 1811. SS. 24., 55., 56., die Defl. v. 29. Mai 1816. Art. 51 — 59. und die A. v. 9. Mai 1818 den Dienstherrschaften bei Regulir. gutsherrlich stäuerl. Verhältnisse ertheilten Besugnisse und Obliegenheiten auf die Dienstherren bei Ab-

losungen nach bieser Ordn. ausgedehnt.

d) In den SS. 87. ff. des Regul. Gef. v. 8. April 1823 für das Großherzogthum Posen und einige Westpreuß. Landestheile sind die Befugnisse
des Gutsherrn in Beziehung auf die Einrichtungskosten näher bestimmt worden.

Er darf Behufs der Bergrößerung des Guts-Inventariums, der nothigen Bauten und des sonst erforderlichen Kostenauswandes zum Ersate der Dienste, oder zur besseren Benutzung der ihm bei der Regulirung und Gemeinheitstheilung zusallenden Ländereien oder zur Bestreitung der Kosten des Abbaues und der Verlegung der bäuerlichen Wirthe, die bei der Auseinandersetzung mit den Letzteren an ihn zurücksallenden Grundstücke oder Renten ganz oder zum Theil verkaufen oder mit dem Vorzugserechte vor den schon eingetragenen Gläubigern verpfänden, oder die von den bäuerlichen Wirthen an ihn zu leistenden Kapitalszahlungen zu jenem Behuf verwenden. In Beziehung auf die Realberechtigten gelten die Bestimmungen zu a. mit der Abänderung zu b. ohne Beschränkung der Letzteren auf Lehn- und Fideisommißgüter.

Mit Einführung der Ablos. D. v. 7. Juni 1821, zufolge des S. 107. des Ges. v. 8. April 1823 sind die Vorschriften zu c. auch in den ob-

gedachten Landestheilen geltend geworben.

e) Auf das Landgebiet der Stadt Danzig sind nach §§. 8. u. 9. des zweiten Ges. v. 8. April 1823 (G. S. 1823. S. 73) sowohl bei Regulitrung gutsberrlich-bäuerlicher Verhältnisse, als bei Ablösungen, die gedachten Vorschriften ausgedehnt worden.

f) In den SS. 110. ff. der Ablös. D. v. 13. Juli 1829 für die ehemals Königl. Westphäl., Großherzogl. Bergischen und Franz. Hanseatischen, und Lippe-Depart., einschließlich der ehemals Hannöverschen Landestheile und des Fürstenthums Siegen, sind die Befugnisse der zu Realabgaben und Leistungen Berechtigten in Verwendung der Absindungen zu neuen Einrichtungen ganz allgemein ausgedrückt worden.

Wenn für den Berechtigten bei der Ablösung nach dem Urstheile der Auseinandersetzungs Behörde ein Kapitalbedarf entsteht, so ist er besugt, die Absindungen in Land, Rente oder Kapital, auf Höhe des zuvor von der Auseinandersetzungs-Behörde sestgesetzten Bestarfs, abgesondert von dem Gute, dem die Leistungen gebühren, zu ver-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 671 ff.

äußern, oder mit dem Vorzugsrechte vor den schon eingetragenen Gläubigern zu verpfänden. Die Eintragung ins Hppothekenbuch erfolgt auf den Grund des Festsehungsattestes, ohne Unterschied der Qualität der Güter. Der Gutsbesitzer ist zur Verwendung der Kapitalien zu dem angegebenen Zwecke verpflichtet, unter Aufsicht der Auseinandersehungs-Behörde, welche alle dazu nach ihrem Urtheile nothigen Maaßregeln einzuschlagen hat.

- 2) Die vorerwähnten Abweichungen der Gesetze betreffen sowohl den Umfang der neuen Einrichtungen, zu welchen die Gutsbesitzer die Absinstungen zu verwenden befugt sind, als die Sicherstellung der Realberechtigten gegen Verkürzung ihrer Rechte. Aus diesem Gesichtspunkte hat das G. v. 29. Juni 1835 allgemein die Befugnisse und Obliegenheiten sümmtlicher Interessenten und der Behörden näher bestimmt, die früheren Gesetze abgeändert und ausgeglichen.
- a) Im S. 4. Mr. 1., 2. des gedachten Ges. sind die neuen Einrichstungen in Folge der gutsherrlichsbäuerlichen Regulirungen und Ablösungen, zu welchen der Dienste und Abgabenberechtigte die Absindungen zu verwenden destugt ist, genauer bezeichnet worden. Sie umfassen sowohl den Ersat der wegsallenden Leistungen, als die bessere Benutung der Abfinstungs-Ländereien, sodann auch die Veränderungen, die in dem Betriebsplane des Hauptgutes durch die Auseinanderssetzung erforderlich werden.

Ge sind dadurch nicht allein die weitgefaßten Vorschriften des Regulir. Ges. v. 14. Sept. 1811 und deffen Defl. v. 29. Mai 1816, der Abl. O. v. 7. Juni 1821 und der Abl. O. v. 13. Juli 1829, sondern auch die Vorschriften des Regulir. Ges. v. 8. April 1823 näher bestimmt worden. — Dies geht nicht nur aus dem Eingange des S. 4. des Ges. v. 29. Juni 1835 hervor, sondern ergiebt sich auch aus den Motiven zu der in Rede stehenden Gesetztelle. Der S. 87. des Ges. v. 8. April 1823 ist dabei zum Anhalte genommen. Dessen Bestimmungen, so wie die, in der Uebersschrift des S. 4. des Ges. v. 29. Inni 1835 allegirten Gesetztellen haben aber eine gleichmäßige Erweiterung und resp. Beschränkung, im Interesse der Gutsbesitzer und Realberechtigten, erleiden sollen.

b) Die in dem dritten bis sechsten Sape des S. 4. des Ges. v. 29. Juni 1835 enthaltenen Vorschriften sind neue, in den früheren Gesetzen nicht vorkommende Bestimmungen über die Erstattung von Einrichtungskosten von Seiten der Lehns- und Fideikommißbesitzer an die Realberechtigten, in sofern dieselben nur zu vorübergehenden Verbesserungen der

Lebn = und Fibeifommigguter verwendet werden.

c) Im S. 5. des Gef. v. 29. Juni 1835 sind zuvörderst die Bestimmungen der B. v. 9. Mai 1818 über die Sicherheit der Käuser von Abssindungen und der Darleiher von Kapitalien gegen Berpfändung von Abssindungen, nach erfolgter Feststellung des Bedarfs an Einrichtungssosten, auf andere als Lehns- und Fideikommissüter, ausgedehnt worden, wie dies sich in den SS. 87., 90. des Regul. Ges. v. 8. April 1823 für Posen 2c. ausgesprochen und in der Abl. D. v. 13. Juli 1829 angedeutet ist. So-dann solgen nähere Bestimmungen über die Pssichten und Besugnisse der Auseinandersehungs Behörden wegen Ueberweisung der zu verwendenden Absindungskapitalien an die Berechtigten und wegen Beaussichtigung der Berwendung der Absindungen zu neuen Einrichtungen, welche aus den SS 90., 91. des Regul. Ges. v. 8. April 1823 für Posen 2c. entnommen sind, und Bestimmungen über die Besugnisse der Realberechtigten, sich die Berwendung der Absindungen nachweisen zu lassen, zusolge S. 92. des eben gedachten Regulir. Ges. Den Realberechtigten ist hierzu eine Sjährige

-praklusische Frist gesetzt worden. Diese Fristbestimmung ist neu. Die Art. 56—59. der Dekl. v. 29. Mai 1816 sind völlig aufgehoben worden.

d) Im S. 7. des Ges. v. 29. Juni 1835 sind den Gutsbesitzern und Abgabeberechtigten gleichfalls Fristen zur Ausübung ihrer Befugnisse zur Verwendung der Absindungen gesetzt worden, welche Fristen sich größten-theils aus den früheren Gesetzen herleiten lassen.

e) Der S. 10. desselben Ges. giebt endlich Vorschriften wegen der Befuguisse der Realberechtigten auf Kapitalsüberschüsse bei Veräußerungen von Absindungsländereien, welche aus den Vorschriften wegen der Kapital-

abfindungen überhaupt fließen und als Deflaration anzuseben find.

In diesem Maaße sind die früheren Gesetze über die Verwendung der Abfindungen zu neuen Einrichtungen in Folge der Reguli=rungen und Ablösungen durch das Ges. v. 29. Juni 1835 näher

bestimmt und abgeandert worden.

3) Die Ablösungs - Gesetze v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westphalen und v. 4. Juli 1840 für die ehemals Nassauischen Landestheile und die Stadt Wetzlar mit Gebiet, sind in Beziehung auf den in Rede stehenden Gegenstand, mit geringen Abweichungen, der Ablös. D. v. 13. Juli 1829 und dem Ges. v. 29. Juni 1835 entsprechend. (§\$. 108—
112, 114—118. der Abl. D. v. 18. Juni 1840. §\$. 82—86., 88—92. des Abl. Ges. v. 4. Juli 1840).

4) Mit diesen Gesetzen über die Verwendung der Absindungen zu neuen Einrichtungen stehen die den Besitzern von Lehn- und Fidei- kommikgütern ertheilten Besugnisse zur Verschuldung der Sub-

ftang ber Sauptgüter im Busammenhange.

Solche wurden ertheilt:

A. a) burch die K. D. v. 30. Juni 1827 1) (G. S. 1827. S. 78) behufs der Deckung der neuen Einrichtungskosten zum Betrage des halben Werths der Absindungen, in den Provinzen, wo das Regulir. Ed. v. 14. Sept. 1811 Anwendung sindet, mithin nur bei solchen Regulirungen; serner nur bei unverschuldeten oder nur bepfandbrieften Lehn- und Fidei-kommikgütern, dergestalt, daß die Darlehne nur in Pfandbriefen bei der Landschaft (den ritterschaftlichen Kreditanstalten) aufgenommen werden konnten; endlich unter den in der Dekl. v. 29. Mai 1816. Art. 51—55. und in der V. v. 9. Mai 1818 vorgeschriebenen Sicherheitsmaaßregeln.

Darnach bedurfte es der Zuziehung und des Konsenses der Hpposthekengläubiger, Agnaten und Anwarter nicht; die prioritätische Verpfansdung war zulässig; die unbedingte Eintragung der aufgenommenen Darslehne erfolgte auf den Grund des Festsehungs=Attestes der Behörden; der Gutsbesiger war verpslichtet, die Darlehne zu den Einrichtungskossen zu verwenden; die Auseinandersehungs=Behörden waren besugt und verspslichtet, hierauf zu halten, und den Agnaten und Anwartern stand die

Befugniß zu, fich bie Berwendung nachweisen zu laffen.

b) Durch die R. D. v. 13. Mai 1829 2) (G. S. 1829. S. 44) ward die Befugniß, das nach erfolgter gutöherrlich = bauerlicher Regulirung benöthigte Einrichtungskapital nur bei der Landschaft zum halben Betrage des nach landschaftlichen Prinzipien ermittelten Werths (der Absindungen) aufzunehmen, dahin modificirt, daß sie auch denjenigen Lehns- und Videistommißbesitzern ertheilt wurde, welche einen landschaftlichen Kredit in ihrer Provinz nicht benutzen können, dergestalt, daß sie sich den erforderlichen Bedarf von jedem andern Gläubiger zu beschaffen befugt sind.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 675.

²⁾ Chendas. S. 675.

Mit dieser Bestimmung ist die allein in der Verfassung der Landschaften begründete Beschränkung der Verpfändungsbefugniß auf unverschuldete oder nur mit Pfandbriesen belastete Lehn= und Kideikommißgüter, für wegfallend zu erachten, obgleich die Aushebung dieser Beschränkung in der eben gedachten V. nicht ausgesprochen worden ist. Dagegen bleisben die Maaßgaben zur Sicherstellung der Realberechtigten bestehen, insbesondere die Beschränkung der Verpfändung der Kauptgüter auf den halben Werth der Absindungen, welcher nach den bei der Auseinanderssehung zum Grunde gelegten Abschähungs-Prinzipien ermittelt werden soll. In der Besugniß der Besitzer, die Hauptgüter prioritätisch zu verpfänden, ist durch diese Verordnung nichts geändert worden.

c) Durch bas G. v. 29. Juni 1835. S. 6. ist in Bezug auf bie K. O. v. 30. Juni 1827 u. 13. Mai 1829 zuvörderst bestimmt worden:

ma) Wenn die Lehnss oder Fibeikommißbesiher, statt der ihnen nachgegebenen Veräußerung oder Verpfändung der Absindungen, es vorziehen, die Einrichtungsskosten (S. 4 Mr. 1. u. 2.) welche sie bei gutsherrlichsbäuerlichen Reguslirungen und Ablösungen verwenden mussen, durch Anleihen, auf die Subsstanz des Hauptguts, einschließlich jener Zubehdrungen, zu beschaffen; so dursen diese Anleihen nicht die Halste des Werths der Absindungen überschreiten.

Werben zu biesem 3wede landschaftliche Pfandbriefe aufgenommen, so wird bieser Werth von der Landschaft selbst festgestellt. Bei andern Darlehnen geschieht solches von der Gen.-Rom., nach den bei der Auseinandersetzung zum Grunde ge-

legten landublichen Abschagungs-Bringipien.

Hegulirungen nach dem Ed. v. 14. Sept. 1811 ertheilte Befugniß, die Substanz der Hauptgüter auf den halben Werth der Absindungen, zur Beschaffung der Einrichtungskosten, zu verpfänden, anstatt der Befugniß, die Absindungen selbst zu veräußern und zu verpfänden, den Lehn= und Fideikommißbestern

a) bei Regulirungen und Ablösungen allgemein ertheilt, mithin auch auf Regulirungen nach dem G. v. 8. April 1823 für Posen 3c. und auf Ablösungen nach den Ordn. v. 7. Juni 1821 u. 13. Juli 1829 aus-

gedehnt worden.

β) Ferner ist nach §. 6. Mr. I. des Ges. v. 29. Juni 1835 die Beschränkung der K. D. v. 30. Juni 1827 weggefallen, "daß nur unverschulbeten, oder nur mit Pfandbriefen belasteten Lehns- und Fideikommißbesitzern, die Befugniß zur Verschuldung der Gütersubstanz zustehe"; so wie

y) die Bestimmung derselben B., daß die Darlehne nur bei den Land-schaften aufgenommen werden konnen, welche bereits durch die R. D. v.

13. Mai 1829 aufgehoben war.

Eben so ift

bb) nach der Vorschrift Mr. VII. S. 6. des G. v. 29. Juni 1835:

"Die Rechte der früher eingetragenen Gläubiger bleiben bei folchen Berpfändungen des Hauptgutes überall unverändert."

die bis dahin, saut Hinweisung der K. D. v. 30. Juni 1827 auf die Art. 52., 53. der Deks. v. 29. Mai 1816, als zulässig angenommene prioritätische Verpfändung der Hauptgüter, nicht weiter anwendbar.

Diese neue Bestimmung, welche in der R. D. v. 2. Juli 1831 nur hinsichtlich der Verschuldung der Lehn- Fideikommissatter für Kapitals-absindungen und Auseinandersetzungskosten gegeben war, ist auch auf die Verschuldung der Hauptgüter zu Einrichtungskosten durch das G. v. 29. Juni 1835 ausgedehnt worden.

cc) Im Uebrigen sind die in der R. O. v. 30. Juni 1827 vorgeschriebenen Maaßregeln zur Sicherstellung der Realberechtigten laut Nr. IV.

S. 6. des Gef. v. 29. Juni 1835 aufrecht erhalten worden, jedoch mit der

-Maaßgabe, daß:

a) die Befugniß der Anwarter und Realberechtigten, sich die Verswendung der aufgenommenen Darlehne zu neuen Einrichtungen nachweisen zu lassen, laut §. 6. Nr. VI. des erwähnten Ges. an eine Zjährige Präsklussbrift gebunden ist;

β) daß die Gutsbesitzer und Abgabeberechtigten die ihnen ertheilte Befugniß, die Hauptgüter zu verschulden, nur in gewissen Fristen ausüben dürfen. (§. 7. des Ges. v. 29. Juni 1835). Diese Maaßgabe ist jedoch

in ber Sauptfache in ben alteren Gefegen begrundet.

dd) Endlich ift im S. 6. Rr. IV. bes Gef. v. 29. Juni 1835 bem

Lebne - und Videitommigbestger freigestellt,

ob er die erweisliche (zu den Einrichtungskosten erforderliche) Summe als ein Darlehn auf die Gutssubstanz aufnehmen oder statt dessen seinem Allodial- und freien Nachlasse den Anspruch auf Erstattung bei der künftigen Erbauseinandersezung, mittelst eines Vermerks im Hypotheken- buche vorbehalten will.

Dies, welches früher in der unten zu B. gedachten R. D. v. 2. Juli 1831 nur in Beziehung auf vorzuschießende Kapitalsabsindungen und Auseinandersetzungsköften verordnet war, ist auf die Einrichtungsköften

ausgedehnt worden.

- B. a) Nach der in der Ueberschrift zum S. 6. des Gef. v. 29. Juni 1835 in Bezug genommenen K. D. v. 2. Juli 1831 1) (G. S. 1831. S. 155) ist auf den Grund der Gesetze wegen der Einrichtungskosten, in sammtlichen Provinzen der Monarchie, den Lehns- und Fideikommißbesitzern gestattet worden:
 - a) die Substanz des Lehns oder Fideikommisses auch für die Auseinanders setzungskosten, mit Ausschluß von Prozeskosten, in allen Auseinanders setzungen des Resorts der Gen. Kommissionen zu verpfänden; desgleichen

β) für den Betrag bes Abfindungsfapitale, welches fie bei Gemeinheitetheis lungen und Ablbsunges-Geschäften jum Beften ber Guter verwenden.

y) Die Sohe, sowohl ber Auseinandersetungskoften als der Absindungen, ist durch ein Attest der General-Rommission nachzuweisen. Die Spycihelens Behörden sind autorisit und verpflichtet, ohne das Erfordernis der Einswilligung des Lehnsherrn oder der Lehns- und Fideisommissolger, die auf den Grund des Attestes nachgesuchte Eintragung in das Hypothesenbuch zu veranlassen.

d) Es soll übrigens vom Guisbesitzer abhängen, ob er die erweisliche Summe als ein Darlehen auf die Guissubstanz aufnehmen, oder statt dessen seinem Allodial = und freien Nachlasse den Auspruch auf Erstattung bei der fünfstigen Erbauseinandersetzung, mittelst eines Vermerks im Oppothesenbuche

vorbehalten will.

2) In beiben Fallen (α., β.) bleiben bie Rechte früher eingetragener Glaus biger ungefährbet.

b) Die vorstehenden Worschriften sind in dem S. 6. des Ges. v. 29. Juni 1835. Rr. II., III., IV., V. wiederholt worden, unter näherer

Bestimmung:

zu a) daß die Lehns- und Fideikommißbesitzer die Substanz des Hauptguts für den Betrag der Kapitalsabsindungen und Entschädigungen zu verpfänden befugt sind, welche sie bei Gemeinheitstheilungen und Abslösungen für die zum Lehn und Fideikommiß geschlagenen Grundstücke oder zur Ablösung der auf denselben haftenden Servituten und Lasten zu entrichten haben.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. 6. 675.

Bu β) Auch die Verwendung der Auseinandersetzungskosten und Abssindungen ist durch ein Attest der Gen.-Rom. nachzuweisen. Vermag der Gutsberr die Verwendung nicht sofort nachzuweisen, so muß bei den im Hypothekenbuche eingetragenen Symmen einstweisen bemerkt werden, daß die Verwendung derselben noch nachzuweisen sei. Dieser Vermerk wird auf das erfolgende Verwendungs-Attest der Gen.-Kom. in dem Hypotheken-buche gelöscht.

c) Unter Rr. VI. des S. 6. desselben Gef. ist die neue Bestimmung

ertheilt worden:

daß das Recht der Anwarter und sonstigen Realberechtigten, sich die Beobachtung der obigen Vorschriften wegen ihrer Sicherstellung nachs weisen zu lassen, wegfällt, wenn ste sich nicht innerhalb dreier Jahre nach der Eintragung im Hypothekenbuche bei der General - Kommission gemeldet haben.

d) Endlich ist im S. 7. tesselben Ges. die Befugniß der Lehns- und Videikommißbesitzer, die Hauptguter für Kapitalsabsindungen und Auseinandersetzungskosten zu verschulden, gleichfalls an Fristen gebunden worden, welche in der Hauptsache schon in den früheren gesetzlichen Vorschriften be-

grundet sind.

1

C. Sammtliche vorerwähnte Bestimmungen der §§. 6., 7. des Ges. v. 29. Juni 1835 über die Berschuldung der Lehn= und Fideikommissauptgüter zur Deckung neuer Einrichtungskosten — A. — und für Kapistalsabsindungen und Auseinandersetzungskosten — B. — sind mit undes deutenden einzelnen Abweichungen in die §§. 113., 114. der Ablös. D. v. 18. Juni 1840 und in die §§. 87., 88. des Abl. Ges. v. 4. Juli 1840 übergegangen.

Zweites Stück.

Erläuterungen ber betreffenben Borschriften.

I. Die Besugniß zur Verwendung der Absindungen zu neuen Einrichtungen ist, wie sich aus den im Stück I. zusammengestellten Vorschriften
ergiebt, den Gutsherrschaften und Abgaben-Berechtigten nur bei Regulirungen gutsherrlich = bäuerlicher Verhältnisse und bei Ablösung von Reallasten ertheilt!) auf Gemeinheitstheilungen
aber im Allgemeinen nicht ausgedehnt worden.

Ge ift indeß fraglich:

ob bei Veranschlagung der neuen Einrichtungen auch auf diesenigen Rücksicht genommen werden darf, welche durch die mit Regulirungen und Ablösungen in Verbindung stehenden Gemeinheitstheilungen versanlaßt werden, und ob mithin die für Servituten gewährte Absindung zu neuen Einrichtungen verwendet werden darf?

Die Frage ist von mehreren Auseinandersetzungs-Behörden verneint worden, weil durch den Art. 53. der Dekl. v. 29. Mai 1816, den S. 23.

¹⁾ Es ist in dieser Beziehung barauf hinzuweisen, daß nach den Grundsaben des Ablos. nnd Regulir. Ges. v. 2. März 1850 die Absindung des Berechtigten (mit Ausnahme des Falles des S. 62. a. a. D. und der Fälle vertragsmäßiger Bereinbarung) nicht in Land, sondern durch Kapital oder durch Bermittes lung der Rentenbank erfolgt, und daß daher die Bestimmungen der agrarischen Gesetz über die Berwendung der Absindungsständere ien zu den Einrichtungsstoften nur noch von geringer praktischer Bedeutung sind.

der Ablös. D. v. 7. Juni 1821 und den S. 4. (Einseit.) des Ges. v. 29. Juni 1835 die Verwendungsbefugniß den Abgaben - Berechtigten nur in Folge der Dienst-Regulirungen und Ablösungen ertheilt sei.

Dieser Ansicht hat sich das Min. des J. in dem (nicht veröffentschien) R. v. 1. Juli 1839 (Donniges kand. Kult. Ges. Bd. 3. S. 109) angesschlossen, wogegen das (nicht veröffentlichte) R. desselb. Min. v. 18. Juli 1839 (a. a. D.) die entgegengesetze Meinung dahin ausspricht,

daß der Grundsat, daß die zu den Einrichtungskösten zu verwendenden (Abslösungss) Rapitalien unmittelbar aus dem Geschäfte herrühren müßten, welches die neuen wirthschaftlichen Anlagen erforderlich macht, als richtig nicht anzus erfennen, vielmehr bei der ganz allgemeinen Fassung des S. 9. Mr. a. der B. v. 29. Juni 1835 unbedenklich sei, daß auch die bei anderen Auseinandersesungen, z. B. in einer Gemeinheitstheilungssache, stipulirten baaren Absindungen zu Bausten u. s. w. verwendet werden können, welche in Folge einer durch Land oder Rente bewirften Dienstablösung zu bewirfen sein möchten. 1)

Die Richtigkeit der bejahenden Ansicht ist anzuerkennen und es wird dieselbe auch durch die Vorverhandlungen zu dem Ges. v. 29. Juni 1835 unterstützt.

Wergl. bas Rabere hieraber in Donniges a. a. D. S. 109-112.

II. Bum S. 4. bes Gef. v. 29. Juni 1835.

1) Der S. 4. a. a. D. disponirt unter Mr. 1. und 2. darüber, was zu ben Einrichtungskoften zu rechnen sei. *)

Dazu ift zu bemerken:

a) Bum Inventarium Behufs der erften neuen Einrichtung ge-

boren:

a) das Gespann= (Last=) Wieh zum Ersatz der Dienste, das Spannund Nutvieh zur gehörigen Benutung des Gutes, soviel junges Vieh, als zur Unterhaltung des Viehstandes ersorderlich, mit einem Worte das Betriebsvieh; (A. L. R. I. 2. §§. 52., 53.);

β) die nothigen Wirthschaftsgerathe, Schiff und Geschirr SS. 48., 52.

a. a. D.);

deu, Brennmaterial 2c., — um die Wirthschaft so lange fortzusetzen, bis dergl. Erzeugnisse aus dem Gute selbst, nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge, wieder gewonnen werden können. (§. 49. a. a. D.).

Das R. des Min. des I v. 10. Sept. 1835 *) (Koch's Agrarges., 4. Anfl. S. 227) rechnet dahin insbes. auch das für das erste Jahr er-

forderliche Saamen-, Futter- und Brodtgetreide.

2) Bergl. die technische Instr. der landwirthschaftl. Abth. der Reg. 3m

Frankfurt v. 24. Marz 1842. S. 244 ff. \$5. 87., 88.

3) Bergl. in 3b. I. S. 664-665.

¹⁾ Das R. bes Min. bes J. v. 19. Febr. 1831 (Koch's Agr. Ges., 3. Aust. S. 147) hatte schon früher ausgesprochen, "daß in allen Fällen, wo mit ber Dienstablösung andere Anseinandersetzungs Seschäfte in Berbindung treten, das Berwendungsatiest keinesweges auf Einrichtungen zu beschränken ist, die unmit zielbar durch den Wegfall der Dienste nothwendig werden, solches vielmehr auf alle diesenigen Einrichtungen gerichtet werden muß, welche durch die hiermit in Berbindung gesetzte Gemeinheitstheilung nöttig werden." — Das gedachte R. bes merkt, "daß dies den Bestimmungen des S. 23. der Abl. D. v. 7. Juni 1821 und den hierin alleg. Bestimmungen des Cd. v. 14. Sept. 1811 und dessen Deks. v. 29. Mai 1816 entspreche, daß indeß eine ausdehnende Anwendung auf die Fälle, wo es sich blos von einer Gemeinheitstheilung ohne Dienstablösung oder Regulirung der gutsherrlichsbäuerl. Berh. handelt, nicht zulässig sei, da hierzu in dem Geses keine Autorisation ertheilt worden."

b) Materialien und Dienste, welche aus dem Gute genommen werden können, dürsen in dem Anschlage der neuen Einrichtungskosten nicht zur Berechnung kommen. (Art. 54. der Dekl. v. 29. Mai 1816, auf welchen

der S.W3. der Ablos. D. v. 7. Juni 1821 verweist).

Bon diesem Grundsate abweichend hat indeß das Min. des J. in den R. v. 17. Febr. 1837 1) (v. K. Ann. Bd. 21. S. 73) und v. 27. April 1839 2) (a. a. D. Bd. 23. S. 368) ausgesprochen, daß Ziegel, Mauersteine und andere dergl., der Regel nach nur zum Berkaufe bestimmte Produkte einer gutsherrlichen Fabrikationsanstalt nach dem Verkaufspreise, ohne Abzug des Werthes der zu ihrer Zubereitung verwendeten Naterialien und Dienste, in Rechnung gestellt dürfen.

Gegen diese Ansicht vergl. Donniges Land.-Rult.-Ges. Bd. 3. S.

119—120.

c) Alle zu Einer Herrschaft und in Einem Sphothekenverbande ftebenden Güter sind rücksichtlich neuer Wirthschaftsanlagen dergestalt als ein Ganzes zu betrachten, daß einkommende Ablösungs-Rapitalien überhaupt nur da verwendet zu werden brauchen, wo sich gerade ein Bedürfniß zeigt, und ist daher nicht erforderlich, dieselben in eben dem Gute anzulegen, bei welchem sie auskommen. Es können aber auch umgekehrt die vorhandenen Materialien, welche sich bei dem die neue Einrichtung erfordernden Gute nicht vorsinden, auch aus einem andern, solche gewährenden Gute entnommen werden.

Diese Grundsätze sind anerkannt in ben R. des Min. des J. v. 18. Dec. 1836 *) (v. K. Ann. Bb. 20. S. 907) und v. 17. Februar 1837 *)

(a. a. D. Bb. 21. S. 73).

Dagegen führt das R. desselben Min. v. 14. Juni 1889 *) (v. K. Ann. Bb. 23. S. 364) aus, daß wenn mehrere Güter zwar ein Ganzes ausmaschen, z. B. zu einem Familien-Fideikommiß vereinigt sind, jedoch so, daß die Selbstständigkeit sedes Gutes durch die abgesonderte Eintragung in das Hopothekenbuch rechtlich bewahrt und mit der Verpfändung der einzelnen Güter auch faktisch anerkannt ist, die Uebertragung vorhandener Wateriaslien von einem Gute auf das andere und deren Anrechnung auf die bei dem letztern etwa erforderlichen Einrichtungskosten nicht stattsindet.

d) Bu ben im S. 4. des Gef. v. 29. Juni 1835 gedachten Ein-

richtungstoften find die Regulirungstoften nicht zu rechnen.

Vergl. das R. des Just. Min. v. 22. Dec. 1840 (Just. Min. Bl. 1841 S. 28 und Min. Bl. d. i. B. 1841 S. 85), das hierauf erlassene Schreiben des M. des J. v. 11. Febr. 1841 (Just. Min. Bl. 1841. S. 111 u. Min. Bl. d. i. V. 1841. S. 86) und das in Folge dessen ergangene anderweitige R. des Just. Min. v. 25. Febr. 1841 (Just. Min. Bl. 1841. S. 110 und Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 87.).

2) Bu Alin. 3-6. des S. 4. des Gef. v. 29. Juni 1835.

Diese Bestimmungen enthalten eine neue gesetzliche Vorschrift für Lehn- und Fideikommisgüter, wodurch die Veräußerung oder Verschuldung zu neuen Einrichtungen der Hauptgüter dahin beschränkt wird, daß die zu vorübergehenden Verwendeten Kapitalien zwar aus den Absindungen entnommen werden dürfen, jedoch von dem Besitzer und des-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 665.

²⁾ Ebenbas. S. 666. 3) Bergl. in Bb. I. S. 665.

⁴⁾ Ebenbas. S. 665.
5) Ebenbas. S. 665-666.

⁶⁾ Bergl. diese Erlaffe in Bb. L S. 667 f.

sen Nachfolgern jedes Jahr mit 15 des Betrages dem Lehn- oder Fideikommiß ersetzt werden sollen. (Vergl. S. 8. des Ed. v. 9. Okt. 1807, s. in Bd. I. S. 34. und K. D. v. 20. Jan. 1808, G. S. 1806—1810. S. 188.)

Dabei fragt fich: ob Rosten zur Anschaffung von Inventarium zu den beständigen oder zu den vorübergebenden Verbefferungen zu

rechnen sind?

Donniges führt aus, daß in dieser Beziehung ein dauernd ers
forderliches Inventarium zu den beständigen Verbesserungen zu rechs nen sei, wogegen ein nur für die Uebergangs-Jahre bestimmtes zur letzteren Kathegorie gehöre. (Dönniges Land.-Kult.-Ges. Bd. 3. S. 133.)

3) Ueber die Nichtberechtigung der Gutsherrn zur prioritätischen Verpfändung des Hauptgutes für die Einrichtungskoften, vergl. das R. des Just. Min. v. 21. Sept. 1839 1) (Just. Min. Bl. 1839. S. 320).

Ueberhaupt ist dem Sutsherrn Behufs Beschaffung der Einrichtungstosten nur die Beräußerung oder prioritätische Berpfändung der Entschädigungs-Ländereien, nicht aber die von Theilen des ursprünglichen Gutsbestandes gestattet.

Vergl. das R. des Min. des J. und der P. v. 11. Januar 1840 *)

(Min. Bl. b. i. B. 1840. S. 402. Nr 699.).

III. Bum S. 5. des Gef. b. 29. Juni 1835.

1) Bum Alin. 1. des §. 5.

a) Es ist zweiselhaft gefunden: ob die Nachsuchung der Eintragung einer Beräußerung oder Verpfändung von Absindungen lediglich den Kontrahenten obliegt, oder von der Auseinandersetzungsbehörde, wenn ihr deshalb Anträge zugehen, bei Gelegenheit der Berichtigung der Hypotheken-

bucher ex officio zu betreiben fei?

Dönniges führt aus, daß zwar den Betheiligten überlassen bleiben könne, die Eintragung des Geschäfts bei der Hypothekenbehörde selbst nachzusuchen, daß indeß ebenfalls der Auseinandersetzungs-Behörde (mit Rückstauf die §§. 196., 197. der B. v. 20. Juni 1817 u. §§. 7., 10., 57. der B. v. 30. Juni 1834) zustehe, dies bei Gelegenheit der Berichtigung der Hypothekenbücher in Folge der Auseinandersetzung zu veranlassen. (Dönniges Land.-Rult.-Ges. Bd. 3. S. 129—130.)

b) Ueber die unbedingte Verpflichtung der Hypothekenbehörden, auf den Antrag der Auseinandersetzungs-Behörden die Eintragung der von letteren als gesetzmäßig bescheinigten Verwendung eines Ablösungs-Rapitals zu bemirken, vergl. die Dekl. v. 30. Juli 1842 ad 2. 3) (G. S. 1842.

6. 245).

Vergl. auch SS. 6. und 7. des Gef. v. 24. Mai 1853, betr. einige Abander. der Hypoth.=O. *) (G. S. 1853. S. 521).

2) Bum Alin. 3. bes §. 5.

a) Vergl. die V. v. 9. Mai 1818 über die Verschuldung der Lehne und Fideikommisse bei Auseinandersetzung der Gutsherrn mit den Bauern. (G. S. 1818. S. 43) in Bd. I. S. 671 sf.

b) Der S. 110. des Ablos.-Ges. v. 2. März 1850 bestimmt in Betreff der Verwendung der Kapitalsabfindungen zu den Einrich-

tungstoften:

Ob und wie weit die Verwendung in einer die Gläubiger und Realberechtigs ten des berechtigten Gutes sicherstellenden Beise erfolgt ist, hat die Auseinanders sehungs-Behörde allein nach ihrem Ermessen zu prüfen.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 669 ff.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 666 ff.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 633. 4) Bergl. ebenbas. S. 589—590.

488 Bon d. Ablos. ber Reallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen.

c) Ueber den Umfang der Verpflichtung der Auseinandersetzungs-Behörden bezüglich der Kontrolle der Verwendung der zu bewilligenden Einrichtungskosten, und über das in dieser Beziehung zu beobachtende Verfahren, vergl. die R. des Min. des J. v. 30. Oft. 1835 1) (Koch's Agrarges.
4. Aufl. S. 228.) und v. 30. März 1837 2) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 70).

d) Die Kompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zur Kontrolle der Verwendung der Einrichtungskosten ift nicht an eine Frist gebunden.

Bergl. R. des Min. des J. v. 20. März 1847 *). (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 101. Nr. 139.)

IV. Bum S. 6. bes Gef. v. 29. Juni 1835.

Vergl. die K. O. v. 30. Juni 1827, 13. Mai 1829 und 2. Juli 1831 in Bd. I. S. 675 ff.

Der S. 6. des Gef. v. 29. Juni 1835 hat die Vorschriften dieser R. D. theils verallgemeinert, theils abgeandert, theils naher und neu bestimmt. Bu den einzelnen Bestimmungen des S. 6. ist Folgendes zu bemerken:

1) Bu III. bes §. 6.

a) Das G. v. 29. Juni 1835 schreibt unter Nr. III. allgemein vor, daß die darin näher bestimmten Auseinandersetzungskösten in Regulirungen der gutsherrlich-bäuerl. Verhältnisse und in Ablös. und Gem. Th. Sachen durch Aufnahme von Darlehnen auf die Substanz der Lehn und Fideistommißgüter beschafft werden dürfen. Dasselbe ist hinsichtlich der Auseinandersetzungskösten verordnet in Angelegenheiten, welche die Ausgleichung der erblichen Bestsrechte und Reallasten, außer dem gutsherrlichen, nach

ben Bef. v. 21. April 1825 4) zum Gegenstande haben.

Ueber alle diese Gegenstände sind späterhin neuere Gesetze ergangen. Das G. v. 22. Dec. 1839, betr. die Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer und die Ablösung der Reallasten in den Grasschaften Wittgenstein (G. S. 1840. S. 6) und das G. v. 18. Juni 1840 über die den Grundbesitz betr. Rechtsverhältnisse im Herzogthum Westphalen (G. S. 1840. S. 153) weisen nun zwar nicht auf die Ges. v. 21. April 1825 für die ehemals Königl. Westphälischen, Großherzoglich Bergischen und Französ. Landestheile hin; sie betressen aber theils die Regulirung gutsherrlich-bäuerlicher, theils anderer Bestyverhältnisse und die Ablösung von Reallasten. Dagegen verweist das G. v. 22. Dec. 1839 S. 26. wegen der bestimmungsmäßigen Verwendung der Ablösungsgelder auf die Vorschristen des G. v. 29. Juni 1835; das G. v. 18. Juni 1840 ist in die Stelle des Ges. v. 25. Sept. 1820 über die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse im Herzogthume West-phalen (G. S. 1820. S. 191) getreten, auf welches das Gesetz v. 29. Juni 1835 Anwendung sindet.

Hiernach kann es keinem Bedenken unterliegen, die Vorschriften des Ges. v. 29. Juni 1835 S. 6. Nr. III. auch auf die gesammten Gegenstände der oben gedachten beiden Gesetze auszudehnen, und zwar um so mehr, als in dem erwähnten Ges. v. 22. Dec. 1839 für die Grafschaften Wittgensstein in den SS. 33., 35, 36. hinsichtlich mehrerer Leistungen und Pflichzten auf die Ablös. D. v. 13. Juli 1829 verwiesen ist, deren Gegenstände auch dem G. v. 29. Juni 1835 unterliegen, und als die besonders erganzene Ablös. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogihum Westphalen (G. S.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 672 ff. 2) Ebenbas. S. 673 ff.

³⁾ Ebenbas. S. 674.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 248 ff.

⁵⁾ **C**bendas. S. 305 ff. 6) **C**bendas. S. 304 ff.

S. 156) S. 113. unter Nr. III. in Beziehung auf Ablösungsgegenstände

Diefelben Bestimmungen, wie das B. v. 29. Juni 1835 enthalt.

Das neuere G. v. 18. Juni 1840 über die Rechtsverhältnisse tes Grundbesitzes und über die Ablösung von Reallasten in dem Fürstenthume Siegen 1) (G. S. 1840. S. 151) weist im J. 1. ausdrücklich auf die Ges. v. 21. April 1825 und 29. Juni 1835, sowie auf die Ablös. D. v. 13. Juli 1829 zurück.

Endlich enthält das Abl. G. v. 4. Juli 1840 für die Naffauischen Landestheile (G. S. 1840. S. 195) im S. 87 dieselben Bestimmungen,

welche fich im S. 6. des Gef. v. 29. Juni 1835 finden.

b) Die Verschuldung der Hauptgüter auf den Betrag der Auseinandersetzungskosten ist in dem Gesetze selbst auf die Vermessungs= und Boni= tirungs=Rosten und auf die Kosten der kommissarischen Verhandlungen beschränkt. Zu den letzteren sind zu rechnen:

a) Die Kosten der Anschläge wegen der in Volge der Auseinander-

setzung nothig geworbenen Bauten.

Bergl. R. bes Min. bes 3. v. 19. Oft. 1832 2) (Roch's Agrarges.,

4. Aufl. S. 232).

β) Die Kosten, welche etwa im Wege gütlicher Vereinigung ber Interessenten der Auseinandersetzung über die Gegenstände derselben erwachsen sind.

Bergl. R. des Min. des J. v. 15. Nov. 1831 *) (Roch's Agrarges.,

4. Aufl. S. 232).

Dagegen sind ausgeschlossen:

y) Prozektoften, welche burch bas Auseinanbersetzungs-Geschäft ent- ifteben;

d) Gerichtskosten, welche durch die Eintragung in das Hypothekenbuch

in Folge ber Auseinandersetzung enistehen;

s) Rosten der Verpflegung der Kommissarien, zu deren Uebernahme

der Lehns- und Fideikommißbestiger keine Berpflichtung hat.

Bergl. das oben alleg. R. v. 15. Nov. 1831, Koften-Regul. v. 25. April 1836. S. 5. (G. S. 1836. S. 181), Instr. v. 16. Juni 1836 S. 11. (G. G. 1836. S. 187).

2) Bu VII. bes §. 6.

Nach tiefer Bestimmung ist bei Verpfändung der Substanz des Lehnssoder Fideskommißgutes (des Hauptgutes) die Zusicherung der Prioristät vor den bereits eingetragenen Hypothekgläubigern sowohl zur Beschafsung von Einrichtungskosten, als von Kapitalabsindungen und Auseinanderssehungskosten unzulässig, und sindet eine solche Priorität des Darlehns auch gesetzlich nicht statt.

Siebei ift zu bemerten:

a) Nach der K. D. v. 30. Juni 1827, welche auf die Art. 51—55. der Dekl. v. 29. Mai 1816 hinweiset, ist die prioritätische Verpfändung (Art. 53.) der Substanz der Lehn- und Fideikommißgüter (Hauptgüter) auf den Betrag der Einrichtungskoften für zulässig erachtet worden. Die K. D. v. 2. Juli 1831 handelte nur von der Verpfändung der Lehn- und Videikommiß-Hauptgüter auf den Betrag der Auseinandersetzungskosten und zu beschaffender Geldabsindungen. Nur in hinsicht dieser wurde darin versordnet, daß die Rechte der schon eingetragenen Gläubiger ungefährdet bleisben sollten, wodurch allein in dieser Beziehung eine prioritätische Verpfan-

¹⁾ Bergl. in Bb. L. C. 202 ff.

²⁾ Chendas. S. 677.
3) Chendas. S. 676.

dung ausgeschlossen wurde. Erst durch das G. v. 29. Juni 1835 S. 6. Rr. VII. ist, in Beziehung auf Lehn- und Fideikommissüter, die Bestim-mung, daß die Rechte früher eingetragener Gläubiger bei Verpfandung der Hauptgüter, unverändert bleiben, auch auf die Verpfandung der Hauptgüter zur Beschaffung neuer Einrichtungskosten ausgedehnt worden.

b) Eine prioritätische Verpfandung der Allodial-Hauptgüter ist in den Gesetzen nicht ausgesprochen und auch aus dem S. 6. des Ges. v.

29. Juni 1835 nicht zu folgern.

Vergl R. des Min. der J. (im Einverständniffe mit dem Min. des 3.)

v. 21. Sept. 1839.1) (Just. Min. Bl. b. i. B. 1839, S. 320.)

3) Die Befugniffe der Lehn- und Fideikommißbesitzer aus dem S. 6. bes Ges. v. 29. Juni 1835 beschränken sich auf die Verpfändung der Substanz der Lehn= und Fideikommißgüter zur Deckung von Einrichtungs-kosten, von ihnen zu gewährenden Geldentschädigungen und Auseinanderssehungskosten.

Anstatt der Aufnahme von Darlehnen konnen sie ihren Allodialerben aber auch die Erstattung solcher Aufwendungen vorbehalten und diesen Bor-

Behalt im Spothekenbuche vermerken laffen. (S. 6. Nr. IV.)

Dagegen ift:

a) eine Veräußerung (ein Verkauf) von Theilen ber Lehnund Fideikommißgüter, welche nicht zu den Absindungen gehören nicht gestattet.

Bergl. das R. des Min. des J. v. 11. Jan. 18402) (Min. Bl. b. i.

3. 1840, **5**. 402).

b) Ebenso wenig sindet eine Beräußerung der Absindungen Behufs der Deckung der zu gebenden Geldabsindungen und der Auseinandersetzungskosten statt; denn die Beräußerung von Absindungen in Land, Rente oder Kapital ist nur zur Bestreitung der neuen Einrichtungskosten zulässig. Indeß kann ausnahmsweise die Berwendung von Absindungs-Kapitalien, welche die Besitzer erhalten, zu Auseinandersetzungskosten nachgelassen werden, wenn eingetragene Gläubiger
nicht vorhanden sind, und die Besitzer die ihnen zustehenden Besugnisse
nach S. 5. Alin. 4. und S. 7. des Ges. v. 29. Juni 1835 noch ausüben dürsen.

Vergl. die R. des Min. des J. v. 11. Jan. 1840 *) (Min. Bl. b. i. B. 1840, S. 402) und des Just. Min. v. 22. Dec. 1840 und 25. Febr.

1841. •) (Min. Bl. d. i. V. 1841, S. 85. ff.)

V. Bum S. 7. des Gef. v. 29. Juni 1835.

1) Es ist in Zweisel gezogen worden, ob der S. 7. des Ges. v. 29. Juni 1835 als neues Gesetz oder als Deklaration zu erachten sei?

a) Die R. des Min. des J. v. 22. Nov. 1836 (Koch's Agrarges., 4. Aust. S. 233-234) und v. 17. Febr. 1837 (v. K. Ann. Bb. 21. S. 72) haben Letteres angenommen und in Folge dessen die Anweisung ertheilt, das Prinzip des S. 7. auch auf alle vor Publikation des Ges. v. 29. Juni 1835 bereits beendigten Auseinandersetzungen anzuwenden.

b) Später ist die Frage nochmaliger Erwägung unterzogen worden und in Volge deren durch das C. R. des Min. des 3. v. 15. Dec. 1837 5)

(v. R. Ann. Bb. 21. S. 945) ausgesprochen:

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 669 ff.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 666 ff.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 666 ff. 4) Ebendas. S. 667 ff.

⁵⁾ Chendas. S. 677-678.

a) daß der §. 7., in so weit es sich von dem Interesse der hypothekas rischen Gläubiger handelt, nichts Neues enthält, vielmehr nur solche Grundsäse ausspricht, welche aus ben allgemeinen gesetlichen Vorschriften bereits folgen, mithin auch nur als eine Deklaration der lettes ren zu betrachten sei und auf alle Fälle zurückwirke, welche vor Erlaß des

Gef. v. 29. Juni 1835 abgeschloffen find; wogegen

b) für den Fall, wenn keine hypothekarischen Gläubiger vorhanden sind und wegen der sidektommissarischen oder Lehnes Qualität des betr. Gutes led igs lich das Interesse der Anwarter oder Agnaten in Frage komme, die Disposition des S. 7. als eine neue anzusehen sei, und deshalb im Interesse der Fideikommis Anwarter und Agnaten auf frühere Fälle nicht bezogen werden, vielmehr nur da Anwendung sinden konne, wo es sich von Geschäften handelt, die erst nach Publikation des Ges. v. 29. Juni 1835 zur Eintragung ins Spothekenbuch gelangt sind.

Diese Grundsätze hat die (mit dem C. R. v. 15. Dec. 1837 mitge-

theilte) R. D. v. 27. Nov. 1837 genehmiget.

Vergl. auch das (auf das C. R. v. 15. Dec. 1837 bezügliche) R. des Min. des J. v. 31. Aug. 1840. (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 385,

Mr. 683.)

Donniges führt aus, daß in Beziehung auf alle Betheiligte, — Gutsbesitzer und Realberechtigte, — der erste und dritte Satz des S. 7. als rūckwirkende Deklaration, der zweite Satz dagegen als ein neues, auf vergangene Fälle nicht zu beziehendes Gesetz zu erachten sei. (Don-niges Land. Knlt. Ges. Bd. 3. S. 139—141.)

2) Das C. R. des Min. des J. v. 23. Nov. 1841 2) (Min. BL d.

i. B. 1841, S. 290, Nr. 478.) erläutert,

daß dem Gutsbesitzer zwar hauptsächlich die Wahrnehmung und Berfolgung seiner Rechte obliege, daß aber jede bestimmte Erklärung des Gutsbesitzers, von den ihm zustehenden Veräußerungs und Verpfändungsbefugnissen Gebranch mas chen zu wollen, bei der Auseinandersetungsbehörde und deren Abgeordneten zur Beranlassung eines Vermerks des Vorbehalts dieser Rechte hinreichend sei, und daß die Auseinandersetungsbehörde bei der Abs und Zuschreibung auf den Grund des bestätigten Rezesses, oder wenn eine solche nicht erfolgt und der Antrag noch nach Bestätigung des Rezesses zulässig ist, die Eintragung des Vorbehalts bei der Hypothekendehörde zu veranlassen habe.

3) Der Vorbehalt der Befugniß, die zugeschriebenen Absindungen und das Hauptgut zu veräußern und resp. zu verpfänden, ist nach dem R. des Just. Min. v. 8. Oft. 1837 (v. A. Jahrb. Bd. 50. S. 596) in die III. Rusbrit des Hypothekenbuchs einzutragen.

Bierter Zitel.

Bon den Wirkungen der Auseinandersetzungen in Beziehung auf Rießbraucher.

1) Der S. 163. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 bestimmt, "daß blose personliche Nießbraucher sich der Regel nach") mit der Benutung

ber bem Gute angewiesenen Abfindung begnügen muffen."

Die allgemeine Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf alle Auseinanderseyungs - Angelegenheiten ergiebt sich aus den SS. 1. und 23. der B. v. 30. Juni 1834, welcher lettere wieder auf den S. 15. der Gem. Th.

¹⁾ Bergl. in 8b. I. G. 678-681.

²⁾ Chendas. S. 681—682. 3) Bergl. die Exlant. zum S. 463. der Gem. Ah. D. (s. oben S. 179—180).

D. verweist. In diesem ist wegen der bloßen Nießbraucher auf ben S. 163. der Gem. Th. D. hingewiesen, gleich wie in dem S. 94. des Regulir. Gef.

v. 8. April 1823 für bas Großherzogthum Pofen ac.

Der Eigenthümer eines Grundstücks kann nach S. 15. der Gem. Th. D. die Auseinandersetzung ohne die Bewilligung des bloß personlichen Nießbrauchers auswirken und vollziehen. Dies, daß nämlich der Nießbrauch der Auseinandersetzung nicht hinderlich sein soll, ist in der Wortsaffung des S. 163. der Gem. Th. D. angedeutet.

Nach SS. 147—149. a. a. D. (vergl. S. 1. des Gef. v. 29. Juni 1835) treten die Entschädigungen in die Stelle der dagegen abgetretenen Grundstücke und abgelösten Berechtigungen und erhalten hinsichtlich ihrer Befugnisse, Lasten und sonstigen Rechtsverhältnisse die Eigenschaften dersjenigen Grundstücke und Gerechtsame, für welche sie gegeben worden.

Daraus und aus ber rechtlichen Ratur bes Riegbrauchs 1) folgt:

a) daß der bloß personliche Nießbraucher sich mit der Benutzung der

bem Gute angewiesenen Abfindung begnügen muß;

b) daß er, wenn das ihm zur Nutung eingeräumte Grundstuck das belastete, und die Reallast durch die Auseinandersetzung aufgehoben ift, die

Entichabigungslaft übernehmen muß.

- 2) Insbesondere kann der Nießbraucher nur die Benutzung der Kaspitals-Absindungen, deren anderweitige Sicherstellung oder Verwendung in das Sut verlangen. Der Verwendung der Kapitalsabsindung zur Abstossung eingetragener Forderungen kann er nicht widersprechen. In soweit der Nießbraucher für die eingetragenen Schulden oder deren Zinsen vershastet ist, entgeht ihm auch die Nutzung der zu deren Abstosung verwensdeten Kapitalsabsindung. (Vergl. S. 70. A. L. R. I. 21., Art. 608. des Code civil.)
- 3) Rapitalsentschädigungen, welche der Eigenthümer für aufgehobene Reallasten dem Gute auflegt, hat der Nupnießer nur in den Zinsen zu übernehmen. (Vergl. SS. 99. ff. A. L. R. I. 21., Code civil Art. 599.)

4) Vergl. Rheinische und Neuvorpommersche Gem. Th. D. v. 19. Mat 1851 S. 22. (s. in Bb. I. S. 402.)

Fünfter Titel.

Bon ben Wirkungen ber Auseinanbersetzungen hinsichtlich ber Bachter.

Vorbemerkung.

Des S. 112. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 hat bestimmt, daß die Rechte dritter Personen, mithin auch der Pächter, regelnden bisherigen gen gesetzlichen Vorschriften (auch der im S. 1. a. a. D. im Uebrigen für ausgehoben erklätten Gesetz) in Kraft bleiben, sofern sie nicht durch die

beiden Ges. v. 2. Marg 1850 ausbrudlich abgeandert find.

Die gesetlichen Bestimmungen über die Wirkungen der Auseinandersetzungen auf die Pächter von Grundstücken sind zu verschiedenen Zeiten,
für verschiedene Landestheile und Arten der Auseinandersetzungs-Geschäfte,
mit erheblichen Abweichungen von einander, erlassen worden und lassen sich
nicht generalissen. Sie tressen indeß in dem Sauptgrundsate zusammen, daß nämlich die Pächter entweder sich mit der Benutzung der den Eigenthümern (Verpächtern) zugefallenen Absindung begnügen mussen, oder
die Pacht kündigen können.

¹⁾ Bergl. \$8. 22. ff., 87. ff. A. L. R. I. 21., Art. 578. ff., 608. ff. Code civil.

Die Abweichungen beruhen auf der Verschiedenheit der durch die Auseinandersetzungen aufzulösenden oder abzuändernden Rechtsverhältnisse in den östlichen und westlichen Landestheilen; überdieß weichen die betressenden Bestimmungen der Sem Theil. Ordn. in mehreren Punkten von den über diesen Gegenstand für Regulirungen und Ablösungen erslassenen Borschriften ab. Nur einige Vorschriften sind als allgemein answendbar anzusehen.

I.

Allgemein anwendbare Vorschriften bezüglich des Pachtverhälnisses.

A. Durch das Pachtverhaltniß fann die Auseinandersetzung fo wenig,

als deren Vollziehung gehindert werden.

Sind für den Fall einer solchen Auseinandersetzung rechtsbeständige Abreden über die Entschädigung des Gutspächters getroffen, so hat es das bei sein Bewenden. Sind aber dergleichen nicht getroffen, so muß sich der Pächter mit der Benutzung der dem erpachteten Gute angewiesenen Entschädigung begnügen.

Die allgemeine Gultigkeit dieser Grundfage für alle Landestheile und

Auseinandersetzungsgeschäfte ergiebt fich aus Volgendem:

1) Ursprünglich waren dieselben in den Art. 114. und 115. der Defl. v. 29. Mai 1816 1) für die Regulirungen gutsherrlichsbäuerlicher Verhältsniffe, nach dem Edifte v. 14. Sept. 1811 für die älteren öftlichen, zur Zeit des Tilster Friedensschlusses bei Preußen verbliebenen Landestheile, ausgesprochen.

a) Sie sind hiernachst auf die Ablösungen nach der Abl.-D. v. 7. Juni 1821 im S. 41. derselben und auf die Landestheile ausgedehnt worden, worin diese Ordnung gilt. — Diese Abl.-D. ist später auch in das Großherzogthum Posen und einige westpreußische Landestheile, zusolge S.

107. des Regul.-G. v. 8. April 1823 eingeführt worden.

b) Hinsichtlich der Regulirungen im Großherzogihum Posen zc. ist im §. 94. des Ges. v. 8. April 1823 zwar nur auf die Art. 116. sf. der Dekl. hingewiesen worden; die Anwendbarkeit des Art. 114. derselben folgt aber aus dem im §. 94. des Ges. v. 8. April 1823 in Bezug genommenen §. 15. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821. Letzerer hat zufolge der §§. 1. und 23. der B. v. 30. Juni 1834, allgemeine Geltung in Auseinanderssehungssachen. Nach §. 15. der Gem. Th. O. wird aber unter den Maaßgaben des §. 158. derselben die Regulirung und Vollziehung der Auseinansdersetzung durch das Pachtverhältniß nicht gehindert.

2) In den drei Abl.-D. v. 13. Juli 1829, v. 18. Juni und 4. Juli 1840 für die westlichen Landestheile und zwar in den SS. 116., 119. und

94. find die gedachten Bestimmungen gleichfalls ausgesprochen.

Es fragt fich indeß, ob biefe Grundfage auch bei Auseinandersetzungen nach den Gesetzen über die Berhaltniffe des Grundbesitzes gelten?

"Art. 115. Für den Fall, wenn bergleichen nicht getroffen find, wird vers "ordnet: daß der Pächter sich mit der gutsherrlichen Entschädigung, in sofern sie

"auf. bas Bachtverhaltniß Bezug hat, begnügen muß.

¹⁾ Die Art. 114. und 115. a. a. D. santen:

[&]quot;Art. 114. Durch das Pachtverhältniß, in Muckficht des berechtigten Guts, "kann so wenig die Bollziehung als die Regulirung der Auseinandersetzung gehins "bert werden. Sind über die Entschädigung des Gutspächters rechtsbeständige "Abreden getroffen, so hat es dabei sein Bewenden."

- a) Die drei Gef. v. 21. April 1825 für die vormals Ronigl. Westphalischen, einschließlich ber hannsverschen, für die ehemals Großberzoglich Bergichen Landestheile, und für die Frangofisch-hanfeatischen und Lippe-Depart. (f. in Bd. I. S. 248 ff.) bestätigen einestheils die bereits burch die fremoberrliche Frangofisch-Weftphalisch-Bergifche Gefeggebung erfolgte Aufbebung von Rechten, Diensten und Leiftungen der Grundbefiger ohne Entschädigung; haben jedoch denjenigen, welche dergleichen aufgehobene Rechte erbzinsweise ober erbpachtsweise erworben hatten, Anspruche auf Gemabrleiftung in naber bestimmten Fallen eingeraumt, welche Entschädigung nach ertheilten Maaggaben regulirt werden foll. (Bergl. Art. 1148. Code civil.) Anderntheils haben jene Gesete andere Rechte und Leiftungen als fortbauernd bestehen laffen, fle zum Theil fedoch abgeandert, in andere Leiftungen verwandelt, Die Nachleiftung ober Bergutigung von Rucftanben ange-Für bie Ermittelung des Betrags und Regulirung ber foldergeftalt fortbauernden Leiftungen haben fle gleichfalls Borfchriften ertheilt. Endlich erklaren fie die fortdauernben Rechte für ablosbar, unter hinmeifung auf die hiernachst ergangene Ablds. D. v. 13. Juli 1829. (SS. 195., 95., 92. der 3 Gefete v. 21. April 1825). Ueber die Bugiebung und bie etwanige Entschädigung der Pachter ber berechtigten und verpflichteten Gater bei den vorgedachten Regulirungen der Besitverhaltniffe enthalten fle nichts, obgleich bas G. v. 25. Sept. 1820 (G. S. 1820. S. 169.) über die gutsherrlichen und bauerlichen Berhaltniffe in den vorgebachten gandestheilen in deffen Stelle jene Gesetze getreten find, in den SS. 61. und 67. darüber bestimmt hatte. Erft die Abl.-D. v. 13. Juli 1829 ertheilt Borfchriften barüber. Indem folche im S. 1. Die Ablosbarkeit berjenigen Reallaften, welche vor Einführung der Frangofisch-Weftphalischen und Bergischen, Die Berhaltniffe bes Grundbesiges verandernden Gefete entstanden find, unter den weiter folgenden Bedingungen, und im S. 19. die Ablosung durch Abfindung ausspricht, umfaßt sie auch die in Folge der Def. v. 21. April 1825 erforderlichen Regulirungen von Entschädigungen für aufgehobene und veranderte Realrechte und Leiftungen. SS. 116. ff. ber Abl.=D. v. 13. Juli 1829 über bie Rechtsverhaliniffe ber Bachter zu den Berpachtern ertheilten Borfchriften finden daber auch auf die oben gedachten Regulirungen der Besitverhaltniffe nach den Gef. v. 21. April 1825 Anwendung. Dies folgt auch aus ben SS. 1. und 23. ber B. v. 30. Juni 1834.
- b) Durch das Ges. v. 18. Juni 1840 über die Rechtsverhältnisse des Grundbesitzes und über die Ablösung der Realberechtigungen in dem Füssstenthume Siegen (s. in Bd. I. S. 302.) sind das Ges. v. 21. April 1825 für die vormals Großherzoglich Bergischen Landestheile und die Abl.-D. v. 13. Juli 1829 unter Hinweisung auf die B. v. 80. Juni 1834 in den gedachten Landestheil eingeführt worden.

Es gelten mithin auch hier die gedachten Vorschriften wegen ber Rechtsverhältniffe der Bachter bei ben Regulirungen und Ablosungen.

c) Aehnliches findet in hinsicht des Herzogthums Westphalen Statt.

Unter Aushebung des Ges. v. 25. Sept. 1820 über die gutsherrlichdauerlichen Verhältnisse (G. S. 1820. S. 191) verweist das G. v. 18. Juni 1840 über
die den Grundbesitz betr. Rechtsverhältnisse (s. in Bd. I. S. 304) auf die unter
demselben Tage ergangene Ablös. D. (G. S. 1840. S. 156), welche auch die noch
erforderlichen Regulirungen der Besitzverhältnisse begreist. Es gelten daher
für diese auch die Vorschriften der S. 119. sf. über die Rechtsverhältnisse der
Pächter. Ueberdies verweist S. 4. des Ges. v. 18. Juni 1840 über die
Besitzverhältnisse in dem Gerzogschume Westphalen, auf die B. v. 80. Juni

1834 und in deren S. 23. auf die SS. 15. 158. ff. ber Gem.=Th.=D., welche im Wefentlichen mit den SS. 119. ff. der Abl.=D. übereinstimmen.

d) Das Ges. v. 22. Dec. 1839, betr. die Rechtsverhältnisse der Grundsbesitzer und die Ablösung der Reallasten in den Grafschaften Wittgenstein (s. in Bd. I. S. 305) hat die Besitzverhältnisse der Einsassen unter Aufsbedung einiger Rechte und Leistungen ohne besondere Entschädigung, im Wege der Ablösung aller sonstiger Leistungen gegen Entschädigung geordnet. Hinschlich der Ablösung der Leistungen der nicht standesherrlichen Untersassen und der Leistungen standesherrlicher Hintersassen an andere Realberechtigte als die Standesherrschaften, verweist das G. in den SS. 33. ff. auf die Abl.-D. v. 13. Juli 1829 und deren Dekl., so wie auf die B. v. 30. Juni 1834. Es kann daher keinem Bedenken unterliegen, daß die Vorschriften des S. 116. der ersteren hinsichtlich der Rechtsverhältnisse der Rächter in Anwendung kommen.

Anders verhält es sich mit der Ablösung der Leistungen der standesherrlichen Einsassen an die Standesherrschaften. Hierüber sind besondere, von der Abl.-D. v. 13. Juli 1829 abweichende Vorschriften ertheilt, auf welche erstere darin eben so wenig, wie auf die V. v. 30. Juni 1834 hin-

gewiesen wird. (§§. 1-32. bes Gef. v. 22. Dec. 1839).

In den §§. 20., 21. und 28. des Gesetzes ist jedoch vorgeschrieben, daß die Absindungen in die Stelle der abgelösten Leistungen treten, daß die Realberechtigten der Ablösung selbst nicht widersprechen, ihre Zuziehung bei dem Ablösungsgeschäfte nicht verlangen können, und daß die Pslichtigen diesen dritten Personen in keiner Art wegen jener Leistungen mehr verhastet bleiben. Der Pächter ist hierbei zwar nicht ausdrücklich Erwähnung geschehen; aus jenen und den damit übereinstimmenden Vorschriften der §§. 4. und 22. des Gesetzentwurfs sließen aber die Grundsätze der §§. 65. ff. desselben, daß nämlich die Absindungen für abgelöste Rechte und Leistungen überall in die Rechtsverhältnisse derselben eintreten und daß also auch die Pächter solcher abgelösten Rechte und Leistungen sich mit der Nutzung der Absindungen begnügen, resp. dafür aufkommen müssen, insosern nicht besondere Abreden dieserhalb getrossen worden sind.

Es ist daher kein Anstand genommen worden, diese und die näheren Bestimmungen ber Abl.-O. v. 13. Juli 1829 hinsichtlich der Bächter, auf die in Rede stehenden Ablösungen nach dem G. v. 22. Dec. 1839 über-

haupt in Anwendung zu bringen.

e) Hinsichtlich der Ablösungen der Reallasten in den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg und Hörter des Regierungsbezirks Minden nach dem Regl. v. 8. Aug. 1836 sinden, zusolge S. 18 desselben, die Vorschriften der Abl. = O. v. 13. Juli 1829 wegen der Rechte und Verbindlichkeiten dritter Personen, also auch wegen der Pächter Anwendung.

1) Wegen der Ablösungen in den vormals Herzoglich und Fürstlich Naffauischen Landestheilen, einschließlich der Fürstlich Solms und Wiedschen Gebiete, der Aemter Burbach und Neuenfirchen und in der Stadt Westar nebst Gebiete, enthält das Abl.-G. v. 4. Juli 1840 in Beziehung auf das Pachtverhäftniß dieselben Vorschriften, wie die Abl.-O. v. 13. Juli

1829 und 18. Juni 1840.

3) Für die Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten, einschließlich der Ablösung von Servituten, hat die Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821 in allen Landestheilen, wo das A. L. R. gilt, hinsichtlich der Bächter in den §§. 15., 158. ff. Grundsätze aufgestellt, welche im Wesentlichen den Bestimmungen der Art. 114. und 115. der Dekl. v. 29. Mai 1816 entsprechen. Sowohl die drei Ges. v. 21. April 1825 in den §§. 53., 32., 31., als die drei

Ablös.-O. für die westlichen Landestheile v. 13. Juli 1829, 18. Juni 1840 und 4. Juli 1840 in den SS. 5. 5. und 4. weisen hinsichtlich der Ablösung der Grundgerechtigkeiten auf die Vorschriften wegen der Gemeinheitstheilungen hin, und schließen die Vorschriften der Ablös.-Ordnungen aus.

Diefe betr. naberen Bestimmungen werben unten erortert werben.

4) Sowohl die Art. 114. ff. der Dekl. v. 29. Mai 1816, als die §§. 158. ff. der Gem.=Th.=O. v.7. Juni 1821, enthalten nur Bestimmungen wegen der Entschädigung der Pächter der berechtigten Güter, ohne der Rechte und Verpslichtungen der Pächter der mit Reallasten behafteten Güter hinsichtlich der Absindungen, welche für die aufgehobenen Reallasten zu geben sind, zu gedenken. In den drei Ablös.=Ordnungen für die westelichen Provinzen dagegen ist jenem Mangel durch Bestimmungen über die Verpslichtungen der Pächter der belasteten Güter begegnet worden.

B. Bei allen Auseinandersetzungen bestimmt die zur Auseinandersetzung angeordnete Kommission in Beziehung auf das Pachtverhältniß den Betrag der zur Vermehrung des Inventarii und Verschaffung der erforderlichen Gebäude wirthschaftlich zu verwendenden Kosten, so wie den Betrag der den Pächtern zu gewährenden oder von ihnen zu übernehmenden Entschädigun-

gen nach naberer Bestimmung ber Gefete.

(Bergl. S. 183. au 5. S. 198. ber B. v. 20. Juni 1817, SS. 15., 158. ber Gem. Th. D., S. 41. ber Abl. D. v. 7. Juni 1821, S. 94. bes Regul. Gef. v. 8. April 1823, SS. 1. und 23. ber B. v. 30. Juni 1834, S. 36. bes G. v. 22. Dec. 1839, S. 4. der beiben G. v. 18. Juni 1840. S. 138. der Abl. D. v. 18. Juni 1840, S. 113. des Abl. G. v. 4. Juli 1840.)

II.

Vorschriften für Regulirungen und Ablösnugen in den östlichen Landestheilen 1).

1) Die Dekl. v. 29. Mai 1816. (G. S. 1816. S. 178.) bestimmt in den Art. 115—120:

Art. 115. Für ben Fall, wenn rechtsbeständige Abreden nicht getroffen find, wird verordnet: daß der Pächter sich mit der gutsherrlichen Entschädigung, in so-

fern fie auf bas Bachtverhaltniß Bezug hat, begnugen muß.

Art. 116. Der Gutsherr muß aber dem Pachter während der Pachtjahre die Benutung der von den Einfassen zurückgelieferten Goswehr, oder des dafür bezahlten Kapitals, überlassen. Ift feine Goswehr vorhanden, oder ist diese oder das bafür verlangte Kapital zur Vermehrung des Gutsinventarit unzureichend; so muß der Pächter das erforderliche Inventarium, oder das daran Fehlende, auf seine Rosten anschaffen; der Gutsherr muß aber dem Pächter während der Dauer der Pacht, das zu dem Ende zu verwendende Kapital landüblich verzinsen.

Art. 117. Der Gutsherr muß bie in Gefolge ber Regulirung erforderlichen Gebaube auf seine Roften aufbauen, ober im Fall eine Bergrößerung ber biebe-

rigen gureichend ift, biefe vergrößern.

Art. 118. Die jur Regulirung ber Auseinandersetung mit ben Dienftein-

¹⁾ Die Landestheile, in welchen diese Vorschriften zur Anwendung kommen, find die Provinzen Brandenburg, Pommern, Preußen, Posen und Schlessien, so wie die zur Provinz Sachsen gelegten Landestheile, welche von dem Königreiche Sachsen unmittelbar an Preußen abgetreten sind, desgl. das Gebiet Ersurt und das Amt Wansdersleben, die vormals Großherzogl. Weismarschen und Fürftl. Schwarzburgischen Ortschaften, worin resp. das Regul.s. Ed. v. 14. Sept. 1811, die Regulir. Ges. v. 8. April 1823 und die Abl. D. v. 7. Juni 1821 zur Geltung gelangt sind.

Bon d. Wirkungen der Auseinanderfet. in Bezieh. auf britte Berf. 497

saffen angeordnete Kommission bestimmt ad Art. 116. ber Dekl. ben Betrag ber zur Bermehrung bes Inventarii wirthschaftlich zu verwendenden und von dem Guisherrn zu verzinsenden Rosten.

Gegen beren Bestimmung findet nur ber Refurs an bie General-Rommission

fait, deren Entscheidung fich beide Theile unterwerfen.

Art. 119. Will ber Pachter fich mit der gutsherrlichen Entschädigung unter ben obigen Bedingungen nicht begnügen; so steht es ihm frei, die Pacht zu funs digen. Diese Besugniß steht ihm nur binnen drei Monaten, nach erfolgter Bes

fatigung bes Receffes gu.

Art. 120. Trifft der nach dem Pachtkontrakte statisindende Endiermin des Wirthschaftsjahres nicht mit dem Vollziehungstermin der Auseinandersepung übersein; so muß in diesem Falle der Pächter in dem lettgenannten Termine die Pacht räumen, erhält aber in diesem Falle eine Entschädigung für die in dem Beitraum zwischen dem Vollziehungs= und dem kontraktlichen Rückgewährstermin ihm entsgehende Rußungen. Der Betrag derselben wird auf die oben bemerkte Art (Art. 118) ausgemittelt.

2) Die Ablös. - Ordn. v. 7. Juni 1821 hat bemnächst im §. 14. bestimmt:

In Rackicht der Pachter kommen die Borschriften der Dekl. v. 29. Mai 1816. Art. 114—120. zur Anwendung.

Ebenso hat das Regulir. - Ges. v. 8. April 1823 für Posen 2c. (G. S. 1823. S. 68) im S. 94. auf die gedachten Artikel der Dekl. v. 29. Mai 1816 verwiesen.

Ш.

Vorschriften, für Regulirungen ber Realrechtsverhältnisse und Ablösungen in den westlichen Landestheilen 1).

- 1) Die Ablos.-D. v. 13. Juli 1829 für die vormals Königl. Westsphälischen, Großherzoglich Bergischen und zu den Französchen Departements gehörigen Landestheile (G. S. 1829. S. 65) bestimmt in den §. 116—125.:
- S. 116. Durch bas Pachtverhältniß, es trete solches bei bem berechtigten ober bei bem belasteten Gute ein, kann so wenig die Regulirung als die Bollzies hung der Anseinandersetung zwischen dem Berechtigten und Berpflichteten gehins dert werden.

Sind für den Fall einer solchen Auseinandersetzung über die Entschädigung des Gutspächters rechtsbeständige Abreden getroffen, so hat es dabei sein Beswenden; sind aber dergleichen nicht getroffen, so treten die nachstehenden Vorsschriften ein.

S. 117. Ift bas berechtigte Gut verpachtet, so muß ber Pachter bes abges löseten Rechts sich mit ber Nupung berjenigen Entschädigung begnügen, welche

seinem Berpächter zu Theil geworden ift.

S. 118. Besteht biefe Entschädigung in Rapital, so hat ihm ber Berpachter bie Binsen besselben mit 4 Prozent zu verguten; es ware benn, daß ber Berpachs

¹⁾ Die Landestheile, in welchen diese Bestimmungen bei Regulirung der Besstäderhältnisse und bei Ablösungen zur Anwendung kommen, sind: die vormals Königl. Westphälischen einschließlich der Hurstenthums Siegen, die ehemaligen Französischen Landestheile, einschließlich der Fürstenthums Siegen, die ehemaligen Französischehanseatischen und Lippe-Departements, die Grafschaften Wittgensteins Wittgenstein und WittgensteinsBerleburg, das Herzogthum Westphalen, die vormals Rassauischen Landestheise, einschließlich der Aemter Burdach und Reuenkirchen und der Fürstlich Solms und Wiedschen Gebiete und die Stadt Wessar nebst Gebiet.

ter mit Inftimmung bes Bachters bas Ablofungetapital gur Berbefferung bes Guts,

wovon das abgelösete Recht Bubehör war, verwendete.

Besteht bie Entschädigung in Land, so ist der Bachter solche nur dann zu übernehmen und sich damit zu begnügen schuldig, wenn das abgelosete Recht Busbehör eines ihm verpachteten Gutes war und das in dessen Stelle tretende Land bei eben diesem Gute zu dem Werthe, wosür es dem Verpächter angerechnet worsden, genut werden kann; anch kann der Bachter, wenn ihm die Uebernahme folschen Landes zugemuthet wird, verlangen, daß ihm die zur Bewirthschaftung etwa noch erforderlichen Gebäude gebaut oder sonst überwiesen werden, doch muß er alsdann die Zinsen des aufgewendeten Baufapitals mit vier Prozent vergüten. Der Berpächter seinerseits kann sich aber auch nicht entziehen, dem Pächter die Ruhung des Entschädigungs-Landes zu überlassen, wenn dieser es ohne Ueberweisung mehrerer Gebäude zu übernehmen bereit ist; außer diesem Falle kann der Pächter diese Ruhung nicht fordern.

Ueberkommt der Bachter aus einem der vorbenannten Grunde die Entschabis gungs : Ländereien nicht zur Nutung, so muß ihm der Berpachter den Betrag der Rente, auf welche solche bei der Regulirung veranschlagt find, von der Pacht

erlaffen.

S. 119. Machen Dienste ben Gegenstand ber Ablösung aus, so kann ber Päckter des berechtigten Guts, außer der Nutung des Entschädigungs-Objets, auch die Anweisung der für die neue (zum Ersat der Dienste bestimmte) Einsrichtung nöthigen Gebäude fordern; er muß jedoch das Baukapital mit viex Prozent verzinsen.

S. 120. Das zum Betriebe ber Wirthschaft erforberliche Inventarium muß sich ber Pächter sowohl in bem Falle bes S. 118. als 119. auf seine Rosten ans schaffen, ohne daß er beshalb von dem Bervächter eine Bergütung begehs

ren fann.

S. 121. Will ber Pachter sich mit ber bem Berpachter zu Theil geworbenen Entschätigung unter ben obigen Bedingungen (§S. 117. bis 120.) nicht begnüsgen, so steht es ihm frei, die Pacht zu fündigen. Diese Besugnis steht ihm aber nur zu, binnen brei Monaten, nachdem der bestätigte Rezes dem Pachter bekannt gemacht ist. Auch muß die Kündigung wenigstens sechs Monate vor dem Abzuge erfolgen und der Abzug kann nur am Schluß eines Wirthschaftsjahres eintreten. Dieses dem Pachter eingeräumte Recht der Kündigung soll jedoch gänzlich wegfalslen, wenn, nach dem Urtheil der Gen. Kom., das abgelosete Recht im Berhältnis zur ganzen Wirthschaft so unbedeutend ist, daß aus der Ablösung keine merkliche Veränderung der Wirthschaftsverhältnisse entstehen kann.

S. 122. Ift es das belastete Gut, welches verpachtet ist, so kann ber ablös sende Berpachter verlangen, daß der Pächter die Ablösungsrente, oder die Zinsen des Ablösungskapitals zu vier Prozent in soweit übernehme, als letterer die jest

abgelöseten Leiftungen zu entrichten gehalten mar.

S. 123. Besteht solchenfalls die Entschädigung des Berechtigten in Land, so kann der Rachter dieserhalb von seinem Verpächter nur dann eine Ermäßigung in der Pacht verlangen, wenn er die damit abgelösete Leistung nicht zu vertreten hatte; und auch in diesem Falle gebührt ihm der Pachterlaß nur in dem Betrage, zu welchem die Nuhung dem abgefundenen Berechtigten angerechnet ift.

S. 124. Bill ber Bachter fich biefem nicht unterwerfen, fo finben bie Bes

ftimmungen bes S. 121. auch auf ihn Anwendung.

- S. 125. Bon den vorstehenden Bestimmungen (§S. 117—124.) soll in Anssehung berjenigen Pachtsontrakte, welche schon vor der Bekanntmachung des gesgenwärtigen Gesetzes geschlossen worden find, folgende Ausnahme eintreten. Wenn namlich der Verpächter selbst auf die Ablösung angetragen hat, so soll der Pächster die Wahl haben, entweder die vorstehenden Besugnisse auszuüben, oder aber vollständige Eutschädigung von dem Verpächter zu verlangen.
- 2) Die Ablos. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westphalen (G. S. 1840. S. 156) SS. 119 128. und das Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840 für die vormals Nassauischen Landestheile und die Stadt Weslax mit Gebiet (G. S. 1840. S. 195) SS. 94—103. enthalten wörtlich dieselben Bestimmungen.

IV.

Vorschriften bei Gemeinheitstheilungen.

1) Die bei Gemeinheitstheilungen bezüglich beren Wirkungen auf das Bachtverhältniß zur Anwendung kommenden Vorschriften sind in der Eem. Th. D. v. 7. Juni 1821. SS. 158—162. enthalten.

Bergl. diefelben in Bb. I. S. 325.

2) Die Ablos. D. v. 13. Juli 1829 für die vormals Königl. Westphälischen, Großherzogl. Bergischen und zu den Französ. Departements gehörig gewesenen Landestheile (G. S. 1829. S. 65) bestimmt im S. 5., daß von der Ablösung nach der gedachten Ordnung ausgenommen sein sollen:

a) einseitige ober wechselseitige Grundgerechtigkeiten (Servituten);

- b) die markenherrlichen Rechte; und daß in Ansehung dieser Rechtsverhältuisse die Gem. «Th. »D. v. 7. Juni 1821 (soweit dieselbe eingeführt ist ')) zur Anwendung komme.
- 3) In gleicher Art verweisen die Ablos. D. v. 18. Juni 1840 für das Herzogthum Westphalen (G. S. 1840. S. 156) im S. 5. und das Ablos. Ges. v. 4. Juli 1840 für die vormals Nassauischen Landestheile²) und die Stadt Weglar mit Gebiet (G. S. 1840. S. 195) im S. 4. bezüglich der Aemter Burbach und Neuenkirchen in Betress der Aushebung der Grundgerechtigkeit resp. der markenherrlichen Rechte auf die Grundsätze von Gemeinheitstheilungen, beziehungsweise der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821.

Zweiter Abschnitt.

Das Geset vom 19. Mai 1851, betr. das Verfahren in den nach der Gemeinheitstheilungs. Ordnung zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinufers.3)

L Ueber die Entstehungs-Geschichte biefes Gesetzes vergl. das

oben G. 10. Mitgetheilte.

II. Der von der Königl. Staats-Regierung vorgelegte Ent= wurf des Gesetzes ist ohne sehr erhebliche Abanderungen von den Kam= mern angenommen worden.

Die Motive bes Gesetes find bem Entwurfe ber Ronigi. Staats-

2) Bergl. in Betreff berfelben Bb. II. Abth. I. G. 929.

3) Vergl. in Bd. I. S. 684 ff.

¹⁾ Bergleiche hierüber oben S. 5 ff. — Nicht eingeführt ist die Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821 in benjenigen Theilen der vormals Großherzoglich Bergischen Landestheile, in welchen das Französische Recht gilt, nämlich die Kreise Düffels dorf, Elberfeld, Lennep und Solingen im Reg.-Bez. Düffeldorf, die Kreise Wips perfürt, Gummersbach, Waldbrol, Mühlheim und Siegfreis im Reg.-Bez. Köln, sowie die Herrschaft Wildenburg im Kreise Altenfirchen im Reg.-Bez. Koblenz. In diesen Landestheilten gelten mithin auch die §§. 158—162. der Gem.-Th.-D. v. 7. Juni 1821 nicht; es kommt daselbst die Gem. Th. D. v. 19. Mai 1851. (s. in Bd. I. S. 398 ff.) zur Anwendung, deren §. 22. über die Berhältnisse der Pächter disponirt.

Regierung beigefügt (Drucksachen der II. K. pro 18\f. Nr. 201.) und über die von ber II. Rammer vorgenommenen Aenderungen des Entwurfs giebt ber Bericht ber Kommission derselben (Drucks. Nr. 272.) Ausfunft.

Die I. Kammer ift, dem Antrage ihrer Kommission in deren Berichte v. 1. Mai 1851 (Drucksachen ber I. R. 1857. Nr. 248.) gemäß, dem Gesetze so, wie daffelbe aus den Beschlussen ber II. Kammer hervorgegangen, beigetreten.

A. Die Motive des Entwurfs.

Die Gem. Th. Sachen sind in der Regel wegen der großen Bahl der Bestheiligten, wegen des Mangels an klaren Titeln über das aus alter Zeit herrühs rende Rechtsverhältniß und wegen der Berschiedenartigkeit der Theilnehmungsrechte mit Schwierigkeiten verknüpft; bei ihnen ist das Bedürfniß einer umsichtigen Vorsbereitung und Behandlung durch Kenner der Landwirthschaft vorherrschend und sie verdienen wegen des Interesses der Landeskultur eine besondere Bestrerung sowohl durch Verminderung der Kosten, als durch Erleichterung der Formen des gewöhnlichen Prozesses, welche bei Gem. Theilungen oft drückend und verzögerlich sein würden.

Diese sammtlichen Rücksichten walten bei ben gewöhnlichen Theilungen (einer Erbschaft, ehelichen Gutergemeinschaft ic.) nicht ob. Wenngleich die Rheinische Theilungsprozedur einer Berbefferung entgegenfieht, fo murben boch für biefelbe bie erzeptionellen Formen, welche ber Eigenthumlichkeit ber Gemeinheitstheflung entsprechen, im Allgemeinen nicht motivirt und theilweise nichts weniger als angemeffen fein. Deshalb ift bavon abgestanben, bas allgemeine Theilungeverfahren bes Rheinischen Rechts so zu modifiziren, daß es auch für die sogenannten Gemeinheitstheilungen paffe. Bielmehr wird für bie letteren ein besonderes Berfahren in Borfchlag gebracht, was um fo weniger Bebenten hat, als bas Gefet von transitorischer Bedeutung ift, indem bie Rechteverhaltniffe, welche es lofen foll, fich funftig nicht mehr bilben. Der Urtelsspruch über bie Theilungen und Ablösungen verbleibt banach ben orbentlichen Gerichten. An Stelle bes Subnes Bersuchs vor dem Friedensrichter tritt ein Vorverfahren vor einem Verwaltungs-Rommiffar, welches in vielen Fällen ein gerichtliches Berfahren verhuten und jedenfalls demfelben als eine nügliche Borarbeit dienen wird. Die Borbereitung und ben Abschluß ber Einigung bem Richter, etwa bem Friedensrichter, zu übertragen, wurde nicht zwedmäßig fein. Die fonftige Stellung und Die Amtegeschafte des Richters wurden es nicht qulaffen, so umfaffend zu wirfen, wie ber kommittirte Berwaltungsbeamte. Die Ginführung ber Kreisvermittelungs Behörden in bie Landestheile des linken Rheinufers und die Uebertragung des Borverfahrens an bieselben, fann nach ben über ihre Birtsamfeit in ben anderen Provinzen gemachten Erfahrungen noch weniger empfohlen werben.

Die Regierung wird Sorge tragen, daß den Regierungen der Rheinprovinz Mitglieder überwiesen werden, welche in der Leitung von Auseinandersetungsgessschäften praktisch ersahren sind, sie können dort demnächst das Versahren selbst leiten und andere Beamte instruiren und es ist zu erwarten, daß die Partheien ihre Vorschläge annehmen, um so mehr, wenn sie zu besorgen haben, daß das Gericht die Vorschläge bei dem Widerspruch doch sanktionirt und dem Widerspreschenden die Kosten des gerichtlicken Versahrens auserlegt (S. 61.). Die Einsehung zweier Rommissare, eines administrativen und eines juristischen Rommissars, welche gleichzeitig operiren, hat sich in den übrigen Provinzen nicht bewährt und ist dort längst ausgegeben. Es verläßt sich dabei ein Rommissar auf den andern, die Einheit des Versahrens geht verloren und es ist daher besser, daß der Richters Kommissar erst eintritt, wenn der RegierungssRommissar das Versahren einstellt.

Bei dem gerichtlichen Verfahren sind die Vorschriften der Rheinischen ProzessessOrdnung nur soweit modisizirt, als es die Förderung der Theilungs, und Abslösungs Sachen erheischt, ohne die Hauptprinzipien des Rheinischen ProzessBersfahrens aufzugeben.

Im Gingelnen wird bemerft:

Bu S. 2. Die Ertheilung ber Bescheinigung über bas Anbringen bes Anstrags an die Regierung ift vorgeschrieben, weil nach S. 25. ber Antrag die Ber-

jährung unterbrechen foll, ferner mit Rudficht auf S. 27., gemäß welchem nach Ablauf eines zweijährigen Beitraums seit Einbringen des Antrags der Rechisweg nicht weiter foll aufgehalten werben können.

Daß die Regierung zu prüfen habe, ob der Antrag überhaupt nach dem gesgenwärtigen Gesetz zulässig sei, liegt in der Natur der Sache und verhindert vergebliche Weiterungen und Kosten; damit aber in etwaigen zweifelhaften Fällen das rechtliche Gehör nicht abgeschnitten sei, ist der Refurs an das Landgericht gegeben, dessen Versahren durch die Verwaltungsbehörde vorbereitet werden soll.

Bu S. 5. ff. Der Regierungs-Rommissar hat die Interessenten und die Theils nahmerechte auszumitteln, die Abschähung zu leiten und den Theilungs- oder Abslösungsplan aufzustellen, ähnlich wie die Spezial-Rommissarien der übrigen Brosvinzen. Die SS. 5. die 18. enthalten die wesentlichsten Borschriften darüber. Rähere Geschäfts-Anweisungen können nach Bedürfniß im Berwaltungswege erslassen werden.

Durch ben Plan bes Regierungs - Rommiffare wird ben Partheien in vollem Daaße die Belegenbeit gewährt, fich in ber Gute zu einigen, indem fie bem gehörig bekannt gemachten Plane nicht wibersprechen, und benselben burch die Uns terschrift zur Auseinandersetzungs : Urfunde erheben. Diese freie Einigung fiellt ben wesentlichften Gefichtspunft bes Borverfahrens bar. Deshalb konnten eines: theils bem Regierungs-Rommiffar Funktionen nicht beigelegt werben, welche eine Entscheidung über Rechte in fich schliegen, ober bem gerichtlichen Berfahren ans gehoren wurden (3. B. Prufung ber behaupteten Berechtigung, ber Legitimation u. f. w.), anderntheils hat der Gesetzentwurf die Einigung der Betheiligten insbesondere durch die Bestimmungen zu befördern gesucht, daß derjenige, welcher durch ungerechtfertigte hinderniffe die Einigung vereitelt, fich ber Berurtheilung in die Roften aussest (S. 61.) und bag bie gutliche Auseinandersegung bei gebos riger Beobachtung ber porgeschriebenen Formen für Alle, auch die nicht erschies nenen Betheiligten eine endgültige wird, so daß eine neue Theilung ober Ablos fung, nach Erlag von Ebiftalien felbft von unbefannten Beiheiligten, welche übergangen find, nicht mehr foll provozirt werden können. Diese Wirkung der Praflufion geht zwar einigermaaßen weiter, als biejenige, welche is ben anderen Provinzen besteht (vergl. 88. 26., 27. der B. v. 30. Juni 1834), sie erscheint aber um fo angemeffener, ba bie in ben anderen Provingen geltenben Birfungen ber öffentlichen Befanntmachung (vergl. S. 109. des Ablösungsges. v. 2. Marz 1850 ic.) wegen der Berschiedenheit des Civilrechts fich auf die Rheinprovinz nicht übertragen laffen, und ba wegen ber bort obwaltenben größeren Gefahr bes Borhandenseins unbefannter nicht zu ermittelnder Betheiligten die Wirfung ber Praflufion unbebenflich ber Berftarfung bebarf, bamit nicht bas erleichterte Brozeß-Berfahren eine Quelle fortwährender Berationen und nie aufhörender Theis lungsprozesse über benfelben Gegenstand werbe.

1

Der von den Betheiligten genehmigte Plan wird durch die Bestätigung Seistens des Gerichts (g. 15.) für Alle rechtsverbindlich; das Gericht wird nach Anshörung des dffentlichen Ministeriums die Homologation nur dann aussprechen, wenn es sich überzeugt hat, daß die gesetzlichen Vorschriften beobachtet und die

Intereffen ber bevormunbeten Berfonen gewahrt find.

In SS. 19. ff. Die Borlabungen und Buftellungen, welche ber Regierunges Rommiffar veranlaßt, follen mit möglichft geringen Roften verbunden fein. bie Beforgniß, bag aus ber minder ftrengen Reform Unficberheit entspringen werbe, ganglich zu beseitigen, ift im S. 14. ein der Aheinischen Oppositiones Pros zebur nachgebilbetes Restitutions : Berfahren zu Gunften bes Ausgebliebenen beis gefügt worben. Das große und fehr berechtigte Intereffe, welches bie Brovofaten. insbesondere die Servitutverpflichteten ober Die Miteigenthumer babei haben tonnen, daß ber Antrag bes Provofanten ben Berfonen ober auch bem Gegenstanbe nach eine größere Ausbehnung erhalte — (baß er beispielsweise auf alle, selbst bie unbefannten Servitutberechtigten und auf alle Arten von ablösbaren Rutungsberechtigungen, welche auf ber fraglichen Grundftuden haften, erftredt werbe) veranlaßt sowohl die Borschrift des S. 7., nach welcher auf Antrag des Provos katen eine Ausbehnung bes Berfahrens erfolgt, als auch bie Bestimmung bes S. 20., zufolge beffen auf Antrag jebes Betheiligten, wie auch auf amtliches Ermeffen bes Kommiffars zu ben besonberen Labungen die öffentliche Befanntmas chung hinzutritt, welche, wenn fie jum 3wede ber Anmelbung ber Rechte unb

spater Behufs ber Einigung über ben Plan, also jebenfalls zweimal erfolgt ift,

bie im S. 21. bezeichnete Wirfung haben foll.

Bu S. 24. Für die Rosten des Borversahrens ist im S. 24. auf die in den andern Provinzen geltenden Borschriften für die Remuneration der Kommissarien, Feldmesser und Sachverständigen verwiesen. Diese Borschriften sind jest enthalten in dem Regul. v. 25. April 1836 und der dazu gehörigen Instruktion v. 16. Juni 1836. Es ist vermieden, diese Verordnungen speziell zu allegiren, weil über deren Kbanderung durch ein neues Geses schon Berathungen schweben. Kostenspauschs quanta für die Theilungs und Ablösungs Sachen des linken Rheinusers einzussühren, wie in den übrigen Provinzen vorgeschlagen ist, erscheint nicht thunlich, weil Pauschquanta auf das Versahren vor den General Kommissionen berechnet sind und eine technische Auseinandersehungs Behörde voraussehen, welche das Pauschquantum in den einzelnen Fällen innerhalb des gesehlichen Maximum und Minimum arbitrirt.

Bu S. 27. Daß eine angemeffene, mit Ruckficht auf die Schwierigkeit des Geschäfts nicht zu kurze Frift für das Vorversahren bestimmt wird, ift nothwens dig, damit die Partheien nicht auf unbestimmte Zeit an der gerichtlichen Bersols gung ihrer Rechte gehindert werden. Dagegen soll das Vorversahren nach Ablauf von drei Jahren (einem Zeitraum, welcher mit der Frist der Peremtion und mit der in S. 25. hinsichtlich der Unterbrechung der Verzährung sestgesesten Frist übers einstimmt) seine Wirkung verlieren und wiederholt werden müssen, weil in diesem Zeitraume die Verhältnisse sich häusig so sehr verändern, daß die Berhandlungen des Regierungs-Kommissars nicht mehr die entsprechende Vorarbeit und das geeigs nete Material für die gerichtliche Prozedur darbieten.

Bu §§. 28. ff. Im Falle eine Einigung vor dem Reg. Kommissar nicht zu Stande kommt, sollen die sämmtlichen Berbandlungen desselben nach §. 18. bem Gerichte übermacht werden, um der kunftigen Klage und dem gerichtlichen Berssahren als zweitmäßiges in den meisten Fällen erwünschtes Material zu dienen.

In Betreff der Klage und der Vorladung zum gerichtlichen Berfahren war hier für verschiedene Bedürfnisse gleichmäßig Sorge zu tragen. In Fällen, in welchen der Einzelne gegen den Einzelnen klagt, oder wenige genau bekannte Bestheiligte dem Verfahren angehören, bleibt die gewöhnliche Ladung augemessen; dabei erscheint die Festsehung einer gleichmäßigen Vorladungsfrist von 1 Monat für alle Beslagten überhaupt sachgemäß und sowohl zur Bereinsachung als in

nicht wenigen Brogeburen jur Abfürzung bienlich.

Anzahl von Betheiligten ber bebeutenden Ladungsfosten oder der schwierigen Ersmittelung sammtlicher Betheiligten enthoben zu sein, und vor fünftigen Ansprüchen unbefannter Interessenten sichergestellt zu werden. Um dies möglich zu machen, gestattet der Entwurf dem Kläger neben den gewöhnlichen Borladungen oder selbst anstatt berselben die Klage durch öffentliche Befanntmachung gegen alle Betheisligten zu erheben; die Formen dasür sind verschiedenen anderen im Abeinischen Rechte geltenden Prozeduren (Erpropriations Bersahren, Iwangsversteigerung, Gütertrennungs-Klage u. s. w.) nachgebildet.

Endlich war es nothwendig, auch dem Beklagten (besonders den Miteigensthümern und den Servitutverpflichteten), das Mittel zu gewähren, dieselben obenserwähnten Zwecke zu erreichen, auch wenn der Kläger sich nur veranlaßt gesehen bat. lediglich sein eigenes engeres Interesse in der Klage geltend zu machen.

Da die Klage in allen Fällen gleich einer Theilungsflage aufzusaffen ift, vermitteist welcher der Brovokant die Ueberweisung seines Antheils ans einer Masse von Rusungen bestimmter Grundstücke begehrt, so muß dem Berklagten die rechtliche Besugnis beigelegt werden, von dem Kläger zu verlangen, daß er die sämmtlichen Betheiligten in den Prozest ziehe und daß seine Klage sich auf die ganze Anseinandersesung ausdehne, welche durch die Anträge im Borversahren in Aussicht gestellt ist. Damit dieses Berlangen, diese Einrede des Beklagten mogslichst geringe Beiterungen veranlasse, ist im S. 40. vorgesehen, daß dasselbe in der Regel sosort vor dem ersten Urtheile angebracht werden musse.

Da indeffen etwaigen prozeshinderlichen Einreden, welche vor dem Kommissar erk anzubringen find (S. 34.), prajudizirt werden wurde, wenn jener Termin zur Andringung unbedingt gelten sollte, so mußte die Möglichkeit nachgelassen werden, das gedachte Berlangen dis zum Ende des Termins zur Festkellung der Rechte

ber Partheien anzubringen, mit der Maaßgabe, daß die durch folches spätere Ansbringen veranlaßten Kosten dem Beklagten zur Last fallen. Durch diese Regez lung der Prozedur ist zugleich die Verwirrung beseitigt, welche in Ansehung der Anwaltsbestellungen, des Rechts zur Beitreibung u. s. w., nothwendig entstehen müßte, wenn in demselben Prozesse mehrere Partheien als Kläger und Provosansten ausstreten sollten. Durch die Möglichkeit, auf dem Wege der öffentlichen Bestanntmachung die Klage zu erheben, werden auch die Schwierigkeiten und Kosten in einem so hohen Grade vermindert, daß die nach dem Obigen vom Kläger aufserlegte Verpssichtung kein Bedenken haben kann.

Bu SS. 31. ff. Die Bestellung eines Richters Kommissars, welcher in ber Regel an Ort und Stelle mit ben Partheien zu Protokoll verhandelt, die Streistigkeiten instruirt, die Operationen der Sachverständigen leitet, und auf bessen Bericht die erforderlichen Entscheidungen des Gerichts ergehen, erscheint als eine wesentliche Bedingung für die rasche und zwecknäßige Behandlung der Auseins

anderfehung.

Die drei Sachverständigen, welche der Rommissar nach S. 35. zuziehen soll, werten in der Regel aus einem Feldmesser und zwei ökonomischen oder Forsts Sachverständigen bestehen. Dadurch, das die Partheien zunächst vermittelst eines Urtheils, welches im summarischen Verfabren nur die Kompetenz und die dishes rigen Formen prüft und alle Rechte der Partheien unberührt läßt, sofort vor den Kommissar verwiesen werden, wird ein erstes Urtheil in der Hauptsache, die Zusstellung desselben und die durch die Berufungsfrist entstehende Verzögerung vers

mieben, baber für fehr viele Falle Gewinn an Beit und Roften erreicht.

Das Verfahren vor bem Kommissar ist hauptsächlich bem Kollofations-Versfahren nachgebildet. Dasselbe ist in fortlausendem Zusammenhange der Termine gehalten, so daß es nur zu Anfang einer Einsadung der Anwälte zum Termin vor dem Kommissar bedarf, die zur Einsicht des Plaus von Neuem eingeladen wird. Es ist sachgemäß gesunden worden, daß die Partheien nicht bloß durch ihren Anwalt, sondern auch in Person oder durch Bevollmächtigte vor dem Komsmissar und bei den Berrichtungen der Sachverständigen sollen erscheinen dursen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt vorher mittelst Bestellung eines Anwalts förmlich in den Prozes getreien sind (S. 34.), serner, daß der Kommissar die austretenden oder die säumigen Sachverständigen durch andere ersehen könne, ohne daß es des halb der Kosten und Weiterungen eines Urtheils bedarf (S. 45.). Durch die Formen, welche dei Ansertigung und Riederlegung des Planes zu beobachen sind, ist dassür gesorgt, daß die Partheien, ohne überrascht zu werden, und mit vollstäns diger Kenntnis des Plans zur Auseinandersehung gelangen.

Rach S. 52. wird auf dem fürzesten Wege die gerichtliche Entscheidung über Widersprücke und Streitigkeiten, welche in dieser Beziehung sich erheben können, herbeigeführt und zugleich für alle Betheiligten die Urkunde über Theilung und Ablösung, sowie der Eigenthumstitel beschafft. — In Bezug auf den etwa nöthisgen Verkauf von Immobilien ist die R. O. v. 29. Sept. 1835 über die Immos biliar-Versteigerungen im Theilungs-Versahren auf das nach diesem Gesetze stattssindende Versahren zur Ablösung der Servituten auszudehnen. Die Ausschließung des Uebergebots nach dem Versause beseitigt vielsache Weiterungen und großen Beitverlust, welche besonders da, wo es sich von vielen Parcellen handelt, eintres

ten wurben.

Bu \$5. 56. ff. Die folgenden Paragraphen enthalten eine Reihe von Mosdisstionen und Abanderungen der Vorschriften des Rheinischen Prozesses, welcher im Uedrigen nach \$. 72. subsidiarisch Anwendung sindet. Diese Abweichungen vom gewöhnlichen Versahren sind durch die Eigenthümlichkeiten der Gemeinheites theilung motivirt und scheinen bei dem für dieselbe bestimmten Ausnahmes Verssahren hinreichend gerechtsertigt. Die \$5. 56—58. werden eine erhebliche Abfürs zung der Prozedur und beträchtliche Kostenersparung bewirken; es ist dabei Sorge getragen, das die Beseitigung der Formen und verzögerlichen Fristen nicht zu mas terieller Rechtsverletzung führe (§. 60.).

Duß der Kostenpunkt schon in den Plan aufgenommen werde, erscheint noths wendig, weil sonst das Gericht ohne Gehör der Partheien über die Rosten entsscheiden mußte, auch die Zustellung des Urtheils und Berufungen gegen dasselbe

peranlaßt murben, Uebelftanbe, welche burch ben Entwurf beseitigt finb.

Die SS. 62 - 64. haben bebeutenbe Berminberung ber Roften gum Gegens

fande. Es wird übrigens einer besonderen Koftentare für das in diesem Gesetze vorgeschriebene gerichtliche Verfahren bedürfen, da die bestehende Taxe bireft auf baffelbe nicht anzuwenden ift, auch die Analogie nicht genügend aushelfen fann.

In Bezug auf bie Berufung von ben im Laufe bes Berfahrens ergebenben. ber Berufung nicht entzogenen Urtheilen find ebenfalls Abfürzung ber Friften und Berminberung ber Roften vorgesehen. Es fann dabei auf ben Borgang ber Subs

hastations-Ordnung vom 1. August 1822 verwiesen werben.

Bu SS. 69-71. Durch ben Charafter, welcher bem gangen Berfahren beis gegeben ift, insbesondere durch die Einwirkung und Leitung des Kommiffars und burch die vorgeschriebene Prüfung des Gerichts bei Bestätigung des Plans werden bie Formen und Borichriften, welche sonft für Prozesse und für Bergleiche von Minderjährigen, Gemeinden und öffentlichen Anftalten gesetlich find, entbehrlich. Es ift nothwendig, von benselben abzusehen, wenn die Zwede bes Gefehes erreicht werden sollen.

Aus gleichen Grunden ift jede Autorisation von Provokaten, fich als Bes klagte einzulassen und ihre Rechte geltend zu machen, für nicht erforderlich ers klart worden. Der Werth, welcher anderwarts auf dieselbe zu legen ift, wurde in dem hier in Rebe fiehenden Berfahren mit den Beiterungen anger Berhaltnis

fteben.

Als erheblich für die Forberung des Verfahrens erscheint die Aufnahme ber in ben anberen Provinzen burch §. 22. ber B. v. 30. Juni 1834 eingeführten Ausnahmebestimmung über bie Bertretung ber Chefrau durch den Chemann in Beziehung auf die Grundflucke, über welche letterer die Verwaltung hat. Fassung des Entwurfs berücksichtigt das Rheinische Güterrecht der Chegatten und giebt zugleich ben wesentlichen Inhalt bes S. 22. 1. c. wieder. Für ein tranfis torisches Ausnahme: Gesetz wird sich auch die Fiktion, daß es sich mehr um eine Maaßregel ber Berwaltung, als um eine Beräußerung hanble, im Berhaltuiß ber Chegatten zu einander rechtfertigen. Die Falle, in welchen dem Chemanne bie Berwaltung ber Guter ber Frau entzogen ift, find fo felten, bag die Unficherheit, welche aus ber Unbekanntheit berartiger besonderer Chekontrakte ober Rechtsverbaltniffe entspringen fann, wenig in Betracht fommt.

Der S. 71. enthält die nähere Anwendung bes S. 30. ber Gem. Th. D. auf

bas hier entworfene besondere Berfahren.

Der Bericht ber Rommiffion ber II. Rammer 1):

Die Kommission hat fich zunächst die Frage stellen muffen: ob ber Erlag eines besonderen, in wesentlichen Beziehungen sowohl von

bem Rheinischen Prozegrecht, als von bem in ben alteren ganbestheilen geltenden Auseinandersetzungsverfahren abweichenden Gesetzes mit Rücksicht auf die eigenthümlichen Verhältnisse des linken Rheinufers als nothwendig,

ober boch als rathfam erscheine.

Diefelbe glaubt biefe Frage, in vollkommenem Einverständniß mit ber Anficht und ben Motiven ber Staatsregierung, bejahen zu muffen. Bon ben verschiebes nen Rechtsverhaltniffen, welche ber S. 1. ber Gemeinheitstheilung fur die Rheins proving als einer Ablösung ober Theilung fähig bezeichnet, find für bas linke Rheinufer hauptsächlich zwei Rathegorien von praktischer Wichtigkeit, nämlich :

1) die geschloffenen Romplexe von Grundftuden, welche herkommlich von mehs reren Miteigenthumern beseffen und gemeinschaftlich benutt werden, und

2) die als Dienstbarkeit auf dem Grundeigenthum haftenden Rugungsberechs tigungen zur Beibe, zur Waldmaft, zum Golzgeunffe, zur Gewinnung von Streu, Saibefraut, Torf, Schilf, Binsen, Rohr und Grafereien. Die übris gen im S. 1. ber Gem. Th. D. bezeichneten Berechtigungen, burften auf bem linken Rheinufer theils gar nicht, theils nur fehr vereinzelt vorfommen.

Bas nun zunächst die eben unter 1. bezeichneten Komplere von Grundstücken betrifft, welche von Alters her burch mehrere Miteigenthumer ungetheilt befeffen und gemeinschaftlich benutt worden, so reichen dieselben meift in eine ferne Bergangenheit gurud und find jum größtentheile ale Ausfluffe bes früheren Marten-

¹⁾ Berichterftatter: Abgeorbn. Daperath.

rechts zu betrachten. Die Mark war für viele Gegenden des linken Rheinufers die ursprüngliche Form und der erste entwickelte Ausdruck einer ländlichen Gemeindes verfassung. Aus dem Einkommen der Mark wurden die gemeinsamen Bedürfnisse berfelben bestritten, auch den einzelnen Markgenossen bestimmten Leistungen und Ruhungen, z. B. Weibe, Brands und Bauholz, gewährt. Als bei dem Wachsthum der Bevölkerung der Jug neuer Ansiedelungen sich hauptsächlich jenen Gemeinden zuwendete, bei denen ein bedeutendes Markenvermögen vorhanden war, mußte in den altberechtigten Markgenossen das Interesse erwachen, sich den inneren Einswandern gegenüber auf den Grund ihres bisherigen Besithandes abzuschließen, und die engere Mark als eine besondere privatrechtliche Genossenschaft im Gegenssas zu der weiteren Gemeinde als politischer Korporation zu behaupten.

Dieser rechtsgeschichtliche Entwickelungsprozes hat in verschiedenen Segenben einen verschiedenen Ansgang gehabt; in einzelnen Landestheilen ist das Bermbsgen der Marken gänzlich in dem der Semeinden aufgegangen, in anderen haben sich die Marken in der Eigenschaft privatrechtlicher Kommunionen unter verschies denen Lokaldezeichnungen als Marken, Gewehren, Erbenwaldungen u. s. w. die auf den heutigen Tag erhalten. Die Theilnahmerechte an den Ruhungen der gemeinschaftlichen Grundstücke sind durch Erbtheile allmählig sehr zersplittert wors den. Diese Parzellirung war schon vor dem Eintritt der französischen Gesetzgebung in hohem Maaße vorhanden; sie hat sich seitdem noch vermehrt, weil viele in den alten Weisthümern und Narkenordnungen enthaltenen und auf das Zusammenhals ten der Mark berechneten Bestimmungen, zu welchen natürlich Retraktrechte mans nigsacher Art gehörten, bei dem jezigen Stande der Gesetzgebung nicht mehr ges-

handhabt werben fonnen.

Es leuchtet ein, daß das gewöhnliche linksrheinische Theilungsversahren auf die Auseinandersehung von Kommunionen so bedeutenden Umfangs nicht ohne ershebliche Weiterungen und Uebelstände, ja nicht ohne eine gewisse Gewaltsamkeit angewendet werden kann. Dieses Versahren ist zunächst auf die Auseinandersehung solcher gemeinschaftlichen Vermögensmassen berechnet, welche durch Erbschaft, ehes liche Gütergemeinschaft, Gesellschaftsverträge oder sonstige besondere, ein Miteigensthum begründende und erweislich der neuern Zeit angehörige Rechtstitel begrüns det worden sind. Es handelt sich dabei von Rechtsverhältnissen, welche sich mesder, was die Ratur des Gegenstandes, noch was die Jahl der Beiheiligten des trifft, erheblich von sonstigen Civilslagen unterscheiden, dei denen es mithin auch seinem Bedenken unterliegen kann, die ftrengsten Formen und Fristen des gewöhnslichen Prozestrechts in ihrer vollen Schärfe bestehen zu lassen. Offenbar kann aber nicht derselbe Maasstad an die Auseinandersehung der oben bezeichneten ums

fangreichen Rommunionen gelegt werben.

Benige praftische Anführungen werden bies genügend erläutern. wöhnlichen Theilungsprozessen hat ber Provokant bie Roften ber Borlabungen und bed weiteren Berfahrens vorschusweise zu tragen. Diese Bestimmung hat bei biefen Rlagen, ba fich biefelben auf einen numerisch nur fleinen Rreis von Betheis ligten erftreden, nichts brudenbes; fie wirb aber fofort zu einer fcweren Belaftung, und macht ben weniger bemittelten Theilnehmern die Brovofation fast uns möglich, wenn Gunberte von Miteigenthumern perfonlich vorgelaben werben follen. Bird auch nur eine diefer Borladungen wegen eines Formfehlers vernichtet, fo wird in ber Regel die abermalige Borladung sammilicher Interessenten erforderlich Mehnliche Roften fehren überall wieber, wo Buftellungen ben Partheien in Berson gemacht werben muffen. Die Expertise richtet fich lebiglich auf bie-Ers mittelung bes Ertragswerthe und auf die Frage: ob die Grundftucke in natura getheilt, ober verfauft werben follen - Die ber Rechtsprechung an fich fremben Rudfichten ber Landesfultur und wirthschaftlichen Zwedmäßigfeit kommen babei in feine, ober boch nur in eine untergeordnete Erwägung. Bei Rechteverhaltniffen, beren Entftehung in eine ferne Bergangenheit gurudreicht und bei benen bas TheUnahmerecht ber Einzelnen nicht sowohl auf einem besonderen Titel, als viels mehr auf einem burch Generationen überfommenen Befitfanbe beruht, wirb es benjenigen Betheiligten, welche ein Intereffe gegen bie Auseinanberfepung haben, nicht schwer fallen, einzelne Incidenzpunkte anzuregen und burch alle Instanzen zu treiben. blos bamit bas hauptverfahren nicht zum Abschluß gelange und ben Theilungsprovokanten möglichft viele Schwierigkeiten in ben Weg gelegt werben. 3ft endlich bie Auseinandersepung wirklich jum Abschluffe gebieben, fo erscheint doch, da das Rheinische Theilungsversahren Edistalcitationen unter Androhung einer demnächst eintretenden Prässusion nicht kennt, die Möglichkeit keinesweges ausgeschlossen, daß nicht hinterher ein etwa übergangener Miteigenthümer oder Servitutsberechtigter seine Rechte im Wege der Bindisation, beziehungsweise der Konfessorienslage geltend mache und die Resultate der Auseinandersehung von Renem in Frage stelle. Der gewöhnliche Theilungsprozes stellt sich daher, auf die Auseinandersehung der oben bezeichneten Gemeinheiten angewandt, als ein in den Formen schwerfälliges, im Verlause langsames, in den Kosten drückendes und im endlichen Erfolge gleichwohl ungewisses Berfahren dar, dessen fachung seit Jahren zu einem dringenden Bedürsniß geworden ist.

Aehnlich verhält es fich mit ben in S. 1. der Gem. Th. D. bezeichneten Früher wurde bie Ablofung wenigstens bestimmter Arten biefer Gervituten auf tem gangen linken Rheinufer im Wege ber sogenannten Kantonnementeklage als statthaft erachtet. Seit jedoch der rheinische Revisions- und Raffationshof entschieden hat, daß für den bei weitem größeren Theil des linken Rheinufers die Kantonnementsklage wegen nicht erfolgter Publikation der fie begrunbenden Gesetzgebung nicht angebracht werden könne, ift bie Ablösung solcher Servituten, wie bringend bieselbe auch im Interesse einer rationellen Lands und Forstwirthschaft gewünscht werben muß, fast ganz ins Stocken gerathen. Diesem Uebelstande wird nun zwar durch die in Borschlag gebrachte Gem. Th. D. abgeholfen, indem in S. 1. derselben bie Ablösbarfeit solcher Gervituten allgemein und grundsählich ausgesprochen worben ift, eine barauf gerichtete Rlage mithin auch von den Gerichten nicht mehr zurudgewiesen werden wird. Rudfichtlich des Berfahrens treten jeboch auch bei einer solchen Rlage, namentlich wenn bie Gegens ftande ber Ablösung und die Bahl ber Intereffenten einigermaaßen von Bedeutung find, alle diejenigen Bebenfen und Uebelftanbe bervor, welche bereits oben in Beziehung auf ben Kostenpunkt, die Borlabungen und Expertisen u. s. w. als Däus gel bes gewöhnlichen Theilungsprozesses in seiner Anwendung auf die Auseinandersetzung von Erbenwaldungen ic. hervorgehoben worben find.

Die Kom. war baber ber Ansicht, daß, wenn das Werf der Ablösung und Gemeinheitstheilung auf dem linken Rheinuser überhaupt gesördert werden solle, es dazü eines besonderen, die eigenthümliche Sachlage berückschtigenden uad eben deshalb von dem gewöhnlichen Prozestrecht abweichenden Versahrens bedürfe. Auch darin konnte die Kom. der Ansicht der Reg. nur beitreten, daß diese Absweichungen überall auf das Nothwendigste zu beschränken seien, und daß die Nebertragung des Regulirungsversahrens, wie es in den übrigen Laudestheilen unter der Leitung eigener Behörden besteht, auf das linke Rheinuser wenigstens sie seit nicht zu empsehlen sein würde. Dem hier vorhandenen Bedürsnis wird vielmehr vollkommen genügt, wenn die Entscheidung auch in diesen Ablösungen und Theilungen für Kontestationsfälle den ordentlichen Gerichten überlassen, das dahin gerichtete Versahren selbst aber möglichst erleichtert und vereinsacht wird, und andererseits der gerichtlichen Klage ein administratives Vergleichsversahren vorausgeht, bei welchem neben der Ermittelung und Ausgleichung der gegensseitigen Rechte auch die Interessen der Landeskultur eine sachgemäße Berücksichtischtigen Rechte auch die Interessen der Landeskultur eine sachgemäße

gung finden.

In diesem Grundgebanken bewegt sich ber Entw. ber Reg. Der Antrag auf Theilung ober Ablosung soll bei der Regierung, in deren Bezirk bas zuständige Bericht seinen Sig hat, angebracht werben. Dieselbe ernennt einen Rommiffar, welcher alle auf das Theilungs , ober Ablbsungegeschaft bezüglichen Berhaltniffe, bie Bahl ber Intereffenten, wie ben Umfang ihrer Rechte zu ermitteln, Die vorbereitenden Einleitungen zu treffen, einen Ablofunges ober Theilungsplan zu ents werfen und im Wege perfonlicher Berhandlungen mit den Betheiligten auf bas Buftanbefommen einer gutlichen Ginigung hinzuwirken hat, welche, um exekutorisch zu werben, nur ber Bestätigung burch Rathefammerbeschluß des Laudgerichts bes barf. Kommt eine gutliche Uebereinfunft nicht zu Stande, so ift ber Beg ber gerichtlichen Theilungs : ober Ablosungeflage für jeben Betheiligten eröffnet. Für Diefen Fall ift aber im Entwurfe burch eine Reihe von Bestimmungen dahin gewirft, daß bie Borlabungen erleichtert, die Brogefform angemeffen vereinfacht, die Roften ermäßigt, Incidengpuntte möglichft rafch befeitigt und fpatere Angriffe gegen das einmal jum befinitiven Abschluffe gediehene Bert ber Theilung ober Ablofung präflubirt werben.

Mit allen diesen Anordnungen konnte fich die Kom. im Grundsase nur eins verstanden erklären. Zur Cinzelberathung übergehend, fand dieselbe bei den §5. 1. dis 6. des Entw. nichts zu erinnern. Zu §. 6. wurde die Fassungssänderung beliebt, daß in der zweiten Zeile die Worte "vor ihm" durch die Worte

"vor fich" erfest werben follen.

Im S. 7. wird bestimmt, daß der Kommissar, wenn eine der Partheien die Ansbehnung des Berfahrens über den Umfang des ursprünglichen Antrags hinaus nachsuche, diesem Berlangen Folge zu geben habe, sofern der neue Antrag nach der Gemeinheitstheilung zulässig sei. Die Kom. erklärte sich hiermit einverskanden, beschloß jedoch gleichzeitig, am Schlusse des S. folgenden Busat vorzusschlagen:

Werben Wibersprüche gegen die Erweiterung des Antrags erhoben, so hat über dieselben zunächst die Regierung zu besinden. Gegen die Enischeisdung der letztern ist der im S. 2. vorgesehene Rekurs an das Landgericht

zuläsfig.

Die Nothwendigkeit eines solchen Zusates wurde auch von den anwesenden Reg. Kommissarien anerkannt und erläutert sich einfach als eine Konsequenz aus S. 2. des Entw., indem Anträge auf Erweiterung der Theilung oder Ablösung dem ersten Antrage auf Theilung oder Ablösung in allen Beziehungen gleichzusstellen, mithin auch in Ansehung der Frage: ob der Erweiterungs-Antrag nach der Gem. Th. D. zulässig erscheine, an die Entscheidung derselben Instanzen zu weisen sind.

Die SS. 8. und 9. wurden ohne Abanbernng angenommen.

Ebenso die zwei ersten Sape des S. 10. Auchschillich des Schlußsapes wurde dagegen eine Fassung gewünscht, welche noch schärfer, als im Entwurfe geschehen, hervorhebe, daß die von einem auf Grund des Besitztandes zugelassenen Interesssenten eingegangene Einigung den später für ihn eintretenden wahren Eigenthüs mer oder Berechtigten dergestalt binde, daß letterer, der Theilungsmasse und den übrigen Interessenten gegenüber, ein Rehreres, als dem vorläusigen Besitzer zusgebilligt worden, nicht verlangen könne.

Ein über bieses Maaß hinausgreifender Regreß des wahren Berechtigten gegen den früher unberechtigten Inhaber werde dadurch selbstredend nicht aussgeschlossen; hierüber bedürfe es aber keiner besonderen Bestimmung im vorliegens den Entwurfe, weil ein solcher Anspruch in jedem Einzelfalle nach den gewöhnslichen privatrechtlichen Regeln über die Verpflichtung zum Schadenersaße zu bes

urtheilen sein werde.

Die Rom. erklarte fich hiermit einverstanden und schlägt baber statt bes

Schlußfages in S. 10. folgende Abanberung zur Annahme vor:

Derjenige, welcher später die Erledigung des Streites zu seinen Gunsten nachweißt, tritt alsdann in die Stelle des vorläufig Zugelassenen; auf die rechtliche Stellung der übrigen Interessenten ist dies jedoch ohne Einstuß. Derselbe muß daher eine Einigung, welche von dem vorläusig zugelassenen Inhaber eingegangen worden ist, auch gegen sich als verbindlich gelten lassen, und kann den übrigen Betheiligten gegenüber aus der Ablösungssober Theilungsmasse nicht ein Dehreres ober Anderes fordern, als Jenem

angewiesen worden ift.

Die § §. 11., 12., 13. wurden ohne Abanderung angenommen. Ebenso der ber §. 14. mit Ausnahme des Schlußsates. In diesem wird bestimmt, daß wenn der Einsprechende im Termine auf dem Einspruche beharre, die frühere Genehmis gung des Plans für Alle wirfungslos werde. Die Kom. konnte sich von der Rothwendigkeit oder Rathsamkeit einer solchen Bestimmung nicht überzeugen, ersachtet dieselbe vielmehr für bedenklich. Wird der Einspruch eines einzelnen Insteressenten vom Gerichte für begründet erfannt, so solge daraus noch nicht unsbedingt, daß der vorgelegte Plan für Alle wirkungslos würde; wird der Einsspruch dagegen verworsen, so ist nicht abzusehen, weshalb man einem ohne Grund erhobenen und ohne Wirkung gebliebenen Proteste die Wirkung beis legen will, daß nun die frühere Genehmigung des Plans für Alle wirkungslos werden und das sak zum Abschlusse gebrachte Werk wieder von Reuem beginnen solle. Aus diesen Gründen, denen auch die Bertreter der Staatsregierung beispstichteten, hielt die Rommission es sur zweckmäsig, die Wirkungen einer früheren Genehmigung hier nicht näher zu präzisten, vielmehr die Festkellung derselben

dem richterlichen Ermeffen zu überlaffen und empfiehlt baber einstimmig, fatt bes

Schluffages in S. 14. folgende Abanderung eintreten zu laffen:

Wenn der Einsprechende in dem Termine auf dem Einspruche beharrt, so fann die Aussührung des Plans auch in Beziehung auf diesenigen Bestheiligten, welche denselben bereits genehmigt haben, vor der richters lichen Entscheidung nicht flatisinden; eintretenden Falles kann nach S. 12. weiter verfahren werden.

Die §§. 15—19. geben zu keinen Abanberungen Anlas. Bu §. 20. wurde mehrseitig bemerkt, daß die Berkundigung mit der Schelle in vielen Gemeinden des linken Rheinusers nicht die gebräuchliche sei, daß aber das Geset offenbar nicht einen alleingültigen Modus für diese Art von Bekanntmachungen habe auschellen, sondern sich vielmehr an die Ortssitte habe anschließen wollen. Es wurde daher vorgeschlagen, in der Ar. 1. dieses §., hinter den Worten "mit der Schelle", die Worte "oder in sonst ortsüblicher Weise" einzuschalten. Die Kom. erklärte sich hiermit einverstanden, und empsiehlt den Paragraphen mit dieser Einschaltung

jur Annahme.

Mit ben Birfungen, welche nach S. 21. ber diffentlichen Bekanntmachung so wohl zur Deckung etwaiger Mängel ber besonderen Borladungen als in Beziehung auf die Präsinsten übergangener Interessenten beigelegt werden sollen, war man allseitig einverstanden, indem gerade diese Bestimmungen sehr wesentlich auf die Bereinfachung der Prozedur, sowie auf die rechtliche Sicherung der schließlichen Resultate der Auseinandersehung hinwirfen und unbestreitbare Borzüge vor dem gewöhnlichen Theilungsversahren darbieten. Andererseits mußte es wünschenes werth erscheinen, den Gedanken, daß der prässudirte Theilnehmer der Masse und den übrigen Interessenten gegenüber aller Rechte verlustig sei und sich lediglich an Denjenigen zu halten habe, welcher unrechtmäßig für das jenem zustehende Theilnahmerecht abgefunden worden, schärfer und präziser zu fassen, als dies in dem dritten Saze des S.:

Derfelbe ist mit seinen Rechten ober Einwendungen gegen die Auseins andersetzung ausgeschlossen und kann die Theilung ober Ablösung nicht

weiter verlangen,

geschehen ift. Die Kom. schlägt baber vor, biesen britten Sat burch nache fiebenben:

Derfelbe verliert seine Rechte und ist mit seinen Einwendungen gegen die Auseinandersehung ausgeschlossen,

zu erfeten, bie Worte:

und kann die Theilung ober Ablösung, nicht weiter verlangen, aber als sich von selbst verstehend, wegfallen zu lassen. Im Uebrigen fand sich gegen die Annahme sowohl dieses S. als der SS. 22., 23., 24., 25., 26. nichts zu erinnern.

Das zweite Alinea bes S. 27. bestimmt:

daß die gerichtliche Rlage angestellt werben kann, wenn das Borverfahren nicht binnen zwei Jahren nach Einbringung des Antrags bei der Regies

rung ju Ende geführt sei.

Diese Frist schien jedoch mehreren Mitgliebern, namentlich bei größeren Auseinandersehungen zu enge bemessen, und hat zu dem, von der Kommission einstimmig angenommenen Antrage geführt, statt des zweisährigen einen dreisährigen Beitraum als densenigen auzunehmen, wo der Mangel der Durchführung des Borversahrens der Anstellung der Klage nicht mehr dilatorisch entgegenstehen soll. Hiernach wurde also das Wort "zwei" in dem betressenden Alin. durch "drei" zu ersehen sein.

Die §5. 28., 29. und 30. wurden ohne Beränderungen angenommen; es versteht sich jedoch von selbst, daß wenn die Kammer die zu §. 20. vorgeschlasgene Einschaltung "in sonst ortsüblicher Beise" genehmigen sollte, diese Einsschaltung auch im §. 30. hinter den Worten: "durch die Schelle" Plat greifen

müßte.

Die \$5. 31. bis 40. einschließlich wurden einstimmig ohne Abanderungen aus

genommen.

Bu S. 41. wurde der größeren Uebersichtlichkeit wegen vorgeschlagen, den ersten Sap in zwei selbstständige Sape zu theilen und in der siebenten Beile hin-

ter ben Worten "und verweist" bas Wort "biefelben" hinzugnfügen, so bag ber

Sat folgendermaagen lauten wurbe:

Im Falle nach dem Termine zur Festkellung der Rechte der Partheien Jemand als Beiheiligter in den Prozes treten will, so hat derselbe durch Gesuch eines Anwalts, welches den übrigen Anwälten zuzustellen ist, seis nen Anspruch bei dem Kommissar anzubringen. Dieser läßt in einem von ihm anderaumten Termine, welcher durch Anwaltsaft mindestens vierzehn Tage vor dem Termine zur Kenntniß sämmtlicher Anwälte gebracht wird, die Partheien sich erflären, und verweist dieselben im Falle von Streitige keiten in eine Sisung des Landgerichts.

Die Rom. empfiehlt biefen, lediglich eine Faffungeanberung bezweckenben

Borfcblag gur Annahme.

Gegen ben Inhalt ber \$5. 42. bis 49. einschließlich wurden von keiner

Seite Erinnerungen erhoben.

Der S. 50. bestimmt, daß ber Kommiffar, wenn er ber Anficht ift, daß eine Theilung ber gemeinschaftlichen Grundflucke in Ratur vorzunehmen, ober eine Lande abfindung zu gewähren fei, vor ber hinterlegung bee Theilunges ober Ablofunges plans einen vorläufigen Blan fertigen und einen Termin bestimmen folle, in welchem er benfelben an Ort und Stelle ber Partheien zur Aeußerung vorlegen werbe. hiergegen murbe ber, burch Erfahrungen aus ben Regulirungen in ben übrigen gandestheilen vielfach unterflütte Ginwand geltend gemacht: bag junachft bas Gutachten ber Sachverftanbigen über Bermeffung und Bonitirung ben Partheien jur Aeußerung vorzulegen fei, indem in der Regel gerade die Bermeffung und Bonitirung Anlag zu ben meiften Widerspruchen gaben. Lege man im Falle bes S. 50. dem Rommiffar unbedingt die Berpflichtung auf, sofort und noch ehe die Partheien über bie Ergebniffe ber Bermeffung und Bonitirung gehört seien, einen vorläufigen Theilungs- ober Ablösungsplan vorzulegen, so werde berfelbe in vielen Fallen eine voraussichtlich gang vergebliche und erfolglose Arbeit unternehmen muffen. Burben bagegen bie Refultate ber Bermeffung und Bonitirung gunachft ben Partheien zur Aeußerung vorgelegt, fo werbe baburch bem Kommiffar eine erwünschte Geles genheit zur Berichtigung vorgefallener Irrthumer und Aufflarung etwaiger Dig. verftanbniffe bargeboten, fo bag er bemnachft mit größerer Aussicht auf Erfolg ben porläufigen Ablösungs, ober Theilungsplan entwerfen könne. Glaube er fcon gleichzeitig mit ben Resultaten ber Bonitirung und Vermeffung einen folchen vorlaufigen Blan ben Partheien vorlegen und baburch eine Einigung herbeiführen zu können, fo fei bies nicht ausgeschloffen und feinem sachkundigen Ermeffen anheim ju geben. Rach langerer Erorterung überzeugte fich bie Rom. von bem Gewicht biefer Ermagungen und ftellt im Ginverftanbniffe mit ben Bertretern ber Reg. ben Antrag, ben erften Sat bee S. wie folgt zu faffen:

Im Falle der Kommissar der Ansicht ist, daß eine Theilung der gemeinsschaftlichen Grundstücke in Natur vorzunehmen oder daß eine Landabsindung zu gewähren sei; muß derselbe vor hinterlegung des Theilungs: oder Abslösungsplans einen Termin bestimmen, in welchem er das Gutachten der Sachverständigen über Vermessung und Bonitirung, und nach Besinden auch einen vorläusigen Ablösungs: oder Theilungsplan an Ort und Stelle den

Partheien gur Meugerung vorlegen werbe.

Als Konsequenz bieser Aenderung wird in der neunten Zeile des Baragraphen statt der Worte; "ber vorläufige Plan" zu seten: "Ein vorläusiger Plan", und im Schluß-Alinea hinter den Worten: "werden Einwendungen gegen" der Zusat: "die Vermessung und Bonitizung oder" einzuschalten sein.

Die SS. 51. bie 54. einschließlich wurben ohne Grinnerung angenommen.

Bei §. 55. wurde beschloffen, benselben in zwei Sate zu theilen und ben ersten Sat mit einem Puntte hinter ber Anführung "(§. 21.)" abzuschließen. Diese Aenberung erläutert sich aus ber Konstruktion ber Gesetzelle von selbst, indem die gleich folgende Relativbezeichnung "Wenn" offenbar einen selbstkändigen Sat einzuleiten bestimmt ist.

Begen bie SS. 57. bis einschließlich 63. fant fich Richts zu erinnern.

Eben so wenig gegen ben ersten Sat des S. 64., nach welchem das Berfahs ren stempelfrei sein soll. Dagegen mußte die Kom. Anstand nehmen, sich mit dem zweiten Sate, welcher die Festsetzung der Rostens und Gebührentare einer besons deren Königl. Berordnung vorbehalten will, einverstanden zu erklären. Der S. 102. ber Berf.-Urfunde bestimmt ausbrudlich, bag Gebühren für bie Sanblungen unmittelbarer ober mittelbarer Staatsbiener nur auf Grund bes Gefebed. also eines übereinstimmenden Beschluffes ber brei Fattoren ber Gesetzgebung erho: ben werden follen. Als eine bloße Ausführungsverordnung fann bemnach bie Fest. setzung einer folden Rostentaxe nicht angesehen werden und ebenso leuchtet ein, daß Diefelbe fich ihrem Gegenstande nach nicht unter, die Boraussesungen bes S. 63. Ware bies aber auch ber Fall, so wurde es ber Berf.:Urkunde subsumiren läßt. doch dem Standpunkte der Rammer nicht entsprechen, in einem von ihr mitberathes nen Gesetze im Boraus auf eine boch immer nur als Ausnahmefall zu behandelnbe Oftropirung bin ju verweisen. So munichenswerth es nun gewesen ware, wenn Die Borlage eines die Rostentare regulirenden Gesetzes schon gleichzeitig mit bem porliegenden Entwurfe hatte erfolgen konnen, so wird doch auch aus der Bertagung biefer Borlage bis jum Beginne ber nachsten Sestion fein Rachtheil erwachsen, indem voraussächtlich Ablösungen oder Theilungen von nur einiger Erheblichkeit, welche nach bem neuen Berfahren eingeleitet werben follen, bis gegen bas Enbe biefes Jahres hin noch nicht zum gerichtlichen Abschluffe gelangt fein werben. Die Rom. empfiehlt daber ben zweiten Sat bes S. zu ftreichen und fatt beffen folgenden Abanderungsvorschlag anzunehmen:

Die Koften und Gebühren für bas gerichtliche Berfahren werden für jest nach ben bestehenben Taxen angesetzt und erhoben. Die Abanderung ber

lettern bleibt vorbehalten.

Bei §. 70. tam in Erwägung, ob die sonk zu Vergleichen erforberlichen Formen, Ermächtigungen ober Bekätigungen, von benen der vorliegende Entwurf dispensirt, nicht näher zu bezeichnen sein möchten, ob nicht beispielsweise zu sagen sei, daß die sonst bei Vergleichen von Minderjährigen erforderliche Begutachtung dreier Rechtsverständigen bei den im Vorverfahren erfolgenden und durch das Landsgericht zu homologirenden Ginigungen nicht erforderlich sei. Bei einer vergleichenden Jusammenstellung der §§. 15., 51. und 69. haben sich indeß die betreffenden Bestimmungen dem Sinne wie der Fassung nach als so deutlich und unzweiselhaft erwiesen, daß hiervon Abstand genommen werden konnte.

Bu den §§. 71. und 72. sind Abanderungsvorschläge im Schoose ber Kom. nicht gemacht worden, und wird beren Annahme daher empfohlen. — Die Kom. befürwortet indes als prazisere Fassung, in §. 71. die Worte: "noch nicht ergans

gen ift" hinter die Worte "anderweit festsett zu transponiren.

C. Der Bericht ter Kommission der 1. Rammer 1)

Der Bufammenhang, in welchem bas Gefet über bas Berfahren in Gemeins heitetheilungefachen mit beren erfolgreichen und zwedmäßigen Durchführung Reht, ift bereits in dem Rom. Bericht über die neue Gemeinheitstheilungs-Ordnung für bie Aheinproving und Neu-Borpommern angebeutet. 2) Eine Prozesform, welche fich ber eigenthumlichen Ratur und bem Endzweck bes Theilungs- und Ablofungs-Geschäfts paffend anschließt, ift für umfangreiche und verwickelte Auseinanderfehungen, mit einer großen Bahl von Intereffenten und einer Menge verschiebene artiger Berechtigungen, ein bergestalt bringendes Bedürfniß, baß bie zwedmäßigste Gem. Th. D., anstatt die Landeskultur zu fördern und als Mittel zur hebung des Nationalwohlstandes zu dienen, ohne ein solches Geset über die Prozesformen nicht nur zu illusorischen Goffnungen, sondern felbst zur Berfibrung der Guter und zu einer Verwirrung in ben Rechteverhaltniffen bes Grundbefiges führen warde. In den andern Provinsen des Staates hat man sich je länger, je mehr überzeugt, daß die Rulturmaaßregeln, welche durch die Gefete von 1811 und 1821 ins Leben gerufen werden follten, erft mit bem Beitpunft tiefere Burgeln im Lande schlugen, als neben biefen materiellen Gefegen, mittelft ber 21. v. 20. Juni 1817, 7. Juni 1821 und 30. Juni 1834 entsprechende organische und Prozes. Einrichtungen hergestellt wurden, ber Kompetenzfreis ber zur Durchführung ber Auseinandersepungen berufenen besonderen Beborben - (einer bem Preng. Staate eigenthumlichen Institution) - auf bie Leitung und Entscheidung aller in beren Wirfungefreis fallenden Streitigfeiten ohne alle Ausnahme, ausgebehnt

2) Bergl. oben 6. 199 ff.

¹⁾ Berichterflatter: Abgeorbn. Lette.

und babei allerbings gleichzeitig für bie Bestellung tüchtiger, für ben befonderen Wirkungsfreis ber Landeskultur. Gesete juriftisch und technisch ausgebildeter Beamten, sowohl bei ben Auseinandersepungs-Behörden, wie als Rommiffarien, beffer gesorgt wurde. Die Regulirungen ber gutsherrlich-bauerlichen Berhaltniffe find in aberwiegendfter Dehrzahl langft beenbet; bie Ablösungen von Dienften, Raturals und Belb-Leiftungen, tie auf ben Grunbftuden haften, gehoren in ber Regel, abgefeben von den einzelnen, bei Festkellung ber Rechts- und Leiftungs: Berhaltniffe vorkommenben schwierigen Rechtsfragen, nicht zu ben verwickelten Auseinandersehungen, wogegen bie Gemeinheitstheilungen und Cervitut-Ablosungen in ihrer überwiegenben Mehrzahl, nicht blos wegen ber Menge von Intereffenten, wie wegen ber verschiebenartigen Berechtigungen nub Berpflichtungen, sonbern auch wegen der verschiedenen, aufeinander folgenden und ineinander eingreifenden rechte lichen und technischen Geschafte Dperationen, bie gur Berbeiführung bes Enbresultais nothig find, fast immer eine besondere Geschicklichkeit, Umficht und Uebung in Behandlung folder Geschäfte, verbunden mit landwirthschaftlichen Renntniffen, voraussegen. Auf die Qualitat ber Befigrechte - Lebns., guts. herrliche, bauerliche Berhaltniffe u. f. w. - fommt es bei ihnen weniger an.

Das Charafteristische ber besonderen Prozes. Debnungen für die Agrar-Gesetzebung, wie es durch das Bedürfniß hervorgerusen und durch eine langichrige Ersahrung anersannt ist, besteht im Allgemeinen darin, daß das Bersahren, von seinem Beginne die zum Ziel, in der hand einer und derselben Behörde beruht, von einem durch dieselbe bestellten Rommissarius, so weit nothig an Ort und Stelle, in lebendiger und unmittelbarer Berhandlung mit den Partheien selbst, in stelle, in lebendiger und unmittelbarer Berhandlung mit den Partheien selbst, in stelle, in lebendiger noheiselberen Interessenten und Theilnehmer, mit mogslichster Beseitigung prozessulisser Streitigseiten, in regelmäßiger sonsequenter Auseinandersolge der verschiedenen Operationen, zum Ziel gesührt wird. Dabei ist denn einleucktend die Insormations und Untersuchungs Marime vorwaltend, welche in dem Auseinandersehungs Ressort, beispielsweise im S. 9. des Aussühr. Ges. v. 7. Juni 1821, wie im S. 17. der B. v. 30. Juni 1834 am schärsten ausgeprägt ist und dadurch gerechtsertigt wird, daß sener Gesetzebung neben dem Bortheil der Privaten auch die Besteberung des allgemeinen Interesse der Landes

fultur jum Ausgangspunfte und Beweggrunde bient.

Diese Marime des Auseinandersehungs Berfahrens fand zur Zeit, als die organisorischen und prozessusischen G. v. 20. Juni 1817 und 7. Juni 1821 erzgingen, um so leichteren Eingang, als sie mit den damals geltenden gleichen Brinzipien der A. Ser. und Proz. D. für die Prenß. Staaten im vollsten Einz klang kand; hingegen besindet sie sich mit den Rheinischen Prozeß Gesehen im diametralsten Gegensahe, indem nach diesen die Psicht, sich durch Rechtsanwalte vor Gericht vertreten zu lassen, die Regel bildet, der Richter sich lediglich auf die Entscheidung der vor ihn gedrachten Streit und Inzident Punkte beschränkt und der Fortgang des Prozesses in den Sänden der Advosaten, bei jedem Uste von deren Fleiß und Betreiben abhängt, anch interlokutorische Entscheidungen über Beweissührung und andere, das Endresultat erst bedingende Inzident-Punkte mit sormlichen Rechtsmitteln gegen dergleichen Festseungen katissuden.

Bei diesem Gegensat der Abeinischen ProzedursGesetze zu denjenigen Prozests formen, ohne welche keine, wenigstens umfangreiche und verwickelte Gemeinheites theilung und Servitut-Ablösung zweckmäßig, in angemessen kurzer Beit, ohne ganz unverhältnismäßige Kosten und zur zufriedenstellenden Ausgleichung der verschies denen Interessen der Privatberechtigten, wie der Landeskultur, durchgeführt wers den kann, ist daher zum Zweck einer Gem Th. O. für die Rheinprovinz, in soweit es sich um deren Aussührung handelt, eine Modisitation des Rheinischen

Brozegrechtes unerläglich.

Deshalb erkennt die Kom. das Bedürfnis des vorliegenden Geset; Entwurfs, und zwar schon deshalb allgemein an, weil es legislativ unthunlich ist, eine Grenze zu bestimmen zwischen verwickelten und zwischen einfachen Gemeinheitstheilungen

und Gervitut-Ablosungen.

Es kann sich hiernächst nur fragen: ob der vorliegende Entwurf in der Absänderung der Rheinischen Prozes. Seleze nicht weit genug gegangen und daher dennoch den Zweck versehlt, die angemessene Aussührung der Gem. Theilungen zu bestrehern, oder ob er auf der andern Seite, indem er das Abeinische Prozest recht in seinen wesentlichen Bestimmungen anfrecht erhält und sich an dasselbe

anschließt, biefer Absicht entgegen, in bas Spftem biefes Prozegrechts auf eine

ungnläsfige und ben Rechtegang verwirrende Beise eingreift?

Die Rom. versetzte sich bei Erdrterung dieser Frage auf den Standpunkt, von welchem der Gesetzentwurf ausgegangen ift. Sie erachtet daher auch ihrersseits für angemessen, daß für jett das neue Berfahren an die Rheinische Prozess Gesetzgebung angeschlossen und das Bedürfniß zu weiteren Modistationen derselben von der späteren Erfahrung abhängig gemacht wird. Sie hält hiernach die Aufsgabe durch den vorliegenden Gesetz-Entwurf im Wesentlichen zweckmäßig gelöst und kann insbesondere auch der Anordnung und Redaktion desselben ihre Auserkennung nicht versagen.

Es ift zur klareren Auffassung ber Bestimmungen des Gesets-Entwurfs und zur Beurtheilung ihrer Zweckmäßigkeit nur noch nöthig, eine Uebersicht der Ansordnungen desselben und eine kurze Bergleichung mit den wesentlichsten Grundszügen der für die übrigen Landestheile in den Auseinandersehungs Augelegens

heiten geltenben Prozedur-Gefete vorauszuschicken.

Was zunächst diese letteren betrifft, so ist bereits erwähnt, daß ein dem Zweck der Sache anpassender energischer, einfacherer und schleunigerer Geschäfts, und Prozessang allerdings zugleich dadurch bedingt wird, daß einerseits die leistenden und administrativen, und andererseits die richterlichen Funktionen, und zwar lettere ohne Zersplitterung der Kompetenz und ohne Unterschied, ob die Rechtsstreitigkeiten eine juristische ober eine technische Frage, ein Theilnehmungsrecht oder die Absindung zum Gegenstande haben, in die Sand ein und derselben, ans juristisch und aus technisch gebildeten Mitgliedern zusammengesetzen Behörde gelegt sind. Abgesehen jedoch hiervon, treten auch in dem Verfahren nach der B. v. 20. Juni 1817 und deren späteren Ergänzungen und Adanderungen, in der Regel auseinandersolgend und gesondert, nachstehende Stadien hervor:

1) die General = und Informations = Berhandlung zur Ausmittelung aller bei ber Sache konkurrirenden Intereffenten, ber Theilungs = und Abldsungs = Objekte, so wie der dabei ins Auge zu faffenden Rechtsverhältniffe;

2) bie Erdrierung und Feststellung der Eigenthumss, Servituts und anderer Theilnehmungsrechte, wie ihrer Beschaffenheit und ihres Maaßes, und zwar, soweit sie bei Fortsetzung der Generalverhandlung und des Verfahrens nicht auf dem Wege des Vergleichs erledigt werden, mit Verweisung der diesers halb verbleibenden Streitpunkte zum Prozes und zur richterlichen Entscheisdung durch die Instanzen; doch ist es nach Bewandniß der Fälle zulässig, die Instruktion und Entscheidung über dergleichen Präsudizialpunkte auszussehen und einer späteren Zeit vorzubehalten (S. 131. seq. B. v. 20. Juni 1817 und S. 17. B. v. 30. Juni 1834);

3) die Werthsermittelung der Auseinandersehungs Dbjefte durch Bermeffung und Bonitirung der Grundstücke, wie durch anderweite Schapung und Werthes

berechnung ber Muhungeberechtigungen;

4) die Ans und Borlegung nebft Ausführung bes Ablöfunges und Theilungsplans und

5) die Entwerfung, Bollziehung und Bestätigung bes Rezesses.

Die richterliche Entscheidung hat nur folgende Geschäfts : Alte zum Gegen: ftanbe:

a) die Zulässigkeit der Provokation, — die Klage auf Theilung oder Ab-

löfung

- b) die Festsehung der Theilnehmungsrechte und deren Umfang, wobei es freisich in großen und verwickelten Sachen nicht ausgeschlossen ist, daß über einzelne Rechtsansprüche der Interessenten in gesonderten Aften verhandelt und erstannt wird;
- c) ben Plan und beffen Ausführung, wobei gleichzeitig über ftreitige Abfins bunges Grundsate zu entscheiben ift;

d) bie Bollziehung bes Rezestes.

Bei Einleitung des Geschäftes bestellt die Behörde einen Rommissarius, weischem alle Berhandlungen mit den Partheien obliegen, an den tiese ihre Antrage zu richten haben und welcher über das, was zum Geschäftspersahren gehört, vorsbehaltlich des Refurses an die vorgesetzte Behörde, verfügt, dessen Berhandlungen die Wirfung öffentlicher Urfunden und gerichtlicher Protosolle beiwohnt; nur aussnahmsweise wird die Instruktion der Prozesse auch anderen Kommissarien übertras

Bei ben Gemeinheitstheilungs = Sachen fungiren insofern ebenfalls brei Sachverftanbige, als bie Bermeffung einem Geometer und bie Abichatung ber Grundftude zweien Boniteuren unter Leitung bes Kommiffarius obliegt. Bur Feft: ftellung einzelner technischer Streitpunkte konnen auf Antrag ber Parthei ober auf Berfügung ber Behörbe, beziehungsweise ber richterlichen Inftanz, Schieberichter nach freier Wahl ber Bartheien ober aus ben ein= fur allemal gewählten Rreis= Berordneten zugezogen werben.

Dagegen ift bie Anordnung bes Berfahrens für bie Gemeinheitstheilungen bes linken Rheinufere nach bem vorliegenben Entwurf in ben Sauptzugen folgenbe:

Das Berfahren gerfällt gunachft in zwei Sauptabichnitte:

Das Bor- und Ginigungs : Berfahren auf bie bei ber Begirts : Regierung anzubringende Provokation burch einen von ihr zu bestellenden Rommiffar und

unter ihrer Leitung.

Diefer Abschnitt bes Berfahrens, ben bie \$8. 1. bis 25. behandeln, für wels den nach §. 27. ein breifahriger Beitraum offen bleibt, por beffen Ablauf bie ge= richtliche Theilungsklage nicht erhoben werben barf, ift für bas Rheinische Prozes Berfahren volltommen neu. Er ift vorzugeweise bagu bestimmt, bem anerkannten bringenben Bedürfniß befonderer, bem 3weck und ber Natur ber Gemeinheitss theilungen und Servitut:Ablofungen entsprechender Prozedur:Gefete Rechnung ju

tragen.

Bu bem Enbe war es erforberlich, bem Kommiffar bie Stellung eines Beam= ten, seinen Berhandlungen bie Beweistraft authentischer Urkunden, ihm ferner bie Befugniß zur Vorladung und zwar in ber einfachen und weniger fostspieligen Beise bes §. 19., eventuell nach bem Borgange ber B. v. 30. Juni 1834 burch öffentliche Bekanntmachung (§S. 20. und 21.), wie zur Bernehmung von Intereffenten und Sachverständigen, sobann jur An= und Borlegung bes Theilungs : ober Ablos fungsplanes beizulegen; außerbem ein Prajubiz gegen die Partheien bei ihrem Ausbleiben und bei ber Michtverfolgung eines Ginfpruche festzuseten, — wie es bie \$5. 11. und 14., ingleichen §. 21. als Wirkung ber Ebiftal-Citation androben, um auf biefe Beife bas Ginigungs Berfahren auch gegen faumige und folche Intereffenten, die fich ber Ginlaffung verfagen, zu einem für Alle rechteverbinblichen Abschluß zu bringen.

Dat das Ginigungs-Berfahren vor dem Kommiffar der Reg. den beabsichtigten Erfolg, so geschieht die Prufung und Domologation der Bergleiche-Urkunden ledigs lich burch Rathefammer = Beschluß, burch welchen ber Theilunge = ober Ablösunges Bertrag bestätigt und für exekutorisch erklart wird; bie Erledigung von Mängeln

wird an ben Reg. Kommiffar gur nochmaligen Berhandlung zuruckgewiesen.

Die Kommiffarien ber Reg. haben hiernach biefelben Obliegenheiten und Bes fugniffe, wie die mit der Sache beauftragten Dekonomie-Rommiffarien in den übris gen ganbestheilen bes Staates; nur steht über ihnen blos eine abministrativ-leitenbe, nicht, wie in ben übrigen Landestheilen, eine gleichzeitig richterlich entscheibenbe Beborbe. Diefe Rompeteng ber Auseinanberfegunge-Behorbe ju richterlichen Ents scheibungen verbleibt vielmehr ben gandgerichten. Da nach Rheinischem Prozegrecht Entscheidung und Erörterung der Streitigkeiten vor dem erkennenden Gericht fatts finden muß, fo muß auch ein jebes Theilungs : Berfahren, -welches auf bem Bege ber Ginigung, nach Daaßgabe ber §§. 1—25. nicht erledigt werden fann, an bie orbentlichen Gerichte und in ein richterliches Berfahren übergehen, weil andere richterliche Behörden bazu nicht vorhanden find.

Dies richterliche Berfahren behandelt

II. ber zweite Saupt = Abschnitt, welcher mit S. 26., ber Borfchrift über Ans bringung ber Theilungeflage, beginnt, wiederum aber in zwei Abschnitte zerfällt.

a) Das Berfahren por bem Richter = Kommiffar mit bem 3weck ber Einigung ber Bartheien und mit benjenigen Bestimmungen, welche unter Berudfichtigung ber Matur bes Geschäftes nothig finb, um bemfelben einen fichern und beschleunigteren Gang zu geben. Dahin gehören unter anderen auch die Borfdriften wegen ber

Dffentlichen Befanntmachungen und beren Wirfungen.

Soweit es bei diefem Berfahren zu feinen Kontestationen fommt, erfolgt wies berum, wie im ersten Abschnitt, die Prüfung und homologation ber Bergleiche burch Rathskammer Beschluß (cfr. S. 51.). Eine ber wichtigsten Bestimmungen für biefe Unterabtheilung bes richterlichen Berfahrens zu a. enthalt ber S. 31., wonach felbst bann, wenn bie prajubigiellen Grundlagen ber Auseinanberfegung,

bie Theilnehmungsrechte in Bezug auf das Eigenthum, auf Servituten, wie auf ben Umfang derfelben, in dem Einigungs Berfahren freitig geblieben sind, diese Kontestationen nicht sofort zur rechtlichen Entscheidung kommen, vielmehr darüber zuvor nach \$5. 31. und 34. ff. vor einem Richter Kommissar noch erst verhandelt werden soll.

b) Die Zuständigkeit bes Landgerichts als Prozess und erkennende Behörde tritt aber bann ein, wenn es bem Richter-Kommissar nicht gelingt, die Kontestatios

nen im Bergleichswege zu beseitigen. Diefen Fall behanbelt S. 52.

Einzelne besondere Bestimmungen des Abschnitts zu a. und b. sind dem Rheis nischen Kollofations Berfahren zweckmäßig nachgebildet. Alle verblieben en Streitigkeiten und Einreden werden in jedem Stadium und Abschnitt des Berfahrens, durch den Kommissar gleichzeitig zur Sizung und Entsscheidung des Gerichts befordert. Im Uebrigen schließen sich die Bestims mungen des Entwurfs, abgesehen von einzelnen durch die Ratur und das Besen des Gemeinheitstheilungs Berfahrens gerechtfertigten Abweichungen, dem Rheinisschen Prozestecht an; dasselbe kommt, zufolge SS. 28. und 72., überall als subsischiarisch und ergänzend zur Anwendung. Noch gehört zu den für den Iweck des Berfahrens nothwendigen Eigenthümlichkeiten des vorliegenden Gesetzentwurfs, absgesehen von der bereits erwähnten Edikal-Citation und ihren Wirkungen, die Besseitigung von Kontumazial-Urteln (S. 57.).

In Betreff ber Redaktion des Entwurfs endlich ift die allgemeine Bemerkung vorauszuschicken, daß einzelne unverändert gebliebene Bestimmungen des Prozestechts nur deshalb in den Entwurf übernommen find, um den Zusammenhang und Fortsschritt der verschiedenen aufeinander folgenden und in einander greifenden Prozess

Afte dadurch anschaulicher zu machen.

Es ift nunmehr zu ben einzelnen Paragraphen überzugeben.

Bum S. 1. war nichts zu erinnern.

Bum S. 2. wurde die Bestimmung einer Frift für die Einlegung des Returses aus dem Grunde für unnöthig erachtet, weil der durch die Reg. zurückgewiesene Provofant ohne Gefährdung anderer Privatrechte und des Geschäftsbetriebes, zu jeder Zeit seine Beschwerde beim Landgericht andringen fann.

Bu SS. 3., 4. und 5. fand fich nichts zu erinnern.

Inm S. 6. wird die Befugniß des Reg. Rommissars zur abgesonderten Borslegung von Vermessung und Bonitirung an die Partheien behufs Erklärung dars über ebenso, wie es nach S. 50. durch den Zusatz der II. K. bei dem Richter-Komsmissar bestimmt ist, nicht für zweiselhaft gehalten (ckr. S. 5. des Entwurfs), daher ein Jusatz gleicher Art beim S. 6. um so weniger für nöthig erachtet, als im Entwurf überhaupt kein besonderer Rechtsnachtheil auf die versaumte oder versagte Erklärung angedroht ist.

Der S. 6. wird daher genehmigt, ebenso

zum S. 7. der Zusatz der II. K. Im Falle des S. 7. sindet der Rekurs sowohl Seitens des Provokanten als des Provokaten, ebenso wie die Provokation
auf Erweiterung des Versahrens selbst und der Rekurs sowohl bei der Zuruckweis
sung, wie bei der Zulaffung der Provokation statt. Damit ist die Kom. einvers
standen. Sie hielt hier allerdings die Bestimmung einer peremtorischen Frist für
den Rekurs für wünschenswerth, jedoch nicht dergestalt für unerläßlich, um der
Kammer ein Amendement vorschlagen zu sollen und dadurch die Rückgabe des
Geset Entwurfs an die II. K. und dessen abermalige Verzögerung zu rechts
fertigen.

Bum S. 8. ift nichts zu bemerfen.

Bum S. 9. besgleichen.

Bum S. 10. ift jur Grörterung gefommen:

a) ob bem Regierungs-Rommiffar bie Regelung bes letten Befitanbes

der Theilnehmungerechte ju überlaffen fei?

b) ob berjenige, für welchen ber lette Besit und Genuß eines Theilnehmungsrechtes bescheinigt, beziehungsweise vom Kommissarius festgestellt ift, als zur Sache legitimirt angesehen werben und befugt sein solle, rechtsverbindliche Erflärungen für ben etwanigen und fünftig festzustellenden rechtmäßigen Eigenthumer, beim Theilungs-Verfahren einstweilen abzugeben?

Die Bestimmungen des S. 10. wurden von einem Mitgliede als abnorm und bebenklich bezeichnet, weil die Erledigung von Besitsstands Regulirungen und Pos-

fefforien-Alagen nach dem Meinischen Prozestrecht oft schwierig, der Kommissarius ein sachverständiger Landwirth ohne besondere Rechts- und Geschäftstunde sein könne, für eine Mehrzahl kleiner, weniger verwickelter Geschäfte die Bestimmung unnöthig sei, der Vortheil der Abkürzung der Sache auch in andern Fällen gegen den der Sicherung der Rechte zurücktehe, hauptsächlich aber, weil zufolge S. 10. nach entstandenem Streit über die Legitimation, eine nicht gehörig legitimirte Parthei deste nith über das Recht zu disponiren befugt sein solle.

Dieses Mitglied beantragt baher amendementsweise: ben S. 10. gang

gu ftreichen.

Bon anbern Seiten ift bagegen für bie Aufrechthaltung bes S. 10. geltenb gemacht, daß es fich bei ber Regelung bes letten Befiges nur um ben 3med handle, bie Legitimation zur Sache festzustellen, baß es sich nicht rechtfertigen laffe, und am wenigsten bei großen verwickelten Gemeinheitstheilungen, bas gange Geschaft zum außerften Rachtheil ber-zahlreichen übrigen Intereffenten Jahre lang und bis bahin ruhen zu laffen, wo ber Streit über bas Eigenthum zwischen einem einzels nen vorgeblichen Intereffenten und einem Dritten rechtefraftig entschieden ift, daß fich ein solcher Streit möglicherweise zwischen anderen einzelnen Interessenten und anderen Dritten immer wieber erneuern und fogar von ben, bem Theilungsgeschaft widersprechenden Intereffenten absichtlich herbeigeführt werden konne, daß man übris gens zu Kommissarien, wie es sich in ben alten Provinzen bewährt, vorzugsweise in der Rheinproving, solche Individuen werde mablen muffen, die zugleich Rechtse ober boch Geschäftefundige seien und bie in solchen Fallen mit vorzugeweiser Acht= famteit verfahren, Betrügereien leicht bemerken und zurückbrängen wurben. Uebervies werde jeder, welcher sich als wahrer Besitzer und Eigenthümer betrachte und ber beshalb als folder beim Berfahren auftrete, in der Regel auch sein Intereffe ebenso wie der wirkliche Eigenthumer verfolgen und naturgemaß für die beste möglichste Wahrnehmung der Rechte des Grundstücks oder Theilnahmsrechts forgen; baber walte in ber That für ben wahren Gigenthumer eine Gefahr aus ber anges fochtenen Bestimmung gar nicht ob. Außerbem behalte bas Amenbement, resp. ber Bufat ber If. R., ben Regreß bes wahren Gigenthumers gegen ben unrechtmäßigen Befiger überall offen und prajubizire demfelben nicht. Das Amenbement prazifire aber bas Wechtsverhaltniß zu ben übrigen Intereffenten bestimmter und icharfer. Endlich werbe in folden Fallen die vom Rommiffarius zu veranlaffenbe öffentliche Befanntmachung ben unbefannten Gigenthamern und Theilunge-Intereffenten Kennts nig vom Theilunge : Berfahren und Gelegenheit verschaffen, fich bei demfelben gu melben.

Der Antrag auf Streichung bes S. 10. fanb von anbern Seiten keine Untersstützung, vielmehr ist S. 10. mit ben Abanderungen und Busaten der II. K. ges nehmigt.

Bu SS. 11. 12. 13. fand fich nichts zu bemerken.

Jum S. 14. Beim Alinea 2. lette Zeile nimmt die Kom. von dem Borschlage einer Umanderung des Worten "wirksam" in "verbindlich" nur deshalb Abstand, weil ste jenes mit diesem auch dem rechtlichen Erfolge nach für gleichbedeutend ersachtet. Das von der II. R. zum 4. Absat vorgeschlagene Amendement wurde zwar genehmigt, von einem Mitgliede der Kommission jedoch ein weiterer Zusat dahin beantragt:

"Die von den übrigen Betheiligten bereits erfolgte Genehmigung des Plans bleibt für diefelben verbindend, so weit nicht der Plan durch die richterliche Entscheidung in Folge des Einspruchs verändert wird, eintreten=

bamit die durch die kommissarischen Berhandlungen festgestellten Planschinrichtungen in wechselseitigem Interesse aller übrigen Theilnehmer sestgehalten wurden, um zu verhüten, daß nicht jahrelange, mühevolle Bergleiche und kostspielige Bonitirungen, Bermessungen und andere Abschähungen umsonst vorgenommen und von vorn wies der angesangen werden müßten, sobald ein einzelner Interessent den Plan nicht ges nehmigt und durch seinen Einspruch die Eröffnung des richterlichen Theilungs: Berssphrens extrahirt. In der That sei dies auch wohl durch den Zusatz der II. K. beabsichtigt; es erscheine nur wünschenswerth, diesen Sinn recht klar und ausdrücks lich im Gesetz selbst festzustellen. Der Reg. Kommissar des landwirthschaftl. Win. excluterte dabei, daß schon die ursprüngliche von der II. K. veränderte Fassung des Entwurss nicht den Sinn gehabt, daß mit dem Einspruch eines oder mehrerer

Interessenten, solche an sich rechtsverbindlich abgegebene Erklärungen der übrigen Interessenten, welche die Kraft und Bedeutung authentischer Urfanden haben, unbes dingt fallen sollten, man vielmehr nur habe aussprechen wollen, daß dem Plane noch nicht die Kraft eines vom Gericht bestätigten Bergleiches beiwohne, daß also auch vorerst, vor rechtsfrästiger Entscheidung, noch Niemand aus den Erklärungen der Uebrigen Rechte in Ansehung des Plans beanspruchen könne.

Nach diesen Erklärungen, mit denen, wie mit dem von der II. R. amendirten S. 14., sich die Kom. einverstanden erklärt, gab das Mitglied seinem oben erwähns

ten Antrage feine weitere Folge.

Bum S. 15. ift die Kom. allseitig barüber einverstanden, daß bei der offiziels len Prüfung der Rathstammer die übrigen Formen, welche zur Bestätigung von Bergleichen nach Rheinischem Rechte ersorderlich find, bei welchem Minders jährige 2c. konturriren, hier wegsallen. Die Rathstammer hat insofern gewissers maaßen den Charafter eines obervormundschaftlichen Gerichts (cfr. §. 70. des Entwurfs).

Bu §S. 16., 17., 18. und 19. fand fich nichts zu erinnern.

Bum S. 20. wird der Zusatz der II. R. und S. 20. selbst genehmigt und erstlart sich die Kom. auch damit einverstanden, daß die öffentliche Bekanntmachung alternativ, auf Antrag einer Parthei oder nach Verfügung des Kommissarius, einz zutreten habe, indem es im Geiste des Rheinischen Rechts liege, auch der Parthei selbst ohne bevormundende Prüfung des Kommissarius, eine solche Besugnis selbste ftändig zuzugestehen.

Bum S. 21. wird die Abanderung ber II. R. und ber S. 21. genehmigt.

Bu §§. 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29. und 30. findet fich nichts zu erinnern und wird inebefondere zum §. 27. die angemeffene Abanderung der II. K. pon 2 in Jahren und zum §. 30. Nr. 1. der Bufat hinter dem Worte "Schelle"

- "oder in fonft üblicher Beife" genehmigt.

Bum S. 31. Ein Mitglied beantragt, die Prajudizialpunkte wegen Theilnahmes rechte, Miteigenthum und Servituten, von deren Eristenz oder Richteristenz die Entscheidung der Frage abhänge: ob noch das Versahren vor einem Kommissarius nöthig und zweckmäßig sei? vorher zur richterlichen Entscheidung zu bringen und erst alsbann, wenn darüber rechtskrästig entschieden worden, die Partheign vor einen

Richter-Rommiffar zur weiteren Berhandlung zu verweisen.

Dagegen wurde aber erlautert und bemerkt, daß es gerade bie Abficht gemes sen sei, durch die Art, wie S. 31. gefaßt worden, gleich beim Beginn des richters lichen Berfahrens prozeffualische Rontestationen unter ben Partheien zu vermeiben, weil sich bei oft großer Bahl ber Interessenten, nach ber Beschaffenheit und bem gegenseitigen Busammenhange ber Rechtsverhaltniffe in ben Gemeinheitstheilungs-Sachen, ber Umfang bes Theilungs:Dbjektes, ber Werth ber Rechte, die Bebeutung ber Streitigkeiten, wie die Richtung des Prozesses und die Stellung ber Antrage, erft bann vollständig beurtheilen laffe, wenn alle Partheien vor einem Rommiffar zusammengetreten, ihre verschiebenen Streitigkeiten überfaben und wenn die Bartheirollen unter ihnen geordnet waren; die in diesem und bem folgenden Baragras phen ausgesprochene Absicht gebe auch beim richterlichen Verfahren babin, bag alle Streitigkeiten und Einreden in ein einziges Berfahren — soweit möglich — in einer Situng zur Berhandlung und Entscheibung gestellt werben follten. man es vorher ohne vorausgegangene Berhandlung vor einem Kommisfarius zu Kontestationen kommen, so wurden bergleichen Prozesse, bei der Appellation burch alle Instanzen, beim Erlaß von Interlokuten und Rechtsmitteln bagegen, bas Theis lunge: und Ablösungeversahren unendlich verzögern. Dabei sei bei biesen Bors schriften nicht sowohl bas Theilungs : als bas Kollofations: Verfahren Borbild und Dufter, zu bem Ende aber auch vor der eigentlichen Kontestation bas Berfahren por einem Richter-Rommiffar nothwendig gewesen.

Der S. 31. wurde hiernach genehmigt. Bum S. 32. fand fich nichts zu erinnern.

Bum S. 33. wird von einem Mitgliede beantragt, die Bestimmung wegen Mitstheilung der Termins:Festschung Seitens des Anwalts des Klägers an die übrigen Anwalte, im Interesse einer sichern Justiz dahin zu erganzen:

baß durch Anwalts Afte nicht blos ben übrigen Anwalten, sondern auch benjenigen Gegenpartheien, welche keine Anwalte bestellt haben, Renntmiß

gegeben werben muffe.

Bon andern Seiten ift jedoch hiergegen erinnert, daß §. 33. nur eine Folges rung aus den allerdings vom Rheinischen Brozegrecht abweichenden Bestimmungen am Schlusse des §. 28. sei und sich an das hier bestimmte Prajudiz unmittelbar anschließe, wonach die Bestagten bereits aufgefordert sind, durch Anwalte zu erscheisnen, widrigenfalls sie das Theilungs: oder Ablösungs: Berfahren, so wie dasselbe bei dem Gerichte vor sich gehen werde, gegen sich gelten lassen mussen; einer weisteren Benachrichtigung der Gegenpartheien, die es unterlassen haben, Anwalte zu bestellen, bedürfe es daher nicht.

Diesen Grunden haben sich die übrigen Mitglieber ber Kom. angeschlossen und es hat der obige Antrag keine weitere Unterftühung gefunden; S. 33. ift bemnach

genehmigt.

Bu § 3. 34., 35., 36., 37., 38., 39. und 40. ift etwas Wesentliches nicht erinnert.

Jum S. 41. ist in Betreff des letten Sates, welcher lautet: "Der nachträglich Eintretende muß die durch sein verspätetes Auftreten entstehenden Kosten tragen
und die vorangegangenen Schritte der Prozedur werden in Ansehung seiner nicht
wiederholt", bemerkt worden, daß der Nachtheil, die durch die Berspätung verurs
sachten Kosten allein zu tragen, den nachträglich Eintretenden gerechterweise doch
nur dann tressen könne, wenn derselbe sein verspätetes Auftreten selber verschuldet
habe, also nur dann, wenn öffentliche Bekanntmachung und Ediktalscitation erlass
sen und die rechtzeitige Anmeldung in Folge derselben versäumt ist, nicht aber schon
dann, wenn der nachträglich Eintretende nur anders woher durch Gerücht ober
Privatmittheilung von dem Prozesse Kenntniß erhalten hat.

Die Rommiffion ift baber mit bem Befdlug ber II. R., bag hinter bem

Borte "muß" bie Worte:

"eine öffentliche Borlabung vorausgesett"

eingeschaltet werben, einverftanben.

Bu \$5. 42., 43. und 44., mit benen die Borschriften des Gesets Entwurss über die Zuziehung, Vereidung und Verrichtung der Sachverständigen beginnen, wurde von einer Seite für nothig erachtet, in Uebereinstimmung mit den Rheinisschen Prozesigesetzen eine ausdrückliche Bestimmung aufzunehmen, daß die Partheien ober ihre Anwalte über Ort und Zeit der Operationen der Sachverständigen, sei es durch öffentliche ober besondere Besanntmachung, in Kenntniß gesetzt und zum Erscheinen bei jenen Operationen eingeladen wurden.

Es ist aber darauf erwidert, daß, was die verlangte Vorladung der Partheien betreffe, das im S. 28. ausgedrückte bereits früher erwähnte Prajudiz eine solche Notifikation nicht nöthig erscheinen lasse, die Anwalte aber anlangend, zu bemerken sei, daß sich im Geset; Entwurf für die Anwalte Termin an Termin anreihe, ders gestalt, daß nachdem im S. 33. zu der ersten Terminbestimmung die Anwalte gelas den worden, sie selbst am Schlusse eines jedesmaligen-Termins von dem nächsten

Termine Renntnig erlangen.

Bu SS. 45., 46., 47., 48. und 49. ift nichte gu erinnern.

Bum S. 50. wird das Amendement der II. R., nach welchem zuvor ein Tersmin zur Vorlegung des Gutachtens der Sachverständigen über Vermessung und Bonitirung anzuberaumen, im hinblick auf die übereinstimmenden und bewährten Vorschriften des Verfahrens nach der B. v. 20. Juni 1817 und deren Ergänzunsgen, als zweckmäßig gebilligt, auch die Vorlegung eines Planprojekts angemessen erachtet, insofern es nüglich ist, sich durch Vernehmung der Partheien über ihre Bunsche und Interessen in Bezug auf Absindung und Planlage zu insormiren und badurch Einwendungen gegen den desinitiven Plan im Voraus möglichst zu besfeitigen.

Bum S. 51. außerte ein Mitglieb als Bebenken, ohne baran jedoch ein auss bruckliches Amendement knupfen zu wollen, mit dem Wunsche jedoch, davon im Berichte Erwähnung zu thun, daß die Bestimmung des S. 51., wonach der Bericht des Kommissars in der Rathskammer zu erstatten sei, dem Rheinischen Prozess recht nicht entspreche, es vielmehr prozestichtiger sei, diesen Bericht in der öffents lichen Sitzung des Gerichts abstatten zu lassen, da bereits das richterliche Theilungssersahren mit Ladung und Bernehmung der Partheien und ihrer Anwalte auf sormlich erhobene Theilungsslage, vorausgegangen ist. Diesem Bedenken ist jedoch

entgegengesest:

Beungleich eine Theilungstlage und ein Berfahren vor bem Richter : Koms

miffar vorausgegangen, so fete S. 51. boch 'ausbrudlich ben Fall voraus, bag gegen bas vom Rommiffarius geleitetete Berfahren, gegen bie Gutachten ber Sachverständigen, sowie gegen ben Theilungs: ober Ablösungsplan, nach erfolgter Mittheilung beiber (cfr. S. 47.), innerhalb ber burch S. 51. gefetlich georbs neten Frift, ein Ginspruch nicht erhoben, daß bieserhalb sonach eine Rontestation nicht mehr bestehe. Die Sache sei im Besentlichen in berfelben Lage, wie in bem Falle, welchen S. 15. behandelt, wenn der Kommiffar der Regierung nach dem Abfolug bes Ginigungs-Berfahrens bie sammtlichen Berhandlungen nebft bem vereinbarten und vollzogenen Theilungs - ober Ablosungsplan zur Bestätigung und Erflarung für exekutorisch mittelft Rathekammer = Beschluß, beim Gerichte nieberlegt. Es fei also nicht unbebingt bem Pringip ber Rheinischen Prozedur : Gefetgebung zuwider, daß in solchem Falle, in welchem tein burch richterliche Entscheibung nicht mehr auszugleichender Konfift unter ben Partheien besteht, bas Landgericht, wels des um Prufung und Bestätigung ber Bergleicheverhandlungen angegangen wirb, sowohl felbstständig diese Berhandlungen prufe, als je nach bem Ergebnig biefer Prüfung ben Bergleich entweber bestätige ober beffen Bestätigung bei obwaltenben Man wolle hier zugleich die in Ermangelung eines Streites Bebenten verfage. nublofen Blaibopers ber Anwalte und bamit zwecklofe Roften vermeiben, was bei weitlaufigen und verwickelten Gemeinheitstheilungs-Sachen fehr zu beachten fei.

Die Rom. genehmigt beshalb ben §. 51.

Bu §§. 52., 53., 54., 55., 56. und 57. fanb fich nichts zu bemerten.

Bu S. 58. erklärte sich ein Mitglied gegen die vom gemeinen Rheinischen Rechte abweichende Bestimmung im letten Sate, wonach, wenn ein Anwalt stirbt ober außer Amt tritt, die von ihm vertretene Parthei innerhalb 14 Tagen einen neuen Anwalt bestellen soll, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist das Berfahren seinen ungehinderten Fortgang habe, während die entgegengesetze Vorschrift des gemeinen Rechts, wonach der Anwalt der Gegenparthei verpstichtet ist, die andere Parthei vom Tode ober der Amtsniederlegung ihres Anwalts zu benachrichtigen und zur Bestellung eines neuen Anwaltes aufzusordern, auch densemigen Partheien Rechtssichut gewähre, welche vom Tode oder der Amtsniederlegung ihres Anwaltes oft nichts ersühren.

Gegen diese Ansicht ist jedoch bemerkt, wie das Bedenken zwar an sich richtig, die Gesetzgebung aber zwischen zwei Rücksichten zu wählen gehabt habe, auf der einen Seite der größeren Sicherheit des Rechtes, auf der andern Seite der, im Interesse zahlreicher, gleichzeitig betheiligter Interessenten, durch die Ratur und den Zweck des Versahrens gebotenen größeren Beschleunigung und Abkürzung. Man habe sich dei der Abwägung beider für diese letztere entscheiden mussen. Dieser

Bemertung traten bie übrigen Mitglieber ber Rom. bei.

Bu SS. 59., 60.; 61., 62. und 63. fand fich nichts zu erinnern.

Bum S. 64. ift bem Amenbement ber II. R. beigetreten.

Bum S. 65. ift nichts zu erinnern.

Bum S. 66. hat man fich nur mit bem Amendement ber II. R. vollkommen einverstanden erklaren können.

Bu \$5. 67., 68., 69. unb 70. unb zum \$. 72. ift nichts zu erinnern.

Bum S. 71. Dit bem im S. 71. ausgesprochenen Grunbfat:

daß das Verfahren nicht nach ben früher geltenden Prozedur = Bestimmuns gen, sondern nach dem neuen Gesetze alsdann fortzuleiten sei, wenn noch kein Urtheil über das Resultat ergangen, wenn also noch nicht auf den Verkauf oder die Looseziehung erkannt, oder das Ergebniß des ganzen

Berfahrens noch nicht anderweit festgefest ift,

erklärte sich die Kom. einverstanden. Die Minorität hielt es dagegen für richtiger, daß die rückwirkende Kraft des vorliegenden Gesetzes in Betress des Bersahrens schon alsdann ausgeschlossen sein solle, wenn auch nur ein Urtheil ergangen, welsches lediglich die Theilung anordnet, oder die Einleitung der Expertise erkennt, mits hin schon dann, wenn die Theilungssache bei Abeinischen Gerichten anhängig ges worden und damit mehr oder weniger vorgeschritten ist.

Bon ber Majoritat wurde jedoch für ihre mit bem Entwurf der Regierung und bem Beschluß ber 3weiten Kammer übereinstimmende Ansicht geltend gemacht:

1) daß ein jedes Prozesigeses, welches formaler Natur sei und die materiellen Bechte ber Partheien nicht verandere und beeinträchtige, sofort mit seinem

Erscheinen auf alle noch schwebenden Rechtsangelegenheiten Anwendung sinde und der Grundsat wegen Unzulässigkeit der rückwirkenden Kraft neuer Gesetze prinzipiell und im Allgemeinen auch nach der Praxis, nur für solche Gesetze gelte, welche eine Veränderung in den materiellen Rechtszuständen bewirken sollten. Dabei verstehe sich von selbst, daß die bisherigen Operastionen, die Expertisen u. s. w., so weit sie sonst gültig, nicht beseitigt, vielmehr als Materialien für das weitere Versahren benutt würden.

Ein Urtheil, welches die Theilung erfordert, entscheide überdies nichts mehr als die Zulässigkeit der Provokation, der Einleitung des Theilungs=

verfahrens, und bleibe somit in voller Rraft.

2) entspreche ber Grundsat des Entwurfs auch den altern Berordnungen in den Auseinandersetungs = Angelegenheiten, namentlich dem S. 9. der B. v. 20. Juni 1817, welcher noch durchgreisendere Borschriften in Betress des Uebergangs der älteren schwebenden Sachen in das neue Ressort und Prossesversahren enthalte. Es seien aber grade mit Rücksicht auf das Ungenüsgende der Theilungs = und Prozedurgesetze der Rheinprovinz, durch die A. R. D. v. 7. Aug. 1846 die schwebenden Theilungen suspendirt; ein damals schwebendes Theilnehmungs-Versahren, was zu jener Ordre die nächste Versanlassung gegeben, erweise zusolge der aussührlichen Berichte des Generals Prosurators, wie der betressenden Regierung, daß diese Theilungssache, wie jede andere einigermaßen verwickelte, unter Anwendung der Rheinischen Prozedurgesetze unaussührbar sei, und eben so wohl den Zweck der Landestuls tur vereitle, als die Rechte dort der hütungsberechtigten Gemeinden gefährde, denen die Kantonnements-Klage nicht zur Seite steht.

3) sei bas bem S. 71. jum Grunde liegende Prinzip auch im g. 30. ber Gem. '

Th. D. ausgesprochen.

Der schließliche Antrag ber Kom. geht bahin:

ben Gesetzentwurf, so wie berselbe von der II. R. genehmigt und angenoms men worden, auch ihrerseits in allen seinen einzelnen Paragraphen anzunehs men und zu genehmigen.

Vierte Abtheilung.

Von den Anstalten zur Beförderung der Ablösung der Reallasten und der Auflösung des Rechtsver= hältnisses zwischen den bisherigen Berechtigten und Verpflichteten.

Borbemerkung.

Die Gesetzebung über die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse hat die Lösung der Aufgabe zum Ziele, den ländlichen Grundbesitz von den auf ihm ruhenden Reallasten zu befreien und das Abhängigkeits Verhältniß der bäuerlichen Wirthe zu den bisherigen Gutsherren völlig zu beseitigen. Dieselbe giebt den Weg an, auf welchem die Reallasten in seste Geldrenten verwandelt, diese aber durch Kapitalistrung und Baarzahlung des Kapitals desinitiv aufgehoben werden können.

Allein dies ist zur Erreichung des Zweckes nicht genügend, sondern es mußte die Gesetzgebung auch auf Mittel Bedacht nehmen, eine völlige und schnelle Lösung des Berhältnisses auch in solchen Fällen zu ermögli-

chen, wo es dem Verpflichteten an dem nothigen Gelde fehlt, die Bahlung

bes Ablöfungs-Rapitals zu bewirken.

Dies hat die Veranlassung zur Errichtung pon "Renten = Tilgungs=Anstalten" oder "Rentenbanken" gegeben, welches Institut bereits im Jahre 1832 im Königreiche Sachsen") und späterhin auch

von ber Preuß. Regierung eingeführt worden ift.

Der Zweck und das Ziel solcher Rentenbanken ift, die Ablösung der in seste Geldrenten verwandelten Reallasten dadurch zu bewirken, daß die Bank dem Berechtigten gegen Ueberlassung der Geldrente für das zu der ren Ablösung erforderliche Kapital durch zinstragende, allmählig zu amortistrende Schuldverschreibungen (Rentenbriese) absindet, die Rente aber als-dann von dem Verpslichteten so lange fortbezieht, als dies zur Zahlung der Zinsen und zur allmähligen Amortisation der Rentenbriese erforderlich ist. Sobald diese Amortisation vollendet ist, hört die Verbindlichkeit des Entlasteten zur Entrichtung der Kente ganz auf. Dem Verpslichteten steht frei, während der Amortisations-Periode außer der von ihm fortzuentrichetenden Kente auch noch zu allen Zeiten Kapitalzahlungen in seder beliebigen, auch der kleinsten Summe zu leisten und hierdurch die Amortisation schneller herbeizusühren.

In den Breuß. Staaten sind in diesem Sinne zunächst für einzelne, einer solchen Hulse besonders dringend bedürfende Landestheile "Menten-Tilgungs-Rassen" errichtet worden, nämlich im Jahre 1835 für die Kreise Paderborn, Büren, Warburg und Hörter, 1839 für die Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg, so wie 1845 für die Kreise Heiligenstadt, Mühlhau-

fen und Worbis.

Außer diesen wirklich ins Leben getretenen Renten - Tilgungs - Anftalten sind schon früher einige andere projektirt worden.

Im Jahre 1839 trugen die Stände der Preuß. Ober-Lausit auf Errichtung einer Rentenbank an, die sich von der Königl. Sächsischen nur darin unterschied, daß die Rentenbriefe, mit 3 Prozent verzinst, in 71 Jahren amortistrt und die Verwaltungskosten aus den Renten und durch be-

1

¹⁾ Im Konigreiche Sachsen ist die "Land-Renten Bank" auf Grund bes Gef. v. 17. Marg 1832 (f. in Forni's Beitschr. Bb. I. S. 473. ff.) am 1. Jan. 1834 ins Leben getreten, und bie B. ber Min. b. F. u. bes 3. v. 30. Dec. 1833 und v. 9. Marg 1837 (a. a. D. S. 478. ff. n. S. 482. ff.) haben nahere und erweiternbe Inftruftionen bagu erlaffen. Die Inftitution bezwectt bie Ablosung aller gutsherrlich = bauerlichen Laften und Abgaben, mit Ausnahme ber baaren Geldzinsen, zugleich aber auch ber burch Ablösung von Servituten ents fanbenen Renten, ohne Unterschied, ob biefelben Rittergutern ober bauerlichen Befitnungen zusteben. Der Berpflichtete entrichtet bie volle Rente an bie Bant; biefe aber gewährt bafur bem Berechtigten als Abfindung ben 25 fachen Betrag ber Rente in Rentenbriefen, verginft bie letteren mit 33 Prozent und verwendet bie überschießenden 3 Prozent ber Rente jur Amortisation ber Rentenbriefe, welche, wenn von dem Berpflichteten feine Rapital = Abschlage = Bablungen erfolgen, in 55 Jahren vollenbet wirb. Der Staat garantirt biefe Berbindlichkeit ber Bank und trägt beren Berwaltungefosten. — Auf biese Beise find in Sachsen bis jum Monat Juni 1846 etwa 10% Million in Rentenbriefen ausgegeben. Der Kourswerth ber Rentenbriefe hat fich balb nach ihrer erften Ausgabe bis zu 5, ja in Ansehung fleiner Appoints bis qu 7 Prozent über pari gehoben. Ausfälle an ben von ben Berpflichteten in febr verschiebenen Beträgen zu entrichtenben Renten waren bis zu bem angegebenen Beitpunfte bei ber Rentenfaffe gar nicht vorges tommen, die Garantie bes Staats mithin niemals jur Birffamteit genothigt. Bergl. barüber auch ben Auffat in Forni's Beitschr. Bb. L. G. 446. f.

sondere Beitrage der Verpflichteten aufgebracht werden sollten. Die Gas.

rantie wollten die Stande felbft übernehmen.

Auch von den Ständen der Provinzen Schlessen und Posen ward im Jahre 1845 auf Errichtung von Rentenbanten angetragen. Die Staatsregierung war auch geneigt, hierauf einzugeben, und es wurde im Jahre 1846 gunachft ein Gefet fur Schlesten vorbereitet, nach welchem die Renten von ben Berpflichteten voll gezahlt, die Berechtigten mit dem 22} faden Betrage in Rentenbriefen abgefunden, lettere mit 3 Brogent verginft und die Verwaltungefoften aus ben Mitteln des Inftitute getragen werben follten. Die Amortifationsperiode batte bierbei 55} Jahr gedauert. Das Projekt kam indeg nicht gur Ausführung, da der im Jahre 1847 versammelte Bereinigte Landtag fich gegen Die Garantirung folcher Rentenbanten bnrch ben Staat erflarte.

Endlich ift noch bes im Jahre 1848 ber Versammlung zur Bereinbarung der Staatsverfaffung vorgelegten (v. Patow'schen) Promemoria v. 10. Juli 1848 1) ju ermahnen, in welchem für alle Landestheile der Monarchie, denen das neue Ablosungsgesetz gegeben werden sollte, tie Errichtung von Rentenbanken in Aussicht gestellt mar, bei denen den Berpflichteten der Rente erlaffen, ben Berechtigten eine Abfindung jum 18 fachen Betrage in 4 prozentigen Rentenbriefen gewährt, Diefe Rentenbriefe in 41 Jahren amortistrt und endlich die Garantie, so wie die Ber-

waltungefosten vom Staate übernommen werden follten.

Bei diesen damals verheißenen Bedingungen ift der demnächst ben Rammern vorgelegte Entwuf eines "Rentenbant- Gefetes" jum größten Theil fteben geblieben und nur in dem einen Buntte abgewichen, daß die Abfindung des Berechtigten in Rentenbriefe nicht auf bas Achtzehnfache, fondern auf das Zwanzigfache bestimmt, in Volge deffen aber die Dauer ber Amortisations = Periode bis auf 56 Jahr verlängert wor-

den ift.

Durch das auf den Grund des gedachten Entwurfs vereinbarte Ren-tenbant-Geset v. 2. Marz 1850, welches fur den ganzen Umfang der Monarchie, mit alleiniger Ansnahme ber auf bem linken Rheinufer belegenen Landestheile, Gultigfeit hat, ift demnachft für jede Proving eine "Rentenbant" errichtet worden, neben welcher indeg die bereits fruber für einzelne Landestheile eingeführten Renten-Tilgungs-Anstalten, unter gewiffen Modifikationen, bestehen geblieben find 2).

Erster Abschnitt.

Das Gesetz vom 2. März 1850 über die Errichtung von Rentenbanken.3)

Vorbemerkungen.

I. Bur Entftehunge - Geschichte bes Gesetzes im Aligemeinen.

Ueber die Einbringung bes Entwurfs zum Rentenbant-Ge-

¹⁾ Bergl. baffelbe in bem ftenogr. Ber. ber Rational Berfamml. Bb. I. S. 263. ff. und in Donniges Land. Rult. Gef., Rachtrage-Beft 1. S. 6. ff.

²⁾ Bergl. Bb. II. Abih. I. G. 19-20. 3) Bergl. in Bb. I. S. 695. ff.

fete in die Kammern vergl. die Mittheilungen in Bb. II. Abth. I. S. 205.

Die Agrar - Rommiffion der II. Rammer 1) erstattete ihren Bericht über den Entwurf des Rentenbank-Gesetes unterm 27. Nov. 1849 2) und die Berathungen darüber im Plenum der II. Kammer haben demnachst in der 71. und 72. Sigung v. 10. und 11. Dec. 1849 3) fattgefunden. In Folge der hierbei gefaßten Beschluffe erftattete bie Rom = miffion unterm 8. Jan. 1850 einen Rachtrage = Bericht *), über welchen die weiteren Berathungen im Plenum in ber 86. Sitzung v. 18. Jan. 1850*) Rattgefunden haben. Der nach ben gefaßten Befchluffen ber II. Rammer umgearbeitete Gesets-Entwurf b) wurde in der 92. Sitzung der II. Rammer v. 28. Jan. 1850 ?) definitiv genehmigt. hierauf gelangte berfelbe (mittelft Schreibens des Prasidenten der II. Kammer v. 28. Jan. 1850 *)) gur weiteren Beranlaffung an die I. Rammer, beren Agrar-Rommiffton .) ihren Bericht barüber unterm 9. Febr. 1850 10) erftattete. Die Berathungen darüber im Plenum der I. Rammer haben in der 117. und 118. Situng v. 14. Febr. 1850 11) stattgefunden. Nachdem die Agrar-Kommisston den Entwurf anderweitig nach den Beschluffen der I. Kammer redigirt hatte 12), wurde derfelbe in diefer Gestalt befinitiv von dem Plenum der I. Rammer (in der 120. Sigung v. 16. Febr. 1850 12) genehmiget und gelangte fodann an die II. Kammer, Behufs Ausgleichung der abweichenden Beschluffe beider Rammern, jurud, beren Agrar = Rommiffon barüber unterm 18. Febr. 1850 14) anderweitigen Bericht erstattete, in welchem ste beantragte, die abweichenden Beschluffe der I. Kammer zu ge= nehmigen, welchem Antrage das Plenum der II. Rammer (in der 115. Sigung v. 20. Febr. 1850 15)) ohne weitere Distuffion beigetreten ift.

Nachdem solchergestalt die Uebereinstimmung der Beschlüsse beider Kammern erreicht worden, gelangte der Gesetz-Entwurf an die Königs. Staats-Regierung zurück und erhielt unterm 2. März 1850 die Allerhöchste Sanktion, worauf die Publikation durch die Gesetz-Sammlung (Jahrg. 1850. Nr. 10. S. 112—138., sub Nr. 3234., ausgegeben zu Berlin d. 13. März

1850) bewirkt worden ift.

2) Drucks. ber II. K. pro 1849 — 1850. Nr. 335. — Stenograph. Ber. ber

II. **A**. 1849 — 1850. Bd. 3. S. 1631 — 1646.

5) Stenograph. Ber. ber II. R. 1849 — 1850, Bb. 4. S. 1998. ff.

7) Stenograph. Ber. ber II R. a. a. D. S. 2211.

8) Drudf. der I. R. pro 1849 — 1850. Mr. 521.

1. R. 1849 — 1850. Bb. 5. S. 2711. F.

11) Stenograph, Ber. ber I. R. a. a. D. S. 2714 - 2743.

13) Stenograph. Ber. ber I. R. a. a. D. S. 2785.

15) Stenograph. Ber. ber II. R. a. a. D. S. 2966.

¹⁾ Ueber die Zusammensehung bieser Kommission vergl. Bb. II. Abth. I. S. 205. Note 8. — Berichtserftatter für das Rentenbankgeset war der Abgeordn. Bauer (Stargardt).

³⁾ Stenograph. Ber. der II. K. a. a. D. S. 1646. ff. u. S. 1664. ff.
4) Drucks. der II. K. pro 1849—1850. Nr. 431. Stenograph. Ber. der II. K. 1849—1850. Bb. 4. S. 1990. ff.

⁶⁾ Drucks. der II. K. pro 1849 — 1850. Rr. 460. Stenograph. Ber. ber II. K. 1849 — 1850. Bb. 4. S. 2202 — 2210.

⁹⁾ Ueber deren Zusammensesung vergl. Bb. II. Abth. I. S. 206. Rote 6. — Berichterstatter für das Rentenbankgeset war der Abgeordn. v. Gaffron. 10) Drucks. der I. R. pro 1849—1850. Rr. 566. Stenograph. Ber. ber

¹²⁾ Drucks. ber I. K. pro 1849 — 1850. Nr. 590. Stenograph. Ber. berselb. a. a. D. S. 2785. ff.

¹⁴⁾ Drucks. der II. K. 1849 — 1850. Rr. 571., Stenograph. Ber. der II. K. 1849 — 1850. Bb. 5. S. 2965. ff.

II. Die Pative bes Gesetzes im Allgemeinen betreffend und die hauptgrundsätze beffelben.

Die dem Geset-Entwurf beigefügten all gemeinen Motive bemerken (nach Vorausschickung eines historischen Ueberblicks über die bereits bestehenden Institute dieser Art und deren Erfolge):

Der Entwurf ist bei den Grundsähen des der Versammlung zur Vereinbasrung der Versassung vorgelegten Promemoria v. 10. Juni 1848 zum größten Theil siehen geblieben und nur darin abgewichen, daß die Absindung des Verechstigten in Rentendriesen nicht auf das 18 sache, sondern auf das 20 sache bestimmt, in Folge dessen aber die Dauer der Amortisations-Periode die auf 56 Jahre verstängert werden soll. Diese Abweichung ist aus folgenden Gründen geschehen:

Daß bei bem gegenwärtig landüblichen Zinesuß von 5 Proz. bem Berechtige ten in ber Regel das Zwanzigsache ber Rente als Absindung für dieselbe gebührt, leuchtet von selbst ein und ist auch in ben Motiven bes Gesetz-Entwurfs über die Ablof. der Reallasten ic. anerkannt. Wenn gleichwohl ber S. 64. eben bieses Entw. bem Berechtigten zumuthet, fich bei einer Baarzahlung bes Ablof. Rapitals mit bem Achtzehnfachen zu begnügen, weil er burch bie Ablbfung auch vor Berluften, die ihm durch Ausfalle an den Renten entfteben konnen, gefichert und von den Roften der Renteneinziehung befreit wird, so find dies Gründe, die offenbar da nicht in das Gewicht fallen, wo die Ablösung nicht baar, sondern in 4 pros gentigen, vielleicht erft nach langen Jahren gnr Amortisation gelangenden Rentens briefen erfolgt. Wer für 100 Riblr. jährliche Mente 1800 Riblr. baares Kapital erhalt, tann burch beffen Ausleihung zu bem jegigen Binefug von 5 Prozent fogleich eine Rente von 90 Rihlr. wieder erwerben, befommt er bagegen 1800 Riblr. in Renteubriefen, so gewähren ihm biese eine jährliche Rente von nur 72 Athlr., und wenn er bie Rentenbriefe veräußern will, um über bas Rapital zu bisponis ren, so brobt ihm hierbei vielleicht ein noch größerer Berluft, da nicht zu erwarten fteht, bag biefe Bapiere ben Bari-Rours fobald erreichen werden. Derjenige Reals berechtigte, deffen Gut unverschuldet ift, wird biefen Berluft durch Aufbewahrung der Rentenbriefe bis zur Befferung des Kourfes ober bis zur Auslosung und Amortisation berseiben vermeiben können. Wer aber auf seinem borechtigten Gute Schulden hat, wird, da beren Sicherheit durch eine solche Ablösung gleichfalls gefahrbet erscheint, selbst burch gerichtliche Deposition ber in Rentenbriefen empfans genen Abfindung por Runbigungen Seitens feiner Glaubiger fich nicht immer ichuten tonnen, vielmehr burch folche oft genothigt werben, die Rentenbriefe jum Tagestourse unter ihrem Rennwerth zu verkaufen und mithin jenen Berluft an Rapital zu erleiben.

Nachtheilen dieser Art, welche leicht ben Ruin vieler Gutsbesißer und eine allgemeine Erschütterung des Realfredits zur Folge haben könnten, muß das Gessetz möglichst vordeugen und es erscheint daher unerläßlich, das Ablös. Rapital, wenn es in Rentenbriesen gegeben wird, nicht auf das Achtzehns, sondern auf das Zwanzigsache zu bestimmen, eine Erhöhung, die vielleicht nicht einmal immer ausreicht, den Berechtigten mit demjenigen gleichzustellen, der das Achtzehnsache

baar erbält.

Nebrigens empsiehlt sich diese Steigerung der Ablösungssumme bei Ablösuns gen, die nicht daar, sondern durch die Rentendank geschehen, auch noch dadurch, daß sie die Verpslichteten anspornen wird, alle Kräfte aufzubieten, um die Ablössung lieber auf die für sie wohlseilere Art durch baares Kapital zu bewirken, was die doppelt wohlthätige Folge einer schnelleren Durchführung der Ablösuns gen überhaupt und einer Verminderung der Masse der auszugedenden Kentenbriese haben wird.

Diese nothwendige Abweichung von den in dem Promemoria v. 10. Juni 1848 verheißenen Bedingungen der Ablösung durch die Rentendank hat aber zusgleich die unvermeibliche Folge, daß nun auch an den andern dort aufgestellten Bedingungen nicht unverändert fesigehalten werden konnte. Entweder mußte jest der den Berpslichteten in Aussicht gestellte Erlaß eines Zehnttheils der Rente wegfallen, oder der auf 4 Proz. projektirte Zinssat der Rentendriese ermäßigt, oder endlich die auf 41 Jahr berechnete Dauer der Amortisationssperiode verlänsgert werden. Die Wahl konnte hier nicht zweiselhaft sein. Bon dem Zehntels Erlaß durfte um deshalb nicht abgegangen werden, weil es nothwendig erscheint,

burch ihn ben ärmeren Berpflichteten, welche nicht im Stande find, ihre Jahres- laften durch Baarzahlung des achtzehn fachen Werths derfelben mit einem Male abzuldsen und die eben beshalb, selbst wider ihren Willen, an die Rentendanf ges wiesen, hier aber zur allmäligen Erlegung des zwanzig fachen Werths derselben genöthigt werden, als Ersat für diese Erschwerung der ihnen gestellten Bedinguns gen wiederum eine angemessene Erleichterung und namentlich eine solche zu geswähren, die ihren wohlthätigen Ginfluß schon für die jezigen Bester der verspslichteten Grundstücke, und nicht erst für deren spätere Nachsommenschaft äußert. Dhue diese Maaßregel würde den neuen Gesehen mit Recht der Borwurf zu maschen sein, daß sie den wohlhabenderen Landmann vor dem minder wohlhabenden begünstigten. Eben so wenig erschien eine Ermäßigung des Zinssuses der Renstendriese etwa die auf 3½ Proz. zulässig, da hierdurch dem Berechtigten allzu große Opfer auserlegt werden würden. Es blieb mithin als einziger zulässiger Ausweg nur die im Geseh-Entw. gewählte Verlängerung der Amortisations. Bes riode übrig.

Daß diese jest über 41 Jahr hinaus bis zu 56 ansteigt, ist allerdings ein Uebelstand, der aber dadurch wesentlich verringert wird, daß der Gesetzentw. den Berpstichteten die Besugniß einräumt, zu seder Zeit und in den kleinsten Summen Rapital-Abschlagszahlungen zur Rentenkasse zu leisten und hierdurch den Betrag ihrer Rente zu vermindern. Diese wohlthätige Einrichtung, durch welche die Rentenbank für den kleineren Landmann zugleich die Natur einer Sparkasse annimmt und ihm Gegelegenheit und Antried giebt, alle seine kleinen Ersparnisse völlig kostensfrei nütlich anzulegen, berechtigt zu der Hossnung, daß unter einigermaßen günstigen Verkehrsverhaltnissen die meisten Kenten schon lange vor dem Ablauf jener

56jahrigen Beriode jur Tilgung gelangen werben 1).

Nach diesen allgemeinen Borbemerkungen, welche zur Rechtfertigung des Entwurfs in seinen Saupt-Prinzipien dienen werden, moge, bevor zu der Motivirung der einzelnen SS. übergegangen wird, hier nur noch eine kurze Darlegung der Gründe solgen, weshalb den Rentenbanken als Mittel zur Ablösung der Borzug vor den, wie schon oben erwähnt von manchen Seiten zu diesem Zweck empfohle-

nen Rreditanftalten gegeben werden mußte.

Daß in der jesigen Zeit nicht daran gedacht werden kann, Kredit-Anstalten berjenigen Art in's Leben zu rufen, welche, wie z. B. die in Rurhessen bestehende Landes-Kredit-Rasse, den verpstichteten Grundbesisern zum Zweck der Ablösung ihrer Reallasten baare Darlehne vorstrecken, bedarf keiner Ausführung. Bei dem setzigen Stand der Geldverhältisse müßten die Zinsen solcher Darlehne mindestens auf fünf Prozent gestellt werden, eine Erleichterung der Verpstichteten trate also durch das Geschäft weder augenblicklich, noch auch für die Zukunst ein. Es könnte sich jest vielmehr nur darum handeln, ob etwa solche Anstalten für den vorliegenden Zweck angemessener sein möchten, welche, wie es die in den alten Provinzen bestehenden landschaftlichen Kreditvereine thun, zinstragende Kredit-Papiere (Pfandbriese) auf

1) Die Rote hierzu bemerft:

"Ließe man nicht blos ben Behntel-Erlaß fort, sondern ermäßigte zugleich "die Absindung auf das Achtzehnfache in Rentenbriefen zu 4 Prozent, so würde

"die Amortisation in 32} Jahren beenbet sein.

[&]quot;Da es für die Beurtheilung der Sache nicht ohne Interesse sein wird, zu "erfahren, wie sich die Dauer der Tilgungsperiode bei Beränderung oder anderer "Kombination der Ablösungsbedingungen gestalten würde, so sollen hier einige "solcher Rombinationen noch erwähnt werden.

[&]quot;Wollte man von dem Erlaß des Zehntels der Rente abstehen, die Berech"tigten aber mit dem Zwanzigsachen der Rente in Aprozentigen Rentenbriefen
"absinden, so wurde die Amortisation in 41 Jahren vollendet werden, mithin in
"eben der Zeit, als wenn man nach dem Promemoria vom 10. Juni v. 3. den
"Verpstichteten das Zehntel der Rente erließe, den Berechtigten aber nur das
"Achtzehnsache der Rente in Aprozentigen Rentenbriesen gewährte.

[&]quot;Würde die Absindung des Berechtigten auf das Zwanzigfache bestimmt, "der Zinsfuß der Rentenbriefe aber auf 3½ Prozent herabgesest, so ware die "Dauer der Amortisations Periode a) bei gleichzeitigen Erlaß des Zehntels 43 "Jahre, b) ohne den Zehntels Erlaß aber 35 Jahre."

ihren Ramen auskellen, und dieselben an die einzelnen, diesen Bereinen beitretenden Grundbesitzer gegen prioritätische Berpfändung der Bestzungen derselben ausleihen, sich aber dagegen von diesen Schuldnern nicht blos die Jinsen jener Papiere, sons dern in der Regel noch einen Juschuß für die Berwaltungskosten und zuweilen auch zu einem Amortisationssonds zahlen lassen. Ein solcher Weg ist zum Theil gegens

wartig von zwei ber bestehenden Pfandbriefe-Institute angebahnt.

Die Oftpreußische Landschaft wird, abweichend von ihren bisherigen Grundssten, fortan nach der durch die Allerh. D. v. 4. Mai d. J. (G. S. 1849. S. 182.) ihr ertheilten Genehmigung sedes, zu einer selbstständigen Ackerwirthschaft sich eignende ländliche Grundstück, welches mindestens 500 Athlic. werth ist, in ihren Verband aufnehmen und mit Pfandbriefen beleihen. Diese objektive Beschränkung der Wirksamkeit beweist allein schon zur Genüge, das durch die ses Institut die projektirten Rentendanken, welche ohne Unterschied allen, selbst den kleinsten bäuerlichen Grundbesitzungen zur Ablösung ihrer Reallasten verhelfen sols

len, nicht erfest werben.

Beachtenswerther in dieser Beziehung find die Anerdietungen, welche die Schlessische Landschaft den bauerlichen Grundbestigern jest gemacht hat. Sie will nach dem durch die Allerh. D. v. 11. Mai d. J. (G. S. a. a. D. S. 183.) genehmigsten Regulativ, solche bäuerliche Grundstücke bepfandbriesen, die eine nusbare Bosdensliche von mindestens 1 Morgen haben und einen Aredit von wenigstens 20 Thalern rechtsertigen, also (da der Aredit die zur Hälfte des Werths gegeben wird) überhaupt wenigstens 40 Thaler werth sind. Den Bestigern dieser Grundstücke, wenn sie den landschaftlichen Aredit zur Ablösung ihrer Reallasten benusen wollen, dietet die Landschaft eine Summe in sogenannten "neuen landschaftlichen Pfandbriesen" bis zur vollen Höhe des gesehlich sestzustellenden Ablösungs-Rapitals, und zwar nach Wahl der Darlehnsempfänger, entweder in Aprozentigen oder in Izprozentigen Pfandbriesen; sie fordert dagegen von ihnen

a) bie Bahlung von resp. 43 ober 4% Prozent jahrlicher Binfen ber Darlehnes

summe in halbjährigen Raten,

b) die Ruckzahlung des Darlehns nach einer beiben Theilen zustehenden 6mos natlichen Kundigung,

c) die Erlegung eines Kostenbeitrags von & Prozent des Darlehns und von

einem Thaler gur Banbichaftstaffe.

Eine Amortisation der Pfandbriese ist nicht in Aussicht gestellt. Bon den z Prosent, welche die Schuldner über den Betrag der Pfandbriesszinsen hinauszahlen, wird z Prozent zur Ansammlung eines Sicherheitssonds und z Prozent zu den Berwaltungskosten verwendet.

Auch diese Anerbietungen der Schlesischen Landschaft gewähren aber bei Bes forderung des Ablösungsgeschäfts nicht gleiche Bortheile, wie es die jest projektirs

sen Rentenbanten thun.

Dem Berpstichteten, welcher z. B. 50 Rihlr. jährliche Rente bei der Rentens bank ablösen will, wird hiervon unter völliger Auflösung seines disherigen Schulds verhältnisses zu dem Berechtigten sogleich zo erlassen; er zahlt fortan der Bank nur noch 45 Rihlr. oder 4½ Prozent des dem Berechtigten in Rentenbriesen von der Bank ausgestellten Ablösungs-Rapitals von 1000 Rihlr., gewinnt die Besugs niß, zu jeder Zeit durch beliedige Rapital Abschlagszahlungen auch selbst in den kleinsten Summen seine jährliche Rente allmälig zu vermindern, und wird jedenfalls spätestens in 56 Jahren von seiner Berpstichtung an die Bank vollständig entlastet.

Bei ber Schlesischen Landschaft bagegen hat ein solcher Verpstichteter, außer ben Rosten ber Bepfandbriefung, wenn er sich Aprozentige Pfandbriefe aussertigen läßt, an Zinsen des (dem Achtzehnsachen seiner disherigen Mente gleichkommenden) Pfandbriefskapitals von 900 Mthlr. jährlich 4% Prozent zu entrichten; diese betrazgen zwar nur 42 Athlr., also 3 Mthlr. weniger als was er der Rentenbank zu zahlen hätte; er bleibt aber nach wie vor durch eine auch noch so lange Fortzahslung dieser Zinsen Schuldner der Landschaft für das Kapital, ist sechsmonatlicher Kündigung desselben ausgesetzt und kann seinerseits auch nur in diesen Fristen (und zwar mit dem Erfolg einer Zinsverminderung nur in Beträgen von 20 Athlr.) kündigen; was aber der Hauptnachtheil ist, er wird durch den Empfang der 900 Thaler Pfandbriefe nicht unbedingt in den Stand gesetzt, sein Schuldverhältniß zu dem Renteberechtigten zu losen, muß vielmehr zu diesem Zweck die Pfandbriefe, zu deren Annahme an Zahlungsstatt nach dem Nennwerth der Berechtigte nicht vers

pflichtet ift, verkaufen und wenn fie, was wenigstens für die erften Jahre höchst wahrscheinlich ist, unter Pari stehen, die Differenz zwischen dem Kours- und dem Rennwerth baar zuzahlen.

Das Ganze ist baber ein Geschäft, welches abgesehen von den bamit verbunbenen Weitlaufigkeiten ber hypothekarischen Eintragung der Pfandbriefe, mit einem für ben kleineren Landmann ganz ungeeigneten Riskto verknüpft ift und eine endliche

Untlaftung für ihn boch nicht einmal herbeiführt.

Mag daher die Erweiterung der lanbschaftlichen Kreditvereine und die Aufsnahme der bauerlichen Grundstücke in dieselben in anderer Beziehung immerhin sehr nühlich und heilsam für die letteren sein und deshalb jede Besorderung Seistens der Staatsregierung verdienen; Behus der Ablösung der bauerlichen Realstaften dagegen wird dieses Mittel nie einen gleichen Rupen leisten, wie die in dem vorliegenden Gesetzentwurf projektirten Aentenbanken. Ueberdies erscheint dasselbeschon deshalb für diesen Zweit minder praktisch und durchgreisend; weil einmal nur in den östlichen, nicht in den westlichen Provinzen Pfandbrieses Kreditvereine bestezten und weil serner der Staat weder diesen Bereinen die Mitaufnahme der bauerslichen Grundbestzern gebieten, noch auch diese Letteren, wenn sie wirklich Pfandsbriese auf ihre Stellen ausgenommen und erhalten haben, dazu zwingen kann, dies selben gerade nur zur Ablösung ihrer Reallasten zu verwenden.

Die Agrar-Rommissionen beider Kammern haben sich in ihren sehr ausführlichen Berichten mit diesen Grundprinzipien einverstanden erklärt und demgemäß ihren Berathungen lediglich den Reg.-Entwurf zum Grunde gelegt. Die Kom. der II. Kammer lehnte insbesondere die bei ihr eingebrachten, auf abweichenden Grundsägen beruhenden, Berbesserungs-

Antrage ab.

Bu §§. 1—3.

(Errichtung von Rentenbanken und deren Bestimmung.)

I. Die SS. 1—3. sind von den Kammern, bis auf eine Abanderung in Betreff des Alin. 2. des S. 1., in der Fassung des Regier. -Entw. angenommen worden.

Das Alin 2. des S. 1. lautete nämlich in Regier.-Entw. dahin: Die in der Rheinprovinz zu errichtende Mentenbank erstreckt ihre Birkfamsteit nur auf die am rechten Rheinufer belegenen Theile der Provinz.

A. Die Motive des Regier. Entw. zu den SS. 1—8. zeigen, daß die Errichtung von Provinzial-Rentenbanken den Borzug vor der jenigen einer Central-Rentenbank verdiene und daß die (nach S. 3.) zu übernehmende Staats-Garantke dem Staate keine pekuniären Opferkoften, sondern lediglich dazu dienen werde, den Kredit der Rentenbanken fest zu begründen, ohne andererseits den des Staates zu schwächen.

B. Die Kommission der II. Kammer trat der Ansicht bei, daß die Errichtung von Provinzial = Rentenbanken den Borzug verdiene, und beantragte die Annahme der SS. 1—3. des Entw., jedoch mit der Wodisstation, welche, — wie bereits erwähnt, — das Alin. 2. des S. 1. erhals

ten hat. Diefe Abanderung wurde empfohlen,

weil in der Rheinprovinz, wo die Thatigkeit der Rentendanken nur auf bem rechten Rheinufer in Anspruch genommen werde, verhältnismäßig nur weuig Rentendriefe kreirt werden dürften, und sonach es der Errichtung einer besonderen Rentendank für diese Provinz nicht bedürfen werde.

Das Plenum der II. Kammer genehmigte die Antrage der Kommission 1). (Stenograph. Ber. ber II. R. 1844. Bb. 3. S. 1653 — 1656.)

¹⁾ Die zu den §S. 1. und 2. gestellten Berbeff.-Antrage wurden abgelebnt. Es waren dies folgende:

C. Die Kommission der I. Kammer fand gegen die §§. 1—3. nichts zu erinnern, und es sind solche demnächst von dem Plenum der I. Kammer in der von der II. Kammer beschlossenen Fassung angenom=men werden. (Stenogr. Ber. der I. K. 1835. Bb. 5. S. 2714—2718.)

II. Ueber die in Gemäßheit des S. 1. des Gesetzes erfolgte Ausführung der Errichtung ber Provinzial = Rentenbanken vergl. Bd. II.

Abth. I. S. 19—20.

3u §§. 4. und 5.

(Ausführende Beborben.)

Die SS. 4. und 5. sind von den Rammern nach dem Entwurse, jedoch mit Einschaltung der Worte: "und Kontrolle" im Alin. 2. des S. 5. angenommen worden.

A. Zur Motivirung der SS. 4. und 5. bemerken die Motive

des Entwurfs:

Bei ben für einzelne Kreise im Paberbornschen und im Eichefelbe schon beftebenben Tilgungefaffen ift ben Direktionen berfelben mit ber eigentlichen Rentenbank-Berwaltung zugleich die Bearbeitung ber jeber Uebernahme von Renten vorhergehenden Auseinandersehung zwischen ben Berechtigten und Berpflichteten übers tragen, so daß rudfichtlich dieser Geschäfte die Direktionen an die Stelle der sonft fompetenten Auseinandersegunge-Behörden getreten find, und lettere nur noch über bie dabei vorkommenden Streitigkeiten zu entscheiben haben. Diese Einrichtung gemahrt zwar ben Bortheil einer Bereinfachung und Abfürzung bes Berfahrens; fie ift aber praftifch nur burchführbar bei jenen auf einen gang kleinen Geschäftsbes girt beschränften Instituten, nicht aber auch bei ben gegenwärtig zu errichtenben Rentenbanten, beren jebe ihre Birffamfeit über eine ganze Broving erftreden foll, und von benen einzelne, namentlich die Rentenbanken für die Provinzen Preußen und Brandenburg die Geschäftsbezirke mehrerer Auseinandersegungs:Behörden jus gleich umfaffen werben. Bei einer folchen Ausbehnung bes Refforts murbe bie Berbindung des Ablöfungs = Berfahrens mit dem eigentlichen Rentenbankgeschäft in ben Sanben der Rentenbank-Direktion nicht mehr zur Bereinfachung, sondern nur ju Beiterungen führen, überdies aber jugleich die nachtheilige Folge haben, baß Die Auseinandersetzungs : Behörden lediglich auf die Bearbeitung der Gemeinheits: theilungen beschränkt, von ben Ablösungsgeschäften aber ungeachtet ber haufigen

"bigung dieses Gesetses." 8) Amendement des Abgeordn. v. Lavergne=Peguilhen (Wirst)

(Drucks. Nr. 365. ad I.):

b) Zum S. 2. Amendement bes Abgeordn. v. Lavergne=Beguilhen

(Wirfis) (Drudf. Nr. 365. ad II.):

"Bum S. 2. als Bufat hinzuzufügen:
""Bur Förderung eines den volkswirthschaftlichen Bedürfnissen ent""sprechenden Geldumlaufs bleibt die Berausgabung verzinslicher
""Kassenscheine in Stelle der Rentenbriefe vorbehalten. Die Be""kimmung des S. 22. werden dadurch nicht verändert."

(Stenogr. Ber. ber II. R. 1848. Bb. 3. S. 1655.)

a) Zum S. 1.

(a) Amendement des Abgeordn. Robe (nicht gebruckt):

"im S. 1. Alin. 1. nach dem Worte: "Provinz" und vor den Wors

"ten: "eine Rentenbank" einzuschalten: "sofort nach Berkuns

[&]quot;Bum S. 1. als Busat hinzuzusügen:
""Die Staats-Regierung ift ermächtigt, auch den Pfandbriefs-Inftis
""tuten die Renten Ablösungegeschäfte zu übertragen, wobei jedoch
""weder eine Erhöhung der Leistungen, noch eine längere als die
""im S. 22. dieses Geses bestimmte Ablösungsfrist zum Nachtheil
""der Berpstichteten eintreten darf."

Berührung berfelben mit ben Gemeinheitstheilungen, gang ausgeschloffen wurben,

was jebenfalls zu ben größten Uebelftanben führen fonnte.

In Erwägung dieser Gründe hat der Geset; Entw. den auch im Königreich Sachsen gewählten, der Natur der Sache entsprechenden Weg eingeschlagen und die Bearbeitung der Ablösungen die zur desinitiv erfolgten Festsehung der an die Stelle der abgelösten Reallasten tretenden festen Geldrente lediglich den Auseinandersehungss Behörden überlassen, dergestalt, das den Rentenbanks Direktoren nur das Geschäft zufällt, jene sestgesehte Geldrenten, sofern sie nicht sofort durch baare Kapitalzahs lung, sondern durch die Rentenbank abgelöst werden sollen, auf diese zu übernehe

men und die dann weiter erforderlichen Operationen zu leiten.

Die am Schluffe des S. 5. vorgeschlagene Mitwirkung der Provinzial-Bertrestung bei den Rentendankgeschäften hat lediglich den Grund, das Bertrauen des Publikums zu diesem wichtigen, die Interessen der meisten Einwohner der Provinz so nahe berührenden Institute zu erwecken. Es dürfte zu dem Ende genügen, diese Mitwirkung von Abgeordneten der Provinzial-Bertretung auf eine allgemeine Konstrole darüber zu beschränken, daß die Rentendank-Direktionen ihren Berpsichtungen in Beziehung auf die Ausloosung, Amortisation der Rentendriese und die gehörige Berwaltung der Kassengelber stets genügen. Die näheren Bestimmungen hierüber werden um so mehr einer besonderen Instruktion vorzubehalten sein, als die sett über die Provinzial-Bertretung selbst gesetlich noch nichts festgestellt ist.

B. Die Kommission der II. Kammer lehnte die in ihr gestellten Antrage ab, das Alin. 2. des S. 4. fakultativ dahin zu fassen, daß es der Berwaltung überlassen bleibe, auch ten landschaftlichen oder anderen Krestinstituten die Verwaltung ter Rentenbanken zu übertragen, und statt der Worte: "so wie den zur Einziehung der direkten Staatssteuern bestimmten Behörden" zu setzen: "so wie ten durch die Aussichtsministerien zu bestimmenden Lokalbehörden."

In Bezug auf den S. 5. bemerkte die Kommission dagegen Vol-

gendes:

Bei bem §. 5. wurde ber Antrag gestellt, im Alin. 1. hinter ben Borten "aus einem Direktor" einzuschalten: zwei Mitgliebern", welche aus ber Provinzialvertretung bestimmt werben könnten, um die große Berantwortlichkeit, welche auf der Direktion einer solchen Anstalt hafte, durch den kollegialischen Charrafter berselben mehr sicher zu stellen.

Demnachst wurde aber auch barauf hingewiesen, daß es zweckmäßig erscheine schon hier die Mitwirfung der Provinzialvertretung naher zu präzisiren, deshalb einmal der Antrag gestellt, statt des Wortes "Mitwirfung" im Alin. 2. das Wort "Kontrole" zu segen, sodann aber hinter dem Worte "Witwirfung"

die Worte "und Rontrole" einzuschalten.

Die Kom. war in ihrer Wajoritat ber Ansicht, daß es Sache ber aussührens den Behörde sei, darüber zu bestimmen, in welcher Art und Weise die Geschäfte der Direktionen der Banken zu führen seien, und wodurch die ihnen obliegende Verantwortlichkeit am Besten sicher zu stellen ware, dagegen erscheine es allerdings zweckmäßig der Provinzialvertretung bei ihrer allgemeinen Witwirkung in Bezug auf die Geschäfte der Rentenbanken, zur Stärkung des öffentlichen Bertrauens in dieselben, schon im Gesehe eine Kontrolle dieser Geschäfte zu sichern, und sie hat sich daher dem letten Abanderungsantrage angeschlossen.

Das Plenum ber II. Kammer ift dem Antrage ber Kommission ohne Diskussion beigetreten. (Stenogr. Ber. ber II. R. 1834 Bb. 3. S. 1656)

C. Die Kommission der I. Kammer fand gegen die SS. 4. und 5. nichts zu erinnern, welche demnächst von dem Plenum in der von der II. Kammer beschlossenen Fassung angenommen worden sind. 1) (Stesnograph. Ber. der 1. K. 1844 Bd. 5. S. 2719.)

¹⁾ Das jum S. 5. von bem Abgeordn. v. Anoblauch gestellte Amendes ment (Drucks. Mr. 582.):

3u 55. 6—8.

(Reallasten, welche zur Ablösung durch die Rentenbank geeignet sind.)

I. Die §§. 6—8. sind von den Kammern nach der Fassung des Entwurfs (lediglich mit einer Einschaltung in Betress der allegirten §§. des Ablös. Ges.) angenommen worden. 1) (Stenogr. Ber. der II. K. 1848 Bb. 3. S. 1656—1658 u. der I. K. Bd. 5. S. 2720—2721.)

Die Motive bes Entwurfs bemerken bazu:

a) Bu S. 6. Die Motive zu diesem S. sind in denen zu dem Gesetzentwurf über die Ablösung der Reallasten zc. bereits angegeben 2).

"ben S. 5. nach ben Worten: "unter Mitwirkung und Kontrole ber Provinzial = Vertretung" folgende transitorische Bestimmungen hinzuzufügen:

"Bis dahin, daß diese Mitwirkung eintreten kann, wird dieselbe von "einer Kommission in seder Provinz ausgeübt, welche aus dem Obers "Prasidenten und aus mehreren von der Regierung zu ernennenden "Mitgliedern besteht.

"Diefe Rommiffionen follen befonbere

a) im Interesse der übernommenen Staats-Garantie barüber wachen, "daß auf Grund der SS. 63. und 65. des Gesetes, betreffend die "Ablösung der Reallasten, die Prästationsfähigkeit der Grundstücke "genügent nachgewiesen wird, bevor die Uebernahme der Rentenvers "briefung erfolgt, und sie sollen ferner

b) "schleunige Anordnungen treffen, um bie Hohe ber zu übernehmens "
ben Staats-Garantie und die Belastung der Grundstücke nach einis
"gen hauptklassen, bis zur nächsten Sitzungsperiode der Kammern,

"wenigstens annaherungsweise zu ermitteln",

wurde abgelehnt. (Stenogr. Ber. a. a. D.)

1) a) Rach ben Kammerverhandlungen (II. K. 71. Sitzung, stenogr. Ber. Bb. 3. S. 1657 und I. K. 117. Sitzung, stenograph. Ber. Bd. 5. S. 2720) ist beschlossen, ben S. 6. bahin zu fassen:

"Belche Reallasten zur Ablösung durch die Rentenbanken geeignet sind, "ist in dem Gesetze vom heutigen Tage, betress. die Ablösung der Reallasten "und Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Berhältnisse (Abschn. II. "Tit. X., Abschn. III. S. 85. ") und Abschn. IV. S. 99.) bestimmt. Ause "geschlossen von dieser Ablösung bleiben außer den in dem gedachten Gesuseher S. 53., 54. und 66. angegebenen Reallasten auch die nach dessen

"Berkundung nen aufgelegten Geldrenten (§. 91. a. a. D.).

Dies ist deshalb beschlossen, weil, nachdem in dem §. 56. (im Entwurf §. 55.) und §. 65. des Ablös. Ges. dem Berechtigten die Besugnis auf Ablösung durch Bermittelung der Rentendanken anzutragen, beigelegt worden, die §§. 56. und 65. hier im §. 6. des Rentendanks Ges. nicht weiter erwähnt werden können. Sierans erhellet, daß der §. 6. unrichtig redigirt resp. abgedruckt worden ist, indem es statt: (§§. 53. die 55., 65., 66.)" heißen muß: "(§§. 53., 54., 66.)" — was auch durch Vergleichung mit den Bestimmungen dieser §§. bestätigt wird.

b) Der von dem Abgeordn. Riefer in ber I. R. gestellte Berbeff. : Ans

trag (Drucks. Mr. 579.):

"im S. 8. des Entwurfs hinter den Worten: "die Uebernahme einer "Rente auf die Rentenbank ist" einzuschalten: in der Regel", wurde zurückgezogen.

2) Bergl. in Bb. II. Abth. I. S. 208 ff.

^{*)} Auch hier muß es, — ebenso wie im Terte ber §. 6. — statt: "§. 85." heißen: "§. 84.", weil ber im Entwurfe mit 85. bezeichnete §. jest ber §. 84. geworben und bies bei ber Schluß-Redaktion und beim Abdrucke bes Geseschen sehen worben ist.

530 Bon d. Ablos. der Reallasten, den Regultrungen u. Gent. Theilungen.

b) Bu S. 7. Den bem Domainen-Fistus zu Abgaben zc. Berpstichteten follen zwar nach S. 58. des Entw. in Beziehung auf die Ablösbarkeit der ihnen obliez genden Meallasten völlig eben dieselben Ansprüche gewährt werden, welche anderen Realverpstichteten durch das gegenwärtige Gesetz eingeräumt worden find: es leuchztet aber ein, daß es eine ganz unnöthige Operation sein würde, wenn der Domaisnen-Fistus die ihm bei der Auseinandersetzung mit senen Berpstichteten sestgestellten Geldrenten den Rentenbanken überweisen und sich dafür von diesen durch zinstrasgende und allmälig zu amortisirende Rentenbriese absünden lassen wollte, da cs vielmehr viel einsacher zum Ziele führt, wenn diese stellischen Renten unmittelbar zur Staats-Schulden-Tilgungskasse eingezogen und den Verpstichteten gegenüber dort ebenso verrechnet werden, als bei der Rentenbank-Kasse. Aus diesem Grunde schließt der S. 7. des Entw. die Ablösung der dem Domainen-Fistus zustehenden Real-Renten von der Einwirkung der Rentenbanken aus.

c) Bu S. 8. Es wird in Bukunft für beibe Theile von großer Erheblichkeit sein, ob die Uebernahme der Rente auf die Rentenbank früher oder später erfolgt; man wird daher, obgleich der Berechtigte gegen alle Verpsichtete eines und dessels ben Orts zugleich provoziren muß, doch nicht darauf bestehen können, daß auch nur Ein Rezest zwischen ihm und sämmtlichen Verpslichteten angesertigt werde, ins dem diesenigen Verpslichteten, welche sich schnell mit dem Berechtigten einigen, Nachtheil badurch erleiben würden, wenn sie den Ausgang der mit Andern entstandenen

vielleicht langwierigen Prozesse abwarten follten.

II. Die SS. 6. und 7. bestimmen darüber, welche Reallasten zur Ablösung durch die Rentenbanken geeignet, und welche davon ausgesschlossen sind. Das Rentenbanks-Gesetz bezweckt lediglich die Aussühstung des Ges. v. 2. März 1850 über die Ablösung der Reallasten 2c. Deshalb unterliegen der Ueberweisung an die Rentenbank auch nur diejenigen Reallasten, welche nach dem letztgedachten Gesetz zur Umwandlung in eine Geldrente geeignet sind. Dagegen sallen außerhalb des Bereiches der Rentenbanken:

1) die in dem Ablosungs-Gef. speziell ausgenommenen Renten,

2) die nach Verkundigung deffelben erft entstandenen Geldrenten.

Dazu treten:

3) die Domainen-Menten, über welche ber §. 64. des Rentenbank-Gef. bas Nähere vorschreibt.

Bergl. auch die Erläut. zu den §§. 50—58., §§. 60—66., §. 85.

und S. 99. des Ablof. Gef. v. 2. Marg 1850.

III. Nach S. 8. des Rentenbank-Gef. ist die Ueberweisung der Rensten auf die Rentenbank erst dann zulässig, wenn sämmtliche auf einem Grundstücke haftende, zur Ablösung durch die Rentenbank geeignete Realslasten in feste Geldrenten verwandelt sind. Hieraus kann gefolgert werden, daß wenn Mitglieder der Gemeinde, gegen welche von einem Berechtigten provocirt ist, noch einem Dritten verpslichtet sind, und sie gegen Letzteren nicht provociren wollen, entweder ex officio die Ablösung dieser noch nicht in Rente verwandelten Abgaben veranlaßt, oder die Uebernahme auf die Rentenbank zurückgewiesen werden müsse.

Die Central-Rommission für die Angelegenheiten ber Bentenbanken hat indes in dem (nicht veröffentlichten) R. v. 13. Febr.

1851 die gedachte Bestimmung bes S. 8. dabin ausgelegt,

bag dieselbe die Borschrift des §. 95. des Ablös. Ges. über die Nothwendigsteit der Ausdehnung der Provokation nicht hat abandern, sondern sich nur hat anschließen sollen, wie sich aus der ausdrücklichen Bezugnahme auf solche ergehe. Die Ablösung der Reallasten, welche dritten Berechtigten zustehen, soll deshalb nicht ex ossicio veranlaßt werden, sondern die Rentenbank hat die Rente des Berspslichteten schon dann zu übernehmen, wenn nur zwischen Lesterem und dem prospozirenden Berechtigten keinerlei Berpslichtungen mehr bestehen, deren Ablösung durch die Rentenbank ersolgen muß. In sedem solchen Falle ist aber den dritten Berechtigten von dem Berfahren Kenntniß zu geben, mit der Aussocherung, sich

barüber zu erklaren, ob sie ihrerseits, ohne als Provokanten aufzutreten, insoweit, als zur Ablösung ber auf ben beiheiligten Grundstücken bestandenem Realverpflichstungen im Sinne des S. 8. nöthig ist, dem Verfahren beitreten wollen. Sie sich davauf ausmerksam zu machen (daß die Renten, welche an die Stelle der für den Provokauten auf dem Grundstücke hastenden Reallasten sestgestellt und an die Ronstendank abgetreten werden, nach S. 18. des Rentendank Ges. bei Rankurrenz mit anderen Verpflichtungen desselben Grundstücks dasselbe Vorzugerecht genießen, welsches die Gesetz den Stenern beilegen, und daß daher die nicht zur Absösung kucks selbst zu vermnihen, wenn sie nicht aus der Natur und Eigenschaft des Grundsstücks selbst zu vermnihen, sondern aus Kontrakten, Erbrezessen oder irgend einem anderen besonderen Titel entstanden sind, bei eintretendem Konkurse, nach S. 358.

A. G. D. I. 50., wenn sie im Hydothekenbuche eingetragen stehen in der III. Rlasse, wenn sie nicht eingetragen sind, in der V. Klasse, dagegen die Renten für die absgelösten Reallasten in der II. Klasse zur ersten Stelle angesetz werden würden. (Sprengel's Ablös.-Seses, S. 31—32.)

3n SS. 9-17.

(Feststellung der Renten Behufs deren Ueberweifung an die Rentenbank.)

3um S. 9.

I. Der S. 9. hat durch die Kammern wesentliche Abanderungen ersitten.

A. Derselbe lautete in bem Regier. Entw. dabin:

Wenn bei einem Ablösungs Berfahren ber Berpflichtete erklart, von der im G. 64. des Ablösungs ic. Gesess vom heutigen Tage ihm gegebenen Besugniß, die an die Stelle der Reallasten tretende seste Geldrente durch Baarzahlung des Rapitalbetrags derselben abzulösen, keinen Gebrauch machen zu wollen, so hat die Auseinandersetzungs Behörde die Ablösung der Geldrente durch die Rentenbank von Amtswegen zu veransaffen.

In Ansehung berfenigen festen Geldabgaben, welche zwar zur Ablösung burch bie Rentenbank geeignet sind, hinsichtlich welcher es aber zur Ermittelung ihres Jahresbetrages keiner weiteren Auseinandersetzung bedarf, (§. 50. und 52. a. a. D.) kann sowohl von dem Berechtigten als von dem Verpstichteten auf Ablösung burch die Rentendank bei der Anseinandersetzungs = Behörde angetragen werden.

(§. 11.)

Die Motive bemerken dazu:

Die Bestimmung, daß die Ablösung durch die Rentendank von Amtewegen erfolgen muß, sofern sich die Interessenten nicht über eine Kapital-Absindung einisgen, erscheint durch die schon mehrsach erwähnte Nothwendigkeit einer schleunigen und endlichen Lösung des auf gegenseitigen Berechtigungen und Verpsichtungen beruhenden Verbands zwischen den Gutsherrn und den Verpslichteten gerechtsertigt. Eine Härte für diesenigen Interessenten, welche beiderseits eine Ablösung durch die Rentendank nicht wünschen, liegt in dieser Bestimmung deshalb nicht, weil ihnen freisieht, durch Verabredung einer Kapital-Ablösung und Feststellung eines späteren Zahlungs-Termines für das Ablösungs-Kapital die Mitwirtung der Renstendank auszuschließen.

Habernahme auf die Rentenbank qualifizirt ift, so mußte den Interessenten ein bes sonderer Antrag auf Ablösung der Rente durch die Rentenbank gestattet werden, indem in solchen Fällen von einer Verwandlung in seste Geldrente nach Maaßsgabe des Ablösungs = Gesets nicht mehr die Rede sein kann, die Auseinanders sehnngs-Behörde mithin ohne besonderen Antrag auf Ablösung durch die Rentens

bant von folden Renten gar teine Renntnig erhalten murbe.

B. Die Kommission der II. Kammer beantragte, das Alin. 1, unverändert, dagegen das Alin. 2. in folgender Faffung anzunehmen:

In Ansehung berjenigen sesten Gelbabgaben, welche zwar zur Ablösung burch bie Rentenbank geeignet sind, hinsichtlich welcher es aber zu Ermittelung ihres Jahresbeirages, außer bem im §. 65. des Ablösungs-Gesetes vorgeses nen Falle, keiner weiteren Auseinandersetung bedarf (§. 50. und 52. a. a. O.), kann sowohl von dem Berechtigten als von dem Verpflichteten, in dem Falle des §. 65. des Gesets über die Reallasten aber nur von dem Bestechtigten, auf Ablösung durch die Rentenbank bei der Auseinandersetungs-Bestörbe angetragen werden (§. 11.).

Der Bericht der Kommission bemerkt dazu nur, daß die beantragten Zusätze eine Konsequenz der zum S. 65. (jett S. 64.) des Ablos. Gef. gefaßten Beschlusse seine.

Die II. Kammer hatte indeß bei der Berathung des Ablös. Ges. (auf den Antrag des Abgeordn. v. Patow) einen Zusatz zum S. 64. des ge-

bachten Gesets in folgender Faffung angenommen:

Will der Verpflichtete die Ablösung durch Baarzahlung des achtzehnfachen Betrages bewirken, so steht dem Berechtigten dennoch frei, die Absindung zum zwanzigsachen Betrag der Jahresrente in Rentenbriefen zu verlangen. — Wählt der Berechtigte diese Absindung, so leistet der Verpflichtete die Baarzahlung des achtzehnfachen Betrages an die Staatskaffe, welche dagegen die, dem Berspflichteten nach Maaßgabe des Gesehes wegen Errichtung der Rentenbanken obliesgenden Zahlungen, an die Rentenbank zu leisten hat.

Das Nähere bestimmt bas Rentenbant-Gefes. -

Bur Zeit, als dieser Beschluß gefaßt wurde, hatte die Agrar-Kom. ihre Berathungen über das Rentenbank-Ges. bereits beendet, und den Bericht hierüber erstattet; jeden Falls bedurfte aber das Rentenbank-Ges. in Folge dieses Beschlusses noch einer Ergänzung.

Bei der Plenarberathung über bas Rentenbank-Ges. wurde nunmehr von dem Abgeordneten v. Patow ein Abanderungs-Borschlag zum S. 9.

beffelben (Drucks. Rr. 447. ad 1.) babin eingebracht:

in Gemäßheit des zu S. 64. des Ablös. Gefaßten Beschlusses, im S. 9. des Rentenbant-Ges. zwischen Alin. 1. und 2. folgenden Sat einzuschalten:

"Daffelbe muß geschehen, wenn der Verpflichtete zwar von der Befugniß zur Ablösung durch Baarzahlung Gebrauch macht, der Berechtigte aber die Ablösung durch die Rentenbank vorzieht. — In diesem Falle ist das von dem Verpflichteten einzuzahlende Ablösungs-Rapital, insoweit nicht der Berechtigte nach S. 11. dasselbe anzunehmen gehalten ist, der am Site der Rentenbank besindlichen Regierung zu überweisen, welche dagegen in Anssehung der für den Verechtigten auszusertigenden Rentenbriefe, der Rentens dank gegenüber, in diesenigen Verpflichtungen und Besugnisse eintritt, welche sonst dem Verpflichteten respektive obgelegen und zugestanden haben würden.

In der 71. Sitzung der Kammer wurde jedoch beschlossen, die Distussion über den §. 9. und das dazu gestellte Amendement auszusetzen, und letzteres an die Agrar-Kom. zur näheren Erwägung in Verbindung mit den Vorschlägen, welche in Volge des zum §. 64. des Ablös. Ges. angenommenen Zusatzes zu machen wären, zurückzugeben. (Stenogr. Ber. der II. K. 1828 Bd. 3. S. 1657—1658.)

Die Agrar-Rommission brachte nunmehr die jezige Fassung des . S. 9. (bis auf eine nicht erhebliche spätere Redaktions-Aenderung) in Bor-schlag und führte in ihrem (Nachtrags-) Berichte (Drucks. Nr. 431.) aus:

Der v. Patow'sche Berbess. Antrag wurde ben Gegenstand nicht nach seinem ganzen Umfange erledigen, weil abgesehen bavon, daß von einer Ablösung durch die Rentenbanken doch nur dann die Rede sein kann, wenn statt der durch die Baarzahlungen des achtzehnsachen Betrages ganzlich erloschenen und weggefallenen Renten, erst wieder solche bestimmte auf Grundstüden haftende Renten, deren Baluta den Rentenbanken überwiesen werden konnten, ermittelt und sestgestellt werden müßten, es doch noch außerdem mehrsacher Bestimmungen bedarf, um den

Zweck und den Sinn des zu S. 64. des Ablösungs Besches angenommenen Bussapes im Interesse der Berechtigten ganz zu erreichen, zugleich aber auch bestimmte Rormen über die Verwendung ter zur Staatskasse gemachten Baarzahlungen aufzustellen, ferner solche Einrichtungen zu tressen, um die möglichen Opfer, welche der Staat hierbei zu bringen haben wird, so eng als möglich zu begrenzen, ends lich aber das eigentliche Wesen und die Geschäfte der Rentenbanken zur vollstänstigeren Uebersicht und Kontrole als eine für sich bestehende abgesonderte Einrichstung, wie sie der Gesehenwurf beabsichtigt, möglichst aufrecht zu erhalten.

Das Plenum ter II. Kammer beschloß indeß, den §. 9. mit der von dem Abgeordn. v. Patow erneuert in Antrag gebrachten Einschaltung (Drucks. Nr. 447. ad 1.) anzunehmen und in Folge dessen auch die (damit in Verbindung stehenden) von demselben Abgeordneten vorgeschlasgenen (weiter unten zu gedenkenden) Abanderungen der §§. 18., 21. und 58., sowie des Schemas zu den Rentenbriesen, eintreten zu lassen. (Stesungraph. Ber. der II. K. 1833 Bd. 4. S. 2003—2004 u. S. 2011.)

C. Die Kommission der I. Kammer erklärte sich gegen die Beibehaltung des von der II. Kammer angenommenen v. Patow'schen Amendements und trat dem Antrage der Kommission der II. Kammer (der jetzigen Fassung des S. 9.) bei.

Diefem Antrage trat bas Blenum ber I. Rammer bei. (Stenogr.

Ber. ber I. R. 1848 Bb. 5. S. 2721- 2725.)

D. Die II. Kammer hat sich schließlich hiermit einverstanden erklärt. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1833 Bb. 5. S. 2966.)

II. Aus der obigen Darstellung ergiebt sich, daß ter §. 9. ursprüngs lich nur den ersten und dritten Absatz enthielt, teren innerer Zusams menhang folgender ist:

ad 1. Ueberall, wo eine in Geldrente verwandelte Reallast nicht durch Rapital abgelost wird, überweist die Auseinandersetzungs-Behörde die Geld-

rente von Amtewegen ber Rentenbant.

ad 3. Bei ursprünglich festen Gelbrenten bagegen, wo eine Umwandstung durch die Behörden nicht erfolgt, mithin ein Verfahren von Amteswegen keinen Anknüpfungspunkt sindet, muß ein Antrag (Provokation) auf Ueberweisung ber Rente an die Rentenbank bei der Auseinandersetzungsschörde angebracht werden.

Das später eingeschobene Alin. 2. entspricht wörtlich ber Bestimmung bes ersten Sapes bes Alin. 4. bes §. 64. des Ablos. Ges. v. 2. Marz 1850, wogegen die Bestimmung bes zweiten Sapes des Alin. 4. bes §. 64. a. a. D. in ben §§. 59—63. des Rentenbank-Ges. ihre nahere

Ausführung findet.

III. Bergl.:

a) R. des K. Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 26. Febr. 1852, betr. die Uebernahme der vor Publikation des Ablös. Ges. rechtsverbindlich stipulirten Ablös.= und Regulirungs-Renten auf die Rentenbank, sowie das Verfahren zum Schutze der Rentenbank bei dem Zusammentreffen der Voraussetzungen der §§. 63. und 85. des Ablös. Ges. und der §§. 53., 54., 55. und 65. a. a. O. (Zeitscher. des Revis. Kolleg. Bd. 5. S. 110.)

b) R. deffelb. Min. v. 11. Nov. 1851, daß den Rezessen über Abslösung von Reallasten die Bestätigung in soweit zu versagen, als nach densselben eine den 18 fachen Betrag der eigentlichen Ablös.-Rente übersteigende Summe der Staatskasse überwiesen werden soll. (Min. Bl. d. i. B., 1851,

S. 257, Nr. 279.)

c) R. desselb. Min. v. 17. Mai 1852, betr. die Ablösung der füt aufgehobene Arugverlags-Rechte stipulirten Geld-Renten und die Ueber-nahme derselben auf die Rentenbanken. (Min. Bl. d. i. B. 1852, S. 141, Rr. 134.)

534 Von d. Ablos. ber Reallaften, ben Regulirungen u. Gem. Shellungen.

Bergl. diese Restripte in Bb. I. S. 197—199 und die Erläut. in Bd. II. Abth. I. S. 526 Jus. VII., S. 534 Jus. II. u. S. 505 Jus. III.

3um §. 10.

I. Der S. 10. enthielt in dem Regier.-Entw., welcher besondere

Motive dazu nicht giebt, nur das jetzige Allin. 1. desselben.

A. Die Agrar-Kommission der II. Kammer beantragte die Annahme des S. 10., sedoch mit Hinzufügung des jesigen Alin. 2. deffelben, und das Plenum der II. Kammer genehmigte dies. 1) (Stes nograph. Ber. der II. R. 1848 Bb. 3. S. 1658—1659).

B. Die Agrar=Kommission der I. Kammer trat zwar bem Befchlusse der II. Kammer bei, beantragte indeß die Hinzusügung des jeti=

gen Alin. 3., indem fie dies folgendermaagen motivirte:

In ben S. 99. des Ablof. Gef. ift bie Bestimmung aufgenommen:

"(Rentens) Ruckftande, welche ben doppelten Betrag ber jahrlichen Rente . nicht überfteigen, können, insofern beibe Partheien einig find, nach naherer Bestimmung des Rentenbank-Gesets, der Rentenbank überwiesen werden."

Damit nun durch diese Ueberweisung sowohl die Sicherheit der Rentendank als die der postlocirten Realgläubiger nicht gefährdet werde, so kann nur das Zehnstheil der Rente, welches nach der Bestimmung des 1. Alin. S. 10. dem Pflichtigen erlassen werden soll, zur Deckung der Rückstände benutt werden, indem die Rente eines zweisährigen Leistungs Rückstandes nie mehr als zo der vollen Rente betrasgen kann. In dem Falle, wo ein Verpflichteter von der Ueberweisung der so bes messenen Rückstände auf die Rentendank Gebrauch macht, kann jedoch selbstredend nicht in seine Wahl gestellt werden, nach Alin. 2. des S. 10. die volle Jahresrente Behuss früherer Amortisation zu zahlen, indem sonst das ihm bleibende freie Zehnstel absorbirt würde und nicht zur Verzinsung und Amortisation des der Rentens bank überwiesenen Rückstandes verwendet werden könnte. Für eine höhere, als die auf dem Grundstücke ruhende volle Jahresrente, ist jedoch dasselbe der Rentenbank nicht verhaftet.

Das Plenum trat dem Antrage der Kommission bei. (Stenogr. Ber. der I. K. 1858 Bb. 5. S. 2730—2732.)

C. Die II. Kammer hat diese Fassung schließlich genehmiget. (Ste-

nograph. Ber. der II. R. 1844 Bb. 5. S. 2966.)

11. Wenngleich der Verpflichtete die Ablösung durch Rente gewählt hat, so steht ihm dennoch frei, durch Kapital abzulösen, da er hierzu selbst noch nach Ucbernahme der Rente von Seiten der Rentenbank berechtiget ist.

III. Nach der Fassung des S. 10. wurde angenommen, daß bei Reallasten Moldsungen und Regulirungen die Renten für die Rückstände steis voll an die Rentenbank gezahlt werden müßten und mithin nur mittelst der kurzeren Tilgungs-Periode von 41 % Jahren getilgt werden konnten.

Aus Veranlassung einer Petition hat sich indeß die II. Kammer (in der 28. Sig. v. 21. Febr. 1851) für die entgegengesetzte Ansicht entschie-

"Diese Hulfskassen, über welche das Rahere ein besonderes Gesetz bes "stimmen wird, stehen unter der Berwaltung der Kreisvertretung und sind "zu gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken gewidmet."

wurde abgelehnt. (Stenogr. Ber. der II. R. Bb. 3. S. 1658.)

¹⁾ Der Berbess. Antrag des Abgeordn. v. Werdeck (Drucks. Nr. 362.): "hinter S. 10. einen neuen S. einzuschalten des Inhalts: Diesenigen Bers "pflichteten, welche mehr als 50 Morgen an Aeckern und Wiesen besitzen, "bleiben jedoch zur Entrichtung des vollen Betrags der Gelbrente an die "Rentendank verbunden. In diesen Fällen wird die Rente außer zur Bers "zinsung der dem Berechtigten auszustellenden Rentendriese und zur Amortis "sation auch zur Bildung einer hülfskasse verwendet.

ver, und diefe in einer molivirten Tagesordnung niedergelegt. Stenogr.

Ber. der IL R. 1839 Bb. 1. S. 314-315.) 1)

In Folge dessen hat demnächst das Min. für landwirthschaftl. Ang. in dem C. R. v. 7. März 1851 2) (Min. Bl. d. i. V. 1851, S. 45, Rr. 52.) vorgeschrieben, daß es zulässig sein solle, daß die Verpsichteten nach ihrer Wahl auch die Renten sür die Rückftände voll oder mit 30 an die Rentenbank entrichten; es müsse aber auch im letzteren Falle die Rente für die Rückstände im Rezes besonders ausgeworfen werden.

In gleicher Art hat das Fin. Min. mittelst C. R. v. 17. April 1851 (Sprengel's Ablos. Ges. S. 132—133) die Regierungen instruirt.

Bum S. 11.

I. Der S. 11. lautete im Regier.=Entwurf insofern abweichend von seiner jezigen Fassung, als darin die Worte: "ober auch da, wo die volle Rente der Rentenbank überwiesen wird", nicht entstellen waren.

A. Die Motive bes Entw. bemerken baqu:

Da die Renten, welche ber Rentenbank überwiesen werben, in monatlichen Raten gezahlt werden sollen (§. 21.) so bildet 1 Silbergroschen oder 12 Pfennige den geringsten jährlichen Rentenbetrag, welchen die Rentenbank einziehen kann, weik sonst die monatlichen Raten in Bruchpfennigen bestehen würden. Es kann also z. B. von einer vollen Jahresrente von 2 Sgr., da dieselbe nach Abzug eines Zehntheils (§. 10.) nur noch 1 Sgr. 9_{10}^{-1} Pf. beträgt, nur 1 Sgr. auf die Renztenbank übernommen werden; die überschießenden 9_{10}^{-1} Pf. muß der Verpstichtete durch Baarzahlung des 18sachen Kapitalsbetrages von 14 Sgr. 5 Pf. ablösen. Betrüge die volle Jahresrente 1 Sgr. 1 Pf., so würde dieselbe nach Erlaß eines Zehntels nur noch 11_{10}^{-1} Pf. betragen und also auch nicht einmal theilweise zur Ablösung durch die Rentenbank geeignet sein.

B. Die Agrar-Rommission der II. Kammer beantragte die oben bereits erwähnte Einschaltung, um wegen der fakultativen Fassung des S. 10. jedem Misverständnisse vorzubengen, und hiermit erklärte sich das Plenum einverstanden. (Stenograph. Ber. der II. K. 1834 Bd. 3. S. 1659.)

C. Die I. Rammer ift bem ohne Diskuffion beigetreten. (Stenogr.

Ber. ber I. Rammer 1838 Bb. 5. S. 2730.)

II. Das Fin. Min. hat in den R. v. 11. und 17. April 185f (Sprengel's Ablos. Ges. S. 130—133) erläutert,

daß nicht die überschießenden Pfennige nach Abzug von 7's zur Ablösung und unmittelbaren Abführung an den Berechtigten zu stellen, da er dann weniger als zin zum illachen Betrage berechnetes Kapital erhalten würde, sondern daß diesen wieder zuzurechnen und durch Multiplikation mit 18 zu kapitalisiren sei. Auch seien die überschießenden Pfennige nicht von den für verschiedene Grundstücke ermittelten Renten, wenn sie auch in demselben Rezes stipulirt sind, zusammenzurechnen, und was dann noch an Pfennigen verbleibt, in Kapital abzulösen, sondern von dem Rentenbetrage sur jedes für sich bestehende Grundstück seien die überschießenden Pfennige besonders zu kapitalisten, da auch die Rente nicht zusammengeworfen wers den dürse.

3n §§. 12—17.

I. Die SS. 12—17. sind von den Kammern ohne Erinnerungen und Abanderungen in der Fassung des Regier.-Entw. angenommen worsden. (Stenograph. Bex. der II. R. 1843 Bd. 3. S. 1659—1660 u. der I. K. Bd. 5. S. 2730—2732.)

2) Bergl. in Bb. I. S. 715. .

¹⁾ Bergl. auch ben Anffat in Robe's Lehrzeit. 1850. S. 179-182.

Bur Erläuterung dieser §f. bemerten die Motive bes Entwurfs:

Die Bestimmungen ber §§. 12-17. werben zunächst am Besten burch ein

Beifpiel erläutert werben.

Sehr häufig wird es vorkommen, bag auf einem verpflichteten Grundftud neben einer festen Gelbabgabe noch andere Reallasten haften, die erft einer Berwandlung in feste Gelbrente bedürfen. In folden Fällen barf nun nicht etwa jene Gelbabgabe vorweg und allein auf die Rentenbank überwiesen, sondern es muß vielmehr zuvor von ber Auseinandersetzungs : Behörde auch die Verwandlung ber übrigen Reallasten in Gelbrente vorgenommen und berechnet werben, wie viel überhaupt das betreff. Grundstück jährlich an fester Geldrente noch zu entrichten Dies erheischen nicht nur bie Grundfate bes entworfenen Ablofungsgesetes, nach welchen ber Jahreswerth fammtlicher Reallasten eines Grundftude jufammengerechnet und von dieser Summe der Jahreswerth der etwanigen Gegenleiftungen bes Berechtigten in Abzug gebracht werden foll, sondern es erscheint auch um beshalb nothwendig, bamit nicht von einem und bemfelben Grundftud zu verschiebenen Beiten Renten auf die Rentenbant überwiesen werden und baffelbe baber an verschiebenen Stellen in den Rentenregistern vorkomme, wodurch Berwirrungen und Beitläuftigkeit herbeigeführt werden wurden.

Angenommen nun, die von dem Grundstück überhaupt noch zu entrichtende Jahresrente ware auf 10 Thlr. 10 Sgr. 10 Pf. ermittelt worden, und der Berspsichtete hatte erklart, daß er nicht durch Kapital ablösen wolle, so muß in dem

Ablosungerezeß zugleich mit bestimmt werben,

1) bag ber Berpflichtete als Ablosungesumme für bie überschießenben 10 Pf.

birekt an ben Berechtigten 15 Sgr. zu gahlen habe;

2) daß der übrige Theil der Rente, nach Erlaß von To desselben sich auf 9 Rihlr. 9 Sgr. ermäßige und in monatlichen Naten mit 23 Sgr. 3 Pf. an die Rentenbank zu entrichten sei;

3) daß der Berechtigte von der Rentenbank eine Abskindung von 206 Athle. 20 Sgr. (namlich den 20fachen Betrag der vollen Rente von 10 Athle. 10 Sgr. nach § 28.) und zwar 200 Athle. in Rentenbriefen und 6 Athle.

20 Sgr. in baarem Gelbe zu erhalten habe (§. 29.). 1)

Es liegt ferner in der Natur der Sache, daß die ausgegebenen Rentenbriese nur zu bestimmten Terminen verzinst, ausgeloost, ausgezahlt und vernichtet werden können, und es ergiebt sich hieraus, daß auch die Renten ebenfalls nur in bestimmsten Terminen und zwar in denselben, in welchen die Verzinsung der Rentenbriese

erfolgt, von ber Rentenbank übernommen werden konnen.

Wenn es nun auch der Rentenbank zur dringenden Pflicht gemacht werden muß, die ihr überwiesenen Renten sobald als möglich zu übernehmen, so kann doch nur ihr allein überlassen werden, den Termin, wann dies geschehen kann und soll zu bestimmen, indem Streitigkeiten der Partheien nach getrossener Festsetung des Termins, ganz unvorhergesehene Ereignisse, reine Zufälligkeiten, worunter auch eine ganz ungewöhnliche Haufung der der Rentendank zu überweisenden Renten in einem bestimmten Termin zu rechnen, es der Rentendank unmöglich machen können, die Uebernahme der Rente in dem von den Partheien oder der Auseinandersetungss Behörde bestimmten Termin zu bewirken. Es würden hierdurch aber große Weites rungen zwischen den Interessenten und zwischen diesen und den Behörden herbeisgeführt werden.

Dagegen ist ben Interessenten unter allen Umständen nicht zuzumuthen, bis zu dem Beitpunkt, an welchem die Rente auf die Rentenbank übergeht, das bisherige Berhältniß nnter sich fortbestehen zu lassen. Es muß ihnen vielmehr freistehen, die Aussührung der Ablösung, oder mit andern Worten die Entrichtung der Gelbrente anstatt der bisherigen Naturalleistungen, unter sich nach Belieben oder nach Anord-

nung ber Auseinandersetzunge-Behorbe eintreten zu laffen.

¹⁾ hat ein Berechtigter von mehreren Verpstichteten verschiedene Renten zu fordern, welche zugleich der Rentenbank überwiesen werden, so ist bei der Bereche nung der Beträge, die er als Absindung in Rentenbriefen und in baarem Gelde zu empfangen hat, nicht auf die für die einzelnen Renten ihm gedührenden Absinsdungen, sondern vielmehr auf die Summe aller dieser Absindungen zu achten.

Benn also, um bei obigem Beispiel stehen zu bleiben, nach ber Bereinigung ber Pariheien ober burch Entscheidung ber Auseinandersetzungs Behörde der Aussführungstermin auf den 1. Jan. 1850 festgestellt worden ware, so würde in den Rezes noch mit aufzunehmen sein:

4) daß bie Naturaldienste, Prästationen ober sonstigen Leistungen am 1. Jan. 1850 aufhören, an diesem Termin die Ablösungssumme für die überschies senden Pfennige mit 15 Sgr. zu entrichten und von diesem Tage ab die zur Nebernahme der Rente Seitens der Rentenbank, die volle Rente mit

10 Athle. 10 Sgr. direkt an den Berechtigten zu entrichten sei. Würde dann der Rezes der Rentenbank z. B. im Ansang des Monats Wärz 1850 zugehen, so würde es kein Bedepken haben, daß die Rentenbank die Rente am 1. April noch übernehmen und den Berpflichteten, sowie den Berechtigten vorher hier, von noch benachrichtigen könnte. Würde ihr dagegen der Rezes erst in den letzen Tagen des März zugehen und die Uebernahme der Rente zum 1. April nicht mehr möglich sein, so würde sie erst am 1. Okt. erfolgen können und die dahin die volle Rente von 10 Athle. 10 Sgr. für & Jahre mit 7 Athle. 22 Sgr. 6 Pf. direkt an den Berechtigten entrichtet werden müssen. Dieses Berfahren sindet auch im Königreich Sachsen statt und hat sich dort als durchaus zweckmäßig bewährt.

Baften auf einem Grundstud nur feste Geldabgaben, so scheint es auf ben erften Blid, ale konne bie Einmischung ber Auseinandersegunge-Behorbe gang= lich unterbleiben. Allein auch in diesem Fall ift die Prufung, ob die Geldabgabe zur Ablösung durch die Rentenbank geeignet, ob wirklich keine anderen durch die Rentenbank ablösbaren Reallaften neben ben Gelbabgaben auf dem Grundftucke haften, ferner bie Brufung ber Legitimation ber Intereffenten und bie Bahrnehmung ber Rechte britter Personen unbedingt erforberlich. Diese Geschäfte gehoren jedenfalls zum Ressort der Auseinandersetzungs-Behörde und mussen vor Ueberweis sung ber Rente auf die Rentenbank zur Erörterung kommen. Da hiernach bie Birksamkeit ber Auseinandersetzungs Behörde auch bei Geldabgaben nicht entbehrt werden kann, so ist es gerechtfertigt, bas Berfahren bei biefen bem Berfahren bei anderen Reallaften anzuhaffen, mas um fo weniger ein Bebenten haben fann, als baburch feine Weiterung entsteht, sonbern in der Regel die Berhandlung über die eben ermahnten Brufungen jugleich bas Resultat ber Auseinanbersetzung zwischen ben Berechtigten und Verpflichteten und zwischen biesen und ber Mentenbank ents halten, und mithin ben Rezes felbst wird vertreten konnen.

Gine Zuziehung der Rentenbant Direktion bei Aufnahme der Rezesse wurde das Geschäft weitläusiger machen und ist um deshalb entbehrlich, weil die in den Rezessen festzustellenden Rechte und Verpsichtungen der Rentenbank für jeden einszelnen Fall deutlich aus dem Gesetze hervorgehen und in Zahlen durch ein bloses Rechnungs-Exempel darzustellen sind. Um jedoch ein in dieser Beziehung möglichst gleichmäßiges Versahren herbeizusühren, war es nothwendig, die Bestätigung der Rezesse in denen Renten auf die Rentenbanken überwiesen werden, stets nur durch die Auseinandersehungs Behörden geschehen zu lassen, sie also den Regierungen, Konsistorien und Gerichten, denen nach den bisherigen Gesetzen dergleichen Bestäs

tigungen in gewiffen Fallen noch gestattet finb, zu entziehen.

II. Ueber die Absassung der Ablösungs- und Regulirungs-Rezesse bei Benutung der Rentenbanken ertheilen das C. R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 15. Mai 1850 1) (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 139, Rr. 192.) und das Regl. des Fin. Min. v. 3. Aug. 1850 2) (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 302. Rr. 399.) spezielle Instruktion.

Vergl. auch:

a) über die Prüfung der den Rentenbanken von den Auseinanderssetzungs-Behörden mitgetheilten Rezesse (§. 14. des Rentenbank-Ges.) das R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 30. Sept. 1850 8) (Min. Bl. d. 1850. S. 276, Nr. 379);

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 715 ff.

²⁾ Chendas. S. 731 ff. 3) Chendas. S. 722.

b) über die Berücksichtigung des S. 15. des Rentenbank-Ges. bei Absfaffung der Rezesse in Bezug auf praenumerando fällige Dosmainen-Renten, das C. R. des Fin. Min. v. 10. Sept. 1852 1) (Min.

BL b. i. B. 1852. S. 328, Mr. 326.);

c) über die Bestätigung der Rezesse über das Verhältniß der Betheisligten zur Rentenbank in denjenigen Fällen, wo die Auseinandersetzung durch die Regierungen resp. Provinzial=Schul-Kollegien ohne Dazwischenstunft der ordentlichen Auseinandersetzungs-Behörden zu Stande gekommen, das G. v. 21. April 1853. §. 2. 2).

3n §§. 18-21.

(Einziehung und Sicherstellung ber Renten).

Zum §. 18.

I. Der S. 18. hat bei der Berathung in den Kammern einige Abanderungen erlitten. Es sind nämlich:

a) dem zweiten Sape des Alin. 1. die (im Entwurf sehlenten)

Worte:

"welches jedoch für die Dauer der Amortisationsperiode der Rentenhank "verhaftet bleibt",

hinzugefügt, und b) in bem Alin. 2. ist das Wort: "kostenfrei" eingeschaltet

worden.

A. Die Motive bes Regier.-Entw. bemerken zu diefem S .:

Es leuchtet von selbst ein und ist auch schon in den Motiven zum S. 1. hers vorgehoben, daß die Operationen der Rentenbank nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn auf das richtige Eingehen der Rentenzahlungen stets mit Sicherheit zu rechnen ist. hierzu genügt aber nicht blos, — was wohl in der Regel stets vorausgesetzt werden kann — daß das verpsichtete Grundstück übers haupt die Rente aufzubringen vermag, sondern es ist auch erforderlich, daß die Rentendank mit ihrer Forderung nicht etwa andern Gläubigern des Grundstücks im Falle der Unzulänglichkeit der Mittel desselben, nachzustehen genöthigt sei. Um sie nun vor dieser Gesahr zu schützen, bestimmt der vorliegende S., daß die Renten in Konfurrenz mit andern Verpsichtungen des belasteten Guts dasselbe Borzugsrecht genießen sollen, welches die Gesetze den Staatssteuern beilegen, d. h. mit andern Worten das Recht, allen übrigen Gläubigern in der Regel (mit Ausnahme geswisser alterer Rückstände) vorzugehen.

Diese Bestimmung des Entwurfs weicht allerdings von den bestehenden Gessetzen ab, welche zunächst nur festsetzen, daß die Ablösungs-Rente daffelbe Vorzugsrecht vor den hypothefarischen Gläubigern genieße, welches den durch sie abgelöften

Abgaben und Leiftungen zustand.

(Cf. Ablos. D. v. 7. Juni 1821 S. 18. und Ablos. D. v. 13. Jusi 1829 S. 91.)

Fragt man aber zunächst, welches Vorzugerecht benn bisher gesehlich solchen Abgaben und Leistungen beigelegt war, so ist die Antwort hierauf für die Provinzen, in benen die altpreußische Gesetzebung gilt, hauptsächlich aus den §§. 357. u. 393. Tit. 50. Th. I. der A. G. D., und aus den §§. 48. u. f. Tit. 1. der Hyp. D. zu entnehmen, welche bestimmen:

bağ alle beständig fortlaufenden Lasten und Abgaben, welche nach den Bersfassungen des Orts, des Kreises ober der Provinz, von allen Grundstücken derselben Art an Kreiskassen, Kämmereien, Gutsherrschaften ober an Kirchen= ober Schulbediente zu entrichten sind, im Konfurse (wenigs

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 722.

²⁾ Ebenbas. S. 656.

stens mit ihren zweischrigen Rudftanben) unmittelbat hinter ben Staatsabs gaben, in ber zweiten Rlaffe locirt werben, in dem Grundstad und beffen Werth aber allen eingetragenen Glaubigern vorgehen sollen, auch in bas Oppothekenbuch nicht eingetragen zu werden brauchen.

Rach diefen Borfchriften haben baber unzweiselhaft die meiften der hier in Rebe fichenden Reallaften und mithin auch die an ihre Stelle tretenden Ablosunges Renten ichon jest vor allen hypothefarischen Forderungen ein solches Borgugerecht, wie es ihnen ber S. 18. bes Entw. ju verleihen bezweckt. Dag bies aber pon allen Ablösungerenten gelte, welche fünftig auf die Rentenbank übergeben sollen, lagt fich freilich nicht behaupten, namentlich wird es bei benjenigen nicht ber Fall fein, welche an die Stelle folder Reallasten getreten find, die ihrem Urfprunge ober ihrer Beschaffenheit nach nicht unter eine ber in ben obigen Vorschriften bezeichnes ten Rathegorien zu bringen, z. B. nicht aus ber Ortsverfassung herzuleiten, sons bern aus speziellen Rechtstiteln entstanben find. Auch fann es vorkommen, daß Reuten, die ursprünglich in der That jenen Kathegorien angehörten, ihr gesetliches Borzugerecht vor ben übrigen hppothekarischen Forberungen bes verpflichteten Grundftuck beshalb wieder verloren haben, weil die zur Erhaltung beffelben im \$. 38. der Ablos. D. v. 7. Juni 1821 und im S. 3. des Gef. v. 29. Juni 1835 vorgeschriebene Eintragung in bas Hypothekenbuch unterblieben ober nicht rechtzeitig erfolgt ift. Für Fälle bieser Art andert baher allerdings ber vorgeschlagene neue Grundsat, welcher ben auf bie Rentenbanken übergehenben Renten ein gleis ches Borrecht wie ben Staatsfleuern beilegen will, ben bestehenden Rechtszustand jum Rachtheil berjenigen Gläubiger, die fonft biefen Renten vorgeben murben.

Erwägt man aber, daß dergleichen Falle gewiß nur sehr selten vordammen, daß ferner der Nachtheil, welcher solchen prioritätischen Gläubigern in ihren Reche ten jedoch nur für den Fall eines Konkurses hier angedroht wird, sich das durch wesentlich milbert, daß die Ablösungsrente durch ihre Ueberweisung an die Nentenbank zugleich ihrer Tilgung entgegengeführt wird und daß mit dieser letzterten, sobald sie eintritt, aller Rachtheil fortfällt; so dürste es gerechtsertigt erscheisten, diesen Schritt hier zu thun, ohne welchen der Erfolg der Rentenbanken nicht genügend gesichert oder wenigstens die Gewährung der Staats-Garantie für diesels ben höchst bedenklich sein würde.

Außer bieser materiellen Sicherung bes Rentenbankgeschäfts gewährt aber ber gebachte, in ben Gingangeworten bes S. 18. aufgestellte Grundfat auch noch ben fehr wesentlichen formellen Rugen einer großen Vereinfachung bieses Geschäfts. Erhielten bie Menten nicht burch bas Gefet felbst ein folches unbedingtes Borgugse recht vor allen hnvothefarischen Schulben bes verpflichteten Gute, sonbern verbliebe es babei, daß ihnen nur dasjenige Borrecht gebühre, welches die Abgaben und Leiftungen, die fie vertreten, gehabt haben, so mare gur Sicherung ber Rentenbank ftets eine Eintragung ber Rente in bas Spothekenbuch unerläßlich, auch mußte naturlich die Rente nach erfolgter Tilgung bort wieder geloscht werden. Es leuchs tet von felbft ein, ju welchen unenblichen Weiterungen und Roften ein folder Bers Keht ber Rentenbant-Direftionen mit ben Spothefen-Behörden führen wurde. Birb bagegen bet Grundfag bes Entwurfe aboptirt, fo bedarf es gar feiner Eintragung ber Rente in bas Sypothekenbuch. Ge genügt vielmehr, wenn biefenigen Reallafteit, bie etwa bort wirklich eingetragen fteben, nach ihrer Ueberweisung an bie Rentenbank gelöscht und diese Ueberweisung babei vermerkt wird. Bei anderen Grund= ftuden, beren Reallasten nicht eingetragen find, bedarf es, wenn bie letteren als Rente auf die Rentenbank übergehen, nicht einmal eines Bermerks in bas Sypothes tenbuch hierüber, ba ein jeber, ber fich mit bem Befiger bes Grundstude in ein Beschaft über baffelbe einlaffen will, burch Erfundigung bei bem Steuer-Empfanger bes Orts leicht erfahren fann, ob und mit welcher Rente bas Grundftuck fur bie Rentenbank belaftet ift.

B. Die Agrar=Kommission der II. Kammer erklärte sich mit den in den Motiven entwickelten Grundsäßen einverstanden und beantragte wur folgenden Busat zum zweiten Sape des Alin. 1.:

bleiben jeboch für die Dauer der Amortisationsperiode der Rentenbank vers haftet.

Dem ift auch das Plenum der II. Rammer beigetreten 1), bat jeboch außerdem beschloffen, in bem Alin. 2. das Wort: "toftenfrei"

einzuschalten. 2) (Stenograph. Ber. ber II. R. 1848. Bb. 3. S. 1660).

Nachdem indeß bei der späteren Berathung des S. 9. (f. oben S. 532 ff.) der Abanderungs = Antrag des Abgeordn. v. Patow zu tem letigebachten S. angenommen worden mar, ergab fich hieraus die Rothwendigkeit einer anderweitigen Faffung des Alin. 1. bes S. 18., welche auf den Berbeff.-Autrag des Abgeordn. v. Patow (Drucks. Rr. 447. ad 2.) dahin angenommen wurde:

Insoweit bie ber Rentenbant überwiesenen Renten nicht aus Staatstaffen ges gablt werben (S. 9.) genießen biefelben bei Ronturreng zc. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1848/49. Bb. 4. S. 2003.)

- C. Die Agrar-Rommission der I. Kammer erklarte fich im Pringip mit dem S. 18. und den betreff. Beschluffen der II. Rammer einverstanden; ba sie indeß auf Ablehnung bes v. Patowichen Amendements zum S. 9. angetragen hatte, fo brachte fie auch den Wegfall der hierauf bezüglichen Abanderung ter Faffung des Alin. 1. des S. 18. in Antrag, welchem Untrage fich bas Blenum anschloß. (Stenes graph. Ber. ber 1. R. 1844. Bb. 5. S. 2731 ff.).
- Die II. Rammer hat fich schließlich hiermit einverstanten (Stenograph. Ber. ber II. R. 1843. Bb. 5. S. 2966).
- Der zweite Say bes Alin. 1. bes S. 18. weicht, wie aus ber oben mitgetheilten Entfiehungs-Geschichte beffelben hervorgeht, in ber Faffung des Gesetes von den Beschlüssen der Rammern ab. Die Agrar-Rommiffion ber II. Rammer wollte nämlich in bem gedachten Alin. 1. die Bestimmung hinzugefügt haben, daß die Renten für die Dauer der Amortisations - Periode der Rentenbank verhaftet bleiben, mabrend im Plenum der II. Rammer bas Amendement gestellt murbe, tiefe Bestimmung fo zu faffen, raß bas mit Renten belaftete Grundftud der Rentenbank verhaftet bleibe. (Stenograph. Ber. ber II. R. Bb. 3. S. 2731). Obgleich bies Amendement abgelebnt und der S. 18. bemnachst auch von der I. Rammer (Stenograph. Bers ber 1. R. Bb. 5. 6. 2731) in Betreff tes in Rebe ftebenben Sattheiles bes Alin. 1. in ber von der 11. Rammer beschloffenen Faffung angenommen wurde, so ift bennoch in das Gefet bas abgelehnte Amendement (bes Abgeordn. Robe 3) aufgenommen worden. 4)

Die Abweichung ift indeß praktisch nicht von erheblichem Jutereffe; benn die Renten haften auf bem Grundftude und es ift also auch bas Grundftud der Rentenbank mitverhaftet, wenn derfelben die Renten verhaftet bleiben. Das in das Gefet übertragene (wenn gleich von den Rammern abgelehnte) Amendement erzielte mithin nur basjenige,

"welches fur die Dauer der Amortisations : Beriode der Rentenbant verhaf= tet bleibt".

3) Bergl. oben Rote 1.

¹⁾ Der Abgeordn. Robe hatte beantragt (nicht gebruckt), ben von ber Koms mission vorgeschlagenen Bufat zum Alin. 1. des S. 18. babin zu faffen:

Dies Amendement wurde indeß abgelehnt. (Stenogr. Ber. ber II. R. 1848/49. **Bb. 3. €. 1660.**)

²⁾ Dies ift auf ben Berbeff. = Antrag bes Abgeordn. Robe und Gen. (Drudf. Rr. 367. ad I.) gefcheben.

⁴⁾ Die Druckfachen und die ftenograph. Berichte resp. die amilichen Prototolle ber Rammern ergeben nichts barüber, woburch biefe Abweichung ber Faffung des S. 18. von den Beschluffen der Rammern herbeigeführt worben.

was auch aus der von der Rommiffion der II. Rammer beantragten (von ben Rammern angenommenen) Faffung folgte. 1)

Bum \$. 19.

Dieser S. ist von beiden Kammern ohne Erinnerungen angenommen worden. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1844. Bb. 3. S. 1660 u. ber ·I. R. 28b. 5. S. 2731).

Die Motive des Regier. - Entw. bemerken bazu:

Die Nothwendigkeit einer Versicherung gegen Feuersgefahr in Ansehung ber Gebaube, auf benen Renten für die Rentenbank haften, leuchtet ohne Beiteres ein, nicht minder aber auch bas Bedürfniß, die Bant-Direttionen gefetlich zu autorifiren, bie Besitzer solcher Gebäube im fürzesten Wege burch abministrative Exefution zu folden Berficherungen, bei benen ftete Gefahr im Berzuge obwaltet, anhalten gu bürfen.

Der Bericht der Agrar-Kommission der II. Kammer fpricht sich dahin aus:

Bum S. 19 wurde bemerklich gemacht, bag bie barin ben Direktionen ber Rentenbanten beigelegte Befugniß, Diejenigen Berficherungegefellschaften zu bestimmen, bei welchen nach ihrem Ermeffen bie Gebaube, auf welchen Renten für bie Banken haften, gegen Feuersgefahr zu verfichern find, zur Bermeibung jeber Barte barauf einzuschränken fein durfte:

daß ben Direktionen nur ein Widerspruch gegen Versicherungen bei notorisch

unfichern Versicherungsgesellschaften eingeräumt werbe,

und ein bies bezwedenber Abanderungsantrag gestellt.

Andererseits wurde im Alin. 1. hinter ben Worten "bei einer" die Ginschals

tung ber Worte "vom Staate fonzessionirten" beantragt.

Beibe Antrage haben jedoch nicht die Bustimmung ber Majorität ber Kom. erlangt, welche allgemein ben S. 19. in ber vorgeschlagenen Faffung für zweckents sprechend und nach feiner Richtung für bebenklich erachtete.

Die Agrar-Rommiffion der I. Rammer bemerkte:

Die im S. 19. enthaltene Befugniß ber Direktion ber Rentenbank, bie Berficherung ber Gebaube, auf welchen Menten für bie Rentenbank haften, bei einer Feuerversicherungs : Gesellschaft zu verlangen, rief bei mehreren Mitgliedern ber Rom. bas Bebenfen hervor, bag für bie fleineren Stellenbefiger eine große Laft entfteben wurde, indem die Privat-Berficherunge-Gefellichaften bergleichen größtentheils nicht massive Gebaube nicht aufnehmen, Die Provinzial-Societaten, wenigstens in Schlesten, aber so hohe Beitrage erforberten, bag beren Aufbringung für bie fleineren und armeren Grundeigenthumer fast unerschwinglich sei, und deshalb viele aus biefen Societaten ausschieben. Der Berficherungszwang wurde baber in vielen Fallen eine große Barte fein.

Für die Bestimmung des S. wurde jedoch angeführt, daß in anderen Provinzen, namentlich in ber Mart und in Sachsen, die Berhaltniffe ber Provinzial-Societaten keinesweges so ungunftig maren. Es sei biefe Sicherheit fur bie Bestim= mungen der Rentenbank erforderlich, indem der Sauptwerth mancher Besitzungen in bem Gebaube beruhe. Ueberdies fei biefe Befugnig ber Rentenbant = Direttion fa= fultativ gestellt und beren Ermeffen überlaffen, in gewiffen Fallen bie Berficherung nicht zu verlangen. Bei ber Organisation ber Provinzial-Berwaltungen fei zu erwarten, bag auch in ben Landestheilen, wo bie Feuer-Societats-Ginrichtungen fich nicht bemahrten, beren zweitmäßige Umgestaltung einer ber erften Gegenstände ihret

Birffamfeit fein werbe.

Die letteren Grunde murben als überwiegend anerkannt und S. 19. genehmigt.

¹⁾ Bergl. die Aeußerungen des Berichterftattere ber II. R., Abgeordn. Bauer (Stargardt), in ben ftenograph. Ber. ber U. R. Bb. 3. S. 1660.

542 Bon d. Ablof ber Meallasten, den Regulirungen u. Gem. Theilungen

Zum &. 20.

I. Der S. 20., welchem besondere Motive nicht beigefügt worden, ift von den Rammern ohne Erinnerungen unverändert angenommen morden. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1848. Bd. 3. S. 1660 u. ber I. R. Ab. 5. S. 2731).

II. Ueber das Berfahren bei Berftudelung von Grundftuden, welche tem Domainen - Fistus praftationsfähig find, vergl. das C. R. des Fin. Min. v. 3. Mai 1850. 1) (Sprengel's Ablös. Ges., S. 110-112).

Bergl. auch S. 93. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850.

Zum S. 21.

L. Der S. 1. ist von den Rammern unverändert angenommen worben. 2) (Stenograph. Ber. ber II. R. 1843. Bb. 3. S. 1660, u. ber I. R. **231). 2731).**

Die Motive bes Regier. Entw. bemerken bazu:

Die Jahresrenten werden in Sachsen und im Eichsfelde in 4 Terminen, in ben Baberbornichen Rreifen in 6 Terminen, jugleich mit ber Grundfteuer burch bie Begen ber Ruchtanbe findet bie Exefution im Ber-Steuer: Ginnehmer erhoben. waltungswege ftatt. Alle biefe Bestimmungen, welche fich in ber Anwendung bewährt haben, find im Wesentlichen auch in bem vorliegenden Entwurf beibehalten, und nur barin von ihnen abgewichen, bag zur Erleichterung ber Berpflichteten bie Einziehung ber Rente in monatlichen Terminen vorgeschrieben ift.

B. Der Bericht ber Agrar=Rommission ber II. Rammer fpricht fich in folgender Art aus:

Bum Alin. 1. bes S. 21. wurde ber Antrag gestellt!

die Erhebung ber Renten nicht in Monates, sondern in Quartaleraten fests

zustellen.

Begründet wurde berfelbe baburch, daß es ben Rentepflichtigen weniger beschwerlich fallen wurde, wenn fie nicht alle Monate Rente zu zahlen hatten, auch bie Rosten der Zusammenbringung bei Quartalezahlungen minder groß maren.

Die Majoritat ber Rom. theilt jedoch biese Ansicht nicht, ift vielmehr ber Deinung gewesen, daß gerade durch die monatliche Abführung der Renten in Berbin- ' bung mit den sonst aufzubringenden Staatssteuern eine wesentliche Erleichterung für die Pflichtigen gefunden werden muffe, indem einmal kleinere Summen mit einem Male aufzubringen maren, die kunftig gang fo, wie die übrigen Steuern betrachtet, und baber auch eben so prompt aufgebracht werben wurden, endlich aber auch uns möglich eine Roftenvermehrung baburch entstehen fonne, ba die Berichtigung ber Renten eben mit ben Steuern zu gleicher Beit erfolgen folle, und bie etwas großere ober geringere Summe, welche am Steuerfälligkeite Termin einzuzahlen sei, auf eine Roftenvermehrung feinen Ginflug üben konne. Die Rom, hat baber ben Antrag verworfen.

Das C. R. des Min. für landwirthschaftl, Ang. v. 9. Aug. 1851 3) (Min. Bl. b. i. B. 1851. S. 190, Mr. 209.) bestimmt, bag bie

1) Bergl. in Bb. I. S. 722 ff.

3) Bergl. in Bb. I. S. 724.

²⁾ Bei ber erften Berathung in ber II. R. wurde zwar beschloffen, bas Alin. 1. bes &. 21., bem Antrage bes Abgeordn. v. Batow (Drucks. Rr. 448. ad 3.) zufolge, bahin zu anbern:

[&]quot;Die auf Grundstücken haftenben Renten (g. 18.) werben in monatlichen "Raten mit ben Staatofteuern pofinumerando erhoben"; allein die I. R. trat diesem Beschluffe nicht bei, sondern stellte die Faffung der Regier. Borlage wieder her, und biefem Beschluffe ift bie II. R. bemnachft beis getreten. (Stenograph. Ber. ber II. R. Bb. 4. S. 2003., ber I. R. Bb. 5. S. 3731. u. der II. K. Bd. 5. S. 2966.)

Vorausbezahlung der Renten in bestimmten vierteljährlichen oder halbjährlichen Terminen, jedoch nicht über den Jahresschluß hinaus, zulässig

fein folle.

111. Das R. tes Gen. Postamts v. 24. Dec. 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 313, Rr. 338., Zeitschr. des Revis. Kolleg. Bb. 5. S. 10) erläutert, daß diejenigen Rentenbeträge, welche die Kommunal Behörden für Rechenung ter Rentenbank-Direktionen erheben und demnächst an die Kreiskassen abführen, portofreie Beförderung genießen.

3n §§. 22 – 27.

(Tilgung ber Renten).

3n §§. 22-23.

Die SS. 22. und 23. lauteten im Regier. Entw. folgendermaaßen:

S. 22. Der Verpflichtete wird burch eine 56 Jahre ober 673 Monate lang fortgesetzte Zahlung der Rente an die Rentenbank von der Verpflichtung zur fernes ven Entrichtung dieser Rente vollständig befreit.

S. 23. Dem Berpflichteten steht indeffen frei, auch schon während bes im S. 22. angegebenen Zeitraums die Rente durch Kapitalzahlung ganz ober theilweise

zu tilgen.

Welche Summen in den verschiedenen Jahren zur Ablösung der verschiedenen Rentenbetrage erforderlich find, ergiebt fich aus der unter A. beigefügten Labelle.

Alin. 3., 4. u. 5. gleichlautend, wie im S. 23. des Gefetes.

Die Motive bemerken bagu:

Die bis auf 56% Jahr ausgebehnte Dauer ber Tilgungsperiobe ift bereits burch bas oben im Eingang Gesagte motivirt. Die genaue Angabe bieses Zeits raums im Gesetze erschien zur Weckung bes Vertrauens für die Anstalt besonders im hindlick auf die banerlichen Interessenten angemessen.

Aber auch während der Tilgungsperiode mußte den Berpflichteten gestattet werden, die Renten durch Rapitalzahlungen ganz oder theilweise zu tilgen, und es mußten besonders in Rücksicht auf die armeren Stellenbesitzer die möglichst fleinsten

Theilzahlungen zugelaffen werben.

Im Königreich Sachsen beträgt die kleinste zulässige Theilzahlung 8 Ggr. 4 Pf., bei der Tilgungskasse im Eichsfelde muß der abzulösende Rentenbetrag mins destens aus 5 Sgr. bestehen. Diese Borschrift hat der Entwurf um so mehr beisbehalten, als nach den in Sachsen gemachten Ersahrungen von dem Recht, noch geringere Rentenbeträge zu tilgen, sast niemals Gebrauch gemacht wird.

A. Die Agrar-Rommifsion der II. Kammer beantragte folgende Abanderungen:

2) ben S. 22. dahin zu faffen:

Der Verpflichtete wird entweder durch eine 56% Jahre oder 673 Monate lang fortgesette Zahlung der Rente, wenn er sich bei Ueberweisung der Rente auf die Rentenbank für den Erlaß von 70 der vollen Rente, oder durch eine 41% Jahre gleich 493 Monate lang fortgesette Zahlung der vollen Rente, wenn er sich für diese erklärt hat (§. 10.), von der Verpflichtung zur ferneren Entrichtung dies sert Rente vollständig befreit.

b) ben S. 23. in folgender Faffung anzunehmen:

Dem Berpstichteten steht indessen frei, auch schon mahrend der im §. 22. angegebenen Zeitraume die Rente durch Kapital=Bahlung ganz ober theilweise zu tilgen.

Belche Summen in den verschiebenen Jahren ber beiden Amortisations: Perioden zur Ablösung ber verschiedenen Rentebetrage erforberlich find, ergiebt

fich aus ben nuter A. und B. beigefügten Tabellen.

Rapital-Zahlungen 2c.

Der Rommiffions-Bericht motivirt bies folgendermaagen:

Bu biesem Abschnitt muffen alle biejenigen Abanberunge. Borschläge in Bestracht gezogen werben, welche eine Abkurzung ber Amorissationsperiode ber Rente

bezweden.

Es ist aber auch auf vielen andern Seiten ausgesprochen worden, daß es nur im höchsten Maaße erwünscht sein wurde, wenn durch aussührbare Vorschläge zu einer fürzeren Amortisationsperiode, als wie sie der S. 22. des Entw. in Aussicht stellt, dies möglich gemacht werden könnte.

Dieser Gegenstand und die zur Erreichung dieses Zweckes gestellten Antrage find baher auch in der Kom. einer sorgfältigen Prüsung unterworfen worden, als

beren Enbresultat fich Folgenbes herausgestellt hat:

Eine fürzere Amortisationsperiode, als die dem Gesetze Entwurfe zum Grunde liegende, ift nur durch folgende Mittel herbeizuführen:

1) burch theilweise Ausgabe zinsloser Rentenscheine ftatt verzinslicher Ren-

tenbriefe, 2) burch einen geringeren als ben 20fachen Kapitalistrungsbetrag ber vollen Rente, welcher im §. 28. bes Gefet. Entwurfes als Norm aufgestellt wirb,

- 3) burch Begfall bes Behntelerlaffes,

4) burch eine geringere als Aprozentige Verzinsung ber Rentenbriefe.

Wenn es nun auch richtig ift, daß bei Annahme der Borschläge unter Rr. 1. und 2. des Sattig'schen Amendements sich die Amortisationsperiode auf 333 Jahre stellen, daß serner, wenn man sich entschließen wollte, Z des Gesammtbertrages sämmtlicher kapitalisirter Renten in zinslosen Rentenscheinen auszugeden, es aber noch außerdem bei dem Zehntelerlaß verbleiben sollte, dann die Tilgungssperiode für sämmtliche verzinsliche Rentenbriefe und unverzinsliche Rentenscheine auf 33% Jahr erniedrigt würde, und endlich dieselbe noch weit mehr abgesürzt würde, wenn nach den Langerschen Borschlägen die Hälfte der gesammten Kapitalbeträge der Renten in unverzinslichen Rentenscheinen ausgegeben werden sollte, so ist doch schon oben bei S. 2. des Geseh-Entw. näher auseinandergesets, warum die Kom. sich für das Projett der Kreirung zinsloser Rentenscheine nicht zu erstlären vermag und ein solches nicht befürworten kann.

Nach SS. 28. und 32. des Entw. sollen die vollen Renten mit den Wfachen Betrage kapitalistet, über diesen Betrag Kentenbriese ausgestellt, und diese die zu ihrer vollständigen Realistrung mit 4 pCt. jährlich verzinst werden, hierdurch bestingt sich aber in Berbindung mit dem Erlaß des 10ten Theils der vollen Rente,

bie in S. 22. ausgesprochene Dauer ber Tilgungsperiobe allein.

Würde nun beispielsweise die volle Mente mit dem 18fachen Betrage kapitas listet, die Rentendriese nach dem Nennwerth mit 4 pCt. verzinst und verbliebe es bei dem Zehntelerlaß, so würde die Amortisationsperiode 41 Jahr dauern, siele der Zehntelerlaß fort, so ermäßigte sie sich auf 32½ Jahre.

Bliebe es bei der 20fachen Kapitalifirung, würden aber die Rentenbriefe nach ihrem Nennwerth nur mit 3\ pCt. jährlich verzinset, so würde die Tilgungs= Periode bei dem Erlaß des Zehntels 43 Jahr, ohne denselben 35 Jahr dauern.

Die Kom. ist nun schon bei Berathung des Ablös. Ges. von der Ansicht ausz gegangen, daß nur allein aus den in den Motiven zu diesem Geset entwickelten Gründen der 20fache Betrag der vollen Rente, bei deren Kapitalistrung, Uebers weisung und allmäligen Tilgung durch die Rentenbanken als gerechtsertigt anges nommen werden konnte, ein geringerer Kapitalistrungssat aber, bei den durch die Rentenbank zu tilgenden Renten, sich durchaus nicht begründen ließe, und es fand daher auch ein in der Kom. gestellter und auf Kapitalistrung der den Rentenbansken zu überweisenden Renten mit dem 18fachen Betrage gestellter Antrag, welcher überdies zurückgezogen wurde, in der Kom. keine Unterstützung, vielmehr ist diesselbe der Ansicht, daß dieses Mittel zur Gerbeiführung einer kürzeren Amortisastionssperiode nicht empfohlen werden könne.

Aber auch eine herabsehung des Zinssusses der auszugebenden Rentenbriese von 4 auf 3½ pCt. vermag die Rom. nicht zu besürworten, denn nicht nur, daß dann der Berechtigte dis zur Realisation der Rentenbriese noch wieder & pCt. an jährlichen Jinsen für jede hundert Thaler Renten Rapital weniger erhielte, so würde auch eine nothwendige Folge davon sein, daß wenn 3½ prozentige Rentens briese vor ihrer Ausloosung in Geld umgesett werden müssen, sie nur bedeutend

unter ihrem Rennwerth zu realistren sein wurden, baburch wesentliche Berlufte für ben Berechtigten entstehen mußten, und somit einer solchen Maaßregel weder Rechts-,

noch Billigkeitegrunde zur Seite ftanden.

hiernach kann eine Abkürzung der Amortisations-Beriode nur durch Wegfall des Zehntelerlasses erreicht werden; sie wird dann nach den Motiven des Gesetsentwurfes dei Beibehaltung der 20sachen Kapitalistrung der vollen Renten und Aprozentiger jährlicher Berzinsung der Rentenkriese nach ihrem Nennwerth eine Dauer von 41 Jahren oder 492 Monaten haben, die Bestimmung hierüber aber ans den schon bei §. 10. angeführten Gründen nur fakultativ zu fassen sein, und die Kom. bringt daher die von ihr beantragte (obige) Fassung des §. 22. in Vorschlag.

Es ist jedoch noch außerbem in der Kom. ein Borschlag in Anregung gebracht worden, nach welchem es Jedem Pslichtigen frei stehen solle, die Rentenbanken neben ihrer eigentlichen Bestimmung als wirkliche Sparkassen in der Art zu bes nuzen, daß eine von dem Pslichtigen außer seiner fortlaufenden Rente, noch außers dem einzuzahlendes Kapital von bestimmter Höhe, durch Ansammlung von Zins zu Zins, als ein besonderer Amortisationssond verwaltet, und dadurch eine raschere Beendigung der Amortisationssperiode ermöglicht werde. Zu diesem Zwecke wurde

ber Antrag gestellt, bem S. 22. ale Bufat bingugufügen:

Außerdem ist Jedem frei gegeben, über die von ihm eingezogene Rentens zahlung hinaus, noch Ginzahlungen, jedoch nicht unter 1 Rihr. zu seinem Amortisationsfond zu machen. Diese werden in gleicher Art verwaltet und

verwendet, wie die regelmäßige Amortisation. -

Dieser Borschlag fand jedoch nicht die ausreichende Unterführung in der Kom.; es wurde dagegen angeführt, daß abgesehen von der sehr verwickelten Berwaltung des ganzen Kassengeschäfts der Rentenbanken, welche die Durchführung einer solschen Idee zur Folge haben musse, der beabsichtigte Zweck im Wesentlichen durch die Bestimmungen im Alin. 1. des S. 23. auf eine einfachere Weise ebenfalls zu erreichen sei; denn wenn hiernach jedem Pflichtigen frei stehe, außer seiner Rente zu jeder beliedigen Zeit noch Kapitalsabschlagszahlungen zu machen, so sei badurch die Möglichkeit geboten, die Amortisationsperiode nach dem Willen und den Krästen des Pflichtigen sehr abzusungen, dei jeder abschläglichen Kapitalszahlung versmindere sich die jährliche Rente, die dadurch erzielten Ersparnisse könne der Pflichstige zu neuen Kapitalszahlungen verwenden und tadurch nach seinem freien Beslieden die Amortisationsperiode abkürzen.

Der ganze Unterschied bestehe nur barin, taß nach dem gemachten Borschlage, die gemachten Ersparnisse von der Rentenbank zusammengehalten und durch dies selbe auf eine beschleunigtere Amortisation hingewirft werden solle, während dies nach dem Gesehentwurf, durch den Pflichtigen, wenn er dies wolle, selbst geschehen musse, dies lettere sei jedenfalls vorzuziehen, und es könne einer Staatsanstalt, wie die Rentenbanken sein sollte, eine derartige Vermögens-Verwaltung für eine so große Anzahl von Pflichtigen, wie sie der Borschlag beabsichtige, nicht zuges

muthet werben, ber Antrag ift sonach abgelehnt worben.

Bei bem S. 23. ift zuvörberft ber britte Abanberunge-Borschlag ber Abgeorbn.

Sattig und Gen. babin lautenb:

Dem Rentepflichtigen ist gestattet, die Kapital Bahlung zur Ablbsung der Rente bei der Rentenbank in Rentenbriesen zum Nennwerth zu leisten,

zu welchem in ber Rom. noch ber Busat beantragt murbe:

welche außer ben jährlich zu amortistrenden Rentenbriefen sofort zu kaffisten find,

gur Erbrierung gezogen worben.

Es wurde anerkannt, daß die von den Antragstellern ihrem Vorschlage beisgefügten Gründe (Fol. 4. und 5. Nr. 257 der Drucks.) allerdings sehr für die Annehmbarkeit des Vorschlages sprächen, und der in den Motiven des Gesehentw. allein dagegen aufgestellte Grund, daß wenn Kapitalszahlungen durch Rentenbriese nach dem Nennwerth gestattet würden, dann bei jeder Ausloosungsperiode um so weniger Rentenbriese durch Baarzahlung getilgt werden könnten, dies aber auf den Kours der Rentenbriese möglicherweise nachtheilig einwirken könne, nicht von der Bedeutung erschiene, um nicht den Pflichtigen einen möglichen Bortheil durch Gewinnung der Koursdifferenz zuzuwenden, und die Kom. entschied sich daher auch sier Annahme der obigen Vorschläge.

Bei der Berathung über den §. 58. des Gesehentw., welcher auch der Finanzs min. beiwohnte, mußte sedach auf diesen Punkt um deshalb noch einmal eingeganz gen werden, weil hier festzustellen war, ob auch den Domainenrentenpstichtigen zu gestatten sei, etwanige Kapitalszahlungen nicht baar, sondern durch Rentenbriefe nach dem Nennwerthe zu leisten; und eine aussührliche Diskussion führte zu der

Ueberzeugung, bag es bei bem frühern Befchluffe nicht verbleiben fonne.

Darüber war man vollfommen einig, daß alles Dasjenige, was gesetlich ben Brivatrentenpstichtigen zur Anwentung kommen muffe, daß aber hinsichtlich ber Letteren, wegen der schon oben allegirten Bestimmungen des Staatsschuldentilgungs. Ges. v. 17. Jan. 1820, bei Rapitalszahlungen von Renten nur von Baarzahlungen die Rede sein könne, und es völlig unzulässig erscheinen würde, die zum Nennwerth als Kapitalsberichtigung ringezahlten Rentenbriese bis zu ihrer Ausloosung zu deponiren, um dann erst den vollen Betrag zur Staatsschuldentilgung zu verwenden. — Dies muffe aber gesschehen, wenn nicht der Finanzverwaltung zugemuthet werden solle, die jedesmalige Roursdifferenz bei solchen Rentenbriesen zuzuschießen, die, um den Berpstichtungen, welche das Staatsschuldentilgungs. Geseh der Berwaltung der Staatsschulden außerlege, nachzusommen, gleich nach ihrer Einzahlung nach ihrem vollen Rennwerth zur Schuldentilgung verwandt werden müßten, und es sei gar nicht abzusehen, welche Opfer dem Staat dadurch möglicherweise wieder auserlegt wurden.

Der Finanzmin. erklarte fich daher gegen den bereits gefaßten Beschluß ber Kom., zugleich noch barauf hinweisend, daß wenn es bei demselben verbleiben sollte, dies schon mit dem Prinzip, bessen Aufrechthaltung die Kom. bei Erörterung ber

beiben Borfragen empfohlen habe, gewiffermaßen im Biberfpruch fanben.

Die Rom. hat daher auch ihren ersten Beschluß, wegen Annahme bes Satstig'ichen Amendements Rr. 3. wieder aufgehoben, und schließlich beffen Annahme

abgelehnt.

Die von der Kom. vorgeschlagenen Abanderungen der §S. 10. und 22. des Gesetzentw. bedingen aber auch eine Abanderung der Fassung der beiden ersten Alin. des §. 23., welche nun, jenen §S. entsprechend, wie (oben) beantragt lauten muffen.

Das Plenum der II. Kammer trat ben Antragen der Kommission bei. 1) (Stenograph. Ber. ber II. R. 1848. Bb. 3. S. 1666—1669).

B. Die Agrar-Kommission ber I. Kammer beantragte die Genehmigung der von der II. Kammer in Betreff der §§. 22. und. 23. gesfaßten Beschlüsse, jedoch unter Hinzufügung des jezigen Alin. 2. zum §. 22., indem dieser Zusat wegen der jezigen Vaffung des §. 10. erforsberlich sei.

Das Plenum erklätte sich hiermit einverstanden. (Stenograph. Ber. ber I. R. 1844. Bb. 5. S. 2731).

C. Die II. Kammer ift schließlich dem Beschluffe der 1. Kammer beigetreten. (Stenograph. Ber. der II. R. 1844. Bb. 5. S. 2966).

b) das Amendement des Abgeordn. Ambronn u. Gen. (Drucks. Rr. 367.

ad II.):

(Stenograph. Ber. ber II. R. Bb. 3. S. 1664-1669.)

¹⁾ Die zu ben \$5. 22. und 23. gestellten Berbeff. Antrage wurden abs gelehnt, namlich:

a) das (nicht gedruckte) zu ben §§. 22., 29., 38. u. 58. gestellte Amendement bes Abgeordn. Langer, welches für diese §§. eine veränderte Grundlage in Borschlag brachte und dieselben danach abgeandert wissen wollte;

[&]quot;zum S. 23. folgenden Busat anzunehmen:
""Dem Rentepflichtigen ift gestattet, die Kapitalzahlung zur Ablösung
""der Rente bei der Rentenbank in Rentenbriefen zum Rennwerth zu
""leisten, welche außer den jährlich zu amortistrenden Rentenbriefen so""fort zu kasstren sind.""

3n §§. 24—27.

Diese SS. sind ohne alle Erinnerungen von beiden Kammern uns verändert angenommen worden. (Stenograph, Ber. der II. K. 1848. Bb. 3. S. 1669, u. der I. K. Bb. 5. S. 2731).

Die Motive des Entwurfs bemerten dagu:

Die Kündigung muß, um zur gehörigen Zeit die Rentenregister berichtigen und die Summe der auszuloosenden Rentenbriese bestimmen zu können, mindestens 2 Monat vor dem Termin der Auslösung und mithin 6 Monate vor der wirklichen Zahlung des Rapitals (§§. 39. 41. und 42.) erfolgen. Es erscheint indessen zur möglichten Förderung des Tilgungsgeschäfts und mit Rücksicht auf den keineren Grundbesitzer, der seine Geldmittel nicht immer schon 6 Monate vorher zu beurtheis len vermag, durchaus rathsam, anch jede ohne vorhergegangene Kündigung angebostene Kapitalzahlung anzunehmen. Die Rente kann jedoch in Folge einer solchen Zahlung erst mit dem nach dem Ablauf der Kündigungsfrist zunächst folgenden Zählungstermin vermindert werden, weil dann erst die Verzinsung eines dem eins gezahlten Kapitalsbetrag entsprechenden Rentenbriefs Betrages aushört, dis dahin also die Nente noch zur Zahlung der Rentenbriefs-Zinsen erforderlich ist.

Zu §§. 28—31.

(Abfindung bes Berechtigten).

I. Die §§. 28—31. sind von den Kammern in der Fassung des Megier. - Entw., mit der einzigen Abweichung angenommen worden, daß im §. 28. (auf den Antrag der Kommission der I. Kammer) die Worte:

"und eintretenden Falls außerbem den 20fachen Betrag ber zur Tilgung von "Rückständen ber Rentenbank überwiesenen Rente"

eingeschaltet worden sind. (Stenograph. Ber. ber II. K. 1844. Bb. 3. S. 1689, ber I. K. Bb. 5. S. 2731, und ber II. Bb. 5. S. 2966.

Die Motive des Entw. und die Kommissions-Berichte enthalten nichts Wesentliches zur Erläut. dieser SS.

11. Bergl. Bd. II. Abth. I. S. 535, Bus. IV.

3u §§. 32 – 48.

(Rentenbriefe und Binskoupons).

Bu \$5. 32-34.

Die SS. 82-34. lauteten im Regier .- Entw. folgendermaaßen:

§. 32. Die Rentenbriese werden von der Direktion der Rentenbank nach dem unter B. beiliegenden Schema, und zwar in Appoints von 1000 Thalern, 500 Thas lern, 100 Thalern, 25 Thalern und 10 Thalern ausgestellt, und mit jährlich vier Prozent in halbjährigen Terminen, am 1. April und 1. Oft. verzinset.

Den Inhabern ber Rentenbriefe fteht fein Runbigungerecht gu.

S. 33. Mit jedem Rentenbriefe werden zugleich Zinskoupons auf achtjährige, vom Iften ab zu berechnende Perioden nach dem unter C. beiliegenden Schema ausgegeben.

S. 34. Nach bem Ablaufe feber dieser Perioden (S. 33.) werden dem Bors zeiger bes Rentenbriefes neue Bins = Roupons auf einen gleichen Beitraum ausges

handigt.

Die Motive nehmen auf die betreff. Bestimmungen des Sächsischen Rentenbant-Gef. und des Eichsfeldschen Reglements Bezug.

A. Die Agrar - Rommission der U. Kammer brachte nach-

ftehende Vaffung in Vorschlag:

- 9. 32. Die Rentenbriefe werden von ber Rentenbant nach bem unter C. heiliegenden Schema, und zwar in Appoints von 1000 Thaleen, 500 Thaleen,

100 Thalern, 25 Thalern, 10 Thalern und 5 Thalern ausgestellt, und mit jährlich vier Prozeut in halbjährigen Terminen, am 1. April und 1. Oftober, verzinset.

Den Inhabern ber Rentenbriefe fteht fein Kundigungerecht gu.

S. 33. Mit jedem Rentenbriefe werden zugleich Linskoupons, wovon der Lette einer ganzen Zinsperiode als Stiche Koupon zu bezeichnen ist, auf achtschrige, vom 1sten ab zu berechnende Perioden nach dem unter D. beiliegenden Schema ausgegeben.

5. 34. Nach bem Ablauf jeber biefer Berioben (§. 33.) werben bem Borzeis ger bes letten ober Stich = Roupons biefer Binsperiobe, neue Bins = Roupons auf

einen gleichen Beitraum ausgehändigt.

Der Rommissions = Bericht bemerkt bagu:

Bu biesen SS wurden in ber Romm. folgende Abanberungs : Borfclage beantragt:

1) Bum S. 32. hinter den Worten: "10 Thlr." einzuschalten: "und fünf Thaler", so daß hiernach die Rentenbriefe in Appoints von 1000 Thalern, 500

Thalern, 25 Thalern, 10 Thalern und 5 Thalern ausgestellt werben follen.

Dem Antrage wurde zwar entgegengestellt, daß dadurch, wenn Rentenbriefe in so kleinen Appoints von 5 Thalern in Umlauf gesett wurden, für welche der jährs liche Zinsbetrag nur in sechs Silbergroschen bestände, dann nicht nur diese Appoints sich vollständig zu einem Umlaufsmittel im kleinen Berkehr gestellten, und dadurch der Reiz und die Gelegenheit zu ihrer Fälschung wesentlich vermehrt werden würde, sondern auch die Umstände und Beitläusigseit bei der Erhebung so geringer Zinsbeträge ganz unverhältnismäßig zu ihrem Betrage sich gestalten; indessen war die Majorität der Rom. doch der Ansicht, daß gerade hierdurch dem armeren Theil der Bevölserung Gelegenheit geboten würde, ihre geringen Ersparnisse zinsbar anzules gen und dieser Vortheil überwiegend erscheine, weshalb sich denn auch die Rom., ohnerachtet dem Vorschlage auch von Seiten der Reg.: Rommissarien als nicht zwecks mäßig widersprochen wurde, für die Annahme des Vorschlages erklärte.

2) Bu S. 34. wurde hervorgehoben, daß es zweckmäßiger sei, wenn die Ausshändigung neuer Binskoupons auf Borzeigung des letten oder sogenannten Stichskoupons einer Binsperiode, und nicht auf Borzeigung des betreff. Rentenbrieses ersfolge, weil dadurch die Weitläuftigkeit der jedesmaligen Entnahme sämmtlicher deponirten Rentenbriese aus dem Depositum beim Ablauf der Binsperioden zum alleinigen Zweck der Beschaffung neuer Zinskoupons vermieden und dies als ein genügender Grund erscheine, diese Einrichtung, welche auch bei andern Kreditans

ftalten existire, auch bei ben Rentenbanken einzuführen.

Wiewohl nun darauf hingewiesen wurde, welche unverhaltnismäßige Roften bei verloren gegangenen Sticksoupons entstehen wurden, ba es bei solchen, um zu den neuen Zinskoupons zu gelangen, ganz des für verloren gegangene Rentenbriese im S. 57. des Entw. vorgeschriebenen Versahrens bedürfe, andererseits es auch zu einer besseren Kontrolle diene, wenn nach Ablauf einer jeden Zinsperiode die Rentenbriese selbst den Vanken vorgezeigt wurden, so entschied sich doch die Kom. für die Annahme dieser Abanderung.

3) In Betreff des dem Gesetzentw. beigegebenen Schemas zu den Rentenbries fen hat sich die Kom. dahin entschieden, daß die Rentenbriese nur mit dem Königk. Wappen und nicht auch mit dem der betreff. Provinz zu versehen sein werden, zus gleich werden die dem Gesetz beizufügenden Schemas für die Rentenbriese und Kouppons unter Litt. C. und D. zu rubriziren sein, da unter Litt. B. die nach S. 23. noch betzufügende zweite Tilgungstabelle zu bezeichnen ist.

Das Plenum der II. Kammer lehnte indeß die von der Kommission vorgeschlagenen Abanderungs-Antrage ab und nahm die SS. 32—
34. in der Fassung des Regier.-Entw. an; dagegen genehmigte dasselbe den Antrag der Kommission, daß die Rentenbriese nur mit dem Königs. Wappen, und nicht auch mit dem der betreff. Provinz, zu versehen. (Stenograph. Ber. der II. R. 4843. Bb. 3. S. 1670—1671).

B. Die I. Rammer ift dem Beschlusse der II. Rammer ohne Erinnerungen beigetreten. (Stenograph. Ber. ber I. A. 1844. Bb. 5. C. 2731—2732).

In §§. 35—48.

Die SS. 35-37. und 39-48. find ohne Erinnerungen von beiben Rammern nach ber Baffung bes Regier .- Entw., beffen Motive nichts Wesentliches jur Erlaut. Dieser SS. enthalten, angenommen worben; bagegen lautete ber S. 38. im Regier. Entw. babin:

Der Ueberschuß von einem halben Prozent, welchen bie Rentenbanken baburch erhalten, daß fie Meun Behntel ber vollen Rente, alfo 41 Prozent ber zum zwanzigfachen Betrage ber vollen Rente ausgestellten Rentenbriefe einziehen, lettere aber nur mit 4 Prozent verzinsen, muß unvermindert zur Amortisation ber Rentenbriefe verwendet werden.

Die abgeänderte Fassung, welche auf den Antrag der Agrar-Rommiffion der II. Rammer beschloffen worden, grundet sich auf die im S. 10. des Entw. vorgenommene Aenderung. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1844. Bb. 3. S. 1672, u. ber I. R. Bb. 5. S. 2732).

Inm S. 49.

(Rechte britter Perfonen).

- I. Der S. 49. enthielt in dem Regier .- Entw. folgende Abweichungen von feiner gegenwärtigen Baffung:
 - a) in Mr. 2. fehlten die Worte:

"sowie bas Rönigl. Rrebit-Institut für Schlefien";

- b) das Alin. 2. der Mr. 5. lautete:
 - "Die Sphothekenglaubiger find in diesem Falle nicht befugt, ihre Rapitalien "vor ber Berfallzeit aufzufundigen".
- c) in Nr. 6. fehlten die Worte:

"hinfictlich berjenigen eingetragenen Schulben und fonftigen Berpflichtun-"gen, für welche die abgelosten Rechte mit verhaftet werben".

Die Motive des Entw. bemerken zum S. 49.:

In Beziehung auf die Rechte britter Personen muffen, wie dies auch in dem Sachfischen Geset, so wie ben Reglements unserer inlanbischen Tilgungstaffen ans erkannt ift, die Ablösungen burch die Rentenbank den Rapitale : Ablösungen gleich geachtet werben. Bur Sicherung ber Renteberechtigten gegen unverschulbete Rachs theile erscheinen aber einige Mobififationen dieses Grundsages burch die Natur ber

jest zu errichtenben Rentenbant-Inftitute geboten. Rach ben bisherigen Gesegen bleibt ber Verpflichtete ben Realglaubigern bes berechtigten Guts bis zur erfolgten gesethlichen Verwendung bes Ablösungs-Kapitals verhaftet und kann fich von biefer Berpflichtung nur burch gerichtliche Deposition des Ablösungs=Rapitals befreien. Künftig wird aber durch Uebernahme der Rente von Seiten ber Rentenbank bas Berhaltniß zwischen bem bisherigen Berechtigten und Berpflichteten vollständig gelöft. Die Rentenbank tritt bem Berechtigten und beffen Glaubigern gegenüber gang an die Stelle bes Berpflichteten, und Letterer auß baher nothwendig von aller Berhaftung gegen jene Person frei werben. Dies

ift unter Mr. 1. bes porliegenben S. ausgesprochen.

Ferner macht bie Möglichkeit eines Sinkens bes Rourswerthes ber Rentenbriefe unter beren Rennwerth befonbere Bestimmungen erforberlich. Aufaabe bes Ges fetes ift hierbei, bie berechtigten Gutebefiter, welche gezwungenerweise ihre Abfins dung in Rentenbriefen annehmen muffen, gegen bie in Folge solcher Ablösungen Seitens ihrer Spothefenglaubiger vorzunehmenben Rapitalfundigungen ohne Rrans kung ber Rechte ber letteren, möglichst zu schützen und sie bavor zu bewahren, bie empfangenen, unter Pari ftehenden Rentenbriefe wider Willen verkaufen zu muffen. Dag bie Gläubiger nicht gezwungen werben konnen, ben Rentenbrief nach bem Rennwerth anzunehmen, wenn ber Kourswerth ein geringerer ift, verfteht fich von felbft. Cbenfo unzweifelhaft ift es, daß fie sowohl, ale auch die bei bem bereche tigten Gute betheiligten Lehnberechtigten ober Fibeitommig-Intereffenten Die Befugniß behalten muffen, von dem Besitzer des Guts die Verwendung einer Summe in dasselbe zu verlangen, welche dem Nominalwerth der für die abgelösten Verechtiguns gen ausgefertigten Rentenbriese gleichsommt. Dürsten sie aber auch dann, wenn die Rentenbriese unter Pari stehen, eine solche Verwendung dem Gutsbesitzer sofort zumuthen, so wurde derselbe die Differenz zwischen dem Kours und Nennwerth der Rentenbriese aus seinem sonstigen Vermögen daar zuschießen mussen und hiers durch offenbar Schaden erleiden.

Da nun aber die Rentenbriefe im Laufe der Zeit jedenfalls zur Ausloofung und baaren Zahlung ihres Rennwerths kommen, so bleiben die Rechte der Glaubisger und der Lehnss und Fibeikommißfolger vollständig gesichert, wenn die Rentens briefe sicher aufbewahrt und bis zu ihren Ausloofung als Pertinenzien des abgesfundenen Gutes behandelt werden. Aus dieser Betrachtung sind die Bestimmungen

unter Mr. 2. bis 6. bes Entwurfs zunachft entsprungen.

Den lanbschaftlichen ArediteInstituten konnte hiernach ohne Bebenken die Besfugniß entzogen werden, in Folge von Ablösungen durch Rentenbriefe Pfandbriefe zu kündigen. Diese Institute werden durch die in ihre Gewahrsam gesnommenen Rentenbriefe wegen des verringerten Werthes des ihnen verpfandeten Gutes vollständig gedeckt, und sie können mit den Rentenbriefszinsen sich sur die Pfandbriefszinsen sofort bezahlt machen. Auch wird durch die Bestimmung unter 2. zugleich noch der Vortheil erreicht, daß ein großer Theil der Rentenbriefe gar nicht auf den Geldmarkt kommt, der Kours derselben also weniger gedrückt wird.

Haften auf dem berechtigten Gute keine Pfandbriefe oder werden die Rentens briefe von dem Kredit-Institute gar nicht oder nicht vollständig in Anspruch gesnommen, so kann es dem Gutsherrn aus mehrfachen Gründen erwünscht sein, die Benachrichtigung der Gläubiger von der erfolgten Absindung in Rentenbriefen ausgesetzt zu wissen. Sosern die letzteren sicher ausbewahrt werden, ist kein Grund vorhanden, irgend eine fernere Maaßregel zur Sicherstellung der hypothekenschläusbiger und sonstigen Realberechtigten zu veranlassen, und es sind daher die Bestimsmungen unter Nr. 3. und. 4. ausgenommen worden. Auch wenn auf Antrag des Gutsbesisters die Benachrichtigung der Gläubiger erfolgt und ein solcher einen Ansspruch auf Wiederherstellung der geschmälerten Sicherheit erhoben hat, oder das Gut Lehn oder Fideisommiß ist, in welchem Falle die Auseinandersetzungssehörde von Amtswegen für die Verwendung der Kapital-Absindung in das Gut Sorge tragen muß, genügt es vollsommen, wenn die Absindung in Rentenbriefen deposnirt wird.

Ist in Folge der Ausloosung eines deponirten Rentenbriefes, oder in Folge einer Beräußerung des Rentenbriefes unter Juzahlung der Disserenz zwischen dem Kours und Nennwerth, die Summe des Nennwerths des Rentenbriefes nunmehr in baarem Gelde vorhanden, so liegt es in der Natur der Sache, daß mit dieser baaren Absindung ebenso wie mit jedem andern baaren Ablösungs-Rapital verfahren werden muß. Hierauf bezieht sich die Bestimmung unter Nr. 7.

Daß die Rentenbriefe bem Gutsbesitzer zur freien Verfügung übergeben wers ben muffen, wenn entweder gar keine Schulden zc. auf seinem Gute haften oder die eingetragenen Gläubiger sich auf die erfolgte Benachrichtigung nicht gemelbet

haben, versteht sich von selbst.

A. Die Agrar-Rommission erklärte sich im Allgemeinen mit dem S. 49. und den demselben beigefügten Motiven einverstanden, beantragte indeß folgende Aenderungen:

a) Nr. 5. Alin. 2.

Die Spothekenglaubiger find in diesem Falle nicht befugt, ihre Kapitalien vor der kontraktmäßig festskehenden Frist aufzukundigen.

b) Nr. 6.

Die bei ben Kredit-Instituten und in den gerichtlichen Depositorien ausbes wahrten Absindungen bleiben hinsichtlich berjenigen eingetragenen Schulden und sonstigen Verpflichtungen, für welche die abgelösten Rechte mit verhafstet waren, Zubehor des abgefundenen Gutes.

Der Rommiffions-Bericht bemerkt hierüber:

In der Rom: wurde beantragt:

Bu Mr. 2. in Alin. 2. hinter ben Worten: "eingehende Summe" das Wort: "gleichzeitig" einzuschalten, damit nicht der Pfandbriefsschuldner noch länger genöthigt sei, die Zinsen der abzulösenden Pfandbriefe zu bezahlen, während er selbst doch keine Zinsen für die ausgeloosten Rentenbriefe mehr erhielt.

Die Majorität hielt jedoch eine solche Vorsorge nicht für erforberlich, und überhaupt es nicht für zulässig, in bieser Richtung in die Geschäftsbetreibung ber

Kredit:Institute einzugreifen, und hat den Antrag abgelehnt.

Bu Mr. 3. wurde beantragt, baß statt ber Worte:

und in demselben auf unbestimmte Zeit bis zur Auszahlung des Nennwerths der Rentenbriefe nach erfolgter Ausloosung verbleibe.

folgende Faffung beliebt werben moge:

und die Erledigung des Verwendungspunktes dis zur Auszahlung des Rennwerthes der Rentenbriese nach erfolgter Verloosung ausgesest werde. Damit kein Zweisel darüber obwalten könne, daß den bei Ausstellung der Rentens briese eingetragenen Hypothekengläubigern, wenn während der Dauer der Deposition der Rentenbriese das betress. Sut zum Verkauf gestellt werden müßte, ein Pfandstecht auf diese Rentenbriese zustehe, sie mit zur Masse gehören, und ihre Mitverswendung zur Befriedigung der Gläubiger nicht etwa dis dahin abgelehnt werden könne, die sie durch Ausloosung realisiert werden, eine Auslegung, welche durch die Worte "auf unbestimmte Zeit" wenigstens denkbar sei.

Die Majorität der Kom. theilte jedoch diese Bedenken nicht, da eben die Rr. 3. und 4. des S. nichts weiter bezweckten, als daß bei einer gerichtlichen Deposition der Rentenbriefe, von Amtswegen es weiteren Maaßregeln zur Sicherstellung britzter Personen nicht bedürfe, und hat den gemachten Abanderungsvorschlag pers

worfen.

Wenn hiernach die Kom. die unveränderte Annahme der Nr. 1., 2., 3. und 4. des S. 49. empstehlt, so beantragt sie dagegen eine andere Fassung des Alin. 2. der Nr. 5. dahin:

Die Sppothekengläubiger find in diesem Fall nicht besugt, ihre Kapitalien

por ber kontraktmäßig feststehenben Frist aufzukundigen.

um hierdurch hierdurch seben Zweifel barüber zu beseitigen, daß einmal die Hyposthekengläubiger aus den in Folge der Errichtung der Rentenbanken nothwendig werdenden Operationen allein eine rechtliche Veranlassung zur Kündigung ihrer Kapitalien nicht herzuleiten befugt sind, sodann aber es auch unter allen Umständen bei den gesetzlichen und kontraktmäßig seststehenden Kündigungsfristen sein Bewensden behalte.

Ebenso hat ein Antrag, bie Rr. 6. bes S. 49. bahin zu faffen:

Die bei ben Kredit Instituten und in den gerichtlichen Depositorien ausbes wahrten Absindungen, bleiben hinsichtlich berjenigen eingetragenen Schulden, und sonstigen Verpflichtungen, für welche die abgelosten Rechte mit verhafstet waren, Zubehör des abgefundenen Gutes.

bie Zustimmung der Kom. erhalten, um dadurch jeden Anspruch nach erfolgter Abslösung der Lasten der auf dem berechtigten Gute eingetragenen Gläubiger an das Mequivalent für diese Lasten, da es ihnen nicht mehr mit verpfändet werden kann, ein für allemal zu beseitigen.

Gegen die Rr. 7. des S. 49. ist eine Erinnerung nicht aufgestellt, und es wird die Annahme des ganzen S. mit den vorgeschlagenen beiben Abanderungen

beantragt.

Im Plenum wurden zum S. 49. drei Verbesserungs-Antrage gestellt und es wurde die Beschlußnahme darüber zunächst ausgesetz; die Agrar-Rommission erstattete darüber einen Nachtrags-Bericht und indem sie nunmehr beantragte, dem Alin. 2. der Nr. 5. seine gegen-wärtige Fassung zu geben, erhielt sie den in ihrem ersten Berichte Betresse der Nr. 6. gestellten Antrag aufrecht.

Der Bericht der Kommission bemerkt zur Motivirung deffen

Folgendes:

Bu bem S. 49. find bereits von ber Kom. zwei Abanderungs : Borschlage ad Rr. 5. und 6. beantragt, im Plenum find bemnächkt folgende Amendements zu bie: 'fem S. gestellt:

1) Von den Abgeordn. von Goert und Gen. (Drucks. Nr. 368. ad I.): Die Bestimmung im S. 49. unter Nr. 2. vor den Worten: "die lands schaftlichen Kreditinstitute" bis zu den Worten: "Pfandbriefe

verwenden" burch folgende Bestimmung zu erfegen:

Wenn auf dem berechtigten Gute landschaftliche Pfandbriese haften, so ist das Kredit = Institut besugt, die Ausantwortung von Renten= briesen bis zu demjenigen Betrage zu verlangen, um welchen in Folge der Ablösung das Pfandbriess-Darlehn nach den Grundsäßen des Instituts vermindert werden muß. Sosern im Zeitpunkte der Ueberweisung der Börsenkours der Rentenbriese den Nennwerth nicht erreicht, werden die Rentenbriese bei dem Kredit = Institute deponirt, und es bleibt die Regulirung des Pfandbriess-Kredits so lange aussgesetz, die entweder dieser günstigen Kours erreicht oder die Einlössung der Rentenbriese im Wege der planmäßigen Tilgung erfolgt ist.

Der Antragsteller will durch die vorgeschlagene anderweitige Fassung der Ar. 2. des S. 49. den Zweck erreichen, daß die bei den Kredit-Instituten aufzubewahs renden Rentenbriese nur so lange deponirt bleiben sollen, die sie den Paris oder einen noch höhern Kours erreicht haben, sobald aber dieser Fall eintritt, sosort auch ohne Justimmung des Pfandbriesschuldners mit der Regulirung des Pfandsbriesstredits durch Berwerthung der Rentenbriese auf dem Geldmarkte vorgegangen

werben foll.

Die Kom. ist jedoch ber Ansicht gewesen, daß die Fassung der Nr. 2. im §. 49. dem beantragten Abanderungs = Vorschlage besonders auch im Interesse der Pfandbriefsschuldner und ohne Nachtheil der Kredit=Institute vorzuziehen sei.

Denn einmal folgt aus dem Gesethentwurfe nicht, daß es den Eigenthumern der Rentenbriefe, in so weit Lettere, weil Jene zugleich Pfandbriefsschuldner sind, haben deponirt werden muffen; nicht zu jeder Zeit frei stehen sollte, die Regulirung ihres Pfandbriefs-Kredits bei dem Kredit-Institute zu beantragen, sobald die Renstenbriefe an der Borse pari oder darüber stehen, und wenn dies der Fall, so darf mit Bestimmtheit vorausgesett werden, daß sie dies in ihrem eigenen Interesse thun werden, andererseits aber erscheint es bedenklich, die Bestimmung hierüber lediglich den Kredit-Instituten zu überlassen, da nicht mit voller Bestimmtheit in jedem Falle zu übersehen sein wird, ob der Kours deponirter Rentenbriese, wenn sie verwerthet werden sollen, nicht schon wieder gefallen ist, wodurch dann möglicherweise der Pfandbriessschuldner Verluste zu erleiden haben würde.

Da nun aber das Kredit : Institut unter allen Umständen Verluste nicht erleis den kann, wenn auch die Rentenbriefe nach dem Willen ihres Eigenthümers dis zur planmäßigen Tilgung deponirt bleiben, so erscheint es jeden Falls angemessen, den Antrag auf frühere Regulirung des Pfandbriefs-Kredits in das freie Ermessen des Pfandbriefschuldners zu stellen, der hierbei in der Regel sein eigenes Interesse

am Besten zu wahren wissen wird; es wird baher beantragt:

ben Abanderungs = Vorschlag bes Abgeordn. v. Goert zu verwerfen und es bei ber Faffung ber Nr. 2. bes §. 49. zu belaffen.

2) Die Abgeordn. Elwanger und Gen. haben zu S. 49. Mr. 3., 4. und 5.

beantragt (Drucks. Nr. 368. ad II.):

in Stelle ber Mr. 3., 4. und 5. folgende Bestimmung aufzunehmen: Ist das berechtigte Gut Lehn oder Fideisommiß oder mit hypothes tenschulden oder sonstigen Verpsichtungen belastet, durch welche der Besitzer in der freien Verfügung über die Absindung beschränft ist, so kann derselbe verlangen, daß die Rentenbriese, in so weit sie nicht einem Kredit=Institut verpfändet sind, (ein Jusas, den der Herr Antragsteller seinem gedruckten Amendement in der Kommission hinzugesügt hat) zum gerichtlichen Depositum genommen werden und daß die Erledigung des Verwendungspunstes die zur Auszahlung des Nennwerths in Folge der eingetretenen Verloosung ausgesest wurde.

Ein bem Wesen nach gleicher Abanderungs = Antrag ist in Bezug auf Mr. 3. und 4. des §. 49. schon bei der Berathung des Gesetzentwurfes in der Kom. gestellt, von derselben aber nach dem ersten Berichte aus den dort angeführten Gruns

ben abgelehnt worden.

Auch bei ber wiederholten Berathung über bas Amendement ift bie Kom. bei

ihrer früheren Ansicht um so mehr stehen geblieben, als jest auch die Nr. 5. in dem Abanderungs-Vorschlag mit aufgenommen worden, und man der Weinung war, daß die Fassung in der Gesetsvorlage die beabsichtigten Zwecke ganz vollständig und bestimmter ausdrücke wie das Amendement: es wird Seitens der Kom. daher der Antrag gestellt:

Den Abanderungs = Borschlag zu verwerfen, und es bei der Fassung der Rr. 3. und 4., sowie des Alin. 1. der Nr. 5. in der Gesetsvorlage zu

belaffen. —

3) Dagegen glaubt bie Kom. nach nochmaliger Berathung dem von dem Absgeordn. v. Beughem zum Alin. 2. der Nr. 5. des §. 49. gestellten Absanderungs-Borschlage (nicht gedruckt), nach welchem dasselbe lauten soll:

Die Spothekenglanbiger find in diesem Fall nicht befugt, ihre Befries

bigung vor ber Berfallzeit zu forbern.

ben Borzug vor der Fassung des Gesethentwurfes, und dem von der Kom. im ersten Bericht beantragten Abanderungs-Borschlage geben zu muffen.

Denn der Zweck dieser Bestimmung in der Gesetsvorlage ist unzweiselhaft gewesen, es zu verhindern, daß die Festsetzung des 441. Tit. 20. Th. I. A. E. B. dahin lautend:

Dagegen hat aber auch ber Gläubiger bas Recht, wenn ber Besitzer ber Sache durch erhebliche Verringerungen ihrer Substanz seine Sicherheit schmalert, seine Besriedigung noch vor der Verfallzeit zu fordern.

nicht etwa bei ben Ablösungen ber Renten mittelft Rentenbriefe, vor Realistrung

ber Lettern burch Ausloosung, jur Anwendung gebracht werde.

Es hat sonach nicht die Kundigungsfrist und die Besugniß zur Kundigung innerhalb ber in ben Obligationen festbestimmten Zeitraumen, sonbern bas Recht

1) entweber vor ber kontraktmäßigen Berfallzeit ober

2) bei Darlehnen auf Kündigung, vor erfolgter Kündigung und Ablauf ber Kündigungefrist (Berfallzeit) cf. §. 761. ff. Tit. 2. Th. I. E. R.

auf Grund bes S. 441. b. c. Befriedigung zu verlangen, beschrankt werden sollen.

Die von dem Abgeordn. v. Beughem vorgeschlagene Fassung paßt daher auf beibe Fälle, und es wird durch dieselbe in dem Eintreten der kontraktmäßigen Bersfallzeit nichts geandert.

hiernach wird ber Rammer

bie Annahme bieses Abanderungs : Vorschlages statt ber Fassung des Ges sepentwurfes und der im ersten Bericht vorgeschlagenen Abanderung ems pfohlen.

Das Plenum der II. Kammer ift den Antragen der Kommiffion beigetreten. (Stenograph. Ber. der II. R. 1848. Bb. 4. S. 2005-2006).

B. Die Agrar-Rommission der I. Rammer hat sich hiermit einverstanden erklärt und die I. Rammer ist dem beigetreten; indeß sind, auf den Antrag der Rommission, in Mr. 2. die Worte: "sowie das Königl. Rreditinstitut für Schlesien" eingeschaltet worden. (Stenosgraph. Ber. der I. R. 1848. Bd. 5. S. 2734).

Hiermit hat fich schließlich die II. Kammer einverstanden erklart.

(Stenograph. Ber. ber II. R. Bb. 5. S. 2732).

II. Bergl.:

a) S. 110. des Ablos. Gef. v. 2. Marz 1850 und die Erlaut. dazu;

b) E. R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 29. Juni 1852 1), betr. die Ausloosung der bei den Gerichten und Kredit-Instituten deponite ten Rentenbriese und das in Folge der Ausloosung zu beobachtende Berschren, (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 173, Nr. 172.);

c) C. R. desselben Min. v. 15. April 1853 2), betr. die Verwahrung der bei Abldsung der Reallasten oder gutsherrl. bauerl. Regulirungen von den Kreditinstituten vorläufig oder definitiv in Anspruch genommenen Ren-

tenbriefe. (Min. Bl. b. i. B. 1853. S. 97, Mr. 79.);

¹⁾ Cbenbas. S. 724 ff.

²⁾ Cbenbaf. S. 725 ff.

d) R. der K. Min. für landwirthschaftl. Ang. u. d. F. v. 10. Mai 1853 1), betr. die Befugnisse und Pflichten des Kredit-Instituts für Schlessen bezüglich der demselben nach Vorschrift des S. 49. des Rentenbankses. Aberwiesenen Rentenbriese. (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 133, Rr. 107.);

e) R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 25. Aug. 1852, betr. die Nichtverpslichtung der Auseinandersetzungs-Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Vorkaufsberechtigten bei Ablösung der Reallasten durch Rentenbriefe. 2) (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 232, Nr. 217).

Jum §. 50.

(Lösung des Verhältnisses zwischen den bisher Berechtigten und Verpflichteten).

Der S. 50. ist von den Kammern unverändert nach dem Regier.-Entw., welcher spezielle Motive dazu nicht giebt, angenommen worden.

A. Die Agrar - Kommission der II. Kammer beantragte in ihrem Berichte v. 27. Nov. 1849 (Drucks. Nr. 335.) die unveränderte Annahme des S. 50., indem ste bemerkte:

Während gegen das Alin. 1. bes §. 50. teine Bebenten obwalteten, wurde bagegen von einer Seite in ber Kom. ber Antrag gestellt, das Alin. 2. 3n streb

chen, und ftatt beffen folgenden Sat aufzunehmen:

Renten ober Dienste, so wie überhaupt alle Leistungen, welche durch die Ablösungsgesetze in Rente verwandelt werden können, werden sofern die Psichtigen mit denselben in Rest sind, von der Rentendank, jedoch nur für die lesten beiden Jahre, in der Art übernommen, daß der berechnete Bestrag derselben in Rentendriesen verabreicht und dem Psichtigen die Rente für diesen Mehrbetrag ebenso wie für seine sonstigen Verpsichtungen aufserlegt wird.

Begründet wurde dieser Vorschlag baburch, daß durch die Zeitereignisse ber letten Jahre in einzelnen Theilen des Staats die Pflichtigen mit ihren Abgaben vielfach im Rückftande geblieben, und diese Reste mitunter so hoch angelaufen sein würden, daß ihre Beitreibung zum Theil für die jesigen Bester pflichtiger Stelsten die nachtheilige Folge haben würde, daß sie sich im Beste derfelben nicht würden erhalten können. Dies konne aber vermieden werden, wenn diese Reste als eine Kapitalssorderung des Berechtigten beirachtet, ihm dafür mit Rentenbriese überwiesen würden, und der Pflichtige die Verzinsung derselben, gleich wie die

übrigen Renten für bas Wegfallen feiner Reallaften übernehme.

Eingewendet wurde dagegen, daß wenn eine solche Bestimmung gesehlich sest gestellt würde, dies nur zu leicht die Folge haben würde, daß von vielen Pflichtisgen bis zur Ablösung ihrer Meallasten, ihre jetigen gutsherrlichen Abgaben nicht mehr bezahlt werden würden, und hierdurch nicht nur dem Berechtigten neue Berslegenheiten bereitet, sondern auch eine Masse von Streitigkeiten und neue Berswürfnisse herbeigeführt, der Rechtszustand und das Rechtsbewußtsein in den Rassen des Bolfes noch mehr wie disher erschüttert werden würde; man möge es daher lieber der freien Bereinigung der Partheien überlassen, dei fünstiger dessitiver Fesssellung der von pslichtigen Grundstücken zu übernehmenden Gesammtrente, auch über etwanige Reste ein angemessenes Absommen zu tressen, wozu das gegensseitige Interesse beibe Theile von selbst sühren werde, und ohnerachtet Seitens der Finanzverwaltung dem Antrage nicht grade widersprochen worden ist, so hat die Majorität dennoch seine Annahme abgelehnt und beantragt die unveränderte Annahme des S. 50.

In dem Nachtrags-Berichte v. 8. Jan. 1850 (Druckf. Mr. 431.) wiederholte die Kommission den Antrag auf unveränderte Annahme des S. 50., indem sie sich in folgender Art außerte:

⁻¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 726 ff.
2) Chenbas. S. 727 ff.

Bon bem Abgeordn. v. Gorp und Gen. ift jum §. 50. bie Annahme folgens

ben Busabes beantragt worben (Drucks. Rr. 368.' ad III.):

"Auch diese Rucktande können, soweit sie aus den Jahren 1848 und 1849 berrühren, auf den einseitigen Antrag des Verpflichteten wie des Vercchetigten auf die Rentendank übernommen werden. Der Verpflichtete hat in solchem Falle einen Vetrag von Vier und Ein halb Prozent des Rucktans des alljährlich während der ganzen Amortisationsperiode kon 56½ Jahren neben der ursprünglichen Rente (§. 10.) zu entrichten. Der Verechtigte empfängt zu seiner Absindung den Vetrag des Rucktandes in Rentendries sen. Die Anweisung des Zehntheils der Rente zur Verkürzung der Amorstisationsperiode (§. 10., 22.) steht in diesem Falle dem Verpflichteten nicht zu.

Derfelbe Antrag ist bereits bei ber frühern Berathung bes Gesesentwurfes in ber Kom. gestellt, von ber überwiegenben Majorität berselben jedoch aus ben in bem ersten Berichte angeführten Gründen als nicht zur Befürwortung geeignet

abgelehnt worden. —

Auch bei ber wiederholten Erwägung des gestellten Amendemenis war man in der Kom. entschieden der Ansicht, daß die Annahme desselben nicht zu empsehslen sei, und zwar um so weniger, als außerdem, was bereits früher dagegen ans gesührt worden, es sich gar nicht übersehen lasse, inwieweit durch eine solche Opesration die Zahlungsfähigseit der Rente Psslichtigen in einzelnen Fällen dergestalt geschwächt werden könne, daß wesentliche von der Staatstasse zu übertragende Ausfälle bei den jährlichen Rentezahlungen eintreten würden; es wird daher Seistens der Kom. darauf angetragen;

ben gestellten Antrag ju verwerfen und ben S. 50. unverandert anzunehmen.

Das Plenum der II. Kammer nahm zwar das Alin. 1. des §. 50. unverändert an, beschloß indeß den Wegfall des Alin. 2. und statt dessen die Annahme des nachstehenden (von dem Abgeordn. Schwarz und Gen. gestellten) Amendements (Drucks. Nr. 423. ad 1.):

Die Rückftande aus den Jahren 1848 und 1849 können, wenn der Berechstigte es in dem Auseinandersetzungs-Verfahren beantragt und der Verpflichtete das mit einverstanden ist, auf die Kentenbank übernommen werden, sofern das belastete Grundstück der Rentenbank noch genügende Sicherheit gewährt. In diesem Fall erhöht sich die Jahresrente der Leistungen des Verpflichteten, von welcher zu an die Rentenbank zu entrichten sind, um zo des Rückfandes.

Der Berechtigte empfangt zu seiner Absindung ben Betrag bes Ruckfanbes

in Reutenbriefen.

Aus diesem (angenommenen) Amendement wurde ein besonderer 5. (51.) gebildet. (Stenograph. Ber. ber. II. K. 1844. Bb. 4. S. 2007).

B. Die I. Kammer hat indeß, auf den Antrag ihrer Agrar-Rommission, den S. 50. in seiner ursprünglichen Fassung wiederhergestellt und den Wegsall des als neue Bestimmung hinzugefügten S. '51. beschlossen, weil diese neue Bestimmung in den S. 99. (Alin. 3.) des Ablös. Ges. v. 2. März. 1850 übernommen worden und daher in dem Rentenbank-Ges. wegsallen mußte. (Stenograph. Ber. der I. R. 1844. Bb. 5. S. 2735).

C. Die II. Kammer hat sich schließlich hiermit einverstanden er-

flart. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1848. Bb. 5. S. 2732).

II. Bergl. die Erläut. zum SS. 99. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 (s. in Bb. II. Abih. I. S. 730—735) und insbes. die Erläut. zum Alin. 3. des S. 99. a. a. D. (a. a. D. S. 740—742).

III. Da nach Alin. 2. des §. 50. dem Berechtigten seine Ansprüche wegen der vor dem Aussührungs-Termine fällig gewordenen Leistungen (d. h. wegen der Rückstände) vorbehalten bleiben, so ist es nicht erforder- lich, in den Rezessen der etwanigen Rückstände zu erwähnen; dagegen muß in dem Falle, wenn ein Theil der Rückstände der Rentenbank überwiesen und ein anderer Theil derselben dem Berechtigten zur direkten Einziehung

vorbehalten wird, dies im Rezesse bemerkt werden, weil sonst die Bermuthung eintreten könnte, daß alle Rückstände getilgt seien. (Bergl. Frey's prakt. Erlaut. S. 117).

3um f. 51.

(Steuer-Umschreibung).

I. Der S. 51. ist von den Kammern unverändert angenommen worden. (Stenograph. Ber. der II. K. 1834. Bb. 3. S. 1673—1674. u. der I. K. Bb. 5. S. 2735).

Die Motive bes Regier.-Entw. bemerken bagu:

In einigen Landestheilen, namentlich in Schleffen, werben die Dienste, Grundzinsen und sonstigen Praftationen, welche die bäuerlichen Wirthe den Gutsberrschaften zu leisten haben, von diesen Lesteren versteuert. Wenn daher eine Ablösung durch Rapital Statt findet, so geht das Objekt, auf welchem die Steuer-Fissus in solchen Fällen derjenige Betrag der Steuer, welchen die Gutsberrschaft von den zur Ablösung gekommenen Prastationen zu entrichten hatte, dem berechtigten Gute abs und der verpflichteten Stelle zugeschrieben werden, dagegen aber die lestere für diese neu übernommene Steuer entschäbigt werden mußte, was in der Art bes werkstelligt wurde, daß von dem Ablösungs Rapital der 25fache Betrag der auf die verpflichtete Stelle übertragenen Steuer in Abzug gebracht wurde.

Dieses Bersahren verursachte viele Beiterungen, indem nicht immer deutlich aus den Katastern ersehen werden konnte, mit welcher Summe die abgelöste Prässtation versteuert war. Da nun, wie schon erwähnt, die Steuerumschreibung ledigs lich im Interesse des Fissus erfolgte, durch deren Begsall aber weder der Berechstigte noch der Berpssichtete einen Nachtheil erleiden, so war es um so unbedents licher, diesen Wegsall in Vorschlag zu bringen, als durch die in Aussicht sehende neue Regulirung der Grundsteuer auch der Fissus gegen etwanige Aussälle der

Grundsteuern in Folge ber Ablösungen gesichert werben wirb.

II. Bergl. S. 66. des Ablös. Ges. v. 2. Marz 1850 und die Erlaut. dazu. (s. in Bb. II. Abth. I. S. 571—580).

Ru \$5. 52-56.

Diese S., zu welchen die Motive des Regier. - Entw. lediglich einen Anschlag des Betrages der Verwaltungskosten der Rentenbanken mittheilen, sind von den Rammern ohne Erinnerungen angenommen worden. (Stenograph. Ber. der II. R. 1824. Bd. 3. S. 1673—1674, u. der I. R. Bd. 5. S. 2735 ff.).

3um §. 57.

(Aufgebot ber Amortifation verlorener Rentenbriefe).

Der § 57. ist von beiden Kammern unverändert angenommen worden. 1) (Stenograph. Ber. der II. K. 1844. Bd. 3. S. 1674 n. I. K. Bb. 5. S. 2739—2740).

Die Motive bes Regier .- Entw. bemerken dazu:

¹⁾ Die Agrar-Rom. der II. R. hatte zwar, mit Rücksicht auf ihre Antrage zum S. 34. (s. oben S. 547 ff.) befürwortet, die Borschriften des S. 57. über die Koupons auch auf die Stichkoupons auszudehnen; da indes durch den zum S. 34. gefasten Beschluß die Ausgabe von Stichkoupons Seitens der Rams mer abgelehnt worden war, so erledigten sich hierdurch auch die betreff. zum S. 57. gestellten Abanderungs-Borschläge der Kommission.

Das hier vorgeschriebene Berfahren für das Ausgebot und die Amortisation verloren gegangener Rentenbriefe ist im Wesentlichen den bestehenden Vorschriften über das Aufgebot von Staatspapieren nachgebildet. Diese letteren Borschriften hier geradezu für anwendbar zu erklären, war deshalb nicht zulässig, weil in ihnen zum Theil auf die Borschriften der Allgemeinen Preußischen Gerichts-Ordnung Bezug genommen wird, während der vorliegende Gesetzentwurf auch auf Landesstheile Anwendung sinden soll, in welchen diese Gerichts-Ordnung nicht Gesetzestraft hat.

3um §. 58.

- (Besondere Bestimmungen für diejenigen Landestheile, in welchen bereits Rententilgungs-Rassen bestehen).
- I. Der S. 58., welcher im Regier.-Entw. ben S. 59. bildete, lautete in diesem abweichend von seiner jezigen Fassung. Die Abweichungen sind folgende:
 - a) Im Eingange bieß es:

"bleiben, mit Ausnahme ber burch bas Ablos. Ges. vom heutigen Tage aufs "gehobenen \$5. 33. u. 35. des unter b. gebachten Gesetses, auch nach Berkundis "gung des gegenwärtigen Gesetses in denjenigen Landestheilen, für welche fie geges "ben find, dergestalt in Araft, daß dort auch ferner, in Ansehung der Gegenstände, "auf welche fie sich beziehen, lediglich nach ihnen und nicht nach dem gegenwärtis "gen Gesetse mit der Renten=Ablosung und Tilgung verfahren werden soll. Indess "sen treten in diesen Spezialgesehen beziehungsweise solgende Aenderungen ein:"

- E b) Die Mr. 1. lautete babin:
- 1) An der Stelle der Borschriften der Ablös. D. v. 7. Juni 1821 und 13. Juli 1829, auf welche in den unter a. und c. gedachten Spezialgesetzen verwiesen ift, find fünftig die Borschriften des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die Ablösung der Reallasten 2c., in Anwendung zu bringen.
 - c) Die Nr. 4. lautete wie folgt:

4) Die Bestimmungen ber SS. 14. und 15. bes Regl. v. 8. Aug. 1836 (oben

unter a.) sollen nicht ferner in Anwendung fommen.

Insoweit sedoch ein bauerlicher Wirth durch rechtsverbindliche Erklarung schon vor der Berkundigung der B. v. 18. Dec. 1848, betr. die bauerliche Erbfolge in der Provinz Westphalen (G. S. 1848. S. 425) den Bestimmungen unter Nr. 1. und 2. S. 14. jenes Regl. sich unterworfen hat, behält es bei den in den §§. 14. und 15. daselbst ihm zugesicherten Vortheilen sein Bewenden, ohne daß der bauersliche Wirth an die gedachten Bestimmungen §. 14., Nr. 1. und 2. fernerhin ges bunden ist.

d) Die Bestimmungen Rr. 5-10. fehlten im Entw. ganglich.

Die Motive des Regier.-Entw. zum S. 59. (jest S. 58.) bemerken:

Die bei uns bereits bestehenden Tilgungskaffen sind lediglich für solche Disstrikte errichtet worden, in welchen damals eine unverhältnismäßige Belastung ober eine große Armuth der Verpstichteten stattsand. Es sind den dortigen Verpstichtes ten daher Erleichterungen und Beihülsen Seitens des Staats verheißen und ges währt worden, welche den Verpstichteten der übrigen Landestheile nicht in gleichem Maaße zugewendet werden können. So weit die Verwandlung der Reallasten in Renten nach den disherigen Reglements dieser Tilgungsfasse bereits Statt gefunden hat, uns natürlich auch die fernere Behandlung und Tilgung dieser Renten in Ges mäßheit eben dieser Borschriften sortgeführt werden. Aber auch in Ansehung der noch nicht regulirten Reallasten jener Gegenden haben die Betheiligten einen bez gründeten Anspruch darauf, daß ihnen die durch die disherigen Reglements der Tilgungskassen verheißenen Bortheile nicht wieder entzogen werden. Konsequenter Weise würden sie sich dagegen auch gefallen lassen müssen, daß bei der Verwands lung ihrer Reallasten in seite Geldrenten nicht die erleichternden Grundsäte des

neuen Ablofungegefetes, sonbern bie ber bieberigen Ablofungegefete, auf welche in

ben Regl. hingewiesen ift, zur Anwendung gebracht murben.

Dies wurde aber ben Uebelftand herbeiführen, daß diese bisherigen Ablosungsgesetze lediglich in diesen fleinen Diftriften fortbestehen mußten, was einem Gampts
zweck ber neuen Gesetzebung, ber herstellung gleichmäßiger Ablosungs-Grundsabe in allen Landestheilen, zuwider laufen wurde.

Aus biefer Ructficht ift baber in bem vorliegenben S. 59. Mr. 1. von biefer

Ronfequeng Anstand genommen.

Die unter Rr. 2. und 3. vorgeschlagenen Abanderungen jenes Regl. find noths

wendige Folgen ber in bem neuen Ablof. Gefet angenommenen Grunbfate.

Die Bestimmung unter Mr. 4. wird durch die B. v. 18. Dec. 1848, betr. die bauerl. Erbfolge in der Provinz Westphalen und durch den Wechtsgrundsatz ges rechtfertigt, daß einem neuen Gesetz keine ruckwirkende Kraft beigelegt werden kann.

A. Die Agrar = Kommission der II. Kammer beantragte die gegenwärtige Fassung des S., indem ste zur Motivirung Folgendes bemerkte:

In bem Regl. für die Tilgungskaffe zur Erleichterung der Ablösung der Reals laften in den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg und Höxter des Regierungsbes zirks Minden v. 8. Aug. 1836 ift nach den Bestimmungen der §§. 11 — 15. in Bezug auf die Pslichtigen eine Unterscheidung in so fern gemacht worden, daß:

1) diejenigen, welche sich ben Beschränkungen des S. 14. dieses Regl. unters werfen, nur mahrend der Dauer von 41 Jahren die Sohe des Betrages der Schuldverschreibungen mit 4 pCt. zu verzinsen hatten und dann von jeder weitern Zahlung entbunden waren, da die Amortisation berselben durch

Zuschüffe aus Staatsmitteln nach S. 6. erfolgt, dagegen

2) diesenigen, welche sich diesen Beschränkungen S. 14. Mr. 1. und 2. nicht unterwerfen, den Betrag der Schuldverschreibungen mit 44 pCt. an die Tilsgungskaffe zu verzinsen hatten, und sich von dieser fortlaufenden Binszahslung nur durch die Erlegung eines dem Lofachen Betrage der Renten gleichstommenden Kapitals, wenn auch in Stückzahlungen, befreien kounten.

Das Regl. zur Beförderung ter Ablösung der Reallasten in den Kreisen Beis ligenstadt, Dublhausen und Worbis des Reg. Bez. Erfurt v. 9. April 1845 ents

halt bagegen folgende hier in Betracht kommende Bestimmungen:

1) wenn ber Berechtigte die Ablösung der ihm zustehenden Abgaben und Leis stungen durch die Tilgungskasse beantragte, so mußte er sich mit dem 20fachen Rapitalisirungsbetrage des festgestellten jahrlichen Geldwerths dieser Abgas ben und Leistungen begnügen und diesen Betrag als Schuldverschreibungen der Tilgungskasse annehmen;

2) biefe Schuldverschreibungen erhielt er mit 34 pCt. bie zu ihrer Amortisation

verzinst;

3) die Pflichtigen hatten den Gesammtbetrag ihrer kapitalisirten jahrlichen Rensten mit 33 pCt. 43 Jahr lang zu verzinsen und waren dann von feber weiteren Zahlungsverpflichtung befreit;

4) um die Amortisation herbeizusühren, wurde jahrlich ein Prozent von dem Betrage ber ausgegebenen Schuldverschreibungen aus der Staatskaffe übers

wiesen.

Das G. v. 22. Dec. 1839 hat endlich die Berhältnisse der standesherrlichen Untersassen in den beiden Grasschaften Wittgenstein: Berledurg und Wittgenstein: Wittgenstein, wegen Ablösung der an die standesherrlichen Häuser zu entrichtenden Geld: und Natural: Abgaben, Behnten und Prästationen, schon dahin desinitiv gerregelt, daß die Pflichtigen vom 1. Oft. 1840 ab nur noch 41 Jahre lang, 3 des seitgestellten sährlichen Geldwerths der abgelösten Prästationen an die Tilgungstasse zu entrichten haben, woran auch jest nichts weiter zu andern sein wird.

Dagegen hat fich bie Rom. einstimmig über folgenbe hauptgrunbfabe geeinigt,

und empfiehlt fie ber Rammer zur Annahme.

I. Insosern die Ablösung der Reallasten in den gedachten Landestheilen nicht bereits nach den Borschriften der B. v. 8. Aug. 1836 und 9. April 1845 erfeigt ift, für die Zukunft auch in diesen Landestheilen nur die Borschriften des neuen Ablösungsges., wie es noch schließlich nach Durchlaufung der legislativen Stadien sestgestellt werden wird, maaßgebend sein können.

II. In Berünkschigung beffen, und weil dann es nicht mehr im Willen bes Berechtigten sieht, die Ablösung der Reallasten durch die Tilgungskasse zu verlansgen, sondern diese unter allen Umständen nach den Borschriften des neuen Ablössungsgesetzes erfolgen muß, es auch nur der Gerechtigkeit entspreche, daß in denjeznigen Landestheilen, wo nach der B. v. 9. April 1845 die Schuldverschreibungen nur mit 34 pCt. verzinst wurden, die auf Grund des neuen Ablösungsgesetzes auszuskellenden Schuldverschreibungen ebenfalls wie in allen übrigen Landestheilen mit 4 pCt. zu verzinsen sind.

III. Daß hiernach von dem nach S. 7. der gedachten B. Seitens der Staatsstaffe zur alleinigen Tilgung jährlich beizutragenden einen Prozent der auszugebens den Schuldverschreibungen, ein halbes Prozent zur Erhöhung der Berzinfung von 34 auf 4 pct. für die Berechtigten verwendet, das andere halbe Prozent aber zur Amortisation verwendet, und sonach auch hier eine Amortisationsperiode von 5674

Jahr festgestellt werbe.

IV. Die Pflichtigen in diesen Landestheilen nach wie vor nur 3½ pCt. des mit dem zwanzigsachen Betrage kapitalisirten jährlichen Gesammtwerthes ihrer Leisstungen, wie sich derselbe auf Grund der Borschriften des neuen Ablös. Ges. hers ausstellen wird, als jährliche Rente an die Rentendanken absühren sollen, die Amorstisationsperiode aber für sie künstig ebenfalls statt 43 Jahr auf 564 Jahr verlansgert werde, und sonach da sie 3½ pCt. zahlen, der Staat 1 pCt. zuschießt, zur Berzinsung für die Berechtigten 4 pCt., zur Amortisation ½ pCt. verwandt wers den sollen, dann das annoch vorhandene ½ pCt. wie disher auf die Kosten gerechenet wird.

V. Die Pstichtigen in ben Landestheilen, in welchen die B. v. 8. Aug. 1836 Geltung hat, sowohl in der Zinszahlung als Amortisationsperiode mit ganzlicher

Befeitigung ber Befchrantungen im S. 14. Diefer B. gleich zu ftellen find.

VI. Diesenigen Bestimmungen bes Entwurfes, welche zweckmäßig auch auf biese Landestheile angewendet werden können, ausdrücklich noch in diesem S. zu bez zeichnen. Diesen Grundsätzen ist auch der Finanzmin., in soweit badurch die Fisnanzverwaltung berührt wird, beigetreten.

Die Kommission hat mit Rucksicht hierauf die jetige Fassung des S. 58. beantragt und das Plenum der II. Kammer ist dem beigetreten. (Stenograph. Ber. der II. K. 1844. Bb. 3. S. 1676—1677).

B. Die I. Kammer hat den S. 58. ohne Erinnerungen in der von der II. Kammer beschlossenen Bassung angenommen. (Stenograph. Ber. der

I. S. 1811. Bt. 5. S. 2739-2740).

II. Bergl. Zuf. IV. zum S. 64. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850. (s. in Bb. II. Abth. I. S. 535 ff.)

3n §§. 59—68.

(Besondere Bestimmungen für die Fälle, in denen die Absfindung des Berechtigten in Rentenbriefen durch Vermittes lung des Staats erfolgt.)

I. Die SS. 59—63. waren in dem Regier.-Entw. nicht enthalten. A. Der Gegenstand dieser SS. ist zunächst in der II. Kammer zur Erörterung gekommen, und zwar in Folge der von den Kammern beschlossenen Hinzusügung der Bestimmungen der Alin. 4. und 5. des S. 64. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 1) und der von der II. Kammer beschlossenen Annahme des v. Patowschen Amendements zum S. 9. des Rentensbank-Ges. 2)

Die Agrar-Kommiffion der II. Kammer wurde nämlich mit Rudficht hierauf beauftragt, Vorschläge über die Aus- und Durchführbar-

¹⁾ Bergl. hierüber Bd. II. Abth. I. S. 529 ff.
2) Bergl. oben S. 532 ff.

keit der gedachten (angenommenen) Bestimmungen des S. 64. des Ablos. Ges. zu machen. In ihrem Nachtrags Berichte v. 8. Jan. 1850 (Drucks. Nr. 431.) hat sie die in dieser Beziehung zur Sprache gekommenen versschiedenartigen Ansichten zur Erörterung gezogen und daran den Borschlag geknüpft, folgende Bestimmungen in das Gesetz auszunehmen:

- S. 60. Wenn der Verpflichtete die Ablösung durch Baarzahlung des 18fachen Betrages bewirken soll, der Berechtigte aber seine Absindung zum 20fachen Betrag in Rentendriesen verlangt (S. 64. des Ablös. Ges. vom heutigen Tage), so muß der Berechtigte diese Erklärung vor Abschluß des Rezesses abgeben und es ist dies selbe in Lesterm mit aufzunehmen.
- 5. 61. Erfolgt die Erklärung des Berechtigten (S. 60.) in den Monaten Januar die Juni, so muß die Baareinzahlung am 1. Okt. desselben Jahres in eine von dem Finanzmin. zu bezeichnende Königliche Kasse bewirkt werden.

Wird dagegen die Erflarung des Berechtigten in den Monaten Juli bis Dec. abgegeben, so muß die Einzahlung am 1. April des darauf folgenden Jahres an

bie gebachte Kaffe erfolgen.

5. 62. Die eingezahlten Ablösungs-Rapitalien werden zur Tilgung der durch bas G. v. 25. April 1848 gegründeten fünsprozentigen freiwilligen Anleihe verswendet und den Renteberechtigten wird dagegen nach der Bahl der Finanzverwaltung entweder durch aufzufaufende Rentebriefe, wenn diese unter dem Rennwerthe stehen, ober durch neu zu freirende vierprozentige Staatsschuldverschreibungen absgesunden.

S. 63. Diese Schuldverschreibungen werden von der Hauptverwaltung der Staateschulden nach dem beiliegenden Schema sub Litt. E. und die mit diesen Schuldverschreibungen auszugebenden Zinskoupons nach dem beiliegenden Schema

sub Litt. F. ausgestellt.

S. 64. Bur Amortisation bieser ausgestellten Schuldverschreibungen muß alls jährlich mindestens & Prozent des Nennwerths derselben, sowie die ersparten Bins sen der getilgten Verschreibungen verwendet werden.

Sammfliche Schulbverschreibungen muffen baber fpateftene in 56,4 Jahr vom

Schluß ber Rentenbanten an gerechnet (§. 56.) gur Amortisation tommen.

Die Amortisation erfolgt halbjahrlich und es muffen die zur Amortisation ges langenden Schuldverschreibungen lediglich durch Ausloosung bestimmt werden.

S. 65. Die Bestimmungen der SS. 17., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 40., 41., 43., 44., 45. und 50. des ersten Abschnitts sinden auch auf die Schuldversschreibungen Anwendung, sedoch mit der Maaßgabe, daß die Zahlung derselben und deren Koupons nicht von den Rentenbanken, sondern von densenigen Behörden beswirft wird, welchen die Auszahlung ausgelooster Staatsschuldscheine und deren Koupons obliegt.

In Beziehung auf die Form der Bekanntmachung der ausgelooken Schuldversschreibungen, der Ausloosung und Vernichtung, sowie in Beziehung auf das Berskahren bei dem Verlust einer Schuldverschreibung und der dazu gehörigen Rouspons, sinden die Vorschriften, welche bei den Staatsschuldscheinen gelten, Ans

wendung.

Die erste Einrückung der zur Ausloosung gekommenen Schuldverschreibungen in die öffentlichen Blatter muß in demselben Monat, in welchem die Ausloosung kattgefunden hat (§. 41.), und zwar in dem Preußischen Staatsanzeiger mindestens

4 Monat por bem Bahlungstage erfolgen.

S. 66. Der Berechtigte erhalt ben 20fachen Betrag ber ihm gebührenden Bente (S. 64. bes Ablösungsges. v. h. T.) nur in so weit, als dieser Betrag durch Rentenbriese ober Schuldverschreibungen, unter Berücksichtigung ber zulässigen Apspoints (S. 32. und 65.) gewährt werden kann.

Rapitalebetrage unter 9 Thir. muffen baber von bem Berechtigten in baarem

Gelbe, ohne einen Buschuß Seitens bes Staats, angenommen werden.

S. 67. Der Verpflichtete wird durch Zahlung des Ablösungskapitals an die Staatskasse (S. 61.) von jeder Verpflichtung gegen den bisherigen Berechtigten, sowie gegen dritte Personen in Beziehung auf das Ablösungskapital und die Realskaften, an deren Stelle dasselbe getreten, befreit.

Im Uebrigen finden die Bestimmungen S. 49. Nr. 2. bis 7., S. 31. und 51.

bes erften Abschn. auch auf die Ablösungen burch Schuldverschreibungen (S. 62.)

Anwendung.

5. 68. Die von den Königl. Kaffen, welche zur Empfangenahme der baar eingezahlten Ablösungs: Kapitalien autorifirt sind, ausgestellten Quittungen über die baar und richtig erfolgte Einzahlung sind genügend, um auf Grund derfelben die Löschung der hypothefarisch eingetragenen Renten und Reallasten zu beantragen; und diese Löschung muß auf Grund derfelben bewirft werden.

S. 69. Die jur Ausführung biefes Gefetes erforderlichen Anordnungen ges

bubren Unseren Din. fur bie Fin. und landwirthschaftliche Ang.

Das Plenum der II. Kammer ging indeß auf die Antrage der Kommission nicht ein, sondern beschloß, nachtem die Annahme des v. Patow'schen Amendements zum S. 9. (Drucks. Nr. 447. ad 1., s. oben S. 582 zum S. 9.) erfolgt war, auch den damit in Verbindung stehenden Antrag des Abgeordn. v. Patow (Drucks. Nr. 447. ad 4.) anzunehmen, welcher dahin ging, hinter S. 58. folgenden S. einzusschalten:

In soweit der Berechtigte bei einer Rentenablösung durch Baarzahlung Seistens des Verpstichteten durch Rentenbriefe abgefunden wird, in Betress deren die Staatstasse der Rentendank gegenüber in die Verpstichtungen und Befugnisse des Verpstichteten eintritt, sind die dafür den Regierungen zu überweisenden Ablösungss Kapitalien von diesen an die Hauptverwaltung der Staatsschulden abzusühren, welche diese Kapitalien, so lange die denselben durch ein späteres Gesetz eine ans dere Bestimmung gegeben wird, zur Einlösung von Schuldverschreibungen der freis willigen Staatsanleihe zu verwenden hat.

In dem Entwurfe nach den Beschluffen der II. Rammer bildete bem-, nächst dieser neue S. den S. 61. (Stenograph. Ber. der II. R. 1848. Bb. 4. S. 2003—2004).

B. Die Agrar-Kommission der I. Kammer erklärte sich indeß gegen die Beibehaltung tes von der II. Rammer angenommenen v. Pa-tow'schen Amendements zum S. 9. und beschloß, diesen S. in seiner gegenwärtigen Fassung anzunehmen 1). Hierdurch wurde nunmehr auch der Wegfall des von der II. Rammer beschlossenen neuen S. (61.) nothewendig und die Agrar-Rommission der I. Rammer brachte, indem sie diesen Wegsall beantragte, die jezigen SS. 59-63. in Vorschlag, womit das Plenum der I. Rammer sich einverstanden erklärte. 2) (Stenosgraph. Ber. der I. R. 1843. Bd. 5. S. 2742—2743).

C. Die II. Kammer ist schließlich den Beschlüssen der I. Kammer

beigetreten. (Stenograph. Ber. ber II. R. Bb. 5. S. 2732).

II. Bur Ausführung der Bestimmungen ter SS. 59 - 63. sind nabere Instruktionen ertheilt worden in dem C. R. des Min. für land-

"es sei benn, daß durch ein Geset eine Bermehrung des Tilgungsfonds "Behufs früherer Amortisation der Rentenbriefe bestimmt wird."

"am Schlusse ber von ber Kom. vorgeschlagenen Fassung bes §. 62. hins

zugufügen:

¹⁾ Bergl. Zuf. I. sub C. zum S. 9. (s. oben S. 533.) 2) Der Kommissions-Borschlag enthielt im S. 62. Alin. 2. nicht die Worte:

Dieser Busat ift auf Grund des Berbess. Antrages des Abgeordn. Ragnus (Drucks. Nr. 587.) vom Plenum der 1. Kammer angenommen worden. Das Amendement des Abgeordn. Magnus ging dahin:

[&]quot;so weit nicht burch gesetzlich bestimmte Vermehrung des Amortisationes fonds mit einer früheren Tilgung an Rentenbriefen vorgegangen ware." Bei ber Schluß=Rebaktion erhielt dies (angenommene) Amendement seine gegenwärtige Fassung.

wirthschaftl. Ang. v. 8. Febr. 1851, nebst C. R. ber Min. ber F. u. far landwirthschaftl. Ang. v. 3. ej. m. (Min. Bl. b. i. B. 1851. S. 45, Nr. 53.) und in dem R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 18. April 1851. (a. a. D. S. 189, Nr. 208.).

Vergl. in Bb. I. S. 728 ff.

Jum §. 64.

(Domainen-Renten).

Der S. 64. bildete in dem Regier. - Entw. den S. 58. in nachstehender Fassung:

Auf tiejenigen Renten, welche fonft nach S. 6. zur Ablöfung burch bie Rens tenbanken geeignet maren, aber bem Domainenfiskus als Berechtigten zufiehen, follen die Grundfate des gegenwärtigen Gefetes insoweit angewendet werden, daß diese Renten durch Fortentrichtung von neun Behntheilen ihres vollen Betrages zur Staatsfaffe nach Ablauf eines 56 1/2 jährigen Beitraums erlöschen, daß ben Berpflichteten freisteht, auch während dieses Zeitraums bergleichen Renten nach ben Borfchriften bes S. 23. gang ober theilweise burch Rapitalzahlung abzulösen, und bag bei Berftuckelung von Grundftuden, auf welchen folde Domainen-Renten haften, die S. 20. aufgestellten Grundsätze maakgebend find.

Ueber die Aussuhrung bieser Bestimmungen hat der Finang-Min. ein besons

beres Reglement zu erlaffen.

Ob und wie weit die Borschriften bes Art. VII. ber B. v. 17. Jan 1820 über die Behandlung bes Staatsschuldenwesens, mit Rucksicht auf die vorftebend getroffenen Bestimmungen zu modifiziren, bleibt ber Ermagung bei funftiger Revis fton jenes Gefeges vorbehalten.

Die Motive bemerken dazu:

Bu bem was schon oben bei S. 7. 1) in Bezug auf bie Ablösung ber Reals laften ber DomainensCinsaffen bemerkt worden, ift zur Erläuterung der Borschrifs ten bieses S. nur noch hinzugufügen, daß die Borschrift des S. VII. der B. r. 17. Jan. 1820 über die Behandlung des Staatsschuldenwesens, nach welcher die Abs lösung von Domainen & Renten nur gegen baares Gelb und gegen Quittungsleiftung der Staatsschulben : Verwaltungsbehörde geschehen barf, in Folge ber abweichenden Bestimmungen bes vorliegenden Gesetzentw. vielleicht einer Dobififas tion zu unterwerfen sein wird, worauf in dem letzten Alinea des S. hingedeutet ift.

A. Die Agrar-Rommission der IL Rammer brachte nur in Betreff des Alin. 1. des Entw. eine veränderte Fassung dabin in Antrag:

Auf diejenigen Renten, welche sonft nach 3. 6. jur Ablösung burch die Rens tenbanfen geeignet waren, aber tem Domainenfistus als Berechtigten gufteben, follen bie Grundfage bes gegenwärtigen Gefetes insoweit angewendet werben, bag diese Renten, je nach der Bahl der Pflichtigen (8. 10.), durch Fortentrich= tung von neun Zehntheilen ihres vollen Betrages, ober bes unberfürzten vollen Betrages zur Staatstaffe nach Ablauf eines 56%:, resp. 41% jah: rigen Zeitraums eribschen, daß ben Pflichtigen freifteht, auch mahrend Diefer Beitraume dergleichen Menten nach den Borichriften des S. 23. ganz oder theils weise burch Rapitaliahlung abzulösen, und baß bei Berftudelung von Grundftuden, auf welchen folche Domainen = Renten haften, die S. 20. aufgestellten Grundfase maafgebend find.

Der Kommissione - Bericht motivirt dies in folgender Art:

Rach bem was oben bei S. 23. des Entw. ausgeführt worben, findet bie Rom. nur wegen der vorgeschlagenen Faffung des S. 10. auch hier eine andere Faffung für erforderlich, sonft aber gegen ben Inhalt bieses S. nichts zu erinnern.

Diese Fassung wird wie (oben) beantragt in Betreff bes Alin. 1. porgeschlas

¹⁾ Bergl. oben S. 530.

Anstalt. z. Beford. b. Ablos., Rentenb.=G. b. 2. Marz 1850. (S. 64.) 563

gen; anch erscheint es logischer, ben §. 58. erst hinter bem §. 59. folgen zu las= fen, und sonach die Mummern beiber §S. zu wechseln.

Im Plenum der II. Kammer hatte der Abgeordn. Gefler u. Gen. zu diesem S. folgenden Abanderungs-Antrag (Drucks. Nr. 369.) gestellt:

Bu S. 58. bes Entw. event. ju S. 59. des Kommiffioneberichte folgenben

Bufat hinter Alin. 1. ju beschließen:

Sind die zur Sahlung von Domainen Renten dem Fiskus Berpflichteten zugleich Renten Berechtigte einem Dritten gegenüber, so können sie durch Uebers weisung der ihnen zustehenden Renten an den Fiskus einen gleich hohen Domaisnen: Rentebetrag ablösen, wenn die Sicherheit der zu überweisenden Renten nachsgewiesen wird.

Die solchergestalt überwiesenen Renten unterliegen ben Bestimmungen

bieses S.

Die Agrar=Kommission beantragte indeß in ihrem Nachtrags= Berichte v. 8. Jan. 1850 (Drucks. Nr. 431) bessen Ablehnung, indem sie bemerkte:

Die Kom. ist der Ansicht gewesen, daß es nicht anräthlich erscheine, eine solche allgem. Bestimmung in das Nentenbankges. aufzunehmen, da sich mindestens nicht mit voller Bestimmtheit überschen lasse, ob sich dieselbe überall ohne große Beitläuftigkeiten und ohne dem Staat neue Opfer zuzumuthen durchführen lasse, es vielmehr angemessener erscheine, bei der kunftigen Regulirung und desinitiven Veststellung der Nenten, in sedem einzelnen Falle, es der Einigung aller dabei Beiheiligten, sowie dem Ermessen der Finanz Berwaltung zu überlassen, ob ein Arrangement in der vorgeschlagenen Art ohne Benachtheiligung der dabei Intersessirten angänglich und aussührbar sei; es wird hiernach barauf angetragen:

ben gestellten Antrag zu verwerfen und den S. 59. (58. des Gefetentw.) in ber von der Rom. im ersten Bericht vorgeschlagenen Fassung anzunehmen.

Das Plenum der II. Kammer ift, unter Ablehnung des Geflerschen Amendements, dem Antrage der Kommission beigetreten., (Stenos graph. Ber. der II. K. 1824. Bb. 4. S. 2008).

B. Die Agrar-Kommission der I. Kammer trug dahin an, den S. 58. des Entw. in der von der II. Kammer beschloffenen Fassung, jedoch

mit folgendem Bufate anzunehmen:

Bei dieser Revision ist insbesondere definitiv festzustellen, ob die nach S. 7. bes gegenwärtigen Gesess von der Ablösung durch die Rentenbanken ausgeschlosesnen Domainenrenten ebenfalls durch die Rentenbanken abzulösen sind und ob eventuell diesenigen Berechtigten, welche nach S. 59. des gegenwärtigen Gessess die achtzehnsache Baarzahlung von Renten an die Staatskasse überweisen, durch Domainenrentenbriese abzusinden sein werden.

Bei der Berathung im Plenum erklärte indeß der Berichterstatter Namens der Kommission, daß diese den Antrag auf Hinzufügung des vorgeschlagenen Zusatzes zurückziehe, und die I. Kammer
ist hierauf dem Beschlusse der II. Kammer lediglich beigetreten. 1) (Stenograph. Ber. der I. K. 1844. Bb. 5. S. 2729).

Bon Seiten der Redaktions-Rommiffion der Agrar-Rom-

¹⁾ Abgelehnt wurde der (nicht gebruckte) Berbess. Antrag des Abgeordn. Stünzner, welcher zwischen Alin. 1. n. 2. folgenden Busaß einschalten wollte: "Diese Begünstigung der Pflichtigen, sich durch Fortentrichtung von neun "Zehntheilen des vollen Betrages ihrer Renten zur Staatskasse während "eines 56½, resp. 41½ jährigen Zeitraumes von der Leistung dieser Rens "ten für alle Zeiten zu befreien, tritt jedoch erst dann ein, wenn sämmts "liche auf dem verpflichteten Grundstücke haftende zur Ablösung nach S. 6. "geeigneten Reallasten in seste Geldrenten verwandelt find."
(Stenograph. Ber. der I. R. Bb. 5. S. 2729.)

mission der. I. Kammer (s. Bericht berfelben v. 14. gebr. 1850, Drucks. Dr. 590.) sind schließlich noch Abanderungen in dem Alin. 1. des S. 64. getroffen worden, indem:

a) auch auf ben S. 8. Bezug genommen ift;

b) ftatt des Boites: "insoweit" die Borte: "mit der Maaß= gabe" geset sind;

c) hinter ben Worten: "daß diese Renten" eingeschaltet worden

ift: "nach ber Wahl des Aflichtigen (§ S. 10. u. 51.)";

d) zwischen den Worten: "von neun Behntheilen ibres vollen Betrages" und: "zur Staatskasse" die Worte eingefügt worden sind: "oder des unverfürzten vollen Betrages";

e) binter ben Worten: "eines 56 12 " hinzugesett ift: "refp. 41 12";

f) ftatt: "ben Berpflichteten freisteht" gefest ift: "ben Pflichtigen freisteht.,;

g) ftatt: "während dieses Zeitraums" geset ift: "während

Diefer Beitraume".

Diese Abanderungen, welche die Kommission als bloße Fassungs-Aenterungen bezeichnete, hat das Plenum der I. Kammer temnacht ohne Diskussion genehmiget. (Stenograph. Ber. der I. K. 1813. Bd. 5. 6. 2785).

- C. Die II. Kammer ift ben oben erwähnten Abanderungen ohne Diefussion beigetreten. (Stenograph. Ber. ber II. R. 1848. Bb. 5. S. 2732).
- II. Das im S. 64. des Rentenbank-Ges. vorbehaltene Reglement ist von dem Fin Min. unterm 1. Aug. 1850 erlassen und den Regierungen mittelst C. R. des Fin. Min. v. 3. ej. m. mitgetheilt worden. ¹). (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 302, Rr. 399.).

Mit Bezug hierauf find ergangen:

1) C. R. des Fin. Min. v. 23. Aug. 1850, betr. das Berfahren wegen rückständiger Domanial=Abgaben. 2) (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 308, Nr. 400.);

2) C. R. deffelb. Min. v. 30. Juni 1852, betr. die Einführung von Duittungebuchern über gezahlte Domainen-Amortisations-Renten. 3) (Min.

Bl. b. i. V. 1852. S. 329, Mr. 328);

- 3) C. R. desselb. Min. v. 31. Oft. 1852, betr. die Verzugszinsen von im Rückstande bleibenten Ablös.-Rapitalien für die sogen. Pfennigsspitzen ber Domainen-Amortisations-Renten. (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 329, Nr. 327.).
- III. Ueber das Kassen= und Rechnungswesen in Domainen= Renten-Amortisations-Angelegenheiten hat das Fin. Min. unterm 26. April 1851 eine spezielle Geschäftsanweisung an die Regierungen erlassen. (Bergl. bieselbe in Sprengel's Ablös. Ges. S. 97—101).

Bergl. auch die Instr. der Reg. zu Magdeburg v. 14. Dec. 1851, betr. das Kassen- und Rechnungswesen in Domainen-Renten-Amortisations-

Angelegenheiten. (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 60, Nr. 60.).

Desgl. die Instr. des Dir. der Rentenbank für die Provinz Sachsen v. 13. März 1851 (approbirt von den Ob. Präsid. der Provinz Sachsen unterm 13. April 1851) für die Kreiskassen der gedachten Provinz wegen

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 731 ff. — Bergl. die Inftr. der K. Reg. zu Mags deburg v. 9. Dec. 1850 zur Aussührung des Regl. v. 1. Aug. 1850 in Sprensgel's Ablös. Ges. S. 73 ff.

²⁾ Ebendas. S. 740.

³⁾ Ebendaf. S. 741 ff.

⁴⁾ Ebendas. S. 744 ff.

ber ihnen obliegenden Geschäfte in ben Angelegenheiten ber Rentenbank in Magdeburg. (Sprengel's Ablds. Gef. S. 102-108).

3um §. 65.

Der S. 65. ist von den Kammern ohne Erinnerungen angenommen worden.

Zweiter Abschnitt.

Die Tilgungskassen zur Erleichterung der Ablösung der Reallasten.

Nach ben Bestimmungen des S. 58. des Rentenbank - Gesetzes v. 2. März 1850 sind, neben den durch dies lettere angeordneten Provinzial-Rentenbanken, die bereits früher für einzelne Landestheile errichteten Renten-Tilgungs-Anstalten bestehen geblieben und die für diese erlassenen gesetzlichen Vorschriften, mit den im S. 58. a. a. D. ange-

gebenen Modifitationen, aufrecht erhalten worden. 1)

Der Zweck der Errichtung dieser Anstalten war die Erleichterung der mit gutöherrlichen Lasten und mit der unter der fremdherrlichen Regierung eingeführten Grundsteuer besonders hart beschwerten Grundbesitzer in einigen Landestheilen, und es ist dieser Gegenstand schon bei der Berathung der Gesetze v. 21. April 1825 angeregt worden. In Folge der deshalb veranlaßten näheren Erörterung sind zur Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes und Beförderung der Ablösung von Reallasten:

a) für die Rreise Paderborn, Buren, Warburg und Gorter im Re-

gierungsbezirte Minden,

b) für die Kreise Heiligenstadt, Müblhausen und Worbis des Regierungsbezirks Erfurt in der Provinz Sachsen Renten-Tilgungs-Rassen errichtet worden.

Eine ähnliche Erleichterung der hintersassen der Standesherrschaften in den beiden Grafschaften Wittgenstein-Berleburg und Wittsgenstein-Wittgenstein in der Provinz Westphalen ist neben der Eigensthums-Verleihung von Grundstücken auf den Grund besonderer Verträge mit den Standesherren durch das G. v. 22. Nov. 1839 (G. S. 1840. S. 6) gewährt worden. Diese Erleichterung von Reallasten trifft aber nicht diesenigen Reallasten, welche nicht den gedachten Standesherren zu leisten sind, sondern anderen Reallberechtigten zustehen. Auf dergleichen Reallasten findet die Ablös. D. v. 2. Närz 1850 Anwendung.

I. Die Tilgungs-Anstalt zu Paderborn für die Kreise Padersborn, Büren, Warburg und Hörter im Reg. Bezirke Minden beruht auf dem, durch die K. O. v. 17. Sept. 1834 bestätigten, Regl. v. 16. Aug. 1834 (G. S. 1834. S. 171—178), an dessen Stelle indeß spätershin das durch die K. O. v. 20. Sept. 1836 bestätigte Regl. v. 8. Aug. 1836 2) (G. S. 1836. S. 235—247) getreten ist, welches auf gleicher Grundlage wie das frühere Regl., unter modisicirten Bedingungen für die

Berechtigten und Berpflichteten, beruht.

¹⁾ Neber die Behörden dieser provinziellen Tilgungs-Anstalten vergl. Bb. II. Abth. I. S. 20.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 744 ff.

Nach dem gedachten Regl. werben die Berechtigten in Schulbberfchreis bungen der Tilgungsfaffe, ju 4 pCt. zinsbar, burch Rapital abgefunden, welches in dem achtzehnfachen Betrage der ihnen zustehenden jährlichen Bur allmähligen Abtragung dieser Schulden wird ber Gefälle befteht. Tilgungetaffe jahrlich Gin Prozent von dem Betrage ber ausgegebenen Schuldverschreibungen aus der Staatstaffe überwiesen. Die Schuldverschreibungen lauten auf jeden Inhaber und find vom Staate garantirt. Die Pflichtigen entrichten anstatt ber bisherigen Abgaben, von welchen ste entbunden werden, an die Tilgungsfaffe eine jahrliche Rente, welche in ? bes Geldwerthe der bisherigen Leiftungen oder in 44 Prozent der bisherigen Leiftungen besteht. Sie find befugt, die Renten burch Bezahlung eines bem 20fachen Betrage der Renten gleichkommenden Rapitals, und zwar in Studzahlungen, zu tilgen. Ift ber Pflichtige ein bauerlichet Wirth, so wird die Rente auf vier Prozent der von der Tilgungs-Anstalt zum Behuf der Ablösung ausgegebenen Schuldverschreibung bestimmt und außerdem nach Ablauf von 41 Jahren gang erlaffen. Die Rente fann inzwischen auch in Studzahlungen abgeloft werben, beren Betrag fich von Jahr zu Sahr vermindert.

Das Regl. v. 8. Aug 1836 ist in folgenden Punkten modificirt und erläutert worden:

1) Ueberall, wo das Regl. auf die Vorschriften ter Ablos. D. v. 13. Juli 1829 Bezug nimmt, treten an deren Stelle die Vorschriften tes Ablos. Ges. v. 2. März 1850. (S. 58. Nr. 1. des RentenbanksGes.).

2) Ueber die Anwendung der Vorschriften der SS. 18., 19., 20., 39., 40. u. 49. des Rentenbant-Gef. auf die Tilgungs-Kaffe, vergl. S. 58.,

Dir. 6., 7. u. 8. des Rentenbank = Gef.

3) In Betreff der Ausdehnung des Regl. auf die dem Domainen-Fiskus zustehenden Reallasten, vergl. S. 58. Mr. 10. des Rentenbank-Ges.

4) Der S. 3. des Regl. ift abgeandert durch den S. 58. Mr. 2.

bes Rentenbant - Bef.

Ueber die Androhung einer Ordnungsstrase und der Tragung der Terminskosten bei Vorladung tes Pflichtigen im Falle des S. 3. des Regl. rergl. die K. O. v. 26. Aug. 1837. 1) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 656).

5) Die Bestimmungen der SS. 14. u. 15. sind modificirt burch ben

S. 58. Nr. 5. des Rentenbank - Ges.

6) Der §. 17. ift erläutert worden durch die R. O. v. 9. Nov. 1836. 2)

(**G. S.** 1836, **S**. 311).

-7) Bergl. das Erk. des Revis.=Rolleg. für L. R. S. v. 24. Juni 1853 zum S. 64. des Ablos. Ges. v. 2. März 1850. (s. in Bb. 11. Abih. 1.

S. 535, Zus. IV.).

II. Die Tilgungs-Anstalt für die Kreise Mühlhausen, Heiligensstadt und Worbis) im Reg. Bezirke Erfurt beruht auf dem durch die K. O. v. 18. April 1845 bestätigten Regl. v. 9. April 1845 *) (G. S. 1845. S. 410—421), welches dem Regl. v. 8. Aug. 1836 für die Paderborner Tilgungs-Kasse nachgebildet ist, jedoch darin abweicht, daß

2) Ebenbas. S. 752.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 752.

³⁾ Dem Gichefelbe.

⁴⁾ Ebendas. S. 752 ff. — Bergl. auch das durch die R. D. v. 6. Juli 1846 genehmigte Regul. v. 14. Juni 1846 wegen Erleichterung der Domainen-Prästanstickien in den genannten drei Kreisen dei Abtragung und Ablösung ihrer Domainal Leistungen (s. im Amisbl. der Regier. zu Erfurt, Jahrg. 1846, Beilage zu Stück 30. S. 163).

die Berechtigten als Abstindung statt des 18fachen das 20fache der Rente in Rentenbriefen erhalten, daß aber dagegen diese Briefe bis zur Amortisation nicht mit 4, sondern nur mit 34 Prozent verzinst werden. Die Amortisationsperiode ist auf 43 Jahre berechnet.

Diefe Abweichungen hat indeß der S. 58. Nr. 4. des Rentenbank-

Gef. befeitiget.

Das Regl. v. 9. April 1845 ift durch den S. 58. des Rentenbank-

Bef. außerdem noch in folgenden Bunften modificirt worden:

1) lleberall, wo das Real. auf die Vorschriften der Ablös. O. v. 7. Juni 1821 und 13. Juli 1829 Bezug nimmt, treten an deren Stelle die Vorschriften des Ablös. Ges. v. 2. März 1850. (S. 58. Nr. 1. des Rentenbank-Ges.).

2) Ueber die Anwendung der Borschriften der SS. 18., 19., 20., 39., 40. u. 49. des Rentenbank-Gef. auf die Tilgungs-Kasse, vergl. S. 58.,

Mr. 6., 7. u. 8. des Rentenbank- Gef.

3) In Betreff ber Ausdehnung des Regl. auf die dem Domainen-Fistus zustehenden Regllasten, vergl. S. 58. Nr. 10. des Rentenbant-Ges.

4) Der S. 2. des Regl. ift abgeandert durch ben J. 58., Mr. 2. u. 3.

bes Rentenbant = Bef.

5) Der §. 7. des Regl. ift modificirt durch den §. 58. Nr. 4. ad α und β. des Rentenbank-Gef.

6) Der S. 12. des Regl. ift abgeandert durch den S. 58. Nr. 4. ad

r. und d. bes Mentenbant- Gef.

Berleburg und Wittgenstein-Wittgenstein beruht auf dem Ges. v. 22. Dec. 1839 1) (S. S. 1840. S. 6.) und ist zur Ablösung der den standesherrlichen Häufern Wittgenstein-Berleburg und Sann-Wittgenstein-Wittgenstein, von ihren Untersassen gebührenden Abgaben, Zehnten 2c. erstichtet. Die Verpslichteten zahlen danach & der Rente zur Kasse; die Besrechtigten aber erhalten als Absindung den 25sachen Betrag der Rente, nach Abzug von 3 Prozent für Aussälle und Verwaltungskösten, in Renten-briefen, welche mit 4 Prozent verzinst werden. Der Staat garantirt das Geschäft und schießt zum Tilgungssonds soviel zu, daß die Amortisation binnen 41 Jahren vollendet ist.

Bergl. hierüber die Erläut. in Bd. II. Abth. I. S. 866 u. S.

923 - 929.

Die betreffenden Bestimmungen des Ges. v. 22. Dec. 1839 sind gleichs falls durch die Vorschriften des S. 58. des Rentenbank-Ges. modisicirt worden und kommen nur insoweit noch zur Anwendung, als sie den Bestimmungen des S. 58. a. a. D. nicht zuwiderlaufen. 2)

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 305 ff. —
2) Vergl. dazu auch die (mittelst C. R. des Just. Min. v. 7. Febr. 1840 auch den Gezichtsbehörden mitgetheilte, durch die K. D. v. 22. Dec. 1839 Allers höcht genehmigte) Instr. des Staatsmin. v. 30. Nov. 1839 über das bei der Ablösung der standesherrlichen Prästationen in den Grafschaften WittgensteinsBerleburg und Wittgenstein zu beobachtende Verssahren. (Just. Min. Bl. 1840. S. 50 — 56. n. Donniges Land. Kult. Ges. 36. 2. 5. 289.)

Fünfte Abtheilung.

Die Gesetzgebung über das Kostenwesen in den zum Resort der Auseinandersetzungs = Behörden gehörigen Angelegenheiten.

Erster Abschnitt.

Vorschriften für diejenigen Landestheile, in welchen die Verordnung vom 20. Juni 1817 und die Anshangs-Verordnung vom 30. Juni 1834 zur Anwenbung kommen.

Die B. v. 20. Juni 1817 bestimmte im S. 214., daß der Kostensansas nach dem dieser Verordn. angehängten Reglement geschehen solle. An die Stelle dieses Reglements ist indeß das Kosten = Regulativ v. 25. April 1836 (G. S. 1836. S. 181 ff.) nebst der Instruktion dazu v. 16. Juni 1836. (G. S. 1836. S. 187 ff.) getreten. 1)

Das Regul. v. 25. April 1836 und die Instr. v. 16. Juni 1836 sind mit den darauf bezüglichen ministeriellen Ergänzungen und Erläuterungen zusammengestellt in Bd. I. S. 760 — 828, worauf hiermit ver-

wiesen wird.

Zweiter Abschnitt.

Vorschriften für die Landestheile des linken Rheinufers.

Der S. 64. des Gesetzes v. 19. Mai 1851, betr. das Verfahren in den nach der Gemeinheits-Theil.-O. für die Rheinprovinz, mit Ausnahme der Kreise Rees und Duisburg, zu behandelnden Theilungen und Abslösungen (s. in Bb. I. S. 684 ff.) hat den Erlaß einer diesem Gesetze sich sich anschließenden besonderen Kosten = Taxe vorbehalten. Das Justiz-Ministerium legte den Entwurf dieses vorbehaltenen Gesetzes in der

¹⁾ Das Rosten-Regl. v. 20. Juni 1817 ist zwar in bem Regul. v. 25. April 1836 nicht ausdrücklich aufgehoben; allein die Ueberschrift des letteren und der Instr. v. 16. Juni 1836, sowie der Umstand, daß das Regul. und die Instr. von 1836 theils gleichmäßige, theils abandernde Bestimmungen enthalten, ergiebt unzweiselhaft, daß dieselben au die Stelle des Regl. v. 20. Juni 1817 getreten sind. Dies ist auch anerkannt in den R. des Justizmin. v. 9. Mai 1840. (Just. Min. Bl. 1840. S. 171) und der Min. des J. u. des R. Sauses v. 18. Juni 1840. (Min. Bl. d. i. B. 1840, S. 254—255).

Legislatur Periode von 18ff, auf Grund der Allerh. Ermächtigung v. 30. Dec. 1851 zunächst in der II. Rammer vor 1) (Stenograph. Ber. der II. R. 18ff. Bd. 1. S. 63) und die II. Rammer hat denselben mit gerringen Modisifationen 2) (in der 24. Sip. v. 12. Febr. 1852, s. stenograph. Ber. a. a. D. S. 394) genehmiget. Die I. Rammer ist dem ohne Distussion beigetreten. 2) (Stenograph. Ber. der I. R. 18ff. Bd. 2. S. 866).

Der Geseg-Entwurf hat hierauf unterm 21. April 1852 die Sanktion der Krone erhalten und ist in der G. S. pro 1852. sub Nr. 3530. S. 118—124, als: "Geset, betr. die Kosten des gerichtlichen Versahrens in den nach der Gemeinheits-Theil.-Ordn. zu behandelnden Theilungen und Ablösungen in den Landestheilen des linken Rheinusers) publicitt

worden.

Vierter Theil.

Die Gesetzgebung zum Schutze und zur Beförderung der Landes-Kultur.

Erfte Abtheilung.

Die Gesetzgebung über das Wasserrecht.

Einleitung.

I.

Uebersicht der älteren und neueren Gesetzgebung in Betreff des Wasserrechts.

Das Wafferrecht hat zum Gegenstande:

I. die Entwässerungen (Vorfluth und Drainage),

II. die Bemäfferungen,

III. bas Deichwefen,

IV. die Ufer und Flugbetten öffentlicher Strome.

Diese verschiedenen Gegenstände stehen vielfach in einem näheren Busammenhange. Deshalb enthielten die alteren Verordnungen über dieselben, insbesondere über das Deichwesen und die Ufer- und Fluß-Polizei der öffentlichen Ströme, sodann über die Anlage von Entwässerungsgräben und

¹⁾ Bergl. ben beir. Entwurf nebst Motiven in ben Drucksachen ber II. R. 1844. Bb. I. Rr 39.

²⁾ Bergl. ben Bericht ber Kommission ber II. R. v. 2. Febr. 1852 in ben Drucks. ber II. R. 1834. Bb. II. Rr. 92.

³⁾ Bergl. ben Bericht ber Kommission ber I. R. v. 23, Marz 1852 in ben Druckfachen ber I. R. 1844 Bb. IV. Nr. 193.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 829 ff.

die Raumung von Fluffen und Bachen, oft gleichzeitig ineinandergreifende Borfchriften. Auch in neuerer Beit hatten Die beim Vorschreiten ber Lanbes-Rultur fühlbarer gewordenen Mangel ber bestehenden Gefete, sowie Die Antrage mehrerer Provinzial=Landtage (von Schleffen 1825, von Bommern 1829) umfangreiche Berathungen über eine vollständigere gefetliche Regelung bes gefammten Wafferrechts und die Ausarbeitung eines Gefet-Entwurfs "betr. Die Ginrichtungen gur Forderung des Ablaufs und gur Anhaltung und Benutung der Gemaffer", veranlagt, welcher die offentlichen Strome, wie die Brivatfluffe, die Ufer- und Fluß-Boligei ber erfteren, Towie die Benutung ber letteren gur Bemafferung, ferner bie Bestimmungen wegen ber Waffer-Mühlen, wie über Borfluth und das Deichwesen in fic schloß. ') Nachdem diefer Entwurf in den Jahren 1834 resp. 1837 fleben Provinzial - Landtagen und spater den Provinzialständen der Rheinprovinz vorgelegt worden mar, rief indeß die Busammensaffung aller dieser Materien in ein Gefet, ebenso aber auch der hierauf abgesonderte, den Provinzial-Landtagen im Jahre 1841 vorgelegte, Entwurf einer allgemeinen Strom- und Ufer- Ordnung fur öffentliche Fluffe, mehrfache Bebenten bervor, in Folge beren ber letigebachte Entwurf gang gurudgelegt, bagegen die Berathung eines befonderen Gefetes für das Deich= wefen, besgleichen eines besonderen Gefetes über die Benutung ber Privatfluffe zur Bemafferung, fortgefest und die Berathung in Betreff bes Borfluthe = und Entwafferungemefene auf einzelne Erganzungen bes Worfluth = Gef. v. 15. Nov. 1811 gerichtet murde.

Der zu IV. gedachte Gegenstand gehört mehr dem Gebiete des öffentslichen Rechtes an, indem er vorzugsweise die Schiffsahrt und den Handel interessirt. Derselbe scheidet von ter nachstehenden Darstellung des Preuß. Wasserrechts um so mehr aus, weil es bis jest noch an einer allgemeinen Gesetzebung darüber fehlt, indem die älteren Ufer- und Strom-Ord-nungen 2) theils nur für einzelne Gebiete des Staates, theils nur für ein-

zelne Strome ergangen find.

Die Vorfluth-Gesetze haben gleichzeitig das Interesse der durch Wasserkraft bewegten gewerblichen Triebwerke, hauptsächlich indeß, gleich der Gesetzgebung über die Benutzung der Privatslüsse zur Bewässerung, wie über bas Deichweisen, die Beförderung der Landes-Kultur zur Aufgabe.

In Bezug auf Entwässerung und Vorfluth waren schon im vorigen Jahrhundert, neben provinziellen Werordnungen, allgemeine Gesetze für das ganze damalige Staatsgebiet ergangen, nämlich die Ed. v. 25. Febr. 1704, 9. Nov. 1717, 7. Oft. 1726 *), sodann das vollstän= digere, erneuerte Ed. wegen zu verschaffender Worfluth und Räumung der Gräben und Bäche v. 6. Juli 1773 *), an dessen Stelle hiernächst — laut Restr. des General-Direktor. v. 13. Jan. 1795 *) — die Vorschriften des A. L. R. Th. I. Tit. 8. §§. 99., 100., insbesondere die §§. 102 — 117.; — "nach denen in Vorsluthssachen künstig versahren werden solle", traten, zu deren Ergänzung, im Versolg des Landes-Rult. Ed. v. 14. Sept.

2) Bergl. dieselben im Kommentar zum Deich=Ges. v. 28. Jan. 1848 (s. unten).
3) C. C. M. Th. IV. Abthl. II. Cap. IV. von Damm=, Teich= und Fischereissschen, auch Räumung ber Gräben, Buhnen 2c., P. 287. 339 u. 342.

¹⁾ Bergl. Denkschrift über ben Gesetzentwurf wegen Benutung ber Privatfluffe, in ber Beilage zur allg. Preuß. Staatszeitung pro 1842. Nr. 303.

⁴⁾ C. C. M. de 1773. p. 371. Nr. XXXIV., und Prov. Recht ber Provinz Preußen von Lemann und v. Strombeck, Bb. 2. S. 144.

⁵⁾ N. C. C. Tom. X. Nachtrag v. 1795. p. 1857. Mr. VI. u. Rabe's Samml. Bd. 3. S. 1.

1811 (S. 24. deffelben), das G. v. 15. Nov. 1811 wegen des Wafferpaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorfluth (G. S. 1811. S. 352)

erging.

Weit alter noch war die Gefetzgebung über das Deichwesen; jedoch hatte dieselbe bis zum Erlaß des G. v. 28. Jan. 1848 (G. S. 1848. S. 54), welches alle Provinzen der Monarchie umfaßt, früher und zwar zum Theil in Verbindung mit Vorschriften über die Erhaltung der Ufer und ber Schiffbarkeit der öffentlichen Strome, nur einzelne Gebietstheile, Flußethäler, Strome, oder Stromstrecken zum Gegenstande gehabt. 1)

Dagegen wurde die Beförderung der Bewässerungen — abgesehen von wenigen Landestheilen, in den westlichen Provinzen insbesondere dem Fürstenthume Siegen, und in den öftlichen Provinzen der Obers Lausip 3) zuerst durch das Ges. über die Benupung der Privatstüsse v. 28. Febr. 1843 (G. S. 1843. S. 41) in den Kreis der Preuß. Landess

Rultur = Gefetgebung bineingezogen. 2)

Bemäfferungen fegen eine vorgeschrittene Landwirthschaft voraus; fle find nicht, wie zunächst die Borfluths- und Deichgesete, auf die Entfernung des Waffers, als eines kulturschadlichen Elements, fondern im Gegentheil auf beffen Ansammlung, dabei indeß geregelte Benutung und Bertheilung, als einer ben Boden befruchtenden Kraft, gerichtet. Indeß ift auch die allgemeine Gefetgebung über Entwäfferung und Vorfluth - bas A. L. R. (\$5. 100. und 102. ff. Tit. 8. Th. I.) nebst dem Borfluth - Gef. v. 15. Nov. 1811 (S. 10.), - welche bis zur neuesten Beit nur bie Anlage und Unterhaltung offener Ranale und Graben jum Begenftande gehabt, mit dem G. v. 11. Dai 1853, betr. die Anwendung der bestehenden gefetlichen Borfdriften über Anlegung von Entwäfferungegraben burch fremde Grundstude auf Ableitung des Waffers unter der Erbe in beded. ten Kanalen oder in Rohren (Drains) (G. S. 1853. S. 182), einem landwirthschaftlichen Vortschritte neuester Beit gefolgt, außerdem durch einzelne Bestimmungen anderer Gesetze erganzt worden, namentlich a) in einem erheblichen, bis dahin legislativ unentschiedenen Punkte burch bas . v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatfluffe, beffen Abschn. I. einige landespolizeiliche Borfchriften enthalt, nach beffen §. 7. aber ber Bestigftand ober Uferbesit nunmehr auch zur Raumung ber Brivatfluffe, Behufe Beschaffung der Vorfluth, verpflichtet, ferner b) durch das G. v. 23. Jan. 1846, betr. bas für Entwäfferungsanlagen einzuführende Aufgebots- und Praflusions-Verfahren, (G. S. 1846. S. 26), sodann c) burch ben S. 73. der Feldpolizei-D. v. 1. Nov. 1847 (G. S. 1847. S. 376), wonach in Bezug auf Privatfluffe und Graben, Behufs deren regelmäßiger Raumung und Inftandhaltung, ber Erlaß von Spezial - Ordnungen ober Statuten durch die Administrativ - Behörde gestattet wurde und in beren S. 41. Mr. 4., S. 42. Mr. 7. und S. 43. Mr. 5. polizeiliche Strafbeftimmungen zum Schute von Ent- und Bemäfferunge-Anlagen ertheilt find.

Insbesondere ist auch noch durch die SS. 6. und 7. der Fischereis

¹⁾ Bergl. die Angabe der älteren, auch nach dem Erlaß des neuen Gef. v. 28. Jan. 1848 in Kraft verbliebenen, theils schon revidirten, sowie die neu erstaffenen einzelnen Deichordnungen im Kommentar zum Deichges. v. 28. Jan. 1848. (s. unten.)

²⁾ Vergl. das Ober : Lausitssche Ober : Amis : Pat. v. 18. Aug. 1727 wegen Basserung der Wiesen, freien Basserlaufs und Raumung der Flüsse. (Ober:Laussiser Kollektions : Werk S. 555 — 558.), welches erst durch die V. v. 26. April 1844 aufgehoben ist.

³⁾ Bergl. die oben S. 570., Rote 1. erwähnte Denkschrift zu biesem Ges.

Ordn. für die Provinz Posen v. 7. März 1845 (G. S. 1845. S. 107), sowie der Fischerei-Ordn. für die Binnengewässer der Provinz Preußen von demselben Datum (G. S. 1845. S. 114), im Interesse sowohl von Ent- als Bewässerungen, bei überwiegendem Vortheil für die Bodenkultur, die Errichtung neuer, der Fischerei nachtheiliger Anlagen gegen Entschädigung der Fischereiberechtigten, (SS. 8. st.) gestattet.

Doch gelten neben den vorgedachten allgemeineren Gesetzen in einigen Landestheilen noch andere, theils allgemeine Bestimmungen, theils pro-

vinzielle Berordnungen über Ent- und Bemafferung.

Während die allgemeine Gesetzebung über das Deichwesen eigenthümlichere Gesichtspunkte darbietet und das dieserhalb erlassene neueste G. v. 28. Jan. 1848 für alle Theile der Monarchie, nur mit Ausnahme der erst später hinzugetretenen Hohenzollernschen Lande, gilt, ist der territoriale Umfang der Wirksamkeit der Gesetze über das Ent- und Bewässerungswesen ein sehr verschiedener.

П.

Uebersicht der zur Zeit geltenden Gesetze und Verordnungen über Ent- und Bewässerung und deren territorialer Wirkungskreis.

I. Betreffend bie Entwässerung und Borfluth.

A. Im Bereiche bes A. L. R. geltenbe allgemein gefetliche

Bestimmungen.

AA. Das Borfluth = G. v. 15. Nov. 1811, neben welchem die SS. 100. ff. A. L. R. I. 8., sofern ste nicht durch das Borfluth - G. auf gehoben oder abgeändert sind, fortbestehen, dessen Wirksamkeit alle Landes theile umfaßt, in welchen das A. L. R. Gesetsestraft hat, darunter auch die Kreise Rees und Duisburg der Rheinprovinz, in welchen das A. L. R. gilt.

BB. Das G. v. 23. Jan. 1846 betr. das Aufgebots - und Praffussions-Verfahren für Entwässerungs-Anlagen, als Ergänzung des Vorfluths. v. 15. Nov. 1811, daher nur innerhalb der Landestheile gültig, in

welchen letteres Anwendung findet.

CC. Das G. v. 11. Mai 1853 in Betreff

a) der Bildung von Genoffenschaften zu Be- und Entwässerungs-

b) der Anwendung der Worfluthe - Gesetze auf unterirdische Baffer-

ableitungen (Draine),

zu a. gultig für ben ganzen Umfang ber Monarchie, einschließlich ber Hohenzollernschen Lande, zu b. anschließend an die in den verschiedenen Landestheilen bestehenden Vorschriften wegen Anlegung offener Entwasserungszräben durch fremde Grundstücke.

DD. Folgende einzelne Bestimmungen anderer allgemeiner Gesete:
1) ter S. 7. des S. v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatslüsse, welcher, soweit nicht Provinzial = Gesete, Lokal-Statuten, unsunterbrochene Gewohnheiten oder spezielle Rechtstitel etwas anderes bestimmen, gleich dem G. v. 28. Febr. 1843 selbst, sür den ganzen Umfang der Wonarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande, maasgebend ist;

2) der S. 73. der Feldpolizei = D. v. 1. Nov. 1847, nebst deren oben gedachten polizeilichen Strasbestimmungen, welcher, gleich der Feldpolizei-D. selbst, für alle Landestheile gültig ist, in denen das A. L. R. Gesetzeskraft hat, jedoch mit Ausschluß der zur Rheinprovinz gehörigen Kreise

Rees und Duisburg.

B. Provinzielle ober lofale Gefete und Berordnungen. 1)

AA. In Nieder- und Ober-Schlesien (mit Ausschluß ber

Dherlausit), wo das A. E. R. gelten:

1) tas Ed. v. 20. Dec. 1746 "wie es mit Raumung der Flusse, Bache, Graben, auch Anlegung ter Wasser-Leitungen und Vor-Fluth in Schlessen und ter Grafschaft Glatz gehalten werden soll", (Korn's Schles. Ed. Samml. Bb. 2. S 392, vx. 53.),

2) die Mühlen-Ordn. v. 28. Aug. 1777 für das Herzogihum Schle-

sten und die Grafschaft Glat (a. a. D. Bb. 15. S. 278, Mr. 105.).

BB. In ter Rheinprovinz auf dem linken Rheinufer, wo

ber Code civil gelten:

- 1) tas Geset v. 16. Sept. 1807, betr. die Austrocknung von Sumpfen 2), welches die früheren Gesetze über denselben Gegenstand resp. abanderte und aufhob, sonach auch das Dekret v. $\frac{26. \text{ Dec. } 1790^{\circ}}{5. \text{ Jan. } 1791}$,
- 2) die Gesetze v. 19. Mai 1802 (29 Floréal X.) und v. 4. Mai 1803 (14 Floréal XI.) *), betr. die Unterhaltung der Kanäle und nicht schiffbaren Flüsse, wie der damit zusammenhängenden Deiche, nach Maaß-gabe der Reglemente und Lokal-Gebiauche, in deren Ermangelung und bei deren Unzulänglichkeit, der Regulative der Verwaltung und Bestimmung der Verwaltungs-Behörten. 5)

Neben diesen Spezial-Gesetzen und den besonderen und Lokal-Berordsnungen — (wie auch neben dem mittelst B. v. 9. Jan. 1845 (G. S. 1845. S. 35.) im Bezirke des Appell.-Gerichtshofes zu Köln publicirten Ges. v. 28. Jan. 1843) — gelten als allgemeine und substdiaire Normen die Bestimsmungen des Code civil, Art. 640—645. Buch II. Tit. IV. Kap. 1. von

ben Dienstbarkeiten, welche aus der Lage der Orte enistehen. 6)

CC. In ben Landestheilen, wo gemeines (Deutsches und Romisches) Recht gilt.

1) In Neu-Vorpommern und Rügen.

Daselbst gilt, neben bem gemeinen Rechte, außer einigen alteren Spezial = Verordnungen, besonders das Regl. v. 18. Nov. 1775 wegen Aufraumung der Scheide-, Haupt-, Feld-, Wiesen-, Wald- und Abzugs-

2) Bormann u. v. Daniels Sandbuch ber für die Preuß. Rheinprovinz verkundigten Gesetze ic. aus der Zeit der Fremdherrschaft, Bd. 5. S. 288.

4) a. a. D. Bb. 4. S. 464.

¹⁾ Bon den provinziellen Gesetzen gelten indeß zum Theil wiederum nur einzelne Bestimmungen, soweit sie von den allgemeinen Gesetzen abweichen, oder durch diese nicht ausdrücklich beseitigt sind. — Die auf das Wasserrecht bezüglichen fortzgeltenden provinzialrechtlichen Bestimmungen werden im Kommentar bei den betr. §§. des Borsluths:Ges. angegeben.

³⁾ a. a. D. Bb. 1. S. 471. Bergl. auch Defret v. 4. Dec. 1793 wegen Trockenlegung ber Teiche u. Seen bes Staats, a. a. D. Bb. 2. S. 513.

⁵⁾ Vergl. hierzu a) das Publik. der Reg. zu Düsselborf v. 25. April 1817, betr. die Wassermühlen Polizei (v. R. Ann. Bb. I. H. 2. S. 99. Nr. 67.) b) die von dem Din. des J. u. d. P. mittelft. R. v. 11 Juni 1842 genehmigte Instr. der Reg. zu Trier v. 24. Dec. 1841, betr. die Verbesserung der versumpsten Wiesen und anderer Grundstücke. (Min. Bl. d. i. V. 1842. S. 2>1. Nr. 387.)

⁶⁾ Nach dem Ressort=Regl. des Staats : Min. v. 20. Juli 1818 für die Rheinproving gebührt auch dort den Regierungen die Entscheidung in Angelegens heiten des Wasserstaues und der Vorsluth der Mühlen mit Rücksicht auf das gesgenseitige Interesse der Bodenkuttur und des Nüllers oder anderer Stauberechstigten, ingl. die Bestimmung über die Hohe des Wasserstandes, insofern derselbe nicht durch Verträge, Vergleiche oder sonst unwiderrusslich sestgestellt ist.

Graben, Aufraumung der Mühlen-Wasser, wie auch Einrichtung und Kon-

fervation ber Graben überhaupt. 1)

2) In den vormals Nassauischen Landestheilen und dem Gebiete Wetslar im Reg. - Bezirk Koblenz auf der rechten Rheinseite, bestehen neben dem gemeinen Rechte einige ältere Bestim-mungen über die Aulegung der Abzugsgräben und die wiederholte regel-mäßige Aufräumung der Wiesenbethe und Fliesbetten durch die Gemeinde-glieder, desgl. der Mühl= und anderer Triebwerks-Gräben.

Bergl: Neuwiedsche Polizeis B. v. 10. Febr. 1783. §S. 71—73., Skotti, Samml. der Ges. und B. in den Neuwiedschen zc. Landesgebieten — rechtscheis nische Ges. Th. I. Abth. I. Nr. 204. S. 209 ff., Wieds Aunkelsche Polizeis D. v. 20. März 1768 S. 1., ebendas. Abth. II. Nr. 80. S. 445, desgl. Forsts u. Felds

polizei.D. v. 1. Mai 1773. §S. 62. 63. ebendaf. Nr. 93. S. 458.)

DD. Nur für einzelne Niederungsgegenden ober für eingelne Fließe und Bache.

a) Aeltere oder revidirte Graben- und Schau-Dronungen.

1) Für die Niederungen der Anthe und Niplip: Erlaß v. 17. April 1848. (G. S. 1848. S. 211), durch welchen die ältere Grabenschaus. des Nuthefließes und der in selbigen geleiteten kleinen Flüsse und haupgräben v. 19. Sept. 1781 (N. C. C. Tom. VII. S. 589 do 1781. Rabe's Samml. Bb. I. Abth. 6. S. 529) aufgehoben und an deren Stelle eine neue im Potsbamer Reg. Amtsbl. bes fannt gemachte V., unter Beilegung von Korporationsrechten an den Berband, getreten ist;

2) über das im Savellandischen Kreise belegene Nauensche Eng, ursprüngs lich v. 31. Aug. 1724 (C. C. M. Tom. VI. p. 69, Rabe's Samml. Bb. I. Abth. 1. S. 719), revidirt unterm 26. Marz 1770 (N. C. C. Tom. IV. p. 6687 de

1770. Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 4. S. 13);

3) in Betreff der Graben und Fließe bei Potstam, Fahrland, Marsquardt und im Zauchischen Kreise an der Pavel, von Werder bis Brandens durg und bis an die Sächsische Grenze, zum Abtrocknen der Lücher und Brücher, v. 16. Jan. 1782 (N. C. C. Tom. VII. p. 735. Nr. 5. de 1782. Rabe's Samml. Bd. 1. Abth. 7. S. 1.);

4) über bas zwischen ber Ukermark und Pommern belegene Luch, die Rans bov genannt, v. 23. Juli 1738 (C. C. M. Cont. I. p. 177 de 1738. Rabe's

Samml. Bd. I. Abth. 2. S. 121);

- 5) B. v. 6. April 1791 wider die Beschädigungen ber Meliorationen an ber Ohre und im Drömling innerhalb ber Altmark (N. C. C. Tom. IX. p. 73. Rabe's Samml. Bb. 2. S. 74).
- b) Reuere hauptsächlich wenigstens die Entwässerung bezwedente Gesege und Statuten:
- 1) Statut der Allensteiner Kreis : Korporation v. 15. und 30. Mai 1843 (G. S. 1843. S. 273 ff.) und revidirt laut Ges. v. 30. Mai 1853 (G. S. 1853 S. 325), indeß auch auf Bewässerung gerichtet;

2) Ges. v. 7. April 1852, betr. die Meltoration ber Niederung der schwarzen

Elster (G. S. 1852. S. 110 ff.), zugleich auf Einbeichung gerichtet.

c) Neuere, jedoch gleichzeitig die Bewässerung bezweckende Berordnungen, welche auf Grund der SS. 56. u. 57. des G. v. 28. Febr. 1843 erlassen sind. (Vergl. dieselben in den Erläut. zu den SS. 56. und 57. des G. v. 28. Febr. 1843, s. unten).

II. Betreffend die Bemafferungen.

A. Allgemeine oder folche Gesetze, welche im überwies gend größten Theile der Monarchie gelten.

¹⁾ Bergl. das Prov. Recht des herzogthums Neu-Borpommen und des Fürstenthums Rügen Th. I. Abth. I. S. 36—42. SS. 104—122., und Th. II. S. 135—141, nebst den das. angeführten Berordnungen.

Dahin gehört nur das G. v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatflüsse, im ganzen Staate 1) jedoch theils nur stückweise, theils mit Abweichungen gultig, und zwar:

1) im ganzen Staate einschließlich der Hohenzollernschen Lande, — in den letteren, laut Art. I. des Ges. v. 11. Mai 1853 (G. S. 1853 S. 182), allein der dritte Abschnitt (§§. 56—59.) betr.

die Genoffenschaften zu Bemässerungsanlagen und deren Bildung;

2) im Kreise Siegen — laut Wiesen = Ordn. für diesen Kreis v. 28. Oft. 1846. SS. 1. und 77. (G. S. 1846. S. 485) — hingegen nur soweit, als es sich nicht um Benutung des Wassers ter Brivatstüffe zur Bewässerung der Grundstücke Behufs der Wiesen Rultur, sondern zu ans

bern Zwecken handelt;

3) dagegen in dem zum Bezirke des Appell. - Gerichtshofes zu Köln gehörigen Theile der Rheinprovinz, — laut W. v. 9. Jan. 1845 (G. S. 1845. S. 35) — lediglich mit ter Abweichung von den SS. 24. und 32., daß das Interesse schon vorhandener, auf Triebwerken beruhender gewerblicher Anlagen im zweiselhaften Falle über das der Bodenkultur zu stellen ist;

4) im Uebrigen (einschließlich von Neu-Vorpommern und Augen und des rechtsrheinischen Theils des Reg. - Bezirks Koblenz, der Länder des gemeinen Rechts, wie der Rheinischen Kreise Rees und Duisburg, wo das A. L. R. gilt und welche letteren zum Bezirke des

Appell.-Gerichts zu hamm gehören), ganz und ohne Abweichungen.

Dabei bleiben jedoch bei Anwendung des G. v. 28. Febr. 1843 und namentslich in Betreff der Unterscheidung von öffentlichen und Privat-Flüssen, a) im Bezirk des Appell.=Gerichtshofes zu Köln die betr. Vorschriften des Code civil — Art. 538. und Art. 640. ff., — b) in Neu-Vorpommern und Rügen, wie im rechtscheinischen Theile des Reg.=Bezirks Koblenz, auch in den Hochenzollernschen Landen, die Grundsätze des gemeinen Rechtes, c) in den übrisgen Landestheilen, in denen das A. L. R. gilt, dessen Bestimmungen zu beachten.

B. Provinzielle und lokale Gefete und Berordnungen.

1) Die Wiesen-Ordn. v. 28. Oft. 1846 für den Kreis Siesen (G. S. 1846. S. 485), welche an die Stelle der älteren Naffaus Dranischen Wiesen-Ordn. v. 18. Dec. 1790 und aller sonstigen auf den Bau, die Bewässerung und Unterhaltung der Wiesen sich beziehenden älteren Gesetze und Verordnungen getreten ist und soweit es sich um Benutzung des Wassers der Privat-Flüsse zur Bewässerung der Grundstücke im Interesse der Wiesen-Kultur handelt, dem Ges. v. 28. Febr. 1843 derogirt.

2) Verschiedene landesherrlich bestätigte Statuten. (Bergl. bieselben

unten in Abschn. II. ber Unter abth. II.).

¹⁾ Die Anwendbarkeit des G. v. 28. Febr. 1843 in der Ober = Lausis wurde jedoch erst durch die Aushebung des Ober:Amts:Patents v. 18. Aug. 1727 wegen Wässerung der Wiesen 1c. durch die B. v. 26. April 1844 (G. S. 1844. S. 112) herbeigeführt (s. unten).

Erfte Unter: Abtheilung.

Die Gesetzgebung über Entwässerungen und Vorfluth.

Literatur.

A. Die Borfluth im Allgemeinen betr.

Fr. 2. v. Cancrin, Abhandlung von bem Wafferrechte, sowohl bem natürlichen, als positiven, vornehmlich aber bem Deutschen. Salle. 1789—1800. 4 Bbe. mit Rupfern.

Roffig, Waffer-Polizei. Leipzig, 1789. Fol.

Fifcher's Ramerals und Bolizeis Rechte, Bb. 3. S. 3 ff.

Elvers, bas Recht bes Wasserlaufs, nach seinen leitenben Prinzipien und in feinen einzelnen Bestimmungen aus ben Quellen bes Romischen Rechts barges

ftellt. Göttingen, 1841.

A. Schildt, Preuß. Rechte. Bb. I., enthaltend alle die Benutung ber Flusse, Bache, Teiche und Gräben, von den Fabrifs, Mühlens und den daran grenzens den Gutsbesitzern, und die Reinigung und Instandsetzung derselben betressende, in der Ed. Samml. und Ges. Samml. enthaltene, noch in Kraft stehende Gessetz, dronologisch zusammengestellt. Breslau, 1844. (Recens. in Dr. Soms mers Arnsb. Archiv, Bd. 10. S. 663.)

Dr. G. A. Bielit, Darstellung ber Preuß. Gesetzgebung über bie Borfinth und bas Verfahren babei, in ber fameralist. Zeitung Jahrg. 4. 1838. S. 299. ff.,

322 ff., 343 ff.

B. Schriften über bie Drainage.

B. R. Scheibler, das Englische und Schottische Shstem ber Drains (Baffer-

abzüge). Berlin, 1850.

Mittheilungen über die Entwässerung des Bodens durch unterirdische Röhrenleistung (Drainage). Aus den Alten des Min. für landwirthschaftl. Angelegenh. Berlin, 1852.

2. Bincent, die Drainage, beren Theorie und Praxis. Bom Medlenburger

Berein gefrönte Preisschrift. Leipzig, 1854.

Gropp . Ifterbies, Erfahrungen über nuterirbische Bafferabguge. 1851.

Deffelben Deutsches Drainbuch. Berlin, 1852.

Schmidt, Bollständiges handbuch ber Trockenlegung der Felder durch Unterbrains nach Stephens und Leclerc bearbeitet. 2. Aufl. Stuttgart, 1852.

Stodharbt, die Drainage ober Entwässerung des Bobens turch Thonrohren.

Leipzig, 1852.

Bulften, Erfahrungen über Drainage im Juni 1852.

- Dirschfelb, die Drainage, mit besonderer Berücksichtigung ber nordbeutschen Ebene. Riel, 1853.
- C. Fremde Gesetzgebungen gleichzeitig über Ent= und Bewässerung betr.
- Das hannöversche Geset über Ents und Bemässerung ber Grundstücke, sowie über StausAnlagen v. 22. Aug. 1847; besonderet Abbruck mit Genehmigung bes hannöverschen Ministeriums. hannover 1847.

Befonderer Abbrud eines Gefeg. Entwurfs bes Ronigreichs Sachfen über Benugung

ber fliegenben Bemaffer.

Entwurf eines Landesfult.:Gesehes für das Königreich Würtemberg über Ents und Bewässerungen, Tit. 12. und 13. nebst Gutachten des Ausschusses der Würtems bergischen Wasserwerksbesitzer darüber. Stuttgart, 1853.

Dr. Bogelmann, das Gefet über die Bemafferungs- und Entwafferungs-Anlagen

im Großherzogthum Baben. Rarleruhe, 1851.

Janbebeur, die Gesetzgebung des Konigreiche Bayern über Benutung bes Waffers. München, 1852.

Erster Abschnitt.

Die Entwässerungs- und Vorfluths-Gesetzgebung im Bereiche des Allgemeinen Landrechts. (Das Gesetz v. 15. Nov. 1811 wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschaffung von Vorfluth.)

Erstes Kapitel.

Darstellung der allgemeinen Prinzipien.

Un und für sich ift es eine jedem Grundeigenthumer zustehende, weil aus dem Rechte bes Eigenthums entspringende Befugniß, die Rultur und Rugbarteit seines Grund und Bobens baburch zu befordern, daß er fich des demfelben schädlichen Waffers entledigt. Alle Rachbarn, die oberhalb und unterhalb belegenen, haben indeß Diefelbe Befugnig. Deshalb muß aber auch deren Ausübung Seitens tes Einen in bem gleichen Rechte des Andern ihre naturgemäße Schranke finden. So lange die Ausübung des einen Besitzers ben Nachbar nicht in ber Rultur und Nugbarkeit seiner Grundftude beeintrachtigt ober zu einem positiven Sandeln (Behufs Aboder Weiterleitung bes Waffers) nothigt, bedarf es ber besonderen Ginober Mitwirkung einer Staatsbehorde nicht. In diesem Falle bleibt vielmehr die Fürsorge bes Staates darauf beschränkt, die fich in jenen Grenzen bewegende allgemeine und natürliche Befugniß des Eigenthumers den Nachbarn gegenüber anzuerkennen und beren Ausübung gegen etwanige Storungen zu schüten. Borzugsweise ift hierbei der oberhalb liegende Befiger interessirt megen der natürlichen Lage ber Grundftude gegeneinander, vermoge beren ber Ablauf bes Regenwaffers und sonstigen Niederschlages aus ber Atmosphare von feinen Grundfluden auf die unterhalb liegenden durch Die von ber Natur felbft vorgezeichneten Bedingungen des Waffergefälles bestimmt wird; und zwar in zwiefacher Art, 1) entweder fo, daß der Abfluß innerhalb tes Bettes naturlicher Gerinne (in Fluffen und Bachen) ober bestehender - alt hergebrachter - fünftlicher Bafferabzüge (in Graben und Kanalen) erfolgt, oder 2) so, daß er außerhalb vorhandener Fluth= betten und Gerinne auf der Oberfläche der Grundstücke, lediglich vermöge deren boberen oder niedrigeren Lage geschieht.

Jener natürlichen Befugniß ber einen (oberhalb belegenen) Grundbesitzer korrespondirt die Pflicht anderer (ber unterhalb belegenen) Grundbesitzer, ihrerseits nichts zu unternehmen und einzurichten, wodurch ber natürliche Wafferftand ber Gegend jum Dachtheil ber hergebrachten Rultur und Nugbarfeit der oberhalb belegenen Grundftude verandert oder deren Besiter ihrerseits zu befonderen Beranstaltungen gezwungen wurden, um fich bes fulturschadlichen Waffere in anderer, ale in der durch die naturlichen Abflugverhaltniffe bedingten oder ber hergebrachten Art gu entledigen. In Diefer Begiebung liegt ben unteren Grundftuden gegen die oberen eine natürliche Dienftbarkeit ob, die bereits das Romische Recht als eine gesetzliche, im Rechtswege erzwingbare Pflicht anerkannte. Einen weiteren Gesichtstreis, ale bie gesetliche Anerkennung Diefer, aus ber Natur der gegebenen Berhaltniffe abgeleiteten Volgerungen, und einen anderen Inhalt, als die ben letteren entsprechenden Rechtsfate, batte bie altere und namentlich die Romische Jurisprubeng über Wafferrecht und Borfinth nicht. Erft beim fpateren Vortschritte ber Lands

wirthschaft verfolgte die Gesetzebung des Wasserrechts noch eine weitere, nicht sowohl aus dem Privat-, als vielmehr aus dem öffentlichen Rechte und aus staalswirthschaftlichen Gesichtspunkten entnommene Tendenz, indem sie Behufs Beförderung der allgemeinen Landeskultur, im Interesse des Gemeinweseus, zu Gunsten der Entwässerung und Borfluth, selbst Einschränkungen der allgemeinen natürlichen Besugnisse des Eigenthums mittelst Erpropriation

gegen Entschädigung gerechtfertigt hielt und gestattete.

Dem Romifchen Wafferrechte lag tiefer ftaatswirthschaftliche Gesichtspunkt fern. Die Ringe "de aqua et aquae pluviae arcendae" (Dig. XXXIX. 3.) hatte nur die Aufrechthaltung und ten Schut des natürlichen ober hergebrachten Buftanbes in ben gegenseitigen Bafferabflußverhaltniffen ber Grundflude zum Gegenstande, daher im Allgemeinen die Gewährung der Vorfluth nur für bas durch Regen und ähnlichen Rieberschlag aus der Atmosphare entstandene oder vermehrte, fei es außerhalb oder innerhalb ber Bache und Bluffe oder beftehender althergebrachter Graben, wild ablaufende Baffer. Die Rlage traf alle Beranderungen bes naturlichen und hergebrachten Bafferabfluffes burch 26- ober Buleitung, Burudftauen, heftigeren ober ftarteren Buffuß von bergl. Baffer mittelft Berte, Anlagen ober fonftiger Beranftaltungen von Menschenhand und auf fünftliche Weise, insoweit fie jum Rachtheile eines unmittelbaren ober auch entfernteren Dachbarn gereichten; Abweichungen und Erceptionen fonnten nur aus befonberen Rechtstiteln — Bertrag ober Berjahrung — hergeleitet werden. 1)

Es ist (gewissermaaßen als Ausnahme) hervorgehoben, daß diese Riage einen Grundbestzer nicht treffe, welcher, weil er anders seinen Acker nicht nuzen, nicht bestellen und besten könne, die unentbehrlichen kleinen Grüben oder Wassersuchen auf seinem Grund und Boden, doch mit mög-lichster Vermeidung von Nachtheil und Schaten der unteren Nachbarn, ziehe. *) Abgesehen von speziellen Verpslichtungsgründen, entschied über den Rechtsanspruch, wie über das Maaß der Wasserentledigung, die durch die Natur unmittelbar bestimmte — und deshalb gesetzlich geschützte, — oder eine wenigstens althergebrachte Vorsluth, ingleichen die gegenseitige Lage der Grundstücke. Soweit wurde das unterhalb belegene Grundstück dem oberhalb belegenen dienstbar erachtet *) und diese allgemeine Dienstbarkeit auf solgende drei Rechtsgründe zurückgesührt: "lex., natura loci,

vetustas". *)

Diesen Prinzipien des Römischen Rechts entspricht der Code civil, welcher den Gegenstand unter den Dienstbarkeiten auf fremdem Grund und Boden behandelt und als eine aus der Lage der Orte entstehende Servitut auffaßt, zufolge dessen er sich im Art. 640. auf die drei Sätze des natürslichen Privatrechts beschränkt:

a) daß Grundstucke, welche niedriger gelegen find, von höher gelegenen das Wasser aufnehmen muffen, welches nach seinem natürlichen Laufe bavon absließt, ohne daß menschliche Sande dazu etwas beigetragen haben;

b) daß ber Eigenthumer bes unterhalb liegenden Grundflucks keinen Damm aufwerfen barf, ber biefen Abfluß verhindert, und

¹⁾ Bergl. Dig. a. a. D. L. 1. pr. §§. 1. 2. 6. 13—17., L. 2. §§. 3—5., §§. 7. 9., L. 6. pr.; Cod. III. T. XXXIV., de servitutibus et aqua, L. II. IV. VI. VII.)

²⁾ Dig. a. a. D. L. 1. §. 5.

^{3.} a. a. D. L. 23.

⁴⁾ c. c. D. L. 2. pr. — Bergl. auch Romagnosi vom Bafferleitungerecht (aberseht v. P. Niebuhr. Halle, 1840.) Einl. S. XX. ff., XXII. n. S. 189.

o) daß dagegen auch der Eigenthumer des oberen Grundstücks nichts unters nehmen darf, was die Dienstbarkeit des unterhalb liegenden Grundes erschwert.

Rulturmaaßregeln liegen außerhalb des Code civil; ihm war indeß das besondere Defret über Austrocknung von Sümpfen v. $\frac{26. \text{ Dec. } 1790}{5. \text{ Jan. } 1791}$ voransgegangen, welches ein späteres Ges. v. 16. Sept. 1807 vervoll-

ständigte.

Dagegen mar es von jeher ein hervorstehender Charafter ber Preuf. Gesetzgebung in allen die Agrarverhaltniffe berührenden Materien, daß Be Die Grundsage des reinen Privatrechts dem flaatswirthschaftlichen Gefichtspunkte der Förderung der Landeskultur unterordnete. Diefe Tendenz blieb auch späterhin auf das A. L. R., bei den Grundsäten vom Bafferrechte (I. 8. §g. 105. ff.) nicht ohne Ginfluß. Sie war — (felbst in Bezug auf diese Rechtsmaterie) — schon seit ber Restauration des Lanbes nach bem 30jährigen Kriege, namentlich unter Friedrich 1. und Friedrich Wilhelm I., sichtbar hervorgetreten und es hatte gang beson= bers diefe Richtung in der Gesetzgebung dazu beigetragen, um bie innere Rraft Breugens unter Friedrich bem Großen nach dem stebenjährigen Rriege zu heben. Geit 1807, nach dem Tilster Frieden, wurde fie die Grundlage zur Reorganisation bes Staates. Der ersten Epoche gehören die Worfluthe-Edifte v. 25. Febr. 1704, 9. Mov. 1717 und 7. Oft. 1726, ber Regierung Friedrich des Großen bas erneuerte, weit vollständigere Edift wegen zu verschaffender Vorfluth und Raumung ber Graben und Bache v. 6. Juli 1773, endlich der mit 1807 beginnenden Periode der neueren Kulturgesetzgebung das Vorfluths - Ed. v. 15. Nov. 1811 an. Zwischen den Ediften von 1773 und. 1811 liegt das A. L. R. Daffelbe führte zwar die Rechtsmaterie von der Entwässerung im Allgemeinen auf bie Grundfage des Romischen Rechts gurud (vergt. §§. 99., 100., 102. I. 8.); jedoch faßte es dieselbe abweichend davon (und vom Code civil), nicht unter bem Begriff einer gegenseitigen Dienstbarkeit, namentlich ber unterhalb belegenen Grundftude gegen die oberen, fontern wies fie in die Lehre vom Eigenthum und deffen Rechten und Einschränkungen, verflocht außerdem aber mit ihr besondere Rulturvorschriften (§§. 105. ff.), obschon mit ber Publikation des A. L. R. — zufolge Reskr. des General-Direktor. v. 13. 3an. 1795 1) - die weit burchgreifenderen Aufturbestimmungen bes allgemeinen Borfluthe. Eb. v. 6. Juli 1778 beseitigt wurden. Denn qufolge dieses letigedachten Gbifts (§. 1.) follten:

Beichthuns, alle in ben letten naffen Jahren versandeten und verschlammten Haupts, Felds, Wiesen und Abzugsschräben geräumt, und neue Wasserabzugsgräben zur Entwässerung aller wasserhaltigen Brüche, Lüche, Moraste und Riederungen, Behuss beren Ausbarmachung als Acker, Wiese oder Hütung, soweit es die Lokalität irgend gestatte, unter Aufsicht und Leitung ersahrener und vereideter, von den Krieges und Domainen-Kammern anzustellender Ingenieurs angelegt werden; wobei wegen der Breite, Tiese, Dossirung, der Benutung der Gräben als Wiehtsanken und zur Vischerei spezielle Vorschriften gegeben wurden. Sosdann aber verfügte das Edikt ferner:

a) daß die Krieges und Domainen-Kammer, wie bie Lands und Steuer-Maihe, ben Vernachlässigungen in Unterhaltung und Aufraumung der Graben und

¹⁾ N. C. C. Tom. X. Mr. 6, des Machtrags p. 1798. p. 1857., Rabe's Sampl. Bd. 3. S. 1.

Wasserleitungen, selbst wenn kein Interessent es verlangt, als einer Lans bespolizeis Sache, von Amtswegen vorzubengen hatten (5. 3.),

b) baß alle unterwärts liegende Grundherrschaften und beren Unterthanen bem oberwärts Liegenden, wenn von dessen Grund und Boden das Wasser nicht anders abzuleiten ist und ihm, wie dem Publikum, dadurch ein mehs rerer und größerer Außen zuwächst, als jenen dadurch Schaden geschieht, selbst dann, wenn sie ihrerseits davon keinen sons derlichen oder gar keinen Nupen haben, Borfluth durch Zieshung der erforderlichen neuen Gräben auf ihre, der unters halb belegenen Grundbesitzer eigene Kosten, verschaffen sols sen (\$\$. 5. 7 und 8.);

c) daß die Eigenihumer von Mühlen, wo durch Aufspannung der Muhlenwässer Grundstücke inundirt und der Wasserabsing zum Schaden eines Oritten gehemmt werde, wenn sie ihre Nühlen behalten wollen, verbunden seien, den Fluß oder Nühlbach, soweit selbiger eingespannt wird, und nach Besinden noch höher hinauf, auf beiden Seiten in Damme einzuschließen und innerhalb der Damme, soweit nöthig, einen Haupt- und Neben-Graben

anzulegen.

Das Ebift bestimmte ferner:

1) Bu a.

Graben zur Erhaltung ber Vorfluth ohne Verstattung eines Prozesses, bloß auf Beschwerbe bes oberwärts Liegenben, von dem unterhalb Liegenben, sos weit der Graben durch dessen Grund und Boden geht, nach näherer sachverständiger Bestimmung, bewirkt und diese Aufräumung nöthigenfalls auf Kosten des unterhalb Liegenden im Wege der Eretution veranlaßt werden, (S. 6.) 1);

2) Bu b.

Dagegen solle auf Grund ber Untersuchung und bes Gutachtens ber Domais nen-Rammer, und nach Besinden auderweiter sachkundiger Lokal-Untersuchung, bei überwiegendem Nupen des oberhalb belegenen Grundbesitzers auf Herstellung und Unterhaltung des neuen Grabens gegen den unterhalb belegenen auf dessen Rosten richterlich erkannt werden. (S. 10.)

Den Schaben, welcher burch Buschlammung und Berftopfung ber Graben ers wachsen, sollten die verpflichteten unterhalb belegenen Grundbefiger nach vorgans

gigem richterlichen Erfenntniß zu erfegen verbunben fein. (S. 10,)

Graben und Bache sollten jahrlich, die Sauptgraben zweimal, im Dai und Oktober, die anderen wenigstens einmal, die Feldgraben während der Brache, geshörig gereinigt und aufgenommen werden. (S. 15.)

Aehnliche Bestimmungen enthielt das für Schlesien und die Grafschaft Glat schon früher erlaffene Eb. v. 20. Dec. 1746, wegen Raumung der Flusse, Bache und Graben, auch Anlegung der Wasserleitungen
und der Vorstuth.

Das hiernächst an die Stelle des Ed. v. 6. Juli 1773 tretende A. L. R. anderte jedoch, indem es sich den Prinzipien des Römischen und gemeinen Rechts anschloß, die Vorschriften des letzgedachten Ed. in

folgenden Bunften ab:

1) in Betreff der — mehr civil = und privatrechtlichen Befugnisse der Grundbesitzer — darin, daß es durch die dem §. 99. 2) gegenüber stehende Bestimmung im §. 100. a. a. D., wonach:

2) Diefer S. verbot jede Unternehmung ober Beranberung ber nas

¹⁾ Der g. 6. des Ed. v. 6. Juli 1773 war auch in dem Chausses-Baus Regl. v. 18. April 1792 ausdrücklich bestätigt. (N. C. C. T. V. c. p. 371. Rr. 34. de 1773, n. Rabe's Samml. Bb. I. Abth. 5. S. 24.)

ber Regel nach ein Jeber bie über sein Eigenthum gehenben Graben und Ranale, burch welche bas Baffer feinen orbentlichen und gewöhnlichen Ablauf hat, ju unterhalten verbunben ift.

die Räumungspflicht der Uferbesitzer in zwiefacher Beziehung einschränkt, indem es folche

a) überhaupt nur für kunstliche (b. h. von Menschenhänden angelegte) Bafferabzüge (Graben und Kanale) bestehen ließ,

b) und auch nur insoweit anerkannte, ale biefe kunftlichen Bafferabzuge zum gewöhnlichen, in ber Regel vorkommenben, Ablaufe bes (von oberhalb abs fliegenden) Baffere bienen.

- 2) In Betreff der Rulturbefugniffe der Grundeigenthumer, resp. bes Intereffes ber allgemeinen Landes = Rultur:
- a) barin, raß es ras Recht zur Vorfluth nur auf bas wild ablaufende Waffer 1) einschränkt, - foweit beffen Abfluß nicht schon burch die bestehenden entweder natürlichen Wafferabzüge (§. 99.) ober bie fünftlichen (S. 100. a. a. O.) vermittelt ift. -

Bur Ableitung von ftebenden Gemaffern (Niederungen, Luchen u. f. w., wo das Waffer fteben bleibt und nicht abfliegen fann (vergl. oben S. 1. bes Eb. v. 6. Juli 1773), foll, zufolge S. 117. A. L. R. I. 8., die Biehung neuer Graben wider ten Willen bes Eigenthumers nicht geftattet fein.

b) Darin, daß diese Borfluth (ad a.), zu beren Gestattung ber S. 103. ben unterhalb belegenen Nachbarn im Allgemeinen verpflichtet, nicht mehr (wie die SS. 5., 7., 8. . des Ed. v. 1773 verordnen) auf Roften des unterhalb liegenden Besiters, durch deffen Grundftude der Borfluthegraben gezogen wird, fonbern ftete nur einerseits gegen vollständige Entschädigung derjenigen, welche fich die Anlage von Vorfluthegraben burch ihren Grund und Boben gefallen laffen muffen, andererseits auf Roften des Provokanten, resp. derjenigen gewährt wird, welche davon Nugen haben. (§§. 106. ff.). 2)

Doch follte auch nach dem A. L. R. die Vorfluth felbst in dem Falle gemabrt werben, wenn naturliche Sinderniffe ber Weiterschaffung des von oberhalb ber anzunehmenden Waffers entgegenstanden (S. 104.), sobald die im S. 105. naber bezeichneten Beringungen (eines betrachtlich überwie-

türlichen Wasserabzüge (Privatstuffe) zum Nachtheile ber Nachbarn und Uferbewohner. Diese Bestimmung ftand vorzüglich ben Bemafferungen entgegen; beren Befeitigung war baber eine hauptsächliche Aufgabe bes Gef. v. 28. Febr. 1843 über Benugung ber 4 rivatfluffe gur Bemafferung ber Grundflude.

¹⁾ Bergl. Dig. a. a. D. L. 1. pr. (Ulpian.):

[&]quot;Aqua, quae de coelo cadit, atque imbre excrescit, sive per se haec

Der S. 103. A. E. R. I. 8. gestattet bie Borfluth nur für "bergleichen Waffer", b. h., nach §. 102., für wild ablaufendes.

Bergl. Entsch. bes D. L. Ger. zu Ratibor v. 7. Sept. 1841 und bes Db.s Trib. v. 30. Sept. 1842 in Roch's Schlesisch. Archiv Bb. 5. S. 1. S. 133. 135. u. Bielit Abhandl. in der fameralift. Zeitung 1838. S. 300, desgl. die Erlaut. jum S. 10. bes Borfluth: Gef. v. 15. Nov. 1811 (f. unten).

²⁾ Hiermit stimmt auch bas Verfluth: (3). v. 15. Nov. 1811 (3). 15. u. 23.) überein. Bergl. bas Erf. bes Db. Trib. v. 30. Sept. 1842 (Roch's Schles. Arch. Bb. 5. S. 1. S. 129 ff.), worin bemerkt wird, bag, obschon ber S. 103. A. E. R. I. 8. unterhalb liegende Grundbesiger zur Berschaffung von Borfluth verpflichte, boch bie SS. 1Q7. ff. ergaben, daß bies nur auf Roften besjenigen gu geschehen braucht, welcher bie Borfluth verlangt.

582 Von dem Schutze u. ber Beforderung der Lanbeskultur. Wafferrecht.

genden Bortheils und ber Fabigkeit vollständiger Bergutigung bes gangen Schabens) dargethan wurden. 1)

Zweites Kapitel.

Verhältniß des Vorfluth-Gesetzes vom 15. Nov. 1811 zum Allgem. Land-Rechte und Wirkungskreis desselben.

I. Innerer Wirkungskreis bes Vorfluth - Ges. v. 15. Nov. 1811.

A. Neben dem Vorfluth-Gef. v. 15. Nov. 1811, (wie auch neben dem Gef. v. 28. Febr. 1843 betr. die Benutung der Privatsluffe zur Bewäfferung) sind die Vorschriften des A. L. R. Th. I. Tit. 8.

a) wegen Graben und Wafferleitungen, SS. 99-101., und

b) wegen Einschränkungen des Eigenthums zum Besten der Nachbarn in Ansehung der Vorfluth, SS. 102. ff.,

insoweit gultig verblieben, als sie mit demselben vereinbar und durch

daffelbe nicht ausdrücklich abgeandert, erganzt oder erweitert sind. 2)

Dies folgt einestheils aus dem Eingange des Vorfluth - Gef. v. 15. Nov. 1811, wonach nur "nähere Bestimmungen zur Beseitigung der Nachtheile des Wasseranstaues bei Mühlen und des Verfahrens bei Ansordnung der Vorsluth" erlassen werden, anderntheils daraus, daß das S. v. 15. Nov. 1811 nur einzelne Bestimmungen des A. L. R., namentlich in seinem S. 14. den S. 117. A. L. R. I. 8., ausdrücklich abändert, — hier mit dem Beisügen: "daß in soweit eine Ausnahme von dem entgegenstehenden Geset (S. 117. a. a. D.) nach gegeben werde."

B. Das Vorfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811, welches im S. 24. des Landfult. Ed. v. 14. Sept. 1811 bereits angekündigt war, ift ein Stück der Preuß. Kulturgesetzgebung, während es sich andererseits an die SS. 105. sf. A. L. R. I. 8. anschließt. Der S. 105. a. a. O. sprach nur allgemein aus, daß der Staat unter den daselbst angegebenen

2) Dies nimmt auch Bielit in ben Abhandl. in der kameralik. Zeit. Jahrg. IV. S. 300. im Gegensate zu Bornemann (Spstem bes A. E. R. Bb. 2. S. 241) mit Recht an und es ist dies nach den weiter unten gedachten, überall auf die Vorschriften des A. E. R. Bezug nehmenden Entscheidungen und Restripten außer Zweifel.

Wenn bei ber Geseprevisson (Pons. XIII. Motive zum Tit. 8. 55. 78 — 88. bes Entw. S. 63) bemerkt worden: "daß gleichwie das A. L. R. alle älteren Vorstuthsverordnungen aufgehoben habe, späterhin an deffen Stelle in Betreff dies ser Materie das Borstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811 getreten sei", so ist diese Ansicht im Allgemeinen nicht richtig.

¹⁾ Ueber das Motiv zu der im Texte unter 2. b. gedachten Abweichung des A. L. R. von dem Ed. v. 1773 spricht sich Suarez in den amtlichen Borträgen bei der Schlußrevision des A. L. R. Art. 8. SS. 106—117 dahin aus: "Es sei die Disposition des Borsluths-Ed. v. 1773, wonach der unterhalb gelegene Rachs dar die Borsluth auf seine eigene Kosten, ohne Unterschied der Fälle, ob er davon Nußen habe oder nicht, verschaffen musse, äußerst unbillig und beinahe außer Obsservanz gesommen, wogegen die im Land-Recht angenommenen Prinzipien in sehr vielen Fällen bereits vom Finanz-Depart. selbst befolgt, in anderen durch landess herrliche Berordnungen genehmigt worden, überdieß mit den principiis juris communis völlig übereinstimmten, nach denen Niemand angehalten werden könne, den Bortheil des Andern mit seinem eigenen Schaden zu befördern." (Jahrb. Bd. 41. H. S. 81. S. 10.)

Bebingungen (jedoch immer nur innerhalb der Zwecke und Grenzen der SS. 102. und 103. a. a. D.) einen unterhalb belegenen Grundbesitzer zum Bortheil eines oberen zur Gestattung der Vorfluth anhalten könne. Dasgegen

1) erweitert nun das Borfluth - Gef. die materiellen Rechte der Grundbesitzer auf Vorfluth, und zwar theils den Stauberechtigten, theils

anderen Grundbesitzern gegenüber; (§g. 1. ff. §g. 11—14.);

2) giebt es nabere Bestimmungen:

a) über bie Behörben, welche im Auftrage bes Staates jene erweiterten masteriellen Befugniffe in Wirfsamkeit zu sepen haben (§ 2. 6. 15.),

b) Aber bas babei anzuwenbenbe Berfahren (§ 5. 3. ff. § §. 16. ff.),

c) verfügt es im §. 10. über bie Ranmung ber fünstlichen Wasserabzüge burch bie Polizeibehörben.

Wie jedes Kulturgesetz, so ist auch das Vorstuth-Ges. nur wirksam — sei es in Folge einer ausdrücklichen Provokation von betheiligten Privaten, sei es ohne eine solche — für den besonderen Zweck der Ausführung bestimmter, im Kulturgesetze gestatteter Maaßregeln zur Verbesserung des bestehenden Justandes.

Soweit es sich nicht um die Ausführung von Kulturmaaßregeln handelt, welche in den Wirkungsfreis des Vorsluth-Ges. v. 15. Nov. 1811 hineinfallen, sind, außerhalb desselben, die betreffenden Bestimmungen des A. L. R. auch für die dem Wasserrechte angehörigen Verhältnisse, insbeson-

dere für die Rechte der Partheien, maakgebend.

C. Bu ben fortgeltenben Bestimmungen bes A. L. R. I. 8.

gehören namentlich:

1) der S. 99., wonach zum Nachtheile der Nachbarn und Uferbewohner durch Hemmung des Ablaufs der Privatstüffe nichts unternommen oder verändert werden dars. Der S. 99. gewährleistet die Aufrechthaltung des Justandes der Vorfluthsverhältnisse mittelst der natürlichen Wasserabzüge (Privatstüffe und Bäche). Er steht neuen, der Vodenkultur schädlichen Anlagen von Stauwerken entgegen, soweit nicht solche, nach Inhalt des neueren Ges. v. 28. Febr. 1843 wegen Benutzung der Privatstüsse zu Bewässerungen, wieder gestattet worden sind;

2) der §. 100., worin die rechtliche Grundlage zum polizeilichen Ber-

fahren nach S. 10. des Borfluth = Gef. gegeben ift;

3) die Bestimmung im S. 101. wegen Unterhaltung von Scheides graben; Seitens ber beiderseitigen Nachbarn, bis zur Mitte des Grabens.

4) die SS. 106. u. 107. in Betreff bes Beitrageverhaltniffes zu ben

Unlagekoften neuer Borfluthegraben;

- 5) die §§. 109—116. betr. die Anlage = und Unterhaltungs = Koften für neue Brücken und resp. Verbreiterung von Graben, welche als Anleistung auch für die Schiedsrichter bei Vollziehung des von der Provinzials-Begierung festgesetzten Plans, und für Bestimmung der Entschädigung und der Beiträge zur Unterhaltung dienen.
- D. Gleich den vorstehend gedachten Bestimmungen des A. L. R. sind auch die durch letteres nicht aufgehobenen provinzialrechtlichen Bestimsmungen, namentlich aus dem Vorstuth Ed. für Schlesten v. 20. Dec. 1746 und aus der Schlesischen Mühlen D. v. 28. Aug. 1777 neben dem Vorstuth G. v. 15. Nov. 1811 gültig verblieben. (Vergl. unten).
- II. Aeußerer Wirkungstreis des Vorfluth = Gef. v. 15. Nov. 1811.

Der außere Wirkungsfreis des Borfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811

584 Von bem Schute-u. ber Beforberung ber Landeskultur. Wafferrecht.

erstreckt sich über alle diejenigen Landestheile, in welchen das A. L. M. Gesetzestraft hat.

1) Die K. O. v. 6. Jan. 1817 (Bergius Erg. zur Ges. Samml. S. 37, vergl. auch S. 409) spricht aus: "daß dasselbe in der Provinz

Sachfen als publicirt anzuseben."

2) Das, im Einverständniß mit den Min. des H. und des J., unterm 21. Febr. 1818 erlassene R. des Just. Min. (v. K. Jahrb. Bd. 11. S. 6) resolvirt für die neu und wieder erworbenen Landestheile auf die Anfrage des Ober-Landes-Gerichts zu Münster:

daß das Borfluth:Ges. mit bem A. E. R. in Kraft übergegangen sei und zur Anwendung kommen muffe, weil es seiner ganzen Fassung nach mit dem A. E. R. in Berbindung stehe, indem daburch Bestimmungen der Gesetzebung, welche ledigs lich dem Privatrechte angehören, abgeändert worden seien.

Drittes Kapitel.

Erläuterung der einzelnen Bestimmungen des Vorsluth-Gesetzes v. 15. Nov. 1811 und der späteren, dasselbe ergänzenden Gesetze v. 23. Jan. 1846 und 11. Mai 1853.

Erfter Titel.

Von der Feststellung ber Sobe des Wasserstandes bei Stauungsanlagen durch Setzung des Merkpfahls.

(\$\$. 1-9. Borfluthe - Gef. v. 15. Nov. 1811).

Dieser Abschnitt tes Ges. v. 15. Nov. 1811, welcher die § 1. 1—9. umfaßt, bezieht sich ebensowohl auf öffentliche, wie auf Privats Flüsse, ferner ebensowohl auf natürliche Borfluthkanäle — Ströme, Bäche und Mühlenfließe, — als auf künstliche Basserabzüge — Mühlgräben und andere Wassergerinne, — in denen Stauanlagen besindlich, die der Fabrikation, Fischerei, oder Wiesensbewässerung dienen.

I. .

Antrag auf Merkpfahlsetzung. 1)

(§. 1. des Vorfluth-Ges. v. 15. Nov. 15. Nov. 1811).

1) Der Merkpfahl hat ten Zweck, ben angemeffenen Wafferstand für die Mühle zc. im Interesse ber Bobenkultur außerlich erkennbar zu fixiren 2), sei es, daß berselbe bereits durch spezielle Rechtstitel (Berträge,

2) 3m S. 5. ber Muhlen Drb. für bas Bergogihum Schlesien und bie

¹⁾ Das C. R. ber Reg. zu Posen v. 15. Aug. 1834 (v. R. Ann. Bb. 18. S. 859. Nr. 147) hat die Landrathe angewiesen, die Wassermühlenbester zu verspsichten, daß da, wo sich noch keine Merkyfähle vorsinden, auch die Lage des Fachebaums durch ein Nivellement in Rücksicht auf unverrückbare Punkte noch nicht sestgekellt ift, das Lettere zu bewirfen und über das durch einen Sachverständigen vorzunehmende Nivellement ein Protokoll ausnehmen zu lassen, und sei jedenfalls bei Umlegung eines Fachbaums in Folge von Reparaturen Anzeige zu erstatten und die Lage des alten Fachbaums durch die Baubeamten festzustellen.

Berleihungen ober rechtsverjährten Besitz) ober durch frühere rechtskräftige Urtheile bestimmt ist, oder unter Berücksichtigung des gegenseitigen Interesses der Bodenkultur und der Stauberechtigten durch sachverständige Kommissarien erst bestimmt werden muß, oder aber unter deren Vermittelung zwissen den Betheiligten vereinbart wird.

Derfelbe soll die zulässige Wasserstauhohe über dem Fachbaum bezeichnen. Er muß freistehen und sichtbar sei, damit ein jeder sofort erkennen könne, ob der Triebwerksbesitzer seine Staubefugniß überschreitet. (Bergl. R. des Min. des J. v. 3. Oft. 1845 '), Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 356, Nr. 407.).

Ueber die Einrichtung des Merkpfahls und fein Berhaltniß zum Fachbaum ertheilt der S. 3. nahere Anweisungen. 2)

2) Vom Merkpfahle ist der s. g. Sicherpfahl zu unterscheiden. *) Derselbe dient dazu, die Lage des Fachbaums und des ganzen Mühlen-werks unverrückbar zu bezeichnen und sicherer festzustellen, als es durch einen frei stehenden Pfahl geschehen kann, zu welchem Ende derselbe tief eingegraben, sorgfältig umschlossen und mit Erde bedeckt wird. (Vergl. R. des Min. des J. v. 3. Okt. 1845, Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 356, Nr. 407.). 4)

Grafschaft Glat v. 28. Aug. 1777 (Korn's Eb.: Samml. Bb. 15. S. 279) ift ber Zweck ber Merkpfähle ober Mahlpfähle (sonst auch Spiegelpfähle genannt) bahin angegeben, "daß baburch bas Wassermaaß von der erlaubten ober unerlaube ten Anschwellung des Wassers bestimmt werden solle."

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 838.

²⁾ Bergl. a) bie speziellen Borschriften über bie Anfertigung und Ginrichtung bes Merkpfahle und beffen Verhältniß zum Sicherpfahl im S. 5. ber Schlesischen Mühlen Drbn. v. 28. Aug. 1777 a. a. D., beegl. b) ben S. 4. berfelben über die Legung der Fachbaume oder Grunds, Sohls und Sattelbaume, Schwellen, Ueberfalle und Behre; c) über bie Ausübung ber Aufficht bes Staats bei Dluhlenbauten §S. 243. ff.- A. E. R. II. 15. und §S. 5. und 6. bes Ed. v. 28. Oft. 1810 (G. S. 1810. S. 95); d) bas Bubl. ber Reg. zu Ronigsberg wegen Beschaffung ber Verfluth v. 8. Marz 1818 (v. R. Ann. Bb. 2. S. 142 ff.), wels ches junachst eine besondere Aufmerksamkeit auf die Vorflutheangelegenheiten ems pfiehlt und zur Anbringung ber Autrage auch in ben Fällen, in welchen bie uns mittelbare Entscheidung ober Bestätigung ber Berhandlungen Seitens ber Regies rung nothwendig ift, bei bem Candratheamte anweist, und alebann (mit Bezugnahme auf S. 243. A. E. R. II. 15. und S. 5. bee Eb. v. 28. Oft. 1810, G. S. 1810. S. 95) verfügt, "bag tein Müller ober sonftiger Raumungeberechtigter ohne Genehmigung ber Regierung Erhöhungen bes Fachbaums, Beranberung bes Sicherpfahls und überhaupt solche Beränberungen in ber Stanungsanlage vornehmen burfe, woburch bas Baffer an fich hoher ober niediger wurde gehalten werben können, als bies früher ber Fall gewesen. Darauf follen sammtliche örtliche Polizeibehörden bei allen Reubauten ober haupt-Reparaturen von Amiswegen seben.

³⁾ Das A. E. R. II. 15. S. 243. spricht nur vom Sich erpfahl neben bem Fachbaum. — Bergl. S. 5. ber Schlesisch. Muhlen. D. v. 28. Aug. 1777.

⁴⁾ a) Bergl., in Bb. I. S. 838. — b) Bergl. über die Sehung der Sicherpfähle bet jeter Mühle die Bestimmung im S. 3. der Schlesschen Mühslen D. v. 28. Aug. 1777, welche Bestimmung als eine provinzialrechtliche ihre Bültigkeit behalten hat, da das BorsinthsGes. über die Sehung von Sicherpfählen nichts versügt, dasselbe vielmehr nur von Merspfählen handelt, hinschtlich welcher die Borschriften des BorsluthsGes. v. 15. Nov. 1811 dem Schlesschen NächlensEd. v. 28. Aug. 1777 derogiren. (Vergl. das oben alleg. R. v. 3. Oft. 1845, serner Wenzel Prov. Necht des Herzogthums Schlessen und der Grasschaft Glat S. 88. S. 23 und die Motive dazu S. 217. 218—220, ingl. den Auszug der Schles. MühlensD. S. 507, svdann auch den rev. Entw. des Prov. Rechts des Herzgogthums Schlessen und der Grafschaft Glat, Berlin, 1841. Th. I. S. 166. und Motive dazu S. 129 und 130.

3) Die Legitimation zum Antrage auf Setung des Mertpfahls ift burch das notorische ober nachzuweisende Interesse bei der Sache bedingt.

4) Aufbringung der Roften für Setzung der Mertpfable.

Vergl. :

- a) R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth. v. 20. Jan. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 57, Nr. 101.);
 - b) R. tesselb. Min. v. 25. April 1840 (a. a. D. S. 182, Rr. 304.);
 - c) R. desselb. Min. v. 29. Juni 1840 (a. a. D. S. 260, Nr. 456.).

Vergl. diese R. in Bd. I. S. 836-838.

d) Die Rosten wegen Setzung des Sicherpsahls nach §. 3. der Schlesischen Mühlen-D. v. 28. Aug. 1777 fallen dem Stauberechtigten allein zur Last. (Vergl. das R. des Min. des J. v. 3. Ost. 1845 1) [Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 356, Nr. 407.), desgl. §. 167. des revid. Entw. des Prov. Rechts sür Schlesien 2c. (S. 4, Th. I.) und Motive S. 130, nehft §. 3. der Schlesischen Rühlen-D. v. 28. Aug. 1777).

e) Nach der R. D. v. 24. März 1839 sind alle in Deichbau= und Vorfluths=Angelegenheiten bei den Verwaltungs=Behörden vorkommenden Gesuche und Verhandlungen stempelfrei. (C. A. des Fin. Min. v. 7. Mai 1839, Centralbl. des Fin. Min. 1839. S. 151,

Nr. 96.). 2)

II.

Rommiffarisches Berfahren.

(S. 2. des Worfluth = Gef. v. 15. Nov. 1811).

1) Die Provokation auf Setzung des Merkpfahls ist bei der Regierung als Landespolizeibehörde (nach Besinden durch Vermittelung des Landraths) anzubringen.

2) Die Regierung ernennt nach ihrem Ermeffen, aus ihrer Mitte ober sonft, einen ober mehrere sachverständige Kommissarien (Waffer- und

Mühlen = Bauverftandige).

3) Bei den Verhandlungen über die Setzung des Merkpfahls hat stets das Gericht, resp. ein von demselben dazu kommittirtes Mitglied desjenigen Gerichts mitzuwirken, in dessen Bezirk die Mühle liegt.

- 4) Es ist erforderlich, daß die Interessenten, Proposant und Stausberechtigter, bei der Verhandlung zugezogen und mit ihren Anträgen geshört werden. Außerdem ist es zweckmäßig, auch diejenigen Grundstücksund Wassertiebwerks=Besitzer zu hören, welche den Verhältnissen zufolge dabei interessen. 3) (Bergl. §§. 4. und 5. und die Erläut. bazu).
- 5) Darüber, ob die von der Prov.-Regierung beauftragten Kommisssein die technischen Anordnungen und die Festsetzung der Wasserstandshöhe vermittelst des Merkpfahls selbstständig zu treffen, oder nach unterssuchter Sache mit Einreichung der Verhandlungen und ihres Gutachtens

2) Vergl. auch bas C. R. bes Just. Min. v. 19. Mai 1852 betr. bie Stems pels, Portos und Gebührenfreiheit für Verhandlungen in Angelegenheiten ber

schwarzen Elster. (Inft. Min. Bl. 1852. S. 199.)

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 838.

³⁾ In Beireff des Berfahrens der Regierungen bei Festsetzung des zulässigen Wasserstandes Behufs Ertheilung der polizeilichen Konzession zu den durch Wasserstraft bewegten Triedwerken (§§. 27 n. 28. der Gewerbes D. v. 17. Jan. 1845, G. 6. 1845. S. 46), vergl. das C. R. des Min. des J. und der F. v. 14. Juni 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 136. Rr. 177.). Vergl. v. Ronne's Geswerbes Pol. Bd. 2. S. 75—76.

zur schließlichen Entscheidung ber Provinzialpolizeibehörde zu berichten haben, hat jedesmal die Regierung zu bestimmen.

6) Die zugezogene Gerichtsperson konkurrirt nicht blos Behuss ber Beglaubigung ber Verhandlungen über bie Regulirung des Wafferstandes, sondern sie hat auch bafür zu sorgen,

daß die etwa vorhandenen, den Wasserstand bestimmenden Urtheile, Berträge u. s. w. berücksichtigt, die zur gerichtlichen Erörterung geeigneten Streitigkeiten wirklich dahin verwiesen, bei der Sesung von Merkpfählen die gesetzlichen Borsschriften befolgt, daß die Interessenten zur Sache gehörig ermittelt, legitimizt und zugezogen und über den Akt selbst vollständige, materiell und formell genügende Verhandlungen aufgenommen, insbesondere die Resultate, wie die Wirkung des Regulativs in Beziehung auf alle Interessenten und alle dabei zu beobachtenden Fälle klar und bestimmt ausgedrückt und niedergeschrieben werden.

Beibe, die von der Regierung, wie bie vom Gericht ernannten Komntiffarien, sind als Konkommissarien zu betrachten, welche die Angelegenheit im gegenseitigen Einverständniß zu behandeln haben.

Vergl. das R. des Min. des J. und d. P. v. 14. Mai 1839 und des Just. Min. v. 5. April 1839 1) (v. R. Ann. Bd. 23. S. 468) und insebesondere über die Kompetenz der zugezogenen Gerichtsperson das C. R. der Min. des J. für Gew. Ang. und der Just. b. 12. Mai 1834 2) (v. K. Jahrb. Bd. 43. S. 483, u. v. K. Ann. Bd. 18. S. 543, 2. — 168).

III.

Nähere Bezeichnung des Bafferftandes.

(S. 3. des Worfluth-Gef. v. 15. Nov. 1811).

Der S. 3. ordnet in Betreff der Art ber Bezeichnung des Baf- ferftanbes an:

1) die gang deutlich kennbare Bezeichnung des zulässigen höchsten Wasserstandes am Merkpfahle, und zwar a) sowohl für die Sommers, als b)
für die Winterperiode, ferner

2) bie auf Nivellement gegründete Vergleichung des einen, wie des anderen am Merkpfahle bezeichneten Wasserstandes, resp. des solchergestalt bezeiche neten Merkpfahls mit drei anderen Bunkten, und zwar a) mit dem Fache baum der Mahlschleuse, b) mit dem Fachbaum der Freischleuse, und c) mit noch einem anderen nahen, unverrückbaren Gegenstande;

3) foll jene Bezeichnung und biese Bergleichung urfundlich jum Protokoll feste gestellt werben;

4) daffelbe foll im umgekehrten Falle für ben niedrigken julassigen Baffers fand in ahnlicher Weise geschehen, wenn zur Erhaltung ber Schiffbarkeit eines Gewässers das Oberwasser ber Mühle in einer bestimmten Sohe geshalten werden muß.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 840.

²⁾ Chendas. S. 839.

³⁾ Vergl. z. B. tas Regl. über bas Wasserhalten bei ben Königl. Werken und Mühlen im Finow: Ranal v. 22. Jan. 1747 [C. C. M. Cont. III. XV.] und ben Erlaß v. 10. Juni 1848 betr. die Abanderung der Strafbestimmung im S. 2. besselben. (G. S. 1848. S. 162.) —

IV.

Definitive Festsetzung ber Sobe des Wasserstandes, sowie des Merkpfahls, und Regulirung des Interimistitums.

(§§. 4-7. des Borfluth - Gef. v. 15. Nov. 1811).

- I. Rechtsgrundlagen bei der Setung des Merkpfahls und Bulaffigkeit des Rechtsweges.
 - A. Rechtsgrundlagen. (§S. 4. u. 5.). In dieser Beziehung kommen in Betracht:

1) junachft: a) die vorhandenen rechtsfraftigen Erkenntniffe, oder

b) rechtsgultige Bertrage, Berleihung oder rechtsverjahrter Befit;

2) sodann — in Ermangelung derartiger spezieller Rechtstitel (ad 1.), durch welche der Wasserstand klar bestimmt wird — die Festsetzung der von der Regierung ernannten sachverständigen Kommissarien, oder der Regierung selbst 1) nach dem für ihre Entscheidungen vorgeschriebenen Grundsate, "daß dabei das Interesse der Bodenkultur und des Stauberechtigten möglichst vereinigt werde". 2)

- a) Das kommissarische und landesvolizeiliche Versahren wegen Setzung bes Merkpfahls mit Zugrundelegung vorhandener rechtskrästiger Erkenntnisse, sosern diese den Wasserstand vollständig und zweisellos bestimmen, wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß diese Judikate nicht mehr, zufolge S. 3. A. G. D. I. 24, in Verbindung mit S. 148. des Anh. dazu, und S. 1. Nr. 3. der B. v. 1. Juni 1833 (G. S. 1833. S. 37), vollstreckbar sind. Bestreitet aber der eine Theil die Gültigkeit oder Anwendbarkeit der speziellen Rechtstitel, worauf sich der andere Theil beruft, so muß die schließliche Setzung des Merkpfahls einskweilen ausgesetzt, dagegen die Sache zuvor in den Rechtsweg verwiesen und das richterliche Endurtheil, wie dessen Rechtskraft, abgewartet werden.
 - b) Ballt bies babin aus:

baß bie Dohe bes Wasserstandes weber burch rechtsgultige Bertrage, noch durch Berleihung oder rechtsverjährten Besit für bestimmt zu erachten und demnächst beren Seststellung an die Provinzial-Polizeibehörde zu verweisen sei *),

so tritt alsdann die kommissarische und landespolizeiliche Entscheidung über die sestzusesende Sohe des Wasserstandes nach Maaßgabe des im S. 5. (am Schlusse) gedachten Prinzips (zu 2.) ein; wogegen, wenn das richterliche Erkenntniß unmittelbar selbst über diese Höhe entschieden hat, die Setzung des Merkpfahls Seitens der Kommissarien (S. 2.) unter Zugrundelegung und nach Inhalt des richterlichen Urtheils erfolgt. Das Erstere greist auch dann Platz, wenn sosort unter den Betheiligten darüber Einverständniß herrscht, daß der Wasserstand durch keinen speziellen Rechtstitel klar bestimmt sei. — Jedoch kann nach S. 6. die Provinzialbehörde (Regierung) in den Fällen, in welchen die Sache zum Rechtswege verwiesen wird, einstweisen, bis zur rechtskräftigen richterlichen Entscheidung,

1) Bergl. R. bes Min. bes J. u. b. P. v. 14. Mai 1839 und bes Justizs Min. v. 5. April ej. a. (f, in Bb. I. S. 000).

3) Bergl. in Betreff biefer Formulirung bas in ben Entsch. bes Ob. Arib.

Bb. 17. 6. 74. angeführte Appell.-Erkenninis.

²⁾ Achnlich bestimmt ber Art. 645. des Code civil: "S'il s'élève une contestation entre les propriétaires, auxquels ces eaux peuvent être utiles, les tribunaux, en prononçant, doivent concilier l'intérêt de l'agriculture avec le respect dû à la propriété; et, dans tous les cas les règlemens particuliers et locaux sur le cours et l'usage des eaux doivent être observés."

den Wasserstand durch ein Interimistifum reguliren. (Bergl. die Erläut.

unten jum §. 6.).

B. Bulassigkeit bes Rechtsweges in den Falben der SS. 4. und 5. wie auch im Allgemeinen bei Streitigkeiten in Bor-fluthsangelegenheiten. 1)

1) Das R. des Min. des J., landw. Abth. v. 24. Febr. 1840. 2)

(Min. Bl. b. i. B. 1840. S. 181, Nr. 303) widerlegt die Ansicht:

-als ob nach dem G. v. 15. Nov. 1811 alle Streitigkeiten in Borfluths-Ansgelegenheiten mit ganzlicher Ausschließung des Rechtsweges lediglich vor die Polizzeibehörden gehörten",

und bemerft,

baß vielmehr bas Eb. selbst mehrfach und ausbrücklich die eiwanigen Streitigs keiten zur richterlichen Entscheidung verweise, z. B. in den SS. 4. und 20., und den Rechtsweg, soweit solcher früher überhaupt zulässig gewesen, nur in den daselbst ausdrücklich hervorgehobenen Fällen ausschließe; ein vorläusiges Einschreisten der Polizeibehörde mit interimistischen Maaßregeln sei nur dei offenbarer Gestahr im Berzuge gerechtfertigt.

2) Das Erk. des Kompetenzgerichtshofes v. 8. Juni 1848 erklärt ben Rechtsweg für zulässig und verwirft den erhobenen Kompetenzkonslikt wegen eines Antrages auf Wegnahme event. Deffnung der im Bette eines Privatsuffusse auf einem gutsherrlichen Terrain errichteten Schleuse, welche angeblich zur Aussührung einer umfassenden Wiesenüberrieselung unternommen sei, indem es bemerkt:

"Das Recht zum Aufstauen des Wassers im Flußbette sei von einer Seite, theils auf Grund der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über gesetwidrige Eins griffe in fremdes Eigenthum, theils auf Grund eines behaupteten Versprechens wegen Dessnung und Wegnahme der Schleuse zum herbst We Jahres 1845, bestritten, während von der anderen Seite auf Verjährung Bezug genommen sei; sonach ware der Streit rein privatrechtlicher Natur. (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 276. Nr. 319., Just. Min. Bl. 1848. S. 301, Ulrich's Präjudiz. des Komspetenzgerichtshoses, S. 34. Nr. 41.)

3) In dem Erk. v. 14. Sept. 1848 erklärt der Kompetenzgerichtshof in der Streitsache zwischen den Bestigern resp. einer Ober- und einer Unter-Mühle wegen Erniedrigung eines Wehrs bis auf die durch den vorhandenen Merkpfahl bezeichnete Höhe, den Rechtsweg für zulässig.

Denn die Ansicht, daß nach dem Borfluth Ges. bei Streitigkeiten über die von den Stauungsberechtigten inne zu haltende Höhe des Wasserstandes überall da, wo ein polizeilich noch nicht regulirter Merkpfahl vorhanden ist (dessen Existenz im vorliegenden Falle bestritten war), vor allen Dingen auf Regulirung der Sache bei der Landespolizeibehörde angetragen werden musse, sei unrichtig, vielmehr besschänke sich, laut §. 1. des Ges., die Anordnung eines Administrativ Berfahrens auf den Sat, daß der Besther eines polizeilich noch nicht regulirten Stauwerks sich die Setzung eines Merkpfahls auf Anirag dessen, der dabei intersessirt, gefallen lassen musse. Es hänge von dem dem Stauwerksbesther gegens überstehenden Interessenten ab, ob er seine Beschwerde gegen den erstern im Wege einer Provokation auf polizeiliche Setzung des Merkpfahls versolgen wolle oder nicht; es sei ihm vielmehr die Wahl des Rechtsweges nicht beschränkt, falls er diesen vorziehe. Außerdem sei es, ganz abgesehen von behaupteten Rechtstiteln, auch unrichtig, daß das Borstuthsch. gewisse Fälle von Rechtskreitigkeiten über die

¹⁾ Bergl. das Erk. des III. Sen. des Db. Trib. v. 25. Nov. 1853 über die Unstatthaftigkeit des Rechtsweges gegen "polizeiliche Berfügungen" in Borstuths, Strom, Deich und Brücken-Angelegenheiten. (Striethorst's Arch. Bb. 11. S. 63. Rr. 15.)
2) Bergl. in Bb. I. S. 841.

590 Bon bem Schute u. ber Beforderung der Landeskultur: Wafferrecht.

Hohe bes Wasserstandes, der Entscheidung der Landes-Polizeibehörde allein vorbehalten habe; vielmehr ergebe sich das Gegentheil aus den SS. 4 und 5. Bei Rechtsstreitigkeiten über bie Höhe des Wasserstandes gebühre die Entscheis dung nicht den Polizeibehörden, sondern stets nur den Gerichten. (Just. Min. Bl. 1848. S. 439.)

4) Auf Streitigkeiten zwischen Stauungsberechtigten unterseinander über das Recht zur Benutung des Wassers, sindet die Vorschrift des S. 5. des Vorsluth = Ed., wonach, "wenn keine klaren Bestimmungen des Wasserstandes vorgelegt werden konnen, dieselben durch Kommissarien sestgestellt werden und gegen deren Bestimmungen keine Besichwerde bei den Gerichten, sondern nur Rekurs an die obere Polizeibehörde statisinden soll", keine Anwendung.

Angenommen von dem Ob. Trib. durch den Plenar - Beschluß v. 8. Jan. 1849. 1) (Praj. Mr. 2088, Enisch. Bd. 17. S. 73, n. Just. Min. Bl.

1849. S. 211).

5) Dagegen hat das R. des Min. für landw. Ang. v. 11. Marz 1850 2) (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 69, Nr. 83.) ausgesprochen,

daß der Plenar-Befchl. v. 8. Jan. 1849 der bisherigen Praxis entgegen und als Richtschnur fur die Verwaltung nicht anzunehmen sei.

- II. Refursverfahren und Rechtsmittel.
 - (S. 5. [am Schluffe] bes Worfluth Gef. v. 15. Nov. 1811).
- 1) Das treitägige Fatale für Rechtsmittel in Bausachen ist auf Prozessesse, von denen der J. 5. des Ges. v. 15, Nov. 1811 handelt, nicht anzu-wenden.

Angenommen von dem II. Sen. des Db. Trib. unterm 9. Nov. 1842

(Praj. Nr. 1377., Prajub. Samml. des Ob. Trib. S. 323).

2) Das &. bes Min. für Gew. Ang. v. 19. Marg 1837 3) (v. K. Mun. Bb. 21. S. 79) bemerkt,

baß gegen bie Bescheibe ber Reg. in Borfluthes, Grabenreinigunges und ahns lichen Sachen, welche nach kontradiktorischer Erörterung ergehen, ber Rekurs als ein sommliches Rechtmittel zulässig sei, und die Festsehung ber bestimmten Frist zu bessen Ginlegung der Analogie eines prozessualischen Berfahrens entspreche. *)

3) Die Frist ist nach S. 7. der B. v. 5. Mai 1838 auf resp. 12 und 6 Wochen erweitert. 5)

3) Bergl. in Bb. I. S. 841—842.

5) Die B, v. 5. Mai 1838 wendet die Bestimmungen ber §S. 21. und 22.

¹⁾ Die Frage: ob der S. 5. auf Streitigkeiten zwischen Stauungsberechtigten untereinander über das Recht zur Wasserbenutzung und den Wasserstand Anwens dung sinde? (Bergl. S. 23. des G. v. 28. Febr. 1843 wegen Benutzung der Pris vatslüsse zu Bewässerungen), ist früher bei den Gerichten kontrovers gewesen. Uebereinstimmend mit dem Plenarbeschl. des Ob.-Trib. v. 8. Jan. 1849 ist dieselbe von dem (vormaligen) L. u. St. Ger. zu Arnsberg (in dem Erk. v. 9. März 1846) entschieden (Dr. Sommer's Arnsb. Arch. Bd. 13. S. 597), desgl. von dem Ob.-Trib. durch Erk. v. 31. Aug. 1847 (a. a. O. S. 614); entgegens gesetzt hingegen von dem (vormal.) Ob. L. Ger. zu Arnsberg in dem Erk. v. 5. Aug. 1846 (a. a. O. S. 604), ingl. von dem III. Sen. des Ob.-Trib. in dem Erk. v. 10. Okt. 1848 (Präsind. Mr. 2056., Präsud. Samms. d. Ob.-Trib. S. 323.)

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 841.

⁴⁾ Dagegen ist die in dem gedachten R. gegebene Anweisung zur Belehrung der Interessenten über die Zulässigkeit des Rechtsmittels und die Frist der Einles gung desselben mit Rücksicht auf §. 2. der V. v. 5. Mai 1838 (G. S. 1838, S. 273) für antiquirt zu erachten.

4) Die höhere Polizeibehörde, an welche ber Refpre von den Entscheidungen der Provinzial-Regierung oder den Festsetzungen der von ihr ernannten sachverständigen Kommissarien, wenn diesen die Entscheidung allein überlassen worden, ergeht, ist gegenwärtig das Min. für landw. Ang. (Vergl. den Allerh. Erl. v. 17. April 1848. Nr. 2, in Verdindung mit dem Allerh. Erl. v. 25. Juni 1848, s. in Bd. I. S. 1 u. 2).

II. Polizeiliche Regulirung eines Interimistikums.

(§. 6. des Vorfluth = Gef. v. 15. Nov. 1811).

1) Durch die R. D. v. 25. Aug. 1832 1) (Just. Min. Bl. 1840. S. 129 u. Min. Bl. d. i. V. 1840. S. 116) ist die Bestimmung des S. 6. des Ges. v. 15. Nov. 1811 wegen Festsetzung von Interimistisen in Betreff des Wasserstaues bei Mühlen auf Vorsluthssachen überhaupt, insbesondere also auch auf die Fälle des S. 10. für anwendbar erklärt. (Vergl. C. R. des Min. des I. für H. u. Gew. v. 28. Juni 1833 [v. R. Ann. Bd. 17. S. 517 Nr. 168.], welches den Gerichtsbehörden durch das C. R. des Just. Min. v. 15. Juli 1833 [v. R. Jahrb. Bd. 42. S. 83] mitgetheilt ist.

2) Die Festsetzung des nach S. 6. gestatteten Interimistikums ist von der Prov.-Reg. selbst zu treffen und kann nicht dem Landrath oder einem

andern Kommiffarius der Reg. überlaffen werden.

3) Ob in den einzelnen Fällen ein solches Interimististum zu regusliren sei, bleibt der Beurtheilung der Reg. in jedem Falle vorbehalten und hängt davon ab, ob besondere überwiegende Nachtheile mit der einstweiligen Vortdauer des zuvor im Wege des Prozesses durch richterliche Entscheidung sestzustellenden Wasserstandes für die Gegend oder für die dabei Betheisligten verbunden sind. (Bergl. die unten zum S. 10. alleg. Min. R. v. 19. und 28. März 1840 u. 29. Jan. 1847, [s. in Bd. I. S. 842, 843 u. 847], ingl. S. 3. des G. v. 11. Diai 1842).

4) Auch in den Vorstuthssachen finden nur diesenigen allgemeinen Kompetenzen und Befuguisse der Polizeibehörden Anwendung, welche densselben, früher im S. 39. der V. v. 26. Dec. 1808 und im S. 11. der Beg. Instr. v. 23. Okt. 1817, gegenwärtig in dem an dessen Stelle ge-

tretenen S. 3. des Gef. v. 11. Mai 1842 beigelegt find.

Deshalb ist auch die in den Fällen des S. 5. Alin. 1. u. S. 10. zu treffende Kestsetung der Polizeibehörde, so lange der Rechtsstreit über den Wasserstand oder die Räumungspslicht schwebt, stets nur eine interimistische; allein in dem Falle, wenn entweder nach dem Einverständnis der Partheien oder zufolge der richterlichen Entscheidung (vergl. die Erläut. zum S. 5:) eine klare Bestimmung zur Normirung des Wasserstandes nicht vorsliegt, tritt hierüber die definitive Entscheidung der Reg. resp. der von ihr

Diese Bestimmungen werden aus den am zulest angeführten Orte entwicklien Gründen auch auf die aus dem Borfluth-G. v. 15. Nov. 1811 an die oberen Pos

lizeibehörden einzulegenden Rekurse analoge Anwendung finden muffen.

1) Bergl. in Bb. I. G. 843,

ber B. v. 14. Dec. 1833 zwar nur auf die vor Publikation ber B. v. 22. Nov. 1844 (G. S. 1845. S. 19) noch an das Min. zulässigen Rekurse gegen desinitive Entscheidungen der Gen. Rommissionen und der ihre Stelle vertretenden Reg. Abth. an; der S. 1. der B. betr. die Einlegung der Rechtsmittel v. 21. Juli 1843 (G. S. 1843. S. 294) bestimmt indeß über die Frist zur Einlegung jedes zulässigen Rechtsmittels, inedesondere auch in Auseinandersetungs. Sachen, und es hat das Rev. Rolleg. für L. R. S. in dem Erf. v. 13. Juni 1851 in Bezug auf die Rechtsnittel gegen Entscheidungen bei Streitigkeiten aus dem G. v. 28. Febr. 1843, betr. die Benuhung der Privatsüsse zc. angenommen, daß dergl. Rechtsmittel nur dann gewahrt sind, wenn sie innerhalb der gesetlichen Frist bei der Regierung, welche den Bescheid in erster Instanz abgesaßt hat, eingelegt worden. (Zeitschr. des Revs. Rolleg. Bd. 4. S. 167.)

ernanntrn sachverständigen Kommissarien und zwar nach Maaßgabe des im

zweiten Sate bes S. 5. vorgeschriebenen Grundsates, ein.

5) Das von der Reg. festgesetzte Interimistismm ist nach §. 3. des Ges. v. 11. Mai 1842 über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeil. Verfügungen (G. S. 1842. S. 192) — sofort vollstreckar. Dasselbe verliert aber, nachdem ein rechtsträstiges Erkenntniß ergangen, seine Wirksamkeit von selbst. Deshalb muß alstann, unter Zugrundelegung des rechtsträstigen Judikats, mit der anderweiten Sezung des Merkpfahls und Regulirung der Höhe des Wasserstandes nach Maaßgabe der §§. 3. n. 4. des Vorsluth = Ges. versahren werden. (Vergl. §. 6. (am Schlusse) in

Berbind. mit §. 3. (am Schluffe) bes Gef. v. 11. Mai 1842). 1)

6) Dieser interimistischen Vestsetzung der Reg. ist eine andere Bedeutung, als die einer polizeil. Versügung, nicht ausdrücklich beigelegt; deshalb sindet dagegen auch kein Rekurs als Rechtsmittel, wie in den Källen
des S. 5. u. S. 19., sondern nur der Weg der Beschwerde, und zwar an
das Min. für landw. Ang., statt, welches aber ein solches Interimistikum
auch im bloßen Beschwerdewege ausheben kann, wenn es dasselbe für geseswidrig und unzulässig erachtet. (S. 6. des Ges. v. 11. Mai 1842).
Als ein Grund sur die Aushebung wäre es auch anzusehen, wenn durch
das Interimistikum der Polizeibehörde der zu erwartenden richterlichen Entscheidung über die Vestsetzung des Wasserstandes vorgegriffen worden ist,
ohne daß dazu eine dringende Veranlassung in der Abwendung erheblicher
und überwiegender Nachtheile vorlag.

IV. Ueber ben Sommermafferftand insbesonbere.

(S. 7 des Borfluth - Gef. v. 15. Nov. 1811).

1) Auch barüber: von und bis zu welchem Lage ber niebrige Sommer-Bafferftand gehalten werden muffe, bestimmen

a) zunachft Jubifate und rechtsverbindliche Willenserflarungen (wie aus S. 5. erganzt werben muß, auch rechtsverjahrter Befig, überhaupt fpezielle Rechts-

titel), in beren Ermangelung aber Provinzial-Gefețe;

- b) fehlt es auch daran, so soll von den Kommissarien darüber Festsesung gestroffen und sollen dabei die örtlichen Berhaltnisse berücksichtigt werden, wos bei als Prinzip ihres Arbitriums auch hier "die möglichste Bereinigung der gegenseitigen Interessen ber Bobenkultur und ber Stauberechtigten" maaßegebend ist.
- 2) Die genaue Angabe über die für den niedrigeren Sommer-Waffers fand festgesetze Jahresperiode ist ein wesentlicher Theil der über die Reguslirung des Wafferstandes und Setzung des Merkpfahls aufzunehmenden Berhandlung.

V.

Borfdriften gegen Kontraventionen.

(S. 8. n. 9. des Borfinth-Ges. v. 15. Rov. 1811).

1) Der S. 8. enthält spezielle Vorschriften barüber, mas ber Stauungsberechtigte beim Anwachsen des Wasserftandes über bie durch den Merkpfahl festgesetzte Sohe Behufs Erniedrigung bes ersteren

¹⁾ Nach §. 7. des Ges. v. 11. Mai 1842 find die in verschiedenen Restr. allegirten §§. 39. u. 48. der B. wegen verbesserter Einrichtung der Prov.Polizeis und Fin. Behörden v. 26. Dec. 1808 (Rabe's Samml. Bd. 9. S. 467 u. 482 und Anlage zum §. 11. der Reg. Instr. v. 23. Oft. 1817. — G. S. 1817. S. 254. 284.) aufgehoben. Vergl. die Erläut. zum §. 10.

auf das festgesette Maaß zu thun hat 1); hingegen der S. 9. die Ansbrohung von 20 — 50 Thir. Polizeistrafe neben Schadenersatz bei Kontrasventionen und die Verpstichtung jeder örtlichen Polizeibehörde, auf Antrag der Betheiligten, der Versäumniß des Müllers durch Wegräumung der Hindernisse zc. auf dessen Gefahr und Kosten zu begegnen.

2) Das Strafgesethuch v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 101 u. 169) hat keine speziellen Strafbestimmungen gegen Besitzer von Stauanlagen (von Mühlen, von Schleusen, von Wehren auch Behufs der Fischerei, Wiesens bewässerung, des Holzstößens u. s. w.), welche das Wasser über die fest-

gefette Bobe aufftauen.

Die Strasbestimmung des S. 9. gilt, da sie speziell im Vorstuth = G. v. 15. Nov. 1811 enthalten ist, auch nur innerhalb des Bereichs der Wirksamkeit dieses Edikts, mithin soweit das A. L. R. Gesetraft hat. (Bergl. Art. II. Abs. 2. des Ges. v. 14. April 1851 über die Einführung des Strasgesesbuchs, G. G. 1851. S. 93). Die ist in den einzelnen Ueber-tretungssällen in dem durch das G. v. 14. Mai 1852 über die vorläusige Strassessign zc. (G. S. 1852. S. 245) angeordneten Wege zu realisten.

Zweiter Titel.

Von der rechtlichen Verbindlichkeit zur Unterhaltung der Wasserabzüge und von der Kompetenz der Gerichts- u. Polizei-Behörden in Betreff deren Unterhaltung, sowie deren Räumung und Auskrautung.

(S. 10. bes Borfluth - Gef. v. 15. Nov. 1811).

I.

Begenftande, welche beim §. 10. in Betracht fommen.

1) Der S. 1Q. ermächtigt die Polizeibehörden: biejenigen, welchen die Unterhaltung eines Grabens ober Wafferabzugs

1) BergL:

b) §. 244. A. E. H. II. 15.;

c) das mit dem Gegenstande verwandte E. R. des Fin. Min. v. 23. Aug. 1845 (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 265. Nr. 287) nebst Instr. über Beobachstung und Zusammenstellung der Wasserstände an den Haupt Pegeln (s. in v. Rönne's Baupolizei, 1. Ausg. Suppl. Bd. S. 37., 2. Ausg. S. 145).

b) Bergl. die PolizeisBerordnungen für ben Reg.sBez. Frankfurt v. 15. Nov.

1851 (Min. Bl. b. i. B. 1851. S. 286, §. 39. S. 292).

a) die Borschriften im S. 5. Alin. 15. 16 ff. der Schlesischen Mühlen D. v. 28. Aug. 1777 (Korn's Ed. Samml. Bd. 15. S. 292. 293), wo diesels ben ausdrücklich auf Dominien und auf diesenigen ausgedehnt sind, denen an Stelle des Müllers die Ziehung der Schleusen obliegt;

²⁾ a) Im Bezirke des Appell. Gerichtshofes zu Köln bewendet es deshalb bezüglich der Strafen bei dem Art. 457 des Code penal. — Bergl. das R. des Min. des J. u. d. B. und des Fin. Min. v. 6. April 1838 (v. K. Ann. Bb. 22. S. 439. Rr. 145.). Uebrigens sind die Regierungen, nach §§. 11. ff. des Gef. v. 11. März 1850 über die Polizei Berwaltung (G. S. 1850. S. 265), befugt, für das ganze Reg. Depart. oder für einzelne Lokalitäten auch Strafbestimmungen wegen der im §. 8. gedachten Kontraventionen der Stauberechtigten zu erlassen.

c) Erl. v. 10. Juni 1848 (G. S. 1848 S. 162) betr. die Abanderung ber Strafbestimmung im S. 2. des Reglem. über das Wasserhalten bei den Königl. Werken und Mühlen im Finom-Kanal v. 22. Juni 1747.

obliegt, im Wege ber abministrativen Eretution zu beffen Austrantung ober Ransmung anzuhalten, wenn entweder: a) aus der Bernachlässigung berselben, ober b) aus Mangel an der erforderlichen Tiese, Nachtheil entweder für die Besitzer anderer Grundstüde ober nutbarer Anlagen, oder auch für die Gesundheit der Anwohner entsteht.

Derselbe entspricht dem S. 100 A. L. R. I. 8., wonach ein jeder die über sein Eigenthum gehenden Graben und Kanale, wodurch das Wasser seinen ordentlichen und gewöhnlichen Ablauf hat, zu unterhalten verbunden ist.

2) Dabei unterscheidet der S. 10. weder in Betreff der Legitimation zum Antrage auf Raumung, noch hinsichtlich der Kompetenz der Polizeisbehörden, hierzu den Verpstichteten anzuhalten, ob es sich um das Interesse eines Müllers oder anderen Triebwerksbesitzers, resp. des Gewerbebetriebes, oder um das eines Grundbesitzers, resp. der Bodenkultur und Landwirthsschaft handelt. (Vergl. R. der R. Min. des J. n. d. V. 29. Rov. 1842. Min. Bl. d. i. V. 1842. S. 428, Nr. 603.). (1)

3) Bei der Anwendung des S. 10. kommen verschiedene, obschon meist zusammenfallende Fragen in Betracht, deren Entscheidung aus anderweiten

Gesetzen und Verordnungen zu schöpfen ift, nämlich:

a) auf welche Objekte sich die Bestimmung im S. 10. bezieht, namentlich, ob nur auf kunstlich (burch Menschenhand) augelegte Wasserabzüge — Graben und Kanale —, oder auch auf natürliche Borfluthgerinne, — auf die im A. L. R. I. 8. S. 99. erwähnten Privatslüsse? 2)

b) wer, abgesehen von speziellen Rechtsgründen (Vertrag, Berfahrung, Juditat),
— zur Unterhaltung ber Wasserabzüge, sei es nach allgemeinen oder pro-

vingiellen Gefegen, verpflichtet ift ?

und in beiberlei Beziehung

c) in wiefern biefe Berpflichtung

auf solche Wasserabzüge sich beschränkt, die das Regens und wild ablaus fende Wasser aufzunehmen und fortzuführen bestimmt sind, (vergl. A. L. R. I. 8. SS. 100. 102 u. 103.), ober auf solche Gräben und Kasnäle ausbehnt, welche zur Vorstuth auch für anderes, auf dem Grund und Boden eines oberhalb liegenden Besitzers stehende, unter dem Grunde stockende Wasser dienen?

Breite eingeschränkt ift ober bei erforderlicher Bertiefung und Berbreisterung ber bestehenden Graben auch auf die hierdurch vermehrten Obsliegenheiten der Unterhaltung, resp. Auskrautung und Raumung, fic

erstreckt?

Der Inhalt des S. 10. bietet für die Entscheidung dieser Fragen feine Momente dar.

Nur insoweit die Erweiterung des materiellen Wasserrechts mit der unmittelbaren Aufgabe des Gesetzes, mit seinem Zweck der Besorderung der Bodenkultur (resp. Schifffahrt) zusammenfällt, sind durch dasselbe auch die Privatrechte verändert worden. (Bergl. SS. 11—14. u. SS. 1. sf.).

Im Uebrigen liegt die Bestimmung über Eristenz und Umfang der zum Berfahren und zur Ausgleichung mitgebrachten Theilnehmungsrechte, — wie dies in der Regel auch bei anderen Kulturgesetzen der Fall ist, — außerhalb des Bereichs dieser letzteren und lediglich in dem des gemeinen

und provinziellen Rechts. (§§. 5. 20.).

2) Denn öffentliche Fluffe scheiben beim S. 10. auf alle Falle schon best halb aus, weil deren Raumung in den Bereich der Flufs und Uferspolizei gehört.

¹⁾ Bergl in Bb. I. S. 844. — Bergl. auch bas R. bes Min. bes J. v. 14. Juni 1847 (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 170. Nr. 220., s. in Bb. I. S. 862), wonach Mühlgraben zu ben Privatfluffen zu rechnen, zum S. 7. bes Ges. v. 28. Febr. 1843.

Als eigenthumliche, dem eigentlichen Privatwasserrechte neu hinzutretende Bestimmungen sind resp. in dem Borsluth-Ges. v. 15. Nov. 1811 und in dem G. v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatslüsse nur anzusehen:

a) die des S. 5. am Schlusse, im ersteren, wegen des bei der Feststellung des Basserstandes, wie des Merkpfahls, durch die Reg. Rommissarien und die Provinzial-Polizeibehörde vorgeschriebenen Prinzips,

b) die des S. 7., im letteren, wegen der Raumungspflicht der Privatfluffe durch

bie Uferbefiger.

Dagegen war das Gef. v. 15. Nov. 1811 der Ort zu neuen Vorfchriften über die Reffortverhältnisse in Vorfluthsachen zwischen Polizei- und Verwaltungs-Behörden einerseits und den ordentlichen Gerichten andererseits.

II.

Reffort-Berhaltnif und Rompetenz der Polizei- und Gerichte-Behörden beim S. 10.

I. Allgemeine Bestimmungen.

1) Rach ber K. D. v. 25. Ang. 1832 1) findet die Bestimmung des S. 6., betr. die Zulässigkeit einer interimistischen Festsehung durch die Polizeibehörde, auch auf die Fälle des S. 10. Anwendung. (Bergl. die Erläut. zum S. 6., s. oben S. 591 ff.)

2) Abgefehen hiervon sind beim S. 10. zwei Punkte ins Auge zu

faffen:

a) die Entscheidung darüber, wem die Unterhaltung eines Wafferabzuges obliegt?

b) mann und wie der Berpflichtete die Unterhaltung (Austrautung

und Raumung) zu bewirken hat?

Der Gegenstand zu a. gehört ausschließlich zur Kompetenz der Gerichte, während nur der Gegenstand zu b., dieser aber auch ebenso ausschließlich der Kognition und dem Wirkungskreise der Polizeibehörden an-

heimfällt.

3) Demgemäß tritt in der Regel die im S. 10. den Polizeibehörden beigelegte Befugniß, "im Interesse der Unterhaltung eines Wasserabzuges, dessen Auskrautung oder Räumung zu versügen", erst dann ein, wenn die Verbindlichkeit dazu und das Subjekt der Verpslichtung unstreitig seststeht. Es muß in der Regel (abgesehen von dem Ausnahmstalle eines Interimistums) die richterliche Untersuchung und Entscheidung dem Einschreiten der Polizeibehörde vorausgehen.

Diefe Grundfage find in alteren und neueren Min. - Erlaffen mehrfach

ausgesprochen.

Bergl. die R. des Min. d. J. v. 4. Jan. 1819, 20. Dec. 1820, 8. Aug. 1826, 26. Dec. 1826, 30. Jan. 1827 (Jur. Zeitg. Jahrg. 1832. S. 447), v. 12. Nov. u. 29. Dec. 1829 dec. 1829 dec. Ann. Bb. 13. S. 873 u. 874), Schreiben des Min. des J. u. d. B. v. 19. Márz 1840 u. R. des Just. Min. v. 28. Márz 1840 dec. Just. Min. v. 28. Márz 1840 dec. Just. Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 116—117), R. des Min. des J., landwirthsch. Abth. v. 27. Oft. 1842 dec. Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 380.), R. des Min. des J. v. 29. Jan. 1847 dec. Min.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 843.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 844 ff.

³⁾ Chendas. S. 842—844. 4) Bergl. in Bb. I. S. 846.

⁵⁾ Ebenbas. S. 847.

596 Bon dem Schute u. der Beforderung bei Landesfultur. Bafferrecht.

Bl. b. i. B. 1847. S. 18), ferner auch bas C. R. ber Reg. zu Posen v. 3. Dit. 1833 1) (v. R. Ann. Bb 17. S. 1069).

4) In dieser Beziehung hat der Kompetenzgerichtshof folgende

Grundfate angenommen:

a) Gegen die polizeilichen Verfügungen über die Zeit und Art der Raumung der Wasserabzüge, ist weder die Besitzstörungeklage, noch der Rechtsweg in Betreff der darauf basirten Schadensforderungen zulässig. 2) (Erf. v. 24. März 1849, Just. Min. Bl. 1849. S. 265).

b) Der Rechtsweg gegen eine polizeiliche Anordnung über die Raumung eines Grabens zur Beschaffung der Vorfluth, und insbesondere gegen den Polizei-Fiskus, ist unzulässig. *) (Erf. v. 16. April 1853, Just. Min. Bl.

1853. S. 220).

II. Besondere Bestimmmungen in Betreff der Befugnisse ber Polizeibehorden.

A. Befugniß zur Vestfetung von Interimistiken.

1) Die interimistische Festseung wegen der Raumungspflicht während tes Prozesses vor den ordentlichen Gerichten und bis zu
deren rechtsträstigen Entscheidung kann nur von der Regierung getrofe
sen werden. Zeit und Art der Raumung bei feststehender Berbindlichkeit verfügt die Ortspolizeibehörde. (Bergl. die Erläut. zum
S. 6., s. oben S. 591 ff.)

2) Der Fall betraf zwar die Raumung der Erft nach §. 7. des G. v. 28. Febr. 1843, welches lettere in der Rheinprovinz nach der W. v. 9. Jan. 1845 anwendbar ist. Der Entscheidung liegt indeß ein allgemeines Prinzip zum Grunde. Die Klage auf Schützung im Bests und Entschädigung für die bei der Raumung ausgeworfenen Weibenbäume war mit Rücksicht auf §. 19. des Resort=Regl. v. 20. Juli 1818 (v. R. Ann. Bd. 2. S. 619), sowie §§. 1 u. 4. des G. v. 11.

Dai 1842 auch vom Friedensgericht gurudgewiesen.

In einer Schlesischen Sache, bei der das Schlesische Borfluthelt. v. 20. Dec. 1746 angewendet ist, in welcher eine Gemeinde Behufs der zweckmäßigeren Aufräumung des Grabens auch zu dessen Verbreiterung polizeilich angehalten war, ist in dem Appell. Erf. v. 9. Febr. 1837 ebenfalls der Grundsas angenommen: "daß gegen die von der Landespolizeibehörde erlassene Versügung, wegen Räumung ober Erweiterung eines Grabens, in Beziehung auf die Nothwendigkeit dieser Ansordnung, keine Verusung auf richterliches Gehör Statt sinde." (Roch's Schles. Arch. 2d. 2. S. 442).

3) Dies Erfenntniß führt zugleich aus:

daß der Streit über die Verpflichtung zur Grabenräumung, unter Anderen über die Frage: ob ein Graben als Abzugss ober Vorfluthgraben bestehen bleiben musse oder, weil derselbe bisher blos zur Grenzbezeichnung gedient hatte, vom Eisgenthümer zugeworfen werden durfe? nur im Rechtswege unter den betheiligten Privatpartheien, nicht gegen den Fissus ausgemacht werden könne; inzwischen aber sei die Polizeibehörde nach S. 10. ermächtigt, interimistisch, durch polizeiliche Ansordnung die Räumung ohne Verzug auf dem fürzesten Wege herbeizusühren; dafür spreche auch der S. 5. des G. v. 11. Mai 1842; die obige Angabe des Klägers enthalte überdieß keinen nach S. 2. a. a. D. zu berückscheigenden speziellen Rechtstitel.

¹⁾ Dies C. R. bemerkte auch, "baß bei den Berhandlungen über Regulirung von Interimistisen Seitens der Landrathsämter nöthigenfalls ein Dekonomies ober Gewerbs-Berständiger, je nachdem das Interesse der Bodenkultur ober eines Rülslers oder Gewerbtreibenden in Betracht kommt, zu vernehmen; sodann wenn aus der Unterlassung der beantragten Räumung ein erheblicher Nachtheil zu besürchten, an die Reg. gutachtlich zu berichten und dabei anzuzeigen sei, aus welchen Grunsden der die Räumung verweigernde Grundbesitzer Seitens der Polizeibehörde in Anspruch genommen werde, wer bisher die Räumung vorgenommen habe, event. auf wessen Gebiet sich der Graben oder Wasserabzug besinde; wo Gesahr im Berszuge, könne das Landrathsamt selbst eine interimistische Verfügung tressen.

2) Das M. des Min, ves J. v. 29. Jan. 1847 1) (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 18. Nr. 25) führt aus,

daß dabei die nothwendige und unerläßliche Voraussetzung sei, daß ein sehr wesentlicher, die Raumungslast erheblich überwiegender Rachtheil dadurch abgewendet werden solle, weil außerdem die Polizeibes hörde densenigen, welcher die Raumung verlangt, lediglich zum Rechtswege über die Prajudizialfrage, ob der in Anspruch Genommene zur Raumung verpflichtet ist, zu verweisen habe.

B. Besugniß zur Verfügung wegen Räumung und Aus-

Frautung.

尃

ø

1) Die näheren Anweisungen, welche das Vorstuth-Eb. v. 6. Juli 1773 wegen Aufräumung der Grüben und natürlichen Wasserabzüge entshielt, sind durch das A. L. R. als aufgehoben zu erachten, und der S. 10. des Vorstuth-G. v. 15. Nov. 1811 stellt sowohl die Zeit, als die Art der Räumung lediglich dem Ermessen der Polizeibehörden anheim. 2)

2) Wegen der bei Ueberschwemmungen und Behufs Vorbeugung derselben zu ergreifenden Maaßregeln bestimmte das R. der Min. des J. u.
d. P. und für G. u. G. v. 4. April 1832 2) (v. K. Ann. Bd. 16. S. 463):

"baß die Kompetenz der Landes-Bolizeibehörden zum Einschreiten habei, sei es von Amtswegen ober auf Antrag einzelner Beiheiligter, sich nicht auf die durch spezielle gesetliche Vorschriften ihrer Beurtheilung überwiesenen Fälle beschränke, sondern allgemein begründet sei, auch ohne Unterschied, ob ein wirklicher Nothstand bereits eingetreten, ober nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge zu beforgen sei, ob die Gewässer in die Kathegorie der öffentlichen Flüsse gehörten oder nicht, jedoch auch dabet, sofern das potizeiliche Ginschreiten eine Beschränkung der natürlichen Freiheit und namentlich des Privateigenthums involvirt, zu berücksichtigen bleibe, daß es sich von Abwendung eines erheblichen, dem Staate aber einzelnen Bürgern drohenden Schadens handelt und dieses entweder ohne allen Nachtheil für Andere geschehen kann, oder der Nachtheil der Letteren durch den abzuwendenden Schaden augenscheinlich und beträchtlich überwogen wird, und dabei serner auch eine vollsständige Entschädigung möglich ist.

III. Kompetenz der Polizeibehörden in den Fällen des 5. 7. des Ges. v. 28. Febr. 1843.

1) Bergl. das A. des Min. des J. v. 29. Jan. 1847 *) (Min. Bl. d. i. B. 1847, 18. Nr. 25.).

2) Mühlgraben gehören zu den Privatfluffen, deren Aufraumung der Miller, gleich wie ein anderer Grundbesitzer verlangen fann.

Bergl. das R. bes Min. des J. v. 14. Juni 1847. 5) (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 170, Rr. 220.).

IV. Koften der auf polizeiliche Anordnung bewirkten Raumung.

Vergl. :

1) R. bes K. Min. des J. v. 12. Nov. 1829. 6) (v. K. Ann. Bb. 13. S. 872);

1) Bergl. in Bb. I. S. 847-848.

3) Bergl. dies R. in v. Rönne's Polizeiwesen bes Preuß. Staates, Bb. 2.

6. 313—314. ··

²⁾ Das Publ. der Reg. zu Königsberg v. 8. März 1818 (v. K. Ann. Bb. 2. S. 145) ordnete an, daß wenigstens einmal im Jahre und zwar zu dersselben Zeit, in der Regel kurz vor Johanni, die Auskrautung und Räumung der Gräben vorzunehmen sei.

⁴⁾ Bergl. in Bb. I. S. 847-848.

⁵⁾ Bergl in Bb. I. S. 862.

⁶⁾ Ebendas. S. 844.

598 Von dem Schute u. der Beforderung der Landestultur. Wafferrecht.

2) R. des R. Min. d. F. u. des J. v. 29. Nov. 1842. 1) (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 428, Nr. 603.).

III.

Objekte (Graben, Kanale ober Privatflusse und Bache), auf welche sich die gesetliche Berbindlichkeit zur Unterhaltung und Raumung bezieht und Verpflichtung dazu.

A. Die Bestimmungen des A. L. R. betr.

1) Unter den im S. 100. A. L. R. I. 8. bezeichneten Graben und Kanalen sind Privatflusse nicht zu verstehen, und es liegt daher auch bei den letzteren den Eigenthumern nicht ob, den Ablauf bes Wassers in denselben zu unterhalten.

Angenommen von dem Db. Trib. mittelft Plenarbeschl. v. 9. April 1844. 2) (Just. Min. Bl. 1844. S. 199, Min. Bl. d. i. B. 1844. S. 279,

Entsch. Bb. 10. S. 245, Praj. Samml. S. 25, Nr. 1425.).

2) Auch das R. des Min. bes J. v. 12. Nov. 1829 *) (v. A. Ann. Bb. 13. S. 872) bemerkte beteits, daß der S. 100. A. L. R. 1. 8. nur von Kandlen und Gräben rede.

B. Die Bestimmungen des S. 7. bes Gef. v. 28. Febr.

1843 betr.

1) Die Lücke ter Gesetze bezüglich der Raumung der Privatflöffe (ter natürlichen Wasserabzüge) ist jest durch den §. 7. des Ges. über die Benuhung der Privatslüsse, v. 28. Febr. 1843 (G. S. 1843. S. 41) ausgefüllt.

Bergl. in Bb. I. S. 851.

2) In Folge des darin aufgestellten neuen Rechtssatzes über die Räusmungspslicht ist die im S. 10. des Vorstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811 bestimmte Kompetenz der Polizeibehörden nunmehr auch auf natürliche Wasserabzüge (Privatslüsse und Bäche) und zwar, da das Ges. v. 28. Febr. 1843 für den ganzen Umfang der Monarchie ergangen, resp. vurch die B. v. 9. Jan. 1845 (G. S. 1845. S. 35) auf die Rheinprovinz ausgedehnt ist, in allen Landestheilen der Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernsschen Lande, ausgedehnt.

3) Dabei tritt nun aber wiederum folgender Unterschied zwischen kunftlichen Wasserabzügen (Graben und Kanalen) und natürlichen Wasserabzügen (Privatstüffen, Bachen und Geen, welche einen

Abflug haben, S. 1. des G. v. 28. Febr. 1843) ein:

1) Bergl. in Bb. I. S. 844-846.

Daburd erlebigt fich bie bem Plemur-Befchl. entgegenlaufende Anficht bet Reg. gu Konigeberg in beren Befanntmach. v. 11. Dec. 1838 (v. R. Ann. Bb. 22.

6. 1017.).

3) a) Bergl. in Bb. I. S. 844.

²⁾ Dieser Plenar Beschl. gründet sich auf den wesentlichen Unterschied der landrechtlichen Bestimmungen im S. 99., die Privatstüsse betr., und im S. 100., die Gräben und Kanale betr., verwirft auch die aus den Westphälischen Landtagss Abschieden v. 31. Dec. 1829 (S. 19.) und v. 22. Juli 1832 abgeleitete Folges rung. Roch (Beurtheil. der Entsch. des Ob. Trib. S. 680) ist dieser Ansicht beigetreten.

b) Ein alteres Trib.surtel v. 20. Sept. 1883 (Stengel's Beitr. Bb. 11. S. 293) erkannte: "daß bei der servitus aquao rocipiondae, wenn das praddium dominans ursprünglich zur Grabenraumung verbunden gewesten ift, dasselbe durch blose, selbst 30jahrige Unterlassung von seiner Verbindkichkeit nicht befreit werden könne."

- a) Rudstchtlich der ersteren bleibt es bei der nicht abgeanderten Vorschrift des S. 10. des Vorsluth-Ges., wonach:
- a) die Polizeibehörde nur über Zeit und Art ber Raumung verfügen kann, nachdem in der Regel erst prajudiziell über die Berpstichtung zur Raumung richterlich entschieden und das Subjekt des durch rechtstraftiges Urtheil Verpslichtes ten festgestellt worden ist, auch β) nur die Provinzial=Polizeibehörde, und nur in dringenden Nothfällen eine interimistische Anordnung wegen der Grabenraus mung tressen darf;

b) rudsichtlich der letteren — der natürlichen Wasserabzüge — in Ermangelung entgegenstehender Provinzialgesetze, Lokal-Statuten, ununterstrochener Gewohnheiten oder spezieller Rechtstitel

wogegen

- a) im Allgemeinen jeder Uferbesitzer, soweit es zum Zwecke der Beschafs fung der Borfluth nothwendig ist, als ex lege Verpstichteter, von der Ortss- Polizeibehörde zur Raumung angehalten werden kann, und sogar β) bei entstes hendem Streite über die Verpstichtung, auch vor rechtsfraftig entschiedener Sache, doch nach interimissischer Ansrbnung der Provinzials Polizeibehörde (Regierung) zunächst vor dem Userbesitzer (nach Maaßgabe des Vesitzstandes) derjenige, weicher zulest den Graben geräumt hat; erk, wenn hierüber nichts erhellt, tritt interimissisch der Userbesitzer ein.
 - 4) Ueber die Verpflichtung aus speziellen Rechtstiteln, Gewohns beiten ze. darf auch in den Fällen des S. 7. des Ges. v. 28. Febr. 1843 die Polizeibehörde nicht befinden. Die Entscheidung über dergl. Rechtssgründe hat sie vielmehr auch in den Fällen des S. 7. a. a. D. steis dem Gerichte zu überlassen.

Bergl. die R. des Min. des J. v. 29. Jan. 1847 1) (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 18 Rr. 25.) und v. 14. Juni 18472) (a. a. D. S. 170 Nr. 220).

5) Wie der S. 10. des Worfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811 in Betreff der Legitimation zum Antrage und der Kompetenz der Polizeibehörden, den Unterhaltungspflichtigen zur Auskrautung oder Räumung des Grabens anzuhalten, zwischen Müllern oder anderen Triebwerksbesitzern, resp. den Interessen des Gewerbebetriebes einerseits, und zwischen Grundbesitzern resp. den Interessen der Bodenkultur andererseits, nicht unterschieden hat, unterschiedet in dieser Beziehung auch nicht der S. 7. des Ges. v. 28. Febr. 1843. Nur ist die Kompetenz der Polizeibehörden durch den Zweck "der Beschassung der Borslath" bedingt und darf über die Nothwendigkeit der Ersschung dieses Zwecks nicht hinausgreisen. Demgemäß bemerkt das R. des Min. des J. v. 14. Juni 1847) (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 170, Nr. 220.),

baß ein Mühlgraben, als sießendes Gewässer, zu den Privatstüssen im Sinne bes Ges. v. 28. Febr. 1843 zu rechnen und nach §. 7. a. a. D. ebensowohl ein Müller, wie seber andere Grundbesitzer, die Vorstuth zu fordern berechtiget sei.

C. Provinzialrechtliche Bestimmungen.

1) Eine Abweichung von der auf künstliche Wasserabzüge beschränkten Bestimmung des A. L. R. I. 8. S. 100. begründete das Schlesische Provinzialrecht, zufolge des Ed. v. 20. Dec. 1776 wegen Räumung der Flüsse ze. (Korn's Ed. Samml. 1745—1747. S. 392, Nr. LIII.), in Verstindung mit der Schlesischen Mühlen-D. v. 28. Aug. 1777 (a. a. D. Bd. 15. S. 278, Nr. CV.).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 847—848.

²⁾ Ebenbas. S. 862—863.

³⁾ Bergl. in Bb. I. S. 862-863.

600 Bon dem Schutze u. ber Beforderung der Landestwitur. Wafferrecht

2) Das Ob. Trib. hat (in dem Plenarbeschl. v. 7. 3an. 1850) folgenden Rechtssatz angenommen:

Das Vorfluth : Eh. für Schlefien v. 20. Dec. 1746 ift als Propinzialgeset weber durch das allgemeine Vorfluth : Ed. v. 6. Juli 1773, noch auch durch die Einführung des A. E. R. aufgehoben worden. ') (Entsch. Bd. 18. S. 532. u. Bd. 19. S. 53. Praj. Nr. 2173., Just. Min. Bl. 1850. S. 91., Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 70. Nr. 84.)

3) Der III. Sen. des Db. Trib. hat unterm 14. Marz 1850 folgenden Rechtssatz aufgestellt:

Die in dem Schlesischen BorfluthsEd. v. 20. Dec. 1746 enthaltenen Borschrifsten über die Berpstichtung zur Raumung von Graben und Bachen find auch durch das Ed. v. 15. Nov. 1811 nicht aufgehoben, und es muffen daher in Schlessien Graben, Bache und Flusse, sofern es die Polizeibehörde für ersforderlich achtet, von den Grundbesitzern, über deren Gründe sie laufen, geräumt werden. (Entsch. Bb. 18. S. 541. Praj. Nr. 2193. u. Bb. 20. S. 448.)

4) Die Bestimmungen des Schlestschen Provinzial-Rechts wegen der Raumung der Bache und Flusse, beziehen sich, gleichwie der S. 7. des Ges. v. 28. Febr 1843, welcher die allgemeine gesetzliche Pflicht zur Unterhaltung von natürlichen Wasserabzügen überall einführte, nur auf Privatslusse. *)

D. Nähere Bestimmung des Begriffs von Privatflüffen

im Begenfage zu den öffentlichen.

Die Wirksamkeit des S. 10. des Vorstuth = Ges. v. 15. Nov. 1811, sowie das Ressortverhältniß der Polizeibehörden nach diesem S., wird wesentlich durch den Begriffsunterschied von Privat = und von öffentlichen Blüssen bestimmt. Derselbe ist einestheils in demjenigen Theile der Rhein= provinz, in welchem der Code civil gilt, anderntheils in Neu-Vorpommern und Rügen, wie im rechtsrheinischen Theile des Reg. Bez. Koblenz (den vormals Nassauischen Landestheilen und Wetzlar nebst Gebiet), wo das gemeine — Deutsche und Römische — Recht gilt, und wiederum in den übrigen Theilen der Monarchie, einschließlich der beiden rechtsrheinischen Kreise Rees und Duisburg, wo das A. L. R. Geseyestraft hat, ein versschiedener.

AA. Begriff bes A. &. R.

1) Das A. L. R. (welches im Wesentlichen dem Longobardischen Lehnrechte *) solgte), giebt zwar keine ausdrückliche Definition von einem öffentlichen Flusse, hingegen eine nähere Bezeichnung von öffentlichen und Privat Flüssen durch die Bestimmung über die Natur der Nuzungen der ersteren, welche es zu den Regalien rechnet. Demgemäß und namentlich nach §§. 38. sf. A. L. R. II. 15. werden als öffentliche Flüsse solche be-

1) Früher hatte das Ob. Trib. die entgegengesetzte Ansicht angenommen. (Prajud. des II. Sen. v. 10. Jan. 1840. Nr. 798., Prajud. Samml. S. 295. u. Erf. v. 30. Sept. 1842 in Koch's Schles. Arch. Bb. 5. S. 131).

2) Für Obers und NiebersSchlesien und die Grafschaft Glat bestimmen über die Rechts und Verpstichtungs: Verhältnisse in Bezug auf öffentliche Ströme, besonders wegen der Ober, die Users, heges und Wards D. v. 12. Sept. 1763 und publicirt durch das Cirk. v. 28. Okt. u. 7. Nov. 1763 (Korn's Ch.: Samml. Bb. 7. S. 40.) und abgeandert durch die K. D. v. 24. April und 22. Juni 1830, welche durch das Bublik. des Oberpräsidenten von Schlessen v. 27. Juni 1832 (Schles. Amtebl. 1832) mitgetheilt ist. (Vergl. Wentel's Schles. Prov.: Recht S. 86. S. 22. u. Notive S. 213., ingl. S. 482. sf.; ferner den revid. Entw. des Prov.: Rechts für Schlessen Th. I. S. 157. sq. S. 42. sf. u. Motive S. 128.).

3) Bergl. Foud. Lib. 2. 56.

trachtet, welche von Ratur schiffbar sind. (Bergl. das Erf. des Revis.2Rolleg.

far 2. R. S. v. 2. Sept. 1851, in beffen Beitschr. Bb. 4. G. 347).

2) Fluffe, welche auch nur theilweise von Natur schiffbar find, sind doch in ihrer ganzen Ausdehnung als öffentliche Fluffe (Ströme) im Sinne der §§. 38. u. 39. Tit. 15. Th. II. A. L. R. anzusehen.

Angenommen von dem III. Sen. des Db. Trib. per sent. v.

22. Nov. 1850 (Entsch. Bb. 20. S. 538, Praj. Rr. 2253.).

3) Wenn ein früheres Privatgewäffer bisher nur auf einer bestimmten Strede schiffbar gemacht worden ift, so hört der übrige nicht schiffbar gemachte Theil deffelben deshalb nicht auf, Privatgewäffer zu sein.

Angenommen von demfelben Gerichtshofe per sent v. 13. Dec. 1849.

(Entsch. Bb. 18. S. 529, Praj. Rr. 2162.).

Bergl. dagegen Dr. Sommer's Kritif im Arnsb. Arch. Bb. 15.
S. 666—667.

4) Im Gegenfate zu den öffentlichen Flüssen werden nach S. 1. des G. v. 28. Febr. 1843 Quellen, Bäche oder Fließe, sowie Seen, welche einen Absluß haben, unter Privatslüssen begriffen. 1)

5) Ein Privatsluß (S. 99. A. L. R. I. 8.) ift durch ein bestimmtes

abgegrenztes Bett bedingt.

So erkannt von dem III. Sen. des Db. Trib. unterm 19. Dec. \ 1851 (Striethorft's Arch. Bb. 4. S. 211, Nr. 45.).

BB. Nach bem Code civil.

Der Art. 538. des Code civil bezeichnet als Zubehörungen des Staatseigenthums Bluffe und andere Gewäffer, welche schiffbar oder flogbar find.

CC. Nach bem gemeinen Recht.

1) Das Römische Recht zählt zu ben öffentlichen Gewässern die Aumina perennia, welche in der Regel, im Sommer, wie im Winter, strömendes Wasser haben, und knüpft außerdem den unterscheidenden Besgriff des Flusses im Gegensate zu einem Bach an die größere Bedeutends heit des ersteren und das Urtheil der Umwohner (Lib. XLIII. uit. 12. Dig. S. 3. in Berbindung mit S. 1. L. 1.); im Begriff der öffentlichen Flüsse sind daher sowohl schissere als nicht schissbare enthalten. (Dig. 1. c. tit. XIII. L. 1. S. 2.). 2)

2) Darüber jedoch, wieweit der Begriff des Römischen Rechtes in den dem gemeinen Recht unterworfenen Landestheilen sich dem des A. L. R., resp. des Longobardischen Lehnrechts, mehr oder weniger nähert und wiesern einzelne flumina perennia dennoch als Privatslüsse zu be-

2) Bergl. auch Lette, die Gesetzebung über Benupung der Privatstüsses. 16, den Aufsatz in der Jur. Zeit. 1832 über die Rechte der Usereigenthümer von Privatzewässern S. 804 ff., 920 ff. u. 968 ff.; Boele Beitrag zur Lehre vom Wasserrecht in Sommer's Arnsberg. Arch. Bd. 2. S. 627 ff.; desgl. Boele, Aussatz und Rechtsfall ebend. Bd. 10. S. 621 und Bd. 12. S. 61 ff.; desgl. Evelt, Beitrag zur Lehre über das Wasserrecht, a. a. D. Bd. 12. S. 155 ff.

¹⁾ In der Abhandlung von Boele in Dr. Sommer's Arnsberg. Arch. Bb. 2. S. 627 ff. werden unterschieden: a) öffentliche Flüsse im engeren Sinne, b. h. solche, die von Natur schiffbar sind, d) gemeinschaftliche Flüsse, flumina communia (nicht eingeschlossene Privatgewässer), c) Privatslüsse im engeren Verstande (gesschlossene Gewässer — § 176—192. A. E. R. I. 9. u. vergl. § 267. ff. das.), wovon hauptsächlich nur in Vetress des Fischereirechts und solcher Nutungen besondere Folgen abhängen, welche Gegenstand eines ausschließlichen Besitzes und Eigensthums sein können, was beim sließenden Wasser nicht zutrisst. Vergl. auch Denksschift v. Oft. 1842 in Nr. 303. der Allg. Preuß. Staatszeitung von 1842.

trachten find, entscheibet Berkommen und Bestystand. (Eichhorn, Einbeit. in bas Deutsche Privatrecht, 4. A. S. 268. S. 679. Sagemann, Landwirthefchafterecht S. 143. Eichhorn's Deutsche Staats, und Rechtsgeschichte, 2. A. S. 362. Note f. u. S. 548.).

E. Unterschied zwischen gewöhnlichen Abzugs- und Bor-

fluthe-Graben nach bem A. 2. R.

1) Nach dem A. L. R. ist bei Graben und Kanalen zu unterscheiden zwischen solchen, welche zur Fortsührung des Regen- und wilden Wassers in dessen gewöhnlichem und ordentlichem Ablause dienen, (§. 100. A. L. R. I. 8.), und densenigen, welche Behuss Verschaffung der Vorsluth für den oberhalb liegenden Besitzer (in dessen Interesse und zur Kulturverbesserung seines Grundstücks) durch die unterhalb belegenen Grundstücke des Nachbars nothwendig gewesen und eingerichtet, (§. 105. u. 106. a. a. D.), resp. insoweit sie vertieft und verbreitert (§§. 113—116. a. a. D.) sind.

2) Auf dergl. Worfluths graben findet die Bestimmung des S. 100. a. a. D., wonach in der Regel jeder die über sein Eigenthum gehenden Graben und Ranale auf seine eigenen Rosten zu unterhalten verbun-

ben ift, teine Anwendung. 1)

3) Die Rlage eines unterhalb belegenen Besitzers auf Raumung eines fein unterhalb belegenes Grundfluck burchschneidenden Grabens gegen die oberhalb belegenen Nachbarn ift unstatthaft.

Angenommen von dem Ob. Trib. per sent. v. 13. Mat 1848.

(Rechtsfälle bes Db. Trib. Bb. 4. S. 85).

4) Das R. der R. Min. d. F. und des J. v. 29. Nov. 1842) (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 428) bemerkt, daß (da es sich in dem vorliegens Valle von der Aufräumung eines öffentlichen Flusses, mithin eines langst vorhandenen Wasserabzuges handelte) bei einer auf S. 10. gegründeten Provokation auf Einleitung eines polizeil. Verfahrens wegen Gewährung von Vorsluth, die Vorschriften der SS. 106. sf. und 113. sf. A. 2. R. I. 8. keine Anwendung fänden.

IV.

Ergänzung des S. 10. des Vorfluth-Gef. v. 15. Rov. 1811 durch den S. 73. der Feldpolizei-Ordn. v. 1. Nov. 1847.

1) Die Feldpolizei-D. a. a. D. bestimmt:

baß überall, wo ein Bedürfniß obwaltet, wegen Raumung und Instandhaltung von Privatflüssen und Graben, und zu dem Ende wegen Bestellung von Schaurichtern und der denselben beizulegenden Aufsichtes und StrafsBefugnisse, bes sondere Ordnungen oder Statuten abzusassen, dies unter Bestätigung der Reg. mit verbindlicher Kraft geschehen konne.

2) In Betreff bes Erlasses solcher Ordnungen und ber

Rompetenzen bazu ift zu bemerken 3):

3) Bergl. die nachstehend (S. 603) allegirten Restripte in Bd. I. (zum §. 73. der Feld-Pol. D. v. 1, Nov. 1847).

¹⁾ Bergl. die diesen Punkt betr. Aussührung des Erk. des Ob. Trib. v. 30. Sept. 1842 in Roch's Schles. Arch. Bb. 5. S. 131 ff. — Indes war in diesem Schlesischen Falle das Ob. Trib. noch von der Ansicht ausgegangen, das Schlesische Borfluth, Ed. v. 20. Dec. 1746 durch das spätere allgem. Ed. v. 6. Juli 1773 und den Tit. 8. Th. I. §§. 99—117. A. E. R. aufgehoben sei, woges gen das O. E. Ger. zu Breslau in dem Appell. Erk. v. 9. Febr. 1837 mit Ruckskicht auf das Ed. v. 20. Dec. 1746 die unterhalb liegenden Erundbesitzer auch zur Berbreiterung und Bertiefung von Borfluthsgräben nach landespolizeilicher Anordsnung verpstichtet hielt. (Koch's Schles. Arch. Bb. 2. S. 445.)

2) Bergl. in Bb. I. S. 844—846.

a) Durch bas C. R. des Min. für landw. Ang. v. 9. Sept. 1850(Min: Bl. d. i. B. 1850. S. 277 ff.) wurde sammtl. Reg. das Schema eines auf Otund des J. 11. des G. v. 11. März 1850 über die Polizeiverwalstung zu erkassenden PolizeisRegiements über Räumung und Instandhaltung

ber Beinen Ruffe und Graben zur Berückschtigung mitgetheilt.

b) Durch das C. R. besselben Min. v. 13. Mai 1850 (Min. Bi. d. 1850. S. 213) ist bestimmt, wie, gemäß des Ges. v. 11. März 1850 über die Bolizeiverwaltung, die Reglements wegen Räumung der Stusse, Bäche und Gräben zu behandeln seien, namentlich, daß es dabei einer Genehmigung des Min. fünstig nicht mehr bedürsen solle, vielmehr der Erlaß resp. die Bestätigung für mehrere Gemeinden oder sür den ganzen Reg. Bez von der Reg. auszugehen habe. 1)

c) Endlich ift zur Begegnung mehrfacher Bedenken der Gerichtshöse, in Betreff der mangelnden Mitwirkung des Bezirksraths bei landwirtheithaftichen Reglements, durch das C. R. der Min. des J., d. F. u. für landw. Ang. v. 18. März 1852 (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 84, Nr. 71%)

bestimmt worden,

daß die Aussibung ber im S. 9. Nr. 2. und S. 13. des G. v. 11. Marz 1850 über Gegenstände ber landwirthschaftl. Polizei dem Bezirksrathe überwiesemen Besugnisse, in Betress der Aushedung und des Erlasses von polizeil. Berordnungen, austatt den Regierungen, hinfort, die zur besinitiven Organisation der Bezirks und Prov. Behörden, den bestehenden Gen. Kommissionen und resp. den landwirthschaftl. Abth. der Reg. übertragen werde, — für die Regierungen der Uheinprovinz der Gen. Kom. zu Münster, und für den Reg. Bez. Danzig der landwirthschaftl. Abth. der Reg. zu Maxienwerder. Nach diesem Grundsape solle in Zusunst versahren, außerdem den dieser erlassenen landwirthschaftlichen Polizei z Verordnungen nach nachträglich die anderweite Zustimmung der Gen. Kom. und resp. landwirthschaftl. Reg. Abth. ertheilt werden.

Oritter Titel.

Erweiterung der Borfluthsrechte im Interesse der allgemeinen Landeskultur (oder Schifffahrt).

(\$\$. 11-14. des Borfluth - Gef. v. 15. Nov. 1811).

I.

Allgemeine Bemertungen.

1) Die §§. 11—14. enthalten die materiellen Abanderungen det betr. Bestimmungen des A. L. R. (§§. 102. ff. Tit. 8. Th. I.). Insoweit ver-

¹⁾ Das R. des Min. des J. n. für landw. Ang. v. 13. Juli 1850 (Min. Bl. d. i. V. 1850. S. 213.) bemerkt dazu, daß die im S. 73. der Feldspol. D. v. 1. Nov. 1847 gedachten Bachschaus Reglements nicht mehr in den Formen der \$5. 25. v. 73. der Feldspol. D., sondern in denen des Ges. v. 11. Warz 1860 zu erlaffen seien.

²⁾ Diese durch das C. R. v. 13. März 1852 angeordnete Kompetenz ber Auseinandersehungs-Behörden schließt sich zwecknäßig an den II. Abschn. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821, betr. die Einschränkung und bessere Ordnung der gemeinschaftlich benutzten Grundstücke, und namentlich an S. 173. Mr. 8. a. a. D. an, wonach die Auseinandersehungs-Behörden in dem dort angeordneten Bersahren auch barüber Festsehung zu tressen haben, "ob Bewässerungs- und Abwässerungs- Anstalten angelegt werden sollen", wie an den S. 171. Mr. 2. B. v. 20. Juni 1817 (G. C. 1817. C. 190.), wonach wegen der Gräben zur Ents und Bewässes zung der Stundstütze auch bewirfter Ausfährung der Auseinandersehung noch

leihen ste, im Interesse ber Beforberung ber allgemeinen Landestullur, auch ben einzelnen Grundbesitzern und Privaten neue ausgedehntere Befmge niffe jur Rugbarmachung ihres Privateigenthums, theils ben Stanbered. tigten, theile anderen Grundbesigern oder Rugungsberechtigten (auf Fischerei, Rohrschnitt, Schilf ac.) gegenüber. In ben S. 11., 12., 13. u. 14. beruben die neuen materiellen Rechtsbestimmungen, welche feit Bublifation des A. E. R. zuerft im Vorfluth-Gefet, dem Preuf. Wafferrechte hinzutraten, wogegen sich felbst die IS. 1 - 9. betr. die Merkpfahlsetung, im Wefentlichen nur mit der Regelung ber Bafferftanbeverhaltniffe zwischen Stauberechtigten und Grundbefigern im Intereffe ber Bobenkultur beschäftigen, während die an die Sg. 11 - 14. fich anschließenden SS. 15 - 34. die formellen, prozeffualischen Borfchriften über das Verfahren zur Realistrung der materiellen Rechtsbestimmungen der \$5. 11-14. aufftellen.

2) Die SS. 11 - 12. geben ebenfowohl auf Privatfluffe, wie auf öffentliche Strome. Denn neben bem Intereffe ber Bobenkultur foll auch das der Schifffahrt berücksichtigt werden. Die SS. 11. und 12. finden mithin auch Anwendung auf schiffbare Gewässer, alfo auf solche, die eine Eigenschaft haben, welche fle, nach S. 38. A. S. R. II. 15., ale offentliche, refp. ale Regalien bes Staats charafteriffrt. (Bergl. bas R. ber Min. b. F. n. bes J. v. 29. Mov. 1842 ') Min. b. i. B. 1842; S. 428, - und bas Ert. des Kompetenzgerichtshofes v. 22. Mai 1852. — Inft. Min: BL 1852. **6**. 252).

3) Bei der Ausführung der SS. 11. u. 12., welche im Gegensate zu SS. 13. u. 14. von der Entfernung fünftlicher Sinderniffe der Borfinth (Mahlen und anderer Stauanlagen) handeln, stehen die provocirenden Grundbesitzer ten Stauberechtigten; hingegen bei Aussuhrung ber Bestimmungen der SS. 13. u. 14. in der Regel anderen Grundbesitzern gegenüber; wenigstens ift in diefen gallen die Betheiligung von Stauungsberechtigten als Provokaten keine nothwendige Voraussetzung, wie in ben Fallen ber §§. 11c u. 12.; hingegen konnen Fischereiherechtigte in beiben Ballen intereffiren.

II.

Beseitigung ber kunftlichen Sindernisse des Wasserabflusses.

(SS. 11. u. 12. des Borfluth = Ges. v. 15. Mov. 1811).

A. 3um S. 11.

1) Der S. 11. gestattet im Interesse ber Landes-Rultur (oder auch der Schifffahrt) die gangliche oder theilweise Wiederherstellung bes freien Laufs und Abfluffes der Gemaffer, sobald folgende Boraussetzungen obwalten:

a) ein aus diefer Wiederherstellung entstehender offenbar überwiegender Bortbeil

für die Bodenkultur und die Schifffahrt 2);

eine Nachverhanblung vor der Theilungebehörde ftatifindet: (Bergl. auch das M. bes Min. für landw. Ang. v. 25. Juni 1852 und bas Schreiben bes Rev. Rols leg. v. 12. Nov. 1852 - Beitschr. beffelben Bb. '5. G. 323. u. Bb. 6. G. 16. - f. unten zum S. 15., beegl. die Erlaut. zum g. 25. bet Feld=B. D. v. 1. Rov. 1847, f. unten).

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 844-846. 2) Auch die Ausführung neuer ober die Bervollständigung vorhandener Bes wasserunge : Ginrichtungen ift, wenn gegen Anbere bie Ginraumung ober bie Einschränfung von Eigenthumsrechten beantragt wirb, nach §§. 24. u. 32. bes G. v. 28. Febr. 1843 von der Feststellung bes Prajubizialpuntte abhangig, bas ein überwiegendes Landeskultur-Interesse abwalte. Rur bei Einführung

- b) daß dem Muhlenbesiter und resp. Stauberechtigten eine vollständige Entschädigung gewährt werben konne.
- 2) Bu der vollständigen Entschädigung, welche dem Triebwerksbesitzer gewährt werden soll, gehört nach Analogie der Bestimmungen über
 den Ersatz des Preises im Falle eines nothwendigen Verkanss (der Expropriation zum Wohle des gemeinen Wesens, S. 4. A. L. R. I. 11.)
 nicht bloß der gemeine, sondern auch der außerordentliche Werth (S. 9.
 a. a. O.); danach haben sich bei allen Expropriationen in den verschiedenen Fällen des Vorfluth-Ges., die zur Bestimmung der Entschädigung,
 zufolge S. 23., berusenen Schiedsrichter zu richten. 1)

3) Ueber die Bulassigkeit der Provokation, sowie darüber, ob die Bedingungen zu 1. a. u b. vorhanden, soll allein die Provinzialpolizeibehörde
(die Regierung) entscheiden. In Ermangelung näherer Bestimmungen über
das Verfahren in den Fällen der SS. 11. u. 12. (auch SS. 13. u. 14.)
müssen dabei die Bestimmungen der SS. 2. u. 15. ff., soweit sie darauf
passen, auch bezüglich des Rekurses (SS. 5. u. 19.), analoge Anwendung

finden. 2)

4) Befugt zur Provokation sind diesenigen, welche für die Kultur ihrer Grundstücke oder für die Schifffahrt des (ganz oder theilweise frei zu gebenden) Wasserabstusses bedürfen. Dies können im Gegenfatze zu Mühlenbestern oder anderen Stauberechtigten, entweder benachbarte Grundbestitzer, oder die Eigenthümer der Ströme und schiffbaren Privatstüsse, mithin auch diesenigen Staatsbehörden sein, zu deren Verwaltungs-Ressort die Flußschifffahrt gehört.

Während die Reg.=Abth. des Innern, — welcher, nach §. 2. der Reg.=Inftr. v. 23. Oft. 1817 (G. S. 1817. S. 249) u. der R. O. v. 31. Dec. 1825 sub D. II. 1. (G. S. 1826. S. 5), die landwirthschaftl. Polizei nebstallen Landeskultur=Angelegenheiten überwiesen ist *) — die im §. 11. des

bieses Gesets in die Rheinprovinz durch die B. v. 9. Jan. 1845 (G. S. 1845. S. 35.) ist bestimmt, daß das Interesse schon vorhandener, auf Triebwerken bestuhender Anlagen in zweiselhasten Fällen über das der Bodenkultur zu stels len sei.

¹⁾ Auch das G. v. 28. Febr. 1843 über Benutzung der Privatstüffe ze. (§. 24:) verpstichtet zu vollständiger Entschädigung und bestimmt darüber in den §s. 45. u. 47.

²⁾ Die R. D. v. 10. Sept. 1837 (G. S. 1837. S. 327.) hat in Betreff ber zur Verbesferung der Vorstuth der Havel und Spree entsernten schädlichen Fischs wehre und der dafür gewährten Entschädigung bestimmt: "daß bei solchen Wehren, welche als Pertinenzien zu Grundstücken gehören, die mit Hypotheken und sonstigen Bealverpstichtungen belastet sind, in Rücksicht auf die Zuziehung der Realinteressensten nach densenigen Bestimmungen versahren werden solle, welche in der V. v. 8. Aug. 1832, bezüglich auf die Geldentschädigung für den zum Chaussebau abgetretenen Grund und Boden, enthalten sind."

³⁾ Da sich bas C. R. ber Min. des J., ber F. und ber landw. Ang. v. 13. Marz 1852 (Min. Bl. b. i. V. 1852. S. 84. Nr. 70.) bei Substitution ber General Rammissionen und landwirthschaftlichen Regierungs Abtheilungen an die Stelle ber Bezirks Mathe nur auf die benselben in dem G. v. 11. Marz 1850 über die Polizei Verwaltung beigelegten legislativen Kompetenzen, zum Erlaß von Berordnungen über Gegenstände der landwirthschaftl. Bolizei, bezieht, die im Borsluth G. v. 15. Rov. 1811 SS. 11. sf. gedachten Bestimmungen aber zun Administrativ Justiz gehören und in dieser Beziehung durch die neuere Geses gebung nichts geändert ist, so muß die richterliche Kompetenz der Regierungen sur die einzelnen Fälle der SS. 11—14. als sortdauernd betrachtet werden, so einleuche tend zweckmäßig es auch erscheinen dürste, vielmehr die Entscheidung in dergl. einzelnen Fällen, in denen es sich stets um Kolliston und Ausgleichung wichtiger

Worfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811 gebachte Entscheidung ber Prov.-Polizeibehörde zu treffen hat, kann die Kinang-Abth. in Vertretung bes Strom-Fiskus als Provokant oder Provokat bei der Sache betheiligt sein.

5) Rach S. 15., welcher auch auf die SS. 11. u. 12., wie auf die

SS. 13. u. 14., analog anzuwenden ift, wird bestimmt

a) daß die Provokation auf Vorfluth bei der Provinzial : Polizeibehörde anzus bringen ift,

b) wie die Propotation beschaffen und substantiirt sein muffe.

In letierer Beziehung foll:

a) ber vom Ablaffen bes Baffere zu erwartende Bortheil nachgewiesen,

B) dargethan werben, daß ber Provokant bereite Mittel habe, die wahrscheinliche Entschäbigung ohne Berzug zu zahlen.

Der Nachweis zu b. a. muß ben Bedingungen Rr. 1. a. entsprechen und gehört dazu die Ueberreichung 1) eines vollständigen Situationsplans und der Nivellements, aus denen der höchste und der niedrigste Wasserstand ersichtlich sein muß (vergl. §. 2. des G. v. 23. Juni 1846 betr. das Ausgebotse und Praklus. Berk., G. S. 1846. S. 26), serner 2) des Gutsachtens eines bestätigten Dekonomie-Kommissarius oder Kreisverordneten (§. 38. des Landeskultur-Ed. v. 14. Sept. 1811). Der Beweis zu d. s. ist durch Notorietät, Darlegung oder doch glaubhafte Bescheinigung des Bessitzes und der Disponibilität der dem wahrscheinlichen Entschädigungs-Betrage gleich kommenden Mittel zu führen.

In allen Fällen setzt das von der Prov. - Reg. einzuleitende Ber-

fahren ber SS. 16. ff. eine bei ihr angebrachte Provokation voraus.

B. Zum S. 12.

1) Nach S. 12. ist im Interesse ber Bodenkultur (ober Schiffschrt) auch der Antrag auf ganzliche Wegraumung von Wassermühlen (wobei auch andere Stauwerke, z. B. Fischwehre, Aalfänge u. dergl. zu subintelligiren sind) unter der Voraussehung zulässig, daß

a) ber 3weck — bie im überwiegenden Interesse ber Bobenkultur ober Schiffs fahrt nöthige herstellung des freien Wasserabstusses — nicht anders erreicht

werden kann und

b) ber Duller (resp. Befiger ber Stauanlage) vollständig entschäbigt wirb.

(Bergl. Die Erlaut. jum S. 11.).

Die im S. 12. gedachte dritte Bedingung, "daß auch der Gegend für ihr Interesse bei Erhaltung der Mühle Ersatz geleistet werden könne", mußgegenwärtig, in Rücksicht auf die völlige Freigebung des Mühlengewerbes sowohl für Wasser-, als für Wind-Mühlen, nach S. 38. der Gewerbe-O. v. 17. Ian. 1845 (G. S. 1845. S. 48), und da erfahrungsmäßig sich nirgend ein Wangel von Mühlen gezeigt hat, für wegfallend erachtet werden.

2) Die Provokationsbefugniß auf gänzliche Wegräumung von Wasser-Triebwerken begreift, — nach S. 91. der Einl. zum A. L. R., — auch das Recht in sich, eine durch den Zweck vollständiger Borfluth bedingte

Einschränfung des Dublenbetriebes zu verlangen.

3) Unter dem "polizeilichen Ermeffen", welches laut §. 12. über obige Bedingungen definitiv zu befinden hat, ist auch hier die Entscheidung

PartheisIntereffen und Privatrechte handelt, den für ahnliche Angelegenheiten der Landeskultur bestellten, gleichzeitig richterlichen und technischen Gen.sKommissionen und landwirthschaftl. Spruch Rollegien, wie in höherer Instanz, an Stelle des landw. Rin., dem Rev. Roll. für L. R. S. zu übertragen. (Bergl. jedoch über die Kompetenz der Gen.sKommissionen und landw. Reg. Abth. zu Borstuthe-Regus lirungen die Erläut. zu S. 15. ff.)

vet Regierung, als Prov. Polizeibehörde, zu verstehen. (Bergl. die Erläut. gam S. 11.).

III.

Befeitigung der natürlichen hindernisse des Abflusses; Ableitung geschlossener Gewässer.

(§§. 13. u. 14. des Borfluth = Gef. p. 15. Nov. 1811).

1) Die SS. 13. u. 14. behandeln das Recht auf Borfluth in allen ben Fallen, in welchen feine funftlichen hinderniffe des Abfluffes (Dublen, Stauanlagen) vorhanden find; fie debnen bies Recht im Intereffe ber Bobenfultur über ben in den SS. 102. ff. A. E. R. I. 8. gezogenen, im Bergleich mit dem Borfluth-Ed. v. 6. Juli 1773, durch das A. L. R. verengerten - Rechtstreis, in mehrfacher Beziehung aus. Insbesondere ift durch das Wort: "Abwäfferungsgraben" jeder Zweifel darüber abgefchnitten, "baß fich instunftige bie Befugniß auf Gemabrung von Worfluth und Ziehung von Graben Behufs Entladung des Waffers und Abtrodnung von Grundftuden, nicht mehr bloß auf Regen- und wild ablaufendes Waffer beschränke". 1)

Denn auch der S. 15. bezeichnet vielmehr das auf ben Sandereien ftebende Baffer als Gegenstand bes Rechts zur Bafferentladung, und fernerhin hebt ber S. 14. die Bestimmung bes S. 117. A. L. R. L. 8. ausbrudlich auf, wonach bisher Niemand gur Ableitung von geschloffenen Brivatgemaffern - S. 176. A. E. R. I. 9. - Die Biehung neuer Graben über seine Grundfluce wider feinen Billen ju gestatten verpflichtet ge-

wesen war.

2) Den offenen Abwäfferungsgraben durch fremde Grundstücke find nunmehr, nach Art. 3. des Ges. v. 11. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 182), auch die Bafferleitungen unter ber Erbe in bedectten Ranalen ober in Robren (Drains) in allen Beziehungen gleich gestellt. 2)

¹⁾ Allerbings wies ber S. 103. A. E. R. I. 8. mit ben Borten: "bergleichen Baffer" auf ben S. 102. a. a. D. ausbrudlich zurud, wo nur von bem außers halb ber orbentlichen Ranale und Graben wild ablaufenben Baffer bie Rebe ift, und an diese SS. reihte sich wieberum ber S. 105. unmittelbar an, wonach: "auch in biesem Falle" (bem bes S. 102.) ber Staat bie unterhalb liegenden Nachbarn zur Gestattung ber Borfluth anhalten fann.

²⁾ Danach wurde um so weniger noch jest die Ansicht richtig sein (vergl. Rod's Recht ber Forb. Bb. 3. G. 117), "bag bie Gestattung ber Borfluth für Regenwaffer wie die Bestellung einer nothwendigen Servitut (§. 3-10. A. E. R. I. 22.) behandelt werden muffe, weil ber S. 15. bes Vorfluth-Eb. wortlich nur von bem auf ben ganbereien ftebenben Baffer fpreche, nicht vom Regenmaffer, und weil auch weiterhin im Borfluth-Eb. Die Trodenlegung einer bemaf= ferten Flace vorausgesest werbe." Dhnehin besteht die Bestimmung und ber Rupen der Drain = Anlagen hauptsächlich in der Entladung der im Untergrunde ftodenben Raffe, in Befreiung des Bobens von feiner inneren Bafferhaltigkeit. Diefe fann zwar von unterirbischen Quellen herrühren, ift gleichzeitig aber bie Birfung bes in ben Boben einbringenben Regenwaffers und feuchten Nieberschlages aus ber Atmofphare, woburch fich meiftentheils bie unterirbischen Quellen bilben ober biefelben boch fortbauernt gespeift werben. Bergl. unter Andern &. Bincent, Die Drainage, deren Theorie und Praxis. Leipzig 1850. S. 12. ff. SS. 16 - 20. Ueberbies entspricht ber S. 15., welcher auch gegenständlich mit bem S. 14. in Berbinbung fteht und auf die Entledigung ber Grundftude von jeder Art fulturichablichen Baffere gerichtet ift, in Bezug auf bas vermittelnbe Ginfcreiten ber öffentlichen Beborben nur bem S. 105.; er fichert biefem letteren baburch erft feine prat-

608 Bon dem Schute u. der Beforderung der Landeskultur. Bafferrecht.

3) Welche Art von Graben, ob offene ober verbectte, jum Iwecke ber Vorfluth anzulegen sind, wird, abgesehen von dem Untrage des Provokanten (nach S. 16. a.) durch das Gutachten ber sachkundigen Rommiffarien beftimmt und hangt davon ab, wie auf die eine oder die andere Beise der 3med der Borfluth leichter und beffer erreicht werden konne.

4) Die Bulaffigkeit ber Provokation auf Entwafferung ift auch in ben Fallen ber SS. 13-15. an Diefelben, beim S. 11. erdrierten Bedingungen

geknüpft. 1)

Insoweit, als diese Bedingungen obwalten, hat auch der S. 14. nur eine Ausnahme von dem S. 117. A. L. R. I. 8. nachgegeben.

Vierter Titel.

Berfahren bei Borfluths-Regulirungen und Rompetenz-Berhaltniffe der verschiedenen Beborden.

(SS. 15-34. des Borfluth-Gef. v. 15. Nov. 1811 u. Art. 2. des Gef. v. 11. Mai 1853 wegen Bildung von Genoffenschaften zu Entwäfferungen).

I,

Allgemeine Bemerkungen über bas Provokatione-Verfahren por der Regierung und über Bildung von Genoffenschaften; Busammenhang des öffentlichen und Brivat-Interesses in Worfluthssachen.

(§S. 15. u. 17. des Worfluth = Gef. v. 15. Nov. 1811).

1) Für die Ausführung von Entwäfferungsanlagen bestehen jest zwei verschiedene Gesete, welche von verschiedenen Boraussehungen ausgeben und deshalb auch gang verschiedene Wege zum Biel einschlagen, nämlich:

a) bas Worfluth - G. v. 15. Nov. 1811, welches bas Berfahren als einen Prozeß im weiteren Sinne (abnlich wie die Regulirungen, Ablosungen und Gemeinheitstheilungen) behandelt, baber voraussett, bag ein Untrag eines oder einzelner Grundbesiger auf Berftellung von Entwafferungen in ihrem besonderen Intereffe, bei der Landespolizeibehorde angebracht werde, dabei ferner für das von letterer zu leitende Berfahren bestimmte Regeln und Anweisungen giebt und das Berfahren durch einen Bertrag (Rezes S. 32.) unter ben Betheiligten abschließen lagt;

b) das G. v. 11. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 182) für folche Fille, in benen Entwässerungsunternehmungen, welche einer gangen Gegend ju gute fommen, nur burch ein gemeinsames Wirfen zu Stande zu bringen und fortzuführen find. In diefen Ballen foll eine Entmafferungs-Genoffenschaft und zwar auf legislativem Wege, durch landes. herrliche Berordnung, mittelft eines landesherrlich vollzogenen Statuts, - und blos bei freiwilliger Buftimmung aller Betheiligten, unter Genehmigung bes Min. für landw. Ang., gebildet werden. 2)

1) Dieselben Bebingungen enthielt im Befentlichen auch icon ber S. 105. M. 2. M. I. 8.

tische Ausführbarkeit, daß, mahrend der S. 105. A. E. R. I. 8. allgemein auf ben Staat verweist, hingegen ber §. 15. des Borfluth : Gef. Die Behorde und ben Beg naher bezeichnet, auf welchem die Buficherung bes S. 105. realisit werben soll.

²⁾ Wegen bes Gerichtsftanbes ber Ents und Bewafferungs, Deich und anberen - Melioratione: Genoffenschaften bezüglich ber gegen fie geltend zu machenden Entscha-

Doch soll für Drainanlagen die Bildung solcher Genoffenschaften für jett nur bei freiwilliger Zustimmung aller Betheiligten stattsinden

bürfen.

2) Das Vorfluth = G. v. 15. Nov. 1811 sett die Leitung des Versfahrens durch die Regierungen, in ihrer Eigenschaft als Landespolizeis behörden, und einen dies Verfahren provocirenden Antrag der Unternehmer von Entwässerungs=Anlagen als Regel voraus; es hat erheblichere Melios rationseinrichtungen vor Augen, unterscheidet nicht zwischen diesen und den kleineren Vorsluthsanlagen, deren Wirkung oft nur einzelne Nachbarn besrührt, und verordnet deshalb im §. 17. allgemein,

daß die Untersuchung: "ob durch die beabsichtigte Entwasserung nicht andere Grundbesitzer leiden oder ein Nachtheil davon für die Schiffsahrt oder öffentliche Anlagen zu besorgen sei?" selbst für den Fall stattsinden musse, wenn beide Theile über die Ablassung gutlich einverstanden sind.

3) Nach gegenwärtiger Lage der Preuß. Vorfluth-Gesetzgebung ift indeß die Anbringung einer Provokation bei der Regierung und die amtliche Leistung des Entwässerungs-Verfahrens durch diese Behörde für dergl. Unternehmen, soweit sie die Bodenkultur zum Zweck haben, nicht als eine nothe wendige Voraussetzung der rechtsbeständigen Verwirklichung der Entwässe-

rungeanlage ju betrachten. 1)

Daraus folgt, daß wenn die Brovokation auf Leitung des Verfahrens nach SS. 16. ff. bei der Regierung unterbleibt, diese nicht mehr, gemäß S. 16. d., prüfen kann, ob andere Grundbesitzer darunter leiden, vielmehr die Beschwerden anderer Privaten abzuwarten sind, wogegen nur noch aus all-gemeinen polizeilichen Gründen von der Regierung eingeschritten werden kann, wenn entweder die Entwässerung gemeingefährlich zu werden droht (A. L. R. II. 17. S. 10.), oder wenn davon Nachtheil für die Schiffsahrt oder öffentliche Anlagen zu besorgen ist. Den Unternehmern von Entwässerungsanlagen bleibt anheimgestellt, sich ihrer Anlagen wegen mit den Stauungsberechtigten oder den dadurch betroffenen Grundbesitzern, ohne Sinswirtung und Rognition der Regierung, zu vereinigen.

Dies besagt — unter Verweisung auf den S. 19. des Ges. v. 28. Febr. 1843, "wonach es einer polizeilichen Erlaubniß zu Bewässerungs-anlagen nicht bedarf", wie auf die SS. 1. ff. des Präklusions-Ges. v. 23. Jan. 1846 —, das R. des Min. für landw. Ang. v. 6. Aug. 1853 2)

(Min. Bl. b. i. B. 1853. S. 168. Nr. 148.).

4) Die Eröffnung und Leitung eines Verfahrens nach §§. 16. ff. vor der Regierung hangt nicht bloß davon ab, daß der Unternehmer von Entswässerungsanlagen bei der Provinzial-Polizeibehörde ausdrücklich darauf anträgt und es nicht vielmehr vorzieht, sich privatim, ohne deren Einwirstung und Vermittelung, mit dem Stauberechtigten oder dem durch seine Anlage-betroffenen Grundbesitzer zu einigen, vielmehr kann die Provokation bei der Prov.-Polizeibehörde, wie das Versahren bei der Reg. und in hö-

bigungsansprüche wegen Expropriationen ober Beschädigungen, ingl. Besitsstörungen vergl. Art. II. Nr. 3. des Ges., betr. die Zusatze zur B. v. 2. Jan. 1849 über anderweite Organisation der Gerichte, v. 26. April 1851 (G, S. 1851. S. 181.)

¹⁾ Wie gegentheils bei den gutsherrlich bauerl. Regulirungen, den Ablösungen und Gem. Theilungen wenigstens der Rezes durch die geordnete Staatsbehörde bes kätigt und bei dieser Gelegenheit geprüft werden muß, ob und wiesern etwa bei den Uebereinfünften unter den Privaten die öffentlichen — die Steuers, Landeckuls turs und ähnliche — Interessen, ebenso die Interessen der nicht zugezogenen Realberechtigten und Hopothesengläubiger verletzt und baher noch nachträglich von der Behörde, gemäß ihrer Amtspflicht, wahrzunehmen sind.

herer Instanz bei tem Min. für landw. Ang., selbst die Bildung von Entswässerungs-Genossenschaften durch landesherrl. Verordnung mittelst Statuts, oder unter Genehmigung des Min. für landw. Ang., auch dadurch ausgesschlossen sein, daß, unter gewissen gesetzlichen Voraussetzungen, für einzelne Vorsluthsregulirungen die Kompetenz der Auseinandersetzungsbehörden und ein Verfahren vor ihnen nach Waaßgabe der dafür im Auseinandersetzungsschlichen Bestehenden V. v. 20. Juni 1817, 7. Juni 1821 u. 30. Juni 1834 Platz greift.

II.

Rompetenz der Auseinandersetzungs-Behörden zu BorfluthsRegulirungen.

1) Die Rompeteng ber Auseinandersetzungs-Behörden fann

a) beshalb eintreten, weil die Entwässerung Gegenstand ober Theilftuck des Hauptgeschäfts ist, entweder nach Abschn. II. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 S. 171, S. 173. Nr. 8. ober nach dem S. 97. Abschn. I. (verglauch S. 171. Nr. 2. der B. v. 20. Juni 1817), ober

b) es kann die Vorflutheregulirung mit anderen Geschäften der Gen.-Kommiss fionen und landw. Reg.-Abth. in einem außeren Zusammenhange stehen und von ihnen nach S. 8. in Verbindung mit S. 7. der V. v. 30. Juni 1834

in Berhandlung genommen werden.

Wie in den anderen Regulirungen und Gemeinheitstheilungen, welche zum Ressort der gedachten Behörden gewiesen sind, treten diese, beziehungs-weise die landw. Spruch-Rollegien und in zweiter, resp. letter Instanz bas Revis.-Rolleg. für L. R. S., alsdann auch in den von ihnen übernomme-nen Vorstuths-Regulirungen für die Instruktion und Entscheidung aller Streitigkeiten über streitige Theilnehmungsrechte (SS. 5. u. 20. des Vorsstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811) an die Stelle der ordentlichen Gerichte. Zu ihrer Rompetenz gehört dann die Erörterung und Entscheidung aller streitigen Rechte ohne Ausnahme, wie die Feststellung des Entwässerungs-plans, der Entschädigungen und der Beitragsverhältnisse zur Anlage und Unterhaltung der Entwässerungsanstalten.

Der auf Grund der Verhandlungen unter den Interessenten abgeschlosssene, event. in contumaciam durch richterliches Erkenntniß sestgestellte Rezes vertritt dann die Stelle eines landesherrlich vollzogenen Statuts, resp. einer Genehmigung der freiwilligen Uebereinkunft durch das Min. für landw. Ang. in Bezug auf die zu Stande gekommenen Entwas-

ferunge-Genoffenschafften.

2) Tritt eine Vorfluths = Regulirung, nach Maaßgabe des S. 8. der V. v. 30. Juni 1834, mit dem Hauptgeschäfte, einer Gem.-Theilung, in Verbindung, so sinden auch auf die Vorsluthssache nicht bloß die forsmellen Vorschriften der das prozessualische Versahren der Auseinanderssehungs = Behörden bestimmenden Gesetze, sondern auch die übrigen, mehr materiellen Bestimmungen dieser Gesetze Anwendung, insbesondere wegen des Beitrages der Interessenten sowohl zu den Kosten des Versahrens, als zu denen der Einrichtung und der Unterhaltung der neuen Anlagen. (Verzi. das Schreiben des Revis.-Kolleg. für L. K. S. v. 12. Nov. 1852 in bessen Beitzssch. Bd. 6. S. 16—23.)

3) Das R. des Min. für landw. Ang. v. 25, Juni 1852 1) (Min. BL

b. i. B. 1852. G. 172) bestimmt,

bag die Auseinandersetzungs Behörden auch nach erfolgter Ausführung einer Gemeinheitstheilung zweckmäßige Ent= und Bewässerungen vermitteln burfen.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 626.

Vergl. dagegen das R. des Min. des J. v. 15. März 1845 1) (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 131), wonach die Kompetenz auf die Voraussetzung des J. 8. der V. v. 30. Jan. 1834 lediglich zu beschränken ist.

III.

Berhandlung der Borfluthssachen vor der Regierung und beren Kommissarien; verschiedene Geschäfts-Afte und Stadien des Berfahrens und Incidentpunkte bei demselben.

A. Die verschiedenen Beschäfte-Afte.

Das auf die Provokation der Unternehmer von der Prov.-Regierung

zu verfügende Berfahren zerfällt in folgende Afte und Stadien:

1) die Ernennung sachkundiger Rommissarien, welche an Ort und Stelle die Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Antrages, serner die angemessensten Mittel zur Erreichung des Zwecks der Provokanten, wie die Einswirkung der Entwässerung auf die Kultur anderer Grundstücke, auf Schisssahrt oder öffentliche Anlagen, zu untersuchen, auch den Entwässerungsplan nehst den Wodalitäten seiner Ausführung zu projektiren und mit ihrem Gutachten der Regierung vorzulegen haben (§§. 16., 17.);

2) die Entscheidung ber Prov.-Polizeibehörde (Regierung) über die Julassigkeit der Ablassung des Wassers, über den Plan selbst und über die Wodalitäten, unter denen derfelbe ausgeführt werden soll (§§. 18. u. 21.);

3) Berufung dagegen (Refurs) an das landw. Min. (§. 19. u. vergl.

Die Erlaut. jum §. 5.);

- 4) nach Feststellung des Plans, Wahl der Schiebsrichter durch die Interessenten und des Obmanns durch die Regierung und Verhandlung der Schiedsrichter
 - a) über die Ausführung des von der Regierung festgestellten Plans im Detail an Ort und Stelle;
 - b) über Ermittelung, Abschähung und Feststellung ber Entschädigungen und ihres Betrages für alle diejenigen, welche Behufs der Ab: und Zuleitung des Wassers Stundstücke oder Rechte abgetreten haben oder sich die Einschränkung von Nutungsrechten nach Maakgabe des Plans haben gefallen lassen mussen; c) Bestimmung darüber, von wem und wie die neu angelegten Abzugsgrüben

e) Bestimmung darüber, von wem und wie die neu angelegten Abzugsgräben zu ben Unsterhalten sind, unter Feststung des Beitragsverhältnisses zu den Unsterhaltnisses zu der Verlagen und der Verlagen und der Verlagen und der Verlagen von der Verlagen und der Verlagen un

terhaltungefosten. (§. 22. 23.);

5) die Aufnahme eines vollständigen Rezesses sowohl über den ganzen Wlan, als die Resultate der schiedsrichterlichen Berhandlungen in Betreff der Vollziehung desselben und der Entschädigungen, wie der Kostenbeitragsverhältnisse (§. 82.).

B. Incidentpunfte.

Bei diesen Berhandlungen vor der Regierung und ihren Kommissarien -tonnen mehrsach Incidentpunkte vorkommen, durch deren Erörterung das Sauptversahren unterbrochen wird und welche zuvor erst durch andere Be- borben erledigt werden muffen.

a) Bor ben ordentlichen Gerichten.

Es können bei den kommissarischen Verhandlungen Widersprüche und Einwendungen, entweder gegen die Zulässigkeit der Ablassung des Wassers, oder gegen die beim Entwässerungsplan anzunehmende Sohe des Wasserstandes, oder gegen die Art und Weise der Aussührung des beantragten oder projektirten Entwässerungsplans hervortreten, welche auf spezielle

¹⁾ Cbendas. S. 627.

Rechtstitel (Verträge, Verleihung ober rechtsverjährten Besty) gegründet werden. Steitigkeiten über dergl. Rechte, welche die Betheiligten zur Ausgleichung stellen, und beren Umfang sind alsdann in der Regel präjudiziell vor Entwerfung des Entwässerungsplans und seiner Wo-dalitäten zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, selbst wenn sie sich auf den Wasserstand beziehen (vergl. §. 20. in Verbindung mit §. 5.). 1)

In ter Regel kann erst nach rechtskräftiger Entscheidung derselben, resp. nach der definitiven Setzung des Merkpfahls, das im S. 16. angeordnete kommiffarische Verfahren wieder Fortgang haben und der Entwässerungsplan nehst seinen Modalitäten, nach SS. 18. u. 21., von der Regie-

rung festgefest und vollzogen werden (vergl. unten sub D.).

b) Bor anderen Kommiffarien der Regierung.

In Betreff des Wafferstandes von Mühlen und anderen Stauanlagen muß auch zu vor das polizeiliche Verfahren wegen Setzung des Merkpfahls durch Kommissarien, event. nach §. 5. (am Schlusse) erfolgen, weil erst dadurch der Wasserstand gegen die provokatischen Stauberechtigten und damit die Grundlage für den Plan und die Ermittelung ihrer Entschädigung sixitt wird.

c) Bor den Auseinanderfegungs-Behörden.

Gehören zu dergl. streitigen Aechten solche, die nach der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 und deren Ergänz. v. 2. März 1850 der Ablösung unsterliegen, z. B. zur Nutung von Schilf, Binsen oder Rohr, zur Fischerei oder zur Torfnutung u. s. w., welche bei der Entwässerung wegfallen, so wird in der Regel (vergl. S. 4. A. L. R. I. 16.) auch deren Ablösung durch die Auseinandersetzungs-Behörde vorausgehen müssen. 2)

C. Bulaffigkeit einer vorzeitigen Ausführung bes Plans.

1) Es entsteht in Beziehung auf diese Incident= und Prajubizial= Punkte die Frage: wiesern die Regierung ermächtigt ist, auch noch vor deren rechtskräftigen Erledigung, mit Verweisung derselben ad separatum, die im S. 16. bestimmte Lokaluntersuchung eintreten zu lassen, den Entwasserungsplan nebst den Aussührungsmodalitäten nach S. 18. sestzustellen und das schiedsrichterliche Versahren zur Vollziehung des Plans und Feststelslung der Entschädigungen nach SS. 22. sf. anzuordnen?

Daß dies unter Umständen zulässig sei, scheint aus S. 26. hervorzugehen, indem hier von Rechten die Rede ist, die unter den Partheien noch
ftreitig sind, bezüglich deren nur die schiedsrichterliche Festsezung wegen
der Entschädigungen, bei Vermeidung der Kassation des Schiedsspruche,

ausgesetzt bleiben folle.

Für die Bulassigfeit spricht auch die Analogie der §g. 181—135. der B. v. 20. Juni 1817, welche den Auseinandersetungs-Behörden eine ahnliche Besugniß beilegt, und die des §. 53. des G. v. 28. Febr. 1843, betr.
die Benutung der Privaistusse zu Bewässerungen, welche die Regierung ermächtigt, selbst wenn über ein auf speziellen Titeln beruhendes Wider-

2) Wie weit in Folge beffen die Auseinandersetzungs Behörde die Borfluthes regulirung selbst vor sich ziehen kann, bestimmt sich nach den oben unter II. ents

widelten Gruntfagen.

¹⁾ Aehnlich, wie dies im Auseinandersetzungs-Ressort die B. v. 20. Juni 1817 in den § 3. 105. und 131., nur mit dem Unterschiede vorschreibt, daß nach §. 6. des Aussuhr. Ges. v. 7. Juni 1821 alle dergl. Streitigkeiten von ein und berselz ben (Auseinandersetzungs-) Behörde im Zusammenhange mit dem Sauptverfahren instruirt und entschieden werden.

prutherecht ein Prozes entstanden, 1) bennoch die Ausführung der Anlage

zu geftatten.

2) In keinem Falle darf jedoch diese Ermächtigung anders, als unter ders felben Bedingung des S. 53. a. a. D. ausgeübt werden, "daß der Untersnehmer der Entwässerungsanlage für Schaden und Kosten Kaution leistet, der Provokat über die Zulänglichkeit der Kaution vernommen wird und die Regierung beim Widerspruch desselben darüber entscheidet."

D. Bestellung der sachkundigen Kommissarien und Ver-

handlungen derfelben (§. 16,).

1) Es wird von dem Ermeffen der Regierung abhängen, einen ober mehrere sachverständige Kommissarien aus ihrer Mitte ober aus anderen Beamten
oder sachtundigen Eingeseffenen zu bestellen und denselben, wie den Schiedsrichtern nach Besinden eine Gerichtsperson zur Führung der Protokolle zuordnen zu lassen.

2) Form und Rechtsverbindlichkeit der (wenn auch ohne Zuziehung eines Richters) aufgenommenen Verhandlungen bestimmt sich nach den §§. 127—129. A. S. D. I. 10. 2) in Verbindung mit §§. 68. ff. des Anh. zur A. S. D. und der K. D. v. 20. Juni 1816. (S. S. 1816. S. 203).

3) Auch muß die Legitimation der Interessenten beim Verfahren ge-

pruft und festgestellt werden.

4) Die Zuziehung der Interessenten beim Versahren darf, ungeachtet dieserhalb eine ausdrückliche Vorschrift sehlt, nicht unterbleiben. Denn die von den Kommissarien vorzunehmenden Verhandlungen sollen die Grundslage für die Entscheidung der Regierung über die Zulässigseit der beantrageten Ablassung des Wassers, nach Maaßgabe der beim §. 11. erörterten Beschingungen, wie über den Plan und die Modalitäten der Aussührung desselben (§. 21.), bilden; auch soll bei den Verhandlungen möglichst auf Eisnigung der Interessenten und gütliche Zustandebringung der Meliorationssansage hingewirft werden. *)

In dieser Beziehung bemerkt bas R. des Min. des I. für Gew.=Ang.

v. 24. April 1837 *) (v. K. Ann. Bb. 21. S. 399):

daß, wenngleich die Zuziehung der Provokanten eben so wenig, wie ein kons tradiktorisches Berfahren bei der nach §. 16. stattsindenden Lokaluntersuchung auss drücklich vorgeschrieben ist, dennoch diese Zuziehung namentlich auch in der Absicht, eine gutliche Einigung herbeizuführen, nicht zu unterlassen sei.

E. Bulaffigkeit des Rechtsweges gegen einzelne im Vorfluthsverfahren erlaffene Entscheidungen der Provinzial-Po-

lizeibeborde (Regierung).

Wegen der Incidentpunkte vergl. die Erlant. unter B. Dagegen ift über den Konflikt der Kompetenz von Regierungen und Gerichten bezüglich der Gegenstände ter im Verlaufe des administrativ-richterlichen Verfahrens vorkommenden Entscheidungen zu bemerken:

1) In Betreff der Bulässigkeit tes Rechtsweges bei Streitigkeiten über Entwässerungsanlagen und die daraus hervorgehenden Entschädigungsansprüche hat der Kompetenz-Gerichtshof per sent. v. 22. Mai 1852 die Frage: ob, wenn eine Entwässerung durch die Verwaltungsbehörde für unzulässig erachtet worden ift, alsdann die Betheiligten, je nach ih-

3) Bergl. Bielis Abhandl. in ber tameralift. Beitg. 1838, S. 322 ff.

4) Bergl. in Bb. I, S. 850.

¹⁾ Bergl. §. 23. bes Gef. v. 28. Febr. 1843 u. §§. 5. u. 20. bes Gef. v. 15. Nov. 1811.

²⁾ Der S. 55. ber B. v. 20. Juni 1817 ift ale lex specialis nicht heranzus ziehen.

ren Rechtsverhaltniffen, Entschädigungeansprüche gegen einander ober gegen Dritte zu machen berechtigt feien? — als zur richterlichen Rognition geeigenet angefeben und ausgeführt,

daß der Richter darüber zu befinden habe, ob Jemanden ein Privatrecht zur Entwässerung eines Sees zustehe; das Verbot dieser Entwässerung und der Ausspruch des Fissus, den See im Bedürfniß der Schiffschrt zu stauen, sei aber mit Rücksicht auf spezielle Rechtstitel ein solcher Eingriff in Privateigenthum, sur welschen geseslich Entschädigung gefordert werden könne. (Just. Win. VI. 1852. S. 252.)

2) Dagegen hat berselbe Gerichtshof per sent. v. 25. Juni 1858 ten Rechtsweg für unzulässig erachtet wegen eines Anspruchs in Ansehung folcher Leistungen, welche zur Unterhaltung von Enmässerungsanlagen burch die Landes-Polizeibehörde regulirt worden sind, weil die Repartition ein nicht aus einem privatrechtlichen Verhälmiß, sondern aus der Besugniß der Resgierung als Landes-Polizeibehörde hervorgegangener Akt sei und diese Bestigniß auf ausdrücklichen Sanktionen beruhe, welche den Rechtsweg ausschließen (§§. 14—23. des Ges. v. 15. Nov. 1811, §. 2. Nr. 4. der Reg.-Instr. v. 23. Oft. 1817, §. 1. des Ges. v. 11. Mai 1842). (Just. Riu. Bl. 1853. S. 348.)

IV.

Das Geset v. 23. Jan. 1846, betr. das für Entwässerungsanlagen einzuführende Aufgebots- und Präklusions-Rerfahren 1) (G. S. 1846. S. 26).

A. Allgemeine Bemerkungen.

1) Dies Geset schließt sich ben mit S. 15. beginnenden Borschriften über das Verfahren der Regierungen an und ist den SS. 19—22. des Ges. v. 28. Febr. 1843 nachgebildet. Dasselbe, was nach diesem Ges. vom Aufgebots- und Präklustons-Versahren bei Bewässerungsanlagen gilt, sin- det auch auf dies Versahren bei Entwässerungsanlagen Anwendung.

2) Der Antrag auf Erlaß eines Aufgebots und der Braflusoria sett nicht nothwendig voraus, daß ein Hauptverfahren nach SS. 15. ff. beantragt fei. Der Unternehmer kann diesen Antrag ganz unterlassen und sich auf

den Antrag wegen des Aufgebots und der Praklusion beschränken.

9) Auch ist dieser Antrag an kein bestimmtes Stadium des Sauptsverschrens oder des Unternehmens gebunden. Derselbe kann ebensomoht vor dem Beginn des Entwässerungs-Unternehmens, wie im Laufe dessels- ben oder nach bessen Beendigung angebracht werden (vergl. S. 1. Mr. 1. des Ges.).

B. Erläuterungen zu einzelnen Bestimmungen bes Ge-

feges.

AA. Zwed bes Gefeges.

Das Gesetz ist auf Sicherung theils gegen Widerspruchsrechte, theils gegen Entschädigungsanspruche privatrechtlicher Natur in mehrsacher Beziehung gerichtet, und zwar:

a) gegen solche, welche die Ableitung des Waffers, und zwar:

a) bas abzuleitende Baffer felbft (§. 1. Mr. 1. a.);

β) bie Beranberung bes Feuchtigkeitszustandes anderer Grundstücke (3. B. Bies fen) burch Senkung ber Bafferstandshohe (§. 1. Nr. 2.);

y) bas zu entwässernde, ben Unternehmern gehörige Terrain (S. 1. Nx. 1. b.) betreffen;

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 848-849.

- b) gegen folche, welche mit ber Juleitung bes Waffers zusammenhangen, und zwar:
 - a) welche bas fremde Terrain, bas zur Wasserleitung benutt und von berselben burchschnitten wirb, ober
 - B) bie unterhalb liegenben Grunbbefiger betreffen.

Diesem Zwecke des Gesetzes, entspricht die in ter Bekanntmachung (S. 3.) enthaltene und durch den Prakusionsbescheid (S. 5.) zu realistrende Aufforderung und Verwarnung.

BB. Wirkungen des Aufgebots und der Präklusion.

1) Die Folgen des Aufgebots und der Prakluston in Bezug auf jene Mechte und Anspruche find indeß verschieden.

a) Es geht nur das Widerspruchsrecht gegen die Anlage selbst verloren, während beren Ausführung gesichert bleibt

a) Seitens berjenigen unterhalb belegenen Grundbesitzer, benen das Wasser zugeleitet wird und welche, was sich oft erst später zeigt, in Folge bieser Zuleitung baburch leiben, daß ihre Grundstücke versumpsen, weil sie sich bes zugeleiteten Wassers nicht wiedernm vollständig entledigen konnen (S. 4.),

β) Seitens Eigenthums: ober Dienstbarkeits-Berechtigter,
na) bezüglich des entwässerten Terrains des Unternehmers — mithin
auch bezüglich der abgelassenen Teiche und Seen und wegen der Fische-

reis, Rohr: und Schilf:Berechtigungen - (§. 1. Rr. 1. b.)

bb) bezüglich ber zu ben Wasserleitungen benutten eigenen ober fremben Grundstücke (§. 1. Nr. 1. c.). — Bergl. §. 3. am Schluß. —

In allen diesen Fällen bleibt denjenigen, welche in Folge der Anlage ihr Eigenthum oder ihre Rechte eingebüßt, resp. Nachtheil und Schaden erlitten haben, dafür der Entschädigungsanspruch vorbehalten; wogegen

b) in den anderen Beziehungen und Fällen nebst dem Widerspruchsrechte gegen die Anlage selbst auch der Entschädigungsanspruch verloren geht.

(S. 1. Mr. 1. a. u. Mr. 2.).

2) Der S. 4. entspricht bem in ben SS. 104. u. 105. A. L. R. I. 8. ausgesprochenen Prinzip, sowie tem in ben SS. 11., 16. b. u. 15. des Vorstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811 enthaltenen Rechtssate, wonach

"bie Verpflichtung zur Aufnahme bes von oberwärts zuzuleitenden Wassers im Allgemeinen durch die Möglichkeit der Weiterschaffung desselben bedingt ist, dems gemäß der bei der Vorsluth gesuchte Vortheil des einen Grundbesitzers einem ans deren Grundbesitzer wenigstens nicht zum Nachtheil gereichen und daher der oberschalb belegene Grundbesitzer sich niemals mit dem Schaden des unteren bereischen darf."

3) Wegen Verjährung ber Entschädigungsansprüche ift auf die Defl. des S. 54. A. L. R. I. 6. v. 31. Marz 1838 (G. S. 1838. S. 252) zu verweisen.

CC. Ueber die Bestimmung im S. 1. Rr. 2.

Die Braflusion soll nach Nr. 2. §. 1. auch diesenigen privatrechtlichen Widerspruchsrechte ober Entschädigungsansprüche treffen, welche stattsinden "in Beziehung auf die in Folge der neuen Anlage zu erwarstende oder schon eingetretene Senkung des Wasserstandes," welcher Bestimsmung die laut §. 3. in die Bekanntmachung auszunehmende Verwarnung entspricht,

"baß biejenigen, welche sich binnen ber bestimmten Frist nicht gemelbet haben, in Betreff ber Ableitung bes Wassers und der davon zu erwartenden ober schon eingetretenen Senkung des Wasserstandes, sowohl ihres Widerspruchszechts, als des Anspruchs auf Entschädigung verlustig gehen."

Es muß hinsichtlich berer, welche burch bas Senken bes Wafferftanbes

616 Von dem Schutze u. der Beforderung ber Landeskultur. Wafferrecht.

und die Ableitung von Seen Nachtheil erleiden, unterschieden werden, zwisschen solchen:

welchen aus einem speziellen Rechtstitel (vergl. die Erläut. zum S. 5. des Borfluth: Ges.) ein wohlerworbenes Recht auf eine gewisse Sobe des Bassferstandes zusteht, wie z. B. Wasser: Müllern und anderen Stauungsberechtigten, auch Besitzern von Dienstbarkeitsberechtigungen auf Benntung des

Baffere jum Biehtranten, jum Schöpfen u. f. w.;

b) benen, welchen kein spezieller Rechtstitel auf einen bestimmten Wasserkand ober die Wassernutzung zur Seite steht und welche daher nur thatsächlich durch den Wassergehalt und Feuchtigkeitszustand benachbarter Grundstücke in ber einen oder anderen Beziehung bisher Bortheil gezogen haben, z. B. dadurch, daß zum Getreidebau an sich unnusbare Ländereien von schlechter Bodenbeschaffenheit vermöge der in ihnen zurückgehaltenen Feuchtigkeit grass wüchsig und als Wiesen nutbar gewesen, während sie diese Eigenschaft durch Trockenlegung der Grundstücke des Nachbars oder Ablassung eines Sees auf den Nachbarländereien verlieren und dadurch ihrer natürlichen Beschaffenheit als unfruchtbares Sandland anheimfallen.

Die Rechte der ersten Art werden, zufolge der §§. 5., 20. u. 31. des Worsluth - Ges., als zu berücksichtigende und zu entschädigende Besugnisse anerkannt. Hingegen ist, abgesehen von speziellen Rechtstiteln, in keiner Art, sei es unter dem Gesichtspunkte einer Grundgerechtigkeit des unterhald liegenden Grundstücks gegen das obere oder sonst, in den Gesehen ein Anspruch des Besitzers eines unteren Grundstücks gegen den Besitzer des oberen auf Gewährleistung des in seinem (des oberen Besitzers) Grund und Boden vorhandenen natürlichen Feuchtigkeitszustandes und Wassergehalts, rest, auf Erhaltung eines See's oder einer Quelle anerkannt. Einem solchen Anspruche steht die gesehliche Versügungsbesugniß des Eigenthümers (vergl. §§. 1., 9., 12., 13., 26—28. A. L. R. I. 8.) unbedingt entgegen.

Unbedenklich konnte daher schon früher, ungeachtet der Borschrift des S. 117. a. a. D., z. B. ein nach S. 176. A. L. R. I. 9. im Privateigensthum des Bestigers der umschließenden Grundstücke besindlicher See durch Bersenkung des Wassers mittelst Bohrlöcher, wenn dies thunlich war, oder mittelst hineinleitung des Wassers in einen Bach innerhalb der eigenen Grundstücke vollständig abgelassen werden, ohne daß dagegen irgend einem Nachbar ein Widerspruchsrecht zustand, sofern letzteres nicht etwa auf einen speziellen Rechtstitel gegründet werden konnte. Nur zur Ziehung neuer Gräben über frem de Grundstücke war früher Behuss Ablassung von Teichen die Einwilligung des Eigenthümers dieser Grundstücke stets erforderlich.

V.

Bestellung und Geschäfte der Schiedsrichter. (§§. 23—33. des Vorstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811.)

- A. Ernennung ber Schieberichter und bes Dbmanns.
- 1) Wie die Schiedsrichter und der Obmann ernannt und von wem fle gewählt werden, bestimmen die §§. 22., 27. u. 31. des Worfluth-Ges.
- 2) Es ist zwar bestimmt (§. 27.), daß der Landrath an Stelle des Stauungsberechtigten den Schiedsrichter zu wählen habe, wenn der Stauungs-berechtigte sich der Wahl versagt oder dieselbe 4 Wochen nach der Aufforderung verzögert. Darüber aber, wie mehrere Provokanten oder mehrere Provokaten den gemeinschaftlichen Schiedsrichter zu wählen haben, sehlt es an näherer Bestimmung; es ist deshalb auf die analogen Vorschriften im Auseinandersehungs-Ressort zurückzugehen.

B. Eigenschaften berfelben.

1) Ueber die Qualifikation der Schiedsrichter bestimmen die SS. 28. u. 29., wobei der S. 30. die zulässigen Ablehnungsgründe für die Annahme

der Wahl und Uebernahme des Geschäfts angiebt.

2) Es sollen, wie der S. 28. bestimmt, zu Schiederichtern nur sachst und ige, unbescholtene und dispositionsfähige Männer gewählt werden. Es sehlt aber auch darüber an einer näheren Bestimmung, wie es gehalten werden soll, wenn z. B. die Provokaten, deren Interesse gegen das Zusstandekommen der Entwässerungsanlage ankämpst, ungeeignete und ganz unstundige Personen wählen. Für diesen Fall wird analog die Bestimmung des S. 27. anzuwenden und ein geeigneter Schiederichter durch den Landsrath zu ernennen sein.

8) Der Vereidigung der Schiedsrichter ist im Vorstuth-Ges. nicht gedacht; sie wird event. aber nach Analogie des S. 9. der im Auseinandersetzungs-Ressort geltenden Instr. v. 12. Oft. 1835 (v. K. Ann. Bb. 19. S.
975) vor Einleitung des schiedsrichterlichen Verfahrens anzuordnen sein.

C. Amteftellung ber Schiederichter.

1) Die Schiedsrichter, einer, der von den Provokanten, und einer, der von den Provokaten, dazu der Obmann, welcher von der Reg. ernannt wird, bilden nach §. 23. alle drei zusammen ein gemeinschaftlich berathens des und nach absoluter Stimmenmehrheit beschließendes Kollegium. 1)

2) Bon deren Entscheidung findet nach S. 24. keine Appellation flatt, 2) mithin auch keine Berufung auf die Reg. und das landw. Min.

3) Nach S. 31. sollen diejenigen, welche ein besonderes Interesse zur Sache haben, z. B. Berechtigte zur Fischerei, zur Viehtränke, zum Rohrschnitt u. s. w., ebenfalls einen Schiedsrichter wählen, dieser jedoch nach S. 32. mit dem Schiedsrichter der Gegenparthei, d. h. des Provokanten, und mit dem Obmann, über das gedachte Interesse besonders verhandeln, resp. über die Entschädigung dasür beschließen.

4) Nach SS. 25. u. 26. sollen die Aussprüche der Schiedsrichter, und zwar von der Prov.-Reg., nur dann kassirt und die Wahl neuer Schieds-

richter veranlaßt werden, wenn:

a) die Schiederichter von dem durch die Reg. genehmigten Entwafferungsplan abgewichen, sonach andere Bestimmungen bei der Realistrung der Entwafferung ober bei Feststellung der Entschädigungen ihrem Ausspruche zum Grunde gestent haben, ober

b) für solche Rechte Entschäbigungen aussetzen, welche noch unter ben Partheien

preitig find.

Die Kompetenz-Bestimmungen des Vorstuth-Ges., als einer lex specialis, derogiren im Allgemeinen zwar benen der A. G. D. I. 2. §§. 167. sf., insbesondere §. 174. Es müssen jedoch — zumal in Rücksicht auf die Bedeutung der in den Vorstuthssachen der schiedsrichterlichen Entscheidung unterworfenen Vermögensrechte — auch in diesen Sachen auf die Aussprüche der Schiedsrichter die Grundsäte des §. 172. a. a. D. Anwendung sinden, wonach:

2) Nach dem G. v. 28. Febr. 1843 wird die Entschädigung auf Grund des Gutachtens dreier von der Reg. ernannter Taxatoren durch den Beschluß der Reg. festgeset, von welchem der Rekurs an das Revis. Rolleg. statisindet,

(§. 47. l. c.)

¹⁾ Nach ber Instr. v. 12. Oft. 1835 tritt bagegen ber Obmann erst ein, wenn bie Schiederichter nicht einverstanden sind, und haben dieselben nur über einzelne techs nische Vorfragen zu entscheiben, während die Definitiv Entscheidung der Behörde zusteht.

618 Von bem Schutze u. ber Beforberung ber Landesfultur. Wafferrecht.

a) bie Partheien von ihnen gehört werden muffen und offenbar erhebliche That-

fachen nicht gang unerörtert gelaffen werben burfen, ferner

b) beim Schiedsspruch nicht gegen flar entscheibende Landesgesetze verftogen werben barf (3. B. nicht gegen bie Rechts-Grundsate, nach benen bie Entsschäftigungen in Vorfluthesachen zu ermeffen finb).

D. Geschäfte ber Schiedrichter.

Dahin gehoren nach SS. 21. u. 23. bes Borfluth-Gef.:

a) die Bollziehung ber Entwafferung nach dem von der Regierung genehmigten Plane 1);

b) bie Ausmittelung und Bestimmung bes Betrages ber an bie verschiebenen

Betheiligten zu gemahrenben Entichabigungen;

c) bie nahere Bestimmung über bie kunftige Unterhaltung ber neuen Entwaffes rungsgraben mit Repartition ber besfallsigen Beitrage auf bie Grunds besiter, nach Berhaltnis des Bortheils, den ihnen die neue Anlage verschafft.

VI.

Roften bes Verfahrens, der Unterhaltung und der neuen Anlage der Entwässerungsanstalten.

1) Daß die Kosten des Verfahrens, wohin die Diaten der Kommissarien, die Gebühren von Zeugen und Sachverständigen, sowie die baaren Auslagen und Diaten der Schiedsrichter (nach Festsetzung der Regierung, S. 33.) gehören, — allein von denjenigen, welche die Entwasserung
beantragt haben (ben Provosanten) getragen werden mussen, ohne Heranziehung Anderer, wenngleich diesen abnliche Vortheile dadurch zugestossen
find, bestimmt der S. 34. ausdrücklich. 2)

2) Auch ist außer Zweisel, daß die kunftige Unterhaltung der neuen Entwässerungsanlagen von den sammtlichen Grundbesitzern, welche daraus für die Ertragsverbesserung ihrer Grundstücke Bortheil zie-

ben, nach Berhaltniß diefes Bortheils zu tragen ift.

Dieser Grundsat ist schon im S. 106. A. L. R. I.'8. enthalten; das selbst sind den neu gezogenen (vertieften oder verbreiterten) Graben die darsuber nothigen Brucken gleichgestellt (S. 109., SS. 113—116. a. a. D.).

3) Kontrovers ist dagegen, wer die Kosten der neuen Anlagen (der Ausführung des Entwässerungsplans) und die durch denselben heibeigeführeten Entschädigungen zu tragen habe? ob nemlich allein der Provokant oder

2) a) In dem nach dem Ges. v. 28. Febr. 1843 angeordneten, die Bewasserungen betr. Verfahren sollen die Diaten und Reiselosten der Rommissarien, Sachverständigen zc. nach den Vorschriften der §§. 2. 3. des Regul. v. 25. April

1836 festgefest werben.

b) Bergl. R. bes Just. Min. v. 19. Mai 1852 (3. Min. Bl. 1852. S. 199.), betr. die Portos, Stempels und Gebührenfreiheit in den Angeleg. wegen der schwars zen Elster.

¹⁾ Da die anzulegenden Entwässerungsgraben, als ein Haupttheil des Plans, schon in diesem ihrer Lage, Breite und Tiefe nach bestimmt sein mussen, so wird sich das schiederichterliche Geschäft der Bollziehung des Plans auf einzelne, meikt erst an Ort und Stelle nachzuholende Detailbestimmungen, z. B. über die geeigenetste, den verschiedenen Interessen der einzelnen Theilnehmer anpassendste Zeit und Art der vorzunehmenden Arbeiten, wie des Wegreißens von Staulagen und dergl. beschränken.

c) R. D. v. 24. Marz 1839 mit bem C. R. bes Fin. Min. v. 7. Rai 1839 wegen der Stempelfreiheit aller Verh. in Entwafferunge: Sachen (R. Bl. d. i. B. 1840. S. 151).

auch andere Grundbesitzer, hierunter selbst die Provokaten, soweit sie von ber Entwafferungsanlage Vortheil haben?

Wergl. hierüber bas R. ber Min. der Fin. u. des 3. v. 29. Nov. 1842 1)

(Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 428).

1) Bergl. in Bb. I. G. 844 ff.

Der in biesem R. entwickelten, bisher in ber Praxis der Abministrativ=Bebors

den befolgten Ansicht, kann aus folgenden Grunden nicht beigetreten werden:

a) Die Verbindung des S. 34. des Borfluth-Ges. mit S. 33., welcher lettere von den zu erstattenden Auslagen und den Diaten der Schiederichter redet, und die Stellung des S. 34. am Schluß des Ges. ergiebt, daß der S. 34. nur wegen der Kosten des Berfahrens (für Kommissarien, Schiederichter, Sachverkandige zc.) verssügt und deshalb auf den S. 23., welcher der Unterhaltungskosten der neuen Gras

ben gebenft, nicht bezogen werben fann.

b) Der §. 15. bestimmt nur über die Substantiirung der Brovokation. Dars aus, "daß der Brovokant bei Anmeldung des Antrages, behufs Einleitung des Bersschrens, nachzuweisen hat, wie er bereite Mittel besitt, um die wahrscheinliche Entsschäbigung ohne Berzug zu bezahlen", solgt nur, daß dersenige, welcher sich zunächt selbst als Interessent meldet und als ein solcher darstellt, der seinen Bortheil bei dem Unternehmen verfolgt, der Behörde die Gewähr dagegen dieten soll, daß die von ihr erössneten Berhandlungen, sosern der Provokant später anger Stande wäre, zu entschädigen, nicht nutlos sind, und nicht, ohne zureichenden Ersat, blos zur Rechtsverletung der provokatischen Stauberechtigten oder Grundbesitzer sühren. Die Psiicht des Provokanten, die Anlagekosten und Entschädigungen künstig allein zu tragen, spricht §. 15. weder ausdrücklich, noch indirekt aus.

c) Wenn S. 23. bei Angabe ber Funktionen ber Schieberichter nur ber Repartition ber Unterhaltungskoften und micht auch ber Vertheilung von Anlagekosten und Entschädigungen gedenkt, so ift auch daraus noch nicht zu folgern, daß dergl. nicht auch von den übrigen Betheiligten, die bei der Sache Vortheil haben, zu tragen seien. Will man nicht annehmen, daß es Sache der Behörde ges wesen, die den Plan festsetzt, wegen der Anlagekosten und deren Repartition nach allgemeinen Rechtsgrundsatzen mitzuerkennen, so kann doch nur zugegeben werden,

baß ber S. 23. wegen Bertheilung ber Anlagefoften eine gude enthalt.

d) Diese Lucke kann indes nicht nach der Analogie des §. 49. des G. v. 28. Febr. 1843 ausgefüllt werden, da die Bewässerung stets auf den ausschließlichen Bortheil des Unternehmers und auf die Kulturerhöhung allein seiner Grundstücke gerichtet ift.

Baren bei ber Bewasserung mehrere Grundbester gleichzeitig betheiligt, so Lücken auch bei Bewasserungen alle Genossen der Anlage beitragen muffen. (Bgl.

3. B. S. 46. Alin. 2. der Siegenschen WiesensD. v. 28. Oft. 1846).

e) Da das Borfluth-Ges. nicht an die Stelle der Bestimmungen tes A. E. R. §§. 102. ff. I. 8. getreten ist, vielmehr diese §§. des A. E. R. nur erganzt, resp. nur theilweise abgeandert hat, so gelten auch die nicht ausbrucklich aufgehobenen landrechtlichen Bestimmungen neben dem Borfluth-Ges. fort, weshalb letteres benn

auch aus biefen erlautert und ergangt werben muß.

f) Nach ben §§. 106—110. ist es aber nicht zweiselhaft, bag bie Anlagekosten (mithin auch die Entschädigungen) von allen, die bavon Vortheil haben, selbst einsschlichtig des Eigenthümers des fremden Grundstücks, über welches der Graben auf Antrag des Provokanten gezogen ift, nach Verhältniß ihres Vortheils getragen werden mussen. Dies ergiebt die Verbindung der §§. 106. ff. mit den §§. 103. und 105. Lestere sprechen sogar immer nur von Einem oberhalb belegenen Besitzer, welcher die Vorstuth verlangt, im Gegensatzu den (also mehreren) unterhalb liegenden Nachbarn, die vom Staate, unter Voraussetzung des §. 105., zur Gestattung der Vorstuth angehalten werden, und im unmittelbaren Anschluß daran bestimmt der §. 106.: das diezenigen, welche von der Ziehung eines neuen Grabens Nuten haben, zu den Kosten desselben gemeinschaftlich heitzagen sollen. Daß aber hierunter alle unterhalb helegene Besitzer, ohne Rücksicht daraus, ob sie provocirt haben, rest. der Provokation beigetreten sind, oder nicht, verstanden werden, und selbst die Provokation, über deren Grund

624 Bon bem Schute u. ber Beforberung ber Landestultur. Bafferrecht.

Lette, die Gesetzgebung über die Benutung der Privatfluffe zur Bewafferung der Grundstude. Berlin, 1850.

Auszüge aus den Protiven des Entw. zu einem Gesetze über Benutzung des Bas-

fere ber nicht öffentlichen Fluffe. Berlin, 1840.

R. v. Wangenheim, die befreite Undine. Ein Beitrag zur Kritik bes Gefets-Entwurfs über die Benutung der Privatfluffe. (Fragment.) Berlin, 1843.

- Dr. C. Fr. Ferd. Siete, Beleuchtung der Denkschrift und des Gesetsentwurfs über Benutzung der Privatstüffe. Nebst Abdruck des Entwurfs und der Denksschrift. Berlin, 1843. 8. (Bergl. die Recension in der Jur. Wochenschr. 1843. S. 293 ff.)
 - B. Fremde Gefetgebung betreffend.

Loi sur les irrigations v. 29. April 1845. (Im Moniteur universel v. 1. Mai 1845. Nr. 121.)

Gefet bes Kantons Burich v. 21. Marg 1836.

- Das unter Frangofischer Gerrschaft für die Lombardei erlassene haupt-Reglement v. 20. April 1804. (Abgedruckt bei Elvers über die Rechte des Wasserlaufs. S. 587. Note 7.)
- Wiesen-Rultur-Geset bes Großherzogthums heffen v. 7. Oft. 1830. (Abgebruckt bei Beller, bas Wiesen-Rultur-Geset zc. Darmftabt, 1843.)
 - C. Augemeines Recht betreffenb.

Elvers, über das Recht des Wafferlaufs. (In der Themis, neue Folge I. 3. S. 445.)

Funte, Beitrage jum Bafferrecht. (Im Archiv für civilift. Praris, Bb. XII.

Berten, einige Bemerkungen über bie beim Wafferbau u. f. w. vortommenben Rechtsfragen.

Rrige, Benutung bes fliegenben Baffers. Leipzig, 1847.

- D. Das Wafferrecht in der Lombardei und außerdeutsche Jurisprudenz betreffend.
- S. D. Romagnosi, Abhandlung vom Wasserleitungsrechte, nebst Fragmenten aus dessen Privat=Wasserrechte. Im Austrage des Preuß Min. des J. u. d. P. auszugsweise übersetzt von M. Riebuhr. Halle, 1840. 8. Rives, de la proprieté du cours et du lit des rivières. Paris, 1844. Daviel, traité de la législation et de la pratique des cours d'eaux.

Smith, Italian irrigation. V. 1. u. II. London, 1852.

E. Schriften über Runftwiesenbau mittelft Bewässerung. Bincent, ber rationelle Wiesenbau. Berlin, 1846.

Coenf, Wiesenbau. Siegen. 1843.

Vorlander, die Siegensche Runstwiese.

Babig, ber praftische Riefelwirth. 1840.

Brodmann, ber Runftwiesenbau. Dunfter, 1844.

Plathner, Umschaffung der Wiesen durch Bewässerung. Breslau, 1824.

Erster Abschnitt.

Die allgemeine Gesetzgebung über die Benutung der Privattlusse zur Bewässerung.

Vorbemerkung.

Die allgemeine Gesetzgebung über diesen Gegenstand ist durch solgende Gesetze regulirt worden: 1) das G. v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatstüffe 1)

(G. S. 1843. S. 41 ff.),

2) die B. v. 9. Jan. 1845, betr. die Einführung des zu 1. gerachten Ges. in dem Bezirk des Appell-Gerichtshofes zu Köln 2) (G. S. 1845. S. 35),

3) das G. v. 11. Mai 1853, betr. die Einführung des dritten Abschnitts des zu 1. gedachten Ges. in den Hohenzollernschen Landen, die Bildung von Genoffenschaften zu Entwässerungsanlagen, und die Anwensdung der Vorsluth-Ges. auf unterirdische Wasserableitungen 3) (G. S. 1853. S. 182 ff.),

4) die R. D. v. 1. Dec. 1843 wegen Bestimmung berjenigen Regierung, welche bei Betheiligung mehrerer Reg. - Bezirke bas Berfahren in

Bemafferungsangelegenheiten zu leiten bat 1) (G. G. 1844. G. 43),

5) die R. D. v. 17. Jan. 1844, betr. die Diaten und Reisekosten der Kreis-Vermittelungs-Rommissarien und anderer Sachverständiger bei Bewässerungsanlagen 5) (G. S. 1844. S. 61).

Erstes Kapitel.

Frühere Rechtsgrundsätze; Entstehung und Charakteristik des Gesetzes v. 28. Febr. 1843; dessen Verhältniß zu den geltenden allgemeinen, sowie zu den, andere Gegenstände betreffenden Wassernutzungsrechten.

Erfter Titel.

Beranlassung und Entstehung des Gesetes v. 28. Febr. 1843.

Romagnosi bemerkt in seinem Wasserleitungerechte (Einl. S. III.): "Beim Beginne eines mehr gesellschaftlichen Betriebes ber gandwirthschaft machte fich auch bas Bedürfniß einer gesetzlichen Regulirung ber nachbarlichen Berhaltnife fühlbar, indeß nicht fogleich die Nothwendigkeit des Ginschreitens ber öffents lichen Gewalt bei Berwendung bes Baffers. Dit ber natürlichen, unaufhaltbaren Entladung bes Baffere verbreitete fich auch beffen Benugung. Doch ließen große Balber und Sumpfe nebft ber Schwierigkeit, bie Grundftude vom Baffer frei ju halten, viel eher baran benten, wie man bas Baffer entferne, als baran, wie man foldes herbeischaffe. Deshalb murbe es ursprünglich weit mehr als eine Laft, wie als ein Bortheil angesehen, wenn Baffer aus bem Grundstud eines hoher beleges nen Nachbarn in das eigene Grundstuck einlief; und anstatt die Wafferverhaltniffe als ein Spftem gegenseitiger Dienftleiftungen ber Grundftude anzusehen, murben fie als ein System von Grundlasten betrachtet. Dies hat fich in neuerer Beit umgefehrt, ba bie Benutung bes Baffere an Stelle einer Laft großentheils eine Bohlthat geworden ift. Bei ben früheren, wirthschaftlich nicht vorgeschrittenen Buftanben wird bas Baffer, abgesehen von ber Nothwendigkeit ber Borfluth, nicht burchaus nach allgemeinen Rechtsgrunbfagen ale ein Bermögenerecht und Privats Eigenthum behandelt. Ein gesetlich anerkanntes Recht, ein frembes Grunds ftuck wiber ben Billen bes Eigenthumers, gegen angemeffene Entschäbigung, zu burchschneiben, um Baffer gur Bemafferung ober jum Gewerbebetrieb zu leiten, ift erft bie Frucht weiter vorgerückter Buftanbe."

2) Chendas. S. 858.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 850 ff.

³⁾ Bergl. in Bb. I. G. 858-859.

⁴⁾ Chendas. S. 863. 5) Chendas. S. 867.

Deshalb folgte denn die Gesetzebung zur Beforderung ber Bemaffe-

rungen der über Entwäfferung und Borfluth erft viel fpater nach.

Während der Code civil (Buch II. Tit. IV. Kap. I.) unter den Dienstsbarkeiten, welche aus der Lage der Orte entstehen, neben der Vorsuth im Art. 644. \(^1\) schon des Rechtes auf Benutung der Privatstüsse zur Bewässerung gedenkt, begreift zwar das A. L. K. die Rutungen der Privatstüsse unter den Gegenständen des Privateigenthums (§§. 225—273. A. L. R. I. 9.) spricht auch (§. 39. sp. A. R. R. II. 15.) von Eigenthümern der Privatstüsse, sieht zur Fischerei, zum Erwerbe von Alluvionen und Inseln und zur Anslage von Wassereit, zum Erwerbe von Alluvionen und Inseln und zur Anslage von Wassermühlen (§§. 225. sp., §§. 176. sp. I. 9. u. §§. 233. sp. II. 15.), — bestimmtere Grundsätze auf, ohne darüber zu entscheiden, wem das Recht zur Nutung des Elementes selbst, der Wasse des sließenden Wassers, zustehen soll; \(^2\)) enthält dagegen noch keine Andeutung über ein Gebrauchssecht zu Bewässerungen.

Die früheren allgemeinen und Provinzialrechte, auf welchen bas A. E. R. beruhte, fanden innerhalb der dam als zum Staate gehörigen Landestheile feine Bestimmungen über den Wassergebrauch zu Berieselungen
vor. Die älteren Dorfs- und Acker-Ordnungen, in welchen LandeskulturVorschriften in großer Bahl gegeben wurden, beschränften sich vielmehr auf
die Anlegung und Aufräumung von Entwässerungsgräben und Verbote des
Flachstöthens in sließenden Gewässern. 3) Außerdem dachte man damals

¹⁾ Es heißt baselbst: Celui, dont la propriété borde une eau courante autre que celle qui est déclarée dépendance du domaine public, peut s'en servir à son passage pour l'irrigation de ses propriétés. — Celui dont cette eau traverse l'héritage peut même en user dans l'intervalle, qu'elle y parcourt, mais à la charge de la rendre à la sortie de ses fonds à son cours ordinaire.

²⁾ Bergl. die Denkschrift über den Ges.:Entw. wegen Benutung der Privatsstuffe in der Beilage zur allg. Preuß. Staatszeit. Jahrg. 1842. Nr. 303., ferner Boele, Beitrag zur Lehre vom Wasserrecht in Dr. Sommer's Arnsberg. Arch. Bb. 2. S. 634 ff., G. Fr. G., über die Rechte der Ufereigenthümer von Privatzgewässern nach der Preuß. Gesetzebung, in der Jur. Zeit. 1832. S. 803 ff.,

Erganz. ber Preuß. Rechteb. III. Ausg. Bb. 5. S. 205-207. Auch in dem Erf. des III. Sen. des Db.: Trib. v. 16. Dec. 1853 (Striets horst's Arch. Bb. 3. S. 135 ff.) wird anerfannt (S. 137): "wie das A. L. R. nirgend ausbrudlich bestimme, bag ben Uferbesigern bas privative Gigenthum an dem Flußbette und Flußwasser, soweit ber Fluß die Grundstücke berfelben berührt, zustehe und bag bas Gigenthum ber gegenüber liegenden Grundbefiger insbefondere bis in die Mitte bes Fluffes reiche. Aus ben einzelnen Bestimmungen ber Gefete \$\$. 225—274. A. E. R. I. 9. und \$\$. 39—45 A. E. R. II. 15. folge, daß das Eigenthum ber Uferbesiter am Privatfluffe in mehrsacher Beziehung beschränft fei. Wenngleich ber S. 39. A. L. R. II. 15. von Privatfluffen spreche und ein Gigenthum daran anerkenne, so finde fich doch in Bezug auf bas Rechtssubjekt, welchem bas Eigenthum zusteht, nur in Betreff ber eingeschloffenen Privat= gewähler eine ausbruckliche Bestimmung, (vergl. S. 176. A. E. R. I. 9.), mahrend eine folche hinfichtlich ber nicht eingeschloffenen Privatfluffe und Bache feble. Bergl. hierüber auch ben von Boele mitgetheilten Rechtsfall nebst Nachwort in Dr. Som= mer's Arneberg. Arch. Bb. 10 S. 621, inebef. 624 u. 635.

³⁾ Bergl. Untersübth. I., Abschn. I. Rap. 1. u. 2., oben S. 577 ff. u. S. 582 ff., ferner unter Andern: S. 33. der Fledens, Dorfs u. ActersD. v. 16. Dec. - 1702 (C. C. M. Tom. V. Abth. 3. Cap. I. p. 227. u. Rabe's Samml. Bb. I. Abth. 1. S. 251); ingl. S. 34., S. 43. u. S. 44. der DorfsD. für Minken 2c. v. 7. Febr. 1755 (N. C. C. Tom. I. p. 739, Rabe's Samml. Bb. I. Abth. 2. S. 389 ff.), Ed. für Cleve u. Mart v. 7. Dec. 1717 (C. C. M. Tom. IV. Abth. 2. Cap. IV. Nr. 10 u. 19. und Stotti Cleves Märfische Provinzialges. Samml. Eh. II. S. 924. Nr. 788.)

vorzugsweise an die bewegende, nicht an die befruchtende Kraft des Waffere, und in ersterer Begiehung nur an deffen Bestimmung zum Betriebe pon Mühlen. 1)

Bereiche ber Gesetzestraft des A. L. R. traten nutung des Wafferschates der Privatfluffe zur Bewässerung haupifächlich zwei Bestimmungen entgegen, nämlich der S. 99. Tit. 8. Th. I., wonach:

in ben Privatfluffen jum Rachtheile ber Nachbarn und Uferbewohner burch hemmung bes Ablaufe berfelben nichts veranbert und unternommen merben barf,

und der S. 246. Tit. 15. Th. II., wonach:

einer ichon vorhandenen Duble bas zu ihrem Betriebe nothige Baffer von ben Nachbarn, durch beren Grundftude daffelbe fließt, nicht entzogen werben barf.

Nach der ersteren follidirte das Landesfultur-Interesse ber Bewässerung theils mit bem Gewerbsintereffe bestehender Mühlen, theils und noch mehr mit bem in ben folgenden §§ 102. ff. A. E. R. I. 8. ausschließlich behandelten Rulturintereffe der Vorfluth, deren unverschränkte Erhaltung ber S. 99. vermittelft der natürlichen Wafferabzüge, wie S. 100. vermittelft der fünftlichen, jum 3weck hatte; nach S. 246. Tit. 15. Th. II. hingegen nur mit dem Gewerbsintereffe der Waffermublen, welche fich jedoch zahl= reich an allen fließenden Privatgemäffern vorfinden, indem deren Errichtung einerseits durch das Bedürfniß, andererseits durch die eigenthumliche Entwidelung des Wafferrechtes hervorgerufen wurde; denn zufolge deffelben wurden theils die Privatfluffe felbft, oder meiftentheils doch die gum Dublenbetriebe benutten Wafferfrafte (Die Mühlengerechtigfeit), als landesherrliche Regalien, auch haufig, vermoge Privilegien ober Territorialgesete, ale befondere Borrechte und Einnahmequellen ber Patrimonialgerichts = und Gutsherrn angesehen und behandelt. 2)

Bei der Erweiterung des Staats (in Folge des Wiener Rongreffes von 1815) maren bemfelben inzwischen einzelne Landestheile hinzugetreten, in benen, wie namentlich im Burftenthume Siegen, unter ber Pflege ber Naffau-Dranischen Verwaltung und Gesetzgebung seit Jahrhunderten eine geordnete Beriefelung der Wiefenthaler mit der Benutung der bewegenden Rraft ber Bache fur zahlreiche Triebwerke Band in Sand gegangen mar; 3) wogegen die in einzelnen Theilen der westlichen Provinzen, besonders im Reg. = Bezirt Robleng auf der rechten Rheinseite, in verschiedenen Polizei= verordnungen (vergl. die Einleit. zur Abth. I. sub II. ad I. B. sub CC. 2., oben S. 573 ff.) vorkommenden Bestimmungen über die mit der Entwafferung ber Wiefen zu verbindente Bemäfferung von untergeordneter Art

maren.

Ą

Ţ

6

X

1

1) Bergl. Beiste's Rechtelexifon, Bb. 7. S. 236 ff.

3) Bergl. die Fürstlich Dranien-Naffaulsche revidirte Wiesen-D. v. 18. Dec.

1790 im Weisthum der Nassauischen Gesetze Th. III. S. 190.

²⁾ Bergl. Romagnosi, vom Bafferleitungerecht, übersett von Riebuhr, S. 6, Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte, 2te Auflage &. 307. u. S. 548., so daß (vergl. S. 485. a. a. D.) die allmählige ganzliche Entziehung bes Rechts zur Fischerei u. zu anderweiten Rugungen ber Gewäffer im Mittelalter eine Sauptbeschwerbe bes Bauernstandes bilbete. Bergl. ferner Bb. I. bieses Wer: fes in der Einl. S. LVIII. u. Bb. II. Abth. I. S. 916; besgl. Beitfchr. des Revis. Rolleg. Bb. 5. S. 3. S. 293 ff. wegen ber ben Patrimonialgerichtes und Gutes herrn in der Niederlaufit, u. Prajud. Nr. 440. des II. Gen. des Ob. Trib. p. 3. Marg 1838 (Prajub. Samml. v. 1849. S. 213.) wegen der benfelben im her= zogthum Cachfen zuständigen Befugniß ber Konzessionirung neuer Dublenanlagen. Vergl. auch SS. 230. u. 245. A. E. R. II. 15.

628 Von dem Schutze u. der Beforderung der Landesfultur. Wafferrecht.

Buerst brachten hierauf die Provinziallandtage von Schlesien und Pommern in den Jahren 1825 und 1829 die Nothwendigkeit eines allgemeinen Gesetzes zur Sprache, welches der Bewässerung der Grundstücke in gleicher Weise Schutz angedeihen lasse, wie er der Entwässerung durch

das Vorfluth-Gef. v. 15. Nov. 1811 zu Theil geworden sei.

Der demnächst von dem Entwurf eines Gesetzes "wegen der Einrichstungen zur Beförderung des Ablaufs und zur Anhaltung und Benutzung der Gewässer" abgesonderte Ges.-Entw. über Benutzung der Privatstüsse zu Bewässerungen murde den sieben Provinziallandtagen, und im Okt. 1842 den vereinigten ständischen Ausschüssen, sodann zur schließlichen Berathung einer Staatsraths-Rommission vorgelegt, worauf das unterm 28. Febr. 1843 erlassene Gesetz nach Berathung durch den Rheinischen Provinziallandtag mittelst B. v. 9. Jan. 1845 auch in die Rheinprovinz eingeführt ist.

Zweiter Titel.

Grundfätze des Römischen, gemeinen, wie des A. L. Rechts in Betreff der Verfügung über Privatflusse und deren Benutung.

Erstes Stück.

Die materiellen Rechtsbestimmungen betreffend.

I. Das Römische Wasserrecht beschränkte sich im Wesentlichen auf die gesetliche Anerkennung und Erhaltung der natürlichen oder hergebracheten Vorsluthsverhältnisse und behandelte dabei die Bewässerung meist nur insoweit, als dadurch die Vorsluth gestört und gehemmt wurde, beide aber lediglich unter dem Gesichtspunkte des Privatrechts, der Achtung der Eigensthumsrechte und der ihnen anklebenden Nutungsbefugnisse innerhalb der durch die vorgefundenen Justände gebildeten Rechtsgrenzen. Diesem Standpunkte des Rechts lagen Einschränfungen und Erpropriationen des Eigensthums und der Rechte des Einen zum Vortheil eines Anderen gegen Entschädigung, im Interesse des Gemeinwesens, namentlich der Förderung der Landeskultur, fern.

Doch konnte sich innerhalb dieses Rechtsstandpunktes die Bewässerung, ungeachtet des Mangels ausdrücklicher Vorschriften, — soweit sie einerseits nicht später durch Mühlenanlagen gehemmt und soweit sie andererseits durch den Kulturforischritt und die Landessitte begünstigt wurde — freier bewe-

gen, als die Entwäfferung.

Im Spfteme des Rom. Rechts fam ihr der Umftand zu ftatten, daß jeder, das ganze Sahr hindurch fliegende, nicht ganz unbedeutende Privatfluß als ein Eigenthum des Staates betrachtet, mithin auf ihn der Grundfat angewandt wurde: communia sunt omnium haec: aer, aqua profluens (Dig. I. Tit. VIII. L. 2. de divis. rerum), daher jeder, welchem die Möglichkeit der Benutung des Wassers durch die Lage seiner Grundstucke als Uferbesitzer geboten mar und welchem nicht auf speziellen Titeln beruhende Rechte Dritter entgegenstanden, insoweit vom vorüberfließenden Waffer Bebrauch machen konnte und bei beffen hergebrachter Benugung Nur durfte der natürliche Lauf des Fluffes durch feine geschütt wurde. kunftliche Worrichtungen verändert, den Nachbarn die bisherige Benutung des Waffers nicht entzogen und ihnen daffelbe weder in größerer Daffe, noch in anderer Richtung zugeführt werden. (Cod. Tit. XXXIV. de servitut. et aqua, L. 4. 6. 7, 10. und Dig. Lib. 39. Tit. 3. de aqua et aquae piuviae arcendae, L. 1. S. 11. S. 13.)

II. Der Theorie des Rom. Rechts folgend, erkennt im Allgemeinen das gemeine Deutsche Recht als eine Wirkung des Eigemhums an dem Uferlande die Befugnis an, tas Wasser der Privatslusse, jedoch ohne Versänderung ihrer Betten, abzuleiten und zur Bewässerung der vom Fluß durchschnittenen Grundstücke zu benuten. 1) Gleiche Grundsäte gelten für Anlagen im Interesse ter Bodenkultur, wie eines Gewerbes.

III. Die Preuß. Gesetzebung betreffend.

個

1 1

李兴

ÚS.

Ħ.

1) Daß diese (auch bereits vor dem Erlaß des Ges. v. 28. Febr. 1843) bezüglich der Wassernutzungsbefugniß der Grundeigenthümer und Userbesitzer im Wesentlichen zu gleichen Prinzipien hinführt, wie das gemeine Recht, ist in mehrsachen Entscheidungen des Ob. «Trib. angenom» men und sestgestellt worden, und zwar gleichmäßig bezüglich a) des Gemerbebetriebes, wie b) der Bodenkultur:

a) Bu a. durch das Erk. v. 12. März 1841 2) (s. in Dr. Sommer's Arnsberg. Arch. Bb. 8. S. 282 ff., vergl. Lette, die Gesetz. über Benutung der Privatstusse, S. 34 ff.);

1) v. Kreitmeier, Anmerk. z. Cod. Max. Th. II. Kap. I. §. 5. Mr. 4.; v. Bulow u. Hagemann, Erörter. Bb. I. S. 47 ff., IV. S. 12. VI. S. 85, Mittermaier, Deutsch. Brivatr. §§. 222. 238. 280. u. Note 9—12., Gründsler's Polemik bes germ. Rechts §. 439. u. 440. §. 455. u. die bort angeführten Schriftsteller, Runde, Deutsch. Privatr. §. 111., Mevius, decisiones p. IV. dec. 39., v. Cancrin, Wasserrecht II. S. 152 ff., Lepser, jus Georg. l. 3. 14. 17., Beitrag zur Lehre über das Wasserrecht von Evelt, in Dr. Sommer's Arnsberg. Arch. Bb. 12. S. 155, Boele a. a. D. Bb. 10. S. 623 ff.

2) In biefem Falle hatten mehrere Mühlenbesiter gegen bie zum 3wede ber vortheilhafteren Betreibung eines Fabrifgeschäftes unternommene Aufftauung bes Waffers ber im Garten bes A. entspringenden Quelle und bes aus berselben ges bildeten, noch innerhalb bes Gartens in den Dublbach einmundenden Flieges Bis berspruch erhoben und letteren auf S. 99. A. E. R. I. 8. u. auf S. 246. A. E. R. II. 15. gegründet. Das Erk. führt aus, daß "dieser Widerspruch deshalb nicht gerechtfertigt fei, weil ber A. ben Dublenbefigern bie Benugung bes Baffere teis nesweges gang entzieht, indem er weber eine gangliche hemmung bes Laufs bes Baffers eintreten laßt, noch bem Abfluffe beffelben einen anbern Beg angewiesen hat, vielmehr die angelegte Schleuse nur eine temporaire Aufstauung des Wassers während ber Nacht bezwecke, eine solche zeitweise und vorübergehende Aufstauung aber fein gangliches und fortbauernbes Buruckhalten bes Bafferlaufe fet, wie es ber S. 99. A. E. R. I. 8. unter bem allgemeinen Ausbruck "hemmen" verftebe; es stehe nach gemeinen Rechten bei Privatfluffen einem jeden Grundeigenthumer ber unbeschränfte Gebrauch bes auf seinem Grund und Boben entspringenben ober benselben burchfließenden Baffere zu, fofern barauf nicht ber unterhalb belegene Grundbesitzer ober ein Dritter eine Servitut erworben hat. Er konne baffelbe sowohl zur Bemafferung feines Grundftude, ale zu anberen Anlagen auf bemfelben ableiten ober benuten, felbst wenn auf biefe Beise bas gange Baffer barauf geben Die einzige Beschranfung bes Grunbeigenthumers bestehe nach gemeinem Rechte barin, bag er bem Baffer feinen naturlichen Lauf laffen muffe und er hiers nach bemfelben feinen anbern Ort bes Ablaufs von feinem Grunbfluck anweisen burfe, als baffelbe bisher gehabt hat. hierin konnten nur Bertrage ober rechteverfährter Besit eine Beranberung hervorbringen. Die Ungulass fiateit einer temporairen Aufstauung und vorübergehenben Buruds haltung bes Baffere ju Privatzweden tonne nur auf bie Erwerbung eines Untersagungsrechts, resp. eine foldergestalt begründete Gers vitut, bie ben Unternehmer in ber freien rechtlichen Benugung feines Gigenthums beschränft, gestütt werben. (Bergl. a. a. D. S. 302.)

Von diesen aus der Natur der Sache und den allgemeinen Rechten des Grunds eigenthümers abgeleiteten Grundsasen habe sich das A. E. R. nicht soweit entsers nen wollen, daß es dem Grundeigenthümer nicht einmal eine temporare Ausstauung des auf seinem Grund und Boden entspringenden oder benselben durchsließenden

630 Von bem Schute u. ber Beforberung ber Landeskultur. Bafferrecht.

b) zu b. durch das Erk. aus dem Jahre 1845 1) (mitgetheilt in Dr. Sommer's Arnsberg. Arch. Bb. 12. S. 155. u. 167, vergl. Latte a. a. D.).

Wassers gestatten sollte, wenn sie auch zum Nachtheile irgend eines der unterhalb

liegenben Grundbefiger gereiche."

1) Dies Erk. bestätigte das Urtel des D. L. Ger. zu Münster v. 10. Jan. 1845 mit der Maaßgabe, daß "der Unternehmer nur soviel Wasser aus einem Rühlbach abzuleiten berechtigt sei, als zur Bewässerung seiner Rühle nothwendig, die Regulirung der desfallsigen naheren Modalitäten aber einem Separatversahren porzubehalten."

Die Grunbe führen aus:

"Als Gigenthumer eines Privatfluffes seien biesenigen anzuseben, welche und soweit fie die angrenzenden Grundstude besiten. *) Das Eigenthum an dem Pris patfluffe unterliege aber ben, aus ber Matur ber Sache, Behufs bes Rebeneinans berbestehens ber Rechte ber verschiedenen Gigenthumer, folgenden Beschrankungen. Die SS. 99. u. 100. A. E. R. I. 8. bezwecten jundchft, bag ben angrenzenben Grundstücken anderer Nachbarn nicht burch Auf- und Rückfauung bes Waffers und baburch bewirkte Ueberschwemmung berfelben geschabet werbe. Demnachft verhinderten fie eine willführliche Berlegung ober hemmung bes Flufbettes. Bieweit und durch welche Borrichtungen dagegen ein angrenzender Befiger bas Baffer bes Brivatfluffes, wo es an feinem Grundstude vorüberfließt, auffangen und für fic und fein Grundstud benuten und verwenden burfe, barüber gaben jene SS. feine Es bleibe baber bem Ermeffen bes Richters überlaffen, nach nahere Ausfunft. Beschaffenheit bes vorliegenben Falles zu beurtheilen, ob eine gewiffe Borrichtung im Sinne bes Gef. für eine burch baffelbe untersagte hemmung bes orbentlichen und gewöhnlichen Bafferablaufs zu achten sei ober nicht. Eine Anlage, welche nur porubergehenden 3weden bient und nur zeitweise eine Quantitat Bachwaffere ableitet, konne nicht unbedingt als gesetwidrig, daher ber unterhalb belegene Ufers nachbar nicht ohne Weiteres als burch folche Borrichtung verlett erachtet werden, ba bie Quantitat Baffere, bie zu ihm gelangen muß, vermoge ber Gebrauches und Berbrauchsrechte ber oberhalb belegenen Nachbarn burchaus unbestimmbar sei. Das Gefet gebe bem Besitzer bes an einem fliegenden Gemaffer belegenen untern Grundftuck keinen Borzug auf Roften bes oberen Befigers. Beibe wollten ihre Benn Baffer und Beit nicht für Beibe gur Biefenbewäfferung Wiese bewaffern. hinreicht, so wurde gesetzlich das gleiche Recht und die gunftigere Lage des oberen Befibers, zu welchem das Waffer früher kommt und ber mithin früher zum Ges

^{*)} Die Ansicht, daß der Uferbesitzer, soweit fich sein Uferbesitz erstreckt, Eis genthumer bes Brivatflusses felbft fei, findet in ben Gefegen ihre Beftas tigung nicht. Das A. E. R. macht vom Uferbefit, wie oben bemerkt ift, nur einzelne Rutungebefugniffe auf ben Fluß abhangig, nirgend bas Eigenthumerecht an bemfolben. Bielmehr ift bezüglich ber eigentlichen Substanz bes Privatfluffes, bes Nießenden Waffers (beffen bewegender ober befruchtenber Kraft), bei ben legislatis ven Berhandlungen über bas &. v. 28. Febr. 1843 wiederholt anerkannt: "baß bas Baffer vermöge seiner wechselnben Ratur, fo lange es nicht geschöpft unb abgeleitet, so lange es also noch ein Theil des Flusses ift, sich der ausschließlichen Rupung und Berfügung eines einzelnen Uferbesiters, mithin auch ber Offupation, bem Begriffe bes Besites, wie des Eigenthums, entziehe und als res nullius bes trachtet werden muffe. (Lette a. a. D. S. 29, Boele im Arnsb. Archiv Bb. 2. S. 627 ff., Siehe Belenchtung S. 44. 46.) Daher hat benn auch das G. v. 28. Febr. 1843 ben Uferbefigern nur ein (neues refp. erweitertes) Rugungs= recht auf ben Privatfluß, refp. auf beffen Gemaffer, hingegen fein Gigenthumsrecht an biefen Fluffen felbst beigelegt resp. anerkannt. Dies flar ju ftellen, ift für eine fünftige Revifion ber Bewäfferungegesetzgebung, bei Beranberung bes Fundamentalprincips bes §. 1. infofern von Wichtigkeit, als bas . v. 1843 nur bie Baffernugung unter ben verschiebenen Uferbesitern nach jenem Bringip res gulirt, nicht neue Privateigenthumsrechte an ben Fluffen fonftituirt hat.

Gleiche Grundsäte, wie in den zu a. u. b. gedachten Entscheidungen, sprechen die neueren Entscheidungen des III. Sen. des Ob.=Trib. (v. 26. Sept. u. 16. Dec. 1853) in Prozessen zwischen verschiedenen Gewerbsunternehmern resp. Triebwerksbesitzern untereinander aus. 1) (Striethorst's Arch. Bb. 11. S. 6. ff. u. 135 ff.).

brauche besselben berechtigt wird, den Ausschlag geben. (Bergl. S. 94. ff. Ginl. z. A. 2. N.) Ein Untersagungsrecht auf Unterlassung der temporaren Wassers stauung zu Gunsten der unterhalb belegenen Wiese sei durch Verjährung nicht ers worben. Doch sei dem oberhalb belegenen Besitzer die Ableitung des Bachwassers nicht nach Belieben zuständig und ihm hierin eine Schranke zu setzen, indem er nur auf soviel Bachwasser Anspruch habe, als zur Bewässerung seiner Wiese noths wendig ist. Deshalb seien die Nutzungsrechte der Partheien in Bezug auf das

Bachwasser vielmehr noch in separato zu reguliren.

Ł

IJ

1) a) Das Erk. v. 26. Sept. 1853 erachtet ben Wiberspruch eines oberhalb belegenen Dublenbesiters gegen die Stauanlage des Besitzers einer unterhalb belegenen Bleiche nicht für gerechtfertigt, weil "bie Stauanlage unter gewöhnlis chen Berhaltniffen keinen Rudftau bewirke, fie vielmehr nur möglicherweise bei gang ungewöhnlichen Umftanden auf furze Beit auf die bestehende Dtuble nachtheilig, 3. B. burch Gieftopfung, einwirken konne, in foldem Falle aber bem Dublenbefiger wegen unterbrochenen Betriebes nur Anspruch auf Schabenersat zustehe." Es wird ausgeführt, daß zwar in außergewöhnlichen Fallen ein möglicherweise eintres tender Nachtheil mit der Stauanlage in Kaufalverbindung stehe, und daß folchers gestalt burch die Anlage verlegend in den Rechtsfreis des Mühlenbesigers einges griffen werden könne, in welchem Falle dieser nicht verpflichtet sei, den ihm ohne Recht zugefügten Schaben zu bulben. Dies rechtfertige aber nicht ben Antrag auf Raffirung der Stauanlage, vielmehr sei der Mühlenbesitzer nur befugt zu fordern, daß die zur Abwendung einer Eisstopfung ober sonstiger ungewöhnlicher Rucktaue etwa ausführbaren Vorkehrungen getroffen wurben. Bei bieser Kollision ber Rechte ber streitenden Partheien muffe auf eine Ausgleichung berfelben nach ben Grunds fagen ber §S. 95 ff. ber Ginl. 3. A. E. R. erfannt werben.

b) Das Erk. v. 16. Dec. 1853 erachtet die Anlegung eines Stauwerks über bie Mitte eines Privatfluffes hinaus nicht für einen unzulaffigen Gingriff in bas Elgenthum bes gegenüber liegenden Besitzers (ber felbst ein Triebwerk anzulegen beabsichtigt), weil "die allgemeinen gesetzlichen Folgerungen wegen Benutung des Gigenthums und der Verfügung über daffelbe auf das beschränkte Waffernutungsrecht ber Uferbefiger an Privatfluffen nicht ausgebehnt werben konnten, auch weber bie Praxis, noch die Lehrer des gemeinen Rechtes den Grundsatz aufstellen, daß bas zu einer Mühlenanlage erforberliche Stauwert, ohne Bustimmung des gegens über liegenden Uferbesitzers, nicht über die Mitte bes Flugbettes erftredt werden burfe, indem andernfalls die Anlage von Triebwerken an vielen Orten ganz uns möglich sein wurde; nach S. 233 ff. Tit. 15. II. A. E. R. burfe aber jeder Eigens thumer auf seinem Grund und Boben eine Dable in Privatfluffen anlegen, soweit bies ohne Schmalerung ber Befugniffe eines Dritten geschehen tonne; ferner maren nach S. 243. a. a. D. selbst Erhöhungen bes Fachbaums, unter Aufsicht ber Lanbespolizei und Buziehung ber benachbarten Intereffenten, soweit fie Niemanden fcablic, julaffig; endlich fei auch in ben landrechtlichen Bestimmungen eine Bes schränfung, nach welcher bas Stauwerf von Ruhlen nicht über bie Mitte bes Fluffes erftrectt werben burfe, weber ausbrucklich noch implicite festgestellt; es fol-Ien die Behörden nur barauf feben, daß durch bie Dublenanlage die auf Grund fpecieller Titel mohlerworbenen Rechte Dritter nicht beeintrachtigt murben."

Dergl. das Prajud. des Ob. = Trib. v. 14. Jan. 1842 (Prajud. Samml. Mr. 1092.): "Die bloß temporare Aufstauung eines Privatbaches auf eigenem Grunde, wodurch das Wasser den unterhalb belegenen Grundbesitzern nicht ganzelich zurückehalten, sondern nur unregelmäßiger zugeführt wird, ist für keine Gemsmung des Ablanss und für keine Entziehung des Wassers im Sinne der Vorsschriften des A. L. R. I. 8. S. 99. u. II. 15. S. 246. zu achten."

632 Von dem Schute u. der Beförderung der Landeskultur. Bafferrecht.

-2) Das (zwischen verschiedenen Grundbesitzern ergangene) Ert. des Ob.-Trib. v. 31. Aug. 1846 (Entsch. Bb. 15. S. 361), stellt den Rechtssatz auf, daß bei Privatstüffen den Uferbesttzern das Recht zur Fischerei als Ausstuß des Eigenthums 1) zustehe, soweit sich ihr Ufer erstreckt.

Die Grunde bemerten:

Obwohl dies und daß ben Uferbesitzern das Eigenthum am Flusse zustehe, nirgends in den Gesetzen ausdrücklich gesagt sei, so folge bas nach der Ausdehs nung ihres Uferbesitzes ihnen zustehende Eigenthum doch aus den Bestimmungen der §§. 225—273. A. E. R. I. 9. über Alluvionen, Inseln und verlassene Flussbetten, welche den anliegenden Grundstückbesitzern zuwüchsen und als Pertinenzien der anliegenden Grundstücke zu betrachten seien. 2)

IV. Mit der Ausführung in den vorstehend sub III. gedachten Erkenntnissen stimmen im Wesentlichen die Grundsate des Code civil überein:

1) Art. 641.:

"Wer eine Quelle auf seinem Grund und Boben hat, kann sich ihrer nach Willführ bedienen, vorbehaltlich des Rechts, das der Eigenthümer des unterhalb liegenden Grundstücks durch Titel ober Berjährung etwa erworben haben mag."

2) Art. 645.:

"Erhebt sich ein Streit unter ben Eigenthümern, welchen die Gewässer nüsslich sein können, so ist es Pflicht ber Gerichte, das Interesse des Acersbaues mit der Achtung, die man dem Eigenthum schuldig ift, in Uebereinstimmung zu bringen und in allen Fällen die besonderen Lokalversordnungen über den Lauf und die Benutung der Gewässer zu beobachten." *)

3weites Stück.

Die formellen Rechtsbestimmungen betreffend.

Sowohl nach dem gemeinen Deutschen, als auch nach dem A. 2. R., war vorzugsweise für die Errichtung oder Veränderung von Waffermühlen, als die früher hauptsächlichsten Stauanlagen, Rechtens, daß "die benachbarten Mühlen- und Grundbesitzer, welchen durch den Neubau oder die Veränderung Schaden erwachsen könne, darüber vernommen und mit ihren Widerssprüchen im Wege Rechtens gehört werden mußten." (§§. 236., 239., 243. A. E. R. II. 15., Mittermater, Deutsch. Privatr. §. 238., Gründler Polemif des Germ. Rechts. Bb. 2. §. 455. und die das. angeführten Schriftkeller, Boele, im Arnsberg. Arch. Bb. 2. S. 627, 647 ff. n. G., über die Rechte der Userseigenthümer an Privatgewässern, in der Jur. Beitg. 1832. S. 921 u. 973).

3) Bergl. S. 2. Mr. 9. u. 4. bes Rheinischen Reffort Reglements v. 20. Inti 1818. (v. R. Annal. Bb. 2. S. 620.)

¹⁾ Bergl. auch das Erf. des Ob. Trib. v. 17. Sept. 1847, Betr. die Berpflichtung zur Unterhaltung einer über einen Privatsluß führenden Brücke. (Striethorst's Rechtsfälle Bb. 2. S. 223. Nr. 113.), desgl. das Erf. des Revis.-Rolleg. für L. R. S. v. 25. Nov. 1853 (Zeitschr. desselb. Bb. 7. S. 198), "daß den Eigenthüsmern der Ufer an Privatslüssen keine Zwangspsticht zur Uferunterhaltung obliegt."

²⁾ Das Prajub. des Db. Trib. von 1846 (Nr. 1723.) spricht aus: Der §. 99. A. E. R. I. 8. ist nicht für ein Berbotsgesetz zu achten, wodurch nach §. 664. A. E. R. I. 9. die Berjährung ausgeschlossen wird. (Prajub. Samml. S. 25.)

Dritter Titel.

Gegenstand und Charakteristik des Gesetzes v. 28. Febr. 1843 und dessen Verhältniß zu den geltenden allgemeinen und pro- vinziellen, sowie zu den, andere Gegenstände betreffenden Wassernutungsrechten.

Erstes Stück.

Spftem und wesentlicher Inhalt des Befetes v. 28. Febr. 1843.

Diefer Erörterung ift eine allgemeine Uebersicht ber Bestimmungen

und der Dekonomie des Gef. v. 28. Febr. 1843 voranzuftellen.

Dabei kommen nur die Abschnitte I. u. II. in Betracht, während der Abschn. III. die Bildung von Genoffenschaften zu Bewässerungs-Anlagen behandelt und zu diesem Zwecke nur legislative Bestimmungen für die landesherrlich zu vollziehenden, beziehungsweise von dem Min. des 3. zu genehmigenden Statuten, hingegen weder materielle Rechtsbestimmungen, noch Vorschriften über ein administrativ-richterliches Verfahren enthält. Iene und diese besinden sich nur im I. u. II. Abschn., und zerfallen in drei Kathegorien:

A. Worschriften landespolizeilicher Natur (die Ufer- u. Fluß-Polizei der Privatsluffe betr.), — SS. 2—12., von denen jedoch der S. 7.

die Borfluth behandelt,

B. materielle Bestimmungen privatrechtlicher Natur, welche unter Abanderung, beziehungsweise Erweiterung der landrechtlichen Bestimmungen im S. 99. Tit. 8. Th. I. u S. 246. Tit. 15. Th. II., sowie des gemeinen Deutschen Rechts, und unter Ergänzung der Art. 641—645. des Code civil, die Wassernutzungsbesugnisse der Grundbessitzer theils erst begründen, theils näher bestimmen — S. 1. u. SS. 13. die 18., — jedoch mit Ausschluß des S. 15., welcher öffentliche Interessen zum Gegensstande hat. —

Bon diefen enthalten:

AA. der S. 1. den neuen Rechtsfatz und Titel bezüglich des Waffernutzungsrechts der Uferbesitzer und zugleich das Fundamentalprinzip

bes Gefetes,

BB. die § . 13—18., dessen nähere Bestimmungen, — die Rechtssgrenzen und Beschränkungen des den Grunds und Userbesitzern im §. 1. beigelegten Wassernutzungsrechts. Die § § . 13—18. bilden daher — bloß mit Ausnahme des § . 15., der das öffentliche Interesse der Schisssahrt z. betrifft, — einen Theil des Privat-Wasserechtes, nämlich soweit dasselbe die Grundbesitzer und resp. die Bewässerungen begreift, insdem sie die dem Grundeigenthume anhängenden Dispositionss und Nutzungssbesugnisse über das sließende Wasser in Privatslüssen, im Anschluß an die § § . 1., 12. ff. u. § . 99. A. & H. I. 8., ergänzen. 1)

C. Rulturverordnungen, und zwar

AA. die im Interesse der Landeskultur den Unternehmern beisgelegten materiellen Besugnisse auf Einschränkung der Rechte Anderer und Expropriation gegen Entschädigung (§. 19. Nr. 2.),

¹⁾ Die §§. 1., 13. u. 16. des Ges. v. 28. Febr. 1843 modisieiren die Borsschrift des §. 99. A. E. R. I. 8. Ausgesprochen in dem Prajudikat des I. Sen. des Ob. Trib. v. 1. Mai 1844 Nr. 1458. (Prajud. Samml. S. 430.)

634 Non dem Schutze u. der Beförderung ber Landeskultur. Bafferrecht.

nebst den adheren Bestimmungen und Grenzen dieser Kulturbefugnisse, (§§. 24—29.);

BB. die formellen Vorschriften über das Verfahren bei ber Ausführung derartiger Landeskultur-Anlagen, und zwar von zwiefacher Art, nämlich:

- a) das auf Antrag des Unternehmers zu veranlassende Aufgebotsund Praklusions-Berfabren; (§. 19. Rr. 1. und §§. 20—22.),
- b) das in Folge Provokation des Unternehmers eintretende Berfahren der Vermittelung und Leitung durch die Polizeibehörde (als Landeskulturbehörde) und durch deren Organe, (§§. 19. Nr. 2. u. §§. 30—55.).

Bei biefem Berfahren (§. 19. Mr. 2. §§. 30. ff.) werben

- 1) Streitigkeiten über die Zulässigkeit, über die Art und das Maaß der im Interesse der Landeskultur und zur Ausführung der Bewässerungs-Anlagen nothigen Einschränkungen der Rechte Anderer und Expropriationen, sowie über die Entschädigungen, von der Regierung (als Landeskultur-behörde) und
- 2) nur Streitigkeiten über den Entschädigungsbetrag in zweiter Infanz von dem Revisions-Rollegium für Landes-Rultur-Sachen (§§. 47., 48.) entschieden.

Dabei ift jedoch:

- 3) bezüglich der im S. 15. gedachten öffentlichen und allgemeinen sozialen Interessen die Regierung, in ihrer Eigenschaft als Landespolizeibehörde, zur Kognition kompetent; wogegen
- 4) Incidentpunkte über die Eristenz oder den Umfang von Rechten, ohne Rückstitel gegründet wird, stets vor die ordentlichen Serichte gewiesen und von diesen zu entscheiden sind, mit alleiniger Ausnahme ter den S. 16. b. betressenden Streitigseiten wegen Entziehung des zum Betriebe einer Mühle tc. im bisherigen Umfange nöthigen Wassers (S. 23.); während außerhalb eines Provokationsversahrens, resp. vor Andringung der Provokation Seitens des Unternehmers, alle aus S. 1. u. SS. 13., 14., 16., 17., 18. entnommenen Einwendungen und Ansprüche gegen Bewässerungsanlagen, einschließlich der den S. 16 b. betressenden, stets in den Rechts-weg, zur Rognition der ordentlichen Gerichte, gehören (soweit nicht etwa beim S. 18. oder sonst das Bersahren wegen Ablösung von Servituten vor den Auseinandersezungs-Behörden eintritt). 1)

¹⁾ a) Bergl. R. des Just. Min. u. des Min. des J. v. 6. Dec. 1843. — Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 333. Nr. 446. u. Just. Min. Bl. 1843. S. 298. Nr. 181. — R. des Min. des J. v. 9. Sept. 1845. — Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 270. Nr. 290. — R. des Min. des J. v. 20. Aug. 1847. — Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 261. Nr. 311. — Erf. des Kompetenz-Gerichtsch. v. 4. Sept. 1849. — Just. Min. Bl. 1849. S. 488. Nr. 99. — Erf. des III. Sen. des Db. Trib. v. 14. Nai 1847. — Rechtss. Bd. I. S. 209. S. 98. — Lette a. a. D. S. 21 ff., bes. S. 25.

b) Bergl. das Weitere unten zu \$5. 13 ff. des Ges.

c) Bergl. in Betreff der Incidentpunkte die Erlaut. z. d. BorflutheGes. p. 15.

Rov. 1811. \$5. 15—34. ad III. B., s. oben S. 611 ff.

3weites Stück.

Gegenstand und Charakteristik des Gesetzes v. 28. Febr. 1843 als Rultur-Verordnung und als Erganzung des Privatwasserrechts, sowie Verhältniß desselben zu den allgemeinen und provinziellen Rechten und zu den Gewerbstnteressen.

I. Das Gef. v. 28. Febr: 1843 ale Theil der Landeskultur=

Gefetgebung.

ı

1

١

1) Bereits der S. 24. des Landkult. Ed. v. 14. Sept. 1811 kündigte eine B. auch über Bewässerungen an. Das unterm 28. Febr. 1843 ersgangene Gesetz gehört in die Reihe der Landeskulturgesetz; denn dasselbe hat lediglich die Beförderung der Bodenproduktion zum Zweck und Gegenstande, schließt hingegen die Wassernutung der Triebswerke von seinen Bestimmungen aus. (Vergl. unten zu III. B.).

Allein aus dem Gesichtspunkte eines überwiegenden Landeskulturs Interesses und unter der Voraussetzung eines solchen (§. 24.) sind Einsgriffe in das Privateigenthum Anderer und Expropriationen gestattet (§. 25. sf.), und selbst die dem Privatrechte angehörigen §§. 1., 13., 14., 16., 17. u. 18. sind nur aus dem Motiv der Verbesserung der Landess

fultur bervorgegangen. 1)

2) In beiderlei Beziehungen hat zuerst das G. v. 28. Febr. 1843 Bestimmungen über Bewässerungen als eine besondere Rechtsmaterie in den Kreis der allgemeinen Preuß. Gesetzgebung eingeführt,
ohne dabei die einschlagenden privatrechtlichen Bestimmungen des Code
civil oder des A. L. R. auszuheben, welche vielmehr neben dem Gesetze fort-

gelten, soweit fle mit demselben vereinbar find.

- 3) Im Kreise Siegen gilt das G. v. 28. Febr. 1843 neben der Siegenschen Wiesen D. v. 28. Oft. 1846 nur für die Rechtsverhältnisse der Triebwerke oder anderer nicht die Wiesenkultur betreffender Gegenstände, wogegen es in allen anderen Theilen des Staates, mit Ausschluß der Hohen Lande, wo nur der Abschn. III. eingeführt ist, an die Stelle früherer provinzieller Bestimmungen, so namentlich in der Oberlausit, zusolge der V. v. 26. April 1844, an Stelle des durch diese B. ausgehobenen Ober-Amts-Batents v. 28. Aug. 1727 wegen Wässerung der Wiesen zc., getreten ist. (Vergl. über Letteres das Weitere unten).
 - II. 3wed und innerer Wirkungefreis des Gefetes.

In dieser Beziehung bemerken:

1) bas R. des Min. des J. v. 9. Sept. 1845 2) (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 270 Nr. 290.),

baß (gleichwie die Rompetenzbestimmung im S. 23.) alle übrigen Vorschriften vom S. 18. ab dis zu Ende nur für Bewässerungs-Anlagen gegeben worden und nur darauf Anwendung fänden. Das Geset verfolge insbesondere den Zweck, Bewässerungs-Anlagen zum Besten der Landeskultur zu fördern; in den SS, 18 ff. sei zu dem eigentlichen Gegenstande des Ges., zu den Vorschriften über Bewässerungs-Anlagen, übergegangen; bloß für solche Anlagen gestatte der S. 19. die Bermittelung der Polizeibehörden.

2) Das R. der Min. für H., G., G. u. dff. A. u. für landw. Ang. v. 7. Febr. 1849 *) (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 49, Nr. 77.)

2) Bergl. in Bb. I. S. 865-866.

3) Chenbas. S. 859-861.

¹⁾ Bergl. ben Vortrag bes Ministers in ben Verh. ber vereinigten ständischen Ausschüsse v. 31. Oct. 1842.

baß die Borschriften über bas Berfahren auf gewerbliche Anlagen keine Answendung fanden, bafür vielmehr die Gew. D. v. 17. Jan. 1845 und zwar beren §§. 29—32. gegeben seien.

8) Das Ges. v. 28. Febr. 1843 findet auf die Anlage neuer Mühlen und die bagegen geltend zu machenden Widerspruchsgründe keine Anwens dung, und wird mithin auch in Betreff dieser Widerspruchsgrunde der Rechtsweg durch den S. 23. nicht ausgeschlossen.

Angenommen von dem II. Sen. des Ob. Trib. unterm 17. Sept. 1847. (Enisch. Bb. 15. S. 493, Praj. Nr. 1923. u. Praj. Samml. S. 213).

Vergl. auch das Erl. des III. Sen. des Ob. Trib. v. 14. Mai 1847. (Striethorst's Rechtsf. Bb. 1. S. 209).

- 4) Nur die SS. 2 12. bes Abschn. I. enthalten einige allgemeine landespolizeiliche Borschriften, welche auch auf Gewerbsanlagen Anwensung finden. (Bergl. die Erläut. zum S. 3. u. das R. der Min. für H., G., G. n. dff. A. u. für landw. Ang. v. 26. Jan. 1853.) Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 53, Nr. 42.).
- 5) Die übrigen (hauptsächlichen) Bestimmungen des Ges., sowohl die des Privatrechts in den SS. 1. u. 13., 14., 16., 17., 18., als die des (öffentlichen) Rulturrechts in den SS. 19. ff., beziehen sich ferner aus-schließlich auf eine spezielle Art der Verbesserung der Bodenkultur, nämlich durch Bewässerung. Denn:
- a) im zweiten Sate des S. 1. ift ausbrücklich bestimmt: "daß es in Anses hung ber Benutung des Wassers zu Mühlen und anderen Triebwerken, sowie auch in Ansehung der Fischereiberechtigung und der Borfluth bei den bestehenden gesetlichen Borschriften verbleiben solle, soweit diese nicht durch bas gegenwärtige G. ausdrücklich abgeändert sind", und (abgesehen von den Kulturs verordnungen in den SS. 24. ff. bei Expropriationen und Rechtsbeschränkungen) enthält das G. dergl. specielle Abanderungen privatrechtlicher Natur (SS. 1. 13 bis 18.) nur in Bezug auf Rühlen in dem S. 16 b, in Betress der Fischereiberechtisgung im S. 18. und in Betress der Borstuth im S. 7.;

b) ber Eingang bes Ges. kundigt baffelbe als eine Reviston und Erganzung ber Borschriften über bie Benutung ber Privatflusse resp. über bie Berwendung

bes fliegenben Baffere berfelben gur Berbefferung ber Bobenfultur an;

c) die §§. 13 ff. stehen im genauen Zusammenhange mit §. 1., und es spreschen dieselben, unter Anderen §§. 15. 18. u. 19., ausdrücklich nur von Bewässerungs-Anlagen, wie §§. 24. ff. von den Einschränfungen Dritter und den Expropriationen, welche in Fällen eines überwiegenden Landeskultur-Interesses gestattet werden. Sonach ist die im §. 1. den Userbesitzern beigelegte Besugniß, "das an ihren Grundstücken vorüberstießende Wasser unter den Bestimmungen der §§. 13. ff. zu ihrem besonderen Vortheil zu benuten, durch diese letztgedachten Bestimmungen, durch die Landeskultur-Verbesserung mittelst Bewässerung, bedingt.

Darauf beschränken sich ebensowohl die Bestimmungen privatrechtlicher Natur in den SS. 13., 14., 16., 17., 18., als die Landeskulturverordnungen in den SS. 19. ff., und es folgt hieraus, daß auch die
SS. 13. ff., welche eine Erweiterung der materiellen Bestimmungen des
Privat-Wasserrechts enthalten, weder direkt, noch analog, auf Wassermühlen
und gewerbliche Wasser-Triebwerke übertragen, vielmehr nur soweit für und
gegen deren Besitzer und Erbauer angewandt werden können, als es sich
ihnen gegenüber um die Eristenz, die Ausdehnung oder Begrenzung der
den Grundbesitzern im Interesse der Bodenkultur Behufs der Bewässerung
beigelegten Wassernutzungsrechte handelt. Allein über die Verleihung des
Wassernutzungsrechtes an Grundbesitzer Behufs der Bodenkultur durch Be-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 861 ff.

wäfferung und über die näheren Bestimmungen diefes Rechtsobjekts hat bas G. v. 28. Febr. 1843 neue Bestimmungen zu geben beabsichtigt. 1)

III. Natur des Rechts und Verfügungsbefugniß der Uferbesitzer im Gegensate zu den Wassernutungsrechten der Trieb-

werfsbesiger.

尊

ıŁ

: 2

S

į

Í

A. 1) Nach dem G. v. 28. Febr. 1843 bedarf fortan der Unternehmer einer Bewässerungs-Anlage dazu keiner polizeilichen Erlaubniß und Konzession; ob er die Vermittelung der Reg. beantragen will, ist allein seinem Belieben und Ermessen anheim=gestellt (§. 19.), indem zusolge des im §. 1. an die Spize gestellten Fundamentalgrundsazes die Nuzungsbesugniß des in den Privat=flüssen enthaltenen Wasserschazes als ein Gegenstand des Privateigenthums anerkannt wird, der, wo nicht besondere Rechtstitel (auch Provinzialgeseze und Lokal-Statuten) ein Anderes sessstitel, dem Userbesitzer als Annerum seines Eigenthums an Brund und Boden gehören soll. (Vergl. die Denkschift für die ständischen Aussschüsse v. Oft. 1842 zum Abschn. I. §. 1. in der Beilage zur allg. Preuß. Staatszeitg. 1842. Rr. 303.).

2) In diesem, lediglich für Userbesitzer und zu Gunsten von Bewässerungs-Anlagen im Interesse der Bodenkultur, geltenden Prinzip ist einestheils (bezüglich der unbeaussichtigten Verfügungsbefugniß der Grundbesitzer über die Privatslüsse) eine von dem Spstem der früheren Gesetzebung erheblich abweichende, anderntheils (bezüglich tes Eigenthumsrechts der Userbesitzer am sließenden Wasser) eine jedenfalls deklaratorische Bestimmung enthalten.

1) a) Wenn das Erk. des III. Sen. des Ob. Trib. v. 26. Sept. 1853 (Striethorst's Arch. Bb. 11. S. 6 sk.) die Entscheidung zwischen einem Bleischen- und einem Mühlenbesitzer

a) mit barauf gründet, daß der §. 99. A. E. R. I. 8. in dem G. v. 28. Febr. 1843 seine nähere Bestimmung erhalten habe und daß die der Besugniß der Usersbester (§. 1.) entgegenstehenden Widersprucherechte in den §§. 13. und 16. im porliegenden Falle nicht dargethan seien, so ist dieser Theil der Motive als zutrefs fend nicht anzuerkennen, da das G. v. 28. Febr. 1843 auf gewerbliche Anlagen

und 3mede feine Unwendung findet.

Wenn β) ferner daffelbe Erk. dem Mühlenbesiter Schabensansprüche aus einer möglichen Unterbrechung des Mühlenbetriebes in Folge der Wirfungen der Stauanlage unter ungewöhnlichen Verhältnissen vorbehalten hat, während anderersseits die Anlage selbst aus dem Eigenthumsrecht des Unternehmers an der Quelle für gerechtsertigt erklärt wird, so ist dagegen zu bemerken, daß, sobald einmal der Bleichbesitzer zu einer mäßigen Ausstauung, in Ermangelung eines ihm entgegenstlehenden, auf speciellen Rechtstiteln gegründeten Widerspruchsrechtes, gesehlich bestugt erachtet wurde, ihm auch der allgemeine Rechtsgrundsatz zu statten kommen muß: qui jure suo utitur neminem laedit; oder es hätte denn vor desinitiver Entsscheidung des Streits über eine anderweite Regulirung der Stauverhältnisse, insbestondere darüber verhandelt werden müssen, wie durch Einrichtungen bei der StausAnlage für außerordentliche Fälle einem schällichen Rücksau vorgebeugt werden konnte.

b) Das zu a. a. Gebachte ift auch gegen das zwischen dem Unternehmer einer Waffermühlenanlage und dem gegenüberliegenden Uferbesitzer ergangene Erk. bes III. Sen. des Ob. Trib. v. 16. Dec. 1853 (Striethorst a. a. D. S. 135) zu bemerken, soweit dasselbe seine Aussührung auf das G. v. 28. Febr. 1843 S. 13. Nr. 2. u. S. 1. grundet, aus welchen sich ergabe, daß dem Userbesitzer nicht ein eigentliches privatives Eigenthum am vorbeisließenden Wasser, sondern nur unter den Maaßgaben der SS. 13. st. die Besugniß, dieses Wasser zu benutzen, zustehe, während die Entsch. (Striethorst a. a. D. S. 142) selbst anerkennt, daß sich der S. 25. Nr. 2. des G. v. 28. Febr. 1843, betr. die Benutzung des senseitigen Users zum Anschlusse eines Stauwerts, nur auf Bewässerungsanlagen beziehe, hingegen nicht auf Rühlenanlagen angewendet werden könne.

In letterer Beziehung sollte (wie die Denkschrift bemerkt) durch den S. 1. in Verbindung mit SS. 13. ff. "für tiese Verhältniffe ein festes Rechts-fundament neu begründet werden, denen es bisher an einem solchen fehlte".

- 3) Früherhin hatte es dagegen, ohne daß zwischen landwirthschaftlichen und gewerblichen Unternehmungen unterschieden wurde, zur Benutung sließender Gewässer, sobald befondere Anlagen und Vorrichtungen
 erforderlich und Nachtheile für den Wassergebrauch des Publikums, für
 bestehende Wassermühlen oder für den regelmäßigen Ablauf des Flusses
 zu besorgen waren, in der Regel der Prüfung und Genehmigung der
 landespolizeilichen Behörde bedurft.
- 1) Fortan aber finden diese früheren Grundsate nur noch auf bie Rugungerechte der Waffetfraft von Privatfluffen zu Muhlen und abnlichen Triebwertsanlagen, wie zu anderen 3meden als ber Bemäfferung, Anwendung 1), obwohl das Co. v. 28. Oft. 1810 megen der Mublengerechtigfeit zc. (G. S. 1810. S. 95.), laut SS. 5. u. 7., Jedermann, der zu Bauanlagen auf einem Grundftud gesetlich berechtigt mar, auch die Unlage von Baffermublen, doch unter Genehmigung der Landespolizeibehörde für jede neue Anlage, wie für jedwede Beranderung einer vorhandenen Waffermuble, gestattete und nach S. 8. a. beffelben Edifts der Bau oder die Beränderung burch die Landespolizeibehörde nur noch wegen eines der Landesfultur hinderlichen Wafferftandes unterfagt werden durfte, womit das Ed. für Oftpreugen, Lithauen, Ermeland und den Rreis Marienwerder über benselben Gegenstand v. 29. Marg 1808 (N. C. C. Tom. XII. p. 319) übereinstimmte, in welchem letteren überdies bie SS. 236., 237., 240. u. 242. A. R. M. II. 15. und der der Buf. 230. bes Oftpreug. Provinzial-Rechts ausbrudlich aufgehoben murben.

2) Auch in der Provinz Preußen, wie überall, blieben indeßt wegen der Waffer-Triebwerke a) der S. 235. A. L. R. II. 15. gultig,

wonad:

jeber Neubau, jebe Wieberherstellung, Berlegung, Umwandlung ober Bermehe rung der Gange bei Wassermühlen, der Prüfung und Genehmigung der Landes: polizeibehörde unterworfen war,

ingl. blieben b) die SS. 238. u. 239 a. a. D. bestehen, wonach:

die Anlegung neuer Dublen unzulässig ift, wenn daburch schon vorhandenen Dublen das erforderliche Betriebswasser entzogen oder selbiges zu ihrem Rachtheil , zurückgestaut wird, hierauf begründete Widersprüche aber zum rechtlichen Bege verwiesen find:

wohingegen mit der Gewerbefreiheit durch das Gewerbesteuer - Ed. v. 28. Oft. u. 2. Nov. 1810 die bisherigen Privilegien, sei es des Fiskus, oder der Gerichts = und Gutsobrigkeiten in Betreff der Mühlengerechtigkeit und wegen der Konzessionirung neuer Wassermühlen, sortsielen.

3) Die Gewerbe-D. v. 17. Jan. 1845 stellt in den SS. 29 — 32.

folgende Grundfage auf:

a) Es bedarf jest der Genehmigung der Reg. zu jedem durch Wasser bewegs ten Triebwerte (Mühlen u. s. w.) und soll der Antrag sogleich zurückgewiesen wers den, wenn nach dem Ermessen der Reg. die Anlage mit so erheblichen Rachtheilen,

¹⁾ Das R. des Min. des J. u. d. B. u. d. F. v. 26. Sept. 1838 (v. R. Ann. Bd. 22. S. 755 Nr. 179.) spricht aus, daß der S. 7. u. 8 d. des Eb. v. 28. Oft. 1810 auch für die Widersprüche gegen Rühlenanlagen wegen Beeinträchtigung in Ausübung der Fischereigerechtigkeit und anderer Gegenstände gelte, die Bestimmungen jener SS. baher keinesweges auf die Entziehung des Wassers oder dessen Ausstauung zu beschränken seien.

Gefahren ober Belästigungen für die Nachbarn ober bas Bublitum überhaupt ver-

bunden ift, daß fich biefelbe ohne Beiteres als unzuläffig barftellt.

b) Andernfalls ist das Unternehmen öffentlich befannt zu machen und wemt in Folge der Befanntmachung keine Einwendungen angebracht werden, nur unter den, jedesmal in die Konsensurkunde einzurückenden, sich als nothig ergebenden, von der Reg. festzusesenden Bedingungen, zu genehmigen, während Einwendungen privatrechtlicher Natur, ohne davon die polizeiliche Genehmigung der Anlage abshängig zu machen, zur richterlichen Entscheidung zu verweisen, Einwendungen ans derer Art aber unter Zuziehung des Unternehmers zu erörtern und von der Reg. zu entscheiden sind. 1)

c) Wassertriehwerke jeder Art gehören zu den im §. 26. Mr. 1. der Gew. D. gedachten gewerblichen Anlagen, welche durch die örtliche Lage ober die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum erhebliche Nachtheile, Gefahren oder Beläftis

gungen berbeiführen tonnen.

C. 1) Bezüglich der im Interesse der Bodenkultur und Bewässerung unternommenen Stauanlagen hat dagegen bei Berathung des Ges. die Rücksicht überwogen,

daß die Sicherheit des Rechts nicht genügend geschützt und die selbstständige Entwickelung der Bobenkultur nicht hinlanglich gefördert erscheine, wenn sie in dies fem wichtigen Zweige von polizeilicher Einwirkung und Genehmigung abhängig gemacht werden sollte. (Bergl. die alleg. Denkschrift.)

2) Da die Wasserbenutzung der Privatstuffe Seitens der Userbesitzer zur Bemässerung "als eine Befugniß privatrechtlicher Natur" betrachtet ist, so wurde daraus weiter gefolgert,

baß bie wirthschaftliche Benutung des Wassers in den burch bas Geset bezeichneten Grenzen, da fie aus der privatrechtlichen Besugniß des Uferbesitzers unmittelbar hervorgehe, einer polizeilichen Genehmigung nicht bedürfe, vielmehr die Einwirkung der Behörde nur auf Anrussen der Betheiligten einzutreten habe. (Bergl. ebendas.)

3) Das Gef. v. 28. Febr. 1843 schließt sich (wie die alleg. Denkschrift bemerkt) in allen seinen weiteren Bestimmungen an diesen leitenden und Haupt-Grundsath (S. 1.) an. Darin weicht es ab von ter Gesetzgebung anderer Staaten über tenselben Gegenstand. Es steht in dieser Beziehung auch in einem prinzipiellen Gegensatz zu dem G. v. 28. Oft. 1846 über den (als mustergültig angesehenen) Siegenschen Wiesenbau, indem das letztere 2) von dem Grundsate ausgeht,

daß alle Grundbesiger des Flußthals, deren Grundstücke sich aus den Privats stuffen mit Bortheil bewässern lassen, sofern ihnen nicht specielle Rechtstitel entges genstehen, das Wasser zur Bewässerung dieser ihrer Grundstücke zu benuten und davon, nach Berhältniß des durch die Bodenbeschaffenheit, Lage und Bauart, event. des Flächeninhalts ihrer Grundstücke bedingten wirthschaftlichen Wasserbedarfs, Theil zu nehmen berechtigt sind. (§§. 1. und 5. der Siegenschen Wiesensch.) 3)

2) In Uebereinstimmung mit dem S. 11. ber alteren Fürstlich Raffaus Dranis

ichen WiesensD. für Siegen v. 18. Dec. 1790.

¹⁾ Das C. M. der Min. des J. und d. F. v. 14. Juni 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 136. Mr. 177.) giebt über die Festsetung des zulästigen Wassers standes bei Ertheilung der polizeilichen Konzession zu den durch Wasserkast bes wegten Triebwerken nahere Anweisung und bemerkt, daß der Vorschrift wegen einer für dergl. Triebwerke nachzusuchenden landespolizeilichen Konzession wesentlich die Absicht zum Grunde liege, daß die Belästigung des Publikums und der Adjacenten durch übermäßige Wasserspannung Seitens der Triebwerksbesitzer zur Förderung ihres Privatvortheils, vermieden werde.

³⁾ a) Danach ist im Kreise Siegen das Recht zur Wasserbenutzung nicht gerade an den Uferbesitz gebunden, der gegenüber liegende Uferbesitzer auch nicht gerade

640 Bon bem Schute u. ber Beforderung ber Landestultur. Bafferrecht.

IV. Berfchiebenheit bes Pringips in ben Abicon. II. u. III. bes Gefetes.

Indem das G. v. 28. Febr. 1843, jur Ausführung von Bewaffe-

rungen felbst zwei verschiedene Wege bezeichnet, namlich:

1) den der freien privatrechtlichen Berfügung oder eines nur vom Belieben des Unternehmers abhängigen administrativ = richterlichen Berfah= rens, nach Maaggabe des Abschn. II. SS. 19. ff., -

2) ben bes legislativen Ginschreitens - nach Maaggabe bes Abschn. III. SS. 56. ff. - jur zwangsweisen Bildung von Affoziationen Behufs ber Bewäfferung, mittelft landesherrlicher Berordnung, fofern nicht unter fammtlichen Betheiligten Die freiwillige, und bann nur vom landwirthschaftl. Din. zu genehmigende Uebereinkunft Plat greift, bat daffelbe fein Fundament im S. 1. nur auf ten erften Weg Anwendung finden laffen, mabrend bingegen bei bem zweiten Wege (ber Affoziation) bas entgegengefette, oben als bas der Siegenschen Wiesen-D. bezeichnete Pringip Plat greift. 1)

auf bie Balfte beschrantt; bas Theilnahmerecht richtet fich nach bem Brincip und rechtfertigenben Beweggrunde jebes Lanbesfulturgef., namlich nach bem Gefichtspunfte ber größtmöglichsten Beforberung ber Bobenproduktion für alle biejenigen, welche Gelegenheit haben, vom fliegenben Baffer Gebrauch gu machen, und welche baber als im Miteigenthum beffelben befindlich angesehen werben. Bergl. hierüber Lette a. a. D. S. 18—21.

b) Indem bas G. v. 28. Febr. 1843 von einem entgegengeseten (auch von bem erften ben Provinzialständen 1834 und 1837 vorgelegten Entwurf abweichenden) Princip, namlich bavon ausgeht, "daß das Nugungerecht am vorüberfließenden Waffer Gegenstand bes Privateigenthume und Annexum bes privativen Uferbefiges fei," steht es nicht in Uebereinstimmung mit ber bei allen Borberathungen gleich= maßig und stetig anerkannten Rechtsansicht, "daß bas fließende Baffer eine res nullius ift, weshalb bie Baffermaffe ber Fluffe fein Gegenstand bes Privateigen: thums, weil nicht Objeft ber Offupation fein fonne, ba es in jedem Moment wechsele." (Siege a. a. D. S. 46, Lette a. a. D. S. 29.) In biesem Biberspruch bes bem gegebenen Gefete jum Grunde gelegten Grundfates mit bem bei feiner Bors berathung gleichwohl anerkannten abweichenden Rechtsprincip haben mehrere, auf ber anderen Seite wiederum fehr beschränkende Bestimmungen, g. B. S. 13. Nr. 2, ihr Motiv, welche sich baber in ber Siegenschen Wiesenordnung nicht vorfinden. (§. 2. Mr. 2. u. §§. 12. 13. bes legtern.)

Die Schriften, einerseits die befreite Undine von v. Bangenbeim (eines großen Grundbefigere), andererfeite bie Beleuchtung ber Dentidrift und bes Gef.s Entw. von Dr. Sie ge (eines Triebwerksbefigers) - untereinander und mit einem ber Berfaffer biefes Bertes nabe befreundet - vertheidigen die entgegengefesten Standpunfte, ersterer ben bes Gef. v. 28. Febr. 1843, letterer ben Sat, bag jeber Uferanwohner in ber Regel Miteigenthumer des Privatfluffes sei und das Waffer nur nach Maag und Antheil feines Grundeigenthums im Berhaltnig ju fammtlis chen Uferanwohnern gebrauchen fonne. (Bergl. auch die Recension ber v. Bans genheimschen Schrift in Richter's fritischen Jahrb. 1844, Dai, S. 437 ff. und

ber Siege'ichen Schrift in ber Jur. Wochenschr. 1843. S. 293.)

¹⁾ Die Anwendbarkeit biefes letteren wird nach §. 56. bes Gef. v. 28. Febr. 1843 nur badurch wiederum beschranft, daß babei das Kultur-Intereffe einer gangen Gegend, welcher Die Benutung bes Baffere Bortheil bringe und bas erforberliche gemeinsame Birfen aller Betheiligten, nicht auch bas Rultur: Intereffe einzelner Gemeinden ober mehrerer Rachbarn, refp. Felbtheile, Biefenfolage und Wannen innerhalb einer einzelnen Ortfchaft, porausgefest wirb.

3weites Kapitel.

Besondere Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes v. 28. Febr. 1843 und zu dessen Ergänzungen.

Bum Gingange bes Gefetes.

Ueber den territorialen Wirkungskreis, beziehungsweise des Ges. v. 28. Febr. 1843, sowie einzelner Stücke desselben vergl. die Einleit. zur Abih. I. sub II. ad II. A., oben S. 573 ff., insbes. die V. v. 9. Jan. 1845 wegen Einführung des Ges. in den Bezirk des Appellat. Gerichtshoses zu Köln 1) (G. S. 1845. S. 35), und das G. v. 11. Mai 1853 wegen Unswendung des Abschn. III. des Ges. in den Hohenzollernschen Landen. 2) (G. S. 1853. S. 128).

Erster Titel.

Die landespolizeilichen Vorschriften des Gesetzes; die Uferund Fluß-Polizei der Privatflusse.

(§§. 2-12. bes Gefetes).

Bum S. 2. bes Gefeges.

1) Die oben S. 626 Note 2. alleg. Denkschrift bemerkt über die Stellung der §§. 2—12. zum §. 1.:

Unter ben Beschränkungen, welchen bie privative Disposition über bas fließenbe Wasser unterliegt, find biejenigen vorangestellt, welche burch bas Interesse bes Publikums und bes öffentlichen Wohls bedingt werden. Die Besugniß bes Publikums, das Wasser auch der Privatstüffe zum Trinken, Schöpfen u. s. w. zu benuten, sofern man auf öffentlischen Platen ober Wegen bazu gelangen kann, — ist im herkommen allgemein bes gründet und burch die Natur des fließenden Wassers innerlich gerechtsertigt."

2) Der S. 2. entspricht dem Art. 643. des Code civil, wonach der Eigenthümer der Quelle ihren Lauf nicht verändern darf, wenn sie den Einwohnern einer Ortschaft, eines Dorfs oder Weilers das nothige Wasser verschafft. Der Art. 643. a. a. D. fügt indeß die Einschränkung hinzu:

Saben jedoch die Einwohner den Gebrauch davon nicht erworben oder versjährt (acquis ou prescrit), so ist der Eigenthumer der Quelle berechtigt, dafür eine sachverständig zu bestimmende Entschädigung zu fordern."

3) Dagegen enthält der S. 2. den Zusap: "sofern es nach Entscheidung der Ortspolizeibehörde ohne Gefahr für die Beschädigung des Users gesschehen kann", welcher auf einem in der Sitzung der vereinigten ständischen Ausschüffe v. 9. Nov. 1842 gestellten Amendement beruht. Dieser Zusatschließt aber die Pslicht der Ortspolizeibehörde nicht aus, im überwiegenden öffentlichen Interesse des Wasserbedarss einer Ortschaft, diesenigen Vorrichstungen anzuordnen, welche die Gefahr für die Beschädigung des Users beseitigen.

4) Dafür, daß den unterhalb liegenden Einwohnern (gewiß also auch den unmittelbar angrenzenden) der nothwendige Bedarf an Waffer burch Bewässerungsanlagen nicht entzogen werde, forgt der (in Folge eines

•

¹⁾ Bergl in Bb. I. S. 858.

²⁾ Chendaf. S. 858-859.

Amendements in der Sitzung der vereinigten Ausschüffe v. 7. Rov. 1842 hinzugefügte) §. 15., indem er die Reg. ermächtigt, "in folchen Fällen zur Abwendung des Nothstandes für deren Wirthschaften die Ableitung des Wassers in geeigneter Weise zu beschränken."

Bu \$5. 3. u. 4. bes Gefeges.

-Bergl.:

1) die R. O. v. 24. Febr. 1816, betr. die Verhütung der Verunreinisgung der schiffs und flößbaren Flüsse und Kanale (G. S. 1816. S. 108), wobei zu bemerken, daß nur im Bereiche des Code civil (vergl. Art. 538.) die bloß slößbaren Flüsse auch zu den öffentlichen gehören, während nach S. 38. A. L. R. II. 15. die Flößbarkeit kein Kriterium der Regalität ist;

2) die Polizei-B. v. 15. Nov. 1851 für den Reg. Bez. Frankfurt sub Mr. IX. S. 38. (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 286 und 292), woselbst eine Strafe bis zu 10 Thlr. auf Verunreinigungen eines Privatslusses (Quelle, Bach oder Fließ) durch Einwerfen von Erde, Steinen oder sonstigen Raterialien, ingl. einer zur Ab- oder Zuleitung von Wasser dienenden Anlage angedroht ist;

3) das R. der Min. für H., G., G. u. öff. A. u. für landw. Ang. v. 26. Jan. 1853 1) (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 53. Ar. 42.), wonach das Einwerfen von Abgängen aus einer Melassen-Fabrik unter den S. 3. sub-

sumirt wird.

Bum S. 5. bes Befeges.

Hierbei ist vorauszuseten, daß derjenige, welcher auf die im S. 5. angegebene Weise in einem Privaislusse Wiesen anlegt, Gigenthümer des Flusses ist. Aus dem den Userbesitzern laut S. 1. beigelegten Rechte zur Nutung des Wasserschatzes der Privatslusse zu Berieselungen folgt an sich noch nicht ihre Besugniß zum s. g. Wiesenbrechen.

Bum S. 6. bes Befeges.

Vergl.:

1) die Erläut. zum S. 37. des Landes - Rult. - Ed. v. 14. Sept. 1811 (s. in Bd. II. Abth. I. S. 107);

2) die oben zu SS. 3. u. 4. unter Nr. 2. alleg. Stelle der Polizei-B.

v. 15. Nov. 1851 für den Reg.-Bez. Frankfurt;

3) das R. des Min. des Inn., landw. Abih. v. 13. Jan. 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 20).

Bum S. 7. bes Gefetes.

Vergl. die Erläut. des S. 7. in Verbind. mit dem S. 10. des Vorfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811, oben S. 598 ff.

Bu \$5. 8-12. bes Gefeges.

Diese Paragraphen enthalten speziellere Anordnungen in Betreff des schon in den SS. 42. u. 43. A. L. R. II. 15. ausgesprochenen Grundsatzes wegen Gestattung des allgemeinen Gebrauchs der Privatslusse zum Holzessößen.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 861—862.

Aweiter Titel.

K

ij

13

i

Materielle Rechtsbestimmungen über die Waffernugungsbefugnisse der Grundbesiger und barauf bezügliches Berfahren.

(S. 1. Abschn. I. u. SS. 13-18. Abschn. II. des Gesetzes.)

Erstes Stück.

Princip des Gefeges.

Bum S. 1. bes Gefetes.

I. Der S. 1. stellt in Bezug auf die Nutungsbefugnisse der Grundsbesitzer den leitenden hauptgrundsatz an die Spitze des Gesetzes. Demselben steht zwar einerseits der darauf folgende S. 2., betr. den gemeisnen Gebrauch des Wassers zum Trinken, Schöpfen und Viehtränken, gegensüber (vergl. oben die Erläut. zum S. 2.); hingegen schließen sich anderersseits demselben alle übrigen Bestimmungen 'des Ges. an, insbesondere die SS. 13—18., theils als nähere Bestimmungen, theils als Beschränkungen des Grundsatzes des S. 1.

Die Absicht bes Gef. ift (wie die oben S. 626 Note 2. alleg. Dentschrift bemerkt), dahin gegangen, für Berhältniffe ein festes Rechtsfunda-

ment neu zu begrunden, denen es bisher an einem folchen fehlte.

Bufolge des dem Ges. zum Grunde gelegten Prinzips wird "die Ruyungsbefugniß des in den Privatslussen enthaltenen Wasserschapes als ein Gegenstand des Privateigenthums anerkannt und wo nicht besondere Rechtstitel ein Anderes seststellen, den Uferbesitzern als Annerum ihres Grund und Bodens zugestanden." (Vergl. Rap. I. Tit. 3. Stud 2. ad III. sub A. v. C., s. oben S. 637 u. S. 639.)

II. In Betreff des Rechtsobjekts des S. 1. ist der Begriffsunterschied von öffentlichen und Privat-Flüssen nach den verschie-

denen im Staate geltenden Rechts-Spftemen erheblich.

1) Bergl. die Erläut. zum Vorfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811, Abschn. I. Kap. 3. Tit. 2. sub III. ad D., oben S. 600. ff. und insbef. auch das Erf. des Ob. Trib. v. 12. Sept. 1849 (Striethorst's Rechtss. Bd. 4. S. 341. Nr. 169.), wonach s. g. Bäken (welche die Fluren am Kurischen Haff durchschneiden, sich in letteres ergießen und theilweise schiffbar sind) mit Rücksicht auf S. 21. Tit. 14. Thl. II. u. S. 38. Tit. 15. Thl. II. A. L. R. als öffentliche Flüsse erkannt worden,

weil das charakteristische Merkmal eines öffentlichen Sewässers in dessen Schissbarkeit beruhe und die §§. 39. ff. Tit. 15. Th. II. nicht maaßgebend seien, wenn sich ein Privatsuß in einen Strom, ohne Zuthun, mittelst Naturgewalt, verwans delt habe, zumal nach Lib. II. Feud. 56. auch die Gewässer für Regalien erklärt würden, ex quidus fiunt navigabilia."

2) Der S. 1. erweitert den Begriff von Privatstüffen, indem er dazu auch die Quellen, wie die Seen, welche einen Absluß haben, rechnet.

(Bergl. and Art. 641. u. 643. Code civil.)

3) Ueber den Unterschied von Quellen und Privatstüssen und die das von abhängigen verschiedenen Wirkungen in Betreff der freieren Verfügung über Erstere, spricht sich das Erk. des III. Sen. des Ob. Trib. v. 19. Dec. 1851 aus, welches bemerkt:

Eine Quelle, die sich in einem nicht bestimmt abgegrenzten Bette über die ihr benachbarten Grundstücke erstreckt, ift als Privatsins nur dann zu betrachten, wenn fie einen bestimmt abgegrenzten Wasserlauf, einen Bach ober Fluß bildet; eine solche Quelle kann der Eigenthumer fassen, das Wasser ansammeln, um Fische

644 Bon dem Schute u. ber Beforderung ber Landestultur. Bafferrecht.

teiche anzulegen (§. 184. A. L. R. I. 9.) ober sonstige Zwede bamit zu erreichen. *) (Striethorst's Arch. Bb. 4. S. 211. Nr. 45.)

III. Subjekt bes im Gefetze begründeten Rechts auf die Nutung bes fließenden Waffers zur Bewässerung soll nur der Uferbesitzer fein.

1) Deffen Verfügungsbefugniß über den Wafferschatz der Privatfluffe

gilt als Regel und ift zu vermuthen.

2) Von dieser Regel und Rechtsvernuthung treten jedoch Ausnahmen ein:

a) wenn das Eigenihum des Fluffes und damit (nach §§. 2., 11., 12. u. 13. A. L. R. I. 8.) die ausschließliche Disposition über das Wasser nebst allen Rugungen und Bortheisen, die der Fluß bietet, einem Anderen zusteht.

In diesem Falle muß der Uferbesitzer eine, vermöge spezieller Rechtstitel erworbene Befugniß zur Benutung des vorüberfließenden Wassers Behuss der Bewässerung, gegen den Eigenthumer des Flusses besonders nache weisen.

b) wenn ein besonderes Rusungsrecht bezüglich des sließenden Wassers nach Provinzialgesetzen, Lokal = Statuten oder speziellen Rechtstiteln erweislich einem Anderen, als dem Uferbesitzer zusteht.

Bei den Provinzialgesetzen (zu b.) scheint an die hin und wieder von den Gerichts- und Gutsherrschaften in Anspruch genommenen Borrechte auf die Benutzung der sließenden Gewässer gedacht zu sein. Soweit jedoch ein dergl. Vorrecht zur ausschließlichen Benutzung des sließenden Wassers in Privatslüssen aus früheren guts-, schutz- und grundherrlichen Rechten abgeleitet worden wäre, hat dasselbe nebst einer etwanigen Abgabe für dessen Ueberlassung (ausschließlich der Mühlenzinsen) ausgehört (Art. 42. der Verf. urf. v. 31. Jan. 1850, §. 3. Nr. 10. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850), und ist auf die betressenden Uferbesitzer ohne Rücksicht auf die recht- liche Eigenschaft ihrer Grundstücke übergegangen. 2)

3) Bu 2. ad b. ift jedoch zu bemerken:

a) Die Wortfaffung des S. 1. entspricht der nach den Borverhandlungen und der Denfschrift zweifellofen Absicht bes Gef. nicht. Bahrend namlich beabsichtigt ift, im S. 1. darüber Bestimmungen zu treffen, wer zu bem Privatfluffe oder zu der Benutung des Wafferschates in demfelben außer bem Uferbesitzer befugt sein konne, und deshalb das die Regel bildende Recht des letteren ausschließt (ben Rechtstitel zum Fluß oder zu der Waffernugung zu bestimmen), alfo nur in Diefer Beziehung barauf hinzuweisen, daß ein Anderer Eigenthumer des Fluffes sein oder daß der Regel und Prafumtion für das Nugungsrecht des Uferbesitzers durch Provinzialgesete, Lotal-Statuten und fpezielle Rechtstitel berogirt werben fonne, begrunden vielmehr, nach ber jegigen Wortfaffung, bergl. provinzielle und flatutarifche Bestimmungen und Titel eine Ausnahme von jener im Intereffe der Lanteskultur verliehenen oder erweiterten Baffernugung überhaupt, dergeftalt, daß ber 3med des Gefetes: "die Bafferschate fur Die Rultur ber Grundftude Behufs deren Bemäfferung zu entfeffeln", gang oder theilweise unerreicht bliebe, soweit das Provinzialrecht diefer Art der Wafferbenugung entgegenfteht ober dieselbe beschränkt.

b) Dieser Mißgriff bei ber Rebaktion gab Veranlassung, daß nachträglich, auf Antrag ber Kommunalstände des Markgrafthums Oberlausts,

1) Damit stimmt auch das gemeine Deutsche Recht überein. Bergl. Wittermaier, Grundsäte des Deutsch. Privatr. Bb. 2. S. 280.

²⁾ Bergl. auch S. 5. bes Eb. v. 28. Oft. 1810 wegen ber Mühlengerechtigs keit, und S. 233. A. E. R. II. 15., ferner S. 30. des Ges. v. 28. Oft. n. 2. Nov. 1810, betr. die Einführung der allg. Gewerbesteuer, und wegen der neu und wies der erworbenen Provinzen insbesondere, den S. 2. der Gew. D. v. 17. Jan. 1845.

durch die B. v. 26. April 1844 1) (G. S. 1844 S. 112) das in der Ober-lausitz geltende Ober-Amts-Pat. v. 18. Aug. 1727 außer Kraft gesetzt wurde. Der S. 5. des letzteren enthielt nämlich, und zwar im besonderen Interesse der landwirthschaftl. Kultur, zu Gunsten der Bewässerung folgende Bestimmung:

Damit um soviel weniger jemand Ursache haben möge, den ordentlichen Lauf der Bäche und anderen Sewässer außer der gewöhnlichen Beit und ungebührlichers weise zu hemmen, ist beliebt worden, daß den oberwärts wohnenden Grundherren alle Jahr zu 4 verschiedenen Malen, zweimal vor der heus und zweimal vor der Grummets Ernte, jedesmal vom Sonnabend Mittag 12 Uhr die nächstsolgenden Sonntag Mittag wiederum 12 Uhr die Flüsse und Bäche zur Bewässerung ihrer Wiesen und Gärten zu schüßen und abzuschlagen erlaubt sein solle.

Diese Befugniß war in einer ferneren Bestimmung des Ober-Amts-Patents auch den Grundbesitzern in Stadt- oder Dorfgemeinden beigelegt.

Hiernach enthielt also der S. 5. des Patents v. 18. Aug. 1727 im Vergleich mit dem — nach dem Ges. v. 28. Febr. 1843 — erweiterten Wassernutzungsrechte der Grundbesitzer eine erhebliche Einschränkung dieses Rechts, welche nur mittelst der unbedingten Einführung der Vorschriften des Ges. v. 28. Febr. 1843 und daher durch die Aushebung des Oberslausitzer Patents v. 18. Aug. 1727 beseitigt werden konnte.

4) Die Frage: wem das Eigenthum eines fließenden Privatgewäffers zustehe? ist in den Gesetzen nirgends ausdrücklich entschieden worden. Bergl. darüber die Erk. des Ob. Trib. v. 12. Sept. 1848 (Striethorst's Rechtef. Bb. 4. S. 431) u. v. 31. Aug. 1886 (Entsch. Bb. 15. S. 361. Nr. 41.),

worin angenommen ift:

İ

Ì

daß das Recht, einen Privatsluß zu besischen, ben Uferbesitzern als Aussfluß des Eigenthums zustehe, soweit sich ihr Ufer erstreckt und das Eigenihum ans den Bestimmungen der SS. 225. ff. A. E. R. I. 9. über Alluviou, Inseln und verlassene Flußbetten, welche als Pertinenzien der anliegenden Grundstücke betrachtet würden, weil den Besitzern bieser letteren der durch Alluvion, Bildung von Inseln und Beränderung des Flußbettes entstehende Boden zuwächst, abzuleiten sei.

Ueber die Frage: ob jedem Adjacenten als solchem das Aecht zur Fischerei in Privatstüffen dergestalt zustehe, daß dem gegenüber ein besonders erworbenes Recht zur Fischerei von einem Dritten speziell nachgewiesen werden müsse? vergl. den von Boele mitgetheilten Rechtsfall nebst Nachswort in Dr. Sommer's Arnsb. Arch. Bd. 10. S. 621 ff. insbes. 635 ff., und außerdem die in den Ergänz. der Preuß. Rechtsb., 3. Ausg. Bd. 5. S. 222—224 u. Bd. 12. S. 295 allegirten Präjudikate und Schriften.

IV. Den Umfang des Rechts betreffend.

1) Der S. 1. verleiht dem Uferbesitzer die Benutzung des an seinem

Grundflude vorüberfliegenden Waffers. 2)

2) Das Ob. Trib. führt in einem (das Erk. des [vormaligen] D. L. Ger. zu Münster v. 10. Jan. 1845 bestätigenden) Urtel (Datum konstirt nicht) aus:

baß auch die Bewässerung einer Wiese, die nicht unmittelbar an den Bach grenzt, aus diesem deshalb zulässig sei, weil sie aus Trennstücken von Kolonaissgründen bestehe, welche an den Bach grenzen und weil der Kolonaisbesitzer als unmittelbarer Usernachbar das Recht hatte, nicht allein die noch in seinem Besitze

1) Bergl. in Bb. I. S. 858.

²⁾ Laut Art. 644. des Code civil: "dont la propriété borde une eau courante", wonach es nicht erforderlich ist, daß das Grundstuck vom Flusse durchsschnitten wird, daß mithin dem Unternehmer der Bewässerungs:Anlage das Uferland auf beiben Seiten des Flusses gehört; es soll vielmehr jeder gegenüber liegende Uferbesitzer ein Recht auf Benuhung der Halfte des Wassers haben.

befindlichen Kandereien, sondern auch die davon abgetretenen, aber drilich zusammenhängenden Parcellen als Wiese zu aptiren und zu diesem Beknfe aus dem Bache zu wässern; daher habe er auch das Bewässerungsrecht an den Trennstückserwerber abtreten dürsen; indes dürse der Trennstückserwerber das Wasserungungserecht nur für die vom Kolonate erwordene, noch zur Userländerei zu rechnende Wiese und nicht auch für seine übrigen, an diese Wiese anstoßenden, schon früher besessenen Grundstücke ausüben. (Sommer's Arnsb. Arch. Bd. 12. S. 167 ff.)

- V. Der Gegenstand und Iweck der den Userbestzern beigelegten Wassernutzungsbesugniß, wie der innere Wirkungs- und Rechtskreis des Gessetzes selbst wird naher bezeichnet und abgegrenzt einestheils durch die Verweisung auf die §§. 13. ff., anderntheils durch den an das leitende und Hauptprinzip (§. 1. im ersten Sate) angereihten Zusat im zweiten Sate des §. 1., wonach
- es in Ansehung der Benutung des Wassers zu Muhlen und anderen Triebwerken, wie in Ansehung der Fischerei-Berechtigung und Borfluth, bei den bestehenden gesetzlichen Borschriften, soweit diese nicht ausbrücklich abgeandert worden, verbleibt.
- 1) Hiernach finden (abgesehen von den allgemeinen landespolizeilichen Anordnungen SS. 2—12 —) die materiellen und formellen Bestimmungen des Ges. (SS. 13—18. u. SS. 19. sf.) lediglich in Bezug auf diesenisgen Rechte der Userbesitzer Anwendung, welche die Benutzung der befruchtenden Kraft des sließenden Wassers für die Bodenkultur mittelst der Bewässerung betreffen; wogegen das Ges. bezüglich der Besitzer von Wassersmühlen und ähnlichen Triebwerken, wie bezüglich der Vorsluths und Fischereiberechtigten nur die Bedeutung und Wirkung hat, daß es den Kreis ihrer Rechte, soweit derselbe von Bewässerungsanlagen berührt wird, den Userbesitzern gegenüber näher bestimmt und regelt.

2) Die im zweiten Sate des S. 1. gedachten ausdrücklichen Abanderungen sind, namentlich in Betreff der Fischerei im S. 18., in Betreff der Vorstuth im S. 7., in Betreff der Wasser-Triebwerke in den SS. 16. u. 17.

(nebst §§. 25. u. 37.) enthalten.

VI. An den S. 1. knupfen fich noch folgende Fragen:

1) Wieweit früher ergangene rechtskräftige Erkenntnisse, nach welchen ein Userbestzer oder Flußeigenthümer in der Benuzung des Wassers zur Bewässerung beschränkt worden ist, den erweiterten resp. neu begründeten Besugnissen des Ges. v. 28. Febr. 1843 präsiudieiren, daher einem Userbestzer, gegen welchen dergleichen Judikate ergangen sind, entgegenstehen, wenn derselbe von der nunmehr in dem G. v. 28. Febr. 1843 erweiterten resp. neu verliehenen Besugniß zur Wasser-

nugung Gebrauch machen will?

a) Bei Entscheidung dieser Frage ist ins Auge zu sassen, daß das neue Kulturgesetz als solches (abgesehen von der Sanktion der Wassernutzungsrechte der Userbesitzer) im Allgemeinen keine Privatrechte aufheben
und keine neuen Rechtstitel auf die Wassernutzung gründen wollte, vielmehr
die zur Zeit rechtlich bestehenden Wassernutzungsverhältnisse als zur Ausgleichung und zum Versahren mitgebrachte, demselben vorausgegangene und
außerhalb des Bereichs seiner Bestimmungen liegende betrachtet, woraus
folgt, daß frühere Judikate, welche die Feststellung von Eigenthums - oder
Nutzungsrechten am Flusse und an dem fließenden Wasser zum
Gegenstande haben, insoweit in Kraft bleiben.

b) Andererseits ging die Absicht und Aufgabe des Ges., als einer Kulturmaaßregel, dahin, die früher ungenuten Wasserschätze der Privatsluffe zu
Gunsten der Bodenkultur zu entfesseln und deren Benutung und Gebrauchszwecke im Interesse des Gemeinwesens zu erweitern, und hieraus folgt, daß
frühere, auf Grund der vorherigen, diesen erweiterten Gebrauchszwecken ent-

gegenstehenden Gesetzebung ergangene Judikate über die Art und Ausbehnung des Gebrauchs vom sließenden Wasser, durch das neue Gesetz von
selbst beseitigt sind und daß mithin diesenigen, gegen welche dergleichen
Judikate ergangen, ohne Rücksicht darauf, die allen Uferbesitzern in dem
Ges. v. 28. Febr. 1843 verliehenen, aus ihm als einem neuen Rechtstitel
hervorgehenden Wassernutzungsrechte auch für sich in Anspruch nehmen und
geltend machen können.

Diese Ansicht sindet ihre Bestätigung in den analogen Bestimmungen der §§. 26. u. 29. der Gem. Thl. D. v. 7. Juni 1821 und des §. 97. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850, da diese Bestimmungen nur Folgerungen aus dem Charakter und Prinzip eines Kultur-Gesetzes sind. Judikate haben nur ausgesprochen, was nach den damals bestehenden Gesetzen gestattet oder

nicht gestattet war.

2) Entsteht die Frage: ob die Verjährung zu den im §. 1., wie an anderen Stellen (§§. 16., 17., 53.) gedachten speziellen Rechts-

titeln gehöre?

Í

ſ

ţ

a) Bei den Verhandlungen der vereinigten Ausschüffe wurde diese Frage in Bezug auf die Bestimmung zu S. 16. a. angeregt und dabei verneint, im Allgemeinen auch nicht bestritten, aber nicht ausdrücklich entschieden. (Verhandl. v. 5. Nov. 1842.)

b) Ihre affirmative Beantwortung erscheint nicht zweifelhaft, soweit bei den speziellen Rechtstiteln, wo deren erwähnt ift, überhaupt an eine

Berjährung gedacht werden kann. 1)

Wie auf anderen Rechtsgebieten neben rechtsgüktigen Willenserklärungen die Verjährung unter den speziellen Rechtskitteln mitbegriffen ift, und wo sie Platz greift, mit ihnen gleiche Kraft hat, so muß sie auch hier für und gegen Ufer- und Triebwerks-Besitzer zur Begründung von Privatrechten auf die Wassernutzung gelten. In dieser Beziehung aber sind Grund- und Triebwerks-Besitzer auf gleiche Weise zu behandeln. Was hinsichtlich der Verjährung für den S. 1. gilt, ist auch für die SS. 16. u. 17. anzuwen- den, da es sich in beiden Fällen vom Gebrauch des sließenden Wassers handelt und es an sich gleichgültig ist, ob dessen befruchtende oder dessen bewegende Kraft die Substanz des Rechts bildet.

c) Daß im Bereiche des A. L. R. gegen die Vorschrift des S. 99. Tit. 8. Thl. I. durch Verjährung Waffernuzungsrechte erworben werden

¹⁾ Statt der jesigen Redaktion des S. 16. a. "ein auf speziellere Rechts titel beruhendes Recht zur ausschließlichen Benusung", hieß es aber in dem, den vereinigten Ausschüffen vorgelegten Entwurf: "ein ausdrücklich verliehenes Recht zur ausschließlichen Benusung". Bei dieser Fassung blieb der Rechtstitel der Berjährung von selbst ausgeschlossen, während die später veränderte Fassung um so mehr dafür spricht, daß man unter den speziellen Rechtstiteln auch die Verziährung mitbegreisen wollte, da diese veränderte Fassung in der Sisung der verzeinigten ständischen Ausschüsse v. 7. Nov. 1842 beantragt ist.

Mur bei ben speziellen Rechtstiteln des §. 17. Mr. 2. kann von einer Berjährung durch Bests überhaupt keine Rede sein, da die Mr. 2. des §. 17. auf der Borsaussetzung beruht, daß die disher vom Triebwerkebesißer ausgeübte Wassernutzung demjenigen Umfange nicht entsprochen hat, auf welchem ihm speziellere Rechtstitel einen Anspruch geben. — Wenn Sietze in seiner Schrift: Beleuchtung 2c. S. 48. entgegengesetzer Ansicht ist, so kann ihm darin nicht beigepslichtet werden. (Vergl. die Erläut. zu §§. 25. u. 37.) — Wieweit eine qualisizite Berjährung oder doch die Errichtung sichtbarer und die Nutung des sießenden Wassers bestimmender Anlagen (§§. 15. ff., 32. ff., 43. ff. A. L. R. I., 22. und §§. 504—507. A. L. R. I. 9.) zur Usukapion exforderlich, ist nach Bewandniß der Umftände in den einzelen Fällen zu bestimmen.

648 Bon bem Schute u. ber Beforberung ber Landesfultur. Bafferrecht.

können, ift von dem Db. Trib. mehrfach angenommen. (Bergl. die oben Kap. 1. Tit. 2. Stück 1. ad III. S. 629 ff. allegirten Prajudikate.)

Der Code civil entscheidet die Frage in den Art. 641. u. 642. dabin

baß der Eigenthumer eines unterhalb liegenden Grundstuds durch Tite! ober Berjährung gegen die Dispositionsbefugniß des oberhalb belegenen Besitsers über eine auf dessen Grund und Boden besindliche Quelle, Rechte durch einen 30 Jahre hindurch ununterbrochenen Genuß des aus der Quelle absließens den Wassers erwerben könne, nur mit der näheren Bestimmung rückschlich der Besitzergreifung und des Anfangs der Usukapion: à compter du moment ou le propriétaire du sonds insérieur a fait et terminé des ouvrages apparents destinés à kaciliter la chûte et le cours de l'eau dans sa propriété. ')

3weites Stück.

Allgemeine Bemerkungen zu den §§. 13 — 18., betr. die naheren Bestimmungen der Rechte der Uferbesitzer.

I. Gegenstand berfelben.

Die §§. 13—18. enthalten die dispositiven Bestimmungen über das Wasserrecht, welche die Vorschriften des A. L. R., wie des Code civil und des gemeinen Rechts theils erweitern, theils näher entwickeln, sich jedoch auf das Wassergebrauchsrecht der Userbesitzer in Bezug auf Bewässerungen beschränken.

Namentlich betreffen:

a) bie §§. 13. n. 14. bie Rechtsverhaltniffe bes einzelnen Uferbesitzers au ans beren Ufers, inebef. Grundbesitzern;

b) ber S. 15. die Rechtsverhaltniffe des Uferbesitzers gegenüber den öffentlichen

Intereffen:

a) des Staats wegen der Schifffahrt u. s. w.,

β) ber — unterhalb liegenden — Einwohner wegen ihres unentbehrlichen wirthschaftlichen Bafferbedarfe;

c) bie §§. 16. u. 17. bie Rechtsverhaltniffe bes Uferbefigers gegenüber ben

bestehenben Mühlen und anderen Triebwerken;

d) ber S. 18. bie Rechtsverhaltniffe bes Uferbesitzers zu den Fischerei : Bes rechtigten.

II. Materielles Recht ber Uferbesitzer und bessen beson-

bere Erwerbung.

1) Wenn die SS. 13. ff. nur vom Uferbesitzer und den ihm nach S. 1. zustehenden Rechten auf Benutzung des vorübersließenden Wassers sprechen, während nach S. 1. die Nutzung des sließenden Wassers, vermöge des Eigensthums am Flusse oder vermöge Provinzialgesetze, Lokal Statuten oder spezieller Rechtstitel, auch einem Anderen, als dem Uferbesitzer, zustehen kann, so hat dies darin seinen Grund, daß, nach S. 1., nur dem Userbesitzer und keinem Anderen das Recht der Wassernutzung zur Bewässerung beigelegt ist, weil davon ausgegangen wird, daß allein der Uferbesitzer nach den durch die Dertlichkeit gegebenen Bedingungen im Stande ist, mit Ausschließung Anderer davon Gebrauch zu machen. Daher waren die näheren Bestimsmungen und Grenzen für die Ausübung des Wassernutzungsrechts lediglich in Bezug auf den Userbesitzer und auf das ihm, laut S. 1., beigelegte Beswässerungsrecht in den SS. 13—18. spezieller sestzuseen, woraus sich wies

¹⁾ Das Rom. Recht (Lib. VII. Tit. XXXIV. Cod. III. de servitutibus et aqua) verleiht bemjenigen, welchem die Rupung des nach altem Gerkommen und Observanz durch sein Grundstück sließenden Wassers zu dessen Bewässerung nützlich gewesen, ebenfalls Rechtsschutz dagegen: no quid contra veterem sormam atque solonnem morem innovetur.

derum ergiebt, daß eine Anwendung biefer SS. auf andere Waffernutungsberechtigte nicht zulässig ift.

2) Zweifelhaft bleibt bagegen die den S. 25. zu Mr. 5. mitbetreffende,

boch hier zu erörternde Frage:

a) wiefern ein anderer Eigenthümer des Flusses oder ein anderer zum sließenden Wasser desselben Berechtigter, sein Wassernutzungsrecht dadurch verwerthen kann, daß er dasselbe ganz oder zeitweise einem an das Ufer grenzenden Grundbesitzer Behufs der Verwendung des Wassers zur Be-

mafferung verkauft oder verpachtet? desgl.

b) ob ein solcher Cessionar bei Benutzung des erst später zu seinem Usergrundstücke erworbenen Wasserschapes, dieser späteren und besonderen Aktrescenz ungeachtet, dennoch das Recht zur Bewässerung aus S. 1. und sogar die Rechte, sowohl aus S. 19. Nr. 1. u. SS. 20—22., als anderentheils aus S. 19. Nr. 2., SS. 24. sf. ausüben darf, welche der Cedent niemals besaß, die hingegen das G. v. 28. Febr. 1843 im Allgemeinen als Annexum des Userbesitzes betrachtet?

Für die Verneinung könnten aus der Fassung ber einzelnen Bestimmungen bes Gesetzes selbst folgende Motive hergeleitet werden:

a) Es kann bei demsenigen, welchem nur das Fluswasser ober dessen Rutung, hingegen kein Grundstück am Uker gehört, die Voraussehung des S. 24. — eines überwiegenden Landeskultur-Interesses —, woran der S. 25. Nr. 5. die Befugnis zur Abtretung des Rechts auf Wasserbenutung knüpft, nach der Natur der Sache gar nicht zutressen.

b) Es steht die Bestimmung der Nr. 5. des S. 25., welche von einem unmitstelbar an das Grundstück des Uferbesitzers angrenzenden Grundbesitzer, also von zwei resp. gleichzeitigen Ufers und Grundbesitzern spricht, ihrem Wortslaut nach nicht denjenigen zur Seite, welche nur Besitzer des Flusses ober

ber Mugung ber Krafte bes fließenben Waffers find.

c) Es räumt der S. 19. Mr. 2., mit welchem die folgenden SS., insbes. auch die Nr. 5. im S. 25. zusammenhängen, das Provokationsrecht auf Bers mittelung der Polizeibehörde und auf Expropriationen nur einem Ufersbesiter ein.

d) Es gesteht ber §. 1. das Waffernupungerecht zu Berieselungen ausbrucklich

nur ben Uferbefigern ju.

e) Enblich enthielt der den vereinigten ständischen Ausschüssen vorgelegte Entswurf im damaligen S. 15. eine Bestimmung, wonach der Userbestzer übers haupt befugt sein sollte, sein Recht zur Benutung des Wassers einem Ansberen zu überlassen; diese Bestimmung siel aber später fort wegen der das gegen erhobenen Bedenken einer zu unbegränzten Ausdehnung dieser Bessugniß, wie mit Rückscht auf das im S. 101. Einl. zum A. L. R. enthalstene Rechtsprinzip. In Folge bessen wurde (nach einem Amendement in der Siz. v. 7. Nov. 1842) die Nr. 5. in den jezigen S. 25. eingeschaltet.

Nichts besto weniger kann allen diesen Motiven aus dem Ges., einerseits gegen die Julassigkeit der dauernden oder vorübergehenden Abtretung des Wassers (Verkauf oder Verpachtung des Wasserschapes im Flusse) Seistens des Flusseigenthümers oder Seitens des zur Wassernuzung Verechtigeten an einen Userbesitzer, andererseits gegen die damit übergebenden gleich wirksamen Provokationsrechte dieses Userbesitzers als Cessionars, kein Geswicht beigelegt werden. Denn ein solches Rechtsgeschäft der Abtretung von Eigenthums und Nutzungsrechten an Privatssüffen ist nach den allsgemeinen bürgerlichen Gesetzen durchaus gestattet; auch ist nirgends im Gesetz bestimmt, daß nur denjenigen Grundbesitzern, welche sich schon zur Zeit der Publikation des Ges. gleichzeitig im Verhältniß, einestheils von Userbestzern, anderntheils von Wassernutzungsberechtigten, besinden, die in dem Ges. v. 28. Februar 1843 gegebenen Rechte beiwohnen und diese Rechte dagegen denjenigen versagt sein sollen, bei welchen sich diese beiden, zur

Ausübung bes im S. 1. verliehenen Rechts, nach Bestimmung bes S. 1., gleichzeitig erforderlichen Gigenschaften erft fpater zusammenfinden.

III. Formelles Recht ber Uferbefiger.

a) Das Ressortverhältniß der Gerichte und der Polizeibehörden bei Prozessen über die Bestimmungen der §§. 13., 14., 16., 17. u. 18., im Gegensate zu den nach Anmeldung der Provokation, zuf. §. 19. Nr. 2., aus der Anwendung der §§. 24., 25., 26—29., 36. u. 37. sich ergebenden Streitigkeiten, und

b) ben §. 23. insbefondere, besgl.

- c) die konkurrirende Rompetenz der Auseinandersetzungsbehörden (der Gen. Kommissionen, landwirthschaftl. Reg. Abtheilungen resp. landwirthschaftl. Spruch-Kollegien und des Revisions-Kolleg. f. & R. S.) betreffend.
- 1) Das Wassernutzungsrecht der Userbestter zu Berieselungen ist im Gesetze als Gegenstand des Privateigenthums, als Annexum desselben an den Userländereien anerkannt und es bedarf daher der Userbesitzer einer poslizeilichen Erlaubniß und Genehmigung zur landwirthschaftlichen Benutzung des Wassers in den durch die §§. 13—18. bezeichneten Grenzen nicht, da diese Benutzung unmittelbar aus seiner privatrechtlichen Besugniß hervorgeht. (Bergl. die Denkschrift in der Beil. zur allg. Preuß. Staatszeitung 1842. Rr. 303.)

2) Aber auch in diesem Falle steht ihm frei, um seine Anlage gegen spätere Widersprüche oder Entschädigungsansprüche zu sichern, das im S. 19. Nr. 1. u. SS. 20—22. bezeichnete Aufgebots - und Präklusions - Berfahren

nachzusuchen.

3) Will er sich dagegen mit seiner Anlage außerhalb der Grenzen der §§. 13. ff. bewegen, kann er die Anlage nicht aussühren, ohne daß ihm Andere Rechte einräumen oder sich die Einschränfung ihrer Rechte gefallen lassen (§. 19. Nr. 2. §§. 25—29. u. §§. 36. u. 37.), so muß er alsdann die Vermittelung der Polizeibehörde zur Einleitung des Verfahrens (§. 19. Nr. 2.) nach §§. 30. ff. in Anspruch nehmen.

4) Diese Provokationsbefugniß ift eine rein fakultative, aber auch eine einseitige, nur dem Uferbesitzer im Interesse der Bodenkultur, nicht auch den Wühlen- und Triebwerksbesitzern, Fischerei- oder anderen Nugungsberech-

tigten zugestandene.

5) Die Thätigkeit der Regierungen und ihrer Organe als Landes-kulturbehörden, nach Maaßgabe der SS. 30—55., ist durch den Antrag

bes Unternehmers ber Anlage bebingt.

6) Dagegen ist die Regierung als Landespolizeibehörde jederzeit einzuschreiten befugt und verpslichtet, sobald durch Bewässerungs-Unternehmungen, felbst innerhalb der Bestimmungen der SS. 13. ff., öffentliche Interessen, der Schiffahrt, der Befriedigung des Wasserbedarfs der Umwohner

u. f. w. gefährdet werden.

- 7) Darüber, ob die Unternehmer von Bewässerungsanlagen, anderen Privatpersonen Grunds oder Triebwerksbestern gegenüber, den ihnen durch die §§. 13 18. vorgezeichneten Umfreis ihrer privatrechtlichen Besugnisse bei der Anlage überschreiten, steht der Reg., außerhalb eines Provokationsversahrens, keine Rognition und Entscheidung zu; ein Einsschreiten als Landespolizeibehörde aber nur soweit, als sie dazu auch bei jeder andern Angelegenheit aus Rücksicht des öffentlichen Wohls, der Abwendung gemeiner Gesahr und der Erhaltung der öffentlichen Ordnung verbunden sein würde.
- 8) In letterer Beziehung hebt der S. 15. zwei specielle Gesichtspunkte hervor, nämlich:
 - a) die Gefährdung öffentlicher Interessen, g. B. ber Schifffahrt und abnlicher,

b) die Entziehung des wirthschaftlich nothwendigen Bafferbedarfs der Eins wohner.

In diesen Fällen muß eine Beschränkung in der Ableitung des Waffers

von Amte- und Landespolizeiwegen angeordnet werten.

9) Demnach gehören alle Beschwerden von Triebwerks- und ans beren Grundbestern wegen Rechtsverletzung durch Ueberschreitung der in den SS. 13., 14., 16., 17. u. 18. vorgezeichneten Grenzen in den Rechtsweg vor den ordentlichen Richter.

10) Das forum speciale causae der Polizeibehörden tritt wegen Rechtsverlezungen bei bereits unternommenen Bewässerungsanlagen überhaupt nicht ein, sondern nur in Folge einer nach S. 19. Nr. 2. angebrachten Provokation auf ihre Vermittelung zum Zwecke der Anlage, der Sicherstellung

und Ausführung von Bemafferungsplanen.

11) Indeß kann sowohl beim Prozesse vor den ordentlichen Gerichten, als bei dem Provokationsversahren vor den Polizeibehörden, die Kompetenz der Auseinandersehungs-Behörden und zwar alsdann eintreten, wenn es sich dabei um Ablösung von Fischerei-, Schilf-, Rohrschnitts-, überhaupt von solchen Berechtigungen handelt, welche unter den Art. I. des Ergänz-Ges. v. 2. März 1850 zur Gem. Th. D. (G. S. 1850. S. 139) oder den S. 2. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 sallen; es kann diese Kompetenz aber auch aus allgemeinen Gründen und alsdann für alle Streitigkeiten und Operationen Platz greisen, welche sonst vor die ordentlichen Gerichte oder die Polizeibehörden gehört haben würden.

(Bergl. hierüber die Erläut. zu den §S. 15 — 34. des Borfluth = Gef. v. 15. Nov. 1811, s. in Unter=Abth. I. Abschn. I. Kap. 3. Tit. 4. sub I. u. II.,

oben S. 608 ff. u. G. 610 ff.).

ķi

1

ţ

12) Mit Rucksicht auf den privatrechtlichen Charakter der im §. 1. u. in den §§. 13 — 18. bestimmten Rechte bedurfte es in diesem Abschn. des Ges. keiner besonderen Vorschrift über die Rompetenz der ordentlichen Gezrichte, während eine solche hingegen für den Fall eines nach §. 19. Nr. 2. eingeleiteten Provokations=Verfahrens nothig wurde, und für diesen Fall der §. 23. vorschreibt,

daß auch nach Eröffnung eines folchen Werfahrens Streitigkeiten über die Eriftenz ober ben Umfang von Rechten von der das Berfahren leitenden Polizeibehörde an die ordentlichen Gerichte gewiesen werden muffen.

13) Von dieser Regel, wonach alle Streitigkeiten über die Existenz von Rechten oder über deren Umfang, ohne Rücksicht darauf, ob diese Rechte auf spezielle Rechtstitel oder auf die allgemeinen Gesetze gegründet werden, 1) — auch nach Anbringung des Antrages auf ein Vermittelungsversahren der Polizeibehörde, und während dies Versahren schwebt — in den Rechts-weg zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte gehören sollen, hat der §. 23. Abs. 2. nur eine Ausnahme gemacht, indem danach die (besonders von technischer Ermittelung und Begutachtung abhängige) Streitsage (§. 16. b.) über Entziehung des zum Betriebe in dem bisherigen Umfange erforderlichen Wassers, mit Ausschluß des Rechtsweges, von der Reg. entschieden werden soll; während

¹⁾ Hierbei findet das G. v. 11. Mai 1842 über die Zulässigkeit des Rechts-weges in Beziehung auf polizeiliche Berfügungen (G. S. 1842. S. 192) deshalb keine Anwendung, weil die Angelegenheiten an sich privatrechtlicher, nicht polizeis licher Natur und die nur in Folge Antrags der Privaten zu administrativerichters lichen Funktionen berufenen Behörden, nicht sowohl in ihrer Eigenschaft als Polizeis, sondern vielmehr als Landeskultur-Behörden thätig sind. (Vergl. dagegen die Erläut. zu den §§. 4., 5., 6. des Borfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811, s. oben S. 588 f.).

652 Bon dem Schute u. der Beforberung der Landeskultur. Wafferrecht.

14) auch diese Streitfrage, wenn sie außerhalb eines Provokations-Verfahrens vorkommt, zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte gehört.

Bergl. hierüber:

a) das R. der Min. der J. u. des J. v. 6. Dec. 1843 1) (Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 331. und Just. Min. Bl. 1843. S. 299);

b) das R. des Min. des J. v. 9. Sept. 1845 2) (Min. Bl. d. i. B.

1845. S. 270);

c) bas R. bes Min. bes J. v. 20. Aug. 1847 *) (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 261);

d) das Erk. des Kompetenzgerichtshofes v. 4. Sept. 1849 (Just. Min.

Bl. 1849. S. 488. Nr. 99.), in welchem ausgeführt ift,

daß die Entscheidung über die Frage: ob einem Mühlenbesiter gegen die von einem Grundbesiter beabsichtigte Aufstauung und Ableitung einer Quelle Behufs Benutung des Wassers zur Aeberrieselung aus dem Grunde ein Widerspruch zussteht, weil dadurch der vorhandenen Mühle das nothwendige Betriedswasser entzzogen werde, im Allgemeinen zum Rechtswege gehöre, so lange der Unternehmer der Bewässerungsaulage nicht auf die Vermittelung der Reg. provocirt hat, überzdies aber auch im vorliegenden Falle, selbst nach Andringung einer solchen Provosation, in den Rechtsweg zu verweisen gewesen sein würde, weil der Mühlens besitzer sich auf ein ihm zur Seite stehendes Recht, den freien Lauf des Wassers verlangen zu dürsen, gründet, und der S. 23. nicht vorschreibt, daß der Widersspruch grade auf einen speziellen Rechtstitel gegründet werden musse, um die Komspetenz der Polizeis und AdministrativsBehörden zu begründen und die der ordents lichen Gerichte selbst in dem Falle auszuschließen, wenn auf Vermittelung der Bolizeibehörde provocirt worden ist;

e) das Erk. des Kompetenzgerichtshofes v. 25. Juni 1853 (Just. Min.

281. 1853. **⑤**. 312);

f) das Prajudiz des III. Sen. des Ob. Trib. v. 17. Sept. 1847 Mr. 1923, wonach das G. v. 28. Febr. 1843 auf die Anlage neuer Müh-len und die dagegen geltend zu machenden Widerspruchsgründe keine An-wendung sindet und in Betreff der Widerspruchsgründe der §. 23. des Ges. nicht ausgeschlossen wird. (Praj. Samml. des Ob. Trib. S. 213. und Entsch. Bd. 15. S. 493).

Drittes Stück.

Besondere Erläuterungen zu ben §§. 13-18. des Gesetzes.

Bu SS. 13. u. 14. bes Gefetes.

1) Der S. 13. stellt zwei Beschränkungen fest:

a) daß kein Rucktau über die Grenzen des eigenen Grundftuck hinaus und feine Ueberschwemmung ober Versumpfung fremder Grundstucke verursacht werden darf, und

b) daß das abgeleitete Wasser in das ursprüngliche Bett des Flusses zuruds geleitet werden muß, bevor bieser das Ufer eines fremden Grundstuds

berührt.

Von der zu a. gedachten Bestimmung gestattet der §. 25. Nr. 3. eine Ausnahme in Fällen eines überwiegenden Landeskultur-Interesses und auf dem Wege der Provokation nach §. 19. Nr. 2., wogegen von der zu b. gedachten Bestimmung keine Ausnahme gestattet ist, diese Beschränkung das

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 863 ff.

²⁾ Ebenbas. S. 865 ff.
3) Ebenbas. S. 866—867.

her felbst bei dem Provokations - und Expropriations-Verfahren der Re-

gierung ftete festgehalten werden muß. 1)

2) Ueber die vielfach erörterte und bestrittene Frage: ob der Bestimsmung zu Mr. 2. im §. 13., wonach "das abgeleitete Wassers wieder zustückgeführt werden müsse," mit Rücksicht auf die Verdunstung und Einsaugung des Wassers auf dem bewässerten Terrain wirklich entsprochen werden könne?") vergl. Schenck, kritische Zeitsch. über Wiesenbau H. 12. S. 61, und Lette a. a. D. S. 38—40.

3) Bum Schluffage bes §. 13.

Die Bestimmung, bag,

拉車

ţ

j

1

į

ţ

ľ

; i

1

wenn mehrere an einandergrenzende Uferbesitzer über eine Anlage einverstans ben find, deren Grundstücke bei Anwendung des S. 13. Nr. 1. u. 2. als ein eins ziges Grundstück angesehen werden,

beabsichtigt im Interesse der Landeskultur die freiwillige Association zu Bewässerungsanlagen zu befördern, welcher Tendenz auch die Bestimmung zu
a. im §. 26. und die im §. 27. entspricht, wonach bersenige, welcher die Anlage einer Wasserleitung auf seinem Grunde zu dulden hat und ebenso der Besiger des jenseitigen Users, der sich den Anschluß eines Stauwerks gefallen lassen muß (beides nur im Wege des Provokationsversahrens nach §. 19. Nr. 2. u. §. 25. Nr. 1. u. 2.), an der dadurch bewirkten Bewässerung gegen Uebernahme der antheiligen Kosten Theil nehmen darf.

Bum S. 14. bes Befetes.

1) Der Bestimmung des S. 14. kann durch spezielle Rechtstitel derogirt werden (Bergl. die Erlaut. zum S. 1. des Ges., s. oben Kap. 2. Tit. 2. Stud 1. S. 643 ff.)

2) Das Recht des einen Uferbesitzers auf die Nutzung des sließenden Waffers kann nach Maaßgabe der Lage und Beschaffenheit seiner Grundstücke (wenn dieselben z. B. einen schmalen Streifen bilden oder in Ge-birgs- und Höhenzügen bestehen u. f. w.), möglicherweise ganz unnuthar sein. 3)

2) Müßte diese Frage wirklich, besonders in solchen Fällen verneint werden, wo ein sehr trockenes und durchlassendes Terrain dewässert wird, so würde doch daraus in keinem Falle ein rechtlicher Einwand gegen die Zulassung einer Beswässerungsanlage entnommen werden können; vielmehr begegnet einem solchen

Wiberspruch bie Rechteregel ber \$5. 88., 89., 92. Ginl. 3um A. 2. R.

¹⁾ Besonders ist es diese Bestimmung, welche größeren Bewässerungsanlagen Vesseln anlegt und überall hindernisse bereitet, wo dergl. Anlagen nicht etwa auf großen Gütern und zusammenhängenden Flächen desselben Besitzers, wie sie in den östlichen Provinzen vorsommen, ausgeführt werden. Im Siegener Lande besteht, zus. der Wiesens. d. 28. Okt. 1846. S. 2. Nr. 2. eine solche Bestimmung nicht, obwohl auch dort schon in der älteren Wiesens. D. ausdrücklich bestimmt war, daß den Mühlen das nöthige Wasser belassen werden musse. (Vergl. Weisthum der Nassauischen Ges. Th. III. S. 190, S. 8. u. S. 194, S. 56.).

In jener Bestimmung hauptsächlich lag die Veranlassung, weshalb zur Ausssührung der Bewässerungsanlagen in der Tuchelschen Seide in den Reg. Bezirken Danzig, Marienwerder und Bromberg die besondere, das G. v. 28. Febr. 1843 mehr oder weniger beseitigende K. D. v. 10. Okt. 1845 (Amtsbl. der Reg. zu Danzig, 1845. Nr. 50. S. 229 u. 230), erlassen werden mußte. (Lette, a. a. D. S. 36 u. 37). Die Nr. 2. S. 13., welche meist das Rechtsverhältnis der Users und Grundbesitzer zu einander betrifft, enthält ein weit erheblicheres hinders niß sur die Wirksamkeit des Ges. v. 28. Febr. 1843, als die Bestimmungen in den SS. 16. u 17., welche die Rechte der Userbesitzer den Rechten der Triedwerkssbes. gegenüber begrenzen.

³⁾ Es entspricht mit Rackicht auf bergleichen Lokal-Berhaltniffe offenbar ber

3) In welchen Fällen das Recht auf Benutung des halben Waffers für den einen Ufernachbar ganz verloren gehen kann, wenn der andere eine Bewäfferungsanlage mit Stauwerk errichtet, bestimmt der S. 27., deffen Anwendung jedoch stets ein Provokations-Versahren nach S. 19. Nr. 2. vor-aussest.

Einsprüche und Rlagen außerhalb eines solchen Versahrens sind zwar von dem ordentlichen Gerichte zu entscheiden, jedoch wird eine zutreffende Entscheidung des konkreten Falles nicht ohne vorausgegangene sachverständige Regulirung durch angemessene Einrichtungen wegen der Anstauung oder wegen Festsetzung von Fristen für dieselbe u. s. w. ergehen können.

Dabei muß, nach den Worten des Gesetzes, dem gegenüberliegenden, nicht bewässernden Uferbestter die Hälfte des Wassers frei bleiben, gleichs viel, ob er dieselbe wirklich benutt oder ungenutt absließen läßt. Die Anslegung von Stauwerken an dessen Ufer wider dessen Willen ist jedoch ohne vorgängiges Provokations-Verfahren niemals zulässig (§. 19. Nr. 2., §. 25. Nr. 2.), daher im ordentlichen Rechtswege auf die Klage des senseitigen Uferbesitzers, so lange nicht provocirt ist (§. 19. Nr. 2.), stets vom Gericht zu untersagen.

4) Eine wichtige Kontroverse in Betreff bes S. 14. war die:

- a) vb der Uferbesther eines Privatslusses, welcher an einer Stelle seines Grundstücks nach dem ihm aus S. 1. u. 13. zustehenden Rechte das Wasser zur Bemässerung seiner auf der einen Seite des Flusses belegenen Grundstücke abgeleitet hat, die im S. 13. Nr. 2. vorgeschriebene Juruckleitung des Wassers in der Regel erst an dem Punkte vorzunehmen hat, wo an der Seite, an welcher die Ableitung geschehen ist, sein, des Bewässerers, Eigenthum am Ufer aufhört, selbst wenn an dem gegenüberliegenden User das Besithum eines anderen schon früher begonnen hätte, und ob es in diesem letztgedachten Valle genügt, wenn dem Besitzer des gegenüberliegensden Ufers von dem Punkte an, wo seine Grenze auf seinem, dem jenseitigen, Ufer beginnt, nur die Hälfte des Wassers zur Disposition bleibt, welches vorhanden sein würde, wenn die Zurückleitung des Wassers unmittels dar vor dem Punkt erfolgt wäre, an welchem das gegenüberliegende fremde Grundstück beginnt?
- b) ob ein Grundbesitzer, dessen Ländereien von einem Privatsusse durchschnitten werden, nur soweit, als diese Ländereien sich auf beiden Usern des Flusses erstrecken, dessen Waffer ohne Einschränkung auf ein gewisses Waaß zu seinem Vortheil benutzen darf, er hingegen, sobald sein Grundbestest an dem einen User aufhört und nur noch an dem andern User sich weiter erstreckt, verpstichtet ist, auch das auf seiner sich weiter erstreckenden Fläche benutzte Wasser an dem eben gedachten Punkte selbst dann in den Fluß zurückuleiten, wenn er nur die Hälste der in dem Flusse vorhandenen Wassermasse benutzt hat? 1)

Grundsat der Siegenschen Wiesen D. v. 28. Oft. 1846 (§. 5.) in viel höherem Grade der Tendenz eines Landes Rult. Gesetzes, daß an der zur Bewässerung disponiblen Wassermasse, sosen nicht spezielle Rechtstitel eine Ausnahme begrünsden, alle berechtigte Grundbesitzer nach Verhältniß des durch die Bodenbeschaffensheit, Lage und Bauart ihrer Wiesen bedingten wirthschaftlichen Wasserbedarss derselben, Theil nehmen und wo das Theilnehmungsrecht hiernach zweiselhaft bleibt, der Flächeninhalt den Maaßstab bildet.

1) Die Berhandlungen der vereinigten fländischen Ausschuffe geben über die Lösung dieser Kontroverse keine Auskunft. Sie hat ihre Beranlaffung in dem Fundamentalprinzip des Gesehes, wonach die Wassernupung als Gegenstand des Privateigenthums und als Annexum des Uferbesitzes ohne Rücksicht auf die grö-

Die Ansichten bes Ob. Trib. über die gedachten Fragen haben gewechfelt.

a) Bu a. Der III. Sen. des Ob. Trib. hatte (in dem Erk. v. 1. Dec. 1852) die lettere Alternative bejahet, obwohl in dem damals vorsliegenden Valle von dem klagenden, gegenüberliegenden Uferbesitzer nicht erwiesen war, daß der Bewässerer, indem er das Wasser auf einem Punkte, wo ihm beide Ufer gehörten, aus dem Flusse abgeleitet, und vor dem Punkte, wo das gegenüberliegende fremde Grundstück des Klägers begann, vorübergeführt hatte, eine größere Wasse des Wassers als die Hälfte zur Berieselung verwendete.

Die Grunde des Erf. bemerken:

Es sei die Berieselungsanstalt vorschriftswidrig und unregelmäßig eingerichtet, auch liege dem Bewässerungs-Unternehmer und nicht dem gegenüber liegenden Uferbesitzer der Beweis darüber ob, welche Wassermasse er dem Flusse entzogen

habe und daß bies nicht mehr, als die ihm zukommende Galfte, gewesen.

Es fame aber weber auf bas eine, noch auf bas andere an, ba nach S. 14. ber Besitzer bes einen Ufers nicht mehr Recht auf bie Benutung bes Baffers habe, als der Befiger bas gegenüber liegenden Ufers, und da von bem Bewäfferer biefem Grundsat entgegen gehandelt fei. Indem der Bewässerer bie ihm zustehende Balfte des Waffers bei einem höheren Bunkte, als bei bemjenigen abgeleitet hat, wo auf bem jeuseitigen Ufer die Grenze bes seinem Grundfluce gegenüberliegenden fremden beginnt, habe er bie Bohe des Bafferstandes, von wels der größtentheils die Rusbarkeit des Waffers abhänge, erniedrigt und dem gegens über liegenden Uferbefiger für den Fall, baß auch er fünftig eine Bemafferung aus dem Fluffe einrichten wolle, nur die untere Galfte des Waffers, den Bobens fat, übrig gelaffen, mahrend boch ber gegenüber liegenbe Uferbefiger auf die Bes nupung des vollen Waffers im Fluffe zur Galfte ein Recht habe. Deshalb konne die rechtliche Gleichheit ber beiberseitigen Uferbefiger in Benupung ber Baffers maffe nur in ber Art hergestellt werben, bag bas von bem Bemafferer an einem Punfte, wo ihm beibe Ufer gehören, abgeleitete Baffer noch früher wiederum in ben Bluß zurudgeführt werbe, als an biefem, wo auf ber gegenüber liegenben Seite bas frembe Grunbftud eines anderen Befipers angrenzt und beginnt. (Striethorft's Arch. Bb. 7. S. 326, Nr. 69.).

Für diese Ansicht ift ferner geltend gemacht:

Der S. 13., an welchen sich ber S. 14. anschließt, bestimme wörtlich: es solle bas abgeleitete Wasser in das ursprüngliche Beit des Flusses zurückgeleitet wetz ben, bevor dieser das User eines fremden Grundstück berührt." Dieser letztgedachte Fall trete aber doch ein, wenn auch nur auf dem andern jenseitigen User, (das demjenigen, wo die Bewässerungsanlage vorgenommen, gegenüber liegt), ein frems des Grundstück beginnt. — Eine reale Theilung der ideellen Wassermasse des Flusses zwischen den gegenüber liegenden Userbesthern zur hälfte sei nur ausführsdar, sodald die ganze Wassermasse sich als das zu theilende Objest vereinigt darsstelle, dagegen unaussührbar, wenn und insofern das von dem einen Userbesiher höher abgeleitete Wasser nicht in dem Punkte in den Flus zurückgesührt wird, von welchem ab der Punkt einer Rechtstommunion, nämlich auf gemeinsame Bes

pere ober geringere Möglichkeit und Bortheilhaftigkeit ber Wasserbenuhung für bie im Flußthal belegenen Grundstüde, aufgefaßt ist. Dies bem Ges. zum Grunde liegende Prinzip muß aber auch bei Auslegung des S. 14. zu hülfe genommen werden, und es ist in dieser Beziehung darauf aufmerksam zu machen, daß selbst der Fall, in welchem der eine von zwei gegenüberliegenden Uferbesitzern aus dem Fluße bewässert, ohne dazu die Justimmung des jenseitigen Uferbesitzers einzusholen, zuf. S. 25. nicht zu denen gehört, in welchen nothwendig auf Bermittelung der Polizeibehörde angetragen werden muß, es ware denn, daß die Bewässerung den dem einen Ufer, nicht ohne Anschluß des Stauwerss am anderen, dem jensseitigen Ufer, ausgeführt werden konnte und wirklich ausgeführt ist, in welchem Balle alsdann allerdings dei der Regierung propociet werden müßte.

nuhung der Wassermasse beginne. — Außerdem tonne der gegenüber liegende Uferbesiter dadurch, daß ihm nur gewissermaaßen die untere Galfte des Flusses, ein erniedrigter Wasserspiegel, jur Disposition stehe, je nach der Dertlichkeit in die Lage versett sein, verhältnismäßig kostdarere Anstalten zur Einrichtung einer Bewässerungsanlage auf seinem Grundstuck fünftig vornehmen zu muffen.

b) Zu b. Dagegen ist bei einem Konfliste der Ansichten des V. Sen. des Ob.=Trib. für Bejahung der ersten Alternative entschieden und durch den Plenarbeschl. v. 16. Jan. 1854 folgender Rechtssatz angenommen worden:

Der Uferbesitzer eines Privatstusses, welcher an einer Stelle seines Grundstucks, nach dem ihm zustehenden Rechte, das Wasser zur Bewässerung abgeleitet hat, braucht die im §. 13. Nr. 2. des Ges. v. 28. Febr. 1843 vorgeschriebene Zurückleitung besselben in der Regel erst in dem Punkte vorzunehmen, wo an der Seite der geschehenen Ableitung sein Eigenthum an dem Ufer aushört. Beginnt auf dem gegenüberliegenden Ufer vor diesem Punkte ein fremdes Grundstuck, so muß dem Besitzer desselben die Sälfte des Wassers zur Disposition bleiben, welsches vorhanden sein würde, wenn die Zurückleitung des Wassers unmittelbar vor dem Punkte erfolgt wäre, an welchem das gegenüberliegende fremde Grundstück beginnt.

Die Grunde dieses Plenarbeschl. find im Wesentlichen folgende:

Im Allgemeinen ift bereits vor bem Erscheinen bes Ges. v. 28. Febr. 1843 bie Befugniß der Uferbefiger, ohne Beranberung des Flußbettes das in demfelben über ihre Ufergrundftude wegfließenbe Baffer feitwarts abzuleiten und gur Bemafferung zu benuten, als ein Ausfluß bes Uferbefiges anerkannt. Die rechtliche Grundlage zur Ausübung biefer Befugniß ift eben ber Uferbefit, und auch ber Art. 644. bes Code civil raumt bas Recht zur Bewässerung bemjenigen ein; beffen Eigenthum fich langs eines fließenden Baffers erftrect, soweit es vorbeis fließt, und verpflichtet den Bewässerer nur, den ordentlichen Lanf bes Fluffes wieder herzustellen, wenn berfelbe bas Grundftuck verläßt, alfo nicht eher, als ber Lauf bes Gemaffere ben Saum bes bemafferten Grunbftude nicht mehr berührt. Buf. bes Code civil fann ber gegenübers liegende Uferbefiger nur nach Dlaafgabe des Art. 645. vom Richter verlangen, daß die ihm gleichmäßig gebührende Wassernugungsbefugniß mit jenen Rechten in Nebereinstimmung gebracht werbe. - Rach ber entgegengeseten Auslegung bes S. 14. wurde eine früher nicht anzunehmende Beschränfung bes Nugungerechtes der Uferbesiger, und zwar zum Nachtheile ber Rugbarkeit ber Gewässer, durch das 6. v. 28. Febr. 1843 erft nen eingeführt worden sein, mahrend boch beffen S. 1. jedem Uferbesiger an Brivatfluffen das Benutungerecht bes Baffers, mithin obne Rucksicht barauf verliehen hat, ob beibe Ufer einem ober verschiebenen Befigern gehören. Nach ber Natur ber Sache ift bie Burudleitung nur an bem Ufer moge lich, wo die Ableitung erfolgt ift und es fann unter bem Ufer ber Buruckleitung. nur das Ufer der Ableitung verftanden werden, weshalb ber Ausbruck: "bevor ber Blug bas Ufer eines fremden Grundftude berührt", gleichbebeutenb mit bem bes Art. 644. des Code civil ift; "bevor er das Ufer bes Ableitenden verläßt". Außerdem kommt ber Schluffat bes §. 13. in Betracht, wonach bie Grundflucke mehrerer aneinandergrenzender Uferbefiger, fobald biefe über eine Anlage einverftanden find, bei Anwendung ber unter Rr. 1. u. 2. bes §. 13. gebachten Bes schränfungen als ein einziges Grunbftud angeseben werben follen. Bon aneins anbergreugenden Uferbesigern fann aber nur an ein und bemfelben Ufer bie Rebe sein, ta bas gegenüberliegenbe Grundstück burch ben Fluß geschieben ift. Bollte Die vorgedachte Busabestimmung bes S. 13. die auf einer Uferseite an einanders grenzenben Ufergrundflude mehrerer, über bie Bemafferungs. Anlage einverftan= bener Nachbarn, als eins mit bem Grundftuck bes Ableitenben hinfichtlich ber Ab. und Buleitung bes Baffere behandelt wiffen, fo mare mit diefer Bestimmung bie entgegengesette Anficht unvereinbar; benn biefe Ansicht raumt vielmehr einem gegenüberliegenben Uferbesiger in ber Bestimmung ju 2. eine Befugnif ein, burch welche jene Busabbestimmung gang und gar vereitelt werben wurde. Ueberbies hat, juf. ber Borberathungen, die Absicht vorgeherrscht, fich bei Fassung der Bestimmung unter Mr. 2. bes S. 13., ben Art. 644. u. 644. bes Code civil ange1

1

foließen. - Rommt es aber bei ber Entscheibung wesentlich und allein auf bie im §. 14. gegebene Borfcbrift an (ba aus §. 13. weber für bie eine, noch für die andere Ansicht eine überzeugende Folgerung abzuleiten ift), fo ift boch zu ermägen, baß, — follte bie Gleichheit ber Rechte beiber fo perstanden werden, daß jeder gegenüberliegende Uferbesitzer, weil ihm ein Recht auf Benutung ber Galfte bes Baffers zusteht, beshalb jeber Erniebrigung bes Mafferspiegels unbedingt widersprechen burfe, mahrend eine folde Erniedrigung, wenigstens vorübergehend, burch jedwede Bewäfferung herbeigeführt wirb, - hieraus folgen wurde, daß von keiner ber beiden gegenüberliegenden Uferfeiten eine Abs leitung bes Waffers anders stattfinden burfe, als wenn gleichzeitig auf einem jeben ber beiben gegenüberliegenden Ufer bie Ableitung in gleichem Berhaltnif ausgeführt wird. Dies aber fteht mit bem 3wede bes Gefeges im Widerspruch, und es enthält auch ber S. 14. von einer berartigen Beschränfung nichts; baber kann man eine folche Beschränkung auch nicht in bas Geset hineinlegen. — Sat ber Ableitende nicht mehr als die ihm gebührende Galfte konsumirt, so hat er, nur an einer höher liegenden Stelle feines Ufergrundstucks, basjenige gur Gewinnung eines ihm gebührenben Rechts, der Galfte des Waffers, vorgenommen, was ihm auch an einer untern Stelle, wo ber Besit bes gegenüberliegenden Ufers einem Andern gehört und fich geantert hat, erlaubt mar. Defter wurde bie Burudleitung von bem Puntte, wo gegenüber bas frembe Grundflud beginnt, nach ber Lokalität thatsächlich unausführbar fein und in folchem Falle ber Ableitenbe bas gesetliche Benutungerecht auch für biejenige Uferftrede ganz verlieren, wo ibm beibe Ufer gehoren; fo murbe bann fein Recht gang vereitelt, ober boch beffen Ausübung nur mit unverhaltnismäßigen Roften möglich gemacht werben und foldergestalt häufig ber Wafferschap der Privatfluffe für die Bobenkultur übers haupt verloren gehen. - Wesentlich ift nur, daß ber Befiger bes gegenüber-Tiegenben Ufergrundstude bie ihm geschlich zustehenbe Balfte bes Baffers, alfo Diejenige Balfte erhalt, welche vorhanden fein murbe, wenn ber andere Uferbefiger bas Waffer vor bem Puntte, wo seine, bem bewäfferten Grundfluck gegenüber-Liegende Ufer- und Rechtsgrenze beginnt, jurudgeleitet hatte. Eine wirkliche Burudleitung zu biefem Ende murbe oft hochft toftspielige, ben wefentlichen 3med Der Ginrichtung beeintrachtigende Anftalten erforbern, wahrend jener wesentliche Bwed bes S. 14., bem gegenüberliegenben Uferbefiger bie Galfte ber Quantitat bes an feinem Grunbftud vorüberfließenben Waffers zu gewähren, fich auch burch anbere Borfehrungen, als burch bie wirkliche Buruckleitung, z. B. durch eine por-Abergebende Schliegung ber Ableitungs-Ranale, erreichen lagt. Die Burudleitung Felbft ift daber immer nur ausnahmsweise nöthig, wenn fich das Recht bes pegens Aberliegenden Uferbefigers auf die Balfte des vorüberfließenden Waffers auf teinem andern Wege feststellen und gemahren lagt. Wie bies Lestere zu erreichen, ift in jebem Falle nach ben Terrain-Berhaltniffen, dem 3wede ber Ableitung und ans Deren Umftanben burch eine fachverständige Leitung und Regulirung festzusepen und babei biejenige Ginrichtung (wegen ber Stauanlagen, ber Beit ber Bewaffes zung u. f. w.) zu treffen, welche bas einem jeben Uferbefiger zuftebenbe Recht auf Die Balfte bes Baffers fichert. Dieferhalb fann ein allgemeiner Grundsas nicht feftgeftellt, fonbern muß nach bem angenommenen Pringip bem Ermeffen von Sachverftanbigen beffen Anwendnng im einzelnen Falle überlaffen werben". (Just. Min. Bl. 1854. S. 74, Entsch. Bb. 26. S. 476, Prajubic. Rr. 2496. 12. 9b. 27. S. 23 ff.).

Bur Beurtheilung dieser Kontroverse ift noch Folgendes zu bemerken:

a) Wenngleich in dem vorausgesetzten Falle die erst von dem mehrserwähnten Punkte ab eintretende Theilung des Baffers zur Hälfte, ohne eine gemeinschaftliche Stauanlage oder gleichmäßige Aufsicht beider Usersbester über Deffnung und Schließung derselben, in der Praxis schwer aussführbar erscheint, auch der gegenüberliegende Userbesitzer, wenn er künftig eine Bewässerung einrichten will, jedenfalls in die nachtheiligere Lage käme, das Stauwerk auf alleinige Kosten anlegen zu müssen und später nicht mehr von dem §. 27. gegen denjenigen Besther des jenseitigen Users, der schon weiter oberhalb seine Ableitung angelegt hatte, noch Gebrauch machen zu können, so muß man doch die Ansicht des Plenarbeschlusses für die richtis

gere halten; insbef. im hinblid auf das Fundamental-Prinzip des Gef. (im S. 1.), welches auf der Voraussetzung beruht, bag bie Rutung bes fliegenden Waffers, (obwohl Letteres an fich eine res nullius, - f. auch Berh. ber vereinigten Ausschüffe v. 2. Nov. 1842 - ein nach privatrechtlichen Gruntfagen zu beurtheilendes Privateigenthum jedes Adjacenten ift und demgemäß als ein folches (nur innerhalb ber Grenzen der SS. 13-18., mithin auch des S. 14.) der freien Berfügung eines jeden Uferbesitzers unterliegt, soweit eine folche Berfügung nach ben thatsachlichen Berbaltniffen an sich möglich ift.

Unter den oberhalb, unterhalb oder gegenüberliegenden Uferbesitern, deren Rutungerechte fich wechselseitig bedingen und ausschließen, findet, jenem Fundamental - Prinzip zufolge, keine Kommunion an dem fließenden Baffer, daber bezüglich beffelben unter ihnen gemiffermaaßen der Grundsat Anwendung: "res nullius cedit primo occupanti." Diese Ronfequenzen jenes Fundamentalgrundfages im S. 1. konnten dem Gefetgeber nicht entgeben; bennoch ift fo wenig ber Ball, welchen ber Blenarbefchl. des Ob.=Trib. behandelt, als der Fall des S. 14. unter diejenigen Borausfetungen aufgenommen, welche nach S. 25. einen Antrag auf Bermittelung ber Polizeibehörde bedingen und nothwendig machen. 1) - Ueberdies ftebt demselben allerdings die Fassung bes S. 1. "bas an seinem Grundftud vorüberfließende Waffer" in Verbindung mit der bes Art. 644. Code civil gut Seite.

b) Diese (mit dem Plenarbesch. des Ob. Trib. übereinstimmende) Ansicht ift auch diejenige des Min. für landwirthschaftl. Ang., welches in einem (an das Landes-Dekon.-Rolleg. gerichteten, nicht veröffentlichten) R. v. 10. Jan. 1854 Folgendes ausführt:

"Die Annahme, daß ein Uferbefiger in feinem Waffernupungerecht beeintrachtigt wirb, wenn er an feiner Grenze nur bie ihm guftebenbe Baffet bes Baffers in bem Bache findet, ift nicht richtig. Bur Ableitung bes Baffere aus bem Bache in ben Buleitungsgraben muß in ber Regel ein Wehr ober eine Schleuse angelegt werben; ber Wehrruden ober ber Fachbaum ber Schleuse muß fo boch liegen, bag Das Baffer baburch genothigt wirb, in ben Buleitungegraben gu treten; bas Bauwert wird nicht theurer, wenn ber Bach nur bas halbe Baffer enthalt und erfüllt boch ben 3med, bas halbe Baffer in ber erforberlichen Bobe bem einen Uferbefiper anguleiten, vollkommen eben fo gut, als wenn ber Bach an bem Ableitungspunkte bas gange Baffer enthielte. Die Konftruttion vereinfacht fich fogar in bem obigen Falle um beswillen, weil ber gegenüberliegenbe Uferbefiger fein Recht auf bas halbe Baffer (§§. 14. 27. bes Gef.) schon an einem höheren Buntte geltend ges macht hat, so daß es keiner kunklichen Borrichtung, zur Theilung bes Waffers bei bem unteren Stauwerfe mehr bedarf.

Wenn Diese Sage durch einen Wasserbausachverftaubigen in ber Inftruftion gutachtlich bestätigt werben, so wird die Ableitung des halben Baffers an einem boberen Pantte vom Richter wohl nicht für unzuläsfig erachtet werden."

Sobann bemerkt bas alleg. R. weiter:

In ben erften gebruckten Motiven zu bem Entwurf eines Gef. über Benugung

bes Waffers ber nicht öffentlichen Fluffe, beißt es wörtlich:
c) Berpflichtung, das abgeleitete Waster dem Flusse wieder zuzuführen.
Die Benuhung des Wassers durch Ableitung kann der Ratur der Sache nach nur durch den Besitzer eines Ufergrundstucks (2c.) erfolgen, und der Grundsat ift baher bahin zu verstehen, bag bas abgeleitete Baffer entweber schon früher ober boch wenigstens an bem Puntte bem Fluffe gurudgegeben

¹⁾ Bergl. über bie verschiebenen Kombinationen, welche beim S. 14. vortow men tonnen, v. Bangenheim, die befreite Undine. S. 19-26. Derfelbe ents fcebet fic auch für die Anfict bes Plenarbeschluffes,

werden muß, wo ber. Uferbests abwarts aufhört ober unterbrochen wirb zc.

Der Strenge nach könnte die Beschränkung bahin ausgebehnt werden, daß eine Versügung über das sließende Wasser unter der angegebenen Bestingung nur in benjenigen Grenzen erfolgen dürse, innerhalb beren der Unsternehmer Eigenthümer beider Ufer ist. Der Grund der Beschränkung liegt in dem gemeinsamen Nutungsrechte Aller an dem sließenden Wasser, wonach dieses daher Niemandem ganz oder theilweise entzogen werden darf, welcher nach der Lage seines sonstigen Eigenthums in dem Falle ist, Ges

brauch bavon machen zu fonnen. Es konnte baber (wie bies Daviel, ein Frangofischer Rechtelehrer, wirklich thut) behauptet werden, daß dieser Fall auch dann eintrete, wenn der Unternehmer ber Leitung Eigenthumer nur eines ber beiben Ufer ift. Dens noch erscheint die Folgerung nicht gang richtig. Die Besitzer ber beiben entgegengesetten Flug-Ufer fteben in einem noch engeren Berhaltnig ber Gegenseitigkeit, ale die Besitzer ber aufeinander folgenden Uferstrecken, und fie wurden fich gegenseitig die Benutung des fließenden Waffers unmögs lich machen ober erschweren; es würde diese zum Rachtheile ber Lanbestultur für bedeutende Theile des Fluggebietes aufgehoben werben, wenn bie über bas Berhältnig ber aufeinander folgenben Ufer: besitzer aufgestellten Grundsätze auch auf bie gegenäber lies genden angewendet werben follten. Es wird, wenn and nicht burch bie ftrengste Durchführung ber Theorie, boch auf jeden Fall burch bie praktifche anschauliche Erwagung ber Sache gerechtfertigt, bag auch bem Befiger bes einen Ufere bie Ableitung bes Baffere unter ben fonftie gen Bedingungen gestattet werde zc.

Dagegen wird es ohne besondere Konzession niemals nachzugeben sein, daß der Uferbesitzer das Fluswasser erst unterhalb des Punktes, wo

fein ununterbrochener Uferbefit aufhört, bem Bluffe gurudgebe ac.

Diese Auffassung des Wassernutzungsrechtes jedes Userbesitzers auf seinem User ift bei der weiteren Bearbeitung des Gesets nicht angesochten, sondern sests gehalten, wie die Materialien und die §§. 14. und 27. des Ges. deutlich ergeben. Nur die Bestimmung, daß die Verwaltungs Behörde durch polizeiliche Konzesston auch das Umgehen eines fremden Grundstücks gestatten durse, wurde später in der Staatsraths Kommission im Jahre 1842 gestrichen. Der Referent der Staatsraths Kommission, in welcher das Gesetz wesentlich seine jetzige Gestalt erhalten hat, spricht namentlich in dem Protokoll v. 10. Mai 1842 seine Ansicht dahin aus,

daß jeder Abjacent befugt sei, das Wasser zu benußen und abzusleiten, insofern es nur oberhalb des Punktes, wo sein Besithum am Ufer aufhöre oder unterbrochen werde, dem Flusse wieder zusgeleitet werde. Wo die gegenüber liegenden Ufer verschiedenen Eigenthüsmern gehören, da sei das Eigenthum des Gewässers zur Hälfte getheilt. Der Eigenthümer könne über das Wasser frei disponiren, jedoch mit der Maaßgabe, daß das Wasser, ehe es das Ufer eines fremden Grundstücks bespüle, in das Bett des Gewässers zurückgeleitet werden musse.

Die Staatsraths. Rommission billigte biese Ansicht mit ber Maaßgabe, baß nicht von einem Gigenthum an dem Gewässer, sondern mur von einem Nugungsrechte bes Uferbesitzers gesprochen werden solle, und gab barauf

bem S. 13. feine jepige Faffung.

Bum S. 15. bes Befeges.

1) Der S. 15., welcher in Folge eines Amendements in der Sitzung der pandischen Ausschüsse v. 7. Nov. 1842 eingeschaltet ist, wahrt, gegensüber ben privativen Bewässerungsrechten der Uferbesitzer, die öffentlichen Interessen der Schiffsahrt und den wirthschaftlich unentbehrlichen Wassersbedarf der Bewohner. Die Entscheidung darüber gehört zur Kompetenz der Regierung als Landespolizeibehörde.

2) Der S. 15. stimmt mit bem Art. 643. des Code civil im We-

fentlichen überein. Die Bestimmung bes Urt. 643 .:

660 Bon bem Schute u. ber Beforderung ber Landestuliur. Bafferrecht.

daß wenn die Einwohner ben Gebrauch bes Fließes nicht besonders erworben ober verjährt haben, ber Gigenthumer beffelben eine fachverftandig zu bestimmenbe Entschäbigung forbern burfe;

ift durch ten §. 15. nicht abgeandert, weil tas G. v. 28. Febr. 1843 die jum Berfahren mitgebrachten, schon vorher beseffenen Gigenthumsrechte nicht aufhebt.

Bergl. übrigens bie Erlaut. zum S. 2. und die bort alleg. Dentschrift

(s. oben Rap. 2. Tit. I. S. 641 ff.).

Bu SS. 16. u. 17. bes Gefetes.

Diese SS. regeln das Rechtsverhältniß zwischen dem bewäffernden Uferbesitzer und den Besitzern von Triebwerken.

Die dem Uferbesitzer nach diesen SS. zustehenden Befugniffe

find den Triebwerken gegenüber an folgende Bedingungen geknüpft:

1) bag er bas an feinem Grundstud vorüberfliegenbe Baffer nur gur Berbefferung ber Bobenfultur mittelft ber Bemafferung benutt,

2) daß er sich bei bieser Benutzung innerhalb ber im S. 13. unter Rr. 1.

und 2. porgeschriebenen Granze halt. 1)

Erfüllt der bemäffernde Uferbesitzer die ihm im S. 13. vorgezeichneten Bedingungen bei feinem Bewäfferungs-Unternehmen nicht, fo fann er fic auf die SS. 16. u. 17. überhaupt nicht berufen und er ift auf die Klage bes Triebwerksbesitzers im Poffefforien- ober Betitorien-Berfahren nach ben allgemeinen Gesetzen in seine Rechtsgrenzen zurückgewiesen.

Dagegen sind die den Mühlen- und Triebwerksbesitzern nach SS. 16. u. 17. zuftebenden Rechte an nachstehende Boraussehun-

gen geknüpft:

1) bag bie Muhlen und Triebwerte jur Beit ber Bublifation bes Gef. v. 28. Jebr. 1843 rechtmäßig bestanden haben;

2) ober kunftig unter Beobachtung ber Borschriften ber Gesete (namentlich also ber §S. 26. ff. ber Gew. D. v. 17. Jan. 1845 und bee Dublen - Cb. v. 28. Oft. 1810) mit Genehmigung ber Reg. beziehungsweise angelegt, verandert ober erweitert worden finb 2);

2) das aus einem Fluffe abgeleitete Baffer in das ursprungliche Bett bes Fluffes gurudgeleitet werben muß.

Unter welchen Bedingungen eine Ausnahme von biefen Befchrankungen bewilligt werben kann, bestimmt ber §. 12. n. 13."

Bon beiben Bebingungen, felbst von ber zu 2., fann jeboch, nach S. 13. Rr. 2. ber Sieg. Wiesen . D., bei überwiegendem Landestultur-Jutereffe dispenfirt werden.

2) Denn es ist:

b) ju 1., wenn bafelbft biefe Rechte von einer ansbrucklichen Berleihung

¹⁾ Bergl. oben die Erlant. jum S. 13. Der S. 2. ber Siegenschen Biefen-D. v. 28. Oft. 1846 fichert, ohne zur Buruckleitung bes Waffers, noch ehe ber eigene Grund und Boben aufhört, ju verpflichten (S. 13. Rr. 2. Gef. v. 28. Febr. 1843), die Rechte der anderen Grunde, und felbft ber Triebwerksbefiger bennoch mehr. Derfelbe bestimmt:

[&]quot;Das ben Grundbefigern nach S. 1. juftebende Recht jur Benutung bes Baffere ju Biefenbemäfferungen unterliegt ber Befchrantung, bag

¹⁾ feine Ueberschwemmung, Bersumpfung ober fonktige Beschäbigung frember Grundfidde und feine Beeintrachtigung frember Gerechts fame verursacht merben barf;

a) ju 2. nach bem Schluffage bes S. 16. zweifellos, bag biefelben Bibersprucherechte auch ben fünftig nach Publikation des Ges. rechtmäßig ans gelegten Triebwerfen gufommen, und

- 3) Das rechtmäßige Bestehen einer Mühle resp. eines Triebwerts ift übrisgens nach benjenigen Gesetzen zu beurtheilen, welche über die Anlage bersartiger Werfe zur Zeit ihrer Errichtung galten. Jedoch muß jeder nach ben Gesehen als redlich anzunehmende Besit, welcher als solcher auch die Vermuthung ber Nechtmäßigseit für sich hat, geachtet und geschützt werden.
 - III. Im Einzelnen ift zu den SS. 16. u. 17. noch zu bemerken:
 - 1) Nach Inhalt der Denkschrift war es die Absicht des Gesetzes:

gegenüber der kulturschädlichen Ausdehnung der Wassernutzung Seitens der Mühlen und bei der ungenauen Fassung des S. 246. A.' E. R. II. 15., die mögslichen Widerspruchsrechte der Müller durch Zurücksührung derselben auf bestimmtere Grundlagen zu beschränken. 1)

2) Bu § §. 16. a. n. 17. Nr. 2. Bu den speziellen Rechtstiteln gehört auch die Verjährung, während dieselbe beim §. 17. Nr. 2. von selbst fortfällt, da ein größerer als der bisherige Umfang nur anderweit nachgewiesen werden kann.

Wieweit es einer qualifizirten Verjährung oder zum Beginne der Versichrung einer in die Augen fallenden Anlage bedarf, ist in jedem Falle zu beurtheilen. Vergl. auch Art. 642. des Code civil und die Erläut. zum

§. 1. ad IV. sub 2. (f. oben S. 647).

3) Zum S. 16. b.

a) Ueber einen auf S. 16. b. gegründeten Widerspruch ist im Rechtswege vom ordentlichen Richter zu entscheiden, so lange nicht auf Vermittelung der Regierung provocirt ist. (Vergl. S. 23. Abs. 2., R. der Min. der
J. u. des J. v. 6. Dec. 1843, 2) Min. Bl. d. i. V. 1843. S. 331. und Just.
Min. Bl. 1843. S. 299, — desgl. R. des Min. des J. v. 9. Sept. 1845, 3) —
Min. Bl. d. i. V. 1845. S. 270. — u. R. des Min. des J. v. 20. Aug. 1847, 4)
— Min. Bl. d. i. V. 1847. S. 261, — desgl. die in Kap. 2. Tit. 2. Stück
2. sud III. ad 13. u. 14. oben S. 651—652 alleg. Erfenntnisse.)

b) Die Bestimmung des S. 16. d. entspricht zwar im Allgemeinen dem S. 246. A. L. R. II. 15., indeß hat der I. Sen. des Ob.-Trib. (in dem Präj. v. 31. Mai 1844) mit-Rücksicht auf die Modistation der Vorschrift des S. 99. A. L. R. I. 8. (u. des S. 246. A. L. R. II. 15.) durch die

SS. 1., 13., 16., folgenden Rechtsfat ausgesprochen:

Die Borschrift bes §. 99. A. L. R. I. 8. wird durch die §§. 1., 13., 16. des Ges. v. 28. Febr. 1843 modiscirt. Demgemäß kann der Bester eines Triedwers kes, dem dis dahin die ganze Wassermasse eines Privatsusses ungehindert zugesströmt war, auf den Grund dieses Umstandes allein nicht Schutz im Beste des Rechts der Benutung der ganzen Wassermasse verlangen; und wenn er diesen Schutz aus dem Grunde und unter der Behauptung verlangt, das die ganze dieher benutte Wassermasse zum Betriebe seines Triedwerkes in dem dieherigen Umsange unumgänglich nothwendig sei, so kann dies im Wege der Possessienklage nur dann geschehen, wenn der Eigenthümer des Privatsusses sich noch nicht, in Gemäßheit der Bestimmungen der §§. 83. u. 85. A. L. R. I. 7., in dem Beste des Rechts, das Wasser seines Flusses auch zu seinem Bortheile zu benutzen, schon wirklich befunden hat. (Praj. Samml. des Ob. Trib. S. 430, Praj. Nr. 1458.)

abhängig gemacht wurden, diese Bedingung bes Ges. v. 28. Febr. 1843 seit der Publikation der Gew. D. v. 17. Jan. 1845 in allen Provinzen fortgefallen, da durch die Gew. D. die besonderen Berechtigungen, Konzessstenen zu gewerblichen Anlagen zu verleihen, aufgehoben sind.

¹⁾ Der Begriff eines zum Betriebe im bisherigen Umfange nothwendigen Wassers ift in der Siegenschen Wiesens D. v. 28. Oft. 1846 S. 12. Nr. 2. a. b. c. nach dem dort bestehenden herkommen und den Landesverhältnissen speziell bestimmt.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 863 ff.

³⁾ Cbendas. S. 865 ff.

⁴⁾ Cbenbas, G. 866-867.

662 Bon bem Schute u. der Beforderung ber Landeskultur. Bafferrecht.

4) Eine Beschränkung des im bisherigen Umfange nothwendigen Betriebswaffers kann stets nur im Wege der Provokation nach S. 19. N. 2., zuf. S. 25. Nr. 4. u. SS. 36. u. 37., gegen vollständige Entschädigung (S. 45.) beantragt werden. Dagegen muß der ordentliche Richter bis zur Anmeldung des Antrages bei der Regierung den hergebrachten Rechtszustundschüßen.

5) Im Bezirke des Appell.-Gerichtshofes zu Köln bleibt für Streitigkeiten der in den §§. 16. u. 17. gedachten Art, soweit nicht spezielle Rechtstitel entscheiden, auch noch der Art. 645. des Code civil anwendbar, welcher jedoch durch die §§. 13. ff. u. 16. seine nähere Erläuterung und Entwickelung erhalten hat. (Bergl. auch das Rheinische Resort-Regl. v. 20. Juli 1818,

v. K. Ann. Bb. 2. S. 620).

6) Zum S. 17. Mr. 1. Ueber das rechtmäßige Maaß der Waffersnutzung entscheiden event. der Merkpfahl und die SS. 1. ff., insbes. auch der S. 5. des Vorfluth - Ges. v. 15. Nov. 1811. (Vergl. die Erläut. zu demselben. 1)

Bum S. 18. bes Gefetes.

1) Da Fischereiberechtigte zu einem Widerspruchsrechte gegen Bewässerungsanlagen nicht weiter berechtigt sein sollen, sondern nur auf Schadenersas Anspruch haben, so können sie auch wegen Störung im Besitze nicht mehr klagen.

2) Vergl. in Betreff der Grundsate, nach welchen die ihnen zu berechnende Entschädigung zu leisten ist, die §§. 45. u. 55., desgl. die Fischerei= D. resp. für die Provinz Posen und die für die Binnengewässer der Pro-

ving Preußen v. 7. Marz 1845, §S. 7—14.

3) Sofern die Fischereiberechtigungen auf einer Dienstbarkeit beruben, sind sie nach Art. I. des Erganz.=Ges. v. 2. Marz 1850 zur Gem. Th. O.

nach den Grundsagen ter Gem. Th. D. ablosbar.

Es sind jedoch im Ablösungsplane dem Unternehmer der Bewässerungsanlagen in Gemäßheit des S. 45. u. des S. 55. 25 Prozent Zuschlag in Rechnung zu stellen; dies aber nur dann, wenn nicht schon vor Aussührung der Bewässerungsanlage bei der betr. Auseinandersetungs-Behörde auf die Ablösung provocirt worden war, im welchem Falle es bei der im Auseinandersetungs-Ressort vorgeschriebenen Taxation des Werthes der Gerechtsame verbleibt.

4) Auch die Uferbesitzer, selbst solche, welche an der Bewässerungsanlage Theil nehmen, und denen das Recht zur Besischung des Klusses als Ausstuß ihres Eigenthums an den Uferlandereien zusteht, 2) können für ihr Fischereirecht besondere Enischädigung verlangen, die Theilnehmer an der Bewässerungsanlage aber ohne 25 Prozent Zuschlag, insofern sie ausschließliche Fischereirechte oder besondere Vorrechte in Beziehung auf die Fischereinutzung besitzen; entgegengesetzen Falls werden ihre Fischereirechte durch

2) Bergl. das Erf. des Ob. Trib. v. 31. Aug. 1836 (Entsch. Bb. 15. S. 361. Rr. 41.) und die übrigen, oben im Rap. 2. Tit. 2. Stück 1. ad III. sub 3.

u. 4., S. 644. u. 645. gegebenen Erlaut.

¹⁾ Bergl. zu §§. 16. n. 17. bie scharf eingehende und sachkundige Kritik in Sieße's Beleuchtung der Denkschrift S. 13 ff., welche sich demnächst auch zum §. 25. Nr. 4. und zu den §§. 36. n. 37. ausläßt und die Bedenken geltend macht, welche nach dem Standpunkte der Wissenschaft einer zutreffenden Beurtheilung des Maaßes der Betriebskraft einer Nühlenanlage entgegenstehen, wobei überdies die Gewerbskonjunkturen und die Judustrie des Besitzers von großem Einstuß seien.

Bewäfferunge-Gefetgeb.; G. v. 28. Febr. 1843. (55. 18-22.) 663

Kompenfation aufgehoben. (Bergl. §S. 82. u. 83. ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821).

Dritter Titel.

Die Rultur-Berordnungen des Gefetes.

(SS. 19-55. Abfchn. II. bes Befeges.)

Erstes Stück.

Allgemeine Ueberficht.

I. Die vom S. 19. ab folgenden Bestimmungen enthalten Borfchriften über das prozessualische Berfahren vor den Regierungen und deren Organen.

Das prozessualische Verfahren ist ein zwiefaches:

a) das nach \$. 19. Nr. 1., in Verbindung mit \$\$. 20—22., zulässige bloße Aufgebots und Präklusionsverfahren, zu dem Behuf, um sich eine möglichst vollständige Kenntniß von den Widerspruchsrechten oder Entschäsdigungsansprüchen in Beziehung sowohl auf noch beabsichtigte, als aufschon getroffene Verfügungen über die der Bewässerungsanlage unterliegens den Gegenstände und dazu dienenden Mittel, a) das zu verwendende Wasser, β) die zu bewässernden eigenen Grundstücke, γ) die eigenen und fremsden Landstächen, welche zu den Wasserleitungen bestimmt sind, — zu versschaffen und sich hiernächst wegen der etwanigen hindernisse und Schwiesrigkeiten durch die Präklusoria sicher zu stellen;

b) bas Bermittelungsverfahren nach §. 19. Mr. 2., in Berbindung mit §. 24. ff., um mit Gulfe ber Polizeis und Abministrationsbehörden die für eine Bewässerungsanlage nothwendigen Expropriationen und Einschränkuns gen bes Eigenthums und ber Rugungsbefugnisse anderer Grunds und Triebs

werksbefiger zu bewirfen.

Beide Berfahren sind dergestalt von einander unabhängig und selbstständig, daß sie, je nach der Konvenienz und dem Anstrage des Uferbesitzers, eines ohne das audere, auch neben oder nach einsander und zu ganz verschiedenen Zeiten extrahirt werden können. Das Aufgebots = und Präklusionsversahren des S. 19. Nr. 1. kann in jedem Stadium des nach S. 19. Nr. 2., SS. 24. sf. eingeleiteten Bermittelungs-versahrens, selbst dann noch beantragt werden, wenn einestheils schon über die angemeldeten Rechte und deren Umfang laut S. 23. Alin. 1. im ordentlichen Rechtswege, anderntheils auch schon über den Bewässerungsplan und außerbem sogar über die Entschädigungssummen (SS. 44., 52.) von der Regiezung, dem Ministerium oder Revisions-Kollegium entschieden ist.

II. Es kann jedoch auch an Stelle des Berfahrens vor der Regierung, insbes. an Stelle des zu b. gedachten Verfahrens, ein Verfahren zur Ausführung von Bewässerungsanlagen vor der Auseinander-

fegungs-Beborbe eintreten.

Bergl. über die Fälle der Kompetenz diefer Behörden zur Leitung von Bewässerungsanlagen die Erläut. in Unter - Abtheil. I. Abschn. I. Kap. 3. Tit. 4., oben S. 608 ff.

Zweites Stück.

Das Aufgebots = und Praklustons = Verfahren. (Zu S. 19. Nr. 1. u. SS. 20—22. des Gesetes.)

I. Allgemeine Bemerkungen.
1) Vergl. über bas nach bem G. v. 23. Jan. 1846 in Verfluths-

sachen eingeführte Aufgebots - und Praklustons - Verfahren die Erläut. in Unter-Abth. I. Abschn. 1. Rap. 3. Tit. 4. sub IV. (s. oben S. 614 ff.)

2) Vergl. die K. D. v. 1. Dec. 1843 wegen Bestimmung berjenigen Regierung, welche bei Betheiligung mehrerer Reg. = Bezirke das Verfahren in Bewässerungs=Angelegenheiten zu leiten hat 1) (G. S. 1844. S. 43).

3) Durch das Aufgebots = und Präklusions = Verfahren allein, ohne Hinzutritt einer Provokation auf Vermittelung der Regierung nach S. 19. Nr. 2., wird die Kompetenz der ordentlichen Gerichte für Possesson = und Petitorien=Klagen der durch die Anlage betroffenen Triebwerks = und anderen Userbesitzer in Betreff der Bestimmungen der SS. 13., 14., 16., 17. u. 18. noch nicht ausgeschlossen.

4) Ueber das Verfahren für den Fall, daß bei dem Praklustonsverfahren der Widerspruch eines Triebwerksbesitzers auf Grund des S. 16. b.
hervorgetreten ist, vergl. das R. des Win. des J. v. 20. Aug. 1847 2)

(Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 261. Nr. 311.)

5) Mit der Abfassung und Rechtskraft des Praklusions-Bescheides bort, sobald nicht weiter auf Vermittelung nach S. 19. Nr. 2. provocirt worden, die Kompetenz der Regierung auf und die angemeldeten Einwendungen und Widersprüche sind im ordentlichen Rechtswege zu erledigen.

II. Bum S. 22. insbefondere.

1) In Betreff der ungenügenden Vorschrift wegen Aussertigung und Bustellung des Präklusions = Bescheides und wegen des Zeitpunktes, von welchem die Restitutionsfrist zu berechnen, ingl. über die Frist nach dem G. v. 28. Febr. 1843, vergl. die abweichenden und vollständigeren Bestimmunsen in den SS. 6. u. 7. des G. v. 23. Jan. 1846, betr. das für Entwasserungsankagen einzusührende Ausgebots = und Präklusionsversahren (s. oben UntersAbth. I. Absch. I. Rap. 3. Tit. 4. sub IV. S. 614 ff.).

2) Rücksichtlich der in Volge ber öffentlichen Aufforderung angemeldeten Ansprüche und Einwendungen bleibt den Provokanten, um dieselben zu erledigen, sofern diesenigen, welche sich gemeldet haben und denen ihre Rechte vorbehalten sind, nicht selbst den Rechtsweg beschreiten, nur die Nesgatorienklage oder die provocatio ad agendum im Wege des Diffamastionsprozesses nach Tit. 32. Abschn. I. Th. I. A. G. D. anheimgegeben.

Drittes Stück.

Prozesse und Incidentpunkte vor den ordentlichen Gerichten.

Bum S. 23. bes Befeges.

1) Bergl. die allgemeinen Erläut. zu §§. 13—18. (s. oben S. 648 ff.) und zum §. 19. Nr. 1. u. §§. 20—22. (s. oben S. 663 ff.), desgl. das Erk. des III. Sen. des Db. Arib. v. 14. Mai 1847 (Striethorst's Rechtes. Bb. 1. S. 209. Nr. 98.) und die R. der Min. der J. u. des J. v. 6. Dec. 1843 und des J. v. 9. Sept. 1845 u. 20. Aug. 1847. 3)

2) Auch nach angemeldeter Provokation (§. 19. Nr. 2.) werden diejenigen Widersprüche oder Entschädigungsansprüche, welche sich auf die Eristenz oder den Umfang von Rechten gründen, in den Rechtsweg verwiesen. Für die Kompetenz der Gerichte ist es hier (bei Bewässerungen)
gleichgültig, ob dergl. Widersprüche und Ansprüche auf spezielle Rechtstitel
oder auf die allgemeinen Gesetze gegründet werden.

¹⁾ Bergl. in Bb. I. G. 863.

²⁾ Bergl. in Bb. I. S. 866-867.

³⁾ Bergl. in Bb. I. C. 863-867.

3) Das Erk. des Rompetenz-Gerichtshofes v. 25. Juni 1858 führt aus, daß Entschädigungsanspruche bei Bemäfferungsanlagen, sowie Wiberspruche, auch nach erhobener Provokation jum Rechtewege gehören, mit Ausschluß ber auf S. 16. Litt. b. gegrundeten, bag aber auch bie letteren nur bei einem Provotas tionsverfahren und nicht außerhalb besselben, ber, vielmehr fonst stets die Regel bilbenben richterlichen Rognition entzogen find. Die Anwendbarkeit ber im §. 23. Abs. 2. enthaltenen Ausnahmebestimmung, wodurch die Entscheidung über die Frage: "ob durch die Bewässerungsanlage einem Triebwerke bas jum Betriebe in bem bisherigen Umfange erforberliche Baffer entzogen werde?" mit Ausschluß bes Rechtsweges ber Reg. zugewiesen wird, sei nicht nur baburch bedingt, daß jenes Berfahren vorangegangen, sonbern es sei auch biefe ganze Bestimmung bes S. 23. überhanpt nur auf biejenigen Anspruche zu beziehen, welche in Folge bes im abs ministrativen Berfahren ergangenen Aufgebote (ober ber Bermittelungsprovokation S. 19. 2.) bei ber Administrativbehörbe angebracht wurden. Die betr. Bestimmung bilbe bie Norm für bie weitere Behandlung berjenigen Ansprücke, welche auf biefem Wege bei ber Reg. geltenb gemacht wurden; fie leibe aber auf Anspruche, welche außerhalb bes Provokationsverfahrens erhoben wurden, keine Anwendung. Sei das Aufgebot und die Praflufton vorschriftsmäßig ergangen, so werde einem später angebrachten Entschäbigungsanspruche ber Ginwand ber Praflufion ohnehin entgegeutreten. (Juft. Min. Bl. 1853. S. 312. Rr. 107.)

Viertes Stück.

Das Provofationsverfahren auf Bermittelung ber Regierung.

Bu S. 19. Mr. 2. u. SS. 24. ff. bes Gefetes.

I. Ueberficht biefer Bestimmungen.

1) Diese Borschriften zerfallen in zwei Rathegorien:

a) Bestimmungen über materielle Rechte, welche ber Provokant und Unsternehmer ber Bewässerungs-Anlage burch bie Provokation unter ben

Bedingungen bes S. 24. erhalt (SS. 24., 25-29. u. S. 37.);

b) Bestimmungen über das formelle prozessualische Verfahren, über die Bildung, Zusammensetzung und Berufung der mitwirkenden Orsgane und Behörden nebst instruktiven Anweisungen für dieselben und Bessimmung ihrer Kompetenzen, sowie über die Entscheidung der Regierungen und die Verufungs-Instanzen gegen diese Entscheidung.

Bu a. zerfallen die materiellen Prozestrechte wiederum in verschies bene Bestimmungen:

a) im S. 24., betr. die prajudiziellen Bedingungen zur Erwerbung dieser Rechte.

B) im S. 25., betr. bie spezielle Angabe biefer Rechte,

- y) in den §§. 26—29. u. §. 37., betr. die näheren Modalitäten bei der Einsschränfung oder Expropriation der Rechte Anderer und resp. bei der Auss. übung der dem Unternehmer im §. 25. beigelegten Befuguisse.
- Bu b. Bu den Vorschriften über das formelle prozessualische Verfahren gehören:

aa) Das Verfahren vor der Kreis-Vermittelungs-Kommission (§S. 30

bis 32.) und zwar:

Ì

ľ

a) der S. 30., betr. die Antrage auf Einschrankung von Rechten Anderer ober Expropriationen zum Zweck von Bewässerungeanlagen im Landeskulturs Interesse, welche Antrage an die Bermittelungs-Rommisson zu richten sind, b) freisweise Bildung und Zusammensehung bieser Bermittelungs-Kommisson,

y) Substantifrung ber Antrage (§. 31.),

3) Aufgabe der Bermittelungs = Kommission und deren Entscheidung über die Frage: ob wirklich ein überwiegendes Landeskultur-Interesse vorwalte?

Im Wege dieses Verfahrens, für welches in jedem Kreise lediglich für

diesen besonderen 3weck und Gegenstand eine besondere Kommission aus Grundbesitzern der verschiedenen Stände und einer angemessenen Jahl von Sachverständigen unter Borsitz bes Landrathes gebildet wird, ist zunächst die Prajudizialfrage (5. 24.) festzustellen, wovon die Zulässigkeit des weisteren Verfahrens über den Plan zum Zweck von Erpropriationen abhängt.

Ueber die zunächst abgesonderte Entscheidung ber Prajudizialfrage find

nach Befinden drei Inftangen guläffig,

a) von ber Gutscheibung ber Rreis-Bermittelunge-Rommission,

B) ber Refure an bie Regierung,

- y) sofern biese lettere abweichend von der Bermittelungs-Kommission erkannt hat, der Returs an das Min. für landwirthschaftl. Ang. 1)
- bb) Rommissarisches Verfahren zur Projektirung des der Entscheidung der Reg. unterliegenden Bewässerungsplans nebst den Bedinguns gen der Aussührung und der Benutung, wie zur gleichzeitigen Prüfung und Begutachtung der einzelnen Gegenstände des Antrages, sowie der tagegen erhobenen Widersprüche (§§. 33—42.).

Das kommiffarische Berfahren hat insbes. folgende Aufgaben:

a) bie Führung und Ausbehnung ber Wafferleitungen über fremben Grund und Boben, nebst ber etwa nöthigen Einrichtung von Brücken, Ueberfahrsten, Einfriedigungen u. s. w. zur Sicherung des Eigenihumers gegen Rackstheile in der Benutung des ihm verbleibenden Grundstücks (S. 25. Rr. 1. S. 34.),

β) örtliche Ermittelung wegen bes Anschluffes eines Stauwerks am jenfeitigen

Ufer (§. 25. Nr. 2. u. §. 35.),

y) Bestimmung bet etwa erforberlichen Beschränkungen in ber Wasserbenutzung von Triebwerken und ihres Umfanges (S. 25. Nr. 4. u. SS. 36. u. 37.), webei die Kommissarien besugt sind, die Ermittelungen, Vermessungen und Nivellements zu veranlassen, auch fremde Grundstücke zu beireien (S. 38.); sie sollen aber möglichst auf gütliche Beilegung ber Streitpunkte hinwirken (S. 39.),

d) Entwerfung bes Blans zur Ausführung und Benuhung ber Anlage unter Berücksichtigung ber öffentlichen Interessen, Borlegung besielben an tie Partheien, Erörterung und Begutachtung ber Streitpunfte (§§. 40. u. 41.).

Die Regierung entscheitet, wogegen ber Refurs an bas Min. für

landwirthschaftl. Ung. ftattfindet.

cc) Das Taxationsverfahren zur Ermittelung ber vom Unternehmer für die Einräumung oder Einschränkung von Rechten zu gewährenden vollständigen Entschädigung (§§. 45—48.), welches erst nach rechtskräftiger Feststellung des Planes eintritt.

¹⁾ Mach ber Wiesen D. für ben Rreis Siegen v. 28. Oft. 1846 wird bas gange Berfahren, sowohl über bie Borfrage, ale über ben Plan und bie Entichas bigung, von den ermahlten Biefenschöffen geleitet und barüber in erfter Infang von ihnen entschieben. (Der Refurs geht an die Rreissachverftandigen). Es ift allein von bem Ermeffen ber Biefenschöffen abhangig, ob fie zweckmäßiger einzelne Streitpunfte, 3. B. Die Borfrage bes S. 24., abgesonbert inftruiren und entscheis ben, auch bie Ermittelung ber Entschädigungen einem Separatverfahren bei ber Ausführung des Plans vorbehalten wollen. (§S. 14., 18., 26. Siegensche Biesen.D.) Bei ber Ansarbeitung bes Bemäfferungsplans muffen von ihnen bie Intereffen aller Betheiligten und bie öffentlichen Intereffen gleichmäßig beachtet, auch sollen kollibirende Rechte ber Provokaten möglichft geschont werben (S. 23.). Diese Borfchriften gelten jedoch nur bezüglich ber Grundbefiger, mabrend Reflamationen ber Triebwerksbefiger, fofern diefe nicht felber auf Bermittelung ber Bolizeibehörben ober ber Biefenschöffen autragen (S. 12. Rr. 3.), in bem burch bas Gef. v. 28. Febr. 1843 geordneten Berfahren vorweg jum Austrag gebracht werden sollen. (§. 16. Siegensche WiesensD.)

Dabei :

1:

ţ

- a) Ernennung von brei Taratoren burch bie Regierung; beren Bereidigung ist zwar nicht vorgeschrieben, muß jedoch veranlaßt werden;
- β) Berfahren berfelben unter Bugiehung aller Betheiligten;

2) Feststellung ber Entschäbigung burch die Regierung,

- d) Refurs an das Revisions-Kollegium für E. K. Sachen. (§. 47. u. 48.)
 "Sodann erfolgt:
- dd) Die Ansführung ber Bewässerungsanlage gegen Bahlung ober Deposition ber Entschädigungs-Summe (SS. 50-55).

Jene erfolgt erst nach dieser; die Regierung kann jedoch die vorlaussige Ausführung gegen Kaution, über deren Zulänglichkeit jedoch die Betheiligten zu hören sind und event. zu entscheiden ist, felbst bann verfügen, wenn noch Prozesse über einzelne, auf speziellen Titeln ruhende Widerspruchsrechte schweben.

ee) Nach S. 54. ist der Unternehmer befugt, in dem Falle, wo dergl. Prozesse schweben, auf eine vorläufige Ermittelung und Feststellung der Entschädigungs-Summe anzutragen.

Der Unternehmer darf nach §. 49. auch noch nach definitiver Feststelslung der Entschädigungs-Summe gegen Uebernahme auch derjenigen Kosten, welche dem Provokaten zur Last gestellt sind, von der Ausführung des Planes abstehen.

- U. Besondere Bemerkungen über das Rechtsmittel des Refurses.
- 1) Von den Entscheidungen der Regierungen über die auf §. 16. Litt. b. gegründeten Widersprucherechte und Ansprüche steht der Rekurs an das Min. für landwirthschaftl. Ang. binnen einer sechswöchentlichen Präsklusivfrist offen. Dabei ist nicht unterschieden, ob der Provokant zu den im Art. 13. der Dekl. v. 6. April 1839 (S. S. 1839. S. 126) gedachten physischen oder moralischen Personen gehört, für welche die Einlegung der Apspellationsfrist verdoppelt wird.
- 2) Das Revis.-Kollg. für L. R. S. hat (in dem Erk. v. 13. Juni 1851) angenommen, daß die Rechtsmittel gegen Entscheidungen bei Streistigkeiten aus dem G. v. 28. Febr. 1843 nur dann gewahrt sind, wenn sle innerhalb der gesetlichen Frist bei der Reg., welche den Bescheid in erster Instanz abgefaßt hat, eingelegt werden (Zeitschr. desselb. Bd. 4. S. 167 und Praj.-Samml. desselb. S. 16. Nr. 1.).

Fünftes Stück.

Materielle Prozefrechte.

Bum S. 24. bes Gefeges.

- 1) Bur Substantitrung des Antrages auf Vermittelung der Polizeis behörde gehört, nach §. 24. in Verbindung mit §. 31., Verpslichtung und Bereitschaft zur Uebernahme der Kosten für die nöthigen Ermittelungen, so-wie zur vollständigen Entschädigung der Provokaten. Vergl. §. 15. des Vorstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811 und die Erläut. dazu.
- 2) Die V. wegen Einführung des G. v. 28. Febr. 1843 in den Bezirk des Appell.-Gerichtshofes zu Köln v. 9. Jan. 1845 bestimmt,

daß bei Entscheibung der Frage: ob bei einer Bewässerungsanlage ein überwiegendes Landesfultur-Interesse obwalte? (§§. 24. n. 32.) bas Interesse schon 668 Bon dem Schute u. ber Beforderung der Landeskultur. Bafferrecht.

vorhandener, auf Triebwerfen bernhenber gewerblicher Anlagen in zweifelhaften Fallen über bas ber Bobenfultur zu ftellen ift. 1)

Bum S. 25., in Berbindung mit SS. 36. u. 37. des Gefetes. 2)

1) Bergl. die Erlaut. zum S. 13. des Gesetes 3) (f. oben Rap. 2.

Xit. 2. Stud 2. sub II. ad 2. S. 649 ff.).

2) Unentschieden ist die Frage, in wieweit eine Beschränkung im Bassergebrauche der Triebwerke und ob dieselbe namentlich, wie nach S. 12. des Borstuth-Ges. v. 15. Nov. 1811, auf gänzliche Wegräumung von Bassermühlen ausgedehnt wer n durse? Der S. 36. enthält nur die Anweissung, das Maaß der Beschänkung zu prüsen, und der S. 37. stellt nur einen leitenden Grundsatz auf und bestimmt außerdem, daß bei Prüsung der Frage: "ob durch die Bewässerungsanlage einem Triebwerke das Wasserentzogen werde, dessen der Besüger bedarf, um sein Gewerde in dem bisherigen Umfange (§ 16.) oder in dem Umfange seiner Berechtigung (§. 17.) auszuüben?" jederzeit eine zweckmäßige Einrichtung des Stauwerks, des Gerinnes und Wasserrades (auf Kosten des Provokanten) vorauszussesen ist.

Bum S. 27. bes Befeges.

1) Bei einem Provokationeverfahren kann, nach der Bestimmung im S. 27., bas Mitbenutungsrecht des aufgestauten Wassers zur halfte ganz verloren geben, wenn ber gegenüberliegende Uferbesitzer die Galfte ber Kosten des Stauwerks nicht übernehmen will, oder sich binnen drei Monaten gar nicht erklart.

2) Fraglich ist indeß für den Fall des S. 27., ob der gegenüberliegente Ulferbesitzer sich zur Abwendung des Verlustes eines so bedeutenden Vermögensrechtes nicht dahin erklären könne, daß er sich sein Recht auf Mitbenutung des halben Wassers für eine spätere, seinen wirthschaftlichen und

fonftigen Berhaltniffen anpaffendere Beit vorbehalten wolle.

3) Jedenfalls tritt dieser Bermögensverlust zu Gunsten des gegenüberliegenden, die Bewässerung unternehmenden Besitzers nur dann ein, wenn derselbe auf Errichtung eines Stauwerks am jenseitigen User in einem nach S. 19. Nr. 2. ihm gestatteten Provokationsverfahren angetragen hat.

Bu-§§. 33., 40. u. 45.

Das Revisions-Kollegium für L. R. S. hat (in dem Erk. v. 13. Juni 1851) ausgeführt, daß es zulässig sei, in erster Instanz mit der Entscheidung über den Bewässerungsplan und die Ausführungsbestimmungen die Entscheidung über den Entschädigungsbetrag zu verbinden *) (Zeitschr. besselb. Bd. 4. S. 167 und Praj. Samml. S. 16. Nr. 1.).

2) Bergl. die Bemerkungen von Sietze, Beleuchtung der Denkschrift S. 44 K.
3) Vergl. in Betrest der Beschränkungen der Triebwerke insbes. zu S. 16. b.
die aussührlichen Bestimmungen in der Siegenschen Wiesen D. v. 28. Oft.

1846, **§.** 12.

¹⁾ Daffelbe gilt nach §. 12. Nr. 1. ber Siegenschen WiesensD. v. 28. Oft. 1846, beren §. 17. bestimmt: "daß Gewerbebetriebsanlagen möglichst zu schonen seien."

⁴⁾ Es wird sogar in einer Mehrzahl von Fällen zur Abfürzung bes Berfahs rens und zur gütlichen Ausgleichung wesentlich beitragen, ja zur sachgemäßen Bes urtheilung bes Plans unentbehrlich sein, die Ermittelung des Entschädigungsspunktes mit der Projektirung des Plans zu verbinden.

Bum S. 37. bes Befeges.

Ob die für mehr entstehende Unterhaltungskosten an den Triebwerksbestiger zu zahlende jährliche Renie ablöslich sei, ist nicht bestimmt. Es treten jest die Bestimmungen des Abl.=Ges. v. 2. März 1850 ein.

Bum S. 51. Des Befetes.

Bergl. die R. D. v. 17. Ian. 1844, betr. die Diaten und Reisekosten der Areis-Bermittelungs-Kommissarien und anderer Sachverständiger bei Bewässerungsanlagen 1) (G. S. 1844. S. 61).

Vierter Titel.

Bildung von Genoffenschaften zu Bemäfferungsanlagen.

Bum Abschnitt III. SS. 56-59, bes Gefetes. 2)

1) Bergl. die Erläut. in Unter-Abth. I. Abschn. I. Kap. 3. Tit. 4. sub VII., oben S. 620 ff.

2) Ueber die Bildung von Genoffenschaften zu Bewässerungsanlagen

und die Entwerfung von Statuten für dieselben 3) vergl.:

a) R. des Min. des J. v. 23. Mai 1843 (Min. Bl. d. i. V. 1843.

6. 200. Nr. 254.),

b) R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 10. Nov. 1851 nebst Schema eines Statuts für neu zu bildende Wiesen=Genossenschaften. (Min. Bl. d. i. V. 1851. S. 257. Nr. 280.).

3) Ueber die Beförderung des Kunstwiesenbaues und der Wiesenbewässerung der Provinz Sachsen vergl. die Befanntmach. des Oberprästd. der Provinz Sachsen v. 27. Oft. 1843 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 291. Nr. 383.).

Zweiter Abschnitt.

Die provinzielle und lokale Gesetzgebung über die Benutung der Privatstüffe zur Bewässerung.

Bierber gehoren:

I. Die Wiesen-Ordn. für den Kreis Siegen v. 28. Oft. 1846

(G. S. 1846. S. 485).

Die prinzipiellen Abweichungen dieses Gesetzes von den Bestimmungen des Ges. v. 28. Febr. 1843 und die wesentlichsten Bestimmungen desselben sind am betr. Orte in dem Kommentar zu dem Ges. v. 28. Febr. 1843 erwähnt, worauf hier zurückverwiesen wird.

II. Die auf Grund der SS. 56. u. 57. des Gef. v. 28. Febr. 1843

1) Bergl. in Bb. I. S. 867.

3) Bergl. die auf Grund ber SS. 56. ff. erlaffenen Statuten in Abschn. IL

mb II. (f unten S. 670).

²⁾ Für diesen Abschn. bietet insbes. der Abschn. II. der Siegenschen Wiesens D. v. 28. Oft. 1846 "gemeinschaftliche Bewässerungsanlagen, Wiesenverbände oder Genossenschaften", nebst dem Abschn. III.: "Von der Zusammenlegung der Wiesen", mustergültige Normen. Bei kleineren oder zerstückelten Grundbestzungen, wie sie bei städtischen und ländlichen Gemeinden, überall aber in den westlichen Provinzen, vorkommen, wird der Abschn. II. wenig Anwendung sinden und nur der Abschn. III. zum Ziele führen.

670 Bon dem Schuhe u. der Beforderung ber Landeskultur. Bafferrecht.

erlaffenen, landesherrlich vollzogenen Statuten:, resp. gleichzeitig Behufs Be- und Entwässerung, nämlich:

1) bas Statut ber Meliorations . Sozietat ber Bocker Beibe, r. 24. Juli 1850 (G. S. 1850. S. 373) nebst bem Gef. v. 11. Marg 1850, betr. tie Gemahrung einer Beihülfe aus ber Staats Raffe an biese Meliorat. Ses zietat (G. S. 1850 S. 269) und bem Privilegium v. 29. August 1853 (nebst Plan) wegen Ansgabe auf den Inhaber lautender Obligationen ber gebachten Sozietät (G. S. 1853. S. 704);

2) das Statut für die Meliorations=Sozietat des Sfottau=Thale, Kreises

Neidenburg, v. 2. Juni 1852 (G. S. 1852. S. 391);

3) bas Statut bes Meliorations-Berbanbes im Brudfchen Bruche, v. 21. Juli 1852 (G. S. 1852. S. 517);

4) bas Statut bes Berbandes ber Biefenbefiger in ber Gemeinbe Salm, Kreisce Daun, Reg. Bez. Trier, v. 8. Nov. 1852 (G. S. 1852. **6.** 712);

5) das Statut bes Verbandes ber Wiesenbesitzer in ber Gemeinde Bals lersheim, Rreises Brum, Reg. Bez. Trier, v. 19. Dec. 1853 (G. S.

1854. S. 19);

6) bas Statut bes Berbanbes ber Wiesenbesiger in ben Gemeinden Thal: lichtenberg und Pfeffelbach, Kreis Wendel, Reg. Beg. Trier, v. 9. Jan. 1854 (**G**. S. 1854, S. 53).

Dritte Unter:Abtheilung.

Die Gesetzgebung über das Deichwesen.

.C. A. Dammert, bas Deiche und Strombaurecht, nach allgemeinem pofitiven und hannöverschem ganbrecht erläutert. 2 Thl. hannover, 1816. gr. 8.

Dr. 3. Dellmann, Ginleitung in bas gemeine und Schleswig-holftein. Damm-, Deich, Siels und Schleusenrecht. Altona und Leipzig, 1795. 8.

Rhd. Woltmann, über das baurechtliche Verfahren bei Verbefferung der Fluffe, insonberheit ber sehr verkrummten. Hamburg, 1820. gr. 8.

R. J. Rouffeau, Beitrage zur Deiche und FlußbausPolizeisGefetgebung. Rurns

berg, 1820. gr. 8. mit 1 Rpf.

Wagner, Anweisung zur Erhaltung ber Damme bei Stromergießungen und Gisgangen. Grimma, 1827. Mit Rupf.

Schemerl, Abhandl. über bie Schiffbarmachung ber Strome. Wien, 1798. Mit Kupf.

Sagen, Befdreibung neuerer Bafferban-Berte. Konigeberg, 1826. Dif Rupf. Arnb, die Gemäffer und ber Wafferbau. Sanau, 1831.

Bolter, Grundsche zum Berfahren in Deiche und Abwafferungefachen. Glade ftadt, 1795. 4.

Einleitung.

Die von Beit zu Beit eintretenden Aenberungen bes Bafferbestandes ter bas Land begrangenben Meere, ber Geen im Innern beffelben, fowde ber daffelbe burchschneibenten Strome und Fluffe, wodurch bas Land Ueberfcwemmungen ausgesetzt wirb, find baufig nicht bloß mit bedeutenden Berftorungen von Eigenthum verfnupft, fondern bringen auch große Befahren für Leben und Gesundheit der Bewohner der überschwemmten Gegenden hervor und unterbrechen zeitweise die Berbindungen. Insbesondere aber führen fle in ter Regel auch erhebliche Nachtheile für ben Anbau ber dadurch betroffenen Landereien mit fich. Da die Arafte der Einzelnen nicht ausreichen, hiergegen ben nothigen Schut zu gewähren, so gehört es zu den Aufgaben ter landespolizeilichen Thatigkeit, den Bewohnern der gefährdeten Gegenden diesen Schut zu Theil werden zu laffen. dient hierzu die Beseitigung berjenigen ortlichen hinderniffe, welche in der Beschaffenheit des Flugbettes beruhen, indem fle ten gehörig schnellen Ablauf des Waffers hemmen, und je nach der Dertlichkeit find in Diefer Beziehung verschiedene Maagregeln und Unftalten zwedmäßig. Es geboren babin insbesondere die Berhütung der Berfandung, Berschlammung, Berftopfung des Blugbettes; Durchstiche zur Abfürzung tes Bluglaufes; 216bruch beengender Wafferbaumerte und dergleichen. Das wichtigfte Bulfsmittel besteht indeg in der Errichtung von Schranfen gegen das Ueberftromen des Waffers, nämlich ber Erdwälle, welche unter bem Damen ber Damme oder Deiche begriffen werden. Die physische Lage und Geftaltung eines ganzen Landstriches bringt es in ter Regel mit sich, daß die an einem Punkte bervorbrechende Bluth nach natürlichen Grenzen fich über bas Ganze verbreitet und bag baber ber ganze Landstrich nur durch eine jufammenhangente Deichanlage gegen Ueberschwemmung geschütt werden kann, an deren Unterhaltung aletann alle diejenigen ein gemeinsames Intereffe haben, beren Grundeigenthum baburch geschützt wird. wird die Verbindlichkeit der betheiligten Grundbesitzer, dem gemeinschaftlichen Deichverbande anzugehören, bedingt. Der 3med eines folchen natürlichen Deichbandsverhältniffes erfordert die Errichtung und Unterhaltung ber Deichlinie nach einem übereinstimmenden Plane, und baß der Antheil jedes Deichgenoffen an der gemeinsamen Obliegenheit genau bestimmt und beren Erfüllung gehörig überwacht werde. Deshalb pflegt bon ben Deichverbandsgenoffen ein Ausschuß gemählt zu werben, welcher die obere Leitung und Aufsicht über die Deichangelegenheiten ausübt, Die Maagregeln für beren 3med beschließt, und bie zu beren Ausführung, sowie zur Handhabung ber Deichordnung erforderlichen Beamten ernennt, und die Deichschauen vornimmt.

Ueber alle tiese Gegenstänte ertheilen die positiven Deich-Ordnungen die näheren Bestimmungen; sie reguliren insbesondere die Verbindlichkeiten der einzelnen Deichbandsgenossen und umfassen bisweilen verschiedene Deich-linien, unter denen rücksichtlich der physischen Gestaltung und Lage des geschüpten Landes kein natürliches Deichbandsverhaltniß besteht. Hierdurch entstand der Begriff eines bürgerlichen Deichbandsverhaltniß besteht. Da gegenwärzig die Staatsregierung die Oberaufsicht über alle Deich- und Strom-Unlagen ausübt, und von ihr auch die Deichordnungen erlassen werden, so sind die meisten Deichlinien zu bürgerlichen Deichbänden vereiniget.

Die Mehrzahl der Deiche, durch welche das Gebiet, welches die zeitweise aus ihren Ufern tretenden Flüsse der Ueberschwemmung unterwersen,
beschränft werden und der den Einwirkungen der Ueberschwemmung entzogene Grund und Boden zu höherem Ertrage gebracht werden soll, sindet
sich in dem Bereiche der größeren schiffbaren Flüsse. Eben dort sinden sich
auch in der Regel die ausgedehnteren, noch unverwallten Niederungen.
Der thatsächliche Zusammenhang beider Gegenstände hat es daher veranlaßt, daß in die Gesetze und Verordnungen über die Strom Polizei der
schiffbaren Gewässer in der Regel auch Vorschriften über Anlage und Unterhaltung der Deiche aufgenommen worden sind.

Im Preußischen Staate ift der Deich-Gefetzebung eine neue Grundlage zu Theil geworden durch bas Gesetz v. 28. Jan. 1848 über das Deichwesen. Bis dahin gab es entweder nur provinzielle Deichordnungen für einzelne Territorien, oder Spezial-Ordnungen für einzelne Fluffe ober Klußstrecken, iheils für difentliche, theils für Privatstüsse. Daneben waren aber auch gesetliche Bestimmungen ergangen in Betreff der Ströme und deren User, und zwar ebenfalls theils provinzielle für einzelne Terristorien, theils spezielle für einzelne Ströme, und wiederum theils in Versbindung mit den Deichordnungen, theils ohne solche. Es enthielten indes diese älteren provinziellen und spezialen Deich und Strom Drdnungen nicht sowohl allgemeine Prinzipien über die künstige Regulirung des Deichwesens innerhalb eines Territoriums oder einer Provinz, sondern vielmehr nur Spezialbestimmungen für die verschiedenen einzelnen Deichverdände und Blüsse desselben Landestheils. Ein gemeines geschriebenes Deichrecht eristirte nicht. Das Allgemeine Land Aecht beschränkte sich in dieser Beziehung auf die wenigen Bestimmungen in den §§. 63—66. Tit. 15. Thl. II., in Verbindung mit den allgemeinen Grundsähen der §§. 33. und 34. Tit. 8. Th. I.

Die großentheils in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ergangenen Deich = Statuten sind nicht allein in vielen Bestimmungen veraltet, unzweckmäßig und unanwendbar geworden, sondern sie gewährten auch keinen Anhalt für die zahlreichen (unter andern die ganze Provinz Schlessen umfassenden) Källe, wo die Besitzer einer bewallten Niederung in keinem Sozietätsverbande standen, die Unterhaltung der Dämme vielmehr, gewöhnslich ohne genügend gesicherte rechtliche Verpslichtung, durch die Uferbesitzer erfolgt. Sie gewährten gar keinen Anhalt, um im Wege der Verwaltung neue Anlagen herbeizusühren.

Eben so wenig findet sich aber in ben Bestimmungen des A. L. R. Th. II. Tit. 15. SS. 63 - 66. eine ausreichende Rechtfertigung ber von ber Nothwendigkeit gebotenen oder zur Erhaltung und Förderung der Landesfultur wünschenswerthen Maagregeln ber Bermaltung. Abgeseben bavon, daß bei der Redaktion des A. L. R. ein, den Naturverhaltniffen und der geognoftischen Bildung der Inundationsgebiete nicht entsprechender Unterschied zwischen Bauptbammen und Sommerwällen zum Grunde gelegt ift, fest auch bas A. E. R. eine ichon anderweit begründete Berpflichtung zur Anlage und Erhaltung ber Damme voraus und giebt keine Mittel an die Sand, diese Berbindlichkeit in ten geeigneten Fallen berbeizuführen. Auch Die Anwendung bes S. 65. über Die Bertheilung ber Laften zur Erhaltung der Deiche fest voraus, daß die rechtliche Verpflichtung, Deiche anzulegen und zu erhalten, bereits begrundet fei. Das Bringip ber Bertheilung die Größe des abzuwendenden Schadens -- ergab sich aber bei der Anwendung auf den einzelnen Fall als ein fo verwickeltes, bag es nur zum Anhalte einer legislativen und ftatutarischen Bertheilung der Laften, nicht aber einer richterlichen Entscheidung auf erfolgreiche Weise zum Anhalte dienen fann.

Die Polizeiverwaltung konnte baher für Erhaltung ber keinem Deichverbande angehörenden Einzelndeiche nur in soweit mitwirken, als die Bestugniß hierzu auf die SS. 33. 34. Tit. 8. Thl. 1. des A. L. R. zu grünsden war. Somit konnte höchstens die Erhaltung und Wiederherstellung der Dämme in den seitherigen Dimensionen, nicht aber irgend eine Versstärfung oder sonst nothwendige Verbesserung verlangt werden. Die Polizeisverwaltung konnte sich auch nur an den Eigenthümer des Dammes oder an einen sonst speziell Verpflichteten halten, ohne in Ermangelung weiterer gesetzlicher Vorschriften auf die Inundationsgenossen zurückgeben zu dürfen. Die Leistungsfähigkeit der Deichseigenthümer oder der speziell Verpflichteten seine daher den Anforderungen der PolizeisVerwaltung enge Vrenzen.

Die Folgen diefer Lage der Gesetzebung waren ein durchaus ungenügender Zustand der keinem Berbande zugetheilten Deiche, häufige Berwüstungen der Niederungen durch Hochwasser und große Ansprüche an die öffentlichen Kassen auf Unterstützung zur Herstellung der zerstörten Schus-

Anlagen.

Die Erweiterung von Privat-Deichanlagen im Wege freiwilliger Bereinbarung nach einem gemeinschaftlichen zwedentsprechenden Spfteme fant unüberfteigliche hinderniffe in den widersprechenten Intereffen der Besitzer ber eingebeichten und ber nicht eingebeichten Dieberungsgrundftude. Denn der große Grundbesitzer, welcher seine Grundstude vollständig eingedeicht hat, findet ofter umgekehrt seinen Bortheil in der Erhaltung offener Niederungen ober eines ungenügenden Buftandes der Nachbardeiche, weil hierturch bas Hochwaffer auf diese benachbarten Grundstude freieren Abfluß behalt und deshalb der eigene Deich eine geringere Widerstandetraft nothig hat. Dagegen find unternehmende Grundbesiger genothiget, ihre Deiche in unzwedmäßiger Lage und weit über dasjenige Maaß hinaus anzulegen, welches bei gemeinsamer Einrichtung nothig gewesen mare. Die Bortheile von unregelmäßigen und willführlichen Einpolderungen der einen wurden nicht felten durch die größeren Nachtheile anderer nicht geschützter Grundbesitzer aberwogen. Während eine, auch außerhalb des Deichverbandes anzuneh= mente Sozialverpflichtung bezüglich aller berfelben Befahr ausgesetzten Rieberungsbesitzer zu gemeinsamen Schutmaafregeln gegen eine folche Gefahr, schon auf natürlichem Rechte beruht, fehlte für die zwangsweise Realistrung biefer natürlichen Sozialpflicht ein positives Gefeg. Diefe Ermägungen baben dazu geführt, die gesammte Deichgesetzgebung im Preuß. Staate einer Reviston zu unterwerfen, beren Resultat ber Erlaß bes oben gebachten Gesetzes v. 28. Jan. 1848 über das Deichwesen 1) (G. S. 1848. S. 54 ff.) gewesen ift.

Erster Abschnitt.

Entstehungs-Geschichte des Gesetzes vom 28. Januar 1848 über das Deichwesen; Charakteristik desselben und Darstellung seiner Hauptgrundsätze.

I.

Eniftehung bes Befetes.

Das Geset über das Deichwesen bildet einen Theil des Wasserrechts und gehört in das Spstem der Maahregeln, welche ein im Jahre 1834 den Provinzialständen von Bosen, Breußen, Pommern und der Mark Brandenburg, im Jahre 1837 den Provinzialständen von Schlesien, Sachsen und Westphalen vorgelegter Gesehentwurf als "Einrichtuns gen zur Beförderung des Ablauß und zur Anhaltung und Benutung der Gewässer" bezeichnete. Dieser Gesehentwurf bezog sich gleichzeitig auf die öffentlichen Ströme und Flüsse, auf deren Userordnung und Polizei, sowie auf die Privatslüsse und die Vorschriften über Borsluth und Bewässerung, auf die Triebwerke an den Gewässern und endlich auf das Deichwesen. Aus diesem Entwurse gingen indes späterhin drei bestondere Entwürse hervor, von denen das Geset über die Benutung der

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 871 ff. Lanbes-Rultur-Gefeng. Bb. II. Abth. IL.

Privatslusse, nachdem darüber im Jahre 1842 die vereinigten ständischen Ausschüsse gehört waren, unterm 28. Februar publicirt wurde, hingegen die Entwürse a) einer allgemeinen Strom- und Ufer-Ordnung, b) über das Deichwesen, den Provinziallandtagen dersenigen sieben Provinzen, in welchen das Allg. Landrecht gilt, ingl. der Rheinprovinz wegen der Kreise Rees und Duisburg, im Jahre 1841, und hierauf den Rheinischen Provinzialständen im Jahre 1845 vorgelegt sind. Der Gesehentwurf zu a wurde später, in Volge der Erinnerungen der Provinzalstände ganz aufgegeben, das Gesez zu d über das Deichwesen aber nach vorausgegangener Berathung im Staatsrathe unterm 28. Januar 1848 erlassen.

Π.

Gegenstand und 3med bes Gefeges.

I. Das Gesetz vom 28. Januar 1848 ordnet das Deichwesen aus allgemeinen, aus der Natur der Verhältnisse abgeleiteten Principien für sammtliche zur Monarchie gehörige Landestheile, auf gleiche Weise, und verweist
die Anlegung besonderer eigenthümlicher und lokaler Verhältnisse ins kunftige in die Statuten der einzelnen Deichverbande. (Vergl. §. 15. des Ges.) 1).

Daffelbe hat allein die Erhaltung und Einrichtung von Deichen zu seinem Gegenstande, deren Begriff es im S. 1. seststellt; es sind aus dem Gesetze alle Borschriften über die Ordnung und Polizei der öffentlichen Flüsse und ihrer Ufer ausgeschieden. Nur die älteren Deich-, nicht die Strom- und Ufer-Ordnungen und die auf lettere bezüglichen Bestimmungen werden von dem Gesetz vom 28. Januar 1848 (s. SS. 23., 28.) bestroffen. Diese letzteren bestehen fort und es ist das Gebiet der Gesetze- bung in Betreff der Fluß- und Userordnungen später dadurch allgemein erweitert worden, daß es nach S. 73. der Feldpolizei-Ordnung v. 1. Novems ber 1847 (S. S. 1847 S. 376.) den Betheiligten unter Bestätigung der Regierung freigestellt ist, auch für Privatslüssen und Graben wegen deren Instandhaltung, wegen Bestellung von Schaurichtern und der diesen beizulegenden Aussichtsbesognisse, besondere Ordnungen oder Statuten zu errichten.

Die Ausbehnung bes Deichwesens mittelft Erganzung ober Einrichtung von Deichverbanden, ist zusolge des Gesetzes v. 28. Januar 1848 auf die

1) Die Motive bemerken in biefer Beziehung:

Neben ober zwischen einem allgemeinen Gefețe über bas Deichwesen und ben einzelnen lokalen Deichstatuten findet fich für eine provinzielle Gefetgebung über ben Gegenstand fein Raum. Bei ber Entwerfung bes allgemeinen Gesetes muß es allerdings anerkannt werden, daß die bort nur aufzustellenden alls gemeinen Grunbfage nach vielfach verschiebenen Bedurfniffen, Rechtes und bris lichen Berhaltniffen zu ergangen und anzuwenden bleiben. Die Berfcbiebenbeiten des Rechts und ber Dertlichfeit, welche hierauf von Ginfluß find, erscheinen aber nicht als provinzielle, sondern als briliche, und die Brovinzial-Cinheit bietet zur Ordnung berfelben nirgend gemeinsame Gesichispunfte bar, welche nicht auch für bie andern Provinzen geltend zu machen maren. — Der Gefegeniw. ift bas her für ben ganzen Umfang ber Monarchie, soweit bas A. E. R. eingeführt worben, berechnet, umfaßt aber nur bie allgemeinften leitenben Gefichispuntte. Er ftellt namentlich ben allgemeinen Grundsat auf, daß die Bilbung von Deichverbanben nur im Wege ber Gesetgebung erfolgen burfe, und bezeichnet im Allgemeinen bie Grenzen und leitenden Prinzipien, innerhalb beren biefe lotale Gesetzgebung fich zu bewegen habe. — Es ift die Absicht, eine besondere Ans weisung zur Ausführung bes Gesetes zu ertheilen und biefer ein Probe-Statut, nach beffen leitenbem Mufter bie Lokalgesete gu entwerfen feien, beigufügen.

Ź

Errichtung besonderer landesperrlich zu genehmigender Statuten angewiesen (s. S. 15. des Ges.). Indeß hat noch das Gesetz selbst eine weitere Ent-wickelung erhalten durch die mittelst Allerh. Erlasses v. 14. Nov. 1853 (G. S. 1853. S. 935) publicirten allgemeinen — (normativen) — Bestim-mungen für künftig zu erlassende Deichstatute.1)

Während bei der Spezialität der älteren, sei es provinziellen oder lestalen, Deich- und Strom-Ordnungen, in ihnen auch in der Regel besons dere Strasbestimmungen gegen Kontraventionen der Deichgenossen, wie dritter Personen, sich vorsinden, enthält allein der S. 1. des Deichges. v. 28. Jan. 1848 eine Strasbestimmung (bis 50 Thaler) auf An- oder Verlegung, Erhöhung oder Zerstörung von Deichen ohne landesherrl. Genehmigung und haben außerdem nur die unterm 14. Nov. 1853 erlassenen Normativ-Bestimmungen (im S. 17.) auf Versagung oder Unvollständigkeit der Leistungen bei einem Ausgebote von Mannschaften und Materialien polizeiliche Ordnungsstrasen angedroht, während im Uedrigen setzt das allgemeine Strasgeseihuch v. 14. April 1851, namentlich dessen SS. 283., 284., 290—293., 801. wegen Polizeisbertretungen, insbesondere auch wegen Hütungsstrevel die Vorschriften S. 8. Nr. 1. und S. 43. Nr. 5. der Feldpolizeis Ordnung vom 1. November 1847 Platz greisen.2)

Die mit derartigen neueren Gesetzen unvereinbaren Bestimmungen der älteren Deich = und User-Ordnungen sind außer Kraft getreten; außerdem sind aber auch diejenigen generellen Grundsätze der bei Publikation des Ges. v. 28. Januar 1848 vorhandenen Deichordnungen für einzelne Pro-vinzen und Landestheile aufgehoben, welche von den allgemeinen Bestim-mungen dieses neuen Gesetzes abweichen, während die für bestimmte Deich-verbände zur Zeit der Publikation des Ges. v. 28. Januar 1848 bestehenden Spezialbestimmungen, ohne Rücksicht darauf, ob sie in provinziellen oder lokalen Deichordnungen und Statuten gegeben sind, vorbehaltlich ihrer etwa erforderlichen Revision und ihrer unter landesherrlicher Genehmigung zu bewirkenden Abänderung, in Kraft geblieben sind (§§ 23. u. 28.).

Die Wirksamkeit des neuen allgemeinen Deichgesetzes v. 28. Januar 1848 äußert sich bemnach, — abgesehen von seinen Bestimmungen in den §§. 1—10. die Deiche betreffend, welche keinem Deichverbande ansgehören, einem Zustande, welchen das Gesetz im Allgemeinen als einen propisorischen und möglichst zu beseitigenden betrachtet (§. 10.) — in zweierslei Beziehungen:

1) in Bezug auf die Revision und Abanderung bestehender Deich : Ordnungen und Statute, um in der Regelung der Deich : Spsteme, für welche sie gel-

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 874 ff.

²⁾ Die Reg. zu Frankfurt bemerkt in ihrer in Folge ber Publikation bes Strafgesesbuchs v. 14. April 1851 auf Grund des S. 11. des Ges. v. 11. März 1850 (G. S. 1850 S. 267) erlassenen Bers., betr. Bolizeiverordnungen für den Frankfurter Reg. Bezirk v. 15. Nov. 1851 (Min. Bl. d. i. B. 1851. S. 286 ff.) im S. 41. unter dem Rubrum: "Anlage von Deichen": Die mannichs sachen Berordnungen gegen die Beschädigung der Buhnenwerke zc. erledigen sich durch die SS. 281. ff. des Strafgesesbuches. Als Spezial-Berordnungen sind noch zu betrachten: 1) die Polizeis-Ordn. sür den Friedrich-Bilbelmes-Ranal v. 29. Ang. 1836 u. Ergänz v. 5. Nov. 1837; 2) Deichs und Users-Ordn. sür das Warthes-Bruch v. 27. März 1802; 4) Deichs und Users-Ordn. sür das Rieders-Oberbruch v. 23. Jan. 1769; 5) Deichs und Users-Ordn. sür das Obers-Obers-Bruch v. 23. Juni 1717; 6) Deichs und Users-Ordnung sür das Sternberger Bruch v. 3. Mai 1746; 7) Deichs und Users-Ordn. sür das Eternberger Bruch v. 3. Mai 1746; 7) Deichs und Users-Ordn. sür das Eternberger Bruch v. 3. Mai 1746; 7) Deichs und Users-Ordn. sür das Eternberger Bruch v. 3. Mai 1746; 7) Deichs und Users-Ordn. sür das Eternberger Bruch v. 3. Mai 1746; 7) Deichs und Users-Ordn. sür das Eternberger Bruch v. 3. Mai 1746; 7)

676 Bon dem Schuse u. ber Beforberung der Landesfultur. Wafferrecht.

ten, möglichste Uebereitstimmung mit ben Grundsätzen bes neuen Ges. herzustellen ') (S. 23.);

1) Es ift hier ber wichtigeren Berordnungen und Statuten biefer Art zu gebenken.

A. Die wichtigsten bestehenden Deich Drbnungen für regulirte Deichver bande, welche jum Theil auf weit altere, ihnen vorausgegangene zurucksgehen und meist unter der Regierung Friedrich's des Großen erlassen worden find, sind folgende:

a) Deich= und Ufer. Ordn. für die Lebusische Riederung an der Ober v. 23. Juni 1717, nebst B. v. 17. Jan. 1853, betr. die Einsführung einer neuen Deichrolle für das Ober. Oberbruch. (G. S.

1853. **S.** 41);

b) Damm. Ordn. zur Unterhaltung ber Weichselbamme, in der Mariens werberschen Riederung, v. 30. März 1755. (N. C. C. Tom. I. p. 787, Rabe, Bb. I. Abth. 2. S. 431);

c) Teiche, Grabene und Schlensene Regl. in bem Bergogibume Cleve v. 24. Febr. 1767. (N. C. C. Tom. IV. p. 699, Rabe, Bb. L

Abth. 3. S. 288);

d) Teiche, Ufere, Grabene und Weges Orbn. für das Oberbruch in ber Mittels und Neumark v. 23. Jan. 1769. *) (N. C. C. Tom. IV. p. 5121, Rabe, Bb. I. Abth. 3. S. 429), welcher ältere Ordnungen von 1716, 1717 u. 1766 voransgegangen waren;

e) Regl. und Deich Drbn. für die Altmark v. 1. Sept. 1776, mit Bus ruchweisung auf die altere v. 20. Dec. 1695. (N. C. C. Tom. VI.

p. 265, Rabe, Bb. I. Abth. 6. S. 191);

1) Deich Drbn. für bie Saal Deiche v. 27. April 1779. (N. C. C. Tom. VI. p. 1535, Rabe, Bb. I. Abih. 6. S. 358);

g) Deich =, Ufer = und Graben Drbn. für bas Regbruch v. 14. Dec. 1779. (N. C. C. Tom. VI. p. 1631, Rabe, Bb. I. Abih. 6. S. 384);

h) Deichs, Ufers, Grabens und Schaus Ordn. für das Warthetruch v. 27. März 1802. (N. C. C. Tom. XI. p. 785, Rabe, Bb. 7. S. 88) nebst Allerh. Erl. v. 28. Aug. 1850 zur Dekl. der §§. 5. n. 20. ders selben. (G. S. 1850. S. 398), und Allerh. Erl. v. 28. Juli 1852 wegen Abanderung des §. 9. derselben. (G. S. 1852. S. 516);

i) Allgemeine Stroms, Deichs und Ufers Ordn. für Oftpreußen und Lithauen v. 14. April 1806, in welcher die ältere v. 12. April 1787 in Bezug genommen wird. **) (N. C. C. Tom. XII. p. 58,

Rabe, Bb. 13. S. 631);

k) B. über die Organisation der neuen Deichschauen auf dem sinken Rheinuser abwärts von Neuß, v. 7. Mai 1838. (G. S. 1847. S. 106, Nr. 2807. und v. K. Ann. Bd. 22. S. 459);

1) B. über die Eindeichung ber Grundflücke ber Ratafter : Gemeinden Strump, Lank und Langst v. 5. Febr. 1847. (G. S. 1847. S. 106, Nr. 2806.).

[&]quot;) Sommerbamme befanden sich schon früher an der Ober in der Gegend von Freienwalde und Wriezen, und bezog sich darauf das Ed. v. 28. Juni 1754 wegen Bestrafung dersenigen, so Oberdamme durchstechen oder der Umswallung der Ober schaden. (N. C. C. Tom. I. p. 670, Rabe, Bd. I. Abth. 2. S. 366). — Wegen Anpstanzung von Sehweiden in den auf beiden Seiten der Ober bewallten Brüchern erging das R. der Kurmärk. Kriegss u. Dom. Kamsmer v. 17. März 1758. (N. C. C. Tom. II. p. 289, Rabe, Bd. I. Abth. 2. S. 509).

^{**)} Dazu sind ergangen: a) R. O. v. 11. März 1837, beir. die Bestrafung von Uebertretungen der in der Ordn. v. 14. April 1806 enthaltenen Borschriften (G. S. 1837. S. 57); b) R. O. v. 7. Juni 1843, beir. die Bertretung der Aufernenseschen und Linkuhnenschen Deichsozietäten in Prozessen durch Deputirte. (G. S. 1843. S. 268).

2) in Bezug auf die Errichtung neuer Deichverbande auf Grund und nach Anleitung bes Gesehes (§ 9. 11. ff., §, 15.).

B) Anordnungen für Deiche außerhalb eines Deichverbandes.

Bei dem Mangel eines regelmäßigen Deichbans Spstems in der Proving Schlesien lag die Verpflichtung zur Unterhaltung der Haupts Oderdämme und Deiche provinzialrechtlich ausschließlich denjenigen einzelnen Grundeigenthumern ob, in deren Grenzen diese Damme besindlich sind. Zur provisorischen Begegnung dieses unzulänglichen Justandes bestimmten die K. D. v. 24. April und 22. Juni 1830 (s. Publif. des Obersprässt. der Provinz Schlessen v. 27. Juni 1832 in v. K. Ann. Bd. 16. S. 481) "daß die Grundeigenthumer der durch Uebersschwemmung beschädigten oder weggeriffenen Haupts Oders Dämme zu deren Wiedersterstellung in der Regel nur die halfte und dei erwiesenem Unvermögen nur ein Orittel der Kosten beizutragen haben, die übrigen z oder z aber von den übrigen in der Inundationsstäche liegenden, also durch Deiche vor Ueberschwems mungen geschützten Grundeigenthumern nach dem Verhältniß des drohenden Schasdens ausgebracht werden sollen.

Ueber die Erhaltung und Benutzung der Damme an der Ober und Ohlan vergl. das Publik. der Reg. zu Breslau v. 13. Nov. 1818. (v. R. Ann.

Bb. 2. **S**. 1156).

C. Bu ben Wasser- und Ufer-Ordnungen, welche bas Deichgeset v. 28. Jan. 1848 nicht betrifft und beren legislative Behandlung aufgegeben

wurde, gehören:

a) Patent wegen Schonung der Buhnen in der Kurmark und dem Hers zogthume Magdeburg (die Elbe betr.) v. 12. Febr. 1727. (C. C. M. Tom. IV. Abth. 2. p. 345, Rabe, Bd. I. Abth. 2. S. 6.), und Dekl. dieses Pat. v. 9. Aug. 1793. (N. C. C. Tom. IX. p. 1641, Rabe, Bd. 2. S. 468);

b) Regl., wonach die Priegnissche Elbbuhnen-Arbeit zu verrichten und wegen der Beiträge zur Buhnen-Kasse v. 6. Febr. 1737. (C. C. M.

Cont. I. p. 11, Rabe, Bd. I. Abth. 2. S. 96).

c) Riers-Ordn. v. 6. März 1769. (N. C. C. Tom. IV. p. 5385, Rabe,

Bb. I. Abth. 3. S. 480);

d) Wassers und Ufers Ordn. für ben Rheinstrom im Berzogihume Rleve u. dem Fürstenihume Meurs v. 2. Dec. 1744. (N. C. C. Tom. V. p. 707, Rabe, Bb. I. Abih. 6. S. 14);

e) Königl. Preuß. Wasser: u. User: Ordn. für den Ruhrstrom in ber Grafschaft Mark v. 10. Mai 1781. (N. C. C. Tom. VII. p. 281,

Rabe, Bd. I. Abth. 6. S. 488);

1) Fluß, und Schau Drbn. für bie Karthaune v. 30. Juni 1794.

(N. C. C. Tom. IX. p. 2345, Rabe, Bb. 2. S. 649);

g) Ufers, Wards und Hegungs-Ordn. für das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glas v. 12. Sept. 1763. ") (Korn's Ed. Samml. Bd. 7. S. 412).

h) Rheinufers und WaffersDrbn. v. 2. Dec. 1774.

*) Mit Bezug barauf find zu bemerten:

b) R. des Min. des J. für Gew. Ang. u. d. Berw. für H., F. u. Banwes. v. 31. März 1837, daß, — abgesehen von Provinzialgesehen, insbes. in der Provinz Schlessen, für welche die Users 1c. Ordu. v. 12. Sept. 1763 eine Ansnahme macht, und demgemäß eine vom Staate zu realistrende Iwangsverpsichtung der Gigenthamer zur Userbesehigung begründet, —

Publ. der Reg. zu Liegnis v. 9. Mai 1834, welches auf Grund eines Min. Erlasses befannt macht, "daß die nach jener Ordn. den Grundstücken auferlegte Realverbindlichkeit zur Deckung und herstellung abgebrochener Oberuser durch Abtretung einzelner Theile des Grundstückes ohne Gesnehmigung der Landespolizeis Behörde einem dritten Erwerder solcher Trennstücke nicht übertragen werden dürse, vielmehr das ursprünglich mit der Realverdindlichkeit belastete Grundstück dassür verhaftet bleibe. (v. K. Ann. Bb. 18. S. 545);

II. Der Iwed des Deichgesets v. 28. Jan. 1848 ift im Allgemeinen die Herbeisührung einer allgemeinen und vollständigen, angemessen und gleich= artig geordneten Eindeichung der Flußniederungen. Diesem zunächst auf Schutzmaaßregeln gegen Beschädigung von Wohnungen und Feldsturen durch Ueberschwemmung gerichteten Zwecke liegt als hauptsächlichstes Wotiv die Beforderung der Landeskultur durch Landesmeliorationen zum Grunde. Diesem Motiv zusolge ist das Gesetz als ein wichtiger Theil der Landes-Rultur-Gesetzgebung, weiterhin aber auch als eine legislative Waaßregel zu betrachten, welche nicht blos das Privatinteresse der Grundbesitzer einer einzzelnen Riederung, sondern vielmehr ein allgemeines staatsgesellschaftliches Interesse bezweckt. Es schließt sich im Vorschreiten der Preuß. Kultur= und Agrar-Gesetzgebung und ihrer Erfolge, als deren weitere Ergänzung an diesselbe an. 1)

Die neue Gesetzgebung soll die Borschriften der SS. 63—66. Ait. 15. Thl. II. des A. L. R. vertreten, von welchen sie indeß völlig abweicht 2).

Diefelbe hatte eine zweifache Aufgabe, namlich :

2) hierüber sprechen fich die bem (ben Provinz. Ständen vorgelegten) Entw.

beigefügten Motive folgenbermaaßen aus:

Die entworfenen SS. bes Gesetes:

a) über Anlage und Unterhaltung von Brivatbeichen,

b) über Bilbung von Deichverbanben,

c) über bie in Folge dieser Bildung eintretenben Belaftungen und Beschränkungen des Eigenthums,

follen bie §S. 63-66. Tit. 15. Thl. II. bes A. E. R. vertreten.

Die gemachten Borschläge weichen von den Bestimmungen deffelben völlig ab, und die lesteren find daher um so mehr zu erörtern, als in den Motiven des Revisions : Entwurfs zum A. L. A., dessen Borschläge ebenfalls von ihm völlig abgehen, die Bestimmungen des lesteren nicht als unanwendbar nachges wiesen werden.

Das A. E. R. unterscheibet in ben §§. 63. und 64. 1. c.

Damme, wodurch nur die zunächst baranstoßenden Felber gegen Uebers schwemmungen gedeckt werben sollen, und

Pauptbamme, die einer gangen Gegend zum Schute gegen bie Ueberschwemmeng bienen follen.

Erstere soll ber Eigenthumer ber Ufer unterhalten, lettere sollen burch Beiträge sammtlicher baburch geschützter Grundstude angelegt und unterhalten werben.

Es liegt die Boraussehung zum Grunde, daß ein Damm, je nachdem er verstärft und erhöht werde, einem weiteren Umfreise Schutz gewährer; daß es Damme gebe, welche zwar den anstoßenden Grundstücken Schutz gewähren, ihrer unvollkommenen Konstruktion wegen diesen Schutz aber auf die weiter vom Strome abwärts belegenen Grundstücke nicht auszudehnen vermögen. Hierbei scheint angenommen, daß die der Aeberschwemmung unterliegende Riederung eine gegen den Strom hin sich absenkende Fläche bilde, so daß der Schutz der entsfernteren Theile derselben immer höhere und stärkere Damme erfordere.

Diese Ansicht ist aber irrig und wird burch bie Anschauung, wie durch bie Lehren ber Geognofie widerlegt. Go lange bie Strome nicht in ihre tiefften

¹⁾ Dit welchem Erfolge bas neue Geset burch eine hervorstechende Thätigkeit ber höheren Verwaltung auf diesem Gebiete ber Landeskultur in Aussührung gesbracht ist, ergeben die seit Publikation des Ges. neu errichteten oder verbefferten zahlreichen Statuten über Deichverbande. (Vergl. deren Zusammenstellung in Bb. I. S. 884—885.)

bem Staate wegen ber Borfiniheverhältnisse ber öffentlichen Strome kein Zwangerecht zustehe, und die Befestigung der Ufer, resp. die Dereliktion des bedrohten Grundstäckes nach allgemeinen geseslichen Bestimmungen von der Fakulikt des Eigenthamers abhänge. (v. R. Ann. Sd. 21. S. 80).

a) die gefehliche Auerkennung bes Rechtsprinzips einer (zwangsweise zu realisfirenden) genoffenschaftlichen Berpflichtung aller beim Schutz gegen Ueber-

Delta-Gegenben eingetreten sind (wo das ganze Land in Ermangelung kunstlicher Eindeichungen Ueberschwemmungen ansgesetzt bleibt), so lange sie noch zwischen, wenn auch unmerklichen und entfernten Höhen sließen, machen die der Uebersschwemmung ausgesetzten Niederungen nur Theile des früher ausgedehnteren Flußsbettes aus. Sie liegen daher auch entweder völlig im Niveau oder die Ungleichsheiten sind nur dadurch herbeigeführt, daß der Strom beim Uebertreten der User seine Sinkstosse in ungleicher Vertheilung abgelagert hat. In diesem Falle lagern sich aber, den Gesehen der Ratur nach, die Sinkstosse im stärkeren Maaße zunächst am User ab und die Riederungen bilden eine nicht von der Höhe zum User, sons dern umgekehrt von dem User zur Inundationsgrenze hin absallende Fläche. Die wirklichen Söhen sallen aber gegen den Strom oder gegen das Inundationsgediet desselben so steil ab, daß die Sicherung eines Theils des Abhanges durch Damme wohl nie angemessen erscheinen und versucht werden wird.

Einer weiteren geognostischen Aussührung dieser Ansicht bedarf es für den Zweck nicht; es ist nur noch darauf hinzubeuten, daß selbst bei einem völlig uns merklichen das Maximum des Gefälls der Eisenbahnen von zzo nicht übersteiz genden Abfalle der wirklichen höhen gegen den Fluß nur ein Streisen von 200 Ruthen durch den Unterschied des vollbordigen und des bekannten höchsten Wass

serftandes der unteren Ober erreicht werden wurde.

Damme, welche nur die zunächst daranstoßenden Felder gegen Ueberschwems mung sichern (S. 63. A. E. R. l. c.), giebt es gar nicht. Alle Damme sichern mehr ober weniger vollständig die ganze hinter ihnen belegene Niederung. Diese kann eine ausgedehnte ober engbegrenzte sein; sie kann einem und kann mehreren

Befigern gehören.

H

ŀ

Į

Wenn der S. 64. 1. c. die Eigenihümer sämmtlicher durch Paupidamme zu schützenben Grundftude verpflichtet, zur Anlegung Beitrage zu leiften, so ift biefe Bestimmung ohne Bebeutung, so lange nicht festgeset ift, auf welche rechtsbes ständige Weise die Nothwendigkeit ausgesprochen werden konne, daß in dem eine zelnen Falle Damme angelegt werden follen. Der einseitige Wille eines Theils / nehmere fann hier nach allgemeinen Rechtsgrundfagen nicht entscheiben und schwerlich burfte ein Richter eine Rlage zulaffen, mittelft beren ber Besitzer irs gend eines Theils einer noch unverwallten Mieberung bie übrigen Befiter ans halten wollte, ihn bei ber Anlegung von Dammen burch Beitrage zu unterftugen. Rann aber der einseitige Akt eines oder mehrerer Theilnehmer die übrigen nicht zur Mitwirkung bei Anlegung ber Damme verpflichten, fo muß - wenn nicht eine ganze willführliche Anwendung des Begriffs der vorsio in rom gemacht werden foll - baffelbe auch von der Unterhaltung gelten, und ber S. 64. behalt überhaupt nur in sofern Bebeutung, als auf fompetente Beise bie Erflarung erfolgt ift, daß Damme angelegt und unterhalten werden follen. Diese Erflas rung wird in Ermangelung freiwilliger Ginigung aller Mitbetheiligten, aber nur ber Landesherrlichen Gewalt zustehen, und ber S. 64. enthalt baher gar keine praftische Bestimmungen für ben Fall, wo nicht besondere Damm Drbnungen porhanden find.

Daffelbe gilt in praktischer Hinsicht von dem S. 65. Denn das Berhalts niß des drohenden Schadens, nach welchem in Ermangelung vorhandener Bersträge, oder Damms und Userordnungen, die Art und das Maaß des Beitrages bestimmt werden soll, hangt von so unendlich vielen Faktoren, Größe und Bosnität der Grundstücke, Lage derselben gegen den unverwallten Strom zc. ab, daß eine prozestualische Erörterung derselben kaum zu einem Resultate führen wird. Es wird immer einer nur im legislativen Wege zu gebenden Entscheidung des dürsen, dis zu welcher Grenze die Ermittelung dieser Berschiedenheiten erfolgen foll. Die SS. 64. u. 65. l. c. enthalten eigentlich nur (ungenügende) Andeus tungen über den Inhalt der in allen einzelnen Fällen erforderlich bleibenden bes

fonberen Damm-Ordnungen.

So viel nun die ftatt ber §§. 63 — 65. 1. c. jest vorgeschlagenen Bestimsmungen anlangt, so waren solche zunächst hinsichtlich ber Deiche nothwendig, welche noch keiner vom Staate gebildeten ober auerkannten Deich=Genoffenschaft

puthungen, wie bei Melioration ber Grundstäde burch Abhaltung bes Stroms wassers auf gleiche Weise interessirten Niederungsbesitzer, theils zur gemeins samen Anlage neuer Deiche, theils zur gemeinsamen Unterhaltung und Ersweiterung vorhandener Deiche;

b) die landespolizeiliche Ueberwachung der vorhandenen, von Einzelnen oder von kleinen Sozietäten angelegten Privatteiche, zum Zweck ihrer Konservation im Interesse der Landesfultur und daß mit diesen Privatdeichen keine, ans deren benachbarten Grundbesitzern schädlich werdende Beränderung vorgenommen werde.

Es enisprechen nun der Aufgabe zu a. die §§. 11—23., der zu b. die §§. 1—10. des Ges. v. 28. Januar 1848, indem erstere die Gründung von Deichverbänden, lettere die zu keinem Deichverbande gehörigen Deiche behandeln; während die §§. 24. ff. gemeinsame Bestimmungen für Deiche inund außerhalb eines Deichverbandes enthalten.

III.

Organische Einrichtung, Verwaltung und Vertretung ber Deichverbanbe.

Die bei alteren und neueren Deichverbanden im Allgemeinen ziemlich gleichartig geordnete Verwaltung der Deichangelegenheiten und die Repra-

sentation ber Deichgenoffen bedarf einer besonderen Erbrterung.

Die Entstehung und Natur der Deichverbands-Verhältnisse führt in der Regel zu einer mehr oder weniger ausgedehnten Selbstverwaltung; jestenfalls neben dem Oberaufsichtsrechte des Staates, zu einer wesentlichen Theilnahme und Mitwirkung der Deichgenossen bei der Verwaltung und Ordnung der Deichverbands-Angelegenheiten.

In sehr angemeffener Weise ist dieser Gegenstand in den mittelft Allerh. Erl. v. 14. Nov. 1853 publizirten Normativ-Bestimmungen behandelt. Zuvorderst ist im S. 1. derselben ausgesprochen, daß ber Deich verband eine

Rorporation bildet. Danach theilt sich

I. die Deichverwaltung, — das Deichamt —

1) in die eigentliche Verwaltungsbehörde, und 2) die Vertreter und Repräsentanten der Deichgenoffen.

In der Regel, soweit nicht nach den besonderen Statuten und Deichsordnungen ein landesherrlicher Beamte an der Spize der Verwaltungsbeshörde gestellt ist, wird diese gleich den Repräsentanten von den Deichgenoffen gewählt.

Die Normativbestimmungen v. 14. Nov. 1853 laffen A. das Deichamt in der Regel bestehen (§. 49.), aus:

a) dem Deichhauptmann (Deichgraf, Deichrichter) oder deffen Stells vertreter, als Vorsitzenden, welche von den Repräsentanten der Deichgenoffen nach absoluter Stimmenmehrheit auf 6 Jahre gewählt werden, jedoch der Bestätigung der Regierung unterliegen und von einem Kommissarius dersselben in öffentlicher Sitzung des Deichamts vereidet werden (§. 29.);

b) dem Deich-Inspektor, welcher auf gleiche Weise gewählt, be-

ftatigt und vereidet wird (§. 36.);

c) den von den Deichgenoffen nach näherer Bestimmung der Statuten zu wählendenden Repräsentanten (s. 49.).

a) Der Deichhauptmann steht an der Spize der Deichverwaltung und hat:

angehören. Die Deiche ber Provinz Schlesten und großentheils Sachsen, sowie viele in ben Provinzen, wo die Deichgesetzgebung nur eine flatutarische ift, wie z. B. Brandenburg, gehören hierher.

als eigentliche Verwaltungsbehörde die Gesete, wie die Beschlüsse der Behörden und des Deichamts auszusühren, den Deichverband nach außen und in Prozessen zu vertreten, die Deichbeamten zu beaufsichtigen, die Deichs rollen und Gebelisten auf Grund des Deichstatasters aufzustellen, auch die Deichkassenbeiträge und Strafgelder im Wege der administrativen Erekution entweder durch die Unterbeamten des Verbandes oder durch Requisition der gewöhnlichen Ortsposizeibehörden beitreiben zu lassen, auch die Deichamtss Versammlungen mit eigenem Stimmrechte zu leiten (S. 35.) und dem Deichsamte über die Resultate der Verwaltung einen Jahresbericht zu erstatten (S. 30.);

β) als Polizeiobrigieit innerhalb bes Geschäftsbereichs bes Deichamts bie ortliche Deichpolizei zu handhaben (§. 29.), auch Strafen wegen beichpolizeilicher Uebertretungen (bis fünf Thaler oder brei Tagen Gefängniß) nach bem Ges. v. 14. Mai 1852 (G. S. 1852 S. 245) festzuseten, welche von

ihm festgesetten Geldftrafen jur Deichkaffe fließen (S. 34.).

b) Der Deich = Inspektor besorgt die technische Beranschlagung und Aussührung unter Genehmigung des Deichamts, ingl. die technische Beaufsschtigung der Deichanlagen und leitet die technische Berwaltung einschließ = lich der zur Abwehrung der Gefahr bei Hochwasser und Eissgang erforderlichen Maaßregeln. Dabei und insbesondere bei der Bertheidigung gegen Wassergefahr haben die Unterbeamten, Deichschppen, Wach = und Hulfsmannschaften, die Anweisungen des Deich = Inspektors zu befolgen. (§§. 36—39).

c) Die Deich-Repräsentanten sind bei Anstellung von Unterbeamten, und über wichtigere Verwaltungsangelegenheiten (§ 43., 45.) stets zu hören, haben hingegen, mit Verpslichtung aller Deichgenossen, unter Theilenahme des Deichhauptmanns und Deich-Inspektors, über alle Angelegenheiten des Deichverbandes verbindliche Veschlüsse zu fassen (§ 48., 56.), auch die Verwaltung zu kontrolliren, deren Hauptsbeamte (Deich-Hauptmann, und Deich-Inspector) von ihnen gewählt werden.

B. Als Unterbeamte bes Deichamte fungiren

a) ein Deichrentmeister und gleichzeitiger Deich=Sekretair (§. 41.), welcher die Deich-Rasse verwaltet und das Deich-Rataster führt;

b) die Damm- ober Ballmeifter für die specielle Beaufsichtigung

ber Arbeiten der Deiche ic.; sodann

į

ţ

į

1

)

ţ

c) die Deichschoppen (Deichschulzen, Deichgeschworne), je zwei sür spezielle Aufsichtsbezirke, auf 6 Jahre aus den Deichgenoffen vom Deichamt erwählt, als Organe und Hülfsbeamte des Deichhauptsmanns und Deich-Inspektors, sowie zur Ordnung und Leitung der Hülfsleistungen der Wachmannschaften und Deichgenoffen, und zur Sorge für Beschaffung der Schutzmaterialien bei Eisgang oder Hochswasser wasser (SS. 45—46.).

II. Das Oberaufsichtsrecht des Staates übt die Bezirksregierung, als Landespolizeibehörde (§. 24.) und in höherer Instanz (zuf. der B. v. 26. Nov. 1849, G. S. 1850. S. 3. s. in Bd. I. S. 3.) das Ministerium für landwirthschaftliche Angelegen-

heiten, in folgender Art:

a) burch Entscheibung über Beschwerben gegen Beschlüsse bes Deichamts und bes Deichauptmanns, soweit nicht ber Rechtsweg ftatt hat (§. 24. a. b.);

b) durch Erlaß ber erforderlichen Polizeiverordnungen, nach Maaßgabe des Ges. v. 11. Marz 1850, zum Schute des Deiches, der Graben u. f. w. (§. 25.);

c) nothigenfalls burch Abordnung von Kommissarien behnfe Revision der Deichverwaltung, Beiwohnung der vorgeschriebenen regelmäßig abs zuhaltenden Deichschauen und der Deichamtsversammlungen (§. 25.);

d) burch Prufung und event. Festkellung ber Etate und Besolbungen (\$5.

27. u. 28.) }

bei Baffergefahr burch perfonliche Kontrolle ber Sicherheitsmaaß regeln Seitens bes Kreislandraths ober eines besonderen Resgierungs-Kommissars und bei Gefahr im Berzuge ber erforderlischen, aber verfaumten Maaßregeln vermittelst unmittelbarer Anordsnung berselben burch ben Landrath ober besonderen Rommissatus (S. 26.), endlich

f) burch Genehmigung ber Beschlusse über besondere wichtige Gegenstande, ale Kontrabirung neuer Anleiben, Beraußerung von Grunds

ftuden, Bau neuer Deiche u. f. w. (§. 57.).

Aehnliche Einrichtungen, wie die zu I. und II. gedachten, finden sich in ben alteren und bestehenden Deichordnungen. 1)

1) a) Nach der Deichs-Ordn. für Kleve v. 24. Febr. 1767 waren zur Aufsficht zc. über die Deiche ein Deichgraf, sieben Heimrathe und ein Deichschreiber ans geseht, welche den Deichstuhl (das Deichamt) unter dem Königl. Ober Deich Insspektor bildeten und auf den allgemeinen (Schaus) Erbentagen nach Stimmenmehrsheit derjenigen meistbeerbten Deichgenossen, welche 4 hollandische Morgen besahen, und beshalb stimmberechtigt waren, gewählt wurden.

b) Hingegen hat, zusolge ber Damm-Ordnung, betr. die Beichselbamme in der Marienwerderschen Riederung v. 30. Marz 1755, der Departs Rath den Damm zu bereisen und die Regierung den Dammmeister und Bauschreiber, so lange aus Königl. Kassen das Geld zum Bau bezahlt wurde, zu bestellen; bei den Deichschauen konkurriren indes Deputirte der Städte und die

Dorffdulgen.

c) Nach der Altmärkischen DeichsOrdn. v. 1. Sept. 1776 und der alteren revid. v. 20. Dec. 1695 dirigirt die Deichschau der Landeshauptmann der Altmark, wogegen der Deichhauptmann von der Ritterschaft ernannt, doch landessherrlich konstrmirt und weiterhin bestimmt wird, daß zu den Schauen außer ihnen der landesherrl. Amtmann zu Tangermünde in Vertretung der Amts Dörfer und Unterthanen, sodann Deputirte der beiden Städte Seehausen und Werben, ferner bestallte Deichschauer und endlich aus den betheiligten Ortschaften je ein oder mehrere Richter und heimbreiter, und zwar als solche theils die Schulzen, theils die Besitzer bestimmter Sose, hierunter auch von einigen Rittersitzen, abzuordnen und zuzusziehen sind.

d) Nach der Deich-Ordn. für das Nethbruch v. 14. Dec. 1779 ift das Deichs amt zusammengesett aus dem Deichhauptmann und Königk. Deich-Inspektoren, zwei Walls und Schleusenmeistern und einem Magistrats-Deputirten von Friedeberg, wosgegen bei der Deichschau die Königk. Domainen sumter und die Schulzen und Dorfgerichte aus den betheiligten Ortschaften konkurriren; den Deichstuhl oder das Deichgericht aber — behufs Festsetung der verwirkten Strafen und Entschaung von Streitigkeiten — der Deichhauptmann, ein Deich-Inspektor und Justizbeamte bilden.

o) Rach ber Deiche Drbn. für die Saaldeiche v. 27. April 1779 ftand bie Direktion und Oberaufsicht ben vier Hauptintereffenten (bem Königl. Amte Rensbeefen, bem Fürstl. Anhaltschen Amte Bernburg, dem ablichen Sause Popliz und Laublingen, und dem adlichen Sause Beesedau) gemeinschaftlich zu, deren seber zur Aufsicht für se einen Distrikt einen Deichschulzen bestellte, mit deren Zuziehung die

Deichschanen zu halten finb.

Deichamt aus fünf Mitgliedern bestehen: 1) dem von den vier Repräsentanten nach Stimmenmehrheit zu wählenden Deichhauptmann; 2) einem Repräsentanten der im Warthebruch belegenen Domainen, dem jedesmaligen Depart. Rath des Warthes bruchs, der das Direktorium des Deichamts führt; 3) einem vom früheren Heers meister zu Sonnendurg bestellten Repräsentanten des Heermeikerthums; 4) dem von den ablichen Dominien rechts und links der Warthe zu wählenden Repräsenztanten dieser ablichen Bestyngen; 5) dem Bürgermeister von Landsberg, als Respräsentanten dieser Stadt. Dem Deichamte sind untergeordnet drei Deich Jusspektoren, neun Wall, und Grabenmeister, ein Deichkassentiger Registrator und gleichs zeitiger Sekretair, ein Deichkontrollenr und gleichzeitiger Registrator und ein Deichs zwischen. — Zur Schau-Rommission gehören der Deichhauptmann als Dirigent, die Deputirien der Domainens, Ordenss, Ablichen und Städtischen Güter und die

HI. In Bezug auf die Organisation der Berwaltung ist endlich noch der strafrichterlichen Kompetenz der Deichverwaltung besonders zu erswähnen. Es ist bereits bemerkt, daß die älteren Deichordnungen aussühr-liche Strasbestimmungen zu enthalten pslegten und deren Anwendung oft selbst gegen Nichtgenossen, in die Hände, entweder besonderer Deichstühle, (genossenschaftlicher Deichgerichte) oder der ganzen Deichschan-Kommission bei ihrer regelmäßig, jährlich, halbjährlich oder in anderen Perioden sich wiesderholenden Deichschauversammlung legten. 1)

A. Bon den spateren Berordnungen über diesen Gegenstand find

anzuführen:

1) die B. v. 25. Jan. 1847 (G. S. 1837 S. 76.), durch welche zur Beseitigung der Zweisel über die Strafbefugniß der Deichhauptleute in der Altmark bestimmt wird:

baß diesen Deichhauptlenten wegen aller außer ber Zett ber Deichschaus Verssammlungen zu ihrer Rognition gelangenden Kontraventionen gegen die Vorschrifsten der Altmärkischen DeichsOrdnungen v. 20. Dec. 1695 und 1. Sept. 1776 eine gleiche Strasbefuguiß zustehen soll, wie solche den Deichschauen selbst eingeräumt worden ist, worüber sie jedoch diesen letteren bei deren jedesmaliger Versammlung eine Nachweisung mit Angabe der Ueberweisung der Strasen an die DeichsStrasskasse vorzulegen haben.

Refursbehörde gegen die Straffestsengen sollte die Reg. zu Magbe-

2) die K. D. v. 30. April 1847 (G. S. 1847 S. 210.) legt ben Deichkommiffarien im Reg.-Bez. Magdeburg die Befugniß bei:

Befiger ber Entreprisen (anberen Rolonie-Befigungen) von wenigstens 200 M. Morgen Flache.

g) Rach ber Stroms, Deichs und Ufers Dron. für Dftpreußen und Lite thauen v. 14. April 1806, namentlich in ben beiben Litthauischen Deichsozietaten (Ruckerneese und Linkuhnen) wird für jebe Sozietat eine Deputation von fünf Mitgliebern bestellt, zu welcher indeß auch der Departements-Rath, als Deputirter für die Königl. Domainen, gehört. Im übrigen werben die Deputirten von brei ju brei Jahr mit unbedingter Bollmacht jur Bestimmung ber Bauten und Gelbs beitrage von bensenigen Sufenwirthen gewählt, welche nach ben Bineregistern eine Hufe Magbeburgisch (1273 M. Kulmisch ober 1477 M. Olepkoisch Maaß) ober barüber befigen und verzinsen, in ber Art, baß bie Gingeseffenen jebes Damms Geschworenen . Beritte einen Deputirten (Bahlmann) ernennen und biese Bahlmanner die Mitglieder ber Deputation aus denjenigen Grundbefigern mablen, welche im Deichbezirke wenigstens 2 hufen Magbeburgisch befiten. - Bu ben Bes rathschlagungen der Deputation treten jedoch als Sachverftandige der Wafferbaus Direftor und ber Deich Inspettor, welche allein über bie Bauart ber Berfe ents scheiben, hingu; indeg werben Dammgeschworene und Buschwächter von ber Des putation gewählt. Nach ber B. v. 7. Mai 1838 über die Organisation ber neuen Deichschauen auf bem linken Rheinufer abwarts von Neuß werden als stimms fähige Mitglieder ber feche neu errichteten Deich-Korporationen bie Befiger folcher ber Ueberschwemmung ausgesetten Grundstude angesehen, beren beitragspflichtiger Ratastral-Reinertrag 20 Thir. ober mehr beträgt; Diese mablen bie Deich-Direktion, bestehend aus einem Deichgrafen, zwei Deputirten und mehreren Beimrathen (7 refp. 3) auf einem Erbentage aus ihrer Mitte, indeg unter Bestätigung ber Res gierung, ingleichen einen Rendanten, wahrend ein Deichschreiber, ein Deichbote und die Damm= und Schleusenwarter von ber DeicheDirektion bestellt werben.

1) Das Publ. der Reg. zu Magdeburg v. 13. Juni 1818, welches das Bat. v. 12. Febr. 1727 und deffen Dekl. v. 9. Aug. 1793 wegen Beschäbigung der Buhnen einschäft, bestimmt eine Polizeistrase von 10 Thaler auf das Anlegen von Schiffsgesäßen an Buhnen, Packwerken und Psanzungen (v. K. Ann. Bd. 2. S. 503). Dasselbe betrifft indeß nur die Stroms, nicht die Deichpolizei. Ebenso bezieht sich das Publ. der Reg. zu Danzig v. 31. Mai 1821 (v. K. Ann. Bd. 5.

6. 447) nur auf Danen Bflanzungen.

Nachlässigseiten ber ihnen untergebenen Deichse Bachtmanuschaften mit Geldsftrafen von 11) Sgr. bis 1 Thir., sowie Nachläsigkeiten und Ungehorsam ber zur Bertheibigung ber Deiche berufenen Gulssmannschaften mit Geldstrafen von 1 Thir. bis 5 Thir. zu ahnben, in beiben Fällen unter Substitution verhältnismäßiger Gefängnifstrafen, beren Bollstreckung burch bie Landrathe erfolgt.

- 3) mit Bezug auf die nach der K. D. v. 24. April 1830 angeordnete Bildung provisorischer Deichverbande in Schlesien bestimmte das R. der Min. d. F. u. d. J. v. 27. April 1847. (Min. Bl. d. i. B. 1847 S. 239.)
- a) daß Zuwiderhandlungen gegen die in Betreff des Schuzes, der herkellung und Unterhaltung der Deiche ertheilten Anordnungen der bestellten Deichamter und Deichgrafen in der Provinz Schlesien mit einer Geldstrafe dis zu 50 Thlr. und im Unvermögensfalle verhältnismäßigem Gefängniß zu ahnden sind; b) die Festsfehung der Strafen auf Anzeige des Deichamts oder Deichgrafen durch den Landsrath erfolgen solle.

B. Neuere Gesetzgebung hierüber.

1) Das Deichgeset v. 28. Jan. 1848 enthält nur die polizeisliche Strasbestimmung im S. 1., daß die Neuaulage, Beränderung, ganzliche oder theilweise Zerstörung vorhandener Deiche (außerhalb eines Deichverbandes), ohne ausdrückliche Genehmigung der Regierung, mit Geldsbuße bis zu 50 Thalern bestrast werden soll, und die Normativ-Bestimsmungen v. 14. Nov. 1853 bestimmen Strasen auf Unfolgsamseit, Fahrlässigseit oder Widersetzlichkeit der Wächter und Arbeiter (von 5 Sgr.—3 Thir.), auf Nichtbesolgung des Ausgebots oder eigenmächtiges Verlassen der Wachtsposten (von 5 Thir.), desgl. wegen nicht oder unvollständig gelieserter Raterialien, nicht geleisteter Fuhren, oder nicht gestellter reitender Boten (resp. von 5 Thir.) Thir. oder 6 Sgr.

2) Nach der neuen Justizorganisation und der Errichtung von Polizeisgerichten durch die B. v. 2. Ian. 1849 ift von dem Minist. für landw. Aug. durch das R. v. 27. Juni 1850 (Min. Bl. d. J. B. 1850 S. 214), im Eins

verftandnig mit dem Juftig-Min. ac. bestimmt,

daß die Schau-Rommissionen auch noch jest die Strasen gegen Mitglieder bes Schauverbandes sestsesen dursen, indem bergl. Strasen nicht den Charafter von Polizeistrasen, sondern von Ordnungsstrasen haben, welche der Borstand des Berbandes auf Grund der statutarischen Korporations-Bersassung verhängt. Kontraventionen gegen Richtmitglieder dagegen seien vor dem Polizeirichter zu verfolgen.

Wenn jedoch der Deichhauptmann als Ortspolizeibehörde innerhalb des Bereichs der Deichangelegenheiten betrachtet werden muß (§. 29. der Normativ-Bestim. v. 14. Nov. 1853), so hat er nach §. 34. dieser letteren auch in Bezug auf deichpolizeiliche Uebertretungen von Nichtmitgliedern die Besugniß, Polizeistrasen nach dem G. v. 14. Mai 1852 (G. S. 1852 S. 245.) und zwar, wie in tessen §. 1. gestattet ist, bis zu 5 Ahlrn. Geld oder 3 tägigem Gesängniß vorläusig sestzusehen, während die Festsehung höherer Strasen oder von Strasen für Vergehen jeht unbedingt nur den Gerichten kompetirt.

Zweiter Abschnitt.

Besondere Erläuterungen zu dem Gesetze vom 28. Januar 1848 über das Deichwesen.

I. Deiche, die zu keinem Deichverbande gehoren, betreffend (§S. 1—10.).

Bum S. 1.

1) Die Genehmigung der Regierung zur Veränderung (Anlegung, Berlegung, Erhöhung, ganzlicher oder theilweiser Zerstörung) von Deichen, war in Bezug auf öffentliche Flüsse (d. h. von Natur schiffbare oder in solche umgeschaffene, S. 38., 40. A. L. R. II. 15.) schon früher vorgeschries ben (S. 62. a. a. D. SS. 96., 97. A. L. R. I. 8.). Das Gesetz dehnt dies besondere Aussichts-Recht des Staates auch auf Privatslüsse aus und macht zwischen diesen und öffentlichen Flüssen keinen Unterschied; serner ebensowenig zwischen sließenden und stehenden Gewässern, (Seen

und Gumpfen), welche zeitweise aus ihren Ufern treten.

2) Diese Beschränkung der Disposition des Eigenthümers in Betress von Deich-Anlagen bezieht sich ihrer räumlichen Ausdehnung nach auf alle innerhalb der Inundationsgebiete öffentlicher oder Privat-Flüsse oder stehender Gewässer belegenen Grundstücke jeder Art; ebensowohl auf Aecker, Wiesen, Gärten, als auf Wege, Fischteiche u. dergl. Es haben mithin alle Grundbestzer, resp. Gemeinden, welche Deiche an- oder verlegen, erhöhen oder eingehen lassen wollen, hierzu die Erlaubnis der Regierung als Landespolizeibehörde zuvor einzuholen. Ihre Grenze sindet diese Dispositionseinschränkung nur in der Ausdehnung des nothwendigen Abssluß-Prosils des Hochwassers (§. 3.).

3) Diese Bestimmung gilt ferner nicht nur für wirkliche Deiche, sons bern auch für ähnliche Erhöhungen der Erdoberstäche, mithin auch für sogen. Einpolderungen oder Polderdeiche, gleichviel aus welchen Materiasien dieselben errichtet sind, wogegen die Nebeneinanders und Gleichstellung solcher "ähnlicher Erhöhungen der Erdoberstäche" mit "Deichen" ergiebt, daß geringfügige Erderhöhungen der mehrgedachten landespolizeilichen Beschräns

fung bes Eigenthumers nicht unterliegen.

4) In dem den Provinzialständen vorgelegten Entwurf waren die "Erderhöhungen" als "künstliche" bezeichnet worden. Diese Bezeichenung ist im Gesetze aufgegeben, woraus folgt, daß die Dispositionsbeschränstung sich auch auf solche natürliche Erhöhungen der Erdoberstäche bezieht, durch welche die weitere Ausbreitung des über ihre User heraustretenden Gewässers gehemmt wird.

5) Dabei gehört indeß zur Anwendbarkeit des Gesetzes stets die Woraussetzung, daß das Gewässer (der öffentliche oder Privat-Bluß oder See) zeitweise seine Ufer zu verlassen und benachbarte Grundstücke zu inundiren

pflegt.

6) Vorübergehende, nur für besondere Nothfälle während der Zeit der Gefahr aufgeworfene Erhöhungen oder andere Schutzmaaßregeln der bezeichneten Art unterliegen dieser Beschränkung und dem Gesetze nicht.

7) Das Alinea 2. spricht die Folgen aus, welche auf Kontraventionen gegen das im Alinea 1. ausgesprochene allgemeine gesetliche Verbot stehen. Diese Folgen hängen nicht erst davon ab, daß in dem einzelnen Valle eine specielle Verfügung gegen die beabsichtigte Disposition des Deichshalters von der Regierung erlassen worden sei.

Bum §. 2.

1) Die Bestimmung, daß die Betheiligten vor der Genehmigung der Regierung zu hören seien, ist in das Ermessen der Behörde gestellt, ob sie die Sache für mehr oder weniger erheblich ansieht. Zu den Betheiligten gehören vorzüglich die Besitzer von Grundstücken im Inundationsgebiete, auf deren Beschaffenheit die Anlegung oder Veränderung und Wegnahme eines Deiches von Einsluß ist.

686 Bon bem Schupe u. ber Beförderung ber Landeskultur. Bafferrecht.

2) Walten darüber Zweisel 'ob, welche Personen als Betheiligte zu betrachten sind, so soll die Regierung — zu ihrer Deckung gegen spätere Reklamationen und Ansprüche, eine diffentliche Aufforderung mit präklustvischer Frist erlassen dürfen.

Analoge Vorschriften mit gleichen Wirkungen eines öffentlichen Aufgebots sinden sich in den S. 11—15. des Auss. Ges. zur Gem. Th. und Ablös. D. v. 7. Juni 1821, in den SS. 25—27. der B. v. 30. Juni 1834

und im S. 109. c. des Ablos. Gef. v. 2. Marz 1850.

Bum S. 3.

Bergl. die Erlanterungen jum S. 1. ad 3.

3um §. 4.

- 1) Der S. 4. enthält, gleich dem S. 1., eine Abweichung von dem allgemeinen Prinzip, daß ter Eigenthumer die ihm gehörige Sache vernichten und sich ihrer begeben durfe (SS. 9. ff. A. L. R. I. 8.). Diese Abweichung grundet fich auf bem allgemeinen Grundfat des S. 33. a. a. D., wonach der Staat die Berstorung ober Bernichtung einer Sache alsbann zu unterfagen berechtigt ift, wenn beren Erhaltung auf die Beforderung des gemeinen Bohls erheblichen Ginfluß hat. Durch den thatsachlichen Buftand vor= bandener Deichanlagen auf dem einen Grundftud tonnen die Rulturzuftante, Werths- und Preisperhaltniffe der Nachbargrundftude im Inundationsgebiet wesentlich bedingt resp. erhoht, es konnen in Volge der Eriftenz eines Deichs, im Bereiche der Inundation vielleicht Sumpfe in Aecker und Wiefen verwandelt, neue Ansiedelungen entstanden sein, u. f. w. Deshalb legt das Gesetz diesem faktischen Bustande eine rechtliche Bedeutung bei und knupft daran gegen ben Eigenthumer des Deichs abnliche rechtliche Folgen, als wenn seiner Anlage und ihrer Erhaltung ein Rechtsverhaltniß zwischen ihm und anderen Inundationsgenoffen zum Grunde lage. 1) Diefer Fiftion bes Gesetzes entspricht andererseits die Bestimmung,
- a) daß die Wiederherstellung eines versallenen ober durch Naturgewalt zerstörten oder die Sicherung und Erhaltung eines bestehenden Deiches von der Regierung nur dann verlangt werden darf,
- a) wenn dieser Deich, obgleich von einem Grundbesißer angelegt und zu unsterhalten, boch gleichzeitig die Ländereien auch anderer, mehrerer Besißer schütte, welche den Deich weder angelegt, noch zu unterhalten hatten, wenn dieser lettere also nicht im ausschließlichen Interesse des Deichhalters bestand, oder β) wenn der selbe ein Sozietätsdeich war;

ferner

b) daß die Wiederherstellung oder Sicherung und Konservation nur in dersenigen Sohe und Starke, welche der Deich früher gehabt, resp. im bisherigen Umfange und Zustande von der Regierung gefordet werden fann. 2) Unter die Bestimmungen des S. 4. fallen aber

¹⁾ Aehnliche Bestimmungen sinden sich auch in anderen Bereichen des Wasserste, namentlich im §. 7. des Ges. über die Benutung der Privatstüsse v. 28. Febr. 1843 (G. S. 1843, S. 41), wonach die Polizeibehörde ermächtigt ift, bei entstandenem Streit über die Raumungsverbindlichkeit, die Raumung der Privatsstüsse einstweilen, unter Vorbehalt richterlicher Entscheidung, nach Raaßgabe des Besitstandes (und wenn auch dieser nicht sessseht, von den Userbesitzern) zu bewirfen.

²⁾ Eine Bervollständigung — die Erhöhung ober Berbreiterung — des Deiches, darf bem bisherigen Berpflichteten niemals angesonnen werden; wohl aber

haupisächlich nur eigentliche Deiche (d. h. durch besondere Borrichtungen und Menschenhand angelegte Erderhöhungen, gleichviel ob dabei kunftges recht versahren ist oder nicht); dagegen natürliche Erhöhungen der Erdoberstäche (Hügel) nur insoweit; als diese absichtlich und nicht etwa durch Nasturgewalt (Windwehen oder Wassersstuth) zerstört worden sind. Dergleichen natürliche Erderhöhungen (Hügel und Berge, welche ohne Zuthun der Bessiher entstanden sind) dürsen, wie dies der S. 1. bestimmt, nur alsdann nicht vom Besitzer verändert oder zerstört werden, ohne dazu die Genehmigung der Landespolizeibehörde zuvor nachzusuchen, wenn dieselben bisher dazu gedient haben, das aus seinen Ufern getretene Gewässer innerhalb des Inundationsgebietes zu beschränken.

Bum S. 5.

Bei der Erekution der Regierung auf Erhaltung oder Wiederherstellung des Deichs kommen die Bestimmungen der B. v. 26. Dec. 1808 und der Instr. v. 28. Oft. 1817 (G. S. 1817. S. 288), ingl. der §§. 9. u. 10. der B. v. 4. März 1834 (G. S. 1834. S. 31) nebst der K. O. v. 6, Mai 1836 (G. S. 1836. S. 194) zur Anwendung.

3um §. 6.

In diesem S. ist bestimmt, wen die Regierung wegen Unterhaltung oder Wiederherstellung eines Deichs in Anspruch nehmen soll, wenn über die bisherige Verpslichtung Zweifel oder Streit obwaltet.

- 1) In diesem Falle, in welchem die Verfügung der Regierung nur die Wirkung einer interimistischen Anordnung hat und der Rechtsweg auf Erstattung der Leistungen oder ihres Werths vorbehalten bleibt (§. 8.), ist die Unterhaltung oder Herstellung provisorisch zu verlangen:
 - a) zunächst von dem seitherigen Deichhalter; sodann wofern dieset unbekannt ober nicht leistungsfähig ist, —
 - b) von ben Besitzern ber durch den Deich geschützten Grundstücke,
 ben Inundations-Genossen, endlich
 - c) wenn die Ermittelung der hiernach interimistisch Berpstichteten nach der Dringlichkeit des Falls nicht schnell genug erfolgen kann, von sämmts lichen Grundstücksbesitzern derjenigen Ortschaften, in deren Ortsfeldmark oder Gemeindebezirk der Deich belegen ift, und zwar nach Berhältniß ihres Grundbestes.

In dem Falle zu b. ist bei Anwendung des Kontributionsmaaßstabes auf ein bloßes Ermessen der Behörde verwiesen. 1) Die Anwendung diesses auf dem Prinzip des S. 65. A. L. R. II. 15. beruhenden Beitragssußes setzt voraus

a) die Ausmittelung dessenigen Inundationsgebiets, welches durch den beschast digten oder zerkörten Deich geschützt wird, β) desgl. sämmtlicher innerhalb dieses Bereichs belegener Besitzungen nach Fläche, und Werth, γ) des verschiedenen Wershältnisses, in welchem diese einzelnen Besitzungen, vermöge ihrer Beschaffenheit und Lage der Ueberschwemmung ausgesetzt und mit Beschädigung bedroht sind, wenn der Deich nicht unterhalten oder hergestellt wird.

ţ

1

kann die Unterlassung ober Regelung solcher Benuhungsarten angeordnet werden, welche die Haltbarkeit des Deiches schwächen, z. B. des Betreibens desselben mit Bieh, des Befahrens zu gewissen Jahreszeiten, des Bepflanzens, des Rhodens der Wurzeln n. s. w.

¹⁾ Eine lediglich jum 3weck bes Provisoriums zu bewirkende genaue Ansmittelung wurde mit unverhaltnismäßigen Beiterungen und Roften verbunden sein.

In dem Falle zu β . gilt provisorisch derselbe Vertheilungsmaaßstab, welcher bei einem eingerichteten Deichverbande über das Beitragsverhältniß zu den Deichpflichten, nach ς . 16. entscheidet, nämlich das Verhältniß des

abzuwendenden Schadens und herbeizuführenden Bortheils. 1)

2) Es leuchtet ein, daß beim Rangel vollständiger Vermessungs- und Bonitirungs-Register, wie von Nivellements, die, wenngleich nur summarische Information über obige Voraussezungen oft sehr schwierig und in einzelnen Fällen um so schwieriger ist, wenn die Grundstücke theilweise schon von der Ueberschwemmung betroffen wären. In den meisten dringslichen Fällen wird daher der dritte Kontributionssuß dem von der Regierung zu entwerfenden provisorischen Regulativ über Vertheilung der er-

forderlichen Leiftungen zum Grunde zu legen fein.

Dieser dritte substdike interimistische Vertheilungsmaaßtab geht aber nicht mehr, wie es in dem den Provinzialständen resp. in den Jahren 1841 und 1843 zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegten Entwurf zum Deichgesetz vorgeschlagen war, auf die politischen Gemeinden zurück, sondern auf die Grundbesitzer, jedoch dergestalt, daß deren provisorische Dienstpsticht nur nicht durch die Gesahr der Inundation und Beschädigung ihrer Grundsstücke, sondern lediglich durch die Veldmarks- und Flurgrenze, resp. des Ortsoder des Gemeindebezirks, innerhalb welcher sie mit Grundstücken angesessen sind, bestimmt wird. Die Vertheilung der Deichlasten unter diese Grundbesitzer der Ortsseldmark, resp. des Gemeindebezirks, innerhalb deren der beschädigte oder zu unterhaltende Deich belegen ist, soll nach Verhältzniß ihres Grundbesitzes, d. h. nicht bloß nach der Fläche und Größe der Bestpungen, sondern zugleich unter Verücksigung ihrer Vonität und ihres Ertragswerths, geschehen.

B) Die Gemeinde-Korporationen, als solche, haben aber mit der Deichspsicht nichts zu thun, diese lettere ift keine Kommunallast des Gemeindeverbandes, sondern eine Societätelast der Inundationsgenossen, d. h. der jedesmaligen Bester bestimmter einzelner Grundstücke, welche vor der Uebersschwemmung geschützt und dadurch vor Schaden bewahrt, resp. in ihrem Ertrage verbessert werden sollen. Sie ist gleich der Grundsteuer der westslichen Provinzen, eine Parzellarsteuer, ruht auch nicht etwa auf ganzen Gütern und Wirthschafts-Kompleren, sondern auf einzelnen im Inundationsgebiete, resp. im Bezirke der Orts- oder Gemeinde-Flur belegenen Grundsstücksvarzellen. 2)

Ware die provisorische Deichlast von den Gemeinden, als solchen, gefordert, so würden in den öftlichen Provinzen des Staats, in welchen Ritter- und andere erimirte Güter und Grundstücke (z. B. der Rixchen und Pfarren) in der Regel nicht zum Gemeindeverbande gehören und insoweit der Regel nach nicht kommunalbeitragspflichtig sind, außerdem alle Forensen, obwohl sie wegen der Lage ihrer Grundstücke im Gemeindebezirk ein gleich nabes Interesse hatten, interimistisch — so lange kein formlicher

2) Rucksichtlich ber Erhaltung ber Flußufer geht die Schlessiche Ufers, Wards und Hegungs-Ordn. v. 12. Sept. 1763 in Verbindung mit dem R. v. 3. Mai 1834 (s. Publ. der Reg. zu Liegnis v. 9. Mai 1834 in v. A. Ann. Bd. 18.

6. 545) von einem entgegengeseten Grunbfat aus.

¹⁾ Ein älteres R. ber Min. bes J. u. d. P. n. d. F. v. 8. Juli 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 324. Mr. 583.) bemerkt, daß bei Regulirung eines Interimist. in Ermangelung anderer Grundsäte auf die §§. 63. sf. A. L. R. IL 15. gurückgegangen werden könne, ohne daß es zuvor der förmlichen Schließung eines Deichverbandes bedürfe; Regel bleibe aber, daß die Anwendung des §. 64. a. a. D. die Eristenz eines Deichverbandes voranssehe.

Deichverband konftituirt ift, — bei Anwendung bes britten Maafstabes von allen Deichpflichten frei geblieben und diefe in ländlichen Orten allein auf die bauerlichen Wirthe, - die Mitglieder der Dorfsgemeinden - übertragen sein, was sowohl dem natürlichen, als dem positiven gemeinen und Preuß. Deichrechte widersprochen haben murde. 1) (Bergl. Runde, Grundfate bes gemeinen Deutschen Privatrechte (5. Aufl.) §S. 115., 117., 118., 121., Eich horn, Ginleit. in bas Deutsche Privatrecht, 4. Ausg. S. 271. Rap. 1. u. 2. der Deich=Ufer:Graben=Ordnung für das Oberbruch v. 23. Jan. 1769, A. L. R. II. 15. **§**. 64.)

Bum §. 7.

Diefer S. legt a) den Regierungen ausdrücklich die Befugniß bei, die ungewisse oder streitige Bau- und Unterhaltungsverbindlichkeit und die Vertheilung der Beitrage, mit Vorbehalt des Rechtsweges, burch ein Resolut festzusegen und verfügt b) in Betreff bes gegen ein folches Refolut zulässigen Refurses.

In Bezug auf den Gegenstand zu b. ift zu bemerken:

a) Der Refurs geht nicht mehr, wie im S. 7. bestimmt ift, an bas Finanzmin., fonden an das Min. für landwirthfchaftl. Ung. (Bergl. ben Erlaß v. 26. Rov. 1849, G. S. 1850. S. 3. u. Min. Bl. b. i. B. 1850. S. 11., s. in Bd. I. S. 3 u. Bb. II. Abth. s. 5. 7).

b) Die Frift für Anmeldung und Rechtfertigung des Refurses ift praflusivisch; neue Thatsachen oder Ausführungen, welche nach Ablauf der vierwöchentlichen Rekursfrift angebracht werden, durfen nicht berucksichtigt werden.

c) Die Refursfrist beginnt vom nachsten Tage nach ber Instnuation des Resoluts an die betr. Interessenten; es wird mithin der Tag der Zustellung des Resoluts auch hier in die Refursfrift nicht mit eingerechnet.

d) Die Frist ist nicht auf einen Monat, sondern auf vier Wochen (28 Tage) bestimmt.

b) Rach ber B. v. 7. Mai 1838, betr. Die Organisation ber neuen Deichs schauen auf dem linken Rheinufer, werten bie Deichlaften in ber Regel nach dem Rataftral-Reinertrage ber betheiligten Grundftude und Wohngebaube vertheilt, bie

Grunlandereien aber nur mit ber Balfte ihres Ertrages angesest.

c) Das R. bes landw. Min. v. 19. Juli 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 214. Mr. 288.) spricht aus: "bag nur die nach S. 25. des Deichges. v. 1848 von allen Bewohnern ber bebrohten Gegend geforderte außerordentliche Gulfeleistung als eine personliche anzusehen, hingegen die ordinaire Deichpsticht eine Reallast und diese auch in ber Altmark nach bem hufenstande zu vertheilen, baber ber mit mehr ganbereien begüterte beshalb felbft bei ben Deichwachen nach Angahl ber Bufen ftarter herangugiehen fei."

d) Ueber bas Leiftungeverhaltnig ber Domainenpachter verfügt bas C. R. bes Min. des Königl. Hauses v. 5. Oft. 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 101.

Mr. 136.).

¹⁾ Nach ber Strom=, Deich=, und Ufer=Ordn. für Oftpreußen und Litthauen v. 14. April 1806 S. 38. soll bie Bertheilung ber Arbeiten unter die einzelnen Glieber ber Sozietät nach ber hufenzahl, mit Rucksicht auf die geringere Berpflichtung bes Rucktaulandes erfolgen, auch Beit- und Erbpachter, wenn fie gleich nach ihren Kontrakten bammlaftenfrei find, vorbehaltlich ihres etwanigen Regreffes, herangezogen werden, bagegen befreit sein die Kirchen-, Pfarr- und Schul-Lan-bereien, sofern sie von den Geistlichen und Schullehrern selbst oder ben Beitpachtern berfelben genußt werben, ingl. tie Amisschulzen und Dammgeschworenen, welche zur Bestellung ber Leute und Aufsicht bei ben Deichbauen gebraucht werben, sowie biejenigen, welche burch Deichausriffe einen Berluft, ber ben einjährigen Ertrag ihrer Grundftude überfteigt, erlitten haben.

690 Bon bem Schute u. ber Beforderung ber Landestultur. Bafferrecht.

e) Sind Nova oder Rechtsausführungen in der Refursinftanz nicht vorgebracht, so entscheidet bas landwirthschaftl. Min. lediglich nach ber Aktenanlage erster Instanz.

f) Das Rechtsmittel bes Refurses hat nur Devolutiv-, nicht Suspensto-Effekt, so daß, ber Einlegung des Rekurses ungeachtet, mit ber Exekution

nach Maaßgabe ter Entscheidung der Regierung vorangegangen wird.

g) Anmeldung und Rechtfertigung des Refurses muffen bei ter Regierung (der in erster Instanz entscheidenden Behörde), nicht beim

Ministerium erfolgen.

h) Die vierwöchentliche Refursfrist nebst allen anderen Bestimmungen in Betreff des Rechtsmittels gelten ohne Ausnahme auch für und gegen Korporationen, Land- und Stadt-Gemeinden, Bevormundete u. s. w; es bleiben mithin in Deichsachen die allgemeinen Bestimmungen des Art 13. der Defl. v. 6. April 1839 (G. S. 1839. S. 126) außer Anwendung; denn das spätere und das spezielle Gesetz derogirt dem früheren und generellen.

3u §§. 8--10.

Es ift über ten inneren Busammenhang ber vorausgegangenen, wie ber nachfolgenten Bestimmungen bes Ges. (namlich §S. 6. u. 7. einerseits

und SS. 10., 11., 17. andererfeits) Folgentes zu bemerten:

1) Die legislative Rechtfertigung für die provisorische Festseung der Deichpslichten im administrativen Wege an sich und für die dabei leitenden Brinzipien, welche weder stets die nach positiven Rechtsgründen dazu Berpslichteten, noch stets die nach dem natürlichen, vermöge der Rücksicht auf Abwendung des Schadens und Sicherung eines Vortheils, interessitten Grundbesitzer treffen, beruhen auf der allgemeinen Verpslichtung des Staates und dem Zweck der ihm beiwohnenden Polizeigewalt, daß einer, das Vermögen der Staatseingesessennen bedrohenden gemeinen Gefahr rechtzeitig begegnet werde.

Denn so lange ein förmlich konstituirter Deichverband und ein tiesem Verbante der Deichgenossen zum Grunde liegendes, im Wege der Gesegebung errichtetes Statut sehlt, durch welches die Besitzer der einer gemeinen Wassersgesahr ausgesetzen Grundstücke zu gegenseitiger und gemeinschaftslicher Hülfe Behufs Abwendung einer solchen Gesahr verpflichtet sind, steht dem einzelnen gefährdeten Grundbesitzer gegen seinen Nachbarn, abgesehen von speziellen Verträgen oder anderen ähnlichen Rechtstiteln, kein positives

Awangsrecht auf Deichhülfe zur Seite.

Dagegen bieten die SS. 1. ff. eine Aushülfe, indem die Landespolizeisehörde in Betracht der ihr obliegenden allgemeinen Pflicht zur Beschützung des Eigenthums der Staatsangehörigen und Abwendung gemeiner Gefahr, für befugt erklärt wird, selbst vor Errichtung eines formlichen Deichverbandes und außerhalb eines durch Statut begründeten Sozietäts- Verhältnisses, das Interesse der gefährdeten Grundbesitzer wahrzunehmen. 1)

¹⁾ Die rechtfertigenden Motive dafür entspringen aus einem natürlichen Deichrechte, welches von altester Zeit her auch im gemeinen Deutschen Rechte Anerstennung gefunden hat. Dasselbe Grundprinzip lag auch im Römischen Rechte, z. B. der lex Rhodia de jactu und beren analoger Anwendung auf Kriegsschäden und Fenersbrünste zum Grunde (Thibaut Spstem des Pandest. Rechts, 5. Ausg. Bd. 2. SS. 982—985. S. 370 ff.), wie dem Ausspruch des Sachsenspiegels Bd. 2. Art. 56. (Eichhorn Einl. i. d. Deutsche Privatrecht, 4. Ausg. S. 271. S. 684): "daß, fommt die Fluth und bricht den Damm, die innerhald des Dammes Ausgesessen zur Gülfe auszurufen find, und wer seine Mithülse versagt, dassenige

- 2) Denfelben Motiven, auf welchen bie Befugniß ber Regierung beruht, bor Errichtung eines formlichen Deichverbandes und außerhalb eines folden zum Besten der Nachbarn einzuschreiten, entspricht die der Regierung fernerhin obliegende Pflicht, es bei einer interimistischen Regulirung der Deichbaulast nicht bewenden zu laffen, sondern von Amtswegen, ohne allen Antrag ber Betheiligten, bem Interimistifum die erforderlichen Ginleitungen zur Begründung eines formlichen Deichverbandes fofort folgen zu laffen (S. 10.). Denn jene provisorische Verfügung, welche die Pflicht zur Unterhaltung ober Wiederherstellung eines Deichs, fei es gegen ben bisherigen Deichhalter oder gegen die benachbarten Grundbesitzer, (zuerft die Besitzer von Grundfluden im Inundationsgebiet, event. gegen alle in der betroffenen Ortsfeldmark oder Gemeindemarkung, - SS. 6., 7.) - ausspricht, beruht wiederum auf ber Voraussetzung, daß ber zu erhaltende oder berzustellende Deich zum Schutze gegen eine gemeine Gefahr, - jur Sicherung nicht bloß der Grundstude des Deichhalters, sondern auch der Ländereien meh = rerer Besitzer, — nothwendig sei. Dabei erscheint es zwar gleichgultig, ob es fich um Haupt- oder Flügel-Deiche u. f. w. handelt, wefentlich aber ift die Nothwendigkeit der Eriftenz des Deichs zur Sicherung ber Niederungs=Landereien mehrerer und noch anderer Grundbefiger, außer tem Deichhalter, b. h. zur Abwendung einer gemeinen Gefahr. Nur unter Diefer Boraussetzung ift es gerechtfertigt, daß die bloße Thatsache, baß jemand auf feinem Grund und Boden einen Damm angelegt bat, gegen ibn, im Intereffe und zum Vortheil anderer Grundbesitzer, welche zur Anlegung gar nichts beigetragen haben, eine rechtliche Berbindlichkeit gur ferneren Unterhaltung ober zur herftellung fur ben Vall ber Beschädigung ober Berftorung begrunden foll, ober bag, wenn ber Besitsftand ungewiß oter der bisherige Deichhalter leistungsunfähig ift, die Leistungsverbindlich= feit und Deichpflicht auf die anderen Grundbesiger provisorisch übertragen wird, welche bisher von der Baulast ganz oder theilmeife befreit gemesen. 1)
 - 3) Folgerecht verordnet demnach ber §. 10. aber auch andererseits:

"daß, wenn sich nach einer solchen interimistischen Regulirung ber Baulast burch die Regierung bei ber hierauf eingeleiteten näheren Erörterung und Borbes reitung behufs der Bildung eines Deichverbandes nach den Bestimmungen der S. 11. ff. die Errichtung eines förmlichen Deichverbandes nicht als nothwens dig ergiebt, alsbann auch die Besugnis der Regierung wegfällt und aufhört, die fernere Erhaltung des Deichs zu verlangen."

4) Eine Ausnahme tritt nur dann ein und die Errichtung eisnes förmlichen Deichverbandes von Amtswegen soll nur dann untersbleiben dürfen, wenn im Lause des Verfahrens der zur Erhaltung und Herstellung des Deichs Verpflichtete ausgemittelt wird und dieser so aus-

Erbe (Grundstück), welches er innerhalb bes Deiches besit, verwirkt und verloren habe." Die Pardmie: "kein Deich ohne Land und kein Land ohne Deich (b. i. Deichlast)" bruckt die naturgemäße und gemeinsame Dienstpflicht aller in demselben Inundationsgebiete angesessenen Grundstücksbesitzer aus. (Runde a. a. D. §§. 113., 115., Eichhorn a. a. D.)

¹⁾ Daher bestimmten schon früher die R. D. v. 24. April u. 22. Juni 1830 (vergl. Publ. des Ober-Prasso. der Provinz Schlessen v. 27. Inni 1832 in v. R. Annal. Bd. 16. S. 481): "daß zur Wiederherstellung der durch Uederschwemmung beschädigten oder weggerissenen Haupt-Oder-Dämme die beir. Grundeigenthümer in der Regel nur die Hälfte und bei nachzuweisendem Unvermögen ein Drittel der Kosten beizntragen haben, wogegen die andere Hälfte oder zwei Drittel von den übrigen, in der Inundationssäche liegenden, durch die Deiche geschützten Grundseigenthümern nach Verhältnis des brohenden Schadens aufgebracht werden sellen.

692 Bon tem Schute u. der Beforderung der Landeskultur. Bafferrecht.

gemittelte Verpflichtete zugleich auch ben Verhältnissen nach im Stande ift, den ihm anzusinnenden Leistungen wegen der Deichpflicht Genüge zu leisten. (§. 10. Alin. 3.).

Es muß diese Verpflichtung aber unzweiselhaft feststehen, und bies tann sich nur auf einem rechtsverbindlichen Anerkenntniß oder auf einem rechtsträftigen richterlichen Erkenntniß gründen.

Bu SS. 8. u. 17.

In Betreff des Rechtsweges, welcher im §. 8. den interimistisch herangezogenen (vergl. §§. 6. u. 7.) wegen ihrer Ansprüche auf Erstattung ihrer Beiträge oder des Werthes ihrer Leistungen gegen die eigentlich Berspflichteten vorbehalten bleibt, — ist:

- 1) zunächst darauf aufmerksam zu machen, daß derselbe für den Fall der Festsetzung eines Interimistitums wegen der Deichpflichten durch die Regierung (S. 6.) auf die Eristenz spezieller Rechtstitel nicht beschränkt ist, während bei Gründung eines Deichverbandes nach SS. 11. sf. u. resp. bei der Bertheilung der Deichlasten in einem solchen förmlich zu konstituizrenden Deichverbande, nach dem Prinzip des S. 16., eine Entschädigungssforderung für überkommene Leistungen oder Mehrleistungen ausschließlich nur auf spezielle Rechtstitel gegründet werden kann, (S. 17.), auch stets nur insoweit, als die neu zu übernehmenden Leistungen schon vor Erzrichtung des Deichverbandes zur Erhaltung oder Wiederherstellung der früher vorhandenen Schutzanlagen nothwendig gewesen, deren Bedürfzniß also nicht erst durch die bei Konstituirung des Deichverbandes für erzsorderlich erachteten neuen oder verbesserten Schutzmaaßregeln hervorgezusen ist.
- 2) In Betreff der Frage: mit welchem Erfolge der oben gedachte, im S. 8. offen gelaffene Rechtsweg gegen provisorische Festsetzungen der Resgierung ergriffen werden kann, ist zu bemerken:

a) Wenn Jemand interimistisch herangezogen ist, dem gegen andere Grundbesitzer oder irgend wen sonst, ein Eviktionsanspruch vermöge Berztrages oder sonstiger spezieller Rechtstitel auf gänzliche oder theilweise Berztretung oder Besreiung hinsichtlich derjenigen Leistungen zur Seite steht, welche von ihm auf Grund des Provisoriums gefordert worden sind, so kann er Erstattung des Geleisteten oder Entschädigung des Werths seiner Beiträge und Leistungen nach Maaßgabe des Eviktionsanspruchs oder Titels im Prozesse geltend machen.

b) Fehlt es aber an einem solchen Gewährsanspruch ober Titel, so

fragt sich, gegen wen ber Regreßanspruch gerichtet werden fann?

a) Die laut S. 6. in zweiter Linie stehenden Inundationsgenossen, deren Grundstücke nach dem sachverständigen Ermessen der Mes
gierung durch den Deich geschützt, wie durch dessen Beschädigung benachstheiligt werden, haben, indem sie bei der Ungewißheit über die Person des
zur Unterhaltung und Wiederherstellung des Deichs Verpstichteten oder bei
deren Leistungsunfähigkeit, den Deich besserten und herstellten, nur einen
ihrem eigenen Vermögen bevorstehenden Schaden abgewendet und das eigene
Vermögen erhalten oder verbessert, sonach nur den eigenen Vortheil bes
fördert.

Diese in zweiter Linie heranzuziehenden Inundationsgenoffen werden daher von demjenigen, welcher bisher den Deich erhalten hat, auch wenn derselbe späterhin ausgemittelt oder wiederum leistungsfähig würde, die Erstattung des Geleisteten doch nur — aus einer communio incidens, — nach einem antheiligen Verhältniß, insoweit nämlich fordern können, als

fie beffen Vortheil gleichzeitig mitbefördert und auch seine Grundfluce por Schaben bewahrt und sein Vermögen unterhalten ober verbeffert haben.

Die bloße Thatfache, bag ein anderer bisher ben Damm erhalten bat, foll zwar, nach S. 6., Die Landespolizeibehörde berechtigen, den= felben in erster Linie znr Erhaltung oder Herstellung des Deichs interis mistisch heranzuziehen, begründet aber an sich für britte Privatpersonen noch fein Recht, ben bisherigen Deichhalter zur Erhaltung bes Deichs, resp. der Erftattung des Geleisteten zu verpflichten, selbst wenn man auf ben S. 107. A. L. R. I. 7. zuruckgeben wollte. Diefen dritten Brivatpersonen gegenüber blieb die Unterhaltung und Berftellung bes Deiches Seitens bes bisherigen Deichhalters, so lange kein Vertrag ober anderer spezieller Rechtstitel hinzutrat, eine res merae facultatis; die Anlage und Unterhaltung des Deichs hatte an sich weder die Beschützung anderer Grundflude, ale der eigenen zum 3med, noch konnte es die Absicht gewefen fein, durch eine folche aus bem Rechte bes Gigenthums enisprungene und zum Bortheil bes eigenen Bermogens unternommene Sandlung anberen Grundbesigern Rechte einzuraumen und sich felbft ihnen gegenüber zu verpflichten.

β) Deshalb wurde vielmehr der in erfter Linie von der Regierung interimistisch Herangezogene sogar seinerseits von den Inundationsgenossen, deren Grundstücke durch seinen Deich mitgeschützt werden,
autheilig die Erstattung der auf Grund des Resoluts der Regierung gehabten Ausgaben und Leistungen im Rechtswege geltend machen können.

Es scheinen sich diese Folgerungen aus den Grundsätzen der negotiorum gestio von selbst zu ergeben. (Bergl. §§. 231. ff., §§. 268. ff. A. L. R. I. 13.)

y) Aus denselben Grundsätzen folgt endlich, daß bie in dritter Linie, zufolge S. 6., interimistisch heranzuziehenden Grundsbesitzer der Ortschaft oder des Gemeindebezirks, soweit deren Grundstäcke nicht in tem durch ten Deich geschützten Inuntationsgebiete (sondern auf der Göhe) belegen sind, sich wegen der nach dem Resolut der Regierung geleisteten Arbeiten und Ausgaben an die in zweiter Linie steshenden Inundationsgenossen, einschließlich des bisherigen Deichhalters, resgressiern können.

Der nach S. 8. ergriffene Rechtsweg wird somit zu temselben Resulstat sühren, welches das Entziel ter nach S. 10. von Amtswegen einzuleistenden Bildung eines formlichen Deichverbantes, vermöge des dabei aus nahmslos anzuwendenden Vertheilungsmaßstabes, — des Verhältnisses des abzuwendenden Schadens und herbeizuführenden Vortheils —, nach Vorsschrift des S. 16. ist. Dies Rechtsprinzip entscheidet sowohl über die nastürliche, als über die positivsrechtliche Deichpslicht. Die Entscheidungsquelle für jene, wie sur diese war bereits in den SS. 64. u. 65. A. L. R. II. 15. enthalten.

Bum §. 9.

Der S. 9. entspricht dem S. 18. Die Deichpflicht beruht in einem öffentlichen Interesse an der Abwendung gemeiner Gesahr. Die hierzu ersforderlichen Mäaßregeln erhalten hierdurch die Natur öffentlicher Leistungen. Das ihnen beigelegte Vorzugsrecht vor den Staats- und anderen Sozietäts- lasten ist dadurch motivirt, daß sie die Erhaltung und Leistungsfähigkeit der Substanz der Brundstücke bedingen, von welchen erst die anderweiten Lasten getragen werden sollen.

Bum §. 10.

Bergl. Die Erlaut. zum S. 8.

II. Deichverbande betreffend. (§§. 11-23.)

Während die SS. 1—9. die außer einem Deichverbande stehenden Deiche behandeln, verordnen die SS. 11—23. über die Bildung förmlicher Deichverbände, durch welche die naturrechtlichen Sozialpflichten der Inundationsegenossen zur gemeinschaftlichen Anlage und Unterhaltung von Schutzmaßeregeln gegen Ueberschwemmung den positiv=rechtlichen Charafter wech selestiger Zwangsverbindlichkeiten aller dabei betheiligten Inundationsges

noffen erhalten.

1) Von dem Recht des Staates zur Bildung solcher Deichverbande kann sowohl zum Zweck der Abwendung gemeinsamer Gefahren, als zum Zweck der erheblichen Förderung der Landeskultur Gebrauch gemacht wers den. Gegenstand desselben ist theils a) die neue Bildung von Deichsoziestäten in bisher noch ganz unverwallten Niederungen, theils b) die Erweisterung und Ausdehnung von bereits bestehenden Sozietäten der Art durch Gereinziehung unverwallter Grundstücke oder bisher nicht beitragspflichtiger Grundbesitzer mit Vergrößerung des Deichspstems, theils c) die Umwandslung von Privats in Sozietätsdeiche (§. 10.).

2) Während nach S. 2. der Fakultät ber Regierung anheimgegeben ift, eine öffentliche Aufforderung mit der Warnung ber Präkluston zu erlassen, wenn es ungewiß ist, welche Personen als betheiligt zu betrachten sind, ist in den Fällen des S. 11., bei Errichtung von Deichverbanden, die mögelichst vollständige Ausmittelung und Vernehmung der Betheiligten geboten. Nur soweit sich der Ausmittelung besondere Schwierigkeiten entgegenstellen, ist zum Behuf derselben not big enfalls ein öffentliches Aufgebot zu er-

laffen.

3) Bei Vernehmung der Betheiligten wird allerdings auch der Legitismationspunkt der interessiten Grundbesitzer ins Auge zu fassen sein. Besondere Anweisungen hierüber, dergleichen z. B. der S. 109. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850 enthält, wie über das vorbereitende Versahren übershaupt, sind im Deichgesetze nicht gegeben; die Errichtung eines Deichversbandes wird überwiegend aus dem Gesichtspunkte des öffentlichen Intersesses behandelt, weshalb auch die Vernehmung der Interessenten stets vorwaltend den Charakter eines Informations=Versahrens hat, dessen Abschlußnicht sowohl ein vertragsmäßiger Rezes unter den Interessenten, als vielsmehr das im legislativen Wege zu erlassende, vom Landesherrn zu genehmigende, durch die Gesetz-Sammlung zu publizirende Deichstatut bildet.

4) Die-Errichtung des Deichstatuts hängt nicht von einer vorausgesgangenen Provokation, oder von der Einwilligung eines aliquoten Theils oder der Majorität der Interessenten ab, sondern allein vom Vorhandensein der alternativ aufgestellten Voraussezungen, daß dadurch entweder a) eine gemeine Gefahr abzuwenden oder b) die Landeskultur in erheblich em Grade zu befördern sei, welche Zwecke in der Regel zusammenfallen. 1)

¹⁾ Als ein Borgang der Gesetzebung in gleicher Richtung ist auf §§. 56. f. bes Ges. v. 28. Febr. 1843 über die Benutung der Privatsüffe hinzuweisen, wonach in dem Falle, wenn Unternehmungen zur Benutung des Wassers, deren Bortheile einer ganzen Gegend zu gute kommen, nur durch ein gemeinsames Wirken zu Stande zu bringen und fortzusühren sind, die Betheiligten zu gemeinsamer Anslegung und Unterhaltung der erforderlichen Wasserwerfe durch landesherrliche V. verspsichtet und zu besonderen Genossenschaften vereinigt werden konnen; — diese Borschrift hat seitdem das Ges. v. 11. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 182) auch auf Vorsluth und Entwässerung ausgedehnt.

5) Sind die zu 4. a. b. gedachten Boraussetzungen vorhanden, so hängt die Errichtung eines Deichverbandes nicht mehr von der Fakultät und dem Arbitrium der Regierung ab. Diese ist alsdann dazu verpflich = tet, indem der §. 11. bestimmt, daß die Besitzer, und zwar sammtlich er der Ueberschwemmung ausgesetzter Grundstücke zc., zu Deichverbanden verseinigt werden sollen.

Gine Einschränfung dieser dispositiven Bestimmung fann, nach §. 27. bes Ges., nur in einer anderen Ruchsicht bes öffentlichen Interesses, in der Bertheidigungsfähigkeit der Festungen liegen. (Vergl. die Erläut. zum §. 27.).

Bum §. 12.

Der S. 12. a—d. stellt als Instruction für die Verwaltung und die Grundbesitzer die verschiedenen Hauptsätze und Gesichtspunkte auf, in welschen eine Zwangsassociation zur gemeinsamen Anlegung und Unterhaltung von Deichen eintreten soll.

Je nach Berschiedenheit dieser Fälle, wie sie noch fast in allen Stromniederungen vorkommen, ergeben sich verschiedene Rechtsverhältnisse, welche sich bei anderweiter oder neuer Bertheilung der Deichlasten geltend machen können.

Bum §. 13.

- 1) Der S. 13. handelt ebenfalls noch von der Bildung neuer Deichsverbände und enthält die den S. 12. ergänzende Bestimmung, daß und unster welchen Voraussetzungen in der Regel ein Verband eingericht werden soll. Er bezweckt die Beseitigung der sogenannten Einpolderungen einzelner Theile derselben Niederung, weil durch diese die Herstellung eines planmäßig zeordneten Deichwesens meist gehindert wird, und die Schwierigkeisten, wie die Kosten des Zwecks der Eindeichung, sich nur vermehren. 1)
- 2) Bur Begegnung solcher Uebelstände soll die Vereinigung zu einem und demfelben Deichverbande alstann Regel sein, wenn zwei Voraussetzunsen gen gleichzeitig eintreten:
- a) die Lage der Gruntstücke in berselben Riederung gleichviel ob auf einer oder auf beiden Seiten des Stroms; b) gemeinschaftliches Interesse bei der Einkeichung.
- 3) Eine Ausnahme von dieser Regel soll nur tann zulässig sein, wenn die Voraussezung zu b. nicht vollständig zutrifft, wenn namentlich ein Theil der Grundbesitzer der Niederung die Anlage und Unterhaltung der zur Ab-wendung der Gefahr oder zur Erreichung einer erheblich höheren Kultur (§. 11.) nöthigen Schutz- und Meliorations-Anlagen mit erheblich ge-ringeren Kosten bewirfen kann.

Bum §. 14.

1) Der S. 14. dehnt die Vorschrift des S. 13. auch auf mehrere bereits bestehende Deichverbande aus. Von einem gemeinschaftlichen Interesse bei der Deichunterhaltung kann naturgemäß nur in Bezug auf Grundstücke derselben Stromniederung die Rede sein.

2) Der Regierung ift jedoch fur den Fall des §. 14. eine größere Fa-

¹⁾ Einen Belag hierzu geben die Deiche an der Elbe, wo einzelne Users freden seit Jahrhunderten durch weniger umfangreiche Sozieiätsdamme, andere allein durch die betroffenen Grundbesitzer, wiederum andere gar nicht eingedeicht gewesen.

kultät gegeben, namentlich eine breifache Alternative nachgelaffen. Sie kann nämlich bergleichen bereits bestehende Deichverbande entweder:

a) ju einem Berbanbe vereinigen, ober

b) bieselben als getrennte Deichspfteme fortbestehen lassen und nur unter eine

gemeinsame Deichverwaltung ftellen, ober

c) beim Fortbestehen getrennter Deichspsteme und Deichverwaltungen nur zur gegenseitigen Unterstäpung bei Deichdurchbrüchen oder anderen außerordentslichen Deichbeschädigungen verpflichten.

3) Weder in den Fällen des S. 13., noch in denen des S. 14., bebarf es der Einwilligung der Deichgenossen, resp. der gemeinschaftlich interessirten Grundbester des einen und anderen Verbandes, in beiden Fällen
aber stets der landesherrlichen Genehmigung.

Bum S. 15.

1) Der S. 15. bezeichnet:

a) die wichtigsten Gegenstande, über welche, als über die Effentalien eines Deichverbandes bei Begründung eines solchen, Bestimmungen zu treffen sind, dabei

b) aber auch die legislative Form, in welcher die Bestimmungen

zu treffen sind.

Im Anschluß baran werden sobann

c) in den folgenden SS. 16—22. in Betreff einiger Bestimmungen einzelne Grundsätze ausgesprochen, welche das Gesetz für jede Deichgenos= senschaft als nothwendige Bedingungen ihrer Eristenz betrachtet, welche das her durch die Statuten nicht ausgeschlossen werden dürfen.

Ueber die Organisation der Deichverbande und ihre Verwaltung ift

bereits oben bas Mothige bemerkt.

2) Was zu b. die legislative Vorm betrifft, so ist Volgendes zu bemerken:

Bis zum Erscheinen des Gef. v. 28. Jan. 1848, welches alle Theile der Monarchie umfaßt, gab es theils nur

1) provinzielle Deich-Ordnungen, theile

2) Spezial-Ordnungen für einzelne Ströme.

Das allgemeine Deichgeset schließt in Zukunft den Erlaß von Provinzialgesetzen von selbst aus, ebenso aber auch Spezialordnungen in Betreff der Eindeichung einzelner Ströme, indem künftig an die Stelle sener oder dieser nach S. 15. die Abfassung eines Statuts für seden neu zu begründenden oder neu zu gestaltenden Deichverband tritt.

3) Der S. 15. hat demnachst eine Erganz. erhalten durch die mittelst Allerh. Erlasses v. 14. Nov. 1853 (G. S. 1853. S. 935 sf.) publicirten allgemeinen Bestimmungen für künftig zu erlassende Deichstatute, 1) welche Normativbestimmungen fortan in diesen neuen Deichbestimmungen in Bezug

genommen werden follen.

Demnächst werden künftig die einzelnen Deichstatuten nur noch die lokalen Bestimmungen, über die auszuführenden Anlagen, das Deichkataster, die Bahl und Wahlart der Repräsentanten u. s. w., sowie die zulässigen, etwa erforderlichen Abanderungen der allgemeinen Bestimmungen entshalten.

4) Hiermit hat der Gedanke seinen bestimmten Ausdruck und seine vollständige Entwickelung erhalten, welcher dem allgemeinen Geset über das Deichwesen und dem S. 15. insbesondere zum Grunde lag. Ersteres in

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 874 ff.

Verbindung mit diesen Normativbestimmungen v. 14. Nov. 1853 enthält die allgemeinen leitenden Grundsätze und Gesichtspunkte, welche durch propinzielle oder lokale Verhältnisse nicht berührt werden. Ueberhaupt bietet die territoriale oder administrativ-provinzielle Eintheilung und Begrenzung der Monarchie für die Deichgesetzgebung gar keine entscheidenden Momente dar. Die Anwendung jener allgemeinen Prinzipien und Gesichtspunkte auf die lokalen und eigenthümlichen, sei es in bisherigen Gewohnheiten oder in der Ausdehnung, Bodenbeschaffenheit, Kulturart, Besitzstandsvertheilung, örtzlichen Lage der Niederungen, beruhenden Zustände und Verhältnisse sällt dem besonderen Statut seds einzelnen Deichverbandes anheim.

5) Auf diese Weise ift die Errichtung der einzelnen Deichstatuten dem Bereich der ordentlichen Gesetzgebung entzogen und auf den Weg König-

licher Verordnungen verwiesen.

6) Bu den materiellen Grundlagen der Deichverbande gehören:

a) (§. 15. a.) ber Umfang bes Sczietatezwede,

b) (§. 15. b.) die Art und Bertheilung ber Beitrage und Leiftungen, c) (§. 15. c.) die zu übernehmenden Beschränfungen bes Gigenthums,

d) (S. 15. g.) bie Folgen ber Ausbeichung.

7) Dazu enthalten nähere Bestimmungen wegen Führung eines Lagerbuchs über die Deichstrecken, über Hauptgräben u. s. w., wegen Ausschreibung und Einziehung der ordentlichen und außerordentlichen Deich-Kassenbeiträge, wegen Berichtigung des Deichkatasters bei Bestzveränderungen und
Parzellirungen, wegen Remisson von Beiträgen, wegen Natural-Hülfsleistungen, wegen der Beschränkungen des Eigenthums, wie der Nutzungen
im Binnen- und Vorlande die §§. 2—23. der Normativbestimmungen v.
14. Nov. 1853.

Bum S. 16.

1) Im S. 16. ist der zum S. 6. näher erörterte Grundsatz des gemeisnen und natürlichen Deichrechts als ein ausnahmsloses Fundamentalprinzip für Deichverbände sestgestellt, daß nämlich die Beitragspflicht auf den einszelnen, durch die Deichs und Meliorationswerke geschützten oder verbessersten ertragsfähigen, Grundstücken — auch auf Hofs und Baustellen, — selbst alsdann, wenn sie von den gemeinen Lasten befreit oder dabei bevorzechtiget sind, gleichmäßig ruht. 1)

Nur die einzelnen geschützten Grundstücke, nicht aber die Güter und Wirthschafts-Romplere, zu welchen jene etwa als Pertinenzien gehören oder in den Hypothekenbüchern zugeschrieben sind, haften für die Deichpsticht, und zwar unmittelbar vermöge des Gesetzes. Nur in soweit sind die Grundsbester Genossen des Deichverbandes, als ihre Grundstücke innerhalb des Deichschutzes liegen. Die Deichlast hat die Natur einer Parzellar-Grunds

steuer. 2)

2) Gewässer, welche einen Ertrag abwerfen, sind unter der Deichpflicht

1) Diese Grunbsätze entsprechen auch benen bes gemeinen Deich : ober Spasbenland : Rechts. (Runde's Deutsches Privatrecht, §. 115. S. 107, §. 117. S. 108, §. 118. S. 109).

²⁾ Auch ältere Deichordnungen (z. B. für das Oberbruch v. 23. Jan. 1769. Rap. I. u. II.) bestätigten diesen Grundsas. — Ein Korrelat desselben ist die Bestimmung im S. 18., daß die Deichpsticht unablöslich auf den Grundstücken ruht (vergl. dieserhalb auch S. 6. des Ablös. Ges. v. 2. März 1850), den öffentslichen Lasten gleichsteht und (da sie die Erhaltung der Sache im prästationssähigen Zustande bedingt) in Kollissionssällen vor denselben den Vorzug hat.

mitbegriffen; bagegen nicht Chauffeen, Landstraßen und abnliche ertragslose

Grundftude.

3) Die gleichmäßige Belastung mit der Deichpsticht entspricht nicht etwa der Besteuerung nach dem Flächeninhalt; sie erhält ihre nähere Bestimmung durch den Vertheilungsmaaßstab, bei welchem vielmehr die Bonität und der Ertragswerth ein einstußreiches Moment bildet.

4) Bon dieser Deichpflicht kann kunftig — nach Publikation tes Deichgesetzes — eine Exemtion auf keinerlei Beise, so wenig burch Ber-

trage, wie durch Berjahrung, erworben werden.

Dagegen hat sich bis zum Erscheinen des Deichgeses v. 28. Jan. 1848, auch nach Einführung des A. L. R., in Betreff der Pflicht zur Unterhaltung eines gemeinschaftlichen Deiches eine Observanz fortbilden und feststellen können.

Angenommen von dem III. Sen. des Ob. Trib per sent. v. 2.

Moy. 1853 (Striethorst's Arch. 26. 10. 6. 334. Nr. 79.).

5) Ausnahmen von dem allgemeinen Bertheilungsmaakstabe (nach dem Berhältniß des abzuwendenden Schadens und herbeizuführenten Bortheils, f. Erläut. zum S. 6.) können dagegen im Deichstatut aus bes fonderen Gründen zugelaffen werden.

Die Bulafsigkeit einer Abweichung vom Kontributionsfuße muß jedoch in jedem einzelnen Falle besonders motivirt, von der Regierung geprüft und

genehmigt werden.

Bum §. 17.

1) Der bei Errichtung ober Erganzung von Deichstatuten festzuhaltende Fundamentalgrundsat in Betreff ber Beitragspflicht zu ben Deichlasten prajudizirt etwanigen speziellen Rechtstiteln, dergleichen bei bem

nach S. 6. zu regulirenden Interimiftitum in Betracht tommen.

2) Dagegen bleibt bei einer definitiven Feststellung der Beistragspflicht im Statut demjenigen, welcher einen speziellen Rechtstitel für sich hat, nur ein Anspruch auf Entschädigung vorbehalten, und zwar nur in soweit und nach dem Maaße dessen, was die durch solchen speziellen Rechtstitel Verpflichteten schon vor Errichtung des Deichverbandes zu leisten hatten, nicht für die in Folge der zweckmäßigeren Einrichtung ter Deiche auferlegten neuen oder erhöhten Leistungen des Verechtigten.

3) Diese Entschädigung ift auf Verlangen des Berechtigten theils — für die ordentlichen laufenden Beiträge — in einer Jahrestente, theils — für außerordentliche Beiträge — in der Restitution des Geleisteten oder sei-

nes Werthes ju gemahren.

4) Die Befugniß zu ber nach dem Absat 3. festgestellten Ablosung steht nur dem Berpflichteten zu, ein gegenseitiges Provokationsrecht ift nicht

ausgesprochen.

5) Ebenso ist nicht bestimmt, nach welchem Entschädigungssate bie "verhältnismäßige Vergütung" bei der Ablösung sestzustellen sei. Man wird diese Lücke im Gesetz durch Anwendung der analogen Bestimsmungen in den Gemeindeordnungen, und wo diese sehlen oder keine Bestimmungen ähnlicher Art enthalten, des Ablös. Ges. v. 2 März 1850, insbesondere seines S. 65., ausfüllen müssen.

Bum S. 18.

Bum S. 19.

Die Erekution im administrativen Wege, ferner gegen Bachter und Rutnießer der mit der Deichlaft behafteten Grundstucke, fo lange biefelben nicht derelinquirt sind, schließt sich folgerecht an ben §. 16. u. §. 18. an, wonach die Deichpflicht als unablosliche und öffentliche Laft betrachtet wird.

Auch in den Mormativbestimmungen v. 14. Nov. 1853 ift a) im S. 7. die Deichlaft, entsprechend dem S. G. des Ablos.=Gef. v. 2. Marg 1850, als unablösliche Reallast bezeichnet und im §. 18. nur wiederholt, b) in den SS. 6. u. 7. die Bestimmung des S. 19. wegen Bulassigkeit der administrativen Erekution bestätigt und vorgeschrieben,

daß die orbentlichen Deichkaffenbeträge in halbjährlichen Terminen je am 2. Jan. u. 1. Juli unerinnert zur Deichkaffe abzuführen, die außerorbentlichen aber in den burch bas Ausschreiben bes Deichhauptmanns bestimmten Terminen zu entrichten sind.

Bu §§. 20. u. 21.

- 1) Die SS. 20. u. 21. ermähnen nur der hauptfächlichften Belaftungen ober Einschränkungen bes Grundeigenthums, und zwar fowohl der Deichgenoffen, als dritter Personen, jum Endzweck der Wiederherstellung oder Instandhaltung der Deich = (Schutz = und Meliorations=) Anlagen (vergl. S. 15. c. u. g.). Nach S. 21. foll das Deichstatut auch diejenigen Einschränkungen naber bestimmen, benen sich die nicht zum Deichverbande gehörenden Besitzer a) des Vorlandes oder b) der in der Nabe der Deiche, am Flugufer, oder in der Rabe der gemeinschaftlichen Graben und Schleusen belegenen Grundstücke zu unterwerfen haben.
- 2) Diese Belastungen und Ginschränkungen bes Eigenihums beiref.

fen theils

ŀ

ı

A. die Substanz desselben, theils

B. beffen Benutung und die Disposition barüber, und in beiderlei Beziehung theils die eingedeichten Grundstücke, theils die Vorländer.

3) Bu A. ift in dem Gesetz selbst, ohne daß es dieserhalb erft einer statutarischen Festsetzung bedarf, nach S. 20. die generelle Berpflichtung zur Abtretung bes erforderlichen Grund und Bodens, wie ber Materialien an Sand, Lehm, Rasen u. s. w. begründet.

Es kommt nicht darauf an, ob das Vorland (Buten=, Außendeich= Land zwischen dem Strom und dem Deiche) einem Deichgenoffen oder einem

Dritten gehört.

Ueber die Art und das Maaß der Abtretungen hat allein die Deich-

behörde zu verfügen.

In dem S. 21. u. S. 23. Alin. 1. der Normativbestimmungen wird die Worschrift des S. 20. des Gesetzes nur mit Substitution des Wortes: "Deichhauptmann" flatt "Deichbehorde" wiederholt, demnachft aber die weitere Bestimmung hinzugefügt: "daß für den alten Deichkörper an ben bisherigen Besitzer eine Entschädigung nicht zu zahlen ift."

4) Inebefondere ift gu bemerfen:

a) Wegen der Art und des Umfanges des Schadenersates für Abtretungen bon Grund und Boben oder Materialien.

Ein Anspruch auf den außerordentlichen Werth ift unzulässig, noch mehr also auf Ersat eines pretium affectionis. (Bergl. A. L. K. I. 6. **SS.** 86., 87.)

Die Bestimmung, "wonach ber entstandene Schaben zu vergüten,"

in Verbindung mit- der weiteren Bestimmung, "daß der außerordent= liche Werth nicht in Anrechnung zu bringen, — schließt auch die Forderung eines entgangenen Gewinnes, — solcher Vortheile, aus, die der Grundeigenthümer in Zukunft durch Preis= oder Ertragssteigerung des Grundstücks, durch Benutzung der Materialien zu merkantilischen Zwecken, z. B. durch Anlegung von Ziegeleien zc., Veräußerung von Sand zu in Aussicht stehenden Bauunternehmungen u. s. w., wahrscheinlich erlangen würde, wenn er nicht schon gegenwärtig Grund und Boden zur Anlage eines Deichs oder Grabens hätte abtreten, Lehm und Sand zur herstellung oder Erhöhung von Deichen hätte hergeben müssen (S. 5., S. 6. A. L. R. I. 6.).

Für den Bereich der Deichanlagen innerhalb des Wirkungstreises der Deichgesetzgebung bleiben sonach die Bestimmungen der §§. 8. u. 9. A. L. R. I. 11. für einen nothwendigen Verkanf außer Anwendung, und ist nicht, wie dort bestimmt worden, von den Taratoren auch auf den außerordent-

lichen Werth Rudficht zu nehmen.

b) In Bezug auf Ermittelung und Feststellung bes entstanbenen Schabens ift zu unterscheiben:

a) die Bergabe von Materialien,

β) die Ueberlaffung ber Substanz bes Grundftude felbft ober einzel-

ner Theile beffelben.

Sind im ersteren Falle bergleichen Materialien nach ben örtlichen Bershältnissen Gegenstände des Verkehrs und haben sie als solche einen gemeisnen Areis, so ist dieser für die Entschädigung maaßgebend — soweit nicht etwa durch deren Wegnahme, z. B. durch ein tiefes Ausgraben der fruchtsbaren Dammerde, die Ertragsfähigkeit, resp. die Bestimmung des Grundsstücks selbst zur Ackers, Gartens, Wiesennutzung für immer oder vorübersgehend vernichtet worden ist; denn in diesem Falle ist bei Feststellung des Schadens entweder der gemeine Werth und gewöhnliche Kauspreis des ausgegrabenen Grundstücks selbst oder aber der ganze Reinertrag desselben oder resp. die Disserenz zwischen dem bisherigen und künstigen Reinertrage für die zu bestimmende Reihe von Jahren zu vergüten.

Eine Vergütung fällt bann fort, wenn die weggenommenen Materia= lien keinen Verkehrswerth und Kaufpreis haben, außerdem sogar beren Wegnahme mehr zur Verbefferung als zur Verschlechterung des Grund=

ftude beitragt. 1)

c) In Betreff des Verfahrens bei Bestimmung des Entschädigungsbetrages vergl. S. 23. der Normativbestimmungen v. 14. Nov. 1853.

4) Bu B. Welche Einschränfungen in ber Disposition und Benutung Platz greifen, geben, im Anschluß an S. 15. c. bes Gesetzes, die Normativbestimmungen v. 14. Nov. 1853 näher an, und zwar:

a) betr. Die Nugungsbeschrantungen ber Grundftude im Binnen=

lande, im S. 19.,

b) betr. dieselben Beschränkungen im Vorlande, im S. 20.

Dazu kommt noch:

c) die alternative Pflicht zu einer positiven Handlung saut §. 22. a. a. D., wonach

für ben Fall, daß die Deichverwaltung innerhalb einer Entfernung von 10

¹⁾ Als ein Pracedenz bestimmt für einen solchen Fall die R. D. v. 11. Juni 1825 (G. S. 1825. S. 152), Chausseebauten beir.: daß Feldsteine, Sand und Ries zum Chausseebau in der Regel unentgeldlich zu überlassen und nur der etwadem Erholen außerdem verursachte Schaden zu erseßen sei.

Ruthen vom Stromufer ober vom Deichfuß eine Pflanzung im Borlande für nothwendig erachtet, ber Borlandseigenthumer tiese Pflanzung, auf Anordenung bes Deichhauptmanns entweder binnen vorgeschriebener Frist selbst anlegen und unterhalten, ober ben bazu erforderlichen Grund und Boden bem Berbande gegen Entschäbigung überlassen muß.

Endlich

d) schreibt §. 18. a. a. D. bezüglich bes Deichkörpers selbst und zwar für alle, mithin auch für Privat-Driche vor, tag heden, Baume und Straucher auf ben Deichen nicht zu dulden sind. 1)

Bum §. 22.

Ueber die Zulässigkeit des Rechtsweges über die angeblich durch Berjährung erworbene Befreiung von der Deichlastverpflichtung vergl. das Erk. des Gerichtshofes, zur Entsch. der Kompetenz-Konflikte v. 25. Juni 1853 (Just. Min. Bl. 1853. S. 374).

Bum §. 23.

Bei welchen alteren Deichordnungen eine Revision auf Grund bes Ges. v. 28. Jan. 1848 bereits stattgefunden hat, ergiebt die Zusammen-stellung in Bd. I. S. 884 ff.

III. Gemeinsame Bestimmungen für Deiche außer und in

einem Berbande (§§. 24-28.).

Die Bestimmungen der §§. 24. ff. beziehen sich sowohl auf Deiche außerhalb eines Deichverbandes, wovon die §§. 1—10. handeln, als auf Deichverbande, worüber die §§. 11—24. sprechen.

Bum §. 24.

- 1) Für die Befugniß der Regierung, jede die Widerstandssähigkeit der Deiche schwächende Benutzung derselben zu beschränken oder ganz zu untersagen, geben die Vorschriften der SS. 19., 20., 22. der Normativbestimmungen v. 14. Sept. 1853 für künftig zu erlassende Deichstatute näheren Anhalt. Die für neue oder verbesserte Deichspsteme nöthig erachteten Disspositions- und Nutzungseinschränkungen der Binnen- und Vorlandsbesitzer werden im Allgemeinen auch zur Erhaltung bestehender Deiche für nösthig und nützlich zu erachten sein. Auch von letzteren spricht der S. 18. der Normativbestimmungen.
- 2) Für wohlerworbene Rechte gleichviel auf welchem Titel, ob auf Bertrag oder Verjährung, sie beruhen, soll indeß der solchergestalt Berechetigte von dem entschädigt werden, welcher denjenigen Deich zu unterhalten hat, in dessen Interesse die Beschränkung von der Landespolizeibehörde ansgeordnet ist. Wenngleich dadurch der Deichhalter eine Entschädigungspslicht überkommt, so bedarf es doch seiner Einwilligung zu der, obschon allein zu Gunsten der Widerstandssähigkeit seines eigenen Deichs polizeilich angeordeneten Nutungsbeschränkung des Dritten nicht; denn die Erhaltung der Deiche wird vom Gesetz als ein Segenstand des öffentlichen Rechts aufgesfaßt und behandelt.

¹⁾ Bergl. hierüber auch das Publik. ber Reg. zu Magbeburg v. 30. Sept. 1818 (v. R. Ann. Bb. 2. S. 1155) wegen Ausrodung der Dornsträuche und Baumstämme auf den Deichen, Benutung der Deiche zum Fahrwege und Beshütung nur mit Schaafen. Desgl. das Publ. der Reg. zu Breslau v. 13. Nov. 1818 (v. R. Ann. Bd. 2. S. 11, 56) gleichen Inhalts.

3) Die Art und Weise der Entschädigung wird sich nach dem Gegenstande des durch landespolizeiliche Anordnung beschränkten oder aufgehobes-Rechts richten. Fällt dieser Gegenstand unter die Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und beren Ergänzung v. 2. März 1850, resp. unter die Gem. Th. D. für die Rheinprovinz und Neuvorpommern v. 19. Mai 1851, so kommen deren Vorschriften in Betreff der Entschädigung zur Anwendung, nicht die Borschriften des S. 23. der Normativbestimmungen; denn diese gelten nur für die zum Ressort der Deichverwaltung gehörigen Abschähungen und Schadenssessssssschaften siegt das Entschädigungsversahren sur Aushebung oder Einschränfung wohlerworbener Rechte, laut S. 24. des Deichges. außerhalb des Ressorts der Deichverwaltung und geshört daher, je nach seinem Gegenstande, in den Wirfungstreis entweder der Auseinandersetzungseinandersetzung er ordentlichen Gerichte.

Zu §§. 25. u. 26.

1) Der §. 25. verfügt für Fälle einer drohenden Wassersgefahr. Auch zu diesen Fällen geht das Ausgebot der Deich genossen von dem Deiche amt aus, wogegen das der Nichtgenossen und aller anderen Be-wohner der bedrohten, nöthigenfalls der benachbarten Gegend, von der Anordnung der ordentlichen Polizeibehörde, — resp. des Landraths oder der betheiligten Ortsobrigseit abhängt. Diese, nicht die Deiche verwaltungsbehörde, hat wegen der unentgeltlichen Hälfsleistung und der Mithringung von Arbeitsgeräthen und Transportmitteln der Nichtgenossen und der Bewohner selbst außerhalb des Inundationsgebietes Berfüsung zu tressen, auch motivirt die drohende Gesahr ihre Besugniß zur sossorigen Erekutionsvollstreckung wegen dieser von ihr gebotenen Maaßregeln, ingl. wegen Absonderung der bereitesten, Behufs Abwehr der Gesahr dien-lichen Materialien jeder Art, wo sie sich sinden (Holz, Dünger, Steine 2c.)

2) Hingegen gebührt die Anwendung und Leitung selbst der aufgebotenen Nichtgenossen und der zur Stelle gebrachten Werkzeuge und Raterialien der Deichverwaltungsbehörde, zunächst dem Deich Inspektor und den Deichschöppen (S. 47. der allg. Bestimmungen v. 14. Nov. 1853). Der Landrath oder außerordentliche Regierungs-Kommissar hat nur, vermöge Aussichtstechts der Regierung, die Besugniß, die Sicherheitsmaaßregeln zu kontroliren, und wenn Gefahr im Verzuge ist, unmittelbar selbst

einzugreifen.

3) Die hiernachst vorbehaltene Ausgleichung unter den Verpslichteten — den Deichgenoffen — und die Erstattung des Schadens, d. i. des gesmeinen Werthes der von ihnen oder von nicht betheiligten Dritten gesorderten und verabsolgten Materialien — wobei auch hier der außerordentsliche Werth nicht in Rechnung gestellt werden kann (vergl. §. 20. und die Erläut. dazu), — gehört zunächst zwar zur Verhandlung und Entscheidung der Verwaltungsbehörde; in Ermangelung einer ausdrücklichen erceptionelzen Bestimmung, welche den Rechtsweg auch hier ausschlösse, ist jedoch die Zulässigkeit dieses letzteren nach Maaßgabe des Ges. v. 11. Mai 1842 nicht zu bezweiseln.

4) Die Nothhülfe muß unentgeltlich geleistet werden. Spezielle Bestimmungen für deren Leistung, z. B. über Eremtionen der zu Gemeindediensten nicht verpflichteten Personen, enthält das Ges. nicht. Dergleichen
speziellere Aussührungsmodalitäten bleiben daher der Bestimmung der Polizeibehörde überlassen; sedoch erkennt das Deichgeset Eremtionen bei einer

solchen Rothhülfe nicht an. 1)

¹⁾ Das altere R. ber Dlin. bes 3. für S. u. G. u. bes 3. u. b. P. v.

5) Wenn die betr. Deichbehörde in Folge ihrer gefetlichen Befugniß zur Abwendung größeren Schadens einen Deichdurchstich hat bewirken lasefen, so ist der Deichverband verpflichtet, die durch den Durchstich beschädigeten Grundbesitzer zu entschädigen.

Erfannt von dem III. Sen. des Db. Trib. unterm 2. Juli 1852

(Striethorfte Ard. Bb. 6. S. 220. Mr. 53.).

' Bum §. 26.

Ueber die Anwendbarkeit des S. 25. auf die zu einem Deichverbande gehörigen Deiche entscheidet zunächst das landesherrlich genehmigte Deiche statut, je nach den darin für die Deichverwaltungbehörde gezogenen weiteren ober engeren Grenzen ihrer Kompetenz.

Bum §. 27.

Der S. 12. des mittelst K. D. v. 30. Sept. 1828 publicirten Regulativs v. 10. ej. m. über bas Verfahren bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränderungen der Erdoberstäche innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen (G. S. 1828. S. 119) bestimmt,

baß die Zulässigkeit der Aussührung und Anschättung von Deichen und Koms munikationsdämmen, Ufers und sonstigen Wasserbauten, Entwässerung und Ersböhung von Grundstücken innerhalb der Raponbezirke bis auf eine Entfernung von 360 Ruthen von den Festungswerken, — davon abhängig ist, inwiesern dadurch eine nachtheilige Deckung gegen die Festung, mithin eine Verminderung der Verstheibigungsfähigkeit der Festung herbeigeführt werden möchte; insbesondere sollen Dämme und Gräben niemals so angelegt werden, daß dadurch unbestrichene Räume entstehen.

Bufolge S. 3. muß ein Antrag barauf von ter Ortspolizeibehörde der Kommandantur ter Festung zur Prüfung unter Zuziehung des Plat In- genieurs und Festungs Inspekteurs und von der Kommandantur an das Kriegsmin. übergeben werden.

Bum §. 28.

Bergl. die Erlaut. zum S. 15.

Die vom Geset abweichenden Bestimmungen der Provinzial=Verord= nungen über das Deichwesen sind mit Publikation des Ges. v. 28. Jan. 1848 von felbst aufgehoben, da sie — abgesehen von dergleichen Abwei-

Das C. R. ber Min. f. landw. Ang. u. für H. u. G. v. 2. Febr. 1850 (Min. Bl. b. i. B. 1850. S. 13) macht aufmerksam auf die schnelle Verbreitung der Rachrichten über das ankommende Hochwasser dem Strom entlang, Bereits haltung der Materialien zum Schutz der Deiche, Gestellung der Mannschaften und beren Leitung bei der Deichvertheibigung, eine Vorsorge für Nettung von Mensschen und Bieh, und verweist event. auf die energische Anwendung der in den

\$5. 4., 25., 26. bes Deichgef. ben Regierungen beigelegten Befugnif.

^{15.} Nov. 1833 (v. R. Ann. Bb. 17. S. 1068) bestimmt, daß bei Bollstreckung der Erekutionen beim Uferbau lediglich nach den §§. 48. sf. A. G. D. I. 24. zu versahren und nach §§. 51. u. 52. a. a. D. zu ermessen sei, inwiesern dabei auf Gelds u. Gefänguißstrase zurückgegangen werden kann. Es tritt jest der §. 9. der B. v. 4. März 1834 (G. S. 1834. S. 31), in Verbindung mit dem §. 48. der B. v. 26. Dec. 1808 (G. S. 1817. S. 288) ingl. der R. D. v. 6. Mai 1836 u. der Geschästes Anweisung sür die Reg. v. 31. Dec. 1825 (v. R. Jahrb. Bb. 27. S. 241) an die Stelle. Vergl. auch R. des Just. Min. v. 3. Febr. 1832 (v. R. Jahrb. Bb. 39. S. 145).

hungen — entweder mit dem Ges. übereinstimmen oder durch dasselbe ergänzt werden, wogegen die besonderen, einzelne Ströme und Stromstrecken betreffenden Deichordnungen und Deichstatute auch nach Publikation des Ges. v. 28. Jan. 1848 (zuf. S. 23.) in Kraft verbleiben, nur erforderslichenfalls zu revidiren sind, und bei nothig befundener Abanderung von Neuem der landesherrlichen Genehmigung unterliegen.

Die allgemeinen landesgesetzlichen Bestimmungen über das Deichwesen beschränkten sich, wie in der Einseitung entwickelt, auf die Vorschriften des A. L. R. II. 15. Diese Bestimmungen sind ebenfalls aufgehoben, nachdem das aussührliche Ges. v. 28. Jan. 1848 an ihre Stelle

getreten ift.

Zweite Abtheilung.

Die landwirthschaftliche Polizei = Gesetzebung.

Einleitung.

Die landwirthschaftiche Polizei umfaßt alle gesetlichen Anordnungen zur Erhaltung und zum Schutze des Landbaues und der das
mit verbundenen Biehzucht; es ist ihr Zweck, das landwirthschaftliche Eigenthum, sowohl bezüglich der Feldfluren selbst (an Garten, Aeckern, Wiesen, Weinbergen, Aengern, Weideplätzen, Obst- und anderen Baumaulagen, deren Früchte oder Blätter — wie die des Maulbeerbaums —
zu landwirthschaftlichen Erwerbszweigen gehören), als auch bezüglich der
auf den Feldsluren wachsenden, gleichviel ob von der Natur allein oder unter Mitwirfung der menschlichen Arbeit hervorgebrachten Früchte gegen
Gesahren und Beschädigungen durch Naturstäste, durch Menschen oder Bieh
sicherzustellen und gleichzeitig der landwirthschaftlichen Bobenproduktion innerhalb der bestehenden Rechts- und Eigenthumsverhältnisse eine möglichst freie und gedeihliche Entwickelung zu sichern.

In diesem Sinne hat die landwirthschaftliche Polizei auch die kunstlichen und natürlichen Wasserabzüge Behufs der Vorstuth, wie die Bewässerungs- und die Deichanlagen, ') ingl. ferner die Maaßregeln zur Erhaltung, wie zur Verbesserung des Viehstandes, der Fischerei, der Seiden- und

ber Bienenzucht zum Gegenstande.

Die legislative Praxis der Feldpolizei – oder Rural - Gesetzebung hat von diesen Gegenständen der landwirthschaftlichen Polizei bald mehr, bald weniger in ihren engeren Bereich hineingezogen, wogegen dann die anderen Gegenstände in besonderen Gesetzen behandelt sind.

Sie hat ferner bald mehr, bald weniger die Grenzen der Erhaltung und Beschützung des Landbaues und seiner Produktionen innerhalb der gegebenen Rechtszustände des landwirthschaftlichen Eigenthums

¹⁾ Bon dieser, unter der Bezeichnung: "Gesetzgebung über das Baffers recht" zusammengefaßten Thätigkelt der landwirthschaftlichen Polizeigesetzgebung handelt die Abth. I. dieses Theils des Werkes.

und der bestehenden Dienstbarkeiten überschritten und in den Bereich und die Aufgabe der Kulturgesetzgebung im engeren Sinne durch Resgelung oder Beschränkung der Verfügungsbefugnisse der einzelnen Grundseigenthümer, wie durch Einschränkung der auf Grund und Boden lastenden Servituten, und zwar theils gegen, theils ohne Entschädigung,

übergegriffen.

Sie hat endlich hier und bort verschiedene Mittel und Wege gewählt. Theils hat sie sich auf allgemeine, mehr instruktive Anweisungen und babei auf wenige dispositive und Strafbestimmungen beschränkt, auch den provinziellen oder den Distrikts – oder Lokal-Verordnungen ein ausgedehnteres Veld belassen; theils sind allgemein gültige dispositive Vorschriften über eine Mehrzahl von Gegenständen der Feldpolizei mit vollständigen und eigenen strafgesetlichen Bestimmungen gegeben. Bald ist das alte Deutsche Pfanzdungsrecht, besonders für Vieh, und bei der Rüge der Feldsrevel die Kompetenz von Administrativ, Gemeinde- oder Gesellschaftsbehörden beibehalten; bald ist Ersteres oder diese Letztere ganz aufgegeben und nur die bessondere Feststellung des Schadenersatzes durch den Richter vorbehalten.

Während

I. bie alteren Dorfordnungen, insbesonbere:

1) die v. 16. Dec. 1702 für die Domainen (Rabe, Bb. I. Abth. 1. S. 238. u. C. C. M. Tom. 5. Abth. 3. Kap. 1. p. 227. Nr. XXXII.);

2) die v. 22. Nov. 1754 für die Litthauischen Aemter (Rabe, Bt. I.

Altb. 2. S. 367. u. N. C. C. Tom. I. p 711. Nr. 84.);

3) die v. 7. Febr. 1755 für Minten-Ravensberg, Tecklenburg u. Lingen (Rabe, Bd. I. Abth. 2. S. 388., N. C. C. Tom. I. p. 739. Mr. 16.) sehr ausführliche Anweisungen über Feldbestellung, über Hütung, über Wieh= und Bienenzucht u. s. w. nebst einzelnen Strasbestimmungen gaben, ser= ner auch

4) die Feld-Ordnung für das Fürstenthum Halberstadt und die dazu gehörigen Graf= und herrschaften v. 27. Juli 1759 (Rabe, Bb. I. Abth. 2. S. 514 sf. u. N. C. C. Tom. II. p. 377. Nr. 32.) die umfassenosten feldpolizeilichen Anordnungen zur Beschützung des Landbaues und der bei Erzeugung und Gewinnung von Früchten in Betracht kommenden Verhältznisse in den vielfachsten Beziehungen und dafür überall Strasbestimmungen enthielt, ohne in das Gebiet der eigentlichen Kultur- ober der Vorsstuthsgesetze überzugreisen, hatten sich andererseits

II. die Verordnungen wider bas Austreiben des Viehes ohne Be-

gleitung eines Birten:

1) für Oft- und Westpreußen v. 1. Mai 1803 (Rabe, a. a. D. Bb. 7. S. 448 ff., N. C. C. Tom. XI. p. 2885. Nr. 2., Nachtrag);

2) für Südpreußen (jest Reg.=Bez. Pofen und größtentheils Brom-

berg v. 18. Mai 1804 und

3) für die Kur- und Neumark und Pommern v. 8. April 1806 (Rabe, a. a. D. Bb. 8. S. 505 ff., N. C. C. Tom. XII. p. 121. Ar. 37.) auf Borschriften zur Vorbeugung von Hütungskontraventionen, wie über Pfändungen und Strafen von Weidefreveln beschränkt und dabei den Grundsatz anerkannt, daß das Pfandgeld in der Regel den Schadensersatz in sich begreife.

Es galten aber neben diesen Feldpolizeigesetzen das allgem. Vorfluth= Ed. v. 6. Juli 1773 und außerdem als Kulturgesetze im engeren Sinne die B. v. 21. Oft. 1769 wegen Aushebung von Gemeinheiten, sowie das R. v. 19. Mai 1770 wegen Einschränkung der Wiesenhütung. (Bergl. die all=

gem. Einl. in Bt. I. S. LXXX.)

Erste Unter: Abtheilung.

Die Feld-Polizei-Gesetzgebung.

Einleitung.

Der Feld-B.-D. v. 1. Nov. 1847 (S. S. 1847. S. 376] find tie neueren Rulturgefete — tie Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und namentlich deren Abschn. II., betr. die Einschränfung und Regelung der Gemeinsheiten (ber Hutungs-, wie sonstiger gemeinschaftlicher Nutungsverhältnisse ländlicher Grundstücke), ferner tas Borfluth-Ges. v. 15. Nov. 1811 und das G. v. 28. Febr. 1843 über Bemässerungen vorausgegangen, und schließt sich dieselbe einerseits ben oben S. 705 zu II. 1., 2., 3. u. 4. getachten Verordnungen an, mahrend sie andererseits (im Einklange mit ten alteren oben S. 705 zu I. 1., 2., 3. u. 4. gedachten Verordnungen) umfassendere Bestimmungen, jedoch nur über tie eigentliche Feltpolizei, enthält.

Dagegen haben die Feldpolizeigesetze der Länder, in welchen ähnliche Kulturverordnungen im engeren Sinne nicht vorauszusezen gewesen und vorausgegangen sind, wie dies in dem früher zu Frankreich gehörigen linkstheinischen und dem früher zu Nassau gehörigen rechtstheinischen Theile der Reinischen und dem früher zu Nassau gehörigen rechtstheinischen Theile der Rheinprovinz vor Erlaß der Gem. Th. D. v. 19. Mai 1851 der Fall war, niehr oder weniger solche, über den Bereich des polizeisichen-Schutzes hinausgehende Bestimmungen in sich ausgenommen, welche im allgemeinen Landeskultur=Interesse bestehende Rechte, insbesondere kulturschädliche Dienstebarkeiten zum Theil ohne Entschädigung beseitigten oder wenigstens be-

fchranften.

Dies gilt namentlich von dem sogen. Code rural (Décret concernant les diens et usages ruraux et la police rurale) v. $\frac{28. \text{ Sept.}}{6. \text{ Oft.}}$ 1791, 1) welcher nur die Porstuthsgesetzgebung von sich ausschließt, sich hingegen auf alle anderen michtigeren Beziehungen und Verhältnisse des Ackerbaues und der Biehzucht (auch der Bienen und der Seidenraupeneier) ausdehnt, im Tit. II. Art. 1—45. einen vollständigen, großentheils neben dem Code pénal sortgeltenden Polizei = Strassoder enthält und dabei Koppelhütungsund Weiderechte in gewissen Fällen, wie z. B. durch Einhegung, für aufgehoben, in anderen Fällen sur abkäuslich erklärt.

Es gilt dasselbe von der Naussausschen V. v. 7. n. 9. Nov. 1812,2) wenngleich diese V. sich lediglich auf die Weideverhältnisse bezieht, indem sie jedem Gutsbestzer die uneingeschränkte Benutzung seines Ackerlandes, selbst der Brachselder, ohne Rücksicht auf bestehende Hut- und Weide-Berechtigungen, wie die uneingeschränkte Benutzung der Wiesen, einschließlich der Nachmaht, sofort freistellte, und bei nachweislichem Recht eine beliebige

Entschädigung nur vorbehielt.

Die Freiheit des Grundeigenthums, welche der Rheinprovinz linken Ufers mit der Uebertragung der Französischen Gesetzgebung schon in den

¹⁾ Bergl. in Bormann und v. Daniels Handbuch ber für die Prens. Rheinprovinzen verfündigten Gesete aus der Zeit der Fremdherrschaft, Bb. 2. S. 156, Nr. 29.

²⁾ Bergl. in Stotti's Samml. ber Gesetze und Berordnungen in den vormals Neuwiedschen ic. jest Preuß. Landestheilen, Th. IV. Abth. für das Herzogsthum Nassau, S. 1879, Nr. 182.).

neunziger Jahren, in den öftlichen Provinzen mit dem Ed. v. 9. Oft. 1807 und dem Landes-Kult.-Ed. v. 14. Sept. 1811, hauptsächlich aber mit der allmähligen Aussührung der Regulirungsgesetze vom I. 1811 und der späteren, wie mit der Gem. Th. u. Ablös. D. v. 7. Juni 1821, zu Theil wurde, führte von selbst Kapital und Industrie der Kultur des Bodens zu und erhöhte vermöge des größeren Fleißes und der vermehrten Sorgsalt in dese sen Bearbeitung, seinen Werth, wie den seiner Erzeugnisse. Dadurch wurde die Gesetzebung zum erhöhten Schutze der Feldsluren und Feldsrüchte aufgefordert. Wenn in dem Landeskult.-Ed. v. 14. Sept. 1811 einerseits erweiterte Kulturgesetze verheißen (SS. 11. st., 21. st.), andererseits unmittelbar verschiedene Kulturvorschriften theils erneuert, theils neu erlassen wurden (SS. 26. st., 33., 34.), so stand hiermit die anderweite Verheißung des S. 35. desselben,

baß auch die Strafen auf Beschäbigung von Felbern und Wiesen, gegen Baumfrevel und Felbliebstähle geschärft werben sollten,

in genauem Zusammenhange, und es stellt sich die in später Erfüllung dieser Berheißung unterm 1. Nov. 1847 erlassene Feld=P.=O. nur als ein ein= zelnes Glied und Theilstuck der Preuß. Agrar= und Landes-Rultur-Gesetzgebung dar.

Erster Abschnitt.

Die Feld-Polizei-Gesetzgebung in den sechs östlichen Provinzen, mit Ausschluß von Neuvorpommern nebst Rügen, und in der Provinz Westphalen.

Erstes Kapitel.

Die frühere Gesetzgebung vor Erlaß der Feld-Polizei-Ordnung vom 1. Nov. 1847.

Erfter Titel.

Meltere feldpolizeiliche Berordnungen.

I. Schon die alteren Dorfs = und Acker = Ordnungen (vergl. oben S. 705) enthielten mancherlei feldpolizeiliche Borschriften, beispiels = weise die v. 16. Dec. 1702 in den §§. 43., 48., 49., 51. einige Regeln wegen des gemeinen Hütens, wegen Taration des durch Bieh auf dem Felde angerichteten Schadens, wegen Bestrafung der vor ertheilter Erlaubnis des Schulzen und der Schöppen ausgeübten Stoppelhütung und wegen Antilederns oder Beaufsichtigung der Ochsen beim Hüten zwischen dem Korn.

II. Einen weiteren außeren, hingegen einen weit engeren inneren Wirkungsfreis hatten die drei meist übereinstimmenden Verordnungen wider

das Austreiben des Biebes ohne Begleitung eines hirten:

1) für Oft- und Westpreußen v. 1. Mai 1803,

2) für Südpreußen (jest die Reg.-Bezirke Posen und größtentheils Bromberg) v. 18. Mai 1804,

3) für die Provinzen Kur=, Neumark und Pommern v. 8. April 1806,

708 Von d. Schutze u. der Beford. der Landesk.; landwirthsch. Polizei.

(vergl. oben S. 705), deren wefentlichste Bestimmungen sich darauf be- schränften:

a) daß Niemand sein Bieh heerbenweise ober einzeln zur Beibe gehen ober in den Dörfern außer den Ställen ober verschloffenen Soflagen ober vers zäunten Roppeln umber laufen lassen durfe, ohne dasselbe ber Aufsicht tüchtiger hirten zu übergeben;

b) baß jeber Eigenthumer ober Auffeher eines Grunbftude bas auf bemfelben

solchergestalt betroffene Bieh selbst pfanden burfe: sobann

c) auf Bestimmung eines Pfandgeldes für jedes Stück (resp. großes und kleines) Bieh, so daß das Pfandgeld in der Regel den Ersat des Schastens mit begreift, ter Eigenthümer des übergetretenen Biehes dafür haftet, der größere oder geringere Betrag desselben davon abhängt, ob das Bieh auf hestellten oder besäeten oder auf unbestellten Neckern und Gärten, auf gemähten oder ungemähten Wiesen, resp. Weidepläten betrossen worden und das Pfandgeld selbst dann entrichtet werden muß, wenn keine wirksliche Pfändung stattgehabt hat;

d) auf Bestimmungen über die Tüchtigkeit ber hirten, beren haftbarkeit und Strafbarkeit, ingl. die haftbarkeit der Gemeindevorsteher, wenn sie die

Sorge für Bestellung tuchtiger hirten vernachlässigen;

e) besgl. wegen Anlegung ficherer Rachtfoppeln ober Roßgarten für Bugvieb, welches bei Nacht geweibet wirb. ')

III. Neben jenen Verordnungen enthielten die verschiedenen alteren Deich- und Grabenschau-Ordnungen (vergl. tieselben oben S. 676 ff.) ebenfalls einige feldpolizeiliche Vorschriften, mit besonderer Rücksicht auf ben Schutz der Deiche und Graben vor den Beschädigungen durch Fischeret, Viehhüten zc.

Auch war z. B. wider Beschädigung der Meliorationen im Dromling und an der Ohre im Herzogthum Magdeburg eine besondere (doch nur einstweilige) V. v. 9. Mai 1792 erlassen. (Rabe, Bd. 2. S. 314. sf., N.

C. C. Tom. IX. p. 979. Mr. 46.)

IV. In anderen Landestheilen fehlten ähnliche Bestimmungen, wie sie die oben zu II. erwähnten Berordnungen, namentlich unter b. u. c. entstielten.

A. In der Proving Schlesien gab es:

1) einige altere Territorialgesetze, hauptsachlich nur gegen das Racht=

huten; sodann ift

2) zu erwähnen die Polizei-A. v. 17. Nov. 1842 (bestätigt burch bas R. des Min. des J. v. 20. März 1843), betr. den Schutz der Weingärten im Grüneberger Stadtpolizeibereiche und die Bestimmung des Anfangs der jährlichen Weinlese in den Weingärten der Stadt Grüneberg und der Kämmereidörser (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 85. Nr. 113.), nebst der K. O. v. 16. Sept. 1842 (mitgetheilt durch das R. des Min. des J. v. 25. ej. m.) wegen Eintheilung der Weinberge in Reviere Behufs deren Bewachung (Min. Bl. d. i. B. 1842. S. 349. Nr. 477.).

B. Für die Provinz Sachsen sind bemerkenswerth:

b) Einzelne Polizei-Berfügungen wurden übrigens auch früher schon von den Polizeibehörde erlaffen, z. B. von dem Polizei-Direktor zu Brandenburg bas Publ. v. 17. Juni 1817, betr. das Sammeln von Feldblumen im Getreibe. (v. K. Ann.

8b. 1. S. 75, Nr. 46.).

¹⁾ a) hinsichtlich ber B. für Sübpreußen v. 18. Mai 1804 war jedoch burch ben Plenarbeschluß des Ob. Trib. v. 10. Oft. 1837 (Entscheid. Bb. 3. S. 135) angenommen, "daß dieselbe in ihren civilrechtlichen Bestimmungen — mithin auch in Betreff des Pfandgeldes — turch die Einführung des Code Napoléon in das vormalige herzogthum Warschau für aufgehoben und bei Wiedereinführung der Preuß Gesetze in die Provinz Posen für nicht wieder einsgesührt zu erachten sei."

1) in den Eichsfeldschen Rreisen Beiligenstadt und Worbis die Rurfürfil. Mainzische B. v. 29. Aug. 1794 in Betreff des verbotenen Nacht-

hütens;

2) im Balberstädtischen und dazu gehörigen Grafschaften, namentlich Sobenstein, die Salberstädtische Feldordnung v. 27. Juli 1759 (vergl. oben S. 705), beren S. 38. (mit Bezugnahme auf das altere Patent v. 1. Dec. 1731, "wie es mit Betreibung ber Saatfelder zu halten")

bie Schaashirten solcher Beerben, welche gur gemeinschaftlichen Gutung bes rechtigt, für Schaben und Strafe solibarisch verantwortlich machte, so lange nicht ber hirte ermittelt murbe, burch ben ber Schade veranlaßt war,

und welche im liebrigen ausführlich über Grenzverrückungen, Entnahme bes Behnten vom Felde, wegen der Feldgraben, in Betreff ber Beschädigungen oder Entwendungen von Obst - Maulbeer - und Weidenbaumen, über Abpflügen, Erholen von Steinen, Lebm und Thon, wegen des Stoppelharkens, Ausgrabens von Samftern, Aehrenlesens, über Wiehhutung, Privatpfandung, Erneuerung der Grenzbeziehungen u. f. w. verfügte, und auf alle Kontraventionen der Art besondere Polizeistrafen androhte; gleicherweise

3) die Magdeburger Polizei-Ordnung v. 3. Jan. 1688; 1)

4) die besonders vormals in Ronigl. Sachsischen Landestheilen in manchen Gemeinten bestehende Ginrichtung fogen. Grenzämter, wie die Gewohnheit ber jährlichen Grenzbeziehungen, bei benen es bas R. des Min. des 3. v. 6. Juli 1817 (v. R. Ann. Bb. I. S. 3. S. 41. Mr. 20.) beließ:

5) tas bin und wieder vorkommende Berbot, resp. die Beschränfung wegen tes Aehrenlesens unter Anderen a) nach dem Publik. des Magistrats zu Mühlhausen v. 15. Juli 1817 (v. R. Ann. Bb. 1. S. 3. S. 46. Rr. 24.) vor polizeflich bekannt gemachter Erlaubnig durch öffentlichen Ausruf, b) nach dem Publik. des Polizeidirekt. zu Erfurt v. 25. Juli 1817 (v. R. Ann. Bb. I. S. 3. S. 47. Nr. 25.), wonach

"bas Aehrenlesen nur alten nicht arbeitsfähigen Leuten, erft nach Abfuhr sammtlicher Früchte, auch nicht bes Abends, ferner bas Einbringen ber Aehren nur in Bunbeln, nicht auf Schubkarren und in Körben, gestattet sein foll".

C. In der aus vielen vormals souverainen Territorien zusammengefesten Proving Weftphalen mar die frühere Lage der Feldpolizeigefesgebung folgende:

AA. Im Reg. Dezirke Münfter.

1) Für bas hochstift Munfter gab es teine besonderen gesetzlichen Bestimmungen über Pfandgelter. Das Münstersche Ed. v. 26. April 1763 bedrohte zwar bas eigenmächtige Betreten fremter Garten und bas beimliche haten bes Wiehes zur Nachtzeit an ben Nebenwegen und zwischen ben Bartenheden mit namhafter Strafe, ermahnte auch ber Pfandungen, bestimmte jedoch keine Pfandgelder.

2) In den vormaligen Aemtern Aahaus und Bockhold waren durch die Fürstlich Salm-Salmsche Rügeordnung v. 18. Febr. 1804 Pfandungen gestattet und bestimmte Pfandgelber festgesett. Diese Berordn. be-

jog fich aber ausschließlich auf ben Schut ber Balbungen.

¹⁾ Begen bes Biebhaltens ber mit feinem ober nur mit geringem Grundbefit verfebenen Berfonen in ben ehemals Roniglich Gadfifchen ganbestheilen vergl. die R. des Min. des J. v. 11. Marz 1825 (v. K. Ann. Bb. 9. S. 157, Rr. 99.) u. v. 1. Juni 1827 (v. K. Ann. Bb. 11. S. 402, Nr. 46.), worin bemerkt wird, "daß bie alteren Sachfischen Gefete, burch welche bergl. Personen auf dem Lande im Biebhalten beschränft maren, burch Ginführung bes A. E. R. aufgehoben und event. nur die Polizeibehörden anzuweisen seien, von ihnen ben Rachweis bes rechtlich ju beschaffenben Binterfutterbebarfs ju forbern."

Das Salm-Salmsche Publik v. 7. Okt. 1808, betr. bas Plaggenmähen auf Grüngrund in den Gemeinheiten, enthielt bestimmte Vergütungsfate des verursachten Schadens.

3) In den Grafschaften Tedlenburg und Lingen fanden sich nur in einer Holz-, Forst-, Jagd- und Grenz-Ordnung v. 4. März 1738

Vorschriften über Pfandgelder.

- 4) Die in der Grafschaft Recklinghaufen geltende Herzoglich Arembergische B. v. 10. Mai 1810 verbot:
 - a) bas nadiliche Guten auf ungeschloffenen Felbern,

b) bas auffichtelofe Umberlaufen bes Biebes,

c) bas willführliche Betreten frember Gruntflude.

Dieselbe enthielt auch für jedes ohne Aufsicht betroffene, gepfändete Stück Wieh ein Pfandgeld, verpflichtete ferner alle Polizeibeamten, gegen die Zusicherung einer Belohnung pro Stück Groß- oder Klein-Bieh Seitens der Eigenthümer, das auf fremdem Boden Schaden anrichtende Bieh in den Pfandstall zu bringen.

BB. Im Reg.=Bezirke Arnsberg.

1) Im Herzogthume Westphalen ward, mit Ausschluß der Forstefrevel, auf Pfandgeld nur erkannt, wo ältere Aurkölnische und spätere Großeherzoglich Hessische Verordnungen zur Anwendung kamen, und da ohne Uneterschied, ob wirklich gepfändet oder nicht. In Gesehen oder Verordnungen war dies Pfandgeld indeß nirgend bestimmt; es beruhte nur auf gleichemäßigem usus sori, indem die Westphälische Polizei-D. v. 20. Sept. 1723 Tit. 38. von Pfändungen und von dem gewöhnlichen Pfandgelde sprach, ohne sedoch den Betrag des letzteren zu bestimmen.

Die Gultigfeit diefer Polizei-D. mar jedoch nicht anerkannt.

Die Kurkölnische B. v. 31. Aug. 1802 wegen der Hude auf Kleefelsbern, die Großberzoglich Hessische B. v. 2. Juli 1808 wegen Beschränkung der Hude zur Nachtzeit auf nicht eingefriedigten Feldern, und die Großscherzoglich Gessische B. v. 9. Juli 1808 wegen Besorderung der Landeskulstur 1) enthielten nichts über Pfandungen und Pfandgelder. Allein die vorletzte Bervrdnung enthielt eine Bestimmung, wonach das Hüten zur Nachtzeit mit besonderer Erlaubniß der Polizeibehörde ausgeübt werden durfte und alle Theilnehmer für den während der Nacht durch das Bieh in der Feldmark verursachten Schaden in solidum so lange verhaftet blieben, bis derzenige ausgemittelt, durch dessen Bieh der Schaden verübt worden; die Biehbesitzer auch für den Schaden hafteten, der durch Nachlässigkeit ihrer Hirten entstand. 2)

2) In der Grafschaft Mark bestanden, außer einer Wald- und und Jagd-D. vom 3. 1765, feine Bestimmungen über Pfandungen und

Pfandgelder.

3) Für das Fürstenthum Siegen enthielt nur das Forst-Straf-Reglement im Weisthum der Nassau-Oranischen Gesetze bestimmte Pfandgelder für Forstsrevel und Hütungs-Ercesse in den Waldungen. Außerdem

1) Bergl. wegen beren Außerfraftsetzung das Erf. des Revis. Rolleg. für L.

R. S. in ber Beitschr. beffelben, Bb. 1. S. 51.

²⁾ Für das herzogthum Westphhalen ist durch das Erk. des Ob. Trib. v. 15. Jan. 1850 (Entsch. Bb. 19. S. 397) — (vergl. das das. angest. Kurkdlnische Beilieger=Ed. v. 1. Jan. 1752 u. 12. Jan. 1795 in Skotti's Samml. I. Abth. 2. S. 772 u. 1224) — ausgesprochen: "daß den ehemaligen Beiliegern wegen dieser ihrer Eigenschaft weder die Jahlung eines Beilieger=geldes, noch die Entrichtung eines Weibegeldes sur Mitbehütung der Gemein= weide mehr zugemuthet werden kann".

fanden sich in dem Beisthum unter den Rubriken "Feld- und Gartenvieberei und Weide" eine Menge Verordnungen, die aber nur als Lokalvorschriften galten. In denselben war zwar hin und wieder von Pfandun-

gen, nirgends aber von einem bestimmten Pfandgelde die Rede. 1)

4) In den Grafschaften Wittgenstein wurde nach einem alten Gerkommen bei allen strafbaren Beschädigungen des landwirthschaftlichen Grundeigenthums, und zwar ohne Unterschied, ob eine Pfandung wirklich stattgefunden hatte oder nicht, auf ein Pfandgeld von 2 Sgr. 10 Pf. (eine Art von Anzeigegebühr) erkannt, wozu es aber an einer gehörig bestimmten Observanz mangelte.

CC. 3m Reg.-Bezirfe Minben.

1) Im Fürstenthume Minden und in der Grafschaft Ravensberg schrieb die Dorf-O. v. 7. Febr. 1755 vor, daß in den Dörfern gemeinschaftliche Hirten gehalten werden sollen; sie verbot das Biehhüten durch Kinder (S. 46.) und gab jedem die Befugniß, das ohne Hirten und Anderen zum Schaden gehende Vieh zu pfänden. Außerdem bedrohte sie das Behüten fremder Grundstücke noch mit besonderer Strase. Ueber die Höhe der Pfandgelder fand sich aber eben so wenig hier, als in dem Brüchten-Regl. v. 27. Juli 1772 eine nähere Bestimmung, nicht minder sehlte es in dieser Beziehung an bestimmten Observanzen. Nur im Kreise Lübbe de und zwar auch nur in einzelnen Gemeinden wurden herkömmlich kleine Pfandgelder von 14 bis 5 Sgr. erhoben.

2) In der Herrschaft Rheda, der Grafschaft Rietberg und im Amte Reckenberg wurden von der Polizeibehörde bei Hütungs- und Weidefreveln Pfändungs- oder Schüttgebühren festgesett, die von 6 Pf. für ein Stück Kleinvieh bis zu 3 Sgr. 9 Pf. für ein Pferd stiegen, was

aber nur auf Observanz beruhte.

3) Für das Fürstenthum Corven enthielt das Fürstlich Nassau-Oranische Ausschreiben v. 6. April 1803 ein Verbot des Nachthütens im Felre und besondere Strafen für das Behüten fremder Grundstücke, desgl. für das Hüten an Wegen und Heden; jedoch nichts von Pfandungen und Pfandgeldern.

4) Im Fürstenthume Paderborn verordnete ein Ges. v. 12. Mai 1710 nur, daß Niemand das Vieh ohne tüchtige Hirten frei umher laufen lassen dürfe, enthielt jedoch ebenfalls keine Bestimmungen über Pfändungen

und Pfandgelber.

Das Fürstlich Paderbornsche Ed. v. 12. Mai 1770 (Baderborner Landes. D. Th. II. S. 56) verbot besonders das Biehhüten durch Kinder. 2)

DD. Verschiedene Verordnungen, unter Anderen die Kurkölnische v. 12. Jan. 1795, betrafen hauptsächlich das Austreiben der Ziegen. Besäglich terselben verfügte das R. des Min. des J. v. 14. Oft. 1839 (v. K. Ann. Bd. 23. S. 830. Rr. 53.) in Folge Ermächtigung durch die R. O. v. 28. Sep. ej. a.:

Wegen dieser Provinzialgesete ist zu vergl. die Nassau-Ratenellenbogensche Polizei-O. v. 1711. Th. II. Kap. 5. S. 11. und das Weisthum der Nassausschen Länder, Th. 2. S. 148, Th. 3. S. 187, 188.

2) Bergl. dazu das R. ber Reg. zu Minden v. 16. Juni 1819 (v. K. Ann. Bb. 3. S. 528, Rr. 153.)

¹⁾ Das Ob. Trib. hat in bem Erf. v. 9. Oft. 1847 (Entsch. Bb. 15. S. 421 ff.) angenommen: "baß Miteigenthumer von haubergen in einer Mark außerhalb bes Wohnorts von ber Mitbehütung berselben nicht ausgeschlossen, jedoch schuldig sind, ihr Bieh in die heerde der auswärtigen Mark einzutreiben, da die Provinzialgesete des Fürstenthums Siegen nichts Abweichendes verordnen.

daß durch die Regierung, und bei Auseinandersetungen durch die General-Kommission, auf Antrag der Betheiligten örtliche Regulative Behufs Festsetung angemessener, die Verbote wegen der Ziegenhütung mildernder Modalitäten ges troffen werden sollten.

V. Außer diesen provinziellen Verordnungen sind zur Charafteristrung bieses 3weiges ber Gesetzgebung, von ben früheren feldpolizeilichen Bestim-

mungen zu erwähnen:

1) das renovirte Ed. v. 8. Jan. 1731 wegen Ausrottung der Sperlinge (Rabe Bb. I. Abth. 2. S. 75., C. C. M. Tom. 5. Abth. 3. Kap. 2. S. 377) und

2) das Et. v. 23. Febr. 1733 wegen des Flachstöthens außerhalb fließender Gewässer (Rabe a. a. D. S. 76. u. C. C. M. Tom. 5. Abih. 3. Rap. 2. S. 387).

Zweiter Titel.

Die seldpolizeilichen Bestimmungen des Allgem. Land-Rechts des Landes-Rultur-Edikts v. 14. Sept. 1811 und des zweisten Abschnitts der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821.

I.

Die Bestimmungen des Allgemeinen gand - Rechts.

1) Die bei Publikation des A. L. R. bestandenen Provinzials-Geset über Pfändungen sind, soweit sie den ausdrücklichen einschränstenden oder verbietenden Vorschriften des Absch. 4. Tit. 14. und der SS. 179—186. Tit. 22. Thl. I. des A. L. R. zuwider lausen, außer Krast gesetzt und nur noch in Betress der Höhe des Pfandgeldes in Gültigkeit. Die Frage, in welchen Fällen, in welchem Umsange und auf welche Gegenstände das Pfändungsrecht ausgeübt werden kann, ist daher lediglich nach dem A. L. R. zu beurtheilen. Dies hat das Db. Trib. in dem Erk. v. 11. April 1840 angenommen, indem dasselbe bemerkt:

Sofern die älteren partikulairen Pfändungs Dednungen Vorschriften enthalsten, welche die Natur polizeilicher ober strafrechtlicher Bestimmungen haben, gelten dieselben nicht weiter, als das A. E. R. sie ausdrücklich gebilligt hat. (Entscheid.

28b. 6. S. 82 ff.)

Vergl. das Nähere hierüber in den Erläut. zu den §§. 27-33. des Landeskultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 (Bergl. in Bd. II. Abth. I. S. 104-106). 1)

2) Indeß blieben die erst nach Bublikation des A. E. R. erlaffenen Verordnungen wider das Austreiben des Viehes ohne Begleitung eines hirten:

a) für Dft- und Beftpreußen v. 1. Dai 1803,

b) für die Kurs und Neumark und Pommern v. 8. April 1806, (vergl. oben S. 707—708) überall in Kraft.

3) Das zu 1. alleg. Erk. des Ob. Trib. behält dagegen auch nach Erlaß der Feltpolizei=O. v. 1. Nov. 1847 seine Bedeutung in Betreff ter provinziellen Verordnungen wegen Pfändungen in den Forsten, da tie Feltpolizei=O. auf letztere keine Anwendung findet.

Bergl. Die Erlaut. zu ben SS. 27-33. bes Landesfultur-Et. in Bb.

II. A6th. 1. S. 104.2)

1) Bergl. auch ben Plenarbeschl. bes Db. Trib. v. 10. Oft. 1837, betr. bie Sabpreuß. B. v. 18. Mai 1804 (f. oben S. 708 Rote 1. a.).

²⁾ Bergl. Eichhorn's Einl. in das Deutsche Briv. R. S. 121. S. 339, S. 123. S. 343, desgl. Deutsche Staats: u. Rechtsgeschichte, 2. Ausg. Th. I. S. 61. S. 171 u. Th. 3. S. 440. S. 321 Note c. — Lox Wisigothor. L. 8. Tit. 3. cap. 13 – 17., Lox Burgund. Tit. 21. cap. 1., Tit. 23., Lex Longobard. Lib. 1. Tit. 23. u. Lib. 2. Tit. 21. cap. 5.,

II.

Die Bestimmungen des Absch. II. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 und das Landes-Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811.

1) Die Verwaltung ging längere Zeit bindurch von der Ansicht aus, daß der Abschn. II. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 genügende Mittel biete, um durch die Auseinandersetzungs Behörden, resp. durch die Kreis- und Orts-Behörden als Organe der ersteren (S. 178. der Gem. Th. D.) in den einzelnen Fällen die nach den veränderten Verhältnissen nöthigen seldpolizeilichen Einrichtungen unter den Eigenthümern der noch mit gegenseitigen Hungsrechten belasteten städtischen und Dorfsseldmarken, zwecksmäßiger wie durch allgemeine Verordnungen zu tressen (vergl. SS. 166., 171—173. a. a. D.). Das R. des Min. des J. v. 30. Oft. 1828 (v. K. Ann. Bb. 12. S. 1009. Nr. 53.) bemerkte deshalb:

"daß es nach Publikation ber Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 keines besondes ren Berbots wegen Anstreibens des Biehes ohne hirten und wegen des Einzelns hütens deffelben weiter behürfe. Es sei den zu jenen Regulirungen berufenen Behörden nur zu überlassen, in den von ibnen zu tressenden Reglements in den Grenzen der lokalpolizeilichen Gewalt die Strakandrohungen zu machen und das Pfandgeld zu bestimmen, um den von ihnen getrossenen Anordnungen Nachdruck

an verschaffen. 1)

Bergl. auch das R. des Min. für Gew. Ang. v. 24. Aug. 1837 (Soch's Agrarges. S. 125. u. Donniges Land. Kult. Ges. B. I. S. 164).

2) Das Landes-Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 mar als eine Ergänzung des A. L. R. mit tiesem, jedenfalls hinsichtlich seiner civilrechtlichen Be-ftimmungen, überall eingeführt, wo das A. L. R. Gesetztraft erhalten hatte.2)

Dahin gehörte besonders die Bestimmung des Land. Rult. Ed. (§. 34.), "daß das einzelne huten auf sonst gemeinschaftlichen Weidestächen zwischen ben Getreideselbern und an den Wiesen mit Pferden, Ochsen und anderem Bieh, selbst dann, wenn eigene hirten babei find, nicht erlaubt sei."

In dieser Beziehung bemerkten die R. des Min. des J. für Gew. Ang. v. 3. u. 27. Mai 1837 (Roch's Agrarges., 4. Aufl. S. 29., v. K. Ann. Bd. 21. S. 400. Nr. 98. und kameralist. Zeitung 1837. S. 605),

baß die Bestimmungen des S. 34. a. a. D. wegen tes Einzelnhütens nicht unbeschränft und ohne Berückschtigung der Lokalverhältnisse zur Anwendung komsmen könnten, daß demgemäß auch in einzelnen Fällen die nähere Regulirung der Verhältnisse nach Anleitung des S. 166. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 an die Gen. Kom: verwiesen sei. Das Ed. v. 14. Sept. 1811 bezwecke nach dem im S. 10. bezeichneten Gesichtspunkte bei den hierauf folgenden Vorschriften haupts

Lex Salica Tit. 10. cap. 10., Cachfisches Landrecht ob. Sachsenspiegel (Ausg. von Gosmeper) Th. I. Buch 2. Art. 27. S. 4., Art. 28. 40. 47. 48. S. 1., Schwabenspiegel, Art. 225., — welche ben betr. Bestimmungen der Feld-P. D. v. 1847 zur Basis gedient haben.

2) Bergl. die Einl. des Eb. v. 9. Oft. 1807 und die Erlaut. jur Einl. des

Landes: Rult. Eb. (f. in Bb. II. Abth. I. S. 27—28 n. S. 80.)

¹⁾ Dabei ist jedoch zu bemerken, daß der von dieser Ansicht vorgezeichnete Weg, wonach durch Benutung des Abschn. II. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 den Mängeln einer verbesserien Feldsp.z.D. Abhülse geschafft werden sollte, des halb nicht zum Ziel führen konnte, weil auch der Abschn. II. der Gem. Th. D. Anträge, und zwar des vierten Theils der Interessenten und die Tendenz der Umgestaltung der bestehenden Berhältnisse durch Einführung einer zweckmäßigeren und vortheilhafteren Benutung gemeinschaftlich besselsener oder doch benutter Grundstücke voraussest, wogegen eine Feldsp.D. vielmehr die Ausgabe hat, das landwirthschaftliche Eigenthum und die Feldsfrüchte innerhalb der bestehenden Rechte und Berhältnisse zu schützen, gleichviel, wie die Grundstücke benutt, ob sie separirt oder unseparirt, servitutsrei oder belastet sind.

fachlich nur Abstellung eingeschlichener Migbrauche und Berweisung ber Servitutsausübung in die gesetlichen Schranken. Die Vorschrift bes S. 34. sei baber ebens falls nur von bem migbrauchlichen Gingelnhuten an folchen Orten gu verfteben, wo das gemeinschaftliche buten der Geerden burch gemeinschaftliche Girten einges führt ift. So wenig ein Intereffent, welcher wegen bes hutens bahin bevorzugt ift, baß er fein Bieh, getrennt von ben gemeinschaftlichen heerben, allein baten laffen barf, genothigt werden konne, baffelbe nunmehr, in Folge ber Borfcbrift bes S. 34., vor den gemeinschaftlichen hirten ber übrigen treiben zu laffen, fo wenig burfe auch anbererfeits bas Gingelnhuten ba verfagt werben, wo bie butung beerbes weise nicht ausgeübt werben fonne, also in solchen Fallen, wo z. B. die gemeins schaftliche Butung in nichts anberem als schmalen Rainen zwischen ben bestellten Medern besteht. Dies schließe jedoch nicht aus, daß die Interessenten nach Berschrift ber 85. 166. ff. ber Gem. Th. D. auf eine nabere Bestimmung ber biertei ju beobachtenden Ordnung und Abstellung ber bisherigen Disbrauche, wie auf zwedmäßige Einrichtungen bei ben nach jeuen Borfchriften zur Regulivung biefer Berhaltniffe beauftragten Beborben antragen konnten. Wo fich besonbere Lefalhinderniffe gegen die Einrichtung bes Gutene der Geerben burch gemeinschaftliche Birten ergaben, sei provisorisch bie fernere Ausübung bes Ginzelnhutens in hergebrachter Weise zu genehmigen. 1)

1) Bergl. auch:

a) Publ. der Reg. zu Stettin v. 24. Dec. 1818 (v. K. Ann. Bd. 2. S. 996 Mr. 19.) gegen die Gewohnheit, das Vieh nicht heerdenweis durch hüten zu lassen, sondern es einzeln der Aufsicht junger Burschen anzuvertranen, die entweder nicht im Stande sind, dasselbe von Beschädigungen abzuhalten, der welche die nöthige Sorgfalt aus Trägheit und Muthwillen absichtlich vernachlässissen und allerhand Unfug treiben, weshalb überall die Bestellung tüchtiger Hirten angeordnet werden sollte.

b) Bubl. ber Reg zu Gumbinnen v. 20. Juni 1821 (v. R. Ann. Bb. 5. S. 332 Rr. 38.), worin auf bas hin und wieder noch immer übliche sog. Freis jagen ober Anstreiben des Biehes zur Weide ohne Begleitung eines hirten, wels des bei vorschreitender Bestellung der Brache mit hackfrüchten oder Klee um so nachtheiliger werde, — unter Verweisung auf S. 5. zu 1. Dorfs D. v. 16. Mai 1786 n. S. 1. der B. v. 1. Mai 1803, auf Grund des S. 11. Reg. Instr. v. 23. Oft. 1817 u. S. 240. A. E. R. II. 20., — Gelbstrafe von 1—20 Thaler oder verphältnismäßige Gesängnisstrafe sestgesetzt und weiter bemerkt wird, daß den Komsmunen überlassen bleibe, das freie Nachthäten ba, wo umzäunte Weidekoppeln ober sog. Roßgärten leicht anzulegen sind, ganz zu verbieten, oder doch bewegliche Geshege nach Art der Schaashorden, oder bei einzelnen Stücken Bieh das Festbinden mit einem nicht zu kurzen Strick an einem in die Erde sest eingeschlagenen Psieck (das Tudern der Hollsteiner) anzuordnen.

c) R. bes Din. bes J. v. 8. Sept. 1842 (Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 323. Rr. 435.), wonach bas Berlangen der Polizeiobrigkeit wegen Bestellung eines ges meinschaftlichen Gansehirten für die Gemeinde auch dann für gerechtfertigt erachs

tet wird, wenn foldes bisher nicht Observang gewesen ift.

d) Plenarbeschluß bes Ob. Trib. v. 14. März 1842 (Entsch. Bb. 7. S.

287), woburch festgestellt ift:

1. "Die gesetliche Borschrift: ""baß die Schaafe der Dorfbewohner in einer gemeinschaftlichen heerbe gehütet werben muffen" — ") findet keine Answendung, wenn der Gemeinde eine wahre Schäfereigerechtigseit zufleht."

"An Orten, wo dies nicht geschieht, mussen die Schaafe ber übrigen Dorfs-

bewohner in einer gemeinschaftlichen Beerbe gehutet werben."

^{*)} S. 154. A. E. R. I. 22. lautet:

[&]quot;Es steht bei der herrschaft: ob sie bie Schaafe ber übrigen Dorfsbewohner mit in ihre heerde nehmen wolle"; ferner g. 155. a. a. D.:

Bei ben §5. 150-155. ift zu beachten, daß fie nur da Anwendung finden, wo die Gutsherrschaft die Schäfereigerechtigkeit besitzt.

Dritter Titel.

I

Das frühere Verfahren und die Kompetenz- Verhaltniffe vor Erlaß ber Feld-Polizei-Ordnung v. 1. Nov. 1847.

- 1) Das Verfahren bei Pfändungen wurde durch die §§. 431., 432. ff. A. L. R. I. 14. geregelt. Danach geschah die Anzeige der geschehenen Pfandung und die Ablieferung der Pfandstücke bei den Ortsgerichten (beim Richter und im Falle seiner Abwesenheit beim Dorfgericht). Bergl. hietstber:
- a) R. des Just. Min. v. 24. Dec. 1816, wegen des Verfahrens bei Pfänduns gen, im Einverständnisse mit dem Min. des J. ergangen (v. R. Jahrb. Bd. 8. S. 243), wonach die Orisbürgermeister autorisirt sind, bei vorfallenden Pfänduns gen die Pfänder anzunehmen, den Schaben abzuschähen, demnächst die aufgenoms menen Verhandlungen an die betr. Gerichte einzusenden, auch die Partheien das hin zu verweisen.
- b) R. des Just. Min. v. 13. Nov. 1818 wegen Pfändung und Bestrafung in Polizeisachen (v. K. Ann. Bd. 2. S. 1071), wonach an den Orten, wo wegen Kontravention gegen die bestehende Ordnung der Feldslur und gegen polizeisiche Anordnungen Pfändungen von Polizeis und Magistrats Beamten vorgenommen sind, dies auch ferner ohne Konfurrenz des Richters geschehen kann. Beruhigen sich die Partheien bei der Bestimmung der Polizeis Behörde, so ist keine weitere Notiz davon zu nehmen. Wird bei dem Richter eine Remedur nachgesucht, so dient der S. 247. des Anh. zur A. G. D. zur Richtschnur.
- c) R. des Min. des J. u. d. B. v. 30. Juni 1839, betr. den Kompetenzskunsslift zwischen den Gerichten und Polizei. Behörden in Pfändungssachen, nehst K. D. v. 11. April 1839, daß "bis zur Publikation der durch den kandtags Absschied für die Preuß. Provinzialstände v. 31. Dec. 1834 verheißenen B. über die Beschädigung der Feldsluren durch fremdes Bieh, die in dem Regl. für die Bestspreuß. Untergerichte v. 20. Aug. 1802, S. 2. Litt. i. enthaltenen Bestimmungen über das Ressort in Pfändungssachen in sämmtlichen Theilen der Provinz Preussen zur Anwendung kommen sollen. (Dönniges Landfulturges. Bd. 1. S. 163.)
- 2) Das R. des Min. des J. v. 18. Marz 1843 (Min. Bl. b. i. B. 1843. S. 89. Nr. 117) bemerkt,

daß der Refurs gegen ein Polizeiresolut auch in hutungekontraventionssachen immer nur demjenigen, welcher dadurch zur Strafe verurtheilt worden, nicht dem Denunzianten, diesem vielmehr stets nur der Rechtsweg zusteht.

Zweites Kapitel.

Die Feld-Polizei-Ordnung v. 1. Nov. 1847. 1)

Erfter Titel.

Entstehungsgeschichte und allgemeine Charakteristik der Feld= Polizei-Ordnung v. 1. Nov. 1847.

I.

Beranlassung und Entstehung ber Feld-Polizei-Ordnung.

Seit dem Betipunkte, wo die Preuß. Agrar- und Landes-Rulturgefets-

1) Bergl. in Bb. I. S. 885 ff.

II. "Für andere Fälle ist die alleg. Vorschrift dahin auszulegen, daß, abgesehen von den durch Grundsätze der Landwirthschaft gebotenen Modistationen, die Schaafe der Dorsbewohner nur in einer Heerde und nicht in mehreren heerden oder haufen gehütet werden burfen."

gebung auf die fortschreitende Entwickelung der landwirthschaftlichen Berhältnisse einen lebendigen Einstuß gewann, wurde der Erlaß einer Feld-B.-O.
sowohl von den Prov.-Behörden, wie von den Prov.-Landtagen als ein
dringendes Bedürfniß erkannt und in wiederholten Berichten und Petitionen
bei der Staats-Regierung beautragt. Seit 1837 verlangten die Provinzials
stände von Posen den Erlaß einer eigenen Feld-P.-O. oder die Republistation der Südpreuß. B. v. 18. Wai 1804 wider das Austreiben des Bieshes ohne Begleitung eines Hirten; seit 1834 beantragten die Rommunalstände der Ober-Lausit die Einsührung der in der Mark und Pommern
geltenden Berordnung v. 8. April 1806, während der Schlesische Provinzial-Landtag die Abhülse durch eine neue Dorss-Ordnung erwartete.

In anderen Provinzen wurde der Mangel zwedmäßiger schützender Gesetze für den Landbau und die Feldfrüchte bei den ftandischen Berathungen über die Provinzialrechte zur Sprache gebracht, indeß erkannt,

baß eine erschöpfende, bem gegenwärtigen Buftande der Landwirthschaft und ihren Bedürfniffen entsprechente Erledigung des Gegenstandes mit der Bearbeitung der Provinzialrechte nicht in Verbindung gesetzt werden könne.

Durch die Wirkungen der in allen Landestheilen gleiche Iwede verfolgenden Landeskultur-Gesete -- die Regulirungen ber gutsherrlichen und bauerlichen Verhaltniffe mit Verleihung des Eigenthums an die früheren Lagbesitzer ber bauerlichen Sofe, Die Ablösung von Frohntiensten und anberen Belastungen des Grundeigenthums und bie Aufhebung von kulturschadlichen Grundgerechtigkeiten, von Beibe- und ahnlichen Gemeinheiten, in Verbindung mit einer wirthschaftlich zwedmäßigen Busammenlegung ter zerstreuten gands und Wiesenstücke, — maren die früheren sog. provinziellen oder vielmehr territorialen Besonderheiten verwischt und hatten sich inzwischen mehr und mehr die landlichen Verhaltniffe und landwirthschaftlichen Buftande, zumal in ben feche öftlichen Provinzen, auf gang gleiche Beise umgestaltet. Deshalb hatten sich felbst bie zwedmäßigeren Berordnungen v. 1803 u. 1806 theils als unzureichend, theils als unpaffend für die neuen Verhältniffe gezeigt, mogegen einzelne in Folge höherer Anweisung von einigen Regierungen, auf Grund ber ihnen nach S. 11. ber Geschäfte - Inftr. v. 23. Oft. 1817 beigelegten Befugniß, publizirte Berordnungen, insbesondere zur Ausführung der allgemeinen Ge- und Berbote des Landesfultur- Et. nur fehr unvollfommen bem veranderten und umfaffender gewordenen Bedürfniffe enisprachen; auch konnte bas Strafgesethuch so detaillirte polizeiliche Borschriften, wie sie eine Feldpolizei-D. verlangt, nicht in sich aufnehmen.

Die erste Veranlassung, daß frühere eben so ungenügende Entwürse für einzelne Provinzen aufgegeben wurden und die Gesetzgebung über die Feldpolizei von einem, der vorausgegangenen Preuß. Agrar- und Landes-Rultur-Gesetzgebung entsprechenden, allgemeineren Standpunkt aufgefaßt wurde, gab ein — von dem Westphälischen Provinziallandtage im Jahre 1843 genenehmigter — Entwurf des Ober-Prästenten der Provinz Westphalen, Freih. v. Vin de. Es wurde hierauf ein ähnlicher Entwurf den Provinziallandtagen der sechs östlichen Provinzen im Jahre 1845 vorgelegt, nach deren Gutachten und Anträgen ergänzt, sodann aber im Staatsrathe, von einer zur Begutachtung bestellten Staatsraths-Kommission, mit dem gleichen Entwurse für die Provinz Westphalen zu einem einzigen Gesetz für alle Landestheile, in denen das A. L. R. gilt, zu-

fammengearbeitet.

Nur die zur Rheinprovinz gehörigen Kreise Rees und Duisburg, obgleich auch in ihnen das A. E. R. gilt, blieben von dem Gesese ausgenommen, weil beabsichtigt wurde, gleichzeitig mit einer Gem. Th. und Servitut-Ablös. D. für die Rheinprovinz eine besondere Feldpolizei-D. für diese ganze Provinz zu erlassen, zu welchem Ente dem im Jahre 1845 versammelten Rheinischen Provinzial-Landtage vorbereitente Projekte zur Erklärung vorgelegt worden waren.

II.

Allgemeine Charafterifit der Feld-Polizei-Ordnung.

Die unterm 1. Nov. 1847 erlassene Feld = P. - D. suchte die Aufgabe zu lösen, in einem einzigen für die sieben Provinzen des Staats, in denen das A. E. R. gilt, gegebenen Geset, einerseits allgemein gultige, für alle Landestheile gleich anwendbare, für die meisten auch ausreichende generelle Bestimmungen auszustellen, andererseits aber den durch klimatische und Bodenbeschaffenheit, durch besondere Einrichtungen oder Sitten bedingten abweichenden und eigenthümlichen Bedürfnissen und Verhältnissen einzelner Orte und Gegenden dadurch Rechnung zu tragen, daß im Gesetze für dergl. sogen. provinzielle d. h. besondere und eigenthümliche landwirthschaftliche Verhältnisse die Errichtung von Lokal und Rreis = Statuten unter Witzwirtung der Gemeinden oder der Kreistage, durch die Kreis der Provinzial = Behörden gestattet wurde; (vergl. §§. 2., 10., 24., 25., 27., 31., 85., 86., 40., 55., 66., 73., 74.); wohin besonders gerechnet wurden:

die Höhe des Pfandgeldes für die verschiedenen Bieharten, beren, wie die anderweite Rlassssstätion der Grundstäck, nach deren Beschädigung sich der höhere oder niedrigere Sas des Pfandgeldes richtet, die Festsehungen über die Rachtshütung, wie über den Ends und Anfangstermin der Bors und Rachhut auf Wiessen und Fettweiden, eine Ergänzung der besonders wichtig erscheinenden Gegensstände des seldpolizeilichen Schuses und der außer den Hütungs Kontraventionen nach dieser Ordnung zu rügenden Feldsrevel, die etwa zu treffenden Bestimmuns gen über die Gebühren der Taratoren, wie über Fütterungs, und Wartungssoften

ber gepfändeten Biebftude.

1

Demnach bildet die Feld-B.-D. v. 1. Nov. 1847, indem sie die allgemeinen Rechtsgrundsate und Anordnungen für das Verfahren enthält,
ohne der Entwickelung und Verechtigung der auf lokalen Verhältnissen beruhenden eigenthümlichen Bedürfnisse in den Weg zu treten, vielmehr eine
allgemeine legislative Grundlage für die, jene eigenthümlichen Verhältnisse
und Bedürfnisse berücksichtigenden Kreis- und Lokal-Ordnungen und giebt
diesen letzteren im Voraus eine gesetzliche Sanktion, wobei sie den bei den
feldvolizeilichen Einrichtungen zunächst Beiheiligten einen angemessenen
Antheil an der Ordnung und Ausbildung dieser Einrichtungen anweist.

Sie hat tas alte Deutsche Pfandungsrecht und die allseitig als zwedmäßig erkannten Gruntsäse ber Verordnungen v. 1803, 1804 und 1806

(f. oben S. 708 ff.) wiederhergestellt.

Besondere Rückscht ist serner darauf genommen, daß Feldfrevel zu den häusig vorkommenden Bergehen gehören, wobei es von besonderer Wichtigkeit ist, daß die gesetzlichen Strafen rasch auf die That solgen, die Beschädigungen auch auf frischer That ohne Weitläuftigkeiten und besondere Rosten sestgestellt, andererseits aber bei Abmessung der Strasen, wie bei den Ge- und Verboten die Lebens- und Wirthschafts-Verhältnisse der landlichen Bevölkerung, selbst hergebrachte Gewohnheiten, soweit diese unschädlich sind, oder durch geeignete Maaßregeln unschädlich gemacht werden können, beachtet und schonend behandelt werden, damit die praktische Ausssührbarkeit des Gesetzes um so mehr gesichert bleibe, endlich daß das Gesam meisten gegen Personen aus der weniger gebildeten Volkstlasse zur Anwendung kommen wird, auch großentheils von den dem Bauernstande angehörigen Gemeindebeamten gehandhabt werden soll.

Die Bestimmungen wegen der Hutungsfrevel, als der häusigsten, sind in ihm vorangestellt, worauf die Bestimmungen über andere Feldfrevel, sodann gemeinschaftliche Bestimmungen, endlich dergl. über das Verfahren

und die Rompetenz der Behörden folgen.

Indem sich der Wirkungsfreis der Feld = B. = D. im Wesentlichen auf die Landestheile beschränkt, in denen das A. L. R. Gesetkraft hat, aussschließlich der Rheinischen Kreise Rees und Duisburg 1), enthält sie mehrere Abanderungen und Ergänzungen des Abschn. 4. A. L. R. L. 14. über Pfändungen. Welche diesen Gegenstand betreffende Bestimmungen des A. L. R. noch neben derselben Gultigkeit behalten haben, ist im S. 75. bestimmt und sind dieselben zur Erleichterung der Uebersicht dieser Materie in dem Anhange zur Veld-P.-D. abgedruckt. Durch dieselbe (S. 75.) sind folgende landrechtliche Vorschriften im Abschn. 4. Tit. 14. Th. I., soweit sie die Gegenstände betreffen, welche die Veld-P.-D. behandelt, theils aufgehoben und abgeändert, theils ersetz:

1) über die Bulassigseit erlaubter Pfandungen (§§ 414 — 417., §. 428); 2) über den Umfang der zu pfandenden Gegenstände (§. 425. u. §. 429.); 3) über die Pflichten des Pfandenden und der Ortsgerichte (§§. 431 — 436.); 4) endlich über tie Rechte des Pfandenden und des Gepfandeten (§§. 488—450.).

Dagegen bleiben die landrechtlichen Borschriften §§. 451—457. über Pfandungen zum Schutze gegen Beeinträchtigungen eines vermeintlichen Rechts, von der Feld=P.-D. unberührt, da diese lettere es nur mit Pfandungen zur Sicherstellung des Ersatzes eines zu-

gefügten Schadens zu thun hat.

Bufolge. S. 58. foll aber auch in ten im S. 58. gedachten beiten Källen, in welchen der Pfändungsprozeß zum Ressort der Gerichte verwiesen ist, tennoch die Polizeibehörde auf Verlangen des Beschädigeten so befugt als verpslichtet sein, die Feststellung des Thatbestandes der Beschädigung und die Abschähung des verursachten Schabens zu veranlassen.

Handelt die Feldpolizei-D. auch nur von Pfandungen zur Deckung eines Schadens, so braucht boch nicht im einzelnen Falle nachgewiesen zu werden, daß durch das Uebertreten des Viehes ein Schade auch wirklich

verursacht worden ift. (Bergl. S. 4. Alin. 1.).

Die Selbsthülfe ter Pfandung ist überall gestattet, in der Regel aber nur an Sachen, nicht an Personen. (S. 44. der Feld=B.D. in Berbindung

mit §§. 424., 430. A. E. R. I. 14.).

Die Stelle des Schadenersates vertritt in der Regel das Pfandgeld, wodurch unsichere Taxationen und weitläuftige Ermittelungen erübrigt werden. Doch hat der Beschädigte das Recht, den vollen Ersat des Schadens (neben einem geringeren Pfandgelde — S. 11. — und dann im gewöhnlichen Rechtswege — S. 58.) — zu verlangen und es kann der Beschädigte zu diesem Ende, aber nur er, nicht der Beschädiger, auf Ausmittelung des wirklichen Schadens antragen. 2)

¹⁾ Bergl. jedoch unten die Erlaut. zum Eingange und zum S. 1. der Feld-P.D. und das daseibst alleg. Gef., betr. einige Erganzungen des Einführungsges. 3. Strafgesesbuch v. 22. Mai 1852. Art. III.

²⁾ Da sich die Feldsp. D. nur auf landwirthschaftliche, nicht auf zur holzs zucht bestimmte (Forsts) Grundstücke bezieht, so gelten für Forsten die allgemeinen und provinziellen Gesetze und Verordnungen über Pfändungen und hütungskonstraventionen sort. Die schon im J. 1841 ben Provinzials Landiagen zur Begutsachtung vorgelegte allgemeine Jagds und Forstpolizeiordnung ift in den späteren Stadien der Legislation nicht zum Abschluß gekommen.

Ameiter Titel.

Erläuterungen zu ben einzelnen Bestimmungen ber Feld-Polizei-Ordnung v. 1. Nov. 1847.

Borbemertung.

Bei den einzelnen Bestimmungen der Feld-P.-O. v. 1. Nov. 1847 kommen verschiedene Gegenstände in Betracht, welche durch spätere Gesetze — namentlich

n) burch die Gemeinde. D. und die Kreise, Bezirks. u. Provinzial. D. v. 11. März 1850 (G. S. 1850. S. 213 ff. u. S. 251. ff.), sowie deren Wieders aufhebung v. 24. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 238);

b) burch bas G. v. 11 Marz 1850 über die Polizeiverwaltung (G. S. 1850. S. 265);

- c) burch bie B. wegen anderweiter Organisation ber Gerichte v. 2. Jan. 1849 (G. S. 1849. S. 1 ff.);
- d) durch bas Strafgesethuch für tie Prenß. Staaten v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 101 ff.) und durch das G. über bessen Einführung v. 14. April 1851 (G. S. 1854. S. 93 ff.);

o) burch bas G. v. 22. Mai 1852, betr. einige Ergänzungen bes Einführungs, Ges. zum Strafgesethuch (G. S. 1852. S. 250 ff);

f) burch bas Golzbiebstahle. v. 2. Juni 1852 (G. G. 1852. G. 305 ff,);

g) burch das Ges. v. 14. Mai 1852 über die vorläusige Straffestsletzung wegen Uebertretungen zc. (G. S. 1852. S. 245 ff.) —

ausdrücklich oder implicite theils nur berührt oder naher bestimmt, theils modificirt oder aufgehoben sind.

Diese dadurch theils nur berührten oder näher bestimmten, theils absgeänderten Gegenstände der Feld-P.-O. v. 1. Nov. 1847 sind folgende:

1) der Umfang der gegenständlichen Wirksamkeit der Feld-P.-D. im Gegensate zu Forst- und Holzgrundstücken und ihr Verhältniß zum Holzdiebstahls-Gesete (vergl. die Erläut. zum S. 1. sub II. und zu SS. 42. u. 43.);

2) der Erlaß feldpolizeilicher, resp. landwirthschaftlicher Lokal-, Kreis- oder Bezirks-Verordnungen und statutarifcher Festsenn-

gen (vergl. die Erlaut. gum §. 25.);

Ì

3) die Polizeistrafen wegen Feldfrevel anderer Art, die nicht zu den Hütungskontraventionen gehören (vergl. die Erläut. zu den SS. 41. —43.);

4) die Rompetenz und bas Verfahren der Polizeibehörden und der Feldamter (§. 70., §. 71.) bei Festsetzung von Strafen und von Pfandgeldern (vergl. die Erlaut. zu den §§. 56. ff. bis §. 69.);

5) die Berjährung der Strafen, sowie die Berwendung und Berwandlung der Geldstrafen (§§. 46—48.)

Bum Gingange und jum S. 1.

I. In Betreff des außeren territorialen Wirkungsfreises der Feld-P.-D. ift zu bemerken:

1) Dieselbe wurde nur für diezenigen Landestheile, in denen das A. L. B. gilt, jedoch mit Ausschluß der zur Rheinprovinz gehörigen Kreise Rees und Duisburg, mithin für die sechs öftlichen Provinzen, — ausschließelich jedoch von Neuvorpommern und Rügen, wo das gemeine Recht noch gilt, — und für die Provinz Westphalen erlassen, so daß die Rheinprovinz davon ausgeschlossen blieb, auf deren linken User das Rurals

Gesetz v. 28. Sept. 1791 gilt, bessen Tit. II. einen vollständigen Bolizei=

ftraf-Rober für Velbfrevel enthält (vergl. oben S. 706 ff.).

2) Dagegen traten später (in Volge des Ges. v. 22. Mai 1852, betr. einige Ergänzungen des Einführ.-Ges. zum Strafgesethuch, Art. III., G. S. 1852. S. 250 ff.) die Strafbestimmungen der Feld-P.-D. v. 1. Nov. 1847 auf Entwendung von Früchten und anderen Boben-erzeugnissen (§. 41. Nr. 2. u. 6., §. 42. Nr. 5. u. 6., §. 43. Nr. 2.) an die Stelle der §§. 215—224. u. 349. Nr. 3. des Strafgesethuchs v. 14. April 1851 — soweit sich diese §§. des Strafgeseth. auf den Gegenstand — auf die in den §§. 41., 42., 43. der Veld-P.-D. behandelten Diebstähle von Früchten und anderen Bodenerzeugnissen), — beziehen —, auch noch in solgenden Landestheilen:

a) in Neuvorpommern und Rügen (Appellationsgerichts-Bezirk Greifswald), wie in ten vormals Nassauischen Landestheilen auf tem rechten Rheinufer tes Reg.-Bezirks Koblenz (Bezirk des Justiz-Senats

ju Chrenbreitenstein), wo gemeines Deutsches Recht gilt;

b) in ten Rheinischen Rreisen Rees und Duisburg (zum Appella-

tionsg.-Bezirk hamm gehörig), wo bas A. L. R. gilt;

c) in den übrigen Theilen der Rheinprovinz auf dem rechten Rheinufer (zum Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Köln gehörig), wo der Code civil gilt, indem der Code rural v. 1791 nur auf dem linken

Rheinufer Gesetzestraft hat. 1)

Doch sind jene Strafbestimmungen der Feld-A.-D. v. 1847 in diesen Landestheilen zu a., b., c. durch das Ges. v. 22. Mai 1852 nur in so weit eingeführt, als den gedachten Entwendungen in diesen Landestheilen nicht etwa durch besondere, die Feldpolizei betr. Strafbestimmungen vorgessehen ist; denn nach dem G. v. 22. Mai 1852 sollen daselbst besondere seldpolizeiliche Bestimmungen als Partikular=Recht denen der Feld=P.-D. v. 1. Nov. 1847 als subsidiarisches Recht vorgehen.

II. In Betreff des inneren Wirfungsfreises und Gegen-

fandes bestimmen

1) das R. der Min. d. F. u. für H., G., G. u. öff. Arb. v. 8. Mai 1848 2) (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 241. Nr. 271).

Daß die Feld=P.=D. fich auf alle Grundflude, beren landwirthschaftliche Rugung durch die Vorschriften des Gesetzes geschützt werden soll, ohne Ruckett auf ihre Lage innerhalb oder außerhalb einer Forft, bezieht, da oft ganze Felds marken oder größere Ackerkomplere mitten in einer Forst lägen, übrigens auch der Entwurf der ForstpolizeisD. von der Voraussehung ausgehe, daß in den Forsten belegene Aecker, als z. B. Forstdienstländereien, nicht durch das Forsts, sons dern durch das Feldpolizeiges. geschützt wurden.

Vergl. die Erläut. zu S. 42. Nr. 5. u. S. 43. Nr. 2. der Feld-B.-D., desgl. zu SS. 27—33. Landeskult.-Ed. v. 14. Sept. 1811 in Bd. II. Abth. 1. S. 104—106. Zus. 7.

2) Der S. 1. der Feld=P.=O. bestimmt, "daß sich die Feld-P.=O. gleischerweise auf städtische, wie auf ländliche Orte und Feldmarken bezieht."

Bum §. 2.

1) Der S. 2. findet deshalb, gleich allen anderen SS., auch auf flade tische Orte und Feldmarken Anweudung.

2) Bergl. in Bb. L G. 894—895.

¹⁾ Bergl. Scotti Sandbuch ber für die Rheinprovinz verkündigten Gesetze. ans der Zeit der Fremdherrschaft, Bd. 2. S. 157. Note 3.

2) Derfelbe schließt sich den SS. 1. der alteren B. von 1803, 1804 u. 1806 an, fügt dazu jedoch eine ausbrückliche Strafbestimmung.

3) Er läßt aber andererseits für besondere ortliche Berhaltniffe eine

Abanderung mittelft Lofal-Berordnungen nach.

Bergl.: a) wegen der drilichen Lokal-Berordnungen die Erläut. zum S. 25., b) wegen der in den SS. 2., 3., 14., 15., 18., 26. 27., 32., 33., 34. bestimmten Polizeistrafen auf Weidefrevel die Erläut. zu den SS. 41. —43.

Bum & 3.

Darüber, welche Eigenschaftent zu einem tüchtigen hirten erforderlich erachtet werden, ist, obwohl von der Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit des hirsten nach SS. 15., 16., 17. straf- und resp. civilrechtliche Folgen abhängiggemacht sind, eine spezielle Borschrift nicht ertheilt, weil sich der Grad der Tüchtigkeit des hirten zur Beaufsichtigung des demselben vorgetriebenen Biehes nach der Zahl und Art der Viehstücke richtet, darauf auch die Lokalität des Weidereviers, die Lage und Bestellungsart der angrenzenden Felder, die Schwierigkeit der Abkehr des Viehes von Fruchtseldern, örtliche Gewohnsheiten u. s. w. von Einsluß sind, z. B. beim hüten der Gänse kleiner Leute durch Kinder. Das Urtheil über die Tüchtigkeit des hirten bleibt daher in einzelnen Kontraventionssällen dem Ermessen der entscheidenden Behörde anheimgegeben.

Bu §§. 4., 5., 6.

Auch dem Bächter eines Grundstücks, wie dem Servitutberechtigten, steht das Pfändungsrecht zu, was schon in den SS. 421., 422. A. L. 14. anerkannt war.

Bu SS. 8. 9. 10. 11.

1) Dem S. 8. steht der S. 11. zur Seite, wonach das Pfandgeld in der Regel an die Stelle des Schadensersates tritt, indem dadurch — nach der Wahl des Beschädigten — einer weitläuftigen Ausmittelung des Schasdens und oft schwer zu substantitrenden Entschädigungs storderungen bezegnet und das Versahren über den Civilanspruch des Beschädigten vereinssacht wird, während demsenigen Beschädigten, welcher eine vollständige und genaue Ausmittelung seines Schadens und dessen Ersat verlangt, der Weg Rechtens unverschränkt bleibt.

Das Pfandgeld hat zugleich die Natur einer Privatstrafe. (Vergl. die

Erläut. zu SS. 41 — 43.)

ŀ

2) Der S. 8. ergänzt die Bestimmungen des S. 439. A. L. R. I. 14. (vergl. S. 181. A. L. R. I. 22.), indem es in verschiedenen Provinzialge-

feten an Normen für das Pfandgeld fehlte.

3) Ob der wiederholte Uebertritt deffelben Biehes an demselben Tage als delictum continuatum oder reiteratum zu beurtheilen, ist in den einselnen Fällen nach dem Ermeffen der Behörden zu entscheiden.

Bum S. 14.

1) Bergl. auch S. 18. u. S. 45., desgl. SS. 28 ff.

2) Das vorsätliche Behüten fremder Grundstücke aus Muthwillen ober in gewinnsüchtiger Absicht fällt unter die milderen Strafbestimmungen der Feld-P. D., wogegen das vorsätliche Behüten fremder Grundstücke aus Rache ober Bosheit, als Vergehen oder Verbrechen, mit ben strengeren Strafen bes Strafgesethuchs zu ahnben und ber Rognition ber Polizeibehörden ganz entzogen ift. (Bergl. die Erl. zum S. 45.)

8) Nach S. 28. des Strafgesethuchs umfaßt die Rachtzeit für die Zeit v. 1. Okt. die 31. Marz die Stunden von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens und für die Zeit v. 1. April dis 30. Sept. die Stunden von 9 Uhr Abends dis 4 Uhr Morgens. Diese Zeitbestimmungen sind jedach sür die Beurtheilung der Felde und Hütungs-Kontraventionen nicht massebend. Ob die Nachtzeit eingetreten, richtet sich nach den Jahresarbeiten im Felde, der Länge der Tageszeit in den verschiedenen Jahresperioden, wie der Zeit, in welcher das nur Tages weidende Vieh gewöhnlich aus- und eingetrieben zu werden psiegt u. s. w. 1)

Bu SS. 15—18.

Diefe SS. handeln von den bei erfolgter Bestellung eines tad-

tigen Birten verübten Butungsfreveln.

1) Sobald das Bieh der Aufsicht eines geeigneten hirten übergeben ist, und auf fremde Grundstücke übertritt, wird von der Vermuthung ausgegangen, daß der Uebertritt durch Verabsaumung der Aufsicht des hirten veranlaßt sei. Die Regel des S. 428. A. L. R. I. 14., "daß unter Rachbarn wegen bloßen Uebertretens des Viehes in ungeschlossenen Veldern keine Pfändung zulässig", ist verlassen, weil sie dem Veschädiger einen siets berreiten Einwand leibt.

Befreit auch ein unabwendbarer Bufall, wenn die Beerde g. B. von ftechenden Insetten ober reißenden Thieren auseinandergetrieben wird, ben Birten, und sofern ein tuchtiger Birte beim Bieh bestellt wurde, auch ben Biebbesther von ber Berpflichtung jur Entrichtung des Pfandgeldes ober Schadenserfages, fo ift doch andererfeits aus vorwiegender Budficht auf ben Schut bes Grundeigenthme, bavon ausgegangen, bag in vorgefommenen Uebertretungefällen nicht dem Grundbefiger der Beweis der Berichuldung des hirten, sondern umgekehrt bem Letteren der Nachweis Des Erfulpationsgrundes, eines feine Berfchuldung ausschliegenden Bufalls, obliegt. Um bei einer fpateren Ginklagung des Pfandgeldes ober Schadens, unbegrundeten Einwendungen im Boraus zu begegnen, ift dem hirten, bei Berluft des Einwandes, zur Pflicht gemacht, von einem durch Bufall veranlaßten Uebertritt des Biehes auf fremde Grundftude, der Ortsbehorde ober dem Beschädigten binnen 24 Stunden Anzeige zu leiften. Dem Eigenthümer, welcher die ihm obliegende Pflicht zur Bestellung eines tuchtigen Dirten Behufs Beaufsichtigung des Weideviehes vernachlässigt, soll jedoch ein folder Einwand niemals zu ftatten kommen; benn es ift nicht zu ermeffen, ob nicht der Mebertritt des Biebes durch Erfüllung jener Obliegenheit abgewendet worden mare.

¹⁾ Bei Diebstählen, S. 218. Mr. 2. des Strafgeseth. ist die Bestimmung des S. 28. Alin. 2. ebendas. ebenfalls nicht maaßgebend. Bergl. hierüber die Entscheidungen in Gräff n. v. Ronne Ergänz. und Erläut. der Preuß. Rechteb. Bd. 13. S. 583 ff., serner Goltdammer's Materialien zum Strafgesethuch Bd. 2. S. 477 und Bd. 1. S. 223; hingegen G. Beseler Kommentar über das Strafgesethuch S. 419. Die Feld Bol. D. hat eine allgemeine Bestimmung über die Stunden des Ansfangs und Aushörens der Nachtzeit vermieden, weil dieselbe der Birklichkeit nicht entsprochen und zu harten gesührt haben würde und es vielmehr nach der ratio legis in jedem Falle benrtheilt werden muß, ob nach Maaßgade der Jahresperioden, der ländlichen Beschäftigungen (Saat, Ernte) und der Sitte der Gegend, die Zeit der Ruhe und der Einsehr von Bieh und Menschen vom Felde in ihre Wohnmes gen 2c, eingetreten sei. Bergl. auch S. 29.

2) Rach S. 11. der älteren Berordnungen soll der Biehbesitzer, welscher einen tüchtigen hirten bestellt hat, beim Uebertritt des Biehes nur das geringere Pfandgeld und dieses nur für sedes wirklich gepfändete Stück zahlen. Diese Borschrift entsprach nicht genügend dem Zwecke. Auch steht der S. 17. in größerer Uebereinstimmung mit dem S. 184. A.-L. R. I. 22.

Die Prinzipal - Haftbarkeit der Hirten für den Schadensersatz gewährt dem beschädigten Grundbesitzer oder Nutzungsberechtigten in der Regel keinen gehörigen und wirksamen Schutz, und keine sichere Aussicht auf Ersangung einer Privatgenugthuung, da die Mehrzahl der Hirten unvermögend, wogegen der Dienstherr auch viel eher im Stande ist, sich an seinen Hirten zu regresstren und er für ausmerksame und tüchtige Hirten zu sorgen, diese gehörig zu instruiren und zu kontrolliren hat. Auch nach §. 414 u. §. 439. A. L. R. I. 14. war der Viehbesitzer insoweit unmittelbar verhafet, als der Beschädigte seine Besriedigung aus den gepfändeten Stücken und deren Erlös erlangen konnte.

3u §§. 19 — 24.

Diese SS. enthalten Vorschriften bezüglich der Hütungsgenoffensschaften und beren Hirten; sie werden mehr und mehr unnöthig, in Volge der stattgefundenen Velds und Hütungs-Separationen, und schon jest befinden sich nur seltener noch alle Mitglieder einer Gemeinde in einer

Hungsgemeinheit ber Felder oder beständiger Weibereviere.

1) Zum S. 20. Daß sich ber Beschädigte auch bei gemeinschaftlichen Geerben an die abgepfändeten Biehstücke halten kann, bestimmte schon der S. 5. der älteren Berordnungen. Für die ausgesprochene solidarische Berhaftung aller Hütungsgenossen der Gemeinde oder der in der Beidegemeinheit verbliebenen Mitglieder derselben wegen des Pfandgeldes für alle übergetretene Biehstücke, event. den Schadensersas, dem Dritten gegenüber, hat außerdem die Betrachtung entschieden, daß für letzteren die Ausmittelung des Biehbestsers meist schwierig und daher anderenfalls der Ersas des Schadens sehr zweiselhaft werden würde. Es ist den Hütungsgenossen selbst überlassen, diesenigen unter sich auszumitteln, welche zur Zeit der vorgefallenen Uebertretung Bieh in der gemeinschaftlichen Geerde gehalten haben.

2) Bum S. 21. Der S. 21.1) beschränkt sich barauf, ben Gemeindevorständen, resp. Köhr= und Feld-Aemtern ausdrücklich die Pflicht vorzuschreiben, dafür zu forgen, daß die gemeinschaftliche Beerde unter die Aufficht eines tüchtigen hirten gestellt werde, ohne, wie S. 6. der alteren B. für die Rur-, Neumark u. Pommern v. 8. April 1806 gethan hat, barüber hinaus, jenen Borftanben, wenn fie die gedachte Pflicht vernachläfsigt baben, anch noch die Berbindlichkeit zur Entrichtung des Pfandgeldes oder Schadensersages an die Beschädigten aufzulegen. Wird über die Unnahme ber hirten in der Regel von den Butungegenoffen und Betheiligten beschloffen, so haben diese Gemeindeglieder mindeftens dieselbe Berantwortlichkeit für die Untüchtigkeit der angenommenen hirten, wie der Borftand. Dem Dritten und Befchädigten gegenüber fann aber auch nur der Biebbesiger oder der Hirte verantwortlich gemacht werden. In wiefern den Biehbesitzern, welche einem Dritten zu Pfandgeld oder Schadensersat verpflichtet werben, wiederum die Gemeinde- oder Genoffenschaftsvorstände verantwortlich sind und in wieweit diese Letteren zur Bestellung oder Beaufsichtigung

¹⁾ Bergl. das oben S. 714 (in der Note) alleg. R. des Min. des J. v. 8. Sept. 1842 (Min. Bl d. i. B. 1842. S. 323).

724 Bon d. Schutze u. der Beford. der Landest.; landwirthsch. Polizei.

der Hirten verbunden waren, oder dabei durch die Beschlusse der Gemeinde und Genoffenschaft beschränkt gewesen, gehört zu den die inneren Gemeindeoder Genoffenschafts-Verhältnisse betreffenden Fragen. Die Entscheidung der Regreß-Frage zwischen Viehbesitzern und Vorständen ist der Feld-P. D. fremd und gehört nicht in dieselbe.

3) Bum S. 23. Der S. 23. entspricht ben SS. 33 a. und 34 b. bes

Landeskultur=Ed. v. 14. Sept. 1811.

Bum §. 25.

(Erlaß feldpolizeilicher Bezirks-, Kreis- oder Lokal-Berortnungen und Statuten.)

(Bergl. auch \$5. 2., 10., 24., 27, 31.. 35., 36., 37., 40., 55., 66., 73., 74.)

I. Frühere Rechtsformen.

A. Die Regierungen konnten auf Grund des S. 11. der Geschäfts-Instr. v. 23. Okt. 1817 (G. S. 1817. S. 248):

1) nur in dem Falle, wenn ein Verbot an sich schon durch ein Gesetz feststand, die Strafe aber im Gesetz nicht ausdrücklich bestimmt war, eine Strafe innerhalb der Grenzen der SS. 32. 35. u. 40. A. L. R. II. 20. bestimmen und bekannt machen.

2) Dabei waren sie, nach der R. D. v. 8. Febr. 1840 (G. S. 1840. S. 32) ermächtigt, die Art der Publikation kreis- und lokalpolizeilicher Verordnungen mit verbindlicher Kraft für das Publikum und für sammt-

liche Berwaltungs - und Juftizbehörden zu bestimmen.

3) Welchergestalt die Behörden von diesen Besugnissen bezüglich ber Feldpolizei Gebrauch gemacht haben, insbes. in Betress der in den §§. 33. u. 34. des Landeskult.-Ed. v. 14. Sept. 1811 ertheilten resp. Ge- und Berbote, — betr. das Einzelnhüten außerhalb einer gemeinsamen heerde, in Forsten oder auf sonst gemeinschaftlichen Weideslächen, zwischen Getreideseldern u. s. w., ferner das sog. Freizagen, ohne das Bieh überhaupt einem hirten vorzutreiben, und endlich betr. die Nachtweide, ohne das Wieh in Buchten oder eingehegte Koppeln eingetrieben wird, — ergeben die oben S. 713 in Kap. 1. Tit. 2. sub II. angeführten Restripte und Verordnungen.

B. Abgesehen von der den Regierungen im S. 11. der Reg. Instr. v. 23. Oft. 1817 beigelegten Ermächtigung, konnte weitergehenden Bedürfnissen der Landwirthschaft und Feldpolizei nur auf dem Wege der SS. 171—173. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 durch die Auseinandersetzungs-Behörden (die Gen. Kommissionen und landwirthschaftl. Reg. Abtheilungen) resp. die Kreislandräthe oder Magisträte (S. 178. a. a. O.), auch nur unter den dort gedachten Voraussetzungen a) einer Umänderung und besseren Einrichtung der bestehenden Verhältnisse, und gleichzeitig b) bei noch obwaltender Nutzungsgemeinheit, genügt werden. (Vergl. oben Kap. I.

Tit. 2. sub II. S. 713 ff.).

II. Rechtsformen nach der Feld-P. Ordn. v. 1. Nov. 1847.

A. 1) Dagegen hat die Feld-B.-D. theils den Ministerien (S. 74.), theils den Regierungen (SS. 2., 10., 40., 55., 66., 73.), theils den Kreisund Orts-Polizeibehörden (S. 2., SS. 24., 27., 31., 35., 36., 37.) resp. auf Antrag und unter Zustimmung der Kreis- oder Gemeinde-Korporationen oder nach Anhörung der Betheiligten, neben der polizeilichen Kompetenz, auch eine gewisse legislative Besugniß (ein jus statuendi) in Betress der in ihr näher bezeichneten Gegenstände und innerhalb der daselbst angegebenen Grenzen zu dem Zweck eingeräumt, um die generellen, allgemein für sieben Provinzen gültigen feldpolizeilichen Bestimmungen vers mittelst dieser im Voraus ertheilten Autorisation zum Erlaß von Spezials (Bezirks, Kreiss oder Lokals) Verordnungen für solche Gegenstände zu ergänzen, über welche die Feldsp. D. keine Vorschriften enthält oder Versschiedenheiten zuläst und eine Ergänzung in Verücksichtigung besonderer landwirthschaftl. Bedürfnisse und eigenthümlicher Verhältnisse erwünscht ist.

2) Die besonderen Formen und Voraussetzungen für die Ausübung dieser gesetzlichen Autorität in den Angelegenheiten der Feldpolizei sind in den oben alleg. §§. der Feld-P. D. näher bezeichnet. Dieselben sind versschieden, je nachdem es sich

AA. um rein polizeiliche Afte, um Erhaltung und Herstellung der allgemeinen polizeilichen Ordnung, wie im Falle des §. 2. bei einer Resgelung wegen des aufsichtslosen Umherlaufens des Viehes und in dem

des S. 37. bei Bestimmung des Anfangs der Stoppelweide, oder

BB. um mehr legislative Afte, wie in den Fällen des §. 10. — Beränderung der Pfandgeldste, §. 40. — Einhalten der Tauben während der Saat= und Erntezeit, §. 55. — Bestimmung allgemeiner Sate für Wartungs=, Stall= und Futterkosten des gepfändeten Biehes, §. 66. — desgl. für die Gebühren der Taxatoren, §. 72. — Einrichtungen von Feldamtern mit Jurisdiftion, §. 74. — Erlaß anderweiter feldpolizeilicher

Rreis = oder Lokal = Verordnungen, oder

ı

į

CC. um mehr jurisdiktionelle (administrativ-rechtliche) Akte Behuse gewisser, die landwirthschaftlichen Bustande und Nutzungen der betheiligten Grundbester betreffender, vom Herkommen oder von allgemeinen Geund Verboten abweichender Einrichtungen und Veränderungen in den bestehenden Wirthschafts- und Nutzungs-Verhältnissen handelt, wie in den Fällen des S. 24. — betr. die Gestattung des Einzelnhütens, S. 27. —
betr. das Anbinden (Tüdern) oder Führen des Weideviehes an Stricken, S. 31. — Gestattung der Nachthütung, SS. 35 u 36. — Festsetzungen wegen der Vor- und Nachhut, wie wegen der Behütung nasser oder neugebauter Wiesen, S. 73. — Erlaß von Schauordnungen für Gräben und Brivatstüsse.

Bei den rein polizeilichen Akten zu AA. verfügt die Ortspolizeisbehörde, im Falle des S. 2. aber nur mit Zustimmung der Gemeinde und auf dem Lande unter Bestätigung des Landraths, event. der Reg. Bei den legislativen Akten zu BB. erfolgt der Erlaß oder doch die Besstätigung in der Regel durch die Regierung, im Falle des S. 10. aber nur nach vorausgegangenem Antrag der Kreisstände oder Ortspolizeisbehörden, und für einzelne Orte auch nur unter Zustimmung der Gemeinsden, im Falle des S. 40. nur auf Grund eines vorausgegangenen Gesmeinbehöschlusses, wogegen die Fälle des S. 74. Genehmigung und Bes

stätigung ber Minister bes Innern und der Justig erfordern.

Allein für die Fälle zu CC. schreibt der S. 25. die Formen für den Erlaß der Lokal=Berordnungen vor, wobei die Analogie des S. 178. der Gem. Th. D. v. 7. Juni 1821 und bei deffen 2. Absat die des S. 33. der B. v. 30. Juni 1834, betr. den Geschäftsbetrieb der Gen.-Kommissionen zc. zum Anhalt gedient hat.

B. Soweit es sich jedoch bei vergl. Anordnungen um Angelegensheiten der in den SS. 166. ff. u. 171—173. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 gedachten Art, also um Einführung anderweiter Ordnungen Behufs besserer Benutung der Grundstücke oder um Einschränfung besonderer Rechte gegen Entschädigung handelt, sindet auch in den zu CC. gedachten Vällen nicht die im S. 25. vorgeschriebene Vorm einer Lokal-Verordnung Anwendung, sondern es tritt alsdann die Kompetenz der Auseinander-

segungs-Behörben und bas für beren Reffort geordnete Berfahren ein.

Dies bestimmt das Alin. 3. des S. 38. ausdrücklich.

In allen Fällen stehen überdies die auf speziellen Rechtstiteln, einschließlich der Verjährung, oder auf rechtskräftigen Judikaten beruhenden Mechte (vergl. S. 38. Alin. 2.) den allgemeinen Festsehungen der Feld-A. D. und demgemäß auch der polizeilichen und administrativen Kompetenz zum Erlaß von Lokal-Verordnungen — in Städten der Ortsvolizeibehörde, auf dem Lande des Landraths, — entgegen; dergl. Rechte dürsen durch keine Lokal-D. beeinträchtigt werden.

Solchen Rechten gegenüber kann nur auf deren Ablösung oder Einschränkung nach dem Abschn. I. oder II. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821 bei den dazu berufenen Auseinandersetzungs = Behörden provozitt

werden.

III. Begenwärtige Rechtsformen.

A. Das &. v. 11. Marz 1850 über die Polizei-Verwaltung (G. S. 1850. S. 265) hebt im S. 14. die Befugniß der Bezirks-Regierung auf: "allgemeine Verbote und Strafbestimmungen zu erlassen", und bestimmt

1) in Betreff der ortspolizeilichen Berordnungen:

a) im §. 5.: "daß die mit der örtlichen Bolizeiverwaltung beaufs tragten Behörden befugt sind, nach Berathung mit dem Gemeindewers stande ortspolizeiliche, für den Umfang der Gemeinde gültige Korsschriften (unter Strafandrohung bis 3 Thaler, bei Genehmigung der Reg. bis 10 Thaler) zu erlassen", wobei

b) ber §. 5. die Bezirks-Regierungen ermächtigt: "über die Art der Berstundigung ber ortspolizeilichen Borschriften, sowie über die Formen, von beren Beobachtung die Gültigkeit berselben abhängt, die ers

forberlichen Bestimmungen zu treffen", auch

c) ber S. 6. ju ben Gegenständen ber ortspolizeilichen Vorschriften unter b. "ausbrücklich ben Schut ber Felber, Wiesen, Weiben, Balber, Baumpflanzungen, Weinberge u. s. w. zählt", indeß

d) der §. 7. speziell bestimmt: "daß zu Berordnungen über Gegenstände der landwirthschaftlichen Polizei die Zustimmung der Ges

meinbevertretung ') erforberlich ift.

2) In Betreff der polizeilichen Verordnungen für mehrere Gemeinden oder den ganzen Reg. Bezirk bestimmt das G. v. 11. März 1850

a) im S. 11.: daß dafür gültige Polizeivorschriften von ben Bezirkeregierungen

(unter Strafandrohung bis zu 10 Thalern) erlaffen werden konnen;

b) ebendaselbst: daß der Min. des I. über die Art der Berkundigung solcher. Vorschriften, wie über die Formen, von deren Beobachtung die Gultigkeit abhängt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen hat;

c) im S. 13. aber: "daß zum Erlasse solcher Borschriften der Bezirks: regierungen, welche die landwirthschaftliche Polizei betrefe fen, die Bustimmung des Bezirksrathes erforderlich ift", auch

- d) ber Reg. Prafibent, nach S. 9. Mr. 2., nur unter Berathung und nach Maaßgabe ber Erklarung bes Bezirkerathe ortevolizeiliche Borfchriften über Gegenstände der landwirthschaftlichen Polizei, wegen ihrer Unzweckmäßigkeit aufheben kann.
- B. Darauf wurde durch das C. R. der Min. des J., der F. n. für landwirthschaftl. Ang. v. 19. März 1852 (Min. Bl. d. i. E. 1852. S. 84. Rr. 70.) zur Erledigung mehrfacher Bedenken der Gerichte bestimmt:

daß die Ausübung der im S. 9. Nr. 2. und S. 13. bes Gef. v. 11. Marz

¹⁾ Mithin, soweit eine-Bertretung nicht eingeführt ift, ber Gemeinbes Bersammlung.

1850 bem Bezirkerathe überwiesenen Besugnisse (betr. Borschriften über lande wirthsch. Polizei) bis zu bessen Errichtung, austatt den Regierungen, einstweilen den General = Kommissionen und landwirhschaftl. Reg. Abtheiluns gen — für die Rheinprovinz der Gen. Komm. zu Münster und für den Reg. Bez. Danzig der landwirthschaftl. Abth. der Reg. zu Marienwerder — überstragen werde;

während vorher im Allgemeinen auch wegen der landwirthschaftl. Polizei die Regierungen mit den Attributionen der Bezirkstäthe bis zu deren Erzichtung beauftragt waren. (Bergl. das R. des Min. des J. v. 28. Dec. 1850 in Berbindung mit §§. 145. u. 152. der Gemeinde D. v. 11. März 1850 und Art. 67. der Kreis 2c. D. de eod.). 1)

3) Der J. 21. des Gef. v. 11. Marz 1850 über die Polizeiverwalstung hat alle diesem Gesetz entgegenstehende Bestimmungen aufgehoben. Es gilt zur Zeit mit Ausnahme der sich auf den Bezirksrath beziehenden

Bestimmungen. 2)

Demnach fragt sich:

ob und wie weit die oben zu II. A. unter AA., BB., CC. gedachten Bestimmungen der Feld-P.-D. durch das G. v. 11. Marz

1850 aufgehoben oder modificirt sind?

Es muß in dieser Beziehung zwischen den Lokal- und den Kreis- und Bezirks- und wiederum zwischen den rein polizeilichen und den legislativen Verordnungen, wie denjenigen unterschieden werden, welche dem administrativ-richterlichen Gebiet zuzuzählen, unter den Formen des S. 25. zu erlassen sind.

a) Bu II. A. AA. Für den Erlaß rein polizeilicher und zugleich drilicher Verordnungen über landwirthschaftliche Gegenstände stimmen die Formen des S. 2. der Feld-P.-D. mit dem S. 7. des Ges. v. 11. März 1850 auch insofern überein, als in beiden die Zustimmung der Gemeinde gesordert wird. Dies Ersorderniß muß jest mit Rücksicht auf S. 7. a. a. D. auch bei Polizeierlassen der im S. 37. der Feld-P.-D. gedacheten Art beobachtet werden, wogegen es im Falle des S. 2. der Feld-P.-D.

2) Nachdem das G. v. 11. März 1850 (§. 21.) alle ihm entgegenstehende Bestimmungen aufgehoben hat, kann eine solche einmal gesetzlich ausgesprochene Aushebung bestehender Gesetz nur durch deren ausdrückliche Wiederherstellung im

Bege ber orbentlichen Gesetzebung rudgangig gemacht werben.

¹⁾ Inzwischen find zwar die Gemeindes und die Rreis: u. Bezirks.D. v. 11. Marz 1850 burch das G. v. 24. Mai 1853 (G. S. 1853. S. 238), dadurch zus gleich bas Institut ber Bezirkerathe aufgehoben und bamit auch ber Rechtstitel bes Min. des 3. zu einstweiligen Substitutionen anderer Behörden (vergl. R. v. 13. Marz 1852) für die Zukunft erloschen. Es muß jedoch diese damals rechts mäßig erfolgte, überdies bis jest nicht zurückgenommene Substitution ber Ben.s Rommissionen und landwirthschaftl. Reg. = Abth. bis dahin für fortgeltend erachtet werben, wo im gesetlichen Wege ein Anderes bestimmt sein wird. ") Denn nach bem G. v. 11. Marg 1850 über bie Bolizeiverwaltung find bie Begirke-Regieruns gen jum Erlaß von Berordnungen über bie landwirthschaftl. Polizei nur bes bingt, namlich nur unter Bustimmung bes Bezirkerathe, ermachtigt worben; bees halb kann eine ihnen etwa beizulegende unbedingte Befugniß dazu nur im Bege der ordentlichen Gesetzgebung ansgesprochen werden, da fie überdies früher, vor der Publikation der Feldpolizei = D. v. 1. Nov. 1847, keine selbstftanbige Befugniß zum Erlaß — wie zur Aushebung — landwirthschaftlicher Bolizei-Berordnungen, noch weniger zu einer legislativen Erganzung ber felbpolis zeilichen Borschriften gehabt haben. (S. 11. ber Inftr. v. 23. Oft. 1817.)

^{*)} Anch die Inftr. des Min. des J. zum Ges. v. 24. Mai 1853 (Min. Bl. d. 1853. S. 116) enthält barüber nichts.

ber bort bestderirten Genehmigung der Reg. nur bann noch bedarf, wenn bie beabsichtigte Strafandrohung den Betrag von 3 Thir. übersteigen foll

(S. 5. Alin. 2. bes Gef. v. 11. Marg 1850).

b) Zu II. A. BB. Rücksichtlich der Kompetenz zu den hier gedachten legislativen Befugnissen verbleibt es vorläusig bei der mittelst E. R. der Min. des J., der F. u. für landwirthschaftl. Ang. v. 13. März 1852 (III. B.) den Auseinandersetzungs-Behörden übertragenen Mitwirkung. Bei der Publikation sind diesenigen Formen zu befolgen, welche der Min. des J. auf Grund des S. 11. Alin. 2. des Ges. v. 11. März 1850 bestimmt.

c) Zu II. A. CC. ist dagegen durch das Ges. v. 11. Marz 1850 an den Bestimmungen der Feld-P.-D. nichts geandert worden; es gelten daher auch inskünstige noch zur rechtsverbindlichen Festsetzung von Lokalverord-nungen über die daselbst gedachten Gegenstände die im S. 25. a. a. D.

vorgeschriebenen Formen.

3um S. 27.

Eine Beschränkung der Hütungsausübung auf den eigenen, selbst servitutfreien Grundstücken der hier gedachten Art war in mehreren Gegenden,
z. B. im Reg.-Bezirk Arnsberg, an solchen Orten nothig, wo die Vertheilung des Grundbesitzes von Alters her so weit ausgedehnt ist, daß die unbeschränkte, ohne die vorgeschriebenen Vorsichtsmaaßregeln ausgeübte Hütung
selbst mit einzelnen Viehstücken nicht möglich ist, ohne unausweichliche Beschädigung der benachbarten Grundstücke, Baumanlagen und Früchte. 1)

Bu §§. 28—33.

(Das nachtliche Guten betr.)

1) Der S. 28. entspricht dem S. 33. c. des Landeskult.-Ed. und dem S. 9. der B. v. 8. April 1806, während der S. 9. der B. v. 1. Mai 1803 für Ost- und Westpreußen alternativ vorschrieb, daß beim Mangel sicherer eingehegter Nachtkoppeln und Roßgärten das Vieh der Aufsicht eines tuch-

tigen hirten zu übergeben fei. 2)

2) Die Borschrift der B. v. 8. April 1806 ist jedoch generalistet, weil in Folge der fortgeschrittenen Separationen die landwirthschaftlichen Bershältnisse in allen den Provinzen, in welchen das A. L. R. gilt, sich mehr und mehr ausgeglichen haben, anderntheils durch die laut S. 31. nachgelassenen Lokalverordnungen dafür gesorgt ist, daß eigenkhümliche örtliche Bershältnisse und hierauf beruhende Bedürfnisse ihre Berücksichtigung sinden; in welchen Fällen dann aber gleichzeitig die zur Begegnung von Mißbräuchen nothigen speziellen Anordnungen getrossen werden sollen.

3) Die bestehenden Verbote wegen der Nachthutung sind durch die bisber mangelnde Bestimmung von Strafen auf deren Uebertretung, erganzt,

was der C. 35. des Landesfult.-Ed. nur verheißen hatte.

Bu §§. 35—38.

1) Zum S. 36. Bergl. SS. 112., 118. A. L. R. I. 22., S. 21. des Landeskult.-Ed., desgl. S. 67. der Wiesen-D. für den Kreis Siegen v. 28. Oft. 1846 (G. S. 1846. S. 485).

¹⁾ In Betreff des Tuberns vergl. auch das in ber folgenden Rote alleg. Publikandum.

²⁾ Bergl. auch bas Publik. ber Reg. zu Gumbinnen v. 20. Juni 1821 (v. R. Ann. Bb. 5. S. 332. Nr. 38.).

1) Bu § S. 37. u. 38. Bergl. die Erlant. jum §. 25.

3) Bergl. das in Bd. I. S. 103 abgedruckte R. v. 19. Mai 1770 und die Erläut. zu den §§. 21—23. des Landeskult.-Ed. v. 14. Sept. 1811 in Bd. II. Abth. 1. (S. 100—102), ingl. §. 173. Nr. 4. der Gem. Th. O. v. 7. Juni 1821.

Der J. 38. der Feld-P.-D. geht von der Ansicht aus, daß wohlerworbene Hatungsrechte auch auf naffen und durchbrüchigen Wiesen nicht ohne Entschädigung im Wege des Ablösungsversahrens aufgehoben werden können.

Bum §. 40.

- 1) Der erste Sat des S. 40. wiederholt wortlich die Vorschrift des S. 111. A. L. R. I. 9., während der zweite Sat auf dem einige Theile der Provinz Sach sen betr. Staatsmin.-Beschluß v. 21. Oft. 1834 beruht. (Vergl. die unten sub 4. alleg. Restripte.)
- 2) Der S. 112. A. L. R. I. 9. verweist wegen des Rechts, Tauben zu halten, auf die Provinzialgesetze, welchemnächst der S. 113. a. a. D. verfügt:

daß wo biese nichts festsehen, nur biejenigen, welche tragbare Aeder in der Feldsur eigenthumlich besten oder dieselben statt des Eigenthumers benuten, nach Berhaltniß des Adermaaßes, Tanben zu halten berechtigt find.

- 3) In Bezug auf bergleichen provinzialrechtliche Bestimmungen ift zu bemerken:
- a) Die von einigen Rittergutsbesitzern in der Altmark behauptete Observanz, daß der Regel nach nur auf den Rittergütern, nicht aber auf den Unterthanenhösen in geschlossenen Dörfern Tauben gehalten werden dürsten", ist durch die rechtskräftigen Erk. v. 22. Sept. 1771 u. 27. April 1772 weder für allgemein bekannt, noch für nachgewiesen angenommen worden. (Stengel's Beiträge, Bb. 1. S. 87).

b) In einem Prajudikat vom J. 1778 ist angenommen, daß Feldnachbarn unter sich einer des andern Tauben auf ihren Aeckern dulden mussen, und solche nur verscheuchen, nicht aber tödten dürsen, wogegen Tauben fremder Feldnachbarn nach vorhergegangener Erinnerung todtgeschlagen werden dürsen. (Stengel's Beiträge, Bd. 4. S. 136).

c) Nach dem Prajudikate des Kammerger. v. 15. Febr. 1827 ist in der Kurmark das Recht, Tauben zu halten, kein Vorrecht der Guts-berrschaft, sondern jeder, der Acker in der Feldstur besitzt, kann auf den Wispel Aussaat 6 Paar Tauben halten. (Jur. Zeit. 1834. S. 1092).

d) Bergl. auch den Auffat in der Kriminal=Beit. 1741. S. 25.

e) Bergl. Dr. v. Scholt u. Hermensdorf, das bestehende Provinz. R. der Aurmark Brandenburg, 2. Ausg. Abth. I. S. 55 — 65 nebst den S. 336 ff. angehängten Beilagen über die Frage: ob das Recht zum Taubenhalten in der Mark ein Vorrecht der Gutsherrschaften sei? welche Frage unter Angabe von Entscheidungen und Schriststellern verneint wird. 1)

4) In Folge des zu 1. gedachten Staatsmin.-Beschlusses v. 21. Okt.

1834 hat:

1

l

•

•

¹⁾ Ueber ben Umfang bieses Rechis ber Aderbesiter wird a. a. D. bemerkt: "berselbe sei sachverständig festzustellen, boch für jeden Wispel Aussaat auf 5 — 6 Paar, pro hufe ober für 30 M. Morg. nie über 8 Paar anzunehmen." "Auch in Städten durfen Feldtauben nur von Aderbesitzern gehalten werden."

a) das R. der Min. des J. für Gew. Ang., u. des J. u. d. P. v. 5. März 1835 (an die Reg. zu Magdeburg) verfügt:

"baß mit Rucksicht auf S. 73. A. & R. I. 6. auf die anersannte Schablichsteit des freien Tanbenfluges und auf die für die Acerbesitzer obwaltende Unmögslichfeit, sich im Wege der Civilslage Schadensersatzu verschaffen, die Befugnist der Polizeibehörde zur Dazwischensunft polizeilicher Berbote gegen jene Nachtheile wohl motivirt sei, sobald die Mehrheit der berechtigten Acerbesitzer und die Respräsentanten der Gemeinde selbst darüber einverstanden sind; die Tanden, welche zur verbotenen Zeit auf den Acetern der Gemeinde angetrossen würden, seien Gezgenstand des Thierfanges; das Berbot sei mit dieser Bestimmung befannt zu machen und die Gemeinden des Reg. Bezirfs über die Zulässigseit ihrer auf gleiche Anzordnungen gerichteten Beschlüsse zu belehren. (v. R. Ann. Bd. 19. S. 87.

b) Das R. des Min. des J. u. d. P. v. 14. April 1838 an den Magistrat zu Gumbinnen, erklärt es für angemessen,

baß ehe ein Verbot des Taubenaussliegens erlassen werde, zuvor die Reprässentanten ter Bürgerschaft vernommen werden, indem es sich dabei nicht um einen Polizeiaft, sondern um eine Einrichtung handelt, bei der die Stadiverordneten mitzuwirken berufen. (v. K. Ann. Bd. 22. S. 341. Nr. 66.)

c) Das R. des Min. des J., landwirthschaftl. Abth. v. 10. April 1840 (an die Reg. zu Stettin) bemerkt,

baß die Frage: wie viel Tauben ein jeder Ackerbesiter zu halten befugt? pris vatrechtlicher Ratur, baher zur Rognition des Richters (nach provinzialrechtlichen Rormen oder Observanz, event. sachverständigem Gutachten) gehöre, dies aber ein polizeiliches Einschreiten in Beziehung auf die Frage: ob die Tauben in der Saatzzeit und in den ersten 8 Tagen der Erndte eingesperrt zu halten sind? nicht ausschließe. (Min. Bl. b. i. B. 1840. S. 185. Nr. 307.)

d) Das R. des Min. des 3. landw. Abth. v. 3. Aug. 1840 (an die Reg. zu Potsbam) erläutert,

baß das auf dem Staatsmin. Beschluß v. 21. Oft. 1834. gegründete R. v. 5. März 1835 überall Anwendung sinde, wo das A. E. R. Gesehestraft hat und keine abweichenden Provinzialgesehe bestehen; indes setze ein dergl. Berbot bes Taubenaussuges während der Saats und Erndtezeit einen Antrag der Mehrs heit der Ackerbesiger und das Einverständniß der Gemeinde (in Städten ber gessehlichen Repräsentanten) voraus. (Min. Bl. d. i. V. 1840. S. 321. Rr. 576.)

Diese Min.-Erlasse haben ber Bestimmung des S. 40. Alin. 2. der Feld-B. D. zum Grunde gelegen. Nach der Feld-B. D. ist jett stets ein formlicher Gemeindebeschluß und dessen Bestätigung durch die Reg. ersorderlich, dieser aber auch genügend, um eine polizeiliche Berordnung der im S. 40. Abs. 2. gedachten Art zu erlassen.

Bu SS. 41 — 45.

I. Allgemeine Bemerkungen.

Den speziellen Erläut. zu ben einzelnen Bestimmungen ber SS. 41-43. find folgende Bemerkungen vorauszuschicken:

1) Das Straf=Spstem der Feld=B. D. und die Kompetenz=Bestimmungen der SS. 56., 68.; 70. u. 72. nebst den Vorschriften über das Verssahren, SS. 53. ff., 56. ff., geben von der Tendenz aus, einerseits durch Milderung der Strafen, andererseits durch ein rasches einsaches Verfahren die Anwendbarkeit der ersteren, dadurch aber wiederum den Schutz des landwirthschaftl. Eigenthums um so mehr zu sichern.

2) Die Bestimmungen und Strafen:

a) wegen Hitungsfrevel oder denselben vorbeugender Anordnungen find in den SS. 2., 3., 14., 15., 18., 26., 27., 32., 84.,

b) die wegen anderer Feldfrevel in ben §§. 41., 42., 43., nebst ben dazu gehörigen §§. 44. u. 45. enthalten, und die §§. 41., 42., 43. den entsprechenden Bestimmungen in den Art. 471. n. 475. des Code pénal, wie in den früheren Entwürfen zum Strafgesesbuche, nachgebildet.

3) Bei Beschädigungen durch Bieh (auch durch Reit= und Zugthiere,

S. 41. Nr. 1. u. S. 44.),

1

1

1

1

ļ

ł

i

1

-

a) tritt in der Regel Pfandgeld (§§. 4., 8 — 10.) ein; das Pfandsgeld hat die doppelte Natur einer Civil = Entschädigung und einer Prispatsfrase;

b) daffelbe schließt in einigen Hütungs-Kontraventionsfällen (§ 14., 18., 32., 33.) die Polizeistrase nicht aus; auch läßt es, indeß ausnahms-

weise (S. 11.), die Forderung von Schadensersat zu.

4) In den Fällen, wo nur Pfandgeld (gleichzeitig als Enischädigung und Privatstrafe) eintritt, sindet Untersuchung und Verfahren nur auf Antrag des Beschädigten, nicht von Amtswegen statt.

5) Der S. 347. Nr. 10. des Strafgesethuchs v. 14. April 1851 (G. S. 1851. S. 175) bestimmt im Anschluß an die Bestimmung wegen unbefugten Gehens, Reitens, Fahrens und Viehtreibens über Aecker ac.:

baß die besonderen Bestimmungen, welche wegen der Pfandungen bei sols chen Uebertretungen, sowie über Weidefrevel in der Felds P. D. ents halten find. hierdurch nicht geandert werden.

Vergl. G. Beseler Kommentar über das Strafgef. Buch für die Preuß. Staaten S. 589, Nr. 1.).

6) Demnach sind nur die Bestimmungen der SS. 41., 42., 43. ter Feld = P. D. vom Strafgesetbuche berührt und theilweise aufgehoben ober

modifigirt, wobei in Betracht fommen:

a) außer einigen § 6. des zweiten Theils des Strafgesethuchs (§ 6. 243. Mr. 6., 281., 282., 286., 288., 301.), insbesondere vom Theil III. der Tit. IV., betr. die Uebertretungen in Beziehung auf das Verstretungen in Beziehung auf die personliche Sicherheit, Ehre und Freiheit, weil Gegenstand der Feld=P. D. nur die Beschützung des landwirthsschaftl. Eigenthums, nicht (wovon Tit. III. handelt) der Wenschen und Thiere ist;

b) ferner der Art. II. des Einführungs-Ges. v. 14. April 1851

(**6**. **6**. 1851. **6**. 93):

daß mit Einführung des Strafgesethuchs alle Strafbestimmungen außer Wirts samkeit gesett werden, die Materialien betreffen, auf welche sich das Strafgesets buch bezieht, wogegen nur die besonderen Strafgesets in Kraft bleiben, insoweit sie Materien betreffen, in hinsicht deren das Strafgesethuch nichts bestimmt; 1)

c) endlich der Art. III. des Ges. v. 22. Mai 1852, betr. einige Ersgänzungen des Einführungs-Ges. zum Strafgesetzuche (G. S. 1852. S. 250), welcher verordnet:

Die Bestimmungen der §§. 215—224. 349. Mr. 3. des Strafgesethuchs sins den auf Entwendungen von Früchten und anderen Bodens Erzeugnissen, welche durch die Feldsp. D. v. 1. Nov. 1847 ober das Rurals Ges. v. $\frac{28. \text{ Sept.}}{6. \text{ Oft.}}$ 1791 mit Strase bedroht sind, keine Anwendung.

¹⁾ Das Ob. Trib. führt in dem Erk. v. 10. Mai 1852 (Just. Min. Bl. 1852. S. 262 ff.) aus: "daß nur solche Vorschriften der Feld-P. O. durch den Art. II. das Einführ. Ges. für aufgehoben zu erachten, welche durch spezielle Bestimmungen des Strafgesesbuchs abgeandert oder mit solchen nicht vereinder sind."

In benjenigen Landestheilen, in welchen weber die Feld. D. v. 1. Rov. 1847, noch das Rural-Ges. v. $\frac{28. \text{ Sept.}}{6. \text{ Oft.}}$ 1791 gilt, unterliegen die in der Felds. P. v. 1. Nov. 1847 unter Strase gestellten Entwendungen von Früchten und anderen Boden-Erzeugnissen den Bestimmungen der §§. 215 — 224. 349. Rr. 3. des Strasgesethuchs nicht; es sollen vielmehr auf derartige Entwendungen, insweit sie nicht durch de sondere, die Feldpolizei betreffende Strasbestimmungen vorgesehen sind, die Vorschriften der Feld-P. D. v. 1. Nov. 1847 angewendet werden.

- 7) Das Strafgesethuch hat einige seldpolizeiliche Bestimmungen aufgenommen, welche in der Feld-P.-D. nicht speziell behandelt sind, namentlich:
 - a) im S. 347. Nr. 1. wegen unterlassenen Raupens, wo basselbe gesestich ober polizeilich geboten,
 - b) im S. 347. Mr. 2. Rontraventionen gegen polizeiliche Anordnungen aber Schließung ber Weinberge.
- II. Spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen der §S. 41 — 43.
 - 1) Bum S. 41.
- a) Der Nr. 1. des S. 41. der Feld = P. . D. entspricht die Dir. 10. S. 347. des Strafgesethuchs in praziserer Fassung, mit Ausdehnung auf Schenungen und mit Erhöhung des Maximums des Strafmaaßes bis 20 Thir. Geld = oder 14tägige Gefängnißstrafe. (Vergl. Goltdammer's Materialen zum Strafgeseth. Bd. 2. S. 735. zu 3. und Beseler's Rommentat über das Strafgeseth. S. 589.)

b) Der Nr. 6. S. 41., "betr. das Abschneiden oder Abrupfen des an Wegen, Graben, Grenzrainen oder Triften machsenden Gra-

fes oder fonftigen Biehfuttere" fleht gegenüber:

a) die unter Mr. 6. des S. 42. fallende Entwendung des auf Bie-

fen und Medern machfenden Grafes und Rlees;

- 8) die Bestimmung im §. 217. Mr. 2. des Strafgesethuchs, "betr. den Diebstahl bereits geerndteter Früchte ober anderer Bodenerzeugnisse von Feldern, Wiesen ober aus Garten."
 - 2) Bum §. 42.

a) Den Nr. 1., 2., 3. des S. 42. der Feld-P.-D. entspricht folgende Bestimmung ber Nr. 2. des S. 149. des Strafgesethuchs:

Wer unbefugt von öffentlichen ober Privatwegen Erbe, Steine ober Rasen, ober aus Grundstuden, welche einem Anbern zugehören, Erbe, Lehm, Sand, Grand ober Mergel grabt, ober Steine, Rasen ober ähnliche Materialien wegnimmt.

Dazu ift zu bemerken:

a) Der wesentliche Inhalt dieser Bestimmung des Strafgesehbuch ist aus der Feld=P.=D. entnommen. (Bergl. das Erf. des Ob. Trib. v. 10. Mai 1852, Just. Min. Bl. 1852. S. 263.)

β) Bezüglich bes gegenseitigen Berhaltniffes beiber Bestimmungen.

aa) Die Mr. 2. des §. 42. der Feld-P.-D. hat Privat- und dffentliche Wege nicht speziell genannt, dagegen aber noch das Plaggen = oder Bültenhauen und Rasenstechen speziell erwähnt. Letteres ist jedoch in der Mr. 2. des §. 149. des Strafgesethuchs unter der "Wegnahme von Rasen oder ähnlichen Materialien" mitbegriffen.

bb) Die Bestimmung des Strafgesethuchs bezieht sich daher unbedentlich auf dieselben Gegenstände, welche unter den Nr. 1., 2., 3. des S. 42. der Feld-A.-D. begriffen sind, weshalb diese Bestimmungen nach Art. II. Abs. 1. des Einführ.-Gef. v. 14. April 1851 durch das Strafgesethuch für außer Wirksamseit gesetzt zu erachten, dem zusolge aber auch dem Strafmaaß der Feld-A.=D. von 10 Sgr. bis 5 Thlr. das hohere des S. 349. im Maximum bis 50 Thlr. Geldbuße oder 6 Wochen Gefängniß sub- . stituirt ist. (Bergl. Goltdammer, a. a. D. S. 738 u. 739.)

y) Ferner ift noch speziell zu ermähnen:

aa) Unter die Nr. 1. des S. 42. ter Feld-P.-O. fällt nicht die Entswendung von Straßenkehricht, welcher verpachtet und bereits vom Verpächeter in Haufen zusammengesetzt ist, da von demselben bereits besonders Besitz ergriffen worden. (Erk. des Kammergerichts in Goltbammer's Archiv für Preuß. Kriminalrecht, Bd. I. H. 1. S. 89.)

bb) hat bereits der Eigenthümer des Grundstücks den Mergel gegraben, die Steine gesammelt und in Haufen gesetzt, so liegt keine bloße Kontravention, sondern wirklicher Diebstahl vor. (Erk. des Ob. Trib. v. 28. Jan. 1852. und des Kammergerichts v. 20. Sept. 1852, Goltdammer's Materialien

jum Strafgesesbuch Bb. 2. S. 739.)

cc) Sowohl im S. 349. Nr. 2. des Strafgesetbuchs, als im S. 42. Nr. 1. der Feld = P. = D. werden gewöhnliche, natürliche Bestandtheile des Erdbodens vorausgeset, welche in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit so-gleich zum ökonomischen Gebrauche oder zu baulichen Anlagen verwendet werden können, nicht werthvolle Naturschätze, z. B. Bernstein. (Erk. des Ob. Trib. v. 7. April 1852, Entsch. Bd. 22. S. 464.)

b) Bu Nr. 5. §. 42. der Feld-P.-D., "betr. Laubpfluden oder Breigeabbrechen von Allee- oder Feldbaumen oder von Hecken," und gleichzeitig

Rr. 2. des S. 43., betr. Abhauen oder Abbrechen von Baumen ac.

a) Diese Bestimmungen der Feld-P.-D. sinden ihre Erganzung durch den S. 282. des Strafgesethuchs.

"Wer n. Gegenstände, welche zum öffentlichen Rupen ober zur Berschönerung öffentlicher Wege ober Anlagen dienen, vorsählich zerstört ober beschäbigt." —

Bei dieser Erganzung hat die Absicht vorgewaltet, Anlagen und Pflanzungen auf Rirchhöfen, von Chaussebaumen, von Baumen und Strauchern in öffentlichen Anlagen oder an öffentlichen Wegen gegen Beschädigung zu

sichern. (Bergl. Goltbammer, a. a. D. S. 629.)

β) Die Anwendung der milderen Strafbestimmung der Rr. 5. §. 42. (auch Nr. 3. §. 43.) der Feld-P.-D. wird dadurch allein nicht ausgeschlosesen, daß den Feldfreveln zugleich oder hauptsächlich eine diebische oder gewinnsüchtige Absicht zum Grunde liegt. (Plenarbeschl. des Krim.-Sen. des Ob. Trib. v. 12. Dec. 1853, Prajud. Nr. 5. u. 6. zu §. 43. der Feld-P.-D. und Just. Min. Bl. 1854. S. 92.)

Ļ

Bergl. unten die Erläut. zum S. 43. Nr. 2.

7) Die Nr. 5. des S. 42. ift durch den S. 282. Bes Strafgesethuchs nicht aufgehoben.

Goltbammer (Materialien Bb. 2. 6. 629) führt aus:

Das Berhältnis des S. 282. des Strafgesethuchs zu S. 42. Nr. 5. u. S. 43. Nr. 2. der Feld-P. D. sei dies, daß lettere im Allgemeinen nur die Beschädiguns gen von Privatanlagen u. s. w. und nur solche handlungen an öffentlichen Anslagen im Auge habe, welche, wie das Abpstücken einer Blume, wenigen Laubes u. s. w., nicht eigentlich den Charafter der Beschädigung im Auge haben.

Diese Ansicht ift indeß nicht zutreffend.

Die Anwendung des S. 282. des Strafgesethuchs wird nicht sowohl bedingt durch die Eigenschaft eines öffentlichen Weges (einer Landstraße oder eines Kommunikationsweges zwischen verschiedenen Ortschaften), im Gegensate zu einem Privatwege (einem Planwege, d. h. einem solchen, welcher lediglich im Privatinteresse der einzelnen Grundbestzer besteht, um diesen zur Zugänglichkeit ihrer Grundstücke zu dienen, dessen Unterhaltung daher in der Regel auch keine Kommunallast der Gemeindekorporation ist);

vielmehr findet der § 42. Mr. 5. gleicherweise auf Baume in Alleen an diffentlichen Wegen Anwendung, dergl. sich zur Zeit überwiegend an den diffentlichen, viel seltener noch an derartigen Privatwegen sinden. Das unterscheidende Kriterium beiter Bestimmungen liegt vielmehr in dem subjestiven Thatbestande des §. 282. des Strafgesehuchs: "der vorsätlichen Berstörung oder Beschädigung," wobei sich jedoch der §. 282. nur auf öffentliche Anlagen und Wege und gleichzeitig auf solche Gesgenstände, welche zum öffentlichen Nutzen oder zur Berschönerung derselben gereichen, bezieht und beschränft. Zu der Anwendung des §. 282. des Strafgesehuchs auf alle Fälle, die nach ihrem äußerlichen objektiven Thatbestande auch unter Nr. 5. des §. 42. u. Nr. 2. des §. 43. fallen könnten, und zur Ausschließung dieser seldpolizeilichen Strasbestimmungen ist mithin erforderlich, daß der Vorsatz des Thäters und der Zweckseiner Handlung auf die Zerstörung oder Beschädigung jener Gegenstände gerichtet gewesen ist.

c) Die Mr. 6. des S. 42. der Feld=P. D. ist ber Mr. 9. des Art.

471. des Code pénal nachgebildet.

a) Bergl. oben S. 731 sub I. 6. c. den Art. III. des Ergänz.-Gef. zum Einführ.-Ges. v. 22. Mai 1852, wonach die Bestimmung der Felds.D. in Nr. 6. S. 42. die Anwendung der Bestimmung der Nr. 3. des S. 349. bei Feldfreveln ausschließt und jene erstere dieser letzteren derogirt.

Ueber die Entstehungsgeschichte der Mr. 3. des §. 349. des Strafgesetzbuchs, sowie über deren Verhältniß zur Mr. 6. des §. 42. der Feld=P.=O. vergl. das im Just. Min. Bl. 1852 S. 262 ff. mitgetheilte Erk. des Ob. Trib. v. 10. Mai 1852 und Goltdammer, a. a. O. S. 739 ff., desgl. Beseler's Kommentar S. 589 u. 420 ff.

8) In Betreff biefes Berhaltniffes ift zu bemerken:

aa) Der S. 349. Nr. 3. des Strafgeseth. ist ausgedehnter, als der S. 42. Nr. 6. der Feld-P.-D.:

aa) hinsichtlich des Objekts ter Entwendungen, indem die Rr. 6. a. a. D. sich auf Garten- oder Feldfrüchte und zwar von geringer Duantität beschränft;

ββ) hinsichtlich bes Orts der Entwendung, indem sich die Feld-B.-O. nur auf Garten und Felder bezieht (worunter indeß unbedenklich neben Aeckern auch Obstanlagen, Weinberge, Wiesen, Weiden zu verstehen sind).

Dagegen

bb) ift der S. 349. Rr. 3. enger, als der S. 42. Rr. 6. der Feld-P.-

D., indem diese lettere:

aa) das Verzehren auf der Stelle nur beispielsweise, nämlich nur als ein einzelnes Indicium für die Ausschließung der Absicht eines unredlichen

Gewinnes anführt. 1)

ββ) dabei auf erschwerende Umstände bei der Entwendung, z. B. Ginsteigen über Zäune und hecken in Gärten, Weinberge zc. kein Gewicht legt; deshalb werden die Kriterien der S. 221. Nr. 4. u. d. S. 222. des Strafgeseth. wegen der erschwerenden Umstände bei allen solchen Diebsstählen von Feld= und Gartenfrüchten ausgeschlossen, bei welchen der Thatbestand der Nr. 6. des S. 42. (geringe Quantität und keine Abstäteines unredlichen Gewinnes) vorliegt.

Vergl. zu β . die Gründe des Erf. bes Ob. Trib. v. 10. Mai 1852.

(Just. Min. Bl. 1852. S. 262 st.)

¹⁾ Bahrend das Berzehren auf der Stelle zur milberen Beurtheilung der That nach Nr. 3. 5. 349. des Strafgeseth. nothwendigerweise gehört. (Ert. des V. Sen. des Ob. Trib. v. 20. Oft. 1852 [Entsch. Bd. 24. S. 196 ff.])

y) Das eben gedachte Erk. des Ob. Trib. v. 10. Mai 1852 erklärt die Entwendung einer Quantität Aleeheu vom Grundstücke eines Nachbars, welches Aleeheu der Entwender sofort seinem Pferde, mit dem er von seinem eigenen Acker Roggen absuhr, zum Fressen vorgelegt hatte, nur für einen nach S. 42. Nr. 6. der Feld=P. D. zu ahndenden Feldsrevel, und bemerkt:

das eigene Berzehren durch die Person des Entwenders gehöre nicht zum Thatbestande der Kontravention, vielmehr falle auch das sosortige Berzehren durch ein Thier des Entwenders unter die mildere Bestimmung der Feld:P. D. Auch gedenke dies Seset des Zweckes — des Berzehrens auf der Stelle — nur als eines Beispiels. Weder sei die Aushebung der Nr. 6. im § 42. der Feld:P. D. bei Bearbeitung des Strafgesetduchs (selbst nicht durch die Nr. 3. § 349.) beabssichtigt, noch sei jene Borschrift der Nr. 6. des §. 42. mit den betr. Bestimmuns gen des Strafgeseth. unvereindar.

- 3) Zum S. 43.
- a) Der Nr. 1. des S. 43. der Feld-P. D. entspricht die Nr. 1. des' S. 348. des Strafgeseth.:

Wer unbefugt ein fremdes Grundstuck ober einen öffentlichen ober Privatweg burch Abgraben ober Abpflügen verringert.

a) Die Abweichung der Beld-P. D. von der Fassung des Strafgeseth. erklärt sich daraus, daß erstere sich der Fassung der früheren Entwürse des letteren von 1845 u. 1847 angeschlossen hatte.

Die Nr. 1. des S. 349. des Strafgeseth. ermähnt auch noch der öffent-

lichen Wege.

j

1

1

Vergl. über die Entstehungsgeschichte bes §. 349. Nr. 1. und beren Verhältniß zu Nr. 1. §. 43. Feld-P. D. Goltdammer Material. Bd. 2. S. 738.

B) Der Thatbestand des S. 243. Nr. 6. des Strafgeseth, Wegnehmen, Vernichten, Unkenntlichmachen, Verrücken oder fälschliches Setzen von Grenzesteinen oder anderen Grenzmerkmalen zum Nachtheile eines Andern fällt nicht unter die Feld-P. D. und schließt die Anwendung dieser letzeren aus.

y) Insoweit die Bestimmungen der Feld-P. D. Nr. 1. S. 43. und des Strafgeseth. Nr. 1. S. 349. zusammenfallen, wird die erstere durch

letteres außer Wirksamkeit gefest und jener burch dieses berogirt.

d) Außer dem Abgraben und Abpflügen (s. oben zu a. Rr. 1. §. 349.) begreift jedoch die Feld = P. D. noch andere Handlungen, welche in der Absicht unternommen worden, sich benachbarie fremde Grundstäde, Wege oder Grenzraine ganz oder theilweise anzumaßen und zu= zueignen, resp. noch andere Arten, wie dies geschehen kann, z. B. durch ein gleichzeitiges Kultiviren des angrenzenden fremden Terrains mit dem eigenen mittelst Einstreuens von Gras- oder anderen Samen und dessen Einharken oder Eineggen, oder mittelst Brennens von Wiesen u. Brüchern.

S) Demnach tritt die höhere Strafe des S. 349. des Strafgeseth. (im Maximum bis 50 Thlr. oder 6 Wochen Gefängniß) nur bei dem Thatbesstande des S. 349. Nr. 1. (bei unbefugter Verringerung der fremden Grundstücke zc. durch Abgraben oder Abpflügen) ein, während es bei der milderen Strafe des S. 43. der Feld-P. D. (Geldbuße von 15 Sgr. bis 20 Thlr.) in jenen anderen unter dem S. 43. begriffenen Fällen verbleibt.

Hiernach ist die von Goltdammer a. a. D. S. 738. Nr. 1. ge-

außerte Ansicht zu berichtigen.

b) Bu Mr. 2. des S. 43.

a) Bergl. die Erlaut. zum S. 42. Ntr. 5., ferner zum Eingange und zum S. 1. der Feld-P. D.

736 Bon d. Schupe u. der Beford. ber Landest.; landwirthich. Polizei.

β) Durch das neuere G. v. 2. Juni 1852, betr. den Diebstahl an Folz und anderen Wald-Produkten, (G. S. 1852. S. 305) hat sich in der Anwendbarkeit der Feld-P. O. wesentlich nichts geandert. Es ist bei der Fassung der Nr. 2. des §. 43.:

Baume ober Strauche, welche in Garten, Obstanlagen, Alleen, auf Medern ober sonft außerhalb eines Forstes fieben zc.

das damals schon in der Bearbeitung begriffene Golzdiebstahls-Geset berucksichtigt. Es bestimmt auch der S. 50. dieses letteren:

"Die in der Feld.B. D. v. 1. Nov. 1847 mit Strafe bedrohten Uebertrestungen werden, soweit sie nicht nach §. 1. unter die Bestimmungen des gegenswärtigen Gesetzes fallen, durch dasselbe nicht berührt;"

und dazu deffen §. 1.:

"Holzbiebstahl im Sinne dieses Gesetes ift ber Diebstahl an Holz in Forsten ober auf anderen Grundstuden, auf welchen baffelbe hauptsächlich ber Polzzucht wegen gezogen wird;"

und ferner beffen §. 2 .:

"Dem Holzbiebstahl wird gleich geachtet der Diebstahl an Waldprodukten anderer Art, insbesondere an Gras, Kräutern, Haide, Moos, Laub, anderem Streuwerf u. s. w., welche sich in Forsten oder auf anderen hauptssächlich zur Holznuhung bestimmten Grundstäcken befinden 2c."

Vergl. hierzu das Erk. des Plenums des Sen. für Straff. des Ob.-Trib. v. 12. Dec. 1853 (Entsch. Bd. 26. S. 440) und den das Erk. des Ob.-Trib. v. 14. Dec. 1853 behandelnden Nachtrag (a. a. D. S. 444 ff.) woselbst aus den Motiven und Kammer-Kommiss. Berichten über das Holz-diebstahls-Ges. v. 2. Juni 1852 die Grenze zwischen diesem und der Feld-P. D. näher erläutert ist.

Dagegen sindet die Feld-P. D. auf alle Grundstücke, welche landwirthsschaftlich (nicht forstlich) benutt werden, gleichviel ob sie innerhalb der Grenzen einer Forst liegen und von dieser umschlossen werden oder nicht, Anwendung. (R. der Min. d. F. u. des J. u. für H., G. u. dsf. Arb. v. 8. Mai 1848., Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 241.)

y) Das Ergänz.-Ges. v. 22. Mai 1852 zum Einführ.-Ges. des Strafgesehb. (G. S. 1852. S. 250) sindet auch auf die Bestimmung der Rr. 2. des S. 43. der Feld-P. D. Anwendung, da unter den Begriff von "ausderen Boden-Erzeugnissen" bei seiner Allgemeinheit auch "Bäume" subsumirt werden dürsen und gegenüber der ratio legis der Feld-P. D., "dergl. Entwendungen mit einer milden Strase zu ahnden", auch das Wissperhältniß nicht in Betracht kommt, welches in einzelnen Fällen dadurch eintreten kann, daß die Entwendung von Alleebäumen von einer geringeren Strase, als der Diebstahl an Waldholz, getroffen wird (Erk. des Plenums bes Sen. für Strass. des Ob. Trib. v. 12. Dec. 1853. — Just. Min. Bl. 1854. S. 92. ff.)

d) Die Vorschrift im S. 43. Mr. 2. der Feld-P. D., ist auch dann anwendbar, wenn das Abhauen oder Abbrechen der Bäume und Sträuche in diebischer Absicht vorgenommen ist. — (Erf. des Ob. Trib. v. 12. Jan. 1853, Just. Min. Bl. 1853. S. 172 u. Enisch. Bd. 24. S. 438, sowie Erf. des Plenums des Senats für Strafs. des Od. Trib. v. 12. Dec. 1853, Enisch. Bd.

26. 6. 440.)

Diese Entwendung ist nicht nach J. 216. des Strafgeseth., sondern nach J. 43. Nr. 2. der Feld=P. D. zu rügen. (Erk. des Sen. für Straff. des Ob.: Trib. v. 12. Jan. 1853, Entsch. Bd. 24. S. 438. Nr. 53., Just. Wis. Bl. 1853. S. 172.)

s) Das Erk. des Sen. für Straff. des Ob. Arib. v. 8. Febr. 1854

nimmt an:

Feld-Pol. Gesetzeb.; Feld-Pol. D. v. 1. Nov. 1847. (\$5. 41-45.) 737

Die Anwendbarkeit des S. 43. Rr. 2. der Feld-B. D. wird dadurch, daß die Entwendung in diedischer Absicht geschehen, nur dann nicht ausgeschlossen, wenn die Bäume ober Sträucher abgehauen, abgebrochen ober beschäsdigt sind. Ift hingegen ein ganger Baum ober Strauch mit der Wurszel ausgerissen und in diedischer Absicht entwendet, so kommen die allgemeinen Strasbestimmungen über Diebstahl zur Anwendung. (Just. Din. Bl. 1854. S. 151.)

- c) Zu Nr. 3. des S. 43. vergl. S. 282. des Strafgeseth. und die Erlaut. oben zum S. 42. Nr. 5. und unten zum S. 43. Nr. 5.
- d) Zu Mr. 4. §. 43. vergl. die Erläut. zu Mr. 1. §. 43., ingl. den §. 243. Nr. 6. des Strafgesesb.
- a) Letteres umfaßt a. a. D. neben ber Vernichtung, Verrückung und Versetzung der Grenzsteine auch die Merk- u. Stherpfähle zur Bezeichnung der Sohe des Wasserstandes. Vergl. Goltdammer a. a. D. S. 554, wo sedoch über das Verhältniß des Strafgesest. zur Feld-P. D. nichts bemerkt ist.
- B) Der Unterschied für die Anwendung des Strafgeseth. einer =, und der Feld-P. D. andererseits, liegt darin, daß zum Thatbestande des S. 243. Nr. 6. des Strafgeseth. eine, zum Nachtheil eines Anderen in betrüglicher Absicht vorgenommene Handlung gehört. Nur durch dies Kriterium wird die Anwendung des S. 43. Feld-P. D. aus-geschlossen, wogegen die Feld-P. D. im anderen Falle, sowie für die übrigen, in ihr mit Strafe bedrohten Kontraventionen Platz greift.
 - e) Bu Mr. 5. und zum Schluffage bes §. 43.
- a) Diesen Bestimmungen der Feld-P. D. (theilweise auch dem S. 48... Rr. 3.) steht der S. 301. des Strafgeseth. gegenüber, wonach

eine vorsätliche Zerstörung ober Beschäbigung von Wasserleis tungen, Schleusen, Wehren, Deichen, Dammen ober anderen Wass serbauten, ober Bruden, Jähren, Wegen ober Schupwehren, auch schon bann, wenn kein Mensch schwer verletzt worden, mit Gefängniß nicht-unter drei Monat und wenn Fahrlässigkeit zum Grunde liegt und ein Schaben entstanden, mit Gefängniß bis zu 6 Monat bestraft werden soll.

- β) Bum Thatbestande des S. 301. a. a. D., im Gegensatze zu ben gedachten Bestimmungen ber Feld-P. D., gehört:
 - an) vorfähliche Berftornug ober Befcabigung,
 - bb) event. ein durch fahrlassiges Berhalten verursachter, mit ber culpa im Rausalzusammenhange ftehender Schaben.
- y) Sind diese Voraussetzungen des S. 301. nicht vorhanden, so bleibt es bei den milderen Strafen der Feld-P. D., welche:
 - aa) jedoch niemals bei ganzlicher Zerstörung der Gräben zc. Anwendung finden, indem Nr. 5. des S. 43. nur von Beschäbigungen spricht, eine ganzliche Zerstörung daher stets unter S. 301. des Strafgesesb. fällt,
 - ββ) überhaupt nur für Anlagen von Gräben, Ballen und Rinnen Behufs Abs und Inleitung des Wassers (für Ents und Bemässerungssanlagen), nicht für Deiche und ähnliche zur Abwehr des Wassers bienende Anlagen gegeben find.

f) Der Mr. 6. des S. 43. der Feld-B. D. fteben die Strafbestim-

mungen der SS. 286 u. 288. des Strafgefesb. gegenüber.

Während diese gegen das Anzünden fremden Eigenthums gerichtet sind, stellt die Nr. 6. des S. 43. das Abbrennen und Anzünden von Torfmooren, Haldefraut, Bülten und ähnlicher Gegenstände auf dem eigenen Felde, ohne Anzeige und Erlaubniß bei der Ortsbehörde, unter Polizeistrafe, Behuss Sicherung der benachbarten Fluren und Früchte.

Bu SS. 44. u. 45.

1) Zum S. 44. Bergl. das Erf. des Kompetenzgerichtshofes v. 5. Juni 1852 (Just. Min. Bl. 1852. S. 254) unten in den Erläut. zum S. 58.

2) Bum S. 45. Bergl. S. 14. Min. 3.

Die für die Fälle des S. 14. Alin. 3. u. des S. 45. bei Beschädigung fremden Eigenthums aus Rache oder Bosheit eintretenden Strafgesetze find die SS. 281 n. 282. des Strafgesetzuchs. (Vergl. Goltbammer a. a. D. S. 627. zu 3.)

Bu §§. 46., 47 und 48.

1) Zum S. 46. Durch Berjährung werden die nach der Feld-P. D. verwirkten Strafen' ausgeschlossen, wenn innerhalb dreier Monate seit der Uebertretung eine Untersuchung wegen dieset letzteren nicht eingeleitet ift. In gleicher Frist und Art verjährt der Anspruch des Beschädigten auf Pfandgeld bei unterlassener Anmeldung desselben bei der zuständigen Behörde.

Damit stimmt der S. 339. des Strafgeseth. überein, auch die Analogie des Art. XII. S. 1. des Einführ.=Ges. v. 14. April 1851. (G. S. 1851.

6. 170 u. 95.)

2) Bum S. 47. Unabgeandert und fernerhin gultig bleibt die Be-

baß bie nach ber Felds B. D. verwirkten Gelbbußen zur Gemeins bekasse bes Orts fließen, in dessen Feldmark die Uebertretung verübt ift, event. wenn kein Gemeindeverdand am Orte besteht oder innerhalb der Feldmark andere, nicht zum Gemeindeverdande gehörige Besthungen (Kittergüter) liegen, dergl. Gelbbußen von der Ortspolizeibehörde (nach Anhörung der Gesmeinde, wo eine solche besteht) zu gemeinnühigen Zweden für den Ortzu verwenden sind.

Bergl. SS. 445 u. 460. A. L. R. I. 14. und S. 81. A. E. R. II. 7. 3) Zum S. 48. Ebenso gilt die Bestimmung wegen der Berwandlung der Geldbußen in "Strafarbeit zu gemeinnütigen Zwecken" fort. 1)

Indeg ift zu bemerken:

a) Die SS. 334 u. 335. bes Strafgefesbuchs,

baß die polizeiliche Gefängnisstrafe in einfacher Freiheitseniziehung besteht, die Dauer berfelben mindestens einen Tag, zu 24 Stunden und hochensen 6 Wochen beträgt,

ferner

bağ das niedrigste Daaß der Gelbbuße 10 Sgr., das höckte Raaß berselben 50 Thir. und die Dauer (bei Verwandlung von Geldbuße in Gefängs nißstrase) so zu bestimmen ist, daß der Betrag von 10 Sgr. die 2 Thir. einer Gefängnißstrase von einem Tage gleich geachtet, lestere aber 6 Wochen nies mals übersteigen darf;

gelten im Allgemeinen auch für die Feld-Bolizei-Strafen; jedoch darf, soweit die Feld-P. D. Plat greift, das in ihr bei den verschiedenen Uebertretungen bestimmte höchste Maaß der Strafen nicht überschritten werden. (Nergl. z. B. SS. 14., 41., 42., 43.)

b) Auch dürfen die Polizei-(Verwaltungs-)Behörden, nach dem G. v. 14. Mai 1852 über die vorläufige Straffeststeng wegen Uebertretungen,

¹⁾ Bergl. bas G. v. 11. April 1854 (G. S. 1854. S. 143), betr. die Be-schäftigung ber Strafgefangenen außerhalb ber Anstalt.

Beld-Mol. Gesetzeb.; Feld-Bol. D. v. 1. Rov. 1847. (\$5. 44-69.) 739

(G. S. 1852. S. 245), bei Anwendung der Feld-P. D. auf Feldfrevel jeder Art nur noch eine Strafe von fünf Thirn. oder dreitägigem Gefängniß festigen, müssen hingegen in Fällen, wo sie eine höhere Strafe gerechtsfertigt halten, die Verfolgung und Straffestsehung dem Volizeianwalte und Polizeirichter überlassen. (S. 1. des G. v. 14. Mai 1852 u. Art. 120 ff. des G. v. 3. Rai 1852, G. S. 1852. S. 209., 237 ff., 245 ff.)

Bum §. 49.

Ì

-

1

1

Ì

1

Die Haftbarkeit der Eliern und Dienstherrschaften für Pfandgelder, Entschädigungen, Kosten und Geldbußen ist auf solche Hütungs- und anstere Feldfrevel beschränkt, welche zu ihrem Vortheil gereichen. Vergl. S. 7. des Ges. v. 5. Juli 1844 über die Beschränkung der Nachtweide ze. in der Rheinprovinz. (G. S. 1844. S. 263.)

3u \$\$. 50., 51., 52.

- 1) Die Feldhüter sind zu den Gemeindebeamten auch dann zu rechenen, wenn ihre Besoldung bloß von den Ackerbesitzern aufgebracht wird. (R. des Min. des J. n. für landw. Ang. v. 17. April 1852 '), Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 123. Nr. 111.)
- 2) Das C. R. der Reg. zu Magdeburg v. 21. Dec. 1852 bestimmt, daß im Interesse ber Strassusti, und in Rucksicht des wesentlichen Einsusses, welchen die Feldhüter auf Grund des S. 51. der Feld-B. D. auf den Ausgang der Untersuchungen wegen Feldpolizeikontraventionen ausüben, bei Besetung dieser Rommunalämter unbedingt auf die Unbescholtenheit und sonstige Tüchtigkeit der Bewerber gerücksichtigt werden solle. (Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 46. Nr. 34.)
- 3) Nach S. 50. konnen Mitglieder der Gemeinde zu Chrenfeldhütern (Feldherrn) bestellt werden. 2)

Bu SS. 53 - 69.

- I. Bestimmungen der Feld=P. D. v. 1. Nov. 1847 über das Ressort der Polizei- u. Gerichtsbehörden.
 - 1) Die SS. 53 69. enthalten Borschriften und Anweisungen:
- A. über das Berfahren bei Pfändungen, sowohl für die Pfändenden (§§. 53. 54.), als für die Ortspolizeibehörden (§§. 55. 56. 59. 60. 61. 62. 63.), so wie wegen Abschätzung des Schadens durch die Dorfgerichte oder anderweit bestellte Taxatoren (§§. 64. 65. 66.);
- B. über die Befugniß und das Reffort in Betreff der richterlichen Festfestung und Entscheidung:
 - a) einerseits der Ortspolizeibehörden und zwar

a) wegen des Pfandgeldes und der Kosten (§. 57.),

β) wegen der Strafen für die damit bedrohten Uebertretungen (§. 68.),

b) andererseits der ordentlichen Gerichte .

a) über die gegen die Rechtmäßigkeit der Pfändung erhobenen Einwendungen und dabei hervortretenden Rechtsansprüche, so wie

1) Bergl. in Bb. I. S. 895.

²⁾ Das R. bes Min. des J. v. 16. Juli 1842 (Min. Bl. d. i. B. 1842. C. 323. Nr. 436.), wonach die Bereidigung eines solchen zur Aufsicht der Felder bestellten Gemeindemitgliedes für unzulässig erklärt worden, ist daher antiquirt. (Bergl. S. 51. Nr. 2.)

740 Bon b. Schupe u. ber Beford. ber Lanbest.; laudwirthich. Polizei.

β) über Schadensersatforderungen (§. 58.) 1).

c) über die Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der Ortspolizeibehörden

a) in Betreff der Pfandgelder und der Kosten (S. 67.),

β) in Betreff der Polizeistrafen (§. 69.). 2) Den Ortspolizeibehörden standen gleich:

a) bestehende Feldamter oder sonstige zur Verwaltung der Feldpolizei

eingesetzte Gemeinde = und andere Behörden (S. 70.),

b) die damit in Folge Autorisation der Regierung gemäß, S. 72., beauftragten Dorfgerichte, Gemeinde - ober Ortsvorstände ober dazu aus drei Grundbesitzern eigends zu bildenden Distrikts - Feld - Gerichte. 2)

II. Gegenwärtige Ressort - Verhältnisse in Folge ber Justiz-Organisation durch das Geset v. 2. Jan. 1849.

A. In Betreff ber Befugniß zur Festsetzung von Strafen in Feldpolizeisachen.

1) Durch die auf den Art. 42. der Verfass.-Urkunde v. 31. Jan. 1850 gegründete Justiz-Organisation und die V. v. 2. Jan. 1849, SS. 1. u. 2., betr. die Aushebung der Privatgerichtsbarkeit, ist auch für Feldpolizeisachen die Strafgerichtsbarkeit der Gutsherrn als Ortspolizeisbehörden, serner die Besugniß der Regierungen zu Rekurs-Entscheisbehörden, indeß sollte es hinsichtlich der Polizeiverwaltung (nach Art. 114. der Verf. Urk.) bis zur Emanirung der Gemeinde-O. nebst Polizeiversassung 3) bei den bisherigen Bestimmungen bewenden.

2) Seitdem sind diejenigen, welche diese Polizeiverwaltung ausüben, auch wiederum zu Straffestsehungen wegen Uebertretungen -

b) Ueber die zur Anwendung kommenden Rechtsgrundsätze vergl. den Auffas in der Jur. Zeit. 1832. S. 1116 ff. u. 1132 ff. über die actio de pastu pococis

nach Preug. Recht.

b) Bergl. in Betreff ber bei obigen Bestimmungen ber Feldsp. D. berndsfichtigten früheren Gesetze:

a) im Allgemeinen die §S. 433. 434. 436. 438. 439. A. E. R. L. 14. und die §S. 243 u. 247. des Anh. zur A. G. D.

β) in Bezug auf §. 57. Alin. 2., inebesond. den §. 46. A. E. R. II. 17. L. die K. D. für die Provinzen Preußen und Schlesten v. 5. Inli 1844 (S. S. 1844. S. 261).

c) Bei §§. 70—72. sind die alteren Berordn. v. 1. Mai 1803, v. 8. April 1806 und andere leitend gewesen, nach welchen in verschiedenen Gegenden bes Landes unter der Benennung von Wrohnmannern, Köhrdeputationen, Gildemeistern, Degemahlern, oder als Borsteher von Marken- und haubergegenoffenschaften sogen. Feldamter bestanden, welche die Feldpolizei und eine gewisse feldpolizeiliche Gerrichtsbarkeit ausübten.

3) Bergl. die C. R. der Min. des J. n. für landw. Ang. v. 18. Mai 1849 und des Just. Min. v. 18. Sept. ej. a. — Just. Min. Bl. 1849. S. 396. und

Min. Bl. d. i. B. 1849, S. 96 n. 194).

¹⁾ a) In Beireff ber richterlichen Kompetenz vergl. das Erf. des Kompetenzgerichtshofes v. 5. Juni 1852 (Just. Min. Bl. 1852 S. 254. ff. Nr. 75.), weis
ches den Rechtsweg für zulässig und einen erhobenen Kompetenzsonstift für under gründet erachtet bei der Klage eines Grundbesitzers auf Pfandgeld gegen denjenigen,
welcher in Folge eines Vertrages mit der Regierung von einem fremden Acker ben zum Chaussedau nöthigen Grand abgefahren hat.

²⁾ a) Vergl. in Betreff des früheren Verfahrens zc. die Erläut. oben S. 715 in Kap. 1. Tit. 3., insbes. den S. 2. i. des Regl. für die Westpreuß. Unterges richte v. 20. Aug. 1802 und das R. v. 30. Juni 1839 nebst K. D. v. 11. April 1839.

Feld-Pol. Gesetzeb.; Feld-Pol. D. v. 1. Nov. 1847. (SS. 53-69) 741

auch wegen Felbfrevel — burch bas G. v. 14. Mai 1852 (G. S. 1852. S. 245) dahin ermächtigt worden 1), daß sie:

a) eine Strafe in ber im §. 2. a. a. D. vorgeschriebenen Form, bis zur Göhe von 5 Thir. Gelbusse und mit Substitution einer nach §. 335. bes Strafs gesehduche zu bestimmenden Gefängnisstrafe (ober Strafarbeit) vorläus fig festsehen können, wobei jedoch

b) gegen eine solche polizeiliche Straffestsegung nur noch die Provokation auf

Entscheidung durch bas Polizeigericht zuläsfig ift.

Indeß unterbricht diese polizeiliche Strafverfügung die Versjährung. (§. 9. des Ges. v. 14. Mai 1852, §. 339. Alin. 3. des Strafsgeseth. v. 14. April 1851, §. 46. der Feld. P. D. v. 1. Nov. 1847).

3) Was hinsichtlich der Kompetenz der gewöhnlichen Ortspolizeis behörden zur Festsetung von Strafen wegen Feldfrevel gilt, findet auch

auf die Kompetenz der Feldamter (SS. 70. u. 72.) Anwendung.

4) Abgesehen von dieser vorläusigen, nach dem G. v. 14. Mai 1852 beschränkten Strasbesugniß der Ortspolizeibehörden, gebührt die Festsetung der Polizeistrasen nach den Vorschriften der Feld=P. O. v. 1. Nov. 1847 in den Landestheilen, für welche die V. v. 3. Jan. 1849 erlassen ist, den zur Aburtelung der Polizeivergehen bestellten Richtern. (C. R. der Min. des J. n. für landw. Ang. v. 18. Mai 1849 n. des Just. Min. v. 18. Sept. 1849, Min. Bl. d. i. V. 1849. S. 396), desgl. C. R. des Just. Min. v. 29. Juli 1849, Just. Min. Bl. 1849. S. 347).

B. In Betreff der Befugniß gur Veftfepung von Pfand-

gelbern und Roften.

In Betreff der Kompetenz der Ortspolizeibehörden und Feldamter zur Entscheidung über gesorderte Pfandgelder und die Kosten für Wartung, Stallung und Fütterung der gepfandeten Viehstücke (SS. 57., 55.) bestimmen:

1) die C. R. der Min. des J. u. für landwirthschaftl. Ang. v. 18. Mai 1849, und des Just. Min. v. 18. Sept. 1849.

baß die Bolizeibehörben nach wie vor in den Pfandungssachen nach §§. 53—67. der Feld-P. D. v. 1. Nov. 1847, wegen Festseng von Pfandsgeld u. Kosten und Ausmittelung des Schadens, zu versahren haben, weil das Pfandgeld keine öffentliche Strafe, sondern eine Privatstrafe zur Entschädigung des Verletten sei. (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 96. Nr. 141., Just. Min. Bl. 1849. S. 396.)

2) Nur fällt jedenfalls der Rekurs an die Regierung fort, ohne Mücksicht, ob die festgesetzte Summe mehr oder weniger als 10 Thaler beträgt (§. 67. Alin. 2.) und es tritt überall die Provokation auf gerichtsliche Erörterung und Entscheidung an dessen Stelle.

C. Fortbestehende Kompetenzen der Ortspolizeibehörden und der ihre Stelle vertretenden Feldamter in Pfandungs-

fachen.

}

Abgesehen von den Befugnissen dieser Behörden:

a) zur vorläufigen Festsetzung von Polizeistrafen nach Maaßgabe des Ges. v. 14. Mai 1852 (f. zu A. 2.),

b) zur Festsetzung von Pfandgeld und Kosten (f. zu B. 1.)

¹⁾ Bergl. §. 5. n. 6. des Ges. v. 14. Mai 1852, so wie über das fernere Versahren vor dem Polizeirichter die Art. 120—128. des Ges. v. 3. Mai 1852, desgl. über das Rechtsmittel des Rekurses die §§. 165—170 der B. v. 3. Jan. 1849 (G. S. 1849. S. 14 n. 43) n. Art. 129. des Ges. v. 3. Mai 1852, dazu auch die Infr. für die Polizei-Anwalte v. 24. Nov. 1852, Min. Bl. d. i. B. 1852. S. 14 ff.).

742 Von b. Schupe u. der Beford. ber Landest.; landwirthsch. Bolizei.

ist in Bezug auf folgende, benselben nach der Beld-P. D. abertragene Besugnisse und Pslichten durch die Justig-Organisation vom 3. 1849 nichts geandert:

a) wegen Enigegennahme ber Anzeige über bie vorgenommene Pfanbung, und wegen Bestimmung über bie Aufbewahrung ber Pfanbfluce (S. 53.),

b) wegen der Berfügung über die Bulanglichkeit der Sicherheitsbestellung bei Rudgabe ber Pfander (§. 54.),

c) wegen Festsetzung ber Kosten für Wartung, Stallung und Fütterung ber Pfanber (§. 55.),

d) wegen Bernehmung ber Partheien und Feststellung bes Thatbestanbes (§. 56),

e) wegen bes Berfuche eines Bergleiche (§. 59.),

f) wegen ber exefutorischen Rraft ihrer Protofolle (S. 59.),

g) wegen ber Berfteigerung ber Pfanbftude (S. 60.),

h) wegen der Abschähung des Schabens auch in ben zur gerichtlichen Ents scheidung gehörigen Pfändungesachen (S. 63.),

i) wegen ber Berrichtungen resp. der Bestellung ber Dorfgerichte ober besons

berer Taxatoren (§§. 64—66.).

Bergl. die oben allegirten C. R. v. 18. Mai u. 18. Sept. 1849.

Zum §. 7.8.

Der S. 73. bezweckt die möglichst allgemeine Einrichtung regelmäßiger Grabenschauen zur Erhaltung und Verbesserung der Vorstuthsverhältnisse bei den zahlreichen, erfahrungsmäßig zum größten Nachtheile der Ackerund Wiesenkultur oft vernachlässigten Privatslüssen und Wasserabzügen.

Vergl. das Nähere hierüber in den Erläut. zum §. 10. des Borfluth- Ges. v. 15. Nov. 1811. (s. oben S. 602—603.).

Bu SS. 74. u. 75.

1) Zum S. 74. Die Feld = P. D. hat hauptsächlich Hötungskontraventionen und außerdem einige am häusigsten vorkommende Feldfrevel (SS. 41 — 43.) behandelt. Der Feldpolizeigesetzgebung mittelst Areis-, Distrikts = oder Lokal = Ordnungen, auf dem im S. 74. bezeichneten Wege, bleibt mithin noch ein weiter Spielraum.

Bu den Gegenständen, worüber in der Feld-P. O. nicht verfügt, mithin, je nach den örtlichen Bedürfnissen, eine besondere Anordnung zu treffen ist, gehören z. B. die Zeit der Schließung und Beaufsichtigung von Beinbergen, das Aehrenlesen u. s. w.

Vergl. oben S. 708—709 Kap. I. Tit. I. sub IV. A. 2. B. 5., sowie einzelne in älteren Feldordnungen, z. B. der Halberstädter v. 27. Juli 1759 (a. a. D. B. 2.) vorkommende Gegenstände.

- 2) Zum §. 75.
- a) Im dem Bereiche der Gültigkeit der Feld-B.-D. v. 1. Nov. 1847, mithin in denjenigen Landestheilen, für welche das A. L. R. eingeführt ift, jedoch mit Ausschluß der Rheinischen Kreise Rees und Duisburg sind durch den S. 75. der Feld-P.-D. alle früheren allgemeinen, propinziellen, statutarischen oder sonstigen Vorschriften über Gegenstände, über welche die Feld-P.-D. Bestimmungen enthält, außer Krast gesett. Der S. 75. weist nur auf eine einzelne Bestimmung der Halbersstädtischen Feldordnung v. 27. Juli 1759 hin, deren fernere Gültigkeit ausdrücklich vorbehalten ist, während sich anderweite Verweisungen auf pro-

vinzielle Gesetze ber gebachten Art in der Feld-P.-O. v. 1. Nov. 1847 nicht

vorfinden. 1)

Demnach sind im Bereiche ber Feld-P.-D. v. 1. Nov. 1847 nur noch tiesenigen provinziellen Bestimmungen ober Lokalstaten in Wirk-samkeit geblieben, welche sich über Verhältnisse und Segenstände ergehen ober mit solchen in unmittelbarer Verbindung stehen, die in der Feld-P.-D. nicht berührt sind.

Dabin tonnen auch noch gerechnet werben:

a) die in Abschn. V. der Wiesen-D. für den Kreis Siegen v. 28. Oft. 1846 (G. S. 1846. S. 485) enthaltenen polizeilichen Vorschristen, insbesondere wegen der Hütung auf den Wiesen, darunter tas gänzliche Verbot der Behütung derselben mit Schweinen (J. 65.) und besondere Regeln wegen der Ausübung und der Perioden der Behütung mit Schaafen und Rindvieh (JJ. 65. u. 66.), ingleichen wegen der zeitweisen Verschonung neu- oder umgebauter Wiesen (J. 67.);

8) die sog. Haubergsordnungen (vergl. die allgem. Einleit. in Bb. I. S. XCIV. und die Note 3. oben S. 192), welche indeß mehr für Forst= polizei=Gesetz zu erachten sind, da bei der Haubergswirthschaft die Polzeerzeugung Hauptzweck, hingegen der Fruchtbau und die Weide nur vor-

übergebende und Rebennugung ift.

b) Bergl. auch die Erläut. zum; §. 1. sub I. der Feld-P.-O. (oben S. 719 ff.), desgl. Kap. 1. Tit. 1. sub IV. (oben S. 708 ff.) und Kap. 2. Tit. 1. sub II. (oben S. 717 ff.).

Zweiter Abschnitt.

Die Feldpolizei-Gesetzgebung in Neu-Vorpommern nebst Rügen und in der Rheinprovinz.

Borbemertung.

Die Feld-P.-O. v. 1. Nov. 1847 gilt, wie in den Erläut. zum S. 1. und zum S. 75. derselben (f. oben S. 719 ff. u. S. 742 ff.) erörtert worden, für die sechs öftlichen Provinzen der Monarchie, mit Ausschluß von Neuvorpommern nebst Rügen, und für die Provinz Westphalen. Dasgegen sind für Neuvorpommern nebst Rügen und für die Rheinsprovinz die bisherigen, für diese Landestheile erlassenen feldpolizeilichen Berordnungen in Araft verblieben.

I.

Menvorpommern und Rügen betreffenb.

In diesen Landestheilen gilt das gemeine Deutsche Recht. In Betreff ber daselbst zur Anwendung kommenden feldpolizeilichen Bestimmungen vergl.:

Das Provinzialrecht bes herzogthums Neu-Vorpommern und Rügen, bearbeistet im Auftrage bes R. Just. Min. für die Gesep-Revision 1836. Thl. I. u. II.,

¹⁾ Wie in Butunft auf bem Wege von Bezirts., Kreis: ober Lokal-Berords nungen eigenthunlichen felbpolizeilichen Bedürfniffen entsprochen werden soll, hatte die Feld. D. selbst bestimmt. (Bergl. die Erlant. zum S. 25.)

insbes. der Abschn. von den Psandungen Th. I. S. 79. K., seener von Gemeinsheitstheilungen Th. I. S. 91 K., an deren Stelle jedoch jest die Gem. Th. D. v. 19. Mai 1851 (G. S. 1851. S. 371) getreten ist, und von der Hungsgerech: tigkeit Th. I. S. 116 K., nebst den im Th. II. S. 252 K., S. 281 K. u. S. 358 K. unter Anführung der noch geltenden verschiedenen einzelnen älteren Bersordnungen und Gesetze und Hinweisung auf dieselben, gegebenen Erläut.

Die wichtigsten bier in Betracht kommenden Berordnungen find:

1) Die Polizei = Ordn. v. 1681 (Kap. 21. von den Pfändungen und, wie es damit zu halten). (Dahnert's Samml. Pommerscher und Rügischer Landesurfunden u., Bd. 3. S. 383.);

2) Pat. v. 29. Aug. 1808 wegen Verbots des hirtenlosen Umhergestens des Viehes.) (Sonnenschmidt's Samml. der für Reuvorpommern und

Rugen ergangenen Gefete ic. Bb. L. S. 421.)

einem Sachregister. Aachen, 1820. 8.

II.

Die Rheinproving betreffenb.

Literatur.

M. Pickhardt, Rheinisches Rural-Gesehbuch, ober ordnungsmäßige Sammlung ber auf die administrativen, das Forst, Jagds und Fischerei-Besen, das Prozess versahren und die Polizei Bezug habenden, das platte Land insbes. betreffens den bürgerlichen Gesehe. Mit einem Rommentar. Nach der von der Afademie der Industrie, des Ackerbaues und des handels zu Paris befannt gemachten, von einer besonderen Rommission verfaßten Ausgabe v. Jahre 1836 und unter Beziehung auf die seit dem Jahre 1814 in der Aheinprovinz ins Leben getrestenen gesehlichen Bestimmungen bearbeitet, sowie hiernach mit den nöthigen 326-sahen und Erläut. versehen. Krefeld, 1839. 8.

H. H. hermens, handbuch ber in der Königl. Preuß., zum General-Gouvernes ment von Rieders und Mittels Abein gehörig gewesenen Provinzen am linken Rheinuser bestehenden gesammten Forsts, Jagds und Fischerei-Gesetzgebung, oder Sammlung aller dort bestehenden, das Forsts, Jagds und Fischerei-Wesen beir. Gesetz, Edifte u. s. m. Im Urterte mit Angabe der Publikations haupts Destumente und mit, einzelne Berfügungen erläuternden und die merkwürdigsten bezüglichen Urtheile der obersten und oberen Gerichtshöse und auch Anmerkungen und hinweisungen enthaltenden Noten, sowie mit einer Cinleitung und

A. Die pormale Raffauischen Landestheile betreffend.

Dieselben umfassen den ostrheinischen Theil des Reg.-Bezirks Coblenz (Bezirk des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein) — jedoch mit And-schluß der inzwischen zum Großherzogthume Berg gehörig gewesenen Reichsherrschaft Wildenburg, zu welcher letteren die Bürgermeisterei Briesen und ein Theil der Bürgermeisterei Wissen gehörte. 1) Daselbst gilt (mit Ausschluß des ehemaligen Territoriums Wildenburg), das gemeine Deutsche Recht.

Hinsichtlich der betr. Provinzial - (eigentlich Territorial -) Gesetze in

diesen Landestheilen sind drei Perioden zu unterscheiden, nämlich:

1) die Periode der vor der Herzoglich Naffaulschen Erwerbung resp. Vereinigung (durch den Reichs-Deputat.-Hauptschluß v. 25. Febr. 1803 und die Rheinbunds Afte v. 13 Juli 1806) bestandenen verschiedenen

¹⁾ Bergl. Dr. C. C. B. Dabis, Erganz. des Strafgesehduchs für die Prens. Staaten. Leipzig, 1853. Im Anhange, betr. den Bezirk des Justizsenats zu Chrenbreitstein, S. 115 ff. (Dies Werk bildet den Bd. 2. der von dem Prafid. Wen en el herausgegebenen Erganz. des Strafgesehduchs.)

Gräflich Wiedschen, Solmsschen und Sannschen, ingleichen Kurfürftlich Trierschen, auch der Naffau-Ufingenschen und Naffau-Weilburgichen Landeshoheiten;

- 2) die Periode nach der Bereinigung unter Berzoglich Raffauischer Herrschaft 1);
 - 3) die Periode seit der Verbindung mit Preußen, seit 1815 u. 1816.
- AA. Die Feldpolizei-Gesetze und Verordnungen aus der erften Periode (zu 1.), die nur einzelne Territorien desjenigen Landestheils umfaßt, welcher jest den oftrheinischen Theil des Reg. = Bezirks Cobleng bildet, find durch die der zweiten und dritten Periode zum Theil aufgehoben, zum Theil modifizirt, oder auch durch die umgeschaffene Agrar-Berfaffung theilweise antiquirt und beseitigt.

Hervorzuheben find aus der erften Periode als erheblich, jedoch mit

Rudficht auf die vorgedachte Bemertung:

'1) die für die niedere Grafschaft Wied (Wied-Neuwied) erlassene Polizei=Berordn. v. 10. Febr. 1783. (Cfotti's Samml. Th. I. S. 209. Nr. 204.)

Dieselbe enthalt Borschriften und Strafbestimmungen:

a) über Baumzucht (§. 18 ff.),

b) über Biehaufsicht (g. 23 ff.), gegen bas hirtenlose Umherlaufen bes hornviehes, speziell ber Biegen, sobann wegen ber Schweine, wie ber Pferbe, wegen letterer und bes Hornviehes, .namentlich gur Rachtzeit,

c) in Bezug auf die Anlegung fester Ställe und Baune, ferner d) wegen des Biebhutens (§. 33 ff.), gegen das Einzelhuten außerhalb ber Gemeinbeheerbe, wegen Annahme tüchtiger hirten, gegen bas buten in Wiefen und Baumgarten und zwischen befaeten Felbern, gegen Nachthuten, wegen ber Berschonung ber Biefen bis nach ber Grummet-Erndte u. s. w.; endlich noch speziell wegen ber Schaafhute (§. 60 ff.); Schaafe sollen das ganze Jahr nicht auf Rlees feldern, auch nicht in Garten und Baumgarten gehütet werben, selbst auf Brache und Stoppelfluren nicht zwischen besaeten und Rlee. Studen auf au engen Beiberdumen:

o) gegen Obste und Krautstehlen (S. 52 ff.).

2) die Kurfürstlich Trierschen Berordnungen 2):

a) zur Beförderung des Wiesenbaues:

aa) B. v. 18. Marz 1776 (Stotti Samml. ber Kur-Trierschen gandes-Berordn. Bb. 3. S. 1275. Nr. 722.), wonach alle Wiesen mit dem 15. Marz geschloffen und mit jeber Biehtrifft verschont werben sollen.

bb) B. v. 26. Juli 1781 (Stotti a. a. D. S. 1315. Nr. 759.), wonach ohne Rudficht auf entgegenstehenbe Judifate ober Berträge, die Biesen zur Abernbtung bes Grummets bis Dichaeli mit ber Gutung zu verschonen;

1) Bergl. Stotti's Samml. ber Gesehe u. Berordn., welche in ben ju 1. gebachten gandestheilen bis zu ben Jahren 1815 n. 1816 ergangen. 1836.; inebef. Th. 4. S. 1646 ff.; ferner Stotti's Samml. der Landesges. im vormal. Kurfarkenth. Trier, insbes. Th. 3. S. 1707 ff., 1711 u. 1712, 1722 ff.

²⁾ Der größere westrheinische Theil bes Rurfürstenth. Trier wurde nach ber Frangos. Offupation bes 3. 1794, am 22. Dec. 1799 und in Folge bes Lunes viller Friedens v. 9. Febr. 1801 mit Frankreich verbunden, mahrend ber oft rheinische Theil, Chrenbreitstein n. f. w., im 3. 1802 Massauisch wurde. Bergl. Stotti a. a. D. Bb. 3. S. 1711 ff. Auch letteren betrafen die alteren Rur-Trierschen Gesete, welche in bem linkerheinischen Theile burch bie Frangof. Gefengebung nglich befeitigt find.

- b) gur Beforberung bes Gruchtbaues:
- aa) B. v. 17. März 1778 (Stotti a. a. D. S. 1283. Nr. 738.)
- bb) B. v. 19. Juli 1783 (Stotti a. a. D. S. 1327. Rr. 779.), nach benen alle in Brachs und Stoppelfeldern angesäete Aeder mit der hutung gangs lich verschont, auch selbst die Wege dahin, zur Begegnung des Uebertritts des Weideviehes, eingezäunt und die Ortsvorsteher und hirten bafür versantwortlich gemacht werben sollen;
- c) zum Schute ber Felbfluren, ber Aeder, Garten, Obstanlagen, Beinberge, Wiefen, gegen Frevel:
 - na) B. v. 5. Sept. 1768 (Stotti a. a. D. Th. II. S. 1222. Rr. 673.), wonach sammtliche Gemeinbeglieber für ben Ersat ber Frevel und bes Schabens bis bahin haften, daß ber Frevler ausgemittelt und angezeigt ift;
 - bb) B. v. 29. Sept. 1778 (Sfotti a. a. D. Bd. 3. S. 1297. Kr. 743.), wonach bei Weibefreveln die Ortsvorsteher unter Borbehalt des Regresses an den hirten, dem Eigenthumer des beschädigten Fruchtfeldes sie den eidlich abzuschähenden Schaben verhaftet, ebenso die Flurschühren für alle zur Nachtzeit verübten Beschädigungen die zur Ermittelung des Thäters, serner sur die Zahlbarkeit der Flurwächter diesenigen, welche sie angeordnet, verpsichtet sind;

cc) B. v. 2. Juni 1773 (Stotti Th. II. S. 1263. Rr. 707.), wonach alles

Austreiben ber Biegen ganglich verboten wirb !).

BB. Aus der zweiten Beriode (zu 2.) ist zu bemerken die für das vereinigte Nassauische Gebiet erlassene Nassauische B. v. 7. u. 9. Nov. 1812. über Einschränfung der Hude u. Weidgangs-Gerechtsame (Stotti's Samml. der Gesete u. Berordn. rechts des Rheins, Th. IV. G. 1879. Rr. 182.)

Diese Berordnung, welche zugleich den Charafter eines Kulturgesetzes an sich trägt, bestimmt in ihren wichtigsten §5. 1. 2. (der §. 7. be-

gieht fich auf die Waldungen):

- a) in Betreff ber Beweidung ber Meder:
- 5. 1. Jebem Gutsbesitzer soll die uneingeschränkte Benutung seines Acterlandes ohne Rudsicht auf bestehende huts und Weideberechtigung freigestellt und berselbe befugt sein, das Brachseld nach Gutdünken anzupstanzen und zu benuten; das wirklich angepstanzte Feld soll unter keinerlei Borwand von Rindvieh, Schassen ober Schweinen betrieben, auch das brachgelassene Feld nur da beweidet were ben, wo solches ohne Nachtheil der ankopenden angepstanzten Aecter geschehen kann.
 - b) in Betreff ber Wiesenbenupung:
- 5. 2. In der Benuhung der Wiesen soll keine Einschränfung Statt kuben, insonderheit jedem Wiesenbestiger die Einerndtung des nach der heuerudte gewachssenen Grases, des sog. Grummets (Ohmets), freistehen. Es dürsen daher vor eingeerndtetem Grummet (Ohmet) durchaus weder Aindvieh noch Schaasheerden auf Wiesen getrieben werden, und soll außerdem die Beweidung der Wiesen durch Rindvieh überhaupt nur bei völlig trockener Witterung Statt sinden; Schaase aber sollen die zum wirklich eingetretenen Frost durchaus in keine Wiesen zur Weide getrieben werden. Fernerhin ist alles Bieh von dem Zeitpunkt der im herdst ober eintretenden Winter eines Jahres eröffneten Weide in den Wiesen au, nur die zum ersten April des darauf solgenden Jahres in die Biesen einzulassen. Es

¹⁾ Die Balds, Jagds, Forfts n. Fischereis Ordn. v. 3. Dec. 1720 (Statti a. a. D. Th. II. S. 822. Rr. 371.), und die revid. Ordn. v. 31. Juli 1786 (Stotti Bb. 3. S. 1378. Rr. 827.) betrafen, abgesehen von der Fischerei und dem g. 34. der revid. Forfts zc. D., woselbst die Einfriedigung mit lebendigen Decken angeordnet ist, die Waldhütung; desgl. die B. v. 8. Juli 1768 (Stotti Bb. 3. S. 1217. Rr. 670.), in Verbindung mit der v. 30. Sept. 1768 (Stotti a. a. D. S. 1223. Nr. 675.), die Anstellung eigener Withhüter in seber Semeinde und Erstattung des Wildschabens.

bleibt babei ben Lokalbehörden überlaffen, mit vernünstiger Rücksicht auf die Lage und Beschaffenheit des Bodens, sodann auf die jeweilige Witterung, den Tag, wo die Beweidung der Wiesen im Laufe des März. Monates aushören soll, für jede Orisgemarkung, oder für einzelne Wiesengrunde näher zu bestimmen.

Sodann verordnen:

S. 3. Gelds und Arbeitshaus Strafe für hirten in Kontraventionsfällen, sowie die solidarische Berhaftung der Biehbesitzer für die Geldstrafen, und deren Bestrasung, wenn sie das Bieh keinem hirten zur Beaufsichtigung übergeben;

S. 4. die Berpflichtung ber Biehbefiger ober hirten zu vollftaubigem Erfas

bes Schabens, wie bas Berfahren bei beffen Abschähung;

S. 5. die Berpflichtung ber Gemeindekaffe zum Erfaß des Schabens bei allen Weidefreveln in Feldern und Wiesen, bei welchen beren Urheber unentdeckt bleis ben, dazu ferner die Berpflichtung des nächsten betroffenen Weidefrevlers, neben dem Schabenersaß und Strafe für seine eigenen Frevel, auch an die Gemeindes taffe dassenige zu erstatten, was aus derselben wegen Unbekanntschaft der Frevler früher hat gezahlt werben mitsen;

S. 6. die Strafe der Flurschützen, (benen zaller Gelbstrafen ale DenuncianstensAntheil zukommen soll) für den Fall, daß während ihrer Dienstzeit mehrere

unenidedte Weibefrevel vorgekommen; — enblich

S. 9. daß alles Austreiben ber Ziegen aus dem Stalle bei Strafe verboten sein soll.

CC. Aus ber britten Beriode (zu 3.) find nur zu bemerken:

1) die Polizei-O. v. 21. Nov. 1836 über die Bewirthschaftung der Hauberge in den Aemtern Freusberg und Friedewald, Kreis Alten-firchen, welche indeß mehr für ein Forst-Polizei-Gesetz zu erachten ist;

2) das G, v. 5. Juli 1844 über die Beschränkung der Nachtweide und das Einzelnhüten des Viehes 1) (G. S. 1844. S. 263), welches für den

gangen Umfang ber Rheinproving gilt 2).

B. Die übrigen auf dem rechten Abeinufer belegenen Theile der Rheinprovinz betreffend, und zwar:

1) die Kreife Rees u. Duisburg (zum Appellationsgerichtsbezirke

Samm gehörig), wo bas A. L. R. gilt,

2) die anderen rechtstheinischen Theile — (mit Ausschluß der vormals Nassauischen Landestheile), — (zum Appellationsgerichtsbezirke Köln gehörig), wo der Code civil gilt.

(Vormalige Herzogthümer Cleve und Berg und einige Stifter.)
1) In den vormals Herzoglich Bergischen Territorien *) ist:

a) noch in theilmeiser Geltung die Brüchten-Ordnung des Herzogthums

Berg v. 2. Nov. 1802 (Stotti a. a. D. Mr. 2665.),

b) der Grundsatz anerkannt, daß Niemand aus Rücksicht auf die Hustungsgerechtsame Anderer in der Kulturart und Benutzung seiner Grundsstücke einer Beschränkung unterworfen ist, insofern nicht lettere auf rechts-verbindlicher ausdrücklicher Willenserklärung oder erwiesener Observanz beruht. *)

1) Bergl. in Bb. I. S. 900-901.

4) Bergl. Erdrierung ber bei ber Berathung bes revidirten Entwurfs bes

²⁾ Bergl. indeß Art. III. des Erganz. Ges. v. 22. Mai 1852 zum Einführungsges. des Strafgesesbuchs, wonach die §§. 41. 42. 43. der Feld-P. D. v. 1. Nov. 1847, soweit sie Entwendungen von Früchten und anderen Bodenerzengnissen betreffen, als subsidiarisches Polizeistrafrecht auch in den vormals Nassauischen Landestheilen gelten.

³⁾ Bergl. darüber: Salm n. Schmit, Ergänz. des Strafgesethuchs für bie Preuß. Staaten. Leipzig, 1853. (Bb. 3. der von dem Prästd. Wentel heranssgegeb. Ergänz. des Strafgeseth.), S. 810—816.

748 Bon d. Schutze u. der Beford, der Landest.; landwirthsch. Polizei.

2) In allen zu B. gedachten Landestheilen steht gleicherweise das G. v. 5. Juli 1844 wegen Beschränfung der Nachtweide und des Einzelnhätens 1) (G. S. 1844. S. 263) in Kraft;

3) in den zu B. 2. gedachten Landestheilen gilt bas Gef. v. 31. Jan.

1845. (Bergl. unten sub C. ad BB.)

C. Den auf der linken Seite des Kheins belegenen Theil der Rheinprovinz betreffend (zum Appellationsgerichtsbezirke Kolugehörig), wo der Code civil gilt. 2)

Für diesen Theil der Rheinprovinz sind zu erwähnen:

AA. In Betreff der materiellen Bestimmungen:
. .1) Der in den früher Franz. Departements des linken Rheinufers im

3. 1795 publicirte sogen. Code rural v. $\frac{28. \text{ Sept.}}{6. \text{ Oft.}}$ 1791 2), welcher in seinem aus 45 Artikeln bestehenden Titel II. umfassende Borschriften und

Strafbestimmungen über die Feldpolizei enthält.

Nachdem der Titel I. allgemeine Prinzipien über das ländliche Eigensthum aufgestellt, ferner Bestimmungen über die Berpachtung ländlicher Grundstücke, sodann besondere Bestimmungen zum Schute der ländlichen Arbeiter, Inventarien u. s w., über Viehhaltung und Viehweide in gemeinsschaftlicher oder besonderer Teerde, ingl. über Koppelhütung und Einschlies sungsrecht, über die Freiheit der Erndten, indeß zulässige Schließung der Weinberge, über Kommunifationswege und Feldhüter, getroffen hat, bestimmt der Polizei-Roder (Tit II.):

1) bie Berichtsbarteit ber Friedensrichter und ber Bemeindebeamten, wie Die

Aufficht ber Feldhüter und Geneb'armen für bie Feldpolizei (Art. 1. u. 2.),

2) über Gelds und Gefängnisstrafe, wie über bie Entschäbigung, ingl. über bie Saftbarkeit von Chemannern, Batern, Müttern, Bormunbern, Dieustherrschafsten für die durch ihre Frauen, Kinder, Mündel, Dienstboten u. s. w. begangenen Felbfrevel (Art. 2. bis 8.),

3) über Revision ber Schornsteine und Defen burch bie Bemeinbebeamten

und die Strafen auf feuergefährliche Bernachlässigung berselben (Art. 9.),

4) bie Strafen für Feuerangunben auf bem Felde (Art. 10.),

5) wegen Verkaufs von Thieren außerhalb der ordentlichen Markte (Art. 11.),

6) über Pfandung des Biehes, welches Schaben verursacht hat, Berhaftung

ber Biehbefiger und die Erlanbniß, Geflügel zu todten (Art. 12. u. 13.),

7) sodann besondere Strafen für diejenigen, welche Fruchtbaume beschädigen (Art. 14.), welche in schädlicher Weise Wasser auf ein anderes Grundeigenthum entladen (Art. 15.), wie für Triedwerksbesiger, welche zum Nachtheil der Nachbarn das Wasser aufstauen (Art. 16.), auf Beschädigung von Gräben und Einfassungen, lebendigen Geden u. s. w. (Art. 17.),

8) Strafen für biejenigen, beren Biegen außerhalb ber Gemeinbeweiben ober

2) Bergl. das oben S. 747. Rote 3. allegirte Wert von Salm u. Schmis

6. 163-219, wo fich auch die fammtl. betr. Gefete abgebruckt Anben.

Provinz. Rechts des herzogihums Berg vom 7. Ausschusse des 5. Rheinischen Provinziallandtages angeregien Bedenken, S. 38, und Zusammenstellung bes in den oftrheinischen Theilen des Reg.-Bez. Roblenz noch geltenden Provinz.- n. Partifular-Rechts, Berlin, 1837. S. 169, ingl. den revid. Entwurf S. 20—21 und Motive S. 44 ff. des revid. Entwurf des Provinz. R. des herzogih. Cleve oft rheinisch.)

¹⁾ Bergl. in Bb. I. S. 900 - 901.

³⁾ Dies Geset führt ben Litel: "Docrét concornant les biens ot les usages ruraux et la police rurale." Bergl. dasselbe in Bormann's n. v. Daniels handb. Bb. 2. S. 157, und in dem alleg. Werke von Salm u. Schmit S. 169 ff., woselbst sich auch eine Deutsche Uebersetung sindet und die auf das Gesetz bezüglichen neueren Erlasse und Judikate berücksichtiget worden sind.

außerhalb ber gemeinschaftlichen Beerbe angetroffen werben, ober Bruchibaume,

Beden, Weinberge u. f. w. beschäbigen (Art. 18.),

9) Strafverbote gegen Eigenthumer ober Pachter, welche fich jum 3weck ber Erniedrigung ober nachtheiligen Feststellung des Arbeites oder Dienstlohns vereisnigen, umgekehrt gegen Arbeiter und Dienstboten, welche dergl. Bereinigungen jum 3weck der Lohnerhöhung eingehen (Art. 19. n. 20.),

10) Borichriften wegen bes Aehrenlesens und Rachhartens, wo baffelbe üblich

tft (Art. 21.);

11) daß die hirten und Schafer ihre heerden in die abgeerndteien Kelber nur 2 Tage nach ganzlich vollendeter Erndte eintreiben durfen, nebst der Strafe (Art. 22.),

12) oin Berbot bes Auftreibens mit anftedenben Rrantheiten behafteter Bieh-

heerben auf bie gemeine Weibe (Art. 23.),

13) Verbot ber Viehhutung britter Personen auf funftlich angelegten Wiessen, in Beinbergen, wie in Fruchts, Maulbeers und andern von Menschenhand angelegten Baumpflanzungen (Art. 24.),

14) Berbot ber Beide mit den vom Markt ober von einem anderen Ort zus

geführten Thieren (Art. 25.),

15) bie Strafe und die Pflicht zum Schabenersat für diejenigen, welche shr Bieh in den Erndten Anderer weiden lassen (Art. 26.), wie für diejenigen, welche über besäete Felder, wie über Grundstücke, auf denen das Getreide in Halmen steht, reiten oder gehen (Art. 27.),

16) die Strafe bessenigen, welcher vor der Reife kleine Quantitäten noch grunen Getreides ober anderer Bobenerzeugnisse, ohne die offenkundige Absicht des

Diebstahls, abschneibet ober zerstört (Art. 28.),

17) die Strafen für Beschäbigung und Berftörung von Erndten, wie von Pstanzen eines Anderen überhaupt (Art. 29.), für vorsähliche, boshafte Verwunsdung von Thieren auf dem Grundeigenthum eines Andern (Art. 30.), Zerstörung von Ackerwerkzeugen auf offenem Zelde (Art. 31.), Zerstörung oder Versetung von Grenzsteinen, Grenzbäumen und anderen Grenzmerkmalen (Art. 32.), Wegnahme des Dängers oder Mergels vom Felde (Art. 33.), für Diebstahl von Bodenerzeugsnissen, die zur Nahrung der Menschen dienen, oder anderen nühlichen Erzeugnissen (Art. 34.),

18) die Entwendung der Erndte in Körben und Säcken, oder mit Hulfe von Lastthieren, soll mit dem doppelten Betrage des Schadens und außerdem mit Gepfängniß bestraft werden (Art. 35.); ebenso die Entwendung von Holz auf dem Rücken (Art. 36) und mit noch schwererer Strase der Diebstahl von hochstämmizgem oder Schnittholz oder aus anderen Baumpstanzungen, die Privatpersonen oder Gemeinden gehören, welcher auf Karren oder mittelst der Tracht von Lastthieren

verübt wird (Art. 37.),

19) bie Strafen für Beschäbigungen burch einzelne Blehftude ober heerben in Gehölzen, nach Maaßgabe ber Biehart, bes Alters bes holzes, ob ein hirte

gegenwärtig und biefer bei ber Kontravention rudfällig ift (Art. 38.),

20) die Strafe für Schmälerung öffentlicher Wege (Art. 40.), für Riebers reißen von Umzäunungen von Seiten der Reisenden, die sich einen Weg über das Feld bahnen wollen (Art. 41.), gegen Reisende, welche durch schnelles Fahren Thiere überfahren und tödten oder verwunden (Art. 42.), ingl. für das Abschneis den oder Jerstören von Alleebäumen (Art. 43), endlich für das Wegnehmen von Rasen, Erde oder Steinen aus öffentlichen Wegen, wie von ähnlichen Materialien, welche den Gemeinden gehören, ohne Erlaubniß, oder wenn dieserhalb kein bis dahin noch nicht ausgehobener Gebrauch im Interesse der Agrikultur besteht.

Dabei fommen in Betracht:

a) einige vereinzelte Bestimmungen über die Feldpolizei und die allgemeinen Grundsätze wegen Uebertretungen, früher im Code pénal Art. 471 ff., jet in dem an Stelle des Code pénal getretenen Strafgesetzbuch v. 14. April 1851 §§. 347. 349., und

b) über das Berhältniß des Strafgesethuchs zu den Feldpolizei-

Gefeten:

a) das Gutachten des Französischen Staatsraths v. & Febr. 1812. (Bormann u. v. Daniels a. a. D.), ingl.

750 Bon b. Schute u. ber Beford. ber Landest.; landwirthsch. Polizei.

β) Art. III. des Ges. v. 22. Mai 1852. (G. S. 1852. S. 251.) Vergl. auch die Erläut. zum S. 25. Feld-P. O. v. 1. Nov. 1847, oben S. 724 ff.

2) Das G. v. 10. Aug. 1796, betr. die Unterdruckung der Feld= und

Forstfrevel. (v. Daniels Bb. III. S. 390. Rr. 205.)

Daffelbe bestimmte:

a) die Form der Thatbestands - Protokolle über das Feld = und Waldbüten,

b) das Maximum der Strafen für Feld- und Waldfrevel.

Dazu:

3) Publik. der Reg. zu Köln v. 15. Nov. 1821. (v. K. Ann. Bb. 5. S. 849), wonach:

bas Austreiben des Ziegenviehes auf die Weide wiederholt verboten und bas Einpflöcken eines solchen Thieres im Freien lediglich auf dem Privateigenthum seines Besitzers gestattet, für jeden Kontraventionsfall außer dem Schadensersas sammt Kosten eine Strafe von z Thaler augebroht ist; 1)

4) C. R. des Min. des J. u. d. P., des Königl. Hauses u. der F. v. 1. Mai 1839 (v. K. Ann. Bd. 39. S. 368), wonach die Ansicht:

baß Eltern, Bormunber, Chemanner und Dienstherrn bei Inwiderhandlungen ihrer Kinder und Bflegebefohlenen zc. gegen das Rural-Geset v. 6. Oft. 1791 für die Gerichtekosten civiliter verhaftbar find,

in Uebereinstimmung mit dem R. des Just. Min. v. 20. Jan. 1839, für die richtige erklärt ist.

5) Das für den ganzen Umfang der Rheinprovinz erlaffene G. v. 5. Juli 1844 über die Beschränkung der Nachtweide und das Einzelnhüten des Wiehes in der Rheinprovinz. (G. S. 1844. S. 263.)

BB. In Betreff bes Berfahrens.

In dieser Beziehung ist das G. v. 31. Jan. 1845 über das Berfahren in Wald-, Feld- und Jagd-Frevelsachen bei Civil-Einreden im Bezirf des Appellat.-Gerichtshofes zu Köln (G. S. 1845. S. 95) maaßgebend.

Zweite Unter-Abtheilung.

Von der Beförderung des Pflanzenbaues und der Baum-Kultur.

Dahin gehören insbesondere:

I. Die Sorge fur Ausrottung schablicher Wuchergewächse. Sierüber sind verschiebene Berfügungen der Provinzial - Behörden ergangen.

Vergl.:

¹⁾ Das Berbot ber Schaaf, und Ziegenhütung in den Kommunal-Baldungen auf der linken Seite des Rheins bestand lant Art. 13. des Tit. XIX. der Forst-Ordn. vom Monat Aug. 1669 und Art. 801. der von dem Reg.-Kommisser zu Mainz mittelst Beschlusses v. 10. Brumaire des J. VII. bekannt gemachten Berordnungen, und ist bestätigt durch das R. des Min, des J. n. der P. v. 25. Juni 1838. (v. K. Ann. Bd. 22. S. 340. Ar. 65.)

- 1) Bubl. ber Reg. zu Röslin. v. 19. Off. 1821. (v. R. Ann. Bt. 5. S. 840).
- 2) Publ. ber Reg. zu Danzig v. 15. Febr. 1822. (a. a. D. Bb. 6. S. 63).
- 3) Publ. ber Reg. zu Trier v. 17. Dec. 1821
 29. Marz 1822. (a. a. D. Bb. 6.
- 4) Publ. des Db. Braf. ber Proving Westphalen v. 8. Sept. 1822. (a. a. D. Bb. 6. S. 606).
 - II. Die Sorge für Vertilgung schädlicher Thiere.

Bierüber find ergangen:

- 1) Ueber Bertilgung ber Raupen.
- a) Publ. ber Reg. zu Konigsberg v. 5. Marz 1821, betr. bas Abraupen ber Baume. (v. R. Ann. Bb. 5. S. 33).
- b) Publ. ber Reg. zu Breslan v. 14. Oft. 1821, ber Reg. zu Liegnist v. 27. ej. m., ber Reg. zu Bosen v. 25. Rov. ej. und ber Reg. zu Königsberg v. 10. Nov. ej., betr. die Vertilgung der Spannraupe. (a. a. D. Bd. 5. S. 847).
- c) Publ. ber Reg. zu Kölú v. 20. Marz 1822, betr. bie Abraupung ber Baume und hecken. (a. a. D. Bb. 6. S. 65).
- d) Publ. der Reg. zu Liegnit v. 21. Dec. 1822, betr. das Abraupen der Baume in den Garten und Umgebungen. (a. a. D. Bb. 6. S. 875).
- ber ben Obstbäumen schäblichen Raupen. (a. a. D. Bb. 15. S. 39).
- f) Publ. der Reg. zu Marienwerder v. 26. Ang. 1838, beir. die Berstilgung ber Erbranye. (a. a. D. Bb. 22. S. 630).
- Raupen, Buppen und Schmetterlinge vergl. bas C. R. ber Min. des J. n. d. P. n. des Königl. Hauses v. 4. Juni 1840 (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 199, Rr. 333.) und das R. berselb. Min. v. 31. Juli 1840). (a. a. D. S. 331, Rr. 589.).
 - 2) Ueber Bertilgung ber Sperlinge und Rraben.
- a) Eb. v. 11. Dec. 1721, wegen Ausrottung ber Sperlinge. (C. C. M. Tom. V. Abih. 3. Rap. 2. S. 2, Mr. 33., Rabe, Bd. I. Abih. 1. S. 600).
- b) Renovirtes Ed. v. 8. Jan. 1731 wegen Ausrottung der Sperlinge. (C. C. M. Tom. V. Abih. 3. Rap. 2. S. 377, Nr. 38., Rabe, Bd. I. Abih. 2. S. 75).
- c) Renovirtes und geschärftes Eb. v. 22. Juni 1744, wegen Ausrottung ber Sperlinge und Krähen. (C. C. M. Cont. II. S. 149, Rr. 17. S. 1744, Rabe, Bb. I. Abth. 2. S. 199).
- d) Eb. v. 9. Dec. 1764, wegen Bertilgung ber schäblichen hamfter und und Sperlinge im herzogihume Magbeburg, bem Fürstenihume halbers fabt und ber Graffchaft hohnstein. (Rabe, Bb. I. Abth. 3. S. 77).
- e) Bubl. ber Reg. zu Arneberg v. 29. Marz 1817, betr. bie Berminbes
- rung ber Sperlinge. (v. K. Ann. Bb. 1. S. 1. S. 73, Rr. 56.).
 1) R. des Min. des J. v. 9. Aug. 1818 an tie Reg. zu Köln, betr. die Ablieferung der Sperlingsföpfe. (v. K. Ann. Bd. 2. S. 682).
 - 3) Ueber Vertilgung der Feldmäuse und Samfter.
- a) Bergl. bas oben ad 2. sub d. alleg. Eb. v. 9. Dec. 1764.
- b) Rubl. der Reg. zu Reichenbach v. 21. Oft. 1818 und der Reg. zu Oppeln v. 15. Dec. oj., betr. die Bertilgung der Feldmanse. (v. K. Aun. Bb. 2. S. 998).
- c) Publ. ber Reg. zu Machen v. 20. April 1822, betr. die Bertilgung ber Feldmanse. (a. a. D. Bb. 6. S. 366).
- d) Publ. ber Reg. zu Duffelborf v. 2. Juli 1822, benfelb. Gegenstand beir. (a. a. D. G. 368).
- e) Bubl. bes Db. Braf. ber Proving Sachfen v. 26. Sept. 1842,

752 Bon d. Schute u. ber Beford. der Landest.; landwirthsch. Polizei.

bie Bertilgung ber Feldmäuse und. hamfter. (Din. Bl. b. i. B. 1842. S. 349, Nr. 478.).

- f) Publ. der Reg. zu Merseburg v. 26. Nov. 1842, betr. die Bertilgung der hamfter. (a. a. D. 1843. S. 16, Nr. 28.).
- 4) Ueber Bertilgung ber Schneden.

a) Publ. der Reg. zu Minden v. 13. Oft. 1830, beir. die Bertilgung ber Schneden. (v. R. Ann. Bd. 14. S. 760).

- b) Publ. der Reg. zu Oppeln v. 27. Nov. 1845, beir. die Bertilgung der nachten Wege: ober Aderschnecken. (Min. Bl. b. i. B. 1845. S. 43, Nr. 58.).
- 5) Ueber Vertilgung des sogen. Reitwurms (Maulwurfsgrille) vergl. das Publ. der Reg. zu Magdeburg v. 5. Marz 1835. (v. K. Ann. Bb. 20. S. 108.)
- 6) Ueber Vertilgung der Heuschrecken oder Sprengsel vergl. das Publ. der Reg. zu Stettin v. 27. Juli 1827. (v. R. Ann. Bb. 11. S. 658.)

III. Die Sorge für Beförderung der Obstbaumzucht und bes Gartenbaues.

1) Die Sorge für Obstbaumzucht wird im S. 36. des Landes-Kult. Ed. v. 14. Sept. 1811 1) mit dem Bemerken empfohlen, daß dazu namentlich die Bepflanzung der Felder und Wege 2) mit geeigneten Obstbäumen ersprießlich sei.

2) Von Seiten der Staats-Regierung ift auf die Beforderung ter

Obstbaumzucht und bes Gartenbaues einzuwirken gesucht worden:

a) durch Empfehlung der Errichtung von Obstbaum - Schulen (Industrie-Gärten) bei jeder Elementar-Schule unter Aufsicht und Mitwitkung der Schullehrer und Geistlichen, sowie durch Anordnung der Ertheislung praktischen Unterrichts in der Obstbaumzucht Seitens der Elementarslehrer. *)

Bergl. in dieser Beziehung die Aublikanda der Reg. zu Münster v. 24. Febr. 1818, zu Minden v. 3. März ej. und zu Arnsberg v. 12. ej. m. (v. K. Ann. Bd. 3. S. 67—70), desgl. der Reg. zu Arnsberg v. 10. Juli 1821 (a. a. D. Bd. 5. S. 587), der Reg. zu Oppeln v. 27. Sept. 1823 (a. a. D. Bd. 7. S. 607), desgl. die C. R. des Ober-Präst. der Provinz Sachsen v. 28. Jan. 1833 (Min. Bl. d. i. B. 1843. S. 86. Rr. 114.) und der Reg. zu Trier v. 19. Febr. 1843 (a. a. D. S. 88. Rr. 115.).

b) durch Errichtung der Königl. Landes = Baumschule und Gartner-

Lehranstalt zu Schöneberg und Potsbam.

Vergl. hierüber die Publ. der Reg. zu Minden v. 18. Febr. 1824 (v. K. Ann. Bb. 8. S. 127—136) und der Reg. zu Magdeburg v. 25. Febr. 1834 (a. a. D. S. 135—140).

Das revidirte Statut der Gartner-Lehranstalt und der Landes-Baumschule zu Potsdam, sowie der drei Betriebsplane derselben, nebst der Bestätigungs-Klausel v. 12. März 1854 ist abgedruckt im Königl. Preuß. Staatsanzeiger pro

¹⁾ Bergl, in Bb. I. S. 96, und die Erlaut. dazu in Bb. II. Abth. 2. S. 107.

²⁾ Bergl. die Seitens der Provinzial Behörden ertheilten technischen Insfiruftionen über das Berfahren bei Bepflanzung der Wege mit Banmen in v. Ronne's Wegepolizei. (Th. VI. Bd. 4. Abth. II. dieses Werfes), S. 427—432.

³⁾ Das Publ. des Kammmergerichts v. 9. Aug. 1810 (v. R. Ann. Bb. 3. S. 670.) empfiehlt den Separations : Rommiffarien, die Interessenten bei Gemeinheitstheilungen zur Gewährung des geeigneten Termins zu einer Obsidaums Schule zu veranlassen.

1854 Nr. 68. n. 69. S. 505 ff. u. S. 513 ff. u. im Min. Bl. d. i. B. 1854. S. 76. Nr. 98.

c) Durch Empfehlung guter Schriften über Obstbaumzucht. 1)

3) Bur Beförderung des Sartenbaues hat sich ein "Verein zur Beförderung des Gartenbaues im Preuß. Staate" gebildet, dessen Statuten durch die Allerh. R. D. v. 4. Juli 1822 genehmigt worden sind, welche dem Vereine zugleich Korporationsrechte und Portofreiheit bewilligt hat. 2) (Vergl. die alleg. K. D. nebst den Vereins-Stainten in v. K. Ann. Bd. 6. S. 864—874.)

Dritte Unter: Abtheilung.

Von der Erhaltung und Verbesserung des Viehstandes.

Erster Abschnitt.

Von der Berbesserung der Pferdezucht.

I. Die Konigl. Landgeftute.

Dieselben sind dazu bestimmt, die Beschäler zur Veredlung der heimisschen Pferderacen im Besitze der größeren und kleineren Gutsbesitzer und der kleineren landlichen Grundbesitzer) abzugeben, wozu sie jährlich nach

¹⁾ Als solche werben empsohlen: Babeter's Bersuch eines kurzen und faßlichen Unterrichts in ber einsachen Obstbaumzucht (vergl. Rubl. der Reg. zu Oppeln v. 27. Sept. 1823 in v. R. Ann. Bd. 7. S. 607.), nebst der als Anhang
zu dieser Schrift herausgegebenen Anleitung zur zweckmäßigen Bepklanzung der
Straßen und Wege mit Obst- und Waldbaumen. Entworfen von der R. Reg. zu
Marienwerder. Straßburg bei Jimmermann (empsohlen durch das C. R. des
Win. der geiftl. 2c. Ang. v. 31. März 1830 in v. R. Ann. Bd. 14. S. 317.);
desgl. die gekrönte Preisschrift: W. Hintert, Unterricht in der praktischen Obstbaumzucht 2c. Rünchen, im Central Bücherverlage (empsohlen durch das
selbe C. R.).

²⁾ Dieser Berein, durch welchen die oben erwähnte Gartner Rehranstalt zu Potsdam und Schon eberg zuerst ins Leben gerufen worden ist, hat (nach §. 1. der Statuten) zum Zweck: Beförderung des Gartenbaues im Preuß. Staate, der Obstbaumzucht in allen ihren Zweigen, des Baues der Gemüse und handelsfrauster, der Erziehung der Zierpstanzen, der Treibereien und der bildenden Gartenfunst. — Ueber die Mittel zur Erreichung dieser Zwecke (insbes. auch durch Ausstelzlungen, Prämien, Belehrungen, herausgabe der Verhandlungen des Vereins) vgl. §§. 2. u. 3. der Statuten. — Nachrichten des Vereins über Obstsultur vergl. in v. R. Ann. Bb. 16. S. 633—641.

³⁾ Das Publ. des Chefs sammtlicher hanpt= und Landgestüte v. 6. Juni 1829 (v. R. Ann. Bd. 13. S. 277) macht bekannt, daß "zur Beförderung der Landes » Pferdezucht Allerhöchst angeordnet worden, den Pferdezüchtern aus der Rlasse der Neinern ländlichen Grundbesitzer die Bedeckung ihrer Juchtstuten durch R. Landbeschäler vorläusig auf drei Jahre unentgeltlich zu gewähren, wenn sie dazu gute und vorzugsweise bereits von R. Landbeschälern gezogene Stuten vorstellen," und daß "die R. Landgestüts » Ofstzianten angewiesen worden, bei ihren Bereisungen der BeschälsStationen im Frühjahr und herbst auf diesenigen Stuten der Pserdezüchter aus der Klasse der sleinern ländlichen Grundbesitzer, welche nach der ihnen ertheilten besonderen Instruktion der gewährten Begünstigung würdig bes sunden werden, Bescheinigungen zur unentgeltlichen Bedeckung durch R. Landbeschäs ler zu ertheilen.

Stationen im Lande auf Domainen und Rittergütern vertheilt werben, wobin die Stuten der Provinz gebracht, von den Hengsten bedeckt, und tie Vohlen demnächst mit dem Gestützeichen gebrannt werden, und wofür von den Eigenthümern der Stuten nichts entrichtet wird. 1)

· Ueber die Errichtung und Ginrichtung folcher Ronigl. Landgeftute fint

folgende Berordnungen ergangen:

1) das Landgestüt-Regl. für die Provinz Litthauen und Westpreußen v. 30. Juli 1787 (N. C. C. Tom. VIII. p. 1527, Rabe Bb. L Abth. 7. S. 687), nebst dessen Destl. v. 23. Dec. 1789 (N. C. C. Tom. VIII. p. 2791, Rabe Bb. 13. S. 198);

2) das Landgestüt-Regl. für die Rurmart v. 19. Juni 1789 (N. C.

C. Tom. VIII. p. 2529, Rabe Bb. 13. 6. 180);

3) tas Lantgestüt-Megl. für das Herzogthum Magdeburg v. 27. Nov. 1796 (N. C. C. Tom. X. p. 749, Rabe 2b. 3. S. 593);

4) das Landgestüt-Regl. für Pommern und die Herrschaft Schwedt, excl. Lauenburg und Bütow v. 24. April 1799 (N. C. C. Tom. X. p. 2289, Rabe Bb. 5. S. 426).

Das ad 1. gedachte Landgestüt-Regl. v. 30. Juli 1787 ist indeß durch die R. D. v. 8. Sept. 1834 (v. K. Ann. Bb. 18. S. 695) für aufgehoben erklärt, jedoch mit Beibehaltung und Bestätigung folgender Vorschriften:

1) Es bleibt bei einer Geldbuße von fünf Thalern ober verhältnismäßiger Gesfängnisstrafe untersagt, sowohl hengste auf hutungspläte zu bringen, welche gemeinschaftlich für Stuten bestimmt sind, als auch überhaupt hengste wider den Willen des Eigenthümers bei ben Stuten zuzulassen.

2) Jebe tragende Stute bleibt sechs Wochen vor und feche Wochen nach ber Abfohlung, imgleichen jedes Stutfohlen bis ins vierte Jahr von ber noch

bestehenden Vorspannleistung entbunden.

Die R. D. v. 28. März 1835 (mitgetheilt durch das C. R. des A. Min. des J. für Gew.-Ang. v. 11 Mai 1835) hat auch die ad 2., 3. u. 4. gedachten Landgestüt-Regl. unter gleichen Vorbehalten, wie die durch die R. D. v. 8. Sept. 1834 festgesetzten, für aufgehoben erklärt²) (v. R. Ann. Bd. 19. S. 384).

II. Die Röhr-Ordnungen zur Berbefferung der Pferdezucht

Die für mehrere Landestheile unter Allerh. Genehmigung erlaffenen Köhr-Ordnungen zur Berbefferung ber Pferdezucht bestimmen über die Prüfung und Köhrung der von Privatpersonen, Behufs der Bededung der Stuten, gehaltenen Beschäler. *)

iche zu Wahrenborf, g) bas Posensche zu Zirke. Außerbem bestehen R. Hauptgestüte, welche die für den R. Markall erforderlichen Pferde auferziehen, namentlich zu Trakehnen in Litthanen, zu Gradit im Herzogth. Sachsen, zu Begra im Schleufingischen, und das Friede

rich=Wilhelms-Gestüt zu Reuftabt a. D.

3) Soon burch altere Berordnungen war bas Belegen einlandifcher Stu-

¹⁾ Dergl. A. Landgestüte bestehen folgende: a) das Litthauische mit 3 Marställen zu Trakehnen, Insterburg und Gadwallen, b) das Brandens burgische zu Lindenau, c) das Sachsische zu Repit, d) das Schlesische zu Leubus, o) das Westpreuß. zu Marienwerder, t) das Rheinische zu Wahrendorf, g) das Posensche zu Zirke.

²⁾ Ueber die vortheilhafte Benutung der R. Landgestüte zur Verbesserung der Pferdezucht und über die Aufziehung brauchbarer Fohlen haben die Provinzials Behörden mehrsache Belehrungen veröffentlicht. Vergl. a) Aubl. der Aeg. zu Coslin v. 5. März 1817 (v. R. Ann. Bd. I. H. 1. S. 69. Nr. 63.), b) Publ. der Reg. zu Minden v. 23. Dec. 1830 (a. a. D. Bd. 14. S. 757.), c) Publ. der Reg. zu Koblenz v. 12. Jan. 1833 (a. a. D. Bd. 17. S. 81.), d) Publ. des Ob. Präsid. der Provinz Posen v. 14. Jan. 1834 (a. a. D. Bd. 18. S. 353.).

Dergleichen find ergangen und burch bie betr. Amteblatter publicirt:

1) Für die Provinz Schlesien unterm 14. Juli 1830 (v. R. Ann. Bb. 14. S. 544—548).

Die wefentlichen Bestimmungen biefer Kohr-Ordn. find folgende:

a) Alle hengste, welche zum Belegen der Stuten anderer Eigenthümer dienen sollen, muffen den, von den K. Reg. der Provinz, an gelegenen Orten und zu schicklicher Zeit, auf ein oder mehrere Jahre anzuordnenden, und durch die Amtsblätter öffentlich bekannt zu machenden Schaus Aemtern vorgeführt werden. (S. 1.)

b) Die Schaus Aemter bestehen aus dem Landrathe des Kreises, in welchem der Ort liegt, wo selbiges wirksam ist, aus einem gesehlich approdirten Thierarzte, oder, falls ein solcher in der Rahe nicht anzutreffen, einem wohl erfahrenen Kursschwidt und aus zwei erprodten Sachkundigen aus ter Klasse der Gutsbesitzer, ohne Rücksicht auf deren Stand, dasern sie nur als erfahrene und praktische Pferdestenner vortheilhast bekannt sind, welche durch die Kreis-Versammlung gewählt wers den. Sie vereinigen sich über die Tage und Stunden der Köhrung, und werden solche ebenfalls durch die Amtsblätter öffentlich bekannt gemacht. (§. 2.)

c) Die speziellen Bestimmungen über die als Beschaler zuzulaffenden Bengste.

(§. 3.)

d) Borschriften über die Aufzeichnung ber Resultate der Prüfungen ber Schau = Aemter und die Bezeichnung der tüchtig befundenen Gengste mit einem

Branbzeichen. (§. 4.)

o) Die Beschlüsse ber Schau-Aemter entscheiden über die Zulässigkeit der Besnutzung der vorgeführten Beschäler. Werden selbige als untauglich verworfen, so ist Gebrauch für andere als des Eigenthümers Stuten gänzlich untersagt. Ueber die genehmigten Beschäler wird dem Eigenthümer ein auf ein Jahr zur Bedeckung gültiger Erlaubnißschein mit Aufnahme der nach S. 4. bei den Schau-Aemtern verzeichneten Nachrichten ertheilt. Dhue den Besitz eines solchen Erlaubnißscheins darf das Gewerde eines hengstreiters nicht betrieben werden. In denjenigen Bezirken, welche mit Landbeschülern aus den Landesherrlichen Gestüten so zureichend besetzt sind, das das Bedürfniß durch selbige allein vollsommen bestritten werden kann, ist der Eintritt der Hengstreiter gar nicht gestattet. (S. 5.)

f) Einmal genehmigte Pengste muffen bei jeber folgenden Kohrung von Neuem vorgeführt und untersucht werden, um zu erforschen, ob sie etwa im Laufe der Beit mangelhaft und zur Juzucht unbrauchbar geworden sind. Findet das Schaus Amt einen solchen Hengst undrauchbar, so muß das ihm früher gegebene Brandzeichen durch einen eingebrannten Querstrich verlöscht werden. Einmal verworssene Hengste dürsen nie wieder vorgesührt werden. Wer nach abgehaltener Kohstung einen Beschäler zum Belegen der Stuten anderer Eigenthümer anfauft, muß solches dem, das betreff. Schau-Amt leitenden Landrathe anzeigen, und bei dems selben die Abhaltung einer außerordentlichen Köhrung nachsuchen. (S. 6.)

g) Wer hiernach einen gar nicht genehmigten, ober bei ber Köhrung verwors senen hengst zur Deckung fremder Stuten, es sei gegen Bezahlung ober unents geltlich, hergiebt, verfällt in eine Strafe von 5 Mthlr., der Eigenthümer ber Stute in eine Strafe von 3 Mthlr. zur Orts-Armenkasse für jeden Fall. Jene Strafe trifft namentlich auch fremde hengstreiter, welche unterlassen haben, ihre Beschäler den Schau-Aemtern zur Köhrung darzustellen, und verlieren selbige außerdem die

Befugniß zum weiteren Betriebe ihres Gewerbes. (§. 7.)

ten burch ausländische hengste bei Strafe verboten. (Bergl. die Bubl. v. 28. Dec. 1792 und v. 6. Aug. 1796 (N. C. C. Tom. X. p. 577 u. Rabe Bb. 2. S. 390. u. Bb. 3. S. 461.)

Das (jest auch durch die Köhr » Ordnungen verbotene) Umherführen von hengsten (das sogen. Gengstreiten) ohne Genehmigung der Polizeibehörde, war gleichfalls durch frühere Berordnungen untersagt und mit Strase bedroht. Bergl. hierüber: a) Publ. der Reg. zu Breslau, v. 27. Jan. 1817 (v. K. Ann. Bb. 1. S. 72. Ar. 64.), b) Publ. der Reg. zu Trier v. 5. April 1818 (v. K. Ann. Bb. 2. S. 334.), c) Publ. der Reg. zu Arnsberg v. 9. Mai 1820 (v. K. Ann. Bb. 4. S. 244.)

h) Bevor an einem Orte eine Bebedung burch frembe Gengfte vorgenommen wirb, muß dies ber Ortspolizei : Behörde unter Borzeigung des Erlaubnisscheins (S. 5.) angezeigt werden.

Die Polizeibehörde kann den Gebrauch eines hengstes auch dann untersagen, wenn derselbe zu dieser Zeit nicht gesund ist. Eben diese Behörde hat darauf zu halten, daß der Hengst bei der Bedeckung nicht übermäßig angestrengt werde.

Der Gubrer bes Bengftes, welcher Diesen Borfdriften zuwider handelt, wirh

mit einer Gelbstrafe von 5 Athlr. belegt. (§. 8.)

i) Der Betrag bes Sprunggelbes bleibt bem freien Uebereinkommen überlaf:

fen. (§. 9.)

k) Für die Köhrung (§. 1.) werden von jedem vorgeführten Gengste 10 Sgr. vor der Prüfung, und ohne Rücksicht, ob derselbe genehmigt oder verworfen wird, an Schaugebühren bezahlt. Für den Erlaubnißschein wird der gesehliche Stempel von 5 Sgr. und 2 Sgr. Aussertigungskosten entrichtet. Diese Gebühren werden zu den Kosten der Schau-Aemter verwendet. Bei außerordentlichen Köhrungen (§. 6.) müssen die hierdurch veranlaßten besondern Kosten von den Interessenten getragen werden.

Die Bezahlung ber Schaugebühren und die Kosten für die Aussertigung bes Erlaubnisscheins andert nichts in der Berpflichtung zu Bezahlung der Gewerbessteuer, sobald mit dem angestellten Gengste ein Gewerbe zu treiben beabsichtigt

wirb. (§. 10.)

- 1) Die landrathl. Aemter, die Distriktspolizei-Rommissarien, die Kädtischen und ländlichen Ortspolizei-Behörden haben die regste Ausmerksamkeit darauf zu richten, daß den vorstehenden Anordnungen pünktlich Genüge geleistet, die Legitimation jedes hengstreiters von den ausübenden Polizeibeamten, insonderheit den Gendarmen, immer sorgfältig geprüft, und sede vorkommende Uebertretung unverweilt zur Unterssuchung und Strase gezogen werde. (S. 11.)
- 2) Für die Provinz Posen unterm 1. Sept. 1835 (v. A. Ann. Bb. 20. S. 597-600).

Die Bestimmungen dieser Köhr-Ordn. sind fast wörtlich gleichsautend mit denjenigen der Köhr-Ordn. für die Provinz Schlesien (s. oben ad 1.).

3) Für die Provinz Westphalen unterm 20. April 1827 (v. R. Ann. Bb. 11. S. 402—404).

Die wesentlichen Bestimmungen dieser Köhr-Ordn. sind folgende:

a) Alle hengste, welche zum Belegen ber Stuten anderer Eigenthumer herges geben werben, muffen den von den Regierungen an gelegenen Orten im Oftober jeden Jahres anzuordnenden und öffentlich befannt zu machenden Schaus Nemtern porgeführt werden. (§. 1.)

b) Die Schau - Aemter sollen aus zwei erprobten Sachtundigen und einem Wierarzt zusammengesett sein, und die Tage und Stunden der Köhrung zeitig

öffentlich befannt machen. (S. 2.)

c) Die Bedingungen ber Rohrung von Bengften gu Befdalern. (S. 3.)

d) Borschriften über die Aufzeichnung der Beschlusse bes Schan : Amts und die Extheilung von Bescheinigungen an die Eigenthumer der geföhrten hengke.

o) Einmal angeföhrte Hengste muffen bei jeder folgenden Köhrung von neuem vorgeführt und untersucht werden; einmal abgeföhrte (verworfene) durfen nie wies der vorgeführt werden Wer nach abgehaltener Köhrung einen Beschäler ankaust, muß solches dem Landrath anzeigen, dieser zwei Sachkundige, unter solchen einen Thierarzt, zur Untersuchung beauftragen, und auf deren Grund die Erlaubniß zum Gebrauch nur dis zur nächsten Köhrung bei der Regierung nachsuchen. (S. 5.)

1) Wer einen gar nicht ober abgeföhrten hengst zur Deckung frember Stuten, es sei gegen Bezahlung ober unentgeltlich, hergiebt, verfällt in eine Strase von Zehn bis Zwanzig Thaler, der Eigenthümer der Stute in eine Strase von Fünf die Zehn Thaler zur Orts-Armenkasse für jeden Fall. Jene Strase trifft namentlich auch fremde hengstreiter, welche unterlassen haben, ihre Beschäler den Schan-Aeme

tern gur Rohrung barguftellen. (S. 6.)

g) Der Betrag bes Sprunggelbes bleibt bem freien Uebereinkommen überlafs

sen. (§. 7.)

h) Für die Köhrung (§. 1.) werden von jedem vorgeführten hengste 10 Sgr., bei außerordentlichen Köhrungen (§. 5.) 1 Thir. gezahlt, und solche zur Belohen nung der Sachverständigen verwendet. (§. 8.)

Laut Publ. ber Reg. zu Münster v. 11. Jan. 1836 (v. A. Ann. Bb. 20. S. 600) ist diese Köhr-Ordn., mit Genehmigung des Min. bes J. für Gew.-Ang, bemnächst in folgenden Punkten abgeändert worden:

- a) daß, ftatt bisher ein mal, fünstig zweimal im Jahre, und zwar einmal im Oktober und einmal im December ober Januar jeden Jahres, eine ordentliche Köhrung der von Privatpersonen gehaltenen Beschäler stattfins den, und
- b) daß die Köhrung zwar in sebem Kreise erfolgen soll, sebesmal aber nur sunf Orte an die Reihe kommen und daher sedesmal zwei Kreise an einen Köhrort verwiesen werden sollen.

c) Dagegen fallen alle außerordentliche Röhrungen fort.

- d) Die zeitherigen Schau-Armter sind aufgelost und es soll kunftig die Kohrung durch zwei von der Reg. zu ernennende beständige Rommissarien und durch einen aus der Mitte der Eingesessennen zu bestimmenden dritten Sachverständigen vorgenommen werden.
- . 4) Für die Rheinprovinz unterm 20. Dec. 1832 1) (v. R. Ann Bb. 16. S. 919-921).

Diese Köhr-Ordn. ift wortlich gleichlautend mit der für die Provinz

Westphalen erlassenen (s. oben ad 3.).

Das C. R. ber Reg zu Trier v. 14. April 1833 (v. R. Ann. Bb. 17. S. 355) ertheilt eine spezielle Inftrust. zur Ausführung dieser Köhr- Ordnung.

5) Ueber die Diaten-Sape für die bei den Hengst-Köhrungen zuzuziehenden Thierarzte vergl. das C. R. des Min. tes I., sandwirthschaftl. Abth., v. 31. Mai 1838 (v. K. Ann. Bd. 22. S. 339).

III. Bereine für Pferdezucht mit Bettrennen, Thier- und

Stutenfchauen und Pramienvertheilungen.

Dergleichen Bereine haben sich zur Verbesserung der Pferdezucht und Pferdedressur in sammtlichen Landestheilen gebildet. (Vergl. darüber Dr. F. B. Weber, Handbuch der staatswirthschaftlichen Statistif und Verwaltungekunde der Prenß. Monarchie, Breslau, 1840, S. 425 ff. und Nachträge von 1843 S. 113 ff.).

Ueber die Aussehung eines Bonds aus Staatsmitteln zu Pramienvertheilungen an kleine Grundbesitzer zur Belebung der Pferdezucht, und über die Grundsatze bezüglich der Verleihung solcher Pramien

vergl.:

a) R. D. v. 7. Marz 1840, nebst ben Bestimmungen über bergl.

Pramienvertheilungen 2) (Min. Bl. b. i. B. 1840. G. 183. Ar. 306.).

b) C. R. des Min. des J. und der Berwalt. der Königl. Haupt- u. Landgestüte v. 6. April 1845 nebst C. R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 23. März 1853, betr. die Vertheilung der Prämien für die Jüchstung guter Mutterstuten (Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 84. Ar. 62.).

Durch die R. D. v. 5. Oft. 1846 (G. S. 1846. S. 482) ist ein oberstes Schiedsgericht in Berlin zur Entscheidung aller Streitig-

2) Das Bubl ber Reg. ju Dinben v. 29. Nov. 1818 über biefen Gegenftanb

(v. R. Ann. Bb. 2, S. 1002.) findet hierdurch feine Erledigung.

¹⁾ Die Allerh. Genehmigung bieser Köhr Drbn. ist durch den Landtage 366 schied v. 30. Oft. 1832 ertheilt worden. (Bergt das R. des Min. des I. für Gew. Ang. v. 19. Dec. 1835 in v. R. Ann. Bb. 20. S. 601.)

758 Bon b. Schute u. ber Beford. ber Lanbeeft.; landwirthich. Polizei.

keiten in Rennangelegenheiten in zweiter und letzter Inftanz errichtet worben.

Zweiter Abschnitt.

Von der Berbesserung der Rindviehzucht.

1) Ueber die Berbesserung der Rindviehzucht durch Auswahl guter Zuchtbullen und über deren Haltung und Behandlung sind mehrfache Anordnungen und Belehrungen der Provinzialbehörden ergangen;

Bergl. insbesondere:

a) Publ. der Reg. zu Arnsberg v. 18. Juni 1819 für das Herzogthum Westphalen (v. R. Ann. Bb. 3. S. 353);

b) Inftr. der Reg. zu Roblenz v. 20. Jan. 1834 über den Ankauf und die Unterhaltung der Gemeinde-Zuchtstiere (a. a. D. Bb. 18. S. 360);

c) C. R. berfelb. Reg. v. 30. Nov. 1842, betr. die Beschaffung und Erhaltung tüchtiger Zuchtstiere. (Min. Bl. b. i. B. 1842. S. 430. Rr. 604.).

2) Besondere Buchtftier-Rohr-Ordnungen find ergangen:

a) für die Rheinprovinz unterm 28. Mai 1839, genehmigt durch K. O. v. 18. Juni ej. und publicirt durch die betr. Amtsblätter in Folge des R. des Min. des J. u. d. P. v. 30. Juni 1839 (v. K. Ann. Bd. 23. S. 371—372);

b) für die Provinz Westphalen unterm 15. Juli 1845, genehmigt durch R. O. v. 27. Juni ej. (Min. Bl. d. i. B. 1845. S. 271. Nr. 291.).

Diese Köhr-Ordnungen bestimmen, daß sowohl die GemeindeBuchtstiere, als auch die Zuchtstiere ber Privatpersonen zur Bebedung fremden Viehes gegen Entgeltung nur dann zugelassen werden burfen, wenn sie dazu von dem zu errichtenden Schauamte für tauglich erachtet worden sind. Zugleich werden nähere Anordnungen ertheilt über die Errichtung der betr. Schauamter, deren Verpslichtungen und die Strasen der Zuwiderhandlung.

Dritter Abschnitt.

Von der Verbesserung der Schaafzucht.

I. Das Ed. v. 15. Dec. 1681 wegen der Schäfer und Schäferinechte (C. C. M. Tom. V. Abih. 2. S. 139, Rabe's Samml. Bd. I. Abih. 1. S. 120) renvoirte, im Interesse der Besörderung und Verbesserung der Schaafzucht, die früher bereits publicirte Gesindes und Schäser-Ordnung und verbot den Schäfern und Kostinechten die Haltung von "Butenvieh" oder "sonsberen Schaafe", indem dasselbe anordnete, daß die Schäfer bei Strafe schuldig sein sollten, "sich mit der Gerrschaft auss fünste zu seinen" und daß "Niemand unter anderen Bedingungen einen Schäfer annehmen dürse."

Da sich indeß insbesondere die in den meisten Landestheilen üblich gesewesene und in den Schäferei-Ordnungen beibehaltene Verfassung, nach welcher die Schäferknechte an Lohnesstatt eine bestimmte Anzahl eigener Schaafe bei den Schäfereien hielten und bei dem Abzuge mit sich wegnahmen, als nachtheilig für die Erhaltung der Schäfereien, die Verbesserung der Schafzucht und die Veredlung der Wolle zeigte, so ergingen für die

mehrsten Landestheile Verordnungen gegen bas Halten bes Schaaf-

Diese Verordnungen sind folgende:

a) Ed. v. 16. Aug. 1797 für Schefien wegen Abschaffung des

Schaaf-Vorviehes (Neue Schlefische Eb.: Samml. Bb. 5. S. 588);

b) B. v. 3. Febr. 1800 für die Provinzen Kurs und Neumark, mit Ausschluß des Kottbusschen Kreises, ingleichen für das Herzogsthum Pommern, gegen das Borvieh der Schäfer und Schäferknechte und die Versetzung des Schäferei-Antheils, auch der Schäferei-Geräthschafsten der Schäfer und Schäferknechte bei ihrem Umzuge von einer Schäferei zur andern (N. C. C. Tom. X. Nr. 5. de 1800, Rabe Bd. 6. S. 14), nebst deren Ergänzungen und Deklarationen:

a) in dem Direktorial-Reskr. v. 28. Jan. 1801 (enthalten in dem Schreiben der Kurmärkischen Kriegs- und Domainen-Kammer v. 26. Febr. ej.) wegen des sestzeten Aufkündigungs-Termins der Herrschaften und ihrer Schäfer (N. C. C. Tom. XI. p. 115., Stengel Bd. 14. S. 77, Rabe

Bd. 6. S. 459);

β) in dem Ed. v. 16. Jan. 1802 wegen Befolgung der Vorschriften der B. v. 3. Febr. 1800 (N. C. C. Tom. XI. p. 743, Rabe Bd. 7. S. 10), und

y) in dem R. v. 6. Aug. 1806 wegen Anwendbarkeit der Ed. v. 3. Febr. 1800 u. 16. Jan. 1802 über den Termin zum Anzuge der Schäfer auf die Berhältnisse abziehender Gutspächter (N. C. C. Tom. XII. p. 711,

Rabe Bb. 8. S. 646);

c) Ed. v. 26. April 1806 gegen das Borvieh der Schäfer und Schäfereis ferknechte und die Versetzung des Schäfereis Untheils, sowie der Schäfereis Geräthschaften der Schäfer und Schäferknechte bei ihrem Ilmzuge von einer Schäferei zur andern für die Provinzen Osts und Westdreußen mit Einschluß von Litthauen und dem Nethdistrikte (N. C. C. Tom XII. p. 119, Rabe 26. 13. S. 708).

d) G. v. 1. Juni 1820 wegen der Löhnung und des Umzugs der Schäsfer und Schäferknechte in Neuvorpommern und Rügen, im Großscherzogthume Posen und in den mit Westpreußen vereinigten Distrikten des vormaligen Herzogthums Warschau (G. S. 1820. S. 109), nebst der Erläut. des S. 6. dieses Ges. in dem R. des Min. des J. v. 80. Nov. 1844. (Min. Bi. d. i. B. 1845. S. 43, Nr. 53.).

e) G. b. 13. Mai 1822 wegen der köhnung und des Umzugs ter Schäfer und Schäferknechte in ten Provinzen Sachsen und Westphalen, in tem Kottbusser Kreise und in den zu ten Reg.-Bezirken Pots-dam, Franksurt und Liegnit geschlagenen vormals Sächsischen Landestheilen, desgl. wegen Bestimmung des Umzugstermins in der Provinz Schlesien (G. S. 1822. S. 147), auf welches Geset sich beziehen:

a) die R. D. v. 28. Aug. 1835, wegen des Umzugstermins dienender Schäfer und Schäferknechte im Areise Hoperswerda, (G. S. 1835,

2. 196):

1) Ueber bas Rechtsverhältniß zwischen ben sogen. Antheils : Schasfexu und ben Gutsherren vergl.

b) das R. des Min. des J. u. d. P. v. 13. Aug. 1840 (Min. Bl. d. i. B.

1840. S 392. Nr. 689.).

a) die Erk. des D. E. G. zu Breslau v. 21. Dec. 1835, 15. Dec. 1836 u. 31. März 1837 und des Db. Trib. v. 16. Sept. 1837 in Roch's Schles. Arch. Bb. 1. S. 575 ff., desgl. die Erk. des Db. Trib. v. 29. Mai 1848 in den Entsch. Bb. 16. S. 508. Praj. Nr. 2026. u. Bd. 17. S. 434;

· 760 Bon d. Schute u. ber Beford. ber Landest.; landwirthich. Bolizei.

β) Publ. der Reg. zu Magbeburg v. 16. Jan. 1823, wegen bes Umzugstermins der Schäfer und Schäferknechte, (v. K. Ann. 29d. 7. S. 71),

y) Rubl. bes Db. Prafid. der Provinz Westphalen v. 24. Oft. 1827, betr. die Bestrafung der Uebertreter der Gesetze wegen Löhnung der

Schäferfnechte. (r. R. Ann. Bb. 11. S. 927).

II. Ueber die Beförderung der Verbesserung der seinwolligen Schaafzucht durch Errichtung der Königl. Stamm-Schäferei zu Frankensselde vergl. die Nachrichten in Dönniges Land. Kult. Gef. Bd. 1. S. 175 — 176; und über die Aufnahme von Lehrlingen in diese Stamm-Schäferei das R. des Min. des J. v. 8. Febr. 1880. (v. K. Ann. Bb. 14. S. 74).

Vierte Unter:Abtheilung.

Von der Erhaltung und Verbesserung der Fischerei.

Die Gesetzgebung zum Schutze und zur besseren Benutzung der Fischerei gehört in das Gebiet der Maahregeln zur Beförderung der Lansdes-Kultur im weiteren Sinne des Wortes. Von diesem Stand-punkte geht namentlich auch das Landes-Kultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 aus, indem dasselbe im §. 37. bestimmt:

Wir empfehlen die bessere Benutung der in den Forsten und Feldmarken bessindlichen kleineren Gewässer zur Fischerei. Das hinderniß der Beraubung wird durch die angeordnete strengere Polizei gehoben, und der Rachtheil, der hie und da durch das Flachs- und hanfrothen entsteht, kann gehoben werden, da es von der Willkühr des Besitzers abhängen soll, ob er solches serner gestatten will oder nicht. 1)

Ursprünglich und bis tief in das Mittelalter hinein stand jedem ächten Gigenthümer auf seinem Eigenthume, den angrenzenden Uferbesitzern in einem Flusse, den Gemeindegenossen in den Gemeindegewässern, das Fischereirecht zu. Späterhin entstand, im Jusammenhange mit der Jagd und mit dem Regal auf herrnlose Sachen, das Wasser= und Kischerei-Regal, welches in neuerer Zeit fast allgemein auf öffentliche, im Staatseigenthume besindliche Flüsse (Ströme) ausgedehnt und als solches Privatpersonen versliehen oder auch verpachtet wurde. Auf Privatgewässer, stehende und stiefende, eigneten sich wider das Hersommen die Gutsherrschaften und Obrigsteiten eine ausschließliche Fischereigerechtigkeit mit Jurücksung der Hintersfassen (Bauern) zu. Diesen und unangesessenne Einwohnern ist häusig nur der Vischeng mit Hamen und Angeln zugestanden worden.

Gemeinrechtlich werden ausschließliche Fischereigerechtigkeiten nicht anserkannt; ihre Erwerbung, sowie jedes Vorrecht, muß von dem Behauptenden erwiesen werden. Die Fischereigerechtigkeit auf Privatgewässern wird vielmehr als Aussluß des Grundeigenthums, bei fließenden Gewässern als der angrenzenden Ufereigenthumer angesehen, worüber jedoch Partikulars

gesetze und Berkommen verschiedenartig bestimmen.

Fischereigerechtigkeiten auf fremdem Grund und Boden find ale Grundgerechtigkeiten zu betrachten. Unabhängig von bem Fischereiregal besteht

¹⁾ Bergl. in Betreff bes Berbots des Flachs, und hanfrothens in Stromen, Seen, Leichen, Bachen und frischen Gewässern die Erlaut. zum §. 37. des Land. Rult. Ed. v. 14. Sept. 1811 (f. in Bb. I. Abth. 1. S. 107—108).

dem in Fischerei-Hoheitsrecht als Oberaufsichtsrecht des Landesherrn, aus welschem in Fischerei-Ordnungen mehrere Beschränkungen der Fischerei, Behufs Konservation derselben, der Verhütung von Kollistonen und Miß-brauchen, hervorgegangen sind. 1)

I. Die Grundsate bes Allgem. Land-Rechts über die Fischerei. Das A. L. R. stellt über ben Gegenstand folgende Grundsate auf 2):

1) Der Fischfang in öffentlichen Strömen gehört zu ben Regalien (A. L. R. II. 16. S. 73.); über die Verleihung dieses Regals

an Privathersonen disponiren die SS. 74-78. a. a. D. 3)

2) Die Fischerei in Teichen, Haltern, Seen und auderen geschlosssenen Gewässern, welche sich nicht über die Grenze des Grundstückes erstrecken, in welchem sie liegen (in Privatgewässern) ist in der Regel das Eigenthum des Besitzers des Grundstückes. (A. L. R. 1. 9. 55. 176—183.).

3) Im Uebrigen steht die Fischereigerechtigkeit in Strömen, Seen und anderen Gewässern nur demjenigen zu, welcher damit besonders beliehen ist. (Bergl. A. L. R. I. 9. S. 170. und über den Umfang eines solchen Rechtes die SS. 171—175. a. a. D.).

Das Allgem. Land-Recht enthält ferner in den §§. 184 — 190. Tit 9. Th. I. polizeigesetliche Vorschriften bezüglich der Ausübung

der Fischerei.

Die betreffenden Bestimmungen find folgende:

1) Jedem Eigenthumer steht das Recht zu, auf seinem Grund und Boben, unter Beobachtung der Polizeigesetze, Fischteiche anzulegen. (§. 184.).

Die Fischerei in Teichen und eingeschloffenen Privatgewäffern darf

jeder Eigenthumer nach eigenem Gutbefinden ausüben. (S. 185.).

2) In öffentlichen, sowie in nicht eingeschlossenen Privatgewässern, mussen bei Ausübung der Fischerei die Borschriften der Polizeigesetze wegen der Laichzeit, des verbotenen Fischerzeuges, und was sonst darin zur Ber-hütung des Ruins der Fischerei verordnet ist, genau befolgt werden. (§. 186.).

3) Auch in Privatstuffen, worin mehrere die Fischereigerechtigkeit haben, darf Niemand, der nicht ein besonderes Recht dazu erworben hat,

1) Bergl. Aunde's Deutsches Privatrecht, S. 110., Eichhorn's Deutsches Privatrecht, §S. 268. und 269., Wittermaier's Deutsches Privatrecht, §. 290.

a) über die Frage, ob die Fischerei in Privatslussen und Graben den Userbestzern, soweit ihre anstoßenden Grundstücke reichen, gebührt, wenn dergleichen Gewässer auf denselben noch nicht ganz abgeschlossen find? die bejahenden Erk. des Ob. Trib. v. 31. Juni 1835 u. 18. Okt. 1836 in Roch's Schles. Arch. Bd. 3. S. 86-106, Forni's Zeitschr. Bd. 1. S. 382 u. Central: Bl. für Pr. Jur. 1839. S. 781.);

b) über die Frage, ob jedem Abjarenten als solchem das Recht zur Fischerei in Privatslüssen zusteht, dergestalt, das der besonders zur Fischerei Berechtigte denselben nur in so weit ausschließt, als er ein besonderes Recht dazu erworben hat und so die Ausschließlichkeit seines Rechtes speziell nachweist? die bes jahenden Erk. des Ob. Trib. v. 23. Sept. 1845 (Dr. Sommer's Arnsb. Arch. Bd. 12. S. 61 — 73.) und des O. E. G. zu hamm v. 4. Okt. 1844 (a. a. D. Bd. 10. S. 621. 627.). Bergl. anch das Erk. des Ob. Trib. hierüber, v. 31. Aug. 1846 in den Entsch. Bd. 15. S. 361.

²⁾ Bergl. hierüber: die Abhandl. v. G. Fr. G. über die Rechte der Users eigenthümer von Privatgewässern nach der Preuß. Gesetzebung, in der Jur. Zeit. 1832. S. 803 ff., Bole, Beitrag zur Lehre vom Wasserrechte, in Dr. Sommer's Arnsberg. Arch. Bd. 2. S. 627 ff., Evelt, Beitrag zur Lehre über das Wassersrecht, a. a. D. Bd. 12. S. 155 ff., Beitrag zur Lehre vom Wasserrechte, in der Jur. Wochenschr. 1845. S. 8. ff.

³⁾ Bergl.:

durch Bersetzung des Fluffes ober- ober unterhalb, den freien Sang det

Bifche hindern. (§. 187.).

4) Auf öffentlichen Gewässern darf Riemand zum Nachtheile des Fischereiberechtigten Enten halten (S. 188.); der Fischereiberechtigte tarf solche, wenn sie auf dem Wasser betroffen werden, pfänden oder tödten. (S. 189.).

5) Endlich bestimmt der S. 190. a a. D., daß derjenige, welcher ohne Recht oder Erlaubniß fischt und frebst, außer dem, was er gefangen hat, auch die bei ihm befindlichen Netze und Fischereigerathe verliert. 2)

II. Die speziellen Gesete für einzelne Landestheile bezüg-

lich der Fischerei.

A. Für die Mart Brandenburg.

Das noch gegenwärtig in Kraft stehende Gesetz über die Ausübung ber Fischerei in der Mark bildet die Fischer-Ordnung v. 3. März 1690 2), insofern nicht rücksichtlich der Elbe und Oder auf gewissen Punkten besondere Borschriften und Observanzen stattsinden. 2)

Außerdem ift hier folgender Bestimmungen zu gedenken:

1) B. v. 12. Dec. 1668, wodurch das Nachtstschen auf der Spree, Havel und Wubelitz verboten wird. (C. C. M. Tom. IV. Abth. 2. Rap. 4. S. 197, Rabe, Bd. I. Abth. 1. S. 114).

2) Fleden-, Dorf- und Ader-Ordn. v. 16. Dec. 1702. §§. 37. u. 38. (C. C. M. Tom. V. Abth. 3. Rap. 1. S. 227, Nr. XXXII., Rabe, Bb. L.

Abih. 1. S. 238 ff.).

3) Eb. v. 6. Aug. 1764, wider die Fischhiebereien im Amte Rottbus. 4) (N. C. C. Tom. III. p. 461, Rabe, Bb. I. Abth. 3. S. 47).

4) R. D. v. 10. Cept. 1837, betr. die Fortschaffung der schädlichen Fisch-

3) Bergl. v. Scholt u. Germensborff Brov. Recht der Kurmert Brandenburg, 2. Ausg. Bb. I. S. 6. g. 11. u. S. 70—72, insbes. auch über die Frage, ob und in wiesern in der Mart den Gutsherrschaften ein Fischereirecht

in den eingeschloffenen Privatgewässern zustehe.

¹⁾ Hierbei wird in dem S. 190. a. a. D. auf die betr. Borschriften des Strafrechts (A. E. R. II. 20.) hingewiesen. An die Stelle des Tit. 20. Th. II. des A. E. R. ist jest das Strafgesethuch v. 14. April 1851 getreten. Dieses des stimmt in der fraglichen Beziehung:

a) im S. 273.: "Ber unberechtigt fischt ober frebst, soll mit Gelbbuße bis zu funfzig Thalern ober mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft werden. Die polizeilichen Bestimmungen ber besonderen Fischereiordnungen werden dadurch nicht berührt."

b) Im S. 217. Nr. 1.: "Mit Gefängnißstrafe nicht unter brei Monaten wird bestraft: wer Fische aus Teichen ober Behältern stiehlt."

c) Nach S. 19. a. a. D. tritt außer ber Strafe bie Konfistation ber Gegenftanbe, welche burch bas Berbrechen ober Bergehen hervorgebracht, ober welche zur Begehung beffelben gebraucht ober bestimmt worben find, ein, sofern fie bem Thater ober einem Theilnehmer ber That gehören.

²⁾ a) Diese Fischer: Ordnung fündigt sich als eine Erneuerung der alteren Fischer: Ordn. des Kurfürsten Johann Georg vom J. 1574 an, und findet sich abgedruckt im C. C. M. Tom. IV. Abth. 2. Kap. 4. S. 247. Rr. VII., desgl. in Rabe's Samml. Bd. I. Abth. 1. S.-166 ff.

b) Mit Bezng auf ben Abschn. III. §. 7. und Abschn. I. §. 11. der Fischer: Ordn. v. 3. Marz 1690 verbietet das A. des Min. des J. v. 23. Dec. 1625 an die Reg. zu Potsdam (v. K. Ann. Bb. 9. S. 1085—1086.) den Fang und Berr kauf kleiner Barsche unter zwei Zoll Länge.

⁴⁾ Bergl. auch die Bubl. der Kurmartischen Kammer v. 6. Juni 1797 und v. 18. Juni 1798 wegen Bestrafung der Fischbiebstähle aus den Kottbusschen Fischteichen, haltern und Kancien. (N. C. C. Tom. X. p. 1303 und Stengel's Beitr. Bd. 7. S. 200, Rabe's Samml. Bd. 4. S. 181. und Bd. 5. S. 133.)

wehren in der Havel und Spree, nebst darauf bezüglicher Bekanntmach. der Min. des J. u. d. F. v. 10. Oft. 1839. (G. S. 1839. S. 327).

B. Für die Proving Preußen.

1) Fischerei-Ordn. für die Binnengewässer der Provinz Preußen, v. 7. Marg 1845. 1) (G. S. 1845. S. 114 ff.).

2) Fischerei - Ordn. für das frische Saff, v. 7. Marg 1845. 2) (G. C.

1845. **S**. 121 ff.).

3) Bischerei-Ordn. für das kurische Baff, v. 7. Marg 1845. 3) (G. S. 1845. S. 139 ff.).

C. Für tie Proving Pommern.

- 1) Publ. der Reg. zu Stettin v. 24. Jan. 1822, betr. den Betrieb der Bischerei in den zum Domainen-Amte Stettin gehörigen Gewässern. (v. K. Ann. Bb. 6. S. 79 ff.).
- 2) Für Neu-Vorpommern und Rügen gilt bie B. v. 6. Marz 1724, wie fünftig bei ber Fischerei verfahren werden foll. (Dahnert's Sammi.

2) Dies Geseth hebt die hisherige Fischer. Ordn. für das frische haff v. 22. Febr. 1787 und die Berordnungen im Bus. 15. des Oftpreuß. Provinzial-Rechts, sowie alle früheren, die Fischerei im frischen haff betr. Bestimmungen und Ber-

ordnungen auf. *)

}

1

Die Fischerei auf dem frischen Saffe ift Eigenthum des Staats (§. 1.) und nur benjenigen gestattet, welche ein durch landesherrl. Berleihung, Vertrag mit dem Fistus, oder Verjährung begründetes Recht dazu haben (§. 2.).

Der S. 3. ertheilt Borfcpriften über ben Umfang und die Art ber Ausübung bes Rechtes Seitens ber bazu Berechtigten, und die SS. 4 — 10. bestimmen über

Die Schranken bes Betriebes ber Fischereigerechtigfeit.

Der Abschn. II. (§§. 11—48.) handelt von den verschiedenen Arten und Gezräthschaften, den Gränzen und der Zeit des Fischereibetriebes; der Abschn. III. (§§. 49—65.) von dem Verhalten der Fischer beim Fischen und bei Benutung der gewonnenen haffprodukte; der Abschn. IV. (§§. 66—84.) endlich von dem Verfahren bei Beaufsichtigung des Fischereiwesens und bei Bestrafung der Fischereisontraventionen.

3) Dies Gesethebt die bisherige Fischereis Ordn. für das kurische Haff v. 11. Juni 1792 (N. C. C. Tom. IX. p. 995, Rabe Bd. 2. S. 322.) und die Bestims mungen im Jus. 15. des Ostpreuß. Prov. Recht, sowie alle früheren Bestimmungen und Berordnungen über die Fischerei im kurischen Haff auf, und schließt sich übris gens in seinen wesentlichsten Bestimmungen denjenigen der Fischereis Ordn. do ood. für das frische Haff an. — (Vergl. über die Verichtigung eines Drucksehlers im J. 32. des Gesehes die Bekanntmach. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 10. Ang. 1850 in der G. S. 1850. S. 363.

¹⁾ Dies Geset hebt alle alteren entgegenstehenden Bestimmungen auf und sins bet (nach S. 1.) auf alle öffentlichen Gewässer (mit Ausnahme des frischen und kurischen hass) und solche Privatgewässer in der Provinz Breusen Anwendung, in welchen der Fischsang verschiedenen Berechtigten zusteht, oder welche mit Fisch. haltigen Gewässern, in denen Andere zur Ausübung der Fischerei berechtigt sind, dergestalt in Verdindung stehen, daß die Fische aus dem einen in das andere frei übertreten können. — Der S. 2. gestattet für Privatgewässer die vertragsweise Aushebung der beschränkenden Vorschriften der Fischerei. Ordn. unter Justimmung sammtlicher Berechtigten. Im Uedrigen ertheilt das Geset polizeiliche Borschrifsten über die Ausübung und zur Sicherung ber Fischerei und über den Umfang der Ausübung des Rechtes; desgl. Strasvorschriften gegen Kontraventionen und Bestimmungen über die Aussicht.

Dierdurch ist auch bas (auf bie Fischereis Ordn. v. 22. Febr. 1787 bezügs liche) Publ. der Reg. zu Königsberg v. 14. Aug. 1822 (v. R. Ann. Bb. 6, S. 628 ff.) antiquirt.

Suppl. Bb. 4. S. 595, und Amistl. ber Reg. zu Stralfund pro 1851. Beil. zu Stud 30.).

Bergl. dazu folgende Erlaut.:

a) die Berordn. v. 17. Oft. 1800. (Dahnert's Samml., Suppl. Bb. 4. S. 601), b) bas Publ. v. 15. Sept. 1794, (a. a. D., Suppl. Bb. 1 S. 757), c) das Pat. v. 26. Oft. 1796, (a. a. D. Suppl. Bb. 3. S. 759), d) das Pat. v. 14. Mai 1800, (a. a. D., Suppl. Bb. 4. S. 599), e) det Pat. v. 9. Juni 1800, (a. a. D. Suppl. Bb. 4. S. 600), f) die B. v. 16. Juni 1822, (Amtebl. ber Reg. ju Stralfund pro 1822. G. 365 u. pro 1833. S. 311), g) die (mittelft R. der Min. des Königl. Hauses u. des 3. u. d. P. v. 18. Aug. 1841 bekannt gemachte) R. D. v. 17. Juli 1841, (Min. Bl. d. i. B. 1841. S. 222, Ar. 349, und Amiebl. der Reg. ju Stralfund pro 1841. S. 250), h) B. v. 2. Nov. 1825, betr. bas Berbot ber fogen. Pulsch - Fischerei, (Amtebl. ber Reg. ju Stralsund, pro 1825. 6. 460), nebft i) dem darin in Bezug genommenen Landes = Pat. v. 14. Mat 1800, (Dahnert, a. a. D., Suppl. Bb. 4. S. 595), k) B. v. 20. Dec. 1826, betr. den verbotenen Gebrauch der Aalharken beim Aalfischen (Amtebl. Der Reg. zu Stralsund pro 1826. S. 374, u. pro 1833. S. 311), 1) B. v. 10. Juli 1829, betr. den Beringsfang, (a. a. D. 1829. C. 235, u. 1831. C. 145).

Bergl. auch:
α) Pat. v. 3. Aug. 1782, wider das Fischstehlen. (Dahnert, a. a. D., Suppl. Bd. 3. S. 757),

β) Pat. v. 11. Dec. 1801, betr. die gegen unbefugte Fischereien vor-

zunehmenden Pfändungen. (a. a. D., Suppl. Bd. 4. S. 806). 1)
3) Instr. des K. Min. des H. v. 4. März 1822, wie diejenigen sich zu verhalten haben, welche das Gewerbe der Herings-Fischerei und Salzeni auf der Insel Usedom und Wollin unter Begünstigung einer Salzenisteiten wollen. (v. K. Ann. Bd. 6. S. 70 ff.).

D. Für die Provinz Posen. Fischerei-Ordn. für die Provinz Posen, v. 7. Marz 1845. 2) (G. C.

1845. 6. 107 ff.). E. Das linke Rheinufer betreffend. 3)

Der in diesen Landestheilen geltende Code Napoléon bestimmt im Art. 715., daß über das Recht zu fischen in besonderen Gesetzen bestimmt werde.

1) Bergl. alle diese Berordn. und Erlasse in Dr. C. C. B. Dabis, Ergan, bes Strafgesehb. für die Preuß. Staaten (Bb. 2. der von dem Prasid. Bentel herausgegeb. Erganz. des Strafgesehbuchs), Leipzig 1853. S. 18—32.

3) Bergl. die betr. Gesetze in Salm und Schmit, Erganz. des Strafgersehb. für die Preuß. Staaten (Bb. 3. der von dem Prastd. Wentel herausgegeb.

Erganz. bee Strafgesesb.) Leipzig 1853. S. 120—127.

²⁾ Dies Geset besagt im Eingange, daß es für die Provinz Bosen an gübtigen Borschriften über die Fischerei bis dahin gesehlt habe. Der S. 1. bestimmt, daß das Geset Anwendung sinden solle auf öffentliche Gewässer und solche Privatgewässer, in welchen der Fischsang verschiedenen Berechtigten zusteht, oder welche mit Fischhaltigen Gewässern, in denen Andere zur Ausübung der Fischerei berechtigt sind, dergestalt in Berdindung stehen, daß die Fische aus dem einen in das andere frei übertreten können. — Der S. 2. gestattet den zur Fischerei in Privatz gewässern Berechtigten die vertragsweise Aushebung der beschränkenden Borschriften der Fischereis Ordn. unter Zustimmung sämmt lich er zur Fischerei darin Berechtigten. — Im Uedrigen ertheilt das Geset polizeiliche Bestimmungen über die Ausübung und zur Sicherung der Fischerei und über den Umsaug der Ausübung des Rechts; desgl. Strasvorschriften gegen Kontraventionen und Bestimmungen über die Aussichen, — im Wesentlichen in der Art, wie die Fischereis Ordn. de eoch für die Binnengewässer der Provinz Preußen.

3) Bergl. die betr. Gesete in Salm und Schmis, Ergänz, des Strasser

Die ausschließliche Fischerei - Gerechtigkeit ift als ein Aussluß der Feudalherrschaft aufgehoben. (Bergl. die Gesete v. 6. u. 30. Inli, und v. 26. Sept. 1793 1, in Rubler's Samml, Bb. 8. S. 25—27)

Der Code bestimmt serner über den Gegenstand, daß ein Jeder auf seinem Grundstücke Fischteiche anlegen darf, jedoch für den Schaden versantwortlich ist, welcher einem Andern dadurch verursacht wird. (Art. 537., 544., 1382., 1383.).

Die Fische in einem Fischteiche gehören dem Eigenthümer deffelben; geben sie in einen anderen Teich über, dem Eigenthümer des letzteren.

(Art. 552., 564.).

1

•

Schiffbare und flößbare Flüsse und Ströme sind Eigenthum des Staats (Art. 538.); die Fischereinutung derselben wird verpachtet oder konzessionirt, jedoch keht jedem, der nicht Pächter oder konzessionirt ist, zu, mit der Handangel zu sischen. 2) (Geset v. 4. März 1802. (14. Floren X.) Tit. 5., v. Daniel's handb. Bd. 4. S. 376, u. Salm u. Schmit a. a. D. S. 121).

Allgemeine Fischerei-Polizei- und Strafgesetze sind in diesem Gesetze und in der Ordonanz vom August 1669. Tit. 31. Art. 5—12., 14., 17. u. 18. (v. Daniels, Bd. 1. S. 37), welche durch Beschluß des Vollziehungs-Direktoriums v. 16. Juli 1798 (28. Messidor VI.), der Art. 5. jedoch nur theilweise, wiederhergestellt und auf dem linken Otheinuser ver-

kundigt find (a. a. D. Bb. 4. S. 693), enthalten.

Das Königl. Preuß. Gef. v. 23. Juni 1833, bett. die Ausübung der Fischerei in den Landestheilen des linken Rheinusers (G. S. 1833. S. 78) bat perordnet.

daß mit bessen Berkundigung die Bestimmungen der B. des ehemaligen Gen.s Gonvernements am Nieders und Mittel-Rhein v. 18. Aug. 1814 (vergl. Skotti's Samml. für JülichsclevesBerg, Bd. 3. S. 1728) wegen der Fischerei außer Kraft treten und wegen Benuhung und Ausübung derselben derjenige Justand wieders hergestellt werde, welcher vor Erlaß jener B. rechtlich stattgefunden hat. Jugleich ertheilt das Ges. Strafbestimmungen wegen unbefugter Fischerei. 3)

Die R. D. v. 5. Juli 1847 (G. S. 1847. S. 287) bestimmt,

daß die Fischerei in benjenigen Gewässern ber Rheinprovinz auf dem linken Rheinufer, in welchen die Fnrelle die vorherrschende Fischgattung ift, nicht mehr während der Beit von Anfang Februar die Mitte Warz, sondern während der Monate Oktober und November verboten sein solle.

In Betreff der vormals Großherzoglich Bergischen Landestheile vergl. die B. v. 80. Oft. 1807, betr. das Verbot des Fischens auf dem

2) Das Erk. des Db. Trib. v. 30. Marz 1846 (Entsch. Bb. 14. S. 397) nimmt an, daß die Fischerei, welche vor Einführung der französ. Gesetze (in den vormals Französisch gewesenen Laudestheilen) einem Gute in einem öffentlichen Flusse zustand, durch die Einführung jener Gesetze und durch die denselben entssprechende Behandlung die Eigenschaft eines Gutspertinenz verloren habe und Staatseigenthum geworden sei.

3) Das Bubl. der R. Reg. zu Trier v. 10. Mai 1819 (v. R. Ann. Bb. 3. S. 364) giebt eine Zusammenstellung der in der Ordonnanz v. I. 1669 ents haltenen Borschriften zur Erhaltung der Fischerei in den Flüssen und Bächen und der Strasbestimmungen dieser Ordonnanz gegen Kontraventionen.

¹⁾ Das Staatsraths-Gutachten v. 19. Febr. 1805 (30. Pluviose XIII.) stimmt hiermit überein und nimmt an, daß die Fischerei-Gerechtigkeit in nicht schiffbasten Flüssen (Gewässern) nicht den Gemeinden, sondern den Ufereigenthümern, unster Beobachtung der Polizeigesetze, zustehe (s. in Erhard's Supplem. zum Gessest. Napoleon's I. S. 118—119 und in Salm u. Schmitz a. a. D. S. 120). Bergl. v. Daniels Handb. Bb. 2. S. 368, 403, Bb. 5. S. 7.)

Obeine gur Nachtzeit. a. a. D. S. 867).

(Stotti's Sammi. Rr. 2991. u. Salm u. Schmis

Fünfte Unter:Abtheilung.

Von der Beförderung des Seidenbaues.

Die Seidenraupenzucht, welche bereits in früherer Beit unter Friedrich bem Großen besonders begunftiget wurde, hat in neuerer Beit wieder größeres Leben gewonnen; insbesondere hat sich barum der Reg. - und Schulraib

Turt in Potebam 1) verdient gemacht. 2)

Es hat sich namentlich ein "Berein zur Beförderung bes Seidenbaues in den Preuß. Staaten" gebildet, deffen Zweck die Beforderung bes Seidenbaues in feiner Berbindung mit ber Landwirthschaft ift. Demselben sind durch die R. D. v. 9. Nov. 1828 Korporationsrechte, und laut Bekanntmachung des Gen.-Postmeisters v. 29. Dft. 1828 die Portofreiheit bewilliget worden.

Bergl. Diese Erlaffe nebst den Allerh. bestätigten Statuten des Bereins (mitgetheilt durch das C. M. des Min. Des 3. v. 27. Febr. 1829) in

v. R. Ann. Bd. 13. S. 52-66. 3)

Ueber die Beförderung des Seidenbaues durch Kultur von Maulbeerbaumen vergl.:

a) Publ. ber Reg. zu Röslin v. 19. Marz 1836 (v. R. Ann. Bb. 20. S.

105—108);

b) C. R. bes Din. bes Königl. Sauses v. 26. Jan. 1841 an fammtl. Reg. dieffeits ber Wefer, betr. bie Beforberung der Rultur bes Maulbeer baumes auf Domainen 2 Ländereien (Min. Bl. b. i. B. 1841. S. 147. Mr. 218.);

c) Publ. ber Reg. zu Posen v. 19. Nov. 1842, betr. bie Beforberung bes Seibenbaues durch Anlegung von Maulbeer:Plantagen (Din. Bl. b. i. B.

1842. S. 406. Mr. 565.).

2) Bergl. bas E. R. bes Min. ber geistl., U. u. M. Ang. v. 5. April 1830, betr. die Bolganische Schrift über ben Seibenbau (v. R. Ann. Bb. 14. S. 318 bis 320). Diese Schrift ist unter bem Titel: "Wegweiser zum Seidenbau für Rord:Deutschland u. insbes. fur Preußen" im J. 1830 erschienen.

¹⁾ Bergl. beffen Befanntmach. v. 12. Dec. 1829 über bie zweckmäßigfte Art, bie Buppen in ben Seiben-Rofons zu tobten, die Seibe zu haspeln, und Die Manlbeerbaume anzupffanzen (v. R. Ann. Bb. 14. S. 761-766), beegl. v. 12. Ang. 1832 (mitgetheilt durch bas Bubl. bes Db. Praf. der Provinz Westphalen v. 3. Oft. 1832, v. R. Ann. Bb. 16. S. 642); ferner Turt's Rachrichten über ben Seibenbau im Preuß. Staate, in ber Preuß. Staatszeit. 1838 Rr. 337., besgl im Centralbl. für handeles und Gewerbe Statistif, 1839 Mr. 10. u. 11., und in ben Annal. ber Preuß. Landwirthschaft, Jahrg. 1. G. 1. S. 128-149.

³⁾ Bur Beforberung bes Seibenbaues in ber Mart Branbenburg und Rieberlausit hat fich ein Provinzial : Verein gebildet, welcher seinen Sit in Berlin hat, und beffen Statuten unterm 15. Mai 1845 veröffentlicht find. Bergl auch die Jahresberichte über die Wirtsamkeit dieses Bereins von 1851 und von 1852—1853

Dritte Abtheilung.

Von den Einrichtungen und Maaßregeln zur Beförderung landwirthschaftlicher Bildung und Verbesserungen.

I. Landwirthschaftliche technische Lehranstalten.

Der Zweck dieser Anstalten ist auf die Verbindung der Theorie mit der Praxis gerichtet. Sie ressortirten nach dem Allerh. Erl. v. 17. April 1848 1) (S. S. 1848. S. 109), von dem Min. sür H., S. und dffentl. Arb. und stehen gegenwärtig in Gemäßheit des Allerh. Erl. v. 25. Juni 1848 2) (S. S. 1848. S. 159) unter der Leitung des Min. für landwirthsschaftl. Ang.

Die hoheren Lehr-Anstalten diefer Gattung sind folgende 2):

1) Die staats- und landwirthschaftliche Akademie zu Eldena

bei Greifsmalt.

Durch den Allerh. Erl. v. 21. Mai 1850 (Min. Bl. d. i. B. 1850. S. 190, Nr. 242) ift deren obere Leitung dem Min. für landwirthschaftl. Ang., vorbehaltlich jedoch der Mitwirkung des Unterrichts-Win. bei allen, die gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen der Akademie und der Universität zu Greisswald betr. Angelegenheiten, übertragen und zugleich bestimmt worden, daß durch diesen Ressortwechsel in den gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen nichts geändert werde, und das der Akademie zu Eldena überwiesene Vorwerk Eldena nebst Pertinenzien Eigenthum der Universität Greisswald bleibe.

Nachrichten über den Zweck und die Einrichtung der Akademie zu Eldena finden sich in v. R. Ann. Bd. 22. S. 404 — 411, und im Min.

281. b. i. W. 1840. S. 359—360.

Vergl. auch: Baumstart (Dir. der Akademie zu Eldena), über staatsund landwirthschaftl. Akademien und deren Verbindung mit Universitäten; nebst einer kurzen Nachricht über die Akademie zu Eldena bei Greifswald. Greifswald, 1839. gr. 8.

2) Die höhere landwirtschaftliche Lehranstalt zu Boppels-

dorf bei Bonn.

Dieselbe ist im Jahre 1847 errichtet und ihre Angelegenheiten ressortiren von dem Min. für landwirthschaftl. Ang., unter Konkurrenz des Min. der geistl., U. u. M. Ang., insoweit die Interessen der Universität Bonn dadurch berührt werden.

Ueber den Zweck und die Einrichtung der Anstalt vergl. den Einrichtungsplan v. 11. April 1847, mitgetheilt durch das R. des Min. des J.

de eod. (Min. Bl. b. i. B. 1847. S. 54-58.)

Ueber die Disciplin und den Gerichtsftand der dort ftudirenden Afa-

2) Chendas. S. 2.

¹⁾ Bergl in Bb. I. S. 1.

³⁾ a) Die sonst noch bestehenden zahlreichen Ackerbauschulen und anderen landwirthschaftlich z technischen Lehr : Institute find aufgeführt in dem landwirthschaftlichen Kalender von D. Mentel und Dr. A. v. Lengerke, Jahrg. 1854, Th. II. S. 156—163.

b) Uebersichten der im Sommerhalbjahr 1853 und im Winter : Semester 1853/54 auf den höheren landwirthschaftlichen Lehr : Anstalten des Staates Stusdirenden, vergl. im Min. Bl. d. i. B. 1853. S. 194 u. S. 284.

bemiker ist die K. D. v. 4. Febr. 1848 (G. S. 1848. S. 97) ergangen, und demgemäß eine durch das C. R. des Min. der Geistl., U. u. M. Ang. n. des J. v. 29. März 1848 (Min. Bl. d. i. B. 1848. S. 159. Nr. 160.) befannt gemachte Abanderung des Einrichtungsplans v. 11. April 1847 einsgetreten.

3) Die Königl. landwirthschaftliche Lehranstalt zu Pros-

fau in Schlesten,

Sie ist gleichfalls im Jahre 1847 errichtet und ressortirt von dem Min. für landwirthschaftliche Ang. und einem von diesem zu bestellenden Auxa-

torium unter der Leitung des Ob-Prafid. der Proving. Schlesien.

Ueber den Zweck und die Einrichtung der Anstalt vergl. den Organisations-Plan derselben, welcher durch das Publ. des Ob. Prasid. der Prospinz Schlesten v. 6. Aug. 1847 (Min. Bl. d. i. B. 1847. S. 206. Rr. 264.) zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden ist.

4) Die landwirthschaftliche Afademie zu Möglin bei Briegen a. D., von dem Staatsrathe Thaer im 3. 1806 gestiftet und seit

1819 zu einer Ronigl. Lehranstalt erhoben.

Ueber Zweck, Einrichtung und Verfassung des Instituts vergl. die Möglinschen Jahrbücher Bb. 4. S. 337—355 u. Bb. 17. S. 301—328, desgl. Programm der Königl. Akademie des Landbaues zu Möglin. Berlin, 1836. 8.

5) Die landwirthschaftliche Lehranstalt zu Regenwalde in Sinter-

pommern.

II. Landwirthschaftliche Bereine.

In Folge des S. 39. des Landes-Kult. Ed. v. 14. Sept. 1811 1) has ben sich in allen Landestheilen zahlreiche land wirthschaftliche Berseine gebildet, welche ihren Centralpunkt in dem Landes-Oekonosmie Kollegium zu Berlin sinden. 2) Diese Bereine bezwecken theils die Besörderung der Dekonomie überhaupt, theils einzelner Theile derfelben selbstständig, und bestehen theils für ganze Landestheile, theils als Bweigsanstalten für mehrere und einzelne Kreise. Die Berbindung und der Gesschäftsbetrieb aller dieser Gesellschaften ist, nach den Endzwecken und nach dem Bedürfnisse der Gegenden, durch frei ausgestellte und landespolizeilich genehmigte Statuten geregelt. Sie erhalten sich größtentheils und schaffen die Mittel zur Erreichung ihrer Endzwecke durch freiwillige Beiträge ihrer Mitglieder; einige derselben erhalten Zuschüsse aus Staatssonds des landwirthschaftl. Ministeriums; andere sind durch Bewilligung von Unterstützungen und Prämien ausgezeichnet worden.

Neben der Forderung der Wiffenschaft hat sich die Mehrzahl der Bereine die Vervollkommnung des prakischen Betriebes der Landwirthschaft zur

Aufgabe gestellt. 2)

Eine Nachweisung der am Schlusse des Jahres 1838 im Breuß. Staate bestandenen (88.) landwirthschaftlichen Bereine (von dem Hofrathe

2) Bergl. hierüber Bb. II. Abth. L. S. 7 ad VIII. u. S. 110—111, besgl. bas C. R. des Min. des J. u. d. P. v. 2. März 1842 und des Regul v. 25. März 1842 für das Landes:Dekonomie:Rollegium (f. in Bb. I. S. 5—15).

¹⁾ Vergl. in Bb. I. S. 96.

³⁾ Auch zur Beförderung des Flachs: und Hansbaues in Preußen bet sich (im J. 1850) ein Berein (unter dem Protektorate des Prinzen von Preußen) konstituirt, welcher seinen Sit in Berlin hat. — Bergl. darüber die C. R. des Min. für landwirthschaftl. Ang. v. 3. Juli 1850 und 1. Juli 1851. (Min. Bl. d. 1850. S. 255. Nr. 342. und 1851. S. 145. Nr. 171.).

Pietsch), welche zugleich Auszüge der betr. Stotuten giebt, findet fich in

Forni's Zeitschr. Bd. 1. S. 510-534.

Bergl. auch: Dr. Fr. B. Weber, Handbuch der staatswirthschaftl. Statistif und Verwaltungskunde der Preuß. Monarchie. Breslau, 1840. S. 187—188. und Nachtr. dazu v. 1843. S. 44—45, desgl. den landwirthschaftl. Kalender von D. Menpel u. Dr. A. v. Lengerke, Jahrg. 1854. S. 175—184.

III. Bersuches und Mufterwirthschaften.

Die Errichtung von Musterwirthschaften zur Hebung der Landes-Kultur und insbesondere zur Belehrung des kleinen Landmannes war bereits durch die Allerh. R. D. v. 8. Dec. 1809 genehmigt; die R. D. v. 18. Juli 1811 ertheilte darüber nähere Bestimmungen 1), und das Landes-Kultur-Ed. v. 14. Sept. 1811 ordnete im §. 40.2) die Errichtung solcher Wirthschaften in jeder Provinz an, indem dasselbe zugleich Anordnungen über die ersforderlichen Fonds und die Verpflichtungen der Besitzer solcher Wirthschafsten tras:

Es haben auch verschiedene Versuche durch Errichtung solcher Musterwirthschaften stattgefunden 3); indeß hat die Maaßregel keine bedeutende Ausbreitung gefunden, indem es theils an den erforderlichen beträchtlichen Geldmitteln,
theils an zu Rusterwirthen geeigneten Personen sehlte. Es ist deshalb auf

2) Bergl. in 25. I. S. 97.

a) im Reg. Bez. Königsberg: zu Drewenz, Kreis Beilsberg, zu Kl. Possindern bei Königsberg, zu Gapl, Kreis Braunsberg, und zu

Stolzenfeld, Rreis Bartenfiein;

c) in Litthauen: zu Nemmersborf, Kreis Gumbinnen, zu Billupös nen, Kreis Stallupönen, zu Kannehelen, Kreis Darkehmen, zu Romanoven, Kreis Lyck, zu Ernstwalde, Kreis Insterburg, zu Ostischken, Kreis Tilsit, und zu Auxkanehlen, Kreis Insters

burg;

e) im Reg. Bez. Köslin: zu Malchow (Rügenwalber Amt) und zu Biete

fow (Schmolfiner Amt);

¹⁾ Bergl. hierüber Donniges ganb. Rult. Gef. Bb. 1. S. 173-175.

³⁾ Bergl. die Nachrichten hierüber bei Donniges a. a. D. S. 174. Bestehende Duster: (bauerliche Beifpieles) Birthschaften find folgende:

b) im Reg. Bez. Marienwerber: zu Roggenhausen, Kreis Graubenz, zu Wachsmuth, Kreis Rosenberg, zu Krotoschin, Kreis Löbau, zu Jellen, Kreis Marienwerber, zu Quiram, Kreis D. Krone, zu Schönberg, Kreis Schlochan, zu Poln. Lonk, Kreis Schwetz, zu Beln. Czekczin, Kreis Konitz, zu Szyrakowo, Kr. Thorn, und zu Tyllitz, Kreis Löbau;

d) im Reg. Bez. Bromberg: zu Kl. Wisset, Kreis Wirsit, zu Olczewfo, Kreis Kreis Wirsit, zu Olczewfo, Kreis Wirsit, zu Olczewfo, Kreis Wirsit, zu Olczewfo, Kreis Wirsit, zu Parice, Kreis Inowras elaw, zu Broniewo, Kreis Inowraclaw, zu Kruszas Duchowna, Kreis Inowraclaw, zu Reuborff, Kreis Inowraclaw, zu Kl. Muszyno, Kreis Inowraclaw, zu Penchowo, Kreis Inowraclaw, zu Pissewo, Kreis Inowraclaw, zu Pissewo, Kreis Inowraclaw, zu Pissewo, Kreis Inowraclaw, zu Stodoly, Kreis Inowraclaw, zu Wirucin, Kreis Mogilno, zu Sablogoscz, Kreis Schubin, zu Pturfe, Kreis Schubin, zu Gr. Bartelsen, Kreis Gromberg, zu Mocheln, Kreis Bromberg, zu Kl. Sittno, Kreis Bromberg, zu Gogolinke, Kreis Bromberg, zu Stadt Inowraclaw, zu Abban Mogilno, Kreis Mogilno, und zu Sarbinowo, Kreis Schubin;

¹⁾ im Reg. Bez. Straffund: zu Beffin auf Rügen.

den beabsichtigten 3wed mehr durch Unterflützungen, Pramien und Auszeichnungen in geeigneten Fällen hinzuwirken gesucht worden 1).

IV. Fonde zur Beforderung landwirthschaftlicher Melio-

rationen und zur Erreichung verwandter Zwede.

Außer den vorgedachten außerordentlich verheißenen Unterflützungen bestehen besondere Fonds zur Aushülfe landwirthschaftlicher Meliorationen, oder doch zur Erreichung von verwandten Endzwecken, und zur Unterflützung von Provinzial=Rassen.

Dies sind folgende:

- 1) Der Meliorationsfond, welcher ber Proving Pommern (Altpommern) und der Neumark durch die R. D. v. 23. Jan. 1802 mit refp. 80,000 Thir. und 30,000 Thir., zusammen 110,000 Thir., überwiesen Nach der gedachten R. D. follte diefer Fond dazu benutt werden, einzelnen Gutsbesitzern zur Beförderung der Separationen und zur Ausführung zwedmäßiger Meliorationen hypothekgrisch einzutragende, zwar unverzinstiche, aber jährlich mit 4 Proz. zu amortistrente Darlehne zu gemahren. Eine Einschränfung der Stiftung auf Ritterguter war nicht ausgesprochen, wurde indeß festgehalten und erft durch die R. D. v. 8. Aug. 1849 2) ausdrücklich aufgehoben. Durch diese R. D. wurde zugleich beftimmt, daß die Darlehne fünftig nur auf 3 Jahre ginefrei gegeben, bemnachst mit 3½ Proz. verzinft und in der Art zurudgezahlt werden sollten, daß nach Ablauf der zinsfreien Jahre jährlich 5 Proz. des ursprünglichen Rapital-Betrages gezahlt, hiervon 34 Proz. des jedesmaligen Rapital-Rudftandes zur Berginsung und ber Reft zur Amortisation berechnet wurde. Die auf diese Weise auffommenden Binsen fliegen zur Balfte bem Stiftunge-Rapitale zu, die andere Salfte wird zu anderweitigen Beforderungen der Landes-Kultur verwendet.
- 2) Der Meliorations-Vond für die Provinz Preußen, welcher aus den zur Förderung der Regulirung gutsherrlich-bauerlicher Verhältnisse lans desherrlich bewilligten Vorschüffen, welche seit dem Jahre 1843 erstattet worden sind und ferner eingehen, gebildet ist und bis auf 74,748 Thlr. Sgr. 8 Pf. steigen wird. Derselbe ist für die Reg.-Bezirke Königsberg, Gumsbinnen, Danzig und Marienwerder bestimmt, unter welchen die Einnahmen im Verhältniß zur Seelenzahl der ländlichen Bevölkerung vertheilt werden. Der Zweck ist die Bewilligung auf drei Jahre zinöfreier, demnächst aber mit 10 Proz. sährlich (wovon 4 Proz. auf Zinsen gerechnet werden) zu amortistrender Darlehne von 50 bis höchstens 300 Thlr. und ausnahms-weise von 400 Thlr. zur Förderung landwirthschaftlicher Verbesserungen im landwirthschaftlichen Betriebe.

Nähere Auskunft über die Einrichtung und Verwaltung des Fonds giebt das von dem Min. des J. unter Allerh. Genehmigung erlaffene Regulativ über die Errichtung und Verwaltung des Fonds v. 20. März

1846 . Die Errichtung eines revidirten Statute ift verheißen.

3) Der Meliorations-Fond für einen Theil (7 Kreise) bes Reg.-Bezirks Köslin von 300,000 Thir., errichtet durch die R. D. v. 8. Febr.
1846 zur Bewilligung von Darlehnen zur Hebung der Kultur, namentlich auf den kleineren bauerlichen Besthungen *).

¹⁾ Ueber die Belehrung der kleinen kandwirthe durch Mußerwirthschaften, vergl. die Abhandl. von 3. C. Arehschmer (Reg. Nath) in Forni's Zeitschr. Bb. 1. S. 29 ff. u. S. 232 ff.

²⁾ Bergl. Min. Bl. b. i. B. 1849. S. 172. Nr. 238.
3) Bergl. daffelbe im Min. Bl. b. i. B. 1846. S. 92, Nr. 136,

⁴⁾ Bergl. über bie ad 1., 2. und 3. gebachten Meliorations Fonde ben Bes

. 4) Prämienfonds zur Beförderung landmirthschaftlicher Ber-

befferungen find unter Antern gegrandet:

a) laut Publ. des Ob.-Prasso, der Provinz Posen v. 25. Juli 1838 (v. R. Ann. Bd. 22. S. 620) für 5 Jahre ein Fond von jährlich 600 Thirn. zu Prämien von 100 Thirn. für Vermehrung des Futtergewächsbaues, die Einführung der Stallfütterung und die Feldeinhegung auf den bäuer-lichen. Wirthschaften der Provinz Posen.

b) Der jährliche Brämienfond von 1800 Thir. zur Beförderung landwirthschaftlicher Verbesserungen in den Reg.-Bezirken Münster, Minden und Arnsberg, konstituirt durch den Allerh. Landtags-Abschied v. 8.

Juni 1839.

Vergl. die Instr. der Min. des J. u. d. P. v. 22. April 1840 wegen Vertheilung und Verwendung dieses Fonds (Min. Bl. d. i. B. 1840. S. 182. Nr. 305.).

Auch ist hier

5) der Provinzial-Hülfskasse der Provinz Westphalen zu Münster zu gedenken, deren Zweck unter Andern dahin gerichtet ist, Grundverbesserungen und Ablösung der Reallasten durch Darlehne zu befördern.

Bergl. das Allerh. vollzogene Statut dieser Hülfskaffe v. 26. Nov. 1831 und dessen Abanderungen v. 4. Aug. 1834 in v. K. Ann. Bo. 16.

S. 135 ff. u. Bd. 18. S. 728 ff.

V. Forderung der landwirthschaftlichen Einsicht durch

nutliche Belehrung. 1)

Schon der J. 44. des Landeskultur-Edites v. 14. Sept. 1811 *) verpflichtet die Dekonomie-Rommissarien, Schiedsrichter und Kreisverordneten,
"bei Gelegenheit ihrer Geschäfte die Grundbesitzer über die vortheilhafteste Bennzung ihrer Grundstücke zu belehren, sie mit nüzlichen, schon erprobten und auf ihr Lokal passenden Einrichtungen bekannt zu machen und sie zur Nachfolge zu ermuntern."

In tiesem Sinne sind auch die Staats-Verwaltungsbehörden mehrfach

thatig gewesen. Dahin gehören folgente Erlasse berselben:

1) Betreffend die Empfehlung zwedmäßiger Art Des Anbaues

ber Feldfrüchte.

a) Kartoffelbau betr., vergl. die Publ. der Reg. zu Reichenbach v. 20, Juni 1817 (v. K. Ann. Bb. 1. S. 74. N. 45.) und der Reg. zu Oppeln v. 23. Nov. 1826 (v. K. Ann. Bb. 10. S. 1030); desgl. des Ob.-Prafid. der Provinz Westphalen v. 26. Nov. 1835 (a. a. O. Bb. 14. S. 990), und C. R. tes Min. des J. v. 9. März 1848, betr. die Pflanzung der Kartoffeln und deren Beschützung gegen Krankheiten (Min. Bl. d. i. V. 1848. S. 52. Nr. 55.).

richt der Kom, ber II. K. zur Prafung des Staatshaushalt-Etats für 1853 (Druckf. der II. K. pro 1852/53. Bd. 7. Mr. 305. S. 18—19.

¹⁾ a) Das Min. für landwirthschaftl. Ang. hat mittelk Bekanntmach. v. 8. April 1849 (Min. Bl. d. i. B. 1849. S. 70. Ar. 115.) einen Preis für die beste populaire Anleitung zum Betriebe der Landwirthschaft ausgesetzt (mit Pramie von 200 Friedrichsd'or und von 100 Friedrichsd'or für die nachst der gekrönten Schrift preiswürdigste Arbeit).

b) Das Publ. der Reg. zu Königsberg v. 24. Aug. 1833 (v. R. Ann. Bb. 17. S. 674) empfichtt den Geistlichen die Verdreitung populärer landwirths schaftlicher Schriften für den Bauernstand, insbes. auch durch Errichtung von Lesezirkeln für die Vewohner des platten Landes und Venutzung solcher Schriften zum Borlesen in den Sonntagsschulen.

b) Gewinnung bes Leinsaamens betr., vergl. bas Publ. des Ob.s Prastd. der Provinz Westphalen v. 15. Jan. 1824 (v. A. Ann. 28d. &. S. 140).

'c) Anbau der weißen Runkelrübe zur Zuckerfabrikation betr., vergl.' Bubl. der Reg. zu Bromberg v. 25. Marz 1836 (v. K. Ann. Bt.

20. S. 103).

- 2) Betreffend bie Empfehlung bes Anbaues einzelner nütlichen Pflanzengattungen.
 - a) Eb. v. 21. Febr. 1791 wegen Begünstigung bes Anbaues ber Futterfranter in ber Aurmart Branbenburg und bem herzogthume Magbeburg ercl. ber Grafschaft Mansfeld. (N. C. C. Tom. IX. p. 26. Nr. 12., Rabe Bd. 2. S. 69.)

b) Publ. ber Reg. zu Dinben v. 19. April 1824, betr. bie Kultur und ben Gebrauch bes Astragalus baeticus (Schwebischen Raffee's). (v. R. Ann.

26. 8. S. 408.)

c) Publ. der Reg. ju Danzig v. 10. Nov. 1824, betr. den Andau des Thysmotys Grases (a. a. D. S. 1044).

d) Publ. ber Reg. zu Bromberg v. 21. Oft. 1825, betr. ben Anbau ber

Farbetrauter. (v. R. Ann. Bb. 9. S. 1007.)

e) Publ. der Reg. zu Posen v. 2. Marz 1833, betr. den Anbau der Basserrüben (a. a. D. Bb. 17. S. 77).

1) Bubl. ber Reg. zu Liegnis v. 14. Sept. 1834, betr. ben Anbau bes re-

fenrothen Rlees (a. a. D. Bb. 18. 6. 692).

- g) Publ. ber Reg. zu Roblenz v. 19. Marz 1836, betr. ben Anbau ber Peruvianischen Kartoffeln (a. a. D. Bb. 20. S. 334.)
- 3) Betreffend die Empfehlung zwedmäßiger Agrifultur-Daafregeln und Einrichtungen.
 - u) Neber Deckung ber Sandschollen vergl. die Publ. der Meg. zu Stetstin v. 7. Marz 1818 (v. K. Ann. Bd. 2. S. 43) und der Reg. zu Stralsund v. 15. April 1818 (a. a. D. S. 351.)

b) Bubl. ber Reg. ju Robleng v. 5. Dft. 1832, betr. bie Dungung mit

Mergel. (v. R. Ann. Bb. 16. S. 918.)

c) Publ. der Reg. zu Danzig v. 21. Marz 1826, betr. die Anwendung bes verbesserten Schwerzschen Pfluges. (v. K. Ann. Bb. 10. S. 77.)
Bergl. hierüber auch das Publ. der Pommerschröfenomischen Gesellschaft v. 13. Juli 1824. (a. a. D. Bb. 8. S. 777.)

d) Bubl. ber Reg. zu Coln v. 9. Marg 1821, betr. bie Sicherung ber Bein-

berge gegen Spatfroft. (a. a. D. Bb. 5. S. 34.)

- 4) Betreffend die Empfehlung zweckmäßiger Benutungsweise einzelner Feldbau-Produkte.
 - a) Publ. des Db. Prafid. der Proving Westphalen v. 4. Febr. 1830, betr. die Benutung erfrorener Kartoffeln. (v. R. Ann. Bb. 14. S. 69.)
 - b) Publ. der Reg. zu Liegnit v. 20. Sept. 1834, betr. die Benutung der Queden als Biehfutter. (a. a. D. Bd. 18. S. 694.)
- 5) Betreffend die Empfehlung zwedmäßiger Aufbewahrungsweise einzelner Gattungen von Feldfrüchten.

a) Rartoffeln betr.

Die A. D. v. 29. April 1838 (v. A. Ann. Bb. 22. S. 623) weift bas Din. an, Belehrungen über die Aufbewahrung ter Kartoffeln und deren Sicherung vor dem Erfrieren zu erlassen.

In Volge beffen find hierüber ergangen:

- a) R. des Min. des J. u. d. P. v. 22. Mai 1838 an die Ober-Praf. der Provinzen Bommern und Posen, und die hierauf gegründeten Publ. der Reg. zu Stettin v. 28. Oft. 1838 und zu Posen v. 10. Jan. 1839 (v. R. Ann. Bd. 22. S. 623—626).
- β) R. beffelben Din. v. 22. Mai 1838 an ben Ober-Braf. ber Proving Pres-

Beforderung landwirthschaftlicher Bildung und Verbefferungen. 773

Ben, und bas hierauf gegrundete Bubl. ber Reg. ju Konigeberg v. 13. Oft.

1838 (a. a. D. S. 627—629).

Bergl. über benfelben Gegenstand bie Bubl. ber Reg. ju Dangig v. 30. Marg 1825 (v. R. Ann. Bb. 9. S. 375) und ber Reg. ju Dunfter v. 15. Oft. 1829 (a. a. D. Bb. 13. S. 814—817)

b) Bubl. ber Reg. ju Bofen v. 26. Mai 1832, betr. ben Rugen bee Beis gens, Roggens, Gerftes und hafer : Buggens. (v. R. Ann. 2b. 16.

5. 405).

6) Anderweitige Empfehlungen ötonomifcher Ginrichtungen.

a) Publ. ber Reg. zu Potsbam v. 13. Jan. 1817, betr. bie Errichtung von Gemeinbe:Badhaufern und Anfegung eines Gemeinbebadere. (v. R. Ann. Bb. 1. H. 1. S. 179. Nr. 116.).

b) Bubl. ber Reg. zu Dinben v. 8. Oft. 1818, betr. ben Gebrauch von

Steinkohlen zum Brobbacken. (a. a. D. Bb. 2. S. 1141.)

c) Bubl. ber Reg. zu Merfeburg v. 6. Marz 1823, betr bie Empfehlung ber von bem Burgermeifter Ruthe zu Egeln erfundenen Flache Dractmas fcine. (a. a. D. Bb. 7. S. 59.)

d) Bubl. ber Reg. ju Liegnit v. 26. April 1838, betr. die Beforberung ber

Bienenzucht. (a. a. D. Bb. 22. S. 342.)

. • . • • • . -

Chronologisches Register.

[Die Abmische Bahl bebeutet die Jahl des Bandes, und die in Betreff des Bb. II. beigefügten Buchstaben a. und b. bezeichnen deffen Abtheil. I. und Abstheil. II.; die Arabischen Zahlen bedeuten die Seitenzahlen, und die einsgeflammerten Kömischen Bahlen die Seitenzahlen der dem Bb. I. vorangestellsten allgemeinen Einleitung.]

1539—1799.

Eandes: Ordn. v. 26. Juli 1539 I. (XLI) B. v. 15. Febr. 1540 . . . II. a. 930 Roboth: Ordn. v. 4. Jan. 1559 I. (XXXV)

R. v. 22. Juli 1572 . . . I. (XXIII) Dekl. v. 23. Juli 1572 . . I. (XXIII) Refol. v. 22. Dec. 1593 . I. (XXIII) Landes-Ordn. v. 6. Mai 1597 I. (XLI) Spezial : Revers v. 12. Juni 1611 I. (XXIV)

Landes:D. v. 1. Mai 1616 II. a. 905 Gef. D. v. 24: Marz 1651 I. (LVI) Unterthanen: Ordn. v. 4. Juli 1651 I.

(XLII)
Landes:Ordn. v. 4. Juli 1651 I. (XL)
B. v. 1. Oft. 1652 . . . I. (XXXIV)
Refol. v. 1. Mai 1653 . . I. (XXVII)
B. v. 29. Nov. 1654 . . . I. (LXIV)
R. v. 1. Juli 1656 I. (XXI)
R. v. 5. April 1658 I. (XXI)
Rechts: D. v. 16. März 1663 II. a.

931

B. v. 16. Juli 1663 . . . I. (XLVIII) B. v. 12. Dec. 1668 . . . II. b. 762 Landes-Ordn. v. 28. Jan. 1669 I. (XL) Ciganth. D. v. 8. Nov. 1669 II. a.

872 Landes : Ordn, v. 14. April 1670 1.

(XL)

Ges. Ordn. v. 9. Rov. 1676 I. (XXXVI) Ed. v. 15. Dec. 1681 . . . II. b. 758 B. v. 26. Juli 1683 . . . I. (LXX) Orbre v. 1. Febr. 1684 . . I. (XXVI) Bauer : Ordn. v. 14. Gept. 1685 I. (XX) Defl. v. 26. Juni 1687 . . . I. (XX) Bol. D. v. 3. Jan. 1688 . II. b. 709 Fischer:D. v. 3. Marg 1690 II. b. 782 Resol v. 27. Mai 1692 . I. (XXVII) Regl. v. 20. Dec. 1695 II. b. 676. 682 Bat. v. 11. Febr. 1698 . . . I. (XXI) B. v. 24. Mai 1699 . . . II. a. 932 Ch. v. 9. Sept. 1699 I. (XXIV), II. (b). v. 25. Oft. 1699 I. (XXIV), II. **a.** 658 Detl. v. 28. Sept. 1700 . . L (XXIV) Bat. v. 2. April 1701 . . I. (XXVIII) B. p. 4. Mai 1701 I. (LXX) -B. v. 14. Juni 1701 . . . I., (LXX) Bat. v. 8. Nov. 1701 . . I. (XXVII) Fledens, Dorfs u. Ader:D. v. 16. Dec. 1702 I. (XXVIII., LXV.), II. b. 626, 705, 707, 7**62** Tb. v. 25. Febr. 1704 I. (LXXIX), II. ь. 570, 5**79** Manbat v. 16. April 1707 IL a. 108 **6.** v. 12. Mai 1710 . . . II. b. 711 Inki. v. 5. Juni 1711 . . II. a. 682

R. p. 17. Juni 1712 . . . II. a. 156

Tb. v. 3. April 1713 . . . I. (XXIX) Refol. v. 22. April 1713 . I. (XXVII) Orbre v. 18. Mai 1713 . . I. (XXVI) Cb. v. 8. Sept. 1713 . . . II. a. 142 Menopation v. 31. Marz 1714 . . I. (XXVI) **Cb.** v. 29. Juni 1714 I. (XXVI), II. a. 142, 584 B. v. 28. Aug. 1715 . . . II. a. 930 **Cb.** v. 5. Jan. 1717 II. a. 51 Cb. v. 31. Marz 1717 I. (XXVI), II. a. 142, 584 Deich: 2c. D. v. 23. Juni 1717 II. b. **675.** 676 R. D. v. 25. Juni 1717. . II. a. 632 R. D. v. 30. Juli 1717 . II. a. 632 Dell. v. 30. Aug. 1717 I. (XXVI), II. a. 142. 584 Cb. v. 9. Rov. 1717 I. (LXXIX), II. **b.** 570. 579 . . . II. b. 626 Cb. v. 7. Dec. 1717 Principia regulativa v. 1. Febr. 1718 I. (XXVI) Pat. v. 28. Marz 1718 . . II. a. 633 Regl. v. 8. Sept. 1718 . . II. a. 633 Bat. p. 30. Dec. 1718 . . I. (XLVIII) B. v. 22. Marz 1719 I. (LI) Bat. v. 10. Juli 1719 . . I. (XLVIII) Cb. v. 27. Nov. 1719 . . . II. a. 107 B. v. 9. April 1720 L (LI) 28. v. 16. Juni 1720 I. (LI) Dienst-Regl. v. 20. Oft. 1720 I. (XXIII) Walds zc. D. v. 3. Dec. 1720 II. b. 746 B. v. 12. Aug. 1721 I. (XXX); II. b. 360. Deff. v. 28. Aug. 1721 . II. a. 1016 Cb. v. 11. Dec. 1721 . . . II. b. 751 Eigenth. D. v. 25. April 1722 II. a. 873. 975 Ges. Ordn. v. 24. Aug. 1722 . . . I. (XXX) **Cb. v. 6.** Oft. 1722. . . . I. (XLVII) Bat. v. 24. Marz 1723 . I. (XLVIII) Bol. D. v. 20. Sept. 1723 II. a. 909, II. b. 710 B. v. 6. Marz 1724 . . . II. b. 763 B. v. 31. Aug. 1724 . . . 11. ь. 574 Regl. v. 25. Oft. 1725 . . I. (XXX) Cb. v. 7. Oft. 1726 I. (LXXIX), II. **b.** 570. 579 R. D. v. 1. Dec. 1726 . . II. a. 988 Bat. v. 12. Febr. 1727 II. b. 677. 683 Bat. v. 18. Aug. 1727 I. (XLIII), II. b. 571, 575, 645 Cb. v. 8. Jan. 1731 II. b. 712. 751 Cb. v. 23. Febr. 1733 II. a. 108, II. b. 712 Defl. v. 14. Nov. 1736 . . I. (XXIX) Regl. v. 6. Febr. 1737 . . II. b. 677

Bai. v. 5. März 1737 . . . I. (XXIX) Bat. v. 18. März 1737 . . I. (XXIX) Holz = 1c. D. v. 4, Marz 1738 IL b. 710 B. v. 23. Juli 1738 . . . II. **b.** 574 Ed. v. 14. Márz 1739 I. (LXXII), II. a. 43, 910 C. v. 12. April 1739 . . . I. (XXX) Eigenth. D. v. 26. Nov. 1741 I. (LXV), II. a. 872, 877, 949, 953, 963, 975, 992 R. v. 13. Dec. 1742 . . . L (LVIII) Bat. v. 23. April 1743 I. (XXXVIII) Mandat v. 19. Aug. 1743 II. a. 692 Eb. v. 22. Juni 1744 . . . II. b. 751 Rheinstrom=D. v. 2. Dec. 1744 II. b. 677 Deich = 2c. D. v. 3. Mai 1746 II. k. 675 Cb. v. 20. Dec. 1746 I. (XXXVIII). II. b. 573, 580, 599, 602, 621 Regl. v. 22. Jan. 1747 . . IL. b. 587 R. D. v. 2. Aug. 1748 . . . II. 2 97 Cb. v. 10. Dec. 1748 . . I. (XXXVI) Ronftitut. v. 14. Juli 1749 I. (LXXIII), 11. a. 44, 606 Eb. v. 12. Aug. 1749 I. (LXXII), IL a. 43, 44, 606, 872, 910, 987 R. v. 8. 3an. 1750 11. a. 44 Drdn. v. 4. Aug. 1750 I. (XXXVIII) B. v. 24. Mai 1751 U. a. 85 Cb. v. 7. Oft. 1751 . . . II. a. 1010 Ed. p. 1. Jan. 1752. . . . IL b. 710 Regl. v. 1. Mai 1752 L (LXXX), IL **b.** 1 V. v. 27. Nov. 1753 . . . II. a. 909 Eb. v. 28. Juni 1754 . . . H. b. 676 Dorf»D. v. 22. Nov. 1754 II. b. 705 Dorf:D. v. 7. Febr. 1755 II. b. 626, 705, 711 Damm: D. v. 30. Marz 1755 H. b. 676, 68z C. v. 15. Marz 1756 . . . II. a. 85 Holze, Mast: u. Zagd:D. v. 19. Apeil 1756 I. (XXXVIII) R. D. v. 3. Mar 1758 I. (CVIII). . IL a. 334 98. v. 17. Mark 1758 . . . II. b. 676 Felb . D. v. 27. Juli 1759 II. a. 97, II. b. 705, 709 Gen. v. 18. Mai 1761 . . . L (LVII) R. D. v. 12. Febr. 1762 . L (LXXI) B. v. 25. Juli 1762 . . . II. a. 982. Instr. v. 23. Mai 1763 . . . II. b. 1 B. v. 23. Mai 1763 . . . L (LXXX) M. v. 29. Juli 1763 IL b. 1 Ufer : 2c. D. v. 12. Sept. 1763 II. L. . 600**, 677_68**8 C. v. 4. Mai 1764 II. a. 85 E. v. 5. Mai 1764 IL a. 85 BegerRegl. v. 24, Juni 1764 L (LXXIX)

Cb. v. 12. Juli 1764 I. (LXXIII), II.
a. 44, 48, 606, 872, 910
Regl. v. 14. Juli 1764 II. a. 987 Cb. v. 6. Aug. 1764 II. b. 762
Bauer:D. v. 30. Sept. 1764 I. (LII)
37. v. 3. Nov. 1764 II. a. 872
&b. v. 9. Dec. 1764 II. b. 751 B. v. 20. Jan. 1765 I. (XXXV)
C. v. 22. Febr. 1765 IL a. 85
C. v. 28. Juni 1765 II. b. 1 Instr. v. 28. Juni 1765 I. (LXXX)
Meier . D. v. 23. Dec. 1765 I. (LX),
II. a, 872, 873, 964, 971, 975 Deich 2c. D. v. 14. Febr. 1766 II. b.
675
28. v. 9. Mai 1766 I. (LXIV), II. a. 910
Infir. v. 21. Juni 1766 . I. (LXXIX)
Gen. v. 15. Aug. 1766 II. a. 128
Gen. v. 28. Nov. 1766 I. (LVII) B. v. 8. Dec. 1766 I. (LXX)
Teiche 2c. D. v. 24. Febr. 1767 II. b.
676, 682 676. v. 5. Már _k 1767 II. a. 44
Bege = Regl. v. 2. Febr. 1768 I.
(LXXIX) (LXXIX) (Ben. v. 29. Febr. 1768 I. (LVII)
B. v. 20. Márz 1768 II. b. 574
B. v. 8. Juli 1768 II. b. 746 C. v. 3. Sept. 1768 II. a. 97
8. v. 5. Sept. 1768 II. b. 746
B. v. 30. Sept. 1768 II. b. 746 Deich: 2c. D. v. 23. Jan. 1769 II. b.
675, 676, 689
Ges. D. v. 11. Febr. 1769 I. (LXXI)
Miers:D. v. 6. Marz 1769 II. b. 677 Ed. v. 21. Oft. 1769 I. (LXXX), II
b. 1, 705
Wege:D. v. 19. Nov. 1769 I. (LXXIX) B. v. 26. Marz 1770 II. b. 574
Eigenth. D. v. 10. Mai 1770 I.
(LXVI), II. a. 876, 877, 949, 975, 984, 992, 993, 997, 998
Eb. v. 12. Mai 1770 II. b. 711
R. v. 19. Mai 1770 I. (LXXX) R. v. 19. Mai 1770 I. 103, II. a. 101,
II. b. 2, 705, 729
R. v. 25. Dec. 1770 II. b. 2. B. v. 27. Febr. 1771 II. a. 905
Regl. v. 14. April 1771 . I. (LXXX),
. II. b. 2, 5
R. O. v. 13. Jan. 1772 I. (LXXVIII), II. a. 231
Cb. v. 14. Febr. 1772 I. (XXXVIII),
II. a. 762, 779 Cb. v. 11. Mar _i 1772 II. b. 135
Instr. v. 5. Juni 1772 I. (LXXIV), II.
a. 590, 629, 630 Regl. v. 27. Juli 1772 U. b. 711
B. v, 20. Nov. 1772 II. a. 1013
R. v. 6. Febr. 1773 11. b. 2.

,İ

į

j

į

1

C. v. 10. Marz 1773 II. a. 85 Forst: u. Feld:Pol.:O. v. 1. Mai 1773 И. b. 574 B. v. 2. Juni 1773 II. b. 746 Vorfluth-Ed. v. 6. Juli 1773 I. (LXXIX), II. b. 570, 579, 580, 581, 607, 705 Infir. v. 21. Sept. 1773 I. (XXVI, B. v. 8. Nov. 1.773 . . . I. (LXXV) R. v. 5. Febr. 1774 11. b. 2 Cb. v. 15. Aug. 1774 . . . I. (LXX) R. v. 27. Dec. 1774 II. b. 2 B. v. 18. Febr. 1775 . . . I. (LXXI) Bat. v. 18. Nov. 1775 I. (XCV), II. Regl. v. 18. Nov. 1775. . II. b. 573 Forft:D. v. 3. Dec. 1775 . U. a. 106 R. D. v. 16. Dec. 1775 I. (LXXVIII) Pol. D. v. 28. Febr. 1776 II. a. 925 C. v. 14. Marz 1776 . . . II. a. 85 B. v. 18. Marz 1776 . . . II. b. 745 Gen. v. 15. Aug. 1776 . . . I. (LVII) Megl. v. 1. Sept. 1776 II. b. 676, 682 Detl. v. 5. Dec. 1776 . . . I. (XXX) B. v. 5. Dec. 1776 II. a. 905 R. D. v. 27. Dec. 1776 . II. a. 632 R. D. v. 20. Febr. 1777 H. a. 646, 662 Mühlen . D. v. 28. Aug. 1777 II. b. 573, 585, 586, 593, 599, 621 C. v. 8. Febr. 1778 II. a. 97 B. v. 17. Marz 1778 . . . II. b. 746 C. v. 11. Aug. 1778 II. a. 97 B. v. 22. Sept. 1778 . . . II. b. 746 Deich: 2c. D. v. 27. April 1779 II. b. 676, 682 C. v. 10. Juni 1779 II. a. 97 Deich : 2c. D. v. 14. Dec. 1779 II. b. 675, 676, 682 Regl. v. 20. Dec. 1779 . . I. (LXIX) Juriebift. Regl. v. 20. Dec. 1779 IL. a. 987 Dorf & Ordn. v. 31. Oft. 1780 . . . I. (XLVIII) Ruhrftrom:D. v. 10. Mai 1781 II. b. 677 B. v. 26. Juli 1781 . . . II. b. 745 B. v. 2. Sept. 1781 . . . II. a. 905 Graben : D. v. 19. Sept. 1781 H. b. **574** B. r. 16. Jan. 1782 . . . II. b. 574 R. v. 27. Febr. 1782 . . . I. (CXIV) Bat. v. 3. Mai 1782 I. (LXIV, XC), II. a. 910, 911 Bat. v. 3. Aug. 1782 . . . II. b. 764 Regl. v. 30. Nov. 1782 . . I. (XXVI) Pol. B. v. 10. Febr. 1783 II. b. 574, 745 B. v. 19. Juli 1783 . . . II. b. 746

Erbyachts: Ordn. v. 21. Sept. 1783 I. (LXVIII), II. a. 877, 969, 975, 982 984, 992, 993, 998
Leibeigenth. D. v. 9. Marz 1784. II.
B. r. 2. Mai 1784 II. a. 905 Gen. v. 4. Mai 1784 II. a. 128 K. D. v. 11. Sept. 1784 I. (LXXV) Publ. v. 18. Sept. 1784 . II. a. 107 Bubl. v. 12. Dec. 1784 . I. (LXXV) Inftr. v. 20. Jan. 1785 . I. (LXXVI) K. D. v. 14. Juni 1785 . I. (LXXI) B. v. 31. Juli 1786 II. b. 746 Befehl v. 1. Aug. 1786 . I. (LXXIV) Fischerei-D. v. 22. Febr. 1787 II. b.
Ed. v. 11. Marz 1787 . I. (LXXVII) Landgestützegl. v. 30. Juli 1787 II. b. 754
6. v. 23. Febr. 1788 II. a. 85 10. v. 16. April 1788 I. (LXXVI) 10. v. 11. Nov. 1788 II. a. 85 20. v. 12. Juni 1789 II. b. 754
Th. v. 30. Juli 1789 I. 53, II. a. 37 D. v. 4. Aug. 1789 II. a. 57 J. v. 4. Aug. 1789 . I. (LXXXIII) L. v. 5. Aug. 1789 . II. a. 41, 913 Defl. v. 23. Dec. 1789 . II. b. 753 R. v. 11. Jan. 1790 II. a. 107 Defr. v. 15. Marz 1790 . II. a. 764 D. v. 11. Warz 1790 . I. (LXXXIII) Defl. v. 25. Marz 1790 I. (LXXIV),
II. a. 646, 647, 651 Defr. v. 28. Márz 1790 . II. a. 764 G. v. z. Mai 1790 . I. (LXXXIII) G. v. 1. Dec. 1790 II. a. 1019 B. v. 8. Dec. 1790 I. (XCIV) Biefen-D. v. 18. Dec. 1790 II. b. 627 G. v. zz. Dec. 1790 I. (LXXXIII) Defr. v. 26. Dec. 1799 II. b. 573, 579
G. v. 29. Dec. 1790 II a. 886 Mühlen: D. v. 1. Febr. 1791 II. a. 925 Cb. v. 21. Febr. 1791 II. b. 772 G. v. 77. März 1791 II. a. 891 Defr. v. 17. März 1791 II. a. 764 B. v. 6. April 1791 II. b. 574
G. v. 47. April 1791 . I. (LXXXIII) B. v. 4. Mai 1791 . II. a. 910, 911 R. v. 30. Mai 1791 II. b. 65 G. v 70. Juni 1791 . I. (LXXXIII) Code rural v. 28. Sept. 1791 II. b. 9
706, 720, 748 Sen. v. 9. Dec. 1791 I. (LVII) B. v. 9. Mai 1792 II. b. 708 Fischerei D. v. 11. Juni 1792 II. b. 763 G. v. 44. Aug. 1792 . I. (LXXXIII)
Gen. v. 12. Ott. 1792 II. a. 128

Bubl. v. 28. Dec. 1792 . . II. b. 755 Bat. v. 7. April 1793 . . . II. a. 691 9. v. 30. Juli 1793. . . . II. b. 765 6. v. 17. Juli 1793 . . I. (LXXXIII) Deft. v. 9. Aug. 1792 II. b. 677, 683 S. v. 26. Sept. 1793 . . . II. b. 765 Defr. v. 4. Dec. 1793 . . II. b. 573 3. v. 17. Jan. 1794 . I. (LXXXIII) Bubl. v. 1. Marz 1794 . . IL a. 106 Eb. v. 28. Marz 1794 . . . I. (LV) Rarthauen.D. v. 30. Juni 1794 IL b. 677 33. v. 29. Aug. 1794 . . . II. b. 709 Bubl. v. 15. Sept. 1794. . II. b. 764 M. v. 13. 3an. 1795 IL b. 570, 579 Cb. v. 15. Jan. 1795 . . И. Ь. 710 Cb. v. 15. Juni 1795 v. II. b. 336 Bubl. v. 6. Aug. 1796 . . II. h. 755 8. v. 10. Hug. 1796 . . . II. b. 750 B. v. 28. Aug. 1796 . . . II. b. 336 Bubl. v. 21. Sept. 1796 . II. a. 107 Landgestüt-Regl. v. 27. Rov. 1796 II. Ь. 754 C. v. 16. Mart 1797 II. a. 97 Detl. v. 30. April 1797. . II. a. 766 Bubl. r. 6. Juni 1797 . . II. b. 762 Cb. v. 16. Aug. 1797 . . II. b. 759 6. R. v. 15. Mai 1798 I. 53, N. a. 34 R. v. 1. Juni 1798 Bubl. v. 18. Juni 1798 . II. b. 762 R. D. v. 25. Jul. 1798 . I. (LXXVI) **8.** v. 12. Oft. 1798 . . . II. a. 891 LandgestützRegl. v. 24. April 1799 II. **b.** 754 B. p. 18. Juli 1799 . . . I. (LXXVI) Inftr. v. 14. Aug. 1799 I. (LXXVII) A. D. v. 5. Rov. 1799. . I. (LXXVI) Deff. p. 9. Rop. 1799 . . . II. a. 106

1800.

B. v. 3. Febr	II.	b.	759
Bat. v. 14. Pai			
Bat. v. 9. Juni	H.	b.	764
B. v. 22. Juni	II.	2.	106
Erl. v. 31. Aug I. 103,	II.	2.	101
R. v. 7. Dit	l.	(LI	MII)
38. v. 17. Oft	II.	b.	764
R. D. v. 18. Oft		-	
R. v. 26. Nov	II.	a.	104

1801.

R. v. 28. Jan	II.	b .	759
Schreib. v. 26. Febr	II.	Ъ.	759
M. v. 29. Juni	II.	Ь.	315
Pat. v. 11. Dec	II.	Ь.	764
Bat. v. 14. Dec. I. (XCV),	II.	P	8
Dett. v. 17. Dec I. 54,			

1802.	1807.
Ch. v. 16, Jan	B. v. 26, Mai II. a. 933 B. v. 1. Aug. II. a. 925 S. v. 18. Aug. II. a. 886 B. v. 2. Sept. II. a. 932 S. v. 16. Sept. I. (LXXXV), II. b. 573 579, 622
G. v. 19. Mai	Cb. v. 9. Dft. I. (XCVIII), I. 33, II. a. 27 A. D. v. 28. Dft. I. (XCVIII), I. 90 II. a. 53, 58, 79
1803.	B. v. 30. Oft II. b. 765 Defr. v. 7. Nov II. a. 857
Defl. v. 8. Febr	Ronstit. v. 15. Nov. I. (LXXXVII), II. a. 857, 879, 915. 964, 1008, 1009 Defr. v. 24. Nov II. a. 857 Defr. v. 1. Dec II. a. 916 Defr. v. 7. Dec II. a. 879
G. v. 4. Mai II. b. 573, 622 B. v. 26. Juni II. a. 932	. 1808.
R. D. v. 24. Nov I. 55, II. a. 37 1804.	B. v. 1. Jan. I. (XCI), II. a. 56, 933 B. v. 28. Jan II. a. 942, 1009 Justr. v. 14. Jan I. (CXI)
B. v. 18. Febr. II. b. 709 B. v. 19. April II. b. 336 K. D. v. 25. April II. a. 691 R. v13. Mai II. a. 691 Defr. v. 5. Aug. II. a. 886 G. v. 1. Oft. II. a. 886	B. v. 16. Jan
98. v. 8. Nov II. b. 401 93. v. 29. Dec. I. (LXXII), I. 90, II.	Bekanntm. v. 29. Jan II. a. 49 B. v. 14. Febr I. 58, II. a. 45 Defr. v. 17. Febr II. a. 879 R. v. 23. Febr I. 72, II. a. 52
1805.	Defr. v. 6. März 11. a. 879 B. v. 33 März 11. a. 933
M. v. 28. Febr. II. a. 185 Jehnt:D. v. 1. Mai II. a. 930 R. D. v. 26. Sept. II. a. 52 R. v. 5. Oft. II. a. 52 Forst: u. Jagd:D. v. 8. Oft. II. a. 106 N. v. 6. Dec. II. a. 930	The control of the c
` 1806 .	B. v. 24. Juni II. a. 886, 916, 987 B. v. 2. Jul II. b. 710
R. D. v. 20. Jan	Deffische Gem. Th. D. v. 9. Juli I. (LXXXIX), II. a. 849, 915, 919, II. b. 5, 6, 710 B. v. 27. Jul. I. (C), I. 243, II. a. 11, 844 Defr. v. 5. Aug. II. a. 764, 951, 1004 1006 S. v. 44 Aug. II. a. 893 Defr. v. 21. Aug. I. (LXXXIX), II. a. 942, 1019 II. a. 944 Pat. v. 29. Aug. II. b. 744
925	Detr. v. 21. Sept II. a. 879, 945

Bubl. v. 7. Oft. II. b. 710 R. D. v. 2. Nov. II. a. 34 Bubl. v. 8. Nov. I. 78, II. a. 75 R. v. 16. Nov. II. a. 845 Defr. v. 19. Nov. II. a. 35 B. v. 10. Dec. II. a. 880 Defr. v. 12. Dec. I. (LXXXVI), II. a. 56, 887, 888, 889, 891, 943, 947 949, 950, 956, 957, 959, 960, 962 963, 966, 971, 976, 990, 994, 998
999, 1001 Publ. v. 16. Dec. II. a. 1, 2, 9, 10 Haus. G. v. 47 Dec. II. a. 116, 118 123 Gesch. Instr. v. 23. Dec II. a. 10 B. v. 26. Dec. II. a. 2, 10, II. b. 687 703
1900

1809.
Defr. v. 11. Jan. I. (LXXXV) II. a. 56, 888, 902, 959, 994
Defr. v. 12. Jan. II. a. 888, 967, 1007 B. v. 24. Jan II. a. 915
Cb. v. 12 Febr. II. a. 56, 933, 935,
Defl. v. 5. Marz I. (XCVIII) C. R. v. 75 Marz I. 35, II. a. 30
3mstr, v. 27. Marz I. (CXII)
Defr. v. 28. Marz I. (LXXXVIII) II.
a. 892, 902, 1007, 1015, 1016, 1017
R. D. v. 28. Marz I. 46, II. a. 30, 31 Defr. v. 31. Marz II. a. 764, 890
1005 C. R. v. 4. April I. 46, II. a. 30 Bubl. v. 8. April I. 79, II. a. 58
Detr. v. 16, Mai I. (LXXXVIII, II. a. 892. 958
Defl. v. 14. Mai II. a. 933 Defr. v. 27. Juli I. (LXXXVIII), II.
a. 893, 947, 952, 958, 990, 997 6. 92. v. 12. Aug II. a. 49
R. v. 12. Aug II. a. 49 Defr. v. 18. Aug. I. (LXXXVIII), II.
a. 892, 893, 1010, 1027 R. v. 19. Aug II. a. 50 R. v. 29. Aug I. 72, II. a. 52
R. v. 20. Sept 11. a. 49
B. v. 30. Sept II. a. 915 Defl. v. f. Oft II. a. 933 B. v. 10. Oft II. a. 54, 766
B. v. 26. Oft I. (XCV) Detr. v. 3. Nov II. a. 879
28. v. 5. Nov. I. (LXXXIX) II. a. 56 919, II. b. 5, 7
Tb. v. 6. Nov II. a. 116, 123 Rolonat-B. v. 5. Nov. II. a. 911, 915
919, 960, 966, 975

R. D. v. 7. Nov	. IL. a. 77
-Defr. v. 12. Rov II.	a. 879, 961
M. r. 6. Dec. :	
R. D. v. 8. Dec	_
B. v. 9. Dec	
Detr n 12 Dec	

1010,
Saubergs: D. v. 6. Jan. II. b. 192 Instr. v. 9. Jan. I. (CXII) B. v. 9. Jan. II. 63, II. a. 45 R. v. 15 Jan. III. b. 401 R. v. 20. Jan. III. b. 401 Defr. v. 12. Febr. III. a. 764, 894 1004, 1006, 1009 Defr. v. 23. Febr. III. a. 35 G. R. v. 2. Márz III. a. 49 R. v. 2. Márz III. a. 49 R. v. 2. Márz III. a. 49 R. v. 2. Márz III. a. 894 Defr. v. 6. Márz III. a. 165, 168 Defr. v. 19. April III. a. 165, 168 Defr. v. 19. April III. a. 159 R. v. 10. Maí III. b. 710 R. v. 17. Maí III. a. 159 R. v. 10. Juli III. a. 881 R. v. 10. Juli III. a. 881 R. v. 10. Juli III. a. 881 R. v. 10. Juli III. a. 881 R. v. 10. Juli III. a. 881 R. v. 30. Juli III. a. 897 R. v. 30. Juli III. a. 897 R. v. 30. Juli III. a. 891 Defr. v. 7. Aug. III. a. 891 Defr. v. 7. Aug. III. a. 891 Defr. v. 7. Aug. III. a. 892 Defr. v. 7. Sept. I. (LXXXIX) II. a. 932 Defl. v. 8. Sept. III. a. 932
V. v. 8. Sept II. a. 56, 912, 919
R. D. v. 28. Sept. I. 360, II. k.
Bubl. v. 24. Oft I. 83. II. 2. 58 Ed. v. 27. Oft. I. (XCIX, CXXXI), II. 2, 89, 153 Ed. v. 28. Oft. I. (XCIX), II. 2, 84, 89, 119, II. b. 644, 765, 767 Ed. v. 30. Oft. I. (XCIX), II. 2, 49, 89 Ed. v. 2. Nov. I. (XCIX), I. 83, II. 2, 765, 782, II. b. 644
89. v. 3. Nov II. b. 401
Defr. v. 8. Nov II. a. 881
Gef. D. v. 8. Nov L (XCIX)
Betr. v. 1. Dec. I. (LXXXIX), II. 2.
892
Defr. v. 14. Dec. II. a. 978, 979
Defr. v. 14. Dec. II. a. 855, 858, 864
886, 891

-

j

1811.	R. D. v. 11. Marz II. a. 334
Defr. v. 6. Jan II. a. 881 Befanntm. v. 28. Jan II. a. 863	Befr. v. 3. April II. a. 892 B. v. 5. Mai II. a. 41 B. v. 15. Mai . II. a. 913, 914, 921
R. v. 4. Febr II. a. 1019	Defr. v. 31. Mai I. (LXXXIX), II. a.
B. v 7. Febr II. a. 932 B. r. 9. Febr. II. a. 56, 866, 913, 915	893, 942, 1019, 1022 R. v. 10. Juli II. b. 311
919, 921, 923, 927 R. v. 23. Febr II. b. 401	H. v. 21. Juli II. a. 82, 84 Gen. v. 12. Aug II. a. 767
B. v. 27. Febr. I. (LXXXIX), XCIX) II. a. 915, 916, 919, 922, 923, 925	Defr. v. 14. Aug II. a. 892 B. v. 15. Aug II. a. 925
1020, 1025 Abl. D. v. 16. März . II. a. 88, 118	R. v. 24. Aug I. (LVII) B. v. 3. Sept. I. (XCI), II. a. 56,
Co. v. 16. Marz I. (C), II. a. 136 II. b. 304	934, 935, 936 97. v. 16. Oft II. a. 48
B. v. 18. März II. a. 34 B. v. 28. März I. (CXXXI)	R. D. v. 5. Nov. I. 360, II. b. 120 B. v. J. Nov. I. (XCI), II. a. 935
88. v. 1. April II. a. 916	II. b. 706, 746
Defr.v. 13. April I. (LXXXVIII), II. a. 892 Defr. v. 19. April II. a. 881	Defr. v. 4. Dec II. a. 1006 R. v. 5. Dec II. a. 77
Defr. v. 28. April II. a. 855 Gen. v. 8. Mai I. (LVIII) II. a. 766	1813.
Defr. v. 79. Mai II. a. 892 R. v. 14. Mai II. a. 932	Defr. v. 8. Jan. I. (LXXXVII), II. a.
B. v. 47. Mai . I. (XCI), II. a. 935 Defr. v. 29. Mai II. a. 881	887, 892, 914, 960, 963, 978, 1015 R. v. 16. Jan II. a. 52
Forst-Org. Defr. v. 22. Juni I. (LXXXIV) Defr. v. 4. Juli II. a. 880, 881	Detr. v. 18. Jan II. a. 893, 1019 Defr. v. 22. Jan. L (LXXXVII), II. a.
R. D. v. 18. Juli II. b. 769 Defr. v. 25. Juli II. a. 892, 990	885, 887, 1010 Gen. v. 5. Febr I. (LVIII)
Ed. v. 7. Sept II. a. 153 Fin. Ed. v. 7. Sept I. (XCIX)	Defr. v. 19. Marz I. (LXXXVII), IL. a. 889, 897, 962, 1010
Defr. v. 13. Sept. I. (LXXXVI) II. a. 56, 870, 885, 887, 888, 889, 890	Defr. v. 26. Marz II. a. 893 R. v. 13. April II. a. 35
891, 898, 902, 943, 947, 950, 959	Felbm. Regl. v. 29. April II. b. 329, 333
960, 961, 962, 966, 967, 969, 971 972, 976, 988, 989, 994, 995, 997	97. v. 13. Juni II. b. 298 97. v. 3. Juli II. a. 84, 648
998, 999, 1001, 1002, 1003, 1004 1005, 1007, 1009, 1012, 1027	Defl. v. 18. Aug. I. (XC), H. a. 56 • 911, 925, 968
Co. v. 14. Sept I. (C) Land. Rult. Co. v. 14 Sept I. 91	H. v. 9. Oft. II. p. 935, 939 V. v. 2. Dec. II a. 859, 898
Instr. v. 17. Ott	B. v. 20. Dec. II. a. 56, 904, 905, 907 B. v. 21. Dec II. a. 882, 883
2. 102, 124, II. b. 572 Defr. v. 9. Dec. I. (LXXXVII), II. a.	1814.
885, 886, 887, 889, 890, 902, 943 948, 950, 952, 956, 957, 958, 960	A. D. v. 3. Jan II. a. 3
963, 972, 978, 991, 994, 995, 997 998, 1002, 1005, 1007, 1008, 1010	B. v. 16. Jan II. a. 933 Publ. v. 14. M ai II. a. 897
1015, 1020, 1027 Deft. v. 17. Dec II. a. 879	B. v. 3. Jun II. a. 2 Publ. v. 24. Juli II. a. 897
	Bubl. v. 10. Aug II. a. 897 B. v. 23. Aug. II. a. 859, 882, 883, 898
1812.	Bubl. v. 8. Nov II. a. 913
Defr. v. 24. Jan II. a. 881 R. v. 30. Jan II. a. 74	29. v. 8. Nov II. a. 917
Detl. v. 19. Febr. I. (CVIII) II. a. 334 Detl. v. 19. Febr. I. 71, II. a. 52	1815.
R. D. v. 20. Hebr II. a. 140 Ctl. v. 29. Febr I. 52, II. a. 34	98. v. 23. Febr II. a. 140 D. v. 30. April I. 17, II. a. 10, 11, 12
Ch. v. 11. Marz II. a. 35	- 14, 90, 111, 119

R. D. v. 3. Mai II. s. 54, 603, 664 R. D. v. 5. Mai I. (XCI), II. a. 898 1030, 1031 Ev. v. 21. Juni . II. a. 40, 926, 939 Befanntm. v. 12. Juli II. a. 54 R. D. v. 19. Aug II. a. 55	Publ. v. 1. Dft. II. a. 144 N. v. 21. Dft. II. a. 233 Gesch. III. a. 16 111, II. b. 685 N. v. 28. Nov. I. 47, II. a. 31 Publ. v. 20. Dec. II. a. 15
28. v. 77. Dec II. a. 767, 936 1816.	Bubl. v. 22. Dec II. b. 336
B. v. 8. Jan. II. a. 882 R. D. v. 31. Jan. II. a. 14 R. D. v. 24. Febr. II. b. 642 R. D. v. 15. Febr. II. a. 6 Defl. v. 29. Mai. I. (CI) Regul. v. 29. Mai I. (XCIX), II. a. 89 B. v. 31. Mai II. a. 88, 170, 223, 556 R. D. v. 20. Juni II. b. 613 R. D. v. 17. Juli II. b. 613 R. v. 15. Aug. II. a. 917 R. v. 21. Aug. II. a. 917 R. v. 23. Dec. III. a. 884	N. v. 21. Febr. II. b. 584 Publ. v. 24. Febr. II. b. 752 N. v. 2. Marz I. 470, II. b. 260 Publ. v. 3. Marz II. b. 752 Publ. v. 7. Marz II. b. 772 Publ. v. 8. Marz II. b. 585 V. v. 11. Marz II. a. 902 Publ. v. 12. Marz II. a. 129, 157 Publ. v. 26. Marz II. a. 129, 157 Publ. v. 5. April II. b. 755 Publ. v. 5. April II. b. 772 Publ. v. 21. April II. a. 48
91. p. 24. Dec. II. b. 715 21. p. 24. Dec. I. (LXXXIV), I. 100, II. a. 91	N. v. 24. April 11. b. 303 8. v. 9. Mai I. 671, II. b. 443, 478 480, 487 V. v. 11. Mai I. (XCIII) 8. v. 25. Mai II. a. 521, 882, 863,
R. D. v., 6. Jan. II. b. 584 Rubl. v. 13. Fax. II. b. 773 R. p. 21. Jan. II. a. 33 Rubl. v. 27. Jan. II. b. 336, 755 R. v. 9. Febr. II. a. 898, 1030 R. v. 25. Febr. II. a. 898, 1030 R. v. 25. Febr. II. a. 28 Rubl. v. 5. Mārz II. b. 754 T. Y. 19. Mārz II. b. 295 R. v. 22. Mārz II. b. 295 Rubl. v. 29. Mārz II. a. 28 Rubl. v. 29. Mārz II. a. 28 Rubl. v. 29. Mārz II. b. 751 R. D. v. 10. April II. a. 21, II. b. 241 Rubl. v. 25. April. II. a. 47, 589 Rubl. v. 20. Mai I. 66, II. a. 47, 589 Rubl. v. 6. Juni I. 104, II. a. 101 Instr. v. 9. Juni II. a. 899 Rubl. v. 17. Juni II. b. 708	Bubl. v. 13. Juni
Bubl. v. 18. Juni II. a. 160 Bubl. v. 20. Juni II. b. 771 B. v. 20. Juni II. b. 771 Bubl. v. 22. Juni II. b. 709 Bubl. v. 6. Juli II. a. 164, 175 Bubl. v. 15. Juli II. b. 709 Bubl. v. 25. Juli II. b. 709 Bubl. v. 25. Juli II. b. 709 Bubl. v. 18. Aug. II. a. 48 Bubl. v. 18. Aug. II. a. 144	R. v. 13. Nov. II. b. 715 Bubl. v. 29. Nov. II. b. 757 R. v. 8. Dec. II. a. 61 Publ. v. 15. Dec. II. b. 751 Publ. v. 24. Dec. II. b. 714 1819. R. v. 4. Jan. II. b. 595 B. v. 18. Jan. I. (XLII, XCVII), I. 88, II. a. 55, 78
R. v. 3. Sept II. b. 299 R. v. 3. Sept I. 67, II. a. 47, 589 Instr. v. 9. Sept 91	R. v. 23. Jan II. b. 276 Publ. v. 1. Febr. I. 533, II. b. 323, 329, 336

Coreib. v. 5. Febr. I. 70, II. a. 47,	
589 H 12 500 CHA TT 1 000	1821.
M. v. 3. Márz II. b. 280 M. v. 17. Márz I. 573, II. b. 355	1021.
R. v. 31. Marz II. b. 423	R. v. 15. Febr II. a. 578, 1026
98. v. 7. April II. a. 751	Publ. v. 5. Marz II. b. 751
Bubl. v. 8. April II. b. 336	Bubl. v. 9. März II. b. 772
08. v. 12. April II. b. 276	Feuer: B. D. v. 19. Warg. II. b. 336
209 II a 54 588 603 609 646	S. v. 23. April II. a. 150
209, II. a. 54, 588, 603, 609, 646, 647, 664	R. v. 4. Mai II. b. 242 R. v. 18. Mai II. b. 317
Bubl. v. 10. Mai II. b. 765	R. v. 22. Mai II. s. 578, 1026
R. v. 26. Mai I. 67, 11, a. 47, 589	Sauberges, D. v. 24. Mai . II. b. 192
10. v. 8. 3uni I. (CXXXI)	N. v. 25. Mai H. a. 159
8. b. 9. Juni II. a. 647	Bubl. v. 31. Mai
M. v. 16. Juni II. b. 711 Bubl. v. 18. Juni II. b. 758	Abl. D. v. 7. Juni I. (CVI) Ausführ. G. v. 7. Juni I. 434, II. b.
Bubl. v. 22. Juni II. a. 169	406
Bubl. v. 15. Juli . I. 534, II, b. 325	Gem. Th. D. v. 7. Juni 1. 313
R. v. 21. Juli II. b. 311	M. v. 16. Juni II. a. 752
92. v. 28. Juli II. a. 633	Bubl. v. 20. Juni IL b. 714, 728
Instr. v. 29. Juli 11. a. 91	97. v. 26. Juni . 1. 608, II. b. 408
R. D. v. 3. Sept 11, a. 899 B. v. 18. Nov. I. 17, II. a. 13, 587	R. v. 30. Juni 11. b. 244 Publ. v. 10. Juli II. a. 15, II. b. 752
97, v. 28. Nov II. a. 89, 278	Bubl. v. 16. Juli II. b. 287
99. v. 29. Nov I. 584, 11. b. 380	6. v. 21. Juli I. (XCVII), I. 17
382, 383, 386	M. v. 31. Juli II. a. 35
1820.	97. v. 17. Aug II. a. 91
1000	R. D. v. 23. Aug I. 22, II. a. 15 R. D. v. 5. Sept I. 52, II. a. 34
1020,	6 10 4 40 Gaut 1 ADC 11 L ADE
·	1 MB. UL. U. IV. STDL. I. 400. II. D. EMR
B. v. 18. Jan II. a. 150	A. R. v. 10. Sept. I. 486, II. b. 295 R. D. v. 20. Sept II. a. 21
B. v. 16. Jan II. a. 150 R. v. 30. Jan II. a. 936	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 R. v. 1, Oft I. 482, II. b. 286
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 M. v. 1, Oft I. 482, II. b. 286 Resol. v. 13. Oft
B. v. 16. Jan II. a. 150 R. v. 30. Jan II. a. 936 R. v. 4. Febr II. b. 276 R. v. 7. Febr II. b. 351	R. D. v. 20. Sept II. n. 21 M. v. 1, Oft I. 482, II. b. 286 Resol. v. 13. Oft
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 M. v. 1, Oft I. 482, II. b. 286 Resol. v. 13. Oft I. 81 Publ. v. 14. Oft II. b. 751 Publ. v. 19. Oft II. b. 751
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan. II. a. 150 R. v. 30. Jan. II. a. 936 R. v. 4. Febr. II. b. 276 R. v. 7. Febr. II. b. 351 R. D. v. 12. März II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 20. März II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 9. Mai II. b. 755 R. v. 25. Mai II. a. 639 Th. v. 30. Mai II. a. 40, 633 Instr. v. 30. Mai II. a. 926, 939 Th. v. 16. Juni II. b. 759 R. v. 16. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 Dell. v. 1. Juli I. (XCHI), II. a. 884 R. v. 27. Juni II. (XCHI), II. a. 902 R. D. v. 8. Juli I. (XCHI), II. a. 902 R. v. 31. Aug. II. 82, II. a. 76 R. v. 7. Sept. II. b. 392 R. v. 8. Sept. II. b. 392	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan. II. a. 150 R. v. 30. Jan. II. a. 936 R. v. 4. Febr. II. b. 276 R. v. 7. Febr. II. b. 351 L. D. v. 12. Mārz II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 20. Rārz II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 9. Mai II. b. 755 R. v. 25. Mai II. a. 40, 633 Instr. v. 30. Mai II. a. 40, 633 Instr. v. 30. Mai II. a. 926, 939 G. v. 1. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 Lett. v. 1. Juli I. (XCHI), II. a. 29 Lett. v. 1. Juli I. (XCHI), II. a. 902 L. D. v. 8. Juli I. (XCHI), II. a. 76 R. v. 7. Sept. II. b. 288 R. v. 8. Sept. II. b. 392 R. v. 11. Sept. II. b. 392 R. v. 11. Sept. II. b. 392	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan. II. a. 150 R. v. 30. Jan. II. a. 936 R. v. 4. Febr. II. b. 276 R. v. 7. Febr. III. b. 351 L. D. v. 12. Mārz II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 9. Mai II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 9. Mai II. a. 639 Ch. v. 25. Mai II. a. 40, 633 Inftr. v. 30. Mai II. a. 926, 939 G. v. 1. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 Left. v. 1. Juli I. (XCHI), II. a. 29 Left. v. 1. Juli I. (XCHI), II. a. 902 L. D. v. 8. Juli I. (XCHI), II. a. 76 R. v. 31. Aug. I. 82, II. a. 76 R. v. 7. Sept. II. b. 288 R. v. 8. Sept. II. b. 392 R. v. 11. Sept. II. b. 290 R. v. 25. Sept. I. 19, II. a. 15, 16, 849, 899, 901, 1020, 1027	R. D. v. 20. Sept
B. v. 16. Jan. II. a. 150 R. v. 30. Jan. II. a. 936 R. v. 4, Febr. II. b. 276 R. v. 7. Febr. II. b. 351 R. D. v. 12. März II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 9. Mai II. a. 144, 158, 161 Bubl. v. 9. Mai II. a. 639 Th. v. 25. Mai II. a. 40, 633 Instr. v. 30. Mai II. a. 926, 939 G. v. 1. Juni II. a. 926, 939 G. v. 16. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 R. v. 16. Juni II. a. 29 Dell. v. 1. Juli I. (XCIII), II. a. 902 L. D. v. 8. Juli I. (XCIII), II. a. 902 L. D. v. 8. Juli I. (XCIII), II. a. 76 R. v. 7. Sept. II. b. 392 R. v. 11. Sept. II. b. 392 R. v. 25. Sept. I. 19, II. a. 15, 16, 849, 899, 901, 1020, 1027 R. v. 28. Sept. I. 19, II. a. 15, 16, 849, 899, 901, 1020, 1027 R. v. 28. Sept. I. 527, II. b. 317 R. v. 28. Sept. I. 527, II. b. 317 R. v. 28. Sept. I. 527, II. b. 317	R. D. v. 20. Sept
B. v. 18. Jan	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 M. v. 1. Oft I. 482, II. b. 286 Refol. v. 13. Oft II. b. 751 Rubl. v. 14. Oft II. b. 751 Rubl. v. 19. Oft II. b. 751 R. v. 25. Oft. I. 602, II. b. 405, 410 Rubl. v. 27. Oft II. b. 751 R. v. 5. Nov I. 614, II. b. 432 Rubl. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 750 Rubl. v. 15. Nov II. b. 750 R. v. 23. Nov II. b. 751 R. v. 15. Dec II. a. 159 R. v. 15. Dec II. a. 159 R. v. 16. Oft II. b. 751 R. v. 17. Dec II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 239 Rubl. v. 24. Jan II. b. 763 Rubl. v. 24. Jan II. b. 763 Rubl. v. 24. Jan II. b. 751
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 M. v. 1. Oft I. 482, II. b. 286 Refol. v. 13. Oft II. b. 751 Rubl. v. 14. Oft II. b. 751 Rubl. v. 19. Oft II. b. 751 R. v. 25. Oft. I. 602, II. b. 405, 410 Rubl. v. 27. Oft II. b. 751 R. v. 5. Nov I. 614, II. b. 431 Rubl. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 750 Rubl. v. 15. Nov II. b. 750 R. v. 23. Nov II. b. 751 R. v. 15. Dec II. a. 76 Rubl. v. 25. Nov II. b. 751 R. v. 15. Dec II. a. 159 R. v. 15. Dec II. b. 239 Rubl. v. 17. Dec II. b. 239 Rubl. v. 17. Dec II. b. 239 Rubl. v. 30. Dec II. b. 239, 241 1822. R. v. 8. Jan II. b. 239, 241 R. v. 8. Jan II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 M. v. 1. Oft I. 482, II. b. 288 Refol. v. 13. Oft II. b. 751 Rubl. v. 14. Oft II. b. 751 Rubl. v. 19. Oft II. b. 751 R. v. 25. Oft. I. 602, II. b. 405, 410 Rubl. v. 27. Oft II. b. 751 R. v. 5. Nov I. 614, II. b. 431 Rubl. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 750 R. v. 13. Nov II. b. 750 R. v. 23. Nov I. 81, II. a. 76 Rubl. v. 25. Nov II. b. 751 R. v. 15. Dec II. a. 159 R. v. 15. Dec II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 239, 241 1822. R. v. 8. Jan II. b. 763 Rubl. v. 24. Jan II. b. 763 Rubl. v. 24. Jan II. b. 763 Rubl. v. 30. Dec II. b. 763 Rubl. v. 31. Mārz II. b. 764 Inftr. v. 4. Mārz II. b. 764
B. v. 16. Jan	R. D. v. 20. Sept II. a. 21 M. v. 1. Oft I. 482, II. b. 286 Refol. v. 13. Oft II. b. 751 Rubl. v. 14. Oft II. b. 751 Rubl. v. 19. Oft II. b. 751 R. v. 25. Oft. I. 602, II. b. 405, 410 Rubl. v. 27. Oft II. b. 751 R. v. 5. Nov I. 614, II. b. 431 Rubl. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 10. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 751 R. v. 12. Nov II. b. 750 Rubl. v. 15. Nov II. b. 750 R. v. 23. Nov II. b. 751 R. v. 15. Dec II. a. 76 Rubl. v. 25. Nov II. b. 751 R. v. 15. Dec II. a. 159 R. v. 15. Dec II. b. 239 Rubl. v. 17. Dec II. b. 239 Rubl. v. 17. Dec II. b. 239 Rubl. v. 30. Dec II. b. 239, 241 1822. R. v. 8. Jan II. b. 239, 241 R. v. 8. Jan II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 751 R. v. 30. Dec II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754 Rubl. v. 15. Febr II. b. 754

8. v. 15. \$\pir(i \ \ \) 1. 462, \ \ \) 11. b. 243, \ \\ \partial \ \) 12. \\ \partial \ \) 12. \\ \partial \ \) 11. b. 751 \partial \ \) 13. \\ \partial \ \) 13. \\ \partial \ \) 11. b. 752 \partial \ \) 13. \\ \partial \ \) 13. \\ \partial \ \) 11. b. 753 \partial \ \) 13. \\ \partial \ \) 14. \\ \partial \ \) 15. \\ \pa		
## 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1.	82 n. 15. April I. 462, II. b. 243, [Bubl. v. 27. Sept IL b. 752, 753
9. 13. Wai	275	99. v. 14. Oft II. b. 321
g. v. 13. Paci	Bubl. v. 20. April II. b. 751	98. v. 15. Ott II. b. 121
## 18. Pari 1. 351, II. b. 85, 88 ## 19. 18. Suni	B. v. 13. Mai II. b. 759	R. v. 11. Dec. I. 387, II. a. 132, 578
9. v. 16. Suni	M. v. 18. Mai I. 351, II. b. 85, 88	
R. D. 19. 3uni . I. 117, II. a. 168 R. D. 9. 26. 3uni . I. (LXXV) D. D. 27. 3uni . II. b. 590 Bubl. 9. 2. 3uli . II. b. 753 R. 9. 11. 3uli . II. b. 753 R. 9. 12. 3uli . III. b. 753 R. 9. 11. 3uli . II. b. 753 R. 9. 12. 3uli . II. b. 753 R. 9. 14. 3uli . II. b. 763 R. 15. 15. 16. 10. II. b. 763 R. 15. 15. 16. 10. II. b. 763 R. 15. 15. 16. 10. II. b. 763 R. 15. 15. 16. 16. II. b. 763 R. 16. 16. 16.	B. v. 16. Juni II. b. 764	Bubl. v. 15. Dec I. (CH
R. D. v. 26. Sunti II. a. 590 Rubl. v. 2. Sulti III. b. 751 R. D. v. 4. Sulti III. b. 753 R. v. 11. Sulti III. b. 753 R. v. 11. Sulti III. b. 241 R. v. 17. Sulti I. 360, III. b. 122, 124, 125, 126 R. v. 8. Sug. I. 387, II. a. 131, 578, II. b. 177, 241 Rubl. v. 14. Aug III. b. 763 Rubl. v. 8. Sept III. b. 763 Rubl. v. 18. Sept III. b. 763 Rubl. v. 18. Sept III. b. 763 Rubl. v. 19. Opt III. b. 763 Rubl. v. 19. Opt III. b. 763 Rubl. v. 19. Opt III. b. 764 Rubl. v. 10. Opt III. b. 765 R. D. v. 12. Opt III. b. 765 R. D. v. 12. Opt III. b. 408 G. R. v. 31. Opt III. b. 408 G. R. v. 5. Rov I. 347, III. b. 466 Rubl. v. 21. Opt III. b. 336 Rubl. v. 21. Opt III. b. 366 Rubl. v. 23. Rebr. I. 361, III. b. 408 Rubl. v. 14. Rebr I. 361, III. b. 408 Rubl. v. 17. Rebr III. b. 401 Rubl. v. 17. Rebr III. b. 401 Rubl. v. 17. Rebr III. b. 401 Rubl. v. 18. Rebr. III. b. 122 Rubl. v. 17. Rebr III. b. 122 Rubl. v. 18. Rebr. III. b. 122 Rubl. v. 19. Sept III. b. 122 Rubl. v. 19. Sept III. b. 122 Rubl. v. 19. Sept III. b. 122 Rubl. v. 19. Sept III. b. 122 Rubl. v. 19. Sept III. b. 122 Rubl. v. 19. Sept III. b. 122 Rubl. v. 19. Supril III. b. 124 Rubl. v. 19. Supril III. b. 125 Rubl. v. 19. Supril III. b. 317 Rubl. v. 19. Supril III. b. 317 Rubl. v. 19. Supril III. b. 317 Rubl. v. 19. Supril III. b. 318 Rubl. v. 19. Supril III. b. 318 Rubl. v. 19. Supril III. b. 329 Rubl. v.		99. v. 25. Dec. I. 575, II. b. 354, 356
\$\(\) \(\) \] \) \] \] \] \] \] \] \] \] \] \] \] \] \]		Dell. v. 27. Dec II. a. 901, 1020
### 18. D. 2. 3ufi	R. D. v. 27. Juni II. a. 590	
## D. v. 4. Juli 11. b. 763 ## v. 17. Juli 1. 360, IL b. 122, 124, 125, 126 ## v. 8. #ug. I. 367, IL a. 131, 578, IL b. 177, 241 ## Bubl. v. 14. #ug. IL b. 751 ## D. v. 18. Expt. II. b. 751 ## D. v. 18. Expt. II. b. 751 ## D. v. 18. Expt. II. c. 751 ## D. v. 18. Expt. II. b. 336 ## D. v. 19. Juli II. a. 338, 804 ## G. R. v. 5. Hov. II. b. 177 ## D. v. 28. Rov. II. b. 406 ## Regl. v. 9. Dec. II. b. 366 ## Regl. v. 9. Dec. II. b. 366 ## Regl. v. 9. Dec. II. b. 366 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 122 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 122 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 122 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 122 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 13. Mata II. b. 406 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 13. Mata II. b. 406 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 13. Mata II. b. 406 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 12. Suni II. b. 406 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 12. Suni II. b. 406 ## D. v. 23. #ctr. II. b. 124 ## D. v. 12. Suni II. b. 406 ## D. v. 23. West II. b. 336 ## D. v. 23. West II. b. 406 ## D. v. 23. West II. b. 406 ## D. v. 13. Mata II. b. 406 ## D. v. 13. Suni II. a. 144 ## D. v. 13. Suni II. a. 144 ## D. v. 13. Suni II. a. 144 ## D. v. 13. Suni II. a. 144 ## D. v. 13. Suni II. a. 144 ## D. v. 13. Suni II. a. 648, 651 ## D. v. 22. #ug. II. a. 648, 651 ## D. v. 23. #cept. II. b. 298 ## D. v. 20. Cept. II. b. 288 ## D. v. 13. #cept. II. a. 144 ## D. v. 13. Gept. II. 184 ## D. v. 13. #cept. II. a. 144 ## D. v. 13. Suni II. a. 144 ## D. v. 23. #cept. II. b. 236 ## D. v. 13. #cept. II	Bubl. v. 2. Juli II. b. 751	1824.
R. v. 17. Juli 1. 360, H. b. 122, 124, 125, 126 R. v. 8. Mug. I. 367, H. a. 131, 572 M. v. 8. Mug. I. 367, H. a. 131, 572 M. v. 14. Mug. II. b. 763 Mubl. v. 14. Mug. II. b. 763 Mubl. v. 18. Sept. I. (XCII), H. a. 901, 917, 918, 1020, 1030 R. v. 12. Oft. II. a. 338, 804 R. v. 12. Oft. II. a. 338, 804 R. v. v. 12. Oft. II. a. 338, 804 R. v. v. 21. Oft. II. b. 368 R. v. v. 31. Oft. II. b. 466 R. v. v. 28. Mov. I. 361, H. b. 426 R. v. v. 21. Dec. II. b. 356 R. v. v. 11. Gebr. II. 361, H. b. 122 R. v. 11. Gebr. II. 361, H. b. 122 R. v. 11. Gebr. II. 361, H. b. 122 R. v. 13. Watiz III. b. 406 R. v. v. 23. Gebr. III. b. 122 R. v. 17. Gebr. III. b. 122 R. v. 17. Gebr. III. b. 406 R. v. v. 23. Gebr. III. b. 406 R. v. v. 23. Gebr. III. b. 122 R. v. v. 13. Watiz III. b. 406 R. v. v. 23. Gebr. III. b. 122 R. v. v. 13. Watiz III. b. 406 R. v. v. 23. Gebr. III. b. 122 R. v. v. 13. Watiz III. b. 406 R. v. v. 23. Gebr. III. b. 366 R. v. v. 24. Waril III. a. 314 R. v. v. 25. Wati III. b. 373 R. v. 13. Watiz III. b. 373 R. v. 13. Watiz III. b. 374 R. v. 13. Watiz III. b. 375 R. v. 13. Watiz III. b. 376 R. v. 22. Wati III. a. 144 R. v. 1. Wati III. a. 144 R. v. 1. Wati III. a. 146 R. v. 2. Sunti II. a. 166, 767 R. v. v. 10. Sunti III. a. 166, 767 R. v. v. 10. Sunti III. a. 143 R. v. 12. Sunti III. a. 166, 767 R. v. v. 10. Sunti III. a. 143 R. v. 12. Sunti III. a. 166, 767 R. v. v. 10. Sunti III. a. 143 R. v. 12. Sunti III. a. 164, 651 R. v. 5. Sunti III. a. 648, 651 R. v. 5. Sept. III. b. 124 R. v. 12. Sunti III. a. 144 R. v. 22. Mug. III. a. 648, 651 R. v. 5. Sept. III. b. 124 R. v. 12. Sunti III. a. 144 R. v. 22. Mug. III. a. 648, 651 R. v. 13. Gept. III. b. 298 R. v. 20. Cept. III. a. 144 R. v. 13. Gept. III. 115, 117, III. a. 374 R. v. 13. Gebr. III. a. 144 R. v. 13. Gept. III. 115, 117, III. a. 374 R. v. 13. Gebr. III. a. 144 R. v. 13. Gept. III. 115, 117, III	R. D. v. 4. Juli II. b. 753	2022,
R. v. 17. Juli I. 360, II. b. 122, 124, 125, 126 R. v. 8. Mug. I. 387, II. a. 131, 578, III. b. 177, 241 #ubl. v. 14. Mug. III. b. 763 #ubl. v. 8. Sept. I. (KOII), II. a. 20, v. 18. Sept. III. b. 763 #ubl. v. 8. Sept. III. b. 763 #ubl. v. 8. Sept. III. b. 763 #ubl. v. 18. Sept. III. b. 763 #ubl. v. 19. Maria III. b. 406 #ubl. v. 10. Dec. III. b. 336 #ubl. v. 10. Sept. III. b. 122 #ubl. v. 10. Sept. III. b. 124 #ubl. v. 10. Maria III. b. 122 #ubl. v. 11. Sept. III. b. 122 #ubl. v. 11. Sept. III. b. 122 #ubl. v. 12. Sept. III. b. 122 #ubl. v. 13. Maria III. b. 122 #ubl. v. 13. Maria III. b. 122 #ubl. v. 13. Maria III. b. 122 #ubl. v. 13. Sept. III. b. 336 #ubl. v. 25. Wari III. b. 364 #ubl. v. 28. Marii III. b. 336 #ubl. v. 29. Marii III. b. 346 #ubl. v. 20. Suprii III. a. 144 #ubl. v. 21. Suni III. a. 145 #ubl. v. 22. Mari III. b. 123 #ubl. v. 10. Sept. III. b. 122 #ubl. v. 10. Suprii III. b. 122 #ubl. v. 10. Suprii III. b. 122 #ubl. v. 10. Suprii III. b. 122 #ubl. v. 10. Suprii III. b. 122 #ubl. v. 10. Suprii III. b. 336 #ubl. v. 20. Suprii III. a. 144 #ubl. v. 21. Suni III. a. 146 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 12. Suni III. a. 146 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 12. Suni III. a. 146 #ubl. v. 12. Suni III. a. 146 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 12. Suni III. a. 146 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 124 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 125 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 126 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 128 #ubl. v. 22. Mug. III. b. 128 #ubl. v. 23. Sept. III. b. 124 #ubl. v. 23. Sept. III. b. 136 #ubl. v. 25. Febr. III. b. 124 #ubl. v. 25. Eag. III. b. 124 #ubl. v.	R. v. 11. Juli II. b. 241	R. v. 13. Jan II. b. 288
125, 126 R. v. 8. Aug. I. 387, H. s. 131, 578, H. b. 358 Bubl. v. 14. Aug	92. p. 17. Juli I. 360, II. b. 122, 124,	Bubl. v. 15. Jan II. b. 77%
H. b. 177, 241 \$ubl. v. 14. Aug. H. b. 763 \$ubl. v. 8. Sept. H. b. 763 \$u. v. 18. Sept. H. b. 351 \$x. D. v. 18. Sept. H. b. 763 \$x. D. v. 23. Sept. L. 55, H. a. 31 \$x. D. v. 23. Sept. L. 55, H. a. 336 \$x. v. 12. Det. H. a. 338, 804 \$x. v. 13. Watz. H. a. 164 \$yubl. v. 28. Mov. L. 1. 610, H. b. 408 \$x. v. 5. Nov. H. 5. 177 \$x. v. 23. Mpril H. b. 356 \$yubl. v. 24. Mpril L. 384, H. b. 154 \$yubl. v. 24. Mpril L. 390, H. a. 122 \$y. v. 11. Sept. H. b. 406 \$x. v. 5. Sept. H. b. 122 \$y. v. 11. Sept. H. b. 405 \$x. v. 13. Watz. H. b. 406 \$x. v. 17. Sept. H. b. 405 \$x. v. 17. Sept. H. b. 405 \$x. v. 13. Watz. H. b. 122 \$y. v. 11. Sept. H. b. 405 \$x. v. 13. Watz. H. b. 405 \$y. v. 23. Sept. H. a. 120 \$x. v. 13. Watz. H. b. 122 \$y. v. 17. Sept. H. b. 122 \$y. v. 17. Sept. H. b. 122 \$y. v. 13. Watz. H. b. 140 \$y. v. 23. Sept. H. a. 120 \$y. v. 13. Watz. H. b. 140 \$y. v. 13. Watz. H. b. 1		Schreib. v. 26. Jan. 1. 573, II. b. 355
H. b. 177, 241 \$ubl. v. 14. Aug. H. b. 763 \$ubl. v. 8. Sept. H. b. 763 \$u. v. 18. Sept. H. b. 351 \$x. D. v. 18. Sept. H. b. 763 \$x. D. v. 23. Sept. L. 55, H. a. 31 \$x. D. v. 23. Sept. L. 55, H. a. 336 \$x. v. 12. Det. H. a. 338, 804 \$x. v. 13. Watz. H. a. 164 \$yubl. v. 28. Mov. L. 1. 610, H. b. 408 \$x. v. 5. Nov. H. 5. 177 \$x. v. 23. Mpril H. b. 356 \$yubl. v. 24. Mpril L. 384, H. b. 154 \$yubl. v. 24. Mpril L. 390, H. a. 122 \$y. v. 11. Sept. H. b. 406 \$x. v. 5. Sept. H. b. 122 \$y. v. 11. Sept. H. b. 405 \$x. v. 13. Watz. H. b. 406 \$x. v. 17. Sept. H. b. 405 \$x. v. 17. Sept. H. b. 405 \$x. v. 13. Watz. H. b. 122 \$y. v. 11. Sept. H. b. 405 \$x. v. 13. Watz. H. b. 405 \$y. v. 23. Sept. H. a. 120 \$x. v. 13. Watz. H. b. 122 \$y. v. 17. Sept. H. b. 122 \$y. v. 17. Sept. H. b. 122 \$y. v. 13. Watz. H. b. 140 \$y. v. 23. Sept. H. a. 120 \$y. v. 13. Watz. H. b. 140 \$y. v. 13. Watz. H. b. 1	M. v. 8. Mug. I. 387, II. s. 131, 578,	R. v. 6. Febr I. 540
### ### ### ### ### ### ### ### ### ##	II. b. 177, 241	Publ. v. 18. Febr 11. b. 751
### ### ### ### ### ### ### ### ### ##		R. v. 23. Febr II. b. 391
8. D. v. 18. Sept. I. (XCII), II. a. 901, 917, 918, 1020, 1030 R. v. 12. Oft. II. a. 338, 804 G. R. v. 31. Oft. II. b. 408 G. R. v. 5. Nov. I. 610, II. b. 408 G. R. v. 5. Nov. II. b. 406 R. v. 28. Nov. II. 347, II. b. 46 Regl. v. 9. Dec. III. b. 336 Rubl. v. 21. Dec. III. b. 336 Rubl. v. 21. Dec. III. b. 751 1823. \$\text{Publ. v. 24. Novil II. b. 466} R. v. 3. Febr. I. 361, II. b. 760 R. v. 3. Febr. I. 361, II. b. 122, 303 R. v. 7. Febr. III. b. 122 R. v. 11. Febr. II. 361, II. b. 122 R. v. 11. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. III. b. 127 Rubl. v. 6. Maiz III. b. 128 R. v. 13. Maiz II. b. 127 Rubl. v. 6. Maiz III. b. 128 R. v. 13. Raiz III. b. 317 R. v. 7. Novil II. a. 718, II. b. 227 Rubl. v. 28. Myril II. a. 718, II. b. 257 Rubl. v. 28. Myril II. a. 118, III. a. 148 R. v. 28. Myril II. a. 129, 159, 161 R. v. 1. Mai II. b. 406 Rubl. v. 12. Suni II. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Suni II. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Suni II. a. 162, II. b. 123 R. v. 12. Suni II. a. 646, 767 G. R. v. 10. Suli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Suli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Suli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Suli II. a. 148 R. v. 29. Suli II. a. 148 R. v. 29. Suli II. a. 148 R. v. 29. Suli II. a. 648 R. v. 20. Sept. III. b. 336 R. v. 20. Sept. III. b. 336 R. v. 20. Sept. II. l. 126, 127 R. v. 23. Sept. II. l. 126, 127 R. v. 13. Febr. II. b. 336 R. v. 20. Sept. II. l. 145, 117, II. a. 148 R. v. 23. Sept. II. 145, 117, II. a. 368 R. v. 20. Sept. II. 145, 117, II. a. 368 R. v. 20. Sept. II. 145, 117, II. a. 368 R. v. 20. Sept. II. 145, 117, II. a. 37		R. D. v. 25. Febr. I. 55, II. a. 37
901, 917, 918, 1020, 1030 6. R. v. 12. Ott	R. D. v. 18. Sept. I. (XCII), II. a.	Bubl. v. 28. Febr II. b. 354
80. v. 12. Oft. II. s. 338, 804 6. R. v. 3. Oft. I. 1797 78. v. 4. Nov. I. 610, H. b. 406 6. R. v. 5. Nov. I. 347, H. b. 46 6 Regl. v. 9. Dec. II. b. 336 7 Regl. v. 9. Dec. II. b. 336 7 Rubl. v. 21. Dec. II. b. 751 1823. 9abl. v. 21. Dec. II. b. 760 R. v. 3. Febr. I. 361, H. b. 122 R. v. 11. Febr. I. 361, H. b. 122 R. v. 11. Febr. II. 361, H. b. 122 R. v. 11. Febr. II. 361, H. b. 122 R. v. 11. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. III. b. 127 8ubl. v. 23. Febr. III. b. 127 8ubl. v. 23. Febr. III. b. 127 8ubl. v. 6. Mitz. III. b. 773 8x. v. 13. Ratz. I. 471, H. s. 718, H. b. 287 R. v. 7. Mpril III. s. 513 9y. 8. Npril II. II. s. 513 9y. v. 1. Nai II. b. 406 8ubl. v. 25. Nai II. b. 307 8x. v. 1. Nai II. b. 406 8ubl. v. 25. Nai II. b. 307 8x. v. 1. Nai II. b. 406 8ubl. v. 25. Nai II. s. 144 8v. v. 29. Juni II. s. 766, 767 G. R. v. 10. Suli II. s. 766, 767 G. R. v. 10. Suli II. s. 765 9x. v. 20. Supil III. s. 148 9x. v. 21. Supil III. s. 765 9x. v. 22. Nov. III. s. 128 9x. v. 22. Nov. III. s. 128 9x. v. 23. Sept. II. b. 336 9x. v. 20. Supil III. s. 765 9x. v. 10. Subl. V. 10. Nov. III. s. 257 9x. v. 20. Supil III. s. 148 9x. v. 21. Supil III. s. 148 9x. v. 22. Sup. III. s. 346 9x. v. 23. Sept. II. 145, 117, II. s. 37 9x. v. 13. Febr. II. 90, 153, 162, 164, 175, 178 9x. v. 13. Febr. II. 145, 117, II. s. 37		Bubl. v. 4. März II. a. 161
6. R. v. 31. Ott		Publ. v. 9. März II. a. 845
8. v. 4. Nov I. 610, H. b. 408 8. v. 5. Nov I. 797 9. v. 28. Nov I. 347, H. b. 46 8	6. R. v. 31. Dit I. 797	98. v. 13. Mirz I. 574, II. b. 355
G. R. D. S. Nov. 1. 347, II. D. 46 Regl. D. D. Dec. II. D. 336 Rubl. D. 21. Dec. II. D. 336 Rubl. D. 21. Dec. III. D. 751 1823. \$\text{publ.} \text{ Dec. III. D. 751} \$\text{ Dec. III. D. 760} R. D. D. 30. Refer. II. D. 122 R. D. 17. Febr. II. D. 401 R. D. D. 23. Febr. III. D. 401 R. D. D. 23. Febr. III. D. 401 R. D. D. 23. Febr. III. D. 773 R. D. 13. Marz II. 471, III. a. 718, II. D. 277 Rubl. D. C. Marz III. D. 277 Rubl. D. R. D. 1. Marz III. D. 347 R. D. 77. April III. a. 718, II. D. 277 R. D. 7. April III. a. 513 R. D. 27. Marz III. D. 347 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 28. April III. a. 513 R. D. 29. April III. a. 746 R. D. 29. April III. a. 746 R. D. 29. April III. a. 746 R. D. 29. April III. a. 746 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. 29. April III. a. 748 R. D. D. Dec. III. b. 298 R. D. D. Dec. III. a. 144 R. D. D. Sept. III. b. 298 R. D. D. Dec. III. a. 144 R. D. D. Sept. III. b. 298 R. D. D. 13. Febr. III. a. 144 R. D. D. Sept. III. 145, 117, III. a. 144	M. v. 4. Nov I. 610, II. b. 408	M. v. 9. April I. 384, II. b. 161
## v. 28. Nov. I. 347, II. b. 46 ### Regl. v. 9. Dec. III. b. 336 ### Publ. v. 21. Dec. III. b. 351 ### 1823. ### 1. 18. 123 ### 1. 18. 124 ### 1. 18. 124 ### 1. 18. 124 ### 1823. ### 1823. ### 1823. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. ### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. #### 123. #### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. #### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ##### 1. 18. 14. ###### 1. 18. 14. ###### 1. 18. 14. ###### 1. 18. 14. ######## 1. 18. 14. ####################################	E. R. v. 5. Nov 1. 797	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
### 18-23	97. v. 28. Nov I. 347, II. b. 46	98. v. 23. April II. a. 129
1823. 9abl. v. 16. San	Regl. v. 9. Dec 11. b. 336	Bubl. v. 24. April I. 390, II. a. 175,
R. v. 25. April I. 5.41	Bubl. v. 21. Dec II. b. 751	
## 1. ** **No. **1.** **No. **		R. v. 25. April I. 541
## 1. ** State	· 1823.	97. v. 28. April 11. a. 37
R. v. 3. Febr. I. 361, II. b. 122, 303 R. v. 7. Febr		
R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, H. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. v. 23. Febr. II. b. 127 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Mairy II. b. 773 R. v. 13. Mairy II. b. 773 R. v. 13. Mairy II. b. 317 R. v. 27. Mairy II. b. 317 R. v. 27. Mairy II. b. 317 R. v. 13. Mairy II. b. 317 R. v. 27. Mairy II. b. 317 R. v. 27. Mairy II. b. 317 R. v. 10. Mairy II. a. 513 R. v. 10. Mairy II. a. 514 R. v. 10. Mairy II. a. 514 R. v. 10. Mairy II. a. 513 R. v. 10. Mairy II. b. 317 R. v. 10. Mairy II. b. 318 R. v. 10. Mairy II. b. 318 R. v. 10. Mairy III. b. 318 R. v. 10. Mairy	Publ. v. 16. Jan II. b. 760	
M. v. 11. Febr. I. 361, H. b. 122 M. v. 17. Febr. II. b. 401 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Mairj. II. b. 773 Rubl. v. 13. Mairj. I. II. b. 773 R. v. 13. Mairj. I. 471, H. a. 718, II. b. 287 M. v. 7. April II. b. 317 R. v. 7. April II. b. 317 R. v. 7. April II. b. 318 R. v. 1. Mai II. b. 329 R. v. 1. Mai II. b. 318 R. v. 1. Mai II. b. 336 R. v. 1. Mai II. b. 406 R. v. 28. April II. b. 143 R. v. 25. Mai II. b. 336 R. v. 1. Mai II. b. 406 R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Juni II. 362, II. b. 123 R. v. 12. Juni II. 362, II. b. 123 R. v. 12. Juni II. a. 766, 767 R. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 R. R. v. 20. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 648, 651 R. v. 10. Gept. II. b. 124 R. v. 20. Gept. III. b. 298 R. v. 13. Febr. III. 90, 153, 162, 164, 175, 178 R. v. 13. Febr. III. a. 14 R. v. 20. Gept. III. b. 288 R. v. 13. Febr. III. a. 14 R. v. 21. Gept. III. b. 288 R. v. 13. Febr. III. a. 14 R. v. 22. Eptr. III. a. 14 R. v. 23. Gept. II. 145, 117, III. a. 37	00 u 2 CE-Ku I 264 II h 122 303	I SD u 5 SDai
M. v. 17. Febr	M. D. D. Btot. 1. DOX, 11. D. 100, 000	
R. D. v. 23. Febr. II. a. 120 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Matz III. b. 773 Rubl. v. 6. Matz III. b. 773 R. v. 13. Matz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 27. Matz III. b. 317 R. v. 27. Matz III. b. 317 R. v. 7. April III. a. 513 R. v. 7. April III. a. 513 R. v. 1. Mati III. a. 513 R. v. 1. Mati III. a. 513 R. v. 28. April III. a. 14 R. v. 28. April III. a. 14 R. v. 29. Aunt III. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Junt III. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Junt III. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Junt III. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Junt III. a. 14 R. v. 29. Juli III. a. 766, 767 R. v. 10. Juli III. a. 14 R. v. 29. Juli III. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug. III. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug. III. b. 298 R. v. 5. Sept. III. b. 298 R. v. 20. Sept. III. b. 288 R. v. 20. Sept. III. b. 288 R. v. 23. Sept. III. 145, 117, III. a. 37	M. v. 7. Febr II. b. 12	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356
R. v. 23. Febr. II. b. 127 Bubl. v. 6. Márz II. b. 773 R. v. 13. Márz II. b. 773 R. v. 13. Márz II. a. 718, II. b. 287 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 27. Márz II. b. 317 R. v. 27. Márz II. b. 317 R. v. 27. April II. a. 513 G. v. 28. April II. a. 513 G. v. 1. Mai II. b. 406 R. v. 12. Mai II. b. 336 R. v. 1. Mai II. b. 336 R. v. 1. Mai II. b. 336 R. v. 1. Mai II. b. 408 Bubl. v. 25. Mai II. b. 336 R. v. 12. Mov. II. b. 372 R. v. 12. Mov. II. b. 372 R. v. 12. Mov. II. b. 772 R. v. 12. Mov. II. b. 122 R. v. 12. Mov. II. a. 153 R. v. 12. Mov. II. a. 153 R. v. 12. Mov. II. a. 153 R. v. 10. Suli II. a. 143 R. v. 12. Dec. II. b. 298 R. v. 13. Febr. II. a. 14 R. v. 14. Febr. II. a. 14 R. v. 15. Suli II. a. 14<	R. v. 7. Febr II. b. 12 R. v. 11. Febr I. 361, II. b. 122	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391
Bubl. v. 6. Marz II. b. 773 St. v. 13. Marz II. b. 713, II. b. 287 R. v. 7. Marz II. b. 317 R. v. 7. Mprif II. a. 513 S. v. 8. Aprif II. a. 513 S. v. 28. Aprif II. b. 408 Bubl. v. 25. Mai II. b. 408 Bubl. v. 25. Wai II. b. 336 S. v. 2. Juni II. b. 336 S. v. 2. Juni II. b. 336 S. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. 362, II. b. 123 R. v. 12. Juni II. 510, II. b. 300 R. v. 10. Juli II. a. 74 R. v. 29. Juli II. a. 766, 767 S. D. v. 30. Juni II. a. 766, 767 S. D. v. 20. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 648, 651 Publ. v. 25. Mag. II. b. 298 R. v. 20. Sept. II. b. 288 R. v. 20. Sept. II. b. 288 R. v. 20. Sept. II. b. 288 R. v. 21. Sept. II. a. 14 R. v. 13. Febr. II. a. 14 R. v. 13. Febr. II. a. 1	R. v. 7. Febr II. b. 12 R. v. 11. Febr I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr II. b. 401	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330
Mar. No. 13. Marz No. 1471, No. 1718, No. 13. Marz No. 27. Marz No. 28. Marci	R. v. 7. Febr II. b. 12 R. v. 11. Febr I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr II. b. 401 R. O. v. 23. Febr II. a. 120	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. s 48
B. 287 R. v. 27. Marz	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 48 Publ. v. 13. Juli II. b. 772
R. v. 27. Marz II. b. 317 R. v. 7. April II. a. 513 R. v. 7. April II. a. 513 R. v. 8. April II. a. 14 R. v. 28. April II. b. 408 R. v. 1. Mai II. b. 408 R. v. 1. Mai II. b. 336 R. v. 1. Mai II. b. 336 R. v. 12. April II. b. 336 R. v. 12. April II. b. 336 R. v. 12. April II. b. 336 R. v. 12. April II. a. 14 R. v. 22. April II. a. 14 R. v. 29. April II. a. 14 R. v. 20. Expt II. b. 298 R. v. 20. Expt II. b. 288 R. v. 20. Expt II. b. 288 R. v. 23. Expt. II. 115, 117, II. a. 288 R. v. 23. Expt. II. 115, 117, II. a. 37	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 48 Publ. v. 13. Juli II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333
M. v. 7. April	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 48 Publ. v. 13. Juli II. b. 772 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2.
S. v. 8. April I. 18, II. a. 14 S. v. 28. April I. (CII) R. v. 1. Mai II. b. 406 R. v. 1. Mai II. b. 406 R. v. 25. Mai II. b. 336 R. v. 25. Mai II. b. 336 R. v. 25. Mai II. b. 336 R. v. 12. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni . I. 362, II. b. 123 R. v. 12. Juni . I. 510, II. b. 300 R. v. 10. Juni . II. a. 766, 767 R. v. 10. Juni . II. a. 766, 767 R. v. 10. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 21. Mag II. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug II. b. 124, 126, 127 R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, R. v. 23. Sept. II. 115, 117, II. a. R. D. v. 13. Febr II. a. 14 R. v. 23. Sept. II. 145, 117, II. a. R. D. v. 13. Febr II. a. 37	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. a. 120 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Publ. v. 6. Márz II. b. 773 R. v. 13. Márz I. 471, II. a. 718, II. b. 287	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 48 Publ. v. 13. Juli II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178
8. v. 28. April	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 48 Publ. v. 13. Juli II. b. 772 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. s. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept. I. 530, II. b. 320
R. v. 1. Mai 11. b. 408 Bubl. v. 25. Mai 11. b. 336 G. R. v. 2. Junt II. a. 129, 159, 161 R. v. 12. Nov. 11. b. 123 R. v. 5. Juni I. 362, II. b. 123 R. v. 22. Nov. II. a. 74 R. v. 12. Juni I. 510, II. b. 300 Rubl. v. 30. Nov. II. a. 159 R. v. 10. Juni II. a. 766, 767 R. v. 10. Dec. II. a. 578 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 12. Dec. II. b. 413 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 13. Dec. II. b. 413 R. v. 22. Mug. II. a. 648, 651 R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, 175, 178 R. v. 20. Sept. II. b. 288 R. v. 13. Febr. II. a. 14 R. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. R. v. 13. Febr. II. a. 37	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai II. b. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 N. v. 13. Juli II. b. 772 N. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 320 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b.
Bubl. v. 25. Mai II. b. 336 G. R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 162, II. b. 123 R. v. 12. Juni II. b. 362, II. b. 300 R. D. v. 30. Juni II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 R. D. v. 12. Dec. III. b. 257 R. D. v. 12. Dec. III. b. 413 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 648, 651 Jubi. v. 25. Mug. III. b. 124, 126, 127 R. v. 20. Sept. III. b. 298 R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, 175, 178 R. v. 13. Febr. III. 14, 14 R. v. 13. Febr. III. 15, 117, III. a. R. D. v. 13. Febr. III. 15, 117, III. a. R. D. v. 13. Febr. III. a. 37	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 320 R. v. 25. Sept. 1. 542, 615, II. b. 331, 451
C. R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni . I. 362, II. b. 123 R. v. 12. Juni . I. 510, II. b. 300 R. D. v. 30. Juni . II. a. 766, 767 C. R. v. 10. Juli I. 797 R. D. v. 20. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli I. 362, II. b. 124, 126, 127 R. v. 12. Aug II. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug II. b. 336 R. v. 20. Sept II. b. 298 R. v. 20. Sept II. b. 288 R. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. R. D. v. 13. Febr II. a. 14 R. v. 13. Febr	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai II. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 320 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Ott II. b. 336
R. v. 5. Juni . I. 362, II. b. 123 Rubl. v. 22. Nov II. a. 159 R. v. 12. Juni . I. 510, II. b. 300 Rubl. v. 30. Nov II. b. 287 R. D. v. 30. Juni . II. a. 766, 767 Rubl. v. 30. Nov II. b. 287 R. v. 10. Juli II. a. 14 R. v. 20. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 13. Dec II. b. 298 R. v. 22. Aug II. b. 336 R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, R. v. 20. Sept II. b. 288 R. v. 13. Febr	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai II. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft II. b. 336 Bubl. v. 10. Rov II. b. 772
R. v. 12. Juni . I. 510, II. b. 300 Rubl. v. 30. Nov II. b. 287 R. D. v. 30. Juni . II. a. 766, 767 Rubl. v. 30. Nov II. b. 278 G. R. v. 10. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 13. Dec II. b. 413 R. v. 22. Aug II. a. 648, 651 Rubl. v. 25. Aug II. b. 336 R. v. 20. Sept II. b. 298 R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, 175, 178 R. v. 13. Febr	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 320 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 336 Bubl. v. 10. Nov
\$\mathbb{R}\$. \$\mathbb{D}\$. \$\mathbb{N}\$. \$\mathbb{N}\$. \$\mathbb{D}\$. \$\mathbb{D}\$. \$\mathbb{N}\$.	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. a. 120 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Publ. v. 6. Marz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 13. Marz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 7. April II. b. 317 R. v. 7. April II. a. 513 S. v. 8. April II. a. 513 S. v. 28. April II. a. 14 S. v. 28. April II. a. 14 C. v. 28. April II. a. 1408 Publ. v. 25. Mai II. b. 336 T. N. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept. I. 542, 615, II. b. 320 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Ott. II. b. 336 Publ. v. 10. Rov. II. b. 772 R. v. 12. Nov. II. b. 122 R. v. 22. Nov. II. a. 74
G. N. v. 10. Juli I. 797 R. D. v. 20. Juli II. a. 14 N. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 31. Juli I. 362, II. b. 124, 126, 127 R. v. 22. Aug II. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug II. b. 336 R. v. 5. Sept II. b. 298 R. v. 20. Sept II. b. 288 R. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. R. D. v. 13. Febr II. a. 14 R. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. R. D. v. 13. Febr II. a. 37	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. II. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. a. 120 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Márz III. b. 773 R. v. 13. Márz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 7. April II. a. 513 S. v. 8. April II. a. 513 S. v. 28. April II. a. 14 S. v. 28. April II. a. 14 S. v. 28. April II. b. 336 C. R. v. 2 Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 S. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 320 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 336 Publ. v. 10. Rov II. b. 336 Publ. v. 12. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. b. 122 R. v. 22. Nov II. a. 74 Publ. v. 22. Nov II. a. 74
R. D. v. 20. Juli	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. a. 120 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Marz II. b. 773 R. v. 13. Marz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 7. April II. b. 317 R. v. 7. April II. a. 513 S. v. 8. April II. a. 14 S. v. 28. April II. a. 14 S. v. 28. April II. b. 408 Rubl. v. 25. Mai II. b. 336 C. R. v. 2 Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, II. b. 123 R. v. 12. Juni II. b. 300	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 B. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. 2. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 336 Rubl. v. 10. Rov II. b. 372 R. v. 12. Nov I. 361, II. b. 122 R. v. 22. Nov II. a. 74 Publ. v. 22. Nov II. a. 159 Rubl. v. 30. Nov II. b. 287
M. v. 29. Juli II. a. 14 M. v. 31. Juli I. 362, II. b. 124, 126, 127 1825. H. v. 22. Aug. II. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug. II. b. 336 M. v. 5. Sept. II. b. 298 M. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, M. v. 13. Febr. II. a. 14 M. v. 13. Febr. II. a. 37	R. v. 7. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 11. Febr. II. 361, II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. b. 401 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Bubl. v. 6. Marz III. b. 773 F. v. 13. Marz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 7. April II. b. 317 R. v. 7. April II. a. 513 F. v. 8. April II. a. 513 F. v. 1. Mai II. b. 406 Bubl. v. 25. Mai II. b. 336 F. N. v. 2 Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 S. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 336 Bubl. v. 10. Nov II. b. 336 Rubl. v. 10. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov I. 361, II. b. 122 R. v. 22. Nov II. a. 74 Bubl. v. 22. Nov II. a. 74 Bubl. v. 30. Nov II. a. 578
98. v. 31. Juli I. 362, II. b. 124, 126, 127 98. v. 22. Aug II. a. 648, 651 II. b. 336 99. v. 5. Sept II. b. 298 II. b. 298 98. v. 20. Sept II. b. 288 II. b. 288 98. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. II. a. 37	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai II. b. 330 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept. I. 530, II. b. 320 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Ott. II. b. 336 Bubl. v. 10. Nov. II. b. 772 R. v. 12. Nov. II. b. 122 R. v. 22. Nov. II. a. 74 Bubl. v. 30. Nov. II. a. 159 Rubl. v. 30. Dec. II. a. 578 R. v. 10. Dec. II. a. 578 R. v. 12. Dec. II. a. 578 R. v. 12. Dec. II. a. 578
126, 127 1825. 1825. 1825. 1825. 1825. 1825. 1825. 1825. 1825. 1826. 1825. 1826.	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 B. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept. I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept. I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft. II. b. 336 Bubl. v. 10. Nov. II. b. 772 R. v. 12. Nov. I. 361, II. b. 122 R. v. 22. Nov. II. a. 74 Bubl. v. 20. Rov. II. a. 159 Bubl. v. 30. Nov. II. a. 578 R. D. v. 12. Dec. II. a. 578 R. D. v. 13. Dec. II. b. 413
H. v. 22. Aug. II. a. 648, 651 Publ. v. 25. Aug. II. b. 336 H. v. 5. Sept. II. b. 298 H. v. 20. Sept. II. b. 288 H. v. 13. Febr. II. a. 14 R. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a.	R. v. 7. Febr	R. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 B. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug. II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept. I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept. I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft. II. b. 336 Bubl. v. 10. Nov. II. b. 772 R. v. 12. Nov. I. 361, II. b. 122 R. v. 22. Nov. II. a. 74 Bubl. v. 20. Rov. II. a. 159 Bubl. v. 30. Nov. II. a. 578 R. D. v. 12. Dec. II. a. 578 R. D. v. 13. Dec. II. b. 413
Publ. v. 25. Aug. II. b. 336 R. v. 5. Sept. II. b. 298 R. v. 20. Sept. II. b. 288 R. v. 23. Sept. II. 115, 117, II. a. R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, 175, 178 R. v. 13. Febr. II. a. 14 R. v. 13. Febr. II. a. 37	R. v. 7. Febr	88. v. 6. Mai . I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai . I. 391 Regul. v. 30. Mai . II. b. 330 S. v. 27. Juni . II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft II. b. 336 Rubl. v. 10. Rov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. a. 74 Rubl. v. 22. Nov II. a. 74 Rubl. v. 30. Nov II. a. 578 R. v. 10. Dec II. b. 287 R. v. 13. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 296
M. v. 5. Sept II. b. 298 M. v. 20. Sept II. b. 288 M. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. M. v. 13. Febr II. a. 37	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Marz II. b. 773 R. v. 13. Marz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 7. April II. a. 513 G. v. 8. April II. a. 513 G. v. 8. April II. a. 14 G. v. 28. April II. b. 336 G. R. v. 1. Mai II. b. 408 Rubl. v. 25. Mai II. b. 336 G. R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 166, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14	88. v. 6. Mai . I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai . I. 391 Regul. v. 30. Mai . II. b. 330 S. v. 27. Juni . II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft II. b. 336 Rubl. v. 10. Rov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. a. 74 Rubl. v. 22. Nov II. a. 74 Rubl. v. 30. Nov II. a. 578 R. v. 10. Dec II. b. 287 R. v. 13. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 296
粉. v. 20. Sept	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. b. 401 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Marz II. b. 773 R. v. 13. Marz II. 471, II. a. 718, II. b. 267 R. v. 7. April II. a. 513 G. v. 8. April II. a. 513 G. v. 8. April II. a. 14 G. v. 28. April II. b. 336 G. R. v. 1. Mai II. b. 406 Rubl. v. 25. Mai II. b. 336 G. R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 164, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 G. R. v. 10. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 14	88. v. 6. Mai
R. v. 23. Sept. I. 115, 117, II. a. R. D. v. 13. Febr II. a. 37	R. v. 7. Febr	6R. v. 6. Mai
	R. v. 7. Febr	88. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 G. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. e. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 321 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 336 Bubl. v. 10. Rov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. 361, III. b. 122 R. v. 22. Nov II. a. 74 Bubl. v. 22. Rov II. a. 74 Bubl. v. 30. Nov II. a. 578 R. v. 10. Dec II. b. 287 R. v. 13. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 296
	R. v. 7. Febr	88. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 S. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 18. Sept I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft II. b. 336 Publ. v. 10. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov I. 361, II. b. 122 R. v. 22. Nov II. a. 74 Publ. v. 22. Nov II. a. 74 Publ. v. 30. Nov II. a. 578 R. v. 10. Dec II. a. 578 R. v. 13. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 298 1825. R. v. 10. Febr. II. 90, 153, 162, 164, 175, 178 R. v. 13. Febr II. a. 14
	R. v. 7. Febr. II. b. 12 R. v. 11. Febr. I. 361, II. b. 122 R. v. 17. Febr. II. 361, II. b. 401 R. D. v. 23. Febr. II. a. 120 R. v. 23. Febr. II. b. 127 Rubl. v. 6. Marz II. b. 773 R. v. 13. Marz I. 471, II. a. 718, II. b. 287 R. v. 7. April II. a. 513 S. v. 8. April II. a. 513 S. v. 8. April II. a. 14 S. v. 28. April II. a. 129, 159, 161 R. v. 1. Mai II. b. 336 C. R. v. 2. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 129, 159, 161 R. v. 5. Juni II. a. 766, 767 C. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 C. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 C. R. v. 10. Juli II. a. 766, 767 R. v. 29. Juli II. a. 14 R. v. 29. Juli II. a. 648, 651 Publ. v. 22. Aug. II. b. 124, 126, 127 R. v. 20. Sept. II. b. 336 R. v. 5. Sept. II. b. 298 R. v. 20. Sept. II. b. 298 R. v. 23. Sept. II. 115, 117, II. a.	8t. v. 6. Mai I. 577, II. b. 356 Schreib. v. 17. Mai I. 391 Regul. v. 30. Mai II. b. 330 S. v. 27. Juni II. b. 772 R. v. 27. Aug II. b. 333 R. v. 10. Sept. I. 363, 388, II. a. 132, 578, II. b. 127, 176, 178 R. v. 18. Sept I. 530, II. b. 329 R. v. 25. Sept. I. 542, 615, II. b. 331, 451 R. v. 22. Oft II. b. 336 Rubl. v. 10. Rov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. b. 772 R. v. 12. Nov II. b. 123 R. v. 22. Nov II. a. 74 Rubl. v. 20. Rov II. a. 578 R. v. 10. Dec II. b. 287 R. v. 13. Dec II. b. 413 R. v. 22. Dec II. b. 298 1825. R. v. 13. Febr II. a. 14 R. v. 13. Febr II. a. 37

R. v. 11. Márz II. b. 709 Rubl. v. 30. Márz II. b. 773 R. v. 2. April II. a. 74 R. v. 6. April II. a. 132, 578 R. D. v. 21. April I. 247, II. a. 940 S. v. 21. April II. a. 134 R. v. 25. April II. a. 13 R. v. 26. April II. b. 128 R. v. 6. Mai . II. a. 752, II. b. 304 R. v. 9. Mai I. 355, II. b. 96 Rubl. v. 7. Juni II. a. 138 R. v. 7. Juni II. a. 138 R. v. 7. Juni II. a. 138 R. v. 7. Juni II. a. 906 Rubl. v. 21. Juni II. b. 298 Rat. v. 21. Juni II. a. 906 Rubl. v. 21. Juni II. a. 906 Rubl. v. 21. Juni II. a. 13 R. v. 5. Aug II. a. 142 Defl. v. 26. Aug. I. 579, II. b. 370 Rubl. v. 21. Dft II. b. 772 Inftr. v. 31. Dft. II. a. 971, II. b. 430 R. v. 23. Dec II. b. 764 R. v. 14. Dec II. b. 764 R. v. 14. Dec II. b. 762 R. v. 131. Dec. I. 516, II. a. 10, 11, 111, 131, 184, II. b. 285, 287, 305, 605	1827. 97. v. 13. Jan
1826.	1828.
M. v. 17. Jan. I. 776 M. v. 6. Mārz II. b. 332 M. v. 18. Mārz II. a. 578 Bubl. v. 21. Mārz II. b. 772 N. v. 22. Mārz II. b. 287 Defl. v. 31. Mārz II. b. 336 M. v. 5. Juli II. b. 336 M. v. 8. Mug. II. b. 595 Bubl. v. 15. Aug. I. 391, II. a. 578, II. b. 175, 176 M. v. 19. Aug. II. b. 336 M. v. 24. Aug. II. b. 336 M. v. 29. Aug. II. a. 35 M. v. 29. Aug. II. a. 14, 16 M. v. 22. Sept. II. a. 154, 556 M. v. 4. Oft. II. a. 35 M. v. 3. Nov. II. a. 35 M. v. 3. Nov. II. a. 35 M. v. 3. Nov. II. a. 35 M. v. 23. Nov. II. b. 241, 245, 771 M. v. 8. Dec. II. 22, II. a. 14, 16 Bubl. v. 16. Dec. II. a. 14	R. D. v. 23. Jan II. a. 696 B. v. 23. Marz II. a. 903 R. v. 8. April . II. a. 153, 162, 187 R. v. 19. April II. b. 250 R. D. v. 4. Juni II. b. 310 R. D. v. 7. Juni I. 517, II. b. 305 Inftr. v. 7/30. Juni II. b. 285 R. v. 12. Juni II. b. 359 R. D. v. 14. Juni I. (CX), II. b. 29 Bubl. v. 20. Juni II. b. 30 Inftr. v. 30. Juni II. b. 30 Juftr. v. 30. Juni II. b. 30 R. D. v. 30. Juni II. b. 30 R. v. 10. Juli II. b. 763 Refanntmach. v. 29. Oft II. b. 766 R. v. 30. Oft II. b. 766
R. v. 20. Dec II. b. 764 R. D. v. 31. Dec. I. (LXXV), II. a.	H. v. 24. Jan. II. b. 256 H. v. 15. April I. 784 K. D. v. 28. April II. a. 903

Lanbes-Rultur-Gefeng. 28b. 11. Abth. IL

R. v. 15. Mai I. 518. II. b. 305 G. R. v. 15. Mai II. b. 305 Publ. v. 6. Juni II. b. 753 R. D. v. 22. Juni II. a. 902 B. v. 10. Juli II. b. 764 G. R. v. 26. Juli II. b. 305 R. v. 30. Juli II. a. 15 R. v. 1. Aug. II. b. 30 Inft. v. 12. Sept. II. a. 933 R. v. 10. Oft. I. 347, II. b. 46 Publ. v. 15. Oft. II. b. 773 R. v. 12. Nov. I. 844, II. b. 597, 598 R. v. 22. Dec. II. a. 29 R. v. 29. Dec. II. a. 29 R. v. 29. Dec. II. 844, II. b. 595	1831. B. v. 8. Jan
1830.	334 R. D. v. 18. Juni II. a. 335
	H. v. 20. Juni II. a. 60 R. v. 25. Juni L 363, II. b. 123.
Instr. v. 2. Febr II. a. 933 Bubl. v. 4. Febr II. b. 772	R. D. v. 2. Juli I. 675, 11. b. 482.
98. v. 4. Febr. I. 576, II. b. 356,	483, 486
98. v. 8. Febr II. b. 760	8. v. 6. Juli I. 353, 11. b. 94 E. R. v. 10. Juli 11. b. 423
99. p. 18. Kebr H. b. 406	Ot. v. 25. Juli L 539, 11. b. 325
A. v. 19. Marz . I. 613, II. b. 450 C. N. v. 31. Marz II. b. 753	R. v. 27. Juli IL b. 122 Instr. v. 11. Aug II. b. 50
6.93. v. 5. April II. b. 766	R. D. v. 17. Aug II. b. 316
B. v. 17. April I. (LXXXIII) R. v. 21. April II. b. 406	R. v. 2. Sept IL b. 423 R. v. 19. Sept 11. a. 648
97. v. 23. April II. a. 604	R. v. 22. Sept Is. b. 372
R. D. v. 24. April II. b. 600, 677, 684, 691	R. v. 26. Sept II. a. 648 R. v. 21. Oft I. 595, II. b. 396
R. D. v. 16. Mai L. 55, II. a. 37, 38	R. D. v. 31. Dft. II. a. 146, II. b. 322
R. D. v. 20. Mai II. a. 29, 80, 128 E. N. v. 21. Mai I. (CXIV)	R. v. 10. Nov. I. 606, IL b. 463, 470,
R. v. 2. Juni . I. 610, II. b. 408	472, 473
M. v. 7. Juni II. b. 30 M. v. 15. Juni II. b. 304	R. D. v. 12. Nov II. b. 243 R. v. 15. Nov I. 676, II. b. 489
3. v. 22. Juni 11. a. 85, II, b. 171, 600, 677, 691	R. v. 17. Nov I. 471, II. b. 285 R. D. v. 4, Dec II. s. 185
R. v. 24. Juni II. a. 59	R. D. v. 11. Deg. I. (CIV), IL a.
91. v. 28. Juni II. b. 7	581 R. v. 14. Dec I. 634, II. b. 419
R. v. 6. Juli II. a. 128 R. v. 13. Juli II. b. 392	R. v. 16. Dec I. 480, II. b. 276
Köhr:D. v. 14. Juli II. b. 755	87. v. 24, Dec. I. 606, II. b. 121, 383
R. v. 16. Juli II. b. 121, 122 R. D. v. 8. Aug II. a. 35	. ,
Bekanntmach. v. 18. Aug II. b. 7 M. n. 18. Sept II. a. 43	1832.
R. D. v. 11. Sept 11. a. 3	R. v. 9. Jan I. 525, II. a. 316
M. v. 8. Oft. I. 71, II. a. 47, 129, II. b. 245	Defl. v. 15. Jan II. a. 849, 902 R. v. 15. Jan II. a. 165
Bubl. v. 13. Ott 11. b. 752	R. v. 16. Jan. I. 586, II. b. 372,
R. v. 28. Oft II b. 462 R v. 16. Nov II. a. 164, 165	R. v. 23. Jan II. b. 303
R . v. 18. Nov I. 355, II. b. 96	C. R. v. 27. Jan. 1. 98, 11. a. 29, 89
St. D. v. 1. Dec II. a. 13 Ot. v. 14. Dec II. a. 13	R. v. 27. Jan
Bubl. v. 23. Dec II. b. 754	98. v. 6. Febr

	ŕ
Defl. v. 19. Febr. I. 84, II. a. 65,	97. v. 27. Jan II. b. 97
775, 782, 1002	C. N. v. 28. Jan IL b, 752
6. R. v. 20. Febr II. b. 241, 242	M. v. 28. Jan II. b. 391
R. v. 29. Febr. I. 98, II. a. 29, 80,	C. R. v. 6. Febr I. 549, II. b. 335
103, 128	m vy 15. Febt. 1 440 17 400
M. v. 12. Márz I. 613, II. b. 450	Publ. v. 15. Febr. I. 113, II. a. 109
01. 0., 10. 20. 11. 0. 400 02. 03. 11. 0. 400	R. v. 1. März II. b. 336
98. v. 26. Māri II. a. 1002	One 1 . 2
87. v. 29. Marz H. a. 31, 32	Rubl. v. 2. Marz
97. v. 1. April	6. 92. v. 18 Marz I. 118, II. a. 168
98. v. 2. April 11. b. 406, 435	B. v. 31. Marz I. (CXIV), II. a. 141,
R. v. 4. April II. b. 597	996
A. D. v. 7. April , 11. a. 903	C. R. v. 14. April IL b. 757
92. v. 13. April I. 99, II. a. 29, 80,	R. v. 26. April II. b. 421
N. v. 20. April	M. v. 6. Mai II. b. 300
R. v. 20. April I. 785	G. v. 13. Mai I. 85, II. a. 34, 766,
49. U. D. 21. April 11. D. 243	769
R. v. 21. April 11. a. 148	R. v. 14. Mai II. a. 43
R. D. v. 25. April 11. a. 36	E. R. v. 16. Mai II. b. 300
M. v. 7. Mai 11. b. 283	6. N. v. 19. Mai II. a. 159, 161
A. v. 11. Mai 11. b. 462	G. R. v. 21. Mai II. a. 162, 164, 175
Bubl. v. 13. Mai . I, 99, H. a. 104	R. D. v. 22. Mai I. 100, H. a. 88,
R. v. 15. Mai 11. b. 283	90, 121, 129, 134
R. v. 22. Mai 11. b. 6	M. v. 26. Mai II. b. 126
Publ. v. 26. Mai 11. b, 773	R. v. 28. Mai II. b. 300
M. v. 26. Mai . I. 483, II. b. 286	R. v. 29. Mai 11. a. 163
R. v. 4. Juni I. 646, 11. b. 423, 424	B. v. 1. Juni II. b. 309
E. N. v. 7. Juni U. b. 299	Bubl. v. 4. Juni . I. 464, II. b. 250
Inftr. v. 14. Juni II. b. 50	B. v. 11. Juni II. a. 35
M. v. 16. Juni . I. 110, II. a. 109	Ø. v. 23. Juni II. b. 765
G. R. v. 25. Juni 11. b. 405	C. R. v. 28. Juni I. 842, II. b. 591
99. v. 25. Juni 11. b. 299	G. R. v. 2. Juli . I. 118, II. a. 169
9nbl. v. 27. Juni II. b. 600, 677, 691	R. D. v. 14. Juli II. a. 903
C. R. v. 30. Juni 11. a. 138	C. R. v. 15. Suli II. b. 592
9. v. 19. Juli	98. v. 29. Juli II. b. 333
A. D. v. 24. Suli II. a. 903	97. v. 16. Aug I. 483, II. b. 286
M. v. 26. Juli 1. 794	Bubl. v. 24. Aug II. b. 771
R. D. v. 8. Aug. II. b. 371, 373, 377	R. v. 14. Sept I. 520, II. b. 309
M. v. 11. Aug II. a. 164, 175	©. M. v. 3. Oft II. b. 596
R. D. v. 25. Aug. I. 843, II. b. 591,	R. D. v. 6. Oft. II. a. 147, II. b.
595	322
G. 98. v. 14. Sept II. a. 137	97. v. 7. Oft II. a. 82, 648
Bubl. n. 3. Oft II. b. 766	©. 9t. v. 7. Oft. , I. 534, II. b. 325
Publ. v. 5. Oft 11. b. 772	Instr. v. 18. Oft II. a. 444
31 v. 8. Oft	R. v. 26. Oft I. 471, II. b. 263
R. v. 19. Oft I. 677, II. b. 489	M. v. 4. Nov II. b. 255
M. v. 9. Nov II. a. 77	R. O. v. 5. Nov II. b. 297
R. v. 19. Nov. I. 682, II. b. 461,	R. v. 7. Nov IL a. 77
471	R. v. 15. Nov II. b. 703
M. v. 26. Nov II. s. 77	Defl. v. 24. Nov. I. (XCIII), II. a.
M. v. 12. Dec II. b. 324	242
6. R. v. 18. Dec	R. D. v. 24. Mov. II. a, 849, 902, 945,
Onftr. v. 18. Dec I. 51, II. a. 33	963, 964, 976
Rohr: D. v. 20. Dec., II. b. 757	R. D. v. 24. Nov. II. a, 849, 902, 945, 963, 964, 976 B. v. 14, Dec. II. b. 345, 373, 374,
M. v. 21, Dec	380
M. p. 24. Deg	R. v.: 20. Dec I. 486, II. b. 291
1222	1834.
	1
G. M. v. 2. Jan II. b. 332	Bubl. v. 14. Jan II. b. 754
Publ. v., 12. Jan	Inftr. v. 20. Jan 11. b. 758
A.D. v. 19. Jan II. b. 297, 299	9. v. 25. Ign II. b. 122
And the state of t	50 +

	•
R. D. v. 1. Febr II. b. 50, 51	R. D. v. 29. Sept II. b. 192
R. v. 7. Febr I. 84, Il. a. 65	98. v. 10. Dtt 11. b. 12
R. v. 8. Febr II. a. 146	R. D. v. 28, Oft I. (CXII)
C. R. v. 24. Febr 11. b. 50	C. M. v. 2. Nov II. b. 325
	l a
R. v. 24. Febr II. b. 289	Schreib. v. 22. Nov II. b. 373
Publ. v. 25. Febr II. b. 752	98. v. 26. Nov 11. b. 45
B. v. 4. Marz 11. b. 687, -703	08. v. 3. Dec II. b. 320
R. v. 8. Marz II. a. 189	Bauberges D. v. 6. Dec. I. (XCIV), I
R. D. v. 15. Mari I. 585, II. a. 23,	b. 137
944, II. b. 380, 381, 382, 385,	82. v. 8. Dec IL b. 387
387	6. R. v. 10. Dec IL b. 373
E. N. v. 18. Warz II. b. 405	R. D. v. 16. Dec II. b. 454
R. D. v. 26. Marz II. b. 51	R. D. v. 18. Dec II. a. 74, 631
98. v. 26. 98årz 11. a. 146	98. v. 25. Dec IL a. 631
B. v. 31. Mar II. a. 906	6. 97. v. 29. Dec. 1. 576, H. b. 356,
97. v. 13. April I. 587, II. b. 385	446
	T **
97. v. 14. April I. 484, II. b. 287	
97. v. 18. April I. 599, II. b. 401	1835.
E. R. v. 27. April I. 535, II. b. 325,	1000,
326	98. v. 2. Jan
M. v. 3. Mai H. b. 688	97. v. 5. Jan II. b. 255
97. v. 4. Mai I. 379, II. a. 363, II.	87. v. 9. Jan
b. 151	R. D. v. 151 Jan II. b. 24
Bubl. v. 9. Mai II. b. 677, 688	C. R. v. 17. Jan 11. b. 255
E. R. r. 12. Wai I. 839, II. b. 587	Staatsmin. Beschl. v. 25. Jan. II. b. 481
M. v. 2. Juni 146	E. N. v. 28. Jan II. a. 137
Publ. v. 6. Juni II. b. 256	R. r. 29 Jan IL b. 244
9. v. 6. Juni Il. b. 271	R. v. 31. Jan I. 537, IL b. 326
R. D. v. 7. Juni I. 460, 11. b. 240,	R. D. v. 10. Febr II. b. 277
243, 275, 295, 298	R. v. 13. Febr II. a. 130, 145
M. v. 10. Juni II. b. 378	6. R. v. 21. Febr. I. 599. II. b. 401
R. v. 12. Juni Il. b. 271	M. v. 26. Febr IL b. 425
Ot. v. 13. Juni	C. R. v. 27. Febr II. b. 28
Instr. v. 16. Juni II. a. 147	6. N. v. 2, Marz IL b. 244
6. 9t. v. 27. Juni I. 790	Bubl., v. 5. Marg II. b. 792
R. v. 29. Juni II. a. 338	R. v. 5. Marz II. b. 730
R. v. 30. Juni II. b. 362, 401	R. v. 10. Marz II. b. 30
23. v. 30. Juni I.(CVI), I.24, II. a. 17	C. R. v. 14. Marz II. a. 74
	C. R. v. 15. Marg I. 110, II. a. 109
B. v. 30. Juni (wegen des Geschäfts	
betriebes 2c.) I. 437, II. b. 411	M. v. 18. Marz IL b. 451
R. O. v. 1. Juli II. s. 110	G. R. v. 21. Marz I. 462, II. b. 243
M. v. 6. Juli II. a. 120, 130, 145	R. D. v. 28. Marz IL b. 754
M. v. 7. Juli I. 604, II. b. 405	M. v. 7. April L 646, II. b. 425
M. v. 15. Juli I. 468, II. b. 251, 271,	R. D. v. 9. April L 527
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
341	R. D. v. 11. April . II. a. 890, 971
R. v. 17. Juli II. a. 130, 145	E. R. v. 12. April I. 527, II. b. 317
C. R. v. 18. Juli I. 511, II. b. 300,	R. D. v. 21. April II. a. 633
410	B. v. 25. April I. (XCIII), II. a. 140
Regul. v. 18. Juli 1. 512, II. b. 300	G. R. r. 11. Mai II. b. 754
G. R. v. 15. Aug II. b. 584	R. v. 11. Pai II. b. 298
Regl. v. 16. Aug II. b. 565	C. N. v. 20. Mai I. 635, IL b. 420
R. v. 20. Aug II a. 977	C. M. v. 6. Juni II. b. 287, 310
R. D. v. 23. Aug II. a. 903	Instr. v. 12. Juni II. a. 166, 194
6. 9. v. 27. Aug. I. 619, 645, II. b.	97. v. 12. Juni II. a. 173
44 104 120 1	
411, 421, 432	G. v. 29. Juni I. (CVI), L. 456, H.
R. D. v. 8. Sept II. b. 754	b. 446
Bubl. v. 14. Sept II. b. 772	R. v. 29. Juni II. a. 163
R. D. v. 17. Sept II. b. 565	Inftr. v. 1. Juli II. a. 148, 150, II
	b. 267
Bubl. v. 20. Sept II. b. 772	
98. v. 26, Sept II. b. 276	Infir. v. 14. Juli II. a. 633
Haubergs:D. v. 29. Sept. I. (XCIV) !	6. v. 27. Juli

3. D. v. 1. Aug. I. (CVI), II. a. 849,	R. D. v. 11. Mai II. a. 580
009 062 076 077	
902, 963, 976, 977	C. R. v. 16. Mai II, a. 138
R. v. 12. Aug II. a. 977	M. v. 16. Mai I. 354, II. b. 98
R. v. 19. Aug I. 542, II. b. 331	R. v. 30. Mai II. a. 138
R. D. v. 28. Aug II. b. 759	Bubl. v. 31. Mai I. (CXIV)
Paker C u 4 Sout II h 755	
Köhr:D. v. 1. Sept II. b. 756	Bubl. v. 10. Juni I. (CXIV)
98. v. 4. Sept II. b. 30	RostensInstr. v. 16. Juni I. 765, II.b.
G. R. v. 8. Sept. 11. h. 298	568
98. v. 10. Sept I. 664, II. b. 485	R. v. 16. Juni I. 821, II. b. 299
Befanntmach. v. 12. Sept. I. 620, II.	R. D. v. 19. Juni II. a. 185
412	R. D. v. 21. Juni II. b. 310
Instr. v. 16. Sept II. a. 633	6. R. v. 23. Juni II. a. 580
S. D. v. 29. Sept II. a. 110	C. R. v. 29. Juni II. a. 138
Inftr. v. 12. Oft. I. 647, II. a. 186,	Bubl. v. 4. Juli I. (CXIV)
700, 971, II. b. 384, 430, 617	98. v. 9. Juli II. a. 469
5. 9. v. 17. Ott II. b. 244	Defl. v. 10. Juli I. (CIII), II. a. 25,
98. p. 17. Dit II. b. 312	588, 606
R. D. v. 26. Oft II. a. 581	Ø. v. 13. Juli I. (CXIII)
B. v. 26. Oft I. (CIV)	Regl. v. 8. Aug. I. 31, 745, II. a.
98. v. 28. Off II. b. 387	854, 873, II. b. 565, 566
R. D. v. 29. Dtt I. (LXXXIII)	R. v. 10. Aug I. (CIII)
98. v. 30. Ott. I. 617, 672, II. b. 410,	R. v. 16. Aug II. b. 401
488	Schreiben v. 18. Aug I. 47
M. v. 8. Nov I. 644, II. b. 288	Bol. D. v. 29. Aug II. b. 675
R. v. 17. Nov	9R. v. 10. Sept II. b. 336
R. v. 21. Nov I. 554, II. b. 335	R. v. 12. Sept I. 47, II. a. 31
R. v. 22. Nov I. 374, II. b. 129	C. R. v. 14. Sept. I. 543, II. a. 138,
Bubl. v. 26. Nov II. b. 771	II. b. 333, 337
R. v. 19. Dec II. b. 757	C. N. v. 15. Sept II. b. 368
Inftr. v. 21. Dec. I. 114, II. a. 110	G. M. v. 17. Sept I. 782
Juhr. D. 21. 228. 1. 114, 11. a. 110	
	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a.
1836.	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565
1836.	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757 R. v. 11. Jan II. b. 288	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov I. 568, II. b. 353.
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757 R. v. 11. Jan II. b. 288 R. v. 1. Febr II. a. 146	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353. G. R. v. 7. Nov I. 783
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757 R. v. 11. Jan II. b. 288 R. v. 1. Febr	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192,
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757 R. v. 11. Jan II. b. 288 R. v. 1. Febr II. a. 146 C. R. v. 3. Febr II. b. 277 R. v. 4. Febr II. b. 378	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757 R. v. 11. Jan II. b. 288 R. v. 1. Febr II. a. 146 C. R. v. 3. Febr II. b. 277 R. v. 4. Febr II. b. 378 R. v. 26. Febr II. b. 314	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov II. b. 421
1836. Bubl. v. 11. Jan II. b. 757 R. v. 11. Jan II. b. 288 R. v. 1. Febr II. a. 146 C. R. v. 3. Febr II. b. 277 R. v. 4. Febr II. b. 378 R. v. 26. Febr II. b. 314 C. R. v. 27. Febr II. a. 682	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. h. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569
1836. Bubl. v. 11. Jan	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov II. b. 421
1836. Bubl. v. 11. Jan	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 773
1836. Bubl. v. 11. Jan	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 C. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 C. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 C. R. v. 14. Nov. II. 785 R. v. 17. Nov. II. 785
### 1836. #### 11. In II. b. 757 ### 11. In III. b. 288 ### 11. In III. b. 288 #### 12. III. a. 146 #### 13. III. b. 277 #### 13. III. b. 378 ##### 13. III. b. 378 ####### 13. III. b. 314 ###################################	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 773 R. v. 17. Nov. II. 785 R. v. 18. Nov. II. 624, II. b. 249
### 1836. #### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 569 R. v. 17. Nov. II. 785 R. v. 18. Nov. II. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. III. b. 747
### 1836. #### 11. Fan	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 773 R. v. 17. Nov. II. 624, II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. III. b. 747 R. v. 22. Nov. III. b. 490
### 1836. #### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 569 R. v. 17. Nov. II. 785 R. v. 18. Nov. II. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. III. b. 747
### 1836. #### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 C. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 785 R. v. 17. Nov. II. 624, II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. 624, II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490
### 1836. #### 11. Jan	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov I. 569 G. R. v. 14. Nov I. 773 R. v. 17. Nov I. 785 R. v. 18. Nov I. 624, II. b. 249 Bol. D. v. 21. Nov II. b. 747 R. v. 22. Nov II. b. 490 R. v. 23. Nov I. 817
### 1836. #### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov I. 569 G. R. v. 14. Nov I. 773 R. v. 17. Nov I. 785 R. v. 18. Nov I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov II. b. 747 R. v. 22. Nov II. b. 490 R. v. 23. Nov I. 817 R. v. 26. Nov I. 811 Haubergs: D. v. 29. Nov. II. b. 192
### 11. ### 11. ### 11. ### 11. ### 1288 #### 11. ### 11. ### 11. ### 1288 #### 11. ### 11. ### 11. ### 1288 ##### 11. #### 11. ### 1288 ####### 11. #### 11. ### 1288 ##################################	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. I. 769 G. R. v. 14. Nov. I. 773 R. v. 17. Nov. II. 624, II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. 624, II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. b. 490 R. v. 22. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 26. Nov. II. 817 R. v. 26. Nov. II. 811 Headergs D. v. 29. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 192
### 1836. #### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. I. 569 G. R. v. 14. Nov. I. 773 R. v. 17. Nov. I. 785 R. v. 18. Nov. I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. II. 624, II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 26. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 385
### 1836. #### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Rov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. I. 769 G. R. v. 14. Nov. I. 773 R. v. 17. Nov. I. 785 R. v. 18. Nov. I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. II. b. 747 R. v. 22. Nov. III. b. 490 R. v. 23. Nov. III. b. 490 R. v. 26. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 385 Publ. v. 7. Dec. III. b. 385
### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Rov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. I. 769 G. R. v. 14. Nov. I. 773 R. v. 17. Nov. I. 785 R. v. 18. Nov. I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. II. b. 747 R. v. 22. Nov. III. b. 490 R. v. 23. Nov. III. b. 490 R. v. 26. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 385 Publ. v. 7. Dec. III. b. 385
### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. I. 569 G. R. v. 14. Nov. I. 773 R. v. 17. Nov. II. 569 R. v. 18. Nov. II. 569 R. v. 18. Nov. II. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. II. b. 747 R. v. 22. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 26. Nov. II. b. 192 R. v. 26. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 385 Publ. v. 7. Dec. II. b. 385 Publ. v. 7. Dec. II. b. 336 R. v. 8. Dec. II. b. 336
### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. I. 569 G. R. v. 14. Nov. I. 773 R. v. 17. Nov. I. 785 R. v. 18. Nov. I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov. II. b. 747 R. v. 22. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 26. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 325 Rubl. v. 7. Dec. II. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. II. b. 336 R. v. 8. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 568, II. b. 354
### 11. Ban	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov I. 569 G. R. v. 14. Nov I. 773 R. v. 17. Nov I. 785 R. v. 18. Nov I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov II. b. 747 R. v. 22. Nov II. b. 490 R. v. 23. Nov II. b. 490 R. v. 23. Nov II. b. 490 R. v. 26. Nov II. b. 192 R. v. 30. Nov II. b. 385 Publ. v. 7. Dec
### 11. ### 11. ### 11. ### 11. ### 12. #### 12. #### 12. #### 12. #### 12. #### 12. #### 12. #### 12. ##### 12. ##### 12. ##### 12. ##########	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. II. 568, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 773 R. v. 17. Nov. II. 624, II. b. 249 Bol. O. v. 21. Nov. III. b. 747 R. v. 22. Nov. III. b. 747 R. v. 23. Nov. III. b. 490 R. v. 26. Nov. III. b. 490 R. v. 26. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 325 R. v. 4. Dec. III. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. III. b. 336 R. v. 8. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 568, II. b. 354 R. v. 13. Dec. II. 569, II. 354 R. v. 13. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 13. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 570, II. 354
### 11. In II. b. 757 F. v. 11. In II. b. 288 F. v. 1. Febr II. a. 146 F. N. v. 3. Febr II. b. 277 F. v. 4. Febr II. b. 378 F. v. 26. Febr II. b. 314 F. N. v. 27. Febr II. b. 314 F. N. v. 27. Febr II. b. 387 F. v. 4. Marz II. b. 387 F. v. 5. Marz II. b. 387 F. v. 5. Marz II. b. 387 F. v. 6. Marz II. b. 387 F. v. 7. Marz II. b. 366, 767 Fubl. v. 19. Marz II. b. 766, 772 F. v. 26. Marz II. b. 766, 767 Fubl. v. 25. Marz II. b. 772 F. v. 26. Marz II. b. 370 F. v. 26. Marz II. b. 370 F. v. 11. April I. 487, II. b. 242 Fufir. v. 11. April I. 487, II. b. 242 Fufir. v. 11. April I. 487, II. b. 296 F. v. 12. April I. 492, II. b. 295, 297, 301, 303 Fosten-Regul. v. 25. April I. 760, II. b. 568	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov I. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov I. 569 G. R. v. 14. Nov I. 773 R. v. 17. Nov I. 785 R. v. 18. Nov I. 624, II. b. 249 Pol. D. v. 21. Nov II. b. 747 R. v. 22. Nov II. b. 490 R. v. 23. Nov II. b. 490 R. v. 23. Nov II. b. 490 R. v. 26. Nov II. b. 192 R. v. 30. Nov II. b. 385 Publ. v. 7. Dec
### 11. In II. b. 757 F. v. 11. In II. b. 288 F. v. 1. Febr II. a. 146 F. N. v. 3. Febr II. b. 277 F. v. 4. Febr II. b. 378 F. v. 26. Febr II. b. 314 F. N. v. 27. Febr II. b. 314 F. N. v. 27. Febr II. b. 387 F. v. 4. Marz II. b. 387 F. v. 5. Marz II. b. 387 F. v. 5. Marz II. b. 387 F. v. 6. Marz II. b. 387 F. v. 7. Marz II. b. 366, 767 Fubl. v. 19. Marz II. b. 766, 772 F. v. 26. Marz II. b. 766, 767 Fubl. v. 25. Marz II. b. 772 F. v. 26. Marz II. b. 370 F. v. 26. Marz II. b. 370 F. v. 11. April I. 487, II. b. 242 Fufir. v. 11. April I. 487, II. b. 242 Fufir. v. 11. April I. 487, II. b. 296 F. v. 12. April I. 492, II. b. 295, 297, 301, 303 Fosten-Regul. v. 25. April I. 760, II. b. 568	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. II. 568, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. 773 R. v. 17. Nov. II. 624, II. b. 249 Bol. O. v. 21. Nov. III. b. 747 R. v. 22. Nov. III. b. 747 R. v. 23. Nov. III. b. 490 R. v. 26. Nov. III. b. 490 R. v. 26. Nov. III. b. 192 R. v. 30. Nov. III. b. 325 R. v. 4. Dec. III. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. III. b. 336 R. v. 8. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 568, II. b. 354 R. v. 13. Dec. II. 569, II. 354 R. v. 13. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 13. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 570, II. 354
### 11. In	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. II. 568, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 14. Nov. II. 569 G. R. v. 14. Nov. II. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. b. 747 R. v. 17. Nov. III. b. 747 R. v. 22. Nov. III. b. 747 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. II. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. II. b. 336 R. v. 8. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 565, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 565, II. b. 486 R. v. 18. Dec. II. 665, II. b. 486 R. v. 18. Dec. II. 665, II. b. 486 R. v. 18. Dec. II. 665, II. b. 486
### 11. In II. b. 757 F. v. 11. In II. b. 288 F. v. 1. Febr II. a. 146 F. N. v. 3. Febr II. b. 277 F. v. 4. Febr II. b. 378 F. v. 26. Febr II. b. 314 F. N. v. 27. Febr II. b. 314 F. N. v. 27. Febr II. b. 387 F. v. 4. Marz II. b. 387 F. v. 5. Marz II. b. 387 F. v. 5. Marz II. b. 387 F. v. 6. Marz II. b. 387 F. v. 7. Marz II. b. 366, 767 Fubl. v. 19. Marz II. b. 766, 772 F. v. 26. Marz II. b. 766, 767 Fubl. v. 25. Marz II. b. 772 F. v. 26. Marz II. b. 370 F. v. 26. Marz II. b. 370 F. v. 11. April I. 487, II. b. 242 Fufir. v. 11. April I. 487, II. b. 242 Fufir. v. 11. April I. 487, II. b. 296 F. v. 12. April I. 492, II. b. 295, 297, 301, 303 Fosten-Regul. v. 25. April I. 760, II. b. 568	R. D. v. 20. Sept. I. 31, 744, II. a. 20, 36, 854, 873, II. b. 565 R. v. 5. Oft. II. b. 97 G. R. v. 12. Oft. I. 463, II. b. 245 G. R. v. 6. Nov. I. 568, II. b. 353 G. R. v. 7. Nov. II. 783 R. D. v. 9. Nov. I. 752, II. b. 192, 566 R. v. 11. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. b. 421 Schreiben v. 13. Nov. II. 773 R. v. 17. Nov. II. 785 R. v. 18. Nov. II. 624, III. b. 249 Rol. D. v. 21. Nov. II. b. 747 R. v. 22. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 23. Nov. II. b. 490 R. v. 24. Nov. II. b. 490 R. v. 25. Nov. II. b. 490 R. v. 26. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 192 R. v. 30. Nov. II. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. II. b. 385 Rubl. v. 7. Dec. II. b. 336 R. v. 8. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 568, II. b. 354 G. R. v. 13. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 570, II. 354 R. v. 14. Dec. II. 565, II. b. 486

^{*)} Dies R. ift im Texte irrthümlich v. 23. Dec. 1836 batirt.

M. v. 27. Dec. I. 388, II. a. 132, 578,	R. D. v. 6. Juni II. a. 4
U. b. 176, 177	R. v. 9. Juni . II. a. 130, 136, 145
6. R. v. 30. Dec I. 810	N. v. 12. Juni II. b. 271, 385
4. 5t. 5. 55. 25tt	R. D. v. 19. Juni II. a. 88
	R. v. 19. Juni 11. b. 392
1837.	R. v. 21. Juni . I. 375, II. b. 129
1837.	
00 " 0 Oc. II = 1400C 1000	98. v. 24. Juni I. 807
M. v. 2. Jan II. n. 1006, 1029	R. D. v. 25. Juni II. b. 291
R. D. v. 10. Jan II. a. 580	C. R. v. 25. Juni I. 463, II. b. 244
97. v. 18. 3an II. a. 34	97. v. 30. Juni
E. R. v. 19. Jan. I. 566, II. b. 350	C. R. v. 5. Juli I. 389, II. b. 175,
98. v. 19. Jan II. b. 288	176, 178
C. R. v. 1. Febr. I. 506, II. b. 297	9t. v. 7. Juli I. 572, II. b. 338, 355
R. v. 1. Febr I. 493, II. b. 297	R. v. 8. Juli II. b. 30
C. R. v. 2. Febr. I. 632, II. b. 268	R. v. 17. Juli I. 816
G. R. v. 13. Febr II. a. 138	E. N. v. 20. Juli I. 570, II. b. 354
R. v. 15. Febr I. 350, II. h. 77	R. L). v. 24. Juli II. b. 300
R. v. 17. Febr. I. 665, II. b. 486,	98. v. 25. Juli IL b. 30
490	R. v. 30. Juli I. 353, 783, 814, K.
R. v. 18. Febr II. b. 193	b. 95
N. v. 1. Marz 1. 792	G. R. v. 1. Aug. I. 473, II. b. 262,
R. v. 3. Marz II. a. 142	361, 362, 397, 400
M. v. 7. Marz I. 635, II. b. 474	R. v. 1. Aug 1. 812
N. v. 10. Marz I. 585, II. b. 382	M. v. 3. Aug II. a. 43
R. D. v. 11: Marz II. b. 676	Ot. b. 4. Mug I. 600, II. b. 401
98. v. 14. Marz I. 49, II. a. 31	M. v. 5. Aug L 813
9k. v. 16. Márz II. a. 74	Bubl. v. 8. Aug I. 381, II. b. 151
R. v. 18. Marz II. b. 30	R. r. 8. Aug
R. v. 19. März I. 841, II. b. 590	R. v. 11. Aug I. 119, II. a. 169
3. v. 20. Marz 11. b. 401	C. R. v. 15. Aug II. b. 405
C. R. v. 24. Marz I. 380, II. a. 363,	R. v. 23. Aug I. (CXI)
II. b. 151	R. v. 24. Aug. I. 395, II. b. 188,
R. v. 24. Marz I. 807, II. b. 450	713
98. v. 28. Marz I. 569, II. a. 15, II.	R. D. v. 26. Aug. I. 752, IL b. 566
b. 355	Staatsmin. Befchl. v. 29. Aug. 1. 465,
C. N. v. 30. Marz I. 673, II. b. 458,	II. b. 247
488	N. v. 9. Sept I. 657, II. b. 308
M. v. 31. Marz II. b. 677	
M. v. 3. April H. a. 1029	R. D. v. 10. Sept II. b. 605, 762
	Rubl. v. 13. Sept 11. a. 580 R. v. 23. Sept 11. b. 258
Rubl. v. 6. April II. b. 310	
97. p. 10. April II. a. 96	Publ. v. 28. Sept II. a. 580
97. v. 11. April I. 569, 783, II. b.	9t. v. 30. Sept
355 R. v. 16. April II. a. 169	9t. v. 4. Oft
M. v. 18. April II. a. 1029	R. v. 8. Oft II. b. 491 R. v. 10. Oft II. b. 127
R. v. 24. April I. 850, II. b. 613	
G. R. v. 29. April I. 364, II. b. 124	9t. v. 13. Ott I. 807
R. v. 2. Mai I. 794, II. b. 392	9t. v. 23. Oft
	C. R. v. 31. Oft. I. 636, II. b. 464,
99. p. 3. Mai II. b. 713	474 (Pal u 5 Man TT 2 COS
6. p. 8. Mai I. (CXIV)	Grl. v. 5. Nov II. b. 675
98. v. 12. Mai II. a. 556, II. b. 97	M. v. 14. Nov I. 118, II. a. 168
A. v. 17. Mai I. 107, II. s. 103 C. R. v. 19. Mai L. 515, II. b. 301	M. v. 17. Nov
	G. R. v. 25. Nov. I. 593, II. b. 396
M. v. 20. Mai II. b. 51	R. D. v. 27. Nov. I. 678, 11. b. 491
97. p. 22. Wai	98. v. 4. Dec II. a. 34
A. v. 25. Mai I. 824	M. v. 9. Dec II. a. 445
C. R. v. 27. Mai I. 544, II. b. 333,	87. v. 11. Dec I. 806
. 337	R. D. v. 13. Dec IL a. 4
R. v. 27. Mai II. b. 713	C. R. v. 15. Dec. I. 677, II. b. 490
6. 9. v. 2. Juni II. b. 355	C. R. v. 21. Dec 4
C. R. p. 31. Juni . I. 374, II. b. 129	

E. N. v. 5. Jan. I. 109, II. a. 104,
R. D. v. 11. Jan II. a. 4
Staatemin. Bet. v. 17. 3an. II. a. 4
98. v. 20. Jan H. a. 146, 164
98. v. 23. 3an. I. 653, II. a. 186, II.
98. v. 28. Jan. I. 382, II. a. 363, II.
b. 151
C. R. v. 1. Febr. I. 355, II. b. 98
C. N. v. 5. Febr I. 787
Instr. v. 15. Febr II. b. 350 R. D. v. 17. Febr I. (CIV), II. a.
581
R. D. v. 18. Febr. I. (XCIII), II. a. 1017
- N. v. 26. Febr I. 682, II. b. 472
R. v. 28. Febr. II. a. 154, 556, II. b.
97 R. v. 5. März II. b. 97
C. R. v. 8. März I. 596, II. b. 400
R. v. 13. Marz 1. 793
E. R. v. 20. Marz I. 815
C. R. v. 22. Marz I. 653, II. b. 426
98. v. 23. März I. 789
G. v. 31. März I. 826 R. v. 4. April II. s. 34
or. v. 6. april 11. h. 593
R. v. 7. April I. 464, II. b. 247
6. N. v. 9. April I. 357, II. b. 117
R. v. 14. April II. b. 730 C. R. v. 19. April I. 810
Bubl. v. 26. April II. b. 773
R. D. v. 29. April II. b. 772
B. v. 5. Mai I. 561, II. b. 346, 371, 373, 378
B. v. 7. Mai II. b. 676, 689
B. v. 7. Mai II. b. 676, 689 R. v. 11. Mai I. 522, II. b. 315
98. v. 17. Mai II. b. 399
M. v. 20. Mai II. b. 392 M. v. 22. Mai II. b. 772
C. R. v. 23. Mai I. 494, 11. b. 297,
301. 303
E. R. v. 25. Mai I. 494, II. b. 297
C. N. v. 31. Mai II. b. 757 M. v. 9. Juni II. b. 311
R. D. v. 12. Juni II. a. 15
R. v. 12. Juni I. 659, II. b. 352
97. v. 25. Juni 11. b. 750
92. v. 2. Juli II. a. 604 G. 92. v. 7. Juli I. 811
R. v. 9. Juli II. a. 15
R. v. 12. Juli I. 811 E. R. v. 16. Juli I. 522, 817, II. b.
E. M. v. 16. Juli I. 522, 817, II. b.
315

- hes oteArker.	49T
M. v. 22. Inli	II. a. 84
C. R. v. 23. Juli	. I. 807
Bubl. v. 25. Juli	II. b. 771
R. v. 25. Juli 1. 573,	И. Ь. 355
B. v. 28. Juli I. (CX), I. 3	
15U	, II. b. 30
R. v. 6. Aug. I. 119, 772,	187
R. v. 10. Aug I. 465,	
H. v. 12. Aug II. a.	145, 146
R. v. 12. Aug II. a. R. D. v. 16. Aug	. I. 26
R. v. 18. Aug	II. b. 467
Publ. v. 26. Aug.	П. Б. 751
C. N. v. 3. Sept I. 564,	II. b. 347
R. v. 8. Sept	LL. N. 070
R. v. 12. Sept	
R. v. 18. Sept I. 108,	II. a. 103
R. v. 21. Sept : II. b.	
C. R. v. 24. Sept. I. 491, 8	11, II. b.
M. v. 26. Sept	242, 296
97. v. 26. Sept	П. Б. 638
©. R. v. 4. Dit	. I. 780
97. v. 7. Oft	1. 770 E
98 n 8 Dft	1. 0. 317 777
R. v. 8. Oft	I. b. 773
9t. v. 17. Oft	I. b. 256
R. v. 22. Oft II. b	. 30, 399
Publ. v. 28. Oft 1	П. Ь. 772
G. v. 3. Nov II.	a. 40, 41
C. R. v. 3. Nov	. 1 7/2
6. R. v. 11. Nov	1. D. 347 1 h 396
19 n 28 Man	1. b. 36
R. v. 28. Nov	I. b. 598
H. v. 28. Dec	. 1. 789
1839.	
1000,	
K. D. v. 3. Jan 1	I. a. 228
R. D. v. 5. Jan 1	I. a. 36
Bubl. v. 10. Jan	1. b. 772
R. v. 11. Jan I R. v. 20. Jan	
Grunbsteuer: G. v. 21. Jan.	II. a. 154.
·	100 4040
R. v. 7. Febr	. I. 807
C. R. v. 9. Febr. I. 118, 55	57, H. a.
168, I C. R. v. 25. Febr. I. 494, I	I. D. OOT
G. M. D. 20. Yedt. 1. 494, 1	1. b. 297, 301 303

R. v. 2. Márz II. a. 188 C. R. v. 6. Márz I. 645, II. b. 421 C. R. v. 14. Márz-I. 521, 659, 661,

Schreiben v. 1. Marg . . . II. b. 348

301, 303

II. b. 311, 352, 464

^{*)} Dies R. ift im Texte irrthumlich v. 3. Oft. 1838 batirt.

R. D. v. 19. Mārz	· ·	
R. D. v. 24. Marz	• 5 n 19 985rs II h 373	1 9
M. v. 27. Marz II. a. 142 M. v. 30. Marz I. 596, II. b. 400 M. v. 5. Mpril I. 840, II. b. 587, G. R. v. 6. Mpril II. 614, II. b. 451 Defl. v. 6. Mpril II. 614, III. b. 451 Defl. v. 6. Mpril II. 614, III. b. 451 Defl. v. 6. Mpril III. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 Snftr. v. 7. April III. b. 345, 347 G. R. v. 8. Mpril II. 496, II. b. 297 M. v. 9. Mpril II. 344, II. b. 41 R. D. v. 11. Mpril III. b. 740 M. v. 19. Mpril III. b. 326 R. D. v. 22. Mpril III. b. 50 R. D. v. 27. Mpril III. b. 308 M. v. 27. Mpril III. b. 308	6 0 h 24 905c; II h 586	
98. v. 5. April I. 840, II. b. 587, 588 6. 98. v. 6. April I. 1. 614, II. b. 451 Defl. v. 6. April II. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 3nftr. v. 7. April II b. 345, 347 6. 98. v. 8. April I. 496, II. b. 297 98. v. 9. April I. 344, II. b. 41 18. D. v. 11. April II. b. 740 18. v. 19. April II. 538, II. b. 326 18. D. v. 22. April III. b. 50 18. D. v. 27. April III. b. 239 19. v. 27. April III. b. 308 10. v. 29. April III. b. 308 10. v. 29. April III. b. 308 11. v. 30. April III. b. 319 11. v. 30. April III. b. 346 11. v. 30. April III. b. 346 11. v. 10. April III. b. 346 11. v. 11. April III. b. 346 11. v. 11. April III. b. 346 12. v. 11. April III. b. 346 13. v. 11. April III. b. 346 14. v. 11. April III. b. 346 15. v. 14. April III. b. 587, 346 16. v. 14. April III. b. 587, 346 17. v. 14. April III. b. 336 18. v. 15. April III. b. 323 18. v. 16. April III. b. 346 18. v. 17. April III. b. 346 18. v. 18. April III. b. 346 18. v. 19. April III. b. 346 18. v. 10. April III. b. 346 19. v. 10. April III. b. 346 19. v. 10. April II	00 - 07 Mbs. If - 440	Ι,
98. v. 5. April I. 840, II. b. 587, 588 6. 98. v. 6. April I. 1. 614, II. b. 451 Defl. v. 6. April II. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 3nftr. v. 7. April II b. 345, 347 6. 98. v. 8. April I. 496, II. b. 297 98. v. 9. April I. 344, II. b. 41 18. D. v. 11. April II. b. 740 18. v. 19. April II. 538, II. b. 326 18. D. v. 22. April III. b. 50 18. D. v. 27. April III. b. 239 19. v. 27. April III. b. 308 10. v. 29. April III. b. 308 10. v. 29. April III. b. 308 11. v. 30. April III. b. 319 11. v. 30. April III. b. 346 11. v. 30. April III. b. 346 11. v. 10. April III. b. 346 11. v. 11. April III. b. 346 11. v. 11. April III. b. 346 12. v. 11. April III. b. 346 13. v. 11. April III. b. 346 14. v. 11. April III. b. 346 15. v. 14. April III. b. 587, 346 16. v. 14. April III. b. 587, 346 17. v. 14. April III. b. 336 18. v. 15. April III. b. 323 18. v. 16. April III. b. 346 18. v. 17. April III. b. 346 18. v. 18. April III. b. 346 18. v. 19. April III. b. 346 18. v. 10. April III. b. 346 19. v. 10. April III. b. 346 19. v. 10. April II	on 90 one I soc II I so	١.
G. R. v. 6. April	or. v. 30. warz 1. 596, 11. b. 400	
Deff. v. 6. April II. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 Infir. v. 7. April II b. 345, 347 G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R. D. v. 11. April II. b. 740 R. v. 19. April II. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 50 R. D. v. 27. April III. b. 308 G. D. v. 27. April III. b. 308 G. P. v. 29. April III. b. 308 G. R. v. 10. April III. b. 308 G. R. v. 11. Mai III. b. 319 G. R. v. 7. Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 R. v. 14. Mai II. 642, III. b. 287 R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 587, R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 17. Mai III. b. 500 G. R. v. 31. Mai III. b. 304, 305 R. v. 18. Suni III. b. 322 G. R. v. 10. Suni*) II. 597, III. b. 267, 400 R. v. 5. Suni III. b. 323 G. R. v. 14. Suni II. 665, III. b. 486 R. D. v. 18. Suni III. b. 758 R. v. 19. Suni III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 11. Suli III. b. 365, III. b. 486 G. R. v. 12. Suli III. b. 485 G. R. v. 13. Suli III. b. 485 G. R. v. 14. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 130, 163 G. R. v. 20. Suli III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. a. 111, R. v. 20. Suli III. b. 102, III. b. 125 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 113, R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 114, R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. b. 115, R. v. 19. Mug. III. b. 458		•
Deff. v. 6. April II. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 Infir. v. 7. April II b. 345, 347 G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R. D. v. 11. April II. b. 740 R. v. 19. April II. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 50 R. D. v. 27. April III. b. 308 G. D. v. 27. April III. b. 308 G. P. v. 29. April III. b. 308 G. R. v. 10. April III. b. 308 G. R. v. 11. Mai III. b. 319 G. R. v. 7. Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 R. v. 14. Mai II. 642, III. b. 287 R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 587, R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 17. Mai III. b. 500 G. R. v. 31. Mai III. b. 304, 305 R. v. 18. Suni III. b. 322 G. R. v. 10. Suni*) II. 597, III. b. 267, 400 R. v. 5. Suni III. b. 323 G. R. v. 14. Suni II. 665, III. b. 486 R. D. v. 18. Suni III. b. 758 R. v. 19. Suni III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 11. Suli III. b. 365, III. b. 486 G. R. v. 12. Suli III. b. 485 G. R. v. 13. Suli III. b. 485 G. R. v. 14. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 130, 163 G. R. v. 20. Suli III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. a. 111, R. v. 20. Suli III. b. 102, III. b. 125 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 113, R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 114, R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. b. 115, R. v. 19. Mug. III. b. 458		{
Deff. v. 6. April II. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 Infir. v. 7. April II b. 345, 347 G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R. D. v. 11. April II. b. 740 R. v. 19. April II. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 50 R. D. v. 27. April III. b. 308 G. D. v. 27. April III. b. 308 G. P. v. 29. April III. b. 308 G. R. v. 10. April III. b. 308 G. R. v. 11. Mai III. b. 319 G. R. v. 7. Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 R. v. 14. Mai II. 642, III. b. 287 R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 587, R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 17. Mai III. b. 500 G. R. v. 31. Mai III. b. 304, 305 R. v. 18. Suni III. b. 322 G. R. v. 10. Suni*) II. 597, III. b. 267, 400 R. v. 5. Suni III. b. 323 G. R. v. 14. Suni II. 665, III. b. 486 R. D. v. 18. Suni III. b. 758 R. v. 19. Suni III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 11. Suli III. b. 365, III. b. 486 G. R. v. 12. Suli III. b. 485 G. R. v. 13. Suli III. b. 485 G. R. v. 14. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 130, 163 G. R. v. 20. Suli III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. a. 111, R. v. 20. Suli III. b. 102, III. b. 125 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 113, R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 114, R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. b. 115, R. v. 19. Mug. III. b. 458	6. N. v. 6. April II. b. 244	1
Deff. v. 6. April II. b. 369, 370, 373, 374, 377, 385, 387, 667, 690 Infir. v. 7. April II b. 345, 347 G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R. D. v. 11. April II. b. 740 R. v. 19. April II. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 50 R. D. v. 27. April III. b. 308 G. D. v. 27. April III. b. 308 G. P. v. 29. April III. b. 308 G. R. v. 10. April III. b. 308 G. R. v. 11. Mai III. b. 319 G. R. v. 7. Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 R. v. 14. Mai II. 642, III. b. 287 R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 587, R. v. 14. Mai II. 840, III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 16. Mai III. b. 588, R. v. 17. Mai III. b. 500 G. R. v. 31. Mai III. b. 304, 305 R. v. 18. Suni III. b. 322 G. R. v. 10. Suni*) II. 597, III. b. 267, 400 R. v. 5. Suni III. b. 323 G. R. v. 14. Suni II. 665, III. b. 486 R. D. v. 18. Suni III. b. 758 R. v. 19. Suni III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 10. Suni* III. b. 304, 305 R. v. 11. Suli III. b. 365, III. b. 486 G. R. v. 12. Suli III. b. 485 G. R. v. 13. Suli III. b. 485 G. R. v. 14. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. a. 130, 163 G. R. v. 20. Suli III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. a. 111, R. v. 20. Suli III. b. 102, III. b. 125 R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 113, R. v. 12. Mug. III. b. 102, III. b. 114, R. v. 19. Mug. III. b. 102, III. b. 115, R. v. 19. Mug. III. b. 458	9 v. 6. April . I. 614. II. b. 451	
374, 377, 385, 387, 667, 690 3nftr. v. 7. April II b. 345, 347 G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R. D. v. 11. April III. b. 740 R. v. 19. April II. b. 740 R. v. 19. April II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 326 R. D. v. 27. April II. b. 239 R. v. 27. April II. b. 239 R. v. 29. April II. b. 308 G. R. v. 1. Mai II. b. 308 G. R. v. 1. Mai II. b. 319 G. R. v. 7. Mai II. b. 346 G. R. v. 1. Mai III. b. 346 G. R. v. 14. Mai III. b. 346 G. R. v. 14. Mai III. b. 386 R. v. 14. Mai III. b. 386 R. v. 14. Mai III. b. 587, S88 R. v. 16. Mai III. b. 587, S88 R. v. 16. Mai III. b. 588, G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 486 R. v. 14. Suni I. 665, III. b. 486 R. v. 15. Suni III. b. 304, 305 R. v. 16. Mai III. a. 188, III. b. 715, 740, 758 R. v. 18. Suli III. b. 485 G. R. v. 19. Suli III. b. 485 G. R. v. 19. Suli III. b. 485 G. R. v. 20. Suli III. b. 485 G. R. v. 20. Suli III. b. 283 R. v. 18. Suli I. 662, III. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Suli III. b. 51, 283 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 51 R. v. 19. Mug III. b. 458		`
G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R.D. v. 11. April II. 534, II. b. 41 R.D. v. 11. April III. b. 740 R. v. 19. April II. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 50 R. D. v. 27. April III. b. 239 R. v. 27. April III. 666, II. b. 486 R. v. 29. April III. b. 308 G. R. v. 1. Mai II. b. 586, 618 R. v. 1. Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 R. v. 14. Mai II. 642, III. b. 287 R. v. 14. Mai II. 642, III. b. 587, S. D. v. 28. Mai III. b. 587, S. R. v. 14. Mai II. 588, III. b. 336 G. R. v. 31. Mai II. 588, III. b. 391 G. R. v. 31. Mai II. 588, III. b. 391 G. R. v. 31. Mai II. 587, III. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. 597, III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 14. Suni II. 665, II. b. 486 R. D. v. 14. Suni III. b. 304, 305 R. v. 30. Suni III. a. 188, III. b. 715, R. v. 22. Suni III. b. 304, 305 R. v. 30. Suni III. a. 188, III. b. 715, R. v. 12. Suli III. a. 188, III. b. 715, R. v. 13. Suli III. a. 188, III. b. 51 G. R. v. 14. Suli II. 365, III. b. 125 G. R. v. 15. Suli III. a. 131, III. b. 283 R. v. 16. Suli III. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Suli III. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 19. Suli III. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 10. Suli III. 364, III. b. 125 R. v. 20. Suli III. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 51, 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 51, 289		١,
G. R. v. 8. April I. 496, II. b. 297 R. v. 9. April I. 344, II. b. 41 R.D. v. 11. April II. 534, II. b. 41 R.D. v. 11. April III. b. 740 R. v. 19. April II. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April III. b. 50 R. D. v. 27. April III. b. 239 R. v. 27. April III. 666, II. b. 486 R. v. 29. April III. b. 308 G. R. v. 1 Mai II. b. 586, 618 R. v. 1 Mai III. b. 586, 618 R. v. 11. Mai II. b. 586, 618 R. v. 11. Mai II. b. 586, 618 R. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 R. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 R. v. 14. Mai I. 840, II. b. 587, S. D. v. 28. Mai III. b. 588 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 587, III. b. 50 G. R. v. 31. Mai I. 587, III. b. 50 G. R. v. 31. Mai I. 587, III. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni III. b. 304, 305 R. v. 30. Juni III. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 12. Juli III. a. 188, III. b. 715, 740, 758 R. v. 13. Juli II. a. 188, III. b. 715, 740, 758 R. v. 14. Juli II. a. 188, III. b. 311, III. b. 283 R. v. 18. Juli II. 662, III. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli II. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 18. Juli II. 662, III. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli II. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 458 R. v. 20. Juli II. 481, III. a. 131, III. b. 283 R. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 51, 289		1 7
R. v. 9. April . I. 344, II. b. 41 R.D. v. 11. April II. b. 740 R. v. 19. April . I. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April II. b. 50 R. D. v. 27. April II. b. 239 R. v. 27. April II. b. 239 R. v. 27. April II. b. 398 R. v. 29. April II. b. 308 G. R. v. 1. Mai II. b. 319 G. R. v. 1. Mai II. b. 319 G. R. v. 7. Mai II. b. 319 G. R. v. 7. Mai II. b. 346 G. R. v. 14. Mai II. b. 346 G. R. v. 14. Mai II. b. 586, 618 R. v. 11. Mai II. b. 587, R. v. 14. Mai II. b. 587, R. v. 14. Mai II. b. 366 G. R. v. 31. Mai II. b. 366 R. v. 31. Mai II. b. 367 G. R. v. 31. Mai II. b. 366 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 14. Suni II. b. 50 G. R. v. 15. Suni II. b. 322 G. R. v. 14. Suni II. b. 50 R. v. 15. Suni II. b. 304, 305 R. v. 16. Suni II. b. 758 R. v. 17. Suni II. b. 758 R. v. 18. Suni II. b. 758 R. v. 19. Suni II. b. 485 G. R. v. 19. Suli	Thir. V. 1. April II U. 340, 341	'
R.D. v. 11. April		ł
R. v. 19. April . I. 538, II. b. 326 R. D. v. 22. April	or. v. v. april 1. 344, 11. b. 41	•
R. D. v. 22. April	R.D. v. 11. April II. b. 740	1 (
R. D. v. 22. April	R. v. 19. April I. 538, II. b. 326	{
R. D. v. 27. April	R. D. v. 22. April 11. b. 50	{
9R. v. 27. April I. 666, II. b. 486 9R. v. 29. April I. 790 9R. v. 30. April II. b. 308 9C. R. v. 1. Mai II. b. 750 9C. D. v. 5. Mai III. b. 586, 618 9R. v. 11. Mai III. b. 586, 618 9R. v. 11. Mai III. b. 346 9C. R. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 9R. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 9R. v. 14. Mai I. 840, II. b. 587, 11. a. 228 9C. R. v. 19. Mai III. b. 336 9R v. 19. Mai III. b. 336 9R v. 31. Mai II. 588, II. b. 391 9C. R. v. 31. Mai II. 588, II. b. 391 9C. R. v. 31. Mai II. 597, II. b. 267, 11. b. 322 12. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 13. R. v. 14. Juni II. 665, II. b. 486 14. R. D. v. 18. Juni III. b. 758 15. R. v. 14. Juni II. b. 304, 305 15. R. v. 30. Juni III. a. 188, II. b. 715, 16. R. v. 18. Juli III. b. 304, 305 16. R. v. 19. Juli III. b. 463, 464, 17. R. v. 18. Juli III. a. 478 18. v. 18. Juli III. a. 478 18. v. 18. Juli III. a. 478 18. v. 18. Juli III. a. 478 19. v. 19. Juli III. a. 131, 11. b. 283 18. v. 20. Juli III. a. 130, 163 18. v. 20. Juli III. a. 130, 163 18. v. 20. Juli III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51, 289 19. v. 19. Jug. III. b. 51	. D. v. 27. April II. b. 239	1
R. v. 29. April II. 508 R. v. 30. April III. b. 308 G. R. v. 1. Mai III. b. 3750 R. D. v. 5. Mai III. b. 319 G. R. v. 7. Mai III. b. 346 G. R. v. 14. Mai III. b. 386 R. v. 14. Mai III. b. 287 R. v. 14. Mai III. b. 587, 11. a. 228 G. R. v. 19. Mai III. b. 336 Rohr: D. v. 28. Mai III. b. 336 Rohr: D. v. 28. Mai III. b. 375 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 50 G. R. v. 31. Mai III. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 597, II. b. 267, 400 R. v. 5. Juni III. b. 322 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni III. b. 304, 305 R. v. 30. Juni III. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli III. b. 485 G. R. v. 4. Juli III. b. 485 G. R. v. 12. Juli III. b. 51 G. R. v. 18. Juli III. b. 463, 464, 485 G. R. v. 19. Juli III. b. 51 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 20. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli III. b. 283 R. D. v. 12. Mug. I. 102, III. a. 91 R. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 458	99 n 27 Maril . I 666 II h 486	1
R. v. 30. April II. b. 308 G. R. v. 1. Mai II. b. 750 R. D. v. 5. Mai II. b. 319 G. R. v. 7. Mai II. b. 586, 618 R. v. 11. Mai II. b. 346 G. R. v. 14. Mai II. b. 287 R. v. 14. Mai II. b. 587, 588 R. v. 16. Mai II. b. 336 R5hr:D. v. 28. Mai II. b. 336 R5hr:D. v. 28. Mai II. b. 3758 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 31. Mai II. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 18. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. b. 485 G. R. v. 19. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. b. 51 G. R. v. 19. Juli II. b. 51 G. R. v. 20. Juli II. b. 453 R. v. 19. Juli II. b. 283 R. v. 19. Juli II. b. 283 R. v. 19. Juli II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289 R. v. 19. Mug II. b. 51, 289	1 790	
G. R. v. 1. Mai	10 4 20 Minei . II h 208	
R. D. v. 5. Mai		1
M. v. 11. Mai I. 642, II. b. 287 M. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 M. v. 14. Mai I. 840, II. b. 587, 588 M. v. 16. Mai I. 840, II. b. 587, 588 M. v. 16. Mai II. B. 336 Rshr.D. v. 28. Mai III. b. 336 Rshr.D. v. 28. Mai III. b. 50 G. M. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. M. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. M. v. 31. Mai I. 597, II. b. 267, 400 M. v. 5. Juni I. 597, II. b. 322 G. M. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. M. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni III. b. 304, 305 M. v. 22. Juni III. b. 304, 305 M. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 M. v. 1. Juli II. b. 485 G. M. v. 4. Juli I. 365, II. b. 125 G. M. v. 18. Juli II. 365, III. b. 478 M. v. 18. Juli II. 662, II. b. 463, 464, G. M. v. 18. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 M. v. 20. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 M. v. 20. Juli II. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. B. 31 M. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 M. v. 19. Mug. III. b. 51, 289 M. v. 19. Mug. III. b. 31 M. v. 20. Mug. III. b. 458	4. 3t. 5. 1. 21at 11. 5. 730	1
M. v. 11. Mai I. 642, II. b. 287 M. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 M. v. 14. Mai I. 840, II. b. 587, 588 M. v. 16. Mai I. 840, II. b. 587, 588 M. v. 16. Mai II. B. 336 Rshr.D. v. 28. Mai III. b. 336 Rshr.D. v. 28. Mai III. b. 50 G. M. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. M. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. M. v. 31. Mai I. 597, II. b. 267, 400 M. v. 5. Juni I. 597, II. b. 322 G. M. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. M. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni III. b. 304, 305 M. v. 22. Juni III. b. 304, 305 M. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 M. v. 1. Juli II. b. 485 G. M. v. 4. Juli I. 365, II. b. 125 G. M. v. 18. Juli II. 365, III. b. 478 M. v. 18. Juli II. 662, II. b. 463, 464, G. M. v. 18. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 M. v. 20. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 M. v. 20. Juli II. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. B. 31 M. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 M. v. 19. Mug. III. b. 51, 289 M. v. 19. Mug. III. b. 31 M. v. 20. Mug. III. b. 458	R. D. v. 5. Wat 11. b. 319	
G. R. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287 R. v. 14. Mai I. 840, II. b. 587, 588 R. v. 16. Mai II. 840, II. b. 587, 588 R. v. 16. Mai II. 8. 228 G. R. v. 19. Mai II. b. 336 Rohr. D. v. 28. Mai II. b. 758 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 597, II. b. 267, 400 R. v. 5. Juni II. 597, II. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni III. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli III. b. 485 G. R. v. 4. Juli II. 365, II. b. 125 G. R. v. 18. Juli III. a. 478 R. v. 18. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 20. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli III. a. 91 R. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Mug. III. b. 31 Pt. v. 20. Mug. III. b. 31 Pt. v. 20. Mug. III. b. 458	6. H. v. 7. Wat II. b. 586, 618	3
M. v. 14. Mai . I. 840, II. b. 587, 588 M. v. 16. Mai	R. v. 11. Mai II. b. 346	
M. v. 14. Mai . I. 840, II. b. 587, 588 M. v. 16. Mai	G. N. v. 14. Mai I. 642, II. b. 287	
M. v. 16. Mai II. a. 228 G. M. v. 19. Mai II. b. 336 Rohr: D. v. 28. Mai II. b. 758 G. M. v. 31. Mai II. b. 391 G. M. v. 31. Mai II. b. 50 G. M. v. 31. Mai II. b. 50 G. M. v. 31. Mai II. b. 267, 400 400 M. v. 5. Juni II. b. 322 G. M. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 6. M. v. 14. Juni II. b. 322 G. M. v. 14. Juni II. 665, II. b. 486 7. D. v. 18. Juni II. b. 758 M. v. 22. Juni II. b. 304, 305 7. D. v. 18. Juli II. b. 485 G. M. v. 4. Juli II. b. 485 II. b. 485 G. M. v. 4. Juli II. J. 365, II. b. 125 G. M. v. 12. Juli II. b. 478 M. v. 18. Juli II. b. 463, 464, W. v. 18. Juli II. b. 463, 464, W. v. 18. Juli II. b. 463, 464, M. v. 18. Juli II. b. 283 M. v. 20. Juli II. b. 463, II. b. 125 M. v. 20. Juli II. b. 283 M. v. 20. Juli II. b. 51, 289 M. v. 12. Mug. II. b. 31 M. v. 19. Mug.	Nt. v. 14. Mai . I. 840, II. b. 587,	1.
M. v. 16. Mai	588	
G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 597, II. b. 267, 400 R. v. 5. Juni I. 597, II. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni III. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli II. 365, II. b. 125 G. R. v. 12. Juli III. b. 51 G. R. v. 18. Juli III. a. 478 R. v. 18. Juli II. d. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 20. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. 364, III. b. 125 R. v. 29. Juli III. b. 51, 289 R. v. 12. Aug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Aug. III. b. 31 R. v. 20. Aug. III. b. 31	9 n. 16. Mai II. n. 228	
G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai I. 597, II. b. 267, 400 R. v. 5. Juni I. 597, II. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni III. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli II. 365, II. b. 125 G. R. v. 12. Juli III. b. 51 G. R. v. 18. Juli III. a. 478 R. v. 18. Juli II. d. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli II. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 20. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. 364, III. b. 125 R. v. 29. Juli III. b. 51, 289 R. v. 12. Aug. III. b. 51, 289 R. v. 19. Aug. III. b. 31 R. v. 20. Aug. III. b. 31	05 88 v 19 882ai II b 336	١,
G. R. v. 31. Mai I. 588, II. b. 391 G. R. v. 31. Mai II. b. 50 G. R. v. 5. Juni I. 597, II. b. 267, 400 R. v. 5. Juni I. 597, II. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli II. b. 51 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 M. v. 20. Aug II. b. 31	6. VI. V. 10. DIAT II. D. 000	1
G. R. v. 31. Mai	or on 24 on .! I goo if I 204	1
G. R. v. 5. Juni I. 597, II. b. 267, 400 R. v. 5. Juni II. b. 322 G. R. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli II. b. 485 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug II. b. 31	G. Or. D. 31. 2801 1. 300, 11. D. 331	1
98. v. 5. Juni	6. 9t. v. 31. Wat H. b. 30	
M. v. 5. Juni II. b. 322 G. M. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323 G. M. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 304, 305 M. v. 22. Juni III. b. 304, 305 M. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 M. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 M. v. 1. Juli III. b. 485 G. M. v. 4. Juli II. 365, III. b. 125 G. M. v. 12. Juli III. b. 51 G. M. v. 18. Juli II. 662, III. b. 463, 464, 485 G. M. v. 18. Juli II. 481, III. a. 131, III. b. 283 M. v. 20. Juli II. 481, III. a. 130, 163 G. M. v. 24. Juli II. 364, III. b. 125 M. v. 29. Juli III. b. 283 M. v. 12. Mug. III. b. 31 M. v. 12. Mug. III. b. 51, 289 M. v. 19. Mug. III. b. 31 M. v. 20. Mug. III. b. 458		1
G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli . I. 365, II. b. 125 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug. II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug. II. b. 31	. 400	
G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli . I. 365, II. b. 125 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug. II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug. II. b. 31	98. v. 5. Juni II. b. 322	
G. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486 R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli . I. 365, II. b. 125 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug. II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug. II. b. 31	C. M. v. 10. Juni*) I. 532, II. b. 323	1
R. D. v. 18. Juni II. b. 758 R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli . I. 365, II. b. 125 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug II. b. 283 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug II. b. 31	6. R. v. 14. Juni I. 665, II. b. 486	ł
R. v. 22. Juni II. b. 304, 305 R. v. 30. Juni II. a. 188, II. b. 715, 740, 758 R. v. 1. Juli II. b. 485 G. R. v. 4. Juli II. b. 425 G. R. v. 12. Juli II. b. 51 G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 24. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 29. Juli II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. v. 12. Aug. II. b. 283 R. v. 12. Aug. II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug. II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug. III. b. 458		Ì
The control of the c	9 h 22 Sunt II h 304 305	1
740, 758 98. v. 1. Juli	10 u 20 Suni II a 122 II b 715	1.
98. v. 1. Juli	710 750	1
6. A. v. 12. Juli II. b. 51 6. A. v. 18. Juli II. a. 478 A. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 6. A. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 A. v. 20. Juli II. a. 130, 163 6. A. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 A. v. 29. Juli II. b. 283 A. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 A. v. 12. Aug II. b. 51, 289 A. v. 19. Aug II. b. 31 A. v. 20. Aug II. b. 31	00 4 Ctti	
6. A. v. 12. Juli II. b. 51 6. A. v. 18. Juli II. a. 478 A. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 6. A. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 A. v. 20. Juli II. a. 130, 163 6. A. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 A. v. 29. Juli II. b. 283 A. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 A. v. 12. Aug II. b. 51, 289 A. v. 19. Aug II. b. 31 A. v. 20. Aug II. b. 31	or, p. 1. Juli 11. D. 400	1
G. R. v. 18. Juli II. a. 478 R. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464, 485 G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug II. b. 458	G. M. D. 4. Juli . 1. 303, 11. D. 125	'
The control of the c	6. 3t. v. 12. Juli II. b. 51	
485 6. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, II. b. 283 R. v. 20. Juli II. a. 130, 163 6. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 H. v. 20. Aug II. b. 458	G. M. b. 18. Juli II. a. 478	
G. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131, III. b. 283 R. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 Ot. v. 20. Aug II. b. 458	98. v. 18. Juli I. 662, II. b. 463, 464,	
M. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. b. 283 A. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 M. v. 12. Aug II. b. 51, 289 M. v. 19. Aug II. b. 31 M. v. 20. Aug II. b. 458		1
M. v. 20. Juli II. a. 130, 163 G. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 M. v. 29. Juli II. b. 283 A. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 M. v. 12. Aug II. b. 51, 289 M. v. 19. Aug II. b. 31 M. v. 20. Aug II. b. 458	6. R. v. 20. Juli I. 481, II. a. 131,	
T. v. 20. Juli II. a. 130, 163 II. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 II. v. 29. Juli II. b. 283 II. v. 283 II. v. 91 II. v. 12. Aug. II. b. 51, 289 II. v. 19. Aug. II. b. 31 II. v. 20. Aug. II. b. 458	II. b. 283	
G. R. v. 24. Juli I. 364, II. b. 125 R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 M. v. 20. Aug II. b. 458	M. v. 20. Sufi H. s. 130, 163	
R. v. 29. Juli II. b. 283 R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 Ot. v. 20. Aug II. b. 458	6 9 v 24 Sufi I 364 II h 195	1
R. D. v. 12. Aug. I. 102, II. a. 91 R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 R. v. 20. Aug II. b. 458		1
R. v. 12. Aug II. b. 51, 289 R. v. 19. Aug II. b. 31 H. v. 20. Aug II. b. 458		
98. v. 19. Aug II. b. 31 98. v. 20. Aug II. b. 458		1
Ot. v. 20. Aug II. b. 458	υ. υ. 14. α.ug 11. υ. 51, 289	
G. R. v. 25. Aug. I. 463, II. b. 245	er. v. 15. aug 11. b. 31	1
4. H. v. 25. Aug. I. 463, II. b. 245	vr. v. zu. zug 11. b. 458	
	4. v. v. 25. Aug. I. 463, II. b. 245	1

98. v. 27. Aug I. 541, II. b. 327 98. v. 21. Sept. L 669, II. b. 487, 490
R. v. 22. Sept II. a. 146 R. D. v. 28. Sept II. b. 711 R. v. 30. Sept 1 638, II. b. 474
9t. v. 5. Oft. I. 572, II. b. 322, 355 9t. v. 8. Oft. I. 621, II. b. 412, 423, 429
Befanntmach. v. 10. Oft. II. b. 763 R. v. 14. Oft. I. 120, II. a. 170, 187,
R. D. v. 23. Oft II. b. 239 G. R. v. 23. Oft. I. 572, II. b. 355 R. v. 26. Oft II. a. 160, 163
97. v. 28. Oft. I. 120, II. a. 170,
Instr. v. 3. Nov II. a. 146 M. v. 14. Nov II. b. 51, 289 V. v. 16. Nov II. a. 1015
R. D. v. 23. Nov. II. b. 368, 369, 370, 377 3. v. 28. Nov. I. (XC), II. a. 228,
97. v. 29. Nov
b. 567 C. R. v. 10. Dec II. b. 391 R. v. 12. Dec II. b. 243
G. R. v. 16. Dec I. 801, 802 R. v. 17. Dec I. 356, II. b. 103 G. v. 22. Dec. I. 31, 305, II. a. 20,
850, 854, 866, 926, II. b. 565, 567

•
R. v. 10. Jan
00 u 44 0 m T CCC TT L 107
R. v. 11. Jan. I. 666, II. b. 487,
490
R. v. 13. 3an. II. a. 108, II. b. 642
R. v. 20. 3an. **) I. 836, II. b. 586
0. 0. 20. Juli. 1 1. 000, 11. 0. 000
C. R. v. 31. Jan. I. 508, H. b. 298
C. R. v. 7. Febr II. b. 567
R. v. 7. Febr II. a. 927
6 5 4 6 C. L. 791
M. D. D. O. Geor 11. 11. 12.
R. D. v. 8. Febr II. b. 724 G. v. 15. Febr. I. 73, 76, II. a. 53,
123
AB 4 94 Co.L. T 044 TI L 589
R. v. 24. Febr I. 841, II. b. 589
R. v. 26. Febr I. 624, II. b. 413
R. v. 27. Febr II. b. 242
Matanatana 4 20 Gates II h 256
Befanntmach. v. 29. Febr. II. b. 256
C. R. v. 29. Febr II. a. 107
R. D. v. 7. Marz II. b. 757
1 777
R. v. 8. März 1. 777

^{*)} Dies C. R. ist im Texte irrthümlich v. 10. Juli 1839 batirt. **) Dies R. ist in Bb. I. S. 836 irrthümlich v. 20. Juni 1840 bezeichet.

Schreiben v. 19. Marg I. 843, II. b.	98. v. 31. Aug I. 678, II. b. 491
98. p. 20. Marz I. 472, II. b. 266,	Instr. v. 2. Sept 11. b. 350 R. v. 6. Sept. 1. 598, 11. b. 294,
R. v. 25. Marz II. b. 256	400 C. R. v. 9. Sept. I. 564, II. b. 347
98. v. 28. Mard I. 842, 11. b. 591,	R. v. 14. Sept I. 538, II. b. 326
595	99. v. 22. Sept I. 482, II. b. 283
C. N. v. 31. Marz I. 781 R. v. 3. April I. 783	G. H. v. 1. Oft I. 782 G. H. v. 2. Oft
6. R. v. 4. April 11. b. 393	R. v. 7. Oft. II. a. 160, 164, 175,
92. v. 10. April II. b. 730	182
98. v. 12. April II. a. 693, 694	98. v. 12. Oft. I. 513, II. b. 300,
6. H. v. 15. April II. a. 138 R. v. 16. April I. 69, II. a. 47, II. b.	G. R. v. 23. Oft I. 773
319 Instr. v. 22. April II. b. 771	6. 91. v. 24. Oft II. b. 372
R. v. 22. April I. 614, 806, II. b.	98. v. 26. Oft I. 775 98. v. 27. Oft I. 153. II. a. 191
370, 450	C. R. v. 31. Oft. I. 509, 782, II. b.
97. v. 25. April . I. 837, II. b. 586	299 11 b 279
C. R. v. 29. April I. 823 C. R. v. 30. April I. 778	R. v. 10. Nov II. b. 372 Beschl. v. 26. Nov. I. 337, II. b. 36
98. v. 30. April I. 543, II. b. 331	Ber. v. 28. Nov I. 333
82. v. 9. Mai I. 804, II. b. 568	6. R. v. 29. Nov 1. 823
R. v. 14. Mai II. b. 315 R. v. 18. Mai I. 661), II. b. 352	R. D. v. 30. Nov II. b. 312 Instr. v. 8. Dec II. b. 422
R. v. 23. Mai II. b. 315	R. v. 14. Dec II. b. 321
C. W. v. 25. Mai II. a. 138	97. v. 18. Dec I. 589, II. b. 391
A. v. 25. Mai I. 396, II. b. 188, 194 C. A. v. 4. Juni I. 683, II. b. 450,	9t. v. 22. Dec. I. 667, II. b. 486, 490
461, 751	1041
M. v. 4. Juni II. a. 336	1841.
m m	
G. M. v. 14. Juni II. b. 332	Men 5 San I 370 II h 129
C. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405	R. v. 5. Jan I. 370, II. b. 129 R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940	R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan I. 565, II. b. 348
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 M. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II.	R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan I. 565, II. b. 348 K. D. v. 16. Jan I. 335
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 M. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568	R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan I. 335 C. R. v. 19. Jan II. b. 432, 440
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 M. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 M. v. 22. Juni I. 26 M. v. 26. Juni II. b. 332	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. I. 335 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 M. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 M. v. 22. Juni I. 26 M. v. 26. Juni II. b. 332 B. v. 27. Juni . I. 27, II. a. 13, 17	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. I. 335 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 M. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 M. v. 22. Juni I. 26 M. v. 26. Juni II. b. 332 M. v. 27. Juni . I. 27, II. a. 13, 17 M. v. 29. Juni . I. 838, II. b. 586	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129 G. R. r. 31. Jan. I. 506, II. b. 297
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 R. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 R. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 R. v. 22. Juni I. 26 R. v. 26. Juni II. b. 332 B. v. 27. Juni . I. 27, II. a. 13, 17 R. v. 29. Juni . I. 838, II. b. 586 R. v. 30. Juni . I. 152, II. a. 191 G. v. 4. Juli I. 28, II. a. 17	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 295, 296, 297, 303, 331
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 M. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 M. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 M. v. 22. Juni I. 26 M. v. 26. Juni II. b. 332 M. v. 27. Juni . I. 27, II. a. 13, 17 M. v. 29. Juni . I. 838, II. b. 586 M. v. 30. Juni . I. 152, II. a. 191 G. v. 4. Juli I. 28, II. a. 17 D. v. 4. Juli I. (XCI)	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. II. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 296, 297, 303, 331 R. v. 5. Febr. II. b. 257
G. M. v. 14. Juni II. b. 332 R. v. 16. Juni II. b. 405 G. v. 18. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 R. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 R. v. 22. Juni I. 26 R. v. 26. Juni II. b. 332 B. v. 27. Juni . I. 27, II. a. 13, 17 R. v. 29. Juni . I. 838, II. b. 586 R. v. 30. Juni . I. 152, II. a. 191 G. v. 4. Juli I. 28, II. a. 17	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 295, 296, 297, 303, 331
G. R. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. I. 772
G. R. v. 14. Juni II. b. 332 R. v. 16. Juni I. (XC), I. 23, 302, 304, II. a. 849, 918, 940 R. v. 18. Juni I. 804, II. a. 718, II. b. 462, 568 R. v. 22. Juni II. b. 332 B. v. 26. Juni II. b. 332 B. v. 27. Juni . I. 27, II. a. 13, 17 R. v. 29. Juni I. 838, II. b. 586 R. v. 30. Juni I. 152, II. a. 191 G. v. 4. Juli I. 28, II. a. 17 D. v. 4. Juli I. 28, II. a. 17 D. v. 4. Juli I. (XCI) R. v. 8. Juli II. b. 171, 668 R. D. v. 9. Juli II. b. 171, 668 R. v. 18. Juli II. 57, II. a. 37 R. v. 18. Juli II. b. 294 R. v. 22. Juli II. a. 32	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 K. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. II. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. I. 668, II. b. 297 G. R. v. 19. Febr. I. 498, II. b. 297
G. R. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. N. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. N. v. 25. Jan. II. b. 348 G. N. v. 26. Jan. II. b. 766 N. v. 30. Jan. II. b. 129 G. N. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. N. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 297 Schreiben v. 11. Febr. II. 668, III. b. 486 N. v. 5. Febr. II. 668, III. b. 486 N. v. 12. Febr. II. 498, II. b. 297 R. v. 21. Febr. II. 531
G. R. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 19. Febr. I. 531 R. v. 25. Febr. I. 669, II. b. 486, 490
G. R. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan II. b. 766 R. v. 30. Jan I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 296, 297, 303, 331 R. v. 5. Febr II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr I. 772 G. R. v. 19. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 21. Febr
G. R. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 19. Febr. I. 531 R. v. 25. Febr. I. 669, II. b. 486, 490
G. M. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 348 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 12. Febr. I. 531 R. v. 21. Febr. I. 669, II. b. 486, 490 G. M. v. 28. Febr. I. 333, 531, II. b. 30, 320 R. v. 23. Mārz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Mārz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Mārz II. b. 364
G. M. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan I. 335 G. R. v. 19. Jan II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan II. b. 766 R. v. 30. Jan I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 296, 297, 303, 331 R. v. 5. Febr II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr I. 772 G. R. v. 19. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 21. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 25. Febr. I. 669, II. b. 486, 490 G. R. v. 28. Febr. I. 333, 531, II. b. 30, 320 R. v. 23. Márz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Márz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Márz II. b. 313, 321, 357
G. M. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. III. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 30. Jan. I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 296, 297, 303, 331 R. v. 5. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. II. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr. II. 498, II. b. 297 R. v. 21. Febr. II. 498, II. b. 297 R. v. 25. Febr. II. 669, II. b. 486, 490 G. P. v. 28. Febr. II. 333, 531, II. b. 30, 320 R. v. 23. Mārz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Mārz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Mārz II. b. 313, II. b. 164 G. v. 31. Mārz II. 383, II. b. 164 G. v. 31. Mārz II. 393, II. b. 182 R. D. v. 1. April • II. b. 185
G. M. v. 14. Juni	R. v. 6. Jan I. 526, II. b. 316 R. v. 9. Jan I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan I. 335 G. R. v. 19. Jan II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. I. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan II. b. 766 R. v. 30. Jan I. 371, II. b. 129 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. I. 491, 497, II. b. 295, 296, 297, 303, 331 R. v. 5. Febr II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. I. 668, II. b. 486 R. v. 12. Febr I. 772 G. R. v. 19. Febr. I. 498, II. b. 297 R. v. 21. Febr I. 531 R. v. 25. Febr. I. 669, II. b. 486, 490 G. P. v. 28. Febr. I. 333, 531, II. b. 30, 320 R. v. 23. Márz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Márz II. b. 313, 321, 357 R. v. 30. Márz II. b. 313, 321, 357 R. v. 31. Márz II. 383, II. b. 164 G. v. 31. Márz II. 393, II. b. 182 R. D. v. 1. April II. b. 329 R. v. 2. April II. b. 329 R. v. 7. April I. 338, II. b. 36, 56
G. M. v. 14. Juni	M. v. 6. Jan. I. 526, II. b. 348 R. v. 9. Jan. I. 565, II. b. 348 R. D. v. 16. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 19. Jan. II. b. 432, 440 G. R. v. 25. Jan. II. 565, II. b. 348 G. R. v. 26. Jan. II. b. 766 R. v. 30. Jan. II. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 31. Jan. I. 506, II. b. 297 G. R. v. 3. Febr. II. b. 257 Schreiben v. 11. Febr. II. 668, II. b. 486 R. v. 5. Febr. II. 668, II. b. 297 R. v. 12. Febr. II. 498, II. b. 297 R. v. 12. Febr. II. 531 R. v. 21. Febr. II. 669, II. b. 486, 490 G. R. v. 28. Febr. II. 333, 531, II. b. 30, 320 R. v. 23. Mārz II. b. 313, 321, 357 R. v. 31. Rārz II. 383, II. b. 164 G. v. 31. Rārz II. 393, II. b. 182 R. v. 2. April III. b. 329

OR A ON COMMIT II I SEN	1 M 40 G. S TT L MQ
98. v. 20. April II. b. 357	98. v. 18. Febr 11. b. 458
R. v. 29. April II. b. 185	92. v. 21. Febr I. 600, II. b. 401
R. v. 18. Mai I. 791	R. v. 24. Febr I. 654, II. b. 252
R. v. 24. Mai I. 632, II. b. 268	G. R. v. 2. Marz I. (CXVI), L 5,
	V
R. v. 29. Mai II. b. 348	II. a. 8, II. b. 768
98. v. 1. Juni I. 385, II. b. 169	C. R. v. 7. März 11. a. 139
R. v. 10. Juni II. b. 372	Nt. v. 7. Marz . II. a. 125, 131, 134
	Y
98. v. 12. Juni I. 825	G. 91. v. 16. Marz 11. b. 287
98. v. 16. Juni I. 772, 792, II. b. 316	Instr. v. 16. März II. b. 393
· M. v. 18. Juni II. d. 25 8	R. v. 16. Marz II. a. 74
M. v. 28. Juni II. b. 300	Dt. v. 23. Marz II. a. 134, 139
92. v. 29. Juni II. a. 125	Inftr. v. 24. Marz II. b. 422
6. v. 30. Juni I. (CVII)	Regul. v. 25. Marz I. (CXVI). I. 10,
R. D. v. 17. Juli II. b. 764	II. b. 768
Befchl. v. 28. Juli II. a. 336	R. v. 26. Marz. I. 372, II. b. 129
	m oo mr T cel et l 244 249
97. v. 4. Aug. I. 386, II. b. 13, 170	R. v. 28. Marz I. 654, II. b. 341, 347
R. D. v. 11. Aug II. a. 139, 145	98. v. 2. April 1. 76
C. R. v. 12. Aug II. b. 77	N. v. 24. April I. 529, II. b. 318
	G. R. v. 27. April II. b. 328
97. v. 18. Aug II. b. 764	
G. R. v. 21. Aug I. 812	G. R. v. 29. April I. 498, 615, II.h.
C. R. v. 24. Aug II. b. 422	296, 297, 301, 303, 409, 410
98. v. 28. Aug II. b. 127	C. R. v. 5. Mai I. 10, H. a. 9
98. v. 13. Sept I. 790	91. v. 5. Mai I. (CXVI)
C. R. v. 14. Sept I. 791	R. v. 9. Mai I. 486, II. b. 295
R. v. 25. Sept II. a. 651	3. v. 11. Mai II. a. 185
R. v. 30. Sept II. b. 468	R. v. 11. Mai I. 397, II. b. 192
99. v. 8. Oft I. 367, II. b. 125	B. v. 22 Mai L (CVII)
G. St. v. 13. Dtt II. b. 399	98. v. 23. Mai II. b. 349
99. v. 13. Oft II. b. 12	C. R. v. 3. Juni I. 735
G. St. v. 17. Oft II. a. 134, 139	R. v. 6. Juni I. 343, II. b. 40
00 " 48 OF I 647 II F 496	1°C 100 11 12 12 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11
97. v. 18. Oft I. 647, II. b. 426	C. R. v. S. Juni . I. 358, II. b. 117
97. v. 18. Oft I. 647, II. b. 426 G. 98. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300,
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195	
6. 98. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 98. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12	9k. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 9k. v. 10. Juni II. b. 329
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II.	91. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 92. v. 10. Juni II. b. 329 93. v. 11. Juni II. b. 573
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250	97. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250	97. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491	91. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 92. v. 10. Juni II. b. 329 93. v. 11. Juni II. b. 573
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov II. a. 651	9t. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 9t. v. 10. Juni II. b. 329 9t. v. 11. Juni II. b. 573 G. 9t. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 9t. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 294
 年、 v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 い. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 い. 17. Nov. II. b. 12 い. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 い. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 い. 27. Nov. II. a. 651 い. 29. Nov. II. 797 	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. III. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 30. Nov. II. a. 145	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 422
 年、 v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 い. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 い. 17. Nov. II. b. 12 い. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 い. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 い. 27. Nov. II. a. 651 い. 29. Nov. II. 797 	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni II. b. 329 R. v. 11. Juni II. b. 573 G. R. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. R. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 R. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. R. v. 5. Juli II. b. 422 R. v. 15. Juli
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 30. Nov. III. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni II. b. 329 R. v. 11. Juni II. b. 573 G. R. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. R. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 R. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. R. v. 5. Juli II. b. 422 R. v. 15. Juli
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 422 98. v. 15. Juli
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 421 99. v. 15. Juli
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. II. b. 422	The contraction of t
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. II. b. 422 C. R. v. 30. Dec. III. a. 139	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 422 98. v. 15. Juli) . I. 344, II. b. 40 98. v. 16. Juli
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. II. b. 422 C. R. v. 30. Dec. III. a. 139	The contraction of t
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. II. b. 422	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 422 98. v. 15. Juli
6. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 6. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 III. b. 370 III. b. 573 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 422 III. b. 422 III. b. 422 III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 422 98. v. 15. Juli) . I. 344, II. b. 40 98. v. 16. Juli
C. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. II. b. 422 C. R. v. 30. Dec. III. a. 139	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni II. b. 329 R. v. 11. Juni II. b. 573 G. R. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. R. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 R. v. 4. Juli
G. R. y. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. y. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. y. 17. Nov. II. b. 12 R. y. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. y. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. y. 27. Nov. II. a. 651 R. y. 29. Nov. II. a. 651 R. y. 29. Nov. II. a. 145 R. D. y. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. y. 18. Dec. I. 577, II. b. 370 Suftr. y. 24. Dec. II. b. 370 Suftr. y. 28. Dec. III. b. 573 Suftr. y. 28. Dec. III. b. 422 G. H. y. 30. Dec. III. a. 139 R. y. 30. Dec. III. a. 139	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. O. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. O. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 125, 135	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 422 G. R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139	M. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 M. v. 10. Juni II. b. 329 M. v. 11. Juni II. b. 573 G. M. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. M. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 229 M. v. 4. Juli II. b. 51, 229 M. v. 5. Juli II. b. 421 M. v. 15. Juli II. b. 49 M. v. 16. Juli
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 30. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Snftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 392 R. v. 10. San. II. 541, II. b. 327 R. v. 11. San. II. 541, II. b. 392	M. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 M. v. 10. Juni II. b. 329 M. v. 11. Juni II. b. 573 G. M. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. M. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 229 M. v. 4. Juli II. b. 51, 229 M. v. 5. Juli II. b. 421 M. v. 15. Juli II. b. 49 M. v. 16. Juli
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 422 G. H. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 10. San. II. 541, II. b. 327 R. v. 11. San. III. b. 392 R. v. 16. San. II. (CXVI), I. 5,	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni
## 195 ## 195	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 29. Nov. III. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec. II. b. 370 Suftr. v. 24. Dec. III. b. 573 Suftr. v. 28. Dec. III. b. 573 Suftr. v. 28. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 10. San. I. 541, II. b. 327 R. v. 11. San. II. b. 392 R. v. 16. San. I. (CXVI), I. 5, II. a. 8. R. v. 16. San. II. 625. II. b. 413	R. v. 9. Suni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Suni
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 30. Nov. II. a. 145 R. O. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. O. v. 22. Dec. II. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. II. b. 422 G. R. v. 30. Dec. II. a. 139 R. v. 30. Dec. II. a. 139 R. v. 10. San. I. 541, II. b. 327 R. v. 11. San. II. b. 392 R. v. 16. San. I. (CXVI), I. 5, II. a. 8. R. v. 16. San. I. 625. II. b. 413 R. v. 19. San. II. 625. II. b. 413	R. v. 9. Suni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Suni II. b. 329 R. v. 11. Suni II. b. 573 E. R. v. 13. Suni I. 342, II. b. 36, 56 E. R. v. 21. Suni I. 509, 795, II. b. 299 R. v. 4. Suli II. b. 51, 289 E. R. v. 5. Suli II. b. 42 R. v. 15. Suli II. b. 739 R. v. 16. Suli II. b. 739 R. v. 23. Suli I. 658, II. b. 352 R. v. 25. Suli I. 483, II. b. 286 R. v. 28. Suli I. (CIX), II. a. 42, 121, 122 Defl. v. 30. Suli I. 633, II. b. 420, 435 R. v. 8. Aug II. a. 174, 177 E. R. v. 9. Aug. I. 559, II. b. 344 R. v. 18. Aug I. 394, II. b. 186 E. R. v. 31. Aug. I. 359, II. b. 117 R. v. 18. Sept II. b. 714, 723 R. v. 16. Sept II. b. 708 R. v. 16. Sept II. 476, II. b. 266
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov. II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov. II. a. 651 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 29. Nov. II. a. 145 R. v. 30. Nov. III. a. 145 R. O. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. O. v. 22. Dec. III. b. 370 Inftr. v. 24. Dec. III. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 422 G. R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 139 R. v. 30. Dec. III. a. 135 R. v. 10. San. II. 541, III. b. 327 R. v. 11. San. III. b. 392 R. v. 16. San. II. (CXVI), I. 5, III. a. 8. R. v. 16. San. II. 625. II. b. 413 R. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 R. v. 19. San. II. 794	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni
6. A. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 A. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 A. v. 17. Nov. II. b. 12 A. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 A. v. 27. Nov. II. a. 651 A. v. 29. Nov. II. a. 145 A. v. 29. Nov. II. a. 145 A. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 A. D. v. 22. Dec. II. b. 370 III. b. 370 III. b. 573 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 422 G. A. v. 30. Dec. III. a. 139 A. v. 30. Dec. III. a. 125, 135 1842. A. v. 10. San. I. 541, II. b. 327 A. v. 11. San. III. b. 392 A. v. 16. San. II. (CXVI), I. 5, II. a. 8. A. v. 16. San. II. 625. II. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. II. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. II. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. III. San. III. III. San. IIII. San. III. San. III. San. III. San. III. San. III. San. II	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni
G. R. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 R. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 R. v. 17. Nov II. b. 12 R. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 G. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 R. v. 27. Nov II. a. 651 R. v. 29. Nov II. a. 651 R. v. 29. Nov II. a. 145 R. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 R. D. v. 22. Dec II. b. 370 Suftr. v. 24. Dec II. b. 573 Justr. v. 28. Dec II. b. 573 Justr. v. 28. Dec II. b. 422 G. R. v. 30. Dec II. a. 139 R. v. 30. Dec II. a. 139 R. v. 10. San I. 541, II. b. 327 R. v. 11. San II. b. 392 R. D. v. 16. San. I. (CXVI), I. 5, II. a. 8. R. v. 16. San I. 625. II. b. 413 R. v. 19. San I. 794 R. v. 28. San I. 368, II. b. 125 G. R. v. 31. San. 1. 642, II. b. 282	98. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 98. v. 10. Juni II. b. 329 98. v. 11. Juni II. b. 573 G. 98. v. 13. Juni I. 342, II. b. 36, 56 G. 98. v. 21. Juni I. 509, 795, II. b. 299 98. v. 4. Juli II. b. 51, 289 G. 98. v. 5. Juli II. b. 422 98. v. 15. Juli II. b. 42 98. v. 16. Juli II. b. 49 98. v. 23. Juli I. 658, II. b. 352 98. v. 23. Juli . I. 658, II. b. 352 98. v. 25. Juli . I. 483, II. b. 286 98. v. 26. Juli I. (CIX), II. a. 42, 121, 122 Defl. v. 30. Juli I. 633, II. b. 420, 435 99. v. 8. Aug
6. A. v. 23. Oft. I. 157, II. a. 195 A. v. 23. Oft. II. a. 33. II. b. 349 A. v. 17. Nov. II. b. 12 A. v. 20. Nov. I. 468, II. a. 480, II. b. 250 C. R. v. 23. Nov. I. 681, II. b. 491 A. v. 27. Nov. II. a. 651 A. v. 29. Nov. II. a. 145 A. v. 29. Nov. II. a. 145 A. D. v. 18. Dec. I. 577, II. b. 357 A. D. v. 22. Dec. II. b. 370 III. b. 370 III. b. 573 Inftr. v. 24. Dec. II. b. 573 Inftr. v. 28. Dec. III. b. 422 G. A. v. 30. Dec. III. a. 139 A. v. 30. Dec. III. a. 125, 135 1842. A. v. 10. San. I. 541, II. b. 327 A. v. 11. San. III. b. 392 A. v. 16. San. II. (CXVI), I. 5, II. a. 8. A. v. 16. San. II. 625. II. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. II. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. II. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. II. 625. III. b. 413 A. v. 19. San. III. San. III. III. San. IIII. San. III. San. III. San. III. San. III. San. III. San. II	R. v. 9. Juni I. 510, 539, II. b. 300, 326 R. v. 10. Juni

^{*)} Dies R. ift im Text irrthümlich v. 15. Juni 1842 batiet.

	•
• 11. v. 13. Dtt	9t. v. 22. April I. 779, II. b. 332
9t. v. 17. Oft I. 546, II. b. 333	R. v. 24. April . I. 369, II. b. 126
R. D. v. 21. Ott II. a. 135	R. v. 25. April I. 776
97. v. 27. Oft I. 846, II. b. 595	R. v. 27. April H. b. 332
6. R. v. 29. Oft I. 520	St. D. v. 28. April II. b. 127
98. v. 30. Oft II. b. 14	C. R. v. 28. April II. b. 324
and the second s	
9R. v. 31. Oft II. b. 316	92. v. 5. Mai I. 788
R. v. 13. Nov II. a. 184	E. N. v. 15. Mai II. b. 51, 289
R. v. 14. Nov I. 655, II. b. 344	Statut v. 15/30. Mai II. b. 574
Bol. B. v. 17. Nov II. b. 708	R. v. 22. Mai . I. 516, II. b. 302
Bubl. v. 19. Nov II. b. 766	R. v. 23. Mai I. 867, 11. b. 669
C. M. v. 21. Rov. I. 519, II. b. 307,	R. v. 25. Mai I. 824
354, 431	N. v. 27. Mai II. b. 313
	1 mag
R. v. 21. Nov. I. 472, II. b. 263, 291	G. R. v. 31. Mai II. b. 324
R. v. 22. Nov I. 818	R. D. v. 7. Juni II. b. 676
Bubl. v. 26. Nov II. b. 752	98. v. 17. Juni I. 778
R. v. 29. Nov. I. 523, 844, II. b.	B. v. 21. Juni II. b. 371
309, 315, 594, 598, 602, 604,	M. v. 23. Juni I. 786
619	98. v. 27. Juni I. 774
E. R. v. 30. Nov II. b. 758	97. v. 16. Juli 1. 776
R. v. 30. Nov I. 515, II. b. 302	B. v. 21. Juli 1. 580, 582, H. b. 291,
97. v. 5. Dec II. b. 316	369, 370, 373
97. v. 8. Dec II. a. 125, 135	R. v. 23. Juli I. 578, II. b. 362, 390,
M. v. 9. Dec 1. 819	397
C. R. r. 12. Dec II. b. 422	R. v. 26. Juli I. 657, II. b. 430
	or on a serie t son the bank
C. N. v. 14. Dec. I. 560, II. b. 346	C. R. v. 3. Sept. I. 500, II. b. 297
C. R. v. 20. Dec. I. 366, II. b. 127	9t. v. 12. Sept II. a. 693
R. v. 20. Dec I. 469, II. b. 288	R. v. 13. Sept I. 547, II. b. 333
	R. v. 17. Sept II. a. 160, 163
•	
	R. v. 28. Sept II. b. 373
1843.	©. 9t. v. 7. Oft II. b. 127
	R. v. 17. Oft I. 366, II. b. 127
	Ruhi v 27 Oft I. 366, II. b. 127
M. v. 9. Jan 17. a. 96	Bubl. v. 27. Ott II. b. 669
97. v. 9. Jan	Bubl. v. 27. Ott II. b. 669 R. v. 5. Nov II. b. 307
97. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37
97. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Ott II. b. 669 R. v. 5. Nov II. b. 307
98. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Publ. v. 9. Nov. I. 367
T. v. 9. 3an. II. a. 96 II. a. 682 II. a. 682 II. a. 682 II. a. 682 II. a. 682 II. b. 70 II. a. 682 II. b. 414 II. a. 682 II. b. 414 II. a. 686 II. b. 414 II. a. 686 II. b. 127	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. D. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a.
M. v. 9. 3an. II. a. 96 E. R. v. 13. 3an. II. a. 682 E. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. P. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. I. 816	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. D. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335,
M. v. 9. 3an. II. a. 96 E. R. v. 13. 3an. II. a. 682 E. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. P. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. I. 816 G. R. v. 19. Febr. II. b. 752	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. D. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 B. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. I. 816 G. R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. I. 394, II. b. 183	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 N. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625,
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. I. 816 G. R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 R. v. 22. Febr. III. a. 159, 161	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Publ. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. I. 816 G. R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 R. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. I. (LXXXV, XCIV,	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652,
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. M. v. 13. 3an. II. a. 682 G. M. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. I. 816 G. M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. I. (LXXXV, XCIV, CXV), I. 850, II. a. 102, 108,	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. M. v. 13. 3an. II. a. 682 G. M. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. I. 816 G. M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. I. (LXXXV, XCIV, CXV), I. 850, II. a. 102, 108,	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. R. v. 13. 3an. II. a. 682 G. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. I. 816 G. R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 R. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. I. (LXXXV, XCIV, CXV), I. 850, II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Publ. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37
98. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 N. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297,
98. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 N. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. v. 25. Nov. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423
M. v. 9. Jan. II. a. 96 E. R. v. 13. Jan. II. a. 682 E. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. II. b. 752 R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 3. Wâtz II. b. 391	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 N. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297,
M. v. 9. Jan. II. a. 96 E. R. v. 13. Jan. II. a. 682 E. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. II. b. 752 R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 3. Wâtz II. b. 391	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 N. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. v. 25. Nov. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423
M. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120
M. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120
8. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. R. v. 13. 3an. II. a. 682 G. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 13. Febr. II. b. 752 M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 M. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. b. 391 M. v. 3. Mārz II. b. 391 M. v. 5. Mārz II. (CXVI), I. 105, II. a. 102, 166 M. v. 7. Mārz II. (CXV) G. M. v. 14. Mārz II. b. 391	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 R. v. 11. Dec I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 R. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844.
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. R. v. 13. 3an. II. a. 682 G. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. II. b. 752 M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. a. 159, 161 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 M. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 3. Mârz II. b. 391 M. v. 3. Mârz II. (CXV) G. M. v. 14. Mârz II. b. 391 M. v. 17. Mârz II. b. 399,	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 12. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. D. v. 17. Jan. I. 867, II. b. 625,
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. R. v. 13. 3an. II. a. 682 G. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 13. Febr. II. b. 752 M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 M. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. b. 391 M. v. 3. Mārz II. b. 391 M. v. 5. Mārz II. (CXVI), I. 105, II. a. 102, 166 M. v. 7. Mārz II. (CXV) G. M. v. 14. Mārz II. b. 391	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 R. v. 11. Dec I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 R. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844.
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. Jan. I 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. II. b. 752 M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. a. 159, 161 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 M. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. b. 391 M. v. 3. Márz II. b. 391 M. v. 5. Márz II. (CXV) M. v. 14. Márz II. b. 391 M. v. 17. Márz II. b. 399, 316	Bubl. v. 27. Det. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 R. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. D. v. 17. Jan. I. 867, II. b. 625, 669
M. v. 9. 3an. II. a. 96 G. R. v. 13. 3an. II. a. 682 G. R. v. 16. 3an. I. 349, II. b. 70 R. v. 25. 3an. I. 626, II. b. 414 R. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 R. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 R. v. 18. Febr. II. b. 752 R. v. 19. Febr. II. b. 752 R. v. 21. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 139 R. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 11. b. 391 R. v. 3. Mārz II. (CXVI) G. R. v. 3. Mārz II. b. 391 R. v. 7. Mārz II. b. 391 R. v. 17. Mārz II. b. 309, 316 R. v. 18. Mārz II. b. 715	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 R. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. Jan. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. R. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. b. 391 M. v. 3. Márz II. b. 391 M. v. 3. Márz II. b. 391 M. v. 7. Márz II. b. 391 M. v. 17. Márz II. b. 391 M. v. 17. Márz II. b. 391 M. v. 18. Márz II. b. 309, 316 M. v. 19. Rárz II. b. 715 M. v. 19. Rárz II. b. 715	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 R. v. 27. Jan. I. 821
98. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 R. v. 27. Jan. I. 821 R. v. 11. Febt. I. 157, II. a. 196
M. v. 9. Jan. II. a. 96 G. R. v. 13. Jan. II. a. 682 G. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. Jan. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. R. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. b. 391 M. v. 3. Márz II. b. 391 M. v. 3. Márz II. b. 391 M. v. 7. Márz II. b. 391 M. v. 17. Márz II. b. 391 M. v. 17. Márz II. b. 391 M. v. 18. Márz II. b. 309, 316 M. v. 19. Rárz II. b. 715 M. v. 19. Rárz II. b. 715	Bubl. v. 27. Ott. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 R. v. 27. Jan. I. 821
M. v. 9. Jan	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. D. v. 9. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 64 R. v. 6. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 R. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 18. Jan. I. 867, II. b. 625, 669 R. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 R. v. 19. Febr. I. 157, II. a. 196 R. v. 11. Febr. II. b. 295
M. v. 9. Jan. II. a. 96 E. R. v. 13. Jan. II. a. 682 E. R. v. 16. Jan. I. 349, II. b. 70 M. v. 25. Jan. I. 626, II. b. 414 M. v. 8. Febr. I. 366, II. b. 127 M. v. 13. Febr. I. 560, II. b. 346 M. v. 18. Febr. I. 816 G. N. v. 19. Febr. II. b. 752 M. v. 21. Febr. II. 394, II. b. 183 M. v. 22. Febr. II. a. 159, 161 G. v. 28. Febr. II. a. 102, 108, 124, 780, II. b. 625 G. N. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. a. 139 M. v. 28. Febr. II. b. 391 D. v. 28. Febr. II. b. 391 M. v. 14. Márz II. b. 391 M. v. 17. Márz II. b. 391 M. v. 18. Márz II. b. 715 M. v. 19. Márz II. b. 708 M. v. 25. Márz II. b. 708 M. v. 25. Márz II. b. 708 M. v. 25. Márz II. b. 708 <th>Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. D. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 M. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 M. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 M. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 M. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 29. Dec. I. (EXIII), II. a. 196 M. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 M. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 196 M. v. 11. Febr. I. 157, II. a. 196 M. v. 14. Febr. II. b. 295 Schreiben v. 16. Febr. I. 659</th>	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. D. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 M. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 M. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 M. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 M. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 29. Dec. I. (EXIII), II. a. 196 M. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 M. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 196 M. v. 11. Febr. I. 157, II. a. 196 M. v. 14. Febr. II. b. 295 Schreiben v. 16. Febr. I. 659
9t. v. 9. 3an	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 R. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 625, 664 R. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 661, 664 R. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 R. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 18. Jan. I. 867, II. b. 625, 669 R. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 R. v. 11. Febr. I. 157, II. a. 196 R. v. 11. Febr. I. 157, II. a. 196 R. v. 14. Febr. II. b. 295 Schreiben v. 16. Febr. II. 467, II. a. 480, II. R. v. 20. Febr. I. 467, II. a. 480, II.
M. v. 9. Jan	Bubl. v. 27. Oft. II. b. 669 R. v. 5. Nov. II. b. 307 R. D. v. 9. Nov. I. 57. II. a. 37 Bubl. v. 9. Nov. I. 367 R. D. v. 9. Nov. I. (CVII), II. a. 692 M. v. 25. Nov. I. 611, II. b. 335, 337, 400, 408 R. D. v. 1. Dec. I. 863, II. b. 634, 652, 664 M. v. 6. Dec. I. 883, II. b. 634, 652, 664 M. v. 11. Dec. I. 57, II. a. 37 M. v. 28. Dec. I. 502, 622, II. b. 297, 353, 412, 423 B. v. 29. Dec. I. (CXIII), II. a. 120 1844. R. v. 29. Dec. I. (EXIII), II. a. 196 M. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 197 M. v. 18. Jan. I. 160, II. a. 196 M. v. 11. Febr. I. 157, II. a. 196 M. v. 14. Febr. II. b. 295 Schreiben v. 16. Febr. I. 659

AB 4 90 Sake I 704
8. y. 28. Febr I. 792
98. p. 29. Febr I. 659, I. b. 431
92. v. 7. Marz I. 633, II. b. 420
R. v. 8. Marz II. b. 312 R. v. 14. Marz I. 548, II. b. 334
on by 14. 2Auts 1. 040, 11. D. 334
St. v. 21. Marz II. a. 160, 163
3. v. 22. Marz I. (CXIII), II. a. 83,
906 m 2c min. 1 c22 tt b 420
C. R. v. 26. Marz I. 633, II. b. 420
98. v. 28. März. I. 395, II. b. 189
28. v. 29. Márz I. 777, II. a. 191
R. D. v. 12. April I. 629, II. b. 417
28. v. 26. April I. 858, II. b. 645
G. R. v. 11. Mai I. 158, II. a. 96,
195, 249
6. v. 5. Juli I. (LXXXIV), I. 900,
II. b. 739, 747, 748, 750
2. D. v. 5. Juli II. b. 740
A. v. 13. Juli II. a. 60
ON . OA CL.Y! I COE PIPO II L
M. v. 24. Juli I. 625, 770, II. b.
413
413 6. I. 9. 31. Juli I. 780, II. b. 310
413 6. H. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 H. v. 19. Aug II. a. 60
413 C. R. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352
413 C. R. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352
413 C. N. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 G. N. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Dit I. 480, II. b. 274
413 C. N. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 G. N. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Dit I. 480, II. b. 274
413 C. N. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 G. N. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 C. R. v. 12. Oft II. b. 135 R. v. 3. Rov. I. 502, II. b. 297,
413 6. N. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 18. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 6. N. v. 16. Sept II. b. 310 18. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 19. N. v. 12. Oft II. b. 135 19. v. 3. Rov. I. 502, II. b. 297, 301
413 6. N. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 N. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 6. N. v. 16. Sept II. b. 310 N. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 6. N. v. 12. Oft II. b. 135 N. v. 3. Nov. I. 502, II. b. 297, 301 8. v. 3. Nov II. a. 40
413 6. H. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 6. R. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 6. R. v. 12. Oft II. b. 135 R. v. 3. Rov. I. 502, II. b. 297, 301 R. D. v. 13. Rov II. a. 40 B. v. 22. Rov. I. (CVI), I. 31, 453,
413 6. N. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Chreiben v. 3. Sept II. b. 352 6. N. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 6. R. v. 12. Oft II. b. 135 R. v. 3. Nov. I. 502, II. b. 297, 301 R. D. v. 13. Nov
413 6. A. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 A. v. 19. Aug II. a. 60 Chreiben v. 3. Sept II. b. 352 6. A. v. 16. Sept II. b. 310 A. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 C. A. v. 12. Oft II. b. 135 A. v. 3. Nov. I. 502, II. b. 297, 301 A. D. v. 13. Nov II. a. 40 B. v. 22. Nov. I. (CVI), I. 31, 453, II. a. 22, 23, II. b. 272, 436 A. v. 23. Nov
6. R. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 G. R. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 C. R. v. 12. Oft II. b. 135 R. v. 3. Rov. I. 502, II. b. 297, 301 R. D. v. 13. Rov II. a. 40 B. v. 22. Rov. I. (CVI), I. 31, 453, II. a. 22, 23, II. b. 272, 436 R. v. 23. Rov II. b. 373
413 6. A. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 A. v. 19. Aug II. a. 60 Chreiben v. 3. Sept II. b. 352 6. A. v. 16. Sept II. b. 310 A. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 C. A. v. 12. Oft II. b. 135 A. v. 3. Nov. I. 502, II. b. 297, 301 A. D. v. 13. Nov II. a. 40 B. v. 22. Nov. I. (CVI), I. 31, 453, II. a. 22, 23, II. b. 272, 436 A. v. 23. Nov
6. R. v. 31. Juli I. 780, II. b. 310 R. v. 19. Aug II. a. 60 Schreiben v. 3. Sept II. b. 352 G. R. v. 16. Sept II. b. 310 R. v. 3. Oft I. 480, II. b. 274 C. R. v. 12. Oft II. b. 135 R. v. 3. Rov. I. 502, II. b. 297, 301 R. D. v. 13. Rov II. a. 40 B. v. 22. Rov. I. (CVI), I. 31, 453, II. a. 22, 23, II. b. 272, 436 R. v. 23. Rov II. b. 373

Defl. v. 3. Jan. II. a. 1015 G. v. 3. Jan. I. 121, II. a. 42, 86, 90, 122, 123, 130, 945 A. D. v. 3. Jan. 1. 126 28. v. 9. 3an. I. (LXXXV), I. 858, П. ь. 573, 575, 598, 605, 625, 641, 667 и. ь. 658 **M. v.** 10. Jan. Gew. D. v. 17. Jan. I. 87, 196, II. a. 65, 767, 768, 769, 770, II. b. 638, 644 . v. 31. 3an. I. (CXIII), II. a. 95, П. Б. 748, 750 98. v 3. Febr. . . . I. 346, II. b. 42 R. D. v. 7. Febr. . I. 50, II. a. 30 C. R. v. 12. Febr. U. b. 77 R. D. v. 21. Febr. . . II. a. 34, 954 Fisch. D. v. 7. Marz I. (CXV), II. b. 572, 763, 764 R. v. 15. Marz I. 627, II. b. 414,

C. R. v. 17. Marg II. a	31
m . 04 ms	700
R. v. 21. Marz I. b E. N. v. 28. Marz II. b R. v. 3. April I. 148, II. a.	. 700
E. H. v. 28. Warz IL b	. 440
22. v. 3. April I. 148, II. a.	183,
	185
C. R. v. 6. April II. b	
Maria of the state	
Regl. v. 9. April I. 31, 753, II.	
854, II. b. 566	, 567
8. v. 11. April II. b	. 258
R. v. 14. April	790
O n 48 Munit I (YCIV)	31
R. D. v. 18. April I. (XCIV),	
752, IL a. 20, 854, II. b	
Detl. v. 25. April II. a	. 393
R. v. 9. Mai I. 779, 11. b	. 332
R. v. 3. Juni I. 149, IL a. 156	. 187
M w 7 Suni	788
98. v. 7. Juni I. (A	
10. p. 20. Juni	
R. D. v. 27. Juni II. b	
R. v. 28. Juni	. 822
98. v. 5. Suli 1. 128. 134. II. a.	130.
132, 133, 157, 177, 179	190
R. v. 8. Juli I. 151, II.	. 101
Dett. v. 11. Juli I. 77, II.	2. 53
28. v. 11. Juli I. (CXIII), I. 16	2, IL
a. 85, 166, 167, 194, 202,	443.
922	945
	-
R. n. 12. Juli I. 126, II. a. 169,	
171, 172	
KöhrsD. v. 15. Juli II. b	. 758
10 m 40 Quiti T 11	
	CVIII
6. v. 18. Juli I. (6	CVII)
B. v. 23. Juli I. 298, 299,	ii. a.
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1848, 860, 951	II. a. , 954
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31,	II. a. , 954 IL a.
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436	II. a., 954 IL a., 437
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436	II. a., 954 IL a., 437
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug IL b	II. a., 954 JL a., 437 J. 593
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. R. v. 9. Sept. I. 865, II. b.	II. a., 954 IL a., 437 . 593 634,
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. R. v. 9. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661	II. a., 954 II. a., 437 . 593 634,
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. R. v. 9. Sept. I. 865, II. b.	II. a., 954 JL a., 437 . 593 634, , 664 297,
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. R. v. 9. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 C. R. v. 27. Sept I. 503, II. b.	II. a., 954 II. a., 437 . 593 634, , 664 297, 301
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. R. v. 9. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 C. R. v. 27. Sept I. 503, II. b.	II. a., 954 II. a., 437 . 593 634, , 664 297, 301
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. Just. v. 29. Sept II. b.	II. a., 954 II. a., 437 . 593 . 634, . 664 . 297, . 301 . 422
B. v. 23. Juli I. 298, 299, 1848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 C. R. v. 27. Sept I. 503, II. b. 3nftr. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585	II. a., 954 JL a., 437 . 593 634, . 664 297, 301 . 422
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 C. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 C. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 585, v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585	II. a., 954 II. a., 437 . 593 . 634, . 664 . 297, . 301 . 422 . 586 . 653
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 635, 652, 661 Thir. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 K. D. v. 10. Oft II. b. Ser. v. 14. Oft. I. 300, II. s.	II. a., 954 II. a., 437 . 593 . 634, . 664 . 297, . 301 . 422 . 586 . 653 . 1018
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 635, 652, 661 Thir. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft II. b. Ser. v. 14. Oft. I. 300, II. s. Oft. v. 24. Oft I. 121, II. s.	II. a., 954 JL a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 635, 652, 661 Thir. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft II. b. Ser. v. 14. Oft. I. 300, II. s. Oft. v. 24. Oft I. 121, II. s.	II. a., 954 JL a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. Sh. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft II. b. Ser. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft I. 121, II. a. R. v. 26. Oft I.	II. a., 954 JL a., 437 . 593 634, 664 297, 301 . 422 . 586 . 653 1018 . 170 . 787
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 88. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft. I. 121, II. a. R. v. 26. Oft I.	II. a., 954 JL a., 437 . 593 634, 664 297, 301 . 422 . 586 . 653 1018 . 170 . 787
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 88. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft II. b. 9er. v. 14. Oft. I. 300, II. a. 9f. v. 26. Oft I 121, II. a. 9f. v. 26. Oft I 121, II. a. 9f. v. 27. Oft	II. a., 954 JL a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018 . 170 . 787 . 778 CVII)
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 31. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. O. v. 10. Oft II. b. 9er. v. 14. Oft. I. 300, II. a. 9e. v. 24. Oft I. 121, II. a. 9e. v. 26. Oft I. 121, II. a. 9e. v. 27. Oft II. b. 9e. v. 31. Oft II. b. 11. h. 11.	II. a., 954 II. a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 312
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug. II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 31. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 14. Oft. I. 300, II. a. 92. v. 24. Oft. I. 121, II. a. 93. v. 26. Oft. II. II. b. 93. v. 26. Oft. II. II. b. 93. v. 26. Oft. II. II. II. II. a. 94. v. 26. Oft. II. II. II. II. II. II. II. II. II. I	II. a., 954 JL. a., 437 593 634, 664 297, 301 422 586 653 1018 170 787 CVII) 312 300,
848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli 1. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. R. v. 9. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept I. 503, II. b. Inftr. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft II. b. Ber. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft I. 121, II. a. R. v. 26. Oft II. R. v. 26. Oft II. R. v. 27. Oft II. R. v. 28. Nov II. b. R. v. 27. Oft II. b. R. v. 28. Oft II. b. R. v. 29. Oft II. b. R. v. 26. Oft II. b. R. v. 27. Oft II. b. R. v. 28. Nov II. b. R. v. 29. Oft II. b. R. v. 29. Oft II. b. R. v. 21. Oft II. b. R. v. 22. Oft II. b. R. v. 23. Nov II. b. II. a. 871,	II. a., 954 JL a., 437 , 593 , 634, 664 , 297, 301 , 422 , 586 , 653 , 1018 , 778 CVII) , 312 , 300, 1018
848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 3nftr. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. O. v. 10. Oft II. b. Ber. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft I. 121, II. a. R. v. 26. Oft II. R. v. 27. Oft	II. a., 954 JL. a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 312 . 300, 1018 . 814
848, 860, 951 Bekanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 3nftr. v. 29. Sept II. b. R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. O. v. 10. Oft II. b. Ber. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft I. 121, II. a. R. v. 26. Oft II. R. v. 27. Oft	II. a., 954 JL. a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 312 . 300, 1018 . 814
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 31. b. 32. Juli I. b. 33. Juli I. s. 33. Juli I. b. 34. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft II. b. 35. Juli II. b. 36. v. 24. Oft I. 121, II. s. 36. v. 26. Oft I. 121, II. s. 36. v. 27. Oft II. b. 36. v. 31. Oft II. b. 36. v. 31. Oft II. b. 36. v. 31. Oft II. b. 37. v. 31. Oft III. b. 37. v. 31. Oft III. b. 37. v. 31. Oft	II. a., 954 II. a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 312 . 300, 1018 . 814 . 422
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug. II. b. 436 R. v. 9. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept I. 503, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft. I. 121, II. a. R. v. 26. Oft. II. b. III. b. III. a. 871, II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. III. b. II. b. I	II. a., 954 JL a., 437 , 593 , 634, 664 , 297, 301 , 422 , 586 , 653 , 1018 , 778 CVII) , 312 , 300, 1018 , 814 , 422 , 793
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug. II. b. 436 R. v. 9. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept I. 503, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft. I. 121, II. a. R. v. 26. Oft. II. b. III. b. III. a. 871, II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. II. b. III. b. II. b. I	II. a., 954 JL a., 437 , 593 , 634, 664 , 297, 301 , 422 , 586 , 653 , 1018 , 778 CVII) , 312 , 300, 1018 , 814 , 422 , 793
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft. II. 11. a. R. v. 26. Oft. II. II. a. R. v. 26. Oft. II. II. a. R. v. 31. Oft. II. a. R. v. 31. Oft. II. II. a. R. v. 31. Oft. II. b. II. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. III. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. II. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. II. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. R. v. 26. Rov. III. b. R. v. 30. Rov. II. 131, 784,	II. a., 954 JL a., 954 JL a., 437 593 634, 664 297, 301 422 , 586 653 1018 170 787 CVII) 312 300, 1018 422 793 752 II. a.
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanatm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug. II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 31. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft. II. b. 9er. v. 14. Oft. I. 300, II. a. 9r. v. 24. Oft. II. 121, II. a. 9r. v. 26. Oft. II. II. a. 9r. v. 27. Oft. II. b. 11. b. 31. Oft. II. b. 31. Oft. II. b. 31. Oft. II. III. a. 871, 9r. v. 5. Nov. II. b. 11. a. 871, 9r. v. 8. Nov. II. b. 31. v. 26. Nov. II. b. 31. v. 30. Nov. II. 131, 784, 130	II. a., 954 JL a., 954 JL a., 437 . 593 . 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 312 . 300, 1018 . 422 . 793 . 752 II. a., 133
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 14. Oft. I. 300, II. a. R. v. 24. Oft. II. 11. a. R. v. 26. Oft. II. II. a. R. v. 26. Oft. II. II. a. R. v. 31. Oft. II. a. R. v. 31. Oft. II. II. a. R. v. 31. Oft. II. b. II. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. III. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. II. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. II. a. 871, R. v. 8. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. II. b. R. v. 26. Rov. II. b. R. v. 26. Rov. III. b. R. v. 30. Rov. II. 131, 784,	II. a., 954 JL a., 954 JL a., 437 . 593 . 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 312 . 300, 1018 . 422 . 793 . 752 II. a., 133
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanntm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 31. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. v. 3. Oft. I. 300, II. a. 31. b. 32. v. 14. Oft. I. 300, II. a. 32. v. 24. Oft. I. 121, II. a. 32. v. 26. Oft. II. b. 121, II. a. 32. v. 27. Oft. II. b. 32. v. 31. Oft. II. b. 33. v. 30. Oft. II. 31, 784, 130. Oft. II. 30. Oft. II. 31, 784, 130. Oft. II. 30. II. 30. Oft. II.	II. a., 954 II. a., 954 II. a., 437 . 593 . 634, 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 653 . 1018 . 170 . 787 . 778 CVII) . 312 . 300, 1018 . 422 . 793 . 752 II. a., 133 . 848,
8. v. 23. Juli I. 298, 299, 848, 860, 951 Befanatm. v. 31. Juli I. 27, 31, 18, 22, II. b. 436 G. R. v. 23. Aug. II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 865, II. b. 635, 652, 661 G. R. v. 27. Sept. I. 503, II. b. 31. v. 3. Oft. I. 838, II. b. 585 R. D. v. 10. Oft. II. b. 9er. v. 14. Oft. I. 300, II. a. 9r. v. 24. Oft. II. 121, II. a. 9r. v. 26. Oft. II. II. a. 9r. v. 27. Oft. II. b. 11. b. 31. Oft. II. b. 31. Oft. II. b. 31. Oft. II. III. a. 871, 9r. v. 5. Nov. II. b. 11. a. 871, 9r. v. 8. Nov. II. b. 31. v. 26. Nov. II. b. 31. v. 30. Nov. II. 131, 784, 130	II. a., 954 JL a., 954 JL a., 437 . 593 . 664 . 297, 301 . 422 . 586 . 1018 . 170 . 787 . 778 . CVII) . 300, 1018 . 422 . 793 . 133 . 848, 954

. 2010,
C. R. v. 2. Jan I. 768 C. R. v. 6. Jan I. 825 C. v. 23. Jan. 1. 848, II, b. 572, 609, 614, 664
87. v. 5. Febr I. 528, II. b. 317 (9. v. 8. Febr I. 224, II. a. 646 (8. D. v. 8. Febr II. b. 770
T. N. v. 9. Febr
6. N. v. 13. Marz I. 127, II. a. 126, 135, 166, 171, 173, 174, 177, 183, 184, 185, 191 N. v. 13. Marz II. a. 150 N. v. 14. Marz . I. 664, II. b. 399
b. 770 R. v. 8. April II. a. 107
G. N. 4. Mai I. 52, II. a. 33 G. N. v. 25. Mai I. 781 G. N. v. 14. Juni II. b. 397 Regl. v. 14. Juni II. b. 566, 854 R. v. 18. Juni I. 505, II. b. 297
G. R. v. 23. Juni II. a. 166, 173, 176, 196 R. v. 23. Juni II. a. 150, 184, 194 R. v. 25. Juni . I. 487, II. b. 295
98. v. 1. Juli
R. D. v. 24 Juli I. (CXXXI) R. D. v. 7. Aug. I. (LXXXIV), II. s. 172, 194
E. R. v. 18. Aug II. b. 329 R. D. v. 15. Sept II. b. 417 R. D. v. 5. Oft II. b. 757 R. D. v. 11. Oft II. a. 513 Instr. v. 15. Oft II. b. 350
Siegensche Wiesen D. v. 28. Ott. I. (XCIV), II. a. 23, II. b. 576, 635, 639, 653, 660, 661, 666, 668, 669
87. v. 18. Dec I. 639, II. b. 419 87. v. 28. Dec. I. 612, II. b. 40, 56, 408 87. v. 28. Dec I. 485, II. b. 449 88. v. 31. Dec I. 140, II. a. 181
v. v. vi. «ti i. 174, 12. 4. 101

1847.

8k. y. 6. Jan. I. 587, II. b. 323, 390 B. y. 25. Jan. II. b. 683

Ot. v. 29. Jan. I. 847, II. b. 591,
595, 597, 599 C. N. v. 31. Jan L. 826
B. v. 5. Febr II. b. 676
R. v. 22. gebr. I. 506, II. b. 297
R. v. 24. Febr I. 132, II. a. 176
97. v. 20. 997 drs . I. 674. II. b. 488
G. v. 8. April I. 629, II. b. 268,
416
98. v. 11. April II. b. 768
R. v. 15. April II. b. 336
R. v. 27. April II. b. 684 R. D. v. 30. April II. b. 688
Bubl. v. 1. Mai 11. b. 336
R. v. 20. Mai II. a. 481, II. b. 250
E. R. v. 14. Juni . II. b. 586, 639
R. v. 14. Juni I. 862, II. b. 594,
R. D. v. 5. Juli 11. b. 765
98. v. 10. Juli I. 158, II. a. 196
C. N. v. 12. Juli I. 558, II. b. 339
9. v. 23. Juli
Deff. v. 26. Juli I. (CX), I. 348, II. a. 1013, II. b. 47, 288
6. R. v. 6. Aug II. b. 344
Bubl. v. 6. Aug II. b. 768
R. v. 15. Aug I. 790
R. v. 15. Aug I. 790 R. v. 20. Aug. I. 866, II. b. 652, 661,
664
C. R. v. 26. Aug. I. 604, II. b. 405
C. M. v. 10. Sept. I. 618, II. b.
129, 410 R. D. v. 23. Sept II. a. 110
G. R. v. 24. Sept. I. 349, II. b. 52,
54
R. v. 29. Sept I. 639, II. b. 474
Bau:Pol.:D. v. 11. Oft II. b. 236
6. R. v. 14. Oft I. 802
Feld-Bol.D. v. 1. Nov. I. (LXXXI),
I. 885, II. a. 102, 104, 107, II.
6. R. v. 15. Nov II. b. 269
R. v. 18. Nov I. 789
R. v. 30. Nov. L. 128, II. a. 164,
174
C. R. v. 1. Dec I. 605, II. b. 405
88. v. 28. Dec I. 605, II. b. 405
R. v. 30. Dec I. 140, II. a. 186
•

, **1848.**

C. R. v. 12. Jan. I. 130, 1	I. a. 130,
133, 164,	
R. v. 21. Jan	•
II. a. 143,	
R. D. v. 4. Febr	II. b. 768
37. v. 18. Febr I. 603,	
A. D. v. 23. Febr	

AT SO I D MB.Co. : FT L 7774	I C M u A Guni II - EO4
E. R. v. 9. Marz II. b. 774 R. O. v. 27. Marz II. a. 5	Erl. v. 22. Juni I. 2, II. a. 581 .
Publ. v. 27. Marz I. (CXVIII)	B. v. 21. Juli II. a. 932
C. R. v. 29. Mirz II. b. 768	C. R. v. 29. Juli II. b. 741
G. R. v. 31. Marz I. 820	R. D. v. 1. Aug IL b. 770
& v. 6. April II. a. 36	E. R. v. 27. Aug I. 769
G. R. v. 11. April I. 140, II. a. 180,	Publ. v. 12. Sept I. (CXXII)
190 Marie M. 477 Marie V. 4 31 - 5 77 L	C. R. v. 18. Sept. II. b. 740, 741, 742
Gri. v. 17. April I. 1., II. a. 5, II. b.	Befanntm. v. 13. Nov II. a. 242
574, 591, 767 C. M. v. 20. April I. (CXVIII)	6. v. 19. Nov. I. (CXXIII), II. a. 224, 359, 360
C. M. v. 27. April I. (CXIX)	Immed, Ber, v. 21. Nov L 3
Resol. v. 4. Mai II. a. 349	97. v. 21. Nov I. 822
C. N. v. 8. Mai II. a. 36	Erl. v. 26. Nov. 1. 3, H. a. 7, H. b.
R. v. 8. Mai I. 894, II. b. 720, 736	689
M. v. 14. Mai . I. 606, II, b. 405	6. R. v. 7. Dec. I. (CXXIII), II. a.
R. D. v. 25. Mai I. (CXVIII)	581
S. D. v. 31. Mai II. a. 74 C. R. v. 5. Juni L 132, II. a. 177,	Bubl. v. 12. Dec II. a. 194
	88. v. 30. Dec II. b. 451
45. At. v. 6. Juni I. (CXIX)	50. 5. 50. 20t
Erl. v. 10. Juni I. 777, II. b. 587,	1850.
593	1000.
29. v. 40. Juni I. 819	6. R. v. 9. Jan I. 4, II. a. 7
48. 92. v. 13. Juni II. a. 396	88. v. 1. Febri 1. 804
Gr.I. v. 25. Juni I. 2, II. b. 6, 591, 767	C. R. v. 2. Febr
Tri. b. 11. Aug I. 2, II. a. 6	Bubl. v. 12. Febr I. (CXXII)
C. R. v. 18. Mug II. b. 270 M. v. 24. Mug I. 155, II. a. 192	Staatsmin. Beschl. v. 12. Febr. 11. b. 298
Erl. v. 2. Sept 11. a. 6	S. v. 24. Febr. I. (XCIX), I. 155, II.
Erl. v. 21. Sept I. 2, II. a. 6	a. 123, 153, 194
6. 9. v. 5. Oft II. a. 175, 176	Ablof. Gef. v. 2. Marz I. 165, II.
67. b. 5. Oft L 159, II. a. 196	204 ∰.
St. b. 9. Ott. I. 346, II. a. 42, 242	G. v. 2. Marg gur Erg. ber Gem. Ih.
49. v. 31. Oft. I. (CXV, CXXI, CXXII), II. a. 914, 928, 936, 1015	D. 1. 328 Rentenbant: G. v. 2. März I. 695, 11.
Ext. v. 8. Nov II. a. 6	1
5. N. v. 15. Nov I. (CXXI)	G. v. 3. Matz I. 161, II. a. 121, 122,
C. R. v, 7. Dec I. 511, II. b. 300	198
B. v. 18. Dec. I. (CXIV), II. a. 242,	
	Bagb-Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI),
849, 902	Bagb-Bol. &. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7
	Bagb:Bol. &. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen:Abl.: &. v. 11. Marz. I. 239,
849, 902 B. v. 20; Dec. I. (CXXII)	Bagd: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen-Abl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761
849, 902 B. v. 20: Dec. I. (CXXII)	Bagd: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Abl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590
849, 902 B. v. 20; Dec. I. (CXXII)	Bagd: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Abl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 C. R. v. 12. Marz I. 188. II. a. 332.
849, 902 B. v. 20; Dec. I. (CXXII)	Bagd: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen-Abl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Marz 1. 821
849, 902 8. v. 20; Dec. I. (CXXII) 1849. 18. v. 2. Jan: I. II. b. 275, 346 81. v. 6. Jan. I. L. 542, II. b. 331 61. v. 7. Febr: I. 859, H. h. 635	Bagd: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Abl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 R. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. R. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 R. v. 15. Narz. I. 821 Bekanntm. v. 23. Marz. II. a. 828
849, 902 8. v. 20: Dec. I. (CXXII) 1849. 1849. 18. v. 2. Jani II. b. 275, 346 86. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 86. v. 7. Febr. I. 859, H. h. 635 88. v. 2. April I. 812	Bagd: Bol. G. v. 7. März. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Abl.: G. v. 11. März. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. März. I. 841, II. b. 590 G. R. v. 12. März. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. März. I. 188. II. a. 821 Bekanntm. v. 23. März. II. a. 826 G. R. v. 31. März. I. 242, II. a. 844
849, 902 8. v. 20; Dec. I. (CXXII) 1849. 18. v. 2. Jani 1. II. b. 275, 346 86. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 86. v. 7. Febr: I. 859, H. h. 635 88. v. 2. April I. 812 Befanntm. v. 8. April II. b. 771	Bagd: Bol. G. v. 7. März. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen-Abl.: G. v. 11. März. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. März. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. März. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. März. I. 821 Befanntm. v. 23. März. II. a. 828 G. R. v. 31. März. I. 242, II. a. 844 M. v. 8. April. II. b. 241
849, 902 8. v. 20: Dec. I. (CXXII) 8. v. 2. Jan: II. b. 275, 346 8. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 8. v. 7. Febr: I. 859, H. h. 635 8. v. 2. April II. b. 771 8. v. 28. April II. b. 771	Bagb: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Abl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Marz. I. 183 Befanntm. v. 23. Marz. II. a. 828 G. N. v. 31. Marz. I. 242, II. a. 844 N. v. 8. April II. b. 241 Inftr. v. 21. April II. b. 322, 350
849, 902 8. v. 20: Dec. I. (CXXII) 1849. 1849. 18. v. 2. Jani II. b. 275, 346 18. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 18. v. 7. Febr: I. 859, H. h. 635 18. v. 2. April II. b. 771 18. v. 28. April II. b. 771 18. v. 28. April II. b. 771 18. v. 28. April II. b. 771	Bagd: Bol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Ibl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. R. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Marz. Bekanntm. v. 23. Marz. II. a. 826 G. R. v. 31. Marz. II. a. 844 R. v. 8. April. II. b. 241 Instr. v. 21. April. II. b. 322, 350 G. N. v. 22; April I. 207, II. a. 580
849, 902 8. v. 20; Dec. I. (CXXII) 8. v. 2. Jan: II. b. 275, 346 8. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 8. v. 7. Febr: I. 859, H. h. 635 8. v. 2. April II. b. 771 8. v. 28. April II. b. 771 8. v. 28. April II. b. 771 81. v. 28. April II. b. 771 81. v. 28. April II. b. 771 82. v. 4. Mai I. (CXVII) 83. v. 4. Mai II. (CXVII) 84. v. 41. Mai II. (CXVII)	Bagd: Bol. G. v. 7. März I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Ibl.: G. v. 11. März I. 239, Il. a. 761 M. v. 11. März I. 841, II. b. 590 G. R. v. 12. März I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. März I. 188. II. a. 332, Estanutm. v. 23. März II. a. 821 Besanutm. v. 23. März II. a. 828 G. R. v. 31. März I. 242, II. a. 844 R. v. 8. April II. b. 322, 350 G. M. v.: 22; April II. b. 322, 350 G. M. v.: 22; April II. 207, II. a. 580 B. v. 29. April II. 23, II. a. 17
849, 902 8. v. 20; Dec. I. (CXXII) 1849. 1849. 18. v. 2. Jani II. b. 275, 346 80. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 80. v. 7. Febr: I. 859, M. h. 635 80. v. 2. April II. b. 771 80. v. 28. April II. b. 771 80. v. 28. April II. b. 771 80. v. 28. April II. b. 771 80. v. 4. Mai I. (CXVII) 80. v. 41. Mai I. (CXVII)	Bagb: Bol. G. v. 7. März I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Abl.: G. v. 11. Wärz I. 239, II. a. 761 M. v. 11. März I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. März I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. März I. 188. II. a. 332, Bekanntm. v. 23. März II. a. 826 G. R. v. 31. März I. 242, II. a. 844 N. v. 8. April II. b. 322, 350 G. N. v. 22; April II. b. 322, 350 G. N. v. 29. April II. b. 322, 350 G. N. v. 29. April II. 207, II. a. 580 B. v. 29. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April II. 23, II. a. 17
849, 902 8. v. 20; Dec. I. (CXXII) 1849. 18. v. 2. Jan: II. b. 275, 346 8h. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 8h. v. 7. Kehr: I. 859, N. h. 635 8h. v. 2. April II. b. 771 8h. v. 28. April II. b. 771 8h. v. 41. Mai I. (CXVII) 8h. v. 41. Mai I. (CXVII) 8h. v. 41. Mai I. (CXVII) 8h. v. 12. Mai I. (CXVII) 8h. v. 12. Mai I. (CXVII)	Bagb: Bol. G. v. 7. Mārz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Ibl.: G. v. 11. Mārz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Mārz. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. Mārz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Mārz. I. 1831 Befanntm. v. 23. Mārz. II. a. 828 G. N. v. 31. Mārz. I. 242, II. a. 844 N. v. 8. April II. b. 322, 350 G. N. v. 22; April II. b. 322, 350 G. N. v. 29. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 29. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 32. Mai I. 722, II. a. 136 G. R. v. 12. Mai I. 722, II. a. 136
849, 902 1849. 1849. 1849. 18. v. 2. Jani I. b. 275, 346 18. v. 6. Jan I. 542, II. b. 331 18. v. 7. Febr I. 859, H. h. 635 18. v. 2. April I. 812 1861 1862. 1863. 1863. 1864. 1865.	Bagd: Pol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Ibl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Marz. I. 821 Velanutm. v. 23. Marz. II. a. 828 G. R. v. 31. Marz. II. b. 241 Instr. v. 21. April. II. b. 322, 350 G. N. v. 22; April. II. b. 322, 350 G. N. v. 29. April. II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April. II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April. II. 23, II. a. 17 G. R. v. 31. Mai. I. 722, II. a. 136 G. R. v. 12. Mai. I. 722, II. a. 136 G. R. v. 13. Mai. I. 895, II. b. 603
849, 902 1849. 1849. 1849. 18. v. 2. Jani II. b. 275, 346 18. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 18. v. 7. Kehr: I. 859, H. h. 635 18. v. 2. April II. b. 771 18. v. 28. April II. b. 774 18. v. 28. April II. a. 1784 18. v. 12. Mai II. 622 18. v. 14. Mai II. 159, II. a. 175, 196	Bagd: Pol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Ibl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Marz. I. 821 Velanutm. v. 23. Marz. II. a. 826 G. R. v. 31. Marz. II. a. 844 M. v. 8. April II. b. 322, 350 G. N. v. 22; April II. b. 322, 350 G. N. v. 29. April II. 207, II. a. 580 O. v. 29. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 31. Mai I. 722, II. a. 136 G. R. v. 12. Mai I. 191, II. a. 249 G. R. v. 13. Nai I. 895, II. b. 603
849, 902 8. v. 20; Dec. I. (CXXII) 1849. 1849. 18. v. 2. Iani I. II. b. 275, 346 18. v. 6. Ian. I. 542, II. b. 331 18. v. 7. Febr: I. 859, H. h. 635 18. v. 2. April II. b. 771 18. v. 28. April II. b. 771 18. v. 4. Mai I. (CXVII) 18. v. 4. Mai I. (CXVII) 18. v. 12. Mai I. (CXVII) 18. v. 12. Mai I. (CXVII) 18. v. 13. Mai I. 159, II. a. 175, 196 196 197. v. 18. Mai II. b. 740, 741, 742	Sagd: Bol. G. v. 7. Márz I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen-Abl.: G. v. 11. Márz I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Márz I. 841, II. b. 590 G. A. v. 12. Márz I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Márz I. 188. II. a. 332, 6. R. v. 31. Márz I. 242, II. a. 824 M. v. 8. April II. b. 241 Instr. v.: 21. April II. b. 322, 350 G. A. v.: 22; April II. 207, H. a. 580 B. v. 29 April II. 207, H. a. 580 G. R. v. 30. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April II. 23, II. a. 17 G. R. v. 31. Már II. 191, II. a. 249 G. R. v. 13. Mái I. 191, II. a. 249 G. R. v. 13. Mái I. 895, II. b. 603 G. R. v. 15. Mái I. 895, II. b. 603 G. R. v. 15. Mái I. 715, II. b. 537, 542
849, 902 1849. 1849. 1849. 18. v. 2. Jani II. b. 275, 346 18. v. 6. Jan. I. 542, II. b. 331 18. v. 7. Kehr: I. 859, H. h. 635 18. v. 2. April II. b. 771 18. v. 28. April II. b. 774 18. v. 28. April II. a. 1784 18. v. 12. Mai II. 622 18. v. 14. Mai II. 159, II. a. 175, 196	Bagd: Pol. G. v. 7. Marz. I. (CXVI), I. 4, II. a. 7 Mühlen: Ibl.: G. v. 11. Marz. I. 239, II. a. 761 M. v. 11. Marz. I. 841, II. b. 590 G. N. v. 12. Marz. I. 188. II. a. 332, 581, 740, 741, 843 M. v. 15. Marz. I. 821 Velanutm. v. 23. Marz. II. a. 828 G. R. v. 31. Marz. II. b. 241 Instr. v. 21. April. II. b. 322, 350 G. N. v. 22; April. II. b. 322, 350 G. N. v. 29. April. II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April. II. 23, II. a. 17 G. R. v. 30. April. II. 23, II. a. 17 G. R. v. 31. Mai. I. 722, II. a. 136 G. R. v. 12. Mai. I. 722, II. a. 136 G. R. v. 13. Mai. I. 895, II. b. 603

. M f 04 600.! T 45 YT . 0 00	
(Erl. v. 21. Wai I. 15, II. s. 9, 20,	C. R. v. 24. Febr II. b. 289
	0 4 7 Min. I 000 II . LEE
	Ber. v. 7. Marz I 220, II. a. 555,
R. v. 30. Mai I. 232, II. a. 755	606, 611, 616, 619, 727
Befanntm. v. 11. Juni I. 16, II. a. 9	E. R. v. 7. Marz I. 715, II. b. 535
87. v. 12. Juni I. 225, II. a. 645	Instr. v. 12. März II. b. 350
6. R. v. 13. Juni I. 241, II. a. 804	Instr. v. 13. Marz II. b. 564
	Inpr. v. 13. April 11, D. 304
R. v. 20. Juni I. 208, II. a. 381	_ ` · ·
Grl. v. 24. Juni I. (CXXIII), I. 30,	92. v. 3. April II. a. 570
II. a. 19	9t, v. 11. April II. b. 535
CO 4 977 Crusi II L CQA	ON 4 4 A Studie II L 724 790
R. v. 27. Juni II. b. 684	6. v. 14. April II. b. 731, 738
E. R. v. 3. Juli II. b. 768	E. R. v. 17. April II. b. 535
R. v. 13. Juli I. 896, II. b. 603	R. v. 17. April II. b. 535
N. v. 19. Juli II. b. 689	92. v. 18. April I. 731, II. b. 562
Instr. v. 30. Juli II. b. 350	Instr. v. 26. April II. b. 564
C. R. v. 1. Aug I. 230, II. a. 721	N. v. 2. Mai I. 225, II. a. 672
Regl. v. 1. Aug. I. 733, II. a. 136,	98. v. 7. Mai L 231, II. z. 721
II. b. 564	S. v. 10. Mai II. b. 369
6. R. v. 3. Aug. I. 731, II. b. 537, 564	G. v. 11. Mai II. a. 89
Bekagnim. v. 10. Aug 11. b. 763	Grl. v. 19. Mai . I. 24, II. a. 17
.C. M. v. 10. Aug. I. 334, 811; II. a.	Gem. Th. D. v. 19. Mai I. 398, II.
758, II. b. 307	a. 1013, 1015, II. b. 195
Om On 40 Of 11 1 240	
Instr. v. 10. Aug U. b. 350	. Ø. v. 19. Mai . I. 684, II. b. 499
R. v. 10. Aug., , , U. b. 301	97. v. 19. Wai I. 226, II. a. 672
6. H. v. 17. Aug. I. 192, H. a. 310,	C. M. v. 21. Mai I. 232, IL z. 724
1007	E. R. v. 6. Juni I. 797
&. R. v. 23. Aug. I. 740, II. b. 564	C. R. v. 18. Juni II. a. 570, II. b. 350
Grl. v. 28. Mug II. b. 676	98. v. 20. Juni I. 229, II. a. 790
6. 37. v. 9. Sept. I. 896, II. b. 603	C. R. v. 23. Juni II. a. 724
Schreiben v. 22. Sept. I. 193, II. a.	E. R. v. 1. Juli II. b. 768
462, 463	
	C. M. v. 31. Juli II. a. 729, II. b. 350
R. v. 30. Sept I. 722, II. b. 537	E. R. v. 9. Aug I. 724, II. b. 542
M.v. 5. Oft. 1. 203, II. a. 550, 551, 553	C. R. v. 15. Aug II. b. 322
98. v. 10. Oft, I. 199, II. a. 534, 553	G. R. v. 16. Aug. I. 193, II. a. 378
Instr. v. 8. Nov 11. h. 350	C. R. v. 9. Sept II. b. 322
R. D. v. 13. Nov. I. 206, II. a. 569, 570	Instr. v. 9. Sept II. b. 350
M. v. 14. Nov I. 586, II. b. 384	98. v. 9. Sept I. 235, II. a. 758
37. 20. Nov 11. a. 569	Instr. v. 10. Sept II. b. 369
Instr. v. 24, Nov II. b. 350	Befanntm. v. 17. Sept. I. 16, II. a. 20
92. v. 2. Dec II. a. 569	R. v. 17. Sept 1. 162, II. a. 201
Inftr. v. 9. Dec , II. b. 564	
	R. v. 30. Oft. 1, 201, IL.a. 551, 608,
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755	
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237	T. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Erl. v. 19. Dec II. a. 6	796 C. R. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, II. b. 669
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Erl. v. 19. Dec II. a. 6	796 C. R. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, II. b. 669
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II.	796 C. R. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Roy. I. 198, IL a. 534,
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579	796 C. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II.	796 C. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Nov II. b. 350
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec II. b. 727	796 C. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Nov II. b. 350
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579	796 C. R. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Nov II. b. 350 Bol. B. v. 15. Nov. M. b. 593, 642, 675
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grf. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec	796 C. R. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Rov
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grf. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec	796 C. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 C. R. v. 17. Rov. II. a. 691
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grf. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720	796 C. R. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Nov II. b. 350 Rol. B. v. 15. Nov
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grf. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720	796 C. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 G. R. v. 15. Nov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Nov. II. b. 593, 642, 675 G. R. v. 17. Nov. II. a. 691 G. R. v. 24. Nov. II. a. 691
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851.	796 6. N. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Nov. I. 867, IL b. 669 9t. v. 11. Nov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 6. N. v. 15. Nov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Nov. II. b. 593, 642, 675 6. N. v. 17. Nov. II. a. 691 6. N. v. 24. Nov. II. a. 691 6. N. v. 27, Nov. II. a. 568
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851. G. R. v. 1. Jan. II. a. 6 Ber. v. 10. Jan. II. a. 6	796 6. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 9t. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 6. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 6. R. v. 17. Rov. II. a. 691 6. R. v. 24. Rov. II. a. 691 6. R. v. 27, Rov. II. a. 568 Publ. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851.	796 6. N. v. 31. Ott. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Nov. I. 867, IL b. 669 9t. v. 11. Nov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 6. N. v. 15. Nov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Nov. II. b. 593, 642, 675 6. N. v. 17. Nov. II. a. 691 6. N. v. 24. Nov. II. a. 691 6. N. v. 27, Nov. II. a. 568
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851. G. R. v. 1. Jan. II. a. 6 Ber. v. 10. Jan. II. a. 6 Rer. v. 16. Jan. I. 200, 209, II. a.	796 T. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 T. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Rol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 T. R. v. 17. Rov. II. a. 691 T. v. 24. Rov. II. a. 691 T. v. 29. Rov. II. a. 568 Rubl. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851. G. R. v. 1. Jan. II. a. 6 Ber. v. 10. Jan. II. a. 6 Per. v. 10. Jan. II. a. 6 Ser. v. 16. Jan. II. 200, 209, II. a. 534, 553, 640, 641, 727	796 6. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 9k. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 6. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 6. R. v. 17. Rov. II. a. 691 6. R. v. 24. Rov. II. a. 691 6. R. v. 27, Rov. II. a. 568 Publ. v. 29. Rov. I. 205, II. a. 568 Publ. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 6. R. v. 22. Dec. II. b. 564
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a, 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851. G. R. v. 1. Jan. II. a. 6 Ber. v. 10. Jan. I. 200, 209, II. a. 534, 553, 640, 641, 727 R. v. 18. Jan. I. 212, II. a. 640, 727	796 T. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 T. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Rol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 T. R. v. 17. Rov. II. a. 691 T. v. 24. Rov. II. a. 691 T. v. 29. Rov. II. a. 568 Rubl. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec. II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec. II. b. 727 R. v. 29. Dec. I. 227, II. a. 720 1851. G. R. v. 1. Jan. II. a. 6 Ber. v. 10. Jan. II. a. 6 Per. v. 10. Jan. II. a. 6 Ser. v. 16. Jan. II. 200, 209, II. a. 534, 553, 640, 641, 727	796 6. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 9k. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 6. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 6. R. v. 17. Rov. II. a. 691 6. R. v. 24. Rov. II. a. 691 6. R. v. 27, Rov. II. a. 568 Publ. v. 29. Rov. I. 205, II. a. 568 Publ. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 6. R. v. 22. Dec. II. b. 564
6. N. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 6. N. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 6rí. v. 19. Dec	T. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Nov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 G. R. v. 15. Nov. II. b. 350 Rol. B. v. 15. Nov. II. b. 593, 642, 675 G. R. v. 17. Nov. II. a. 691 G. R. v. 24. Nov. II. a. 691 G. R. v. 29. Nov. I. 205, II. a. 568 Rubl. v. 30. Nov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 G. R. v. 22. Dec. II. b. 543
6. N. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 6. N. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 6 fr. v. 19. Dec	796 6. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 9k. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 6. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Pol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 6. R. v. 17. Rov. II. a. 691 6. R. v. 24. Rov. II. a. 691 6. R. v. 27, Rov. II. a. 568 Publ. v. 29. Rov. I. 205, II. a. 568 Publ. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 6. R. v. 22. Dec. II. b. 564
S. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 S. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grl. v. 19. Dec	T. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 S. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Rol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 S. R. v. 17. Rov. II. a. 691 S. R. v. 24. Rov. II. a. 691 S. R. v. 29. Rov. II. a. 568 Rubl. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 S. R. v. 22. Dec. II. b. 564 R. v. 24. Dec. II. b. 543
6. N. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 6. N. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 6 fr. v. 19. Dec	T. R. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 R. v. 10. Rov. I. 867, II. b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, II. a. 534, 740, II. b. 533 S. R. v. 15. Rov. II. b. 350 Rol. B. v. 15. Rov. II. b. 593, 642, 675 S. R. v. 17. Rov. II. a. 691 S. R. v. 24. Rov. II. a. 691 S. R. v. 29. Rov. II. a. 568 Rubl. v. 30. Rov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 S. R. v. 22. Dec. II. b. 564 R. v. 24. Dec. II. b. 543
S. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 S. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec	To a standard of the standard
G. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 G. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec II. a. 6 R. v. 23. Dec. I. 195, 206, 207, II. a. 503, 570, 579 R. v. 28. Dec II. b. 727 R. v. 29. Dec I. 227, II. a. 720 1851. G. R. v. 1. Jan II. a. 6 Der. v. 10. Jan	To St. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 St. v. 10. Rov. I. 867, IL b. 669 R. v. 11. Rov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 C. R. v. 15. Nov. II. b. 350 Bol. B. v. 15. Nov. II. b. 593, 642, 675 C. R. v. 17. Nov. II. a. 691 C. R. v. 24. Nov. II. a. 691 C. R. v. 27, Nov. II. a. 691 S. v. 29. Nov. I. 205, II. a. 568 Bubl. v. 30. Nov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 C. R. v. 22. Dec. II. b. 564 T. v. 24. Dec. II. b. 543 1852. 1852.
S. R. v. 12, Dec. I. 233, II. a. 755 S. R. v. 14. Dec. I. 190, II. a. 237 Grí. v. 19. Dec	To St. v. 31. Oft. I. 228, II. a. 720 9t. v. 10. Nov. I. 867, IL b. 669 9t. v. 11. Nov. I. 198, IL a. 534, 740, II. b. 533 G. N. v. 15. Nov. II. b. 350 Nol. V. 15. Nov. II. b. 350 Nol. V. 15. Nov. II. b. 593, 642, 675 G. N. v. 17. Nov. II. a. 691 G. N. v. 24. Nov. II. a. 691 G. N. v. 29. Nov. II. a. 568 Nubl. v. 30. Nov. I. 142, II. a. 180 Inftr. v. 14. Dec. II. b. 564 G. N. v. 22. Dec. II. b. 564 G. N. v. 24. Dec. II. b. 543

en 49 Ct. T. 040 [M . OC Gam T OCA TI L COC CM
R. v. 13. Febr I. 819	R. v. 26. Jan. I. 861, II. b. 636, 642
82. v. 15. Febr II. b. 312, 314	R. v. 3. Febr L. 812
C. R. v. 18. Febr. I. 470, II. b. 260	C. N. v. 24. Febr 1. 785
R. v. 18. Febr II. a. 644	R. v. 1. Marz I. 242, II. a. 839
	Instr. v. 13. März II. b. 350
97. v. 19. Febr I. 789	
M. v. 5. Marz I. 828	Schreiben v. 17. Marz I. 60!
R. v. 9. Marz 11. a. 444	G. R. v. 23. Marz 11. b. 757
C. R. v. 13. Mark II. b. 603, 605, 726	R. v. 7. April I. 206, II. a. 571
Bubl. v. 25. Marz I. 143, II. a. 183	C. 82. v. 9. April I. 663, II. b. 435
C. N. v. 31. Marz II. a. 698	G. N. v. 15. April I. 725, II. b. 553
	l m
88. v. 4. April I. 789	3. v. 21. April I. 656, II. b. 306, 538
6. v. 7. April II. b. 574	G. St. v. 22. April II. b. 322
98. v. 15. April I. 641	88. v. 9. Mai I. 601, IL b. 487
98. v. 17. April . I. 895, II. b. 739	Inftr. v. 10. Wai 11. b. 350
G. v. 21. April . I. 829, II. b. 569	98. v. 10. Mai I. 726, II. b. 554
G. v. 3. Nai 11. b. 739, 741	8. v. 11. Mai I. 858, II. b. 572, 607,
G. v. 14. Mai II. b. 738, 741	608, 620, 623, 625, 641
G. v. 15. Mai I. 77, II. a. 53	Defl. v. 24. Mai I. 209, II. a. 620, 777
R. v. 17. Mai I. 197. II. a. 535, 707,	6. v. 24. Mai I. 589, 902, II. n. 725,
11. b. 53 3	727, 945, IL b. 390, 391, 392, 487
C. R. v. 19. Mai II. b. 586, 618	6. v. 30. Mai II. b. 574
G. v. 22. Mai II. b. 731, 734, 736	8k. v. 1. Juni I. 656, II. b. 308
3. v. 2. Juni II. a. 107, II. b. 736	B. v. 6. Juni II. a. 349, 568
	23. v. 13. Juni I. 205, II. a. 349, 568,
6. v. 5. Juni	715
97. v. 11. Juni I. 57, II. a. 38, 640	
R. v. 25. Juni I. 626, II. b. 604, 610	C. R. v. 12. Juli II. a. 831
G. R. v. 29. Juni I. 724, II. b. 553	R. v. 12. Juli 1. 623, II. b. 412, 429
C. R. v. 30. Juni I. 741, II. b. 564	Infir. v. 3. Aug. I. 590, II. b. 391,
Instr. v. 1. Juli II. b. 350	392, 400
6. v. 21. Juli II. b. 29 8	98. v. 6. Aug I. 850, II. b. 609
Grl. v. 28. Juli II. b. 676	C. R. v. 23. Aug. I. 592, II. b. 392
M. v. 31. Juli I. 640, II. b. 474	C. R. v. 6. Sepf L. 904
	C. R. v. 24. Sept L 781
G. St. v. 16. Aug. I. 376, II. b. 144	0. 51. 5. 24. STP
R. v. 25. Aug I. 727, II. b. 553	98. v. 21. Ott. I. 514, II. b. 301, 329
98. v. 7. Sept I. 796	98. v. 24. Oft I. 542, II. b. 327
C. R. v. 10. Sept. I. 722, II. b. 538	Erl. v. 14. Nov. I. 874, II. b. 673,
R. v. 30. Sept I. 818	070
98. v. 21. Ott I. 241, II. a. 815	R. v. 24. Nov L 825
6. R. v. 28. Oft I. 795	C. R. v. 25. Nov I. 917
6. H. v. 31. Ott. I. 744, II. b. 564	N. v. 29. Nov
	G. G. S.
Schreiben v. 12. Nov II. b. 604	Instr. v. 9. Dec IL b. 333
Infir. v. 24. Nov II. b. 741	
M. v. 26. Nov I. 508, II. b. 298	1854.
Inftr. v. 30. Nov II. b. 310, 348	
C. R. v. 21. Dec II. b. 739	N. v. 4. Jan 1. 908
•	R. v. 3 Febr 1. 996
1059	R. v. 20. Febr IL b. 249
1853.	6. v. 20. Marz II. b. 371
CB F Ca. I E41 TF L 201 200	Matamatura & C Struit 1 M
R. v. 7. Jan. I. 514, II. b. 301, 329	Bekanntmach. v. 6. April L 909
78. v. 17. San II. b. 676	(3). v. 11. April II. b. 738
Bubl. v. 18. Jan L 906	3. v. 1. Mai
•	•

Alphabetisches Sachregister.

(Bergl, die Borbemertung jum Grenologifden Regifter; f. oten G. 775.)

21.

Abbau, bei Separationen, I. 319, 353, II. b. 94. — Berückschigung ber Wirths schaftsverhaltnisse ber Abbauenben bei Waldtheilungen, I. 372, II. b. 129. — inwiefern Abbauten für neue Anstedelungen gelten, II. a. 188.

Abbederei: Gerechtigfeit, II. n. 350.

Abfahrtegelber, s. Abzugegelber. Abfindung des Berechtigten bei Ablosung von Reallasten, I. 177, II. a. 507. — burch Land bei Ablosung des Mehrwerthes der Gegenleistungen, I. 177, II. a. 515. — desgl. auf Grund freier Bereinbarung, I. 185, II. a. 728 ff. — Einstne rechtsverbindlicher Feststellung derfelben vor Erlaß des Ges. v. 2. Marz 1850, I. 185, II. a. 742 ff. — s. Ablosung.

Abfindungs-Kapitalien, f. Rapitals-Abfindung, Kompetenz.

Abfindunge Landereien, Aushebung bes gemeinschaftlichen Besitzes und ber gemeinschaftlichen Benutung berselben, I. 394, II. b. 186. — f. Dresche gartner.

Abfindunge: Plan, f. Auseinandersepunge: Plan.

Abgaben, Aufhebung ber guteherrlichen, schutherrlichen und grundherrlichen, welche die Natur ber Steuern haben, i. 168, II. a. 280. — ber gewerblichen und fleuerartigen in den westlichen Landestheilen, II. a. 1001 ff. — Ausschlies gung der unentgeldichen Aushebung der Abgaben und Leistungen für Verleis hung oder Beräußerung eines Grundstück, I. 168, II. a. 302—308. — Besweis der letztgedachten Qualität, II. a. 304, 305. — unentgeldliche Aushebung der Abgaben für Benutung des sließenden Wassers in Privatsüssen, I. 168, II. a. 288. — besgl. für die Erlaubniß zur haltung gewisser Bieharten oder Bienen, I. 168, II. a. 289. — nicht kefalische öffentliche, an Kirchen, Schulen und andern öffentlichen Anstalten, deren Vertheilung und Ressorberhältnisse in hiefer Beziehung, II. b. 283. — Löschung der unentgeldlich ausgehobenen im hypothekenbuche, II. a. 308. — s. Absösung, KörnersAbgaben, Berstheilung.

Abgaben: Regulativ, f. Bertheilung

Abgaben: Regulirung, f. Ansiedelungen, Regulativ, Frrtheilung. : Landes-Rultur-Gesetg. Bb. 11. Abth. IL. 51 Abgaben=Rudftanbe, f. Rompetenz.

Ablieferungeort ber Gefalle, im Dunfterfchen, II. a. 993.

Ablosbarfeit, der Grundgerechtigfeiten, f. Grundgerechtigfeit, Real-

Ablosung ber Reallasten, Freilaffung eines Drittels bes Reinertrages. I. 177, IL a. 516 ff. - Richtanwendbarfeit Diefes Grundfages auf "rechtsverbindlich fi: pulirte" Gelde und Getreiberenten, I. 177, 197-198, II. a. 523 ff. - auf Laubemien, II. a. 525. — Ablösungemedus, I. 177 ff , 185, II. a. 527 f. Abfindungegrundfage bezüglich der außerhalb einer gutehertiche bauerlichen Regulirung ober Ablosung ober ohne Begrundung eines gutebette lich-bauerlichen Berhaltniffes vor Bublifation des Gef v. 2. Mary 1850 überlaffenen Grundstude, I. 178, 201 ff., II. a. 538 ff. - bezüglich vernte pachteter Borwerke, II. a. 552. — Waglich ber haulander ober hollinder Rolonisten, II. a. 553. — bezüglich ber Dublenabgaben. I 199-201, Il. a. 553 ff. — Ablosung der Reallaften, welche Rirchen, Pfarren, Kuftereien mb Schulen zustehen, I. 178, 205, 206, II. a. 556 ff. — Suspension ber betrefe fenden Borfdriften bes Ablof. Gef., 1, 205, 909, II. a. 560 ff., 568. - 80 einbarung aber Ablösung solcher Realfasten, I. 206, II. a. 569 - 571. - f. Abfindung, Gymnasien, Grundfteuer, Sobes und Behandi: gungegüter, Lehranstalten, Dublengrundstüde, Provofatien, Sistirung, Universitaten, Waisenhäufer.

Ablosunge=Rapitalien, f. Rapitale=Abfindung.

Ablösungs: Renton, beren Absofnng burch Kapitalzahlung, Grundfabe. 1. 175, 176, II. n. 483 ff. — in Bezug auf vergleichsweise fengesetzte, II. a. 497 f. — s. Reluitions: Renton. — aus Gemeinheits: Theilungen entsprungen I. 319, II. b. 98 ff.

Ablosunge-Rezeß, f. Auseinandersepungs-Rezeß.

Ablösunges und Regulirunges Geset v. 2. Marz 1850, I. 165 ff. — Este ftehungegeschichte, Il. n. 2014. — allgemeine Motive, II. n. 207. — Umsang feiner Gultigkeit, II. n. 217. — bnrch daffelbe aufgehobene Geset, I. 165, II. a. 221. — inwiefern es ruckwirkenbe Kraft hat, I. 185. II. n. 730 ff.

Ablosunge : Urkunden, von den Regierungen einseitig ausgestellte, deren Raft und Wirkung, I. 448, 657, 658, II. b. 357, 430, 431. — Nichtersordenis der Bestätigung, I. 657, II. b. 430.

Ablosunge Bertrage, schriftliche nicht konfirmirte, rechtliche Birkfamleit, IL

Abmeierung, H. n. 948. — f. Rabucitäts: Rlage.

Abraum, II. b. 140.

Abschähung, von baulichen Anstalten, Forsten, Torflagern und andern beiglegenständen, I. 423, II. b. 331. — technischer Beirath bei Abschähung von Bauten, I. 542, 543, II. b. 331. — der Inventarienstücke verpachteter Butgüter, I. 110, II. a. 109. — der Rittergüter im Großherzogthum Posen, I. 114, II. a. 109, 110.

Abicosgelber, Aufhebung, II. a. 64.

Ab- und Buschreibung, ber Trennstücke im Spothekenbuche, Berfahren. II.a. 145 ff.

Abtrieberecht, im Berzogthume Westphalen, II. a. 914, 921. — in ben top male Raffauischen Landestheilen, II. a. 933.

Abperfauf, kleiner Grundstude, besten Erleichterung, I. 161, II. a. 43, 121, 198 ff. — Bescheinigung ber Unschählichkeit, II. a. 200. — Rosten L 162, II. a. 202.

Abzugs: Graben, Unterschied zwischen solchen und Borfluthe: Graben, H. b. 602. Abzugs: und Abfahrtegelber, in wiefern fie aufgehoben, II. a. 64, 390.

Ader, fremder, Benutung gegen hergebung bes Düngers, Ablosbarfeit ber Ber rechtigung, II. b. 13. — Fruchtgewinn von Deputatbeeten, Ablosbarfeit ber Berechtigung, I. 328, II. b. 13.

Aderbau: Soulen, f. Lehr: Anstalten.

Adernahrung, II. a. 604, 606, 635.

Abemtionegrunde, II. a. 975.

İ

Merarien : Gelb, von Beimbergern, II. a. 1003.

Afterfclag, U. b. 140.

Agnaten, Fortbestehen ihrer Rechte bei Lehnen, II. a. 227. — Borfauferecht II. a. 250.

Agrar: Gesegebung, Begriff I. (II.) — Fundamental : Prinzipien, I. (II.) — altere Rechtszustände, I. (VI.) — Gesetzgebung seit Friedrich dem Großen I. (LXXI.) — seit 1807, I. (LXXXII.) — Revision derselben seit, 1848 I. (CXIX.) — beren Garantie durch die Verfassungesurkunde, I. (CXXIV.)

Agrar=Rechtsverhältnisse, die früheren, in der Mark Brandenburg, einsschließl. der Alt= und Neumark, I. (XV.) — in Schlessen, I. (XXXI.) — in der Nieder= und Ober=Lausit, I. (XXXVIII.) — in Ost= und Westpreußen, I. (XLIV.) — in Bommern, I. (XLIX.) — im Großherzogthum Posen, I. (LIII.) — in der Provinz Sachsen, ausschließl. der Altmark, I. (LV.) — in Westphassen und Rheinland, I. (LVIII.)

Afordmäher, II. a. 511.

Aften, sistalische, Sorgfalt bezüglich der Ausbewahrung, I. 532, II. b. 323. — Einreichung an das Ober Tribunal II. b. 385, 431, 432, 440, s. Obers Tribunal.

Aehrenlesen, Beschränkung, II. b. 709.

Allemanden, I. (IX.)

1

1

İ

1

Allodifitation, f Echne, Beftphalen (Bergogthum).

Allobififations: Quantum, I. 192, IL a. 310.

Allobifitatione=Bine, Aushebung bes Anspruche, I. 167, II. a. 228, 240. — in ben vormale Franzos. und Großherzoglich Bergischen Landestheilen, II. a. 902.

Altentheil, gerichtliche Regulirung aufgehoben, II. n. 84, 85. - f. Ausges

binge, Anszug, Sehnwaare.

Altmark, frühere Agrarverhaltnisse, I. (XV.), II. n. 871. — Berhaltnisse ber Bauergüter, II. n. 946, 970. — Annahmegelber, II. n. 440, 991. — Bauerstehne, I. 300—302, II. n. 871, 1016 ff., s. Bauerlehne. — Dienstgelber, I. 298, II. n. 951 ff. — Lasbauern II n. 607. — Strasbefugnis der Deichshaupileute, II. b. 683.

Alt-Borpommern, Grundsteuer-Verfassung, II. a. 630, 633. — Kontribution, II. a. 633. — Marschop u. Fuhrkosten, II. a. 633. — Hofgerichtsgeld, II. a. 633. — Fortistsationssteuer, II. a. 633. — Magazinkorngeld und Kreiserpenssen, II. a. 633. — Kavalleriegeld, II. a. 633. — Urbede, II. a. 633. — Mes

benmodus und Quartalfteuer, II. a. 633.

Ambachtegelb, II. a. 1003.

Amortisation, s. Rentenbriefe.

Amtefuhren, fleine, für Domainenbeamte, II. a. 89.

Anerbenrecht, II. a. 964.

Anerkenntniß, des Auseinandersetzungsplans vor dem 2. Marz 1850, Wirkung, I. 185, II. a. 747 ff. — Wirkung deffelben in Bezug auf die Qualität von Mühlenabgaben, II. a. 793 ff., 798 ff. — s. Besitveranderungs Absgaben, causa debendi.

Angerrecht, II. a. 297.

Anhalt: Bernburg (Berzogshum), Uebertragung ber Gemeinheitstheilungen und Ablöfungen an die Preuß. Auseinandersetzungs-Behörden, II. b. 237, 238.

Annahmegeld, II. a. 440, 991.

Ansiedelungen, neue, Geschichte ber beir. Gesetzgebung, II. a. 166 ff. — Gessetz v. 3. Jan. 1845, I. 121 ff. — Granz. deffelben durch das Gesetz v. 24. Mai 1853 I., 902, 804, 906. — Gründung neuer Ansiedelungen, I. 124 ff., 149 ff., II. a. 186 ff. — Begriff I. 149—151, II. a. 187. — Abbauten, II. a. 188. — Repartition der Lasten, I. 125, II. a. 189. — Heranziehung neuer Ansiedler zu Gemeindes, Kirchens, Pfarrs und Schullasten, I. 134—140, II. a. 189, 190. — Gestattung oder Untersagung neuer Ansiedelungen, I. 125, II. a. 190. — Wegschaffung unzulässiger, I. 125, II. a. 191. — Borlegung des Plans und Versahren in Bezug auf dessen Prüfung, I. 125, II. a. 191. — Rosten in Anstedelungssachen, I. 125, II. a. 192. — Aushändigung des Bautonsenses, I. 155, II. a. 194. — s. Etablissements, Gemeinden, Ortschaften, Westphalen.

Anfpannerguter, in ber Brov. Sachfen, I. (LVIII.)

Anflatten, zur Beforverung ber Ablosung ber Realluften und ber Auflosung bes

Rechtsverhaltniffes zwischen Berechtigten und Berpflichteten, II. b. 519 ff. - f. Rentenbanken, Renten Zilgungekaffen.

Antheile:Schafer, f. Schaafzucht

Antichretische Pfandbesiter, Provokation auf Gemeinheitstheilung, I. 314.

Antrag, s. Provofation.

Antrittsgelber, I. 173, II. a. 388, 991. - f. Befigveranberunge:Ab: gaben.

Anwarter, Fortbestehen ihrer Rechte bei Lehnen, U. a. 228. — f. Lehnes und Fibeitommißfolger.

Apothefen, Erwerb und Befit, II. a. 34.

Apothefer Privilegien, II. n. 1006.

Appellation, f. Rechtsmittel.

Appellutorium, Berfahren, I. 431, 450 ff., 454, II. b. 378. — Borlabung und Verwarnung, II. b. 378, 379. — Zuziehung eines andern Rommiffarins und neuer Taranten, I. 431, 450, 451, 455, II. b. 379. — Nova in zweiter Instanz, I. 431, 450, 454 455, II. b. 379.

Approbationegelb, II. a. 437.

Arbeiterfamilien, Ansetung, I. 93, II. a. 95.

Arbeitehülfen, Borbehalt bei Gemeinheitetheilungen, I. 320.

Armenanstalten, Grunderwerb, Il. a. 34.

Arneberg (Reg. Beg.), landwirthichaftl. Bramienfond, II. b. 771.

Affeturanten, in ber Memeler Rieberung, I. (XLVIII.)

Affervation, ber Auseinandersetzungs-Rezesse und Kommissionsaften, I. 433, II. b. 401.

Assesson, Beschäftigung als hülfbarbeiter bei Auseinandersesungs = Behörden, II. b. 241. — Anerkenntnis ihrer Qualifikation, I. 491—493, II. b. 295. — Beschäftigung und Ausbildung, desgl. Stellung als ökonomische Sachverstänsbige, I. 492 ff., II. b. 296, 297. — Bereidigung, I. 515, II. b. 301. — Diaten und Reisekoften, I. 817.

Affistenten, moralischer Berfonen, II. b. 286. — f. Beiftanbe.

Atteft, f. Abverfauf, Befcheinigung.

Auenrecht, Aufhebung bes guteberrlichen, I. 168, II. a. 292 ff. — Begriff, II. a. 292 ff., 297. — Schlesisches, II. a. 297. — Berjährung, II. a. 297 ff. — f. Dorfaue.

Auffahrt, II. a. 991, 992. Auffahrtsgeld, II. a. 957.

Aufgebote, Aufgebotes und Praffusiones Berfahren in Borfluthes und Entwasses runge Angelegenheiten, I. 848, 849, II. b. 614 ff., 663 ff. — verlorener Rentenbriefe, I. 702, II. b. 556. — in Betreff der Rentenbrief Binstoupons, I. 704, II. b. 556.

Auflangungegelb, II. a. 437.

Auflassung, II. a. 957.

Aufträge, f. Beamte.

Auseinanderbau der Gehöfte, Bestimmungen darüber, II. b. 336. — Berūde

fichtigung bei Anlegung ber Separationsplane, II. b. 336.

Auseinanbersehung, Buziehung bes Sequestere ober Ruratore, I. 445, II. b. 423. — der immittirten Gläubiger, I. 445, II. b. 424. — durch Rommiffes rien ber Regierungen, I. 414 - 415, 516 - 518, 656, II. b. 303 ff. - in Paufch und Bogen, Berfahren ber Auseinanberfetunge:Behorben babei, L. 485, II. b. 449. - Ausführung ber Auseinanderfegung, I. 431, 451, II. b. 368. - was tahin gebort, I. 431, 451, II. b. 389 ff., f. Ausführungs: Pros tofoll. — inebest Begrenzung, I. 587, II. b. 390. — Berichtigung und Gins richtung ber Cyvothekenbucher, 1. 431, 432, 578 ff., 588 ff., II. b. 390 ff. - f. Spothefenbucher. - Regulirung und Feststellung ber neuen Births schafteeinrichtungen und Roften, I. 432, II. b. 396. - Rebenpuntte, I. 432, 473, II. b. 262 ff., 361, 397. - Beit ber Ausführung, I. 432, 452, 454, 664, II. b. 397 ff. - f. Ausführungs. Termin. - Ausführung vor ber Rezeß=Bestätigung, I. 432, 452, II. b. 398. - Entschäbigung für Berfchlechs terung ber Grundftude burch Raturcreigniffe nach ber Ausführung, II. b. 400. Zwangemittel zur Ausfahrung, I. 473 ff., 596-599, II. b. 400. - öffents liche Befanntmachung ber Auseinandersetzung im Intereffe ber entfernten Theils nehmer, s. Bekanntmachung. — Wirkungen ber Auseinandersetzung, I. 324, 385, II. b. 169 ff. — hinsichtlich britter Personen, I. 456 ff., II. b. 441 ff., 453 ff. — Uebersicht der hierauf bezüglichen Gesetzebung, II. b. 441 ff. — Recht britter Personen auf Zuziehung zur Auseinandersetzung und darauf bezügliche Verpstichtungen der Auseinandersetzungs Wehörden, II. b. 447 ff., s. Interessenten, Gläubiger, Lehns und Fideikommißsolger. — allgemeines Prinzip in Vetress der Wirkungen der Auseinandersetzung in Veziehung auf die Rechte dritter Personen, II. b. 453 ff. — Vorschristen in Vestress der Entschädigungen durch Rente oder durch Rapital insbes., II. b. 455 ff., s. Entschädigungen Rapitals Absindung, Vorzugsrecht. — Wirskung der Auseinandersetzung in Beziehung auf Nießbraucher, II. b. 491. —

auf Bachter, II. b. 492, 499. Auseinander setzungs : Behörden, Organisation und Berfahren, I. 405 ff., H. a. 1-26, II. b. 234 ff. - Bestimmung berfelben im Allgemeinen, I. 406, II. b. 245 ff. - Perfonal, I. 406, II. b. 238. - bleibenbe Anstellung ber ordentlichen Mitglieder, II. b. 239. - Qualififation und Prufung der Mits glieder, II. b. 239. - insbef. der Justitiarien, II. b. 238, 239. - Anciennes tates und Rangverhaltniffe, desgl. Uniform der Mitglieder, II. b. 239, 242. - Anftellung, Dieziplin, Beforberung, Entlaffung, Benftonirung berfelben, II. b. 241 ff. — Beschäftigung von Obergerichts - und Regier. = Affessoren als Bulfearbeiter, II. b. 241, f. Affessoren. - Buziehung von Defonomies Roms miffarien zu ben Gefchaften ber Auseinandersegunge: Behörden, II. b. 241. -Butaffung von Dekonomie-Rommisstonegehülfen, II. b. 242, f. Dekonomies Rommiffions: Gehülfen. — Zulaffung von Referenbarien, II. b. 242. — Subaltern & Beamte ber Gen. Rom., II. b. 243. - inebes. Bulfeschreiber, II. b. 243. — Civil-Supernumerarien, II. b. 244. — Unterbeamte, II. b. 245. - Beauffichtigung und Leitung ber Spezial-Rommiffarien, II. b. 250 ff. -Uebertragung ber Entscheibungen erfter Inftang an die Gen.= Rom., refp. land= wirthschaftl. Spruch-Rollegien, II. b. 250, 251 ff. — ber Bestätigung ber Res zeffe, II. b. 252. — Beranlaffung von Exefutionen, I. 654, II. b. 252. — Recht zur Ertheilung von Aufträgen an Beamte, I. 186, II. a. 755 ff., II. b. — Berhaltniß ber Auseinandersetzungs : Behörden zu einander und zu bem Revisions = Rollegium, resp. bem Ministerfum, II. b. 274 ff. - ju ben Gerichtsbehörden, II. b. 275, 276. — Berhaltniß zu ben Untergerichten, ines besondere, I. 480, 481, II. b. 276. - ju ben Direktionen ber Rentenbanken I. 696, II. b. 527 ff. — Wahrnehmung bes landespolizeilichen und fistalischen Intereffe durch dieselben, I. 406, 408, 411, 427, 435, 441 ff., II. b. 278 ff. besgl. der Rechte moralischer Personen, I. 406, 408, 411, 427, 441 ff., 454, II. b. 284 ff. - inebes. der Stadt= und Dorfgemeinden, I 442, 348, 644, II. b. 288. — ber Rechte nicht zugezogener Intereffenten, 1. 411 ff., 441 ff , II. b. 289. — Kontrolle ber Berwendung ber Rapitale-Absindungen, II. b. 473 ff. — Reffortverhaltniffe bezüglich bereits anhängiger Streitigkeiten, I. 407, 441, II. b. 261, 267, 415 ff. - Rompeteng ber Auseinanderfepunges Behörden, U. b. 245 ff., f. Rompeteng. — Dauer ihrer Rompeteng, I. 408, 442, II. b. 262 ff. - inebef. bezüglich ber Anfechtung bestätigter Rezeffe mit ber Rullitätsflage, I. 471-473, II. b. 263. - Dauer ber Rachverhands lungen, II. h. 265. — f. Ressort: Streitigkeiten.

Auseinandersetzungs-Kosten, s. Einrichtungs-Rosten, Kosten. Auseinandersetzungsplan, Erfordernisse und Anlegung, I. 424, 443, 548—557, II. b. 334—335. — Berücksichtigung des Auseinanderbauens der Gesböste, II. b. 336. — Borlegung des Plans und ferneres Berfahren, I. 425, 543, 544, 611, II. b. 337. — Wirfung der rechtsverbindlich vor dem 2. Warz 1850 erfolgten Feststellung, I. 185, II. a. 747 ff. — s. Plans Bestehnung.

Auseinandersetungs, Rezeß, Borschriften über die Abfaffung, I. 427, 566, II. b. 349 ff. — Prüsung I. 427, 447, II. b. 350. — insbes. kalkulatorische, I. 566, II. b. 351. — Bollziehung, I. 428, 448, II. b. 351 ff. — insbes. vor Dekonomie-Rommissarien und Dekonomie-Kommissionsgehülfen, I. 659, 660, II. b. 352. — Pflichten bes Rommissarius bezüglich der Rezeßvollziehung, I. 428, 568—570, II. b. 354. — Erforderniß der Belchrung über die Wirkung gen der Bollziehung, I. 575, 576, II. b. 358, 359. — insbes. Bersahren in

Bezug auf minorenne Intereffenten, I. 570 ff., U. b. 354 ff. — beegl. Ber tretung ber Chefrauen burch ihre Chemanner, I. 445, II. b. 355, 424 ff. -Berfahren bei Berweigerung ber Bollziehung, I. 573 ff., II. b. 355. — Boll: giehung burch Fürstbischöfe und Domfapitel, I. 659, II. b. 431. - Boll Biehung ber von ben Regierungen und Prov. Schulfollegien in eigenen Angelegenheiten vermittelten, I. 519, 520, II. b. 303 ff., 353 ff., 431. - beegl. ber ohne Dazwischenkunft einer öffentlichen Behorde abgeschloffenen Regeffe, L 658, II. b. 352 ff. - in ben westlichen gandestheilen im Bege freier Bets einbarung errichteter, II. b. 353. - von ben Rreisvermittelungs-Beborben vermittelter, II. h. 353. — Bestätigung bes Rezesses, I. 428, 447 ff., 576, IL b. 356. — Form der Bestätigung, I. 576, 577, II. b. 356. — Kompeteng jur Rezeß-Bestätigung, I. 406, 440, II. b. 252. — Bestätigung ber burch tie Regierungen und Brov. : Soulfollegien vermittelten, I. 414, 447 ff., 516 f., 656 ff., II. b. 303 ff., 356. - Anfechtung ber Regeffe mit ber Rullitätslage, I. 471 — 473, II. b. 263. — protofollarische Publifation des Regeffes und Bufertigung beffelben, I. 578, 579, II. b. 362. — Affervation ber Rezeffe, L 432, 452, 600 - 601, II. b. 401. - Aushandigung, I. 428, 578, 579, II. b. 362. — Wirfungen bes bestätigten Rezesses überhaupt, I. 428, II. b. 356 ff. — insbes. bezüglich der Rechte und Berbindlichfeiten Dritter, I. 576, II. b. 359. — besgl. bezüglich solcher Gegenstände, die nicht Vorwurf bes Ausein anterfegungs. Verfahrens gewesen, II. b. 360. - Nachforberungen, welche nach ber Bestätigung ausgeschlossen, II. b. 360. — inebef. folder, bie aus ben Rezesse selbst hergeleitet werden, II b. 360. — Nachforderungen auf Dienst erlaß wegen Unglücksfälle, II. b. 360. — Nochforderung vor Anbringung der Provofation fällig gewordener Besitveranderunge:Abgaben, II. b. 360. — Gin: wand bes Irrthums gegen ben bestätigten Rezes. II. b. 361, 361. — Fort daner nothwendiger Servituten ,I, 428, II. b. 361. — Kompetenzverhaltnisse bezüglich ber Nachforderungen, I. 409, II. b. 266 ff., 361. — Richterforder niß nochmaligen Anerkenntnisses bes Rezesses Seitens bes neuen Erwerbers eines Grundftudes nach ber Bollziehung burch ben Borbefiter, I. 577, II. b. 357. — Wirkungen und Folgen der von den Regierungen und Prov. Souk kollegien bestätigten Rezesse, I. 448, II b. 308, 357. — Kraft und Wirlung der von den Regierungen einfeitig ausgestellten Ablösungs:Urkunden, 11. b. 357. Wirkung der vor Publikation des Gef. v. 2. März 1850 bestätigten in Bezug auf die Rechte aus diesem Gesetze, I. 185, II. a. 742 ff. --- rechtliche Birksamfeit bestätigter in Bezug auf Dablenabgaben, 11. a. 797 ff. - Erfor berniß der Errichtung eines neuen Rezesses über Karitalablöfung festgestellter fester Geldrenten, II. b. 101, 102. - Abfaffung ber Regeffe Behufe Benntung bei ben Rentenbanken, I. 715, 731, II b. 537. — Prüfung folder Re geffe burch die Auseinandersesunges-Behörde, I. 722, II b. 537. - Beftatie gung berfelben, 1. 656, II. b. 538. - Exekution aus Rezessen, 1. 473, 596 -599, II. b. 400. - Roften ber Eintragung, I. 796.

Ausfertigungs : Gebühren, aufgehobene, I. 174, II. a. 426. - f. Erpebie

tions : Gebühren.

Ausführung ber Ablosung, Begriff, I. 207. - ber Auseinandersetzung, f. Ausseinandersetzung, f.

Ausführungs: Protofoll, Inhalt, I. 432, 473, II. b. 389, 397. — Berbindung ber Ausführungs: Berhandlungen mit der Rezespollziehung, I. 578, IL b. 397.

Ausführungs=Termin, Festsetzung, I. 186, II. a. 753. — bestimmt ben Beits punft des Uebergangs des Eigenthumsrechts bei Regulirungen, I. 183, II. a. 681. — Interimistifum in dieser Beziehung, I. 183, II. a. 682, 683. — s. Auseinandersetzung.

Ausführungs-Berhandlung, f. Ausführunge-Protofoll.

Ausfütterung, Ablöfung der Berpflichtung zur Ausfütterung von Bieb, I. 15& Ausgedinge, f. Altentheil, Auszug, Lehnwaare.

Ausgebinger, f. Ausgügler.

Ausgleichung, Streitpunkte über die Ausgleichungsfaße sollen nicht allein best nicht entschieden werden, I. 534, IL b. 325. — der Kosten, I. 604, IL b. 405.

Austrautung, s. Räumung. 🕟

Auslagen, baare, beren Ansat, I. 761, 784. — für Kalkulatur:Arbeiten, I. 785. Auslander, Ginschränkungen in der Befugniß zum Gütererwerb, II. a. 30. — Berpachtungen an folche, I. 93, II. a. 97.

Auslauten von Leichen, I. 168, II. a. 276.

Austoofung, f. Rentenbriefe.

Ausmaaglandereien, in Oft- und Westpreußen, I. (XLV.)

Ausrottung, f. Thiere, Bertilgung, Buchergemachfe.

Ausschlag, Abgabe, II. a. 1003.

Ausstattung, Abgaben, I. 168, II. a. 279.

Austausch, erleichterter, einzelner Grundstücksparzellen, I. 156 ff., II. a. 175, 195. — Rompetenz ber Behörden dabei, I. 157 ff., II. a. 198 ff. — Abs und Juschreibung, I. 159 ff., II. u. 196.

Austreiben, des Biehes ohne hirten, II. b. 705, 707. — Galtigkeit ber altes

ren Berordnungen barüber, II. b. 712, 713. — f. Biegen.

Auszug, Bulaffigkeit ber Konstituirung, II. a. 707. — gerichtliche Regulirung aufgehoben, II. a. 84, 85. — s. Altentheil, Lehnwaare. — Auszug einszelner Theilnehmer einer Gemeinheit aus berfelben, I. 326 ff., II b. 193 ff.

Auszügler, Rechte bei Gemeinheitstheilungen bezüglich bes Auszugviehes, II. h. 91, 92. — Gewährung des Brennmaterials Seitens des Waldbesitzers, II. b. 131.

Autorisation, der Vormunder zur Rezesvollziehung, I. 568 ff., II. b. 354 ff.

B.

Bache, f. Raumung, Bafferabzüge.

Bagatellfachen, f. Rechtemittel.

Bannrechte, f. 3wanges und Bannrechte.

Bannweingelb, II. a. 1003.

Ĭ

ŧ

Bau = Beamte, Zuziehung als Sachverständige, I. 542—543, II. b. 331, 332. — Gebühren, I. 779 ff., II. b. 332.

Baubienste, Werthsermittelung, I 170, II. a. 362, 363, 364. — in ben vormale Königl. Westphälischen, Großherzogl. Bergischen und Franzos. Landestheilen, II. a. 952 ff.

Bauerborfer, I. (XVI.)

Banerguter, f. Bauerhofe.

Bauerhöfe, Erhaltung selbstständiger, I. (LXXII.) — Berbot der Einziehung und Wiederbesehungspsticht, I. (LXXII.), I. 34, II. a. 43, 112 ff., 618. — in Westphalen, I. (LXX.) — Begriff der Wiederbesehung nach S. 74. des Abslosses, v. 2. März 1850, II. a. 618, 620. — Zusammenziehung, I. 34, II. a. 43, 112 ff. — Bertretung der Rustisal-Onera eingezogener, II. a. 47, 48. Beschränfung der Berschuldung nicht regulirter, aufgehoben, II. a. 120. — Uebernahme nach Erbs oder Grundtaren, II. a. 82 –84.

Bauerlehne, I. (XXVI.) — Altmarkische, I. (XCIII), I. 300 ff., II. a. 871, 1016. — in den vormale Königl. Westphalischen, Großherzogl. Bergischen

ober Frangof. Banfeat. Landestheilen, II. a. 740.

Bauerliche Grundftude, f. Bauerhofe.

Bauern, Ausfaufen, I. (XXII.)

Baufuhrbienfte, Bergicht ber Guteherrschaft barauf, IL a. 659.

Bauholz, II. b. 130, 131, 132.

Bauholz-Berechtigung, Begriff, II. b. 130 ff., 149. — Umfang, II. 132 ff., 149. — Werthsermittelung, II. a. 363. — insbef. im Falle eines stattgefuns benen Massivumbaues, II. b. 116. — technische Brinzipien der Ermittelung des Werthes und der Absindung, I. 380, II. b. 150, 151.

Baubulfe, Berudfichtigung bei Regulirungen, I. 182, II. a. 659. - in ben wefts

lichen ganbestheilen, II. a. 972.

Bautonsens, in Bezug auf neue Anffebelungen, IL a. 188. — f. Anfiebes

Baume, Aufhebung ber gutes und grundherrl. Befugniß zur Benutung und Anseignung ber auf fremden Grundstuden stehenden Baume und Straucher, I. 168, II. a. 290 ff. — auf hutungerevieren, II. a. 292.

Baumfrevel, Beftrafung, I. 96, II. a. 107.

Baumfultur, Beforberung, I. (LXXIX.), II. b. 750 ff.

Baupflicht, f. Gebaube.

Bauten, Abicagung berfelben, f. Abicagung.

Baus und Reparaturholz, Berbindlichkeit der Gutsherrschaft zur Gewährung und Berückschigung dieser Berpstichtung bei Regulirungen I. 182,, II. a. 668.
— schiederichterliches Berfahren in Bezug darauf, I. 182, II. a. 668.

Bauverständige, Gebühren in Auseinandersetungs : Sachen, I. 779 ff., IL

b. 332.

Beamte, Einschränkungen des Grunderwerbs, I. 52 ff., II. a. 34 ff. — Berpstichtung zur Uebernahme der Aufträge der Auseinandersetzungs: Behörden, L 186, II. a. 755 ff. — öffentliche, Diaten als Sachverständige, I. 777. — bei Berzhaftung des Fistus, I. 778.

Bebe (Beeben), I. (XVII.), II. a. 288, 1003.

Bebegelb, II. n. 255, 280, 288.

Beeren, Recht zum Sammeln, II. b. 169.

Befreiung von Königl. und herrschaftl. Abgaben und Diensten, Buficherung im Primordialvertrage, II. a. 509.

Begrabniffe, Abgaben bei guteherrlichen, II. a. 280.

Behandigungegüter, in Bestphalen, L. (LX., LXIX.), II. a. 874, 946, 956.

- f. hobsgüter.

Behörden, landwirthschaftliche, I. 1 ff., II. a. 1. — Central-Behörden, II. a 1. — Ministerium für landwirthschaftl, Ang. I. 1, II. a. 6. — Landes-Oefones mie-Rollegium, I. 5, II. a. 7. — Central-Rommiss. für die Ang. der Rentensbanken, I. 15, II. a. 9. — Provinzial-Behörden, I. 17, II. a. 9. — Obers Prassdenten, II. a. 10. — General-Rommissionen, I. 17, II. a. 12, II. b. 237. — landwirthschaftl. Reg.-Abtheilungen, I. 17, II. a. 12. — Uebersicht der bes stehenden Gen.-Romm. und landwirthschaftl. Reg.-Abth., II. a. 18. — Revissions-Rollegium für Landes-Rultursachen, I. 31, II. a. 21. — Organe der Auseinandersehungs-Behörden, I. 32, II. a. 24.

Beiliegergelb, f. Weftphalen.

Beistände, freie Wahl, I. 416, II. b. 317. — Personen, welche auszuschließen, I. 527, II. b. 317. — insbes. richterliche Beamte, II. b. 317. — Zulassung ber Rechtsanwalte aus andern Obergerichts Bezirken, I. 528, II. b. 317. — Erstattung der Gebühren der Assistenten, I. 787, 788. — s. Assistenten.

Bekanntmachung, öffentliche, ber Auseinandersesung im Interesse der entsernten Theilnehmer, II. b. 449 ff. — Art und Weise der Bekanntmachung, I. 614, II. b. 451. — Berfahren bei Fehlern in Betress der Frist, I. 615, II. b. 451. — Berwarnung und Folgen der Nichtmeldung der Interessenten, II. b. 451. — der Absindung durch Kapital, s. Kapitals Absindung. — der ausgeloosten Rentenbriese und der Berhandlung über deren Bernichtung, I. 700, 701.

Befostigung ber Rommiffarien, I. 762, 766.

Belehrung, f. Auseinanderfegunge=Regeffe.

Bemeierung, ber Cheleute, II. a. 965.

Benachrichtigung, f. Befanntmachung.

Berechtigungen, welche ohne Entschäbigung aufgehoben werben, I. 167 f.

II. a. 224 ff., 254 ff.
Berg (Landestheile des vormaligen Großherzogthums), Geschgebung über die dem Grundbesit betr. Rechtsverhältnisse und die Realberechtigungen, I. (LXXXV), I. 247. 248 ff., II. a. 845 ff. — Uebersicht des territorialen Gediets dieser Landestheile, II. a. 860 ff. — frühere Rechtszustände des Grundbesitzes, II. a. 869 ff., 874 ff. — während der Fremdherrschaft, II. a. 878 ff. — Agrarges gesetzgebung der Zwischenzeit, II. a. 885 ff. — Grunddeuergeschgebung, II. a. 890. — gewerbliche Berhältnisse betr., II. a. 890 ff. — Sistirung und Ausschedung der fremdherrlichen und Einführung der Preuß. Agrargeschgebung, II. a. 894 ff. — Rechte des bäuerl. Grundbesitzes, II. a. 959 ff. — Bedingunz gen der Eigenthumserwerdung, II. a. 963. — Gegenstände der Eigenthumserwerdung, II. a. 964 ff. — Zeitpachtverhältniß, II. a. 966 ff. — Bauhülse und Remissionen II a. 972. — Beschränfungen der Dismembration, II. a. 973. 974. — Eigenthumserwerdung der beschränften Erdpächter, II. a. 975. — in Betress der Leide und Zeitzewinngüter, II. a. 983 ff. — Reallastenvere

haltniffe, II. a. 990 ff. — Laudemien, II. a. 991 ff. — Prasumtionen für oder gegen die Fortdauer der Reallasten, II. a. 993 ff. — Einführung neuer Dienste, II. a. 997 ff. — bauerl. Holzungen, II. a. 998 ff. — Aushebung der keuerartigen und gewerblichen Abgaben, II. a. 1001 ff. — lehnsherrliche Rechte, II. a. 1007, 1015. — Blut: und Rottzehnt, II. a. 1007. — Zwangs: und Bannrechte, II. a. 1008 ff. — Zehnten, II. a. 1010. — Markenrechte, II. a. 1010 ff — Bauerlehne, II a. 1016 ff. — Grundsteuer und Fünstelabzug, II. a. 1018 ff. — Gewährleistung für ausgehobene Rechte, II. a. 1027. — Brüchtens Ordnung, II. b. 747.

Bergbau, holzgemahrung baju aus fiefal. Forften, II. b. 23.

Berg-Dffizianten, Erwerb von Bergantheilen, II. a. 34.

Bergwerteprobutte, f. Fossilien. Bernftein, Recht barauf, II. n. 691.

Beschäbigung, ber Felder und Biefen, I 96, II. a. 107.

Bescheinigung, über die Sohe ber Einrichtungs: und Auseinandersetzungstoften und über die Berwendung ber Abfindungen, I. 458, 672 ff. — f. Abs verkauf.

Besiter, aus eigenem Rechte, I. 181, II. a. 637, 640.

Befigerledigung, im Sinne bes S. 74. bes Gef. v. 2. Marg 1850, II.

Befitftorungen, f. Rompeteng.

Besittitel, Pflicht ber Berichtigung bei Dismembrationen, I. 122, 155, 902, U. a. 173. — Legitimation ber Intereffenten, beren Besititel nicht eingetrasgen ist, s. Legitimation. — Berichtigung bes Besititels aus Rezessen, I.

431, 432, 452, II. b. 390 ff. Besipperanberungs:Abgaben, burch bas Eb. v. 9. Oft. 1807 nicht aufgehoben, IL a. 64. — find für aufgehoben zu erachten, insoweit festgestellt werben fann, daß fie fructus jurisdictionis, H. a. 402 ff. - in wiefern ju vermuthen, baß fie zu ben unentgeltlich wegfallenben Abgaben gehören, I. 174, II. a. 427 ff. — Grunbfage in Betreff ber Frage, ob fie für unentgeltlich aufgehoben zu erachten, I. 169. — unenigeliliche Aufhebung bei Beranderuns gen in herrschender Sand, I. 173, II. a. 402, 417, 418. - in wiefern Defs cenbenten, Chefrauen, Wittwen davon befreit, Il. a. 389, 390, 391. — Ers hebung mehrerer Gattungen von einem und demselben Grundstücke unstatthaft, und rechtliche Bermuthungen in diesem Falle, I. 173, II. a. 424. — Beweiss grundfate in dieser Beziehung, U. a. 426 ff. - Raufe, und Sterbelehnwaare neben einander, II. v. 427. — Begriff unfirirter und Verbot der Stipulation folder, Il. a. 96, 421-423. - unentgeltliche Aufhebung unfixirter, welche nach Einführung bes gand. Rult. Eb. v 14. Sept. 1811 neu entstanden, I. 173, II. a. 402, 418-421. - Beweispfticht in Betreff ber Entftehungszeit folder, II. a. 423, 424. — Ablosung por 1811 bestanbener unfixirter, II. s. 472. — rechtliche Grundfage über Befitveranderungs : Abgaben in ben vormale Königl. Beftphal., Großberzogl. Bergischen und Frangof. Landestheilen, II. a. 991 ff. - Nachweis der Berpflichtung zur Entrichtung von Befitvers anderunge : Abgaben, I. 174, II. a. 432 ff., 435 ff. - Unstatthaftigfeit ber Berufung auf Obfervang, I. 174, II. a. 435 ff. - inebef. Fundal-Observang, II. a. 390, 438 ff. - Rachweis der Berbindlichfeit auf Grund der Berjahs rung, II. a. 440 ff. - auf Grund eines Anerkenntniffes, I. 174, II. a. 441 ff. - Erforderniffe eines folchen, I. 174, II. a. 442 ff. - f. causa debendi. -Nachweis burch Urbarien, II. a. 447. — burch Ginwilligung in bie hypothes farische Eintragung, II. a. 450, 452. — Belehrung über die Folgen des Ans erkenntniffes, II. a. 450 ff. - Gultigfeit bes Anerkenntniffes gegen britte Befiber, II. a. 451. — Anerkenntniß in Bezug auf Berbinblichfeit ber Defcens benten, II. a. 455. - in Bezug auf icon vor Bublifation bes Gef. v. 2. Mary 1850 fallig gewordene Befigveranderungs = Abgaben, II. a. 457. -Grundfage über Die Ablofung ber Befigveranderunge : Abgaben, hiftorifcer Ueberblick ber betr. Gesetzgebung, II. a. 395 ff. — gegenwartig geltende Bes stimmungen über die Werthermittelung und die Ablosung, 1. 174-175, 193 - 195, II. a. 458-478 - Unjulasfigfeit ber Forberung von Befitverandes runge-Abgaben nach Anbringung der Provokation auf Ablösung, I. 175, II. a. 479 ff. - Rompeteng ber Beborben in Bezug auf die Streitfrage, ob ber

gegenwärtige Besther eines Grundstückes noch zur Jahlung verpstichtet, II. a. 480, 481. — s. Kompetenz. — Rachschußrenten, I. 175, II. a. 481 ff. — Rückforderung bereits bezahlter Besthreranderungs Mbgaben, I. 175, II. a. 482, 483. — Nachsorderung der vor Andringung der Provosation fällig geswordenen nach der Rezes Bestätigung, II. b. 360. — Niederschlagung der Rosten in Prozessen und Auseinandersetzungen über aufgehobene, I. 233, II. a. 755.

Beftatigung, bes Rezeffes, f. Auseinanberfegungs-Rezeg.

Bestellungefosten = Bergutungen, bei Gemeinheitetheilungen, II. b. 179.

Befthaupt, I. (XIII, LX), II. a. 257, 258, 876, 889, 892, 933, 956, 957.

Bestheil, II. a. 258.

Bettgewandt, II. a. 258.

Beutelrecht, II. a. 258.

Bevollmächtigte, wann solche zu einennen, I. 415, II. b. 311. — Berfahren im Falle eine Gemeinde dies verweigert, I. 521, II. b. 311. — Qualität ber Bevollmächrigten, I. 291, 526—527, II. b. 316. — Befugniß ber Rommiffezien, die Machtgeber selbst vorzufordern, I. 78. — Folgen der unterlassenen Informationsertheilung, I. 416, 527, II. b. 317. — Gebühren u. Reisekoften, f Gebühren, Reisekoften.

Bewachen und Auslauten von Leichen, I. 168, II. a. 276. — Bewachung

guteherrlicher Gebaube und Grundftude, I. 168.

Bewafferungs-Anlagen, allgemeine Gefetgebung barüber, I. 850 ff., II. b. 574 ff. — provinzielle und lofale Gefetgebung, II. b. 669—670. — Bibers fprucherecht ber Fischereiberechtigten, II. b. 662. — Rachverhandlungen tars über nach Bestätigung bes Auseinandersetzungs : Rezesses, I. 428, 440, 473, II. b. 119, 362, 413 ff. — s. Entwässerung, Entwässerungs : Anlagen.

Bewässerunge:Angelegenheiten, Diaten und Reisekoften ber Kreisvermittelunges Kommiffarien und Sachverständigen, I. 867, II. b. 618, 669.

Bemafferungsgraben, f. Graben.

Beweislaft, f. Dublenlaften.

Bienen, Abgaben für beren haltung, I. 168, II. z. 289.

Bienenzehnt, II. a. 289, 290.

Bienengine, II. a. 289:

Bienengucht, Beforberung II. b. 773.

Binfen: Rugung, Ablösbarfeit nach ber Gemeinheitstheilungs: D., I. 328, II. b. 12, 23. — Theilnahmerechte, I. 329, II b. 59, 60.

Bifchöfliche Rommiffarien, beren Gebühren, II. b. 288.

Bisthums: Bifariatamt, Benachrichtigung in Auseinandersetzunge: Angelegen: heiten, I. 471, II. b. 287.

Blutzehnt, II. a. 1004, 1007. - f. Bleifchzehnt.

Boniteurs, f. Bonitirung.

Bonitirung, I. 421 ff. — Berfahren, II. b. 328, 330. — schieberichterlichts Berfahren bei Streitigkeiten barüber, I. 446, 331, II. b. 330, 426. — Duat listation, Ernennung und Entsernung der Boniteurs, I. 422, 423, II. b. 330. — Theilnahme des Dekonomies-Rommissarius an der Bonitirung, I. 423, 497, II. b. 331. — Berbot der Zuziehung von Protokolsührern, I. 542, II. b. 331. — Rlassissation der Bodenklassen, I. 423, II. b. 331. — Zuziehung neuer Boniteurs in zweiter Instanz, I. 431, II. b. 379. — schiederichterliche Revision der Bonitirung, I. 546, II. b. 333. — Berücksichterliche veränderungen der Grundstücke im Laufe des Versahrens bei der Bonitirung, I. 547, II. b. 333. — Rosten der Revision, I. 548, II. b. 334. — s. Rechtssmittel.

Bonitirunges Roften, I. 602-619, II. b. 402, 410. — Berfculbung ber Gauptguter bafür, I. 458, II. b. 489.

Bonitirunge=Register, f. Feldmeffer.

Botenbienfte, II. a. 276, 279.

Botengelber, II. a. 279.

Brundenburg (Mart), frühere Agrarverhaltniffe, I. (XV), II. a. 583. — Recht auf Fostlien, II. a. 691. — Fischerei: Gesetzebung, II b. 762.

Brandenburg (Proving), Mennoniten, I. 55, Il. a. 37.

Brandhülfefuhren, Bertheilung bei Diemembrationen, II. s. 158.

Brennbebarf, f. Brennholz.

Brennholz, Umfang ber Berechtigung, II. b. 130, 131. — Anweifung bes Be-

barfe auf Raff= und Lefeholz, II. b 135.

Brennholz-Berechtigung, Entschäbigungsgrundsäte, I. 322, II. b. 148. — Umfang bes Rechts, II. b. 148. — Abfindungsart, II. b. 149. — Anrechnung bes eigenen Materials bei der Ablösung, L. 329, II. b. 150, 151.

Brennmaterial, f. Brennholz.

Brobt: Getreibe, f. Inventarium.

Bruden, Unterhaltung, II. a. 168.

Brücken baulaft, beren Aebernahme Geitens ber mit land abzusindenben' Servitutberechtigten, I. 357, II. b. 117.

Budenmaft, II. b 146.

Bultenbieb, f Blaggens, Saibes u. Bultenbieb.

Burbach (Amt), Einführung ber Gem. Th. D., II. b. 5. — Aufhebung ber Leibeigenschaft, II. a. 56.

Buren (Rreis), Renten : Tilgungstaffe, I. 744, II. b. 520, 565, f. Tilgungs: Raffen.

Burgbienfte, I. (XV).

Burgervermogen, in Stabten, Theilbarfeit, I. 348, II. b. 48 ff.

Burgfeften, II. a. 958.

Burgfrohnben, I (XVII).

Burgholzgelb, II. a. 1003.

Butenvieh, II. b. 758.

C.

Cousa debondi, bei Anerkenntriffen, I. 174, II. a. 447 ff.

Cenfiten, Gewährung von Remissionen und Erlaß, I. 225, 226, II. a. 672.

Census constitutivus, II. a. 389.

Census reservativus, II. a. 389.

Central : Bureau, ber tanbwirthichaftl. Bereine, 1. 97, II. a. 110, II. b: 768.

Centrals Rommiffion für die Ang. der Rentenbanken, I. 15., II. a. 9. — Leistung ber proving. TilgungesAnstalten, I. 31, II. a. 20.

Cerocensuales, L (IX).

Chatoull=Bauern, in Breußen, I. (XI.VIII).

Chatoulis Kollmer, in Breugen, I. XLVIII).

Civil. Supernumerarien, Anstellung bei Auseinanbersepungs : Behörden, II. b. 244.

Cleve (Berzogthum), Kontributionsverfaffung, II. a. 1023.

Code rural, Il. b. 706, 719, 748.

Condictio indebiti, wegen Befitveranberunge-Abgaben, II. a. 470, 471.

Corven (Fürftenthum), Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 873. — Berbot bes Rachthutens, II. b. 711.

D.

Damm= ober Wallmeister, II. b. 681.

Danzig, nebft Gebiet, Aufhebung ber Leibeigenschaft, I. (XCVI), II. a. 54. -

Juben, II. a. 36. - Mennoniten, I. 57, II. a. 37.

Definitivs Entscheidungen, der Auseinandersepungs-Behörden, über die Aussgleichung der Interessenten, I. 535, II b. 325. — Form derselben, I. 561, II. b. 345. — Unterzeichnung des Originals, I. 560, II. b. 346. — Publikation und Infinnation, I. 563—565, II. b. 346 ff.

Deichamt, I. 883, II. b. 680

Deich Behörden, L 879 ff, II. b. 680 ff.

Deich : Gefdmorne, I. 882, Il. b. 681.

Deichgraf, IL b. 680.

Deichhauptmann, I. 879, II. b. 680-684. - in ber Altmart II. b. 683.

Deid:Inspector, L 881, IL b. 680, 681.

Deiche Rommiffarins, Befugniffe im Reg. Beg. Magbeburg, II. b. 683, 684. Deichlaften, Richtablosbarfeit, I. 169, II. a. 322, 346.

Deich=Drbnungen, II b. 676, 682. Deich=Rentmeifter, I. 882, II. b. 681.

Deich - Reprafentanten, L 883, II. b. 681.

Deichrichter, IL b. 680.

Deich: Sachen, Reffort, I. 3, II. a. 7.

Deich : Schöppen, I. 882, II b. 681.

Deich : Coulgen, I. 882, II. b. 681.

Deiche Societaten, I. 872 ff. - Birfungen ber Diemembration, II. a. 143.

Dei dverbanbe, f. Deichwefen.

Deichverbands Beitrage, Bertheilung, I. 873 ff., II. a. 158, 181, II. b. 697 ff.

Deichverbands=Statuten, I. 884, 885.

Deichwesen, Gesetzebung barüber, I. 871 ff., II. b. 670 ff. — Entstehungsgesschichte, Charafteristif und hauptgrundsase bes Deichges. v. 28. Jan. 1848, II. b. 673 ff. — organische Einrichtung, Berwaltung und Bertretung ber Deichverbande, II. b. 680 ff. — Oberaussichtsrecht des Staats II. b. 681. — ftrafrichterliche Kompetenz der Deichverwaltung, II. b. 683. — Erkant. des Ges. v. 28. Jan 1848, II. b. 684 ff. — Deiche, die zu keinem Deichvers bande gehören, I. 871, II. b. 684 ff. — Deichverbande betr., I. 872, II. b. 694 ff. — Errichtung von DeichsStatuten, Normativ: Bestimmungen, I. 874, II. b. 694 ff., 698. — gemeinsame Bestimmungen für Deiche in und anzer einem Berbande, I. 873, II. b. 701 ff.

Delibruder Lande, frubere Agrarrechteverhaltniffe, II. s. 873.

Denkmaler, historische, beren Erhaltung bei Gelegenheiten von Separationen, I. 557, II. b. 337.

Deposition, ber Absindungs : Rapitalien, f. Rapitale : Abfindung, Rompestenz, Stempelfreiheit, Gebührenfreiheit.

Deputat=Beete, Ablösbarkeit ber Berechtigung, I. 328, II. b. 13. Descenbenten, f. Besitveranderunge=Abgaben, Schlesien.

Dezem, f. Behntrecht.

Diaten, in Auseinandersesungs-Angelegenheiten, Borfchriften für beren Liquibation, I. 765, 811 ff. — Berechnung der Diaten für die Mehrarbeit der fixit angestellten Rommiffarien, I. 812. - Richtbewilligung von Diaten und Reifekoften für Abhaltung von Terminen, wozu ein technischer Beirath zugezogen werben muß, I. 812. — Berechnung ber Reisebiaten in Beziehung auf tagliche fiebenftundige Arbeitszeit, I. 812. — Berechnung ber Arbeitszeit bei Fefts festung ber Diaten-Liquidationen, I. 813. - Diaten und Reifefoften ber Dit glieder und Affefforen ber Auseinanderfetungs : Behörden, I. 814 ff., 819 ff. - für hausliche Arbeiten und Reisekoften, I. 815. - Berechnung ber Diaten ber Kommiffarien, I. 816. — ber als Spezial-Rommiffarien fungirenden Affefe foren, I. 817 ff - ber Prototollführer, I. 766, 820. - für hausliche Arbeis ten ber Protofollführer und Gehülfen ber Spezial. Rommiffarien, I. 772. in Bemafferunge : Angelegenheiten, I. 867, II. b. 669, f. Bemafferunge: Angelegenheiten. - ber ju Bengftfohrungen zuzuziehenden Thierarzte, II. b. 757. — Dicten in Parzellirunges Gachen, I. 125, 154, II. a. 192. s. Beamte, Feldmesser, Dekonomies Kommissarien, Protofolls führer, Sachverständige.

Dienstbarkeits-Rechte, welche Gegenstand ber Gemeinheitstheilung find, II. h. 12, 21, s. Gemeinheitstheilung. — auf Forsten, s. Forstbienstbarsteits-Berechtigungen. — wechselseinige, deren Aushebung durch Kompenssation, I. 320, II. b. 103. — Fälle, in welchen wechselseitige Dienstbarsteitsrechte als vorhanden anzunehmen, II. b. 115. — Erwert der Dienstbarsteitsrechte durch Berjährung in den vormals Königl. Sächkschen und Franzzissschen Landestheilen, II. b. 184 ff. — s. Grundgerechtigkeiten.

Dienste, Ermittelung des Jahreswerthes, I. 169—171, II. a. 353 ff. — Richt ablösbarkeit der wirthschaftlich nicht erforderlichen, I. 171, II. a. 367—371. — zu persönlichen Bedürfniffen der Gutsherrschaften und ihrer Beamten, I. 168, II. a. 276. — ungemeffene, I. 252, 298—300, II. a. 951 ff., 953 ff., s. un: gemessene Dienste. — s. walzende Dienste.

- Dienkgelber, in ber Altmark, I. 298, II. a. 951. in ben vormals Königl. Westphál. Theilen des Herzogthums Magdeburg, I. 299, II. a. 951. in ben übrigen Landestheilen der Provinz Sachsen, welche vormals zum Königsreiche Westphalen gehört haben, I. 299, II. a. 951 ff.
- Dienüherrschaft, Aufhebung ihres Buchtigungerechte, II a. 76 ff., 78.
- Dienftleute, I. (VIII.) Dienftpflicht, I. (XXIII.)
- Dienstreluitions : Rapitalien, Abzug bei Berechnung ber Lehnwaare, I. 175, Il. a. 393, 476.
- Dienftverweigerung, f. Exefution.
- Direttionen, ber Rentenbanten, f. Rentenbanten.
- Direftoren, ber General-Rommissionen und landwirthschaftl. Reg. Abtheilungen, II. b. 239 ff.
- Dismembration, f. Bertheilung.
- Dismembrations Ronfens, polizeilicher, II. a. 115, 116, 117, 146, 151, f. Bertheilung.
- Dismembrations:Bertrage, Form, II. a. 147 ff., f. Bertheilung.
- Disposition, Sout ber freien, über die bei einer Gemeinheitstheilung interesfirten Grundftude. I. 385, II. b. 169.
- Distritte: Kommissionen, zur Feststellung ber Normal: Marktpreise und Norsmal-Marktorte, I. 179 ff., II. a. 26, 580 ff.
- Dottorfuhren, Aufhebung ber vom Guteberrn gu leiftenben, I. 168.
- Dollmetfcher, f. Protofollführer.
- Domainen, Aufhebung der Erbunterthänigkeit, I. 35, 90, 91, II. a. 79. Ims mediateinsaffen in den Domainen in Ofts und Westpreußen und Litthauen, I. 243, II. a. 844, 845. Theilbarkeit, II. a. 116, 134. Berängerung der Dorfaue, I. 908. Wahrnehmung der Patronaterechte bei Auseinandersehungen zc., II. b. 287.
- Domainen-Abgaben und Leiftungen, Ausschließung von deren Ablösung durch die Rentenbanken, I. 696, 706, II. b. 529 ff., 562 ff. f. Domaisnen-Fistus, Domainen-Praftationen, Domainen-Renten.
- Domainen -Bauern, in Brengen, I. (XLVII.) Berjährung Geitens berfelben gegen ben Fistus, II. a. 662.
- Domainen=Bauerhofe, Bererblichfeit, II. a. 646, -650.
- Domainen : Ginfaffen, Sicherung beren Beibebedarfs bei Forstfulturen, I. 107, II. a. 103.
- Domainens Erbpachtegrundstücke, Diemembration, II. a. 134, 135.
- Domain en Fistus, Uebernahme ber Weges und Brückenbaulaft Seitens ber von demfelben mit gand abzufindenden Servitut Berechtigten, I. 357, II. b. 117. Streitigfeiten mit demfelben über die Natur von Rühlenlasten, II. a. 807. f. Provokation.
- Domainen : Grundftude, Beraußerung und Abtrennung, II. a. 116, 123.
- Domainen=Mühlenabgaben, Rudftande, I. 242, II. a. 844. f. Domais nen=Fistus.
- Domainen: Praftationen, Ablofung folder, bei welchen bie Regierungen Bets gleichsversuche machen, nachbem die Angelegenheit bei ben ordentlichen Ausseinandersehungs: Behörden anhangig geworden, 1. 230, II. a. 721. f. Dosmainen: Abgaben.
- Domainen Menten, I. 706, II. b. 562 ff. Reglement wegen Ablösung und Amortisation ber bem Domainen Fistus zustehenden Real Berechtigungen, I. 731. Bersahren wegen rückftandiger Domanial-Abgaben, I. 740, II. b. 564. Quittungsbücher über gezahlte Domainen-Amortisations-Renten, I. 741, II. b. 564. Berzugszinsen von Domainen-Amortisations-Renten, I. 744, II. b. 564. Raffen- und Rechnungswesen, II. b. 564.
- Domainen, und Forstbeamte, Zuziehung als Sachverständige, II. b. 332. Erwerb von Domainen, Grundstücken. I. 52, II. a. 34.
- Domanial-Abgaben, Ablofung, II. a. 118. Grundfage bei Dismembratios nen, II. a. 136, 137 ff.
- Dominial=Gefälle, in wiefern exetutivische Einziehung gulaffig, II.a. 59-62.
- Dominial=Rontribution, in Bestpreußen, fl. n. 630.
- Dom-Rapitel, Rezegnollziehung, L. 658, IL b. 431. f. Bollmachten.

Dorfaue, Behaudlung ber Antrage auf Berauferung in Domainen-Drifchaften, 1. 908. — f. Auenrecht. Porf. Gemeinden, f. Gemeinden, Land: Gemeinden. Dorf: Berichte, II. a. 444. - Richtberechtigung auf Entschäbigung für Termine in Parzellirungefachen, L 155, H. a. 192.

Dorf Drbnungen, feldpolizeiliche Bestimmungen, II. b. 705, 707.

Dorffcmiebe, f. ganbschmiebe. Porfftraße, Instandehaltung, I. 168.

Dorla (Boigtei), II. a. 878.

Dotation, f. Lands Schullehrerstellen.

Drains, II. b. 607, 620, 621.

Drain-Anlagen, H. b. 609, 620, 621.

Dreibingsgelb, II. a. 265.

Dreibings Debnung, in bem Fürstenthume Dels, I. (XXXIII.)

Presidergeld. II. a. 1003. Drescherhebe, II. a. 674.

Dreschgartnere Berhaltnig, I. 177, II. n. 510, 515. - in Schleffen, I. (XXXII.) - Recht ber Drefchgariner auf Mandel und Debe von bem Getrade ber Absindungs . Landereien ber Gutsberrfchaft aus Gemeinheitstheilungen, IL b. 91.

Dritte, Wirkungen ber Auseinandersetzung hinficilich ihrer und Sicherftellung ihrer Rechte, f. Auseinander setzungen, Sicherftellung.

Drittel, f. Regulirung, Reinertrag.

Prittel: Güten, II. a. 929.

Droftengeld, II. n. 262, 284. Droftenhafer, IL a. 262, 264.

Duisburg (Rreis), Gemeinheitstheilungs: Gefengebung, II. b. 5, 9. - Borfluthe. Gefetgebung, II. b. 572. - Bemafferunge: Gefetgebung, II. b. 575.

Dunger, Ausbebung ber Bestimmung; bag ber Bachter ben Biebftand nicht jum .Nachtheile des Düngers vermindern darf, I. 93, II. a. 97.

Dungungefoken: Bergutung, bei Gemeinheitetheilungen, I. 325, II. b. 179. - bei Landabfindungen in Gemeinheitstheilunge : Sachen, I. 320, II. b. 116. — bildet einen rein perfonlichen Anspruch, II.b. 318 ff. — Rachverhandlun= gen barüber, I. 428. - in wiefern ber Berluft bes Anfpruche eintritt. IL b. 362.

Durchichnitte: Marttpreis, Bugrundelegung bei Ermittelung ber Ablof.=Renten, I. 171, M. a. 371 ff. ... f. Martinis Durchfcnittes Marktvreis. Durchwinterung, Berechnung ber Theiliehmungerechte bei Separationen von 🗠 Gemeinbeweiben barnach, 1. 316, H. b. 65 ff.

Dutfteen, II. a. 258.

G.

Ebreschenbeeren, Sammeln und Abliefern, II. a. 274.

Chiktalien, f. Befanntmadung (offentliche).

Chition, Berbindlichkeit bazu, II. b. 323.

Eggergelb, II. a. 1004.

Ehefrauen, Bertretung burch ihre Chemanner, I. 445, II. b. 355, 424, 425.

Chegatten, f. Schlefien. Chreni Belbhüter, IL b. 739.

Eichelmast, II. b. 146.

Eichefeld, Befipverhaltniffe, II. a. 871. - Migungsfaffe, II. a. 854, f. Sil: gunge : Raffen.

Gigenthum, getheiltes, Ungulaffigfeit ber Ronftituirung, I. 184, II. a. 705, 706. Eigenthums Dronungen, in der Proving Beftphalen, I. (LXIV.) - Ravensbergiche, 1. (LXIV.) - Minden-Ravensbergiche, 1. (LXV.) - Runfterfche I, (LXVI.)

Elgenthumsrecht, f. Regulirung.

Eigenthume: Regulirung, f. Gigenthumeverleihung, Regulirung. Eigenthamsverleihung, wember Anfpruch bateuf guftefe: 1.1181, II. w. 636. f. — Erfordernig bes vollständigen redlichen Befiges zum Anspruch darauf, II. a. 639. - Anfpruche mehrerer Pratendenten unter fich und Anfpruch bem Gu tes herrn gegenüber, II. a. 639. - ber Mennoniten, II. a. 639. - im galle ber Burudweifung burch fruhere Judifate, II. a. 640 - besgl, fruherer Bergicht= leiftung, II. a. 641, 643. — im Falle ber Aufgabe bes Besitzes von Seiten bes früheren Wirthes, II. a. 641. - Ginfluß eines feit ober vor bem Siftirunge: Gef. v. 9. Dit. 1848 ergangenen, rechtstraftig gemordenen Ermissiones Urtele auf den Anspruch barauf, II. v. 644. — Praflufion der Regulirunges ansprüche, I. 181, 224, 225, II. a. 645, 646. — Bererbung bes Anspruche, L. 181, II. a 646 ff. — s. Ober: Schlesien, Posen, Regulirung Dep autsherrlich bauerlichen Berhaltniffe.

Eingangegelb, bei Aufheirathen, Il. a. 992.

Einhegungen, und beren Unterhaltung Seitens ber Separations 3ntereffenten, 1. 321, II. b. 120. — Berpfichtung ber Ruftereien u. Schulftellen, II. b. 120. - bezüglich ber Dotations-Landereien, II. b. 127.

Ginfaufegelber, bei zeitemphyteutischer Austhuung von Grundftuden, Berude fichtigung bei Regulirungen, II. a. 660. — Berechnung ber Entschäbigung

dafür, II. a. 662.

Einmiethe, in die Königl. Forften, gur Erlangung bes nothigen Brennholzes,

vertragsmäßige, ift feine ablösbare Grundgerechtigfeit, II. b. 22.

Einrichtungs : Roften, Berwendung ber Rapitale : Abfindungen zu neuen Gins richtungen, II. b. 477 ff. - Ueberficht ber betr. Gefeggebung, II. b. 477-484. - Befugniß zur Berwendung zu neuen Ginrichtungen bezüglich ber Abfinbungen für Servituten, II. b. 484. - Begriff von "Ginrichtungefoften", II. b. 485. — inebef. was zum "Inventarium" zu rechnen, II. b. 465. — Masterialien und Dienste aus dem Gute, I. 665, 666, II. b. 486. - Grundfate bezüglich mehrerer zu einer Herrschaft gehörigen Guter, I. 665, II. b. 486. Regulirungefosten gehören nicht bazu, I. 667 ff., II. b. 486., Nichtbes rechtigung bes Gutsherrn gur prioritatischen Berpfandung ber haupiguter für Die Ginrichtungefoften, I. 666, 669, II. b. 487. — Berfculbung ber Sauptguter auf den Betrag der Auseinandersetzunge-Roften, IL b. 488 ff. - welche-Roften zu letteren zu rechnen, I. 676, 677, II. b. 489. — Berpflichtung ber-Auseinandersetzunge . u. Oppotheten Behorben Betreffe Gintragung ber Berwendung ter Absindunge-Rapitalien, 1. 589, 590, 633, IL b. 487, — Rons trolle ber Berwendung, I. 672, 673, 674 II., b. 488.

Einschräntung, ber Gemeinheiten, f. Gemeinheiten.

Einstanderecht, II. a. 887, 959.

Eintragung, f. Sppothefenbucher, Ginrichtungefoften, Sicherfiels. lung. — Rostenansat dafür, I. 796.

Einziehung, bes Erbzinegutes, II. a. 233-235. - f. Bauerguter, Bauere. höfe. — Einziehung der Kosten, f. Rosten.

Eisenerge, II. a. 694 – 697.

Gifengelb, II. a. 340.

Ì

1

1

t

Elbena, f. Lehranstalten.

Elementar=Soulen, f. Soulen.

Elofationeguter, in Dft: u. Bestpreußen, I. (XLV.) Emphyteuse, Begriff, II. a. 230, 389. - in Dits u. Westpreußen, I. (XLV,)

- f. emphyteutifche Guter.

Emphyteutische Guter, Regulirungefähigfeit, I. 181, II. a. 634, 635. rudfichtigung ber Ginfaufegelber bei Regulirungen, II. a. 660. - f. Laube = mialpflicht, Beit: Emphyteufen. :

Entfernungetoften, Bergutung bei Lanbumlegungen in Gemeinheitetheilunges Sachen, I. 320, II. b. 116.

Entje pung, lagbauerlicher Birthe, II. a. 738.

15 Entichabigung, in Mente ober Rapital, beren Borgugerecht, H. b. 455, f. Borjugerecht. - f. Abfindung.

Entichabigungs : Anfpruche, aus Ausführung eines bestätigten Rezesses, f. Berjahrung.

Entich abigunge Rapitalien, Anrechnung gezahlter bei Ermittelung bes Reinertrages eines Dublengrunbftude. I. 240, II. a. 837 f.

Entscheiberhafer, II. a. 1004.

Entideibungen, f. Definitiv=Entideibungen, Rechtsmittel. Entwafferung, Darftellung ber allgemeinen Pringipien ber betr. Gefesgebung, · II. b. 577 ff. — im Bereiche des A. L. R. geltende allgemeine gesetzliche Beftimmungen, II. b. 572. — provinzielle und lofale Gefete u. Berordnungen, II. b. 573. — Provokation, II. b. 604—608. — Provokations = Berfahren, II. b. 608 ff. - Rompeteng ber Ausemandersehungs:Behörben zur Regulis rung von Ent: und Bemafferungen ale Rebengeschaft, I. 624 - 626, II. b. . 413 ff. - f. Entwässerunge:Angelegenheiten, Entwässerunge: Anlagen. Entwafferunge : Angelegenheiten, Buziehung bee Provokanten gu Lokal untersuchungen, 1. 850. - Portos, Stempel- u. Gebührenfreiheit, II. b. 618. - f. Rompetenz. Entwässerungs = Anlagen, Gesetgebung über beren Ausführung, I. 833 f. II. b. 608 ff. - Aufgebotes u. Braftufione Berfahren, I. 848, 849, M. b. 614 ff., 663 ff. — Roften der Unterhaltung und der neuen Anlage, I. 844, II. b. 618, 619. Entwäfferunge: Genoffenschaften, Bildung berfelben, I. 857, 858 ff., II. b. 620, 621. Entwafferungegraben, f. Graben. **Erbbrusch** II a. 510-513. Erbes ober Sterbegeld, aufgehoben, II. a. 76, 258. Grbfall, II. a. 258. Grbgeld, II. a. 258. Erbgewinngelb, II. a. 956. Erbgüter in der Proving Sachsen, I. (LVII.) Erbfure, Rechtsverhaltnig bei Regulirungen, I. 183, II. a. 701. Erbleihegüter II. n. 887, 929. Erblichfeit, ber Bofe, I. (XXI.) - f. Bererbung. Erblofung, II. a. 41. Erbmaiergüter, II. a. 887. Erbpacht, Begriff, II. a. 232. Erbpachter, volles Gigenthumerecht berfelben, I. 167, II. a. 228, 233. - Rechte, II. a. 232 ff. – in den westlichen ganbestheilen, Eigenthumserwerb, IL. a. 975 ff. - Bemifftoneberechtigung, II. a. 235 ff. Erbpachtegüter, Dismembration, II. s. 134, 168. — in ber Graffcaft Red: linghaufen, II. a. 877. — im Münsterschen, II. a. 877, 969. — in der Preving Sachsen, I. (LVII.) - f. Laubemialpflicht. Erbpacht=Ranon, I. 92, II. a. 87, 88. 89. — ale nicht ablesbar bezeichneter, ist jest ablöslich, II. a. 727. Erbrachte. Bertrage, Ungulaffigfeit, If. n. 705, 706. Erbrecht, Aufhebung bes gutes, grunds ober gerichtsherrfichen Rechts, einen Antheil ober ein Stud aus ber Berlaffenschaft zu forbern, f. 168, If. a. 257. Erbschmibt, II. a. 340. Erbichulzen, I. (XVI.) Erbichnigenamter, II. a. 182. Erbtaren, f. Bauergüter. Erbiheikungs, Caren, f. Ertragstaren. Erb verpachter, Aufhebung seines Gigenthumerechtes, I. 167, II. n. 228. fortbestehenbe u. aufgehobene Rechte, II. u. 233. - Borgugerecht in bem Bermogen bee Erbpachtere, I. 169, il. a. 313. - Jagbrecht, II. a. 311. Erbverpachtung, ber Privatguter, l. 34, H. n. 42. - Berbot, I. 184, IL a. 42 - 43 Erbzins (Ranon), fortbestehend, II. a. 232, 233. Erbzinegüter, Begriff, II. a. 230 ff., 389. - Diemembration, II. a. 131, 135. - in ber Laufis, f. (XL.) - in ber Proving Sachsen, f. (LVII.) - in ben vormale Frangof. gandestheilen, II. a 887. - f. Bandemialpflicht. Erbainsherr, Rechte, II. a. 232. - Aufhebung feines Obereigenthums, I. 167, II. a. 228. — Recht auf Rudfall bes Erbzinegutes, II. a. 233. — Ronfens gu Beräußerungen bes Erbzinsgutes, II. a. 233. - Borfauferecht, II. a. 233. - Recht auf Ranon, II. a." 233: - Borgugerecht ber Berechtigungen beffels

ben in bem Bermögen bee Berpflichteten, I. 169, Il. a. 313.

1

Erbzinsmann, Rechte, II. a. 232 ff. — Freiheit feines Gigenthums, I. 167, II. a. 233 ff.

Erbgin 6=Bertrage, Ungulaffigfeit ber Errichtung neuer, II. a. 705, 706.

Erkenntniffe, intompetenter Gerichte im Reffort ber Auseinandersetzunge=Be= horden, II. b. 418. — f. Definitiv=Entscheidungen.

Erlaß=Urfunden, aus dem Jahre 1848, I. (CXVIII.)

Ermeland, Befitverhaltniffe, I. (XLV.)

Ernbte, Recht auf Antheil baran, Verpflichtung zur Bergütung bes Ueberschuffes bes Jahreswerthes, I. 182, II. a. 674 ff.

Erftattung, f. Gebühren.

Ertrage : Caren, ermäßigte, bei Erbtheilungen, II. a. 83.

Effen (Stift), Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 874.

Etablissements, neue, Genehmigung der LandespolizeisBehörde, I. 115 — 117, II. a. 168. — Beilegung ober Veränderung von Namen, I. 115—120, II. a. 168, 169, 187. — Berichtserstattung darüber, I. 117 ff., II. a. 187. — s. Ansiedelungen.

Erekution, Kompetenz ber Auseinandersetzungs-Behörden, I. 654, II. b. 252. — wegen Dienstverweigerungen, I. 599, II. b. 401. — gegen ganze Gemeinden II. b. 401. — mit militairischer Hülfe, I. 600, II. b. 401. — aus Verträsgen, welche von Spezial s Kommissarien aufgenommen, II. b. 293. — wegen unstreitiger Jinsen, II. a. 59, 60. — wegen Schulden, gegen Dekonomies Komsmissarien, II. b. 299. — gegen beren Protokollführer, II. b. 300.

Erefutions: Gebühren, I. 761, 780.

Exercierplate, Ermittelung bei Gemeinheitstheilungen, I. 530-532, II. b. 58, 319, 320.

Ermiffion, f. Entfegung.

Ermissione=Brogesse, f. Rompeteng.

Ermiffione : Urtel, f. Gigenthume : Berleihung.

Expeditions. Gebühren, für die Urtel zweiter Inftang, L 780.

Expropriation, Abtrennung von Grundstücksantheilen im Wege berfelben, II. a. 123. — Borfauferecht, II. a. 41, f. Borfauferecht.

F.

Fachbaum, f. Merkpfahlfehung. Fährgerechtigkeit, II. a. 351.

Fallrecht, II. a. 258.

Ì

Familienschlüffe, I. 73-65, II. a. 49-53.

Familienstiftungen, Aufhebung burch Familienschlusse, I. 34, 73 — 76, II. a. 49 — 53.

Faffions : Tabellen, II. a. 72.

Feldblumen, Sammeln im Getreibe, II. b. 708.

Feldbienstübungen, Ermittelung des erforderl. Terrains dazu, I. 530 - 532, II. b. 319, 320.

Feltbiebstahl, Bestrafung, I. 96, II. n. 107.

Relbfluren, Rheinische Berordnungen zu beren Schut, II. b. 746.

Feldfrüchte, Belehrungen über beren Anbau, II. b. 771.

Selbhüter, f. Felbpolizeis Drbnung.

Feldmäuse, Bertilgung, II. b. 751.

Feldmesser, Anstellung, Bereidigung u. rechtliche Berhältnisse, II. b. 328. — Ernennung zu Bermessungs-Revisoren II. b. 328. — Aussichtsbehörde, II. b. 329. — Berhältniß zu den Spezial-Rommissarien, II. b. 329. — Nichtbesugs niß der Feldmesser, den Gehülsen Geschäfte selbstständig zu übertragen, II. b. 329. — Auswahl der Feldmesser Seitens der Interessenten, resp. des Koms missarius, I. 421, II. b. 329. — Unzulässigseit gleichzeitiger Beschäftigung in der nämlichen Sache als Dekonomie-Rommissions-Gehülsen, I. 514, II. b. 329. — Instruktion der Feldmesser, I. 533, II. b. 329 ff. — Beaustragung in Auseinandersehungs-Sachen, I. 234—236, II. a. 757, 758. — Psichten bezüglich Ablieserung der Karten u. Bermessungs-Register, II. b. 332 ff. — Resvision ihrer Arbeiten, II. b. 333. — Rosten der Revision, II. b. 334. — Bers

hältniß zu den Landrathen u. Regierungen, II. b. 275. — Gebühren u. Ents schädigungen, I. 773 ff. — in gerichtlichen Angelegenheiten, I. 773. — Gestührensätze für Karten, I. 774. — für die zweite Reinkarte in Gem. The Sachen, I. 774. — Reisekosten, I. 775. — Reisediäten u. Kopialien für Bersmessungssbonitirungsregister, I. 776. — Diätensätze in Regulirungss u. Sesparations-Angelegenheiten, I. 776. — für städtische Bermessungsarbeiten, I. 777. — Einrichtung ihrer Liquidationen, I. 811. — s. Gratifikationen, Reisselb fen.

Felbnachbarn, beren Buziehung, I. 523, II. b. 329.

Felb=Ordnung. f. halberstadt.

Felbtauben, f. Zauben.

Feld: Polizei Drbnung, v. Nov. 1847, I. 885. - Entftehunge: Gefchichte, IL b. 715. - Charafteristif, II. b. 717. - Erlauterungen, I. 894 ff., IL b. 719 ff. — Abanderungen durch neuere Gesete, II. b. 719. — territorialer Birfungefreis ber F.=P.=D., II. b. 719. — innerer Wirfungefreis und Gegenftand, II. b. 720. — Anwendung auf innerh einer Forst belegene Grundstücke, 1. 894, IL b. 720. — auf ftabt. Grundfteuer, II. b. 720. — Borfdriften über Pfandungen a. Pfandgelber, L 886, II. b. 721. - über Gutungegenoffenfc. u. beren Girten, II. b. 723. — Erlag feldpolizeilicher Bezirks, Kreis: u. Lokal:Berordnungen und Statuten, I. 888, II. b. 724. — Borschriften über nächtliches huten, I. 888, II. b. 728. — über Taubenhalten, I. 889, II. b. 729 ff. — Strafporicheif: ten ber Felde Polizeis Ordn. und beren Verhaltniß zum Strafgesetbuche, L 890, II. b. 730 ff. — Berjährung der Strafen, II. b. 738, 741. — Sasibarteit ber Eltern u. Dienstherrschaften fur Pfandgelber, Entschäbigung. Roften und Belbbugen, I. 891, II. b. 739. — Bestellung von Felbhütern, I. 891, 895. Reffort ber Polizeis u. Gerichtes Behorden, I. 892, II. b. 739 f. feldpolizeiliche Rreis:, Diftrifte: u. Lofal-Drbnungen, Borfdriften über beren Erlaß, I. 895 ff., II. b. 742. 743.

Felds Polizeis Gesetzebung, II. b. 706 ff. — in den öftlichen Provinzen, and schließlich Neuvorpommern nebst Rügen, u. in Westphalen, II. b. 707 ff. — altere feldpolizeiliche Verordnungen, II. b. 707 ff. — die landrechtlichen Bestimmungen, II. b. 712. — desgl. der Gem. Th. D. und des Landes-Rulturs Ch., II. b. 713. — die Felds Pol. D. v. 1. Nov. 1847, II. b. 715 ff., s. Felds Polizeis Ordnung. — in Neuvorpommern nebst Rügen, u. in der

Rheinproving, II. b. 706, 719 ff. 743, 744 ff.

Feldpolizeiliche Berordnungen, Erlaß berfelben, L. 895, II. b. 724 ff.

Festungshafer, II. a. 1004. Sestungsgelb, II. a. 1004.

Feubalitat, f. Leibeigenfcaft.

Feuer : Buhner, II. a. 1003.

Feuerversicherung, ber ben Rentenbanken verhafteten Gebäube, I. 698, II. b. 541. Fibeikommiß, Aufhebung durch Familienschluß, I. 34, 73—76, II. a. 49—53. Fibeikommissarins, Buziehung zur Auseinanderschung, I. 613 ff., II. b. 450. Fibeikommissarische Substituten, Zuziehung zur Auseinandersetzung, I. 613 ff., II. b. 450.

Fibeikommissarische Substitutionen, Unzulässigkeit ber Aufhebung, IL a. 52. Fibeikommißberechtigte, Richtbefugniß ber Benugung des Grundstücks zu widersprechen I., 93. II. a. 92. — in Bezug auf Bereinzelungen u. Golzver

faufe, II. a. 92-94.

Fibeikommißfolger u. Anwarter, f. Lehnes u. Fibeikommißfolger. Fibeikommißguter, f. Lehns u. Fibeikommißguter, Berfculbung.

Filial=Fuhren, II. a. 279.

Fischerei, landrechtliche Grundfate über die Fischerei und deren Ausübung, II b. 761. — Berechtigung zur Ausübung in Privatstüssen u. Graben, II b. 761. — Spezialgesetzgebung für einzelne Landestheile, II. b. 762 ff. — in nicht geschlossenen Privatgewässern, II. b. 13. — Recht der Adjacenten, II b. 13. — Theilung gemeinschaftlicher, II. b. 12, 13, 14. — Schut der Fischerei, I. 96, II. a. 108. — Erhaltung und Berbesserung, II. b. 760 ff.

Fischerei=Berechtigung, insstehenden und Privatgewässern, Ablosbarkeit, L 328, 329, II. b. 12, 13, 14. — Nichtablosbarkeit der Fischerei in gemeinschaftlich besessen Seen, II. b. 27. — Rechtsgrund und Regalitäts-Charakter einer

FischereisServitut stehen ber Ablösbarkeit nicht entgegen, II. b. 26. — Grunds fate über bie Aufhebung, I. 329, II. b. 24. — Aufhebung bei Gelegenheit ber Ents ober Bewäfferung, II. b. 26. — Kompetenz bei ftreitigen Fischereis Berechtigungen, II. b. 14.

Fischereiberechtigte, Bibersprucherecht in Bezug auf Bewafferungeanlagen,

И. ь. 662.

Fischerei= Gerechtigfeit, Grunbfage barüber, II. b. 760.

Fischereis Orbnungen, I. (CXV.)

Fifcherei=Servitut, f. Fifcherei=Berechtigung. Fischernahrungen, Regulirungefähigkeit, II. a. 605.

Fischwehre, Entfernung berselben im allgemeinen Interesse, II. b. 605.

Fistalisches Interesse, f. lanbespolizeil. u. fistalisches Interesse. Fistus, Antauf von Grunbftuden, II. a. 34. - Ausübung bes Borfauferechtes I. 191. — Anspruch auf Zahlung von Allodistations : Summen, I. 192. Provokation auf Gemeinheitstheilung, II. b. 44. — Wahrnehmung seiner Rechte in Auseinandersetzungs : Sachen, f. landespolizeiliches u. fiskalifches Intereffe. - Nichtverpflichtung zu Roftenvorschuffen, I. 791_- f. Dos mainenfistus, Roftenpuntt.

Fixation, f. Holzfixation.

Flaces Bradmafchine, Ruthesche, II. b. 773. Flaces u. Sanfbau, Berein zur Beforberung, II. b. 768.

Flaches u. Sanfrothen, Berbot, I. 96, II. a. 107, 108, II. b. 712, 760.

Flamingscher Kirchgang, f. Kirchgang.

Fleifch = u. Blutzehnt, II. a. 255, 658. - Wertheermittelung II. a. 386.

Fluß, öffentlicher, Begriff, II. a. 289. - f. Raumung.

Forensen, Kommunallasten, II. a. 179.

Forst = Beamte, Zuziehung als Sachverständige II. b. 332. — Grunderwerb, I. 52, 53, II. a. 34.

Forft=Berechtigungen, s. Walb=Berechtigungen.

Vorften, beren Naturaltheilung, f. Forfitheilungen. — Rönigl. Forften, Grundfage in Butungeablof. Angelegenh., I. 108, II. a. 103. - f. Gin= miethe, Privatwaldungen, Schonungen, Walbungen.

Forfibienstbarkeite = Berechtigungen, I. 322, II. b. 130 ff. — Erwerb burch Berjahrung, II. b. 130. — Befchrantung bee Difbrauchs, I. 95, II. a. 102. Rompeteng ber Auseinandersetzungs : Behörden in Streitigkeiten über nicht zur Ablofung gefommene, I. 628, II. b. 414, 415. - f. Solgungegerech = tigkeit.

Forfinugungs: Servituten, f. Forfibienstbarfeis: Berechtigungen.

Forft = Polizei, Unterordnung ber Forft = Servitutberechtigten unter bie forstpolis zeilichen Anordnungen, II. b. 135.

Forft: Servituten, f. Forftbienftbarteite: Berechtigungen.

Forft=Servitut=Ablofungen, Instruktion zu beren Beforberung, I. 376, II. b. 144. — Bestimmungen über bie Entschäbigung, I. 330, II. b. 144, 145. Forfttheilungen, I. 321 ff., II. b. 128 ff. - Bebingungen ber Bulaffigfeit, II. b. 128, 129. - Begriff von "forstmäßiger Benugung", I. 370-374, II. b. 128, 129. — beegl. von "vortheilhafter Benutung ale Ader ober Biefe" L 371, 372, II. b. 129. — Berücksichtigung ber Wirthschafteverhaltniffe ber Abbauenden bei Baldtheilungen, I. 372, II. b. 129. — Abfindung durch ans bere Bodengattungen als Balbstude, I. 372, II. b. 129. — Rosten ber Forsttheilungen, I. 618, II. b. 129. - technische Grundfate für Balbtheilungen, II. b. 129. — öffentlicher Berfauf jum Zwecke der Waldtheilung, I. 322, 372-374, II. b. 129. - Anweisung eines Diftritte jur Abholzung, I. 322, 374-376, II. b. 129.

Fossilien, in wieweit fich bas Eigenthumsrecht bes Stellenbesiters barauf erftreckt, I. 183, II. a. 683 ff. — Begriff von Fossilien, II. a. 688. — Landes:

u. Provinzial-Gefetgebung barüber, II. a. 689 ff.

Fouragelieferung, II. s. 89.

Frangofische Departemente (Lanbestheile ber vormaligen), Gefetgebung über bie ben Grundbefit betr. Rechtsverhaltniffe und die Realberechtigungen, I. (LXXXVII.), I. 247, 248 ff., II. a. 845 ff. — Ueberficht bes betr. territorias len Gebiete, II. a. 863 ff. - fruhere Rechtszustande bes Grundbefiges, II. a.

869 ff. — während der Fremdherrschaft, II. a. 878 ff. — Agrargesetzgebung ber Zwischenzeit, II. a. 885, 886 ff. - Grundsteuer-Gefetgebung, II. a. 890. gewerbliche Berhaltniffe betr., Il. a. 890 ff. - Siftirung und Aufhebung ber frembherrlichen und Einführung ber Preuß. Agrargefetgebung, II. a. 894 f. - Rechte bes bauerlichen Grundbefiges, II. a. 960 ff. - Bebingungen bet Gigenthumserwerbung, II. a. 963 ff. - beren Gegenstande, II. z. 964 ff. -Beitpachtverhaltniß, II. a. 967. — Bauhülfe und Remissionen, II. a. 972. — Beschränkungen bes Dismembration, II. a. 973. — besgl. wegen bes heim fallsrecht, II. a. 974. - Gigenthumserwerbung ber beschränften Erbpächter II. a. 975 ff. - in Betreff ber Leibe u. Beitgewinngüter, II. a. 983 ff. -Reallasten-Berhaltniffe, II. a. 990 ff. — Laubemien, II. a. 991 ff. — Brafumtionen für ober gegen die Fortbauer ber Reallaffen, II. a. 993 ff. -- Gins führung neuer Dienste, II. a. 997 ff. - bauerliche holzungen, II. a. 998 ff. Ausbebung der steuerartigen und gewerblichen Abgaben, II. a. 1001 ff. lehnsherrliche Rechte, II. a. 1007, 1015 ff. — Zwangs: und Bannrechte, II. a. 1008 ff. - Behnten, II. a. 1010. - Martenrechte, II. a. 1010 ff. -Bauerlehne, II. a. 1016 ff. - Grundsteuer und Fünftelabzug, II. a. 1018 f. Gewährleiftung für aufgehobene Rechte, II. a. 1027 ff. - Erwerbung ses Dienstbarkeiten burch Berjahrung, II. b. 184.

Freibantsguter, II. a. 1004. - im Münfterlande, II. a. 877.

Freibauern, I. (XII., XV.)

Freie, I. (VIII.)

Freiheit, f. Guterverfehr.

Freigartner, in Schlefien, I. (XXXII.)

Freige bing egelber, II. a. 1003.

Freischulzen, l. (XXVI.)

Freigerichte, I. (XII).

Freiftuhlegüter, II. a. 1004. — im Münsterlande, II. a. 877.

Freizine, II. a. 284, 483. Frohnben, s. Frohndienste.

Frohnbienste, in Schlesten, I. (LXXVII). - in den vormale Königl. Bestrhäl, Großherzogl. Bergischen und Französ. Lanbestheilen, II. a. 887, 888, 892, 950 ff. — in ben vormals Raffauischen Lanbestheilen, II. a. 934. — ber Gemeinden in den vormals Konigl. Bestphal., Großherzogl. Bergischen u. Franzos. Landestheilen, II. a. 958.

Fructus jurisdictionis, Begriff, II. a. 403.

Fruchtzehnt, f. Natural=Fruchtzehnt. Fuhrtoften Liquidationen, I. 765, 817 ff. - Bertheilung der für Rommiffarien gemeinschaftlich aufzubringenden Reisekoften, I. 817. - ber ale Gpe zial-Rommiffarien fungirenden Affessoren, I. 817, 818. — ber als Rommiffarien fungirenden Geometer, I. 819. - ber Dekonomie-Rommiffarien, I. 819. f. Reisekoften.

Funbal. Dbfervang, f. Befigveranberungeabgaben.

Fünstelabzug, fremdherrliche Gesetzebung, II. a. 1018 ff. — Preußische Gesetgebung, II. a. 1019 ff. - großherzogl. Beffische Gesetgebung, I. (XC). in den pormale Königl. Bestphal., Großherzogl. Bergischen und Franzes. Lanbestheilen, besgl. im Berzogthum Westphalen, II. a. 579, 890, 893, 897, 901, 915, 918 ff. - in ben vormals Raffauischen gandestheilen, II. a. 938, 939.

Fürftbifchof, Rezegvollziehung I. 659, II. b. 431.

Futter-Getreibe, f. Inventarium.

Futterhafer, II. a. 1003.

G.

Ganfe=Bernpfen, Aushebung bes Rechts, I. 168, II. a. 279. Garben=Höfe, I. 173, II. a. 913, 929. Garben : Pacht, I. 173, II a. 913. Garnspinnen, II. a. 277, 280.

- Gartenbau, Berein zur Beforberung, II. b. 753.
- Gartners Lehranstalt, ju Potebam, II. b. 752, 753.
- Gebaube, Unterhaltungs- und Reparatur-Verbindlichkeit ber Gutsherrschaft, I. 182. II. a. 662, 667. schieberichterliches Verfahren babei, I. 182, II. a. 668, s. Feuerversicherung, Lehnwaare, Regulirung.
- Gebühren, Festsetzung berselben für Baubeamte, II. b. 332. Erstattung ber Gebühren ber Mandatarien, Konsulenten und Beistände, I. 785—790. ber praktischen Landwirthe und Dekonomie Rommissarien für Mandatarien und Assistenten-Geschäfte, I. 788. der Rechtsanwalte, I. 788, 789. Erstatzung der Kopialien, I. 789. s. Feldmesser, bischösliche Kommissarien, Kreisverordnete, Ober-Tribunal, Dekonomie-Kommissarien, Sachverständige, Schiedsrichter, Spezial-Kommissarien.
- Gebührenfreiheit, ber Verhandlungen über Deposition von Gelbern und Dostumenten in Auseinandersetzungs Angelegenheiten, I. 792. Befreiung von Kosten der Gerichte, I. 763, 794. gebührenfreie Ausstellung von Steuersattesten, I. 794. der Atteste aus den Hypothekenbuchern, I. 794. der Eintragung rückständiger Kosten der Auseinandersetzungs-Behörden, I. 795.
- Gefährschilling, II. n. 1004. Gefälle, s. Ablieserungsart.
- Gegenleiftungen, für unentgeltlich aufgehobene Leiftungen, I. 168, II. a. 301 ff.
 Ablösung deren Mehrwerthes, I. 177, II. a. 509 ff. Werthsermittelung Behufs Ablösung, I. 176, II. a. 506, 507. bezüglich ruhender, II. a. 507.
 s. Dreschgärtner: Verhältniß.
- Gehege, f. Ginhegung.
- Geiftliche Institute, f. Provofationerecht.
- Geißengelb, II. a. 1003.
- Gelaß, II. a. 258.

Ì

1

þ

j

Ì

- Gelbaubgaben, feste, beren Werthsermittelung Behufs Ablosung, I. 175, II. a. 483 ff. f. Bertheilung.
- Gelbrenten, feste, beren neue Konstituirung, I. 184, II. a. 705, 707. nach bem 2. Marz 1850 auferlegte, Ausschließung beren Ablösung durch die Rentenbansten und Verfahren bei Streitigkeiten darüber, I. 201. Beitreibung an die Stelle kirchlicher Natural Abgaben getretener, I. 206. für gewerbliche Rechte, deren Ablösung, I. 197, II. a. 534, 535. s. Geld Abgaben.
- Gemeinden, Gründung neuer, I. 125, 152—154, II. a. 192. Ginschränkuns gen des Güterverkehrs, II. a. 31. Erwerd von Grundstücken durch Dorfs gemeinden, II. a. 32. insbes. von Rittergütern, I. 50, II. a. 33. Wahrs nehmung ihrer Rechte bei Gemeinheitstheilungen und Auseinandersetzungen II. b. 288 ff. Form und Ausstellung ihrer Vollmachten, II. b. 311. Holzungsrecht, II. b. 134. s. Exekution.
- Gemeinde Abgaben, Nichtablöslichkeit, I. 169, II. a. 322, 346. Repartistion bei Parzellirungen, II. a. 119, 131. f. Kommunal Abgaben.
- Gemeinde-Angehörigkeit, Wirkung ber Dismembration in Bezug darauf, II. a. 141—143. — insbes. in den vormals Westphalischen Theilen der Provinz Sachsen, II. a. 142.
- Gemeinbes Badhaufer, II. b. 773.
- Gemeinbe=Dienfte, Richtabloelichkeit, I. 169, II. a. 322, 346.
- Gemeinde-Forsten, Naturaltheilung, II. a. 91. Berwaltung, I. 100—102, II. a. 91.
- Gemeinbegründe, Recht neuer Anbauer auf beren Rutung, II. a. 139. in Landgemeinden, Theilbarkeit 48, 53. Recht ber Theilnahme an beren Rutungen, II. b. 78, 79 ff.
- Gemeindelasten, Begriff, II. a. 347. Richtablöslichkeit, I. 169, II. a. 322, 346. f. Kommunal-Abgaben.
- Gemeinde: Bermögen, Theilung und Theilbarkeit, I. 314, 348, II. b. 47 ff.
 nusbares, U. b. 51 ff.
- Gemeinheiten, Begriff, I. 313, II. b. 1, 11, 12. Einführung neuer, I. 325, II. b. 180 ff. Ausschließung ber Verjährung als Mittel zur Erwerbung und Geltendmachung von Servituten und Gemeinheiten ber nach der Gem. Th. D. und dem G. v. 2. März 1850 ablösbaren Arten, I. 325, 393, II. b. 180 ff. Anwendung dieses Grundsases auf die Erweiterung schon bestans

Bestphalen, II. b. 183. — Erlöschung nach Emanation der Gem. Th. O. durch Bertrag entstandener Gemeinheiten, I. 394, II. b. 183. — provinzielle Bestimmungen für die ehemals Königl. Sächsischen und Französischen Landestheile, II. b. 184 ff. — Aushebung der nach Verfündigung der Gem. Th. O. entstandenen Gemeinheiten, II. b. 186. — Einschränfung bestehender Gemeinheiten, I. 325, II. b. 186 ff. — Kompetenzverhältnisse in dieser Beziehung, II. b. 187 ff., 191. — Zulässische einer vorläusigen Regulirung nach Absch., II. der Gem. Th. O., im Falle auf allgemeine Auseinandersesung provociti ist, I. 395, II. b. 189. — wer darauf anzutragen berechtigt ist II. b. 189. —

Berfahren, I. 397, II. b. 192. Gemeinheits=Theilung, allgemeine geschichtliche Darftellung ber betreff. Gefetgebung, II. b. 1. -- Gegenstände berfelben, I. 313, 328, II. b. 11 ff -Theilnehmungerechte, f. Theilnehmungerechte. - Bulaffigfeit partieller. II. b. 36, 56. — Borfchriften bezüglich der Theilbarkeit des Korporations und Gemeinde-Bermogens, I. 314, 348, II. b. 47 ff. - Theilunge-Grundfage, I. 318 ff., II. b. 91 ff. - Absindung ber Theilnehmer in gand, I. 319. und ausnahmsweise in Rente, insbes. auch im Falle die Landabfindung nicht zweckmäßig gegeben werben fann, I. 320, 356, II. b. 93, 103. — Berechnung und Abführung ber Renten, I. 319, 329, II. b. 94 ff. - Grundfase Betreffe ber Ablösung ber aus Gemeinheits : Theilungen entsprungenen Renten, II. k. 98. — insbesondere bezüglich der in den vor Rechtsfraft des Geses v. 2 Marz 1850 errichteten Rezessen sestgestellten, II. b. 101. — Erfordernis ber Errichtung neuer Rezesse über Rapital-Ablosung festgesetzter fefter Gelbrenten aus Gemeinheite Theilungen, II. b. 101. - Gintragung bes Borgugerechte ber Renten, II. b. 102, 103. - Aufhebung bes Bahlrechts ber Entschäft gungeart Seitens ber Belasteten bei Ablösung einseitiger Dienstbarfeiterechte, I. 320, 330, II. b. 104-115. - Grundfate hierüber bei Forftberechtigun gen, I. 330, II. b. 104-115. - Grundsteuer= und Abgaben=Regulirung, IL b. 173 ff. — Düngunge : und Bestellungefosten : Bergütungen. I. 320, 325, II. b. 116, 179, f. Düngungskoften : Bergütung. - Anspruch ber Pfarrer, Schullehrer und Rirchenbedienten auf Bergrößerung ihrer Birth: schaftsgebäude im Falle ber Landentschäbigung, II. b. 127, 179. — Einwir fung ber Gem. Th. auf Pachtverhaltniffe, II. b. 499. — Gefetgebung über Gemeinheitstheilungen in Neuvorpommern und Rügen, II. b. 8. - in ber Rheinproving, extl. ber Preise Rees und Duisburg, II. b. 9. - Berfahren in der Rheinproving, I. 684, II. b. 499 ff. - f. Grundsteuer, Militairs Fistus, Propotation, Schieß: und Exercierplage, Separas tionen.

Gemeinheites Theilunges Ordnung, v. 7. Juni 1821, I. 313. — Gefchiche ihrer Entstehung, II. b. 3. — Umfang ihrer Gültigkeit, II. b. 5, 11. — Ergänzund Aband. durch das G. v. 2. März 1850, I. 328 II. b. 7. — Gem. Th. D. für die Mheinprovinz, exkl. der Kreise Rees und Duisburg, und für Resporpommern und Rügen, v. 19. Mai 1851, I. 398, II. b. 195 ff.

Gemeinheite Eheilunge : Renten, deren Werthsermittelung Behufs Able-

fung, II. a. 379. — f. Renten.

Gemeinschaftliche Interessen, in Auseinandersetzungssachen, Beschlüsse bar über, I. 416, 455, II. b. 317 ff. — Begriff von "gemeinsamen Interesse", I.

529, II. b. 318. — Erforderniffe ber betr. Befchluffe, II. b. 319.

Gemeinweiben, Bestimmung der Theilnehmungsrechte, I. 315, II. b. 65 ff. — insbes. nach dem Besitsstande, I. 315, II. b. 66 ff. — Begriff des zehnjährigen Besitsstandes, II. b. 66. — nach dem Durchwinterungs » Prinzip, I. 316, II. b. 66 ff. — Bereinigung des Prinzips des Besitsstandes und der Durchwinterung, II. b. 67 ff. — Ausmittelung des Maaßes und Umfanges der Weideantheilung der einzelnen Interessenten, II. b. 72 ff. — Berückschigung des Futters von Landereien, die nicht Zubehör des berechtigten Gutes sied, insbes. von Pachtlandereien, dei Berechnung des Maaßes und Umfanges der Theilnehmungsrechte, II. b. 74. — Berückschigung des Futters von Zehnten, II. b. 76. — Werthsermittelung der Schaasweiden, II. b. 76, 77. — Berücksschigung neuer Andauer, II. b. 78 ff. — Theilnahme unangesessen und Wirthe, II. b. 80, 81. — auswarts wohnender Personen, II. b. 80. —

ber Pfarrländereien, II. b. 80. — Anrechnung der besonderen Weiden, I. 317, II. b. 81. — schiederichterliche Feststellung des Umfanges und der Ergiebigsteit der Nebenweiden, II. b. 82, s. Nebenweiden. — Verminderung der Absindung der Dienstbarkeitsberechtigten bei Unzulänglichkeit der Gemeinweide, II. b. 84.

General . Bevollmächtigte, Zulaffung ber Rechtsanwalte als solche, II. b. 316.

General-Rommissionen, Darstellung des Ganges der Gesetzgebung über der ren Organisation, I. 17, II. a. 12. — Uebersicht der bestehenden, II. a. 18. — innere Einrichtung, II. b. 269 ff. — Stellung zu den Ober-Prassdenten, II. h. 272, 275. — Bertretung des Direktors, II. b. 273. — Anordnung des formellen Geschäftsganges, II. b. 273. — f. Auseinandersetzungs-Behör: den, Definitiv-Entscheidungen.

General=Berhanblung, I. 417, 419, II. b. 323, 324.

Genoffenschaften, f. Entwafferunge: Genoffenschaften.

Geometer, Reisekosten ber als Kommissarien in Auseinanbersetzungs-Sachen funs girenben, I. 819. — f. Feldmesser.

Gerechtigkeiten, im Gegensate ber Grundgerechtigkeiten und Realberechtigungen,

II. a. 349. — bes öffentlichen Rechts, II. a. 350.

Gerichts Behörden, Kompetenz in Dismembrations Angelegenheiten, II. a. 144 ff., 173 ff., 185. — Rompetenz zur Einziehung von Rühlenabgaben, II. a. 805. — Resortverhältniß zu den Auseinandersetzungs Behörden, I. 480, 481, II. b. 275, 276. — s. Kompetenz, Ressortverhältnisse.

Gerichtsgefälle, f. Sporteln.

Gerichtsfuhren, II. a. 278.

Gerichtshafer, II. a. 264.

Ì

į

ļ

ı

ŧ

ŀ

-

ţ

Į

ţ

١

ţ

ł

ţ

Ţ

ţ

)

j

ţ

ł

ł

ſ

١

1

Gerichtskoften, Abgaben, welche beren Ratur haben, I. 168, 174, II. a. 266, 425 ff. — in Auseinandersegunge: Sachen, I. 763, 794, 795.

Gerichtssporteln, f. Sporteln.

Gefcloffene Gewässer, f. Borfluth.

Geschoß, aufgehobene Abgabe, II. a. 288, 1004.

Beschworene, Funktion ber Rathe ber Auseinandersetzungs-Behörden, besgl. ber Dekonomie-Kommiffarien als folche, II. b. 241.

Gefellschaftslaften, f. Societatslaften.

Gestüts: Sachen, 1. 2, II. a. 6.

Betheiltes Gigenthum, f. Gigenthum.

Getreide: Renten, rechtsverbindlich stivulirte, beren Werthsermittelung I. 172, II. a. 379. — welche bei Gemeinheitstheilungen zur Ausgleichung gegeben werden II. a. 379. — welche laut rechtsverbindlicher Festsehungen in Gelbe abzuführen II. a. 380.

Gevatterschaftsgelb, II. a. 1003.

Bewandfall, II. a. 258.

Gewandtheil, II. a. 258. Gewässer, f. Borfluth.

Gewerbe, freie Bahl, I. 34, II. a. 39.

Gewerbe: Abgaben, Begriff und Rechtsvermuthungen, II. a. 776 ff. — inwiesfern fie aufgehoben, II. a. 65 ff. — welche für Grund: und Gewerbe: Abgaben zu erachten, II. a. 66 ff. — Einfluß der hypothekar. Eintragung, II. a. 72. — f. Kompetenz.

Bewerberechtigungen, f. Gewerbegerechtigfeiten.

Gewerbegerechtigkeiten, in wiefern sie aufgehoben ober ablösbar, I. 196, II. a. 350.

Gewerbes Bine, f. Gewerbes Abgaben.

Gewerbliche und handwerksmäßige Abgaben und Leistungen, beren Werthsermittelung Behufs Ablösung, I. 176, II. a. 504 ff. — f. Abgaben, Gelbrenten.

Gewerte, f. Bollmachten.

Gewinngelb, I. 173, 174, II. a. 388, 393, 472, 913, 991, 992.

Bewinnrecht, auf bauerlichen Befigungen bemeierter Cheleute, II. a. 965.

Giebelschoß, I. (XXVI).

Gilben, s. Bollmacht.

Gläubiger, eingetragene, Zuziehung zur Auseinandersetzung, II. b. 447 ff. — Benachrichtigung von Kapitalsabsindungen, s. Rapitals Abfindung. — Recht in Betreff der Verwendung der Kapitalsabsindungen, s. Kapitals. abfindung.

Glebae adscripti, I. (XVIII). Glodenthaler, II. a. 1004.

Gnaben Monat, für die hinterbliebenen der Dekonomies Kommiffarien, I. 509, II. b. 298-299.

Gogramenhafer, II. a. 1003.
Gogramenhühner, II. a. 1003.

Graben, Berbindlichkeit zur Unterhaltung, Raumung und Auskrautung, II. b. 593—595. — Rechtsweg, II. b. 596. — Interimistitum, II. b. 596 ff. — Rosten polizeil. bewirfter Raumung, I. 844—846, II. b. 597, 598. — Rosten neuer bet Gemeinheitstheilungen, I. 358, 359, II. b. 117, 119. — Anlegung bei Gemeinheitstheilungen, I. 321, II. b. 119. — s. Raumung.

Graben. Schauen, I. 895, H. b. 602, 742.

Grabens und Schaus Drbnungen, II. b. 574. Gras, Berechtigung zum Pflücken, Ablösbarkeit, I. 328, II. b. 13. — Theil nahmerechte, I. 328, 329, II. b. 59, 60.

Grasschnitt, Berechtigung, Ablösbarfeit, II. b. 12.

Grafereiberechtigung, als Gegenstand ber Gemeinheitstheilung, I. 328, II. b. 12, 23. — Theilnahmerechte, I. 328, 329, II. b. 59, 60. — auf Forsten rushende Grafereiberechtigungen, I. 330, s. Walds Berechtigungen.

Gratial: Guter, in Westpreußen, I. (XLV).

Gratifitationen, für ausgezeichnete Rommiffarien und Feldmeffer, 1. 767, 821.

Gräwenfutter, II. a. 1003.

Grawenhafer, II. a. 1003.

Gräwenhühner, II. a. 1003. Gräwenwicken, II. a. 1003.

Grenzberichtigung, bei Regulirungen ac., Berfahren babei, I. 533, 587, II. b. 323. — bei Gelegenheiten von guteherrl.:bauerl. Regulirungen, I. 406, 440,

Greng=Regulirung, f. Grenzberichtigung.

Grenzsteine, beren Setzung bei Separationen, I. 587, II. b. 390. — Roften neuer, II. b. 117.

Grengftreitigkeiten, Kompetenz ber Auseinandersetungs-Behörden, I. 440, II. b. 246, 247.

Gruben, jur Ergforberung, I. 183, II. a. 697 ff.

Grund Abgaben, welche bafür zu erachten, II. a. 66 ff. — Rechtevermuthung, II. a. 776 ff.

Grundbesit, bauerlicher, Rechte beffelben in den vormals Königl. Bestphal., Großherzogl. Bergischen und Franzos. Landestheilen, II. a. 959 ff. — s. Grundstude, Juden, Mennoniten, Quader, Separatiften.

Grundeigenthum, Ausbebung ber nus ber früheren Berfassung entspringenten Beschränkungen, I. 91, II. a. 80. — welche Beschränkungen barunter begriffen, II. a. 82 ff. — Bererbung ber Rustikalstellen, II. a. 82. — s. Auslander, Güterverkehr.

Grundgeld, Einfluß bieser Bezeichnung auf die Natur ber Abgabe, II. a.

Grundgerechtigkeiten, Begriff. II. a. 323. — Nichtanwendbarkeit des Ablös Ges. v. 2. Marz 1850 auf solche, I. 169, II. a. 351. — Erwerb durch Berziährung gegen den Erbpächter, II. a. 239. — Uebertragung von einem berechtigten Grundstücke auf das andere, II. a. 143, 144, II. b. 28, 29. — inebest in wiesern sie dei Dismembrationen auf die Trennstückserwerder mit übergehen II. a. 143 ff. — in wiesern sie ablösdar, II. a. 323. — ob Einmiethe in Königl. Forsten zum Brennholz für solche und für ablösdar zu erachten, II. b. 22. — Ablösdarkeit der Berechtigung der bäuerl. Wirthe, das Golz aus gutschertl. Walbe für billigere Preise vor Fremden zu kaufen, II. b. 22. — des ausschließlichen Golznuzungsrechtes, II. b. 22, 23. — der Berpstichtung des Fistus zur billigeren Gewährung des zum Bergbau nöthigen Golzes, II. d. 23. — Ablösbarkeit der den Mediatisiten durch Staatsverträge überwiesenen

und garantirten, II. b. 27. — nothwendige Aufhebung fulturschädlicher bei Gemeinheitstheilungen, I. 324, II. b. 169. — welche darunter begriffen, II. b. 169. — Grundgerechtigkeiten auf Forsten, f. Forst dien ft barkeits . Bes

rechtigungen.

Grundsteuer, Grundsate barüber, insbes. bezüglich der Umschreibung bei Ablös sung von Reallasten und guteherrl. känerl. Regulirungen, I. 178, 207, II. a. 571 ff., 725. — Richtersorderniß der Umschreibung bei Regulirung von Laßs gütern, II. a. 674. — Grundsate hierüber bei Gemeinheitstheilungen, I. 185, II. a. 576 ff., II. b. 173 ff. — desgl. für die Domainen Behörden, I. 207, II. a. 580. — die westlichen Landestheile insbes. betreff., I. 178, 207, II. a. 579 ff. — Repartition bei Dismembrationen, I. 92, II. a. 90. — Verfahren in dieser Beziehung, I. 123, II. a. 118 ff., 131, 153 ff., 177, 178. — Resserverhältnisse dabei, II. a. 131 ff.

Grundsteuerfreiheit, beren Uebergang auf Erwerber kontributionsfreier Ritters

gutsparzellen, II. a. 141.

Grundsteuer-Gesetzgebung, in ben vormals Königl. Westphälischen, Großs herzogl. Bergischen Landestheilen und den vormals Französischen Departes ments, II. a. 890, 892, 1018 ff. — in den vormals Nassauischen Landestheilen II. a. 933, 935. — in dem Gerzogthum Westphalen II. a. 915, 1020 ff. — im Fürstenthume Siegen, II. a. 1020 ff. — für den Kreis Wessar, II. a. 930.

Grundsteuer=Rataster, I. 173, II. a. 72, 73.

Grundsteuerpflichtigfeit, f. Landschullehrerstellen.

Grundsteuerumschreibung, f. Grundsteuer.

Grundsteuer Berfassungen, II. a. 630 ff. - f. Grundsteuer Gefets gebung.

Grundstücke, erbliche Ueberlassung berselben ift nur zum vollen Eigenthum zus lässig, I. 184, II. a. 702 ff., Bertheilung, Bulässigkeit, I. 34, II. a. 42. — s. ArmensAnstalten, Beamte, Fiskus, Gemeinden, Grundbesit, Güterverkehr, Kirchengesellschaften, Korporationen, Kredits Direktionen, Schulen, Universitäten, Bertheilung.

Grundtaren, f. Bauerguter.

Grundgins, Dinglichfeit ohne Gintragung, IL a. 63. - f. Bins.

Gülten, II. a. 1004.

1

ĺ

1

ļ

Ĭ

Ì

1

Butachten, dionomischetechnische, I. 110, II. a. 108 ff. — dionomische, ber Gen.s Rommissionen, II. b. 245. — Borlegung an die Partheien, I. 541—542, II. b. 327.

Gutereloh, Agrarrechteverhaltniffe, II. a. 877.

Guterverkehr, Freiheit besselben, I. 33, II. a. 29. Gutsherrlich: bauerliches Verhaltniß, Begriff und Feststellung eines solschen, I. 220, II. a. 551 ff., 555, 610, 611 ff. — s. Regulirung.

Bute : Parzellen, Beräußerung gegen Unschadlichkeiteatteft, II. a. 43.

Guteüberlassung, II a. 391.

Guteunterthanigkeit, f. Leibeigenschaft, Unterthänigkeite Berhalt = nif.

Symnafien, Grunderwerb, II. a. 34. — Ablöfung ber Reallaften, II. a. 569.

Ş,

Sadftreu, II. a. 99.

Bahnenhafer, II. a. 1004.

Salber fabt (Fürstenthum), Berpachtungen an Auslander, II. a. 97. — Felds Drbnung II. b. 705, 709.

Samfter, Bertilgung, II. b. 751.

Sandgeld, II. a. 388.

Pandwerkszins, f. Gewerbe-Abgaben.

Sanfbau, f. Blachebau. Sanfrothen, II. b. 760.

Bargicharren, Ablösbarkeit ber Berechtigung, I. 328, II. b. 13, 23. — unbes fugtes, II. b. 24.

```
Sauberges Drbnungen, in einigen westlichen ganbestheilen I. (XCIV.), II. b.
    192, 747. — beren fortbauernbe Gultigkeit, II. b. 743.
hauberge-Wirthschaften, f. Siegen.
Saulander, II. a. 553.
Saulandereien, f. Laubemialpflicht.
HauptsUrbarien: Rommission, in Schlesien, I. (LXXVI.)
Pausgenossenzins, I. (XI.)
Sausleute, herrschaftliche, in ber Nieber:Laufit, II. a. 615.
Bebammenfuhren, I. 168.
Debe, II. a. 511, 674.
Debungstermine, I. 103, 104, 105.
Beergewebbe, II. a. 258.
Sehlhafer, II. a. 1003.
Sehl= und Gemeinbegelb, II. a. 1003.
Beibehieb, f. Blaggens, Beibes und Bultenhieb.
Beibelbeeren, Recht zum Sammeln, II. b. 169.
Seidemiethe, II. a. 260. — rechtliche Ratur, II. b. 22, 137, 142.
Deiligenstadt (Rreis), Laggrundstude, II. a. 871. — Berbot bes Rachthutens,
    II. b. 709. — Tilgungekaffe, I. 752, II. b. 520, 565, f. Tilgunge:
    taffen.
Beimfallerecht, Begriff, II. n. 974 ff. - Bererbung ber bem Beimfalle unter
    worfenen Grundftude, II. a. 849, 902. - Ablofunge:Borfdriften bes beim:
    fallsrechtes in ber Proving Weftphalen, II. a. 849. - Beimfallsrecht in ben
    pormale Frangof. Lanbestheilen, II. a. 887. - im Bergogthum Beftphalen,
    II. a. 913, 920. — Beschränkungen der Disposition wegen beffelben IL a.
     974. — Ausbebung, I. 167, II. a. 241, 959, 960.
Heirathe=Ronsens, s. Dekonomie=Rommissarien.
Dengsttöhrungen, f. Röhrungen.
Bengftreiten, Berbot, II. h. 755.
Perford (Stift), frühere Agrarrechtsverhaltmiffe, II. a. 872.
Perkommen, Begriff nach S. 74. des Ablos. Ges., II. a. 615, 618 ff.
Heriotum, II.a. 258.
Derrenhühner, II. a. 1003.
herrenrinbergelb, II. a. 1004.
Destorn, II. a. 267.
Heuerlingsgelb, II. a. 958.
Heuschrecken, Bertilgung, II. b. 752.
hinterpommern, Grundsteuer-Verfassung, II. u. 630, 632. — hufen-Kontribe-
    tion, II. a. 632. - Gofgerichtsgelber, II. a. 632. - Landreiterhebungen, H.
    a. 632. — Calzsuhrgelber, II. a. 632. — Superintenbentengefälle, IL. a. 632.
    — Stifterendantenhebungen, II. a. 632. — Ravalleriegelber, II. a. 632. —
    Biehs und Zuschubsteuern, II. a. 632, 633.
hinterfättler=Stellen, in der Prop. Sachsen, I. (LVIII.)
Birten, beren Tuchtigfeit, II. b. 721. - Gutungefrevel bei erfolgter Beftellung
    solcher II. b. 722. — hirten ber hutungsgenoffenschaften, II. b. 723.
hirtenlohn, II. a. 260. — Wegfall bei Aufhebung ber hutungsgemeinheit, II.
Sochzeiten, Abgaben, II. a. 280.
Sochzeitefuhren, I. 168.
Dochainfer, in ber Memeler Rieberung, I. (XLVIII.)
hobegerichte, I. (LXIX.)
Bobs: und Behandigungs: Guter, I. (XII., LIX., LX., LXIX.), II. a. 956.
    987. - beren Rechteverhaltniffe, II. a. 946. - inebef. in ben Stiftern Gfen
     und Werben, II. a. 874. - in ber Graffchaft Recklinghaufen, II. a. 877. -
     Ablofung ber Reallasten, II. a. 534.
Bofesgemeinben, I. (XII.)
hofestinber, f. Rolonate.
Cofforige, I. (VIII.)
Bofhorigfeite: Guter, beren Berhaltniffe, II. a. 946. - in Beftphalen, L
     (LX., LXVIII.), II. a. 874, 956.
Sofichlachtereien, Maagregeln bagegen, II. a. 152 ff.
```

Hofwehr, Ermittelung II. b. 323. — Nichtberücksichtigung bei Regulirungen, I. 181, 182, II. a. 659, 665. — Nichtverpflichtung der Guteberrschaft zu beren Ersas nach Anbringung der Provokation, I. 183, II. a. 702.

Sobenstein (Graffcaft), Erbzineguter, II. a. 231, 870.

Hohenzollern Dechingen, Suspension der Ablösung von Rirchen , Pfarts und Schulabgaben, Allemands und Rleinzehnten, II. a. 349.

- Hohenzollernsche ganbe, Be= und Entwafferung, II. b. 572, 575.

Bollanber, II. a. 553.

holz=Berechtigung, f. Grundgerechtigkeit, Bolzunge: Gerechtigkeit.

Holzbevastation, II. a. 94.

Holz-Fixation, Befugniß des Waldeigenthümers dazu, II. b. 143, 145. — Bus lässigkeit der dritten Instanz bezüglich der Frage, ob der Antrag auf Holzsstration statthaft, II. b. 383. — Versahren bei der Holzstration, II. b. 148, 189 ff.

Bolg-Rugungerecht, II. b. 22. - Ablösbarfeit, II. b. 22, 23.

Holzpreis, welcher bei Abschatzung von Servitutrechten zum Grunde zu legen, I. 383, II. b. 164.

Solztare, II. b. 164.

Holzungen, bauerliche, in ben vormale Konigl. Weftphal., Großherzogl. Bergisichen und Frangofischen Landestheilen, II. a. 998 ff.

Holzungs : Gerechtigkeit, Begriff, II. b. 130. — unbestimmte, II. b. 130 ff. — Bauholy-Berechtigung, II. b. 132 ff. — Golzungerecht einer Gemeinde, II. b. 134. — Art und Weise ber Ausübung in Konigl. Forften, II. b. 135. — Beobachtung ber forstpolizeilichen Anordnungen, II. b. 135. — Raff: u. Lefe: holz-Gerechtigfeit, II. b. 136 ff. — Grundfate über deren Erwerb u. Erweis terung burch Berjahrung, II. b. 136. - Rechteverhaltnig ber Beibemiether, II. b. 137. - f. Deibemiether. - Berbot ber Aerte, Beile zc. bei Queübung ber Raff= u. Leseholzgerechtigkeit, II. b. 141. — Borschriften bezüglich ber Polzungsberechtigten bei Unzulanglichkeit bes Balbes, II. b. 142. — Aufhoren bes Rechtes, II. b. 143. — Polz-Fixation, II. b. 143. — Befugniffe ber Berechtigten in Betreff bes ihm angewiesenen Golzes, II. b. 143. — Golzungegerechtigkeit zum Berkaufe, II. b. 148. — auf bas Beburfniß fich er ftredenbe, II. b. 148. — Ablosbarkeit ber Holzgerechtigkeiten, II. b. 22. — Grundfaße für die Werthsermittelung u. Ablösung, II. b. 148 ff. — insbes. Brennholz-Berechtigungen, H. b. 149. — Abfindunge - Modus, I. 330, II. b. 152 ff. — Theilbarkeit ber Holzberechtigungen bei Dismembrationen, II. a. 143, 144.

Holzverkaufe, Rechte ber Realglaubiger u. Fibeifommiß = Berechtigten, II. a. 92 — 94.

Bolg:Behnten, II. a. 930.

Hordenschlag, Begriff, II. b. 171. — Ablösung, II. b. 171, 172. — im Magbeburgischen, II. a. 85.

Borigfeiteverhaltniß, I. XIII., XXIV.)

Borns und Rlauenfcog, in Westpreußen, II. a. 631.

Höxter (Kreis), Renten-Tilgungs-Raffe, I. 744, II. b. 520, 565, f. Tilgungs-

Hoperswerda (Kreis), Umzugstermin der Schäfer u. Schäferfnechte, II. b. 759.

Bubeberechtigte, im Bergogthume Bestphalen, II. b. 192.

Sufengelb, in Breußen, I. (XLV.)

Hufen = Rontribution, in Westpreußen, II. a. 630. — in hinterpommern, II. a. 632. in Alt-Borbommern, II. a. 633.

Sufenschoß, I. (XXVI.) Sühnergelb, II. a. 1003.

Hulbigungseib, beim Erwerb von Rittergütern, I. 49, II. a. 31. — an Ansbere, als bas Staatsoberhaupt, I. 45, II. a. 225, 311. — Berpflichtung bes Basallen zu beffen Leistung aufgehoben, II. a. 311. —

Hülfsarbeiter, ber Auseinandersetzungs Behörden, Genehmigung des Ministerriums zu deren Beschäftigung, II. b. 241. — bezüglich der Subaltern-Beamsten, II. b. 243. — ökonomische, II. b. 300 ff. — technische, Remuneration, I. 764. 811.

Sulfeschreiber, bei ben Auseinandersetzunge-Behörden, II. b. 243.

Bulfesteuer, II. a. 285. hundeatzung, II. a. 267. hundebrobte, II. a. 267. Sundegeld, II. a. 1003. Bunbehafer, IL a. 267. Bunbeleit=Dienfte, II. a. 267. Sundezine, II. a. 267. Buten bes Biebes, II. a. 107. - f. Feld:Bolizei:Drbnung. hutfreies Drittel, beffen Ausweisung, I. 93, 327, II. a. 98, II. b. 194. Hüttenarbeiter, in ObersSchleffen, IL a. 615, 616. Butungsablösung, in Forften, f. Forften. Butungsgenoffenschaften, f. Feld=Polizei=Ordnung. Butunge: Rontraventionen u. Beibefrevel, Il. b. 705. - Berfahren barüber vor Erlag ber Feld:B.D., II. b. 715. Butungerechte, Theilbarkeit bei Dismembrationen, IL a. 143, 144. Dutungstermine, I. 103, 104, 105. Butunges u. Beibes Ordnungen, I. 326, 396, 397, IL b. 189 ff. Sphotheken = Behörden, Rompetenz in Dismembrationsangelegenheiten, IL a. 144 ff. — Berfahren berfelben in Bezug auf Abschreibung ber Trennftude I. 122, II. a. 145 ff., 173 ff.

Sphothekenbücher, Berichtigung n. Einrichtung zur Ausführung der Auseinsandersehung, I. 451, II. b. 390 ff., 432—435. — Bersahren dabei I. 578, 579, II. b. 390 ff. — Kontrolle der Gerichte, I. 588, II. b. 391. — Inhalt der Eintragungen, I. 589 ff., II. b. 391 ff. — Eintragung der Separat=Rezeste von Ländereien verschiedener Jurisdiftion, I. 595 II. b. 396.

Sphotheken : Glaubiger, Buziehung gur Auseinanderfepung im Salle einer

Sequestration, II. b. 423. — s. Glaubiger.

421, 422.

3.

Jagb=Abgaben, ob solche aufgehoben, II. a. 268. Jagbbotendienste, U. a. 267. Jagd Dienste und Leiftungen, Aushebung, I. 168, II. n. 266 ff. Jagbbistrikte, Theilung gemeinschaftlicher, L (CXV.) Jagbfrohnben, Aufhebung in ben vormale Rgl. Bestphalischen Landestheilen II. a. 893. Jagbgeld, Il. a. 267, 274. Jagbgerechtigfeit, II. a. 701, 928, II. b. 171. Jagbhunde, Fütterung, II. a. 267. Jagbpolizei: Sachen, Reffort, I. 4, 5, II. a. 7. Jagbrecht, II. a. 1015. — bes Erbverpachtere, II. a. 311. Jagbzine, II. a. 267. Immittirte Glaubiger, Buziehung zur Auseinandersehung, I. 445, II. b. 424. — Propokation auf GemeinheitesTheilung, I. 314. Immunitaten, I. (XV.) Indigenat, II. a. 29. Industries Garten, II. b. 752. Industries Steuer, II. a. 1003, 1005. Informations: Ertheilung, Folgen unterlassener, I. 527, II. b. 317. Infolat, II. a. 29. Insinuation, ber Borlabungen, I. 415, II. b. 310. - Gebühren bafur, I. 784, II. b. 310. - ber Erkenntniffe ber Auseinanbersehungs : Beborben, I. 427, 563—565, II. b. 346 ff. Inftleute, beren Rechtsverhaltnig, II. a. 615. Inftruttion, ber Streitpuntte und in wiefern folde ausgesest werben fann. L 420, 443, II. b. 324 ff., 421. Inftruttionen, technische, ber Auseinandersetungs : Behorben, I. 444, II. b.

Interessenten der Auseinandersehung, unmittelbare und entferntere, II. b. 447.

Grundsate über beren Zuziehung II., b. 447 ff. — öffentliche Bekanntmachung ber Auseinandersetzung im Interesse ber entfernteren, II. b. 449 ff. — Folgen ber Nichtmelbung, II. b. 451. — s. Lehnes und Fibeikommißfolger,

Wieberkaufsberechtigte.

Interimistikum, in Auseinandersetzungs-Sachen, Befugnist der Kommissarien resp. ber Auseinandersetzungs-Behörden zur Regulirung, I. 426, 447, II. b. 339—344. — Rekurs, II. b. 342 ff. — in Dienstablösungs-Sachen insbes., I. 655, II. b. 344. — Behufs Konservation der Holzbestände, I. 559, II. b. 344. — Betress Ausübung der Hütung, II. b. 344. — s. Ausführungstermin. Regulirung des Interimistikums bezüglich laufender Leistungen, insbesond, bei Rühlenabgaben, I. 241, II. a. 843, II. b. 344. — bei Regulirung des Wasserstandes und Merkpfahlsetzung, II. b. 588. — polizeiliche Regulirung in Borstuths-Sachen, I. 843, II. b. 591 ff. — Vollstreckbarkeit, II. b. 592. — Regulirung des Interimistikums in Dismembrations-Sachen, I. 124, II. a. 185 ff.

Interimewirthe, II, a. 638.

Inventarienstücke, f. Abschähung.

Inventarium, Behuse ber ersten neuen Einrichtung, II. b. 485. — inebes. Sas mens, Futters und Brodts-Getreibe, I. 664, II. b. 485. — s. Lehnwaare.

Irrthum, Einwand gegen ben bestätigten Rezes, II. b. 360, 361.

Juben, Erwerbefahigfeit in Bezug auf Grundbefit, II. a. 35.

Jubenschap, II. n. 1003.

ţ

1

1

į

1

Jubifate, rechtsfraftige, beren Wirfung in Bezug auf Ablösungen ober Regulis

rungen, I. 185, II. a. 735 ff., 739.

Juris diktions zins, II. a. 284. — in wiefern folder für aufgehoben zu erachsten, II. a. 94, 263. — Berträge über Jurisdiktionszinsen II. a. 74, 262. — Bertheilung bei Dismembrationen, II. a. 158.

Jus collectandi, II. a. 286.

Bustitiarien, bei ben Auseinandersetzungs-Behörden, s. Auseinandersetzungs-Behörden. — Uebertragung technisch schwieriger Auseinandersetzungen an bieselben, 1. 480, 11. h. 274.

Juftig-Affessoren, f. Affessoren.

Justizbeamte, Uebernahme von Aufträgen in Auseinandersehungs-Sachen, I. 235, II. a. 758. — Theilnahme an Auseinandersehungs-Geschäften, II. b. 301 ff. Remuneration ber als Spezial-Rommiffarien beschäftigten, I. 764, 811.

R.

Rabucitätsklagen, auf Abmeierung und Entsehung des Wirths in den vors mals Königl. Westphäl. Landestheilen, II.a. 971.

Ralenben : Abgabe, II. a. 158, 182.

Ralfulatur=Arbeiten, Gebühren, I. 785.

Ralf: und Steinbruche, I. 183, IL a. 683 ff. — Borbkhalt gemeinschaftlicher Benutung bei Separationen, I. 321.

Kammerei: Bermögen, Theilung, I. 314, 348, II. b. 48 ff., 52.

Ranale, Berhutung ber Berunreinigung, II. b. 642, f. Bafferabguge.

Ranon, Nichtberechtigung bes Erbverpachters ober Binsberechtigten zur Erhöhung I. 167, II. a. 242. — vertragsmäßige periodische Erhöhung, II. a. 243. — f. Erbzins.

Ranoniften, in ben Graffcaften Wittgenftein, II. a. 924, 927.

Rangleis Tare, f. Schlefien.

Rapitalien, inwiefern beren Runbigung ausgeschloffen werben barf, I. 184, II. a.

705, 708 ff. — unfunbbare, I. 184, II. a. 708 ff.

Rapitals-Abfindung, Sicherstellung der Rechte dritter Personen bei Absins dungen in Kapital, II. b. 457 ff. — Richtbenachrichtigung der Lehnes und Videikommissolger und Anwarter, sowie der Wiederkaussberechtigten, II. b. 460. — Benachrichtigung der Hypothekengläubiger und andern Realberechtigten II. b. 461 ff. — Fälle, wo es solcher nicht bedarf, II. b. 461. — Verwarsnung dabei, II. b. 462. — Eintragung eines vorläufigen Vermerks im Sypos

thekenbuche im Falle einer Kapitalsabsindung, II. b. 465. — Art der Berwensdung in die Substanz des berechtigten Guts, I. 909. — Recht der Hypothes kengläubiger und Realberechtigten, sowie der Lehnss und Fideikommißfolger u. Wiederkaufsberechtigten in Betreff der Verwendung der Kapitals-Absindungen, II. b. 465 ff. — Verpstichtung zur vorschriftsmäßigen Verwendung der Absinsdunges, bungs-Kapitalien und darauf bezügliche Verdindlichkeiten der Auseinanderssehungsbehörden, II. b. 473 ff. — gerichtliche Niederlegung des Absindungs. Rapitals, II. b. 476. — Kompetenz dei Streitigkeiten darüber, II. b. 476. — Verwendung zu neuen Einrichtungen, s. Einrichtungskoften.

Rapitales Entschädigung, f. Entschädigung.

Rapitale:Abfindung, f. Borzugerecht.

Karten, Borlegung derselben und Instruktion der Monita, I. 423, II. b. 332. — Psiicht des Feldmessers zur Ablieferung des Brouissons und zweier Reinkarten und Bermessungs-Register, II. b. 332. — Sorgfalt bezüglich der Ausbeswahrung, I. 532, II. b. 323. — Aushändigung an die Interessenten, L 600, II. b. 401. — s. Edition, Feldmesser, Spezial-Rommissarien.

Rarten=Raften, Berfenbung, I. 601, II. b. 402.

Kartoffelbau, Belehrungen, II. b. 771. — Ausbewahrung der Kartoffeln II. b. 772.

Raffenguote, I. 761, 780.

Ratafter, I. (XXVI.) f. Grunbfteuer : Ratafter.

Ratecheten, in den Sachsischen Landestheilen, Nichtberechtigung zur Schullehrers Dotation, II. b. 127.

Raufwerth, Ermittelung bes gemeinen, Behufs Feststellung bes Drittels bes Reinertrages bei Ablosung ber Reallasten, I. 177, II. a. 525 ff. — Minus-Rauswerth, II. a. 525, 678.

Ravalleriegelber, in hinterpommern, II.a. 632. — in Altvorpommern, II. a. 633.

Ravillerei: Gerechtigfeit, II. a. 350.

Riehnholen, nicht unter ber Raff= und Leseholzberechtigung begriffen, U. b. 141.

Rindtauffuhren L 168.

Rirche, Wahrnehmung ihrer Rechte, I. 411, II. b. 287. — Sistirung ber Ables sung ber Reallasten, I. 205, 909, II. a. 560 ff. s. Ablosung. — f. Rostenspunkt, Reallasten, Bollmachten.

Rirdenbaulaft, in ben vormals Raffauischen Landestheilen, II. a. 930.

Rirdengesellschaften, Grunberwerb, II. a. 34.

Rirchen=, Pfarr= und Schulbauten, Sicherung ber Beitrage bazu bei Dies membrationen, I. 132.

Rirchens, Pfarrs und Schuls Laften, zur Erbauung ober Unterhaltung von Rirchens, Pfarrs und Schulgebauben, I. 169, II. a. 322. 348, 349. — f. Abslöfung, Kirche.

Rirchgang (Flamingicher), Aufhebung ber Berpflichtung, I. 167, II. a. 253.

Rleve (Herzogthum), Konsolibation ber Bauerhöfe, II. n. 44. — frühere Agrar: rechtsverhaltnisse, II. n. 874. — während der Frembherrschaft, II. n. 879.

Rlaffifitation, f. Bonitirung.

Rlaubholz, II. b. 140.

Rlope (Amt), frühere Agrarrechteverhaltniffe, II. n. 873, 882.

Roesgüter, II. a. 987. - in Rleve, Mark und Mors, I. (LXIX.)

Rohlen lager, unaufgebectte, in der Proving Sachsen, Berücksichtigung bei Seraurationen, Il. b. 170.

Rollegiat=Stifter, f. Bollmachten.

Rollifion ber Intereffen, I. 411, II. b. 448.

Rollmer, in Preugen, I. (XLIV, XLV.)

Rolonate, II. a. 956 ff., 963 ff. — Dismembration, II. a. 889. — Berpflegung der gebrechlichen Hofestinder auf der Stätte, II. a. 945 — Kolonate in den vormals Französ. Landestheilen, II. a. 887. — im vormaligen Großherzogthume Berg, II. a. 888. — im herzogthume Westphalen, I. (LX., LXIII., XC.), II. a. 911 ff.

Rolonate Befiger, beren Golzungeberechtigung, II. b. 132.

Rolonate: Gefälle, IL a. 870.

Rolonial=Walbungen, im Bergogthum Bestphalen, II. a. 912.

Rolonien, Aulegung neuer, L 125, 152 ff., IL a. 186.

Kolonisten, Ablösung der Reallasten, I. 203—205. II. a. 553. — in Schlesten I. (XXXIII.) — in der Lausis, I. (XXXIX). — in Bommern, I. (XLIX.) — Flämingische und Hollandische, I. (XV., XXXIX.).

Rommiffione Aften, beren Affervation, I. 433, II. b. 401.

Kommunal=Abgaben und Lasten, Bertheilung bei Dismembrationen, I. 123 ff., 134 ff., II. a. 153 — 158, 178, 179. — bei Auseinandersetzungen und Ressortverhältnisse in Beziehung darauf, I. 406, 408, 411, II. a. 129 ff., 150—167, II. b. 283. — bei Gemeinheitstheilungen insbes., I. 325, II. b. 173, 178, 179. — s. Gemeinde=Abgaben, Gemeindelasten, Real=Lasten.

Rommunal=Berhaltnisse, in Bezug barauf find Ablosungen und Regulirun= gen einflußlos, I. 185, II. a. 578, 725. — beren Regulirung bei Auseinan=

berfetungen und außerhalb berfelben, II. a. 131.

Rommunifations = Bege, Unterhaltungeverbindlichfeit, Il. b. 119.

Rompensation, der Leistungen und Gegenleistungen, bei Ablösungen, I. 177, II. a. 509-513. — bei Regulirungen, I. 182, II. a. 669 ff., 672 ff., 678

679. - wechselseitiger Dienstbarkeiterechte, I. 320, II. b. 103, 104.

Rompeteng, ber Auseinandersetzungs-Behörden, II. b. 245 ff. - inebes. in Grengs streitigkeiten, II. b. 246. — bei Grenzregulirungen, II. b. 247. — bei Bachtftreitigkeiten, I. 407. — bezüglich ber Baldweideverhaltniffe, I. 464, 466, II. b. 247. — bezüglich ber Streitigkeiten über Gewerblichkeit von Abgaben, II. b. 249. — über Rudftanbe von Realabgaben, II. b. 249. — in Duhlen-Ablos.s Sachen, II. a. 812-815, II. b. 246, 249. — in Betreff ber Berpflichtung bes gegenwärtigen Besitzers zur Entrichtung von Besitveranderunge-Abgaben, II. 250. - in Betreff nachzugahlender Besitveranderunge-Abgaben, IL a. 480. — inebef. bei bergl. Ruckforberunge-Rlagen, II. a. 470, 471, II. b. 250. bezüglich Rapitals=Ablofung rezesmäßig festgestellter Reluitionsrenten, I. 464, II. b. 250. — in Poffefforien-Streitigkeiten, I. 468, II. b. 251. — bezüglich ber Prozesse ber Gutsherrschaften gegen bauerliche Befiger auf Raumung ber Sofe oder Ermiffion, I. 470, II. b. 260. — in Betreff ber Erefutionen, L. 654, II. a. 252. - in Betreff ber Eretutione-Berfügungen auf Unterlaffungen wegen Besitstörungen, I. 599, II. b. 400. — bezüglich ber Streitigkeiten über nicht zur Ablösung gekommene Forst-Servituten, I. 628, II. b. 414, 415. in Bezug auf Rebengeschäfte, II. b. 413 ff. - f. Rebengeschäfte. - bezüglich ber Nachforderungen und Anspruche nicht zugezogener Intereffenten, II. b. 266, 361. — bezüglich Streitigkeiten zwischen ben zur Sache gezogenen entfernten Theilnehmern und dem Besitzer, insbes. über gerichtl. Niederlegung der Absindungs-Rapitalien und die Berwendung und Anlegung berselben, II. b. 419 ff. - Rompetenz ber Auseinandersetzunge Behörden und Gerichte Bes treffs der Entscheidung über beponirte Ablös.=Rapitalien, II. b. 476. — Rom= petenzverhaltniffe im Falle mehrere Berpflichtete verschiebener Auseinanbers setzunge-Bezirke betheiligt find, II. b. 252, 253. - bezüglich ber Auslander, welche Grunbstude im Inlande besitzen ober bei Auseinandersetzungen konkurriren, II. b. 254. — Rompeteng in Betreff ber Bertheilung von Grundftuden I. 128 ff., II. a. 122 ff., 130 ff., 144 ff., 174 ff., II. b. 252. — des Austausches von Parzellen und Abverfaufs fleiner Grundftucke, I. 157 ff., II. a. 197, 198 ff., II. b. 252. — in Betreff ber Ablösung der auf bismembrirten Grundstücken haftenden Laubemien und sonstigen Praftationen, L 131. — bes züglich streitiger Fischereinupungen, II. b. 14. - in Pfandunges u hatunges Rontraventiones-Sachen vor Erlag ber Feldsp..D., Il. b. 715. — Rompeteng ber Auseinandersetzunges Behörden ju Borfluthe Regulirungen, I. 626, 627, II. b. 610, 611. — Der Polizeibehörden bei Berftellung von Entwafferungs-Anlagen, I. 850. — ber Regierungen, Polizeis und Gerichte = Behörben in Ausführung bes Gefetes v. 28. Febr. 1843 wegen Benutung ber Brivat= fluffe, I. 863-867, II. b. 650 ff. - Rompeteng bei Streitigfeiten über Raumung von Grahen und Bafferabzugen, I. 841 ff., 846 ff., IL b. 593 ff., 595. - ber Regierungen und Provinzial/Schul-Rollegien zur eigenen Regulirung und Rezesbestätigung, II. b. 306-308. - f. Auseinanberfegungs=Behörben, Gerichte-Behörben, Reffort, Berftudelungen.

Rompetenge Ronflitte, 1. 629 ff., II. b. 267, 268. - f. Ressortver

hältnisse.

Konfirmation, gutsherrliche, II. a. 305. — Erwerb von Rechten baraus, II. a. 62. — f. Auseinanbersetzungs: Rezesse.

Ronfirmatione: Gebühren, I. 174, II. a. 426, 427, 428, 438.

Ronfensertheilung, guteberrliche jur Erwerbung ober Beraußerung lanblichen Grundstude, aufgehobene, II. a. 76, 82.

Ronfolibation ber Bauerhofe, Il. b. 44.

Ronfulenten, Erftattung ihrer Gebühren, I. 787.

Rontribution II. a. 630 ff. — Bertheilung bei Dismembrationen, II. a. 159.

Rontributions=Rolle, I. (XVII.)

Kontumazial Berfahren I. 425, 426, II. b. 337. — bei Litiskonsorten, II. k. 338. — bei Berweigerung der Unterschriften, II. b. 339. — bei Festkeling des Abgaben, und Rentenvertheilungsplans bei Dismembrationen, I. 558, II. b. 339. — bei Weigerung einer Gemeinde zur Bestellung von Bevollnichtigten, II. b. 311, 339. — bezüglich der Gegenstände gemeinschaftlichen Interessen, II. b. 317, 339. — Rechtsmittel dagegen, II. b. 337, 385.

Rongeffione: Ertheilungen jum Gewerbebetriebe, guteherrliche, aufgehoben,

II. a. 64. — 64. — f. Gewerbeabgaben.

Ronzeffionegeld, II. a. 437. — aufgehoben, II. a. 65.

Ropffteuer, f. Bommern.

Ropf= und hornschof, in Oftpreußen, II. a. 158. — in Westpreußen, II. a. 631. Ropialien, I. 761, 780, 782. — hohe, 782, 783. — ber Spezial=Rommiff., I. 783. — Ansas und Einziehung berselben, I. 784. — bes Revisions=Rollegiums su

2. R. S. I. 784. — gebührenfreie Mittheilung der speziellen Liquidations an die Partheien, I. 783. — Erstattung, I. 789. — der Gerichte in Auseis andersehungs-Sachen, I. 794. — s. Feldmesser.

Rornerabgaben, fefte, Bertheermittelung, I. 171 ff., II. a. 371 ff.

Rohr=Drbnungen, zur Berbefferung ber Pferbezucht, II. b. 755. - Budtfice Rohr=Drbn, II. b. 758.

Rohrpferd, II. a. 258.

Röhrrecht, II.a. 258, 889, 957.

Rorporationen, Ginschränkungen bes Guterverkehrs, II. a. 31. - in Beinf ausländischer I. 52, II. a. 33.

Korporation 6 = Bermögen, Theilung, I. 314, 348, II. b. 47 ff.

Roslin (Reg. Begirf), Melioriationefonde, II. b. 770.

Rossathen, I. (XV., LVIII.)

Roften, ber Regulirungen und Ablofungen, Grunbfage über die Berpflichtung ju beren Tragung, I. 186, II. a. 753 - 755. - Erleichterungen in Betreff ber Auseinandersesungs = Roften, I. 763, 792 ff. - insbes. Erhebung maßign Baufchfummen ftatt berfelben, I. 766, 767, 820, 821 ff. - Ermäßigung ber selben, I. 822, f. Dieberschlagung. — Bahlung ber mahrend einer Seger ftration ausgeschriebenen, II. b. 435. — Berichtigung aus ben Kanfgeban bei Ungulanglichfeit ber Raufgelbermaffe, II. b. 435. - Borfchriften über Gin: giehung der Roften, I. 767, 824 ff. — Remuneration ber Kreisfaffen-Rendan ten bafür, I. 824. - Dlaagregeln jur Sicherstellung, I. 663, II. b. 435. hppothefarische Sicherstellung ber burch Terminalzahlungen abzutragenben, L 825. — Bescheinigung ber Einnahme-Refte bei Legung ber Jahresrechumgs I. 825. — Aussehung ber Ginziehung ber Roften bezüglich ber fiftirten Bermant: lungen ber Reallaften ber Rirchen zc., I. 825, 826. - in wiefern bie bezüglich ber unentgelblich aufgehobenen Gerechtsame entftanbenen Roften niederzuschlagen, L 186, 232, 233, 11. a. 755. — Roften ber Eintragung ber Ablof. Rezeffe, 1. 796. -Roften-Borschriften für die Landestheile des linken Rheinufers, I 829 ff. -Grundfage über bie Berjahrung ber Roften in Auseinanderfegungs: Sachen, I. 80 ff. - f. Roften=Grlaffe, Roftenpuntt. - Roften in Bargellirunge:En den, I. 125, 154, 155, II. a. 192. - Roften ber Borfluthe-Regul., ber Unter haltung und ber neuen Anlage der Entwafferunge-Anstalten, I. 844, IL b. 618. Roften: Erlaffe I. 767, 821 ff. - f. Rieberfchlagung.

Roftenpunkt, Berpflichtung zur Rostentragung, I. 433. II. b. 402 ff. — inebestermeffungekosten, I. 602, II. b. 405. — Rosten für Befanntmachung ba Rapitalsentschäbigung, I. 603, II. b. 405. — Berpflichtung ber Auseinanter setzungs-Behörden zur Ausgleichung ber Interessenten wegen ber Rosten, L. 604, II. b. 405. — Rosten für Rechnung ber Kirchen, Pfarreien, Schulen und

Rüftereien, I. 604—606, II. b. 405. — des Fiefns, II. b. 405, 406. — mahrend der Sequestration, II. b. 406. — Rechtsmittel gegen die Entscheidungen über den Kostenpunft, II. b. 370. — s. Ausgleichung.

Roften = Rechnungen, Rovialien, I. 783, 784.

Roften = Regulativ, I. 760. — Inftruftion bagu, I. 764.

Roften : Bertheilung, Streitigfeiten barüber, I. 764, 806.

Roften Borfcuffe, I. 762, 790 ff. — Nichtverpflichtung bes Fietus, I. 791. Roften wefen, in Auseinanderfetunge-Angelegenheiten, 1. 760 ff., II. a. 568. — fortbauernde Gittigkeit ber vor bem 2. Darg 1850 erlaffenen Bestimmungen,

I. 187, II. a. 224, 759 ff, II. b. 402.

Rottbus (Rreis), Aufhebung der Erbunterthanigfeit, I. 88, II. a. 27, 55, 78. —

Löhnung und Umzug ber Schafer, II. b. 759.

Rötter, im Ravensbergischen, I. (LXV.)-

Roupons, ber Rentenbriefe, f. Rentenbriefe.

Rraben, Bertilgung, II. b. 751.

Rrantenpfleger Dienfte, II. a. 276.

Rrauten, Berechtigung bazu, Arlösbarkeit, I. 328, II. b. 13, 23.

Rreditdirektionen, landschaftl., Erwerb von Grundstücken, Ik. a. 33. — Regulirungen durch solche, II. b. 308. — f. Schlesien.

Kreis-Justizsommissarien, als Organe ber Auseinandersetzungs Behörden, II. a. 24. — Anstellung, II. b. 301. — Funktionen, II. b. 301, 302. — Entstaffung, II. b. 303.

Rreis-Raffen=Renbanten, Remuneration für Ginziehung ber Roften, I. 824.

Rreis: Rommiffionen, II. a. 25.

Rreis-Landrath, als Organ der Auseinandersehungs-Behörden, II. a. 24. — Berhältniß zu den Spezial-Rommissarien und Feldmessern, II. b. 275. — Kompetenz zur Entwerfung der Parzellirungs = Regulative, I. 123, II. a. 176 ff.
— Recht der Delegation an die Orts-Obrigkeit I. 123, II. a. 176—177.

Kreistaxatoren, Annahme u. Bereidigung, I. 113.

Rreis: Bermittelunge: Behörden, Entstehung und Ausbildung des Instituts, H. a. 25, 26, II. b. 411. — Beranlassung der Waht der Kreisverordneten, I. 437, II. b. 411. — Vorschriften über die Wahl der Mitglieder, If. b. 411, 412. — Nichtbesugniß der Kreisverordn. zur Ablehnung d. Wahl n. d. Fällung des schiederichterlichen Ausspruches, II. b. 429. — Stellvertretung des Landraths als Obmann in Verhinderungsfällen, I. 553, II. b. 430. — Wirksamseit der Kreis-Vermittelungs: Behörden, Besugnisse, Diaten n. Reisesoften, I. 620—623, II. b. 412. — Vereidigung der Mitglieder, I. 621, II. b. 412, 429. — Bessstäung der Rezesse, IL b. 351., 412.

Rreisvermittelungs : Rommiffarien, Diaten und Reifefoften in Bewaffes

rungs:Angelegenheiten, I. 867, II. b. 669.

Rreis:Berord nete, als Organe der Auseinandersetungs:Behörden, II. a. 24. Entschädigung berselben, I. 777. — s. Rreis:Bermittelungs:Behörden. Kriegsleiftungen, Bergütung, II. a. 89.

Rriegeschulben, f. Berfculbung.

Rruge nnb Schantgerechtigfeit, II. a. 1006.

Krngverlagerecht, Ablösbarfeit, II. a. 351. — Ablösung, I. 197, II. a. 506.

Rüchelgelb, II. a. 1003. Ruhegelb, II. a. 1003.

Rubefchat, H. a. 1003.

Rubweibe, Begriff, II. b. 65, 81.

Rulmifde Sandvefte, I. (XLIV.)

Rulm: n. Michelauscher Kreis, Aushebung ber Erbunterthänigseit, II. a. 53.
— Regulirungsfähigkeit, I. 181, II. a. 634, 635. — Dismembrationsbefugniß
II. a. 127. — Juden, II. a. 35. — Mennoniten, I. 57, II. a. 37.

Rulturwirth, Beschränfung bes Rechtes ber Provokation auf Gemeinheitstheis

lung, 11. b. 44. 45.

Rurator, Bestellung beffelben Seitens ber Sequestrations-Behörde behufs Zuzies hung zur Auseinandersetzung, I 646, II. b. 423.

Rurmart, Austreiben bes Biebes, II. b. 703, 707. — Hutungskontraventionen u. Pfandungen, II. b. 705, 707. — Borvieh ber Schafer u. Schaferknechte, II. b. 759. — Dispositionen über Lehne, I. 77, II. a. 53. — Lagbauern

II. n. 607. — exekutivische Beitreibung von Bacht: u. Zinsabgaben, II. n. 61. — Schärftern, II. n. 342. — Schupgelber und Juriediktionszinfen, II. n. 74. — Taubenhalten, II. b. 729. — Unterhaltung ber Wege, instes. der bei der Gemeinheitstheilung neu angelegten, II. b. 119.

Rurmebe, I. (XIII.), II. a. 257, 258, 876, 889, 892, 956, 957.

Rurmut, II. a. 889, 957.

Rurmuteguter, im Bergifden, II. a. 969.

Rüftereien, Sistirung der Ablösung der Reallasten, I. 909. — Beitrag zu neuch Wegen, Triften u. Tranten u. deren Unterhaltung, II. b. 118. — zu Einher gungen, II. b. 120. — s. Ablösung, Kostenpunkt.

2.

Labengelb, II. v. 1003. Lagerholz, II. b. 140, 149.

Lahn : Guter, in Beftpreußen, I. (XLV.)

Landabfindung, f. Abfindung.

Landabfindungeplan, Anfechtbarfeit eines vorzeitig realifirten, II. a. 748 - Musgleichung in Rente, im Falle ber Nichtanfechtbarfeit beffelben, II. a. 748. Landarmengeld, II. a. 158.

Eanbergien, f. Regulirung, Bufammenlegung.

Lanbes. Baumichule, ju Schoneberg und Botebam, II. b. 752.

Landes: Rultur, f. Borfluth.

Lanbes Rulturs Chift, Umfang ber Gultigfeit, 1. 98-100, II. a. 80.

Bandes-Rultur-Gesegebung, Quellen I. (CXXV.) — Literatur I. (CXXXV.)

— Begriff I. (L.) — Fundamental-Prinzipien I (II.) — altere Rechtszustinke
I. (VI.) — seit 1807 I. (LXXXII.)

Lanbesmatrifel, I. (XXVI.)

Bandes Dekonomie Rollegien ber Provinzial Regierungen, I. 97, II. a. 111.
- beren Aufhebung, I. 17, II. a. 111.

Landes-Detonomie-Rollegium, I. (CXVI.) - I. 5, II. a. 7.

Landespolizeiliches und sistalisches Interesse, bessen Bahrnehmung I. 406, 408, 411, 435, 441, 442, II. b. 278 ff.

Landfrohnben, II. n. 958.

Lant Dem ein den, Theilung ber Gemeingrunde I. 314, II. b. 48. — des Germeindeglieder: Bermögens, I. 314, 348, II. b. 48 ff.

Land : Gefinde, Aufhebung bes Buchtigungerechts ber Guteherrichaften, L 44, II. n. 76 ff., 78.

Land Beftute, Ronigliche, II. b. 753. - Gestüt-Reglements II. b. 754. - Röhr-Drbnungen, IL. b. 754.

Lanblice Stellen, Begriff, II. a. 604, 609.

Landrath, f. Rrejslandrath.

Landschmiebe, beren Rechteverhaltniß, II. n. 339, 343. — Bannberechtigung, II. n. 342.

Land, Schullehrer: Stellen, Dotation, I. 321, 360—369, II. b. 120—126.

— Dotation mehrerer Schulen an einem Orte, II. b. 120. — noch erft perrichtender Schulen, II. b. 122. — von wem die Dotation zu gewähren, II. b. 122. — Beitrag benachbarter Gemeinden, II. b. 123. — Zeitpunst der Ausweisung der Dotation, II. b. 124. — Zweck, Art und Umfang, II b. 123. — Gewährung der Dotation ohne Rücksicht auf dieherige Hütungsbericht gung des Schulichrers, II. b. 126. — Deszl. auf die Höhe des sonfigen Diensteinsommens, II. b. 126. — Nichtberechtigung der Katecheten auf Detation, II. b. 127. — Einfriedigung der Dotations-Ländereien, II. b. 127. — Beschaffung des Stalls und Scheunenraumes, I. 366, 367, II. b. 127. — Grundsteuerpstichtigseit der Dotations-Ländereien, I. 362, 363, II b. 127.

Landfiebeleigüter, II. a. 929.

Landwirthe, prattische, Bulaffung ale Bevollmächtigte, I. 525, 526, IL b. 316

Landwirthichaftliche Lehranstalten, f. Lehranstalten. Landwirthichaftliche Polizei, Begriff und 3med, II. b. 704 f. Landwirthichaftliche Bercine, f. Bercine.

Lanowe, in Brengen, I. (XLV.)

Laffen, I. (VIII., XVI.)

Laffiten, Eigenthumsverleibung, I. 180, II. a. 598 ff. — Berjahrung gegen ih. ren Gutsheren, II. a. 662. — bes Gutsheren gegen fie, II. a. 663.

Lassitische Rechte, II. n. 607, 608.

Laften (öffentliche), Begriff, M. a. 346. — Richtablosbarkeit, I. 169, If. n. 322, 346.

Lagbauern, Begriff, II. n. 607. — Bauholzberechtigung, II. b. 134. — f. Ent.

fegung.

Laggiter, Einziehung durch die Intsherrschaften, Richtersordernis der Genehmisgung der Gen.-Romm., I. 71, II. a. 43—47, II. b. 245. — Beschränkung der Barzellirungs-Besugniß, II. a. 129, 168, 648. — Aushebung des gutes herrlichen Rechts der Wahl des hosannehmers II. a. 76. — Regulirung II. a. 659. — Bererblichseit des Regulirungsauspruchs, II. a. 647 ff. — Gutshaftation derselben, II. a. 648. — Richtberücksichtigung der Grundstener bei Regulirungen, II. a. 674. — in Wagteburg und Mannsseld, II. a. 231, 607, 871. — in der Provinz Sachsen, I. (LVII.) — im Areise Heiligenstadt, II. a. 871. — in den vormals Lurs resp. Königl. Sächsichen Landestheilen, II. a. 871.

Lagnahrung, Begriff, II. a. 617.

Lagwirth, Provokationerecht auf Gemeinheitetheilung, Befchrankung, H. b. 44, 45.

Laten I. (XVL)

Lathengüter, II. a. 946, 987. — in Beftphalen, I. (LX., LXIX.)

Laubemialpflicht, bei Erbzinsgutern, II. a. 388, 389, 390. — bei Zinsgutern II. a. 388, 389. — bei Emphyteusen, II. a. 389. — bei Saulandereien, H. a. 390. — s. Besitverauberungs-Abgaben, Oppeln, Ratibor, Sachsische Landestheile, Schlesien, Westpreußen.

Laubemien, I. (XIV.), L 173, II. a. 3-8. — in Schlesten I. (XXXVII.), II. a. 404 ff. — in Pommern, I. (L.) — in Sachsen, I. (LVIII.) — in Wostphalen I. (LXIX.) — Fixirung II. a. 95. — s. Besit veranderungs: Abgaben,

Lehnwaare.

Laufit (Obers und Nieders), Aushebung der Erbunterthänigkeit, I. 88., II. a. 27, 55, 78. — frühere Agrarverhältnisse, I. (XXXVIII.) — Lasnahvungen, II. a. 607. — herrschaftliche Sausleute, II. a. 615, 616. — Mitwirkung der kändischen Behörden bei der Steuer-Repartition (bei Dismembrationen), II. a. 176. — Steuerübertrag und Steuerbeitrag, II. a. 286. — Recht auf Fossisien, II. a. 691, 692, 693. — Rühlen-Gesetzgebung, II. a. 766, 767.

Legitimation, der Interessenten, I. 186, 236—239, II. a. 755 ff., II. b. 320 ff.
— Bersahren, II. b. 320—323. — Einwirkung der Gerichte, II. b. 322.

Legitimations: Tabellen, II. b. 322.

Behm, Recht jum Graben, II. b. 169.

Lebmgruben, f. Thongruben.

Lehnader, I. (XXVI.) Lehnbauern, I. (XV.)

١

Lehne, in wiesern die Lehnsverbindung ausgehoben, I. 34, 167, II. a. 50-53, 227-228, s. Obereigenthum. — Unzulässigfeit der Konstituirung neuer I. 184, II. a. 706. — landesherrliche Wirkung der Auseinaubersehung bezägs: Lich der Entschädigung für aufgehobene Gerechtsame, II. b. 454. — Allodistantion in den vormals Königl. Westphälischen Landestheisen, II a. 892. — in den vormals Nassauischen Landestheisen, II. a. 936. — bäuerliche in der Prosining Sachsen, I. (LVII.), I. 300 ff., II. a. 1016 ff. — Schweidning-Jauersche II. b. 450, — s. Westphalen (herzogthum).

Lehngüter, in ben vormale Ronigl. Weftphalischen und Großherzogl Bergischen, sowie zu ben Franzof. Departements gehörig gewesenen Landestheilen, U. a.

902, 903. - f. Lehn: und Fibeifommifguter, Berfchulbung.

Behnhufen, I. (XIV.)

Lehnpferde, L (XXVI.) Lehnpferdegelber, IL a. 889, 1004, 1023. Lehnrichtergüter, in ber Proving Sachsen, I. (LVII.)

Lehn-Rittergüter, in den vormals Königl. Sachte Len, H. a. 30.

Lehns Agnaten, f. Agnaten.

Lehns Berechtigte, Richtbefugniß, ber Benutung bes Grundftude zu wien fprechen, I. 93, II. n. 92. — in Bezug auf Bereinzelnugen und holzverliufe, II. n. 92—94.

Lehnsherr, Buziehung zur Auseinandersetzung, 21. b. 447, 449, 450, 453. Lehnsherrliche Rechte, Babrnehmung ber fisfalischen, 11. b. 282, 283.

Lehneherrliches Dbereigenthum, Aufhebung, 1. 167, H. a. 225.

Lehnsherrlichkeit, Ausbebung ber Rechte baraus, I. 167, II. 240.

Lehns und Sideikommisfolger und Anwarter, Zuziehung zur Auseinandersetzung, II. d. 447 ff., 449, 450. — Nichtbenachrichtigung von Kapitale Absindungen, II. d. 460 ff. — Becht bezüglich der Berwendung der Kapitale Abstadungen, II. d. 465 ff., 472 ff.

Lehn: und Fibeifommigguter, Befugnif ber Befiger gur Berfonbung, L

675, II. b. 481, 486, 487, 488 ff. - f. Berfdulbung.

Lehnichulgen, I. (XVI.)

Lehnichulzenamter, II. n. 182.

Lehnwaare, L. 173, II. a. 388, 393. — beren Betrag in Ermangelung amm Bestimmungen, II. a. 392. — Berechnung vom Werthe des Inventarium, I. 175, II. a. 392, 472—477. — desgl. der Gebände, I. 175, II. a. 392, 388, 472—477. — von übernommenen Dienstreluitions: Kapitalien, II. a. 393. — Berücksichtigung der Schulden bei der Berechnung, II. a. 393, 394. — in Ausgedinges (Altentheils), II. a. 394. — Fälligkeitstermin, II. a. 394 s. — Folgen der Simulation, II. a. 394. — Berhastung beider Kontrahenten desu, II. a. 395. — s. Besitzeränderunge: Abgaben.

Lehu-Anstalten, Ablösung der Reallasten, II. a. 569, s. Ablösung. — land: wirthschaftliche, II. b. 767 ff. — zu Esdena, II. b. 767. — zu Boppelsteil. II. b. 767. — zu Prostan, II. b. 768. — zu Wöglin, II. b. 768. — zu

genwalbe, II. b. 768. - ActerbausSchulen, II. b. 767.

Leibgelb, II. a. 258. Leibpfennig, II. a. 258.

Leichen, Bewachung und Ausläuten berfelben, I. 168, II. a. 276.

Leichenfuhren, Abschaffung ber von ben Gutsherrschaften zu leistenden, 1. 168. Leibeigen fcaft - Guteunterthanigkeit - Auflöfung, I. (XVII. ff., LXXL), ! 35., II. a. 53 ff. - Leibeigenschaft in Pommern, 1. (LL.) - in ber Proven Sachsen, L (LVI.) - in Westehalen und Rheinland, I. (LX.) - Beitpunk und Folgen ber Aufhebung in ben verschiebenen Landestheilen, H. a. 53 f. sone Entschädigung, 11. a. 57. - welche Rechte baburch für weggefallen ! erachten, I. 79 ff., II. a. 58 ff. - Aufhebung auf ben Domainen, I. 90, I a. 79. — Aufhebung in Reuvorpommern, I. (XCV.) — Bofen, I. (XCV.)-Danzig, I. (XCVI.) - im Rottbufer Kreise und ben Laufigen, sowie in ben übrigen vormals Königl. Sachfischen Landestheilen, I. (XCVI.) — in ben Ber destheilen der normals Frangos. Departements, II. a. 886. — des vormaliges Großherzogthums Berg, II. a. 887. — in den vormals Königl. Beftil Landestheilen, II. a. 892. — im Berzogthume Beftphalen, II. a. 911. ben vormals Raffauischen Landestheilen, II. a. 933. — Bestimmungen ber Go fege v. 21. April 1825 über bie aufgehobenen Rechte und Berbindlichtet aus ber Leibeigenschaft, I. 252 ff., II. a. 947 ff.

Leibgewinn, II. a. 388.

Leibgewinngüter, II. a. 889, 912, 946, 968 ff., 983 ff., 986 ff. - in Bot phalen, I. (LXIX.)

Leinfaamen, Gewinnung, IL b. 772.

Leinwandweben, II. a. 277, 280.

Leiftungen, f. Abgaben.

Lengenhafer, II. u. 1003.

Leuchtefiehn, Erwerb des Rechts durch Berjahrung, II. b. 141. — Richtundenung nung des eigenen Materials, II. b. 151.

Licent, II. a. 1003. in gen (Graffchaft), Agrarrechtsverhaltniffe II. a. 877. — Pfandgeber, I. b. 710.

Lippes Departement; territoriales Gebiet, H. a. 880. — Agrargefehgebung, I. (LXXXVII.)

Liquidationen, gebührenfreie Dittheilung, I. 783.

Litthauen, Eigenthumsverleihung an die Immediateitssaffen in den Domainen, J. 243, II. a. 844, 845. — Anshebung des Mühlenzwangs, II. a. 765, 783. Lohnschmidt, II. a. 339, 340, 341. Lytrum, roele und poesonale, I. 40 ff.

M.

Magbeburg (Gerzogthum), Aufhebung bes lehnsherrlichen Berbandes, II. a. 871.

— Annahmes und Schutgelber, II. a. 991. — Dienstgelber, I. 299, II. a. 951 ff. — Schofabgaben, II. a. 1004. — Lafgrundstücke, II. a. 871, f. Laßs güter. — Beschädigung ber Meliorationen im Oromling- und an der Ohre, II. b. 708.

Magifirat, Kompetenz in Bezug auf Dismembrations = Angelegenheiten, I. 123, II. a. 176. — Berechtigung zu Auseinandersetzungen, II. b. 308. — zur Resgulirung des Auszugs einzelner Theilnehmer ans der Gemeinheit, I. 326. — Ausstellung von Bollwachten für Stadtgemeinden, II. b. 311 ff.

Mahergeld, II. a. 1003.

Mahtjabre, II.a. 949.

Mahljähriger Befißer, II. a. 949. — Gewinngelder, I. 174, II. a. 471, 472.

Mahlzähler, II. a. 949.

Mahlpfennig, II. a. 388.

Mahl: und Desgetraide, f. Dentlen= Desgetraide.

Mahlzwungsrecht, s. Mühlenzwangsrecht.

Maibutter, Abgabe, II. a. 1003.

Maigelb, II. a. 1003.

Malzhafer, II. a. 1003.

Malzhaferheller, II. a. 1003.

Malzforngetd, H. a. 158.

Mandatarien: Gebühren, Festschung, I. 788. — Erstattung, I. 785. — Aussschließung ber Erstattung in Rühlenstreitigkeiten, I. 241, II. n. 815.

Manbate : Prozef, wegen Gebühren ber Rechtsanwalte, I. 790.

Mandel, I. 182, II. a. 511, 674.

Mansfeld, Laggrundflücke, II. a. 871, f. Laßgüter. — Aufhebung des lehnes herrl. Berbandes, II. a. 871.

Mensi, I. (IX.)

Manumifftonegelb, II.a. 1903.

Mart (Brandenburg), Fleischzehnt, II. s. 658. — Berfaffung der Lasbauern, II. s. 607. — f Brandenburg, Kurmart, Reumart.

Mart (Graffchaft), frühere. Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 874 ff. — Ronfolidation ber Bauerhofe, II. a. 44. — Erbrecht ber Bauern am Bauergute, II. a. 967. — Pfüeldungen und Pfandgetber, II. b. 710.

Martalterz, II. a. 1014.

Martenbeerbte, II. a. 1014.

Markengenossenschaften, I. (IX.)

Martenrichter, I. (IX.)

Marten Berfaffung, in ben westlichen ganbestheiten, II. n. 1010 ff.

Marten Berwaltung, Laften, II.a. 262.

MartensBorfteher, L (IX.)

Darfen : Balbungen, L (XIII.)

Martgelb, II. n. 1004.

Martgrefden, II. a. 429-431: - f. Befigveranberunge=Abgaben.

Martifuhrtoften, Berudfichtigung bei Festiteaung ber Roggenrente bei Gemein-

beitetheilungen, I. 354, II. b. 97, 98.

-Martini-Durchschnitte: Martipreise, Bestimmung und Berechnung bersels ben bei Gemeinheitstheilunge: Renten, I. 319, 353, 354, 355, II. b. 96—99. Martini: Martipreis, Begriff, I. 171, II. a. 373. — Festkellung bes Werthe fefter Abgaben in Körnern boxnach, I. 171, II. a. 371 ff. — Roupeten zu Ermittelung und Bekanntmachung ber Durchschnitts » Martini » Martipreise, L. 193, II. a. 373.

Raftberechtigung, f. Makungerecht.

Raftungegelb, gewerbliche Abgabe, II. a. 785.

Daftungsgerechtigfeit, f. Daftungsrecht.

Mast ungerecht, Begriff, II. b. 144. — Grundsätze in Betreff beffelben, II. k. 144. — Arten, II. b. 146. — Absindung des Mastungsberechtigten bei fink ablösungen, I. 322. — technische Grundsätze über die Abschätzung und Misseng, II. b. 146, 147.

Maulbeerbaume, Aufhebung ber Berpflichtung zur Anpflanzung und Umerfel

tung, I. 167, II. a. 252.

Mebiatisiten burch Staatsverträge überwiesenen und garantirten Grundgent tigfeiten, II. b. 27.

Mebumeguter, II. a. 929.

Meiergüter, im Paberbornschen, II. a. 872. — in den vormals Franzes. 2m. destheilen, II. s. 887. — in den vormals Naffaufschen Landestheilen, II. a. 929.

Reierstättische Guter, im Baberbornichen, II. a. 872.

Meier: Berhaltnig, im Biethume Baberborn, I (LX).

Meliorations Fonds, landwirthschaftliche und zu ahnlichen Aweden, II. k. 770 ff. — für Bommern und die Reumark, I. (LXXVIII), II. b. 770. — für den Reg. Bezirk Köslin, I. b. 770. — für den Reg. Bezirk Köslin, I. b. 770.

Melioratione : Roloniften : Bofe, f. Bommern.

Memeler Nieberung, f. Affeturanten, hochzinfer.

Mennoniten, Grundbesit, I. 58 ff., Ii. a. 36 ff. — Emphyteuten, II. a. 37. — Anspruch auf Gigenthumserwerbung im Wege ber Regulirung, II. a. 639. — Berücksichtigung ber Einfaufsgelber zeitemphyteutischer Grundstücke bei Regulirungen, II. a. 660—662.

Mergelgruben, f. Thongruben.

Merkhöltnis 4mm Fachbamm, II. b. 585. — Gicherpfahl, Unterschied von Werkpfahl, II. h. 585. — Begitimation 3um Antrage auf Sehung des Antropahls, II. b. 586. — Roken der Sehung, I. 836—838, II. b. 586. — Roken der Berkung, I. 836—838, II. b. 586. — Row missarisches Bersahren bei der Merkpfahlsehung, I. 839, II. b. 586 ff. — Bo zeichnung des Wasserstandes, II. b. 587. — desinitive Festsehung ter die Wasserstandes, sowie des Merkpfahls, und Regulirung des Interimitischung, II. b. 588, 591. — Rechtsgrundlagen dabei, II. b. 588. — Zulässisch des Rechtsweges dabei, II. b. 589. — Rekurs und Rechtsmittel, II. b. 592.

Merfeburg, Gen. Rommiffion, I. 24, Il. a. 17.

Merfeburg (Stift), Diemembrations. Befugnig, II. a. 128.

Detgetreibe, f. Dahten: Metgetreibe.

Militair:Fistus, Wahrnehmung feiner Rechte bei Gemeinheitesbeilungen bezüglich ber Exercier: und Schiefplate, 1. 530-532, A. b. 38, 319, 320.

Militairische Hülse, f. Exekution.

Minben (Fürstenthum), Borschriften über Wiehhatung, Pfindungen und Pfind: gelber, II. b. 711.

Minben (Reg. Beg.), landwirthichaftl. Bramienfond, II.b. 771.

Minden Ravensberg, frühere Agrarrechteverhaltniffe, Il. a. 872. — Cimmir fung ber ehel. Gutergemeinschaft auf Kolonate, Il; al 964. — Sewinn: und Auffahrtgeld, II. a. 992. — Quantum des Beinfaufe, Il. a. 392.

Ministeriales, L (VIII).

Ministerium für landwirthschaftl. Ang., I. 1, II. a. 6. — Resert, I. 1, II. a. — in Gestütssachen, I. 2. II. a. 6. — Konkurrenz in Medizinals a. 66 nitätspolizei: Ang., I. 2, II. a. 6. — bezüglich ber Thierarmei: Schule, I. 3. II. a. 7. — in Eindeichungs- und Deich: Geeietäts: Ang., I. 3., II. a. 7. — in Rentenbanf: Ang., II. a. 7. — in Jagd: Polizei: Ang., I. 4, 5, II. a. 7. — Organe, I. 5, II. a. 7.

Minorenne; Berfahren bezüglich berfelben bei ber Rezesvollziehung, I. 370 ff., IL b. 354 ff.

Minus: Raufwerth, f. Raufwerth.

Minus-Rormalentschabigung, H. a. 751.

Mitbaurecht, jur Balfte, Rechteverhaltniß bei Regulunngen, I. 183, II. a. 701.

Mitbelehnte, Fortbestehen ihrer Rechte, II. a. 227. — f. Bortauferecht.

Miteigenthumer, Provokation auf Gemeinheitstheilung, I. 314, U. b. 46.

Miterben, f. Retraktrecht, Borkaufes und Näherrecht.

Mitglieder ber Auseinanderfepungs : Behorben, f. Auseinanberfehungs: Behorben.

Möglin, f. Lehranstalten.

Donde, Erwerbeunfahigfeit, II. a. 35.

Moralische Bersonen, Wahrnehmung der Rechte derfelben, I. 411, 441-442, 454, II. b. 284 ff.

Mortuarium, I. (XIII). — II. a. 257, 876, 889, 892, 956, 957.

Mühlen-Abgaben, f. Dühlenlaften.

Mühlen-Berechtigungen, und Abgaben bavon, geschichtliche Entstehung, H. a. 779.

Muhlen Befiber, Gemahrleiftungs:Ansprüche wegen Neberlaffung fiere Bafers fraft, II. a. 781.

Wühlendienste, Ablösbarkit, II. n. 338.

Mühlen- Gerechtigfeit, f. Dublen- Berechtigungen.

Bublen - Gewerbe, Gefehgebung barüber, II. a. 761 ff.

Wühlen: Grundstücke, Reallasten, welche barauf haften, 1. 239, IL a. 770 ff.
- Ablöfung ber Reallasten folder, die nicht in einem gutsherrl. Ber-

haltniffe fteben, I. 159-200, II. a. 535. - f. Dublenlaften. Mühlen-Laften u. Abgaben, — nicht unter den Abzaben für Benutung bes fließenden Baffers aus Privatfliffen begriffen, I. 168, II. a. 289. - inwies fern fie für unenigelilich aufgehoben ober fortbestebend zu erachten, L 239, II. n. 776 ff., 788 ff. — rechtliche Matur ber Mühlenabgaben überhaupt, II. a. 778 ff. - inwicfern die nach bem 28. Oft. und 2. Nov. 1810 neu flipne lirten für unentgeltlich wegfallend zu erachten, II. a. 789 ff. - inwiefern bie für ein eingeräumtes Dublenzwangerecht ftipulirten für aufgehoben zu erache ten, II. a. 800. - Ginfing ber vor bem 11. Darg 1850 und feit bem 2. Rov. 1810 refp. 17. Jan. 1845 ergangenen Jubifate und unter ben Betheiligten errichteten Abkommen auf die rechtliche Ratur ber Dublenabgaben, II. a. 790 ff. - rechtliche Wirffamkeit bestätigter Auseinanderfepungs-Regesse über Ruftenabgaben, II. a. 797 ff. - beegt. ber Anerfenntniffe, II. a 793 ff., 798 ff. -Einfing ber hypothekarischen Eintragung auf die rechtliche Ratur ber Dühlenabgaben, II. n. 802. — Beweissührung und Beweislast bezüglich ter Qualis tat berfelben, 1. 239, II. n. 773 ff., 776 ff. - tie betreff. Grundfage über deren Qualität als Gewerbes ober Grundabgaben, Il. n. 779 ff. - Abgaben gemifchter Ratur, H. n. 784. - Ginftus ber Bezeichnung ber Dablenabgaben auf beren Qualität, II. n. 785 ff. - an ben Domainen-Bisfus zu entrichtenbe, II. a. 807. — Wirfung eines über bie rechtliche Ratur von Dublenlaften entstehenden Streites, I. 240, II. a. 803 ff. - Provofation auf Ablosung, II. n. 804. - Rompeteng ber Auseinandersetzungs: und Gerichtsbehörden, L 240, II. a. 804 ff. - inebef. in Betreff rudftanbiger Dublenabgaben, U. a. 806. - Rempeteng bes Rerifions=Rollegiums fur 2. R. G. zur Entfcheibung ber Streitigfeiten über die Ratur ter Dühlenabgaben, I. 240, IL n. 808 fl. - Rechtsmittel gegen bergl. Entscheibungen, I. 240, Il. a. 813. - Urteleges buhren und Mandatariengebuhren in folden Streitigfeiten, I. 240, IL a. 814, 815. - Praflufion ber Anspruche auf Befreiung von Mublenabgaben wegen ber gewerblichen Ratur berfelben, I. 240, II. a. 815-817. - Aufhebung ber Sistirung ber Prozesse barüber, I. 241, II. n. 842 ff. - Ruckforderung bereits gegahlter Mühlenabgaben, I. 84, II. a. 802, 803. — Abtojungeverfahren, I. 240, II. a. 806 ff. - Bugiehung ber betreff. Megierung babei in gallen, wo eine Staats : Entschäbigung beansprucht werden, fann I. 240, II. a. 817 ff. - Ablofunge: Grunbfage, I. 199-201, II. a. 553 ff., 806 ff. -Grundfat ber Erhaltung ber Prataftionefahigfeit burch Freilaffung bes Drit tels des Reinertrage des Dublengrundftudes, I. 240, H. a. 818 ff. - Provos

fation barauf, II. a. 828 ff. — Art ber Reinertragsermittelung, I. 240, II. a. 829 ff. — schieberichterl. Versahren zur Ermittelung des Kauswerthes des Mühlengrundstücks, I. 240, II. a. 829 ff. — Aurechnung gezahlter Entschied gungs-Rapitalien, I. 240, II. a. 837. — Richtanwendbarkeit des Prinzips der Reinertragsermittelung auf nach dem 17. Jan. 1845 errichtete Rühlen, I. 241, II. a. 840 ff. — Rosten der Ermittelung des Reinertrags eines Rühlengrundstücks getweren zu den Regulirungskoken, I. 242, II. a. 839. — Awwendung des S. 65. des Ablös. Ges. v. 2. Räzz 1850 bei Ablösung der Ruchenlasten, I. 199, 200. — Rückfande derselben, inwiesern sie auf die Rentenbank übernommen werden können, II. a. 843. — Rückfande der Demainen-Rühlenbesiger, I. 242, II a. 844. — s. Binsen.

Mühlen : Detgetreibe, gewerbliche Abgabe, II. a. 785, 791.

Michlenpacht, Ratur biefer Abgabe, II. a. 786.

Dublen=Regal, II. n. 779.

Mühlenzins, Ratur beffelben, II. a. 786. Wühlenzwang, Aufhebung, II. a. 765 ff.

Dunglen Bmangerecht (Bannrecht), imwiefern bafür flipulirte Abgaben für fortbestehend zu erachten, II. a. 800 ff.

Mühlhausen (Kreis), Tilgungsfaffe, 1. 752, IL b. 520, 565, f. Tilgungs; fassen.

Munfter (Bisthum), Ruftifalverhaltniffe, I. (LXVI). — Erbpachte : Orbn., L. (LXVIII). — frühere Agrarrechteverhaltniffe U. n. 876.

Münfter (Fürftenthum), Ratur bet Erbpachtegüter, II. a. 969. — Gigenthum et - Rolonaten II. a. 963.

Münster (hochstift), ungemeffene Dienste, II. a. 952. — Gewinngeld, Beinfanf und Laudemien, II. a. 292. — Pfandgelder, II, b. 709.

Runfter (Reg. Beg.), landwirthschaftl. Pramienfond, II. b. 771.

Dunfterland, Freibantes, Freiftubls, ftullfreie, hofhorige Guter, IL a. 877.

Pansterfoe Erbpachtegüter, Ables, der Reallasten, II. a. 534, 580.

Pustettergelber, II. n. 264.

Mufter: Wirthschaften, gur Bebung ber Landeskultur, II. b. 769 ff.

M.

Rachbarn, s. Feldnachbarn.

Rachforderungen, f. Auseinander, fehungs-Rezes.

Rachrechen, auf abgeernteten Felbern, Abloebasseit der Berechtigung, I. 328, ... II. b. 13, 23. — Theilnahmerechte, II. b. 59, 60.

Rachfcufrenten, bei Ablösung von Befitveranderunge:Abgaben, I. 175, II. a. 481, 482.

Machthüten, Borfcriften ber Feld: P. D. v. 1. Nov. 1847, L. 888, IL b. 728.

— Berbot beffelben, f. Corvey, Seiligenstadt, Ravensberg, Acc.

— 'linghaufen, Westphalen, Worbis.

Machtrageverhandlungen, nach ber Ausführung, I. 408,-428, 442, II. b. 262-267, 361. — Rompetenz ber Auseinandersetungsellehörden, II. b. 265,

361, f. Rompetenz. Ruchtweibe, Beschränfungen in ber Abeinprovinz, I. 900, II. b. 744 ff. Näherrecht, f. Barfauferecht. — im herzogthume Weftphalen, II. a. 914. Nahrungegeld, II. a. 1003. — von fataftrieten Stellen, II. a. 65, 71. — in Westpteußen, II. a. 631.

Mahrungestenern, aufgehobene, II. a. 65.

Raffauische (vormale) Landestheile, al. n. 650 ff., 866, 887, 920 ff., 936 ff.
— Agrargesetzgebung, I. (XCI), II. n. 933 ff. — Feldpolizeis Gesetzung, II. b. 744, 746. — Entwässerungs, und Worfluths Gesetzgebung, II. b. 574.
Ratural Abgaben, seste nicht in Körnern bestehende Westhermittelung, I. 172,

Matural-Fourages und Getreibestieferung, II. a. 89. Ratural-Fruchtzehnt, Werthermittelung, I. 173, IL.a. 383 ff. Raturaltheilung, gemeinschaftlicher Wälder, f. Forstheilungen. Ratural-Behnten, H. a. 876.

Rebengeschäfte, Kompetenz ber Auseinanbersehunge Behörben in Beziehung barauf, I. 440, II. b. 413 ff. — insbef. Regulirung von Ents und Bewässes rungen betr., I. 624—626, II. b. 413.

Rebenmebne, in Altvorpommern, II. a. 633.

Rebens Bertrage, Berhatung heimlicher, I. 412, II. 449.

Rebenweiden, Aurechnung der besonderen Beiden bei Bestimmung der Theils nehmungnrechte an Gemeinweiden, I. 317—318, II. a. 81—89. — schiedes richterliche Festschung ihres Umfanges u. ihrer Ergiebigkeit, I. 331, II. b. 82. — Beranschlagung ihres Werthes, II. b. 82 ff. — s. Gemeinweiden.

Repbistrift, I. (LIII.) — Befdrantung ber Regulirunge-Fahigfeit L. 209, II. a. 617.

Reuanbauer, in Dorfgemeinben, IL b. 78.

Reubruchzehnt, I. 173.

ļ

1

I

į

j

Reuenfirchen (Amt), Aufhebung ter Leibeigenschaft, IL. a. 56. — Einführung ber Gem. Ab. D., II. b. 5.

Reujahregeld, II. a. 1904.

- Reumart, frühere Agrarverhaltniffe, I. (XV.) Laßbauern, II. a. 607. Fleischwaehnt, II. a. 658. Schutzgelber u. Jurisdiftionszinsen, II. a. 74. Ausstreiben des Biebes, II. b. 705, 707. Hutungstontraventionen u. Pfandungen, II. b. 705, 707. Abschaffung des Schaasvorviehes, II. b. 759 Tausbenhalten, II. b. 729. Dorfschmiede, II. a. 342. Meliorations-Fond, H. b. 770.
- Reus Borpommenn, Entwickelung ber Rustikalperhältnisse, I. (XCIV.), II. a. 585. Aushebung der Leibeigenschaft, I. (XCV.), II. a. 57. Ratur der Rustikalbesthungen, II. a. 597, 598. Bermuthung für Zeitpacht, II. a. 240. Gemeinheitstheilungs-Geschung, I. (XCV), II. b. 8, 9. Gemeinheitstell. D. v. 49. Mai 1851, I. 398, II. b. 195. Juden, II. a. 36, Grbiosung, II. a. 41. Feldpolizei-Geschung, II. b. 706, 710 st., 743 st. Fischerei-Ordnung, II. b. 768 st. Entwässerungs- u. Borstuth-Geschgesbung, II. b. 575. Köhnung u. Umzug der Schäfer, II. b. 759. Zwangs-Brennrechte, II. a. 767, 768.

Nichtangesessene, Abgaben u. Leiftungen, I. 168, II. a. 259.

Nichtigkeitsbeschwerbe, f. Mechtsmittel.

Rieber-Laufin, Recht auf Diensterlaß, II. a. 672. — Rauchsteuer, II. a. 288. Schungelb, II. a. 264.

Nieberlegung, f. Deposition.

Rieberschlagung, ber Dicten ber beim Regulirungs Derfahren zugezogenen Schieberichter, I. 881. — Richterlaß ber Kosten ber Beschaffung bes Termins lokals, ber Wohnung n. der Arbeitsleute für die Kommistarien u. Feldmesser, L. 822. — Rieberschlagung uneinziehbarer Weste, I, 823. — Berechnung ber vom zweiten Spruchrichter niebergeschlagenen Kosten, I. 824.

Richbrancher, Birfungen ber Anseinanderfepung in Bezug auf biefelben, II. b.

491. - Proposation richterlicher auf Gemeinheitstheilung, I. 314.

Ronnam, Erwerbenfabigfeit, II. a. 35.

Rormalenesch abignneg, Wegfall bes Auspruche auf höhere als Normalentschäs gung, I. 186, If. a 749 ff.

Normal, Preise u. Rormal-Marktorte, I. (CXXIII.), I. 170, 471, 172, II. a. 357, 359, 360, 373, 382. — beren Festellung, I. 179, 189, 208, II. a. 223, 580 ff. — Nichtbesugniß des Ministeriums zur Dispensation von beren Festellung, I. 208. — Districts-Rommissionen, II. a. 26.

Dovation, impiefern folde in dem Abkommen über Fixirung von Mühlenabgas ben enthalten, II. a. 793 ff. — besgl. in bestätigten Auseinandersetzunge : Beffen, II.'a. 797 ff.

Rullitatefluge, Anfechtung bestätigter Rezesse, I. 471 - 473, II b. 263. - f.

Rechtemittel.

Rubholz, f. Schirre u. Rubbolz.

Mus: und Schirtholy: Berechtigung, Begriff u. Umfang, II. b. 150. — Bettheernittelung u. Entschäbigung, II. b. 150.

D.

Obereigenthum, Aushebung des Obereigenthums tes Erdzinsheren, l. 167, II. a. 228. — des Guts: ober Grundheren, ausgehoben, I. 167, II. a. 228. — des Lehnsheren, I. 167, II. a. 225. — Thronlehne, II. a. 227. — verleichaltene Lehns:Abgaben, Leistungen und Ruhungen, I. 167, 169, II. a. 227, 309 ff. — Rechte der Mitbelehnten, Agnaten u. Amwarter, II. a. 227. — Buziehung des Obereigenthümers zur Auseinandersehung, II. b. 447, 448, 450, 453. — Rechte desselben in den vormals Königl. Westphäl, Laubesheiten, II. a. 971.

Dber:Ems=Departement, territoriales Gebiet, II. a. 880.

Dbergerichte:Affefforen, f. Affefforen.

Dberhofe, in Weftphalen u. Rheinland, I. (LXIX.)

Obers Kommissarien, Prafung, II. b. 240.

Ober Laufit, Bewässerunge-Gesegebung, II. b. 575. - Bafferung ber Bis fen, freier Wasserlauf u. Raumung ber Flusse, I. 858, II. b. 644, 645.

Dbers Brafibent, Reffortverhaltniß zu ben Auseinandersetzunge-Beharden II. k. 272, 275. — Einwirfung in Auseinandersetzunge-Sachen, II. n. 10.

Dber = Schlesien, altere Regulirungs: Gefetgebung, I. (CIV.) — Geblickit weigentlicher bauerlicher Stellen, II. n. 638. — befondere Berhaltniffe bezüglich ber Regulirung ber uneigenthümlichen Stellen, II. n. 655 ff., 658.

Dber Tribunal, als Gerichtshof britter Instanz in Auseinandersesunge Sachu I. 456, II. b. 365, 431, 432, 440. — Einreichung ber Aften an baffelt, f. Aften. — Liquidation ber Gebühren britter Inftanz bei Einreihung ber Aften au baffelbe, 1. 781. — Abführung ber Gebühren deffelben, 1. 782.

Obfervang, f. Befigveranderungsabgaben.

Obstbaum zucht, Beförderung, It. b. 752. — inebes. an den Wegen und fich bern, I. 96, II. a. 107. — Obstbaum Schulen, H. b. 752. — Landesbausschulen zu Schöneberg u. Potebam, II. b. 752. — Empfehlung von Schulen, II. b. 753.

Dbftbaum: Conlen, f. Dbftbaum jucht.

Defonomie. Rommiffarien, ale Organe ber Auseinanberfegunge : Beiteta II. n. 24. — Besugniß zu beren Anstellung, II. b. 284. — Anzeige an bei " Minifterium von beren Anftellung u. Entlaffung, 1. 486, II. b. 295. — 1014. Berfehung, I. 492, II. b. 295. — Befahigung jur Anftellung, 1. 97, 460-462, II. b. 295 ff. — Ausbildung u. Brüfung I. 487, 492, II. b. 296. — Rechteverhallniffe berfelben, II. b. 297 ff. - Affentl. Glaube, II. b. 297. -Bereidigung, II. b. 297. — Remmeration, I. 460, H. b. 298. — Diegiplis, unfreiwillige Dienstentlaffung, Penfionirung, 1. 461, 508, 11. b. 298. - 1 zugskoften, 1. 508, 11. h. 299. — Gnabenmonat für die hinterbliebenen, L 509, II. b. 298. - Beirathefonfene u. Beitritt gur Bittmenverpflegungen fialt, II. b. 299. — Exefution wegen Schulden, II. b. 299. — Rommund laften, If. b. 300. — Belaffung ber Disten wahrend ber Ginberufung is Landwehr ober Kricgereserve, II. b. 300k - Privatvermittelung M Gemeinheitstheilungen u. Auseinanderfehungen, T. 511, II. b. 300. - 3uft hung zu den Geschäften der Gen Rommissionen, 11. b. 241. - Funttien W Gefdworene, II. b. 241. - Beauffichtigung ihrer Gefcafteführung, L 619 f. 645, II. b. 421. — Rezefvollziehung vor folden, 1. 659, 660, II. b. 352. — Remuneration, I. 764, 807 ff. — Gebühren, Diaten u. Reisefoften, I. 766 ff. - Diaten firirt angestellter 1. 807. - ter ale Affisenten ober Danbataries gugezogenen I. 810. - Ungulaffigfeit bet Ausgleichung ober Abrechnung weige ber fixirten Diaten ber in verschiebenen Bezirken beschäftigten 1. 810. - Ba: ausbezahlung ber Diaten, I. 810. — Diaten für die von den Regierungen anderen Behörden ihnen übertragenen Auseinanderfesungen I. 801 ff. -Diaten für außerdienstliche Rebenbeschäftigung, 1. 802 ff. - f. Diaten, Reifekoften, Spezial=Rommiffarien.

Defonomie-Rommissions-Gehülsen, Bulaffung bei ben Auseinandersehmet Behörden, II. b. 242. — Ertheilung von Aufträgen an solche, L. 234, II. a. 757, 758, II. b. 301. — Bereibigung, I. 515, II. b. 301. — Rezespreligie

hung vor folden, I. 659, 660, II. b. 352.

Defonomifche Gulfearbeiter, f. Gulfearbeiter.

Dhrkar, II. a. 288.

Dppeln (Fürftenthum), Laubemialpflichtigfeit, II. a. 437.

Drbar, II. a. 288.

Drbobbe, II. a. 288.

Organisation, ber Auseinandersetungs=Behörden, I. 405 ff., II. n. 1 - 26, II. b. 234 ff.

Ortschaften, Anlegung neuer, I. 125, 152 ff., II. n. 186. — Ertheilung ber Korporationsrechte, I. 125, 153, II. n. 192. — s. Ansiedelungen, Etas bliffements.

Oftpreußen, Eigenthumsverleihung an die Immediateinsaffen in den Domainen, I. 243, H. a. 844, 845. — Wiederherstellung wüster Stellen, II. a. 44. — Aufhebung des Mühlenzwangs, H. a. 765, 783. — Recht auf Fossilien, II. a. 691. — Kalendenabgabe, II. a. 158, 160, 161, 182.

Dft : u. Weftpreußen, frahere Agrarverhaltniffe, I. (XLIV.)

P.

Pächter, Wirkungen ber Auseiandersehung in Bezug auf diefesten, II. b. 492.
— 499. — Accht zur Provokation auf Gemeinheitstheilung, I. 314.

Pachtlandereien, Berückschigung bes Futters bavon bei Berechnung bes Maas fes u. Umfanges ber Theilnehmungerechte an Gemeinweiben nach ber Durchs winterung, II. b. 78.

Pachtschmidt, II. a. 339.

Bachtftreitigfeiten, Rompetenz, I. 407.

Pachtverhaltniß, Birfungen ber Anseinanbersehung in Bezug barauf, II. b. 493 ff. — Regulirung beffelben bei Ausführung bes Auseinanbersehungs:Reszesches, I. 432, II. b. 396, 397.

Paderborn (Kreis), Renten Dilgungskaffe, I. 744, II. b. 520, 565, f. Til= gungskaffen.

Paberborn (Fürstenthum), frühere Agrarrechtsverhaltnisse, II. a. 872. — Meiers güter, II. a. 872. — Gütergemeinschaft nach der Paderborner Meierordnung, II. a. 964. — Eigenthum an Rolonaten, II. v. 963. — Nichtrerpsichtung der in Gütergemeinschaft lebenten Chegatten zur Nachsuchung der Beweinsausfung, II. a. 993. — Borschriften über Biehhüten, II. b. 718.

Papiermühlen, Anwendbarkeit bes Mühlen : Ablof. Gef. v. 11. Marz 1850 barauf, II. a. 840. — in ben vormals Königl. Weftphalifchen, Großherzogl.

Bergifchen und Frangof. Lanbestheilen, II: a. 946.

Ratochiallasten, Absolung, II. a. 556 ff.

Parochial. Berhältniffe, beren anberweitige Regultrung in Folge von Gesmeinheitstheilungen und Auseinandersehungen, I. 469, II. b. 288.
Parzelen, Austausch einzelner, I. 156, II. 121, s. Austausch. — Abvets

fauf fleiner Grundflude, L. 161, II. a. 121.

Parzellirungen, Berechnung ber Laubemialbetrage babei, N. a. 469, f. Berstheilung.

Patentftener, H. b. 1004. - anfgehoben, II. n. 65.

v. Patowiches Promemoria, über bie Reform ber Agrargefetgebung, I. (CXIX.)

Patronats: Rechte, ber von ben Regierungen reffortirenden geistlichen Guter, beren Wahrnehming bei Auseinanderfepungs Geschäften, 1. 442, 642, 11. b. 287. — Berückschigung bei Dismembrationen, 1. 37.

Pausch = Quantum, für die Kommiffarien und Protofollführer, I. 767, 822. — ftatt der Rosten, I. 766, 767, 820, 821 ff.

Banfosummen, f. Bausch=Qnantum.

1

į

Perfonal, ber Auseinandersehungs-Behörden, f. Anseinandersehungs-Be-

Bertinenzien, Ausmittelung bei Separationen und Regulirungen, I. 418, II. b. 323. — Rompetenz ber Auseinandersepungs-Behörden bezüglich der bei Gem.s Thellungen vorkommenden Ankaufe von Pertinenzien Behufs Bewirkung beffester Planlagen, II. b. 413.

Pertineng. Qualität, ber Entschäbigungs- und Ablösungs-Renten und Auch talien, Bermerk im Sppothekenbuche bes berechtigten Gutes, I. 324, 457, IL

b. 173, 456.

Pfandgelber, in Dit: und Westpreußen, Posen, Rut: und Reumart, Pommen, II. b. 707, 708. — im Berzogthume Weftphalen, If. b. 710. — in da Graffchaft Mart, II. b. 710. — in dem Fürftenthum Minden und ber Graffchaft Ravensberg, II. b. 711. - in ber herrschaft Rheba, Graffdeft Rietberg und bem Amte Redenberg, II. b. 711. - in ben Graffcaften Led lenburg und Lingen, II. b. 710: - im Reg. Beg. Danfter, IL b. 709. im Fürstenthume Siegen, II. b. 710. — in ben Graffchaften Bittgenften, II. b. 711. - f. Pfanbungen.

Pfanbungen, Ungultigfeit ber alteren Provinzialgefege über Pfanbungen, end. ber Sobe ber Pfandgelber, II. a. 104-106, II. b. 712. - früheres Berfah ren und Kompetenzverhaltniffe in Pfandungsfachen vor Erlaß ber Feltpolizeis D., II. b. 715. - provinzielle Gefete barüber in Bezug auf Forkious, II. a. 104 ff. - f. Feldvolizeis Drbnung, Graffcaft Mart, Rut: und Reumart, Minben, Bommern, Bofen, Breugen, Ravent:

berg, Siegen, Weftphalen.

Pfarr: Abgaben, f. Rirden:, Pfarr: und Schullaften.

Pfarr: Bauern, Meifefuhren, IL a. 278, 279, 953.

Pfarr:Bauten, f. Kirchen:, Pfarr: u. Schul:Bauten.

PfarreDienfte, Reisefuhren, II. a. 278, 279, 953.

Bfarre, f. Bfarreien.

Bfarreien, Bahrnehmung ihrer Rechte, I. 408, 442, M. b. 287. - Giftirung ber Ablösung ber Reallasten an Pfarreien, I. 909. - f. Ablösung, Reftenpunkt, Reallasten.

Pfarrer, Becht ber Provofation auf Gemeinheitstheilung, I. 347, II. b. 46.

Pfarr: Fuhren, H. u. 278, 279, 95%.

Bfarrs Laften, f. Rirchens, Bfarrs u. Schullaften.

Bferdrecht, Begriff. II. b. 171. - Abidfung, I. 324, II. b. 171, 172.

Pferbejucht, Berbefferung, I. (XXIX.), II. b. 753. - RöhrsDrbnungen, II. b. 754. — Bereine für Pferbezucht, II. b. 757. — Pranien, II. b. 757. — Schiedsgericht für Streitigfeiten in Bennangelegenheiten, H. b. 757.

Pferdnerguter, in ber Prov. Sachsen, I. (LVIII.)

Pfluggeld, II. a. 1003.

Bflughafer, H. n. 1003.

Pia corpora, f. moralische Personen, Bollmachten.

Pilze, Recht zum Sammeln, II. b. 169.

Plaggen ., Deibe: u. Bultenhieb, Begriff, II. b. 89. - Befchrantungen beffelben, I. 94, II. a. 99 ff. - Strafe unbefugter Ausübung, I. 890, II. b. 732. — Gegenstand der Gemeinheitstheilung, I. 343, 318, II. d. 12, 89 f. Theilnahmerecht, I. 318, 329, II. b. 90 ff.

Plan, f. Auseinandersehungs: Plan.

Blan: Berechnung, I. 424, 443,: 543 - 554, II. b. 334-337. - Ralfulateris · sce Brufung, I. 566, II. b. .351.

Planlage, Sorge für Ausführung zwedmäßiger, I. 318, 424, IL b. 92, 334-337. — Berfahren bei Streitigkeiten barüber, I. 425, 567, II. b. 337. -Anhörung der RreisvermittelnngesBehörde, I. 447, II. b. 337. . — Richten wendbarfeit bes ichteberichterlichen Berfahrens babei, I. 331, II. b. 337, 428. - f. Dechtsmittel.

Plan : Bege, Berschaffung zwedmäßiger, I. 321, II. b. 417 ff.

Polizei, landwirthichaftliche, f. landwirthichaftliche Polizei, landespor lizeiliches Intereffe.

Bolizeis Behörden, f. Kompetenz, Reffortverhaltniffe.

Polizei. Reglemente, landwirthschaftliche, I. 895 ff., II: b. 742. - über Rie mung von Graben, Fluffen und Bachen I. 895 ff., IL b. 742.

Bolizei-Berordnungen, landwirthschaftliche, teren Erlaß, I. 895 f., I.

Polizei-Bermaltung, guteberrliche, Laften, I. 168, II. a. 262 ff.

Polnifche Sprache, Berfahren mit Partheten, bie nur folder machig, II. b. 319 Pommern, frühere Agrarrechteverhaltniffe, I. (XLIX.) - Roloniftenfiellen, L

(LXXVIII.) — Meliorationes Rolonistenhöse, II. a. 231. — Anspruch der Bauern auf Eigenthumsverleihung, II. a. 643. — Beschränfung der Regulistungsfähigseit, I. 209, II. a. 617. — Regulirungsfähigseit der Pachtbauern, II. a. 605, 611, 612. — Nebenmodus, II. a. 182. • Biehs und Kopfkeuer, II. a. 287. — Austreiben des Biehes, II. b. 705, 707. — Hutungskontraventionen, Weidefrevel und Pfändungen, II. b. 705, 707. — Abschaffung des Schaasvordiehes, II. b. 759. — Fischerei. Gesetzgebung, II. b. 763. — Recht auf Bernstein, II. a. 691. — Errichtung von Familienschlüssen über Lehne, I. 77, II. a. 53. — Neliorationsfond, I. (LXXVIII.), II. b. 770.

Poppelsborf, f. Lehranstalten.

Bortofreiheit. in Auseinandersetzungs-Angelegenheiten, I. 763, 797 ff.

Bofen (Großherzogthum), Ausbebung ber Leibeigenschaft und Erbunterthanigfeit, 1. (XCV.), II. a. 53, 54. - Frühere Agrarrechteverhältnisse, I. (LlII.) -Rechte und Befigverhaltniffe ber Ruftifalbefiger, I. (XCVI.) - Rechte und Pflichten ber bauerlichen Wirthe, I. 209. - Regulirungefabigfeit, I. 181, II. a. 605, 606, 634, 635.. - Befchrankung berfelben, I. 209, II. a. 617. -Anspruch auf Eigenthumsverleihung auf Grund mundlichen Bertrages, Il. a. 638, 645. — Praflufion ber Regulirungsanfpruche, I. 181, 224, 225. II. a. 645. — Saulander ober Sollander, II. n. 553. — Entfetzung bauerlicher Birthe, II. a. 647. - Berbindlichkeit ber früheren Lagwirthe bezüglich ber Unterhaltung ber Kommunifationswege, II. b. 119. — Recht auf Fossilien, 'IL a. 691. - Landemialpflicht, II. a. 438. - gewerbliche Abgaben, I. 85, II. a. 65. - Dublengefengebung, II. a. 766. - Einziehung von Dominials gefällen, II. a. 61. - Austreiben bes Biebes, II. b. 705, 707. - Gutunges fontraventionen und Pfandungen, II. b. 705, 707. - Löhnung u. Umzug der Schafer, II. b. 759. — Rohr Drdnung zur Berbefferung der Pferbezucht, II. b. 756. - Fischerei Drbnung, II. b. 764. - Diemembrationebefugnis, II. a. 127. — Juben, II. a. 35, 36. — Taration ber Rittergüter, I. 114, II. a. 109, 110. - landwirthschaftlicher Bramienfond, Il. b. 771.

Possessorien: Streitigkeiten, Kompetenz, I. 468, II. b. 251, f. Kompes

teng. — interimistifche Regulirung, I. 447, II. b. 340 ff.

Boft, Infinuation durch dieselbe, II. b. 310, I. 561-563.

Poftrefognition, II. a. 1003.

ı

ı

Praflusion der Regulirungsausprüche, I. 181, 224, II. a. 645, 646. — s. Wühlenlasten.

Pratlusiones Berfahren, s. Aufgebots u. Pratlusiones Berfahren.

Pramien=Fonds zur Beforderung landwirthschaftlicher Berbefferungen, II. b. 771.

Präftationsfähigkeit, Ermäßigung der Abgaben und Lasten, Behuss beren Erhaltung bei Ablösung der Reallasten, I. 177, Il. a. 516 ff., 525 ff. — bei Regulirungen, I. 182, Il. a. 676 ff., 679. — bei Rühlen Ablös., f. Rühs lenlasten.

Braftations Tabellen, Beweistraft, II. a. 64.

Preußen (Ofte n. West-), Abschaffung des Schaasvorviehes, II. b. 759. — Austreiben des Biebes, II. b. 705, 707. — Hutungs : Kontraventionen u. Pfans

bungen, II. b. 705, 707.

Preußen (Provinz), frühere Agrarverhältnisse, I. (XLIV.) — Kontrolle ber bäuerl. Stellen, II. a. 44. — Begriff ber Zeitemphyteusen, II. a. 635. — Begulirungsfähigseit, I. 181, II. a. 634, 635. — Sohe bes Laubemiums, II. a. 392. — Beschränfung ber Parzellirungsbesugniß ber Domaineninsassen, II. a. 129. — Fischereis Gesetzgebung, II. b. 763. — Mennoniten, I. 53, II. a. 36, 37. — Meliorations Fond, II. b. 770.

Briegnit, Berfaffung ber Bauern, II. a. 607.

Primorbial=Bertrag, beffen Bedeutung für bie rechtliche Ratur der Rablens abgaben, II. n. 787, 788.

- Principia regulativa, L (XXVI.)

Privatslüsse, Begriffsbestimmungen, II. a. 289. — im Gegensate zu öffentlischen, II. b. 600, 601, 643. — allgemeine Gesetzebung über Benutzung der Privatslüsse, I. 850 ff., II. b. 624 ff. — provinzielle u. lokale Gesetzebung darüber, II. b. 669, 670. — Gesetzet v. 23. Febr. 1843, I. 850 ff. — Gesschichte bestelben, II. b. 625. — dessen materielle und formelle Rechtsbestims

mungen, II. -b. 628 ff., 632. - Berhaltniß beffelben gu-ben anbern bejiglichen Gefegen, II. b. 633 ff. - Erlaut. ber einzelnen Bestimmungen beffel ben, II. b. 644 ff. - Ginführung im Begirte bes Aphell. : Gerichtshofs ju Coln, I. 858, H. b. 641. — bee Abichn. III. in ben Sohenzolleruichen la ben, I. 858, II. b. 641. — Nichtanwendbarfeit bes Gesetzes auf bas Ber sahren bezüglich Gestattung gewerblicher Anlagen, I. 859, II. b. 635. — lubespolizeiliche Bestimmungen beffelben u. Ufers u. Fluftpolizei ber Privatflufe, H. b. 641-642. - Berhütung der Berunreinigung der Fluffe und Kanak, I. 861, II. b. 642. - Rechtsbestimmungen über bie Baffernugungs : Befugnife u. barauf bezügliches Berfahren, II. h. 643 ff. - Rechtstitel ber De nutung, II. b. 646 ff. - inebef. Berjahrung, II. b. 647, 661. - bie Rob tur=Berordnungen bes Geseges vom 28. Febr. 1843, II. b. 663 ff. - int bef. bas Aufgebots: und Praflufions : Berfahren, I. 848, 849, II. b. 614 f., · 663 ff. — besgl Ptozesse u. Incidentpimite vor den ordentlichen Gerichts, 11. b. 648 ff., 663 ff., 664, 665. — Provokations : Berfahren auf Bermitte lung der Regierung, II. 665 ff. - Refforts u. Kompeteng Berhaltniffe ba Polizeis u. Gerichtebehörden u. ber Regierungen in Ausführung bes Gef. t. 28. Febr. 1843, I. 863-867, II. b. 650 ff. - Rompeteng ber Boligei L Gerichtsbehörden in Betreff ber Reumungs : Berbindlichkeit, II. b. 598, 599. -Berpflichtung zur Raumung, II. b. 598. - Richtverpflichtung ber Gigmbi: mer zur Unterhaltung bes Ablaufe des Waffere, II. b. 598. - f. Baffer abzüge. — Abgaben für Benutung bes Baffers aus Privatfluffen, L 168, II. a. 288 ff.

Brivat: Gerichtsbarfeit, Laften, I. 168, II. a. 262 ff.

Privat=Bermittelungen, von Gemeinheitstheilungen und Auseinanderschut gen burch Defonomie = Rommiffarien, I. 511, IL b. 300.

Privat=Baldungen, Aufhebung der Ginschränfungen ihrer Benugung, L 93, IL a. 90 ff. - Berftuckelung, II. a. 91 ff.

Brorogationen, I. 415.

Brosfau, f. Lehranstalten.

Protestation, Eintragung hinsichts ber Kapitale Mbsindungen, I. 451, 452, I. b. 432 ff., 465.

Protofollsührer, ber Dekon. Rommissarien, Personalexekution, II. b. 300. — Ertheilung von Rommissorien, I. 234—236, II. a. 757, 758. — Berbet der Juziehung bei der Bonitirung, I. 542, II. b. 331. — Gebühren für hints liche Arbeiten, Aktenhesten, Folitren, Aotuliten, I. 772. — Remuneration ber selben, I. 773. — Diaten der als Dollmetscher Fungirenden, L. 773. — f. Diaten.

Provinzial : Gulfe : Raffe, f. Weftphalen.

Provinzial: Schul-Roilegien, f. Auseinanbersepungs = Rezes, At.

gierungen, Rezes.

Provokation, auf Ablösung ober Regulirung, Berechtigung beider Theile, I. 184, II. a. 712 ff. — Beschränkung des Rechts, auf Absösung anzutuges auf den Eigenthümer des Grundstücks, II. a. 717. — Umfang der Provokation, I. 184, II. a. 718. — Zurücknahme derselben, I. 185, II. a. 718, 719 ff. — bezüglich unvollständiger Provokationen, I. 227—230, II. a. 720—721. — Provokationen des Domainen: Fiskus, I. 230—232, II. a. 721. — Um gulässistist der Provokation, im Falle der Provokant kelbst die Existen des Gegenstandes der Auseinandersetzung bestreitet, II. a. 721. — bezüglich der Reallasten an Airchen, Pfarren, Kustereien und Schulen, I. 232, II. a. 721. 725. — auf Ablösung von Mühlenlasten, II. a. 804 ff. — auf Gemeinheitstheilung, Begründung des Antrages, I. 315, II. b. 57. — wo die Provokstion anzubringen, I. 415, II. b. 309. — Erfordernis höhener Autorisation zur Andringung der Provokation sür sekalische Behörden, I. 346, II. b. 44. — Wirkung der Provokation, I. 908. — Zurücknahme der Provokation auf Gemeinheitstheilung, I. 343, 314 ff., II. b. 40, 41. — f. Provokations

Provokations: Recht, Besugniß beiber Theile auf Ablösung ober Regulirung anzutragen, s. Provokation. — Provokations: Recht auf Gemeinheits: theilung, I. 313, II. b. 29. — Einschränfung bestelben, II. h. 29 ff. — Borrecht ber Rittergutsbesiger und ber Domainens u. Forkverwaltung his schtlich ber Beantragung von Separationen, II. b. 31, 32. — inwiesern die Brovosation auf partielle Separation zulässig, II. b. 36 ff. — Richtbessichtensung des Provosations Rechtes bezüglich der wüsten Marken oder Ausgens Ländereien, II. b. 38, 39. — Berechnung des vierten Theils der Intersesseuten, II. b. 39, 40. — Recht der Provosation auf Gemeinheitstheilung Seitens der des nupbaren Gigenthümers, I. 314. — des Erdpächters, I. 314, II. b. 44. — des Erdzinsmannes, I. 314, II. b. 45. — der antichretischen Pfandbesitzer u. inmittirten Gläubiger, I. 314. — der Rießbraucher u. Zeitpächter, I. 314. — der Pfarrer, I. 347, II. b. 46. — der Worsteher und Patrone gesptlicher Institute, I. 347, 348, II. b. 46. — der Witeigenthümer, I. 314, II. b. 46. — der Belasteten und Berechtigten bei wechselseitigen u. einseitigen Dienstbarkeitsrechten, I. 314, II. b. 46.

Brozent-Laubemien, II. s. 466, 468, 471, 474.

Prufung, der Mitglieder ber Auseinandersetungs : Behörden, II. b. 239 ff. - ber Dekonomie : Kommiffarien, I. 487-492, II. b. 296.

Prügel: Mandate, I. (XXX.)

Publikation, des Rezesses, I. 428, 578, 579, II. b. 362. — ber Erkenntniffe ber Auseinandersetzungs Behörden, I. 563 — 565, II. b. 346 ff. — Belehs rung ber Partheien über die Rechtsmittel, I. 563, II. b. 346.

Pulvermühlen, Anwendbarkeit des Mühlenablos. Ges. darauf, II. a. 640. — Rompetenz des Revisions : Rolleg. für E. R. S. in Streitigkeiten über Abgas ben bavon, II. a. 812.

Q.

Quater, Grundbesit, II. a. 38. Quartal=Steuer, in Altvorpommern, II. s. 633. Quart=Güter, in Westpreußen, I. (XLV.) Quedlinburg (Reichsabtei), Agrarrechtsverhaltnisse, II. a. 878.

M.

Raffs u. Leseholz, s. Brennholz, Holzungs-Gerechtigkeit. Rafenhieb, auf Gemeinweiden, I. 94, II. n. 99. — als Gegenstand der Gesmeinheitstheilung, s. Plaggens, heides u. Bültenhieb.

Rafenstein. II. a. 699.

١

Ratibor (Fürstenthum), Laubemialpflichtigkeit, II. a. 437.

Rauchhafer, II. a. 1003.

Mauchhühner, H. a. 1003.

Rauchgelb, II. a. 1003.

Rauchfteuer, f. Riederstaufis.

Räumung, der Gräben und Wasserabzüge, II. b. 593 ff. — Resortverhältniß und Kompetenz der Polizeis u. Gerichts Behörden in Bezug darauf, II. b. 595 ff. — Interimisitum, II. b. 596. — Rechtsweg, II. b. 596. — Kosten polizeil. bewirfter Räumung, I. 844—846, II. b. 597, 598. — Verpstichtung zur Räumung der Privatstüsse, L. 844 ff., II. b. 598. — Polizeis Reglements über Räumung u. Unterhaltung der Flüsse, Väche u. Gräben, I. 895 ff., II. b. 602, 603, 742.

Ravensberg, Borschriften über Biehhütung, Pfandungen und Pfandzelber, II. b. 711.

Real:Abgaben, Streitigkeiten über Rücktanbe, II. b. 249. — f. Reallaften. Real:Berechtigte, f. Kapitalsabfindung, Rechte britter Personen.

Real-Berechtigungen, Begriff und rechtliche Matur, II. a. 324.

Reals Gläubiger, Nichtberechtigung, der Benutzung des Grundstücks zu widers sprechen, I. 93, II. a. 92. — insbes. in Bezug auf Bereinzelung u. Holzs verkäufe, I. 93, II. a. 92—94. — Rechte bei Zertheilungen, II. a. 116 ff., 134., f. Zertheilung.

Regillaftent, Begriff und rechtliche Matur, II. n. 323, 324 ff. — Ablöfung, l. 165 ff., il. a. 204 ff. — Ablosbarteit, I. 169, II. a. 314 ff. — Ausnahma in diefer Beziehung, I. 169, II. a. 322 ff., 346 ff. - Unterschied ber Me losbarkeit im Sprothekenbuche eingetragener und nicht eingetragener, II. a. 336. - Abloebarfeit ber auf ftabtischen Grunbstücken und Gerechtigkeiten haftes ben, II. a. 337. — Nichtberücksichtigung früherer Willenserflärungen, Be: jahrungen ober Jubikate bei Beurtheilung ber Ablosbarkeit, I. 185, II. 2 726 ff. — Grundprinzip für bie Feststellung bes Ablösungequantums, l. 169, 18. a 351 ff., 356 ff. - auf Muhlengrundftuden haftenbe, s. Dublen: grundftude, Dublenlaften. - Anftalten gur Beforberung ber Abir fung, II. b. 519. — Sistirung der Ablofung der von Kirchen, Pfarten, Ri - - fereien und Schulen zu entrichtenben, I. 909. - gewerbliche und handwelle mäßige Reallasten, II. a. 337 ff. — Bertheilung ber privatrechtlichen u. gut! herrlichen bei Parzellirungen, II. n. 116 ff., 120, 129, 133 ff. — ber iffent lichen, M. a. 119 ff., 122 ff., 129 ff., 154 ff., 158-165. - inebef. ber a Gemeinden, Rirchen, Pfarten, Schulen, Societaten, und an Gerichts: 111 Polizei-Obrigkeiten zu entrichtenben, II. a. 119, 130, 154 ff., 158-165. f. Abfindung, Ablofung, Symnafien, Lehranstalten, Universit täten, Waisenhäuser.

Real-Leiftungen, f. Reallaften.

Real= Sougeld, II. a. 631.

Real=Berbindlichkeiten, f. Reallaften.

Rechte britter Personen, sortbauernbe Gültigkeit ber hierüber vor dem 2. Marz 1850 erlassenen Borschriften, I. 187, II. n. 759—760. — Geset von 29. Juni 1835 wegen Sicherstellung ber Rechte britter Personen bei Regulirungen, Ablösungen u. Gemeinheitstheilungen, I. 456 ff. — Erläut. desselben, I. 664 ff. — vollständige Darstellung der betreff. Gesetzebung in ihrem 3v sammenhange, II. b. 441 ff.

Rechtsanwalte, Bulaffung als Bevollmachtigte, II. b. 316, 317. — als Affi ftenten, II. b. 317. — Gebühren in Auseinandersetzungs = Sachen, L 785,

789. — Manbateprozeß, I. 790.

Rechtsmittel, gegen Entscheibungen ber General- Kommissionen (u. landwirt schaftl. Reg. - Abtheilungen), I. 429 ff., 453 ff., II. b. 362 ff. — hiperischen Ueberblick ber betr. Gesetgebung, IL. b. 362 ff. - Summa appeltabilis, I 429, II. b. 368. - beren Berechnung, II. b. 368 ff. - Ausschließung ber Bagatellsachen von ber Appellation, II. b. 369. — Berechnung bes Beribe bes Streitgegenstandes, I. 580 ff., II. b. 369. — Falle ber Bulaffigfeit it Refurses, II. b. 370 ff. — Berfahren in Returs : Cachen, II. b. 371 ff. -Bufammentreffen mit der Appellation, II. b. 372. — Nichterfordernif bet 30 zeichnung bes Rechtsmittels zu beffen Wahrung, II. b. 372, 373. — Artd: lationsfrift, I. 429, II. b. 373. - Behörde, bei welcher bie Anmelbung ba Rechtsmittel erfolgen muß, II. b. 373. — Restitution gegen Berfaumung ber Frift jur Ginlegung, aufgehoben, II. b. 374. — volle Wirtung ber Appelle tion, I. 429, II. b. 374 ff. — Instruction der Appellation, I. 430, 455, A b. 378. — Berfahren in Appellatorio, I. 431, II. b. 378. u. Berwarnung, II. b. 378, 379. — Buziehung eines anbern Rommiffarint u. neuer Taxanten, I. 431, 450, 451, 455, 456, II. b. 379. — von neuen in zweiter Inft. portommenben Punften, I. 431, 450, 455, 456, II. b. 379. - britte Instanz, I. 431, 450, 456, II. b. 380 ff. - Aneschließung bestellt ben in Streitigfeiten über bie Ratur ber Dublenabgaben, II. a. 812, II. b. 381). — Statthaftigfeit und Ausschließung ber Rechtsmittel ber Revision, be ziehungsmeise ber Dichtigkeitebeschwerbe, II. b. 380-385. - inebes. gigts Entscheidungen über landespolizeiliche Gegenftanbe und wegen Ausgleichun ber Theilnehmungerechte, II. b. 381. - Bulaffigfeit bei Streitigfeiten ibn bie Regulirungefabigfeit, II. b. 382. - Ungulaffigfeit in Streitigfeiten ibn die Bohe ber Rente, I. 585, II. b. 382 ff. - über Ablosbarteit, II. b. 383 — über Umfang und Art der Lanbabfindung, II. b. 383. — Bulaffigfeit in züglich ber Berechtigung auf holzstration anzutragen, II. b. 383. - Unge laffigfeit bei Streitigfeiren über Bonitirung und Planlage, 1. 586, II. b. 383 Dichtigfeitebefchwerbe gegen fcieberichterliche Anssprüche', II. b. 383. -Einreichung ber Aften an das Ob.-Trib., IL b. 385, 431, 432, 440, f. Dbett

Eribunal — Rechtsmittel gegen Kontumazialverfahren, 1: 431, II. b. 337, 385. — Restitution, I. 429, II. b. 385. — Nullitätsklagen, II. b. 386. Biebereinsetzung in den vorigen Stand (restitutio ex cap. minor. u. ex instrum. nov. rep.), II. b. 387, 388.

Rectemeg, in Deichbau-Sachen, II. b. 692, 701. — in Borfluthe-Angelegenheis

ten, 1. 841, II. b. 589, 590, 613.

Redeberg (Amt), frühere Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 873, 882. — Pfanbunges ober Schuttgebühren, II. b. 711.

Redlinghausen (Graffchaft), frühere Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 876. Ratur ber Banerguter, II. a. 968 ff. - Berbot bes nachtlichen Gutens, Biehumberlaufens und Betretens fremder Grundftude, II. b. 710.

Rees (Rreis), Gemeinheitstheilungs: Gefetgebung, II. b. 5, 9. - Borfluthe : Ges

feggebung, II. b. 572. — Bemafferunge=Gefetgebung, II. b. 575.

Referendarien, Bulaffung bei den Auseinanderfepungs = Behörden, II. b. 242. - Bereibigung, I. 515, II. b. 301.

Regalien, Richtaufhebung ber baraus fliegenben Ginfcrankungen bes Grundbes figes, II. a. 85, 86.

Regenwalde, f. Lehranstalten.

Regierungen, Konfurrenz bei Beaufsichtigung der Spezial = Kommissarien und Feldmeffer, II. b. 275. — Auseinandersetzungen durch Rommiffarien der Res gierungen und Provinzial:Schulfollegien, I. 414 ff., 447 ff., 516, 519-520, II. b. 303 ff. - Befugniß ber Regierungen und Provinzial-Schultollegien zu Rezesbestätigungen, I. 516, 517, 656, 657, II. b. 306 ff. - Pflicht ber Bes richtserstattung an bas Din. in Auseinandersetzunge Angelegenheiten, I. 518, II. b. 307. - Roften ber von ben Regierungen und Provinzial-Schulfollegien geleiteten Auseinandersetungs: Sachen, I. 763, 801 ff. - Form und Ausstellung ihrer Bollmachten, II. b. 315. — Rompeteng ber Regierungen in Diss membratione:Angelegenheiten, II. a. 130 ff., 145 ff., 183 ff., 185 ff. - Regulirung ber öffentlichen Abgaben bei Parzellirungen burch biefelben, I. 130, Rompeteng in Borfluthe: und Entwafferunge : Angelegenheiten, f. Rompetenz, Privatfluffe, Returs. - f. Ablofungesurtunben, Auseinanderfesungs=Rezes.

Regierungs=Abtheilungen, landwirthschaftliche, I. 24, II. a. 17, II. b. 238.

- s. Auseinandersetzungs:Behörden.

Regierunge:Affefforen, f. Affefforen.

Regulativ, betr. die Roften, I. 760. - bei Diemembrationen, f. Berftades

lung. Regulirung der gutsherrlichsbauerlichen Berhaltniffe, Behufs ber Eigenthums:Berleihung, I. 165 ff., 180, II. a. 204 ff., 582 ff. — Charaftes riftif und Rechtsprinzip der betr. Gesetzgebung, II. b. 582 ff. --- allgemeine Motive des Abschn. III. des Ges. v. 2. Marg 1850, II. a. 590 ff. - terris torialer Umfreis ber Wirksamfeit Dieses Abschn., I. 180, II. a. 597. — Res gulirungefahigfeit, I. 180 ff., II. a. 598 ff. - ber Fischernahrungen, II. a. 605. — ber Pachtgrundflude in Pommern, der Udermart, Weftpreußen u. Bos fen, II. a. 605. — ber Beitpachtguter, II. a. 611. — ber an Wirthschaftsbeamte überlaffenen Stellen, II. a. 615. — ber an Buttenarbeiter überlaffenen Grundftude, II. a. 615. — der herrschaftl. Pausleute in der Riederlaufis, II. a. 615. — Beschränfung ber Regulirungefähigfeit durch die Defl. v. 24. Mai 1853, I. 209, U. a. 615 ff., 620 ff. - Gegenstände, welche bei der Regulirung in Betracht tommen, I. 181, II. a. 651 ff. - Ermittelung ber gur Stelle gebos rigen ganbereien und Berechtigungen, sowie Berpflichtungen, I. 181, II. a. 663 ff. — Bermuthung in Dieser Beziehung, I. 182, II. a. 663 ff. — welche Gegenstände ohne Entschädigung wegfallen, I. 182, II. a. 665 ff. - Ermits telung bes Jahreswerthes ber Leiftungen und Gegenleiftungen, I. 182, II. a. Richtvergutigung bes leberschuffes Seitens ber Gutsberrschaft, und Ausnahmen hiervon, I. 182, II. a. 669 ff. - Freilaffung bes Drittels des Reinertrages der Stelle, I. 182, II. a., 676 ff. - Busammenlegung im Bemenge liegender Landereien babei, I. 183, II. n. 679 ff. - Beitpuntt bes Uebergangs bes Eigenthumsrechts und Umfang biefes Rechtes, I. 183, II. a. 681 ff. - Interimistitum in Dieser Beziehung, I. 183, II. a. 682, 683. -Eigenthumsrecht des Stellenbesitzers in Bezug auf Fossilien, I. 183, II. a. 683 ff., s. auch Fossilien. — Recht ber Gnisherrschaft in Bezug auf in Gebäude ber Stellen, I. 183, II. a. 702. — Nichtverpsichtung der Guishem schaft zum Ersat der Hoswehr nach Andringung der Provokation, I. 183, II. a. 702. — Regulirung der von den Rittergutsbesitzern selbst erwordens Bauerhöfe, I. 69 ff. — s. Bauhülse, Eigenthumsverleihung, Cinstaufsgelder, Emphyteutische Grundstücke, Hoswehr, Lasgiter, ObersSchlesien, Provokation, Remissiones Berechtigungen, Resmissionspflicht, schiederichterliches Versahren.

Regulirungs=Anfpruch, f. Gigenthums=Berleihung.

Regulirungsfähigkeit, in wiefern sie lediglich nach dem Gef. v. 2. Rin 1850, ohne Rucksicht auf frühere Willenserklärungen, Berjährung ober Juditate, zu beurtheilen, 1. 185, 209—220, II. a. 726 ff. — Berweisung einzehner Streitfälle in den Instanzenzug vorweg, I. 212. — s. Eigenthauss verleihung, Regulirung, Rechtsmittel.

Regulirunge: Gefet, v. 2. Marg 1850, f. Ablofunge: Gefet.

Regulirungs - Roften, gehören nicht zu ben Ginrichtungefoften, I. 667 f., I. b. 486. — f. Roften.

Regulirungs : Plan, in Dismembrationssachen, Berfahren bei bessen Austlebeng, Wittheilung und Feststellung, I. 124 ff., 134—149, II a. 182 ff. — Form ber Urfunde, II. a. 184. — Interimistitum, I. 124, II. a. 184—186. — Bollstreckbarkeit bes Plans, II. a. 185. — Rechtsmittel, I. 124, II. a. 184—185.

Reichsunmittelbare, f. Mebiatifirte.

Reinertrag, Freilassung bes Drittels bei Ablösung von Reallasten, I. 177, II. a. 516 ff. — Aichtanwendung auf webaute Grundstücke und Wandelacker, II. a. 523. — bei Rühlen-Ablösungen, I. 240, II. a. 818 ff. — Richtanwendbarkeit des Prinzips auf seit dem 17. Jan. 1845 neuerrichtete Mühlen, I. 241, II. a. 840 ff., s. Mühlenlaster. — Freilassung des Drittels des Reinertrages bei Regulirungen, I. 182, II. a. 676 — 679. — s. Rauswerth.

Reinkarte, f. Feldmeffer. Reises Diaten, f. Diaten.

Reifefuhren, f. Pfarrbienfte.

Reiser Rosten, ber Mitglieder und Affessoren ber Auseinandersehungs-Behörden. I. 814 ff., 819 ff. — ber als Spezial-Rommissarien fungirenden Assessum. I. 817. — ber Dekonomie-Rommissarien, I. 768 ff. — ber Kommissarien wie Feldmesser bei Erkrankungen oder Beitversaumnissen, I. 770. — der Feldmesser, I. 775. — Reisekosten in Bewässerungs-Angelegenheiten, I. 867, II. L. 669, s. Bewässerungs-Angelegenheiten. — der Sachverkandigen wargellirungssachen, I. 125, 154, II. a. 192. — Reisekosten der Bartheis und ihrer Bevollmächtigten, I. 762, 785 ff. — s. Fuhrkosten-Liquidestionen, Sachverkandige.

Reitwurm, Bertilgung, II. b. 752.

Refonfolibationerecht, II. a. 912, 914, 945.

Refrutengelber, II. a. 264.

Refurs, an das Revisions = Kollegium für L. K. S., wo solcher zulässig, II. L. 370. — Berfahren in Refurssachen, II. b. 371 ff. — Jusammentressen wit der Appellation, II. b. 372. — Nichterforderniß der Bezeichnung des Rechts mittels zu dessen Wahrung, II. b. 372., s. Rechtsmittel. — Refurs zu gen interimistische Entscheidungen der Spezial = Rommissarien, I. 426, 453, II. b. 342 ff. — gegen deren Berfügungen über vorübergehende Gegenstände und interimistische Festsehungen über Besitz, Verwaltungs- und Ruzungs-Gegenstände, I. 426, 447, 453, II. b. 344. — insbes. in Dienst-Ablösungssachen, I. 655, II. b. 344. — Refurs gegen Entscheidungen der Regierungs in Vorsluths= und Entwässerungs-Angelegenheiten, II. b. 667, s. Vorsluths-Angelegenheiten, II. b. 689 ff.

Reluitions - Renten, Kompetenz bezüglich beren Rapitals-Ablosung, I. 464, L

b. 250. - f. Ablofungs. Renten.

Remissionen, an Cenfiten, I. 225, 226, II. a. 659, 672. — in ben weftigen ganbestheilen, II. a. 972.

Remissions Berechtigung, Berückschigung bei Regulirungen, I. 225, 226, II. a. 659, 660, 672. — insbes. bes Erbpächters, I. 190, IL. a. 235 ff., 302.

Remissionspflicht, Berücksichtigung bei Megulirungen, I. 225, 226, II. n. 659, 660, 672. — insbes. des Erbverpächters, I. 190, II. n. 236, 302. — Remissionspflicht der Gutsherrn bäuerlicher nicht lassitischer Wirthe, nicht unentgelbslich ausgehoben, II. n. 301.

Remissions=Reglements, I. (XXX.)

1

١

1

Remuneration, ber Rreis-Raffenrendanten für Einziehung ber Roften, I. [824. — f. Dekonomie-Rommiffarien.

Rennangelegenheiten, f. Pferdezucht.

Renten, aus Gemeinheitstheilungen entsprungene, beren Ablösung, II. b. 98 ff.
— Erforderniß der Errichtung neuer Rezesse über Ablösung bereits sestgestells ter sester Geldrenten durch Rapital, II. b. 101. — Eintragung des Borzugssrechts der Rente, II. b. 102, 103, s. Vorzugsrecht. — Vereinbarung über eine unmittelbar an den Berechtigten zu zahlende bei Auseinandersetzungen. II. a. 729. — Streitigseiten über die Höhe der Rente, Unzulässigseit der dritten

Inftanz, I. 585, II. b. 382, 383. — f. Entschäbigung. Rentenbanken, I. (CXXII.), Il. a. 7. - Central-Rom. für beren Ang., I. 15, II. a. 9. - Direftionen berfelben, I. 30, II. a. 19. - Gefet v. 2. Darg 1850 über beren Errichtung, I. 695, II. b. 521 ff. - beren Bestimmung, II. b. 526. — ausführende Behörden, II. b. 527. — Reallasten, welche zur Ablösung burch die Rentenbank geeignet, II. b. 529. - Feststellung ber Rens ten Behufs Ueberweisung an die Rentenbank, II. b. 531. - Abfassung ber Rezeffe hierüber, I. 715 ff., 731 ff., IL b. 537. — Prafung und Bestätis gung, II. b. 537, 538, f. Auseinanberfehungs-Rezes. - Ginziehung und Sicherstellung ber Renten, II. b. 538. - Borausbezahlung berfelben, 1. 724, II. b. 542. — Tilgung berfelben, II. b. 543. — Abfindung bes Berechtigten, II. b. 547. - Mentenbriefe und Binstoupons, II. b. 547. Rechte britter Perfonen, II. b. 549. — Ausloofung ber Rentenbriefe, I. 724, II. b. 553. — Berwahrung derfelben, I. 725, II. b. 553, f. Rentenbriefe. - Uebernahme ber Renten, welche zwei Drittel bes Reinertrages überfteigen, I. 197, II. a. 526, 527. - bei Ueberweifung von Betragen über ben 18. fachen Betrag ber Rente, I. 198, II. a. 534. — Uebernahme von Rudftans ben der Reallasten, I. 185, 189-190, 198, II. a. 740-742. - Losung des Berhaltniffes zwischen Berechtigten und Berpflichteten, II. b. 554. - Steuers umschreibung, II. b. 556. — Aufgebot und Amortisation verlorener Rentens briefe, II. b. 556. — Bestimmungen für die Landestheile, in welchen Rentens Tilgungefaffen bestehen, II. b. 557. - für bie Fälle, in benen bie Abfindung ber Berechtigten in Rentenbriefen burch Bermittelung bes Staats erfolgt, II. b. 559. — Domainen-Menten, IL b. 562 ff., s. Domainen-Renten. — Rentenbanten im Ronigreiche Sachsen, II. b. 520.

Rentenbriefe, II. b. 547. — Ausloosung, I. 724, II. b. 553. — Befannts machung der ausgelosten und der Verhandlung über deren Vernichtung, I. 700, 701. — Verwahrung der von den Kreditinstituten in Anspruch genoms menen, I. 725, II. b. 553. — Besugnisse und Pslichten des Kreditinstituts für Schlesten, in Betress der demselben überwiesenen Rentenbriese, I. 728, II. b. 554. — Rechte der Vorkaufsberechtigten darauf, I. 727, II. b. 554. — Ausgebot und Amortisation verlorener, I. 702, II. b. 556. — frei zu gesbende, Art der Verwendung in die Substanz des berechtigten Guts, I. 909.

Renten=Tilgungs=Anstalten, II. b. 520.

Renten=Tilgungstaffen, beren Errichtung für einige Landestheile, I. 744, 752, II. b. 520, 565 ff. — f. Tilgungstaffen.

Reparaturpflicht, f. Gebäube.

Ressort, der Auseinandersetzungs Behörden, s. Auseinandersetzungs und Gerichtes hörden, Kompetenz. — Ressort der Auseinandersetzungs und Gerichtes Behörden, II. b. 415 ff. — Versahren bei Inkompetenze Erklärungen, II. b. 416 ff.

Ressort=Streitigkeiten, zwischen Auseinandersetzungs. und Gerichtsbehörden,

I. 409, 441, II. b. 267, 415 ff.

Ressort=Berhaltnisse, in Bezug auf bereits anhängige Streitigkeiten, I. 407,

441, II. b. 261, 267 ff., 415 ff. — in Dismembrations-Angelegenheiten, I. 128 ff., II. a. 130 ff., 144 ff., 174 ff. — der Polizeis und Gerichts-Behörden in Feldpolizeis Sachen, nach den Borschriften der Felds. D., II. d. 711. — gegenwärtige Resortverhältnisse in Folge der B. v. 2. Jan. 1849, II. d. 740—742. — in Pfändungss und Hütungs-Kontraventionssachen vor Crisider Felds P.D., II. d. 715. — in Borstuths-Angelegenheiten, I. 841. — Refortverhältnisse der Polizeis Behörden, Regierungen und Gerichts-Behörden in Aussichtung des Ges. v. 28. Febr. 1843 wegen Benuhung der Privatsisse, I. 863—867, II. 650 ff.

Ressortzweisel, II. b. 267. Restitution, s. Rechtsmittel.

Retraftrecht, II. a. 887, 960. — on Immobilien, I. 167, 169, II. a. 244. – ber Miterben, I. 169, II. a. 41. — im Herzogthume Westphalen, II. a. 913 ff., 921. — in den vormals Nassauischen Landestheilen, II. a. 933.

Reuniones Klage, II. a. 945.

Revision, der Feldmesserarbeiten, II. b. 333. — Buziehung des Feldmessers bebei, II. b. 333. — Rechtsmittel der Revision, s. Rechtsmittel.

Revisions Rollegien, altere, II. a. 21. - beren Aufhebung und Ginfetm

des Revisions-Kollegiums für Landes-Kultursachen, II. b. 274.

Revisions Rollegium für Landes Kultur Sachen, I. 31, 454, II. a. 21—24, II. b. 436, 437. — Berfassung und Seschäftstreis, II. a. 22. — Kompetenz, I. 454 st., II. a. 274, 278, 284, II. b. 437 st. — insbes. be züglich der Streitigkeiten über Mühlenabgaben, I. 240, II. a. 812 st., s. Par piermühlen, Pulvermühlen. — Berhältniß zu den Gen.-Rommissun und landwirthschaftl. Reg.-Abtheilungen und Spruchfollegien, II. b. 274, 275. — zu den Ministerien, II. a. 22, 275. — Ropialien für Aussertigung ber Erkenntnisse und Resolute, I. 784. — s. Urtelsgebühren.

Revokatorien & lage, II. a. 945.

Rezes, f. Anseinanberfepungs-Rezes.

Aheba (Graffchaft), frühere Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 877. — Pfandunge ober Schüttgebühren, II. b. 711.

Rheinfuhrgeld, II. a. 1003.

Rheinproving, Abschaffung ber Leibeigenschaft und ihrer Ausfluffe, IL a 56, 57. — frühere Agrarverhaltniffe, I. (LVIII.) — Agrargesetzgebung seit 1807, I. (LXXXIL) . — allgemeine Darftellung ber Reallasten-Gefetgebung, II. 2 218. — Gemeinheitstheilungs-Gesetzgebung, I. (LXXXIV.), II. b. 9. — 90 meinheitstheil..D. v. 19. Mai 1851, I. 398, II. b. 195 ff. — Gefet do cod über bas Berfahren in Gem. Th. Sachen, I. 684 ff., II. b. 499 ff. - Ro sten in den nach der Rheinischen Gem. : Th. : D. zu behandelnden Theilungs und Ablösungen, I. 829, II. b. 568, 569. — Felbpolizeis Gefetgebung, IL b. 706, 719 ff., 743, 744 ff. — Code rural, II. b. 706, 719, 748. — Bick huten und Machtweibe, I. 900, II. b. 744 ff. — Forften, I. 100—102, I n. 91. — Entwafferunges und Borfluth: Gefengebung, II. b. 573, 622. Bemafferunge . Gefeggeb., II. b. 575. - Fischerei . Gefeggeb., II. b. 764 f. Schaaf: und Biegenhutung, II. b. 750. - Rohr Drbn. gur Berbefferm ber Pferdezucht, II. b. 757. - BuchtfliersKöhrsDrbn. II. b. 758. - Denne niten, I. 55, II. a. 37. — Juden, II. a. 35. — Erbloofung, II. a. 41. — Retraftrecht, I. 169, II. a. 41.

Richterfuhren, II. a. 264, 278, 958.

Richterliche Personen, Theilnahme an Auseinandersesungs - Geschäften, IL & 301 ff.

Rietberg (Graffchaft), frühere Agrarrechteverhaltniffe, II. a. 873. — Pfandungs
ober Schüttgebühren, II. b. 711.

Rindviehzucht, Berbefferung, II. b. 758. — Buchtftier-Rohr-Debnungen, I. b. 758.

Ritterader, I. (XXVI.)

Ritterbienft, I. (XXVI.)

Ritterguter, Erwerb burch Dorfgemeinben, I. 50, II. a. 33.

Ritterhufen, I. (XIV.)

Ritterpferbe, I. (XXVI., LVIII.)

Rohr, Recht, solches zu hauen, Erwerb, II. b. 144.

Rohr: Rugung, Ablösbarkeit nach ber Gem. Th.: D., I. 328, II. b. 12, 23. — Theilnahmerechte, II. b. 59, 60.

Romermonate, I. (XIV.)

ļ

į

l

1

ţ

Ì

Rottzehnt, I. 173, II. a. 1007.

Rudforberung, f. Dublenlaften.

Rüdforberunge-Rlagen, f. Rompeteng.

Rudstande, von Real-Lasten und Abgaben, Kompetenzverhaltnisse, II. b. 249. — Uebernahme auf die Rentenbank, I. 185, 189, II. a. 740 — 742. — Rudsstande von Dühlenabgaben insbes., Kompetenzverhaltnisse, II. a. 806. — des ren Uebernahme Seitens der Rentenbank, II. a. 843, s. Domainen Mühslens Abgaben.

Runtelrüben, Belehrung über beren Anbau, II. b. 772.

Rural-Gefet, f. Codo rural

Rustikalstellen, Ueberlaffung ohne Bilbung neuer kulturschablicher Verhaltniffe, I. 93, II. a. 95.

ෂ.

Saamen: Getreibe, f. Inventarium.

Saamen vieh, Berpstichtung zur Haltung, II. b. 170. — Ablösung, I. 176, II. b. 170, 171.

Sachsen (Provinz), frühere Agrarrechtsverhältnisse, I. (LV.), II. a. 870 ff. — Arten ber Rustikalbestzungen, I. (LVIII.) — Dienstgelder, I. 299, II. a. 951 ff. — Behntschnitter und Dreschgärtner, II. a. 510—513. — Forsten, I. 100—102, II. a. 91. — Rohlenlager, II. b. 170. — Sterbelohn, II. a. 258. — Löhnung und Umzug der Schäser, II. b. 759. — Gültigkeit des Vorsluths Ed. v. 15. Nov. 1811, II. b. 584. — Regulirung der Spothekenbücher der Wandeläcker, II. b. 393.

Sachsen (herzogthum), Gultigfeit bes Eb. v. 9. Oft. 1807, II. a. 26—29. — Rühlengesetzgebung, II. a. 766. — Praffuston ber Real-Rechtsanspruche, II.

a. 884. — Behntschnitter und Erbbrescher, II. a. 513.

Sachsenspiegel, I. (XIV.)

Sächsische Landestheile (vormals Königl.), Aufhebung der Erbunterthänigkeit, I. 88, II. a. 55, 78. — Laßnahrungen, II. a. 607. — Aufhebung der Besschräufungen des Güterverkehrs, II. a. 30. — in Betreff der Lehnrittergüter, II. a. 30. — Dismembrations:Besugniß, II. a. 128. — Juden, II. a. 36. — Laudemien, II. a. 437. — Erwerbung von Wald:Servituten, II. b. 184. — Errichtung der Grenzämter und der jährlichen Grenzbeziehungen, II. b. 709. — Löhnung und Umzug der Schäfer, II. b. 759. — s. Katecheten.

Sachverständige, Gebühren in Anseinandersesungs-Angelegenheiten, I. 777. — Reisekosten in kommissarischen Geschäften, I. 777. — Diaten der als Sachs verständige zugezogenen öffentl. Beamten, I. 778. — im Falle Domainensisskus die Kosten zu tragen hat, I. 778. — insbes. der Bauverständigen, I. 779. — Zuziehung Königl. Baubeamten, I. 542, 543, II. b. 331. — öffentslicher Beamten überhaupt, II. b. 331, 332. — insbes. der Domainens und Forstbeamten, II. b. 332. — Gebühren der Bauverständigen, II. b. 332. — Einrichtung der Liquidationen der Sachverständigen, I. 811. — Sachverständige in Streitsachen über landwirthschaftliche Gegenstände, I. 96, 110, II. a. 108—109. — s. Diäten, Reiselosten.

Sadzehnten, II. a. 159, 876.

Salzabgaben, Rormalpreise, II. a. 383.

Sand, Recht gum Graben, II. b. 169,

Sand gruben, Borbehalt gemeinschaftlicher Benutzung bei Separationen, I. 321.
— Rachverhandlungen nach Bestätigung ber Rezesse, I. 428.

Sandicollen, beren Dedung, II. b. 772.

Sattelbienfigelber, II. a. 889.

Sattelhofe, in der Proving Sachsen, I. (LVIII.) - in Westphalen, I. (LXIX.)

Shaafbode, Berpflichtung zur haltung, II. b. 170.

Shaafhutung, Berechtigung ber Guteberrschaften bagu auf ber Ortefelbmark,

Berluft burch Richtgebrauch, II. a. 663. — in ben Kommunakwaldungen ber Rheinproving, II. b. 750.

Schaafweiben, Wertheermittelung, II. b. 76, 77.

Schaafzoll, II. a. 288, 333, 1004.

Schaafzucht, Berbesserung, I. (XXIX.), II. b. 758 ff. — Abschaffung bes Bors viehes, II. b. 759. — Bersehung bes Schäfereiantheils und ber Schäfereisgeräthschaften, II. b. 759. — Löhnung und Umzug ber Schäfer, II. b. 759. — Rechtsverhaltniss ber Antheils: Schäfer, II. b. 759. — Stamm-Schäferei zu Frankenfelde, II. b. 760.

Shaarwerks: Freibauern, in Preußen, I. (XLVIII.)

Shaarwertsgelb, II. a. 158.

Schafer, f. Schaafzucht.

Shafereis Berechtigte, Abfindung, II. b. 92.

So afereien, Bereblung, I. (LXXIX.)

- Schäfereigerechtigkeit, Begriff, II. a. 332. nicht aufgehobenes Priviles gium, II. b. 92, 93. Ablösbarkeit, II. a. 332.
- Schaferei= Gerechtsame, Uebergang auf die Trennstückberwerber bei Dismens brationen, II. a. 143.

Shafereis Drbnungen, II. b. 758.

Schafer: Steuer, II. a. 255, 280.

Shant: Gerechtigfeit, II. a. 1006.

Scharf: Getreibe, Begriff, II.a. 340. - Dinglichfeit, II. a. 341.

Sharfkorn, s. Sharfgetreibe.

- Schat, Abgabe, II. a. 1003.
- Schathafer, II. a. 1003.
- Shaprinber, II. a. 1003.
- Schabungehafer, II. a. 1003.

Shaus Drbnungen, II. b. 574.

Schaus Reglements, Erlaß berfelben, I. 895, 896. Schiedsgericht, in Rennangelegenheiten, II. b. 757.

Schiebemanner, beren Protofolle find öffentliche Urfunden, II. n. 444.

Schied er ichter, in Borfluthe-Angelegenheiten, Ernennung, II. b. 616. — Gigenschaften, II. b. 617. — Amtestellung, II. b. 617. — Geschäfte, II. b. 618.
— Entschäbigung ber Schieberichter, I. 777.

Shieberichterliche Entscheibung, f. Rechtsmittel.

Schiederichterliche Revision, ber Bonitirung, I. 546, II. b. 333.

Schieberichterliches Berfahren, in welchen Fallen folches eintreten foll, L 446, 331, II. b. 426 ff. — Borschriften für daff. in den Fallen bes Ablos.: G. v. 2. Marz 1850, I. 186, II. a. 753. — schiebericht. Berfahren bei Bestim mung ber Schonungeflachen, I. 95, II. a. 103. - jur Ermittelung bes Jahreswerthes von Diensten, I. 170, II. a. 360. - jur Ermittelung bes wirth schaftlichen Bedarfe von Diensten, I. 171, II. a. 367-371. ber eigenen Arbeitefrafte bes Berechtigten, II. a. 370. - zur Bertheermitte lung von Naturalabgaben, bie nicht in festen Körnerabgaben bestehen, I. 172, gur Feststellung bes gemeinen Raufwerths ber Stelle Behuft Ermittelung bes freien Drittels, I. 177, II. a. 525 ff. - gur Ermittelung bes gemeinen Raufwerthe eines Dublengrundfluces, I. 240, II. a. 829 f. bezüglich ber Werthsermittelung ber Bauverpflichtung und Bauholzlieferung ber Gutsherrschaft, besgl. ber aufzuhebenben Grundgerechtigkeiten bei Regulirungen, I. 182, II. a. 666 ff., 668. — in Betreff Ermittelung ber Entiche bigung ber Stellenbefiger, vermoge ber bem Guteherrn (bei Begutirungen) verbleibenden aufgeschloffenen Lagerstatten, entzogenenen Benugung und Berschlechterung ber Bobenfläche, I. 183, II. a. 699, 700. — Schleberichterliches Berfahren in Dismembrations:Ang., I. 124, II. a. 186. — in Borfluthe:An gelegenheiten, II. b. 616 ff. - Borfdriften über bas Berfahren ber Schieds richter, I. 446 ff., 647 ff., II. b. 427, 430. - Rechtsmittel gegen Die Ent scheibungen, II. b. 429. - Roften bee Berfahrens, II. a. 754.

Schiebespruch, ift fein Att, burch ben bie Absindung für rechtsverbindlich fef

gestellt zu erachten, II. a. 748.

Schiefplate, Ermittelung bei Gemeinheitstheilungen, I. 530 — 532, II. b. 58, 319, 320.

Schiffemühlen, I. 241, II. 761. — Abgaben bavon, II. a. 789, 839, 840.

Schilbrechte, II. a. 1003.

- Schilf, Recht, foldes zu hauen, Erwerb, II. b. 144.
- Schilf: Rugung, als Gegenstand ber Gemeinheitstheilung, I. 328, II. b. 12, 23. Theilnahmerechte, II. b. 59, 60.

Schirrs u. Rutholz, II. b. 130, 133, f. Rutholz.

- Schlägerlohn, beffen Entrichtung, II. b. 133. Abzug bafür beim Holzstras tionsverfahren, II. b. 190.
- Schlesien, frühere Agrarverhaltniffe, I. (XXXI.) Berfaffung ber Ruftikals Besitzer, II. a. 607. - Berbot ber Ginziehung ber Rustikalstellen, II. a. 44. - Bertretung ber Onera eingezogener, II. a. 47-48. - Berfahren in Uns möglichkeites Prozeffen, II. b. 419. - Berordn. über interimiftische Regulir. der Berhaltniffe zwischen Gutsherrn und bauerlichen Befigern, I. (CXXII.) - Dreschgartner, II. a. 511. - Ratur ber Laubemien, II. a. 403 ff. große Rangleitaxe, II. a. 266, 393, 432. — Befreiung ber Wittwen und Descendenten davon, II. a. 389. — besgl. von Laubemien, II. a. 390, 391. — Freiheit ber Chegatten von Lehnwaare, II. a. 389. — Berreichsgebühren, II. a. 427, 428. — Ronfirmationsgebühren, II. a. 427, 428. — Markgros fchen, II. a. 429 ff. - Bahlgelber, II. a. 265, 429. - Siegelgelber, II. a. 265. — Sporteln, II. a. 265. — Feudalobservanz in Bezug auf Laubes mialpflicht, II. a. 438-440. - Schutgelber und Jurisdiftionszinsen, II. a. 74. — Mustetiergelber, II. a. 264. — Refrutengelber, II. a. 264. — Dreis bingegelb, II. a. 265. — Spesengelb, II. a. 287. — Behniversaffung, II. a. 333-335. - Ablosbarkeit bes ruhenben Behntrechtes, II. a. 333. - Abgas ben bei Berheirathung der Kinder bauerlicher Ginfaffen aufgehoben, II. a. 75. — Urbarienwesen, I. (LXXV.), II. a. 63. — Urbarial-Berhandlungen, II. a. 63. — gutsherrl. Ronfirmation der Annehmungs: und Kaufbriefe, II. a. 62. — Auenrecht, II. a. 297. — Straßengerechtigkeit, II. a. 298. — Familiens Fideikommiffe, Familienstiftungen und Lehne, I. 76, II. a. 53. — Berpachtung an Auslander, II. a. 97. — Recht auf Fossilien, II. a. 691—697. — gutes herrl. Schaashütungerecht, II. a. 663. — Mühlengerechtigkeiten, II. a 779. - Mühlenregal, II. a. 779. - Merts und Mahlpfahle, II. b. 584, 585. - Sicherpfahle, II. b. 585. - feldpolizeil. Berordnungen, insbef. gegen bas Nachthuten, II. b. 708. — jum Schute bes Weinbaues in Gruneberg, II. b. 708. — Berordnungen über das Biehhalten, II. a. 85. — Abschaffung des Schaafvorviehes, II. b. 759. — Löhnung und Umzug ber Schafer, II. b. 759. — RöhrsDrdn. zur Berbefferung ber Pferdezucht, II. b. 755. — Entwässerungs, und Vorfluth, Gesetzgebung, II. b. 573, 599, 600, 621. — Berpflichtung zur Raumung ber Fluffe und Bafferabzuge, II. b. 599, 600. Rreditinstitut, Befugniffe und Pflichten bezüglich ber bemfelben überwiese= nen Rentenbriefe, I. 726, II. b. 554. - Bilbung provisorischer Deichvers banbe, II. b. 684. — Strafvorschriften in Deich-Kontraventionssachen, IL b. 684. — Unterhaltung der Flußufer, II. b. 688.

Solesisches Landrecht, I. (XIV.)

- Sologholzgeld, II. a. 1003.
- Schmiebearbeiten, Ablösbarkeit, II. a. 338, 343. ob die vertragsmäßige Berpstichtung, solche bei einem Dorfschmidt anfertigen zu lassen, für aufgehosten zu erachten, II. a. 343.

Schmiedeforn, II. a. 341. — Dinglichkeit, II. a. 341. — Ablösbarkeit, II. a. 338.

- Soneden, Bertilgung, II. b. 752.
- Soneebruchholz, II. b. 140, 149.
- Schnitterdienste, II. a. 510-513.
- Schnittermanbel, II. a. 510.
- Shollenpflichtigfeit, I. (XIX.)
- Schonungen, in Baldungen, I. 95, II. a. 103 ff.
- Sopppenbucher, II. a. 444.
- Schof, ob folder aufgehoben, II. a. 255, 280, 287, 1004. Bertheilung bei Dismembrationen, IL a. 158.
- Shopbuch, I. (XVI., XXVI.)
- Schofigeld, Aufhebung, II. a. 255.

Schreibegebühren, I. 174, II. a. 426. — f. Ropialien.

Schreibheuer, im Baberbornichen, II. a. 872.

Soreibmaterialien, Beschaffung berfelben, I. 819.

Schulbauten, f. Rirchenbauten.

Schuldotation, f. Land : Schullehrer : Stellen.

Schulen, Grunderwerb, II. a. 34. — Wahrnehmung ihrer Rechte, II. b. 287.
— Sistirung der Ablösung der Reallasten, I. 205, 909, s. Ablösung. — f. Kostenpunkt, Reallasten, Vollmachten.

Souls Laften, f. Rirchen, Laften.

Schuls Stellen, Beitrag zu neuen Wegen, Triften und Tranken und beren Unterhaltung, II. b. 118. — zu Einhegungen, II. b. 120. — s. Lands Schuls lehrer stellen.

Schulzen=Gehalt, Beruckfichtigung bei Dismembration des Schulzengrundfluces, I. 124, II. a. 182.

Schulgen : Lehne, I. (XXVI.), II. a. 1016. — in ber Proving Sachsen, I. (LVII.)

Schutgelb, I. (XI.), II. a. 284, 958. — Bertheilung bei Dismembrationen, II. a. 158, 159. — exefutivische Einziehung, II. a. 60. — Aufhebung det selben, I. 43, II. a. 60, 73, 74, 262, 263. — im Herzogthume Magbeburg, II. a. 991. — in den vormals Königl. Westphalischen Kandestheilen, II. a. 892. — katastrietes, im Reg.: Bez. Danzig, II. a. 629, 630. — in Best preußen, II. a. 630 ff.

Soutzins, s. Schutgelb. Schwarze Arbeit, II. a. 340.

Schweibnig Bauer (Fürstenthumer), Lehne, II. b. 450.

Schweinegelb, II. a. 1004. Geen, f. Bafferabzüge.

Seibenbau, Beforberung, II. b. 766.

Seibengucht, Maagregelu Friedriche bes Gr., I. (LXXIX.)

Separationen, Gesetzebung Friedrichs bes Gr., I. (LXXX.). — Großherzogl. Sessische Gesetzebung, I. (XC.) — f. Gemeinheitstheilung.

Separations: Plan, f. Auseinandersegungeplan.

Separatiften, Grundbefit, II. a. 38.

Sequefter, Bugiehung zur Auseinanderfegung, I. 445, II. b. 423.

Sequestration, Buziehung ber hypothefarischen Gläubiger, beziehungsweise bes Sequestors ober Kurators, zur Auseinandersetzung im Falle einer Sequestration, I. 445, II. b. 423. — s. Rosten, Rostenpunft.

Servituten, Erwerb burch Berjährung gegen Lassiten, II. a. 663. — nothe wendige, deren Fortbauer nach der Rezesbestätigung, I. 428, II. b. 361. — s. Dienstbarkeiterechte, Grundgerechtigkeiten.

Servitutholg, Richtverwendung zu gewerblichen 3meden, II. b. 131.

Sichelgraferei=Berechtigung, Ablosbarfeit, I. 328, II. b. 12.

Siderpfahl, f. Mertpfahlfegung.

Sicherstellung, der Rechte dritter Personen bei Regulirungen, Gemeinheitstheis lungen und Ablösungen, Aufrechthaltung der bisherigen Gesetzgebung, I. 187, II. a. 224. — Gesetz v. 29. Juni 1835 darüber, I. 456. — Erläuterungen dess., I. 664 ff., II. b. 441 ff. — Uebersicht und Darstellung der betr. Gesetzgebung in ihrem vollständigen Jusammenhange, II. b. 441 ff. — Borschriften zur Sicherstellung der Rechte dritter Personen bei Absindungen in Kapistal, II. b. 457 ff., s. Kapitale Absindung. — Sicherstellung der Kosten der Auseinandersetzungs-Behörden, I. 663, II. b. 435.

Siegelgelber, I. 174, II. a. 265, 426.

Siegen (Fürstenthum), Agrar: Gesetzebung, I. (XCIII.) — Aushebung ber Leitzeigenschaft, II. a. 55, 56. — Gesetzebung über die Rechtsverhältnisse bes Grundbesitzes und die Realberechtigungen, I. 302, II a. 849 ff. — Nebersicht bes betr. territorialen Gebiets, II. a. 865. — frühere Rechtszustande bes Grundbesitzes, II. a. 904 ff. — Gesetzebung ber Zwischenzeit, II. a. 906 ff. — gegenwärtige Gesetzebung, II. a. 907 ff. — Einführung der Gem.: D., II. b. 5. — Grundsteuer: Gesetzebung und Fünstelabzug, II. a. 1020 ff. — Dismembrationsbesugniß, II. a. 127. — Haubergs-Wirthschaften, L. (XCIV.)

— Mithütung der Saudergs-Eigenthumer, II. b. 711. — Pfandgelder und Pfandungen, II. b. 710, 711. — Wiesen-Ordnung, I. (XCIV.) II. b. 575, 669 ff.

Silberginsen, aus früheren Rezessen, II. a. 525.

Simulation, Berhutung Seitens ber Auseinandersepungs = Behörben, I. 412,

441, II. b. 448, 449.

Sistirung der Berhandlungen in Auseinandersetzungesachen im Jahre 1848, I. (CXXII.) — Aushebung des Sistirungs-Gesetzes v. 9. Oft. 1848, I. 909. — Sistirung der Ablösung der Reallasten an Kirchen, Pfarren, Küstereien und Schulen, I. 205, 909, II. a. 560 ff.

Siftirunge-Gefet, v. 9. Dft. 1848, beffen Aufhebnng, I. 187, II. a. 760,

761, 909.

1

İ

1

ŧ

1

1

Stutifationsherrn, II. a. 1010.

Societätslasten, Begriff, II. a. 348. — Nichtablösbarkeit, I. 169, II. a. 322, 346, 348. — Regulirung bei Gemeinheitstheilungen, II. b. 173, 178. — Bertheilung bei Zerstückelungen, II. a. 156, 181.

Soldaten, Grunderwerb, II. a. 34.

Spannbienste, Ablösbarfeit solcher, welche nur bann zu leiften, wenn Spanns vieh gehalten wirb, II. a. 366. — Werthsermittelung, I. 170, 171.

Spanngelb, Il. a. 158.

Sperlinge, Ausrottung, II. b. 712, 751.

Spesengeld, Il. a. 287.

Spezial-Rommissarien, beren Befugnisse, I. 413, II. b. 290. — insbes. Aufnahme von Bollmachten, I. 486, II. b. 291. - von Kaufs und Abtres tunge-Bertragen, II. b. 291. - von Altentheile-Bertragen, II. b. 292. Befugniß zu Definitiv-Berfügungen, II. b. 339 ff. - interimiftische Enticheis bungen berselben, II. b. 342 ff. - Refure bagegen, II. b. 342 ff. - Pflichs ten der Spezial-Rommissarien, I. 410, II. b. 277 ff. — inebes. Wahrnehmung des landespolizeil. und fistal. Intereffes, I. 411, II. b. 278 ff. — Berhaltniß zu ben kandrathen und Regierungen, II. b. 275. — zu den Felds meffern, II. b. 329. — Beaufsichtigung und Leitung burch die Auseinanders fepungesBehörben, II. b. 250, 251. - Brufung ihres Berfahrens, I. 426, II. b. 345. - Diaten für hausliche Arbeiten der Protofollführer und Ges hülfen ber Spezial-Rommiffarien, I. 772. — Gebühren für heften, Rotuliren und Foliten der Aften, 1. 772. - Ropialien, I. 783. - inebef. für Koftens rechnungen, I. 784. — Gebührenfate für Anfertigung von Rarten, I. 774. - Exefution aus von ihnen aufgenommenen Berträgen, II. b. 293. Spezial:Bollmachten.

Spezial: Bollmachten, Aufnahme burch Defonomie: Kommiffarien, I. 486, II.

b. 291.

Spinnbienste, nicht aufgehoben, IL a. 255, 276.

Spinngeld, nicht aufgehoben, II. a. 276, 277, 280.
Spigspännergüter, in der Prov. Sachsen, I. (LVIII.)

Sporteln, Begriff, II. a. 403. — Abgaben, welche beren Ratur haben, I. 168, II. a. 266.

Sportelfreiheit, f. Gebührenfreiheit.

Sprengfel, Bertilgung, II. b. 752.

- Spruch=Rollegien, landwirthschaftliche, I. 27, 453, II. a. 17, 18, II. b. 436.
 Rompetenz, II. b. 251.
- Staatslasten, Ungulässigfeit ber Uebernahme berfelben für andere Interessenten, I. 411, II. b. 282.

Staates Monopole, II. a. 350.

Staats Bertrage, bezüglich ber Konkurrenz von Auslandern bei inlandischen Regulirungen und Auseinandersetzungen, II. b. 254 ff.

Stabt: Gemeinben, f. Gemeinben.

Stammgelb, Berbinblichfeit jur Entrichtung, H. b. 133.

Stapelgelber, II. a. 1003.

Stauungeberechtigte, Streitigfeiten berfelben, II. b. 590.

Stege, Unterhaltung, II. a. 168.

Steinbruche, verbleiben ber Gutsherrschaft bei Regulirung nicht eigenthumlicher

Stellen, I. 182. — Borbehalt ber gemeinschaftlichen Benutung bei Sepan: tionen, I. 321. Steine, Recht zum Graben, II. b. 169. Steinfurt (Graffchaft), frühere Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 877. Stenbal, Gen. Rommission, I. 22, 23, 24, II. a., II. b. 238. Stempelfreiheit, in Auseinandersetzungssachen, I. 763, 792. - ber Dber Tribunales Urtel, I. 792 ff. — ber Urtel höherer Inftanzen, I. 792. — ber Bollmachten, L 792. — ber Berhanblungen über Deposition in Auseinander: setzungesachen, I. 792. - gerichtlich aufgenommener Auseinanbersetzungene träge I. 806. Sterbebette, II. a. 956, 957. Sterbefall, II. a. 257, 876, 887, 892, 913, 920, 956, 957, 960. Sterbefallerecht, II. a. 956. Sterbegeld, aufgehoben, II. a. 76. Sterbehandlohn, II. a. 258. Sterbefleid, II. a. 957. Sterbe=Rreuger, aufgehoben, II. a. 76, 258. Sterbefuh, II. a. 957. Sterbelohn, in ber Provinz Sachsen, Il. a. 258. Sterbepferd, II. a. 957. Steuerartige Abgaben, f. Abgaben. SteuersAttefte, Gebührenfreiheit, I. 794. Steuerbeitrag, II. a. 286. Steuern, Abgaben, welche beren Ratur haben, I. 168, II. a. 280 ff. Steuer=Register, Beweistraft, II. a. 73. Steuers Uebertrag, U. n. 285, 286. Steuer-Umschreibung, bei Gemeinheitstheilungen, II. b. 173 ff. - f. Grund: peuer. Steuer Bertheilung, Erforberniß ber Bugiehung ber Regierung auch in Fil len, wo es einer Beranderung der Steuervertheilung nicht bedarf, I. 642, I b. 282. — f. Grundsteuer. Stockolz, II. b. 136. Stoppelharken, Ablösbarkeit ber Berechtigung, I. 328, II. b. 13, 23. — Thib nahmerechte, II. b. 59, 60. Straßengerechtigkeit, Aufhebung, I. 168, II. a. 292, 298. — Begriff, IL & 292 ff. — in Schleffen, II. a. 298. Stragengerichte, I. (XII.). Strauche, f. Baume. Streitgegenstand, Berechnung bes Werthes, I. 580 f., II. b. 369. Streitigfeiten, in Ent= und Bemafferunge = Angelegenheiten, f. Rompeten, Reffortverhaltnis. - in Borfluthe = Angelegenheiten, f. Rechtenes, Borfluth. - über Roftenvertheilung, 1. 764, 806. Streuberechtigung, s. Walbberechtigung. Streulingerecht, Theilbarfeit bei Dismembrationen, II. a. 143. Streurechen, nicht unter ber Raff: und Lefeholz : Berechtigung begriffen, IL & Strohegeld, II. a. 1004. Studenholz, I. 372, II. b. 129. Subaltern. Beamte, ber Gen.: Rommissionen, II. b. 243. - Sulfeschen, II. b. 243. — Berndfichtigung von Militair-Berforgungeberechtigten, IL 244. — ber Civil-Supernumerarien, IL b. 244. Subhaftation, ber Lafguter, II. a. 648. - bei Gelegenheit von Gemeinheit theilungen und Auseinandersetzungen, Forum, I. 369, IL b. 128. Subjektion, I. (XXI., LXXVI.) Substituten, s. fibeikommissarische Substituten. Summa appellabilis, s. Rechtsmittel. Super-Normalentschabigung, beren Begfall, I. 185, II. a. 749 f.

Tagelohn, Aushebung ber Berpstichtung, gegen ein bestimmtes zu arbeiten, I. 167; II. n. 252.

Tagelohner=Berhaltniß, II. a. 614, 616.

Taubenhalten, felbpolizeiliche Borfchriften, I. 889, II. b. 729 ff.

Taufen, Abgaben, I. 168, II. a. 279.

Taufd, f. Austaufc.

Taxation, f. Abschahung, Bonitirung.

Taxatoren, Buziehung neuer in ber Appellations Instanz, I. 431, 450, II. b. 379. — Bestellung von Taxatoren für Abschähungen in Pfändungssachen, I. 893.

Tare, gemäßigte, ber Rustifalguter und bes Wirthschafts:Inventariums, II. a. 82.
— bei Erbtheilungen, II. a. 82.

Technische Instruktionen, ber Auseinandersetzungs Behörden, 1. 444, II. b. 421, 422.

Tedlenburg (Graffchaft), Agrarverhältniffe, II. a. 877. — Pfandgelber, II. b. 710.

Termin, vereitelter, Roften, 1. 770.

Territorial: Sobeit, II. a. 225.

Tertia marcalis, II. a. 1014.

Theilbarkeit ber Grunbftude, f. Bertheilung.

Theils Bauergüter, II. a. 929.

Theilnehmer, f. Interessenten.

Theilungsarten, beren Feststellung und Wirkung ber besfallsigen Entscheidung, II. b. 327.

Rechtstitel ber Verjährung, II. b. 58. — Maaß und Berhältniß ber Theils nahmerechte bei Gemeinheiten im Allgemeinen, II. b. 59. — bei gemeinschaftl. Weiben, I. 315 ff., II. b. 58, 65, s. Gemeinweiben — bei Gräsereis, Schilfs, Binsens und Rohrs Berechtigungen, I. 328, 329, II. b. 59 ff. — bei Berechtigungen zum Krauten, I. 328, 329, II. b. 59 ff. — zum Nachrechen und Stoppelharten, I. 328, 329, II. b. 59 ff. — zur Torfnutzung, I. 328, 329, II. b. 60 ff. — Anrechnung ber besonderen Weide bei Weidetheilungen, I. 317, II. b. 81. — s. Gemeinweiben, Rechtsmittel.

Thierargte, Diaten bei Bengstfohrungen, II. b. 757.

Thiere, schabliche, beren Bertilgung, II. b. 751.

Thons, Lehms und Mergelgruben, Borbehalt bes Eigenthums ber Gutss herrschaft baran bei Regulirungen, I. 183, II. a. 697 ff., 699. — Borbehalt ber gemeinschaftlichen Benutung bei Separationen, I. 321.

Thorn (Landgebiet), Aufhebung der Erbunterthanigkeit, II. a. 53. — Regulis rungsfähigkeit, I. 181, II. a. 634, 635. — Dismembrations : Befugniß, II.

Thronlehne, Fortbestand bes Obereigenthums, I. 167, II. a. 227.

Tilgungs=Anstalten, provinzielle, beren Behörden, I. 31, II. a. 20. Tilgungs=Raffen, in den Kreisen Paderborn, Büren, Warburg und Hörter, I. (XCIV.), I. 744, II. a. 854. — Seiligenstadt, Mühlhausen und Worbis, I. (XCIV.), I. 752, II. a. 854. — Grafschaften Wittgenstein, I. 305, 760, II.

n. 854, 927 ff. - f. Renten-Tilgunge-Raffen.

Tobienzoll, II. a. 258.

Sobtfall, I. (XIII., LX.), II. a. 258.

Tobtfallsrecht, II. a. 258.

Torf. Berechtigungen, vertragemäßige auf bestimmte Beit, unterliegen nicht ber Regulirung, II. b. 170.

Abbrennens ohne polizeil. Erlaubniß, I. 891.

Torfnutung, Berechtigung, beren Ablösbarkeit, I. 328, II. b. 12, 13. — Theilsnahmerechte, I. 329, II. b. 60.

Torfftiche, Borbehalt bes Eigenthumsrechtes ber Gutsberrschaft bei Regulirun: gen, I. 183, II. a. 699.

Tranken, Anlegung bei Separationen, I. 321. — Beitrag der Küstereien und Schulstellen zu deren Anlage und Unterhaltung, II. b. 118. — Rachverhand: lungen barüber nach Bestätigung des Rezesses, I. 428.

Tranffteuer, in Weftpreußen, II. a. 631.

Translofationen, f. Abbau. — ber Diensteinsaffen bei Regulirungen, I. 412, II. b. 289, 454.

Transport, ber Berbrecher, II. a. 264.

Trauerrecht, II. a. 258.

Treffurth (Ganerbicaft), II. a. 878.

Treiberbienfte, II. a. 267.

Trennftude, Berhaftung für öffentliche Abgaben, I. 140, II. a. 181. — [

Triebfraft, Beruckschigung bei Bestimmung bes Werthe einer Duble, IL a. 780.

Triften, Berschaffung ber erforderlichen bei Gemeinheitstheilungen, I. 321, ILL 117. — Aufbringung der Kosten bafür, insbes. Beitrag der Küstereien und 'Schulstellen, I. 356—360, II. b. 117—118.

. Türkenhülfe, I. (XIV.)

11.

Udermart, I. (XV.) — Regulirungefähigfeit ber Bachtgrundftucke, II. a. 605.

Heberlaffung, f. Grundftud.

Nebertragung, f. Grundftud.

Ufer Drbnungen, II. b. 677.

Umbau, Abbau, f. Translofationen.

Umlegung, ber Grundstude; bei Gemeinheitstheilungen, Bergutung ber Entfer nungefosten u. beren Beranschlagung, I. 320, II. b. 116.

Umzugskoften, ber Defonomie-Kommiffarien, I. 508, 11. b. 298.

Unfixirte Besitveranderunge: Abgaben, f. Besitveranderunge: Ab; gaben.

Ungemessene Dienfte, in ben vormals hannoverschen Landestheilen und bem Bergogthum Weftphalen, H. a. 255.

Uniform, der Beamten der Gen. = Rommissionen, I. 461, 462, II. d. 242, 243. Universitäten, Grunderwerb, II. a. 34. — Ablösung der Reallasten, II. a. 569. Unfraut, Berechtigung zum Pflücken, Ablösbarkeit, I. 328, II. b. 13. — Theib

nahmerechte, I. 329, 11. b. 59, 60.

Unmöglichteite-Prozesse, in Schleften, II. b. 419.

Unschäblichkeits Atteft, in Betreff ber Beräußerung einzelner Lehnes u. Fibeistommiß Parzelen, I. 161, II. a. 201. — bei Austauschung einzelner Barzelen, I. 156, II. a. 195 ff.

Unterhaltung, von Gebäuben in baulichem Buftanbe, ob die Berpflichtung baju abloebar, II. a. 331. — der Fluffe, Bache u. Graben, f. Raumung.

Unterhaltungs=Berbindlichkeit, in Betreff ber öffentl. u. Rommunikations-Wege, II. b. 119.

Untermaft, II. b. 146.

Unteroffiziere, Grunderwerb, II. a. 34.

Unterschrift, Erganzung ber verweigerten Unterschrift ber Rezesse, I. 573-575, II. b. 355.

Unterthänigkeite: Berhältniß, in Schlessen, I. (XXXV.) — in Ofts und Westpreußen, I. (XLIV.) — in Pommern, I. (XLIX.) — s. Leibeigensichaft.

Urbarial=Berhanblungen, Beweisfraft, II. a. 63.

Urbarien, Rachweis ber Laubemial. Berbindlichkeit baraus, IL a. 447. — in Schleffen, I. (LXXV.), II. a. 63.

Urbede, in Alts Vorpommern, II. a. 633.

Urbete, II. a. 288.

Urfunben, f. Cbition.

Urtels-Gebühren, I. 761, 780. — Befreiung des Fistus u. der zur Sportels freiheit Berechtigten, I. 780, 781. — für Erkenntniffe des Revis. Rollegiums in Rüblenstreitigkeiten, H. a. 814 ff. — f. Expeditions-Gebühren.

V.

Berbefferungen, landwirthschaftliche, Pramienfonde, II. b. 771.

Berbrecher, f. Transport

1

1

j

١

١

ļ

ı

1

;

-

1

Bereidigung, der Kreisverordneten, I. 621, II. b. 412, 429, 430. — ber Schiedsrichter, I. 650. — der Dekonomie-Rommisstons-Gehülfen, insbes. der Assessen und Reservendarien, I. 515, II, b. 297—298, 301. — der Feldmeffer, II. b. 328.

Bereinbarung über bie Absindungsart, I. 185, II. a. 728 ff. — inebef. in Land, I. 185, II. a. 728. — über eine unmittelbar an den Berechtigten zu

zahlenbe Rente, II. a. 729.

Bereine, landwirthschaftliche, I. 96, 97, H. n. 110, 111, II. b. 768 ff. — Censtralbüreau für dieselben, II. n. 110. — für Pferdezucht, II. h. 757. — zur Beförderung des Gartenbaues, II. b. 753. — des Flaches u. Hansbaues, II. b. 768. — des Seidenbaues, II. b. 766.

Bereinigung, f. Bereinbarung.

Bererblichkeit, f. Domainen=Bauerhofe, Bererbung.

Bererbpachtung, f. Erbverpachtung.

Bererbung, des Regulirungsanspruchs, I. 181, II. n. 646 ff. - ber Bauerhofe

in Domainen, H. a. 646.

Berfahren, in Auseinandersehungs, Sachen, Aufrechterhaltung der vor dem 2. März 1850 erlaffenen Gesetzgebung darüber, I. 187, II. a. 224, 759 ff. — in Regulirungs, Ablösungs, u. Gem. "Theil. Angelegenheiten, I. 405 ff., II. a. 1—26, II. b. 234 ff. — schiedsrichterliches, s. schiedsrichterliches

fahren. Berjahrung, Unverjährbarkeit ber Befugniß, auf Gemeinheitstheilung anzutras gen, I. 315, II. b. 180. - Ungulaffigfeit ber Berjahrung in Bezug auf bie nach der Gem. Ih. D. und beren Ergang. v. 2. Marg 1850 ablosbaren, Servituten u. Gemeinheiten, I. 325, 393, II. h. 180 ff. — provinzielle Bestims mungen in biefer Beziehung für bie vormals Konigl. Sachfischen u. Frango: fischen Landestheile, II. b. 184 ff. — Berjährung als Rechtstitel für die Theils nehmungerechte und beren Umfang, II. b. 58. - Berjahrung ber Laffiten ges gen ben Gutsherrn, II. a. 662. - ber Domainenbauern gegen ben Fistus, II. a. 662. — bes Gutsherrn gegen bie Lagbauern, II. a. 663. — ber Gervituten gegen gaffiten, U. a. 663. — ber Entschädigungeanspruche aus Ausführung eines bestätigten Rezesses, II. b. 358. — erwerbenbe Berjahrung eis ner Gemeinde in Bezug auf Holzungerechte und ahnliche Gerechtsame, II. b. 134. — Erwerb der Forfinugunge servituten gegen den Fisfus durch Bers jahrung nach Sachfischem Rechte, II. b. 130. — Erwerb und Erweiterung ber Raffs und Lefeholzgerechtigkeit burch Berjahrung, II. b. 136. — Berjahs rung burch Richtgebrauch, in Bezug auf Golzungegerechtigkeiten, II. b. 131. - in Bezug auf ben Gebrauch von Aexten, Beilen uub ahnlichen Inftrus menten Seitens ber Raff: u. Leseholg : Berechtigten, II. b. 141. - in Bezug auf bas Recht auf Leuchtefiehn, II. b. 141. — Berjahrung als Rechtstitel ber Baffernupunge : Befugniß, II. b. 647, 661. - Berjahrung ber Feldpolizei = Kontraventionen, 1. 891, II, b. 738, 741. — ber Koften in Auseinans bersetunge : Angelegenheiten, I. 826 ff. - ber ausgeloften Rentenbriefe und Binetoupone berfelben, I. 700. - f. Befigveranderunge : Abgaben, Grundgerechtigfeit.

Berkoppelung, I. 608-613, II. b. 407, 408.

Berlaffenschaft, gutes, grunds ober gerichtsherrt. Recht auf einen Antheil ober ein Stud, I. 168, IL a. 257.

Bermeffung, Berfahren, I. 421 ff., II. b. 328 ff., f. Felbmeffer.

Bermessung &= Roften, L. 602, II. b. 405, 410. — Berschuldung ber Hauptguter bafur, IL b. 489.

Bermessungs. Register, Borlegung u. Instruction ber Erinnerungen begege. L. 423, II. b. 332. — Ablieferung in zwei Eremplaren, II. b. 332. — Selbmesser.

Bermeffunges Reviforen, I. 514, 515, IL b. 301. - Ernennung ber Felle

meffer bagu, II. b. 328.

Berreiches Gebühren, I. 174, II. a. 426, 428. — inshes. von Binthatten a. beren Borrathen, II. a. 393.

Berreiches Gelber, f. Berreiches Gebühren.

Berschulbung, ber Lehns und Fibeikommißgüter, wegen Kriegsschulben, L. U. II. n. 48 ff., s. Lehns u. Fibeikommißgüter. — f. Ginrichtunge, toften.

Berftarb, II. a. 258.

Berfuche: und Dufterwirthschaften, I. 96, 97, II. a. 111, IL b. 769 f.

Bertheilungsplan, in Dismembrationssachen, f. Berftudelungen.

Bertilgung, f. Ausrottung, Feldmanfe, Rraben, Samper, Den foreden, Reitwurm, Schneden, Sperlinge, Sprengfel, Thiere

Berträge, über die Absindung, Wirkung der vor dem 2. Rarz 1850 errichteten, I. 185, II. a. 745 — 747. — über Dismembrationen, II. a. 147 ff., f. Zertheilung. — Aufnahme von Berträgen durch Dekonomie Rommiffarien, I. b. 291 ff. — Exekution aus bergl. Berträgen, II. b. 293.

Bermahrung, ber Rentenbriefe, f. Rentenbriefe.

Berweigerung ber Rezesvollziehung, f. Auseinanderfesungs=Rezesse, Unterschrift.

Bermenbung ber Rapitale : Abfindungen, f. Rapitale : Abfindung.

Bibimationes Gebühren, Ungulaffigfeit, I. 785.

Wieh, Aufhebung ber Abgaben für die Erlaubniß zur Saltung gewisser Bich: arten, I. 168, Il. a. 289. — Aufhebung der alteren Berordnungen über habt tung und Berkauf von Bieh, II. a. 85. — Austreiben des Biehes, f. Austreiben.

Biebhüten, in ber Rheinprovinz, I. 900, II. b. 744 — 750. — f. Racthi: ten, Pfanbungen, Pfanbgelber.

Biebstand, Aufhebung des Berbots ber Berweigerung beffelben durch ben Bister, I. 93, II. a. 97.

Biebfteuer, in hinterpommern, II. a. 632, 633., f. Bommern.

Biehtranten, f. Eranten.

Bogtenschaß, II. a. 1003.

Bogtes Hafer, II. a. 1003.

Boigtei, I. (XI.)

Boltefrieben, L (VII)

Bollmachten, Form u. Ausstellung, II. b. 311. — insbes. der Stadt: u. Docfgemeinden, II. b. 311. — ber Kollegien, Domfapitel u. Kollegiatstiste, Kirchen und Schulen, pia corpora, Gilben und Gewerfe, II. b. 315. — ber Regierungen, II. b. 315. — inwiefern es einer Spezialvollmacht in Auseissandersehungssachen bedarf, I. 523, II. b. 315.

Bollziehung bes Rezesses, f Auseinandersegungs=Rezes.

Borfluth, im Bereiche des A. L. R. geltende allgemeine gesehliche Bestimmus gen, II. b. 572. — provinzielle ober lokale Gesehe u. Berordnungen, II. b. 573. — Darstellung der allgemeinen Prinzipien der betreffenden Gesehgebung im Bereiche des A. L. R., II. b. 577 ff. — Berhältnis des Borstuths-Gesehrt v. 15. Nov. 1811 zum A. L. R. und Wirkungskreis desselben, II. b. 582 st. — Borstuths-Ges. v. 15. Nov. 1811 und Erganz. u. Erlaut. desselben, I. 833 ff., II. b. 584 ff. — Erweiterung der Borstuthsrechte im Interesse der algemeinen Landeskultur (oder Schiffsahrt), II. d. 603. — Beseitigung der findlichen hindernisse des Wasserabstusses, II. d. 604. — desgl. der natürschen hindernisse des Abstusses, II. d. 607. — Ableitung geschlossener Gewässer, II. d. 607. — f. Werkpfahlsetzung.

BorfluthesAngelegenheiten, beren Gerhandlung vor den Regierungen mit beren Kommissarien, II. b. 611. — Provosation, II. b. 611. — Jucident punfte, II. b. 611. — Ausführung bes Planes, II. b. 612. — Rechtsweg in Bezug barauf, II. b. 613. — schiederichterliches Gerfahren in Borsutte Angelegenheiten, II. b. 616—618. — polizeiliches u. gerichtliches Resort u

Streitigkeiten über Borfluthe Ang., I. 841, II. b. 589, 590. — Refureversfahren, I. 841, 842, II. b. 590, 591. — Buläffigkeit des Rechtsweges in Vorfluthe Ang., I. 841, II. b. 589, 590. — Rechtsmittel, I. 841, 842, II. b. 590, 591. — f. Vorfluthe Regulirungen.

Worfluthsgraben, Unterscheidung von gewöhnlichen Abzugegraben, II. b. 602.

- Berpflichtung, jur Unterhaltung, II. b. 602.

Borfluthe:Rechte, f. Borfluth.

Worfluthe=Regulirungen, Kompetenz ber Auseinanbersehunge=Behörden bazu, I. 626, 627, II. b. 610, 611. — Kosten bes Verfahrens, II. b. 618. — s.

Borfluthes Angelegenheiten.

Borfaufs: Berechtigte, Rechte bezüglich ber Rentenbriefe, I. 727, II. b. 554. Borfaufs: und Näher: Recht, Begriff, II. a. 39. — Entstehung, II. a. 40. — an unbeweglichen Sachen, II. a. 40. — an beweglichen Sachen, II. a. 40. — in wiefern solches aufgehoben resp. noch fortbestehend, I. 34, 167, 169, II. a. 40, 244 ff. — Aufhebung in den vormals Franzof. Landestheilen, II. a. 887, 959, 960. — desgl. im Herzogthume Bestphalen, II. a. 914. — in den vormals Königl. Bestphälischen und Großherzogl. Bergischen Landestheilen, II. a. 959, 960. — Vorfauserecht des vormaligen Erdzinsherrn, II. a. 232, 233. — der Lehnsagnaten u. Mitbelehnten, II. a. 250. — ob die neue Besgründung durch Bertrag oder lehtwillige Bersügung statthaft, I. 191, 192, II. a. 249. — Borfauserecht des Fistus, s. Fistus. — Räher: Recht auf Familiengüter, I. 169, II. a. 41. — Ablösbarkeit des Borfauserechts an Imsmobilien, I. 191, II. a. 332.

Borlabung, Infinuation berfelben, II. b. 310.

Borfpann-Berpflichtung, inwiesern solche aufgehoben, II. a. 89. — in ben Domainenamtern, II. a. 278.

Borvieh, Berbot ber haltung, I. (XXIX.), f. Schaafzucht.

Borwerte, vererbpachtete, II. a. 552.

Borzugs-Recht, ber Entschäbigung in Rente ober Kapital, II. b. 455 ff. — gegen bereits eingetragene Sphothekenglaubiger, II. b. 456. — ber auf die Rentenbanken übernommenen Renten, I. 698.

W.

Bache, Aufhebung ber Verpflichtung zum Verkauf an die Gutsherrschaft, I. 168, II. a. 290.

Bachspacht, II. a 289.

1

į

•

ļ

į

þ

ł

ŀ

Bache, Bertauf, f. Bache.

Bachezinsige, I. (IX.)

Bacht bienste, Aushebung ber guteherrlichen, I. 168, II. a. 274.

Bachtgeld, II. a. 1003.

Waibmahl, II. a. 258.

Baifenhaufer, Ablösung ber Reallasten, II. a. 569.

Bald, gemeinschaftlicher, f. Forfttheilungen.

Waldberechtigung, zur Mast, zur Holzung und zum Streuholen, als Gegenstand ber Gemeinheitstheilung, I. 313, II. b. 12, 90, 91.

Bald. Rebennuşungen, II. b. 134.

Balb: Servituten, f. Forftbienftbarteite: Berechtigungen.

Walbstreus Berechtigung, Erwerb, II. b. 166. — Umfang und Grundsche über die Ausübung, I. 105, II. b. 166. — Anwendung der harken, II. b. 167. — Anrechnung der eignen Düngungs und Feurungsmittel bei der Absfindung, II. b. 167, 168. — technische Abschäungssprinzipien, II. b. 169. Beobachtung der forstpolizeilichen Anordnungen bei deren Ausübung, II. b. 135, 136.

Baldtheilungen, f. Forsttheilungen.

Baldungen, ber Gemeinden und off. Anstalten, I. 100, 102, II. a. 91.

Waldweides Berechtigung, Begriff von "Waldweide", II. b. 164. — Abs schähung, I. 323 ff., II. b. 165 ff. — Theilung bei Dismembrationen, II. a. 144. — Beseitigung der Mißbranche in der Ausübung der Waldweides Sers

vituten, I. 95, II. a. 102—106. — Schonungsbefugniß des Balbeigenhis mers, I. 95, II. a. 103 ff.

Baldweibe=Servituten, f. Baldweibe=Berechtigung.

Baldweibe: Berhaltnisse, Kompetenz zu deren Regulirung, L. 464-466, II. b. 247. — Der abgebauten Hofwirthe, I. 109, II. a. 104

Wallmeister, II. b. 681.

Walpurgieschoß, II. a. 158, 255, 280.

Balzende Dienste, Wertheermittelung, 1. 170, II. n. 366. Balzende Grundftude, in ber Provinz Sachsen, I. (LVIII.)

Banbelader, Regulirung ber Spothekenbucher in ber Proving Sachfen, II. L. 393. — f. Reinertrag.

Warburg (Kreis), Renten . Tilgungs : Raffe, I. 744, II. b. 520, 565, f. Sil:

gunge=Raffen.

Wasserabzüge, Unterscheidungen bezüglich der künstlichen (Gräben und Lenale) und der natürlichen (Privatstüsse, Bache, Seen), II. b. 598 ff. — Verbindlichkeit zur Unterhaltung und Kompetenz der Gerichts und Polisie Behörden dabei, II. b. 593 ff., 595 ff. — Ausstrautung und Räumung, I. b. 595 ff. — Interimistium, II. b. 596. — Les sten polizeil. bewirfter Räumung, I. 844—846, II. b. 597, 598.

Bafferfallzinfen, II. a. 280, 281.

Wassertraft, Abgaben für deren Ueberlassung, II. a. 281, 288, 780. — Ber psichtungen des Ueberlassers einer solchen gegen den Rühlenbesitzer, II. a. 761. — Berücksichtigung bei Feststellung des Kaufwerthes eines Mühlengrundstudt, II. a. 833.

Bafferlaufszinfen, II. a. 280, 281.

Bafferleitung, Verpflichtung zu beren Unterhaltung, ob folche ablösbar, IL & 333.

Baffer= Merkpfähle, f. Merkpfahlfetung.

Bafferrecht, Uebersicht der alteren und neueren Gesetzgebung, II. b. 569 f. - Gegenstände, II. b. 569.

Baffer : Retognitionen, II. a. 1002.

Basserftand, besseichnung bei Merkpfahlsetzung, II. b. 587. — besteinten Besteichnung bei Merkpfahlsetzung, II. b. 588. — Rechtsgrundlage und Rechtsweg, II. b. 589. — Sommer:Wasserstand, II. b. 592. — Louise ventionen ber Bester von Stauanlagen, II. b. 592, 593.

Bafferstands-Regulirungs-Angelegenheiten, Retursinstanz, I. 837.

Bafferstan, bei Duhlen, II. b. 591.

Baffer: u. Ufer: Ordnungen, II. b. 677.

Webergins, II. a. 64.

Bege, Verfahren bezüglich beren Berlegung und Berbreiterung bei Auseinander setzungen, I. 357, 358, 359, II. b. 117 ff. — Hergabe bes Landes dazu wis der Willen der Interessenten, II. b. 93. — Verschaffung zweitmäßiger Planswege, I. 320, II. b. 117, 118. — Beitrag der Küstereien und Schulftellen zu neuen Wegen, II. b. 118. — Unterhaltungs-Verbindlichkeit öffentlicher und Kommunifationswege, II. b. 119. — Nachverhandlungen über Bege nach Bestätigung des Rezesses, I. 326. — Bepflanzung der Wege mit Obsidiumen, II. b. 752.

Begebaulaft, beren Uebernahme Seitens ber mit Land abzufindenden Servitut

Berechtigten, I. 357, 11. b. 117.

Behrbaupflicht, Ablosbarteit, II. a. 329, 807.

Beibe. Berechtigungen, Aufhebung im Wege ber Gemeinheitstheilung, L 313, II. b. 12, 21.

Beibefrevel, f. Gutunge-Kontraventionen.

Beibegelb, ber Gutungsberechtigten, Berücksichtigung bei Servitut : Ablosungen, II. b. 92.

Beiberecht, Uebergang bei Dismembrationen, II. u. 144.

Beibezins, II. a. 260.

Bein-Abgaben, Ermittelung bes Geldwerthes, I. 172.

Beinfahrtsgelb, II. a. 1003.

Beingeld, II. a. 1003.

Beinkauf; II. p. 388, 393, 465, 892, 957, 960, 991, 992, 993.

Beingehnten, II. a. 930.

Wenben, Berhandlungen mit folchen, II. b. 319.

Werbekoften, Abzug bafür bei einer Holzstration, II. b. 190.

Berben (Stift), Agrarrechteverhaltniffe, II. a. 874.

Werbensche Bobs: u. Behandigungegüter, II. a. 534.

Besel, Agrargesetzgebung, II. a. 856.

Westphalen (Provinz), Aushebung der Erbunterthänigkeit, II. a. 55. — frühere Agrarverhältnisse, I. (LVIII.), II. a. 872 ff. — Agrargesetzgebung seit 1807, I. (LXXXV). — Mennoniten, I. 55, II. a. 37. — Forsten, I. 100—102, II. a. 91. — Dismembrationsbefugniß, II. a. 127. — neue Ansiedelungen, I. 162, II. a. 202. — Löhnung und Umzug der Schäfer, II. b. 759. — Röhrs Ordn. zur Berbesserung der Pferdezucht, II. b. 756. — ZuchtstiersRöhrsD.,

II. b. 758. — Hulfstaffe, II. b. 771. — f. Geimfall.

Beftphalen (Berzogthum), Gesetgebung über bie ben Grundbefit beir. Rechtes verhaltniffe, I. 304, II. a. 849 ff. — Ueberficht bes betr. territorialen Ges biele, II. a. 865, 908. - frühere Rechte und Grundbesitverhaltniffe, II. a. 909 ff. — Aushebung der Leibeigenschaft und des Kolonatverhaltnisses, ber Retraktrechte und des Erfapes des Wildschabens, II. a. 911 ff. — Theilbars keit ber Grundstücke nebst Bertheilung ber Reallasten, II. a. 915. — Grunds steuerverhaltniffe und Fünftelabzug, II. a. 915, 921 ff., 1020 ff. - gewerbs liche Reallasten, 3wangs= und Bannrechte, II. a. 916. — gegenwartig gels tenbe Agrargesetzgebung, II. a. 918 ff. - Die Großberzogl. Besfische Agrars Gesetzebung betr., I. (LXXXIX.), II. a. 919 ff. — Allodistation ber nicht zur Rlaffe der bauerlichen gehörigen landesherrl. Lehne, II. a. 849. — Ros lonat-Berhaltniß, I. (LX., LXIII.) — Einführung ber Gem.-Th.-D., II. b. 5, 6. - Beiliegergelb, II. b. 710. - Bube-Berechtigte, II. b. 192. - uns gemeffene Dienfte, II. a. 255. - Berjahrung in Bezug auf Erwerh von Servituten und Gemeinheiten, II. b. 183. - Berftudelung ber Waldungen, II. a. 92. — Machthuten, II. h. 710. — Pfandgelber, II. b. 710. — Pfans bungen, II. b. 710. - Rirchenbaulaft, II. a. 509.

Westphalen (Landestheile des vormaligen Königreichs), Gesetzgebung über bie den Grundbesit betr. Rechtsverhaltniffe u. die Realberechtigungen, I. (LXXXVII.), I. 247, 248 ff., II. n. 845 ff. — Uebersicht des territorialen Gebiets dieser Landestheile, II. 857 ff. - frühere Rechtszustände des Grundbesitzes, II. a. 869 ff. — während ber Frembherrschaft, II. a. 878 ff. — Agrargesetzgebung ber Zwischenzeit, II. a. 885 ff. — Grundsteuergesetzgebung, II. a. 893 ff. gewerbliche Berhaltniffe betr., II. a. 894. - Siftirung und Aufhebung ber frembherrlichen und Ginführung ber Preuß. Agrargeseggebung, II. a. 894 ff. - Rechte bes bauerl. Grundbefiges, II. a. 959 ff. - Bedingungen ber Gigens thumserwerbung, II. a. 963. — Gegenstände berfelben, II. a. 964 ff. -Beitpachtverhaltni . II. a. 966. — Ginschrankungen bes Gigenthums: u. Befis: rechts, besgl. ber Dispositionsbefugniß, II. a. 970 ff. - Borgugerechte bes Obereigenthumers, II. a. 971. — Raducitateflage, II. a. 971. — Banhülfe und Remissionen, II. a. 972. — Beschränfungen ber Dismembration, II. a. 973. - besgl. wegen bes Beimfallsrechts, II. a. 974. - Eigenthumsermer: bung ber beschränkten Erbpachter, II. a. 975 ff. - in Betreff ber Leib: und Beitgewinnguter, II. a. 983. — Reallasten Berhaltniffe, II. a. 990 ff. — Laubemien, II. a. 991 ff. - Ablieferungeart ber Gefalle, II. a. 993. - Pras sumtionen für ober gegen bie Fortbauer ber Reallasten, II. a. 993 ff. -Einführung neuer Dienste, II. a. 997 ff. - bauerliche holzungen, II. a. 998 ff. - Aufhebung ber steuerartigen u. gewerblichen Abgaben, II. a. 1001 ff. - lehnsherrliche Rechte, II. a. 1007, 1015. - 3wangs: und Bandrechte, II. a. 1008 ff. - Behnten, II. a. 1010. - Martenrechte, II. a. 1010 ff. - Bauerlehne, II. a. 1016 ff. - Grundsteuer u. Funftelabzug, II. a. 1018 ff. - Gewährleiftung für aufgehobene Rechte, II. a. 1027. - Gewerbeberechtis aungen, II. a. 764. - Juben, II. a. 35.

Westpreußen, Eigenthumsverleihung an die Immediatinsassen in den Domainen, I. 243, II. a. 844, 845. — Entstehung bäuerlicher Wirthe, II. a. 647. — Begulirungssähigkeit der Pachtgrundstücke, II. a. 605, 611. — Laudemien, II. a. 437. — Recht auf Fossilien, II. a. 691. — Grundsteuer-Berkassung, II. a. 630. — Sufens und Dominial-Kontribution, II. a. 630. — Schutzeld,

II. a. 630. — Nahrungsgeld, II. a. 631. — Horns und Klauenschof, II. a. 631. — Kopfschoß, II. a. 631. — Eranksteuer, II. a. 631. — Hufenschof, II. a. 632.

Beglar. nebst Gebiet, Agrarrechtsverhaltniffe, II. a. 930, 932. — Grundftenen Berfaffung, II. a. 930. — Reallastenverhaltniffe, II. a. 850 ff., 866, 867. — Entwafferungs: und Vorfluths: Gesegebung, II. b. 574.

Bidengeld, II. a. 1004.

Wied (Graffcaft), feldpolizeil. Berordnungen, IL b. 745.

Bieberbesetung, f. Bauergüter.

Biebereinsetung, in ben vorigen Stand, f. Rechtsmittel.

Wiederkaufsberechtigte, Juziehung zur Auseinandersetzung, II. b. 447, 418, 450. — Nichtbenachrichtigung von Kapitalsabsindungen, II. b. 460 ff. — Rechte in Betreff der Berwendung der Kapitalsabsindungen, II. b. 465 f., 472 ff.

Biesen, Kultur, I. (XXIX. XLIII.). — Behütung, I. 95, 103—105, II. a. 106.

Wiesenbau, Beforderung, Kurfürstl. Triersche Berordnungen, II. b. 745. - Naffauische Berordnungen, II. b. 746.

Bilbenburg (Berrichaft), Agrarrechteverhaltniffe, II. a. 875.

Windbruch, II. b. 140, 149.

Bindmublen, Ranon für bie Ronzeffion jur Anlegung, II. a. 1006.

Wirkung, ber Auseinandersetzung in Beziehung auf die Rechte Dritter, f. Aus: einandersetzungen. — ber Rechtsmittel, II. b. 374, f. Rechtsmittel.

Wittgenstein (Grasschaften), Agrargesetzgebung, I. (XCIII.). — Ausbebung in Leibeigenschaft, II. a. 56. — Gesetzgebung über die Ablösung der Reallasten, I. 305, II. a. 850 ff., 923 ff. — Uebersicht des betr. territorialen Gebiett, II. a. 866. — frühere Besitz und Realrechtsverhältnisse, II. a. 924. — Orst herzogl. Hessische Gesetzgebung, II. a. 925. — Preuß. Gesetzgebung, II. a. 926 ff. — Einführung der Gem. Th. D., II. b. 5. — Tilgungstasse, I. 305, 760, II. a. 854, II. b. 520, 565, 567, 854. — Pfändungen und Pfandgelda, II. b. 711.

Wittwenpflegungs=Anstalt, Beitritt ber Beamten ber Auseinandersesungs behörben, II. b. 299

Wohnungerecht, Ablösbarkeit, II. a. 331.

Worbis (Kreis), Tilgungskaffe, I. 752, II. b. 520, 565, f. Tilgungskaffen — Berbot bes Nachthütens, II. b. 709.

Buchergewächse, Ausrottung schablicher, II. b. 750.

Würdigung, f. Abschähung.

3.

Bahlgelber, I. 174, II. a. 265, 426, 428, 429.

Baungerichte, I. (XII.)

Behnten, I. (XIII., XIV., XV., XVII., XXIV., XXXII.), II. a. 876, 887, 889, 892, 897, 900—902, 930, 962, 1010.

Behnt=Berechtigung, Werthsermittelung, I. 173, II. n. 383 ff. — im Falle ber seit langer als 10 Jahren erfolgt gewesenen Verpachtung bes Zehnten, II. a. 386. — Zehnten vom Neulande, I. 173.

Behntpflicht, I. (XXIV.)

Behntrecht, f. Schlesien.

Behnt=Register, Beweistraft, I. 173, II. a. 383 ff.

Behntschnitt=Berhaltniß, I. 177, II. a. 510-513, 515.

Beitemphyteusen, in ber Provinz Preußen, II. a. 635. Beitgewinnguter, II. a. 969 ff., 983 ff., 986 ff. — in ber Graffcaft Red

Beitgewinngüter, II. a. 969 ff., 983 ff., 986 ff. — in der Grafication linghausen, II. a. 877. — im vormaligen Großherzogthume Berg, II. a. 889. Beitpächter, in den westlichen Landestheilen, II. a. 965 ff. — Recht zur Provokation auf Gemeinheitstheilung, I. 314.

Beitpachtgüter, Regulirungefähigfeit, I. 181, II. a. 611, 634-636. - in ben

pormale Raffauischen Landestheilen, II. a. 929.

Berftudelung, f. Bertheilung.

Bertheilung, von Grundstuden (Dismembration), I. 115 ff., 185. — Begriff ber Dismembration, II. a. 171. — altere Berfaffung vor bem Eb. v. 9. Oft. 1807, II. a. 112 ff. - neuere Gesetzebung des Ed. v. 9. Oft. 1807 n. ber sich baran reihenden Berordnungen, I. 115 ff., II. a. 115 ff. — Theilbarkeit ber Domainen, II. a. 116. — Julassigfeit ber Dismembration, I. 54, II. a 42. - frühere Beschränkungen in ben westlichen gandestheilen, II. a. 973. -Aufhebung bes Widerspruchrechtes bagegen, I. 168, II. a 258. - Widers sprucherecht ber Sufcessionsberechtigten bei Rolonaten findet nicht statt, II. a. Beschränkungen in baupolizeil. Beziehung, I. 121, II. a. 170. — Gefetgebung zur Beforderung ber Parzellirung, II. a. 121 ff. - Gefetges bung v. 3. Jan. 1845 und seit 1850, I. 121 ff., II. a. 122 ff., 150 ff. -Erganzungen bes Gef. v. 3. Jan. 1845 burch bas Gef. v. 24. Dai 1854, I. 902, 904. - Michtanwendbarfeit bes Gef. v. 3. Jan. 1845 auf Grunds ftucke in Stabten ober Borftabten, I. 122, 126, II. a. 171. — bagegen auf bie mit ftabtischen Grundstuden bismembrirten Feldader und Biefen, I. 126, U. a. 168, 171, 172. - Prinzipien bes Dismembrations: Gefetes v. 3. Jan. 1845, II. a. 122-125, 150 ff. - Beschränkungen der Theilbarkeit, II. a. 125 ff., 168. -- in Betreff ber Erbpachter und Erbzinebesiter, H. a. 125 ff., 168. — in Betreff ber eigenthumlichen Besiter bauerlicher Guter, II. a. 127 ff. — in Betreff ber Lagguter u. ber Kulturguter, besgl. ber Domaineninsaffen in Preußen, II. a. 129, 168. - Berpflichtung zur Anzeige von jeder Berftutkelung an die Bolizeibehörde, I. 119 ff., II. a. 169, 174 ff. — bei flädtischen Grundstücken, I. 119, 126, II. a. 169, 170. — Strafbarkeit der unterlaffenen Anzeige, I. 118, II. a. 168 ff. — Nichtverpflichtung bes Dismembranten gur Einreichung von Nachweifungen und Erklarungen über die Bertheilung ber öffentl. Laften u. Abgaben, I. 119, II. a. 169. — Bublifanba ber Regieruns gen über bas Berfahren babei, II. a. 158-161. - alterere Ministerial : Er= laffe über die Theilungsgrundfaße und das Berfahren bei Dismembrationen, II. a. 162—165. — Berfahren ber Administrativbehörden babei, I. 124 ff., II. a. 182 ff. — Zwangsbesitelberichtigung für den Dismembranten, I. 122, II. a. 173. — Ausnahmen davon, I. 122. — Abschluß des Dismembrations: Bertrages, I. 122, 155, II. a. 147 ff., 172 ff. - Buziehung ber Gutsherrs schaft als Obrigkeit, I. 123, II. a. 140 ff., 177. — ber geistl. u. Schulinstis tute, I. 123, 132-139, II. a. 177. - ber Bertreter ber Stadt- und Canb-Gemeinben, I. 123, 134-139, II. a. 177 ff. - Bahrnehmung ber fistal. Interessen und ber Rechte ständischer Kassen wegen der Grundsteuers Vertheis lung, II. a. 177. — Grundfate wegen Bertheilung ber öffentl: Abgaben und Lasten, exfl. der Grundsteuer, I. 123, 124, 134-143, II. a. 178-182. -Mittheilung des Dismembrationsvertrages an den betr. Landrath resp. Magis strat durch das betr. Gericht, I. 156, II. a. 176, 194. - Berpflichtung bes Landraths resp. Magistrats, das Repartitions Regul. von Amiswegen herbeis zuführen, I. 156, II. a. 176. — Bermittelung bes Regulative über Bertheilung der Reallasten u. Hypothekenschulden, II. a. 148 ff. — Regulativ über Bers theilung ber öffentl. Lasten u. Sphothekenfculben, 1. 122 ff., II. n. 173 ff. - Berfahren bei beffen Entwerfung und interimistischen ober befinitiven Fest, sehung, I. 123 ff., 134-139, II. v. 129 ff., 153, 154 ff., 173 ff., 178 ff. - Mittheilung der Abgaben:Regulative an die betheiligten geiftlichen Inflitute, I. 906. — Kontumazialverfahren bei Feststellung bes Abgaben- und Rentenvertheilunge : Planes für Dismembrationen, I. 558, II. b. 339. — Beweisfraft ber Regulirungsprotokolle, I. 123, II. a. 178. — Uebergang ber politis fchen und Korporationerechte auf ben Trennftuderwerber, II. a. 139. -Birkungen bezüglich ber Polizeis und obrigkeitl. Gewalt, II a. 140. — bes Patronatrechts, II. a. 140, 141. — ber Grundsteuerfreiheit, II. a. 141. — ber Jagdgerechtigkeit, II. a. 140. — bezüglich ber Gemeinbeangehörigkeit, II. a. 141. — in Bezug auf Deichsocietaten, II. a. 143, 181. — in Bezug auf die dem Grundstude anklebenden Realrechte privatrechtlicher Natur, insbef. ber Grundgerechtigkeiten, II. a. 137 ff., 143 ff. — solidarische Berpachtung des Sauptgrundftudes und der Trennstude für nicht abgelofte Reallasten, I. 184, II. a. 710 ff. - Bertheilung ber nicht abgelöften Renten auf bie Trennftude

nach Berhältniß des Werths derselben, I. 184, II. a. 710 ff. — Recht det Rentenberechtigten auf Kapitalablösung der Kenten unter 4 Thalern, I. 184, II. a. 711, 712. — Reffortverhältnisse bezüglich der Regulirung der össenkt. Werhältnisse, II. a. 130 ff., 174 ff., 183—186. — Grundsäse des Ablösungs: u. Rentenbanken: Ges. v. 2. März 1850, II. a. 135 ff., — insbes. bezüglich der Domainenabgaben u. Renten, II. a. 136. — Regulirung der Berhältnise der im Hypothekenbuche eingetragenen Realgläubiger bei Dismembrationen z. Kompetenz der Gerichtsbehörden in Bezug darauf, II. a. 144 ff., 174. — polizeil. Konsens, II. a. 115—117, 146. — Abschreibung der Trennstück, I. 122, II. a. 145 ff., 173 ff. — Kosten in Dismembrationssachen, I. 125, II. a. 192. — s. Ctablissements, Reallasten.

Beugenverhore, Befugniß ber fiefalischen Bevollmächtigten, folden beiguwohnen,

Ï. 542, II. b. 327.

Biegen, Austreiben berfelben, II. b. 711.

Biegengelb, II. a. 1003.

Biegenhütung, in Wälbern und Brüchen, II. a. 107. — in den Kommmel-Waldungen in der Rheinproving, II. b. 750.

Binthutten, f. Berreichegebühren.

Fins, Borbehalt ablösbaren, I. 184, II. a. 705. — Nichtbefugniß bes Berechtigten zur Erhöhung, I. 167, II. a. 242. — vertragsmäßige periodische Erhöhung, II. a. 243. — beständiger erblicher Bins, II. a. 70. — insbes. von Mühlen grundstücken, II. a. 787. — s. Erbzins.

Binfen, unstreitige, Einziehung durch die Dorfgerichte und in den Mediatflabtm, II. a. 59. — nur wegen Grundzinsen, II. a. 60. — Nichtanwendbarkit auf

Dublengetreibeabgaben, II. a. 60.

Bines Getreibe, Abzug wegen geringerer Beschaffenheit, I. 172, II. a. 377.

Binegüter, II. a. 929. — Begriff, II. a. 230, 389, s. Laudemialpflicht – in der Provinz Sachsen, inebes. den vormale Rur: resp. Königl. Sächsichen Landestheilen, I. (LVII.), II. a. 871. — in der Lausis, I. (XL.). — in ta Grafschaft Recklinghausen, II. a. 877.

Bine : Roupone, ber Mentenbriefe, II. b. 547. - Ungulaffigfeit bes Aufgebots

verlorener, I. 704, II. b. 556.

Bine=Register, Beweisfraft, II. a. 73.

Bubehor, f. Bertinenzien.

Buchtbullen, II. b. 170. — Auswahl guter u. Belehrungen barüber, II. b. 758.

Buchteber, II. b. 170.

Büchtigungerecht, f. Landgesinbe.

Buchtflier=Röhr=Drbnungen, f. Röhr=Drbnungen.

Bugvieh, Aufhebung ber Berordnungen über beffen haltung, II. a. 85.

Ballichau, I. (XXV., XXXI.)

Bunft-Aeltefte, ber Gewerte, II. b. 315.

Bufammen legung, im Gemenge liegender ganbereien, bei Regulirungen, L 183, II. a. 679 ff. — f. Bauerguter.

Bufchat, freier, II. a. 1003.

Bufchlagungen, Berechnung ber Laubemialbetrage, II. a. 469.

Bufdubefteuer, in hinterpommern, II. a. 632, 633.

Bmangs: und Bannrechte, in ben westlichen Landestheilen, II. a. 1008 f. - Abloebarteit, II. a. 351.

Berichtigung einiger Druckfehler.

1

į

```
Bb. I. Allgemeine Ginleitung, S. LXXXIII. 3. 4. p. u. Statt: "1890"
                                lie6: "1790".
                                 S. XCVII. (im Text) J. 13. p. u. Statt:
                                 "1812" lies: "1807."
Bb. I. S. 22. 3. 27. v. o. (sub 3.) Statt: "1815" lies: "1825."
      S. 95. 3. 22. v. u. Statt: "Baldweise" lies: "Baldweibe."
  — S. 98. 3. 5. v. o. Statt: "werren" lies: "werben."
  — G. 110. (im Text) J. 13. v. u. (sub 2.) Statt: "B." lies: "Я."
  — S. 344. B. 23. v. u. (sub b.) Statt: "Juni" lies: "Juli."
  - G. 528. 3. 11. v. o. (sub 2.) Statt: "3. Oft." lies: "8. Oft."
  - G. 532. 3. 24. v. o. Statt: "10. Juli" lies: "10. Juni."
  - G. 570. B. 34, v. o. Statt: "23. Dec." lies: "13. Dec."
      S. 606. 3. 8. v. v. (sub 4.) Statt: "bes" lies: "bes."
      S. 836. 3. 6. v. u. Statt: "Juni" lies: "Jan."
29b. II. Abth. I. S. 17. 3. 12. v. o. ist einzuschalten: "v. 29. April 1850."
               S. 17. 3. 8. v. n. (Note 1.) Statt: "S. 23." lies: "S. 28."
               S. 22. 3. 10. (im Text) v. u. Statt: "ber F." lies: "ber 3."
               S. 34. 3. 4. v. u. (Note 4.) Statt: "Art." lies: "Ann."
               S. 35. 3. 7. v. u. (Note 1.) ift einzuschalten: "v. 11. Darg
               1812."
               6. 42. 3. 23. v. o. Statt: "Dismenbrations Gefetges
              bung" lies: "Dismembrations: Gefetgebung."
               S. 62. 3. 6. v. o. Statt: "rechtgültigen" lies: "rechts
               gültigen."
               S. 64. 3. 9. v. o. Statt: "Marktgrofchen" lies: "Marks
               groschen."
               S. 65. 3. 7. v. u. (Note 2.) Statt: "7. April" lies: "7. Fes
               bruar."
               S. 74. (Rote) 3. 24. v. u. Statt: "und b. v. 2. April 1825"
               lies: "u. v. 2. April 1825."
               S. 110. (Note 2.) Z. v. u. Statt: "Thl. IV. Abth. VII. Abschn.
               5." lies: "Thi. IV. Abth. II. UntersAbth. III. sub II., f.
               in Bd. II. Abth. I. S. 768 ff."
               S. 111. (Note 4.) 3. 1. v. u. Statt: "Räherre" lies: "Rähere."
               S. 142. (Note 1. ad b.) 3. 21. v. o. Statt: "v. 27. Darg
               1739" lies: "v. 27. Marg 1839."
               S. 144. 3. 2. v. o. Statt: "Biesentlichen" lies: "Be,
               fentlichen."
               S. 182. B. 25. v. o. Statt: "1847" lies: "1840."
               S. 207. 3. 8. v. o. Statt: "Komissiones" lies: "Kommiss
               fionss."
               S. 383. 3. 17. v. u. Statt: "Kutur: Sachen" lies: "Kuls
               tur=Saden."
               S. 386. (Rote) 3. 4. v. u. Statt: "Lomcelle" lies: "Lans
               celle."
               391. 3. 4. v. o. Statt: "lehwilligen" lies: "lehtwillis
               gen."
```

Bb. II. Abth. I. S. 480. J. 32. v. o. Statt: "Besityveränderungefällen" lies: "Besigveranberungegefällen." S. 556. 3. 2. v. o. Statt: "Bus. 7." lies: "Bus. 8." S. 603. 3. 20. v. o. Statt: " 9. Mai" lies: " 6. Dai." S. 632. 3. 16. v. o. Statt: "Juui" lies: "Juni." S. 727. 3. 28. v. o. Statt: "Beranlasiung" lies: "Bet: anlassung." S. 742. 3. 8. v. u. Statt: "Auseinanandersetungssahe" lies: "Auseinandersetzungssache." 6. 750. 3. 11. v. o. Statt: "Art. 86." lies: "Art. 68. 6. 784. 3. 23. v. o. Statt: "Bruufng" lies: "Brufung" S. 815. 3. 6. v. u. Statt: "landwirhsaftl." lies: "land: wirthschaftl." S. 830. 3. 4. v. u. Statt: " § §. 1. und 32." lies: " § §. 2. und 32." S. 953. 3. 7. v. o. Statt: "23. Jan." lies: "23. Febr." S. 992. 3. 29. v. o. Statt: "v. 20. Nov." lies: "v. 26. A.L. Bb. II. Abth. II. S. 51. 3. 27. v. v. hinter: "Privat=Eigenthums" ift cie zuschalten: "ber einzelnen Gemeinbeglieber, fonbert Eigenthum." S. 94. 3. 10. v. o. Statt: "16. Nov." lies: "16. Rai." 6. 316. 3. 20. (im Text) v. u. Statt: "5 Dec. 1842" liet: 5. Dec. 1823." S. 323. 3. 10. (im Text) v. u. Statt: "Chiftiones" link: "Editions:." S. 324. 3. 21. v. o. Statt: "1824" sies: "1834." S. 379. (Note) B. 2. v. u. Statt: "1836" Lies: "1838" S. 381. 3. 21. v. o. Statt: "15. Dec." lies: "14. Dec." S. 407. 3. 21. v. o. Statt: "Erfordniffe" lies: "Erfor berniffe." S. 432. 3. 16. v. o. Statt: "E." lies: "F. (f. unten S. 465.)* S. 470. 3. 3. v. u. Statt: "10. Nov. 1837" lies: "18. Mov. 1831." S. 599. B. 7. v. u. Statt: "1776" lies: "1746."

, , ,

in the second

MILE Was a respect to the second of the second

Gebruckt bei Julius Sittenfelb in Berlin.